

POLISH STUDIES –  
TRANSDISCIPLINARY PERSPECTIVES 19

Andrzej Sakson

# Von Memel bis Allenstein

**Die heutigen Bewohner  
des ehemaligen Ostpreußens:  
Memelland, Kaliningrader Gebiet,  
Ermland und Masuren**

**Teil 1 & 2**



PETER LANG  
EDITION

**Andrzej Sakson**

## **Von Memel bis Allenstein**

Der Autor zeigt den Verlauf der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Prozesse in den Regionen Memelland, Kaliningrader Gebiet, Ermland und Masuren nach 1945 auf. Er vergleicht ihre jeweiligen Entwicklungen kritisch miteinander und rekurriert dabei auf die Nationalbildungsprozesse im späten 19. Jahrhundert sowie die Ereignisse am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Die Analysen stützen sich auf eigene soziologische Feldforschung. Zahlreiche Interviews, direkte und indirekte Beobachtungen sowie quantitative Untersuchungen wurden durch Archivstudien und durch die Auswertung von amtlichen Dokumenten, Memoiren, Fachliteratur sowie Pressezeugnissen ergänzt.

### **Der Autor**

Andrzej Sakson hat an der Adam Mickiewicz-Universität in Poznań studiert. Er ist Professor der Sozialwissenschaften an der Adam-Mickiewicz-Universität sowie am West-Institut in Poznań und Präsident der „Association for the Study of the World Refugee Problem“. Seine Forschungsinteressen umfassen nationale und ethnische Minderheiten, polnisch-deutsche Beziehungen, Migrationsangelegenheiten, das Gebiet Kaliningrad sowie gesellschaftliche Veränderungen in den West- und Nordgebieten Polens.

Von Memel bis Allenstein.  
Teil 1

POLISH STUDIES  
TRANSDISCIPLINARY PERSPECTIVES

Edited by Krzysztof Zajas / Jarosław Fazan

VOLUME 19



PETER LANG  
EDITION

Andrzej Sakson

# Von Memel bis Allenstein.

Die heutigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens:  
Memelland, Kaliningrader Gebiet, Ermland und Masuren

Übersetzt von Marek Drewnowski

Teil 1



PETER LANG  
EDITION

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Publication is funded by Ministry of Science and Higher Education of the Republic of Poland as a part of the National Program for the Development of the Humanities.

This publication reflects the views only of the authors, and the Ministry cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.



NARODOWY PROGRAM  
ROZWOJU HUMANISTYKI

ISSN 2191-3293

ISBN 978-3-631-64157-6 (Print)

E-ISBN 978-3-653-03215-4 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-03215-4

© Andrzej Sakson, 2016

Peter Lang Edition ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles ·  
New York · Oxford · Warszawa · Wien



Open Access: Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0). Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Diese Publikation wurde begutachtet.

[www.peterlang.com](http://www.peterlang.com)

# Inhaltsverzeichnis

Einführung .....	9
------------------	---

## **Kapitel I**

<b>Vom Prußenland zu Ostpreußen .....</b>	<b>13</b>
---	-----------

1. Die Prußen .....	15
2. Der Staat des Deutschen Ordens und der brandenburgischen Kurfürsten .....	18
3. Ostpreußen in den Grenzen des Deutschen Kaiserreichs (1871-1918) .....	25
3.1. Masuren .....	27
3.2. Ermländer .....	32
3.3. Preußisch-Litauer .....	34
3.4. Königsberg – Ostpreußens Hauptstadt .....	39

## **Kapitel II**

<b>Deutsches, litauisches und polnisches Ostpreußen (1918-1939) .....</b>	<b>43</b>
---	-----------

1. Friedensvertrag von Versailles – Ostpreußens erste Teilung .....	45
2. Die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 .....	49
3. Ostpreußen in der Weimarer Republik .....	55
4. Die „Nationalsozialistische Revolution“ in Ostpreußen (1933-1939) und ihre Folgen .....	58
5. Nationalitätenverhältnisse im deutschen Ostpreußen .....	68
5.1. Preußisch-Litauer und Masuren .....	68
5.2. Die polnische Bewegung im Ermland und im Marienburger Land .....	81
6. Litauisch-Preußen – das Memelland .....	85
6.1. Das Problem der Preußisch-Litauer (Lietuvinkai) .....	91
7. Polnisch-Preußen – das Soldauer Gebiet .....	95
7.1. Die Masuren-Frage .....	99

## **Kapitel III**

<b>Ostpreußens Größe und Untergang (1939-1945) .....</b>	<b>103</b>
--	------------

1. Das Neue Ostpreußen .....	106
1.1. Verwaltungsgliederung .....	106
1.2. Terror und Verbrechen .....	110

1.2.1. Memelland und Soldau.....	115
1.2.2. Die eingegliederten Gebiete: Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Suwalken, Bezirk Bialystok.....	125
1.3. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter.....	136
2. Ostpreußens Vernichtung.....	141
2.1. Operation Ostpreußen.....	142
2.2. Evakuierung und Flucht.....	145

## Kapitel IV

### Die alten und neuen Bewohner (1945-1950)..... 155

1. Das Memelland (Klaipėdos Kraštas)	
in den Grenzen des Mutterlandes.....	157
1.1. Klaipėda – vollständiger Bevölkerungsaustausch.....	160
1.2. Litauische Autochthone.....	168
1.2.1. Lage und Rechtsstatus der einheimischen Bevölkerung.....	171
1.2.2. Zwischen Litauen und Deutschland.....	176
1.3. Siedler.....	183
1.4. Deportationen.....	188
1.5. Zwangskollektivierung.....	194
2. Sonderzone – Vom Königsberger zum Kaliningrader Gebiet.....	197
2.1 Sowjetische Besatzung und Einverleibung – Entstehung der Herrschaft und der Verwaltungsstruktur.....	197
2.2. Sowjetisierung der Namen.....	204
2.3. Die Lage der deutschen Bevölkerung und ihre Aussiedlung.....	209
2.4. Sowjetische Siedler.....	235
2.4.1. Siedlungsverlauf in den „neuen Gebieten“.....	236
3. Von Ostpreußen zu Ermland und Masuren.....	252
3.1. „Polnische Anrechte“ auf Ostpreußen.....	252
3.2. Die sowjetisch-polnische Doppelherrschaft.....	256
3.3. Bezirk Masuren/Woiwodschaft Olsztyn – Verwaltungsgliederung.....	266
3.4. Alt- und Neueinwohner.....	274
3.4.1. Deutsche – die Aussiedlungen.....	285
3.4.2. Ermländer und Masuren – die Verifizierung der Volkszugehörigkeit.....	297
3.4.2.1. Kreis Działdowo.....	312
3.4.3. Siedler.....	317
3.4.4. Grenzländer (Kresowiacy).....	321
3.4.5. Ukrainer – die Aktion Weichsel.....	326
3.5. Das Verhältnis zur deutschen Vergangenheit.....	332

3.5.1. Politik der „Entdeutschung“ .....	333
3.5.2. Beseitigung der „Symbole deutscher Herrschaft“ .....	335
3.5.3. Eliminierung des „deutschen Geistes“ .....	337
3.5.4. Aneignung der Kulturlandschaft.....	339
3.5.5. Repolonisierung der Autochthonen .....	342
<b>Kapitel V</b>	
<b>Schwieriges Wurzelschlagen.</b>	
<b>Die Zeit des realen Sozialismus (1950-1990)</b> .....	347
1. Kleinlitauen in den Grenzen des sozialistischen Vaterlandes .....	349
1.1. Die Mythologie „Preußisch-Litauens“ und das deutsche Kulturerbe .....	349
1.2. Herausbildung neuer Gemeinschaften .....	365
1.2.1. Ausreisen der einheimischen Bevölkerung als Ausdruck der sozialen Desintegration.....	374
1.3. Klaipėda .....	381
2. Das Kaliningrader Gebiet – ein Musterland für den Homo Sovieticus .....	386
2.1. Wirtschaftliche Lage .....	390
2.2. Kolchosen- und Sowchosensystem. Änderungen in der Siedlungsstruktur .....	392
2.3. Kaliningrad .....	400
2.3.1. „Alles Deutsche zerstören“.....	405
2.3.1.1. Zerstörung von Kirchen und Sprengung des Königsberger Schlosses .....	406
2.3.2. Hin zu einer neuen Ikonosphäre .....	420
2.3.3. „Progressive Kultur“ – Identitätswandel .....	423
3. Ermland und Masuren – sozialer und wirtschaftlicher Wandel .....	429
3.1. Stalinisierung (1949-1955) .....	429
3.2. Vom Oktober 1956 bis zum Untergang des real existierenden Sozialismus .....	441
3.3. Allenstein – Olsztyn.....	456
Abbildungen.....	469
Abbildungsnachweis .....	515
Index .....	517



# Einführung

Die wechselhafte Geschichte Ostpreußens ist auf dem Alten Kontinent ohnegleichen. Hier lebten verschiedene preußische Stämme, an die sich kaum noch jemand erinnert. Das Eintreffen des Ordens der Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem (auch Deutscher Orden genannt) zu Beginn des 13. Jahrhunderts bildete den Auftakt zu siebenhundert Jahren deutschen Einflusses und deutscher Herrschaft.

Das historische Ermland war Teil der polnischen Adelsrepublik (*Rzeczpospolita*), das Herzogtum Preußen ein Lehen der polnischen Könige. Die Region war von Multikulturalität geprägt. Einheimische, d. h. preußische Einflüsse kreuzten sich hier mit deutschen, polnischen und litauischen. Hier fanden aber auch Salzburger, Niederländer, Schotten, Franzosen, Juden und Russen Zuflucht und ihre neue Heimat. Königsberg war die Provinzhauptstadt und das wichtigste Zentrum des Protestantismus während der Reformation. In der Universitätsstadt Königsberg wurde die Bibel nicht nur auf Deutsch gedruckt, sondern es erschienen auch polnische, litauische und preußische (preußische) Ausgaben. Das katholische Ermland war ein geistiges und kulturelles Zentrum mit einer Ausstrahlungskraft, die weit über die Grenzen der Provinz hinaus reichte.

Im Laufe der Zeit fühlten sich die Bewohner dieser Gegend immer mehr als deutsche, polnische oder litauische Preußen. Allmählich begann man, sie Ostpreußen, Ermländer oder Memelländer zu nennen. Hier wurde auch ein Kampf um die nationale Identität der Bevölkerung ausgetragen. Deutsche, Polen und Litauer erwarteten von ihren jeweiligen hier alteingesessenen Landsleuten, dass sie ihre Bindung zum Herkunftsland pflegen und zur Trumpfkarte bei entscheidenden historischen Ereignissen werden würden.

Im Ergebnis des Ersten Weltkriegs wurde das nördliche Gebiet dieser Provinz 1923 als *Memelland* dem litauischen Staat angeschlossen. Der Zweiten Polnischen Republik fiel 1920 ein masurischer Landstrich, das Soldauer Gebiet, zu. Eine der Folgen des Zweiten Weltkriegs war die völlige Umgestaltung der bisherigen Ordnung. Die Niederlage des Dritten Reiches bedingte eine weitere – diesmal endgültige – Teilung Ostpreußens. Aktuell gehört diese historische Region drei Staaten an: Litauen (Memelland), Russland (Kaliningrader Gebiet) und Polen (Ermland und Masuren). Es ist einzigartig in der neuzeitlichen Geschichte Europas, dass ein Staat, der jahrhundertlang als Souverän agierte, hier völlig beseitigt und das Gebiet Ostpreußens drei anderen Ländern einverleibt wurde.

Wie die Bewohner Ostpreußens in der Zwischenkriegszeit von Deutschland durch den sog. „polnischen Korridor“ getrennt waren, so müssen nun die Einwohner des Kaliningrader Gebiets drei Grenzen passieren, um nach Russland zu ge-

langen: die zu Litauen und Weißrussland. In Moskau werden – wie einst in Berlin – Stimmen laut, die nach der Einrichtung eines „exterritorialen Korridors“ rufen.

In ihren Analysen konzentriert sich diese Studie vorrangig auf den Versuch, den Verlauf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Prozesse zu skizzieren, die sich in dieser Region nach 1945 vollzogen haben und immer noch vollziehen. Um aber diese Phänomene richtig zu verstehen, erwies es sich als unabdingbar, einen Blick auf die Vergangenheit zu werfen. Eine Schlüsselbedeutung hatten dabei die nationenbildenden Prozesse des ausgehenden 19. Jahrhunderts und die Ereignisse in den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete den Untergang Ostpreußens als selbständige Provinz und Teil Deutschlands. Hier kam es zu einem in der Geschichte bisher ungekannten Bevölkerungsaustausch. Die enormen Kriegsverluste, Evakuierungen, die Flucht und die spätere Aussiedlung der deutschen Bevölkerung veränderten die soziale Struktur dieser Region ganz und gar. Diese Gebiete wurden nun durch neue Bewohner, Litauer, Russen und Polen, besiedelt. Unter ihnen waren solche, die aus freien Stücken hierher fanden, aber es gab auch viele, die – durch ein historisches Schicksal gezeichnet – alles andere als freiwillig kamen (z.B. die Bewohner der ehemaligen polnischen Ostgebiete oder die im Rahmen der Aktion Weichsel deportierten Ukrainer).

Die früheren Bewohner verließen ihre Heimat unter Zwang oder sie hatten – wie dies bei den Masuren, Ermländern oder Preußisch-Litauern der Fall war – in der Zwangssituation dennoch eine gewisse Wahlmöglichkeit. Die Neuangekommenen schlugen in der neuen Heimat nur mit Mühe Wurzeln. Es mussten viele Jahre vergehen, ehe sie sich hier „heimisch“ fühlten. Die heutigen postmigrativen Gesellschaften, die in den drei Teilen des ehemaligen Ostpreußens leben, weisen viele Ähnlichkeiten auf. Wie vor 1945 hat diese Region auch weiterhin peripheren Charakter, mit allen Folgen. Eindrücklichstes Beispiel dafür ist die Tatsache, dass das Kaliningrader Gebiet zu einer Exklave der Russischen Föderation geworden ist. Obwohl es zu ihr gehört, ist es dennoch Hunderte Kilometer entfernt.

Ähnlich wie vor Jahrhunderten ist dieses Gebiet multikulturell geprägt. Neben alteingesessenen Bewohnern machen Neuankömmlinge, die verschiedene Nationalitäten repräsentieren, mit ihrem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund die Mehrheit aus. Sie haben eine einmalige Gemeinschaft entwickelt, die von der Eigenart dieser Region zeugt.

Die vorliegende Studie vollendet ein Triptychon zu Schicksalen der Bewohner dieses Winkels von Europa. 1990 erschien eine Monographie zu nur einer Bevölkerungsgruppe des ehemaligen Ostpreußens. Sie trug den Titel: *Mazurzy – społeczność pogranicza* [Die Masuren. Eine Grenzlandgesellschaft]. Eine weitere Arbeit, *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945-1997* [Nationalitätenverhältnisse in Ermland und Masuren 1945-1997] (1998), präsentierte

das Schicksal der gesamten Bevölkerung des südlichen Ostpreußens, d. h. der Gebiete, die nach 1945 dem polnischen Staat zugefallen waren. Das Anliegen des Verfassers dieser Arbeit ist es, die Schicksale der heutigen Bewohner des gesamten ehemaligen Ostpreußens, d. h. des Memellandes, des Kaliningrader Gebiets sowie Ermlands und Masurens, zu schildern. Mein Geburtsort (Elbląg/Elbing), die Tatsache, dass ich in den Jahren 1977-1986 in Olsztyn (Allenstein) wohnte und arbeitete und hier meine beiden Töchter geboren wurden, zeugen davon, dass dies für mich ein „herzlich vertrauter Boden“ (M. Zientara-Malewska) ist.

Das Hauptmaterial für die Analysen lieferten eigene soziologische Untersuchungen an mehreren Orten in Ermland und Masuren (ab 1982) sowie im Kaliningrader Gebiet und der Region Klaipeda (nach 1994). Zahlreiche Gespräche, Interviews, direkte und mittelbare Beobachtungen sowie quantitative Untersuchungen wurden um Archivrecherchen und die Auswertung von amtlichen Unterlagen, Erinnerungen, Sachliteratur, Presse und Websites ergänzt.

Der Vergangenheit Ostpreußens vor 1945 sind die drei ersten Kapitel gewidmet. Im ersten Kapitel werden die Geschichte der preußischen Bevölkerung dargestellt, die einzelnen geschichtlichen Perioden charakterisiert und die Schicksale verschiedener Bevölkerungsgruppen geschildert. Ein besonderer Fokus galt dabei der Zwischenkriegszeit (Kapitel 2) und den Jahren des Zweiten Weltkriegs (Kapitel 3).

Das vierte Kapitel stellt die spezifischen Gegebenheiten unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dar. Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und Zuwanderung neuer Bewohner sind die wichtigsten Bestandteile des damaligen Aufeinanderprallens der Kulturen. Das folgende fünfte Kapitel setzt sich mit der Dynamik des sozialen, politischen, wirtschaftlichen und nationalen Wandels zur Zeit des real existierenden Sozialismus auseinander.

Im sechsten Kapitel werden die gesellschaftlichen Prozesse nach 1990 und ihre Folgen gezeigt. Im siebten Kapitel präsentiere ich die neue Selbsteinschätzung der heutigen Bewohner im Lichte meiner eigenen empirischen Untersuchungen. Viel Platz wurde der Charakteristik der drei regionalen Stadtzentren Klaipeda (Memel), Kaliningrad (Königsberg) und Olsztyn (Allenstein) eingeräumt. Den Abschluss bilden Ausführungen über das Verhältnis zum historischen und kulturellen Erbe der Region.

Bei den Feldforschungen war die Unterstützung, die mir von Dr. Silva Pocyte von der Universität Klaipeda, Dr. Aleksandr Sologubow von der Universität Kaliningrad und Dr. Teresa Astramowicz-Leyk von der Universität Olsztyn zuteil wurde, von großer Bedeutung. An dieser Stelle möchte ich ihnen meinen besonderen Dank für das mir entgegengebrachte Wohlwollen aussprechen.

*Andrzej Sakson*  
Poznań, im Oktober 2010



**Kapitel I**  
**Vom Prußenland**  
**zu Ostpreußen**



Die Geschichte des Landstrichs zwischen der unteren Weichsel und der unteren Memel, zwischen Masowien und der Ostsee, die zunächst als Preußen und ab Ende des 18. Jahrhunderts als Ostpreußen bezeichnet wurde, lässt sich generell in drei Perioden einteilen: die prußische Zeit (vor der Niederlassung des Deutschen Ordens) bis zum 13. Jahrhundert, die siebenhundertjährige Herrschaft des Ordens und Deutschlands, die im Jahr 1945 zu Ende ging, und die bis heute andauernde polnisch-russisch(sowjetisch)-litauische Periode.

## 1. Die Prußen

Der Name Preußen, lateinisch Borussia bzw. Prussia, wird unzertrennlich mit den prußischen Stämmen assoziiert, die in der Neuzeit als rechtmäßige (autochthone) Bewohner dieses Teils Europas galten. Man nimmt an, dass dieses Volk erstmals im neunten Jahrhundert vom Bayerischen Geographen in einer Stammesliste als *Bruzi* erwähnt wird. Im 10. Jahrhundert erscheint in dem Dokument „Dagome iudex“ der Name Prußen in lateinischer Form als *Pruze*<sup>1</sup>.

Im frühen Mittelalter wurden die heidnischen Völker, die die Ostseegebiete östlich der Weichsel bewohnten, als Prußen bezeichnet. Dabei wurden allerdings so unterschiedliche Formen gebraucht wie *Brudzi*, *Pruzi*, *Pruzzi*, *Prussi*, *Prisci*, *Prusci*, *Pruteni*, *Prutheni*<sup>2</sup>. Die Etymologie der Bezeichnung Preußen bleibt bis heute ungeklärt<sup>3</sup>. Ab dem 13. Jahrhundert setzte sich der Name Prußen durch und war im Mittelalter, darunter besonders bei Polen<sup>4</sup> und Deutschen<sup>5</sup>, stark verwurzelt.

- 
- 1 In diesem Dokument lesen wir: „Pruzzo usque in locum, quo dicitur Russe“ (Prußen bis zu dem Ort, der Rus genannt wird). H. Lowmiański, *Studia nad dziejami Słowiańszczyzny, Polski i Rusi w wiekach średnich*, Poznań 1986, S. 309.
  - 2 Auf Deutsch wurden sie als *Prüssen* bzw. *Prüzin* bezeichnet. In späterer Zeit: *Altprussen* bzw. *Altprussen*. In Litauen verwendete man die Bezeichnung *Prūsas*, in der Rus – *Prusi*, *Prussy*. Ł. Okulicz-Kozaryn, *Dzieje Prusów*, Wrocław 1997, S. 9 f.
  - 3 *Ebenda*.
  - 4 Seit dem Mittelalter waren auf Polnisch Namen gebräuchlich wie Prusy (Prußen/Preußen), Prusy Zakonne (Ordensland Preußen), Prusy Królewskie (Königliches Preußen), Prusy Książęce (Herzogliches Preußen), Księstwo Pruskie (Herzogtum Preußen), Królestwo Pruskie (Königreich Preußen) oder auch Prusy Zachodnie (Westpreußen) bzw. Prusy Wschodnie (Ostpreußen). Auf Polnisch wird zwischen den Prusy, d. h. den Prußen als alteingesessenen Bewohnern, und den Prusaki, d. h. deutschen Preußen, unterschieden. *Ebenda*, S. 10 f.
  - 5 Auf Deutsch wird zwischen *Preußen* und *Prußen* bzw. *Preußisch* und *Prußisch* unterschieden. Der erste Begriff umfasst Deutsche und deren Gebiete, der zweite dagegen die Prußen und deren von Deutschrittern eroberten Territorien. *Ebenda*.

Wie der Eigenname der Prußen ungeklärt ist, so ist auch die Herkunft dieser Volksgruppe vage. Nach übereinstimmender Meinung stammen die ersten menschlichen Spuren in „prußischem Gebiet“ aus der Zeit zwischen dem vierzehnten und dem achten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung<sup>6</sup>. Eine der Hypothesen zur Herkunft der Prußen setzt einen gewissen Autochthonismus der Ostseevölker (Balten), die an der Ostsee bereits in der frühen Bronzezeit sesshaft wurden, voraus. Eine andere geht hingegen davon aus, dass die Prußen erst im 6.-7. Jahrhundert v. u. Z. aus den Gebieten der mittleren Rus an die Ostseeküste gekommen seien<sup>7</sup>. Es wird auch angenommen, dass die prußische Sprache zu den litauisch-lettischen Sprachen innerhalb der großen indoeuropäischen Sprachfamilie gehört<sup>8</sup>.

Die prußischen Völker haben kein eigenes Staatswesen entwickelt. Sie besaßen auch weder eine zentrale noch eine stammesübergreifende Gewalt. Ihre politische Ordnung zeichnete sich durch eine starke Zersplitterung aus. Die Prußen bildeten kleine territoriale Einheiten, die einige Dutzend Familien umfassten und als *lauks* bezeichnet wurden.<sup>9</sup>

Laut Peter von Duisburg, dem Chronisten des Prußenlandes aus dem 14. Jahrhundert und Verfasser des *Chronicon terrae Prussiae*, gliederte sich das Gebiet der preußischen Stämme zu Beginn des 13. Jahrhunderts in folgende historische Landschaften: Pomesanien, Warmien, Samland, Sassen, Galinden, Sudauen, Pogesanien, Natangen, Barten, Nadrauen und Schalauen<sup>10</sup>.

Die Prußen lebten in zahlreichen Wallburgen und hatten eine eigene Kultur, Bräuche und Sitten<sup>11</sup>. Auf dem prußischen Territorium einschließlich des Kulmerlandes lebten vor der Eroberung durch den Deutschen Orden etwa 220 000

- 6 J. Okulicz, *Osadnictwo ziem pruskich od czasów najdawniejszych do XIII wieku*, in: *Dzieje Warmii i Mazur w zarysie*, Bd. 1, Warszawa 1981, S. 11.
- 7 G. Białuński, *Stan badań historycznych nad dziejami Prusów po 1945 r.*, „Pruthenia“ Bd. 1, 2006, S. 41 f. Vgl. auch: W. Nowakowski, *Korzenie Prusów. Stan i możliwości badań nad dziejami plemion bałtyjskich w starożytności i początkach średniowiecza*, „Pruthenia“ Bd. 1, 2006, S. 11-40. Dort auch weiterführende Literatur.
- 8 J. Okulicz-Kozaryn, *Dzieje Prusów...*, S. 26 f.
- 9 Vgl. S. Drej, *Święta Warmia*, Olsztyn 2007, S. 11 f.
- 10 A. Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2002, S. 23. In der Zeit vor der Eroberung durch den Deutschen Orden unterscheidet Henryk Lowmiański folgende Landschaften: Pomesanien, Pogesanien, Ermland, Barten, Sudauen, Nadrauen, Samland, Schalauen und die Galinder Wildnis (Puszcza Galindka), nach: J. Okulicz-Kozaryn, *Dzieje Prusów...*, S. 272. Eine andere Einteilung: Pomesanien, Sassenland und Galinder Wildnis, Jatwingen, Pogesanien, Ermland, Barten, Natangen, Samland, Nadrauen und Schalauen. Vgl. E. Kruk, *Warmia i Mazury*, Wrocław 2003, S. 11.
- 11 Vgl. *Pruskie baby kamienne. Fenomen kulturowy czy europejska codzienność?* pod red. J. M. Łapo, G. Białuńskiego, Olsztyn 2007.

Menschen<sup>12</sup>. Eine der ersten Versuche, die prußischen Völker zu christianisieren, war die missglückte Mission des hl. Adalbert von 997, die mit seinem Märtyrertod in der Gegend des Frischen Haffs endete. Auch eine weitere Mission des hl. Bruno von Querfurt endete mit dessen Tod um das Jahr 1009. Bis zur Ankunft des Deutschen Ordens blieben die Prußen ganz überwiegend heidnisch (das Christentum nahmen sie im Kulmerland um 1216 durch die Bemühungen des Bischofs Christian an)<sup>13</sup>.

- 
- 12 Vgl. H. Boockmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, Berlin 1992; W. Görlitz, *Die Prußen. Die alten Bewohner Ostpreußens. Geschichte, Kultur und Verschmelzung mit den Deutschen*, Hamburg 1980; K. Gerber, *Vom alten Preußenland, 1200 bis 1400. Natur, Kultur, Geschichte*, Groß-Umstadt 1987; H. Łowmiański, *Prusy pogańskie*, Toruń 1935.
- 13 Vgl. S. Achremczyk, *Historia Warmii i Mazur. Od pradziejów do 1945 roku*, Olsztyn 1992. Die Geschichte der Prußen ruft auch breiteres Interesse hervor. Vgl. R. Geremek, *Pruska pamięć. Prusowie – dawni mieszkańcy Warmii i Mazur nie byli dzikusami*, „Newsweek“, Ausgabe vom 7.12.2008, S. 68 f.

## 2. Der Staat des Deutschen Ordens und der brandenburgischen Kurfürsten

Gegen die Prußen haben Bolesław I. Chrobry (der Tapfere) und seine Nachfolger gekämpft, insbesondere im Grenzgebiet zwischen Masowien und dem Kulmerland. Diese Kriege veranlassten den polnischen Herzog Konrad (auch Konrad von Masowien genannt) dazu, den Orden der Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem, der in Polen als Kreuzorden bzw. Kreuzritter bezeichnet wird, in den Jahren 1226-1228 einzuladen und ins Land zu holen<sup>14</sup>. Zur Hauptaufgabe des Ordens wurden die Eroberung und die Christianisierung prußischer Stämme<sup>15</sup>. Kraft der sog. Goldenen Bulle von Rimini aus dem Jahr 1226 sicherte Kaiser Friedrich II. dem Orden die Landeshoheit über das Gebiet der Prußen zu. Eine Bestätigung dieser Verleihung erhielt der Orden von Papst Gregor IX. aufgrund des gefälschten Vertrages von Kruschwitz (ca. 1234), in dem Konrad von Masowien angeblich auf die künftigen Eroberungen im Prußenland verzichtete<sup>16</sup>.

Die Deutschritter nahmen das teilweise von den Prußen beherrschte Kulmerland in ihren Besitz. Ab 1230 (nach der Teilnahme am Vierten Kreuzzug) begann der Orden mit der Eroberung prußischer Gebiete. Zugleich wurden Wall- und Wehrburgen errichtet: Kulm, Thorn und Marienwerder (1233), Elbing (1237), Memel (1252), Königsberg (1255), Braunsberg (1284) oder später Heilsberg (1308), Frauenburg und Soldau (1310) sowie Allenstein (1353). Sie entstanden meistens an der Stelle früherer prußischer Siedlungen. Da die Prußen über kein eigenes Staatsgebilde verfügten, gaben sie in den Jahren 1230-1283 der Übermacht der Ordensritter nach. Trotz der Unterjochung zettelten die Prußen immer wieder Aufstände gegen den Orden an, so 1242 und in den Jahren 1260-1274. Nach der endgültigen Bezwingung der Prußen in den Kämpfen gegen Nadrauen, Schalauen und Sudauen im Jahr 1283 schritt der Deutsche Orden mit Einwilligung des Papstes Innozenz IV. zur Etablierung eines Ordensstaats an der Ostsee, der sich dann dreihundert Jahre lang

---

14 Der Ritterorden wurde 1190 im Heiligen Land gegründet und erlangte 1198 den Status der Spitalbrüder. 1211 wurde er nach Siebenbürgen in Ungarn für den Kampf gegen die Kumanen berufen. 1225 wurde der Orden wegen seiner Bestrebungen, ein eigenes Staatswesen zu begründen, gezwungen, das Königreich Ungarn zu verlassen. Vgl. K. Górski, *Studia i szkice z dziejów państwa krzyżackiego*, Olsztyn 1996.

15 Ähnliche Ziele verfolgte der seit 1201-1202 in Livland ansässige Schwertbrüderorden. 1243 gründete der päpstliche Legat Wilhelm von Modena kraft einer Papstbulle neben der bereits bestehenden Diözese Kujawien vier weitere: Kulmerland und – „quasi auf Vorrat“ – drei preußische: Pomesanien, Ermland und Samland. Vgl. S. Drej, *Święta Warmia...*, S. 27.

16 Vgl. M. Biskup, *Polska a Zakon Krzyżacki w Prusach w początku XVI wieku*, Olsztyn 1983.

behaupten sollte. Vermutlich waren die Prußen zu Beginn des 14. Jahrhunderts die dominierende Bevölkerungsgruppe und zählten knapp 120 000 Personen. Damals lebten dort etwa 15 000 Deutsche.<sup>17</sup> Seine Dominanz erzwang der Orden mit aller Härte durch „Schwert und Eisen“. Die Mehrheit der prußischen Bevölkerung wurde unterjocht. Die prußische Sprache wurde bekämpft; 1308 zum Beispiel verbot ein Erlass bei Geldstrafe, die prußische und litauische Sprache zu sprechen. Im Ordensstaat galt für Juden und Zigeuner das Aufenthaltsverbot<sup>18</sup>.

Zur Festigung der Macht des Ordensstaats dienten die Eroberung Pommerellens in den Jahren 1308-1309 und der Bau einer riesigen Burg in Marienburg, die zum neuen Sitz des Hochmeisters wurde. Bis dahin hatte sich der Hauptsitz des Ordens in Venedig befunden. Die Herrschaft des Hochmeisters Winrich von Kniprode (1351-1382) markiert die Blütezeit der Ordensmacht. Damals wurden neue Städte nach magdeburgischem Recht gegründet. Es kam zu einer starken deutschen und polnischen Kolonisation aus dem Kulmerland und Masowien, die anfänglich bis nach Osterode, Ortelsburg und Rhein vordrang, um im 17. Jahrhundert Rastenburg, Angerburg, Goldap und Mohrungen zu erreichen. Die litauische Kolonisation geht auf das ausgehende 13. Jahrhundert zurück. In der Mitte des 16. Jahrhunderts erreichte sie Memel, Tilsit, Insterburg. Dieses Gebiet wurde als Preußisch-Litauen bezeichnet. Die dynamische administrative und materielle Entwicklung trug zur zivilisatorischen Blüte der Region bei. Im Mittelalter war dies einer der mächtigsten und am besten organisierten Staaten in Europa. Es wurden Pläne einer weiteren militärischen Expansion geschmiedet: Zusammen mit dem Schwertbrüderorden sollten Litauen und Schamaiten erobert werden. Der Ordensstaat wurde von nun an als Preußen (*Prutinenses, Pruteni*) bezeichnet. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts teilte er sich in acht Komtureien mit Sitz in Osterode, Christburg, Elbing, Balga, Brandenburg, Königsberg, Ragnit und Memel<sup>19</sup>.

Die Eroberung Pommerellens zog einen bewaffneten Konflikt mit dem Königreich Polen nach sich. Dies geschah bereits unter der Herrschaft des Königs Władysław Łokietek (Wladislaw I. Ellenlang). Die Gefahr, die vom Deutschen Orden ausging, war auch einer der Gründe für den Abschluss der polnisch-litauischen Union von Krewo im Jahr 1385. Ein Ergebnis dieser Union war die friedliche Christianisierung Litauens. Der litauische Großfürst Jagiełło wurde 1386, nachdem er getauft worden war und die polnische Königin Hedwig (Jadwiga) geheiratet hatte, zum König von Polen gekrönt. Daraufhin brachen innere Machtkämpfe in Wilna aus, in deren Folge Schamaiten an den Deutschen Orden

---

17 Um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert machten die Prußen immer noch die Hälfte der Bevölkerung aus. Vgl. J. Jasiński, *Zarys historii Prus Wschodnich*, in: *Atlantyda Północy. Dawne Prusy Wschodnie w fotografii*, Olsztyn 1993, S. 59.

18 Vgl. E. Kruk, *Warmia i Mazury...*, S. 17-19.

19 J. Jasiński, *Zarys historii...*, S. 59.

fiel; später wurden Versuche unternommen, dieses Gebiet zurückzuerobern. Auch die territorialen Auseinandersetzungen des Ordens mit Polen wurden an der ganzen Grenzlinie heftiger. Die endgültige Entscheidung des Konflikts brachte die Schlacht bei Tannenberg im Jahr 1410, die mit dem Sieg Polens und Litauens endete. Durch die Niederlage des Ordens schwanden allmählich seine Macht und Bedeutung auf preußischem Gebiet.

Auf Ersuchen des Preußischen Bundes schloss der polnische König Kasimir IV. (Kazimierz Jagiellończyk) im Jahr 1454 ganz Preußen der polnischen Krone an. Diese Einverleibung führte zum Dreizehnjährigen Krieg und wurde mit dem Zweiten Frieden von Thorn 1466 beendet. An Polen fielen die Gebiete des sog. Königlichen Preußens, d. h. Pommerellen mit Danzig, Marienburg, Elbing und Thorn, sowie Ermlands als Fürstbistum. Die 32 000 km<sup>2</sup> großen Ostgebiete des Ordensstaates, Deutschordensland genannt, wurden zum Lehen der polnischen Krone. Polen erkannte zugleich die Oberhoheit des Papstes über diese Gebiete an. 1467 wurde der Hauptsitz des Hochmeisters nach Königsberg verlegt<sup>20</sup>. Die Thorner Verträge führten nicht zur Beilegung des Konflikts und der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Orden und Polen. 1521 wurde in Thorn ein Waffenstillstand vereinbart und 1525 in Krakau ein Friedensvertrag unterzeichnet. Im gleichen Jahr trat der letzte Hochmeister Albrecht von Hohenzollern zum Luthertum über und leistete als nunmehr weltlicher Herzog in Preußen den Lehnseid; diese Belehnung ist in Polen als Preußische Huldigung bekannt. Seitdem wird dieses Gebiet als Herzogtum Preußen bezeichnet. Es war der erste protestantische Staat in Europa. Das zu Polen gehörende Ermland und das gesamte Preußen Königlichen Anteils blieben katholisch. Das Herzogtum Preußen wurde ein erbliches Lehen Albrechts und seiner männlichen Nachkommen. Herzog Albrecht war ein großer Unterstützer und Beschützer preußischer und europäischer Reformatoren. 1544 gründete er in Königsberg eine lutherische Universität. Nach Königsberg kamen zahlreiche Studenten aus Polen, Livland, Deutschland und Litauen. Im 16. Jahrhundert wurden hier mehr Bücher auf Polnisch gedruckt als in Krakau. Bibeln, Gesangbücher und andere Drucke erschienen auch in litauischer, preußischer und deutscher Sprache, unter anderem Werke von Jan Seklucjan, Simon Dach, Zbigniew Morsztyn oder auch die bekannten masurischen Gesangbücher von Jerzy Wasiański (Georg Wasianski) oder litauische Schriften von Kristijonas Donelaitis, der als der Begründer der litauischen Dichtung gilt. An der Albertina studierten auch spätere Gelehrte vom Range eines Immanuel Kant (1724-1804) oder Johann Gottfried Herder (1744-1803)<sup>21</sup>.

20 Vgl. *Państwo zakonu krzyżackiego w Prusach. Władza i społeczeństwo*, pod red. M. Biskupa, R. Czai, Warszawa 2008.

21 Vgl. J. Jasiński, *Zarys historii...*, S. 61, 63; A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 51-70.

Preußen war zur Zeit der Ordensherrschaft das Ziel immer wiederkehrender Kolonisationswellen aus verschiedenen Regionen des Reiches. Damit ging die bereits erwähnte Einwanderung der polnischen und litauischen Bevölkerung einher. Während der Gegenreformation in zahlreichen europäischen Staaten flüchteten verfolgte Lutheraner aus Salzburg, die sog. Salzburger Exulanten, und Mennoniten aus den Niederlanden ins protestantische Herzogtum Preußen. Die letzteren lassen sich hauptsächlich im Bereich der Frischen Nehrung nieder. Somit wird das Herzogtum Preußen zu einem Vielvölkerstaat. Neben Deutschen lebten hier friedlich miteinander polnische Preußen, Preußisch-Litauer und „Andersgläubige“ aus verschiedenen Regionen Europas, unter anderem aus Schottland, dem heutigen Österreich, Frankreich (Hugenotten) und den Niederlanden. Später ließen sich auch Altgläubige, die in Russland Verfolgungen ausgesetzt waren, nieder.

Nach Jahrhunderten der Einflussnahme durch deutsche, polnische und litauische Kolonisten kam den Prußen ihre eigenständige Stammesidentität allmählich abhanden. Sie übernahmen und assimilierten fremde Kulturmuster (Brauchtum und Sprachen). In der Folge verschwand das Prußische (eine der letzten „Inseln“ dieser Sprache hielt sich noch bis in das 18. Jahrhundert hinein in der Gegend um Bischofsburg in Ermland). Am längsten überdauerte die prußische Sprache im Samland. Der Verlust der prußischen Eigenständigkeit wurde durch die Vereinheitlichung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse der Bevölkerung des Preußenlandes begünstigt. Indem die Prußen ihre Eigenständigkeit verloren, gingen sie in der multinationalen Gesellschaft des Königlichen und Herzoglichen Preußens auf<sup>22</sup>. Von ihrem früheren Dasein zeugen unter anderem prußisches Wortgut

---

22 Anders verlief diese Entwicklung in Lettland und Estland, wo den einheimischen Baltenvölkern die fremde Kolonisierung ländlicher Gebiete erspart blieb, so dass sie ihre soziale, kulturelle und rechtliche Eigenart in Livland bewahrten. Vgl. J. Okulicz-Kozaryn, *Dzieje Prusów ...*, S. 479-498; G. Białuński, *Stan badań...*, S. 73, 74. Dort auch weiterführende Literatur. Mit der Problematik der prußischen Völker befasst sich unter anderem Grzegorz Białuński, Mitbegründer der Arbeitsstelle für Preußische Geschichte (Pracownia Badań nad Dziejami Prus) und des Seminarium Prussicorum am Wojciech-Kętrzyński-Forschungszentrum (Ośrodek Badań Naukowych im. W. Kętrzyńskiego) in Olsztyn. Hauptaufgaben der Arbeitsstelle sind Ausarbeitung einer neuen Synthese der Geschichte der Prußen, Edition der Quellen zur Geschichte und Kultur baltischer Stämme, Durchführung des „Seminarium Prussicorum“ und Veranstaltung von Konferenzen („Colloquium Baltica“). Er ist Redakteur des vom Forschungszentrum und der Wissenschaftlichen Gesellschaft Pruthenia herausgegebenen Jahrbuchs *Pruthenia. Pismo poświęcone Prusom i ludom bałtyjskim* [Pruthenia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Prußen und der baltischen Völker], deren erste Ausgabe im Jahr 2006 erschien. Auf Initiative dieser Gesellschaft fand am 9.-15. August 2010 in Olsztyn (Hohenstein) ein Ostsee-Festival (Festiwal Bałtycki) statt, bei dem unter anderem Seminare für prußische Sprache veranstaltet wurden. An die Tradition Galindens als einer touristischen Sehenswürdigkeit knüpft Cezary Kubacki („Galindenführer Yzogus II.“) im masurischen Dorf

unter den Provinzialismen des Deutschen in der masurischen Mundart, in Eigennamen sowie archäologische Ausgrabungen (der legendäre Hafen Truso) oder bis heute erhaltene Steinstelen (sog. preußische Baben)<sup>23</sup>.

Im Jahr 1563 willigt der polnische König Sigismund II. August als Lehnsherr des Herzogtums Preußen und Livlands, die sich nach der Niederlage des livländischen Teils des Deutschen Ordens im Krieg gegen Moskau 1561 Polen unterwerfen und dadurch säkularisiert werden, der Übernahme des Throns der preußischen Herzöge durch die brandenburgische Linie der Hohenzollern ein. Dazu kommt es nach dem Erlöschen der fränkisch-preußischen Linie im Jahr 1618. Eine Auswirkung der polnisch-schwedischen Kriege, in denen der brandenburgische Kurfürst Friedrich Wilhelm die Partei Karl Gustavs ergriff, war der Abschluss der Verträge von Wehlau und Bromberg im Jahr 1657. Aufgrund dieser Verträge sicherte sich der brandenburgische Kurfürst die Oberhoheit in Preußen und schüttelte die Abhängigkeit des Herzogtums Preußen von Polen durch die Aufgabe des Lehensverhältnisses ab. Ein Sohn Friedrich Wilhelms, der brandenburgische Kurfürst Friedrich III., krönte sich 1701 im Königsberger Schloss feierlich zum „König in Preußen“ als Friedrich I.

Friedrich II., der 1740 an die Macht kam, begann einen erfolgreichen Krieg gegen Österreich, um sich anschließend in einen Konflikt einzulassen, der als Siebenjähriger Krieg (1756-1763) in die Geschichte eingehen sollte. Nachdem die russischen Truppen im August 1757 in der Schlacht bei Groß-Jägersdorf in der Gegend von Insterburg das preußische Korps geschlagen hatten, besetzten sie den östlichen Teil Preußens und verleibten ihn Russland ein. Die Besetzung Preußens (1758-1763), bei der alle Stände und das Heer der Zarin Elisabeth den Treueid leisteten<sup>24</sup>, ist für die heutigen russischen Bewohner des Kaliningrader Gebiets von essentieller Bedeutung. In zahlreichen Publikationen, bei historischen Feierlichkeiten, an Denkmälern usw. nehmen sie oftmals Bezug auf die „russische Herrschaft in Preußen“<sup>25</sup>. Eine ähnliche Funktion spielen bei den Litauern, beson-

---

Bartlewo (Barteln) am See Beldany (Beldahn-See) an. Vgl. I. Trusewicz, *Wiza do Galindii. Pomysł na biznes – kraina z wyobraźni wiejskiego lekarza stała się firmą turystyczną*, „Rzeczpospolita“ vom 13.11.2006, S. 8. Forscher und Verbände, die sich mit der Problematik der verschwundenen preußischen Völker auseinandersetzen, sind auch in Litauen und Deutschland tätig.

- 23 Eine von mehreren Dutzend erhalten gebliebenen preußischen Stelen ist im Hof der früheren Deutschordensburg in Allenstein, wo heute das Museum für Ermland und Masuren beheimatet ist, ausgestellt.
- 24 Friedrich II. hielt den Treueid für einen Verrat an Preußen. Aus diesem Grund hat er diesen Teil seines Staates nie wieder besucht. Vgl. J. Jasiński, *Historia Królewca*, Olsztyn 1994, S. 124.
- 25 Vgl. z.B. W. Kulakow, *Ot Wostocznój Prussii do Kaliningradskoj oblasti. Istoriceskij putiewoditel*, Kaliningrad 2002, S. 81-90.

ders im Memelland, die Aufstände prußischer Volksstämme gegen den Deutschen Orden, die durch die vorchristlichen litauischen Herrscher unterstützt wurden. Davon zeugen unter anderem Denkmäler prußischer Anführer, zum Beispiel für Herkus Monte, und nach ihnen benannte Straßen. In der polnischen Nationalmythologie haben die Schlacht bei Tannenberg und die Preußische Huldigung von 1525 diese Rolle übernommen.

Auf Initiative Friedrichs II. kam es 1772 zur ersten Teilung Polens. In der Folge fiel der nördliche und westliche Teil des Landes mit einer Fläche von 36 000 km<sup>2</sup> Preußen zu. Preußen annektierte das Königliche Preußen, das seitdem als Westpreußen bezeichnet wurde. Das bisherige „Königreich in Preußen“ entwickelte sich mit dem Ermland (wo seit Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert alle Bischöfe Polen waren) und dem Herzogtum Preußen zu Ostpreußen. West- und Ostpreußen bildeten das eigentliche Königreich Preußen. Die Besitztümer des Bischofs von Ermland und des Domkapitels, welches dem Papst und dem polnischen König unterstand, wurden säkularisiert; die Herrschaft über die Bewohner des Ermlands übernahm der preußische König. Die weiteren Teilungen Polens (1793 und 1795) bestärkten die preußische Herrschaft in diesem Teil Europas. Seit 1793 teilte sich Westpreußen in die Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder.

Auf die Niederlage Preußens im Krieg gegen Napoleon (Schlacht bei Jena im Jahre 1806) und die Befreiung Polens durch französische Truppen folgte die Besetzung Ostpreußens<sup>26</sup>. In der napoleonischen Zeit wurde eine Reihe sozialer Reformen durchgesetzt (u. a. Abschaffung der Leibeigenschaft, Erlass der Befreiungsedikte, Beginn der Judenemanzipation, Reform des Schulwesens usw.). Nach der Niederlage des napoleonischen Heeres und dem Wiener Kongress (1815) wurden weitere Verwaltungsreformen in Angriff genommen. Die Provinz Ostpreußen wurde in zwei Regierungsbezirke, Königsberg und Gumbinnen, sowie in 37 Kreise geteilt. In den Jahren 1824-1878 wurden Ost- und Westpreußen zur Provinz Preußen zusammengelegt; der Sitz der Verwaltungsbehörden war Königsberg. 1878 wurde die Provinz erneut in Ost- und Westpreußen geteilt. Im Jahr 1905 wurden aus dem südlichen Teil Ostpreußens neun Kreise ausgegliedert und im neuen Regierungsbezirk Allenstein (neben den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen) zusammengefasst. 1817 zählte Ostpreußen insgesamt 886 000 Einwohner<sup>27</sup>. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzt sich für die Region, in

---

26 Vgl. J. Jasiński, *Wschodniopruskie kampanie Napoleona. Wielka Armia i Wojska Polskie w 1807 roku. Historia, tradycja, legendy*, Olsztyn 2007; ders.: *Napoleon w Olsztynie i okolicach (1807)*, Olsztyn 2003; *Żołnierze polscy na Mazurach (1807)*, Olsztyn 2004.

27 Vgl. *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945*, Reihe A: *Preußen*, hrsg. von W. Hubatsch, Bd. 1: *Ost- und Westpreußen*, bearb. von D. Stüttgen, Marburg/Lahn 1975, S. XVIII-XIX; J. Jasiński, *Zarys historii...*, S. 65.

der protestantische polnische Preußen leben, die Bezeichnung Masuren (Mazury) durch; das katholische Ermland wird „Polnisches Ermland“ (Polska Warmia) genannt. Die polnischen Bewohner dieser Gebiete werden mit der Zeit als Masuren und Ermländer bezeichnet. Beide Regionen bestehen aus südlichen Kreisen Ostpreußens. Im nördlichen Teil der Provinz lebte eine geschlossene Gemeinschaft protestantischer Preußisch-Litauer<sup>28</sup>. Die deutsche Bevölkerung (überwiegend Protestanten) lebte in den übrigen Regionen Ostpreußens und war die dominierende Bevölkerungsgruppe in den Städten.

---

28 Vgl. E. Martuszeński, *Koncepcja zgermanizowania Litwinów Pruskich opracowana i przyjęta do realizacji w latach 1802-1803*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1979, Nr. 4, S. 441-457; ders. *Polscy i niepolscy prusacy. Szkice z historii Mazur i Warmii*, Olsztyn 1974; B. Piotrowski, *Mniejszość litewska w Prusach Wschodnich (do lat osiemdziesiątych XIX wieku)*, in: *Litvano-Slavica Posnaniensia. Studia Historica* Bd. IV, 1990, S. 39-64.

### 3. Ostpreußen in den Grenzen des Deutschen Kaiserreichs (1871-1918)

Der Sieg Preußens im Krieg gegen Frankreich in den Jahren 1870-1871 fiel auf den Höhepunkt der Macht des preußischen Staates; ihm waren Kriegserfolge gegen Dänemark (1864) und Österreich (1866) vorangegangen. Preußen wurden neue Gebietseroberungen (Elsass und Lothringen sowie Nordschleswig) einverleibt. Am 18. Januar 1871 wurde in Versailles unter Führung Preußens das Zweite Reich als gesamtnationaler Staat aller Deutschen ausgerufen. Wilhelm I., König von Preußen, wurde zum Erbkaiser des Deutschen Reiches mit der Hauptstadt Berlin. Das Deutsche Reich wie auch Preußen als dessen Teilstaat entwickelten sich zur europäischen Großmacht, deren Territorium sich von Nimmersatt nördlich von Memel bis nach Metz und Straßburg, von Schottburg in den Dänemark entrissenen Gebieten bis nach Kattowitz, von den Bayerischen Alpen bis nach Stralkowo bei Wreschen in Großpolen erstreckte.

Die große Kontribution, die vom besiegten Frankreich nach dem Krieg 1871 gezahlt wurde, und die intensive Industrialisierung und Urbanisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert waren die wichtigsten Faktoren, die zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostpreußens, das damals als „deutsche Kolonie in Europa“ bezeichnet wurde, beitrugen. Für die Masuren, Ermländer und Preußisch-Litauer bedeutete dies auch von einem effizienten Staatsapparat geplante, systematisch und in großem Stil durchgeführte Germanisierungsmaßnahmen. Dazu dienten die aufgrund des sog. „Kulturnationalismus“ ergriffenen Schritte, die auf eine radikale Begrenzung des Unterrichts der jeweiligen Muttersprache (Litauisch bzw. Polnisch) zugunsten der Staatssprache (Deutsch) abzielten<sup>29</sup>. Im Ermland spielte der *Kulturkampf* (1871-1886) eine wichtige Rolle im Kampf gegen das polnische Element<sup>30</sup>. Zum Symbol dieses Kampfes gereichten die Marienerscheinungen von 1877; dabei soll die Gottesmutter in Dietrichswalde, einem kleinen Ort südlich von Allenstein, zu ermländischen Mädchen (Seherinnen) auf Polnisch gesprochen haben. Der Ort entwickelte sich zu einem rege besuchten Wallfahrtsort und einem

29 Vgl. J. Jasiński, *Problematyka języków niemieckich w Ostpreußen w I połowie XIX wieku, in: Zagadnienia narodowościowe w Ostpreußen w XIX i XX wieku*, pod red. J. Jasińskiego, Olsztyn 1993, S. 8-59.

30 Vgl. J. Jasiński, *Świadomość narodowa na Warmii w XIX wieku. Narodziny i rozwój*, Olsztyn 1983; R. Traba, *Niemcy – Warmiaci – Polacy 1871-1914. Z dziejów niemieckiego ruchu katolickiego i stosunków polsko-niemieckich w Prusach*, Olsztyn 1904; F. Ditrach, *Kulturkampf im Ermland*, Berlin 1913; L. Trzeciakowski, *Kulturkampf w zaborze pruskim*, Poznań 1970; J. Krasuski, *Kulturkampf. Katolicyzm i liberalizm w Niemczech XIX wieku*, Poznań 1963.

wichtigen Zentrum für das Polentum<sup>31</sup>. Im Jahr 1878 wurde das Polnische aus den ostpreußischen Schulen gänzlich verbannt. Als Reaktion auf die antilitauische und antipolnische Politik, die vom „Eisernen Kanzler“, Otto von Bismarck, verkörpert wurde, entwickelten sich die Nationalbewegungen: die litauische im Memelland und die polnische vorwiegend im Polnischen Ermland. Symbol des Polentums wurden die 1886 gegründete „Gazeta Olsztyńska“, die im masurischen Lyck erscheinende „Gazeta Ludowa“ (1896-1902) sowie das Blatt „Mazur“ in Ortelsburg (1908-1914)<sup>32</sup>. Eine wichtige Rolle bei der Pflege des litauischen Elements spielte die in Memel ab 1901 erscheinende Zeitung „Lietuwiszka Ceitunga“ sowie „Auszra. Laikrasztis, iszleidziamas Lietuvos miletoju“, die ab 1883 publiziert wurde.<sup>33</sup> Im Jahr 1896 wurde die Mazurska Partia Ludowa (Masurische Volkspartei) gegründet, die die erste politische Organisation masurischer Bauern war. Die staatlichen Bemühungen um eine Assimilation der Polen, Litauer, Masuren, Ermländer, Juden und anderer Nationalitäten auf der Grundlage des Deutschtums wurden ab Ende des 19. Jahrhunderts durch die allgemeine zivilisatorische Entwicklung und den wachsenden Wohlstand begünstigt.

Das Preußen des Ordens und der brandenburgischen Kurfürsten war ein Vielvölkerstaat, in dem verschiedene Nationen friedlich miteinander lebten. Kriege und zahlreiche Epidemien, als zum Beispiel in den Jahren 1709-1710 154 000 Menschen oder etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Provinz verhungert oder an verschiedenen Seuchen gestorben waren, führten dazu dass die Staatsbehörden an der Zuwanderung neuer Siedler aus Polen, Litauen und anderen Ländern interessiert waren. So kamen beispielsweise in den Jahren 1732-1734 17 000 protestantische Emigranten aus Salzburg und der Umgebung nach Ostpreußen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts lebten hier auch etwa 1 000 Altgläubige (Philipponen) und mehr als 3 000 Juden<sup>34</sup>.

Neben der dominierenden deutschen Bevölkerung waren preußische Polen die zahlenmäßig zweitstärkste Gruppe. Unter ihnen haben sich wegen unterschiedlicher Religionen und historischer Schicksale zwei Gruppen herausgebildet, die

---

31 Vgl. H. Orłowski, *Rzecz o dobrach symbolicznych. Gietrzwałd 1877*, Olsztyn 2005. Dort auch weiterführende Literatur.

32 Vgl. W. Wrzesiński, *Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej 1864-1945*, Warszawa 1984.

33 Vgl. S. Pocyte, *Mažlietuviai vokietyjos imperijoje 1871-1914*, Vilnius 2002; Vgl. auch: S. Szostakowski, *Wschodniopruskie tło czasopisma „Auszra“ (1883-1886)*, in: *Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Z zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków niemiecko-litewskich i polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku)*, Olsztyn 1992, S. 9-26.

34 L. Belzyt, *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar*, Marburg 1998.

zu den ethnischen Minderheiten zu zählen sind. Dies waren die protestantischen Masuren und die katholischen Ermländer.

### 3.1. Masuren

Mehrere polnische Siedlungswellen in die nach der Unterwerfung der Prußenstämme durch den Deutschen Orden entvölkerten Gebiete ließen hier geschlossene Zentren polnischstämmiger Bevölkerung entstehen. Die polnische Kolonisation in Masuren, die sich parallel zur Einwanderung der deutschen Bevölkerung entwickelte, war keine staatliche Expansion, so dass das polnische Element unter der fremden, starken Macht des Deutschen Ordens stand und später (1525-1657) unter der Oberhoheit der preußischen Herzöge, die Lehnmänner der polnischen Krone waren. Die Säkularisierung des Deutschen Ordens und die Annahme des Protestantismus durch die Mehrheit der damaligen Bewohner Preußens trugen zur allmählichen Abschottung der Masuren nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen das katholische Ermland bei. Die polnische Bevölkerung, die jahrhundertlang unter preußischen Herrschern lebte, bildete in Masuren ein auf eigener Sprache und Erhalt eigener Sitten und Gebräuche beruhendes eigenständiges gesellschaftliches Bewusstsein aus.

Im 17. Jahrhundert bildeten die preußischen Polen immer noch eine geschlossene und dynamische Gruppe, die polnische Kolonisation setzte sich fort. Der Niedergang Polens und die Erlangung der Unabhängigkeit durch Preußen bedingten einen allmählichen Wandel der Rahmenbedingungen für das polnische Element. Die preußischen Masuren bildeten nunmehr eine geschlossene ethnische Gruppe nur im ländlichen Milieu. Der polnische Adel und das polnische Bürgertum übernahmen immer häufiger fremde Kulturmuster. Trotz dieser Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts behielten die Masuren ihre Eigenständigkeit bei. Preußen war ein Gebiet, auf dem unterschiedliche sprachliche, ethnische und nationale Gruppen sich berührten und zusammenlebten. Noch im 19. Jahrhundert verlief hier – oft unscharf – die polnisch-litauische, polnisch-deutsche und deutsch-litauische Sprachgrenze. Es gab mehrere Sprachinseln und in einzelnen Familien wurden manchmal mehrere Sprachen gesprochen. Masuren war ein besonderes sprachlich-ethnisches Grenzgebiet, im Laufe der Jahrhunderte hervorgegangen aus sich überlagernden Kolonisationswellen mit unterschiedlicher Reichweite, Ausprägung und Intensität.

Die Masuren lebten jahrhundertlang in ihrer eigenen Welt, einem gesonderten geistigen Klima, in dem sie sich unter dem organisierten und systematischen Assimilationsdruck immer mehr gegen die Außenwelt abschotteten. Aus der deutschen oder deutsch geprägten Umwelt wurden verschiedene Lebens- oder Wirtschaftsführungsmuster u.Ä. mehr oder weniger bewusst übernommen, die

wichtigsten Werte wie Brauchtum, Religion, Sprache, Schrifttum wurden aber gerade durch die Herausbildung eines separaten masurischen Milieus geschützt, das imstande war, seine eigene – unabhängige und der deutschen Außenwelt entgegengesetzte – Meinung zu entwickeln. Lange Zeit bildeten die Masuren eine Randgruppe sowohl im preußischen Staat als auch in polnischen Überlegungen zur Volkszugehörigkeit<sup>35</sup>.

Der Erhalt und die Entwicklung der masurischen Gruppenidentität war trotz der fortschreitenden Assimilation an das Deutschtum auf mehreren einander bedingenden und durchdringenden Ebenen (Kultur und Sprache, Religionszugehörigkeit, Wirtschaft und Weltanschauung) möglich<sup>36</sup>.

Die Bezeichnung der polnischen Bevölkerung in den südlichen Kreisen des ehemaligen Ostpreußens als Masuren geht auf den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Noch unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. (1840-1861) wurden die Bewohner Preußens als polnische, litauische, deutsche oder französische Preußen bezeichnet. „Masuren“ nannten sich selbst damals die Bewohner des polnischen Masowiens (die Masowier). Nach der dritten Teilung Polens im Jahr 1795 fiel das masowische Gebiet am Narew an Preußen und wurde zu Neustpreußen. Die preußischen Behörden erkannten damals, dass die katholischen „Masuren“ in Masowien und Podlachien die gleiche Sprache sprachen wie die protestantischen „polnischen Preußen“, die in den sog. „polnischen Ämtern“, d. h. in „Polnisch-Preußen“ (*Prussia Polonica*) lebten. Daher nannte man die „polnischen Preußen“ zunächst in „preußische Masuren“ um, um es später nur bei der Bezeichnung „Masuren“ zu belassen. Anfänglich waren die „polnischen Preußen“ mit diesem neuen Eigennamen gar nicht einverstanden, denn sie sahen darin – nicht zu Unrecht – Anzeichen einer gewissen Boshaftigkeit. Der Name „Masuren“ als geographisch-ethnischer, nicht als administrativer Begriff begann nach der neuen Kreiseinteilung von 1818 die Oberhand zu gewinnen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts war dieser Name schon ein fester Begriff<sup>37</sup>.

Die Hochburg des Masurentums bildeten jahrhundertlang lokale Gruppen auf dem Lande. Zu ihren besonderen Merkmalen gehörten – neben ihren geringen

35 Vgl. G. Jasiński, *Mazurzy w drugiej połowie XIX wieku. Kształtowanie się świadomości narodowej*, Olsztyn 1994; vgl. A. Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870-1956*, Wiesbaden 2001.

36 Vgl. A. Sakson, *Mazurzy – społeczność pogranicza*, Poznań 1990; A. Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2001; E. Blanke, *Polish-speaking Germans? Language and national identity among the Masurians since 1871*, Köln/Weimar/Wien 2001.

37 Vgl. M. Toeppen, *Historia Mazur. Przyczynek do dziejów krainy i kultury pruskiej*, Olsztyn 1995; K. Obitz, *Dzieje ludu mazurskiego*, Dąbrówno 2007; J. Jasiński, *Poczucie regalistyczne, wyznaniowe i językowo-etniczne Mazurów w XIX wieku (do 1870)*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1985, Nr. 3-4, S. 259 f.

Dimensionen – die relative Abschottung gegen die Außenwelt, die weitgehende Autarkie sowie direkte persönliche Kontakte aller Gruppenmitglieder, beruhend auf Verwandtschaft und Nachbarschaft, oft unabhängig von der Sprache, die sie beherrschten. Weitere Merkmale, durch die sich diese Milieus auszeichneten, waren die beachtliche materielle, berufliche und ethnische Homogenität und – in der Regel – gemeinsame Traditionen, sittliche Normen, Religion und Brauchtum. Die lokale Kleingesellschaft (Dorf oder Kleinstadt) bildete in Masuren meist eine integrierte Einheit mit einer ausgeprägt informellen Struktur und unabhängig von der formellen Verwaltungsorganisation. Diese wiederum bestimmte die soziale Stellung des Einzelnen oder der jeweiligen Familie, wo ein einheitliches Wertesystem dominierte und die sozialen Bande durch Verwandtschaft und Nachbarschaft determiniert waren.

Eine bedeutende Rolle bei der Pflege der masurischen ethnischen Eigenart spielte die polnische Sprache, die bis 1871 in masurischen Dorfschulen unterrichtet wurde. Ein Ansatz der Germanisierungspolitik war unter anderem das Bestreben, die „masurische Sprache“ als eine vom Polnischen gesonderte Sprache zu definieren. Das Fehlen engerer Beziehungen zu den Polen jenseits der Grenze und eingeschränkte Kontakte zum katholischen Ermland hatten zur Folge, dass das von den Masuren gesprochene Polnisch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert zunehmend archaischer und für diese Sprachgemeinschaft kennzeichnend wurde. Es stützte sich in beachtlichem Maße auf die unter den Masuren verbreiteten Bibeln, Gesangbücher und andere religiöse Bücher, die meistens den Syntaxregeln der Zeit der Renaissance und des Barocks folgten. Charakteristisch für diese in ihrer Form edle und schöne Sprache war, dass sie hauptsächlich in den traditionell geprägten masurischen Lokalgesellschaften gesprochen wurde. In erster Linie war sie das Idiom masurischer Bauern und Arbeiter; stieg ein Masure sozial auf, sprach er entweder Deutsch oder die polnische Schriftsprache.

Die eigene Sprache der Masuren war der Hauptfaktor, der diese Gemeinschaft zusammenhielt. Dies galt insbesondere für die ländliche Bevölkerung fernab der Städte, wo zahlreiche Institutionen aktiv waren, die eine rasche Assimilation der masurischen Bevölkerung an das Deutschtum betrieben. Die Verbreitung des Polnischen anhand der deutschen Statistiken aus den Jahren 1890-1925 ist in Tabelle 1 dargestellt.

Ein weiteres wichtiges Element, das die Eigenart und das Selbstbewusstsein der Masuren bestärkte und wachhielt, war neben der polnischen Sprache<sup>38</sup> der einmalige Typus der masurischen Religiosität. Sie beruhte auf eigenen, dem Luthertum entlehnten Religionsformen, unter anderem der Gromadkibewegung, deren Mitglieder am Kirchenleben teilnahmen, aber unabhängig davon ihren von Lai-

---

38 Vgl. E. Martuszewski, „Die polnische Sprachfrage in Preußen“ *Gustawa Gizewiusza jako źródło do badań nad dziejami germanizacji szkolnictwa na Mazurach*, Olsztyn 2001.

en, nicht von Priestern, geleiteten Versammlungen angehört, den „Gromadki“ (Häuflein). Diese Bewegung entstand zu Beginn des 19. Jahrhunderts.<sup>39</sup>

Den bei weitem größten Anteil an der masurischen Bevölkerung machten die Kleinbauern aus, die oftmals ungeachtet großer Anbauflächen schlechte Böden bewirtschafteten; dieser Umstand sowie ihre vielköpfigen Familien zwangen sie dazu, sich nach anderen Erwerbsmöglichkeiten umzusehen. Eine beachtliche Zahl der Masuren gehörte zu den niedrigsten sozialen Schichten Ostpreußens. Sie arbeiteten in der Regel als Landarbeiter, Fischer, Handwerker, Kleinkaufleute oder städtische Arbeiter. Eine geringe Gruppe machten die Kleinbürger (in Bialla, Arys) aus. Die Masuren bekleideten auch niedere Funktionen in der Verwaltung, bei der Polizei als Boten, Dolmetscher, untere Kanzleibeamte, Polizisten oder bei der Eisenbahn als Arbeiter, Träger, Bahnwärter, Schaffner usw.

*Tabelle 1 Sprachenstatistik in Masuren (Kreise: Osterode, Neidenburg, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Lötzten, Sensburg und Marggrabowa) in den Jahren 1890-1925*

Kreis	Jahre	Bevölkerung gesamt	Anzahl der Sprecher		Anzahl der Sprecher anderer Sprachen	Verhältnis in %		
			Deutsch	Polnisch		Deutsch	Polnisch	andere Sprachen
Osterode	1890	68 917	31 668	37 194	55	45,95	53,97	0,08
	1900	71 193	37 401	33 774	18	52,53	47,44	0,03
	1905	72 752	39 623	33 092	37	54,46	45,49	0,05
	1910	73 936	43 386	30 496	54	58,69	41,24	0,07
	1925	76 605	67 261	9269	76	87,80	12,10	0,10
Neidenburg	1890	34 470	8010	26 457	3	23,24	76,75	0,01
	1900	33 391	8855	24 531	5	26,52	73,47	0,01
	1905	34 383	8872	25 469	42	25,80	74,07	0,13
	1910	35 367	11 765	23 547	55	33,27	66,57	0,16
	1925	38 588	29 671	8839	78	76,89	22,91	0,20
Ortelsburg	1890	70 315	15 411	54 887	17	21,92	78,06	0,02
	1900	68 345	15 572	52 590	183	22,78	76,95	0,27
	1905	69 457	17 214	52 141	102	24,78	75,07	0,15
	1910	69 627	20 210	49 366	51	29,03	70,89	0,08
	1925	71 064	48 997	21 982	85	68,95	30,93	0,12
Johannisburg	1890	48 747	10 323	38 372	52	21,18	78,71	0,11
	1900	48 262	12 161	36 059	42	25,20	74,71	0,09
	1905	50 453	13 651	36 745	57	27,06	72,83	0,11
	1910	51 399	16 379	34 964	56	31,87	68,02	0,11
	1925	55 240	43 421	11 656	163	78,61	21,10	0,29

39 Vgl. G. Jasiński, *Kościół ewangelicki na Mazurach w XIX wieku (1817-1914)*, Olsztyn 2003.

Lyck	1890	54 071	18 042	35 991	38	33,37	66,57	0,06
	1900	53 529	22 198	31 300	31	41,47	48,57	0,06
	1905	55 081	23 363	31 673	45	42,42	57,50	0,08
	1910	55 579	27 138	28 345	96	48,83	51,00	0,17
	1925	58 429	51 239	7081	109	87,69	12,12	0,19
Lötzen	1890	41 793	20 559	21 135	99	49,19	50,57	0,24
	1900	40 452	21 734	18 669	49	53,73	46,15	0,12
	1905	41 609	21 997	19 541	71	52,87	46,96	0,17
	1910	41 209	26 352	14 809	48	63,95	35,93	0,12
	1925	45 817	43 597	2132	88	95,15	4,66	0,19
Sens- burg	1890	48 758	18 043	30 266	449	37,01	62,07	0,92
	1900	48 403	20 447	27 453	503	42,24	56,72	1,04
	1905	49 187	21 950	26 829	398	44,65	54,54	0,81
	1910	50 097	24 496	24 840	761	48,90	49,58	1,52
	1925	51 779	44 022	6770	987	85,02	13,08	1,90
Marg- grabowa	1890	41 134	21 341	19 769	24	51,88	48,06	0,06
	1900	39 123	24 182	14 940	1	61,81	38,19	0,02
	1905	39 245	24 774	14 345	36	63,13	36,78	0,09
	1910	38 850	27 334	11 504	12	70,35	29,02	0,03
	1925	40 107	36 515	3491	101	91,04	8,71	0,25
Gesamt:	1890	408 205	143 397	264 071	737	35,14	64,72	0,14
	1900	402 398	162 550	239 316	832	40,37	59,42	0,21
	1905	412 167	171 454	239 925	788	41,62	58,24	0,14
	1910	416 064	197 060	217 871	1333	47,37	52,37	0,26
	1925	437 630	364 723	71 220	1687	83,35	16,25	0,40

Quelle: Siehe W. Pohorecki, *Mazury w Prusach Wschodnich*, in: *Sprawy Narodowościowe* 1932, Nr. 2-3, S. 170, Tab. II.

Aufgrund des Konservatismus der masurischen Bevölkerung, der unter anderem in der Pflege des eigenen Brauchtums und der polnischen Sprache zutage trat, begann sich im 19. Jahrhundert ein negatives Stereotyp des Masuren herauszubilden. Genährt wurde dies auch durch die materielle Armut, das niedrige Niveau der Agrarkultur und das Analphabetentum sowie durch Alkoholismus und Kriminalität, die damals in Masuren weit verbreitet waren<sup>40</sup>.

Am augenfälligsten manifestierte sich dieses Stereotyp in der verbreiteten Redewendung: „Wo sich aufhört die Kultur, fängt sich zu leben an Masur“ bzw. „Wo sich anfängst das Masur, so sich aufhört den Kultur“. Die Syntax war absichtlich

40 Vgl. F. S. Oldenburg, *Przyczynki do poznania Mazur. Sprawozdanie do centralnego Komitetu do Spraw Misji Wewnętrznej*, Warszawa 2000; *Mazury. Tradycja i codzienność*, oprac. A. Kossert, Olsztyn 2002.

verstümmelt und falsch, was auf mangelnde Deutschkenntnisse der Masuren hinweisen sollte. Dieser verächtliche Ausspruch war unter den Deutschen allgemein gebräuchlich, die damit die kulturelle und zivilisatorische Minderwertigkeit der masurischen Bevölkerung zum Ausdruck brachten.

Die Masuren, die jahrhundertlang in ihrer eigenen kleinen Welt, einem gesonderten geistigen Klima lebten, reagierten auf nationenbildende Prozesse mit einem Widerstand, wie er dem rückschrittlichen Teil der ländlichen Bevölkerung eigen ist.

Unter den Masuren herrschte die Haltung eines nationalen Indifferentismus vor. Wojciech Kętrzyński, der aus Masuren stammte, fasste dieses Problem in seiner 1872 erschienenen Arbeit *O Mazurach* (Über die Masuren) folgendermaßen: „Obwohl der Masure es weiß und zugibt, dass er Polnisch spricht, wirst du doch selten aus seinem Munde hören, dass er Pole ist, sondern eher, er sei ein Preuße, denn die Polen mag er schon wegen der Religion nicht und bringt ihnen keine Sympathie entgegen. Damit diese Abneigung nichts an Stärke einbüßt, wird allerlei Einfluss genommen, über den zu reden sich erübrigt“.

Das Eigenleben der Masuren bewirkte, dass das Interesse Polens an dieser Volksgruppe recht gering war. Versuche, die Masuren politisch in das polnische Leben der Teilungsgebiete zu integrieren, wurden zwar schon relativ früh unternommen, doch systematische Maßnahmen diesbezüglich erst in den Jahren 1880-1885 ergriffen. Sporadische polnische Kampagnen um die Wende zum 20. Jahrhundert konnten nicht die gewünschten Ergebnisse zeitigen.

## 3.2. Ermländer

Unter der Herrschaft des preußischen Königs Friedrich II. wurde den Bewohnern des Ermlands am 13. September 1772 verkündet, dass diese Gebiete nach 306 Jahren der Zugehörigkeit zum polnischen Staat nun in den Grenzen Preußens lagen. Dies war die Folge der ersten Teilung Polens. Der Bischof von Ermland, Ignacy Krasicki, musste zur Kenntnis nehmen, dass preußische Kommissare das Wappen der Hohenzollern-Monarchie an den öffentlichen Gebäuden in Frauenburg, Heilsberg, Braunsberg, Allenstein, Guttstadt, Wormditt, Mehlsack, Rößel, Wartenburg, Bischofsburg und anderen Städten Ermlands befestigten. Die polnische Bevölkerung, die im 16. Jahrhundert das südliche Ermland kolonisiert hatte, wurde für 176 Jahre zu Untertanen des preußischen und deutschen Staates. Im nördlichen Ermland lebten Deutsche. Ein Teil von ihnen hielt den Anschluss an Preußen für eine „historische Gerechtigkeit“. Die polnischen Ermländer wurden zur nationalen Minderheit unter den deutschsprachigen Bewohnern des Königreichs Preußen.

Die neuen Machthaber begannen unverzüglich mit der Integrierung des Fürstbistums Ermland in den preußischen Staat. An Stelle der zehn Kammerämter wurden zwei Kreise (Heilsberg und Braunsberg) gemäß der preußischen Gesetzgebung gebildet. 1818 wurde Ermland im Zuge der gesamtstaatlichen Verwaltungsreform in vier Kreise (Braunsberg, Heilsberg, Rößel und Allenstein) aufgeteilt. In den zuletzt genannten Kreisen, die in der polnischen Wissenschaft als „Polnisches Ermland“ bezeichnet werden<sup>41</sup>, bildeten die Polen eine geschlossene Bevölkerungsgruppe; im Kreis Allenstein stellten sie die Hälfte der Einwohner.

Tabelle 2 Zahl polnischer und deutscher Einwohner in den Kreisen Allenstein und Rößel in den Jahren 1890-1910

Kreis	Jahre	Gesamt	Deutsche Einwohner	Polnische Einwohner
Alenstein	1890	77 612	34 938	42 638
	1900	82 486	40 610	41 837
	1905	85 625	45 723	40 893
	1910	57 919	22 825	35 079
Rößel	1890	49 329	41 536	7785
	1900	50 300	42 484	7812
	1905	50 390	42 555	7805
	1910	50 472	43 189	7283

Quelle: Eigene Aufstellung aufgrund von L. Belzyt, *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar*, Marburg 1998, S. 83, 90.

1890 lebten im Regierungsbezirk Allenstein insgesamt 349 800 polnische Preußen (d. h. Ermländer und Masuren), was 67 % der Gesamteinwohnerzahl ausmachte; 1910 betrug diese Zahl dagegen 337 300 Personen oder 62,1 %. Im Jahr 1910 zählten die katholischen Ermländer ca. 42 000 Personen, während es die protestantischen Masuren auf etwa 295 000 brachten.<sup>42</sup>

Die Ermländer bildeten, ähnlich wie die Masuren, eine zumeist bäuerliche Bevölkerung, die eine eigene Mundart sprach<sup>43</sup> und zahlreiche Merkmale auf-

41 Diese Teilung erwies sich als stabil und blieb mit kurzen Unterbrechungen (1974-1999) bis heute erhalten. Vgl. J. Jasiński, *Świadomość narodowa na Warmii...*, S. 16-18; S. Drej, *Święta Warmia...*, S. 60-62; A. Szyfer, *Warmiacy. Studium tożsamości*, Poznań 1996, S. 44-46.

42 Vgl. L. Belzyt, *Sprachliche Minderheiten...*, S. 16-19.

43 Vgl. *Kultura ludowa Mazurów i Warmiaków*, pod red. J. Burszty, Wrocław 1976; A. Szyfer, *Wierzenia ludowe Mazurów i Warmiaków*, Olsztyn 1975; *Warmiacy i Mazurzy. Życie*

wies, durch sie sich sowohl von den deutschen Ermländern als auch von ihren Landsleuten im polnischen Kernland unterschied<sup>44</sup>.

### 3.3. Preußisch-Litauer

Die zahlenmäßig drittgrößte Bevölkerungsgruppe neben Deutschen und preußischen Polen bildeten im 19. Jahrhundert die Preußisch-Litauer (die übrigen Bewohner dieser Region wurden als preußische Schotten, preußische Engländer, preußische Salzburger, preußische Juden oder preußische Hugenotten, Mennoniten oder Philipponen bezeichnet). Protestanten machten im Jahr 1910 94 % aller Preußisch-Litauer aus. Diese bewohnten den nördlichen Teil Ostpreußens. Im Jahre 1861 wurde ihre Zahl auf ca. 171 000 geschätzt. Laut der Erhebung aus dem Jahr 1890 ging die Zahl der litauischen Bevölkerung durch Assimilationsprozesse (die sich ähnlich wie unter Ermländern, Masuren und anderen Minderheiten vollzogen) zurück und betrug 131 000, 1910 dann 114 000.<sup>45</sup> Die räumliche Verteilung der litauischen Bevölkerung in den Regierungsbezirken Gumbinnen und Königsberg in den Jahren 1890 und 1910 wird in Tabelle 3 veranschaulicht.

Tabelle 3 Zahl der litauischen Einwohner in den Regierungsbezirken Gumbinnen und Königsberg in den Jahren 1890 und 1910

Regierungsbezirk/Kreis	1890		1910	
	Einwohner	%	Einwohner	%
Gumbinnen	90 650	11,5	74 100	12,2
Niederung	12 200	22	7560	13,9
Tilsit	27 950	39	24 150	28,3
Ragnit	14 200	26	10 250	18,5
Heydekrug	25 300	60	25 000	57,8

---

*codzienne ludności wiejskiej w I połowie XIX wieku*, pod red. B. Kuźniewskiego, Olsztynek 2002.

- 44 Der Ermländer Walenty Barczewski beschrieb zu Beginn des 20. Jahrhunderts seine Landsleute folgendermaßen: „Die Ermländer sind zutiefst religiös, fleißig, ruhig und äußerst konservativ. Diesem Konservatismus haben die deutschen Miteigentümer ihre Übermacht in allen Berufen zu verdanken. Auf den gleichen Konservatismus ist aber zurückzuführen, dass die Ermländer polnisch geblieben sind, dass sie allen Germanisierungsgelüsten standgehalten haben und dass sie noch für lange Zeit polnisch bleiben werden. (...) Es ist noch einer weiteren Eigenschaft unseres Volkes Erwähnung zu tun. (...) Die Ermländer sind den Juden wohlgesinnt“. Zit. nach: S. Drej, *Święta Warmia...*, S. 61 f.
- 45 L. Belzyt, *Sprachliche Minderheiten...*, S. 24-26.

Pillkallen	7000	15	4580	10
Insterburg	1600	2,2	960	1,2
Stallupönen	1350	3	870	2
Goldap	700	1,5	450	1
Darkehmen	50	0,1	20	0
Gumbinnen	200	0,4	180	0,3
Königsberg	39 700	3,4	38 400	4,2
Memel	29 500	49,6	31 300	50,5
Labiau	9600	18	6650	13
In den Kreisen insgesamt:	131 000	1,2	114 000	0,9

Quelle: S. L. Belzyt, *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar*, Marburg 1998, S. 25.

Die meisten litauischen Einwohner (25 000) lebten im Kreis Heydekrug (Šilutė), wo sie im Jahr 1910 nicht weniger als 57,8 % der Einwohnerschaft ausmachten, und im Kreis Memel, wo 31 300 Litauer lebten oder 50,5 % der Einwohnerschaft. Die fortschreitende Assimilation an das Deutschtum wurde (ähnlich wie in Masuren und dem Ermland) durch den Verlust der nationalen Eigenständigkeit begleitet. Dies war in den Kreisen südlich von Memel und Heydekrug besonders signifikant. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts verlief im Kreis Goldap die litauisch-polnische Sprachgrenze. Das 19. Jahrhundert brachte allerdings ein allmähliches Verschwinden der litauischen Sprache im südlichen, auch Kleinlitauen genannten Preußisch-Litauen; dies entsprach dem Schwund des Polnischen im nördlichen Masuren und dem Ermland: So lebten 1831 beispielsweise 12 350 Litauer im Kreis Insterburg und machten 25 % aller Einwohner aus. 1861 halbierte sich diese Zahl auf 6 100 Personen (10 %), um dann 1890 auf 1 600 (2,2 %) bzw. 1910 auf 960 (1,2 %) zu schrumpfen<sup>46</sup>.

Die litauischen und polnischen Preußen bildeten eine ländliche Bevölkerung, das Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem jeweiligen Volk war relativ schwach ausgeprägt. Dass die Preußisch-Litauer wie die Masuren protestantisch waren, trug nicht eben dazu bei, die Kontakte mit ihren katholischen Landsleuten in Großlitauen zu intensivieren. Der Germanisierungsprozess<sup>47</sup> war unter den Arbeitern und litau-

46 *Ebenda*, S. 25. Vgl. auch: K. Forstreuter, *Die Anfänge der Sprachstatistik in Preußen und ihre Ergebnisse zur Litauerfrage*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 1953, Nr. 2, S. 346.

47 Albert Zweck schilderte dieses Phänomen folgendermaßen: „Die Litauer haben, der natürlichen Entwicklung entsprechend, sich im allgemeinen der höheren Kultur der Deutschen gefügt. (...) Wenn der Litauer in bessere Verhältnisse kommt, lernt er von selbst das deutsche Wesen schätzen (...) und lernt andererseits die mancherlei Vorteile

ischen Intellektuellen sowie unter den Stadtbewohnern besonders augenfällig<sup>48</sup>. Eine Hochburg des Litauertums war das konservative ländliche Milieu mit starkem Einfluss der Kirche, wo Gottesdienste in der Muttersprache gehalten und das Litauische auf der Stufe der Elementarschulen unterrichtet wurde. Erste Germanisierungskonzepte für das litauische Schulwesen wurden bereits in den Jahren 1802-1803 erstellt<sup>49</sup>. Zu einem harten Kampf gegen den Litauischunterricht kam es 1881, als unter anderem in der Region Gumbinnen neue Vorschriften über die Beschränkung der litauischen Sprache im Religionsunterricht in Kraft traten. Das Litauische wurde zu einer Hilfssprache degradiert<sup>50</sup>. Ende des 19. Jahrhunderts war die litauische Nationalbewegung in Ostpreußen klein und verfügte nur über bescheidene Mittel, um größere Wirkung zu entfalten<sup>51</sup>. Aus deutschen Studien vom Mai 1914 ging hervor, dass die Gesamtheit der Preußisch-Litauer hinsichtlich ihrer nationalen Einstellungen in vier Hauptgruppen eingeteilt werden konnte. Zur ersten wurden germanisierte Litauer gezählt, die „ihr Littauertum nicht schätzen, es für minderwertig halten und sich deshalb ihrer Sprache und Abstammung schämen“. Sie erzögen ihre Kinder deutsch und suchten selbst mehr oder minder bewusst im Deutschtum aufzugehen.

---

kennen, welche die Germanisierung in sich schließt (...). Die litauische Sprache wird in absehbarer Zeit zu den toten gerechnet werden, und die Nation hat damit aufgehört zu existieren“. Vgl. A. Zweck, *Litauen, eine Landes- und Volkskunde*, Stuttgart 1898, S. 139, 142, 151.

- 48 Laut preußischen Statistiken wohnten in Memel 8 100 Deutsche und nur 912 Litauer, in Tilsit jeweils 10 300 Deutsche und 856 Litauer und in Ragnit 2 300 Deutsche und 281 Litauisch sprechende Personen. B. Piotrowski, *Mniejszość litewska...*, S. 47.
- 49 Vgl. E. Martuszewski, *Koncepcja zgermanizowania...*
- 50 Walter Hubatsch schrieb: „Auch in Preußisch-Litthauen beginnt mit den ersten Sprachverordnungen des 19. Jahrhunderts die bewusste Hinwendung zum Deutschtum. Unbewusst ist diese Annäherung in den vorangegangenen Jahrhunderten schon lange vollzogen worden, unter anderem durch eine Vermischung der unteren Stände. Ebenso hat die Freizügigkeit des 19. Jahrhunderts und der zunehmende Verkehr die Angleichung [der Preußisch-Litauer an Deutsche – A.S.] beschleunigt, wenn auch nicht so rasch wie in Masuren.“ Vgl. W. Hubatsch, *Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870-1920*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 1965, Nr. 4, S. 661. Vgl. auch: N. Strakauskaitė, *Der Einfluss politischer Faktoren auf das Kleinlitauische Schulwesen 1871-1933*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000, S. 69-82.
- 51 Vgl. S. Pocytė, *Mažlietuviai...*; J. Tauber, *Überlegungen zur Bedeutung der Kleinlitauischen Bewegung in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000, S. 111-126.

Zur „zweite Klasse“ wurden die national Gleichgültigen gerechnet, die „keinen Unterschied zwischen Deutsch- und Littauertum erblicken und für völkische Bestrebungen überhaupt kein Verständnis haben“. Die Zahl dieser Personen hatte „in den letzten Jahren sehr abgenommen“.

Die dritte Klasse bestand aus denen, die sich ihres Litauertums und der Entfremdung gegenüber Deutschland bewusst waren. Die Verbindung zum Heimatland knüpften sie an Sprache und Brauchtum. Diese Personen wollten „Litauer bleiben und erziehen ihre Kinder demnach“.

Zur vierten Klasse zählten Litauer mit einem ausgeprägten nationalen Bewusstsein, die von ihren Bindungen an Großlitauen überzeugt waren und danach strebten, einen unabhängigen Staat zu erlangen, dessen integrale Bestandteile Kleinlitauen und die Preußisch-Litauer sein sollten. Sie standen „dem Deutschtum feindlich gegenüber [...]“.<sup>52</sup>

Ähnliche Haltungen waren auch unter den Masuren und Ermländern anzutreffen. Mit der fortschreitenden Germanisierung schrumpften die beiden letztgenannten Gruppen ab Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr.

In Ostpreußen waren die Deutschen in der Überzahl. Um die Wende zum 20. Jahrhundert stellten sie drei Viertel der gesamten Bevölkerung der Provinz, in der ca. 2 Millionen Einwohner lebten<sup>53</sup>. Die Deutschen bildeten die Mehrheit im Regierungsbezirk Königsberg und in den Städten, darunter in Königsberg, der Provinzhauptstadt.

Ostpreußen war somit für seine deutsche Bevölkerung ein Nationalstaat. Der Staats- und Verwaltungsapparat, das Militär und alle ostpreußischen Institutionen waren in ihren Händen und unterstanden ihr. Erhielt ein Preußisch-Litauer, Ermländer oder Masure einen „Regierungsposten“ oder machte Karriere in den Verwaltungsstrukturen (was sehr selten vorkam), begann er früher oder später, sich für einen Deutschen zu halten. Adlige, Grundbesitzer, Offiziere, Intellektuelle im weiten Sinne und die gesellschaftlichen Eliten waren deutsch. Einige wenige Ausnahmen bestätigen diese Regel nur.

52 „1914 Mai 9, Königsberg – Schreiben des wirklichen geheimen Rats [Unterschrift unleserlich] an den Minister des Inneren über die nationale Haltung der Litauisch sprechenden Bevölkerung in Ostpreußen“. Zit. nach: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000, Anlage: *Vier Dokumente*, S. 32 f.

53 1819 betrug die Bevölkerungszahl 1,041 Mio., 1834 – 1,3 Mio., 1852 – 1,58 Mio., 1895 – 2 Mio., 1900 – 1,997 Mio. und 1910 – 2,064 Mio. B. Koziełło-Poklewski, *Rozwój społeczno-gospodarczy Mazur i Warmii na tle Prus Wschodnich od połowy XIX wieku do roku 1939*, in: *Kultura ludowa Mazurów i Warmiaków*, pod red. J. Burszty, Wrocław 1976, S. 78.

In Ostpreußen als einem Agrarland, das wirtschaftlich (Industrialisierung und Urbanisierung, Infrastruktur) niedriger stand als der gesamte deutsch-preußische Staat, blieb der Anteil der ländlichen Bevölkerung hoch und erreichte noch 1871 knapp 80 %<sup>54</sup>. Ein in sozialer Hinsicht gravierendes Problem war die große, durch die Arbeitssuche bedingte Auswanderung der ostpreußischen Bevölkerung in den Jahren 1871-1910 in die Industriezentren (Ruhrgebiet, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hamburg usw.) und nach Übersee. In diesem Zeitraum verlor die Provinz mehr als 700 000 Personen, das waren 74,3 % des natürlichen Bevölkerungszuwachses<sup>55</sup>.

Im Jahr 1910 lebten in Ostpreußen auf einer Fläche von 38 724 km<sup>2</sup> 2 064 175 Menschen. Unter ihnen waren 85,3 % Protestanten, 13,2 % Katholiken, 0,75 % Anhänger anderer christlicher Konfessionen und 0,8 % Israeliten<sup>56</sup>. Die wichtigsten Quellen für den Lebensunterhalt der ostpreußischen Bevölkerung waren 1907 Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei zu 53,2 %, Industrie und Handwerk zu 20,4 % sowie Handel und Kommunikation zu 9,1 %<sup>57</sup>. Die Bevölkerungsdichte war gering, insbesondere in den ländlichen Gebieten<sup>58</sup>.

Ostpreußen war die einzige Provinz des Deutschen Kaiserreichs, die im Ersten Weltkrieg von den kriegerischen Auseinandersetzungen direkt betroffen war. Nach der siegreichen Schlacht bei Biłła waren die russischen Truppen schon am 9. August 1914 in die Provinz eingedrungen. Die zweite russische Besetzung in der jüngeren Geschichte dauerte mehr als ein halbes Jahr (bis März 1915, nach der Schlacht bei Memel). Die russische Armee nahm insgesamt zwei Drittel des Provinzterritoriums ein. Nur Königsberg, Lötzen, Sensburg, Osterode und Mohrunge konnten die Russen nicht besetzen. Bei den Kriegshandlungen verloren 1 500 bis 2 000 Menschen ihr Leben. Mehr als 3 000 gerieten in Gefangenschaft und wurden nach Russland deportiert. Geflüchtet waren insgesamt mehr als 800 000 Menschen<sup>59</sup>. Es wurden 39 Städte<sup>60</sup> und 1 900 Dörfer zerstört, 40 000 Gebäude

54 Im Jahr 1871: 79,2 %; 1890: 74,6 %; 1900: 70,6 %; 1910: 67,0 %. *Ebenda*.

55 Dieser als „Ostflucht“ bezeichnete Prozess hatte zur Folge, dass in dieser Zeit 17 500 Menschen im Jahresdurchschnitt aus Ostpreußen auswanderten. Dies betraf hauptsächlich die ländliche Bevölkerung (sog. Landflucht). *Ebenda*, S. 79. Vgl. auch: A. Wajda, *Migracja ludności wiejskiej z Pomorza Wschodniego w latach 1850-1914*, Wrocław 1969; A. Hasse, *Die Bevölkerung von Ostpreußen*, Jena 1916.

56 *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte...*, S. 2 f.

57 B. Koziełło-Poklewski, *Rozwój...*, S. 83.

58 Zum Beispiel betrug sie im Jahr 1910 in den Kreisen Neidenburg und Johannisburg in Masuren lediglich 31 Einwohner pro km<sup>2</sup> und gehörte damals zu den niedrigsten im ganzen Reich. *Ebenda*, S. 93.

59 Vgl. R. Traba, *Wschodniopruskość. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec*, Poznań 2005, S. 27-33.

60 Die größten Verluste hatte Eydtkuhnen zu beklagen, wo 204 Häuser in Schutt und Asche gelegt wurden, dann Hohenstein – 199 Gebäude, Neidenburg – 167, Ortelsburg und Lyck

brannten nieder, 60 000 wurden beschädigt und 80 000 ausgeplündert. Nach der siegreichen Schlacht bei Tannenberg im Jahr 1914, die später zu einem nationalen Symbol werden sollte, und der anschließenden Zurückdrängung der russischen Truppen begann ein großes Wiederaufbauprogramm zur Beseitigung der Kriegszerstörungen (schätzungsweise beliefen sich die Schäden auf 1,25 bis 1,5 Milliarden Mark). Für die wirtschaftlich zurückgebliebene Provinz war dies ein deutlicher Modernisierungsschub.

### 3.4. Königsberg – Ostpreußens Hauptstadt

1255 ließen die Ordensritter nach dem erfolgreichen Feldzug gegen die Prußen im Samland eine kleine Burg unweit der prußischen Wallburg am Ufer des Flusses Pregel errichten. Die Burg wurde zu Ehren des böhmischen Königs Ottokar II., der im Samland gekämpft hatte, Königsberg genannt.

Die Polen benutzten seit dem 16. Jahrhundert den Namen Królewiec (zuvor Crolowgrad bzw. Królówgród). Im Jahr 1255 wurde auch die erste kleine Kirche zu St. Nikolai errichtet und der Bau der Stadt eingeleitet. Nach zwei Jahren wurde mit der Ausweitung der Burg begonnen. Nach der Besiegung der Prußen, die die Burg während eines von ihnen 1265 angezettelten Aufstands belagert hatten, begann der Ausbau der Siedlung. Die Stadtrechte erhielt Königsberg am 28. Februar 1286.<sup>61</sup>

In der direkten Nachbarschaft der Altstadt entstanden im 14. Jahrhundert weitere Siedlungen: Löbenicht und Kneiphof. Die Zusammenlegung dieser Orte zu einer Stadt Königsberg vollzog sich aber erst im Jahr 1724. Im Jahr 1440 trat Königsberg dem Preußischen Bund bei. Im Dreizehnjährigen Krieg (1454-1466) blieb Königsberg in Opposition zum Deutschen Orden. Im 16. Jahrhundert verwandelte sich die Stadt unter Herzog Albrecht zu einem protestantischen Zentrum Europas. 1525 wurde die Stadt am Pregel zur Hauptstadt des Herzogtums Preußen, das kurz zuvor noch als Ordensstaat bezeichnet worden war. Dies war die Folge des Preußischen Treueides, den Albrecht Hohenzollern im gleichen Jahr in Krakau dem polnischen König, Sigismund I., geleistet hatte. Königsberg wurde polnisches Lehen, und Albrecht Herzog in Preußen, dem ersten lutherischen Staat. Die meisten Bewohner traten zum Protestantismus über. Ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Stadt war die Gründung einer Universität

---

– je 160 sowie Soldau – 152 Gebäude. J. Salm, *Odbudowa miast wschodniopruskich po I wojnie światowej. Zagadnienia architektoniczno-urbanistyczne*, Olsztyn 2006, S. 66.

61 J. Jasiński, *Historia Królewca. Szkice z XIII-XX stulecia*, Olsztyn 1994, S. 9-20. Vgl. auch: F. Gause, *Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen*, Bd. 1-3, Köln/Wien 1965-1971.

durch Herzog Albrecht im Jahr 1544; sie trug später zu seinen Ehren den Namen Albertina. Ziemlich bald wurde sie zum wichtigsten Zentrum der Reformation und des Luthertums auf dem Alten Kontinent. Das Universitätsgebäude wurde neben dem Dom erbaut. Während der Reformation studierten und lebten in der Stadt viele polnische Protestanten. Hier wurden zahlreiche Bücher auf Polnisch gedruckt, unter anderem Werke und Übersetzungen von Jan Seklucjan, Stanisław Murzynowski, Jan Malecki, Mikołaj Rej. 1718 erschien die erste Ausgabe der polnischsprachigen Wochenzeitung „Pocztą Królewiecką“ (Königsberger Post). Der Hartungsche Verlag druckte in hohen Auflagen das *Nowo wydany kancjonal pruski* (Das neu aufgelegte preußische Gesangbuch) in Bearbeitung von Jerzy Wasiański (bis 1925 wurden 70 Ausgaben dieses „heiligen Buches der Masuren“ verzeichnet, mit Auflagen von jeweils 20 000 bis 50 000 Exemplaren). In Königsberg wurden auch Übersetzungen der Bibel und andere evangelische Schriften auf Litauisch und Preußisch veröffentlicht<sup>62</sup>.

Mit Königsberg und seiner Universität verbunden war der berühmteste Bürger der Stadt, der Philosoph Immanuel Kant (1724-1804).

Die geographische Lage Königsbergs am Schnittpunkt zahlreicher Handelswege begünstigte ab dem 17. Jahrhundert eine rasche Entwicklung der Stadt. Im Jahr 1663 huldigten die preußischen Stände auf dem Innenhof des Königsberger Schlosses dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, und 1701 fand hier die feierliche Krönung des Königs in Preußen, Friedrichs I., statt. Im gleichen Jahr erhob der neue König die Albertina zur königlichen Universität. Während des Siebenjährigen Krieges wurde Königsberg im Januar 1758 von den Russen erobert, die die Stadt bis März 1763 besetzt hielten. Ein weiterer Eroberer der Pregelstadt war die Napoleonische Armee, die im Juni 1807 einmarschierte. Nach der Zahlung einer Kontribution verließen die französischen Verbände im Juli des gleichen Jahres die Stadt.

Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts sind die Zeit des sog. Königsberger Liberalismus. Dank Johann Jacoby und weiteren liberalen Geistern war Königsberg nicht nur in Preußen, sondern auch in ganz Deutschland bekannt. Man nimmt an, dass die liberalen Ansichten, die am Pregel verkündet wurden (sog. Vormärz), den Boden für die Revolution von 1848, den Völkerfrühling, bereiteten. In der Zeit der nachrevolutionären Reaktion fand 1861 auf dem Schloss die Krönungszeremonie König Wilhelms I. statt. Diese Feierlichkeiten bestärkten die Stadteinwohner in dem Gefühl, dass sie zu Preußen gehörten und die Provinz mit der Haupt- und Residenzstadt ein wichtiges Zentrum der ganzen Hohenzollern-

---

62 Im 16. Jahrhundert sind in Königsberg insgesamt 104 polnische Bücher erschienen. Sie wurden nicht nur in ganz Preußen vertrieben, sondern auch in Großpolen, Kleinpolen und Litauen. Vgl. S. Algusiewicz, J. Jasiński, T. Oracki, *Wybitni Polacy w Królewcu XVI-XX wieku*, Olsztyn 2005.

lenmonarchie sei. Das 19. Jahrhundert war eine Zeit der intensiven Entwicklung von Industrie und Handel, des Ausbaus der städtischen Infrastruktur und der Ausweitung der territorialen Grenzen. 1849 hatte Königsberg 75 000 Einwohner, während es im Jahr 1871 bereits 112 000 waren.<sup>63</sup> Die Stadt war zugleich wissenschaftliches und künstlerisches Zentrum der Provinz. Hier konzentrierte sich das geistige und politische Leben, hier erschienen die wichtigsten Zeitschriften, wie zum Beispiel die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“, die liberale „Königsberger Hartungsche Zeitung“, die konservative „Ostpreußische Zeitung“ und die nationalliberale „Königsberger Allgemeine Zeitung“<sup>64</sup>. Königsberg wurde auch zu einem wichtigen Zentrum jüdischen Lebens. Im Jahr 1871 wohnten hier 3 865 Juden (3,4 % aller Einwohner der Stadt). Sie beteten unter anderem in der neuen Synagoge, die 1896 in der Stadtmitte erbaut worden war.<sup>65</sup>

Während des Ersten Weltkriegs verschonte die Kriegsfurie die Stadt, die ein wichtiges Zentrum der Rüstungsindustrie (Schiffswerften) und die Kornkammer des Reiches war. Während der Hungersnot in den Städten West- und Mitteldeutschlands im Winter 1916/1917 wurden Kinder nach Ostpreußen und Königsberg verschickt, da hier bessere Verpflegungsmöglichkeiten herrschten<sup>66</sup>.

---

63 A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 138.

64 Vgl. J. Jasiński, *Zarys historii Prus Wschodnich...*, S. 67, Vgl. auch: R. Albinus, *Lexikon der Stadt Königsberg Pr. und Umgebung*, Leer 1985; A. Hołub, *Lewica liberalna w Prusach Wschodnich wobec Polaków. Stereotyp Polski i Polaków na łamach „Königsberger Hartungsche Zeitung“ w latach 1860-1880*, Toruń 2009.

65 J. Jasiński, *Historia Królewca...*, S. 178; H. J. Krüger, *Die Judenschaft von Königsberg in Preußen*, Hamburg/Lahn 1966..

66 Vgl. A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 106.



**Kapitel II**  
**Deutsches, litauisches**  
**und polnisches Ostpreußen**  
**(1918-1939)**



## 1. Friedensvertrag von Versailles – Ostpreußens erste Teilung

Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg bedeutete den Zusammenbruch der bisherigen gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Der Niedergang des Kaiserreichs brachte revolutionäre Gärung und politisches Chaos hervor. Deutschland war keine Großmacht mehr. Symptomatisch dafür waren die territorialen Verluste. Dem wiedererstehenden polnischen Staat wurden die Gebiete Deutschlands einverleibt, die Polen ehemals infolge der drei Teilungen verloren hatte (unter anderem Posen, Pommern und Oberschlesien). Deutschland verlor außerdem weitere Gebiete an Frankreich (Elsass und Lothringen), Dänemark (Nordschleswig), Litauen (Memelland), Belgien (Eupen und Malmedy) sowie die Tschechoslowakei (das oberschlesische Hultschiner Ländchen).

Besonders heikel war die Lage der Bewohner Ostpreußens. Sie wurden nach den Beschlüssen der Pariser Konferenz 1919 vom Rest des Landes abgetrennt durch Gebiete, die dem polnischen Staat zugesprochen worden waren und die Woiwodschaft Pommern bildeten, bezeichnet als „Danziger Korridor“, „Polnischer Korridor“ oder einfach „Korridor“<sup>1</sup>. Somit wurde Ostpreußen gewissermaßen zu einer „Insel“, die an Litauen, Polen und die Freie Stadt Danzig grenzte und vom „Mutterland“ getrennt war. Zu einer ähnlichen Situation kam es 72 Jahre später, als das zur Russischen Föderation gehörende Kaliningrader Gebiet, der nördliche Teil des früheren Ostpreußens, durch den Zerfall der Sowjetunion von „Mütterchen Russland“ durch die Grenze zu Litauen und Polen getrennt wurde. Ostpreußen bildete 1920-1939 eine deutsche, sein nördlicher Teil seit 1991 eine russische Exklave. Dieser Fall ist einzigartig in der jüngeren Geschichte Europas.

Über die zukünftigen Grenzen Deutschlands und somit auch Ostpreußens wurde auf dem Friedenskongress in Paris entschieden. Seit Januar 1919 fanden Verhandlungen statt mit dem Ziel, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen. Während der Beratungen traten tiefgreifende Interessenkonflikte zwischen den Siegermächten der Entente zutage. Frankreich strebte eine möglichst weitgehende Schwächung Deutschlands an, was Großbritannien zu verhindern suchte. Die britischen Politiker waren bemüht, das Gleichgewicht in Europa zu erhalten und gleichzeitig zu vermeiden, dass Frankreich eine zu große Machstellung erlangen würde. Die Vereinigten Staaten, durch diese Rivalität enttäuscht, begannen allmählich von einer Einflussnahme auf die Neuordnung Europas Abstand zu nehmen. Italien und Japan, ebenfalls an den Verhandlungen in Paris be-

---

1 Vgl. G. Łukowski, *Problem „korytarza“ w stosunkach polsko-niemieckich i na arenie międzynarodowej 1919-1939. Studium polityczne*, Warszawa 2000 (dort auch weiterführende Literatur). Vgl. auch W. Wakar, *Polski korytarz czy niemiecka enklawa*, ausgewählt und mit einem Vorwort versehen von B. Koziello-Poklewski, Olsztyn 1984.

teiligt, spielten keine wesentliche Rolle. An der Pariser Friedenskonferenz, die vom 18. Januar 1919 bis 21. Januar 1920 dauerte, nahmen Delegationen von 27 Staaten teil.

Zu den schwierigsten Fragen gehörte die Regelung der deutsch-polnischen Grenze. An der Spitze der polnischen Delegation standen Roman Dmowski und Ignacy Paderewski. Den Ausgangspunkt der polnischen Überlegungen zur territorialen Gestalt des Staates bildeten die Grenzen vor der ersten Teilung Polens von 1772. Polnische Forderungen wurden zum ersten Mal am 29. Januar 1919 in der Sitzung des Obersten Rates präsentiert. Vom Grenzverlauf im Jahr 1771 ausgehend, wurde nicht nur ein Zugang zur Ostsee, sondern auch die Ausweitung der vor den Teilungen bestehenden Grenzen durch die Zuerkennung des Ermlands und Masurens gefordert. Dies wurde mit ethnischen und strategischen Gründen motiviert.

Um all diese Belange umfassend zu analysieren, wurde am 12. Februar 1919 in Paris eine Kommission für polnische Angelegenheiten berufen, die nach ihrem Vorsitzenden benannte Cambon-Kommission. Während der Beratungen präsentierte Dmowski detaillierte territoriale Forderungen der polnischen Seite. Der Anführer des national-demokratischen Lagers verlangte, Polen sollten Posen, der größte Teil Westpreußens, Oberschlesien sowie das Ermland und Masuren ohne jegliche Vorbedingungen zugesprochen werden. Er schlug eine Teilung Ostpreußens vor. Der Regierungsbezirk Allenstein sollte Polen zufallen, Litauen sollte die litauischen Kreise Ostpreußens bekommen; aus den übrigen Kreisen der ostpreußischen Provinz hätte eine Republik unter dem Protektorat des Völkerbundes gebildet werden sollen. In der 19 000 km<sup>2</sup> großen „Autonomen Republik Königsberg“ hätten 1,07 Mio. deutsche Einwohner gelebt. Die Grenze zwischen Polnisch-Preußen und Litauisch-Preußen hätte südlich der Linie Stallupönen-Gumbinnen-Insterburg-Wehlau verlaufen sollen<sup>2</sup>.

Sowohl die polnischen als auch die litauischen Konzepte zur Aufteilung Ostpreußens unter den beiden Staaten wurden während des Zweiten Weltkriegs und nach Kriegsende sowie nach dem Zerfall der Sowjetunion erneut aufgegriffen (dazu mehr im weiteren Teil der Arbeit).

Nach monatelangen dramatischen Verhandlungen traten am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, wo 48 Jahre zuvor der preußische König zum deutschen Kaiser proklamiert worden war, Vertreter der sieben „alliierten und assoziierten“ Staaten mit der Delegation des besiegten Deutschlands zusammen,

---

2 Diese Belange wurden in der polnischen Note vom 28. Februar 1919 dargelegt. Vgl. *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały*, Bd. 1, Warszawa 1965, S. 75 f. Vgl. auch: W. Wrzesiński, *Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej 1864-1945*, Warszawa 1984, S. 203-215; ders. *Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej 1864-1945*, Olsztyn 1994; G. Łukowski, *Problem „korytarza“ ...*, S. 54.

um den Friedensvertrag feierlich zu unterzeichnen. Der Vertrag ging als Friedensvertrag von Versailles in die Geschichte ein, die auf seiner Grundlage ausgestaltete Ordnung in Europa wurde Versailler Ordnung genannt. Aufgrund dieses Vertrages bekam Polen Großpolen (was in großem Maße durch den erfolgreichen Posener Aufstand vom 27. Dezember 1918 ermöglicht wurde) und einen Teil Pommerns (mit einem relativ kleinen, 90 km langen Zugang zur Ostsee) zurück. Über das Schicksal des Ermlands, Masurens, des Marienburger Landes (poln. Powiśle) und Oberschlesiens sollten Volksabstimmungen entscheiden, ebenso in den strittigen Gebieten Belgiens (Eupen und Malmedy), Dänemarks (Schleswig) und im Saarland (dieses Gebiet wurde für 15 Jahre unter die Verwaltung der neu gegründeten Organisation namens Völkerbund gestellt, die über die neue Friedensordnung wachen sollte; nach Ablauf dieser Zeit sollte sich die Bevölkerung zu ihrem weiteren Schicksal äußern; die gesamten Kohlengruben wurden Eigentum Frankreichs). Aus Danzig samt Oliva und Zoppot wurde (auf einer Fläche von 1 893 km<sup>2</sup> mit ca. 400 000 Einwohnern) ein Gebiet mit völkerrechtlichem Sonderstatus, die Freie Stadt Danzig, gebildet (Artikel 100-108 des Friedensvertrags von Versailles). Das Gebiet umfasste zwei Stadtkreise (Danzig und Zoppot) und drei Landkreise (Großes Werder, Danziger Höhe und Danziger Niederung)<sup>3</sup>.

Kraft Artikels 99 des Versailler Vertrages wurde Memel mit Umgebung (in diesem 2 860 km<sup>2</sup><sup>4</sup> großen Gebiet wohnten 150 700 Bewohner; es teilte sich in sieben Kreise: Memel-Stadt und -Land, die zum Regierungsbezirk Königsberg gehörten, sowie den Kreis Heydekrug und Teile der Kreise Niederung, Ragnit, Tilsit-Stadt und -Land, die zum Regierungsbezirk Gumbinnen gehörten) unter die direkte Verwaltung der Siegermächte gestellt, die bestrebt waren, hier eine freie Stadt zu begründen. Die alliierte Hoheit war in Gestalt eines Verbandes der französischen Armee, der am 15. Januar 1920 Memel erreichte, präsent.

Aufgrund des Artikels 28 des Versailler Vertrages erhielt Polen ohne Volksabstimmung und Verwaltung seitens des Völkerbundes das kleine Gebiet um Soldau mit einer Fläche von 462 km<sup>2</sup> (eine Stadt, 43 Landgemeinden und 21 Gutsbezirke). Das Soldauer Gebiet (Soldauer Ländchen) machte einen Teil (knapp 30 %)

- 
- 3 E. Lyczkowski, *Sprawa Gdańska na konferencji pokojowej w roku 1919*, Poznań 1968; J. Wójcicki, *Wolne Miasto Gdańsk 1920-1939*, Warszawa 1976; S. Mikos, *Wolne Miasto Gdańsk a Liga Narodów 1920-1939*, Gdańsk 1979; P. Mickiewicz, *Wolne Miasto Gdańsk w koncepcjach wojskowych i polityków II Rzeczypospolitej*, Toruń 1999; M. Andrzejewski, *Wolne Miasto Gdańsk w rewizjonistycznej propagandzie niemieckiej*, Gdańsk 1997.
- 4 P. Lossowski, *Kłajpeda kontra Memel. Problem Kłajpedy w latach 1918-1939-1945*, Warszawa 2007, S. 20. Andere Autoren zitieren abweichende Daten: 2 451 km<sup>2</sup> (S. Mikulicz, *Kłajpeda w polityce europejskiej 1918--1939*, Warszawa 1976, S. 11) oder 2 676 km<sup>2</sup> (*Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945*, Reihe A: *Preußen*, hrsg. von W. Hubatsch, Bd. 1: *Ost- und Westpreußen*, bearb. von D. Stüttgen, Marburg/Lahn 1975, S. 26).

des früheren Kreises Neidenburg aus; es lebten dort etwa 15 000 Einwohner. Der wichtigste Grund für die Abtretung dieses masurischen Teils Ostpreußens war, dass Polen nach der Erlangung des Ostsee-Zugangs eine durchgehende Bahnlinie Warschau-Mława-Dirschau-Danzig brauchte; diese Notwendigkeit wurde auch von den Alliierten anerkannt. Polen bekam Soldau mit Umgebung als Verkehrsknotenpunkt auf dieser Bahnstrecke ohne Vorbedingungen.

Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verlor Deutschland etwa 13,5 % seines Vorkriegsterritoriums und ca. 10 % seiner Bewohner. Die größten Gebietsverluste hatte Deutschland im Osten zu beklagen. An Polen, Litauen und die Tschechoslowakei verlor Deutschland ein 51 025 km<sup>2</sup> großes Territorium mit 4,375 Mio. Bewohnern. Ostpreußen verlor aufgrund des Friedensvertrages von Versailles und der Volksabstimmung 3 157 km<sup>2</sup>, wovon 501 km<sup>2</sup> an Polen (25 000 Bewohner) und 2 656 km<sup>2</sup> an Litauen (141 000 Bewohner) entfielen<sup>5</sup>.

Die Weimarer Republik, die sich 1919 auf den Trümmern des Kaiserreichs konstituierte, verlor auch alle Kolonien. Der jungen deutschen Republik wurden ungeheure Kriegsreparationen<sup>6</sup> auferlegt, weil Deutschland die Schuld für den Ausbruch des Krieges zugewiesen wurde (Kriegsschuld Klausel) und Wilhelm II. von Hohenzollern „wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge“ angeklagt wurde. Die Bestimmungen, die am 20. Januar 1920 rechtskräftig wurden, riefen in Deutschland allgemeine Empörung hervor. Sie wurden als „historische Ungerechtigkeit“, „Diktat“ oder gar als „Dolchstoß“ bezeichnet<sup>7</sup>. Die Mehrheit der gesellschaftlichen und politischen Kräfte setzte sich zum Ziel, den Vertrag zu revidieren. Er bildete ein zusätzliches Element der Feindschaft gegenüber Polen als einem „Saisonstaat“, der „urdeutschen Gebiete im Osten geraubt“ habe<sup>8</sup>.

---

5 G. H. Goring, *Das nördliche Ostpreußen. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1995, S. 345.

6 Der zunächst mit 269 Mio. Goldmark bezifferte Betrag, der in Raten über 42 Jahre lang, d. h. bis 1962, gezahlt werden sollte, wurde nach und nach reduziert.

7 Vgl. K. Fiedor, „Dyktat wersalski“ w propagandzie i publicystyce Republiki Weimarskiej, in: *Niemcy w polityce międzynarodowej 1919-1939*, Bd. 1: *Era Stresemanna*, pod red. S. Sierpowskiego, Poznań 1990.

8 Vgl. *Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim*, pod red. J. Pajewskiego, Poznań 1963; W. Wrzesiński, *Sąsiad czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem się obrazu Niemca w Polsce w latach 1795-1939*, Wrocław 1992.

## 2. Die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920

Ausgehend vom Grundsatz der demokratischen Selbstbestimmung, beschlossen die Schöpfer des Versailler Friedensvertrages, in den umstrittenen Grenzgebieten eine Abstimmung durchzuführen, die über die Staatszugehörigkeit des jeweiligen Territoriums entscheiden sollte. Gemäß den Artikeln 94-97 des Vertrages sollte am 11. Juli 1920 in den Regierungsbezirken Allenstein (Ostpreußen) und Marienwerder (Westpreußen) eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Diese Entscheidung stieß in Polen auf Kritik, da befürchtet wurde, dass die polnischstämmige Bevölkerung „im Hinblick auf ihre politische und nationale Entwicklung zu solchen Aktionen noch nicht reif“ sei<sup>9</sup>.

Am 12. Februar 1920 trafen Vertreter der Interalliierten Kommissionen, denen Franzosen, Engländer, Italiener und Japaner angehörten, in Allenstein und Marienwerder ein. Ihnen standen auch kleinere Militärverbände zur Seite, die die Objektivität und Sicherheit der Abstimmung garantieren sollten. Die deutschen Truppen wurden angewiesen, das Abstimmungsgebiet zu verlassen.

Die Volksabstimmung im Ermland und dem Marienburger Land endete mit einer schweren Niederlage Polens. Im Regierungsbezirk Allenstein stimmten für den Anschluss an Polen insgesamt 7 980 Personen (2,16 %), während für die Zugehörigkeit zu Deutschland (Ostpreußen) nicht weniger als 363 209 Stimmen oder 97,84 % abgegeben wurden. Am stärksten sprach sich das Ermland für Polen aus (insgesamt 6 002 Stimmen, davon im Kreis Allenstein 4 902 oder 13,4 %). In Masuren stimmten für den Anschluss an Polen insgesamt 1 878 Personen oder 0,7 % (die meisten im Kreis Osterode mit 511 Personen oder 2,19 %, und die wenigsten im Kreis Oletzko mit 2 Personen oder 0,007 %) – Tabelle 4.

Tabelle 4 *Ergebnisse der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 im Ermland und Masuren (Regierungsbezirk Allenstein)*

Kreis	Zahl der abgegebenen Stimmen			
	für Deutschland		für Polen	
	in absoluten Zahlen	in %	in absoluten Zahlen	in %
<b>Ermland</b>				
Alenstein (Land)	31 486	87,60	4902	13,40
Alenstein (Stadt)	16 742	98,00	342	2,00
Rößel	35 252	97,90	758	2,10

9 W. Wrzesiński, *Od Wersalu do Poczdamu. Rys historyczny*, in: *Dzieje Warmii i Mazur w zarysie*, Bd. 2: *od 1871 do 1975 roku*, Warszawa 1983, S. 99.

Masuren				
Osterode	46 385	97,81	1043	2,19
Ortelsburg	48 204	98,51	511	1,49
Neidenburg	22 233	98,54	330	1,46
Lyck	36 534	99,88	44	0,12
Sensburg	34 334	99,93	25	0,07
Johannisburg	34 036	99,96	14	0,04
Lötzen	29 378	99,97	9	0,03
Oletzko	28 625	99,993	2	0,007
Gesamt:	363 209	97,84	7980	2,16

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund von G. H. Goring, *Das nördliche Ostpreußen. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1995, S. 344; W. Wrzesiński, *Plebiscyty na Warmii i Mazurach oraz Powiślu w roku 1920*, Olsztyn 1974, S. 447-452; A. Kosert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 222.

Etwas besser fiel das Ergebnis der Volksabstimmung für Polen im Marienburger Land aus. In den vier Kreisen des Regierungsbezirks Marienwerder stimmten 7 947 Personen oder 7,58 % für die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen, während es für Deutschland 96 894 Personen oder 92,42 % waren (Tabelle 5).

Tabelle 5 Ergebnisse der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 im Marienburger Land (Regierungsbezirk Marienwerder)

Kreis	Zahl der abgegebenen Stimmen			
	für Deutschland		für Polen	
	in absoluten Zahlen	in %	in absoluten Zahlen	in %
Stuhm	19 984	80,93	4 904	19,07
Marienwerder	25 607	93,51	1 779	6,49
Rosenberg	33 498	96,90	1 073	3,10
Marienburg	17 805	98,94	191	1,06
Gesamt:	96 894	92,42	7 947	7,58

Quelle: Wie Tabelle 4.

Die Ursachen für die polnische Abstimmungsniederlage waren vielfältig. Unter den wichtigsten wären zu nennen:

1. Der fortschreitende Germanisierungsprozess unter der polnischen und polnischstämmigen Bevölkerung. Bei den meisten Ermländern und Masuren

überwog das regionale Bewusstsein das nationale. Vor die Wahl zwischen Polen und Deutschland gestellt, sprachen sich die meisten für den ihnen wohl bekannten preußischen (deutschen) Staat aus. Im protestantischen Masuren fehlte die Tradition eines polnischen Staatswesens, und die Zugehörigkeit des Fürstbistums Ermland zu Polen vor 1772 erschien als ferne Vergangenheit.

2. Zugunsten des preußischen Staates wirkte sich auch die Tatsache aus, dass in den Abstimmungsgebieten weiterhin lokale Verwaltungsstrukturen stark geblieben waren, die alle Bemühungen, Ostpreußen in den Grenzen des Deutschen Reiches zu belassen, ausdrücklich unterstützten. Angesichts des fernen Abstimmungstermins konnten rege Vorbereitungen getroffen werden. Als äußerst günstig für Deutschland erwies sich eine Klausel im Versailler Vertrag, die übrigens auf Initiative Polens aufgenommen wurde, wonach alle Personen abstimmungsberechtigt waren, die am 10. Januar 1920 das 20. Lebensjahr vollendet hatten und im Abstimmungsgebiet geboren waren oder dort nach dem 1. Januar 1905 ihren Wohnsitz hatten. Die Zentralregierung in Berlin begann bereits 1919 mit umfangreichen Maßnahmen, um die ehemaligen Einwohner, die seit Jahren im Rheinland, Westfalen, Hamburg oder Berlin arbeiteten und lebten, im Vorfeld der Volksabstimmung nach Ostpreußen zu „transferieren“. Mit enormen finanziellen Mitteln wurden die Anreise und die Stimmabgabe von mehr als 150 000 Personen ermöglicht. In den „Anwerbungsgebieten“ außerhalb der Abstimmungszone nahmen die Behörden eine Auswahl vor, um (unter Übernahme eines großen Kostenanteils) nur den Personen die Reise zu ermöglichen, bei denen sie die Gewissheit haben konnten, dass diese auch für Deutschland votieren würden<sup>10</sup>.

Bereits im März 1919 wurde der Ostdeutsche Heimatdienst gegründet, der zusammen mit dem Masuren- und Ermländerbund zu einer Massenbewegung mit etwa 220 000 Mitgliedern werden sollte, die im Abstimmungsgebiet aktiv waren. Von den staatlichen Behörden erhielten sie großzügige finanzielle Unterstützung. Diese Organisationen zielten in erster Linie auf die Bekämpfung jeglicher pro-polnischer Aktivitäten ab. Für Deutschland sprach auch, dass auf den Stimmzetteln zwischen „Polen“ und „Ostpreußen“ entschieden werden konnte. Dadurch konnte die Hoffnung genährt werden, dass Ostpreußen in den Grenzen Deutschlands eine relative Autonomie genießen würde.

3. Wegen der internationalen Rahmenbedingungen, seiner organisatorischen Schwäche und geringen finanziellen Möglichkeiten war der polnische Staat nur begrenzt in der Lage, es mit der deutschen Seite aufzunehmen. Fatale

---

10 Keinen Abbruch tat dieser Maßnahme die polnische Sperrung der Eisenbahnstrecke vom Reich nach Ostpreußen über Schneidemühl-Bromberg-Thorn-Allenstein ab 29. Januar 1920. Die deutsche Seite richtete daraufhin den Seedienst Ostpreußen zwischen Swinemünde-Zoppot-Pillau ein.

Folgen hatte die Tatsache, dass im Juli 1920 die bolschewistischen Truppen vor Warschau standen und die Rote Armee in Soldau, das Polen ohne Durchführung einer Volksabstimmung erhalten hatte, einmarschiert war. Damit war die Existenz des polnischen Staates in Frage gestellt. Dazu kamen noch die Animositäten unter den polnischen Aktivisten, die zwei separate Volksabstimmungskomitees, eines für Ermland und eines für Masuren, betrieben. In Masuren war eine geringe Zahl polenfreundlicher Vertrauensleute tätig. Gegenüber der deutschen Verwaltung waren die Aktivitäten pro-polnischer Organisationsstrukturen zum Scheitern verurteilt. Aus diesem Grund sprachen sich einige polnische Aktivisten unter anderem für einen Boykott der Abstimmung aus oder sinnierten über Preußen in Form einer künftigen autonomen Ostsee-Schweiz mit deutsch-, polnisch- und litauischsprachigen Kantonen usw.

4. Der preußischen Seite war es gelungen, hysterische Feindseligkeit gegen alles Polnische zu wecken<sup>11</sup>. Eine Folge davon war nicht nur der psychische, sondern auch der physische Terror, dessen Opfer der masurische Aktivist Bogumił Linka (Gottlieb Linka) wurde, der am 29. März 1920 in Allenstein seinen Verletzungen erlag. Nach dem Sieg in der Volksabstimmung, bei der man auch nicht vor Wahlfälschungen zurückschreckte, wurde mit der „Vertreibung“ jener, die für Polen gestimmt hatten<sup>12</sup>, begonnen und alles Polnische oder mit Polen Zusammenhängende bekämpft und verächtlich gemacht. Während des Plebiszits erlangten die Deutschen eine „erdrückende Überlegenheit“. Wojciech Wrzesiński schreibt: „Das Abstimmungsergebnis spiegelte aber keinesfalls die nationale Struktur oder die nationalen Einstellungen der Landesbewohner wider“<sup>13</sup>. Andreas Kossert meint dagegen: „[Die Masuren]

- 
- 11 In einem 1919 vom Masuren- und Ermländerbund in Berlin herausgegebenen „Masurischen Heimatkalender für das Jahr der Abstimmung 1920“ lesen wir unter anderem: „Ist es wahr, dass Polen in der Kultur hinter uns zurücksteht? Das ist wahr. Polen steht hinter allen Ländern Europas in der Kultur weit zurück. (...) Fast zwei Drittel des Volkes können weder lesen noch schreiben. Die große Masse des Volkes lebt in Elend und Schmutz. (...) Käme unsere Heimat zu Polen, so würden wir eine Masseneinwanderung von polnischen Juden erleben. (...) Unser Kaufmann, unser Handwerker würden ihnen ganz machtlos gegenüberstehen. Der polnische Jude handelt und arbeitet für jeden Preis, da er ganz und gar bedürfnislos ist“. Zitiert nach: A. Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2002, S. 247 f.
- 12 Im masurischen Willenberg (Kreis Osterode) wurden Plakate aufgehängt: „Verräter raus! Alle bezahlten Vaterlandsverräter von Willenberg und Umgebung und diejenigen, die sich nach ihrem vielgerühmten Polakenreich gesehnt haben, werden aufgefordert, innerhalb drei Tagen mit Sack und Pack und dem Judas-Geld nach dem Lande, wo Milch und Honig fließt, zu verschwinden“. *Ebenda*, S. 256.
- 13 W. Wrzesiński, *Od Wersalu do Poczdamu...*, S. 101.

ergriffen nun die Chance, ihrer prodeutschen Gesinnung eindeutig Ausdruck zu verleihen. Mit ihrem Votum wandelten sie sich vom ‚Objekte der Germanisierung‘ zu einem Subjekt, das aktiv seine historischen Koordinaten auf einen unverbrüchlichen deutschen Kurs festlegte<sup>14</sup>.

Die „Abstimmungsschlacht“ wurde zum wichtigen Bestandteil des „ostpreußischen Kampfes um die deutsche Zivilisation“. Darüber wachten die mutigen „Ostlandkämpfer“, die sich im „Grenzland“ der „polnischen Gefahr“ entgegenstellten. In der Weimarer Republik und dem Dritten Reich wurden Abstimmungsdenkmäler errichtet, und es fanden zahlreiche Feierlichkeiten zum Abstimmungssieg statt. Sie waren offen chauvinistisch und antipolnisch.

Am 1. August 1920 übergab die Interalliierte Kommission im Regierungsgebäude Allenstein das Abstimmungsgebiet an die deutschen Behörden<sup>15</sup>. Im Ergebnis der Volksabstimmung wurden drei Grenzdörfer im Kreis Osterode Polen angeschlossen: Groschken (Groszki), Klein Lobenstein (Lubstynek) und Klein Nappern (Napromek)<sup>16</sup>. 1 694 Gemeinden stimmten mehrheitlich für Deutschland und neun für Polen (darunter vier im Kreis Osterode und ein Dorf, Thurau, im Kreis Neidenburg)<sup>17</sup>. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses wurden fünf Weichseldörfer im Marienburger Land an Polen angeschlossen<sup>18</sup>.

Nach dem Abschluss des Plebiszits erhielt Ostpreußen seine endgültige territoriale Gestalt, die in den Jahren 1920-1938 eine Fläche von 36 995,67 km<sup>2</sup> hatte und

---

14 A. Kossert, *Masuren...*, S. 259.

15 Andere Volksabstimmungen gingen für Deutschland nicht so günstig aus. Nach drei Aufständen in Oberschlesien (1919-1921) und der Volksabstimmung vom 20. März 1921 wurden 29 % der Fläche Oberschlesiens an Polen angegliedert (sechs Kreise mit zusammen 3 200 km<sup>2</sup>). Dänemark bekam durch das Plebiszit Nordschleswig wieder. Die Volksabstimmung wurde am 10. Februar 1920 in Nordschleswig und am 14. März in Südschleswig durchgeführt. 74 % (andere Quellen sprechen von 92 %) der Wahlberechtigten stimmten für Dänemark; in Flensburg und Südschleswig stimmten 80 % (75 %) für Deutschland. Die damals festgelegte Grenze gilt bis heute. Die Volksabstimmung vom 24. Juli 1920, die in Eupen und Malmedy unter der belgischen Besatzung durchgeführt wurde, ergab, dass ein 1 036 km<sup>2</sup> großes Gebiet mit etwa 60 000 Bewohnern Belgien angegliedert wurde. Im Jahr 1940 wurde diese Region dem Dritten Reich angeschlossen; seit 1945 gehört sie erneut zu Belgien. Vgl. *Leksykon historii powszechniej 1900-1945*, pod red. S. Sierpowskiego i współpracy S. Żerki, Poznań 1996, S. 429, 116, und N. Davies, *Europe. A history*, Oxford 1996, S. 931

16 Im *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945...* wird das an Polen abgetretene Gebiet näher bezeichnet: „Landgemeinden Groschken und Klein Nappern; Teile der Landgemeinden Groß Lehwalde, Klein Lobenstein mit Pientken und Stegna; Teile der Gutsbezirke Groß Grieben und Klein Nappern mit Czerlin“, S. 129.

17 A. Kossert, *Masuren...*, S. 254.

18 *Grundriß...*, S. 10.

nur um etwa 10 km<sup>2</sup> kleiner war als vor dem Ersten Weltkrieg. Ungeachtet des Verlustes des Memellandes und des Soldauer Gebiets wurden Ostpreußen sechs neue Kreise angegliedert, die 1913 Teil der Provinz Westpreußen waren: Elbing-Stadt, Elbing-Land, Marienwerder, Marienburg, Stuhm und Rosenberg. Sie hatten eine Fläche von insgesamt 2 927,33 km<sup>2</sup>, zählten ca. 40 000 Einwohner und bildeten den Regierungsbezirk Westpreußen, der zunächst noch Regierungsbezirk Marienwerder genannt wurde. Der Name Regierungsbezirk Westpreußen in der Provinz Ostpreußen sollte zum Ausdruck bringen, dass Deutschland auf den Vorkriegsbesitz nicht verzichtet.

Die Provinz Ostpreußen bestand in der Zeit zwischen beiden Weltkriegen (1920-1938) aus vier Regierungsbezirken: Königsberg (mit dem einen Stadtkreis Königsberg und 12 Landkreisen mit einer Gesamtfläche von 13 148,16 km<sup>2</sup> und etwa 1 Mio. Einwohner), Gumbinnen (mit den beiden Stadtkreisen Insterburg und Tilsit sowie 10 Landkreisen mit einer Fläche von 9 400,26 km<sup>2</sup>, auf der mehr als eine halbe Million Menschen lebten), Allenstein (Stadtkreis Allenstein und 9 Landkreise mit einer Fläche von 11 519,92 km<sup>2</sup> und ca. 550 000 Einwohnern) und dem Regierungsbezirk Westpreußen<sup>19</sup>.

---

19 G. H. Goring, *Das nördliche Ostpreußen...*, S. 347-349.

### 3. Ostpreußen in der Weimarer Republik

Ostpreußen, das im Jahr 1925 2,256 Mio. Einwohner zählte (was lediglich 3,6 % der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches entsprach, auf einem Gebiet von 7,9 % des Reichsterritoriums), war eine Randprovinz. Dies resultierte sowohl aus der strukturellen wirtschaftlichen Unterentwicklung als auch aus der geopolitischen Lage. Für die schwache wirtschaftliche Entwicklung der Provinz waren nicht zuletzt die großen Zerstörungen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs maßgebend.

Wegen ihrer Insellage wurde die „vom Reich abgeschnürte“ Provinz oftmals als einzige Kolonie, die Deutschland noch verblieben sei, bezeichnet. Ostpreußen grenzte an Polen (auf einer Länge von 608,8 km), an die Freie Stadt Danzig (84,9 km) sowie an das Memelland und Litauen (232,8 km)<sup>20</sup>. Auch heute besitzt ein Teil des früheren Ostpreußens, d. h. das Kaliningrader Gebiet, Inselcharakter. Diesmal resultiert seine geopolitische Lage nicht allein daraus, dass es von Russland abgeschnitten ist, sondern dass das „EU-Meer“ in Form Polens und Litauens es umgibt.

Mehrere Faktoren waren entscheidend dafür, dass Ostpreußen als „Germanias ärmstes Stiefelkind“ verspottet wurde: die geringe Bevölkerungszahl, die ungünstige Landwirtschaftsstruktur mit einem beachtlichen Anteil von Großagrariern, eine schwach entwickelte Industrie, große Abhängigkeit von Beschaffungs- und Absatzmärkten, was auf unzureichende Verbindungen mit dem nächstgelegenen Hinterland (Polen, baltische Staaten) zurückzuführen war, und das Angewiesensein auf finanzielle Hilfen der Zentralregierung in Berlin<sup>21</sup>.

Ostpreußen war die ärmste Provinz ganz Deutschlands. Der Durchschnittslohn eines ostpreußischen Arbeiters lag im Schnitt um ein Drittel niedriger als im übrigen Reich<sup>22</sup>. Der agrarische Charakter dieses Landstrichs ohne größere Industrie wirkte sich essentiell auf die Beschäftigungsstruktur aus. 1925 waren 45,4 % der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt (47,8 % aller aktiven Berufstätigen). In ganz Deutschland lag dieser Prozentsatz bei 23,0 %. In Industrie und Handwerk arbeiteten 19,6 % gegenüber 41,3 % deutschlandweit. In Handel und Verkehr betrug diese Zahlen 12,9 % bzw. 16,9 %<sup>23</sup>.

20 *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, hrsg. von Statistischen Reichsamte, Fünfzigster Jahrgang 1931, Berlin 1931, S. 1.

21 Vgl. D. Herz-Eichenrode, *Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik*, Köln/Opladen 1969.

22 Zum Beispiel betrug dieser Lohn im Jahr 1929 18,64 RM, während es im eigentlichen Reich 31,19 RM waren; im Jahr 1932 waren es 16,06 RM gegenüber 22,88 RM. B. Koziello-Poklewski, *Rola Prus Wschodnich w niemieckim organizmie gospodarczym w okresie międzywojennym*, in: *Województwo Olsztyńskie. Monografia ekonomiczno-społeczna 1945-1969*, Wrocław/Warszawa/Kraków/Gdańsk 1974, S. 30.

23 W. Wakar, *Struktura demograficzna Prus Wschodnich*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i teraźniejszość*, pod red. M. Zawadzkiego, Poznań 1932, S. 162.

Kennzeichnend für die ostpreußische Agrarwirtschaft waren große Missverhältnisse. Auf 3 300 Großbetriebe mit je mehr als 100 ha entfielen 37,8 % der gesamten Agrarfläche der Provinz, während 116 900 kleine Höfe mit bis zu 2 ha insgesamt nur 2,2 % der Agrarfläche ausmachten<sup>24</sup>.

Die Bevölkerungsdichte in Ostpreußen war die niedrigste in ganz Deutschland. Im Jahr 1925 betrug sie lediglich 61,0 Einwohner je km<sup>2</sup> (am größten – 90,3 – war sie im Regierungsbezirk Marienwerder und am niedrigsten im Regierungsbezirk Allenstein – 46,9). Grundsätzlich wich sie von den Daten aus früheren Jahren nicht ab. Im Jahr 1919 betrug sie 60,15 Einwohner je km<sup>2</sup>, 1910 waren es 58,05 Einwohner je km<sup>2</sup>. Der Reichsdurchschnitt betrug im Jahr 1925 (ohne das Saarland) 133,14 Einwohner je km<sup>2</sup> (in ganz Preußen – 132,02 Einwohner je km<sup>2</sup>). Am schwächsten bevölkert war Masuren, wo diese Kennzahl im Jahr 1925 nur 10,98 Einwohner je km<sup>2</sup> im Kreis Lötzen bzw. 11,24 Einwohner je km<sup>2</sup> im Kreis Deutsch Eylau betrug<sup>25</sup>.

Die Provinz war als Ganzes schwach organisiert und wirtschaftlich rückständig. Die Industrie konzentrierte sich in den größeren Städten. Die einzige Großstadt war die Provinzhauptstadt, die im Jahr 1925 286 700 Einwohner zählte. Sie war neben Elbing (67 900 Einwohner), Tilsit (50 800) und Insterburg (39 300) Standort größerer Produktionsbetriebe (Werft-, Holz- sowie Agrar- und Lebensmittelindustrie)<sup>26</sup>. Durch die begrenzte Zahl der Arbeitsplätze waren viele Menschen gezwungen, auf Arbeitssuche ins Reich auszuwandern. In den Jahren 1925-1933 verließen 94 800 Einwohner die Provinz (durchschnittlich 11 900 im Jahr). Im Zuge der sog. Ostflucht wanderten im Zeitraum 1871-1933 gar 922 400 Personen aus (die meisten in den Jahren 1871-1900: 531 400 und 1900-1925: 296 200)<sup>27</sup>.

Angesichts der schwierigen Lage in den ländlichen Gebieten sahen sich die Behörden veranlasst, Parzellierungs- und Siedlungsmaßnahmen zu ergreifen<sup>28</sup>. Gewisse Ähnlichkeit zeigt hier eine von den Kaliningrader Behörden eingeleitete und ebenfalls wenig erfolgreiche Siedlungsmaßnahme vom Beginn des 21. Jahr-

24 W. Pohorecki, *Mazurzy w Prusach Wschodnich*, in: *Sprawy Narodowościowe* 1932, Heft 2-3, S. 168 f.

25 *Statistisches Jahrbuch...*, S. 5.

26 Die meisten Arbeiter waren in der Lebensmittel-, Papier-, Metall- und Holzbranche beschäftigt. B. Kozięłło-Poklewski, *Rola Prus ...*, S. 49.

27 J. Affeltowicz, *Problem uprzemysłowienia Prus Wschodnich w latach 1871-1939 ze szczególnym uwzględnieniem oceny uprzemysłowienia obszaru obecnego województwa olsztyńskiego*, Olsztyn 1960, S. 39.

28 In den Jahren 1919-1928 wurden durch Parzellierung 4 225 neue Siedlungen mit einer Fläche von insgesamt 52 200 ha geschaffen. A. Lutyński, *Upadek gospodarczy Prus Wschodnich*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i teraźniejszość*, pod red. M. Zawidzkiego, Poznań 1932, S. 240.

hunderts, die ihrerseits darauf abzielte, die Russen aus Russland und dem Ausland zur Niederlassung zu animieren.

Charakteristisch für die ostpreußische Wirtschaft war das permanente Haushaltsdefizit, das jährlich ca. 200 Millionen Reichsmark betrug. Dies machte die ständige finanzielle Unterstützung aus Berlin erforderlich. Heute ist das Kaliningrader Gebiet ebenfalls außerstande, ohne Zuschüsse aus Moskau normal zu funktionieren.

Bereits 1922 billigte die Reichsregierung eine Entschließung zum Ostpreußenprogramm<sup>29</sup>. Im Dezember 1929 wurde ein Sofortprogramm umgesetzt, bei dem die Provinz einen Betrag von mehr als 17 Mio. RM (darunter 8,5 Mio. RM als nicht rückzahlbares Darlehen) erhalten hat. Da die ostpreußische Wirtschaft weiterhin in der Klemme steckte, beschloss die Berliner Regierung 1928 die Ostpreußenhilfe. Im Rahmen dieser Hilfe bekam Königsberg jährlich eine finanzielle Unterstützung von ca. 75-80 Mio. RM. 1931 wurde ein neues Gesetz über die Osthilfe verabschiedet. Demnach sollte ein zusätzlicher Betrag von 2 Mio. RM innerhalb von sechs Jahren zur Verfügung gestellt werden. Die These vom Kolonialcharakter Ostpreußens als Resultat des Friedensvertrags von Versailles war das Hauptargument der antipolnischen Propaganda<sup>30</sup>. Nicht ohne Bedeutung für die wirtschaftliche Lage Ostpreußens war auch der Wirtschaftskrieg mit Polen, der in den zwanziger Jahren von der Weimarer Republik geführt wurde. Er führte zu einem starken Rückgang der Ausfuhren und zum Verlust des natürlichen Absatzmarktes ostpreußischer Waren. Diese Angelegenheit spielte eine wichtige Rolle bei dem sog. „Ostpreußenproblem“<sup>31</sup>.

- 
- 29 Darin lesen wir unter anderem: „1. Die Provinz Ostpreußen ist infolge der durch den Vertrag von Versailles eingetretenen Abschnürung vom übrigen Preußen und Reich wirtschaftlich und politisch sehr gefährdet. Das *ostpreußische* [Hervorhebung durch A.S.] Problem wird als ein solches von höchster politischer Bedeutung für ganz Preußen und Deutschland anerkannt. (...) 3. Aus der Notwendigkeit der Bereitstellung von Äquivalenten, die Ostpreußen befähigen sollen, die Wirkung des *Korridors* zu überwinden, ergibt sich als Ziel der von der Staats- und Reichsregierung zu verfolgenden Politik mögliche Wiederherstellung der innerdeutschen Relativität der Produktionsbedingungen nach dem Vorkriegsstande für die Ostprovinz.“ Zit. nach: B. Koziello-Poklewski, *Rola Prus...*, S. 23.
- 30 B. Koziello-Poklewski, *Rola Prus...*, S. 19-27; W. Wrzesiński, *Prusy Wschodnie – ostatnia kolonia niemiecka*, in: *Dzieje Warmii i Mazur w zarysie*, Bd. 2, Warszawa 1983, S. 148-155. A. Kotiuzynski, *Niemiecka pomoc gospodarcza dla Prus Wschodnich i jej cele polityczne*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i terażniejszość*, pod red. M. Zawidzkiego, Poznań 1932, S. 285-388.
- 31 Vgl. E. Ruecker, *Ewolucja zagadnienia Prus Wschodnich*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i terażniejszość*, pod red. M. Zawidzkiego, Poznań 1932, S. 309-338. Vgl. auch: *Die große Not des deutschen Ostens*, von Dr. Hesse, Berlin 1931; S. Srokowski, *Z krainy Czarnego Krzyża*, herausgegeben und mit einer Einführung versehen von M. Szożakowska, Olsztyn 1980.

## 4. Die „Nationalsozialistische Revolution“ in Ostpreußen (1933-1939) und ihre Folgen

Am 30. Januar 1933 betraute Reichspräsident Paul von Hindenburg, der „Retter Ostpreußens“, Adolf Hitler mit der Regierungsbildung, was den Auftakt zur legitimen „Machtergreifung“ durch die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) bildete. Besonders viel Grund zur Freude hatte Erich Koch (1896-1986), der Gauleiter in Ostpreußen. Unter seiner Führung erzielte die NSDAP die größten Wahlerfolge in Deutschland. Aus einer unbedeutenden Partei (in den Wahlen am 20. Mai 1928 erhielt sie 0,8 % oder nur 8 097 Stimmen) wurde sie Anfang der dreißiger Jahre zur wichtigsten politischen Kraft der Provinz. In den Wahlen am 14. September 1929 bekam sie bereits mehr als ein Fünftel der Stimmen (22,8 % oder 236 511 Stimmen, im Reich 18,3 %), während in der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 beinahe jeder zweite Bewohner der Provinz für sie stimmte (46,8 % oder 536 278 Stimmen, im Reich 37,4 %). In den Wahlen am 5. März 1933 erzielte sie ein neues Rekordergebnis: 56,5 % der Bewohner Ostpreußens votierten für die Partei Hitlers und Kochs. Dies war auch das höchste Ergebnis, das die NSDAP in ganz Deutschland erreichte<sup>32</sup>. Nach der Machtübernahme wurde rasch mit Säuberungen auf allen Machtebenen begonnen. In leitende Positionen wurden vertraute „alte Volksgenossen“ delegiert.

Der Sieg der „nationalsozialistischen Revolution“, der eine „neue Ordnung“ ankündigte und die Grundlage für das „tausendjährige Reich“ schuf, resultierte aus dem Zusammentreffen mehrerer Faktoren. Neben solchen, die allgemein für ganz Deutschland Gültigkeit hatten, wie die ständige Wirtschaftskrise mit der enormen Arbeitslosigkeit, die Demütigung durch den verlorenen Krieg und die Folgen der Versailler Friedensordnung usw., spielten im Falle Ostpreußens auch andere spezifische Aspekte eine Rolle, die es zur Hochburg der NSDAP werden ließen. An erster Stelle zu nennen sind dabei die tiefe Krise in der Landwirtschaft, aus der die meisten Einwohner der Provinz ihren Lebensunterhalt bestritten, sowie die geopolitische „Insellage“ Ostpreußens. Die „polnische Bedrohung“ bewirkte, dass das Grenzland als Bollwerk und Vorposten des Reiches im Osten gesehen wurde. Der „Ostpreußenführer“ Koch schrieb 1934: „Wir Ostpreußen sind der Vorposten des vom Führer von Grund auf erneuerten Reiches. Wir sind sozusagen das erste Bataillon Garde für Preußen und Deutschland“<sup>33</sup>.

32 Vgl. D. Hertz-Eichenrode, *Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums*, in: *Olsztynskie Studia Niemcoznawcze*, Olsztyn 1986, S. 70-73; J. W. Falter, *Hitler Wähler*, München 1991, S. 75.

33 E. Koch, *Aufbau im Osten*, Breslau 1934, S. 26. Der tatsächliche Autor dieser „programmatischen“ Arbeit war Schriftsteller Otto Weber-Krohse. Vgl. Ch. Pletzing, *Einführung*:

Im Umfeld der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Krise nahm die nationalsozialistische Bewegung an Stärke zu. Wie jedes totalitäre System, setzte sie sich die Schaffung, einer „neuen Gesellschaft“ und einer „neuen Welt“ zum Ziel. Um dies zu erreichen, strebte sie nach ideologischer Herrschaft und der Führungsrolle im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben.

Ab Januar 1933 rollte über Ostpreußen (ähnlich wie über ganz Deutschland) eine wochenlang anhaltende Welle des Terrors hinweg. Hunderte Menschen (Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter usw.) wurden in Schutzhaft genommen. Ein Teil von ihnen wurde in ein „wildes“ Konzentrationslager im Fort Quednau bei Königsberg gebracht<sup>34</sup>.

Als Voraussetzung der „nationalsozialistischen Revolution“ gewann die deutsche Gesellschaft „extreme Energien aus der von der Führung gehaltenen Einheit des Gegensätzlichen: von rationalen und emotionalen politischen Bedürfnissen, von alten und neuen Eliten, von Volk, Partei und Bürokratie“ – so Götz Aly<sup>35</sup>.

Die Ideologie der Partei Hitlers stütze sich auf die „Lehre von der Ungleichheit der Rassen und versprach den Deutschen im gleichen Atemzug mehr Chancengleichheit, als es während des Kaiserreichs und noch während der Republik in Deutschland gegeben hatte. In der Praxis geschah das auf Kosten anderer, mit den Mitteln des Raub- und Rassenkrieges. Aus der Innenschau schien sich im Rassenkampf das Ende des Klassenkampfes anzudeuten. So gesehen, propagierte die NSDAP eine der sozial- und nationalrevolutionären Utopien des vergangenen Jahrhunderts. Das machte sie populär. Daraus bezog sie ihre verbrecherischen Energien“<sup>36</sup>. Es sollte eine klassenlose Volksgemeinschaft entstehen.

Die nationale Revolution der NSDAP stützte sich in Ostpreußen auf eine „Ostideologie“. Besondere Bedeutung gewann darin der neue Mythos von Ostpreußen als „Bollwerk“ und „Festung“ des Reiches (*Vorpostenmythos*)<sup>37</sup>. Laut Erich Koch:

*Vorposten des Reiches?* in: *Vorposten des Reiches? Ostpreußen 1933-1945*, hrsg. von Ch. Pletzing, München 2006, S. 7.

34 Vgl. R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osna-brück 2007, S. 147.

35 G. Aly, *Hitlers Volksstaat*, Frankfurt/M. 2005, S. 16

36 *Ebenda*. Die nationalsozialistische Revolution ist eine Form von „Social Engineering“, wenn beim „bürokratisierten Völkermord“ Menschen massenweise getötet werden. Vgl. Z. Bauman, *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg 1992, S. 81-85.

37 In dem Beitrag *Das Gesetz der Revolution*, der am 9.07.1933 in der „Ostpreußischen Zeitung“ erschien, lesen wir unter anderem: „Unsere Provinz, die abgetrennte Insel in der brodelnden Slawenflut (...), soll ein neues Bollwerk werden, Kraftzentrum eines neuen deutschen Lebensstroms. (...) Ostpreußen ist heute wieder ein heiliges Land. Ostpreußen führt heute – wie einst Schwaben – des Deutschen Reiches Sturmriegsflagge“. Zit. nach: A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 274.

„Die drei Begriffe Ostpreußen, Preußen und Osten sind seit der Machtübernahme durch unsern Führer Adolf Hitler immer stärker miteinander verschmolzen“<sup>38</sup>.

Die „deutsche Revolution“, wie sie durch die NSDAP, die „Partei des preußischen Sozialismus“ in Ostpreußen umgesetzt wurde, sollte die Insellage der Provinz überwinden und das neue Bollwerk im Osten mit Hitlers Staat verbinden. Dieses Ziel sollte durch den „sozialistischen Aufbau“ der Provinz, d. h. durch den Kampf gegen „Materialismus und Reaktion, für Nationalismus und preußischen Sozialismus“ sowie durch den „Kampf um Ehre und Frieden in außenpolitischer Hinsicht“ erreicht werden<sup>39</sup>. Dieses Ziel hatte der neue „ostpreußische Mensch“ im Rahmen einer klassenlosen „Volksgemeinschaft“ zu realisieren<sup>40</sup>.

Einen wichtigen Platz in der „neuen Außenpolitik“ der Nationalsozialisten nahm Polen ein. Der am 26. Januar 1934 unterzeichnete Nichtangriffspakt zwischen dem Dritten Reich und Polen dämmte die antipolnische Rhetorik von der „fortschreitenden Polonisierung“ und der „Gefährdung“ Ostpreußens ein. Dies bedeutete aber keinesfalls einen Verzicht auf strategische Ziele wie die Revision des Friedensvertrages von Versailles, einschließlich der „Beseitigung des Korridors“. Verbürgt wurde diese Politik durch „Frontsoldaten“: einerseits Józef Piłsudski und Józef Beck, andererseits Hitler und Koch, die die „Außenpolitik der Frontkämpfer“ betrieben<sup>41</sup>.

Die NSDAP wurde in Ostpreußen rasch zu einer gesamtnationalen Massenpartei. Im September 1930 zählte sie noch 2 799 Mitglieder, während es im Januar 1933 bereits 27 526 (darunter 3 567 Frauen) waren. Im Jahr 1938 erreichte sie das Niveau von 90 000 Mitgliedern. Bald wandelte sie sich von einem Sammelsurium

---

38 E. Koch, *Aufbau im Osten*, Breslau 1934, S. 23.

39 *Ebenda*, S. 204-205. Vgl. E. Koch, *Die NSDAP. Ideen, Führer und Partei*, Leipzig 1933, S. 9-32.

40 *Der ostpreußische Mensch*, hrsg. von Dr. Lau, Königsberg 1934, S. 47-52.

41 Koch: „Der deutsch-polnische Zehnjahrespakt hat der Welt bewiesen, wie ehrlich das Deutschland Adolf Hitlers und Polen Josef Piłsudskis miteinander arbeiten können. (...) Dieser Pakt ist nicht mehr und nicht weniger als ein weltgeschichtliches Ereignis“. E. Koch, *Aufbau...*, S. 80 f. Im Januar 1936 kam er auf Einladung des polnischen Staatspräsidenten Mościcki zu einem zweiwöchigen Besuch nach Polen. Vgl. M. Majewski, *Documenty dotyczące Ericha Kocho w zasobie archiwalnym Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie*, „Przegląd Archiwalny Instytutu Pamięci Narodowej“, Bd. 1, Warszawa 2008, S. 44. In der Anfangsphase der deutschen Besatzung Polens wurde nach 1939 die Persönlichkeit des Marschalls Piłsudski gewürdigt. An seinem Grab in der Kathedrale auf der Wawel-Burg wurden Ehrenwachen der Wehrmacht aufgestellt. 1940 wurde über der unzerstörten Büste Piłsudskis in Posen, die auf einen hohen Sockel gesetzt wurde, die Reichskriegsflagge gehisst. Vgl. die Abb. bei M. Y. Arani, *Fotografische Selbst- und Fremdbilder von Deutschen und Polen im Reichsgau Wartheland 1939-1945: unter besonderer Berücksichtigung der Region Wielkopolska*, Teilband II, Hamburg 2008, S. 897.

demobilisierter und frustrierter Soldaten zu einer heterogenen Partei, der Vertreter aller sozialen Klassen, Gruppen und Berufe angehörten (im Januar 1933 machten Arbeiter 24,7 % aller Mitglieder aus, Bauern 18,7 %, Selbständige – Handwerker, Kaufleute, Freiberufler – 17,2 %, Angestellte 17,2 %). In der Partei dominierten junge Menschen: Nicht weniger als 41,0 % der Mitglieder waren 21-30 Jahre alt (31-40 Jahre: 28,7 %)<sup>42</sup>. Dies bestätigt die These, dass die „Bewegung“ besonders in ihrer Anfangsphase auf die Jugendlichen, die Bauern und das Industrieproletariat ausgerichtet war. Da sie eine „Verjüngung der Kader“ forderte, wurde die NSDAP von den meisten jungen Deutschen nicht mit Diktatur, fehlender Meinungsfreiheit oder Unterdrückung assoziiert, sondern bedeutete für sie „Freiheit und Abenteuer“<sup>43</sup>.

Die „Bewegung“ stand für Modernisierung und Modernität. Sie setzte Initiative frei, zerstörte traditionelle Wertehierarchien und Verwaltungsstrukturen. Ein ostpreußisches Führungsmitglied der Partei beschrieb die Ziele der ostpreußischen Gauleitung vor 1933 so: „Kampf gegen Interessenegoismus der Reaktion wie überhaupt jedes Standes, weitmögliche Einheit von Partei und Staat, Kampf gegen Bonzentum und Korruption, für ein sauberes und leistungsfähiges nationalsozialistisches Führertum“<sup>44</sup>.

Die Aktivitäten der Nationalsozialisten zeitigten reale Erfolge bei der Lösung sozialer Grundprobleme, wie Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Ausbau der Bildung und Sozialfürsorge, darunter der sozialen Gesetzgebung (Verdoppelung der Zahl arbeitsfreier Tage, Einführung des bis dahin unbekanntes „Arbeitnehmerurlaubs“ mit der Möglichkeit, die Vorzüge des Massentourismus zu nutzen usw.), Aufschwung der Motorisierung, Verbreitung von Rundfunk und Kino oder Erhöhung des Lebensstandards. Dies hatte zur Folge, dass sich der Nationalsozialismus einer echten Unterstützung fast aller Deutschen erfreute. Viele von ihnen waren fanatische Anhänger des Führers und der von ihm geleiteten Partei. Den durch und durch demagogischen Charakter der nationalsozialistischen Parolen nahm man nicht wahr bzw. wollte ihn nicht wahrnehmen. Der Faschismus als „Kult von Tat und Gewalt“ berief sich auf „Gefühle, Mythen, die mythologisierte Vergangenheit der Nation“, er kreierte „mythologisierte Feindbilder“, gegen die er die öffentliche Meinung wirksam aufwiegelte<sup>45</sup>. Mit modernen Propagandamethoden machte er sich alle irrationalen Reaktionen zunutze, bis hin zum Hass gegen vermeintliche Feinde. „Minderwertig“ konnten Juden, Bolschewiken oder

---

42 B. Koziello-Poklewski, *Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921-1933*, Olsztyn 1995, S. 144-145, 151-152.

43 P. Mast, *Ostpreußen und Westpreußen und die Deutschen aus Litauen*, München 2001, S. 150.

44 *Ebenda*.

45 J. W. Borejsza, *Wstęp* in: *Faszyzmy europejskie (1922-1945) w oczach współczesnych i historyków*, ausgewählt von J. W. Borejsza, Warszawa 1979, S. 22.

„Polacken“ sein. Damit einher gingen ein massiver Raubzug, zunächst auf Kosten der Juden und später der eroberten Staaten, sowie die Sklavenarbeit von Millionen von Menschen im unterjochten und gefügig gemachten Europa. Zum unabdingbaren Bestandteil der „nationalsozialistischen Revolution“ wurden die unter staatlicher Ägide organisierten massenhaften Verbrechen eines Völkermords von in der Neuzeit ungekanntem Ausmaß.

Ostpreußen wurde damals zur führenden Provinz Deutschlands, wo die „nationalsozialistischen Ideale in die Tat umgesetzt werden“<sup>46</sup>. Der die Wirtschaft kontrollierende Staat führte ein effektives System der Machtausübung ein. Diese diktatorischen Maßnahmen kamen unter anderem in der sog. Arbeitsschlacht zum Ausdruck, die zur „Ostideologie“ gehörte. Gemäß der Propagandakampagne wurde bereits ab Juni 1933 die Parole ausgegeben: „Jedem ‚eine‘, dann jedem ‚seine‘ Arbeitsstelle“. In der Praxis bedeutete dies, dass jeder Arbeitslose zunächst eine existenzsichernde Arbeit bekommen und sich im zweiten Schritt um einen ihm gemäßen Arbeitsplatz bewerben sollte. Da die Einflussnahme auf Unternehmer zwecks höherer Beschäftigung erfolglos blieb, wurde beschlossen, etwa 57 000 Arbeitslose den meist ungenügend vorbereiteten und schlecht bezahlten öffentlichen Arbeiten zuzuführen. Weitere 30 000 Menschen fanden freiwillig oder zwangsweise Arbeit in der Landwirtschaft im Rahmen der „Landhilfe“. Etwa 10 000 bis 15 000 Menschen wurden in Arbeitslager eingewiesen, obwohl dazu gar kein Anlass bestand. Tausende wurden hauptsächlich bei Meliorationsarbeiten und im Straßenbau eingesetzt. Viele dieser Projekte wurden im Rahmen des „Arbeitsdienstes“ realisiert.

Bereits am 19. Dezember 1933 wurde feierlich der Bau einer 92 km langen Autobahn zwischen Königsberg und Elbing-Ost begonnen. Es war das erste Vorhaben dieser Art im Dritten Reich. Die Nationalsozialisten maßten dem Bau eines Netzes von Reichsautobahnen (RAB), die als „Straßen des Führers“ bezeichnet wurden, große Bedeutung bei. Die Autobahn, die damals die beiden größten Städte der Provinz, d. h. Königsberg und Elbing, miteinander verband, wurde am 3. Dezember 1938 in Betrieb genommen.<sup>47</sup> Man errichtete nur die südliche Fahrbahn und ließ Platz für die nördliche, die mit zunehmendem Verkehrsaufkommen gebaut werden sollte. Später sollten im Verlauf der „vorläufigen einbahnigen Autobahn“ Umgehungen von Königsberg und Elbing gebaut werden, darunter die neue Anschlussstelle Elbing-West<sup>48</sup>, die eine Verbindung zur polnischen Gren-

46 Vgl. Ch. Rohrer, *Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen*, München 2006, S. 231-263.

47 In diesem Abschnitt verlief sie parallel zur bekannten Reichstraße R 1, die auf einer Länge von 1 400 km Aachen mit Eydtkuhnen (an der Grenze zu Litauen, Kreis Gumbinnen) verband.

48 Während des Krieges sprengten die Russen 1945 einige Autobahnüberführungen und -brücken, unter anderem über die Flüsse Omaza, Lastbach und Passarge. Der Weg nach

ze bekommen sollte<sup>49</sup>. Sie war Teil eines groß angelegten Autobahnprojekts, das Ostpreußen mit dem Reich auf der Strecke Berlin-Königsberg verbinden sollte<sup>50</sup>.

---

Königsberg verlor nach 1945 seine wirtschaftliche Bedeutung. Er führte „nach nirgendwo“, da an der polnisch-sowjetischen Grenze kein Grenzübergang eingerichtet wurde. Weil die Straße beiderseits der Grenze an keiner größeren Ortschaft vorbeiführte und die zerstörten Brücken nicht wieder aufgebaut wurden, verlor sie manchenorts sogar die lokale Bedeutung. Sie verkam und verfiel, geriet jahrzehntelang in Vergessenheit. Auf den damaligen Landkarten war sie als Nebenstraße eingezeichnet. Zu Beginn der neunziger Jahre nahmen die russische und die polnische Seite erste Verhandlungen über den Wiederaufbau und die „Ertüchtigung“ auf. 1999 wurde die der Grenze am nächsten liegende Brücke auf der polnischen Seite über den Fluss Omaza wiederaufgebaut. Auch die Brücken über Lastbach und Passarge wurden wieder errichtet. Im Jahr 2004 wurde auf einer Fläche von 20 ha mit dem Umbau der ehemaligen RAB-Anschlussstelle Elbing-Ost begonnen. Derzeit markiert die Anschlussstelle die Kreuzung der Landesstraße Nr. 7 Danzig-Warschau mit der Straße Nr. 22 Malbork-Elbląg-Chruściel-Grzechotki-Staatsgrenze-Kaliningrad. Am 24. September 2008 wurde auf dem ehemaligen Autobahnabschnitt Elbląg-Grzechotki (RAB 3 Elbing-Rehfeld) die neue völlig modernisierte Schnellstraße S 22 mit einer Länge von 50,6 km eröffnet. Sie verläuft anstelle der alten südlichen Fahrbahn. Im Bereich von Anschlussstellen hatten sich zwei Fahrbahnen erhalten, die modernisiert wurden. Gänzlich moderne Brücken und Überführungen wurden an ihren ehemaligen Stellen im Verlauf der nie realisierten nördlichen Fahrbahn neugebaut. Leider wurde wegen der Haltung der russischen Seite im modernisierten Abschnitt kein neuer Grenzübergang eröffnet.

- 49 Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde auf den Bau weiterer Autobahnabschnitte in Ostpreußen verzichtet. Es war geplant, 1939 einen 20 km langen Abschnitt Königsberg-Samland-Küste, die sog. *Samland-Autobahn*, und später 120 km Autobahn in der Verlängerung der Strecke Elbing-Königsberg (Abschnitt Königsberg-Insterburg-Gumbinnen) zu bauen. Bei der Ausführung dieses Vorhabens hätten Arbeiter aus der Tschechoslowakei beschäftigt werden sollen. Nach dem Endsieg hätte eine Verlängerung dieser Strecke Insterburg-Riga-Ostsee bzw. alternativ Insterburg-Wilna-Moskau gebaut werden oder mit dem Bau neuer „transeuropäischer Verbindungen“ Königsberg-Plock-Oberschlesien-Wien-Budapest sowie Königsberg-Minsk begonnen werden sollen. Vgl. K. Schulz-Sandhof, *Der Gegenwart um Jahre voraus. Vor 65 Jahren erreichte der Fernstraßenbau in Ostpreußen einen Höhepunkt*, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 11.10. 2003, S. 21.
- 50 Nach damaligen Plänen sollte eine Autobahn auf der Strecke Berliner Ring-Stettin (Arbeiten wurden bereits 1934 aufgenommen)-Bütow (wo der Grenzübergang nach Polen eingezeichnet werden sollte)-Elbing-Königsberg gebaut werden. Die Forderung nach einer territorialen Trasse durch den „Korridor“ war eine unter vielen, die Hitler 1939 an Polen richtete und die zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte. Bis 1943 wurde der Bau – diesmal unter Nutzung der Sklavenarbeit von Kriegsgefangenen und Juden – auf der Strecke Stettin-Freienwalde-Berent fortgesetzt. Es wurden allerdings nur einige Ingenieurbauwerke (Überführungen und Brücken) fertig gestellt. Der Bau der Fahrdecke wurde niemals in Angriff genommen. Die Straße sollte unter anderem an Neustettin, Schlochau, Konitz und Dirschau mit Abzweig nach Danzig vorbeiführen. Nach dem Krieg wurde im Verlauf dieser Strecke keine Straße Stettin-Danzig-Elbing geplant, weil sie um alle grö-

Die großen Vorhaben der Jahre 1933-1938 im Rahmen des „Ostpreußenplans“ (auch „Erich-Koch-Plan“ genannt) wurden mit den Methoden eines totalitären Staats umgesetzt. Beispielsweise wurde beim Autobahnbau ein Netz von „Reichsautobahnlagern“ eingerichtet, wo deutsche Arbeiter teilweise unter Zwangsbedingungen untergebracht waren und ihren Lebensunterhalt mit einem geringen Lohn (0,35 RM pro Stunde) bestreiten mussten<sup>51</sup>.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Baubeginn der ersten Autobahn im Reich usw. machten den Führer, andere Größen des Dritten Reiches und die damaligen Medien auf die „einmaligen Erfolge der Provinz“ aufmerksam. Ostpreußen und sein Gauleiter wurden zum Inbegriff des Wandels. Der „Völkische Beobachter“ und mit ihm die gesamte Presse in Deutschland berichteten über das „Wunder von Ostpreußen“ und über das „Beispiel Ostpreußen“. Koch genoss die volle Unterstützung Hitlers, weswegen er immer wieder finanzielle Mittel aus dem Staatshaushalt bekommen konnte. Auf seine Initiative, unter anderem als Oberpräsident Ostpreußens<sup>52</sup>, wurde die Erich-Koch-Stiftung ins Leben gerufen, deren offizielles Ziel darin bestand, das „sozialistische Werk“, d. h. den weiteren „Umbau“ der Provinz, zu intensivieren<sup>53</sup>.

Eine Gelegenheit, die in fünf Jahren erreichte Umsetzung des auf sechs Jahre angelegten „Koch-Plans“ zu resümieren, bot sich beim Gauparteitag der ostpreußischen NSDAP anlässlich der „10-Jahres-Feier“ der „Bewegung“<sup>54</sup>. Die Feier-

---

berer Städte in Pommern einen Bogen machen würde. In den Jahren 1996-2001 wurde ein 14 km langer Abschnitt von Stettin an die Staatsgrenze neu gebaut bzw. modernisiert. Nach dem Kriegsausbruch plante man im Osten den Bau weiterer Autobahnverbindungen: Frankfurt/Oder-Posen-Lodz-Warschau (Baubeginn: 1940) und Danzig-Posen-Breslau sowie Graudenz-Thorn (Abzweig nach Bromberg)-Lodz. Eine besondere Rolle sollte Posen, der Hauptstadt des Reichsgaus Wartheland, zufallen, wo sich die West-Ost- und Nord-Süd-Autobahnen (Königsberg-Danzig-Posen-Breslau-Wien bzw. Berlin-Frankfurt/Oder-Posen-Lodz-Warschau) kreuzen sollten. Vgl. A. Ziłkowska, *Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej (1941-1943)*, Poznań 2005, S. 35. Vgl. auch: N. Schütz, E. Gruber, *Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933-1941*, Berlin 2000; *Reichsautobahn. Pyramiden des Dritten Reiches*, hrsg. von R. Sommer, Marburg 1982.

- 51 In Königsberg klebten illegal rote Zettel mit der Aufschrift: „Die SA hat goldene Tressen, das Volk hats nicht zu fressen“. K. Schulz-Sandhof, *Der Gegenwart...*, S. 21.
- 52 In diese Funktion gelangte er unmittelbar nach der Machtübernahme 1933.
- 53 Vgl. R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 192. Später sollte sich die „Stiftung“ als ein gutes Werkzeug erweisen, mit dem Korruption in großem Stil betrieben werden und Koch ein enormes Privatvermögen anhäufen konnte. Sie wurde gar als „genialer Raubzug“, „schwarze Kasse“ und „obskure Stiftung“ bezeichnet.
- 54 Koch ging über die Tatsache hinweg, dass die Gaugründung der NSDAP in dieser Provinz 1925 stattgefunden hatte. Die Wahl fiel nicht zufällig auf dieses Datum. Die Feierlichkeiten fanden am 42. Geburtstag des „Führers der Provinz“, der auch als „Gaukönig“

lichkeiten fanden am 16.-19. Juni 1938 in Königsberg statt. Den Höhepunkt des Parteitages bildete eine große Abschluss-Inszenierung auf dem Hauptplatz; dieser war zu Ehren des „Ostpreußenführers“ nach ihm benannt (Erich-Koch-Platz). Vorher trug er den Namen Walter-Simon-Platz (nach einem verdienten jüdischen Bankier der Stadt). An den Feierlichkeiten nahmen 70 000 NSDAP-Mitglieder und 4 000 Wehrmachtssoldaten teil<sup>55</sup>.

Die Vorhaben in den „Aufbaujahren“ nach 1936 erfolgten im Rahmen des auf dem Reichsparteitag 1936 verabschiedeten Nationalsozialistischen Vierjahresplans durchgeführt.<sup>56</sup>

Nach Ansicht Ralf Meindls wurden die bestehenden Möglichkeiten selektiv genutzt. Letztendlich wurden „viele der hochgesteckten Ziele nicht erreicht, dennoch nahm die ostpreußische Wirtschaft einen deutlichen Aufschwung, und auch der beabsichtigte Strukturwandel hin zu einer kleinindustriellen Wirtschaftsform begann sich deutlich abzuzeichnen“<sup>57</sup>. Ostpreußen verlor aber seinen ländlich-agrarischen Charakter nicht. Im Jahr 1939 arbeiten in Land- und Forstwirtschaft nach wie vor 36,5 % aller Berufstätigen (gegenüber 42,1 % im Jahr 1933 und 45,2 % im Jahr 1925; der Durchschnittswert für das gesamte Reich betrug im Jahr 1939 19,1 %). Geringfügig stieg der Anteil der Arbeiter (von 48,9 % im Jahr 1933 auf 52 % im Jahr 1939) und der Beamten (von 15,7 auf 16,8 %).

Es gelang nicht, das Problem der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wenn sie auch stark begrenzt wurde. Dazu bediente man sich oftmals polizeilicher Zwangsmethoden. 1937 waren 21 400 Menschen nach wie vor ohne Arbeit (gegenüber 64 000 im Jahr 1933<sup>58</sup> bzw. 102 000 im Jahr 1932)<sup>59</sup>.

---

bezeichnet wurde, statt und hingen mit dem fünften Jahrestag seiner Einsetzung als Oberpräsident der Provinz zusammen.

- 55 Vgl. Ch. Rohrer, *Nationalsozialistische...*, S. 454. Vgl. auch: E. Musiał, *Inscenizacja polityki w III Rzeszy*, in: *Sztuki piękne w III Rzeszy. W przeddzień 70. rocznicy palenia książek: 10 maja 1933-10 maja 2003*, pod red. h. Orłowskiego, Poznań 2004, S. 81-94
- 56 Vgl. H. D. Petzina, *Der Nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936. Entstehung, Verlauf, Wirkung*. Mannheim 1965.
- 57 R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 189. Eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung des „Koch-Plans“ spielte das 1916 gegründete Institut für Planungswissenschaft und Planungstechnik an der Königsberger Universität. Vgl. Ch. Tilitzki, *Die Albertus-Universität Königsberg im Umbruch von 1932 bis 1934*, in: *Vorposten des Reiches? Ostpreußen 1933-1945*, hrsg. von Ch. Pletzing, München 2006, S. 41-76. Koch galt als Wirtschafts- und Raumplanungsexperte. Er hielt Vorträge über „Erfolge Ostpreußens“, nicht zuletzt auch bei seinen zahlreichen Auslandsreisen, z.B. in Schweden.
- 58 Laut offiziellen Statistiken blieben 131 073 Personen im Februar 1933 ohne Arbeit. Im August waren es nur 2 672 und im Februar 1934 – 37 668, im Juni 1934 – 13 559. *Nationalsozialistische Aufbauarbeit in Ostpreußen. Ein Arbeitsbericht*, Königsberg 1934, S. 15.
- 59 P. Mast, *Ostpreußen...*, S. 149. Die Bevölkerungsdichte hat sich nicht signifikant verändert (1938 waren es 67 Einwohner pro 1 km<sup>2</sup> gegenüber 63 Einwohner im Jahr 1933).

Genährt wurde der Kult Kochs als „Führer der Provinz“ (auch „Vater der Provinz“ oder „Onkel Gauleiter“) nicht zuletzt durch das Bauprogramm von Wohnsiedlungen für Industrie-, Land- bzw. Forstarbeiter (Koch-Siedlung). Es waren funktionell Häuser mit einem Garten und kleinen Wirtschaftsanebauten. Bis heute haben sie sich in den Vororten ostpreußischer Städte und in zahlreichen Dörfern erhalten<sup>60</sup>. Sie sind im gesellschaftlichen Bewusstsein Masurens immer noch präsent und werden als „Kochówki“ bezeichnet<sup>61</sup>. In den Grenzgebieten zu Polen wurde ein Grenzlandprogramm aufgelegt, in dessen Rahmen neue Bauernhofgebäude aus roten Ziegelsteinen gebaut wurden. Bis heute imponieren sie durch Funktionalität, moderne Lösungen und solide Ausführung. Aufgelegt wurde auch ein Ernährungsprogramm für Kinder in der Region („täglich eine warme Mahlzeit in der Schule“).

Während der ersten sechs Jahre der NSDAP-Regierung (1933-1939) haben sich in Ostpreußen zahlreiche Änderungen im sozialen Leben vollzogen. Durch die Gleichschaltung wurde (wie in ganz Deutschland) jegliche Opposition mundtot gemacht, die bürgerlichen Freiheiten (unter anderem Presse- und Versammlungsfreiheit u.ä.) aufgehoben sowie das gesellschaftliche Leben umfassend zentralisiert und unter Kontrolle gestellt. Im Gegenzug erlebten zum Beispiel die Landwirte eine Hochkonjunktur (unter anderem durch Entschuldung der Höfe und günstige Darlehen). Mit dem Absatz landwirtschaftlicher Produkte zu günstigen Preisen gab es keine Probleme. Auch in Königsberg, der Gauhauptstadt, wurden neue Vorhaben geplant und realisiert (z. B. der Bau eines neuen Universitätskomplexes im Norden der Stadt). Geplant war ferner, an der Ostsee riesige Erholungsobjekte nach dem Vorbild von Prora auf Rügen zu bauen.

Während der Umsetzung des „Koch-Plans“ stieg der Lebensstandard: Beispielsweise belief sich die Zahl der Personenkraftwagen und der Autobusse im Jahr 1933 auf 124 000, um im Jahr 1937 auf 329 000 zu steigen. Auf den Sparbüchern hatten die Einwohner Ostpreußens im Jahr 1933 Guthaben im Wert von 218,4 Mio. RM und im Jahr 1937 bereits von 312,1 Mio. RM. Der durchschnitt-

---

Auch die Bevölkerungszahl in der Provinz ist nicht stark gestiegen (im Mai 1939 betrug sie 2,49 Mio. gegenüber 2,33 Mio. im Jahr 1933). Die Mehrheit (51,6 %) lebte in kleinen Landgemeinden mit bis zu 2 000 Einwohnern. Lediglich 15 % der Einwohner lebten in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern (im Reich: 30,5 %). Die Landflucht hielt an. Vgl. Ch. Rohrer, *Nationalsozialistische...*, 489-491.

60 Für 1938 war geplant, unter anderem 2 768 Wohnungen für Landarbeiter, 3 400 Kleinsiedlungen und 2 634 „Volkswohnungen“ zu bauen. Zu diesem Zweck wurde der Deutsche Siedlungsbund in Ostpreußen gegründet, der 115 000 Mitglieder zählte. H. B. von Grünberg, *Das neue Ostpreußen. Rechenschaft über den Aufbau der Provinz*, Königsberg 1938, S. 83-89.

61 Vgl. Stichwort „Kochówka“ in: *Mazury. Słownik stronniczy, ilustrowany*, pod red. W. Mierzwy, Dąbrówno/Warszawa 2008, S. 76.

liche wöchentliche Arbeiterlohn stieg von 15,17 RM (1933) auf 17,68 RM (1936; im Reich waren es 25,19 RM)<sup>62</sup>.

Massenorganisationen wie DAF (Deutsche Arbeitsfront), KdF (Kraft durch Freude), HJ (Hitler-Jugend), BDM (Bund Deutscher Mädel), NSDStB (Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund), NSF (Nationalsozialistische Frauenschaft) oder nationalsozialistische Lehrer- und Juristenorganisationen, Automobil- oder Flugverbände schufen Voraussetzungen für das Entstehen eines „neuen Menschen“ im Rahmen der „Volksgemeinschaft“<sup>63</sup>. Ähnliche Ziele verfolgten die Kommunisten in den Jahren 1945-1991 im Kaliningrader Gebiet, die einen neuen „Sowjetmenschen“ formen wollten.

Offen bleibt, wie die weitere Entwicklung Ostpreußens verlaufen sein würde, wäre nicht der Zweite Weltkrieg ausgebrochen, der eine neue Ära in der Geschichte dieser Landschaft markierte.

---

62 H.B. von Grünberg, *Das neue Ostpreußen...*, S. 271-296; B. Koziello-Poklewski, *Rola Prus Wschodnich...*, S. 30; *Statistisches Handbuch für die Provinz Ostpreußen 1938*, Schlossberg 1938, S. 265.

63 Vgl. B. R. Lewis, *Hitlerjugend w czasach wojny i pokoju 1933-1945*, Warszawa 2000, S. 46-63; *Heil Hitler, Herr Lehrer. Volksschule 1933-1945*, hrsg. von der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 25-68. Dieses Konzept knüpfte an frühere völkische Theorien an. Unter der NSDAP-Herrschaft wurde ganz bewusst auf den Terminus *Volk* zurück gegriffen. Es kamen Begriffe auf wie *Volksgemeinschaft*, *Volksgenosse*, *Volkskanzler* (hier: „Adolf Hitler der Volkskanzler und Führer der deutschen Revolution“), *Volkswohnungen*, *Volkstum*, *Volkliste*, *Volksempfänger* usw. Bis heute ist der Name *Volkswagen* weltweit bekannt. Sein Ursprung liegt in den dreißiger Jahren, als der Automobilkonstrukteur Ferdinand Porsche nach Anweisungen der NSDAP einen „Wagen für das Volk“ baute. Vgl. K.H. Brackmann, R. Birkenhauer, *NS-Deutsch. „Selbstverständliche“ Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus*, Straelen 1988.

## 5. Nationalitätenverhältnisse im deutschen Ostpreußen

Infolge der Beschlüsse der Pariser Konferenz wurde von Ostpreußen ein Gebiet im Norden der Provinz (Memelland) abgetrennt, das 1923 an Litauen (Litauisch-Preußen) angegliedert wurde, und ein Gebiet im Süden, wo aus dem Kreis Neidenburg das Soldauer Gebiet (Polnisch-Preußen) herausgelöst und 1920 Teil Polens wurde. Im Ergebnis der Volksabstimmung von 1920 wurden im Grenzgebiet einige Ortschaften um Löbau dem polnischen Staat angeschlossen. Die Mehrheit der masurischen und ermländischen Bevölkerung sowie der Preußisch-Litauer verblieb allerdings in den Reichsgrenzen.

Das Schicksal der protestantischen Preußisch-Litauer (*Lietuvininkai*) und Masuren, die in den Grenzen Ostpreußens lebten, weist in den Jahren 1920-1944 viele Ähnlichkeiten auf. Gemeinsam ist ihnen die damals rasch fortschreitende Assimilation (Germanisierung), die im Verlust des ethnischen Selbstbewusstseins zum Ausdruck kam. Ähnliches vollzog sich auch unter der einheimischen Bevölkerung im Soldauer Gebiet und im Memelland.

### 5.1. Preußisch-Litauer und Masuren

Die evangelische Konfession und die Tatsache, dass die Preußisch-Litauer und Masuren nicht in den Staaten lebten, aus denen sie stammten, d. h. in Litauen bzw. Polen, führten dazu, dass sich beide Gruppen nicht nur von ihren deutschen Nachbarn, sondern auch von den katholischen Litauern und Polen „jenseits der Grenze“ stark unterschieden. Die Preußisch-Litauer und Masuren, aber auch die katholischen Ermländer bildeten im Laufe der Geschichte eine soziale Gruppe, die zwischen Litauertum/Polentum und Deutschtum gewissermaßen schwebte und eine eigene Wertewelt schuf. Dazu gehörten eigene Sprache und Kultur, Bindung an den Heimatort und Loyalität gegenüber den Behörden ihres Wohnstaates.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sahen sich die Preußisch-Litauer und Masuren mit den „Urteilen der Geschichte“ konfrontiert, die in ihrem Fall eine Aufteilung der staatlichen Zugehörigkeit des bisher kohärenten Wohngebiets zwischen Ostpreußen und Memelland bzw. Soldauer Gebiet mit sich brachten. Die Masuren waren (ähnlich wie die Ermländer) vor die Wahl (masurisch: „welunek“) gestellt, sich in der Volksabstimmung von 1920 für Polen oder für Deutschland (Ostpreußen) zu entscheiden. Für Grenzlandgesellschaften, zu welchen die Masuren, Ermländer und Preußisch-Litauer zählen, bedeutete dies oftmals die Notwendigkeit dramatischer Wahlentscheidungen, worauf die „autochthone“, „einheimische“ oder „alteingesessene“ Bevölkerung nicht vorbereitet war. Sie wurde

mit einer aggressiven Ideologie von Staaten konfrontiert, die gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen ihre eigenen unterschiedlichen Ziele verfolgten und sie für die deutsche, litauische bzw. polnische Sache zu gewinnen versuchten. Für die „Gruppen dazwischen“, ethnische Gemeinschaften also, die sich ihrer Eigenart bewusst waren, blieb somit wenig Platz und Verständnis in der ungleichen Auseinandersetzung zwischen dem deutschen, litauischen und polnischen Staat.

Die Preußisch-Litauer und Masuren, die 1920-1944 in Ostpreußen lebten, waren nicht nur wegen des deutschen Nationalismus, der seinen Triumph in der Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches feierte, zur Niederlage verurteilt. Sie bedeutete den Verlust der Eigenart und Identität sowie eine preußisch-deutsche Assimilation. Dies war de facto der Anfang vom Ende der Masuren und Preußisch-Litauer als jahrhundertealte Volksgruppen.

Bis zur Angliederung des Memellandes 1923 an Litauen war die Lage der Preußisch-Litauer alles anderes als typisch. In den Jahren 1920-1923, d. h. während der „französischen Besatzung“ in Memel und Umgebung, gab es gemeinsame litauische Organisationen für das Memelland und das übrige Ostpreußens. Von großer Bedeutung für die litauische Bewegung in Ostpreußen zwischen den beiden Weltkriegen waren die Jahre 1914-1920. In jener Zeit haben sich zwei wichtige Zentren herauskristallisiert: Memel und Tilsit. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und insbesondere die Besetzung des „russischen Litauens“ durch deutsche Truppen brachten Großlitauen und Preußisch-Litauen (Kleinlitauen) auf quasi natürliche Weise enger zusammen. In beiden Gebieten wurden Tendenzen wirksam, die das kaiserliche Deutschland als „großlitauisch“ bezeichnete. Durch die Niederlage Deutschlands konnten diese nun offen artikuliert werden.

Bereits im November 1918 verteilten „litauische Aktivisten“ auf Marktplätzen und Straßen der Städte in den Kreisen Memel und Heydekrug (später Teil des Memellands) sowie Tilsit und Ragnit Flugblätter und riefen zum Anschluss Preußisch-Litauens an Großlitauen auf. Ein Nationalkomitee für Preußisch-Litauen wurde ins Leben gerufen, das Deutschland für die nationale Unterdrückung und Zerstörung des litauischen Geistes kritisierte und die Abtrennung des nördlichen Ostpreußens von Deutschland und seine Angliederung an Großlitauen forderte<sup>64</sup>. Es wurde versucht, die internationale Gemeinschaft für den Fall zu interessieren<sup>65</sup>.

---

64 Deutschland befürchtete, die nördlichen Gebiete Ostpreußens zu verlieren, und gründete im November 1918 in Memel einen *Ausschuss zur Bekämpfung der russisch-litauischen Bestrebungen zur Loslösung ostpreußischer Gebietsteile in Stadt Memel und Kreis Memel*. B. Koziełło-Poklewski, *Litwini Pruscy między Litwą a Prusami (1918-1920)*, in: *Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku*, pod red. J. Jasińskiego, Olsztyn 1993, S. 105 f.

65 In einem im Januar 1919 in Dänemark veröffentlichten „Aufruf der Litauer in Ostpreußen“ ersuchten sie die internationale Öffentlichkeit um Hilfe, weil sie „von der ganzen

In 24 Gemeinden wollten die Litauer deutsche Beamte durch litauische ersetzen. Es wurde ein litauischer Nationalrat gebildet. Gefordert wurde auch der Anschluss von neun preußisch-litauischen Kreisen an Litauen, in denen die Preußisch-Litauer vermeintlich die Mehrheit der Einwohner stellten<sup>66</sup>. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde im Februar 1919 in Memel die Memeler Litauervereinigung ins Leben gerufen. In Tilsit entstand im März desselben Jahres ein Litauerklub, und die Vereinigung *Birute* nahm ihre Tätigkeit wieder auf. Durch den Zusammenschluss mehrerer Organisationen wurde die Vereinigung der Litauer Preußens gegründet. Begonnen wurde mit dem Aufbau eines Netzwerks von Vertrauensleuten und mit der Aufstellung von Räten (*Tarybas*), die die Abgeordneten zur Obersten Nationaltaryba der Preußisch-Litauer wählen sollten. Deutschland reagierte auf all diese Aktivitäten scharf und intervenierte auf internationaler Bühne. Man befürchtete, dass Ostpreußen mehr als ein Fünftel seiner Fläche mit fast einem Viertel seiner gesamten Einwohnerschaft verlieren könnte, sollten die Ziele der „litauischen Separatisten“ verwirklicht werden. Die endgültige Entscheidung fiel auf der Friedenskonferenz in Versailles, wo im Artikel 99 die Abtrennung des Memellandes von Ostpreußen beschlossen wurde. Das Memelland sollte zu einem besonderen Kondominium der alliierten Mächte werden. In den übrigen Gebieten, die in den Grenzen Deutschlands verblieben, „erlahmte die litauische Bewegung nach einem stürmischen und an nationalen und politischen Aktivitäten reichen Jahr 1919“<sup>67</sup>. Es brauchte einige Jahre, bevor ein erneuter Versuch zur Selbstorganisation durch die Preußisch-Litauer unternommen wurde, nicht zuletzt auf eine Anregung seitens der polnischen Aktivisten in Ostpreußen<sup>68</sup>.

---

Welt abgeschnitten und von den Deutschen unterdrückt“ würden. Im Aufruf lesen wir unter anderem: „Wir Preußisch-Litauer zählen in ganz Ostpreußen 200 000 und im übrigen Deutschland 150 000. (...) Wir haben unsere Sprache, unsere Eigentümlichkeiten und unsere Kultur bewahrt und fühlen uns eins mit unsern Brüdern in Großlitauen. (...) Unsere Losung kann nur sein ‚Los von Deutschland‘“. *Ebenda*, S. 107 f.

66 Es waren folgende Kreise: Kleipėda (Memel), Tilžė (Tilsit), Šilokarciamia (Heydekrug), Ragainė (Ragnit), Labgava (Labiau), Isrutis (Insterburg), Gumbinė (Gumbinnen), Stalupėnai (Stallupönen) und Pilkalai (Pillkallen).

67 *Ebenda*, S. 119.

68 Jan Baczewski, polnischer Abgeordneter im preußischen Landtag, Ermländer und Aktivist der polnischen Bewegung in Ostpreußen, sah Ähnlichkeiten im Schicksal der polnischen und der litauischen Minderheit in der Provinz und initiierte 1923 eine Kooperation mit Litauern in Tilsit. Mehr darüber schreibt M. Szostakowska in ihrer Studie *Litwini Pruscy w latach 1918-1933 w świetle materiałów Archiwum Akt Nowych w Warszawie*, in: *Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Z zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków niemiecko-litewskich i polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku)*, pod red. A. Skrzypka, S. Szostakowskiego, Olsztyn 1992, S. 106-115.

Zum wichtigsten Zentrum für die Verteidigung der litauischen nationalen Rechte stieg Tilsit auf. In dieser Grenzstadt an der Memel entstanden und wirkten die wichtigsten Organisationen der Preußisch-Litauer. 1925 wohnten deutschen Behörden zufolge in Ostpreußen nur 4 600 Personen litauischer Nationalität. Dies hätte lediglich 1,79 % der Gesamtbevölkerung in den fünf „litauischen Kreisen“ Labiau, Pillkallen, Tilsit, Ragnit und Niederung ausgemacht. Die litauischen Aktivisten bezifferten die Zahl derer, die Litauisch sprachen bzw. verstanden, auf etwa 100 000. Beide Schätzungen wichen von den tatsächlichen Gegebenheiten ab. Andere Quellen gaben diese Zahl mit ca. 60 000 bzw. 20 000 an<sup>69</sup>. Die zuletzt genannte Zahl erscheint am wahrscheinlichsten.

Im Jahr 1930 gab es auch die Vereinigung der Litauer in Deutschland mit ca. 2 800 Mitgliedern. Sie übernahm die Schirmherrschaft über andere kleinere Organisationen mit Sitz in Tilsit: Litauischer Gesangsverein (44 Mitglieder), Litauischer Frauenverband (58 Mitglieder), Litauischer Arbeiterverein (108 Mitglieder), Litauischer Presseverband (8 Mitglieder) sowie Litauischer Klub und Litauischer Schriftstellerverband. Aktiv war auch die Preußisch-Litauische Volkspartei (285 Mitglieder), die in den Wahlen von 1932 im Regierungsbezirk Gumbinnen nur 83 Stimmen (davon in Tilsit: 22) und im Regierungsbezirk Königsberg 41 (Königsberg-Stadt: 11) erhielt<sup>70</sup>.

In Tilsit kam nunmehr die Zeitung „Naujasis Tiltęs Keleivis“ heraus<sup>71</sup>. Nachdem der Genfer Kongress 1930 die Preußisch-Litauer als nationale Minderheit anerkannt hatte, wurde mit dem Aufbau eines privaten litauischen Schulsystems begonnen. 1931 wurde in Tilsit der Rat litauischer Schulen in Ostpreußen gegründet. Es war geplant, etwa ein Dutzend Dorfschulen (unter anderem in den Ortschaften Gilge, Schillgallen und Sentainen) zu errichten. In Tilsit wurden zwei

---

69 *Ebenda*, S. 105. Vgl. auch: N. Strakauskaitė, *Der Einfluss politischer Faktoren auf das kleinlitauische Schulwesen 1871-1933*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000, S. 113, 118.

70 Vgl. M. Szostakowska, *Litwini...*, S. 110; J. Tauber, *Überlegungen zur Bedeutung der kleinlitauischen Bewegungen in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000. Die Hauptaktivisten waren: Wilhelm Storost, ein angesehener litauischer Schriftsteller, der unter dem Pseudonym Vydunas publizierte, Enzys Jagomastas und der propolnisch eingestellte Wilhelm Mačiulaitis.

71 Vor 1914 wurde das Blatt von etwa 8 000 Abonnenten gelesen; ihre Zahl schrumpfte bis 1931 auf nur etwa eintausend. Vgl. M. Szostakowska, *Z problematyki mniejszości litewskiej w Prusach Wschodnich. Nieznana relacja informatora polskiej służby konsularnej w Królewcu z 1931 roku*, in: *Kommunikaty Mazursko-Warmińskie* 1990, Nr. 104, S. 71.

Litauischkurse durchgeführt<sup>72</sup>. Letztendlich ist es nicht gelungen, eine einzige litauische Schule zu eröffnen<sup>73</sup>. Ähnlich war es in Masuren.

Auf Hindernisse stieß auch die Abhaltung von Gottesdiensten in litauischer Sprache. Laut Kirchenstatistiken fanden „litauische Gottesdienste“ im Jahr 1937 nur in Skirwieth (ca. 40 Besucher), in Skaisgirren, Ragnit, Groß Lenkeningken und Lasdehnen (je ca. 30 Personen) sowie in neun weiteren Ortschaften (wo am Gottesdienst je weniger als 20 Gläubige teilnahmen) statt. Diese Gottesdienste wurden nur von zwei Priestern mit Litauischkenntnissen (darunter von einem Deutschen) abgehalten<sup>74</sup>.

Die Lage der Preußisch-Litauer gestaltete sich ähnlich wie bei den Masuren sehr schwierig. Die fortgeschrittene Assimilation, geringe materielle Hilfe und Unterstützung durch die Behörden in Kaunas sowie die rücksichtslose Germanisierungspolitik der Königsberger Regierung waren die drei wichtigsten Gründe für das Schwinden der ethnischen Eigenart der Preußisch-Litauer.

Die deutschen Behörden bezeichneten die „natürliche Eindeutschung ohne Druck und Zwang“ der Preußisch-Litauer und Masuren als „Verdeutschung“. Diese vollzog sich bereits im Kaiserreich, dann in der Weimarer Republik und auch im Dritten Reich, oftmals in Form einer direkten Druckausübung administrativer, wirtschaftlicher und psychologischer Art. Die Deutschen verspotteten die Preußisch-Litauer nicht selten als „dumme Litauer“ oder „litauische Barbaren“. Ähnliches widerfuhr den Masuren, wovon unter anderem die verächtliche Redewendung „Wo sich aufhört die Kultur, beginnt zu leben der Masur“ zeugt.

Die preußisch-deutschen Behörden betrieben gegenüber den Preußisch-Litauern und Masuren eine Politik der langsamen, aber systematischen Germanisierung. Dies war umso leichter, als diese Bevölkerungsgruppen über keine eigenen Eliten, kein Bürgertum und auch keine aufgeklärte Bauernschaft verfügten<sup>75</sup>. Insbesondere vertraten die Nationalsozialisten den Standpunkt, die alten Masuren oder Litauer könnten „mit ihrer Eigenart dahinsiechen“. Es durfte allerdings nicht zugelassen werden, dass ein junger Litauer oder Masure etwa nicht Deutscher wäre<sup>76</sup>. Der Weg

72 *Ebenda*, vgl. auch: N. Strakauskaitė, *Der Einfluss...*, S. 76-79.

73 M. Szostakowska, *Litwini...*, S. 114.

74 Vgl. A. Hermann, *Preußisch-Litauer und die Evangelische Kirche Ostpreußens 1871-1933*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Erster Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000, S. 107.

75 Vgl. B. Piotrowski, *Mniejszość litewska w Prusach Wschodnich (do lat osiemdziesiątych XIX wieku)*, in *Lituano-Slavica Posnaniensia. Studia Historia* Bd. IV, 1990, S. 63.

76 Der litauische Konsul in Tilsit bemerkte: „Bekanntlich geht die litauische Jugend in den [deutschen – A.S.] Schulen unter und wächst zu Hakenkreuzlern [Hitler-Anhängern – A.S.] heran. Die junge Generation gehört uns nicht mehr, dabei fehlen uns große Intellektuelle, die sich der Germanisierungswelle widersetzen könnten“. Zit. nach: M. Szo-

zum „Deutschtum“ führte über einzelne Assimilationsstufen: von der freiwilligen bis hin zur Zwangsassimilation (besonders zur Zeit des Dritten Reiches).

Der Erste Weltkrieg hatte ebenfalls einen starken Einfluss auf die Lage der masurischen Bevölkerung. Gemeinsame Kriegserlebnisse, die Kampfteiligung der Masuren an verschiedenen Fronten und große Hilfe anderer Regionen Deutschlands beim Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen trugen zur Vertiefung des Verhältnisses der Masuren zum deutschen Staat bei. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges intensivierte sich der kulturell-gesellschaftliche, sprachliche und staatliche Assimilationsprozess an das Deutschtum unter den jüngeren Generationen der masurischen Bevölkerung.

Große Bedeutung für die fortschreitende Entnationalisierung der Masuren hatten die Migrationsprozesse sowie der Verlauf und die Resultate der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920. Der soziale Aufstieg junger Masuren, der das Heraus-treten aus einer in sich geschlossenen territorialen Gruppe bedeutete, wurde mit der sozialen Assimilation im Deutschen Reich gleich gesetzt. Die Kenntnisse der polnischen Sprache schwanden allmählich. Unter dem Assimilationsdruck wuchs unter der masurischen Bevölkerung das Bewusstsein für die lokale Bindung, die sprachliche und religiöse Gemeinschaft sowie das Gefühl der Andersartigkeit gegenüber den Polen und – in gewissem Grade – auch gegenüber den Deutschen. Am treffendsten wurde diese Selbsteinschätzung der masurischen Bevölkerung 1921 von Adolf Szymański in seiner Doktorarbeit *Die wirtschaftliche Lage der Masuren in Ostpreußen* veranschaulicht. Er schrieb: „Ihre polnische Abstammung und Sitten und die deutsche Tradition, die polnischen Nachnamen und die deutschen Vornamen, die polnische Sprache und die deutsche Schrift, die polnischen

---

stakowska, *Z problematyki mniejszości...*, S. 71. 1939 schrieb Kurt Forstreuter in seiner Arbeit *Memelland*:

„Jeder Litauer, der sich aus der Bauernmasse befreite und einen sozialen Aufstieg erfuhr, wurde zum Deutschen. Es geschah nicht, weil Druck ausgeübt wurde, sondern weil es bis auf die Kirche und die Volksschule keine anderen Möglichkeiten gab, sich in litauischer Sprache zu üben. (...) Somit vollzog sich ohne staatlichen Eingriff, auf eine ganz natürliche Art die weitere Sättigung des Litauertums mit deutschem Geist“ (Elbing 1939, S. 40). Der litauische Aktivist aus Tilsit, Storost, fasste 1916 diese Frage folgendermaßen zusammen: „Das Verhalten der preußisch-deutschen Regierung war das, dass sie bemüht war, die deutsche Kultur unter den Litthauern zu pflegen, deutsche Bildung dem Litthauer zu übermitteln. Auch ohne besondere Maßnahmen verbreitet sich naturgesetzlich eine höhere Kultur gegenüber einer anderen. Die Entnationalisierung der Litthauer wurde darum in deutschen Kreisen als ein natürlicher Vorgang betrachtet“. Zit. nach: W. Hubatsch, *Masuren und Preußisch-Litauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870-1920*, „Zeitschrift für Ostforschung“ 1965, H. 4, S. 663. Vgl. auch: O. Prusaite, *Preußisch-Litauen und seine Germanisierung*, Tilsit 1933; D. Kaunas, *Mažosios Lietuvos Spaustuvės 1524-1940 metais*, Vilnius 1987.

Sprichwörter und die deutschen Lieder, die slawische Religiosität und die evangelische Konfession sind die wichtigsten Wesensmerkmale der Masuren<sup>77</sup>.

Dieser Umstand begünstigte – insbesondere in den zwanziger Jahren – verschiedene autonome bzw. sog. separatistische Tendenzen<sup>78</sup>. Sie resultierten aus dem spezifischen masurischen Patriotismus. Dieser gründete auf der Überzeugung, dass die Masuren einen besonders großen Anspruch auf das masurische Land hätten. Die aus dem Reich zugezogenen späteren Ansiedler wurden als fremdes Element betrachtet, dessen Ansprüche viel bescheidener seien<sup>79</sup>. Solche Organisationen wie die Masurische Selbstwehr, die Masurenvereinigung in Lyck oder auch der Masurenbund von Kurt Obitz und die Zeitschrift „Cech“ profilierten sich mit der Losung „Masuren den Masuren“<sup>80</sup>. Zu Recht setzten die deutschen Behörden Forderungen nach der masurischen Autonomie mit einer Stärkung des Polentums gleich. Diese Organisationen, die von der Bevölkerung eine relativ breite Unterstützung erfuhren und sich in ihrem Programm auf eine Eigenart beriefen, die auf der polnischen Sprache und eigenen Traditionen beruhte, hätten künftig die Grundlage für eine polnische Bewegung bilden können.

Die Masuren bewohnten den Süden Ostpreußens, wo sie zahlenmäßig dominierten. Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde die Zahl der polnischstämmigen Bevölkerung in den acht masurischen Kreisen Osterode, Neidenburg, Ortelsburg, Sensburg, Johannsburg, Lötzen, Lyck und Oletzko auf 350 000-

---

77 A. Szymański, *Die wirtschaftliche Lage der Masuren in Ostpreußen*, Königsberg 1921, S. 2.

78 Im Jahr 1920 schrieb das Masurische Volksabstimmungskomitee: „Der Masure kennt nur den polnischen Katholiken, kennt nur das polnische Elend, kennt nur den armen, armen Arbeiter, der zu ihm arbeiten kommt, kennt den jüdischen Schmuggler, nur solche Polen kennt der Masure. Daher ist ‚Polen‘ für den Masuren ein Synonym für Minderwertigkeit, niedere Kultur, Armut. Kaum klettert ein Masure die soziale Leiter hinauf, schon fühlt er sich besser, beginnt sich sogar der Sprache zu schämen, die er von Zuhause mitbringt, als einer ungebildeten Sprache“ (W. Wrzesiński, *Plebiscyty na Warmii i Mazurach oraz na Powiślu w roku 1920*, Olsztyn 1974, S. 89).

79 *Ebenda*, S. 108.

80 Das polnische Konsulat in Allenstein charakterisierte die Aktivitäten des Masurenbundes folgendermaßen: „Sie betrachten die Masuren als ein eigenständiges Volk, das zwar Polnisch spricht, sich von den Polen jedoch durch Glauben, Mundart und Kultur unterscheidet. Deutschland sehen sie als ihr großes Vaterland an, in dessen Rahmen die Masuren ihre regionale Eigenart bewahren sollten. Auf dem Boden einer bedingungslosen Loyalität gegenüber dem Deutschen Reich strebte der Masurenbund nach dem Erhalt der ethnischen Eigenart bei gleichzeitiger Hervorhebung des polnischen Volksstands“. W. Wrzesiński, *Ruch polski na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1920-1939*, Olsztyn 1973, S. 182. Vgl. auch: *Demokratie in Masuren*, in: *Cech* 1930, Nr. 2; *Wir sind Masuren*, in: *Cech* 1930, Nr. 11; *Loyalität*, in: *Cech* August 1929; *Zur Lage*, in: *Cech* 1930, Nr. 3, und *Macht Schluss mit der Idiotisierung der Masuren*, in: *Cech* 1932, Nr. 3-4.

500 000 Personen geschätzt. Darin sind 18 000 Masuren nicht enthalten, die seit 1920 in den Grenzen des polnischen Staates lebten (Kreis Soldau)<sup>81</sup>. Im gleichen Jahr hatten die genannten acht Kreise insgesamt 451 000 Einwohner. Nach den damaligen Volkszählungen wohnten in den Städten 55 % Masuren und 45 % Deutsche, während sich die ländliche Bevölkerung zu 86 % aus Masuren und zu 14 % aus Deutschen zusammensetzte. Darunter waren 420 500 Protestanten und 30 500 Katholiken<sup>82</sup>. Nach der deutschen Volkszählung von 1925 wurde die Zahl der Masuren auf etwa 240 000 Personen geschätzt.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen durchlief die polnische Bewegung in Masuren mehrere Entwicklungsstufen<sup>83</sup>. 1922 wurde der Bund der Polen in Deutschland eingetragen. In Masuren zählte er 287 Mitglieder (davon 225 Männer und 62 Frauen), die in 78 Ortschaften lebten. Dies waren 28,9 % aller Mitglieder dieses Bundes in Ostpreußen. Die meisten Mitglieder des Bundes der Polen konzentrierten sich in den Kreisen Ortelsburg (151 Personen in 43 Ortschaften) und Osterode (112 Personen in 22 Ortschaften)<sup>84</sup>.

Die mangelnden Erfolge der polnischen Bewegung in Masuren waren in gewissem Grade auf die Taktik des Bundes der Polen in Deutschland zurückzuführen. Die Mitgliedschaft im Bund stützte sich auf nationale Exklusivität und blieb in der Praxis Polen mit deutscher Staatsangehörigkeit und ausgeprägtem nationalen Bewusstsein sowie mit einer bestimmten politischen Orientierung vorbehalten<sup>85</sup>.

Die eigentlichen Misserfolge der polnischen Bewegung in Masuren sind aber darin zu sehen, dass zumal in den dreißiger Jahren diejenigen Gruppen zahlenmäßig zurückgingen, die ihre ethnische Eigenart hätten beibehalten wollen und können<sup>86</sup>.

81 W. Wrzesiński, *Ruch polski...*, S. 22; ders., *Kwestia mazurska na Działdowszczyźnie w latach 1920-1939*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie“ 1959, Nr. 3, S. 264.

82 Vgl. F. M. Leyk, *Ocena dotycząca położenia i nastroju ludności miejscowego pochodzenia na terenie mazurskim i propozycje względnie wnioski mające na celu usunięcie złego oraz pogłębienie ich świadomości narodowościowej*, Szczytno 1954 (Typoskript in der Sammlung des Autors).

83 Vgl. W. Wrzesiński, *Ruch polski...*

84 B. Łukaszewicz, W. Wrzesiński, *IV Dzielnica Związku Polaków w Niemczech 1922-1939*, Olsztyn 1982, S. 13-16.

85 Vgl. W. Wrzesiński, *Związek Polaków w Niemczech wobec problemów świadomości narodowej (1922-1939)*, in: *Kwartalnik Historyczny* 1968, Nr. 3, S. 607.

86 Der Pflege der masurischen Eigenart dienten die in den dreißiger Jahren von der Zeitschrift „Mazur“ propagierten „Masurischen Nationalgebote“:

- „1. Ziel meines Lebens ist, Gott und dem Masurischen Volke zu dienen; damit diene ich auch dem wohlverstandenen Eigenwohl.
2. Ich weiß genau, dass ich Bürger des Deutschen Reiches bin und dem Staat das gebe, was diesem billig zusteht. Ich achte das deutsche Volk und die deutsche Sprache, aber fordere die gegenseitige Ehre und Achtung für das Masurische Volk und seine Muttersprache.

Beschleunigt hat sich auch der Schwund national indifferenter Gruppen<sup>87</sup>. Kennzeichnend für die polnische Bewegung war die Verflechtung der konservativen Strömung mit der Pflege polnischer Traditionen, während für die jungen Masuren das Deutschtum mit neuen Werten, Sitten, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen verbunden war. Der polnischen Bewegung in Masuren gehörten im Laufe der Zeit immer mehr ältere Menschen an. Im Jahr 1939 waren 30,5 % aller Mitglieder des Bundes der Polen in Masuren älter als 61 Jahre<sup>88</sup>. An der Schwelle zum Zweiten Weltkrieg war die polnische Bewegung in Masuren nur noch rudimentär<sup>89</sup>. Trotzdem erschien in Ortelsburg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die Zeitschrift „Mazur“. Zuvor erschien das propolnische Blatt „Mazurski Przyjaciół Ludu“ (Masurischer Volksfreund). Trotz der Bemühungen des Bundes der Polen in Deutschland gelang es nicht, in Masuren auch nur eine Schule mit polnischer Sprache zu eröffnen. Ein Versuch scheiterte im Dorf Piasutten im Kreis Ortelsburg, weil kurz nach der Schuleröffnung 1932 der Lehrer Jerzy Lanc

- 
3. Ich bin stolz und es gereicht mir zum Glück, dass Gott mich als einen Masuren schuf.
  4. Ich bin mir dessen bewusst, dass mein Masurisches Volk und seine geliebte Muttersprache und Heimat über alles Irdische teuer und heilig sein muss.
  5. Ich bin mir der großen Verantwortung bewusst, die auf mir gegenüber dem Masurischen Volk lastet. Ich weiß, dass ich wie alle Masuren und Masurinnen für die Zukunft des Vaterlandes verantwortlich bin.
  6. Hart und unbeugsam verteidige ich meine Sprache, mein Land und meine Ehre, die ich von den Ahnen zum Erbe erhielt.
  7. Ich haben den starken Willen, diese Verteidigungsschlacht gerecht bis zum guten Ende zu führen.
  8. Ich glaube stark an mein Masurisches Volk, an seine glückselige Zukunft, an seine höhere Vorsehung und Mission.
  9. Im alltäglichen Leben gehe ich anderen Masuren und Masurinnen mit gutem Beispiel voran.
  10. Ich fürchte keine Widrigkeiten noch Schwierigkeiten. Gott wird uns in schlechten Zeiten nicht verlassen, denn Er bezwingt jedes noch so große Übel“. (vgl. *Mazur* 1938, Nr. 94).

Vgl. F. Leyk, *Pamięć notuje i utrwała. Wspomnienia*, Warszawa 1969.

- 87 Signifikant für diesen Prozess war das schwache Engagement in den Kampf um eigene Rechte. „Mazurski Przyjaciół Ludu“ [Masurischer Volksfreund] schrieb am 28.07.1926 (Nr. 59): „In Masuren herrschte schon immer Gleichgültigkeit. Als ihr Gottesdienst aus den Kirchen verbannt wurde, protestierten die Masuren fast gar nicht. Mit Gelassenheit nahmen sie solche Anordnungen hin, kraft deren ihre eigenen Kinder Religionsunterricht in einer fremden statt der Muttersprache erteilt wird. In Masuren wurde der Polnischunterricht aus den Schulen verbannt, und wieder schwiegen die Masuren. Heute können die Masuren den Polnischunterricht in Schulen fordern, aber sie tun es nicht. Die Deutschen machen mit den Masuren, was sie wollen, da die Masuren zu gefügig sind und mit sich machen lassen, was den Deutschen gefällt“.

88 B. Łukaszewicz, W. Wrzesiński, *IV Dzielnica...*, S. 14.

89 Vgl. W. Wrzesiński, *Ruch polski...*

unter ungeklärten Umständen verstarb. Bescheidene Wahlerfolge konnten die Polnische Volkspartei (Polska Partia Ludowa) oder die Masurische Vereinigung (Zjednoczenie Mazurskie) verbuchen<sup>90</sup>. Ein wichtiges Element, das zur Stärkung und zum Erhalt des masurischen Selbstbewusstseins beitrug, waren Kenntnisse der polnischen Sprache und die spezifische masurische Religiosität. Neben der Zugehörigkeit zur evangelischen (unierten) Kirche bildeten die Masuren zahlreiche „Häuflein“ (*Gromadki*, daher die Bezeichnung der Gromadkibewegung). 1932 zählten sie 36 690 Gläubige<sup>91</sup>.

In der Unierten Kirche in Masuren fanden auch Gottesdienste auf Polnisch (sog. „masurische Gottesdienste“) statt. Der Druck seitens der deutschen Verwaltungs- und Kirchenbehörden hatte allerdings zur Folge, dass die Zahl dieser Gottesdienste zwischen 1929 und 1936 von 2 540 pro Jahr auf 1 480 fiel. Noch 1938 fanden die „masurischen“ Gottesdienste in 112 evangelischen Kirchen in acht Kreisen statt. So nahmen beispielsweise 1937 insgesamt ca. 25 000 Gläubige in der Superintendentur Passenheim an solchen Gottesdiensten teil. Durch die antimasurischen und antipolnischen Maßnahmen seitens der Behörden ging die Zahl der Gläubigen in dieser Superintendentur im Jahr 1938 nach offiziellen Angaben auf 177 Personen zurück. Kraft einer Behördenanordnung vom 24. November 1939 wurde ein Verbot für ganz Masuren erlassen, Gottesdienste auf Polnisch abzuhalten (in der Gemeinde Passenheim wurden sie erst im Juni 1940 abgeschafft)<sup>92</sup>.

Die Assimilationsprozesse der masurischen Bevölkerung waren in den zwanziger und dreißiger Jahren weit fortgeschritten, autonome Tendenzen im Schwinden begriffen; dies war sowohl auf repressive Maßnahmen als auch auf eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zurückzuführen. Das Verhältnis der masurischen Bevölkerung zum Polentum war recht differenziert. Wie Emilia Sukertowa-Biedrawina 1926 schrieb, ließen sich die Masuren in vier Gruppen einteilen:

---

90 *Ebenda*.

91 Die Mitglieder der Gromadkibewegung nahmen zwar aktiv am Leben der „offiziellen“ lutherischen Kirche teil, beteiligten sich aber auch in ihren Gemeinschaften, die von Laien und nicht von Priestern geführt wurden. Diese Bewegung entstand zu Beginn des 19. Jahrhunderts und trug zum Erhalt der polnischen Sprache bei, in erster Linie durch die Gottesdiensten, die in der Regel in privaten Häusern und auf Polnisch gefeiert wurden. Ebenfalls auf Polnisch wurden religiöse Schriften, wie „Głos Ewangelijny“ [Stimme des Evangeliums] oder „Trąba Ewangelijna“ [Trompete des Evangeliums], verbreitet. Die Anführer der Gromadkibewegung, allen voran Reinhold Barcz, sprachen sich in ihrer missionarischen Tätigkeit für den Erhalt und die Pflege der masurischen Traditionen aus und suchten dabei Unterstützung bei den polnischen Protestanten. Vgl. R. Otello, *Problemy narodowościowe w kościele ewangelickim na Mazurach w latach 1918-1945*, Olsztyn 2003, S. 59-98.

92 P. Sowa, *Cena polskości*, Warszawa 1976, S. 116-123.

- „1. Jene, die polnisch sprechen und nationalbewusst sind;
2. Jene, die zu Hause polnisch sprechen, aber ohne Nationalbewusstsein und gleichgültig sind, sich vor der preußischen Faust fürchten;
3. Masuren deutscher Zunge, wie sie vom Senator Limanowski genannt werden, die in deutschen Schulen erzogen wurden, aber ihre rassische Eigenart empfinden und die Losung ‚Masuren den Masuren‘ gebrauchen;
4. Erklärte deutsche Patrioten, die alles Polnische, Eigene bekämpfen und im Dienst nationalistischer deutscher Organisationen stehen; ihre Devise ist: ‚masurisch heißt deutsch‘<sup>93</sup>.

Diese Gliederung war auf die einzelnen Generationen der masurischen Bevölkerung übertragbar. Einige Jahre vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ließen sich unter anderem drei Gruppen unter der polnischstämmigen Bevölkerung unterscheiden: 1) die ältere Generation der über 50-Jährigen, die die stärkste Bindung zur polnischen Sprache und allem Polnischen an den Tag legte, obwohl sie nur in geringem Maße mit organisierten Formen der polnischen Bewegung in Kontakt stand; 2) die mittlere Generation der 30- bis 50-Jährigen, die sich gegenüber den Aktivitäten der polnischen Bewegung zwar nicht feindlich, aber doch eher gleichgültig verhielt und keine emotionale Bindung zum Polentum hatte. Diese Masuren beherrschten zwar die polnische Sprache, hatten aber Schwierigkeiten, auf Polnisch zu lesen, geschweige denn zu schreiben; 3) die jüngste Generation der unter 30-Jährigen, die, schon im nazistischen Geist erzogen, sogar gegenüber allem, was mit Polen zu tun hatte, feindlich eingestellt war.<sup>94</sup>

Ansätze eines nicht vollständig ausgebildeten polnischen Nationalbewusstseins, die bei den Masuren in den vorangegangenen Jahren noch festzustellen waren, wurden nun rudimentär. Die enorme chauvinistische Schlagkraft der jungen Generation trug zur beschleunigten Entwicklung eines neuen nationalen Kräftegefüges in Masuren bei.

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bewirkten die nationenbildenden Prozesse tendenziell eine Umwandlung der Masuren in Deutsche. Die polnische Kultur hatte nicht dieselbe Wirkungskraft wie die deutsche. In dieser Hinsicht waren die Prozesse nicht miteinander vergleichbar. Besonders deutlich wurde das während der Nazi Herrschaft in Deutschland. Die Zeit vor der Machtergreifung der NSDAP zeichnete sich in Masuren durch eine Eigentümlichkeit aus, wie sie in anderen Gegenden des Reiches, in denen eine ethnisch polnische Bevölkerung lebte, wie zum Beispiel im Ermland, unbekannt war. Ein Ausdruck dieser Eigentümlichkeit war die starke Unterstützung, die in den zwanziger Jahren der rechten

93 E. Sukertowa-Biedrawina, *Dawno a niedawno. Wspomnienia*, Olsztyn 1965, S. 147.

94 W. Wrzesiński, *Problemy świadomości narodowej ludności polskiej na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1920-1939*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1962, Nr. 1, S. 137.

Deutsch-Völkischen Freiheitspartei (DVFrP) und dem Völkischnationalen Block, die als NSDAP-Vorgänger gelten, zuteil wurde. Die nationalsozialistische Bewegung verbuchte zu Beginn der dreißiger Jahre in Masuren außerordentliche Erfolge. Nach den Wahlen von 1930 war die NSDAP in den Wahlkreisen Lyck und Ortelsburg eine der stärksten Parteien; bei den Wahlen am 31. Juni 1932 konnten die Nationalsozialisten im Regierungsbezirk Allenstein 53,4 % aller Stimmen auf sich vereinen (im Wahlkreis Ortelsburg bekamen sie 66 % Stimmen und im Wahlkreis Lyck sogar 70,6 %). Auch in den übrigen masurischen Wahlkreisen, wie Neidenburg, Johannsburg, Lötzen und Oletzko, sprachen sich mehr als 60 % für die nationalsozialistische Partei aus. Die Wahlergebnisse in Masuren waren für die Nazifunktionäre eine große Überraschung<sup>95</sup>.

Im Gegensatz zum katholischen Ermland konnten die Kandidaten der polnischen Wahllisten in Masuren in den zwanziger und dreißiger Jahren keine nennenswerten Ergebnisse verbuchen. Die Erfolge der Naziartei in dieser Region stützten sich unter anderem auf zahlreiche Besuche Adolf Hitlers in Masuren<sup>96</sup> und die Ausrichtung verschiedener „vaterländischer“ Feierlichkeiten<sup>97</sup>. Dieses Phänomen lässt sich durch die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage in Masuren erklären. Nicht erfüllte Versprechen, die die deutschen Behörden bei der Volksabstimmung gemacht hatten, enttäuschten die Wähler der Traditionsparteien. Diese Enttäuschung wurde noch gesteigert, je mehr die Rentabilität in der Landwirtschaft zurückging, was Verarmung und Not bei vielen Bauernfamilien nach sich zog. Die Lage wurde durch die Wirtschaftskrise verschärft, die es unmöglich machte, zur Arbeitssuche in die Industriegebiete des Reiches abzuwandern. Das Zusammenspiel dieser Faktoren führte dazu, dass weite Teile der Bevölkerung die Lage kritisch sahen und radikale Einschnitte forderten. Unter solchen Rahmenbedingungen fielen demagogische Argumente der Nationalsozialisten auf fruchtbaren Boden. Die Parolen der „nationalsozialistischen Revolution“, wonach Masuren Deutsche seien<sup>98</sup>, fanden bei den Masuren Anklang. Immer

95 Vgl. D. Hertz-Eichenrode, *Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932*, „Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze“ Bd. 1, 1986, S. 110.

96 Im Wahlkampf hielt sich Hitler mehrmals in Masuren auf. Mit dem Flugzeug oder Pkw besuchte er viele große und kleine Städte und Dörfer. So legte er beispielsweise am 19.-20. April und am 15.-17. Juni 1932 die Strecke von Hohenstein nach Lyck zurück und besuchte dabei Waplitz, Neidenburg, Ortelsburg, Schwentainen, Rudeczanny, Schimonken, Johannsburg, Nikolaiken usw. Auf der Durchreise begegnete ihm enthusiastische Menschenmassen mit Bannern, wie „Das deutsche Masuren grüßt den Führer des kommenden Deutschlands“ oder „Gebt Hitler die Macht, rettet die Heimat!“. *Ebenda*, S. 110-112.

97 Am 5. Juni 1931 wurde beispielsweise in Ortelsburg ein großer „Deutscher Tag“ mit Aufmärschen, Kranzniederlegungen usw. veranstaltet.

98 In der deutschen Literatur wurde während des Nationalsozialismus die These aufgestellt, die Masuren gehörten zum germanischen Kulturkreis. Ihre Sprache habe deutsche Wur-

häufiger bezeichneten sie sich selbst als „Deutsch-Masuren“ oder hielten sich für Deutsche. Um jene Masuren zu gewinnen, deren nationales Zugehörigkeitsgefühl nicht stark ausgeprägt war, wussten die Nazi-Behörden – neben Gewährung materieller Vorteile – die Pflege des masurischen Brauchtums geschickt zu nutzen, indem sie dieses als Ausdruck einer eigenen deutschen Subkultur präsentierten. In der Propaganda verbreitete sich die Forderung, den Masuren im öffentlichen Leben Privilegien einzuräumen.

Besonders empfänglich für die Argumente der Nationalsozialisten zeigte sich die junge Generation, die einer starken Indoktrinierung durch alle Institutionen des totalen Staates ausgesetzt war: Schule, Jugendorganisationen, „vaterländische“ Organisationen, Militär usw.<sup>99</sup> Die deutschen Behörden ließen sich durch den Grundsatz leiten, „den Sterbenden nicht zu stören“, und legten den ganzen Germanisierungsdruck auf die junge Generation der Masuren. Losungen und Formen, mit denen die masurische Jugend für Deutschland gewonnen werden sollte, waren auch deswegen attraktiv, weil sie den Anschein erweckten, ihr würden innerhalb der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gleiche Chancen eingeräumt. Die junge Generation der Masuren sprach meist Deutsch und äußerte sich über ihr Masurentum oftmals mit Unwillen. Polen wurde in der Regel durch das Prisma negativer Stereotype, wie „Polacken“ oder „polnische Wirtschaft“, wahrgenommen, die mit großer Intensität durch alle staatlichen Institutionen und den gesamten perfekt funktionierenden nationalsozialistischen Propagandaapparat geformt und verbreitet wurden<sup>100</sup>.

Die soziale und nationale Demagogie des Nationalsozialismus, seine innen- und außenpolitischen Erfolge, Terror, Vernichtung und Zerstörung alles dessen, was nicht zu seinen Idealen passte, hatten wesentlichen Einfluss auf das Bewusstsein der masurischen Bevölkerung. Durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit (Straßenbau, Meliorationen usw.), die Gewährung günstiger Darlehen (sog. „Entschuldung der Gutsbetriebe“), mit denen unter anderem neue Gebäude, Elektrifizierung, Kanalisation und Mechanisierung der Dörfer finanziert wurden<sup>101</sup>, sowie

---

zeln und in ihren Adern fließe seit Anbeginn deutsches Blut. Vgl. G. Tilk, *Masuren erwacht. Der Sieg der nationalsozialistischen Revolution*, in: *Masurischer Kalender 1934*, S. 57-60; W. Schusmus, *Die germanischen und altdeutschen Wurzeln der masurischen Volkskultur*, ebd. S. 44-45; J. Zachau, *Die deutsche Herkunft unserer Familiennamen in Masuren*, ebd. S. 57-60.

99 Vgl. Z. Lietz, *Ostdeutscher Heimatdienst. Materiały do antypolskiej działalności z lat 1927-1933*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* Nr. 1-2/1959, S. 193-206.

100 Vgl. R. Bahr, *Wspomnienia z lat 1933-1945*. Typoskript in der Sammlung des Autors; R. Gelles, *Rola szkoły niemieckiej w kształtowaniu obrazu Polski i Polaków w okresie międzywojennym*, Wrocław 1986.

101 Das System verschiedener Vergünstigungen und finanzieller Hilfen für die Landwirtschaft in den ersten Jahren der NSDAP-Herrschaft präsentiert R. Grunberger in seinem Werk *Historia społeczna Trzeciej Rzeszy*, Bd. 1, Warszawa 1987, S. 237-244.

die spezielle Politik von Erleichterungen und Krediten für das deutsch-polnische Grenzland (Kreise Osterode, Neidenburg, Ortelsburg, Johannisburg und Lyck) trug die nationalsozialistische Regierung dazu bei, dass die Identifikation mit dem deutschen Volk und Staat deutlich zunahm. Im Lichte aktueller Forschungen bleibt allerdings offen, inwieweit sich die Masuren mit der nationalsozialistischen Bewegung identifizierten und sie unterstützten<sup>102</sup>.

## 5.2. Die polnische Bewegung im Ermland und im Marienburger Land

Im katholischen Ermland und dem Marienburger Land (poln. Powiśle), d. h. den vier westpreußischen Kreisen, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Ostpreußen angegliedert wurden, lebte eine große Gruppe Polen und propolnisch Gesinnter. Nach der verlorenen Volksabstimmung lebte die polnische Bewegung hier relativ schnell wieder auf. Ihr Ziel war es, die Rechte der polnischen Minderheit zu verteidigen, die polnische Sprache zu pflegen und die polnische Identität zu erhalten.

Bereits im November 1920 wurde der Bund der Polen in Ostpreußen gegründet. Nach der gesamtdeutschen Konferenz der Polen in Berlin 1922 wurde der Bund der Polen in Deutschland (BdPiD) ins Leben gerufen. Ermland, Marienburger Land und Masuren bildeten den 4. Bezirk der Organisation. Die wichtigsten Aufgaben des Bundes wurden wie folgt definiert: Aufbau eines polnischen Schulwesens, Bildungs- und Kulturarbeit sowie wirtschaftliche Betätigung. Knapp drei Viertel der Mitglieder des BdPiD in Ostpreußen stammten in den Jahren 1923-1939 aus dem Ermland (73,3 %). Im Marienburger Land wohnten 12 %, in Masuren 14 %. Es lassen sich drei große Beitrittswellen zum Bund unterscheiden: 1930 während der Einrichtung eines polnischen Schulwesens, 1934 nach der Un-

---

102 Vgl. D. Hertz-Eichenrode, *Die Wende...*, S. 114. Die Zunahme der Mitgliederzahl der NSDAP in den Krisenjahren 1929-1932, die in Ostpreußen zu beobachten war, wurde durch das Ortelsburger Blatt „Mazur“ aufmerksam verfolgt. Die NS-Gefahr wurde nach Ansicht der Redaktion durch die Masuren nicht wahrgenommen. Über masurische NSDAP-Mitglieder schrieben sie: „Nur der dumme Ochse folgt seinem Schlächter“ (*Mazur* 1932, Nr. 32). Vgl. auch *Mazur* 1932, Nr. 23. Die masurische Problematik, darunter die Zeit des Nationalsozialismus, behandeln die Autoren von vier Monographien: A. Sakson, *Mazurzy – społeczność pogranicza* [Die Masuren – eine Grenzlandgesellschaft], Poznań 1990; A. Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870-1956*, Wiesbaden 2001; ders., *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2001; R. Blanke, *Polish-speaking Germans? Language and national identity among the Masurians since 1871*, Köln/Weimar/Wien 2001. In keiner Sprache erschien bisher eine umfassende Darstellung zur Geschichte der Preußisch-Litauer.

terzeichnung der deutsch-polnischen Regierungsvereinbarung und 1938 vor den Vorbereitungen zum Kongress der Polen in Berlin. Die Bund-Mitglieder lebten im Bezirk Ermland in insgesamt 142 Ortschaften (darunter in drei Städten: Allenstein, Bischofsburg und Wartenburg); in den Jahren 1922-1939 hatte die Organisation hier insgesamt 1 477 Mitglieder. Die meisten Zirkel des Bundes gab es in den Kreisen Allenstein (117) und Bischofsburg (22)<sup>103</sup>.

Das Hauptzentrum der polnischen Bewegung in Ostpreußen war Allenstein. Hier saß die Redaktion der einflussreichen Allensteiner Zeitung „Gazeta Olsztyńska“ (Auflage 885 Stück im Jahr 1935). Rege Aktivitäten entfaltete das Polnische Haus, in dem viele Institutionen beheimatet waren: Bund der Polen in Deutschland, Bibliothek, polnische Schule und Kindergarten, eine polnische Bank und andere polnische Einrichtungen (Singvereine, Pfandfinder usw.). Es gab hier auch eine Herberge und einen Restaurantsaal, in dem zahlreiche Treffen durchgeführt wurden<sup>104</sup>.

Entscheidend für die Herausbildung einer nationalen Identität ist neben Familie, Kirche und eigenem Staat das Schulsystem, wo als wichtigster Träger der kollektiven Identifikation die Sprache gepflegt und entwickelt wird. Bereits 1920 konnten noch vor der Volksabstimmung in 17 Dörfern, vornehmlich im Ermland, Schulen mit polnischer Sprache (mit 976 Schülern) und 10 polnische Kindergärten eröffnet werden. Nach der gewonnenen Volksabstimmung haben deutsche Behörden mit der Liquidierung dieser Einrichtungen begonnen, denn laut den geltenden Vorschriften hätte es „keine Rechtsgrundlage“ für deren Betrieb gegeben<sup>105</sup>. 1921 wurde der Polnisch-Katholische Schulverein im Ermland (Polsko-Katolickie Towarzystwo Szkolne na Warmię) gegründet. Der Polnischunterricht in den deutschen Schulen wurde erst 1926 möglich. Erste private Schulen wurden 1929 in vier Dörfern (Neu Wuttrien, Dietrichswalde, Neu Kaletka und Schönfelde) errichtet. 1929-1939 gab es in Ostpreußen insgesamt 24 polnische Grundschulen (darunter 15 im Ermland)<sup>106</sup>

103 Vgl. A. Szyfer, *Warmiacy. Studium tożsamości*, Poznań 1996, S. 102-105; B. Łukaszewicz, W. Wrześniński, *IV Dzielnica...*; S. Achremczyk, *Historia Warmii i Mazur od pradziejów do 1945 r.*, Olsztyn 1992. In den Jahren 1935-1936 existierten im Ermland 29 BdPiD-Zirkel mit 925 Mitgliedern, neun Zirkel gab es im Marienburger Land (660 Mitglieder) und einen in Masuren (65 Mitglieder). W. Wrześniński, *Ruch polski...*, S. 255.

104 Die Aktivitäten des Polnischen Hauses und seine Bedeutung für die polnische Bewegung werden in zahlreichen Erinnerungen der Ermländer erwähnt: u.a. M. Zientara-Malewska, *Śladami twardej drogi*, Warszawa 1966; J. Baczewski, *Wspomnienia Warmiaka*, Warszawa 1961; J. Boenigk, *Minęły wieki a myśmy ostali*, Warszawa 1957; O. Grot, *W kręgu spraw ojczyznych*, Olsztyn 1982; W. Knosała, *Była nas gromadka spora*, Olsztyn 1972; F. Kwas, *Wspomnienia z mojego życia*, Olsztyn 1957, M. Lengowski, *Na Warmii i w Westfalii*, Warszawa 1972.

105 Vgl. T. Filipowski, *W obronie polskiego trwania*, Olsztyn 1989, S. VI-VII, A. Szyfer, *Warmiacy...*, S. 88 f.

106 Unter anderem in Gillau, Groß Leschno, Plautzig, Groß Purden, Woritten und Wemitten. Vgl. *Kronika katolickiej szkoły polskiej w Nowej Kaletce* [Chronik der katholischen

und neun im Marienburger Land). Im Durchschnitt nahmen zwischen 108 und 200 Schüler im Ermland und etwa 120 im Marienburger Land am Unterricht teil. In diesen Schulen arbeiteten insgesamt 108 Lehrer, wovon 19 aus ermländischen Dörfern stammten. 1937 wurde das erste polnische Gymnasium Ostpreußens in Marienwerder eröffnet. Es gab auch Kindergärten und Klubräume<sup>107</sup>, 26 polnische Bibliotheken<sup>108</sup> und Pfadfinderstämme, Jugendzirkel, Theatergruppen usw.<sup>109</sup>

Eine wichtige Rolle bei der Pflege der polnischen nationalen Identität fiel der katholischen Kirche zu. Laut den Ermittlungen des Bundes Deutscher Osten (BDO), einer Organisation, die zur Verbreitung des Deutschtums und der Bekämpfung der polnischen und litauischen Nationalbewegung ins Leben gerufen wurde (1936 zählte der BDO im Süden der Provinz nicht weniger als 11 000 Mitglieder, vorrangig Lehrer, Beamte und Priester), nahmen etwa 6 000 Gläubige (von insgesamt knapp 40 000 polnischen Ermländern) im Jahr 1938 an „polnischen Gottesdiensten“ im Ermland teil; die meisten davon in den Pfarngemeinden Wuttrienen (fast alle Gläubige), Stabigotten (500 von 1 500 Gläubigen) und Schönbrück (400 von 1 200 Gläubigen)<sup>110</sup>, und dies obwohl die ostpreußischen Behörden mit Beginn des Dritten Reiches einen breit angelegten Kampf gegen jegliche Anzeichen der polnischen Bewegung aufgenommen hatten. Um der Bevölkerung das Polentum zu verleiden bzw. sie davon abzubringen, bedienten sich die Behörden einer breiten Palette von Maßnahmen, angefangen von „traditionellen wilhelminischen“ Schritten, wie dem Anbieten materieller Vorteile (günstige Kredite, Tilgung von Steuerrückständen) über Möglichkeiten beruflichen Aufstiegs usw. bis hin zu den „neuen“, für den totalitären Staat charakteristischen. Vor Erpressung, Gewalt oder Terror schreckte man nicht zurück.

Ähnlich wie in Masuren und Preußisch-Litauen schritt der Assimilationsprozess auch im Ermland und dem Marienburger Land rasch voran<sup>111</sup>. Die zivilisatorische Attraktivität des Dritten Reiches und die rücksichtslose Bekämpfung des Polentums schränkten die Wirkungsmöglichkeiten der polnischen Bewegung grundlegend ein.

polnischen Schule Neu Kaletka], zum Druck vorbereitet von B. Koziello-Poklewski, W. Wrzesiński, Olsztyn 1979; *Kronika szkoły polskiej w Worytach na Warmii*, oprac. T. Filipkowski, Z. Lietz, Olsztyn 1979.

107 Vgl. B. Koziello-Poklewski, W. Wrzesiński, *Szkolnictwo polskie na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1919-1939*, Olsztyn 1980, S. 232-234; T. Filipkowski, *Nauczyciele polscy w Niemczech 1919-1939*, Olsztyn 1992; W. Wrzesiński, *Ruch polski...*, S. 167 f.

108 J. Wróblewski, *Biblioteki polskie na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1881-1939*, Olsztyn 1968.

109 Vgl. A. Szyfer, *Warmiacy...*, S. 107.

110 P. Sowa, *Tropem spadkobierców hakaty. Antypolska działalność Bund Deutscher Osten na Warmii i Mazurach (1933-1939)*, Warszawa 1978, S. 78-81.

111 Zunehmend versammelte die polnische Bewegung ältere Menschen in ihren Reihen. Nicht weniger als 61 % der Mitglieder waren über 60-Jährige; Jugendliche machten lediglich 6,4 % aus. A. Szyfer, *Warmiacy...*, 104.

Immer mehr Polen im Ermland und polnische Ermländer wurden zu deutschen Ermländern oder Deutschen. Die Germanisierung (Assimilation) vollzog sich auch unter den anderen Minderheiten, die in der Provinz lebten: den Juden, Russen (Altgläubigen), französischen Hugenotten, niederländischen Mennoniten oder Salzburger Exulanten. Zu einem Symbol dieser Bestrebungen wurden die (bereits seit den zwanziger Jahren) massiv betriebenen Ortsumbenennungen<sup>112</sup>.

Ein weiteres Symptom für den Niedergang des multikulturellen Ostpreußens war das Schicksal der dortigen Juden. 1925 lebten in dieser Provinz 11 337 voll assimilierte Juden, die auch „Deutsche mosaïschen Glaubens“ genannt wurden. Sie machten 0,5 % aller Einwohner Ostpreußens (1925: insgesamt 2,256 Mio. Personen) aus. Die größten jüdischen Zentren waren Königsberg, Tilsit, Insterburg, Memel und Allenstein. Bereits 1933 kam es zu körperlicher Gewalt und feindlichen Übergriffen gegen die jüdische Bevölkerung, und dies trotz ihrer vollen Loyalität gegenüber dem deutschen Staat<sup>113</sup>. Angesichts der nationalsozialistischen Gesetzgebung und des zunehmenden Terrors flohen erste Juden aus Ostpreußen, es kam zu ersten Morden und Vertreibungen. In der „Kristallnacht“ am 9. November 1938 wurden die meisten Synagogen in Ostpreußen (unter anderem in Königsberg, Insterburg oder Ortelsburg<sup>114</sup>) niedergebrannt und zerstört.

Mit voller Unterstützung durch die Bevölkerung wurden jüdische Geschäfte boykottiert und zerstört, jüdische Friedhöfe geschändet. Ihres Vermögens beraubt (sog. „Arisierung“) und terrorisiert, gingen die Juden zunächst nach Berlin. Manchen gelang die Flucht ins Ausland<sup>115</sup>. Nach dem Anschluss des Memellandes an das Dritte Reich im März 1939 und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs widerfuhr ein ähnliches Schicksal den polnischen und litauischen Aktivisten in Ostpreußen.

- 
- 112 An der Bahnstrecke Königsberg-Tilsit wurden nach 1933 acht Ortschaften umbenannt, an Namen litauischer Herkunft zum Beispiel Szargillen in Eichenrode, Groß Skaisgirren in Kreuzingen, Uszballen in Mühlenau. Gängige Praxis war dies auch in Masuren (z.B. Czerwonka in Rothbach, heute Czerwonka im Kreis Elk) oder im Ermland (Neu Kaletka in Herrmannsort, heute Nowa Kaletka im Kreis Olsztyn). Auch des „Führers des Großdeutschen Reiches“ wurde gedacht: Hitlershöhe, Hitlerplatz, Hitlerstraße usw.
- 113 Von der loyalen Einstellung zeugten unter anderem die Aktivitäten des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten oder des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Vgl. S. Kossert, *Żydzi wschodniopruscy*, in: *Tematy żydowskie*, pod red. E. Traby, R. Traby, Olsztyn 1999, S. 161-168.
- 114 Der Bürgermeister von Ortelsburg hat zum Beispiel der jüdischen Gemeinde eine Rechnung über 1 055 RM für die Beseitigung der Reste ihrer ausgebrannten Synagoge ausgestellt. Vgl. A. Kossert *Ostpreußen...*, S. 288.
- 115 Vgl. R. Kabus, *Juden in Ostpreußen*, Husum 1998; S. Schüler-Springorum, *Die jüdische Kindheit in Königsberg/Preußen 1871-1945*, Göttingen 1996; R. Leiserowitz, *Juden in Ostpreußen: Auf den Spuren der Familie Berlowitz*, in: *Kulturlandschaft Ost- und Westpreußen*, Potsdam 2005, S. 119-132.

## 6. Litauisch-Preußen – das Memelland

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 sind in Europa mehrere neue Staaten entstanden, unter ihnen Litauen und Polen. Sie knüpften große Hoffnungen an die Entscheidungen, die auf der Friedenskonferenz in Versailles getroffen wurden. In der Note vom 24. März und der Denkschrift vom 8. April 1919 an den Präsidenten der Pariser Konferenz forderte die litauische Delegation, das Gebiet Preußisch-Litauens, d. h. die nördlichen Kreise Ostpreußens mit einer Fläche von 6 700 bis 10 000 km<sup>2</sup> (400 000-500 000 Bewohner), an Kleinlitauen anzugliedern, das wiederum integraler Bestandteil der Republik Litauen werden sollte. Ihren Anspruch auf diese Gebiete begründete die litauische Seite – ähnlich wie Polen – mit Nationalitätenverhältnissen und wirtschaftlichen Aspekten. Die Litauer vertraten den Standpunkt, in dieser Region lebe eine große litauische Bevölkerungsgruppe<sup>116</sup>, und für die reibungslose wirtschaftliche Entwicklung des Staates sei wenigstens ein Ostseehafen notwendig; einen solchen gebe es in Memel<sup>117</sup>. Die litauischen Anstrengungen riefen Gegenmaßnahmen vonseiten Deutschlands hervor<sup>118</sup>.

Frankreich und Polen zeigten lebhaftes Interesse am Ausgang der Entscheidungen zu Preußisch-Litauen. Beide Länder zielten übereinstimmend auf eine Schwächung Deutschlands ab. Die Polen verlangten unter anderem Zugang zum Ostseehafen Memel, was die Ausfuhr polnischer Waren aus den östlichen Grenzlanden Polens ermöglichen sollte<sup>119</sup>.

---

116 Laut der Volkszählung von 1910 machte die litauische Bevölkerung beispielsweise im Kreis Heydekrug (Šilutė) die Mehrheit unter den Bewohnern aus (Preußisch-Litauer – 22 968, Deutsche 20 329; die Gesamtbevölkerungszahl betrug 43 309 Personen). Im Kreis Memel gaben sich 27 042 Personen als Litauer aus und 32 885 als Deutsche (Gesamtbevölkerungszahl: 61 972 Personen). G. H. Goring, *Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1991, S. 264.

117 Vgl. A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 225.

118 Zur Unterstützung des Anliegens wurden unter anderem im April 1919 Unterschriften gesammelt. Nach deutschen Erhebungen hätten 99 % Bewohner des Kreises Heydekrug und 78 % des Kreises Memel somit für die Zugehörigkeit zu Deutschland „optiert“. P. Łossowski, *Klajpeda w polityce Republiki Weimarskiej*, in: *Niemcy w polityce międzynarodowej 1919-1939*, Bd. 1: *Era Stresemanna*, pod red. S. Sierpowskiego, Poznań 1990, S. 364.

119 In der Sitzung des Polnischen National-Komitees am 2. März 1919 sagte Roman Dmowski: „Was wie ein Traum erschien, also Danzig, wird bald Realität. Was wir für unerfüllbar hielten, und zwar dass Königsberg zu Polen gehört, steht heute kurz bevor“. Am 12. März 1919 schlug die Kommission für polnische Angelegenheiten vor, Danzig Polen zuzuerkennen und im südlichen Teil Ostpreußens eine Volksabstimmung durchzuführen, während in der „Memel-Frage“ erwartet wurde, der Fluss Memel werde die nordöstliche Grenze Ostpreußens bilden und diese so mit dem Verlauf der nationalen Trennlinie zwi-

Artikel 99 des Versailler Vertrages verhandelte das Schicksal der Gegend um Memel, denn nur dieses Gebiet sollte vom nördlichen Ostpreußen abgetrennt werden. Mit der „Internationalisierung Memels“ wurde nicht definitiv über den späteren Status dieses Gebiets befunden. Beispielsweise stand die Entscheidung aus, die ja schlüssig gewesen wäre, dieses Gebiet Litauen zuzuschlagen<sup>120</sup>. Die Deutschen hielten diese Entscheidung für noch schändlicher als die Volksabstimmung im Ermland und Masuren oder den Verlust des Soldauer Gebiets, zumal sie „ur-deutsches Land“ an „Polacken“ und ihren „Saisonstaat“ sowie an die „dummen Litauer“ verloren, d. h. Menschen „auf einem niedrigeren Kulturniveau“, wie jahrelang nicht nur deutsche Nationalisten behaupteten.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles am 28. Juni 1919 verzichtete Deutschland auf alle Rechte und Ansprüche am Memelland. Am 9. Januar 1920 wurde in Paris eine Vereinbarung über die Übergabe des Memellandes an die Alliierten unterzeichnet. Am nächsten Tag trat der Versailler Vertrag in Kraft. Am 10. Januar machte sich das 21. Jägerbataillon aus Gérardmer-St. Dié auf den Weg, und nach einer Bahnfahrt quer durch Deutschland übernahm es am 15. Januar im Namen der alliierten Staaten die Hoheitsgewalt in Memel. Somit endete in diesem Gebiet die deutsche Verwaltung, und es begann die dreijährige (1920-1923) Zeit der „französischen Herrschaft“ im „Kondominium“ auf dem Gebiet des „Territoire de Memel“. General Dominique Odry übernahm praktisch die Macht<sup>121</sup>. Er setzte das Landesdirektorium als oberste Exekutiv- und Aufsichtsbehörde ein und leitete mittels dieser die Angelegenheiten des „Kondominiums“ bzw. – aus deutscher Sicht – des „Freistaates Memelland“. Die Landesdirektoren wurden mehrheitlich von Deutschen gestellt. Im April 1920 wurde die Zollgrenze zu Deutschland festgelegt. Die Berliner Behörden vertraten den Standpunkt, die Bewohner des Memellandes seien nach wie vor deutsche Staatsangehörige. Wie Sergiusz Mikulicz schreibt, „entstand ein pseudostaatliches Gebilde, ohne Staatsangehörigkeit für seine Einwohner, ohne eigene Währung, aber von Zollgrenzen umgeben und sogar mit eigener Flagge“<sup>122</sup>.

---

schen Litauen und Deutschland zusammenfallen. Vgl. S. Mikulicz, *Klajpeda w polityce europejskiej 1918-1939*, Warszawa 1976, S. 25-30.

- 120 Artikel 99 besagte: „Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete zwischen der Ostsee, der in Artikel 28 Teil II (Deutschlands Grenzen) des gegenwärtigen Vertrags beschriebenen Nordgrenze Ostpreußens und den alten deutsch-russischen Grenzen“. Zit. nach: P. Łossowski, *Klajpeda...*, S. 364.
- 121 Später übte Gabriel Petisné als Zivilkommissar und seit 1922 als Hochkommissar die Hoheitsgewalt aus.
- 122 S. Mikulicz, *Klajpeda...*, S. 39-40. Die Literatur zum Status von Memel und dessen historischer Entwicklung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ist umfangreich. Vgl. P. Łossowski. *Klajpeda w polityce...*; ders. *Klajpeda kontra Memel. Problem Klajpedy*

Das Memelgebiet war so groß wie Luxemburg. Die Autoren machen unterschiedliche Angaben zur Größe dieses Territoriums (von 2 451 bis 2 860 km<sup>2</sup>)<sup>123</sup>. Das Gebiet war 140 km lang und lediglich 15-20 km breit. Es umfasste drei Kreise: Memel, Heydekrug und Pogegen<sup>124</sup>. Die Volkszählung vom 30. September 1920 ergab, dass in dieser Region 150 746 Menschen lebten. Als Sprache gaben 71 000 Personen Deutsch und 67 000 Litauisch an.<sup>125</sup> Die meisten früheren Bewohner (Preußisch-Litauer und Deutsche) waren protestantisch: 132 000 Personen. Es gab 5 383 Katholiken und 1 350 Juden<sup>126</sup>. Mehr als 70 % der Einwohner lebten auf dem Lande und waren hauptsächlich in der Land- und Forstwirtschaft (darunter Holzverarbeitung) beschäftigt. Viele lebten von der Fischerei<sup>127</sup>.

Die Hauptstadt des Bezirks war Memel, das 1920 mehr als 32 000 Einwohner bzw. 1922 mehr als 35 000 Einwohner zählte<sup>128</sup>. Hier konzentrierte sich auch das industrielle Hauptpotential des „Großmemellandes“ (Werft-, Fisch-, Holz-, Maschinenindustrie).

---

w *latach 1918-1945*, Warszawa 2007 (dort die neueste weiterführende Literatur). Vgl. auch; A. Plieg, *Das Memelland 1920-1939*, Würzburg 1962; G. H. Goring, *Das Memelland...*; A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 224-232; A. Gaigalaite, *Lietuva Paryžiuje 1919 metais*, Kaunas 1999; P. Zostautaitė, *Klaipėdos Kraštas 1923-1939*, Vilnius 1992; S. Pocyte, *Mažlietuviai...*; I. Chandavoine, *Prancūzmetis Klaipėdoje ir Kas po to (1920-1923)*, Vilnius 2003; *Francūzai Klaipėdoje 1920-1923. Les Français à Klaipėda 1920-1923. Katalogas. Cataloge*, Klaipėda 2007; *Klaipėdos kraštas 1920-1924 M. Archyvinuose Dokumentuose*, in: *Acta Historica Universitatis Klaipedensis* IX, 2004; Ch. A. Schröder, *Die Entstehung des „Territoire de Memel“ und die Pläne der französischen Administration (1919-1923)*, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte* Bd. X, 2001, S. 45-74. Eine Übersicht der deutschen und litauischen Historiografie nach 1945 zum Memelland präsentiert J. Tauber in seiner Arbeit *Das Memelgebiet (1919-1945) in der deutschen und litauischen Historiografie nach 1945*, in: *Nordost-Archiv* Bd. X, 2001, S. 11-44. Diese Nummer der Zeitschrift trägt den Titel *Im Wandel der Zeiten: Die Stadt Memel im 20. Jahrhundert* und ist ganz der Memel-Problematik gewidmet.

- 123 2 451 km<sup>2</sup> nach S. Mikulicz (*Klajpeda...*, S. 11), 2 656 km<sup>2</sup> nach P. Łossowski (*Klajpeda w polityce...*, S. 363), 2 657 km<sup>2</sup> nach E. Schwertfeger (*Memelland – Land in Fesseln*, Berlin 1935, S. 24), 2 708 km<sup>2</sup> nach G. H. Goring (*Das Memelland...*, S. 19), 2 860 km<sup>2</sup> nach P. Łossowski (*Klajpeda kontra Memel...*, S. 20).
- 124 Die ersten beiden Kreise hatten dieselbe Fläche wie 1919. Eine neue Verwaltungseinheit war der Kreis Pogegen (Pogiegiai), der aus Teilen dreier ehemaliger Kreise (Tilsit, Ragnit und Niederung) gebildet wurde. G.H. Goring, *Das Memelland...*, S. 265.
- 125 P. Łossowski, *Klajpeda kontra Memel...*, S. 20. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 1921 sprachen im Kreis Memel 62 % der Einwohner Litauisch, im Kreis Heydekrug 39 % und im Kreis Pogegen 24 %. S. Mikulicz, *Klajpeda...*, S. 12.
- 126 P. Łossowski, *Klajpeda kontra Memel...*, s.20.
- 127 G. H. Goring, *Das Memelland...*, S. 22.
- 128 J. Žukas, *Soziale und wirtschaftliche Entwicklung Klaipėdas/Memels von 1900 bis 1945*, in: *Nordost-Archiv* Bd. X, 2001, S. 81.

Der 10. Januar 1923 bildete den Auftakt zu einem neuen Kapitel in der Geschichte des „Territoire de Memel“<sup>129</sup>. An diesem Tag brach ein litauischer Aufstand aus, unterstützt durch reguläre Einheiten der litauischen Armee, die an einigen Stellen die Grenze passiert hatten<sup>130</sup>. Dieses Vorgehen wurde durch die deutschen Behörden gebilligt, die zu der Auffassung gelangten, dass es aus ihrer Sicht vorteilhafter sein würde, sich der Franzosen zu entledigen und Polens wirtschaftlichen Einfluss im örtlichen Hafen zu schwächen, indem das Gebiet dem litauischen Einflussbereich angeschlossen wurde<sup>131</sup>. Es ist zu keinen direkten Kämpfen zwischen den stationierten französischen Verbänden und den litauischen Aufständischen bzw. Soldaten gekommen<sup>132</sup>. Die mit Waffengewalt erfolgte Be-

- 
- 129 1921 stellte Kommissar Petisné Pläne für eine Freistadt Memel vor. Die im Heimatbund organisierten ortsansässigen Deutschen lancierten die Idee eines Freistaates Memelland. 1922 wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Von den 72 000 Stimmberechtigten sprachen sich mehr als 54 000 für dieses Konzept aus. Vgl. P. Lossowski, *Klajpeda w polityce...*, S. 367.
- 130 Vgl. W. Rezner, *Powstanie w Klajpedzie w 1923 r. w świetle materiałów Oddziału II Sztabu Generalnego Wojska Polskiego*, in: *Acta Historica Universitatis Klaipedensis* XV, 2007, S. 41-56. Die neuesten Forschungsergebnisse litauischer Historiker bestätigen die entscheidende Rolle, die die Regierung in Kaunas und die regionalen litauischen Truppeneinheiten bei dem „Aufstand“ (immer häufiger in Anführungszeichen geschrieben) gespielt haben. Vgl. V. Vareikis, *Historische Kontroversen über den litauischen „Aufstand“ im Memelgebiet 1923*, in: *Annaberger Annalen* 2009, Nr. 17, S. 41-52.
- 131 Dies war eine Kehrtwende der deutschen Politik im „Memel-Problem“. P. Lossowski schreibt: „Man ermunterte sie ausdrücklich und entschieden, in Memel zu rebellieren. Der Anführer der Litauischen Schützenunion bekam 1922 anlässlich seines Besuchs in Deutschland bei einem privaten Gespräch von General Hans von Seeckt ermutigende Worte über eine Aktion in Memel zu hören. Anfang 1922 wurden die Litauer auf halb-offiziellem Wege erneut davon in Kenntnis gesetzt, dass die Deutschen bereit seien, das Memelland Litauen zu überlassen“. P. Lossowski *Klajpeda...*, S. 369. Dies bedeutete aber keineswegs einen Verzicht auf die Wiedererlangung der Stadt Memel und des Memellandes. Die französische Präsenz wurde als demütigend und unerträglich empfunden und die künftige litauische Oberhoheit dagegen als „temporär“ und „in Zukunft leichter zu beseitigen“ angesehen. Vgl. S. Mikulicz, *Klajpeda...*, S. 83-91. In dieser Frage hüllten sich deutsche Historiker vollkommen in Schweigen. Vgl. unter anderem G. H. Goring, *Das Memelland...* A. Kossert kommentiert diese Tatsache ausweichend mit dem einzigen Satz: „(...) wurde das litauische Unternehmen von Berlin und Moskau insgeheim gebilligt, da es insbesondere Polens [und Frankreichs – Anm. A.S.] Einfluss in Ostmitteleuropa schwächen sollte“. A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 226.
- 132 Zur Teilnahme am Aufstand haben sich 300 Freiwillige aus der örtlichen Bevölkerung und 12 000 aus Litauen gemeldet. Es waren Mitglieder der *Šaulių Sąjunga* (Litauische Schützenunion). Von Soldaten der regulären litauischen Armee, die sich freiwillig gemeldet hatten, wurden etwa 600 Offiziere, drei Infanteriekompanien, eine Reiterschwadron und Kadettenschüler entsandt. Sie trugen Zivilkleidung. Zu ihren Waffen bekamen sie

setzung eines Teils von Kleinlitauen, d. h. des Memellandes, fand ihren festen Platz in der litauischen Nationalmythologie und im historischen Gedächtnis als ein Bestandteil des Kampfes gegen die „germanische Bedrohung“.

Am 16. Februar 1923 billigte der Botschafterrat die Angliederung des Memelgebiets an Litauen unter der Bedingung, dass diesem eine weitgehende Autonomie gewährt werden würde. Am 19. Februar verließen die französischen Truppen das besetzte Memelland an Bord des Panzerschiffs „Voltaire“. Noch am selben Tag zogen litauische Truppen in die Kasernen ein. Die litauische Regierung nahm die Bedingungen des Botschafterrates vom 13. März 1923 an, woraufhin am 8. Mai 1924 in Paris die Konvention über das Memelgebiet unterzeichnet wurde<sup>133</sup>. Somit wurden die Stadt Memel und das Memelland Teil des litauischen Staates und bildeten einen autonomen Bezirk mit eigener Verwaltung und eigenem Landtag, in dem die ortsansässigen Deutschen über die gesamte Zeit der litauischen Herrschaft, d. h. bis 23. März 1939, eine Mehrheit hatten. Nach Hitlers Macht ergreifung machte Deutschland keinen Hehl mehr daraus, dass es dieses Gebiet zurückgewinnen wollte. Vor diesem Hintergrund wurden nicht umgesetzte Pläne für einen nationalsozialistischen Putsch in Memel geschmiedet. Angesichts des immer stärkeren Einflusses der NSDAP unter der deutschen Bevölkerung vor Ort erließ die litauische Regierung am 8. Februar 1934 das „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“, das hohe Strafen für die Schmähung des litauischen Volkes, seiner Regierung und seiner Symbole vorsah. In den Jahren 1933-1935 kam es zu zahlreichen Verhaftungen. Angeklagt wurden 122 ortsansässige Deutsche. Die litauische Politik nahm einen deutlich antideutschen Kurs, was zu einer Abkühlung der deutsch-litauischen Beziehungen führte<sup>134</sup>.

Seit 1938 warteten örtliche nationalsozialistische Organisationen auf ein Signal aus Berlin, um einen bewaffneten Aufstand auszulösen und die Sezession zu verkünden<sup>135</sup>. Nach der Annexion der Tschechoslowakei stellte die deutsche

eine grüne Armbinde mit der Aufschrift MLS (*Mažasio Lietuvos Sukileliai* – Kleinlitauische Aufständische). Details dieser Operation beschreibt ausführlich unter anderem S. Mikulicz, *Klajpeda...*, S. 66-91. Als Vorbild dienten die polnischen Aufständischen in Oberschlesien 1919-1921, besonders die Gestalt des Wojciech Korfanty. Vgl. 1923 *Metų Sausio ivykiai Klaipėdoje* in: *Acta Historica Universitatis Klaipedensis* IV, 1995.

133 Laut Artikel 1 der Konvention übertragen Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien „an Litauen unter Vorbehalt der in diesem Abkommen festgesetzten Bedingungen alle ihren von Deutschland gemäß Artikel 99 des Versailler Vertrages abgetretenen Rechte und Ansprüche auf das Gebiet (...) als ‚Memelgebiet‘ bezeichnet“. Der vollständige Wortlaut des Abkommens und andere Dokumente zu den Ereignissen des Jahres 1923 sowie deren Folgen präsentiert S. Mikulicz in einem Anhang zu seiner Arbeit *Klajpeda...*, S. 289-328.

134 Vgl. a.a.O., S. 92-231; P. Lossowski, *Klajpeda kontra Memel...*, S. 99-171.

135 Unmittelbar nachdem Hitler die Macht übernommen hatte, bekam er Briefe aus dem Memelland mit Bitten um die „Rückkehr ins Reich“. Annelene K. aus Heydekrug schrieb

Regierung Litauen ein Ultimatum in Sachen Memel: „Entweder wird das Memelland freiwillig aufgrund eines Abkommens an Deutschland angegliedert oder werden militärische Schritte gegen Litauen unternommen“<sup>136</sup>. Am 23. März 1939 sah sich der litauische Außenminister Juozas Urbšys unter dem deutschen Druck gezwungen, einen Vertrag mit Deutschland zu schließen, in dem im Artikel 1 festgehalten wurde: „(...) Das Memelland, welches Deutschland im Vertrag von Versailles aberkannt wurde, wird ab heute mit dem Deutschen Reich wiedervereinigt“. Am 22. März 1939 zieht sich das litauische Militär aus dem Memelland zurück. Tags darauf landet Adolf Hitler, aus Königsberg an Bord des Panzerschiffes „Deutschland“ kommend, im Hafen von Memel. Die Deutschen bereiteten ihm einen enthusiastischen Empfang. Am selben Tag, dem 23. März 1939, marschieren die ersten Einheiten der deutschen Wehrmacht und der SS über die Brücke in Tilsit in das Memelgebiet ein<sup>137</sup>. Zahlreiche Litauer beschloss, das Memelland zu verlassen<sup>138</sup>. Für die gesamte litauische Bevölkerung bedeutete der Verlust des Memelgebiets eine enorme gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Erschütterung<sup>139</sup>. Vonseiten der Mächte, die sich für den bisherigen Status des Memellandes verbürgt hatten, erfolgte keine Reaktion.

---

im Mai 1933: „Lieber guter Onkel Hitler, wir warten schon lange auf Dein Kommen in unser Memelgebiet. (...) Wir würden uns alle sehr, sehr freuen, wenn wir wieder zu Deutschland kämen. Die Juden und Litauer müssen dann doch alle raus, nicht wahr? Die machen sich hier schon furchtbar mausig. (...) Komm doch möglichst bald und erlöse uns von den Juden und Litauern. Die Juden nehmen uns nicht nur das Brot weg, sondern sie schlachten sogar zu Ostern Christen ab“. Zit. nach: H. Eberle (Hg.), *Briefe an Hitler. Ein Volk schreibt seinem Führer*, Bergisch Gladbach 2007, S. 133 f.

- 136 W. Dobrzycki, *Historia stosunków międzynarodowych w czasach nowożytnych 1815-1945*, Warszawa 2000, S. 440.
- 137 Bei seinem Besuch in Memel unterzeichnete Hitler ein Gesetz, kraft dessen die Gesetzgebung des Dritten Reiches im Memelland eingeführt wurde; darin wurde unter anderem festgehalten, dass das „Memelgebiet Teil des Deutschen Reiches“ sei. Auch die Verwaltungsgliederung aus dem Jahr 1919 wurde wieder eingeführt, wobei das ganze Gebiet nun zum Regierungsbezirk Gumbinnen gehören sollte. Die Memelländer wurden automatisch Staatsbürger des Dritten Reiches. Ostpreußens Gauleiter Koch wurde Kommissar der neu angegliederten Region. Vgl. S. Mikulicz, *Kłajpeda...*, S. 232-284.
- 138 Ein Teil der Bevölkerung flüchtete vor dem Einmarsch der deutschen Truppen. Ab 1. Mai 1939 verließen mehr als 10 000 Menschen das Memelland Richtung Litauen, darunter 8 924 Litauer und 1 307 Juden. P. Łossowski, *Kłajpeda kontra Memel...*, S. 195.
- 139 Auf das Memelland, das lediglich 3 % des litauischen Territoriums ausmachte und in dem 6 % der Einwohner Litauens lebten, entfiel gut ein Viertel (27 %) der Industrieproduktion des ganzen Landes. Mit Memel verlor Litauen den einzigen Seehafen, über den 80 % der litauischen Ausfuhren umgeschlagen wurden (in Ausbau und Modernisierung des Hafens hatten die Litauer den enormen Betrag von 40 Mio. Lit. investiert). V. Žalys, *Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923-1939)*, in: *Nordost-Archiv* Bd. II, 1993, H. 2, S. 277.

## 6.1. Das Problem der Preußisch-Litauer (*Lietuvininkai*)

Eine große Herausforderung, mit der sich die litauische Regierung in Kaunas in den Jahren 1923-1939 konfrontiert sah, war, die dort lebenden Preußisch-Litauer für die litauische Sache zu gewinnen. Mit einem ähnlichen Problem hatte die polnische Regierung im Soldauer Gebiet angesichts der Masuren zu tun. Diese Bevölkerung stellte eine Legitimation für die Zugehörigkeit der jeweiligen Region zu Litauen bzw. Polen dar. Eine Gemeinsamkeit der litauischen und polnischen Politik gegenüber den protestantischen Einheimischen im Memelland bzw. dem Soldauer Gebiet war ihr Scheitern, ablesbar unter anderem in ihrem Unvermögen, die Germanisierungsprozesse einzudämmen. Die Gründe dafür waren vielfältig.

In den Vordergrund treten dabei vor allem spezifische Merkmale von Grenzlandgesellschaften, die jahrhundertlang von ihren jeweiligen Herkunftsländern getrennt lebten. Denn ähnliche Prozesse vollzogen sich nicht nur unter den Ermländern, Schlesiern und Kaschuben, sondern auch unter den Elsässern<sup>140</sup>. Ein Problem war, dass die Litauer und Polen lange Zeit über keinen eigenen Nationalstaat verfügten, der wirksam die nationale Identität der jenseits der Grenze lebenden Bevölkerung hätte pflegen und entwickeln können, unter anderem durch finanzielle Unterstützung verschiedener Einrichtungen für die Minderheit (Schulen, Banken, Bibliotheken, Verlage usw.). Bei den protestantischen Preußisch-Litauern und Masuren fielen Religionsunterschiede, insbesondere in Kontakten mit den Katholiken aus Großlitauen oder Polen, beachtlich ins Gewicht. Die deutsche Seite machte sich die zivilisatorischen Unterschiede und das Gefälle des Lebensstandards zwischen Preußisch-Litauern und beispielsweise den armen Siedlern aus Schamaiten und den litauischen Juden, die sich nach 1923 in Kleinlitauen niederzulassen begannen, geschickt zunutze. Unabhängig von diesen objektiven Rahmenbedingungen haben sowohl die litauische als auch die polnische Seite viele Fehler und Unterlassungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung litauischer bzw. polnischer Abstammung begangen.

1923 war die Regierung in Kaunas überzeugt, die Nationalitätenverhältnisse im Memelgebiet ließen sich in kurzer Zeit ändern und die Bindungen zu „ihren germanisierten Landsleuten“ festigen. Gezielt wurde darauf verzichtet, sie Preußisch-Litauer zu nennen; stattdessen wurden sie als memelländische Kleinlitauer (*Lietuvininkai*), Memelländer (*Klaipėdiškai*)<sup>141</sup> oder einfach Litauer bezeichnet. Es überwog die Überzeugung vom objektiven Kriterium der nationalen Zugehö-

140 Diese Bevölkerungsgruppen sind Thema einer Sammelarbeit unter der Red. von A. Sakson: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością*, Poznań 2008.

141 Vgl. S. Pocyte, *Die Tätigkeit des Komitees Litauischer Organisationen im Memelgebiet 1934-1939*, in: *Annaberger Annalen* 2003, Nr. 11, S. 100.

rigkeit, d. h. Kenntnis und Benutzung der litauischen Sprache wurden mit dem litauischen Nationalgefühl gleichgesetzt. War die nationale Identität durch (natürliche oder erzwungene) Germanisierung gestört, galt es, sie durch die Relitauisierung „wiederzugewinnen“.

Die Gesellschaft des Memellandes bestand zwischen den Weltkriegen aus zwei großen Bevölkerungsgruppen: den alten und den neuen Bewohnern. Zu der erstgenannten Gruppe gehörten die Preußisch-Litauer, deren nationale Selbsteinschätzung höchst unterschiedlich war. Unter ihnen ließ sich nur eine relativ geringe Gruppe von Menschen mit litauischer Nationalidentität oder prolitauischer Einstellung ausmachen. Andere betrachteten sich als eine „autochthone“, „einheimische“ oder „alteingesessene“ Bevölkerung, wobei sie – schon wegen der Kenntnis der litauischen Sprache – das Gefühl der Andersartigkeit gegenüber den ostpreußischen Deutschen entwickelten; unter ihnen kam allerdings auch eine prodeutsche Haltung (in allen möglichen Schattierungen) vor. Zu den Alleinwohnern gehörte selbstverständlich die deutsche Bevölkerung, die mit Ausnahme des Landkreises Memel nach 1920 die dominierende Gruppe war. Vor 1920 hatte sie in ihrem eigenen Nationalstaat gelebt, der eine mit der deutschen Staats- und Nationalräson übereinstimmende Politik betrieb. Eine besondere kleine Gruppe bildeten die ostpreußischen Juden, die hauptsächlich in Memel und anderen Orten der Region lebten. Diese Verhältnisse werden durch die Ergebnisse der Volkszählung von 1925 veranschaulicht, als zum ersten Mal die Kategorie *Lietuvininkai/Memelländer* im Sinne der autochthonen Bevölkerung neben Litauern und Deutschen eingeführt wurde. Es stellte sich heraus, dass sich ein Fünftel (24,2 %) der Bewohner für Memelländer hielt, 26,6 % für Litauer und 45,2 % für Deutsche<sup>142</sup>.

Die zweite Gruppe bestand aus neuen Einwohnern, die in der Zwischenkriegszeit ins Memelland gekommen waren. Es waren mehr oder weniger gut ausgebildete Litauer aus der Gegend von Kaunas oder Landarbeiter aus Schamaiten. Zu dieser Gruppe gehörten auch litauische Juden.

Die Preußisch-Litauer, die sich für eine Autonomie ihrer Heimat, d. h. des Memelgebiets, aussprachen, gerieten in eine prekäre Lage. Arthur Hermann stellt fest: „Die Tragik der Preußisch-Litauer lag darin, dass nach der Entstehung des litauischen Staates eine eigene preußisch-litauische Identität nicht mehr möglich war. Die deutsche Bevölkerung sah nach 1919 in dem selbstbewussten Preußisch-Litauer nicht einen Mitbürger, der seine Kultur pflegen wollte, sondern einen verkappten Befürworter des Anschlusses an Litauen. Die Großlitauer dagegen witterten in jeder kleinsten Betonung der Eigenart der Preußisch-Litauer eine

---

142 I. Tauber, *Das Memelgebiet...*, S. 28; ders. *Der unbekannt Dritte: Die Kleinlitauer im Memelgebiet 1918-1939*, in: „*Der Fremde im Dorf*“. Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, hrsg. von H. J. Bömelburg, B. Eschment, Lüneburg 1998, S. 85-104.

Distanzierung vom litauischen Volk.<sup>143</sup> Die Möglichkeit eines „dritten Weges“ war sehr begrenzt. Sie stieß weder bei den Großlitauern noch bei den Deutschen auf Gegenliebe. Die meisten Kleinlitauer entschieden sich für eine spezifisch verstandene „Hiesigkeit“ und „Vertrautheit“, die nach einer „Übergangsphase“ zum Deutschtum führte. Begünstigt wurde dies unter anderem da durch, dass die protestantischen Kirchenstrukturen weiterhin mit der Unierten Kirche verbunden blieben und die lutherische Kirche aus Großlitauen hier marginalisiert wurde. Im Memelland übten nur zwei litauische evangelische Pfarrer ihren Dienst aus<sup>144</sup>.

Auch die Zuwanderung neuer Einwohner aus Großlitauen und landwirtschaftlicher Saisonarbeiter, die hauptsächlich aus dem benachbarten Schamaiten kamen, war der Stärkung des Litauertums nicht förderlich<sup>145</sup>. Meist trat das Gegenteil ein. Die armen Landsleute „kompromittierten“ oftmals Litauen in den Augen der Memelländer<sup>146</sup>.

Paradoxerweise wurde das Litauertum im autonomen Memelgebiet weder durch die evangelischen Kirchenstrukturen (wo Gottesdienste in der Regel auf Deutsch gehalten wurden), noch durch das Schulsystem gestärkt. 1929 kam zum Beispiel im Kreis Heydekrug nach einer Inspektion von 35 Schulen (von insgesamt 66) heraus, dass in 33 auf Deutsch und nur in zwei auf Litauisch unterrichtet wurde. Von den 47 Lehrern sprachen ganze 25 gar kein Litauisch, während 17 Lehrer schwache und nur fünf genügende Litauischkenntnisse vorweisen konnten. Unter den Schülern waren jedoch 758 Litauer und 569 Deutsche. Ähnlich war es auch in anderen Kreisen. Damit lassen sich unter anderem die Germanisierungserfolge erklären<sup>147</sup>.

Auch die wirtschaftliche Lage trug keinesfalls zur Festigung des litauischen Gedankens unter den Preußisch-Litauern bei. Die Abtrennung des bisherigen ostpreußischen Absatzmarktes für Lebensmittel rief unter der ländlichen Bevölke-

143 A. Hermann, *Preußisch-Litauer und die Evangelische Kirche Ostpreußens 1871-1933*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Erster Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000, S. 84.

144 Vgl. A. Hermann, *Preußisch-Litauer und die Evangelische Kirche Ostpreußens 1871-1933*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000, S. 83-110.

145 In den Jahren 1923-1939 ließen sich 30 000 Personen aus Litauen im Memelland nieder. Die meisten waren Agrararbeiter (7 000). Eine geringe Gruppe stellten Beamte (ca. 1 700 Personen) dar. Im Jahr 1939 stieg die Einwohnerzahl im Bezirk auf 153 000 Personen. Die Zunahme der litauischen Bevölkerung fand keine Bestätigung in den offiziellen Statistiken (1925 waren es 37 626 und am 1. Januar 1939 43 226, d. h. etwa 6 000 Personen mehr). V. Žalys, *Ringens um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte*, Lüneburg 1993, S. 87.

146 J. Tauber, *Das Memelgebiet...*, S. 34.

147 V. Žalys, *Ringens...*, S. 79.

rung Zorn hervor. Dies war umso offenkundiger, je schwerer es den Landwirten fiel, ihre Produkte im litauischen Staat gewinnbringend zu verkaufen<sup>148</sup>.

Die Preußisch-Litauer entwickelten, ähnlich wie die Masuren, als ethnische Minderheit keine ausreichend starke Gruppenidentität, um sich den Anstrengungen Litauens und Deutschlands, sie für sich zu gewinnen, entgegenstellen zu können. Nach Ansicht von Vytautas Žalys hatte „die litauische Regierung im Memelland viele Fehler begangen, die zum Erfolg Deutschlands führten“<sup>149</sup>. Von deutschem Einfluss zeugen unter anderem die Ergebnisse der Landtagswahlen, als im Oktober 1925 für Kandidaten deutscher Parteien 58 756 oder 94 % aller Stimmen abgegeben wurden, während die litauischen Parteien lediglich 6 % oder 3 761 Stimmen auf sich vereinen konnten, obwohl die Volkszählung im gleichen Jahr erbrachte, dass die Hälfte (51 %) der Bewohner des Memellandes Litauer waren<sup>150</sup>.

Die Deutschen, die im Memelland lebten, machten sich Litauens Verpflichtung zum Schutz der nationalen Minderheiten zunutze und bauten mit politischer und finanzieller Unterstützung durch die Regierungen in Berlin und Königsberg ein leistungsfähiges Netz eigener Schulen und vielfältiger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Organisationen auf. Mit allen Kräften strebten sie nach der Angliederung des Memellandes an das Reich<sup>151</sup>.

- 
- 148 Der Hauptabnehmer von Lebensmitteln war Tilsit in Ostpreußen. Die Errichtung der Staatsgrenze und der Wirtschaftskrieg zwischen Litauen und dem Deutschen Reich in den Jahren 1934-1936 hatten einen Rückgang der Einkünfte der ländlichen Bevölkerung zur Folge. Vgl. J. Tauber, *Das Memelgebiet...*, S. 32-34.
- 149 V. Žalys, *Ringeln...*, S. 91. Jerzy Ochmański fasste dieses Problem folgendermaßen zusammen: „Litauen gab sich kaum Mühe, dieses Land mit seinen eigenen nationalen Intellektuellen zu speisen, die unter den memelländischen Litauern die litauische Kultur und das litauische Nationalbewusstsein hätten verbreiten können. Dies war ein gravierender politischer Fehler, weil sich ein beachtlicher Teil der memelländischen Litauer für die deutsche nationalistische Propaganda empfänglich zeigte. Es gelang nicht, den Aktivitäten der revanchistisch-nationalistischen deutschen Organisationen Einhalt zu gebieten oder eine starke litauische gesellschaftlich-kulturelle Organisation aufzubauen“. J. Ochmański, *Historia Litwy*, Warszawa 1990, S. 302.
- 150 In den darauf folgenden Jahren verbesserte sich dieses Verhältnis einigermaßen, doch bekamen die litauischen Kandidaten bis 1939 nie mehr als 19,2 % der Stimmen (im Mai 1935). In den letzten freien Wahlen stimmten 9 260 Wähler (12,8 %) für die litauischen Kandidaten und 62 978 (87,2 %) für die deutschen. Im Landtag verfügten die Deutschen über eine überwältigende Mehrheit (1925: 27 deutsche und zwei litauische Mandate, 1927: 25 bzw. 4, 1930: 24 bzw. 5, 1932 und 1935: 24 bzw. 5, 1938: 25 bzw. 4). G. H. Goring, *Das Memelland...*, S. 54.
- 151 Vgl. K.-H. Ruffmann, *Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit. Erinnerungen eines Memelländers. Überlegungen eines Historikers*, Lüneburg 1994; ders., *Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit. Ein Vergleich*, in: *Nordost-Archiv* Bd. II, 1993, H. 2, S. 217-234.

## 7. Polnisch-Preußen – das Soldauer Gebiet

Kraft des Versailler Vertrages erhielt Polen außerhalb der Volksabstimmung die Stadt Soldau (Działdowo) mit den umliegenden Dörfern<sup>152</sup>. Bis zum 17. Januar 1920, d. h. dem Tag des Einmarsches polnischer Truppen, bildete dieses Gebiet den südlichen Teil des Kreises Neidenburg<sup>153</sup>. Der Anschluss an Polen war durch die wichtige Rolle Soldaus als Eisenbahnknoten, der die zentral gelegenen Regionen Polens mit der Ostseeküste verband, bedingt<sup>154</sup>. Die Nationalitätenproblematik spielte in diesem Fall eine untergeordnete Rolle. Diese Frage sollte generell im Wege der Volksabstimmung gelöst werden.

Der neu errichtete Kreis Soldau, der nun zur Woiwodschaft Pommerellen mit der Hauptstadt Thorn gehörte, war 491,77 km<sup>2</sup> groß und umfasste die Stadt Soldau, in der im Jahr 1921 3 568 Einwohner lebten (1910: 4 728), sowie 43 Landgemeinden und 21 Gutsbezirke<sup>155</sup>. Im April 1932 wurde das Kreisgebiet erweitert, indem Teile der pommerellischen Kreise Strasburg und Löbau mit der Stadt Lautenburg angegliedert wurden. Diese Gebiete hatten 1918 noch zu Westpreußen gehört. Der neue Kreis Soldau war 858,19 km<sup>2</sup> groß<sup>156</sup>. Im April 1938 wurde der Kreis an die Woiwodschaft Warschau angegliedert.

- 
- 152 Laut Artikel 28 des Versailler Vertrages sollte die polnisch-deutsche Grenze entlang der alten deutsch-russischen Grenze verlaufen, westlich des Ortes Bialluten aber entlang der Grenze zwischen West- und Ostpreußen. Zunächst wurde davon ausgegangen, dass die Grenze den Fluss Welle entlang, dann am Lauf der Skottau und Neide bis zu einem Punkt westlich von Bialluten, von dort bis zum Schnittpunkt der Straße Neidenburg-Mława mit der alten russischen Grenze in der Gegend von Illowo verlaufen würde. Strittig blieben im Jahr 1920 noch die Gutsbezirke Wonsin und Sczuplienen, die auf deutscher Seite verblieben. Schließlich wurde die Grenzziehung im Herbst 1920 nach Beschlüssen der Alliiertenkommission vorgenommen und diese Gebiete Polen angegliedert. Vgl. *Działdowo. Z dziejów miasta i powiatu*, Olsztyn 1966, S. 179
- 153 Das Soldauer Gebiet machte 29,7 % der Fläche des früheren Kreises Neidenburg aus; hier lebten 40,5 % aller Bewohner des Kreises. F. Gause, *Geschichte des Amtes und der Stadt Soldau*, Marburg /Lahn 1958, S. 358.
- 154 Gedacht war hierbei an die Strecke Warschau-Danzig, die über Mława-Soldau-Lautenburg-Strasburg-Jablonowo-Graudenz und über die Weichsel zur Strecke Bromberg-Danzig führte. P. Bystrzycki, *Działdowszczyzna w latach II Rzeczypospolitej. Życie społeczno-polityczne*, Olsztyn 1997, S. 9.
- 155 Im Süden grenzte der Kreis an die Woiwodschaft Warschau (Kreis Mława), im Osten und Norden an Ostpreußen (Kreise Osterode und Neidenburg im Regierungsbezirk Allenstein), im Westen an die Kreise Brodnica (Strasburg) und Lubawa (Löbau) in der Woiwodschaft Pommerellen. P. Bystrzycki, *Działdowszczyzna w latach II Rzeczypospolitej...*, Olsztyn 1997, S. 48; Z. Mogilnicki, *Działdowo w latach 1344-1994. Zarys dziejów*, Gdańsk 1998, S. 98 f.
- 156 Der 1932 erweiterte Kreis umfasste zwei Städte (Soldau und Lautenburg), 76 Landgemeinden und 28 Gutsbezirke. 1934 wurden zwei Gemeinden aus dem Kreis ausgegliedert: Bolle-

Der Einverleibung des Soldauer Gebiets durch Polen gingen zahlreiche Proteste der einheimischen Bevölkerung voraus. Ihr erster Kontakt mit den Truppen unter General Haller, die Soldau übernommen hatten, rief zahlreiche Konflikte und gegenseitiges Misstrauen hervor. Dies resultierte hauptsächlich aus der Unkenntnis der komplizierten Nationalitätenproblematik in dieser Region unter den einmarschierenden Truppen. Einige Monate nach der Übernahme des Soldauer Gebiets wurde die Lage noch unübersichtlicher. Durch die Offensive der Roten Armee im August 1920 im Zuge des polnisch-sowjetischen Krieges geriet Soldau für gewisse Zeit unter die Herrschaft der Sowjets. Die eingesetzten Machthaber, die sich aus der Soldauer Einwohnerschaft rekrutierten, provozierten zahlreiche Ausfälle gegen Polen. Im Gegenzug ließen sich die polnischen Truppen, die später dieses Gebiet zurückeroberten, eine Reihe von Gewalttaten gegen die Deutschen und Masuren zuschulden kommen. Die Lage der einheimischen Bevölkerung erwies sich in dieser Zeit als sehr schwierig, viele Menschen, vorwiegend jüngere, gaben ihre Gehöfte auf und flohen nach Ostpreußen. Auch viele Masuren optierten für Deutschland.

Im Jahr 1921 lebten im Kreis Soldau 23 727 Personen (gegenüber 24 000 im Jahr 1910); die Bevölkerungszahl stieg kontinuierlich. 1931 lebten in Soldau bereits 5 100 Menschen und im ganzen Kreis 26 192. Auch die Konfessions- und die Nationalitätenstruktur machten einen Wandel durch. Diese Problematik wird in der Tabelle 6 veranschaulicht.

Tabelle 6 *Bevölkerung des Kreises Soldau, gegliedert nach Religion und Nationalität, in den Jahren 1921-1939*

Jahr	Gesamt	Religion			Nationalität		
		römisch-katholisch	evangelisch	sonstige	polnisch	deutsch	andere
1921	23 727	13 036	10 567	124	15 496	8187	44
1924	23 674				20 918	2576	
1927	24 478	17 314	7314	82	20 914	3520	44
1931	26 192						
1931a	42 716	35 448	6979	289	39 645	2862	209
1934	43 216				36 171	7045	
1937	47 517				45 627	1643	247
1939	47 091					2626	

<sup>a</sup> Nach der Eingliederung der Gebiete aus den Kreisen Strasburg und Löbau

Quelle: Berechnungen aufgrund von P. Bystrzycki, *Działdowszczyzna w latach II Rzeczypospolitej. Życie społeczno-polityczne*, Olsztyn 1997, S. 51.

---

schin und Kowallik, die nun zum Kreis Löbau gehörten. In der Zwischenkriegszeit wurden immer wieder Gerüchte verbreitet, wonach der Kreis aufgelöst und von der Woiwodschaft Pommerellen abgetrennt werden sollte. Nach 1920 wurden auch Stimmen laut, das Soldauer Gebiet würde von Polen abgetrennt und an Deutschland angegliedert werden. *Ebenda*.

Nach 1920 kam es im Soldauer Gebiet zu einem generellen Bevölkerungsaustausch, wobei die Bevölkerungszahl im Allgemeinen konstant blieb. In der Zwischenkriegszeit teilte sich die Bevölkerung des Soldauer Gebiets ähnlich wie im Memelland in zwei Gruppen. Zu den Alteinwohnern zählten protestantische Deutsche und Masuren (mit unterschiedlicher nationaler Einstellung) sowie kleine Gruppen ostpreußischer Juden. Bei den neuen Einwohnern handelte es sich hauptsächlich um katholische Polen, die in erster Linie aus Masowien (im früheren russischen Teilungsgebiet) oder aus den Nachbarkreisen in Pommerellen (Westpreußen) kamen. Eine relativ kleine, nichtsdestoweniger einflussreiche Gruppe bildeten polnische Protestanten aus Teschen oder Warschau, die der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen mit Konsistorium in Warschau angehörten. Im Soldauer Gebiet lebten auch polnische Masuren, die nach der verlorenen Volksabstimmung Ostpreußen freiwillig oder unter Druck verlassen hatten (z.B. Gustav Leyding jr., Gottfried Linka, Sohn des ermordeten Bogumił, oder Jan Jagiełko-Jaegertal). Hier (vorrangig in Soldau) ließen sich auch etwa 200 polnische Juden nieder.

Die größte Migrationswelle fand in den Jahren 1920-1925 statt, als sich eine beachtliche Anzahl von Deutschen und Masuren für die Ausreise entschied. In erster Linie verließen preußische Beamte und Bauern die Region. Gemäß der deutsch-polnischen Vereinbarung gab es das sog. Optionsrecht. Danach durfte sowohl die deutsche als auch die polnische Bevölkerung in den jeweiligen Nationalstaat auswandern. Zwischen September 1920 und Januar 1922 haben 1 578 Familien (insgesamt 3 728 Personen) für Deutschland optiert. 1921 machten die Katholiken 55 % der Gesamtzahl aller Bewohner des Kreises aus (darunter eine geringe Zahl katholischer Deutscher und Masuren). Der Anteil der Protestanten (Deutsche, Masuren, „Teschener“, d. h. Polen) an der Gesamtbevölkerungszahl betrug ca. 44 % (darunter 65 % Polen und 34 % Deutsche). In den Folgejahren ging die Zahl der deutschen Bevölkerung kontinuierlich zurück (auf 2 626 im Jahr 1939), hauptsächlich durch die Auswanderung der Optanten. Von der Gesamtzahl der Protestanten (1931: 6 979) gehörten 6 078 der Preußischen Landeskirche an, die nach 1920 in den Strukturen der evangelisch-unierten Kirche in Polen bestehen blieb; der Sitz des Konsistoriums befand sich in Posen. 522 Protestanten gehörten der polnischen evangelisch-augsburgischen Kirche an, 262 Personen waren Mitglieder der reformierten Kirche, 217 anderer protestantischer Glaubensgemeinschaften in Polen<sup>157</sup>.

---

157 1923 betrug die Zahl der im Kreis verbliebenen Optanten 1 186 Personen; 1924 waren es 1 117, 1925 – 530, 1927 – 411, 1932 – 437. Gemäß der Vereinbarung aufgrund des Genfer Übereinkommens liefen die Auswanderungsfristen aus Polen Ende 1925 aus. Dieses Problem konnte bis zum Kriegsausbruch nicht gelöst werden. Der Anteil der Bevölkerung, die sich mit Deutschland identifizierte, ging in den Jahren 1910-1939 von 42 % auf knapp

Nach den Erkenntnissen von Piotr Bystrzycki betrug die Zahl der Deutschen im Jahr 1910 8 904 Personen und die der Masuren 9 140. Durch die Auswanderung beider Gruppen nach Deutschland in der zweiten Hälfte der zwanziger und in den dreißiger Jahren bildete sich im Soldauer Gebiet eine feste Gruppe von 4 000-5 000 Masuren und 2 000-3 000 Deutschen heraus<sup>158</sup>.

Die Bewohner des Kreises Soldau bestritten ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus der Landwirtschaft, wobei die Agrarstruktur ungünstig war, da der Großgrundbesitz vorherrschte (der zunächst in deutschen Händen blieb). Es fehlten größere Industriebetriebe. Die vorhandenen arbeiteten für den Bedarf der Landwirtschaft.

Die deutsche Bevölkerung im Soldauer Gebiet war ähnlich wie die Deutschen im Memelland gut organisiert. Hier waren etwa zwanzig verschiedene Organisationen, Vereine und politische Parteien der deutschen Minderheit aktiv, z.B. die Vereinigung des Deutschen Volkstums (VDV), der Deutschlandbund (DtB), die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat (DV) oder nach 1933 die Jungdeutsche Partei (JDP) und die Auslandsorganisation der NSDAP (NSDAP/AO). Die Parteien der deutschen Minderheit fanden relativ großen Zuspruch, auch unter den Masuren<sup>159</sup>. Es wurde aber keine Minderheitenschule eröffnet. Die hier lebenden Deutschen erhielten eine beachtliche finanzielle Unterstützung von der Berliner Regierung. Viele von ihnen machten aus der vermeintlichen Notwendigkeit, den

---

6 % zurück (1921: 34,5 % der Gesamtzahl der Kreisbevölkerung; 1924: 11,6 %; 1927: 14,4 %; 1931: 6,7 %; 1937: 3,5 %; 1939: 5,6 %). P. Bystrzycki *Dzialdowszczyzna...*, S. 51-55, 170.

158 P. Bystrzycki, *Dzialdowszczyzna...*, S. 216 f. Bystrzycki präsentiert auch Angaben anderer Autoren, die höhere Zahlen für die masurische Bevölkerung nannten, z.B. 18 000 für das Jahr 1920 bzw. 9 200 im Jahr 1938.

159 Bei den Wahlen zum gesetzgebenden Sejm im Mai 1920 erzielte die Deutsche Vereinigung mit 74,6 % der Stimmen einen enormen Erfolg. Mit der Abwanderung der deutschen und masurischen Bevölkerung nach Deutschland schwand der Einfluss dieser Parteien. In der Wahl zum Sejm im Jahr 1928 erhielt der Minderheitenblock (Blok Mniejszości Narodowych) 27,9 % der Stimmen 1930 sprachen sich 25,7 % der Wähler für die Listenkandidaten des Deutschen Wahlblocks aus. In den Wahlen zum Kreistag 1925 erhielt die Deutsche Liste 625 Stimmen (12,2 %) und damit zwei Mandate; 1930: 2 036 Stimmen (28,8 %) und zwei Mandate; 1933: 2 190 Stimmen (19,1 %) und vier Mandate. *Ebenda*, Anhang, Tabelle I-III. Eine wichtige Persönlichkeit war E. Barczewski aus Soldau, Superintendent der unierten Kirche, der jahrelang Abgeordneter der deutschen Minderheit zum Sejm und Senat war. Über die Lage der deutschen und masurischen Bevölkerung im Soldauer Gebiet schreibt Piotr Bystrzycki ausführlich und kompetent. Sein hier mehrmals zitiertes Werk ist eine äußerst wertvolle Monografie über die Nationalitätenverhältnisse und das gesellschaftliche und politische Leben dieser masurischen Region. Bedauerlicherweise fehlt eine ähnliche Studie zum Memelland und Ostpreußen in der Zeit zwischen den Weltkriegen.

Grenzverlauf zu revidieren und diesen Teil Masurens an Ostpreußen anzugliedern, keinen Hehl.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gehörte das geteilte Ostpreußen zu drei Staaten: Litauen, Deutschland und Polen. Diese Lage trug bald dauerhafte Züge, wobei an die Stelle der deutschen Staatsgewalt nach 1945 die sowjetische und später die russische trat.

## 7.1. Die Masuren-Frage

In Masuren gab es, ähnlich wie im Memelland, in der Zwischenkriegszeit vieles, was der einheimischen Bevölkerung die Anpassung an das neue Kräfteverhältnis erschwerte. Ungünstig gestaltete sich hier die wirtschaftliche Lage<sup>160</sup>, fehlerhaft war in der Regel die Politik der polnischen Verwaltung, die über kein klar definiertes und konsequent umgesetztes Konzept verfügte, um die Masuren für das Polentum zu gewinnen. Unvorteilhaft wirkten sich in den zwanziger Jahren insbesondere die Konflikte mit religiösem Hintergrund aus. Widersprüche zeichneten sich vor allem zwischen der polnischen evangelisch-augsburgischen Kirche, die nach der Seelsorge für alle protestantischen Masuren trachtete, und der bisherigen unierten Kirche, der Preußischen Landeskirche, ab. Infolge zahlreicher Konflikte votierten die Masuren für die unierte Kirche, die mit der deutschen Kirchenführung in Berlin verbunden war. Der Einfluss dieser Kirche auf die masurische Bevölkerung hemmte nachhaltig die sozialen Anpassungsprozesse, indem die Bindungen zum Deutschen als solchen gepflegt wurden, was sich unter anderem in der Abhaltung von Gottesdiensten auf Deutsch und dem heimlichen Deutschunterricht manifestierte<sup>161</sup>.

Mit Abneigung und Misstrauen begegneten die polnischen Zuwanderer und Verwaltungsvertreter katholischen Bekenntnisses sowohl den Masuren als auch den polnischen Intellektuellen evangelischer Religion, die in den zwanziger Jahren in Soldau viele führende Funktionen innehatten. Von den Masuren wurde oft-

---

160 Die Region Soldau besaß bis dahin zahlreiche natürliche Bindungen an das deutsche Wirtschaftsgesamtheit. Der Abbruch dieser Bande zog viele Komplikationen nach sich. Auch arbeiteten die Soldauer Arbeiter unter schwierigeren Verhältnissen, der Arbeitstag war länger und die Löhne niedriger als jenseits der Grenze.

161 Vgl. W. Wrzesiński, *Kwestia mazurska na Działdowszczyźnie w latach 1920-1939*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1959, Nr. 3, S. 284-286; A. Chojnacki, *Związek Mazurów w Działdowie (1935-1939)*, in: *Przegląd Historyczny* Bd. LXVI, 1975, S. 217-237; P. Bystrzycki, *Działdowszczyzna...*, S. 215-261.

mals gefordert, sie sollten in der Nationalitätenfrage Flagge zeigen, was unter den Bewohnern des Grenzlandes Reibereien und Konflikte hervorrufen musste<sup>162</sup>.

Polnische gesellschaftliche Organisationen, die sich zum Ziel setzten, die masurische Bevölkerung zu unterstützen, wie zum Beispiel der in Warschau gegründete Volksabstimmungsverband polnischer Protestanten (Zrzeszenie Plebiscytowe Ewangelików Polaków) oder die Gesellschaft der Masurenfreunde (Towarzystwo Przyjaciół Mazur), vermochten allerdings nicht immer geeignete Vorgehensweisen zu finden, und ihr Einfluss auf die Einheimischen blieb begrenzt. Nach einer Zeit gewisser Erfolge bei der Repolonisierung zeichnete sich in der Mitte des Jahres 1924 eine deutliche Krise ab. Ein deutliches Anzeichen dafür war die Steigerung der Zahl deutschsprechender Personen und der Einflussgewinn deutscher Organisationen. Zahlenmäßig schrumpfte die masurische Bevölkerung zudem erheblich. Eine Stimmung des Provisorischen kam erneut in ihr auf<sup>163</sup>.

Erfolglos blieben auch die Bemühungen masurischer Aktivisten, die im Februar 1931 versucht hatten, einen Masurenbund ins Leben zu rufen, um unter anderem der fortschreitenden Auswanderung und Flucht der Masuren nach Deutschland entgegenzuwirken<sup>164</sup>.

Die Machtergreifung durch die NSDAP in Deutschland bestärkte einen beachtlichen Teil der Masuren in ihrer Abneigung gegen Polen. Mitte der dreißiger Jahre wurden verschiedene deutsche Organisationen immer aktiver, die deutsche Sprache erfreute sich zunehmender Beliebtheit, besonders unter den masurischen Jugendlichen. Immer mehr Menschen flüchteten nach Ostpreußen. In dieser Zeit zeigte die polnische Regierung einen immer stärkeren Hang, die Masuren in Soldau dualistisch wahrzunehmen: entweder als Polen oder als Deutsche. Masuren

---

162 Obwohl die Gottesdienste in der unierten Kirche in Soldau sowohl auf Deutsch als auch auf Polnisch abgehalten wurden, gewann die deutsche Sprache allmählich die Oberhand. Dies kann als eine gewisse Unmuts bekundung der Masuren über die Verhältnisse im Soldauer Gebiet gewertet werden.

163 Ende 1922 erschien die erste Ausgabe der Zeitung „Gazeta Mazurska“ (Masurische Zeitung), die sich an die einheimische Bevölkerung richtete (das Blatt existierte bis 1933). Zu der Zeit wurde in Soldau das Masurische Volkshaus (Mazurski Dom Ludowy) eröffnet. Emilia Sukertowa-Biedrawina gab Kalender für die Masuren („Kalendarze dla Mazurów“) heraus. In wirtschaftlicher Hinsicht konnte die polnische Seite im Gegensatz zur deutschen keine größeren Erfolge verzeichnen. Stark destabilisierend wirkte es sich auf die damaligen sozialen Verhältnisse im Soldauer Gebiet aus, dass nach wie eine große Gruppe von Optanten einer Lösung ihres Problems harrte.

164 In der Gründungssitzung des Masurenbundes stellte Adolf Szymański fest, die polnische Regierung behandelte die Masuren genau so oder gar noch schlimmer als es die Deutschen täten, und zwar indem sie nach der Beseitigung der masurischen Bevölkerung als solcher strebte, da sie in ihr nur Steuerzahler und Arbeiter sähe und sie auf Schritt und Tritt benachteiligte. Vgl. W. Wrzesiński, *Kwestia mazurska...*, S. 284.

wollte man nicht wahrnehmen. Diese Politik wurde durch die polnisch-deutsche Annäherung begünstigt<sup>165</sup>.

Um diesen aus polnischer Sicht negativen Tendenzen entgegenzuwirken, wurde am 18. Dezember 1935 mit erheblicher Unterstützung der Behörden, insbesondere der 2. Abteilung des Generalstabs der Polnischen Armee, in Soldau der Masurenbund (*Związek Mazurów*) gegründet. Er hatte zur Hauptaufgabe, die Interessen der Masuren zu wahren und ihre wirtschaftliche Entwicklung zu befördern. Auch sollten Bestrebungen intensiviert werden, die Masuren für das Polentum zu gewinnen, unter Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Eigenart. Diese Bemühungen führten – im Verein mit weiteren Maßnahmen, dem Einfluss des von Józef Biedrawa geleiteten Lehrerseminars und später der Mittel- und Oberschule, wo viele masurische Jugendliche lernten, der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage usw. – dazu, dass sich im Soldauer Gebiet eine Gruppe von Masuren herausbildete, die sich mit dem Polentum identifizierte. Einige von ihnen beteiligten sich während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg an der polnischen Widerstandsbewegung, wirkten bei dem im Untergrund tätigen Masureninstitut mit und bekleideten nach Kriegsende und der Angliederung ganz Masurens an Polen viele verantwortungsvolle Posten in dem neu entstehenden Machtapparat<sup>166</sup>.

Rekapituliert man indes die gesamte Entwicklung der Masuren-Frage im Soldauer Gebiet in den Jahren 1920-1939, so ist festzuhalten, dass Polen dort eine schmerzliche Niederlage erfahren hat. Die Ursachen für dieses Scheitern sind in erster Linie im Mangel einer klaren und konsequent umgesetzten Repolonisierungspolitik und in der gesamten damaligen Nationalitätenpolitik zu sehen<sup>167</sup>.

165 Vielen Masuren war weniger das Polentum selbst verleidet, als vielmehr der damalige polnische Staat, der sich außerstande zeigte, wirksame Mittel zu finden, um diese Bevölkerung für sich zu gewinnen. Vgl. K. Małek, *Interludium mazurskie. Wspomnienia 1920-1939*, Warszawa 1968; E. Sukertowa-Biedrawina, *Dawno a niedawno. Wspomnienia*, Olsztyn 1965. S. Grzesiuk beschreibt in seinen Erinnerungen (*Boso ale w ostrogach*, Warszawa 1987, 10. Aufl.) die Ansprache des Kommandanten eines Militärlagers vor dem Aufbruch zum Übungsplatz: „(...) wir fahren in die Gegend um Soldau“, begann er. „Die Einheimischen sind zumeist Deutsche und den Polen feindlich gesinnt. Wer eine Waffe hat, selbst ohne Waffenschein, sollte sie mitnehmen.“ (S. 136).

166 Vgl. J. Kutta, *Kaszubi i Mazurzy w świetle tajnej konferencji toruńskiej z 28 października 1936 r.*, in: *Polska między Niemcami a Rosją. Studia ofiarowane Marianowi Wojciechowskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*, pod red. W. Borodzieja, P. Wieczorkiewiczza, Warszawa 1997, S. 117-128; P. Bystrzycki, *Działdowszczyzna...*

167 Ähnlich wie gegenüber den Preußisch-Litauern manifestierte sich der soziale Mechanismus des „Fremden“ auch gegenüber den Masuren. P. Bystrzycki schreibt: „Die katholischen Einwohner, die sich im Kreis Soldau niederließen, verstanden die dort angetroffene alteingesessene Bevölkerung nicht und vermochten nicht, mit ihr eine gemeinsame Sprache zu finden. Alle Elemente des Deutschtums, die bei den Masuren zu bemerken und bei ihnen ja so üblich und historisch begründet waren, wurden als Feindseligkeit wahrgenommen und

Der Einmarsch deutscher Truppen am 2. September 1939 in Soldau änderte die Verhältnisse in dieser Region grundlegend. Das Soldauer Gebiet mit einem Teil anderer polnischer Landstriche gehörte seitdem zum Verwaltungsbezirk Ostpreußen. Die polnische Bevölkerung und die Masuren, die sich für Polen eingesetzt hatten, waren Verfolgungen und Repressalien ausgesetzt. Mehrere masurische Aktivisten mussten fliehen. Andere, von den Nazis verhaftet, wurden ermordet oder auf verschiedenste Weise schikaniert. Die gesamte masurische Bevölkerung erhielt als ehemalige Reichsbürger die deutsche Staatsangehörigkeit und wurde auf die sog. Deutsche Volksliste gesetzt. Nach der Aussiedlung zahlreicher Hofbesitzer wurden seit 1941 Volksdeutsche aus Litauen geholt.

Die Eingliederung des Soldauer Gebiets in das Dritte Reich und die deutschen Erfolge an den Fronten des Zweiten Weltkriegs bestärkten einen Großteil der Masuren in ihrer Zuneigung zum deutschen Volk und Staat.

---

schütteten einen Wall des Misstrauens auf“. Eine negative Rolle spielte auch der „deutsche Irredentismus“. *Ebenda*, S. 261 (dort auch umfangreiche weiterführende Literatur).

**Kapitel III**  
**Ostpreußens Größe und Untergang**  
**(1939-1945)**



Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, der mit dem Überfall Nazideutschlands auf Polen am 1. September 1939 begann, erwies sich für die Geschichte Ostpreußens als fundamental. Durch die Bezwingung Polens im „Blitzkrieg“ konnte der „schmähliche Korridor“ beseitigt und die Provinz, die nun über ein neues größeres Territorium verfügte, mit dem Großdeutschen Reich vereinigt werden. Andererseits war dies der Anfang vom Ende des deutschen Staatswesens in dieser Region. Der Überfall auf die noch unlängst verbündete Sowjetunion am 21. Juni 1941 kündigte schon die spätere Niederlage an der Ostfront und die Besiegung des Dritten Reiches an. Der Einmarsch der Roten Armee brachte Ostpreußen Besatzung, Teilung und totale Auflösung.

Ostpreußen wurde zur wichtigen militärischen Ausfallbasis für die deutsche Aggression auf Polen<sup>1</sup>.

---

1 Nach den deutschen Kriegsplänen für Polen wurde der Hauptvorstoß der Wehrmacht von Oberschlesien aus geführt. Der Nebenangriff sollte unter anderem von Ostpreußen aus erfolgen. Im Bereich Allenstein-Neidenburg-Willenberg wurde die 3. Armee mit fünf Infanteriedivisionen, einer Panzerdivision und einer Kavallerie-Brigade zusammengezogen. Zum Angriff auf Polen bestimmte man Geschwader der 1. Luftflotte, die unter anderem in Ostpreußen stationiert waren (Bombergeschwader auf den Flugplätzen in Königsberg, Bartenstein, Insterburg und Elbing). Flugzeuge der Luftwaffe, die von den ostpreußischen Flugplätzen starteten, flogen die ersten Terrorangriffe des Zweiten Weltkriegs, gegen Warschau. Die Hauptstoßrichtung der 3. Armee, die ihr Hauptquartier in Mohrunen hatte, wurde wie folgt festgelegt: „Kräfte umgruppieren und die Truppen auf kürzestem Weg nach Warschau schicken“, das von der Grenze zu Ostpreußen nur 110 km weit entfernt war. Diese Ziele wurden wie später beim Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 von den in Ostpreußen stationierten Truppen vorbildlich umgesetzt. Vgl. W. B. Łach, L. Wyszczelski, *Militarna rola Prus Wschodnich w latach 1918-1939* und W. Łach, H. Stańczyk, W. Wróblewski, *Prusy Wschodnie w II wojnie światowej (1940-1945)*, in: *Działania militarne w Prusach Wschodnich*, pod red. W. Wróblewskiego, Warszawa 1998, S. 268-316. In den ersten Tagen des Krieges dauerte der Grenzkampf an. Am 2. September 1939 eroberten polnische Soldaten der Podlachischen Kavallerie-Brigade das Dorf Groß Brzoske (Brzózki) in Ostpreußen. Am 3. September nahm eine Einheit des 135. Infanterieregiments Prostken ein und zerstörte dort die Bahnstation, das Post- und Zollamt sowie die Wachtürme. Am 4. September machten sich polnische Soldaten Richtung Bialla im Kreis Johannisburg auf den Weg und drangen 7 km tief ins deutsche Staatsgebiet vor (am weitesten während des ganzen Verteidigungskriegs). Ulanen des 5. Regiments drangen unter anderem in Falkendorf (Sokollen) ein und nahmen Gefangene und Waffen mit, während Soldaten des 9. Dragonerregiments, das nicht weit davon operierte, 66 Wehrmachtssoldaten gefangen nahmen. Als polnische Kriegsgefangene später durch Bialla marschierten, wurden sie von den Einwohnern mit Steinen beworfen und mit nagelbewehrten Holzbrettern geschlagen. *Mazury. Słownik stronniczy, ilustrowany*, pod red. W. Mierzwy, Dąbrówno/Warszawa 2008, S. 211 f.

## 1. Das Neue Ostpreußen

Der siegreiche Krieg gegen Polen und die späteren Erfolge des Dritten Reiches im Krieg gegen die UdSSR (1941-1942) schufen neue Möglichkeiten der territorialen Expansion Ostpreußens. Das Memelland und das Soldauer Gebiet wurden annektiert. Es waren „heimgekehrte Gebiete“ (wie Großpolen, Pommern und Schlesien). 1939 wurden große Teile anderer polnischer Lande dem Deutschen Reich angeschlossen. Um die Jahreswende 1941/1942 erreichte Ostpreußen den Höhepunkt seiner territorialen Ausdehnung. Die Macht des ostpreußischen Gauleiters erstreckte sich von Plock an der Weichsel (Regierungsbezirk Zichenau) über Tallin und den Narew (Reichskommissariat Ostland) bis nach Kiew am Dnjepr (Reichskommissariat Ukraine). Der Stern Erich Kochs, des „Führers“ des Neuen Ostpreußens, wie diese Provinz im Zweiten Weltkrieg genannt wurde, stand im Zenit. Wie sonst kein Gauleiter im Reich verfügte er über eine einmalige Macht. Er fungierte unter anderem als Gauleiter und Oberpräsident Ostpreußens, Überleitungskommissar für die Eingliederung des Memellandes, Führer der Besatzungsverwaltung im Regierungsbezirk Zichenau, Chef der Zivilverwaltung im Bezirk Bialystok und Reichskommissar für die Ukraine sowie Reichskommissar Ostland<sup>2</sup>.

### 1.1. Verwaltungsgliederung

Ohne die endgültige Entscheidung im Krieg gegen Polen abzuwarten, hatte die Berliner Regierung bereits zu Kriegsausbruch, d. h. am 1. September 1939, ein Gesetz erlassen, in dem stand: „Mit Wirkung vom gleichen Tage wurde die Freie Stadt Danzig mit ihrem Gebiet wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt“. In der Anordnung vom 8. Oktober, die ab 26. Oktober rechtskräftig wurde, wurde dagegen beschlossen, einen neuen Gau zu bilden, der zunächst den Namen Reichsgau Westpreußen trug, um ab dem 2. November 1939 in Reichsgau Danzig-Westpreußen umbenannt zu werden<sup>3</sup>. Dies bedeutete einen Akt der „historischen Gerechtigkeit auf den Trümmern des Versailler Vertrages“, nämlich die Beseitigung des „Korridors“ und der Anschluss der bisherigen polnischen Landkreise in der

- 
- 2 Koch übte auch eine Reihe anderer wichtiger Funktionen aus: Er war unter anderem Abgeordneter zum Reichs- und Provinziallandtag, Mitglied des Preußischen Staatsrates, Herausgeber und Eigentümer der Parteizeitung („Preußische Zeitung“), Begründer und Vorstandsmitglied der Erich-Koch-Stiftung usw. Vgl. R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück 2007, S. 11.
  - 3 *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945*. Reihe A: *Preußen*, hrsg. von W. Hubatsch, Bd.1: *Ost- und Westpreußen*, bearb. von D. Stüttgen, Marburg/Lahn 1975, S. 178.

Woiwodschaft Pommerellen an den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Dieser umfasste auch die Freie Stadt Danzig und die fünf „Westpreußischen Kreise“ (Regierungsbezirk Westpreußen), die in den Jahren 1919-1939 unter der offiziellen Bezeichnung Regierungsbezirk Marienwerder Teil Ostpreußens waren. Somit wurde dieses Gebiet von der Provinz (dem Gau) Ostpreußen abgetrennt.

Der Kreis Elbing (Stadt und Land) wurde an den Regierungsbezirk Danzig angegliedert<sup>4</sup>. Die Kreise Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg wurden Teil des Regierungsbezirks Marienwerder<sup>5</sup>.

Der Kreis Soldau wurde zu 92,2 % erneut in den Kreis Neidenburg eingegliedert, der zum Regierungsbezirk Allenstein in Ostpreußen gehörte<sup>6</sup>.

Die Revision des Versailler Vertrages war ein vorrangiges Ziel der Politik sowohl in der Weimarer Republik als auch im Dritten Reich. Als „selbstverständlich“ erschienen der deutschen Öffentlichkeit vor diesem Hintergrund die Forderungen nach der „Wiedergewinnung verlorener Gebiete“ durch die Beseitigung des „Korridors“, den Anschluss des Memellandes, Danzigs und Soldaus und anderer Landstriche, die vor 1914 zu Deutschland gehört hatten (d. h. Pommerellen, Großpolen, Oberschlesien sowie das französische Elsass-Lothringen, das dänische Nordschleswig und andere Gebiete, in denen Deutschland bei den Volksabstimmungen unterlegen war).

Die administrative Zugehörigkeit derjenigen polnischen Gebiete, die nach der Teilung Polens unter russischer bzw. österreichischer Herrschaft gestanden hatten und nun nach dem Sieg über Polen und kraft des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 (vierte Teilung Polens) Deutschland zufielen, war vor dem verbrecherischen Überfall auf Polen nicht detailliert festgelegt worden. Es war somit auch gar nicht vorgesehen, den nördlichen Teil Masowiens an das Deutsche Reich anzugliedern. Durch die geschickten Bemühungen Kochs gelang es, Hitler von der notwendigen territorialen Ausweitung Ostpreußens zu überzeugen (unter anderem, weil die Provinz durch den Verlust eines Teils an den Reichsgau Danzig-Westpreußen kleiner wurde). Koch berief sich auf „historische Argumente“, da ein Teil Masowiens am Fluss Narew (Gebiet um Ciechanów und Region Białystok) nach der dritten Teilung Polens 1795 einige Jahre lang als Neustpreußen zu Preußen gehört hatte<sup>7</sup>.

---

4 Der Regierungsbezirk bestand aus 13 Kreisen. *Ebenda*, S. 179.

5 Der Regierungsbezirk Marienwerder umfasste 11 Kreise. Zum Reichsgau Danzig-Westpreußen gehörte noch der Regierungsbezirk Bromberg.

6 Die übrigen Teile des Kreises (unter anderem die Gemeinden Lautenburg und Rybno) wurden dem Regierungsbezirk Marienwerder angeschlossen. *Ebenda*, S. 213.

7 Dies betraf Südostpreußen, d. h. polnische Gebiete, die nach der zweiten Teilung Polens an Preußen fielen (unter anderem das Plocker Land), sowie Neustpreußen, das nach der dritten Teilung Polens aus Landstrichen an Weichsel, Bug und Memel geschaffen wurde.

Gemäß dem „Erlass des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“ vom 8. Oktober 1939 wurde mit Rechtskraft ab 26. Oktober desselben Jahres unter anderem der Regierungsbezirk Zichenau gebildet, der Teil Ostpreußens wurde. Er bestand aus annektierten Gebieten der nördlichen Woiwodschaft Warschau mit einer Fläche von 1 284 730 ha, in denen im Jahr 1939 843 000 Menschen lebten. Der Regierungsbezirk setzte sich aus neun Kreisen zusammen<sup>8</sup>. Der Kreis Suwalken (ab 1941: Sudauen), der 1939 125 000 Einwohner (mit beachtlichem Anteil litauischer Bevölkerung) zählte, wurde dem Regierungsbezirk Gumbinnen angegliedert. In diesem Fall waren strategische Aspekte ausschlaggebend (Gebiet zwischen der Weichsel und Narew). Insgesamt wurden Ostpreußen mit hin das 16 144 km<sup>2</sup> große rein polnische Nordmasowien sowie die Kreise Suwałki und Augustów mit zusammen etwa 1 Mio. Einwohnern angeschlossen (von den 1 001 560 Einwohnern der annektierten polnischen Gebiete, die Ostpreußen eingegliedert wurden, waren 886 061 Polen, 18 400 Deutsche, 79 098 Juden, 8 099 Ukrainer und 9 902 Vertreter anderer Nationen). Im gesamten Gau Ostpreußen machten die Polen laut deutschen Statistiken 26 % der Gesamtbevölkerung aus<sup>9</sup>.

Ende Juni 1941 wurde die Region Białystok, die nach dem 17. September 1939 an die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert worden war, von deutschen Truppen besetzt. Mit dem Erlass Hitlers vom 1. August 1941 wurde der Bezirk Białystok gebildet, der an Ostpreußen angeschlossen wurde. Er umfasste vornehmlich das Gebiet der ehemaligen Woiwodschaft Białystok (bis auf die Region Suwalki und einen Teil des Kreises Augustów)<sup>10</sup>.

---

Diese Gebiete verblieben bis 1807 bei Preußen, um dann zwischen dem Königreich Polen und Russland aufgeteilt zu werden.

- 8 Dies waren die Kreise Maków, Mława, Ostrołęka, Płońsk, Płock, Przasnysz, Pułtusk, Sierpc und Ciechanów. 1941 erhielten die meisten von ihnen neue „typisch deutsche Ortsnamen“: Mackeim (deutscher Name in den Jahren 1939-1941: Makow); Miellau (Mława), Scharfenwiese (Ostrolenka), Plöhnen (Płonsk), Schröttersburg (Plotzk); Praschnitz (Przasnysz), Ostenburg (Pułtusk), Sichelberg (Schirps), Zichenau (Zichenau). *Grundriß...*, S. 158.
- 9 Die übrigen 28 000 Personen, d. h. die Einwohner des Soldauer Gebiets, lebten nunmehr in den Grenzen des erweiterten Regierungsbezirks Allenstein (Kreis Neidenburg). Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Bd. 1, Warszawa 1970, S. 69, 72.
- 10 Er wurde aus 15 polnischen Kreisen nach dem Stand vom August 1939 gebildet, und zwar in der Woiwodschaft Białystok: Augustów (Teil), Białystok (Stadt und Land), Bielsk, Grodno, Sokółka, Szczucin, Wołkowysk und Wysoka Mazowiecka; in der Woiwodschaft Warschau: Ostrołęka (Teil) und Łomża; in der Woiwodschaft Podlachien: Brześć, Kosów Poleski und Prużana; in der Woiwodschaft Nowogródek: Baranowicze und Szczuczyn. B. Górczyńska-Przybyłowicz, *Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich*, Ciechanów 1989, S. 10.

Zur formalen Zugehörigkeit der Region Bialystok zu Ostpreußen wurde kein Rechtsakt erlassen. Allerdings blieb dieses Gebiet nur formell außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches. Man ging hier nach dem Prinzip der vollendeten Tatsachen vor<sup>11</sup>.

Der Bezirk Bialystok hatte eine Fläche von annähernd 32 000 km<sup>2</sup> und zählte knapp 1,5 Mio. Einwohner. Diese wirtschaftlich unterentwickelte Region hatte eine äußerst differenzierte Nationalitätenstruktur. Hier lebten unter anderem ca. 150 000-200 000 Juden und 8 000 Volksdeutsche sowie beachtliche Gruppen von Weißrussen, Ukrainern und Litauern. Die dominierende Bevölkerungsgruppe stellten die Polen<sup>12</sup>.

Insgesamt wurde während des Zweiten Weltkriegs ein 47 570 km<sup>2</sup> großes Gebiet dem „alten“ Ostpreußen (Altostpreußen) eingegliedert, davon 16 144 km<sup>2</sup> im Oktober 1939 und 31 426 km<sup>2</sup> im August 1941 in Gestalt des Bezirks Bialystok<sup>13</sup>.

Die Personalunion zwischen Ostpreußen und dem Bezirk Bialystok betraf auch andere eroberte Gebiete im Osten. In den Jahren 1941-1944 war Erich Koch Chef der Zivilverwaltung in der Ukraine (Reichskommissar für die Ukraine)<sup>14</sup>

- 
- 11 Laut Czesław Łuczak und Bożena Górczyńska-Przybyłowicz würden folgende Beschlüsse für diese These sprechen: Laut Erlass Hitlers vom 15. August 1941 wurde Koch zum Chef der Zivilverwaltung im Bezirk Bialystok ernannt, am 31. Oktober 1941 wurde die Zollgrenze zwischen der Provinz Ostpreußen und dem Bezirk Bialystok abgeschafft. Ab November 1941 wurden hier das deutsche Währungssystem und ab 1942 das deutsche Steuersystem eingeführt. Die Personalunion beider Territorien verschaffte Koch umfangreiche Befugnisse zur Festlegung der Vorgehensweise. Die Berliner Regierung war bemüht, den Anschein zu erwecken, sie achtete das Völkerrecht, das den Anschluss besetzten Staatsgebietes während des Krieges verbot (solche „Skrupel“ hatte man bei den polnischen Gebieten 1939 nicht besessen). Davon zeugt unter anderem die Tatsache, dass die Polizeigrenze zwischen dem Bezirk Bialystok und Ostpreußen bis zum Ende der Besatzungszeit intakt blieb (zwischen dem Regierungsbezirk Zichenau und dem Kreis Suwalki wurde sie dagegen aufgehoben). Dies sollte unter anderem auf die beibehaltene Selbständigkeit des Bezirks Bialystok hinweisen, und die bestehende Grenze hatte Ostpreußen vor dem Eindringen von Partisanen zu schützen. Vgl. *Ebenda*, S. 11 f. und Cz. Łuczak, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna w okupowanej Polsce*, Poznań 1979; ders.: *Polska i Polacy w II wojnie światowej*, Poznań 1993.
- 12 Im Bezirk lagen drei größere Städte: Bialystok (ca. 100 000 Einwohner im Jahr 1938), Grodno (50 000) und Łomża (27 000). R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 298.
- 13 Die Gesamtfläche der Provinz bestand nunmehr zu 56,2 % aus annektierten polnischen Gebieten. Somit hatte die Provinz im Vergleich zum Stand vor September 1939 ein um 128 % größeres Territorium. Bei der Eingliederung derart beachtlicher Gebiete wurden vorrangig wirtschaftliche Ziele verfolgt (z.B. waren 73,6 % des Regierungsbezirks Zichenau Agrarflächen). B. Górczyńska-Przybyłowicz, *Życie...*, S. 12.
- 14 Das Reichskommissariat Ukraine teilte sich in sechs Generalbezirke: Wolhynien mit der Hauptstadt in Rowno, Schitomir, Kiew, Nikolajew, Dnjepropetrowsk und Taurien (Meli-topol), R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 505.

und in den baltischen Staaten (Reichskommissar für das Ostland)<sup>15</sup>. Diese umfangreichen Machtbefugnisse Kochs sollten der Umsetzung seiner schon früher geschmiedeten Pläne zur wirtschaftlichen Stärkung und Entwicklung Ostpreußens dienen. Sie passten zu den allgemeinen bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Grundsätzen des „Führerstaats“; dazu gehörte auch der Generalplan Ost<sup>16</sup>.

Im Westen grenzte das Neue Ostpreußen an den Reichsgau Danzig-Westpreußen und den Reichsgau Wartheland, im Süden an das Generalgouvernement, im Osten an das Reichskommissariat Ukraine und im Norden an das Reichskommissariat Ostland.

## 1.2. Terror und Verbrechen

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ließ die bisher mehr oder weniger verborgene nationalsozialistische Rassen- und Lebensraumideologie zutage treten. Oberstes Ziel war die Bildung des Großdeutschen Reiches, das die Vormachtstellung zunächst in Europa und später der ganzen Welt einnehmen sollte<sup>17</sup>. Realisiert werden konnte dieses Vorhaben unter anderem durch Bündnisse mit ideologisch nahestehenden Staaten (dem faschistischen Italien, Japan oder auch Ungarn und Spanien), die Abhängigmachung anderer Staaten (Tschechien, Finnland, Litauen, Lettland, Estland, Norwegen oder Rumänien) oder die Besatzung der mit Waffengewalt eroberten Staaten (Polen, Frankreich, Dänemark, Niederlande usw.). Gewonnen wurden auch neue Verbündete, indem mit deutscher Unterstützung neue Nationalstaaten gebildet (z.B. Slowakei) oder auch nur versprochen wurden (z.B. den Ukrainern, Kroaten oder Flamen).

Die Rassentheorie und Eroberungen im Osten Europas spielten in den expansionistischen Plänen des Dritten Reiches eine besondere Rolle. Nach der Rassenlehre lebten in Europa vollwertige Rassen (Germanen, Franken usw.), die gegenüber den minderwertigen Rassen (z.B. Slawen) die Führungsrolle (*Herrenvolk*) übernehmen sollten. Juden und Zigeuner (Sinti und Roma) sollten als rassistisch „unwert“, (ähnlich wie z.B. psychisch Kranke) nicht nur aus der deutschen Volksge-

---

15 Das Reichskommissariat teilte sich in Estland, Lettland, Litauen und Weißruthenien (nördliches Weißrussland mit Minsk). *Ebenda*. Geplant war auch, Koch die Funktion des Reichskommissars für Moskau zu übertragen.

16 Vgl. D. Rebutisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Die Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945*, Stuttgart 1989. Vgl. auch: V. Auer, E. Buttikala, *Finnlands Lebensraum*, Berlin 1941. Auch die Finnen planten ein Großfinnland und die Eroberung von Lebensraum am Ural. Vgl. T. Walat, *Spowiedź fińska*, in: *Polityka* 2009, Nr. 12, S. 90 f.

17 Vgl. J. Thiel, *Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers*, Düsseldorf 1976.

meinschaft, sondern aus dem ganzen „neuen Europa“ physisch eliminiert werden. Der Umsetzung dieses Ziels diente der nationalsozialistische „Volkstumskampf“.

Ein Vorbote der späteren Verbrechen war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Dieser zynische Euphemismus bedeutete unter anderem die Entlassung aller Juden, die im Dritten Reich in staatlichen Einrichtungen (Justiz, Schulwesen, Gesundheitsdienst, öffentliche Behörden usw.) beschäftigt waren. Radikale Erscheinungen dieser Politik waren die Nötigung deutscher Juden zur Emigration, die „Arisierung“ ihres Vermögens und die „Kristallnacht“ am 9.11.1938. Nicht ohne Bedeutung war hierbei, wie die NS-Behörden ihre Bürger behandelten. Wenn sie die eigenen Landsleute (politische Gegner, Homosexuelle usw.) skrupellos folterten und verfolgten – durfte man sich da wundern, dass sie – so Fritz Stern – „etwas unsäglich Schlimmeres jenen angetan haben, die sie für Untermenschen und Todfeinde der Rasse hielten?“<sup>18</sup>.

Nachdem Polen 1938-1939 seine Mitwirkung an der Bildung eines deutschen Imperiums im europäischen Osten (hauptsächlich nach der Zerschlagung der Sowjetunion) verweigert hatte, wurde es zum ideologischen Gegner Nazi-Deutschlands.

Am 24. Oktober 1939 wurde den deutschen Journalisten auf einer Reichspressekonferenz unmittelbar nach dem Sieg über Polen die Anweisung Nr. 1306 über die Behandlung der polnischen Bevölkerung als Untermenschen mitgeteilt: „Es muss auch der letzten Kuhmagd in Deutschland klargemacht werden, dass das Polentum gleichwertig ist mit Untermenschentum. (...) Es ist nicht angebracht, jetzt tiefsinnige Betrachtungen und Leitartikel über die Kulturlosigkeit Polens und das polnische Untermenschentum abzufassen. Dieser Tenor soll immer nur leitmotivartig anklingen und gelegentlich in feststehenden Begriffen wie polnische Wirtschaft, polnische Verkommenheit und ähnlichen in Erscheinung treten, bis jeder in Deutschland jeden Polen, gleichgültig ob Landarbeiter oder Intellektuellen, im Unterbewusstsein schon als Ungeziefer ansieht“<sup>19</sup>.

Eingang in Presseartikel fanden diese Anweisungen häufig als Wertedichotomien: „deutsche Ordnung“ versus „polnische Unordnung“, „deutsche Hochkultur“ versus „slawische Unkultur“ oder auch „deutscher Wohlstand“ versus „polnische Armut“<sup>20</sup>.

---

18 F. Stern, *Niemcy, wielki strach*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 24.-25.01.2009, S. 24.

19 J. Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970, S. 271.

20 Vgl. H.Y. Arani, *Deutsche Pressefotografie im Kontext der NS-Kriegspropaganda, in: Brechungen. Willy Prager: Rumänische Bildräume 1924-1944*, bearb. von K. Hochstuhl, J. Wolf, Ostfildern 2007, S. 97; E.C. Król, *Polska i Polacy w propagandzie narodowego socjalizmu w Niemczech 1919-1945*, Warszawa 2006.

Die Spitzenfunktionäre des Reiches (Hitler, Himmler oder Goebbels) äußerten sich immer wieder verächtlich über die Polen als „Untermenschen“ und stellten ihnen die Deutschen als das zum Herrschen berufene „Herrenvolk“ gegenüber<sup>21</sup>.

Polen und seine Einwohner wurden neben anderen slawischen Völkern als „Osten“ klassifiziert. Im Dritten Reich wurde – gestützt auf politische und rassenideologische Anschauungen – ein spezielles Programm entwickelt, das in der deutschen „Mission im Osten“ gipfelte. Dabei wurde vom ideologischen Konzept ausgegangen, wonach Deutsche die „Kulturträger“ seien, die in den eroberten Gebieten den „Lebensraum“ für das gesamte deutsche Volk schaffen sollten. Damit gingen die Versklavung der dortigen slawischen Bevölkerung und die „Sicherstellung“ der geplanten deutschen Herrschaft über ganz Europa einher<sup>22</sup>. Im Dienste dieser „zivilisatorischen Mission“ standen auch die physische Vernichtung der Juden, Zigeuner und slawischen Führungseliten sowie die Massenaus- und -umsiedlungen bisheriger Einwohner, entsprechend den Plänen zur Germanisierung besetzter Gebiete und zur Neuordnung Europas auf der Grundlage der Rassentrennung.

Als zu erreichendes Ziel sahen die Pläne vom „Lebensraum im Osten“ vor, dass die eroberten „Großräume“ in der Zukunft von ihren bisherigen Einwohnern befreit würden und dort eine „Germanisierung des Bodens“ stattfände, nicht eine „Germanisierung der Menschen“ fremder Rasse und Nation. Für das besetzte Polen war geplant, die polnische Bevölkerung aus den dem Reich angegliederten Gebieten zu entfernen und diese dann mit Deutschen aus dem „Altreich“ so wie anderen europäischen Staaten (Baltendeutschen aus den baltischen Staaten, Russlanddeutschen aus der UdSSR, Deutschen aus Rumänien usw.) zu besiedeln<sup>23</sup>. Auf der Grundlage dieser Politik wurden die verabschiedeten Germanisierungspläne umgesetzt. Sie umfassten: Auslöschung des polnischen Volkes, insbesondere seiner Führungseliten, Raub von Hab und Gut in bislang

- 
- 21 Hans Frank, der auf der Wawel-Burg zu Krakau, der Hauptstadt des Generalgouvernements, residierte, vertrat die Ansicht, dass man den „polnischen Staat töten“, die politische Existenz der Polen zerstören und „dieses Ungeziefer zerquetschen“ solle, wenn es schon nicht möglich sei, alle Polen zu ermorden.
- 22 Vgl. H. Schaller, *Der Nationalsozialismus und die slawische Welt*, Regensburg 2002; J.W. Borejsza, *Antyslawizm Adolfa Hitlera*, Warszawa 1988.
- 23 Arthur Greiser, Reichsstatthalter im Warthegau, vertrat beispielsweise die Ansicht, dass sich die nationalsozialistische Nationalitätenpolitik grundlegend von Kolonisationsmaßnahmen aus der Zeit der polnischen Teilung unterscheiden müsste. Er stellte fest: „Die Eindeutschung des Warthegaus bedeutet mir zufolge, dass kein anderes Volk außer dem deutschen ein Recht hat, hier zu leben. Das ist der Unterschied zwischen meiner Kolonisierung und der alten Bismarck’schen Kolonisierung“. Zit. nach: M. Rutowska, *Wysiedlenie ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939-1941*, Poznań 2003, S. 24.

ungekanntem Ausmaß, Massendeportationen von Zwangsarbeitern, Aufnahme in die Deutsche Volksliste usw.<sup>24</sup>

Während der Besetzung wurde die unterschiedliche Behandlung der Polen und Deutschen rechtlich fixiert. Die polnische Bevölkerung stand auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Leiter, und ihr Lebens- und Bildungsniveau hatte niedrig zu bleiben. Die Rolle der Polen sollte auf den Dienst als „Knechte“ und „Untermenschen“ für das „deutsche Herrenvolk“ begrenzt werden. Der Sklavenstatus sollte jeglichen Widerstand ausschließen<sup>25</sup>. Im Herbst 1940 gab die NSDAP-Führung die Anweisung, Maßnahmen gegen die „Assimilation der Polen“ zu ergreifen und die Polen als „Mischlingsrasse“ und „Todfeinde Deutschlands“ zu behandeln<sup>26</sup>.

Laut Himmlers „Erlass für die Überprüfung und Aussonderung der Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten“ vom 12. September 1940 sollten in Zukunft dort nur drei Bevölkerungsgruppen leben: „Deutsche Volkszugehörige“, die die deutsche Staatsangehörigkeit und das Reichsbürgerrecht besitzen, „Deutschstämmige“, die sich zur Wiedereindeutschung eignen, sowie „wertvolle Fremdvölkische und deutsche Renegaten“, die die deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf besitzen und im Altreich „eingedeutscht“ werden können. Polen fielen unter keine dieser Kategorien (wenn man von den Volksdeutschen oder Personen mit deutschen Vorfahren einmal absieht)<sup>27</sup>.

Bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung „Planung und Aufbau im Osten“ am 23. Oktober 1941 in Posen führte Konrad Mayer, ein hoher NSDAP-Funktionär, aus, für die Polen käme nur eine Lösung in Betracht: sie sollten nach Westsibirien abgeschoben oder nach Südamerika, insbesondere Brasilien ausgesiedelt werden<sup>28</sup>.

Das „sibirische Konzept“ hing mit dem 1941-1942 vom Reichssicherheitshauptamt entwickelten Generalplan Ost (GPO) zusammen. Demnach sollten dem

---

24 Vgl. M. Rutowska, *Wysiedlenie...*, S. 23, 24; Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy...*; M. Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945*, Stuttgart 1961.

25 A. Hitlers Ideal war, dass ein Deutscher auf der niedrigsten Hierarchiestufe noch viel höher stehen sollte als die höchstrangigen polnischen Arbeitskräfte. Vgl. Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy...*, S. 485.

26 Gemäß diesen Anweisungen war „jedweder Kontakt mit ihnen eine Volksschande und Volksverrat und mit härtesten Strafen zu bestrafen“. Aus diesem Grund wurde unter anderem im Mai 1940 den Deutschen die Eheschließung mit Polen bzw. Tschechen verboten. Diesem Verbot war eine andere Verordnung vom Januar 1940 über die Ehen zwischen Juden und Ariern vorangegangen. *Ebenda*. Vgl. auch K. M. Pospieszalski, *Polska pod niemieckim prawem 1939-1945 (Ziemie Zachodnie)*, Poznań 1946.

27 H. Schaller, *Der Nationalsozialismus...*, S. 286. Die „vorläufige Rassenhierarchie“ gestaltete sich im besetzten Polen wie folgt: Deutsche – „rassisch wertvolle“ Polen – Ukrainer – Weißrussen – Polen – Zigeuner – Juden. Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy...*, S. 484.

28 H. Schaller, *Der Nationalsozialismus...*, S. 217.

– im ursprünglich vorgesehenen Blitzkrieg errungenen – Endsieg über die Sowjetunion Massenumsiedlungen folgen. Man plante, die Grenze um etwa tausend Kilometer nach Osten zu verschieben, um „Lebensraum“ für ca. 10 Millionen deutsche Kolonisten zu gewinnen. Dieses Gebiet erstreckte sich östlich vom Wartheland, dem Regierungsbezirk Zichenau, dem Kreis Suwalken und dem Generalgouvernement bis zum Dnjeprbogen und der Krim (und umfasste dabei das Baltikum, Weißrussland, die Ukraine und einen Teil Russlands – unter anderem den Petersburger Bezirk). Aus diesen Gebieten sollten etwa 31 Millionen „rassisch fremde“ Menschen (von insgesamt 45 Mio.) ausgesiedelt werden, darunter etwa 16 bis 17 Mio. Polen aus dem Generalgouvernement und dem Reich eingegliederten Regionen. Die gesamte jüdische Bevölkerung (5-6 Mio.) sollte erodiert werden<sup>29</sup>. Bedingt durch den Kriegsverlauf an der Ostfront, war die polnische Bevölkerung am stärksten von den Aussiedlungen betroffen (laut Schätzungen haben die Deutschen in den Jahren 1939-1944 mehr als 1,6 Mio. Polen aus- bzw. umgesiedelt)<sup>30</sup>. Als Vorbild und „große Generalprobe“ für den späteren GPO diente der schon erwähnte Ostpreußenplan, der im Sommer 1933 auf einer Sitzung der nationalsozialistischen Regierung verabschiedet wurde. Dessen praktische Umsetzung sollte die Ausführung neuer Raumpläne ermöglichen, unter anderem durch den Bau von Arbeiter- und Bauernsiedlungen<sup>31</sup>.

Dieser Abriss der deutschen Nationalitätenpolitik im besetzten Polen und in Osteuropa ist insofern von Bedeutung, als ihre grundlegenden Ansätze zwischen 1939 und 1945 in den Grenzen des Neuen Ostpreußens umgesetzt wurden. Der Terror und die skrupellose Vorgehensweise deutscher Behörden im „alten“ Ostpreußen (Vernichtung der ostpreußischen Juden, Ermordung und Schikanierung

- 
- 29 Die Literatur zum GPO ist umfangreich. Vgl. unter anderem: *Generalny Plan Wschodni. Zbiór dokumentów*, pod red. Cz. Madajczyka, Warszawa 1990; B. Mañior-Majka, *Generalny Plan Wschodni. Aspekty ideologiczne, polityczne i ekonomiczne*, Kraków 2007; M. Rössler, S. Schleiermacher, *Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993; B. Wasser, *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944*, Basel/Berlin/Boston 1993, S. 332-344 (dort auch umfangreiche weiterführende Literatur).
- 30 Zu dieser Zahl wären 2,7 Mio. ermordete polnische Juden und 2,5 Mio. Polen, die zur Zwangsarbeit ins Reich deportiert wurden, zu addieren. Im Zweiten Weltkrieg verloren ca. 6 Mio. polnische Staatsangehörige ihr Leben.
- 31 Schon damals war man sich im Klaren, dass der „Lebensraum“ durch einen Eroberungskrieg im Osten zu erreichen wäre. Im Krieg sollten folgende Ziele verwirklicht werden: 1. die Bildung eines Großgermanischen Reichs deutscher Nation als Hegemonialmacht in Europa; 2. die Einheit von Rasse, Volk und Staat; 3. die Synthese von Bauer und Soldat („wehrhaftes Bauerntum“); 4. die weitgehende Autarkie durch Gewinnung von Rohstoffen und fruchtbaren Böden; 5. die Vernichtung des ideologischen Hauptfeindes, des Bolschewismus. B. Wasser, *Himmlers Raumplanung ...*, S. 16.

polnischer und litauischer Aktivisten, Einstellung zu polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern) sowie im Regierungsbezirk Zichenau, dem Kreis Suwalken und dem Bezirk Bialystok beeinflussten nachhaltig das Verhältnis der polnischen Bevölkerung und Verwaltung zu den Deutschen insgesamt. Dies gilt insbesondere für die Einstellung polnischer Siedler, die nach 1945 ins Ermland und nach Masuren kamen, gegenüber den früheren Bewohnern Ostpreußens (Deutschen, Ermländern und Masuren).

### 1.2.1. Memelland und Soldau

Die Eroberungspolitik des Dritten Reiches führte 1939 zum Anschluss des Memel- und des Soldauer Gebiets<sup>32</sup> an Ostpreußen und zur Bildung des Neuen Ostpreußens. Damit gingen unter anderem brutale Repressalien gegen litauische und polnische Aktivisten und die jüdische Bevölkerung einher.

Deren erstes Opfer waren (nach früheren Verfolgungen der ostpreußischen Juden) die litauischen Aktivisten in „Altostpreußen“ und im Memelland. Viele, die es nicht rechtzeitig geschafft hatten, nach Großlitauen zu flüchten<sup>33</sup>, wurden schikaniert, ein Teil verhaftet<sup>34</sup>, manche umgebracht<sup>35</sup>.

Einige Tage vor dem Überfall auf Polen begannen die deutschen Behörden auch die polnischen Aktivisten festzunehmen. Am 25. August 1939 wurden in Marienwerder Schüler und Lehrer des Polnischen Gymnasiums verhaftet (unter ihnen Leon Kauczor). Nach Kriegsbeginn setzten im Ermland und Masuren massenhaft Repressalien gegen polnische Aktivisten ein. Anhand früher vom BDO erstellter Listen wurden die Führungsmitglieder und Aktivisten der polnischen Bewegung gezielt festgenommen, geschlagen und misshandelt. Die meisten von ihnen wurden in Konzentrationslager in Tapiiau bei Königsberg, Stutthof oder

- 
- 32 Laut Nazipropaganda handelte es sich dabei um eine offenkundige historische Gerechtigkeit. Man schrieb von der „Wiedergewinnung“, „Rückgliederung“ oder „Heimkehr“ des Memel- bzw. Soldauer Gebiets.
- 33 Bereits am 21. März floh gelang es eine große Gruppe von Litauern und Juden Hals über Kopf aus dem Memelland in grenznahe Städte (Tauroggen, Krottingen). Auf der Flucht befanden sich hauptsächlich Schüler, Studenten und Beamte. Vgl. P. Łossowski, *Klajpeda kontra Memel. Problem Klajpedy w latach 1918-1939-1945*, Warszawa 2007, S. 185.
- 34 Die erste Verhaftungswelle fand am 22. März statt, als in Memel eine beachtliche Gruppe führender Litauer aus Wirtschaft und Gesellschaft festgenommen wurde, so z.B. Vincas Rastanis, Redakteur bei der Zeitung „Vakara“. Auch andere Städte waren betroffen.
- 35 Zum Beispiel wurde am 23. August 1941 Jagomastos Enzys, Druckereibesitzer in Tilsit und Verleger litauischer Bücher, in Wilna exekutiert. In deutschen Konzentrationslagern kamen unter anderen Alvinas Gaulius, Eduardas Simaitis, Jonas Toleikis ums Leben. *Ebenda*, S. 210.

Soldau eingewiesen<sup>36</sup>. Einige von ihnen verloren ihr Leben, wie z.B. Seweryn Pieniężny, langjähriger Redakteur und Herausgeber der „Gazeta Olsztyńska“, der im Lager Hohenbruch ermordet wurde, oder Reinhold Barcz, Herausgeber der „Głos Ewangelicki“, der in Moabit hingerichtet wurde. Einigen gelang es, zu fliehen und sich für die Dauer des Krieges erfolgreich zu verstecken<sup>37</sup>. Gemäß den Anweisungen deutscher Behörden vom September 1939 wurde die polnische Bewegung restlos liquidiert. Im November 1939 wurde das Redaktionsgebäude der „Gazeta Olsztyńska“ abgerissen und an seiner Stelle ein „Platz der Schande“ mit einer Bedürfnisanstalt errichtet.

Nach Ausbruch des Krieges gelang einem kleinen Rest ostpreußischer Juden die Auswanderung. Andere wurden deportiert, beispielsweise nach Riga und Theresienstadt. Etwa eintausend Juden aus Königsberg kamen in Konzentrationslagern um, so auch in Auschwitz. Mitte 1943 erklärten die Behörden das „alte“ Ostpreußen für „judenrein“<sup>38</sup>.

Der Überfall auf Polen<sup>39</sup> beschleunigte die Beseitigung litauischer Spuren im Memelland. Auch im Soldauer Gebiet wurden nach dem Anschluss ans Reich jegliche Äußerungen des Polentums konsequent bekämpft. Im „alten“ Ostpreußen wurden die polnische und die litauische Minderheit nicht nur ruhiggestellt und ihnen jegliche institutionelle Betätigung untersagt, sondern auch die Benutzung der polnischen und litauischen Sprache im öffentlichen Leben sowie in katholischen und protestantischen Kirchen verboten (der letzte Gottesdienst auf Litauisch in einer protestantischen Memeler Kirche fand am 15. September 1940 statt, in Soldau dagegen im September 1939, und in Masuren im Juni 1940).

- 
- 36 In Konzentrationslager wurden unter anderen eingeliefert: Stanisław Nowakowski, der dort verstarb, Ryszard Knosała und Józef Groth, Häftling in Hohenbruch und Sachsenhausen. Häftlinge des Lagers Dachau waren auch Jan Hedrych, Lehrer an polnischen Schulen, und Julian Malewski, Aktivist im Ermland, sowie Kurt A. Obitz, Redakteur bei der Zeitung „Cech“. Im Lager Hohenbruch wurde Lehrer Jan Maza ermordet. Ebenfalls dort inhaftiert war ein anderer Lehrer an polnischen Schulen im Ermland, Franciszek Piotrowski. Häftling in Oranienburg war außerdem Lehrer Edward Piotrowski. Władysław Gebik war Häftling in Mauthausen-Gusen und Otylia Grothowa in Ravensbrück.
- 37 Einer Verhaftung sind unter anderen die masurischen Aktivisten Karol Małek, Fryderyk Leyk, Gustaw Leyding durch Flucht zuvorgekommen. Vgl. T. Oracki, *Słownik biograficzny Warmii, Mazur i Powiśla*, Warszawa 1983.
- 38 Vgl. Ch. Tilitzki, *Alltag in Ostpreußen. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940-1945*, Leer 1991, S. 34.
- 39 Bevor es nach Danzig verlegt wurde und am 1. September 1939 die polnische Stellung auf der Westerplatte beschoss (was als Beginn des Zweiten Weltkriegs gilt), hielt sich das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ in Memel auf, wo es die Verbände zur Eroberung des polnischen Munitionsdepots aufnahm. Der siebentätige Verteidigungskampf wurde zur „polnischen Thermopylenschlacht“, einem Symbol für den Mut des polnischen Soldaten.

Im Zuge der sog. Gleichschaltung setzte man alles daran, die Spuren der litauischen und polnischen Herrschaft so schnell wie möglich zu verwischen. Unter anderem begann man mit der Eindeutschung der Ortsnamen (oftmals wurden ihnen neue „typisch germanische“ Namen gegeben, die mit der Überlieferung in keinem Zusammenhang standen, wie beispielsweise Rusinai – Kerndorf). Die „heimgekehrten“ Gebiete wollte man um jeden Preis an das übrige Reich angleichen und dabei jede abweichende Andersartigkeit beseitigen, und zwar nicht bloß polnische oder litauische, sondern auch masurische, ermländische oder preußisch-litauische. Es wurde eine neue Verwaltungsstruktur eingeführt, damit zum Beispiel nicht einmal die Kreisgrenzen im Memelland an das frühere Aussehen der Region erinnerten<sup>40</sup>. Neu geregelt wurden die rechtlichen Fragen der Staatsangehörigkeit. Alle ehemaligen Einwohner des Memellandes erhielten die Reichsstaatsangehörigkeit. Die Vor- und Nachnamen in den neuen Identitätspapieren wurden gemäß der deutschen Schreibweise geändert. Zerstört oder übermalt wurden jegliche Aufschriften auf Litauisch bzw. Polnisch; es wurde beispielsweise angeordnet, alle solche Inschriften auf Grabplatten auf dem Friedhof in Soldau zu „tilgen“. Mit aller Brutalität wurden die polnischen bzw. litauischen Denkmäler und anderen Symbole der „Raub- und Besatzungsmacht“ zerstört.

In diesen Gebieten begann sich die deutsche Bevölkerung aus den benachbarten Kreisen Ostpreußens anzusiedeln. Zahlreiche Führungsfunktionen übertrug man Beamten aus dem Altreich. Angestrebt wurde ein tiefgreifender Wandel der nationalen Struktur, unter anderem durch freiwillige Auswanderung oder durch Aussiedlungen. 1939 verließen mehr als 10 000 Menschen (darunter etwa 1 500 Juden) das Memelgebiet in Richtung Litauen. Es handelte sich hauptsächlich um „Siedler“ aus Großlitauen, die nach dem Anschluss an den litauischen Staat ins Memelland gekommen waren und zuvor nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen.

Nach der Annektierung des Memellandes wurde von der deutschen Regierung ein Gesetz erlassen, wonach Einwohner, die mit dem 30. Juli 1924 ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten und am 22. März 1939 im Memelland oder dem Deutschen Reich wohnten, automatisch deutsche Staatsangehörige wurden. Die litauische Regierung in Kaunas war ihrerseits bestrebt, den Preußisch-Litauern, d. h. den alten Einwohnern des Memellandes, den Erwerb der litauischen Staatsangehörigkeit zu ermöglichen. Zu diesem Zweck nahm sie im April 1939 mit der Berliner Regierung Gespräche auf. Am 8. Juli 1939 wurde betreffs der Optionsfrage der Vertrag über die Staatsangehörigkeit der Memelländer (*Klaidėdžių pilietybės*) geschlossen<sup>41</sup>.

---

40 Der Kreis Heydekrug wurde dem Kreis Memel angegliedert. Der Landkreis Pogegen war nun Teil des „alten“ Ostpreußens. Auch der Kreis Soldau wurde aufgeteilt und größtenteils in den Kreis Neidenburg überführt.

41 „Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen über die Staatsangehörigkeit der Memelländer“. Diese Urkunde wurde auf Deutsch und Litauisch von

Mit diesem Vertrag wurde der alteingesessenen Bevölkerung, d. h. den Preußisch-Litauern, die Möglichkeit eröffnet, für den litauischen Staat zu optieren. Die Einreichungsfrist entsprechender Unterlagen betrug nur zwei Wochen<sup>42</sup> und lief am 31. Dezember 1939 aus. Die deutschen Behörden, darunter die Gestapo, begannen mit der Einschüchterung Einheimischer, die gewillt waren, Anspruch auf die litauische Staatsangehörigkeit zu erheben. Manche wurden nach der Einreichung entsprechender Papiere verhaftet und bewogen, ihre Entscheidung zu ändern. Es wurde die Frage gestellt: „Was wollt ihr mit der litauischen Staatsbürgerschaft, wo ihr doch im Memelland geboren seid und automatisch die deutsche bekommen habt“. Unter diesem Druck gab ein Teil der alteingesessenen Bevölkerung die Absicht auf<sup>43</sup>.

Nach 16 Jahren litauischer Staatlichkeit wurden im litauischen Generalkonsulat in Memel lediglich 303 Anträge auf die litauische Staatsangehörigkeit für insgesamt 585 Personen gestellt. Dies machte knapp ein Prozent aller Autochthonen, d. h. der 60 000 Preußisch-Litauer (*Lietuvininkai*), aus. Unter den litauischen Optanten waren 332 Männer (57 % aller Antragsteller) und 252 Frauen; es waren 160 ledige Personen und 142 Familien mit 424 Mitgliedern, darunter 164 Kinder. Von den insgesamt 303 Anträgen wurde knapp die Hälfte (130) von Personen gestellt, die nicht mehr im Memelland lebten (die meisten waren nach Kaunas verzogen)<sup>44</sup>.

Eine ähnliche Optionsmöglichkeit wurde den Alteingesessenen litauischer Staatsangehörigkeit eröffnet, die die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollten, aber außerhalb der Reichsgrenzen lebten. Sie hatten die entsprechenden Anträge in deutschen diplomatischen Vertretungen, darunter in Generalkonsulaten, zu stellen<sup>45</sup>.

Das spätere Schicksal der litauischen Optanten war sehr kompliziert. Als folgeschwer erwiesen sich für sie (wie auch für die Gesamtheit der Preußisch-Litauer) die Einverleibung Litauens in die Sowjetunion im Juni 1940<sup>46</sup> und der spätere Abschluss des Vertrages über den Bevölkerungsaustausch zwischen dem Dritten

A. Arbušauskaitė in ihrem Werk *Lietuvos optantai: Klaipėdiškai 1939*, Klaipėda 2001, S. 172 f. veröffentlicht.

42 Die litauische Regierung verabschiedete die diesbezügliche Gesetzeslösung erst am 9. Dezember 1939.

43 Vgl. A. Arbušauskaitė, *Deutschlands Politik gegenüber den litauischen Bürgern des Memellandes 1939 bis 1944*, in: *Vorposten des Reiches? Ostpreußen 1933-1945*, hrsg. von Ch. Pletzing, München 2006, S. 165 f.

44 A. Arbušauskaitė, *Memeländische Litauenoptanten – Geiseln zweier Totalitärer Regime*, in: *Annaberger Annalen* 2000, Nr. 8, S. 64-70.

45 Ihre Zahl ist nicht bekannt. *Ebenda*.

46 Im Gegenzug für die Zustimmung der Sowjetunion zum Anschluss des Memellandes an das Deutsche Reich gaben die Deutschen ihr indirektes Einverständnis zur Einverleibung Litauens in die UdSSR.

Reich und der UdSSR am 10. Januar 1941. Schätzungsweise wanderten etwa 100 Optanten als Volksdeutsche aus der Litauischen SSR ins Deutsche Reich aus<sup>47</sup>.

Andere litauische Optanten nutzten den Vertrag vom 10. Januar 1941, um ins sowjetische Litauen auszuwandern. Wieder andere blieben im sowjetischen Litauen und unternahmen keine Anstrengungen, in ihre Heimat zurückzukehren. 1944 brachte sich ein Teil von ihnen in Sicherheit oder floh vor der anrückenden Roten Armee. Einige kehrten später nach Litauen zurück, andere blieben in Deutschland. Manche von denjenigen, die in Litauen geblieben waren, wurden nach 1945 während der „zweiten Okkupation“ nach Sibirien deportiert. Als es in den Jahren 1958-1960 möglich wurde, nach Deutschland auszureisen, entschlossen sich viele von ihnen zur Emigration in die Bundesrepublik. Das Schicksal der litauischen Optanten wie auch das der polnischfreundlichen Masuren und Ermländer zeugt eindringlich von der Tragik der Grenzlandgesellschaften<sup>48</sup>.

Aufgrund des Vertrags über den Bevölkerungsaustausch zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vom Januar 1941 wanderten insgesamt 50 000 Deutsche („Volksdeutsche“) aus der Litauischen SSR im Rahmen der Aktion „Heim ins Reich“ aus.

In die UdSSR (in erster Linie nach Sowjetlitauen) wanderten mehr als 20 000 Personen aus. In dieser Gruppe waren 6 167 Memelländer und 14 528 Personen aus dem von den Deutschen besetzten polnischen Teil der Region Suwalki (vorwiegend Litauer und russische Altgläubige)<sup>49</sup>.

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion und der Einnahme Sowjetlitauens begannen die deutschen Behörden mit der Verfolgung der dort lebenden Memelländer und brandmarkten sie als Verräter (1941 wurde der schon genannte Enzys Jagomastos in Wilna erschossen). Schätzungsweise kamen 180 prolitauisch eingestellte Memelländer in verschiedene deutsche Konzentrations-

---

47 Sie wurden nach der Ankunft in Deutschland in speziellen Lagern untergebracht (sog. „VoMi“-Lager der Volksdeutschen Mittelstelle), wo sie unter Berücksichtigung der „rassischen, sprachlichen und sonstigen Kriterien“ genau „überprüft“ wurden. Die meisten von ihnen waren staatenlos und erhielten keine Möglichkeit zur Rückkehr ins Memelland, sondern wurden ins Reichsinnere (Altreich) weitergeleitet. *Ebenda*.

48 Die Folgen der jeweils getroffenen Wahl reichen bis ins nächste halbe Jahrhundert. Als der Heydekruger R. A. in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Bestätigung seiner deutschen Staatsangehörigkeit beantragte, um nach Deutschland ausreisen zu können (diese Möglichkeit eröffnete die deutsche Regierung der alteingesessenen Bevölkerung), wurde er abschlägig beschieden, weil seine Großeltern 1939 für die litauische Staatsangehörigkeit optiert und diese auch bekommen hatten. R. A. war lutherischen Glaubens und deutsch erzogen. Vgl. A. Arbušauskaitė, *Deutschlands Politik...*, S. 166.

49 Vgl. A. Arbušauskaitė, *Lietuvos optantai...*, Klaipėda 2001, S. 29-32; P. Lossowski, *Klaipėda kontra Memel...*, S. 209.

lager oder Gefängnisse. Mehrere sind dort ums Leben gekommen. Unter ihnen waren etwa Lehrer, Journalisten und gesellschaftliche Aktivisten<sup>50</sup>.

Ab 1939 war die deutsche Regierung zunächst bemüht, das Litauer- und das Polentum zu schwächen und zu marginalisieren, später, es völlig zu eliminieren. Ein beredtes Zeugnis war die Schließung aller Schulen mit Litauisch bzw. Polnisch als Unterrichtssprache. Geschlossen wurden litauische und polnische Bibliotheken und Buchhandlungen, Sportverbände, Kultur- und Jugendorganisationen usw. Terror und Repressalien gegen jegliche Erscheinungen des Polen- oder Litauertums griffen um sich. Beide Nationalitäten wurden als „kulturlos“, „Dreckschweine“ oder „judenhörig“ betrachtet, die es zu deklassieren galt.

Im Dezember 1940 erging ein Führererlass über städtebauliche Maßnahmen in Memel („Neugestaltungsstadt“) im Sinne nationalsozialistischer Stadt- und Raumplanung<sup>51</sup>. Erich Koch sah darin ein Prestigeprojekt und wollte Memel zur zweitgrößten Stadt der Provinz machen. Ähnliche Pläne wurden für Ostpreußen angegliederte polnische Städte entwickelt, wie zum Beispiel für Zichenau (Ciechanów), die Hauptstadt des gleichnamigen Regierungsbezirks. Vom Memelland aus, wo zahlreiche Verbände der Wehrmacht, der Kriegsmarine und der Waffen-SS stationiert waren<sup>52</sup>, begann der Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Nachdem sich die Front weiter nach Osten verlagert hatte, lag das Memelland – wie übrigens ganz Ostpreußen – tief im Hinterland. Es teilte wie das Soldauer Gebiet und die ganze Provinz das Kriegsschicksal des Tausendjährigen Reiches. Es herrschte hier eine trügerische Ruhe, die sich mit Stolz und Freude über deutsche Siege verband; dennoch konnte nicht übersehen werden, dass die Zeit der Abrechnung mit dem verbrecherischen Nazi-Regime unerbittlich näherrückte.

Im Soldauer Gebiet, wo die deutschen Truppen am 2. September 1939 kampflos einmarschiert waren<sup>53</sup>, griffen die nationalsozialistischen Besatzungsbehörden zu einer anderen Variante der Nationalitätenpolitik als im Memelland. Die ma-

50 A. Arbušauskaitė, *Deutschlands Politik ...*, S. 173 f.

51 Vgl. J. Žukauskas, *Soziale und wirtschaftliche Entwicklung Klaipėdas/Memels von 1900 bis 1945*, in: *Nordost-Archiv* Bd. X, 2001, S. 111-115.

52 Hier lag unter anderem die 24. U-Boots-Flottille (zunächst Ausbildungsflottille). In der Umgebung der Stadt wurden Kasernen und Flugplätze errichtet und die Kriegsinfrastruktur erweitert. Vgl. P. Lossowski, *Klaipėda kontra Memel...*, S. 211, R. Meindl, *Ostpreußens...*, S. 237-247.

53 Die die Grenzregionen um Soldau verteidigenden Bataillone – das V. Schützenbataillon des 32. Infanterieregiments (vor dem Krieg III. Bataillon des 32. IR aus Soldau) und das I. Bataillon der Nationalverteidigung) – erhielten nach einigen Gefechten mit Einheiten der vorrückenden 3. Armee der Wehrmacht die Order, sich in Richtung Mława zurückzuziehen. Vgl. Z. Mogilnicki, *Działdowo w latach 1344-1994. Zarys dziejów*, Gdańsk 1998, S. 156-165.

surische und die deutsche Bevölkerung des Soldauer Gebiets konnten aufgrund der Bestimmungen der „Verordnung über die Deutsche Volksliste in den eingegliederten Ostgebieten“ vom 4. März 1941 die Reichsstaatsangehörigkeit beanspruchen. Diese Deutsche Volksliste (DVL) hatte vier Kategorien (mehr dazu im nächsten Kapitel). Im Jahr 1939 bekannnten sich im Kreis Soldau 2 626 Personen zum Deutschtum, davon 797 in der Stadt Soldau und in Lautenburg<sup>54</sup>. Schätzungen zufolge erhielt die gesamte autochthone Bevölkerung einen entsprechenden Eintrag auf der DVL (hauptsächlich in den Kategorien 3 und 4). Die wenigen Masuren und Polen, die sich hier nach 1920 niedergelassen hatten und in die DVL nicht eingetragen wurden, waren verpflichtet, ein P-Zeichen (für „Pole“) an sichtbarer Stelle zu tragen.

Ein Teil der Einwohner verließ Soldau am 1. September 1939, doch die meisten kehrten in den darauf folgenden Tagen zurück. Juden und Zigeuner, für staatenlos erklärt, wurden wie zahlreiche wohlhabende polnische Familien aus dem Kreis ausgesiedelt (insgesamt 398 Personen)<sup>55</sup>. Nach Soldau kamen viele deutsche Familien, hauptsächlich aus dem Kreis Neidenburg. Sie bezogen die besten Wohnungen der Polen, die ausgesiedelt oder in kleinere Wohnungen umquartiert wurden.

Unmittelbar nach der Einnahme der Stadt erließen die Besatzungsbehörden eine Anordnung über die sofortige Meldepflicht. Anhand neuer Meldekarten (mit Fingerabdruck) wurde die erste „Nationalitätentrennung“ vorgenommen, da unter anderem nach der nationalen Zugehörigkeit, Religion und Muttersprache gefragt wurde. Während der ganzen Besatzungszeit wurde die polnische Bevölkerung immer wieder zur Zwangsarbeit ins Reichsinnere verschleppt. Dieses Schicksal ist 1 461 Menschen widerfahren.

Bereits am 6. September 1939 marschierte eine Einsatzgruppe aus Mitgliedern von SS, Gestapo, Sicherheitsdienst (SD) und Ordnungspolizei (Orpo) in die Stadt ein. Diese Einheiten, die zur Befriedung und „Säuberung“ der von der deutschen Wehrmacht eingenommenen und okkupierten Gebiete eingesetzt wurden, waren berüchtigt. Ihre Bestimmung war es, „Feinde“ des Reiches und des Nationalsozialismus zu verhaften und physisch zu eliminieren<sup>56</sup>. Furcht und Schrecken verbreitend, verhafteten die Einsatzgruppen erste propolnische Masuren und Polen (unter anderen Adolf Szymański, Arno Kant, Robert Małek und Edward Ulanowski – die beiden letztgenannten wurden in einem Wald in Kämmersdorf bei Soldau erschossen, Kant wurde im Gefängnis in Allenstein zu Tode gefoltert)<sup>57</sup>.

---

54 *Ebenda*, S. 166.

55 *Ebenda*, S. 180.

56 Vgl. R. Rhodes, *Mistrzowie śmierci. Einsatzgruppen*, Warszawa 2008.

57 Mit den deutschen Polizeibehörden arbeitete seit Kriegsbeginn eine örtliche Einheit des Volksdeutschen Selbstschutzes aus Deutschen und deutschen Masuren zusammen. Sie verhafteten unter anderem den Aktivistin des Masurenbundes, Jan Jagiełko-Jaegertal,

Im nunmehr deutschen Soldau machte man sich wie in Memel daran, jegliche polnische Spuren zu tilgen (unter anderem zerstörte man das Denkmal für die Schlacht bei Tannenberg von 1410), polnische Aufschriften in örtlichen Kirchen zu übermalen usw. Polnische Schulen wurden geschlossen, alle polnischen Organisationen aufgelöst, der Gebrauch der polnischen Sprache und die Herausgabe polnischer Bücher und Zeitschriften verboten. Soldau sollte „auf ewig“ ins Reich heimkehren.

Eine tragische Berühmtheit erlangte das Lager Soldau. Ende November bis Dezember wurde in der hiesigen Kaserne eines der zahlreichen Durchgangslager für gefangene polnische Soldaten errichtet. Um die Jahreswende 1939/1940 wurde ein Durchgangslager für Häftlinge aus Ostpreußen eingerichtet und im Mai 1940 in Arbeitserziehungslager umbenannt. Seit der Lagergründung, d. h. ab Februar 1940, bis Mitte Januar 1945 kamen hier mindestens 3 000 Menschen ums Leben und wurden insgesamt ca. 20 000 Personen gefangen gehalten. Unter den Lagerinsassen, denen an unsäglichen Leiden und Demütigungen nichts erspart blieb, stellten die Polen die größte Gruppe<sup>58</sup>.

Während der Besatzung verloren insgesamt 712 Einwohner des Kreises ihr Leben<sup>59</sup>. Relativ schnell wurde mit dem Aufbau der Widerstandsbewegung begonnen. Die Heimatarmee (Armia Krajowa) fokussierte ihre Aktivitäten auf die Bildung von zwei starken Aufklärungsabteilungen. Hier agierte auch das Kommando der Bauernbataillone „Bataliony Chłopskie“ für den Bezirk Soldau mit über 200 Mann (davon 26 aus Soldau). 1943 nahm der Volksfrauenbund „Ludowy Związek Kobiet“ die Arbeit auf. Konspirativ tätig waren auch untergetauchte Mitglieder des Masurenbundes, die im Winter 1943 in Radość bei Warschau das konspirative Masureninstitut gründeten<sup>60</sup>.

---

den sie öffentlich demütigten (er wurde geschlagen, bespuckt, verhöhnt und durch die Stadt gezerrt). Später zwangen sie ihn, die öffentlichen Latrinen mit bloßen Händen zu reinigen. Nach der Deportation ins KZ Sachsenhausen starb er unter dem Beil.

- 58 Die Erschießungen fanden in einem Wald auf einer Anhöhe bei Kämmersdorf (sog. Góra Komornicka) statt. Die Erschossenen wurden dort in Massengräbern verscharrt (insgesamt etwa 1 500 Tote). Im Lager hielt man auch 120 polnische katholische Priester gefangen, darunter der 83-jährige Erzbischof Antoni Julian Nowowiejski, Bischof von Plock, und Bischof Leon Wetmański, Weihbischof von Plock, die wie Bogdan Jałowicki, polnischer Konsul in Allenstein, und dessen Vertreter, Jan Piotrowski, im Lager zu Tode gemartert wurden. Vgl. Z. Mogilnicki, *Działdowo...*, S. 167-171; J. Gumkowski, *Obóz hitlerowski w Działdowie*, in: *Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce* Bd. X, Warszawa 1958.
- 59 In dieser Zahl enthalten sind 227 im Krieg getötete, 192 ermordete und 90 bei der Zwangsarbeit gestorbene; 38 erlagen als Versteckte ihren Verletzungen. Z. Mogilnicki, *Działdowo...*, S. 180.
- 60 Vgl. K. Małłek, *Z Mazur do podziemia. Wspomnienia 1939-1945*, Warszawa 1970.

1941 entstand in Soldau das VoMi-Durchgangslager für Volksdeutsche aus Litauen, Lettland und dem Einzugsgebiet des Narew, die umgangssprachlich als Litauendeutsche bezeichnet wurden (zu dieser Gruppe gehörte auch eine kleine Anzahl von Polen). Durch dieses Lager gingen insgesamt etwa 5 000 Menschen. Zu diesem Zweck wurde ein Holzbarackenkomplex mit vielen Annehmlichkeiten (Bäder, fließendes Wasser usw.) errichtet. Das Areal war umzäunt und dem Kommandanten des Soldauer Lagers unterstellt. Eigens für die Kinder der „Umsiedler“ wurde eine Lagerschule geschaffen, in der zwischen 1941 und 1944 ca. 3 000 Kinder unterrichtet wurden. Die Bewohner hielt man unter Arrest, ließ sie nicht aus dem Lager und stimmte sie polenfeindlich. Anschließend wurden sie ins Reichsinnere geschickt, wo sie verschiedene Arbeiten verrichteten<sup>61</sup>.

Den Preußisch-Litauern, Masuren und Ermländern im „alten“ Ostpreußen widerfuhr ein anderes Schicksal als der Bevölkerung im Memelland oder dem Soldauer Gebiet. In die deutsche Volksgemeinschaft eingegliedert, profitierten sie von der Macht und den Kriegserfolgen des Dritten Reiches. Der Preis, den sie für diesen kurz währenden Wohlstand zahlen mussten, waren der Militärdienst (gleich den als Deutsche anerkannten Autochthonen im Memelland und dem Soldauer Gebiet) und die steigende Opferzahl unter ihnen (besonders an der Ostfront). Die Germanisierung der autochthonen Bevölkerung schritt voran.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und sein Verlauf prägten nachhaltig das Bewusstsein der masurischen und ermländischen Bevölkerung. Die anti-polnische Stimmung verstärkte sich, und besonders unter der mittleren und jüngeren Generation verfestigte sich die Bindung an das Deutschtum und die Identifizierung mit dem Dritten Reich durch den geleisteten Militärdienst und die Teilhabe an den Kriegserfolgen der Wehrmacht. Andererseits regte sich ein gewisser – immer schwächer werdender – Widerstand und das Bestreben, die Eigenart zu wahren. Nach wie vor sprachen die Masuren und Ermländer Polnisch im Alltag sowie in den Kontakten mit polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, denen sie während des Krieges in der Regel mit Wohlwollen und Verständnis begegneten<sup>62</sup>. Ein beredtes Zeugnis für diese Haltung

---

61 Z. Mogilnicki, *Dzialdowo...*, S. 169-172, 237.

62 Der BDO-Leiter in Allenstein, ein Lehrer aus dem Kreis Ortelsburg namens Tiska, berichtete im Februar 1940: „(...) So ist auch die wenig erfreuliche Haltung der Bevölkerung unseres Bezirkes den polnischen Kriegsgefangenen gegenüber unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Die schnelle Verbrüderung mit den Kriegsgefangenen, die Gewährung von Familienanschluss, die Beteiligung an den Weihnachtsfeiern der Kriegsgefangenen (...) sind Symptome einer wenig gefestigten völkischen Haltung und eines Mangels an nationalem Selbstgefühl. Sie liegen auf der gleichen Ebene wie das Verhalten der aus Masuren und Süderland stammenden Truppen während des Feldzuges der polnischen Zivilbevölke-

liefert die Aussage eines höheren SS-Offiziers aus dem Jahre 1943, der im Zusammenhang mit den Plänen, Masuren in dem neu errichteten Regierungsbezirk Zichenau anzusiedeln, seine vertrauliche Denkschrift folgendermaßen abschloss: „Abgesehen vom teils heute noch polnisch eingestellten kleinen katholischen Bevölkerungsgebiet im Kreis Allenstein, besteht bei den protestantischen Masuren, entsprechend ihrem Charakter und ihrer Natur, jedenfalls die größere Gefahr eines Übertritts zum Polentum als bei anderen Deutschen Ostelbiens. Oftmals konnte man im gegenwärtigen Krieg beobachten, dass der Masure mit großer Freude und sprachlichem Geschick aus der Erinnerung seinen masurischen Dialekt, der von den Polen meistens sehr wohl verstanden wird, hervorkramte und in Polen sprach. Zwar beherrscht jeder Masure die deutsche Sprache einwandfrei, aber gerade unter Landarbeitern, Fischern, Kleinbauern und kleinen Handwerkern wird im Familienkreis vielfach Masurisch gesprochen. Masurisch sprechen miteinander zumindest Eltern und Großeltern, oft spricht man Masurisch auch mit den Kindern, allemal mit dem Vieh. Auch die Einstellung zur Arbeit, der Zustand des Gehöfts, die Art der Unterhaltung und viele andere Alltagsachen, die insbesondere mit der beruflichen Betätigung und den Spielen zusammenhängen, unterscheiden sich immer noch sehr deutlich von den allgemeinen deutschen Werten. Im nationalpolitischen Hinblick fehlt ihnen (d. h. den Masuren) manchmal allerdings das absolut klare Gefühl dafür, dass ein Masowier oder ein Pole doch etwas Fremdes sind, was mit Zurückhaltung zu betrachten wäre. Aus diesem Grund warnen wir mit allem Nachdruck vor der Ansiedlung der Masuren als Kolonisten im Regierungsbezirk Zichenau“<sup>63</sup>.

Mit der veränderten Lage an den Fronten des Zweiten Weltkriegs wurde in Masuren immer häufiger Polnisch gesprochen. Ein Organ der Exilregierungsvertretung im Inland (Delegatura Rządu na Kraj) charakterisierte im Januar 1944 anhand der Vor-Ort-Berichte die Lage in Masuren folgendermaßen: „Entgegen strikten Verboten sprechen die Masuren im Alltag verbreitet ihre Mundart. Auf eindrucksvolle und unbezweifelbare Weise unterstreichen sie ihre Stammeseigenart gegenüber den Deutschen“<sup>64</sup>.

---

zung gegenüber, mit der man sich schnell verständigte und sogar verbrüdete und die man nicht als feindlich ansah, obwohl man gegen Polen Krieg führte und in Feindesland war.“ Zit. nach B. Koziello-Poklewski, *Die Denkschrift des Bundes Deutscher Osten vom Jahre 1940 zur polnischen Frage in Ostpreußen*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1976, H. 3 (133), S. 407-422, S. 414; Ders., *Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej*, Warszawa 1977; A. Sakson, *Mazurzy a Polacy ze znakiem „P“*, in: *Gazeta Olsztyńska* z 3-5.08.1982.

63 W. Chojnacki, *Sprawy Mazur i Warmii w korespondencji Wojciecha Kętrzyńskiego*, Wrocław 1952, S. XXVII.

64 W. Wrzesiński, *Warmia i Mazurzy pod rządami hitlerowskimi*, in: *Dzieje Warmii i Mazur w zarysie*, Bd. 2: *Od 1871 do 1975 roku*, Warszawa 1983, S. 168-188.

### 1.2.2. Die eingegliederten Gebiete: Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Suwalken, Bezirk Białystok

Der siegreiche Krieg gegen Polen schuf neue Handlungsmöglichkeiten<sup>65</sup> für den ehrgeizigen Gauleiter Ostpreußens, Erich Koch<sup>66</sup>. Er ermöglichte nicht nur, die Grenzen der Provinz auszuweiten, sondern auch, den Entwicklungsplan (Erich-Koch-Plan) sowohl im bisherigen Mustergau des Reiches als auch in den „neugewonnenen Gebieten“ umzusetzen. Diese Pläne entsprachen der nationalsozialistischen „Ostideologie“.

Koch, der zu jener Zeit großes Vertrauen bei Hitler genoss, bekam freie Hand in den eingegliederten Gebieten. Dies war auch ein Ergebnis der fehlenden klaren Abgrenzung von Kompetenzen zwischen der Parteiführung und der Staatsverwaltung in den annektierten Gebieten<sup>67</sup>. Die Nationalitätenpolitik in den eingeglied-

---

65 Noch bis zum Sommer 1939 war Koch überzeugt, dass es gelingen würde, Polen als Verbündeten des Dritten Reiches gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Persönlich war er an einer Hinauszögerung des Kriegsausbruchs interessiert, weil der Krieg den „Wirtschaftsaufbau“ der Provinz stören und Ostpreußen „auch bei einem gewonnenen Krieg“ nur verlieren könnte. In der letzten Phase der Vorbereitungen zum Überfall auf Polen sprach er sich aber vehement für den Krieg aus, nahm zum Beispiel im September 1939 in Moskau an der Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrages teil, einer Ergänzung des früher geschlossenen Hitler-Stalin-Paktes, nach dem es zur erneuten Teilung Polens kommen sollte. Vgl. R. Meindl, *Ostpreußens...*, S. 249.

66 Koch, 1896 im Rheinland geboren, nahm wie Hitler am Ersten Weltkrieg teil. Als Angehöriger eines Freikorps kämpfte er gegen die schlesischen Aufstände. Der NSDAP trat er 1922 bei. Bis zum Schluss prahlte er mit seinem NSDAP-Mitgliedsausweis Nr. 88. 1934 hätte er beinahe sein Leben verloren. Er war nämlich Vertreter des linken Flügels in der Partei und mit den Brüdern Strasser befreundet. Er galt als „russlandfreundlich“. Als Hitler in der „Nacht der langen Messer“ mit der SA und dem Strasser-Flügel abrechnete, hielt sich Koch in Berlin auf. Es gelang ihm, sich zu verbergen und die parteiinternen Säuberungen abzuwarten. Er gewann Hitlers Vertrauen wieder, der ihn in der Funktion des Gauleiters von Ostpreußen beließ, die er seit 1928 bekleidete. *Ebenda*.

67 Die Zusammenlegung der allgemeinen und der politischen (NSDAP) Verwaltungsorgane im Rahmen des staatlichen Ausnahmezustandes in den eingegliederten und besetzten Gebieten erfolgte dadurch, dass die Funktionen des die Zivilverwaltung leitenden Statthalters bzw. Oberpräsidenten und des an der Parteispitze stehenden Gauleiters in einer einzigen Person vereinigt wurden. Der Gauleiter übernahm auch die wichtige Funktion des Reichsverteidigungskommissars und war Bevollmächtigter des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Die Dienstaufsicht über die Zivilbehörden wurde durch das Ministerium des Inneren, in erster Linie über die Zentralstelle für die eingegliederten Ostgebiete, ausgeübt. Vgl. Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy...*, S. 72-76; Z. Janowicz, *Ustrój administracyjny ziem polskich wcielonych do Rzeszy Niemieckiej 1939-1945*, Poznań 1951, S. 182-185; E. Jędrzejewski, *Hitlerowska koncepcja administracji państwowej 1933-1945. Studium polityczno-prawne*, Wrocław 1975.

dernten Gebieten unterschied sich erheblich von den Maßnahmen in den „wiedergewonnenen“ Gebieten (Soldauer Gebiet und Memelland).

Allergrößte Bedeutung wurde den Plänen für den Regierungsbezirk Zichenau, der als „Vorwerk der Provinz“ bezeichnet wurde, beigemessen. Um historische Argumente für die Legitimation dieser Annexion zu bekommen, wurde in Königsberg eine Historikergruppe eingesetzt (Landesstelle für Nachkriegsgeschichte). Diese berief sich auf die deutsche Kolonisation im Mittelalter und auf die Person des Oberpräsidenten Friedrich Leopold von Schrötter, dem das nördliche Masowien (Südostpreußen) zu Beginn des 19. Jahrhunderts mehr als zehn Jahre lang unterstellt war. Koch wurde als sein Nachfolger dargestellt. Von dieser Historikergruppe wurden auch Ansätze und konkrete Vorschläge für Germanisierungsmaßnahmen ausgearbeitet, beispielsweise neue, typisch deutsche Ortsnamen für den Regierungsbezirk erstellt<sup>68</sup>. Die Zukunft dieser Region war mit der Umsetzung des Konzepts vom deutschen „Lebensraum“ (Germanisierung des Bodens) verbunden, was eine einschneidende Veränderung der Nationalitätenverhältnisse bedeutete. Die „totale Germanisierung“ setzte voraus, dass künftig ausschließlich deutsche Bevölkerung in diesen Gebieten lebte. Dies bedeutete die Ermordung der Juden und Zigeuner sowie die Aussiedlung, Auslöschung und Ausbeutung der Polen und (im Raum Suwalki lebenden) Litauer als einer „rassisch minderwertigen“ Bevölkerung.

Die neuen Raumordnungspläne für den Regierungsbezirk Zichenau sahen dessen „totalen Neuaufbau“ vor. Symbol der deutschen Herrschaft über dieses Gebiet sollte das Bauvorhaben für Ciechanów, die Hauptstadt des Regierungsbezirks, sein. Aus einer Kleinstadt mit 14 000 Einwohnern sollte eine ganz neue Verwaltungsstadt mit 50 000 Menschen entstehen. Übrigbleiben sollten nur eine Kirche aus der Zeit des Deutschen Ordens und eine Burgruine. Der Rest sollte dem Erdboden gleichgemacht und eine neue „nationalsozialistische Stadt“ errichtet werden. Geplant war auch der Bau von Straßen, Bahnlinien und sogar einer Autobahn<sup>69</sup>.

Nach dem „Endsieg“ sollten sich hier die aus dem „siegreichen Krieg“ heimkehrenden Frontsoldaten (Veteranen) und ostpreußische Bauernsöhne niederlas-

---

68 Die neuen Ortsnamen waren teils an die polnische Lautung angelehnt, teils deren Übersetzung, zum Teil auch reine Phantasiegebilde. Nach von Schrötter benannt wurde lediglich Plock (Schröttersburg). Interessanterweise blieben die Namen Hitlers, Görings oder Kochs nur den Straßennamen und landschaftlichen Gegebenheiten vorbehalten (z.B. Adolf-Hitler-Straße, Erich-Koch-Platz, Hitlershöhe usw.).

69 Die Wahl des kleinen Ciechanów (Plock z.B. zählte 33 000 Einwohner) war bedingt durch seine zentrale Lage und die geringe Entfernung zur Grenze des „Muttergaus“ (d. h. des „alten“ Ostpreußens). Vgl. *Planung und Aufbau im Osten*, Berlin 1941, S. 26-32; W. Kierser, *Der Aufbau im Gebiet Zichenau*, Berlin 1941, S. 11-18.

sen. Mit ihrer Hilfe wollte man die Agrarstruktur der Provinz verändern. Geplant war ein Netz von großen, 50 Hektar umfassenden Agrarbetrieben mit entsprechender Infrastruktur. Vorgesehen war eine symmetrische Verteilung der Landkreis- und Gemeindegüter in gleichmäßiger Entfernung vom Sitz des Regierungsbezirks, der Kreise und Gemeinden. Geostrategisch sollte dem Neuen Ostpreußen eine Brückenfunktion im osteuropäischen Raum „von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“ an der Schnittstelle zwischen der Nord-Süd- und der Ost-West-Achse zukommen<sup>70</sup>. Als Garant für diese „visionären Pläne“ fungierte Koch, der als Schöpfer des „deutschen Wunders“ in Ostpreußen (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit usw.) galt und das Wort „unmöglich“ nicht kennen wollte. Diese Pläne wurden von Hitler unterstützt<sup>71</sup>.

Unter Beachtung obiger Faktoren blieb Koch skeptisch gegenüber der Ansiedlung von Volksdeutschen aus Litauen. Gleichzeitig sprach er sich für die Ausiedlung der Litauer aus der „eingegliederten“ Region Suwalki nach Litauen aus<sup>72</sup>.

Die Umsetzung dieser und vieler anderer weitreichender Pläne wurde beschränkt bzw. unterbrochen durch den Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion und die späteren Niederlagen, die den Untergang des Dritten Reiches herbeiführten.

Von der Mehrheit der Bevölkerung getragen, begannen die deutschen Nationalsozialisten, ihre Vision eines großgermanischen Imperiums in einem „judenreinen“ europäischen „Lebensraum“, errichtet auf der Unterjochung und Verfolgung slawischer Völker, mit aller verbrecherischen Entschlossenheit im besetzten Polen in die Praxis umzusetzen. Zutage trat diese Entschlossenheit in den Verbrechen der deutschen Wehrmacht im September 1939, der Vernichtung polnischer Eliten, den Razzien und Exekutionen der Zivilbevölkerung, dem Aufbau eines Netzes von Konzentrationslagern, unzähligen Befriedungen polnischer Dörfer, der Beschäftigung von Zwangsarbeitern, Massenaus- und -um-siedlungen, der Ausbeutung von Leib und Gut, Raubzügen und der Zerstörung der polnischen Kultur, Terror und Unrecht im Alltag, der Rassen- und Volkstrennung sowie der systematischen Ausrottung und Erniedrigung des polnischen Volkes. In den annektierten Gebieten wurde nicht eine einzige eigene polnische

---

70 Vgl. H. B. Grynberg, *Das neue Ostpreußen*, Königsberg 1938, S. 23-28.

71 Man nahm an, dass er den „polnisch-jüdischen Schandfleck“ rasch ausmerzen würde. Die Pläne zum Regierungsbezirk Zichenau und der Region Suwalki sollten mit den Reformbestrebungen in „Altostpreußen“ aufs engste koordiniert werden (Fortsetzung des Erich-Koch-Plans). *Ebenda*, S. 275-276.

72 Ausführlich über die Nationalitätenverhältnisse in der Region Suwalki schreibt W. Pro-nobis in der Dissertation *Polityka narodowościowa okupanta hitlerowskiego w rejencji ciechanowskiej*, Toruń 1974, Typoskript in der Universitätsbibliothek Toruń.

Zeitung oder Druckerei, keine einzige Hoch-, Mittel- oder Grundschule belassen, die polnische Gesetzgebung nicht beachtet usw.<sup>73</sup>

Die Anfangstage der Besatzung kündigten schon die „neue nationalsozialistische Ordnung“ an. Die ersten Verbrechen wurden von Wehrmachtssoldaten verübt. Unter Verletzung völkerrechtlicher Normen und ohne Angabe von Gründen ermordeten sie während der Militärverwaltung einen Teil der polnischen Kriegsgefangenen und wehrlose Zivilisten. Massenmorde an polnischen Soldaten wurden beispielsweise in Zambrów begangen, wo am 13./14. September 1939 etwa 200 Personen getötet und 100 verletzt wurden. In Zakroczym wurden am 28. September 500 Menschen (400 Kriegsgefangene und 100 Zivilisten) ermordet. Zahlreich waren die Opfer von Exekutionen an der polnischen und jüdischen Zivilbevölkerung. Bereits am 6. September fanden erste Massenerschießungen im Gebiet des späteren Regierungsbezirks Zichenau statt. Nach dem Durchzug der Front wurden mehrere Städte und Dörfer in Brand gesteckt und zerstört (im Kreis Ostrołęka brannten zum Beispiel die Stadt Komorowo und 10 Dörfer, im Kreis Mława 12 Dörfer nieder)<sup>74</sup>.

Besonders berüchtigt waren die Einsatzgruppen der SS, denen die Aufgabe der „politischen Flurbereinigung“ zufiel. Sie begannen mit Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen „führender Elemente“<sup>75</sup>. Dieses Vorgehen war die Umsetzung eines Planes zur Auslöschung der polnischen Intellektuellen (sog. „Intelligenzaktion“). Bei ihnen handelte es sich um die besonders Aktiven und Gebildeten, die Angehörigen der gesellschaftlichen Eliten. Insgesamt wurden ca. 36 500 Einwohner des Regierungsbezirks ermordet (darunter 2 000 aus dem Kreis Plock und hunderte aus der Region Suwalki)<sup>76</sup>. Im Winter 1940 wurde auch die

73 Cz. Madajczyk schrieb: „Die Behandlung der Polen als Untermenschen, in der der deutsche Chauvinismus gipfelte, berührte letzten Endes eine sehr empfindliche Saite, den Nationalstolz, das menschliche Ehrgefühl. Schwerer waren bisweilen moralische Demütigungen, Gebaren und Manieren der Angreifer zu ertragen als die so häufig auftretende Brutalität und Gewalt. (...) Rücksichtslosen Hass hegte die Bevölkerung gegen deutsche Polizei, SS und Mitglieder der NSDAP als unmittelbare Täter des verbrecherischen Terrors. (...) Das Verhältnis zu den Volksdeutschen war besonders unerbittlich“, *Polityka...*, S. 488, 489.

74 Im Dorf Głazewo Świątki (Gemeinde Wieluń) beispielsweise wurden 20 Polen erschossen, am 17. September 1939 wurden 76 Einwohner des Dorfes Henryków (Gemeinde Rybnó) erschossen usw. In der Region Białystok verloren 852 Personen während der ersten deutschen Besatzung im Jahr 1939 ihr Leben. B. Górczyńska-Przybyłowicz, *Życie...*, S. 19-36.

75 In seiner Ansprache an die Befehlshaber der Waffen-SS sagte Hitler im Jahr 1940: „Wir müssen Tausende, Zehntausende, Hunderttausende verbannen, (...) Tausende von Polen aus Führungskreisen erschießen, wir müssen skrupellos sein, um in Zukunft der Rache zu entgehen“. Zit. nach: Ph. W. Blood, *Siepacze Hitlera. Oddziały specjalne SS do zwalczania partyzantki*, Warszawa 2008, S. 258.

76 Darunter waren Lehrer, Geistliche, Journalisten, Gutsbesitzer, Beamte, soziale und politische Aktivisten. Viele von ihnen wurden ab Februar 1940 ins Lager Soldau deportiert,

Ermordung von Älteren und unheilbar Kranken, sog. „überflüssigen Menschen“, begonnen<sup>77</sup>.

Die deutsche Bevölkerungspolitik in den annektierten Gebieten beruhte auf Völkermord. Angewandt wurden dabei zwei Grundformen der Vernichtung: die unmittelbare durch physische Liquidierung Einzelner und ganzer Bevölkerungsgruppen, und die mittelbare (Zugrunderichten durch Arbeit, Aussiedlungen, Vermögensraub, magere Lebensmittelrationierung, Lehr- und Lernverbot, Vorenthaltung nötigster medizinischer Hilfe usw.)<sup>78</sup>.

Krasser Ausdruck der unmittelbaren Tötung im Regierungsbezirk Zichenau war der Holocaust. Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung erfolgte in drei grundlegenden Phasen. In der ersten Phase (von September 1939 bis Dezember 1939) waren die Deutschen bestrebt, in den von ihnen eingenommenen Ortschaften möglichst viele Juden zu eliminieren (Erschießungen, Zerstörung und Raub von Vermögen). Die Verantwortung für diese Taten trifft Besatzungstruppen, Einsatzgruppen und Stadtkommandanten. In der zweiten Phase (von Januar 1940 bis März 1941) wurden Ghettos und Arbeitslager errichtet, Massendeportationen und Aussiedlungen ins Generalgouvernement (GG) durchgeführt. Juden waren vogelfrei, Raub, Terror und Zwangsarbeit waren gang und gäbe. In der dritten und letzten Phase (von April 1941 bis Ende 1942) wurden nach einer Welle brutalsten Terrors die Ghettos liquidiert<sup>79</sup> und alle Juden im KZ Auschwitz ermordet. Insgesamt wurden während des Krieges im Regierungsbezirk Zichenau 60 000 Juden und in der Region Suwalki ca. 4 000 umgebracht. Ermordet wurden auch alle Zigeuner. Insgesamt kamen etwa 20 % der Bevölkerung des Regierungsbezirks Zichenau und der Region Suwalki ums Leben, d. h. 162 000 Menschen (etwa 100 000 davon Polen)<sup>80</sup>.

Von der mittelbaren Vernichtung, die ebenfalls in drei Hauptphasen durchgeführt wurde, waren ca. 33 000 Aus- bzw. Umgesiedelte aus dem Regierungsbezirk Zichenau und der Region Suwalki betroffen. Erste Massenaussiedlungen von 11 000-12 000 Personen ins Generalgouvernement fanden im Mai und Juni 1940 statt. Am 10.-20. November 1940 wurde die „Mlwaaktion“ durchgeführt,

---

wo unter anderem Personen, die als gefährlich für Deutschland eingestuft wurden, „unbemerkt liquidiert“ werden sollten. Ein Teil der Lagerinsassen wurde an Ort und Stelle getötet, andere wurden in andere Lager (meistens ins KZ Dachau) deportiert. Bis Mitte 1940 wurden etwa 1 500 Menschen ermordet. B. Górszczyk-Przybyłowicz, *Życie...*, S. 22.

77 Solche Fälle gab es unter anderem in den Kreisen Plock und Sierpc.

78 Koch stellte fest: „(...) ich muss die Möglichkeit haben, Polen und Juden, die das Werk des Wiederaufbaus stören, jederzeit aufzuhängen, ohne auf die Gerichte zu sehen, die ja hier völlig unbrauchbar sind“. Am 15. Januar 1942 wurden besondere strafrechtliche Vorschriften für Polen, Juden und Zigeuner erlassen. *Ebenda*, S. 28.

79 In den Ostpreußen angeschlossenen Gebieten existierten insgesamt 24 Ghettos.

80 Vgl. *Ebenda*, S. 24-26; R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 286-295.

bei der etwa 10 700 Dorfeinwohner ausgesiedelt wurden. Die letzte Aktion führte man im Dezember 1940 durch und nannte sie „Litauenaktion“. Damals wurden etwa 9 900 Menschen ausgesiedelt, um Platz für Volksdeutsche aus Litauen zu schaffen. Aus dem Regierungsbezirk Zichenau wurden ca. 80 000 Einwohner, hauptsächlich nach Ostpreußen, zur Zwangsarbeit deportiert<sup>81</sup>.

An die Stelle der brutal ausgesiedelten Polen und Juden traten Deutsche aus dem benachbarten Ostpreußen, dem Reichsinneren und Litauen. Bis Jahresende 1944 trafen im Regierungsbezirk Zichenau 21 600 Deutsche und 3 300 litauische Volksdeutsche ein<sup>82</sup>.

Nach Abschluss der Aussiedlungen und „Siedlungsaktionen“ im Dezember 1942 stellten die Polen nach wie vor die größte Gruppe im Regierungsbezirk Zichenau und machten 93,3 % der gesamten Bevölkerungszahl (823 696 Personen) aus; Deutsche hatten einen Anteil von 6,4 % (57 107, gegenüber 18 400 oder 1,85 % im Jahr 1939)<sup>83</sup>. Alle Juden wurden ermordet und in den offiziellen Statistiken nicht mehr ausgewiesen (1939 machten sie 7,9 % oder 79 098 Personen aus). In dem Gebiet lebten auch 809 Ukrainer (0,1 %) und 1 405 Vertreter anderer Nationen (0,2 %)<sup>84</sup>. Bis auf die Ermordung jedes fünften Einwohners des Regierungsbezirks, darunter beinahe 100 % der Juden, scheiterte der Plan des volkstumsbestimmten „Rassenkampfes“, der die Germanisierung des Bodens, d. h. den völligen Wandel der Nationalitätenverhältnisse, hätte bringen sollen, sang- und klanglos.

Die deutsche Besatzungsmacht verbuchte dagegen sichtbare „Erfolge“ beim Raub von Eigentum, darunter Landgütern und Nutztieren<sup>85</sup>. Massiv wurde polnische und jüdische Arbeitskraft ausgebeutet (unter anderem in speziellen Arbeits-

81 Bis Jahresende 1939 wurden ca. 5 000 Menschen aus den Ostpreußen angeschlossenen polnischen Gebieten ausgesiedelt oder vertrieben. Aussiedlungen fanden auch 1943 statt. B. Górczyńska-Przybyłowicz, *Życie...* S. 36-58.

82 Die meisten von ihnen (5 105 Personen) ließen sich im Kreis Zichenau, wo auch die Regierungsbehörden ihren Sitz hatte, und (2 300) im Kreis Schröttersburg/Płock nieder, die wenigsten (etwas mehr als 1 000) in den Kreisen Mackeim/Maków, Sichelberg/Sierpc und Praschnitz/Przasnysz. Die meisten Litauendeutschen wurden in den Kreisen Schröttersburg/Płock (687), Scharfenwiese/Ostrołęka (621) und Ostenburg/Pułtusk (435) angesiedelt. *Ebenda*, S. 53.

83 1942 wurden im Regierungsbezirk Zichenau und im Kreis Suwalken insgesamt 19 500 Menschen auf die DVL gesetzt, darunter 5 000 in Kategorie 1, 11 000 in Kategorie 2, 3 000 in Kategorie 3 und 500 in Kategorie 4. Nach Stand vom Januar 1944 hatten 46 500 Personen die DVL unterschrieben (darunter 9 000 in Kategorie 1, 22 500 in 2, 13 500 in 3 und 1 500 in 4). Polen machten in den Kategorien 3 und 4 ein Drittel aller Volksdeutschen aus. Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy...* S. 449.

84 B. Górczyńska-Przybyłowicz, *Życie...*, S. 57.

85 Laut Angaben vom Februar 1942 wurden 547 Landgüter mit einer Fläche von insgesamt 148 500 ha konfisziert. Abtransportiert wurden 39 000 Pferde, 88 000 Rinder, 7 800 Schweine und 46 300 Schafe. *Ebenda*, S. 68, 74.

lagern, Ghettos usw.). Auch Kriegsgefangenen und Häftlinge wurden zur Arbeit herangezogen. Allgemeine Verachtung der deutschen Besatzer traf jegliche Anzeichen des Polentums. In den Koch unterstellten Gebieten, d. h. in den Regionen Ciechanów, Suwalki und Białystok, wurde wegen der geringen Zahl der deutschen Bevölkerung der öffentliche Gebrauch der polnischen Sprache nicht verboten (Amtssprache war Deutsch)<sup>86</sup>. Der polnische Untergrundstaat verfügte in dem Gebiet über gut ausgebaute Strukturen, unter anderem in Form von bewaffneten Einheiten (Heimatarmee, Bauernbataillone und andere Partisaneneinheiten).

Als blutiger und grausamer erwies sich die Besatzungszeit in der Region Białystok, die nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 als Bezirk Białystok Teil Ostpreußens wurde.

Zum ersten Mal besetzten Wehrmachtseinheiten dieses Gebiet im September 1939 (in die künftige Bezirkshauptstadt Białystok marschierten die deutschen Truppen am 15. September ein), und zwar die Brigade Lötzen. Nach einwöchiger Besatzung, bei der es auch einen gemeinsamen Siegesaufmarsch der Wehrmacht und der Roten Armee sowie einen Empfang im Hotel „Ritz“ gegeben hatte, zog sich die Brigade am 22. September gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt aus der Stadt zurück und übergab die Region der Sowjetunion, die sie dann in die Weißrussische SSR eingliederte. Die sowjetische Besatzung dauerte bis 1941, als hier erneut deutsche Truppen einmarschierten (in Białystok am 22. Juni). Die deutsche Besatzung dauerte bis zum erneuten Einmarsch der Roten Armee im Juli 1944.

Pazifikationsmaßnahmen fanden sowohl unter der Militär- als auch unter der Zivilverwaltung statt. In erster Linie wurden Russen eliminiert, die nach dem 17. September 1939 aus dem Inneren der Sowjetunion gekommen waren, sowie die mit ihnen kooperierenden Polen und Juden. Vorbote des blutigen Terrors war am 22. Juni 1941 die Pazifikation des jüdischen Viertels Chanajki in Białystok. Es wurden damals mehrere tausend Einwohner umgebracht und dabei etwa 2 000 Juden in der Hauptsynagoge bei lebendigem Leib verbrannt. Einige Tage später, am 27. Juni, kam es vielerorts zu Massakern. Im Juni und Juli 1941 wurden 13 400 Menschen, darunter 11 000 Juden, ermordet. Eine andere Vernichtungsmethode waren Vergeltungsaktionen, die unter manchem Vorwand durchgeführt wurden, und Pazifikationen, bei denen die Einwohner der jeweiligen Ortschaft ermordet und die Häuser niedergebrannt wurden. Insgesamt wurden 147 Pazifikationen verübt, bei denen etwa 800 Menschen umkamen<sup>87</sup>.

---

86 Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy...*, S. 450, Ch. Tilitzki, *Alltag...*, S. 43-47; M. Roth, *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Göttingen 2009.

87 Im Dorf Rajsk (Kreis Bielsk Podlaski) hat eine Strafexpedition am 16. Juni 1942 149 Menschen ermordet und das Dorf niedergebrannt. Im Dorf Bajki bei Różańsk wurden 957 Personen getötet. B. Górczyńska-Przybyłowicz, *Życie...*, S. 33.

Aus der Region Bialystok wurden annähernd 27 000 Menschen ausgesiedelt. Insgesamt kamen dort 259 400 Menschen, darunter 164 000 Juden, ums Leben. In den polnischen Gebieten, die Ostpreußen angegliedert wurden (Nordmasowien, Regionen Suwalki und Bialystok), verloren 422 000 Menschen, darunter etwa 224 000 Juden, ihr Leben<sup>88</sup>. In der Region Bialystok wurden auch eine Vernichtungsmaßnahme an polnischen Intellektuellen verübt<sup>89</sup>, Ghettos errichtet und die gesamte jüdische Bevölkerung ausgelöscht<sup>90</sup>.

Der Bezirk Bialystok war eher ein deutscher Regierungsbezirk und teilte sich in sieben Bezirkskommissariate. Die Verwaltungsstruktur war mit der in Ostpreußen identisch (Koch, der sich für Bialystok nur mäßig interessierte, wurde von Dr. Brix aus Tilsit ständig vertreten, der de facto die Macht im Bezirk ausübte). Im Unterschied zum Regierungsbezirk Zichenau und zu Ostpreußen herrschten im Bezirk Anarchie und allgegenwärtige Korruption. Dies resultiert aus seiner Behandlung als „koloniales Neuland“. Die Nationalitätenstruktur war für die Machthaber sehr ungünstig. Im Januar 1943 lebten hier bei insgesamt 1 486 000 Einwohnern nur 16 956 Deutsche (gegenüber 4 000 im Jahr 1941), dafür aber 897 172 Polen, 475 984 Ukrainer, Weißrussen und Russen (12 979) sowie 10 841 Vertreter anderer Nationalitäten (unter anderem 7 999 Litauer). Laut offiziellen Statistiken war diese Region „judenrein“ (1941 hatten hier noch 199 000 Juden gelebt)<sup>91</sup>. Unter den an Ostpreußen angeschlossenen polnischen Gebieten hatte die Region Bialystok die ausgeprägtesten Strukturen des polnischen Untergrundstaates. Einheiten der Heimatarmee und der Nationalen Streitkräfte (Narodowe Siły Zbrojne) führten bewaffnete Operationen durch. Sowjetischen Partisanen agierten. Repressalien der Besatzer trafen nicht nur die polnische und jüdische Bevölkerung, sondern auch die weißrussische, ukrainische und russische. Gezielt wurden dabei nationale Gegensätze, besonders aus der Zeit der sowjetischen Besatzung, ausgenutzt<sup>92</sup>.

---

88 *Ebenda*, S. 58.

89 In einer in Bialystok am 11. Juli 1943 ausgehängten Bekanntmachung teilten die Besatzer mit: „Zur Vergeltung für die in der letzten Zeit sich mehrenden Überfälle auf Reichsdeutsche und Einheimische in Bialystok habe ich angeordnet, am 10. Juli 1940 85 Personen aus der örtlichen Bevölkerung – hauptsächlich aus der Intelligenz, als Vertreter der Polen, die sich nicht unterordnen wollen – zu erschießen“. *Ebenda*, S. 197.

90 Vgl. A. Eisenach, *Hitlerowska polityka zagłady Żydów*, Warszawa 1961.

91 *Ebenda*, S. 57. *Białostoczczyzna 1944-1945 w dokumentach podziemia i polskich władz*, oprac. J. Kułak, Warszawa 1998.

92 Viel Aufsehen erregten Judenmorde, die auf Anstiftung der Deutschen begangen wurden, unter anderem in Jedwabne und in den nicht weit entfernten Dörfern Radziłów und Wąsacz. Vgl. J. T. Gross, *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka*, Sejny 2000; ders.: *Upiorna dekada. Trzy eseje o stereotypach na temat Żydów, Polaków, Niemców i komunistów, 1939-1948*, Kraków 1998; *Strach. Antysemityzm w Polsce tuż po*

Nach nationalsozialistischer Planung fiel dem Bezirk Białystok die Funktion einer „Landbrücke“ zwischen Ostpreußen und dem Reichskommissariat Ukraine zu. Bei der Darstellung dieses Gebiets bediente sich die Propaganda der Metapher von einem „Grenzwall“ zwischen dem östlichsten Reichsgebiet und der alten Grenze der UdSSR. Oft wurde auch auf die deutsche Besatzung dieser Gebiete im Ersten Weltkrieg und auf damalige Annexionspläne verwiesen. Die geplante „totale Germanisierung“ verschob man auf die Zeit nach dem Endsieg; dann sollte der Bereich „ein deutsches Antlitz“ bekommen<sup>93</sup>.

Der deutsche Krieg und die deutsche Besatzung im Osten, d. h. auf dem Gebiet Polens und der Sowjetunion, zeichnete sich durch eine allmählich zunehmende Brutalität und die Freisetzung mörderischer Instinkte aus. Besonders verbrecherische und rücksichtslose Züge trug der Krieg in Weißrussland, der Ukraine und Russland. Um die Haltung dieser Völker zu den Deutschen in der Endphase des Zweiten Weltkriegs und nach Kriegsende, besonders im nördlichen Ostpreußen, das der Sowjetunion zufiel, zu verstehen, sind die Art der Kriegsführung sowie die wesentlichen Grundsätze, die Ziele und die Umsetzung der deutschen Politik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion zu berücksichtigen. Die Feindseligkeit gegenüber den Deutschen und allem Deutschen war Teil der Vergeltung, und zwar proportional zu den deutschen Verbrechen. Für Stalingrad, Charkow und Brest musste ein Zahltag kommen. Viele Deutsche, auch heute noch, erachten den Überfall auf die bolschewistische Sowjetunion für durchaus berechtigt, ebenso wie – so meinen sie – „die Luftangriffe auf Warschau 1939 durchaus gerechtfertigt gewesen seien, da es sich dabei um eine polnische Festung gehandelt habe und die Angriffe zu deren Eroberung beigetragen hätten“<sup>94</sup>.

Der Krieg gegen den „Osten“, den man als „uralten Kampf Europas mit Asien“ betrachtete, war für die Deutschen etwas ganz anderes als der Krieg im Westen. Hier galten keine Regeln. Gegen die „bolschewistische Barbarei“ konnte man keinen Krieg nach den Prinzipien der Ritterlichkeit führen. Hier war ein totaler und erbarmungsloser Vernichtungskrieg zu unternehmen. Zum Ausdruck kam

---

*wojnie. Historia moralnej zapaści*, Kraków 2008. Die erstere Publikation („Nachbarn“) hat heftige Kontroversen zum polnisch-jüdisch-sowjetisch-deutschen Verhältnis in der Region Białystok hervorgerufen. Vgl. unter anderem *Wokół Jedwabnego*, Bd. 1-2, pod red. P. Machcewicza, K. Persaka, Warszawa 2002; M. Szczęśna, *My z Jedwabnego*, Warszawa 2008; M. J. Chodkiewicz, *Po zagładzie. Stosunki polsko-żydowskie 1944-1947*, Warszawa 2008.

93 Zur „Schwächung des Deutschtums“ führte unter anderem die Umsiedlung von 4 000 örtlichen Volksdeutschen (sog. Narew-Deutschen) in den Regierungsbezirk Zichenau (1943 lebten hier lediglich 1 364 Volksdeutsche). R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 297-321; Ch. Tilitzki, *Alltag...*, S. 48-51.

94 T. Szarota, *Licytacji na nieszczęścia żaden naród nie wygrał*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 21.01.2009, S. 21.

dies unter anderem in der sofortigen Erschießung von Kommunisten, Politoffizieren (der berüchtigte Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941, der der Wehrmacht zur Schande gereichte)<sup>95</sup> und Juden und in der Behandlung der Kriegsgefangenen, die jeglichen Grundsätzen der europäischen Zivilisation<sup>96</sup> widersprach.

Mordtaten, Pazifikationen und Terror gegen die Zivilbevölkerung, in nie dagewesenem Ausmaß verübt, brachten eine enorme Zahl von Opfern und großen Hass hervor<sup>97</sup>. Hitler führte im Osten einen „Weltanschauungskrieg“, der auf die Zerstörung des „jüdisch-bolschewistischen Staates“ abzielte<sup>98</sup>. Nach Kriegsende sollten die Russen hinter den Ural ausgesiedelt werden und in einem rudimentären „Slawenland“ ihr Dasein fristen. Um ihre Rückkehr in die alten Gebiete zu verhindern, plante man in den Bergen die Errichtung einer Befestigungslinie mit Garnisonsstädten und Forts unter SS-Verwaltung.

Die Russen begriffen rasch, dass die Deutschen nicht vorhatten, die Bolschewiki zu vertreiben und die Macht an eine nichtkommunistische russische Nationalregierung zu übergeben. Die Deutschen lösten die Kolchosen nicht auf, noch gaben sie vom leninistisch-stalinistischen Regime konfiszierten Boden und Besitz zurück. Die Russen, wie Polen und andere Slawen zur Rasse der Untermenschen gerechnet, hatten nur einen einzigen Ausweg. Dieser war der Kampf um Leben und Tod, bis zum bitteren Ende. Gegen die Deutschen kämpfte das russische Volk nicht für Sowjetmacht, Weltrevolution oder stalinistischen Kommunismus. Es kämpfte für sein Vaterland, daher auch der Name: Großer Vaterländischer Krieg. Stalin wurde zum Inbegriff des Vaterlandes<sup>99</sup>.

---

95 Vgl. W. Kęcik, *Masakra radzieckich komisarzy*, „Przegląd“ vom 7.12.2008, S. 3, 4.

96 In den Kriegsgefangenenlagern für Soldaten der Roten Armee war Hunger allgegenwärtig. Es kam zu Fällen von Kannibalismus. Ähnlich war es im belagerten Leningrad. Derselben Methoden bedienten sich die Russen gegen über deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in Königsberg, wo es nach 1945 ebenfalls zu Fällen von Kannibalismus kam.

97 Schätzungsweise kamen im Großen Vaterländischen Krieg (1941-1945) etwa 20 Millionen Sowjetbürger um. Andere Quellen sprechen gar von 30-50 Millionen.

98 Am 30. März 1941 sprach der braune Diktator in der Reichskanzlei zu über 200 Befehlshabern der deutschen Wehrmacht „Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. (...) Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um eine Vernichtungskampf... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden“. Hitler verlangte daher die „Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz“. Zit. nach: I. Kershaw, *Hitler, 1936-1941: nemezis*, Poznań 2004, S. 126.

99 Vgl. G. Popow, *O wojnie ojczyźnianej 1941-1945*, Warszawa 2005, S. 103-146.

Unvorstellbare Opfer (bei der Verteidigung Moskaus kamen etwa eine Million Menschen ums Leben, ebenso viele wurden verwundet, die Blockade Leningrads brachte ebenfalls fast eine Million Tote und ungefähr zwei Millionen Verwundete, und die Schlacht bei Stalingrad eine halbe Million Tote und 700 000 Verwundete, größtenteils aus der Zivilbevölkerung) riefen unvorstellbaren Hass und Rachegelüste hervor<sup>100</sup>.

So wie die Deutschen in Russland massenhaft plünderten, gingen später auch die Russen vor. Deutsche Soldaten vergewaltigten russische Frauen und brachten kaltblütig Kinder um<sup>101</sup>. Auch die Rotarmisten vergewaltigten und schändeten – diesmal massenweise – deutsche Frauen (allein von April bis Juni 1945 wurden in Berlin und Umgebung 100 000 Frauen im Alter zwischen 12 und 80 Jahren vergewaltigt und 10 000 ermordet)<sup>102</sup>.

Vergewaltigung soll die Frau erniedrigen und demütigen. Der Krieg begünstigt Akte jeglicher Gewalt, darunter auch die der sexuellen. In der Vergangenheit war es üblich, dass der Sieger direkt nach dem Krieg sich das „Recht“ anmaßte, seinen Hass gegen den Besiegten auf dessen Frauen zu entladen. Stefan Maiwald und Gerd Mischler meinen: „Genauso wie sich die Soldaten der deutschen Wehrmacht und der SS in Ost- und Westeuropa sexueller Gewalttaten schuldig gemacht haben, vergewaltigen amerikanische, britische, französische und russische Soldaten nach Kriegsende im besetzten Deutschland. Mit dem Missbrauch deutscher Frauen nahmen sie Rache für die Gewalttaten, die das braune Regime während des Krieges ihren eigenen Frauen, Töchtern und Müttern angetan hatte“<sup>103</sup>.

100 Konstanty Simonow schrieb: „Wisse, wenn du ihn [den Deutschen] nicht tötest, tötet ihn niemand, also töte zumindest einen! Und töte ihn schneller! Sooft du einen von ihnen siehst, sooft töte!“ Zit. nach: *Ebenda*.

101 Vgl. P. W. Blond, *Siepacze Hitlera. Oddziały specjalne SS do zwalczania partyzantki*, Warszawa 2008; T. Bastian, *Furchtbare Soldaten. Deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg*, München 1997.

102 Nach deutschen Angaben wurden im ganzen früheren Ostdeutschland zwischen einigen zehntausend und 1,9 Millionen Frauen vergewaltigt. A. Krzemiński, *Sowieckie gwałty czyli niemiecki pakt milczenia*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 12.11.2008, S. 18.

103 Die sowjetischen Befehlshaber duldeten die Vergewaltigungen, da sie sie als Rache für die Verbrechen ansahen, die Deutsche an der russischen Bevölkerung, an ihren Frauen, Müttern und Kindern begangen hatten. Beim Einmarsch der Franzosen in Freudenstadt und Pforzheim wurden ungefähr 100 Frauen im Alter von 14 bis 74 Jahren vergewaltigt. Zu Vergewaltigungen kam es auch im Juni 1945, als die Polizei 1 198 Fälle von sexuellem Missbrauch registrierte. Unter den Vergewaltigern waren viele senegalesische Soldaten. Vier Frauen wurden umgebracht. S. Maiwald, G. Mischler, *Sexualität unter dem Hakenkreuz. Manipulation und Vernichtung der Intimsphäre im NS-Staat*, Hamburg 1999, S. 158 f. Die Soldaten der Roten Armee vergewaltigten auch viele Polinnen und Einheimische. Im Gegensatz zu den deutschen oder angelsächsischen Soldaten bekamen die Rotarmisten keinen Urlaub, so dass sie oft jahrelang ihre Frauen nicht sahen. Joanna Ostrowska und

Verantwortung für die im Namen des „kolonialen Kampfes und der Zerstörung des Bolschewismus“ im Osten begangenen Verbrechen fällt auch auf Erich Koch, der Reichskommissar für die Ukraine gewesen ist und für das Ostland mit den Generalbezirken Estland, Lettland, Litauen und Weißruthenien. Auch propagierte er eine Politik, die Gegensätze in den Nationalitätenbeziehungen stiftete, darunter in den polnisch-litauischen<sup>104</sup> und den polnisch-ukrainischen<sup>105</sup>.

### 1.3. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter

Ausbruch und Verlauf des Zweiten Weltkriegs führten in Ostpreußen zur Errichtung eines dichten Netzes von Kriegsgefangenenlagern. Zunächst waren in ihnen Soldaten (Stalag) und Offiziere (Oflag) der polnischen Armee sowie aus Frankreich inhaft-

---

Marcin Zaręba schrieb: „Man muss auch an die Demoralisation und Verwilderung denken. Vergewaltigung ist dem Verhalten der Sieger gegenüber den Besiegten gewissermaßen immanent. Sie galt und gilt immer noch als eine Art Kriegswaffe, wie es Susan Brownmiller im Jahr 1975 beschrieb. Als Instrument zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung berührt sie sehr häufig die Volksmythologie, die den Frauenkörper in Verbindung bringt mit dem Begriff der Mutter Erde – des Vaterlandes. Die heutigen bewaffneten Konflikte sind ebenfalls durch sexuelle Gewalt gegen Frauen des Feindes geprägt, man denke nur an den Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die historisch erste Verurteilung für Vergewaltigung als Kriegsverbrechen“. J. Ostrowska, M. Zaręba, *Kobięca gehenna. Strach przed gwałtami ze strony radzieckich żołnierzy to jedna z najsilniejszych emocji łękowych wojny i powojnia*, in: *Polityka* 2009, Nr. 10, S. 64-67. Vgl. auch: C. Gmyz, *Gwałt na gwałcicielach. Sam Stalin akceptował przemoc seksualną jako metodę podboju*, in: *Wprost* vom 15.07.2007, S. 72-75.

- 104 Zu den Massenaussiedlungen polnischer Bevölkerung und dem polnisch-litauischen Konflikt, der durch Deutsche im Generalbezirk Litauen (insbesondere in der Region Wilna) geschürt wurde, vgl. M. Wardzyńska, *Sytuacja ludności polskiej w Generalnym Komisariacie Litwy czerwiec 1941 - lipiec 1944*, Warszawa 1993, S. 28-35, 45-87.
- 105 Teil des von den Deutschen 1941 gegründeten Reichskommissariats Ukraine war auch die Woiwodschaft Wolhynien. In dieser Region ist es zu einem der tragischsten Verbrechen an der zivilen Bevölkerung gekommen. Infolge des polnisch-ukrainischen Antagonismus, der von den Deutschen angestachelt wurde, kam es zum Massaker an der polnischen Bevölkerung von Wolhynien. Durch diesen Konflikt kamen insgesamt etwa 80 000-100 000 Polen ums Leben. Vgl. R. Torzecki, *Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie Drugiej Rzeczypospolitej*, Warszawa 1993, S. 267; W. Siemaszko, E. Siemaszko, *Ludobójstwo dokonane przez nacjonalistów ukraińskich na ludności polskiej Wołynia: 1939-1945*, Bd. 1-2, Warszawa 2000; R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 323-397; G. Motyka, *Co stało się w Hucie Pieniackiej. 60 lat temu spacyfikowano Polską wieś na Ukrainie. Była to niemiecka spacyfikacja dokonana rękami ukraińskich żołnierzy SS. W dniu 28 lutego 1944 r. zamordowano około tysiąca Polaków, a wieś zrównano z ziemią*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 27.02.2009, S. 22.

tiert, dann aus Belgien und den Niederlanden (ab 1940), und nach 1941 der Roten Armee. In dutzenden Lagern unterschiedlicher Größe und Betriebsdauer wurden bis Kriegsende Vertreter von nicht weniger als 33 Nationen gefangen gehalten.

Die Kriegsgefangenen kamen zunächst in Durchgangslager (Dulag), eingerichtet zumeist in Kasernen, beispielsweise in Soldau, Mohrungen oder Rastenburg. Das größte Kriegsgefangenenlager schuf man 40 km südlich von Königsberg in Stalack (heute Dolgorukowo im Kaliningrader Gebiet). Dieses Lager, Stalag I A genannt, befand sich auf einem Truppenübungsplatz. Zum Jahresende 1940 waren dort (einschließlich weiterer Nebenlager u.a. in Riesenburg) ca. 90 000 Gefangene registriert<sup>106</sup>.

Ein weiteres großes Kriegsgefangenenlager lag in Hohenstein und hieß Stalag I B. Die Wahl dieses Ortes war symbolisch. Das Lager befand sich nicht weit vom Denkmal für die Schlacht bei Tannenberg, dem Ort der russischen Niederlage. Die dort untergebrachten Kriegsgefangenen verschiedener Nationalität (Polen, Franzosen, Litauer, Belgier, Russen usw.) sollten die „Schmach von Versailles“ aufzeigen und beredtes Zeugnis von der „historischen Gerechtigkeit“ ablegen. Das umfassende System zur Erniedrigung der Gefangenen (Hungerrationen, katastrophale Raumbedingungen, Zwangsarbeit, brutale und unwürdige Behandlung der Soldaten geschlagener Armeen usf.) war Bestandteil der Revanche für die erfahrenen Demütigungen infolge der Versailler Ordnung und Ausdruck allgemeiner Bestialität. Die Durchmärsche ausgehungelter und malträtiert Gefangener, insbesondere der Soldaten der Roten Armee, sollten in den Augen der Einwohner der Provinz, darunter der masurischen Bevölkerung, das nationalsozialistische System glaubwürdig erscheinen lassen, das sich im Namen einer neuen großdeutschen Zukunft auf die Vergangenheit berief. In der Entehrung der Kriegsgefangenen, die an Uniformen und Abzeichen feindlicher Armeen leicht zu erkennen waren, und der Zwangsarbeiter manifestierte sich, wie in der Vergewaltigung von Frauen, der Fortnahme von Kindern zur Germanisierung, den Deportationen und Aussiedlungen, der Tötung unschuldiger Säuglinge und Kinder, der Demütigung gefangen gehaltener Polen oder der Juden in den Ghettos, eine neue Gesellschaftsordnung. Im Namen der nationalsozialistischen Revolution und der Weltanschauung wurde auf Normen der europäischen Zivilisation keine Rücksicht genommen. Dies führte beispielsweise noch lange vor Kriegsausbruch zur Zerstörung von Wegekreuzen und -kapellchen durch die Mitglieder der Hitlerjugend. Diese Handlungen, wie auch die häufige Inszenierung von Jahrestagsfeiern, sollten, indem sie die aktuelle politische Ordnung legitimierten, die Bevölkerung zur klassenlosen „Volksgemeinschaft“ integrieren. Dies war ein wesentlicher Bestandteil der Fortsetzung der historischen deutschen Mission im Osten.

---

106 Z. Lietz, *Obozy jenieckie w Prusach Wschodnich 1939-1945*, Warszawa 1982, S. 78.

Durch die Baracken und Zelte des Lagers Hohenstein gingen insgesamt mehr als 200 000 Gefangene (darunter etwa 100 000 sowjetische, 70 000 französische, 20 000 polnische, 13 000 italienische, 10 000 belgische sowie Soldaten anderer Nationalität). An Entkräftung und Krankheiten starben mehr als 36 000 Menschen<sup>107</sup>. Ein großes Kriegsgefangenenlager entstand 1943 auch im memelländischen Heydekrug (Šilutė) als Stalag Luft VI<sup>108</sup>. Für Luftwaffenangehörige gab es auch ein Lager in Suwalki (Stalag Luft IV).

Die Kriegsgefangenen wurden zur Arbeit für das Dritte Reich gezwungen. Im Juli 1941 arbeiteten von mehr als 80 000 Gefangenen in Ostpreußen über 60 000 in der Landwirtschaft und 7 000 im Bauwesen<sup>109</sup>.

Ein anderes schändliches Beispiel für die Ausbeutung der Arbeitskraft unterworfenen Staaten war das Heer der Zwangsarbeiter, deren hunderttausende in Ostpreußen arbeiteten. Im Januar 1941 betrug ihre Zahl 62 820, um Mitte August 1944 auf mehr als 220 000 anzuwachsen. Beschäftigt waren sie größtenteils in Industrie und Handwerk (1944: 56,9 %) sowie in der Landwirtschaft (1944: 36,0 %, gegenüber 49,1 % im Januar 1941). In dieser „Sklavenarmee“, die sich aus fast allen europäischen Staaten rekrutierte, waren die Mehrheit Polen (92 000 oder 81 % im Dezember 1942) und Sowjetbürger (4 500 oder 14,1 %). Gegen Ende September 1944 war das Nationalitätenverhältnis anders. Die Mehrheit stellten nach wie vor Polen (146 000 oder 61,6 %) und Russen (52 900 oder 22,3 %). Weniger zahlreich vertreten waren Franzosen (15 500 oder 6,6 %) und Italiener (4 700 oder 2,0 %)<sup>110</sup>.

Die Einstellung der ostpreußischen Bevölkerung zu den Fremd- bzw. Zwangsarbeitern war zumeist feindlich und unfreundlich. Man betrachtete sie als Sklaven des 20. Jahrhunderts. Dass Tausende solcher Arbeiter in Agrarbetrieben oder Fabriken arbeiteten, wurde als selbstverständlich angesehen und gesellschaftlich akzeptiert. Hier eine typische Aussage, die den Zustand rechtfertigt: „Unsere Söhne kämpften an der Front. Es fehlten Arbeitskräfte. Es ist ja halt natürlich, dass eroberte Völker für die Sieger arbeiten müssen. Sie waren Sklaven und wir behandelten sie

---

107 *Ebenda*, S. 96 f.

108 1944 waren in diesem Lager u.a. 2 403 amerikanische Piloten inhaftiert.

109 Im Dezember 1941 waren in den Stalags I A und I B 118 178 Gefangene registriert, von denen nicht weniger als 108 366 arbeiteten, mithin 91,69 % aller Inhaftierten. Diese Lager waren der deutschen Wehrmacht (Wehrkreis I) unterstellt. *Ebenda*, S. 178.

110 B. Koziello-Poklewski, *Zagraniczni robotnicy przemysowi w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej*, Warszawa 1977, S. 112-129. Vgl. auch: Cz. Łuczak, *Praca przemysłowa Polaków w Trzeciej Rzeszy*, Warszawa 1999. Der Autor schätzt, dass insgesamt 2 826 000 Polen ins Deutsche Reich zur Zwangsarbeit deportiert wurden. Die Zahl der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden übersteige 19 Millionen und der Gesamtgewinn der deutschen Wirtschaft aus nicht gezahlten Löhnen für die geleistete Zwangsarbeit belaufe sich auf mehr als 10 Milliarden Reichsmark (S. 8).

auch entsprechend. Die einen behandelten dieses ‚Arbeitsvieh‘ besser, die anderen schlechter. Es musste ja Gerechtigkeit geben. Die meisten, das war eben Pack<sup>111</sup>.

Selbst während der Flucht und Evakuierung, angesichts der unausweichlich nahenden Niederlage des Dritten Reiches, begegnete die Mehrheit der Deutschen den Zwangsarbeitern mit Herablassung und Verachtung. Dieser Stand der Dinge wurde durch das deutsche Rechtssystem legitimiert. Streng verboten waren nicht nur jegliche sexuelle Kontakte, die, als „Rassenschande“ betrachtet, mit schweren Strafen bis hin zu Todesstrafe und Deportation in ein Konzentrationslager geahndet wurden, sondern ebenso z.B. gemeinsame Mahlzeiten, Besuche von Kinos, Theatern, Tanzveranstaltungen und Restaurants oder Kirchgänge zusammen mit der deutschen Bevölkerung<sup>112</sup>. Generell untersagt war jeglicher Umgang (bis auf den unerlässlichen) mit den „Untermenschen“. Können Franzosen, Dänen, Niederländer als „Zwangsarbeiter“ gelten, da sie weit größere Rechte hatten als die Arbeiter aus dem Osten, so hatten Polen de facto Sklavenstatus und wurden dementsprechend behandelt<sup>113</sup>. Es gab auch Fälle einer anderen, menschlicheren Haltung ihnen gegenüber, zum Beispiel bei vielen Ermländern und Masuren, aber auch gebürtigen Deutschen. Dies weisen unter anderem Augenzeugenberichte nach<sup>114</sup>. Besonders erschütternd sind die Berichte über ihre „Gefangenschaft“ von Kindern und Jugendlichen ab dem 12. Lebensjahr oder sogar darunter<sup>115</sup>. Man

---

111 Interview mit M. K. (P-31). Eigene Recherchen in Purda (Groß Purden) 2004.

112 In einer Anordnung vom 8. März 1940 über die „Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthalts im Reich“ wurde u.a. festgehalten: „Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums im Großdeutschen Reich gelten folgende besondere Bestimmungen: 1. Das Verlassen des Aufenthaltsortes ist streng verboten. (...) 2. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter polnischen Volkstums haben die ihnen übergebenen Abzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen. 3. Wer nachlässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verlässt usw., erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager“. Kopie im Archiv des Verfassers. Das Abzeichen bestand aus einem gelben Karo von 5 cm Seitenlänge mit violetter „P“ in der Mitte und ebensolchem, halbzentimeterbreitem Rand.

113 Die Anwerbung, der Rechtsstatus, die Haltung der Behörden und die alltägliche Praxis gegenüber ausländischen Arbeitern wurden am Beispiel Ostpreußens eingehend analysiert von B. Koziello-Poklewski in seinem Werk *Zagraniczni robotnicy...*

114 Vgl. *Ze znakiem „P“*. *Relacje i wspomnienia robotników przymusowych i jeńców wojennych w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej*, ausgewählt und bearb. von B. Koziello-Poklewski, B. Łukaszewicz, Einführung von B. Koziello-Poklewski, Olsztyn 1977.

115 In den besetzten Ländern Westeuropas galt der Zwang zur Arbeit im Reich für Jugendliche im Alter ab 18 Jahren (Jungen) bzw. 21 (Mädchen). Im besetzten Polen bestand in den dem Reich angeschlossenen Gebieten die Pflicht zur Zwangsarbeit ab dem 12. Lebensjahr und im Generalgouvernement ab dem 14. Lebensjahr. Vgl. K. Sosnowski,

schätzt, dass sich in Ostpreußen 20 000 polnische Kinder und Jugendliche aufhielten, die in der Provinz zwangsbeschäftigt waren<sup>116</sup>.

Die damals fünfzehnjährige Kazimiera Gotesman aus der Region Augustów, die im Juni 1940 zur Zwangsarbeit nach Ostpreußen verschleppt wurde, berichtete wie folgt, zunächst über ihre Ankunft in Goldap: „Man hat uns wie die Tiere getrieben, mit Gewehrkolben gestoßen und mit Gummiknüppeln geschlagen. Wir mussten uns alle nackt ausziehen, dann war ‚Parade‘ in einem sehr großen Vorraum und auf dem Korridor [des Arbeitsamtes Goldap – A.S.]. Die Deutschen haben sich krankgelacht, wir zitterten vor Angst, Scham und ich kann nicht beschreiben wovon noch. Unter uns waren viele junge Menschen, Frauen und Männer, alle in ihren besten Jahren. Dann war der ‚Umzug‘ der Schande endlich vorbei. Nun wurde eine Polin oder ein Pole für 10 Mark verkauft. Die Deutschen suchten sich welche aus. Mich hat ein Bauer aus Guddenheim gekauft, der hieß Perrot. Er nahm mich mit nach Hause, da wartete seine Frau. (...) Vom ersten Augenblick an begegnete sie mir mit viel Herzlichkeit und Verständnis wegen meines Alters. Sie war wie eine Mutter.

(...) Für ein kleines Missverständnis wurde ein Kollege, ein Pole, zum Tode verurteilt; er wurde öffentlich gehängt, und alle Polen aus der Umgebung mussten das Verbrechen mitansehen. Es kam eine besondere Benachrichtigung. (...) Familie Perrot wurde unter dem Vorwurf vor Gericht gezogen, sie sei gegenüber einem polnischen Mädchen [d. h. Autorin der Erinnerungen – A.S.] zu liberal gewesen. In Deutschland war es eine Schande, ‚Polin‘ zu heißen, das wurde als Schimpfwort benutzt.

Am nächsten Tag kam ich zu einem Bauern, so einem Schinder, der die Polen ganz besonders hasste. Er besaß ein sehr großes Gut; die Arbeit dauerte von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends. Das Essen war sehr schlecht, geschlafen wurde im Schweinestall, und die Behandlung war schrecklich. Da arbeiteten viele Polen, Franzosen, Russen. Der Deutsche hieß Stubel<sup>117</sup>.

---

„Ohne Mitleid“. *Dziecko w systemie hitlerowskim*, Warszawa/Poznań 1962, S. 142; Cz. Łuczak, *Polscy robotnicy przymusowi w Trzeciej Rzeczy podczas II wojny światowej*, Poznań 1974, S. 34; W. Rusiński, *Położenie robotników polskich w czasie wojny 1939-1945 na terenie Rzeczy i „obszarów wcielonych“*, T. 1, Poznań 1949, S. 233.

116 *Dzieciństwo i młodość ze znakiem „P“*. *Wspomnienia*, ausgewählt und bearb. von B. Koziello-Poklewski, B. Łukaszewicz, Einführung von B. Koziello-Poklewski, Olsztyn 1982, S. XI.

117 K. Gotesman, *Piekło na ziemi*, in: *Dzieciństwo i młodość ze znakiem „P“*. *Wspomnienia*, ausgewählt und bearb. von B. Koziello-Poklewski, B. Łukaszewicz, Olsztyn 1982, S. 58 f. Der sechzehnjährige Stefan Zarzycki aus dem Kreis Plock beschreibt in seinen Erinnerungen *Pięć lat poza domem* (Fünf Jahre von Zuhause fort) seinen Aufenthalt in der Gegend von Memel bei einem Landwirt und NSDAP-Mitglied folgendermaßen: „Er ersparte mir keine Arbeit, die über meine Kräfte ging. Nachts sperrte er mich ein, nahm mir Schuhe und Kleidung ab. An die Tür der Küche, wo ich die Mahlzeiten aß, klebte er

## 2. Ostpreußens Vernichtung

Ostprien galt im Reich bis Sommer 1944 beinahe als eine Oase der Ruhe<sup>118</sup>. In das Bewusstsein der meisten der 2,5 Millionen Provinzbewohner drang der Krieg erst Ende 1944, als die ersten Einheiten der Roten Armee schon das nördliche Ostpreußen einnahmen. Die Randlage dieses Landes erweist sich daran, dass sich hier noch im Jahr 1944 Zivilbevölkerung (ca. 200 000 Personen) aus den regelmäßig bombardierten Großstädten im Westen Deutschlands („Bombengeschädigte“) einfand.

Dank dem Agrarcharakter Ostpreußens litten die Einwohner im Gegensatz zu anderen deutschen Provinzen keinen Mangel bei der Lebensmittelversorgung. Für die dortigen Landwirte bedeutete der Krieg den Höhepunkt ihres wirtschaftlichen Wohlstands. Nach den Plänen der Berliner und Königsberger Behörden sollte Ostpreußen während des Krieges die Kornkammer für das ganze Reich abgeben. Aus diesem Grunde bekamen die Bauern unter anderem günstige Darlehen für Wirtschaftsinvestitionen gewährt. 50 % der Bankschulden wurden automatisch getilgt, die restliche Rückzahlung auf 60 Jahre verteilt. Die Getreidepreise wurden stabilisiert und erhöht<sup>119</sup>. Die Landwirtschaft wurde durch den weitverbreiteten Einsatz von Kunstdüngern, Agrarmaschinen und kostenloser Arbeitskraft in Form von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zur Quelle hoher Einkünfte<sup>120</sup>. Das Sozialleistungssystem war ebenfalls gut ausgebaut, was

---

einen Zettel mit der Aufschrift ‚Vorsicht, Pole ist dein Feind‘. Häufig schrie er, einmal schlug er mich zusammen, weil ich, des Deutschen nicht mächtig, seine Anweisungen nicht richtig ausgeführt hatte“. *Ebenda*, S. 184.

- 118 Erste, vereinzelte Bombenangriffe der sowjetischen Luftwaffe auf Königsberg fanden am 23. Juni 1941 statt. Zerstört wurden damals einige Häuser. Weitere Bombardements er folgten am 20. April 1943. Das Ausmaß der Zerstörungen war deutlich größer.
- 119 Eine Frau, die 1949 bei Recherchen von Wanda Górszczyk im ermländischen Dorf Groß Purden (Purda) befragt wurde, sagte: „Die Steuern waren niedriger, und man hatte Geld, weil man was verkaufen konnte. Die Preise in der Stadt und auf dem Land waren gleich. Für alles, was die Deutschen abnahmen, zahlten sie auch. Die Milch wurde gemeinsam eingesammelt und abgeliefert, das Gemüse genauso. Alles konnte man dabei an die Läden abgeben. Die zahlten mit Schecks oder schickten Geld per Post, jeden Monat, regelmäßig, nie kam was abhanden. Es gab einen großen Markt, wo Ferkel, Pferde usw. verkauft wurden. Auf Karten bekamen sie alles. Schwarzhandel gab es nicht. Das wurde bestraft“. Archiv des West-Instituts Posen, Forschungen von Wanda Górszczyk in Purda Wielka im Jahr 1949.
- 120 Die Dorfbewohner von Groß Purden schilderten die damaligen Verhältnisse wie folgt: „Im Dorf gab es 10 Dreschmaschinen mit Motor, fast das ganze Getreide wurde der Reihe nach mit diesen Maschinen gedroschen. Eine Kuh hatte jeder, selbst der Ärmste, die Reichen hatten 30 oder 40 Stück Vieh“. Der gute Vertriebsablauf wurde gelobt. Jeden Tag kam aus Allenstein ein spezielles Auto, um Milch und Eier abzuholen. Für alle Produkte, die während des Krieges obligatorisch abzuliefern waren (Hafer, Heu, Kartoffeln usw.), gab es hohe,

für die ländliche Bevölkerung etwas völlig Neues darstellte und zugleich eine zusätzliche Einkommensquelle bildete<sup>121</sup>.

Die Lage in Ostpreußen bewirkte, dass die Bevölkerung des Altgaus mit ihren Lebensbedingungen zufrieden war. Gauleiter Erich Koch genoss die aufrichtige Unterstützung der Mehrheit der Einwohner<sup>122</sup>. Die Maßnahmen der NSDAP für „Entwicklung und Wohlstand“ der Provinz bekamen den Namen „Heimatfront“<sup>123</sup>. Diese Erfolge erzielte man unter anderem durch Plünderungen ungekannten Ausmaßes in den der Provinz angegliederten Gebieten und durch die sklavenartige Ausbeutung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener.

## 2.1. Operation Ostpreußen

Infolge der am 22. Juni 1944 eröffneten sowjetischen Großoffensive gelang es der Roten Armee innerhalb weniger Wochen, dreißig deutsche Divisionen zu zerschlagen und die Frontlinie an der nördlichen Grenze Ostpreußens in Stellung zu bringen. Die Machthaber in Berlin beschlossen, die katastrophale militärische Lage Deutschlands mit einem „totalen Kriegseinsatz“ abzuwenden. Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Einführung des totalen Krieges bestand darin, den gesamten Wirtschafts- und Verwaltungsapparat den Bevollmächtigten der NSDAP zu unterstellen, deren ohnehin weitgehende Befugnisse nun auf Verteidigungsfragen aus-

---

marktgerechte Preise. Gut ging es auch den Handwerkern und Landarbeitern: „Ein Mäher mit Frau verdiente 8 RM. Jeder Arbeiter war bei der Krankenkasse versichert; wenn einer krank wurde, bekam er eine Auszahlung, von der er gut leben konnte“. Archiv des West-Instituts Posen, Forschungen von Wanda Górszczyk in Purda Wielka im Jahr 1949.

- 121 Besondere A NSDAP dem Geburtenzuwachs. Dieser wurde nicht nur durch den nationalsozialistischen „Kult der Fruchtbarkeit deutscher Frauen“ begünstigt, sondern auch durch materielle Anreize, wie behördliche Zuschüsse (Beihilfen) für Kinder, für Frischvermählte sowie Ausgleichszahlungen für Militärdienst leistende Männer und Söhne. Die Beihilfe für das dritte Kind betrug 10 RM im Monat, für das vierte 20 RM, für das fünfte 30 RM. Und schon „für zehn Kinder konnte man eine Woche lang gut leben“. Kinder zu haben, was bis vor kurzem materielle Schwierigkeiten bedeutete, wurde nun zur Einkommensquelle, denn „Eltern hatten viel Geld für die Kinder. Eine Frau arbeitete nur zu Hause und ganz wenig. Auf dem Feld arbeiteten nur einzelne. Die Kinder lernten, und arbeiteten erst, wenn die Schule aus war. Außerdem bekamen die Frauen während der Schwangerschaft eine Beihilfe“. *Ebenda*.
- 122 Besondere Fürsorge ließ er den „kleinen Leuten“ angedeihen. Er honorierte z.B. Bäuerinnen und Handwerker. Die Behörden sorgten auch für die Familien gefallener und an der Front dienender Soldaten. Oft überreichte er die zahlreichen Auszeichnungen, wie z.B. das *Mutterkreuz* für kinderreiche Frauen. Im September 1940 wurde er von Hitler mit dem Kriegsverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet, was die Parteipropaganda als „Auszeichnung für die gesamte Provinz“ feierte. R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 400 f.
- 123 Vgl. Ch. Tilitzki, *Alltag ...*, S. 59-64.

gedehnt wurden. Unnachgiebiger Befürworter des totalen Krieges war Gauleiter Erich Koch, der zum Reichsverteidigungskommissar für Ostpreußen ernannt war. Entschlossen stellte er sich jeglichen Entscheidungen entgegen, die den „Siegewilligen“ hätten schwächen können. Dies führte dazu, dass die Provinzbehörden die Evakuierung der Bevölkerung verzögerten und den Vorschlag ablehnten, einen Evakuierungsplan anzunehmen und die untergebenen Stellen mit diesem unter Geheimhaltung bekannt zu machen. Koch betrachtete den Volkssturm als gleichberechtigten Verband neben der Wehrmacht und bereitete die ihm unterstellte Verwaltung darauf vor, das Konzept der „toten und verbrannten Erde“ umzusetzen, nach vorhergehender „Räumung“ Ostpreußens.

Die heranrückende Rote Armee rief unter den Einwohnern der Provinz Angst und Schrecken hervor. Die Behörden wirkten dem Verlassen der Städte und dem Abtransport wertvollen Guts aufs Land entgegen. Es wurde angeordnet, dass alle Frauen eine Arbeit aufnehmen sollten, es sei denn sie hatten Kinder. Jugendliche über dem 16. Lebensjahr unterbrachen die Ausbildung und wurden zum Arbeits-einsatz geschickt. Alle Einwohner waren zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet und hatten „zu den Waffen zu greifen“ („Volksaufgebot in Waffen“). Der im Osten geführte Krieg, der zu einem „Vernichtungskrieg“ wurde, traf seit 1943 immer stärker auch die Angreifer selbst. Die Deutschen, darunter die Einwohner Ostpreußens, litten unter Luftangriffen, Kriegshandlungen oder den späteren Ra-ckeakten und Aussiedlungen.

Beginn der Vernichtung Königsbergs waren zwei Teppichbombardements britischer Fliegerverbände in den Nächten vom 26. auf den 27. und vom 29. auf den 30. August 1944. Durch den Einsatz von Brandbomben kamen etwa 4 000 Menschen ums Leben, während 200 000 ihr Zuhause verloren. Mehr als die Hälfte der historischen Bauten wurden zerstört<sup>124</sup>.

Koch bekam Hitlers Genehmigung zum Bau von Verteidigungsstellungen entlang der (alt-)ostpreußischen Grenze („Ostpreußen-Schutzstellung“), die auch als Erich-Koch-Wall bezeichnet werden. Diese bestanden aus Minenfeldern, Sperrern, Verhauen, Panzergräben, Stahlbetonbunkern und Artilleriestellungen<sup>125</sup>.

---

124 Vgl. I. Denny, *Upadek twierdzy Hitlera. Bitwa o Królewiec*, Warszawa 2007, S. 110 f. Eine Augenzeugin berichtete: „Ein Regen von Spreng- und Brandbomben ergoß sich über die Stadt. Die Macht des Feuers war so groß, daß selbst die Pfähle im Pregel verkohlten. Der Feuersturm in der sonst windstillen, heißen Augustnacht fegte alles vor sich her. Die Hitze hat in den engen Straßen besonders der alten Stadt viele sogar in den Kellern erstickten lassen“. L. Böhmer, *Erinnerungen eines Ostpreußen-Flüchtlings*, in: M. Weber, *Frauen auf der Flucht*, Bielefeld 2005, S. 71. Der Geruch verbrannter Körper hielt sich in der Luft noch viele Wochen lang.

125 Vgl. W. Haupt, *Das Ende im Osten 1945. Chronik vom Kampf in Ost- und Mitteleuropa*, Eggenstein 2009, S. 11-20. Nicht zuletzt war es von Bedeutung, dass sich in Görzitz

Am 16. Oktober 1944 begann die Operation der Roten Armee an der Grenze Ostpreußens, wodurch die deutschen Truppen aus einigen der nordöstlichen Kreise verdrängt werden konnten. Die deutschen Behörden beschlossen, die Zivilbevölkerung zu evakuieren. Man benutzte die an diesem Frontabschnitt zwischen Ende Oktober 1944 und Anfang Januar 1945 eintretende Unterbrechung der Kampfhandlungen zur Evakuierung derer, die ihren Wohnsitz in einem ca. 30 km breiten Streifen an der Front hatten. Betroffen waren knapp 60 000 Menschen, die meist Zuflucht in den westlichen Kreisen Ostpreußens fanden (einen Teil von ihnen schaffte man nach Pommern, Sachsen oder Thüringen), was die spätere Evakuierung der dortigen Bevölkerung tatsächlich erschwerte. Gleichzeitig verließen dieses Gebiet jene, die 1943-1944 hier vor alliierten Luftangriffen Schutz gesucht hatten.

Begonnen wurde die sowjetische Offensive namens Operation Ostpreußen am 13. Januar 1945 im östlichen Abschnitt durch die 3. Weißrussischen Front, anderntags im südlichen Abschnitt durch die 2. Weißrussische Front. Der gewaltige Vorstoß der Roten Armee durchbrach die deutsche Verteidigung rasch in beiden Hauptangriffsrichtungen. In Bialystok war die Rote Armee bereits im August 1944 einmarschiert, in Ciechanów im Januar 1945. Gleichzeitig begann die Evakuierung der Zivilbevölkerung, die sich nach und nach in eine ungeordnete Flucht verwandelte. Sie verlief in zwei Hauptrichtungen: Von Ost nach West versuchten die Menschen zur Weichselmündung zu gelangen, anschließend über Pommern zur Oder und weiter nach Zentraldeutschland; aus den am östlichsten gelegenen Gebieten in Richtung Königsberg, um dann den Hafen Pillau zu erreichen und von dort auf dem Seeweg ins Reich oder das von den Deutschen besetzte Dänemark zu gelangen. Die blitzartig vorrückenden sowjetischen Truppen umzingelten Ostpreußen aus zwei Richtungen. Am 26. Januar 1945, als die Rote Armee Elbing erreichte, wurde der direkte Fluchtweg nach Westen abgeschnitten<sup>126</sup>. Der panisch fliehenden Zivilbevölkerung blieben nur zwei Möglichkeiten: Entweder über das zugefrorene Frische Haff die Nehrung zu erreichen und von dort aus zu versuchen, zur Weichselmündung und nach Danzig zu gelangen, oder aber in Pillau auf einen Transport per Schiff zu warten. Auf ersteren Ausweg waren die Bewohner des südöstlichen und mittleren Ostpreußens angewiesen. Der Übergang über das Eis des Frischen Haffs forderte viele Opfer und verwandelte sich in einen „Todesweg“. Die vor der nahenden Front fliehende Zivilbevölkerung mischte sich mit „Todeskolonnen“ der evakuierten Kriegsgefangenen und der Insassen der zahlreichen Vernichtungslager<sup>127</sup>.

---

bei Rastenburg das Führerhauptquartier Wolfschanze befand, wo 1944 das missglückte Attentat auf Hitler begangen wurde.

126 Vgl. *Działania militarne w Prusach Wschodnich...*, S. 331-342.

127 Auf vielen Straßen, besonders an Flussübergängen, bildeten sich große Staus. Die Flüchtlinge wurden oft durch zurückweichende deutsche Truppen gefährdet, deren schweres

## 2.2. Evakuierung und Flucht

Dass die deutschen Behörden die Mehrheit der Männer im Alter von 16-65 Jahren, die bis dahin aus verschiedenen Gründen vom Militärdienst befreit waren, zum im Herbst 1944 gebildeten Volkssturm eingezogen, führte dazu, dass an Evakuierung und Flucht Anfang 1945 hauptsächlich Frauen, Alte und Kinder teilnahmen, was zweifelsohne einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Ausmaß der erlittenen Verluste hatte. Die Einwohner größerer Städte befanden sich in einer günstigeren Lage, denn sie konnten sich hauptsächlich mit Bahntransporten Richtung Westen in Sicherheit bringen. Leid und Verlusten ganz besonders ausgesetzt war die Bevölkerung aus kleinen Ortschaften, denn sie verließ ihre Dörfer und Kleinstädte in langen Konvois, zumeist aus Pferdegespannen, die nicht selten unter Artillerie- oder Panzerbeschuss sowohl der sowjetischen als auch der deutschen Seite gerieten, oder auch von deutschen Militärfahrzeugen, die sich auf denselben Straßen fortbewegten und deren Operationen sie behinderten, zur Seite gedrängt wurden. Viele Dorfbewohner wollten ihren Wohnort nicht verlassen und warteten mit der Abfahrt bis zum letzten Augenblick ab. Es war bezeichnend, dass sich die Parteilieferung und die lokalen Verwaltungsbehörden unter sehr viel besseren Bedingungen in Sicherheit brachten.

Evakuierung und Flucht der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen Anfang 1945, von denen die gesamte Einwohnerschaft betroffen waren, gehören zweifelsohne zu den dramatischsten Ereignissen des Zweiten Weltkriegs. Sie führten zu enormen Verlusten unter der Bevölkerung und trugen zur weitgehenden Entvölkerung dieser Gebiete bei. Die Verantwortung dafür trifft die fanatische NSDAP-Führung, die keinen entsprechenden Evakuierungsplan ausgearbeitet und umgesetzt hat.

Das Ausmaß der Verluste, die die ostpreußische Bevölkerung durch Evakuierung und Flucht erlitten hat, ist schwer zu ermitteln. Schätzungsweise kamen etwa 150 000 Menschen um. Andere Quellen nennen als Gesamtzahl 511 000 Opfer, davon 311 000 unter der Zivilbevölkerung<sup>128</sup>.

---

Gerät alles zerstörte, was ihm im Weg stand. Die Soldaten hatten Befehl, niemandem, der auf der Flucht vor den Russen war, zu helfen. Marion von Dönhoff schilderte das vollständige Chaos so: „Nämlich das Ineinanderfluten von drei großen Wellen: das Zurückströmen einer geschlagenen Armee, die planlose Flucht der Zivilbevölkerung und das Hereinbrechen eines zu äußerster – vergeltender – Grausamkeit entschlossenen Feindes. (...) Die ersten waren weißrussische Bauern (...) gewesen (...). Einige Monate später folgten Litauer, dann die Memelländer, und schließlich kamen die ersten Ostpreußen aus den östlichen Kreisen.“ M. Dönhoff, *Nach Osten fuhr keiner mehr*, in: Dies., *Namen die keiner mehr nennt*, München 1964 u.ö., S. 14.

128 A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 330. Insgesamt kamen durch Flucht, Evakuierung und Aussiedlungen etwa 500 000 Menschen zu Tode. Bis vor kurzem wurde von 2 Millionen Opfer berichtet. Vgl. I. Haar, *Ile bylo ofiar wypędzeń*,

Ursachen für die so hohe Sterblichkeit unter den Flüchtlingen werden im Zusammentreffen unterschiedlicher Faktoren gesehen. Zu den wichtigsten sind zu zählen: mangelnde Evakuierungsvorbereitungen und -pläne, die Geschwindigkeit der sowjetischen Offensive und die daraus folgende Abschnürung Ostpreußens vom Reich, die Verbissenheit der Kämpfe, die dadurch bedingt war, dass Ostpreußen die erste Provinz des Reiches war, in die die Rote Armee einmarschierte. Potenziert wurde all dies durch den außergewöhnlich strengen Winter jenes Jahres und die zahlreichen Fliegerbombenangriffe, in deren Folge das Eis auf dem Frischen Haff einbrach, durch Angriffe sowjetischer U-Boote (unter anderem die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ mit tausenden von ostpreußischen Flüchtlingen an Bord auf der Ostsee<sup>129</sup>), die erbitterten Kämpfe um Königsberg, bei denen

---

in: *Gazeta Wyborcza* vom 20.11.2006, S. 21; ders.: *Die Zahl der deutschen Opfer nach dem Zweiten Weltkrieg wird übertrieben*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14.11.2006, S. 13.

129 Das am 5. Mai 1937 im Beisein Hitlers vom Stapel gelassene Schiff wurde nach dem „Blutzeugen der Bewegung“ Wilhelm Gustloff benannt. Es war das erste klassenlose Kreuzfahrtschiff der Organisation Kraft durch Freude (KdF), erbaut im Auftrag der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Es war in der Geschichte der deutschen Seefahrt das erste Parteischiiff, das in der ganzen Welt für das „neue Deutschland“ werben sollte. In der Endphase des Krieges transportierte es, wie viele andere deutsche Schiffe, Flüchtlinge aus Ostpreußen. Das sowjetische U-Boot S-13 versenkte die „Gustloff“ in Höhe Stolpmünde in der frostigen Nacht des 30. Januar 1945. Insgesamt 9 343 Menschen kamen um. Dies war die größte Opferzahl in der Geschichte der Seefahrt. Das gleiche Schicksal widerfuhr anderen Transportschiffen mit verängstigten Flüchtlingen an Bord: Am 10. Februar 1945 wurde die „Steuben“ versenkt, was 3 608 Menschenleben forderte. Am 16. April 1945 kamen bei der Versenkung der „Goya“ in Höhe Stolp 6 666 Menschen zu Tode. Vgl. H. Schön, *Tragedia Gustloffia. Relacja osoby ocalałej z największej katastrofy morskiej w drugiej wojnie światowej*, Zakrzewo 2006, S. 50-56; A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 323. Die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ hat sich tief ins historische Gedächtnis der Deutschen eingegraben. Davon zeugen unter anderem der Erfolg des (auch ins Polnische übersetzten) Buches von Günter Grass, *Im Krebsgang*, Göttingen 2002 und zwei Spielfilme, die diese Geschichte behandelten: *Nacht fiel über Gotenhafen* aus dem Jahr 1957 und *Die Gustloff* aus dem Jahr 2008. Den letztgenannten Film sahen sich 10 Millionen Deutsche an. Vgl. P. Jendroszczyk, „*Wilhelm Gustloff“ utonie jeszcze raz na ekranach telewizorów*, in *Rzeczpospolita* vom 24.01.2009, S. A 11; B. T. Wieleński, *Love Story na Gustloffie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 5.03.2008, S. 2; W. Pięciak, *Historia jest sexy*, in: *Rzeczpospolita* vom 15.-16.03.2008, S. A 18, 19; F. Gańczyk, *Titanic Trzeciej Rzeszy*, in: *Newsweek* vom 2.03.2008, S. 12; S. F. Kellerhoff, K. Voy, *Der Tod in der Kälte ist ein stiller*, in: *Die Welt* vom 2.03.2008, S. 8; V. K. Heye, *Die Gustloff schwimmt wieder*, in *Süddeutsche Zeitung* vom 1.-2.03.2008, S. 21. Auf starke Resonanz stieß auch der zweiteilige Fernsehfilm *Die Flucht* aus dem Jahr 2007. Die Handlung spielt in Ostpreußen und zeigt unter anderem das Chaos bei der Flucht der zivilen Bevölkerung. Vgl. P. Jendroszczyk, *Wypędzenia według Niemiec. Film o wypędzeniach z Prus Wschodnich ma wywołać dyskusję o roli Niemców w czasie drugiej wojny światowej: ich krzywdzie, winie i odpowiedzialności*, in:

ca. 25 000 Menschen ums Leben kamen<sup>130</sup>, und die panische Flucht, Deportationen und zahlreiche Fälle der Gewalt gegenüber der wehrlosen Bevölkerung.

Die deutschen Truppen, die sich aus dem Osten zurückzogen, wo sie einen rassistischen und ideologischen Krieg voller Greuel und Bestialität geführt hatten (Taktik der „verbrannten Erde“), mussten mit blutiger Vergeltung rechnen. Dieses Bewusstsein drang allmählich in die Köpfe aller Einwohner der Provinz. Sie wussten, dass für die pseudowissenschaftliche „Rassenhierarchie“, wonach die Slawen minderwertige „Untermenschen“ und deswegen die Unterwerfung Osteuropas und seine Umwandlung in deutsche Kolonien gerechtfertigt waren, die Stunde der Abrechnung in Gestalt eines Hasses auf alles Deutsche kommen würde<sup>131</sup>.

Die Haltung der ostpreußischen Bewohner war durch psychotische Angst vor der einmarschierenden Roten Armee geprägt. Es gab dafür mehrere Gründe. Einer war das sog. Nemmersdorf-Syndrom. Dieses Dorf wurde, wie einige andere in den Kreisen Gumbinnen und Goldap, von der sowjetischen Armee noch im Oktober 1944 eingenommen. Nach 48 Stunden drängten die Wehrmachtstruppen die Russen ostwärts zurück; nach erbittertem Kampf kam die Frontlinie zwischen Augustów und der Memel zum Stehen. In Nemmersdorf kamen 26 Menschen (zumeist Frauen, Greise und Kinder) ums Leben<sup>132</sup>. Die nationalsozialistische Propaganda machte diese Vorfälle überaus publik. Der Umfang der Goebbelschen

---

*Rzeczpospolita* vom 3.-4.03.2007, S. A 6; B. Zwierz, *Niemka oskarża Putina. Gwiazda filmu „Ucieczka“ chce, by prezydent przeprosił za zbrodnie Armii Czerwonej*, in: *Dziennik* vom 6.03.2007, S. 40; B. T. Wieleński, *Pruska arkadia w niemieckiej TV*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 7.03.2007, S. 13. In Ostpreußen spielt ferner der Spielfilm *Operation Walküre* aus dem Jahr 2009, in dem die Geschichte des gescheiterten Attentats auf Hitler in der Wolfschanze gezeigt wird. Vgl. A. Krzemiński, *Kowboj w kwaterze Hitlera*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.01.2009, S. 15; P. Semka, *Nie musimy czcić Stauffenberga*, in: *Rzeczpospolita* vom 14.-15.02.2009, S. A 16, 17.

- 130 Die „*Gauhauptstadt*“ wurde zur Festung erklärt und sollte um jeden Preis gehalten werden. Die Erstürmung der Festung Königsberg war wesentlicher Bestandteil der ganzen ostpreußischen Operation der Roten Armee. Diese setzte sich aus drei Etappen zusammen: Vernichtung der deutschen 4. Armee, Sturm auf Königsberg und Beseitigung deutscher Truppen auf der Halbinsel Samland.
- 131 In der Schlussphase des Krieges waren sich viele Deutsche bewusst, dass sie schuldig geworden waren durch ihre grenzenlose Unterstützung für Hitler, durch die passive Duldung seiner Verbrechen oder auch nur dadurch, dass sie den Heldenmut nicht aufbrachten, gegen die verbrecherische Diktatur zu kämpfen. Immer weniger Menschen glaubten an die „Wunderwaffe“, die das Reich retten sollte. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass viele Deutsche bis zum Schluss kämpften und bis zum letzten Augenblick fanatisch an das „Genie des unfehlbaren Führers“ glaubten.
- 132 E. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 433. Andere Quellen geben eine Opferzahl zwischen 56 und 73 an.

Lüge<sup>133</sup> lässt sich mit dem Ausmaß der Fälschungen im Zusammenhang mit dem sog. „Bromberger Blutsonntag“ im September 1939 vergleichen.<sup>134</sup>

Die Ereignisse von Nemmersdorf (heute Majakowskoje im Kaliningrader Gebiet) wiederholten sich später in verschiedenen Varianten in anderen Teilen Ostpreußens, auch den von Ermländern und Masuren bewohnten, wie z.B. in Altwarburg oder Groß Kleeberg im Ermland. Nemmersdorf wurde zu einem Symbol, weil es dort zur ersten Berührung der deutschen Zivilbevölkerung mit der Roten Armee gekommen war<sup>135</sup>. Die Behörden propagierten massenwirksam „Rache für Nemmersdorf“. Die Auswirkungen dieser Kampagne waren vielfältig. Einige fragten, wie es dazu habe kommen können, dass die „unbesiegte Wehrmacht“ nicht in der Lage gewesen sei, die eigene Bevölkerung zu schützen. Andere, von Furcht geleitet, fuhren unter mancherlei Vorwänden ins Reich ab. Durch massenhaften Aufbruch schrumpfte die Bevölkerungszahl im „alten“ Ostpreußen von ca. 2,4 Mio. im März 1944 auf ca. 1,75 Mio. am Jahresende<sup>136</sup>.

133 Es wurde eigens eine internationale Ärztekommision mit „unabhängigen Fachleuten“ eingesetzt. Den in das Dorf erneut einrückenden Soldaten soll sich ein grausiger Anblick geboten haben: zwei Frauenkörper in gekreuzigter Stellung an die Scheunentore genagelt, ein Leiterwagen, an den vier nackte Frauen genagelt waren, Leichname durch „bol-schewistische Horden“ vergewaltigter und geschändeter Frauen sowie bestialisch gefolterter Kinder. Diese Bilder wurde in ganz Deutschland verbreitet (vgl. unter anderem die „Deutsche Wochenschau“ vom 2.11.1944, Nr. 739, [www.YouTube.com](http://www.YouTube.com) (23.03.2010)). Zu Propagandazwecken wurden die bereits beigetzten Opfer exhumiert und entsprechend „hergerichtet“. In Wahrheit wurde keine der getöteten Frauen vergewaltigt. Die eigens nachgestellten Fotografien waren eine Lüge. Die Unwahrheit über die Vorfälle in Nemmersdorf hält sich bis heute in den deutschen Publikationen und im gesellschaftlichen Bewusstsein. Vgl. G. Böddeker, *Nemmersdorf*, in: *Letzte Tage in Ostpreußen. Erinnerungen an Flucht und Vertreibung*, hrsg. von H. Reinob, München 1993, S. 301-305; Ch. L. Mee, *Die Teilung der Beute*, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1975, S. 22.

134 Im Dezember 1939 erschien in der deutschen Presse eine Meldung über 103 deutsche Zivilopfer, die bei den Ereignissen am 3.-5. September 1939 umkamen (zumeist Menschen, die ohne Gerichtsurteile von den Polen erschossen wurden). Bald wurde diese Zahl auf 5 000 Opfer angehoben. Im Februar 1940 schrieb die nationalsozialistische Propaganda von 45 000, später von 58 000. Hitler selbst sprach von 62 000. Vgl. T. Chiciński, P. Kosiński, *Koniec mitu „Bydgoskiej Krwawej Niedzieli“*, in: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej* 2003-2004, Nr. 1, S. 24-27. In den Jahren 1939-1945 ermordeten Deutsche insgesamt mehr als 13 000 polnische Einwohner Brombergs (nach anderen Quellen 28 000).

135 Gemäß den Anweisungen des Propagandaministeriums vom 30. Oktober 1944: „a) Sie [diese Ereignisse] würden als Bestätigung des (...) dem Volk Gesagten empfunden und steigern den Widerstandswillen, b) unter den Frauen (...) das Angstgeföhle ausgelöst“. A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 320; B. Fisch, *Nemmersdorf Oktober 1944. Was in Ostpreußen wirklich geschah*, Berlin 1998.

136 R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 434, 435.

Eine andere Auswirkung der Kampagne war die Angsthysterie unter den deutschen Frauen. In vielen Ortschaften der Provinz und in anderen Teilen Deutschlands wurden massenhaft Selbstmorde begangen<sup>137</sup>.

Hauptzweck der Kampagne war indes, den Widerstandswillen gegenüber „Horden wilder Russen“ bzw. „dem Iwan“ wachzurütteln. Diese waren Vorboten eines unvermeidlichen, brutalen und „schmachvollen Todes“. Einen Ausweg aus dieser Situation bot nur der „Glaube und Kampf auf Leben und Tod bis zum Schluss“, bis zum Endsieg<sup>138</sup>.

Mit dem Überschreiten der ostpreußischen Grenze befand sich die Rote Armee zum ersten Mal auf dem Gebiet des Dritten Reiches. Deshalb entlud sich in diesen Gegenden der ungeheure Hass, nicht zuletzt wegen der Verbrechen deutscher Truppen auf dem Territorium der Sowjetunion<sup>139</sup>.

Opfer der Roten Armee wurden ganz überwiegend Frauen und Greise. Zu den häufigsten Verbrechen gehörten Vergewaltigungen von Frauen<sup>140</sup> sowie Plünde-

---

137 Derlei ereignete sich unter anderem in Mohrungen, wo 26 Diakonissen im Januar 1945 den Freitod wählten. Durch die Reportage *Die Nacht von Wildenhagen* von Włodzimierz Nowak und Agnieszka Kuźniak wurde der kollektive Selbstmord zahlreicher Frauen in Wildenhagen (Lubino) im Lebuser Land bekannt. Aus Angst vor einem „zweiten Nemmersdorf“ töteten sie sich und ihre Kinder in der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar 1945. Die Welle der Massenselbstmorde unmittelbar vor dem Einmarsch der Russen erfasste ganz Deutschland. Man schätzt, dass mehr Frauen Selbstmord verübten als von den sowjetischen Truppen umgebracht wurden. Diese Reportage wurde zuerst im Jahr 2000 in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ publiziert und dann in einen Sammelband von W. Nowak *Obwód głowy*, Wołowiec 2007, S. 19-40, aufgenommen. Auch eine deutsche Übersetzung liegt vor: *Die Nacht von Wildenhagen. Zwölf deutsch-polnische Schicksale*, Berlin 2009, S. 21-45.

138 Aufschriften an Hausmauern und auf Transparenten lauteten nun: „Wir kapitulieren nie“ oder „Uns geht die Sonne nicht unter“. Vgl. R. Leszczyński, *Syndrom Nemmersdorfu. Niemcy nie mają historycznej racji, ale mają lepszych historyków*, in: *Wprost* vom 15.04.2007, S. 78-81.

139 Infolge der deutschen Besatzung Weißrusslands beispielsweise kamen 2,7 Millionen Menschen (oder ein Viertel der Gesamtbevölkerung) um. Ungefähr 9 200 Dörfer brannten nieder, 692 Dörfer wurden mit ihren Bewohnern durch deutsche Pazifikationseinheiten vernichtet. Die Wirtschaft wurde zu 95 % zerstört.

140 Eine Einwohnerin Elbings berichtet: „Wir wurden jetzt noch einmal gemustert und nach Alter sortiert. Ich war damals 39 Jahre alt. Ein Zimmer von diesen Behelfsheimen war für die Vergewaltigungen hergerichtet, die nun erfolgen sollten. Zuerst kamen die jüngeren Frauen dran, ich erst gegen Morgen und wurde gleich von drei russischen Soldaten gebraucht. Diese Vergewaltigungen wiederholten sich täglich zweimal, jedesmal mehrere Soldaten, bis zum 7. Tag. Der 7. Tag war mein schrecklichster Tag, ich wurde abends geholt und morgens entlassen. Ich wurde am Geschlecht ganz aufgerissen und hatte armstarken Geschwulst vom Geschlechtsteil an beiden Oberschenkeln bis an die Knie. Ich konnte nicht mehr laufen und nicht liegen. Dann folgten noch 3 dieser schrecklichen

rungen und Hinrichtungen<sup>141</sup>. Diese Handlungen wurden zum Massenphänomen und stützten sich auf die Erlaubnis der sowjetischen Militärführung, die zur blutigen Vergeltung und Rache anstiftete. In diesen Gebieten waren – ähnlich wie in den von der deutschen Wehrmacht eingenommenen Gebieten Weißrusslands, der Ukraine und Russlands – die allgemein befolgten Grundsätze für den Umgang des Siegers mit den Besiegten nicht gültig. Weit vorbereitet war die Praxis, dass die Befehlshaber der Roten Armee ihren Soldaten die jeweils eroberten Städte für zwei- bis dreitägige Beutezüge überließen.

Zur vollen Freiheit in ihren Rachehandlungen ermunterte die Soldaten auch die damalige sowjetische Propaganda. In einer Reihe von Flugblättern, Presseartikeln und Rundfunksendungen hieß es ähnlich wie in einer Frontzeitung vom 17. September 1944: „Die Deutschen werden die Stunde verfluchen, in der sie unseren Boden betreten haben. Die deutschen Frauen werden die Stunde verfluchen, in der sie ihre Söhne geboren haben. Wir werden nicht schänden. Wir werden nicht verwünschen. Wir werden nicht zuhören. Wir werden töten“<sup>142</sup>.

Tage wie bis zum 6. Tag. Dann waren wir nach Ansicht der russischen Soldaten fertig und wurden nackt aus diesem Höllenraum herausgejagt. Andere Frauen traten an unsere Stelle. Eine ältere Frau gab mir eine Decke. Diese Scheußlichkeiten wurden im Beisein von 10 Frauen und oft auch im Beisein der eigenen Kinder durchgeführt. Meinen beiden Kindern blieb jedoch dieses erspart. In diesen schrecklichen Tagen erhielten wir kein Essen, sondern nur Alkohol und Zigaretten.“ Zit. nach *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, Bd. I/1: *Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße*, bearb. von Th. Schieder, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1953, S. 62 f. Am 23. Januar 1945 vergewaltigten und töteten sowjetische Soldaten in Allenstein insgesamt 104 Nonnen der Kongregation der Schwestern von der hl. Jungfrau und Martyrin Katharina (gemeinhin Katharinerinnen genannt). Vgl. E. K. Czaczkowska, *Pierwsze ofiary Armii Czerwonej na ołtarze*, in: *Rzeczpospolita* vom 19.12.2006, S. A5. Vgl. auch: A. Krzemiński, *Zwyczajne Niemki. Niemieckie obrachunki*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 3.-4. Januar 2004, S. 13-16; ders.: *Sowieckie gwałty, czyli niemiecki pakt milczenia*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 12.11.2008, S. 18.

141 Die Berichte eines sechzehnjährigen Jungen aus Parwolken im Kreis Osterode zeichnen folgendes Bild: „Sie zündeten an, brachten um, raubten aus, was ihnen gefiel. Keiner verwehrte es ihnen. Innerhalb von wenigen Stunden verwandelten sich ganze Gehöfte in Trümmer. An Straßen und auf Feldern lagen Leichen. Jeder Tag brachte Mord und Raub. Erst kamen die einen und holten sich, was ihnen beliebte, dann kamen andere und wieder andere, ohne Ende. Was der eine nicht mitnahm, nahm der andere. Auf diese Weise haben wir fast unser ganzes Hab und Gut verloren. Die siegreiche Armee hinterließ eine bleibende Spur“.<sup>4</sup> Zit. nach B. Domagała, *Kształtowanie się tożsamości młodego pokolenia Mazurów w życiorysach wychowanków Mazurskiego Uniwersytetu Ludowego*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1991, Nr. 3, S. 154.

142 Zit. nach M. Podlasek, *Wypędzenie...*, S. 98.

Der Oberbefehlshaber der 3. Weißrussischen Front, General Iwan Tschernjachowski, dessen Soldaten es zu ganz besonderem „Ruhm“ für ihre Racheakte und Pazifikationen brachten, erließ am Vortag des Angriffs auf Ostpreußen folgenden Befehl: „Zweitausend Kilometer sind wir marschiert und haben die Vernichtung all dessen gesehen, was wir in zwanzig Jahren aufgebaut haben. Nun stehen wir vor der Höhle, aus der heraus die faschistischen Angreifer uns angegriffen haben. Wir bleiben erst stehen, nachdem wir sie gesäubert haben. Gnade gibt es nicht – für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat. Es ist unnötig von den Soldaten der Roten Armee zu fordern, dass Gnade geübt wird. Sie lodern vor Hass und Rachsucht. Das Land der Faschisten muss zur Wüste werden“<sup>143</sup>.

Die Rücksichtslosigkeit der Roten Armee gegenüber der gesamten Bevölkerung Ostpreußens, darunter gleichfalls den Ermländern und Masuren, aber teilweise auch den französischen oder italienischen Kriegsgefangenen, fand ihre Beglaubigung ebenfalls in den Spalten der Moskauer „Prawda“, die in ihrer Ausgabe vom 7. Oktober 1944 den Brief eines Frontsoldaten an Stalin abdruckte. Darin lesen wir unter anderem: „Ich hasse die Deutschen. Mit meinem Gewehr erschieße ich Deutsche, die sich in den preußischen Landen herumtreiben. Melde gehorsamst, Genosse Stalin, dass ich schon 15 Deutsche in ihrem eigenen Land umgebracht habe!“<sup>144</sup>.

Von den Meldungen über das Ausmaß an Brutalität und Rücksichtslosigkeit des Tuns ihrer Truppen in Ostpreußen aufgeschreckt, beschloss die Militärführung der Roten Armee, entsprechende Direktiven auszugeben, um dieser beispiellosen Barbarei Einhalt zu gebieten. Infolgedessen hielten sich die Racheakte in anderen Gegenden des Dritten Reiches, z.B. in Schlesien oder westlich der Oder, in Grenzen.

Zu den wenigen Ausnahmen gehörte die Haltung Lew Kopelews, eines Offiziers der Roten Armee, der 1945 vom NKWD wegen „kleinbürgerlichen Humanismus, Mitleids mit dem Feind und Untergrabung des Kampfgeistes der Truppe“ zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Der spätere Autor eines aufsehenerregenden Buches, das apokalyptisch den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ostpreußen schildert<sup>145</sup>, verteidigte eine deutsche Frau, die man auszurauben versuchte. Kopelew beschreibt unter anderem, wie die Russen fast kampfflos eroberte Städte

---

143 *Ebenda*, S. 100.

144 Zit. nach Z. Romanow, *Ludność niemiecka na Ziemiach Zachodnich i Północnych w latach 1945-1947*, Słupsk 1992, S. 42 f. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte waren der Gesamtheit der Deutschen ebenfalls feindlich gesinnt, zumal den Kriegsgefangenen. Vgl. J. Bacque, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangenen in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946*, Hamburg 1990.

145 Vgl. L. Kopelew, *Aufbewahren für alle Zeit*, Hamburg 1982.

in Brand steckten. Auf diese Weise größtenteils zerstört wurden Allenstein, Neidenburg und viele andere Städte und Ortschaften.

Charakteristisch für die „selektive Erinnerung“ an den Untergang Ostpreußens ist die Art und Weise, wie der massenhafte Tod der evakuierten Häftlinge der Lager Soldau und Stutthof sowie die von Deutschen an ihnen verübten Morde in der letzten Kriegsphase wahrgenommen werden. Diese Verbrechen scheinen in einer anderen Dimension begangen worden zu sein. Sie galten nicht als beachtens- oder erwähnenswert. Und so hat beispielsweise der grausame Mord an 120 zumeist polnischen Häftlingen des Lagers Soldau, in der Nacht vom 21. auf den 22. Januar 1945 (am Fluchttage der Wehrmacht) an der Landstraße Osterode-Allenstein unweit von Altfinken (Alt Jablonken), keinen Niederschlag gefunden in den Erinnerungen Hans von Lehndorffs mit dem Titel *Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947* (München 1967). Er wohnte in einer Entfernung von ungefähr 3 km vom Ort des Geschehens. Der Autor beschreibt indes sehr detailliert allerlei Grausamkeiten, die in nächster Umgebung beim Einmarsch sowjetischer Truppen und polnischer Plünderer begangen worden sind<sup>146</sup>. Höchst bezeichnend ist es, dass der Exodus der ostpreußischen Bevölkerung im Jahr 1945 und die unmenschliche Behandlung durch die Rote Armee von den zahlreichen Memoirenschreibern keinesfalls damit in Verbindung gebracht werden, dass es die Deutschen waren, die diesen schrecklichsten aller Kriege auslösten, und dass die Flucht und die späteren Vertreibungen und Aussiedlungen der deutschen Bevölkerung nur ein Glied darstellten in einer langen Kette von Vertreibungen und Verbrechen, angefangen von der Vertreibung der Polen aus Großpolen durch die Deutschen in den Jahren 1939-1940.

Fast völlig unbekannt ist das Massaker, das Ende April 1945 an jüdischen Häftlingen an der Ostseeküste in Palmnicken (heute Jantarnyj) im Samland verübt wurde (etwa 50 km nordöstlich von Königsberg).

Gegen Ende Januar begann die Evakuierung der Lager und Außenlager des KZ Stutthof. Damals waren die Häftlinge zu 75 % Juden. Die restlichen Insassen dieses 1939 errichteten Lagers in der Nähe von Danzig waren Polen und Russen. Unter den jüdischen Häftlingen überwogen Frauen im Alter von 16-40 Jahren, die als „arbeitsfähig“ vom KZ Auschwitz ins KZ Stutthof verlegt worden waren. Im Herbst 1944 hatten die ostpreußischen Behörden Bedarf an Arbeitskräften für den Bau von Befestigungen zum Schutz vor der anrückenden Roten Armee angemeldet. In Ostpreußen gab es kein großes Konzentrationslager, aber schon 1939 waren viele Außenlager von Stutthof entstanden.

---

146 Über diese Angelegenheit schreibt Hubert Orłowski in einem Vorwort zum Sammelband *Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie*, pod red. h. Orłowskiego, A. Saksona, Poznań 1996, S. 10-12.

Unter den Häftlingskolonnen, die zunächst Richtung Königsberg marschierten, war auch eine Gruppe von Häftlingen des Lagers Stutthof, die mehrheitlich aus den baltischen Staaten stammten. Während der ersten Etappe des Todesmarsches, an dem ungefähr 10 000 Frauen und 2 000 Männer teilnahmen, wurden täglich dutzende Häftlinge ermordet, viele verhungerten, es kam zu Fällen von Kannibalismus.

Nach der Zusammenziehung der gesamten Juden aus verschiedenen in Ostpreußen bestehenden Außenlagern (unter anderem Heiligelinde, Schippenbeil, Gerdauen, Seerappen, Jessau) traten die Häftlingskolonnen den Marsch nach Palmnicken an, wo sie ermordet werden sollten. Auf dem Weg dorthin erschossen SS-Einheiten und Abteilungen der Organisation Todt zwischen 2 000 und 2 500 Menschen. Von den insgesamt ca. 6 500-7 000 Häftlingen kamen etwa 3 000 Juden am 26.-27. Januar in Palmnicken an.

An der Meeresküste wurde mit dem Morden begonnen. Das Massaker wurde unter Beteiligung der Hitlerjugend verübt. Beobachtet wurde es von Ortsansässigen<sup>147</sup>. Gegen Morgen wurde den Opfern, die am Strand oder im Wasser lagen, der Todesstoß versetzt. Als am 15. April 1945 die Rote Armee in Palmnicken einmarschierte, stellte sich heraus, dass nur fünfzehn von den 7 000 Juden überlebt hatten, die den Todesmarsch mitgemacht hatten. Erst am 31. Januar 2000, dem 55. Jahrestag des Massakers, wurde hier ein Gedenkstein enthüllt<sup>148</sup>. Das Massaker von Palmnicken war das größte deutsche Kriegsverbrechen in Ostpreußen. Andreas Kossert schreibt: „Der Todesmarsch von Königsberg nach Palmnicken berührt in ganz eigener Weise die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, da das Massaker mit Flucht und Vertreibung zusammenfällt. Das Geschehen in Palmnicken steht für das letzte Kapitel des Holocaust und ist zugleich der erste Akt im Drama der Flucht“<sup>149</sup>.

---

147 Es war kein Einzelfall. Am 9. April 1945 wurden in Celle 170 Häftlinge (darunter viele Polen), die aus einem Transport nach dem nahe gelegenen KL Bergen-Belsen geflohen waren, getötet. Einem Aufruf der SS folgend, ermordeten viele Celler Bürger wehrlose Häftlinge, wo sie sie nur aufgreifen konnten. Dieser Vorfall ging in die Geschichtsbücher als Massaker von Celle ein. Vgl. P. Jendroszczyk, *Niemcy przypomniał ofiary pogromu, upamiętniając wypędzonych*, „Rzeczpospolita“ vom 13.03.2009, S. A 10.

148 Im Februar 2009 kam es zu einem diplomatischen Eklat, nachdem die Fahrzeugkolonne mit Vertretern des polnischen und des deutschen Generalkonsulats in Kaliningrad von ihrem Weg nach Jantarny zur Umkehr gezwungen wurde. Ziel der Reise war eine Gedenkfeier für die Ermordeten. Die russischen Behörden erklärten, der Ort liege im Grenzgebiet; um es zu betreten, bedürfe es einer Sonderaufenthaltsgenehmigung.

149 A. Kossert, *Prusy Wschodnie. Historia i mit*, Warszawa 2009, S. 295.

Die letzten Kämpfe in Ostpreußen fanden Ende April im Samland statt. Einer der letzten, der Ostpreußen vor dessen Untergang verließ, war Erich Koch<sup>150</sup>. Ostpreußen hatte die größten Verluste auf deutschem Staatsgebiet zu beklagen. Die Trümmer des Dritten Reiches begruben siebenhundert Jahre deutscher Geschichte.

---

150 Am 23. April 1945 verließ er auf dem Eisbrecher „Ostpreußen“ mit seinem Stab den Hafen Pillau, um über einen Militärstützpunkt auf der Halbinsel Hela und über Saßnitz am 30. April in Kopenhagen einzutreffen. Nach der Kapitulation des Dritten Reiches hielt er sich unter geändertem Namen in Norddeutschland versteckt. Am 25. Mai 1949 wurde er in der Umgebung von Hamburg wiedererkannt und von den Briten verhaftet, die ihn 1950 an Polen auslieferten. 1958 wurde er vor einem Warschauer Gericht unter anderem wegen Mitwirkung an der Ermordung von 400 000 Menschen und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Zu Tode verurteilt kam er ins Gefängnis in Barczewo im Ermland im früheren Ostpreußen. Im Alter von neunzig Jahren starb er eines natürlichen Todes am 12. November 1986 in einem Krankenhaus in Allenstein. Vgl. R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter...*, S. 459-491; A. Kossert, *Ostpreußen...*, S. 323 f.

**Kapitel IV**  
**Die alten und neuen Bewohner**  
**(1945-1950)**



Das Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete für Ostpreußen den Untergang und Zerfall der bisherigen sozialen Ordnung. Die bisherige Kontinuität, die eine staatliche, territoriale, nationale, wirtschaftliche, politische, historische, kulturelle und zivilisatorische war, riss nach Jahrhunderten ab. Das zusammenhängende Gebiet entfiel auf drei Staaten, nämlich Litauen, Russland (Sowjetunion) und Polen, die sich nach Größe, Wirtschaftspotential, historischer Tradition und ihrem Verhältnis zu diesem Land unterschieden. Entscheidend für die Herausbildung der lokalen und regionalen Identität der neuen Bewohner Ostpreußens waren der Besiedlungsverlauf, die nationale Zusammensetzung, die Politik der zentralen und regionalen Behörden, die Bedeutung dieser Gebiete für die Nationalmythologie sowie das Verhältnis zur Vergangenheit und insbesondere zum deutschen Kulturerbe.

## **1. Das Memelland (Klaipėdos Kraštas) in den Grenzen des Mutterlandes**

Das Jahr 1945 markiert eine „Stunde Null“, den Beginn einer neuen Epoche für das der Vergangenheit anheim fallende Land namens Ostpreußen. Die neuen Einwohner des Memellandes (auch Kleinlitauen genannt), des Königsberger/Kaliningrader Gebiets sowie des Ermlands und Masurens waren mit einer neuen und fremden Realität konfrontiert. Die bisherigen Einwohner konnten nicht viel mit ihr anfangen und kamen sich darin gleichermaßen fremd vor, degradiert zu Menschen zweiter oder dritter Klasse und, was häufig vorkam, jeglicher Rechte beraubt. Sie waren zur „Vernichtung bestimmt“ – so wie Zehntausende Häftlinge der Konzentrationslager, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus Polen und anderen Ländern, die 1939-1945 in Ostpreußen die Grundlagen für das tausendjährige Dritte Reich schaffen sollten.

Die Bevölkerungsverluste unter den Einwohnern Ostpreußens waren die größten im gesamten Staat Adolf Hitlers, der Europa den grauenvollsten aller Kriege bereitet hatte. Sie bekamen als erste den ungeheuren Hass und die Rache zu spüren für das, was ihre Landsleute im Krieg und während der grausamen Besatzung in Russland, Weißrussland, der Ukraine und Polen getan hatten. Der totale Untergang des Dritten Reiches zog die völlige Vernichtung Ostpreußens nach sich.

Im Oktober 1944 überschritten Verbände der Roten Armee die Nordgrenze Ostpreußens. Ohne größere Verluste nahmen sie die Umgebung von Goldap, Gumbinnen und das südliche Memelland ein. Infolge der geordneten Aussiedlung auf Veranlassung der deutschen Behörden waren diese Landesteile zu 90 % von der Zivilbevölkerung geräumt. Ähnlich verhielt es sich in Tilsit und Insterburg.

Im Oktober 1944 nahmen sowjetische Truppen Šilutė (deutsch: Heydekrug, polnisch: Szyłokarczma) und die übrigen Ortschaften südlich von Memel ein.

Erbittert gekämpft wurde auf der Kurischen Nehrung und um die Stadt Memel. Am 28. Januar 1945 fiel Memel, das anschließend mit dem gesamten historischen Memelland in die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik (LSSR) eingegliedert wurde. Die neuen sowjetischen Machthaber in Wilna begannen mit dem Aufbau einer eigenen Verwaltungsstruktur für das Gebiet. Ausgehend von Militärkommandanturen, die die Vorhut der neuen kommunistischen Ordnung darstellten, wurde die Gewalt allmählich an Parteifunktionäre übergeben, die aus dem Landesinneren Litauens und anderen Regionen der Sowjetunion kamen und den Grundstock der künftigen Nomenklatura, die neue sowjetische Machtelite, bildeten.

Das historische Gebiet des Memellandes/Kleinlitauens wurde trotz zahlreicher Verwaltungsänderungen nach 1945 niemals in seinen alten Grenzen wiederhergestellt.

Infolge des vom Deutschen Reich verlorenen Ersten Weltkriegs hatte man 1919 aus dem östlichen Teil Ostpreußens kraft § 99 des Versailler Vertrages einen neuen Verwaltungsbezirk namens *Memelgebiet/Klaipėdos Kraštas* geschaffen und durch Völkerbundsmandat unter französische Verwaltung (1920-1923) gestellt.

Das Gebiet war insgesamt 2 708 km<sup>2</sup> groß<sup>1</sup>, was etwa der Fläche Luxemburgs entsprach, und bestand aus den ehemaligen preußischen Kreisen Memel und Heydekrug und aus den nördlich der Memel liegenden Teilen der Kreise Tilsit und Ragnit. Ab 1920 umfasste es die Stadt Memel sowie die drei Kreise Memel, Heydekrug und Pogegen. Letzterer entstand 1920 und war eine neues Verwaltungsgebilde. Er umfasste den Ostteil des früheren Kreises Heydekrug und die nördlichen Landstriche der Kreise Tilsit und Ragnit. Nach dem Anschluss des Memellandes an Deutschland im März 1939 wurde dieser Kreis aufgelöst, um 1945 in Sowjet-Litauen wieder zu erstehen<sup>2</sup>.

Das 1919 geschaffene Memelgebiet reichte nördlich bis zur alten preußisch-russischen (später -litauischen) Grenze; im Westen wurde es durch die Kurische Nehrung begrenzt, wo 4 km südlich von Nidden die Grenze zur Weimarer Republik verlief. Die Memel war der Grenzfluss im Süden. Während der Zugehörigkeit

- 
- 1 Vgl. G. H. Goring, *Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1991, S. 19. Andere Autoren nennen unterschiedliche Zahlen: 2 848 km<sup>2</sup> (A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation*, „Annaberger Annalen“ 1999, Nr. 7, S. 4) bzw. 2 657 km<sup>2</sup> (E. Schwertfeger, *Memelland – Land in Fesseln, Schicksal an deutschen Grenzen*, Teil I, Berlin 1935, S. 24).
  - 2 *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945*, Rheie A: *Preußen*, hrsg. von W. Hubatsch, Bd. 1: *Ost- und Westpreußen*, bearb. von D. Stüttgen, Marburg/Lahn 1975, S. 101, 115, 121.

zu Litauen bestand das Memelland 1923-1939 aus 65 Amtsbezirken, 30 Städten und 551 Dörfern. 1939 lebten hier 153 000 Einwohner<sup>3</sup>.

Die neue Verwaltungsgliederung Kleinlitauens (des Memellandes) rief unter den neuen kommunistischen Machthabern in Wilna heftige Kontroversen hervor. Nach den ersten Plänen, die am 22. November 1944 in der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Litauens verabschiedet wurden, sollte diese Region aus zwei Kreisen bestehen: Klaipėda/Memel in seinen bisherigen Grenzen und Šilutė/Heydekrug. Letzterer sollte aus dem früheren gleichnamigen Kreis und 6 Gemeinden des früheren Kreises Pogegegen bestehen: Katyčiai/Koadjuthen, Natkiškiai/Natkischken, Ruckai/Rucken, Pogegegen, Piktupėnai/Piktupönen und Vilkiškiai/Willkischken. Die restlichen drei Gemeinden des alten Kreises Pogegegen, Smalininkai/Schmalleningken, Viešvile/Wischwill und Lauksargiai/Laugszargen, sollten dem Kreis Taurage/Tauroggen angegliedert werden.

Letzten Endes verabschiedete das oberste Organ der litauischen Kommunisten die folgende Verwaltungseinteilung des Memellandes: Kreis Klaipėda mit 16 Gemeinden, Kreis Šilutė mit 15 Gemeinden und Kreis Pagegiai mit 16 Gemeinden. Die Ortschaften Priekulė/Prökuls (Kreis Klaipėda), Rusnė/Russ und Šilutė/Heydekrug waren direkt der Bezirksregierung mit Sitz in Klaipėda unterstellt. Die Umbenennung der Verwaltungsorgane auf der lokalen und regionalen Ebene (Bezirk, Kreis und Rajongemeinden) trugen auch zur Schaffung einer sowjetischen (gesamtsovietischen) Realität bei, wodurch sich das Gefühl der Fremdheit, besonders bei den früheren Einwohnern verstärkte.

Die Änderung der Kreisgrenzen, unter anderem durch den Anschluss von Orten der alten Landesteile, d. h. des historischen Großlitauens, hatte für die neuen Machthaber – ähnlich wie im Ermland und in Masuren – symbolische Bedeutung. Man schuf nicht nur eine neue Gesellschaftsordnung im Sinne der stalinistisch-marxistisch-leninistischen Ideologie, sondern zog auch neue geographische Grenzen, die durch die neuen kommunistischen Behörden garantiert wurden. Dadurch brach man mit der alten Ordnung und historischen Tradition, sowohl der preußisch-deutschen (wilhelminischen, weimarischen, nationalsozialistischen) als auch der litauischen (der Jahre 1923-1939) oder derjenigen der 2. Polnischen Republik, wie dies im Soldauer Gebiet (1920-1939) der Fall war.

Der heutige Bezirk Klaipėda ist doppelt so groß wie das historische Memelland der Jahre 1919-1939. Er besteht zur Hälfte aus Regionen Großlitauens, d. h. dem südlichen und östlichen Schamaiten. Diese Landstriche gehörten früher zu historischen Gebieten wie Tauroggen/Tauraga, Schillehlen/Šilalė, Plungen/Plungė, Krottingen/Kretinga und Polangen/Palanga. Der Bezirk besteht aus den vier Rajongemeinden Schoden/Skuodas, Krottingen/Kretinga, Memel/Klaipėda

---

3 A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene...*, S. 40.

und Heydekrug/Šilutė, den drei selbstverwalteten Städten Klaipėda, Neringa (gebildet aus drei Ortschaften auf der Kurischen Nehrung: Perwelk/Pervalka, Preil/Preila und Nidden/Nida) und Seebad Polangen/Palanga. Achte Verwaltungseinheit ist die Gemeinde Pagegiai mit den vier Hauptorten Ruckai, Pagegiai, Rambynas, Vilkyškiai. Im Gebiet lebten 2003 über 380 000 Einwohner<sup>4</sup>.

Der soziale Wandel, der sich in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg im historischen Gebiet Kleinlitauens vollzog, verlief unterschiedlich und war abhängig von der Eigenart der einzelnen Subregionen als historische Gebiete (z.B. Schamaiten, Wilnaer Region). Die Besiedlungsvorgänge und Nationalitätenverhältnisse in der Bezirkshauptstadt Klaipėda gestalteten sich anders als in den Kreisen, wo die Einheimischen, die wie im Ermland und in Masuren als Autochthone bezeichnet wurden, einen großen Anteil der Bevölkerung ausmachten (Kreise Memel-Land, Heydekrug und Pogeegen). Wieder anders gestaltete sich die Lage in den Orten auf der Kurischen Nehrung, wo Nachfahren der aus Lettland stammenden Kuren lebten.

Die neue Gesamtbevölkerung Kleinlitauens nach dem Untergang des Dritten Reiches lässt sich im Lichte meiner Forschungen generell in drei Gruppen unterteilen, ähnlich wie im Ermland und in Masuren:

1. Ehemalige Einwohner Kleinlitauens: Preußisch-Litauer, Kuren und Deutsche. Aus der Kulturlandschaft dieses Gebiets verschwunden ist die jüdische Bevölkerung, die seit Jahrhunderten diese Region bewohnte;
2. Litauische Siedler, die selbständig oder in organisierten Gruppen aus dem benachbarten Schamaiten und anderen Teilen Litauens kamen;
3. Russen und Vertreter anderer Nationalitäten, die aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion ins Memelland kamen. Bei den Russen waren es hauptsächlich Berufssoldaten ihren mit Familien, Matrosen und Mitarbeiter der Meeresindustrie. Eine separate Gruppe bildeten Parteifunktionäre und Spezialisten verschiedener Fachgebiete, die größtenteils die künftige Nomenklatura stellten. In der Regel hatten sie, besonders in der frühen Nachkriegszeit, privilegierte Stellen inne. Vertreter anderer Volksgruppen waren vor allem Weißrussen, Ukrainer und Polen. Sie ließen sich hauptsächlich in Klaipėda und größeren Städten nieder.

## 1.1. Klaipėda – vollständiger Bevölkerungsaustausch

Die Stadt an der Dange wurde ähnlich wie andere Städte Ostpreußens (Königsberg, Tilsit, Insterburg, Allenstein, Elbing, Mohrungen, Lyck oder Neidenburg)

---

4 Angaben der Volkszählung von 2003, [www.std.lt](http://www.std.lt) (2.10.2005).

stark zerstört, sowohl während der bewaffneten Kämpfe (z.B. Tilsit, Königsberg, Wormditt, Elbing), als auch durch Brandstiftungen und Raubzüge der Soldaten der Roten Armee nach dem Durchzug der Front (z.B. Allenstein, Neidenburg, Rastenburg). In allen größeren Städten der Region kam es zu einem fast völligen Bevölkerungsaustausch. Ursache dafür war, dass sich die Mehrheit der ostpreussischen Stadtbevölkerung (aus Deutschen oder germanisierten Litauern, Masuren und Ermländern) vor der Offensive der Roten Armee in Sicherheit gebracht hatte oder geflohen war, unmittelbar nach dem Krieg und in den folgenden Jahren aus ihren bisherigen Wohnorten ausgesiedelt wurde (1945-1949) bzw. mehr oder weniger freiwillig nach beiden deutschen Staaten ausreiste (hauptsächlich in den Jahren 1961-1968 aus Kleinlitauen und nach 1956 dem aus Ermland und Masuren).

Durch die blutigen Kämpfe im Januar 1945 wurde die Stadt Memel zu ca. 28 % zerstört. Weitere 36 % der Bausubstanz wurden erheblich beschädigt. Am stärksten betroffen war das Stadtzentrum (was auf alle Städte der Region beinahe regelmäßig zutraf). Viele wichtige Gebäude (Börse, Rathaus, Markthalle) und ganze Straßenzüge (z.B. die Häuser in der damaligen Marktstraße) wurden in Schutt und Asche gelegt. Bei ihrem Rückzug sprengten die Deutschen systematisch Hafenanlagen, Fabriken und Uferstraßen in die Luft. Viele hohe Bauten, zum Beispiel Kirchtürme, das neugotische Postgebäude oder der Wasserturm, wurden arg in Mitleidenschaft gezogen. Völlig durch Bomben und Brände zerstört wurden zahlreiche symbolische und historische Bauten, wie der Elefantenspeicher, oder wunderschöne Bürgerhäuser<sup>5</sup>.

Hinsichtlich der Bevölkerungsverluste war Klaipėda eine Ausnahmereihe nicht nur innerhalb Ostpreußens, sondern im gesamten Nachkriegseuropa. Denn die Stadt verlor fast alle ihre Vorkriegseinwohner (man schätzt, dass Danzig 93 %, ganz Ostpreußen 94,9 % und Ost-Brandenburg (Lebuser Land) 94,9 % ihrer Einwohnerschaft verloren hatten)<sup>6</sup>. Der fast hundertprozentige Bevölkerungsverlust in Memel war das Ergebnis der vollständigen Räumung der Stadt durch die nationalsozialistischen Behörden und der Aufnahme der Bevölkerung in den mittleren Reichsgebieten. Es war das einzige Unternehmen dieser Art, als rechtzeitig vor der herannahenden Front die gesamte Zivilbevölkerung der damals 40 000 Einwohner zählenden Stadt evakuiert wurde. Ende 1944 kehrten etwa 10 % der Zivilbevölkerung nach Memel zurück, um die städtische Infrastruktur aufrechtzuerhalten. In jener Zeit waren in der Stadt etwa eintausend sowjetische Kriegsgefangene inhaftiert. Die letzten 100 Einwohner flohen zusammen mit dem Militär aus der zerstörten und verminten Stadt über die Kurische Nehrung in die Gegend von Königsberg.

---

5 V. Vareikis, *Klaipėda zwischen der Sowjetunion und der Litauischen SSR, 1945-1990*, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte* Bd. X, 2001, S. 122 f.

6 *Ebenda*, S. 123.

Einer der ersten litauischen Neubürger schrieb: „Übriggeblieben waren nur zwei Litauerinnen im Alter von 80-90 Jahren, zwei weißrussische Kriegsgefangene, ein junger Mann und zwei zur Zwangsarbeit deportierte polnische Architektinnen“<sup>7</sup>.

Die sowjetischen Militärbehörden registrierten nach der Besetzung Memels insgesamt 28 Vertreter der lokalen Zivilbevölkerung in der Stadt. Seit Jahresbeginn 1945 kamen die ersten neuen Einwohner nach Klaipėda. Es war eine echte „Stunde Null“.

Der erste Zustrom neuer Einwohner nach Klaipėda erfolgte, wie im Ermland und Masuren, spontan und meist ohne behördliche Kontrolle. In die Hauptstadt und die Grenzorte des Memellandes kamen nach und nach Litauer aus Großlitauen. Ihre Beweggründe waren vielfältig. Einige kamen zum Plündern, um eigene Verluste aus den Jahren des Krieges wiedergutzumachen oder sich an „deutschen Gütern“ zu bereichern. Andere beabsichtigten, sich hier für eine kürzere oder längere Zeit niederzulassen. Neben den in der Stadt stationierten Rotarmisten trafen auch erste litauische und sowjetische Parteifunktionäre, Mitarbeiter des Sicherheitsapparats, der Miliz, der Verwaltung und Experten verschiedener Fachgebiete ein. In ihre Heimatstadt kehrten zunächst vereinzelt auch ehemalige Einwohner und die Bevölkerung aus den umliegenden Orten des früheren Memellandes zurück. Es waren Deutsche, Litauer und Einheimische, die wie im polnischen Teil Ostpreußens als Autochthone bezeichnet wurden. Diese erste, von den Behörden nicht kontrollierte „wilde Besiedlung“ dauerte bis Mitte des Jahres 1946.

Am 23. März 1946 verabschiedete das ZK der KPL und der Rat der Volkskommissare der Litauischen SSR ein Dekret über die Besiedlung des Bezirks Klaipėda. Es war geplant, binnen einer relativ kurzen Zeit hier etwa 13 000 Familien (knapp 39 000 Personen) aus anderen Regionen Litauens anzusiedeln. Bald erwies sich, dass die behördlichen Beschlüsse und Pläne unrealistisch waren.

Die Nachkriegsrealität entpuppte sich als viel komplizierter. So wie die polnischen und sowjetischen Behörden ihre ursprünglichen Siedlungspläne nicht realisieren konnten, wurden auch die litauischen Kommunisten mit zahlreichen Problemen konfrontiert, woraufhin sie ihre Vorhaben korrigieren mussten. Mangelndes Sicherheitsgefühl, kriegsbedingte Demoralisation, unzureichende finanzielle Hilfen für die Neusiedler, Unfähigkeit der neuen Behörden, das Ausmaß an Kriegszerstörungen und -verwüstungen, Unsicherheit über den endgültigen Grenzverlauf und die Nachkriegsordnung, Bürgerkrieg: dies waren die Hauptfaktoren, die die Besiedlung der neuen Gebiete auf Schwierigkeiten und vielfältige Hindernisse stoßen ließen.

---

7 *Ebenda.*

Nachdem sich die Regierung der Reichweite des Problems bewusst geworden war, reduzierte sie die Besiedlungspläne. Nun sollten 9 600 Familien in Klaipėda und der Region wohnen. Letztendlich ließen sich im Rahmen der Siedlungsaktion in den ersten Nachkriegsjahren nur 5 300 Familien im Memelland nieder. Gegen Ende 1945 zählte Klaipėda etwa 6 000 Einwohner, 1947 stieg diese Zahl auf 51 000. Im Jahre 1946 kamen 19 000 Menschen in die Stadt, 1947 19 500, und 1948 13 800 neue Einwohner. Der Bevölkerungszuwachs in Klaipėda in den Jahren 1945-1950 gehörte zu den größten in ganz Litauen. Die meisten neuen Einwohner der Regionalhauptstadt stammten aus der Landbevölkerung. Vygantas Vareikis zufolge arbeiteten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 91,47 % der Litauer von allen 88,45 % Berufstätigen landesweit in der Landwirtschaft. Sie kamen hauptsächlich aus dem benachbarten Schamaiten und den Regionen Dzūkija und der Suvalkija<sup>8</sup>.

Das Beispiel der litauischen Umsiedler aus der Region Suvalkija ist einer eingehenderen Untersuchung wert, allein schon wegen der Analogie zu den polnischen Aussiedlern aus der Region Wilna, die sich in den Städten und Dörfern des Ermlands und Masurens niederließen. Wie die Deutschen und andere Einwohner Ostpreußens wurden diese beiden Gruppen Opfer des Großen Krieges, der dazu führte, dass sie ihre Heimat verlassen mussten.

Der Zweite Weltkrieg hatte tiefgreifenden Einfluss auf den Verlauf der Grenzen, die soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung sowie auf die Nationalitätenverhältnisse. Er bewirkte eine Änderung der polnisch-sowjetischen und folglich nach dem Zerfall der Sowjetunion der polnisch-russischen, -ukrainischen, -weißrussischen und -litauischen Staatsgrenze. Dadurch fanden sich viele Menschen polnischer, ukrainischer, weißrussischer und litauischer Herkunft, die polnische Staatsbürger waren, in den Grenzen der Sowjetrepubliken wieder. In den Jahren 1944-1946 wurden aus Polen 489 000 Ukrainer (von insgesamt 600 000, die 1945-1946 in Polen lebten) und etwa 36 000 Weißrussen, deren 150 000 im Land blieben, freiwillig, halb oder ganz zwangsweise ausgesiedelt. Kraft eines Abkommens zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (Lublinter Komitee) und der sowjetischen Regierung Litauens vom 22. September 1944 über den Bevölkerungsaustausch verließen etwa 1 000 Litauer (von insgesamt ca. 20 000) Polen<sup>9</sup>. Aus der Region Wilna, die Litauen angegliedert wurde, kamen in den Jahren 1944-1948 197 156 Personen (oder 12,98 % aller Repatriier-

---

8 Ebd Vgl. auch V. Vareikis, *Region Klajpedy po II wojnie światowej*, in: *Pamięć i historia (Olsztyn, Kaliningrad, Klajpeda)*, pod red. T. Chrzanowskiego, Olsztyn 2009, S. 68-83.

9 K. Sirblys, *Lietuvos komunistų partijos veikla udgant socialistiną darbininkų klasą*, Vilnius 1976, S. 32.

ten aus der Sowjetunion) nach Polen. Im südlichen Ostpreußen, d. h. im Ermland und in Masuren, ließen sich etwa 100 000 Polen aus der Region Wilna nieder<sup>10</sup>.

Auch in diesem Fall waren Schicksale der Polen und Litauer kurios miteinander verflochten. Die Litauer verließen ihre Häuser in der Region Suwałki, die nun in Polen lag, und gingen ins nördliche Ostpreußen, d.h. ins Memelland.

Die polnischen Aussiedler aus der Region Wilna, die an Litauen kam, fanden größtenteils ihre neue Heimat im Süden Ostpreußens, d. h. im Ermland und in Masuren. Beide Gruppen bezogen Häuser und übernahmen Gehöfte, in denen jahrhundertlang Deutsche und „Autochthone“ (Ermländer, Masuren und *Klaimediskis*) lebten. Ein Teil der Litauer aus der Region Suwałki zog im Rahmen der freiwilligen Binnenmigration in einen angrenzenden masurischen Kreis (hauptsächlich nach Elk/Lyck und dem gleichnamigen Landkreis), der damals Teil der Woiwodschaft Białystok war (in der auch die Region Suwałki lag). Das Hauptziel des Wohnsitzwechsels war die Verbesserung der Lebensbedingungen durch die Übernahme gut eingerichteter Gehöfte, die früher von Deutschen oder Masuren bewirtschaftet wurden.

Litauer, die aus der Region Suwałki ausgesiedelt wurden, sowie Polen aus der Region Wilna begegneten nun ihren jeweiligen Landsleuten, die über Jahrhunderte in den Grenzen Ostpreußens gelebt hatten. Die Mentalitätsunterschiede waren so gravierend, dass es oftmals zwischen den beiden Gruppen zu mehr oder weniger ernsthaften Spannungen kam. Die einen wie die anderen betrachteten ihre alteingesessenen Landsleute als Deutsche oder im besten Fall als germanisierte Litauer oder Polen. Sie bemerkten deren Eigenart, akzeptierten sie jedoch leichter als die Einwohner Zentralpolens oder Kernlitauens. Dies deswegen, weil die Polen in der Region Wilna und die Litauer in der Region Suwałki in einer multinationalen und multikulturellen (polnisch-litauisch-jüdisch-russischen) Gesellschaft lebten. Zu verschiedenen historischen Zeiten war ihre jeweilige Gruppe bald in der Mehrheit, bald in der Minderheit gewesen. Daher fiel es ihnen leichter, die Eigenart germanisierter Landsleute und die der dort lebenden Deutschen zu akzeptieren.

Polen, die aus dem „zentralen“, „echten“ bzw. „Kern“-Litauen oder -Polen kamen, waren gegenüber litauischen oder polnischen Einheimischen in der Regel feindselig eingestellt. Sie nahmen sie als „Faschisten“, „Hitleristen“ oder auch Deutsche wahr.

M.K. erinnert sich an eine Begegnung mit „Kolonisten“, d.h. mit Litauern aus Großlitauen: „Sie betrachteten uns als Feinde. Oft bekam man zu hören: ‚Was

---

10 Ähnliche Abkommen wurden von den polnischen Behörden mit der Ukraine und Weißrussland (9. September 1944) und mit Moskau über die Ausreise polnischer und jüdischer Bevölkerung aus den übrigen Regionen der Sowjetunion (6. Juli 1945) geschlossen. Vgl. A. Sakson, *Mniejszości narodowe w Polsce ze szczególnym uwzględnieniem mniejszości niemieckiej*, in: *Kultura i Społeczeństwo* 1991, Nr. 4, S. 186 f.

sucht ihr hier. Geht zu eurem geliebten Hitler' oder auch ‚Faschisten‘ bzw. einfach ‚Deutsche‘. Auf unsere Beteuerungen, wir seien doch Litauer und sprächen Litauisch, wurde häufig erwidert: ‚Solche in der Wolle Gefärbten gibt es hier mehr als genug. Als die Deutschen hier waren, habt ihr Heil geschrien, und jetzt, wo der Iwan euch den Arsch versohlt hat, ist euch wieder eingefallen, dass ihr Litauisch sprecht‘. So war das...“ (Interview des Autors im Oktober 2005).

Die nach Klaipėda gekommenen Kolonisten bezogen Wohnungen und andere Gebäude in der Regel ohne darauf zu achten, ob die früheren Besitzer Deutsche, Litauer oder Autochthone waren. Oft wurden letzteren Kleidung, Getreide, Lebensmittel oder verschiedene Gerätschaften weggenommen. Dabei wurde das historische und kulturelle Erbe der Region negiert. Zum Ausdruck kam dies unter anderem durch die Plünderung zerstörter Kirchen, das Fällen und Verheizen hundertjähriger Bäume und das Weiden von Vieh auf lutherischen Friedhöfen, die man in der Regel nicht ehrte, weil sie als zum „deutschen“ Glauben gehörig betrachtet wurden.

Zu einer ersten Rückkehrwelle ehemaliger Einwohner der Stadt und ihrer Umgebung kam es um den Jahreswechsel 1945/1946. In dieser Zeit wurden an den entsprechenden Stellen etwa 4 000 Menschen registriert. Ein Teil von ihnen ließ sich in Klaipėda nieder. 1948 trafen 562 und im Jahr 1949 652 frühere Stadteinwohner in Klaipėda ein. Laut Schätzungen kehrten in den Jahren 1945-1949 fast eintausend frühere Einwohner in die Stadt zurück. Wegen ihrer bescheidenen Zahl waren sie kein prägendes Element in der Landschaft der Stadt mehr, in die nun massenweise neue Einwohner strömten.

Von Anfang an gaben die „Neuen“ den Ton an und prägten den Charakter Klaipėdas. Es waren unter ihnen drei Hauptgruppen zu unterscheiden: Litauer aus Großlitauen, Russen und andere Volksgruppen (vorrangig Ukrainer, Weißrussen, Polen und Juden). In der Mehrheit handelte es sich um Landbevölkerung, für die der Umzug in die Stadt zweifelsohne eine Form des gesellschaftlichen und zivilisatorischen Aufstiegs darstellte. Dieser Umstand federte die Alltagsbeschwerden in den ersten Nachkriegsjahren ab und entschädigte sie gewissermaßen. Die damals im Entstehen begriffene Gesellschaft Klaipėdas begründete dauerhaft den unverwechselbaren Charakter der Stadt. Im Unterschied zu anderen litauischen Städten stand ihre Herausbildung unter dem Vorzeichen des fast vollständigen Bevölkerungsaustauschs. Es gab und gibt bis heute keine zweite Stadt in Litauen, in der so viele Russen wohnen (1950 machten die Litauer nur 40 % der Stadtbevölkerung aus, Russen hingegen 51 %, Weißrussen 3 %, Juden 1 % und Vertreter anderer Nationen 5 % von insgesamt 45 500 Einwohnern).

Für die meisten neuen Einwohner war Klaipėda eine kulturell höchst „fremd“ anmutende Stadt, deren deutscher Charakter auf Schritt und Tritt zu sehen war. Rasch wurde sie auch bekannt als eine Stadt, in der „sehr viele Russen leben“.

Auch die Tatsache, dass Klaipėda eine Hafen- und Militärstadt war, bestimmte ganz entscheidend seine Eigenart mit. Ähnlich wie Kaliningrad und das gesamte Kaliningrader Gebiet war die Stadt für Ausländer praktisch nicht zugänglich, ein mehr oder weniger abgeriegeltes Gebiet unter „Sonderaufsicht“<sup>11</sup>.

Entscheidend beeinflusst wurden der intensive Wiederaufbau der zerstörten Stadt, die Wiederinbetriebnahme der industriellen Infrastruktur und folglich die Zunahme der Einwohnerzahl durch die günstige geographische Lage. Der ganzjährig eisfreie Zugang zum Hafen von Klaipėda machte es nicht nur zu einem günstigen und laufend erweiterten Militärstützpunkt, sondern auch zu einem wichtigen Ostseehafen. Bis Ende 1945 nahmen 12 Industrierwerke ihren Betrieb auf, von denen in hohem Maße das normale Funktionieren und die Entwicklung der Stadt abhingen (Mühle, Elektrizitätswerk, Bäckereien, Möbelfabrik, Brauerei usw.). Im Jahr 1947 waren bereits 66 Arbeitsstätten in Betrieb. Gegen Jahresende 1945 entfiel auf Klaipėda 1 % der Industrieproduktion von ganz Litauen. Im Lauf der Jahre wurden Fischerei und Fischverarbeitungsindustrie intensiv ausgebaut (der Fischfang in der Ostsee wurde 1947 wieder aufgenommen). Ende der vierziger Jahre wurden 40 neue Fischkutter gekauft. 1950 entfielen 80 % der gesamten Fischfangmenge auf Schiffe aus dem Hafen Klaipėda. Die Fischerzeugnisse wurden in der gesamten Sowjetunion abgesetzt. Die meisten Fischer waren in den ersten Nachkriegsjahren Russen, die auch in den hier zahlreich stationierten Garnisonen (Berufsoffiziers- und -unteroffizierskader mit Familien), in der Parteinomenklatura, im Sicherheitsapparat und in der Werftindustrie dominierten. Die russische Sprache gehörte von nun an zum kulturellen Bild der Stadt. Die beachtliche Zahl der Russen beförderte eine relativ rasche und umfangreiche Sowjetisierung der Stadt, die auch im allgemeinen Bewusstsein der Litauer als solche galt (und immer noch gilt). Dies hatte vielfältige Folgen im Bereich der Mentalität, aber auch für das Straßenbild, die Kultur, Wissenschaft und den Alltag, was sich zum Beispiel im Kampf gegen ein im weiten Sinne verstandenes „Deutschtum“ im zeigte. Ein spektakuläres Indiz für diese Sowjetisierung war die Tatsache, dass die meisten amtlichen Unterlagen in den städtischen Einrichtungen in den Jahren 1947-1950 auf Russisch geführt wurden! Zuvor (in den Jahren 1945-1947) hatte man in den Behörden die litauische Sprache benutzt.

Wie in Kaliningrad und einigen ermländischen und masurischen Städten, wo große Aussiedlergruppen aus der Sowjetunion eintrafen (z.B. in Braniewo/Braunsberg), war auch in Klaipėda in den Jahren 1945-1946 das Phänomen der Ruralisierung oder „Verdörflichung“ der Stadt zu beobachten. Der starke Zustrom ländlicher Bevölkerung und die Versorgungsschwierigkeiten in der Nachkriegszeit ließen die Hauptstadt der Region eher an ein Dorf als eine Stadt erinnern

---

11 V. Vareikis, *Klaipėda...*, S. 128 f.

(1946 lebten in Klaipėda bereits 30 000 Einwohner). Das Hauptproblem war der Mangel an Lebensmitteln und Heizmaterial. Die neuen Stadtbürger hielten in ihren Wohnungen und Häusern verbreitet nicht nur Hühner und Kaninchen, sondern auch Schweine und Kühe.

Vygantas Vareikis schreibt: „morgens wurden die Kühe durch das Stadtzentrum getrieben, durch die Laukininkai- und Liepoja-Straße auf umliegende Wiesen, und abends zurück. Wessen Vieh in den Straßen zu langsam lief, der bekam eine Strafe in Höhe von 100 Rubel oder einen Monat Zwangsarbeit. 1950 wurde den Stadtbewohnern verboten, Kühe in den Stadtgrenzen zu halten und zu weiden“<sup>12</sup>.

Die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Produkten resultierte einerseits aus den objektiven Schwierigkeiten der Nachkriegszeit, andererseits aber aus der „geplanten kommunistischen Mangelwirtschaft“. Kurz nach Kriegsende gab es privaten Handel, Verkaufsstände und Gaststätten. Doch gemäß dem sowjetischen Verbot privaten Handels und Unternehmertums wurde dieser „marktwirtschaftlichen“ Episode bald ein Ende gesetzt. Wegen der Versorgungsschwierigkeiten hielten die Behörden bis Ende 1947 am System der Lebensmittelbewirtschaftung in Form von Lebensmittelkarten fest. Arbeiter konnten 600 g Brot und sonstige Personen 250 g pro Woche kaufen; die Kinder hatten Anspruch auf 300 g Brot<sup>13</sup>. Wie im gesamtsowjetischen Zuteilungssystem für Mangelware gab es auch hier „Sonderlisten“ für die Nomenklatura und die Funktionäre der kommunistischen Partei. Dies stand eindeutig im Widerspruch zu den Propagandaparolen von sozialer Gleichheit, die das sozialistische (kommunistische) System angeblich auszeichnen sollte. Im gesamten ehemaligen Ostpreußen, somit auch in Klaipėda und der Umgebung, wurde in großem Stil illegaler Schnaps gebrannt, mit dem „der Schmerz gelindert“ werden konnte, der aber neben Zigaretten als Währung fungierte, mit der man verschiedene Güter bei den Soldaten der Roten Armee bezahlen konnte. Diese Güter stammten meistens aus Diebstahl und Raub. Dies war ein ernsthaftes Problem. Noch 1946 wurden zahlreiche Frauen in den Trümmern der Stadt von Seeleuten aus dem Kriegsflottenstützpunkt im nahen Giruliai (Försterei) überfallen und vergewaltigt. Betrunkene russische Militärangehörige pöbelten die Frauen auch am helllichten Tag an. Die Stadt genoss einen zweifelhaften Ruf wegen der hohen Zahl der Straftaten.

Dies ließ das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen den alten und neuen litauischen Einwohnern und den Russen sich noch mehr zuspitzen. Verstärkt wurden die Gegensätze in erster Linie durch die privilegierte Stellung der Russen (sowohl der aktiven als auch der demobilisierten Soldaten und Zivilisten) bei der Zuteilung von Wohnungen, die immer knapper wurden. 1947 sahen sich die Stadtbehörden zum Beispiel gezwungen, 60 Häuser an Militärangehörige und ihre Familien zu übergeben. Dadurch fand sich die Öffentlichkeit in der gängigen

---

12 *Ebenda*, S. 131.

13 V. Vareikis, *Klaipėda...*, S. 128 f.

Meinung bestätigt, dass die Militärs in den ersten Nachkriegsjahren (1945-1947) die tatsächlichen Verwalter und Besitzer der Stadt gewesen seien. In der Regel ließen sie zahlreiche Wohnungen und Häuser verkommen oder verwüsteten sie. Oft wurde die Zentralheizung zerstört und durch holz- oder seltener kohlebefeuerte Kanonenöfen ersetzt. Ähnliches geschah auch im Kaliningrader Gebiet, aber auch im Ermland und in Masuren<sup>14</sup>.

Spannungen und Konflikte zwischen Litauern und Russen vor dem Hintergrund des Zugangs zu knappen Wohnungen dauerten mit unterschiedlicher Intensität bis zur Wende der Jahre 1988-1990 an, zumal die privilegierten Militärangehörigen nicht Litauer waren, sondern hauptsächlich Russen, Ukrainer und Weißrussen.

Ein anderes Merkmal der neuen städtischen Bevölkerung war der anhaltende Mangel an Intellektuellen. Die ehemalige Intelligenz hielt sich im besetzten Deutschland auf. Unter den neuen Einwohnern dominierte die ländliche Bevölkerung, die in der Regel nur über eine Grundausbildung verfügte. Städter mit Hochschulabschluss ließen sich meistens in Wilna oder Kaunas nieder, die „litauisch“ waren und keine „kulturelle Wüste“ darstellten. Im zerstörten Klaipėda fehlte es unter anderem an Bibliotheken. Litauische Bücher waren früher, d.h. nach dem „Anschluss“ Memels an das Dritte Reich im Jahr 1939, nach Kaunas und Schaulen abtransportiert worden, während Bücher in deutscher Sprache allgemein als Heizmaterial dienten. Unter den neuen Intellektuellen stellten Russen einen hohen Prozentsatz und bildeten gewissermaßen eine Kette entlang der Ostseeküste durch ihre stärkere Konzentration in den Städten des Kaliningrader Gebiets (Baltijsk/Pillau, Kaliningrad) und in Klaipėda, Liepāja, Riga und Tallinn.

## 1.2. Litauische Autochthone

Durch die totale Evakuierung und Flucht der Einwohner aus Klaipėda und dem übrigen Kleinlitauen entstand ähnlich wie in vielen Gegenden des Ermlands und Masurens sowie der *Kenigsbergskaja Oblast* ein demographisches Vakuum. Die

---

14 Solche Fälle sind mir auch aus der Familienüberlieferung bekannt. Nachdem meine Eltern 1948 ein ehemaliges deutsches Haus in Elbing bezogen hatten, in dem zuvor Offiziere der Roten Armee gewohnt hatten, waren sie gezwungen, nicht nur eine Generalsanierung durchführen zu lassen, bei der unter anderem eine Toilette in einem der Zimmer im Untergeschoss beseitigt werden musste (die frühere war total ruiniert), sondern auch eine riesige Menge an Müll und verschiedenstem Abfall wegzuschaffen. Es fehlten auch Fenster und Türen. Dass sie an diesen Ort kamen, war durch die Verlegung des 5. Jagdfliegergeschwaders aus Lodz, bei dem mein Vater diente, auf den Militärflugplatz in Elbing bedingt. In diesem Haus bin ich später zur Welt gekommen.

einmarschierende Rote Armee nahm oftmals Landstriche ein, die praktisch unbewohnt waren. Das war in Klaipėda und den nördlichen Teilen des Memellandes der Fall.

Zwischen der Regionalhauptstadt und den übrigen Gebieten bestanden allerdings gravierende Unterschiede. In Memel dominierte bis zur Einnahme durch sowjetische Truppen die deutsche Bevölkerung oder auch litauische Memelländer (Einheimische genannt), die sich für Deutsche hielten. Die Gruppe der für Litauen optierenden Memelländer war gering. Das war einer der Gründe, warum recht wenige in ihre Heimatstadt zurückkehrten. Der Anteil der früheren Einwohner war nicht höher als 5 %, so dass sie kaum ins Gewicht fielen und außerdem durch die neuen Machthaber desintegriert und marginalisiert wurden.

Im Gegensatz zu anderen Städten Großlitauens oder zu städtischen Zentren im Ermland und in Masuren bildeten in Memel die Russen in der Nachkriegszeit die dominierende Gruppe (sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich der bekleideten Funktionen). Diese einmalige Situation führte dazu, dass die Sowjetisierung in dieser „sowjetischen Stadt“ anders und mit anderer Dynamik verlief als in den übrigen Orten der Region in Litauen oder Polen.

Verlauf und Charakter der Kämpfe im Jahr 1944 sowie die Einstellung der sowjetischen Besatzungsbehörden und der neuen Verwaltung zur gesamten Region und deren früheren Einwohnern ähnelten denen im Ermland und Masuren. Diese Einstellung war allerdings durchaus verschieden von derjenigen der sowjetischen Soldaten und Kriegskommandanturen im späteren Kaliningrader Gebiet.

Die Lage der ehemaligen Bewohner Ostpreußens nach dem Untergang des Dritten Reiches gestaltete sich meinen Recherchen zufolge gerade im Memelland am günstigsten. Dies war durch mehrere Faktoren bedingt:

1. Gemäß den Plänen Joseph Stalins zur Nachkriegsordnung und dem Verlauf der Westgrenzen der Sowjetunion wurde schon 1943 davon ausgegangen, dass das Gebiet des Memellandes in den Grenzen Litauens liegen würde. Dieser Staat sollte ähnlich wie Lettland und Estland eine Sowjetrepublik werden und zur UdSSR gehören. Aus diesem Grund entlud sich der Hass gegen das Dritte Reich hauptsächlich im „typisch deutschen“ Gebiet Ostpreußens, d.h. in Königsberg und den zentralen Landstrichen der Region, wo keine polnisch- oder litauischstämmige Bevölkerung lebte. Das Ausmaß der Raubzüge, der Aussiedlungen in den Osten und der Demontage war in Preußisch-Litauen am geringsten;
2. Unter den sowjetischen Truppen, die im Norden Ostpreußens kämpften, war auch eine so genannte litauische Division. Deren litauische Befehlshaber und Soldaten waren sich bewusst, dass in diesen Gebieten litauischstämmige Bevölkerung lebte und dass diese Region 1923-1939 Teil Litauens gewesen war. An Kämpfen in den südlichen Regionen Ostpreußens, die an Polen an-

- gegliedert wurden, waren polnische Soldaten nicht beteiligt. Verbände der 1. und 2. Armee des polnischen Heeres kämpften hauptsächlich im Rahmen von Operationen in westlicher Richtung und beendeten ihren Kampfzug mit dem Sturm auf Berlin. Aus dem südlichen Memelland hatten sich die deutschen Einheiten generell kampfflos zurückgezogen. Schon im Oktober 1944 nahmen die Russen Heydekrug ein. Die deutsche Wehrmacht verteidigte ihre Stellungen hauptsächlich in Memel und auf der Kurischen Nehrung;
3. Die nationalsozialistischen Machtaber hatten angesichts der Frontlage schon im Juni 1944 die Massenevakuierung der zivilen Bevölkerung angeordnet. Sie verlief „vorbildlich“. Als im August die Kampfhandlungen zum Stillstand kamen, verfügten die Behörden, dass die Landwirte in ihre Höfe zurückkehren sollten, um die Ernte einzubringen. Allerdings ordnete die Wehrmacht schon zwischen dem 9. und 19. Oktober die vollständige „Säuberung“ der Region von der übrigen Zivilbevölkerung an. Die NSDAP-Führung hielt die Einwohner des Memellandes für politisch unzuverlässig. Sie wurden verdächtigt, sie könnten mit dem Feind kooperieren. Die ländliche Bevölkerung rettete sich mit ihrer Habe auf Pferdewagen ins Innere Ostpreußens. Die Regierung in Berlin befürchtete, dass der Anblick der Flüchtlinge und ihrer Trecks das Durchhaltvermögen aller Deutschen negativ beeinflussen könnte, und stimmte aus diesem Grund ihrem Weiterzug in das Reich nicht zu. Die Einwohner Memels wurden auf dem Seeweg oder per Bahn hauptsächlich nach Sachsen evakuiert.

Ein Einwohner Memels erinnerte sich so: „Und als die Russen näherkamen, sollten wir alle flüchten. Zu der Zeit, als wir flüchten sollten, da sollten alle rauskommen, keiner sollte hierbleiben. Überhaupt wurde von der SS gesagt, dass jemand, der hierbleibt, den Russen gerne treffen will. Also, haben sie gesagt, du bist ein Kommunist, du willst mit den Russen hier sein. Das ganze Memelgebiet sollte flüchten. In Memel, also in Klaipėda, da durfte keiner hier bleiben. Das wurde von der Partei und der SS geprüft. Ham se einen gefunden, der wurde im Moment erschossen. Der Eine war für früher, der Andere war für später. Es sind nicht alle zusammen gefahren. Wer schneller war, fuhr schneller ab. Und wer nicht so schnell abreiste, weil: ein jeder Bauer wollte, dass der Wagen gut war. Und dann sollten wir auch ein Dach auf dem Wagen machen. Ein Wagen hatte drei Familien. Das waren bei uns vier Kinder und noch einmal fünf Kinder“<sup>15</sup>.

Trotz des „vorbildlichen“ Charakters der ganzen Aktion, der Gauleiter Erich Koch große Bedeutung beigemessen hatte, gelang es einem Teil der Bevölkerung des südlichen Kreises Pögegen nicht mehr zu fliehen; sie blieb in ihren Häusern oder kehrte nach kurzer Flucht wieder heim.

---

15 Zit. nach: Kibelka, *Memellandbuch. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2002, S. 30.

### 1.2.1. Lage und Rechtsstatus der einheimischen Bevölkerung

Die ehemaligen Bewohner des Memellandes, d.h. Deutsche und Einheimische (der litauischen bzw. deutschen Option), waren im Vergleich zu den Einwohnern der übrigen Teile Ostpreußens, die an die Russische Sozialistische Sowjetrepublik und Polen kamen, in der günstigsten Lage.

Unmittelbar nach der Einnahme durch sowjetische Truppen wurde das Memelland an die Litauische SSR angeschlossen. Die Sowjetunion akzeptierte den Anschluss an das Dritte Reich im März 1939 nicht und billigte den Stand aus dem Jahr 1923, als dieses Gebiet zu Litauen gehörte. Aus diesem Grunde wurden alle ehemaligen Bewohner, Deutsche wie litauische Autochthone, gleich behandelt. Sie durften heimkehren und sich in ihrer Heimat niederlassen. Man ging davon aus, dass sie als litauische Staatsangehörige aus den Jahren 1923-1939 weiterhin die litauische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Jahre 1939-1945 galten als Zeit deutscher Besatzung. Deswegen wurden die ehemaligen Einwohner, die sich evakuierungsbedingt in verschiedenen Regionen des besetzten Deutschlands aufhielten, zur Heimkehr aufgefordert, und zwar unabhängig von der objektiven oder dem subjektiven Gefühl ihrer nationalen Zugehörigkeit; es wurden ihnen entsprechenden Bedingungen für die Rückkehr geschaffen.

Dieser Umstand war nicht nur für die litauischen Kommunisten von großer Bedeutung. Die ehemaligen Bewohner des Memellandes (ähnlich wie Ermländer und Masuren in Polen) lieferten Litauen ein gewichtiges Argument zur Begründung seines Anspruchs auf diese Region. Andererseits waren die litauischen Kommunisten und die Rote Armee die Hauptgaranten der Zugehörigkeit dieser Region zum litauischen Staat. Ähnlich verhielt es sich mit der Region Wilna, die kraft der Entscheidungen Stalins von 1939 und 1945 Teil Litauens wurde. Daher bleibt festzuhalten, dass Litauen als einziges Land in Ostmitteleuropa nicht nur nichts von seinem Besitzstand von 1938 eingebüßt hatte, sondern diesen auch deutlich vergrößerte (um die Region Wilna, die 1923-1939 zu Polen gehört hatte, und um das Memelland, das bis 1919 und in den Jahren 1939-1944 Teil Preußens/Deutschlands gewesen war).

Die besondere Lage der deutschen Bevölkerung im Memelland unterschied sich stark von der ihrer Landsleute in anderen Regionen Ostpreußens. Nach etwa dreijähriger Duldung der deutschen Bevölkerung im Kaliningrader Gebiet beschloss die Moskauer Regierung deren vollständige Aussiedlung. In den Jahren 1947-1949 wurden alle Deutschen in die Sowjetische Besatzungszone ausgesiedelt. Auch die polnische Regierung begann seit 1945 mit der Aussiedlung aller Deutschen nicht nur aus dem Ermland und aus Masuren, sondern aus dem ganzen Land. Die sowjetischen und polnischen Machthaber wollten längerfristig in ihrem jeweiligen Staatsgebiet keine deutsche Bevölkerung mehr dulden; dies galt

besonders für Ostpreußen. Für Moskau existierten zwei Möglichkeiten: die Deutschen hinter den Ural zu deportieren oder in die sowjetische Besatzungszone auszusiedeln.

Es gab auch große Unterschiede in der Haltung der litauischen und der polnischen Behörden gegenüber der autochthonen Bevölkerung. Die gesamten ehemaligen Einwohner des Memellandes, d.h. die Deutschen und die litauischstämmigen Einheimischen (Autochthonen), wurden als ehemalige litauische Staatsangehörige eingestuft und keiner nationalen Überprüfung unterzogen wie im Ermland und Masuren. Diese Maßnahmen hatten zum Zweck, die polnischstämmige Bevölkerung, die auf ihren Höfen bleiben durfte, abzugrenzen von den Deutschen, die zur Aussiedlung aus Polen verurteilt waren. Die Lage der ehemaligen Einwohner des Memellandes war auch günstiger als die der masurischen Bevölkerung im Soldauer Gebiet, das 1920-1939 Teil Polens war. In dieser Region wurde die nationale Rehabilitation durchgeführt, weil die dortigen Masuren im Unterschied zu den Memelländern 1939 keinesfalls quasi automatisch die Staatsbürgerschaft des Dritten Reiches erhielten, sondern in der Regel unter Druck die Eintragung in die Deutsche Volksliste beantragen mussten. Im Kaliningrader Gebiet gab es das Problem der Einheimischen (Autochthonen) nicht, da alle ehemaligen Einwohner der Region als Deutsche angesehen wurden.

Trotz der unterschiedlichen Einstellung der sowjetischen, litauischen und polnischen Behörden (vom Grad der Abhängigkeit der Wilnaer bzw. Warschauer Kommunisten von Moskau einmal ganz abgesehen) zu den ehemaligen Einwohnern Ostpreußens wurden diese im Alltag in der Regel als Bürger zweiter Klasse behandelt. Man legte ihnen die Mitschuld an den unermesslichen Verbrechen des Dritten Reiches zur Last und begegnete ihnen daher mit Argwohn und Misstrauen. Die Einheimischen wurden meistens als „Deutsche“ oder „eingedeutschte Autochthone“ angesehen.

Nach der Beendigung der Kriegshandlungen war die Regierung in Wilna bestrebt, das entstandene demographische Vakuum zu füllen; dabei griff sie auf zweierlei Maßnahmen zurück: Repatriierung früherer Einwohner aus dem Inneren Deutschlands und Ansiedlung neuer Siedler. Bei der Repatriierung ließen sich die Behörden nicht nur durch Aspekte der nationalen Legitimation des Anspruchs auf diese Gebiete leiten, nämlich dadurch, dass hier seit Jahrhunderten Litauer bzw. Litauischstämmige lebten, sondern auch durch pragmatische Gesichtspunkte. Die ehemaligen Einwohner sollten zum Wiederaufbau und der wirtschaftlichen Entwicklung der Region beitragen.

Deswegen herrschte die Überzeugung vor, wonach das Memelland ein integraler Bestandteil Litauens sei und die ehemaligen Bewohner folgerichtig genauso zu behandeln seien wie andere litauische Staatsbürger.

Für die Regierungen in Wilna und Moskau bestand ein formales Problem hinsichtlich der Repatriierung der Memelländer darin, dass diese nie zuvor die sowjetische Staatsbürgerschaft besessen hatten. Daraus erwuchsen rechtliche Bedenken, ob diese Menschen sich in der Sowjetunion, d.h. der Litauischen SSR, überhaupt „repatriieren“ lassen dürften.

Durch Evakuierung und Flucht vor den heranrückenden Truppen der Roten Armee waren ca. 140 000 Einwohner der Region (ca. 93 %) gezwungen, ihren bisherigen Wohnsitz zu verlassen. 1938 lebten hier 152 800 Menschen<sup>16</sup>. Trotz der Evakuierungsanweisungen und der Kriegswirren blieben knapp 6 000 Personen in ihren Häusern (hauptsächlich im Süden, d.h. in den Kreisen Heydekrug und Pogegen) zurück, darunter diejenigen, die zwar ihre Häuser in der Folge der Evakuierung oder Flucht verlassen hatten, sich aber in der Nähe aufhielten und nach dem Durchzug der Front möglichst rasch zur Rückkehr in ihre Häuser entschlossen.

An diese Ereignisse erinnert sich der ehemalige Landrat aus Heydekrug, Mitglied der NSDAP, den die Nachricht von der bevorstehenden Evakuierung Anfang Oktober 1944 erreichte: „Am 7. früh kam dann der Räumungsbefehl, und zwar sollten zunächst die Bauernfrauen, die wieder auf den Höfen saßen, mit den Polen [dorthin deportierten Zwangsarbeitern – A.S.] und Kriegsgefangenen trecken. Es herrschte aber auch jetzt ein großes Durcheinander, auch hinsichtlich der Befehlsgebung. (...) Aus dem Kreise Memel sind voll beladene Trecks kaum herausgekommen, da der Russe die Treckwege abschnitt. Mindestens ein Drittel der Bevölkerung fehlt. (...) Auch aus dem Kreis Heydekrug sind zahlreiche ländliche Bewohner nicht mehr rausgekommen. Zum Teil lag das auch daran, dass sich die Bauern schwer zum Trecken entschließen konnten. Sie wollten ihre Höfe vor dem herumstrolchenden Gesindel solange wie möglich bewachen und verpassten dann häufig den richtigen Zeitpunkt. Die flüchtige Bevölkerung kam in die Kreise Labiau und Samland“<sup>17</sup>.

Die übrigen Bewohner der Region fanden sich nach Kriegsende in Zentraldeutschland, sowohl in der Sowjetischen wie auch in den westlichen Besatzungszonen, wieder.

Die so genannte erste Repatriierung fand 1945-1946 statt, als aus Polen und der Sowjetischen Besatzungszone 3 987 Menschen kamen<sup>18</sup>. Die Moskauer Re-

---

16 Vgl. A. Rūtė, *Grundzüge des sozialen, kulturellen und administrativen Lebens in Klaipėda 1945-1982*, in: *Nordost-Archiv* Bd. X, 2001, S. 151-158.

17 *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, Bd. I/1: *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse*, bearb. von Th. Schieder [o.O. u. J.] S. 2.

18 A. Bohmann, *Menschen und Grenzen*, Bd. 3: *Strukturhandel der deutschen Bevölkerung im sowjetischen Staats- und Verwaltungsbereich*, Köln 1971, gibt an, dass im Oktober 1941 im Memelland insgesamt 134 000 Menschen lebten, davon 47 000 in Memel. Bis

gierung ging in diesem Fall über die Tatsache hinweg, dass die Bürger des Memelgebiets nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen.

Hier ein Bericht von Lena Grigoleit aus dem Dorf Bittehenen im Kreis Pogegen: „Der Oktober [1944 – A.S.] kam, wieder wurde zum Aufbruch geblasen. Diesmal waren die Straßen schon voll mit Flüchtlingen. Tagsüber fuhren wir, abends machten wir irgendwo Quartier.

(...) Anderntags wieder, ich glaube der Ort hieß Königsblumenau, hatten wir weniger Glück. So ein Mistwetter war, die Wege waren ausgefahren und dreckig. An dem Hof, wo wir landeten, putzte die Hausfrau gerade die Treppe und schimpfte: ‚Von dem Scheiß ist schon die ganze Stube voll!‘. (...) Diese Frau wusste noch nicht, dass sie auch bald fliehen musste. (...) So erreichten wir Westpreußen, den sogenannten polnischen Korridor.

(...), ‚Damoï, damoi‘, sagten die Russen. ‚Geht nach Hause.‘ Es war ein Befehl, und wir wollten auch nach Hause. (...) In Deutsch Eylau war ein Auffanglager, dort blieben wir vier Wochen. Da waren Baracken und allerhand Volk, waren Russen und Deutsche, Litauer und Polen und was nicht alles. (...) Ein Schub Litauer reiste nach Hause. Auf den Listen, die aufgestellt wurden, waren nur meine Eltern drauf und die Kinder und ich nicht. Unser russischer Offizier sorgte für uns. ‚Steig ein in den Waggon. Sage: Eltern fahren, Kinder auch‘. (...) Einen Tag dauerte es und eine Nacht, dann hielten wir auf litauischem Boden. In Kaunas stiegen wir ab. (...) Auf den Bahnsteigen standen viele Züge, einer nach da, einer nach dort. Auf einem stand geschrieben ‚Telšiai‘. (...) Wir kamen bis Pogegen, fünfzehn Kilometer vor Bittehenen. (...) Das Haus stand. Am 30. April 1945 waren wir wieder zu Hause“<sup>19</sup>.

Anders verhielt es sich mit Personen, die die westlichen Besatzungszonen Deutschlands erreichten.

Nach der erneuten Einnahme und der Angliederung des Memelgebiets an das Dritte Reich im Mai 1939 wurden die Einheimischen litauischer Nationalität – wie Arūne Arbušauskaitė schreibt – in zwei Kategorie eingeteilt<sup>20</sup>:

1. Zur ersten Kategorie gehörten jene, die 1942 für den litauischen Staat optierten und sich für den Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden (auch jene, die durch die Geburt oder Eheschließung ihre Staatsangehörigkeit

---

zum 22. März 1939 besaßen sie zumeist litauische Pässe mit dem Zusatzvermerk „Bürger des Memelgebiets“ (S. 189).

19 V. Lachauer, *Paradiesstraße. Lebenserinnerungen der ostpreußischen Bäuerin Lena Grigoleit*, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 48. Vgl. A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene...*, S. 50-52

20 Zusammenstellung von A. Arbušauskaitė für das Museum der Stadt Klaipėda in der Ausstellung zur Stadtgeschichte nach 1945 (Information, die der Verfasser bei seinem Museumsbesuch im November 2005 erhielt).

- an die genannten Personen weitergegeben hatten) und nach dem Anschluss des Memellandes noch bis 31. Dezember 1939 ihre litauische Staatsangehörigkeit behielten. Kraft des Abkommens zwischen Deutschland und der Litauischen Republik vom 22. März 1939 erhielten sie das Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Verlust der litauischen;
2. Zur zweiten Kategorie gehörten litauische Staatsangehörige (zumeist Litauer, die zwischen 1923 und 1939 aus Großlitauen gekommen sind), die sich entschlossen, nach dem Anschluss an Deutschland 1939 im Memelland zu bleiben. Sie wurden als Ausländer behandelt und wohnten mit litauischem Pass in der Region.

Personen beider Kategorien, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Westen Europas geblieben waren, waren gemäß dem Gesetz über die sowjetische Staatsangehörigkeit keine Bürger der Litauischen SSR mehr. Deswegen wurden Personen der ersten Kategorie von den sowjetischen Behörden als deutsche Staatsbürger und solche der zweiten als Staatenlose behandelt. Endgültig geregelt wurde diese Frage unter dem Druck der litauischen kommunistischen Regierung, der daran gelegen war, dass möglichst viele Menschen nach dem Memelland zurückkehrten. In einer am 16. Dezember 1947 bekanntgegebenen Verordnung wurde kraft des Beschlusses des Präsidium des Ministerrates der UdSSR festgelegt, dass Personen litauischer Nationalität, frühere Einwohner der Stadt Memel bzw. der Kreise Memel, Heydekrug und Pogegen, die bis zum 22. März 1939 die litauische Staatsangehörigkeit besaßen, sowie ihre Kinder ab dem 28. Januar 1945 als Staatsbürger der UdSSR anerkannt werden. Personen beider Kategorien, die sich außerhalb der Grenzen der Sowjetunion aufhielten, waren verpflichtet, sich bis zum 1. Juni 1948 in den sowjetischen Generalkonsulaten bzw. diplomatischen Vertretungen registrieren zu lassen. Diese Frist wurde später bis zum 1. Juni 1950 verlängert.

Kraft dieser Beschlüsse und unter dem Druck der Sowjets konnten in den Jahren 1948-1949 etwa 2 000 Personen aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands zur Rückkehr bewogen werden (davon im Zeitraum Mai-Dezember 1948 1 794 Personen, darunter 558 Männer, 639 Frauen und 597 Kinder; im Zeitraum Januar-Dezember 1949 209 Personen, darunter 68 Männer, 68 Frauen und 73 Kinder). Entscheidend war nicht die Nationalität, sondern der Geburtsort. Dies war die so genannte zweite Repatriierung (hauptsächlich aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands).

Die aus dem späteren Blickwinkel wenig verständliche Entscheidung zur Rückkehr in die Sowjetunion während der zweiten Repatriierung (1948-1949) wurden von W. J. folgendermaßen begründet: „Dann kam ein Erlass von der amerikanischen Militärbehörde, wer sich 1947 entschließt, in die Heimat zurückzukehren, der kriegt von der UNRRA pro Kopf 3 kg Lebensmittelpakete, also mit

amerikanischen Schokoladen, Konserven usw. Die Pakete, die haben uns auch verlockt. Wir dachten, da wir nun doch in die Heimat zurückkehren müssen, dann müssen wir nicht ohne Lebensmittel fahren. Und dann haben wir uns entschlossen, in die Heimat zurückzukehren.

(...) Wir mussten durch ein Lager, ein Durchgangslager [in] Grodno. Das war eine Räuberhöhle, das Lager da. In der Erde eingegraben waren da solche Stellagen gemacht, solche Bretter an Stelle von Betten. Viele wurden da auch bestohlen<sup>21</sup>.

Letztlich haben sich etwa 6 000 ehemalige Memelländer in den Jahren 1945-1949 repatriieren lassen. Es waren zumeist Ältere und Kranke, Familien mit Kleinkindern (darunter auch nach dem Kriegsende geborene) und alleinstehende Frauen. Junge Menschen haben sich nicht entschlossen, in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Bevölkerung wurde wie die Daheimgebliebenen offiziell als „germanisierte Litauer“ betrachtet.

Laut amtlichen Angaben lebten im Memelgebiet am 1. Januar 1946 insgesamt 55 500 Personen, wobei im Kreis Memel 1 353 Höfe, im Kreis Heydekrug 1 055 und im Kreis Pogegen 245 von Einheimischen bewohnt waren. Die Statistiken wiesen 2 653 autochthone ländliche Haushaltungen aus, in denen 7 800 Personen wohnten. Schätzungsweise lebten in dieser Region gegen Ende der vierziger Jahre etwa 12 000-13 000<sup>22</sup> ehemalige Bewohner, was knapp 10 % der Bevölkerungszahl von 1939 entsprach. Diese Zahl umfasste etwa 6 000 Repatriierte und ebensoviele, die ihren Wohnsitz nicht verlassen hatten. Die Massenmigration hielt wie im Ermland, Masuren und dem Kaliningrader Gebiet bis Ende 1949 an. Später, d.h. in den Jahren 1950-1955, war sie schon sehr begrenzt (sowohl was Rückkehr als auch Ausreise angeht).

## 1.2.2. Zwischen Litauen und Deutschland

Die Einwohnerschaft Preußisch-Litauens, Kleinlitauens oder des Memellandes setzte sich aus Litauern, Deutschen, Kuren und Juden zusammen. Über Jahrhun-

21 R. Kibelka, *Memellandbuch...*, S. 37.

22 Kibelka, *Ostpreußens Schicksalsjahre 1945-1948*, Berlin 2004, S. 42. Vgl. auch: A. Hermann stellt in der Arbeit *Lietuvių ir vokiečių kaimynystė. Straipsnių rinkimp*, Baltos lankos 2004, fest, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hätten sich im Memelland 30 000 Dagebliebene aufgehalten, d.h. Personen, die sich nicht in Sicherheit gebracht hatten, und Repatriierte (S. 94). Er präsentiert aber keine Quellen für diese Schätzung. Andere deutsche Forscher, die sich mit der Problematik Kleinlitauens befassen, nehmen in ihren Arbeiten zu dieser wichtigen Frage keine Stellung. Vgl. Kibelka, *Memellandbuch...*; dies., *Ostpreußische Schicksalsjahre...*; A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005; G. H. Goring, *Das Memelland. Gestern und heute...*

derte hinweg stellten die Preußisch-Litauer hier die zahlenmäßig stärkste Gruppe. In der Stadt Memel dominierte die deutsche Bevölkerung; es lebte hier auch eine beachtliche Gruppe von Litauern und Juden. Durch die jahrhundertelange Koexistenz bildete sich eine spezifische regionale Gemeinschaft heraus. Ähnlich war die Situation im Ermland in und Masuren, d.h. in Polnisch-Preußen, anzutreffen. In Königsberg und den umliegenden Kreisen überwogen Deutsche, die als mehrheitliche und dominierende Gruppe im gesamten Gebiet Ostpreußens lebten und die Mehrheit der Stadteinwohner in der ganzen Provinz stellten.

Evangelische Preußisch-Litauer und Masuren sowie katholische Ermländer lebten in einem Grenzland, in dem sich Einflüsse verschiedener Kulturen und Traditionen kreuzten. Diese Bevölkerungsgruppen entwickelten ein Gefühl ihrer Eigenart. Ihr Merkmal war die spezifische, nach Nationalität und Kultur vielschichtige Identität. Stark entwickelt war auch die regionale Identität im Sinne des „Zuhauseins“ dort, wo die Nachbarn Litauisch, Deutsch, Polnisch oder Jiddisch sprachen. Ich bin des Kaisers Untertan, Bewohner Ostpreußens, Preußisch-Litauer oder Masure bzw. Ermländer, aber zugleich auch Deutscher, Pole oder Litauer.

Die Germanisierungspolitik der Berliner und Königsberger Behörden, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts radikale Formen annahm, sah einen allmählichen Verlust der ethnischen Eigenart litauischer und polnischer Untertanen vor. Das Fehlen eines polnischen bzw. litauischen Staates im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts musste die nationale Identität der hier lebenden litauisch- und polnischstämmigen Bewohner beeinträchtigen. Preußens Stärke und zivilisatorische Attraktivität einerseits und die rücksichtslose Assimilationspolitik andererseits, die eine Entnationalisierung und einen Verlust der Eigenart anstrebte, sollten zum allmählichen Niedergang des multikulturellen Charakters Ostpreußens führen. Der preußische Nationalismus, unterstützt durch den ausgebauten und gut funktionierenden Staatsapparat, ließ die litauische und preußisch-polnische Gemeinschaft auf verlorenem Posten stehen. Deren Waffen waren die der Schwachen und Beherrschten: Unterordnung und defensive Verteidigung ihrer Eigenart.

Die Preußisch-Litauer begannen wie Masuren und Ermländern seit der Wende zum 20. Jahrhundert rasch ihr ethnisches Zugehörigkeitsgefühl zu verlieren. Viele hatten den Ehrgeiz, als Deutsche, deutsche Litauer oder deutsche Ermländer bzw. Masuren zu gelten. Aufzuhalten vermochte diesen Prozess weder die Politik der litauischen Regierung in den Jahren 1923-1939, als das Memelland eine autonome Region des litauischen Staates war, noch die Maßnahmen der zweiten polnischen Republik im Soldauer Gebiet, einem Teil des masurischen Kreises Neidenburg, der ohne Volksabstimmung 1920 an Polen angegliedert wurde. Auch unter den kommunistischen Regierungen in Litauen und Polen (in dessen Grenzen das gesamte Ermland und Masuren lagen) konnte nicht verhindert werden, dass

das Gefühl der Eigenart unter dieser Bevölkerungsgruppe schwand. Massenhafte Ausreisen in die beiden deutschen Staaten lagen, wie bereits die Rückkehr nach 1945 und der Versuch, einer Aussiedlung zu entgehen, im kollektiven Interesse dieser Gemeinschaften. Sie machten sich den eigenartigen „Schwebezustand“ zwischen Litauertum und Deutschtum sowie zwischen Polentum und Deutschtum zunutze. Auch die nach dem Fall des Kommunismus demokratisch gewählten Regierungen beider Länder änderten nichts an der Tatsache, dass die meisten in der Heimat Gebliebenen Mitglieder der deutschen Minderheit sind. Analog verliefen Desintegration und Zerfall der autochthonen Gesellschaft polnischer und litauischer Herkunft. Dies weist auf gewisse allgemeine Gesetzmäßigkeiten und objektive Rahmenbedingungen hin, die zum allmählichen Schwund der Eigenart geführt haben. Schuld daran scheint nicht eine irrige Politik der Relitauisierung (Litauisierung) bzw. der Repolonisierung (Polonisierung) zu sein, sondern allgemeine Mechanismen historischer Prozesse, die diese Gruppen marginalisiert und aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen haben.

Fast alle Preußisch-Litauer, Masuren und Ermländer sahen sich 1944-1945 als Deutsche oder deutsche Litauer bzw. deutsche Masuren oder Ermländer. Die totalitäre Herrschaft der Nationalsozialisten verstärkte die Identifizierung mit dem Deutschtum. Bei Ausschaltung des Litauer- und Polentums boten sie die Zugehörigkeit zur *deutschen Volksgemeinschaft*, zum tausendjährigen Reich, das über Europa und die Welt herrschen sollte.

Die so geprägten einheimischen Bevölkerungsgruppen im Ermland, Masuren und dem Memelland wurden nach dem Durchzug der Front mit einer neuen, fremden und unverständlichen Realität konfrontiert. Es war eine andere Form des Totalitarismus. Das kommunistische System eliminierte naturgemäß „mittlere“ Gruppen, wollte eine neue homogene Gesellschaft entwickeln. Der Sowjetmensch, *Homo sovieticus*, sollte eng an das kommunistische System gebunden sein. Tradition und Bindung an eine Region bzw. den Wohnsitz stellten einen unnötigen Ballast dar, den man zugunsten der Idee des „Internationalismus“, der „Völkerfreundschaft“ und der „sozialistischen (kommunistischen) Ideologie“ beschränken oder gar abwerfen sollte. Die Postmigrationsgesellschaften aus entwurzelten Zuwanderern, die nun in einzelnen Regionen Ostpreußens lebten, schienen ein ideales Material zu sein, um eine neue klassenlose Gesellschaft aufzubauen.

Die früheren Bewohner Ostpreußens wurden rasch marginalisiert und zum Objekt vielfältiger Maßnahmen, mit denen sie zu „echten“ Litauern bzw. „echten“ Polen werden sollten<sup>23</sup>.

---

23 Vgl. A. Arbušauskaitė, *Kuršių Nerijos gyventojų socialiniai – demografiniai pokyčiai*, in: *Lietuvininkų Kraštas monografija*, Red. N. Vėlius, A. Kaziukoniene, A. Matulevičius, V. Milius, I. Seliutaitė, Kaunas 1995, S. 372-398; auch: *Demographische Veränderungen auf der Kurischen Nehrung nach 1945*, in: *Annaberger Annalen* 1993,

Das Problem des nationalen und ethnischen Identitätsgefühls sowie die allgemeine Lage der autochthonen Bevölkerung des Memellandes in den ersten Nachkriegsjahren lässt sich am Beispiel der Bewohner der Kurischen Nehrung veranschaulichen. Hier haben Angela Vyšniauskaitė und Vaclavas Milius, Ethnologen von der Litauischen Akademie der Wissenschaften, Feldforschungen über die Wechselbeziehung zwischen dem national-ethnischen Selbstbild und der Verkehrssprache durchgeführt, die den breiteren sozialen Kontext der Jahre 1945-1956 aufzeigen. Diese interessanten und wohl einzigen Untersuchungen mittels des völkerkundlichen und soziologischen Instrumentariums wurden von Arūne Arbušauskaitė präsentiert, die auch ihre eigenen Feldforschungen in dieser besonderen Region durchführte und um Ergebnisse ihrer Recherchen in zahlreichen Archivalquellen ergänzte<sup>24</sup>.

Das Spezifische der Kurischen Nehrung im Vergleich zu anderen Regionen Kleinlitauens bestand darin, dass sie ausschließlich von Kuren bewohnt war, einem Volksstamm, der aus Kurland (dem heutigen Lettland) stammte<sup>25</sup>.

Im Laufe der geschichtlichen Vorgänge wurden sie zu einer ethnischen Gruppe, die sich ihrer kulturellen Eigentümlichkeit bewusst war und zwischen Deutschtum und Litauertum „schwebte“. Die gesellschaftlichen Prozesse, die sich in dieser Region vollzogen haben, lassen sich auf die gesamte autochthone Bevölkerung des Memellandes verallgemeinern. Davon zeugen unter anderem interessante Forschungen über die lokale Bevölkerung im Dorf Agluonėnai (Aglohlen), Kreis Memel, die von Silva Pocyte<sup>26</sup> durchgeführt wurden, sowie eigene Feldforschungen des Verfassers vom Oktober 2005.

---

Nr. 1, S. 61-81; *Einige Aspekte der nationalen Selbsteinschätzung bei der altansässigen Bevölkerung der Kurischen Nehrung nach 1945*, in: *Annaberger Annalen* 1994, Nr. 2, S. 65-73.

24 A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene...*, S. 43.

25 Die Kuren sind ein heute nicht mehr existierender, zu den baltischen Völkern gezählter Volksstamm. Er entstand etwa im siebten Jahrhundert und lebte in Nordwestlitauen (Kurland). Um das Jahr 1000 zählte er 100 000 Mitglieder. Im 13. Jahrhundert gelangte er unter die Herrschaft des Deutschen Ordens. Die Kuren zettelten mehrmals Aufstände gegen die Ordensritter an; nichtsdestoweniger hat sich ihre Assimilation rasch vollzogen. Reste von Sprache und Traditionen überdauerten bis ins 16. Jahrhundert. Im 18. Jahrhundert erlosch das Volk. Im 16. Jahrhundert wurde auf der Kurischen Nehrung Deutsch, Litauisch, Lettisch (Kurisch) und Preußisch gesprochen. Heute leben sie als eine kleine ethnische Gruppe in Finnland, Lettland und auf der Kurischen Nehrung (Litauen). Vgl. J. Ochmański, *Historia Litwy*, Wrocław/Warszawa/Kraków 1990, S. 27, 37-39; A. Bezenberger, *Die Kurische Nehrung und ihre Bewohner*, Stuttgart 1889; [www.free4web.pl](http://www.free4web.pl) (16.02.2006).

26 S. Pocyte, *Agluonėnai Kaimas istrijos pagairėje (1939-1990)*, Klaipėda 1994. Vgl. auch: A. Hermann, *Klaipėdiškių liminas Lietuvoje po 1945 metų*, in: ders., *Lietuvių ir vokiečių kaimynystė. Straipsnių rinkinys*, Baltos lankos 2000, S. 73-94; ders.: *Klaipėdiecių liki-*

Fast die gesamte Bevölkerung der Kurischen Nehrung wurde gegen Ende des Zweiten Weltkriegs evakuiert. Ein Teil kehrte bis 1948 in seine Häuser zurück. Die Kurische Nehrung wurde zwischen der Litauischen SSR und der Russischen SFSR (Grenzverlauf 4 km südlich von Nidden) aufgeteilt, ähnlich wie die Frische Nehrung, deren westlicher Teil Polen zugefallen war, während der östliche Teil zur UdSSR gehörte (die Grenze verläuft unweit des Dorfes Neukrug/Piaski).

Die lokale Bevölkerung wurde mit der neuen sowjetischen Realität konfrontiert, nahm am Wiederaufbau und der Sowjetisierung der Region teil und musste auch ihre Staatsangehörigkeit wechseln. Zu den Faktoren, die die Haltung der alteingesessenen Bevölkerung nachdrücklich beeinflussten, zählten neben der neuen staatlichen und politischen Ordnung auch der Zustrom neuer Siedler, Kollektivierung und Deportationen hinter den Ural im Jahr 1949. Nicht unbedeutend war auch die Tatsache, dass hier bis zum 4. Juni 1946 der Kriegszustand mit allen daraus resultierenden Einschränkungen herrschte.

Ein Beschluss des Ministerrates der UdSSR vom 29. Juni 1946 erklärte die Kurische Nehrung und den Großteil des Memellandes zum Sperrbezirk (zwei Kilometer breiter Streifen entlang der Grenze). Die Ostseeküste war Sperrgebiet. Jegliche wirtschaftliche Tätigkeit, Besiedlung und Bevölkerungsbewegungen sowie Warenumsatz wurden durch Sonderbestimmungen geregelt, wie sie für Grenzregionen typisch sind. Es gab besondere Vermerke in den Personalausweisen (Pässen) der Einwohner und Sondergenehmigungen für den Aufenthalt in der Grenzzone. Gesellschaftliche Kontakte wurden begrenzt und vom Sicherheitsapparat strengstens überwacht. Viele Orte blieben für externe Besucher „unzugänglich“. In Klaipėda, das Stadt in der Grenzzone war, galten besondere Vorschriften der „Grenzordnung erster Klasse“ bis in die frühen sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein<sup>27</sup>.

Im gesamten Gebiet Ostpreußens führte das Aufeinandertreffen alter und neuer Einwohner zu zahlreichen Spannungen und zur Abschottung einzelner Bevölkerungsgruppen. Stark beeinflusst wurden die gegenseitigen Beziehungen durch das starke Gefühl der Feindseligkeit, des Vorläufigen und Provisorischen, das allen Bewohnern gemeinsam war. Die alten und neuen Bewohner (Siedler aus Großlitauen oder Zentralpolen) unterschieden sich durch Sitten und Gebräuche, Sprache, oft auch Religion, Normen- und Wertesystem sowie ihre Vorstellung von der sozialen Ordnung. Sehr schnell fanden sich die alteingesessenen Bewohner im Memelland, dem Kaliningrader Gebiet oder auch im Ermland

---

*mas po 1945 metų*, in: *Akiračiai* (Chicago) 1988, Nr. 5; *Das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Memelländer nach 1945*, in: *Annaberger Annalen* 1993, Nr. 1; *Die Memelländer in der Heimat nach 1945 und ihr Verhältnis zu den Litauern*, Litauisches Kulturinstitut, Jahrestagung 1987, Lampertheim 1988.

27 *Ebenda*.

und in Masuren als diskriminierte Minderheit wieder. Über viele Jahre hinweg konnten sie sich mit der sowjetischen bzw. kommunistischen (sozialistischen) Realität nicht abfinden.

In Abwesenheit der Besitzer wurden viele Häuser geplündert und oft mutwillig zerstört.

Neben Resten der einheimischen Bevölkerung lebten auf der Kurischen Nehrung nach Migrationsende Mitte der fünfziger Jahre insgesamt 1 412 Personen, darunter 1 193 Siedler (hauptsächlich Russen und Litauer aus Großlitauen) sowie 219 Alteingesessene. Diese machten 16 % der gesamten Einwohnerzahl gegenüber 59 % „Großlitauern“ und 21 % Russen aus. In Nida (Nidden) wohnten 156 Familien, davon 22 Familien, die hier vor dem Kriegsausbruch lebten. In Juodkrantė (Schwarzort) waren acht Familien von insgesamt 55 alteingesessenen, in Preila (Preil) waren es 12 von 47. In den übrigen Orten auf der Kurischen Nehrung lebten insgesamt noch 71 alteingesessene Familien (darunter 105 Männer, 114 Frauen, 60 Kinder unter dem 16. Lebensjahr, wovon 38 nach dem Krieg geboren waren). 52 Personen waren im Rentenalter. In Nida wohnten 108 Einheimische, in Pervalka (Perwelk) 45, in Preila 36 und in Juodkrantė 30<sup>28</sup>.

Die Forschungsergebnisse eines litauischen Ethnologenpaares aus dem Jahr 1956<sup>29</sup> ergaben, dass die Autochthonen drei Sprachen sprachen (insgesamt wurden 393 Familien untersucht, davon 168 in Nida, 49 in Preila, 29 in Pervalka und 147 in Juodkrantė). In Schule, Kirche und Behörden wurde Deutsch gesprochen, Kurisch und Litauisch nur im Familienkreis. Kurisch war hauptsächlich die Sprache der Fischer. Da die Mehrheit der Nehrungsbewohner von der Fischerei und Fischverarbeitung lebte, wurde die gesamte Bevölkerung als Kuren bezeichnet. Diese verließen selten ihren Wohnsitz, so dass sich unter ihnen ein dichtes Netz verwandtschaftlicher Beziehungen entwickelt hat. In der Zwischenkriegszeit entfielen die Bewohner des nördlichen, litauischen Teils der Kurischen Nehrung generell auf zwei Optionen: die prolitauische und die prodeutsche. Erstere dominierte in den Badeorten Schwarzort und Nidden. Im südlichen Teil der Nehrung, der heute zu Russland gehört, waren die deutsche Sprache und Option vorherrschend.

Das Verhältnis zwischen dem nationalen Zugehörigkeitsgefühl und der Sprache wird in der Tabelle 7 veranschaulicht.

---

28 V. Lachauer, *Paradiesstraße...*, S. 59-62.

29 A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene...*, S. 47 f.

Tabelle 7 *Nationale Selbsteinschätzung und die Muttersprache der alteingesessenen Bewohner der Kurischen Nehrung im Jahr 1956*

Nationalität	Muttersprache	Nida	Preila	Pervalka	Juodkrantė	Gesamt
Deutsch	Deutsch	27	10	23	17	77
Litauisch	Litauisch	6	1	1	1	9
Kurisch	Kurisch	18	1	1	–	20
Litauisch	Deutsch	13	8	5	3	29
Litauisch	Kurisch	31	12	5	5	53
Deutsch	Kurisch, Litauisch	2	1	3	3	9
Deutsch	Kurisch	11	2	7	1	21
Deutsch	Litauisch	–	1	–	–	1
Gesamt:		108	36	45	30	219

Quelle: A. Arbušauskaitė, *Einige Aspekte der nationalen Selbsteinschätzung bei der altansässigen Bevölkerung der Kurischen Nehrung nach 1945*, in: *Annaberger Annalen* 1994, Nr. 2, S. 70.

Die autochthone Bevölkerung der Kurischen Nehrung bildete ähnlich wie die Masuren und Ermländer eine Grenzlandgesellschaft, die sich durch eine Vielzahl von Identitäten kennzeichnet. Es herrschte die Identifikation mit dem Deutschtum (108 Personen) vor. Von den Personen mit dieser nationalen Orientierung sprachen im Alltag 77 Deutsch, 21 Kurisch, 9 Kurisch und Litauisch und nur eine 1 Person Litauisch.

Für die litauische Nationalität sprachen sich 91 Personen aus. Davon gaben als Muttersprache 53 Personen Kurisch an, 29 Deutsch und nur 9 Litauisch. Für Kuren hielten sich 20 Personen, die auch alle im Alltag Kurisch sprachen. Die Untersuchungen belegen, dass Zwei- oder gar Dreisprachigkeit etwas Natürliches war. Fast alle Einheimischen beherrschten neben ihrer Muttersprache auch eine weitere Sprache. Unter den ältesten Vertretern der alteingesessenen Bevölkerung, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts geboren waren, waren noch Personen anzutreffen, die sich für Preußisch-Litauer hielten, aber angaben, ihre Muttersprache sei Kurisch. Die ältesten Einheimischen waren alle dreisprachig. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlernten viele Einheimische auch Russisch, um mit den Behörden und russischen Nachbarn kommunizieren zu können.

In den übrigen Teilen Kleinlitauens, wo frühere Bewohner lebten, konnte ebenfalls eine Vielfalt an unterschiedlichen Selbsteinschätzungen angetroffen werden. Die meisten identifizierten sich mit der Heimat, worunter die Region Klaipėda, Kleinlitauen bzw. das Memelland verstanden wurde. Unter ihnen herrschte die deutsche oder prodeutsche Option vor (wie unter den Masuren und Ermländern).

Mit der prolitauischen und litauischen Orientierung identifizierte sich eine Minderheit der autochthonen Bevölkerung, obwohl der Anschluss dieser Regionen an Litauen und Polen diese Orientierung hätte verstärken sollen.

### 1.3. Siedler

Ein gemeinsamer Faktor, der die allgemeine Lage Ostpreußens in den Jahren 1939-1946 entscheidend beeinflusste, war die Tatsache, dass die Oberhoheit in der gesamten Region durch zwei gegensätzliche Kräfte ausgeübt wurde, die eine unterschiedliche Legitimation besaßen. In den Jahren 1939-1944 war dies das Dritte Reich und in den Jahren 1944/45-1946 die UdSSR.

Nach der Niederlage des Dritten Reiches blieb die Besatzungsmacht in den Jahren 1944-1946 in den Händen der Militärkommandanturen der Roten Armee. Nach einer mehr oder weniger langen Periode des Ausnahmezustands übertrug sie die Gewalt auf die litauische, sowjetische und polnische Zivilverwaltung. Die sowjetische Armee übte jedoch viele Monate in ganz Ostpreußen und den benachbarten Gebieten eine absolute und uneingeschränkte Herrschaft aus. Dies beeinflusste entscheidend den Lauf der Geschehnisse nach Kriegsende und die Migrationsbewegungen, darunter Form, Ausmaß und Dynamik des Ansiedlungsprozesses.

Im gesamten Gebiet Ostpreußens vollzog sich dieser Prozess in zwei Hauptphasen. Die erste war die Zeit des spontanen, unkontrollierten und elementaren Zustroms der Bevölkerung, vorwiegend aus den umliegenden Grenzgebieten. Die zweite fand unter Aufsicht der Behörden in Moskau, Wilna bzw. Warschau statt, die versuchten, den gesamten Prozess in geordnete und kontrollierte Bahnen zu lenken.

Lena Grigoleit aus Bittethnen beschreibt die erste Phase der wilden Zuwanderung neuer Bewohner folgendermaßen: „Das Dorf wurde ziemlich schnell wieder belebt. Aus Litauen kamen viele und siedelten sich in den leeren Häusern an. Das waren meistens ‚Buožė‘, reichere Bauern, die hatten Angst, die waren gegen das [kommunistische – A.S.] Regime. Deshalb liefen sie aus der Heimat und versteckten sich bei uns. Schon damals ging das los mit dem Sibirien. Wer auffiel, wurde in den Transport gesteckt. Diese Bauern waren gute und intelligente Menschen. ‚Akademie‘ haben wir unsere Ecke getauft zum Scherz. Nach einer Weile, als sie meinten, die Gefahr könnte vorüber sein, verschwanden die Neuen wieder. Andere kamen zu uns, und die waren meistens nicht so gut. Nicht Lumpen, aber solche waren auch darunter. Das waren welche, die vorher nichts hatten, die dachten, jetzt könnten sie auf leichte Weise Besitzer werden. Einige waren vor dem Krieg

bei den deutschen Gütern in Dienst gestanden, und sie hatten anscheinend gehört, da ist jetzt keiner mehr von den Herren.

Für die Bitteneher Häuser war es gut, wenn einer sie in Besitz nahm. Bei Kelotats nebenan war es leer, da haben sie alles abgebrochen und anderweitig verbraucht. Auch Ballnus' Hof erging es so, Erst wohnten da noch der Max Kukat und seine Aldonna. aber als die ausreisten, ging dort auch alles seinen Gang. Der brauchte Bretter, ein anderer brauchte Ziegel, ein dritter einen Grabstein, und dann verschwand alles. Von weit her waren manche, bis nach Szameiten oder Kaunas, wird erzählt, sollen sie unser Bitteneher Hab und Gut geschleppt haben. Das war eine schreckliche Unordnung..

(...) Nachts klopfte es oft an der Haustür. Wir hatten sie immer mit einem Pfahl von innen verrammelt, einbrechen konnten sie nicht. ‚Gib Essen!‘ Sie forderten, sie hatten Gewehre. Ich bettelte immer nur: ‚Wir haben kleine Kinder, geht woandershin.‘ Meine Mutter führte die Verhandlungen. ‚Söhnchen, ich werd euch ein Stückchen Brot geben.‘ Sie regelte das und erreichte, dass sie uns nichts taten. Kaum ein Tag verging ohne diesen Besuch. Wir mussten teilen, ob wir wollten oder nicht. Einmal waren es litauische Partisanen, ein andermal versprengte russische Truppen, auch Deutsche geisterten noch im Lande herum. Man wusste nie, was sie wollten und was sie in dieser Gegend trieben. Andernorts haben sie getötet. Wenn die einen deinen Bruder erschlagen haben, haben die anderen gelauert, wer geht die Leiche abholen. Deshalb haben viele auf der Straße gelegen, bis sie stanken. Nicht bei uns, wir hatten nicht so viele Wälder. Unsere Gegend war nicht günstig für deren Kampf. Bei uns reisten sie nur durch und schnell wieder weg.

Eines schönen Tages erschien ein Kommandant von Pogegegen. ‚Ihr müsst raus. Wo Soldaten sind, darf kein Zivilvolk sein.‘ Kurz und bündig sprach er: ‚Wenn ich das nächste Mal komme, dass ich euch bloß nicht hier finde!‘ Ich glaubte, jetzt muss ich sterben.

(...) Wir blieben. Auf einmal hieß es, das Militär wird ein Konzert machen. Der Kommandant kommt! ‚Versteckt euch! Dass euch keiner sieht‘, riet unser Iwan. Mit Birutė und Irena stand ich die ganze Zeit, während sie spielten, in Dilbas Wäldchen, hinter einem Baum, von wo aus ich unseren Hof übersehen konnte. Iwan holte uns ab. ‚Der Kommandant ist weg!‘ Der Mann hatte uns vergessen.

Nachher schickten sie einen anderen Kommandanten, der war besser.<sup>30</sup>

Die Mehrheit der „wilden Siedler“, kämpfenden Soldaten und Banden von Plünderern sowie anderer „durchziehender Vögel“ kam zumeist nicht mit der Absicht, hier sesshaft zu werden, sondern um sich zu verstecken, zu bereichern oder in dieser unruhigen Nachkriegszeit einfach zu überleben. Besonders in kleinen Orten und Dörfern bekamen das Unrecht, das sich diese Marodeure zuschulden

---

30 V. Lachauer, *Paradiesstraße...*, S. 55 f.

kommen ließen, sowohl die alten als auch ebenso häufig die neuen Bewohner zu spüren.

Besonders die ersten Siedler, die aus eigenem Antrieb nach „Deutschland“, wie das Memelgebiet allgemein genannt wurde, kamen, behandelten die alten Bewohner herablassend und feindselig. Im Frühjahr 1945 versuchten achtzig Bauernfamilien aus der benachbarten Rajongemeinde Gargždai (Garsden) die verlassenen Höfe in Besitz zu nehmen. Im April desselben Jahres brannte das Dorf Dituva (Dittauen) ab, woraufhin zehn neu angekommene Familien in ihre alten Häuser zurückkehrten.

Es kam auch vor, dass die neuen Einwohner überfallen, getötet und ausgeraubt wurden. In den Ortschaften, „wo keine Autochthonen wohnten, konnten sich die Neuankömmlinge sicherer fühlen. Es war eine Zeit, in der jeder gegen jeden kämpfte“<sup>31</sup>.

Unter diesen Bedingungen war es nötig, „den Siedlerstrom in den Griff zu bekommen“ und die elementare Ordnung herzustellen. Deswegen beschloss das ZK der KPL, einen Sonderbeauftragten in das Memelland zu entsenden. Seinen Namen (Solin) trug ein Plan zur Besiedlung unbewohnter Höfe. Danach war vorgesehen, diese etwa 13 000 Bauernfamilien zu überlassen.

Tabelle 8 Siedlungskapazitäten im Memelland nach dem Stand vom 3. März 1945

Kreis	Gesamtzahl der Höfe	Davon		Siedlungsvorschläge
		unbewohnt	bewohnt	
Klaipėda	3312	2613	699	bis 15 ha / Familie 30 ha / 2 Familien bis 45 ha / 3 Familien
Šilutė	4585	3904	681	
Pagegiai	ca. 4500	ca. 4300	ca. 150	
Zusammen ca.	12 397	10 817	1630	60 ha – Gründung einer Kolchose Familien insgesamt: 13 000

Quelle: s. Tab. 7, S. 48.

Der Solin-Plan wurde von der Regierung in Wilna verabschiedet. Danach sollten alsbald Vorbereitungen zur landwirtschaftlichen Kollektivierung aufgenommen werden. Durch die allmähliche Rückführung der früheren Einwohner und die Zuwanderung neuer entstand – ähnlich wie im Ermland und in Masuren – das Problem der strittigen Bauernhöfe, das bis 1948 anhielt, als mit der Massen- und Zwangskollektivierung begonnen wurde. Nach dem Agrarreformgesetz sollte die Mehrheit der leerstehenden Höfe verstaatlicht werden. Eine Wiedererlangung bisheriger Eigentums durch die heimkehrenden ehemaligen Besitzer war nicht

31 *Ebenda*, S. 62-66.

vorgesehen. Viele Siedler aus Litauen übernahmen, aus eigenem Antrieb oder mit behördlicher Einwilligung, die leerstehenden Gehöfte guten Glaubens. Die Lage wurde komplizierter, sobald die rechtmäßigen Besitzer zurückkamen. Diese konnten nicht verstehen, dass sie ihr Eigentum nicht zurückbekommen können. Nahmen sie es in Besitz oder wurde ihnen ein anderes Gehöft zugewiesen, so vermochten sie nicht einzusehen, dass die Regierung allen das Land wegnehmen will, um Kolchosen zu errichten. Je später sich jemand repatriiert hatte, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass er seinen eigenen Hof zurückbekommen würde. Dies brachte Verbitterung und ein starkes Ungerechtigkeitsgefühl hervor, woraus Konflikte mit den neuen litauischen Einwohnern entstanden. Die lokalen Behörden beäugten Heimkehrende mit Unwillen, da daraus zahlreiche Probleme erwachsen. Die früheren Einwohner wurden häufig angefeindet. Es wurde die Ansicht propagiert, dass „diese deutschen Schweine“ keinen Anspruch auf irgend etwas hätten. Vor diesem Hintergrund war die Lage der gesamten Autochthonen sehr schwierig. Sie wurden als Konkurrenten bei der Übernahme attraktiverer Agrarbetriebe und Funktionen in der lokalen Verwaltung wahrgenommen. So wurden beispielsweise die Lehrer in den Dörfern Vabalai (Wabbeln) und Traksedžiai (Trakseden) nur deswegen entlassen, weil sie „Hiesige“ waren<sup>32</sup>. Manche der Autochthonen versuchten, das Problem um die strittigen Gehöfte gerichtlich entscheiden zu lassen. Dies scheiterte und endete wie im Fall von vier Familien von der Kurischen Nehrung mit der Deportation nach Sibirien<sup>33</sup>.

Die ersten organisierten und freiwilligen Siedlergruppen von 200 Familien aus den Nachbarregionen ließen sich Ende Februar/Anfang März 1945 im Memelland nieder. Nach dem Ende der Kriegshandlungen betrieb die litauische Regierung über Rundfunk und Presse eine breit angelegte Kampagne, die zur Übernahme leerstehender Gehöfte animieren sollte. Dabei war vorgesehen, dass sich zum Beispiel im litauischen Teil der Kurischen Nehrung 350 Fischerfamilien niederließen. Bis August 1946 siedelten indes nur 64 Familien, zumeist aus der Gegend um Krottingen und Telschen (Telšiai) auf die Nehrung über. Es wurde ein spezieller Finanzhilfenplan für die neuen Bewohner aufgelegt. Jede Siedlerfamilie sollte ein Haus mit Gemüsegarten als Eigentum erhalten und außerdem ein 10-jähriges Darlehen in Höhe von 1 000 Rubel, ferner Fischerkleidung, Fangnetze und sonstige Gerätschaften, die zum Fischfang benötigt werden. Das Besiedlungsproblem der Kurischen Nehrung konnte erst 1951 gelöst werden. Es war dies allerdings ein Sonderfall<sup>34</sup>.

---

32 *Ebenda*, S. 56. Vgl. auch Kibelka, *Ostpreußens...*, S. 119.

33 Vgl. M. Mačiulskis, *Die Tätigkeit des MVD-MGB im Memelland in den Nachkriegsjahren (1945-1953)*, in: *Annaburger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 93.

34 *Ebenda*, S. 93 f.

Entscheidend beeinflusst wurde das Verhältnis der alten und neuen Einwohner in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Einstellung der sowjetischen Behörden zu diesem Gebiet und damit auch zu seiner Bevölkerung. Einerseits behandelte man das Memelland als Teil der UdSSR (der Litauischen SSR), andererseits als Kriegsbeute, als einen Teil des besiegten Deutschlands. Die sowjetischen Behörden ließen die Rückführung der gesamten Altbevölkerung zu. Von dieser Möglichkeit konnten auch Deutsche Gebrauch machen, da die Nationalitätenfrage keine grundlegende Bedeutung hatte. Wichtig war nur, ob jemand 1938 die litauische Staatsbürgerschaft besessen hatte oder nicht. Diese Situation war im ehemaligen Ostpreußens einzigartig, besonders im Vergleich zum Kaliningrader Gebiet oder dem Ermland und Masuren. Allerdings hielt dies die neuen Machthaber keineswegs davon ab, die Repatriierten als Deutsche zu behandeln und sie beispielsweise „deutsche Schweine“ oder „Faschisten“ zu nennen.

Obwohl im Memelland, anders als im Ermland und Masuren, keine Nationalitätenprüfung durchgeführt wurde, um so die autochthone Bevölkerung von den Deutschen, die ihre bisherigen Wohnsitze verlassen mussten, abzugrenzen, lief doch das ab 1. Dezember 1945 geltende Gesetz über die sowjetische Staatsangehörigkeit de facto auf dasselbe hinaus. Damit verbunden waren neue Regelungen zur Passvergabe. Es berührte zwar nicht die notwendige Ausgabe neuer Personalausweise (Pässe) selbst, dennoch war es gewissermaßen eine Überprüfung der gesamten Bevölkerung. Im Fall des Memellandes und seiner alten Bewohner war nur eine einzige Möglichkeit vorgesehen. In den entsprechenden Vordrucken galt es, „litauische Nationalität“ einzutragen. Wer „deutsche Nationalität“ eintrug, bekam keinen Pass. Diese Personen wurden als Staatenlose behandelt und bekamen besondere Bescheinigungen (Ausweise) in einer charakteristischen Farbe ausgestellt. Die Zahl dieser Bescheinigungen ist schwer festzustellen. Die Forscher geben aufgrund verschiedener Quellen Zahlen an, die zwischen 700 und 5 000 schwanken. Diese Bevölkerungsgruppe besaß keine Bürgerrechte. Aufgrund eines Beschlusses der KPL vom 10. Dezember 1945 war es verboten, die „autochthone deutschstämmige Bevölkerung“ auf die Wählerlisten zu setzen<sup>35</sup>.

Die Behörden versuchten, dieses Problem zu lösen, indem sie 1947 der gesamten Bevölkerung des Memellandes die sowjetische Staatsangehörigkeit verliehen. Nichtsdestoweniger gab es im Juni 1950 noch 517 Personen deutscher Nationalität und 219 Kinder ohne Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen wollten nach Deutschland ausreisen<sup>36</sup>.

Die Tatsache, dass ein Teil der Einheimischen keine litauische (sowjetische) Staatsbürgerschaft besaß, schwächte einerseits ihre Position zum Beispiel in Vermögensauseinandersetzungen, stärkte aber andererseits die allgemeine Überzeu-

35 Kibelka, *Wolfskinder. Grenzgänger an der Memel*, Berlin 2003, S. 58 f.

36 *Ebenda*, S. 60-64.

gung, dass die Autochthonen „verkappte Deutsche“ seien, die nicht dieselben Rechte wie die übrige Bevölkerung besitzen sollten. Viele litauische Siedler und die lokalen Behörden behandelten sie wie Bürger zweiter Klasse, als „Abtrünnige“, die zum Feind übergelaufen seien. Die Regierung in Wilna hatte gar nicht vor, wie das im Ermland und in Masuren der Fall war, eine Relitauisierung dieser Bevölkerungsgruppe durchzuführen. Unter Stalin herrschte in der Sowjetunion enormes Misstrauen und Argwohn gegenüber allen Rückkehrern aus dem Westen. Sie wurden feindseliger Absichten und der Spionage bezichtigt, als „schädliche Elemente“ behandelt, auf verschiedene Weise bespitzelt und eingeschüchert. Die Sicherheitsbehörden schätzten zum Beispiel im Jahr 1947, dass sich im Kreis Klaipėda sehr viele „antisowjetische Elemente“ befänden, die „Städte und Dörfer vergiften“. Zu dieser Gruppe wurden 30 Angehörige des nationalen Untergrunds, 26 „Banditen“, 512 „Kulaken“ („Großbauern“) und weitere „antisowjetische Elemente“ gezählt. Um sich diesen „Feinden“ entgegenzustellen, wurde beschlossen, gegen 2 079 Personen aus dem Kreis Klaipėda „operative Maßnahmen“ zu ergreifen. Unter ihnen befanden sich folgende Bevölkerungsgruppen:

- „1. Personen, deren Familienangehörige mit den Deutschen geflohen sind: 915;
2. Personen, deren Familienangehörige in der Deutschen Wehrmacht gedient haben: 195;
3. Mitglieder der „Hitlerjugend“: 99;
4. Repatrierte, die kein Filtrationslager durchlaufen haben und nicht vom NKWD registriert wurden: 506;
5. Personen, die der NSDAP angehörten: 45;
6. Personen, die mit den Deutschen nach Deutschland geflohen waren: 32<sup>437</sup>.

## 1.4. Deportationen

Entscheidend beeinflusst wurden die gesellschaftlichen Prozesse, darunter die Beziehungen zwischen neuen und alten Einwohnern des Memellandes, durch die 1948 begonnenen Deportationen ins Innere der Sowjetunion. Sie fanden auch im Kaliningrader Gebiet statt. Das Ermland und Masuren sowie die übrigen polnischen Gebiete waren von solchen Maßnahmen „frei“, weil sie, im Gegensatz zu beispielsweise Litauen und den übrigen baltischen Staaten, nicht in der UdSSR lagen.

Hauptzweck der Deportationen war es, aus der jeweiligen Region Menschen zu entfernen, die für „Feinde“ oder „Gegner der Sowjetmacht“ befunden wurden. Diese beiden Kategorien waren sehr schwammig und wurden von den lokalen Behörden oftmals willkürlich ausgelegt. Sie umfassten „Volksfeinde“, „Klassenfeinde“, also Großbauern, Gutsbesitzer, Personen, die dem „alten Regime“ nahe-

---

37 *Ebenda*, S. 56.

standen, „Hitleristen“, „Banditen“, aber auch „Repatrierte“ oder „Deutsche“. Gewissermaßen ein Nebeneffekt der Deportationen war die „große Angst“, die zur Atomisierung des gesellschaftlichen Lebens, zum allgegenwärtigen Argwohn und zur Spionagemanie führte. Dadurch wurde die Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse erschwert und die Anpassung an die neuen Lebensbedingungen eingeschränkt.

Deportationen und der spätere Verlauf der Zwangskollektivierung waren die wesentlichen Instrumente zur Brechung des gesellschaftlichen Widerstandes, zur Schwächung und zum Abbruch sozialer Bindungen. Auf den „Trümmern“ der alten Gesellschaft wollte man die Grundlagen für eine neue sowjetische Realität schaffen: die klassenlose sozialistische und kommunistische Gesellschaft. Der damals herrschende Stalinismus war ein System der politischen Diktatur, das sich alle Lebensbereiche unterwarf, Furcht und Schrecken sowie ständige Unsicherheit verbreitete, über einen realen Polizeiapparat verfügte und zugleich die Ideen der „Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit“ verkündete. Die Macht übte uneingeschränkt die kommunistische Partei aus, die mittels des (geheimen und öffentlichen) Sicherheitsapparates das Handeln der gesamten Bevölkerung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens kontrollierte. Ausgebaut wurde das Indoktrinierungssystem, das zur Sowjetisierung der Bevölkerung diente. Zu diesem Zweck wurden – wie in jedem totalitären (faschistischen oder kommunistischen) Staat – die Gesamtheit der Bildungseinrichtungen (von Kindergärten bis zu Hochschulen), die politischen, gesellschaftlichen und Jugendorganisationen sowie staatlichen Institutionen (Militär, Verwaltung), wie auch alle damaligen Massenkommunikationsmittel (Presse, Rundfunk) und die „in Inhalt und Form sozialistische Kultur“ eingespannt. Jegliche oppositionelle Haltungen und Aktivitäten wurden im Keim und mit aller Härte erstickt.

Auf dem gesamten sowjetischen Territorium, darunter auch in der Litauischen SSR und im „unterjochten“ Volkspolen, wurden eine ähnliche Nationalitätenpolitik betrieben und gleiche ideologische Ziele verfolgt. Das führte dazu, dass die sozialen Prozesse im gesamten ehemaligen Ostpreußen zum Teil ähnlich verliefen. Besonderes Gepräge verlieh ihnen die identische Politik der sowjetischen Militärbesatzungsbehörden (Kommandanturen): Terror, Deportationen, Demontage, brutale Abrechnung mit politischen Gegnern usw. Die Bildungsweise der neuen Zivilverwaltung beeinflusste auch die Ähnlichkeit der Politik im Memelland und im Kaliningrader Gebiet. Die Lage im Ermland und in Masuren war spezifisch. Dies resultierte aus der regionalen Eigenart, Tradition, Bevölkerungszusammensetzung, der allgemeinen politischen und sozialen Lage sowie der Kraft des sozialen Widerstands. Den Ideologen der sozialistischen (kommunistischen) Gesellschaft erschienen die neuen Bewohner der „neuen Gebiete“, der „ehemals deutschen Territorien“, als ideales Material, das sie sowjetisieren und in einen *Homo*

*Sovieticus* umformen könnten. Entwurzelung, Bruch mit der Tradition, Mangel an ausgestalteten sozialen Bindungen, schwache gesellschaftliche Kontrolle, Gefühl der Unsicherheit und des Provisorischen begünstigten die Herausbildung der gewünschten Haltungen und des notwendigen sozialen Bewusstseins. Die Bevölkerung, die das gesamte Gebiet Ostpreußens bewohnte, sollte die Rote Armee, die kommunistische Partei und die Sowjetunion als Bürgen der bestehenden Staatsgrenzen wahrnehmen, was die Ängste vor einer Rückkehr der Deutschen in diese Region abbauen helfen sollte. In der Tat sollte die Bevölkerung zum passiven Element des Wandels degradiert werden.

Der gesellschaftliche Widerstand gegen die Sowjetisierung und Russifizierung war im Memelland viel schwächer als in Großlitauen. Die geringe Anzahl ehemaliger Einwohner, die große Zahl der Russen, die Unsicherheit der litauischen Siedler und der Sonderstatus dieser Grenzregion bedingten, dass der bewaffnete Widerstand in der Nachkriegszeit sehr begrenzt blieb. Schätzungsweise haben zwischen 10 000 bis 30 000 Personen in Großlitauen den bewaffneten Kampf aufgenommen; sie wurden „Partisanen“ oder „Waldbrüder“ (*Miskiniai*) genannt, in Kleinlitauen dagegen „Banditen“. So sollte die Sowjetisierung Litauens aufgehalten werden. Im Verlauf des bewaffneten Kampfes lassen sich drei Zeiträume unterscheiden: Herbst 1944 bis Frühling 1946, Sommer 1946 bis Ende 1948 und die letzte Phase bis Ende 1952.<sup>38</sup>

Die Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren eine zweite Besatzungszeit Litauens. Die erste Zeit der sowjetischen Diktatur fällt in die Jahre 1940-1941, als zum ersten Mal der bewaffnete Kampf aufgenommen wurde, so wie Ende 1944/Anfang 1945. Die manchmal 500 Mann starken Partisanenverbände konzentrierten sich in großen zusammenhängenden Waldgebieten sowie in Dörfern und Kleinstädten, hauptsächlich im südlichen Litauen in der Region Dzūkija und in Schamaiten, das an das Memelland grenzte. Die sowjetischen Behörden schätzten, dass es im Jahr 1946 in Litauen 336 Partisanengruppen und 436 antisowjetische Organisationen gab. In den Waldbunkern wurden eigene Zeitungen, z.B. „Laisves varpas“ („Glocke der Freiheit“), herausgegeben. Die Auflagen erreichten bis zu eintausend Exemplare. Die Partisanenverbände waren bemüht, mit den antikommunistischen Untergrundorganisationen im polnischen Suwalki Gebiet sowie mit den deutschen Gruppen im Kaliningrader Gebiet Kontakte aufzunehmen. Ziel war es, die Anstrengungen im Kampf gegen die Sowjets zu vereinen. Diese Aktivitäten scheiterten. Im Kampf gegen die bewaffnete litauische Opposition wurden starke Militär- und NKWD-Verbände aufgebildet. Die letzten Punkte des bewaffneten Widerstands fielen 1953.<sup>39</sup>

---

38 A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene...*, S. 57.

39 *Ebenda*.

Viele litauische Partisanen verbände operierten auch in Kleinlitauen. Es handelte sich zumeist um Ausfallaktionen zur Ausschaltung sowjetischer Funktionäre, die unter anderem die Kollektivierung der Landwirtschaft vorantreiben wollten. Die Einwohner des Memellandes stellten keine eigenen bewaffneten Verbände auf. Einige schlossen sich dafür den litauischen „Waldbrüden“ an oder unterstützten sie. Dadurch hielt sich zumal in den Dörfern und Kleinstädten das Gefühl der Unsicherheit, was zur Demoralisation führte. Unter dem Deckmantel der Partisanen agierten oft allerlei Gauner, die die Bevölkerung ausraubten und terrorisierten. Aus Angst um sein Leben zog ein Teil der Dorfbevölkerung in die Städte. Auch sowjetische Verbände, die die Partisanen bekämpften, terrorisierten die Einwohner und beschlagnahmten oft Lebensmittel und Alkohol, führten drastische Verschärfungen ein sowie Vergeltungsaktionen, falls ihnen Informationen über Partisanenunterstützer zugespielt worden waren.

Um den gesellschaftlichen Rückhalt der Partisanen bei der wohlhabenderen und gebildeteren Landbevölkerung einzudämmen und den Widerstand der Bevölkerung gegen die geplante Zwangskollektivierung zu brechen, wurde mit Massendeportationen begonnen. Dabei ging es auch um die Gewinnung billiger Arbeitskräfte für die Industrialisierung und Urbanisierung der endlosen Weiten Sibiriens. Dort war die Errichtung sozialistischer Schwerindustrie geplant. Ein weiteres geheimes Ziel der Aussiedlungen war die vollständige Vermischung unterschiedlicher Völker, um gemäß der stalinistischen Ideologie – ähnlich wie in den ehemaligen deutschen Gebieten – ein „Sowjetvolk“ zu schaffen, das keine Heimat, keine Muttersprache und kein nationales Zugehörigkeitsgefühl haben sollte. Ein in der Praxis realisierter Idealtypus war der Berufsmilitär (Offizier oder Unteroffizier der Sowjetischen Armee), der oft seinen Stationierungsort wechselte (von Kalingrad bis nach Kamtschatka), nur in Dienstwohnungen lebte und somit kein Wohneigentum besaß. Da seine Familie und Kinder in immer anderen Regionen des Imperiums lebten, konnten sie nirgendwo Wurzeln schlagen. Kinder, deren Elternteile nicht selten unterschiedlicher ethnischer Herkunft waren, sprachen oft nicht die Sprache ihrer Eltern oder der lokalen Bevölkerung. Die neue *Lingua Sovietica* war Russisch und die erwünschte Haltung eine Identifikation mit dem sowjetischen Vaterland, der kommunistischen Partei und deren Führern.

Erste Deportationen aus Litauen fanden 1941 und unmittelbar nach dem Krieg statt. Wegen des demographischen Vakuums, der späteren intensiven Siedlungstätigkeit und der fehlenden Anzeichen für einen größeren Widerstand wurden in dieser Zeit im Memelland keine Deportationen durchgeführt. Bis 1947 wurden aus ganz Litauen etwa 70 000 Personen ausgesiedelt. Eine weitere große Deportationswelle fand im Frühling 1948 statt. Zu ihrer Durchführung wurden der lokale Verwaltungsapparat und die Mitglieder der kommunistischen Partei sowie der Komsomol-Organisation im Vorfeld mobilisiert. Die Zentralregierung entsandte

zu diesem Zweck mehr als tausend Aktivisten. Durchgeführt wurde die Aussiedlungsaktion von militärischen Sondereinheiten des Innenministeriums. Die Kriterien zur Einteilung der zu Deportierenden waren weit gefasst. Auf besonderen Listen standen vor allem reiche Bauern und andere Landwirte, die als Kulaken eingestuft wurden. Eine eigene Kategorie bildeten Personen, die der Unterstützung oder der Solidarität mit nationalen Streitkräften im Untergrund verdächtigt wurden („Partisanen“, „Waldbrüder“). Letztere wurden bei der Festnahme erschossen oder zu hohen Haftstrafen verurteilt. Sie wurden auch in entlegene Regionen am Rande des Imperiums verbannt. Es gab Fälle von Denunziation durch die Nachbarn, die Anzeigen erstatteten, weil sie neidisch waren oder fremdes Eigentum zu übernehmen trachteten. Am 12. Dezember 1947 verabschiedete das ZK der KPL einen Beschluss, in dem sieben Kategorien reicher Bauern nach folgenden Kriterien definiert wurden:

- „1. Höfe, die landwirtschaftliche Arbeitskräfte oder Handwerker beschäftigen und sie mit Geld oder Naturalien entlohnen;
2. Höfe, die während der deutschen Okkupationszeit Arbeitskräfte beschäftigt haben;
3. Höfe, auf denen Fremde leben, die als ‚Familienmitglieder‘ behandelt werden;
4. Höfe, die systematisch Saisonkräfte beschäftigen;
5. Höfe, die Tiere oder Inventar verleihen;
6. Höfe, die Maschinen benutzen;
7. Höfe, die systematisch landwirtschaftliche Produkte zum Weiterverkauf anbieten“<sup>40</sup>.

Praktisch bedeutete dies, dass fast alle landwirtschaftlichen Betriebe unter diese Kategorien fielen. Die Aussiedlungen begannen am 22. Mai 1948 um vier Uhr früh unter dem poetischen Decknamen *Vesna* (Frühling). An einem Tag wurden in ganz Litauen etwa 40 000 Personen verhaftet. Gemäß den vorher verabschiedeten „Plänen“ sollten auch 343 Familien aus dem Memelland deportiert werden. Dank ihrem „operativen Engagement“ konnten die Behörden „den Plan übererfüllen“ und schließlich 412 Familien (oder 1 642 Personen) aus ihren Häusern und Wohnungen vertreiben. Dies rief Panik in der Region hervor. Anderntags, am 23. Mai, einem Sonntag, blieben alle Kirchen geschlossen<sup>41</sup>.

Die Durchführung der Aussiedlungen unterschied sich nicht von der Vorgehensweise eines Stalin oder Hitler<sup>42</sup>. In der Regel wurde das betroffene Haus am Abend von Militäreinheiten umstellt und den Hauseinwohnern bekanntgegeben, sie würden deportiert. Sie durften nur kleines Gepäck mitnehmen. Das gesamte Hab und Gut musste zurückgelassen werden. Anschließend wurden sie unter

40 Kibelka, *Wolfskinder...*, S. 56 f.

41 Kibelka, *Ostpreußens...*, S. 140. Vgl. auch N. Kairiūkštytė, *Klaipėdos krašto kaimo vietovių apgyvendinimas pokario metais*, in: *Lietuvinku kraštas*, Kaunas 1995, S. 349-371.

42 A. Hermann, *Lietuvių...*, S. 85-90.

strenger Bewachung zur nächstgelegenen Bahnstation abtransportiert und gewarnt, dass bei Fluchtversuch Erschießung drohe. Nach der Verladung in Viehwaggons warteten die Aussiedler meistens tagelang auf die Abfahrt und verblieben auf Abstellgleisen in der Nähe der Bahnhöfe. Der Transport setzte sich in Bewegung, nachdem er vollständig und gesichert war. Genau dann bestand eine Fluchtmöglichkeit, von der viele zumeist junge Leute Gebrauch machten. Nach einer mehrwöchigen Fahrt erreichten die Transporte meistens Westsibirien und Kasachstan. Für die Einwohner Kleinlitauens wurden Sammelpunkte (Deportationspunkte) in Rimkai, Šilutė und Radviskis eingerichtet. Zielstationen waren Kansk und Jenissei in der Region Krasnojarsk in Sibirien. Unter den Deportierten stellten Frauen die größte Gruppe (39 %), gefolgt von Männern (31 %) und Kindern unter 15 Jahren (30 %)⁴³.

Weitere Aussiedlungen folgten im März 1949 unter dem Namen *Priboj* („Brandung“). Aus dem Memelland wurden damals 1 465 Personen (426 Familien) und aus ganz Litauen insgesamt 8 500 Personen deportiert. In späteren Jahren erreichte die Zahl der Ausgesiedelten nicht mehr dieses Ausmaß. In den Jahren 1951-1952 wurden aus Kleinlitauen etwa 3 500 Personen (940 Familien) deportiert. Insgesamt wurden zwischen 1948 und 1952 aus der Region fast 2 000 Familien (ca. 6 500 Personen) ausgesiedelt. Die Alleinwohner machten knapp 45 % der Gesamtzahl der Deportierten aus. Fast die Hälfte von ihnen waren Repatriierte⁴⁴.

Tabelle 9      *Deportationen der Bevölkerung aus Litauen zwischen 1948 und 1952*

Kreis	Aktion „Frühling“				Aktion „Brandung“				1951-9152		
	Familien		Personen		Familien		Personen		Familien	Personen	
	N	%	N	%	N	%	N	%			
Aus Litauen insgesamt:	11 345			39 766		8765		28 981			
Klaipėda	209	51	919	56	264	62	927	63	940		
Pagegiai	53	13	206	13	85	20	281	19			
Šilutė	150	36	517	31	77	18	257	18			
Gesamt:	412	100	1642	100	426	100	1465	100			
Gesamtzahl der Deportierten aus dem Memelland während der ganzen Deportationszeit:									1780		

Quelle: A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 59.

43 Kibelka, *Ostpreußens...*, S. 139-146.

44 Kibelka, *Wolfskinder...*, S. 57.

Wie jede Deportation, so war auch die im Mai 1948 ein traumatisches Erlebnis. Die damals dreizehnjährige A. G. erinnert sich an diese Ereignisse so: „Auf dem Kaunaser Bahnhof stand ein langer Güterzug mit geöffneten Türen und verschlang Menschen wie eine Riesenschlange. Von den Soldaten gestoßen, ergoss sich die graue Masse der versklavten Menschen in sie. (...) Kaum war ich im letzten Waggon gelandet, wurde auch die Tür vernagelt. Man verdunkelte auch das kleine vergitterte Fenster, damit ja keiner von außen sähe, welches ‚Vieh‘ befördert wird. Notdürftig richtete ich mich unter der Decke zwischen verschwitzten und jammernden Körpern ein. (...) Irgendjemand erspähte durch einen Bretterspalt, dass wir fuhrten... in Richtung Deutschland. Dann hielt der Güterzug in Mauruciai, einige volle Waggonen wurden drangehängt und dann ging es wieder in Richtung Osten. Die Insassen überlegten, an welcher Stelle man uns wohl erschießen würde. Es stellte sich heraus, dass die Erschießung nicht nur mir angedroht worden war. Man vermutete, dass man uns in Paneriai bei Wilna [dort fanden 1941-1943 Massenerschießungen von Juden statt – A.S.] erschießen würde, andere meinten, dass es in den belorussischen Sümpfen bequemer sei...“<sup>45</sup>.

## 1.5. Zwangskollektivierung

Durch die Terrorisierung der litauischen und memelländischen Bevölkerung wurde, wie in der Ukraine der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, der Weg für die Zwangskollektivierung geebnet. Ohne eine „Vergesellschaftung“ der Landwirtschaft vermochten sich die stalinistischen Ideologen und Machthaber ein kommunistisches System nicht vorzustellen.

Die Grundlage für die Agrarpolitik der Sowjets, die auf die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft und die Zerschlagung der bisherigen Sozialstruktur abzielte, bildete die Agrarreform der Jahre 1945-1948. Bereits am 30. August 1944 verabschiedete der Oberste Rat der LSSR (das sowjetische Pendant eines Parlaments) ein Gesetz über die Beseitigung von Folgen der deutschen Besatzung in der Landwirtschaft, auf dessen Grundlage nun die Agrarreform eingeführt wurde. Alle bisher herrenlosen, von repatriierten Polen aus dem Wilnaer Gebiet zurückgelassenen Agrarbetriebe und Gehöfte wurden in einem staatlichen Bodenfonds zusammengelegt. Sonstige Ackerböden, die beispielsweise im Eigentum der Kirchen standen, wurden verstaatlicht. Die Landeigentümer durften zwischen 20 und 30 ha Land besitzen. Aktive Kollaborateure aus der Zeit der deutschen Besatzung durften lediglich 5 ha Land behalten. Die Landreform erfüllte aber die Erwartungen der Regierung nicht. Das hatte mehrere Gründe:

---

45 Kibelka, *Memelland...*, S. 42 f.

- der Staat hatte mehr Land, als es potentielle neue Landwirte gab,
- kleine Agrarbetriebe waren unrentabel, führten zur Verarmung ihrer Besitzer und der Herausbildung des Landproletariats,
- ein Drittel der aufzuteilenden Landfläche fand keinen Käufer und lag brach<sup>46</sup>.

Dass durch die Agrarreform viele unrentable Höfe entstanden, schuf nach Ansicht der Betreiber der sowjetischen Agrarpolitik günstige Voraussetzungen für die Einführung der Zwangskollektivierung. Ihr ging die Bildung staatlicher Agrarbetriebe (Sowchosen) voraus, die in Polen ihr Pendant in den Staatlichen Landwirtschaftsbetrieben (PGR) hatten. Die ersten Sowchosen wurden wie die militärisch verwalteten Landgüter bereits in den Jahren 1944-1945 ausgehend von – meist ehemaligen deutschen – Großgütern errichtet. In der Nachkriegszeit entstanden im Memelland 16 Sowchosen. Sie alle litten unter Arbeitskräftemangel. Da sie unrentabel waren, zahlten sie oft nur einen Teil ihrer niedrigen Löhne in bar aus und den Rest in „Naturalien“. Die Sowchosenarbeiter durften 0,6 ha Land bei ihrem Haus besitzen. Die Behörden versuchten meist erfolglos, Arbeitskräfte für die Sowchosen anzuheuern. Es wurden vielfältige Anwerbungsmaßnahmen durchgeführt. Unter den Sowchosarbeitern waren auch Repatriierte.

1949 wurde mit der totalen Zwangskollektivierung begonnen. Es handelte sich dabei um eine durch und durch doktrinär-politische Entscheidung. Der ländliche Waren- und Geldverkehr, das heißt die Marktwirtschaft, war für die sowjetischen Machthaber nicht hinnehmbar. Es hieß, die Kleingüterwirtschaft ließe zwangsläufig den Kapitalismus wieder aufleben. Allein durch die Abschaffung privaten Landbesitzes sei volle politische und wirtschaftliche Kontrolle über den ländlichen Raum zu erreichen. Auch ökonomisch wurde argumentiert. In der Propaganda war die Rede von der Möglichkeit, die Agrarproduktion durch Flurbereinigung und Einführung moderner Technologien zu steigern. Die Behörden konnten die Pflichtkontingente von den Kolchosen leichter eintreiben als von den Privatbauern.

Ende 1949 konnten die litauischen Kommunisten es als Erfolg ansehen, dass 62 % aller Agrarbetriebe landesweit kollektiviert worden waren. Der partisanen-gestützte Widerstand der Bevölkerung führte dazu, dass noch 1951 27 % der Agrarbetriebe in privater Hand waren. Obwohl viele Kolchosen (landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) unrentabel blieben, waren die Behörden besonders um die Kollektivierung im Memelland bemüht. Anfang der fünfziger Jahre wurde die Mehrzahl der Agrarbetriebe kollektiviert. Die Kolchosen erhielten auch passende Namen wie *Naujas Darbas* („Neue Arbeit“) oder *Geguzes pirmoj* („Erster Mai“). Auch auf der Kurischen Nehrung entstanden Fischereikolchosen. Am 12. Juni 1948 wurde in Nida die erste derartige Kolchose gegründet. Sie hieß *Pasi-*

---

46 A. Arbušauskaitė, *Die Demographische...*, S. 67.

*enėtis* („Grenzkolchose“) und ihr gehörten 37 Fischer an. Der Kolchose *Baltijos Aušra* („Ostsee-Morgenröte“) gehörten 47 Fischer aus Juodkrantė, Pervalka und Preila an.

Die gesamten sozialen Prozesse in den Jahren 1945-1950, d.h. Massenmigrationen, Bürgerkrieg, Landwirtschaftsreform, Deportationen, Kollektivierung und Sowjetisierung, ließen vielfältige Konflikte und Spannungen aufkommen. Diese betrafen die Gegensätze sowohl zwischen den sowjetischen Behörden und der gesamten Bevölkerung als auch zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen. Dazu kam das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Kulturen, Religionen, Werte, Normen und Verhaltensmuster. Für die alten Einwohner bedeutete dies die Ablösung ihrer bisherigen Welt durch die unverständliche Sowjetrealität mit ihren Merkmalen wie fehlender Disziplin, um sich greifender Unordnung, Schwinden des Arbeitsethos, Trunksucht sowie Inkompetenz und Arroganz der Regierung.

Nach Abschluss der massenhaften Wanderungsbewegungen erreichte die Bevölkerungszahl im Memelland einen Stand von über 100 000 Personen, darunter ca. 15 000 Altbewohner. 1950 wohnten in Klaipėda, der Hauptstadt der Region, 48 500 Einwohner, von denen die Litauer nur 40 % ausmachten. Wegen späterer territorialer Änderungen im Memelland (Bildung neuer Verwaltungseinheiten, die nun auch großlitauische Landstriche umfassten) fällt es sehr schwer, die Einwohnerzahl innerhalb des historischen Gebiets präzise zu bestimmen.

## 2. Sonderzone – Vom Königsberger zum Kaliningrader Gebiet

Die Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 8./9. Mai 1945 besiegelte den endgültigen Zerfall Ostpreußens. Die formalrechtliche Stellung ganz Ostpreußens blieb in den ersten Monaten nach dessen Einnahme durch die Rote Armee (April-Juli 1945) bis zur Unterzeichnung der Schlussdokumente auf der Konferenz der Siegermächte in Potsdam am 2. August 1945 ungeklärt. Die Gegend Königsbergs mit den benachbarten Landkreisen, die ein Drittel der Fläche Ostpreußens ausmachten, wurde an die Sowjetunion angeschlossen und als Besatzungszone behandelt. Daher war die Einstellung der sowjetischen Truppen zur deutschen Zivilbevölkerung wie auch zum vorgefundenen materiellen Vermögen identisch mit der im gesamten besetzten Deutschland<sup>47</sup>.

### 2.1 Sowjetische Besatzung und Einverleibung – Entstehung der Herrschaft und der Verwaltungsstruktur

Wie in anderen von der Roten Armee eingenommenen Gebieten wurde auch in Ostpreußen die volle Gewalt zunächst durch die sowjetische Militärverwaltung in Gestalt von Militärkommandanturen übernommen. In Ostpreußen übte anfangs die Militärführung die Oberhoheit aus, genauer der Kriegsrat der 3. Weißrussischen Front. Im Operationsgebiet der 11. Garde-Armee gab es in der ersten Hälfte des Februar 1945 neun Kommandanturen, darunter sieben Armee- und zwei Frontkommandanturen (in Wehlau und Tapiau). Ungeachtet der schweren Kämpfe um Königsberg wurde eine Militärkommandantur der Stadt und Festung Königsberg errichtet und der Chef der Stadt- und Festungsgarnison Königsberg ernannt. Nach der Einnahme der ostpreußischen Hauptstadt wurde diese in acht Bezirke (Rajons) unter den Militärkommandanten aufgeteilt. Unabhängig von den Kommandanturen gab es auch andere Militärorgane für die Sicherung des Hinterlands (einschließlich des Beutegutes).

Nach Fall und Kapitulation des Dritten Reiches wurde gemäß dem Befehl des Militärrates der 3. Weißrussischen Front vom 10. Mai 1945 beim Stadtkommandanten Königsberg die provisorische Verwaltung für Zivilangelegenheiten gebildet, ebenso deren Pendant bei den Bezirkskommandanturen. Ihre Struktur umfasste viele verschiedene Abteilungen: Passwesen, Verwaltung, Handel, Nahrungsmittelbeschaffung, lokale Industrie und Gesundheitsschutz. Eine sehr wich-

---

47 W. Galcow, *Grundlegende Besonderheiten der Geschichte des Kaliningrader Gebietes*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 31.

tige Rolle kam aus der Sicht der alten und neuen Zivilbevölkerung der Passabteilung zu, die provisorische Aufenthaltsbescheinigungen ausstellte, Wohnsitze und Beschäftigungen zuwies. Bereits am 11. Juni 1945 wurden gemäß einem Befehl des Königsberger Kommandanten in allen von Deutschen bewohnten Häusern Vorsteher ernannt. Sie hatten für Ordnung zu sorgen und dabei auch auf die Habe und die entsprechende Zahl der Bewohner zu achten. Damals begann eine groß angelegte Zwangsmaßnahme, um die deutsche Bevölkerung aus, ihren Wohnungen und Häusern zu vertreiben. Die Deutschen wurden oft in festgelegte Straßenzüge oder Stadtbezirke eingewiesen. Am 10. Juni 1945 wurde durch Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR der Sondermilitärbezirk Königsberg begründet, deren Oberbefehlshaber vom Stadt- und Festungskommandanten die Zivil- und Wirtschaftsangelegenheiten übernehmen sollte. Erst am 19. November 1945 jedoch fasste der Kriegsrat des Sondermilitärbezirks Königsberg einen Beschluss über die Gründung der Provisorischen Verwaltung für Zivilangelegenheiten beim Kriegsrat mit 15 Abteilungen. Dadurch wurden alle Militärkommandanturen in Wirtschaftsfragen der Provisorischen Verwaltung unterstellt. Auch die territoriale Gliederung in 15 Rajons und die separate Stadt Königsberg von Mitte 1945 wurde beibehalten.

Anfang 1946 hatten Rajons in folgenden Ortschaften ihren Sitz: Königsberg Stadt mit 8 Rajons; Königsberg Land; Darkehmen (Osjorsk); Fischhausen (Primorsk); Friedland (Prawdinsk); Gumbinnen (Gussew); Heiligenbeil (Mamonowo), später nach Ludwigsort (Laduschkin) verlegt; Heinrichswalde (Slawsk); Labiau (Polessk); Kreuzburg (Slawskoje), später nach Preußisch Eylau (Bagrajowski) verlegt; Pillkallen (Dobrowolsk), später nach Lasdehnen (Krasnosnamensk) verlegt; Stallupönen (Nesterow); Tapiau (Gwardeisk); Tilsit (Sowetsk), später nach Ragnit (Neman) verlegt<sup>48</sup>.

Die so ausgestaltete Verwaltungsstruktur wurde von der Moskauer Regierung als eine Sondermilitärzone der UdSSR behandelt. Die Provisorische Verwaltung agierte als provisorische Zivilbehörde<sup>49</sup>. Gemäß einem Erlass des Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. April 1946 wurde das „Königsberger Gebiet“ (*Kenigsbergskaja Oblast*) gebildet und in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) eingegliedert. Praktisch bedeutete dies ein Ende der Militärverwaltung und deren Ersetzung durch eine Zivilverwaltung, wie sie für die gesamte UdSSR typisch war. Zweck der bisherigen Provisorischen Verwaltung für Zivilangelegenheiten, die bis Ap-

---

48 T. Baryła, *Wstęp* in: *Przesiedleńcy opowiadają. Pierwsze lata Kaliningrader Gebiet we wspomnieniach i dokumentach*, pod red. J. W. Kostjaschowa, wyd. polskie przygotował T. Baryła, Olsztyn 2000, S. 15.

49 I. M. Rega, *Die sowjetische Neubesiedlung des nördlichen Ostpreußens bis 1950 am Beispiel von vier Landkreisen*, Siegen 2002, S. 14.

ril 1946 bestand, war der Wiederaufbau von Industrie, Kommunalwirtschaft und Transport sowie die Gründung von Militärkolchosen und die Sicherstellung materieller Werte, bis die Verhältnisse die Gründung eines neuen Bezirks zuließen. Die offizielle Machtübergabe durch das Militär an die zivilen Verwaltungsstrukturen fand am 31. Mai 1946 statt. Am 4. Juli 1946 wurden Königsberg und sein Gebiet durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu Ehren des am 3. Juli 1946 verstorbenen Stellvertretenden Präsidiumsvorsitzenden des Obersten Sowjets Michail Iwanowitsch Kalinin in Kaliningrad und Kaliningrader Gebiet (*Kaliningradskaja Oblast*) umbenannt (in den darauf folgenden Monaten wurden keine weiteren Ortschaften umbenannt)<sup>50</sup>. Die formale Eingliederung des Kaliningrader Gebiets in die UdSSR wurde erst am 25. Februar 1947 vollzogen.<sup>51</sup>

Bei der Einrichtung des Kaliningrader Gebiets kam es zu einer administrativen Neuordnung mit 14 Rajons und der separaten Stadt Kaliningrad. Es wurden ein Gebietsamt für Zivilangelegenheiten und die ihm unterstellten Ämter den in einzelnen Verwaltungseinheiten gegründet. In jedem dieser Ämter gab es eine politische Abteilung, über deren Kaderbesetzung das Zentralkomitee der Kommunistischen Allunions-Partei (Bolschewisten) entschied. Deswegen vereinte das Gebietsamt für Zivilangelegenheiten Aufgaben einer staatlichen und einer parteipolitischen Institution in sich. Es bestand bis zum 28. Mai 1947, als es ersetzt wurde durch ein neues Verwaltungsgebilde, das höheren Orts eingesetzte Exekutivkomitee des Arbeiterdelegiertenrates für das Kaliningrader Gebiet, dem in den Städten und Rajons die Stadt- und Rajonexekutivkomitees der Delegiertenräte entsprachen. Mit Erlass vom 21. Juli 1947 wurde eine neue Verwaltungsgliederung des Gebiets eingeführt<sup>52</sup>. Die Gebietshauptstadt Kaliningrad wurde in vier Stadtrajons untergliedert, und zwar den Baltischen, den Leningrader, den Moskauer und den Stalingrader, das Gebiet (Oblast) in 17 Rajons, darunter drei Stadtbezirke, 19 Städte, davon 7 rajonfrei, 5 Arbeitssiedlungen und 129 Dorfsowjets (Tabelle 10).

---

50 V. Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000*, Berlin 2001, S. 100.

51 G. Goring, *Das nördliche Ostpreußen gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1996, S. 127.

52 T. Baryła, *Wstęp in: Przesiedleńcy...*, S. 16, nennt den 25. Juli 1947, V. Frobarth hingegen den 21. Juli 1947. Vgl. V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 270-275.

Tabelle 10 Verwaltungstruktur des Kaliningrader Gebiets 1947

	Rajon	Sitz der Rajonverwaltung (in Klammern früherer deutscher Name)	Dorfsowjets	Arbeitsied- lungen	Rajonstädte
1.	Bagrationskij	Bagrationsk (Preußisch Eylau)	8	–	Zentrum
2.	Bolschakowskij	Bolschakowo (Groß Skaisgirren)	5	–	–
3.	Gwardaiskij	Gwardaisk (Tapiau)	8	Snamensk (Wehlau)	Zentrum
4.	Gurjewskij	(Lauth/Kgb.)	9	–	Gurjewsk (Neuhäusen)
5.	Gussewskij	Gussew (Gumbinnen)	9	–	–
6.	Schelesnodoro- roschnyj	Schelesnodoroschny (Gerdauen)	5	Zentrum	–
7.	Kaliningradskij selskij (Land)	Niwienkoje (Wittenberg)	6	–	–
8.	Krasnosnamenskij	Krasnosnamensk (Lasdehnen)	11	–	Zentrum
9.	Laduschkinskij	Laduschkin (Ludwigsort)	6	–	Zentrum
10.	Nesterowskij	Nesterow (Stallupönen)	11	–	Zentrum
11.	Osjorskij	Osjorsk (Darkehmen)	9	–	Zentrum
12.	Polesskij	Polessk (Labiau)	7	–	Zentrum
13.	Prawdinskij	Prawdinsk (Friedland)	4	–	Zentrum
14.	Primorskij	Selenogradsk (Cranz)	9	Rybatschij Jantarnyj Pionerskij	Zentrum Primorsk
15.	Slawskij	Slawsk (Heinrichswalde)	6	–	Zentrum
16.	Sowetskij	Neman (Ragnit)	8	–	–
17.	Tschernjachowskij	Tschernjachowsk (Insterburg)	8	–	–

Quelle: Vgl. V. Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000*, Berlin 2001, S. 271.

Weitere geringfügige Änderungen der Verwaltungsstruktur traten 1951 ein, als Mamonowo zur Rajonstadt und Primorje (Groß Kuhren) zur Arbeitersiedlung aufstiegen. 1952 avancierte Pionerskij (Neukuhren), bislang Erholungssiedlung, zum städtischen Seebad und wurde Rajonsitz. Die oben dargestellte Verwaltungsstruktur blieb mit geringfügigen Änderungen (1958 wurden neue Rajongrenzen für Neman bestimmt, im Juni 1960 der Rajon Kaliningrad-Land aufgelöst und zum größten Teil dem Rajon Bagrationowsk zugeschlagen) bis 1962 erhalten, als 16 Rajons mit 22 Städten, davon 7 rajonfrei, 5 Arbeitersiedlungen und nur 98 Dorfsowjets gebildet wurden.

Die Eingliederung des Kaliningrader Gebiets in die Struktur der Sowjetunion bedeutete auch die Übernahme der allgemeinen Grundsätze des sozialistischen Systems, in dem die kommunistische Partei die wichtigste und eigentlich die einzige soziale und politische Kraft war. Ende 1945 wurde intensiv mit dem Aufbau der Strukturen der kommunistischen Partei (VKP(b)) begonnen. Zu Jahresbeginn 1946 waren im Gebiet 50 Parteiorganisationen mit 889 Kommunisten (654 Mitglieder und 235 Kandidaten) aktiv. Am 6. März 1947 wurde das erste Gebietskomitee (*Obkom*) der VKP(b) gegründet. Ende 1947 fand die erste Gebietspartei-konferenz statt, nach der am 21. Dezember 1947 die Mitglieder der Delegiertenräte aller Ebenen (Stadt-, Rajon- und Gebietsräte) gewählt wurden. Mit der Zuwanderung neuer Siedler stieg auch die Zahl der Parteimitglieder kontinuierlich. 1947 zählte die Partei 7 497 Mitglieder (gegenüber 290 000 Sowjetbürgern, was einer Parteimitgliedschaftsquote von 25,9 Personen auf 1 000 Einwohner entsprach).

1948 stieg diese Zahl auf 14 544 (gegenüber 380 000 Sowjetbürgern, wodurch die Parteimitgliedschaftsquote auf 38,3 stieg). In Kaliningrad zählte die VKP(b) im Jahr 1948 4 957 Mitglieder (gegenüber ca. 80 000 Sowjetbürgern, was einer Parteimitgliedschaftsquote von 62 Personen auf 1 000 Einwohner entsprach). Zusammen mit dem Aufbau der Parteistrukturen, die parallel zur staatlichen Verwaltung, der kommunalen Selbstverwaltung und der Exekutivgewalt aller Ebenen des Gebiets tätig waren, wurden auch Komsomol-Organisationen gegründet, denen im Jahr 1947 9 100 Personen angehörten, sowie Gewerkschaften, die im selben Jahr 43 000 Mitglieder hatten<sup>53</sup>. Eine solche Ausgestaltung der Herrschaftsstrukturen folgte dem UdSSR-weiten Muster, d.h. sie glich sich im Kaliningrader Gebiet und im Memelland. In der Volksrepublik Polen ähnelte lediglich die Parteistruktur dem sowjetischen Modell. Die Verwaltungsstruktur leitete sich aus der Tradition der 2. Polnischen Republik her. Das Abhängigkeitsgefüge zwischen der kommunistischen Regierungspartei und den Verwaltungsbehörden folgte aber dem sowjetischen Modell.

---

53 I. M. Rega, *Die sowjetische Neubesiedlung...*, S. 22.

Wegen der großen Kriegszerstörungen, späterer Beschlagnahmen und des Abtransports materieller Güter ins Innere der Sowjetunion befand sich die Wirtschaft der Region in den ersten Nachkriegsjahren in einer sehr schwierigen Lage. Mehr als die Hälfte der erfassten Industrieanlagen waren völlig zerbombt (182 von 360 Industriebetrieben). Der Rest war zu 50-60 % zerstört. Viele Betriebe hatte man ins Innere Deutschlands evakuiert. Praktisch gab es gar keine Rohstoffe und Energieträger. Dem Boden gleichgemacht waren zahlreiche Ortschaften, Königsberg zu 80-90 % (genutzt werden konnten nur 8,3 % der Gebäudefläche im Stadtzentrum). Andere größere Städte, besonders jene in der Nähe Königsbergs, wurden ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen (Insterburg zu mehr als 90 %, Tilsit zu 60 %.).

Das Erdreich war durch hunderttausende Bomben, Geschosse und Minen aufgewühlt, über tausende Kilometer zogen sich Schützengräben und Wehrbefestigungen hin. Riesige Flächen fruchtbarer Polder waren überflutet, weil an der Memel die Fluss- und an beiden Haffen die Seedeiche gebrochen waren. Auf diese Weise wurde fast die ganze Memelniederung (sechs frühere Verwaltungskreise), die unter dem Meeresspiegel liegt, überflutet, Sumpfpflanzen begannen sich auszubreiten. Der Ausbruch einer Malaria-Epidemie war durchaus real<sup>54</sup>.

Wegen des besonderen militärischen Gepräges der Region erfüllte die Armee in der ersten Nachkriegszeit eine entscheidende Rolle für deren Funktionstüchtigkeit. Die Kriegsgefangenen und die deutsche Bevölkerung wurden zur Enttrümmerung der Straßen, dem Bau der notwendigen Betriebe (Bäckereien, Wäschereien, Fleischereien usw.) und der Entminung eingesetzt.

Unmittelbar nach Einstellung der Kriegshandlungen begann in ganz Ostpreußen der Abtransport des Beutegutes, zu dem man eigentlich alle vorgefundene Habe zählte. Diese wurde meist nahe der Bahnstrecken gesammelt und dann ins Innere der UdSSR deportiert. Genauso verfuhr man mit dem lebenden Inventar und den Erträgen der ersten Ernte. Delegationen von Moskauer Ministerien oder von Unternehmen aus der Sowjetunion bezeichneten Maschinen und Geräte zur Demontage und anschließendem Abtransport<sup>55</sup>.

Gemäß den Direktiven aus Moskau hatten die Gebietsbehörden während der Eingliederung der Region in die Strukturen der UdSSR, d.h. in den Jahren 1945-1948, folgende wirtschaftliche Hauptaufgaben:

1. Überführung von Demontagegut (Kriegsbeute) aus dem besetzten Deutschland über das Königsberger Gebiet in die Sowjetunion;
2. Demontage von Produktionsanlagen im Königsberger Gebiet und deren Abtransport in die Sowjetunion;

---

54 W. Galcow, *Obwód Kaliningradzki w latach 1945-1991. Społeczeństwo, gospodarka, kultura*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1996, Nr. 2, S. 211.

55 T. Baryła, *Wstęp do: Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 17.

3. Wiederinbetriebnahme bzw. Umstrukturierung oder Neuaufbau von Industriebereichen im Gebiet mit besonderer Bedeutung für die Sowjetunion, wie zum Beispiel Schiffbau, Waggonfabrik, Papier- und Zellulosefabriken, Häfen, Fischverarbeitung, Bersteinförderung und -verarbeitung;
4. Landwirtschaft: zur Versorgung der Streitkräfte sowie im weiteren als bedeutendes landwirtschaftlich nutzbares Gebiet für die Sowjetunion<sup>56</sup>.

Diese typisch extensive Raubwirtschaft brach bald zusammen, was am augenfälligsten in der Hungersnot zum Ausdruck kam, unter der zunächst die deutsche Zivilbevölkerung zu leiden hatte. Dazu kam es, obwohl formell die Verordnung des Präsidiums des Ministerrates der UdSSR Nr. 1298 „Über Maßnahmen zum wirtschaftlichen Aufbau des Königsberger Gebiets“ vom 21. Juni 1946 verabschiedet wurde, die die aktuellen Aufgaben und Pläne zur Entwicklung der Region vorgab<sup>57</sup>.

Die Moskauer Regierung richtete ihr Augenmerk besonders auf den „allgemeinen Wiederaufbau der Wirtschaft“ in den „neuen Gebieten und Territorien“. Einen Niederschlag fand dies im ersten Fünfjahresplan nach dem Krieg vom März 1945. Teil der Sowjetunion wurden nach dem Zweiten Weltkrieg außer der Region Königsberg auch die südliche Insel Sachalin<sup>58</sup>, die Kurilen<sup>59</sup> im Fernen

---

56 V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 113.

57 Der Wortlaut der Verordnung vgl. *Przesiedleńcy opowiadają. Pierwsze lata Obwodu Kaliningradzkiego we wspomnieniach i dokumentach*, pod red. J. W. Kostjaschowa, wyd. polskie przygotował T. Baryła, Olsztyn 2000, S. 267-273.

58 Sachalin ist eine 76,4 km<sup>2</sup> große Insel vor der Pazifikküste Russlands; die Insel ist Gegenstand eines Streits zwischen Japan und Russland. 1875 nahm Russland die Insel in Besitz. Bis 1904 war sie eine Strafkolonie. Nach dem russisch-japanischen Krieg 1905 fiel der südliche Teil der Insel an Japan. 1909 wurde die Oblast Sachalin mit der Hauptstadt Alexandrowsk gegründet. Während der bolschewistischen Revolution wurde Sachalin durch Weißgardisten eingenommen. Bis 1925 blieb die Insel unter japanischer Verwaltung. 1945 wurde der südliche Teil der Insel durch die Rote Armee erobert. Auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam wurde vereinbart, dass die ganze Insel nach dem Krieg zur UdSSR gehören sollte. Im Norden der Insel liegen Erdgas-, Steinkohle- und Erdölvorkommen.

59 Die Kurilen sind eine Inselkette im Pazifik zwischen der japanischen Insel Hokkaido und der Halbinsel Kamtschatka. Der Archipel zählt über 30 größere und kleinere Inseln. Die Gesamtfläche beträgt 15 600 km<sup>2</sup>. Der südliche Teil des Archipels ist bis heute Gegenstand eines Streits zwischen Russland und Japan. Japan übt die Oberhoheit über die Kurilen seit 360 Jahren aus. Aufgrund des Vertrages zwischen Russland und Japan von 1855 fielen alle Inseln nördlich der Insel Iturup an Russland. 1875 überließ Russland Japan die Kurilen, im Gegenzug wurde Sachalin vollständig an Russland abgetreten. 1945 nahm die Sowjetunion die gesamte Inselkette ein. 2004 erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow die Bereitschaft Russlands, zwei umstrittene Inseln an Japan zurückzugeben. Japan ging auf dieses Angebot nicht ein und forderte seinerseits vier strittige

Osten sowie die Umgebung der Stadt Petschenga (früher Petsamo in Finnland)<sup>60</sup>. Doch nur das Kaliningrader Gebiet bildete eine selbständige Verwaltungseinheit innerhalb der RSFSR. Dies verdankte es der räumlichen Trennung von Russland durch andere Sowjetrepubliken. In der Nachkriegszeit prüften litauische Kommunisten die Möglichkeit, das Gebiet an die Litauische SSR anzuschließen<sup>61</sup>, was nicht realisiert wurde. Das südliche Sachalin und die Kurilen gehörten anfänglich zur Region Chabarowsk; 1947 wurde aber die Oblast Sachalin gebildet, die die gesamte Halbinsel und die Kurilen umfasst. Die Gegend um Petschenga war bis 1920 Teil Russlands und gehörte seit 1945 zur Region Murmansk<sup>62</sup>.

## 2.2. Sowjetisierung der Namen

Wesentlicher Bestandteil der Eingliederung territorialer Neuerwerbungen in den jeweiligen Staat ist eine Umbenennung bisheriger Ortsnamen. Haben die neuen Behörden im Memelland, im Ermland oder in Masuren noch mehr oder weniger auf litauische, polnische oder slawische Namen Bezug genommen, so wurden die Namen im Kaliningrader Gebiet vollständig ausgetauscht. Dies galt sowohl für die Namen der Region selbst, der einzelnen Städte, Ortschaften und Dörfer sowie naturräumlichen Gegebenheiten als auch für die Namen von Straßen, Plätzen u.ä.

Auffallend an diesen Umbenennungen war der völlige Bruch mit der bisherigen historischen Vergangenheit. Diesem Ansatz lag die totale Ablehnung des Deutschtums als solchem zugrunde. Dessen Höhepunkt war das Dritte Reich, insbesondere sein verbrecherischer Apparat, der zum tödlichen Zusammenstoß der beiden totalitären Staaten geführt hatte. Die UdSSR zahlte einen ungeheuerlichen Preis für den Sieg im Zweiten Weltkrieg. Im Bewusstsein der gesamten sowjetischen Bevölkerung versinnbildlichte Nazi-Deutschland den größten Feind, das Böse in „Reinform“. Gesellschaftlich geduldet war daher nicht nur die Negierung der ganzen deutschen Vergangenheit und des materiellen und geistigen Erbes, sondern auch deren Zerstörung und Marginalisierung. Solche Haltungen herrschten

---

Inseln (Etorofu, Kunashir, Shikotan und Habomai) zurück. Die Kurilen sind die größte Belastung im russisch-japanischen Verhältnis.

60 Kraft des Hitler-Stalin-Paktes sollte Finnland unter die Einflussphäre der Sowjetunion kommen. Durch den Überfall der Sowjets auf Finnland und den Winterkrieg 1940 schloss Finnland ein Bündnis mit dem Dritten Reich. Letztendlich verlor Finnland im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs einen Teil seines Gebiets. Die Karelische Landenge und das Gebiet Petsamo wurden in die Sowjetunion eingegliedert. Sie liegen an der Barentssee (an einem Fjord der Barentssee). 2002 lebten in Petschenga 2 959 Einwohner.

61 Vgl. V. Frobarth, *Das Königsberger...*

62 W. Galcow, *Obwód...*, S. 204.

solange vor, wie die tiefen Wunden, die der Große Vaterländische Krieg (1941-1945) hinterlassen hatte, noch nicht vernarbt waren.

Im Gegensatz zum Memelland, dem Ermland oder Masuren, wo die „Entdeutschung“ der Ortsnamen Priorität genoss, wurden die Namen im Kaliningrader Gebiet relativ spät, erst ab Sommer 1946, geändert.<sup>63</sup>

Noch 1947 hatten die meisten Ortschaften keine neuen russischen Namen. In der offiziellen Namensgebung und im Alltag bediente man sich der deutschen Namen aus der Zeit vor deren Eindeutschung im Jahr 1938, zum Beispiel Pillkallen statt Schloßberg, Darkehmen und nicht Angerapp, Lasdehnen statt Haselberg, Stallupönen und nicht Ebenrode. Dies war nicht etwa der Sorge um den Erhalt von Namen altpolnisch-litauischer Herkunft geschuldet, sondern der Tatsache, dass in den verfügbaren sowjetischen Landkarten die Änderungen von 1938 nicht eingezeichnet waren. Bei der Umbenennung handelt es sich hier weder um eine russische Übersetzung alter Namen noch um den Versuch, den Namen eine ähnliche Lautung zu geben. Die Namensänderungen wurden durch die Verwaltung von oben erlassen und sollten mit der deutschen, altpreußisch-litauischen oder polnischen Herkunft gänzlich brechen. Eine Ausnahme bildeten einige wenige Ortschaften: Domnowo, das sich an den deutschen Namen Domnau bei Friedland (Prawdinsk) anlehnte, Schilino als Anlehnung an Schillen im früheren Landkreis Tilsit-Ragnit (Sowetsk-Neman)<sup>64</sup>, sowie Drozdowo-Droosden und Talpaki-Taplacken. Eine Zeitlang hielten sich in den Städten auch einige alte deutsche Straßennamen<sup>65</sup>. Im ersten Besiedlungszeitraum im Kaliningrader Gebiet (1945-1947) lebten die Zuwanderer also in Ortschaften mit deutschen Namen.

Die Umbenennungsaktion hatte einen komplizierten Verlauf und entwickelte aufgrund des Lokalkolorits verschiedener Siedlergruppen ihre eigene Dynamik. Behördlicherseits kam sie in unterschiedlichen Projekten, Dekreten und Verordnungen zum Ausdruck, die zwischen Juni 1946 bis Juli 1947 auf verschiedenen Verwaltungsebenen angenommen bzw. erlassen wurden. Rechtsgrundlage der Änderungen waren folgende Vorschriften:

1. Entwurf eines Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR „Über die Umbenennung der Stadt Königsberg in Baltijsk und der Königsbergskaja Oblast in Baltijskaja Oblast“ sowie „Über den administrativ-territorialen Aufbau der Baltijskaja Oblast“ vom 17. Juni 1946. Nach dem Tod

---

63 *Ebenda*, S. 203.

64 *Das nördliche Ostpreußen nach 1945 – Deutsch-russisches und russisch-deutsches Ortsnamenverzeichnis mit einer Dokumentation der Demarkationslinie*, bearb. von P. Wörster, in: *Dokumentation Ostmitteleuropa. Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa. Neue Folge* Jg. 6, Juni 1980, H. 2/2, S. 60. Vgl. auch: V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 244.

65 W. Galcow, *Obwód...*, S. 203.

- Kalinins wurde beschlossen, das Gebiet (*Baltijskaja Oblast*) in Kaliningrader Gebiet (*Kaliningradskaja Oblast*) umzubenennen;
2. Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Umbenennung der Stadt Königsberg in Kaliningrad und des Königsberger Gebiets in Kaliningrader Gebiet“ vom 4. Juli 1946;
  3. Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR „Über den administrativ-territorialen Aufbau des Kaliningrader Gebiets“ vom 7. September 1946;
  4. Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR „Über den administrativ-territorialen Aufbau des Kaliningrader Gebiets“ vom 21. Juli 1947. Er enthielt zahlreiche Anordnungen zur Änderung von Ortsnamen und bestätigte zugleich die meisten der bereits angenommenen neuen Namen<sup>66</sup>.

Um die Umbenennung zügig durchzuführen, wurden „Gebietskommissionen für die Umbenennung der Siedlungsorte“ (*Rajonnyje komissii po peremenowaniju naselonnych punktow*) eingerichtet<sup>67</sup>. Die Umbenennung erfolgte nach Leitlinien, die, so eigentümlich sie waren, niemanden verwunderten (auf der Landkarte der UdSSR gab es zum Beispiel mehr als zwanzig Namen mit dem gleichen Wortstamm und sogar noch eine weitere Stadt Kaliningrad am Fluss Moskwa), weil sie als Zeichen besonderen Interesses wahrgenommen wurden. Die Umbenennungskommissionen verzeichneten die Namen aller Städte des Kaliningrader Gebiets sowie Ortsnamen, die sich Einwohner oder lokale Behörden hatten einfallen lassen. Im Endeffekt gab es viele Ortschaften, gleichen Namens: Sosnowo (12), Malinowo (10), Oktjabr (9), Nekrasowo (8). Zahlreich vertreten waren auch Namen mit dem Zusatz „neu“ (etwa 50). Die Wahl der Begriffe und Namen war weitgehend ein Indiz für die Bildung und die Mentalität der ersten sowjetischen Ansiedler<sup>68</sup>.

Die neuen Ortsnamen lassen sich in folgende Hauptgruppen einteilen<sup>69</sup>.

---

66 Vgl. *Sprawka ob ismeneenijach administratiwno-territialnogo delenija Kaliningradskoj Oblasti*, in: *Fondy Gosudarstwenного Archiwa Kaliningradskoj Oblasti. Kratkij sprawotschnik*, Kaliningrad 1978, S. 83-100; *Samaja Sapadnaja. Sbornik dokumentow i materialow o stanowlenii i raswitii Kaliningradskoj Oblasti*, Bd. 1: (1946-1952), Kaliningrad 1980, S. 17; E. M. Kolganowa, I. Kolganow, *Samaja Sapadnaja. Kratkij otscherk o Kaliningradskoj Oblasti*, Kaliningrad 1959, S. 7; *Kaliningradskaja Oblast. Istorija. Ekonomika. Kultura*, red. K. F. Schtschekin, Kaliningrad 1978, S. 18-25; *Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften des Kaliningrader Gebiets und des Memellandes*, bearb. von F. Barran, Zeer 1992; P. Wörster, *Das nördliche Ostpreußen nach 1945. Verwaltung, Bevölkerung, Wirtschaft*, in: *Dokumentation Ostmitteleuropa* Jg 5, 1979, H.1/2; V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 244-258.

67 I. M. Rega, *Die sowjetische...*, S. 20.

68 W. Galcow, *Obwód...*, S. 203 f.

69 V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 259-261.

1. Namen zum Gedenken russischer und sowjetischer Politiker, Feldherren, Generale, Offiziere, Helden der sowjetischen Geschichtsschreibung, zum Beispiel:
  - Bagrationowo = Wikischken/Wiecken
  - Bagrationowsk = Preußisch Eylau
  - Tschernjachowsk = Insterburg
  - Dserschinskoje = Gowarten
  - Frunzenskoje = Bokellen
  - Gussew = Gumbinnen
  - Kaliningrad = Königsberg
  - Kalinino = Kallehnen
  - Krylowo = Nordenburg
  - Kutusowo = Schirwindt
  - Laduschkin = Ludwigsort
  - Mamonowo = Heiligenbeil
  - Newskoje = Pillupönen/Schloßbach
  - Nesterow = Stallupönen/Ebenrode
  - Pugatschewo = Neu Skardupönen/Grenzwald
  - Timofejewo = Wedereitischken/Sandkirchen
  - Uljanowo = Kraupischken/Breitenstein
2. Namen, die an den Großen Vaterländischen Krieg erinnerten, Namen aus dem militärischen Bereich sowie aus dem sowjetischen bzw. „revolutionären“ Sprachgebrauch:
  - Dobrowolsk = Pillkallen/Schloßberg
  - Gwardeisk = Tapiau
  - Gwardeiskoje = Mühlhausen
  - Komsomolsk = Löwenhagen
  - Komsomolskoje = Peyse
  - Krasnoflotskoje = Rosenberg
  - Krasnooktjabrskoje = Groß Ponnau
  - Krasnosnamensk = Lasdehnen/Haselberg
  - Matrossowo = Gilge
  - Oktjabrskoje = Moritten
  - Pionerski = Neukuhren
  - Pobedino = Schillehnen/Schillfelde
  - Soldatowo = Friedrichsthal
  - Sowetsk = Tilsit
3. Namen nach russischen und sowjetischen Dichtern und Schriftstellern, zum Beispiel:
  - Tschechowo = Uderwangen
  - Lermontowo = Ischdaggen/Branden

- Majakowskoje = Nemmersdorf  
 Puschkino = Göritten  
 Tolstowo = Löbegallen/Löbenau  
 Turgeniewo = Legitten
4. Namen mit Bezug auf geographische Regionen, Natursehenswürdigkeiten, Funktionen der Orte, zum Beispiel:  
 Baltijsk = Pillau  
 Jantarnyj = Palmincken  
 Kolchosnoje = Krauleidschen/Schöppenfelde  
 Primorje = Groß Kuhren  
 Rybatschi = Rossitten  
 Sowchosnoje = Rippen  
 Schelesnodoroschnyj = Gerdauen
5. Namen nach dem Herkunftsort der Siedler, zum Beispiel:  
 Brianskoje = Prusischken/Preußendorf  
 Donskoje = Groß Dirschkeim  
 Kurskoje = Althof  
 Lwowskoje = Gudwallen  
 Mordowskoje = Groß Legitten  
 Odesskoje = Klinglacken  
 Orlowka = Adomlauken/Adamshausen  
 Pskowskoje = Friedrichsberg  
 Russkoje = Germau  
 Smolenskoje = Neuhof-Lasdehnen/Altbaum  
 Tambowskoje = Loppinnen

Ähnliche Grundsätze galten für die Umbenennung von Straßen, Plätzen oder Flüssen, z.B. Matrossowka-Gilge, Krasnaja-Rominte, Solotaja-Arge. Einige Flussnamen lehnten sich an die Vergangenheit an, z.B. Lawa-Alle, Kanal Masurskij-Masurischer Kanal, Rus-Ruß, Angrapa-Angerapp, Neman-Memel, Pissa-Pissa, Pregolja-Pregel.

Der Umbenennung lag neben ideologischen Aspekten vornehmlich das Bestreben zugrunde, die Namen möglichst „heimisch“ erscheinen und dadurch unter den neuen Einwohnern ein Geborgenheitsgefühl entstehen zu lassen. Entscheidende Bedeutung hatten Namen, die mit dem Großen Vaterländischen Krieg in Verbindung standen, der ja die hauptsächliche Rechtfertigung für die Übernahme dieser Gebiete und deren Eingliederung in die Sowjetunion bildete.

Im Gegensatz zum Memelland, dem Ermland und Masuren waren die deutschen Namen im Kaliningrader Gebiet noch in den fünfziger Jahren in kyrillischer Umschrift in Gebrauch; dies galt beispielsweise für Namen der Bahnstationen in amtlichen Kursbüchern. Auch zur besseren Orientierung der Leser wurden die

Namen in beiden Sprachen benutzt: russisch und deutsch. Noch in den sechziger Jahren waren Umbenennungen zu verzeichnen<sup>70</sup>.

### **2.3. Die Lage der deutschen Bevölkerung und ihre Aussiedlung**

Nach dem Ende der Kämpfe im Mai 1945 hielten sich verschiedene Bevölkerungsgruppen im nördlichen Ostpreußen auf. Einerseits waren es Truppen der Roten Armee und die ihnen folgenden Verbände zur Hinterlandabsicherung, darunter auch zur Spionageabwehr eingesetzte SMERSch-Einheiten, die nach Kriegsverbrechern, Befehlshabern und Offizieren der deutschen Wehrmacht, Mitgliedern der SS und des SD, NSDAP- und Polizeifunktionären usw. fahndeten. Nach und nach strömten demobilisierte sowjetische Soldaten aus dem Westen sowie sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus dem Reichsinneren und anderen vom Dritten Reich besetzten Ländern in die Gegend. Durch Ostpreußen verlief die strategisch wichtige Bahnstrecke zwischen der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und der Sowjetunion (Berlin-Frankfurt/Oder-Schneidemühl-Altenstein-Pr. Eylau-Königsberg-Tilist-Moskau). In der zweiten Jahreshälfte 1945 strömten die ersten Siedler aus dem Inneren Russlands in das Gebiet. Vor ihnen trafen allerdings verschiedene Einsatzgruppen ein, die unter anderem für Sicherstellung und Abtransport von Sachwerten zuständig waren. Nach und nach kamen auch verschiedenste, hauptsächlich dienstlich entsandte Beamte des Sicherheitsdienstes (NKWD), der Miliz, hauptamtliche Mitarbeiter des Parteiapparats, Verwaltungsbeamte, Fachleute unterschiedlichen Ranges und für vielfältige Bereiche (Ärzte, Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes, Ingenieure, Techniker, Facharbeiter, z.B. in der Werftindustrie), Eisenbahner, Lehrer und Bildungsmitarbeiter.

Die nach dem Krieg in Ostpreußen zurückgebliebene deutsche Bevölkerung bestand aus gefangen genommenen Soldaten der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS, des Volksturms, darunter auch Einheiten jugendlicher Fanatiker aus der Hitlerjugend und anderen bewaffneten und paramilitärischen Formationen (unter anderem der Polizei). Es waren sowohl frühere Einwohner Ostpreußens als auch Menschen aus anderen Teilen Deutschlands. Die Zivilbevölkerung, die in ihren bisherigen Wohnsitzen geblieben oder nach den Kriegswirren dorthin zurückgekehrt war, bestand hauptsächlich aus Ortsansässigen sowie Massen Deutscher aus zentralen Gebieten des Reiches, die durch verschiedene Umstände hierher gelangt waren (unter anderem auf der Flucht vor alliierten Luftangriffen). In den nördlichen und südlichen Regionen Ostpreußens lebten einheimische (autochthone)

---

70 *Das nördliche Ostpreußen...*, S. 5-11.

Preußisch-Litauer, Ermländer und Masuren, Bürger des Dritten Reiches mit unterschiedlichem nationalen Identitätsgefühl.

Ergänzt wurde dieses Völkermosaik in den ersten Monaten nach Kriegsende durch zehntausende alliierte Kriegsgefangene (Franzosen, Russen, Polen usw.) sowie hunderttausende Zwangsarbeiter (aus Polen, Russland, der Ukraine, Weißrussland, Frankreich unter anderen Ländern). Binnen recht kurzer Zeit verließen diese beiden Gruppen – nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt in den Durchgangslagern – Ostpreußen in Richtung Heimat.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden, sowohl in Ostpreußen als auch in den übrigen Teilen Deutschlands, betrieben eine ähnliche Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung. Alle gefangen genommenen deutschen Soldaten wurden in Kriegsgefangenenlager in den besetzten Gebieten oder den unendlichen Weiten der Sowjetunion eingewiesen. Die arbeitsfähige Zivilbevölkerung, Männer wie Frauen (zumeist im Alter von 16-30 Jahren), wurde zur Sklavenarbeit ins Innere der UdSSR deportiert, um die kriegszerstörte Sowjetwirtschaft wiederaufzubauen. Die vor Ort gebliebenen Zivilisten, zumeist Frauen, ältere Männer und Kinder, wurden in Arbeitslagern zusammengezogen oder in abgegrenzten Straßenzügen bzw. Stadtvierteln einquartiert, um sie wirksam kontrollieren zu können. Ein großer Teil von ihnen fand Verwendung als kostenlose Arbeitskraft bei der Beseitigung von Kriegsschäden, einfachen Aufräumarbeiten (Straßenräumung, Entrümmerung usw.) oder später als Arbeiter in Betrieben (vorrangig auf den rangniedrigsten und beschwerlichsten Arbeitsplätzen). Auch auf diese Weise erhielt die gesamte deutsche Bevölkerung die Quittung für den mörderischen Krieg, die Vernichtung von Abermillionen unschuldiger Menschen, die blutige und rücksichtslose Besatzung, die Träume von der Vorherrschaft der „germanischen Herrenrasse“ in einem tausendjährigen Dritten Reich, dessen Einfluss von Gibraltar bis nach Wladiwostok hätte reichen sollen.

Ende Juni 1945 schufen die sowjetischen Militärbehörden die Verwaltung der Kriegsgefangenenlager des Innenministeriums der UdSSR Nr. 533 mit Sitz in Pr. Eylau (Bagrationowsk), die dem Bevollmächtigten des Innenministeriums der 3. Weißrussischen Front unterstand. Im November 1945, schreibt Tadeusz Baryła, verwaltete sie drei Kriegsgefangenenlager. Im Mai 1946 wurde ein viertes Lager errichtet, um die Beschäftigtenzahl zu erhöhen. Im Hauptlager Nr. 1 in Pr. Eylau wurden die Gefangenen hauptsächlich beim Wiederaufbau und dem Betrieb eines Zellulose- und Papierkombinats eingesetzt. Das Nebenlager Nr. 2 war ein Hilfs- und Wirtschaftslager, das für die Versorgung der Kriegsgefangenen in allen Lagern sorgte. Ursprünglich befand es sich in Romitten (Slawjanowka, Rajon Bagrationowsk, ab 1947 in Kaliningrad). Im Nebenlager Nr. 3 in Königsberg-Kaliningrad wurden Kriegsgefangene und Häftlinge, darunter auch des Verrats bezichtigte Sowjetbürger, in erster Linie beim Wiederaufbau der Stadt eingesetzt.

Insassen des Außenlagers Nr. 4 in Königsberg-Kaliningrad arbeiteten vorrangig bei Wiederaufbau und Betrieb der Schichau-Werft (Werk Nr. 820).

Die steigende Zahl der Kriegsgefangenen, darunter Zivilgefangene aus dem gesamten Gebiet Ostpreußens, die zur Verrichtung der Sklavenarbeit unerlässlich waren, führte dazu, dass im Januar 1946 eine weitere Verwaltung der Kriegsgefangenen- und Internierungslager des Innenministeriums Nr. 445 mit Sitz in Insterburg (Tschernjachowsk) gebildet wurde. Diese Verwaltung verfügte zunächst über fünf Lager, und in den Jahren 1946-1947 bereits über zehn Außenlager und eine Außenstelle. Alle dienten dem Arbeitseinsatz der Häftlinge bei Wiederaufbau und Betrieb wichtiger Industrieanlagen. Standorte dieser Lager waren: AL Nr. 1 – Ragnit (Neman) – 750 Personen; AL Nr. 2 – Tilsit (Sowetsk) – 2 000 Personen; AL Nr. 3 – Wehlau (Snamensk) – 5 000 Personen; AL Nr. 4 – Kaliningrad – 750 Personen; AL Nr. 5 – Kaliningrad, dann Molsehlen (Kosmodemjanskoje) – 1 000 Personen; AL Nr. 6 – Pillau (Baltijsk) – Zahl der Insassen unbekannt; AL Nr. 7 – Baltijsk – Zahl der Insassen unbekannt; AL Nr. 8 – Kaliningrad – Zahl der Insassen unbekannt; AL Nr. 9 – Molsehlen (Kosmodemjanskoje) – Zahl der Insassen unbekannt; AL Nr. 10 – Kaukehmen (Jasnoje, Rajon Slawsk) – 400 Personen. Es wurden auch Lagerlazarette in Insterburg (Tschernjachowsk) und im Dorf Georgenburg (Majowka) eingerichtet. Zu einem späteren Zeitpunkt entstanden die Nebenlager Nr. 11 Seckenburg (Sapowednoje) mit 300 Personen und AL Nr. 8 in Tramischen (Myssowka) mit 300 Personen. Die Häftlinge dieser Lager leisteten Meliorationsarbeiten auf der Kurischen Nehrung<sup>71</sup>.

Nach den Angaben deutscher Forscher<sup>72</sup> existierten im Kaliningrader Gebiet 295 verschiedene Lager und Gefängnisse für Deutsche.

Die große Lagerzahl war durch den notwendigen Wiederaufbau des Gebiets nach den enormen Kriegszerstörungen bedingt. Dabei ließen sich folgende Lagerkategorien unterscheiden:

- 99 typische Arbeitslager,
- 110 Landwirtschaftslager oder Militärsowchosen,
- 37 Arbeitslager zur Verbüßung von Strafen,
- 21 Haftanstalten, deren Insassen zur Arbeit verpflichtet wurden,
- 7 Arbeitsbataillone der Sowjetischen Armee,
- 21 Lagerlazarette.

Einzelne Lager zählten einige tausend bis 25 000 Insassen. Die meisten Lager bestanden in Kaliningrad. Ein Teil der größeren Lager hatte Außenlager<sup>73</sup>.

---

71 T. Baryła, *Wstęp* in: *Przesiedleńcy...*, S. 14; V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 140.

72 Bährens, *Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion*, in: *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges*, hrsg. von E. Maszke, München 1965, Bd. V/3, S. 181-197, dort auch weiterführende Literatur.

73 W. Stankowski, *Obozy i inne miejsca odosobnienia dla niemieckiej ludności cywilnej w Polsce w latach 1945-1950*, Bydgoszcz 2002, S. 101.

In den Kriegsgefangenenlagern, wo zehntausende Kriegsgefangene und Häftlinge interniert waren, herrschten katastrophale Bedingungen. Die Sterblichkeit war sehr hoch, was auf Zwangsarbeit, Unternahrung, Epidemien von Infektionskrankheiten, unhaltbare hygienische und Wohnbedingungen usw. zurückzuführen war. Ab Mitte 1948 begann man, die am Leben gebliebenen deutschen Kriegsgefangenen allmählich zu entlassen. Sie wurden mit Zügen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) abtransportiert. Die meisten trafen im Auffanglager in Frankfurt an der Oder ein.

Unmittelbar nach dem Durchzug der Front begannen die zuständigen Kommandanturen der Roten Armee mit der Deportation der Zivilbevölkerung. Nach deutschen Schätzungen wurden aus dem nördlichen Ostpreußen zwischen 44 000 und 50 000 Personen ins Innere der UdSSR deportiert<sup>74</sup>. Die Lebensmittelversorgung während der Deportationen war katastrophal. Unterernährung und die lange Reise verursachten eine hohe Sterblichkeitsrate, die fast 10 % der Deportierten betrug<sup>75</sup>. Mit einem Deportationszug wurden in der Regel 2 000 Personen befördert. Die Fahrt an den Verbannungsort dauerte 3-6 Wochen. Das Endziel der Deportierten waren hauptsächlich Arbeitslager, aber auch Lager für deutsche Kriegsgefangene auf dem gesamten sowjetischen Territorium (am Nordpolarmeer gleichermaßen wie im Kaukasus, Turkmenistan, Kasachstan oder in Industriezentren auf dem Ural oder in Donezk). Die Lagerinsassen waren unterschiedlichen Alters, sowohl Männer als auch Frauen. Deutsche aus Ostpreußen kamen mit zwei Arten von Transporten in die Arbeitslager. Bis zur Kapitulation Deutschlands waren es Ziviltransporte, danach so genannte Mischtransporte mit Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung. Transporte fanden nach Kriegsende über einen längeren Zeitraum statt. In der UdSSR gab es insgesamt etwa 3 000 Lager, in denen 2 388 000 deutsche Kriegsgefangene inhaftiert waren. Davon starben 356 600 (14,9 %) <sup>76</sup>. Schätzungsweise wurden insgesamt 342 000-402 000 deutsche Zivilisten deportiert. Am Ort der Verbannung starben 100 000-125 000 Personen<sup>77</sup>. Die Rückkehr der aus den Lagern entlassenen Zivilpersonen vollzog sich nach und nach in den Jahren 1946-1949. Einwohner Ostpreußens und Deutsche, deren Heimat an Polen gefallen war, kehrten nicht an ihren alten Wohnort zurück, sondern wurden der sowjetischen Besatzungszone zugeführt. Eine Ausnahme bildeten hierbei die früheren Memelländer, die eine litauische Abstammung angaben. Nach 1950 kehrten die deutschen Kriegsgefangenen nach und nach in die beiden deutschen Staaten zurück. Nach Angaben aus dem Jahr 1953 waren in verschiedenen Lagern der So-

---

74 Vgl. *Dokumentation der Vertreibung...*, Bd. I/1, S. 84 E; W. Stankowski, *Obozy...*, S. 99.

75 *Dokumentation der Vertreibung...*, Bd. I/1, S. 84E.

76 W. Stankowski, *Obozy...*, S. 98 f.

77 *Dokumentation der Vertreibung...*, Bd. I/1, S. 87E.

wjetunion immer noch etwa 100 000 Menschen inhaftiert (darunter 32 000 Deutsche nach Angaben für 1951).

In den Jahren 1944-1948 kam es nicht nur zum Zerfall Ostpreußens und seiner Tilgung von der politischen Landkarte, sondern auch zu großen Migrationsbewegungen, die zu einem völligen Bevölkerungsaustausch geführt haben. Dadurch änderten sich das demografische Gefüge und die Nationalitätenverhältnisse. Dies galt insbesondere für den Teil Ostpreußens, der nun in den Grenzen der RSFSR lag. In den nördlichen und südlichen Gegenden Ostpreußens trat keine totale „ethnische Säuberung“ ein. Die im Memelland, dem Ermland und Masuren verbliebene autochthone Bevölkerung und eine gewisse Anzahl Deutscher fungierten als Bindeglied mit der vormaligen Gesellschaftsstruktur.

Ein Vorbote der Veränderungen war die verspätete und in ihren Folgen tragische Evakuierung und Flucht vor der heranrückenden Front, infolge deren sich fast die ganze Zivilbevölkerung außerhalb ihrer bisherigen Wohnsitze befand. Ein Teil kehrte an den Heimatort zurück. Schlussakkord des tiefgreifenden Bevölkerungswandels waren die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und der Zustrom neuer Einwohner.

Das Kaliningrader Gebiet wurde auf einem Drittel des ostpreußischen Territoriums geschaffen (ungefähr zwei Drittel wurden Teil des polnischen Staates). 1939 lebten hier 1 086 000 Menschen, die Provinzhauptstadt Königsberg zählte 372 000 Einwohner, drei Viertel aller Einwohner waren Städter. Bis heute lässt sich nicht eruieren, wie hoch die Zahl der Dagebliebenen war; hauptsächlich deswegen, weil aufgrund des Nachkriegschaos und der ständigen (erzwungenen und freiwilligen) Verlagerung einzelner Bevölkerungsgruppen verlässliche statistische Angaben fehlen.

Nach Angaben der Abteilung für Bevölkerungsregistrierung und -kontrolle, die bereits am 26. April 1945, d.h. zwei Wochen nach dem Fall der Stadt und Festung Königsberg, erhoben wurden, registrierte man 23 247 deutsche Bürger. Die Schätzungen sowjetischer Militärbehörden sprachen von 40 000 Personen, die in ihren Häusern überlebt hatten und nun durch den Abwehrdienst „Smiersch“ zu „überprüfen“ waren. In dieser Zeit trafen Flüchtlinge aus anderen Teilen Ostpreußens in Königsberg ein, hauptsächlich aus dem am 25. April 1945 eingenommenen Pillau. Am 10. Mai 1945 erließ der Militärkommandant von Königsberg den Befehl, zwischen dem 20. Mai und 10. Juni die gesamte Bevölkerung zu registrieren. Die Personendaten wurden in speziellen Meldebüchern in den einzelnen Rajons registriert (notiert). Erfasst wurden alle Einwohner im Alter ab 14 Jahren (nach anderen Meldebüchern ab 16 Jahren). Nach der Registrierung wurde eine Aufenthaltsbescheinigung ausgestellt. Die Registrierungsaktion dauerte den Sommer über. Laut einer „Aufstellung der Zahl Ortsansässiger“ (*Sprawka o nalitychii mestnowo naselenija*) wohnten zum 1. September 1945 im nördlichen Teil

Ostpreußens, der später zur RSFSR gehörte, 129 614 Personen, davon 68 014 in Königsberg. Davon waren 37,8 % Männer und 62,2 % Frauen. Nicht weniger als 80 % aller erfassten deutschen Einwohner lebten in Königsberg und in den drei (von 15) benachbarten Rajons<sup>78</sup>. Von einem Ortswechsel nach Königsberg erhofften sich die Deutschen eine Verbesserung ihrer Sicherheitslage und der Lebensbedingungen. Die Militärbehörden waren ihrerseits bestrebt, die Bevölkerung zu konzentrieren, um sie besser zum Arbeitseinsatz nutzen und wirksamer kontrollieren zu können.

Erhaltene Archivdaten erlauben es, nachzuvollziehen wie sich die Zahl der deutschen Bevölkerung um die Jahreswende 1945-1946 veränderte. Die amtlichen Angaben vom 1. September 1946 weisen eine höhere Zahl dieser Bevölkerung aus als die vom 1. Mai 1946. Im Gebiet hielten sich damals 118 503 Deutsche auf, davon 45 120 in Königsberg. Laut Angaben vom 1. August 1946 waren es 108 547 Deutsche, davon 39 739 in Königsberg, und nach Angaben vom 15. November 1946 waren nur noch 90 991 Deutsche, davon 38 879 in Königsberg, registriert<sup>79</sup>. Aus der Zusammenstellung amtlicher Daten aus den Jahren 1945-1946 geht hervor, dass die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung von 129 614 auf 90 991 Personen (also um 38 623) zurückgegangen ist. In Königsberg betrug dieser Rückgang 29 135 Personen (von 68 014 auf 38 879).

Die Verteilung der deutschen Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamteinwohnerschaft nach dem Zensus vom 1. Mai 1946 (ohne hier stationierte Militärangehörige) veranschaulicht Tabelle 11.

Tabelle 11 *Einwohnerzahl des Kaliningrader Gebiets nach dem Zensus vom 1. Mai 1946 (ohne Militärangehörige)*

Rajons	Russen insgesamt	Repatriierte Sowjetbürger	Deutsche insgesamt	Einwohner der Region insgesamt
1. Königsberger	923	97	5 127	6 147
2. Königsberger	1 327	318	4 689	6 334
3. Königsberger	2 452	331	6 076	8 859
4. Königsberger	853	546	10 358	11 757
5. (+ 6.) Königsberger	2341	485	6 812	9 638
7. Königsberger	2774	722	9 618	13 114
8. Königsberger	1 859	157	2 440	4 456

78 J. W. Kostjaschow, *Wyselenije Niemzow is Kaliningradskoj oblasti w poslewojennyje gody*, in: *Woprosy istorii* 1994, Nr. 6, S. 186.

79 *Ebenda*, S. 187.

Königsberg insgesamt	12 529	2656	45 120	60 305
Gerdaunen	238	46	2 773	3 057
Gumbinnen	1 145	713	2 748	4 606
Darkehmen	220	231	1 692	2 143
Samland	1 210	368	16 288	7 866
Insterburg	4 829	2295	4 594	11 718
Königsberg Land	570	445	6 994	8 009
Kreuzburg	765	347	5 704	6 816
Labiau	619	323	7 978	8 920
Pillkallen	124	11	2 241	2 376
Ragnit	6 437	346	4 482	11 265
Tapiau	1 448	625	3 913	5 986
Friedland	282	12	2 742	3 036
Heiligenbeil	936	200	4 433	5 569
Heinrichswalde	648	178	5 343	6 169
Stallupönen	170	40	1 458	1 668
Landbevölkerung insgesamt	19 641	6 180	73 383	99 204
Bevölkerung insgesamt	32 170	8 836	118 503	159 509

Quelle: V. Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russland 1991-2000*, Berlin 2001, S. 150.

Die deutsche Bevölkerung war sehr ungleichmäßig verteilt. Fast die Hälfte lebte in Königsberg, größere Ansammlungen gab es im Samland (Rajon Primorsk, später Selenogradsk) mit mehr als 16 000 Personen. Die wenigsten lebten in den weiter östlich und südöstlich gelegenen Landstrichen: im Rajon Stallupönen (Ebenrode, Nesterow) 1 458 Deutsche, und im Rajon Darkehmen (Angerapp, Osjorsk) 1 692 Personen.

Anderen Angaben zufolge wohnten im Gebiet am 1. Juli 1946 insgesamt 170 000 Personen, darunter 116 737 Deutsche. Die übrigen ca. 64 000 Personen waren Sowjetbürger, die damals eine Minderheit bildeten. Unter ihnen überwogen die aus den vom Dritten Reich besetzten Gebieten der UdSSR ins Innere Deutschlands deportierten bzw. aus den Kriegsgefangenenlagern befreiten Personen (ca. 21 000), außerdem in Ostpreußen demobilisierte Soldaten der Roten Armee sowie

verschiedene hierher entsandte Spezialisten, die die Funktionstüchtigkeit des Gebietes gewährleisteten (43 743 Personen)<sup>80</sup>.

Die Angaben zur deutschen Bevölkerung vom 1. September 1945 sprechen von 174 000 Personen (Tab. 12). Andere Statistiken scheinen zu hoch angesetzt. Sie veranschaulichen aber das Verhältnis zwischen Frauen, Männern und Kindern unter 17 Jahren.

*Tabelle 12 Deutsche Bevölkerung in den Kreisen Ostpreußens, die an die UdSSR fielen (ohne Memelgebiet), am 1. September 1945*

	Deutsche insgesamt	Männer	Frauen	Kinder unter 17 Jahren
Gesamtgebiet	174 125	48 946	80 668	44 511
Königsberg	84 651	20 749	47 265	16 637

Quelle: A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 332.

Aus den von I. A. Gordejew zusammengetragenen Archivdaten geht hervor, dass im Vergleich zu 1939, als in den Dörfern 615 000 Einwohner lebten, es Ende 1945 nur 61 100 waren. Mitte 1946 stellten unter den Deutschen die 18- bis 59-Jährigen 38 % aller Frauen und nur 9,5 % aller Männer. In dieser Gruppe von Männern waren viele Kriegsbeschädigte. Das bedeutet, dass sich 90 % der Männer in diesem Alter außerhalb ihres Wohnorts aufhielten (hauptsächlich in Kriegsgefangenenlagern einsaßen) oder gefallen waren. In der Region wohnten damals 111 537 Frauen und nur 58 482 Männer<sup>81</sup>. In diesen Zahlen sind Militärangehörige nicht enthalten. In den ersten Nachkriegsjahren waren in der Oblast 75 000-100 000 Soldaten aller Truppenarten (hauptsächlich im Rahmen der 11. Garde-Armee) stationiert<sup>82</sup>.

Aus den vom Innenministerium erhobenen Daten geht hervor, dass sich vor der großen Aussiedlungsmaßnahme, die am 22. Oktober 1947 begann, im April 110 217 Deutsche im Gebiet lebten, im Juni nur noch 107 408, und im Oktober 105 558<sup>83</sup>.

Die Beendigung der Kriegshandlungen veränderte nicht wesentlich die Lage der deutschen Bevölkerung. Sie war nach wie vor vogelfrei, und ihre materiellen Existenzbedingungen interessierten zunächst die Militär- und später die Zivilverwaltung herzlich wenig. Nach einer detaillierten Selektion der Kriegsgefangenen,

80 I. A. Gordejew, *Kaliningradskaja oblast w 1945-1946 godach*, in: *Woprosy istorii* 1995, Nr. 4, S. 173 f.

81 *Ebenda*.

82 V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 286

83 *Ebenda*, S. 151

der Ausschaltung von Funktionären und Aktivisten der NSDAP und anderer nationalsozialistischer Organisationen wurden die Erwachsenen zum „Wiederaufbau der Kriegszerstörungen“ im Inneren der UdSSR und im Kaliningrader Gebiet eingesetzt. Die Landbevölkerung wurde hauptsächlich auf großen Gütern konzentriert, wo man „Militärsowchosen“ errichtete. In den Städten wurden Arbeitsbataillone zu Beseitigung von Kriegsschäden, Viehtrieb, Sammlung, Demontage und Abtransport von Beutegut und Wiederherstellung der Wirtschaft gebildet.

Die apokalyptische Flucht der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen gehört zu den dramatischen Ereignissen des Zweiten Weltkriegs, ähnliches gilt für die Lage der Deutschen in dieser Region nach Kriegsende. In keinem der im Ersten und Zweiten Weltkrieg besetzten Gebiete war das Verhältnis der Besatzer zur Zivilbevölkerung so rücksichtslos wie im Kaliningrader Gebiet. Unberührt bleibt von dieser Betrachtung die Massenvernichtung der Juden während des Zweiten Weltkriegs, für die es in der Geschichte der Menschheit keinen Präzedenzfall gab. Die Lage der deutschen Bevölkerung, zumeist Greise, Frauen und Kinder, war nach ihrem Empfinden tragisch: aus ihren Wohnungen zwangsweise ausquartiert, ihrer Habe beraubt, zu 10-12 Stunden Arbeit am Tag gezwungen, ohne Überlebenschancen, da ihr Lebensmittelzuteilungen verwehrt blieben. An der Tagesordnung waren Massenvergewaltigungen, Raub, das Fehlen eines elementaren Sicherheitsgefühls, die reale Gefahr des Hungertodes; all dies führte zum Schwund der zwischenmenschlichen Solidarität und dem Verfall der Grundwerte. Ein Ausdruck dessen waren zahlreiche Fälle von Kannibalismus (von dem in den Ghettos nicht berichtet wurde, der aber während der großen Hungersnot in der Ukraine in den Jahren 1932-1934 oder bei der deutschen Belagerung Leningrads 1941/1942 vorkam).

Die Sowjets behandelten die übernommenen Gebiete Ostpreußens als Kriegsbeute. Das Potsdamer Abkommen ließ Stalin vollkommene Freiheit bei der Behandlung der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung. Für sie galten beispielsweise keine Vorschriften über die Aussiedlung in die deutschen Besatzungszonen, wie dies in Polen, Tschechien oder Ungarn der Fall war. Unmittelbar nach der Einnahme Königsbergs wurde mit der Durchführung stundenlanger Märsche begonnen. Ungeachtet der Wetterlage zogen Kolonnen von Zivilisten ziellos durch die Städte. An diesen „Märschen der Schande“, die auch als „Todesmärsche“ bezeichnet wurden, mussten alle Deutschen, einschließlich der Greise und Kinder, gezwungenermaßen teilnehmen. Einer der Teilnehmer beschreibt einen solchen Marsch folgendermaßen: Für meine Gruppe begann dann der Propagandamarsch. So bezeichnete der Volksmund die Märsche in großen Kolonnen, die fast die ganze Bevölkerung Ostpreußens durch die Provinz machen mußte, Märsche von einigen Tagen, aber auch von Wochen. Manchmal kehrte die Kolonne zum Ausgangspunkt zurück, meist endete der Marsch in einem Lager. Von besonderer

Unmenschlichkeit wußten die Landsleute zu erzählen, die nach Pillkallen (umbenannt in Schloßberg) geführt worden waren, mehr als 100 km von Königsberg entfernt. Dort wurden je 12 Frauen vor einen Pflug gespannt und so der Boden beackert.

„Unsere Kolonne war nur zwei Tage unterwegs. Aber das genügte auch schon. (...)“

Viele hatten unter Durst gelitten. Zu allen Gräben und kleinen Rinnsälen liefen sie, um Wasser zu trinken, und legten so den Grund für die schweren Durchfallerkrankungen der kommenden Tage. Einige Einzelheiten von jenem Morgen sind mir noch in Erinnerung. Ein Ehepaar hatte versucht, aus dem Leben zu gehen. Einer von beiden war bald gestorben, der andere lag in körperlichen und seelischen Qualen neben seinem Ehegefährten<sup>84</sup>.

Im Laufe der Nachkriegsmonate wurde die Lage immer hoffnungsloser. Die Verarmung schritt voran. Soziale Beziehungen verwilderten und wurden immer primitiver. Die Aktivitäten der Sowjetbehörden gegenüber der deutschen Bevölkerung waren im Gegensatz zu Polen, der Tschechoslowakei oder den Besatzungszonen in Deutschland durch keinerlei völkerrechtliche Abkommen geregelt und jeder Kontrolle entzogen.

Das Kaliningrader Gebiet wurde schnell zu einem grenznahen, beinahe geheimen militärischen Sperrbezirk. Dies beeinflusste das Leben der dortigen alten und neuen Einwohner.

Die Auslöschung der deutschen Bevölkerung folgte nicht einem bestimmten Plan der Sowjets, sondern resultierte aus der Tatsache, dass nur arbeitende Personen berechtigt waren, Lebensmittelrationen auf Karten zu bekommen. Die Lage der deutschen Bevölkerung verschlechterte sich ab Mitte 1946 mit dem Zustrom neuer Einwohner aus dem Inneren der Sowjetunion. Eine besonders verhängnisvolle Ernte hielt der strenge Winter 1946/1947. Schätzungsweise starben durch Epidemien, Zwangsarbeit, Unterernährung und Kälte in den ersten drei Jahren nach Kriegsende (von Sommer 1945 bis Sommer 1947) 50 000 Menschen (darunter 30 000 Einwohner Königsbergs).

Ein sowjetischer Neusiedler, Anatolij S. Karandjew, erinnert sich: „Die Deutschen waren vor Hunger aufgebläht. Sie schwollen an und sahen auf den ersten Augenblick wie aus Glas gemacht aus. Manche wiederum umgekehrt – wie ausgetrocknet: Im Frühling aßen sie winzige Äpfel, die sich gerade erst aus der Blüte zu formen begannen, grüne Johannisbeeren<sup>85</sup>. Ein anderer Siedler, Wladimir D. Fomin, sagte, die Lage sei so stark durch Hoffnungslosigkeit geprägt gewesen,

---

84 M. Linck, *Königsberg 1945-1948*, Leer 1959, S. 18 f.

85 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 202.

dass die Deutschen „in Ahnung ihres Todes allein zum Friedhof gingen und sich dort niederlegten, um auf den Gräbern ihrer Verwandten zu sterben“<sup>86</sup>.

Es kamen Fälle von Kannibalismus vor. In einem als streng geheim eingestuftem Bericht des sowjetischen Innenministers Sergej Kruglow an Stalin und Molotow vom 6. Mai 1946 lesen wir: „Nach einem Bericht des Leiters der Abteilung des Innenministeriums im Gebiet Königsberg, Generalmajor Trofimov, wurden in Königsberg folgende Personen wegen Handels mit Menschenfleisch festgenommen: N. G., Deutscher, geboren 1885, Volksschulabschluss, zur Zeit Friedhofswärter, und L. K., Deutscher, geboren 1875, Korbmacher, seit Februar nicht arbeitend. Die Untersuchung ergab, dass N. G. des öfteren den Toten die Beine abgehackt und das Fleisch über seinen Gehilfen L. K. an andere Deutsche verkauft hatte.

Bei der Durchsichtung wurden in seiner Wohnung einige Fässer mit vorbereitetem Menschenfleisch gefunden. Nach der Öffnung der Gräber hat man 15 Leichen mit abgehackten Extremitäten gezählt.

Trofimov informiert, dass die Versorgung der Deutschen in Ostpreußen mit Lebensmitteln *ungenügend* [Hervorhebung – A.S.] ist. Denjenigen Deutschen, die in Unionsbetrieben [die den Ministerien unterstanden – A.S.] arbeiten, können die Essenmarken bis zu 50 % eingelöst werden. Doch Deutsche, die in örtlichen Betrieben und in Sowchosen beschäftigt sind, erhielten im März und April gar keine Essenmarken. Nichtarbeitsfähigen Deutschen werden nur unregelmäßig 200 gr. Brot pro Tag zugeteilt. Wegen fortdauernder Unterernährung nahm unter den Deutschen die Sterblichkeit und die Kriminalität zu, dagegen die Arbeitsfähigkeit ab“<sup>87</sup>.

In einem Schreiben aus dem Jahr 1947 an den Innenminister Kruglow, berichtet Generalmajor Trofimov, Leiter der Verwaltung des Innenministeriums im Kaliningrader Gebiet: „Nach vorliegenden Angaben befinden sich am 15. April 1947 110 217 Deutsche im Kaliningrader Gebiet, davon 36 201 Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren.

Ein bedeutender Teil dieser Deutschen ist aufgrund körperlicher Entkräftung nicht arbeitsfähig und geht keiner gesellschaftlich nützlichen Arbeit nach. Der übrige Teil von 36 600 Personen arbeitet überwiegend auf Militärsovchozen des Ministeriums für Streitkräfte, zum Teil auch auf Sovchozen des Trests für Fleisch- und Milchindustrie und in sonstigen Industriebetrieben und wirtschaftlichen Institutionen des Gebiets.

Von der erwachsenen deutschen Bevölkerung sind 31 112 Männer und 42 806 Frauen.

---

86 *Ebenda*, S. 204.

87 Zit. nach: A. Arbušauskaitė, *Das tragische Schicksal Ostpreußens nach 1945 im Lichte neuer Dokumente*, in: *Annaberger Annalen* Nr. 3, 1995, S. 6-19, hier S. 10.

Die nicht arbeitende deutsche Bevölkerung mit Ausnahme von Invaliden und Kindern, die sich in Kinder- und Altersheimen befinden, bezieht keinerlei Lebensmittelversorgung. Aufgrund dessen befindet sie sich *im Zustand äußerster Erschöpfung*.

Als Resultat ist in jüngster Zeit ein drastischer Anstieg von Straftaten in der deutschen Bevölkerung zu verzeichnen (Diebstahl von Produkten, Raub und sogar Mord), im 1. Quartal 1947 wurden sogar 12 *Fälle von Kannibalismus* im Gebiet registriert.

Einige Deutsche haben nicht nur Menschenfleisch von Leichen gegessen, sondern sogar ihre Kinder und Verwandten umgebracht. Von Fällen dieses Kannibalismus wurden 4 registriert.(...)

Die Anwesenheit der deutschen Bevölkerung im Gebiet wirkt nicht nur auf den labilen Teil der zivilen sowjetischen Bevölkerung moralisch zersetzend, es leiden auch die Militärangehörigen großer Teile der Sowjetischen Armee und Flotte, die im Gebiet stationiert sind, unter sich verbreitenden Geschlechtskrankheiten.

Das Eindringen von Deutschen in das Leben sowjetischer Bürger befördert die Entwicklung von Spionage durch ihre weitgehende Nutzung für gänzlich unbezahlte oder niedrig bezahlte Dienste“.

Der Autor des obigen Zitats fasst seine Meinung und die der Verwaltung des Kaliningrader Gebiets zusammen und stellt abschließend fest: „...daß die deutsche Bevölkerung – wie oben dargestellt – die Aneignung des sowjetischen Gebietes negativ beeinflusst und halte es für zweckmäßig, die Frage nach der Organisation der Aussiedlung der Deutschen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands zu stellen“<sup>88</sup>.

Generalmajor Kruglow präsentierte J. Stalin persönlich seinen Bericht am 6. Mai 1946. Die dargelegten Argumente beeinflussten maßgeblich die spätere Entscheidung über die völlige Aussiedlung der deutschen Bevölkerung<sup>89</sup>.

Die hier beschriebene dramatische Lage wurde von der deutschen Bevölkerung wie folgt wahrgenommen: „Ich machte wiederholt die Erfahrung, daß man immer auf sich selbst angewiesen war. Es konnte ja auch niemand helfen, denn immer lauerte im Hintergrund der Hungertod. Ich merkte mit Schrecken, daß auch ich in meinen Empfindungen kälter wurde; wo früher Mitleid war, entstand eine Interesselosigkeit, Gefühlskälte, Abstumpfung. Die Sinne, die Augen registrierten alles, was um mich herum geschah, aber ich zeigte keine innere Reaktion. Manchmal durchzuckte mich der Gedanke: heute du, morgen vielleicht ich? Es war, als ob die Seele langsam starb.

88 Ebd. S. 15 f. Vgl. auch: V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 143 f. und E. Beckern, A. Dubatow, *Die Königsberg-Papiere. Schicksal einer deutschen Stadt. Eine Dokumentation aus russischen Archiven*, Bonn 1994.

89 V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 145.

Eine Zukunft gab es nicht, wir planten immer nur bis zur nächsten Mahlzeit, Wir erhielten keine Nachrichten. Wir wußten, daß der grauenvolle Krieg beendet war, aber für mich hatte er erst richtig am 30. Januar 1945 begonnen und sollte noch bis Mai 1947 andauern. Von der Aufteilung unseres Vaterlandes wussten wir nichts. Ich hatte ein Gefühl grenzenloser Verlassenheit, ein Gefühl, daß die Welt uns vergessen hatte.

(...) Dauern wurden dort Deutsche überfallen, und das Letzte, was sie noch besaßen, wurde geraubt. Vergewaltigt wurde bei diesen Überfällen noch so nebenbei. Das Leben wurde immer unerträglicher und die Not immer größer. Nun sollte man annehmen, daß viele Frauen schwanger wurden, das war aber nicht der Fall. Die meisten Frauen verloren nach Einmarsch der Russen infolge des Hungers ihren monatlichen Zyklus, ob sie nun vergewaltigt waren oder nicht.

(...) Immer wieder stießen wir auf Leichen. Die Überlebenden besaßen keine Decken und auch keine Kraft mehr, um sie auf die Friedhöfe zu schaffen. Der Weg war zu weit. Auch besaß keiner die Kraft, den gefrorenen Boden aufzubrechen und Gräber zu schaufeln. So lagen sie aufgeschichtet in den und um die Leichenhallen.

(...) Matka hatte keine Ahnung, durch welche Hölle deutsche Frauen seit 1945 gegangen waren. Wie Tiere hatten sich die Russen auf die deutschen Frauen gestürzt<sup>490</sup>. Ein anderer Augenzeuge schilderte diese entsetzlichen Vorfälle so: „Da wurde Fleisch angeboten durch Händler, die in die Häuser kamen, es war billiger, als das Fleisch üblicherweise kostete. Heimliche Schlachtungen von Kühen und Pferden kamen ja vor, da fragte niemand nach der Herkunft der angebotenen Ware. Also man kaufte. So wurde eines Tages dem Dr. Piontek ein Stück Fleisch zum Kauf angeboten. Er erkannte es als das Knie eines Menschen. (...)“

Es muß aber noch auf anderen Wegen Menschenfleisch in den Handel gebracht worden sein, denn auf dem großen Markt in der Luisenallee wurden verhältnismäßig billige Klopse und Sülze angeboten. Eine Reihe von Menschen aus unserer Nachbarschaft erzählte mir später, daß sie von solch verbilligtem Fleisch gekauft und ahnungslos gegessen hätten. (...)

Da wohnten auf den Hufen drei Frauen. Sie trieben Menschenfang und Menschenmord und Handel mit Menschenfleisch und haben sich an schwächere Personen, insbesondere Frauen und Kinder, herangemacht. Dann kam es unter ihnen zu schweren Auseinandersetzungen, sie erschlugen sich gegenseitig. Schließlich hat ein Mann die letzte von ihnen getötet. Das war eine Art Feme, wofür die geängstigte Umgebung ihm dankbar war, und er hatte es aus dem Gefühl der Notwehr für die Bevölkerung getan. Im anderen Fall handelte es sich um eine alte Frau in Rosenau, die ihren Enkel tötete und sein Fleisch aß. Die entsetzten Nachbarn (...)

---

90 A. Kreutz, *Das große Sterben in Königsberg 1945-1947*, Kiel 2001, S. 170 f., 206 f., 234 f., 242.

wußten zu berichten, (...) wie sie etwa zwei Tage danach verstorben ist. Reste des etwa achtjährigen Knaben wurden in Kochtöpfen noch gefunden. (...)

Aber das war das schmerzlichste Erlebnis auf vielen Gebieten, daß der, der kraft der Nachbarschaft, der Zugehörigkeit zum selben Volk, sich als Freund und Bruder, als Gehilfe wie Schicksalsgefährte erweisen sollte, sich gegen den Bruder kehrte, seine Not mehrte durch Neid und Streit, durch Betrug und Diebstahl, durch Verrat und Denunziation und Spitzelwesen. Ja, die Gewalt des Teufels war groß<sup>91</sup>.

Besonders geringe Überlebenschancen hatte die deutsche Bevölkerung im Winter 1945/1946 sowie – infolge der Seuchen – im Jahr 1946. Schätzungsweise starb damals etwa ein Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung<sup>92</sup>. Eine verheerende Ausbreitung von Infektionskrankheiten herrschte schon in den Jahren 1945-1946. In Tabelle 13 sind „registrierte Todesfälle“ unter den Deutschen im Jahr 1945 aufgeführt.

Tabelle 13 Sterblichkeit der deutschen Bevölkerung in Königsberg 1945 (Juni-Oktober)

	Außerhalb der Krankenhäuser	In Krankenhäusern	Sterblichkeitsrate (in Deutschland: 1,5 %)
Juni		554	
Juni/Juli		713	
August		805	
20. September	1799	881	3,94 %
20. Oktober	2933	901	5,83 %
Insgesamt:	4732	3854	

Quelle: B. Fisch, M. Kiemeseva, *Zum Schicksal der Deutschen in Königsberg 1945-1948 (im Spiegel bisher unbekannter russischer Quellen)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 1995, H. 3, S. 396

- 91 H. Linck, *Königsberg ...*, S. 95-98. Vgl. auch weitere ebenso erschütternde Erinnerungen deutscher Einwohner aus der damaligen Zeit: H. Deichelmann (Pseudonym von Prof. Schubert), *Ich sah Königsberg sterben. Tagebuch eines Arztes*, Aachen 1948; H. Graf von Lehndorff, *Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947*, München 1995; F. Morgenstern, *Überleben war schwerer als Sterben. Ostpreußen 1944-1948*, Kiel 1985; *Dokumentation der Vertreibung ...*, Bd. I/1-3...; A. Kreutz, *Das große Sterben in Königsberg...*; *Letzte Tage in Ostpreußen*, Frankfurt a. M/Berlin/Wien 1985; W. Starlinger, *Grenzen der Sowjetmacht. Mit einem Bericht der deutschen Seuchenkrankenhäuser Yorck und St. Elisabeth über Leben und Sterben in Königsberg von 1945-1947*, Würzburg 1955.
- 92 B. Fisch, M. Kiemeseva, *Zum Schicksal der Deutschen in Königsberg 1945-1948 (im Spiegel bisher unbekannter russischer Quellen)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 1995, H. 3, S. 396; I. A. Gordejew, *Kaliningradskaja...*, S. 174.

Allein zwischen Juni und Oktober 1945 sind nach offiziellen Angaben 8 586 Menschen an Seuchen gestorben. Nach weiteren amtlichen Angaben für die Zeit vom 1. September 1945 bis 1. Mai 1946 sind 21 111 Menschen an Bauchtyphus, Paratyphus und Fleckfieber gestorben (zwischen Juni und November 1946 starben weitere 9 000 Personen)<sup>93</sup>. Als die grundlegende Ursache für die Verbreitung von Seuchen in Königsberg verwies man auf die hohe Konzentration der deutschen Bevölkerung an ihren Wohnorten genannt. Dies rührte aus einer gezielten Politik der sowjetischen Behörden her. Im November 1945 wurden beispielsweise im Gebiet der 5. Kommandantur 8 621 Personen auf einer Wohnfläche von 17 100 m<sup>2</sup> zusammengepfercht, so dass im Durchschnitt auf eine Person 2 m<sup>2</sup> entfielen. Eine andere Ursache für das Massensterben war die chronische Unterernährung, bedingt durch die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln. Nach einem offiziellen Bericht vom Oktober 1945 gestaltete sich die Lage folgendermaßen: „Angaben zu arbeitenden Deutschen: 1) 15 900 Personen (unqualifizierte Arbeiter) erhalten je 400 g Brot. 2) 1 100 Personen (Wasserwerke, Kanalisation, Stadtraum) erhalten je 600 g Brot. 3) 42 000 Personen (Arbeitsunfähige, Kinder, Behinderte) erhalten 200 g Brot gegen Bezahlung. 4) 120 Personen (Fachleute) werden nach der Norm Nr. 4 versorgt“<sup>94</sup>.

Die Arbeitsfähigen erhielten an ihrem jeweiligen Einsatzort zusätzlich eine warme Mahlzeit, die aus 250 g Kartoffeln, Rüben, Kohlrüben, 10 g Mehl und 8 g Fleischkonserve bestand. Für gute Leistungen konnte man eine Extramarke über 100-200 g Brot bekommen. Diese Essensrationen reichten für den einfachen Ersatz der bei der Arbeit verbrauchten Energie nicht aus. Katastrophal waren auch die Bedingungen der Zwangsarbeit, die 12 Stunden (von 8.00 bis 19.00 Uhr) dauerte, auch sonntags. Ernsthafte Probleme bereitete die Versorgung mit Trinkwasser, das auch an den Arbeitsorten ständig fehlte. Unsäglich war auch die Lage in den Krankenhäusern, wo Patienten auf Matratzen ohne Decken auf dem Fußboden oder zu zweit in einem Bett lagen (derartige Verhältnisse herrschten in den Seuchenkrankenhäusern) und die „Deutschen sich selbst mit Heizmaterial versorgten“. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die sowjetischen Behörden in Kaliningrad wie in Moskau sehr gut von der tragischen Lage der deutschen Bevölkerung unterrichtet waren. Übrigens herrschten Hunger, Mangel und verschiedene Epidemien in den ersten Monaten nach Kriegsende nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in vielen Regionen der UdSSR, besonders in den Gebieten, die durch das Dritte Reich besetzt gewesen waren, wo das Ausmaß der Zerstörung, Verwüstung und Entartung sehr groß war.

Die Lage der deutschen Bevölkerung in Ostpreußen veränderte sich nach dem Einmarsch der Roten Armee schlagartig. Noch 1944 gehörte sie zu den „Nutz-

---

93 *Ebenda.*

94 *Ebenda.*

nießern“ des Dritten Reiches. Tausende Zwangsarbeiter standen den Einwohnern von Städten und Dörfern zur Verfügung. Infolge des Krieges zogen die durchschnittlichen Reichsbürger spürbaren Nutzen aus den besetzten Gebieten<sup>95</sup>. Bis Mitte 1944 erschienen die Pläne einer fortdauernden Herrschaft in den besetzten Gebieten Europas durchaus realistisch. Überheblichkeit, gepaart mit dem allgemeinen Glauben an das Genie Adolf Hitlers, die NSDAP und das Dritte Reich, war allgemein verbreitet. Die Möglichkeit, dass die bisherige Ordnung eines Tages einstürzen könnte, wurde nicht zur Kenntnis genommen. Die Armee und die Zivilbevölkerung waren erfüllt von Fanatismus und grenzenloser Hingabe an die nationalsozialistischen Ideale. Der Untergang des Dritten Reiches bedeutete, dass die Deutschen von einem „Herrenvolk“ zu einem Volk von Sklaven wurden, gemüht, ohne Hoffnung für die Zukunft.

Die eingetretene Lage zwang die Deutschen in Ostpreußen wie auch in anderen besetzten Gebieten dazu, sich nach den neuen ungünstigen Bedingungen zu richten und sich dabei verschiedene Überlebens- und Anpassungsstrategien einfallen zu lassen.

Die von der Goebbelschen Propaganda noch befeuerte Aversion gegenüber der heranrückenden „bolschewistischen Flut“ fand ihren extremen Ausdruck im individuell und kollektiv begangenen Freitod. Dies betraf besonders Frauen. Zu einem solchen Gruppenselbstmord kam es zum Beispiel in Mohrungen, wo sich Diakonissen des örtlichen Krankenhauses auf dem Dachboden erhängten. Ähnliche Fälle wurden auch aus anderen Regionen des Dritten Reiches gemeldet: Die Frauen brachten zunächst ihre eigenen Kinder um, um sich anschließend zu erhängen. Bekannt wurden auch andere Methoden des kollektiven Freitods, wie zum Beispiel Brückensprünge in den eiskalten Fluss, was in Frankfurt an der Oder kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee 1945 passierte. Andere fanatische NSDAP-Mitglieder wählten ebenfalls den Freitod, wodurch sie in den Augen der lokalen Bevölkerung ihre Ehre „wiedererlangten“, da sie „Adolf Hitler und dem Dritten Reich das höchste Opfer, das des Lebens, darbrachten“<sup>96</sup>. Nicht ohne Bedeutung war, dass Hitler und die ganze Familie Goebbels kurz vor dem Fall Berlins Selbstmord begingen. In diesem Zusammenhang kann man sogar von Anzeichen einer Hysterie sprechen.

Der Fanatismus vieler Deutsche kam auch in einem hoffnungslosen Kampf gegen die alliierten Truppen, oft gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung zum Ausdruck. Zu solch einer „heldenhaften Verteidigung“ im Sinne des verbreiteten Propagandaspruchs „Wir kapitulieren nie“ entschlossen meistens Einheiten

---

95 *Ebenda*, S. 398. Vgl. auch: A. Arbušauskaitė, *Das tragische...*, S. 10-14.

96 W. Nowak, A. Kuźniak, *Die Nacht von Wildenhagen*, in: W. Nowak, *Die Nacht von Wildenhagen*, a. d. Poln. von J. Manc, Berlin 2009, S. 21-45; Vgl. G. Aly, *Hitlers Volksstaat*, Frankfurt/M. 2005.

der Waffen-SS und jugendlicher Soldaten der Hitlerjugend. Eine Folge dieser Haltung war, dass die Einwohner häufig auf brutale Weise zur Evakuierung und Flucht vor den heranrückenden Verbänden der Roten Armee genötigt wurden, als alles darauf hindeutete, dass die Lage an der Front hoffnungslos sei und unnötige Opfer fordern würde. In anderen Fällen wurde die Zivilbevölkerung mit vorgehaltenen Gewehren aus ihren Behausungen getrieben, selbst wenn draußen extreme Wetterbedingungen (z.B. starker Frost, Schneesturm usw.) herrschten. Diese heroische Verteidigung führte gelegentlich massive Gegenmaßnahmen der alliierten Streitkräfte herbei (Bombardierungen und Einsatz unverhältnismäßig großer Truppenverbände), die Pazifikationen als Vergeltung für den Widerstand kleiner, meistens fanatischer Militäreinheiten durchführten. Das Ausmaß an Zerstörungen und Menschenverlusten war in solchen Fällen unermesslich. Fanatische Wehrverbände verbreiteten unter der Zivilbevölkerung Angst und Schrecken, da sie vielfach Soldaten aus den eigenen Reihen, darunter auch aus dem Volkssturm („Deserteure“), sowie Vertreter der örtlichen Bevölkerung („Defätisten“) standrechtlich oder ohne jegliche Gerichtsbarkeit zum Tode verurteilten (vorwiegend durch öffentliches Erhängen). Leidtragende dieses Vorgehens waren zumeist Ortsansässige (starke Zerstörungen und hohe Opferzahlen sowie spätere Brandstiftungen, Raub, Plünderungen, Vergewaltigungen, Erschießungen oder Deportationen). Diese Situation herrschte sowohl an der Ost- als auch der Westfront. Es kam jedoch auch vor, dass die lokale Bevölkerung die Verbände der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS vollumfänglich im „Kampfgeist“ unterstützte. Im Endeffekt waren unverhältnismäßig hohe Verluste und Zerstörungen die Folge. In diesen Fällen galt die Parole: „Geht das Dritte Reich unter, so soll die ganze Welt untergehen“ oder auch „Das Leben wird vollkommen sinnlos“. Entscheidend war dann oft die Haltung der Befehlshaber auf den jeweiligen Befehlsebenen.

Die totale Kriegsniederlage ließ für die in Ostpreußen gebliebene Zivilbevölkerung (hauptsächlich Frauen, Greise und Kinder) nach der Beendigung der Kriegshandlungen den Überlebenskampf zum wichtigsten Ziel werden. Die diesbezügliche Lage war höchst unterschiedlich. Am schwierigsten war, wie sich später herausstellte, das Überleben in Königsberg, wo sich wegen der hohen Konzentration der deutschen Bevölkerung deren Lage von Monat zu Monat verschlechterte. Hier ein Beispiel, das diese Zustände veranschaulicht: „Immer mehr Zivilrussen kamen nach Königsberg, das von den Russen Kaliningrad genannt wurde. Immer mehr Deutsche mussten ihre Wohnungen räumen und in Trümmerkellern Unterkunft suchen. Die Eingänge zu solchen Kellern waren meistens sauber gefegt. So wusste man immer, welcher Keller bewohnt war. Dauernd wurden dort Deutsche überfallen, und das Letzte, was sie noch besaßen wurde geraubt“.

Wer schlauer war, flüchtete in den illegalen Handel, suchte nach Lebensmittelresten, fuhr aufs Land, um Nahrung zu „erobern“. Viele deutsche Frauen such-

ten den „Schutz“ sowjetischer Offiziere und ziviler Funktionäre, deren Familien weit weg waren. „Jeder Russe hatte hier sein festes Mädchen und ‚besuchte‘ es jede Nacht, so schützten sie sich vor Geschlechtskrankheiten.

(...) Die Straße, die von Lichtenhagen nach Königsberg führte, hatte eine Abzweigung, die zum Vorgut des Grafen Dohna führte. Ich sah eines Tages in der Nähe der Ziegelei, die dicht hinter dem Bahnhof lag, eine ältere und eine jüngere Frau, vielleicht Mutter und Tochter, die in Richtung Königsberg gingen. Plötzlich liefen, mit dem Gewehr in der Hand, zwei der auf dem Bahnhof weilenden Asiaten hinter ihnen her. Die Frauen bemerkten ihre Verfolger und begannen zu laufen, aber sie hatten nicht genug Kraft und kamen nicht weit. Sie wurden brutal in den Straßengraben gerissen und vergewaltigt.

(...) Wollte man etwas verkaufen, dann setzte man z.B. fünfzig Rubel höher an, als der Gegenstand wert war, und ließ dann mit sich handeln; die Russen waren mit Leidenschaft dabei. Anfangs wurde auch oft alles einfach gestohlen. Man stand dann hilflos da, niemanden interessierte es, niemand half.

(...) Wer arbeitete, erhielt einen provisorischen Ausweis, den er bei seiner Arbeitsstelle abgegeben mußte, und bekam dann monatlich Rubel und eine Lebensmittelzuteilung. Kartoffeln waren nie dabei, übrigens bei den Russen ebenfalls nicht, denn das war eine Rarität. Meine Leidensgenossin und ich ernährten uns von dem, was die Küche übrig behielt, und das war sehr wenig, zumal der Koch alle Reste zu verwerten verstand<sup>497</sup>.

Etwas bessere Überlebenschancen hatten die Einwohner kleinerer Städte, da sie dort weniger schikaniert wurden, bessere Wohnverhältnisse hatten und sich in den umliegenden Dörfern mit Lebensmitteln versorgen konnten. Für die Arbeit auf dem Hof oder Acker konnte man Getreidekörner, Rüben, Obst und andere lebenswichtige Produkte bekommen. Es bot sich auch die Möglichkeit, Feldprodukte oder Reste von Hackfrucht- oder Gemüseernte zu stehlen.

Von diesem Standpunkt aus gesehen war die Lage der Landbevölkerung am günstigsten. Ihr blieb, selbst wenn die Russen die Getreideernte von 1945 allgemein beschlagnahmten, dennoch ein bestimmter Vorrat übrig, der für eine gewisse Zeit ausreichte. Obwohl man nach der Rückkehr ins eigene Haus in der Regel das meiste Hab und Gut nicht mehr vorfand, weil es geplündert worden war, konnte man auf die von den Dieben zurückgelassenen und oft listig versteckten (vergrabenen) Weckgläser mit Lebensmitteln oder Obst aus dem Garten zurückgreifen. Die Lage verschlechterte sich nach der Gründung eines Netzes von Militärkolchosen, dennoch blieb die Versorgung besser als in den Städten. Generell ändert dies nichts an der Tatsache, dass die städtische Bevölkerung nicht aufs Land gehen wollte. Durch die Militärverwaltung gezwungen, zum Beispiel

---

97 A. Kreutz, *Das große Sterben...*, S. 112, 206 f., 138 f.

während der „Propagandamärsche“, kehrte sie an ihren bisherigen Wohnsitz zurück. Sie rechnete mit einer Arbeitsmöglichkeit oder einer anderen Hilfe, die das Überleben ermöglichen würde.

In der zweiten Jahreshälfte 1945 blieb das von den Russen besetzte Gebiet um Königsberg nach wie vor ein riesiges Internierungslager, in dem die NSDAP-Mitglieder rasch „ausortiert“ (in speziellen Filtrationslagern) und vom „Rest der Bevölkerung“ abgetrennt wurden. Die von der Flucht Heimkehrenden wurden in spezielle Durchgangs- oder Arbeitslager eingewiesen. In Tapiau (Gwardeisk) wurde ein Arbeitslager für jugendliche Mitglieder der Hitlerjugend unter 14 Jahren geschaffen (*Detskaja trudowaja kolonija*)<sup>98</sup>. Die sich verschlechternde materielle Lage der gesamten Bevölkerung machte die Lebensbedingungen verwaister Kinder und älterer Menschen besonders prekär.

Ab Frühjahr 1946 begann eine massenhafte Wanderung nach Litauen zur Arbeitssuche bei privaten Landwirten oder zum Betteln, wie das bei den Kindern der Fall war. Die Versorgungslage in Litauen war sehr viel günstiger als im Kaliningrader Gebiet. Obwohl man offiziell die Oblast nicht verlassen durfte, war die Grenze zu Litauen als innersowjetische im Gegensatz zur polnischen Grenze nicht bewacht. Die Leitungen der Militärkolchosen und Unternehmen behielten die zweisprachigen vorläufigen Papiere (*Wremiennoje Udostowerienije / Vorläufiger Personalausweis*) ein, die die Sowjetbehörden ab Ende 1945 allen erwachsenen Deutschen ausstellten. Dies hinderte die Deutschen aber nicht daran, nach Litauen aufzubrechen, sowohl nach dem Memelland, wo viele Familienangehörige, Verwandte oder Bekannte hatten, als auch in die Nachbarregionen sowie ins Landesinnere Litauens. Manche gingen auf der Suche nach einem besseren Schicksal nach Lettland, ja sogar nach Estland. Die Behandlung der Deutschen als Sklaven wurde nicht als eine besondere Schikane empfunden, weil die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung im Inneren der UdSSR ohnehin keine „Reisepässe“ (die als Personalausweise fungierten) besaßen, mit denen sie den Wohnort hätten verlassen dürfen.

„Ich bemerkte, dass je weiter wir uns von der ostpreußischen Grenze entfernte, umso weniger arme Schlucker wie wir unterwegs waren. Je weniger, umso besser für uns. Manchmal nahmen uns die Bauern für eine Woche oder länger auf. Dann mussten wir wieder wandern, wohin uns das Auge wies. In der zweiten Sommerhälfte brachte uns die Kleinbahn sogar bis in die Gegend von Birzai“ (Nordlitauen)<sup>99</sup>. Deutsche Kinder, die Litauen allein oder in kleinen Gruppen durchstreiften, wurden *Vokielukai* („kleine Deutsche“) genannt. In die Geschichte eingegangen ist die Bezeichnung *Wolfskinder*. Oft wurden sie, wie die Deutschen überhaupt, als „Fritzen“ oder „Faschisten“ beschimpft.

---

98 *Ebenda*.

99 Vgl. Kibelka, *Ostpreußens Schicksalsjahre...*, S. 114.

Die Hauptstrecke „Richtung Litauen“ führte entlang der Bahnlinie Kaliningrad-Kybartai-Kaunas-Wilna. In den meisten Dörfern um Vilkaviškis, Marijampole und Kalvarija konnte man deutsche Kinder antreffen.

„Wir stiegen in einen Güterzug und fuhren nach Kybartai. Von dort wanderten wir und bettelten. So kamen wir nach Kudirkos Naumiestis. Dort blieb die Schwester bei einem deutschen Arzt, der jung war und zwei Kinder hatte. Ich aber war in dieser großen Stadt niemandem zunütze. Die Schwester blieb drei Tage bei dem Doktor. Dann gingen wir in den Bezirk Vilkaviškis. Als wir die Stadt verließen, hielt ein Fuhrwerk an. Darauf saß eine Frau mit einem kleinen Kind. Sie nahm uns mit. So kamen wir in das Dorf Slabadai. Dort stiegen wir ab. Die Frau zeigte uns ihr Haus und lud uns ein. Wir gingen zum Hof und sahen dort einen russischen Soldaten umhergehen. Es war der Ehemann, der gerade aus dem Krieg heimgekehrt war und noch seine Uniform trug. Meine Schwester blieb dort und hütete die Kinder. Mir befahl man, zu anderen Leuten zu gehen, die uns aufnehmen würden. Es waren ältere Leute, die am anderen Dorfe wohnten. Ihre Kinder waren schon erwachsen, Der Vater konnte deutsch. Ich blieb dort. 1947 (...) ließ man mich in die Schule“<sup>100</sup>.

Viele deutsche Kinder kehrten aus Litauen nicht mehr zurück nach Ostpreußen, das seit 1948 „frei von Deutschen“ war. Die „Kaliningrader Deutschen“ blieben mehrheitlich in Litauen, manche reisten später nach Deutschland aus. Sie wurden gern von den litauischen Kolchosen und Sowchosen, die unter Arbeitskräftemangel litten, eingestellt. Ein Teil der deutschen Kinder wurde von Litauern adoptiert. Nach der Unabhängigkeit Litauens gründeten die Wolfskinder den Verband „Edelweiß“. In Erinnerung geblieben sind ihnen Litauer, die sie zwar zu schwerer Arbeit zwangen und manchmal wie Sklaven behandelten, aber – wie sie sagen – „deren Brot uns das Leben gerettet hat“. Andere beklagen, dass sie fast ihr ganzes Leben im kommunistischen System fristen mussten, im Gegensatz zu anderen, denen die Ausreise nach Deutschland gelang und denen es im Leben viel besser erging.

Die Situation der deutschen Bevölkerung im Kaliningrader Gebiet (insbesondere in Königsberg) besserte sich ab 1947 allmählich. Dies lag an einer teilweisen Verbesserung der Versorgungslage und der Währungsreform vom Dezember 1946, wodurch der Wert des Rubels deutlich stieg und Lebensmittel billiger und leichter zu bekommen waren. Wer bis dahin überlebte, hatte inzwischen meist Arbeit, wodurch seine Existenz gesichert war.

Die lokalen Behörden, die mit einem langfristigen Verbleib der Bevölkerung im Gebiet rechneten, versuchten nun, ihre Lage zu „normalisieren“, und ergriffen Maßnahmen zu ihrer Sowjetisierung.

---

100 Zit. nach: Kibelka, *Wolfskinder. Grenzgänger an der Memel*, Berlin 2003, S. 82.

Zu den ersten Ordnungs- und Organisationsmaßnahmen dieser Art gehörten die Registrierung (Meldung) aller deutschen Einwohner und die Ausgabe vorläufiger Papiere (Pässe). Zur besseren Weiterleitung von Anordnungen und Anweisungen der Besatzungs- und später der Zivilbehörden sowie zur Kontrolle der Deutschen wurden deutsche Obleute eingesetzt. Nach dem Stand zum 1. Mai 1946 übten 51 Personen diese Funktion aus. Ihre Befugnisse erstreckten sich auf einige Häuser, eine Straße oder den Abschnitt eines Stadtteils oder einer Stadt<sup>101</sup>.

Ähnlichen Zielen diente die Institution „deutscher Klubs“, die damals gegründet wurden. Sie waren der Politverwaltung der Militärkommandanturen unterstellt. Eine ihrer wichtigen Aufgaben war die Verbreitung prosovjjetischer Propaganda. Im Februar 1946 wurde der „Zentrale Deutsche Klub“ gegründet. Später entstanden 60 Stadt- und 20 Rajonklubs als Begegnungsorte für die deutsche Bevölkerung. Der Zentrale Klub saß im Gebäude der ehemaligen Chirurgischen Universitätsklinik im Zentrum Kaliningrads. Der Klub existierte bis zum 1. Mai 1948. Hier fanden verschiedene Veranstaltungen statt, es gab Musik (u.a. bildete sich ein deutsches Ensemble für Kammer- und Unterhaltungsmusik) und Theater. Im Rahmen des Klubs gab es eine „antifaschistische Schule“ und die Redaktion der deutschen Abteilung des Kaliningrader Rundfunks. Laut offiziellen sowjetischen Angaben fanden zwischen Februar und Juni 1946 238 „Lektionen“ vor 49 955 deutschen Zuhörern statt (in Wirklichkeit gab es nach Archivbefund nur 193 solche Treffen mit 16 970 Teilnehmern). Auch diese Zahl ist noch außerordentlich hoch und zeugt vom Ausmaß und der Bedeutung, die die Behörden der Propaganda und Sowjetisierung beimaßen. Hier die wichtigsten Themen dieser „Lektionen“:

- „Der Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher“,
- „Die Diktatur des Faschismus und ihre Folgen für die deutsche Bevölkerung“,
- „Die demokratische Umgestaltung Deutschlands“,
- „Fünfjahresplan zu Wiederaufbau und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR“,
- „Der 1. Mai – internationaler Feiertag der Arbeiter“,
- „Der 9. Mai – Tag des Sieges über das faschistische Deutschland“.

Neben dem deutschsprachigen Rundfunk und dem Zentralen Klub wurde auch die deutschsprachige Zeitung „Neue Zeit“ herausgegeben und ein Netz von Schulen mit deutscher Unterrichtssprache gegründet. Die erste Ausgabe des deutschsprachigen Blattes erschien Anfang Juli 1947. Bis Oktober 1948 erschien es zweimal wöchentlich (nach der Aussiedlung aller Deutschen ging aus diesem Blatt die Redaktion der Tageszeitung „Kaliningradschij Komsomolez“ hervor). Die „Neue

---

101 Vgl. ebd. S. 81-98; G. Skrebba, *Hungerjahre – Rettung in Litauen und Lettland. Erinnerungen eines Ostpreußen*, Berlin 1999; E. Schwarz, *Abschied von Königsberg. Erinnerungen 1945/47*, Madsack 1995.

Zeit“ war, ähnlich wie zum Beispiel die in Wilna erscheinende polnischsprachige Zeitung „Czerwony Sztandar“ (Rotes Banner), eine typische Sowjetzeitung, deren Hauptzweck die Indoktrinierung war. Trotz dieser Ausrichtung war es allerdings eine Quelle wichtiger Informationen für die Leser (Anordnungen, Erlasse, Informationen aus dem Stadtleben und über die kulturelle Aktivitäten usw.).

Auf Initiative der Verwaltung für Zivile Angelegenheiten wurden ab Oktober 1946 Schulen für deutsche Kinder eröffnet. Deswegen begann eine entsprechende Lehrerausbildung in besonderen Kursen. Nach sowjetischen, in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Angaben gab es im Juli 1947 im Kaliningrader Gebiet 43 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, davon 35 Grundschulen. In Kaliningrad selbst fand der Unterricht an drei Grundschulen und zwei Schulen bis zur 7. Klasse statt. 15 Schulen wurden bei Kinderheimen eingerichtet. Die sowjetischen Behörden betrieben auch andere Formen der „Kultur- und Bildungsarbeit“. Es gab Konzerte, zum Teil in Sowchosen und Kriegsgefangenenlagern, 36 Filmvorführungen und „Schulungs- und Propagandaversammlungen“. In deutscher Sprache wurde eine Reihe von Broschüren herausgegeben, beispielsweise: *Die Rede des Genossen STALIN zur Wahlversammlung am 9. Februar 1946 in Moskau*; *Das Interview des Genossen STALIN auf die Rede Churchills in Fulton*; *Der Erlass des Genossen Stalin zum 1. Mai*; *Russisch-deutscher Sprachführer für Sowchosen*.<sup>102</sup>

Angesichts ihrer katastrophalen Existenzbedingungen im Kaliningrader Gebiet unternahmen die Deutschen bereits nach der Beendigung der Kriegshandlungen verschiedene Versuche, diesen Teil Ostpreußens zu verlassen. Fluchtwege führten hauptsächlich nach Polen und Litauen. Die polnisch-sowjetische Grenze in Ostpreußen war während einer kurzen Zeit nach Kriegsende durchlässig. Ab Ende 1945 gehörte sie aber zu den am strengsten bewachten in der UdSSR. Leichter war die Grenze zu Litauen zu passieren, doch endeten die meisten Fluchtversuche innerhalb der UdSSR. Bis April 1947 erteilten die sowjetischen Behörden der deutschen Bevölkerung keine Ausreisegenehmigungen aus dem Kaliningrader Gebiet in irgendeine der Besatzungszonen Deutschlands.

Im Januar 1947 erörterten die Moskauer Behörden über 90 bei den Militärbehörden der sowjetischen Besatzungszone eingegangene Briefe bezüglich der Aussiedlung von 214 deutschstämmigen Personen aus dem Kaliningrader Gebiet in die SBZ. Das Innenministerium der UdSSR gab positiven Bescheid. Am 2. April 1947 begann die Aussiedlung der ersten 265 Personen in die SBZ<sup>103</sup>.

Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Kaliningrader Gebiet verlief generell in zwei Phasen. Die erste fiel in die Monate April-Juni 1947 und kann als „freiwillige Aussiedlung“ bezeichnet werden. Das Gebiet verließen damals 3 390 Personen. Die zweite Phase wurde durch einen Geheimbeschluss der

102 Vgl. *Ebenda*, S. 81-98; G. Skrebbas, *Hungerjahre...: E. Schwarz, Abschied...*

103 V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 137.

Moskauer Regierung über die Aussiedlung der gesamten deutschen Bevölkerung aus dem Kaliningrader Gebiet vom 11. Oktober 1947 eingeleitet. Der erste Zug mit deutschen Aussiedlern fuhr am 22. Oktober 1947 vom Kaliningrader Bahnhof ab. Der Höhepunkt der Ausreisen fiel auf die Zeit zwischen Oktober 1947 bis Oktober 1948, als 97 422 Personen in 48 Bahntransporten in die SBZ deportiert wurden. Den Abschluss bildete schließlich im Mai 1951 die Ausreise von 193 Personen. Zwischen April 1947 und Mai 1951 wurden 102 407 Menschen ausgesiedelt. Den Verlauf der Aussiedlungen veranschaulicht Tabelle 14.

Tabelle 14 *Aussiedlungsphasen der deutschen Bevölkerung aus dem Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1947-1951 (darunter 655 Personen aus dem Memelland in Litauen)*

Aussiedlungsphasen	Zeitraum	Zahl der Bahntransporte	Aussiedlerzahl
1. Phase	April-Juni 1947	14	3 390
2. Phase	22.10.-30.11.1947	12	30 283
3. Phase	16.03.-15.04.1948	21	25 194
4. Phase	21.08.-21.10.1948	1	41 807
	8.10.1948 (zusätzlicher Transport)		138
5. Phase	November 1949		1 402
6. Phase	Mai 1951		193
Insgesamt:		102 407	

Quelle: B. Fisch, M. Kiemeseva, *Zum Schicksal der Deutschen in Königsberg 1945-1948 (im Spiegel bisher unbekannter russischer Quellen)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 1995, H. 3, S. 399.

Die Genehmigung der „freiwilligen“ Aussiedlung der ersten Deutschen aus Kaliningrad im April 1947 rief ein wahres „Ausreisefieber“ hervor. Bis zum 10. Juni 1947 wurden 6 526 Anträge auf Ausreisegenehmigung nach Deutschland gestellt. Die behördliche Genehmigung erhielten 1 744 Personen. Gebrauch machten davon letztlich 1 121 Personen<sup>104</sup>.

Die Hauptmotive, die in den Ausreisegesuchen an die Behörden geltend gemacht wurden, waren der Wunsch nach Familienzusammenführung sowie die schweren materiellen Existenzbedingungen<sup>105</sup>. Hier ein Bericht, der die Atmosphäre von damals veranschaulicht: „Dann kam 1947. Mehr als anderthalb Jahre waren schon seit dem Ende des Krieges vergangen, und wir litten immer noch. War denn kein Ende des Elends abzusehen? Ich erzählte oft, daß ich nach Berlin fahren wollte, und wartete auf ein Echo. Ich habe lange gewartet, aber dann war es soweit. Eine Russin kam zu mir und sagte: „Anna-Lisa, du willst immer nach

104 *Ebenda*, S. 137-139.

105 Kibelka, *Ostpreußens...*, S. 229-231.

Berlin fahren, du kannst es bald. Ich erhalte ein Büro, dann kommst du zu mir.‘ Ich war glücklich über diese Nachricht.

(...) Ich ging wieder zu meiner Russin und hatte Glück: Ich durfte einen Antrag für eine Ausreise nach Westdeutschland stellen. Von dem Formular mit zweiundzwanzig Fragen existierten nur drei Bögen, daher musste ich alles abschreiben und den Bogen zurückgeben. Ein geschäftstüchtiger Deutscher saß im Vorzimmer und bot Fragebogen, die er angefertigt hatte, für fünf Rubel an. So half er sich und anderen.

Ich erledigte alles für Albert und mich. Wir mussten noch viele Stempel einholen, die verlangt wurden. Dazu war der Pass notwendig. Das nahm mehrere Tage in Anspruch, denn man musste schon Glück haben, den jeweiligen Bearbeiter für den Stempel anzutreffen. Oft erwischten wir den Betreffenden erst nach dreimaligem Wiederkommen, oder er nahm einfach seine Mütze und verschwand, so war der Weg wieder umsonst. Die älteste Tochter von Matka füllte dann alles in russischer Sprache aus. Es wurde nach Adresse, Schule, Fremdsprachen gefragt, auch ob man Verwandte in Russland hätte, wenn ja, wo usw. Aus meiner Sicht waren viele unnötige Fragen dabei.

Nun begann das Warten. Bis dahin mussten wir durchhalten. Ich stellte beginnende Anzeichen von Hungerödemen bei mir fest.

(...) Am nächsten Morgen erhielt ich den Ausreiseausweis bei Abgabe des Personalausweises.(...) So trat ich meinen letzten Weg durch Königsberg an mit ein paar Schnitten Brot in der Tasche und einer Decke unter dem Arm. Andere hatten sich zusammengetan, um gemeinsam zum Bahnhof zu gehen. Aber ich wollte alleine sein, ganz für mich noch einmal Abschied nehmen. Ich ahnte, dass ich diese Stadt nie wiedersehen würde. Ich war tieftraurig, musste aber zufrieden sein, wenigstens überlebt zu haben. Inzwischen war es Ende April 1947 geworden.

Am Fahrkartenschalter erhielt ich für sechs Rubel eine Fahrkarte. Wir fuhren bis zur Grenzstation Pr. Eylau. Dort wurden wir vom Zoll gefilzt: Sparkassenbücher flogen in den Ofen, deutsches Geld wurde fortgenommen. (...)

Wir waren ein Trupp von vielleicht fünfundzwanzig Frauen, meistens ältere; ich gehörte zu den jüngsten.

In Pr. Eylau übernahm uns der Pole. Dann ging es Tag und Nacht mit Unterbrechungen weiter in Güterwaggons. Ich weiß nicht, wie lange wir unterwegs waren. Ich hatte nichts zu essen, mir war alles egal....

(...) Wir waren ungefähr fünfzig Kilometer vor Frankfurt an der Oder. Dort angekommen wandten wir uns an die Bahnhofsmision, die dann Verbindung mit dem Heimkehrerlager Grohnenfelde aufnahm. Ein Polizist und eine Krankenschwester holten unseren Transport ab.

Im Lager war man sehr erstaunt über unser Eintreffen, denn wir waren die ersten Deutschen, die ‚legal‘ aus Königsberg ausreisen durften. Die Russen hatten

„nur vergessen“, die deutschen Behörden davon zu unterrichten. Einige sollten uns noch folgen, bis wieder eine Sperre verhängt wurde. Später wurden dann Transporte zusammengestellt und alle überlebenden Deutschen 1948 gnadenlos aus der Heimat vertrieben.

(...) Wenn ich heute Rückblick halte, so erkenne ich in dem Verhalten der Russen gegenüber der deutschen Bevölkerung im nördlichen Teil von Ostpreußen eine ganz klare Methode. Uns war damals nicht bekannt, dass dieses Gebiet der Sowjetunion einverleibt werden sollte.

Die Russen nahmen bewusst eine Reduzierung der Bevölkerung vor, teils durch Verschleppung, teils durch Vertreiben jedes Deutschen aus seinem Haus und indem man ihn jeder Ernährungsgrundlage beraubte. Dazu dieser sinnlose Propagandamarsch bei klirrender Kälte und tiefem Schnee durch die Provinz. Es waren ja nur Kinder und Frauen sowie ein paar alte Männer<sup>106</sup>.

Nachdem der Ministerrat der UdSSR den geheimen Beschluss Nr. 3547-1169s „Über die Umsiedlung der Deutschen aus der Kaliningrader Oblast der RSFSR in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands“ vom 11. Oktober 1947 erlassen hatte, begann die planmäßige und organisierte Aussiedlungsaktion. Die Behörden planten, im Oktober desselben Jahres 10 000 Deutsche und im November weitere 20 000 auszusiedeln. In erster Linie waren die Einwohner der Ostseestadt Baltijsk (Pillau) für die Ausreise vorgesehen, weil die Stadt zur Militärnutzung bestimmt war. Den Verlauf dieser Aussiedlung schilderte Tatiana Pawlowna Mulinkowa wie folgt: „Einmal kamen wir alle zur Arbeit, da waren die Deutschen weg, niemand mehr zum Arbeiten da. Das war 1948. Da hatten sie nachts die Deutschen nach Deutschland geschickt – in einer Nacht waren sie wie weggeblasen“<sup>107</sup>.

Aus den übrigen Rajons der Oblast sollten die nicht Arbeitsfähigen und ihre Familien sowie „gesellschaftlich unnütze“ Personen ausreisen. Zu dieser Kategorie zählten Kinder aus den Kinderheimen sowie die Alten aus den Pflegeheimen. Die Aussiedler durften bis 300 kg Habe pro Familie (ohne Wertsachen) mitnehmen. Nachfolgend wurden andere Bewohner der Küste, des Grenzgebietes zu Polen und Einwohner Kaliningrads deportiert. Die Auszusiedelnden wurden einen Tag vor der Abreise benachrichtigt. Die Transporte wurden von Soldaten und Medizinpersonal begleitet. Ihr Bestimmungsort war Pasewalk<sup>108</sup>.

Die Entscheidung über die Aussiedlung aller Deutschen fiel später. Am 15. Februar 1948 fasste der Ministerrat der UdSSR einen geheimen Beschluss „Über die Umsiedlung der Deutschen des Kaliningrader Gebietes der RSFSR in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands“. In diesem Papier hieß es unter anderem:

---

106 A. Kreutz, *Das große Sterben...*, S. 239-251.

107 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 233.

108 Kibelka, *Ostpreußens...*, S. 238 f.

„Der Ministerrat der Union der SSR verordnet:

1. Im Jahr 1948 sind aus dem Gebiet Kaliningrad *alle* [Hervorhebung durch A.S.] im Gebiet lebenden Deutschen in die Sowjetische Besatzungszone umzusiedeln, dabei im März-April 25 000 Personen und im August-Oktober alle übrigen – insgesamt 37 300 Personen. In erster Linie sind die in den Städten des Kaliningrader Gebiets lebenden Deutschen umzusiedeln;
2. Die Organisation der Umsiedlung der Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet wird dem Innenministerium der UdSSR, ihre Unterbringung in der Sowjetischen Besatzungszone wird der Sowjetischen Militäradministration übertragen.(...)“<sup>109</sup>.

Anfang 1948 wurde mit der Zusammenstellung weiterer Transporte begonnen. Vom 16. März bis zum 15. April verließen insgesamt 25 194 Personen mit 12 Zügen das Gebiet, während zwischen dem 24. August und dem 26. Oktober in der SBZ 21 Transporte mit 42 094 Personen eintrafen. Der letzte 48. Zug mit deutschen Aussiedlern verließ Kaliningrad am 21. Oktober 1948. Damit waren die Aussiedlungen formell beendet. Unter den 102 125 Deportierten waren 17 521 Männer, 50 932 Frauen und 33 622 Kinder, in dieser Zahl waren auch 1 076 Deutsche aus dem Teil Ostpreußens, der an Litauen gefallen war (Memelland).

Die russischen Siedler nahmen die Aussiedlungen der Deutschen so wahr: „Aus unserer Sowchose Nr. 8 wurden die Deutschen schnell ausgesiedelt. Es waren vorwiegend Frauen und Kinder. Sie wurden in zehn Lastkraftwagen verfrachtet, in der Hand ein Bündel, nur das Allernötigste. Viele Frauen weinten, sie wollten nicht fahren. Ein Junge, der etwa vierzehn Jahre alt war und bei uns als Briefträger arbeitete, bat, hier bleiben zu dürfen: seine Eltern waren tot, und in Deutschland hatte er keine Verwandten. Aber er wurde zur Abfahrt gezwungen“, erzählte Jekaterina Michailowa Kowaliowa.

Es kam vor, dass im organisatorischen Durcheinander zwei Menschenströme aufeinanderstießen. Im Oktober 1947 kam eine große Siedlergruppe aus dem Nowgoroder Gebiet auf die Kurische Nehrung, in das Dorf Rybatschi (Rossitten). Michail M. Riabow erinnerte sich: „Sie brachten uns in noch warme Häuser. Wir vom Boot runter und die Deutschen auf die Lastwagen. Sechzehn Kilo in der Hand und weg waren sie“<sup>110</sup>.

In der Praxis entpuppte sich die Aufgabe, „alle“ Deutschen auszusiedeln, als gar nicht so einfach. Denn es war beispielsweise ein Problem, Ersatz für deutsche Spezialisten zu finden, die von ihren jeweiligen Unternehmen vor der Aussiedlung geschützt wurden. Deshalb ließ man am 8. November 1948 aus Kaliningrad einen „Sonderzug“ mit 138 Personen abgehen. Einen anderen Charakter hatte ein nicht

109 *Ebenda*, S. 241. Vgl. auch: *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 191-227.

110 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 231.

angemeldeter Transport, der am 11. Dezember 1948 Kaliningrad verließ. Er versammelte aufgegriffene „Lumpen“, die sich bisher versteckt gehalten hatten. Er wurde nicht nach Pasewalk geleitet (über Schneidemühl-Stettin wie die meisten Transporte), sondern direkt in das Umsiedlerlager Gronenfelde bei Frankfurt/Oder<sup>111</sup>.

Der letzte Transport mit Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet und Litauen traf 1951 in der DDR ein. Mit ihm kamen 3 500 „vergessene“ Deutsche. Die Zahl der Aussiedler aus der Oblast wird auf insgesamt 110 000 Personen geschätzt<sup>112</sup>. Somit riss in diesem Teil Ostpreußens, anders als im Memelland, dem Ermland oder Masuren, die jahrhundertalte kulturelle Kontinuität ab. Der totale Bevölkerungsaustausch war im Europa des 20. Jahrhunderts ein Ereignis ohne Beispiel.

Für die deutschen Aussiedler bedeutete die Überschreitung der Grenze Ostpreußens, wie sich einer der Alteinwohner erinnerte, die Erlösung von „dem niedrigsten Niveau der menschlichen Existenz, die sich auf die Sorge ums nackte Überleben beschränkte. Für uns wurde die Heimat nun völlig fremd“<sup>113</sup>. Von allen Deutschen zahlten die Bewohner Ostpreußens den höchsten Preis für den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg.

## 2.4. Sowjetische Siedler

Ins Stammbuch einer Siedlerin aus dem Kusnezker Becken, die 1946 im Kaliningrader Gebiet eintraf, schrieb jemand, der ihr nahestand, folgende Worte:

„Liebe Katja !

Das einzige, was ich Dir vor Deiner Abreise in ferne Länder sagen will:

Ich wünsche Dir alles Gute, Glück, Glück und nochmal Glück.

Es möge dein Traum – Königsberg – wunderschön sein  
und Dein Leben ebenfalls.

Wir bleiben fürs erste in ‚ewiger Verbannung‘ in Sibirien.

Mit Verehrung Dusja“ (30/I-46).

111 *Ebenda*, S. 241; Vgl. auch: J. W. Kostjaschow, *Wyselenije Niemcow...*, S. 187 f.

112 V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 148 f. Trotz der vollständigen Deportation der Deutschen ist es einigen wenigen gelungen, in der Oblast zu bleiben. Sie suchten beispielsweise zunächst im Memelland Zuflucht und kehrten nach Abschluss der Aussiedlungen an ihren alten Wohnsitz zurück. Von vereinzelt Fällen dagebliebener Deutscher in Kaliningrad schreibt M. Kostjaschow in: *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 234-236, sowie J. Wańkowska-Sobiesiak in einem Sammelband mit Reportagen *Za mało na Polaka, za mało na Niemca...*, Olsztyn 2006, S. 56-62. In einer besonders heiklen Lage befanden sich die wenigen russisch-deutschen Ehepaare. Die meisten deportierten Deutschen betrachteten die Ausreise aus dem „kommunistischen Paradies“ als Rettung vor dem Tod und als „glücklichsten Tag im Leben“, selbst wenn sie sich darüber im klaren waren, dass sie ihre Heimat für immer verlassen.

113 *Ebenda*.

Ins Königsberger Gebiet, ins Memelland und in die „Wiedergewonnenen Gebiete“, also nach Ostpreußen, zog es Menschen aus verschiedenen Teilen Litauens, Polens, den unermesslichen Weiten der Sowjetunion, aber auch aus Deutschland und anderen Ecken Europas. Sie kamen freiwillig oder gezwungenermaßen. Die einen, um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, die anderen, weil sie alles im Krieg verloren und keine Bleibe mehr hatten oder sich verstecken mussten, und wieder andere, weil sie von ihrer Arbeits- oder Dienststelle entsandt wurden. Was sie alle verband, war, dass sie ins Unbekannte fuhren, in ein „feindliches Land“, wo sich eine ungewisse Zukunft abzeichnete, schon allein deswegen, weil nicht ganz klar war, wem diese Landstriche gehören würden und ob sie nicht eines Tages wieder den ehemaligen deutschen Besitzern zufielen.

#### 2.4.1. Siedlungsverlauf in den „neuen Gebieten“

Die Besiedlung des Königsberger/Kaliningrader Gebiets verlief hauptsächlich organisiert und geplant durch die Moskauer Zentralregierung, nicht selten aber auch spontan. Die Kaliningrader unterscheiden zwei wichtige Phasen: die erste vom Frühjahr 1945 bis 1946 und die zweite vom Sommer 1946 bis 1950.<sup>114</sup> Jede Phase kennzeichnete sich durch einen bestimmten Verlauf und eine spezifische Form der Besiedlung, von den russischen Forschern meist als *Saselenije* („Besiedlung“) bezeichnet<sup>115</sup>.

Die russischen Forscher unterscheiden mehrere Gruppen von Siedlern, die meist „Umsiedler“ (*Pereseleny*) genannt werden<sup>116</sup>. Die ersten sowjetischen Bewohner der Oblast waren aktive Armee- und Marinesoldaten, was daraus resultierte, dass es sich um ein von der Roten Armee erobertes und besetztes Gebiet handelte. Die Macht lag in der Nachkriegszeit vollständig in den Händen der Militärorgane und der Kommandanturen. Sie waren unter anderem dafür verantwortlich, Sicherungs-, Deportations-, Abrüstungsmaßnahmen durchzuführen, Minen zu räumen und für die Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Der Militärarrat des Sondermilitärbezirks errichtete gemäß Beschluss vom 29. Januar 1946 30

114 Vgl. O. Stepanowa, *Zasiedlenie Obwodu Kaliningradzkiego w pierwrszych latach po II wojnie światowej*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1996, Nr. 2, S. 193; I. M. Rega, *Die sowjetische Neubesiedlung...*, S. 23.

115 Vgl. E. M. Kalganow, *Saselenije Kaliningradskoj Oblasti*, in: *Utschonnije sapiski Kaliningradskogo Gosudarstwennogo Pedagogitscheskogo Instituta*, Wypusk VIII, Kaliningrad 1962, S. 154-175; G.W. Kostjaschow, *Saselenije Kaliningradskoj Oblasti posle wto-roj mirowoj wojny*, in: *Gumanitarnaja nauka w Rossii – istorija, archeologija, kulturnaja antropologija i etnografija. Sorosowskije laureaty*, Bd. 2, Moskwa 1996, S. 82-88;

116 O. Stepanowa, *Zasiedlenie...*, S. 192-197.

Militärsowchosen, die über 250 000 ha Ackerlandes unter den Pflug nehmen sollten. Anfänglich arbeiteten hier annähernd 50 000 Deutsche. Schätzungsweise betrug der Anteil der Soldaten und des Militärpersonals in der ersten Nachkriegszeit etwa 100 000 Personen. Sie bildeten längere Zeit die dominierende Gruppe. Dies war einmalig nicht nur im gesamten Gebiet Ostpreußens, sondern auch größtenteils in der gesamten UdSSR. Es stellte sich aber heraus, dass die Militärkader und -strukturen auch später trotz immer neuer Wellen ziviler Ansiedlungen eine wichtige Rolle im Leben aller Bewohner der Oblast spielten und immer noch spielen. Diese große Militärkonzentration innerhalb eines relativ kleinen Gebietes zeichnet die westlichste Region der früheren Sowjetunion/Russischen Föderation bis heute aus.

Eine weitere Gruppe Oblast-Bewohner der ersten Stunde bildeten demobilisierte Soldaten, die an Kriegshandlungen in Ostpreußen teilgenommen hatten und hier geblieben waren. Sie kamen in den Genuss einer Reihe von Privilegien, wurden unter anderem in Schulen aufgenommen und in verschiedenen Betrieben beschäftigt. Viele hatten leitende Funktionen in den lokalen Machtstrukturen inne. Es waren zumeist junge Menschen, nirgendwohin zurückkehren konnten, weil sie in den von den Deutschen eingenommenen und besetzten Teilen der Sowjetunion ihre Nächsten und ihr Zuhause verloren hatten. Mit Ostpreußen waren sie durch die Kriegserlebnisse verbunden, hier waren viele ihrer Frontkameraden und Freunde gefallen. Mit der Zeit wurden sie die „ersten Kaliningrader“. Die politische Militärverwaltung unternahm viel, um die demobilisierten Soldaten zum Bleiben zu bewegen.

Nikolai Tschudinow erinnert sich: „Ich wurde im Sommer 1946 demobilisiert. Bis dahin wurde ein Partei- und Regierungsbeschluss erlassen, die Felder der neuen Oblast zu bestellen. Damals begann die Politabteilung unseres Regiments, aus der Armee entlassene Kommunisten zum Bleiben aufzufordern. Sie sagten zu uns: ‚Liebe Genossen, ihr habt hier Krieg geführt, nun gilt es das *neue Land* [Hervorhebung durch A.S.] zu bewirtschaften, weil es uns übergeben wurde‘. Schau, wie lange ich nicht Zuhause war. Ich komme ja aus Saratow. Was soll mir dieses Ostpreußen? Und die von der Politabteilung meinten immer wieder das gleiche: ‚Sie sind doch Kommunist und sollten mit gutem Beispiel vorangehen‘“<sup>117</sup>.

Eine andere Gruppe Oblast-Bewohner der ersten Stunde waren neben den demobilisierten Soldaten die „Repatriierten“ und Zwangsarbeiter. Diese Gruppe umfasste Sowjetbürger, die zur Zwangsarbeit deportiert wurden, sowie Häftlinge der im Inneren des Dritten Reiches eingerichteten Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager. Viele von ihnen machten in Ostpreußen Zwischenstation auf dem Rückweg in die Heimat, zehntausende entschlossen sich zum Bleiben. Es

---

117 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 23 f.

waren vor allem Menschen, die „nirgendwohin zurückkehren konnten“, echte Opfer des Krieges. Eine Deportierte begründet ihre Entscheidung so: „Sie fuhr quer durch Ostpreußen, Stadt Insterburg. Nicht weit davon gab es in einem Landstädtchen so etwas wie ein sowjetisches Lager für solche wie uns. Bald kam ein Mensch angefahren und sagte zu uns: ‚Mädels! Was sollt ihr nach Smolensk weiter fahren? Lasst euch hier *anwerben* [Hervorhebung durch A.S.]!‘. Heimkehren hieß in Erdhöhlen, in Ruinen leben. Und wir, die keine Familien hatten, ließen uns anwerben“<sup>118</sup>.

Auch ein Teil der ehemaligen Lagerinsassen aus Königsberg, Insterburg (Tschernjachowsk), Tapiaw (Gwardaisk), Pr. Eylau (Bagrationowsk), Tilsit (Sowetsk) und Cranz (Selenogradsk) beschloss, hier zu bleiben.

Mit der nächsten Siedlerwelle der Anfangsphase zwischen Mai 1945 und August 1946, die der Zuwanderung der „normalen“ Siedler voranging, kamen Spezialisten, die von verschiedenen Betrieben oder Einrichtungen in Zentralrussland bzw. von der kommunistischen Partei entsandt oder angeheuert wurden. Ihre Hauptaufgabe war es, die übernommenen Güter der Nutzung zuzuführen, die notwendigen Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen (Miliz, Sicherheitsdienst, Grenzschutz usw.) sowie die Strukturen der WKP(b) zu etablieren, das Schul-, Bildungs- und Gesundheitswesen aufzubauen und die nötigen Fachkräfte zur Inbetriebnahme und Beaufsichtigung der für die Behörden wichtigen Industrieanlagen zu beschaffen. Zunächst kamen etwa 40 000-50 000 solcher „Spezialisten“. In der zweiten Jahreshälfte 1945 trafen 10 000 Arbeiter mit ihren Familien aus 17 russischen Gebieten zur Arbeit im Betrieb „Nemanlez“ ein. In die Kaliningrader Waggonbaufabrik kamen 250 Arbeiter aus den Oblasten Uljanowsk, Perm und Tambow. Ähnlich war die Situation in der Papier- und Zellulosefabrik sowie im Hafen und der Werft in Königsberg/Kaliningrad<sup>119</sup>. Die Anwerbung von Umsiedlern für den Bedarf der Industriebetriebe wurde im Unterschied zum Agrarsektor nicht zentral, sondern durch die Betriebe und Organisationen, die den jeweiligen Ministerien unterstanden, organisiert. Die Motive der Zuwanderer waren vielfältig (Entsendung, Arbeitsbefehl, Eigenentscheidungen usw.). Sie konnten mit zahlreichen Privilegien und Begünstigungen rechnen. Interessanterweise wurde vielen Delegierten mit einer gefragten zivilen Spezialisierung ein hoher Offiziersgrad verliehen; sie bekamen auch Lebensmittelzuteilungen für Militärs und ein relativ hohes Gehalt. Sie bezogen die besten Häuser und Wohnungen. Eine Absolventin der Pädagogischen Oberschule im Gebiet Orlow berichtet: „Es wurde

---

118 *Ebenda*, S. 25

119 Vgl. O. Stepanowa, *Zasiedlenie...*, S. 194; P. Wörster, *Die Besiedlung des Königsberger Gebiets nach 1945*, in: *Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen*, hrsg. von S. Spieler, B. Jähning, Bonn 1993, S. 128; J. M. Rega, *Die sowjetische Neubesiedlung...*, S. 23-25.

die Entscheidung bekannt gegeben, wer wohin geschickt wurde. Ich bekam Kaliningrad. Und wir waren doch noch gar nicht herumgekommen, nicht wie die heutige Jugend. Ich hatte bis dahin keinen Zug gesehen. Zur Oberschule liefen wir sogar 25 Kilometer zu Fuß. Und wir hatten Angst hinzufahren, doch nach unseren Wünschen fragte niemand<sup>120</sup>.

Mit der Errichtung des Königsberger/Kaliningrader Gebiets im April 1946 war die zweite Ansiedlungsphase vom Sommer 1946 bis Dezember 1946 verbunden. In dieser Zeit wurde die zuvor begonnene Besiedlung der Städte intensiviert. Es wurden neue Arbeiter und Angestellte für die Industrie des Gebiets angeworben und mit der organisierten Besiedlung der ländlichen Landstriche begonnen (in den Dörfern lebten bis dahin fast ausschließlich Deutsche). Die ländliche Besiedlung war eine wichtige „Ergänzung“ der Migrationsprozesse in dieser Region.

Die massenhafte Besiedlung der Oblast begann infolge des Beschlusses Nr. 1522 des Ministerrates der UdSSR vom 9. Juli 1946 „Über die dringendsten Aufgaben im Bereich der Rajonbesiedlung und Landwirtschaftsentwicklung im Kaliningrader Gebiet“. Dieser sah vor, dass noch im September und Oktober desselben Jahres 12 000 Kolchosfamilien aus 23 Bezirken und autonomen Republiken der RSFSR und Weißrussland freiwillig umsiedeln würden<sup>121</sup>. Der erste Siedlerzug traf am 23. August 1946 am Bahnhof Gumbinnen (Gussew) im Osten der Oblast mit 160 Familien aus der Oblast Brjansk ein. In den Jahren 1946-1949 wanderten in das Kaliningrader Gebiet insgesamt 161 873 Personen, davon 92 452 Arbeitsfähige, ein. Die Entwicklung der Ansiedlungsaktion veranschaulicht Tabelle 15.

Tabelle 15 *Ansiedlungen im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1946-1949*

Jahr	Geplante Familienzahl	Zahl tatsächlich eingewanderter Familien	Personenzahl	Zahl der Arbeitsfähigen
1946	12 000	12 115	58 762	32 835
1947	8 500	8 459	37 651	21 809
1948	11 000	10 172	44 091	25 478
1949	5 000	4 936	21 370	12 430
Gesamt	36 500	35 682	161 873	92 452

Quelle: U. Frobarth, *Das Königsberg Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000*, Berlin 2001, S. 160.

120 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 26.

121 Vgl. T. Baryła, *Wstęp* in: *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 18; O. Stepanowa, *Zasiedlenie...*, S. 196.

Unter den Zugewanderten überwogen Siedler aus der RSFSR. 1946 waren es beispielsweise 9 559 aus 25 Gebieten und drei autonomen Republiken Russlands. Die meisten Siedler kamen aus der Region Woronesch (1946: 934; 1947: 420; 1948: 714; 1949: 371), Kursk (1946: 911; 1947: 508; 1948: 651; 1949: 315), Brjansk (1946: 497; 1947: 560; 1948: 558; 1949: 262), Orjol (1946: 531; 1947: 686; 1948: 507; 1949: 417) und Penza (1946: 501; 1947: 622; 1948: 714; 1949: 403). Größere Siedlergruppen (zwischen 400 und 200 im Jahr) kamen aus den Städten Wladimir, Gorki, Kalinin, Kaluga, Kirow, Kostroma, Moskau, Rjasan, Tambow, Jaroslaw. Aus der Autonomen SSR der Mari kamen 1945 und 1946 219 Personen, aus der Mordwinischen ASSR 319 (1946), aus der Tschuwaschischen ASSR 445 (1946-1948), und 27 (1947) aus der Tatarischen ASSR. Die meisten weißrussischen Zuwanderer (jährlich zwischen 469 und 370) kamen aus den Regionen Mogilew, Homel, Witebsk und Minsk<sup>122</sup>.

Durch die Einwanderung stieg die Bevölkerungszahl der Oblast. 1947 lebten hier 320 000 Menschen, 1948 380 000, 1949 401 000, 1950 407 000.<sup>123</sup> Die Bevölkerungsstruktur im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1948-1950 zeigt Tabelle 16.

*Tabelle 16 Bevölkerungstruktur im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1948-1950 (in Tsd., % im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Oblast)*

Jahr	Kaliningrader Gebiet	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung	Einwohner Kaliningrads
1948	380,2	201,2 (52,9 %)	179,0 (47,1 %)	ca. 80 000 Russen
1949	401,8	225,2 (56 %)	176 (44,0 %)	–
1950	407,3	216,4 (53,1 %)	190,9 (46,9 %)	139,2 (34,2 %)

Quelle: U. Frobarth, *Das Königsberg Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000*, Berlin 2001, S. 171.

Kennzeichnend für das Kaliningrader Gebiet war im Vergleich zu anderen Regionen der UdSSR ein hoher Anteil städtischer Bevölkerung, insbesondere die ständig zunehmende Einwohnerzahl Kaliningrads. 1948 betrug der Anteil der Stadtbevölkerung 52,9 %, 1952 61,1 %, 1963 68,9 % (1967 stieg dieser Wert auf über 70 %, während er 1988 79,5 % betrug). Die Einwohnerzahl Kaliningrads stieg von 139 200 im Jahr 1949 auf 405 800 im Jahr 1990. Hier lebten 60 % der städtischen Bevölkerung. Im Durchschnitt entfielen im Gebiet lediglich sieben

<sup>122</sup> V. Frobarth, *Das Königberger...*, S. 160.

<sup>123</sup> *Ebenda*.

Personen auf 100 ha. Die erste Einwohnergeneration war jung, das Durchschnittsalter betrug ca. dreißig Jahre. Im Jahr 1950 überwogen Slawen: Russen machten 77,6 % der Gesamtbevölkerung aus, Weißrussen 8,4 %, Ukrainer 5,8 %, Litauer 3,5 %, Vertreter anderer Völker der UdSSR 3,7 % (hauptsächlich Mordwinen, Mari und Tschuwaschen). Die planmäßige Umsiedlung in das Gebiet dauerte bis Mitte der fünfziger Jahre, war aber nicht mehr von der bisherigen Intensität. Seit 1956 wurden die vakanten Arbeitsplätze im Wege der üblichen Arbeitskraftauswahl neu besetzt. Die Oblast besitzt nach wie vor die größte Militärdichte je km<sup>2</sup> und auf die Gesamtbevölkerungszahl gerechnet<sup>124</sup>.

Bis vor kurzem herrschte in der sowjetischen (russischen) Geschichtsschreibung die Ansicht vor, die Ansiedlung der sowjetischen Bevölkerung habe auf Freiwilligkeit beruht. Widerlegt wird dies durch die Forschungen von Jurij W. Kostjaschow<sup>125</sup>. Ehe sich die Neusiedler in der Oblast niederließen, wurden sie von Anwerbern und örtlichen Behörden unter Druck gesetzt, auf ihre Loyalität hin „durchgeseibt“ und entsprechend auf die Reise vorbereitet. Mit Sonderzügen legten sie einen langen und nicht selten beschwerlichen Weg zurück, um schließlich am nicht immer ersehnten Ziel anzukommen. Die erste Zeit ihres Aufenthalts steckte voller überraschender Situationen und Erlebnisse.

Gegen Ende August 1946 begann eine breit angelegte Vorbereitung auf die planmäßige Umsiedlung in den ländlichen Raum der Oblast. Die Behörden legten Anwerbungsregionen fest und erstellten Anwerbungspläne für die einzelnen Gebiete. Anwerber des Umsiedlungsdienstes begaben sich in hunderte Ortschaften. In den Zeitungen erschienen erste Berichte über das Leben der neuen Bewohner des Kaliningrader Gebiets. Sie forderten, wie auch die eigens geschalteten ermunternden Aufrufe, zur Reise in „unsere Gebiete“ auf. Neben den offiziellen brachen auch „selbständige“ Anwerber auf, die von Kaliningrader Industriebetrieben losgeschickt wurden.

In dem von Jurij W. Kostjaschow zusammengetragenen Band mit Erinnerungen von Siedlern des Kaliningrader Gebiets *Przesiedleńcy opowiadają. Pierwsze lata Obwodu Kalingradzkiego we wspomnieniach i dokumentach* [Umsiedler berichten. Die ersten Jahre der Kaliningrader Oblast in Erinnerungen und Dokumenten] (Olsztyn 2000) finden wir den folgenden Bericht: „Nach dem Krieg wohnte ich mit meiner Schwester in Grodno. Eines Tages sah ich auf dem Heimweg eine Bekanntmachung. Darin hieß es, dass Arbeiter und Angestellte für die Kaliningrader Schiffbauanstalt gesucht würden. Ich sprach mit der Schwester darüber,

---

124 *Ebenda*, S. 171; W. Galcow, *Obwód kalingradzki w latach 1945-1991. Społeczeństwo, gospodarka, kultura*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1996, Nr. 2, S. 208 f.

125 Vgl. J. W. Kostjaschow, *Nur wenige wollen umsiedeln... Zur Organisation von Kolchosbauern aus dem Gebiet Voronez in das Gebiet Kaliningrad in den Nachkriegsjahren*, in: *Zeitschrift für Osteuropa-Forschung* 2004, H. 4, S. 556-563.

und wir beschlossen, nach Kaliningrad zu gehen. Die Anwerbung fand in einem Verwaltungsgebäude statt. Als wir hineingingen, begegneten wir drei Werbern auf einmal. Sie redeten durcheinander auf uns ein, wir sollten nach einem neuen Ort aufbrechen: der eine schlug eine Grube im Kusnezker Becken vor, der andere eine Werft in Kaliningrad“ (S. 27).

Um die Einwanderung Kaliningrader Gebiet attraktiv zu machen, schufen die Behörden ein System vielfältiger Anreize und Vergünstigungen, die sie, wie sich später herausstellte, nicht immer erfüllten. Dazu zählten unter anderem: kostenlose Reise, Transport von Besitz und Vieh (bis zu 2 Tonnen pro Familie, Erstattung der Umzugskosten mit 1 000 Rubel pro Familienoberhaupt und 300 Rubel für jeden unterhaltspflichtigen Familienangehörigen, ein Haus auf dem Lande, das unentgeltlich übergeben werden sollte, eine Kuh oder einen Zuschuss für deren Erwerb in Höhe von 3 000 Rubel). Unabhängig davon wurden den Siedlern Steuerrückstände getilgt und drei Jahre lang Steuern und Pflichtablieferungen an den Staat erlassen. Im Gegensatz zu den Bauern im Ermland, in Masuren oder dem Memelland bekamen die ländlichen Siedler im Kaliningrader Gebiet 1945-1947 keinen Landbesitz, sondern wurden Kolchosen- oder Sowchosenarbeiter. Aus Sicht der Behörden war dies eine äußerst günstige Situation, da es nach der Aussiedlung der Deutschen keine Probleme mit der Kollektivierung gab, weil alles Ackerland der Oblast staatliches (Kolchosen- oder Sowchosen-) Eigentum war. Die Rechtsgrundlage dafür lieferte ein Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Nationalisierung des Bodens, der Banken, der Industrie- und Kommunalunternehmen, des Bahn- und Wassertransports sowie der Verkehrsmittel im Königsberger Gebiet“ vom 21. Juni 1946. Unter Punkt 1 dieses Erlasses lesen wir: „Es wird beschlossen, dass der gesamte Boden mit Hinterlassenschaften, Wäldern und Gewässern im Königsberger Gebiet zum 9. April 1945 in das Eigentum des Staates, das heißt des gesamten Volkes, übergeht“<sup>126</sup>.

Wegen der Grenznahe und militärischen Bedeutung des Kaliningrader Gebiets, das Sperrbezirk war, standen potentielle Umsiedler unter besonderer Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden, um „antisowjetische Elemente“ zu eliminieren und der Verbreitung von falschen Gerüchten oder Panik vorzubeugen. Ein potentieller Siedler konnte vor Reiseantritt einen „Pass“ (Personalausweis) beantragen, denn ohne dieses Dokument durfte er sich innerhalb seines eigenen Landes nicht frei bewegen: er war ein an seinen Wohnsitz gebundener „Kolchosbauer“. Die Erlaubnis zur Niederlassung im Kaliningrader Gebiet bot besonders jungen Menschen die Möglichkeit, der schweren und oft nicht hinnehmbaren ländlichen Realität des Kolchosenlebens zu entkommen. Also griff man oft zu verschiedenen Mitteln, das Recht zu umgehen, beispielsweise durch fingierte Eheschließung.

---

126 Wortlaut des Erlasses in: *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 264.

Kennzeichnend war für viele Umsiedler auch der fehlende Glaube an eine Stabilisierung ihrer Existenz, das Gefühl eines vorläufigen Aufenthalts in den neuen Ländern. „Hätte es schlecht ausgesehen, wären wir zurückgekehrt. Laut den Anwerbungsaufgaben wurde man für drei Jahre verpflichtet. Wir hatten nicht vor, länger hier zu leben, weil es ja keine Heimat ist“ – so eine typische Aussage aus dieser Zeit<sup>127</sup>.

Unter den neuen Bewohnern der Oblast gab es auch so genannte „berufsmäßige Umsiedler“, die hierher kamen, um von den Vergünstigungen zu profitieren, dann den erhaltenen Besitz veräußerten und woanders hingingen, um neue Sachwerte zu bekommen.

Eine weitere Gruppe stellten Umsiedler, die als „zufällig“ oder „unorganisiert“ bezeichnet werden können. Viele Familien und Alleinstehende fanden Mittel und Wege, in das geheime und unzugängliche Gebiet hinein zu gelangen und sich hier niederzulassen. Dieses Vorgehen war beliebt bei den Einwohnern Litauens und Weißrusslands und jahrelang ein wesentlicher Umsiedlungsfaktor. In diese Kategorie fielen auch die „Zugesiedelten“, die unter den übrigen Siedlern eine so genannte „gemischte Gruppe“ bildeten. Es handelte sich um Verwandte von Siedlern, die bereits im Kaliningrader Gebiet wohnten, oder um Personen, die von der Familie oder Bekannten eingeladen worden waren, die ihnen vor oder auch nach der Ankunft entsprechende Aufenthaltsgenehmigungen verschafften. In dieser Gruppe fanden sich auch ehemalige Häftlinge sowie Familienangehörige politisch Verfolgter.

Die Zentralbehörden gaben den einzelnen Regionen der RSFSR ein „Plankontingent“ an Umsiedlern vor. Ließ es sich nicht auf freiwilligem Wege erreichen, wurde zu mancherlei Druck und Zwang gegriffen. Dazu kam es beispielsweise in der Region Woronesch. Hier bediente man sich der zu Sowjetzeiten bewährten „Methode des freiwilligen Zwangs“. Die lokalen Behörden oder die Kolchosleitung wählten Umsiedlungskandidaten aus, denen diese Entscheidung anschließend eröffnet wurde. Waren sie mit der Ausreise ins Kaliningrader Gebiet nicht einverstanden, wurde ihnen eine gerichtliche Verurteilung oder eine „Geldstrafe bis zu 2 000 Rubel“ angedroht. In Extremfällen wurden die am wenigsten prosperierenden Kolchosen administrativ aufgelöst und alle Mitarbeiter zur Umsiedlung gezwungen<sup>128</sup>.

Unter derlei Umständen war es keine Siedlungsaktion, sondern Deportationen. Für die Dorfbewohner begann die Umsiedlung bereits an ihrer Haustür. Die Kolchosbauern wurden mit Lastwagen zu regionalen Sammelpunkten gebracht; dort wurden die Transporte zusammengestellt, die anschließend mit Sonderzügen befördert wurden. Nach Erledigung aller Formalitäten erhielten die Umsiedler

---

127 *Ebenda*, S. 34.

128 J. W. Kostjaschow, *Nur wenige...*, S. 561 f.

Umsiedlerausweise. Mit diesen durften sie in die Oblast einreisen und einen finanziellen Zuschuss erhalten. Hier eine typische Schilderung der Vorgänge: „Bei jedem Haus fuhren Militärfahrzeuge vor. Dann wurde die Habe aufgeladen und zur Bahnstation gefahren. Auf jeden Wagen passten drei, vier Familien. Kühe wurden auch auf die Autos geladen“<sup>129</sup>.

Die Reise dauerte lange, meist zwei, drei Wochen, aber auch länger. Ein typischer Zug, wie Nr. 109 vom Anfang Januar 1950, der in Woronesch losfuhr, setzte sich aus 71 Waggonen zusammen; darunter waren 31 „Personenwagen“, 9 Güterwagen mit dem persönlichen Besitz der Umsiedler und 28 Wagen mit Vieh und Geflügel. Außerdem gab es drei Sonderwaggonen: einen Kinderwaggon, einen Dienstwaggon (für Wachleute und den Transportleiter) und einen „Isolierwaggon“. Ein Teil der Umsiedler flüchtete aus den Transporten und kehrte gewöhnlich in die frühere Wohngegend zurück<sup>130</sup>.

Dem polnischen Staatlichen Repatriierungsamt entsprach im Kaliningrader Gebiet eine am 3. Juli 1946 eigens gegründete Abteilung für die Organisation der Ansiedlung (*Kaliningradskij oblastnoj pereselentscheskij otdel*). Auf Anordnung Nr. 299 der Gebietsleitung entstand am 1. August 1946 eine „Gebietskommission zur Lenkung von Aufnahme, Zuteilung und Einrichtung“ (*Oblastnaja komissija po rukowodstwi prijomom, rasselenijam i ustrojstwom*) der eingetroffenen Umsiedler. Die Mitarbeiter dieser Kommission richteten ihre Büros in jedem Rajon der Militärsonderzone ein, die das Kaliningrader Gebiet ja war. Sie fungierten als Etappenpunkte (Lager) für die Siedler (*prijomnyje punkty*), teilten Unterkünfte zu usw.<sup>131</sup>

Nach ihrem Eintreffen in der Oblast war unter den Umsiedlern das Gefühl einer doppelten Entfremdung vorherrschend. Nicht nur weil es eine bislang unbekannte Region war, sondern auch weil sie zu einem fremden Staat gehörte, der ja bis vor kurzem als Todfeind galt. Alles war unbekannt, feindlich und fremd: die Bebauung ebenso wie das Ausmaß der Kriegszerstörungen. Die dagebliebenen Deutschen wiesen diese Landstriche als „Beute“ aus. Nicht nur Klima und Land-

129 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 39.

130 J. W. Kostjaschow, *Nur wenige...*, S. 562 f.

131 Vgl. W. Kostjaschow, *Sekretnyje dokumenty otdela spezposelenij MWD SSSR o saseleńii Kaliningradskoj oblasti w 1946 g.*, in: *Problemy istoritschnikowedenija i istoriografii*, Kaliningrad 1999, S. 64-68; ders.: *O nazyonalnoj strukture, etnografitscheskom oblikie i sozyokulturnoj oblasti (1945-1950 gg.)*, in: *Nazyonalnyje otoschenija w nowoje i nowejscheje wremia. Teorija i polititscheskaja praktika*, Kaliningrad 2000, S. 66-79; *O jestestwennom dwischenii naselenija w Kaliningradskoj oblasti w 1945-1950 gg.*, in: *Problemy istoritscheskich i filosofskich nauk*, Kaliningrad 2000, S. 3-10; *O formirowanii selskogo naselenija Kaliningradskoj oblasti w 1946-1951 gg.*, in: *Kaliningradskije archiwyy* 2001, Nr. 3, S. 227-236; M. G. Schenderjuk, *Sozjalnyj portret pereselenca*, in: *Kaliningradskije archiwyy* 1998, Nr. 1, S. 180-185.

bestellung waren anders, sondern auch das Aussehen der Orte und der militärische Charakter der Grenzregion. Hier ein typischer Bericht über den ersten Kontakt mit Ostpreußen: „Wir kamen in Königsberg an einem bewölkten, nassen und trüben Regentag an, dem 17. Januar 1947. (...) Nach einer Zeit ging ich auf die Straße hinaus. Rechts und links nur Schlamm und vorn Ruinen. Ich kam zur erhaltenen Brücke in der heutigen Kijowska-Straße. Ringsherum Stille und Trümmerhaufen. Links der Bahngleise hunderte deutsche Lokomotiven. Von der Brücke aus schaue ich Richtung Stadt: keine Promenade, kein Auto, kein Mensch weit und breit, nur Trümmer. So leer!“ – so beschrieb A. J. Malgnow seine Ankunft im zerbombten Königsberg<sup>132</sup>.

Die neue Realität wirkte auf die Kolchosbauern wie ein Kulturschock: „In Russland wohnten wir in Holzhütten“, sagt Anatoli S. Koramejew, „und hier war es, als wären wir im Märchenland angekommen: Parkettböden, Kachelöfen, bunt gestrichene Wände. Wandfarben waren damals bei uns eine Seltenheit. In Russland hatte ich bis dahin keine gesehen“<sup>133</sup>.

Viele der Neankömmlinge berührten die Asphaltdecke mit Händen, so etwas hatten sie noch nie gesehen. In den Dörfern und Siedlungen bezog man gemauerte Häuser mit ungewöhnlicher Raumaufteilung, hie und da hatten sich schöne Möbel, Standuhren mit Stundenschlag usw. erhalten.

Die Lebensverhältnisse waren wie in anderen kriegszerstörten Gebieten schwer. 1946 herrschte in vielen Regionen der UdSSR wegen lang anhaltender Dürre Hungersnot, die bis ins nächste Jahr anhielt. Das wichtigste Problem nach der Ankunft in der Oblast war die Versorgung mit Lebensmitteln und Heizmaterial. In Kaliningrad und anderen Städten schritt (wie in Klaipėda in den ersten Jahren) die Verländlichung voran. Die Behörden erlaubten bis 1947 Viehhaltung in den Städten.

So wird die Haltung von Kühen in der Stadt von einer Neubürgerin Königsbergs beschrieben: „Alle haben sich Kühe zugelegt. Auch Frauen von Angestellten in wichtigen Positionen. Es waren Kühe besonderer Art: Milchkühe. Die Frauen handelten mit Milch. Die Kühe marschierten wie dressiert treppauf, treppab und hinterließen in der ganzen Stadt ihre ‚Visitenkarten‘. Morgens und abends zogen die Herden durch die Straßen. Sie wurden auf Ödland geweidet. Zur Nacht trieb man sie in Stockwerke, Keller und Garagen“<sup>134</sup>.

Zum Weiden und Pflegen der Kühe wurden eigens Kuhhirten eingestellt. In den Wohnungen wurden auch Ferkel, Kaninchen, Geflügel u.ä. gehalten. Hausgärten wurden bestellt. Fehlte Heizmaterial, wurden oftmals Türen, Fenster, Möbel aus leerstehenden Häusern verfeuert. Im damals noch saubereren Pregel sowie

---

132 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 45 f.

133 *Ebenda*, S. 51.

134 *Ebenda*, S. 86.

in zahlreichen Teichen und Seen wurde allgemein gefischt. In der Regel bediente man sich dazu des Sprengstoffs. Wilderei, Schwarzbrennerei und Plünderungen waren an der Tagesordnung, der Schwarzmarkt florierte. Nicht nur die Deutschen litten Hunger. Auch die Umsiedler hatten es schwer, besonders im schneereichen, frostigen und lang anhaltenden Winter 1946-1947. Die Lebensmittelrationen wurden damals gekürzt, zum Beispiel die Brotzuteilung um 30 %. Um sich vor der Hungersnot zu retten, aß man Hunde, Katzen, Pferde und verendetes Vieh sowie verfrorene Kartoffeln.

Hier Erinnerungen an die damaligen schwierigen Jahre: „Es herrschte schrecklicher Hunger. Wir teilten Essensreste untereinander. Meine Eltern, die Frolowows, hatten eine riesige Familie. Einen Jungen aus ihrer Familie habe ich zur Erziehung zu mir genommen um ihnen das Leben irgendwie zu erleichtern. In den ersten Jahren sind den Frolowows zwei Kinder weggestorben“<sup>135</sup>.

Der Untergang der früheren ostpreußischen Welt vollzog sich in den ersten Nachkriegsjahren sehr schnell. Viele Umsiedler waren den Schwierigkeiten nicht gewachsen und entschlossen sich, die Oblast zu verlassen. Es kam (wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts während der „Stolypinschen Umsiedlungen“ im zaristischen Russland) zum so genannten Obratmijalstwo, d.h. der Rückkehr in die Heimat. Eine große Zahl an Kolchos- und Sowchosbauern zog vom Land in die Städte, wo sie meistens in Industriebetrieben und im Transportwesen Arbeit fanden. Zwischen 1946 und 1951 zogen etwa 18 % der Umsiedler aus dem ländlichen Raum fort, von denen nur die Hälfte an den früheren Wohnort zurückkehrte. Ab 1950 flaute die Rückkehrbewegung aus der Oblast ab und die Zahl der ländlichen Bevölkerung stabilisierte sich auf einem Niveau von 180 000-190 000 Personen<sup>136</sup>. Dieser Sachverhalt wird in Tabelle 17 veranschaulicht.

*Tabelle 17 Abwanderung der Bewohner des Kaliningrader Gebiets in den Jahren 1947-1950 nach der territorialen Herkunft der Umsiedler (in Tsd.)*

Ort	Eingetroffen	in %	Heimgekehrt	in %	Dageblieben
RSFSR	253,3	64,6	79,2	55,4	174,1
UdSSR ohne nähere Angaben	39,0	10	28,1	19,6	10,9
Weißrussland	35,2	9	7,6	5,3	11,1
Ukraine	29,2	7,5	11,7	8,2	17,6
Litauen	15,1	3,8	6,2	4,3	8,9

<sup>135</sup> *Ebenda.*

<sup>136</sup> W. Galcow, *Obwód...*, S. 208.

Übrige Sowjetrepubliken	7,2	1,8	3,5	2,4	3,7
Lettland	6,2	1,6	4,0	2,8	2,1
Aus dem Ausland	3,8	1,0	1,3	1,0	2,6
Estland	2,8	0,7	1,4	1,0	1,4
Insgesamt:	391,8	100 %	149,0	100 %	248,9

Quelle: T. Baryła, *Wstęp*, in: *Przesiedleńcy opowiadają. Pierwsze lata Obwodu Kaliningradzkiego we wspomnieniach i dokumentach*, red. J.W. Kostjaszow, Olsztyn 2000, S. 20.

Betrachtet man die Rückwanderung der Umsiedler vor dem Hintergrund ihrer ursprünglichen Herkunftsgebiete, so fällt auf, dass an ihre früheren Wohnsitze zurückkehrten: 72 % der Siedler aus der UdSSR ohne Angabe der jeweiligen Sowjetrepublik, nach Lettland 65,6 %, nach Estland 49,5 %, in die übrigen Sowjetrepubliken 48,6 %, nach Litauen 41,0 %, in die Ukraine 40,0 %, ins Ausland 33,4 %, in die RSFSR 31,3 % und nach Weißrussland 21,5 %<sup>137</sup>.

Ab Frühjahr 1947 verbesserten und stabilisierten sich Versorgungslage und Lebensbedingungen der neuen Einwohner nach und nach. Um die Versorgung zu verbessern, schickten Betriebe einzelne Mitarbeiter mit betriebseigenen Lastkraftwagen nach Litauen zum Lebensmittelankauf. Auch einzelne Umsiedler unternahmen „Lebensmittelfahrten“ ins Nachbarland (Sowjetrepublik).

Ein wichtiger Einschnitt für die Oblast-Bewohner und die gesamte Sowjetunion war die Abschaffung der Lebensmittelkarten am 4. Dezember 1947. Von da an konnten die Einwohner Lebensmittel wie Brot ohne Einschränkungen kaufen. Mit der Abschaffung der Karten verbesserte sich die Versorgungslage und begann der Aufbau des staatlichen Handelsnetzes. Schlechter wurde dagegen die Lage auf dem Land. Es wurde an die Dorfläden kein Brot mehr geliefert, das man sich nun in den Städten besorgte. Dieser Zustand herrschte bis 1950. Nach Ansicht vieler begannen die Menschen ab 1953 normal zu leben. Damals stiegen die Gehälter und infolgedessen die Kaufkraft bei einem relativen Marktgleichgewicht<sup>138</sup>.

Im Laufe der Jahre wurden weitere Betriebe gegründet, die intensivere Enttrümmerung eingeleitet und mit der planmäßigen Aussaat in den Kolchosen und Sowchosen begonnen.

Der eigentümliche Charakter des Königsberger/Kaliningrader Gebiets, dieser westlichsten „russischen Region“, resultierte daraus, dass es ein Sperrbezirk war, für den besondere Einreisebestimmungen galten. Eine Anordnung des Leiters der Verwaltung für Zivilangelegenheiten des Königsberger Gebiets vom 12. Juli 1946

137 T. Baryła, *Wstęp*, in: *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 20.

138 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 91.

enthielt den Hinweis: „Die Einreise der Bürger in die Stadt Kaliningrad und die Oblast erfolgt nur aufgrund von Passierscheinen der Miliz, die den Bürgern an ihrem Wohnsitz ausgestellt werden, und die Einreise der Ehefrauen und Kinder von Generälen, Admirälen und Offizieren, die sich an den Dienstort des Familienoberhauptes begeben, aufgrund der durch den Divisions- oder einen ranghöheren Befehlshaber ausgestellten Genehmigungen. Personen, die ohne Passierscheine eingetroffen sind, dürfen nicht angemeldet werden und sind auszuweisen“<sup>139</sup>.

Alle Bewohner des Kaliningrader Gebiets hatten Personalausweise, was in der UdSSR keineswegs die Regel, hier aber wegen des Sperrbezirks unumgänglich war. Ohne Personalausweis (russ. Passport) durfte formell niemand einreisen. Bis Mitte der fünfziger Jahre enthielten die Personalausweise einen eigenen rechteckigen Stempel mit einer großen Ziffer „2“ und daneben dem Vermerk „verbotene Zone“ („Nr. 2 *Sapretnaja Zona*“). Manche bekamen den Stempel mit der Ziffer „1“, der zum Betreten der als besonders geheim eingestuftem Rajons, hauptsächlich in der Nähe des Kriegsflottenstützpunkts Baltijsk oder im Grenzgebiet, berechnete. Ohne einen besonderen Ausweis durfte man Städte wie Swetlogorsk und Selenogradsk an der Ostsee oder Bagriatonowsk und Mamonowo nahe der polnischen Grenze nicht besuchen. Jene, die im Personalausweis den Stempel „Nr. 1 und 2“ hatten, durften in die Oblast frei einreisen und sie wieder verlassen.

Die ersten Schulen und Kultureinrichtungen im Kaliningrader Gebiet errichtete man nach dem Grundsatz der Schaffung einer „neuen Welt“. Dieses Prinzip sah vor, die sowjetische Realität auf den Trümmern und in Negation der deutschen Vergangenheit zu erbauen. Im Jahr 1947 eröffnete man neben den zuvor bestehenden Grundschulen Lehreranstalten in Kaliningrad und Tschernjachowsk. Das Kaliningrader Pädagogische Institut mit zwei Fakultäten, der physikalisch-mathematischen (50 Studierende) und der historisch-philosophischen (für 100 Hörer), wurde 1948 eröffnet.<sup>140</sup>

Der massenhafte Zustrom neuer Bewohner in das Kaliningrader Gebiet leitete ähnlich wie im Ermland, in Masuren und dem Memelland den gesellschaftlichen Anpassungs- und Stabilisierungsprozess ein. Dadurch wurde es notwendig, sich an die neuen schwierigen Lebensbedingungen anzupassen und an den geographischen und materiellen Raum zu gewöhnen. In einzelnen Städten und Ortschaften der Region kam es nicht nur zum Zusammenprall der Kulturen, die durch die alten und neuen Einwohner repräsentiert wurden, sondern auch zu einer Konfrontation der Kulturmuster, die einzelne nationale und regionale Gruppen der „Sowjetmenschen“ mitgebracht hatten. Die Behörden waren bestrebt, eine gewisse kulturelle Kontinuität innerhalb der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zu bewahren, indem die Umsiedler aus einer bestimmten Region der UdSSR in einem Ort oder ei-

139 *Ebenda*, S. 141.

140 W. Galcow, *Obwód...*, S. 218 f.

ner Region Ostpreußens angesiedelt wurden. Dies galt insbesondere für ländliche bzw. Fischersiedlungen (Fischereikolchosen). Anders verliefen diese Prozesse in Kaliningrad, wo zwei Drittel der gesamten Industrieproduktion der Region konzentriert wurden. Die im Entstehen begriffene städtische Bevölkerung setzte sich aus Vertretern verschiedener Regionen der Sowjetunion zusammen. Im Gegensatz zu den Kolchosen, in denen Gruppen ländlicher Siedler aus einer bestimmten Region dominierten, war dieses Phänomen in den Städten nicht zu beobachten. Dort hatten wir es mit einem einzigartigen Mosaik von Nationalitäten und Kulturen zu tun.

Ende 1947 arbeiteten in den Kolchosen 16 250 Umsiedler, die in den 489 bis 1950 gegründeten Kolchosen beschäftigt waren. In einigen von ihnen bildeten die Neusiedler kohärente Gruppen, da sie aus den gleichen Herkunftsorten stammten. So verhielt es sich zum Beispiel im Falle von 395 Familien, die 1946-1947 aus der Tschuwaschischen ASSR umgesiedelt worden waren und sich im Rajon Polesk (Labiau) in acht neu errichteten Kolchosen niederließen („Lenin“, „Tschaapajew“, „Iskra“, „Krasnyj Oktjabr“, „Nowaja derewnia“, „Krasnoje snamja“, „Kalinin“ und „Put' k komunizmu“). Im Jahr 1946 wurden Siedler aus der Gegend um Brjansk im Rajon Gussew (Gumbinnen) angesiedelt. Einwohner aus Welikije Luki, Nowogrod und Pskow ließen sich in Osjorsk (Darkehmen) nieder, solche aus Woronesch in Dobrowolsk (Pillkallen), aus Kalinin, Kaluga und Kuibyschew in Mamonowo (Heiligenbeil), aus Kursk in Tschernjachowsk (Insterburg), aus Kirow in Nesterow (Stallupönen), aus Moskau in der Gegend von Kaliningrad, aus Pensa in Neman (Ragnit), aus Rjasan und Tambow in Slawskoje (Kreuzburg). Einwohner aus Wladimir, Gorkow, Jaroslaw wurden im Rajon *Samland* angesiedelt. Siedler aus der Mordwinischen ASSR wurden in Polesk (Labiau) sesshaft, solche aus der ASSR der Mari in der Gegend von Kaliningrad. Umsiedler aus Weißrussland wurden in zwei geschlossenen Gruppen angesiedelt: im Rajon Prawdinsk (Friedland) fast 150 Personen, im Rajon Gwardaisk ca. 1 000 Personen<sup>141</sup>. Zur gesellschaftlichen Stabilisierung beitragen sollte auch die Vergabe von vertraut klingenden Ortsnamen. Gegen Jahresende 1947 waren in der Oblast insgesamt 79 123 Arbeiter und Beamte aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Verwaltung beschäftigt. Die größten Gruppen arbeiteten in der Zellulose- und Papierindustrie (9 704 Personen), der Holzindustrie (5 468), der Fleisch- und Milchindustrie (6 151), der Fischindustrie (3 149), im Handel (3 304), im Gesundheitswesen (3 036) und in der Bildung (3 304)<sup>142</sup>.

Jeder Neueinwohner Ostpreußens kam mit der deutschen Bevölkerung (bis 1949) in Kontakt und war mit dem fremden kulturellen Erbe konfrontiert. Das Verhältnis zwischen den neuen und alten Bewohnern war unmittelbar nach der

---

141 V. Frobarth, *Das Königsberger...*, S. 162.

142 *Ebenda*.

Beendigung der Kriegshandlungen auf beiden Seiten durch Feindseligkeit und Angst geprägt. Allmählich wurden die Russen zur dominierenden Gruppe. Im Laufe der Zeit fiel ihre Einstellung zur deutschen Bevölkerung differenzierter aus. Nach wie vor überwogen Feindseligkeit und Abneigung gegen alles „Faschistische“ bzw. „Deutsche“. Mit der Zeit wurden aber, besonders in den Betrieben, Anzeichen einer sozialen Solidarität sichtbar. Die katastrophale Versorgungslage, Elend und Hungersnot riefen einerseits Rachegefühle gegenüber den ungeliebten Gegnern hervor, nährten jedoch andererseits das Mitgefühl und das Bewusstsein einer Schicksalsgemeinschaft in der Not. In dieser Zeit kam es sowohl zu Verfolgungs- oder Vergeltungsakten für erlittenes Leid und zur offenen Diskriminierung der Besiegten, die nach dem Grundsatz der kollektiven Verantwortung als Kriegsverbrecher und Straftäter gebrandmarkt wurden, als auch zur gegensätzlichen Einstellung, die Verständnis, gar Freundschaft oder Liebe zuließ. Das ganze Spektrum an Verhaltensweisen wird durch die Erinnerungen sowohl der Russen als auch der Deutschen dokumentiert<sup>143</sup>. Hier ein Bericht aus dem Jahr 1945: „Sie waren deswegen in so düsterer Stimmung, weil sie mit diverser Unfug vollgestopft wurden. Die Goebbelsche Propaganda verkündete ja, dass der russische Iwan sie niedermetzeln, aufhängen, töten würde. Also fürchteten sie sich, aber später, nachdem sie gesehen hatten, dass das Verhältnis ihnen gegenüber loyal, normal, menschlich war, wurden sie ruhiger. Unsere Leute verstehen doch, dass die Deutschen auch Menschen sind, es waren ja vor allem Kinder, Frauen, Greise“<sup>144</sup>.

Zahlreich waren indes die Fälle offener Feindschaft: „Die Militärs verkehrten überhaupt nicht mit Deutschen. Im Gegenteil: viele verspürten Hass auf sie. Mehrmals bemerkte ich, dass nachts in den Gewehrpyramiden ein oder zwei Automaten fehlten. Morgens wurde uns mitgeteilt, es sei eine deutsche Familie erschossen oder ein Deutscher umgebracht worden. Ich bin überzeugt, dass es Rache war, Rache für getötete Brüder, Mütter, für unsere geraubte Erde. In Gesprächen untereinander gaben die Soldaten nämlich zu, ‚für den Vater, der Partisan war, für die erhängte Mutter hab’ ich abgerechnet‘. Alle hüteten das aber als ein großes Soldatengeheimnis, denn war ein Schuldiger oder Vergewaltiger gefasst worden, so erwartete ihn das Militärtribunal“<sup>145</sup>.

---

143 Vgl. unter anderem *Przesiedleńcy opowiadają...*, und *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa...*; J. W. Kostjaschow, *Russen und Deutschen in Ostpreußen nach 1945 – Konfrontation oder Integration*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 161-172. Nach den Erkenntnissen dieses Autors lässt sich anhand der Analyse von 300 Erinnerungen der Umsiedler feststellen, dass 3 % von ihnen feindlich gegenüber den Deutschen eingestellt waren, 60 % neutral und nicht weniger als 37 % freundlich. Der Autor selbst bemerkt allerdings, dies sei ein wenig realistisches Bild (S. 168).

144 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 216.

145 *Ebenda*, S. 224.

In den Erinnerungen sowjetischer Siedler haben sich keinerlei Berichte erhalten, die auf häufigere und scharfe Konflikte zwischen einzelnen Siedlergruppen hinweisen würden. Dies resultiert weitgehend aus dem Wesen des stalinistischen totalitären Systems, in dem die Mehrheit der Bevölkerung des Eigentums beraubt und der totalen Überwachung sowie vielfältigen Repressalien ausgesetzt war. Potentielle Konflikte der Nationalität oder des Eigentums wegen, die beispielsweise im Ermland und in Masuren lange Zeit zum Alltag gehörten, erstickten die sowjetischen Sicherheitsdienste im Keim. Die herrschende Angst und Furcht vor Verhaftung und Deportierung erzwangen Unterwürfigkeit und Gehorsam gegenüber den Behörden. Artikulierung und Durchsetzung eigener Gruppeninteressen wurden durch die Furcht vor Repressalien des allmächtigen Staates gehemmt.

In den Jahren 1945-1949 vollzog sich in Ostpreußen ein massenhafter Bevölkerungsaustausch. Infolge der Migration bildete sich im Kaliningrader Gebiet allmählich eine neue sowjetische Postmigrationsgesellschaft heraus. Russische Forscher bezeichnen diesen Prozess als einzigartiges „Kaliningrader Phänomen“, als Formung von Bewohnern einer neuen russischen Region an der Ostsee, losgelöst von der Heimat ihrer Vorfahren und in einer fremden Umwelt<sup>146</sup>.

---

146 *Ebenda*, S. 20.

### 3. Von Ostpreußen zu Ermland und Masuren

Für Polen war Ostpreußens Zukunft im Hinblick auf seine staatlichen und nationalen Interessen von essentieller Bedeutung<sup>147</sup>. Nach der Niederlage im September 1939 begannen die staatlichen Organe (im Inland und im Exil) mit der Ausarbeitung eines Konzepts zur Einbettung Polens in die künftige Neuordnung Europas. Bereits in der Sitzung des Ministerrates der Republik Polen am 10. Oktober 1939 führte General Władysław Sikorski während einer Aussprache über die polnischen Kriegsziele aus, es sei „notwendig, nicht nur die Deutschen zu zerschlagen, sondern auch in Zentraleuropa ein Machtzentrum mit Polen an der Spitze zu schaffen, das ein Gegengewicht zu Deutschland und zu Russland bilden könnte“<sup>148</sup>.

#### 3.1. „Polnische Anrechte“ auf Ostpreußen

Die vielfältigen polnischen Auffassungen vom künftigen Schicksal Ostpreußens änderten sich je nach der politischen und militärischen Lage während des Zweiten Weltkriegs und basierten zunächst auf der Überzeugung, diese deutsche Provinz müsse beseitigt werden, hauptsächlich um der künftigen Sicherheit des polnischen Staates willen. Ein Entwurf neuer Staatsgrenzen, der im Oktober 1940 vom Büro für Politische, Wirtschaftliche und Soziale Arbeiten (bei der polnischen Exilregierung) ausgearbeitet wurde, beruhte auf dem Bestreben, die alten Ostgrenzen zu behalten und Neuerwerbungen im Westen und Norden zu erlangen, die man für unerlässlich hielt. Ostpreußen sollte demnach Polen einverleibt werden, ausgenommen die nördlichen Landstriche (Tilsit, Memel), die an Litauen fallen sollten. Diese Lösung zielte auf eine Verbesserung der polnisch-litauischen Beziehungen unter der Prämisse, dass ein Festhalten an der deutsch-litauischen Grenze die Krise im polnisch-litauischen Verhältnis vertiefen, die Abtretung eines Teils von Ostpreußen an die Litauer hingegen die Zusammenarbeit mit Polen erleichtern und den Streit um Wilna aus der Welt schaffen würde. Die Beseitigung der deutschen Herrschaft in Ostpreußen war nach Einschätzung des Büros für Politische Arbeiten notwendig, weil

1. die von Polen umgebene deutsche Exklave eine ständige Gefahr für die Unabhängigkeit des polnischen Staates und eine Grundlage für permanente Gebietsansprüche Deutschlands darstellte;

---

147 Dieses Problem analysiert umfangreich W. Wrzesiński in seiner Studie *Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej w latach 1864-1945*, Olsztyn 1994. Besonders aufschlussreich sind Überlegungen im Kapitel VIII *O narodową i państwową przyszłość w niepodległej Polsce* [Über die nationale und staatliche Zukunft im unabhängigen Polen] (1939-1945), S. 336-432.

148 Zit. *Ebenda*, S. 337.

2. die polnische Küste erweitert und entsprechend gesichert werden sollte;
3. der pommersche „Korridor“ unbedingt beseitigt werden sollte;
4. es zweckmäßig wäre, die Grenze zu Deutschland zu verkürzen;
5. Voraussetzungen für eine Annäherung mit anderen baltischen Staaten, vor allem mit Litauen, geschaffen würden<sup>149</sup>.

Die Pläne zur Beseitigung des deutschen Staatswesens in Ostpreußen wurden späterhin mehrfach modifiziert und ergänzt, unter anderem durch historische, ethnische und moralische Argumente. Nicht vorgesehen war aber, einen Landesteil an die UdSSR anzugliedern, und zwar aus Furcht vor einem Wiederaufleben der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit, die als besonders gefährlich für die polnische Staatsräson damals wie in Zukunft bewertet wurde.

In den Entwürfen zum künftigen Schicksal Ostpreußens beschäftigte man sich eingehend mit der Lösung von Bevölkerungsproblemen und der Neuordnung der Nationalitätenverhältnisse. Man sah vor, parallel zur Übernahme dieser Gebiete die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung einzuleiten. Dieser Standpunkt fand Rückhalt bei den Alliierten und allen polnischen politischen Gruppierungen, auch den Kommunisten. Sie sprachen sich für die vollständige Aussiedlung der Deutschen aus und verwiesen dabei auf die Notwendigkeit, diese Operation so rasch wie möglich durchzuführen, weil dies sowohl für „die Entdeutschung der an Polen angeschlossenen Gebiete als auch für die Verhütung irredentistischer Bestrebungen“<sup>150</sup> unerlässlich sei. Eine ähnliche Haltung vertrat auch die Denkschrift des konspirativ agierenden Masurenbundes<sup>151</sup>.

Im Rahmen der Studien des Büros für die Westgebiete, das auch als Büro für die Neuen Gebiete bezeichnet wurde, bestimmte man anhand der deutschen Volkszählungen von 1910 und 1925 sowie der von Eugeniusz Romer anhand des Schulzensus von 1911 in Ostpreußen vorgenommenen Korrekturen drei Nationalitätengebiete, bewohnt von drei mit dem Polentum verbundenen Gruppen. Die erste Gruppe bestand aus Polen mit vollständig ausgeprägtem Nationalbewusstsein, die zweite aus „Halb-Polen“ (Polnischstämmige, die noch im Polentum verwurzelt, aber mit dem Deutschtum verbunden waren), die dritte Gruppe aus „Viertel-Polen“ (Deutsche polnischer Abstammung), die des Polnischen nicht mächtig waren und nicht zum Polentum strebten. Die Bevölkerungsstruktur dieser drei Regionen sah folgendermaßen aus:

1. Polnisch-deutsches Mischgebiet: Masuren und Landkreise rechts der Weichsel (insgesamt 17 Kreise). Es wurde ermittelt, dass im Jahr 1939 dort 908 768

149 *Ebenda*, S. 345.

150 *Ebenda*, S. 415

151 T. Filipkowski, *Zagadnienia Prus Wschodnich w memorialach przedlozonych Polskiemu Komitetowi Wyzwolenia Narodowego*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1980, Nr. 1, S. 53-79.

Einwohner lebten, davon 412 200 Polen. Schätzungsweise waren darunter 109 958 nationalbewusste Polen und 304 242 „Halb-Polen“. In diesem Gebiet lebten angeblich noch ca. 200 000 germanisierte Polen im Regierungsbezirk Marienwerder;

2. Litauisch-deutsches Mischgebiet (5 Kreise im Nordosten an der Memel). Hier stellten litauischstämmige Deutsche die Mehrheit; nationalbewusste Litauer gab es nur 4 614, und „Halb-Litauer“ 23 805;
3. Rein deutsches Gebiet (13 Kreise in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen sowie Elbing) mit einer Bevölkerungszahl von ca. 130 000 Personen im Jahr 1939<sup>152</sup>.

Die 1944 auf der internationalen und militärischen Bühne Europas gefallenen Entscheidungen, insbesondere der Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen, führten dazu, dass später auf viele Detailregelungen aus den Entwürfen zur Einverleibung des gesamten ostpreußischen Territoriums durch Polen<sup>153</sup> nicht mehr zurückgegriffen wurde.

Die endgültige Lösung der Ostpreußenfrage wie der Frage der übrigen deutschen Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße wurde durch die Sowjetunion aufoktroziert. Als entscheidend für die Endlösung der Ostpreußenfrage erwiesen sich nicht die polnischen Argumente (betreffend die Sicherheit des polnischen Staates, Bevölkerungs- oder moralische Aspekte), sondern Joseph Stalins Wille, Polen für die von der Sowjetunion annektierten östlichen Grenzlande territorial zu entschädigen. Das Staatsgebiet verringerte sich insgesamt um 75 861 km<sup>2</sup>, da Polen 179 649 km<sup>2</sup> an die UdSSR verlor und 103 788 km<sup>2</sup> auf Kosten Deutschlands erhielt.

Vertreter des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (PKWN) forderten am 24.-26. Juli 1944 in Moskau bei Gesprächen mit den Sowjets, Polen ganz Ostpreußen zuzuerkennen. Stalin hingegen verlangte aufgrund der Entscheidungen von Teheran die Teilung Ostpreußens. Die Forderung, der UdSSR den Norden der Provinz mit Königsberg zuzusprechen, begründete er folgendermaßen: „Erstens, die Völker der Sowjetunion müssen von den Deutschen eine territoriale Wiedergutmachung, das heißt ein Stück deutschen Bodens, bekommen. Zweitens,

152 W. Wrzesiński, *Prusy Wschodnie...*, S. 418 f. Vgl. auch E. Wojnowski, *Warmia i Mazury w latach 1945-1947. Kształtowanie się stosunków politycznych*, Olsztyn 1968, S. 16-24.

153 Es wurde beispielsweise geplant, in Ostpreußen drei Verlagszentren in Betrieb zu nehmen. In Königsberg sollten eine polnischsprachige Zeitung „Pocztą Królewiecką“ für ganz Ostpreußen mit einer Startauflage von 10 000 Exemplaren und ein „Baltisches Tageblatt“ in einer Auflage von 40 000-50 000 Exemplaren herausgegeben werden. In Olsztyn sollte eine überregionale „Gazeta Olsztyńska“ (Auflage von 50 000 Expl.) und in Szczytno ein für die Protestanten konzipiertes Blatt „Mazur“ (Auflage 3 000 Expl.) erscheinen. Vgl. W. Wrzesiński, *Prusy Wschodnie...*, S. 429.

die UdSSR begehrt im Norden einen eisfreien Hafen, und dieser kann nur Königsberg sein<sup>154</sup>.

Unter dem Druck der Argumente Stalins akzeptierte die polnische Seite den Plan zur Aufteilung Ostpreußens.

Großen Einfluss auf die Ausgestaltung der Nationalitätenpolitik des PKWN für die südlichen Teile Ostpreußens, die Polen angegliedert werden sollten, hatten direkte Kontakte des Masurenbundes mit dem PKWN<sup>155</sup>. Viele der damals von ihnen aufgestellten Forderungen wurden später durch die polnische Verwaltung 1945 umgesetzt. In einer speziellen Denkschrift postulierte der Masurenbund 1944 unter anderem:

- Bildung einer masurischen Woiwodschaft aus den Landkreisen Neidenburg mit Soldauer Gebiet, Ortelsburg, Sensburg, Johannsburg, Lyck, Oletzko, Lötzen, Röbel, Allenstein, Osterode, Mohrungen, Heilsberg, Rastenburg, Angerburg, Goldap, Darkehmen, Bartenstein, Pr. Eylau, Heiligenbeil, Braunsberg, Pr. Holland,
- Eingliederung der fünf Weichsellandkreise Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg (Dt. Eylau) in die Woiwodschaft Pommerellen,
- Angliederung einiger nordöstlicher Landkreise mit litauischer Bevölkerung an Litauen,
- Verbleib Königsbergs in den Grenzen der Woiwodschaft Masuren (für den Fall einer anderen Regelung im Friedensvertrag unterstützte der Masurenverband die Forderung nach einer Woiwodschaft Masuren mit 22 Landkreisen und Sitz in Allenstein),
- Ausstattung der ortsansässigen polnischen Bevölkerung (Ermländer und Masuren) mit denselben Rechten wie Polen im gesamten Gebiet der Republik,
- besondere Berücksichtigung des „polnischen Elements unter den Autochthonen“ bei der Besetzung von Beamtenposten,
- Aussiedlung der deutschen Bevölkerung,
- Polnisch als alleinige Amtssprache,
- Beschlagnahme allen deutschen Vermögens,
- Agrarreform,
- Abschaffung des deutschen Schulwesens und Einführung polnischer Schulen aller Arten,
- besonderer Schutz der heimischen Kulturdenkmäler,
- Repolonisierung der evangelischen Kirche in Masuren.

Anhand deutscher Quellen schätzte der Masurenbund, dass im Gebiet der geforderten Woiwodschaft Masuren (ohne Königsberg und litauische Landkreise) 1,3

154 Zit. nach W. T. Kowalski, *Polityka zagraniczna RP 1944-1947*, Warszawa 1971, S. 5.

155 Vgl. T. Filipkowski, *Zagadnienia Prus...*

Millionen Menschen lebten, darunter 710 000 polnischer Abstammung, 69 000 litauischer Abstammung, 64 000 anderer Nationalität (wie z.B. Franzosen, Niederländer) sowie 500 000 Deutsche.

### 3.2. Die sowjetisch-polnische Doppelherrschaft

Unmittelbar nach dem Durchzug der Front begann die Rote Armee nach damaligen Prinzipien mit dem Aufbau der Militärverwaltung in Form von Militärkommandanturen. Deren Hauptaufgabe war es, das Hinterland der Front zu sichern, also etwa die Bedürfnisse der kämpfenden Einheiten zu befriedigen, für ihre Verpflegung zu sorgen, ein effizientes Transport- und Fernmeldewesen aufzubauen, die Sicherheit zu gewährleisten, Industriebetriebe zu bewachen, das Beutegut abzutransportieren und die Bevölkerung ins Innere der Sowjetunion zu deportieren. Nach dem Durchzug der Front blieben die Militärkommandanturen das einzige Gewaltorgan, und zwar mit uneingeschränkten Befugnissen. Aus diesem Grund hatten sie die Aufgabe, in ihrem Einflussbereich für Ordnung zu sorgen und die Zivilbevölkerung und die eroberten Immobilien zu beschützen<sup>156</sup>.

Die Kommandanturen, als erste lokale Verwaltung, fungierten gegenüber der in ihrem Wirkungskreis befindlichen Bevölkerung gewissermaßen auch als Zivilverwaltung.

Sie verfügten grundsätzlich über eine uneingeschränkte Macht gegenüber allem und allen. Die ersten Kommandanturen im südlichen Ostpreußen wurden am 20. Januar 1945 ins Leben gerufen.

Die Tätigkeit der Militärkommandanturen der Roten Armee beruhte auf einer vorherigen Vereinbarung zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung und der Sowjetregierung vom 26. Juli 1944.<sup>157</sup>

---

156 Vgl. M. L. Krogulski, *Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1944-1956*, Warszawa 2000, S. 11-21.

157 Im Artikel 1 wurde folgendes festgehalten: „In der Zone der Kriegshandlungen auf dem Territorium Polens ruht die oberste Gewalt und Verantwortung in allen Belangen der Kriegsführung für die Zeit, die zur Durchführung der Kriegsoperationen notwendig ist, in Händen des Oberbefehlshabers der sowjetischen Truppen“. Detaillierte Regelungen zur Tätigkeit der Kommandanturen im gesamten befreiten Gebiet, darunter in den wiedergewonnenen Gebieten, enthielt der Beschluss Nr. 7558 des Verteidigungskomitees vom 22. Februar 1945. Vgl. *Armia Radziecka w Polsce 1945-1956. Dokumenty i materiały*, oprac. M. L. Krogulski, Warszawa 2003, S. 9 f., und M. Łach, *Status prawny komendantur wojennych Armii Czerwonej na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski w 1945*, in: *Ziemia Odzyskane pod wojskową administracją radziecką po II wojnie światowej. Materiały z konferencji*, pod red. S. Łacha, Słupsk 2000, S. 85-94.

Die Struktur der sowjetischen Militärkommandanturen spiegelte die deutsche Verwaltungsgliederung des eingenommenen Gebiets wider. Es wurden Bezirks- (Woiwodschafts-), Stadt-, Gebiets- (Rajons- bzw. Kreis-) und Gemeindegemeinschaften gegründet (z.B. zerfiel der Kreis Sensburg in drei Rajons). Diese Gliederung trug der Bevölkerungsdichte und dem wirtschaftlichen Gewicht der jeweiligen Region Rechnung.

An der Spitze der Kommandantur stand der Kommandant, dem ein Stellvertreter für politische Angelegenheiten und für die (polnische und deutsche) Zivilbevölkerung sowie ein entsprechender Truppenverband mit Offizieren und Soldaten unterstellt waren. Als Zivilverwaltung fungierten die von den Kommandanten eingesetzten ersten Selbstverwaltungen, gebildet aus den vor Ort gebliebenen zivilen Einwohnern.

In der Tätigkeit der sowjetischen Militärkommandanturen in Ostpreußen lassen sich grundsätzlich drei Phasen unterscheiden:

1. Von der Einsetzung der Kommandanturen bis zur Vereinbarung zwischen der Sowjetregierung und der polnischen Interimsregierung über den Aufbau der polnischen Verwaltung in den West- und Nordgebieten, die gemäß den internationalen Abkommen Polen zufallen sollten; in dieser Zeit repräsentierten die Kommandanturen eine gemeinsame Oberhoheit in drei Gebieten;
2. Vom 14. März 1945 (Beschluss des Ministerrates der Republik Polen über die Organisation der polnischen Verwaltung in den Westgebieten) bis zum 23. Mai 1945, also bis zur Übergabe der gesamten Zivilgewalt im Bezirk Masurien an den Beauftragten der polnischen Regierung, Oberst Jakub Prawin;
3. Abschaffung der Militärkommandanturen nach dem 23. Mai 1945.<sup>158</sup>

Die Eingliederung des südlichen Ostpreußens in Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stieß auf Hindernisse, wie sie mit solcher Stärke in den übrigen West- und Nordgebieten nicht auftraten. Die ersten Nachkriegsjahre kennzeichneten sich hier durch einen Mangel an öffentlicher Sicherheit, Schwäche und Unbeständigkeit der polnischen Behörden und ein starkes Identitätsgefühl der ansässigen Bevölkerung. Andere Faktoren, die die Atmosphäre der damaligen Zeit bestimmten, waren häufige Grenzänderungen der Region, eine niedrige Bevölkerungsdichte zumal im Norden, Unklarheit der Zuständigkeitsbereiche, Zerstörung des Wirtschaftspotentials, Hektik bei dem Aufbau der Verwaltung u.ä.

Als wesentlichste Determinanten der damaligen Lage in Ostpreußen anzusehen sind indes die vorhandene Doppelgewalt durch Militärkommandanturen der Roten Armee und die polnische Verwaltung sowie das Gefühl der Bedrohung und der Sorge um das eigene Leben und den Besitz. Dieser Zustand bildete gewissermaßen den objektiven Rahmen für die Nationalitätenverhältnisse und beeinträch-

---

158 E. Wojnowski, *Warmia i Mazury...*, S. 31

tigte Einstellungen und Verhaltensweisen der einzelnen Bevölkerungsgruppen, die hier aufeinandergestoßen waren und miteinander auskommen mussten.

Die Schwäche der polnischen Behörden, die sich im allgemeinen Verlauf der gesellschaftlichen Prozesse in diesen Gebieten in den ersten Nachkriegsjahren niederschlug, war in hohem Maße ein Resultat dieser Doppelgewalt. Aus ideologischen Gründen wurde diese Tatsache bis 1989 in den Studien zu diesem Zeitraum nicht gebührend gewürdigt. Es konnte ja kaum erwartet werden, dass die polnische Verwaltung, die von der sowjetischen Verwaltung abhängig war und gezwungenermaßen über niedrig qualifizierte Beamte verfügte (da bessere Kandidaten mit linker Weltanschauung nicht zu finden waren), souverän war. Auch gilt es zu berücksichtigen, dass neben den Militärkommandanturen auch NKWD-Einheiten vor Ort tätig waren, die sich bei der Verwirklichung ihrer eigenen Ziele sogar über Bestimmungen der sowjetischen Militärverwaltung hinwegsetzten. Die polnische Verwaltung blieb wehrlos. Es gab keine Garnisonen der Polnischen Armee, während die Bürgermiliz (MO) und das Amt für Öffentliche Sicherheit (UBP) von den Russen abhängig waren.

Die durch die Vereinbarung zwischen dem PKWN und der sowjetischen Regierung vom 26. Juli 1944 gebildeten Militärkommandanturen<sup>159</sup> hielten weder Abmachungen über die Übergabe eingenommener Gebiete an Polen ein noch befolgten sie Anordnungen der polnischen Verwaltung. Dies betraf vor allem die Übergabe der Landgüter und wichtigen Produktionsbetriebe. Bestimmt wurde die Politik der sowjetischen Lokalbehörden außerdem durch mangelnde Loyalität gegenüber der polnischen Verwaltung. Dies äußerte sich hauptsächlich in der Bevorzugung der deutschen auf Kosten der polnischen Bevölkerung und in der Duldung der Willkür und des Ungehorsams der Rotarmisten (Marodeure, Morde, Gewalttaten, Diebstahl usw.) sowie in ihren antipolnischen Taten und Aussagen. Insgesamt ist festzustellen, dass die Militärkommandanturen, zahlreiche Gutsverwalter sowie einzelne Offiziere und Soldaten (von den Marodeuren ganz zu schweigen!) diese Gebiete als ein erobertes Land behandelten, in dem man auf nichts und niemanden Rücksicht zu nehmen brauchte. Dies führte statt zur Zusammenarbeit letztlich zur Plünderung jeglichen angetroffenen Eigentums durch die Rotarmisten (Autochthone erinnerten sich, dass „die Russkis sogar in Schubladen nach ‚Faschisten‘ suchten“). All dies wirkte sich auf die Nationalitätenverhältnisse sehr

---

159 „Im Gebiet der direkten Kriegshandlungen bleibt die höchste Gewalt beim Oberkommando der Roten Armee; sobald das polnische Territorium nach der Befreiung nicht mehr Kriegsschauplatz ist, wird das Komitee PKWN die Gewalt über dieses Gebiet übernehmen“, zit. nach K. Kersten, *PKWN 22 lipiec – 31 grudzień 1944*, Lublin 1965, S. 39. Vgl. auch M. Żurowski, *Komendantury wojenne na Pomorzu Zachodnim w 1945*, in: *Rocznik Koszaliński* 1995, Nr. 25, S. 103-109. Der Verfasser gelangt zu dem Schluss, dass die Militärkommandanturen gewissermaßen eine Besatzungsmacht darstellten.

negativ aus, behinderte die Bewirtschaftung dieser Regionen und untergrub die Autorität des polnischen Staates.

Ab 30. März 1945 residierte der Beauftragte der polnischen Interimsregierung für den Bezirk Masuren, Oberst Dr. Jakub Prawin, in Olsztyn. Mit ihm zusammen kamen erste Repräsentanten der polnischen Verwaltung (Eisenbahner, Militär usw.) an den künftigen Woiwodschaftssitz. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, die Arbeit der ersten noch rudimentären polnischen Verwaltung mit den Operationen des Stabs der 3. Weißrussischen Front zu koordinieren sowie auf der Kreisebene erste polnische Verwaltungsstellen einzurichten. Kennzeichnend für die Anfangszeit der polnischen Staatsverwaltung war die Doppelgewalt, aus der zahlreiche Konflikte und Antagonismen zwischen den sowjetischen Militärkommandanturen und der örtlichen Vertretung der neuen polnischen Behörden entsprangen<sup>160</sup>.

Infolge dieses Nebeneinanders zweier Machtzentren waren zwei Rechtsnormen in Kraft. Die sowjetischen Truppen führten in der Region die Vorschriften entsprechend ihren Rechtsprinzipien ein. Einige dieser Vorschriften betrafen die Zivilbevölkerung, u.a. Staatsangehörige des Deutschen Reiches. Parallel galten zumindest einige Vorschriften des deutschen Rechts. Die polnische Rechtsordnung bildete keinen Bezugspunkt für die Militärkommandanten der Roten Armee.

Die vor Ort entsandten polnischen Landräte und ihre Mitarbeiter stießen sogleich auf große Schwierigkeiten. Die Militärkommandanten der Roten Armee wollten vielfach den Aufbau polnischer Behörden verhindern und beriefen sich dabei auf das Fehlen diesbezüglicher Anweisungen von ihren Vorgesetzten. Andere stimmten dem Aufenthalt der polnischen Verwaltungsvertreter zu, untersagten ihnen aber, sich in dem ihnen unterstellten Gebiet oder gar in der Stadt selbst frei zu bewegen. In der Regel stießen die ersten Vertreter der polnischen Verwaltung auf Misstrauen und Abneigung. Verstärkt wurden die Schwierigkeiten dadurch, dass die Militärkommandanturen in den nördlichen Polen zuerkannten Landkreisen der Bildung von Selbstverwaltungen durch die deutsche Zivilbevölkerung (hauptsächlich auf der Dorf- und Gemeindeebene sowie in Kleinstädten) zustimmten<sup>161</sup>. Dies war eine Folge der geänderten Politik der Sowjetbehörden gegenüber der deutschen Bevölkerung in der Schlussphase des Krieges. Es wurde auf Repressalien verzichtet, stattdessen setzte man nun auf die Gewinnung der Deutschen. Am Vortag der Erstürmung Berlins, dem 15. April 1945, erließ das sowjetische Hauptquartier des Oberkommandos die Direktive Nr. 1171 „Über die Änderung der Haltung gegenüber den Deutschen“, in der die humanitäre Behand-

---

160 Vgl. E. Wojnowski, *Warmia i Mazury ...*, S. 29-36.

161 Vgl. B. Wilamowski, *Studia założen i początków osadnictwa rolnego na terenie województwa olsztyńskiego w latach 1945-1948, Olsztyn 1963* (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 127-147.

lung der einfachen NSDAP-Mitglieder und die Einführung deutscher Kreis- und Stadtverwaltungen unter anderem im Gebiet Ostpreußens angeordnet wurde. Aufgrund dieser Direktive wiesen die Militärräte an den Fronten der Roten Armee die Militärkommandanten an, in den Städten deutsche Bürgermeister bzw. in den Dörfern deutsche Schulzen und Gemeindevorsteher zu ernennen<sup>162</sup>.

Die Sowjets ermutigten auch die deutsche Bevölkerung, die durch Flucht oder Evakuierung ihren bisherigen Wohnsitz verlassen hatte, zur Rückkehr. Die Militärkommandanturen gestatteten den heimkehrenden Deutschen, ihre Höfe, Werkstätten und Wohnungen wieder zu beziehen. In zahlreichen Fällen ging die Nachgiebigkeit gegenüber den Deutschen sehr weit. Die damalige sowjetisch-polnische Doppelgewalt wurde von der deutschen Bevölkerung benutzt, um Zwischenfälle zwischen den beiden lokalen Verwaltungen zu provozieren, und rief Verbitterung unter den ersten polnischen Siedlern hervor. Anfangs, als in manchen Landkreisen lediglich einige Dutzend Polen lebten, hing das normale Leben von den dortigen deutschen Einwohnern ab. Andererseits führte die erdrückende Überzahl der Deutschen zur Abhängigkeit der Polen. In den ersten Monaten des Aufbaus der polnischen Verwaltung mussten Deutsche mit den Funktionen der Dorfschulzen oder -vorsteher beauftragt werden, bis genügend Polen eintrafen. Anweisungen der Militärkommandanturen an diese Dorfschulzen und -vorsteher erfolgten oftmals unter Umgehung der polnischen Landräte. In der Regel standen sie im Widerspruch zu deren Anordnungen. In manchen Fällen gelang es den Deutschen, sowjetische Soldaten gegen die polnische Bevölkerung zu benutzen. Es kam sogar vor, dass Polen aus Höfen vertrieben und diese an die Deutschen zurückgegeben wurden. Am 5. Mai 1945 ordneten die Militärkommandanturen der Roten Armee an, dass in den von Deutschen bewohnten Gehöften keine Polen angesiedelt werden durften. Dies ermutigte auswärts weilende Deutsche zur raschen Rückkehr. Es kam darauf an, den polnischen Siedlern zuvorkommen<sup>163</sup>. Daraus resultierte die damals weit verbreitete Überzeugung, die Deutschen würden von den sowjetischen Militärkommandanturen bevorzugt.

Ab Mai-Juni 1945 wandelte sich die Lage nach und nach, als die sowjetischen Militärkommandanturen teilweise aufgelöst wurden und die Gewalt in polnische Hände überging. Trotz der oft feierlichen Machtübergabe erfüllten viele Kommandanturen einige ihrer Aufgaben weiter. Sie führten beispielsweise monatelang und noch im Jahr 1946 Deportationen der deutschen und der masurischen Bevölkerung durch.<sup>164</sup>

---

162 Z. Romanow, *Ludność niemiecka na Ziemiach Zachodnich i Północnych w latach 1945-1947*, Słupsk 1992, S. 43 f.

163 B. Wilamowski, *Studia założeh...*, S. 325 f.

164 Vgl. A. Sakson, *Mazury – społeczność pogranicza*, Poznań 1990, S. 66.

Was damals die Ausgestaltung neuer Sozial- und Nationalitätenverhältnisse schwer belastete, waren die im Bezirk Masuren zahlreich stationierten sowjetischen Militäreinheiten und die vielen Transitstrecken in nordöstlicher Richtung. Dies führte dazu, dass sich in diesen Regionen noch bis 1947 große Banden von Marodeuren, sowjetischen Soldaten, herumtrieben. Besonders lästig waren Soldaten verschiedener Etappenverbände, darunter die in den von der Roten Armee betriebenen Landgütern stationierten Gruppen. Sie drangsalierten die lokale Bevölkerung mit Raubzügen und ließen sich zahlreiche Vergewaltigungen an Frauen zuschulden kommen, woraus viele Kinder entstanden, die „Stalinchen“ (stalinki) genannt wurden. Oft kam es auch zu Morden an Einwohnern, die ihre Habe verteidigten.

Seinen Höhepunkt erreichte das Unrecht, das der alteingesessenen deutschen und der polnischen Bevölkerung im südlichen Teil Ostpreußens von den Marodeuren angetan wurde, Mitte 1946. Es gab Gegenden, aus denen die verzweifelte Bevölkerung ganz floh oder zumindest vom Land in die Städte zog, wo sich die Lage in der Regel viel besser darstellte. Es verging kein Monatsbericht der Landräte und keine Gemeindefestung ohne Klagen über die Marodeure oder ohne alarmierende Hilferufe zur Bekämpfung dieser Plage<sup>165</sup>.

Um den Terrorakten und der Willkür der sowjetischen Soldaten entgegenzuwirken, suchten die polnischen Behörden nach verschiedenen Lösungen. Die Anfang 1946 vom Woiwoden in Olsztyn eigens zu diesem Zweck eingesetzte Sicherheitskommission formulierte eine Reihe von Forderungen. Die wichtigste lief darauf hinaus, dass die sowjetischen Militäreinheiten die Woiwodschaft Olsztyn verlassen und die unentbehrlichen Einheiten der Sowjetarmee in dieser Region kaserniert werden sollten; die Befehlshaber indes sollten für die Soldaten zur Ver-

---

165 In einem Bericht des Landratsamtes Szczytno (Ortelsburg) für den Zeitraum 8. Juli bis 6. August 1945 lesen wir unter anderem: „Das Verhältnis der Bevölkerung zur Roten Armee hat sich in der letzten Zeit verschlechtert. Die polnischen Bewohner klagen über Diebstahl, Raub und Gewalt seitens der im Landkreis stationierten Militäreinheiten. Jüngst ist es vorgekommen, dass die Siedler bei der Verteidigung ihrer Habe erschossen wurden und die Soldaten Töchter vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigten. (...) Im letzten Monat waren im Kreisgebiet vier Raubüberfälle durch sowjetische Soldaten zu verzeichnen, wobei in einem Fall zwei Siedler getötet wurden, die ihr Besitztum verteidigten. Die Täter konnten entkommen. Es kam zu fünf Überfällen durch Banden von Landstreichern in Uniformen der sowjetischen Armee (Deserteure). Diese Täter vergewaltigten sieben Mädchen im Beisein von deren Eltern und hatten diese mit Waffengewalt terrorisiert. Es gab 11 Diebstähle, einer wurde durch zwei Polen begangen, die restlichen durch sowjetische Soldaten“. Archiwum Państwowe w Olsztynie. Starostwo Powiatowe w Szczytnie. Referat Karno-Administracyjny [Staatsarchiv Olsztyn, Landratsamt Szczytno. Straf- und Verwaltungsreferat], Az. 18. Skargi, protokoły i doniesienia w sprawach rabunkowych i innych [Beschwerden, Protokolle und Anzeigen von Raubfällen und anderen] 1945-1946, S. 25.

antwortung gezogen werden die die Zivilbevölkerung bedrängten. Ferner wurde gefordert, Strecken für den Durchmarsch des Militärs abzustecken und Punkte einzurichten, an denen die Verbände Halt machen könnten. Es wurde auch vorgeschlagen, in den Ortschaften, in denen die sowjetischen Militärverbände Halt machten, besonders verstärkte Sicherheitseinheiten einzusetzen. Die Nordgrenze sollte nur an bestimmten Stellen passiert werden.

Durch die teilweise Umsetzung einiger Forderungen der genannten Sicherheitskommission flaute ab Mitte 1946 die Marodeursplage allmählich ab. Dem war eine Intervention der polnischen Zentralregierung bei Vertretern der sowjetischen Regierung vorausgegangen. Erst 1947 konnte das Problem endgültig gelöst werden<sup>166</sup>.

Mitte 1945, als die Zivilgewalt im Bezirk Masuren von der polnischen Verwaltung übernommen wurde, kristallisierte sich eine allgemeine Bevölkerungs- und Nationalitätenpolitik der polnischen Regierung betreffs der an Polen gefallen ehemaligen deutschen Gebiete heraus. Diese stützte sich auf drei wichtige Elemente:

1. Möglichst rasche Aussiedlung der deutschen Bevölkerung;
2. Gewinnung der Einheimischen für das Polentum;
3. Ansiedlung polnischer Bevölkerung in den ehemals deutschen Gebieten.

Im Süden Ostpreußens, der vom Bevollmächtigten der polnischen Regierung zusammen mit den sowjetischen Militärkommandanturen gemeinsam verwaltet wurde, hielten sich damals hauptsächlich folgende Bevölkerungsgruppen auf:

- Deutsche,
- Ermländer und Masuren,
- Polen, die zur Zwangsarbeit und in die Kriegsgefangenenlager nach Ostpreußen zugewiesen worden waren (diese Gruppe umfasste auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter anderer Nationalität, hauptsächlich Franzosen und Italiener),
- russische Truppen (Vertreter der Militärkommandanturen sowie Soldaten der hier stationierten Einheiten),
- polnische Organisatoren der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung sowie des Sicherheitsapparates,
- erste Siedlergruppen, die sich spontan in den südlichen und östlichen Landkreisen des Bezirks niederließen.

Dieses Völkergemisch, das später um weitere Siedlergruppen wie polnische Vertriebene aus den Ostgebieten der Zweiten Republik, Ukrainer der Umsiedlungsaktion „Weichsel“ oder Zigeuner (Roma), ergänzt wurde, beeinflusste die spezifischen Nationalitätenverhältnisse in dem Gebiet, das später „Ermland und Masuren“ genannt wurde.

---

166 B. Wilamowski, *Studia zalożeń...*, S. 154-156.

Zur Sicherung des Fronthinterlandes und zur Lebensmittelversorgung der Soldaten unterstanden den Militärkommandanturen auch Landgüter, in denen ortsansässige Deutsche arbeiteten. Im Oktober 1945 bewirtschaftete die Rote Armee im südlichen Teil Ostpreußens, der dem polnischen Staat angegliedert wurde, 28 Güter mit 5 400 ha Land<sup>167</sup>. Obwohl die Rote Armee seit September 1945 die Region zu räumen begann, blieb ein Teil der Truppenverbände bis Ende der vierziger Jahre.

Nach dem Stand zum 10. Februar 1946 befanden sich die meisten Landgüter unter sowjetischer Heeresverwaltung in den Landkreisen Susz (61), Pasłęk (22), Kętrzyn (10), Szczytno (8), Lidzbark Warminski (6) und Mrągowo (5). Einzelne Güter lagen auch in den Landkreisen Bartoszyce (3), Morąg, Nidzica, Węgorzewo, Olsztyn (je 2) sowie Biskupiec und Ostróda (1)<sup>168</sup>. Noch 1947-1949 bestanden hier sieben Militärkolchosen mit einer Fläche von 1 900 ha (1948: 2 200 ha)<sup>169</sup>. Diese Güter waren der polnischen Kontrolle gänzlich entzogen. Als diese Agrarbetriebe dann nach und nach an die polnische Verwaltung übergingen, waren sie meist in einem katastrophalen Zustand<sup>170</sup>.

Zu den wichtigsten Aufgaben der sowjetischen Militärkommandanturen gehörte die Durchführung von Deportationen der ostpreußischen Bevölkerung zur Arbeit im Inneren der UdSSR. Auf der Konferenz in Jalta (4.-11. Februar 1945) bekam Stalin die formelle Zusage zur Nutzung deutscher Arbeitskräfte aus den von der Roten Armee eingenommen Gebieten im Rahmen der Reparationen. Spontane Sklaventransporte zur Deportation fanden bereits Ende 1944 statt; systematische Deportationen wurden ab Februar 1945 aus den nach und nach von der Roten Armee eroberten Gebieten durchgeführt. Die meisten Transporte wurden im April 1945 abgefertigt. Die zahlenmäßig stärksten Transporte gingen in der Regel in den ersten zwei, drei Wochen nach der Eroberung des jeweiligen Gebiets ab. Die Militärkommandanturen waren verpflichtet, ein entsprechendes „Kontingent“ an Menschen zur Sklavenarbeit in der Sowjetunion zu stellen.

Die Deportierten wurden zunächst in Durchgangslager (Filtrationslager) eingewiesen. Insgesamt existierten in Ostpreußen 45 Lager, die von 200 000-250 000

---

167 M. Płotek, *Warmia i Mazury w latach 1945-1946. Kształtowanie się nowej rzeczywistości społecznej, politycznej i gospodarczej*. Pułtusk 2007 (Typoskript in der Sammlung des Autors), S. 72.

168 *Ebenda*, S. 72.

169 M. Golon, *Majątki ziemskie na Ziemiach Odzyskanych pod radziecką administracją wojskową w latach 1945-1950*, in: *Władze komunistyczne wobec Ziemi Odzyskanych po II wojnie światowej*, pod red. S. Łacha, Słupsk 1997, S. 295-996.

170 S. Łach, *Spoleczno-gospodarcze aspekty stacjonowania Armii Czerwonej na Ziemiach Odzyskanych po II wojnie światowej*, in: *Władze komunistyczne wobec Ziemi Odzyskanych po II wojnie światowej*, pod red. S. Łacha, Słupsk 1997, S. 255-278.

Menschen durchlaufen wurden, von denen ca. 42 000 starben. Die größten und bekanntesten lagen in Insterburg sowie Dt. Eylau, Stuhm und Soldau sowie ferner in Ciechanów, Graudenz und Thorn. Deportiert wurden hauptsächlich Männer, doch widerfuhr dieses Schicksal auch vielen Frauen und Mädchen. Unter ihnen waren zahlreiche Masuren und Ermländer sowie zum Beispiel 55 katholische Priester aus dem Ermland (von denen nur 18 zurückkehrten). Die Häftlinge der Durchgangslager wurden gewöhnlich durch NKWD-Funktionäre verhört; die Verhöre endeten in der Regel mit „erwiesener Schuld“ und Deportation<sup>171</sup>.

Aus seinem Haus im masurischen Dobrzyń (Gutfeld, Krs. Neidenburg/Nidzica) wurde unter anderem Herman Kruk, Vater des Schriftstellers und Senators Erwin Kruk, in die Sowjetunion deportiert. Nach dem Durchzug der Front wurden die Dorfbewohner mit Kindern in ein so genanntes Filtrationslager im nahe gelegenen Frąknowo (Frankenau) eingewiesen. Nach einer Zeit wurden Frauen mit Kindern freigelassen. Die Männer wurden „zur Arbeit“ nach Osten deportiert. 1955 bekam die Familie ein Papier vom Roten Kreuz und vom Roten Halbmond, wonach Herman Kruk am 25. April 1945 „auf dem Territorium der UdSSR“ verstarb; bis heute ist der Bestattungsort unbekannt<sup>172</sup>.

Ein ähnliches Schicksal wurde einem Landwirt aus dem ermländischen Podlejski (Podleiken, Krs. Allenstein/Olsztyn), Alojzy Orłowski, zuteil, dem Vater von Professor Hubert Orłowski, dem bekannten Germanisten und Erforscher der ermländischen Geschichte. Die Rotarmisten verschleppten ihn vom Hofplatz zur Arbeit, angeblich für drei Tage, denn so viele Lebensmittel sollte er mitnehmen. Wie dreißig andere Internierte wurde er auf einen Wagen an der Bahnstation Bieśkał (Biessellen) geladen. Alojzy Orłowski starb im Sommer 1945 „in einem russischen Lager, [bei] Charkow in der UdSSR“. Wie die meisten Deportierten (von denen lediglich drei heimkehrten) wurde er „in einem anonymen Massengrab“ beigesetzt.

Edward Cyfus, Förderer der ermländischen Mundart und Publizist, schildert das Schicksal seiner Mutter Helena, die die Deportation aus dem ermländischen Dorf Wymój (Wemitten, Krs. Allenstein/Olsztyn) überlebt hat, folgendermaßen:

171 Vgl. M. Zeidler, *Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neisse 1944/45*, München 1996, S. 168-208; W. Stankowski, *Obozy i inne miejsca odosobnienia dla niemieckiej ludności cywilnej w Polsce w latach 1945-1950*, Bydgoszcz 2002, S. 98-103; C. Kraft, *Wstęp* in: *Województwo olsztyńskie*, in: *Niemcy w Polsce 1945-1950. Wybór dokumentów*, pod red. W. Borodziej, H. Lemberga, Bd. 1: *Władze i instytucje centralne. Województwo olsztyńskie*, Warszawa 2000, S. 388 f.; F. Klier, *Verschleppt ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern*, Frankfurt am Main 1996.

172 *Kalendarium życia, twórczości oraz działalności publicznej Erwina Kruka*, oprac. A. Romulewicz, in: *Z dróg Erwina Kruka. Na 65. urodziny twórcy*, red. i wprowadzenie E. Chojnowski, Olsztyn 2006, S. 187.

„Es kam der siebte Februar des Jahres 1945. Am Morgen wurden all die Unglücklichen auf die Ausfallstraße aus Allenstein hinausgetrieben. Männer vorn, Frauen hinten. Und so trieb man sie, wie Vieh. (...)

Von der Kolonnenspitze nach hinten flüsterte man sich von Mund zu Mund eine noch niederschmetterndere Botschaft zu: ‚Wir kommen an die Grenze. Hier ist Ostpreußen zu Ende‘. Das schmerzte. Es zerriss einem das Herz. Ganz tief in ihrer Seele hegten die Menschen noch eine Hoffnung ... nur worauf? Vielleicht auf ein Sklavenlager oder auf Zwangsarbeit an einer strategisch wichtigen Befestigung... Denn was sollen die Russkis mit all den Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts?... Fern von ihrem Wohnort? Keiner sagte ihnen, was mit ihnen geschieht, wohin und wozu man sie trieb. (...)

Und der Zug fuhr immer weiter hinein ins sowjetische Land. Die Menschen vertrugen die Bedingungen nicht. Immer mehr starben. Für jede Verstorbene wurde ‚Ewige Ruhe‘ gebetet, aber jeder neue Sterbefall wurde als etwas Normales hingenommen: ‚Tja, die ist hin‘.

An den Anblick des Todes kann man sich gewöhnen. Als der Zug hielt, wurden die Leichen einfach in den Schnee hinausgeworfen, den Wölfen zum Fraß. (...)

In diesem Wagen waren nicht nur Frauen aus Stabigotten, Wemitten und der Umgebung, sondern aus verschiedenen Teilen Ostpreußens, auch aus der Gegend um Heilsberg, Bischofsburg und Ortelsburg. Auch vier junge Polinnen waren dabei. Unter ihnen war eine sehr kranke Mutter mit ihrer hochschwangeren Tochter. Die beiden haben diese Fahrt nicht überlebt. (...)

Von Wasilij erfuhren die Schwestern, wo sie sind. Das Lager oder die ‚Ortschaft‘ hieß Posjolak – Lager Nr. 4. 40 km waren es zur nächsten Stadt. Das war Woroschilowgrad im Donezbecken. Wasilij sagte: ‚Donbass‘. Zum Schwarzen Meer waren es einhundertsechzig bis zweihundert Kilometer. Die einheimische Bevölkerung arbeitete hauptsächlich im Bergbau. Seit geraumer Zeit mussten auch Häftlinge, Männer wie Frauen, in die Zeche zur Arbeit. Die ‚Pogruska‘, wie die Kohlegrube hier genannt wurde, war vom Lager 9 km entfernt. Die Männer haben es mit ihren Schritten ausgemessen. Die Arbeit in der Grube, die Bedingungen dort gingen über menschliche Kräfte, dazu noch achtzehn Kilometer Marsch ohne Rücksicht auf Wetter oder Jahreszeit. Tagein, tagaus. Sieben Tage die Woche<sup>173</sup>.

Die Art und Weise, wie die Deportationen zur Arbeit ins Innere Russlands<sup>174</sup> durchgeführt wurden, die Bedingungen während der langen Fahrt sowie die Be-

---

173 E. Cyfus, *...a życie toczy się dalej*, Olsztyn 2003, S. 129-163.

174 Vgl. zahlreiche Erinnerungen, z.B. G. Fittkau, *Mein dreiunddreißigstes Jahr*, München 1957; *Verschleppt. Frauen und Mädchen von Ostpreußen nach Sibirien verschleppt*, Hamburg o. J. [ca. 1980].

handlung der Lagerinsassen unterschieden sich nicht von denen, welchen die 1940-1941 von den Sowjets verschleppten Polen ausgesetzt gewesen waren<sup>175</sup>.

Da zuverlässige Quellen fehlen, lässt sich die Zahl der Verschleppten aus Ostpreußen nur schwer ermitteln. Die deutschen Zahlenangaben sprechen allgemein von 218 000-350 000 Deportierten<sup>176</sup>. Letztere Zahl scheint allzu hoch gegriffen. S. Banasiak schätzt die Zahl der deportierten Deutschen auf weniger als 200 000.<sup>177</sup>

Die deutschen Angaben sind unter anderem deswegen sehr unpräzise, weil der Begriff der „Verschleppung“ ziemlich weit aufgefasst wurde; so zählte zu den Deportierten beispielsweise die von den russischen Truppen aus den Frontgebieten evakuierte Zivilbevölkerung sowie Personen, die verhaftet und Kriegsverbrechen bezichtigt wurden.<sup>178</sup> Schätzungsweise wurden aus Ostpreußen etwa 60 000-100 000 Personen verschleppt. Viele von ihnen starben, und die Mehrheit kehrte nicht in die Heimat zurück<sup>179</sup>.

### 3.3. Bezirk Masuren/Woiwodschaft Olsztyn – Verwaltungsgliederung

Ein anderer Faktor, der sich auf die Bevölkerungsverhältnisse und die Nationalitätenpolitik der Behörden auswirkte, waren die Auseinandersetzungen um die Größe und den Grenzverlauf des Bezirks Masuren (Okręg Mazurski) und später der Woiwodschaft Olsztyn. Vor der endgültigen Ziehung der regionalen

---

175 A. Sakson, *Socjologiczne problemy wysiedleń*, in: *Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie*, pod red. H. Orłowskiego, A. Saksona, Olsztyn 1996, S. 160-163; dort: J. Misztal, *Wysiedlenia i repatriacja obywateli polskich z ZSRR a wysiedlenia i przesiedlenia Niemców z Polski – próba bilansu*, S. 445-474

176 Z. Romanow, *Ludność niemiecka...*, S. 43.

177 S. Banasiak, *Główne kierunki migracji ludności niemieckiej w ostatnich miesiącach II wojny światowej oraz powstanie administracji polskiej na terenach odzyskanych*, Łódź 1974, S. 9.

178 Vgl. Sudziński, *Losy ludności niemieckiej na ziemiach dawnych i nowych po zakończeniu II wojny światowej (na przykładzie Pomorza Nadwiślańskiego). Podobieństwa i różnice*, in: *Mniejszości narodowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku*, pod red. M. Wojciechowskiego, Toruń 1998, S. 194

179 J. Chłosta schreibt, dass „zwischen 60.000 bis 80.000 Menschen aus Ostpreußen in die UdSSR deportiert wurden. (...) Die genaue Zahl der aus Ostpreußen Verschleppten hat bisher niemand ermitteln können“. *Deportacje ludności cywilnej Prus Wschodnich do pracy w głąb ZSRR w 1945 roku (na podstawie wspomnień)*, in: *Rocznik Mazurski* Bd. VIII, 2004, S. 123. In den Anhängen stellt der Verfasser die Deportiertenzahlen aus ausgewählten Landkreisen und Ortschaften zusammen (S. 141-167).

Verwaltungsgrenzen mussten die polnischen Behörden ihr Verwaltungssystem festlegen. Man ließ sich dabei vom Grundsatz leiten, dass in den West- und Nordgebieten Polens, die damals allgemein als Wiedergewonnene Gebiete bezeichnet wurden, eine lokale Verwaltung eingeführt wird, wie es sie in Polen vor dem Krieg gegeben hatte (Woiwodschaft, Kreis, Gemeinde, Dorf). Vor 1945 war Ostpreußen eine Provinz mit Königsberg als Regierungssitz, gegliedert in die vier Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Allenstein und Marienwerder (der Regierungsbezirk Marienwerder war vor dem Ersten Weltkrieg Teil Westpreußens gewesen). Die beiden letzteren Regierungsbezirke wurden Polen ganz angegliedert, die beiden ersteren teilweise. Vom gesamten 37 000 km<sup>2</sup> großen Gebiet Ostpreußens (mitsamt dem Regierungsbezirk Marienwerder, ohne Häfen und Küstengewässer) kamen an die Sowjetunion 13 280 km<sup>2</sup> und an Polen 23 720 km<sup>2</sup>, davon entfielen auf die Woiwodschaften Gdańsk 1 893 km<sup>2</sup>, Białystok 2 584 km<sup>2</sup> und Olsztyn 19 243 km<sup>2</sup> (in den Grenzen vor der Verwaltungsreform vom 1. Juni 1975)<sup>180</sup>.

Erste Vorbereitungen zur Übernahme und dem Aufbau der polnischen Verwaltung in Ostpreußen wurden bereits gegen Jahresende 1944 im Woiwodschaftsamt Białystok getroffen. Der damalige Woiwode von Białystok, Dr. Janusz Sztachelski, galt als „Schirmherr Ostpreußens“<sup>181</sup>.

Nach Vorstudien wurde das „polnische Preußen“ in drei Gebiete (obwód) gegliedert: Gebiet I (Westbezirk) mit den Landkreisen Braniewo, Elbląg, Kwidzyn, Malbork, Mrągowo, Pasłęk, Susz und Sztum; Gebiet II (Zentralbezirk) mit den Landkreisen Bartoszyce, Darkiejmy (Darkehmen/Angerapp), Iława, Lidzbark, Nidzica, Olsztyn, Ostróda, Szczytno, Świątomijsce (Heiligenbeil); Gebiet III (Ostbezirk) mit den Landkreisen Elk, Giżycko, Gierdawy (Gerdaunen), Gołdap, Mrągowo, Olecko, Pisz, Węgorzewo; es waren insgesamt 25 Landkreise. Geplant war auch, eine Masurische Zentralverwaltung (Centralny Zarząd Mazurski) mit Sitz zunächst in Giżycko und später in Olsztyn zu gründen. Gemäß dem Konzept von Sztachelski sollten die acht östlichen Landkreise der Woiwodschaft Białystok angegliedert werden, zum Ausgleich für die territorialen Verluste, die diese Woiwodschaft durch den Anschluss der Landkreise Grodno, Wolkowysk sowie der Teile der Landkreise Sokółka und Bielsk Podlaski an die UdSSR erlitten hatte, sowie für auch die Kriegszerstörungen<sup>182</sup>.

Mit dem Beschluss des polnischen Ministerrates vom 14. März 1945 wurde die deutsche Verwaltungsgliederung in den West- und Nordgebieten Polens aufgehoben und durch die provisorische Gliederung in vier „Verwaltungsbezirke“

180 Vgl. B. Wilamowski, *Studia założen i początków...*, S. 83.

181 Degen, *Kancelaria wojewódzkich urzędów administracji ogólnej na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1950*, Warszawa 2005, S. 26.

182 M. Płotek, *Warmia...*, S. 20-21, 29, 33.

(okręgi administracyjne) ersetzt. Einer von ihnen war der Bezirk IV, der zunächst als Prusy Wschodnie (Ostprien) bezeichnet wurde, um später in Okręg Mazurski (Bezirk Masuren) umbenannt zu werden. Der erste Regierungsbeauftragte Sztachelski führte noch im April 1945 den offiziellen Titel „Bevollmächtigter der Interimsregierung der Republik Polen für Ostpreußen“. Sein Nachfolger, Oberst Dr. Jakub Prawin, führte den Titel „Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Masuren in Olsztyn“ (er bekleidete diesen Posten vom März bis Dezember 1945). Im Mai 1946 übte Zygmunt Robel die Funktion des ersten „Woiwoden von Olsztyn mit Sitz in Olsztyn“ aus. In dieser Zeit wurden die Schreiben der Woiwodschaftsbehörden unter anderem mit „Urząd Wojewódzki Olsztyński“ (Woiwodschaftsamt Allenstein) gezeichnet.

Ab April 1945 unterstand die staatliche Verwaltung in den Neuen Gebieten dem Generalbevollmächtigten für die Wiedergewonnenen Gebiete innerhalb des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung (MAP). Im November 1945 wurde der vom Verwaltungsministerium unabhängiger Posten eines Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete (MZO) eingerichtet. Dieses Ressort wurde im Januar 1949 abgeschafft. Die Woiwoden von Olsztyn, Wrocław und Szczecin wurden damals dem Verwaltungsministerium MAP unterstellt. Somit wurden Unterschiede in der territorialen Verwaltung zwischen den Wiedergewonnenen Gebieten und Zentralpolen aufgehoben<sup>183</sup>.

Kraft des Erlasses über die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete und des Beschlusses des Staatsrates der Republik Polen vom 29. Mai 1946 wurden diese Gebiete vorläufig in Woiwodschaften gegliedert. Eine von ihnen war die Woiwodschaft Olsztyn<sup>184</sup>.

Bei der Festlegung der Verwaltungsgliederung bildeten die Grenzen zunächst des „Bezirks“ und später der Woiwodschaft das wichtigste Problem, wie Bohdan Wilamowski schreibt. Der Verlauf der Kreisgrenzen stand nicht zur Debatte, weil man sich fürs erste entschied, die Grenzen aus deutscher Zeit beizubehalten. Kreise, durch deren Gebiet die Staatsgrenze verlief, wurden an ihre jeweiligen Nachbarkreise angegliedert oder als selbständige Verwaltungseinheiten belassen<sup>185</sup>.

---

183 Degen, *Kancelaria...*, S. 27, 256-259, 262. Nachfolger Robels, der diese Funktion vom Dezember 1945 bis Januar 1947 ausübte, waren Witold Jaśkiewicz (Januar 1947 bis September 1948) und Mieczysław Moczar (September 1948 bis Mai 1950). Im Ergebnis der 1950 durchgeführten Reform der Staatsverwaltung wurden Woiwoden und Woiwodschaftsämtler abgeschafft; ihre Stelle nahmen Woiwodschafts-Nationalräte und deren Vorsitzende ein. Vgl. auch: G. Strauchold, *Mysł Zachodnia i jej realizacja w Polsce Ludowej w latach 1945-1957*, Toruń 2003.

184 B. Wilamowski, *Studia założen...*

185 *Ebenda*.

Der Hauptstreit wurde um drei Kreisgruppen geführt:

1. mit der Sowjetregierung um den Verlauf der nördlichen Staatsgrenze, d.h. um die Gestalt der Grenzkreise Darkehmen, Gerdauen, Friedland, Pr. Eylau und Heiligenbeil;
2. mit den Behörden der Woiwodschaft Białystok um die Zugehörigkeit der drei masurischen Kreise: Elk, Gołdap und Olecko (zusammen abgekürzt als EGO);
3. mit den Behörden der Woiwodschaft Gdańsk um Elbląg, Malbork, Sztum und Kwidzyn, die zusammen mit dem Kreis Iława zum so genannten Prusy Zachodnie (Westpreußen) gehörten.

Zunächst wurde das gesamte Gebiet des südlichen Ostpreußen mitsamt dem ehemaligen Regierungsbezirk Marienwerder an den am 14. März 1945 eingerichteten Bezirk Masuren angegliedert.<sup>186</sup>

Im Juli 1945 wurden vom ursprünglichen Gebiet des Bezirks Masuren sieben Landkreise abgetrennt. Die Landkreise Elk, Gołdap und Olecko wurden (kraft der Entscheidung des Verwaltungsministeriums vom 9. Juli 1945) trotz der Proteste der lokalen Behörden in Olsztyn an die Woiwodschaft Białystok angegliedert. Seit 1945 ließen sich Bewohner aus der Woiwodschaft Białystok in diesen Kreisen nieder. Die Behörden in Olsztyn haben diese Kreise praktisch nie übernommen, selbst wenn dies anfangs formal noch der Fall war. Von gewisser Bedeutung war auch, dass diese drei Kreise, Gołdap in erster Linie, sehr verwüstet und – als am frühesten eroberte – von Plünderungen der Roten Armee sehr stark in Mitleidenschaft gezogen waren. In dieser Situation waren sie für die in jeder Hinsicht schwache Woiwodschaft Olsztyn der sprichwörtliche „Klotz am Bein“. Die späteren Jahre zeigten, dass auch die Woiwodschaft Białystok an der Bewirtschaftung der EGO-Kreise gescheitert war und zahlreiche gravierende Fehler begangen hatte, die die dortigen Nationalitätenverhältnisse gehörig durcheinander brachten.

Anders sah die Lage in den fünf abgetrennten Landreisen im Marienburger Land aus. Den Behörden in Olsztyn war hauptsächlich deswegen an ihnen gelegen, weil der Besiedlungs- und Bewirtschaftungsprozess hier relativ weit fort-

---

186 Das Gebiet des „Verwaltungsbezirks Masuren“ umfasste die an Polen angegliederten ostpreußischen Landesteile an der Ostsee, entlang der ehemaligen Grenze der Freien Stadt Danzig sowie der polnischen Staatsgrenze von 1939 im Norden und Osten bis hin zur zwischen der polnischen und der sowjetischen Regierung festgelegten Demarkationslinie im Norden. Dieser ca. 27 000 km<sup>2</sup> große Bezirk umfasste 27 Landkreise des Marienburger Landes, des Ermlands und Masurens: Bartenstein, Bischofsburg, Braunsberg, Darkehmen, Gerdauen, Lötzen, Dt. Eylau, Rastenburg, Heilsberg, Mohrunen, Sensburg, Neidenburg, Allenstein, Osterode, Pr. Holland, Johannsburg, Heiligenbeil, Rosenberg, Ortelsburg, Angerburg, Lyck, Oletzko, Goldap, Elbing, Marienwerder, Marienburg und Stuhm. Vgl. E. Kierejczyk, *Województwo olsztyńskie w latach 1945-1949. Kształtowanie się administracji ogólnej, rad narodowych i samorządu terytorialnego*, Olsztyn 1980, S. 42 f.

geschritten war. Es gab – besonders in den Kreisen Kwidzyn und Sztum – viele polnischstämmige Einwohner.

Ein wesentliches Argument, das für die Beibehaltung der ursprünglichen Gestalt des Bezirks Masuren sprach, lieferten nationalitätenpolitische Fragen. Es wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, eine einheitliche „Repolonisierungsaktion“ sowie Religions- und Siedlungspolitik durchzuführen durch die Verteilung des Bezirks auf drei Woiwodschaften erheblich erschwert worden wäre. Die kommenden Jahre erwiesen diese Argumente als richtig, besonders in Bezug auf die EGO-Kreise, wo masurische und deutsche Bevölkerung lebte, gegenüber der eine inkohärente und falsche Nationalitätenpolitik betrieben wurde. Die Frage nach der administrativen Zugehörigkeit der sieben abgetrennten Landkreise wurde in den späteren Jahren noch mehrmals von der Verwaltung der Woiwodschaft Olsztyn sowie den beteiligten Kreisverwaltungen, besonders in Elk und Elbląg, aufgeworfen, die sich nicht damit abfinden mochten, wie sie von ihren eigenen Woiwodschaftsbehörden behandelt wurden.

Anders war die Lage in den nördlichen Kreisen der Woiwodschaft Olsztyn, die an die UdSSR grenzten. Im Laufe des Jahres 1945 und zu Beginn 1946 verlegten die sowjetischen Grenztruppen mehrmals die Standorte ihrer Wachposten und veränderten so auf lokaler Ebene den Grenzverlauf. Die polnischen Behörden entsandten schließlich Beamte mit Landräten nur in drei der nördlichen Grenzlandkreise. Es waren dies die Kreise Frydland, Iława Pruska und Gierdawy. In Darkehmen und Heiligenbeil wurde nie eine polnische Verwaltung aufgebaut. In der Anfangsphase des Verwaltungsaufbaus mussten Vertreter der polnischen Behörden Pr. Eylau und Friedland verlassen. Zuletzt wurde Gerdauen geräumt. Nach der Festlegung der Grenzen befanden sich alle drei Kreissitze in der UdSSR. Teile einiger Kreise wurden anderen angegliedert, und zwar Teile des Kreises Darkehmen an den Kreis Węgorzewo, von Gerdauen an Kętrzyn und von Heiligenbeil an Braniewo. Nach der Verlegung der Kreissitze von Frydland (Friedland) nach Górowo Iławeckie (Landsberg) sowie von Pruska Iławka (Pr. Eylau) nach Bartoszyce (Bartenstein) behielten diese Rumpflandkreise ihre Eigenständigkeit, bis sie 1962 zu einem großen Kreis zusammengelegt wurden<sup>187</sup>.

Die Frage des Verlaufs der nördlichen polnisch-sowjetischen Grenze, die das historische Gebiet Ostpreußens in der Nähe des Breitenkreises 54° 20' durchschneidet, wurde im bilateralen Abkommen vom 16. August 1945 geregelt. Infolge immer neuer „Korrekturen“ (in der Regel zum Nachteil der polnischen Seite) fiel sie wie eine „afrikanische Grenze“ aus, d.h. sie verlief in gerader

---

187 Das Problem der Festlegung der polnisch-sowjetischen Grenze analysiert M. Plotek im Lichte der neuesten Forschung in seiner Arbeit *Warmia i Mazury...*, S. 140-151. Vgl. auch: *Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina. Wybór dokumentów 1945*, przygotował do druku T. Baryła, Olsztyn 1996.

Linie, ohne Rücksicht auf frühere Kreise oder naturräumliche Gegebenheiten (Flüsse, Kanäle und sonstige Gewässer) bzw. auf den Verlauf der Eisenbahn-, Land- oder Wasserverkehrswege. Die Bevölkerungsproblematik spielte diesbezüglich gar keine Rolle, da die bisherigen Einwohner dieser Gebiete, d.h. die deutsche Bevölkerung, zuallererst ausgesiedelt wurde. Diese „Begradigung“ der Grenze hatte aus Sicht der Sowjetbehörden auch eine praktische Seite. Sie erleichterte den Aufbau eines Sicherungssystems an einer der am besten bewachten Grenzen in Europa: Diese Grenze schottete einen militärischen Sperrbezirk ab, der das Kaliningrader Gebiet zu Sowjetzeiten ja war. Hinsichtlich der Undurchlässigkeit konnte sie es nur mit der späteren Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik aufnehmen.

Von den damaligen Zuständen mag es zeugen, dass der Wortlaut des vorgeannten polnisch-sowjetischen Abkommens aus dem Jahr 1945 erst am 26. April 1947 bekannt gegeben wurde (Dz. U. RP 1947, Nr. 35). Laut Artikel 3 dieses Abkommens wurde eine entsprechende Landkarte als Anlage beigefügt. Zwischen dem Grenzverlauf auf der Landkarte und dem tatsächlichen gab es aber Abweichungen. Das Dorf Szczurkowo (Schönbruch) im Kreis Bartoszyce beispielsweise lag laut der Landkarte ganz in Polen und die Grenze verlief in einer gewissen Entfernung von seinem nördlichen Rand. In Wirklichkeit durchschnitt die Grenze das Dorf, so dass auf der polnischen Seite nur knapp ein Drittel der Bebauung ohne die Kirche übrigblieb. Die endgültige Regelung des Verlaufs der „toten Grenze“ erfolgte erst 1957, als am 5. März ein Abkommen über den endgültigen Grenzverlauf im Bereich des Frischen Haffs unterzeichnet wurde<sup>188</sup>.

Nach den Modifizierungen des Grenzverlaufs von 1946 schrumpfte die Fläche der Woiwodschaft Olsztyn um mehr als 8 000 km<sup>2</sup> und betrug ca. 19 000 km<sup>2</sup>. Die so eingeführte territoriale Gliederung erfuhr kaum eine Änderung bis Mitte 1950. Aufgrund des Artikels 7 des Gesetzes über die Änderung der Verwaltungsgliederung des Staates vom 28. Juni 1950<sup>189</sup> erhielt die Woiwodschaft Olsztyn zum 6. Juli desselben Jahres den Landkreis Nowe Miasto (Neumark) aus der Woiwodschaft Bydgoszcz sowie den Landkreis Działdowo (Soldau) aus der Woiwodschaft Warschau, der historisch (vor 1920) zu Masuren gehört hatte<sup>190</sup>. Die Verwaltungsgliederung des Bezirks Masuren zeigt unter Angabe der Größe der einzelnen Landkreise und der Zahl der Stadt- und Landgemeinden Tabelle 18.

---

188 Vgl. A. Wakar, *Martwa granica*, in: *Borussia* 1992, Nr. 2, S. 53-58.

189 Polnisches Gesetzblatt Dz.U. RP 1950, Nr. 28, Pos. 255.

190 Vgl. E. Kierejczyk, *Województwo olsztyńskie...*, S. 45 f.

Tabelle 18 Verwaltungsgliederung des Bezirks Masuren (Stand zum 1. April 1946)

	Landkreis	Fläche in km <sup>2</sup>	Gemeinden		Dörfer
			Stadtgemeinde	Landgemeinde	
1.	Bartoszyce	582	2	5	33
2.	Braniewo	982	2	9	88
3.	Giżycko	897	2	6	150
4.	Īawa	714	1	7	–
5.	Kętrzyn*	1233	1	14	88
6.	Lidzbark	1096	2	8	59
7.	Moraę	1265	1	7	170
8.	Mraęowo	1232	2	9	112
9.	Nidzica	1146	1	7	105
10.	Olsztyn-Stadt	52	1	–	–
11.	Olsztyn	1303	1	9	116
12.	Ostróda	1536	3	11	161
13.	Pasłęk	585	2	8	93
14.	Pisz	1648	3	7	116
15.	Reszel	853	4	8	81
16.	Susz	1040	3	8	76
17.	Szczytno	1703	3	9	144
18.	Węgorzewo	929	1	9	73
Gesamt:		18 796	35	141	1665

\* Einschließlich eines Teils des Landkreises Gierdawy (Gerdaunen)

Quelle: E. Kierejczyk, *Województwo olsztyńskie w latach 1945-1949. Kształtowanie się administracji ogólnej rad narodowych i samorządu terytorialnego*, Olsztyn 1980, S. 47.

1945 kamen neue Einwohner in das Land, die dieser Landschaft einen neuen Namen zu geben beschlossen. Die bisherige historische Bezeichnung „Preußen“ bzw. „Ostpreußen“ setzte sich wegen der negativen, schwer zu akzeptierenden Assoziationen mit „preußischem Militarismus und Expansionsstreben“ nicht durch. In der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar nach Kriegsende wurde ein Ersatz für diesen Namen gesucht, dessen neuer Wortlaut auch Symbol sein sollte für den Bruch mit der deutschen Herrschaft in diesem Land und für seine Verbindung mit dem Polentum und dem polnischen Staat. Es ging darum, einen adäquaten Begriff zu schaffen, der sowohl für die historische Geographie als auch für den zeitgenössischen Gebrauch geeignet wäre. Offiziell und inoffiziell lanciert wurden Namen wie „Prusy Polskie“ (Polnisches Preußen), „Prusy“ (Preußen), „Prusy Mazowieckie“ (Masowisches Preußen), „Pomorze Mazurskie“ (Masurisches Pommern), „Przymorze Mazowieckie“ (Masowisches Küstenland), „Pomorze Mazowieckie“ (Masowisches Pommern), „Mazowsze Pruskie“ (Preu-

bisches Masowien) oder „Pomorze Wschodnie“ (Ostpommern)<sup>191</sup>. Keiner dieser Namen setzte sich allgemein durch oder verdrängte die verbreitete Bezeichnung „Warmia i Mazury“ (Ermland und Masuren), trotz deren vagen und sogar unklaren Charakters<sup>192</sup>.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde über einen kurzen Zeitraum als Synonym für „Warmia i Mazury“ (Ermland und Masuren) bzw. „Mazury i Warmia“ (Masuren und Ermland) auch die Bezeichnung „Bezirk Masuren“ (Okręg Mazurski) verwendet, worunter man außer Masuren auch das gesamte Ermland, Barten, das Oberland und vorübergehend gar das Marienburger Land verstand. Diese Bezeichnung rief aber zahlreiche Kontroversen hervor, beispielsweise unter den Ermländern, die eine „masurische Ausweitung“ ablehnten, die von den Traditionen des katholischen Ermlandes keine Notiz nahm (der Verwaltungssitz des Bezirks Masuren war beispielsweise Olsztyn, eine der wichtigsten Städte des Ermlands, hier wurde damals die Zeitung „Wiadomości Mazurskie“ (Masurische Nachrichten) herausgegeben und das Masuren-Institut gegründet)<sup>193</sup>. Seit 1946 bediente man sich der Bezeichnung „województwo olsztyńskie“ oder sprach einfach vom „Allensteinschen“ (Olsztyńskie). Bis heute ruft dieses Problem zahlreiche Meinungsverschiedenheiten hervor, zumal in den Landstrichen außerhalb des historischen Ermlands, das aus den ehemaligen Landkreisen Barczewo/Wartenburg (Biskupiec/Bischofsburg), Braniewo/Braunsberg, Lidzbark Warmiński/Heilsberg, Olsztyn/Allenstein und Reszel/Rössel besteht, oder Masurens, das aus den ehemaligen Kreisen Działdowo/Soldau, Elk/Lyck, Giżycko/Lötzen, Gołdap/Goldap, Kętrzyn/Rastenburg, Mrągowo/Sensburg, Olecko/Treuburg, Ostróda/Osterode, Pisz/Johannisburg, Szczytno/Ortelsburg, Węgorzewo/Angerburg und Nidzica/Neidenburg gebildet wird, nämlich im Oberland<sup>194</sup> (u.a. den ehemaligen Kreisen Elbląg/Elbing, Iława/Dt. Eylau, Morąg/Mohrungen) und dem Marienburger Land (u.a. den ehemaligen Kreisen Kwidzyn/Marienwerder, Malbork/Marienburg, Sztum/Stuhm).

In der vorliegenden Arbeit bediene ich mich der Bezeichnung „Ermland und Masuren“ („Warmia i Mazury“). Trotz ihrer Vagheit ist sie im gesellschaftlichen

191 Ähnliche Dilemmas gab es auch bei der Findung des heutigen Namens für Ziemia Zachodnie i Północne (West- und Nordgebiete), die anfänglich als „macierzyste“ (Muttergebiete), „piastowskie“ (Piastengebiete), „postulowane“ (geforderte), „nowe“ (neue), „powracające“ (heimkehrende), „uzyskane“ (gewonnene) und später „Ziemia Odzyskane“ (Wiedergewonnene Gebiete) oder „nadodrzańskie“ (an der Oder) bzw. „nadbałtyckie“ (an der Ostsee) bezeichnet wurden.

192 W. Ogrodziński, *Swoistość rozwoju kulturalnego Warmii i Mazur (wstęp do zagadnienia)*, in: *Rola kultury w integracji Ziemi Odzyskanych*, Olsztyn 1987, S. 37.

193 Vgl. P. Sowa, *Cena polskości*, Warszawa 1976

194 Für die Bezeichnung *Oberland* gibt es im Polnischen keine genaue Entsprechung.

Bewusstsein der Einwohner dieser Region und Polens am stärksten verankert. Dieses Gebiet bilden die Kreise, die ehemals zum Bezirk Masuren (vom April 1946 – Tabelle 18) gehörten, und zusätzlich die Kreise Działdowo, Elk, Goldap und Olecko sowie der Kreis Elbląg und Nowe Miasto Lubawskie. Dieses Gebiet deckt sich somit mit der 1999 gegründeten Woiwodschaft Ermland-Masuren, die insgesamt 21 Kreise zählt.

### 3.4. Alt- und Neueinwohner

Im südlichen Ostpreußen vollzog sich (wie auch auf dem gesamten Territorium dieses historischen Landes) nach 1945 ein in der neuzeitlichen Geschichte Europas nie dagewesener massenhafter Bevölkerungsaustausch<sup>195</sup>. Möglich wurde dies großenteils dadurch, dass sich hier nach dem Ende der Kriegshandlungen ein gewisses „demographisches Vakuum“ herausgebildet hatte. Nach damaligen Schätzungen hielten sich hier lediglich 200 000 Personen auf, was im Vergleich zum Stand vor 1939 einen Rückgang der Bevölkerungszahl um knapp 80 % bedeutete. Es waren hauptsächlich frühere Einwohner dieser Gebiete (Deutsche, Masuren und Ermländer) sowie einige tausend Arbeiter, die während des Krieges aus fast allen Ländern Europas zur Zwangsarbeit nach Ostpreußen deportiert worden waren. Unter ihnen überwogen Polen und Sowjetbürger<sup>196</sup>.

Das Jahr 1945 brachte im Ermland und in Masuren einen wesentlichen Wandel der bisherigen staatlichen, politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Verhältnisse sowie der Bevölkerungs- und Nationalitätenstruktur. Sowohl im Hinblick auf das Territorium als auch auf die Bewohner dieser Region lässt sich kaum von einer Kontinuität oder Dauerhaftigkeit sprechen. Es prallten die Ideologien der „Eroberer“ und der „Besiegten“, der „Plünderer“ und der „Pioniere“ aufeinander. Für viele war das eine „ungewollte“ Erde und der Aufenthalt hier wurde als Unglück und Fluch empfunden.

„Bauern! Ihr müsst nicht mehr nach Übersee auswandern. Wollt Ihr Brot? Im Westen gibt es Brot. Wohl Ihr Land? Im Westen gibt es Land. Die Ernte werden wir in eigene Scheunen und Speicher einbringen. Die Stadtbevölkerung findet im Westen von den Deutschen zurückgelassene Handwerksbetriebe und Läden. Die

---

195 Diese Prozesse vollzogen sich auf dem gesamten Territorium der ehemaligen Ostgebiete des Dritten Reiches, die nun West- und Nordgebiete Polens wurden. Vgl. A. Sakson, *Procesy integracji i dezintegracji społecznej na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski po 1945 roku*, in: *Pomorze – trudna ojczyzna? Kształtowanie się nowej tożsamości 1945-1995*, pod red. A. Saksona, Poznań 1996, S. 131-143.

196 S. Żyromski, *Procesy migracyjne w województwie olsztyńskim w latach 1945-1949*, Olsztyn 1971, S. 20 f.

berufstätigen Intellektuellen finden Arbeit in Büros und bei den Behörden.“ – so wurde 1945 in einem Aufruf des Zentralen Umsiedlungskomitees (Centralny Komitet Przesiedleńczy) geworben<sup>197</sup>.

Nach den damaligen Wiedergewonnenen Gebieten (Ziemie Odzyskane), die umgangssprachlich als der „Westen“ (aber wegen der an die UdSSR als Kriegschädigung abgelieferten Kohle auch als „Ausgebeutete Gebiete“ – Ziemie Wyzyskane) bezeichnet wurden, machte sich auf, wer ein neues Fleckchen Erde suchen musste, weil seine Heimat plötzlich außerhalb Polens lag, oder wer sich einen neuen Namen und einen neuen Lebenslauf zugelegt hatte. Die einen kamen freiwillig hierher, die anderen unter Zwang in Bahntransporten mit dem Geleit des Militärs oder der Miliz. Es gab auch solche, die hier eine Chance witterten, die Jahre des Krieges wettzumachen, der ihnen alles genommen (oder auch „alles abgenommen“) hatte, und solche, die wirklich an die Mission glaubten, diese Gebiete zu bewirtschaften, oder sie als eine herrenlose Schatzkammer betrachteten.

In den Augen der übrigen Polen genossen diese Gebiete rasch das Ansehen des „Wilden Westens“, wo Unrecht, Korruption und das Recht des Stärkeren regierten, was übrigens nicht unbedingt sofort Marodeure in den Uniformen der Roten Armee oder polnische „Plünderer“ bedeuten musste, sondern oft – wie des anfänglich gang und gäbe war – Funktionäre des Sicherheitsdienstes (UBP) oder der Bürgermiliz (MO).

Für eine bestimmte Menschengruppe markierte das Jahr 1945 den „Anfang vom Ende“, da sie ihre Heimat verlassen mussten. Die einen brachten sich in Sicherheit oder flohen vor der heranrückenden Front, die anderen wurden ins Innere der Sowjetunion verschleppt, wieder andere wurden in polnischen Lagern bzw. Gefängnissen inhaftiert oder durch ankommende Polen bzw. Vertreter der neuen kommunistischen Behörden vertrieben oder ausgesiedelt.

Ryszard Bitowt schildert den Verlust seiner Heimat und die erste Lebensstapfe in „Polnisch-Preußen“ folgendermaßen: „Ich erinnere mich noch genau an den 14. Januar 1946, als ich von dem etwa 20 km entfernten Bezdany zum Dorf Białozoryszki zurückkehrte, wo ich seit meinem dritten Lebensjahr mit den Eltern zusammen lebte und bei der Arbeit auf dem 14 ha großen Bauernhof half. (...)“

Vater sagte, daß er auf polizeiliche Repressionen gefaßt sei, da er angewiesen worden war, sein Haus innerhalb von zwei Wochen zu verlassen und es der [aus] Kaunas eingetroffenen litauischen Verwaltung zu übergeben. Die Nachbarn waren geschlagen und mit Gewalt aus dem eigenen Haus geworfen worden, viele hatten sich das Leben genommen. Andere hingegen beschlossen, bis zum Ende auszuharren und der litauischen Verwaltung Widerstand entgegenzusetzen. Ich hatte schon gesehen, wie Massen von Menschen in überfüllten Güterzügen von

---

197 Zit. nach: M. Urbanek, *Wielki szaber. Na Ziemie Odzyskane nikt nie przyjechał z pustymi rękami*, in: *Polityka* 1995, Nr. 17, S. 16.

der Bahnstation Bezdany nach Polen fuhren. Von vielen Kameraden hatte ich mich unter Tränen verabschiedet und wollte das Problem selber mit den Eltern durchdiskutieren. Mein Bruder und ich waren dafür, dass Vater nach Niemenczyn fahren und, wie anscheinend Hunderte von Bekannten, die Familie zur Ausreise nach Polen einschreiben sollte. (...)

[Die Litauer aber drängten uns fortwährend zur raschen Ausreise, da das Haus für Lehrerinnen gebraucht werde, die aus Memel gekommen seien, um im Dorf Orzełówka Litauisch zu unterrichten, und da schon litauische Siedler aus Kaunas eingetroffen seien.]

Im Morgengrauen des 4. Mai kamen die Verwandten und Nachbarn mit Fuhrwerken, um uns und unser ausgesuchtes Inventar zur Bahnstation in Bezdany zu bringen. Der Abfahrtszeitpunkt stand bevor, eine große Menschenmenge hatte sich eingefunden, um Abschied zu nehmen. Vater küßte nicht nur die Verwandten und die dableibenden Nachbarn, sondern auch die Schwelle seines Hauses, das zurückblieb, als er ins Ungewisse fuhr. Er riß Blätter von den Obstbäumen und Zapfen alter Tannen ab und sammelte Erde von verschiedenen Stellen des Besitzes, um das alles in einem Taschentuch als Andenken mitzunehmen. Es wurde geweint, geläut, geschrien, man sang patriotische Lieder, – schwer zu beschreiben, was noch geschah! Die Fuhren mit der Last des lebenden und des toten Inventars setzten sich in Bewegung, und es ging durch bekannte Dörfer und Siedlungen, überall wehende Taschentücher und Bitten, man möge schreiben, wie sie es mit der Ausreise nach Polen anstellen sollten, wie es dort in diesen Gebieten sei, wo man hinkommen werde.

Und endlich Bezdany, Leute auf der Rampe mit ausgeladenen Kisten und Tieren, Fuhrwerke, die von allen Seiten Menschen herbrachten. Drei Tage und drei Nächte warteten wir auf die Zusammenstellung des Zuges, unangenehm waren die Nächte, die letzten Fröste machten sich schmerzhaft bemerkbar, besonders bei den Kindern. (...)

In der Morgendämmerung des 9. Mai hielt der Zug an der polnisch-sowjetischen Grenze an, und nach mehrstündiger Kontrolle der Papiere und der eingeladenen Güter passierte der Zug die Grenze und befand sich auf dem Gebiet des ehemaligen Ostpreußen. An der Grenze waren jedoch viele, auf Befehl der Russen hinausgeworfene Kisten zurückgeblieben. Uns war ein ganzer Koffer mit kostbaren polnischen Büchern weggenommen worden und im Schmutz gelandet. Bei den Nachbarn waren es andere Gegenstände oder Lebensmittel. Schließlich erfuhren wir, daß von unserem Zug ein Waggon mit drei Familien abgekoppelt worden war, die aus unbekanntem Gründen auf der sowjetischen Seite bleiben mußten. Jeder schaute sich um, wie es in den durchfahrenen Gebieten aussah; die Bebauung, die Feldbestellung in der neuen Heimat. (...)

Wir fuhren in den Viadukt, kurz darauf der Bahnhof, gleichsam ein Tunnel mit einem leeren Eisenbahngleis, an den Seiten türmten sich vernichtete deutsche Panzer, Geschütze, verschiedenes Kriegsgerät mit Warntafeln: ‚Entfernen Sie sich nicht vom Bahnhof, Gefahr von Blindgängern!‘ An der Wand des Bahnhofsgebäudes ‚Heilsberg‘, und daneben eine hölzerne Tafel ‚Licbark‘ mit ‚c‘. Nie im Leben hatten wir soviel Kriegsgerät gesehen, wie es im Bereich des Bahnhofs und der angrenzenden Felder angehäuft war. (...)

Einige Familien fanden leere Wohnungen in Heilsberg, andere gingen tage-lang in den umliegenden Dörfern umher, fanden etwas und warteten nur auf Autos, die ihre Habe zu den ausgekundschafteten leeren Häusern in den nahen Dörfern brächten. Nach drei Tagen wurde es leer auf dem Bahnsteig. Diejenigen, die noch dort waren, wurden angewiesen, diesen zu verlassen, da der nächste Repatrianten-Transport aus Nowa Wilejka und Wilna erwartet wurde. Mein Vater bestach einen Oberleutnant mit einem Kanister aus der Heimat mitgebrachtem Selbstgebranntem, der ziemlich schnell zwei Autos amerikanischer Herkunft bereitstellte, um uns in das Gebiet des oben erwähnten Kreises Landsberg zu bringen. Es waren zwei sehr abgenutzte Autos, die Gänge krachten beim Einlegen, das Getriebe klapperte; es bestand keine Gewißheit, daß wir das Ziel erreichen würden. Die Vorahnung erwies sich als richtig, kaum hatten wir 12 km zurückgelegt und befanden uns am Anfang des Dorfes Petershagen (Pieszkowo), ging eines der Autos kaputt, und der Fahrer sagte, weiter kämen wir nicht. Ein schrecklicher Anblick war das, als wir hier zum Stehen kamen! Das, was wir in Korschen, ja sogar in Heilsberg gesehen hatten, war nichts im Vergleich zu dem Landschaftsbild, welches das Dorf umgab. Tausende von zerstörten Militärautos, Panzern, Fässern, Drähten und [Gott weiß was] alles! Die Soldaten hießen Vater, Anstalten zu treffen zum Ausladen der Pferde, Kühe und Gerätschaften. Mutter bat, uns zur nahen Milizwache zu bringen, weil man uns in dieser Gegend (...) bestehlen und in der Nacht vielleicht sogar erschlagen würde. (...)

Der Tag war sonnig und warm, und das junge Grün der Gräser und Blätter verstärkte den Optimismus. Ich sprang aus dem Wagen und begann mit den Spielern zu reden. Es zeigte sich, daß einer der Milizianten aus derselben Wilnaer Gegend stammte wie wir auch. Er war zur Zwangsarbeit nach Deutschland in die Gegend von Königsberg verschleppt worden und nach der Befreiung zu der Miliz in Preußisch Eylau (gegenwärtig Bagrationowsk in Rußland) gegangen; dieser Ort hatte anfangs zu Polen gehört. Nach der Ausweisung aus dieser Stadt durch die Sowjet-Behörde verlegte er zusammen mit anderen Polen seinen Wohnort nach Landsberg und arbeitete nun in Petershagen. Nach dieser Unterredung fühlten wir uns wie zu Hause. (...)

Eine kleine Anzahl älterer Deutscher mit Kindern, während die mittlere Generation nicht mehr lebte oder nach Deutschland geflohen war, brachte den Re-

patrianten aus der Wilnaer Gegend mehr Vertrauen entgegen als den polnischen Ansiedlern, die aus den Häusern deutscher Familien Möbel und anderen Hausrat entwendeten. Die Deutschen brachten meiner Mutter öfters Teller und anderes Geschirr mit der Bitte um ein Stück Brot, Milch oder Speck als Gegengabe. Mutter, welche die Schrecken des Krieges kannte, gab ihre bescheidenen Lebensmittelvorräte an die Deutschen ab, ohne das Geschirr oder andere Sachen anzunehmen. Durch dieses Verhalten gewann sie auch Freunde unter der einheimischen Bevölkerung.

Wir waren erst fast zwei Jahre nach der Befreiung als Repatrianten hier angekommen. Die besseren Gebäude waren schon durch Ansiedler aus verschiedenen Gegenden Polens besetzt. Es gab noch viele leere Häuser, aber in ruinösem Zustand, teilweise abgebrannt. Die zweiwöchige Suche in der Umgebung hatte zu nichts geführt. Der resignierte Vater nahm mich und meine Mutter mit, indem er nur meinen jüngeren Bruder Rajmund zur Bewachung der Habe zurückließ, und schlug vor, ein Haus zu beziehen, das er ‚Zu den alten Eichen‘ getauft hatte, weil bei diesem Haus zwei mächtige Eichen wuchsen. Eine an die Eingangstür des Wohnhauses geheftete weiß-rote Flagge war das Zeichen, daß das Haus besetzt sei. Fast jeder Repatriant hütete sich, ein Haus einzunehmen (auch wenn es leerstand), an dem eine weiß-rote Fahne angeschlagen war. Unser Beschluß war einstimmig. Wir würden dieses Haus in Besitz nehmen. Wir würden in dieses Haus einziehen und Bauern werden, wie wir es in der Heimat waren, obwohl Mutter lieber in der Stadt gelebt hätte. Man kann sich überhaupt keine Vorstellung machen, wie die Häuser und sogar die Äcker aussahen! Keine Scheiben in den Fenstern, aufgeschlitzte Federbetten und Kissen, alles voller Glasscherben von Geschirr und Flaschen, Abfälle, Verschmutzung verschiedenster Art. Der Hof und die Felder bedeckt mit Kriegsgerät. Es hatte den Anschein, als ob niemand imstande sein würde, das alles aufzuräumen und zu säubern. Beschädigte Möbel, von den Wänden der Wirtschaftsgebäude abgerissene Bretter, Skelette erschlagener oder vor Hunger und Durst verendeter Tiere in den Wirtschaftsgebäuden und auf den Feldern. Auf Schritt und Tritt Minen, Blindgänger.

Unter Lebensgefahr machten wir innerhalb einiger Tage einige Zimmer bewohnbar und die Küche benutzbar. Wir schliefen auf dem Boden, mit den eigenen Kleidern bedeckt, und auf den mitgebrachten eigenen Kissen. So wie andere ‚Organisatoren‘ waren wir durch die Situation gezwungen, nach Heilsberg zu fahren, um aus den leeren Gebäuden der ehemaligen Radiostation einige Scheiben zu ergattern und wenigstens eine in jedes Fenster des Hauses einzusetzen; die übrigen Fensteröffnungen vernagelten wir mit Brettern oder verstopften sie mit Kissen. Die Reinigungsaktionen dehnten wir nach und nach auf die Wirtschaftsgebäude und auf den Hof aus. Durch diese Arbeit wurden wir nach und nach auch mit den fremden Winkeln des Hauses vertraut; sie brachten uns dazu, sich mit den

Tatsachen abzufinden, daß es kein Zurück zu der geliebten heimatlichen Wilnaer Gegend geben würde, daß diese Gebiete hier auf immer unser waren, unser auch die Gebäude und das ganze Land.

Bei vielen Bewohnern der ‚wiedergewonnenen Gebiete‘ jedoch hielt die Unsicherheit lange an. Dauernd wurde gesagt, daß die Eigentümer zurückkehren, daß die Deutschen uns den Boden wegnehmen würden<sup>198</sup>.

Der Deutsche Josef Block erinnert sich an seinen Abschied von der ermländischen Heimat, in die der Pole Ryszard Bitowt gekommen war, wie folgt: „Mein Geburtsdatum ist der 19. März 1933. Ich bin Bauernsohn und hatte zwölf Geschwister. Unser Leben verlief wie auf einem kleinen Bauernhof üblich – alle hatten ihre Arbeit, die erledigt werden musste. Es lebten 15 Personen in dieser Gemeinschaft (...).

Der Bauernhof hatte 60 Morgen [15 Hektar]. Vater hat neben der Landwirtschaft, immer wenn er Zeit hatte, Langholz aus dem Wald geholt und zum Sägewerk nach Guttstadt gebracht. Schmolainen war ein Dorf von vielleicht 700 Seelen und fast alle waren katholisch. Ich kannte nur eine einzige Familie, die evangelisch war (...).

Unser Lehrer war Parteimitglied und man konnte ihn gelegentlich in Uniform sehen. Er verlangte von uns den ‚Heil-Hitler-Gruß‘ anstatt des ‚Guten Morgen‘ in der Schule; auch mussten wir so grüßen, wenn wir ihm auf der Straße begegneten. Ich nehme außerdem an, dass unser Bürgermeister und auch der Ortsbauernführer Mitglieder der NSDAP sein mussten – nach außen haben sie aber den braunen Firlefanz nicht mitgemacht. Die beiden waren einfache, gut angesehene Bauern und gläubige Christen. Als in der Reichkristallnacht die jüdischen Synagogen vernichtet wurden, sagte mein Vater: ‚Jetzt hat er sich an der Kirche vergriffen, jetzt hat er verloren!‘. In der Hitlerjugend waren wir nicht. Wohl aber die älteren Jungen und Mädchen aus dem Dorf (...).

Am 4. Februar 1945 kamen die Rotarmisten. Wir haben draußen gespielt und wurden auf einmal beschossen. Wir hörten die Kugeln pfeifen und sind natürlich schnell nach Hause gelaufen. Die drei Männer, die dort waren, darunter mein Vater und Bauer G., dem der Hof gehörte, haben sich im Strohfach versteckt. Nur Kinder und Frauen sind im Haus geblieben. Und dann, auf einmal, polterte es. Die Tür wurde aufgetreten, dann kam ein Gewehrlauf rein, hinterher kam erst der Kopf und fragte ‚Doitsch Soldat iist?‘. Als er sich überzeugt hatte, dass kein deutscher Soldat anwesend war, kamen die Russen herein und nahmen uns als erstes die Uhren ab und andere Wertgegenstände. Als nächstes wurden Alkoholika gesucht (...).

---

198 R. Bitowt, *Neuanfang in Ostpreußen*, in: *Vertreibung aus dem Osten. Deutsche und Polen erinnern sich*, hrsg. von H.-J. Bömelburg, Stößinger, Traba, Olsztyn 2000, S. 354-363.

Als die Russen das erste Mal auch nachts kamen, haben sie die verschlossene Tür brutal mit Gewehrkolben zertrümmert und sich so Zutritt verschafft. Durch den Lärm sind natürlich alle wach geworden und die kleinen Kinder haben geweint. Seit diesem Ereignis verschlossen die Frauen die Tür nicht mehr. Frau Lingnau ist einmal von zwölf Russen hintereinander vergewaltigt worden. Ein andermal erlebte ich das fast hautnah. Ein Russe kam und hat mit der Taschenlampe nach den Frauen geleuchtet. Dann entschied er sich für Frau Wiezorreck, die direkt neben Helga lag. Er legte die Lampe zur Seite und zog sich die Jacke aus. In diesem Moment hat sich Helga schnell über mich gerollt, um von dem Russen und ihrer Mutter wegzukommen. Sie hatte Angst, dass der Russe sich auch an ihr vergreifen würde.

Sie hatten überhaupt keine Skrupel! Ob wir Kinder das mitbekamen oder nicht, interessierte die Russen herzlich wenig. Die nächtlichen Besuche hörten lange nicht auf, auch später, nach unserer Rückkehr nach Schmolainen nicht. Sie kamen oft abends, Mutter musste ihnen dann Essen bereiten und ist nachher vergewaltigt worden. Wir lagen im Bett und schliefen. Einmal wurde sie direkt neben meinem Bett von zwei Russen vergewaltigt. Alle anderen schliefen, aber ich war wach. Wir haben uns in solchen Situationen immer still verhalten, denn wir wussten ja, was passiert, wenn wir uns da irgendwie bemerkbar gemacht hätten. Die Gegenwehr bei den Frauen und Müttern war gebrochen, denn sie mussten für uns Kinder da sein, und so haben sie es über sich ergehen lassen (...).

Das Korn war im Juli/August reif, und wir mussten es für die Russen abernten. Wir arbeiteten täglich 12 bis 14 Stunden. Unseren Anteil an der Ernte mussten wir uns regelrecht stehlen, denn freiwillig haben unsere Besatzer uns nichts gegeben. Das Korn brauchten wir dringend, um für den nächsten Winter zu planen. Die Russen haben in dieser Zeit auch große Herden von Rindern durch unser Dorf getrieben und zweimal Station gemacht. Die Euter der armen Tiere waren so prallvoll, dass sie vor Schmerzen gebrüllt haben. Alles, was an Menschen noch im Dorf lebte, wurde von den Russen zusammengetrieben, um die Kühe zu melken. Die Milch haben sie dann in einer Zentrifuge entrahmt und sofort Butter hergestellt, die sie auch mitgenommen haben. Uns blieb aber die restliche Magermilch und wir konnten davon nehmen, soviel wir wollten (...).

Die ersten Polen, die zu uns kamen, das waren Kolonnen von Frauen und Männern, die nur auf Raub aus waren – keine Siedler, die sich später im Dorf niederlassen wollten. Solange noch Russen im Dorf waren, hatten wir, so paradox es auch klingt, Schutz vor den raubenden Polen. Denn wenn Polen uns heimsuchen wollten, lief eines von uns Kindern schnell zur russischen Kommandantur und bat um Hilfe. Die Russen gingen äußerst brutal mit den Polen um, Schläge mit den Gewehrkolben konnten wir öfters beobachten.

Dann zog der Russe mehr und mehr ab, und es kamen die ersten polnischen Bauern zu uns. Aber dieses organisierte Massenrauben ging immer noch weiter. Der polnische Bürgermeister war zu diesem Zeitpunkt auch schon im Dorf – er war im Grunde genommen ein ganz toller Mann, wir haben ihn eigentlich etwas verehrt. Oft holten wir ihn zu unserem Schutz vor seinen eigenen Landsleuten. Er hat versucht, uns zu beschützen, aber oft genug kam er zu spät oder konnte gegen die Überzahl nichts ausrichten. Erst als der polnische Bauer unser Haus beschlagnahmte, verschwanden die räubernden Horden. Zu den Polen, die bei uns im Dorf waren und stetig dazukamen, war das Verhältnis sehr schlecht. Sie stammten meistens aus Zentralpolen und hassten die Deutschen. Einen Kilometer weiter, auf dem Gut Schmolainen, waren ausnahmslos Ostpolen angesiedelt, und mit ihnen waren wir regelrecht befreundet. Sie haben uns auch beigestanden, wenn wir Krach mit der polnischen Jugend aus unserem Dorf hatten.

Die ersten polnischen Siedler kamen Ende 1945. Sie haben die Liegenschaften, die sie in Besitz nehmen wollten, gekennzeichnet. Wir waren nicht zu Hause, als das geschah. Als wir dann nach Hause kamen, war ein rot-weißes Fähnchen an der Haustür angenagelt. Wir wussten erst gar nicht, was dies bedeuten sollte. Einige Wochen später kam ein Pole zu uns ins Haus. Es war alles schön und gut, wir haben uns unterhalten, er konnte auch etwas gebrochen Deutsch und sagte, er würde jetzt auf diesem Hof einziehen, wir werden zusammen arbeiten, es wird uns allen gut gehen. Und wir empfanden es eigentlich als gar nicht so schlecht. Ein paar Tage später zog er mit seiner Familie bei uns ein. Sie hatten fünf oder sechs Kinder, wobei die Jüngsten in unserem Alter, also ca. zwölf Jahre alt waren. Er hat dann unten gewohnt, und wir sind nach oben gezogen. Den ersten Zusammenstoß mit uns deutschen Kindern gab es schon nach ein paar Tagen. Meine Mutter und Frau Wiezorreck haben Lothar Porschatek und seinen Bruder Gerd in unsere Gemeinschaft aufgenommen, nachdem die Russen ihre Mutter verschleppt hatten. Lothar streichelte den im Hof angebundenen Hund des polnischen Bauern, was einem hinzukommendem Sohn des Bauern nicht gefiel. Er versuchte, den Hund auf Lothar zu hetzen. Doch das Tier gehorchte ihm nicht und wollte lieber weiter gestreichelt werden. Darüber wurde der polnische Junge so zornig, dass er mit den Fäusten auf Lothar zuing. Gott sei Dank war Frau Wiezorreck in der Nähe und konnte schlichtend eingreifen.

Es kam immer wieder zu Spannungen und letztendlich hat der Pole uns nach kurzer Zeit, im Frühjahr 1946, aus unserem Haus gejagt. Wir mussten unser Heim verlassen und umziehen (...).

Mitte Juni 1947 kam der Befehl der Ausweisung. Der Bürgermeister sagte uns, dass wir zum Transport nach Heilsberg gebracht würden. Zum damaligen Zeitpunkt gab es nur noch 16 Deutsche im Dorf – das war unsere Familie, die Wiezorrecks und noch eine Frau mit ihrer Tochter – dazu noch einige Familien

auf dem Gut. Frau Wiezorreck und die Familie Olszewski vom Gut mussten wegen ihrer polnisch klingenden Namen dableiben.

Auf Anordnung des Bürgermeisters sollten die Kinder und das Gepäck auf zwei Pferdewagen zu diesem Transport gebracht werden. Die Erwachsenen sollten die Strecke von ca. 18 Kilometern zu Fuß gehen. Die gesamte polnische Bevölkerung stand um uns herum. Wir haben unser Gepäck aufgeladen, die kleinen Kinder saßen dann oben darauf, die größeren Kinder standen unten neben den Wagen. Als die Wagen anfuhr – ich kann es nicht anders ausdrücken, wie ich das damals empfunden habe – stürzten sie sich wie die Geier auf unser verbliebenen Habseligkeiten, die wir auf den Wagen hatten. Die Polen nahmen sie uns weg, so dass wir nur ein wenig mehr mitnehmen konnten als das, was wir auf dem Leibe trugen. Sie haben uns die Gegenstände einfach entrissen. Wir Kinder konnten sie auch gar nicht festhalten, denn das waren ja alles erwachsene Männer, die das soeben Gestohlene nach hinten zu ihren Angehörigen reichten um schnell nach dem Nächsten zu greifen! Das war der letzte Eindruck, den wir von Schmolainen hatten.

In Heilsberg wurden alle vertriebenen Deutschen in Viehwaggons verladen – die wurden ziemlich eng belegt – und nachdem man die Türen von außen verriegelt hatte, ging es irgendwann los. Wir kamen nur sehr langsam, etappenweise voran. Wir haben manchmal stundenlang auf Bahnhöfen gestanden, bis wieder mal eine Strecke frei wurde. Die Polen verpflegten uns nur ein einziges Mal und dies sehr schlecht. Es gab nicht genug Gefäße, um den verteilten Eintopf zu essen. Die Frau, die das Essen verteilte, war sehr nett. Sie setzte auch gegen den Willen der Posten durch, dass die deutschen Frauen einige Eimer Wasser zum Waschen bekamen. Wir hatten überhaupt nichts, wir waren total darauf angewiesen, was wir bekamen. Es gab auch keine sanitären Einrichtungen. So ging das bis zur Grenze. Dann wurde unser Zug nach Dresden hingeleitet. Die Fahrt endete nach drei Nächten und zwei Tagen schließlich in Pirna bei Dresden<sup>199</sup>.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lebten in Ermland und Masuren hauptsächlich vier Bevölkerungsgruppen:

1. Einwohner des früheren Ostpreußen: Deutsche (1945: 131 000 Personen, 1946: 97 000, 1947: 11 000, 1948: 5 800), Masuren (1950: 80 000) und Ermländer (1950: 40 000) sowie eine kleine Gruppe von Nachfahren der russi-

---

199 <http://www.jugendzeit-ostpreussen.de/pl/smolajny.html> (13.04.2007). Diese Erinnerung stellte Cezary Bazydło im Jahr 2006 ins Internet. Das Projekt bezweckt „Erinnerungen von Menschen aus möglichst unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen zusammenzutragen. Sie sollen ein lebendiges und mannigfaltiges Panorama des Lebens vor 1945 ergeben, aber auch über das Schicksal der ostpreußischen Jugend in den ersten Nachkriegsjahren informieren. Denn jeder dieser jungen Menschen musste sich in einem neuen Umfeld zurechtfinden, ganz gleich ob es die fremd gewordene Heimat oder eine der deutschen Besatzungszonen war.“

- schen altgläubigen Siedler, auch Philipponen genannt. Diese Bevölkerungsgruppe machte im Jahr 1950 18,5 % aller Bewohner der damaligen Woiwodschaft Olsztyn aus;
2. Umsiedler (Siedler) hauptsächlich aus Zentralpolen: Einwohner der Woiwodschaft Warschau – in der Mehrheit die kurpische Bevölkerung aus der Gegend von Przasnysz, Maków, Ostrołęka (1950 ca. 200 000 Personen, d.h. 29,5 % der Gesamtbevölkerungszahl der Woiwodschaft Olsztyn) sowie aus den Woiwodschaften Białystok und Lublin (je 9,6 %) und anderen Woiwodschaften. Diese Gruppe stellte im Jahr 1950 insgesamt ca. 46 % der Gesamtbevölkerung der Woiwodschaft Olsztyn;
  3. Aussiedler aus den östlichen Grenzlanden der Zweiten Polnischen Republik (Repatriierte oder „Zabużanie“, d. h. von jenseits des Flusses Bug Stammende, genannt), vornehmlich aus der Region Wilna und aus Wolhynien (1950: 143 000, d.h. etwa 26 % der Gesamtbevölkerung der Woiwodschaft Olsztyn);
  4. Ukrainer, die 1947 im Rahmen der Aktion „Weichsel“ zwangsweise umgesiedelt wurden (1948 knapp 55 000, mithin ca. 7,5 % der Gesamtbevölkerungszahl), sowie wenige Vertreter anderer polnischer Bevölkerungsgruppen (Rückwanderer aus Westeuropa und anderen Staaten: ca. 3 000 Personen) sowie nationaler und ethnischer Minderheiten – Weißrussen, Litauer, Roma (Zigeuner), Russen und Juden –, die 1950 knapp 2 % aller Einwohner der Woiwodschaft Olsztyn stellten.<sup>200</sup>

Bei der Berührung der einzelnen Bevölkerungsgruppen kam es zum Zusammenprall der Kulturen, zu zahlreichen Antagonismen und Konflikten. Im Laufe der Zeit schritten die Desintegration und der Zerfall der einen Gruppen voran (Deutsche, Masuren, Ermländer), bei den übrigen vollzog sich eine langsame Stabilisierung, soziale Anpassung und Integration von unterschiedlicher Dynamik.

Die Bevölkerung des Ermlands und Masurens nach 1945 brachte, da sie aus verschiedenen Regionen stammte, je eigene kulturelle und zivilisatorische Erfahrungen mit, ein unterschiedliches Nationalbewusstsein und vielerlei Konfessionen. Verschieden waren auch ihre Beweggründe, hierher zu kommen.

Die erste Zeit der Herausbildung neuer sozialer Bande kennzeichnete sich vor allem durch Antagonismen zwischen einzelnen nationalen und regionalen Gruppen, die häufig nicht nur zu einer zeitweiligen Abschottung gegenüber anderen und zur Selbstisolation führten, sondern auch zur Entstehung neuer Vorurteile und negativer Klischees. Wegen der unterschiedlichen Zahlenstärke und der geographischen Verteilung einzelner regionaler Gruppen innerhalb des Ermlands und

---

200 L. Kosiński, *Pochodzenie terytorialne ludności Ziemi Zachodnich w 1950. Dokumentacja geograficzna*, H. 2, Warszawa 1960; A. Sakson, *Warmia i Mazury po 1945 roku – nowa tożsamość czy dezintegracja*, in: *Borussia* 1992, Nr. 3-4, S. 45.

Masurens verliefen diese Prozesse auf heterogene und oft unterschiedliche Weise. Sie waren abhängig von den spezifischen Merkmalen der jeweiligen lokalen Gesellschaft (Prinzip der Dominanz, des Gleichgewichts oder der Unterordnung einzelner Gruppen), und dies sowohl in den Städten als auch auf dem Lande.

Den gesamten Einwohnern dieser nordöstlichen Region Polens, und zwar sowohl jenen, die von der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung verschont blieben (in den Jahren 1946-1950 wurden ca. 72 000 Personen planmäßig ausgesiedelt), als auch den Hinzugezogenen, war klar, dass das Leben hier ganz neu aufgebaut werden musste, und das unter extrem schweren Bedingungen. Zu diesen Bedingungen trugen nach Ansicht von Bożena Domagała mindestens drei Phänomene bzw. Prozesse bei, die das Spezifische dieser Gebiete bestimmten. Lange bildeten sie eine Bedrohung für das menschliche Grundbedürfnis nach einem materiell und ideell würdigen Leben, ausgehend von dem einfachen Verlangen nach Sicherheit, Stabilisierung und Verstehen der Umwelt.

Der erste dieser Prozesse lässt sich in aller Kürze bezeichnen als die gewaltsame Vernichtung der zivilisatorischen Errungenschaften der hier vor 1945 Lebenden. Sie ging nicht mit dem Durchzug der Front zu Ende, sondern nahm die Gestalt einer mehr oder weniger organisierten Plünderung an. Der zweite Prozess betraf die wirtschaftlichen, kulturellen und psychologischen Konsequenzen der 1945 eingeleiteten und bis zum Ende des Jahrzehnts andauernden Völkerwanderung. Diese Konsequenzen lassen sich in aller Kürze als Zusammenprall der Kulturen bezeichnen. Der dritte Prozess hängt mit dem Aufbau der Grundlagen für die neue Ordnung in diesen Gebieten und der damit einhergehenden politischen Revolution zusammen. Im Ermland und Masuren vollzog sich diese Revolution deswegen besonders zerstörerisch, weil sich die gesplante Gesellschaft gegen behördliche Maßnahmen nur schwach zur Wehr setzte und die Qualität der politischen Eliten zu wünschen übrig ließ. Die Überlagerung dieser drei Prozesse und ihrer Folgen schufen das Syndrom einer Gesellschaft im Zustand mehrdimensionaler Deprivation<sup>201</sup>.

Die gesellschaftlichen Prozesse in den West- und Nordgebieten Polens, darunter auch im Ermland und Masuren charakterisierend, schrieb der hervorragende Soziologe Jan Szczepański, die dort sich herausbildenden lokalen Gesellschaften „waren hervorgegangen aus der polnischen Gesellschaft und widerspiegelten deren Fähigkeiten zur Lösung neuer Aufgaben, die außerordentlichen und in der traditionellen Lebensweise unbekanntem Situationen entsprangen. Daher meine ich, dass die Besiedlung dieser Gebiete ein Test für die Wertigkeit der polnischen Gesellschaft war“<sup>202</sup>.

---

201 B. Domagała, *Warmia i Mazury – dezintegracja i tożsamość po 1945 roku*, „Borussia“ 1992, Nr. 3-4, S. 54, 55.

202 J. Szczepański, *Przedmowa do: A. Sakson, Mazurzy – społeczność pogranicza*, Poznań 1990, S. XIV.

### 3.4.1. Deutsche – die Aussiedlungen

Ostpreußen, dieses „unbekannte deutsche Sibirien“, ein Land, in dem sich „Wolf und Fuchs gute Nacht sagen“, wurde 1945 für viele gewissermaßen zur verfluchten Erde. Lawinenartig häuften sich hier Leiden – einzelner, ganzer Gemeinschaften und nationaler Gruppen. Kulturen verschwanden, Menschen gingen fort. Lange Zeit blieben die Einwohner des Landes einander fremd.

Evakuierung und Flucht der deutschen Bevölkerung gegen Ende des Zweiten Weltkriegs und ihre Deportation in die Sowjetunion leiteten große Migrationsbewegungen im heutigen Gebiet des Ermlands und Masurens ein. Zugleich begann mit ihnen das Abfließen des deutschen Elements aus dieser Region. Die wenigen Deutschen<sup>203</sup>, die noch hier geblieben waren, wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und Richtung Westen, d.h. in die alliierten Besatzungszonen, zu gehen. Zu Anfang, als noch während des Kriegs die Grundsätze der polnischen Politik gegenüber den Deutschen erste Gestalt annahmen, überwogen Vorschläge zu radikalen und repressiven Lösungen. Derlei Motivationen, die in konkreten Plänen mündeten, waren nicht nur in Polen allgemein verbreitet, sondern auch in vielen anderen Ländern. Sie manifestierten sich besonders stark in der Schlussphase des Krieges und in den ersten Friedenstagen. Die Ungeheuerlichkeit der deutschen Verbrechen veranlasste zum Beispiel die kanadische Besatzungsarmee dazu, an der niederländisch-deutschen Grenze Schilder mit der Aufschrift „You are entering to Germany – end of the civilized world“ aufzustellen. Unter den Entwürfen zum Schicksal Nachkriegsdeutschlands war der Plan des US-Finanzministers Henry Morgenthau, die Deutschen aus Europa auszusiedeln.

Der Abfluss der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen erfolgte in mehreren Wellen. Die erste erfasste hunderttausende Menschen, die sich vor der nahen Front in Sicherheit brachten oder flohen (Jahreswende 1944/1945).

Nur einem Teil der Flüchtlinge gelang es, vor dem Einmarsch der Sowjettruppen die Gebiete westlich der Oder und der Elbe zu erreichen. Die meisten wurden von der Front überrollt. Von dieser Gruppe kehrten die einen gemäß den Anweisungen der Roten Armee heim, andere wiederum versuchten, trotz allem nach jenseits der Oder zu gelangen. Manche brachten den Winter dort zu, wo die Front sie eingeholt hatte, und kehrten erst im Frühling an ihre Wohnorte zurück. Auch die Rückkehr von jenseits der Oder kam vor. Ein großer Teil der deutschen, aber auch der masurischen und ermländischen Bevölkerung geriet zusammen mit

---

203 Im „Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht“ wurde von deutschen Chronisten festgehalten: „Manche Provinzen waren fast völlig entvölkert; in Ostpreußen beispielsweise sind kaum 7 Prozent der Bevölkerung im Vergleich zum Stand vor der Offensive der Sowjets geblieben“, Zit. nach: K. Skubiszewski, *Wysiedlanie Niemców po II wojnie światowej*, Warszawa 1968, S. 93.

den deutschen Truppen in die „Kessel“ der Roten Armee. Einer davon umfasste den Nordwesten des Ermlands und Masurens.

Die zweite Auswanderungswelle aus Ostpreußen begann nach dem Frontdurchzug und hing zusammen mit den Deportationen in die UdSSR und den so genannten „wilden“ Vertreibungen und „freiwilligen“ Aussiedlungen, die vom Frühling bis Spätsommer 1945, d.h. bis zur Potsdamer Konferenz, anhielten. Hauptursache dieser Wanderung waren jedoch die schwierigen Verhältnissen, unter denen die Einwohner hier zu leiden hatten (Hunger, Elend, Gewalt und Raub, fehlende Sicherheit usw.). Manche verließen ihre Behausungen, da sie wortwörtlich von der eintreffenden polnischen Bevölkerung vertrieben wurden. Dies kam besonders im früheren deutsch-polnischen Grenzgebiet vor, wo sowohl Masuren als auch Deutsche wohnten.

Damals fehlte es noch an einer ausgefeilten und konsequent umgesetzten Politik der polnischen Behörden gegenüber den dagebliebenen Deutschen. Sie entwickelte sich allmählich, während sich die Front nach Westen verlagerte, und nach dem Kriegsende.

Eine der ersten rechtlichen Regelungen war diesbezüglich das am 2. März 1945 ergangene Dekret über das aufgegebene und zurückgelassene deutsche Eigentum<sup>204</sup>. Darin wurde festgehalten, dass das während der Flucht vor der Roten Armee aufgegebene Eigentum des Dritten Reiches automatisch an den polnischen Staat falle. Zur Kategorie der „aufgegebenen Güter“ rechnete man auch Immobilien der deutschen Bevölkerung, die beim Einmarsch der Russen in ihren Häusern geblieben war. Diese Angelegenheiten wurden auch im Gesetz über das aufgegebene und zurückgelassene Eigentum vom 6. Mai 1945 präzisiert.<sup>205</sup>

Der die polnische Gesetzgebung in den West- und Nordgebieten einführende Erlass über die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete<sup>206</sup> erging am 13. November 1945, obwohl er in der Praxis schon früher Geltung hatte (durch Entscheidungen örtlicher Verwaltungsbehörden). Aufgrund seiner Vorschriften erging am 8. März 1946 ein Dekret über das verlassene und ehemals deutsche Eigentum<sup>207</sup>, wonach jegliches Vermögen in den Besitz des polnischen Staates überging.

Entsprechend eher, nämlich bereits am 28. Februar 1945, wurde eine Sammlung von Dekreten über Schutzvorkehrungen gegen Volksverräter und über die Eliminierung „fremder Elemente“ aus dem Volk bekanntgegeben. Dieser Begriff

---

204 Dz.U. RP 1945, Nr. 9, Pos. 45.

205 Dz.U. RP 1945, Nr. 17, Pos. 97.

206 Dz.U. RP 1945, Nr. 51, Pos. 295.

207 Dz.U. RP 1946, Nr. 13, Pos. 87. Diese Problematik wird von G. Janusz in der Arbeit *Status ludności niemieckiej w Polsce w latach 1944-1950. Analiza i wybór aktów normatywnych*, Lublin 2005, genau analysiert.

wurde durch die Ergänzungsvorschrift vom 13. September 1945 präzisiert, die diese „fremden Elemente“ als Personen deutscher Nationalität definierte.

Als Volksverräter galten polnische Staatsbürger, die während der deutschen Besatzung entweder ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk oder ihre deutsche Abstammung erklärt hatten, oder die aus dieser Erklärungen erwachsenen Rechte und Privilegien genossen hatten (z.B. durch die Aufnahme in die „Deutsche Volksliste“)<sup>208</sup>.

Die politische Entscheidung über die notwendige Aussiedlung der Deutschen wurde am 26. Mai 1945 im Plenum des ZK der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) getroffen; es wurde angekündigt: „Im Laufe dieses Jahres müssen wir die Deutschen gänzlich aus den Wiedergewonnenen Gebieten beseitigen und dort 3,5 Millionen Polen ansiedeln, davon 2,5 Millionen zur Erntezeit“<sup>209</sup>.

Im Juni 1945 arbeitete das Büro für die Westgebiete im Ministerium für öffentliche Verwaltung eine Denkschrift über die Rechtslage der Deutschen aus. In Anlehnung an die deutsche Gesetzgebung im besetzten Polen schlugen die Autoren vor, spezielle Kennzeichen für die Deutschen einzuführen, das Verlassen des Wohnsitzes sowie den Wechsel des Wohnsitzes oder der Arbeitsstelle zu verbieten, Deutsche mit speziellen Personalausweisen und Arbeitsbüchern auszustatten und sie von der Sozialgesetzgebung auszuschließen<sup>210</sup>.

Ein Großteil dieser Forderungen wurde von den Lokalbehörden im Ermland und in Masuren umgesetzt. So erließen beispielsweise die Behörden in Biskupiec (Bischofsburg) eine anschließend durchgeführte Verordnung, die „der deutschen Bevölkerung die Pflicht auferlegte, einen schwarzen Buchstaben ‚N‘ auf der linken Brust zu tragen“<sup>211</sup>. Ähnlich war die Lage in Elk und Olsztyn, wo der Stadtpräsident am 2. Juni 1945 anordnete, die deutsche Bevölkerung im Alter von über 10 Jahren müsse eine weiße Armbinde mit einem großen schwarzen Buchstaben

208 Vgl. S. Banasiak, *Przesiedlenie Niemców z Polski w latach 1945-1950*, Łódź 1968.

209 Zit. nach H. Szczegółą, *Przedpoczdamskie wysiedlenie Niemców z Polski (czerwiec-lipiec 1945)*, in: *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945 i jej powojenne losy*, pod red. W. Jastrzębskiego, Bydgoszcz 1995, S. 46. Vgl. auch Z. Romanow, *Ludność niemiecka na Ziemiach Zachodnich i Północnych w latach 1945-1947*, Słupsk 1992, S. 44 f.

210 Z. Romanow, *Polityka władz polskich wobec ludności niemieckiej na Pomorzu Zachodnim w latach 1945-1958*, in: *Pomorze – trudna ojczyzna? Kształtowanie się nowej tożsamości 1945-1995*, pod red. A. Saksona, Poznań 1971, S. 208 f.

211 Archiwum Państwowe w Olsztynie, Urząd Pełnomocnika Rządu na Okręg Mazurski [Staatsarchiv Olsztyn, Amt des Regierungsbeauftragten für den Bezirk Masuren], Az. 43, Lagebericht des Landrats von Reszel, Stanisław Watras, für den Monat August an die Organisationsabteilung des Amtes des Regierungsbeauftragten in Olsztyn (Biskupiec, 5. September 1945), S. 40.

„N“ am linken Arm tragen. Diese Anordnung wurde wegen des Einspruchs der übergeordneten Behörden nicht rechtskräftig<sup>212</sup>.

In einigen Städten, zum Beispiel in Mrągowo und Olsztyn<sup>213</sup>, wurden ganze Straßenzüge (Quartiere) für Deutsche abgegrenzt (in der Art eines Ghettos). Es wurde eine Polizeistunde eingeführt. Die Deutschen wurden im Allgemeinen verpflichtet, öffentliche Arbeiten zu verrichten. Dies verstärkte häufig das Gefühl der Resignation und der Apathie und zugleich den Willen, nach jenseits der Oder auszureisen.

Die Deutschen waren jene Gruppe, die nach 1945 infolge des sich vollziehenden Wandels einen hohen Preis bezahlt hat. Bis dahin genoss sie eine dominante Stellung, auch gegenüber den Ermländern und Masuren. Die juristisch fixierte Überlegenheit der Deutschen schlug sich in jedem Lebensbereich nieder. Auf der sozialen Leiter waren sie ganz oben. Damit verband sich die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit aufs engste. Die Deutschen behandelten nicht nur die in Ostpreußen lebenden Litauer, Russen oder Polen mit Hochmut, sondern nahmen vor allem die Polen, die in den Grenzen der Zweiten Republik oder später unter der Nazi-Besatzung lebten, negativ wahr.

Die Niederlage des Dritten Reiches, der Einmarsch der Sowjettruppen und der Anschluss Ostpreußens an die UdSSR und Polen bedeuteten für die deutschen Bewohner dieser Provinz eine wahre Katastrophe, einen völligen Zusammenbruch der bisherigen Ordnung. Die allgegenwärtige Stimmung der Niedergeschlagenheit wurde verstärkt durch die Überzeugung von der unvermeidlichen Notwendigkeit, diese Region verlassen zu müssen. Evakuierung, Flucht vor der heranrückenden Front, Vertreibungen sowie Zwangsaussiedlungen bestimmten die Art und Weise, wie die neu eintreffende Bevölkerung wahrgenommen wurde.

Unter der im Ermland und in Masuren zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung waren vielfältige Verhaltensmuster zu beobachten: von dem völligen psychischen Zusammenbruch, der sich in Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit manifestierte (bei Personen, die ihren gesamten Besitz, ihre Nächsten verloren, die der sowjetischen oder polnischen Gewalt zu Opfer fielen oder vergewaltigt wurden), über Unterwürfigkeit und Servilität besonders bei Frauen, zumal gegen-

---

212 Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ministerstwo Administracji Publicznej [Archiv für Neue Akten Warschau. Ministerium für öffentliche Verwaltung], Az. 2471, Denkschrift des Büros für die Westgebiete im Ministerium für öffentliche Verwaltung vom Juni 1945 über die Rechtslage der Deutschen in der Republik Polen. Die Forderung, die Deutschen mit einem Symbol zu kennzeichnen, wurde mit keiner Entscheidung der Zentralregierung geregelt. Das Ministerium für öffentliche Verwaltung untersagte im November 1945 solche Praktiken. Vgl. Z. Romanow, *Polityka władz polskich...*, S. 209.

213 Vgl. Tomkiewicz, *Życie codzienne mieszkańców powojennego Olsztyna 1945-1956*, Olsztyn 2003, S. 20-28.

über Russen und Vertretern polnischer Behörden<sup>214</sup>, bis hin zur Überheblichkeit (insbesondere, nachdem der durch Terror und Schikanen verursachte Schock verfliegen war).

In der Anfangszeit, nachdem die polnische Verwaltung die Macht übernommen hatte, wurde die deutsche Bevölkerung aus den Städten auf dem Land zu Feldarbeiten eingesetzt (zum Beispiel in Działdowo). In der zweiten Jahreshälfte 1945 wurde mit der so genannten freiwilligen Aussiedlung der Deutschen in die Besatzungszonen Deutschlands aufgrund individueller Passierscheine begonnen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Aktion zwischen August und Oktober 1945.<sup>215</sup> Im Gegensatz zu den „wilden“ Vertreibungen, die mehr oder weniger spontan durch Polen aus dem ehemaligen Grenzgebiet vollzogen wurden, fand diese Aktion in Form von organisierten Maßnahmen auf Initiative und unter Kontrolle der Behörden der Woiwodschafts- und Kreisebene statt: Sie sollte die vollendeten Tatsachen (Anschluss des südlichen Ostpreußens an Polen) sanktionieren. Man ging davon aus, dass nach dem Ende der „freiwilligen“ Ausreisen die „eigentlichen“ organisierten Zwangsaussiedlungen beginnen würden.

Trotz dieser strengen Anweisungen war die Zahl der Deutschen, die vor Beginn der planmäßigen Aussiedlungen „nach Potsdam“ das Ermland und Masurien verlassen hatten, nicht allzu groß. Laut verschiedenen Schätzungen betrug sie 25 000-98 000 Personen, wobei diese Zahl alle Deutschen umfasst, die den Bezirk vom Kriegsende bis zum Beginn der planmäßigen Aussiedlungen im Februar 1946 verließen.<sup>216</sup>

Die Verteilung der deutschen Bevölkerung über das Gebiet des Bezirks Masurien war in vielerlei Hinsicht sehr ungleichmäßig. Im Vergleich zum Vorkriegs-

214 Dies kann mit der Aussage einer Wilnaerin veranschaulicht werden, die sich nach 1945 in Masurien niederließ: „Deutsche Frauen machten so einen seltsamen Eindruck auf mich. Sie waren so demütig, man brauchte nur mit dem Fuß zu stampfen. Sie waren eigentlich geneigt, sich jedem Wunsch zu unterwerfen. (...) Zum Beispiel die Männer vom Sicherheitsdienst alle, jeder einzelne, die hatten sie bei sich zu Hause, die führten ihnen den Haushalt. Aber nicht nur das, denn sie dienten einfach zu allen Zwecken. Ja, also das, das war auch sehr peinlich“. Zit. nach: M. Czyżewski, *Repatrianci i wypędzeni: wzajemne uprzedzenia w relacjach biograficznych*, in: *Kultura i Społeczeństwo* 1995, Nr. 4, S. 113.

215 Vgl. W. Gieszczyński, *Udział Państwowego Urzędu Repatriacyjnego w akcji przesiedleńczej ludności niemieckiej z Warmii i Mazur po zakończeniu II wojny światowej*, in: *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945 i jej powojenne losy*, pod red. W. Jastrzębskiego, Bydgoszcz 1995, S. 228.

216 Laut Recherchen von Zenon Romanow schwankten diese Zahlen zwischen 25.000 und 40.000 Vgl. Z. Romanow, *Ludność niemiecka...*, S. 27, 28. Tadeusz Baryła beziffert dagegen die Zahl der ausgesiedelten Deutschen auf 60.713 bis ca. 98.000. Vgl. die Einführung in die Quellensammlung *Warmiacy i Mazurzy w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945*, przygotował do druku T. Baryła, Olsztyn 1994, S. VII.

stand lebte ein sehr viel höherer Prozentsatz der Bevölkerung auf dem Lande als in den Städten. Dazu beigetragen hatte sicherlich die viel geringere Neigung der ländlichen Bevölkerung, selbst in Augenblicken der Bedrohung Haus und Hof zu verlassen, als dies unter den Städtern der Fall war. Ursachen dafür waren unter anderem die Verzögerung von Nachrichten über die geänderte Lage sie mit Verzögerung erreichten (in einem der ostpreußischen Dörfer erfuhren die Bewohner von der deutschen Kapitulation erst nach vier Monaten, d.h. im September 1945), die größere Entfernung von Straßen und Bahnstrecken, eine geringere Furcht vor Versorgungsengpässen, da man über eigene Vorräte verfügte usw. Die dominierende Gruppe unter der deutschen Bevölkerung bildeten Frauen, Alte und Kinder (die meisten Männer waren als Angehörige der deutschen Wehrmacht oder des Volkssturms ums Leben gekommen oder befanden sich außerhalb ihrer jeweiligen Wohnsitze in Gefangenschaft, Jugendliche über 14 Jahren wurden in die Sowjetunion deportiert). Die größten Ballungsräume der deutschen Bevölkerung waren die nördlichen Landkreise Ermlands und Masurens, in denen die Deutschen auch vor 1945 überwogen. Hier stellten sie die absolute Mehrheit und waren eine dominierende Gruppe. Der höchste Anteil dieser Bevölkerung war in den folgenden Landkreisen zu verzeichnen: Bartoszyce (95,6 %), Lidzbark Warmiński (94,1 %), Braniewo (93,7 %) und Gierdawy (89,8 %). Die Verteilung der deutschen Bevölkerung nach einem Zensus vom 14. Februar 1948 (mit zu niedrig angesetzten Zahlen) wird in Tabelle 19 veranschaulicht.

Unter Berücksichtigung einer zwanzigprozentigen Berichtigung zählte die deutsche Bevölkerung im Februar 1946 ca. 134 000 Personen, was 28 % der Gesamtbevölkerung der Woiwodschaft Olsztyn ausmachte<sup>217</sup>. Im Laufe der Zeit ging diese Zahl systematisch zurück. In den nördlichen Kreisen, wo fast nur Deutsche lebten, übten sie notwendigerweise eine Zeit lang die Funktionen der Dorfschulzen und sogar der Gemeindevorsteher aus.

Der Einmarsch sowjetischer und polnischer Truppen im Ermland und Masuren sowie der Anschluss dieser Gebiete an den polnischen Staat markierten auch einen Bruch im bisherigen Verhältnis zwischen Polen und Deutschen. Die deutsche Bevölkerung verlor ihre dominierende, souveräne und herrschende Stellung. Eine Folge davon war die kollektive soziale Degradierung und Egalitarisierung (auf einer äußerst niedrigen Stufe) einer bis dahin vielfältigen Gemeinschaft. Viele Polen waren ob der geradezu außergewöhnlichen Servilität der Deutschen (insbesondere gegenüber Russen) schockiert, was vor allem darauf zurückzuführen war, dass sie an ein ganz anderes Gebaren von Vertretern dieser Nation im besetzten Polen gewöhnt waren. Für Staunen sorgte auch, dass sich deutsche Frauen freiwillig prostituierten, sowohl mit Russen (besonders Offizieren) als auch mit Polen. Eine gewisse Recht-

---

217 Z. Romanow, *Ludność niemiecka...*, S. 29, 73-75

fertigung dieser Verhaltensweisen war die Überzeugung, dass der „eigene“ Russe oder auch der „eigene“ Pole „mich vor vielen anderen schützen“ würde<sup>218</sup>.

Tabelle 19 Verteilung der deutschen Bevölkerung im Bezirk Masuren nach dem Zensus vom 14. Februar 1946

Kreis	Bevölkerungszahl insgesamt	Deutsche	
		Zahl	%
Woiwodschaft Olsztyn	351 828	98 466	28,8
Bartoszyce	10 978	8074	73,5
Braniewo	10 701	6902	64,5
Giżycko	16 674	2426	14,5
Ĺawka (Pruska)	4484	3547	79,1
Kętrzyn	18 520	7367	39,8
Lidzbark Warmiński	22 460	9125	40,6
Moraġ	21 160	5271	24,9
Mraġowo	34 396	21 857	63,5
Nidzica	15 444	1335	8,6
Olsztyn – Stadt	29 053	249	0,9
Olsztyn – Landkreis	29 968	515	1,7
Ostróda	31 394	2991	9,5
Pasłęk	13 366	7171	53,7
Pisz	15 674	4398	28,1
Reszel	23 002	5924	25,8
Susz	16 606	650	3,9
Szczytno	32 681	8991	27,5
Węgorzewo	5267	1673	31,8
Woiwodschaft Białystok (WG)*	36 469	1914	5,2
Elk	21 595	766	3,5
Gołdap	2 592	392	15,1
Olecko	12 282	756	6,2

\* Wiedergewonnene Gebiete

Quelle: Archiv für Neue Akten Warschau, Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete (Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ministerstwo Ziem Odzyskanych), Az. 524; eigene Aufstellung.

218 Ähnliches war auch in anderen Gegenden der Wiedergewonnenen Gebiete anzutreffen. M. Wionczek fasste dieses Problem in der Zeitschrift *Odrodzenie* (1945, Nr. 22) folgendermaßen zusammen: „Es gibt hier so viel kriecherische Demut, so viel Bereitschaft, anderen die Schuhe zu putzen oder selbst die erniedrigendsten Tätigkeiten auszuführen, auf die sog. Imponderabilien zu speien, dass man sich vorkommt, als hätten einen die Läuse befallen“.

Die dritte Phase der Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus dem südlichen Ostpreußen hing mit der Umsetzung von Bestimmungen der Potsdamer Konferenz zusammen. Die auf ihrer Grundlage durchgeführten Aussiedlungen erfolgten als Zwangsmaßnahmen. Zu diesem Zweck wurden entsprechende Einrichtungen geschaffen und ein Apparat der staatlichen und der lokalen Selbstverwaltung aufgebaut. Die Aussiedlungen aus der Woiwodschaft Olsztyn fanden vom August 1946 bis 1950 statt.

Zwangswise ausgesiedelt wurden alle Deutschen, die sich in den neuen Grenzen des polnischen Staates aufhielten. Dabei ließen sich drei Hauptkategorien unterscheiden. Die erste waren die Staatsangehörigen des Dritten Reiches, die sich in den nach dem Krieg an Polen angegliederten Gebieten aufhielten (Reichsdeutsche). Die zweite Kategorie bildeten Deutsche, ehemalige Staatsangehörige der Zweiten Polnischen Republik (Volksdeutsche), die dritte bestand aus den im Zweiten Weltkrieg hier angesiedelten Deutschen aus den baltischen Staaten (Baltendeutsche)<sup>219</sup>.

Aus Ermland und Masuren sollten jene Reichsdeutschen (ungeachtet ihres früheren Wohnsitzes) ausgesiedelt werden, die keiner nationalen Überprüfung (Filtration) unterlagen und nicht als polnischstämmig (oder slawischstämmig wie die Ermländer und Masuren) bzw. als russischstämmig (wie die kleine Gruppe der Altgläubigen im Kreis Sensburg) anerkannt werden konnten, sowie Staatsbürger der zweiten polnischen Republik, die sich auf die Deutsche Volksliste (DVL) hatten setzen lassen. Dies betraf die 1. Gruppe der DVL (Volksdeutsche) sowie Personen, die nicht rehabilitiert wurden (2. Gruppe: Deutschstämmige) oder nicht die Treueerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat unterzeichneten (3. und 4. Gruppe: Eingedeutschte und Rückgedeutschte). Dies war im Kreis Działdowo der Fall, der in den Jahren 1920-1939 zur Republik Polen gehört hatte (zunächst in der Woiwodschaft Pommerellen, ab 1. April 1938 in der Woiwodschaft Warschau).

Zuallererst unterlagen der Aussiedlung Personen, die nicht berufstätig waren oder eine Belastung für den polnischen Staat darstellten (z.B. Beamte, Lehrer und Geistliche). Für das sichere Geleit der Deutschen bis zu den Sammelpunkten

---

219 Vgl. J. Holzer, *Europejska tragedia XX wieku. II wojna światowa*, Warszawa 2005, S. 254-288; J. Czerniakiewicz, M. Czerniakiewicz, *Przesiedlenia ludności w Europie 1915-1959*, Warszawa 2005, S. 26-34; B. Nitschke, *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949*, Zielona Góra 1999; ders., *Wysiedlenie czy wypędzenie? Ludność niemiecka w Polsce w latach 1945-1949*, Toruń 2000; T. Urban, *Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert*, München 2004; ders., *Utracone ojczyzny. Wypędzenie Niemców i Polaków w XX wieku*, Warszawa 2007; L. Olejnik, *Polityka narodowościowa Polski w latach 1944-1960*, Łódź 2003, S. 66-135; *Kompleks wypędzenia*, pod red. W. Borodziej, A. Hajnicza 1998; S. Jankowiak, *Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej w polityce władz polskich w latach 1945-1970*, Warszawa 2005.

waren die Organe der Bürgermiliz (MO) zuständig; die Transporte zu den so genannten Übergabepunkten an der polnisch-deutschen Grenze sollten vom Militär eskortiert werden.

Die meisten Züge mit deutschen Aussiedlern aus Ermland und Masuren wurden größtenteils der Sowjetischen Besatzungszone zugeführt. Diese Transporte erreichten die Übergabepunkte in Kohlfurt in Niederschlesien. Von dort aus wurden sie weiter nach Wehrkirch abgefertigt, wo sie offiziell übernommen wurden. Eine andere Strecke führte über Teuplitz nach Forst<sup>220</sup>.

Bevor der Transport abging, waren im Sammelpunkt die Überprüfungscommissionen (Filtrationskommissionen) tätig<sup>221</sup>, die endgültig über die Volkszugehörigkeit der Auszusiedelnden befanden. Die Transporte hatten unter humanitären Bedingungen stattzufinden und „das Verhältnis zur repatriierten Bevölkerung hat während der Aussiedlung korrekt zu sein und jede Willkür seitens der durchführenden Organe ist augenblicklich streng zu bestrafen“ – so eine Anweisung des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete (MZO) zu den Aussiedlungsaktionen<sup>222</sup>.

Der erste vom Staatlichen Repatriierungsamt (PUR) organisierte Transport mit deutschen Aussiedlern ging am 14. August 1946 aus Olsztyn ab, mit 1 475 so genannten störenden Personen<sup>223</sup>. Der späte Beginn der Aussiedlungen (entgegen den früheren Bestimmungen) resultierte weitgehend aus organisatorischen Schwierigkeiten und der sich hinziehenden nationalen Verifizierung, d. h. der Maßnahmen, die auf eine administrative Trennung (Segregation) der deutschen Bevölkerung von den Ermländern und Masuren abzielten.

Der Aussiedlungsplan beruhte in seinen Grundzügen auf einer Verfügung des Woiwoden von Olsztyn vom 26. Oktober 1946 und legte die Reihenfolge sowie die Organisation der Aussiedlungen fest<sup>224</sup>. Die Bezirksdirektion der Polnischen

---

220 Vgl. W. Gieszczyński, *Udział Państwowego Urzędu...*, S. 234.

221 Diesen Kommissionen gehörten Vertreter des Landrates, der Miliz oder des Sicherheitsdienste und der einheimischen Bevölkerung an. Die organisatorischen Belange im Zusammenhang mit den Aussiedlungen werden von S. Banasiak in seiner Arbeit *Przesiedlenie Niemców z Polski...* detailliert geschildert.

222 W. Gieszczyński, *Udział Państwowego Urzędu...*, S. 230.

223 Archiwum Państwowe w Olsztynie, Urząd Wojewódzki w Olsztynie [Staatsarchiv Olsztyn. Woiwodschaftsamt Olsztyn], Az. 268, Schreiben des Woiwoden von Olsztyn an das Ministerium für Wiedergewonnene Gebiete (MZO) über die Repatriierung der Deutschen, S. 150.

224 Vgl. S. Żyromski, *Przesiedlenia ludności niemieckiej z województwa olsztyńskiego poza granice Polski w latach 1945-1950*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1969, Nr. 3, S. 398; W. Gieszczyński, *Państwowy Urząd Repatriacyjny w osadnictwie na Warmii i Mazurach (1945-1950)*, Olsztyn 1999, S. 51-64; D. Sula, *Działalność przesiedleńczo-repatriacyjna Państwowego Urzędu Repatriacyjnego w latach 1944-1951*, Lublin 2002, S. 82-92.

Staatsbahnen richtete einen Pendelzug ein, der jeden Mittwoch aus den einzelnen Kreisen je 1 750 Personen aufnehmen sollte. Es wurde beschlossen, dass die Aussiedlung in den Kreisen mit dem höchsten Prozentsatz deutscher Bevölkerung beginnen sollte (Bartoszyce, Braniewo, Lidzbark, Gierdawy, Kętrzyn, Pasłęk und Węgorzewo), d.h. nördlich der Linie Węgorzewo-Giżycko-Mrągowo-Olsztyn-Ostróda-Ilawa. Ein besonderes Augenmerk galt auch dem Grenzstreifen zwischen Polen und der UdSSR<sup>225</sup>.

Diese Aktion setzte man fort bis Anfang Januar 1947, als die Transporte angesichts der Todesfälle unter den Aussiedlern wegen des strengen Winters unterbrochen werden mussten. Aus Angaben des Woiwodschaftsamtes Olsztyn ging hervor, dass im Zeitraum von August 1946 bis Januar 1947 20 829 Personen mit vierzehn Transporten ausgesiedelt wurden. Ein Teil der deutschen Bevölkerung wurde zeitweilig von der Aussiedlungsaktion ausgenommen<sup>226</sup>.

Am 28. März 1947 wurde ein neuer Repatriierungsplan ausgearbeitet, und am 20. April gingen neue Transporte aus folgenden Kreisen Richtung Westen ab: Olsztyn, Ilawa und Lidzbark. Vom Beginn der organisierten Aktion bis Ende 1947 wurden 62 000 Personen ausgesiedelt; 1948 folgten weitere 5 300 Personen, womit im Prinzip die planmäßigen Aussiedlungen abgeschlossen waren. Bis Ende 1948 verließen über 67 300 für deutsch Erkannte die Woiwodschaft Olsztyn. Diese Bevölkerung wurde mit 51 Transporten ausgesiedelt, somit zählte jeder Transport durchschnittlich ungefähr 1 320 Personen. Bis Jahresende 1950 reisten noch weitere 4 600 Personen aus der Woiwodschaft Olsztyn aus<sup>227</sup>.

Vom Beginn der organisierten Aussiedlungen bis Ende 1950 verließen Ermeland und Masuren annähernd 72 000 Personen, d.h. fast die gesamte für deutsch befundene Bevölkerung. Tabelle 17 veranschaulicht den Bevölkerungsabfluss aus der Woiwodschaft Olsztyn in den einzelnen Jahren.

Parallel liefen Aussiedlungen aus den drei masurischen Kreisen (Elk, Gołdap und Olecko), die in der Woiwodschaft Białystok lagen<sup>228</sup>.

225 Archiwum Państwowe w Olsztynie, Wojewódzki Oddział PUR [Staatsarchiv Olsztyn. Woiwodschaftsfiliale des Staatlichen Repatriierungsamtes], Az. 27, Detaillierter Repatriierungsplan der Deutschen aus der Woiwodschaft Olsztyn, S. 16.

226 Insgesamt wurden zeitweilig 3 836 Personen reklamiert. Vgl. W. Gieszczyński, *Udział Państwowego Urzędu...*, S. 235. Vgl. auch A. Kostrzewa, *Planowa akcja wysiedlenia Niemców z województwa olsztyńskiego (1946-1948)*, in: *Meritum* Bd. 1, Olsztyn 2009, S. 179-199.

227 S. Żyromski, *Przesiedlenia ludności niemieckiej...*, S. 399, 400; *Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina...*, S. XI-XX; M. Płotek, *Losy sierot narodowości niemieckiej z terenu Warmii i Mazur po zakończeniu II wojny światowej*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2005, Nr. 3, S. 349-362.

228 Vgl. unter anderem G. Sosna, *Sprawy narodowościowe i wyznaniowe na Białostocczyźnie (1944-1948) w ocenie władz Rzeczypospolitej Polskiej. Wybór dokumentów*, Ryboły 1996.

Tabelle 20 Organisierte Aussiedlungen deutscher Bevölkerung aus der Woiwodschaft Olsztyn in den Jahren 1946-1950

Jahr	Personenzahl	% der Umsiedler
1946	16 564	23,0
1947	45 475	63,2
1948	5 301	7,3
1949-1950	4 591	6,5
Insgesamt:	71 931	100,00

Quelle: S. Żyromski, *Przesiedlenia ludności niemieckiej z województwa olsztyńskiego poza granice Polski w latach 1945-1950*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1969, Nr. 3, S. 400.

Eine ähnliche Lage herrschte in den Kreisen Elbląg, Kwidzyn, Malbork und Sztum, die bis 1939 zu Ostpreußen gehört hatten<sup>229</sup>.

1950 wurde das Staatliche Repatriierungsamt aufgelöst, und weitere Ausreisen nach Deutschland erfolgten aufgrund individueller behördlicher Genehmigungen.

Zu einer erneuten Massenausreisewelle der Deutschen sowie der Ermländer und Masuren, die sich für Deutsche hielten, kam es nach 1956 und auch späterhin.

Die Aussiedlungen der deutschen Bevölkerung aus Ermland und Masuren verliefen ähnlich wie aus anderen Gegenden der Wiedergewonnen Gebiete und Zentralpolens<sup>230</sup>. Auch hier kam es zu Fällen von Raub, Willkür, Vergewaltigungen, Gewalttaten und Morden<sup>231</sup>.

Die behördliche Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung, deren materiellen Lebensumstände, ihre Behandlung und der Verlauf der Aussiedlungen unterschieden sich innerhalb Ostpreußens wesentlich, d. h. im Memelland, im Kaliningrader Gebiet, im Ermland oder in Masuren).

Aus der Perspektive dieser Überlegungen ist es aufschlussreich, den Ablauf der Aussiedlungen der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich miteinander zu vergleichen. In all diesen Ländern war das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung von Feindschaft und Hass gekennzeichnet, die mannig-

229 Vgl. M. Hejger, *Polityka narodowościowa władz polskich w województwie gdańskim w latach 1945-1947*, Słupsk 1998, S. 48-120; W. Stankowski, *Niemcy na Pomorzu gdańskim i Kujawach w latach 1944/45-1950. Ucieczka, życie codzienne, wysiedlenia*, Bydgoszcz 2000, S. 138-189; Sudziński, *Losy ludności niemieckiej...*, S. 201-226.

230 Vgl. K. Strykowski, *Położenie osób wpisanych w Wielkopolsce na niemiecką listę narodowościową w latach 1945-1950*, Poznań 2004, dort auch weiterführende Literatur

231 Vgl. H. Hirsch, *Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950*, Berlin 1998; *Vertreibung aus dem Osten. Deutsche und Polen erinnern sich*, hrsg. von H.-J. Bömelburg, Stößinger, Traba, Olsztyn 2000.

faltig historisch bedingt waren. Nicht ohne Bedeutung waren auch territoriale Streitigkeiten um den Grenzverlauf zu Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Den brutalsten Verlauf nahmen die Aussiedlungen der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In den Jahren 1946-1949 wurden ca. 2,5 Millionen Menschen ausgesiedelt. Gerichtsverfahren liefen gegen 132 000 Personen. Verurteilt wurden mehr als 30 000 Deutsche. Dabei ergingen 778 Todesurteile und 741 Urteile auf lebenslängliche Haft. Während der ganzen Aussiedlungsaktion (tschechisch „Odsun“) kamen 20 000 bis 40 000 Deutsche ums Leben<sup>232</sup>. Es kam zu Massensoldaten und Pogromen, etwa bei den Aussiedlungen aus Brünn oder Aussig<sup>233</sup>.

Bis vor kurzem waren die Aussiedlungen der Deutschen aus Frankreich im öffentlichen Diskurs kein Thema. Thomas Serrier sieht die Frage so: „Diese Vertreibungen sind heute gänzlich vergessen. Was war 1918 und 1945 geschehen, und was erklärt danach dieses wirksame Verdrängen?“

Gewiss trat dieses radikale bevölkerungspolitische Instrument nur in ganz bestimmten Krisensituationen auf: am Ende des Ersten Weltkrieges in den Jahren 1918-1920 und erneut am Ausgang des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1944-45. Damals wurden Tausende Deutscher aus den sprachlich und kulturell gemischten deutsch-französischen Grenzregionen Elsass und Lothringen in Richtung Osten ‚jenseits des Rheins verjagt‘, wie es im damaligen Sprachduktus hieß<sup>234</sup>.

Darüber, wer ausgesiedelt werden sollte, befanden nach dem Ersten Weltkrieg, als etwa 112 000 so genannte Altdeutsche ausgesiedelt wurden, wie auch nach 1945 Aussortierungskommissionen (*Commissions de triage*). Die Aussiedlungen wurden von beleidigenden Rufen und Schimpftiraden begleitet. Lastwagen mit Aussiedlern und Marschkolonnen wurden oft mit Steinen beworfen. André Weckman schilderte die Aussiedlungen aus der Ortschaft Ixe folgendermaßen: „Nach der Befreiung kam die Säuberung: hinaus mit den Preußen! (...) Der Schuldirektor, der eine Zettheimerin geheiratet hatte, hätte bleiben dürfen, aber

---

232 Deutsche Autoren setzen diese Zahlen oft zu hoch an. Heimo Schwilk schrieb in seinem Beitrag *Die Vertreibung war lange geplant* (*Die Welt* vom 14.04.2002) unter anderem: „Die Rache der Tschechen nach der Niederlage Deutschlands war fürchterlich. (...) Bei den so genannten ‚wildem Vertreibungen‘ am 5. Mai [1945] in Prag wurden 17 000 Deutsche ermordet, 25 000 Brünnler Flüchtlinge starben auf dem ‚Todesmarsch‘ nach Österreich. Sowjetische Offiziere waren geschockt vom Sadismus der tschechischen Bevölkerung“. Zit. nach: P. M. Majewski, *Precedens sudecki*, in: *Pamięć wypędzonych. Grass, Beneš i środkowoeuropejskie rozrachunki. Antologia tekstów polskich, niemieckich i czeskich*, wybór i oprac. P. Buras, P. M. Majewski, Warszawa 2003, S. 229.

233 Vgl. J. Kozeński, *Dyskusja o powojennych wysiedleniach ludności niemieckiej z Czechosłowacji*, in: *Przegląd Zachodni* 1993, Nr. 3, S. 134-150.

234 T. Serrier, *Vertreiben und vergessen: Die französische Republik und die Aussiedlung der Deutschen aus dem Elsass (1918, 1945)*, in: *Borussia* 2006, Nr. 38, S. 67.

der neue Ixemer Gemeinderat war unbarmherziger als die staatliche Aussortierungskommission und bestimmte: Kein Deutscher mehr in Ixe! Ja, so war es, im ganzen Elsass war es so, alle Deutschen, Halbdeutschen und Deutschgesinnten wurden des Landes verwiesen, unter Schmährufen aus den Dörfern und Städten gejagt, wie Verbrecher über die Rheinbrücke geschasst<sup>235</sup>.

Auffallend am deutschen Diskurs über Aussiedlungen der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg ist, dass er sich im Prinzip auf Vorwürfe und Anklagen gegen Polen und Tschechen beschränkt. Ausgeklammert werden dagegen Frankreich, Russland oder Litauen bzw. andere Staaten, die Verbündete des Dritten Reiches waren.

### 3.4.2. Ermländer und Masuren – die Verifizierung der Volkszugehörigkeit

Stanisław Ossowski, ein hervorragender polnischer Soziologe, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Mitarbeitern in Ermland und Masuren Feldforschungen trieb, notierte unter dem Datum des 18. Mai 1948 seine Eindrücke beim Besuch des masurischen Dorf Zasraje (dt. Anhaltsberg, heute: Łysa Góra) im Kreis Szczytno: „Die ersten Russen kamen über den See. Die waren nicht schlimm. Die danach kamen, waren schlimmer: sie raubten und vergewaltigten. Im Dorf gibt es drei ‚Stalinchen‘<sup>236</sup>. Die Polen waren schlimmer als die Russen. Sie raubten alles aus. Sie kamen mit Fuhrwerken und überfielen nachts, sperrten die Leute in den Keller und räumten ab. Die Leute hatten Angst, es bei der Miliz oder der Armee zu melden, weil Rache von den Angreifern drohte. Die Miliz aus Rańsk (Rheinswein) raubte auch. Der Schulze aus dem Nachbardorf nahm auch an den Übergriffen teil. Am schlimmsten waren aber die polnischen Weiber, die alles aufstöberten, was die Kerle übrigließen. Manche kamen mit Revolvern. (...)“

Alle Einheimischen in Zasraje sind sehr zerlumpt. Moryc sagt, jegliche Kleidung wurde ihnen abgenommen. Das Bett beim stellvertretenden Dorfschulzen hat keinen Bezug. In der Kate nur die einfachsten armseligen Gerätschaften. Kaum ein Vergleich zu Dźwierzuty (Mensguth). Von Leszno (Leschen) oder Rasząg (Raschung) ganz zu schweigen<sup>237</sup>.

235 *Ebenda*, S. 71 f. Vgl. auch: A. Chwieduk, *Alzatzycy. Dylematy tożsamości*, Poznań 2006.

236 So bezeichneten die Einwohner Masurens Kinder, die bei Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten gezeugt wurden.

237 A. Sakson, *Dziennik Stanisława Ossowskiego. Z badań socjologicznych na Warmii i Mazurach w 1948*, in: *Przegląd Zachodni* 1986, Nr. 1, S. 142 f. Im veröffentlichten Tagebuch gab es sechs Eingriffe der Zensur. Alle betrafen Fälle von Vergewaltigung, Raub und Mord, die von den Soldaten der Roten Armee begangen wurden (darunter auch die Ausführungen zu den „Stalinchen“).

Die endgültige Niederlage des Dritten Reiches führte zum Zusammenbruch des bisherigen Wertesystems der gesamten Einwohner Ostpreußens, darunter auch der Ermländer und Masuren. Die neue Wirklichkeit erschien als etwas Bedrohliches und Unbekanntes.

Die lokale Militärverwaltung in Gestalt der sowjetischen Militärkommandanturen stellte die Masuren und Ermländer in der Regel mit den Deutschen gleich und behandelte sie entsprechend. Daher wurden auch viele tausend Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe in Arbeitslagern interniert oder in die UdSSR deportiert.

Die 1945 eingeleiteten Veränderungen bewirkten eine radikale Verschlechterung der materiellen Existenzbedingungen der einheimischen Bevölkerung. Die Kriegshandlungen beendeten die Zeit der Wirtschafts- und Investitionsbelebung im Ermland und Masuren, die der Bevölkerung einen relativ großen Wohlstand beschert hatte. Durch Kriegszerstörungen und Requisitionen sowie durch ihre ungünstige Altersstruktur waren der einheimischen, auf ihren Höfen verbliebenen Bevölkerung Mangel, ja sogar Elend und Hunger nicht fremd geblieben. Kennzeichnend für die damalige Zeit waren Massenepidemien von Infektionskrankheiten. Anfang 1946 litten 80 % der Bevölkerung in Ermland und Masuren an Krätze, vielerorts häuften sich Fälle von Typhus und Läusebefall. Außerdem verbreiteten sich Geschlechtskrankheiten.

Laut Schätzungen vom 31. Juli 1945 waren 30 828 Masuren und Ermländer in Ermland und Masuren geblieben, davon 4 933 in den Städten und 25 895 auf dem Lande<sup>238</sup>.

Durch die aus verschiedenen Richtungen zurückströmende ermländische und masurische Bevölkerung und den Geburtenüberschuss stieg diese Zahl in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre systematisch an. Die Angaben von 1945 beziehen sich wie die späteren amtlichen Statistiken lediglich auf den damaligen Bezirk Masuren und später auf die Woiwodschaft Olsztyn und lassen die drei östlichen Kreise Elk, Goldap und Olecko (EGO), die wie bereits erwähnt der Woiwodschaft Białystok angegliedert wurden, außer Acht. In diesen Statistiken blieb auch der Kreis Działdowo unberücksichtigt, der viele Jahre lang außerhalb der Woiwodschaft Olsztyn lag. Die Zahl der einheimischen Bevölkerung in den einzelnen Kreisen der Woiwodschaft Olsztyn in den Jahren 1946-1947 wird in der Tabelle 21 dargestellt.

---

238 S. Żyromski, *Procesy migracyjne w województwie olsztyńskim w latach 1945-1949*, Olsztyn 1971, S.55, Tab. 7. Laut den anhand von Schätzungen getroffenen Feststellungen des Verfassers waren es am 25. September 1945 34 000 Personen und am 31. Dezember gleichen Jahres 50 870.

Tabelle 21 Die einheimische Bevölkerung in Ermland und Masuren in den einzelnen Kreisen der Woiwodschaft Olsztyn in den Jahren 1946-1957

	Kreis	01.10.1946 gesamt	Zensusdatum								
			01.08.1947		01.09.1948		März 1949		1950	1956/1957	
			Verifizierte	Nichtverifizierte	Verifizierte	Nichtverifizierte	Verifizierte	Nichtverifizierte	insgesamt	insgesamt	% der Kreis- seinswohnerzahl
1.	Bartoszyce	173	492	242	606	–	600	–	955	609	2,7
2.	Braniewo	224	311	180	295	8	364	–	850	750	2,0
3.	Gizycko	5 345	5 126	1 910	9 962	624	6 092	250	5 940	5 395	15,0
4.	Górowo II.	–	463	109	307	12	311	33	641	290	1,9
5.	Ilawa	1 252	–	–	–	–	–	–	–	–	–
6.	Ilawka (Prus.)	270	–	–	–	–	–	–	–	–	–
7.	Kętrzyn	1 698	2 438	1 200	2 087	180	2 307	–	3 017	2 860	6,4
8.	Lidzbark Warm.	1 350	2 364	70	2 073	14	2 103	2	1 651	1 463	3,5
9.	Moraąg	1 844	2 000	788	2 465	245	2 500	153	1 993	1 957	4,4
10.	Mraówo	6 879	11 753	16 830	14 338	6 658	21 747	166	19 739	22 603	59,0
11.	Nidzica	308	2 260	634	2 310	595	2 709	–	3 262	2 643	11,1
12.	Olsztyn – Stadt	–	3 043	–	3 268	13	3 274	19	4 417	3 619	6,6
13.	Olsztyn – Land	22 451	27 012	302	27 993	14	26 727	–	24 004	30 167	73,6
14.	Ostróda	7 190	7 819	1 261	8 349	373	8 755	243	8 412	8 823	15,9
15.	Pasłęk	86	425	425	351	16	365	–	704	435	1,2
16.	Pisz	4 242	2 200	2 182	2 774	963	4 685	–	4 193	3 482	10,7
17.	Biskupiec	–	7 302	1 148	7 940	18	9 168	2	6 548	7 570	21,2
18.	Susz	–	1 482	258	2 032	–	1 809	–	2 173	1 450	2,7
19.	Szczytno	7 213	7 254	7 049	7 965	4 717	12 644	–	12 587	12 000	25,5
20.	Węgorzewo	765	842	442	999	392	1 057	336	1 428	1 414	4,9
	Zwischen- summe:	67 761	84 407	35 029	91 516	15 042	10 6717	1 304	103 122	105 530	
	Gesamt:	67 761	119 436		106 558		108 021		103 122	105 530	

Quelle: Eigene Aufstellung auf der Grundlage von A. Sakson, *Mazury – społeczność pogranicza*, Poznań 1990, S. 70.

Die größten Gruppen masurischer und teilweise deutscher Bevölkerung lebten nach Abschluss der Hauptwanderungsbewegungen laut Stand zum 1. August 1947 in den folgenden Landkreisen: Mrągowo 28 583 Personen (Verifizierte und Nichtverifizierte), Szczytno 14 303, Ostróda 9 080, Giżycko 7 036, Pisz 4 382 und Kętrzyn 3 638. In den übrigen masurischen Kreisen der Woiwodschaft Olsztyn zählte die einheimische Bevölkerung keine 3 000 Personen: Morąg 278, Nidzica 2 834, Pasłęk 850, Susz 1 740 und Węgorzewo 1 282. Die überwiegende Mehrheit der Masuren lebte auf dem Lande. Nach dem Stand zum 1. September 1946 waren ca. 83 % der einheimischen Gesamtbevölkerung der Woiwodschaft Olsztyn Dorfbewohner (zum Beispiel im Landkreis Szczytno 89 %). Größere Konzentrationen der masurischen Bevölkerung waren in folgenden Landkreisen anzutreffen: Mrągowo 2 636 Personen (d.h. 38,2 % aller Landkreisbewohner), Giżycko 1 232 (23,2 %) und Ostróda 1 006 (12,6 %). Im Kreis Nidzica lebten in den Städten (hauptsächlich in Nidzica) 40 % der Masuren dieses Landkreises<sup>239</sup>.

Im Gegensatz zu masurischer Bevölkerung, die über ein größeres Gebiet zerstreut war, stellten die Ermländer geschlossene Gruppen vor allem im Landkreis Olsztyn mit 27 314 Personen (Stand zum 1. August 1947) sowie Biskupiec mit 8 450 Personen. Im Jahr 1947 lebten in Olsztyn 3 043 Vertreter der einheimischen Bevölkerung. Nach Angaben aus diesem Jahr machten die Masuren, die in den Landkreisen Giżycko, Mrągowo, Ostróda, Pisz und Szczytno lebten, nicht weniger als 78,7 % (d.h. 53 316 Personen) der Gesamtbevölkerung dieser Region aus (davon 83 % auf dem Lande).

1950 stellten die Einheimischen in der Woiwodschaft Olsztyn 18,5 % der Gesamtbevölkerung. Im Landkreis Mrągowo betrug der Anteil der masurischen Bevölkerung 52,9 % aller Einwohner, in den Kreisen Szczytno 28,7 %, Ostróda 16,3 %, Giżycko 17,6 %, Pisz 15,4 % und Nidzica 14,6 %. Die meisten Ermländer wohnten im Kreis Olsztyn (62,1 %), Biskupiec (20,2 %) und Lidzbark (4,4 %).

Das Verhältnis zwischen den masurischen und ermländischen Einwohnern in der Woiwodschaft Olsztyn veranschaulicht Tabelle 22.

*Tabelle 22 Masuren und Ermländer in der Woiwodschaft Olsztyn in den Jahren 1946-1950*

Zensusdatum	Masuren (in Tsd.)	Ermländer (in Tsd.)
01.09.1946	37	30
01.04.1947	72	40
01.08.1947	78	41
01.05.1948	68	40

239 *Ebenda*, S. 105, Tabelle 24.

01.09.1948	65	41
01.02.1949	68	40
1950	66	37

Quelle: A. Sakson, *Liczebność ludności rodzimej na Mazurach*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1987, Nr. 3-4, S. 486; eigene Berechnungen.

In der EGO-Region lebten im Jahr 1950 insgesamt 5 505 Masuren, davon im Kreis Elk 3 005, Gołdap 507 und Olecko 992. Im Kreis Działdowo wurde die Zahl der einheimischen Bevölkerung Anfang der fünfziger Jahre auf 400-800 Personen geschätzt<sup>240</sup>. Zur genannten Zahl masurischer Bevölkerung in der Woiwodschaft Olsztyn sind somit ca. 4 000-5 000 Personen aus diesen vier Kreisen zu addieren. Die Gesamtzahl der einheimischen Bevölkerung betrug also Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre etwa 81 500 (1947) bzw. 71 500 (1950). Nicht erfasst ist darin eine gewisse Gruppe von Masuren, die in anderen Teilen Polens, hauptsächlich in der ehemaligen Woiwodschaft Gdańsk, wohnten. Sie war aber verschwindend gering und, kaum zu beziffern. Ab 1948 sinkt die Zahl der einheimischen Bevölkerung kontinuierlich, vor allem durch Ausreisen nach Deutschland.

Kennzeichnend für die demographische Struktur der einheimischen Bevölkerung nach 1945 war der hohe Anteil von Personen fortgeschrittenen Alters sowie von Frauen, die oftmals Kleinkinder aufzuziehen hatten. Der durchschnittliche Feminisierungskoeffizient der einheimischen Bevölkerung in der Woiwodschaft Olsztyn betrug schätzungsweise 150 Frauen auf 100 Männer; der höchste Wert für die aus den Fugen geratene Geschlechterverteilung wurde aus dem Kreis Mrągowo, wo die größte Gruppe der masurischen Altbevölkerung lebte, gemeldet: 160 Frauen auf 100 Männer, während es im Kreis Szczytno 130 Frauen auf 100 Männer waren. Die Altersstruktur der einheimischen Bevölkerung spiegelte die demographischen Kriegsfolgen wider<sup>241</sup>.

Gemäß den Prämissen der polnischen Nationalitätenpolitik wurden in den 1945 an Polen angeschlossenen ehemaligen deutschen Gebieten alle bisherigen Einwohner, in zwei Hauptgruppen gegliedert: Deutsche, die zwangsweise ausgesiedelt wurden, und Einheimische, genannt Autochthone bzw. Ureinwohner, d. h. Bewohner mit polnischen bzw. allgemein slawischen Wurzeln. Zu dieser Gruppe wurden gezählt: Schlesier, Lebuser (Autochthone aus dem Bomster Land), Kaschuben, Slowinzen, Masuren und Ermländer. Diese Bevölkerung hatte jahrhundertlang in den Grenzen des preußischen (deutschen) Staates gelebt. Sie sollte

240 Archiwum Państwowe w Olsztynie, Oddział w Szczytnie, SP w Działdowie 1945-1950 (Staatsarchiv Olsztyn, Außenstelle Szczytno, Grundschule Działdowo 1945-1950), Az. 8-10.

241 S. Żyromski, *Procesy migracyjne...*, S. 130 f.

aber nicht ausgesiedelt werden, denn nach den damaligen Vorstellungen galt es, sie „für Polen zu gewinnen und in das polnische Nationalleben zu integrieren“. Diesem Zweck diente die Repolonisierungspolitik, die – wie sich später herausstellte – weitgehend auf eine mehr oder weniger zwangsweise durchgeführte Polonisierung (Entnationalisierung) hinauslief. Eine der ersten formellen Grundlagen dieser Politik war die nationale Verifizierung. Ihr Wesen bestand in der nationalen Segregation, d.h. Absonderung der Deutschen von der polnisch-(slawisch-)stämmigen Bevölkerung (oft ungeachtet des subjektiven Nationalgefühls), um einen Einvolkstaat zu schaffen.

Um in ihrer Heimat bleiben zu dürfen, wurden Ermländer und Masuren verpflichtet, sich als Polen oder germanisierte Personen polnischer Abstammung zu erklären. Dadurch wurde diese Bevölkerung vor eine tragische Wahl gestellt: entweder ihren Hof, den Ort wo man seit Generationen lebte, zu verlassen und sich der Aussiedlung und einem bitteren Los auszuliefern – wie es ihre Nachbarn in einer der Besatzungszonen Deutschlands getroffen hatte, eines Landes, das als souveräner Staat nicht existierte, und von dem keiner wusste, ob und wann es wiedererstehen würde – oder sich im Gegenzug für den Verbleib am bisherigen Wohnort formell von ihrem Deutschtum loszusagen und für den polnischen Staat zu optieren, dessen Staatsbürger sie dann werden sollten.

Kennzeichnend für Grenzlandgesellschaften, wie die Masuren und Ermländer eine bildeten, war ihr in sich abgestuftes Nationalbewusstsein. Infolge historischer Prozesse identifizierten sich fast alle Masuren und die meisten Ermländer, besonders die mittlere und jüngste Generation, mit dem deutschen Staat und hielten sich für Deutsche. Ein Großteil sprach auch kein Polnisch (Masurisch, Ermländisch) mehr. Ein geringer Anteil dieser Bevölkerung (besonders in Masuren) fühlte sich dem Polentum verbunden.

Am 24. April 1945 erließ der Regierungsbevollmächtigte für den Bezirk Masuren einen Aufruf, in dem die Einheimischen aufgefordert wurden, sich registrieren zu lassen, um den Nachweis der Zugehörigkeit zum polnischen Volk zu erhalten. Gemäß der Anweisung galten als Polen jene, die sich der polnischen Volkszugehörigkeit bewusst waren und die polnische Sprache beherrschten, sei es auch nur minimal.

Diese sog. Registrierung wurde ein Jahr lang (von April 1945 bis April 1946) von den Nationalitätenkomitees durchgeführt. Das Polnische Nationalitätenkomitee für den Bezirk Masuren in Olsztyn wurde am 16. April 1945 gegründet. Solche Nationalitätenkomitees bestanden auch in den einzelnen Kreisen. Sie begutachteten unter anderem spezielle Fragebögen und befanden über die Ausstellung polnischer Abstammungsnachweise<sup>242</sup>.

242 Am 28. März 1946 wurden sie aufgelöst, da sie nach der Etablierung der Nationalräte verschiedener Ebenen für überflüssig befunden wurden. An ihre Stelle trat eine Sonder-

Die Ermländer und Masuren begegneten der Registrierung ablehnend. Nach den Angaben vom Juni 1945 schätzte man, dass beispielsweise nur 350 Masuren um den Nachweis der Zugehörigkeit zum polnischen Volk ersucht hatten<sup>243</sup>. Am effektivsten verlief diese Aktion im Landkreis Olsztyn<sup>244</sup>.

Angesichts des Misserfolgs dieser Aktion (nicht nur im Ermland oder Masurien) beschloss die Zentralregierung in Warschau, das Problem kurzfristig zu regeln; dazu wurde am 28. April 1946 ein Gesetz verabschiedet, das in den gesamten West- und Nordgebieten zur Anwendung kam. Artikel 1 lautete: „Anspruch auf die polnische Staatsbürgerschaft hat jede Person, die vor dem 1. Januar 1945 in den Wiedergewonnenen Gebieten ihren ständigen Wohnsitz hatte, ihre polnische Nationalität vor der Verifizierungskommission nachgewiesen und aufgrund dessen von der zuständigen allgemeinen Verwaltungsbehörde 1. Instanz die Bestätigung ihrer polnischen Volkszugehörigkeit erhalten sowie eine Erklärung ihrer Treue zum polnischen Volk und Staat abgegeben hat“<sup>245</sup>.

Die Durchführungsvorschriften zu diesem Gesetz wurden in der „Verifizierungsverordnung“ des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete (MZO) vom 9. April 1946 festgelegt. Sie bestimmten unter anderem Grundsätze und Kriterien der Verifizierungsmaßnahme<sup>246</sup>.

Den Abschluss der ganzen Maßnahme plante man bereits für Juli 1946. Im April desselben Jahres wurden in der Region Olsztyn Verifizierungskommissionen eingesetzt, die die nationale Zugehörigkeit der einheimischen Bevölkerung feststellen sollten. Den Kreis-(bzw. Stadt-)Kommissionen gehörten neben Vertretern der Regierungsbehörden und gesellschaftlichen Organisationen (des Polnischen

kommission des Woiwodschafts-Nationalrates für Angelegenheiten der Einheimischen Bevölkerung in Olsztyn. Trotz der formalen Auflösung blieben die Nationalitätenkomitees mindestens bis August 1946 aktiv, um am 31. März 1947 endgültig abgeschafft zu werden. Ihnen gehörten zahlreiche propolnisch eingestellte Ermländer und Masuren an. L. Belzyt, *Między Polską a Niemcami. Weryfikacja narodowościowa i jej następstwa na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1945-1960*, Toruń 1998, S. 74-76.

- 243 Z. Romanow, *Polityka władz polskich wobec ludności rodzimej Ziemi Zachodnich i Północnych w latach 1945-1960*, Słupsk 1999, S. 35.
- 244 Laut amtlichen Angaben waren im August 1945 185 Personen registriert, aber schon im September 1 543, im Oktober 3 200, im November 4 964, im Dezember 8 946 und im Januar 1946 10 064. Dies war knapp die Hälfte der Gesamtzahl der Registrierten nach dem Stand zum 1. November 1945. L. Belzyt, *Między Polską...*, S. 81.
- 245 Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft für Personen polnischer Nationalität mit Wohnsitz in den Wiedergewonnenen Gebieten vom 28. April 1946, Dz. U. RP 1946, Nr. 15, Pos. 106.
- 246 Vgl. G. Strauchold, *Autochtoni polscy, niemieccy, czy...Od nacjonalizmu do komunizmu (1945-1949)*, Toruń 2001, S. 47-69.

Lehrerverbandes, des polnischen Westbundes PZZ u.ä.) 3-5 Repräsentanten der „örtlichen polnischen Bevölkerung“ an.

Die behördliche Verifizierungsprozedur sah vor, dass der Betroffene einen „Antrag auf Feststellung der polnischen Volkszugehörigkeit“ stellte, über den anschließend eine Verifizierungskommission befinden sollte, die einen „Feststellungsbescheid über die polnische Nationalzugehörigkeit“ erließ. Als Bescheinigung diente ein „vorläufiger Ausweis zur Feststellung der polnischen Nationalzugehörigkeit“. Vor dessen Erhalt leistete der Verifizierte die Unterschrift unter der „Treueerklärung“, in der es hieß: „(...) eingedenk meiner polnischen Nationalzugehörigkeit gelobe ich feierlich, dem Polnischen Volk und Staat treu zu bleiben und meine Pflichten gegenüber dem Polnischen Volk und Staat gewissenhaft zu erfüllen“.

Die von der einheimischen Bevölkerung erhaltenen Bescheinigungen über die durchlaufene Verifizierung waren allerdings befristet, was die Regelung der Eigentumsverhältnisse stark erschwerte und gleichzeitig das Gefühl des Provisorischen und des Wartens auf eine Änderung der bisherigen Umstände verstärkte. Dies galt vor allem für die geschlossenen, oft isolierten Gruppen der masurischen Bevölkerung, die in der Regel der ganzen Aktion ablehnend gegenüberstand (Kreise: Mrągowo, Szczytno und Ostróda). In denjenigen lokalen Gesellschaften, in denen die masurische Bevölkerung die Minderheit stellte (z.B. Kreise Kętrzyn, Nidzica, Pisz), waren größere Fortschritte bei der „Einschreibung als Masuren“ bzw. der Beantragung des *Masurenscheins*, wie das Durchlaufen der nationalen Verifizierung damals umgangssprachlich genannt wurde, zu verzeichnen. Die Fortschritte der Verifizierung fielen je nach den spezifischen Gegebenheiten der jeweiligen Region Masurens unterschiedlich aus. Sie sind in Tabelle 21 dargestellt.

Das Vorgehen erfolgte oft ad hoc und hatte instrumentellen Charakter. Diese Bevölkerungsgruppe wurde mit starkem Misstrauen und Argwohn beäugt, an den Rand gedrängt und wie „Bürger zweiter Klasse“ behandelt. Was das Gefühl der Abneigung und der Feindseligkeit gegenüber den Masuren zusätzlich verstärkte, war neben der weit fortgeschrittenen Germanisierung auch die Zugehörigkeit zum protestantischen Bekenntnis. Dies fiel besonders bei Vertretern der Lokalbehörden auf, die oft ganz bewusst die Durchführung der Verifizierung behinderten, indem sie die lokalen Gesellschaften erfolgreich gegeneinander ausspielten. Solche Verhaltensweisen waren nicht selten wirtschaftlich motiviert, denn es ging in der Regel um die Verdrängung der Masuren von ihren Höfen oder um die Übernahme von Vermögen, Tierbestand, Maschinen usw.

Es gilt allerdings zu beachten, dass der Einfluss lokaler Aktivisten auf die Behörden, besonders der Woiwodschaftsebene, in den ersten Nachkriegsjahren relativ groß war. Vertreter dieser Bevölkerung bekleideten viele ansehnliche Äm-

ter auf der Woiwodschaftsebene<sup>247</sup>. Es wurde beinahe zur Regel, dass sich einer der stellvertretenden Woiwoden aus der einheimischen Bevölkerung rekrutierte. Zwei Masuren wurde das Amt des Kreisrates übertragen. Zahlreiche masurische und ermländische Aktivisten waren in den Nationalitätenkomitees oder dem Masureninstitut Allenstein (Instytut Mazurski w Olsztynie) vertreten.

Die nationale Verifizierung unter den Masuren gestaltete sich weitaus problematischer. Die Ermländer hingegen unterschrieben zumal im Landkreis Olsztyn, wo ihre zahlenstärkste Gruppe lebte, die Treue- und Loyalitätserklärung gegenüber dem polnischen Volk im Prinzip freiwillig und massenhaft<sup>248</sup>.

Der nach 1945 sich vollziehende Wandel wirkte sich maßgeblich auf das Nationalbewusstsein der Masuren aus, die sich für Deutsche hielten. Eine Stärkung erfuhren die vermeintlich während der Hitler-Herrschaft ganz verschwundenen so genannten Zwischengruppen, die in höchst unterschiedlichem Grade national aufgeklärt waren und auf einem eigenen Verständnis von „Hiesigkeit“ bzw. dem „Masurentum“ beruhten. Dies war ein typischer Abwehrmechanismus großer Teile der masurischen Bevölkerung, die es angesichts der Destabilisierung sozialer Bindungen gezielt vermied, sich mit der einen oder anderen Volksgruppe zu identifizieren. Die Ziele der deutschen und polnischen Behörden in Bezug auf die Masuren waren ähnlich. Sowohl die Deutschen vor 1945 als auch die Polen nach Kriegsende (im Falle des Soldauer Gebiets früher) strebten unter Einsatz unterschiedlicher Methoden und Mittel danach, diese Bevölkerung für sich zu gewinnen. Man wollte aus den Masuren in möglichst kurzer Zeit „hundertprozentige“

---

247 Stellvertretender Woiwode von Olsztyn (Masuren) war 1945-1946 ein Masure: Jerzy Burski. Dieselbe Funktion übte 1947-1948 B. Wilamowski aus.

248 Klemens Frenszkowski, ein ermländischer Aktivist, schilderte diese Problematik so: „Die schwierige Lage auf dem Land erörterten wir auf einer Sitzung des Nationalitätenkomitees für den Kreis Olsztyn, dem der erste Schulinspekteur Brunon Boehm vorsah. Mir war es zugefallen, diesem Komitee als Sekretär zu dienen. In einem vom Komitee ausgearbeiteten Papier stellten wir die sanitäre, gesundheitliche und Versorgungslage der eingesessenen Bevölkerung im Kreis Olsztyn dar und empfahlen Hilfe zur Verbesserung dieses Zustands. In den Sitzungen dieses Komitees wurden vor allem Gesuche auf Feststellung der polnischen Abstammung bearbeitet, die auf speziellen Formblättern zur Überprüfung der autochthonen Bevölkerung einzureichen waren. Dies war allerdings eine reine Formalität, da alle Gesuche, die bei uns eingingen, und es waren relativ viele, von uns genehmigt und unterschrieben wurden. Wir gingen nämlich davon aus, dass schon das Stellen des Antrags auf Bestätigung der polnischen Abstammung, ganz gleich ob der Betreffende des Polnischen mächtig war oder nicht, sein Polnischsein bekräftigte. Was also den Landkreis Olsztyn anbetrifft, erhielt die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund der gestellten Gesuche den polnischen Abstammungsnachweis. Diese Arbeiten verliefen recht zügig, nicht zuletzt dank der wohlwollenden Einstellung des stellvertretenden Kreisrates Jan Jaskólski zu dieser Problematik“. K. Frenszkowski, *Pamiętnik Warmiaka*, wstęp i oprac. J. Chłosta, Olsztyn 2005, S. 161.

Deutsche bzw. Polen machen. Dieses Phänomen, das in den national homogenen Regionen nicht vorkam, musste Zerwürfnisse hervorrufen und die Menschen vor eine schwierige Wahl stellen. Dies fiel umso komplizierter und dramatischer aus, je häufiger die Behörden auf administrative Methoden und Gebote zurückgriffen, die der lokalen Tradition und Eigenart nicht Rechnung trugen. Die Masuren, die in ihrer Heimat geblieben waren, konnten im Prinzip nur für Polen gewonnen werden, indem man an die tief in ihr Bewusstsein eingegrabene Bindung an die persönliche und regionale Heimat appellierte. Auf diese Einsicht gründete sich das Programm der von Karol Małłek geleiteten Masurischen Heimvolkshochschule (Mazurski Uniwersytet Ludowy) sowie die Konzepte der meisten masurischen Aktivisten, die sich in den ersten Nachkriegsjahren, d.h. bis zur Jahreswende 1948/49, ins gesellschaftliche und politische Leben engagierten.

Die Masuren fühlten sich in erster Linie mit dem Heimatort und der Landschaft, ihrem Zuhause und der Arbeitsstätte verbunden. Die meisten anderen Werte waren veränderbar, solange das zwischenzeitlich erreichte Lebensniveau und die anerkannten ethischen Werte keine Degradation erfuhren. Der masurischen Bevölkerung fiel das Akzeptieren der „roten Polen“ anfangs leichter als der ermländischen Bevölkerung, die in weiten Teilen ein stärker herauskristallisiertes aber auch idealisiertes Polen-Bild besaß.

Eine Ebene, auf der man nach Gemeinsamkeiten zwischen der masurischen Lokaltradition und der neuen, polnischen Realität suchen konnte, war die Sprache. Trotz jahrhundertelanger natürlicher Assimilation und der gezielten Germanisierung sprachen die Masuren (besonders die älteren Generationen) Polnisch, das allgemein „Masurisch“ genannt wurde.

Die Kenntnis der polnischen (masurischen, ermländischen) Sprache unterschied sich abgesehen vom Generationsaspekt auch je nach der Region Ermlands bzw. Masurens. Diese Problematik veranschaulicht Tabelle 23, in der die Kenntnis des Polnischen unter der einheimischen Bevölkerung in Ermland und Masuren im Jahr 1949 dargestellt ist.

*Tabelle 23 Polnisch-Kenntnisse unter der alteingesessenen Bevölkerung von Ermland und Masuren nach dem Stand vom März 1949*

Landkreis	Polnisch-Kenntnisse in %		
	genügend	schwach	keine
Bartoszyce	80	20	–
Braniewo	5	5	90
Giżycko	65	30	5
Górowo Iławeckie	50	50	–
Kętrzyn	65	25	–
Lidzbark Warmiński	70	30	–

Morąg	90	5	5
Mrażowo	60	30	10
Neidenburg	85	15	–
Olsztyn-Stadt	–	–	–
Olsztyn-Land	98	2	–
Ostróda	–	–	–
Pasłęk	50	50	–
Pisz	80	20	–
Biskupiec	70	30	–
Susz	65	25	10
Szczytno	95	5	–
Węgorzewo	30	70	–

Quelle: Archiwum Państwowe w Olsztynie, Urząd Wojewódzki Olsztyn, Wydział Społeczno-Polityczny (Staatsarchiv Olsztyn, Woiwodschaftsamt Olsztyn, Sozialpolitische Abteilung), Az. 87, Repolonisierungs- und Verifizierungsaktion (März 1949).

Am weitesten verbreitet war die polnische Sprache im Ermland, im Landkreis Olsztyn, wo die Traditionen der polnischen Bewegung besonders lebendig waren (Aktivitäten des Bundes der Polen in Deutschland, polnische Schulen, polnische Zeitungen u. ä.).

Im Gegensatz zu Masuren, wo sich die Bewohner trotz der Kenntnis des Polnischen (Masurischen) für Deutsche oder deutsche Masuren hielten, lässt sich im Fall des Ermlands (Landkreise Olsztyn und Biskupiec) in Bezug auf die nationale Bewusstwerdung der dortigen alteingesessenen Bevölkerung von einer größeren Komplexität sprechen. Danuta Malewska, Schülerin Stanisław Ossowskis, unterschied anhand der direkt nach dem Krieg<sup>249</sup> durchgeführten Feldforschungen im ermländischen Dorf Purda Wielka (Groß Purden) zwei entgegengesetzte Haltungen in Bezug auf das „Gefühl der nationalen Bindung“: die propolnische Einstellung „bei den eisernen Polen“, die zäh waren und bis zum Schluss der polnischen nationalen Bewegung angehört hatten, und die prodeutsche bei denen, die ausdrücklich Deutschland ihr Vaterland nannten. Zwischen diesen beiden Extremen gab es auch eine Zwischenhaltung, gekennzeichnet durch eine unterschiedliche Stärke der emotionalen Bindungen zum Deutschtum. Letzteren Fall veranschaulicht die folgende typische Aussage: „Soll doch Polen kommen, soll kommen, was will, welche Regierung will, solange Ordnung ist. Wir wissen doch nicht, zu wem [welchem Staat – A.S.] wir gehören“, meinte eine 50-jährige Bauersfrau, die

249 Vgl. A. Sakson, *Socjologiczne badania terenowe nad ludnością rodzimą na Ziemiach Zachodnich*, in: *Studia Socjologiczne* 1989, Nr. 2, S. 22-30; T. Baryła, *Pierwsze badania socjologiczne nad problemem polskiej ludności rodzimej Warmii i Mazur w świetle memoriału z lipca 1949*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1983, Nr. 4.

bei anderer Gelegenheit mit größter Selbstverständlichkeit sagte, dass ihr Vaterland Deutschland sei und dass es das frühere Vaterland heute nicht mehr gebe<sup>250</sup>.

Bei der Analyse der Begriffe „Deutscher“ und „Pole“ als Bezeichnungen, die sich auf einen konkreten einzelnen Menschen anwenden lassen, unterschied Malewska vier verschiedene Aspekte: den territorialen, sprachlichen, ideologischen und rechtlichen.

Unter dem territorialen Aspekt verstand die Verfasserin die innere Verbundenheit mit dem ethnischen Gebiet der jeweiligen Volksgruppe, unter dem sprachlichen Aspekt den traditionellen Gebrauch der Sprache der Volksgruppe, unter dem ideologischen die Verbreitung des Verantwortungsgefühls für die Bewahrung der kulturellen Bindungen an die Volksgruppe und schließlich unter dem rechtlichen Aspekt die formale Bindung durch Besitz der Staatsbürgerschaft des jeweiligen Staates und der Anerkennung seiner Oberhoheit.

Die Verfasserin stellte bei der Bevölkerung, die sich mit dem Polentum und dem Deutschtum identifizierte, große Unterschiede in der Gewichtung der einzelnen Aspekte für das Nationalgefühl fest. Überwogen unter der deutschen Bevölkerung der territoriale und der rechtliche Aspekt, so war es unter der polnischen Bevölkerung vor allem der ideologische.

Die Begriffe „Deutscher“ und „Pole“ waren graduierbar. Es ließen sich verschiedene „Sorten“ (Arten) von Polen und Deutschen unterscheiden. Man sprach von „echten Polen aus Polen“, von „größeren Polen“ (Mitgliedern des Bundes der Polen in Deutschland), aber auch von „größeren Deutschen“, „reinen Deutschen“ oder auch von „richtigen oder ganzen (poln.: richtig lub dycht) Deutschen“ aus dem Inneren Deutschlands<sup>251</sup>.

Nach Ansicht von Anna Szyfer lassen sich ermländische Familien im Zeitraum unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs (ähnlich wie auch heute) in vier Gruppen einteilen:

1. Familien, die ihre ermländische Kulturidentität sowohl potentiell als auch verbal und deklarativ pflegten;
2. Familien und Personen, die vor dem Zweiten Weltkrieg der polnischen Nationalbewegung vor Ort nahegestanden hatten und bewusst auf die überregionale Bindung hinwiesen und dies als polnische Identität in Worte fassten;

---

250 D. Malewska, *Z zagadnień więzi społecznej na wsi warmińskiej*, Warszawa 1950 (Typoskript in der Sammlung des Autors), S. 19. Vgl. auch andere Untersuchungen in ermländischen Dörfern: J. Pawłowska, *Wieś warmińska Brąswald w województwie olsztyńskim w latach 1945-1967*, Wrocław 1987; H. Murawska, *Procesy integracyjne w warmińskiej wsi Wymój*, Warszawa 1968 (Typoskript) und Untersuchungen im Dorf Woryty (Woritten): A. Szyfer, *Jest taka wieś. Typowa czy inna*, Wągrowiec 2000. Alle untersuchten Dörfer liegen im Landkreis Olsztyn.

251 *Ebenda*.

3. indifferente unreflektierte Familien;
4. Familien, die sich für die deutsche kulturelle Identität aussprachen, wobei diese Gruppe sowohl ethnische Deutsche als auch germanisierte Ermländer umfasste.

Untersuchungen der ethnischen, nationalen und kulturellen Identität und Selbsteinschätzung erfordern Beobachtungen und Auswertungen auf drei Ebenen:

- auf der objektiven: nach kulturellen und Sprachmerkmalen, insbesondere deren Charakteristika;
- auf der subjektiven: unter Berücksichtigung der Selbstidentifikation, also psychischer Vorgänge;
- auf der natalen nach dem Geburts- und Herkunftsort, aber auch nach den diesbezüglichen Mythen und Traditionen<sup>252</sup>.

Verstärkt wurde das Gefühl der Distanz und Entfremdung durch die Einstellung der polnischen Zuwanderer zu den Alteinwohnern, denen sie die Mitverantwortung für die Naziverbrechen anlasteten (viele Ermländer und Masuren waren als Soldaten, Polizisten u.ä. an der Besatzungsmacht in Polen beteiligt). Dies deprimierte die ohnehin von zahlreichen Komplexen belasteten und von Natur aus passiven Ermländer und Masuren noch mehr. Über das Ausmaß der Verbrechen des Dritten Reiches in Polen waren sie im Unklaren, weshalb sie den von den Zuzüglern an den Tag gelegten Hass auf alles Deutsche und mit dem Deutschtum Verbundene nicht verstanden. Bei vielen erzeugte dies Resignation, die Argumente der deutschen Propaganda vom Primitivismus und der kulturellen Minderwertigkeit der Polen wurden mit aller Kraft wieder laut. Die Masuren und Ermländer nahmen in der Regel nicht nur gegenüber den Behörden, sondern auch gegenüber den Zuwanderern eine unterwürfige Haltung an. Bei vielen von ihnen rief dies ein Gefühl der Benachteiligung und Ungerechtigkeit hervor sowie Befürchtungen für das künftige Leben in den neuen Staatsgrenzen.

Die Einheimischen unterschieden sich von den übrigen Bevölkerungsgruppen vor allem durch das Niveau der zivilisatorischen Entwicklung (Wirtschafts-

---

252 A. Szyfer, *Tożsamość kulturowa. Warmiacy – grupa pogranicza*, in: *Przegląd Zachodni* 1991, Nr. 2, S. 80; ders., *Warmiacy. Studium tożsamości*, Poznań 1996, S. 22 f. Die obigen Ausführungen fanden bei umfangreichen Feldforschungen im ermländischen Dorf Purda Wielka in den Jahren 2005-2006 ihre generelle Bestätigung. Organisiert wurde dieses polnisch-deutsche Forschungsvorhaben von der Kulturgemeinschaft Borussia und dem West-Institut (Posen). Geplant ist die Herausgabe von sechs Bänden mit Ergebnissen der soziologischen Forschungen, die nach dem Krieg durch einen Mitarbeiterstab von Stanisław Ossowski geführt wurden, unter Einbezug des neuesten zeitgenössischen Forschungsertrags. Vgl. den ersten Band der Studie *Przeszłość zapamiętana – narracje z pogranicza. Materiały pomocnicze do analizy polsko-niemieckich stosunków narodowościowych na przykładzie warmińskiej wsi Purda Wielka*, pod red. Traby, A. Saksona, Olsztyn 2008.

führung, Agrarkultur, Fleiß, Ehrlichkeit), den Grad der nationalen Bewusstwerdung, die Kenntnis der polnischen Sprache, die demographische Struktur und die Konfession. Zahlreiche dieser Unterschiede lagen den Antagonismen zwischen Ermländern und Masuren und einzelnen regionalen Gruppen zugrunde. Dies erschwerte ganz wesentlich den Prozess der gesellschaftlichen Anpassung der einheimischen Bevölkerung an die neuen Lebensbedingungen.

Neben dem Gefühl des Provisorischen und der fehlenden Sicherheit, das in verschiedenem Maße die Gesamtheit der Bewohner betraf, gab es auch andere Faktoren, die sich auf den Verlauf der gesellschaftlichen Anpassung der Ermländer und Masuren in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre auswirkten, und zwar das Problem der umstrittenen Gehöfte sowie die konfessionellen Konflikte im Falle der evangelischen Masuren.

Die Angelegenheit der umstrittenen Bauernhöfe, deren es in Ermland und Masuren um die 6 000 gab, beeinträchtigte den Verlauf der sozialen Anpassung und war etwas, das die lokalen Gesellschaften entzweite. Dieses Problem trat in Ermland und Masuren in unterschiedlicher regionaler Ausprägung bis 1949 auf<sup>253</sup>.

Das Jahr 1945 brachte einen grundlegenden Wandel der Religionsverhältnisse in Masuren. Die unierte Kirche zerfiel, viele Kirchengebäude und Sakralbauten wurden zerstört. Es entstand in institutioneller Hinsicht ein kirchliches Vakuum. Unter den neuen Bedingungen nahmen nach und nach zwölf protestantische Kirchen und Glaubensverbände ihre Arbeit auf.

Die Mehrheit der Gläubigen der früheren unierten Kirche in Masuren wurden 1945 von der polnischen evangelisch-augsburgischen Kirche übernommen, die damals eine tiefe innere Krise durchlief. Sie organisierte sich von Grund auf neu und war nicht sofort in der Lage, eine ausreichende Zahl von Geistlichen in dieser Region bereitzustellen.

Infolge der Wanderungsprozesse ließen sich nach 1945 zahlreiche Katholiken in Masuren nieder; sie kamen hauptsächlich aus Zentral- und Ostpolen. Die Rolle der katholischen Kirche im traditionell evangelischen Masuren vergrößerte sich mithin beträchtlich. Dies veränderte grundlegend die bisherigen Beziehungen zwischen den Protestanten und den Katholiken, die im Laufe der Zeit zur bestimmenden Kraft wurden und im Gegensatz zu den Angehörigen evangelischer Kirchen ihren Besitzstand festigten.

Diese Entwicklung rief zahlreiche religiös bedingte Missverständnisse und Reibungen hervor, die nicht selten in starkem Maße die soziale Anpassung und Stabilisierung behinderten und die unter der masurischen Bevölkerung durchgeführte Repolonisierung bzw. Polonisierung in ihrer Wirkung schwächten.

---

253 B. Wilamowski, *Studia zalożeń* ..., Anhang Tab. 58.

Die Konfliktlinien verliefen sowohl zwischen einzelnen evangelischen Bekenntnissen (besonders zwischen den evangelisch-augsburgischen und methodistischen bzw. baptistischen Kirchen) als auch zwischen den protestantischen Kirchen und der katholischen Kirche. Während das Verhältnis zwischen den einzelnen protestantischen Flügeln in den ersten Nachkriegsjahren durch anhaltende Spannungen gekennzeichnet war und später zu einer Harmonie fand (etwa bei der Kooperation im Rahmen des Polnischen Ökumenischen Rats), erwiesen sich die Konflikte zwischen den Protestanten, besonders den Angehörigen der evangelisch-augsburgischen Kirche, und der katholischen Kirche keineswegs als vorübergehend und treten mit unterschiedlicher Intensität bis heute auf<sup>254</sup>.

Im Falle der Ermländer führte deren Zugehörigkeit zur katholischen Kirche nicht zu Kontroversen mit der zugewanderten polnischen Bevölkerung. Die Religion war oft der wichtigste Ort der Begegnung beider Bevölkerungsgruppen<sup>255</sup>.

- 
- 254 Mit den konfessionellen Konflikten in Masuren und der Lage der evangelischen Masuren nach 1945 beschäftigen sich zahlreiche Publikationen. Vgl. unter anderem: K. Urban, *Z zagadnień polityki wyznaniowej władz PRL wobec „kwestii mazurskiej“ w początku lat pięćdziesiątych*, in: *Zapiski Historyczne* 1995, H. 1; A. Sakson, *Działalność kościołów i wyznań protestanckich na Mazurach*, in: *Euhemer* 1987, Nr. 1; ders., *Wpływ stosunków wyznaniowych na kształtowanie się procesów społecznych na Mazurach po 1945*, in: *Olsztyńskie Studia Socjologiczno-Etnograficzne*, Olsztyn 1985; Michalak, *Kościoły protestanckie wobec kwestii repolonizacji ludności rodzimej Warmii i Mazur w latach 1945-1956*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1999, Nr. 3; ders.: *Rywalizacja kościołów ewangelicko-augsburskiego i metodystycznego na Mazurach po II wojnie światowej*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2001, Nr. 4; *Problem przejmowania kościołów ewangelickich przez Kościół Rzymskokatolicki na Mazurach po II wojnie światowej*, in: *Borussia* 2002, Nr. 26; *Kościoły protestanckie i władze partyjno-państwowe w Polsce (1945-1956)*, Warszawa 2002; A. Kopiczko, *Panorama wyznaniowa województwa olsztyńskiego po II wojnie światowej*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, pod red. B. Domagały, A. Sakson, Olsztyn 1998; *Ewangelicy im Ermland und den Masuren. Dzieje i współczesność*, pod red. E. Kruka, Olsztyn 2001; E. Kruk, *Ewangelicy w Olsztynie. Z dziejów parafii w latach 1772-2002*, Olsztyn 2002; K. Urban, *Luteranie i metodyści na Mazurach 1945-1957. Wybór materiałów*, Kraków 2002; J. M. Wojtkowski, *Świątynie ewangelickie przekazane katolikom na Warmii i Mazurach w latach 1972--1992*, Olsztyn 2002; *Ewangelicy duchowni i parafianie. Powojenne lata w Olsztynie i na Mazurach*, red. wydawnicza E. Kruk, Olsztyn 2007; P. Dr. A. Jagucki, *Mazurskie dole i niedole. Wspomnienia i refleksje z lat pracy na Mazurach*, oprac. E. Kruk, Olsztyn 2004; D. Krysiak, *Ewangelicy w Mikolajkach. Dzieje parafii ewangelicko-augsburskiej w latach 1945-2007*, Dąbrówno 2010.
- 255 A. Kopiczko, *Kościół warmiński a polityka wyznaniowa po II wojnie światowej*, Olsztyn 1996, dort auch weiterführende Literatur.

### 3.4.2.1. Kreis Działdowo

Die Nationalitätenbeziehungen im Soldauer Gebiet, dem südlichsten Landstrich Ostpreußens, waren im Vergleich zum übrigen Masuren spezifisch. Die Lage der evangelischen Masuren war hier ebenso schwierig wie am entgegengesetzten Rande Ostpreußens, im so genannten Memelland (Westlitauen), das von evangelischen Preußisch-Litauern bewohnt war.

In Soldau marschierte die Rote Armee am 17. Januar 1945 ein. Wie in anderen Teilen Ostpreußens nahmen die sowjetischen Truppen hier Beschlagnahmen, Plünderungen und Deportationen der Bevölkerung in die UdSSR vor. Die örtlichen Masuren wurden genauso behandelt wie die Deutschen. So wurden zum Beispiel in Pierławken (Pierławki) die Eltern des Abgeordneten zum Landesnationalrat und späteren stellvertretenden Woiwoden von Masuren, Jerzy Burski, erschossen. „Die meisten Frauen (von den Kindern bis zu den Alten) in Dörfern und Städten“ wurden vergewaltigt<sup>256</sup>.

Nach der Konstituierung der Militärkommandantur wurde in Działdowo in einer ehemaligen Kaserne das Einweisungs- und Verteilungslager des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) eingerichtet. Hier wurden sowohl Polen als auch Masuren und Deutsche gefangen gehalten (dieses Lager war bis Oktober 1945 in Betrieb)<sup>257</sup>.

Nach einer Inaugenscheinnahme der dramatischen Lage der masurischen Bevölkerung verfassten ihre Stammverwandten Karol Małek, Bohdan Wilamowski und Walter Późny am 26. Februar 1945 eine Denkschrift an die polnische Interimsregierung. Sie forderten eine dringende Intervention der Regierung zur Änderung der bestehenden Lage<sup>258</sup>, darunter der Abschaffung der so genannten „deutschen Lager“, die es nicht nur in Działdowo gab (sog. Koszarówka), sondern auch in Kisiny (Kyschienen), Narzym (Wildenau) oder Skurpie (Skurpien). Die Bedingungen in den Lagern waren dramatisch, auch deshalb, weil die sowjetische und später die polnische Verwaltung keine ausreichende Lebensmittelversorgung gewährleisteten. Die polnische Regierung begründete die Einrichtung dieser Haftanstalten folgendermaßen: „(...) Es war richtig, dass diese Lager errichtet wurden. Es gab zwar keine gesetzlichen Grundlagen dafür, aber fünf Jahre Qualen und Leiden, die die Polen von den Deutschen erdulden mussten, schrien geradezu danach, die restlichen Banditen zu kasernieren, denn hier kann ja von La-

---

256 Z. Mogilnicki, *Kształtowanie się organów władzy i administracji w powiecie działdowskim w latach 1945-1950*, in: *Rocznik Działdowski* Bd. V, 1999, S. 56.

257 *Obóz Nakazowo-Rozdzielczy NKWD. Ludowy Komisariat Spraw Wewnętrznych w Działdowie*, in: *Rocznik Działdowski 1995 Działdowo 1996*, S. 165.

258 *Warmia i Mazury w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945*, przygotował do druku T. Baryła, Olsztyn 1994.

gern keine Rede sein. Die Deutschen werden nur an einem Ort zusammengeführt, erhalten Verpflegung und gehen zur Arbeit. Übrigens war die Stadtverwaltung von Działdowo, genauer gesagt der Rat, gezwungen, im April die Koszarówka in Działdowo zu eröffnen, weil die Stadt akut unter Wohnungsmangel litt. Truppen der Roten Armee quartierten massenhaft in der Stadt, und für Polen, die nach langjähriger Verbannung zurückkehrten, gab es keine Wohnungen, weshalb beschlossen wurde, Deutsche und jene, die sich vom Polentum losgesagt haben, eher an einem Ort (wie Bürger Godlewski sagt) zu kasernieren, als zuzulassen, dass aufrechte Söhne des eigenen Volkes auf Straßen, in Kellern oder Scheunen leben. Dies war der Hauptgrund, durch den man sich bei der Errichtung dieser Haftkasernen hat leiten lassen. Niemand darf hier den Vorwurf erheben, man habe rechtswidrig gehandelt<sup>259</sup>.

Im Landkreis Soldau, der 834 km<sup>2</sup> groß war, lebten im Mai 1945 38 301 Einwohner. Der Kreis umfasste zwei Städte: Działdowo (3 997 Einwohner) und Lidzbark Welski (Lautenburg, 3 607) sowie acht Dorfgemeinden<sup>260</sup>. Der Kreis Działdowo war in den Jahren 1945-1950 (wie 1938-1939) Teil der Woiwodschaft Warschau. Die Probleme der einheimischen Bevölkerung waren für die Woiwodschaftsverwaltung in Warschau von marginaler Bedeutung. Ähnlich war dies auch in Białystok, der Hauptstadt der gleichnamigen Woiwodschaft, der die drei masurischen Landkreise Ełk, Gołdap und Olecko angehörten. Anders verhielt es sich mit dem Bezirk Masuren und der spätern Woiwodschaft Olsztyn, wo dieses Problem schon wegen der hohen Zahl der einheimischen Bevölkerung in der Nachkriegszeit von erstrangiger Bedeutung war.

Zum ersten Bürgermeister von Działdowo wurde im Januar 1945 der bekannte ermländische Aktivist Paweł Sowa gewählt, der sein Amt aber relativ schnell an Polen abgeben musste, die nicht der einheimischen Bevölkerung entstammten. Manche von ihnen raubten die Einwohner selbst aus und terrorisierten sie<sup>261</sup>. Allgemeine Praxis waren die zahlreichen an Masuren und Deutschen begangenen Überfälle und Diebstähle durch die polnische (einheimische und zugewanderte) Bevölkerung. Oft überredeten sie Rotarmisten, die Masuren auszurauben. Dieser

259 Archiwum Państwowe w Olsztynie, Powiatowa Rada Narodowa w Działdowie, Protokoły z posiedzeń PRN w Działdowie 1945-1947 (Staatsarchiv Olsztyn. Kreisnationalrat Działdowo. Sitzungsprotokolle des Kreisnationalrats in Działdowo 1945-1947), Az. 1, Sitzungsprotokoll Nr. 10 vom 4. September 1945, S. 42 f.

260 Działdowo-Land mit 3 298 Einwohnern, Lidzbark-Land 5 160, Płońnica 3 192, Kielpiny 3 208, Żabiny 2 892, Filice 3 641, Iłowo 5 061, Rybno 4 265. Z. Mogilnicki, *Kształtowanie się...*, S. 61.

261 *Samowola funkcjonariuszy PPR i UB w Ciechanowie i Działdowie w świetle wspomnień wojewody warszawskiego Michała Gwiazdowicza – kwiecień 1945*, in: *Mazowsze Północne w XIX wieku. Materiały źródłowe 1795-1956*, zebrał i oprac. J. Szczepański, Warszawa/Pułtusk 1997, S. 362-364.

Konflikt wurde durch Religionsunterschiede angefacht. Wo es keine katholischen Kirchen gab, wurden sie den Protestanten weggenommen. Gerechtfertigt wurde dieses Vorgehen häufig mit der Behauptung, es seien „deutsche Kirchen“<sup>262</sup>.

Ein grundlegendes Problem, vor dem die Kreisbehörden in Działdowo angesichts der masurischen Bevölkerung standen, war die Rehabilitierungsmaßnahme. Nach amtlichen Angaben lebten im März 1945 in den Kreisgrenzen insgesamt 35 723 Personen, darunter waren 18 282 Polen, 14 960 Personen, die zwangsweise auf die Deutsche Volksliste gesetzt worden waren, und 2 481 Deutsche<sup>263</sup>.

Die deutschen Besatzungsbehörden begannen nach dem Einmarsch in Polen 1939 intensiv mit der Umsetzung der Germanisierungspläne; davon betroffen waren besonders die dem Dritten Reich eingegliederten Ostgebiete. Masuren, die bis 1920 die deutsche (preußische) Staatsangehörigkeit besessen hatten, wurden als Deutsche betrachtet. Gemäß der Verordnung vom 4. März 1941 über die deutsche Volksliste in den eingegliederten Gebieten wurde eine beschleunigte und massenhafte formale Germanisierung eingeleitet. Dabei wurden die Einwohner in vier Kategorien eingeteilt.

Zur 1. Kategorie (*Volksdeutsche*) zählte man Personen, die sich im nationalen Kampf in Polen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs aktiv auf der deutschen Seite eingesetzt hatten, indem sie unter anderem in deutschen sozialpolitischen Organisationen mitwirkten, Kinder auf deutsche Schulen schickten usw.

Die 2. Kategorie (*Deutschstämmige*) bildete jener Teil der Bevölkerung, der zwar die Bedingungen der 1. Kategorie nicht erfüllte, aber „sein Deutschtum bewahrt“ hatte. Die in die ersten beiden Kategorien Aufgenommenen erhielten blaue Ausweise ohne Vermerk, zu welcher Kategorie sie rechneten. Sie wurden deutsche Volks- und Staatsangehörige.

Die 3. Kategorie (*Eingedeutschte*) erfasste „Deutschstämmige“, die „Bindungen zum Polentum eingegangen sind, bei denen aber die Voraussetzungen gegeben sind, sie wieder zum Deutschtum zurückzuführen“, nichtdeutsche Ehegatten deutscher Volkszugehöriger sowie Angehörige zum Deutschtum hinneigender Bevölkerungsgruppen.

In die 4. Kategorie (*Rückgedeutschte*) wurden „Deutschstämmige“ aufgenommen, die trotz der „Bindungen zum Polentum“ „rassisch wertvoll“ waren und „rückgedeutscht“ werden konnten. Angehörige der 3. und 4. Kategorie bekamen grüne Ausweise, die im Soldauer Gebiet automatisch ohne Einwilligung der Be-

262 Vgl. L. Zielechowska, *Mazurzy Działdowscy w latach 1945-1949*, in: *Rocznik Działdowski* Bd. V, 1999, S. 100-113.

263 Z. Mogilnicki, *Kształtowanie się...*, S. 58. Vgl. auch: *Działdowo. Z dziejów miasta i powiatu*, pod red. W. Koryckiej, Olsztyn 1966, S. 256-261; Z. Mogilnicki, *Działdowo w latach 1344-1994. Zarys dziejów*, Gdańsk 1998; E. Nagórski, *W Działdowie. Wspomnienia z 1945*, in: *Rocznik Działdowski 1995*, Działdowo 1996, S. 180-188.

troffenen erteilt wurden. Diese Personen wurden zunächst als „Schutzangehörige des Deutschen Reiches“ behandelt. Sie erhielten damit nicht die volle Reichsangehörigkeit. Erst kraft des Erlasses vom 31. Januar 1942 wurden sie der 1. und 2. Kategorie gleichgestellt. Die der 4. Kategorie zugerechnete Bevölkerung bekam die volle Staatsangehörigkeit auf Widerruf für zehn Jahre zuerkannt, was auch für die 3. Abteilung galt. Mit dem Inkrafttreten dieses Eindeutschungsaktes wurde ein roter Ausweis ausgestellt. Angehörige der ersten drei Kategorien der Deutschen Volksliste waren wehrpflichtig, was einer der Hauptgründe für die Durchführung dieser Aktion war<sup>264</sup>.

Die masurische Bevölkerung des Kreises Soldau wurde in ihrer Mehrheit in die 2. und 3. Kategorie eingestuft. Ein Teil der Masuren erhielt die 1. Kategorie. Daraus folgte unter anderem die Pflicht, den Militärdienst bei der Wehrmacht oder einjährigen Arbeitsdienst abzuleisten. Nach Kriegsende hat die Regierung des wiedererstandenen polnischen Staates mit entsprechenden Vorschriften das Verhältnis zur von der Deutschen Volksliste erfassten Bevölkerung geregelt.

Eine der ersten diesbezüglichen Rechtsregelungen war das Dekret des Landesnationalrates vom 16. August 1944 über die Eliminierung feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft.

Angehörige der 1. Kategorie wurden vom Gesetzgeber außer Acht gelassen und waren zur Aussiedlung vorgesehen. Die Angehörigen der 2. Kategorie mussten sich, wenn sie in Polen bleiben wollten, einem Rehabilitierungsverfahren unterziehen, in dessen Verlauf der Betroffene nachzuweisen hatte, dass er ohne seinen Willen auf die DVL gesetzt worden und seine Haltung propolnisch war. Das Rehabilitierungsverfahren wurde in der Regel durch Kreisgerichte geführt; dabei mussten unter anderem Bekanntmachungen über die Einleitung des Rehabilitie-

---

264 Vom 28. Oktober 1939 bis zum 4. März 1941 galt eine Volksliste mit fünf Gruppen, die durch Buchstaben bezeichnet wurden: von A („aktive Deutsche“) bis D („Deutschstämmige“). Vgl. E. Męclewski, *Sprawa rzekomej mniejszości niemieckiej w PRL. Ekspertyza na zlecenie Sejmowej Komisji Spraw Zagranicznych*, Warszawa 1984, S. 50-58. Vgl. auch: J. Misztal, *Weryfikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych*, Warszawa 1990; D. Matelski, *Niemcy w Polsce w XX wieku*, Warszawa, Poznań 1999, S. 189-192. Nach dem 4. März 1941 versandten die Behörden an alle Haushalte amtliche Fragebögen mit einem Dutzend detaillierter Fragen: nach Religions- und Volkszugehörigkeit, seit wann die jeweilige Familie in der Region lebt, nach den Schulabschlüssen, nach der Verwandten in Deutschland usw. Der Beantwortung konnte man sich nicht entziehen (für die Weigerung, den Fragebogen auszufüllen, konnte man sogar ins Konzentrationslager kommen). Ein Beamter im Landrat samt beurteilte den ausgefüllten Fragebogen und vergab nach seinem Ermessen eine der vier Kategorien. Das bedeutet, dass niemand die Volksliste eigenhändig unterschrieb. Vgl. Kaczmarek, *Polacy w Wehrmachcie*, Kraków 2010. Dieses Problem ruft bis heute Emotionen hervor. Vgl. R. Geremek, *Diabelska Lista*, in: *Newsweek* vom 5.09.2010, S. 34-36.

rungsverfahrens ausgehängt werden, die dazu aufriefen, den Behörden Meldung von etwaigen antipolnischen Aktivitäten des Betroffenen zu machen. Rehabilitierte bekamen formal die vollen Bürgerrechte.

Zur 3. und 4. Kategorie gezählte Personen waren lediglich verpflichtet, vor der zuständigen Verwaltungsbehörde eine Treuerklärung auf das polnische Volk und den polnischen Staat ablegen. Sie bekamen entsprechende Nachweise, die zunächst für ein halbes Jahr befristet waren.

Nach der Einstellung der Kriegshandlungen strömte in das Soldauer Gebiet wie auch in das übrige Masuren eine unkontrollierte Welle von Zuwanderern vor allem aus den Kreisen Mława und Ciechanów. Im Soldauer Land galt die Gesetzgebung für die Wiedergewonnenen Gebiete nicht (aber im übrigen Masuren). Deswegen verloren Masuren, die vor dem Krieg polnische Staatsbürger gewesen waren und während des Krieges durch die Aufnahme in die Deutsche Volksliste die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatten, nach dem Krieg alle Rechte, darunter das Eigentumsrecht am Boden, und wurden somit den Deutschen gleichgestellt. Vor diesem Hintergrund kam es zu zahlreichen Konflikten, die in Terror und Pogrome an der masurischen Bevölkerung ausarteten. Erkleckliche Gruppen von Masuren retteten sich durch Flucht, indem sie bei Nacht und Nebel in benachbarte masurische Gebiete auswichen, unter anderem in die Kreise Neidenburg und Ortelsburg. Der Kreisrat von Ortelsburg, Walter Późny, war Masure, weshalb er den Flüchtlingen umfassende Hilfe angedeihen ließ. Sie selbst führten oftmals geänderte Namen, und erst nach längerer Zeit, als sich die Lage einigermaßen stabilisiert hatte, kehrten sie in die Region Działdowo zurück.

Da einschlägiges Quellenmaterial fehlt, lässt sich der genaue Ablauf der nationalen Verifizierungsaktion in der Region Działdowo nur schwer ermitteln.

Mit großer Skepsis und Misstrauen betrachteten die damaligen Kreisbehörden allein schon die Notwendigkeit der Durchführung und später den Verlauf der Rehabilitierungsverfahren. Eine recht zahlreiche Gruppe von Masuren, die unmittelbar nach dem Krieg im Soldauer Gebiet geblieben war, stellte Rehabilitierungsanträge und legte „Treueerklärungen“ ab. Im Jahr 1946 wurden insgesamt acht Personen rehabilitiert; 36 Masuren gaben die entsprechende Treuerklärung ab. In jenem Jahr wurde nur einer Person das Recht auf die polnische Staatsangehörigkeit aberkannt. Das Problem der Rehabilitierung hartete jahrelang einer angemessenen Lösung. Nach Erkenntnissen der örtlichen Verwaltungsbehörden hielten sich im März 1950 im Landkreis insgesamt 438 erwachsene Masuren auf, die während der Besatzung zu den „deutschen Staatsangehörigen und Inhabern von DVL-Ausweisen der 2. Kategorie“ gezählt hatten. Das Gesetz vom 20. Juli 1950 sah eine Amnestie für Inhaber aller DVL-Kategorien vor.

Ein namentliches „Verzeichnis der in die 2. Abteilung der Deutschen Volksliste Aufgenommenen aus dem Landkreis Działdowo, die zur Aberkennung der

polnischen Staatsangehörigkeit bestimmt sind“ vom 26. Oktober 1951 enthielt immer noch 210 Namen. Dieses Problem wurde erst 1951 nach der Verabschiedung des Gesetzes vom 8. Januar desselben Jahres über die kollektive Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit geregelt<sup>265</sup>.

Nach Kriegsende war das Verhältnis zwischen den Masuren und den übrigen Einwohnern des Kreises Działdowo durch Antagonismen geprägt. Dies kam unter anderem in der großen Zahl umstrittener Bauernhöfe zum Ausdruck. Noch im April 1949 wurde Streit um 32 Höfe geführt<sup>266</sup>. Dieses Problem behinderte erheblich eine Normalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser aus polnischer Sicht außerordentlich wichtigen Region.

### 3.4.3. Siedler

Der planmäßigen Einwanderung polnischer Siedler nach Ostpreußen ging eine spontane Welle von Menschen voran, deren Hauptzweck im Raub von Eigentum bestand. Dies artete in die berüchtigten Plünderungen aus, die eine Entschädigung für jahrelange Besatzung, Armut und Erniedrigung abgeben sollten.

Die Nachkriegsrealität überstieg die kühnsten Vorstellungen sowohl der Planer, die die Besiedlung dieser Gebiete vorbereiteten, und der neuen Verwaltung, die für die Umsetzung dieser Pläne zuständig war, als auch der Umsiedler (Ansiedler) selbst, die nach und nach aus verschiedenen Gegenden Polens hierher strömten.

Halina Brudzyńska erinnert sich an diese Zeit: „Vor dem Krieg wohnten wir in dem Dorf Murzynowo an der Weichsel, nicht weit von Płock entfernt. Wir waren eine arme und in der Welt zerstreute Familie. Die Mutter lebte nicht mehr, sie war vor dem Krieg gestorben. Der Vater hatte alleine meine Brüder großgezogen, und mich die Familie meiner Mutter. Meine Brüder kehrten gerade nacheinander von der Zwangsarbeit in Deutschland zurück. Nach dem Krieg beschlossen alle, zusammen zu wohnen oder wenigstens nicht weit voneinander entfernt. Wir alle zogen in die Wiedergewonnenen Gebiete (...)

Alle siedelten sich in dem Dorf Wuslack an, heute Wozławki. Und so zogen dort die fünf Brüder hin, mein Vater und ich.

Die Sonne neigte sich gegen Westen, als ich mit meinem Bruder in den Bahnhof Santoppen einfuhr. Dort stiegen wir aus und gingen zu Fuß bis zu unserem

---

265 Archiwum Państwowe w Olsztynie, Starostwo Powiatowe w Działdowie 1945-1950, Stwierdzenia i poświadczenia obywatelstwa 1946-1950 (Staatsarchiv Olsztyn. Kreisnationalrat Działdowo. Kreisrat Działdowo 1945 -1950. Feststellungen und Nachweise der [polnischen] Staatsangehörigkeit 1946-1950), Az. 8, S. 80-117, und Az. 22, S. 89.

266 *Ebenda*.

Wohnsitz. Ich war müde und alles war fremd. Leere Felder, irgendwo unterwegs weidete eine Kuh, irgendwelche Leute sammelten Reste von Getreide auf. Mein Bruder sprach mit ihnen, eher waren es Fragen, wann sie angekommen seien und woher? Überall war es leer. Die Häuser standen leer. Es wuchs nur hohes Gras und hier und da traf man Leute, überwiegend arme und traurige, denn das war fremdes Land und es herrschte Armut. In die Wiedergewonnenen Gebiete kamen arme Leute hin oder zwangsweise umgesiedelte, na, und noch die sog. Plünderer, die in die Häuser eindringen, Bilder und andere kostbare Sachen mitnahmen und sie später verkauften. (...)

Es war schwer für alle, besonders für die Menschen, die von der Zwangsarbeit zurückkehrten, die gar nichts besaßen außer ihrem Arbeitswillen. Viele Häuser standen leer, die Scheiben waren herausgeschlagen, nur der Wind heulte an den Herbstabenden darin. Aber immer mehr Leute kamen aus verschiedenen Gegenden, Ukrainer, Leute aus dem Wilnaer Gebiet, aus Zentralpolen, ebenso wie wir. Es war Herbst, lange Abende. Die Leute besuchten sich gegenseitig, erzählten sich, was sie erlebt hatten, halfen einer dem anderen und warteten auf den Frühling. (...)

Das war ein schwerer Winter, für alle. Überall wimmelte es von Mäusen, solche gelben mit dunklen Rücken. Sie waren überall, in den Gebäuden, in den Straßengräben. Wenn man abends unterwegs war, liefen sie einem unter den Füßen her. Es gab starken Frost. Die Menschen stahlen Holz aus dem Wald, spannten sich selbst vor die Wägelchen und transportierten das Holz, um die Häuser zu heizen. Hier und da gab es schon Förster, die zusammen mit der Miliz unterwegs waren und die Leute bestrafte. Das half aber nichts, man musste doch mit irgendetwas heizen. Meine Brüder stahlen auch Holz. Einer meiner Brüder schusterte etwas und verdiente so für die Milch und etwas zum Essen. Uns fehlte alles, Milch, Brot. Es gab nur Kartoffeln. Dann begannen die Lebensmittellieferungen von der sog. UNRRA. Die kamen aus Amerika. Manchmal gelang es, etwas davon zu bekommen, Dosenmilch, Tomatensaft, aus dem man Suppe machen konnte, manchmal etwas Schmalz. Das war so ein durchsichtiges hartes Fett. Die Leute nannten es ‚Affenfett‘, aber alle aßen davon und niemand ist krank geworden.

Endlich kam der ersehnte Frühling. Die Menschen arbeiteten, wie und womit sie nur konnten. Sie pflügten mit Kühen. Wer ein Pferd besaß, war der ‚Herr‘, er erledigte alles bei sich selber und verdiente noch durch die Arbeit bei anderen Leuten. Die Menschen gruben ganze Ackerflächen mit dem Spaten um, setzten Kartoffeln, säten Getreide, Gerste oder Hafer. Sie halfen sich gegenseitig, für Geld oder umsonst. Wir hatten kein Pferd, alles jäteten wir mit der Hand. Mein ältester Bruder häufelte die Kartoffeln sogar ‚uns auf den Fersen‘, das heißt, ich und mein jüngerer Bruder zogen den Pflug. Als unser Nachbar dies sah, – er besaß ein Pferd, obgleich ein lahmes – kam er uns gleich zur Hilfe. Denn wenn auch

das Pferd lahmte, so war es doch immerhin ein Pferd. Er hat uns die Kartoffeln gehäufelt<sup>267</sup>.

Nach dem vom Ministerrat der polnischen Interimsregierung ausgearbeiteten und im Juni 1945 genehmigten Ansiedlungsplan sollten 500 000 Personen bis zum 1. August 1945 in Ermland und Masuren angesiedelt werden. Laut diesem Plan sollten 210 000 Personen aus der Woiwodschaft Białystok, 180 000 aus einem Teil der Woiwodschaft Warschau, 50 000 aus Warschau selbst, 10 000 aus einem Teil der Woiwodschaft Lublin und 50 000 im Rahmen der „Repatriierung aus dem Osten“ kommen.<sup>268</sup> Die Dorfbevölkerung hätte etwa 90 % aller Siedler ausmachen sollen. Dieses Konzept war offensichtlich nicht realistisch und war lediglich als eine entsprechende Bedarfsbestimmung anzusehen.

Die Ansiedlung verlief in der Anfangsphase chaotisch. Vorherrschend war eine nicht geregelte und spontane, so genannte wilde Ansiedlung. Datiert wird diese Phase auf den Zeitraum vom 19. Februar 1945 bis zum Juli desselben Jahres.

Anschließend verlief die Einwanderung schon in mehr oder weniger geordneten Bahnen. Sie beruhte auf einem durch die zuständigen Ressorts ausgearbeiteten Plan. Bis Jahresende 1945 ließen sich laut den Statistiken des Staatlichen Repatriierungsamtes (PUR), das diese Aktion koordinierte und durchführte, in der Woiwodschaft Olsztyn 64 081 und in der so genannten EGO-Region (Woiwodschaft Białystok) 24 700 Personen nieder<sup>269</sup>. Besonders zahlreich siedelte sich die Bevölkerung (entgegen den geltenden Plänen) in den südlichen Kreisen des Bezirks und entlang der funktionierenden Verkehrswege an; knapp 77 % der Um- und Aussiedler (Repatriierten) ließen sich in Kreisen entlang der Eisenbahnstrecken von Olsztyn nach Toruń und von Elk nach Warschau nieder; die wenigsten wählten den nördlichen Teil von Ermland und Masuren.

Im Herbst 1945 kam es zu einer Abwanderung der zuvor angesiedelten Bevölkerung (schätzungsweise verließen mindestens 30 000 Personen diese Region zwischen Juli und Dezember). Eingedämmt wurde in der zweiten Jahreshälfte 1945 die „wilde“ Ansiedlung, die mit unterschiedlicher Intensität noch bis Ende der vierziger Jahre auftrat<sup>270</sup>.

Die Siedlungsaktion dauerte bis 1948, als sie ihren Massencharakter verlor. Nach Angaben des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete ließen sich bis 28. Februar 1946 in der Woiwodschaft Olsztyn in den ländlichen Gegenden

---

267 H. Brudzyńska, *Murzynowo–Wozławki*, in: *Nachkriegsalltag in Ostpreußen. Erinnerungen von Deutschen, Polen und Ukrainern*, hrsg. von H.-J. Karp, Münster 2004, S. 70-72.

268 Vgl. S. Łach, *Status prawny komendantur wojennych Armii Czerwonej na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski po 1945 r.*, in: *Ziemia Odzyskane pod wojskową administracją radziecką po II wojnie światowej*, red. S. Łach, Słupsk 2000, S. 49.

269 S. Banasiak, *Działalność osadnicza...*, S. 111

270 S. Żyromski, *Procesy migracyjne...*, S. 58 f.

105 201 Personen (oder 26 157 Familien) nieder. In der EGO-Region waren es 27 079 Personen (5 957 Familien)<sup>271</sup>. Die Zahl der Landbewohnerbewohner in der Woiwodschaft Olsztyn, die aus den Alten Gebieten gekommen waren, stieg von knapp 80 610 zum 31. Dezember 1945 auf 250 446 zum Jahresende 1949.

Auch die Zahl der Umsiedler in den Städten der Woiwodschaft Olsztyn wuchs kontinuierlich (1945 ließen sich hier 45 900 Personen nieder, 1946 78 000, 1947 95 700 und 1948 94 900)<sup>272</sup>. Die meisten stammten aus dem Norden der Woiwodschaft Warschau und aus den Woiwodschaften Białystok und Lublin.

Trotz des formalen Endes der geregelten Siedlungsaktion im Jahr 1948 wurde auch späterhin geplant, sie fortzusetzen; dies rührte daher, dass viele Kreise besonders im Norden der Woiwodschaft unterbevölkert waren.

Die polnische Bevölkerung, die aus den Zentralpolen kam und sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Ermland und Masuren niederließ, lässt sich in drei Gruppen gliedern.

Die erste Gruppe bildeten die so genannten Plündersiedler. Es war ein klassisches Beispiel für die grenznahe Ansiedlung. Die Plündersiedler stahlen Hab und Gut (Inventar, Saatgut, Gerätschaften u.ä.); sie raubten unter der Parole: „alles Deutsche ist herrenlos, also meins“. Bewaffnete Banden aus den Grenzkreisen der Woiwodschaft Warschau und Białystok unternahmen mehr oder weniger lange Ausfälle oder eigentümliche „Rallyes“, fast wie die „Reiter der Apokalypse“. Sie verbreiteten allgemeines Entsetzen. Ihre „Taten“ wurden mit den Pogromen der Etappeneinheiten und Marodeure der Roten Armee verglichen. Sie waren berüchtigt für die rücksichtslose Aneignung von Gütern und für die erbarmungslose Eintreibung von Getreideresten oder Tieren. Geraubt wurde hauptsächlich im Schutze der Dunkelheit, aber auch tags. Die Peiniger agierten entweder legal, nicht selten in Uniformen der Bürgermiliz oder der Polnischen Armee, oder waren maskiert. Ausgeraubt wurden einzelne Gehöfte oder ganze Dörfer, die in der Einöde oder in der Nähe von stark frequentierten Verkehrswegen liegen konnten. Viele dramatische Berichte lassen sich in amtlichen Dokumenten der damaligen Zeit finden sowie in den bei soziologischen Feldforschungen zusammengetragenen Erzählungen. Die Erinnerung an diese Ereignisse ist nach wie vor im Bewusstsein der älteren Generation der Landeseinwohner lebendig<sup>273</sup>.

Die Räuberbanden, die in einem breiten Grenzstreifen grassierten, wollten sich hier gar nicht niederlassen, sondern ließen das Raubgut in Dörfer und Städte Kurpiens abtransportieren. Erst in der zweiten Siedlungsphase ab Mitte 1945 erschienen einzelne Personen oder Gruppen, die legal oder illegal Bauernhöfe in Be-

---

271 S. Łach, *Status prawny...*, S. 130.

272 S. Żyromski, *Procesy migracyjne...*, S. 69.

273 Auf Berichte, die diese Vorfälle schildern, bin ich mehrmals während meiner Feldforschungen in Masuren in den achtziger und neunziger Jahren gestoßen.

sitz nahmen und dabei oft gewaltsam die bisherigen Eigentümer vertrieben. Diese Ansiedlung geschah nicht mit der Absicht des normalen Wirtschaftens, sondern sie war eine getarnte Form des Raubs. Nach der Übernahme des ausgesuchten, zumeist wohlhabenden Hofes wurde dieser in der Regel heruntergewirtschaftet, indem verschiedene Habe und Gerätschaften über die alte Grenze geschafft wurden. Nach einer Zeit zog man in andere Gegenden weiter, wo wieder neue Höfe in Besitz genommen wurden. Dieser „Zyklus“ dauerte so lange, bis die Täter an ihren alten Wohnsitz endgültig zurückkehrten oder in die Rolle des so genannten normalen Umsiedlers schlüpfen.

Das Gegenteil zur „Plünderungssiedlung“ war die so genannte Pioniersiedlung. Größere und kleinere Gruppen von Umsiedlern kamen in die Wiedererworbenen Gebiete mit der Überzeugung, es bedürfe deren Bewirtschaftung und Wiederaufbaus. Einige von ihnen betrachteten dies als eine Art Mission, eine staatsbürgerliche Pflicht<sup>274</sup>. Gruppen von Pioniersiedlern bildeten beispielweise Eisenbahner, Lehrer und Verwaltungsbeamte verschiedener Ebenen. Dazu gehörten auch Landwirte. Sie stammten in der Regel aus Pommerellen oder Großpolen. Allerdings bildeten sie eine kleine Randerscheinung im gesamten Strom von Umsiedlern, die sich in Ermland und Masuren niederließen.

Der dritte vorherrschende Siedlertypus waren die so genannten echten bzw. „normalen“ Umsiedler. Sie strömten aus verschiedenen Beweggründen in dieses Land. Meistens wollten sie ihre bisherige Lebenslage verbessern; oft gaben auch Armut und Not den Anstoß zum Verlassen der Heimat.

#### 3.4.4. Grenzländer (Kresowiacy)

Die Transporte mit deutschen Aussiedlern, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus Ermland und Masuren nach Westen rollten, kreuzten sich mit Bahntransporten der aus den östlichen Grenzlanden Vorkriegspolens (Kresy) ausgesiedelten polnischen Bevölkerung, die als Repatriierte bzw. Grenzländer (Kresowiacy) bezeichnet wurde.

Durch den Verlust der östlichen Grenzlande Polens sowie die Repressalien der Sowjets war diese Bevölkerungsgruppe vor eine dramatische Wahl gestellt: in ihrer lokalen und regionalen Heimat zu bleiben und als verfolgte und diskriminierte Minderheit in Lebensgefahr zu schweben, oder eben dem „Nationalstaat zu folgen“, der die Mehrheit der Polen umfasste und gezwungen war, seine Grenzen nach Westen zu verschieben.

---

274 Vgl. A. Kwilecki, *Migracje Pionerskie na Ziemiach Odzyskanych*, in: *Studia Socjologiczne* 1986, Nr. 1.

Die Grenzländer waren wie die Bewohner Ostpreußens von mancherlei zwangsweiser oder halb zwangsweiser Migration betroffen, die zwei Hauptformen annehmen konnte. Die ersten waren ungeregelt und traten als „wilde“ Vertreibung oder Flucht auf. Bereits 1944 kurz nach dem Durchzug der Front verließen Polen die Region Wilna, Wollhynien und Podolien, da wegen des dort herrschenden, sowohl litauischen und ukrainischen als auch sowjetischen Terrors akute Lebensgefahr bestand.

Die zweite Migrationsform der Grenzlandbewohner waren organisierte Ausreisen aufgrund entsprechender Abkommen und Vereinbarungen. Diese Aussiedlung war in der Regel halbfreiwillig oder freiwillig und entsprang einer Zwangslage, die dazu führte, dass die Ausreisen das Ausmaß eines Exodus annahm. Sie verliefen gewöhnlich in Form von Massentransporten, teils als Bevölkerungsaustausch. Die Grenzländer, die nicht wussten, wohin genau sie fahren, wo sie sich niederlassen und ihr neues Leben aufbauen würden, kamen in der Regel in die West- und Nordgebiete, mit Sonder- oder Militärtransporten zusammen mit Verwandten und Nachbarn, manchmal nur mit ihrer eigenen Familie oder auch ganz allein.

Geregelte Aussiedlungen der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen östlichen Grenzlanden begannen 1944 aufgrund der Abkommen über den Bevölkerungsaustausch, die zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) und den Sowjetregierungen in Weißrussland, der Ukraine und Litauen geschlossen wurden<sup>275</sup>. Am 6. Juli 1945 wurde in Moskau von der polnischen Interimsregierung (Interimsregierung der Nationalen Einheit, TRJN) ein Abkommen über die Ausreise der polnischen und jüdischen Bevölkerung aus den übrigen Teilen der Sowjetunion geschlossen. Auszusiedeln waren demnach alle polnischen Staatsbürger, die vor dem 1. September 1939 in den von der UdSSR annektierten Gebieten wohnhaft gewesen oder während des Krieges in andere Gegenden der UdSSR verschlagen worden waren (es handelte sich vor allem um die in den Jahren 1939-1941 nach Sibirien und Kasachstan deportierten Flüchtlinge aus West- und Zentralpolen sowie um Erwerbsmigranten aus dem Baltikum).

Am 13. Februar 1945 erließ der polnische Ministerrat einen Beschluss über die Durchführung einer massenhaften „Repatriierung“. Es wurde ein Regierungs-

---

275 Die Abkommen wurden mit der Ukraine und Weißrussland am 9. September und mit Litauen am 22. September 1944 geschlossen. 482 000 Ukrainer haben Polen freiwillig, halbwegs oder ganz unter Zwang verlassen und sind in die Ukrainische SSR ausgewandert. Ausgewandert sind auch 36 000 Weißrussen und knapp 1 000 Litauer. Außerdem reisten einige Tausend Russen, hauptsächlich aus Pommern, in die UdSSR aus. Vgl. A. Sakson, *Socjologiczne problemy wysiedleń*, in: *Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie*, red. H. Orłowski, A. Sakson, Olsztyn 1996, S. 156, dort auch weiterführende Literatur.

bevollmächtigter für Repatriierungsfragen eingesetzt; für die technische Seite war das Staatliche Repatriierungsamt (PUR) zuständig, das unter anderem spezielle Etappenpunkte (z.B. in Giżycko und Olsztyn) einrichtete<sup>276</sup>.

Einerseits waren die Aussiedler oft froh, lebend aus der „Höhle des Löwen“ entronnen zu sein, andererseits empfanden sie unbeschreibliches Leid und Trauer. Die Ausreise aus den Grenzlanden, das Zurücklassen des heimatlichen Hauses waren Erlebnisse, die sich in das Bewusstsein all derer, die diese Reise antreten mussten, tief eingepägt haben. Die meisten erlebten dies als eine Vertreibung. Die Grenzländer verbanden den Verlust ihrer Heimat mit dem Gefühl eines unverschuldeten Unrechts und dem Hass auf die Sowjetunion sowie mit einem gespaltenen Verhältnis zu den polnischen kommunistischen Machthabern. Eine positive Einstellung zu letzteren wurde hervorgerufen durch den Anblick nationaler Symbole und Zeichen, die die Menschen zu Tränen rührten; negative Reflexe rief dagegen die allgegenwärtige Großspurigigkeit der Russen und die Abhängigkeit der polnischen Machthaber vom blutrünstigen Sowjetregime hervor.

In den Jahren 1945-1948 trafen in der Woiwodschaft Olsztyn insgesamt 122 000 Aussiedler ein. Die Mehrheit der Grenzländer kam in den Jahren 1945-1946. Die meisten Transporte wurden in die nördlichen Kreise der Woiwodschaft geleitet. 1950 ließen sich 134 228 Grenzlandbewohner in der Woiwodschaft Olsztyn nieder. Den größten Aussiedleranteil nahmen, gemessen an der Gesamtbevölkerung folgende Kreise auf: Lidzbark 15 726 Personen (43,7%), Kętrzyn 13 532 (38,1 %), Braniewo 11 350 (37,0 %), Giżycko 9 764 (35,6 %), Bartoszyce 6 576 (34,2 %) und Pasłęk 8 936 (32,2 %). Im Kreis Szczytno siedelten sich 3 251 Aussiedler an. In Olsztyn stellten die Grenzländer gar 42,8 % aller Einwohner; zumeist stammten sie aus der Gegend um Wilna<sup>277</sup>.

Für die Grenzländer aus dem Osten war der Verlust ihrer Heimat, ihrer Häuser, in denen sie seit Generationen gelebt haben, eine persönliche Tragödie. Damit einher ging auch der Zerfall der Gemeinschaft, in der sie bis dahin gelebt hatten. Die Ankunft in Ermland und Masuren („Preußen“, wie dieses Land allgemein

---

276 Vgl. S. Banasiak, *Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego na Ziemiach Odzyskanych 1945-1947*, Poznań 1963, S. 40; W. Gieszczyński, *Państwowy Urząd Repatriacyjny w osadnictwie na Warmii i Mazurach (1945-1950)*, Olsztyn 1999, S. 95-99; D. Sula, *Działalność...*, S. 123-141; J. Czerniakiewicz, *Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944-1948*, Warszawa 1987; K. Żygulski, *Repatrianci na Ziemiach Zachodnich. Studium socjologiczne*, Poznań 1962; *Przesiedlenie ludności polskiej z Kresów Wschodnich do Polski 1944-1947*, wybór, opracowanie i redakcja dokumentów S. Ciesielski, Warszawa 1999.

277 Eine umfangreiche Monographie zur Genese, den Rahmenbedingungen und dem Verlauf der Aus- und Ansiedlungen der Grenzländer im Ermland und Masuren hat H. Murawska publiziert: *Przesiedleńcy z Kresów Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej w Olsztynskiem*, Olsztyn 2000.

genannt wurde) verlangte ihnen Entsagung und Mühe ab. Die Menschen hatten somit nicht das Gefühl, sie hätten hier ihr neues Zuhause gefunden. Die Optimisten warteten auf die Möglichkeit, in ihr heimatliches Wilna oder Riwna zurückzukehren, die Pessimisten waren überzeugt, die Ansiedlung in den Wiedergewonnenen Gebieten sei nur eine Etappe auf ihrer nie enden wollenden erzwungenen Wanderung. Kaum jemand glaubte damals, dass dieses Land dauerhaft zu Polen gehören würde. Zudem hatten die Grenzländer oft das Gefühl, eine unwillkommene Minderheit unter einem Heer von Ankömmlingen aus Zentralpolen zu sein.

Die Aussiedler aus dem Osten lebten damals im Gefühl der Vorläufigkeit. Man tröstete sich mit dem Gedanken, spätestens in einigen Jahren werde die Ordnung von Jalta zusammenbrechen, und dann sei eine Rückkehr in die eigentlichen, im Osten zurückgelassenen Häuser möglich.

Die erste Begegnung mit dem neuen Land war nicht selten reich an Dramatik. Nach der Ankunft am Zielbahnhof war der Anblick der überall herrschenden Zerstörung und des Chaos überwältigend. Die von der Reise Geplagten fürchteten, sie seien hier dem „Verderben“ ausgeliefert worden.

Die Umstände der Ankunft in den Wiedergewonnenen Gebieten begünstigten die Anpassung an die neue Umwelt mitnichten. Die Grenzländer konnten oft lange keine geeignete Bleibe finden, sie zogen von einem Ort zum anderen. Mehr noch, einige Transporte kehrten nach Zentralpolen zurück, und wer mitfuhr, verzichtete darauf, sich im „Westen“ niederzulassen. Unter den damaligen Bedingungen vermochte ein Teil der Aussiedler nicht einmal länger an einem Ort sesshaft zu werden, weil die objektiven Schwierigkeiten oder ein psychischer Zusammenbruch sie nach einem anderen Siedlungsort Ausschau halten ließen. Die kollektive Ansiedlung von Bewohnern desselben Dorfes oder einer vielköpfigen Familie an einem Ort milderte weitgehend die Mühsal der ersten Begegnung mit der fremden Realität. An dem ganz und gar unbekanntem Ort hielten die Aussiedler Kontakt zu Mitgliedern der ihnen vertrauten Gemeinschaft. Solch eine kollektive Umsiedlung begünstigte allerdings gleichzeitig ein Festhalten an der Vergangenheit in Gestalt herkömmlicher Wirtschaftsführungsmuster, die für den neuen Ort eher ungeeignet waren, und erschwerte das Zusammenleben mit Gruppen einer anderen regionalen Herkunft innerhalb der jeweiligen Dorfgemeinschaft.

Zum lang anhaltenden Gefühl der Andersartigkeit dieser Gruppe beigetragen hat die Gemeinsamkeit der Herkunft, der Lebensschicksale, der Sprache bei gleichzeitig verschwindend geringen Vermögensunterschieden, da ja alle enteignet waren und an der sprichwörtlichen Schwelle zu ihrem neuen Leben standen. Die letzten Jahre in der alten Heimat, die sowjetische und deutsche Besatzungszeit, der Terror ukrainischer Nationalisten, das Leben in der Verbannung in Sibirien oder anderen entlegenen Teilen des Sowjetimperiums schweißten die Grenzländer zu einer von Russen, Deutschen, Litauern und Ukrainern bedrohten Volksgruppe

zusammen. Das damals herausgebildete Gefühl der Gruppensolidarität blieb lange ein verbindendes Element dieser Gemeinschaft.

Die Grenzländer wurden von den vorherigen Umsiedlern aus Zentralpolen nicht mit offenen Armen empfangen. Letztere sahen in ihnen oft Konkurrenten (zumal bei einer „Sättigung“ des jeweiligen Ortes mit Zuwanderern), mit denen man den vorgefundenen Besitz würde teilen müssen. Relativ schnell kam es zu einer Unterscheidung zwischen den „Bauern von jenseits des Bug“ („chadziaje zza Buga“) und den „Zentralpolen“ („centralaki“). Von letzteren wurden die Grenzlandbewohner herablassend behandelt.

Die Grenzländer, die nach Ermland und Masuren kamen, bildeten weder sozial noch kulturell eine homogene Gruppe. Zwar bezeichneten die übrigen Bevölkerungsgruppen mit einem gemeinsamen Namen als diejenigen „von jenseits des Bug“ („zza Buga“, auch „zabugowcy“, „zabużanie“ bzw. eindeutig pejorativ „zabugole“, „chadziaje“, „Ruskie“), denn sie wiesen viele gemeinsame soziale und kulturelle Merkmale auf. In Wirklichkeit zerfielen sie aber in Gruppen unterschiedlicher regionaler Herkunft. Unter den Aussiedlern aus dem Osten, die an die Łyna (Alle) kamen, lassen sich grundsätzlich drei Gruppen unterscheiden.

Die erste und größte bildeten die „Wilnaer“ („wilnianie“, „wilniacy“, „od Wilna“) aus Wilna und Umgebung.

Die zweitstärkste waren die Vertriebenen aus Wolhynien. Als sie nach Westen fuhren, zum Teil nach Ermland und Masuren, vermeinten sie, nach der Erstickung des ukrainischen Terrors bald an ihre Wohnsitze zurückkehren zu können. Es gab sogar Fälle, in denen ein Familienmitglied zurückblieb, um den Familienbesitz zu bewachen. Aus diesem Grund betrachteten sie ihren Aufenthalt „im Westen“ als vorübergehend, sie waren an ihrer eigenen sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung am neuen Wohnsitz nicht interessiert. Besonders feindselig standen sie der im Rahmen der Aktion Weichsel ausgesiedelten ukrainischen Bevölkerung gegenüber.

Die dritte Gruppe bildeten die Sibirienverbannten („sybiracy“). Dabei handelte es sich um Polen aus verschiedenen Teilen der östlichen Grenzlande, die infolge mehrerer „Abtransporte“ durch die Sowjets nach Sibirien oder anderen abgelegenen Landstrichen der Sowjetunion verschleppt wurden. Für diese Gruppe war die Übersiedlung nach Polen (ungeachtet seiner Grenzen nach der Wiedererstehung) eine lebensrettende Chance. Die Ankunft im Heimatland war für sie eine Erlösung, sie waren froh, der „sowjetischen Hölle“ entkommen zu sein<sup>278</sup>.

---

278 S. Ciesielski, G. Gryciuk, A. Srebrakowski, *Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej*, Wrocław 1993, S. 24-54; J. Siedlecki, *Losy Polaków w ZSRR w latach 1939-1986*, London 1987; P. Żaroń, *Ludność polska w Związku Radzieckim w czasie II wojny światowej*, Warszawa 1990; W. Wielhorski, *Losy Polaków w niewoli sowieckiej (1939-1956)*, London 1956.

Das Gros der Grenzländer war durch Bezeichnungen wie „die von jenseits des Bug“ (zza Buga) oder „Russkis“ (Ruskie), gekränkt und aufgebracht. Für sie war dies umso schmerzlicher, als dadurch die Ergebnisse ihrer nationalen Verifizierung in Frage gestellt wurden, zumal die offizielle polnische Propaganda den östlichen Grenzlanden das Recht absprach, überhaupt je eine ideologische Heimat gewesen zu sein. Besonders deprimierend war für die Grenzländer der Eintrag „geboren in der UdSSR“ in ihren Personalausweisen.

### 3.4.5. Ukrainer – die Aktion Weichsel

Grzegorz Szeryszyn, ein Ukrainer, der im Rahmen der Lösung der „ukrainischen Frage“ im Nachkriegspolen aus den Bieszczaden nach Ermland und Masuren ausgesiedelt wurde, schildert die Geschehnisse wie folgt: „Ich traf in Preußen am 7. Juli 1947 im Rahmen der Zwangsaussiedlungen, der so genannten Aktion Weichsel, ein. Nach tagelanger Fahrt erblickte ich das Tageslicht. Ich durfte mich meiner Schwester und dem Schwager anschließen und musste mir polnische Papiere ausstellen lassen.“

Die ersten Tage waren ganz furchtbar. Im Sammelpunkt in Wareż (ukr. Warjasch) kam ein polnischer Bekannter aus Żabcze zu uns und sagte: „Denkt daran, dass wir euch jetzt alle im Auge behalten!“ Zwei Stunden später kamen Militär und Polizei, man verhaftete mich, meinen Schwager und einen Jungen aus den Bieszczaden, da man uns der Verbindung zur Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) verdächtigte. (...)

Nach langer Fahrt kamen wir schließlich in Młynary im Kreis Pasłęk in der Woiwodschaft Olsztyn an. Der erste, der uns begrüßte, war der Gemeindevorsteher. Er fragte uns alle nach Ausbildung, Beruf und Fähigkeiten. Mein Schwager war Schuster, Schneider, konnte einfach alles. Das beeindruckte den Gemeindevorsteher. Er nahm uns mit ins Dorf Osiek, woher er selbst kam. Man kann also sagen, dass der erste Mensch uns einigermaßen normal begrüßt hat, obwohl man nicht weiß, was er wirklich von den Ukrainern hielt. Er war nicht ordinär zu uns.

Das Dorf war sogar groß, da waren an die 70 Häuser. Die meisten Einwohner waren Polen aus Warschau, Lublin, Bydgoszcz und der Wilnaer Gegend. Es gab auch viele Ukrainer, vorwiegend aus den Bieszczaden, Jarosław, Włodawa, Sanok und Biała Podlaska. Die Deutschen waren sehr kurz hier, nur eine Woche.

Im Dorf waren die meisten Häuser zerstört, ohne Türen und Fenster. Am Anfang sollten wir bei einem Polen aus Litauen wohnen. Das Haus war schön, aber wir wollten keine Konflikte, also sind wir woanders eingezogen. Wir brachten zwei Pferde und zwei Kühe mit, die Schafe wurden uns noch in Wareż wegge-

nommen. Das uns zugewiesene Land lag weit weg von unserem Haus, das in der Nähe bekamen Polen.

Man konnte sehen, dass die Polen die Ukrainer nicht mochten, aber mit der Zeit haben sie sich an uns gewöhnt. Die Leute hatten Angst, ihre Muttersprache zu sprechen, doch die Angst war schnell vorbei. Wir gingen auf Feste, wo wir ukrainische Lieder sangen. Manchmal kamen Sprüche wie ‚Du Ukrainer!‘. Mit der Zeit hat sich aber alles normalisiert.

Es gab Pläne zur Heimkehr, aber die gaben wir auf, als diejenigen, die ausreisen wollten, in Jaworzno [Arbeitslager für die Ukrainer – A.S.] landeten. Obwohl da immer die Hoffnung war, dass wir eines Tages heimkehren würden<sup>279</sup>.

Die Aktion Weichsel begann am 28. April 1947 und dauerte bis zum 30. Juli 1947, d.h. so lange, wie es dauerte, mehr als 140 000 Ukrainer und Mitglieder gemischter polnisch-ukrainischer Familien auszusiedeln. Betroffen waren drei Woiwodschaften (22 Kreise). Die meisten Ukrainer und Lemken wurden aus den Woiwodschaften Rzeszów (85 339 Personen), Lublin (44 726) und Krakau (10 510) ausgesiedelt<sup>280</sup>.

Mit der Aussiedlung der ukrainischen und lemksichen Bevölkerung wurde am 2. April 1947 im gesamten Aktionsgebiet der Einsatzgruppe Weichsel begonnen. Die ersten Transporte trafen in Olsztyn am 3. Mai ein<sup>281</sup>.

Eines der Grundprinzipien dieser Aktion bestand darin, die Transporte so zu lenken, dass die Bevölkerung möglichst stark durchmischt wurde. In den zu

---

279 *Codziennosc zapamiędana. Warmia i Mazury we wspomnieniach*, red. H. J. Karp, Traba, Olsztyn/Warszawa 2004, S. 476 f.

280 Vgl. E. Misiło, *Akcja „Wisła“*. *Dokumenty*, Warszawa 1993; Galuba, *Wysiedlanie ludności ukraińskiej na Ziemię Zachodnie i Północne w ramach akcji „Wisła“*, in: *Pomorze – trudna ojczyzna? Kształtowanie się nowej tożsamości 1945-1995*, red. A. Sakson, Poznań 1996; Drozd, *Droga na Zachód. Osadnictwo ludności ukraińskiej na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski w ramach akcji „Wisła“*, Warszawa 1997; E. Misiło, *Polska polityka narodowościowa wobec Ukraińców 1944-1947*, in: *Polska – Polacy – mniejszości narodowe*, red. W. Wrzesiński, Wrocław 1992; Drozd, *Polityka władz wobec ludności ukraińskiej w Polsce w latach 1944-1989*, Warszawa 2001; A. Chojnowska, *Operacja „Wisła“ (przesiedlenie ludności ukraińskiej, Ziemię Zachodnie i Północne w 1947 roku)*, in: *Zeszyty Historyczne* Bd. 102, Paris 1992.

281 Eine Anweisung des Ministeriums für die Wiedergewonnene Gebiete vom 10. November 1947 bestimmte: „Hauptziel der Umsiedlung der W-Siedler [Aktion-Weichsel-Siedler] ist ihre Assimilation an das neue polnische Milieu. Es sind alle Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles zu unternehmen. Die Siedler sind nicht als ‚Ukrainer‘ zu bezeichnen. Falls mit den Siedlern intellektuelle Elemente in die Wiedergewonnenen Gebiete gelangen, erfolgt deren Unterbringung unbedingt getrennt und fernab der von den W-Siedlern bezogenen Dörfern.“ Zit. nach: Drozd, *Zasady rozmieszczenia ludności ukraińskiej na Ziemiach Odzyskanych w ramach akcji „Wisła“*, in: *Śląskie Studia Historyczne* 1993, Nr. 3, S. 111.

besiedelnden Gebieten sollten in derselben Ortschaft, ja sogar in der nächsten Umgebung keine Familien zusammentreffen, die aus demselben Dorf oder auch nur aus einer Gemeinde stammten. Ukrainer und Lemken durften keine Höfe in Ortschaften mit autochthoner Bevölkerung beziehen. Die Aussiedler durften außerdem nicht mehr als 10 % der Einwohner eines Dorfes ausmachen.

Es gab auch die Empfehlung, ukrainische und lemksische Bevölkerung nicht in Grenz- und Küstenstreifen sowie um die Woiwodschaftsstände und entlang der Grenzen von 1939 anzusiedeln.

Die Siedlungsabteilung des Woiwodschaftsamt Olsztyn erstellte einen Plan zur Verteilung der ausgesiedelten Familien in der Woiwodschaft. In der ersten Fassung dieses Plans waren Kreise mit hohem ermländischem und masurischem Bevölkerungsanteil von der Ansiedlung im Rahmen der Aktion Weichsel gänzlich ausgenommen, und zwar die Kreise Nidzica, Olsztyn, Ostróda, Pisz und Szczytno; im Kreis Mrągowo sollten lediglich 50 Familien in staatlichen Agrarbetrieben angesiedelt werden. Von den 6 310 Familien, die laut Siedlungsplan zu verteilen waren, fanden 5 000 Familien ihre Bleibe auf Einzelhöfen, auf Gütern 710 und in Städten 600. Nach dem Plan sollte die größte Zahl von Aussiedlern in den nördlichen Grenzkreisen, besonders den Kreisen Węgorzewo und Braniewo, angesiedelt werden<sup>282</sup>.

Die Verteilung der ukrainischen und lemksischen Bevölkerung in der Woiwodschaft Olsztyn im Jahre 1947 veranschaulicht Tabelle 24.

*Tabelle 24 Verteilung der ukrainischen Bevölkerung, die im Rahmen der Aktion Weichsel in die Woiwodschaft Olsztyn angesiedelt wurde (Stand zum 31. Dezember 1947)*

Pos.	Kreis	Ukrainische Bevölkerung		Anteil der ukrainischen Bevölkerung an	
		Familien	Personen	der Landbevölkerung von insgesamt 363 908 = 100 %	der Land- und Stadtbevölkerung von insgesamt 517 559 = 100 %
1.	Bartoszyce	792	2951	30,3	21,5
2.	Biskupiec	677	2851	13,3	9,6
3.	Braniewo	1744	6605	37,2	27,5
4.	Giżycko	863	3615	15,5	10,4
5.	Górowo Haweckie	1202	4878	48,2	42,5
6.	Hawa (Susz)	827	3326	15,2	10,0

282 B. Wilamowski, *Studia założen...*, S. 398.

7.	Kętrzyn	1228	5102	22,9	16,1
8.	Lidzbark Warmiński	772	3464	14,4	11,1
9.	Morąg	973	4175	15,4	13,0
10.	Mrągowo	154	650	2,3	1,8
11.	Nidzica	277	940	6,5	5,2
12.	Olsztyn	142	610	1,8	1,7
13.	Ostróda	445	1598	5,2	3,7
14.	Pasłęk	1392	5893	31,7	26,5
15.	Pisz	162	568	3,8	2,7
16.	Szczytno	211	797	2,9	2,3
17.	Węgorzewo	1760	7427	41,5	36,8
18.	Olsztyn-Stadt	–	–	–	–
	Gesamt:	13 621	55 448	15,2	10,7

Quelle: M. Winnicki, *Osadnictwo ludności ukraińskiej w województwie olsztyńskim*, Olsztyn 1965, S. 14.

Die Vorstellungen der Beamten über den Ablauf der Siedlungsaktion entsprachen indes kaum der Wirklichkeit, denn von der Aktion Weichsel wurde eine viel größere Bevölkerungszahl erfasst als ursprünglich geplant. Relativ schnell stellte sich heraus, dass es zu wenig freie bewohnbare Höfe gab. Die diesbezüglichen Richtlinien des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete wurden nur bis zum 20. Juni 1947 umgesetzt. Bald waren die Woiwodschaftsbehörden gezwungen, von den formellen Vorschriften abzurücken. Empfehlungen bezüglich der Einhaltung eines quantitativen Verhältnisses zwischen den ukrainischen Siedlern und den übrigen Bewohnern erwiesen sich als nicht umsetzbar. In den meisten Kreisen, besonders im Norden der Woiwodschaft, wurden die festgesetzten Grenzen nicht eingehalten. Beispielsweise überstieg der Anteil der ukrainischen Einwohner im Kreis Górowo Iławeckie 42 % der Gesamtbevölkerungszahl. Im Kreis Węgorzewo betrug er 36,8 % und in den Kreisen Braniewo 27,5 %, Pasłęk 26,5 % bzw. Bartoszyce 21,5 %. Die festgesetzte Obergrenze von 10 % wurde auch in weiteren sechs Kreisen nicht eingehalten: Biskupiec, Giżycko, Iława, Kętrzyn, Lidzbark Warmiński, Morąg. Der Anteil dieser Bevölkerung unter den Landbewohnern war noch höher und schwankte in den nördlichen Kreisen zwischen 48,2 % (Górowo Iławeckie) und 30,3 % (Bartoszyce, vgl. Tabelle 24).

Einen besonders hohen Ukraineranteil hatte die Gemeinde Banie Mazurskie (Benkheim, Kreis Węgorzewo), nämlich 71 %. In den übrigen Gemeinden des Kreises war er ebenfalls hoch und betrug z.B. in Kutry (Kutten) 64 %, Budry

(Buddern) 50 %, Węgorzewo 45 %. Von den 92 Dörfern des Kreises wurde in 57 die Marke von 40 % ukrainischer Bevölkerung überschritten. In einigen Dörfern waren die „Aktion-Weichsel-Siedler“ die einzigen Bewohner, wie beispielsweise in Asuny (Assaunen), Gębałki (Gembalken) oder Ziemiany (Ziemiänen)<sup>283</sup>.

Nach Abschluss der Aussiedlungen beschlossen die Behörden eine „Verlegung“ der ukrainischen Bevölkerung aus den Ortschaften, in denen ihr Anteil 40 % überstieg. Diese Maßnahmen bewirkten aber keine wesentlichen Änderungen in der Verteilung der ukrainischen Bevölkerung<sup>284</sup>.

Die ukrainischen und lemischen Aussiedler bildeten die letzte Siedlerwelle. Sie wurden dorthin gelenkt, wo sich Polen nicht niederlassen wollten. Die Ukrainer, denen häufig sehr heruntergekommene Häuser zugewiesen wurden, hatte einen Status, „der an die Strafgefangenen der australischen Kolonien erinnerte“. Die Siedlungsabteilung des Woiwodschaftsamt Olsztyn schlug Alarm, denn diese „Bevölkerung lebt unter ganz erbärmlichen Wohnbedingungen, in den Häusern fehlen Türen und Fenster, Dächer sind beschädigt, von fehlenden Öfen und Fußböden in den Wohnungen ganz zu schweigen“. Die für die ukrainische Bevölkerung bestimmten Häuser waren beispielsweise im Kreis Lidzbark zu 70 % und im Kreis Morąg sogar zu 80 % zerstört. Versuche der Behörden, dieser Bevölkerung zu helfen, stießen auf mehrere Hindernisse. Es fehlte vor allem an Baumaterial, besonders an Glasscheiben, Dachziegeln, Nägeln und ähnlichem. Noch schwieriger war es, eine entsprechende Zahl von Fachleuten für die Instandsetzungsarbeiten zu finden.

Viele Familien litten Hunger. Bescheidene Unterstützung in Form von so genannten „Rol“-Lebensmittelkarten sowie wohlthätige Hilfe linderten die schwierige Lage der notleidenden Familien nur wenig. Elend war auch oftmals die Ursache für die Ausbreitung verschiedener Krankheiten.

Gleichzeitig wurde die Bewegungsfreiheit dieser Bevölkerungsgruppe eingeschränkt. Eine Rückkehr an den alten Wonsitz war kategorisch untersagt<sup>285</sup>.

Mit der Ankunft der Ukrainer und Lemken in Ermland und Masuren begann für sie eine jahrelange soziale Ausgrenzung, die sich durch Antagonismen, Feind-

283 Drozd, *Polityka władz...*, S. 79.

284 Der Woiwode von Olsztyn, W. Jaśkiewicz, teilte in einem Schreiben an das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete vom 22. August 1947 mit: „(...) meiner Meinung nach stellt diese Bevölkerungsgruppe an der Staatsgrenze ein weniger gefährliches Element dar als an den Woiwodschaftsgrenzen“. Zit. nach: M. Hejger, *Przekształcenia narodowościowe na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski w latach 1945-1956*, Słupsk 2008, S. 203.

285 *Ebenda*. In den Jahren 1947-1952 verließen etwa 3 000-4 000 Ukrainer die Woiwodschaft Olsztyn illegal und kehrten in ihre Heimat zurück. M. Hejger, *Przekształcenia narodowościowe...*, S. 232.

schaft und das Fehlen gesellschaftlicher und nachbarschaftlicher Beziehungen zu anderen Teilen der Bevölkerung kennzeichnete. Dieser Isolationismus hatte zwei Erscheinungsformen: einerseits trug er Züge des sozialen Ausschlusses durch andere Einwohner, die nach gesellschaftlicher Ausgrenzung der Ukrainer und Lemken trachteten, andererseits war er durch Selbstausgrenzung geprägt, d.h. die Betroffenen selbst wollten keine Kontakte mit anderen Bevölkerungsgruppen aufnehmen. Diese Phänomene bedingten einander und entwickelten eine eigene Dynamik und Besonderheit.

Im Rahmen freiwilliger Binnenmigration ließen sich im Ermland und Masuren relativ kleine Gruppen von Weißrussen (aus Podlachien), Litauern (aus der Region Suwalken), Zigeunern (Roma) und Juden nieder (es bestand ein formelles Verbot der Ansiedlung größerer jüdischer Bevölkerungsgruppen). Im masurischen Kreis Mrągowo lebte eine kleine Gruppe Altgläubiger, oft Philipponen genannt. Gering war auch die Gruppe polnischer Rückwanderer aus Frankreich, Belgien und Deutschland. Eine kleine Gruppe von Polen aus der Mandschurei wurde hier sesshaft. Unmittelbar nach dem Krieg hielten sich in Ermland und Masuren kleine Gruppen von Russen, zumeist Fahnenflüchtige der Roten Armee, auf<sup>286</sup>.

Die erste Entwicklungsperiode neuer Gesellschaftsverhältnisse in Ermland und Masuren nach 1945 war vor allem gekennzeichnet durch den Isolationismus einzelner Bevölkerungsgruppen und zahlreiche Antagonismen zwischen ihnen. Dies führte oftmals nicht nur zu einer Abschottung innerhalb dieser Gruppen, sondern auch zur Entstehung neuer Konflikte und Vorurteile. Wegen der unterschiedlichen Zahlenstärke und der territorialen Verteilung der nationalen, ethnischen und regionalen Gruppen verliefen diese Prozesse uneinheitlich und nicht selten auf unterschiedliche Weise (Prinzip der Vorherrschaft, des Gleichgewichts bzw. der Unterwerfung einzelner Gruppen, und zwar sowohl auf dem Land als auch in den Städten. Wesentlich beeinflusst wurde dies durch das starke Gefühl der Vorläufigkeit und des Provisorischen, das allen Bewohnern der Gegend gemeinsam war. Dies resultierte sowohl aus der allgemeinen Lage Polens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (Änderung der Staatsgrenzen, Machtübernahme durch die Kommunisten, Abhängigkeit von Moskau mit all ihren Folgen, internationale Lage usw.), als auch den lokalen Besonderheiten, darunter der behördlichen Nationalitätenpolitik.

Ein vielsagendes Merkmal dieser Zeit war die Herausbildung zahlreicher Vorurteile und negativer Klischees innerhalb einzelner Bevölkerungsgruppen: „Szwaby“, „Niemcy“, „hitlerowcy“ (Schwaben, Deutsche, Hitleristen) nannte man die Deutschen gleichermaßen wie die Ermländer und Masuren; als „bose Antki“, „centralaki“, „złodzieje“ (barfußige Straßenjungen, Zentralpolen, Die-

286 Mehr dazu in meiner Studie *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945-1997*, Poznań 1998, S. 140-153.

be) wurden die Siedler aus Zentralpolen bezeichnet, als „Ruskie“, „parsuki“, „zabugole“ (Russkis, Ferkel, die von jenseits des Bugs) die Siedler aus den östlichen Grenzlanden; „Ukraińcy“, „chachały“, „mordercy“ (Ukrainer, Haarschöpfe, Mörder) nannte man die ukrainische Bevölkerung.

### 3.5. Das Verhältnis zur deutschen Vergangenheit

Das Nachkriegsverhältnis der polnischen Bevölkerung zu Deutschland war durch die Erfahrungen der Jahre 1939-1945 belastet. In den ersten Jahren nach dem Krieg existierte im gesellschaftlichen Bewusstsein eine Fülle von Traditionen und Erfahrungen, Ideen, Konzepten, Losungen und Gefühlen bezüglich Deutschlands. Was sie vor allem gemeinsam hatten, war Deutschfeindlichkeit, die in Hass auf die Deutschen und alles Deutsche umschlug. Es herrschte damals ein extrem negatives Klischee vor, das die Deutschen (das deutsche Volk) mit dem Hitler-Regime und dem Völkermord gleichsetzte. Die antideutschen Ressentiments erfassten die ganze Gesellschaft über politische Gräben hinweg, wie auch die Masse Traumata aus Krieg und Besatzung davongetragen hatte

Schon ihrer Natur nach integrierte die Deutschfeindlichkeit die polnische Gesellschaft aufgrund der Gemeinsamkeit der tragischen Erlebnisse, der gemeinsamen Rachegefühle und des gemeinsamen Wunsches nach Genugtuung für das erlittene Leid. Die Zeit der nationalsozialistischen Besatzung in Polen hatte dazu geführt, dass das negative Klischee von Deutschland und den Deutschen fest verwurzelt war. Allgemein verbreitet war die Überzeugung von der Notwendigkeit, das Prinzip der Kollektivverantwortung auf die Gesamtheit der Deutschen anzuwenden. Niemanden schockierten Forderungen, beispielsweise Strafärbeitslager für die Deutschen einzurichten.

Der allgemeine Hass auf die Deutschen und alles Deutsche kam auch in der feindlichen Einstellung zur deutschen Sprache zum Tragen. In den ersten Nachkriegsjahren manifestierte sich diese Haltung in der auch realisierten Forderung, die Namen „Deutschland“, „Deutscher“ kleinzuschreiben. Aus den Konzertprogrammen ließ man die Werke Richard Wagners fort, dessen Musik sich, als Sinnbild des „germanischen Elements“ oder „Geistes“ angesehen, in Nazideutschland besonderer Wertschätzung erfreut hatte. In den Nachkriegsjahren war die deutsche Sprache sehr unbeliebt, ihr Klang rief den Polen die schlimmsten Assoziationen in den Sinn. Dies war eine Reaktion auf die Erlebnisse der Besatzungszeit.

Die feindliche Einstellung zu den Deutschen in Polen war im Europa der Nachkriegszeit nichts Außergewöhnliches. Ähnliche Unmutsbezeugungen waren in vielen Ländern zu beobachten, besonders jenen, die sich während des Krieges unter deutscher Besatzung befunden hatten (Frankreich, Niederlande, Dänemark,

Tschechien und UdSSR). Eine negative Einstellung zu den Deutschen wurde vielfach in Großbritannien, den USA und Australien zum Ausdruck gebracht. Die damaligen Machthaber versuchten die Deutschfeindlichkeit, die im gesellschaftlichem Empfinden ihre objektive Rechtfertigung fand, zu instrumentalisieren. In der offiziellen Propaganda wurden vor allem Feindseligkeit und Hass gegen die Deutschen in den Vordergrund gerückt. Dies führte zu einem Schematismus, der sich oft in der Mythologisierung der Besatzungszeit manifestierte. Später nahm dies Züge einer gewissen „Banalisierung des Bösen“ an und trat in schwarz-weißer oder schablonenhafter Darstellungsweise der deutschen Besatzung und der Deutschen selbst zutage.<sup>287</sup>

### 3.5.1. Politik der „Entdeutschung“

Nach der Übernahme Ostpreußens durch die russische und polnische Verwaltung tauchte das Problem der Polonisierung dieser Gebiete auf. Im Ermland, Masuren und allen Wiedergewonnenen Gebieten wurde dieser Prozess zunächst als „Entdeutschung“ der materiellen und ideellen Sphäre bezeichnet. Diese Vorgehensweise war nicht neu. Jeder neue Machthaber, der das Territorium eines anderen Staates (durch Besetzung bzw. Unterwerfung) einnimmt, ist bestrebt, die äußeren Symbole der bisherigen Herrschaft möglichst rasch zu beseitigen. So verfuhr die Polen 1938 im annektierten Olsagebiet, die Deutschen und Russen nach 1939 im besetzten Polen, oder auch die Tschechen, Franzosen und Dänen nach dem Fall des Dritten Reiches in den befreiten Gebieten. So verfuhr die Herrscher der Antike und der Neuzeit, indem sie Tempel, Skulpturen, Denkmäler zerstörten und die Ortschaften umbenannten. An die Stelle der zerstörten alten Symbole traten neue, die unzweifelhaft von einer neuen, auf Dauer angelegten Ordnung künden sollten (z.B. „Tausendjähriges Drittes Reich“ oder „unbesiegte Sowjetunion“).

Unter „Entdeutschung“ zu verstehen sind nach Ansicht Bernard Lineks „alle Maßnahmen, vor allem der Staats- und Parteibehörden sowie anderer sozialer und politischer Organisationen, die die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung zum Ziel haben sowie die – hauptsächlich mechanische – Beseitigung jeglicher kultureller Anhaltspunkte für die Präsenz (...) des deutschen Staates, seiner Vertreter oder Deutsch sprechender Personen. ‚Entdeutschung‘ bedeutet gleichfalls eine vorwiegend administrative Bekämpfung unterschiedlicher Einstellungen der Bevölkerung, die von den Behörden als Ausdruck des Deutschtums betrachtet werden. In der Praxis lief diese Kampagne, abgesehen von den Aussiedlungen,

---

287 Vgl. A. Sakson, *Niemcy w świadomości społecznej Polaków*, in: *Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945-1989*, red. A. Wolff-Powęska, Poznań 1993, S. 408-429; ders., *Polacy i Niemcy: Stereotypy i wzajemne postrzeganie*, Poznań 2001.

im Grunde auf eine Bekämpfung der deutschen Sprache in jeglicher Form hinaus. Die Beseitigung deutscher Inschriften an verschiedenen öffentlichen Plätzen (unter anderem an Wegkreuzen)...<sup>288</sup>.

Die „Entdeuschung“ fand ihren Niederschlag in entsprechenden Verordnungen und Empfehlungen lokaler, regionaler und landesweiter Behörden sowie politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen, wie des Polnischen Westbundes (PZZ).

Beim Entwurf einer neuen sozialen Ordnung für Ermland und Masuren vertraten die Mitglieder des konspirativen Masurenbundes in einer Schrift aus dem Jahr 1944 eine unbeugsame Haltung zum „Deutschtum“, dessen Spuren „im Masurenland radikal und bedingungslos auszulöschen sind. Sie dürfen nicht belassen werden, selbst wenn sie künstlerisch, architektonisch oder wissenschaftlich noch so wertvoll wären. Sie müssen ein für allemal verschwinden“<sup>289</sup>.

Mitte 1945 gab der Regierungsbevollmächtigte, Dr. Jakub Prawin, ein Rundschreiben heraus, in dem er die „Tilgung von Spuren des Deutschtums“ forderte. Um den deutschen „Belag“ zu entfernen, galt es, „Straßen, Plätze, Alleen umzubenennen, deutsche Schilder und Aufschriften zu vernichten“<sup>290</sup>.

Die erste Anordnung zur Beseitigung deutscher Überbleibsel erließ die polnische Interimsregierung am 19. Juni 1945.<sup>291</sup> Der Hauptvorstand des Polnischen Westbundes fasste am 26. Juli 1946 einen Beschluss zur Einrichtung „ehrenamtlicher Komitees zur Bekämpfung des Deutschtums“. Deren Aufgabe war es unter anderem, gegen die Benutzung der deutschen Sprache durch die verifizierten Autochthonen und die rehabilitierte Bevölkerung vorzugehen sowie jegliche „nach außen gerichtete deutsche bzw. prodeutsche Aktion“ zu bekämpfen.<sup>292</sup>

Da die Fortschritte der „Entdeuschung“ die Behörden nicht zufrieden stellten, erließ das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete (MZO) am 24. Juni 1947 eine Anordnung, die es untersagte, die deutsche Sprache in der Öffentlichkeit zu benutzen, was als Beweis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk ausgelegt wurde. In einer weiteren Empfehlung des MZO vom 26. April 1948 riet man zur Ergreifung folgender Maßnahmen: „1. Eliminierung des Deutschen;

288 B. Linek, *Odniermianie województwa śląskiego w latach 1945-1950 (w świetle materiałów wojewódzkich)*, Opole 1997, S. 11.

289 T. Filipkowski, *Zagadnienie Prus Wschodnich w memorialach przedłożonych Polskiemu Komitetowi Wyzwolenia Narodowego*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1980, Nr. 1, S. 77 f.

290 J. Jasiński, *Polska wobec dziedzictwa historycznego Prus Wschodnich po 1945*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, pod red. Z. Mazura, Poznań 2000, S. 31.

291 M. Hejger, *Przekształcenia narodowościowe...*, S. 171.

292 Z. Romanow, *Polityka władz polskich...*, S. 94, 95. Vgl. auch: K. Musielak, *Polski Związek Zachodni 1944-1950*, Warszawa 1986.

2. Beseitigung restlicher deutscher Aufschriften; 3. Polonisierung von Vor- und Zunamen; 4. Verfolgung jeglicher Erscheinungen und Überreste der Nazi- und Germanisierungsideologie<sup>293</sup>.

Die auf die „Entdeutschung“ abzielende Maßnahmen betrafen sowohl das Materielle (Zerstörung von Denkmälern, Beseitigung deutscher Aufschriften, Schilder u.ä.) als auch das Immaterielle, was seinen Niederschlag im Verbot der deutschen Sprache und der Eliminierung jeglicher Erscheinungsformen des „deutschen Geistes“ fand.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Polonisierung des öffentlichen Raums und die Aneignung der Kulturlandschaft der Neuen Gebiete. Ein Ausdruck dessen waren polnische Orts- Platz- und Straßennamen sowie die „Polonisierung der Stadtlandschaft“.

Ein gesondertes Problem bildete die Repolonisierung bzw. Polonisierung der alteingesessenen Bevölkerung. Zu diesem Zweck wurden unter anderem eigens Repolonisierungskurse durchgeführt und Heimvolkshochschulen eingerichtet, um die jungen Ermländer und Masuren „für das Polentum zu gewinnen“.

### 3.5.2. Beseitigung der „Symbole deutscher Herrschaft“

Zu den ersten Maßnahmen der polnischen Behörden gehörte die Umbenennung der Orte, Straßen und Plätze sowie die völlige Beseitigung der deutschen „Ikosphäre“, d. h. verschiedener Aufschriften an Mauern und Läden, Wegweiser, Schilder und Werbetafeln. Angestrebt wurde die möglichst rasche Beseitigung verschiedenster Drucksachen mit deutschen Aufschriften sowie Bücher und Zeitschriften u.ä.

Derlei Maßnahmen wurden unverzüglich nach der Machtübernahme in Olsztyn und den Kreisstädten durchgeführt. Beispielsweise wurde am 1. Mai 1945 in Olsztyn die Kaiserstraße in ulica Marszałka Stalina (Marschall-Stalin-Str.) und am 3. Mai 1945 der Adolf-Hitler-Platz in plac Wolności (Platz der Freiheit) umbenannt. Das jeweilige Datum, an dem diese Änderungen vorgenommen wurden, war symbolträchtig. Binnen kurzem änderte man die gesamten Straßennamen in allen Ortschaften. Die Umbenennungen hatten eine symbolische Dimension (z.B. wurde die Allensteiner Moltkestraße nach Michał Kajka oder die Mohrunger Hitlerstraße nach Stalin benannt), oder es handelte sich um Übersetzungen alter Straßennamen (z.B. wurden in Olsztyn die Danziger Straße zur ulica Gdańska und die

---

293 M. Rutowska, *Kilka dokumentów z lat czterdziestych*, in: *Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, pod red. Z. Mazura, Poznań 1997, S. 298.

Magazinstr. zur ulica Magazynowa)<sup>294</sup>. Die neuen Straßennamen knüpften sowohl an die allgemein polnische (Kościuszko, Chopin, Mickiewicz) als auch an die regionale Tradition an (Kopernikus, Grunwald, Mrongovius, Gustav Gisevius, Walenty Barczewski, Jerzy Lanc) bzw. waren mit dem neuen sozial-politischen System verbunden (1. Mai, Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung PKWN, Świerczewski, Bierut oder auch Stalin, Rote Armee).

Schnell wurde man mit dem Übermalen Weghämmern deutscher Schilder und Aufschriften fertig. Schwieriger gestaltete sich die Beseitigung deutscher Inschriften an Orten des religiösen Kultus, wie Kirchen, Kapellen, Friedhöfen, wo man sich nicht zur Entfernung deutscher Grabinschriften durchrang und auch nicht verbot, neue anbringen zu lassen<sup>295</sup>.

Am 14. Mai 1945 gaben die Behörden in Olsztyn die Anweisung: „(...) Zu beachten sind die verschiedenen deutschen Denkmäler, die bei den Polen nur Missfallen erregen und je nach den technischen Möglichkeiten zu beseitigen sind. Die Entfernung sollte mit den Feierlichkeiten zu den Nationalfeiertagen einhergehen“<sup>296</sup>.

Einen Teil der Denkmäler, die deutsche Siege glorifizierten, hatte bereits die Rote Armee zerstört. Unmittelbar nach ihrem Einmarsch wurde zum Beispiel das Tannenberg-Denkmal bei Olsztynek/Hohenstein gesprengt, was die deutschen Truppen kurz vor dem Einmarsch der Russen erfolglos zu bewerkstelligen versuchten (es unterblieb, da nicht genügend Sprengmittel vorhanden waren). Alsbald wurden das Denkmal Friedrichs des Großen in Lidzbark Warmiński gestürzt und das 1928 in einem Allensteiner Park errichtete Abstimmungsdenkmal zur Erinnerung an den deutschen Sieg in der Volksabstimmung 1920 abgerissen. In Olsztyn wurden ferner das Denkmal Wilhelms I. und das Denkmal für die Gefallenen des Deutsch-Französischen Krieges 1870-1871 abgetragen.

Bei der Tilgung der deutschen Spuren wurde auch zu radikalen Methoden gegriffen. In Frombork (Frauenburg) wurde beispielsweise ein von den Deutschen am Dom errichtetes Kopernikus-Denkmal (ein 30 Meter hoher neugotischer Turm mit einem Bronzerelief des Astronomen) zerstört. In Olsztyn hat man die Denkmalanlage zerstört, bewahrte aber die Kopernikusbüste auf. Bereits 1945 wurde sie an einer anderen Seite des Schlosses aufgestellt (die feierliche Einweihung fand am 27. Oktober 1946 statt). Denkmäler für den polnischen Astronomen wurden auch in Iława und Lidzbark Warmiński errichtet. Das erste am 9. Juni 1946 offiziell enthüllte Denkmal war eine Büste des polnischen Schauspielers Stefan Jaracz gegenüber dem nach ihm benannten Theater in Olsztyn. Am 8. September 1946 wurde während einer Feier, an der unter

294 J. Jasiński, *Polska wobec...*, S. 31 f.

295 *Ebenda*, S. 33.

296 *Ebenda*, S. 33.

anderem der polnische Marschall Michał Rola-Żymierski teilnahm, ein Obelisk zu Ehren der Kämpfer für das polnische Ermland und Masuren enthüllt. Die Errichtung neuer Denkmäler und Einweihung von Gedenktafeln hatte Symbolcharakter. Die neuen Machthaber maßten diesen Feierlichkeiten großes Gewicht bei. Dadurch sollte unter anderem ein Ende der Vorläufigkeit markiert und ein Zeichen für Stabilisierung und Polentum gesetzt werden. Derlei Tätigkeiten wurden auch in späteren Jahren fortgesetzt. In Olsztyn wurden 1954 ein Denkmal der Dankbarkeit an die Sowjetarmee und 1972 an der Stelle des deutschen Abstimmungsdenkmals ein Denkmal für die Helden des nationalen und gesellschaftlichen Befreiungskampfes um Ermland und Masuren enthüllt. In Elk wurde ein Denkmal für Michał Kajka und in Kętrzyn eines für Wojciech Kętrzyński enthüllt, in Olsztyn ehrte man Bogumił Linka und Michał Lengowski. Enthüllt wurden auch zahlreiche Gedenktafeln, unter anderem für Wojciech Kętrzyński (in Giżycko und Olsztyn)<sup>297</sup>.

### 3.5.3. Eliminierung des „deutschen Geistes“

Ein wichtiger Bestandteil der Entgermanisierung war das Bestreben, die deutsche Sprache und verschiedene Erscheinungen des „deutschen Geistes“ aus dem gesellschaftlichen Leben zu beseitigen. Die administrative Bekämpfung des öffentlichen Gebrauchs der deutschen Sprache wurde insbesondere unter den autochthonen Bevölkerungsgruppen betrieben, die Gegenstand der Repolonisierung bzw. Polonisierung waren. Die Benutzung der deutschen Sprache wurde als eine Provokation, als feindselige Einstellung zum polnischen Staat und Volk ausgelegt. Ein besonderes Augenmerk galt dem Deutschsprechen in den Schulen. Für den „demonstrativen Gebrauch der deutschen Sprache“ und für Personen, die „tendenziell das Deutsche pflegen“, wurden verschiedene Sanktionen vorgesehen. Es wurde verboten, in Kaffeehäusern und Vergnügungslokalen deutsche Lieder zu singen bzw. abzuspielen<sup>298</sup>.

Im Rahmen des „Kampfes gegen das Deutschtum“ wurde unter den verifizierten Einheimischen mit der Zwangsänderung deutsch klingender Vor- und Nachnamen begonnen (derlei Erwartungen wurden an polnische Zuwanderer, die sich in den Wiedergewonnenen Gebieten niederließen, nicht gestellt). Der Polonisierung des Nachnamens sollte ein „Überzeugungsgespräch“ vorangehen. Die

---

297 Vgl. Z. Mazur, *Między ratuszem, kościołem i cmentarzem*, in: *Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 1997, S. 301-326; M. Tomkiewicz, *Życie codzienne...*, S. 296-299; *Olsztyńskie korzenie. Rok 1945*, wstęp i posłowie S. Achremczyk, Olsztyn 2006, S. 81, 82, 97, 165-169.

298 M. Hejger, *Przekształcenia narodowościowe...*, S. 172.

Verwaltungsbehörden bedienten sich verschiedener Formen des Drucks und der Überredung, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Entsprechende Aktivitäten fanden mit verschiedener Intensität in den Jahren 1945-1947 statt. Die Woiwodschaftsbehörden in Olsztyn erstellten in Abstimmung mit dem Masuren-Institut ein „Verzeichnis deutscher Vornamen und ihrer polnischen Entsprechungen“<sup>299</sup>. Bei Nachnamen drängte man auf eine Änderung, zumal wenn sie eine polnische bzw. slawische Herkunft erkennen ließen (Rogalla-Rogal, Mrowka-Mrówka, Schimanski-Szymański usw.). Besonderes Augenmerk galt der Änderung von Vor- und Nachnamen unter Kindern und Jugendlichen<sup>300</sup>.

Ein natürlicher Bestandteil der Polonisierung war nicht nur die physische Beseitigung der zahlreichen verschiedenen Denkmäler und Gedenktafeln für deutsche Siege im Deutsch-Französischen Krieg (1870-1871), der Symbole, mit denen der im Ersten Weltkrieg Gefallenen (Gedenktafeln oder Obelisken in den meisten Kirchen oder in der Mitte der Dörfer und größerer Ortschaften) bzw. des Sieges bei der Volksabstimmung von 1920 gedacht wurde, der zu Ehren Hitlers gepflanzten Eichen (*Hitlereichen*) bzw. „Hitler-Bäume“ oder „-Haine“, die an die Machtübernahme durch den Führer des Dritten Reiches erinnerten, sondern auch die Etablierung eines neuen polnischen Brauchtums. Die neuen polnischen Machthaber führten – wie im gesamten Land – ihre Feste ein. Anfangs waren dies der 3. Mai, der 15. August und der 11. November. Allmählich wichen diese neuen offiziellen Staatsfeiertagen: dem 1. Mai und dem 22. Juli. Allgemein wurden auch die Jahrestage der Eroberung der jeweiligen Stadt durch die Rote Armee („Befreiungsfeste“) begangen. An vielen Feierlichkeiten war Militär beteiligt. Es wurden zahlreiche Aufmärsche und Kundgebungen z. B. aus Anlass der „Woche der Westgebiete“ veranstaltet<sup>301</sup>.

Ein wichtiger Bestandteil der Feierlichkeiten, die sich ins kollektive Bewusstsein der Einwohner dauerhaft eingepägt haben, waren die Feiern zu den Jahrestagen der Schlacht bei Tannenberg (1410). Ihren Höhepunkt erreichten sie bei der feierlichen Eröffnung einer großen Denkmalanlage im Jahr 1960. Sie symbolisierte den Sieg der polnisch-litauischen Heere über den Deutschen Orden. Das Schlachtfeld und die Gedenkanlage sind das bekannteste Erkennungszeichen in der Kulturlandschaft Ermlands und Masurens.

---

299 Eltern von Kindern, deren Vornamen keine polnische Entsprechung hatten, wurde nahegelegt, ihnen einen zweiten Namen, wie Jarosław, Bogusław, Lech, Wanda oder Mirosława, zu geben. *Ebenda*, S. 175 f.

300 Während seiner Schulzeit in Sensburg bekam Siegfried Willan aus Krutinnen, der spätere Vorsitzende der Masurischen Gesellschaft, den neuen Vornamen Tadeusz. Nach der Ausreise nach Deutschland kehrten die meisten Ermländer und Masuren zu ihren deutsch klingenden Vor- und Nachnamen zurück.

301 Vgl. Tomkiewicz, *Życie codzienne...*, S. 296-319.

Andere Formen des Kampfes gegen die „deutsche Vergangenheit“ waren das neue Ausstellungsarrangement in Museen und Galerien sowie die Entsorgung der meisten deutschen Bücher, Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften. In Fachbibliotheken wurden nur die wertvollsten Bücher belassen. Dies änderte aber nichts an der Tatsache, dass beispielsweise die Mitarbeiter des Masuren-Museums (Muzeum Mazurskie) in Olsztyn mit großer Hingabe alle deutschen Kunstwerke (Gemälde, Skulpturen usw.) sammelten. Ähnlich verfahren auch die Mitarbeiter des Masuren-Instituts, die das gesamte deutsche Archivgut, Druckschriften, Bücher, Karten, Zeitungen und Zeitschriften sorgsam sammeln und sicherten.

### 3.5.4. Aneignung der Kulturlandschaft

Viele der neu zugewanderten Einwohner Ostpreußens, ganz gleich ob sie im polnischen oder sowjetischen Teil lebten, empfanden das deutsche Kulturerbe als fremd und unassimilierbar. „Damit korrespondierte die Überzeugung“, schreibt Zbigniew Mazur, „mit diesem Neuanfang müsse ein Ende der alten Welt einhergehen, die Polonisierung erfordere eine radikale Entgermanisierung. Kennzeichnend für diese Phase war es, dass die Polen die historische Bausubstanz nur unter dem Aspekt ihrer Verwendbarkeit betrachteten; gleichgültig gegen die künstlerischen Reize der Denkmäler und fast ohne jedes Interesse an der ‚deutschen‘ Geschichte. Erst später setzten sich die allmähliche Auseinandersetzung mit der Kulturlandschaft und die Aneignung des fremden Kulturerbes durch, indem die symbolische Schicht erkannt und in das eigene kulturelle Kommunikationssystem eingebettet wurde“<sup>302</sup>.

Unmittelbar nach dem Krieg gab es vereinzelte Stimmen, die nach radikalen Maßnahmen riefen. In Olsztyn wurde zum Beispiel gefordert, die beiden Turmspitzen der Garnisonkirche abzutragen. Dadurch würden „aggressive Formen im Stadtbild“ beseitigt werden<sup>303</sup>. Diese Idee wurde selbstverständlich nicht umgesetzt.

In den späteren Jahren wurde die „Entdeutschungspolitik“ aufgegeben. Zum Ausdruck kam dies etwa darin, dass mit dem Wiederaufbau und der Rekonstruktion der kriegszerstörten architektonischen Anlagen und einzelnen Bauobjekte

---

302 Z. Mazur, *Dziedzictwo wyłączone, podzielone, wspólne*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000, S. 845.

303 Vgl. W. Knercer, *Stosunek państwa i społeczeństwa polskiego do spuścizny kulturowej Warmii i Mazur w pierwszych latach po II wojnie światowej*, Olsztyn 1996 (Typoskript in der Sammlung des Autors), S. 3-5.

begonnen wurde. Pietätvoll wurden Kirchen, Schlösser, öffentliche Gebäude u.ä. wiederaufgebaut. Zu einem Symbol wurde in Polen der durch große Anstrengungen vollbrachte Wiederaufbau eines ganzen Netzes von Burgen und Bauten, die geschichtlich mit dem Deutschen Orden verbunden waren. Nicht alle materiellen Objekte erfuhren die gebührende Pflege, z. B. Gutshäuser und Friedhöfe<sup>304</sup>.

Eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Aneignung der fremden und anfänglich als feindlich behandelten Kulturlandschaft spielten die Umbenennung der Ortschaften sowie der darüber geführte Streit.

Die Einführung neuer Namen für Städte, Dörfer, Siedlungen, Seen, Flüsse oder Berge und Anhöhen war dringend notwendig. Dies resultierte in erster Linie aus Gründen

- praktischer Art: es war notwendig, den Betrieb verschiedener Behörden und Einrichtungen, wie Post, Fernmeldewesen, Eisenbahn, lokale Behörden, Militär usw., sicherzustellen;
- emotionaler und sozialer Art: die neuen Bewohner mussten wissen, wo sie sich niederließen, wo ihr Zuhause ist. Es wurde erwartet, dass die Namen ihrer neuen Heimatorte vertraut klingen;
- staatlich-nationaler Art: das Bedürfnis, jegliche Spuren des Deutschtums auszumerzen. Wichtig dabei war es, den polnischen bzw. slawischen Charakter von Ermland und Masuren herauszustellen. Ein Zeugnis dafür, dass „wir bereits vor Jahrhunderten hier waren“, sollten polnische Namen liefern<sup>305</sup>.

Um möglichst schnell und wirksam passende Ortsnamen festzulegen, wurde im Ministerium für Öffentliche Verwaltung im Januar 1946 eine Kommission für die Festlegung der Orts- und Flurnamen eingesetzt<sup>306</sup>. Das bedeutet allerdings nicht, dass den Orten bis dahin keine polnischen Namen gegeben worden wären. Anfangs taten dies spontan die polnischen Zuwanderer. Auch Vertreter der örtlichen Verwaltung führten neue Namen ein. Bereits im März 1945 wur-

---

304 Vgl. I. Liżewska, *Zabytki w naszych rękach. O ochronie dóbr kultury na Warmii i Mazurach w latach 1945-1989*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000, S. 239-266, sowie W. Knercer, *Losy założeń pałacowo-parkowych i dworsko-parkowych na terenie województwa olsztyńskiego*, in: *Ebenda*, S. 267-286.

305 M. Wagińska-Marzec, *Ustalenie nazw miejscowości na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, in: *Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 1997, S. 370.

306 Mit dieser Kommission arbeitete Gustaw Leyding-Mielecki zusammen. Er war Autor unter anderem des *Słownik nazw miejscowych Okręgu Mazurskiego* [Wörterbuch der Ortsnamen des Bezirks Masuren], Olsztyn 1947, und lebte damals in Olsztyn. Vgl. Tomkiewicz, *O działalności Komisji Ustalenia Nazw Miejscowych i Obiektów Fizjograficznych na terenie Warmii i Mazur*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2004, Nr. 4, S. 539-547.

de die Namensgebung in einer Sitzung im Woiwodschaftsamt Olsztyn erörtert. Im Kreis Reszel (Rößel) wurden im Herbst 1945 spezielle Vordrucke mit drei Kategorien der gängigen Ortsnamen deutscher, altpreußischer und altpolnischer Herkunft erstellt<sup>307</sup>.

Die Vergabe neuer Namen durch die Kommission war mehrstufig, umständlich und zeitaufwendig. Dabei galt die folgende Vorgehensweise: Hatte ein Ort keinen historischen polnischen Namen, ließ man sich von vier hierarchisch bestimmten Grundsätzen leiten:

1. Der zu vergebende Name wurde vom nächstliegenden verlorengegangenen oder topographischen Namen abgeleitet;
2. War die obige Möglichkeit nicht gegeben, wurden Namen berücksichtigt, die die Zuwanderer oder lokalen Behörden von sich aus vergeben hatten, sofern sie sprachlich korrekt waren und keine historischen bzw. geographischen oder administrativen Vorbehalte weckten;
3. Im nächsten Schritt machten die Kommissionsmitglieder eigene Vorschläge (z.B. Stein – vorläufiger, wörtlich übersetzter Name: Kamień – amtlicher Name: Dymnik);
4. Generell wurde vermieden, deutsche Namen zu übersetzen. Analogien wurden nur dort zugelassen, wo sie sachlich oder topographisch begründet waren (z.B. Buchwalde – Bukowo, Prothen – Protowo)<sup>308</sup>.

Ein interessanter Fall der Namensvergabe waren die so genannten Erinnerungsnamen, die an Namen von Persönlichkeiten anknüpften, die sich um die jeweilige Region verdient gemacht hatten. Auf historische Gestalten zurückzuführen sind Namen der Kreisstädte Mrągowo/Sensburg (Christoph Cölestin Mrongovius), Giżycko/Lötzen (Gustav Gisevius) oder Kętrzyn/Rastenburg (Wojciech Kętrzyński/Adalbert von Winkler), der Städte und Ortschaften Barczewo/Bartenstein (Walenty Barczewski), Pieniężno/Mehlsack (Seweryn Pieniężny), Srokowo/Drengfurth (Stanisław Srokowski; dies war der einzige Fall, dass eine Stadt nach einer lebenden Person benannt wurde), der Dörfer Kajkowo/Buchwalde (Michał Kajka), Samulewo/Bischdorf (Andrzej Samulewski) oder Lejkowo/Röblau (Fryderyk Leyk).

Die von der Kommission vergebenen neuen amtlichen Namen standen in einigen Fällen im Widerspruch zu den inzwischen eingebürgerten neuen Bezeichnungen, was zu zahlreichen Missverständnissen und Reibungen führte. So verhielt es

307 M. Wagińska-Marzec, *Jak zmieniano nazwy miejscowości na Warmii i Mazurach po 1945*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000, S. 63-65.

308 M. Wagińska-Marzec, *Spoleczność lokalna w obronie „swych“ nazw na Warmii i Mazurach*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000, S. 310, Tomkiewicz, *O działalności Komisji...*, S. 542.

sich zum Beispiel mit Rastembork (Rastenburg). Im März 1946 hat die Kommission die Stadt in Kętrzyn umbenannt. Ähnliche Fälle bildeten Żądźbork/Żądźbork (Mragowo/Sensburg), Węgobork (Węgorzewo/Angerburg), Wartembork (Barczewo/Wartenburg), Janśbork (Pisz/Johannisburg), Szafald (Unieszewo/Schönfeld) oder Pupy (Spychowó/Puppen)<sup>309</sup>.

Die heftigsten Kontroversen und Auseinandersetzungen rief allerdings die Umbenennung von Lec/Łuczany (Lötzen) in Giżycko hervor. In den ersten Nachkriegsjahren bürgerte sich bei Einwohnern und Stadtbehörden anfänglich der Name Lec (direkte vom deutschen Namen abgeleitet), später Łuczany ein. Kraft der Entscheidung der Kommission vom 4. März 1946 wurde die Stadt (in Anlehnung an den in Osterode geborenen evangelischen Geistlichen Gustav Gisevius) in Giżycko umbenannt. Dies rief Kritik und Proteste der Einwohner und lokalen Behörden hervor. Die Kommission und die höchsten Staatsorgane wurden unter Druck gesetzt, um die Umbenennung rückgängig zu machen. Diese Bemühungen blieben allerdings erfolglos<sup>310</sup>.

Noch 1948 kamen in verschiedenen Schriften die früheren Namen vor<sup>311</sup>. Die Verteidigung der Ortsnamen ist ein interessantes Beispiel für die Herausbildung neuer Lokalgemeinschaften, die sich rund um die für sie wichtigen Belange vereinten.

### 3.5.5. Repolonisierung der Autochthonen

Ein wichtiger Bestandteil der Entgermanisierung waren Maßnahmen zur Repolonisierung (Polonisierung) der Ermländer und Masuren. Nach der abgeschlossenen

309 M. Wagińska-Marzec, *Spoleczność lokalna...*, S. 309-354.

310 Ein Einwohner von Łuczany, Mieczysław J. Królik, schilderte diesen Konflikt folgendermaßen: „Die Zeitung ‚Wiadomości Mazurskie‘ bringt einen Abriss zur Geschichte Giżyckos, denn so hat eine Kommission unsere Stadt umgetauft, nach dem Bischof Gisevius aus Osterode, und Rastembork (Rastenburg) in Kętrzyn, nach Kętrzyński, einem in Łuczany geborenen Redakteur polnischer Zeitungen für Ermland und Masuren. Lange dauerte unser Kampf; eine Abordnung sprach sogar beim Genossen Bierut vor, aber man redete aneinander vorbei, in der verehrten Kommission waren irgendwelche Ambitionen mit im Spiel und trotz der mehreren tausend Unterschriften, die die Einwohner geleistet hatten, blieb die Kommission stur, und das war es. Manchmal kommt es vor, dass eine Handvoll zufällig Gewählter gegen die Stimme von Tausenden entscheidet“. Zit. nach: J. Jasiński, Tomkiewicz, *Lec-Łuczany-Giżycko. Z dziejów nazwy mazurskiego miasta*, in: *Masovia* Bd. 2, 1999, S. 119. Dazu schreibt M. Wagińska-Marzec ausführlich in ihrer Studie *Spoleczność lokalna w obronie...*, S. 316-324.

311 In einem von K. Małek erstellten „Bericht über die Tätigkeit der Masurischen Heimvolkshochschule in Rudziska bei Pasyń“ aus dem Jahr 1948 lesen wir unter anderem: „Im Kreis ‚łęcki““ (S. 4). Archiwum Instytutu Zachodniego w Poznaniu, Instytut Mazurski i Stacja Naukowa IZ w Olsztynie 1948-1953 (Archiv des West-Instituts Posen, Masuren-Institut und Wissenschaftliche Außenstelle des West-Instituts in Allenstein 1948-1953).

nationalen Verifizierung wurden die Autochthonen von den Behörden formell als polnische Bevölkerung bzw. Bevölkerung polnischer Abstammung behandelt. Da der Germanisierungsprozess unter dieser Bevölkerungsgruppe weit fortgeschritten war, wurde unter anderem mit Repolonisierungskursen begonnen. Dabei sollten die für Beruf und weiteren Unterricht unerlässliche polnische Sprache gelehrt, Kenntnisse der polnischen Geschichte, Geographie, Kultur und Gegenwart vermittelt sowie die Grundlagen der neuen politischen und sozial-wirtschaftlichen Ordnung erläutert werden. Die ersten derartigen Kurse fanden schon im August 1945 in Olsztyn an den Schulen statt, meist dreimal wöchentlich nachmittags, und gingen über Monate. Bis Dezember 1945 fanden im Bezirk Masuren 71 Kurse mit 1998 erwachsenen Teilnehmern statt (im Juni 1946 waren es 106 Kurse mit 2747 Teilnehmern). Schätzungsweise nahmen in den Jahren 1947-1949 etwa 3000-4000 Personen pro Jahr an den Kursen teil. Die meisten wurden im Ermland unter den verifizierten Einheimischen des Kreises Olsztyn durchgeführt (83 von insgesamt 142 Kursen mit 2095 Teilnehmern). Die Einstellung der einheimischen Bevölkerung zu diesen Maßnahmen fiel unterschiedlich aus. Die schwächsten Ergebnisse wurden in den masurischen Landkreisen erzielt<sup>312</sup>.

Die Schulbehörden maßen dem Unterricht der polnischen Sprache, Geschichte und Geografie unter Kindern und Jugendlichen aus autochthonen Familien in allen Schultypen großes Gewicht bei. Für Lehrer wurden Schulungen über die Geschichte und Kultur Ermlands und Masurens durchgeführt. Erwachsenen Autochthonen wurden berufsvorbereitende Kurse u.ä. angeboten. Man war bestrebt, im autochthonen Milieu gebürtige Ermländer und Masuren als Lehrer einzusetzen (im Schuljahr 1952/1953 arbeiteten 178 autochthone Lehrer in den verschiedenen Schularten)<sup>313</sup>.

Ein besonders interessantes Beispiel für Repolonisierungsmaßnahmen in der Nachkriegszeit war die Tätigkeit der am 14. November 1945 in Pasy (Passenheim) gegründeten Masurischen Heimvolkshochschule (Mazurski Uniwersytet Ludowy, MUL), die im Herbst 1946 im neu renovierten Gebäude in Rudziska Pasymskie (Waldheim bei Passenheim) erste Studierende aufnahm. Der Gründer und Leiter war der „Masurenkönig“ Karol Małek<sup>314</sup>. Die MUL verfügte über ihr eigenes Bodeneigentum von 198 ha im Dorf Michałowo/Otyłki.

Eine ähnliche Einrichtung war die von einem ermländischen Aktivisten Jan Boenigk gegründete Ermländische Heimvolkshochschule (Warmiński Uniwersytet

---

312 T. Filipkowski, *Próby pozyskania dla polskości Warmiaków i Mazurów po 1945 roku*, in: *Wysiedlać czy repolonizować. Dylematy polskiej polityki wobec Warmiaków i Mazurów po 1945 roku*, red. T. Filipkowski, W. Gieszczyńskiego, Olsztyn 2001, S. 55-57.

313 *Ebenda*, S. 39-61.

314 K. Małek, „Sprawozdanie z działalności Mazurskiego Uniwersytetu Ludowego...“; K. Małek, *Polskie są Mazury. Wspomnienia 1945-1966*, Warszawa 1972, S. 57-228.

tet Ludowy) in Jurkowy Młyn (Georgenthalermühle) bei Moraġ, die 76 ha Land besaß<sup>315</sup>.

Beide Hochschulen orientierten sich an ähnlichen Einrichtungen in Dänemark (gegründet von Kold und Grundvig). Zwischen den beiden Weltkriegen begründete Ignacy Solarz in Polen derartige Bildungseinrichtungen für Jugendliche (in Szyce in Kleinpolen).

In den Jahren 1945-1950 nahmen insgesamt 310 Hörer an den acht mehrmonatigen MUL-Kursen teil<sup>316</sup>. Eine ähnliche Absolventenzahl wies auch die Heimvolkshochschule bei Moraġ aus. An beiden Einrichtungen legte man Wert auf regionale Kultur und Tradition. Den Schwerpunkt der Lehrtätigkeit an der MUL bildete die Masurenkunde. Neben der Repolonisierungsarbeit<sup>317</sup> (Polnischunterricht usw.) wurde dem Erwerb praktischer Fertigkeiten, hauptsächlich in der Buchführung, und allgemeinen Wissens viel Aufmerksamkeit geschenkt. Zahlreiche Abgänger fanden Arbeit an Bildungseinrichtungen sowie in den dörflichen Genossenschaften und der lokalen Verwaltung<sup>318</sup>. Nach 1956 reiste die Mehrheit von ihnen im Rahmen der „Familienzusammenführung“ nach Deutschland aus und ließ sich dort nieder<sup>319</sup>.

---

315 Vgl. „Uniwersytet Ludowy w Moraġu“. Die Studie vom 8. Mai 1947 ist in der Sammlung des Archivs des West-Instituts Posen, Masuren-Institut und Wissenschaftliche Außenstelle des West-Instituts in Olsztyn 1948-1953, abgelegt. Nr. 62; J. Boenigk, *Minęły wieki a myśmy ostali. Wspomnienia*, Warszawa 1957.

316 K. Małłek, *Polskie są Mazury...*, S. 137.

317 Małłek stellte fest: „Zu Kursbeginn verfügten 38 Teilnehmer über ein polnisches Nationalbewusstsein, 40 über ein (masurisches) Stammesbewusstsein, und 56 gaben sich als Deutsche aus, zusammen waren es 134 Personen. Bei Verlassen der Anstalt waren 112 Personen national aufgeklärte Polen, 20 waren stammes- und noch ungenügend nationalbewusst und 2 Personen blieben deutsch eingestellt“. K. Małłek, „Sprawozdanie z działalności...“, S. 4. Vgl. auch: B. Domagała, *Kształtowanie się tożsamości narodowej młodego pokolenia Mazurów w życiorysach wychowanków Mazurskiego Uniwersytetu Ludowego*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1991, Nr. 3.

318 Vgl. T. Filipkowski, *Oświata na Warmii i Mazurach w latach 1945-1960*, Warszawa 1978, S. 187-196.

319 Bożena Domagała führte gegen Ende des 20. Jahrhunderts mit den ehemaligen MUL-Studierenden, die in Polen geblieben sind, Interviews durch. Sie erinnerten sich an die Zeit, die sie an der Heimvolkshochschule verbracht hatten, mit Sympathie: „Es war generell sehr angenehm. Die Atmosphäre war sehr gut. Wir alle waren ja sehr arm. (...) Wir sangen, tanzten – das war für uns die Unterhaltung. Wir hatten dort viel Spaß. Dazu noch ein netter Herr Direktor mit Frau und überhaupt die Lehrer, die uns unterrichtet haben, sie waren wirklich sehr nette Leute, in der Tat. Sie waren uns gegenüber auch taktvoll, da sie wussten, wir waren halt solche Tölpel gewesen. Es war sehr, sehr angenehm, wirklich. Ich erinnere mich mit viel Liebe an diese Zeit zurück“ [Frau S. aus Ostróda]. Ein anderer MUL-Absolvent, O.G. aus Samborowo, erinnerte sich an seine Kurszeit an der

Die Heimvolkshochschule MUL passte nicht in die Konzepte der neuen stalinistischen Nationalitätenpolitik. Karol Małek verließ Rudziska am 12. Oktober 1950. Im gleichen Jahr wurden die Einrichtungen der Heimvolkshochschulen in Jurkowy Młyn und Rudziska Pasymskie abgewickelt.

Als richtig erwies sich die allerdings in beschränktem Maße umgesetzte Annahme, dass sich die einheimische Bevölkerung nur auf der Grundlage ihres Masuren- oder Ermländertums gewinnen lasse. Über die Festigung der ethnischen Identität konnte (besonders unter den jüngeren Generationen) der Weg zum Polentum führen. Man war sich im Klaren, dass einige Gruppen, besonders jene, die sich stark mit dem Deutschtum identifizierten, sich nicht für die polnische Sache gewinnen lassen würden.

---

Heimvolkshochschule MUL folgendermaßen: „Małek war ein großer Patriot. Die Behörden durchkreuzten seine Pläne. Er wollte diese Jugend repolonisieren und die Behörden lehnten es ab. Sie machten Deutsche aus uns“. Zit. nach: B. Domagała, *Próby przekształcenia świadomości Mazurów i Warmiaków we wspomnieniach uczestników Mazurskiego Uniwersytetu Ludowego w Rudziskach Pasymskich*, in: *Wysiedlać czy repolonizować. Dylematy polskiej polityki wobec Warmiaków i Mazurów po 1945 roku*, pod red. T. Filipkowskiego, W. Gieszczyńskiego, Olsztyn 2001, S. 75, 76.



**Kapitel V**  
**Schwieriges Wurzelschlagen.**  
**Die Zeit des realen Sozialismus**  
**(1950-1990)**



Nach dem Auslaufen der turbulenten Migrationsperiode der Jahre 1945-1950 im früheren Ostpreußen begann die langsame „Aneignung“ des fremden Kulturraums und das Wurzelschlagen der neuen Bewohner. Die Dynamik dieser Prozesse war in den drei Teilen der historischen Region, die 1945 bestehen aufgehört hatte, sehr unterschiedlich und von entscheidenden Faktoren abhängig. Von wesentlicher Bedeutung waren dabei die Politik der Zentral- und Regionalbehörden, der Migrationsverlauf, die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung sowie die Stellung dieser Gebiete in der Nationalmythologie.

1950 lebten im Gebiet des früheren Ostpreußens insgesamt 1,3 Millionen Menschen (gegenüber 2,5 Millionen im Jahr 1939). Im Memelland lebten knapp 100 000 Personen (darunter etwa 15 000 Alteinwohner). Im Kaliningrader Gebiet gab es nach Deportationen und Aussiedlungen keine früheren Bewohner mehr. Zu Beginn der fünfziger Jahre lebten hier etwa 520 000 Menschen, in Ermland und Masuren waren es 680 000, davon etwa 120 000 Alteingesessene (17,5 %). Dieser Anteil war hier im gesamten früheren Ostpreußen am höchsten.

## **1. Kleinlitauen in den Grenzen des sozialistischen Vaterlandes**

Für die Litauer, die, ihres souveränen Staates beraubt, nun in den Grenzen der Sowjetunion lebten, stellte der Anschluss Kleinlitauens und der Region Wilna eine gewisse „Wiedergutmachung“ dar; sie empfanden ihn als Gerechtigkeit der Geschichte. Litauer, Russen und Polen haben eine unterschiedliche Einstellung zur Kulturregion des ehemaligen Ostpreußens. Im Falle der Litauer und Polen kann man von einer Mythologisierung sprechen. Diese basierte auf bestimmten historischen Erfahrungen.

### **1.1. Die Mythologie „Preußisch-Litauens“ und das deutsche Kulturerbe**

Die Abgrenzung des Gebiets, das als Litauisches Preußen, Preußisch-Litauen oder Kleinlitauen bezeichnet wird, ist nicht einfach. Weder historische noch ethnische Kriterien helfen hier weiter. Zwischen Memel und Gumbinnen wohnten nicht nur Litauer, sondern auch assimilierte Nachkommen der Prußen sowie Deutsche, Polen, Tschechen, Juden, Franzosen, Schotten, Kuren estnischer Herkunft und russische Philipponen.

Die litauische Bevölkerung im Norden Ostpreußens war der ständigen Germanisierung ausgesetzt. In ihrem Siedlungsgebiet wurde sie durch immer neue deutsche Enklaven versprengt, sie schrumpfte zahlenmäßig und büßte ihr nationales Identitätsgefühl ein. Noch 1900 lebten im Nordosten Ostpreußens 106 000 Menschen, die ausschließlich Litauisch sprachen. Nach knapp vierzig Jahren war die Zahl der litauischen Bevölkerung im Jahr 1937 auf 16 000-18 000 zusammengeschmolzen (ohne das Memelland, das zur Republik Litauen gehörte), was ca. 0,7 % der gesamten ostpreußischen Bevölkerung ausmachte<sup>1</sup>.

In der litauischen Nationalmythologie spielte das Gebiet Preußisch-Litauens bzw. Kleinlitauens eine überragende Rolle. Aus dem nordöstlichen, von litauischer Bevölkerung bewohnten Ostpreußen gelangten die ersten muttersprachlichen Bücher und Druckerzeugnisse nach Großlitauen, die in hohem Maße das litauische Selbstbewusstsein aufrechterhielten und stärkten, als die Litauer keinen Nationalstaat besaßen.

Was eine Verbindung Litauens zu Ostpreußen stiftete, war die Tradition des litauischen Staatswesens im Memelland. Obwohl die Litauer, ähnlich wie die Polen im Soldauer Gebiet, empfindliche Rückschläge erlitten, lieferte doch die Tatsache, dass dieses Gebiet zum litauischen Staat gehört hatte, ein prinzipielles Argument, um es 1945 an Sowjetlitauen anzugliedern und die Anspruch auf den Anschluss weiterer ostpreußischer Landstriche einschließlich Königsbergs zu erheben.

Für die litauischen Behörden in Wilna und Klaipėda wurde die neue kommunistische Regierung dadurch legitimiert, dass es die Rote Armee gewesen war, die diese Gebiete von der „faschistischen Besatzung befreit“ hatte. Denn ohne sie und ohne die KPdSU und die UdSSR wäre die Entstehung der Litauischen SSR in den neuen Grenzen nicht möglich gewesen. Die Politik der kommunistischen Machthaber gegenüber dem Memelland stützte sich auf drei grundlegende Prämissen: die historischen litauischen Traditionen in dieser Region, die Negierung und Marginalisierung der deutsch-faschistischen Tradition dieses Landesteils sowie die Hervorhebung der Kämpfe gegen Nazideutschland, die die Völker der UdSSR in Ostpreußen ausgetragen hatten.

Die einfachste Maßnahme der neuen litauischen, sowjetischen und polnischen Machthaber im Gebiet Ostpreußens war die Verneinung der staatlichen und kulturellen Tradition Deutschlands. Dies war in der Geschichte dieser Landschaft nichts Neues, denn von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis hin zur NSDAP-Herrschaft veränderten die deutschen Behörden in Ostpreußen systematisch und konsequent

---

1 T. M. Gelewski, *Rola Prus Litewskich w stosunkach polsko-litewskich w XX wieku (do 1939 roku)*, in: *Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku)*, red. A. Skrzypek, S. Szostakowski, Olsztyn 1992, S. 48.

das überlieferte multikulturelle Antlitz dieser Gegend. Germanisierung von Vor- und Familiennamen, Umbenennung von Orten, Straßen, Flüssen, Seen und sonstigen geographischen Objekten, behördliche Ausschaltung der litauischen und polnischen Kultur und Sprache, Kampf gegen die prolitauische und die propolnische Nationalbewegung waren jene Traditionen und Vorbilder, an die die neuen Machthaber in Ostpreußen nach 1945 mehr oder weniger bewusst anknüpften.

Die Umbenennung von Orten in Ostpreußen hat eine relativ lange Tradition, die ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Die meisten Änderungen von Ortsnamen im gesamten Ostpreußen haben deutsche Behörden in den 1930er Jahren eingeführt, insbesondere nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, die sich in Ostpreußen der größten Unterstützung im ganzen Reich erfreuten. Die Umbenennungen waren ein wichtiger Bestandteil der Germanisierung dieses Landes und der Negierung seiner multikulturellen Vergangenheit. Im Kreis Lötzen wurden in den Jahren 1881-1938 nicht weniger als 61 von insgesamt 89 Orten umbenannt; die alten Namen wurden nur im Fall von 28 Orten belassen. Die Änderungen verliefen nach vier Hauptkriterien: Rückbesinnung auf die deutsche Geschichte, z.B. Wensowken zu Balzhöfen (heute Weżówka), Willkassen zu Wolfsee (Wilkasy), getreue bzw. annähernde Übersetzung des masurischen, litauischen bzw. altpreußischen Namens, z.B. Sokollen zu Falkendorf (heute Sokoły), Orlowen zu Adlersdorf (heute Orłowo), Bezug auf natürliche Gegebenheiten sowie geringfügige Änderungen bzw. eigentlich orthographische Klarstellungen, z.B. Mrowken zu Neuforst (heute Mrówki), Lawken zu Lauken (heute Ławki)<sup>2</sup>.

Ähnlich vorgegangen wurde auch in der Gegend um Königsberg sowie in Preußisch-Litauen. Im Rahmen der Eindeutschung wurden dort z.B. folgende Orte umbenannt: Pillkallen in Schlossberg, Darkehmen in Angerapp, Lasdehnen in Haselberg<sup>3</sup>.

Während des Nationalsozialismus war die Zerstörung christlicher Symbole, hauptsächlich der Wegkreuze und -kapellchen, in Ostpreußen durch die Hitlerjugend-Gruppen gang und gäbe. Das Pogrom vom 9. November 1938, das als „Kristallnacht“ in die Geschichte eingegangen ist, bildete den Auftakt zu beispiellosen Brandstiftungen, Zerstörungen und Verwüstungen zahlreicher jüdischer Kultstätten, Geschäfte und Friedhöfe. Im Zuge dieser barbarischen Exzesse wurden unter anderem die Synagogen in Königsberg und Ortelsburg zerstört und geschändet. Im Kreis Gumbinnen wurde als einzige die Synagoge in Pillkallen nicht in Brand gesteckt.

---

2 G. Białuński, *Uwagi o zmianie nazw miejscowości w Prusach Wschodnich*, in: *Borussia* 1998, Nr. 16, S. 282-286.

3 *Das nördliche Ostpreußen nach 1945. Deutsch-russisches und russisch-deutsches Ortsnamensverzeichnis mit einer Dokumentation der Demarkationslinie*, in: *Dokumentation Ostmitteleuropa* 1980, H. 2/3.

Josef „Israel“ Wilkowski aus Insterburg schildert in einem Brief vom 24. April 1941 den Untergang des jüdischen Lebens in Ostpreußen: „Am 10. November 1938, sechs Monate nach der Jubelfeier, war es in der Frühe zwischen 3 und 4 Uhr, als das schöne Gotteshaus, die Stätte einhundertjährigen jüdischen Lebens und Webens in der Stadt Insterburg in Flammen aufging mit allem, was sie an Gedenktafeln und an sonstigen Denkwürdigkeiten aus der Zeit von 1838 bis 1938 enthielt, mit etwa 20 Thorarollen und ihren kostbaren Mänteln, mit wertvollen Vorhängen der heiligen Lade, mit der schönen Chuppa, mit seinem klangvollen Harmonium“<sup>4</sup>.

Die beispiellosen Morde, Deportationen, Raubzüge und Zerstörungen, die die Deutschen im besetzten Polen sowie in der Ukraine, Weißrussland und Russland begangen hatten, beeinflussten zwangsläufig die Einstellung und das Verhalten der Behörden und der Bevölkerung, die nach Kriegsende in Ostpreußen eintraf. Der im nationalsozialistischen Wahn geführte „totale Krieg“ mit seiner Taktik der „verbrannten Erde“ war unvergleichlich. Hass und Feindschaft gegenüber den Deutschen und allem Deutschen waren damals erklärlich und nachvollziehbar. Diesen „Nährboden“ vergessen deutsche Autoren oftmals, wenn sie von der litauischen, russischen oder polnischen „Barbarei“ gegenüber dem deutschen Kulturerbe sprechen.

Will man das Verhältnis der Behörden und neuen Einwohner zur deutschen Vergangenheit nach 1945 charakterisieren, so scheint es zweckmäßig den Begriff „Kulturerbe“ zu definieren. Darunter verstehe ich die Gesamtheit der aus der Vergangenheit überkommenen Kulturgüter. Im weiteren Sinne umfasst der Begriff materielle und geistige Erzeugnisse sowie Verhaltensmuster. Dieses Erbe (Hinterlassenschaft) wird von Generation zu Generation weitergereicht und umfasst zahlreiche Formen gesellschaftlicher Erscheinungen und Erzeugnisse, angefangen von Gebäuden über soziale Institutionen bis hin zum Religionsbekenntnis. Dazu gehören auch die Kulturlandschaft, materielle und immaterielle Güter sowie die Psyche der Territorialgemeinschaft. In der vorliegenden Arbeit lege ich ein einengendes Verständnis des Begriffs „Kulturerbe“ zugrunde und beschränke seine Reichweite auf die räumliche Anordnung der Bebauung, jegliche Bauwerke (Burgen, Schlösser, Herrenhäuser, Wohnhäuser, Parks, Erholungsgebiete, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Behördensitze, Industrie- und Militärbauten, Kasernen u.ä.), darunter historische Baudenkmäler, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen (Theater, Galerien, Schulen und Hochschulen usw.). Der Begriff beinhaltet ferner symbolträchtige Orte: Kirchen und Stätten des religiösen Kultus, Denkmäler und Gedenktafeln, Friedhöfe, Gedenkstätte für historische Ereignis-

---

4 A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, Berlin 2005, S. 291f. Vgl. auch: Leisero-witz, *Juden in Ostpreußen. Auf den Spuren der Familie Berlowitz*, in: *Kulturlandschaft Ost- und Westpreußen*, Potsdam 2005.

se und hervorragende Persönlichkeiten, Museen, Sammlungen aller Art, private und öffentliche Bibliotheken und Archive. Unter diese Kategorie fallen auch der Namenbestand (der Region, der Städte und Ortschaften, Flüsse, Seen und anderer landschaftlicher Objekte, Vor- und Familiennamen; Benutzung oder Nichtbenutzung der jeweiligen Sprache, Aufschriften u. ä.), die Kulturschaffenden und Wissenschaftler sowie ihre Werke, ferner Brauchtum und Art der Feste und Jubiläen<sup>5</sup>.

Angesichts der Unterbrechung der Kulturüberlieferungen, zu der es in ganz Ostpreußen durch den Bevölkerungsaustausch gekommen ist, lässt sich schwerlich von einer normalen generationsübergreifenden Weitergabe zu sprechen.

Der Umbruch des Jahres 1945 manifestierte sich in Ostpreußen folgendermaßen: „Es kam damals zum Bruch des bis dahin engen Konnexes zwischen der materiellen und der geistigen Kultur, zur Auflösung des natürlichen Zusammenhangs zwischen den hier befindlichen materiellen Kulturgütern und den Verhaltensmustern der sie hervorbringenden und mit ihnen umgehenden Gemeinschaften“<sup>6</sup>. Den neuen Bewohnern Ostpreußens, die aus Litauen, Polen, Russland, Weißrussland, der Ukraine und anderen Ecken des Sowjetimperiums und Europas stammten, war der kulturell-zivilisatorische Raum nicht nur fremd, sondern auch feindlich. Fremd, denn sie kamen in das Gebiet eines anderen Staates mit seiner besonderen Eigenart, die nicht nur aus der charakteristischen Bebauung, Raumordnung, Bodenbearbeitung usw., sondern auch aus den andersartigen geographischen und klimatischen Verhältnissen resultierte. Feindlich, denn das Gebiet, das sie in Besitz nahmen, war das ihres tödlichen Gegners, der sich noch unlängst für das zur Weltherrschaft prädestinierte *Herrenvolk* gehalten hatte. Ein Volk, das in einem in der neuzeitlichen Geschichte nie dagewesenen Ausmaß das jüdische Volk und die Sinti und Roma massenhaft vernichtet, das „slawische Gesindel“ als „Untermenschen“ betrachtet und verkündet hatte, diese sollten nicht nur unterjocht, sondern auch „physisch ausgerottet“ werden.

Zu trennen ist in der eingetretenen Situation die Haltung der neuen Einwohner Ostpreußens, entstanden während der deutschen Besatzung und des Todeskampfes an den Fronten des Zweiten Weltkrieges, von der Einstellung der Behör-

5 Vgl. K. Dobrowolski, *Studia nad życiem społecznym i kulturą*, Wrocław 1966; *Tradycja i nowoczesność*, red. J. Kurczewska, J. Szacki, Warszawa 1984; Tomicki, *Kultura, dziedzictwo, tradycja*, in: *Etnoğrafia Polski. Przemiany kultury ludowej*, red. M. Biernacka, M. Frankowska, W. Paprocka, Bd. 2, Wrocław 1981; J. Szacki, *Tradycja. Przegląd problematyki*, Warszawa 1971. Einen Versuch, diesen Begriff zu systematisieren, präsentiert Z. Mazur in der Einleitung zur Arbeit *Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 1997, S. XI-XXVI.

6 Z. Mazur, *Dziedzictwo wyłączone, podzielone, wspólne*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000, S. 813.

den. Voneinander zu unterscheiden sind auch die Zeit direkt nach Beendigung des Großen Krieges, als die feindselige und ablehnende Haltung allem Deutschen gegenüber gerechtfertigt war, und die spätere Politik der Machthaber, die auf der Deutschfeindlichkeit die Legitimierung ihrer Herrschaft aufbauten.

Auf die Einstellung der Behörden und der Bevölkerung wirkten nach 1945 mehrere einander bedingende Faktoren ein. Die Übernahme der neuen, ehemals deutschen Territorien Ostpreußens durch die Litauer, Polen und Russen erforderte eine Lituanisierung, Polonisierung bzw. Russifizierung (Sowjetisierung). Diese Prozesse vollzogen sich vor dem Hintergrund der Kriegserfahrungen und in Erinnerung daran, dass die Deutschen das Erbe der besetzten Völker systematisch zerstörten. „Bedingt war dieser Prozess zudem“, wie Zbigniew Mazur schreibt, „durch die Änderungen des Systems, die Übernahme der Staatsgewalt durch das ‚Volk‘, das weder Kenntnisse noch Verständnis für die vorgefundenen Kulturgüter besaß. Die Relikte der materiellen Kultur riefen nicht selten feindliche Reaktionen hervor, weil sie Deutschtum, Junkertum, Großbürgertum etc. verkörperten. Das deutsche Erbe war nach Nation und Klasse fremd. Die alten Bildungseliten, die die gedankenlosesten Akte der Entgermanisierung hätten verhindern bzw. neutralisieren können, waren im Krieg entweder von den Deutschen oder von den Sowjets ausgerottet worden. An dieser Stelle sei hinzugefügt, dass sie nach dem Krieg durch die polnischen [und sowjetischen – A.S.] kommunistischen Behörden ideologisch und auch physisch verfolgt wurden“<sup>7</sup>. Das Memelland und das Kaliningrader Gebiet waren das erste Nachkriegsjahrzehnt hindurch fast ganz ohne kulturelle Eliten und die meisten kulturellen Einrichtungen (Hochschulen, Bibliotheken, Archive, Buchverlage u.ä.). Die Zuwanderer stammten ganz überwiegend vom Land und verfügten über einen niedrigen Bildungsgrad. Diese Faktoren determinierten die Einstellung zu den deutschen materiellen und kulturellen Gütern erheblich.

Will man das Verhältnis der neuen Bewohner Ostpreußens zum deutschen Kulturerbe charakterisieren, so lassen sich generell drei Perioden ausmachen. Die erste umfasst die Jahre direkt nach dem Krieg (1945-1950), als sich die Einstellung der Behörden und der neuen Einwohner zu allem Deutschen weitgehend kohärent gestaltete. Frische Wunden und traumatische Kriegserlebnisse bildeten einen natürlichen Nährboden für die totale Negierung all dessen, was mit dem deutschen Staat und Volk in Verbindung stand. Allgemein wurden die Deutschen und der Faschismus mit dem Völkermord gleichgesetzt. Der deutsche Staat lag in Trümmern, und die Gesamtheit der Deutschen, die das nationalsozialistische Regime unterstützt hatten, sollten die verdiente Strafe tragen. Im Falle Ostpreußens – dieser „preußischen und hitleristischen Brutstätte“ – sollten sie deportiert, aus-

---

7 Z. Mazur, *Wprowadzenie*, in: *Wokół niemieckiego dziedzictwa...*, S. XXIIIff.

gesiedelt, bestenfalls marginalisiert und als Sklaven, billige Arbeitskräfte behandelt werden, damit sie jahrzehntelang für die im Namen ihres Volkes begangenen Verbrechen büßen. In dieser Zeit gab es unter der Neubevölkerung Ostpreußens eine breite Zustimmung zu radikalen Maßnahmen, die auf eine „Entdeutschung“ des Gebietes und seine möglichst rasche Lituanisierung und Polonisierung abzielten. Die Gesamtheit der vorgefundenen Güter wurde nicht nur als „ehemals deutsch“ (mithin feindlich und fremd), sondern auch als vom Staat übernommen, „staatlich“, und folglich „herrenlos“ behandelt. Daher das Ausbleiben der Proteste gegen oftmals sinnlose und unbegründete Raub- und Zerstörungszüge, zu denen es sowohl seitens der Behörden als auch neuer Einwohner kam.

Die restlichen Alteinwohner wurden eingeschüchert und marginalisiert, so dass sie für die Güter, die man zerstörte, verwüstete und übernahm, nicht eintreten konnten. Ganz im Gegenteil: Die Tatsache, dass sich die deutsche Bevölkerung nach wie vor hier aufhielt, gab Anstoß zu noch radikaleren „Entdeutschungsaktionen“. Man trachtete danach, die dagebliebenen Deutschen möglichst schnell loszuwerden, da sie nachdrücklich vom deutschen Charakter des Landes zeugten. Der Klang der deutschen Sprache weckte die schlimmsten Assoziationen, oft auch unverhohlene Frucht und Feindseligkeit. Diese wiederum schlugen manchmal, besonders nachdem die heftigsten vom Krieg hervorgerufenen Emotionen abgeflaut waren, in Mitleid und allgemein menschliche Solidarität um.

Von Bedeutung für das Verhältnis der Einwohner zum deutschen Kulturerbe war nicht zuletzt das weit verbreitete Bewusstsein der Vorläufigkeit und Ungewissheit über die endgültige Zugehörigkeit Ostpreußens zu Litauen, Russland bzw. Polen. Darauf sind die allgemeinen Plünderungen und der Wunsch nach rascher Bereicherung zurückzuführen. Spontan wurde eine eigene Ideologie der Raubzüge entwickelt. Diese sollten die gerechte Genugtuung und Wiedergutmachung für materielle und moralische Verluste der Kriegs- und Besatzungsjahre sein. Die erste Welle der „Plündersiedler“ ließ sich durch derartige Prämissen leiten. Hier eine Erinnerung des Siedlers K.W., der aus Großlitauen gekommen war: „Mein Herr, ich habe im Krieg fast alles verloren. Was hätte ich denn machen sollen, um die Familie zu ernähren. Ich habe meine Siebensachen zusammengepackt und mich zu den Faschisten aufgemacht. Ich hab den Bauernhof übernommen und angefangen alles zusammenzuraffen, was ich brauchte. Ich trank mit den Russen, und sie haben mir selbst gezeigt, wo was versteckt war. Manchmal brachten sie mir für Selbstgebrannten wertvollere Sachen. Das lag alles verlassen da, herrenlos...“<sup>8</sup>.

Im kommunistischen System, besonders unmittelbar nach dem Krieg, als Demoralisation und Zuchtlosigkeit, Angst und Bedrohung allgegenwärtig waren, war es gar nicht möglich, Diskussionen über das Verhältnis zu den deutschen

---

8 Berichtet an den Verfasser während Feldforschungen in Klaipėda im Oktober 2005.

Kulturgütern aufzunehmen. Dafür drohte die Anschuldigung der nationalen Abtrünnigkeit und des Verrats der Klasseninteressen. Der Gesamtheit der neuen Einwohner war die Kulturlandschaft Ostpreußens fremd, unverständlich; Baudenkmäler wurden meistens als Gebrauchsobjekte betrachtet, vorgefundenes Gut als „herrenlos“, also „noch zu haben“<sup>9</sup>.

Die Ausgrenzung der Alteinwohner aus dem sozialen Raum bzw. die radikale Einschränkung ihrer Bedeutung führten dazu, dass verschiedene zum deutschen Kulturerbe gezählte Güter in erheblichem Maße Diebstahl, Verbringung und Zerstörung ausgesetzt waren. Dies bedeutete ihre Loslösung vom historischen Substrat und folglich eine Verarmung der ganzen Region. Indem sie des Kulturerbes beraubt wurde, verlor sie in gewissem Sinne ihr historisches Gedächtnis. Durch die Wegschaffung der bisherigen Einwohner, die natürliche Träger dieses Erbes waren, wurde die Kette der historischen und emotionalen Tradition unterbrochen. Diese Güter waren „wehrlös“, ihrem Schicksal schon aus dem Grund überlassen, weil sie anfänglich nicht zum „nationalen Erbe“ gezählt wurden. Sie waren kein Bestandteil der patriotischen Erziehung.

Die zweite Phase in der Auffassung des deutschen Kulturerbes umfasste die Jahre 1950-1989/1991, d.h. einen weiteren Zeitraum der kommunistischen Herrschaft. In ihr lassen sich verschiedene Unterphasen und unterschiedliche Auffassungen in den einzelnen Ländern unterscheiden. Für die Litauische SSR und die Sowjetbehörden im Kaliningrader Gebiet bedeuten die 1985 von Michail Gorbatschow eingeleitete *Perestrojka* und größere Transparenz im öffentlichen Leben (*Glasnost*) einen wichtigen Einschnitt. Eine Veränderung und ein Auseinanderdriften der Einstellung in der Bevölkerung und des Vorgehens der Behörden gegenüber deutschen Kulturgütern war bereits zu Beginn der 1960er Jahre zu beobachten. Bezeichnend war in diesem Zusammenhang der Widerstand vieler Kulturmilieus in Kaliningrad gegen die Sprengung des Königsberger Schlosses.

In Ermland und Masuren bezeichnet das Jahr 1956 die Grenze: Der damals eingeleitete Prozess der Entstalinisierung brachte eine Steigerung der subjektiven Bedeutung der Gesellschaft, was zu einem grundlegenden Wandel in der Einstellung der Bevölkerung und auch der Behörden gegenüber dem deutschen Erbe geführt hat. Wichtig für die Umwertung der bisherigen gesellschaftlichen Einstellung war die Zeit der so genannten ersten „*Solidarność*“ (August 1980 bis 13. Dezember 1981). Es wurden damals zahlreiche Diskussionen über das Verhältnis zur Geschichte, der Tradition und dem Nationalerbe sowie zum deutschen Kulturerbe geführt.

Diese Phase, die eine Zwischenperiode darstellt, „erscheint“, so Mazur, „als verschwommen und vage, zeichnet sich durch eine Differenzierung von Einstel-

---

9 Z. Mazur, *Wprowadzenie do: Wokół niemieckiego dziedzictwa...*, S. XXIV.

lungen, durch einen oft versteckten oder halboffenen Konflikt der Denkmalpfleger mit lokalen und zentralen Behörden aus, doch manchmal auch durch gegenseitiges Verständnis und Kooperation, die hin und wieder dazu führten, dass viele Objekte vor dem Verfall gerettet werden konnten. In dieser Zeit hing vieles von der Hartnäckigkeit der Denkmalpfleger und der Findigkeit der Museumsleute sowie der Reife der lokalen Machthaber ab<sup>10</sup>.

Mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus, dem Zerfall der Sowjetunion, der Gründung eines unabhängigen Litauens und der Entstehung eines souveränen Polens beginnt die dritte Phase in der Auffassung der deutschen Vergangenheit. Zwischen der Haltung der Bevölkerung und den Aktivitäten der demokratisch gewählten Organe treten keine wesentlichen Widersprüche mehr auf. Eine Rolle spielen dabei die verflossene Zeit und die Tatsache, dass in diesen Regionen inzwischen hier geborene Generationen von Neueinwohnern leben, denen die Kriegs- und Besatzungstraumata fremd sind und die eine andere Einstellung zu den Deutschen und dem Deutschtum haben. Für diese jungen Bewohner, die in der demographischen Struktur der Gesamtbevölkerung dominieren, ist die vorgefundene geographische und kulturelle Landschaft etwas Natürliches, untrennbar mit ihrer eigenen Heimat, ihrer Umwelt und ihrem Alltag Verbundenes. Jede andere soziale Umgebung bleibt in gewissem Sinne fremd, weil sie nicht mit Kindheit, Jugend und Berufstätigkeit verbunden ist.

Der 1945 eingeleitete radikale Wandel der bisherigen staatlichen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Gebiet Ostpreußens bewirkte einen Bruch der festen Beziehung zwischen der materiellen und der geistigen Kultur. Die Güter sind geblieben, aber die Menschen, die sie geschaffen und gepflegt hatten, sind verschwunden. Dies äußerte sich auch in der Auflösung der natürlichen Bindung zwischen den materiellen Erzeugnissen der deutschen Kultur und dem Verhalten der neuen Einwohner. Eine Verwüstung der vorgefundenen Infrastruktur war die Folge. Beispielsweise unterschieden sich die Muster der Freizeitgestaltung der neuen Einwohner größerer und kleinerer Städte Ostpreußens, die sich hauptsächlich aus den Dörfern rekrutierten, von den Bräuchen der früheren deutschen Bewohner. Weinstuben, Kaffegärten, Waldschenken und Biergärten, Parks, Spazierwege durch umliegende Wälder, Anlegeplätze mit Wasserfahrzeugen, Erholungs-, Schieß- und Reitanlagen, Aussichtstürme usw. gerieten in Vergessenheit, verfielen und stürzten ein. Die neuen Bewohner brauchten sie nicht, es gab niemanden, der sie pflegte oder unterhielt. Oft wurden sie daher zweckentfremdet.

Die neuen Bewohner Ostpreußens wurden mit einer für sie fremden Raumordnung konfrontiert. Anders waren hier die Stadt- und Dorfarchitektur und -be-

---

10 *Ebenda*, S. XXIII.

bauung, fremd waren nicht nur Denkmäler und Friedhöfe, sondern auch Stadt- und Straßennamen.

In den drei Staaten, die die Herrschaft in Ostpreußen übernommen hatten, fielen die politischen Ansätze gegenüber dem deutschen Kulturerbe unterschiedlich aus. Obwohl unmittelbar nach dem Krieg in Litauen, dem Kaliningrader Gebiet und Polen mit aller Rücksichtslosigkeit verschiedenste Spuren der deutschen Präsenz beseitigt wurden, man also Orte, Seen und Flüsse umbenannte bzw. die alten litauischen oder polnischen Namen wieder einfuhrte, deutsche Aufschriften, Denkmäler und andere Symbole der deutschen Herrschaft abtragen ließ und versuchte, die dagebliebene, nicht ausgesiedelte Bevölkerung zu lituanisieren bzw. zu polonisieren, so waren später doch unterschiedliche Herangehensweisen an diese Frage erkennbar.

Nach einer Zeit des Hasses auf alles Deutsche strebten die Behörden in Polen und Litauen eine gewisse „Assimilierung“ des deutschen Kulturerbes an. Diese bezweckte in erster Linie, die gesellschaftliche Anpassung und Stabilisierung der hier eingetroffenen Bevölkerungsgruppen zu stärken. Auf anderen Voraussetzungen beruhte dagegen die Kaliningrader und Moskauer Politik gegenüber der deutschen materiellen Hinterlassenschaft. Bis zu den letzten Tagen des Bestehens der UdSSR herrschte die Überzeugung vor, es bedürfte der physischen Vernichtung dieses Erbes.

Die Einstellung der Politiker und neuen Einwohner im Memelland zum deutschen Kulturerbe lässt sich am Beispiel der Behandlung von Denkmälern, Friedhöfen und der Straßenumbenennung veranschaulichen.

In recht kurzer Zeit gelang es den Behörden im Memelland, die litauischen Namen für alle Orte, Seen, Flüsse und andere Flurbezeichnungen wieder einzuführen. Die Sache war insofern einfach, als der Zustand aus den Jahren 1923-1939 wiederhergestellt wurde. Ebenso rasch wurden deutsche Namen und Aufschriften an öffentlichen Plätzen übermalt, beseitigt, verdeckt, abgeschlagen; Zunamen wurden lituanisiert, Vornamen geändert. Dies erfolgte auf administrativem Wege, indem an die Familiennamen typisch litauische Endungen männlichen bzw. weiblichen Geschlechts angefügt wurden. Ähnlich wurde auch mit den Polen in der Gegend um Wilna verfahren, die sich nun wie die Deutschen im litauischen Staat wiederfanden. Bezüglich der Vornamen wurde kein derartiger Druck ausgeübt, obwohl einige Alteinwohner der Region ihre typisch deutschen Vornamen durch litauische ersetzen. Man vermied so, als „Deutscher“ (d.h. „Faschist“) stigmatisiert zu werden. Wegen der atheistisch ausgerichteten Politik der kommunistischen Machthaber in der gesamten Sowjetunion begann man auch im Memelland, Kirchen und anderen Objekten des religiösen Kultus rücksichtslos aus der Kulturlandschaft zu beseitigen.

In Klaipėda wurden beschädigte Gotteshäuser verschiedener Bekenntnisse abgerissen, bei den unversehrten Turmhelme und Glockentürme abgetragen. Die übrigen wurden in der gesamten Region nach ihrer Verstaatlichung zweckentfremdet. Meistens dienten sie als Lagerhäuser und Garagen oder wurden für kulturelle Zwecke hergerichtet. Aus der Stadtlandschaft Klaipėdas sind alle Kirchtürme verschwunden. Bis heute ist dies ein Merkmal seiner Silhouette. Viele Besucher haben wie in den meisten Städten des Kaliningrader Gebiets das Gefühl, es „fehle hier etwas“, diese Städte mit ihrer historischen Tradition unterschieden sich von anderen polnischen und europäischen Städten, auch den litauischen und zentralrussischen, wo die Kuppeln katholischer oder russisch-orthodoxer Kirchen ein natürliches Element des Stadtbildes sind.

Infolge der Kriegshandlungen verloren die meisten Bibliotheken, Archive und Museen ihre Bestände. Sie wurden ins Innere Deutschlands verbracht, während des Krieges zerstört, geraubt oder gezielt als Zeugnisse der „faschistischen Vergangenheit“ vernichtet. Im Memelland wurde wie in Ermland und Masuren die Benutzung der deutschen Sprache an öffentlichen Orten administrativ untersagt. Verstöße gegen dieses Verbot wurden als Ausdruck der Feindschaft betrachtet und oftmals polizeilich geahndet.

Frühere symbolträchtige Orte wurden schell durch neue ersetzt, es wurden neue Feste und Feierlichkeiten eingeführt, wie sie für das sowjetische Brauchtum charakteristisch waren.

Besonders wichtig war den litauischen und polnischen Machthabern die Rückkehr zu den alten Namen. Die Ortsnamen wurden als älteste und dauerhafteste Symbole für den Anspruch auf diese Gebiete angesehen. Ähnlich verhielt es sich mit Straßennamen und Denkmälern.

Denkmäler, Obelisken und Gedenktafeln spielten eine wesentliche Rolle im symbolischen Raum von Städten, Orten und Dörfern. Angemessen exponiert, werden sie in aller Regel an zentralen Orten aufgestellt bzw. angebracht. An Denkmälern finden häufig verschiedene feierliche Kundgebungen statt. In einer Hauptstadt bildet das Grab des unbekanntes Soldaten die wichtigste symbolträchtige Stelle für den jeweiligen Staat und sein Volk. Ähnlich ist es in den Regionalmetropolen. In der Geschichte der Menschheit war und ist die Zerstörung von Denkmälern, die die frühere staatliche, politische oder nationale Ordnung versinnbildlichen, eines der ersten Zeichen für die Inbesitznahme eines Territoriums durch die Eroberer, für die Machtübernahme nach Revolution, Aufstand oder Putsch. Diese Zerstörung nahm häufig die Form feierlicher Akte unter Beteiligung von Behördenvertretern und großen Bevölkerungsgruppen an, um so den Sturz der alten Ordnung und den Beginn einer neuen Realität zu unterstreichen.

Im Memelland, dem Kaliningrader Gebiet, Ermland und Masuren wurden nun ebenso eifrig deutsche Denkmäler, Obelisken, Gedenkstätten und Soldaten-

friedhöfe zerstört. Diese Zerstörung stand ähnlichen Maßnahmen deutscher Behörden während des Zweiten Weltkriegs in den besetzten Ländern ganz Europas in nichts nach.

Die Abtragung der Denkmäler hatte ideologischen Charakter, da sie als Symbole für Germanisierung, „faschistische Besatzung“ oder „deutschen Raub“ galten. Sinnbild der preußisch-deutschen Herrschaft in Klaipėda und Umgebung war das Borussia-Denkmal im Zentrum der Stadt. Seine Zerstörung nahm man am 9. Mai 1945, dem Siegestag über Deutschland, vor. Es war einer der Höhepunkte der Feierlichkeiten zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs und der Niederschlagung faschistischer Angreifer. Die Skulptur stellte die mythologische Ahnfrau des germanischen Stammes der Borussen dar und wurde 1907 errichtet, zur Erinnerung an den Aufenthalt des preußischen Königspaares in Memel einhundert Jahre zuvor. Die Denkmalanlage war auch mit Statuen von Kaiser Friedrich Wilhelm III., seiner Frau Luise, Kriegsherren und gesellschaftlichen Persönlichkeiten Preußens verziert.

Denkmäler zu zerstören, wiederaufzubauen und erneut abzutragen, hatte in Klaipėda eine gewisse Tradition, resultierend aus der wechselnden staatlichen Zugehörigkeit der Stadt im 20. Jahrhundert. Zum ersten Mal wurde das Borussia-Denkmal 1924 nach Zusammenstößen zwischen der litauischen Polizei und deutschen Demonstranten, Einwohnern der Stadt, abgerissen, nachdem das Memelland 1923 als autonomes Gebiet an Litauen angegliedert worden war. 1938 wurde es erneut feierlich eingeweiht, als die litauischen Behörden vor der erstarkenden nationalsozialistischen Bewegung im Memelland, die nach dessen Anschluss an das Deutsche Reich rief, einknickten. 1945 wurde das bronzene Denkmal wiederum gestürzt und eingeschmolzen, während der Granitsockel zur Errichtung des Denkmals für die Rote Armee auf dem Siegesplatz (früher Hindenburg-Platz und heute Lietuvininkų aikštė, d.i. „Platz der Preußisch-Litauer“) genutzt wurde.

Ein ähnliches Schicksal ist dem Denkmal von Kaiser Wilhelm I. widerfahren, das von den Litauern 1924 als Symbol der preußischen Unterjochung zerstört worden war, um am 15. März 1939 erneut enthüllt zu werden, diesmal an einer anderen Stelle (dem heutigen Donelaitis-Platz, früher Lindenstraße). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trugen die sowjetischen Behörden in Klaipėda das Denkmal ab. Auf dem belassenen Fundament wurde ein Denkmal für Stalin und Maxim Gorki aus Gips und Beton errichtet. Die schlechte Qualität („sowjetischer Pfusch“) hatte zur Folge, dass das Denkmal recht bald zusammenfiel<sup>11</sup>.

Interessant war das Schicksal des 1912 errichteten Springbrunnens mit dem Standbild des Ännchens von Tharau an zentraler Stelle der Stadt auf dem Theaterplatz. Am Sockel des Ännchen-Denkmal war eine Gedenktafel, die an Simon Dach, den in Memel geborenen Professor der Königsberger Universität erinnerte.

---

11 V. Vareikis, *Der Umgang mit Denkmälern in Klaipėda*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 95-97.

Anlässlich des Besuchs von Adolf Hitler, der sich am 22. März 1942 mit den Einwohnern Memels auf dem Theaterplatz traf, wollten örtliche Nationalsozialisten an Stelle des Denkmals eine Büste des „Führers“ errichten. Umgesetzt wurden diese Idee dann in gleichwohl abgewandelter Form von den neuen Machthabern, d.h. den Russen, die nach dem Krieg die Mehrheit der Einwohner der „Sonderstadt“ stellten. Zuvor waren die Deutschen die dominierende Gruppe in Memel gewesen. Beidemal also waren die Litauer in der Minderheit. Nach Kriegsende stand an dieser Stelle bis 1957 eine Büste Josef Stalins, des „Führers des Weltproletariats“. Die Russen hatten es leichter, da die frühere Denkmalanlage im Krieg zerstört wurde. Das Änchen-Denkmal wurde 1989 neu errichtet.

Ein Denkmal zu Ehren der im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten (Kriegerdenkmal) wurde 1931 errichtet, also noch zur Zeit der Zugehörigkeit Memels/Klaipėdas zu Litauen. Auf Betreiben deutscher Einwohner wurde damals der *Heldehain* feierlich eingeweiht. Dieser bestand aus dem Kriegerdenkmal aus grauem Granit und den umliegenden Soldatengräbern. Nach dem Krieg wurde diese Anlage abgetragen und ein Platz für Panzermanöver angelegt. Die Überreste des Denkmals wurden Mitte der 1960er Jahre zerstört. 1996 begann der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit der Wiederherstellung des zerstörten Friedhofs.

An der Stelle der gestürzten Denkmäler errichteten die nunmehr sowjetischen Machthaber Symbole ihrer eigenen Herrschaft. Das erste war ein zwei Meter hohes Stalin-Denkmal aus Beton. Es stand in einem Industrieviertel neben einer Papierfabrik. Im Herbst 1957 wurde es bei Nacht und Nebel von sowjetischen Militär- und Milizeinheiten abgetragen. Das Gleiche geschah mit vier weiteren Denkmälern des Generalissimus in der ganzen Region.

In der Sowjetunion, aber auch in Polen, der Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Deutschland – überall dort, wo 1944-1945 die Rote Armee einmarschiert war, wurde mit der Errichtung von Denkmälern zur Erinnerung an die sowjetischen Soldaten begonnen. Oft nannte man sie Denkmäler der „Befreiung“ oder „Dankbarkeit“. Auch in Klaipėda wurde bereits am 27. Mai 1945 ein solches Denkmal feierlich eingeweiht, das binnen einer rekordverdächtigen Zeit errichtet worden war. Auf einem Betonsockel wurde eine Panzerabwehrkanone aufgestellt. Das Betonfundament wurde mit Granitplatten vom abgetragenen Borussia-Denkmal bedeckt. Zu Sowjetzeiten bildete es den zentralen Versammlungsort der Kriegsveteranen und Stadtbehörden zu staatlichen Feierlichkeiten am 9. Mai (Tag des Sieges) und 27. Januar (Jahrestag der Eroberung Memels 1945). Im Stadtzentrum haben die sowjetischen Behörden auch monumentale Lenin-Denkmäler errichtet, die bis 1990 standen. Eines von ihnen wurde gegenüber dem Bahnhof aufgestellt, ein weiteres (1976 enthüllt) stand auf dem Freiheitsplatz (vormals Lenin-Platz).

Das einzige Denkmal, das die Zeit der deutschen (1939-1945) und der sowjetischen Besatzung (1945-1991) überstanden hat, ist das Denkmal für die litauischen Aufständischen von 1923. 1924 auf dem städtischen Friedhof eingeweiht, besteht es aus einem steinernen Grenzpfosten, der bis 1919 an der deutsch-russischen Grenze gestanden hatte. Das Denkmal trägt die litauische Inschrift: „Für die im Namen des Friedens Gefallenen“. Es scheint, dass es dank seinem Aufstellungsort und der neutralen Inschrift allerei Wirren der Geschichte überdauert hat. Es ist eine sichtbare, wiewohl diskrete Brücke, die zwei Epochen des unabhängigen Litauens miteinander verbindet: des aus der Zeit zwischen beiden Weltkriegen und des heutigen, nach 1991 wiedergeborenen. Dies ändert allerdings nichts daran, dass dieser historische Friedhof Mitte der 1980er Jahre aufgelöst und eingeebnet wurde. In dem angelegten Park wurde nur das Denkmal für die Aufständischen von 1923 belassen.<sup>12</sup>

Ein anderer Ausdruck der Verbindungslinien zwischen der alten und der neuen Wirklichkeit war die Wiedereinführung eines Teils der früheren litauischen Straßennamen (besonders in den Randbezirken der Städte) nach 1945. Nichtsdestoweniger begannen die Sowjets ähnlich wie die Nationalsozialisten 1939 rasch mit der Umbenennung von Straßen und Plätzen; binnen kurzem wurden neue Aufschriften und Schilder sichtbar. Erste Straßenumbenennungen fanden 1924 statt, als mit der massenweisen Lituanisierung begonnen wurde. Ein ähnlicher Prozess der Polonisierung war im Soldauer Gebiet nach 1920 in Gange. Die alten deutschen Namen, die an Kaiser, Könige, Generäle, hohe Beamte anknüpften, wurden durch neue ersetzt. Zahlreiche Straßennamen, die noch auf das Mittelalter zurückgingen (z.B. Breite, Brück-, Schlosser-, Wasser-, Mühlen-, Friedhofstraße usw.), wurden ins Litauische bzw. Polnische übersetzt. Die damalige Lituanisierung der Straßennamen rief zahlreiche Konflikte und Konfrontationen mit den deutschen Einwohnern Memels hervor, die in den Jahren 1923-1939 die Mehrheit der Stadtbevölkerung stellten. Die repräsentative Straßen erhielten neue Namen (nach dem Staatspräsidenten Antanas Smetona, Kristijonas Donelaitis oder Georg Sauerwein). Die meisten Straßen trugen allerdings doppelte Namen, d.h. den alten deutschen und den neuen litauischen, oder einen neuen Namen auf Deutsch und Litauisch. Es war dies ein Ergebnis der Schwäche der damaligen litauischen Regierung<sup>13</sup>.

Die Auflösung der meisten alten Friedhöfe war im Memelland gängige Praxis. Das geschah ebenso im Kaliningrader Gebiet und teilweise auch in Ermland und Masuren. Das Zerstören, planvolle Einebnen oder Schänden der Friedhöfe hat die gleiche Grundlage wie die Zerstörung von Denkmälern und anderen Kulturgü-

12 *Ebenda*, S. 98-100. Vgl. auch: M. Purvinas, M. Purvinienė, *Denkmalpflege in Memel und Kleinlitauen*, in: *Mare Balticum* 1994.

13 A. Rūtė, *Zu Änderungen der Straßennamen in Klaipėda in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S.101 f.

tern, die dem Feind gehören und nicht „unsere“ sind. J. Kolbuszewski stellt fest, dass vielen Soldatenfriedhöfen und großen Nekropolen ein nationaler Charakter zugeschrieben werde. Er führt aus: „Weil die Gräber auch ein beredetes Zeichen sind, das das Eigentumsrecht am jeweiligen Gebiet bezeugt, ist deren Verwüstung und Ausradierung von der Erdoberfläche quasi eine magische Geste, die die Tatsache leugnen soll, dass dieses Land den Menschen gehört, die darin begraben liegen“<sup>14</sup>. Im Zuge der Bekämpfung des Deutschtums wurde mit der „planmäßigen“ Zerstörung der Friedhöfe begonnen. Diese Praxis war im Europa der Nachkriegszeit verbreitet und ergab sich in erster Linie aus den Grenzverschiebungen. Diese Maßnahmen betrafen vor allem die großen Städte, darunter Klaipėda, Kaliningrad, Olsztyn, und die meisten ehemaligen Kreisstädte in Ostpreußen. Etwas anders verlief das Schicksal der kleinen Dorffriedhöfe<sup>15</sup>.

Die Maßnahmen der Behörden, zur „Entdeutschung der Kulturlandschaft“, die sich auch im Einebnen von Friedhöfen äußerte, fand häufig Rückhalt in der während der Nachkriegszeit vorhandenen deutschfeindlichen Einstellung der Lokalgesellschaften. Was derartige Maßnahmen überhaupt erlaubte, war der Bruch der Bande zwischen den Lebenden und den Toten. Friedhöfe als „Erinnerungsraum“ „sterben“, wenn diese Verbindung, z.B. bei einem massenhaften Bevölkerungsaustausch, zerrissen wird. Die neuen Einwohner haben in der Regel keinerlei emotionale Beziehung zu den vorgefundenen Gräbern. Ihre Angehörigen ruhen „im Ausland“ an den früheren Wohnorten. Kennzeichnend für diesen Sachverhalt war es, dass man verstorbene Siedler, die nach 1945 hierher gekommen waren, oft (sofern dies möglich war) auf den Friedhöfen ihrer Pfarrgemeinden beisetzte, wo sie ihre Wurzeln hatten und wo ihre Familie gelebt hatte.

Dass Friedhöfe eingeebnet wurden und verschwanden, hatte objektive und subjektive Ursachen. Zu den ersteren zählen die verrinnende Zeit, fehlende Pflege und vor allem die zerstörerischen Auswirkungen der Naturgewalten sowie die administrativ-wirtschaftlichen Vorschriften, die etwa bestimmten, dass das Friedhofsgelände nicht vor Ablauf von 30 bzw. 40 Jahren nach der letzten Bestattung umgewidmet werden darf. Die sich selbst überlassenen und vergessenen Gräber verfielen nach und nach, der Friedhof und seine Infrastruktur verkümmerten. Dies ist eine universelle Gesetzmäßigkeit. Zu den subjektiven Ursachen sind alle kulturell bedingten Faktoren zu zählen. Einer war beispielsweise die physische Entfernung deutscher Grabinschriften (Wegmeißeln) und das Stehlen von Steinen, Obelisken und Grabplatten. In der Regel wurden sie, nachdem sie abgeschliffen, geschnitten oder umgearbeitet worden waren, von den Steinmetzwerkstätten er-

14 J. Kolbuszewski, *Cmentarze*, Wrocław 1996, S. 19.

15 A. Brenz, *Niemieckie wiejskie cmentarze jako element krajobrazu kulturowego środkowego Nadodrza*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000, S. 288-293.

neut zum Verkauf angeboten oder von den lokalen Behörden für andere Zwecke verwendet (z.B. zur Befestigung von Straßen und Wasserläufen). Nicht selten waren auch Akte des gewöhnlichen Vandalismus mit im Spiel. Die verlassenen und allmählich durch Sucher von Wertsachen, Sammler von Altmetall und andere Diebe verwüsteten Friedhöfe wurden oftmals zum Treffpunkt für Jugendliche oder „Asoziale“. War ein Friedhof immer mehr heruntergekommen, beschlossen die lokalen Behörden seine vollständige Auflösung, damit er „kein schlechtes Licht auf die Stadtväter wirft“.

A. Brenz meint: „Etwas anderes gestaltete sich das Schicksal der vorgefundenen deutschen Friedhöfe im ländlichen Umfeld. Größtenteils blieb ihnen das Schicksal der städtischen Friedhöfe erspart, und sie haben sich bis heute in unterschiedlichem, allermeist indes stark heruntergekommenem Zustand erhalten“. Die Gründe dafür sind in der traditionellen Volkskultur zu suchen, denn ein Dorffriedhof „erfüllte eine wichtige Funktion, nicht nur als Begräbnisplatz, sondern auch als ein Bezugspunkt, der den sozialen Raum und bestimmte Verhaltensweisen der lebenden Gemeinschaftsmitglieder regelte bzw. gestaltete. Ein Dorffriedhof, nicht selten vom Dorf topographisch abgerückt, blieb im gesellschaftlichen Sinne mit diesem Dorf verbunden“<sup>16</sup>. Deswegen wurden viele alte Dorffriedhöfe an die Bedürfnisse der neuen Einwohner „angepasst“. Im Laufe der Zeit „verdrängten“ deren Verstorbene die alten Gräber und nahmen den meisten Raum in Anspruch. So verhielt es sich beispielsweise im katholischen Ermland, wo die neuen Siedler, die ganz überwiegend ebendieses Bekenntnisses waren, auf den meist an der Kirche gelegenen Friedhöfen beigesetzt wurden. Anders verhielt es sich mit den evangelischen Begräbnisstätten im protestantischen Masuren und dem Memelland. Im Kaliningrader Gebiet wurden die meisten alten Friedhöfe aufgrund der aggressiven atheistischen und antideutschen Politik aufgelöst. Auf ihnen wurden, zumal in den Dörfern, die Verstorbenen nun nach dem neuen weltlichen Ritus beigesetzt. Dabei hielt man sich jedoch meistens nicht an die bisherige Raumordnung in Form von Alleen und Grünstreifen (Bäume und Sträucher); stattdessen herrschten „sowjetische Unordnung und Chaos“.

Mit zunehmender „Verwurzelung“ an den neuen Wohnorten legte man neue Dorffriedhöfe vorwiegend auf dem Gelände des alten Friedhofs an, auf dem keine Begräbnisse mehr stattgefunden hatten, oder in dessen direkter Nachbarschaft. Vereinzelt wurden Friedhöfe an völlig anderer Stelle errichtet, so zumeist in den größeren Städten.

Die Liquidierung früherer Friedhöfe in Kleinlitauen durch die sowjetlitauischen Behörden waren ein markanter Ausdruck der Desakralisierung dieser Region. Die früheren Verstorbenen wurden als „Feinde“, preußische bzw. deutsche Staatsbürger

---

16 *Ebenda*, S. 293.

und im Falle der 1923-1939 Verstorbenen, als Einwohner der „bourgeoisen“ Republik Litauen betrachtet. Martynas Purvinas schreibt: „Die ideologische und politische Einstellung der Okkupationsregierung und ihrer einzelnen Mitglieder war sehr deutlich: Die Desakralisierung des Gebietes sollte durch die Zerstörung ihrer sakralen Brennpunkte, den Friedhöfen und Kirchen, als Belege einer feindlichen Kultur und einer unerwünschten Vergangenheit durchgeführt werden“<sup>17</sup>.

Die brutale Vorgehensweise gegen materielle Objekte aus der Vergangenheit artete oftmals in eine „Schocktherapie“ seitens der neuen Machthaber aus. Die Auslöschung von Spuren des „ewigen Feindes“ nahm im Falle von Friedhöfen verschiedene Formen an. Der Milizkommandant in Šilutė/Heydekrug ließ das Kreuz über dem Eingangstor zum Friedhof an der Straße nach Ruß zerstören. Grabplatten wurden als Baumaterial, z.B. in Gaidellen, verwendet.

Auch manche Sowjetfunktionäre taten sich durch „Bemühungen“ um die „Zerstörung der alten Welt“ und ihrer Erscheinungsformen als traditioneller christlicher Kultur ein. Ein signifikantes Beispiel war das Absägen der Holzkreuze auf dem Friedhof in Ramuten als Brennmaterial. Auf dem Grundstück der zerstörten Kirche und dem Friedhof in Paleiten hat ein Parteifunktionär sein Haus und einen Stall gebaut. In Prökuls wurden auf dem Friedhof Gasbehälter eingegraben, obwohl es nebenan genügend Platz gegeben hätte. Nach dem Ende der Erdarbeiten lagen die sterblichen Überreste der Verstorbenen umher. „Das sind keine Menschen, es sind Deutsche...“ – so wurde derlei Vorgehen gerechtfertigt. Zahlreiche andere Friedhöfe verfielen im Laufe der Zeit und gerieten in Vergessenheit. Andere fielen Steinmetzen, Sammlern von Altmetall bzw. einfachen Vandalen zum Opfer<sup>18</sup>.

## 1.2. Herausbildung neuer Gemeinschaften

Was die gesellschaftlichen Prozesse in Ostpreußen entscheidend beeinflusste, war die Tatsache, dass es unmittelbar bzw. mittelbar unter die Vorherrschaft Moskaus geraten war, die unterschiedliche Formen annahm. Am natürlichsten traten sie im Kaliningrader Gebiet zutage, da dieses Teil der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik geworden war. Deswegen unterschied sich die Politik der Sowjetbehörden nicht wesentlich von dem, was in Sowjetrußland und der ganzen Sowjetunion vor sich ging.

---

17 M. Purvinas, *Die Vernichtung der Friedhöfe im Memelland nach 1944. Die politischen, ideologischen, sozialen, psychologischen und andere Gründe dieses Sakrilegiums*, in: *Annaberger Annalen* 2000, Nr. 8, S. 32.

18 *Ebenda*, S. 34 -38.

Das Memelland fand sich wie ganz Litauen im unmittelbaren Einflussbereich der Moskauer Machthaber wieder, weil es als Litauische Sozialistische Sowjetrepublik Teil der UdSSR war. Die litauischen Kommunisten in Wilna und Klaipėda versuchten nach Möglichkeit die litauischen Nationalinteressen mehr oder weniger zu wahren, die aber von den aufeinander folgenden Herrschern im Kreml strikt vorgezeichnet waren. Erschwerend kam hinzu, dass die Hauptstadt der Region, Klaipėda, eine der am stärksten sowjetisierten und russifizierten Städte im damaligen Litauen war. In den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg stellten die Russen 65-75 % aller Stadteinwohner. Schon allein deswegen bekleideten sie die meisten Leitungsfunktionen in Parteiapparat, Verwaltung, Industrie, Bildung, Kultur sowie in den Machtbereichen von Sicherheitsdienst, Miliz und Militär. Im Laufe der Zeit stieg die Zahl der Litauer in Klaipėda, dennoch bilden die dortigen Russen bis heute die größte russische Minderheit in ganz Litauen.

In dieser Hinsicht blieb die Region Ermland und Masuren das am wenigsten sowjetisierte Gebiet Ostpreußens während der ganzen Herrschaft des „real existierenden Sozialismus“, d.h. in den Jahren 1945-1989, weil Polen im Gegensatz zu Litauen keine 16. Sowjetrepublik wurde. Es war formell ein souveräner Staat, allerdings hochgradig von Moskau abhängig. Der Grad dieser „Vasallenabhängigkeit“ variierte je nach der historischen Epoche. Am höchsten war er während der Stalin-Ära in den Jahren 1949-1955. Früher (1946-1948) lässt sich sogar von einem relativen Pluralismus im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben sprechen. Eine Bestätigung dafür lieferte unter anderem die Tätigkeit der oppositionellen Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) unter der Führung des Vizepremierministers in der Koalitionsregierung in Warschau, Stanisław Mikołajczyk. Die PSL verfügte in Ermland und Masuren über ausgebauten Parteistrukturen und war eine wichtige Oppositionskraft<sup>19</sup>. Die Vorfälle im Juni 1956 sowie der sog. Polnische Oktober von 1956, die ersten Jahre der Regierung Władysław Gomułka (1956-1959) sowie die 1970er Jahre unter der „Führung“ Edward Giereks, die Ereignisse im August 1980 und die Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ zeugen von einer weitgehenden Lockerung und Evolution dieses Abhängigkeitsverhältnisses, das eine feste Grundlage für die Herrschaft der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) in der Zeit der Volksrepublik Polen bildete. Die Jahre der Gorbatschowschen *Perestrojka* haben die „ewige polnisch-sowjetische Freundschaft“ arg geschwächt.

Auch in Kleinlitauen und dem Kaliningrader Gebiet hing die Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse wesentlich von der Entwicklung des politischen Systems in der ganzen Sowjetunion und in Litauen ab.

---

19 Vgl. B. Łukaszewicz, *Polskie Stronnictwo Ludowe na Warmii i Mazurach w latach 1945-1947*, Olsztyn 1991.

Die traditionelle sowjetische Geschichtsschreibung unterschied zwei Hauptperioden „auf dem Weg zum Aufbau des Kommunismus“ in der UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die erste Periode umfasste den „Aufbau des Sozialismus“, die zweite den „Aufbau des reifen“ bzw. „entwickelten“ Sozialismus. Es wurde sogar ein genaues Datum genannt, das Jahr 1958, zu dem der Kommunismus aufgebaut sein würde. Nach Ansicht von Grzegorz Błaszczyk wurde dieses Schema in den letzten Jahren modifiziert, indem zwei neue Begriffe hinzugefügt wurden: „die Stagnation“ (Breschnew-Ära) und die Perestrojka seit 1985. In dieser Konstellation erscheint der „reife Sozialismus“ als etwas Negatives, verknüpft mit der Politik Leonid Breschnews in den Jahren 1964-1982 und seiner Epigonen Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko in den Jahren 1982-1985<sup>20</sup>. Andere Forscher verweisen auf die bahnbrechende Rolle der Entstalinisierung in den Jahren 1953-1956, die mit dem Tod Stalins im März 1953 eingeläutet wurde, oder auf das Jahr 1968 (Chruschtschows „Tauwetter“). Das zuletzt genannte Datum markiert die Einführung des Zentralismus und die Intensivierung der Russifizierung durch Breschnew.

In der Geschichte des sozialistischen Litauens und des Kaliningrader Gebiets brachten die Jahre 1988-1991 die entscheidende Wende; diese bedeutete im Fall Kleinlitauens das Ende der seit 1940 währenden „sowjetischen Besatzung“. Die Forscher der Nachkriegsgeschichte Litauens nehmen allerdings eine andere Periodisierung vor. Die erste Periode umfasst die Jahre 1945-1956, als die Grundlagen des sozialistischen Systems im politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben geschaffen und mit deren „Festigung“ begonnen wurde. Damals wurde das Volkseigentum verstaatlicht, die Kollektivierung forciert, es herrschte Terror gegen die Gegner der Sowjetmacht (1955 kamen im Zuge des politischen „Tauwetters“ 35 000 Verbannte, hauptsächlich aus Sibirien und Kasachstan, nach Litauen zurück). Die zweite Periode wird durch die Jahre 1956-1968 markiert. Nach den Jahren der Entstalinisierung kehrte die Moskauer Regierung unter Nikita Chruschtschow gegen Ende der 1950er Jahre zu traditionellen repressiven Formen der Machtausübung zurück. Ein Ausdruck dieser Politik war unter anderem der aggressive Atheismus, der dazu führte, dass Kirchen geschlossen, für andere Zwecke, die nicht mit dem religiösen Kultus zusammenhingen, genutzt und Geistliche schikaniert wurden usw.

Eine weitere Zäsur, die eine neue Ära einleitete, war das Jahr 1968. Diese Periode dauerte bis 1985. Kennzeichnend waren die Zunahme des Zentralismus und der „manuellen Steuerung“ von Moskau aus. Dies bedeutete die Einschränkung der Autonomie Litauens und die Zunahme der Sowjetisierung und Russifizierung des Landes. Dabei wurde unter anderem der obligatorische Russischunterricht,

---

20 G. Błaszczyk, *Litwa współczesna*, Warszawa/Poznań 1992.

angefangen von den Kindergärten bis hin zu den Hochschulen, eingeführt. Während des 17. Parteitages der Kommunistischen Partei Litauens (*Lietuvos Komunistų Partija* – LKP, dt. KPL) diente 1976 zum ersten Mal in der Geschichte der Partei Russisch als Tagungssprache. Es war die Regierungszeit Leonid Breschnews, der 1964 nach Chruschtschows Sturz die Funktion des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) übernommen hatte. Zu einem geschichtsträchtigen Ereignis hochstilisiert wurde von den litauischen Kommunisten die Verabschiedung einer neuen Verfassung der Litauischen SSR am 20. April 1978, die sich auf die Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977 stützte (bereits am 10. Februar 1976 war auch die Verfassung der Volksrepublik Polen vom 22. Juli 1952 dahingehend geändert worden, dass „die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei die führende politische Kraft der Gesellschaft beim Aufbau des Sozialismus“ sei und die Volksrepublik Polen „das unzertrennliche Freundschaftsbündnis mit der UdSSR“ festigen sollte). Nach den Willen der Kommunisten sollten die neuen Verfassungen der UdSSR und der LSSR das Ende des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und den Beginn des Aufbaus des Kommunismus bezeichnen.

Die Endphase des „Arbeiter- und Bauernstaates“ waren die Jahre 1985-1991. Den Auftakt bildete die Machtübernahme durch Michail Gorbatschow, der das System von Glasnost und Perestroika einführte, und den Schlussakkord der Zerfall des kommunistischen Systems und die Entstehung des unabhängigen litauischen Staates im Jahr 1991<sup>21</sup>.

Die Politik der KPL stand unter erheblichem Einfluss ihres ersten Sekretärs, Antanas Sniečkus (geb. 1903), der seine Macht ununterbrochen von 1945 bis zu seinem Tod 1974 ausübte<sup>22</sup>. Die nationale Zusammensetzung der einzigen Regierungspartei in Litauen erfuhr einen grundlegenden Wandel. 1948 machten Zuwanderer aus Russland, Weißrussland und der Ukraine 80 % der Parteimitglieder aus, Litauer stellten nur 18 %. 1986 stieg der Anteil der Litauer auf 70 % (139 000 Personen), der der Russen fiel auf 17 % (34 000)<sup>23</sup>. Im gleichen Jahr gehörten dem Komsomol, d.h. dem Leninschen Kommunistischen Jugendverband Litauens (*Lietuvos Leninino Komunistine Jaunimo Sajunga*, abgekürzt *Lietuvos Komjanimas*), 518 000 Mitglieder oder 64-65 % aller Jugendlichen an (dieser Anteil war im Kaliningrader Gebiet noch höher).

21 *Ebenda*, S. 113-130 Vgl. auch: J. Ochmański, *Historia Litwy*, Warszawa 1990.

22 Weitere 1. Sekretäre des Zentralkomitees der KPL waren: Petras Griškėvičius (1924-1987) 1974-1987, Ringaudas Songaila (geb. 1929 in Klaipėda) 1987-1988 und Algirdas Brazauskas (1932-2010) 1987-1991.

23 Die Polen machten 1948 0,5 % der Mitglieder der KPL und 1976 4 % (8 500 Personen) aus. G. Błaszczak, *Litwa...*, S. 127.

Die Übernahme des sowjetischen Staatsmodells zog im Memelland, wie in ganz Litauen, eine verstärkte Sowjetisierung nach sich. Diese äußerte sich unter anderem darin, dass am 20. Juni 1950 eine neue Verwaltungsgliederung eingeführt wurde, die mit der Gliederung in der gesamten UdSSR im Einklang stand. Das Land wurde in vier Bezirke und 87 Dorfrajons aufgeteilt. Sanktioniert wurde das sowjetische Modell in Litauen durch die am 26. Dezember 1951 bestätigten Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der LSSR aus dem Jahr 1940.

Die neue Verwaltungseinteilung von 1950 verwischte endgültig die Grenzen des ehemaligen Memellandes, das infolge weiterer administrativer Reformen seine frühere Gestalt nicht wiedererlangt hat.

Neue und alte Einwohner des Landstrichs an der Memel wurden auch mit einer weiteren Phase der Dorfkollektivierung konfrontiert, die generell 1952 abgeschlossen worden ist. Der gesellschaftliche Widerstand gegen die Kollektivierung, die administrativ verordnet und unter Verletzung des Grundsatzes der Freiwilligkeit und unter Bedingungen eines Bürgerkrieges durchgesetzt wurde (letzte Formen des bewaffneten Widerstands in Litauen wurden 1956 erstickt), fiel im Memelland schwächer aus als in den übrigen Regionen Litauens. Dies resultierte aus der Zuwanderung neuer Einwohner und allgemeinen sozialen Desintegrationsprozessen. Die damaligen Bevölkerungen des Memellandes, des Kaliningrader Gebiets sowie Ermlands und Masurens waren stärker für die Sowjetisierung anfällig. Ein Grund dafür waren die weitgehende Schwächung der sozialen Bindungen und die fehlende Verwurzelung der neuen Bewohner in diesen Gebieten. Durch massenhaften Bevölkerungsaustausch, Verbannungen und Deportationen ins Innere der Sowjetunion sowie Abwanderung in die Städte hatte im Gebiet Ostpreußens die traditionelle ländliche Bevölkerungsstruktur zu bestehen aufgehört. Im Memelland waren die Alt- und Neueinwohner gezwungen, ihre sozialen Rollen zu ändern. Bislang Kleinbauer, Landbesitzer oder Landwirt, wurden sie zu Kolchosarbeitern oder Landarbeitern in staatlichen Sowchosen. Dass sie „fremdes“ Land bearbeiteten, beeinflusste ganz wesentlich ihr soziales Bewusstsein, ihr Verhältnis zum Boden, zum materiellen Erbe der Vergangenheit und ihre sozialen Aktivitäten sowie Lebensperspektiven. Die neuen Landbewohner im Kaliningrader Gebiet kannten mehrheitlich keine andere Realität als die der Kolchos- bzw. Sowchowsenwirtschaft. In Ermland und Masuren war die Lage diesbezüglich grundverschieden. Nach den missglückten Kollektivierungsversuchen der Jahre 1950-1955 zogen sich die Behörden endgültig aus dem „Prozess der Vergesellschaftung des Bodens“ zurück. Eine Art Ersatz für die „sozialistische Landwirtschaft“ bildete die Ausweitung des von den Staatlichen Agrarbetrieben (PGR, ein Pendant zu den Sowchosen) bewirtschafteten Bodenareals. Denn sie erweiterten die Anbaufläche, indem sie den Boden von den in mehreren Wellen (ab 1956) nach Deutschland ausgereisten Deutschen, Ermländern und Masuren übernahmen.

Bei der Charakterisierung des sozialen Wandels und der Nationalitätenverhältnisse im Memelland in den Jahren 1950-1991 ist zu beachten, dass wir es mit zweierlei Bevölkerungsgruppen zu tun haben. Die erste Gruppe bildeten die Einwohner der regionalen Hauptstadt Klaipėda. Aufgrund der nationalen Zusammensetzung, in der die Russen in der Anfangsphase dominierten, entwickelte sich eine spezifische, in der Region und dem ganzen Land einzigartige Gesellschaft. Eine weitere große Gruppe bildeten die Einwohner der übrigen Ortschaften (Kleinstädte und Dörfer) der Region. Die Nationalitätenstruktur dieser Gemeinschaften gestaltete sich unterschiedlich. In den Kleinstädten zu beobachten war eine Durchmischung von Alt- und Neueinwohnern aus Großlitauen sowie von Russen und Vertretern anderer Nationalitäten, die aus verschiedenen Regionen der damaligen Sowjetunion hierher gekommen waren. In den einzelnen Dörfern war die Lage in dieser Hinsicht anders. In einigen Lokalgesellschaften dominierten die Alt-, in anderen wiederum die Neueinwohner. Es gab auch Dörfer, in denen keine regionale Gruppe vorherrschte. Doch im Gegensatz zu Klaipėda und den Kleinstädten der Region bildeten die Litauer aus Groß- und Kleinlitauen auf dem Land bei weitem die Mehrheit. Deutsche und Vertreter anderer Nationalitäten machten besonders nach der Ausreisewelle nach Deutschland 1958 nur einen geringen Hundertsatz der Landbevölkerung aus.

Die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse im Memelland und im Kaliningrader Gebiet ist schwierig, da im Gegensatz zu Ermland und Masuren, wo polnische Soziologen zu verschiedenen Zeiten Feldforschungen durchführten, in der gesamten Sowjetunion vergleichbare Forschungen nicht unternommen wurden. Denn bereits in den 1930er Jahren hatte Stalin die Soziologie für eine „bürgerliche Wissenschaft“ erachtet, und als eigene Disziplin wurde sie an sowjetischen Universitäten nicht gelehrt. Einzelne litauische und russische Ethnographen oder Historiker nutzten einige Methoden der soziologischen Forschung. Dies war aber die Ausnahme. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass an einigen sowjetischen Hochschulen nach 1956 die „marxistisch-leninistische Soziologie“ gelehrt wurde.

Aus Berichten, Erinnerungen, Analysen von Archivmaterial und Studien der Historiker nach 1991 kommt ein komplexes Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse im Memelland und dem Kaliningrader Gebiet zum Vorschein. Im Falle Kleinlitauens verliefen die wichtigsten Trennungslinien zwischen den Litauern aus Groß- und Kleinlitauen sowie zwischen den Russen und den übrigen Einwohnern.

Der Erforscher der kleinlitauischen Problematik, Martynas Purvinas, nahm 2000 die ersten Trennungslinien folgendermaßen wahr: „Bis jetzt noch steht eine objektive Untersuchung der seit jeher vorhandenen spezifischen Beziehungen zwischen den Bewohnern Klein- und Großlitauens aus. Es hatte sich über die Jahrhunderte gebildet und vertiefte sich stufenweise immer mehr das vorhandene

Nichtverstehen untereinander, bis es letztlich zur Feindschaft zwischen Klein- und Großlitauern ausartete. Die Nachkommen der gleichen baltischen Stämme (verbunden durch eine lang währende Migration untereinander) befanden sich in unterschiedlichen Kulturarealen Europas: Großlitauen war der slawischen und romanischen Kultur Mittel- und Osteuropas und dem Wirken der Orthodoxie und des Katholizismus, Kleinlitauen dagegen war der nord-westlichen germanischen und skandinavischen Kultur und ab 1525 dem Wirken des Protestantismus ausgesetzt. Die Klein- und Großlitauer haben sich kulturell und auch sonst immer weiter voneinander entfernt (...). Schon bei der Charakterisierung der Nachbarn verstärkte sich das ‚Syndrom des Fremden‘. In bestimmtem Maße könnte das Verhältnis zwischen den Groß- und Kleinlitauern mit dem Verhältnis zwischen Litauern und Juden verglichen werden. Auch hier hatte sich über Jahrhunderte die Spannung immer weiter vergrößert, bis sie während des geschichtlichen Umbruchs in die Tragödie des Holocausts mündete<sup>24</sup>.

Drei Faktoren sind es nach Ansicht dieses Autors hauptsächlich, die zur Feindschaft zwischen den benachbarten Regionen mit Bewohnern gleicher Herkunft beigetragen haben:

1. Das Gefälle des Lebensstandards zwischen Klein- und Großlitauern. Häufig bezeichneten die Neusiedler die Alteinwohner verächtlich als „Kulaken“;
2. Die Memelländer waren protestantisch im Unterschied zu den katholischen Großlitauern. In beiden Ländern, d. h. in Preußen und Litauen, waren dieses Bekenntnis jeweils die offizielle Staatsreligion. Aus diesem Grund wurden die Alteinwohner unter anderem als „Fremde, Deutsche, Andersgläubige“ wahrgenommen. Ähnlich wurden sie von den Russen und anderen Neueinwohnern der Region gesehen;
3. Bis zum Ersten Weltkrieg standen beide litauische Gruppen unter starkem Einfluss fremder Kulturen und Sprachen der jeweiligen Herrscher (Polnisch und Russisch in Großlitauen, Deutsch in Kleinlitauen)<sup>25</sup>.

Ähnliche Wechselbeziehungen gab es auch zwischen den Masuren und Polen. Dies betraf ebenso die Zwischenkriegszeit (Soldauer Land) wie das gesamte historische Masuren, das ab 1945 in den Grenzen des polnischen Staates lag. Analogien gab es einige.

Aus Berichten, die ich während eigener Feldforschungen gewinnen konnte, sowie aus Interviews anderer Forscher ergibt sich ein Bild voller Antagonismen und gegenseitigen Misstrauens zwischen Alt- und Neueinwohnern des Memellandes.

---

24 M. Purvinas, *Die Vernichtung...*, S. 31.

25 *Ebenda*, S. 34.

Ruta R. meint: „Als Litauer wurden wir im Dritten Reich von den Deutschen diskriminiert. Für die neuen Bewohner, sowohl Litauer als auch Russen, waren wir ‚Deutsche‘. So nannten uns auch die Kinder in der Schule. Die ersten russischen Wörter, die ich kennenlernte, waren ‚zappzarapp‘. Nach dem Krieg war es auf den Dörfern ruhiger als in den Städten, obwohl der Raub allgegenwärtig war. Die Kommunisten vertrauten uns nicht, sie stützten sich auf jene, die aus Litauen gekommen waren. Sie schlossen alle Kirchen, man konnte nirgendwo beten. Später, zur Zeit der sowjetischen Atheisierung, spielte die Glaubensrichtung keine größere Rolle mehr. Ob jemand protestantisch oder katholisch war, hatte für die Behörden nicht so große Bedeutung. Die Kommunisten bekämpften jede Glaubensform“<sup>26</sup>.

Lena Grigoleit, Protagonistin des Buches *Paradiesstraße* von Ulla Lachauer, war nach der Rückkehr aus der sibirischen Verbannung, wo sie die Jahre 1951-1956 zubrachte, für die Neuankömmlinge aus Litauen, die in ihrem Haus wohnten, eine „Faschistin“ und „Hitlerinkai“. „Mit solchen als Nachbarn lebten wir kurze Zeit Wand an Wand. (...) Schließlich sagte er zu meinem Mann: ‚Geh aufs Gericht. Sieh zu, dass du Haus und Stall zurückbekommst. Die brauchen das nicht. Der Kolchos hat Wohnung für die Arbeiter genug‘. Wirklich gingen wir vor Gericht, und wir hatten Erfolg. Den großen Stall gaben sie uns nicht, da hielt der Staat die Hand drauf, nur den kleinen, die Scheune und das Wohnhaus.

(...) Wir waren zu Hause, wir waren unter uns. In Bitėnai, sie nannten den Ort jetzt litauisch. Wir haben wieder gearbeitet. Wir hatten zu essen und zu trinken, schafften uns wieder eine Kuh an. Land war nicht viel. Bloß 50 Ar durfte jede Familie besitzen. Sie waren ganz verrückt damals. Du durftest nicht zehn Quadratmeter mehr haben, dann wurdest du gleich bestraft. Die Nachbarn haben sich gezankt und gegenseitig heimlich gemessen, wieviel hat der, wieviel hab ich. Du bist schuldig, sagten sie aufeinander. Sie waren neidisch, alle. Vor unseren Augen haben sie die Scheune abgerebbelt, am Tage, wir störten sie nicht. Wer Ziegel brauchte, ging stehlen bei uns. ‚Wozu brauchen Sibirienmenschen eine Scheune, wenn niemand eine hat?‘ sagten unsere neuen Nachbarn. Wir brauchten sie wirklich nicht. Mir tat es vor allem leid um die beiden Storchennester, die dabei kaputtgingen. Jetzt hatten wir nur noch eines auf dem großen Stall“<sup>27</sup>.

Den neuen Einwohnern des Memellandes (Litauer und Vertreter anderer Nationen des Sowjetimperiums), das als Kleinlitauen oder später als Westlitauen bezeichnet wurde, ermöglichte das Leben in diesem Gebiet einen Ausgleich der Verluste aus der Zeit des Krieges, und aber auch einen gewissen materiellen, manchmal auch sozialen Aufstieg. Die Siedler kamen in eine Region, die allgemein als Teil Deutschlands wahrgenommen wurde, eines Landes, das kurz zuvor

26 Eigene Forschungen – Oktober 2005

27 U. Lachauer, *Paradiesstraße. Lebenserinnerungen der ostpreußischen Bäuerin Lena Grigoleit*, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 86 f.

noch mächtig gewesen war und zu den wirtschaftlich stärksten Europas und der Welt gezählt hatte. Obgleich Ostpreußen die ärmste Peripherie des preußischen Staates bildete, war es für die Nachbarn, d.h. Litauer, Russen und Polen, ein reiches Land und mit hohem Lebensniveau. Die Ansiedlung in dieser Region wurde nicht als wirtschaftlicher oder sozialer Abstieg wahrgenommen, sondern als eine Chance auf ein besseres Leben, besonders dann, wenn die Entscheidung sich hier niederzulassen freiwillig getroffen wurde, nicht aber unter dem Druck der Verwaltung, wie es seit Mitte der 1950er Jahre gehandhabt wurde, als in der gesamten Sowjetunion, aber auch in Polen das Arbeitszuteilungssystem galt. In erster Linie waren von dieser Maßnahme die Hochschulabsolventen betroffen (es ging darum Fachleute der sog. defizitären Berufe, etwa Ärzte, Tierärzte, Ingenieure oder Lehrer, gleichmäßig zu verteilen), aber auch Personen mit Oberschul- oder gar noch niedrigerem Schulabschluss (z. B. Beamte, Fischer, Hafenarbeiter usw.).

Doch auch sie betrachteten ganz überwiegend die Ausreise nach Ostpreußen als eine Chance auf ein besseres Leben. Die Wege zum Aufstieg waren in den im Entstehen begriffenen Gesellschaften dieser Region viel einfacher als in den „alten Gebieten“, wo seit Jahren ausgeformte soziale Strukturen sowie tradierte und bekannte Verhaltensweisen herrschten. Besonders für junge Menschen, die die Verbesserung ihrer Lebensstellung an das neue System knüpften, bildeten die „neuen Gebiete“ eine einmalige Chance auf den sozialen Aufstieg. Dies galt für die materielle und berufliche Stellung ebenso wie für die gesellschaftliche.

Hier ein Bericht der in den 1950er Jahren auf der Kurischen Nehrung geborenen N. S.: „Meine Eltern kamen 1953 aus dem Inneren Litauens hierher im Rahmen einer Ansiedlungsaktion, die vom Wirtschaftsministerium der Litauischen SSR durchgeführt wurde. Hier bekamen sie Arbeit und nach gewisser Zeit eine eigene Wohnung. Ein solcher Start wäre an ihrem alten Wohnort nicht möglich gewesen“<sup>28</sup>.

In der Anfangsphase bestanden zwischen den neuen und alten Einwohnern zahlreiche Barrieren. Den Neusiedlern waren die Bebauungsart, die „deutsche“ Anordnung von Dörfern und Städten, das Seeklima und die maritime Wirtschaft fremd. Vieles war anders: die Mentalität, die Art der Ackerbebauung und der Wirtschaftsführung, die Küche und die Bräuche, die Religion und die Ausstattung von Kirchen und Friedhöfen.

Die neuen litauischen Einwohner stammten meistens aus kinderreichen und oft armen Dorffamilien. Der Lebensstandard in solchen Familien wich von dem in Klaipėda und Umgebung angetroffenen ab. Bei der Übernahme von Häusern, Wirtschaftsgebäuden und Wohnungen waren sie mit einer anderen Raumaufteilung, Möbeln und Haushaltsausstattung konfrontiert. Auch die agrotechnischen Anfor-

derungen waren, bedingt durch klimatische Verhältnisse und Bodenbeschaffenheit, andere. Es kamen andere Maschinen und Geräte zum Einsatz. Die neuen Einwohner vermissten römisch-katholische Gotteshäuser sehr (eine Ausnahme bildeten die beiden kleinen Städte Pagėgiai/Pogegen und Šilutė/Heydekrug). Deswegen übergaben die Lokalbehörden den Katholiken eine Kirche im Dorf Ruckai/Rucken. Dies war aber ein Einzelfall. Überlagert wurden all diese Besonderheiten von mancherlei Vorurteilen, die aus eigenen Erfahrungen bzw. seit Generationen weitergereichten Stereotypen gespeist wurden. Diese quasi „objektiven“ Phänomene auf der individuellen Ebene sowie im lokalen und regionalen Maßstab wurden wiederum von globalen Prozessen überlagert. Die neue gesellschaftliche Ordnung definierte die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Sowjet-Litauen und der UdSSR sowie die allgemeinen Prozesse in Wirtschaft (totale Verstaatlichung des Volkseigentums, Kollektivierung der Landwirtschaft), Politik (Sowjetisierung des politischen Lebens, Zentralisierung und Gleichschaltung in Bildung, Verwaltung und den Machtstrukturen), Gesellschaft (Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, nämlich der sozialistischen und später kommunistischen, mit allen Konsequenzen wie z. B. dem Kampf gegen Klassenfeinde) und Kultur (sozialistischer Realismus usw.).

Die Berührung mit so vielen Phänomenen erforderte sowohl von den neuen als auch den früheren Einwohnern der Region weitgehende Anpassungsfähigkeiten. Den hier geborenen Generationen erschien die weiter oben skizzierte gesellschaftliche Ordnung nach und nach natürlich und nachvollziehbar. Denn eine andere kannten sie ja nicht, und die, von der ihnen Eltern und Großeltern erzählten, gehörte mehr und mehr der Vergangenheit an. Es überwog das natürliche Bedürfnis, sich am jeweiligen Geburtsort, an dem Freunde und Verwandte lebten, sein Leben einzurichten.

### 1.2.1. Ausreisen der einheimischen Bevölkerung als Ausdruck der sozialen Desintegration

Der soziale Desintegrationsprozess der autochthonen Bevölkerung in Preußisch-Litauen, Ermland und Masuren, im Sinne eines Identitätsverlusts, begann bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Die Assimilation an das Deutschtum führte dazu, dass sowohl das Litauertum als auch das Polentum zu einem „Ballast“ besonders für die jungen Generationen wurde. Ort des alten Brauchtums waren die traditionellen dörflichen Gemeinschaften. Dieser Prozess, gefördert durch die staatliche Verwaltung, die jegliche Ausdrucksformen der Germanisierung dieser Bevölkerungsgruppe unterstützte, wurde in der Zwischenkriegszeit teilweise aufgehoben. Dies galt für das Memelland, das 1923-1939 in den Grenzen des litauischen Staates lag, sowie für die Masuren im Soldauer Gebiet, das zwischen 1920 und 1939

Teil Polens war. Im übrigen Ermland und Masuren, das weiterhin zu Deutschland (Weimarer Republik und Drittes Reich) gehörte, beschleunigte sich der Germanisierungsprozess. Ähnlich war die Lage im Memelland, das 1939 an Ostpreußen angeschlossen wurde.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lag es im kollektiven Interesse der Bevölkerung des Memellandes, Ermlands und Masurens, am bisherigen Wohnort, auf ihren Höfen zu bleiben. Die Lage der Memelländer war am günstigsten, weil die litauischen Sowjetbehörden ihnen ohne Rücksicht auf die Nationalität freistellten, aus den Besatzungszonen Deutschlands, wo Elend, Hunger und Wohnungsmangel herrschten, an ihre alten Wohnsitze in Kleinlitauen zurückzukehren. Von dieser Möglichkeit machte eine große Anzahl von Menschen Gebrauch, die über die Tatsache, dass sie dann in einem kommunistischen Land leben würden, zur Tagesordnung übergegangen waren. Es überwog die Ansicht, es sei besser, seine Zukunft in der eigenen vertrauten Umgebung, unter den Familienangehörigen, in der Heimat aufzubauen, als zum Wanderleben verurteilt zu sein, zum Beispiel in der Sowjetischen Besatzungszone, wo diese Bevölkerungsgruppe wie in anderen Teilen des besetzten Deutschlands von der ortsansässigen deutschen Bevölkerung feindlich oder bestenfalls mit Unwillen behandelt wurde. Ermländer und Masuren, die sich westlich der Oder aufhielten, kehrten nur in beschränktem Umfang heim, was unter anderem durch das mangelnde Interesse der polnischen Machthaber an ihrer Rückkehr bedingt war, denn deren Aufmerksamkeit absorbierten damals die nationale Verifizierung und die Vorbereitungen zur Massenausiedlung der deutschen Bevölkerung. Man befürchtete, das massenhafte Eintreffen ehemaliger Einwohner in Ermland und Masuren festige eine prodeutsche Einstellung, und über kurz oder lang müsse diese Bevölkerung ins besetzte Deutschland ausgesiedelt werden. Ganz anders gestaltete sich die Lage der ehemaligen Einwohner in jenem Teil Ostpreußens, der später zum Kaliningrader Gebiet gehörte. Nach kurzem Aufenthalt in ihrer Heimat wurden alle in die Sowjetische Besatzungszone ausgesiedelt. Eine Rückkehr aus den Gebieten jenseits der Oder in die eigenen Behausungen war nur während des Chaos und Durcheinanders unmittelbar nach dem Krieg möglich.

Ab 1949 verschlechterte sich die Lage der Einheimischen im Norden und Süden des ehemaligen Ostpreußens grundlegend. Sie wurden marginalisiert, stigmatisiert und mehr und mehr als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Im Fall des Memellandes war dies mit dem harten Stalinisierungskurs des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens verflochten. Die Zwangskollektivierung und deren mannigfaltige Folgen, die Massendeportationen in den Jahren 1949-1951, die Bekämpfung jeglicher Ausdrucksformen von Religiosität, Verbot der deutschen Sprache sowie die Unmöglichkeit, die eigene Andersartigkeit zu pflegen, was zu einer Erschütterung der kulturellen Identität führen musste, stellte die Aussichten für die weitere Existenz und die Entwicklung der eigenen Grup-

pe in Frage. Der soziale Desintegrationsprozess der autochthonen Bevölkerung, vertieft durch Massenmigrationen in den Jahren 1944-1946, erhielt eine neue Dimension infolge der 1955 spürbar eingeleiteten Entstalinisierung. Mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik, deren Höhepunkt der Moskau-Besuch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer war, und dem Abschluss eines Abkommens zwischen der Sowjetunion und beiden deutschen Staaten über die Ausreisemöglichkeiten der deutschstämmigen Bevölkerung am 7. Januar 1958 begann eine weitere, wichtige Etappe der Desintegration und des Zerfalls dieser Gemeinschaft.

Kraft dieser Vereinbarung konnten alle Personen (unabhängig ihres nationalen Zugehörigkeitsgefühls), die am 21. Juni 1941 (Tag des Überfalls des Dritten Reiches auf die Sowjetunion) deutsche Staatsbürger waren und dies nachweisen konnten, die Ausreise in beide deutsche Staaten beantragen. Die Sowjets verfolgten mit der Zustimmung zur Repatriierung von 6 000 ehemaligen Memelländern hauptsächlich den Zweck, „nicht sowjetisierungsfähige Elemente“ loszuwerden. Gleichzeitig wurden die Arbeitskräfte, die in Kolchosen und Sowchosen benötigt wurden, an der Ausreise gehindert. Die Repatriierung wurde durch die lokale Verwaltung als ein willkommener Anlass betrachtet, eine weitere Säuberung durchzuführen<sup>29</sup>.

Ähnlich instrumentalisiert wurden die Gesuche von Personen aus Mischehen, indem ihnen meistens die Ausreisemöglichkeit versperrt wurde.

Nach der Ankündigung des Besuchs des deutschen Bundeskanzlers in der Sowjetunion im Jahr 1955 wurde in Deutschland über die Möglichkeiten spekuliert, das Schicksal der in der UdSSR lebenden Deutschen zu verbessern und sie nach Deutschland ausreisen zu lassen. Bereits im Februar 1956 stellten 5 789 Personen Anträge auf Ausreise, davon 2 272 in die DDR und 2 798 in die Bundesrepublik. Die restlichen 719 Anträge wurden gestellt, um eine Genehmigung zur Ausreise „nach Deutschland“ zu erhalten. Vielen Menschen, die keinen Zugang zu Informationen hatten, war der Unterscheid zwischen beiden deutschen Staaten nicht ganz klar. Das wichtigste Ziel war es, dem „Vaterland des Weltproletariats“ zu entkommen. Unter den Antragstellern waren nicht nur Bewohner des Memellandes und eine kleine Gruppe Deutscher aus dem Kaliningrader Gebiet, sondern auch andere Personen aus dem gesamten Gebiet der UdSSR, darunter auch Deutschbalten, Russlanddeutsche, politische Emigranten usw.<sup>30</sup>

Die Unterzeichnung der Repatriierungsvereinbarung im Jahr 1958 eröffnete reale Möglichkeiten zur Auswanderung in beide deutsche Staaten. Ähnlich wie unter den Masuren nach 1956 breitete sich auch unter den Memelländern ein wahres „Ausreisefieber“ aus. Fast alle von den mehr als 10 000 ehemaligen Bewohnern Kleinlitauens erwogen die Möglichkeit einer Ausreise nach Deutsch-

29 Vgl. Kibelka, *Ostpreußens Schicksalsjahre 1945-1948*, Berlin 2004, S. 271.

30 Kibelka, *Memellandbuch. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2002, S. 68.

land. Der Großteil begann, sich um eine Auswanderung zu bemühen. Dies galt insbesondere für die älteren Generationen. Das nationale Zugehörigkeitsgefühl spielte in diesem Fall eine untergeordnete Rolle. Der wichtigste Grund, die Ausreise zu beantragen, war das Bestreben, bessere und sicherere Lebensbedingungen zu finden.

Ähnlich wie in Masuren und später im Ermland beeinflussten mehrere unterschiedliche Faktoren die Ausreiseentscheidung. Sie waren aber „sekundär“. Unter den wichtigsten sind zu nennen:

- der Wunsch nach Zusammenführung mit den in Deutschland lebenden Familienangehörigen. Seit grauer Zeit kamen Nachrichten über die Verbesserung der Lebensbedingungen in den beiden deutschen Staaten (besonders nach 1955);
- das psychologische Gefühl, in seiner eigenen Heimat fremd zu sein, das auf den grundlegenden Wandel der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen war. Die Alteingesessenen bildeten eine Minderheit. Von Neusiedlern und Lokalbehörden wurden sie wie Deutsche behandelt mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Die Alleinwohner wurden in ihrer Heimat zu „Fremden“;
- die Kollektivierung der Landwirtschaft und die allgegenwärtige Sowjetisierung, die die Einstellungen der früheren Einwohner destruktiv beeinflussten;
- die Stärkung der prodeutschen Überzeugung angesichts der allgemeinen Lage. Das Litauertum wurde mit den neuen, feindlichen Verhältnissen, mit dem kommunistischen System assoziiert<sup>31</sup>.

In den Jahren 1958-1960 wurden in Litauen insgesamt 10 173 Anträge auf Ausreise in beide deutsche Staaten gestellt. Den Positivbescheid erhielten 7 563 Personen. Die meisten von ihnen waren Memelländer (6 156), die 81 % all derer ausmachten, die eine Ausreisegenehmigung erhalten hatten<sup>32</sup>.

Dabei lassen sich drei Hauptgruppen abgrenzen:

1. Personen, die einen Antrag gestellt und eine Ausreisegenehmigung bekommen haben (insgesamt 7 563 Personen);
2. Personen, die einen Antrag gestellt, aber keine Ausreisegenehmigung bekommen haben. Unter ihnen waren auch solche, die erneut die Ausreise beantragten (mit positivem bzw. negativem Bescheid). Manche von ihnen beantragten die Ausreise mehrmals. Ein Teil von ihnen verzichtete nach dem ersten negativen Bescheid auf erneute Beantragung der Ausreise;

---

31 Vgl. A. Arbušauskaitė, *Demographische Veränderungen auf der Kurischen Nehrung nach 1945*, in: *Annaberger Annalen* 1993, Nr. 1, S. 78 f.

32 A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 61 f.

3. Personen, die aus verschiedenen Gründen überhaupt keinen Ausreiseantrag gestellt haben.

Zu dieser dritten, wenig zahlreichen Gruppe gehörte die Familie Lena Grigoleits. Nach Jahren begründete sie ihre Entscheidung folgendermaßen: „Seit 1958 waren wir in Bittehnen und der ganzen Umgegend die einzigen von vor dem Krieg. Alle, die sonst noch waren, nahmen ihre Papiere und ab. Ein ganzer Waggon voll, ab und raus nach Deutschland. Unsere Tante Trude, die hatte noch gezögert. Sonntags besuchte sie uns von Bardehnen aus, erst auf den Rombinus rauf, wo der Sohn begraben ist, und dann zu uns zum Kaffee. Plötzlich sagte sie bei der Suppe: ‚Ich will auch raus!‘ Ich war überrascht. ‚Du bist alt, Trudchen. Niemand wartet dort auf dich.‘ Aber sie war fest entschlossen. ‚Wenn ich dort sein werde, werde ich mich fein anziehen. Ich habe noch ein schickes Kostüm. Das ist für hier zu schade.‘ Mir war das nicht einleuchtend. ‚Wer kennt dich denn dort? Wer weiß, wer du bist? Wenn du das schönste Jackett anhast, da gehen die Menschen an dir vorbei. An der Memel bis du bekannt. Oder doch wenigstens früher geachtet und geehrt.‘ Tante Trude blieb stur. Ob sie glücklich war und zufrieden in Deutschland, hat sie mir nicht geschrieben. Ihre Nichte hat meiner Cousine mal gesagt und die hat es mir gesagt, dass Trude sich mit ihrer Schwester nicht vertragen hat und allein lebte. Sie war nicht lange dort im Westen, ein paar Jahre später war sie tot.

Wir hatten vom Reisen genug, für uns war die Sache klar. Mein Mann war Litauer, der wollte überhaupt nicht raus. Mama wusste, ihr blieb nur wenig Zeit. Sie wollte auf dem Rombinus begraben werden. Vater machte immer das mit, was wir machten, was wir wollten. Meine Mädchen waren schon Menschen von der Sowjetunion, sie kannten doch fast nichts anderes. Und ich? Selbst wenn ich alleine gewesen wäre, ich wäre auch nicht gefahren. Zweimal hat uns die Lida Tanner besucht in Bittehnen. ‚Haben wir es in Sibirien nicht schön gehabt?‘, fragte sie oft. ‚Ja.‘ Sie hatte recht. Ich musste ihr das zugeben. In Sibirien war das Leben schöner. ‚In Sibirien‘, sagt die Ina immer, und die war doch noch klein dort, ‚trafen wir gute, sogar edle Menschen‘. Als wir zurückkamen, waren keine mehr da, die geistig mit uns harmonierten. Alles Fremde, die hatten andere Ansichten, andere Probleme<sup>33</sup>

Die Kriterien zur Erteilung der Ausreisegenehmigung durch die Behörden waren (ähnlich wie zur selben Zeit in Masuren) unklar und nicht nachvollziehbar. Die Ausreisegenehmigung erhielten 2 543 Personen. Der Grund für Negativbescheide war, wie die Behörden beteuerten, in den meisten Fällen (73 %) der Mangel an glaubhaften Dokumenten zum Nachweis der deutschen Staatsbürgerschaft.

Unter den Personen, die die Ausreisegenehmigung erhalten haben, machten Arbeiter 34 % aus und Kolchosebauern 26 %. Äußerst signifikant waren die Nati-

33 U. Lachauer, *Paradiesstraße...*, S. 90.

onalitätenverhältnisse in der Gruppe mit Ausreisegenehmigung. Unter ihnen waren 87 % Litauer und nur 13 % Deutsche. Die meisten der Ausreisewilligen waren Dorfbewohner (69 %)³⁴.

Das Problem der Auswanderung der autochthonen Bevölkerung aus dem Memelland in den Jahren 1958-1960 veranschaulicht die Tabelle 25.

*Tabelle 25 Ausreisen von Alleinwohnern des Memellandes in die DDR und BRD in den Jahren 1958-1960*

	Gesamt		Ausreise in die DDR		Ausreise in die Bundesrepublik	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Gestellte Ausreiseanträge	10 173	100	751	7	9 422	93
Personen, die 1958-1960 ausgereist sind	7 563	100	709	9	6 854	91
Darunter Kinder im Alter von bis zu 16 Jahren						
Gesamt	2 284	30	198	28	2 086	30
1. Staatenlose (Umsiedler) laut Gesetzgebung der UdSSR	242		34		208	
2. Personen, die nach Abschluss des Abkommens vom 10.01.1941 nach Deutschland ausgereist waren und während des Krieges bzw. nach Kriegsende zurückkehrten	1 156		80		1 085	
3. Memelländer	6 156	81	453	7	5 703	93
4. Personen, die bei ihrer Ausreise die sowjetische Staatsbürgerschaft behalten wollten	45		13		12	
Nicht ausgereist						
Gesamt	2 543	100	51	100	2 492	100
1. Auf Ausreise verzichtet	110	4	10	20	00	4
2. Motive seitens des KGB	562	22	9	18	553	22
3. Unzureichende Unterlagen	1 871	74	32	62	1 839	74
4. Verstorben	67					

Quelle: A. Arbušauskaitė, *Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 61.

34 R. Kibelka, *Memelland...*, S. 111.

Die Erledigung der Ausreiseformalitäten war mehrschrittig. Die entsprechenden Unterlagen zum Nachweis der deutschen Staatsbürgerschaft mussten in Gänze ins Russische übersetzt werden. Nach gängiger Meinung war eine Bestechung notwendig, damit die Miliz, die die Anträge – besonders bei wiederkehrenden Negativbescheiden – bearbeitete, eine positive Entscheidung treffen würde.

Damit gingen auch andere Unbequemlichkeiten einher. Wer sich zur Ausreise bereit erklärt hatte und entsprechende Anträge stellte, wurde als Staatsfeind behandelt. Gemäß der Mentalität der damaligen Machthaber herrschte die Überzeugung, dass es ein Verrat und zugleich eine schändliche und eines Bürgers des Arbeiter- und Bauernstaates unwürdige Tat sei, die UdSSR zu verlassen.

Vor der Ausreise nach Deutschland musste die gesamte Habe verkauft werden. Für die erlösten Rubel wurde meistens Gold in Form von Schmuckgegenständen (Ringe, Armringe usw.) gekauft. Die Sowjetbehörden beschränkten indes die Ausfuhr von Bargeld auf 1 000 Rubel. Zahlreiche Ausreisende hinterlegten die Überschüsse (zwischen 3 000 und 50 000 Rubel) bei der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau. Erst nach vielen Jahren konnten sie einen Teil ihres Vermögens zurückbekommen.

Die Moskauer Botschaften der BRD und der DDR, die die Bescheinigungen zur Ausreise ihre Länder ausstellten, rivalisierten, wer die meisten Repatriierten gewinnen würde. Besonders die DDR-Regierung, vom permanenten Mangel an Arbeitskräften geplagt, tat vieles, um die Deutschen aus der UdSSR zur Repatriierung nach Ostdeutschland zu animieren.

Ein unerwarteter Nebeneffekt der Massenausreise aus dem Memelland nach Deutschland bestand darin, dass nicht alle Häuser verkauft wurden oder neue Eigentümer fanden. Viele Höfe, Häuser, Straßenzüge oder gar ganze Dörfer standen nach der Ausreise ihrer Bewohner leer, um nach einer Weile aus der Landschaft zu verschwinden. Infolge der Ausreisen wurden die zurückgelassenen Felder zusammengelegt und von den Kolchosen übernommen. Es wurden Meliorationsmaßnahmen durchgeführt, woraufhin sich das Bild vieler Landstriche allmählich veränderte. Die Ausreise der meisten Kuren und ihrer Nachkommen nach Deutschland hatte die Desintegration und das Verschwinden dieser Bevölkerungsgruppe auf der Kurischen Nehrung nach sich gezogen.

Wer nach Deutschland ausgereist war, wurde früher oder später Deutscher. Dies traf vor allem auf jüngere Generationen zu. Die Dagebliebenen wandten sich mehr dem Litauertum zu, nachdem sie sich überzeugt hatten, dass die weitere Beantragung der Ausreise zwecklos war. Sie sahen keinen Sinn mehr darin, die deutschen Traditionen und eine deutsche Identität zu pflegen. Oftmals änderten sie ihre Vor- und Nachnamen in rein litauische, um so alle Spuren ihres Andersseins zu verwischen. Sie versuchten, die Vergangenheit zu vergessen, so

dass sie die multikulturelle Tradition dieser Region an neue Generationen nicht weiterreichten. Diese Tendenz herrschte besonders in den Mischehen vor. Die Eltern wollten nicht, dass ihre Kinder als „Faschist“ oder „Fritz“ beschimpft würden oder beharrlich gefragt würde: „Wenn es dir hier nicht gefällt, warum gehst du dann nicht nach Deutschland rüber?“ In den 1960er und 1970er Jahren vollzog sich eine verstärkte Lituanisierung der Alteinwohner dieser Region. Dies war auch eine Zeit, in der das Russische, das vielfach zur Amtssprache avancierte, allgemein gesprochen wurde. Zum wichtigsten Zentrum, das die Alteingesessenen integrierte, wurde wie in Masuren die protestantische Kirche. 1967 waren in Kleinlitauen 5 550 Protestanten, die älter als 16 Jahre waren, registriert.

Die einzige ohne Unterbrechung geöffnete Kirche war das evangelische Gotteshaus in Heydekrug. Die übrigen Kirchen wurden geschlossen und meistens für andere Zwecke genutzt. Im Kirchengebäude in Ruß wurde eine Turnhalle eingerichtet, in Pogegen ein Kino, in Willkischken ein Kornspeicher. Konfirmation und Religionsunterricht wurden von den Behörden verboten.

Im Laufe der Zeit schritt die Sowjetisierung voran, die Anpassung der Mehrheit der Bevölkerung an die neuen Systembedingungen, deren Stabilität unerschütterlich schien.

Nach dem administrativen Abschluss der „Repatriierung“ in beide deutsche Staaten im Jahr 1960 befanden die lokalen Behörden, das „Problem der Autochthonen“ sei endgültig gelöst. Aus dem offiziellen amtlichen Vokabular waren Begriffe wie „Einheimische“ oder „Alteingesessene“ verschwunden.

Dies bedeutete aber keinesfalls, dass für eine kleine Gruppe von 4 000-5 000 Altbewohnern das Problem, sich in der neuen Wirklichkeit zurechtzufinden und ein Identitätsgefühl zu entwickeln, nicht mehr existent gewesen wäre.

### 1.3. Klaipėda

Klaipėda stach zu Sowjetzeiten nicht nur von anderen Städten Litauens, sondern auch der UdSSR ab. Was die Stadt an der Dange so auszeichnete, waren in erster Linie ihre völlige Zerstörung, ihre neue Sozialstruktur und die im Entstehen begriffene Identität ihrer Einwohner. Noch in den 1950er Jahren machten die Zuwanderer aus dem Inneren der Sowjetunion (Russen, Ukrainer, Weißrussen usw.) die Mehrheit der Stadteinwohner von Klaipėda aus. Die Sowjetisierung der Stadt kam auch darin zum Ausdruck, dass Russisch über viele Jahre hinweg hier Amtssprache war.

Erst gegen Ende der 1990er Jahre überwogen unter den Einwohnern die Litauer. Diese Zeit gilt als der Beginn der eigentlichen „Lituanisierung“ Klaipėdas.

1959 machten die Litauer 55,2 %, die Russen 35,7 % aller Stadteinwohner aus. 1970 stellten die Litauer bereits 61 % der Bevölkerung, die Russen 31 %<sup>35</sup>. Dies änderte allerdings nichts an der weitverbreiteten Meinung, dass Klaipėda die sowjetischste aller litauischen Städte sei. Diese Ansicht herrscht bis heute vor.

Aidas Rūtė schrieb: „Die Stadt entwickelte sich auf den Trümmern deutscher Kultur und veränderte sie zu einem Substrat ‚mitgebrachter‘ Kulturerfahrung der neuen Bevölkerungsgruppen und sowjetischer Ideologie“<sup>36</sup>. Noch in den 1970er Jahren war Klaipėda „eine wirtschaftlich-industrielle Provinz, eine Stadt der Arbeiter und Seeleute“<sup>37</sup>. Geprägt wurde sie durch die maritime Industrie, d.h. die Ostsee-Fischerei<sup>38</sup> und den Hafen. Die meisten Beschäftigten dieses Wirtschaftssektors waren – wie die örtliche Nomenklatura, Beamte und Vertreter der „Machtressorts“ (Militär, Miliz, Grenzschutz, KGB) – Russen.

Die Sozialstruktur der Einwohner von Klaipėda wies zu Sowjetzeiten drei Hauptgruppen auf: Die erste war die Nomenklatura der kommunistischen Partei und des sowjetischen Staatsapparats, Direktoren großer Betriebe und Handelsorganisationen. Zur zweiten Gruppe, einer Art „Mittelstand“, wurden Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen, d.h. Seeleute der Handels- und Fischereiflotten, Beamte verschiedenster Dienststellen sowie Facharbeiter gezählt. Die dritte Gruppe umfasste Lehrer, Beamte und Arbeiter mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. Diese Schicht „lebte von Gehalt zu Gehalt, von der Schlange nach Schuhen zur Schlange nach Mandarinen und wartete jahraus jahrein auf eine billige Dienstwohnung oder eine Zuteilung für ein Auto“<sup>39</sup>. Diese Gruppe war am zahlenstärksten, so wie auch in der gesamten UdSSR.

Hinsichtlich der Versorgungslage hob sich Klaipėda allerdings von anderen litauischen Städten ab. Wegen des Seehafens war es hier leichter, bei den Seeleuten ausländische Waren und Produkte zu kaufen.

In den Jahren 1959-1988 setzten eine verstärkte Urbanisierung sowie Migrationsprozesse in ganz Litauen ein. Ende 1945 lebten in Klaipėda etwa 13 500 Personen. Seit dem Ende der 1950er Jahre stieg die Einwohnerzahl schnell. 1959 betrug sie bereits 90 000 Personen, 1963 110 000, 1970 140 000, 1978 175 000, 1980 181 000 und 1989 204 000<sup>40</sup>. Mit der Zunahme der Einwohnerzahl gingen

35 *Lietuviškoji tarybinė enciklopedija*, Bd. 5, Vilnius 1979, S. 548.

36 A. Rūtė, *Grundzüge des sozialen, kulturellen und administrativen Lebens in Klaipėda 1945-1982*, in: *Nordost-Archiv* Bd. X, 2001, S. 151.

37 V. Vareikis, *Klaipėda zwischen der Sowjetunion und der Litauischen SSR 1945-1990*, in: *Nordost-Archiv* Bd. X, 2001, S. 141.

38 Seit 1950 fischte die Klaipėdaer Flotte nicht nur auf der Ostsee, sondern auch auf dem Atlantik.

39 *Ebenda*, S. 142.

40 *Ebenda*, A. Rūtė, *Grundzüge...*, S. 163.

auch der Ausbau von Betrieben (besonders der maritimen Industrie<sup>41</sup>, des Ostseehafens usw.) sowie der Bau neuer „sozialistischer Wohnsiedlungen“ einher. Im Dezember 1981 wurde eine „Exportgruppe UdSSR-DDR“ gebildet, die in der Zeit der „Solidarność“-Bewegung in Polen eine alternative Verbindung Klaipėda-Mukran herstellen sollte. Auf dem Seeweg wollte man unter Umgehung Polens die Versorgung der in der DDR stationierten Sowjetischen Armee sicherstellen.

In den 1970er Jahren begann die „kulturelle Modernisierung“ Klaipėdas. Die Stadt, in der praktisch gar keine Intellektuellen mehr lebten und die eine „kulturelle Wüste“ war, verwandelte sich nach und nach in ein „normales“ Stadtgebilde. Allerdings konnte sie diesbezüglich trotz ihres Wirtschaftspotenzials bis heute nicht das Niveau von Wilna oder Kaunas erreichen.

In den 1970er Jahren wurde mit der Restaurierung der Überreste der Altstadt begonnen. Es wurden viele historische Häuser und Bauten aus dem 18. und 19. Jahrhundert wiederhergestellt. Dieser Prozess begann mit dem Wiederaufbau und der Revitalisierung alter historischer Speicher und des neugotischen Postgebäudes. 1983 begann die Rekonstruktion des neoklassizistischen Theaters.

Die ersten kulturellen Einrichtungen, die nach 1945 gegründet wurden, waren Kinos und ein Theater, in dem Mitte 1946 erste Vorführungen stattfanden, sowie Bibliotheken. Später wurden Kulturhäuser sowie betriebliche Klubräume eingerichtet, in denen die „sowjetische Kultur und die Ideale des sowjetischen Menschen“ propagiert werden sollten<sup>42</sup>.

1945-1982 gab es in Klaipėda keinerlei Hochschulen. 1959 war nur eine kleine Filiale der Technischen Hochschule in Kaunas tätig. 1975 wurden eine Fakultät für die vorschulische Erziehung der Pädagogischen Hochschule Schaulen sowie zwei Fakultäten des Konservatoriums der Litauischen SSR eröffnet, 1978 ein Seminar für Graphik des Kunstinstituts Wilna. Insgesamt studierten ca. 2 000 Studierende an diesen Einrichtungen<sup>43</sup>.

Die strikte Kontrolle und Reglementierung des öffentlichen Lebens in der UdSSR beeinträchtigte auch die Entfaltung der Kultur in Klaipėda. Das kulturelle Leben war damals äußerst monoton und spielte sich nur im Rahmen des un-

---

41 1969 zählte die Handelsflotte 16 Schiffe, 1974 34. 1980 betrug das Umschlagvolumen des Ostseehafens 6,7 Mio. t und in den Hafen liefen 1 328 Schiffe und 397 Tanker ein. K. Meškanskas, *Lietuvos ūkis 1940-1990*, Vilnius 1994, S. 242.

42 A. Rūtė beschrieb das erste Vierteljahrhundert der Einwohner von Klaipėda: „Auf Klaipėda passen diese Worte wie auf keine andere Stadt: Trümmer, Nahrungsknappheit, finstere Realität, aus der die Menschen zu fliehen wünschten, im Alkoholismus versackten oder im Kino mit seinen fiktiven, aber schönen Bildern ein exotisches und friedliches Leben suchten“ (S. 157).

43 In der Stadt gab es auch acht technische Oberschulen sowie sechs Berufsschulen mit ca. 10 000 Schülern. A. Rūtė, *Grundzüge...*, S. 160.

wesentlich modifizierten „sozialistischen Realismus“ ab. Kino, Revuetheater und Konzerte der Unterhaltungsmusik bestimmten das damalige kulturelle Leben. Dieses konzentrierte sich, wie in Kaliningrad und anderen Städten des Imperiums, auf Feierlichkeiten anlässlich verschiedener Jahrestage, wie: der Oktoberrevolution 1917, Geburtstag Lenins, 9. Mai und Tag der Befreiung (17. Januar). An diesen Tagen fanden zahlreiche Aufmärsche, Gedenkfeiern, Konzerte und Kundgebungen statt.

Trotz dieser allgemeinsowjetischen Tendenzen entstanden in Klaipėda seit den 1970er Jahren neue Kunstgalerien, eine Filiale der Philharmonie, Museen oder das berühmte Delphinarium. Allmählich bildete sich, wenn auch mit starker Verzögerung, ein kulturelles Milieu heraus, in dem die örtlichen Intellektuellen verkehrten.

Ab den 1950er Jahren begann die Lituanisierung der Stadt, die Ende der 1970er Jahre schließlich ein litauisches Gesicht bekam. Das gesellschaftliche Leben lief aber nach sowjetischem Muster ab: Alle Kinder gehörten der Organisation der Jungen Pioniere (*Spalinkai* für die Achtjährigen) bzw. der Pioniere an, während die Jugendlichen Mitglieder des Komsomols waren. Die ideologische Obhut über das gesamte gesellschaftliche und kulturelle Leben übte die allmächtige und einzige kommunistische Partei aus, die keinerlei Verwurzelung in der lokalen Tradition besaß.

Klaipėda war und ist weitgehend noch eine zweisprachige Stadt. Neben dem Litauischen war Russisch weit verbreitet, es gab russischsprachige Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen.

Ähnlich wie in Kaliningrad gab es auch hier in den ersten Nachkriegsjahren keine Kirchen. Es wurde damals eine aggressive Politik der Atheisierung des öffentlichen Lebens betrieben. Zu einem neuen Gott wurde Lenin erhoben (mit zahlreichen Denkmälern, Bildnissen, Millionenaufgaben seiner Bücher und hagiographischer Publikationen usw.), und die sowjetische Verfassung war die neue Bibel. Die Kirchen und die Religion wurden als ideologische Feinde betrachtet, die es mit allen verfügbaren Methoden zu bekämpfen galt.

Vor dem Krieg war Memel eine protestantische Stadt. Die 1945 erhalten gebliebene reformierte Kirche diente einer kleinen Gruppe von Protestanten und Katholiken. Erst 1948 wurde die erste katholische Pfarrgemeinde eingetragen, und 1957 genehmigten die Behörden den Bau einer katholischen Kirche. Als die Bauarbeiten an der Kirche Maria Frieden 1961 abgeschlossen waren, wurde das Gebäude unter dem Vorwand des Verstoßes gegen Bauvorschriften von den Behörden beschlagnahmt. Die Kirche wurde in ein Konzerthaus umgewandelt. Erst Mitte der achtziger Jahre konnten die Gläubigen das Gotteshaus zurückbekommen<sup>44</sup>.

---

44 *Ebenda*, S. 166.

1947 wurde die Gemeinde der Altgläubigen registriert. In einer kleinen früheren protestantischen Friedhofskapelle fanden Gottesdienste für die russisch-orthodoxen Gläubigen statt. Tätig waren auch andere kleinere Religionsgemeinschaften (Mormonen, Baptisten).

Wie in Kaliningrad schritt man zur Sowjetisierung der Namen, der Errichtung neuer Denkmäler (für Lenin, Stalin, Rote Armee u. dgl.) und der Zerstörung all dessen, was an die deutsche Vergangenheit erinnerte. Das Stadtbild war stark geprägt durch die monotone und zumeist schlampige Architektur der neuen Wohnsiedlungen, öffentlichen Gebäude, Fabriken und Betriebe nach den Vorstellungen eines Stalin, Chruschtschow oder Breschnew. Zu Sowjetzeiten ähnelte Klaipėda, das wie Kaliningrad eine „fast geschlossene Stadt“ war, immer mehr den typischen Sowjetstädten. Auch hier wurden „neue und breite Verkehrsadern“ gebaut und dabei historisch gewachsene städtebauliche Strukturen zerstört. An Stelle der abgerissenen alten Bebauung entstanden neue Bauten, meistens ausdruckslos, mit Flachdächern und nachlässig ausgeführt<sup>45</sup>.

---

45 Erst 1962 entstand der erste Grobentwurf für den „Wiederaufbau der Altstadt von Klaipėda“ ausgearbeitet. Dabei wurde geplant, u.a. einen „grünen Ring“ um die Stadt herum zu legen. Die tatsächliche Renovierung der Altstadt fand 1970-1990 statt. Vgl. J. Genys, E. Andrijauskas, *Städteplanung und Architektur in Klaipėda in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert*, in: *Nordost Archiv* Bd. X, 2001, S. 203-210.

## 2. Das Kaliningrader Gebiet – ein Musterland für den Homo Sovieticus

Die kommunistischen Ideologen in Moskau sahen im Kaliningrader Gebiet ein „Musterland“ für die Schaffung des sowjetischen Menschen (*Homo Sovieticus/Sowetskij Tschelowek*). Auch Arthur Greiser, Reichsstatthalter des Dritten Reiches im Wartheland, war überzeugt gewesen, in Großpolen könne ein *Mustergau* für das tausendjährige *Großdeutschland* geschaffen werden. Die nationalsozialistischen und stalinistischen Ideologen schmiedeten Pläne, ganze Gesellschaften und Städte so umzugestalten, dass sie ihren Vorstellungen von der „neuen Wirklichkeit“ entsprächen.

Um dieses Projekt, das in den Bereich der gesellschaftlichen Ingenieurskunst fiel, Wirklichkeit werden zu lassen, waren im Kaliningrader Gebiet viele Voraussetzungen gegeben. Eine der wichtigsten bestand darin, dass die Gesamtheit der Neubewohner in Eigentumsfragen ganz und gar vom Staat abhängig war; die in Kaliningrad erscheinende deutschsprachige Sowjetzeitung „Neue Zeit“ schrieb am 8. April 1948 (Nr. 29): „Die Sowjetmenschen waren im Kaliningrader Gebiet von Anfang an frei von den Fesseln des Privateigentums an Produktionsmitteln“<sup>46</sup>. Dies ermöglichte ein Experiment an Menschen, die nicht nur „frei von Eigentum“ waren, sondern auch keine Ansprüche auf ihr früheres Eigentum erheben konnten, weil der Sowjetstaat der einzige Eigentümer und Geber aller Güter war. Die gesamte Einwohnerschaft war geographisch und familiär enturzelt. Einerseits bedeutete dies fehlende materielle Traditionen am neuen Wohnort; andererseits bot es die ideale Gelegenheit, die neue sowjetische Wirklichkeit zu formen. Die vollständige Aussiedlung der früheren Einwohner stellte einen Bruch mit der Vergangenheit dar, und durch das Abreißen und Infragestellen der deutschen zivilisatorischen Errungenschaften wurde quasi das Feld geräumt, um den „neuen Menschen“ zu kreieren. Ähnliche Versuche wurden im Memelland, in Ermland und Masuren sowie in den ganzen polnischen Wiedergewonnenen Gebieten unternommen, allerdings nur ansatzweise umgesetzt. Anders verliefen diese Prozesse im Kaliningrader Gebiet.

Die Abschottung der Region, die vom russischen „Mutterland“ abgeschnitten war, bedeutete eine völlige Isolation von den bisherigen sozialen Normen, Verhaltensmustern, von der Welt der Werte und der gesellschaftlichen Kontrolle. Viele junge Umsiedler kamen hierher, um sich „der Fesseln der Tradition zu entledigen“. Hier konnten sie nach ihrem eigenen Gutdünken, jedoch nicht losgelöst von den Vorstellungen und der Kontrolle des totalitären Systems, leben. Für manche von ihnen war das eine außergewöhnliche Situation. J.M.K. erinnert sich: „Kön-

46 Zit. nach: Kibelka, *Ostpreußens...*, S. 138.

nen Sie sich vorstellen, dass ich gleich nach dem Krieg als ‚junger Vorsteher‘ mit den schönsten deutschen Frauen schlief? Ich konnte mich nach Herzenslust bedienen. Fürs Essen und den ‚Schutz‘ waren sie ‚zu allem‘ bereit. Und wie dienstfertig und reumütig sie waren! War das nicht einmalig?

Ich war ‚Herr des Lebens‘ im wörtlichen und übertragenen Sinne. Wenn man dazu nimmt, dass ich nicht hungerte und an ‚Sprit‘ kam, was will man mehr vom Leben? Wenn man nur daran denkt, dass ich noch kurz zuvor in den Schützengräben versauerte und die meisten meiner Freunde den Krieg nicht überlebt haben und man kaum weiß, wo sie begraben liegen...“ (Ka 12 – eigene Forschungen).

Unter den neuen Einwohnern der Oblast überwogen junge Menschen, die für die „ideologische Umnebelung“ anfällig waren und ihren Lebenserfolg der „Sowjetmacht“ verdankten. Es dominierten Menschen im Alter um die 30 Jahre (davon waren nicht weniger als 40,3 % unter 30 Jahre, 60,4 % unter 40 Jahre alt) Nach den Vorstellungen der Regierung und dem staatlichen Programm zur Ansiedlung von Familien sollten beide Ehegatten arbeitsfähig sein. In Wirklichkeit gab es viele unvollständige und fiktive Ehepaare. In jeder fünften Familie fehlte der Vater. Unter den jungen Umsiedlern waren die meisten, nämlich 60 %, kinderlos. Von allen Kindern waren nicht weniger als 41 % im vorschulischen Alter, d.h. unter sieben Jahren. Die Ansiedler der Oblast waren zu 84 % bäuerlicher Herkunft. Diese bestimmte über Jahrzehnte hinweg das soziale und kulturelle Bild der Region, in der es fast gar keine Intellektuellen gab. Aus Familien der Intelligenz (des Beamtentums) stammten lediglich 4,5 % aller Umsiedler. Aus der Arbeiterschaft kam jeder zehnte Einwohner (11,5 %). Die meisten Werktätigen (74 %) vertraten landwirtschaftliche Berufe (Landarbeiter, Stallaufseher, Mechaniker). Unter den Ungelernten überwogen demobilisierte Soldaten, die im Alter von 16-18 Jahren eingezogen worden waren. Ebenso niedrig war das Bildungsniveau der Bewohner: 66,3 % hatten die fünfjährige Grundschule abgeschlossen, 27,4 % die 5. bis 8. Klasse der Mittelschule besucht, 5,5 % die Mittelschule absolviert und lediglich 0,8 % waren Spezialisten mit Hochschuldiplom. Beachtlich war die Gruppe der Analphabeten, besonders unter den über 40-Jährigen<sup>47</sup>. Solch eine „graue Masse“ war für die Indoktrinierung anfällig.

Unter den Neuankömmlingen nicht unerheblich war auch der Anteil von „Gauern“, Abenteurern, Kriminellen oder ehemaligen Gefangenen, die nach dem Krieg in den Genuss von Amnestien gekommen waren.

Einige von ihnen waren im Rahmen des Strafmaßes zum Leben in der Oblast verurteilt. Dies galt insbesondere für ehemalige Häftlinge und Verbannte in

---

47 S. Galcowa, *Die Neusiedler auf dem Gebiet Ostpreußens (Kaliningrader Oblast)*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 109 f.

den hier eingerichteten Strafkolonien (unter anderem in Kaliningrad sowie in den Rajons Tschernjachowsk, Gwardejsk, Bagrationowsk und Sowetsk). Die meisten Zuwanderer waren vom Krieg gebeutelt: Sie hatten ihre Familien verloren, Hunger gelitten oder mit psychischen Folgen des Krieges zu kämpfen. Fast alle bauten auf ein besseres Leben und eine bessere Zukunft für ihre Kinder. Der Preis, den sie für diese Träume zahlen mussten, war das Abgeschnittensein von ihrer Heimat und das Leben in „Feindesland“<sup>48</sup>.

Bei der Ansiedlungsaktion legten die Behörden großes Gewicht darauf, „bewusste Elemente“ zu gewinnen. Unter den Umsiedlern war eine beachtliche Gruppe von Komsomolzen und Mitgliedern der kommunistischen Partei. Sie machten 20 % der Landbevölkerung und ein Drittel (30 %) der Sowchosearbeiter aus. Die Hälfte dieser KP-Mitglieder waren unter vierzig Jahre alt<sup>49</sup>. Der Prozentsatz der Mitglieder der kommunistischen Partei im Kaliningrader Gebiet war einer der höchsten in der gesamten UdSSR (Tab. 26).

*Tabelle 26 Zunahme der Mitgliederzahl der KPdSU im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1946-1976*

Jahr	Oblastbewohner (in Tsd.)	Mitglieder und Kandidaten	Kommunisten insgesamt je 1 000 Einwohner
Mai 1946	Sowjetbürger: 40	Juni 1946: 889	22,2
1947	Sowjetbürger: 290	7 497	25,9
1948	Sowjetbürger: 380	14 544	38,3
1951	456	22 908	50,2
1956	592	22 911	38,7
1958	601	25 375	42,2
1959	611	26 861	44,0
1960	632	29 753	47,1
1962	653	36 673	56,2
1963	658	38 233	58,1
1965	701	45 953	65,6
1967	718	50 283	70,0
1970	732	53 358	72,9
1971	741	54 342	73,3
1972	750	54 625	72,8

48 *Ebenda*, S. 112.

49 M. G. Schenderjuk, *Sozialnyj portret pereselenzow*, in: *Kaliningradskije archiwy. Materialy i issledowanija Wypusk I*, Kaliningrad 1998, S. 180-184.

1973	761	55 153	72,5
1974	771	55 833	72,4
1975	779	56 756	72,9
1976	785	57 924	73,8

Quelle: V. Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000*, Berlin 2001, S. 112.

Die Parteimitgliedschaftsquote war unter den Einwohnern Kaliningrads noch höher. 1948 waren 62,0 pro 1 000 Einwohner Mitglieder und Kandidaten der KPdSU (d.h. 4 957 Personen bei 188 000 Einwohnern der Stadt). 1956 betrug diese Kennziffer 49,5 (9 302 Mitglieder bei 204 000 Einwohnern), um 1959 auf 58,0 bzw. 1965 auf 88,9 zu steigen. Den Höchstwert erreichte sie zwischen 1948 und 1976 im Jahr 1970 mit 95,2 (28 288 von 297 000 Einwohnern)<sup>50</sup>.

Ein weiterer wichtiger Faktor bei der Formung des „neuen Menschen“ war die Politik der vollständigen Laizisierung, und zwar in einer Stärke, wie sie in anderen Teilen der UdSSR nicht vorkam. Bereits nach ihrer Ankunft versuchten die neuen Oblastbewohner, russisch-orthodoxe Kirchen zu eröffnen. Diese Versuche scheiterten. Auf Bürgerschaft des Patriarchen von Moskau und ganz Russland wurden schon 1947 russisch-orthodoxe Geistliche zu organisatorischen Zwecken in das Kaliningrader Gebiet entsandt. Erst in den 1980er Jahren erteilten die Behörden ihre Zustimmung zur offiziellen Registrierung der Aktivitäten der russisch-orthodoxen Kirche<sup>51</sup>.

Das Kaliningrader Gebiet war eine der wenigen Regionen der Sowjetunion, in der keine einzige russisch-orthodoxe Kirche vorhanden war.

Unter solchen Umständen waren zahlreiche neue Einwohner gezwungen, Dienste deutscher Geistlicher (Taufe, Trauung, Begräbnis) in Anspruch zu nehmen. Dieser Zustand herrschte bis 1948. Bis dahin erlaubten die Behörden den Betrieb von Kirchen anderer Glaubensrichtungen (Protestanten, Katholiken, Baptisten u.a.), in denen Gottesdienste auf Deutsch abgehalten wurden. 1948 waren 116 Kirchen und Gebetshäuser geöffnet, davon 55 in Kaliningrad. Nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung stellten sie ihren Betrieb ein. In den Kaliningrader Archiven haben sich zahlreiche Gesuche der Gläubigen aus den vierziger bis achtziger Jahren erhalten, in denen sie nach der Eröffnung russisch-orthodoxer

50 V. Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands*, Berlin 2001, S. 112.

51 O. Stiepanowa, *Zasiedlenie Obwodu Kaliningradzkiego w pierwszych latach po II wojnie światowej*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1996, Nr. 2, S. 198.

Kirchen verlangten. Entsprechende Schreiben wurden an alle Instanzen gerichtet, darunter auch an Stalin. Argumentiert wurde unter anderem damit, dass sich die nächste russisch-orthodoxe Kirche in Wilna befand. Solche Gesuche stellten unter anderem Gläubige aus Kaliningrad, Tschernjachowsk, Selenogradsk, Gwardejsk, Odersk, aber auch aus manchen Kolchosen und Sowchosen. Einer dieser Briefe trägt Unterschriften von 316 Einwohnern dreier Kolchosen im Rajon Gwardejsk. Von den Behörden, die auf die Unterzeichner mannigfachen Druck ausübten, wurden diese Eingaben durchweg abschlägig beschieden. Zahlreiche Gläubige wurden gezwungen, Erklärungen abzugeben, dass sie ihre Unterschrift zurückziehen würden<sup>52</sup>.

Begünstigt wurde die fortschreitende Indoktrinierung auch durch die totale Verneinung der deutschen Vergangenheit im „Nest des preußischen Militarismus“. Nicht ohne Bedeutung war auch der multinationale Charakter der Oblast, in der nach dem Ende der Migrationsbewegungen mehr als einhundert Nationalitäten vertreten waren. Unter solchen Bedingungen wirkten sich die massive Propaganda und die über Jahrzehnte betriebene Bildung, kulturelle Einrichtungen und Massenmedien wesentlich auf die Mentalität der Bewohner der Gebiets aus und trugen zur Herausbildung des *Homo Sovieticus* bei.

## 2.1. Wirtschaftliche Lage

Entscheidenden Einfluss auf die Haltung der Neueinwohner und den Verlauf der gesellschaftlichen Prozesse in der Oblast hatten der Zustand der lokalen Wirtschaft und ihre Entwicklungsaussichten. Da das Kaliningrader Gebiet militärisches Sperrgebiet war, unterschied sich seine Wirtschaft von der anderer Gegenden Sowjetrusslands. Ihre Merkmale waren eine überdurchschnittliche Abhängigkeit von der Moskauer Zentralregierung, die Landwirtschaft und die intensive Entwicklung der Hochseefischerei (bis zum Untergang der UdSSR). Kaliningrad war (nach Wladiwostok und Murmansk) drittgrößter Hersteller von Fischerzeugnissen (10,4 % der Gesamtproduktion von Fischkonserven). In dieser Branche arbeiteten nicht weniger als 40 % aller Industriearbeiter. Die übrigen Herstellungsbereiche, Zellulose- und Papierindustrie sowie Rüstungs- und Maschinenindustrie, hatten nur eine begrenzte Bedeutung<sup>53</sup>.

Walerij Galcow unterscheidet sechs grundlegende Perioden in der Wirtschaftsentwicklung des Gebietes:

52 *Przesiedleńcy opowiadają. Pierwsze lata obwodu Kaliningradzkiego we wspomnieniach i dokumentach*, red. J. W. Kostjaszow, Olsztyn 2000, S. 187-190.

53 W. Galcow, *Grundlegende Besonderheiten der Geschichte des Kaliningrader Gebiets*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 35.

1. Gründung der lokalen Wirtschaft (1945-1950).  
In dieser Zeit wurden die wichtigsten kriegszerstörten bzw. demontierten Industrien Ostpreußens wiederhergestellt, vornehmlich: Zellulose- und Papierfabriken, fischverarbeitende Betriebe, Seehäfen, Bernsteinförderungskombinat, Werften und Waggonbaufabrik. Die Landwirtschaft wurde auf das System von Kolchosen und Sowchosen umgestellt.
2. Aktiver Umbau der Wirtschaft (1951-1961).  
In dieser Zeit wurden verschiedene staatliche Investitionen getätigt, um die ökonomischen Grundlagen für das Kaliningrader Gebiet zu schaffen: Die maritime Wirtschaft wurde umgestellt, man ging von der Ostsee- zur Hochseefischerei über. Die in den letzten Jahren dieses Zeitraumes herausgebildeten Grundlagen der regionalen Wirtschaft blieben bis zum Zerfall der UdSSR unverändert.
3. Relative Stagnation der ökonomischen Entwicklung (1962-1975).  
In diesen Jahren fiel das durchschnittliche Jahreswachstum der Industrieproduktion und der Landwirtschaft niedriger als in Russland und der gesamten Sowjetunion aus. Im vorangegangenen Zeitraum war die Entwicklung höher.. Trotzdem verbesserte sich das Lebensniveau einigermaßen.
4. Totale Stagnation der ökonomischen Entwicklung (1976-1986).  
Die extensiven Wachstumsreserven waren erschöpft, was einen Stillstand in der Wirtschaft nach sich zog und es erforderlich gemacht hätte, ineffektive Produktionsbetriebe zu modernisieren.
5. Erfolgreicher Versuch, die Wirtschaft im Rahmen des „sozialistischen Wirtschaftssystems“ in den Jahren der *Perestroika* zu reformieren (1986-1991).  
Die Versuche, die Wirtschaft der Region zu reformieren, bewirkten einen weiteren Rückgang der Industrie- und Landwirtschaftsproduktion sowie des Lebensniveaus der Bevölkerung, das hinter den Durchschnittswerten für Zentralrussland zurückblieb.
6. Übergang nach dem Zerfall der UdSSR (1992 bis heute).  
Kennzeichnend waren der Produktionseinbruch und ein dramatischer Rückgang des Lebensniveaus (1992-1999). Der Zerfall des allgeimesowjetischen Absatzmarktes und das Scheitern der „Planwirtschaft“ führte zu einem beinahe völligen Kollaps einzelner Branchen in der Oblast, die kurz zuvor noch deren Besonderheit ausgemacht hatten (fischverarbeitende Betriebe, Papier- und Zelluloseindustrie). Auch die Agrarproduktion brach drastisch ein<sup>54</sup>.

Der Untergang der Wirtschaft in der Region führte in Verbindung mit der „Raubprivatisierung durch die Nomenklatura“ dazu, dass große Bevölkerungsgruppen, besonders auf dem Lande, an den Rand der menschlichen Existenz gedrängt wur-

---

54 *Ebenda*, S. 35-37.

den. Schnell schritt die soziale Differenzierung voran. Seit 1999 lässt sich eine allmähliche Überwindung der tiefen Krise sowie ein allgemeiner Anstieg des Lebensniveaus, vor allem unter den Kaliningrädern, beobachten. Die Lage der Bewohner in den Dörfern, Kleinstädten und Siedlungen ist nach wie vor katastrophal.

## 2.2. Kolchosen- und Sowchosensystem. Änderungen in der Siedlungsstruktur

Die Sowjets schafften das private Bodeneigentum ab und führten auf dem Lande ein Kolchosen- und Sowchosensystem ein. Die Kollektivierung des ländlichen Raumes stieß im Norden Ostpreußens nach 1945 auf keine größeren Hindernisse. Nach der Bodenverstaatlichung und der Aussiedlung der Deutschen begannen die neuen Machthaber mit der Einführung eines Landwirtschaftsmodells, das für andere Gebiete der UdSSR typisch war. Ein Ergebnis dieser Maßnahmen waren ein tiefgreifender demographischer Wandel sowie Veränderungen in der Siedlungs- und Raumstruktur.

Erste demographische Schätzungen für das Kaliningrader Gebiet stammen aus dem Beginn der fünfziger Jahre. Dort lebten damals 455 000 Menschen, davon 255 000 in den Städten und 200 000 auf dem Lande. Dies war ein deutlicher Rückgang der Bevölkerungszahl im Vergleich zur Zwischenkriegszeit, als 1925 hier 1 005 800 Personen gewohnt hatten, die meisten von ihnen in den Dörfern, nämlich 522 400, und nur 483 000 in den Städten. In den fünfziger und sechziger Jahren war eine hohe Geburtenrate zu verzeichnen (infolge des jungen Alters der Siedler). Im Jahr 1959 stieg die Zahl der Oblastbewohner auf 610 900, was 57,7 % der Bevölkerungszahl von 1933 entsprach.

In den ländlichen Gebieten stieg die Bevölkerungszahl lediglich um 12 000 und betrug 212 100. Vergleicht man die Zahlenangaben für das Jahr 1959 mit denen für die Zwischenkriegszeit, ist ein enormer Rückgang in der Besiedlung der ländlichen Gebiete zu verzeichnen; um den Stand von 1925 zu erreichen, fehlten noch 310 300 Personen. Nimmt man den ländlichen Bevölkerungsstand aus dem Jahr 1925 für 100 %, machte die Landbevölkerung lediglich 40,6 % der Gesamtbevölkerung in diesem Jahr aus. Systematisch stieg die Zahl der Stadtbevölkerung: 1959 kletterte sie auf 398 800. Am schnellsten nahm die Zahl der Einwohner Kaliningrads zu. Im Jahr 1959 lebten dort 204 200 Menschen (64,7 % des Standes von 1933)<sup>55</sup>. Durch die Einführung des Kolchosensystems wurde die

---

55 P. Eberhard, *Obwód Kaliningradzki wczoraj, dziś, jutro*, in: *Przegląd Wschodni* 1994, H. 4, S. 700 f.

ländliche Siedlungsstruktur systematisch zerstört. Die deutsche Besiedlung des ländlichen Raumes war zerstreut gewesen. Nach 1945 wurden im Rahmen der gezielt vorangetriebenen Bebauungskonzentration, in deren Ergebnis „Kolchosenzentren“ entstanden, zunächst einzelne Gehöfte und später ganze kleine und mittelgroße Dörfer aufgelöst. Dem allmählichen Untergang waren auch Herrensitze und Schlösser anheimgegeben. Gleichzeitig kam es zum Wertverlust städtischer Ressourcen, die unökonomisch genutzt und nach den Kriegszerstörungen nicht in vollem Maße wiederaufgebaut wurden.

Spätere Jahre brachten einen weiteren allmählichen Rückgang der Landbevölkerung. 1970 lebten in den ländlichen Gebieten 195 500 Menschen. In den Städten stieg die Bevölkerungszahl auf 536 400. Die unterbevölkerten Dörfer waren ein Indiz für die Entvölkerung ländlicher Gebiete und den Schwund ländlicher Ortschaften. 1979 erreichte die Bevölkerungszahl im Kaliningrader Gebiet fast 80 % des Vorkriegsstandes, während die Zahl der städtischen Bevölkerung das Niveau aus deutscher Zeit beachtlich überholt hat. Die mittlere Bevölkerungsdichte erreichte einen Wert von 53 Einwohnern pro 1 km<sup>2</sup>. Diese Kennziffer spiegelte aber die großen räumlichen und strukturellen Missverhältnissen nicht wider. Außer Kaliningrad und einigen anderen Städten (Sowetsk, Tschernjachowsk, Bagrationowsk, Gussew) war das übrige Gebiet sehr dünn besiedelt. In manchen Landstrichen betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte unter zwanzig Einwohner pro 1 km<sup>2</sup>. Im gleichen Gebiet betrug diese Kennzahl im Jahr 1925 ca. 35 Einwohner pro 1 km<sup>2</sup>. Der hohe Urbanisierungsgrad resultierte nicht so sehr aus einem dichten Netz von Städten oder der Größe des demographischen Potentials, sondern eher aus der Unterbevölkerung des ländlichen Raumes. Die Verstädterungsprozesse waren extensiv, wie es typisch war für die gesamte UdSSR. Infolge großer Migrationsbewegungen und Landflucht nahm die Zahl der städtischen Bevölkerung rasch zu. Andere Elemente der Urbanisierung, insbesondere im Zusammenhang mit vermehrten Sachanlagen (neue Häuser, Infrastruktur usw.), nahmen langsam zu. Dies bewirkte beachtliche Entwicklungsunterschiede, die die Lebensbedingungen der Einwohner verschlechterten, sowie eine unzweckmäßige Entwicklung des Siedlungsnetze<sup>56</sup>.

1979 lebten auf dem Land nur noch 23 % aller Oblastbewohner. In den achtziger Jahren hielt die Landflucht an. 1989 machte die Landbevölkerung ein Fünftel (21 %) aller Einwohner aus. Gegen Ende der achtziger Jahre betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte zwischen 10 und 15 Einwohner pro 1 km<sup>2</sup>. Der systematische Rückgang der ländlichen Bevölkerung führte zur allmählichen Marginalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Produktionsdrosselung durch die Agrarbetriebe. Die Zunahme der Einwohnerzahl in Kaliningrad

---

56 *Ebenda*, S. 702.

(355 000 im Jahr 1979 bzw. 401 000 im Jahr 1989) erzwang eine wirtschaftliche Umstrukturierung der gesamten Region, was die Bedeutung der Großbetriebe (Kombinate) vergrößerte.

Die hier geschilderten Prozesse führten zum Beschäftigungsrückgang im landwirtschaftlichen Sektor und zur ständigen Nachfrage nach neuen Arbeitskräften. Die ersten gescheiterten politischen Maßnahmen der „neuen ländlichen Siedlung“ unternahmen die lokalen Behörden bereits gegen Ende der sechziger Jahre (vor allem 1967). In dieser Zeit und später wurden Kolchosarbeiter in der Mordwinischen ASSR angeworben. Den neuen Umsiedlern wurden zahlreiche Vergünstigungen und materielle Anreize angeboten. Die Werbungsaktion verlief unter ähnlichen Parolen wie nach dem Krieg: „Es gibt viel Ackerland, aber wenig Leute“<sup>57</sup>. Neue – ebenfalls erfolglose – Siedlungsaktionen wurden nach dem Zerfall der UdSSR (Ansiedlung von Russlanddeutschen) sowie in den Jahren 2006-2007 durchgeführt, wobei man sich von ähnlichen Prämissen leiten ließ.

Das Kolchosensystem im Kaliningrader Gebiet führte zum Zusammenbruch der Landwirtschaft und zur Entvölkerung. In den Jahren 1956-1992 schrumpfte die Zahl der Landbevölkerung um 50 000 Personen. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der städtischen Bevölkerung um 300 000. Von der Entvölkerung waren folgende Rajons betroffen: Prawdinsk, Gwardejsk, Krasnosnamensk, Nesterow und Slawsk, wo die Bevölkerungsdichte zwischen 9,1 und 14,8 Einwohner auf 1 km<sup>2</sup> schwankte; die höchsten Werte wurden aus den Rajons Gussew (55,6) und Tschernjachowsk (40,5) gemeldet<sup>58</sup>.

Kontinuierlich ging auch die Zahl der Kolchosen zurück. Nach der Einführung des Kolchosensystems im Jahr 1947 waren es 352 (darunter 10 Fischereikolchosen). Sie verfügten über insgesamt 14 700 Gebäude (43 Gebäude pro Kolchose). Ihre Zahl schrumpfte durch die Zusammenlegung und den Bankrott. 1950 waren es 160, 1975 nur noch 102 (die im Durchschnitt 183 Gebäude besaßen). 1989 gab es nur 73 Kolchosen (sowie 108 Sowchosen, deren Zahl sich nicht beachtlich verändert hatte)<sup>59</sup>.

Das ökonomisch ineffiziente Kolchosensystem stand für Monokultur, die „fabrikmäßige Landwirtschaft“ hat wiederum zu Bodenerschöpfung und niedriger Produktionseffektivität geführt. Im Endergebnis kam es nach dem Zerfall der UdSSR zum Einbruch der landwirtschaftlichen Produktion und zu fortschreitender Verbrachung.

---

57 H. Neuschäffer, *Das „Königsberger Gebiet“. Die Entwicklung des Königsberger Gebietes nach 1945 im Rahmen der baltischen Region im Vergleich mit Nord-Ostpreußen der Vorkriegszeit*, Plön 1991, S. 134.

58 *Ebenda*.

59 *Ebenda*, S. 127f.

In einem Bericht aus dem Jahr 1954 lesen wir: „So bietet sich ... ein trauriges Bild der Zerstörung und Verödung. So weit man blickt, nur Distelfelder, unterbrochen durch Wiesen, abgebrochene und zerfallene Gehöfte; kein Vieh, kein menschliches Wesen – nur hier und da kümmerliche Versuche der Bodenkultur... Man darf annehmen, dass von dem gesamten, bis 1945 unter dem Pflug befindlichen Lande höchstens 10 % unter primitiven Voraussetzungen bearbeitet wurden...“<sup>60</sup>. Diese Schilderung entspricht auch der Realität vom Beginn des 21. Jahrhunderts.

Mit dem „Fortschritt beim Aufbau des Kommunismus“ wuchs auch laut offiziellen Angaben die landwirtschaftliche Nutzfläche. Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden im nördlichen Ostpreußen insgesamt 1 Mio. ha Land bebaut und ca. 200 000 ha Wälder genutzt. 1947 wurden 151 600 ha Land bearbeitet. Mit den immer wieder neu aufgelegten „Fünfjahresplänen“ stieg das Areal auf 245 700 ha im Jahr 1950 und später auf 345 000 ha (1955), 376 600 ha (1960) bzw. 390 300 ha (1967). Im Jahr 1967 wurden in verschiedener Form 739 600 ha Boden bewirtschaftet, was drei Viertel der Fläche vor 1939 entsprach. 1975 betrug diese Größe 805 000 ha, um 1989 den Höchstwert von 840 000 ha zu erreichen, davon 400 000 ha Ackerboden<sup>61</sup>. Der Untergang des Kommunismus bedeutete einen drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Durch Krieg und Kolchoswirtschaft wurde das Be- und Entwässerungssystem zerstört, das in diesem Teil Ostpreußens eine bedeutende Rolle spielte. Stark zurückgegangen ist nicht nur der Hektarertrag bei Getreide oder Hackfrüchten, sondern auch die Milchproduktion (die Milchmenge pro Kuh z.B. betrug 600 Liter gegenüber 3 000 Litern vor 1945). 1952 erntete man 91,8 Dezitonnen Kartoffeln pro Hektar gegenüber 169,9 dt vor 1945. Einen völligen Kollaps erlitt die Rindfleischproduktion<sup>62</sup>.

Die Arbeitsbedingungen in den Kolchosen, besonders unmittelbar nach dem Krieg, waren sehr schwierig und primitiv. Noch 1949 wurde Getreide mit der Sichel gemäht. Hier ein Bericht aus der „Kaliningradskaja Prawda“ vom 27. Juli 1949: „Unter den Mäherinnen der Kolchose ‚29 lat Oktjabria‘ [29. Jahrestag der Oktoberrevolution] im Rajon Schelasnodoroschny kam es zu einem hartnäckigen sozialistischen Wettbewerb um die höchste Arbeitsleistung. Die besten Ergebnisse erzielten die Kolchosbäuerinnen M.D. Nowoschinskaja, J.M. Nowoschinskaja und A.S. Romanowskaja. Jede von ihnen hatte je 0,48 Hektar Roggen bei der Norm von 0,12 Hektar pro Tag mit der Sichel [Hervorhebung von A.S.] gemäht

---

60 Neumann, *Ostpreußen 1945-1955*, Frankfurt a.M./Berlin 1955, S. 100 f.

61 H. Neuschäffer, *Das „Königsberger Gebiet“...*, S.125f.

62 Neumann, *Ostpreußen...*, S. 101; H. Neuschäffer, *Das „Königsberger Gebiet“...*, S. 128-130.

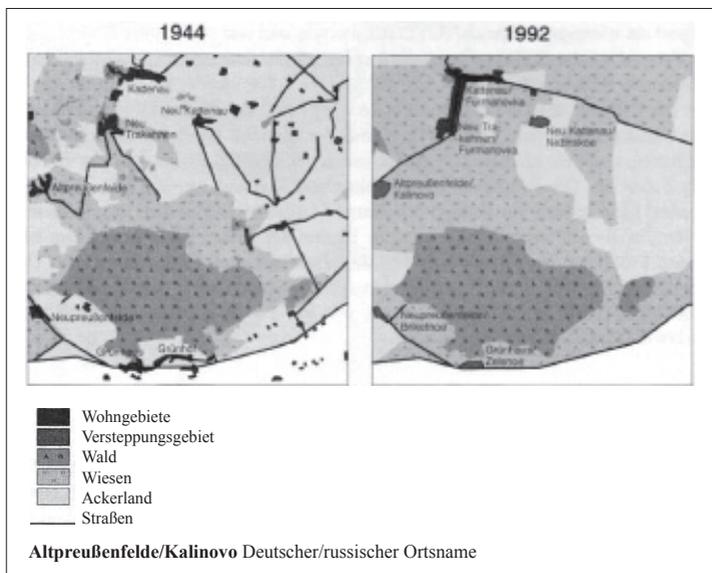
und es dabei geschafft, das Getreide zu Garben zu binden und in Hocken aufzustellen. Diese Kolchosbäuerinnen haben an einem Tag 8-9 Tagessätze verdient“<sup>63</sup>.

Die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung gehörten in der Sowjetunion und nach deren Zerfall mit zu den schwierigsten. Sie war und bleibt nach wie vor eine Gruppe am Rande der Gesellschaft, mit niedrigsten Einkünften, mit der höchsten Rate an Alkoholsüchtigen und mit der kürzesten Lebenserwartung (dies gilt besonders für Männer).

Die Kolchосwirtschaft hat den Siedlungs- und Bebauungsraum tiefgreifend verändert. Diesen Zustand veranschaulicht die Karte, die die Veränderungen des ländlichen Raums im Bereich um das Dorf Kattenau (1944), heute Furmanowka (1992), aufzeigt.

Kennzeichnend für das Kaliningrader Gebiet ist sein multinationaler Charakter. Hier sind derzeit etwa sechzig Nationalitäten vertreten. Vier davon, nämlich Russen, Weißrussen, Ukrainer und Litauer, machen etwa 95 % der Gesamtbevölkerung aus. Die Zahl der Russen hat (nach 1959) leicht zugenommen und macht etwa mehr als drei Viertel aller Bewohner aus (von 77,1 % im Jahr 1971 bis hin zu 78,5 % im Jahr 1989).

Karte 1 Strukturelle Veränderungen der Bodenbebauung und der Häuserverteilung zwischen 1944 und 1992 am Beispiel der Gegend um Kattenau/Furmanowka



63 Zit. nach: *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 107.

Tabelle 27 Nationalitätenstruktur im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1959-1989 (in %)

Nationalität	1959	1970	1979	1989
Russen	77,6	77,1	78,3	78,5
Weißrussen	9,4	9,4	9,0	8,5
Ukrainer	5,8	6,6	6,8	7,2
Litauer	3,5	3,2	2,4	2,1
Juden	–	0,6	–	0,5
Polen	–	0,55	–	0,4
Deutsche	–	–	–	0,2
Sonstige	–	1,4	–	2,6

Quelle: Aufstellung nach: H. Neuschäffer, *Das „Königsberger Gebiet“*. Die Entwicklung des Königsberger Gebietes nach 1945 im Rahmen der baltischen Region im Vergleich mit Nord-Ostpreußen der Vorkriegszeit, Plön 1991, S. 135 f.; P. Eberhard, *Obwód Kaliningradzki wczoraj wczoraj, dziś, jutro*, in: *Przegląd Wschodni* 1994, H. 4, S. 705.

Den multinationalen Charakter der Oblast veranschaulichen auch Zensusdaten aus den Jahren 1989 und 1993.

Tabelle 28 Nationalitätenstruktur im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1989 und 1993

Nationalität	1989	1993	in %	Stadt	Land
Gesamt	871 159	906 021	100	708 741	198 280
Russen	683 563	707 653	78,1	560 589	147 064
Weißrussen	73 926	75 802	8,4	58 355	17 447
Ukrainer	62 750	65 596	7,3	55 268	10 328
Litauer	18 116	18 442	2,0	9 676	8 776
Polen	4 287	4 520	0,5	3 346	1 174
Deutsche	1 307	3 947	0,4	1 031	2 916
Tataren	3 556	3 841	0,4	3 055	806
Mordwinen	3 482	3 529	0,4	1 818	1 711
Armenier	1 620	3 333	0,4	1 342	1 991
Juden	3 200	2 852	0,3	2 775	77
Tschuwaschen	2 671	2 724	0,3	1 478	1 246
Aserbaidzchaner	1 881	2 040	0,2	1 370	670
Moldauer	1 342	1 444	0,2	1 054	390
Letten	978	1 006	0,1	836	170

Georgier	523	559	0,1	450	109
Usbeken	519	559	0,1	433	126
Kasachen	522	547	0,1	429	118
Esten	399	424		336	88
Tadschiken	158	205		161	44
Kirgisen	105	126		93	33
Turkmenen und sonstige	63	81		59	22
Staatenlose	4 968	5 492	0,6	3 898	1 594

Quelle: „Ein schicklicher Platz“? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn, hrsg. von F. Kluge, Osnabrück 1994, S. 102.

Disproportionen zwischen der Stadt- und Landbevölkerung im Kaliningrader Gebiet im Jahr 1989 zeigt Tabelle 29.

Änderungen der Zahl der städtischen Bevölkerung in den Jahren 1925-1989 sind in Tabelle 30 dargestellt.

Tabelle 29 Bevölkerungverteilung im Kaliningrader Gebiet im Jahr 1989

Rajon	Fläche (in km <sup>2</sup> )	Bevölkerungszahl		Stadtbevölkerung		Landbevölkerung	
		(in Tsd.)	(pro 1 km <sup>2</sup> )	(in Tsd.)	(pro 1 km <sup>2</sup> )	(in Tsd.)	(pro 1 km <sup>2</sup> )
Kaliningrad-Stadt	215,7	400,6	1857	400,6	100,0	–	–
Baltiysk-Stadt	49,1	27,5	560	27,5	100,0	–	–
Gussew	642,3	34,8	54	27,1	77,9	7,7	22,1
Neman	699,5	22,9	33	13,9	60,7	9,0	39,3
Swetlogorsk	22,6	31,0	1372	26,8	86,5	4,2	13,5
Swetly	17,2	23,5	1366	22,0	93,6	1,5	6,4
Sowetsk-Stadt	41,0	42,6	1039	42,6	100,0	–	–
Tschernjachowsk	1 286,2	52,6	41	39,7	75,5	12,9	24,5
Bagrationowsk	1 146,2	40,3	35	17,7	43,9	22,6	56,1
Gwardejsk	784,2	27,4	35	16,5	60,2	10,9	39,8
Gurjewsk	1 422,6	40,1	28	8,2	20,4	31,9	79,6
Selenogradsk	2 092,0	27,1	13	10,9	40,2	16,2	59,8
Krasnosnamensk	1 279,9	12,4	9	3,8	30,6	8,6	69,4
Nesterow	1 062,1	15,3	14	4,8	31,4	10,5	68,6

Oserk	877,6	16,1	18	6,1	37,9	10,0	62,1
Polessk	834,3	16,9	20	6,8	40,2	10,1	59,8
Prawdinsk	1 283,8	19,4	15	7,2	37,1	12,2	62,9
Slawsk	1 350,2	20,8	15	4,7	22,6	16,1	77,4
Gesamt:	15 106,5*	871,2	58	686,9	78,8	184,3	21,2

\* Zusammen mit angrenzenden Gewässern (z.B. 36,6 % im Rajon Gurjewski und 57,6 % im Rajon Selenogradsk).

Quelle: P. Eberhard, *Obwód Kaliningradzki wczoraj wczoraj, dziś, jutro*, in: *Przegląd Wschodni* 1994, H. 4, S. 703.

Tabelle 30 Einwohnerzahl in den größten Städten des Kaliningrader Gebiets zwischen 1925 und 1989 (in Tsd.)

Stadt	Einwohnerzahl		
	1925	1979	1989
Königsberg/Kaliningrad	287,3	354,0	400,6
Tilsit/Sowetsk	50,8	40,1	42,6
Insterburg/Tschernjachowsk	39,3	36,4	39,7
Pillau/Baltijsk	6,9	23,7	27,5
Gumbinnen/Gussew	19,0	24,6	27,1
Zimmerbude/Swetly*	–	17,3	20,1
Ragnit/Neman	7,8	12,5	13,9
Tapiau/Gwardejsk	6,5	10,9	12,0
Neukuhren/Pionerski*	–	10,7	11,5
Cranz/Selenogradsk*	–	8,7	10,1

\* 1925 besaßen diese Orte noch kein Stadtrecht.

Quelle: P. Eberhard, *Obwód Kaliningradzki wczoraj wczoraj, dziś, jutro*, in: *Przegląd Wschodni* 1994, H. 4, S. 704.

In der Nachkriegszeit erhielten das Stadtrecht unter anderem Küstenorte, wie das Seebad Cranz/Selenogradsk, Neukuhren/Pionerski oder Zimmerbude/Swetly. Eine dynamische Entwicklung erlebte der wichtigste Hafen der Baltischen Kriegsflotte Baltijsk (Pillau). Wie andere „Militärstädte“ war und ist es weiterhin eine gesperrte Stadt. Andere Städte kennzeichneten sich durch Stagnation und ein Zurückbleiben hinter der Einwohnerzahl der 1920er Jahre, beispielsweise Sowetsk (Tilsit) oder Tschernjachowsk (Insterburg). Generell kann festgehalten werden, dass sich die Städte an der Ostsee in demographischer Hinsicht schneller entwickelten; dies war durch die dort stationierten Militärstützpunkte und Erholungs-

zentren bedingt. In den Städten im zentralen Teil der Gebiets stieg die Bevölkerungszahl im Verhältnis langsamer. Bis heute spielt Kaliningrad die dominierende Rolle. Die Regionalhauptstadt hat heute eine stärkere monozentrische Stellung als vor 1945 inne, selbst wenn der Rang Kaliningrads als Hauptstadt der ganzen Provinz zurückgegangen ist. Der größere Teil des früheren Ostpreußen liegt nun außerhalb des Einzugsgebiets der Stadt, d.h. in Polen<sup>64</sup>.

### 2.3. Kaliningrad

Als ich Anfang der neunziger Jahre zum ersten Mal nach Kaliningrad kam, machte die Stadt auf mich einen äußerst bedrückenden Eindruck. Ein räumliches „Durcheinander“, das sich in chaotischer Bebauung manifestierte, schludrige sozialistische Bauweise, „berstende“ Hochhäuser, abgedichtet mit schwarzem Bindemittel, viel unbebauter Raum, Abfall zwischen den Häusern, in den Fenstern der Treppenhäuser statt Scheiben Sperrholz und statt Gardinen Zeitungen – all dies war damals Alltag. Besonders für Deutsche, ehemalige Königsberger, ist das heutige Kaliningrad „nicht wieder zu erkennen“, eine „völlig fremde Stadt“. Aus der Stadtmitte ist nicht nur die alte Bebauung verschwunden, sondern es wurde auch der Straßenverlauf verändert. Dieser Fall ist in diesem Ausmaß einmalig nicht nur in der UdSSR, sondern europaweit. Was war der Grund für eine so radikale Änderung des Bildes dieser Stadt, deren Bevölkerung vollständig ausgetauscht ist?

Bei Behörden und Parteifunktionären in Moskau und Kaliningrad war die Überzeugung tief verankert, auf den Trümmern Königsbergs, das mit einem „Bollwerk des preußischen Militarismus“ gleichgesetzt wurde, müsse eine neue sozialistische Stadt errichtet werden, die den Anforderungen und Standards der neuen sowjetischen Einwohner gerecht würde.

Nach Einstellung der Kriegshandlungen war die Stadt ein großer Trümmerhaufen. Ein späterer Einwohner Kaliningrads, der damals in die Stadt kam, schilderte seine Eindrücke: „Vom Bahnhof bis zum zentralen Platz war kein einziges Haus mehr heil. Da standen hohe ausgebrannte Gerippe von Gebäuden, manchmal nur zwei, drei Wände, und aus allem ragte die Ruine des Königsberger Schlosses. Man hatte den Eindruck, dass es eine tote Stadt ist: Häuserskelette, Ziegelberg und Brandspuren“<sup>65</sup>.

Die Stadtbehörden standen vor der Frage, ob man die alte Bebauung wiedererrichten oder eine neue Stadt schaffen sollte. Die Meinungen der Behörden und städtischen Architekten gingen allgemein kaum auseinander. M. P. Nammow, ein

64 P. Eberhard, *Obwód Kaliningradzki...*, S. 704.

65 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 113

Architekt in Kaliningrad, fasste dieses Dilemma in der „Kaliningradskaja Prawda“ vom Juni 1949 folgendermaßen zusammen: „Es gilt festzuhalten, dass das Stadtzentrum durch die Deutschen planlos auf barbarische Art [Hervorhebung von A.S.] errichtet war, was überhaupt charakteristisch ist für kapitalistische Städte. Es gibt hier viele enge Gassen, die Straßenbahn kam nur mit Mühe hindurch. An Stelle der Häuser werden Alleen, grüne Boulevards und Parks angelegt werden.

Zuallererst sollten wertvolle Gebäude wiederaufgebaut werden. Zum Wiederaufbau werden Ziegelsteine und Zuschlagstoffe aus abzureißenden Gebäuden verwendet.

Die kompositorische Hauptachse wird durch die Stadtmitte verlaufen und das rechte mit dem linken Ufer verbinden. Im Zentrum der Stadt ist ein Palast der Sowjets geplant. Möglicherweise werden sein Fundament die Überreste der heutigen Festung mit dem Bergfried und dem großen zum Fluss hin abfallenden Platz.

Der monumentale Sowjet-Palast ist als ein Denkmal für den großen Funktionär der kommunistischen Partei und des sowjetischen Staates, Michail Iwanowitsch Kalinin, konzipiert. Der Palast sollte oben eine weithin sichtbare Turmlaterne tragen, die den Charakter Kaliningrads als Hafenstadt unterstreichen wird. Die Errichtung des künftigen Palastes wird eine Tat unserer sowjetischen Bauleute sein“<sup>66</sup>.

Die Negierung der deutschen Geschichte der Stadt, deren augenfälliges Sinnbild die stigmatisierende preußische Bebauung war, führte zum Beschluss des massenhaften Abrisses von Bausubstanz, der oftmals in Vandalismus ausartete.

Aus der 1948 durchgeführten Baubestandserfassung in Kaliningrad ging hervor, dass von den 1940 bestehenden 13 368 Häusern zum 1. Oktober 1948 8 355 zerstört waren. Dies war ein Verlust von 62,4 % der gesamten Bausubstanz. Von den 4 896 Häusern in der Innenstadt blieben lediglich 161 Gebäude unbeschädigt, somit hatten sich nur 3 % dieser Bebauung erhalten. Von den Einfamilienhäusern am Stadtrand waren 59 % erhalten geblieben. Von der auf 6 Millionen Quadratmeter geschätzten Vorkriegswohnfläche waren nur 1,03 Millionen m<sup>2</sup> mehr oder weniger bewohnbar geblieben<sup>67</sup>.

Wegen des langsamen Wiederaufbau- und Neubautempos (Ursache hierfür waren zu bescheidene finanzielle Mittel aus dem zentralen Staatshaushalt, während die Oblast als selbständige Verwaltungseinheit nur über geringe Mittel verfügte, die vor Ort erwirtschaftet wurden) kam es zu einer großen Bevölkerungsdichte und zur Abwirtschaftung der Wohnbausubstanz. Dies war verbunden mit der raschen Zunahme der Einwohnerzahl. Vor diesem Hintergrund ereigneten sich tragische Unfälle. In einem amtlichen Bericht heißt es: „Am 14. November 1947

66 *Ebenda*, S. 120.

67 B. Hoppe, *Auf den Trümmern von Königsberg, Kaliningrad 1946-1970*, München 2000, S. 77.

stürzte in der Komsomolska-Str. Nr. 2 eine Hauswand ein und riss eine siebenköpfige Familien mit in den Tod. Der Einsturz war die Folge der Einwirkung großer Niederschlagsmengen auf morsches Mauerwerk, das nicht überdacht war<sup>68</sup>.

Viele Familien lebten in den Hausruinen (*Roswalki*, wie sie von den Neuwohnern genannt wurden). Wegen Wohnungsmangels bezogen viele Neuankömmlinge erhalten gebliebene Räume in Ruinen, die mit Kanonenöfen zu Wohnzwecken hergerichtet wurden. Die Menschen hatten kein Licht, kein Wasser und keine Kanalisation. Laut Angaben des städtischen Wohnungsamtes gab es in Kaliningrad im Jahr 1948 noch etwa 500 einsturzgefährdete Gebäude. Die Stadt hatte damals noch keine Straßenbeleuchtung. Kaum jemand glaubte, dass „man das alles jemals wieder aufbauen kann“<sup>69</sup>.

In den fünfziger und sechziger Jahren blieb das Problem der neuen Bebauung des Kaliningrader Zentrums ungelöst. Die Neugestaltung war bereits Ende der vierziger Jahre ausgearbeitet worden. Demnach sollte in der neuen sozialistischen Stadt auch eine „neue sozial-ökonomische Stadtstruktur“ entstehen. Die sowjetischen Architekten und Planer verkündeten, die sozialistische, „im Geiste der sowjetischen Ideologie“ entstehende Stadt werde sich diametral von der „preußisch-deutsch-faschistischen“ Stadt unterscheiden. Anstelle enger und krummer Gassen der Altstadt sollten breite Alleen angelegt und sonnendurchflutete Häuser im Grünen erbaut werden. Diese Architektur würde den „sozialen Wandel“ begünstigen und den Erwartungen der sowjetischen Menschen entsprechen. Damit werde das „irrationale Deutschtum“ durch die „wissenschaftliche Weltanschauung des sowjetischen Sozialismus“ ersetzt. Dies sei zugleich ein Akt der „politischen Hygiene“ gewesen. Auf Basis dieser ideologischen Voraussetzungen wurde Kaliningrad gleichzeitig zu einer „Frontstadt der Kultur“, wo der Wiederaufbau deutscher Bauwerke eine konkrete Gefahr bedeuten würde. Wie der damalige Chefarchitekt Kaliningrads Navalichin 1947 schrieb: „Die sich in eine russisch-sowjetische Stadt verwandelnde ehemals deutsche Stadt Königsberg kann und darf nicht im ursprünglichen Zustand wiederaufgebaut werden“. Es galt damals die Losung: „Dem neuen Menschen eine neue Stadt“<sup>70</sup>.

Vorbild für die Baupläne der neuen Innenstadt Kaliningrads waren die architektonischen Lösungen in Moskau. Ähnlich wie in der sowjetischen Hauptstadt in den 1930er Jahren wurde mithin geplant, den „feindlichen Raum“ in Gestalt „klassenfremder“ Bauwerke abzureißen (u.a. Sprengung und Abriss von Kirchen, wie dies beispielsweise mit der Moskauer russisch-orthodoxen Kirche zur Heiligen Familie geschehen ist). Auf den derart entblößten Flächen sollten 65 m breite Prospekte angelegt und Hochhäuser gebaut werden. Ähnliche Absichten verfolgte

68 *Przesiedleńcy...*, S. 114.

69 *Ebenda*, S. 114 f.

70 B. Hoppe, *Auf den Trümmern...*, S. 50 f.

auch Adolf Hitler, als unter seiner Leitung der gigantische Umbau Berlins zu Germania, der Hauptstadt des Tausendjährigen Reiches, geplant wurde.

Das Stadtzentrum von Kaliningrad sollte als monumentales Denkmal für den „Sieg im Großen Vaterländischen Krieg“ in den Jahren 1941-1945 über den deutschen Faschismus stehen bleiben. Gemäß diesem Entwurf hätten die zerstörte Altstadt zu einem „Freilichtmuseum“ umgewandelt und die Ruinen in der sog. „toten Zone“ als Zeugnis für die Größe des Sieges der Roten Armee und zur ewigen Schande des preußisch-deutschen Militarismus belassen werden sollen. Geplant war, ein neues Stadtzentrum an einem völlig anderem Ort statt wie bisher zwischen Nord- und Südbahnhof zu bauen. Dieser Vorschlag, der 1947 konzipiert worden war, galt noch zu Beginn der fünfziger Jahre als aktuell<sup>71</sup>.

Im Zuge der Umsetzung des „Generalplans für Kaliningrad“ aus den fünfziger Jahren beschloss man die Errichtung eines neuen Zentrums auf dem Areal der vollständig abgerissenen mittelalterlichen Stadt. Zentraler Punkt der Stadt sollte nach diesen Planungen ein monumentaler Palast der Sowjets und breite, von Wohnbebauung gesäumte Alleen sein. Zum Vorbild nahm man sich dabei die Bebauung der Gorki-Straße in Moskau. Mangels finanzieller Mittel zur Realisierung dieser „revolutionären Pläne“ und infolge des geringen Bautempo (z.B. wurde 1951 der Plan zum Bau neuer Häuser nur zu 31 % erfüllt) schritt man zur Verwirklichung der zwischenzeitlich abgeänderten architektonischen Vision (Moskauer Allee) erst Anfang der siebziger Jahre.

Knapp zwanzig Jahre lang dauerte das „sowjetische Provisorium“ an. In einem Bericht aus dem Jahr 1954 in der „Kaliningradskaja Prawda“ lesen wir unter anderem: „Wir haben im wesentlichen nur einen Zugang nach Kaliningrad: über die Haupteisenbahnlinien. Der Bahnhof stellt in seiner Art ein natürliches Stadttor dar, aber seht, was mit diesem Stadttor geschieht! Ein Mensch, der in Kaliningrad ankommt, fährt mit der Straßenbahn oder mit dem Auto zunächst einige Kilometer bis zum eigentlichen Zentrum durch die ungeheure Zone der ‚toten Stadt‘, an ununterbrochenen Ruinen und Brachgelände vorbei.

(...) Viele bestehende und bebaute Straßen sind schlecht beleuchtet und schlecht ausgestattet. Wir haben einzelne schöne Gebäude, doch wir haben keine oder fast keine Straßen, die ein architektonisch abgeschlossenes Ensemble, eine architektonisch-künstlerische Einheit darstellen würden“<sup>72</sup>.

Noch 1958 konnte man in der lokalen Presse lesen, dass in den kommenden sieben Jahren (d.h. bis 1965) große Trümmer- und Ruinenflächen geräumt werden müssten<sup>73</sup>. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn gegen Ende der 1960er

---

71 *Ebenda*, S. 55.

72 *Ebenda*, S. 77

73 Im März 1964 schrieb der damalige Chefarchitekt W. Chodakowski, Kaliningrad sei die „einzige immer noch stark zerstörte Großstadt“ der Sowjetunion.. *Ebenda*, S. 79.

Jahre die Ruinen Königsbergs als beliebte Kulisse in sowjetischen Kriegsfilmern genutzt wurden (u.a. der bekannte Film *Ein Menschenschicksal* von 1959 in der Regie von S. Bondartschuk, *Vater eines Soldaten* von R. Tschcheidse aus dem Jahr 1964 oder *Frühling an der Oder* von L. Sakow aus dem Jahr 1967).

Das langsame Wiederaufbautempo ergab sich auch daraus, dass die Stadt als Sperrzone weder für Ausländer noch auch für Sowjetbürger zugänglich war. Unter diesen Umständen brauchte die Behörden auf die öffentliche Meinung im In- und Ausland keine Rücksicht zu nehmen.

Die Errichtung des modernen Zentrums auf den Ruinen der Altstadt war verbunden mit den in den siebziger und achtziger Jahren vorgenommenen zahlreichen Abrissen restlicher gut erhaltener alter Bauwerke. Nur einige wenige sind erhalten geblieben (Dom, Juditter Kirche, alte Börse). Die in der Breschnew-Ära gebauten Wohnhäuser erfüllten die geltenden Normen nicht und hätten bereits nach einigen Jahren renoviert werden müssen (lecke Dächer, undichte Fenster, schadhafte Treppenhäuser und verstopfte und stinkende Müllschächte im Hausinneren), doch es fehlte an Geld. Dies bewirkte raschen Verfall und Wertverlust einer relativ neuen Bausubstanz. Dies führte in Verbindung mit der miserablen Kommunalwirtschaft (ständige Probleme im Winter mit der Wärmeversorgung, unregelmäßige Müllabfuhr) und mit katastrophalen Umweltbedingungen (ein *de facto* nicht trinkbares Leitungswasser) dazu, dass der Lebensstandard der Kaliningrader vom Niveau anderer Großstädte der Sowjetunion, von polnischen oder westeuropäischen ganz zu schweigen, negativ abwich.

Abträglich war dem normalen Funktionieren der kommunalen Infrastruktur Kaliningrads auch, dass bis in die 1960er Jahre keine detaillierten Bebauungskarten vorlagen. Insbesondere wurden keine Unterlagen zum Verlauf der unterirdischen Leitungen (Wasser, Strom, Gas) aufgefunden. Besonders unangenehm war das Fehlen alter oder neuer Pläne für die städtische Kanalisation. Deswegen begaben sich Beamte der Stadtverwaltung Mitte der fünfziger Jahre in die DDR, um in den dortigen Archiven zu suchen, allerdings ohne Erfolg. Die Pläne entdeckte man erst 1991 zusammen mit anderen Akten zur kommunalen Infrastruktur und Stadtplänen aus dem Bestand des ehemaligen Königsberger Bauamtes. Sie waren im Moskauer Sonderarchiv in einem Sperrbestand abgelegt.

Einen anderen ungünstigen Einfluss auf das langsame Wiederaufbau- und Entwicklungstempo der Stadt übten Großbetriebe aus, die bis 1957 verpflichtet waren, für die sozialen und wohnungspolitischen Bedürfnisse ihrer Angestellten aufzukommen. Sie verwalteten einen großen Teil der Wohnungsbausubstanz in Form von betriebseigenen Wohnhäusern. Dies rief verschiedene Interessenkonflikte hervor und verschärfte das Kompetenzchaos. Dadurch wurden etwa fortlaufend die Pläne zum Bau neuer Wohnhäuser nicht erfüllt. Diese Situation wieder-

holte sich in späteren Jahren (z.B. ständige Nichterfüllung der Wohnungsplanung in den 1960er Jahren).

Um das Bautempo neuer Wohnhäuser zu beschleunigen, wurde beschlossen, diese zu „typisieren“, d.h. es wurden die immer gleichen, schludrig ausgeführten Gebäude mit niedrigem Ausstattungs- und Ausbaustandard gebaut. Indem die Planer die Bauausführung Plattenbaufabriken übertrugen, die die Bauteile in Serie herstellten, trugen sie zur Errichtung äußerst monotoner Wohnsiedlungen mit überwiegend kleinen Wohnungen (25-40 m<sup>2</sup>) bei, die nichts mit dem Ideal der „neuen Stadt“ gemein hatten. Der Bau typischer Wohnsiedlungen behinderte den Wiederaufbau historischer Bauten. Man verlegte sich auf den Bau von neuen Wohnsiedlungen im „Freien“, d.h. es wurde die noch erhalten gebliebene alte Bausubstanz abgerissen, um für die sog. *Chruschtschowki* (3- bis 4-stöckige Gebäude mit einem äußerst primitiven Ausbaustandard) oder für die Hochhäuser der Breschnew-Ära (mit einem nicht viel besseren Standard) Platz zu schaffen. Im allgemeinen Bewusstsein der Kaliningrader war der Krieg, auch zwanzig Jahre nach seinem Ende, in dieser Stadt noch nicht beendet.

Der Plan, in Kaliningrad eine „neue sozialistische Stadt“ zu errichten, erwies sich als ebenso utopisch wie die kommunistische Gesellschaftsidee, die mit dem Fall des Sowjetimperiums ebenfalls in sich zusammenstürzte.

### 2.3.1. „Alles Deutsche zerstören“

Wie in ganz Ostpreußen begann man auch im Kaliningrader Gebiet mit einer groß angelegten Aktion der „Entdeutschung“. In erster Linie wurden Orts- und Flurnamen geändert und deutsche Auf- und Inschriften abgetragen oder übermalt. In Kaliningrad nahm diese Aktion besondere Formen an. Sie erfasste nicht nur Denkmäler, Friedhöfe und andere Gedenkstätten, sondern auch öffentliche Gebäude, wie Kirchen, Ordensburgen, Herrensitze und Schlösser. Einige wurden gezielt abgerissen, andere ausgeraubt, geplündert und ungeschützt dem allmählichen Verfall preisgegeben.

Nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung begannen die Kaliningrader Behörden mit der Einebnung aller deutschen Friedhöfe. Hier ein Bericht, der die Umstände schildert: „Es wurde uns erzählt, an Stelle der Friedhöfe würden Parks angelegt werden. Wir jungen Leute, haben an arbeitsfreien Tagen, bei den sog. ‚Woskresniks‘ [freiwillige unbezahlte Sonntagsarbeit – A.S.] auf diesen Friedhöfen gearbeitet. Wir gingen zu mehreren an die Grabdenkmäler, und wenn die Grabstätte nicht groß war, haben wir einfach die Grabsteine und -platten hochgenommen und auf Lastwagen geladen. War ein Grab groß, schoben wir Platten und Steine mittels Brecheisen beiseite. Wo das alles später hingekommen ist, hat

uns nicht interessiert. Der Hass war in uns immer noch lebendig: Die Deutschen hatten ja unsereins getötet. Wir waren Patrioten und wollten nicht, dass hier etwas Deutsches bleibt“<sup>74</sup>.

Es war hauptsächlich dem sowjetischen Durcheinander (*Sowetskij Bardak*) geschuldet, wenn die Parteiführung noch im Mai 1952 in einem Sonderschreiben feststellten: „In den Städten und Rajons des Gebietes haben sich an einzelnen Wohngebäuden, an Gebäuden von sozial-kommunalen Unternehmen, Industriebetrieben und Werkstätten, an Eisenbahnstationen und besonders an zerstörten Gebäuden alte Inschriften, Firmenschilder, Reklame deutscher Unternehmen und Hinweisschilder in deutscher Sprache erhalten. An manchen Orten sind bis heute nicht einmal die Inschriften antisowjetischen Charakters ausgelöscht worden. (...)“

Ungeachtet dessen, dass das Kaliningrader Gebiet schon sechs Jahre besteht, haben die Rajonkomitees und die Stadtkomitees der VKP, die Rajonexekutivkomitees und die Leiter der Unternehmen und Verwaltungen bis heute keine Maßnahmen ergriffen, um die der Bevölkerung fremden alten deutschen Inschriften zu beseitigen, und messen dieser Maßnahme in vielen Fällen auch keine Bedeutung bei“<sup>75</sup>.

### 2.3.1.1. Zerstörung von Kirchen und Sprengung des Königsberger Schlosses

Wie im Memelland befürworteten auch die Kaliningrader Behörden eine aggressive Atheisierung. „Opfer“ dieser Politik waren Kirchen und Sakralbauten. Für deren physische Vernichtung sprach sowohl, dass sie von den verhassten Deutschen errichtet worden waren, als auch, dass sie sakralen Zwecken dienten. Die Religion sowie Kirchen- und Glaubensinstitutionen, einschließlich der russisch-orthodoxen Kirche, wurden vom Sowjetstaat als der ideologische Hauptfeind wahrgenommen. Das Zusammenspiel dieser beiden Faktoren führte dazu, dass die lokalen Behörden keine größeren Skrupel hatten, wenn sie die Entscheidung fällten, Sakralbauten zu zerstören oder umzuwidmen oder sie der allmählichen Abwirtschaftung und Vernichtung auszuliefern. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr anderen historischen Bauwerken, Architektur- oder Kulturdenkmälern, darunter – neben den Kirchen – Schlössern und Residenzen, einzelnen Gebäuden oder gar ganzen Städten. 1993 wurden im Kaliningrader Gebiet insgesamt 3 000 solcher Objekte erfasst. Die historische Bebauung in Gerdauen/Schelesnodoroschnoje und in Friedland/Prawdinsk wurde fast vollständig ausgetilgt<sup>76</sup>.

74 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 75.

75 B. Hoppe, *Auf den Trümmern...*, S. 54.

76 A. P. Bachtin, *Zur Situation der Baudenkmäler im Königsberger Gebiet am Beispiel der Sakralbauten*, in: „Ein schicklicher Platz“? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn, hrsg. von F. Kluge, Osnabrück 1994, S. 103.

Zahlreiche zerstörte Städte wurden nicht wiederaufgebaut. Sie verloren ihre Stadtrechte und wurden seitdem amtlich als Siedlungen oder Dörfer geführt, wie z.B. Kreuzburg/Slawskoje, Zinten/Kornewo, Schlossberg (Pillkallen)/Dobrowolsk, Nordenburg/Krylowo, Wehlau/Snamensk, Gerdauen/Schelesnodoroschnoje, Allenburg/Druschba, Eydtkau (Eydtkuhnen)/Tschernyschewskoje, Schirwindt/Kutusowo. Der Verlust des Stadtrechts durch so viele Orte in einem so kleinen Gebiet in gut zehn Jahren war ein präzedenzloser Fall und kam im Europa der Nachkriegszeit sonst nirgends vor.

Als beredtes Beispiel für diese Atheisierungspolitik mag die Tatsache dienen, dass die meisten der 222 Kirchen, die es vor dem Zweiten Weltkrieg im heutigen Kaliningrader Gebiet gab, heute nicht mehr vorhanden sind. 1945 nach Kriegsende gab es insgesamt 124 Kirchen. Durch Kriegshandlungen waren 74 Sakralbauten beschädigt. Der Umfang der Zerstörungen war unterschiedlich: er reichte von einzelnen Einschusslöchern durch Artillerie, (z.B. in Pr. Eylau/Bagrationsowks, Neuhausen/Gurjewsk), über beschädigte Kirchtürme bis hin zu zerstörten und ausgebrannten Dächern und Wänden. Letzteres war in erster Linie in Königsberg der Fall. Hier wurden Kirchen nicht nur durch die britischen Luftangriffe im August 1944 zerstört, sondern auch beim Sturm der Roten Armee auf die Provinzhauptstadt im April 1945.

Bei 24 Kirchen in der Oblast ist schwer festzustellen, ob sie unzerstört geblieben waren oder nur beschädigt wurden, denn zum einen fehlt eine einschlägige Dokumentation, zum anderen wurde der Zustand der Bauten, die Kultzwecken und religiösen Praktiken dienten, in den Jahren 1945-1950 nicht kontrolliert. Eine Ausnahme bildeten diesbezüglich nur die Kirchen in Königsberg, mit deren Registrierung in den fünfziger Jahren begonnen wurde. Im damaligen Register wurden sechs als historische Objekte eingestufte Kirchen erfasst: Dom, Löbenichtische Kirche, Kreuzkirche, Juditter Kirche, Quednauer Kirche, Königin-Luise-Gedächtnis-Kirche<sup>77</sup>. Genutzt wurden sie in den Jahren 1945-1948 durch deutsche Gläubige evangelischer, katholischer und baptistischer Gemeinden. Offiziell wurden sie 1947 registriert.

Bis 1950 ließen die Behörden sieben Kirchen gezielt zerstören (z.B. die Kirche in Medenau/Logwino aus dem Jahr 1321). Zwischen 1950 und 1959 wurden weitere 26 Kirchen auf barbarische Weise völlig zerstört, darunter viele historische Bauwerke in Königsberg, z.B. Steindammer Kirche (aus dem 14. Jahrhundert), Seligenfelder Kirche (1465), Sackheimer Kirche (1648) oder Altstadtkirche (1845).

In den sechziger Jahren Jahren (1960-1969) erreichte die beispiellose Zerstörungswut ihren Höhepunkt, als 29 Kirchen vollständig vernichtet wurden,

---

77 *Ebenda*, S. 107.

darunter allein 10 in Kaliningrad, u.a.: Kirche in Neuendorf (14. Jahrhundert), Haberberger Kirche (1683), Katholische (Propstei-)Kirche (1777), Altroßgärtische Kirche (1681), Französisch reformierte Kirche (1736), Friedenskirche (1913), Christus-Kirche und die Ordenskirche in Haffstrom (1349).

In den Jahren 1970-1979 wurde das Zerstörungswerk fortgesetzt, dem weitere 14-15 Kirchengebäude zu Opfer fielen, darunter in Königsberg: Löbenichtische (1352), Quednauer Kirche (1507), Neuroßgärtische Kirche (1647), Lutherkirche (1910), Herzog-Albrecht-Gedächtniskirche (1913) in Maraunenhof.

In den achtziger Jahren wurden weitere 10 Kirchen vollständig zerstört, darunter zwei in Königsberg: Metgethener Kirche (1925) und Kaiser-Friedrich-III.-Gedächtniskirche (1907). Bereits nach dem Fall des Kommunismus wurden 1990-1993 im Kaliningrader Gebiet weitere vier Kirchen abgerissen.

Im Endeffekt wurden 90 Kirchen praktisch vollständig ausgelöscht. Dazu sind 67 Kirchenbauten hinzuzufügen, von denen nur kleine Überreste geblieben sind, wie beispielsweise Mauerfragmente der Kirche in Goldbach/Slawinsk aus dem 14. Jahrhundert. Manchmal haben sich nur hohle Fassaden ohne Dach erhalten, beispielsweise bei der Kirche in Schirrau/Dalneje. Schätzungsweise wurden 157 Kirchen zerstört. Von den 222 Kirchen unterschiedlicher Konfessionen, die es vor dem Krieg gab, haben sich im gesamten Kaliningrader Gebiet lediglich 65 Bauten (25 %) bewahrt. Dies ist der Beweis einer nicht nur im sowjetischen/russischen, sondern auch kontinentalen Maßstab beispiellosen Barbarei. Von den 33 Kirchen, die es vor dem Krieg in Königsberg gab, sind heute noch neun erhalten, von denen drei für religiöse Zwecke genutzt werden (andere werden zweckentfremdet genutzt, beispielsweise als Puppentheater, Konzertsaal der Philharmonie, Kulturhaus usw.)<sup>78</sup>.

Die Gebietsbewohner sind im allgemeinen davon überzeugt, dass das Militär die meisten Kirchen gesprengt habe. Dem widersprechen allerdings die Fakten. Aus den erhobenen Daten geht hervor, dass die Armee die Zerstörung von 28 Kirchen zu verantworten hat, wobei sie in einem Drittel der Fälle auf Anweisung der lokalen Verwaltungen, Kolchosenleiter, Stadtbehörden oder sonstigen Vertretungsorgane gehandelt hat. In allen übrigen Fällen trifft die Verantwortung für diesen Vandalismus die zivilen Partei- und Verwaltungsbehörden oder die „Volksvertretungen“. Die Trümmer von gesprengten Kirchengebäuden wurden in der Regel vom Militär als Material zur Straßenbefestigung bzw. -ausbesserung genutzt.

Hier der Bericht eines Kaliningraders: „Bei uns in der Siedlung Dobrino gab es eine deutsche Kirche, aber die haben sie zerstört. Zuerst wurden Fußböden auseinandergenommen, die Orgel zerschmettert. Hoch im Gewölbe war eine Chris-

---

78 *Ebenda*, S. 109-111.

tusfigur – über die sind sie auch hergefallen und haben sie herabgestürzt. Die Kirche wurde zu gar nichts mehr genutzt und, wir haben Fußball in ihr gespielt. Schließlich haben sie die Kirche beseitigt, '70 mit einem Bulldozer<sup>79</sup>.

Offiziell hieß die Umwidmung der Objekte des religiösen Kultus für wirtschaftliche, kulturelle oder sonstige Ziele „Umprofilierung“. Die Initiative ging jeweils auf Behörden unterschiedlicher Ebenen zurück. Ein ähnliches Los war auch den historischen Gutshäusern beschieden. Etwa 90 % von ihnen überstanden den Krieg unversehrt. Ein beträchtlicher Teil davon existiert nicht mehr, die meisten sind in katastrophalem Zustand.

Der erste Fall einer für religiöse Zwecke wiederaufgebauten Kirche war in den achtziger Jahren zu verzeichnen, als der russisch-orthodoxen Gemeinde die Überreste des Gotteshauses in Juditten überlassen wurden. Diese Kirche wurde praktisch von Grund auf neu errichtet, da nur 20-25 % der alten Bausubstanz erhalten geblieben waren. Es war vierzig Jahre nach Kriegsende das erste neue Kirchengebäude, das den Gläubigen zur Nutzung übergeben wurde. Der erste Gottesdienst wurde darin im Dezember 1986 gefeiert. Außer dieser Kirche wurde bis zum Untergang der Sowjetunion in der gesamten Oblast nur die Kirche in Tollmingkehmen (Tollmingen)/Tschistyje Prudy im ehemaligen Kreis Goldap wiederaufgebaut, wo durch die Bemühungen der litauischen Seite und mit ihrer finanziellen Unterstützung ein Museum für den Klassiker der litauischen Literatur Kristijonas Donelaitis (Christian Donalitus) untergebracht wurde<sup>80</sup>. Die Forschungen A. P. Bachtins belegen, dass die Zerstörung „deutscher Kirchen“ auf keinerlei Widerstand unter der Bevölkerung stieß. Diese Maßnahmen passten in das allgemeine Konzept des atheistischen Staates, und die neuen sowjetischen Umsiedler, die im allgemeinen aus laizisierten Bevölkerungsgruppen stammten, verspürten kein größeres Bedürfnis nach Teilnahme an russisch-orthodoxen Gottesdiensten und dem Besitz eigener Gotteshäuser. Vor diesem Hintergrund verwundert die Gleichgültigkeit gegenüber Zerstörung und Verwüstung dieser konfessionell und national fremden Kirchen nicht.

Die Zerstörung der Überreste des erhalten gebliebenen Königsberger Schlosses dagegen, mit dessen Abriss unter Einsatz von Sprengstoffen Mitte der 1960er Jahre begonnen wurde, rief zahlreiche Diskussionen und sogar Proteste hervor. Sie wurden hauptsächlich in lokalen Architekten- und Intellektuellenkreisen ausgetragen. Dies kann als Indiz für ein aufkeimendes Gefühl der lokalen Identität und den Willen, das historische Erbe am neuen Wohnort zu bewahren, gedeutet werden. Aus diesem Grund scheint eine genauere Analyse dieser Haltungen und

79 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 171.

80 Eine genaue (nach alten Landkreisen gegliederte) Aufstellung der Schicksale von 222 Sakralbauten (Zerstörungsausmaß und -jahr, aktuelle Verwendung usw.) im Kaliningrader Gebiet nahm A. P. Bachtin vor (*Zur Situation...*, S. 120-130).

des Verlaufs der Abrissaktion des auf einer Anhöhe errichteten Schlosses, das als „Zentrum des preußischen Militarismus“ bezeichnet wurde, zweckmäßig.

Das Königsberger Schloss wurde in der Mitte des 13. Jahrhunderts durch den Deutschen Orden gebaut. Nach ihrer Belagerung durch die Prußen im Jahr 1263 wurde die Burg auf ihrer Anhöhe unweit des Pregel-Flusses ausgebaut. Seit 1457 war sie Residenz der Hochmeister des Deutschen Ordens; in den Jahren 1525-1618 residierten hier die preußischen Herzöge. Die Burg wurde auf dem Grundriss eines 104 m langen und 66,8 m breiten Rechtecks gebaut. Der nördliche Teil wurde im 16. und 18. Jahrhundert erweitert. Der Westflügel beherbergte die 1592 gebaute Schlosskirche. An der Südseite erhob sich der 84,5 m hohe Schlossturm. Seine endgültige neugotische Gestalt und volle Höhe erhielt der Turm 1866. Viele Jahre lang beherrschte er das Stadtbild. Das breite Haupttor befand sich im Ostflügel. Dieser Flügel mit dem Tor und der neue Palast in der Südostecke des Schlosses wurden Anfang des 18. Jahrhunderts errichtet. Während der Krönungszeremonie Friedrichs IV. fanden auf dem Schlosshof 20 000 Gäste Platz. An der Westseite dominierten zwei große Ecktürme, die den Zweiten Weltkrieg überdauerten.

Nach dem Ende der Kaiserzeit waren im Schloss seit 1919 das Provinzialmuseum und das Prussia-Museum untergebracht. Bei den Luftangriffen der RAF in den Nächten vom 26. zum 27. und vom 29. zum 30. August wurde das Schloss zerstört. Nur die Außenmauern blieben stehen. Weitere Zerstörungen brachte der Sturm auf Königsberg. Das Schloss war einer der wichtigsten Verteidigungsstützpunkte der Wehrmacht<sup>81</sup>.

Ein Neueinwohner von Kaliningrad beschrieb die Ansicht des Schlosses im Jahr 1946: „Die Innenstadt lag wortwörtlich unter Massen von Ziegeln und Eisenstücken begraben. Vom majestätischen Königsberger Schloss blieben nur die stark ausgebrannten Grundmauern übrig. Nach oben ragte die noch nicht ganz entblößte Turmtreppe und an der Turmspitze hing eine Glocke. Vor dem Haupteingang, in einer Nische, die von geschliffenen Granitplatten gerahmt war, stand eine Kaiserfigur“<sup>82</sup>.

Nach Einstellung der Kriegshandlungen kamen die Moskauer und Kalininger Behörden übereinstimmend zu dem Schluss, das Königsberger Schloss verdiene als ein Symbol der „preußischen Herrschaft“ nicht nur keinen Wiederaufbau, sondern sei möglichst rasch abzutragen, damit seine Ruinen nicht über der Stadt thronen.

Bereits 1946 wurde auf dem großen Schlosshof ein Betrieb zur Bergung von Ziegeln und Steinen eingerichtet. Mit der Zeit begannen auch andere Firmen, Bau-

---

81 [www.provinz-ostpreussen.de/Koenigsberg](http://www.provinz-ostpreussen.de/Koenigsberg) (11.04.2007). Vgl. auch: Ch. Tilitzki, *Alltag in Ostpreußen. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940-1945*, Leer 1991.

82 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 169.

unternehmen und Privatpersonen mit der Gewinnung von „Baumaterial“. Damit wurde die allmähliche Abtragung des Schlosses eingeleitet. Die Schlossmauern und Kellergeschoße wurden von mancherlei Schatzsuchern, die unter anderem nach dem legendären Bernsteinzimmer spürten, sowie von Kindern und Jugendlichen gern aufgesucht<sup>83</sup>.

Unmittelbar nach dem Krieg kam die Frage nach einem etwaigen Wiederaufbau des Schlosses auf. Die typische Antwort eines heutigen Einwohners von Kaliningrad lautet: „Unbedingt konnte man es tun! Fünf Meter dicke Mauern. Klar, das Innere war total zerstört, aber die Wände, Fundamente und das Kellergeschoß waren heil. Doch damals nach dem Krieg bekamen die Bauleute Order, das Schloss abzureißen. Also haben sie angefangen, es auseinanderzunehmen. Und wir fuhren vor und nahmen Ziegel mit“<sup>84</sup>.

Eine weitere Etappe der Schlosszerstörung war 1955 die Sprengung des Schlossturms unter dem Vorwand, er sei einsturzfähig gewesen.

Die Entstalinisierung, 1955 einsetzend mit dem „Tauwetter“ und der Machtübernahme durch Nikita Chruschtschow, der auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 in Moskau bei einer geheimen Rede eine bisher in der Sowjetunion ungekannte Kritik am stalinistischen System übte, führte in Kaliningrad unter anderem eine heftige Diskussion über das weitere Schicksal deutscher Denkmäler, darunter des Königsberger Schlosses, herbei.

Anfang der sechziger Jahre wurden erste Stimmen laut, die sich für den Erhalt der Reste des Schlosses aussprachen: „Es wurden Argumente ins Feld geführt, wonach mit dem Schloss die Namen des Zaren Peter I., des Feldherrn Suworow, des Anführers des Bauernaufstandes, Pugatschow, und vieler anderer herausragender russischer Persönlichkeiten verknüpft waren. Das Schwergewicht wurde jedoch auf die Verbindung des Schlosses mit der revolutionären Geschichte gelegt. In einem seiner Säle fand der Prozess gegen die deutschen Sozialdemokraten statt, die russischen Sozialdemokraten halfen, Lenins Zeitung ‚Iskra‘ nach Russland zu transportieren; hier sprach Karl Liebknecht. Kurzum, die Residenz der preußischen Könige wurde eifrig rot gefärbt“<sup>85</sup>.

Andere forderten, die Schlossruine zu erhalten, weil sie als Mahnmal für den vergangenen Krieg stehen sollte. Einige Intellektuellenkreise bemühten sich um einen Wiederaufbau. Zu den Befürwortern dieses Konzeptes gehörten auch der Chefarchitekt der Stadt, Wladimir Chodakowski, und seine Mitarbeiter. Sie erstellten 1961 einen Vorschlag für die teilweise Wiederherstellung des Schlosses.

---

83 U. Lachauer, *Die Brücke von Tilsit. Begegnungen mit Preußens Osten und Russlands Westen*, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 136 f.

84 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 170.

85 U. Lachauer, *Die Brücke...*, S. 137.

Geplant waren eine Denkmalanlage (Ehrenmal) für die Soldaten der Roten Armee, ein Hotel und ein Restaurant.

Andere Fachleute vertraten die Ansicht, das Schloss sei so stark beschädigt, dass ein Wiederaufbau sinnlos gewesen wäre. Sie optierten für die Errichtung eines Neubaus, der dem bisherigen ähnlich sein sollte.

Die Aktivitäten der Befürworter des Schlosserhalts riefen einen offenen Konflikt mit den Partei- und Verwaltungsbehörden der Stadt- und Gebietsinstanz hervor. Der Streit um die alten Schlossgemäuer rührte im Grunde an den Konflikt um das Verhältnis zu deutschen Bauwerken und Denkmälern, mithin zum gesamten deutschen Kulturerbe. Dies war ein Wendepunkt in der Betrachtung und Beurteilung der preußischen Vergangenheit. Die Auseinandersetzung über das weitere Schicksal des Schlosses und anderer historischer Bauten hat die Entwicklung der lokalen und regionalen Identität der neuen Einwohner dieses Gebiets wesentlich geprägt.

Für die Parteifunktionäre war das Schloss, als vormalige Residenz der Hochmeister des Deutschen Ordens, Krönungsstätte des ersten preußischen Königs Friedrich I. und des ersten Kaisers des Deutschen Reiches Wilhelm I., ein Symbol des „ewigen deutschen Dranges nach Osten“.

Die Kaliningrader Parteiideologen sagten: „Die Schlossruine muss weg aus der Stadtmitte. An ihrer Stelle muss ein neues, liches und fröhliches Gebäude errichtet werden, das die Zeit, den Geist der Epoche symbolisiert. Der Mensch, der die finstere Kraft der Festung verspürt hat, wird dagegen sagen: Wie gut ist es, dass sie nicht mehr existiert, dass ich an ihrer Stelle DAS [d.h. das neue Gebäude – A.S.] sehe“<sup>86</sup>.

Ein Beispiel für diese Denk- und Vorgehensweise war die Entscheidung der Moskauer Behörden, die mit dem Zarenhof verbundene Christ-Erlöser-Kathedrale in der sowjetischen Hauptstadt in der Mitte der 1930er Jahre zu sprengen, um an ihrer Stelle einen riesigen Palast der Sowjets zu errichten. Die Behörden in Kaliningrad beschlossen, an der Stelle des Königsberger Schlosses das Große Haus der Räte (Haus der Sowjets) zu errichten. Es sollte an einem neuen Zentralplatz auf den Trümmern der mittelalterlichen Altstadt (Kneiphof, Löbenicht und Schlosshügel) stehen. Das Konzept stützte sich auf den schon 1952 in Moskau ausgearbeiteten Zentralplan zur Neugestaltung der Kaliningrader Innenstadt. Die Befürworter der Realisierung dieses durchideologisierten architektonischen Entwurfs nannten auch zahlreiche andere Argumente, die für diese symbolische, „mit dem Willen der Partei und der sowjetischen Menschen übereinstimmende“ Lösung sprachen. Dies waren hauptsächlich „technische“ und praktische Gründe, der Mangel an finanziellen Mitteln für die Rekonstruktion eines Baus „ohne

---

86 B. Hoppe, *Auf den Trümmern...*, S. 128 f.

historischen Wert“, von dem nur drei Viertel der Bausubstanz erhalten waren. Auch war von Belang, dass das zerstörte Schloss nicht auf der offiziellen Liste der Baudenkmäler eingetragen war, denen nach dem Buchstaben des Gesetzes angemessener Schutz zukam.<sup>87</sup>

1963 brachten die Befürworter der Schlossrettung neue Vorschläge ein. Die Architektenkreise regten an, einen Teil des Schlosses zu erhalten und diesen in ein „zentrales Stadthaus“, den geplanten neuen Sitz von Behörden und Vertretungsorganen (Sowjets), zu integrieren. Diese Aufgabe sollte den Planungen zufolge das neue Haus der Sowjets erfüllen. Im Gebäudekomplex sollten, wie nach dem Konzept von 1961, Veranstaltungs- und Sitzungsräume sowie Restaurants eingerichtet werden. Von diesen Räumen sollte sich der Blick auf das Schloss, ein Symbol des besiegten Deutschlands, darbieten. Auch ein Museum über die Erstürmung der Festung Königsberg durch die Rote Armee sollte hier seinen Platz finden. Dieses Projekt wurde von der Exekutive des Stadtkomitees der KPdSU verworfen, woraufhin Chodakowski sich erneut an die öffentliche Meinung wandte, um sie zur Verteidigung des Schlosses zu bewegen<sup>88</sup>. Dieses Vorgehen und weitere Aktivitäten waren allerdings von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil sie gegen die „Führungsrolle der Partei“ und das Wesen des totalitären Systems, das alle Formen von Kritik und Opposition unterdrückte, verstießen.

In der Sitzung der Kaliningrader Sektion des Sowjetischen Architektenverbandes (KOSA) im Februar 1964 wurde die bisherige Kompromissstrategie zur Rettung des Schlosses weiter entwickelt, indem man feststellte, „die Geschichte einer Stadt kann nicht vernichtet werden“. Vorgesehen war, neben dem zerstörten Schloss – quasi als Gegenpol – ein neues stattliches Gebäude für die lokalen Behörden zu errichten. Diese Lösung unterstützten auch Sektionen des Verbandes in Leningrad und Litauen. Auch das Kulturministerium in Moskau stand dieser Idee wohlwollend gegenüber und berief sich unter anderem auf den Wiederaufbau der Altstadt in Riga und die Anstrengungen der polnischen Behörden. Als Beispiel wurde der Wiederaufbau des im Krieg zerstörten Danzigs nach alten Plänen angeführt. Beeinflusst wurde die Haltung der Kaliningrader Architekten auch durch

---

87 *Ebenda*, S.127-147.

88 Am 17. September 1963 erschien in der „Kaliningradskaja Prawda“, der wichtigsten Tageszeitung der Oblast und dem Organ der KPdSU, sein eine Seite füllender Artikel *Leninskij Prospekt*, in dem er u.a. die Stadtbehörden dafür kritisierte, dass im bisherigen Plan zum Wiederaufbau der Stadt die historische Struktur der Innenstadt (Anordnung von Straßen und Häusern) außer Acht gelassen worden sei. In ähnlichem Ton gehalten war auch sein früherer Beitrag *Centr Kaliningrada*, der am 20. September 1961 in der gleichen Zeitung veröffentlicht wurde. Einzelheiten dieses Konflikts schildert B. Hoppe, *Auf den Trümmern...*

ihren Besuch im Dezember 1961 in Olsztyn, wo seit Jahren die zerstörte Altstadt pietätvoll wieder aufgebaut wurde<sup>89</sup>.

Die lokalen Parteifunktionäre ließen sich indes in ihrer Haltung nicht erschüttern. Man kritisierte die „falschen Prämissen“, die von den lokalen Architekten vorgebracht wurden, und sprach sich für einen möglichst raschen Abriss der Schlossruine aus. Die Gegner der Zerstörung des Bauwerks unternahmen einen erneuten Anlauf, ihren Standpunkt zu verteidigen. In der einflussreichen Moskauer „Literaturnaja Gaseta“ erschien auf der zweiten Seite ein ausführlicher Beitrag unter dem vielsagenden Titel *Bewahren wir es für unsere Nachkommen*, der eine Art offener Brief an die Machthaber war<sup>90</sup>.

Vom fachlichen und emotionalen Gehalt dieses Streits, der zwischen den Kaliningrader Intellektuellen und den Behörden ausgetragen wurde, zeugt auch ein Auszug aus einem Gespräch zwischen Walentin Jeraschow, einem Kaliningrader Schriftsteller und Unterzeichner des Briefes an die Behörden zur Schlossrettung, und dem Ersten Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU, Nikolai Konowalow. Der Schriftsteller wurde vom Komitee zu einer Art „Verhör“ unter den Genossen vorgeladen:

„Konowalow: Ein faschistisches Schloss, den Hort der preußischen Reaktion wiederherstellen?! Und das fordern sowjetische Menschen, Kommunisten, Kulturschaffende! Das ist doch Idiotie! Dadurch spielen sie den westdeutschen Revanchisten in die Hände...

Jeraschow: Soweit ich mich erinnern kann, gab es im 14. Jahrhundert noch keine Faschisten...

Konowalow: Das Schloss war die Residenz der preußischen Könige, von hier aus unterdrückten sie das Volk. Wir werden es sprengen und an seiner Stelle neue Häuser bauen. Damit kein deutscher Geist erhalten bleibt.

Jeraschow: Wollte man Ihrer Logik folgen, dann sollte man auch den Kreml und das Winterpalais als ehemalige Residenzen der russischen Zaren wie auch die Basiluskathedrale sprengen. Nebenbei gesagt, wurden solche Vorschläge gemacht. Aber sogar Stalin brachte genügend Verstand auf, um das nicht zu genehmigen. Wollte man den deutschen Geist in Kaliningrad ausmerzen, so müsste man alle erhalten gebliebenen Gebäude, darunter auch das des Gebietspartei Komitees, in dem wir unser Gespräch führen, sprengen, denn hier war einstmal das Finanzministerium Ostpreußens untergebracht.“<sup>91</sup>

Bis heute wird gestritten, wer die endgültige Entscheidung über die Zerstörung des Schlosses gegen Ende 1965 getroffen hat. Es steht außer Frage, dass die Kaliningrader Behörden, die diese Entscheidung durchzusetzen bemüht waren, die

---

89 *Ebenda*, S. 138.

90 Dies wurde von den westlichen Medien, unter anderem Radio Swoboda (Radio Freiheit), nicht übersehen.

91 U Lachauer, *Die Brücke...*, S. 138.

Einwilligung der höchsten Parteiinstanzen in Moskau hatten einholen müssen. Diese Entscheidung brach letztlich den Widerstand derer, die die Idee des Wiederaufbaus bzw. Erhalts der Schlossruine befürworteten<sup>92</sup>. Gefällt wurde sie nicht zuletzt aufgrund der Argumentation, die der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees in Kaliningrad, J. Pruschschinski, in seinem Schreiben an den Ministerrat der RFSSR vom 6. November 1965 vortrug: „Über Jahrhunderte hinweg war dieses Schloss Sinnbild für Raubzüge der Kreuzritter und preußischen Eroberer gegen russische, polnische und litauische Länder und Völker. Während der Nazizeit wurden dort mehrmals Hitler, Himmler, Göring und andere Nazigrößen empfangen... Ein Erhalt der Schlossruine wird der weiteren Entwicklung der Weltanschauung der heranwachsenden Generation schaden. In Anbetracht dessen scheint die These, die Schlossruine sei von historisch-kulturelle Wert und verdiene eine Verewigung im architektonischen Ensemble des neuen sozialistischen Kaliningrad, sehr zweifelhaft“.

Zu den letzten Protesten gehört eine EntschlieÙung, die in einer „Beratung der Kaliningrader Bevölkerung“ am 6.-8. September 1965 angenommen wurde. Darin lesen wir: „Die Gesprächsteilnehmer äußerten die Meinung, es sei vernünftig, im Königsberger Schloss ein Museum für den russischen Kriegsruhm und die Erstürmung Königsbergs 1945 einzurichten; die Restaurierungsarbeiten sollten in mehreren Schritten durchgeführt werden. Zuallererst sind das Gelände von Trümmern zu räumen und Sicherungsarbeiten an Mauern und Türmen vorzunehmen; anschließend kann ein Teil der Räume rekonstruiert werden, um sie nach Bedarf der Stadt zu nutzen“<sup>93</sup>.

Zur Umsetzung der von den höchsten Behördeninstanzen getroffenen Entscheidung schritt man noch Ende Dezember 1965, als das Militär an der Nordostfassade erste Sprengladungen anbrachte.

Die Entscheidung über die Sprengung der Schlossruine veranlasste Chodakowski, seine Funktion als Chefarchitekt Kaliningrads niederzulegen. In einem an Breschnew gerichteten Brief appellierte er noch einmal erfolglos, die „sinnlose und unumkehrbare Entscheidung, das Schloss zu sprengen“, rückgängig zu ma-

92 Laut B. Hoppe wurde die Entscheidung über den Abriss des Schlosses Mitte Dezember 1965 vom damaligen Partei- und Staatschef Leonid Breschnew gefasst. B. Hoppe, *Auf den Trümmern...*, S. 142. Breschnew soll gesagt haben, dass der „alte Zahn gezogen werden“ müsse. Andere schreiben diese Entscheidung Kossygin zu. Daran erinnerte sich ein Kaliningrader: „Bei einem Besuch in unserer Oblast gegen Ende der sechziger Jahre fragte er, wie es heißt, N. S. Konowalow: ‚Und was haben Sie hier im Zentrum der Stadt?‘. Der damalige Erste Sekretär antwortete: ‚Wir wollen hier das Schloss wiederaufbauen und ein heimatkundliches Museum einrichten‘. Darauf versetzte Kossygin: ‚Museum wofür? Für den preußischen Militarismus? Schon morgen muss es weg!‘“. *Przedsielęcy opowiadaję...*, S. 170.

93 In der Sammlung des Verfassers.

chen. Trotz des besiegelten Schicksals hörten Proteste gegen die bevorstehende Sprengung nicht auf. Ein Zeugnis dafür ist unter anderem eine Diskussion im Kaliningrader Klub der Kulturschaffenden, die nach der Vorführung eines von dem örtlichen Architekten Wladimir Ossipow gedrehten Amateurfilms entflammte. Bei dieser Zusammenkunft hielt Sergej Snegow zum Zeichen des Protests eine Ansprache mit dem Titel: „Die Kunst gehört dem Volk? und nicht ‚Die Kunst gehört der Partei‘“. Eine Folge dieses Auftritts war langjähriges Publikationsverbot. Auch unter den Moskauer und Leningrader Dissidenten fanden Protestaktionen statt, in deren Rahmen Protestbriefe an das Zentralkomitee der KPdSU gingen (1964 unterzeichnete unter anderen Josip Brodski den Brief, 1965 Andrej Sinjowski). Insgesamt setzten neunzig Personen ihre Unterschrift unter den Protestbrief. Auch die Kaliningrader Studenten sammelten über vierhundert Unterschriften gegen die Schlosssprengung. Obwohl die Vorbereitungen zur endgültigen Zerstörung des Bauwerks im Gange waren, hofften die Kaliningrader Architekten bis zum Schluss, dass zumindest ein Teil erhalten bleiben würde; 1965 war der ganze Westflügel intakt, und 1967 stand noch der Südwestturm. Diese Hoffnungen waren aber vergeblich.

Am 20. April 1968, um 10.00 Uhr morgens, ertönte die erste Detonation – die endgültige Abtragung der Schlossruine hatte begonnen.

Ein Augenzeuge erinnerte sich nach Jahren: „Als Pionier nahm ich an den Vorbereitungen zur Zerstörung des Königsberger Schlosses teil. Die Mauern hielten allem stand, bis auf den Sprengstoff. Nachdem die Überreste des Hauptturms gesprengt worden waren, wurde die Leitung mehrmals durchgeschnitten“<sup>94</sup>.

Die Vernichtung des „Nestes des preußischen Militarismus“ erwies sich als ein sehr kompliziertes ingenieurtechnisches Unterfangen und nahm mehrere Monate in Anspruch. Nach den Pionieren machten sich Bulldozer und Panzer an die Arbeit, die sich als unerlässlich erwiesen, um das Werk der Zerstörung zu vollenden. Alle diese Arbeitsgänge, insbesondere die vielen Detonationen, die zu verschiedenen Tageszeiten stattfanden, hatten ihre eigene Dramaturgie. Dem jahrelangen Ringen mit der „widerspenstigen“ Vergangenheit sahen oftmals Massen von Einwohnern zu. Manche protestierten mit Rufen, andere verharteten regungslos. Applaus für das Zerstörungswerk gab es nur in der Lokalpresse. Es wurde als ein „Zeugnis für die Entstehung einer neuen sozialistischen Stadt zwanzig Jahre nach Kriegsende“ dargestellt.

Über die Zerstörung der verschont gebliebenen Teile des Schlosses berichtete ein unmittelbarer Teilnehmer an der „Operation“, Witalij Iwanow, Bauführer in der Mechanisierungsverwaltung „Kaliningradstroj“, der die Abrissarbeiten beaufsichtigte: „Ich würde sagen, das Schloss war noch in einem relativ guten Zustand.

---

94 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 170.

(...) In besonders aussichtslosen Fällen griffen wir zu Trinitrotoluol, wobei jede Explosion von den Leningrader Behörden nach vorheriger Anmeldung und Begründung freigegeben werden musste. (...) Außer Explosivstoffen wurden auch starke Bagger und Bulldozer eingesetzt. Am mittelalterlichen Zement gingen die Baggerschaufeln allerdings zu Bruch. Wir haben beschlossen, die Keller überhaupt nicht anzutasten, da ja hier ein Platz angelegt und kein Gebäude errichtet werden sollte. Wir haben uns darauf beschränkt, die Null-Ebene zu erreichen, dann wurde alles zuasphaltiert und zugepflastert. Wenn Kellergeschosse überhaupt untersucht wurden, dann nur aus einem besonderen Anlass“. Die letzten Überreste dessen, was einst ein Schloss gewesen war, wurden schließlich 1969 abgetragen.

W. Iwanow erinnert sich bis heute an den Rechenmeister Todij Andrijuschtschenko, der für sein öffentlich vorgebrachtes Bedauern, es würden ohne Not kulturelle Werte vernichtet, von den KGB-Funktionären beim ersten Mal ermahnt, beim zweiten scharf verwarnt, und da all das nichts brachte, in ein psychiatrisches Krankenhaus in Tschernjachowsk eingewiesen wurde und dort acht Jahre zubrachte. Nach der Entlassung sei ihm die Behindertenrente aberkannt worden (er war Invalide der Gruppe 3) und er habe lange gar keine Arbeit finden können, da in seinem Personalausweis ein entsprechender Vermerk gestanden habe. Iwanow selbst hat sich weder politisch noch kulturell betätigt, aber auch ihn hätte beinahe das Schicksal des unglücklichen Todij ereilt, als er eines Tages unbedacht seinen Mitarbeitern gegenüber Zweifel an der Notwendigkeit der Schlosszerstörung äußerte. Es endete aber nur mit einem Wechsel der Arbeitsstelle<sup>95</sup>.

Nach der Sprengung des Schlosses und der Abfuhr der Trümmer begann die Ausführung der Pläne zum Bau eines neuen Sitzes für die lokalen Behörden. Die Erarbeitung des Entwurfs für das Haus der Sowjets war bereits im Sommer 1966 vergeben worden. Im Dezember 1966 veröffentlichte die „Kaliningradskaja Prawda“ eine Aufnahme vom Modell des neuen „Wunders der sowjetischen Architektur“, mit dem die nicht ausgeführte Vision des Sowjet-Hauses für die sibirische Stadt Perm verwirklicht werden sollte. Das Gebäude sollte auf den „Überresten der Ruinen des ehemaligen Schlosses“ errichtet werden<sup>96</sup>.

95 Regiony i Pogranicza. Kaliningrad. Fakty. Wydarzenia. Opinie 2007, Nr. 3, S. 27f.

96 Die Zerstörung und Sprengung von Bauwerken, die die „preußische Herrschaft“ symbolisierten, war nicht allein auf Kaliningrad begrenzt. 1950 wurde in der Hauptstadt der DDR trotz internationaler Proteste das Königliche Schloss gesprengt. Das 1451 errichtete und später noch erweiterte Schloss wurde mit der Zeit zum größten barocken Schlossbau in Nordeuropa. Trotz der Kriegszerstörungen hätte es wiederaufgebaut werden können. Dort, wo einst der Ostflügel stand, wurde Anfang der siebziger Jahre (Baubeginn: 1972) der Palast der Republik errichtet, in dem die DDR-Volkskammer bis 1990 ihren Sitz hatte. Als Ironie der Geschichte kann die Tatsache gelten, dass mit dem Abriss dieses Objekts 2006 begonnen wurde und dieser bis 2009 dauerte. Als Vorwand für die Abrissarbeiten diente der beim Bau verwendete Asbest. Auf die Zerstörung eines diesmal völlig intak-

Die Umsetzung des Bauplans der neuen Innenstadt begann schließlich erst 1972; im Laufe des nächsten Jahrzehnts entstanden stilllose und monotone Wohngebäude, darunter zahlreiche grässliche Hochhäuser.

An der Stelle des früheren Königsberger Schlosses (in dessen Ostteil) wurde mit großem finanziellem Aufwand die 16-stöckige Betonruine des nie fertiggestellten Hauses der Sowjets errichtet. Dieses „hässlichste Gebäude, das ich je in der Welt gesehen habe“, wie es die aus Ostpreußen gebürtige Marion Gräfin Dönhoff nannte, wird auch als die teuerste Ruine Russlands oder „Rache der Preußen“ bezeichnet.

Der Kaliningrader Schriftsteller Oleg Pawlowskij schrieb: „Die Ideologie brachte die vollständige Negierung der Vergangenheit, das Bestreben, alles zu ändern und ihre eigene Ordnung einzuführen. Zur Sowjetzeit wurde diese Denkweise den Partei- und Wirtschaftsfunktionären in einem Maße eingetrichtert, dass sie ihnen zur Gewohnheit wurde. Selbstverständlich machte sie auch vor den Kaliningrädern nicht Halt, denen ein früher ganz gewöhnliches, später durch den Krieg verwüstetes Land als Erbe zufiel. Und statt den Versuch zu wagen, dieses Land von den Zerstörungen wiederaufzubauen oder zumindest zu bewahren, was uns als Siegern zugefallen war, haben wir nach Kriegsende zwei Jahrzehnte lang die Zerstörung der Baudenkmäler fortgesetzt, die der Natur der Dinge nach der ganzen Welt gehörten. Und so, ohne auf den Widerstand der Wissenschaft-

---

ten Gebäudes, der wiederum ideologische (wenn auch grundverschiedene) Erwägungen zugrunde lagen, wurde mit Protestaktionen, besonders seitens der ehemaligen DDR-Einwohner, reagiert. Seit vielen Jahren wird dagegen über den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses debattiert. Ein ähnliches Schicksal ereilte auch das königlich-kaiserliche Stadtschloss in Potsdam. Im letzten Krieg zerstört, wurde es aus ideologischen Gründen 1968 vollständig abgerissen. Bisher ist nur ein Fragment des Fortunaportals wiederaufgebaut worden. 2005 wurde der Grundstein für den Wiederaufbau des Schlosses gelegt. Bis heute ist aber nicht entschieden worden, in welchem Baustil es wieder errichtet werden soll (getreue Rekonstruktion oder ein ganz neues architektonisches Projekt). Im neuen Schloss soll das brandenburgische Landesparlament seinen Sitz haben. Gnädiger war das Schicksal anderen Residenzen des deutschen Kaisers. Das 1904-1910 gebaute Königliche Residenzschloss in Posen war das letzte Schloss, das von einem Monarchen in Europa errichtet worden ist. Zusammen mit einem ähnlichen Bauwerk in Straßburg (*Kaiserpalast*) aus den Jahren 1884-1889 war es ein Symbol der preußischen Herrschaft in Großpolen bzw. im Elsass und Lothringen. Diese beiden kaiserlichen Residenzen sollten an die Unterjochung der Polen und Franzosen erinnern sollen. In beiden Ländern wurde der Abriss dieser verhassten „Bollwerke“ der Fremdherrschaft diskutiert. 1945 wäre es dazu in Posen beinahe gekommen. Aus verschiedenen (finanziellen und pragmatischen) Gründen wurde von der Umsetzung dieses Plans Abstand genommen. Nicht ganz wiederhergestellt wurde dagegen der Hauptturm, der während des Krieges in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Schlösser in Posen und Straßburg erfüllen heute vielfältige öffentliche Funktionen. Ich hatte Gelegenheit, alle beschriebenen Fälle vor Ort in Augenschein zu nehmen.

ler, Literaten, Kunstschaffenden zu achten, erließ der damalige erste Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU eine Anweisung, die Überreste des Königsberger Schlosses, das durchaus hätte wiederaufgebaut werden können, zu sprengen. Dafür hat der Herrgott die Kaliningrader bestraft: Das Haus der Sowjets, an dem an dieser Stelle mehr als 15 Jahre lang gebaut wurde, dieses garstige Monstrum, wird nie die geplanten Funktionen erfüllen. Der für den Bau verwendete Geld- und Arbeitsaufwand war umsonst und brachte weder Glück noch Freude<sup>97</sup>.

Der Misserfolg mit dem Bau des Hauses der Sowjets war in großem Maße darauf zurückzuführen, dass bei der Berechnung der Statik des Gebäudes und der Größe der Fundamente nicht sorgfältig vorgegangen wurde und dass es auf einem Grundstück errichtet wurde, das an einem Wasserlauf (nahe Schlossteich) liegt. Es stellte sich heraus, dass die mittelalterlichen Fundamente dem gigantischen Symbol der Sowjetmacht nicht gewachsen waren, welches das Haus der Sowjets in der längst verschwundenen Sowjetunion hätte darstellen sollen. Bis heute wird ein Streit über das Schicksal dieses Gebäudes und die Möglichkeit eines Wiederaufbaus des Königsberger Schlosses geführt.

Anders gestaltete sich das Schicksal zweier anderer historischer Bauwerke innerhalb der alten Innenstadt: des Doms und der Börse.

Der im Mittelalter auf einer Insel im Pregel gebaute Dom wurde im Krieg stark beschädigt. Trotz verschiedener Abrisspläne wurde dieses einzige bedeutende historische Denkmal in Königsberg durch einen glücklichen Zufall gerettet. Nach der Schlosssprengung war die weitere Existenz des Domes in Frage gestellt. Die Ruhestätte der preußischen Herzöge hätte gemäß den damaligen Bauprojekten für ein neues Stadtzentrum abgetragen werden sollen. Man plante, auf der Insel ein Sammelgrab für 20 000 bei der Erstürmung Königsbergs gefallener Soldaten der Roten Armee anzulegen. Die Einrichtung des Friedhofs im Herzen der Stadt sollte den Gründungsmythos des Kaliningrader Gebiets symbolisieren und verewigen. Dieser Ort sollte auch von dem Haus der Sowjets, dem wichtigsten Vorhaben der Regionalhauptstadt, zu sehen sein. Der Friedhof würde somit quasi „am Fuße“ dieses Gebäudes liegen.

Überraschend für die lokalen Behörden kam heraus, dass der Dom auf der amtlichen Denkmalliste stand. Wäre er abgerissen worden, hätte man mit noch heftigeren Protesten rechnen müssen. Als die Abrisspläne des Domes an die Öffentlichkeit gelangten, schlug die Leitung der damaligen Pädagogischen Hochschule 1968 vor, das Kirchengebäude für den Bedarf der Hochschulbibliothek wiederaufzubauen. Nicht belanglos war für den Erhalt der Domruine, dass sie an der Nordseite an das Kant-Mausoleum aus den 1920er Jahren stieß. Damals wurde die Kantische Philosophie in der UdSSR als das „Fundament der marxistisch-

---

97 O. Pawlowskij, *Kraina wlasna, choć mala*, in: *Borussia* 1995, Nr. 10, S. 77.

leninistischen Lehre“ angesehen. Dieses Argument machten sich die Befürworter des Erhalts der Domruine geschickt zunutze (1974 jährte sich Kants Geburtstag zum 250. Mal). Die Behörden planten, das Grabmal des Philosophen an einen anderen Ort zu verlegen und den Dom und abzureißen, wie es mit den benachbarten Gebäuden geschah. Dass der Dom nicht zerstört wurde, ist nach Ansicht Bert Hoppes vor allem der Tatsache zu verdanken, dass es den Behörden nicht gelang, eine zentrale Gedenkstätte für gefallene Soldaten anzulegen<sup>98</sup>. Der Dom „überlebte“ die Sowjetunion. Anfang der neunziger Jahre (ab 1992) begann sein langjähriger Wiederaufbau. Mit finanziellen Mitteln aus Deutschland erhielt der Dom seine alte Gestalt wieder. Nach wie vor offen bleiben die Rekonstruktion der völlig zerstörten und ausgeraubten Innenausstattung des Domes sowie die weitere Zweckbestimmung des Bauwerks.

Das Schicksal der unweit des Domes stehenden Alten Börse, als eines Symbols des Kapitalismus, war ebenfalls von vornherein besiegelt. Das Haus am Pregel blieb dank seiner Form und Fassade erhalten. Es besaß zahlreiche Arkaden und Säulen, die sich in die geplante sozialistische Bebauung der Stalin-Ära gut einfügten. Im früheren Börsegebäude und dem späteren Sitz des Gauleiters in Ostpreußen, Erich Koch, war nach dem Krieg über Jahrzehnte hinweg das Haus der Seeleute untergebracht. Der Zerfall der UdSSR hatte im Gegensatz zum Dom fatale Folgen für dieses Objekt. In den Jahren 2005-2006 wurde es gründlich „modernisiert“. Durch diesen barbarischen Akt ging ihm das ursprüngliche Antlitz verloren und es unterscheidet sich durch nichts von anderen typischen Bauwerken vom Beginn des 21. Jahrhunderts. Nur der Dom, einige erhalten gebliebene Kirchen und öffentliche Gebäude (Theater, ehemalige Verwaltungssitze) sowie Stadttore, Bastionen und Forts zeugen noch vom ehemaligen Glanz der Pregel-Metropole. Alle weiteren Bauwerke der früheren Innenstadt sind für immer verschwunden. Damit hat Königsberg, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts als eine der schönsten Städte Europas galt, zu bestehen aufgehört.

### 2.3.2. Hin zu einer neuen Ikonosphäre

Ähnlich wie in Klaipėda, Olsztyn und anderen Städten Ostpreußens begannen die neuen Oblast-Behörden mit der Beseitigung fast aller deutschen Denkmäler und der Errichtung ihrer eigenen „Erinnerungssymbole“. Neue Denkmäler sollten den Anspruch auf die übernommenen Gebiete legitimieren. Im Fall Kaliningrads haben die Sowjetbehörden unmittelbar nach dem Krieg einen Plan zur „Sättigung“ (*nasytit'*) der Innenstadt mit dem „neuen russischen sozialistischen Dasein“ entwickelt. Die Stadtbehörden maßten dem Gedenken der Rotarmisten, die bei der

98 B. Hoppe, *Auf der Trümmern...*, S. 147.

Erstürmung Königsbergs und bei den Kämpfen in Ostpreußen gefallen waren, besondere Bedeutung zu.

Schon am 8. Mai 1945 fällt der Kommandant der Königsberger Garnison und Vorsitzende des Militärrates, Generalmajor K. N. Galickij, den Beschluss über die Errichtung eines großen Ehrenmals zum Gedenken an den Tod von 1 200 Soldaten der 11. Gardearmee, die bei den Kämpfen um Stadt und Festung Königsberg gefallen waren. Im Zentrum der Stadt wurde unweit des Nordbahnhofs auf einer Bastion der alten Stadtbefestigung unter Arbeitseinsatz des Militärs und deutscher Kriegsgefangener ein großer Obelisk aufgestellt: In den Begrenzungsmauern sind die sterblichen Überreste der Soldaten eingelassen und zwei Skulpturengruppen („Sturm“ und „Sieg“) aufgestellt. Mit der Ausarbeitung des künstlerischen Konzepts, des Projekts und mit der Ausführung wurden litauische Künstler beauftragt. Die feierliche Einweihung des Denkmals fand bereits am 30. September 1945 statt. Seit 1960 brennt hier das „Ewige Feuer“.

In Kaliningrad und in vielen anderen Städten des Gebiets wurden später weitere Denkmäler und Gedenktafeln errichtet, die den Kämpfen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs gewidmet sind.

Eine andere Methode, einen eigenen symbolischen Raum zu schaffen, war die Errichtung von Denkmälern, Büsten und Gedenktafeln, mit denen zaristischer Generäle gedacht wurde, die sich kürzer oder länger in Königsberg aufgehalten hatten. 1952 wurden ein Denkmal für Michail Kutuzow errichtet, 1956 die Büste Alexander Suworows feierlich enthüllt. Beide hatten „für das junge, im Aufbau befindliche Kaliningrader Gebiet eine große Bedeutung“. Kutuzow wurde als Held des „Vaterländischen Krieges“ von 1812 dargestellt, da damals die Heere unter seiner Führung die Armee Napoleons besiegten. Dieser „vorsowjetische“ Held fügte sich in die Tradition des „Großen Vaterländischen Krieges“ aus den Jahren 1941-1945 ein. General Suworow, ein Held des Siebenjährigen Krieges, trug erheblich zum russischen Sieg über die preußischen Kräfte bei, woraufhin Russland in den Jahren 1758-1762 Königsberg annektiert hatte. Diese Tatsache spielte bei der Legitimierung des Anspruchs der UdSSR auf die Übernahme Königsbergs 1945 eine entscheidende Rolle. Damals marschierte die russische Armee erneut in Ostpreußen ein und gewann „dieses altslawische Land für immer seinen rechtmäßigen Eigentümern“. Suworows Büste fand Aufstellung auf dem Sockel, auf dem kurz zuvor noch das Bismarck-Denkmal auf dem früheren Kaiser-Wilhelm-Platz am Schloss gestanden hatte<sup>99</sup>.

Mit einer Verzögerung gegenüber anderen sowjetischen Städten wurden in Kaliningrad weitere „obligatorische“ Denkmäler aufgestellt: für Josef Stalin (1953) auf dem Siegesplatz, Michail Kalinin (1959) vor dem Südbahnhof, Lenin,

---

99 *Ebenda*, S. 120.

Marx, Puschkin und für das gen Osten blickende „Mütterchen Russland“ und für „Mutter und Kinder“. In diesem Pantheon durften auch Denkmäler für die aus Kaliningrad gebürtigen Kosmonauten sowie für einen stalinistischen Helden, Pawlik Morosow, der seine Eltern bei den Behörden angezeigt hatte, nicht fehlen.

Alle diese Denkmäler, einschließlich eines Denkmals für die „Sowjetisch-Polnische Freundschaft“, stehen bis heute. Eine Ausnahme bildet nur das Stalin-Denkmal, das 1958 vom Sockel genommen und durch ein Lenin-Denkmal ersetzt wurde, das seinerseits zu Beginn des 21. Jahrhunderts wegen seiner „Renovierungsbedürftigkeit“ entfernt wurde, damit es für die 2006 feierlich eröffnete Christ-Erlöser-Kathedrale keine unpassende Kulisse bietet.

Der Errichtung neuer „eigener“ Denkmäler ging die Zerstörung fremder Ehrenmale voraus. Der Aneignung des symbolischen Raums hielt nur ein einziges figürliches Denkmal stand: das für Friedrich Schiller. Nach der Erstürmung Königsbergs soll jemand auf den Sockel geschrieben haben: „Nicht schießen! Kulturdenkmal“. Verschont blieben auch das Kantgrab und einige Parkskulpturen bzw. sonstige Mahnanlagen.

Die übrigen Denkmäler, Ehrenmale, Büsten, Gedenktafeln, Grabfiguren und sonstige Formen des Gedenkens waren rasch aus der Kulturlandschaft Kaliningrads und anderer Städte der Oblast verschwunden. Die „Kaliningradskaja Prawda“ vom 18. August 1948 rechtfertigte die Abtragung eines weiteren Denkmals folgendermaßen: „Das unsinnige, pompöse und mit der Zeit grün gewordene Denkmal Wilhelms [Kaisers Wilhelms I. – A.S.] mit dem gezückten Schwert und ein ‚eiserner Kanzler‘ [Bismarck; beide Denkmäler standen am Kaiser-Wilhelm-Platz – A.S.] mit einer von einem russischen Geschoß entstellten Wange. Blanker Hohn klingt aus den Worten der Aufschrift: ‚Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt‘“<sup>100</sup>.

Von ihren Sockeln verschwanden auch andere Denkmäler und Büsten, unter anderem die von Kant, Kopernikus, Herder und Schubert sowie von Herzog Albrecht, Friedrich I., Friedrich Wilhelm I., Friedrich Wilhelm III. und dem deutschen Michel, außerdem jegliche Mahnmale, die an den Ersten Weltkrieg erinnerten oder einen Bezug zum Dritten Reich hatten. An Stelle der zerstörten deutschen Denkmäler wurden neue aufgestellt, die nach dem Willen ihrer Schöpfer „den Sieg des Neuen auf dieser Erde symbolisieren sollten“<sup>101</sup>.

Bis heute erhalten haben sich ein Dutzend alter „neutraler“ Skulpturen, wie beispielsweise „Kämpfende Wisente“, „Elch“, „Nach dem Bade“, „Knabe mit Katze“, „Orang-Utan“, „Herkules“, sowie ein Gedenkmedaillon für den ersten Direktor des Tiergartens H. Claaß und für den ersten Leiter des botanischen Gartens K. Hagen. In unterschiedlichem Zustand der Zerstörung haben ebenfalls zahlrei-

100 *Ebenda*, S. 124

101 *Ebenda*, S. 174.

che Stadttore und Forts, mit verschiedenen Figuren, Reliefs und Inschriften, die Sowjetzeit überdauert<sup>102</sup>.

Ein wesentliches Element der Einbindung Kaliningrads in die sowjetische Symbolik war die „Auszeichnung der Stadt“ mit dem Lenin-Orden (1966) und mit dem Rotbannerorden (1971). Die Machthaber starteten verschiedene Aktionen, um ein geschichtsloses Land in einen „Vorposten von Frieden und Sicherheit“ am westlichsten Rand der Sowjetunion umzuwandeln. Diese Region fügte sich in die Idee der Förderung der neuen geopolitischen Rolle der UdSSR als einer Staatsmacht, die durch den Sieg im Zweiten Weltkrieg ihr Territorium im Osten und Westen ausgeweitet hatte (auf Kosten der damaligen Nachbarländer: Polens, Deutschlands, Finnlands, Rumäniens, der Slowakei und Japans). Die Parteiagitatoren verkündeten, dass „das große und unbesiegbare Banner Lenins und Stalins stolz von den Kurilen bis Kaliningrad, von Petsamo bis zur Karpato-Ukraine weht“, und: „(...) wir leben im äußersten Westen, aber wir bauen gemeinsam mit Moskauern, Sybiriern, Sachalinern das allergroßartigste Gebäude des Kommunismus“. Kaliningrad als „Ideal aller sowjetischen Regionen“ sollte seine Einwohner mit dem „sowjetischen Vaterland“ verbinden. Schon 1947 verkündete die „Kaliningradskaja Prawda“: „Bis heute haben wir uns als Moskauer begriffen, jetzt sind wir Kaliningrader. Wir sind nach Hause gekommen...“<sup>103</sup>.

Es vergingen viele Jahrzehnte, und viel Wasser floss den Pregel hinab, ehe das Kaliningrader Gebiet für die damaligen „sowjetischen Menschen“ zur Heimat wurde.

### 2.3.3. „Progressive Kultur“ – Identitätswandel

Die neuen Einwohner Königsbergs/Kaliningrads lebten in einer geografisch, sozial und kulturell fremden Umgebung. Alles war „fremd und neu“. Die Umsiedler lehnten in der Regel das gesamte deutsche Kulturerbe ab und nahmen von dessen künstlerischer oder historischer Bedeutung gar keine Notiz. Dies ließ ein Klima der Zustimmung zur Zerstörung zahlreicher Bauwerke und Objekte entstehen. Sie wussten, dass sie sich im „Nest des preußischen Militarismus“ befanden, und dass diese Gebiete einst von Slawen bewohnt gewesen waren. Hier der Bericht einer jungen, nach dem Krieg eingetoffenen Einwohnerin des Kaliningrader Gebiets: „Ich war erstaunt über die besondere Mächtigkeit der Bauwerke, ihre Härte und Unzugänglichkeit. Und gleichzeitig staunte ich, dass sie leicht waren, nach oben

102 Vgl. *Kaliningrad. Architektura Kenigsberga*, Moskwa 2005; *Kaliningradskaja oblast. Putewoditel*, Moskwa 2005; *Kaliningrad. Karty gorodow Rossii*, Moskwa 2005.

103 P. Brodersen, *Gebrochene Identitäten. Das Gebiet Kalingrad nach 1945*, in: *Osteuropa* 2007, Nr. 1, S. 85-96.

strebten. Es fiel mir schwer, das zu begreifen. Um es zu verstehen, musste man hier geboren und aufgewachsen sein. Eine andere Psyche, ein anderes Verständnis für die Ewigkeit. Zuerst empfand man das beim Anblick der Kirchen. Unsere russisch-orthodoxen Gotteshäuser waren irgendwie gnädiger, gastfreundlicher. Das Strenge und Kantige der hiesigen Kathedralen entsprach nicht unserer russischen Natur. Ich konnte sie als Werke der Baukunst bewundern, aber habe sie nicht als Orte wahrgenommen, an denen einer verstanden wird und Unterstützung findet. Das Äußere verriet einem etwas ganz Gegenteiliges. Sie verströmen *Kühle und Fremdheit*. Bei Regenwetter machte die Stadt einen deprimierenden Eindruck. Sie erdrückte einen durch die Höhe der Straßenzüge, durch die Strenge der Bauwerke. An solchen Tagen schien einem unser *Aufenthalt vorübergehend* zu sein, und man spürte ganz besonders, *dass wir hier fremd sind* [Hervorhebungen von A.S.]<sup>104</sup>.

Das deutschfeindliche Klima, das den entfachten „Kalten Krieg“ und den anhaltenden Kampf gegen die „Kosmopolitismen“ begleitete, wirkte sich entscheidend auf die Haltung der Einwohner aus. Auch die Grenzlage des Gebiets und die durch die Ostsee vermittelte Nachbarschaft der kapitalistischen Staaten des „aggressiven NATO-Blocks“ spielten eine Rolle. Die Behörden maßten deswegen der „politisch-ideologischen Einwirkung“ auf die neuen Einwohner besondere Bedeutung bei. Daher wurde mit der Gründung und Entwicklung verschiedener Einrichtungen und Institutionen für die „ideologisch-kulturelle Arbeit“ begonnen. Man sah vor, dass ihre Aktivitäten zur Herausbildung des Stabilitätsgefühls beitragen und auch die Formierung eines neuen sowjetischen Menschen ermöglichen würden.

Wie Walerij Galcow schrieb: „Die Kulturentwicklung im Kaliningrader Gebiet ist sehr bezeichnend. Dieser Prozess resultierte nicht aus angeborenen, kreativen Fähigkeiten der Menschen, sondern er war vom Staat und der Partei vorgeplant. An erster Stelle stand die ideologisch-politische Erziehung, gefolgt durch den Aufbau eines starken Propagandaapparats und der Objekte und Einrichtungen unserer sowjetischen Kultur. Die Grundlage sollte das Bildungssystem sein“<sup>105</sup>.

Die erste sowjetische Schule für Kinder der Militärangehörigen aus der Königsberger Garnison wurde bereits im September 1945 eröffnet. Bis September 1946 wurden im Gebiet weitere 118 Schulen errichtet, und gegen Jahresende waren es 288 (zumeist siebenklassige Grundschulen). Bereits im September 1947 wurden in allen Städten des Gebiets der allgemeine obligatorische siebenjährige Unterricht und in den Dörfern der vorschulische Unterricht eingeführt. Die Frage der Lehrerbildung war alsbald gelöst. 1947 wurden pädagogische Schulen in Ka-

104 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 166.

105 W. Galcow, *Kaliningrader Gebiet w latach 1945-1991. Społeczeństwo, gospodarka, kultura*. in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1996, Nr. 2, S. 218.

liningrad und Tschernjachowsk und 1948 die erste Hochschule eröffnet (Staatliches Kaliningrader Pädagogisches Institut mit zwei Fakultäten, der physikalisch-mathematischen und der historisch-philologischen). Beschäftigt wurden aus Moskau und Leningrad entsandte Fachleute. Es war der Auftakt zur Herausbildung der Kaliningrader Intelligenz<sup>106</sup>.

Besonderes Gewicht legten die Machthaber in den vierziger und fünfziger Jahren auf die Gründung von Kulturklubs und -häusern, in denen Filmvorführungen, Gesprächsrunden usw. veranstaltet wurden, sowie von Bibliotheken<sup>107</sup>. Ende der vierziger Jahre wurden in Kaliningrad erste Kinos, ein Schauspielhaus und ein Naturkundemuseum eröffnet, der alte Königsberger Zoologische Garten nahm seinen Betrieb wieder auf. Das damalige Museum spiegelte den Zeitgeist wieder. Es umfasste zwei Teile: eine Ausstellung über den Zweiten Weltkrieg, darunter insbesondere über die Operation Ostpreußen, eine andere über die Sowjetgeschichte und die Natur. Bis Mitte der achtziger Jahre waren die musealen Ausstellungen militärisch geprägt und stark ideologisch durchtränkt.

Gegen Jahresende 1946 wurde das Kaliningrader Haus der Volkskunst eröffnet, in dem unter anderem Wettbewerbe der schönsten Tschastuschki (Begleitlieder) stattfanden. Diese erfreuten sich einer großen Beliebtheit. 1950 wurde das folgende Lied von der Wettbewerbsjury als das beste gekürt:

„In unserem Herzen hegen wir einen großen Traum:  
Ein wunderbares Leben schaffen  
Und in unser kleines Gebiet  
Stalin als Gast einladen“<sup>108</sup>.

1946 erschien die erste Ausgabe der wichtigsten lokalen Tageszeitung, des Organs des Gebietskomitees der kommunistischen Partei, der „Kaliningradskaja Prawda“. Seit 1948 wurde die Jugendtageszeitung „Kaliningradskij Komsomolez“ herausgegeben.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens war die Entstalinisierung und die Machtübernahme durch Chruschtschow. In den folgenden zwanzig Jahren wurden weitere Einrichtungen gegründet. 1958 wurde das Technische Institut für Fischindustrie und -zucht von Moskau nach Kaliningrad verlegt (die heutige Kaliningrader Staatliche Technische Universität). 1961 wurde in Polesk eine Filiale des Leningrader Agrarinstituts eröffnet. 1966 wurde in Kaliningrad die Ingenieur- und Marinehochschule (heute Baltische Akademie) gegründet. 1967 wurde auf Geheiß des Politbüros

106 *Ebenda*, S. 219.

107 Gegen Jahresende 1947 gab es in den Städten und Dörfern des Gebiets 16 Lichtspielhäuser, 138 Klubs und Lesesäle, 17 Kulturhäuser, 27 Bibliotheken, 17 Buchhandlungen; entlegene Siedlungen wurden von 20 Wanderkinos bedient. *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 182.

108 *Ebenda*, S. 175.

des Zentralkomitees der KPdSU das bisherige Pädagogische Institut in Staatliche Universität Kaliningrad umbenannt (seit 2005 Baltische Föderale Immanuel-Kant-Universität). In späteren Jahren wurden Militärhochschulen eröffnet, etwa die Hochschule für Kriegsmarine (heute Baltisches Militärisches Marineinstitut), die Hochschule für Kriegingenieurwesen und das Kaliningrader Militärinstitut des Föderalen Grenzschutzes der Russischen Föderation. In Kaliningrad entstanden auch verschiedene weitere wissenschaftliche Forschungsanstalten, die vorwiegend im Bereich der Fischerei tätig waren, wie beispielsweise das Baltische Institut für Fischwirtschaft und Ozeanographie (1956) oder auch die Filiale des Atlantischen Instituts für Ozeanographie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1962)<sup>109</sup>.

Die Gründung neuer und die Entwicklung bestehender wissenschaftlicher Forschungsanstalten und Kultureinrichtungen trug in den 1960er Jahren zur Herausbildung einer Intellektuellenschicht bei, die allmählich Einfluss auf das Bild der Region zu nehmen begann. Dies war ein schwieriger und langwieriger Prozess. Der völlige Bevölkerungsaustausch bewirkte, dass das kulturelle Leben ohne Bezug zur Vergangenheit entwickelt wurde. Kulturobjekte wurden nach dem Grundsatz des „Aufbaus einer neuen Welt“ geschaffen: die Kultur sollte „fortschrittlich“ und den Idealen des Sozialismus verpflichtet sein, d.h. „in erster Linie den Interessen der Arbeiter und Bauern dienen“, im Geiste der kommunistischen Ideen erziehen, „von sozialistischem Inhalt und multinationaler Form sein“. Dies war ein künstliches Gebilde<sup>110</sup>, das zur Schaffung des *Homo Sovieticus* beitragen sollte.

Der Festigung des „sozialistischen Bewusstseins“ dienten die Feierlichkeiten verschiedenster Festtage, die hauptsächlich propagandistisch waren. Neben gesamtsojjetischen Festen (1. Mai oder Jahrestage der Oktoberrevolution) wurden in Kaliningrad besonders begangen: 9. Mai (Siegstag), 9. April (Tag der Erstürmung Königsbergs), letzter Sonntag im Juli (Tag der Militärflotte) und erster Sonntag im Juli (Tag der Fischer). Das sozialistische Bewusstsein spiegelte sich auch im staatlichen Verzeichnis historischer Kulturdenkmäler wider. Von den 182 eingetragenen Objekten stellten Mahnmale auf Gräbern sowjetischer Soldaten die überwiegende Mehrheit (159). Es gilt jedoch zu bedenken, dass es bis Mitte der achtziger Jahre verboten war, die Geschichte Ostpreußens zu erforschen bzw. zu popularisieren. Es gab aber einige Ausnahmen. 1970 und Anfang der achtziger Jahre wurden erhaltene Altgebäude hergerichtet. Beispielsweise wurde in der Luisenkirche ein Puppentheater eröffnet, in der Kirche zur Heiligen Familie ein Konzertsaal und im Dohnaturm ein Bernsteinmuseum. 1986 öffnete die erste

---

109 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru)

110 Vgl. W. Galcow, *Grundlegende Besonderheiten der Geschichte des Kaliningrader Gebietes*, in: *Annaberger Annalen* 1999, Nr. 7, S. 37f.

russisch-orthodoxe Nikolai-Kirche in der wiederaufgebauten alten Juditter Pfarrkirche ihre Pforten<sup>111</sup>.

Nicht ohne Bedeutung für die Herausbildung der lokalen und regionalen Identität war der multinationale Charakter des Kaliningrader Gebiets. Dies bezeugt ein Erinnerungsbericht aus der damaligen Zeit: „Die Bevölkerung des Gebiets war extrem international: man hatte den Eindruck, als wären hier alle Völker und alle Regionen unseres Landes vertreten. Lernte man jemand kennen oder kam in der Straßenbahn oder einem Laden ins Gespräch, fragte man zuerst: ‚Woher kommt ihr?‘ und wenn man wegfuhr, so sagte man immer: ‚Wir fahren nach Russland‘. Bekam man Briefe (egal ob aus der Ukraine, Georgien oder Sibirien), waren sie immer: ‚aus Russland‘, das heißt, die ganze Sowjetunion war für die Umsiedler Russland. Sie lebten einträchtig miteinander und keinen kümmerte es, welcher Nationalität sein Nachbar oder Arbeitskollege war“<sup>112</sup>.

Eine gewisse Rolle bei der Herausbildung neuer Haltungen der Einwohner spielten der (im Vergleich zur ganzen UdSSR) relativ geringe Umfang politischer Repressalien („Volksfeinde“ fehlten, da sie formell keinen Zutritt zum Kaliningrader Gebiet hatten) und die Ungewissheit bezüglich der späteren Geschehnisse der Region. Hier eine Aussage, die diese Frage berührt: „Über eine lange Zeit war es nicht sicher, ob dieses Territorium unser bleibt. Bis 1960 wurde nicht viel gebaut, sie wussten nicht, was wird. Ich habe gehört, dass Wilhelm Pieck gefordert hätte, Ostpreußen sollte an die DDR zurückgegeben werden; Walter Ulbricht soll damit aufgehört haben“<sup>113</sup>.

Jahrzehnte lang hatten viele Kaliningrader das Gefühl, als seien sie in ihrem militärischen Sperrbezirk am Rande des Imperiums von Moskau und dem Rest des Landes vergessen worden. Verbreitet war die Überzeugung von niedrigerem Lebensniveau und schlechterer Versorgungslage, von der desaströsen kommunalen Wirtschaft und anderen Missständen. 1965 wurde in der landesweiten Tageszeitung „Iswestija“ der Brief eines Gebietsbewohners abgedruckt, in dem es unter anderem heißt: „Es scheint, dass die Lebensmittelversorgung in der Nachbarrepublik [Litauen] wesentlich besser ist – man braucht nur über die Memel zu fahren. Könnte das Kaliningrader Gebiet nicht wenigstens der Litauischen SSR als autonomes Gebiet angegliedert werden?“<sup>114</sup>.

Über die regionale Eigenart Kaliningrads schrieb 1970 ein Einwohner an die lokalen Behörden: „daß die Stadt Kaliningrad das einzige Gebietszentrum in der Sowjetunion ist, wo Schmutz, Ruß und Unordnung so tief in alle Aspekte des Lebens und der Aktivität der Stadt eingedrungen sind (...). Der in der Stadt neu

111 W. Galcow, *Obwód...*, S. 221f.

112 *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 181.

113 *Ebenda*, S. 168.

114 P. Brodersen, *Gebrochene Identitäten...*, S. 95.

Angekommene muss sich wie in einer anderen Welt vorkommen, mit anderen Gesetzen und Sitten: Ihn ergreift und erschüttert das ringsum unendliche Bild furchtbarer Vernachlässigung<sup>115</sup>.

Per Brodersen bemerkt, die Kaliningrader Mängelwirtschaft habe paradoxerweise etwas Produktives gehabt: Versorgungsengpässe verbanden die Einwohner der Region miteinander und wurden zum charakteristischen Merkmal der Stadt. Probleme des Alltags mobilisierten die Bürger und schufen „ein klares Bewusstsein für die spezifische Lage im Westen der Sowjetunion“<sup>116</sup>. Es war ein Gefühl der um sich greifenden Marginalisierung in allen Lebensbereichen.

Die Bilanz der Maßnahmen, die auf die Herausbildung eines „neuen Menschen“ auf den Trümmern der Vergangenheit abzielten, fällt negativ aus. Im Laufe der Zeit wurde das Kaliningrader Gebiet zu einer Region, in der Apathie und *Urawnilowka* (Gleichmacherei) herrschten. Es blieb eine Abnormität auch im postsowjetischen Raum, ein „Reservat des ehemaligen sowjetischen Systems“<sup>117</sup>.

---

115 *Ebenda*.

116 *Ebenda*.

117 A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 344.

### **3. Ermland und Masuren – sozialer und wirtschaftlicher Wandel**

#### **3.1. Stalinisierung (1949-1955)**

Die 1948-1949 in Polen eingeleitete Stalinisierung des politischen Lebens hatte wesentlichen Einfluss auf den Verlauf gesellschaftlicher Prozesse in Ermland und Masuren. Im Rahmen des Kampfes gegen die „rechtsnationalistische Abweichung“ innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), gegründet auf einem „Vereinigungskongress“ (15.-21. Dezember 1948), ging man nicht nur an den massenhaften Austausch der Parteikader, sondern auch an die Zentralisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Im Januar 1948 wurde das von Władysław Gomułka geleitete Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete aufgelöst.

Es begann die Umsetzung der neuen „stalinistischen Nationalitätenpolitik“. In Ermland und Masuren lag ihr Schwerpunkt auf der Lösung zweier grundlegender Probleme. Das erste war der Abschluss der nationalen Verifizierung der restlichen Deutschen, Masuren und Ermländer mit den daraus erwachsenden Folgen. Das zweite war das „ukrainische Problem“. Weniger Aufmerksamkeit wurde Zigeunern (Roma) und anderen Nationalitäten geschenkt.

Mit dem Anbruch der fünfziger Jahre endet die Etappe verstärkter Migrationsbewegungen in den polnischen West- und Nordgebieten. Die administrativen Beschränkungen sowie die restriktive, für totalitäre Staaten so kennzeichnende Innenpolitik der Sicherheitsorgane gegenüber der gesamten Einwohnerschaft, machten es der Bevölkerung unmöglich, außer Landes zu gehen, und ließen die innerstaatlichen Wanderungsbewegungen stark schrumpfen. Im Ergebnis dieser Politik hat sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eine bestimmte Bevölkerungsstruktur herausgebildet. Sie bildete ungeachtet späterer Änderungen (Ab- und Zuwanderung einzelner Bevölkerungsgruppen) den Ausgangspunkt der weiteren Bevölkerungs- und Nationalitätenprozesse in Ermland und Masuren.

Aufgrund der Erhebungen der Volkszählung im Dezember 1950 lassen sich die Zahlenstärke und die Verteilung einzelner Bevölkerungsgruppen nach ihrer territorialen Herkunft aufzeigen.

Die territoriale Herkunft der Bevölkerung Ermlands und Masuren im Jahr 1950 (Woiwodschaft Olsztyn und die drei masurischen Kreise, sog. EGO, in der Woiwodschaft Białystok) stellt Tabelle 31 dar.

Tabelle 31 Territoriale Herkunft der Bevölkerung Ermlands und Masuren 1950

Woiwodschaft	Gesamt	Masuren, Ermländer und Deutsche	Umsiedler aus Altgebieten	Aussiedler aus den ehem. polnischen Ostgebieten	Sonstige und unbekannte Herkunft	Gesamt	Masuren, Ermländer und Deutsche	Umsiedler aus Altgebieten	Aussiedler aus den ehem. polnischen Ostgebieten	Sonstige und unbekannte Herkunft
	in Tsd.					in %				
Białystok (Teil)	70,6	4,8	56,7	8,3	0,8	100	6,8	30,4	11,7	1,1
Olsztyn	610,2	111,3	352,1	137,3	9,5	100	18,2	57,7	22,5	1,6

Quelle: L. Kosiński, *Pochodzenie terytorialne ludności Ziemi Zachodnich w 1950 Dokumentacja geograficzna*, H. 2, Polska Akademia Nauk. Instytut Geografii, Warszawa 1960.

In 20 Kreisen der Woiwodschaften Olsztyn und Białystok lebten 116 100 ehemalige Einwohner Ostpreußens, darunter etwa 66 000 Masuren, 37 000 Ermländer, 13 000 „ethnische Deutsche“ und eine kleine Zahl Russischstämmiger (Altgläubiger).

In Ermland und Masuren lebte 1950 auch eine große Gruppe von 381 800 Aussiedlern aus den ehemaligen östlichen Grenzlanden Polens (Repatriierten aus der UdSSR).

Von den etwa 55 000 Ukrainern und Lemken, die 1950 in Ermland und Masuren lebten, kamen fast 40 000 aus der Woiwodschaft Rzeszów. Da die Behörden an der Umsiedlung von Polen aus der Woiwodschaft Rzeszów nicht interessiert waren, weil sie dort einen relativ geringen Anteil gegenüber der ukrainischen Bevölkerung hatten und diese Gebiete ohnehin zu besiedeln waren, kann angenommen werden, dass etwa 85-90 % der Umsiedler aus dieser Woiwodschaft Ukrainer waren. Anders war dies im Fall der Zuzügler nach Ermland und Masuren aus der Woiwodschaft Lublin, unter denen die Polen dominierten und die Ukrainer nur einen kleineren Teil ausmachten.

Die größte Konzentration der ostpreußischen Alteinwohner war in den Kreisen Mława, Olsztyn, Reszel und Szczytno (60 % bis 20 %) festzustellen.

Die Repatriierten lebten hauptsächlich in den Kreisen Lidzbark, Ostróda, Olsztyn, Pasłęk, Braniewo, Górowo Iławeckie, Bartoszyce, Kętrzyn, Węgorzewo und Giżycko (40 % bis 20 %).

Die ukrainische Bevölkerung bildete geschlossene lokale Gruppen in den Kreisen wie Górowo Haweckie, Węgorzewo, Giżycko, Bartoszyce, Braniewo, Pasłęk und Morąg (60 % bis 20 %).

Siedler aus Zentralpolen lebten über die gesamte Region verteilt und waren die vorherrschende Gruppe.

In die Jahre 1948-1949 fiel die Ausgestaltung einer neuen Politik gegenüber den Einheimischen, die damals als Autochthone bezeichnet wurden, sowie gegenüber den Deutschen. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Politik, die in den gesamten West- und Nordgebieten gegenüber den Einheimischen betrieben wurde, war die Ausschaltung der bisherigen Anführer dieser Bevölkerung. Ihnen wurde die Verantwortung für die bisherigen Misserfolge und Fehler bei der Verifizierung der Einheimischen aufgebürdet. Oft bemühte man dabei das Argument ihrer „Klassenfremdheit“ bzw. ihrer Verbindung zu Piłsudskis Regierungslager (Sanacja) bzw. zur Nationaldemokratie (ND) vor dem Krieg. Ein gewisses „Vorspiel“ der neuen Machthaber zu der für Januar und Februar 1949 geplanten, sog. großen Verifizierung war die völlig grundlose Verhaftung zahlreicher bekannter Aktivisten. Die nationale Zwangsverifizierung sollte angeblich Fehler, die einheimische Aktivisten begangen hatten, korrigieren. Während der Ermittlungen und des Gerichtsverfahrens versuchte man, den Angeklagten einzureden, sie hätten als Angestellte der Woiwodschafts- und Kreisverwaltung die Verifizierung der einheimischen Bevölkerung gezielt behindert und dieser die Ausreise nach Deutschland erleichtert. Die ganze Sache wurde durch lokale Zeitungen an die große Glocke gehängt. Einerseits diente die Kampagne dazu, alle einheimischen Aktivisten zu diskriminieren und aus ihren Ämtern zu entfernen, andererseits sollte sie die neue Politik der Machthaber gegenüber dieser Bevölkerung legitimieren.

1949-1950 wurden fast alle Beamte, die sich aus der einheimischen Bevölkerung rekrutierten, ihrer Ämter enthoben. Ein Teil wurde verhaftet, andere in untergeordnete Funktionen verdrängt, wieder andere waren gezwungen, nach einer neuen Beschäftigung außerhalb ihres Wohnortes zu suchen. Alle wurden durch die Sicherheitsdienste schikaniert und vielfältigen Repressalien ausgesetzt. 1950 wurde zum Beispiel das bisherige Tätigkeitsprofil der Masurischen Heimvolkshochschule geändert; dem bisherigen Leiter der Schule, Karol Małek, wurden alle Funktionen entzogen und er selbst an den Rand des gesellschaftlichen Lebens gedrängt. Die meisten wurden aus der Vereinigten Volkspartei (ZSL), der die meisten Aktivisten der Bauernbewegung angehörten, sowie aus der PVAP ausgeschlossen.

Gemäß den getroffenen Vorbereitungen wurde im Februar 1949 mit der Zwangsverifizierung begonnen, die sich in Masuren hauptsächlich auf drei Kreise konzentrierte: Mrągowo (im Januar 1949 lebten dort 11 991 Nichtverifizierte und 1 633 Deutsche), Szczytno (5 741 Nichtverifizierte und 761 Deutsche) und

Pisz (3 083 Nichtverifizierte). Insgesamt lebten in der Woiwodschaft Olsztyn vor der Zwangsverifizierung 20 067 Menschen, die nicht gewillt waren, die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, und 5 000 Deutsche.

Wer sich besonders heftig gegen die Verifizierung zur Wehr setzte, wurde verhaftet. Innerhalb von zwei Monaten wurden 19 000 Personen verifiziert. Trotz umfangreicher Schikanen und Druckausübung ließen sich 1 304 Personen nicht bewegen, die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Allerdings bekamen auch diese „Aufsässigen“ binnen einiger Monate die formale Bestätigung ihrer Zugehörigkeit zum polnischen Volk.

Gut veranschaulicht werden die angespannten Gesellschaftsverhältnisse in diesen Zentren der einheimischen Bevölkerung, wo man den neuen Machtavern und dem polnischen Staatswesen Ablehnung und Feindschaft entgegenbrachte, durch die 1952 eingeleitete sog. „Fragebogen- und Passaktion“. Die Abneigung der Einheimischen gegen die „neue Politik“ war diesmal ein Massenphänomen und erfasste nicht etwa nur eine große Gruppe, die sich für deutsche Schlesier, Masuren oder Kaschuben hielt, sondern die Gesamtheit dieser Bevölkerung sowie die Ermländer, die sich freiwillig und massenweise verifizieren ließen. Letztere hingen viel stärker am Polentum (Traditionen der polnischen Nationalbewegung im Ermland, Verbindungen zur katholischen Kirche, geschlossene lokale Bevölkerungsgruppen) als die Masuren.

Die erwähnte „Fragebogenaktion“ hing mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die polnische Staatsbürgerschaft, das vom Gesetzgebenden Sejm am 8. Januar 1951 verabschiedet wurde, zusammen.<sup>118</sup> Erneut wurde dabei zur Auflage gemacht, sich für das polnische Volk und den polnischen Staat zu erklären, was unter der Einwohnerschaft eines Grenzlandes in der Regel zahlreiche Antagonismen hervorruft und ihr oft dramatische Wahlentscheidungen abnötigt.

Eine große Zahl von Ermländern und Masuren, die nach dem Gesetz vom 8. Januar 1951 für polnische Staatsbürger befunden wurden, weigerte sich, entsprechende Vordrucke in Empfang zu nehmen, diese auszufüllen und Passfotos für die Ausstellung von Personalausweisen einzureichen. Sie weigerten sich außerdem, die Personalausweise entgegenzunehmen und den Militärdienst bei der Polnischen Armee zu leisten, indem sie sich auf ihre deutsche Staatsbürgerschaft beriefen. Abneigung und Feindschaft gegen die neue Staats- und Gesellschaftsordnung fanden ihren konkreten Ausdruck in der massenweisen Beantragung vorläufiger Bescheinigungen über die deutsche Staatsangehörigkeit bei den Warschauer Botschaften Großbritanniens und der USA. Diese Bescheinigungen wurden von 1949 bis Mitte 1951 ausgestellt. Auch später hin wurde von zahlreichen Bescheinigungen der deutschen Staatsbürgerschaft berichtet; diese wurden von der Bundesre-

---

118 Poln. GBl. Dz. U. RP 1951, Nr. 4, Pos. 25.

publik Deutschland ausgestellt und den Betroffenen direkt per Post zugestellt. Es handelte sich um Auslandspässe (sog. Permits) oder Bescheinigungen der deutschen Staatsbürgerschaft. Aus den Bescheinigungen der westdeutschen Behörden ging hervor, dass der jeweilige Inhaber „deutscher Staatsbürger“ sei<sup>119</sup>. Anfang 1952 wiesen sich insgesamt etwa 35 000 Masuren und Ermländer, d. h. ca. 28 % der Gesamtheit dieser Bevölkerung, mit von den US-amerikanischen bzw. westdeutschen Behörden ausgestellten Papieren aus. Die meisten solcher Bescheinigungen und Papiere hatten die Bewohner folgender Kreise: Mrągowo 13 000 Personen (d. h. 63 % aller dort lebenden Masuren), Szczytno ca. 6 000 Personen (d. h. 46 % der einheimischen Kreisbevölkerung) und Ostróda ca. 2 000. Auch im damaligen Kreis Barczewo (Ermland) bekamen ca. 10 000 Personen Bescheinigungen der deutschen Staatsbürgerschaft. In anderen Kreisen der Woiwodschaft Olsztyn belief sich die Zahl auf ca. 2 000 Personen<sup>120</sup>.

Die am 2. Mai 1952 eingeleitete „Fragebogenaktion“, die mit der Vergabe von Personalausweisen und späteren Vorhaben verknüpft war sowie andere derartige Aktionen (z.B. Unterschriftensammlung für den sog. Stockholmer Appell) zeigten, wie groß das Misstrauen zwischen den Machthabern und der einheimischen Bevölkerung war und wie angespannt die Beziehungen zwischen den einzelnen Nationalitäten blieben. Der heftigste Widerstand gegen die „Fragebogenaktion“, bei der wieder einmal eine nationale Erklärung und Selbstzuordnung verlangt war, regte sich in geschlossenen Gruppen der masurischen und ermländischen Bevölkerung. Nach dem Stand zum 18. Mai 1952 wurden von den 466 505 Einwohnern (die gesamte Bevölkerung der Woiwodschaft nahm an der Aktion teil) 458 535 Fragebögen oder 98,3 % eingesammelt<sup>121</sup>.

Im Gegensatz zur Verifizierung in den vierziger Jahren, als den Einwohnern eröffnet wurde: „Ihr seid Polen und könnt nun Bürger des polnischen Staates werden“, wurde bei der „Fragebogenaktion“ jedem unter Bitten und Drohungen befohlen, eine Erklärung abzugeben, dass er Pole sei. Dies war ein grundlegender Unterschied, besonders für jene, die dem Namen oder der Herkunft nach Deutsche waren, oder diejenigen, die nach Deutschland ausreisen wollten. Beide wollten sich nicht als Polen ausgeben, da sie befürchteten, dadurch an ihren Ausreisep länen gehindert zu werden oder als Verräter am deutschen Volk dazustehen.

---

119 Archiwum Państwowe w Olsztynie (Staatsarchiv Allenstein, im Folgenden APO), KW PZPR w Olsztynie (Woiwodschaftskomitee der PVAP Allenstein), Az. 70/VI/23, Mitteilung über den Ablauf der Fragebogenaktion in der Woiwodschaft Olsztyn unter Berücksichtigung der Lage der autochthonen Bevölkerung (1952).

120 *Ebenda*.

121 APO, KW PZPR w Olsztynie, Az. 70/VI/23, Sekretariat des Ersten Sekretärs, Fragen zur autochthonen Bevölkerung (1950-1953)

Die 1952 vor dem Hintergrund der „Fragebogen- und Passaktion“ ausgelösten Widersprüche und Konflikte traten mit verschiedener Intensität bis zum Umbruch im Oktober 1956 auf. Sie nahmen 1954 an Stärke zu, als die Behörden begannen, die Verordnung Nr. 37/54 umzusetzen; d. h. die notwendigen Formalitäten zu erzwingen, die mit dem Ausfüllen von Meldeblättern und der Ausstellung von Personalausweisen verbunden waren. Im Bericht vom November 1954 wird festgehalten, dass man immer noch auf den Widerstand von 3 275 Masuren und Ermländern gestoßen sei.

Der Widerstand der masurischen und ermländischen Bevölkerung, aber auch der Schlesier im Oppelner Land, die ihre deutsche Volkszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit massenweise deklarierten und sich weigerten, die Fragebögen auszufüllen, rief die Zentralregierung in Warschau auf den Plan. Sie erarbeitete nun Pläne zur Erstückung dieses Widerstands. Im Extremfall wollte man die Widerspenstigsten in den Südosten Polens aussiedeln. Trotz weit gediegener Vorbereitungen entschlossen sich die Behörden jedoch nicht zur Umsetzung<sup>122</sup>.

Als einen anderer Ausdruck der Diskriminierung betrachteten weite Teile der einheimischen Bevölkerung das administrative Verbot die deutsche Sprache in jedweder Form zu benutzen, die Bekämpfung der deutschen Kultur und die Zwangspolonisierung der Nachnamen und in manchen Fällen auch der Vornamen. In den fünfziger Jahren herrschte unter den damaligen Machthabern bereits die Überzeugung vor, dass bis dahin „für eine Repolonisierung genügend Zeit gewesen ist und wer sich im Fragebogen als Deutscher ausgegeben hat, Deutsch spricht, der ist ein Feind oder zumindest ein unsicheres Element“.

In denjenigen Lokalgesellschaften, in denen die Einheimischen nicht die dominierende Gruppe stellten, waren trotz der verflossenen Zeit nach wie vor viele Antagonismen zwischen einzelnen regionalen Gruppen zu beobachten. Die zahlreichen Bemühungen der Behörden führten auch keine Lösung für das Problem der umstrittenen Bauernhöfe herbei, die eine „objektive“ Quelle für Konflikte und Verbitterung darstellten.

Dort aber, wo die Einheimischen die dominierende Gruppe stellten, traten auch gegensätzliche Situationen auf. Je mehr das Gefühl der Angst wuch und die Behörden die Wahrung von Interessen der Einheimischen garantierten, nahmen einige von ihnen, denen von ihrer polnischen Herkunft nur der Nachname geblieben war, der übrigens häufig gegen einen deutschen Namen ausgetauscht worden war, einen verdeckten oder gar einen offenen Kampf gegen alles Polnische auf.

---

122 Vgl. A. Sakson, *Tajny plan wysiedleń ludności rodzimej (mazurskiej) z 1952 roku w świetle dokumentów Archiwum Akt Nowych w Warszawie*, in: *Mniejszości narodowe w Polsce*, red. Z. Kurcz, Wrocław 1997, S. 119-126; ders., *Położenie ludności mazurskiej w powiecie Szczytno w latach 1950-1952 w świetle dokumentów Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej*, in: *Rocznik Mazurski* Bd. VII, 2003, S. 67-85.

Dies verstärkte Abneigung und Feindschaft gegen die einheimische Bevölkerung, denn diese Verhaltensweisen wurden in der Regel durch die Zuwanderer generalisiert und auf die Gesamtheit der einheimischen Bevölkerung bezogen.

Charakteristische Anzeichen für die Reaktion weiter Teile der ermländischen und masurischen Bevölkerung auf die damals herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und auf die Diskriminierung waren neben dem Widerstand gegen die „Fragebogen- und Passaktion“ auch die Abneigung, sich gesellschaftlich zu engagieren, die Zunahme verdeckter und offener Identifikation mit dem deutschen Staat und Volk sowie die zunehmende Zahl derer, die eine Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland bzw. in die DDR beabsichtigten oder in die Tat umsetzten.

Eine begrenzte Ausreiseaktion aus Polen wurde bereits 1950 eingeleitet, als die polnische Regierung durch Vermittlung britischer Behörden und unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes Ausreisen nach Deutschland im Rahmen der Familienzusammenführung gestattete. Diese Aktion, bekannt als *Operation Link*, dauerte vom März 1950 bis Ende 1951 und sollte ausschließlich deutsche Volkszugehörige erfassen; in dieser Zeit reisten etwa 44 000 Menschen aus Polen aus<sup>123</sup>. Der Aktion ging die Erstellung von Listen mit Namen der Ausreisewilligen voran. Bei fälscher Auslegung der Aktionsansätze durch die lokalen Behörden (wie beispielsweise im Kreis Szczytno) rief dies entsprechende Emotionen und Ängste hervor. Einerseits wurden Massenausiedlungen befürchtet, andererseits sahen manche die Möglichkeit gekommen, Polen auf legalem Wege den Rücken zu kehren, worum sie sich zuvor bemüht hatten. Laut damaligen westdeutschen Angaben ersuchten nicht weniger als 35 000 Personen um die Ausreise aus Erm-land und Masuren. Ähnliche Emotionen rief das Regierungsabkommen zwischen Polen und der DDR hervor, das nach Konsultationen vom 21. Januar bis 1. Februar 1952 geschlossen wurde und die Familienzusammenführung zum Gegenstand hatte, die auch als Repatriierung der Deutschen aus Polen bezeichnet werden kann. Im Rahmen dieses Abkommens reisten ca. 108 000 Menschen zwischen 1952-1955 in die DDR aus.

In jener Zeit verließen 1 170 Personen die Woiwodschaft Olsztyn Richtung DDR und 1 200 Richtung Bundesrepublik, in erster Linie Vertreter der masurischen Bevölkerung<sup>124</sup>.

123 Vgl. J. Sobczak, *Przesiedleńcy w Niemieckiej Republice Federalnej*, Poznań 1962, S. 75 f.

124 *Das Ostpreußenblatt* 1952, Nr. 9, S. 25; K. Urban, *Z zagadnień polityki wyznaniowej władz PRL wobec kwestii mazurskiej w początku lat pięćdziesiątych*, in: *Zapiski Historyczne* 1995, Nr. 1, S. 83. Vgl. auch Sychowicz, *Apogeuum czy schyłek stalinizmu? Aparat represji wobec ludności autochtonicznej w powiatach Elk – Goldap – Olecko w latach 1953-1956*, in: *Pogranicza. Ludzie pogranicza*, red. W. Brenda, J. Kielbik, Olsztyn 2009, S. 280-298.

Die Jahre 1947-1951 bildeten die schwierigste und zugleich dramatischste Zeit für die ukrainische Bevölkerung in Ermland und Masuren. Von den Sicherheitsbehörden und der ablehnend eingestellten Umgebung eingeschüchtert und terrorisiert, voll Befürchtungen, was ihnen die Zukunft wohl bringen würde, schotteten sich die Ukrainer ab und bildeten ein „ukrainisches Ghetto“. Bezeichnend für die Distanz der Behörden zu dieser Bevölkerung war die Forderung, sie nicht mehr als „Ukrainer“, sondern als „aus den Woiwodschaften Lublin und Rzeszów umgesiedelte Bevölkerung“ zu bezeichnen<sup>125</sup>.

Unter diesen Bedingungen stellte die ukrainische Bevölkerung keinerlei Forderungen mehr und erhob auch keine Ansprüche auf Selbstorganisation oder die Pflege der eigenen Tradition und Nationalkultur. Am günstigsten gestaltete sich die Lage in den Gemeinschaften, in denen die Ukrainer und Lemken dominierten. Dies war in vielen grenznahen Ortschaften im Norden der Woiwodschaft Olsztyn der Fall. Dort waren Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre erste Anzeichen für kulturelle und religiöse Aktivitäten dieser Bevölkerung zu beobachten.

Seit 1949 erfuhr die Politik gegenüber der ukrainischen Bevölkerung eine gewisse, wenn auch nicht dekretierte, Liberalisierung.

Herausragende Bedeutung für die behördliche Politik gegenüber den Ukrainern besaß der im April 1952 gefasste Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der PVP, des tatsächlichen damaligen Zentrums politischer Entscheidungen, „über die Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der ukrainischen Bevölkerung in Polen und zur Intensivierung der politischen Arbeit“.

Der entscheidende, oder auch „bahnbrechende“ Charakter dieses Beschlusses manifestierte sich in konkreten Bestimmungen, unter anderem zur Regelung von Eigentumsfragen (darunter Tilgung zahlreicher Forderungen und Gewährung von Krediten), zur Erfüllung von kulturellen Bedürfnissen, zur Einführung der ukrainischen Sprache an den Schulen, zur „Einbeziehung“ der Bevölkerung in die „örtlichen Verwaltungsorgane“, zur Regelung von Religionsfragen und zur Bildung „örtlicher ukrainischer Kulturvereine“<sup>126</sup>.

Überragende Bedeutung für die „neue Politik“ gegenüber den Ukrainern hatten die Beschlüsse über das Schulwesen, die die Rechtsgrundlagen für den Ukrainischunterricht schufen. Aufgrund des Beschlusses des Politbüros des Zentralko-

125 I. Hrywna, *Życie społeczno-kulturalne Ukraińców na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 1996 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 8.

126 APO, PWRN w Olsztynie (Staatsarchiv Allenstein, Präsidium des Woiwodschafts-Nationalrats Allenstein), Az. H/91/18/129, Informacja o stanie i położeniu ludności z akcji „W“ na terenie Węgorzewa i Górowa II. oraz sprawozdania z powiatu Lidzbark Warmiński i Susz (Mitteilung über den Stand und die Lage der durch die Aktion Weichsel erfassten Bevölkerung in Węgorzewo und Górowo Hławieckie sowie Berichte aus den Kreisen Lidzbark Warmiński und Susz) (1952), S. 18-23, 29-44 und 131-137.

mitees der PVAP wurde auf Anweisung des Woiwodschafskomitees Olsztyn in 13 Landkreisen eine Zählung ukrainischer Kinder durchgeführt. Es zeigte sich, dass Schüler ukrainischer Nationalität nicht weniger als 408 der 825 überprüften Schulen besuchten. In 143 Schulen waren es mehr als zehn ukrainische Schüler. Somit konnte dort laut Gesetz auch Ukrainischunterricht angeboten werden. Die meisten Schulen mit ukrainischen Kindern gab es in folgenden Kreisen: Górowo Haweckie (32 von insgesamt 35 Schulen), Pasłek (44 von 49) und Węgorzewo (55 von 63). Es war geplant, in der Woiwodschaft Olsztyn 20 Stützpunkte für Ukrainischunterricht einzurichten. Letzten Endes gab es im Schuljahr 1953/1954 fünf Stützpunkte, davon drei im Kreis Górowo und zwei im Kreis Kętrzyn. Dort nahmen 133 Kinder am Ukrainischunterricht teil. Im Laufe der Zeit stieg diese Zahl, und 1955 gab es 16 solcher Unterrichtsstützpunkte in der Woiwodschaft Olsztyn. Die Gründe für die Bildung einer so kleinen Zahl von Einrichtungen für den Ukrainischunterricht waren vielfältig. Die Angst der Eltern vor Diskriminierung, besonders in den gemischten Regionen, war das Haupthindernis. In Regionen, in denen die Ukrainer die Mehrheit stellten, waren dagegen die Passivität und der mangelnde Glaube, überhaupt etwas zu bewirken, ausschlaggebend.

In den Jahren 1950/1951 konnte man eine gewisse kulturelle Belebung unter der ukrainischen Bevölkerung beobachten, als erste künstlerische Laienensembles gegründet wurden<sup>127</sup>.

Der Stalinismus war in Ermland und Masuren von besonders „reiner“ Prägung, weil die politischen und administrativen Entscheidungen einzelner Instanzen nicht durch Traditionen der polnischen Staatlichkeit gehemmt wurden. Gegenstand der Politik waren hier desintegrierte lokale Gemeinschaften, die, da ihnen die Kraft langjähriger Traditionen, ein Solidaritätsgefühl und innerer Zusammenhalt, wie es sie in den „alten“ Landesteilen Polens gab, abgingen, der Instrumentalisierung und vielfältigen Manipulationen wehrlos ausgeliefert waren. Das Ermland, Masuren und die gesamten West- und Nordgebiete wurden zu einem bequemen Versuchsfeld nicht nur für die forcierte ländliche Kollektivierung, sondern sie verfügten auch über ein geeignetes „Material“ für die Bildung des neuen „sozialistischen Menschen“, losgelöst von Traditionen, ohne regionale Bindung, vor Demagogie und Populismus nicht gefeit.

Die Allmacht und der Terror der Sicherheitsdienste – der Hauptpfeiler der stalinistischen Macht – warfen lange Schatten auf das gesamte soziale Gefüge in Ermland und Masuren. Die Beziehungen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen wurden hier gewissermaßen „auf Eis gelegt“. Die Menschen fürchteten sich, ihre Eigenart zu manifestieren. Die Art des Abschlusses der nationalen Verifizierung sowie der Verlauf der „Fragebogen- und Passaktion“ bestärkten unter den

127 T. Bierkowski, *Spoleczny ruch kulturalno-oświatowy na Warmii i Mazurach w latach 1945-1970*, Bydgoszcz/Olsztyn 1980, S. 153.

Alleinwohnern der Region nicht nur das Misstrauen gegen die neuen Machthaber und das Polentum, sondern führten zur Abschottung in der eigenen Gruppe im Gefühl eines unverdienten Unrechts. Die polnischen „Vertriebenen“ lebten über Jahre hinweg mit dem Gefühl der Vorläufigkeit, und es musste viel Wasser die Alle hinabfließen, ehe sie Kisten und Koffer auspackten. Der Isolationismus der Ukrainer hat ein nationales Ghetto mit all seinen Folgen entstehen lassen.

Das nach dem Krieg in einem bisher ungekannten Ausmaß um sich greifende Denunziantentum, Spitzelei, die kramphafte Suche nach dem „Klassenfeind“, dem „Agenten des US-amerikanischen Imperialismus und des westdeutschen Revisionismus“, nach „ukrainischen Nationalisten und Faschisten“ oder „antisowjetischen Elementen“ unter den „Repatriierten von jenseits des Bug“ beeinflussten grundlegend die Ausgestaltung sozialer Bande. Die Beziehungen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen beschränkten sich oftmals auf das nötige Minimum an nachbarschaftlichen Kontakten. Man versuchte, die meisten Probleme innerhalb seiner eigenen Volks- oder territorialen Gruppe zu lösen, unter Menschen, denen man vertraute. Trotzdem belegt die Lektüre der Berichte der Sicherheitsdienste, dass sie über Agenten und Provokateure in jedem Milieu verfügten.

Entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Prozesse und der nationalen Beziehungen hatte auch die von oben verordnete und erzwungene Kollektivierung der Landwirtschaft. Sie wurde in den nördlichen Randgebieten Ermlands und Masuren besonders stark forciert. Ein System von Pflichtkontingenten, Steuerzuschlägen und anderen wirtschaftlich-finanziellen Schikanen wirkte sich stark auf die Haltung der gesamten Einwohnerschaft der Region aus<sup>128</sup>.

Die Produktionsgenossenschaften, die damals umgangssprachlich als Kolchosen bezeichnet wurden, entstanden gegen den Willen der ländlichen Bevölkerung besonders in den Wiedergewonnenen Gebieten<sup>129</sup>. Die kommunistischen

---

128 Tomkiewicz, *Olsztyńska Delegatura Komisji Specjalnej do Walki z Nadużyciami i Szkodnictwem Gospodarczym 1945-1954*, Olsztyn 1995; *Komisja Specjalna do Walki z Nadużyciami i Szkodnictwem Gospodarczym 1945-1954. Wybór dokumentów*, wstęp i oprac. D. Jarosz, T. Wolsza, Warszawa 1995. Ein Befürworter drakonischer Methoden war der damalige Woiwode von Olsztyn Mieczysław Moczar. Vgl. K. Lesiakowski, *Mieczysław Moczar jako wojewoda i przewodniczący Prezydium Wojewódzkiej Rady Narodowej w Olsztynie (1948-1952)*, in: *Zapiski Historyczne* 1995, Nr. 1, S. 57-72.

129 Die neue Verwaltungsgliederung des Landes vom 6. Juli 1950 führte 17 Woiwodschaften ein. Damals wurden die Wiedergewonnenen Gebiete, zu denen die bis 1938 zum Dritten Reich gehörenden Gebiete (einschließlich der Freien Stadt Danzig) zählten, unter elf Woiwodschaften aufgeteilt. Sechs Woiwodschaften (Koszalin/Köslin, Opole/Oppeln, Olsztyn, Szczecin/Stettin, Wrocław/Breslau und Zielona Góra/Grünberg) wurden ausschließlich auf dem Territorium der Wiedergewonnenen Gebiete gebildet, in den Grenzen von fünf Woiwodschaften befanden sich sowohl Wiedergewonnene als auch Altgebiete.

Machthaber waren überzeugt, der Widerstand ließe sich in diesen Gebieten, wo sich noch keine geschlossenen lokalen Gemeinschaften herausgebildet und keine entsprechend starken sozialen Bindungen entwickelt hatten, leichter brechen. Damit wurde an die Idee angeknüpft, einen neuen sozialistischen Menschen zu erschaffen, der im Zuge der Sowjetisierung und Stalinisierung auch im polnischen Teil Ostpreußens entstehen sollte. In den Wiedergewonnenen Gebieten wurde die Kollektivierung zusätzlich durch die Tatsache begünstigt, dass das meiste Land dem Fiskus gehörte, und dass es hier gewisse Formen der gemeinsamen Wirtschaftsführung in Form von Siedler- und Parzellierungsgenossenschaften gab. Aus diesem Grund wurden bis Mitte 1950 von den landesweit 911 Produktionsgenossenschaften nicht weniger als 835 in den West- und Nordgebieten errichtet<sup>130</sup>.

Laut Angaben vom 30. Juni 1951 wurden in der Woiwodschaft Olsztyn 131 Produktionsgenossenschaften gegründet. In den folgenden Jahren stieg ihre Zahl kontinuierlich. 1952 waren es 451, 1953 473, 1954 516, 1955 wurde der Höchststand von 539 erreicht. In diesem Jahr bewirtschafteten sie insgesamt etwa 7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche und vereinten die relativ geringe Zahl von 7 000 Mitgliedsfamilien (landesweit 9,2 % und 188 000 Familien). Anfang 1956 gab es noch 535 Genossenschaften, die insgesamt über 84 100 Hektar Land verfügten. Sie spielten somit keine größere Rolle in der lokalen Landwirtschaft<sup>131</sup>.

---

Dies war der Fall bei den Woiwodschaften Gdańsk und Olsztyn (der letztgenannten Woiwodschaft wurde unter anderen der vor dem Krieg zu Polen gehörende Kreis Lubawa angegliedert). Drei Woiwodschaften (Katowice/Kattowitz, Poznań/Posen und Białystok, der nun drei masurische, vor 1945 ostpreußische Kreise, angehörten, d. h. Elk, Goldap, Olecko, kurz EGO) wurden wegen ihres geringen Anteils Wiedergewonnener Gebiete seit dieser Verwaltungsreform nicht mehr als West- und Nordgebiete (ZZiP) bezeichnet. Dies hatte für die dortige (z.B. masurische) Bevölkerung wie auch für die wirtschaftliche Entwicklung mannigfaltige Folgen. Die acht ZZiP-Woiwodschaften hatten eine Gesamtfläche von 105 800 km<sup>2</sup> und waren somit um 3 000 km<sup>2</sup> größer als die Wiedergewonnenen Gebiete. I. Sobczak, *Ludność Ziemi Zachodnich i Północnych Polski – dynamika i struktura*, in: *Ziemia Zachodnie i Północne Polski w półwieczu 1945-1995*, Toruń 1997, S. 33 f.; A. Toczewski, *Migracje ludności w Polsce Zachodniej i Północnej w latach 1949-1956*, in: *Ziemia Zachodnie i Północne Polski w okresie stalinowskim*, red. Cz. Osękowski, Zielona Góra 1999, S. 59 f.

130 Skobelski, *Ziemia Zachodnie...*, S. 139.

131 Erste Produktionsgenossenschaften wurden in der Woiwodschaft Olsztyn um die Jahreswende 1948-1949 in den Dörfern Jegławki (Jäglack, Kr. Kętrzyn), Oterki (Klein Ottern, Kr. Biskupiec) und Nibork Drugi (Kreis Nidzica) gegründet. Nach 1955 ging diese Zahl – ähnlich wie in ganz Polen – radikal zurück (1956 auf 58, 1957 auf 43, 1965 auf 23 und 1969 auf 18). *Województwo Olsztyńskie. Monografia ekonomiczno-społeczna 1945-1969*, Wrocław 1974, S. 112 f. Vgl. auch: B. Turower, *Kolektywizacja olsztyńskiej wsi w latach 1949-1956 i jej następstwa*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2009, Nr. 4, S. 533-543; Z. Wóycicka, *Od Weepers do Wieprza. Dzieje pewnej wioski w Olsztyńskim w la-*

Die Produktivität dieser Produktionsgenossenschaften war niedrig, was unter anderem auf die Tatsache zurückzuführen war, dass die meisten von ihnen unter Zwang gegründet wurden.

Eine andere Auswirkung der stalinistischen Agrarpolitik war das System überhöhter Steuern und Pflichtkontingente. Dies führte dazu, dass die Bauern die von ihnen in den Wiedergewonnenen Gebieten übernommenen Agrarbetriebe eigenmächtig aufgaben, was in den Altgebieten gar nicht vorkam. Zu diesem Schritt entschlossen sich vornehmlich Bauern aus Zentralpolen, die meist auf ihre angestammten Höfe zurückkehrten. Über eine derartige Möglichkeit verfügten die Grenzländer schon deswegen nicht, weil ihr früherer Landbesitz nun im Ausland lag.

In den Jahren 1950-1952 gaben 3 400 Bauernfamilien ihre Höfe in der Woiwodschaft Olsztyn auf, während knapp 4 500 Landwirte Anträge auf Landverzicht stellten<sup>132</sup>. 1948 wurden 977 solche Gesuche eingereicht, 1950 2 699, 1951 3 315 und im Jahr 1952 1 398<sup>133</sup>.

1953 waren hier 722 Fälle von eigenmächtiger Aufgabe des Landes zu verzeichnen, 744 Höfe wurden vom Staat übernommen. Bis Ende 1955 wurden in der Woiwodschaft Olsztyn insgesamt 592 Höfe aufgegeben<sup>134</sup>.

Da sich die Regierung in Warschau darüber im klaren war, dass die Woiwodschaft Olsztyn, neben den Woiwodschaften Lublin und Białystok, in wirtschaftlicher Hinsicht landesweit am stärksten benachteiligt war (sie nahm 6,7 % der Landesfläche ein, aber es lebten hier nur 2,8 % aller Einwohner), beabsichtigte sie, in dieser Region während des Sechsjahresplans (1950-1955) 14 große Betriebe zu

tach 1945-1956, in: A. Nowakowska, Z. Wóycicka, *Etniczna polityka komunistów. Dwa casusy*, Warszawa 2010, S. 87-105; D. Jarosz, *Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948-1956 a chłopi*, Warszawa 1998, S. 108-110; *Pomorze Zachodnie w polityce gospodarczej Polski w latach 1950-1960*, Szczecin 2006, S. 119; B. Cimała, *Kolektywizacja wsi opolskiej*, Opole 1995, S. 184-234.

132 Skobelski, *Ziemie Zachodnie...*, S. 139

133 T. Skonieczny, *Zrzekanie się gospodarstw rolnych na Ziemiach Zachodnich i Północnych w okresie intensywnej kolektywizacji (1948-1956)*, in: *Demografia i społeczeństwo Ziemi Zachodnich i Północnych 1945-1995. Próba bilansu*, red. E. Frątczak, Z. Strzelecki, Warszawa 1996, S. 538.

134 Skobelski, *Ziemie Zachodnie...*, S. 70. Am stärksten fiel das in den nördlichen, an die UdSSR grenzenden Kreisen mit der geringsten Siedlungsattraktivität ins Gewicht. Im Kreis Bartoszyce lebten 1939 79 300 Menschen, während es 1947 nur 18 300 waren. Im Jahr 1951 stieg diese Zahl auf 34 500 und 1956 auf 42 000. 1939 betrug die Bevölkerungsdichte in diesem Kreis 67 Einwohner auf 1 km<sup>2</sup>. 1947 waren es 15, 1951 29 und 1956 37 Einwohner je 1 km<sup>2</sup> (1969 waren es 45 Einwohner). *Województwo Olsztyńskie. Monografia...*, S. 522-524.

errichten und die Siedlungsaktion weiter voranzureiben (die Bevölkerungslücke gegenüber 1939 betrug mehr als 140 000 Personen).

Diese Pläne ließen sich nur in geringem Maße verwirklichen. Das Ermland und Masuren wurden weiterhin zu den peripheren Regionen Polens gezählt.

Trotz des Klimas der Einschüchterung, vielfältiger Schikanen oder des Isolationismus einzelner Gruppen während der Stalin-Zeit ging das gesellschaftliche Leben seinen Gang. Im Laufe der Zeit gerieten die Erinnerungen an Kriegsgräu- el, Unrecht und Leid in Vergessenheit. Mischehen zwischen Vertretern einzelner Bevölkerungsgruppen waren nichts Außerordentliches mehr. Die Tätigkeit von Schulen, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen, Massenmedien, Kirchen und anderen Institutionen nivellierte die drastischsten Formen der Feindseligkeit. Im Laufe der Zeit wurden Deutsche und Ukrainer nach und nach als ein „Feind“ akzeptiert, mit dem man wohl oder übel auszukommen hat. Der „bekannte Feind“ steht einem oft näher als der „neue“, der aus einer anderen Region kommt.

Vom Ausmaß der verborgenen Spannungen und der Distanz zwischen einzelnen Gruppen sollten bald schon die Geschehnisse zeugen, die durch das politische „Tauwetter“ und die „Oktober-Umwälzungen“ in den Jahren 1955-1956 in Gang gesetzt wurden.

### **3.2. Vom Oktober 1956 bis zum Untergang des real existierenden Sozialismus**

Die Mitte der 1950er Jahre in Polen eingeläutete Entstalinisierung, in deren Zuge unter anderem das gesellschaftliche Leben demokratisiert, die Abhängigkeit von der UdSSR verringert, auf die Agrarkollektivierung verzichtet, die Beziehungen mit der katholischen Kirche geregelt wurden usw., hatte einen starken Einfluss auf den Verlauf der gesellschaftlichen Prozesse in Ermland und Masuren.

Die Oktober-Wende veränderte die Lage einzelner Bevölkerungsgruppen in Ermland und Masuren grundlegend. Aus Sicht der Masuren, Ermländer und Deutschen war das Wichtigste die Möglichkeit, nach Deutschland ausreisen zu können. Diejenigen, die aus den östlichen Grenzlanden kamen, erhofften eine geänderte Grenzziehung im Westen wie im Osten, da sie meinten, unter den neuen politischen Bedingungen müssten „die Sowjets das ‚geliebte Wilna und Lemberg‘ zurückgeben“. Unter der ukrainischen Bevölkerung wurden immer mutiger Forderungen nach ihrer Heimkehr artikuliert. Alle pochten auf Genugtuung, für das erlittene Leid und die Demütigungen<sup>135</sup>.

---

135 *Październik 1956 na Ziemiach Zachodnich i Północnych. Materiały seminarium naukowego, Mierki k. Olsztyna, wrzesień 1996*, red. W. Wrzesiński, Wrocław 1997; *Rok 1956*

Ein neues Problem, das bald auftreten sollte, war die sog. „zweite Repatriierung“ der polnischen und jüdischen Bevölkerung aus der UdSSR. Alle Zeichen standen also darauf, dass es zu neuen Massenwanderungen kommen würde, die sich auf das gesellschaftliche Klima und die Nationalitätenverhältnisse sowie auf die Einstellungen und die Verhaltensweise der gesamten Einwohnerschaft auswirken würden.

Im Herbst 1955 übten Masuren und Ermländer heftige Kritik an der Vorgehensweise der Behörden und formulierten verschiedenste Bedürfnisse und Forderungen. Diese „Revolution von unten“ fand sowohl in Olsztyn, der Regionalhauptstadt, als auch in einer Reihe kleinerer Städte statt.

Eine Art Restimee dieser mannigfaltigen Forderungen der Ermländer und Masuren sowie der lebhaften Diskussion in der lokalen Presse lieferte eine „Denkschrift der Abordnung der Ermländer und Masuren“, die am 4. Dezember 1956 den höchsten Partei- und Staatsgremien übergeben worden war. Auf 17 Typoskriptseiten wurde eine ganze Palette an Feststellungen und Forderungen formuliert. Es wurden Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit gefordert<sup>136</sup>.

Im Zuge dieses Wandels war in Nidzica ein Interimsrat der Einheimischen Aktivisten (*Tymczasowa Rada Działaczy Miejscowego Pochodzenia*) ins Leben gerufen worden, der allerdings von den Behörden nicht anerkannt wurde. Der Vorwurf des „Separatismus“ verhinderte die gerichtliche Eintragung dieses Vereins. Eine Initiative im regionalen Maßstab war dagegen die am 30. Januar 1957 in Olsztyn gegründete Sozial-Kulturelle Gesellschaft für Ermland und Masuren (*Warmińsko-Mazurskie Towarzystwo Społeczno-Kulturalne, WMTSK*). Sie verschrieb sich der Pflege regionaler Traditionen und richtete ihre Tätigkeit vornehmlich an die ermländische Bevölkerung. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Paweł Sowa, ein Aktivist der Zwischen- und unmittelbaren Nachkriegszeit, gewählt. Eines der wichtigsten Ziele der Gesellschaft war die Überwindung von Barrieren zwischen den Eingesessenen und den Zuwanderern, um so die beiden Gruppen „zu einer polnischen Familie“ zu verbinden. Realisieren wollte man dieses Programm im Rahmen von wirtschaftlicher Tätigkeit, die die finanzielle Unabhängigkeit gewährleisten sollte, Interventionstätigkeit, umfassend Rechtsschutz und Fürsorge für Einheimische (soziale Fürsorge, Rechtsberatung, Popularisierung von Persönlichkeiten und Familien, die sich um das Polentum verdient

---

*na Warmii i Mazurach. Wybór źródeł*, wydał B. Łukaszewicz, Olsztyn 1998; *Lata 1956-1970 na Pomorzu Zachodnim. Oczekiwania i rzeczywistość*, red. H. Komarnicki, K. Kozłowski, Szczecin 1999.

136 Vgl. A. Sakson, *Sytuacja ludności warmińskiej i mazurskiej w świetle memoriału delegacji Warmiaków i Mazurów z 1956 oraz „Apelu przedstawicieli olsztyńskich stowarzyszeń twórczych i naukowych w sprawie wyjazdów ludności rodzimej do RFN“ z 1981*, in: *Przegląd Zachodni* 2005, Nr. 3, S. 203-218.

gemacht haben) und Kulturtätigkeit (unter anderem Vorträge, Verlagswesen, Eröffnung von Kulturräumen, Gründung von Volksensembles usw.). 1957 unterhielt die WMTSK vier lokale Zirkel (in Nidzica, Ostróda, Szczytno und Mrągowo). Ein Jahr darauf wurden weitere in Bartąg (Bertung), Stawiguda (Stabigotten), Gietrzwałd (Dietrichswalde), Zielonka (Zielonken) und Łęgajny (Lengeinen) gegründet. Während der intensiven Betätigung in den Jahren 1958-1959 gehörten der Gesellschaft mehr als 400 Mitglieder an (die meisten von ihnen aus der Intelligenz). Die Gesellschaft unterhielt unter anderem einen Musikzirkel in Reszel und ein Dorfkulturhaus in Gietrzwałd.

Von herausragender Bedeutung für die Belebung des erstarrten sozial-kulturellen Lebens in Ermland und Masuren war der am 27. November 1956 gegründete sozial-kulturelle Verband SSK „Pojezierze“ (Seenplatte). Die Begründer und späteren Aktivisten dieses Verbandes rekrutierten sich aus verschiedenen Intellektuellenkreisen. Unter ihnen gab es auch eine aktive Gruppe von Vertretern der masurenischen Bevölkerung mit den Sejm-Abgeordneten Walter Późny, Gerard Skok und Bohdan Wilamowski. Zum ersten Verbandspräsidenten wurde ein anderer Masure aus dem Soldauer Gebiet, Hieronim Skurpski, gewählt.

War die Tätigkeit der WMTSK auf die Einheimischen ausgerichtet, so hegte der Verband SSK „Pojezierze“ größere Ambitionen. Sein Ziel war es, alle Einwohner der Region, und zwar über die Woiwodschaft Olsztyn hinaus, stärker für die gesellschaftlich-kulturelle Betätigung zu gewinnen. Der Verband war „1956 die einzige Kulturgesellschaft in Polen, die die kulturellen Probleme der eigenen Region in den Kontext der Kulturprovinz im weiteren Sinne stellte“. Der Verband „Pojezierze“ gehörte zu den Verbänden mit der dynamischsten Entwicklung in Polen. Er setzte eine Reihe neuartiger Vorhaben und Initiativen um. Sowohl in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre als auch in den sechziger Jahren verzeichnete der Verband einen regen Zuwachs der Mitgliederzahl (von 58 im Jahr 1958 über 433 im Jahr 1964 bis hin zu 650 im Jahr 1966); es wurden Außenstellen in Olsztyn, Lidzbark, Reszel, Pasłęk, Karolewo, Elbląg und Młynary (Mühlhausen) gegründet. Der Verband „Pojezierze“ gab unter anderem das Wochenblatt „Panorama Północy“ (Nordpanorama, 1957-1961), die Zweiwochenschrift „Warmia i Mazury“ (1958-1967), „Nowiny Północne“ (Neuigkeiten des Nordens) in Bartoszyce sowie den Kalender „Kalendarz Warmii i Mazur“ heraus.

Da es nicht möglich war, dem 1945 gegründeten Masuren-Institut einen offiziellen institutionellen Rahmen zu verleihen (wie das nach 1956 bei anderen Regionalinstituten in Opole, Gdańsk bzw. Katowice der Fall war), beschlossen die dem Verband „Pojezierze“ nahestehenden Aktivisten und Wissenschaftler, am 28. März 1961 das Wissenschaftliche Forschungszentrum Wojciech Kętrzyński in Olsztyn zu gründen. Über Jahre hinweg war es die einzige wissenschaftliche

Einrichtung, die sich so eingehend mit der Erforschung der Vergangenheit und des zeitgenössischen Geschehens in der Region befasste.

Der soziokulturelle Verband „Pojezierze“ kreierte auch viele andere Unternehmungen zur kulturellen Aktivierung lokaler Kreise (Popularisierung der Volkskunst und Heimatkunde, Autorentreffen, Kunstausstellungen, Vorlesungen usw.). Es wurde ferner mit erfolgreichen Wiederaufbau- und Restaurierungsarbeiten an vielen Architekturdenkmälern begonnen (unter anderem in Barczewo, Reszel, Bęsia/Bansen). An verschiedenen Vorhaben des Verbandes „Pojezierze“ nahmen viele Masuren, Ermländer, ehemalige Grenzländer, Ukrainer, Altgläubige und Weißrussen teil.

Anzeichen einer ersten Belebung unter den Einwohnern des früheren Ostpreußens konnten bereits 1955 festgestellt werden, als die legale Ausreise, nach Deutschland möglich wurde. Aufgrund des Drucks von unten legten die Warschauer Behörden in einem Schreiben vom 16. April 1955 die Ausreisekriterien nach der Bundesrepublik und der DDR fest. Der spätere Beschluss des Zentralkomitees der PVAP vom Dezember 1955 sanktionierte diesen Zustand. Geplant war, dass exakt definierte kleine Gruppen von Deutschen, Masuren und Ermländern von dieser Ausreiseaktion erfasst würden<sup>137</sup>. Durch den gesellschaftspolitischen Wandel von 1956 änderte sich die Lage radikal. Die Ausreiseaktion nach Deutschland nahm schnell Massencharakter an. Ausreiseanträge wurden von ganzen Familien und Dorfgemeinschaften gestellt. In den Jahren 1956-1958 herrschte ein wahres „Ausreiseieber“. Beschlüsse über Ausreisen nach Deutschland fielte zunächst ein am 18. April 1956 vom Vorsitzenden des Ministerrates kraft der Verordnung Nr. 105 eingesetzter interministerieller Ausschuss aus Vertretern des Außen- und des Innenministeriums sowie des Komitees für öffentliche Sicherheit. Später wurden diese Belange von Kommissionen für Familienzusammenführung übernommen, die bei den Präsiden der Woiwodschafts-Nationalräte angesiedelt waren. Die Ausreisepapiere stellten die Woiwodschaftskommandanturen der Bürgermiliz aus.

In den Jahren 1956-1959 reisten 38 407 Personen aus Ermland und Masuren aus, davon 34 187 in die Bundesrepublik Deutschland und 4 220 in die DDR. Dies waren über 30 % der gesamten einheimischen und deutschen Bevölkerung im Jahr 1955. Unter den Aussiedlern überwogen deutsche Masuren (1957 reisten beispielsweise 1 703 Ermländer aus dem Kreis Olsztyn und 3 743 Masuren aus dem Kreis Mrągowo aus). 1957 war auch das Jahr, in dem die Ausreiseaktion

---

137 APO, KW PZPR w Olsztynie (Staatsarchiv Olsztyn, Woiwodschaftskomitee der PVAP in Olsztyn), Az. 1141/583, Schreiben des Ministeriums des Inneren (Hauptabteilung Verwaltungs- und Soziale Belange) vom 16. April 1955 (geheim). In den Kreisen Mrągowo, Szczytno und Barczewo wurden je 1 500 Ausreiseanträge gestellt. Insgesamt wurden ca. 6 300 Gesuche eingereicht, von denen „etwa 4 000 Personen gegenüber Polen entschieden feindlich eingestellt sind und hartnäckig ausreisen wollen“.

ihren Höhepunkt erreichte. Nach dem offiziellen Abschluss, genauer gesagt der Unterbrechung der Familienzusammenführung<sup>138</sup> 1958 war die in Polen lebende Bevölkerung des ehemaligen Ostpreußen auf ca. 70 000 Personen zurückgegangen, von denen nach damaligen amtlichen Angaben etwa 60 %, d.h. knapp 42 000 Menschen, weiterhin die Ausreise beantragten.

Die Ausreisen ehemaliger Bewohner Ostpreußens, die 1956 massiv einsetzten und mit unterschiedlicher Intensität bis in die neunziger Jahre andauerten, sollten fortan zu einem festen desintegrierenden Bestandteil der nationalen und sozialen Verhältnisse in Ermland und Masuren werden<sup>139</sup>.

Die Umwälzungen von 1956 eröffneten ein neues Kapitel in der Geschichte der ukrainischen Bevölkerung und anderer nationaler und ethnischer Minderheiten. Sie schufen neue Handlungsmöglichkeiten und trugen zur gesellschaftlichen Aktivierung bei. Diese äußerte sich unter anderem in der allmählichen Überwindung der Abschottung und gewissen „Gettoisierung“, in der einzelne Minderheiten lebten. Von wesentlicher Bedeutung für diese Prozesse war auch die neue Nationalitätenpolitik der Regierung.

1959 lebten in der Woiwodschaft Olsztyn 53 400 Ukrainer, was 6,9 % der Gesamtbevölkerungszahl der Woiwodschaft ausmachte. Die größten Zentren waren ähnlich wie 1947-1948 die Kreise: Górowo Iławeckie (5 200 Personen oder 36,5 % der Gesamtbevölkerungszahl des Kreises), Pasłęk (6 016 oder 19 %), Węgorzewo (5 500 oder 19,2 %), Braniewo (5 678 oder 15 %), Kętrzyn (5 324 oder 9,7 %), Morąg (4 634 oder 10,5 %), Giżycko (3 584 oder 9,7 %), Susz/Iława (2 978 oder 5,9 %), Bartoszyce (2 758 oder 10,5 %), Lidzbark (2 896 oder 5,9 %), Ostróda (1 775 oder 3,2 %), Nidzica (1 320 oder 5,5 %), Szczytno (784 oder 1,8 %), Mragowo (749 oder 1,9 %), Pisz (353 oder 17,7 %) und Barczewo (336 oder 0,9 %).

Ein anderer sichtbarer Effekt der Umwälzungen von 1956 war die Entwicklung des Minderheitenschulwesens. In der Woiwodschaft Olsztyn stieg die Zahl der Unterrichtsstützpunkte für die ukrainische Sprache auf 36 (hauptsächlich in den Kreisen Kętrzyn, Węgorzewo und Giżycko). Es wurden zwei ukrainische Schulen eröffnet: in Sągńity (Sangnitten) bei Górowo und in Banie Mazurskie.

---

138 Ausreiserechtigt waren damals Ledige oder „sofern Ehegatten, Eltern, Kinder oder jüngere Geschwister betroffen sind“, APO, KW PZPR w Olsztynie (Staatsarchiv Olsztyn, Woiwodschaftskomitee der PVAP in Olsztyn), Az. 1141/583, Schreiben des Ministeriums des Inneren (Hauptabteilung Verwaltungs- und Soziale Belange) vom 16. April 1955 (geheim).

139 Mehr zum „Ausreisefieber“ und der sozialen Desintegration (Zerfall) der Gemeinschaft der alteingesessenen Bevölkerung und deren Folgen in meiner Arbeit *Mazury – społeczność pogranicza*, Poznań 1990, S. 153-223.

In den ukrainischen Klassen der Pädagogischen Oberschule Bartenstein wurden einige Fächer auf Ukrainisch unterrichtet.

Im Schuljahr 1957/1958 lernten nur 956 Schüler Ukrainisch als Muttersprache<sup>140</sup>.

Die Jahre 1956-1959 markieren eine erneute Periode von Massenmigrationen in Ermland und Masuren. Für diejenigen, die sich zum Deutschtum bekannten und ihre Heimat Richtung Deutschland verließen, rückten Polen aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion nach, die nach Jahren der Schikanen und des Umherirrens hier ihr neues Zuhause fanden. Auch einige Ukrainer packten ihr Hab und Gut und kehrten zurück in ihre angestammte Heimat, aus der man sie vertrieben hatte. Das Schicksal der Ausreisenden, der Zuwanderer und der Verweilenden verband sich zu einem eigenartigen Knoten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich auf dem Territorium der UdSSR drei Millionen Menschen polnischer Nationalität. Dabei handelte es sich sowohl um Einwohner der ehemaligen östlichen Grenzlande Polens als auch um jene, die während der sowjetischen Besatzung dieser Gebiete und nach der Einführung des kommunistischen Systems verhaftet und deportiert worden waren. Im Zuge der sog. ersten Repatriierung (1944-1948) waren 1 519 000 Aussiedler aus der UdSSR nach Polen gekommen. Nach wie vor blieben 1,6 Millionen Polen im Sowjetimperium zurück. Im Jahr 1955 bot sich die Möglichkeit zur neuen „zweiten Repatriierung“, die dann in den Jahren 1955-1960 stattfand. Nach Polen kehrten damals 260 000 Menschen heim. Nach 1959 verblieben immer noch 1,4 Millionen Polen in der UdSSR. Ein beachtlicher Teil derselben assimilierte und sowjetisierte sich allmählich.

Die ersten Repatrianten trafen bereits 1955 in Ermland und Masuren ein. Insgesamt ließen sich 31 284 Personen zwischen 1955 und 1960 in der Woiwodschaft Olsztyn nieder.

Dies waren 12 % aller Repatrianten (260 318 Personen). Die meisten Einwanderer kamen in den Jahren 1957-1958. Die Zuwanderung der Repatrianten gestaltete sich in den einzelnen Jahren wie folgt: 1955 – 622 Personen, 1956 – 4 150, 1957 – 10 845, 1958 – 12 354, 1959 – 3 258, 1960 – 15 Personen. Unter den Repatriierten dominierte die ländliche Bevölkerung (75 %). Sie wurde hauptsächlich in den West- und Nordgebieten angesiedelt (etwa zur Hälfte in den Städten) und bildete keine geschlossenen Zentren. In der Woiwodschaft Olsztyn wurde sie in erster Linie in die nördlichen Kreise weitergeleitet. Größere Zentren dieser Bevölkerung waren unter anderem die Kreise Kętrzyn, Lidzbark und Olsztyn.

Trotz zahlreicher Schwierigkeiten verschwanden im Laufe der Zeit die Antagonismen zwischen den „Russkis“, wie die Zuwanderer aus der Sowjetunion oft

---

140 Ausführlich dazu schreibe ich in: *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945-1997*, Poznań 1998, S. 249-257.

bezeichnet wurden, und der übrigen Bevölkerung. Relativ schnell vollzog sich die soziale Adaptation und Anpassung an die gültigen Verhaltensmuster und vorherrschenden Normen. Diese Bevölkerung legte eine große Anpassungsfähigkeit und eine geradezu außergewöhnliche Lebenstüchtigkeit an den Tag<sup>141</sup>.

Anfang der sechziger Jahre endeten die intensiven Migrationsbewegungen in Ermland und Masuren. Selbst wenn später, besonders in der zweiten Hälfte der siebziger und während der gesamten achtziger Jahre, eine systematische Abwanderung der ehemaligen Einwohner Ostpreußens und ihrer Nachkommen nach Deutschland erfolgte, wirkte sich das auf das Nationalitätengefüge nicht entscheidend aus.

Die gesellschaftliche Stabilisierung sowie die Intensivierung bzw. das Verschwinden bestimmter Formen sozialer Bindungen in Ermland und Masuren lassen sich – aus heutiger Sicht – in zwei Hauptperioden einteilen. In der ersten, von 1945 bis Mitte der sechziger Jahre, überwogen die alten Bindungen innerhalb der Gruppen gegenüber den neuen lokalen Bindungen. In dieser Zeit wurden trotz einer Reihe negativer desintegrierender Faktoren auch in den lokalen Gemeinschaften Antagonismen und Vorurteile vielerorts überwunden.

Spezifisch für die zweite Periode, die eigentlich nach wie vor andauert, sind die allmähliche Dominanz neuer sozialer Bindungen über die bisherigen Verbindungen innerhalb einer Bevölkerungsgruppe sowie die Zunahme der empfundenen sozialen Stabilisierung und Integration. In dieser dichotomen Gliederung lassen sich weitere Unterperioden unterscheiden (z.B. 1945-1948, 1949-1955, 1956-1959 bzw. 1976-1980) oder auch Grenzdaten, wie 1970 (Unterzeichnung des Vertrages über die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland), 1980 oder 1989.

Ein wesentliches Entwicklungselement der neuen Gesellschaft in Ermland und Masuren war die Herausbildungsweise der sozialen Bande unter einzelnen Bevölkerungsgruppen, die nach 1945 ein sehr instabiles Völkermosaik darstellten. Verstehen wir unter dem Begriff der sozialen Bindungen in der Regel ein organisiertes System gegenseitiger Wechselbeziehungen, Institutionen und sozialer Kontrollmechanismen, die die einzelnen Menschen, Untergruppen und andere Bestandteile einer Gemeinschaft zu einem dauerhaften und entwicklungsfähigen Ganzen zusammenfügen, so denken wir bei der Entstehung sozialer Bindungen in Ermland und Masuren nach 1945 in erster Linie an die Begründung einer neuen Gesellschaft, an die Entstehung eines organisierten und geordneten Systems sozialer Beziehungen, die sich unter anderem in der Nivellierung von Kulturmustern und im Zusammenleben unterschiedlicher regionaler Bevölkerungsgruppen in einem Dorf oder einer Stadt manifestieren, oder auch an die Beziehungen zwischen

---

141 *Ebenda*, S. 257-264. Vgl. auch: M. Juchniewicz, *Repatriacje ludności polskiej z ZSRR w latach 1955-1959*, Wrocław 1999.

einer „Majorität“ (Gesamtheit der polnischen Bevölkerung) und einer „Minorität“ (d.h. verschiedene nationale und ethnische Minderheiten).

Angesichts der Stabilisierung im Inland und auf der internationalen Bühne gedieh auch in Ermland und Masuren der Stabilisations- und Integrationsprozess lokaler Gemeinschaften. Dieser Prozess erfasste Vertreter verschiedener nationaler und ethnischer Minderheiten und vollzog sich mit wechselnder Dynamik und Intensität auf einander bedingenden Ebenen: der kulturellen, der strukturell-institutionellen und der Bewusstseinssebene.

Die Stabilisations- und Integrationsprozesse verliefen unterschiedlich, je nach der lokalen Gemeinschaft, und waren in großem Maße von der Zahlenstärke der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Ukrainer, Masuren bzw. Ermländer) sowie davon abhängig, ob es sich dabei um eine dominierende, gleichrangige oder eine Minderheitsgruppe handelte. Der Stabilisationsprozess ist umso komplizierter, je größer der Abstand zwischen den tradierten und den neuen Lebensbedingungen ist. Er hängt auch in starkem Maße ab vom Grad der „Eingesessenheit“ und von mangelnder Anfälligkeit für innere und externe Migrationsbewegungen. Die große gesellschaftliche Mobilität (Ausreisen der Alteinwohner nach Deutschland, Wunsch der Ukrainer, in ihre angestammten Gebiete zurückzukehren, oder die damals nie enden wollenden Wanderungen polnischer Zuwanderer auf der Suche nach einem „besseren“ Hof oder Wohnort) hatten keinesfalls eine positive Wirkung auf die gesellschaftlichen Stabilisationsprozesse und folglich auf die Herausbildung neuer sozialer Bande. Denn diese hängen ab vom Intensitäts- und Beständigkeitsgrad der nachbarschaftlichen Kontakte im Alltag, von der Lebensstabilität einzelner Menschen, Familien und Gruppen sowie von äußeren Konsolidierungsfaktoren – angefangen von wirtschaftlichen bis hin zu politischen.

Ein wichtiger Faktor, der sich auf diese Prozesse auswirkt, sind auch die Vorstellungen einzelner Gruppen von ihrer jeweiligen nationalen Zugehörigkeit, ferner ihre Einstellung zur bestehenden gesellschaftspolitischen Ordnung sowie ihr Wunsch, in Ermland und Masuren zu bleiben oder aber auszureisen.

Im besagten Zeitraum setzten sich infolge mehrerer Ausreisewellen der allmähliche Zerfall und die Desintegration der masurischen und der ermländischen Gesellschaft fort. Derzeit bildet diese Bevölkerung keine geschlossenen, mehrheitlichen Lokalgemeinschaften. Je nach Region stellt sie von einigen Prozent (einzelne Familien) bis hin zu 30-40 % der Gesamtbevölkerung (in Ausnahmefällen). Im Prinzip gibt es heutzutage kein größeres Dorf oder keine Stadt in Ermland und Masuren mehr, wo die Alteinwohner die dominierende Gruppe stellen. Andererseits überwog nach den turbulenten Geschehnissen in den ausgehenden fünfziger Jahren unter der ukrainischen Bevölkerung und den Grenzländern nach und nach die Erkenntnis, dass eine Rückkehr an ihre angestammten Sitze nicht mehr möglich sein würde. Sie sahen sich somit gezwungen, sich an ihrem neuen

Wohnsitz einzurichten. Für die Generationen der hier Geborenen erhielten diese Fragen eine andere Dimension. Dieser Ort war für sie zugleich die „Heimat“ und das „Vaterland“. Die hier herrschenden Beziehungen sind für sie etwas Natürliches und Vorgefundenes.

Im Laufe der Jahre änderten sich auch die Faktoren, die sich auf das Stabilitätsgefühl und die Herausbildung neuer sozialer Bande in Ermland und Masuren auswirkten. Diese Prozesse vollzogen sich mit wechselnder Dynamik und Intensität auf folgenden Ebenen:

- 1) Kultur- und Sprachebene – sie beruht auf der Verinnerlichung kultureller Vorbilder und des Hochpolnischen durch die gesamte Einwohnerschaft in Ermland und Masuren; dieser natürliche gesellschaftliche Prozess vollzog sich hauptsächlich über die Schule, Bildungseinrichtungen, Presse, Rundfunk, Fernsehen und andere Massenmedien, die Kirche und ihre Institutionen sowie durch nachbarschaftliche, berufliche und generationenübergreifende Bindungen.
- 2) strukturell-institutionelle Ebene – sie betrifft die Bildung gemeinsamer Primärgruppen, wie z.B. Interessen- oder Lobbygruppen, oder gesellschaftlicher und politischer Organisationen, die gemeinsame Wahrnehmung einer Reihe gesellschaftlicher und beruflicher Rollen, die für die globale Gesellschaft typisch sind.
- 3) Heiratsebene – sie manifestiert sich in zahlreichen Eheschließungen zwischen Vertretern einzelner Gruppen und in der Erziehung von Kindern in einem neuen gemeinsamen Geist.
- 4) Persönlichkeitsebene – sie beruht auf der Ausschaltung der gegenseitigen Vorurteile und Klischees unter den Gruppen und des Gefühls der Zweitrangigkeit in der Gesellschaft.
- 5) Identifizierungs- und Staatsbürgerebene – sie manifestiert sich im Gefühl der Verantwortung für den Staat, in dem man lebt.

Von grundlegender Bedeutung für die Gestaltung der sozialen Prozesse ist die ständig wachsende Zahl von Personen, die in Ermland und Masuren zur Welt gekommen sind und denen die Antagonismen und Vorurteile ihrer Eltern und Großeltern oft fern und unverständlich erscheinen. Für einen Großteil der jungen Generation ist die lokale, regionale und nationale Bindung etwas so Selbstverständliches wie für die Einwohner anderer Regionen Polens.

Neben diesen positiven Einflüssen auf den Verlauf der sozialen Prozesse in Ermland und Masuren, existierten nach wie vor zahlreiche Hemmnisse, die eine Desintegration der lokalen Gemeinschaften verursachten. Zu den wichtigsten gehörte hier die Auswanderung der einheimischen Bevölkerung nach Deutschland. Von 1950 bis Ende der achtziger Jahre wanderten über 110 000 Deutsche, Masuren und Ermländer aus Polen nach Deutschland aus. Dies führte zum Zerfall der ohnehin zerstreuten masurischen und ermländischen Gemeinschaft sowie zur

Desintegration und Spaltung bisher kohärent gebliebener lokaler Gruppen von Einheimischen, in anderen Fällen gar zum Verschwinden kleinerer Dörfer. Unter den verbliebenen Einheimischen erfuhr die prodeutsche Option eine beachtliche Stärkung, was besonders nach 1989 zum Vorschein kam, als in Ermland und Masuren erste Organisationen der deutschen Minderheit gegründet wurden.

Ein anderer negativer Faktor war auch die viele Jahre – mit schwankender Intensität – andauernde Abwanderung von Siedlern aus Zentralpolen an ihre früheren Heimorte. Dies verursachte gelegentlich – in Verbindung mit fehlender Nachkommenschaft in den von älteren Landwirten bewirtschafteten Betrieben und einer inkohärenten Agrarpolitik – den Untergang ganzer Dörfer (besonders im Grenzgebiet). Ähnliche Tendenzen traten in den achtziger Jahren unter der ukrainischen Bevölkerung auf. Während der Vorfälle von 1981 traten – in manchen lokalen Gemeinschaften – die Konflikte zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen erneut in aller Härte zutage und lebten alte Vorurteile wieder auf, insbesondere im Hinblick auf die unrechtmäßige Wegnahme evangelischer Kirchen durch die katholische Bevölkerung (in Szeszno/Seehesten, Ukta/Alt Ukta und Nawiady/Aweyden) oder vor dem Hintergrund der Rivalität bei Wahlen zu den lokalen Verwaltungsgremien. In dieser Zeit unternahmen die Vertreter der einheimischen Bevölkerung ähnlich wie 1956 eine Reihe von revindizierenden Maßnahmen (u.a. Gründung des Masurischen Kulturvereins) und forderten ihre Rechte. Ähnliche Forderungen wurden auch 1989-1990 gestellt.

Starke Desintegrationstendenzen manifestierten sich auch vielfach bei den Arbeitern der Staatlichen Agrarbetriebe (PGR, die in der Woiwodschaft Olsztyn etwa 35 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen innehatten), unter denen oft „negative personelle Beziehungen“ überwogen. Als höchst schädlich im Hinblick auf die Festigung neuer lokaler und regionaler Bindungen erwiesen sich die vermehrte Schließung von Dorfschulen in den siebziger Jahren und die Verwaltungsreform von 1975, in deren Zuge die mühsam aufgebaute Struktur der Woiwodschaft Olsztyn und ihrer Kreise abgeschafft wurde. Infolge dieser Reform erstreckte sich nun die historische Region Ermland und Masuren über fünf Woiwodschaften (Olsztyn, Suwalki, Ostrołęka, Ciechanów und Elbląg).

Aus den vom Verfasser durchgeführten Feldforschungen geht hervor, dass in Ermland und Masuren eine zahlenmäßig relativ kleine Gruppe „ethnischer Deutscher“ lebte, d. h. früherer Bewohner Ostpreußens, die sich immer für Deutsche hielten und aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgesiedelt worden waren. Im Laufe der nationalen Verifizierung gaben sie konsequent ihr Deutschtum an, wofür sie verschiedenen Schikanen ausgesetzt waren. Entgegen ihrem Willen wurden sie von den Behörden als polnische Staatsbürger anerkannt und erschienen in verschiedenen Berichten als „autochthone“ Bevölkerung. Unter ihnen waren verschiedene Verhaltensweisen und Einstellungen zu beobachten, die von einem un-

terschiedlich ausgebildeten Nationalbewusstsein zeugten. Relativ zahlreich war die Gruppe jener, die sich offen zum Deutschtum bekannten und nichts Beschämendes darin sahen. Sie hielten sich für Deutsche (*Wir sind Deutsche*) bzw. für *Reichsdeutsche*. In manchen Fällen behandelten sie ihre Zuneigung zum Deutschtum mit einem gewissen Stolz, manchmal sogar mit Hochmut.

Eines der grundlegenden Dilemmata, vor denen 1960-1989 die masurische und ermländische Bevölkerung stand, war nach wie vor die Frage, ob man in Polen „bleiben“ oder nach Deutschland „ausreisen“ sollte. Dieses Problem wirkte sich entscheidend auf den sozialen Stabilisierungsgrad und das Identitätsgefühl aus. Die ganz überwiegende Mehrheit der Masuren sowie weite Teile der Ermländer empfanden sich sowohl subjektiv als auch objektiv als Deutsche.

Die sechziger Jahre waren die Zeit der sog. stillen Auswanderung. Sie wurde nicht von lebhaften Diskussionen in der Presse begleitet, die Behörden wollten sich gewissermaßen verschämt diese Tatsache nicht eingestehen, versuchten darüber hinwegzugehen und sie zu ignorieren. Eine Änderung erfuhr auch das Verhältnis zu den Zuwanderern, zu denen ein Teil der Alteingesessenen enge nachbarschaftliche Beziehungen pflegte. In den fünfziger Jahren hatten die Ausreisen in einem Klima gegenseitiger Anklagen, häufiger Drohungen und Rufe nach Vergeltung stattgefunden. Damals wurden während der Durchfahrt auf den Bahnhöfen deutsche Lieder gesungen; die Ausreisenden drohten nicht selten ihren Nachbarn: „Wir kommen noch zurück und werden die Straßen mit euren Schädeln pflastern“. Später wurden solche Vorkommnisse nicht mehr gemeldet. Die meisten, die gegen Ende der sechziger Jahre und später ausreisten, verabschiedeten sich von den nahen und fernen Nachbarn mehr oder weniger herzlich. Es wurden Abschiedsfeiern veranstaltet, ein Teil des überflüssigen Eigentums wurde verschenkt oder billig verkauft. Im Laufe der Zeit entledigten sich die Menschen gegenseitiger Vorurteile und Feindschaftsgefühle.

In den Jahren 1963-1970 reisten 12 000 Personen aus Ermland und Masuren in die Bundesrepublik Deutschland aus; für die DDR entschieden sich in den Jahren 1965-1970 mehr als 4 000 Menschen. Die Zahlen der ausreisenden Masuren und der Ermländer glich sich allmählich an.

1970 und 1976 unterzeichnete die polnische Regierung mit der deutschen Bundesregierung einen weiteren Vertrag über die Familienzusammenführung. Praktisch konnten alle Einheimischen den Ausreiseantrag stellen, wodurch der Zerfall und die Desintegration dieser Bevölkerungsgruppen voranschritten. Nach 1976 kam ein neues „Ausreisefieber“ auf, in dessen Folge die relativ stabilen Gemeinschaften, besonders im Ermland, in voller Schärfe mit dem Dilemma „Ausreisen oder Bleiben?“ konfrontiert wurden<sup>142</sup>.

142 Vgl. S. Jankowiak, *Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej w polityce władz polskich w latach 1945-1970*, Warszawa 2005.

In den Jahren 1971-1986 reisten mehr als 50 000 Menschen aus Ermland und Masuren in die Bundesrepublik Deutschland aus. Ihren Höhepunkt erreichte die Ausreisewelle 1971 sowie in den Jahren 1976-1981. Seit 1983 ging die Zahl der Ausreisen zurück, um ab 1986 erneut zuzunehmen. Die Ausreisedynamik in den Jahren 1971-1988 veranschaulicht Tabelle 32.

*Tabelle 32 Auswanderung der einheimischen Bevölkerung Ermlands und Masurens\* in die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1971-1988*

Jahr	Zahl der Ausreisen	Jahr	Zahl der Ausreisen
1971	8163	1980	3293
1972	2210	1981	4177
1973	1045	1982	2941
1974	911	1983	1163
1975	647	1984	694
1976	6318	1985	758
1977	6470	1986	890
1978	5938	1987	1359
1979	4897	1988	3353

\* Südliches Ostpreußen

Quelle: *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972-1990*, Wiesbaden 1991.

Im Zuge des stürmischen Wandels der Jahre 1980-1981 wurde aus dem Kreis der nicht sehr zahlreichen polnischen Masuren heraus in Olsztyn der Masurische Kulturverein (MZK) gegründet, dessen Zweck die Aktivierung der masurischen Bevölkerung war<sup>143</sup>.

Dieser Verein wurde allerdings nicht offiziell eingetragen. Die kurze Zeit der Betätigung des Masurischen Kulturvereins fand mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 ihr jähes Ende. Erneut war ein Versuch der Masuren in Polen, sich selbst zu organisieren, fehlgeschlagen und von den polnischen Behörden vereitelt worden<sup>144</sup>.

143 Von den 15 MZK-Gründungsmitgliedern, unter denen hauptsächlich Vertreter der masurischen Bevölkerung aus Olsztyn sowie Szczytno, Nidzica und Umgebung waren, wurde ein Interimsvorstand gewählt. Diesem gehörten an: Prof. Dr. Bohdan Wilamowski als Präsident, Erwin Kruk als Vizepräsident, Wiktor Marek Leyk als Sekretär und P. Jerzy Otello als Schatzmeister. Seit April 1981 nahm auch Andrzej Sakson (als einfaches Mitglied) an den Sitzungen des Hauptvorstandes teil.

144 Die Vereinstätigkeit und die Denkschrift „Deklaracja ideowa – Memoriał Mazurskiego Zrzeszenia Kulturalnego“ (Ideelle Erklärung – Denkschrift des Masurischen Kulturver-

Die Hauptsorge der ukrainischen Elite in Ermland und Masuren war und ist, der nationalen Assimilierung entgegenzuwirken und folglich das Ukrainertum unter den Landsleuten zu stärken. Wie Umfragen ergeben haben, die 1985 unter 500 Ukrainern in 18 Woiwodschaften durchgeführt wurden, kommt der griechisch-katholischen Kirche die größte Bedeutung für den Erhalt ihrer Identität zu und erst in weiterer Folge der Familie, dem ukrainischen Schulwesen, der Ukrainischen Sozial-Kulturellen Gesellschaft (UTSK) sowie der Tradition und der nationalen Kultur.

Die griechisch-katholische Kirche (heute „ukrainische griechisch-katholische Kirche nach byzantinischem Ritus“ genannt) wurde und wird mit dem ukrainischen Volk und der ukrainischen Kultur assoziiert. Aus diesem Grund kommt ihr eine überragende Bedeutung bei der Entwicklung der ukrainischen Identität zu. „Ohne die griechisch-katholische Kirche gäbe es in Polen keine Ukrainer mehr“, meinten zahlreiche Ukrainer<sup>145</sup>.

Trotz widriger Bedingungen gelang es den Ukrainern, die in den fünfziger und sechziger Jahren in Ermland und Masuren lebten, ihren inneren Zusammenhalt zu bewahren. Während der härtesten Unterdrückung, die bis 1956 dauerte, trug das repressive System zur Festigung der Gemeinschaft bei. Diese Zeit brachte auch keine bedeutende Öffnung „nach außen“. Die Fortschritte bei der Polonisierung waren bescheiden. Die spätere Lockerung des Drucks schwächte den Zusammenhalt innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe. Eine weitergehende Assimilation knüpfte sich nach Ansicht von Igor Hrywna an den sozialen Aufstieg und die Abwanderung in die Städte. Diese Tendenzen waren vor allem in den siebziger Jahren zu beobachten<sup>146</sup>. In der damals von den Behörden propagierten Politik einer moralisch-politischen Einheit der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ wurden die Probleme nationaler Minderheiten gar nicht wahrgenommen. Dies war allerdings zweitrangig angesichts der allgemeinen Prozesse der sozialen und nationalen Assimilation, nicht nur unter der ukrainischen Bevölkerung. Dies bedeutete allerdings nicht, dass die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen von gegenseitiger Toleranz geprägt oder von Antagonismen völlig frei gewesen wären<sup>147</sup>.

---

eins) behandle ich in der Arbeit *Mazurzy – społeczność pogranicza*“..., S. 267-271.

145 Vgl. B. Beba, *Kierunek przemian tożsamości kulturowej Ukraińców na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998, S. 96-108.

146 I. Hrywna, *Mniejszość ukraińska w województwie olsztyńskim w latach 1947-1970*, in: *Biuletyn Naukowy Akademii Rolniczo-Technicznej*, Olsztyn 1990, Nr. 2, S. 158 f. Vgl. auch: Z. Traciewicz, *Oświata a procesy asymilacyjne wśród mniejszości ukraińskiej*, Toruń 2000; A. Korzeniewska-Lasota, *Ukraińcy na Warmii i Mazurach w latach 1947-1970*, Olsztyn 2007.

147 Ausführlich schreibe ich über die Lage der ukrainischen Bevölkerung sowie anderer nationaler und ethnischer Minderheiten in Ermland und Masuren in den 1970er und 1980er

Aktuell blieb für die Ukrainer wie für Vertreter anderer nationaler bzw. ethnischer Minderheiten das Problem der Assimilation, die als Verlust der eigenen Identität zugunsten einer Majorität verstanden wurde. Ständig präsent war auch das Dilemma um die Wahl des Wohnsitzes. Die Ukrainer fühlten sich genauso wie die Deutschen, Masuren und Ermländer fremd in dem neuen sozialen Milieu. Die Möglichkeit, an den alten Wohnort zurückzukehren, bedeutete für viele die Hoffnung auf ein normales Leben, d. h. „unter ihresgleichen im Land der Väter“. Sich damit abzufinden, dass der Aufenthalt in Ermland und Masuren von Dauer sein würde, war ein Wendepunkt für diese Bevölkerungsgruppe. Diese Frage wurde allerdings von den am „Verbannungsort“ geborenen Generationen schon anders wahrgenommen. Für sie waren Ermland und Masuren „Heimat“, und die Erzählungen der Eltern und Großeltern vom „verlorenen Arkadien“ gehörten zunehmend dem Bereich der Familienmythologie an. Ein ähnliches Phänomen war unter den nachgeborenen Generationen der Aussiedler aus der Wilnaer Region oder den bereits in der Bundesrepublik geborenen Kindern der Masuren und Ermländer zu beobachten.

Die Ukrainer weigerten sich lange, die Eigentumsnachweise über die ihnen zugewiesenen Bauernhöfe in Empfang zu nehmen oder die Umsiedlerkarten zurückzugeben, da sie der Ansicht waren, dadurch verlören sie die Chance auf eine Rückkehr in ihre Heimat im Südosten Polens. Von einer Dauerhaftigkeit der entstandenen Verhältnisse zu reden, war für Ukrainer mit ausgeprägtem nationalen Bewusstsein „Untreue“ und „Verrat“ an der nationalen Sache. Im Laufe der Zeit verloren die darüber abgegebenen Urteile ihre Schärfe und ihren anklägerischen Charakter. Nach wie vor bekannten sich zahlreiche Ukrainer nicht zu ihrer Nationalität und verheimlichten sie am Arbeitsplatz oder in der Schule bzw. kehrten sie nicht hervor. Die Offenbarung der eigenen Herkunft zog oft unangenehme Folgen im Alltag und im Berufsleben nach sich. Um die Pflege und Festigung der nationalen Identität und die Verhinderung einer Polonisierung, sorgten sich die nicht sehr zahlreichen ukrainischen Eliten (mehr als 90 % der ukrainischen Bevölkerung waren Bauern) und Menschen, die sich den nationalen Traditionen stark verbunden fühlten. Diese Aufgabe wurde den Ukrainern durch die assimilatorische Politik der Behörden nicht erleichtert.

Charakteristisch für die ukrainische Bevölkerung in den West- und Nordgebieten, mithin auch in Ermland und Masuren, ist ihre innere Differenzierung „im Hinblick auf den Grad des Nationalbewusstseins und konfessionelle Gegensätze“. Unter den Faktoren, die die soziale und oftmals auch die nationale Assimilation

---

Jahren in: *Stosunki narodowościowe...*, S. 265-316. Dort auch umfangreiche Angaben zur Fachliteratur. Vgl. auch: Gieszczyńska, W. Gieszczyński, *Żydzi na Warmii i Mazurach po II wojnie światowej. Zarys problematyki*, in: *Pamięć i Sprawiedliwość* 2006, Nr. 2, S. 231-243.

beschleunigen, lassen sich vier grundlegende unterscheiden: 1) die territoriale Zerstreung, die der Isolation entgegenwirkt und Kontakte mit Neuzuwanderern und anderen Bevölkerungsgruppen begünstigt; 2) die Schule, die die junge Generation sprachlich und kulturell umformt und unifiziert; 3) Mischehen; 4) der allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsstand der Bevölkerung.

Eine wesentliche Rolle spielen in diesem Prozess Mischehen, Urbanisierung, Industrialisierung und Wanderungsbewegungen sowie die zivilisatorische und kulturelle Attraktivität der globalen (polnischen) Gesellschaft.

Nach den Ereignissen im Oktober 1956 änderte sich auch die Politik der Zentralregierung und der regionalen Behörden gegenüber dem deutschen Kulturerbe deutlich. In Ermland und Masuren wurde unter anderem mit dem Wiederaufbau und der Restaurierung historischer Bauten angefangen.

Ein spektakulärer Ausdruck dieses Wandels waren der Wiederaufbau, die Rekonstruktion bzw. die Sicherung ehemaliger Burgen des Deutschen Ordens. Mit großem finanziellem Aufwand (gespeist aus Mitteln der Zentralregierung und dem Woiwodschaftshaushalt bzw. den Etats einzelner Städte) wurden u.a. Burgen in Nidzica, Kętrzyn und Działdowo rekonstruiert. In der Regel wurden in ihnen Regionalmuseen und Kultureinrichtungen u.ä. untergebracht. Auch die regionalen Aktivisten trugen zur Rettung bzw. zum Wiederaufbau solcher Bauwerke bei, z.B. übernahm der sozialkulturelle Verband „Pojezierze“ die Schirmherrschaft über den Wiederaufbau der Burg in Reszel. Bis heute spielen die Burgen in Olsztyn und Lidzbark Warmiński eine wichtige kulturbildende Rolle.

Mit großer Sorgfalt konservierte man Windmühlen (z.B. in Bęsia), Rathäuser (z.B. in Morağ, Pasym, Olsztynek), alte Bürgerhäuser, Herrensitze und Paläste oder historische Parkanlagen. Von der Umsichtigkeit des Besitzers, der Effizienz der Denkmalpfleger und dem Budget hing es ab, ob das jeweilige Objekt ausreichend gepflegt wurde oder ob es verfiel (z. B. wechselhaftes Schicksal der Burg in Ryn/Rhein).

Eine wichtige erzieherische Aufgabe, die den multikulturellen Charakter der Region veranschaulicht, erfüllten und erfüllen zahlreiche Museen (z.B. Museum für Ermland und Masuren auf der Burg in Olsztyn, das Masurische Museum in Szczytno oder auch das Herder-Museum in Morağ). Gut besucht sind das Freilichtmuseum in Olsztynek (Museum für Volksbauweise/Ethnographischer Park) oder das Museum für Volkskultur in Węgorzewo. Der Umsicht und Fürsorge von Regionalisten verdanken sich zahlreiche Regionalstuben und -museen, z.B. das Reformationsmuseum in Mikołajki (Nikolaiken).

Die römisch-katholische, die evangelische oder die griechisch-orthodoxe Kirche haben viel Mühe auf den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Sakralbauten und deren gehörige Pflege verwandt, und zwar in der gesamten Region sowohl in den Städten als auch auf dem Lande. Eine wesentliche Rolle bei der Pflege der

Vergangenheit spielte die nach 1956 entstandene Regionalbewegung, z.B. in Form von Freundeskreisen einzelner Städte (z.B. Towarzystwo Miłośników Olsztyna/ Gesellschaft der Freunde Allensteins). Damals wurde auch mit der Veröffentlichung von Monografien über einzelne Städte und Kreise begonnen. Die meisten erschienen im Verlag „Pojezierze“ (Seenplatte)<sup>148</sup>.

Es ist allerdings nicht gelungen, alles zu retten und angemessen zu unterhalten. Die „sorglose“ Vorgehensweise der Lokalbehörden oder der Geschäftsleitungen staatlicher Agrarbetriebe bewirkte den Untergang eines Teils der Schlösser, Herrensitze, Parks oder evangelischen Friedhöfe<sup>149</sup>. In unterschiedlichsten (dauernden oder wechselnden) Ausstellungen, oder bei Feierlichkeiten anlässlich historischer Jubiläen (z.B. auf den Schlachtfeldern bei Tannenberg) wurde hauptsächlich der polnische Charakter dieses Landes und seiner Tradition herausgestellt. Seine Multikulturalität rückte dabei in den Hintergrund. Allerdings wurde die deutsche Vergangenheit im Gegensatz zum Kaliningrader Gebiet oder dem Memelland nicht geleugnet. Auch wurden zahlreiche historische Denkmäler aus der Zeit vor 1945 nicht abgerissen oder ohne fachliche Fürsorge sich selbst überlassen.

### 3.3. Allenstein – Olsztyn

Am 21. Januar 1945 marschierten sowjetische Einheiten des 96. Panzerregiments und der Kavallerie unter Führung von General Nikolai Oslikowski zur völligen Überraschung der Allensteiner in die Stadt ein. Die Truppen operierten im Rahmen der 2. Weißrussischen Front. Nach dem Frontdurchbruch im Bereich von Mława am 19. Januar setzten die Einheiten der Roten Armee ihren schnellen Marsch in nördlicher Richtung auf Elbing fort. Mit diesem bravourösen Angriff sollte die deutsche Wehrmacht im „ostpreußischen Kessel“ eingeschlossen werden.

Vom Überraschungseffekt der Russen zeugt auch die Tatsache, dass die deutschen Behörden erst am 21. Januar nachmittags die Evakuierung der Zivilbevölkerung anordneten. Bereits Tage zuvor waren Flüchtlingskolonnen durch die Stadt gezogen. Es kam zur panischen Flucht der Zivilisten unter äußerst widrigen Winterbedingungen. Es herrschte ein unbeschreibliches Chaos. Die deutsche Gendarmerie und Sondereinheiten, sog. Jagdkommandos, versuchten, Ordnung herzustellen, indem sie aufgegriffene Fahnenflüchtige und Patienten der ehema-

148 Vgl. J. Sikorski, *Stowarzyszenie Społeczno-Kulturalne „Pojezierze“*. *Ruch Społeczno-Kulturalny w Olsztynie*, in: *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2006, S. 145-170.

149 Vgl. J. Jasiński, *Polska wobec historycznego dziedzictwa Prus Wschodnich po 1945*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000, S. 45-54.

ligen Heilanstalt für psychisch Kranke in Kortau erschossen und die Zivilbevölkerung terrorisierten. Gleichzeitig floh ein Teil der Stadtbehörden mit Familien Richtung Marienburg, noch vor dem Einmarsch der Russen.

Von den 50 000 Einwohnern, die 1939 in Allenstein gelebt hatten, waren beim Einmarsch der Roten Armee nur noch 8 000-10 000 in der Stadt. Während der Kämpfe am 21.-23. Januar kamen etwa 4 500 Menschen ums Leben<sup>150</sup>. Man schätzt, dass die meisten der hier lebenden deutschen Einwohner nach der Eroberung der Stadt und der Machtübernahme durch die Russen Allenstein im Februar verließen. Die Stadt wirkte menschenleer.

Bei den Luftangriffen am 19. und 20. Januar sowie bei den direkten Kämpfen um die Stadt (auch während des Artilleriebeschusses) wurde Allenstein nur wenig in Mitleidenschaft gezogen. Allerdings flammten schon in der ersten Nacht nach der Eroberung Brände auf. Die Besatzungstruppen schritten rücksichtslos zu Vergewaltigung, Mord und Plünderung. Nachdem die Wohnungen ausgeraubt waren, wurden sie in der Regel in Brand gesteckt, so zum Beispiel in der Altstadt, wo zahlreiche wohlhabende Bürger gewohnt hatten. Trotzdem sah die Stadt fast einen Monat lang wie vor Januar 1945 aus. Ab Mitte Februar wurde sie aber systematisch in Schutt und Asche gelegt. Einer ähnlichen Taktik bediente man sich später auch an anderen Orten, wie beispielsweise in Stolp. Wie Ryszard Tomkiewicz ausführt, wurde die Stadtbauung Allensteins in zwei Hauptphasen zerstört: während der Kämpfe um die Stadt und ab Mitte Februar. Das Zerstörungswerk vollzog man mit Flammenwerfern oder Granaten, die in Keller oder Wohnungen hineingeworfen wurden. Allenstein brannte mehrere Wochen lang. Das alles geschah ohne formellen Befehl, aber mit stillschweigender Billigung durch die Armeeführung. Neben der Altstadt ist dieses Schicksal auch vielen Gebäuden des Bahnhofsviertels und dem Bahnhof selbst widerfahren. Den Bränden im Februar und März fiel etwa 1/3 der Bebauung zum Opfer<sup>151</sup>. Schätzungsweise wurden 1 040 Gebäude (36 % aller Häuser in der Stadt) zerstört. Etwa 1 500 Häuser waren unbewohnbar. Verwüstet wurde die Stadtinfrastruktur (Straßenbahnlinien, Gas-, Wasserleitungen, Gaswerk, Straßenbeleuchtung usw.). Völlig zerstört bzw. abgebrannt waren die meisten Industriebetriebe und Fabriken. Was sich erhalten hatte, wurde in die UdSSR abtransportiert. Das war möglich, weil bis Sommer 1945 in Allenstein keine polnischen Truppen stationiert waren. Die Besatzungsmacht wurde wie in anderen von den Russen eingenommenen Städten durch Militärkommandanturen ausgeübt<sup>152</sup>.

150 *Olsztyn 1353-2003*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2003, S. 401.

151 Tomkiewicz, *Życie codzienne mieszkańców powojennego Olsztyna 1945-1956*, Olsztyn 2003, S. 15-17.

152 Vgl. S. Achremczyk, *Olsztyn – rok 1945*, in: *Olsztyńskie korzenie. Rok 1945. Relacje i wspomnienia*, wstęp i posłowie S. Achremczyk, Olsztyn 2006, S. 36. Vgl. auch: S. Pie-

Die sowjetischen Behörden ließen sich Zeit mit der Übergabe der Hoheitsgewalt an die Vertreter der polnischen Verwaltung. Denn gemäß dem an der Front geltenden Gesetz war „jedes Haus in Ostpreußen ein Warenhaus“.

Durch die Brände wurde fast die ganze Altstadt zerstört. Nachdem das wertvollste Gut ausgeplündert worden war (z.B. warteten in der Nähe des Bahnhofs ungeschützt vor Schnee und Regen Reihen von Klavieren und Flügeln auf den Abtransport in die Sowjetunion), fand erst am 23. Mai 1945 im Saal des Allensteiner Theaters die feierliche Zeremonie der Machtübergabe an den Beauftragten der polnischen Regierung, Oberst Jakub Prawin, statt<sup>153</sup>.

Die ersten polnischen Bewohner Allensteins/Olsztyns waren Eisenbahner, die hier im März 1945 eintrafen. Am 10. März kam eine 54-köpfige Einsatzgruppe des Industrieministeriums, und am 28. März erreichte ein Mitarbeiterstab des Regierungsbevollmächtigten die Stadt. Die offizielle Verabschiedung der Sowjettruppen erfolgte erst am 4. August 1945<sup>154</sup>.

Seit April/Mai trafen allmählich größere Gruppen polnischer Siedler in der Stadt ein. Eine Vorhut bildeten die „Plünderereinheiten“, die durch Raub des ehemaligen deutschen Eigentums auf eigene Faust „historische Gerechtigkeit“ walten ließen. Die erste Siedler kamen aus dem zerstörten Warschau und dem nahen Masowien. Mit organisierten Transporten trafen auch erste Aussiedler aus Wilna, Podolien und Luzk ein. Laut offiziellen Daten vom 21. Juli 1945 hielten sich in Olsztyn 21 700 Einwohner auf. Bis Jahresende stieg deren Zahl auf 23 000<sup>155</sup>.

Hier zwei Berichte, über das Aussehen Allensteins nach Einstellung der Kriegshandlungen. Der Ermländer, Klemens Frenzkowski, der im April 1945 in der ermländischen Hauptstadt eintraf, beschreibt die Stadt folgendermaßen: „Schon hinter Naterki (Nattern) schaute ich ungeduldig auf Allenstein. Noch bevor der Zug im Bahnhof Allenstein West einfuhr, verfolgte ich mit pochendem Herzen die von hier aus gut sichtbare Stadtsilhouette. Von weitem war das Ausmaß der Zerstörungen nicht zu erkennen. Sie schienen geringer als in Wirklichkeit.

---

chocki, *Olsztyn. Styczeń 1945. Portret miasta*, Olsztyn 2000; ders., *Czyściec zwany Kortau*, Olsztyn 1994; L. Kopielew, *W Prusach Wschodnich*, in: *Borussia*, 1997, Nr. 15, S. 94; A. Skrobacki, *Przyczynek do nastrojów ludności Prus Wschodnich w przeddzień ofensywy radzieckiej 1945 roku*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1976, Nr. 2, S. 235-240; C. Browiński, *Olsztyn. 1945-1970*, Olsztyn 1974.

153 Vgl. S. Achremczyk, *Olsztyn – rok 1995...*, S. 40.

154 Am 30. März nahm die Dienststelle des Regierungsbevollmächtigten im unzerstört gebliebenen Sitzungssaal des neuen Rathauses ihre Tätigkeit auf. Zum ersten kommissarischen Stadtpräsidenten wurde Bronisław Latosiński gewählt. Eingerichtet wurden auch die kommissarische Stadtverwaltung und ein Beirat, der die Verwaltung unterstützen sollte. *Ebenda*, S. 39 f.

155 *Ebenda*, S. 41.

(...) Plötzlich wurde die Stille durch ein schreckliches Getöse unterbrochen. Es war wie eine Ankündigung, dass ich nun die Ruinenzone betrete: die Hauswand eines ausgebrannten Gebäudes gegenüber dem Rathaus war eingestürzt. (...) Ich ging weiter Richtung Markt. Überall das gleiche Bild, nur hie und da stand noch ein ganzes Haus. Rechts vom Hohen Tor bis zur Seitenstraße, wo eines der größten Restaurants mit Kabarett-Vorführungen, große Läden und ein Kino betrieben wurden, war kein Haus heil. Der gleiche Anblick am Markt. Ich bog in die ulica świątej Barbary (Oberkirchen-Str.) ein, wo zwischen den Ruinen noch der Turm der St.-Jakobus-Kirche stolz in den Himmel ragte<sup>156</sup>.

Durch glücklichen Zufall wurde keine Kirche in Allenstein zerstört.

Irena Urbańczyk, Aussiedlerin aus Sarny in Wolhynien, erinnert sich an ihre erste Begegnung mit der Stadt an der Alle: „In Allenstein trafen wir mit dem Zug am 10. Mai 1945 um vier Uhr früh ein. Wir fuhren durch den Bahnhof Allenstein West, und der Zug hielt an einer Rampe neben der alten Mühle, die am Hauptbahnhof steht. Hier wurde ausgeladen. In der Stadt hatten schon Eisenbahner Quartier bezogen. Für die Neuankömmlinge standen Wohnungen in den Häusern an der ulica Limanowskiego (Hohenzollern-Damm) und der ulica Kossaka (Wagner-Str.) bereit, einige Forstleute haben Villen an der ulica Oficerska (Schnellerweg) und der ulica Fałata (Waldweg) bezogen. Da viele Neuankömmlinge Bauern waren und Kühe mitführten (Herr Pogodziński hatte beispielsweise Pferde mit), beschloss der im Konvoi einberufene Ältestenrat, dass sie in der Nähe von Wiesen und Wald einziehen sollten, in den heutigen Straßen ulica Bydgoska und ulica Rataja (Stirkenthaler Weg).

Man empfahl uns, sicherheitshalber in einer geschlossenen Gruppe zu siedeln und eine Armbinde mit dem Buchstaben ‚P‘ zu tragen, weil sich der sowjetische Militärstab das so wünschte. In der St.-Jakobus-Kirche war ein deutscher katholischer Priester, und wir gingen zu den Gottesdiensten immer in einer ganzen Gruppe, man wußte ja nicht, wegen der Russen. Durch Allenstein kam keine Front, aber die sowjetischen Soldaten haben die Stadt systematisch verwüstet, um sich für all die Niederlagen zu rächen. In die Stadt kamen ganze Horden von Plünderern. Sie nahmen alles mit: Kristall, Gemälde, Möbel. In den Wohnungen blieben Haufen von Büchern, Bettzeug, Gerätschaften.

Bei uns wohnten in der Nachbarschaft ältere Damen von hier, ‚Ermländerinnen‘ oder ‚Masurinnen‘, die Polnisch sprachen<sup>157</sup>.

In der Stadt sind nicht viele Alteinwohner geblieben. Ihr Schicksal war meistens auch schon besiegelt. Ein Teil von ihnen, zumeist junge Frauen, wurde ins Innere der Sowjetunion deportiert. Zurückgeblieben waren vorwiegend ältere

156 *Ebenda*, S. 34-35.

157 I. Urbańczyk, *Pierwsze kroki w Olsztynie*, in: *Olsztyńskie korzenie. Rok 1945. Relacje i wspomnienia*, wstęp i posłowie S. Achremczyk, Olsztyn 2000, S. 80.

Menschen und Frauen mit Kleinkindern. Die polnischen Behörden beschlossen, die deutsche Restbevölkerung in einem ausgewiesenen Stadtviertel zu konzentrieren und sie am linken Oberarm eine weiße Binde mit einem großen schwarzen „N“ (für „Niemiec“, Deutscher) tragen zu lassen. Diese Maßnahme wurde allerdings nicht umgesetzt. In der Regel wurden aber die Deutschen in schlechtere Wohnungen ausquartiert. Die Bevölkerung wurde von sowjetischen oder polnischen Behörden zur Verrichtung verschiedener Arbeiten eingesetzt, wie z.B. bei der Entrümmerung der Stadt, bei Reinigungsarbeiten usw. Die häufigste Form der Bezahlung waren Lebensmittel oder Mahlzeiten.

In der zweiten Julihälfte 1945 waren in Olsztyn 5 992 Deutsche und 697 Autochthone registriert. Die polnischen Behörden setzten im Juni 1945 ein Amt für Deutsche Angelegenheiten sowie ein Komitee für Nationalitätenfragen ein. Aufgabe dieser Gremien war es, über Fragen bezüglich der Alteinwohner der Stadt zu befinden. Die erste organisierte Aussiedlung deutscher Bevölkerung aus Olsztyn fand am 18. Oktober 1945 statt. Ihr ging eine Plakatierung voraus, bei der die Bevölkerung aufgefordert wurde, sich an einem vorgegebenen Sammelplatz einzufinden. Die größte Aussiedlungsaktion wurde im Sommer 1946 durchgeführt. So war beispielsweise für den 14. August desselben Jahres die Ausreise von 1 200 Deutschen geplant, die für „belastend“ befunden wurden. Ein weiterer größerer Transport mit deutschen Aussiedlern verließ Olsztyn am 23. April 1947 (es waren darunter etwa 50 Einwohner der Stadt an der Alle). Aussiedlungen fanden in geringerem Umfang bis Ende 1950 statt (im Mai 1958 wurden nur elf Personen erfasst, die sich als Deutsche ausgaben)<sup>158</sup>.

Die Polonisierungsaktion der Stadt wurde in Olsztyn rasch vollzogen (Abtragen, Übermalen, Beseitigen von deutschen Auf- und Inschriften, Umbenennung von Straßen und Plätzen usw.).

Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die polnische Verwaltung wurde mit der nationalen Verifizierung begonnen. Solchen Ermländern, Masuren und Deutschen, die sich als Polen betrachteten, wurden vorläufige Nachweise der polnischen Volks- und Staatszugehörigkeit ausgestellt. Diese schützten vor Aussiedlung und erlaubten eine relativ normale Existenz.

Das Hauptproblem aller Alt- und Neueinwohner Olsztyns und anderer Städte der Region stellte die Lebensmittelversorgung dar. Nach der Wiederherstellung der städtischen Infrastruktur (Wasserleitungen, Kanalisation, Strom, Gas, Stadtverkehr usw.) rangen die neuen Machthaber mit den Schwierigkeiten der Bereitstellung ausreichender Mengen an Lebensmitteln und Heizmaterial.

Es wurde Lebensmittelrationierung eingeführt und mit dem Ausbau mannigfaltiger betriebseigener Kantinen, Imbissstuben usw. begonnen. Mit dem syste-

---

158 Tomkiewicz, *Życie codzienne...*, S. 26-28.

matischen Bevölkerungszuwachs (gegen Ende 1946 wohnten in Olsztyn bereits knapp 14 000 Einwohner, 1953 waren es 50 400, womit die Vorkriegszahl erreicht wurde) ging ein neues Problem, das der Wohnungsknappheit, einher<sup>159</sup>.

Ab Herbst 1945 normalisierte sich das Leben in Olsztyn kontinuierlich. Die Stadt war zunächst Hauptstadt des Bezirks Masuren und später der Woiwodschaft Olsztyn und hob sich durch ihren rascheren Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen und durch die weitere Entwicklung ihrer Wirtschaft und Infrastruktur positiv von anderen Städten Ermlands und Masuren ab. Auffällig war der Abstand des Lebensstandards und des Funktionierens von Wirtschaft und Verwaltung gegenüber Klaipėda oder Kaliningrad.

Der Nachkriegsenthusiasmus äußerte sich unter anderem im Wiederaufbau der Altstadt und der Beseitigung anderer Kriegszerstörungen. Die Einwohner waren insgesamt an einer Stabilisierung und der Sicherung einer wenn auch bescheidenen materiellen Existenz interessiert. Relativ schnell wurden Bahnverbindungen hergestellt, der öffentliche Nahverkehr (Straßenbahnen, O-Busse) und die Post in Betrieb genommen. Mit der Machtübernahme wurden notwendige Einrichtungen wie Gesundheitsschutz, Miliz, Sicherheitsdienste, Feuerwehr usw. geschaffen. Es wurden zahlreiche Schulen eröffnet und Gottesdienste in allen Kirchen verschiedener Konfessionen abgehalten. Systematisch wurden alte Arbeitsstätten wieder in Betrieb genommen und neue errichtet, damit alle Stadteinwohner eine Beschäftigung finden konnten.

Eine wichtige Stabilisationsfunktion, die zur Steigerung des Sicherheitsgefühls unter den Einwohnern beitrug, erfüllte hier die stark besetzte Garnison der Polnischen Armee. In der Stadt waren nacheinander stationiert: eine Einheit der Truppen für Innere Sicherheit (später: Korps für Innere Sicherheit), eine Brigade der Grenzschutztruppen, die 15. Infanterie-Division mit dem 55. Dresdner Leichten Artillerie-Regiment und dem 50. Infanterieregiment, eine Nachrichtenkompanie, das 46. Pionier-Bataillon, die 19. selbständige Panzerabwehrdivision, ein Militärkrankenhaus und die 1. Artillerieoffiziersschule. Ein wichtiges Ereignis war die Verleihungszeremonie der ersten Offizierdienstgrade an 127 Kadetten, die am Feiertag des 11. November 1945 Stadtzentrum stattfand<sup>160</sup>.

Im Laufe der Zeit entstanden kulturelle Einrichtungen (Stadttheater, Kinos, Kulturhäuser usw.) und Institutionen des gesellschaftlichen Lebens (politische Parteien, gesellschaftliche Organisationen u. dgl.). Eine wichtige Rolle für die

---

159 Im Jahr 1950 gab es in 2 013 Wohnhäusern 26 736 Wohnräume. Auf 100 Wohnräume entfielen im Durchschnitt 152 Personen. 1960 verschlechterte sich diese Quote und betrug 155 Personen auf 100 Wohnräume. Erst in den siebziger Jahren verbesserte sich die Lage zusehends (136 Personen auf 100 Wohnräume). *Olsztyn 1353-2003...*, S. 429-431.

160 P. Maziariski, *W mundurze żołnierza*, in: *Olsztyńskie korzenie. Rok 1945. Relacje i wspomnienia*, wstęp i posłowie S. Achremczyk, Olsztyn 2000, S. 88, 89.

Verwurzelung der neuen Einwohner spielte das Journalistenmilieu. Rasch wurde mit der Herausgabe zahlreicher Zeitungen und Zeitschriften begonnen, u.a. „Głos Ziemi“ (Landesstimme), „Wiadomości Mazurskie“ (Masurische Nachrichten), „Życie Olsztyna“ (Allensteiner Leben), „Olsztyński Głos Ludu“ (Allensteiner Volksstimme), „Głos Olsztyński“ (Allensteiner Stimme), „Słowo na Warmii i Mazurach“ (Das Wort in Ermland und Masuren) u.a.<sup>161</sup>.

1945 wurde in der Burg das Masurische Museum (später: Museum für Ermland und Masuren) eröffnet; erster Leiter wurde der geschätzte Maler Hieronim Skurpski, ein Masure aus dem Soldauer Gebiet.

1945 gründete Emilia Sukertowa-Biedrawina das Masuren-Institut, dessen Mitarbeiter verschiedene Dokumente zur Vergangenheit der Region sammelten. Gestartet wurden erste Forschungsprojekte, in Olsztyn wurden Vorlesungen von hervorragenden polnischen Geisteswissenschaftlern gehalten. 1950 begann das erste Studienjahr an der neu eröffneten Landwirtschaftlichen Hochschule in Kortowo (Kortau). Die akademischen Traditionen dieser Hochschule gingen auf die Landwirtschaftliche Hochschule in Cieszyń (Teschen) und Lodz zurück. Auf Beschluss der Zentralregierung wurden beide Hochschulen zusammengelegt und nebst Lehrkräften, Studierenden und Labors nach Olsztyn verlegt<sup>162</sup>. Nach und nach entwickelte sich Olsztyn zu einem wichtigen Zentrum für Natur-, Agrar- und technische Wissenschaften.

Die Jahre 1945-1948 waren eine Zeit des relativen Pluralismus im politischen Leben (die oppositionelle Polnische Volkspartei, PSL verfügte in Olsztyn und der Region über einen beachtlichen Einfluss<sup>163</sup>), im gesellschaftlichen (verschiedene Organisationen und Verbände), kulturellen und wirtschaftlichen Leben<sup>164</sup>.

1950 endete im allgemeinen die Zuwanderung neuer Einwohner. Die neue lokale Gemeinschaft wurde hauptsächlich von Siedlern aus Zentralpolen (Masowien, Warschau, Kurpien und den Woiwodschaften Białystok, Lublin und Rzeszów) gebildet. Eine relativ große Bevölkerungsgruppe stellten die Bewohner der ehemaligen östlichen Grenzlande Polens, hauptsächlich aus der Region Wilna, aus Polesien und Wolhynien. Gegen Jahresende 1945 hielten sich in der Stadt 11

161 Vgl. B. Łukaszewicz, *Prasa informacyjno-polityczna Warmii i Mazur 1945-1975. Szkice do monografii*, Olsztyn 1982.

162 Im Jahr 1950 arbeiteten an der Landwirtschaftlichen Hochschule Olsztyn 27 selbständige wissenschaftliche Mitarbeiter, 10 stellvertretende Professoren, 16 Assistenz-Professoren, 72 wissenschaftliche und technische Assistenten. An drei Fakultäten (Pflanzen-, Tier- und Milchproduktion) studierten 1 200 Studenten. *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2006, S. 747 f.

163 Vgl. B. Łukaszewicz, *Polskie Stronnictwo Ludowe na Warmii i Mazurach w latach 1945-1947*, Olsztyn 1991.

164 Vgl. *Olsztyn 1353-2003...*, S. 419-438.

885 Repatriierte auf (gegenüber der Gesamtzahl von 29 000 Einwohnern, darunter 17 200 Siedler). Zum Jahresende 1948 stieg diese Zahl auf 12 808 Repatriierte (und 28 555 Siedler). Die Zahl der Ukrainer, Roma, Deutschen, Ermländer und Masuren war gering<sup>165</sup>. Kennzeichnend für die meisten Einwohner war eine gewisse „Ländlichkeit“ ihrer Kultur, die Aussehen und Atmosphäre der Stadt beeinflusste.

Die Stalinisierung des gesellschaftlichen Lebens in den Jahren 1949-1955 hat den Alltag der Einwohner Olsztyns, der Region, aller West- und Nordgebiete und des ganzen Landes stark geprägt. Zentralisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, Bekämpfung jeglicher Formen der Opposition, Terror im Namen des Gesetzes<sup>166</sup>, Abschaffung des Privatunternehmertums usw. beeinflussten das Stadtklima und den Alltag der Einwohner.

Ähnlich wie die meisten Städte in Polen wurde Olsztyn zum „sozialistischen Bauplatz“. Während der Stalin-Zeit war geplant, neue breite Kommunikationsstrassen anzulegen und neue Gebäude im Zuckerbäckerstil (nach dem Vorbild des Marszałkowska-Wohnviertels in Warschau) zu errichten. Rasch wurden aber die Umbaupläne der Stadt fallen gelassen, hauptsächlich wegen mangelnder Finanzmittel<sup>167</sup>. Olsztyn behielt die traditionelle räumliche Anordnung mit vielen alten

---

165 Tomkiewicz, *Życie codzienne...*, S. 42-54.

166 Vgl. B. Łukaszewicz, *Wojskowy Sąd Rejonowy w Olsztynie 1946-1955. Szkice do monografii*, Olsztyn 2000; J. Czołgoszewski, *Więziennictwo okresu stalinowskiego na Warmii i Mazurach w latach 1945-1956*, Olsztyn 2002.

167 Der erste vorläufige Plan zur architektonischen Entwicklung Olsztyns wurde 1947 erarbeitet und in den Jahren 1954 und 1959 korrigiert. In den Jahren 1945-1950 wurden nur 140 Häuser und 20 öffentliche Gebäude, darunter der Bahnhof, wiederaufgebaut. In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre änderte sich die Geschwindigkeit der Wiederaufbauarbeiten kaum. Eine sichtbare Belebung trat in den sechziger und siebziger Jahren ein. Vgl. Tomkiewicz, *Życie codzienne...*, S. 96, 99-106. „Während des Wiederaufbaus der Städte wurden nur in der Altstadt in Olsztyn die räumliche Anordnung und historische Architekturformen wiederhergestellt“, schreibt Maria Lubecka-Hoffmann. „In den sonstigen altstädtischen Komplexen wurden seit den 1960er Jahren modernistische Bauten errichtet, die die frühere städtebauliche Anordnung und den historischen Charakter der Altstädte veränderten (z.B. Iława, Ostróda, Susz, Lidzbark Warmiński, Pasłęk). Manche Städte wurden bis heute nicht wiederaufgebaut (z.B. Kisielice, Bisztynek, Miłomłyn), wodurch sie noch die Chance haben, korrekt – beispielsweise nach dem Vorbild der Rückübersetzung in Elbląg, bei der der alte Stadtplan, die Art der Bebauung, die architektonischen Formen und ein altstädtisches Klima erhalten wurden – bewirtschaftet zu werden“. Der Grad der Kriegszerstörungen war enorm und betrug in Pieniężno (Mehlsack) 95 %, in Gołdap und Miłomłyn (Liebemühl) je 90 %, in Dąbrówno (Gilgenburg) 85 %, in Braniewo, Lubawa, Pasłęk und Kisielice (Freystadt i. Wpr.) je 80 %, in Iława, Zalewo (Saalfeld), Miłakowo (Liebstadt) und Sępólno (Schippenbeil) je 75 %. Die Zerstörungen in Olsztyn wurden auf etwa 40 % geschätzt. M. Lubecka-Hoffmann, *Osadnictwo miejskie*

und rekonstruierten Bauwerken, darunter mit den auffälligen Spitztürmen vieler Kirchen, des Schlosses und des neuen Rathauses, interessant hineinkomponiert in die abwechslungsreiche und hügelige Landschaft mit dem Flusslauf der Alle und den zahlreichen bezaubernden Seen sowie großen Park- und Grünanlagen (z.B. Waldstadion, Kortowo).

Der politische Wandel ab dem Oktober 1956 brachte mancherlei Ereignisse, die auf die studentische Jugend zurückgingen. Am 21. Oktober 1956 fand auf dem Platz vor dem Stefan-Jaracz-Theater eine politische Kundgebung statt, bei der die Presse- und Rundfunkfreiheit, die „Vertreibung aller Peiniger der lokalen Bevölkerung aus der Woiwodschaft“ sowie die Demokratisierung und Erneuerung im Geiste des sozialistischen Wandels, deren Symbol Władysław Gomułka war, gefordert wurden.

Bei späteren Kundgebungen im Oktober 1956 wurde z.B. die Rückgabe Wilnas und Lembergs verlangt. Am 30. Oktober wurde der damals größte politische Aufmarsch zur Unterstützung der „Revolution in Ungarn“ veranstaltet. Neben den Studenten nahmen daran einige Tausend Stadteinwohner teil. Parolen wie „Nieder mit der sowjetischen Intervention in Ungarn!“ oder „Wir verlangen Souveränität für Polen und Ungarn!“ waren ebenso zu hören wie die antisowjetischen Rufe „Nieder mit den Russen!“ oder „Warschauer Pakt auflösen!“. Die Ordnungshüter intervenierten nicht. Es wurden Geld und Geschenke gesammelt sowie Blut für die „Aufständischen und das ungarische Volk“ gespendet. Gefordert wurde auch die Umbenennung des Platzes der Roten Armee in „Platz der Ungarischen Aufständischen“. Es waren die größten spontan organisierten Demonstrationen (ihr Umfang wurde weder im März 1968 noch während der ersten „Solidarność“-Bewegung, d.h. zwischen August 1980 und Dezember 1981, erreicht)<sup>168</sup>.

In den in Olsztyn erscheinenden Zeitungen, z.B. in der im Mai 1955 gegründeten Monatsschrift (später Zweiwochenschrift) „Warmia i Mazury“ sowie in

---

*na Warmii i Mazurach*, in: *VI Kongres Krajoznawstwa Polskiego. Olsztyn 10-12 września 2010*, H. 1, Warszawa 2010, S. 34 f.

168 Vgl. *Olsztyn 1353-2003...*, S. 451-456; B. Łukaszewicz, *Olsztyński październik 1956*, in: *Październik 1956 na Ziemiach Zachodnich i Północnych. Materiały seminarium naukowego, Mierki k. Olsztyna, wrzesień 1996*, red. W. Wrzesiński, Wrocław 1997; Tomkiewicz, *Olsztyński rok 1956. Rola studentów w wydarzeniach*, Olsztyn 2007; B. Łukaszewicz, *Marzec '68 na Warmii i Mazurach. Wybór źródeł*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1998, Nr. 2, S. 245-288; P. Kardela, *Olsztyński Marzec '68 i działania Służby Bezpieczeństwa*, in: *Dzieje Najnowsze* 2008, Nr. 1, S. 167-193; *Elbląg w grudniu 1970 roku*, red. J. Hochleitner, Elbląg 2006; Z. Złakowski, „Solidarność“ olsztyńska w latach 1980-1981. *Próba zestawienia faktów*, Olsztyn 2001. Vom Forschungsstand über die Zeit der Volksrepublik Polen berichtet ausführlich W. Brenda, *Olsztyńskie środowisko historyczne w badaniach najnowszych dziejów Warmii i Mazur (1945-1989/1990). Spojrzenie na ostatnie dwudziestolecie*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2009, Nr. 4, S. 491-515.

„Rzeczywistość“ (Wirklichkeit; ab März 1956), der sozialkulturellen Wochenbeilage der Tageszeitung „Głos Olsztyński“ (Allensteiner Stimme), erschienen 1956 zahlreiche kritische Artikel über das stalinistische System. Die Redaktionen dieser Blätter unterstützten die Studentendemonstrationen und die „Oktober-Umwälzungen“, die so manchen Wechsel in den Spitzenämtern in Olsztyn und Umgebung nach sich zogen. Einer der Schlussakkorde des damaligen Wandels waren die Sejm-Wahlen am 20. Januar 1957. Von den 14 Abgeordnetenmandaten entfielen nicht weniger als vier auf Vertreter der autochthonen Bevölkerung (auf die Masuren Walter Późny, Gerard Skok, Bohdan Wilamowski und die Ermländerin Wanda Pienięzna).

Infolge der Oktober-Veränderungen kam es später zu zahlreichen sozialkulturellen Unternehmungen, die das Antlitz der Stadt wesentlich mitprägten. Auf Initiative lokaler Aktivisten wurde der sozial-kulturelle Verband „Pojezierze“ (Seenplatte) ins Leben gerufen, der unter anderem einen eigenen gleichnamigen Buchverlag eröffnete und das landesweit erscheinende Wochenblatt „Panorama Północy“ herausgab. 1961 wurde ein Wissenschaftliches Forschungszentrum gegründet, das die Traditionen des Masurischen Instituts fortsetzte. 1969 entstand auf der Basis der 1954 errichteten Lehrerfachschule die Pädagogische Hochschule, die anfänglich drei Fakultäten hatte: die geisteswissenschaftliche, die pädagogische und die mathematisch-naturwissenschaftliche. Ähnlich wie die Landwirtschaftliche Hochschule, die später in die Landwirtschaftlich-Technische Akademie umgewandelt wurde, spielte auch die Pädagogische Hochschule eine fundamentale Rolle bei der Ausbildung von Kadern und der Entwicklung humanistischer Kreise in Olsztyn und der Region. Eine ähnliche Bedeutung hatten auch Büchereien, Museen, die Philharmonie, das Theater und der lokale Rundfunksender.

In Olsztyn wirkten zahlreiche Schriftsteller (Maria Zientara-Malewska, Michał Langowski, Władysław Ogrodziński, Władysław Gąbik, Alojzy Śliwa, Jan Dopadka, Henryk Panas, Andrzej Wakar, Klemens Oleksik, Jan Maria Gisges, Leonard Turkowski, Erwin Kruk, Stefan Połom, Maryna Okęcka-Bromkowa, Edward Martuszczyński, Zbigniew Nienacki, Bohdan Dzikko, Kazimierz Brakoniecki, Zbigniew Chojnowski und andere), Künstler, Theaterschaffende, Musiker und Verleger. Die Stadt wurde zum wichtigen regionalen Zentrum des Kulturlebens mit landesweiter Ausstrahlung (u. a. Tätigkeit der von Bohdan Głuszczyk begründeten Pantomimenbühne „Pantomima Olsztyńska“ oder der alternativen Kreise der „Pracownia“). Ein breiteres Publikum hatten die Vorführungen der Volkstanz- und Gesangsgruppe „Olsztyn“, der Gruppe „Czerwony Tulipan“ (Rote Tulpe), die bekannten Begegnungen auf der Burg „Wir singen Poesie“ (Spotkania Zamkowe „Śpiewamy Poezję“) und die polnischen Meisterschaften im Gesellschaftstanz sowie Vorführungen des modernen Tanzensembles „Miraż“.

Im Vergleich zu Klaipėda oder Kaliningrad erschien das damalige Olsztyn mit seinem reichen kulturellen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Angebot wie eine wahre Metropole und eine „Oase der künstlerischen Freiheit“.

Bis Mitte der fünfziger Jahre stand die Hauptstadt von Ermland und Masuren im Abseits des gesellschaftlichen Lebens der Wiedergewonnenen Gebiete. Seitdem änderte sich die Lage zusehends, was unter anderem auf die deutliche Zunahme der Einwohnerzahl zurückzuführen war (Tab. 33).

Tabelle 33 Zunahme der Einwohnerzahl Olsztyns in den Jahren 1956-1989

Jahr	Einwohnerzahl (in Tsd.)
1956	54,8
1958	62
1960	67,8
1965	75,1
1970	94,1
1975	112,5
1980	133,3
1986	150
1989	160,9

Quelle: *Olsztyn 1353-2003*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2003, S. 456-457, 509.

Innerhalb von dreißig Jahren (1956-1986) stieg die Zahl der Einwohner Olsztyns fast um das Dreifache: von 54 800 auf 150 000. In die Stadt zogen hauptsächlich Landbewohner aus der Region und anderen Landesteilen. In dieser Zeit war der Anteil junger Menschen an der Gesamteinwohnerschaft Olsztyns beachtlich („Kinder“ machten 33 % aller Einwohner aus, „Eltern“ 51 % und „Großeltern“ 16 %) <sup>169</sup>.

Olsztyn und die Region Ermland und Masuren gehörten in der Nachkriegszeit (und gehören nach wie vor) zu den am wenigsten industrialisierten Woiwodschaften Polens. In der Zwischenkriegszeit gab es in Allenstein keine größeren Betriebe. Die Lage hat sich gegen Ende der sechziger Jahre stärker gewandelt, als 1967 (nach fünf Jahren Bauzeit) die Autoreifenfabrik (OZOS) eröffnet wurde; mehr als 3 000 Menschen fanden hier Arbeit und die Firma wurde zum größten Arbeitgeber in Stadt und Region (anfänglich stellten die Einwohner der Stadt nur 37 % der Belegschaft). 1970 wurde eine neue Druckerei der Graphischen Anstalt (mit etwa 500 Beschäftigten) in Betrieb genommen. Wichtig waren auch eine Möbelfabrik, ein Hersteller von Geräten und Anlagen für die Lebensmittelindustrie („Spomasz“) oder auch die Einrichtungen des Eisenbahnknotens (der Polnischen

<sup>169</sup> *Olsztyn 1353-2003...*, S. 457.

Staatsbahnen). 1960 arbeiteten nur 4 448 Personen in der Industrie (Mitte der sechziger Jahre stieg diese Zahl auf 6 308)<sup>170</sup>.

Durch die von Edward Gierek in den siebziger Jahren vorangetriebene „Modernisierung auf Pump“ entwickelte sich der Wohnungsbausektor. Wie in anderen Städten Polens wurden auch in Olsztyn viele einander gleichende Plattensiedlungen (Nagórki/Bergenthal, Jaroty/Jomendorf, Pieczewo/Stolzenberg) gebaut. Zu einem wesentlichen Modernisierungsfaktor wurde das am 10. September 1978 veranstaltete landesweite Erntedankfest, an dem Edward Gierek und andere „Mitglieder der Partei- und Staatsführung“ teilnahmen, und das zur Herstellung einer städtebaulichen Ordnung in Olsztyn und dem Bau neuer Objekte (Mehrzweckhalle, Planetarium, Fußballstadion, neue Straßen u.ä.) beitrug. Das Fest fand unter der Losung „Auf dass Polen mächtiger und die Menschen wohlhabender werden“ statt.

Das Jahrzehnt der achtziger Jahre, besonders nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981, zeichnete sich, wie in anderen polnischen Städten, durch Stagnation und Resignation aus. Olsztyn war eines der wichtigsten Zentren der Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ (August 1980 bis Dezember 1981). Die seit 1982 im Untergrund tätige „Solidarność“ organisierte zahlreiche Proteste, die aber die Haltung der Stadteinwohner nicht erheblich zu beeinflussen vermochten, denen die Sorgen des Alltags zu schaffen machten (mehrstündiges Anstehen für Grundnahrungsmittel, Versorgungsengpässe in allen Bereichen, Reglementierung und Lebensmittelkarten, Benzinmangel, regelmäßige Stromausfälle, schlecht beheizte Wohnungen usw.).

Im letzten Jahr der Volksrepublik Polen (1988) lebten in Olsztyn knapp 161 000 Einwohner; das Stadtgebiet hatte eine Fläche von 87,89 km<sup>2</sup> (doppelt so groß wie 1950). Hinsichtlich der sozialen und beruflichen Struktur der Einwohnerschaft unterschied sich Olsztyn nicht von anderen polnischen Städten ähnlicher Größe. Es war nach wie vor eine Stadt der jungen Menschen (29,1 % waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren)<sup>171</sup>.

Was die Stadt auszeichnete, war ihr postmigrativer Charakter. Ab Mitte der sechziger Jahre ließ sich eine deutliche Stabilisierung und Herauskristallisierung der lokalen Identität, „ein Einwohner Olsztyns zu sein“, beobachten<sup>172</sup>. Dieser

---

170 *Ebenda*, S. 464.

171 *Ebenda*, S. 509. 1989 studierten in Olsztyn bereits etwa 10 000 Studierende (Agrartechnische Akademie und Pädagogische Hochschule). In der Stadt gab es auch ein Priesterseminar „Horianum“ sowie eine Offiziersschule für Rüstung und Elektronik. Außerdem gab es in Olsztyn 31 Grundschulen, 6 allgemeinbildende Oberschulen, 45 Berufsschulen, davon 30 Fachoberschulen und Fachschulen.

172 Vgl. B. Beba, J. Pijanowska, *Demograficzne uwarunkowania rozwoju kultury na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998, S. 23-33; *Spoleczności lokalne i ich przemiany*, Olsztyn 1980.

Prozess vollzog sich schneller als in anderen Städten Ermlands und Masurens. Seit den siebziger Jahren kann von der Herausbildung einer neuen Mentalität die Rede sein, was in starkem Maße darauf zurückzuführen war, dass die Generation der nach 1945 Geborenen das Erwachsenenalter erreichte. Sie kannte in der Regel keine andere Wirklichkeit als die, die ihr in Olsztyn und der Region Ermland und Masuren zuteil wurde. Allmählich bildete sich eine „Stadtmentalität“ heraus. Das war nicht unerheblich, da die Mehrheit neuer Einwohner aus ländlichen Gebieten stammte<sup>173</sup>. Noch in den siebziger Jahren war Olsztyn eine multikulturelle Stadt, in der Menschen aus verschiedenen Regionen (Zentralpolen, Kurpien, ehemalige polnische Grenzlande im Osten) sowie Ukrainer, Zigeuner, Ermländer und Masuren lebten. Auf der Straße oder noch häufiger auf dem Marktplatz konnte man die Wilnaer oder die ermländische Mundart hören.

---

173 Vgl. B. Beba, *Obyczajowość w rodzinie wśród mieszkańców Olsztyna*, Olsztyn 1994

# Abbildungen

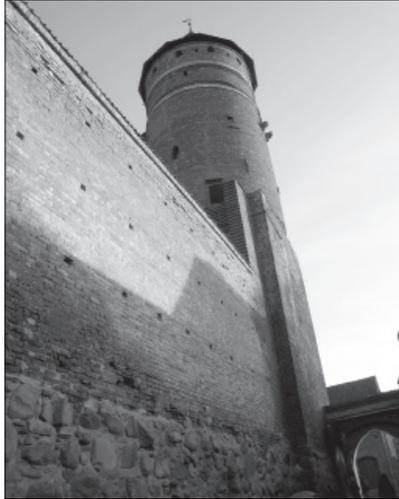




1. Steinerne „prußische Babe“ aus Barciany/Barten bei Kętrzyn/Rastenburg. Eines der wenigen Relikte der Prußen. Sie befindet sich heute im Allensteiner Schlosshof.



2. 15. Juli 1410 – Schlacht bei Tannenberg. Holzschnitt, 16. Jh.



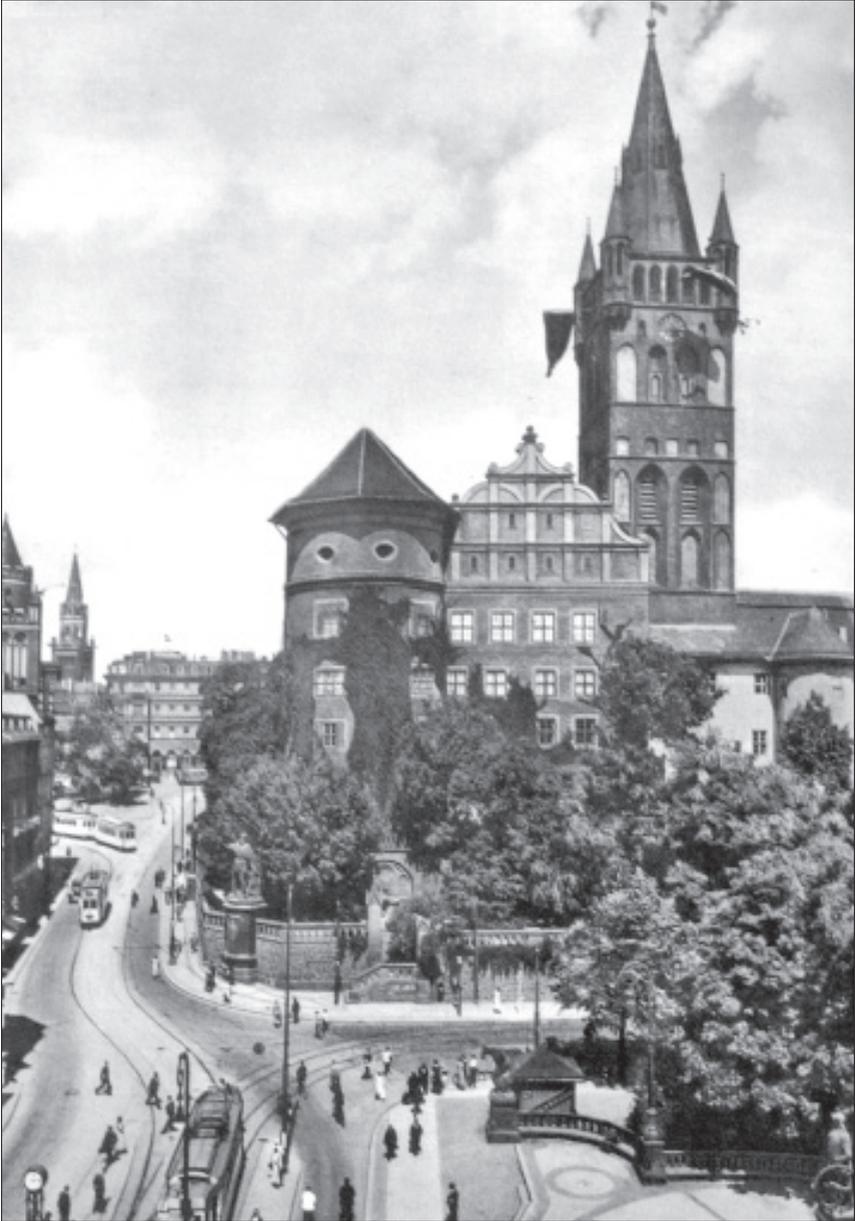
3. Bergfried des Ordensschlosses Allenstein.



4. Grenzstein aus dem Jahr 1545 in Bogusze bei Prostki/Prostken (Kreis Elk/Lyck) in Masuren. Der Grenzstein trägt das litauische Wappen und den preußischen Adler mit einem „S“ wie Sigismund an der Brust. Die lateinische Inschrift besagt, dass der Grenzstein die Länder Albrechts I. von den Gebieten Sigismund Augusts trennt. Die Aufnahme stammt vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Bis heute steht der restaurierte Grenzstein an der früheren Grenze zwischen Masowien (der Polnischen Krone), Litauen und dem Herzogtum Preußen.



5. Der Königsberger Dom, erbaut im 14. Jahrhundert. Aufnahme vom Anfang des 20. Jahrhunderts.



6. Das Königsberger Schloss. Auf dem Platz die Denkmäler Wilhelms I. und des Reichskanzlers Bismarck (unten rechts).



7. Stadtansicht von Allenstein, Anfang des 20. Jahrhunderts.



8. Stadtansicht von Memel vor dem Ersten Weltkrieg.





12. Ein Landbriefträger in Ostpreußen, Anfang des 20. Jahrhunderts.



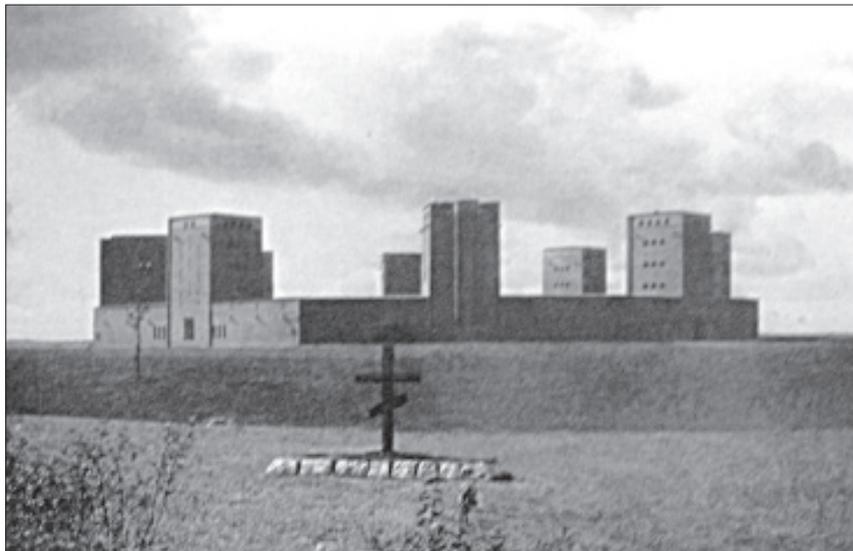
13. An der Grenze zwischen Ostpreußen und Russland, Anfang des 20. Jahrhunderts.



14. Das Bahnhofsgebäude in Lyck mit russischer Aufschrift. Die Hauptstadt Masurens wurde 1914 von russischen Truppen eingenommen.



15. Das zerstörte Bahnhofsgebäude in Lyck mit deutscher Aufschrift nach der Rückeroberung der Stadt durch deutsche Truppen im Jahr 1914.



16. Das Tanneberg-Nationaldenkmal bei Hohenstein (Olsztynek, Kreis Olsztyn) zur Erinnerung an die Siege deutscher Truppen im Ersten Weltkrieg.



17. Grenzstein zwischen Polen und Ostpreußen aus der Zwischenkriegszeit. Er trägt an den Seiten die Inschrift: „Versailles. 28.6.1919“, die sich auf die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages bezieht, sowie die Buchstaben „P“ (Polen/Polska) und „D“ (Deutschland).



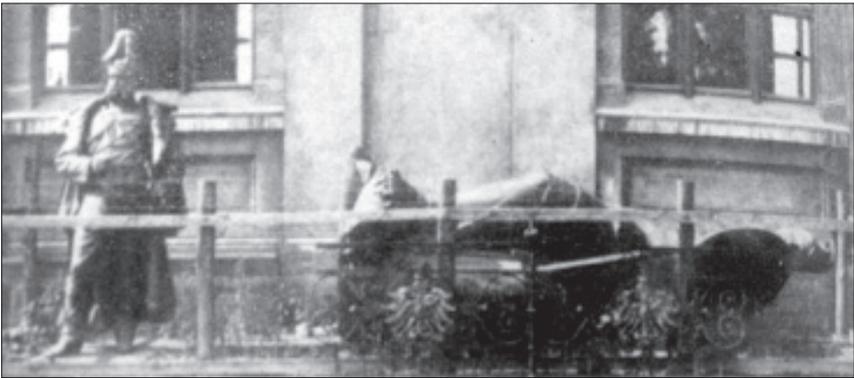
18. Meldestelle für Abstimmungsberechtigte in Allenstein bei der Volksabstimmung vom 10. Juli 1920.



19. Französische Truppen in Memel, 1922.



20. Einmarsch litauischer Einheiten in Memel 1923.



21. Gestürzte Denkmäler für Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. in Memel, Januar 1923.



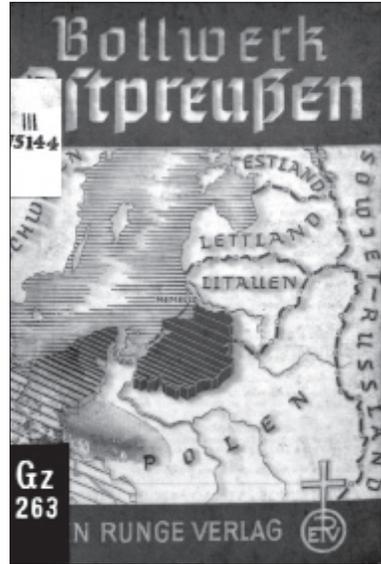
22. Gebäude der polnischen Post in Soldau/Działdowo. Zwischenkriegszeit.



23. Denkmal für König Wladyslaw II. Jagiello vor der gleichnamigen Schule in Soldau/Działdowo, 1930er Jahre.



24. Propagandabroschüre über „Das nationalsozialistische Ostpreußen“.



25. Buchtitel „Bollwerk Ostpreußen“.



26. Plakat mit dem Bild eines Deutschen Ordensritters mit Schild und eines Nationalsozialisten mit Fahne. Im Vordergrund das zu einer Wehrburg stilisierte Denkmal und Mausoleum für die Helden des Ersten Weltkrieges in Hohenstein. Unterschrift: „Ostland-Grenzwall!“



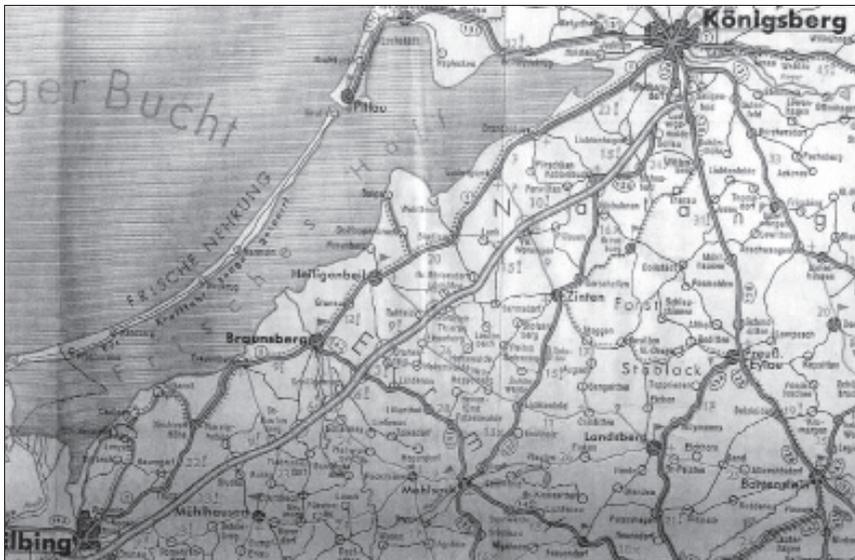
27. Erich Koch, Gauleiter in Ostpreußen.



28. Schriftzug an der Wand einer Scheune in Bunhausen/  
Plociczno (Kreis Lyck/Elk) in Masuren mit dem  
Aufwurf: „Wählt Hitler“. Aufnahme von 1937.



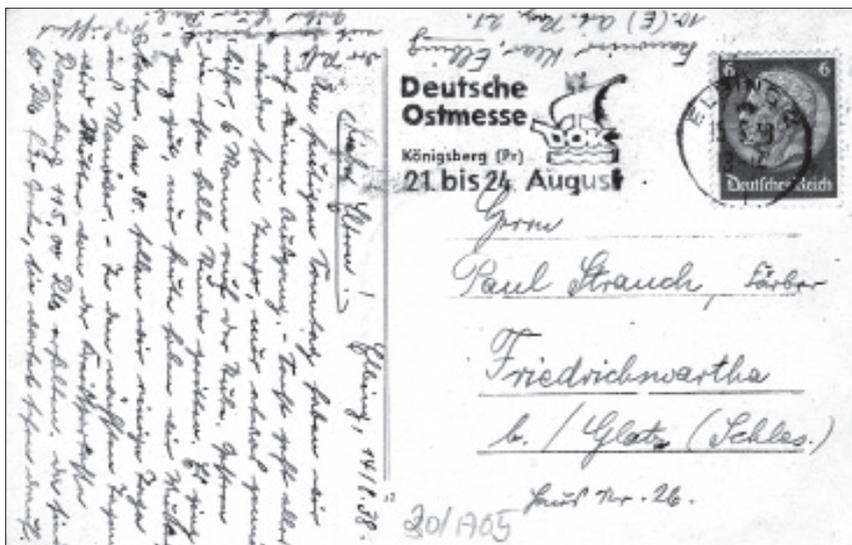
29. Einbahnig fertiggestellte  
Reichsautobahn Elbing-Königsberg.



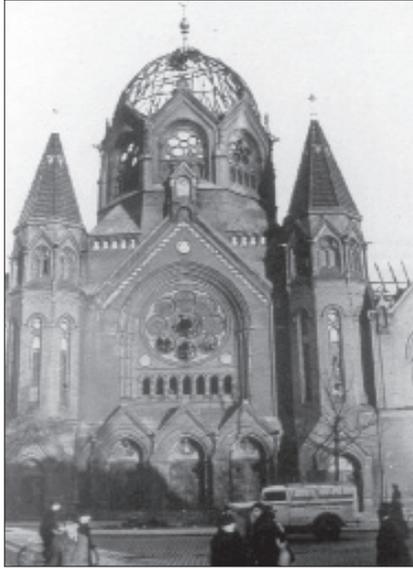
30. Deutsche Autokarte vom Ende der 1930er Jahre mit dem Verlauf der Autobahn  
in Ostpreußen.



31. Stadtansicht von Elbing mit dem Nikolaikirchturm, aus den 1930er Jahren.



32. Sonderstempel der Elbinger Post mit Werbung für die Deutsche Ostmesse Königsberg (DOK) am 21.-24. August 1938.



33. Die während der „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 ausgebrannte und entweihte Synagoge in Königsberg.



34. Triumphfahrt Adolf Hitlers durch die Straßen Memels am 23. März 1939 nach dem Anschluss des Memellandes an Ostpreußen. Auf dem Banner an der Häuserwand die Aufschrift: „Dieses Land bleibt ewig deutsch“.



35. Flaggen des Dritten Reiches auf den Gebäuden im Zentrum Memels.



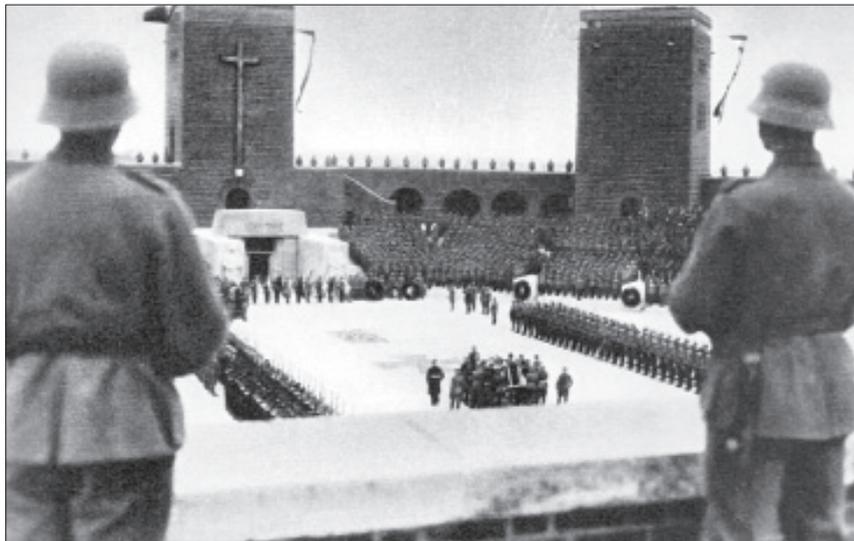
36. Ankunft des ostpreußischen Gauleiters Koch im Herbst 1939 am Bahnhof des an Ostpreußen angeschlossenen Soldau/Dzialdowo.



37. Grenzpfosten an der neuen Grenze zwischen der UdSSR und Ostpreußen, 1940.



38. Im Rahmen des politischen Bündnisses und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion trafen in den Jahren 1939-1941 zahlreiche Transporte u.a. mit Lebensmitteln in Ostpreußen ein. Die Aufnahme zeigt die Ankunft eines Güterzuges an der Grenzstation Prostken im Frühling 1941.



39. Eine der zahlreichen Feierlichkeiten im Ehrenmal Hohenstein zur Betonung der starken Bindungen Ostpreußens an das Dritte Reich vor 1939.



40. Das Kriegsgefangenenlager für polnische Soldaten Stalag I A in Stalack (heute Dolgorukowo im Kaliningrader Gebiet).



41. Landkarte von 1942 mit alten und neuen Grenzen Ostpreußens.



42. Hitler trifft fünf Tage vor dem missglückten Attentat des Obersts Claus Schenk Graf von Stauffenberg (erster von links) am 20. Juli 1944 im Hauptquartier Wolfschanze in Görlitz bei Rastenburg ein. Kurz darauf empfing er hier Mussolini.



43. Evakuierung der Zivilbevölkerung nach dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen 1944.



44. Ein Soldat der Militärpolizei der Roten Armee regelt den Verkehr durch Ostpreußen. Auf dem Schild die Aufschrift „Wos-toschnaja Prussia“ (Ostpreußen). Beginn der Offensive der 3. Weißrussischen Front, Januar 1945.



45. Die Rote Armee marschiert im Oktober 1944 in Eydtkuhnen (heute Tschernyschewskoje) von der litauischen Grenze her in Ostpreußen ein. Eine der Aufschriften lautet: „Soldaten der Roten Armee! Vor Euch liegt die Höhle der faschistischen Bestie!“



46. Panzereinheiten der Roten Armee in Ostpreußen.



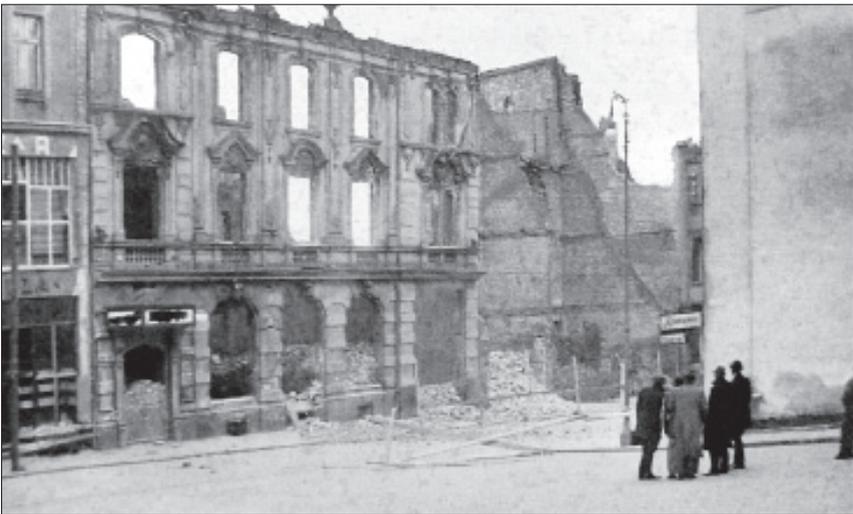
47. Eine Sonderkommission untersucht Ende Oktober 1944 getötete Zivilisten in Nemmersdorf (heute Majakowskoje im Kaliningrader Gebiet).



48. Das zerstörte Königsberg nach den Flächenbombardements durch die englische Luftwaffe 1944 und den Operationen der Roten Armee, die am 9. April 1945 nach blutigen Kämpfen die Festung Königsberg eroberte.



49. Das zerstörte Memel 1946.



50. Ruinen in Allenstein. Die Aufnahme von 1945 zeigt eine übermalte deutsche Aufschrift an einem der Häuser.



51. Ein sowjetischer Soldat bringt ein Hinweisschild am Sitz der Militärkommandantur in Olsztyn (Allenstein) an.



52. Eine der ersten polnischen Demonstrationen 1945 in Olsztyn. In der Mitte der Tribüne vor dem Rathaus stehen Oberst Dr. Jakub Prawin, Bevollmächtigter der polnischen Regierung für den Bezirk Masuren, und der Masure Jerzy Burski, sein Stellvertreter. Rechts ein Soldat der Roten Armee.



53. Eine „Karte der polnische Westgrenze“ mit dem Stadtwappen Königsbergs, erstellt gegen Ende des Zweiten Weltkriegs durch Kreise des im Untergrund tätigen West-Instituts (Instytut Zachodni).



54. „Pomorze Wschodnie“ („Ostpommern“) – die Postkarte von 1945 zeigt die polnischen Territorialansprüche auf fast ganz Ostpreußen (ohne Memelland).



55. „Nie rzucim ziemi, skąd nasz ród...“ („Wir lassen nicht vom Land unseres Geschlechts...“ – Anfangsworte des patriotischen Liedes „Rota“). Die Geopolitische Karte Polens, propagiert vom Amerikanisch-Polnischen Nationalrat gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in den USA, zeigt Ostpreußen (ohne Memelland) als Woiwodschaft Ostsee-Masuren (Nr. 17).



56. Sonderzug mit demobilisierten Soldaten der Roten Armee aus Königsberg mit der Aufschrift „Мы из Кенигсберга“ („Wir aus Königsberg“), Sommer 1945.



57. Diese Graphik von J. Sintschilin (ohne Titel), veröffentlicht am 9. April 1969 in der „Kalingradskaja Prawda“, zeigt eine Vision Kaliningrads als neue sozialistische Stadt, dargestellt als Maurerkelle vor den Trümmern der „preußischen Festung“.



58. Ruinen des Königsberger Schlosses, 1950er Jahre.



59. Aufmarsch der Einwohner Kaliningrads vor der Westseite des Königsberger Schlosses, Ende der 1940er Jahre.



60. Sprengung der Ruinen des Königsberger Schlosses 1968. Das an dieser Stelle errichtete Haus der Sowjets wurde nie fertig gestellt.



61. Grabstätte von Immanuel Kant am Königsberger Dom, Anfang der 1950er Jahre.



62. 1. Mai 1947: Maiumzug in Kaliningrad. An der Bordwand die Aufschrift „Stalinistischer Fünfjahresplan“.



63. Umzug zum Maifeiertag in Klaipeda/Memel, 1970er Jahre.



64. Russische Soldaten schützen das Lenin-Denkmal in Klaipeda, 1991.



65. *Renovierte evangelische Kirche in Šilutė/Heydekrug. Bis 1991 war sie eine der wenigen genutzten evangelischen Kirchen im Memelland.*



66. *Alte Bebauung in Rusne/Ruß.*



67. Ein Treffen mit den Aktivisten des Vereins Mažoji Lietuva (Kleinlitauen) in Klaipeda. Zweite von links Dr. Silva Pocyte, Vereinsvorsitzende. Treffen am Verbandssitz.



68. Ein Treffen am Vereinssitz der deutschen Minderheit in Klaipeda. Links die Vorsitzende Magdalena Piklaps.



69. Typische ländliche Bebauung südlich von Klaipeda.



70. Zerstörtes Vorwerk im Memelland.



71. Die heutige Grenze zwischen Litauen und dem Kaliningrader Gebiet in Rusne/Ruß.



72. Das Thomas-Mann-Haus in Nidden auf der Kurischen Nehrung.



73. Klaipeda, Denkmal für Herkus Monte, den Anführer des Prussen-  
aufstands gegen den Deutschen  
Orden im 13. Jahrhundert.



74. Denkmal für die Einheit von Klein- und Großli-  
tauen in Klaipeda.



75. Stadtzentrum von Klaipeda, Ansicht vom Hafen her.



76. Russisch-orthodoxe Christus-Erlöser-Kathedrale und Siegessäule am Siegesplatz (Ploschtschad Pobedy) in Kaliningrad. Zu Sowjetzeiten stand hier ein Lenin-Denkmal.



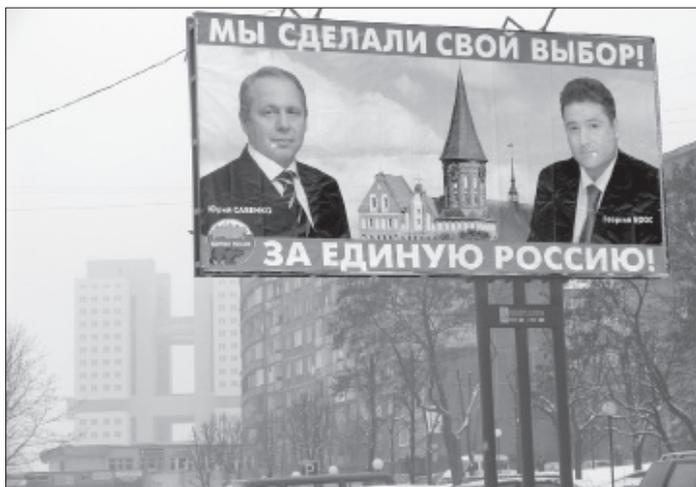
77. Demonstration der Einwohner Kaliningrads am Siegesplatz.



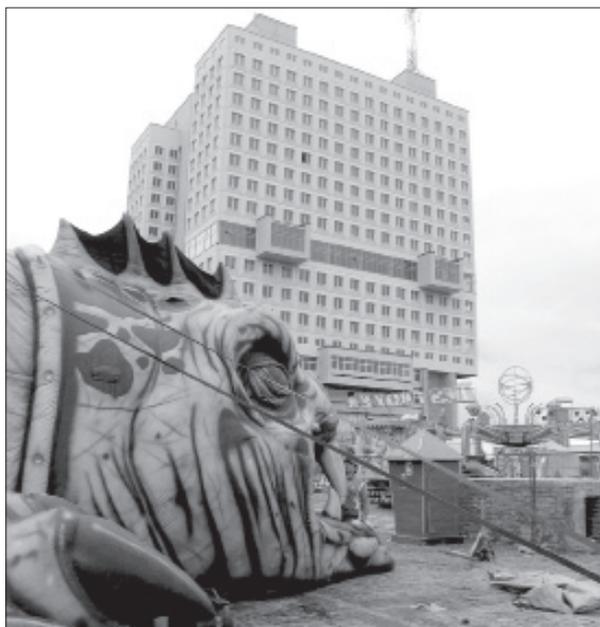
78. Das vom Siegesplatz entfernte Lenin-Denkmal wurde vor dem Kunsthaus in Kaliningrad neu aufgestellt.



79. Alte Stadtbefestigungen von Königsberg: der Wrangelturm.



80. Wahlplakat des Kaliningrader Gebietsgouverneurs, Georgi Boos, mit dem Bild des restaurierten Doms. Im Hintergrund das Haus der Sowjets.



81. Zwei „Monster“: das unvollendete Haus der Sowjets, oder die „teuerste Bauruine im Kaliningrader Gebiet“, im Vordergrund ein Jahrmarktsungeheuer.



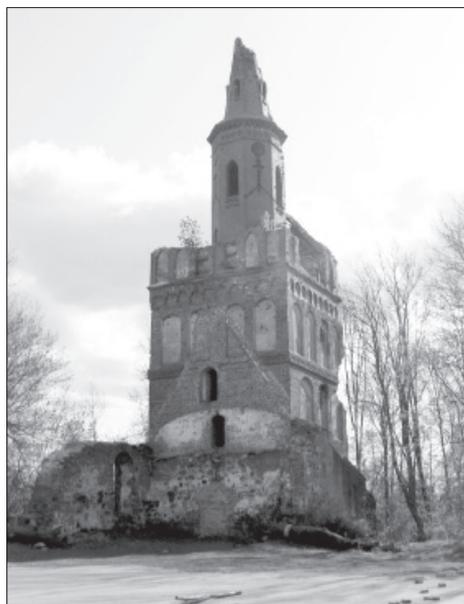
82. Hauptgebäude der Russischen Staatlichen Immanuel-Kant-Universität. Rechts an der Fassade eine Gedenktafel für den Namensgeber.



83. Errichtung des von polnischen Kommunalpolitikern gestifteten Sockels für eine Nikolaus-Kopernikus-Büste vor dem Hauptgebäude der Kaliningrader Universität.



84. Denkmal für Kapitän Alexander Marinesko, den Kommandanten des sowjetischen U-Bootes S-13 von der Baltischen Flotte, das am 30. Januar 1945 die „Wilhelm Gustloff“ mit mehr als fünftausend aus Ostpreußen evakuierten Soldaten und Zivilisten versenkte. Dies war die größte Seekatastrophe im Zweiten Weltkrieg.



85. Die Kirchenruine in Uderwangen/Tschechowo, 2005.



86.-87. Die Kirchenruine in Borchersdorf/Selenopolje, 2006.



88. Überreste der Kirche in Kumehnen/Kumatschowo, 2009.



89. Die wiederaufgebaute Kirche in Palmnicken/Jantarny, 2008.



90. Verfallene Kolchosbebauung in Gwardeiskoje/Mühlhausen.



91. Ein Haus in Gwardeiskoje/Mühlhausen mit deutschen Aufschriften eines Geschäfts für Kolonialwaren, Zeitungen u. Ä.



92. Hinweisschild eines Dorfklubs in Gwardeiskoje, Rajon Barationowsk, im Kaliningrader Gebiet.



93.-94. Wiederaufbau des Königsberger Doms, 1994.



95. Weinbrandmarken mit Bezug auf die Vergangenheit Ostpreußens: „Staryj Kenigsberg“ (Alt-Königsberg) und „Insterburg koniak“, erhältlich in Kaliningrad. Im „Weinbrand-Dreierpack“ gibt es auch einen Weinbrand Marke „Trofejnyj“ (Siegeweinbrand), verziert mit einem roten Stern, der an die Kämpfe der Roten Armee in Ostpreußen während des Zweiten Weltkriegs erinnern soll.



96. Grabstätte von Immanuel Kant am Königsberger Dom.



97.-98. Moskewskij Prospekt – eine Hauptstraße von Kaliningrad.

# Abbildungsnachweis

## Fotografen

Andrzej Sakson: 1, 3, 17, 65-75, 90-98

Aleksander Sologubow: 76-89

## Sonstige Bildquellen:

Archiv von Andrzej Sakson: 2, 5-11, 14-16, 19-27, 29-44, 46-53, 56-58, 63, 64

Archiv des West-Instituts in Poznań: 4, 18

Aus: *Der Fotograf ist da! Die Bewohner des ehemaligen Ostpreußen auf alten Aufnahmen des Denkmalmates Königsberg*, Warszawa 2005: 12, 13, 28 (Instytut Sztuki PAN in Warschau).

Aus: P. Banaś, *Oswajanie Ziemi Odzyskanych. Dolny Śląsk na pocztówkach pierwszej powojennej dekady*, Warszawa 2009: 54, 55

Aus: *Pierwsze годы Калининградской области в воспоминаниях и документах*, Авторский Коллектив, Kaliningrad 2003:

45 (RGAKFD – Russisches Staatsarchiv für Film- und Fotodokumente in Krasnogorsk)

59, 62 (GAKO – Staatsarchiv des Kaliningrader Gebiets in Kaliningrad)

61 (KOIHM – Kaliningrader Gebietsmuseum für Kunst und Geschichte in Kaliningrad)



# Index

- Aachen 62, 222  
Agluonėnai 179  
Asuny/Assaunen/Asūnai 330  
Augustów 108, 140, 147  
Auschwitz (Oświęcim) 116, 129, 152  
Bagrationowo/Wikischken, Wiecken 207  
Bagrationowsk/Preußisch Eylau/Yluva/Pruska Iławka 198, 200, 207, 238, 270, 277, 388, 393, 407  
Bajki 131  
Baltijsk/Pillau/Piliava/Piława 144, 154, 208, 211, 213, 233, 399  
Banie Mazurskie/Benkheim 329, 445  
Barciany/Barten 16, 273  
Barczewo (Wartembork)/Wartenburg 32, 82, 154, 273, 341, 342, 433, 444, 445  
Bardehnen 378  
Bartag/Bertung 443  
Bartlewo (Iznota)/Barteln (Isnothen) 22  
Bartoszyce/Bartenstein 105, 255, 263, 267, 269, 270, 271, 272, 290, 291, 294, 299, 306, 323, 328, 329, 341, 430, 431, 440, 443, 445, 446  
Bergen-Belsen 153  
Berlin 10, 16, 17, 25, 28, 38, 51, 52, 55, 57, 64, 81, 84, 87, 88, 89, 94, 99, 110, 114, 125, 126, 135, 142, 148, 149, 158, 170, 187, 199, 200, 215, 222, 224, 228, 229, 231, 239, 240, 295, 352, 376, 389, 395  
Bęsia/Bansen 444, 455  
Bezdony/Bezdney 275, 276  
Biała Piska/Bialla, Gehlenburg 105  
Biała Podlaska 326  
Białozoryszki/Belazariškiai 275  
Białuty/Bialutten 95  
Białystok/Bialystok 106, 108, 109, 115, 125, 128, 131, 132, 133, 164, 267, 269, 283, 291, 294, 298, 313, 319, 320, 429, 430, 439, 440, 462  
Bielefeld 143  
Bielsk Podlaski 131, 267  
Biesal/Biessellen 264  
Birzai 227  
Bisztynek/Bischofstein 463  
Bitėnai/Bittehenen 174, 183, 372, 378  
Bolschakowo/Groß Skaisgirren, Kreuzingen/Skaisgiriai/Skajzgiry 84, 200  
Bonn 48, 50, 85, 111, 150, 158, 199, 220  
Brandenburg 19  
Braniewo/Braunsberg 18, 32, 33, 166, 255, 267, 269, 270, 272, 273, 290, 291, 294, 299, 306, 323, 328, 329, 430, 431, 445, 463  
Brąswald/Braunsvalde 308  
Brianskoje/Pruschischken 208  
Brodnica 95  
Brześć 108  
Brzózki/Groß Brzoske, Birkenberg 105  
Budry/Buddern 329  
Bukowo/Buchwalde 341  
Butryny/Wuttrienen 83  
Bydgoszcz 211, 264, 271, 287, 289, 295, 326, 437  
Celle 153  
Chaberkowo/Neu Wuttrienen 82  
Ciechanów/Zichenau, Ziechenau 106, 107, 108, 109, 114, 115, 120, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 144, 264, 316, 450  
Cieszyn 462  
Czechowo/Uderwangen/Udravangis/ Wydry 207  
Czerlin 53  
Czerwonka/Czerwonken, Rothbach 84  
Dąbrówno/ Gilgenburg 28, 66, 105, 311, 463  
Dachau 116, 129  
Dalneje/Schirrau 408  
Dituva/Dittauen 185  
Dobre Miasto/Guttstadt 32, 279  
Dobrin (Siedlung in Kaliningrad) 408  
Dobrowolsk/Pillkallen, Schloßberg/Pilkalai/Piłkały 35, 70, 71, 198, 205, 215, 249, 351, 407  
Dobrzyń/Dobrzienen, Gutfeld 264

- Dolgorukowo/Stablack/Stablaukis/Stabławki 137
- Domnowo/Domnau/Dumnava/Domnowo 205
- Donskoje/GroßDirschkeim/Didysis, Diržkaimis/  
Tryszakajmy, Dzierzkajmy Wlk. 208
- Druschba/Allenburg/Alna/Alembork 407
- Dserschinskoje/Gowarten 207
- Duisburg 16
- Düsseldorf 110
- Dymnik/Stein 341
- Działdowo/Soldau 18, 39, 75, 95, 96, 97, 98,  
99, 100, 101, 107, 115, 116, 117, 120,  
121, 122, 123, 128, 137, 264, 271, 273,  
274, 289, 292, 298, 301, 312, 313, 314,  
316, 317, 455
- Dźwierzuty/Mensguth 297
- Elbląg/Elbing 11, 19, 20, 56, 62, 73, 105, 144,  
160, 168, 254, 255, 267, 269, 270, 273,  
274, 295, 443, 450, 456, 463, 464
- Elk/Lyck 26, 30, 31, 50, 74, 79, 81, 84, 160,  
164, 255, 267, 269, 270, 273, 274, 287,  
291, 294, 298, 301, 313, 319, 337, 435,  
439
- Filice 313
- Flensburg 53
- Forst 293
- Frąknowo/Frankenau 264
- Freudenstadt 135
- Frombork/Frauenburg 18, 32, 336
- Frunsenkoje/Bokellen/Bakeliai/Bakuły 207
- Fulton 230
- Furmanowka/Kattenau/Katinava, Senoji 396
- Gaideliai/Gaidellen 365
- Gargždai/Garsden 185
- Gdańsk/Danzig 20, 23, 45, 47, 55, 63, 85, 95,  
106, 107, 116, 120, 144, 152, 161, 267,  
269, 301, 314, 438, 443
- Gdynia/Gdingen, Gotenhafen 146
- Gębałki/Gembalken 330
- Gierłoż/Görlitz Ostpr. (Wolfschanze) 144,  
147
- Gietrzwałd/Dietrichswalde 25, 26, 82, 443
- Giławy/Gillau 82
- Gizycko (Lec, Łuczany)/Lötzen 30, 31, 38,  
50, 56, 74, 79, 131, 255, 267, 269, 272,
- 273, 291, 299, 300, 306, 323, 328, 329,  
337, 341, 342, 430, 431, 445
- Goldap/Goldap/Goldapė 19, 35, 147, 157,  
255, 267, 269, 273, 274, 291, 294, 298,  
301, 313, 435, 439, 463
- Gorki 240, 360
- Górowo Hławeckie/Landsberg Ostp. 270, 306,  
328, 329, 430, 431, 437, 445
- Granit 361
- Grodno 108, 109, 176, 241, 267
- Grohnenfelde 232
- Gromowo/Lauknen, Hohenbruch/Lauknos 116
- Groszki/Groschken 53
- Grunwald/Grünfelde/Žalgiris 336
- Guddenheim 140
- Gurjewsk/Neuhausen/Noihauzenas, Romuva/  
Romnowo 200, 398, 407
- Gussev/Gumbinnen/Gumbinė/Gąbin 23, 34,  
35, 36, 47, 54, 70, 71, 90, 108, 147, 157,  
198, 200, 207, 215, 249, 254, 267, 349,  
351, 399
- Gwardeiskoje/Mühlhausen/Miulhauzenas/  
Młynary 207, 326, 443
- Gwardeisk/Tapiiau/Tepliava/Tapiawa 115,  
197, 198, 200, 207, 215, 227, 238, 399
- Hamburg 17, 38, 41, 51, 59, 60, 67, 135, 151,  
154, 174, 265, 372, 411
- Henryków 128
- Homel 240
- Hława /Deutsches Eylau 56, 174, 267, 269, 270,  
272, 273, 294, 299, 328, 329, 336, 445,  
463
- Howo/Illowo 313
- Ixe 296
- Jantarnyj/Palmnicken/Palmininkai/Palmniki  
152, 153, 200, 208
- Jarosław 326, 338
- Jaroty/Jomendorf 467
- Jasnoje/Kaukehmen, Kuckerneese/Kaukėnai/  
Kaukiejmy, Kukienny 211
- Jaworzno 327
- Jegławki/Jäglack 439
- Jena 23, 38
- Juditten/Judyty (heute Stadtteil von Kalinin-  
grad) 409

- Juodkrantė/Schwarzort 181, 182, 196  
 Jurkowy Młyn/Georgenthaler Mühle 344, 345  
 Kajkowo/Buchwalde 341  
 Kalinin 199, 240, 249, 401, 421  
 Kaliningrad/Königsberg/Karaliaučius/Króle-  
 wicz (Crolowgród, Królówgród) 9, 11,  
 18, 19, 20, 22, 23, 34, 35, 37, 38, 39, 40,  
 41, 47, 57, 59, 60, 63, 64, 65, 66, 71, 74,  
 84, 85, 94, 105, 127, 134, 137, 141, 143,  
 146, 147, 152, 153, 160, 161, 163, 166,  
 168, 169, 177, 197, 198, 201, 203, 205,  
 206, 207, 211, 215, 216, 218, 219, 221,  
 222, 223, 227, 228, 229, 230, 231, 232,  
 234, 235, 236, 238, 240, 241, 244, 248,  
 249, 254, 255, 277, 351, 363, 384, 385,  
 386, 388, 389, 390, 393, 398, 399, 400,  
 401, 402, 403, 406, 407, 408, 410, 411,  
 413, 415, 417, 419, 420, 421, 423, 425,  
 427, 461, 466  
 Kalinino/Mehlkehmen, Kallehnen/Mielkie-  
 mis /Mielkiejmy 207  
 Kalvarija 228  
 Karolewo/Carlshof 443  
 Katowice 439, 443  
 Katyčiai/Koadjuthen 159  
 Kaunas/Kowno 72, 73, 87, 88, 91, 92, 117,  
 118, 168, 174, 178, 184, 192, 275, 276,  
 383  
 Kętrzyn (Rastembork)/Rastenburg 19, 137,  
 144, 255, 263, 269, 270, 272, 273, 291,  
 294, 299, 300, 304, 306, 323, 329, 337,  
 341, 342, 430, 437, 439, 445, 446, 455  
 Kielpiny 313  
 Kirow 240, 249  
 Kisielice/Freystadt 463  
 Kisiny 312  
 Klaipėda/Memel/Kłajpeda 11, 15, 18, 19, 25,  
 26, 35, 36, 38, 47, 69, 70, 71, 84, 85, 86,  
 87, 88, 89, 90, 107, 115, 116, 117, 118,  
 119, 120, 122, 140, 147, 157, 158, 159,  
 160, 161, 162, 163, 165, 166, 167, 168,  
 169, 170, 173, 179, 180, 182, 185, 187,  
 188, 193, 196, 202, 228, 245, 252, 350,  
 355, 359, 360, 361, 362, 363, 366, 368,  
 369, 370, 373, 378, 381, 382, 383, 384,  
 385, 420, 461, 466  
 Klebark Wielki/Kleeberg 148  
 Kneiphof 39, 412  
 Kolchosnoje/Krauleidschen, Schöppenfelde  
 208  
 Komorowo/Kämmersdorf 121, 122, 128  
 Komsomolsk/Löwenkagen/Liovenhagė 207  
 Komsomolskoje/Peysse/Pejsė/Sosnowy Las  
 207  
 Korniewo/Zinten/Cintai(Sintai)/Cynty 407  
 Korsze/Korschen 277  
 Kortowo (heute Stadtteil von Olsztyn)/Kortau  
 457, 458, 464  
 Kostroma 240  
 Kraków 55, 114, 132, 179, 311, 315  
 Krasnoflotskoje/Rosenberg 50, 107, 207, 255,  
 269  
 Krasnooktjabrskoje/Groß Ponnau 207  
 Krasnosnamensk/Lasdehnen, Haselberg 72,  
 198, 200, 205, 207, 351  
 Kretinga/Kretynga 159  
 Krylowo/Nordenburg/Nordenburgas,  
 Ašvėnai/Nordembork (Ošwin) 207, 407  
 Kursk 240, 249  
 Kurskoje/Althof 208  
 Kutusowo/Schirwindt/Širvinta/Szyrwinty  
 207, 407  
 Kutu/Kutten 329  
 Kwidzyn/Marienwerder 18, 23, 49, 50, 54,  
 56, 83, 107, 115, 254, 255, 267, 269, 270,  
 273, 295  
 Kwietniewo/Königsblumenau, Kybartai 174,  
 228  
 Laduschkin/Ludwigsort/Liudwigsortas/Lud-  
 wikowo 198, 200, 207  
 Lauksargiai/Laugszargen 159  
 Ławki/Lawken, Lauken 351  
 Łęgajny/Lengainen 443  
 Leningrad 134, 413, 425  
 Lermontowo/Ischdaggen, Branden/Išdagai 207  
 Lesnoje/Groß Lenkeningenken 72  
 Leszno/Groß Leschno (Leschnau) 297  
 Lida 378

- Lidzbark Warmiński/Heilsberg 18, 33, 255, 269, 273, 277, 282, 290, 291, 306, 329, 336, 436, 455, 463
- Lidzbark Welski 313
- Liepāja/Libau/Lipawa 168
- Löbenicht (Stadtteil von Kaliningrad/Königsberg) 412
- Łódź (Lodz, Litzmannstadt) 168, 266, 287, 292, 462
- Lubawa 95, 439, 463
- Lublin 258, 283, 286, 293, 319, 320, 326, 327, 430, 436, 440, 462
- Lublino/Seerappen 153
- Lubstynek/Klein Lebenstein 53
- Lüneburg 92, 93, 94
- Luxemburg 87
- Lwowskoje/Gudwallen/Gudvailiai, Gudvaliai 208
- Lyna/Lahna 325
- Majakowskoje/Nemmersdorf/Nemirkiemis/Niemierkiejmy 147, 148, 149, 208
- Majewka/Georgenburg/Jurbarkas, Spargė/Jurbork 211
- Maków Mazowiecki/Makow, Mackeim 108, 130
- Malbork/Marienburg 267, 269, 273, 295
- Malinowo 206
- Mamonowo/Heiligenbeil/Šventapolis, Šventapilė/Świętomijsce (Święta Siekierka) 198, 201, 207, 215, 248, 249, 255, 267, 269, 270
- Marburg 23, 26, 33, 35, 47, 64, 95, 106, 158
- Matrossowo/Gilge/Gilija/Gilga 71, 207
- Mauruciai 194
- Mauthausen-Gusen 116
- Mazury/Masuren 16, 19, 24, 26, 46, 66, 105, 254, 257, 259, 263, 270, 273, 283, 284, 312, 327, 343, 344, 443, 464
- Melitopol/Taurien 109
- Metz 25
- Michałowo (Otylki)/Michelsdorf 343
- Mikołajki/Nikolaiken Ostpr. 455
- Miłakowo/Liebstadt 463
- Miłomłyn/Liebmühl 463
- Mława/Mława, Mielau 95, 108, 120, 128, 316, 456
- Młynary/Mühlhausen 207, 326, 443
- Modena 18
- Mogilew 240
- Morağ/Mohrungen 19, 38, 105, 137, 149, 160, 224, 255, 263, 269, 272, 273, 291, 299, 300, 307, 329, 330, 344, 431, 445, 455
- Mordowskoje/Groß Legitten/Laigyčiai 208
- Moskau 206, 236, 423
- Mrağowo (Żądzbork, Żądzbork)/Sensburg 30, 31, 38, 50, 74, 255, 257, 263, 267, 269, 272, 273, 288, 291, 292, 299, 300, 301, 304, 307, 328, 329, 331, 338, 341, 342, 430, 431, 433, 443, 444, 445
- Mrówki/Mrowken, Neuforst 351
- Münster 319
- Murzynowo 317
- Myszowka/Tramischen, Karkeln/Karklė 211
- Napromek/Klein Nappern 53
- Narzym 312
- Naterki/Nattern 458
- Natkiškiai/Natkischken 159
- Nawiady/Aweyden 450
- Neman/Ragnit/Ragainė/Ragneta 19, 34, 36, 47, 69, 70, 71, 72, 87, 158, 198, 200, 211, 215, 249, 399
- Neringa 160
- Nesterow/Stallupönen, Ebenrode/Stalupėnai/Stołupiany 35, 70, 198, 205, 207, 215, 249
- Newskoje/Pillupönen, Schloßbach/Pilupėnai 207
- Nibork/Neberk 439
- Nida/Nidden 160, 181, 182, 195
- Nidzica/Neidenburg 30, 38, 48, 50, 53, 68, 74, 79, 81, 95, 107, 108, 117, 121, 152, 160, 177, 255, 263, 264, 267, 269, 272, 273, 291, 299, 300, 304, 307, 316, 328, 329, 439, 442, 445, 452, 455
- Niederung 34, 47, 71, 87
- Niemenczyn 276
- Niwenkoje/Wittenberg 200

- Nowa Kaletka/Neu Kaletka, Hermsdorf 82, 83, 84
- Nowa Wieś Elcka/Neuendorf 408
- Nowa Wilejka (heute Stadtteil von Wilna)/ Naujoji Vilnia 277
- Nowe Miasto Lubawskie 274
- Odesskoje/Klinglacken 208
- Oktjabrskoje/Alt Weynthen, Moritten/Vainočiai 207
- Olecko/Oletzko, Treuburg 49, 50, 74, 79, 255, 267, 269, 273, 274, 291, 294, 298, 301, 313, 435, 439
- Oliwa/Oliva 47
- Olsztyn/Allenstein 11, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 39, 40, 45, 46, 49, 50, 52, 53, 54, 56, 57, 58, 61, 69, 70, 74, 75, 77, 78, 79, 82, 83, 84, 95, 96, 101, 107, 108, 121, 122, 123, 124, 139, 140, 141, 150, 152, 154, 160, 163, 198, 203, 235, 241, 247, 252, 254, 255, 259, 261, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 283, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 305, 307, 308, 309, 311, 312, 313, 314, 317, 319, 320, 322, 323, 326, 327, 328, 329, 330, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 350, 363, 366, 390, 414, 420, 429, 430, 432, 433, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 442, 443, 444, 445, 446, 450, 452, 453, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468
- Olsztynek/Hohenstein 21, 34, 38, 79, 137, 138, 336, 455
- Opole/Oppeln 334, 438, 440, 443
- Oranienburg 116
- Orłowka/Adomslauken, Adamshausen/Adomslauken (Albaitis) 208
- Orłowo/Orlowen, Adlersdorf 351
- Orzelówka 276
- Orzysz/Arys 30
- Osiek/Hermsdorf 326
- Osjorsk/Darkehmen, Angerapp/Darkiemis/Darkiejmy 35, 198, 200, 205, 215, 249, 255, 267, 269, 270, 351
- Ostróda/Osterode 19, 30, 38, 49, 50, 52, 53, 75, 81, 95, 150, 255, 263, 267, 269, 272, 273, 291, 299, 300, 304, 307, 328, 329, 342, 430, 433, 443, 445, 463
- Ostrołęka/Ostrolenka, Scharfenwiese 108, 128, 130, 283, 450
- Oświęcim/Auschwitz 116, 152
- Oterki/Klein Ottern 439
- Pagėgiai, Pogiegai/Pogegen/Pogiegi/Pagaje 87, 117, 158, 159, 160, 173, 174, 175, 176, 184, 374, 381
- Palanga/Polangen/Połąga 159
- Paleičiai/Paleiten 365
- Pasewalk 233, 235
- Pasłęk/Preußisch Holland 263, 267, 272, 291, 294, 299, 300, 307, 323, 326, 329, 430, 431, 437, 443, 445, 463
- Pasym/Passenheim 77, 342, 343, 455
- Penza 240
- Perm 238, 417
- Pervalka/Perwelk/Parwołka 160, 181, 196
- Petsamo (Petschenga) 204, 423
- Pforzheim 135
- Piasutno/Piasutten, Seenwalde 76
- Pieniężno/Mehlsack 32, 341, 463
- Pierławki/Pierlawken 312
- Pieszkowo 277
- Piktupėnai/Piktupönen 159
- Pionerski/Neukuhren/Kuršiai/Kurowo 201, 207, 399
- Piontek 221
- Pirna 282
- Pisz (Jansbork)/Johannisburg 30, 38, 50, 74, 79, 105, 255, 267, 269, 272, 273, 291, 299, 300, 304, 307, 328, 329, 342, 432, 445
- Płock/Plotzk, Schröttersburg 106, 108, 126, 130, 317
- Płońsk/Plonsk, Plöhnen 108
- Płońnica 313
- Plungė/Plungiany 159
- Pluski/Plautzig 82
- Pobedino/Schillehenen, Schillfelde/Šilėnai/Szyleny 207
- Podlejki/Podleiken 264

- Polesk/Labiau/Labgava/Labiawa 35, 70, 71, 173, 198, 200, 215, 249, 399, 425
- Poznań 11, 15, 25, 28, 33, 38, 47, 48, 53, 55, 56, 57, 64, 65, 81, 82, 85, 91, 109, 112, 113, 125, 134, 140, 260, 274, 284, 287, 295, 297, 299, 309, 315, 323, 327, 331, 333, 334, 335, 339, 340, 341, 353, 363, 367, 435, 439, 445, 446, 456
- Prabuty/Riesenburg 137
- Prawdinsk/Friedland Ostpr./Romuva/Frydłąd (Frydland) 198, 200, 205, 249, 394, 406
- Preila/Preil 160, 181, 182, 196
- Priekulė/Prökuls/Prekuły 159, 365
- Primorje/Groß Kuhren 201, 208
- Primorsk/Fischhausen/Žuvininkai/Rybaki 198, 200, 215
- Prostki/Prostken 105
- Protowo/Prothen 341
- Przasnysz/Praschnitz 108, 130, 283
- Pskowskoje/Friedrichsberg 208
- Pugaczewo/Neu Skardupönen, Grenzwald 207
- Pułtusk/Ostenburg 108, 130, 263, 313
- Purda (Wielka, Duża)/Groß Purden 139, 141, 142, 307, 309
- Puschkino/Göritten/Geryčiai, Gėritai 208
- Quednau 59
- Radviskis 193
- Rajsk 131
- Ramučiai/Ramutten 365
- Rańsk/Rheinswein 297
- Rasząg/Raschung 297
- Ravensbrück 116
- Reszel/Röbel 32, 33, 49, 255, 272, 273, 287, 291, 341, 430, 443, 444, 455
- Rimini 18
- Rimkai 193
- Rosenau 221
- Róžańsk 131
- Ruckai/Rucken 159, 160, 374
- Rudziska Pasymskie/Waldheim 343, 345
- Rusinai/Kerndorf 117
- Ruś/Ruß/Ruś, Rusnė 159
- Russkoje/German/Girmava/Jerzmowo 208
- Rybatschi/Rossitten/Rasytė/Roszyce 208, 234
- Rybno/Ribben 107, 128, 313
- Ryn/Rhein 19, 455
- Rzeszów 327, 430, 436, 462
- Sachsenhausen 116, 122
- Sągnity/Sangnitten 445
- Salzburg 21, 26
- Samulewo (Sątopy)/Santoppen-Bischdorf 341
- Sanok 326
- Sapowednoje/Seckenburg, Groß Kryszahnen/Kryżionai/Krzyżany 211
- Šargillen/Eichenrode/Bogatowo 84
- Sarny 459
- Saßnitz 154
- Schelesnodoroschny/Gerdauen/Girdava/Gierdawy 153, 200, 208, 215, 267, 269, 270, 272, 290, 406, 407
- Schilino/Schillen/Žiliai 205
- Schottburg 25
- Sejny 132
- Selenogradsk/Cranz/Krantas/Koronowo 200, 238, 399
- Sępopol/Schippenbeil 153, 463
- Sierpc/Schirps, Sichelberg 108, 129, 130
- Šilalė/Szyłele 159
- Šilutė (Šilokarciama)/Heydekrug/Szyłokarczma 34, 47, 69, 70, 85, 87, 89, 117, 138, 157, 158, 159, 160, 173, 175, 176, 193, 365, 374, 381
- Slabadaı 228
- Slawsk/Heinrichswalde/Gastos/Jędrzychowo 198, 200, 215
- Slawskoje/Kreuzburg/Kryżbarkas/Krzyżbork 198, 215, 249, 407
- Słupsk 151, 256, 260, 263, 287, 295, 303, 319, 330
- Smalininkai/Schmalleningken/Smolniki 159
- Smolajny/Schmolainen 279, 280, 281, 282
- Smolenskoje/Neuhof-Lasdehnen, Altbaum 208
- Snamensk/Wehlau/Wėluva/Welawa 22, 197, 211, 407

- Sokoły Górskie /Sokollen am Berg, Falkendorf 105, 351
- Soldatowo/Friedrichsthal 207
- Sowchoznoje/Rippen/Ripai, Ripiai 208
- Sowetsk/Tilsit/Tilžė/Tylża 19, 34, 36, 54, 56, 69, 70, 71, 72, 73, 84, 87, 90, 94, 115, 132, 157, 158, 160, 198, 202, 207, 211, 238, 399, 411
- Spychowo (Pupy)/Puppen 342
- Srokowo/Drengfurth 341
- Stablawki/Stablack 137
- Stalingrad 133, 135
- Stawiguda/Stabigotten 83, 265, 443
- Stębark/Tannenberg 39, 122, 338
- Stegna/Steggen 53
- Strasbourg 95, 96
- Sułowo/Schulen 26, 71, 72, 76, 78, 91, 93, 94, 116, 120, 122, 229, 230, 248, 337, 343, 424, 445
- Susz/Rosenberg 50, 54, 107, 207, 255, 263, 267, 269, 272, 291, 299, 300, 307, 328, 436, 445, 463
- Suwałki/Suwalken, Sudauen 16, 130, 164, 331
- Świątajno/Schwentainen, Altkirchen 79
- Szczecin 268, 438, 440, 442
- Szczurkowo/Schönbruch 271
- Szczytno/Ortelsburg 19, 26, 30, 38, 50, 74, 75, 76, 79, 81, 84, 123, 254, 255, 261, 263, 265, 267, 269, 272, 273, 291, 297, 299, 300, 301, 304, 307, 316, 323, 328, 329, 351, 430, 431, 433, 434, 435, 443, 444, 445, 452, 455
- Szestno 450
- Szkotowo/Skottau 95
- Skuodas/Schoden/Szkudy 159
- Sztum 267, 269, 270, 273, 295
- Sztutowo/Stutthof 115, 152, 153
- Szyce 344
- Tallin 106
- Tambow 238, 240, 249
- Taurage/Taurogen/Taurogi 159
- Telšiai/Telsze 174, 186
- Theresienstadt 116
- Timofejewo/Wedereitischken, Sandkirchen 207
- Tolstowo/Löbegallen, Löbenau 208
- Toruń 17, 41, 47, 127, 266, 268, 292, 303, 319, 439, 453
- Traksedžiai 186
- Truso 22
- Tschernjachowsk/Insterburg/Isrutis/Wystruć 19, 22, 35, 54, 56, 70, 84, 105, 157, 160, 200, 202, 207, 215, 238, 249, 352, 399
- Tschernyschewskoje/Eydtkau, Eydtkuhen/Ejtkuny 38, 62, 407
- Tschistyje Prudy/Tollmingen, Tollmingkehmen/Tolminkiemis 409
- Turgenewo/Legitten 208
- Ukta/Ukta 450
- Uljanowo/Kraupischken, Breitenstein/Kraupiškās/Krupiszki 207
- Uljanowsk 238
- Unieszewo (Szafald)/Schönfeld 342
- Urowo/Auer 110
- Užbaliai/Uszballen, Mühlenau 84
- Vabalai 186
- Viešvile/Wischwill 159
- Vilkaviškis 228
- Vilkyškiai/Willkischken/Wilkiszki 159, 160, 381
- Waplewo/Waplitz 79
- Waręż 326
- Warszawa 16, 20, 26, 31, 45, 46, 47, 49, 55, 57, 60, 61, 66, 67, 76, 77, 80, 82, 83, 86, 87, 90, 94, 101, 105, 108, 111, 112, 114, 115, 116, 121, 122, 124, 128, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 140, 143, 153, 179, 255, 256, 264, 267, 273, 283, 285, 292, 296, 308, 311, 313, 315, 323, 325, 327, 334, 343, 344, 353, 367, 368, 430, 438, 440, 451, 464
- Wąsacz 132
- Węgorzewo (Węgobork)/Angerburg 19, 255, 263, 267, 269, 270, 272, 273, 291, 294, 299, 300, 307, 328, 329, 342, 430, 431, 436, 437, 445, 455
- Wehrkirch 293
- Wessoloje/Balga/Balga, Balige/Balga 19
- Wielbark/Willenberg 52
- Wieluń 128

- Wildenhagen 149, 224  
Wilkasy/Willkassen, Wolfsee 351  
Vilnius/Wilna/Wilno 26, 73, 87, 163, 382, 383  
Witebsk 240  
Wladimirowo/Tharau/Torava 360  
Włodawa 326  
Woryty/Woritten 82, 308  
Wozławki/Wuslack 317  
Wrocław 15, 16, 33, 37, 38, 48, 55, 80, 124,  
125, 179, 268, 308, 325, 327, 353, 363,  
434, 438, 439, 441, 447, 464  
Wymój/Wemitten 82, 264, 265, 308  
Żabiny 313  
Zakroczym 128  
Zalewo 463  
Žalgiriai/Bismarck 26, 112, 422  
Zambrów 128  
Zasraje 297  
Zielona Góra 292, 438  
Zielonka 443  
Ziemiany/Ziemianen 330  
Żytomierz (Schitomir) 109

Von Memel bis Allenstein.  
Teil 2

POLISH STUDIES  
TRANSDISCIPLINARY PERSPECTIVES

Edited by Krzysztof Zajas / Jarosław Fazan

VOLUME 19



PETER LANG  
EDITION

Andrzej Sakson

# Von Memel bis Allenstein.

Die heutigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens:  
Memelland, Kaliningrader Gebiet, Ermland und Masuren

Übersetzt von Marek Drewnowski

Teil 2



PETER LANG  
EDITION

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Publication is funded by Ministry of Science and Higher Education of the Republic of Poland as a part of the National Program for the Development of the Humanities.

This publication reflects the views only of the authors, and the Ministry cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.



NARODOWY PROGRAM  
ROZWOJU HUMANISTYKI

ISSN 2191-3293

ISBN 978-3-631-64157-6 (Print)

E-ISBN 978-3-653-03215-4 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-03215-4

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2016

Alle Rechte vorbehalten.

Peter Lang Edition ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles ·

New York · Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Diese Publikation wurde begutachtet.

[www.peterlang.com](http://www.peterlang.com)

# Inhaltsverzeichnis

## Kapitel VI

<b>Postmigrationsgesellschaften im Transformationsprozess</b> .....	7
1. Das unabhängige Litauen.....	11
1.1. Memelland, Preußisch-Litauen, Kleinlitauen oder Westlitauen?.....	14
1.1.1. Demographische Prozesse und Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft.....	19
1.1.2. Untergang des Kolchossystems .....	26
1.1.3. Das Verhältnis zur historischen Vergangenheit .....	29
1.1.3.1. Der Verein der Preußisch-Litauer „Mažoji Lietuva“ (Kleinlitauen) .....	32
1.1.3.2. Die deutsche Minderheit .....	37
1.1.3.3. Evangelisch-lutherische Kirche .....	45
1.1.4. Probleme mit dem historischen Erbe des Memellandes .....	46
1.2. Klaipėda. Ein neues Gesicht der Stadt.....	62
2. Die Exklave Kaliningrad.....	74
2.1. „Vertrautwerden“ mit der neuen Heimat.....	84
2.2. Umgeben von der NATO und der Europäischen Union .....	88
2.3. Soziale Probleme .....	99
2.3.1. Arm und reich. Soziale Schichtung .....	99
2.3.2. Gesellschaftliche Missstände.....	107
2.3.3. Korruption .....	111
2.4. Marginalisierung des ländlichen Raums.....	118
2.5. Neue Siedlungsaktion .....	128
2.5.1. Einwanderung von Polen und Deutschen aus Kasachstan .....	143
2.6. Russisch-Preußen/Kaliningrader Preußen .....	151
2.7. Vom Kollaps zur Stabilisation und einer neuen Wirtschaftskrise .....	161
2.8. Kaliningrad. Regionalhauptstadt von heute.....	201
2.8.1. Kaliningrad oder Königsberg? Das Verhältnis zur Vergangenheit .....	212
2.8.1.1. „750 Jahre Kaliningrad“.....	217
2.8.1.2. Wiederaufbau des Königsberger Schlosses?.....	229
2.8.2. „Kaliningrad meine Heimat“. Identifikationsprobleme.....	231
2.8.3. Zukunft des „Kaliningrader Problems“ .....	249

3. Woiwodschaft Ermland-Masuren .....	277
3.1. Änderungen der Verwaltungsstruktur .....	277
3.2. Transformation der Wirtschaft .....	281
3.2.1. Soziale Folgen der Reformprozesse .....	289
3.2.1.1. Gewinner und Verlierer oder soziale Schichtung und Arbeitslosigkeit .....	299
3.2.1.2. Die soziale Katastrophe in den ehemaligen staatlichen Agrarbetrieben .....	313
3.2.2. Wandel lokaler Postmigrationsgemeinschaften .....	329
3.3. Nationalitätenverhältnisse .....	352
3.3.1. Gibt es noch Masuren und Ermländer? .....	356
3.3.2. Deutsche .....	376
3.3.3. Ukrainer .....	382
3.3.4. Gemeinschaft der Grenzländer (Kresowiacy) .....	389
3.4. Atlantis des Nordens oder der neue Regionalismus .....	395
3.5. Verwahrer oder Nachfolger der deutschen Vergangenheit? .....	408
3.5.1. Verhältnis zu historischen Gedenkstätten .....	415
3.5.2. Konflikt um ein Denkmal in Nakomiady. Eine Fallstudie .....	434
3.6. Polnisches oder deutsches Eigentum? .....	457
3.6.1. Streit in Narty oder ein „neues polnisches Westerland“ .....	476
3.6.2. Das Verhältnis zu den deutschen Vermögensrückforderungen .....	492
3.7. „Ich liebe Olsztyn“ .....	501
3.7.1. Die Stadt im Bewusstsein ihrer Einwohner .....	507
3.7.2. Ringen mit der deutschen und der kommunistischen Vergangenheit .....	513
 <b>Kapitel VII</b>	
<b>Neue Identitäten im Lichte eigener Forschung .....</b>	<b>517</b>
 Schlusswort, oder: Was von Ostpreußen geblieben ist .....	537
Abbildungen .....	557
Abbildungsnachweis .....	579
Bibliografie .....	581
Index .....	637

**Kapitel VI**  
**Postmigrationsgesellschaften**  
**im Transformationsprozess**



Der Untergang des real existierenden Sozialismus in Mittel- und Osteuropa in den Jahren 1989-1991 führte zum grundlegenden Wandel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im ehemaligen Ostpreußen.

Der Zerfall der Sowjetunion ermöglichte die Entstehung eines souveränen litauischen Staates mit dem Bezirk Klaipėda (Memelland) als integraler Bestandteil. Das Kaliningrader Gebiet wurde als Exklave der Russischen Föderation zu einer „Insel“, die in den 1990er Jahren einen schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kollaps erlebte. Polen, das 1989 seine Souveränität wiedererlangte, begann, auch in Ermland und Masuren, mit dem mühevollen Aufbau der Marktwirtschaft und der Bürgergesellschaft.

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozess hat in den drei Teilen des ehemaligen Ostpreußens seine je eigene Dynamik und Spezifik. Ein gemeinsames Merkmal ist der periphere Charakter dieser Regionen in den jeweiligen Verwaltungsstrukturen Litauens, Russlands und Polens. Er prägte auch ganz Ostpreußen, jene „preußische Kolonie“, das „Land, wo Wolf und Fuchs gute Nacht sagen“, in der Struktur des preußischen und deutschen Staates.

Betrachtet man aus der heutigen Perspektive, wie die Überwindung des kommunistischen Erbes in diesen Regionen verlief, lassen sich viele Ähnlichkeiten feststellen, von denen als die wichtigsten zu nennen wären:

1. Der starke zivilisatorische Rückfall, bedingt durch den Bankrott vieler Industriebetriebe, den Zerfall des Kolchosensystems und den Niedergang der staatlichen Agrarbetriebe, brachte Massenarbeitslosigkeit, einen Rückgang des Lebensstandards und den Zusammenbruch einer in Jahrzehnten herausgebildeten sozialen Ordnung. Besonders sichtbar waren und sind diese Phänomene immer noch auf dem Lande und in den Kleinstädten. Besonders stark zutage trat das Gefälle in Lebensstandard und -perspektiven (breite Einkommensschere) zwischen den Einwohnern der Regionalhauptstädte, d. h. Klaipėdas, Kaliningrads und Olsztyns, und der übrigen Bevölkerung dieser Regionen.
2. Diese Regionen, die als die mit am stärksten sowjetisierten Landstriche Litauens, Russlands und Polens galten, waren lange Zeit anfällig für verschiedene Einwirkungen politischer Demagogie. Ressentiments gegenüber der alten politischen Ordnung traten hier am stärksten auf. Der Aufbau der Bürgergesellschaft stieß und stößt nach wie vor auf mannigfaltige Hindernisse.
3. In diesen Regionen sind unterschiedlichste soziale Pathologien weit verbreitet: die Plage des Alkoholismus, ein hoher Prozentsatz HIV-Infizierter, allgegenwärtige Korruption. Ein charakteristisches Merkmal des Grenzgebietes zwischen Litauen und Kaliningrad sowie zum Teil auch zwischen Polen und Kaliningrad ist seine Pathologisierung. Der Schmuggel, der fast in jedem Grenzgebiet auftritt, hat hier solche Dimensionen erreicht, dass große Bevölkerungsgruppen aus diesem Gewerbe ihren Lebensunterhalt bestreiten. Auch

Minderjährige schmuggeln Alkohol, Benzin, Zucker, Zigaretten und andere Güter. Dies trägt zur Entwicklung einer Korruption ungekannten Ausmaßes unter den Zoll- und Grenzbeamten bei. Die Grenzregionen sind auch besonders unterentwickelt und arm.

4. Die relative wirtschaftliche Unterentwicklung äußert sich im verhältnismäßig geringen Zufluss ausländischer Investitionen und im unzureichenden Tempo der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gering sind die Fortschritte bei der Wiederherstellung und dem Aufbau der Stadtinfrastruktur (z. B. Kläranlagen) oder im Straßenbau. Im allgemeinen Bewusstsein handelt es sich um touristisch hoch attraktive Erholungsgebiete (Ostseeküste, Masurische Seenplatte). Diese Vorzüge bewirken allerdings keinen merklichen Modernisierungsschub. Dies resultiert hauptsächlich aus der rückständigen touristischen Infrastruktur, etwa dem Mangel an relativ preiswerten Hotels mit entsprechendem Standard, oder auch aus der kurzen, im Prinzip auf die Sommermonate beschränkten Urlaubssaison.
5. Von der hohen, in manchen Gegenden gar strukturellen Arbeitslosigkeit ist insbesondere die junge Generation betroffen. Dies führt zu regen Wanderungsbewegungen der jungen Menschen. Ihren bisherigen Wohnort verlassen zumeist besonders unternehmerisch veranlagte und begabte Personen. Dabei lassen sich drei Stufen der Migration unterscheiden. Viele junge Menschen wandern auf der Suche nach besseren Lebenschancen in die Regionalhauptstadt oder in die Hauptstadt des jeweiligen Staates ab; letzteres wird besonders im Bezirk Klaipėda und in Ermland und Masuren bevorzugt. Viele Einwohner nicht nur Olsztyns oder Klaipėdas, sondern auch anderer Orte verlegen ihren festen oder vorübergehenden Wohnsitz nach Warschau bzw. Wilna. Ähnlich machen es die jungen Kaliningrader: sie erblicken die Möglichkeit, eine „echte“ Karriere in der Wirtschaft, Politik oder Wissenschaft zu machen, in der Flucht aus der „Provinz“, als die das Kaliningrader Gebiet oft wahrgenommen wird. Manche der Befragten sagten sogar, es sei eine „tiefe Provinz“, in der sich die „ewiggestrigen Kommunisten“ besonders wohl fühlten (K-31). Viele junge Menschen entschließen sich zur Arbeitssuche im Ausland. Beliebte Ziele der Erwerbsmigration sind die skandinavischen Länder, Westeuropa (vornehmlich Deutschland, die Niederlande, Großbritannien und Irland) sowie die USA und Kanada. Die Formen der Auslandsmigration sind vielfältig: sie kann vorübergehenden, dauerhaften oder Pendelcharakter annehmen;
6. Eine der ungünstigen Folgen der Migration ist die Verschlechterung der Sozialstruktur. Negative Geburtenrate, Entvölkerung mancher Gegenden und Alterung der Bevölkerung führen zum Einbruch positiver demographischer Trends. Dies fällt umso mehr auf, als junge Menschen in diesen Gebieten mit hoher Geburtenrate jahrzehntelang dominierten;

7. Charakteristisch für die jüngeren Generationen in der Region sind ihre große Offenheit und Toleranz sowie ihre europa-, entwicklungs- und modernisierungsfreundliche Haltung. Die antideutschen oder antirussischen Ressentiments (letztere unter Polen und Litauern) sind hier am schwächsten. Die hier geborenen Generationen haben sich das historische Erbe dieser Gebiete vertraut und zu eigen gemacht. Dies kann als Überwindung des „Deutschtums-Syndroms“ verstanden werden. Ordensburgen und Kirchtürme (meist ehemaliger evangelischer Kirchen), die jahrhundertlang das bauliche Erscheinungsbild der Ortschaften formten, das Aussehen von Stadt- und Bauernhäusern – all das hat sich neben den wunderschönen Landschaften (u. a. viele Wälder und Seen) und dem rauen Klima in das Bewusstsein, „zu Hause zu sein“ und hier seine Heimat zu haben, eingeprägt.

## 1. Das unabhängige Litauen

Dass Litauen nach sechzig Jahren der „sowjetischen Besatzung“ seine Unabhängigkeit wiedererlangte, hing mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion zusammen und leitete einen tiefgreifenden und schwierigen Transformationsprozess ein. Ähnlich wie in Polen und Russland schritt man hier zum Aufbau eines von Grund auf neuen politischen und wirtschaftlichen Systems. Neben positiven Folgen dieses Prozesses traten auch negative Auswirkungen zutage, die das Leben zahlreicher Menschen entscheidend prägen.

Im Zuge der Gorbatschowschen *Glasnost* und *Perestroika* entstand in Litauen (am 3. Juni 1988) die Litauische Bewegung für Erneuerung, kurz *Sajudis* (*Sajūdis*), d. h. Bewegung. Initiiert wurde sie vor allem durch Intellektuelle und die Intelligenz (darunter viele Mitglieder der Kommunistischen Partei Litauens), und sie brachte die Bestrebungen der ganzen Nation zum Ausdruck. Sie nahm sich vor, die Politik des damaligen Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschows, der das Amt im April 1988 angetreten hatte, zu unterstützen. *Sajudis* sollte sich in die sowjetische *Perestroika* einfügen und deren litauische Spielart abgeben. Rasch wurde aber offenbar, dass die Bestrebungen der Litauer viel weiter reichten, dass es ihnen nicht um eine Verbesserung der Litauischen SSR ginge, sondern um etwas ganz Grundsätzliches, die staatliche Unabhängigkeit.

Ein wichtiges Ereignis war eine von *Sajudis* veranstaltete Trauerkundgebung am 23. August 1988 in Wilna anlässlich des 49. Jahrestages der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts, der in Litauen allgemein als Auftakt zum Verlust der Staatlichkeit im Jahr 1940 galt. Zu der Kundgebung kamen 200 000-250 000

Menschen mit gelb-grün-roten Vorkriegsflaggen Litauens, die zum Zeichen der nationalen Trauer mit Trauerflor versehen waren.<sup>1</sup>

Am 22.-24. Oktober 1988 fand in Wilna der Gründungskongress von *Sajudis* statt, auf dem das Programm und die Satzung der Organisation verabschiedet wurden. Zum Vorsitzenden des Führungsgremiums wurde Vytautas Landsbergis gewählt.

Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts, der nicht nur Polen, sondern auch Litauen, Lettland und Estland die Unabhängigkeit raubte, bildeten mehr als zwei Millionen Einwohner dieser drei Länder eine 650 km lange Menschenkette von Wilna nach Tallinn.

In den Wahlen zum Obersten Sowjet der Litauischen SSR am 24. Februar 1990 erlangte *Sajudis* 106 von insgesamt 141 Sitzen. Am 11. März 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet in der neuen Zusammensetzung die Unabhängigkeitserklärung Litauens. Landsbergis wurde Parlamentspräsident, und Kazimira Prunskienė Ministerpräsidentin der jungen Republik.<sup>2</sup>

Besiegelt wurde die Unabhängigkeit, an deren Wiedererlangung in den Jahren 1988-1990 kaum jemand geglaubt hatte, durch den misslungenen Putsch Jana-jews im August 1991 in Moskau. Zuvor, am 13. Januar 1991, fuhren sowjetische Panzer auf die Straßen Wilnas, Einheiten der sowjetischen Sonderkräfte *OMON* griffen ein. Diese Intervention kostete vierzehn Menschen das Leben. Am 19. August 1991 besetzten sowjetische Soldaten einige Objekte in Wilna und Kaunas. Der Ostseehafen Klaipėda wurde militärisch abgeriegelt und geschlossen. Nahezu ein Jahr lang bewachten Soldaten das Lenin-Denkmal an einem zentralen Platz in Klaipėda. Schließlich wurde es im August 1991 demontiert. Am 6. September 1991 erkannte die UdSSR die Unabhängigkeit Litauens, Lettlands und Estlands an und kündigte den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte an. Die letzten sowjetischen Militäreinheiten zogen 1993 aus Klaipėda ab.<sup>3</sup>

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Litauer und der Aufbau eines souveränen Staates bedeutete zwangsläufig den Austritt aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. In diesem Zusammenhang stellte sich erneut die Frage nach der staatlichen Zugehörigkeit des Memellandes. Die sowjetischen Behörden betrachteten die Einwohner des Memellandes gemäß einem Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. Januar 1949 „als Sowjetbürger“. Die Moskauer Behörden stellten damals ein Junktim zwischen dem Anschluss des Memellandes an die Litauische SSR und der Zugehörigkeit zur Sowjetunion auf.

Am 27. August 1989 gab das ZK der KPdSU eine Erklärung über die Lage in den sowjetischen Ostseegebieten ab und erinnerte daran, dass die Kommission des

---

1 G. Błaszczyk, *Litwa współczesna*, Warszawa, Poznań 1992, S. 133.

2 J. Ochmański, *Historia Litwy*, Wrocław 1990, S. 340.

3 G. Błaszczyk, *Litwa...*, S. 133-151.

Obersten Sowjets der Litauischen SSR die deutsch-sowjetischen Abkommen (vom 23. August und vom 28. September 1939) für rechtswidrig und ungültig sowie die Erklärung des litauischen Parlaments (Seimas) vom 21. Juli 1940 über den Beitritt Litauens zur UdSSR und den Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 3. August 1940 über die Aufnahme der Litauischen SSR in die UdSSR für illegal und rechtsunwirksam befunden hatte. Diese Erklärung war eine Drohung an Litauen, denn es sei, wie es weiter hieß, eine „reale Gefahr eines echten inneren Konflikts und von Massenausbreitungen mit schwerwiegenden Folgen“ entstanden. Selbst die „Überlebensfähigkeit“ Litauens könne dann fraglich werden. Am 23. September 1989 ignorierte das litauische Parlament diese Erklärung und befand einstimmig den Anschluss Litauens an die Sowjetunion im Jahr 1940 für null und nichtig. Es wurde auch der Bericht einer Sonderkommission verabschiedet, in dem der damalige Einmarsch der Roten Armee in Litauen verurteilt wurde<sup>4</sup>.

Ein Ausdruck der Spannungen im litauisch-russischen Verhältnis war die Verhaftung des Obersten Tschernych, des damaligen Befehlshabers der Marine-Division; ihm wurde die Beteiligung an Janajews Putsch vorgeworfen. Die Garnisonsführung stellte der litauischen Regierung ein Ultimatum: entweder werde der Oberst freigelassen, oder das russische Militär werde gegen Wilna ziehen. Ganz entschieden protestierte auch der russische Vizepräsident Ruzkoi. Schließlich wurde der Zwischenfall beigelegt und Oberst Tschernych freigelassen; er kehrte daraufhin nach Russland zurück.

Für die neue Regierung des unabhängigen Litauens war die Zugehörigkeit des Memellandes zu Litauen eine Selbstverständlichkeit. Wie Moskaus Standpunkt für gänzlich unbegründet befunden wurde, so wurde auch die Annexion Kleinlitauens durch das Dritte Reich im März 1939 verurteilt. Die territorialen Ansprüche Wilnas gingen über das 1923 und 1945 an Litauen angeschlossene Memelland und die 1940 angeschlossene Region Wilna (Mittellitauen) hinaus. Am 21. Februar 1992 erschien in der Wilnaer Tageszeitung „Lietuvos aidas“ ein Gespräch mit Stasys Lozoraitis, dem litauischen Botschafter in den USA, der bemerkte, das Kaliningrader Gebiet könnte „in Zukunft Teil Litauens“ werden. Diese Ansicht stieß auf entschiedene Ablehnung der russischen Behörden und auf großes Interesse in Polen.<sup>5</sup> Es handelte sich allerdings nicht um die erste Stellungnahme eines Vertreters litauischer Behörden zur staatlichen Zugehörigkeit des Kaliningrader Gebiets. In einem Interview für das deutsche ARD-Fernsehen führte der litauische Staatspräsident Landsbergis am 22. April 1990 aus, er könne sich durchaus vorstellen, dieses Gebiet unter litauische Verwaltung zu stellen. Es

---

4 J. Ochmański, *Historia Litwy...*, S. 340; vgl. auch: J. Widawski, *Mały tygrys znad Niemna*. in: *Polityka* 2006, Nr. 2, S. 46-48.

5 Vgl. A. Sakson, *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego. Aspekty polityczne i kwestie bezpieczeństwa europejskiego*, in: *Przegląd Zachodni* 1993, Nr. 3, S. 49-67.

falle ihm dagegen schwer, den Umstand zu akzeptieren, dass Kaliningrad unter sowjetischer Regierung stehe. Bei der Region um Königsberg handele es sich um das historische Gebiet Kleinlitauens, das auch als Preußisch-Litauen bezeichnet werde und seit Jahrhunderten von Litauern bewohnt gewesen sei.<sup>6</sup> Territoriale Ansprüche unterschiedlicher litauischer Kreise auf das Kaliningrader Gebiet sind nicht nur im politischen Diskurs in Wilna stets präsent.

National orientierte litauische Kreise, besonders jene, die in der Emigration, d. h. in den USA und Kanada, agieren, erheben Gebietsansprüche auf die Region um Suwalki (*Suvalkas Lietuva*), wo die litauische Minderheit Polens ansässig ist (die meisten im Kreis Puńsk). Am 22. Februar 1992 fand in Wilna die 10. Sitzung des litauischen Restituierenden Parlaments (Seimas) statt und hatte Ostlitauen (d. h. die Region Wilna) zum Gegenstand. Es wurde u. a. die Gefahr einer Ostexpansion Polens festgestellt. Zwei Tage später, am 24. Februar, gab der weißrussische Außenminister P. Krawtschenko wiederum eine aufsehenerregende Erklärung über territoriale Ansprüche auf Litauen ab. Rasch dementierten die Minsker Behörden diese Mitteilung.<sup>7</sup>

Im Gegensatz zu Lettland und Estland, die territoriale Einbußen zu Gunsten der Sowjetunion hinnehmen mussten, hat Litauen kein Interesse an einer Wiederherstellung der Grenzen von vor dem Zweiten Weltkrieg. Über das litauisch-russische Grenzabkommen wurde jahrelang verhandelt. Letztendlich am 24. Oktober 1997 unterzeichnet, regelt es den Grenzverlauf zwischen beiden Staaten. Es wurde vom litauischen Parlament rasch ratifiziert, während sich die russische Duma aus politischen Gründen geweigert hat, es anzuerkennen (zu ratifizieren). Die Frage der detaillierten Grenzziehung zwischen beiden Ländern bleibt also nach wie vor offen.<sup>8</sup> Dieser Umstand war aber beim Beitritt Litauens zur NATO und zur Europäischen Union kaum bedeutsam.

## 1.1. Memelland, Preußisch-Litauen, Kleinlitauen oder Westlitauen?

Mit der *Perestrojka* in der Sowjetunion und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit begann in Litauen ein tiefgreifender Wandel im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Im Memelland, wie auch in ganz Litauen,

---

6 A. Goring, *Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1991, S. 62.

7 G. Błaszczyk, *Litwa...*, S. 364. Vgl. auch: G. Vitkus, *Die litauische „Ostpolitik“ – Grundsätze und Probleme*, in: *Osteuropa* 9/10 (2002) S. 1259-1272.

8 Vgl. A. Tüman, *Die Grenzverträge zwischen Russland und den baltischen Staaten*, in: *Osteuropa* 9/10 (2002) S. 1277-1287.

waren seit Beginn der 1990er Jahre zwei parallele Prozesse im Gange: der strukturelle Aufbau eines unabhängigen Staates, einschließlich seiner internationalen Anerkennung, und die Transformation im Sinne einer Desowjetisierung. Diese Prozesse vollzogen sich auf allen Ebenen, sowohl in institutioneller als auch in individueller Dimension.

Im Gegensatz zu den übrigen Gebieten des früheren Ostpreußens (Kalinigrader Gebiet sowie Ermland und Masuren) waren die Vorgänge im Memelland doppelt kompliziert. Russen und Polen mussten ja keine staatliche Eigenständigkeit erst wiedererlangen: sie bauten neue Strukturen im Rahmen ihres jeweiligen Nationalstaats auf.

Der Zerfall der bisherigen Ordnung führte zu wesentlichen Veränderungen im Leben der Einwohner des Memellandes. Zu den wichtigsten Merkmalen, die im Laufe des Transformationsprozesses hervortraten, zählen:

1. Das Einkommensgefälle und die Unterschiede in den Entwicklungsperspektiven zwischen Klaipėda und der Region verschärfen sich kontinuierlich. Ähnliches ist im Kaliningrader Gebiet zu beobachten, wo wie im Memelland die Hälfte der Einwohner in der Regionalhauptstadt lebt. Weniger stark ist dieses Phänomen in Ermland und Masuren;
2. Der Zusammenbruch des Kolchosensystems der Landwirtschaft führte unter der ländlichen Bevölkerung zu hoher Arbeitslosigkeit und spürbarer Verarmung, zu wirtschaftlichem Stillstand und zur Auswanderung junger Menschen;
3. Der ländliche Raum des Memellandes gilt unter Litauern als ärmste Gegend der Republik. Im Grenzgebiet zu Kaliningrad blühen Schmuggel und Schwarzhandel. Mit der billigeren Schmuggelware decken sich häufig die Bewohner der übrigen Landesteile ein;
4. Kennzeichnend für die gesamte Bevölkerung der Region, ähnlich wie im Kaliningrader Gebiet oder in Ermland und Masuren, ist das gewachsene Interesse an der Vergangenheit, das eine Abschwächung antideutscher Haltungen bewirkt. Dies ist besonders unter den lokalen Eliten und der jungen Generation zu beobachten.

Kennzeichnend für die heutigen Bewohner des Memellandes ist eine allmählich sich in ihren Köpfen vollziehende „Verwischung“ der deutlichen Eigenart dieser Region, die in den Jahren 1923-1939 als Memelland bzw. *Klaipėdos kraštas* bezeichnet wurde. Dieser Umstand ist hauptsächlich auf die wiederholten Verwaltungsreformen, zuerst 1951, zurückzuführen, die durch den Anschluss neuer großlitauischer Gebiete zum allmählichen Verschwinden des früheren Grenzverlaufs der Region beigetragen haben. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war diese Region keine militärische Sonderzone mehr, die den westlichen Touristen verschlossen blieb und einer besonderen Kontrolle seitens verschiede-

ner Sicherheitsdienste unterlag. Die „Öffnung“ dieser Region hatte zur Folge, dass mit der Zeit das besondere Merkmal eines „Sperrgebiets“ verschwand, in dem Russen und „Sowjetmenschen“ über viele Jahre einen beachtlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung in Klaipėda und anderen Garnisonsorten der Sowjetstreitkräfte ausmachten. Auf dieser Region lastete jahrzehntlang erst der Stempel des „Deutschtums“ und des „Faschismus“, dann des „Russentums“ und der „Sowjetisierung“. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit verloren diese stigmatisierenden Bezeichnungen nach und nach an Bedeutung.

Für den Forscher des gesellschaftlichen Wandels ist es interessant nachzuverfolgen, wie sich der Name der Region im jeweiligen Bewusstsein einzelner Einwohnergenerationen verändert hat.

Unter den Einheimischen (etwa 6 000-8 000 Menschen) und den niedergelassenen Zuwanderern bleibt der traditionelle Name *Klaipėdos Krašto*, der dem deutschen *Memelland* entspricht, nach wie vor lebendig. Die Autochthonen (Litauer, Deutsche) wurden als *Klaipėdiškų* bzw. *Memelėdėrių* (Memelländer) bezeichnet. Dieser Begriff hat sich besonders in der Zwischenkriegszeit eingebürgert und bezeichnete den Norden Ostpreußens, bestehend aus dem zum Regierungsbezirk Königsberg gehörenden Kreis Memel, der in den Jahren 1923-1939 einen autonomen Bezirk (*Klaipėdos Krašto*) in den Grenzen des litauischen Staates bildete.

Eine andere traditionelle Bezeichnung der in Rede stehenden Region ist Preußisch-Litauen (*Prūsų Lietuva*). Historisch gesehen ist dieser Name ein weiter gefasster Begriff als das Memelland, weil er sich auf den litauischen Siedlungsbereich zwischen Memel und Pregel einschließlich der Ostküste des Kurischen Haffs bezieht. Er gehörte einst zu Ostpreußen, heute ist er (bis auf das kleine Memelland) Teil des Kaliningrader Gebiets.

Die Einwohner bezeichnen die Region auch als Kleinlitauen (*Mažoji Lietuva*) und, immer verbreiteter, als Westlitauen (*Vakarų Lietuvoje*). Historisch versteht man unter dem Begriff Kleinlitauen sowohl das Gebiet zwischen Memel und Königsberg, d. h. das historische Gebiet der litauischen Besiedelung in Ostpreußen, als auch das Gebiet des Memellandes in den Grenzen von 1923-1939. Die ehemaligen Einwohner Kleinlitauens (Autochthone) werden als *Lietuvininkai* bezeichnet.

Die Begriffe Kleinlitauen und Großlitauen (*Didžioji Lietuva*) hängen mit der historischen Bedeutung des Namens „Litauen“ zusammen. Grzegorz Błaszczyk meint dazu: „Der Name ‚Litauen‘ wird in doppeltem Sinne verwendet, einem engeren und einem weiteren. Im engeren Sinne handelt es sich um das von Litauern bewohnte Land, d. h. das ethnografische, so genannte eigentliche Litauen (lat. *Lithuania propria*). Im weiteren Sinne bezeichnet er das historische Litauen, d. h. den Staat namens Großfürstentum Litauen (*Lietuvos Didžioji Kunigaikštystė*, *LDK*), der seine größte Blütezeit unter der Herrschaft des Großfürsten Vitold (Vytautas) 1392-1430 erlebte. Er reichte damals in der Tat ‚von Meer zu Meer‘, d. h.

von der Ostseeküste bei Polangen bis ans Schwarze Meer (Wildes Feld nördlich davon). (...) Diese Eroberungen waren indes nicht von Dauer. Das Großfürstentum Litauen wurde kraft der Lubliner Union von 1569 in seinem Kern auf das Gebiet des heutigen Litauens und Weißrusslands begrenzt. (...) Litauen im engeren Sinne (ethnographisches Litauen) umfasst Groß- und Kleinlitauen.

Großlitauen (*Didžoji Lietuva*) umfasste das Großfürstentum, das von Litauern geschlossen besiedelt wurde. Dies waren im Grunde zwei Woiwodschaften: Wilna mit 5 Kreisen (Wilna, Aschmjany, Lida, Wilkomir und Braslau) und Traken mit 4 Kreisen (Traken, Grodno, Kaunas und Upyte) sowie das Herzogtum (Schamaiten bzw. Samogitien) mit 29 Kleinkreisen.

Zu Kleinlitauen (*Mažoji Lietuva*), dem sog. Preußisch-Litauen, gehörten die an das Großfürstentum grenzenden Gebiete Preußens, die überwiegend von Litauern besiedelt waren. Diese Litauer befanden sich somit außerhalb des litauischen Staates. (...) Großlitauen hat zwei große historische Regionen: Schamaiten (*Žemaitija*) i Aukschtaitien (*Aukštaitija*). Hinter diesen geographischen und historischen Namen verbergen sich höchstwahrscheinlich Stammesbezeichnungen. Schamaiten bedeutet ‚niedereres Land‘ (*žemas* – unten/niedrig), Aukschtaitien ‚hohes Land‘ (*aukštas* – oben/hoch).<sup>9</sup>

Der Begriff Westlitauen hängt generell mit der heutigen, 1951 eingeführten Verwaltungsgliederung Litauens zusammen. Seit 2000 zerfällt der litauische Staat in 10 Bezirke (*apskritis*): Alytus (Alitten), Vilnius (Wilna), Utena (Utenen), Panevėžys (Ponewiesch), Šiauliai (Schaulen), Telšiai (Telschen), Klaipėda (Memel), Tauragai (Taugoggen), Kaunas (Kaunas) und Marijampolė (Mariampol). Innerhalb dieser Bezirke gibt es 43 Rajongemeinden, 6 Selbstverwaltungen und 7 kreisfreie Städte. Das moderne Litauen zerfällt in folgende historische Regionen: *Žemaitija* (Schamaiten); *Aukštaitija* (Aukschtaitien); *Užnemune* oder *Suduva* bzw. *Suvalkija* (Sudauen); *Dzūkija* (Dzukia) oder Südlitauen; Memelland oder Kleinlitauen, Westlitauen, Preußisch-Litauen; Region Wilna, heute meist als Südostlitauen (*Pietryčią Lietuva*) bezeichnet.<sup>10</sup>

Zum heutigen Bezirk Klaipėda gehören sowohl das Gebiet des ehemaligen Kreises Memel (vor 1918), der mit dem Memelland (1923-1939) identisch war, als auch Gebiete Großlitauens. Er besteht aus vier Rajongemeinden: Skuodas (Schoden) und Kretinga (Crottingen), die historische Gebiete Großlitauens (Samogitien) umfassen, Klaipėda mit Gebieten Ostpreußens von vor 1918 (Memelland 1923-1939) sowie östlichen großlitauischen Regionen (die in der Zwischenkriegszeit nicht zum Memelland gehörten) und Šilutė (Heydekrug), ähnlich wie

9 G. Błaszczyk, *Litwa...*, S. 15, 16.

10 M. Jackiewicz, *Wędrówki po Litwie. Praktyczny przewodnik turystyczny*, Warszawa 2004, S. 5.

die Rajongemeinde Klaipėda zum Teil auf memelländischem und zum Teil auf großlitauischem Gebiet.

Der Bezirk Klaipėda umfasst auch die drei Stadtgemeinden Palanga (Polangen), das historisch zu Schamaiten gehört, Klaipėda (Memel) und Neringa (Kurische Nehrung), die beide zu Ostpreußen (Memelland) gehörten, sowie die Selbstverwaltungsgemeinde Pagėgiai (Pogegen).

Eine interessante Verwaltungseinheit ist das „virtuelle“ Stadtgebilde Neringa auf der Kurischen Nehrung. Es besteht aus den fünf Ortschaften Alksnyne (Erlenhorst), Juodkrantė (Schwarzort), Pervalka (Perwelk), Preila (Preil) und Nida (Nidden), die alle zusammen einen städtischen Organismus bilden. Diese kleinen Ortschaften (Siedlungen, Dörfer) sind an der Nehrungsstraße auf einer Länge von 50 km aneinander gereiht. Es handelt sich um die jüngste Stadt Litauens, denn das Stadtrecht erhielt sie 1961 (ein Stadtwappen wurde erst 1997 verliehen). Das Verwaltungsgebiet bildet eine Art Exklave: Vom litauischen Festland ist es nur im Norden auf dem Seeweg von Klaipėda aus zu erreichen. Die Südgrenze von Neringa bildet Nidden, das schönste Dorf der früheren Sowjetunion, mit dem Grenzübergang Nida-Morskoje zum Kaliningrader Gebiet. Zu Sowjetzeiten war Neringa auf der Kurischen Nehrung wie das Memelland und das Kaliningrader Gebiet ein Sperrbezirk. Auf der Nehrung lagen (auf litauischer und russischer Seite) zahlreiche sowjetische Militärstützpunkte. Dieses Gebiet wurde erst Anfang der 1990er Jahre zugänglich. Der litauische Teil der Nehrung ist 94,4 km<sup>2</sup> groß. 1991 wurde hier ein Nationalpark ausgewiesen, der auch die Gewässer des Kurischen Haffs und der Ostsee mit einschließt (zusammen 26 474 ha).<sup>11</sup>

Höchst interessant ist die Tatsache, dass das aktuelle Gebiet des Bezirks Klaipėda durch die benachbarten Gebiete Großlitauens beachtlich vergrößert worden ist, wohingegen nur ein kleiner Teil des früheren Memellandes am östlichen Rand dem administrativen Bezirk Tauroggen (historisches Gebiet Großlitauens) zugeschlagen wurde. Die Ortschaft Lauksargiai (Laukszargen) gehört zum Bezirk Tauroggen, während die Orte Viešvile (Wischwill) und Smalininkai (Schmalenningken) zur Rajongemeinde Jurbarkas (Georgenburg) gehören. In diesem Fall haben wir es, wie bis 1999 in Ermland und Masuren, mit einer unbekümmerten, auf historische Traditionen keine Rücksicht nehmenden Aufteilung jahrhundertalter, unverwechselbar gewordener Regionen zu tun.

Heutzutage bedient sich die übriggebliebene autochthone Bevölkerung des Memellandes zur Selbstbeschreibung ganz unterschiedlicher Namen, was mit ihrem differenzierten nationalen, ethnischen und regionalen Identitätsgefühl zusammenhängt. Einige von ihnen bezeichnen sich als Preußisch-Litauer, andere als Kleinlitauer (*Lietuvininkai*), Memelländer oder Deutsche. Eine ähnliche Iden-

---

11 *Ebenda*, S.162 f.

titätsdifferenzierung lässt sich auch unter Ermländern und Masuren in ihren Heimatregionen beobachten<sup>12</sup>.

Wie aus meinen Feldforschungen der Jahre 2005-2006 hervorgeht, verwenden die Bewohner der Region am häufigsten die Namen: Kleinlitauen, Westlitauen oder Bezirk Klaipėda. Interessanterweise gibt es unter den Historikern in Klaipėda, die die Vergangenheit des Memellandes erforschen, ernsthaften Streit darüber, ob es begründet sei, den Begriff Kleinlitauen zu benutzen und die ehemaligen Bewohner dieser Region als *Lietuvininkai* zu bezeichnen. Einer dieser Forscher befindet: „Kleinlitauen ist ein neues Gebilde, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts während der nationalen Wiedergeburt Litauens entstanden ist. Dieser Begriff ist politisch gefärbt und entbehrt jeder historischen Grundlage. nach meinem Dafürhalten lautet die korrekte Bezeichnung Preußisch-Litauen, und die früheren Einwohner sollten als Preußisch-Litauer bezeichnet werden. Man darf nicht vergessen, dass dieses Gebiet 700 Jahre lang zu Preußen (Ostpreußen) gehörte. Die Tradition eines litauischen Staatswesens ist hier sehr kurz: 1923-1939 und 1945-1990 sowie nach 1991. Diese Auffassung ist in Litauen nicht populär. Deshalb werde ich nicht zu Konferenzen in Litauen eingeladen“ (K-3).

Als ich im Oktober 2005 meine Untersuchungen mittels eines Fragebogens begann, führte ich zunächst Pilotuntersuchungen durch. Es zeigte sich, dass der Begriff Memelland für junge Einwohner unverständlich ist. Aus diesem Grund habe ich den Fragenkatalog nach entsprechenden Aussprachen um den Namen Westlitauen ergänzt. So wurde beispielsweise die erste Frage nach der Dauer des Wohnsitzes im Memelland wie folgt formuliert: „Kaip ilgai gyveni Klaipėdos krašte/Vakarų Lietuvoje? (Wie lange wohnen Sie im Memelland/Westlitauen?)“.

### 1.1.1. Demographische Prozesse und Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft

Die meisten heutigen Bewohner des Bezirks Klaipėda leben in den Städten (72 %). Von den 385 786 Bewohnern der Region (Stand nach dem Zensus aus dem Jahr 2001) wohnen 192 954 in Klaipėda, was 62 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts findet eine rege Migration der Dorfbewohner in die Städte und ins Ausland statt. Damit geht ein allgemeiner Bevölkerungsrückgang einher, der auf die negative Geburtenrate und die Außenmigration zurückzuführen ist. Dies ist nicht allein für Westlitauen, sondern auch für das ganze Land charakteristisch. Die Angaben des statistischen Amtes Wilna bestätigten diese ununterbrochen rückläufige Tendenz, die seit der Wiedererlangung der Unabhängig-

---

12 R. Kibelka, *Memellandbuch. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2002, S. 19 f.

keit im Jahr 1991 anhält. Auch im Jahr 2005 verlor Litauen 18 500 Personen und hat heute 3,406 Millionen Einwohner. Von Januar bis Oktober sind 25 604 Kinder zur Welt gekommen, das sind 51 weniger als im Vorjahr, dafür aber starben in der gleichen Zeit 36 026 Menschen, das sind knapp 2 000 mehr als im Vorjahr.

Damit nicht genug, nimmt doch die Auswanderung aus Litauen, besonders des Erwerbs wegen, ständig zu. In den ersten 10 Monaten des Jahres 2005 wanderten knapp 14 000 Personen aus, das sind über 1 000 mehr als im Vorjahr. Es mutet paradox an, dass mehr als 300 000 Menschen, d. h. knapp ein Zehntel der Bevölkerung, Litauen seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit und der Demokratisierung des Landes verlassen haben. Und es ist kein Ende dieses Prozesses absehbar.

Massenauswanderungen zur Arbeitsuche im Westen haben dazu geführt, dass Litauen praktisch gar keine Arbeitslosigkeit aufweist: die Quote bewegt sich um die 4 %. In manchen Wirtschaftszweigen, z. B. im Bauwesen, machen Einwanderer aus den Nachbarländern, z. B. aus Weißrussland, etwa 30 % aller Beschäftigten aus. Die Litauer wandern aus, weil sie im Ausland, beispielsweise in Spanien oder Irland, mehr verdienen und zudem weniger Steuern zahlen. Die niedrigen Löhne in Litauen sind dagegen für das ausländische Kapital verlockend, so dass die Wachstumsrate bis zur weltweiten Krise seit 2008 bei 7 % lag. Eine Anhebung der inländischen Löhne und Gehälter, um die Menschen vor der Ausreise in den Westen abzuhalten, könnte dieses Wachstum zum Stillstand bringen. Die angekündigte Steuerreform, die litauische Arbeitsemigranten zur Heimkehr animieren sollte, wird immer wieder auf die lange Bank geschoben. Es wird auch nicht über Mittel und Wege diskutiert, wie die demographische Krise in den Griff zu bekommen wäre.<sup>13</sup>

Die allgemeinen demographischen Tendenzen im Bezirk Klaipėda gehören mit zu den besten in Litauen, verschlechtern sich jedoch zunehmend. Beispielsweise ist die Sterblichkeitsrate hier am höchsten, und nicht weniger als 11-18 % aller Todesfälle sind auf Selbstmord, Tötungsdelikte oder Vergiftungen durch Alkohol und andere „toxische Substanzen“ zurückzuführen. Hinsichtlich des demographischen Potentials ist die beste Struktur in Klaipėda und Palanga (Polangen) festzustellen. Die Bevölkerungsalterung erreicht langsam den landesweiten Durchschnittswert und wird weiter voranschreiten<sup>14</sup>.

Die Nationalitätenstruktur im Bezirk Klaipėda im Jahr 2001 (in absoluten Zahlen) zeigt Tabelle 34.

---

13 *Gazeta Wyborcza* vom 31.12.2005-1.01.2006; [www.klaipeda.lt](http://www.klaipeda.lt) (September 2010).

14 [www.klaipeda.lt](http://www.klaipeda.lt) (August 2006).

Tabelle 34 Nationalitätenstruktur im Bezirk Klaipėda 2001

	Nationalität									
	Litauer	Polen	Russen	Weißrussen	Ukrainer	Juden	Deutsche	Tataren	Letten	Zigeuner
Bezirk Klaipėda	324 798	975	44 082	3882	5024	364	1000	259	591	60
Stadtgemeinde Klaipėda	137 557	743	41 110	3606	4652	335	399	227	232	58
Stadtgemeinde Palanga	16 574	42	480	53	104	11	19	7	220	–
Stadtgemeinde Neringa	2 206	6	124	14	17	3	5	2	1	–
Rajon Klaipėda	44 830	53	802	87	94	6	148	10	19	2
Rajon Kretinga	45 066	26	326	42	58	3	30	4	35	–
Rajon Skuodas	25 286	14	162	9	12	–	5	–	75	–
Rajon Šilutė	53 279	91	1 078	71	87	6	394	9	9	–

Quelle: www.std.lt (Juli 2006).

Prozentual machen die Litauer 84,2 %, die Russen 11,4 %, die Ukrainer 1,3 %, die Weißrussen 1,0 %, die Polen 0,3 % und sonstige Nationalitäten 0,9 % der gesamten Bevölkerungszahl aus.

Wirtschaftlich entwickelt sich der Bezirk Klaipėda am schnellsten in ganz Litauen. Seit 1994 steigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich um 3-4 %. Auf dem offiziellen Internetportal der Klaipėdaer Stadtverwaltung ([www.klaipeda.lt](http://www.klaipeda.lt)) ist zu lesen: „Die Wirtschaft der Region bildet kein geschlossenes System, weder hinsichtlich der Struktur noch der geographischen Verteilung. Die größten Unternehmen der Region beziehen die Rohstoffe nicht vor Ort, sondern aus anderen Regionen Litauens oder gar aus dem Ausland. Nur kleine und mittelständische Unternehmer nutzen lokale Ressourcen. Wirtschaftlich gesehen zerfällt die Region in mehrere Teile: zwei Seebäder (Palanga und Neringa), zwei Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung (Klaipėda und Palanga), die Rajongemeinde Šilutė sowie weitere Subregionen. In Klaipėda sind 83,5 % aller Erwerbstätigen des gesamten Bezirks beschäftigt, auf die Stadt entfallen 89,6 % des Kapitals, 84,8 % der Einnahmen und 95,6 % der Gewinne“.

Im Bezirk Klaipėda lässt sich wie im Kaliningrader Gebiet ein fortschreitendes Gefälle zwischen den prosperierenden Metropolen und den übrigen Regionen beobachten. Im Bezirk Klaipėda sind die Rajons Šilutė und Skuodas durch eine „starke Depression gekennzeichnet“, der Lebensstandard gehört hier zu den niedrigsten nicht nur der Region, sondern ganz Litauens.

Nach offiziellen Angaben liegt die Arbeitslosenrate zwischen 6 und 10 % (z. B. 1998 bei 5,7 %, 2002 bei 10,0 %). Am niedrigsten ist sie in Klaipėda. In den übrigen Teilen der Region (hauptsächlich auf dem Lande und in den Kleinstädten) beträgt die versteckte (tatsächliche) Arbeitslosigkeit 20-30 %, so dass man schon von struktureller Arbeitslosigkeit sprechen kann. Ähnliches ist im Kaliningrader Gebiet zu beobachten, wo die offizielle Arbeitslosenquote 2-3 % beträgt, und in Ermland und Masuren, wo etwa im Kreis Bartoszyce 30 % aller Erwerbstätigen arbeitslos sind. Diese Größen unterscheiden sich nicht viel von denen, die für die östlichen Gebiete der ehemaligen DDR ermittelt werden.

Das Durchschnittseinkommen in der Region beträgt etwa 91 % des monatlichen Einkommens im Bezirk Wilna. Die Stadt- und Landbewohner des Bezirks Klaipėda beziehen durchschnittlich 72-82 % der Monateinkünfte, die den Einwohnern der Stadt Klaipėda zur Verfügung stehen. Im Bezirk Klaipėda leben 33 000 Menschen unter schwierigen materiellen Bedingungen und sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die meisten von ihnen leben auf dem Land. Besonders prekär ist die Lage in der Rajongemeinde Šilutė (höchster Anteil von Waisenkindern und pathologischen Familien, hohe Zahl von Alkoholabhängigen). Hier leben besonders viele Personen vom Schmuggel. Die Entwicklungsaussichten für diesen Landesteil sind sehr trübe.<sup>15</sup>

In der Region gibt es 255 Grundschulen, die von ungefähr 62 000 Schülern besucht werden. Auf eine Schule entfallen durchschnittlich 245 Schüler. 0,5 % der Schulpflichtigen besuchen keine Schule. Das allgemeine Bildungsniveau der Landkinder ist niedrig. In der Region gibt es auch 13 Berufsschulen, neun staatliche und zwei private Ober- und Hochschulen sowie eine Universität in Klaipėda; die meisten befinden sich in der Regionhauptstadt. Sie bilden nur in geringem Maße Fachleute für den lokalen Bedarf aus. Es ist ein deutliches Defizit in der Berufsausbildung (auf verschiedenen Niveaus) festzustellen. Zu den großen Problemen der Region zählen wie im Kaliningrader Gebiet die schlechte Trinkwasserqualität sowie hohe Verluste beim Transport von Wärme.

Gemäß den wirtschaftlichen Entwicklungsplänen soll sich die Region in den kommenden Jahrzehnten entlang der metropolitanen Achse Šiauliai-Klaipėda entwickeln. In Zukunft soll Klaipėda eines der wichtigsten Wirtschaftszentren des Landes sein, Palanga und Neringa sollen zu wichtigen Fremdenverkehrs-

---

15 *Ebenda.*

und Erholungszentren werden. Für die westlichen, ärmsten Teile der Region ist eine Nord-Süd-Entwicklungssachse Sowetsk/Tilsit-Pagėgiai-Klaipėda-Palanga-Ventpils geplant. Dieses Gebiet sollte unter einer gemeinsamen kommunalen Verwaltung stehen<sup>16</sup>.

Die globale Wirtschaftskrise, die im Herbst 2008 mit Turbulenzen im US-amerikanischen Bankensektor ihren Anfang nahm, hat die Wirtschaft von ganz Litauen, dem Bezirk Klaipėda und der Regionalhauptstadt beeinträchtigt.

Spektakulär äußerte sich dies in einer Protestkundgebung mit 7 000 Teilnehmern am 16. Januar 2009 in Wilna. Der „Krisenaufbruch“ wurde durch drastische Sparpläne der Regierung hervorgerufen. Protestierende griffen das Gebäude des litauischen Parlaments an und bewarfen es mit Steinen, Eiern und Schneebällen. Die Polizei setzte Tränengas ein und schoss mit Gummigeschossen zurück. Die von den Gewerkschaften organisierte Kundgebung richtete sich gegen die Regierungspläne, die Gehälter im öffentlichen Sektor um 12-15 % zu senken, den Mehrwertsteuersatz von 18 auf 19 % anzuheben und den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 5 Prozent auf Arzneimittel und Heizwärme abzuschaffen. Auf diese Weise wollte die Regierung Einsparungen von nicht weniger als 5,3 Milliarden Litas (1,5 Mrd. Euro) erzielen, um den Staatshaushalt vor einem Bankrott zu bewahren.

Die Organisatoren unterstrichen, dass bei den Protestaktionen in Wilna im Unterschied zu den gegen die lettische Regierung gerichteten Kundgebungen in Riga keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Ziele verfolgt würden. Die Gewerkschaften stellten keine Forderungen nach einem Regierungswechsel und wollten nur, dass „die Regierung zur Vernunft kommt“ und die Last der Einsparungen nicht auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung abgewälzt wird. Verlangt wurde ferner, die Ausgaben für die Staatsverwaltung zu kürzen und keine neuen staatlichen Einrichtungen mehr zu schaffen.

Wegen der Ausschreitungen wurden 151 Personen festgenommen. Bei Straßenschlachten mit der Polizei, die unter anderem Tränengas einsetzte, wurden 15 Personen verletzt, eine davon schwer. Auch vier Beamte trugen Verletzungen davon. Die Demonstranten schlugen etwa 30 Fenster im Parlamentsgebäude ein. Umliegende Gebäude wurden beschädigt.<sup>17</sup>

Dalia Grybauskaitė, die litauische EU-Haushaltskommissarin, befand: „Litauen steht am Rande des Bankrotts. Die Regierungsmaßnahmen zur Krisenbekämpfung haben die Lage stabilisiert. Doch eine weitere Eskalation der sozialen

---

16 *Ebenda.*

17 Vgl. *Parlament obłożony. Trwa walka z policjā*, in: *Rzeczpospolita* vom 16.01.2009; *Kryzysowe zamieszki w Wilnie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.01.2009; *Po piątkowych zamieszkach noc w Wilnie minęła spokojnie*, in: *ebenda* vom 17.01.2009; *Litauen. Gewaltsame Proteste gegen Steuererhöhungen*, in: *Die Welt* vom 16.01.2009.

Spannungen oder eine Destabilisierung der politischen Lage könnte zur Zahlungsunfähigkeit des Landes führen.<sup>18</sup>

Selbst wenn die litauische Wirtschaft im Vergleich zur Wirtschaftsleistung Lettlands oder Estlands am wenigsten schrumpfte, so erwies sich die Krise doch als genauso fühlbar. 2008 betrug das BIP Litauens 4,0 % (gegenüber -3,3 % in Estland und -1,3 % in Lettland). Die Europäischen Kommission prognostizierte Anfang März 2009 den bisherigen Wirtschaftstigern enorme BIP-Einbußen im laufenden Jahr (Litauen: -4,9 %, Estland: -9 %, Lettland: -12 %). Ein Gutachten des Internationalen Währungsfonds vom April 2009 bezifferte den BIP-Rückgang für das Jahr 2009 in Litauen auf -10 % (2011: -30 %). Die entsprechenden Werte betragen für Lettland -12 % bzw. -2 %, für Estland -10 % bzw. -1 % und für Polen -0,7 % bzw. 1,3 %. Am ärgsten traf die Krise den Immobilienmarkt, den Finanzsektor, die Industrie und den Einzelhandel. Wirtschaftswissenschaftlern zufolge zeichnet sich keine rasche Verbesserung der Lage ab.<sup>19</sup> Nach dem BIP-Rückgang (im Vergleich zum Vorjahr) um 11,6 % im ersten Quartal 2009 schrumpfte die Wirtschaft im zweiten Quartal gar um 22,6 %. Dies war der größte BIP-Rückgang in der gesamten Europäischen Union (Lettland: -18,2 %, Estland: -16,6 %, Polen verzeichnete einen Anstieg von 1,1 % und stand damit an der EU-Spitze)<sup>20</sup>.

Die Regierung in Wilna hofft auf ein BIP-Wachstum im Jahr 2011. In einer ebenso schlechten Lage ist Lettlands und Estlands Wirtschaft. Alle drei Länder traf die Rezession nach Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs und eines Entwicklungstempos von über 10 % jährlich. Die Wirtschaften der baltischen Staaten wurden vom Binnenverbrauch angekurbelt, der wiederum größtenteils aus Krediten skandinavischer Kreditinstitute finanziert wurde. Als die Geldströme versiegt und der Immobilienmarkt eine Korrektur erfuhr, gerieten diese Länder in Schwierigkeiten.

Dem litauischen Export hilft auch die Kopplung des Litas an den Euro nicht. Die Abschwächung des Zloty machte den polnischen Export konkurrenzfähiger. In Litauen tritt dieser rezessionsmildernde Effekt nicht ein. Mehr noch, in der letzten Zeit ist der Litas gegenüber dem polnischen Zloty deutlich härter geworden,

18 *Wzrost globalnej gospodarki najslabszy od II wojny*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.01.2009, S. 20.

19 *Litwa pogrążona w recesji*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.04.2009, S. 27.

20 E. Glapiak, P. Jendroszczyk, *Europa bliżej końca recesji*, in: *Rzeczpospolita* vom 14.-15.08.2009, S. B2. Wie aus den überprüften Daten des Statistischen Amtes der EU Eurostat hervorgeht, betrug der Wohlstand der Polen im Jahr 2008 55,9 % des EU-Durchschnitts und der der Letten 55,1 %. Damit änderte sich die bisherige Stellung Polens hinsichtlich des allgemeinen Wohlstands: Unerwartet rangierte das Land auf dem drittletzten Platz. Laut Prognosen hätte Polen 2009 auch Litauen überholen können. *Gazeta Wyborcza* vom 5.05.2009, S. 27; *Rzeczpospolita* vom 5.05.2009, S. 7.

weshalb Litauer massenweise zum preisgünstigen Einkaufen nach Polen kamen. Dies lässt den ohnehin schrumpfenden Einzelhandel in Litauen noch weiter zurückgehen. Im März 2009 ging der Absatz im Vergleich zum Vorjahresmonat um 30,8 % zurück, im Februar gar um 32 %.

2008 meldeten 928 litauische Unternehmen Insolvenz an. Dies war ein Schock für die Litauer und Letten, deren Länder bisher zweistellige Wachstumsraten aufgewiesen hatten.<sup>21</sup>

Anfang 2009 lag die Arbeitslosenquote in allen drei baltischen Staaten über 9 %.<sup>22</sup> Ein ähnlicher Trend hielt 2010 an.

Die Arbeitslosigkeit in Litauen betrug im März 2009 13,7 %. Nicht besser stellten sich die Zahlen für Lettland und Estland dar, wo sich die Arbeitslosenzahl innerhalb eines Jahres verdoppelte. In Lettland beträgt der Prozentsatz der Arbeitssuchenden 14,4 %, in Estland knapp 10 %. Im zweiten Quartal 2009 stieg die Arbeitslosigkeit in Litauen auf 15,8 % und gehörte zu den höchsten in der EU. Im selben Zeitraum betrug sie in Polen 8,2 %<sup>23</sup>.

Eine Folge der steigenden Arbeitslosigkeit war eine weitere Welle der Arbeitsauswanderung. Nach Angaben der Arbeitsvermittlungsgagenturen verdoppelte sich in den letzten Monaten des Jahres 2009 im Vergleich zum Vorjahr die Zahl derjenigen, die zwecks Arbeitssuche im Ausland zur Ausreise gewillt waren.

Experten betonen, dass die Menschen jetzt im Unterschied zu den Vorjahren notgedrungen auswandern, nicht um ein höheres, sondern um überhaupt ein Einkommen zu haben. Dazu zwingen sie die zunehmende Arbeitslosigkeit in Litauen und die aufgenommenen Bankkredite.

Der Leiter des litauischen Instituts für Arbeit und Sozialforschung, Bogusław Grużewski, stellt mit Bedauern fest, dass die Regierung die Augen vor der zunehmenden Abwanderung verschließe. Sie sei für die Regierenden sogar von

- 
- 21 Im März 2009 ging der Einzelhandelsabsatz (im Vergleich zum März 2008) sogar um ein Fünftel (-21,1 %) zurück. EU-weit betrug dieser Rückgang -4,2 % (in Polen -2,3 %). Der Einzelhandel ist ein wichtiger Konsumindex (Ausgaben der Privathaushalte), der das Wirtschaftswachstum in den einzelnen Ländern und der ganzen EU ankurbelt. Vgl. L. Baj, *Europa odkłada zakupy*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 7.05.2009, S. 21; A. Cieślak, *Polska bogatsza niż Litwa i Łotwa*, in: *Rzeczpospolita* vom 6.05.2009, S. B3; *Gazeta Wyborcza* vom 24.08.2009, S. 24.
- 22 A. Kondaszewski, *Niedawne bałtyckie tygrysy dziś muszą prosić o pomoc. Według ekonomistów Litwa, Łotwa i Estonia są już na krawędzi bankructwa*, in: *Dziennik* vom 7.-8.03.2009, S. 9; D. Pszczółkowska, *Czarny rok dla Europy*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 20.01.2009, S. 24; L. Baj, A. Nowakowska, *Recesja dopadła i Polskę*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 23.04.2009, S. 1.
- 23 A. Prusik, *Niespodziewanie wysoki wzrost bezrobocia w Unii Europejskiej*, in: *Dziennik* vom 2.04.2009, S. 02; E. Głapiak, *Cała Europa traci pracę*, in: *Rzeczpospolita* vom 2.04.2009, S. B2; *Gazeta Wyborcza* vom 17.08.2009, S. 22.

Vorteil, weil die Unzufriedensten, die potentiellen Anstifter von Unruhen, das Land verließen. Außerdem besserten die Auswanderer die Arbeitslosenstatistik des Landes auf.

Seit Jahren ist Litauen in der EU hinsichtlich der Arbeitsmigration führend. Nach Angaben des litauischen Statistikdepartements haben seit 1990 bereits 500 000 Menschen das Land verlassen, das knapp 3,5 Millionen Einwohner zählt.

2008 verließen etwa 17 000 Menschen Litauen (eine Steigerung von über 3 000 im Vergleich zum Vorjahr). Allein im Dezember 2008 gingen mehr als 1 500 Litauer auf Arbeitssuche ins Ausland.

Schätzungsweise arbeiten etwa 350 000 litauische Staatsbürger im Ausland, was knapp 10 % der Einwohner dieses Landes ausmacht.<sup>24</sup>

In einer besonders schwierigen Lage befinden sich Randgebiete, d. h. der Bezirk Klaipėda. Durch den Exportrückgang schrumpften auch die Umsätze des Hafens Klaipėda.<sup>25</sup>

### 1.1.2. Untergang des Kolchossystems

Die Kolchosbauern im Memelland und im Kaliningrader Gebiet sowie die Arbeiter der ehemaligen volkseigenen Güter in Ermland und Masuren haben den höchsten Preis für den Systemwandel nach dem Fall des Kommunismus gezahlt. Da die Gesamtheit der Agrarbeschäftigten in Litauen und Russland in Kolchosen oder Sowchosen arbeiteten, waren alle Dorfbewohner vom Untergang der „vergesellschaftlichten Landwirtschaft“ betroffen. In Polen kommt diesem Problem keine gesamt nationale Bedeutung zu, weil der Staat nur beschränkt Bodenressourcen hält.

Da in den West- und Nordgebieten Polens der Anteil des verstaatlichten Bodens im Landesvergleich am höchsten war (knapp ein Drittel aller landwirtschaftlich genutzten Böden in Ermland und Masuren), hatten und haben die Folgen des Zusammenbruchs der volkseigenen Güter eine wichtige gesellschaftliche Dimension.

Zu Beginn der 1990er Jahre vollzog sich in Litauen, Russland und Polen eine chaotische Privatisierung des vergesellschaftlichten und staatlichen Bodeneigentums. Sie betraf sowohl bewegliche Güter (Maschinen, Ausrüstung, lebendes Inventar, Getreide, Produktionsmittel usw.) als auch den Grund (Ackerboden, Wiesen, Brachland, teilweise Wälder, Seen usw.), folgte einer unterschiedlichen rechtlichen Regulierung und besaß jeweils ihre spezifische Dynamik. Doch waren die Folgen letztlich vergleichbar: Zerfall der bisherigen Ordnung und Wertewelt, Marginalisierung, Verarmung und soziale Ausgrenzung großer Bevölkerungs-

---

24 *Zbliża się kolejna fala emigracji zarobkowej*, in: *Rzeczpospolita* vom 21.03.2009, S. B2.

25 [www.ekm.lt](http://www.ekm.lt) (September 2010).

gruppen, was sich unter anderem durch hohe Arbeitslosigkeit als Folge des „Syndroms der erlernten Ratlosigkeit“ äußert. Besonders drastische Formen haben diese Phänomene im Kaliningrader Gebiet angenommen.

Die Struktur des Bodeneigentums in Litauen und dem Memelland war typisch für die ganze Sowjetunion. Herausgebildet hat sie sich infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft, die in den Jahren 1947-1952 auf administrativem Weg unter „Verletzung des Grundsatzes der Freiwilligkeit und unter Bürgerkriegsbedingungen“ durchgeführt wurde.<sup>26</sup> Nach der Beendigung der Kollektivierung in Litauen gehörten 66 % des Bodens den Kolchosen (Produktionsgenossenschaften), 33 % den Sowchosen (staatlichen Agrarbetrieben) und lediglich 1 % (genau 1,2 %) bekamen die Kolchosbauern und Sowchosarbeiter in Form sog. hofeigener Parzellen, die jedoch kein Privateigentum der sie bearbeitenden Landwirte darstellten. Die Fläche dieser Parzellen war behördlich auf 60 Ar Ackerboden und einen halben Hektar Weideland oder Wiesen beschränkt.<sup>27</sup> Eine ähnliche Eigentumsstruktur herrschte auch im Memelland.

Erste Anzeichen für eine Änderungen in der Struktur des Bodeneigentums in der UdSSR und somit in Litauen brachte die neue Agrarpolitik zur Zeit der Gorbatschowschen *Perestrojka*. Eingeleitet wurden sie mit der für damalige Verhältnisse kühnen Entscheidung, Privatbauern bis zu 50 ha Land zu verpachten und große, auf die Marktproduktion ausgerichtete Agrarbetriebe zu schaffen. Die litauische Sowjetregierung verabschiedete am 4. Juli 1989 ein Gesetz „über die Bauernhöfe in der Litauischen SSR“. Es wurde darin zwar am staatlichen Bodeneigentum festgehalten, gleichzeitig aber wurden neue Regelungen zur Bewirtschaftung desselben eingeführt. Mit diesem Gesetz wurde die Wiederbelebung der bäuerlichen Wirtschaft in Litauen eingeläutet.

Grundlegende Änderungen ermöglichten erst die 1991 verabschiedeten Gesetze zur Bodenprivatisierung (und -reprivatisierung) sowie zur Agrarreform: Dies waren die Gesetze über die Agrargesellschaften (vom 16. April), über die Agrarreform (vom 25. August) und über die Privatisierung des Eigentums von Agrarbetrieben (vom 30. August). Gemäß diesen Gesetzen wurde das Land in staatliches und privates Eigentum aufgeteilt. Privates Land erlangte man entweder durch Wiederherstellung des Eigentumsrechts (Reprivatisierung) oder durch Kauf. Die Privatisierung von Kolchosen, Sowchosen und anderen Agrarbetrieben geschah durch den Verkauf ihres Vermögens in geschlossenen Auktionen oder in Form von Aktien.<sup>28</sup>

Die Reprivatisierungsgesetze wurden mehrfach ergänzt und modifiziert; sie ermöglichten unter anderem jedermann, verbriefte Eigentumsrechte von An-

---

26 G. Błaszczyk, *Litwa...*, S. 47.

27 Ebd. S. 46.

28 Ebd. S. 48.

spruchstellern aufzukaufen. Diese Änderungen begünstigten die Korruption und ermöglichten vielfach Missbräuche seitens öffentlicher Personen, darunter Politiker und Staatsbeamte. Diese kauften in der Provinz bei ungebildeten Landwirten Eigentumsurkunden für billiges Geld und ließen dann ihre Beziehungen spielen, um das erworbene Anrecht in anderen, attraktiveren Gegenden Litauens geltend zu machen (z. B. in der Nähe Klaipėdas oder an der Küste). Die Bauern entschlossen sich zum Verkauf der Eigentumsurkunden, weil sie die Bodenrestitution nicht abwarten konnten. Das Problem der Bodenrestitution ist nach wie vor nicht ganz gelöst. Laut Daten vom Mai 2003 wurden im Bezirk Klaipėda 77,19 % Land, Wälder und Gewässer zurückerstattet. Ein niedrigerer Prozentsatz war nur im Bezirk Wilna (69,82 %) zu verzeichnen, bei einem Landesdurchschnitt von 85,19 %.<sup>29</sup> Durchschnittliche Bauernhöfe im Memelland besitzen ungefähr 9 ha Land.

Diese Frage wurde auch von Befragten bei meinen Feldforschungen im Oktober 2006 angesprochen. Eine Befragte in Šilutė äußerte sich zu diesem Problem folgendermaßen: „Die Leute sind verbittert. Es gab viel ‚Schwindel‘. Einige wurden sehr reich, andere verloren. Das Problem ist bis heute ungelöst. Es heißt, die früheren deutschen Besitzer könnten hier auftauchen, die das Land über Strohmänner aufkaufen“ (Sz-2).

Durch den tiefgreifenden Wandel in der Landwirtschaft entstand eine neue Kategorie der Landbevölkerung, die Bauern. Dies war quasi eine Rückkehr zur Zwischenkriegszeit und den ersten Nachkriegsjahren. Denn infolge der Kollektivierung gab es das traditionelle litauische Dorf nicht mehr. Massenabwanderung in die Städte und Deportationen in die UdSSR entvölkerten die Dörfer. Dieses Phänomen tritt auch heute auf, Anfang des 21. Jahrhunderts. Doch die Gründe und Rahmenbedingungen sind andere.

Das Jahrzehnte währende Kolchosensystem ließ ein neues Bewusstsein aufkommen: Den früheren Bauern und Landeigentümer ersetzte der Kolchosbauer, der „fremdes“ Eigentum bearbeitete. Die Überwindung dieser „Kolchosmentalität“ stellt ein ernsthaftes Problem dar. Zbigniew Kurcz, der soziologische Forschung in Litauen betrieb, bemerkt, die Abschaffung der Kolchosen sei ein positives Beispiel für die Rückkehr zu den natürlichen Eigentumsverhältnissen, doch „die ein Halbjahrhundert bestehenden Kolchosen beeinflussten die materielle Lage der örtlichen Bevölkerung, ihren Ehrgeiz und ihre Persönlichkeit, auch eine gewisse Denkungsart. Die Kolchosen wurden von einem Tag auf den anderen aufgelöst, ihr wertvoller Besitz ging in den darauf folgenden Wochen in das Eigentum einflussreicher und wohlhabender Personen, oftmals Auswärtiger über, ohne Rücksicht auf die bisherigen Nutzer. Die Bewohner der Kolchosendörfer, in

---

29 Z. Kurcz, *Mniejszość polska na Wileńszczyźnie. Studium socjologiczne*, Wrocław 2005, S. 264.

denen alles kollektiviert war, waren auf den Wandel der Eigentumsverhältnisse, der sich neben ihnen und gegen sie vollzog, nicht vorbereitet“.<sup>30</sup>

Die abrupte Verarmung der Landbevölkerung (man darf nicht vergessen, dass in den 1970er und 1980er Jahre viele Kolchosen zu den florierendsten in der ganzen UdSSR zählten) führte zu deren Pathologisierung. Steigende Kriminalität, Schwarzbrennerei mit massenhafter Trunksucht, Zerfall familiärer Bande (hoher Prozentsatz schulpflichtiger Kinder, die keine Bildungseinrichtung besuchen) waren die Folge.

Aus der Nachbarschaft der ärmsten Landstriche des Memellandes zum Kaliningrader Gebiet erwuchs massenhafter Schmuggel .

Der Bezirk Klaipėda und insbesondere die Memelkreise (Šilutė, Pagėgiai) sind in Litauen als Schmuggelhochburgen berüchtigt. Dort gibt es die meisten Arbeitslosen, keine Industrie, große sich selbst überlassene Flächen ehemaliger Truppenübungsplätze, schlechte Verkehrsanbindung; all das bewirkt, dass die Menschen vor Armut Schmuggel in großem Stil betreiben. Sie leben vom Schmuggel billigen russischen Wodkas, der Zigaretten und des Zuckers. Angeblich decken sich selbst örtliche Polizisten für Hochzeiten, Feste und Familientreffen bei den Schmugglern mit Wodka und Zigaretten ein.

Das Schmuggelergewerbe betreiben oft Jugendliche. Beim „Auffliegen“ kommen Jugendliche unter 18 Jahren als minderjährig ungeschoren davon. Über den Fluss geschmuggelt werden Zigaretten in speziellen Behältern (von Booten gezogen), durch Taucher oder an Seilen, die die Memelufer verbinden. „Der Schmuggel hat hier eine lange Tradition, es gab ihn fast immer, unabhängig von der Art und dem Charakter der Grenzen und der Staaten“ (K-9).

### 1.1.3. Das Verhältnis zur historischen Vergangenheit

Im Memelland wie in Ermland und Masuren sind, neben den Kulturgütern und Architekturobjekten, kleine Gruppen autochthoner Bevölkerung mit unterschiedlicher Identität Träger der historischen und kulturellen Kontinuität der Region. Einige von ihnen verstehen sich als Litauer, einige als Preußisch-Litauer, andere als Einheimische (Autochthone), wieder andere als Memelländer oder Deutsche. Der litauische Staat erlitt dieselbe Niederlage wie der polnische bei seinen Bemühungen, diese Bevölkerungsgruppen für das Litauertum bzw. Polentum zu gewinnen. Dies war gleichermaßen in der Zwischenkriegszeit, nach 1945 und nach der Wende 1989/1991 der Fall. Etwa 90-95 % dieser Bevölkerungsgruppe gingen (infolge verschiedener Umstände) nach Deutschland. Die Dagebliebenen leben gesellschaftlich am Rande und in der Diaspora. Schon aufgrund ihrer geringen

---

30 *Ebenda*, S. 187 f.

Zahl spielen sie im Leben der lokalen und regionalen Gemeinschaften keine größere Rolle mehr.

Die größte Kumulation dieser Bevölkerung ist in der Rajongemeinde Šilutė und in Klaipėda zu finden. Dort sind auch gesellschaftliche Organisationen der Alteingesessenen aktiv. Wie in der Zwischenkriegszeit im Memelgebiet und im Soldauer Gebiet ist diese Bevölkerung in zwei Hauptorganisationen versammelt, die sich für unterschiedliche nationale Optionen aussprechen.

Bis 1989 hatte die autochthone Bevölkerung im Memelland, wie in Ermland und Masuren, keine Möglichkeit, autonome gesellschaftliche Organisationen zu gründen, um sich selbst zu organisieren und das historische Erbe zu pflegen. Dies galt sowohl für Organisationen, die die ethnische Herkunft, d. h. die Pflege der Traditionen der *Lietuvininkai* und der Ermländer und Masuren in den Vordergrund stellen, als auch für Organisationen der deutschen Minderheit, denen Deutsche, Deutschstämmige oder Einheimische, die für das Deutschtum optiert haben, angehören könnten. Anders verhielt es sich im Kaliningrader Gebiet, wo alle ehemaligen Bewohner ausgesiedelt wurden; den Organisationen der deutschen Minderheit gehören in dieser Region Menschen an, die seit 1990/1991 oder auch früher aus dem Inneren der ehemaligen UdSSR hierher strömten. Zumeist sind es Russlanddeutsche, aber auch Deutsche und deren Nachkommen, die aus verschiedenen Gründen nach 1941 in die Sowjetunion gelangten (z. B. ehemalige Kriegsgefangene, Baltendeutsche usw.).

Die kommunistischen Behörden in den drei Teilen Ostpreußens waren an der Aufrechterhaltung einer kulturellen Eigenart nicht interessiert. Davon zeugten unmissverständlich unter anderem das Vereinsverbot für die autochthone und deutsche Bevölkerung, verschiedene Maßnahmen der „Entdeutschung“ oder auch die ständige Änderung von Verwaltungsstrukturen, die die historischen Grenzen der Region verwischen sollten.

Die einzelnen Regionen Memelland, Kaliningrader Gebiet, Ermland und Masuren sowie das gesamte historische Ostpreußen bilden keine politisch-administrative Einheit. Heutzutage kann man von einer ähnlichen Kulturlandschaft dieser Regionen sprechen, die sich im „Erinnerungsfeld“ der früheren Bewohner manifestiert. Vor diesem Hintergrund hat sich die alte und neue Mythologie der Region herausgebildet. Sie ist präsent im Bewusstsein der alten und neuen, der ehemaligen und gegenwärtigen Bewohner dieser Gebiete, die in Litauen, Russland, Polen und Deutschland leben. Alle diese vier Staaten haben die Vergangenheit und die Gegenwart des Landes zwischen Memel, Pregel und Alle, zwischen Klaipėda, Kaliningrad und Olsztyn geprägt.

Das Memelland, heute 5 209 km<sup>2</sup> groß, mit 386 100 Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von 74,1 Einwohnern pro 1 km<sup>2</sup> (Angaben für 2005), dessen „alte Umrisse“ immer mehr verschwimmen, war nur neunzehn Jahre lang (1920-

1939) eine selbständige (autonome) Region mit politischem Sonderstatus. Während der deutschen Herrschaft (bis 1920 und 1939-1945) hatten die preußischen/deutschen Behörden kein Interesse an einer Hervorhebung und Pflege der kulturellen Eigenständigkeit, insbesondere in den Ballungsgebieten der Preußisch-Litauer (ähnlich wie im Ermland und in Masuren im Falle der preußischen Polen). Der Kommunismus bedeutete eine Beseitigung jeglicher Eigenart zugunsten der Schaffung des sowjetischen Menschen (*Homo Sovieticus*). Das unabhängige und souveräne Litauen schuf wie Polen und Russland nach 1989-1990 die Voraussetzungen zur Selbstorganisation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und zur Pflege und Entwicklung regionaler, ethnischer und nationaler Eigenständigkeit.

Während des „nationalen Erwachens“ der Litauer nach 1988 wurden nationale und ethnische Minderheiten neu „entdeckt“. Wie der Historiker Alvydas Nikžentaitis, Begründer und langjähriger Leiter des Forschungszentrums für Westlitauen und Preußische Geschichte der Universität Klaipėda, bemerkt, wurden die Kleinlitauer „nicht länger für schlechte Litauer gehalten. Auch wenn wir keinesfalls die Kleinlitauer mit den Deutschen vergleichen wollen, ist die eingetretene Änderung doch sehr kennzeichnend. Dieselben Autoren, die zuvor die Kleinlitauer als schlechte Litauer bezeichneten und die Unterschiede ihrer kulturellen und politischen Einstellung nicht sehen wollten, beklagen deren *tragisches Schicksal* [Hervorhebung von A. S.]. Die tragische Situation der Kleinlitauer wird derzeit ganz populär dargestellt, durch die Veröffentlichungen ihrer Erinnerungen mit Herausgeberkommentaren. *Diese Rehabilitation* [Hervorhebung von A. S.] der Kleinlitauer ist besonders verbreitet im Memelland, sie schließt oft auch alle Deutschen ein, die hier gelebt haben. In den Veröffentlichungen über die Nachkriegskämpfe im Memelgebiet wird mit Staunen, aber positiv über die Deutschen geschrieben, die gemeinsam mit litauischen Partisanen gegen die Russen kämpften. Hier gilt die Regel, dass jeder mein Freund ist, der gegen die Russen kämpft. Diese tolerante Sicht auf Kleinlitauer und Deutsche ist nicht überall in Litauen verständlich“.<sup>31</sup>

Antideutsche Ressentiments und Abneigung gegen die deutsche Minderheit waren und sind bis heute präsent. Veranschaulicht wurde dieser Zustand durch die Ansprache des Klaipėdaer Bürgermeisters Eugenijus Gentvilas anlässlich der Feier zum 50-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise, der landsmannschaftlichen Organisation in Deutschland, die am 22.-24. August 1998 auf Initiative der Stadtbehörden in Klaipėda stattgefunden hat. In seiner in herzlichem Ton gehaltenen Grußadresse stellte er fest: „Klaipėda und seine Umgebung wiesen schon immer einen deutlichen Unterschied zu Großlitauen auf. Die Landschaft, die Architektur und die Geschichte dieser Region... – alles war

---

31 A. Nikžentaitis, *Das Bild Deutschlands und der Deutschen im heutigen Litauen*, in: *Anaberger Annalen*, 4 (1996), S. 152 f.

anders als in Großlitauen. Natürlich lebten hier auch andere Menschen. Kleinlitauer, Memelländer, einheimische Klaipėdaer – sie wurden verschiedenen genannt, und auch heute haben sie keinen einheitlich festgelegten Namen.<sup>32</sup>

Diese Worte riefen unter den Gästen aus Deutschland Bestürzung hervor, da der Redner nicht die im Memelland lebenden Deutschen erwähnte. Sie waren umso überraschter, als alle sich für Deutsche aus diesem Land hielten. Dietmar Willoweit, ein deutscher Historiker, der Ostpreußens Vergangenheit erforscht, meint: „Wer das Bild von der Geschichte Memels in litauischen Publikationen, die in westeuropäischen Sprachen erscheinen, beobachtet, weiß freilich, dass der Bürgermeister von Klaipėda nur ganz geläufige Formulierungen gewählt hat, die seit langem so oder ähnlich in vielen Veröffentlichungen zu finden sind. Deutschen fällt es *sehr schwer*, dieses Denken *zu verstehen* [Hervorhebung von A.S.]. Sie vermuten, dass die deutsche Vergangenheit verschwiegen werden soll. Nach der Erinnerung der Deutschen war Memel dagegen eine weitgehend deutsche Stadt mit einem sehr geringen Anteil litauischer Bürger, die teils vom Lande zugezogen, teils nach 1923 in die Stadt gekommen seien. Auf dem Lande freilich haben Deutsche und Litauer nebeneinander und miteinander gelebt und geheiratet, so dass eine zweisprachige Mischbevölkerung entstand. Allerdings, so die deutsche Überzeugung, hätten sich auch die Menschen litauischer Herkunft zur deutschen Kultur bekannt.“<sup>33</sup>

#### 1.1.3.1. Der Verein der Preußisch-Litauer „Mažoji Lietuva“ (Kleinlitauen)

Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit ermöglichte es, eine Organisation der litauischen Autochthonen zu gründen und Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart der Preußisch-Litauer im Memelland und im Kaliningrader Gebiet zu verbreiten.

Besonders lebendig ist das Interesse an den Problemen Kleinlitauens bei den national eingestellten Litauern in Litauen und in der Emigration (hauptsächlich in den USA und Kanada). Oft werden auf ihre Veranlassung unrealistische Forderungen nach einer Grenzrevision oder einer Autonomie für das Kaliningrader Gebiet gestellt. Dies rühre, wie einer meiner Befragten anmerkt, größtenteils aus dem Wunsch nach Selbstvergewisserung eines kleinen Volkes, das die Litauer ja sind, die jahrhundertlang auf dem Territorium Großlitauens polonisiert bzw. russifiziert/sowjetisiert und in Ostpreußen germanisiert wurden. „Es ist beinahe ein Wunder, dass wir unsere nationale Identität bewahrt haben, und dass nach 1945

32 *Deutsche Nachrichten für Litauen* 8 (1998), S.1.

33 D. Willoweit, *Memel-Klaipėda im historischen Bewusstsein der Deutschen und Litauer*, in: *Annaberger Annalen* 6 (1998) S. 187 f.

der Bezirk Wilna, leider mit einer zahlenmäßig großen polnischen Minderheit, und das Memelland, mit glücklicherweise nur sehr wenigen Alleinwohnern, darunter solchen die sich für Deutsche halten, zum erst sowjetischen, dann unabhängigen Litauen kamen“ (K-19).

Die einzige gesellschaftliche Organisation, die Preußisch-Litauer (*Lietuvinkų*) versammelt, ist der Verein „Kleinlitauen“ („Mažoji Lietuva“). Er wurde 1989 in Klaipėda auf Initiative von V. Petraitis gegründet. Hauptzweck des Vereins ist die Pflege der autochthonen litauischen Tradition in Kleinlitauen und dem Memelland, besonders der regionalen Geschichte und Kultur. Auf Initiative des Vereins werden regelmäßige Treffen der Mitglieder, Vorträge, Konferenzen und Symposien, verschiedene Feierlichkeiten und Feste mit Bezug auf Kleinlitauen sowie künstlerische Auftritte veranstaltet, Forschungen zur Regionalgeschichte angeregt, Publikationen über die Region herausgegeben, Reisen von Landsleuten aus den Teilen Preußisch-Litauens im Kaliningrader Gebiet durchgeführt. Auf Betreiben des Vereins entstand das Kinderfolkloreensemble „Vorusnėlė“.

Der Verein kooperiert mit Forschern, die sich mit der Problematik Kleinlitauens befassen, Historikern, Ethnographen und Sprachwissenschaftlern aus den akademischen Zentren in Klaipėda, Kaunas und Wilna. In diese Zusammenarbeit sind auch Architekten, Journalisten, Regisseure usw., die sich für die Problematik der Region interessieren, einbezogen.

Gepflegt werden auch reger Kontakte zu Geistlichen der protestantischen Kirche, da die Preußisch-Litauer meist evangelischen Bekenntnisses waren und sind.

Seinen Hauptsitz hat der Verein an einer der wichtigsten Straßen Klaipėdas, in der Herkaus-Manto-Straße 47. Die Vereinsmitglieder leben an verschiedenen Orten im Memelland, insbesondere in Šilutė und Tauragai, in Kaunas, Wilna, Palanga und Kretinga<sup>34</sup>. Vorsitzende ist derzeit Dr. Silva Pocyte, Historikerin und Leiterin des 2003 gegründeten Instituts für Geschichte des Ostsee-Raums und Archäologie der Universität Klaipėda, das die Traditionen des Zentrums für Kleinlitauen und Preußische Geschichte fortsetzt.

Der Verein erhält durch die Lokal- und Zentralregierung Unterstützung, der aber – nach Aussagen der Mitglieder – keine entsprechende finanzielle Förderung folgt, die eine regere Tätigkeit (z. B. Herausgabe einer eigenen Zeitschrift) erlauben würde. Dem Verein hat einige hundert Mitglieder<sup>35</sup>, vornehmlich ältere Menschen über sechzig Jahren, in erster Linie Frauen.

Aus den Äußerungen der Mitglieder im Laufe des am 25. Oktober 2005 am Vereinssitz in Klaipėda durchgeführten Fokusgruppen-Interviews zeichnet sich das typische Bild einer Grenzlandgesellschaft ab, wie es aus früheren soziologi-

34 *Lietuvinkų bendrija „Mažoji Lietuva“* (Vereinsbroschüre), Klaipėda 2005.

35 Eine Information über die Mitgliederzahl wurde dem Autor vom Verein nicht zur Verfügung gestellt.

schen Untersuchungen unter den Masuren und Ermländern bekannt ist. Davon zeugen folgende Aussagen: „Meine Eltern, Großeltern und Urgroßeltern lebten auf dem Land 16 km von Tilsit entfernt, in den Grenzen Ostpreußens. Alle sprachen Litauisch miteinander. Auf dem Hochzeitsfoto meiner Großeltern von 1905 waren Grußbotschaften auf Litauisch zu sehen.

Nach 1923 zog ein Teil meiner Familie in ein Dorf unweit Klaipėdas, das zu Litauen gehörte. Sie sprachen Litauisch miteinander. Ich konnte erst kein Litauisch. Später, wenn die Eltern nicht wollten, dass wir sie verstehen, sprachen sie Deutsch.

Nach dem Einmarsch der Deutschen 1939 gaben meine Eltern die litauische Staatsbürgerschaft nicht auf. Den Vater hielt drei Tage lang die Gestapo fest, dann brachten sie ihn an die Grenze zu Litauen und sagten: ‚Hau ab nach Litauen!‘.

Nach einem Monat folgten wir 1940 dem Vater nach Kaunas. Meine Eltern bekamen Arbeit, später eine Wohnung, aber ohne Komfort. 1944 wurde der Vater von den Deutschen wegen Schwarzschlachtens von Schweinen verhaftet und nach Estland geschickt. Wir wurden nach Deutschland zur Arbeit deportiert.

Meine Großeltern hatten einen großen Hof (130 ha). Die Sowjets haben ihnen aber schnell die ganze Wirtschaft und ihren Besitz weggenommen. Bald darauf starb meine Mutter. Ich und mein Bruder gingen arbeiten. Mein verstorbener Mann war Lehrer. Getraut wurden wir heimlich von einem Pastor. Ich ließ auch meine Kinder taufen. Man hat mir nichts getan, nur Freunde durften an der Zeremonie nicht teilnehmen. In Litauen blieben alle Kirchen nach 1945 per Gesetz geschlossen. Meine Tochter lebt in Klaipėda, der Sohn in Wilna“ (K-20).

„Im Dritten Reich (1939-1944) nahmen fast alle Memelländer die deutsche Staatsbürgerschaft an und wurden Reichsdeutsche. Alle litauischen Schulen wurden geschlossen. In deutschen Schulen sagten die Lehrer: ‚Wozu braucht ein Litauer Bildung‘. Meine Eltern haben die Staatsbürgerschaft des Dritten Reiches nicht angenommen. Wir hatten ‚Ausländer‘-Status. Als die Russen 1945 einmarschierten, war ich ‚staatenlos‘.

Während des Krieges sprachen wir zu Hause nur Litauisch. Auf der Straße sprachen alle Deutsch. Wir arbeiteten bei reichen Bauern. Im Nachkriegschaos kehrten wir nach Memel zurück. Für die Deutschen waren wir ‚Litauer‘, für die Russen ein ‚unsicheres Element‘. Die meisten Memelländer gingen später nach Deutschland, hauptsächlich wegen der besseren Lebensbedingungen“ (K-22).

Die Mitglieder des Vereins „Kleinlitauen“ pflegen auch Kontakt zu ihren Landsleuten im Kaliningrader Gebiet, die hauptsächlich auf dem Lande leben. In manchen Ortschaften, z. B. Neman, gibt es litauische Klassen (Grundschule, Klassen 1-3). Katholische Priester im Kaliningrader Gebiet (z. B. in Tschernjachowsk) kommen aus Polen, haben aber spezielle Litauischkurse in Kretinga besucht. Litauischlehrer wohnen im Kaliningrader Gebiet, ein Teil pendelt zwischen

Litauen und der Oblast. Der Verein beteiligte sich an landesweiten Aktivitäten zur Zukunft Preußens, besonders des Kaliningrader Gebiets. Diesbezüglich wurde am 27. Mai 1995 in Klaipėda ein „Manifest zur Zukunft Preußens“ verabschiedet. Dieses kuriose Papier hat folgenden Wortlaut: „Am 2. August 1995 erlischt das provisorische Mandat zur Ausübung der Gewalt in einem Teil des preußischen Staates, darunter über die Westbalten, das die UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf der Konferenz der Siegermächte in Berlin (Potsdam) erhalten hat.

Der vom Nazismus und Bolschewismus entfesselte Zweite Weltkrieg brachte viel Leid über Preußen: Die Bewohner wurden vertrieben oder getötet, unschätzbare historische Kulturdenkmäler wurden zerstört und das gesamte Erbe von europäischer Bedeutung ging verloren.

Wir, Teilnehmer der 7. Konferenz des Vereins der Kleinlitauer ‚Kleinlitauen‘, wenden uns als in der Heimat verbliebene ursprüngliche Bewohner an das litauische Volk und die Staatsregierung sowie an die weltweite Gemeinschaft der Litauer mit dem Anliegen, dringend eine internationale Konferenz über die *Zukunft Preußens* [Hervorhebung von A.S.] einzuberufen.

Auf der Konferenz sollten folgende Ziele erörtert werden:

- Rückgabe [Preußens – A.S.] an die ursprünglichen Bewohner aufgrund völkerrechtlicher Rechtsakte über die Menschenrechte und Grundfreiheiten, die im Recht auf Heimat verankert sind,;
- Entmilitarisierung des Landes;
- nach der Rückkehr der Deutschen in die ethnisch deutschen Gebiete Anerkennung Preußens als Teil der baltischen Welt, ohne einen großen Souverän“.

Dieses Papier wurde von zwei Bevollmächtigten der 7. Konferenz des Vereins der Kleinlitauer ‚Kleinlitauen‘ unterzeichnet: Erikas Purvinas, Mitglied der Tagungsleitung, und Rūta Mačiūnienė, Mitglied der Vereinstages (*Seimalis*)<sup>36</sup>.

Die Verfasser dieses Schriftstücks definieren nicht die territoriale Reichweite Preußens. Verstehen sie Preußen in den Grenzen von 1914 oder in denen aus der Zwischenkriegszeit? Meinen sie das gesamte Gebiet Preußens oder nur Ostpreußens? Nicht nur für die heutigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens wäre es von Interesse zu erfahren, was die Autoren des „Manifests“ unter dem Begriff „ethnisch deutsche Gebiete“ verstehen. Handelt es sich um das Gebiet von Memel über Königsberg bis nach Soldau? Oder geht es vielleicht, wie man wohl annehmen darf, um das heutige Kaliningrader Gebiet?

Der Frage nach der Zukunft des Bezirks Klaipėda gilt das ständige Interesse nicht nur des Vereins, sondern auch anderer politischer und gesellschaftlicher Organisationen in Litauen.

---

36 *Potsdamas ir Karaliaučiaus Krastas*, Wilna 1996, S. 206 f.

Eine andere autochthone Bevölkerungsgruppe sind die Kuren, die auf der Kurischen Nehrung leben. Mitte der 1990er Jahre lebten in ihrer Heimat sieben Erwachsene und fünf Kinder. Bei meinem Besuch auf dem örtlichen Friedhof begegnete ich einem der letzten Vertreter dieses Volksstammes. Ähnliches widerfuhr mir auch 2005 auf dem Friedhof in Smoldzino (Schmolsin) bei Słupsk (Stolp); dort sprach ich mit einer der letzten Vertreterinnen der Slowinzen, die unter anderem das Gebiet des heutigen Slowinzischen Nationalparks bewohnten.

Arūnė Arbušauskaitė, die die Geschichte der Kuren nach 1945 erforscht, meint dazu: „Sie nennen sich Kuren und für das werden sie auch von ihren Nachbarn gehalten. Doch sie beherrschen kein Kurisch, sind völlig lituanisiert und haben die litauische Staatsangehörigkeit. Mit ihren Verwandten aus Deutschland verständigen sie sich auf Deutsch. Heute gibt es praktisch keine Möglichkeiten mehr, Traditionen und kulturelle Eigenart der ehemaligen Nehrungsbewohner zu pflegen und weiter zu geben.“<sup>37</sup>

Für die Kuren haben Begriffe wie „Vaterland“ oder „Heimat“ eine andere Bedeutung. Sie grenzen ihre Identität auf den Begriff der Region ein. Die Kurische Nehrung ist ihre Heimat. Die heutigen Zuwanderer mit ihrer Kultur und ihrem Brauchtum bleiben ihnen fremd. Eigentlich fühlen sie sich nur unter ihresgleichen wohl. Für die Mehrheit ist Deutschland ihr ideologisches Vaterland. Auch sie empfinden sich als Deutsche. Nach Ansicht Artur Hermanns lässt sich ihre Lage folgendermaßen beschreiben: „In Litauen werden die Memelländer wegen ihrer Herkunft als ehemalige Litauer wahrgenommen, die am besten relituanisiert und mit den Großlitauern in ein Volk vereint werden sollten. In Deutschland werden sie als deutsche Staatsangehörige behandelt und generell als Deutsche betrachtet. Aus diesem Grund leben die Bewohner des Memellandes zwischen zwei Polen. In Litauen können sie im Prinzip nur Litauer und in Deutschland nur Deutsche sein. Sowohl in Litauen als auch in Deutschland besteht eine nur sehr beschränkte Nachfrage nach der Kenntnis ihrer memelländischen Andersartigkeit und Selbsteinschätzung.“<sup>38</sup> Diese Ausführungen können auch auf ehemalige Bewohner der Kurischen Nehrung und im großen Teil auf Masuren und Ermländer bezogen werden.

---

37 A. Arbušauskaitė, *Einige Aspekte der Nationalen Selbsteinschätzung bei der altansässigen Bevölkerung der Kurischen Nehrung nach 1945*, in: *Annaberger Annalen* 2 (1994), S. 72 f.; auch, *Die Deportation der alteingesessenen Familien der Kurischen Nehrung 1949*, in: *Altpreußische Geschichte* 48 (2000) S. 479-487.

38 A. Hermann, *Das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Memelländer nach 1945*, in: *Annaberger Annalen* 1 (1993), S. 90; ders., *Die Memelländer in der Heimat nach 1945 und ihr Verhältnis zu den Litauern*, Litauisches Kulturinstitut, Jahrestagung 1987, Lampertheim 1998, S. 115-142. Vgl. auch: R. Pietsch, *Fischerleben auf der Kurischen Nehrung*, Berlin 1982.

### 1.1.3.2. Die deutsche Minderheit

Als 1989 erste Organisationen der deutschen Minderheit gegründet wurden, war das für die Bewohner des Memellandes und die Regierungen in Klaipėda und Wilna eine große Überraschung. Man nahm allgemein an, die Deutschen hätten das Land verlassen und die verbliebenen Autochthonen hielten sich für Litauer. Ähnliche war die Situation in Ermland und Masuren oder anderen Teilen West- und Nordpolens.

Das Bekenntnis der autochthonen Bevölkerung zu ihrem Deutschtum und die Gründung eigener Minderheitenorganisationen war ein herber Schlag für das Dogma der Litauer vom historischen Anspruch auf Kleinlitauen einschließlich des Memellandes, für die litauische Nationalmythologie und die verbreitete Überzeugung von der Anziehungskraft und Einmaligkeit des Litauertums. Viele Litauer, besonders von außerhalb des Memellandes, sahen in dieser Haltung so etwas wie Abtrünnigkeit oder nationalen Verrat. Bis heute haben sich viele Litauer damit nicht abgefunden, weil sie beispielsweise meinen, diese Bevölkerungsgruppe sei vom deutschen Staat „gekauft“ worden.

Aus der 2001 durchgeführten Volkszählung geht hervor, dass sich im Bezirk Klaipėda etwa 1 000 Personen als Deutsche ausgegeben haben. Die größte Ansammlung dieser Bevölkerung lebt in und um Klaipėda, nämlich 547 Menschen, davon in der Stadt selbst 399 Personen und in der Rajongemeinde Klaipėda 148. Ein weiteres Ballungszentrum dieser Bevölkerung ist die Rajongemeinde Šilutė, wo 394 Deutsche leben, hauptsächlich auf dem Land.

Nach 1945 veränderte sich die Situation und die Zahlenstärke der deutschen Minderheit in Litauen stark im Vergleich zur Zwischenkriegszeit. In den Jahren 1920-1938 lebten in Litauen, einschließlich des Memellandes, fast 200 000 Memeldeutsche und Litauendeutsche<sup>39</sup>.

Die Deutschen bildeten im Memelland keine geschlossene Gruppe. Zwischen den Kriegen zählten dazu sowohl Deutsche als auch Preußisch-Litauer, die für Deutschland optierten. Die Lage änderte sich etwas während der Zugehörigkeit des Landes zum Dritten Reich (1939-1945), als zu diesen beiden Gruppen, die den Status der *Reichsdeutschen* erhielten, deutsche Beamte und Funktionäre mit ihren Familien (Militärangehörige, NSDAP-Kader, Sicherheitsdienst usw.) aus Ostpreußen und dem Reichsinneren stießen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieben davon nur etwa 15 000 Personen in Litauen zurück. Die Memeldeutschen und die Litauendeutschen bildeten weiterhin zwei separate Gruppen. Daneben ließen sich im Memelland auch

---

39 A. Hermann, *Die Situation der deutschen Minderheiten in Litauen zwischen 1945-1988*, in: *Annaberger Annalen*, 4 (1996) S. 132. Vgl. auch: M. Cygański, T. Dubicki, *Niemcy wschodniobałtyccy w Estonii, na Łotwie i Litwie. Zarys dziejów do roku 1920*, Łódź 2004.

andere Deutsche nieder. Sie kamen in der Nachkriegszeit aus dem benachbarten Ostpreußen auf der Suche nach besseren Überlebenschancen als im Kaliningrader Gebiet. Andere relativ kleine Gruppen bildeten deutsche Kriegsgefangene und Russlanddeutsche, die hauptsächlich nach 1960 aus Sibirien und Zentralasien gekommen waren.

Zu den „Deutschen in Litauen“ werden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur ethnisch Deutsche oder Deutschstämmige gezählt, sondern auch alle, die Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben. In diese Kategorie fallen sowohl Litauen- als auch Memeldeutsche. Unter letzteren sind viele Litauischstämmige. Sie sind Autochthone deutscher Option (Preußisch-Litauer), die in Ostpreußen lebten, sowie litauische (großlitauische) Volksdeutsche, die diesen Status in den Jahren 1941-1944 erlangten. Deswegen hält es schwer, von einer einzigen deutschen Minderheit im heutigen Litauen zu sprechen. Angemessener wäre es, von deutschen Minderheiten zu reden, die vier Hauptgruppen bilden: Memelländer (Memeldeutsche und Preußisch-Litauer deutscher Option), ehemalige Ostpreußen, Litauendeutsche und Russlanddeutsche.<sup>40</sup>

Laut sowjetischen Quellen kehrten 8 000 Memelländer und 3 750 Litauendeutsche zwischen 1945 und 1948 in ihre Heimat zurück, unter ihnen sowohl durch die Nationalsozialisten ins Innere Deutschlands Evakuierte als auch solche, die zunächst ihre „deutsche“ Vergangenheit verheimlichen wollten. Bei der Volkszählung von 1959, zur Hochzeit der Ausreisewelle in die beiden deutschen Staaten, als die Erklärung der Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe unumgänglich war, gaben sich 11 166 Personen als Deutsche aus.<sup>41</sup>

Der letzte Zensus, der 1989 in der Sowjetunion durchgeführt wurde, ergab, dass in Sowjetlitauen etwa 7 000 Menschen deutscher Nationalität (oder 0,2 % der Gesamtzahl der Bevölkerung der LSSR) lebten.<sup>42</sup> Nach Erkenntnissen der Landsmannschaft Ostpreußen waren 1992 noch 9 000 Memeldeutsche im Memelland verblieben.<sup>43</sup> Diese Zahl umfasst die Gesamtheit der ehemaligen Einwohner des Memellandes ungeachtet ihrer nationalen Selbsteinschätzung, sowie eine nicht näher bestimmte Gruppe von Litauendeutschen, Russlanddeutschen und Ostpreußen.

---

40 Vgl. R. Kibelka, *Deutsche in Litauen heute. Sechs Bemerkungen zum Minderheitenspektrum im Jahr 1995*, in: *Annaberger Annalen* 4 (1996) S. 140 f.

41 A. Hermann, *Die Situation...*, S. 133. Vgl. auch: N. Kairiūkštytė, *Deutsche in Litauen 1945-1960, dargestellt anhand von Behördenakten*, in: *Die Grenze als Ort der Annäherungen*, Köln 1992, S. 187-200; *Die deutsche Volksgruppe in Litauen und im Memelland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-litauischen Verhältnisses*, hrsg. von B. Meißner, Hamburg 1998.

42 „*Lietuva. Trumpas žinynas*“, Wilna 1991, S. 15, nach: R. Kibelka, *Deutsche in Litauen...*, S. 140.

43 *Das Ostpreußenblatt*, 7.11.1992, S. 2.

Im wiedererstandenen unabhängigen litauischen Staat konnten verschiedene Organisationen ethnischer und nationaler Minderheiten gegründet werden. Dadurch rissen erneut Gräben zwischen den Alteinwohnern auf. Diese Spaltung trat auch zwischen Alt- und Neueinwohnern zutage.

1989 kam es zum ersten Treffen der in Litauen lebenden Deutschen. Es fand im Schriftstellerhaus in Wilna unter dem Vorsitz von Prof. A. Liaukonis (Flick) statt. Von diesem Jahr an entstanden Organisationen der deutschen Minderheit in ganz Litauen, meist in Form von Kulturvereinen. 1995, auf dem Höhepunkt der organisatorischen Entwicklung dieser Minderheit, gab es 24 Vereine mit etwa 2 500 Mitgliedern.<sup>44</sup>

Auch 1989 in Klaipėda entstand eine Initiative, die am 23. April den Antrag auf Registrierung des Deutsch-Litauischen Kulturverbands stellte. Den Vorsitz führten nacheinander Angelė Aleksandravičienė, Gerd Sedelies und seit 1992 Magdalena Piklaps. 1989 entstand ein Chor, 1990 wurde eine deutsche Bibliothek und 1992 eine „deutsche Schule“ mit Internat eröffnet, die den Namen des in Kleinlitauen geborenen deutschen Schriftstellers Hermann Sudermann trägt (Hermann-Sudermann-Internatsschule).

1993 wurde der Deutsch-Litauische Kulturverband in Verein der Deutschen in Klaipėda (VD) umbenannt und seine Tätigkeit auf die Rajongemeinde Klaipėda beschränkt. Außerdem gibt es den Verein „Heide“ in Šilutė, dessen Mitglieder in Untergruppen im gesamten Memelland tätig sind. Dieser Verein betreibt einen gleichnamigen Chor. Eine weitere Organisation der deutschen Minderheit versammelt Ostpreußen, die nach dem Einmarsch der Roten Armee in Litauen Zuflucht suchten und dageblieben sind. Sie wurden „Wolfskinder“ genannt. Der Verein gab sich den Namen „Edelweiß-Wolfskinder“. Diesen drei Vereinen gehört insgesamt etwa die Hälfte aller Mitglieder deutscher Organisationen in Litauen an.

Die Frage der Mitgliederzahl der einzelnen Minderheitenorganisationen im Memelland, in Ermland und Masuren sowie im Kaliningrader Gebiet ruft Kontroversen hervor. Einerseits liegen Angaben der Vereinsvorstände vor, die jedoch meistens zu hoch angesetzt sind (unter anderem wegen der Höhe der Zuschüsse, die oft von der Mitgliederzahl abhängt). Andererseits nennen staatliche und kommunale Behörden am Wohnsitz der Mitglieder (z. B. in Litauen) andere Zahlen als die in den Herkunftsländern (in diesem Fall in Deutschland). Die Behörden im Wohnsitzland stützen sich meist auf Volkszählungsangaben, die (aus verschiedenen Gründen) nicht immer dem tatsächlichen Stand entsprechen, oder auch auf eigene Schätzungen (erhoben beispielsweise durch Nachrichtendienste). Diese Zahlen sind in der Regel zu niedrig angesetzt, im Gegensatz zu den vom Herkunftsland vorgelegten Angaben. Eine weitere Quelle sind wissenschaftliche

---

44 R. Kibelka, *Deutsche in Litauen...*, S. 142.

Berechnungen, die auf eigenen Erhebungen oder der Gegenüberstellung der Vereins- und Behördendaten beruhen. Meistens handelt sich dabei um Schätzungen.

1995 gab der Verein der Deutschen in Klaipėda die Mitgliederzahl mit 269 an, der Verein „Heide“ in Šilutė mit 913. Dies sind zusammen 182 Mitglieder mehr als die 1 000 Personen, die sich bei der Volkszählung von 2001 als Deutsche ausgegeben haben. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle, die sich mit dem Deutschtum identifizieren, Mitglieder der Minderheitenorganisationen sind. Nach Aussagen der Vereinsspitze in Klaipėda steigt die Mitgliederzahl kontinuierlich (1999 waren es ca. 500 Mitglieder, und nach Mitteilung der Vorsitzenden im Oktober 2005 war diese Zahl auf 640 gestiegen; auf der Website des Vereins war 2006 von 600 Mitgliedern die Rede). In der Mehrheit handelt es sich um „Mitglieder auf dem Papier“, die keine Mitgliedsbeiträge zahlen und im Prinzip nicht am Vereinsleben teilhaben. Ein ähnlicher Mechanismus kommt in Ermland und Masuren sowie im Kaliningrader Gebiet vor. Die Gesamtmitgliederzahl aller Vereine der deutschen Minderheit im Memelland wird auf 600-800 Personen geschätzt, die Zahl derer, die sich mit dem Deutschtum identifizieren, beläuft sich auf etwa 1 500-2 000 Personen.<sup>45</sup> Auf dieser Grundlage scheint die Feststellung plausibel, dass unter den ehemaligen Memelländern, d. h. der autochthonen Bevölkerung, die prodeutsche und nicht die prolitauische Option überwiegt. Das hat viele Gründe. Bei Ermländern und Masuren verhält es sich ähnlich.

Ein entscheidender Ansporn, sich für die deutsche Minderheit auszusprechen, war neben dem Bedürfnis, die deutsche Identität zu pflegen, auch die Möglichkeit, materielle Unterstützung zu bekommen, und das Kalkül, die Zugehörigkeit werde es erleichtern, ständig oder vorübergehend nach Deutschland auszuwandern oder zeitweise dort zu arbeiten. Dies ruft nicht selten Neid bei den litauischen Nachbarn hervor.

Die Notwendigkeit, sich als Preußisch-Litauer zwischen Deutschland und Litauen oder als Ermländer und Masure zwischen Polen und Deutschland zu entscheiden, begleitet die autochthonen Bevölkerungsgruppen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Dies bewirkt Spaltungen innerhalb der Gemeinschaft und verfestigt die nicht immer positiven Meinungen der Mehrheit (Verräter, Abtrünnige). Die regionale, auf der ethnischen Identität beruhende Option – ich bin Preußisch-Litauer, Masure oder Ermländer – nimmt, obwohl sie durchaus vorkommt – keine nennenswerten Organisationsformen an, und sei es wegen der Vorwürfe des Separatismus. Nicht unbedeutend ist auch die finanzielle Unterstützung durch das Land des Wohnsitzes oder der Herkunft, ohne die die Tätigkeit der Minderheiten, zumal längerfristig, kaum durchführbar erscheint.

Bei den Mitgliedern der deutschen Minderheit im Memelland und in Litauen verlaufen auch Trennlinien zwischen den „echten“ Deutschen, die den Status der

---

45 Die Landmannschaft Ostpreußen nennt die zu hoch angesetzte Zahl von 2 000-3 000 Mitgliedern. *Das Ostpreußenblatt* Nr. 23 vom 6.06.2009, S. 1.

*Reichdeutschen* besaßen, und den Litauen- oder Russlanddeutschen, die „dürftige Papiere“ haben, also etwa in der 4. Abteilung der Volksliste geführt wurden oder als nach Sibirien ausgesiedelte Sowjetbürger nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten. Ähnlich wie in Polen überwiegen in dieser Minderheitsgruppe Landbewohner, Bildungsschwache und Ältere. Häufig sind es Frauen aus Mischehen mit Großlitauern oder Polen (seltener Ukrainern). Im Verein „Kleinlitauen“ sind eher die Intelligenz und besser Gebildete vertreten, die Posten in der Verwaltung und verschiedenen Institutionen bekleiden.

Bei einem Treffen des Autors mit einer Gruppe von Vereinsmitgliedern der deutschen Minderheit, die in Šilutė, Klaipėda und Umgebung wohnen, am 26. Oktober 2006 am Vereinssitz in Klaipėda zeichnete sich das Bild einer Diasporagemeinschaft ab (zahlenmäßig klein, verstreut, mit anderer Konfession als die dominierende Gruppe, hunderte Kilometer von Deutschland entfernt). Hier drei typische Aussagen: „Ich wurde in Heydekrug (Šilutė) geboren, aber seit dem Krieg wohne ich in Memel (Klaipėda). Mein Vater kam als Pilot der Luftwaffe bei Danzig um. Als die Russen einmarschierten, wurden wir nach Deutschland, nach Sachsen, ausgesiedelt. 1948 kehrten wir nach Heydekrug zurück. Meine Eltern waren Bauern. Der Bruder diente vier Jahre lang bei der Roten Armee. 1958 heiratete ich einen Litauer, der vor acht Jahren gestorben ist. Die Tochter ist auch bei der deutschen Minderheit. Wir wurden als ‚Faschisten‘ beschimpft. Mit der Zeit haben wir Litauisch gelernt. 1965 sind meine Kusine und mein Cousin nach Deutschland ausgereist. Ich habe mehrmals die Ausreise nach Deutschland beantragt, aber schließlich darauf verzichtet. Zwei Enkelinnen besuchen die deutsche Schule, sind in der vierten und zwölften Klasse“ (K-31).

„Ich wurde in einem Dorf bei Heydekrug geboren. Mein Vater hatte einen Hof. 1945 wurden die Großeltern nach Russland deportiert, wo sie nach einigen Monaten gestorben sind.

Ich habe viele Male die Ausreise nach Deutschland beantragt, aber ohne Erfolg. Ich habe fünf Kinder, drei Töchter und zwei Söhne. Alle sind in Deutschland. Neulich ist ein Sohn nach Litauen zurückgekehrt. Meine erste Frau war Deutsche und die zweite ist halb Deutsche.

Wir waren als ‚Faschisten‘ gebrandmarkt. Weil ich einen typisch deutschen Familiennamen habe, werde ich bis heute als ‚Deutscher‘ beschimpft. Drei Jahre lang war ich bei der Roten Armee. Viele wundern sich bis heute, warum ich kein Litauer bin“ (K -32).

„Ich wurde in einem Dorf bei Heydekrug geboren. Mein Vater diente bei der Wehrmacht und kam 1945 nach Hause. Die Oberschule absolvierte ich in Heydekrug, das Studium in Kaunas und Moskau. Bis zur Pensionierung arbeitete ich als Lehrerin.

Meine Eltern lebten die ganze Zeit auf dem Lande und haben als Bauern nicht ein Mal versucht, nach Deutschland auszureisen. Als im Winter die ersten Russen kamen, befahlen sie uns, zu verschwinden. Sie nahmen uns Pferde weg und schlugen meinen Vater zusammen. Wir zogen in einen Nachbarort, fünf Kilometer weiter. Nach drei Monaten kamen wir wieder nach Hause. Nach einiger Zeit wurden wir Kulaken und mussten wieder unser geräumiges, 1930 gebautes Haus verlassen. Nach einem halben Jahr des Herumirrens kamen wir wieder nach Hause. Da fanden wir nur noch einen Schrank, alles andere war geplündert.

Nach der endgültigen Aussiedlung der Deutschen kamen neue Einwohner aus Litauen. Das waren die schlimmsten Elemente: Trinker und Faulpelze. Es tauchten auch Waldleute auf. Wer ihnen half, kam für 25 Jahre ins Gefängnis. Später begannen die Deportationen nach Sibirien. Statt der Ausgesiedelten kamen Polen aus der Wilnaer Gegend. Dann fingen die Menschen an, massenweise nach Deutschland auszureisen. Auch ich und mein Bruder bemühten uns vergeblich um Ausreise. Mein Mann war Deutscher, der Bruder siedelte 1980 nach Deutschland über. Jetzt wohnt fast meine ganze Familie da.

Es ist nicht leicht als Deutscher in Klaipėda. Viele Litauer haben Angst vor einer Regermanisierung. Unsere Kinder wurden oft ‚Faschisten‘ genannt. Die Kirchen und unsere Friedhöfe waren zu. Man durfte nicht Deutsch sprechen.

Heute kann man sich problemlos zu seinem Deutschtum bekennen. Aber diejenigen, die sich aus Angst oder Konformismus als Litauer erklärt haben und diese Nationalität sich in ihrem Pass eintragen ließen, können keinen Antrag auf Ausreise nach Deutschland mehr stellen“ (K-32).

Die Vereine der deutschen Minderheit werden aus Bundesmitteln des Bundesministeriums des Inneren und der diplomatischen Auslandsvertretungen finanziert, die beispielsweise beim Verein in Klaipėda die Kosten für eine halbe Stelle der Buchführerin, des Hausmeisters und einer Putzfrau übernehmen. Mit der bundesdeutschen Unterstützung konnte der Verein 1996 das geräumige Simon-Dach-Haus am Rande der Altstadt kaufen und einrichten. Hier befinden sich der Vereinssitz, Konzertsäle, Räume für den Sprachunterricht, eine Bierstube und Gästezimmer.

Das Simon-Dach-Haus dient wie das Kopernikus-Haus der deutschen Minderheit in Olsztyn regelmäßigen Treffen der Vereinsmitglieder (sog. Kaffeegrunde), deutschen Gottesdiensten der evangelisch-lutherischen Kirche, Treffen der Jugendgruppe und des Chors, Ausstellungen, Begegnungen und Seminaren, Deutschkursen, Filmvorführungen, Ensembleauftritten und anderen Begegnungen zu besonderen Anlässen.<sup>46</sup> Seit mehr als zehn Jahren veranstaltet der Verein im

---

46 Vgl. z.B. *Simon-Dach-Haus. Veranstaltungsprogramm für Februar 2005*, in: *Deutsche Nachrichten für Litauen* (Februar) 2005, Nr. 2, S. 4. Vgl. auch : R. Bellano, *Vielfältiges Angebot unter einem Dach. Das Simon-Dach-Haus in Memel bietet Deutschen und nicht Deutschen ein buntes Programm*, in: *Das Ostpreußenblatt*, 30. Oktober 2004, S. 13.

Sommer dank der Unterstützung zahlreicher Sponsoren eine Deutsche Kulturwoche in Klaipėda.<sup>47</sup>

Der Verein arbeitet mit der deutschen Botschaft Wilna und Partnerverbänden in Deutschland eng zusammen, hauptsächlich mit der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise und der Landsmannschaft Ostpreußen. In Kooperation mit diesen Partnern wurde zum Beispiel 1994 das Seminar „Das Memelland, eine Brücke zwischen Deutschland und Litauen“ veranstaltet. 1995, 1996 und 1998 fanden Treffen von Landsleuten statt unter dem Motto „Unvergessene Heimat“ und „Heimat, ich trage Dich im Herzen“.

Eine wichtige, über die Region hinaus weisende Unternehmung des Vereins war die Herausgabe der Zeitschrift „Deutsche Nachrichten für Litauen – Vokiečių Žinios Lietuvoje“. Diese zweisprachige Monatsschrift (die Beiträge werden auf Deutsch und Litauisch gedruckt) erschien ab 1989 wieder. Zunächst wurde die Zeitschrift vom Deutsch-Litauischen Kulturverband, später vom VD herausgegeben. Obwohl sie zunächst den Untertitel „Die Zeitung des Vereins der Deutschen in Klaipėda“ trug, beabsichtigten die Herausgeber ein Organ für ganz Litauen. Die letzte Ausgabe des 1931 gegründeten Blattes mit einer Auflage von 1 500 Exemplaren erschien im Mai 2005. Die Einstellung der Zeitschrift folgte dem Mangel finanzieller Mittel, die bis dahin aus Deutschland bereitgestellt wurden. An die Minderheit richteten sich auch die „Baltische Rundschau“ und eine deutschsprachige Monatsbeilage der Tageszeitung „Klaipėda“ mit dem Titel „Smilte. Deutschlitauische Literaturbeilage“. Sie wird vom Informations- und Koordinierungszentrum der deutschen Vereine in Litauen herausgegeben. Präsident dieses Zentrums mit Sitz in Klaipėda, dem der VD seit 1997 angehört, ist Klaus Grudzienskis. Das Blatt erscheint auf Deutsch und Litauisch in einer Auflage von 800 Exemplaren dank der finanziellen Unterstützung der deutschen Ewald-Hein-Stiftung.

Nach Ansicht der Vereinspräsidentin Magdalena Piklaps „ziehen für den VD schwierige Zeiten herauf. Ab 2007 werden wir keine finanziellen Mittel mehr aus Deutschland bekommen. Das haben uns Angehörige der deutschen Botschaft in Wilna mitgeteilt. Schon 2005 haben wir 40 Prozent weniger Geld als im Vorjahr erhalten. Trotz dieser Schwierigkeiten setzt der Verein seine Tätigkeit fort. Im Januar-Februar 2009 fanden beispielsweise die 11. Deutschen Kulturtage in Klaipėda statt, wurde das 20-jährige Bestehen des VD feierlich begangen, Deutschkurse angeboten usw.“<sup>48</sup>

---

47 Im Rahmen der Veranstaltungen zwischen dem 12. und 18. Juli 1999 fanden beispielsweise Theateraufführungen, Filmvorführungen und Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen des Blattes „Memeler Dampfboot“ statt.

48 Interview vom 26. Oktober 2005. Vgl. auch: *Vereine der deutschen Minderheit im Baltikum*. Infoverteiler. Nr. 01. Aktivitäten im Januar, Februar 2009, [www.erfolg.lv/img](http://www.erfolg.lv/img) (19.09.2010).

Eine der wertvollsten Initiativen des VD war die Gründung einer Minderheitenschule in Klaipėda im Jahr 1992. Sie hat nicht nur ein regionales Einzugsgebiet, sondern ist die einzige Einrichtung dieser Art in ganz Litauen und dem Baltikum (Lettland, Estland). Eine solche Schule gibt es weder im Kaliningrader Gebiet noch in Ermland und Masuren. Gemäß der Schulsatzung wurde die Minderheitenschule gegründet, um „den Kindern mit deutscher Herkunft Unterricht in ihrer Muttersprache zu ermöglichen und zugleich die deutsche Kultur und Traditionen zu pflegen“<sup>49</sup>.

Im ersten Schuljahr 1992/1993 nahmen hier 89 Schüler deutscher Herkunft aus dem Memelland und ganz Litauen am Unterricht teil. Möglich war dies, weil es an der Schule ein Internat gibt. Zunächst waren in der Schule neun Lehrer beschäftigt. Nach drei Jahren Schulbetrieb unter provisorischen Bedingungen bekam sie ihr eigenes Schulgebäude (früher russische Schule Nr. 20).

1997 erhielt die Schule den Namen des deutschen Schriftstellers Hermann Sudermann (1857-1928), der im Dorf Matzicken (Macikai) bei Heydekrug geboren wurde. Die offizielle Bezeichnung der Schule lautet: *Hermann-Sudermann-Internatschule/Hermano Zudermano Vidurine mokykla*. Um Schüler dieser 12-jährigen Schule zu werden, muss man den Nachweis der deutschen Herkunft erbringen. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist nicht erforderlich, da sie in der Schule erlernt wird. Zu diesem Zweck sind vier Lehrer aus Deutschland entsendet. Allgemein wird diese Schule „deutsche Schule“ (*Vokiečių mokykla*) genannt.<sup>50</sup>

Die Schule ist in das staatlichen Schulwesen Litauens integriert und wird aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Im hessischen Lampertheim-Hüttenfeld gibt es dagegen ein Litauisches Gymnasium, das von der Bundesrepublik finanziert wird.

Interessant sind die Kriterien, die bei der Schüleraufnahme zugrunde gelegt werden: „In der Praxis sieht das so aus, dass nur Kinder aufgenommen werden, die die Nähe zur deutschen Nationalität aufweisen, die also entweder direkt aus Deutschland stammen oder von dort zurückgekehrt sind, oder mindestens einen Elternteil oder Großelternteil deutscher Nationalität haben. Kinder von Mitgliedern der in Klaipėda und Umgebung ansässigen deutschen Vereine werden ebenfalls aufgenommen. Auf die Einhaltung dieser Kriterien achtet die deutsche Seite, indem in der Aufnahmekommission zwei deutsche Vertreter sitzen, darunter eine Lehrkraft der Schule.“<sup>51</sup>

Die Schülerzahl stieg stetig: 1995 gab es 139 Schüler, 1999 300, 2001 432. Im Schuljahr 2004/2005 lernten hier 500 Schüler, 2006 waren es 538, die von 47 Lehrern betreut werden.<sup>52</sup>

49 [www.zudermanas.ku.lt](http://www.zudermanas.ku.lt) (5.09.2006).

50 S. Janecke, *Die „Deutsche Schule“ in Klaipėda*, in: *Annaberger Annalen* 5 (1997) S. 193.

51 *Ebenda*, S. 194.

52 *Deutsche Nachrichten für Litauen* (Januar) 2005, Nr. 1, S. 2.

Die ersten Abiturienten der zweisprachigen Schule legten 2001 ihre Prüfungen ab. Im gleichen Jahr erhielt die Schule Mittelschulstatus (Hermann-Sudermann-Mittelschule). Der Schwerpunkt liegt auf dem Deutschunterricht. Die übrigen Fächer werden auf Litauisch unterrichtet. Die Schüler erhalten das litauische Abiturzeugnis. Sie können aber das Deutsche Sprachdiplom (Stufe 2) erwerben, das sie zum Studium an einer deutschen Hochschule befähigt.

Die Aktivisten der deutschen Minderheit äußern offen die Befürchtung, die Tatsache, dass die Hälfte der Abiturienten ein Hochschulstudium in Deutschland aufnimmt, könne zur Folge haben, dass nur wenige heimkehren. Seit einigen Jahren wird auch eine kleine Gruppe litauischer und russischer Kinder aufgenommen (sofern Plätze frei sind). Die Ausnahmestellung der Schule ruft auch Emotionen und Kritik hervor, was mit der Privilegierung der Schüler durch die Hilfe aus Deutschland und die Kooperation mit Schulen in der Bundesrepublik (z. B. mit einer Lübecker Schule) zusammenhängt.

### 1.1.3.3. Evangelisch-lutherische Kirche

Die Sowjetisierung des Memellandes fand ihren besonders krassen Ausdruck in der fast vollständigen Eliminierung der religiösen Institutionen aus dem gesellschaftlichen Leben. Davon waren alle Kirchen und Glaubensgemeinschaften betroffen. Der evangelisch-lutherischen Kirche, Nachfolgerin der preußischen Unierten Kirche im Memelland, gehörte die Mehrheit der autochthonen Bevölkerung an. Die Lage im Memelland und in Masuren war nach 1945 grundverschieden. Kennzeichnend für die Preußisch-Litauer und die Masuren war ihre Verbundenheit mit dem Luthertum, was durch den Verlauf der Reformation in ihrer jeweiligen Heimat bedingt war.

Trotz der Einschränkungen durch die Staatsmacht nach 1945 bauten die protestantischen Kirchen in Masuren ihre eigene Organisationsstruktur auf und konnten die meisten Gläubigen seelsorgerisch betreuen. Anders verhielt es sich im Memelland, denn das religiöse Leben begann sich hier erst nach 1990 zu entfalten. Bis dahin wurden Gottesdienste oft in Privathäusern abgehalten und die Kirchen beschlagnahmt, obwohl es eine offizielle Kirchenstruktur mit einem eigenem (der Staatsmacht mehr oder weniger untergeordneten) Konsistorium gab, das das Eigentum der ostpreußischen unierten Kirche übernommen hatte. Sechs Gemeinden blieben in Opposition zum Konsistorium. 1976 wurde zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein eigener Bischof eingesetzt. Die Kirche trat dem Lutheranischen Weltbund bei. Nach der fünften Kirchensynode 1990 gab die Staatsmacht das geraubte Kircheneigentum allmählich zurück. 1992 entstand an der Universität Klaipėda im Rahmen der Geisteswissenschaftlichen Fakultät die

Fachrichtung Evangelische Theologie, wo Geistliche und Religionslehrer nicht nur für die Region, sondern für ganz Litauen ausgebildet werden.<sup>53</sup>

Die evangelische Kirche ist im Prinzip der einzige Ort, der wie in Masuren die gesamte autochthone Bevölkerung ungeachtet ihrer nationalen Option versammelt. Sie ist eine Diasporakirche. Heute gibt es in der Region Klaipėda 20 evangelisch-lutherische Gemeinden (von insgesamt 50 in ganz Litauen, darunter in Tauragė, der Stadt, die als Bollwerk des litauischen Luthertums gilt und Bischofssitz ist) mit etwa 2 000 Gläubigen. Bis 1945 gab es im Memelland 38 lutherische Gotteshäuser. Durch Kriegshandlungen und gezielte Zerstörung sind 12 Kirchen (unter anderem die vier Kirchen in Klaipėda, Priekulė, Smalininkai, Kairiai) verschwunden. 18 Kirchen wurden zweckentfremdet als Lagerhäuser (u. a. Kintai), Fabriken (Verdainė), Kino (Pagėgiai) oder Sporthalle (Rusnė). Für die Gläubigen und die Kirchenführung spielten Fragen der Volkszugehörigkeit keine größere Rolle.<sup>54</sup> Eine der aktivsten Gemeinden ist die protestantische in Šilutė, die als einzige im Memelland ohne Unterbrechung ihr eigenes prächtiges Gotteshaus im Stadtzentrum nutzte. Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen geben nicht nur dem Kultus einen wichtigen Raum, sondern sie dienen auch als Treffpunkt und Meinungsbörse. Gemeinderäte, Geistliche und Gläubige unterhalten vielerlei Kontakte zu Glaubensgenossen in Deutschland, die ihnen oft materielle Hilfe angedeihen lassen, z. B. durch die Sozialstationen der Johanniter-Hilfsgemeinschaft in Šilutė, die Essen an Kinder und Ältere ausgeben und Bedürftige aus Spenden unterstützen.<sup>55</sup>

#### 1.1.4. Probleme mit dem historischen Erbe des Memellandes

Ein wichtige Rolle bei der Herausbildung der regionalen Identität der heutigen Einwohner des Memellandes wie auch Ermlands und Masurens (mit Einschränkungen gilt dies auch für das Kaliningrader Gebiet) ist die Frage des Verhältnisses zur Vergangenheit, besonders zum Erbe der Preußisch-Litauer, Ermländer und Masuren.

Einerseits liefert die Feststellung, dass hier jahrhundertlang Litauer lebten, ein wichtiges Argument für litauische Ansprüche auf das Memelland und die territorialen Rückforderungen bezüglich ganz Kleinlitauens (heute Kaliningra-

---

53 Vgl. A. Hermann, *Lietuvių ir vokiečių kaimyrupė. Straipsnių rinkimp*, Klaipėda 2000, S. 151-153.

54 R. Kibelka, *Deutsche in Litauen...*, S. 143-145. Vgl. auch: *Die deutsche Volksgruppe in Litauen und im Memelland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-litauischen Verhältnisses*, hrsg. von V. B. Meissner, Hamburg 1998.

55 www.silute.de (30.08.2006). S. Pocytė, *Das Forschungsprojekt „Das konfessionelle Erbe im Memelland“*. *Stand und Methode*, in: *Annaberger Annalen* 16 (2006), S. 16.

der Gebiet). Andererseits hat sich heraus gestellt, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Preußisch-Litauer sich sowohl zwischen den beiden Weltkriegen und während der Sowjetära (1945-1990) als auch nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit nach 1991 für Deutsche hielt bzw. hält. Fast alle fanden sich in Deutschland wieder. Sie wurden umgesiedelt oder wanderten freiwillig in beide deutsche Staaten aus; die nicht Ausgereisten bilden heute den Kern der deutschen Minderheit.

Vor diesem Hintergrund kam es vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer mehr oder weniger stark artikulierten litauisch-deutschen und polnisch-deutschen Rivalität, auch heute noch. Sie äußerte sich in einer demonstrativen Abneigung gegen die preußische/deutsche historische und kulturelle Tradition zum Ausdruck. Besonders augenfällig wurde dies in der Zeit des real existierenden Sozialismus, als mit aller Härte vielerlei Maßnahmen durchgeführt wurden, die sich als „Entdeutschungspolitik“ bezeichnen lassen. Ihr fiel oft auch das Erbe der Preußisch-Litauer, Ermländer und Masuren zum Opfer. Vor- und Zunamen wurden gleichermaßen bei den Deutschen wie auch litauischen bzw. polnischen Autochthonen geändert. Schließung, vorsätzliche Zerstörung und allmählicher Verfall evangelischer Friedhöfe und Sakralbauten geschahen in Sowjetlitauen mit Zustimmung der Behörden. Dass diese Bevölkerung als „Faschisten“, „Deutsche“, „Verräter des Litauertums“ oder „Abtrünnige“ bezeichnet wurde, stand einer Bewahrung und Pflege ihrer Traditionen im Wege. Einerseits war man stolz auf „bewaffneten Widerstand“ litauischer Aufständischer, die 1923 das Memelgebiet dem Mutterland anschlossen, andererseits hüllte man sich in verschämtes Schweigen angesichts der fehlgeschlagenen Relitauisierung der Preußisch-Litauer und des Verlustes dieser Bevölkerungsgruppe an Deutschland.

Dieses Problem kommt mehr oder weniger deutlich in den Aktivitäten von Behörden, Institutionen, Vereinen und sozialen Initiativen zum Ausdruck, die an die Tradition des Memellandes oder Kleinlitauens anknüpfen, und zwar sowohl auf lokaler, regionaler, landesweiter Ebene und unter den Exil-Litauern als auch im litauisch-deutschen Verhältnis oder in Deutschland selbst.

Laut offiziellen Angaben gab es 2006 im Bezirk Klaipėda 10 732 Objekte von kulturellem Wert. Unlängst wurden 1 709 neu registrierte Objekte auf die Liste gesetzt. Dennoch „ist der physische Zustand des Kulturerbes bis heute schlecht“. Bedingt ist das in starkem Maße durch die Änderung der Eigentumsverhältnisse (Privatisierung). Viele Bauten sind im Besitz von Privatpersonen oder Firmen, die dem Zustand der Objekte, z. B. der Baudenkmäler (insbesondere der Holzbauten), nicht die nötige Bedeutung beimessen. Günstiger gestaltet sich die Lage von Objekten, die unter der strengen Aufsicht der Denkmalpflege stehen (bedeutende Beispiele der Stadtarchitektur usw.). Die Denkmalpflege obliegt lokalen und kommunalen Behörden. Der Staat hat kein System zur finanziellen Unterstützung

der Pflege von Baudenkmalern durch Eigentümer bzw. Nutzer aus dem Zentralhaushalt entwickelt.<sup>56</sup>

Schutz, Erhalt und Pflege des materiellen, kulturellen und geistigen Erbes der Region ist Aufgabe einer Reihe von Institutionen, die von vielfältigen gesellschaftlichen Initiativen gefördert werden. Zum Netz solcher Einrichtungen gehören unter anderem Stellen der Denkmalpflegebehörde, Museen, wissenschaftliche Einrichtungen, Kulturzentren, Organisationen und Vereine.

Zu den wichtigen Maßnahmen nach dem Fall des Kommunismus gehört der Schutz der Kulturlandschaft. Dies ist kein einfaches Unterfangen.

Maria Purvienė und Martynas Purvinas, ein Architekten- und Historiker-Ehepaar an der Technischen Universität Kaunas, das sich seit vielen Jahren aktiv für Bestandsaufnahme, Sicherung und Erneuerung der Denkmäler im Memelland einsetzt, befindet über die sowjetische Okkupation: „Kleinlitauen wurde endgültig vernichtet. Während des 2. Weltkrieges waren nur Teile der Wohnsiedlungen beschädigt worden, der größte Teil dieses Landes wurde nach dem Krieg zerstört. (...)“

Aus politisch-ideologischen Beweggründen oder auch durch sowjetischen Vandalismus wurde die alte, kleinlitauische Bausubstanz zerstört. Holzhäuser brach man ab um Brennholz zu gewinnen, Steinbauten wurden abgebrochen und als Baumaterial in die Sowjetunion abtransportiert. (...)“

Während der folgenden etwa siebzig Jahre wurde Kleinlitauen aus politisch-ideologischen Gründen kaum erforscht – das Gebiet wurde zum ‚weißen Fleck‘ in der Denkmalpflege.<sup>57</sup>

Bei der Reise durch Städte und Dörfer im Memelland lassen sich tiefgreifende Änderungen in der Raumordnung feststellen. So hat sich die bis vor kurzem dichte Bebauung des Dorfes Rusnė (Ruß) zwischenzeitlich stark gelichtet. Viele Holzhäuser sind den neuen Wohnblöcken der Kolchosen gewichen. Um das Dorf Nattkischken/Natkiškiai wurden zwischen 1945 und 1990 etwa 95 % der alten Bausubstanz zerstört.

Auch in den Städten wurden viele bauliche Zeugnisse der deutschen Vergangenheit abgerissen. Während der Sowjetzeit nach 1945 war das „ehemals deutsche“ Erbe politisch ein heißes Eisen. Architekturdenkmäler aus dem 19. und 20. Jahrhundert waren jahrelang ein Tabuthema. Oft wurden einschlägige Urkunden vernichtet und Forschungen untersagt. Diese Lage hat sich nach 1990 grundlegend gewandelt, gleichwohl wird in litauischen Publikationen und Fremdenverkehrsprospekten (z. B. über Klaipėda) häufig von „Denkmälern der litauischen Architektur des 19. Jahr-

56 *Stadt und Region*, www.klaipeda.lt (7.05.2007).

57 M. Purvienė, M. Purvinas, *Ethnische und historische Züge der Dörfer und Gehöfte Kleinlitauens*, in: *Theoretical and Practical Issues of Monument Preservation*, Cluj 1999, S. 80-82.

hundreds“ oder der „westlichen Architektur Klaipėdas“ geschrieben. Während die deutsche Architektur mit Schweigen übergangen wird, werden „deutsche Kasernen und Militärprojekte“ erwähnt. Denkmalpfleger und Stadtregierung stehen immer noch vor der großen Aufgabe, die Klaipėdaer Altstadt zu erneuern, zu rekonstruieren und zu revitalisieren, etwa nach dem Vorbild Olsztyns.

Das allmähliche Verschwinden der unverwechselbaren Bebauung der Fischerdörfer an der Memel, auf der Kurischen Nehrung oder in den trockengelegten Sumpfbereichen trat früher ein und hing mit der Gründung des Deutschen Reiches und der Intensivierung des Germanisierungsprozesses zusammen. Besonders im Dritten Reich resultierte dies aus der Marginalisierung preußisch-litauischer Traditionen und dem Bestreben, den Dörfern ein „deutsches Aussehen“ zu geben, wodurch sich die alte Bebauung wandelte.

Auch heutzutage verschwinden Überbleibsel der materiellen Eigenart des Memellandes. In den meisten Fällen sind die alten Häuser nicht ausreichend geschützt oder werden ohne Rücksicht auf die regionale Tradition umgebaut. Der Niedergang des Kommunismus erlaubte aber wissenschaftliche Erforschung und Bestandsaufnahme der Baudenkmäler, oft unter Protest und Missbilligung seitens lokaler Behörden.

Seit 1987 wurden Reste der alten Bebauung systematisch katalogisiert (fotografiert und beschrieben). Insgesamt wurden etwa 50 000 Fotografien und weit über zehntausend Beschreibungen angefertigt. Als Ergebnis dieser Arbeiten wurde eine Monographie zu Dörfern und Gehöften herausgegeben, die eine Publikationsreihe unter dem Titel *Architektur Kleinlitauens* initiieren soll. Die Bände werden von der Kleinlitauen-Stiftung in den USA und Kanada gefördert.

Infolge dieser Tätigkeit wurden einige Gebäude ins Denkmalschutzregister aufgenommen (zu Sowjetzeiten standen nur zwei Dörfer und einzelne Bauwerke auf der Kurischen Nehrung, wo Parteifunktionäre Urlaub machten, unter Denkmalschutz).

Die sowjetische Besatzung hat auch die Friedhöfe nicht verschont. Schätzungsweise wurden 80-90 % von ihnen im Memelland zerstört. Im Kaliningrader Gebiet liegt diese Zahl sogar bei etwa 99 %. „Der rote Terror vernichtete nicht nur das Leben, sondern auch den Tod und machte vor dem Friedhof in Klaipėda nicht halt“, lautet die Inschrift auf einem Stein vor dem Eingang zum Skulpturenpark. Sie erinnert daran, dass sich hier der Hauptfriedhof von Memel befand, der auf Anweisung der Sowjets 1977 dem Erdboden gleich gemacht wurde. An seiner Stelle wurde ein Park mit einer beständig wachsenden Ausstellung moderner Bildhauerkunst eingerichtet, der auch ein beliebter Ort für Spaziergänge der Stadtbewohner ist.<sup>58</sup>

---

58 M. Purvienė, *Regeneration or Architectural Forms in Lithuania Minor*, in: *Traditional Craft in 21st Century Architecture. Proceedings of the International Conference*, Szczecin

Wie bei historischen Architekturensembles und Einzelobjekten wurde nach 1990 auch mit einer Erfassung der alten erhalten gebliebenen Friedhöfe begonnen. Dies gilt auch für den Teil Preußisch-Litauens im Kaliningrader Gebiet (z. B. Tilsit, Kaliningrad). Durch verschiedene Maßnahmen wurde beispielsweise der Waldfriedhof in Nidden hergerichtet. Auf dem heiligen Berg Rombinus wurde der Friedhof Bitėnai (Bittēhenen) renoviert und das Friedhofstor rekonstruiert. Auf diesen Friedhof wurde der Philosoph Vydūnas umgebettet, hier befindet sich auch ein Denkmal für den litauischen Dichter und Geistlichen Donelaitis. An der Stelle der zur Sowjetzeit zerstörten evangelischen Kirche in Priekulė (Prökuls) wurde eine Gedenktafel angebracht. Im unabhängigen Litauen wurden Kirchen verschiedener Religionsgemeinschaften restituert, rekonstruiert und neu errichtet. Im Memel der Zwischenkriegszeit gab es neun Kirchenbauten, nach dem Krieg noch drei, aber auch diese wurden bald abgerissen.

Eine wichtige Rolle bei der Pflege der Geschichte des Memellandes als Teil Kleinlitauens spielen Museen, wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie verschiedene Objekte und Namen, die an die Vergangenheit anknüpfen (Denkmäler, Orts- und Straßennamen usw.).

Das 1924 gegründete Museum für die Geschichte Kleinlitauens ist die wichtigste Einrichtung, die das materielle Erbe der Region dokumentiert, Forschungen betreibt und das historische Erbe der Stadt Memel/Klaipėda und Kleinlitauens wachhält. Seine Sammlungen enthalten 56 000 Exponate<sup>59</sup>. Das modern eingerichtete Museum wird zu den besten in Litauen gezählt. Heute unterhält es als Zweigstellen unter anderem das Regionalmuseum in Šilutė (gegründet 1949) und Nida (1966). Es werden auch weitere kleinere Museen betrieben. In Rusnė wurde beispielsweise eine kleine Regionalstube und ein privates volkskundliches Museum in alten Holzhäusern des Dorfes eingerichtet. Einen besonderen Stellenwert nimmt ein Museum in Macikai ein, in dem der Kriegsgefangenen (darunter polnischer Soldaten) gedacht wird. In Skuodas (Schoden) wurde im alten Gutshaus des Adelsgeschlechts Sapieha das Historische Museum eingerichtet.

Interessante Aktivitäten entfaltet auch das 1991 eröffnete Vydūnas-Kulturzentrum und -Museum in Kintai (Kinten). In der Schule dieses Fischerstädtchens unterrichtete seit 1888 einige Jahre lang Vydūnas (bürgerl. Wilhelm Storost, 1868-1953), der spätere litauische Schriftsteller und Philosoph.

In Macikai befindet sich wiederum ein Museum für Hermann Sudermann, der hier geboren wurde, während in Lenkimai im wieder aufgebauten Speicher eine

---

2005, S. 60; M. Purvinas, *Die Vernichtung der Friedhöfe im Memelland nach 1944. Die politischen, ideologischen, sozialen, psychologischen und andere Gründe dieses Sakrilegiums*, in: *Annaberger Annalen* 8 (2000), S. 63.

59 www.klaipeda.lt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Museum 1949 unter dem Namen Museum der Stadt Klaipėda wieder eröffnet. Seit 1988 trägt es den heutigen Namen.

Ausstellung für den hier geborenen Simonas Daukantas (1793-1864) eröffnet wurde; er war ein Literaturhistoriker, der als erster in seiner Muttersprache schrieb.

Einen besonderen Platz in der Kulturlandschaft der Region nimmt die Kurische Nehrung ein. In Juodkrantė, dem alten, zu deutscher Zeit bekannten Seebad Schwarzort, befindet sich im ehemaligen Schulgebäude ein kleines Regionalmuseum mit einem Ausstellungssaal für den unweit des Ortes geborenen Ludwig Rhesa (1776-1840), Professor und Rektor der Universität Königsberg. In der Dorfmitte steht sein Denkmal.

Nidden ist ein bekanntes Seebad, aber auch ein wichtiger Ort nicht nur für Litauer und Deutsche. Die einzigartige Landschaft mit ihren Dünen, Stränden, Wäldern, den Gewässern der Ostsee und des Kurischen Haffs zog seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, zumal sommers, zahlreiche deutsche Maler an. Es entstand eine Künstlerkolonie. Im malerisch gelegenen Gasthof von Hermann Blode trafen sich in den Jahren 1870-1944 Maler verschiedener Kunstrichtungen (Naturalismus, Impressionismus, Expressionismus, aber auch der klassischen und neuromantischen Schule). Sie wohnten nicht nur in Nidden, sondern auch in den umliegenden Fischerdörfern. Die Bilder eines Lovis Corinth, Max Pechstein, Rudolf Krauskopf, Eduard Bischoff oder Ernst Mollenhauer machten die Landschaft der „preußischen Sahara“, des „unvergesslichen Wunderlandes“ berühmt. 1997 wurde der erhaltene Teil des früheren Hotels Hermann Blode von der Malertochter E. Mollenhauer renoviert, 2000 in einem der Räume eine ständige Fotoausstellung zur Geschichte der Künstlerkolonie eröffnet.<sup>60</sup>

Nach Nidden kamen nicht nur Maler, sondern auch andere Künstler, unter ihnen Thomas Mann (1875-1955). 1930 ließ sich der Schriftsteller hier nach dem Entwurf des Memeler Architekten Herbert Reissmann ein Sommerhaus bauen, in dem er mit seiner Familie 1930-1932 den Sommer verbrachte (hier entstanden unter anderem der zweite und dritte Teil der Romantetralogie *Joseph und seine Brüder*). Zum hundertsten Geburtstag des Autors des *Zauberberges* wurde 1975 in diesem malerisch gelegenen, grundsanierten Haus eine Ausstellung eröffnet. Heute befindet sich dort das Thomas-Mann-Museum. 1995 wurde hier auf Betreiben des litauischen Kulturministeriums, der Universität Klaipėda und der Stadtverwaltung Neringa ein Thomas-Mann-Kulturzentrum eröffnet, das in seinen Aktivitäten an die europäische Geistesgeschichte anknüpft. Sein Hauptzweck besteht darin,

- den Einwohnern des historischen und zeitgenössischen Grenzraumes um die Kurische Nehrung Kontakte zu ermöglichen,
- einen kulturellen Dialog zwischen jungen Menschen zu ermöglichen,
- das Kulturangebot der Region zu bereichern.

---

60 Vgl. J. Barfod, *Zwischen Haff und Meer – die Künstlerkolonie Nidden*, in: *Kulturlandschaft Ost- und Westpreußen*, Potsdam 2005, S. 151-162.

Das Zentrum veranstaltet verschiedene Treffen, Seminare und wissenschaftliche Konferenzen (u. a. das bekannte Thomas-Mann-Festival), Werkstätten für junge Übersetzer und Künstler, Ausstellungen, Konzerte u. Ä. Daran nehmen Gäste aus mehreren Ländern teil. Das Zentrum gibt als eigene Zeitschrift die *Niddener Hefte* (in deutscher und litauischer Sprache) heraus.<sup>61</sup>

Im Jahr 2000 wurde die Kurische Nehrung wegen ihrer Besonderheit zum Weltkulturerbe erklärt. Es wurde auch mit der Umsetzung eines speziellen Projekts zur Wiedereinführung der für die Gegend typischen Kurenkähne mit ihren Kurenwimpeln begonnen. Das Programm läuft unter dem Namen „Rückkehr zu kurischen Booten“. In Nida wurde das bemerkenswerte räumliche Erscheinungsbild der alten Fischersiedlungen bewahrt und rekonstruiert. Erhalten hat sich auch der schön gelegene Friedhof.<sup>62</sup>

Ein anderes interessantes Vorhaben zur Bewahrung der memelländischen Kulturlandschaft sind die Pläne für die Gründung eines Regionalen Kultur- und Fremdenverkehrszentrums Kleinlitauen (*Māžosios Lietuvos regioninis Kultūros ir turizmo centras*) in Šilutė (Heydekrug). Das Zentrum erhält seinen Sitz im restaurierten Wohngebäude des Gutsbesitzers und Beamten Hugo Scheu (1845-1937), der unter anderem Begründer des ersten Museums im Memelland war und einer deutschen Bürgerfamilie entstammte. Im Herrenhaus und zahlreichen Gebäuden des großen Anwesens werden das Museum von Šilutė, das Regionale Kultur- und Fremdenverkehrszentrum Kleinlitauen, das Zentrum für altes Handwerk des Memellandes, eine Schmiede zur Wiederherstellung von Verzierungen, ein internationales Konferenzzentrum, ein Konzertsaal, Seminarräume, ein Gästehaus, eine Jugendherberge sowie eine archäologische Ausstellung und eine Sammlung landwirtschaftlicher Geräte untergebracht. Die alte Scheune soll als Theater hergerichtet werden. Dieses Projekt wird aus EU- Mitteln (PHARE 2002) finanziert.

Das Konzept dieses großzügig geplanten Zentrums ging aus einem 1998 anlässlich der Tausendjahrfeier Litauens durchgeführten Wettbewerb hervor. Bemerkenswert ist die von den Urhebern aufgestellte Definition des historischen Begriffs Kleinlitauen: „Die historische Region Kleinlitauen ist ein ethnographisches Gebiet im nördlichen Teil des ehemaligen Preußens, wo seit dem 16. Jahrhundert die Volksgruppe der Kleinlitauer (*Lietuvininkai*) lebte. Den Kern Kleinlitauens bildeten die Kreise Klaipėda (Memel), Tilže (Tilsit), Ragaine (Ragnit), Istrutis (Insterburg) und Labguva (Labiau). Heutzutage besteht dieses Territorium

---

61 Vgl. u.a. [www.mann.lt](http://www.mann.lt); *Ośrodek kultury im. Tomasza Manna*, in: *Borussia* 23 (2004), S. 32, S. 81. Vgl. auch: T. Sprecher, *Thomas Mann in Nidden*. in: *Marbacher Magazin*, Sonderheft 2000, Nr. 89.

62 H. Stern, *Kultur in Nida heute*, in: *Kulturlandschaft Ost- und Westpreußen*, Potsdam 2005, S. 287-296. R. Pietsch, M. Schlicht, *100 Jahre Kirche in Nidden 1888-1988*, Mannheim 1987.

aus der Stadt Klaipėda, einem Teil der Rajongemeinden Klaipėda und Šilutė, der Kommunen Pagėgiai und Neringa sowie *dem Kaliningrader Gebiet* [Hervorhebung von A. S.].

Dieses Territorium der Westbalten wurde gegen Ende des 13. Jahrhunderts durch den Deutschen Orden erobert“.

Unter dem Kulturerbe Kleinlitauens wird dagegen Folgendes verstanden: „Heute ist Kleinlitauen nicht nur ein Gebiet mit einer verwickelten Geschichte, sondern vor allem mit einer lebendigen Tradition, die sich in roten Ziegelhäusern, alten Schulen, baumbestandenen Wegen, Kleinstadtstraßen, alten Marktplätzen, Kirchen und schließlich den *früheren Einwohnern* [Hervorhebung von A.S.] mit ihren Erinnerungen und Erzählungen manifestiert.“<sup>63</sup>

Vor dem Hauptgebäude des Zentrums (Herrenhaus) wurde 2001 ein stattliches Denkmal für den Heydekruger Landrat H. Scheu enthüllt. In Šilutė steht auch ein Sudermannendenkmal.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurden im Memelland wie in ganz Litauen nicht nur Symbole der sowjetischen Herrschaft geschleift und zerstört, sondern auch neue aufgestellt, von denen viele an die kleinlitauische Überlieferung anknüpfen.

Am 1. September 1997 wurde auf dem ehemaligen Sieges-Platz in Klaipėda das Denkmal für Martynas Mažvydas, den Herausgeber der ersten litauischen Bücher, enthüllt. Zuvor, schon am 18. November 1989, stand auf dem Hauptplatz der Stadt, dem Theaterplatz, ein „neues“ Denkmal für den Dichter Simon Dach (1605-1659), den Verfasser des bekannten Gedichts über Ännchen von Tharau, deren Bildnis am Sockel angebracht ist. Das Denkmal rief Kontroversen zwischen Litauern und Deutschen hervor. Eine ähnliche Debatte löste das 2003 errichtete Denkmal für die Einheit Klein- und Großlitauens aus.

Ohne Kontroversen verlief die Aufstellung der Denkmäler für den Anführer des Prußenaufstandes Herkus Monte oder den Dichter Christian Donelaitis (1714-1780) sowie weiterer Mahnmale in anderen Städten der Region, etwa des Denkmals für das Martyrium des Litauischen Volkes 1941-1953 in Salantai (Salanten), des 1990 in Kretinga (Crottingen) wiederaufgebauten Denkmals für die Unabhängigkeit Litauens und des rekonstruierten Freiheitsdenkmals aus dem Jahr 1932 in Veiviržėnai (Wiwirschen). In Lenkinai wurde ein Denkmal für Simonas Daukantas errichtet, in Priekulė (Prökuls) das Denkmal für die Schriftstellerin Ieva Simonaitytė (1897-1978), die das Schicksal der Preußisch-Litauer im 20. Jahrhundert ergreifend geschildert hat. In Vilkyškiai (Willkischken) erinnert ein Denkmal an die Salzburger Kolonisten, die nach 1945 in die Bundesrepublik Deutschland ausgewandert sind. Im selben Dorf ist eine Ausstellung dem Dich-

---

63 Zitiert nach einem Werbezettel des Kulturzentrums, Šilutė 2005.

ter des Landstrichs an der Memel Johannes Bobrowski gewidmet. Auf Initiative früherer, vornehmlich deutscher Einwohner wurde 2002 vor dem Bahnhof in Klaipėda eine Frauenfigur mit Kind namens „Abschied“ errichtet. Eine im Gehweg eingelassene Tafel informiert über den Exodus der Bewohner dieser Region. Eines der letzten Denkmäler ist der am 25. Mai 2003 am Stadtrand von Klaipėda (Hindenburghain) errichtete Obelisk zum Gedenken an die Besetzung des am 19. November 1945 auf der Höhe Memels versenkten Truppentransporters „Füsilier“. Der Erinnerungsstein steht auf dem Restgelände des früheren deutschen Soldatenfriedhofs aus dem Ersten Weltkrieg (Heldenfriedhof). An der feierlichen Enthüllung des Obeliskens nahm eine Kompanie der litauischen Militärflotte teil.<sup>64</sup> Die Idee, der Versenkung des Schiffes zu gedenken, kam auf, nachdem Archäologen der Universität Klaipėda am Meeresgrund das Wrack entdeckt hatten. Im Memelland haben sich wie im Kaliningrader Gebiet kaum deutsche Soldatenfriedhöfe oder Denkmäler (Gedenktafeln, Obeliskens) zur Erinnerung an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs erhalten. Der Obelisk wurde auf deutsches Betreiben errichtet.

Im Zuge der Entsowjetisierung des öffentlichen Raums nach 1990 begann auch die Umbenennung von Straßen. An die Stelle sowjetischer Helden traten Persönlichkeiten, die mit der Region verbunden waren, wie Sembritzki, Sauerwein, Kant usw. In fast jedem Ort gibt es eine Straße oder einen Platz der Kleinlitauer (*Lietuvininkai*). Oft kehrt man auch zu historischen Namen zurück.

Die wichtigste wissenschaftliche Einrichtung – ein Pendant zum Masuren-Institut bzw. Wissenschaftlichen Forschungszentrum Wojciech Kętrzyński in Olsztyn – ist das 1992 gegründete Forschungszentrum für Westlitauen und Preußische Geschichte, das zur 1991 gegründeten Universität Klaipėda gehört. Seit 2003 heißt es Institut für Geschichte und Archäologie des Ostseeraums.<sup>65</sup> Die Institutsmitarbeiter forschen hauptsächlich zur Geschichte Kleinlitauens, des Ostseeraums, Ostpreu-

---

64 Die litauische Marine besitzt vier Kampfschiffe und ein Dutzend kleinere Einheiten; in ihr dienen 577 Marinesoldaten. Vgl. [www.mlrt.lt](http://www.mlrt.lt) (10.08.2007). Zur Symbolik der Denkmäler für die „Befreier“ Klaipėdas und Kleinlitauens im 20. Jahrhundert schreibt V. Safronavos im Beitrag *Identitätskonflikte, Symbolwerdung der Grabstätten und der Kult um die Befreier in Klaipėda/Memel des 20. Jahrhunderts*, in: *Annaberger Annalen* 16 (2008), S. 205-226.

65 2005 waren dort acht Wissenschaftler beschäftigt: Dr. Silva Pocyte als Direktorin, Universitätsrektor Prof. Dr. Vladas Žulkus, Doz. Dr. Nijolė Strakauskaite, Dr. Vacys Vaivoda, Dr. Romas Jarockis, Prof. Dr. Rimantas Sliužinkas, Doz. Dr. habil. Ingė Lukšaitė. Mit dem Institut arbeiten auch PD Dr. Ruth Leiserowitz (Berlin) und Dr. Arūnė Arbušauskaitė eng zusammen. Eines der derzeitigen Forschungsvorhaben ist Alvydas Nikžentaitis' Projekt „Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik im multikulturellen Raum. Vilnius und Klaipėda im Vergleich“. Vgl. *Herder aktuell. Informationen aus dem Herder-Institut in Marburg* 2005, Nr. 20, S. 12; *Verzeichnis der Publikationen des Instituts für Geschichte und Archäologie der Baltischen Region (in Auswahl)*, in: *Annaberger Annalen* 16 (2008), S. 261-264.

ßens, des Kaliningrader Gebiets (vom 14. bis zum 20. Jahrhundert) und auf dem Gebiet der Archäologie. Neben wissenschaftlichen Publikationen organisiert das Institut auch Begegnungen, Seminare und wissenschaftliche Konferenzen. Es arbeitet mit wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen, vornehmlich in Deutschland, Polen, Russland, Schweden, Lettland und Estland, und regte unter anderem im Jahr 2005 einen Wettbewerb über Familienerinnerungen der Bewohner des Memellandes aus den Jahren 1944-1960 an. Seit 1992 gibt es die Zeitschrift „Acta Historica Universitatis Klaipedensis“ heraus.<sup>66</sup> Seine Mitarbeiter sind Autoren zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten zur Geschichte des Memellandes und beteiligen sich auch an einem so großen und ehrgeizigen Vorhaben wie der Veröffentlichung einer vierbändigen *Enzyklopädie Kleinlitauens* (bis 2007 erschienen zwei Bände in den Jahren 2001 und 2003). Die Anregung zu diesem für die Region bedeutenden Werk ging unter anderem vom Verein „Kleinlitauen“ aus.

Forschung zur Vergangenheit und Gegenwart Kleinlitauens wird auch von anderen Mitarbeitern der Universität Klaipėda betrieben, hauptsächlich von Historikern, Ethnologen, Soziologen, Theologen und Philologen.<sup>67</sup> Auch Mitarbeiter von Museen und anderen Einrichtungen sowie Wissenschaftler anderer, auch auswärtiger Hochschulen befassen sich mit der Problematik.

Mit dem Verein „Kleinlitauen“, der die preußisch-litauische Überlieferung pflegt und „traditionell prolitauisch eingestellt“<sup>68</sup> ist, kooperiert der am 18. Dezember 1989 in Wilna gegründete Rat für Kleinlitauische Angelegenheiten (*Māžosios Lietuvos Reikalų Taryba*).<sup>69</sup> Dieser ist „eine nicht-staatliche gemeinnützige Organisation mit dem Bestreben, kleinlitauisches Kulturerbe im Bewußtsein der Litauer zu bewahren“.

Ein anderer wichtiger Gegenstand, dem das Interesse des Kleinlitauischen Rates gilt, ist das Problem des Kaliningrader Gebiets; es wurde eine Liste ungelöster, aber wichtiger Fragen zum litauischen kulturellen Erbe, zum Schutz von Denkmälern und musealen Objekten sowie dem Betrieb von Kindergärten und Schulen für die dortige litauische Minderheit formuliert. 1993 wurde eine Denkschrift zur Zukunft des Kaliningrader Gebiets herausgegeben. In weiteren Entschliefungen aus den Jahren 1995 und 2001<sup>70</sup> wurde ein Anschluss dieser Region an den litauischen Staat gefordert. 2002 wurden unter Einwohnern Litauens und Exil-Litauern Umfragen zum weiteren

66 Dem Redaktionsrat der Zeitschrift gehört seit 2006 auch der Verfasser an.

67 Vgl. *Klaipėdos Universitatis. Klaipėda University*, Klaipėda 2005.

68 A. Kossert, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 368.

69 Die regierungsunabhängige Organisation wurde am 23. Juni 1993 offiziell registriert.

70 In der Erklärung aus dem Jahr 2001 lesen wir unter anderem: „Die Stalinisten haben keinen einzigen litauischen oder wenigstens baltischen Namen im alten Land der Balten gelassen, obwohl gleich hier in der nächsten Nachbarschaft eine sowjetische baltische Republik - Litauen - war. Man tat so, als ob die Russen hier ein unbesiedeltes Land mal

Schicksal des Kaliningrader Gebiets durchgeführt. Mehr als die Hälfte der Befragten (55,17 %) sprach sich für dessen Eingliederung in den litauischen Staat aus.<sup>71</sup>

Mit dem Rat arbeiten zahlreiche litauische Exil-Organisationen in den USA und Kanada eng zusammen. 1983 gründeten sie in Chicago die „kleinlitauische Freiheitsbewegung“, die sich für den Anschluss des Kaliningrader Gebiets an Litauen ausspricht.<sup>72</sup> Die kleinlitauischen Aktivisten bemühen häufig Argumente aus ferner Vergangenheit, d. h. aus der Herrschaftszeit des Königs Mindowe (Mindaugas, um 1200-1263), der Litauen geeint hatte und 1253 gekrönt wurde. Damals gehörten beachtliche Teile Ostpreußens zu Litauen.

In den USA und Kanada ist eine Stiftung für Kleinlitauen (*Fundation of Lithuania Minor/Māžosios Lietuvos Fondas – MLF*) tätig, die unterschiedliche Aktivitäten fördert. Sie unterstützt finanziell unter anderem Veröffentlichungen in Litauen.<sup>73</sup> Um das Sujet zu verbreiten, werden Landkarten herausgegeben, auf denen das „historische“ Gebiet Kleinlitauens sich von der Memel bis zur Weichsel erstreckt. Das litauische Siedlungsgebiet reicht dabei „im Süden bis zur derzeit zu Polen gehörenden Stadt Goldap (Goldapè)“, auf anderen Karten bis nach Olsztyn, und umfasst auch das ganze Kaliningrader Gebiet. Dies sorgt für Irritationen und Proteste in Russland sowie für Erstaunen in Polen.

Mit der Problematik des Memellandes wie des gesamten ehemaligen Ostpreußens befassen sich in Deutschland eine große Zahl von Institutionen und gesellschaftlichen sowie wissenschaftlichen Kreisen. Am bekanntesten ist neben der Landsmannschaft

entdeckt hätten, das keine Geschichte hätte, und dieses Land nach den ‘Entdeckern’ benannt werden sollte. Es wurde kein Kulturerbe berücksichtigt.“ [www.mlrt.lt](http://www.mlrt.lt) (5.05.2006).

71 An der Untersuchung nahmen 232 Personen teil. Die sieben vorgestellten „Modelle“ zur Zukunft des Kaliningrader Gebiets erhielten unter den Befragten folgenden Zuspruch:

- Der Status Königsbergs bleibt unverändert (0,6 %);
- Das Gebiet Königsberg wird innerhalb Russlands autonom (4,31 %);
- Eine Baltische Republik in Föderation oder Konföderation mit Russland (3,88 %);
- Eine von Russland unabhängige Baltische Republik (10,78 %);
- Ein Protektorat der baltischen Staaten (10,78 %);
- Ein Protektorat Litauens (14,22 %);
- Anschluss an Litauen (55,17 %).

Vorsitzender des Rates ist Vytautas Šilas, Stellvertreter Dr. Algirdas Matulevicius. 2004 wurde ihnen das Einreisevisum für das Kaliningrader Gebiet von der Russischen Föderation verweigert, am 23. April 2003 wurde A. Matulevicius an der Grenze abgewiesen. Vgl. den Protest in dieser Sache bei den höchsten Stellen Litauens und der Europäischen Union, vollständiger Wortlaut unter [www.mlrt.lt](http://www.mlrt.lt) (2.09.2006). Dies waren keine Einzelfälle.

72 In einer Erklärung dieser Bewegung lesen wir: „(...) schmerzvoll erlebend den tragischen Verlust der Heimat, verpflichten wir alle (...) zu verkünden, das dies (Königsberger Gebiet) ein Land unseres Volkes ist, das zum allgemeinen, in der Zukunft neu entstandenen unabhängigen litauischen Staat zurückkehren soll.“ [www.mlrt.lt](http://www.mlrt.lt) (5.07.2006).

73 [www.mlrt.lt](http://www.mlrt.lt) (12.09.2005).

Ostpreußen die am 24. August 1950 gegründete Arbeitsgemeinschaft der Memelländer, konzipiert als Gemeinschaft der vier memelländischen Landkreise (Memel-Stadt und -Land, Heydekrug und Pogegen) und später als Dachverband der Memelländer in Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) umbenannt. Ihr Hauptziel ist der Schutz kultureller und politischer Werte des Memellandes sowie ostdeutschen Kulturgutes, außerdem die Vertretung der dorther stammenden Ostpreußen, darunter auch der in der Heimat verbliebenen Landsleute.<sup>74</sup>

Aktuell gehören der AdM 8 Ortsgruppen, drei Ortsgemeinschaften, ein Kirchspiel und zwei Gruppen aus dem Memelland an: der Verein der Deutschen in Memel und die Gemeinschaft „Heide“ in Heydekrug. Die vier Heimatkreise Memel-Stadt und -Land, Heydekrug und Pogegen werden in der Bundesrepublik durch Kreisvertreter repräsentiert. Die fünf Bezirke Nord, Süd, West, Ost (Mecklenburg-Vorpommern) und Ost (Thüringen/Sachsen) in Deutschland haben jeweils einen Bezirksvertreter. Offizielles Organ der AdM ist das 1849 gegründete „Memeler Dampfboot“, das heute monatlich mit dem Untertitel „Die Heimatzeitung *aller* [Hervorhebung von A.S.] Memelländer“ erscheint. Gemäß der AdM-Satzung werden Bezieher „automatisch Mitglied des Vereins“.<sup>75</sup>

Die AdM organisiert verschiedene Treffen, Sonderveranstaltungen, Seminare, Konferenzen, Ausstellungen und andere kulturelle Unternehmungen.<sup>76</sup> Sie hält Verbindung zu Organisationen der deutschen Minderheit im Memelland und litauischen Behörden und arbeitet eng mit der Landsmannschaft Ostpreußen zusammen. In Deutschland erscheint auch das Mitteilungsblatt „Die Raute“ der Deutschen aus Litauen.

Memelland- und Litauenforscher in Deutschland pflegen den wissenschaftlichen Austausch auch am Litauischen Kulturinstitut auf Schloss Rennhof in Lampertheim-Hüttenfeld. Nach alljährlichen Treffen erscheinen Beiträge zu unterschiedlichen Themen in der Reihe „Jahrestagung“. Seit 1993 werden auch die

---

74 Im § 2 der AdM-Satzung werden die Ziele der Organisation wie folgt definiert: (2) (...) „Ihre Hauptaufgabe liegt auf heimatkulturellem, heimatpolitischem Gebiet sowie in der Wahrung des *ostdeutschen* [Hervorhebung von A.S.] Kulturgutes. (3) Sie vertritt die Belange der aus dem ehemaligem Memelgebiet (...) stammenden *Ostpreußen* [Hervorhebung von A.S.] und der in der Heimat verbliebenen Landsleute und deren Nachkommen.“ [www.memelland-adm.de/satzung.html](http://www.memelland-adm.de/satzung.html) (3.07.2006).

75 Eine Inhaltsanalyse der einzelnen Jahrgänge zeigt, dass das Blatt in seiner Färbung den Schriften der Landsmannschaften ähnelt und die deutsche Vergangenheit der Region herausstellt. Vgl. z. B. B. Maskallis, *Memel – nicht Klaipėda*, in: *Memeler Dampfboot* 1985, Nr. 1, oder auch V. Kowalzik-Peck, *Rückkehr nach Heydekrug. Erlebnisse in den Jahren 1947-1959*, in: *Memeler Dampfboot* 2005, Nr. 7. Die Beiträge verwenden die typische Rhetorik in der Art: „vom Mutterland abgetrennt“, „litauische Nationalisten“, „litauische Annexion“ usw.

76 *Ebenda*.

„Annaberger Annalen“ herausgegeben.<sup>77</sup> In beiden Zeitschriften publizieren sowohl Forscher aus Deutschland als auch aus Litauen. Die Redaktionen sind bemüht, ein hohes wissenschaftliches und fachliches Niveau aufrechtzuerhalten.

In Deutschland gibt es auch andere Einrichtungen und Organisationen, die einschlägige Materialien sammeln und Memellandforschung betreiben; dies sind unter anderem die Universität Greifswald, das Herder-Institut Marburg mit einer beachtlichen Sammlung von Büchern, Karten, Zeitschriften, Fotografien und anderen Dokumenten nicht nur zum Memelland, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder auch Vereine, die sich der historischen Forschung widmen, z. B. die Familienforschungsgruppe Memelland oder die Deutsch-Litauische Literarische Gesellschaft. Die Thematik ist auch permanent im „Ostpreußenblatt“ präsent, der Wochenzeitung der Landsmannschaft Ostpreußen. Viele Organisationen in Deutschland und Litauen betreiben eigene Websites, auf denen Informationen zu Vergangenheit und Gegenwart der Region eingestellt werden (z. B. [www.mlrt.lt](http://www.mlrt.lt), [www.memelland.de](http://www.memelland.de)).

Das Erbe des Memellandes wie auch Kleinlitauens sorgt für Kontroversen sowohl bei den Litauern selbst als auch im litauisch-deutschen Verhältnis.

Ein Teil der litauischen Forscher kritisiert das ungenügende Interesse der Regierung an der Problematik Kleinlitauens und die unzureichende Pflege von Baudenkmalern in der Region. Die Mitglieder der Versammlung (*Seimas*) des Vereins „Kleinlitauen“ bringen in ihrer Erklärung „Kleinlitauen beiderseits der Memel – unsere Heimat“ die Frage so auf den Punkt: „Wir waren zuversichtlich, dass der litauische Staat entsprechende Schritte unternehmen und Maßnahmen einleiten würde, um die Folgen der Tragödie [für die Bewohner Kleinlitauens – A. S.] und der sowjetischen Besatzung zu lindern, um den aus der Heimat vertriebenen, allseits bedrückten Einwohnern zur Gerechtigkeit zu verhelfen.“

Wir müssen offen bekennen, dass dem noch immer nicht so ist. In dem Teil Kleinlitauens, der zum litauischen Staat gehört, wurden nicht nur Rechte der Alt-einwohner vergessen, sondern auch das kulturelle Erbe, das – bis auf wenige Ausnahmen – in *erbärmlichem Zustand* ist [Hervorhebung A. S.].<sup>78</sup>

77 In der Einleitung zur ersten Ausgabe heißt es, die früher erscheinende Zeitschrift „Annaberger Lapelis“ sei darin aufgegangen; Heft 1 (1993) trägt den Untertitel „Annaberger Lapelis (Nr. 24)“. Seit Heft 3 (1995) lautet der Untertitel „Jahrbuch über Litauen und deutsch-litauische Beziehungen“. Herausgeber sind derzeit (Nr. 11/2003) A. Hermann, A. Lepa und Ch. Nikolajew im Auftrag des Baltischen Christlichen Studentenbunds (Bonn) und des Litauischen Kulturinstituts (Lampertheim).

78 [www.mazoji-lietuva.lt](http://www.mazoji-lietuva.lt) (7.10.2007). In einem Schreiben der Memelländer an die litauische Staatspräsidentin D. Grybauskaitė vom 29. April 2009 wurde unter anderem die „Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft“ für ehemalige Bewohner der Region, die nun in Deutschland leben, sowie das „Recht auf die erhaltenen Immobilien und deren Rückgabe oder Wiedergutmachung“ gefordert. Vollständiger Wortlaut des Schreibens in: *Annaberger Annalen* 17 (2009), S. 330 f.

Die Spannungen, die in Kreisen litauischer Forscher herrschen, lassen sich daran ablesen, dass die von Doz. Dr. Martynas Purvinas als stellvertretendem Chefredakteur der *Enzyklopädie Kleinlitauens* verfasste Einleitung zum zweiten Band vor der Druckfreigabe zurückgezogen wurde. Der Wissenschaftler kritisiert Lückenhaftigkeit und Spärlichkeit der Regionalforschung. Seine unveröffentlichte Einleitung beschließt er mit den Worten: „Die fortgeschrittenen Arbeiten an der Enzyklopädie Kleinlitauens werden trotz bösen Willens seitens mancher Personen und der Barrieren, die feindlich gesinnte Kräfte errichten, nicht unterbrochen.“<sup>79</sup>

Das litauisch-deutsche Verhältnis ist durch Misstrauen und Argwohn geprägt, besonders seitens der Litauer, die mehr oder weniger eine „Regermanisierung“ befürchten. Die Ursachen dafür liegen wie in Polen in den historischen Erfahrungen. Die „Angst vor der deutschen Gefahr“, die beispielsweise in den Befürchtungen äußert, „Land und Häuser könnten von Ausländern [d. h. im Memelland von Deutschen und im Wilnagebiet von Polen – A. S.] aufgekauft“ werden, hat ihren Ursprung in der Vergangenheit. Nach Ansicht Alvydas Nikžentaitis' sind vor allem drei historische Ereignisse zu nennen, die das Stereotyp des Deutschen bei den Litauern beeinflussen:

1. Die Geschichte des Deutschen Ordens und das Ringen mit ihm;
2. Die Politik des Deutschen Reiches gegenüber den Kleinlitauern;
3. Deutschlands Memellandpolitik, besonders der „Anschluss“ 1939 (die Deutschen stellen bis heute dieses Ereignis als „Heimkehr“ und „geschichtliche Gerechtigkeit“ dar).

Dieser Forscher bemerkt, ein so wichtiges Thema wie Hitlers Pakt mit Stalin 1939 oder die deutsche Politik in Litauen während des Zweiten Weltkrieges, habe für die Entstehung des Deutschenbildes in Litauen keine größere Rolle gespielt. Ganz entscheidend beeinflusst werde dieses Bild durch die Zwischenkriegszeit, d. h. die Jahre des offenen litauisch-deutschen Antagonismus, der sich am Memelland entzündete. Die heutige Zeit habe keine größere Bedeutung für die gegenseitige Wahrnehmung. Für die Entwicklung des Feindbildes wesentlich sei, dass in der litauischen Publizistik kein Unterschied zwischen den Deutschen des 20. Jahrhunderts und den Kreuzrittern gemacht wurde. Hier kam es in Polen zu einer weit-

---

79 Text in der Sammlung des Verfassers. Auch andere Wissenschaftler kritisieren den Stand der Forschung. So behauptet Prof. Donas Kaunas: „Es ist schon längst an der Zeit, dass wir selbst eine Bibliographie Kleinlitauens erstellen“. Der gleiche Autor stellt auch fest: „Obwohl in der vorherrschenden Sicht der Polen und Deutschen auf Kleinlitauen der litauische Faktor völlig außer Acht gelassen wird, haben wir auch Verbündete gewonnen: von den Skandinaviern wird er anerkannt. Feindlich ist die Haltung russischerseits. Doch auch hier ist manchmal ein Fortschritt sichtbar, zumal in akademischen Kreisen. Für uns arbeitet weiterhin der Zeuge der Geschichte: das Erbe Kleinlitauens. Wir müssen es sorgfältig hüten.“ [www.mazoji-lietuva.lt](http://www.mazoji-lietuva.lt) (10.05.2007).

gehenden Analogie: tief ins gesellschaftliche Bewusstsein eingebrannt haben sich in der Nachkriegszeit Trepkowskis Plakat *Grunwald* [Tannenberg] 1410 – Berlin 1945 oder eine Aufnahme Konrad Adenauers im Deutschordensmantel, die in den 1960er Jahren oft publiziert wurde (u. a. in Schulbüchern).

Generell ist das heutige Deutschlandbild zwiespältig. Einerseits sind es Ängste und Befürchtungen, die aus der Vergangenheit herrühren und um etwaige deutsche Forderungen nach Rückgabe des Memellandes kreisen. Ein positives Element ist hingegen Deutschlands Rolle als Partner Litauens. Die Forscher hegen Hoffnungen, dass „das Bild Deutschlands und der Deutschen in Zukunft vermutlich positive Veränderungen erfahren wird“.<sup>80</sup>

Vor dem oben skizzierten Hintergrund sind kritische Reaktionen litauischer Kreise nicht verwunderlich, etwa als bereits im November 1989 auf deutsches Betreiben im Zentrum Klaipėdas das wiederhergestellte Denkmal des deutschen Dichters Simon Dach mit dem Bild Ännchens von Tharau enthüllt wurde; es entstand durch Spenden aus Deutschland.<sup>81</sup> Derlei Tätigkeiten werden als zeitgenössische „Germanisierung“ interpretiert. Obgleich sich die meisten Einwohner der Stadt für den Wiederaufbau des Denkmals aussprachen, wurden auch andere Stimmen laut. In einem in der Tageszeitung „Klaipėda“ veröffentlichten Artikel (am 5. November 1994) schrieb P. Žestautaitė unter der Überschrift *Fanfaren der Weisen*: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal auf das Denkmal des Ännchens von Tharau zurückkommen, das am wichtigsten Punkt der Stadt, dem Theaterplatz, aufgestellt ist. Dieses Denkmal ist für unsere Kultur ein Fremdkörper. Wir mussten uns vor Algirdas Gustaitis, einem Exil-Litauer aus Los Angeles, rechtfertigen, der sich bei seinem Klaipėda-Besuch 1995 gewundert hatte, warum in Klaipėda vor einem litauischen Theater kein Denkmal für Donalaitis oder Mažvydas stand, sondern irgendein Ännchen aus Tharau. Es lohnt sich heute in der Tat nicht mehr, dieses Denkmal zu entfernen, aber die Stadtväter und die Straßennamenkommission sollten solche Fehler nicht mehr begehen. Sie sollten Straßen und Plätzen Namen geben, die an die Tradition Kleinlitauens anknüpfen, so wie sie während der siebenhundert Jahre währenden Kolonisation gebräuchlich waren.“

Diese Ausführungen waren insofern angebracht, als die Behörden von Klaipėda schon zuvor beschlossen hatten, an der Stelle des jetzigen Dach-Denkmal eines für Mažvydas zu errichten. Entsprechende Vorarbeiten hatten schon begonnen, wurden aber unter dem Druck der Befürworter des Wiederaufbaus des früheren Denkmals fallen gelassen.

---

80 A. Nikžentaitis, *Das Bild Deutschlands...*, S. 149-154. Vgl. auch, D. Willoweit, *Memel-Klaipėda...*; Ch. J. Nikolajew, *Die Deutschen in einem litauischen Schulgeschichtsbuch der Sowjetzeit*, in: *Annaberger Annalen* 10 (2002), S. 197-212.

81 Vgl. A. Stanevičius, *Rätselraten um Ännchen von Tharau*, Klaipėda 1992.

Anders ging ein Streit in der Siedlung Žalgiriai (Bismarck) an der Straße von Rusnė nach Šilutė aus. Als einer der Dorfbewohner 1991 an der Straße einen Wegweiser mit dem alten Ortsnamen aufgestellte, waren Einwohner und lokale Behörden entrüstet. Das Schild wurde schnell abmontiert, sein Aufsteller hat sich „in ein Mauseloch verkrochen“.<sup>82</sup> Seinen Namen verdankte das Dorf der bismarckschen Kolonisationspolitik; es entstand 1874 als letzter Akt der deutschen Ostkolonisation. Das Dorf<sup>83</sup>, dessen Bewohner Torf abbauten, blieb ein Symbol der Germanisierungspolitik im Memelland.

Ein weiteres Beispiel der litauisch-deutschen Auseinandersetzungen um die Vergangenheit des Memellandes ist die aus AdM-nahen Kreisen verlautende überaus kritische Beurteilung des am 8. August 2003 enthüllten Denkmals für die Einheit von Klein- und Großlitauen. Es steht zentral in Klaipėda an der Danė (Dange).

Dieses Denkmal wurde zum 85. Jahrestag der Unterzeichnung des Aktes von Tilsit und dem 80. Jahrestag der Vereinigung des Memellandes mit Litauen eingeweiht. Das 150 t schwere und 8,5 m hohe Denkmal ist das größte Granitmonument in Litauen. Die kleinere Säule aus rotem Granit symbolisiert Kleinlitauen und seine kulturellen Grundlagen, die größere aus grauem Granit steht für Großlitauen. Am Denkmal wurde ein Zitat von I. Simonaityte angebracht: „Wir sind ein Volk, ein Land, ein Litauen“. Der teilweise abgebrochene Teil des Denkmals symbolisiert die Lage Kleinlitauens im Kaliningrader Gebiet.<sup>84</sup>

Nach Ansicht von Beate Szillis-Kappelhoff dient dieses Denkmal der Geschichtsklitterung. Diese nationalistisch eingestellte Publizistin rüttelt am historischen Anspruch Litauens auf das Memelland, da es zu diesem Staat erst seit achtzig Jahren gehöre. Sie negiert den Begriff „Kleinlitauen“ und Forderungen nach einer Angliederung des Kaliningrader Gebiets an Litauen, indem sie sich darüber lustig macht, wie die Litauer behaupten, „dass Königsberg eine urlitauische Stadt sei, die nur zwischenzeitlich von Deutschen okkupiert wurde“. Die Angliederung des Memellandes an Litauen im Jahre 1923 nennt sie eine „Annexion“, die Darstellung dieses Ereignisses in litauischen Schulbüchern bezeichnet sie als „Indoktrination“. Sie erhebt auch den Vorwurf der Geschichtsfälschung in Klaipėdaer Museen, Reiseführern und anderem Informationsmaterial und schließt ihren Beitrag mit dem Ausspruch: „Memel lebt!“<sup>85</sup>

82 Interview mit Mitarbeitern des Museums in Šilutė am 28. Oktober 2005.

83 Über die Geschichte der Kolonie Bismarck I und II schreibt U. Lachauer in ihrem reich bebilderten Werk *Land der vielen Himmel. Memelländischer Bilderbogen*, Berlin 2002, S. 74-87.

84 [www.Klaipėdainfo.lt](http://www.Klaipėdainfo.lt) (13.11.2007). Vgl. auch *Klaipėda*, Vilnius 2004, S. 35.

85 B. Szillis-Kappelhoff, *Litauens Geschichtsklitterung: Ein Zeichen schlechten Gewissens?* [www.memelland-adm.de](http://www.memelland-adm.de) (19.07.2005). In ähnlichem Geiste schreibt V. Kittel in seinem Artikel *Preußisch Litauer – Kleinlitauer – Mažoji Lietuvininkai* ([www.memelland-adm.de](http://www.memelland-adm.de),

## 1.2. Klaipėda. Ein neues Gesicht der Stadt

Klaipėda, als drittgrößte Stadt Litauens (nach Wilna und Kaunas), zählte im Jahr 2009 183 000 Einwohner. Die Stadt ist auch das größte industrielle, kulturelle und wissenschaftliche Zentrum im westlichen Litauen. Wie in der Zwischenkriegszeit wird Klaipėda heute oft „Litauens Tor zur Welt“ genannt.

Der Transformationsprozess hat das Bild der Stadt stark geprägt. Sie besaß und besitzt noch heute ihre Eigenart. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war Memel, ähnlich wie Danzig, im Prinzip deutsch, und die litauische Präsenz war kaum bemerkbar. Die Preußisch-Litauer wohnten hauptsächlich in den umliegenden Orten. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wechselten die Machthaber mehrmals: Deutsche, vorübergehend Franzosen, Litauer und wieder Deutsche. In der Sowjetzeit war die Stadt zunächst von Russen beherrscht, später wurde sie – quasi heimlich vor Moskau – von den litauischen Kommunisten lituanisiert. Heute ist Klaipėda nach wie vor eine multikulturelle Stadt mit unverwechselbarem Antlitz.

Alfonsas Žalys, ab 1965 über zwanzig Jahre Vorsitzender des *Gorispolkoms*, d. h. des städtischen KPL-Exekutivkomitees in Klaipėda, dem man nachsagt, er habe Klaipėda in eine litauische, mit dem Rest des Landes zusammengewachsene Stadt verwandelt, stellte fest: „Zwanzig und mehr Jahre nach dem Krieg war Klaipėda ganz und gar ein Fremdkörper in den Grenzen der Litauischen SSR. Die litauischen Kommunisten wollten dem abhelfen.

„Wir werden Klaipėda in ein Schaufenster der Leistungen Sowjetlitauens verwandeln“, beschlossen sie. Der erste Sekretär der Kommunistischen Partei Litauens, Antanas Sniečkus, vermochte viel, weshalb Moskau gar keine Hinterlist vermutete. Die ‚Umwandlung in ein Schaufenster‘ war in Wirklichkeit eine Lituanisierung der Stadt. Mit Erfolg, wie man heute sieht.

Wir nahmen uns zwei Aufgaben vor: die Entwicklung Klaipėdas zur reinen Industriestadt zu hemmen und seine Russifizierung aufzuhalten, außerdem die Altstadt in Klaipėda zu retten. Vor 30 Jahren war die Stadt durch und durch ungestalt, gesichtslos, ohne ein einziges Denkmal, bis auf die erhaltene, aber großenteils zerstörte Altstadt.

---

7.05.2006): „Unverständlich ist es jedoch, daß eine große Anzahl litauischer Nationalisten die geschichtliche Wahrheit nicht erkennen will und nicht nur das Memelland, sondern den gesamten nordöstlichen Teil Ostpreußens als einst litauisches Gebiet, als Kleinlitauen, bezeichnet und verlangt, es dem heutigen litauischen Staat einzugliedern.“ In seiner Arbeit *Ostpreußen. Geschichte und Mythos...* schreibt A. Kossert: „Von der langen Geschichte Preußens in dieser Region hört man indes wenig. Die offiziellen Tourismuskataloge geben die Geschichte des Memellandes zuweilen noch verzerrt, verkürzt und verengt wieder. Das passt eigentlich gar nicht zu der offenen Kultur Litauens“ (S. 369).

Früher wuchs Klaipėda, war aber vor allem eine Stadt der Wertarbeiter, Fischer, Matrosen, eine Stadt der Russen. Galerien und Museen gab es nur in Kaunas und Wilna, Hochschulen ebenfalls, sogar in Šiauliai (Schaulen), aber nicht in Klaipėda. Wir fanden, dass Klaipėda sich ganzheitlich entwickeln sollte, mit besonderer Berücksichtigung des Schulwesens. Wir eröffneten Abend- und Fernstudiengänge, bildeten zum Beispiel Choreographen für ganz Litauen aus. Das führte dazu, dass im Oktober 1990, als es schon den Obersten Rat des Unabhängigen Litauens gab, der Beschluss gefasst wurde, auf der Basis des bereits in der Stadt Vorhandenen die Universität Klaipėda zu gründen. Ohne das, aus dem Nichts, wäre keine Universität entstanden. Jetzt, wo fast die ganze Altstadt wiederaufgebaut ist, sollte man die Burg des Deutschen Ordens rekonstruieren. Die ersten Arbeiten in der Vorburg werden sicher weit über zehn Jahre in Anspruch nehmen.<sup>86</sup>

Auch zehn Jahre nach dieser Aussage ist die Frage des Wiederaufbaus der Memelburg nach wie vor offen, ebenso wie die „Verbindung von Stadt und Hafen“. Noch heute ist der Hafen nicht in die Stadt integriert, da ihn eine hohe Mauer umgibt. Es gibt nur einen einzigen Zugang, der zugleich Eingang des Museums in den Kellern der ehemaligen Festung ist. Man muss Eintritt bezahlen, der für die örtlichen Verhältnisse relativ hoch ist. Im Gegensatz zu anderen Hafenstädten an der Ostsee fehlt hier eine Uferpromenade, man kann die vor Anker liegenden Schiffe nicht bestaunen. Ein Auswärtiger, der durch die Stadt spaziert, gewinnt den Eindruck, es sei keine Hafenstadt. Die einzige Fährverbindung zur Kurischen Nehrung ist in den Winkeln der Wertfbauten versteckt und schwer zu finden. Auf den Straßen der Stadt begegnet man selten Seeleuten in Uniformen.

Das heutige Klaipėda ist auch nach Jahren immer noch eine multikulturelle Stadt. Russisch ist neben Litauisch die tägliche Verkehrssprache für zahlreiche Einwohner. Sein Gebrauch in der Öffentlichkeit ist nichts Besonderes. Hier erscheinen Tageszeitungen und andere Zeitschriften in russischer Sprache. Russische Fernseh- und Rundfunkprogramme können ohne weiteres empfangen werden und erfreuen sich auch einer gewissen Beliebtheit. Buslinien von Klaipėda nach Kaliningrad haben jeden Tag viele Fahrgäste.

Nach 1990 ist es gelungen, die fortschreitende Sowjetisierung und Russifizierung zu überwinden und zu stoppen. Dies gilt in erster Linie für Kultur und Bildung. Nicht überwinden ließ sich indes Klaipėdas Rolle als „kulturelle Peripherie Litauens, weil sich das intellektuelle und kulturelle Leben nach wie vor auf Wilna und Kaunas konzentriert“.<sup>87</sup>

---

86 Zitiert nach: J. Haszczyński, *Podstęp towarzysza Snieczkusa*, in: *Rzeczpospolita* vom 5.04.1997.

87 V. Vareikis, *Klaipėda zwischen der Sowjetunion und der Litauischen SSR 1945-1990*, in: *Nordost-Archiv X* (2001), S. 170.

Das Gesicht der Stadt wird auch dadurch beeinflusst, dass nach 1990 im Stadtzentrum kaum Neubauten entstanden. Umgeben ist die Altstadt von Plattensiedlungen, wie sie in allen größeren Städten Ostmitteleuropas anzutreffen sind. Höchst symptomatisch ist die Tatsache, dass hier seit der Unabhängigkeit Litauens kein größeres Mehrfamilienhaus errichtet wurde. Dies zeugt von einem nie dagewesenen Stillstand am Wohnungsbaumarkt und ist ein Indiz für mangelnde Nachfrage.

Diese resultiert aus der rückläufigen Einwohnerzahl Klaipėdas. In den letzten zehn Jahren ist sie um ganze 22 000 oder etwa 10 % zurückgegangen.

*Tabelle 35 Einwohnerzahl in Memel/Klaipėda in den Jahren 1937-2010*

Jahr	Einwohnerzahl (in Tsd.)
1937	39
1940	43
1989	204
1996	209
1997	206
2001	194
2003	191
2005	187
2008	185
2010	183

Quelle: www.klaipeda.lt (10.10.2010).

Der Rückgang der Einwohnerzahl Klaipėdas hängt mit der niedrigen Geburtenrate und dem Wanderungsverlust zusammen (Tabelle 36).

*Tabelle 36 Demographische Eckdaten der Einwohner Klaipėdas in den Jahren 1995-2000*

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Geburtenzahl (je 1000 Einwohner)	9,6	9,0	8,5	8,5	8,5	12,4
Natürliches Wachstum der Einwohnerzahl (Geburtenzahl/Sterblichkeit)	0,1	0,2	0,2	0,4	0,3	0,12
Migrationen (Zu- und Abwanderung)	-6290	-9070	-4910	-580	-490	-630

Quelle: www.klaipeda.lt (15.05.2003).

In den Jahren 2001-2010 haben sich die ungünstigen Tendenzen in der demographischen Struktur Klaipėdas zugespitzt. Die rückläufige Geburtenzahl führte zu einer negativen Geburtenbilanz. Auch der Migrationssaldo fiel immer ungünstiger aus, was unter anderem mit Litauens EU-Beitritt am 1. Mai 2004 und der allmählichen Öffnung westeuropäischer Arbeitsmärkte (vor allem in Großbritannien und Irland) zusammenhing.<sup>88</sup> Die demographischen Prognosen für die kommenden Jahrzehnte gehen von einer weiteren Verfestigung dieser negativen Phänomene aus.

Ungünstig gestaltet sich auch das Zahlenverhältnis zwischen Frauen und Männern. Im Jahr 2001 entfielen 1 155 Frauen auf 1 000 Männer. Die Alters- und Geschlechtsstruktur der Einwohner Klaipėdas veranschaulicht Tabelle 37.

Tabelle 37 Einwohner Klaipėdas nach Alter und Geschlecht im Jahr 2001

Alter	Gesamteinwohnerzahl	Männer	Frauen	Zahl der Frauen auf 1000 Männer
	192 954	89 521	103 433	1 155
0–4	8 595	4 424	4 171	943
5–9	10 914	5 597	5 317	950
10–14	14 213	7 181	7 032	979
15–19	15 116	7 627	7 489	982
20–24	14 860	7 124	7 736	1 086
25–29	14 137	6 831	7 306	1 070
30–34	14 616	7 036	7 580	1 077
35–39	16 367	8 115	8 252	1 017
40–44	16 228	7 546	8 682	1 151
45–49	13 472	6 167	7 305	1 185
50–54	11 450	5 188	6 262	1 207
55–59	9 393	4 007	5 386	1 344
60–64	10 906	4 651	6 255	1 345
65–69	8 905	3 516	5 389	1 533
70–74	7 137	2 652	4 485	1 691
75–79	4 077	1 163	2 914	2 506
80–84	1 428	411	1 017	2 474
85–89	783	182	601	3 302
90–94	239	52	187	3 596

88 Laut Schätzungen sind im Jahr 2006 zwischen 500 000 und 700 000 Menschen aus Litauen ausgewandert. *Rzeczpospolita* vom 7.-8.10.2006, S. 6.

95–99	39	8	31	3 875
100+	14	3	11	3 667
keine Angaben	65	40	25	625
0–14	33 722	7 202	16 520	960
Menschen im Erwerbsalter	124 079	60 988	63 091	1034
Rentner	35 088	11 291	23 797	2 108

Quelle: www.std.lt (15.05.2003).

Im Jahr 2009 lebten in Klaipėda 99 441 Frauen und 83 992 Männer. Die Altersstruktur gestaltete sich wie folgt: 14 % bis 14-Jährige, 67 % 15- bis 59-Jährige und 19 % über 60-Jährige.

Im Laufe der letzten fünfundzwanzig Jahre hat sich auch die Nationalitätenstruktur der Stadteinwohner geändert. Systematisch steigt die Zahl der litauischstämmigen Bevölkerung von 61,5 % 1979 auf 71,3 % im Jahr 2001 (Tabelle 38).

Tabelle 38 Nationalitätenstruktur Klaipėdas in den Jahren 1979-2001 (in %)

Nationalität	1979	1989	2001*	2003**
Litauer	61,5	63,9	71,3	63
Russen	29,5	28,2	21,3	28,2
Ukrainer	–	3,9	2,4	–
Weißrussen	2,9	2,7	1,9	0,5
Polen	0,6	0,5	0,4	4,8
Juden	0,4	–	–	–
Deutsche	–	–	–	–

\* Andere: 1,2 %.

\*\* Andere (Deutsche, Ukrainer, Armenier, Letten und andere): 3,5 %.

Quelle: Eigene Aufstellung nach G. Błaszczuk, *Litwa współczesna*, Warszawa, Poznań 1992, S. 281; www.std.lt (5.10.2010).

In Klaipėda ist das meiste wirtschaftliche Potential der Region konzentriert. Deswegen haben nicht nur Fachleute, sondern die gesamte Bevölkerung den wirtschaftlichen Transformationsprozess nach 1990 aufmerksam verfolgt. Von einer „gesperrten“ Stadt verwandelte sich Klaipėda zu einem wichtigen Zentrum, in dem die Privatisierung, besonders der litauischen Fischfangflotte und der Fischverarbeitungscombine, vorangetrieben wurde.

Der Zerfall der Sowjetunion und der Konflikt der neuen demokratischen Regierung Litauens mit Moskau führten zum Niedergang vieler Produktionsbetriebe, denen Absatzmärkte verloren gingen.

Signifikant war diesbezüglich die „skandalöse Pleite“ des größten Fischverarbeitungsunternehmens „Jūra“ in Klaipėda 1996. Es war das spektakulärste Beispiel für Unregelmäßigkeiten bei der Privatisierung in der litauischen Wirtschaft.<sup>89</sup> Der Bankrott der Firma „Jūra“ hing unter anderem damit zusammen, dass Litauen ohne eigene Hochseeflotte nicht in der Lage war, entsprechende Mengen an Fisch für dieses riesige auf marktwirtschaftliche Prinzipien umgestellte Kombinat zu liefern. Zu Sowjetzeiten wurde der zu verarbeitende Fisch von mehr als 1000 Hochseeschiffen angelandet.

Auch der Hafen in Klaipėda, unlängst noch wichtiger Umschlagplatz für die ganze UdSSR, hat an Bedeutung verloren. Das fällt besonders bei einem Vergleich mit den Nachbarhäfen Tallin und Riga auf. Im Jahr 2000 liefen den Hafen Klaipėda 15 Kreuzfahrtschiffe an, während in Riga 41 und in Tallin sogar 100 anlegten.<sup>90</sup>

Ein wichtiges Unternehmen im Küstenbereich Klaipėdas ist die 1994 gegründete litauisch-amerikanische Aktiengesellschaft Klaipėdos Nafta, die für 17 Mio. US-Dollar einen neuen Erdölterminal errichtet hat. Dass staatliche oder private Unternehmen auf dem Hafengelände rentabel arbeiten, hat keine Auswirkungen auf die Einnahmen der Stadt. Die Gewinne werden an den Staat abgeführt (sowohl Gewinne der Staatsunternehmen als auch Steuern und Abgaben der Firmen ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse). Zwischen der Hafen- und der Stadtverwaltung besteht keine engere Kooperation (im Gegensatz zum Beispiel zu Rotterdam oder Riga, die greifbaren Nutzen daraus ziehen, dass sie Hafenstädte sind). Dies erstaunt umso mehr, als Klaipėda die einzige große Hafenstadt Litauens ist, und hat Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur, etwa die Zufahrtswege, die von Speditionsfirmen intensiv für Güterumschlag und -transport genutzt werden. Die Lage hat sich nach 2000 etwas verbessert.

Ein anderes wichtiges Element im Wirtschaftsleben der Stadt ist die dynamische Entwicklung des Produktions- und Dienstleistungssektors. In dieser Hinsicht gehört Klaipėda zu den führenden Städten des Landes. Von entscheidender Bedeutung ist der Hafencharakter der Stadt. Obwohl in Klaipėda nur 5,47 % der litauischen Bevölkerung leben, liefert die Stadt ca. 10 % der landesweiten und fast 80 % der regionalen Industrieproduktion. Die wichtigsten Produktionszweige sind Lebensmittel und Getränke (25,8 %), Tabakwaren

---

89 V. Vareikis, *Der Weg nach Westen: Die soziale und wirtschaftliche Transformation Klaipėdas nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens*, in: *Nordost-Archiv X* (2001), S. 179.

90 *Ebenda*, S. 180.

(21,7 %), elektrische Anlagen (18,6 %), Transportanlagen (14,7 %), Holzverarbeitung (7,6 %) sowie Möbel (2,7 %). Nach Angaben für das Jahr 2002 hatten 20 von den 100 größten Produktionsbetrieben Litauens ihren Standort in Klaipėda. Viele wurden mit ausländischer Beteiligung gegründet, z.B. Philip Morris, Švyturys, Klaipėdas Erdöl (Erdölterminal), Odense Steel Shipyard Ltd., Siemens, Radisson, SAS (Hotels).

Trotz relativ großer direkter Auslandsinvestitionen (1 200 US-Dollar pro Einwohner) liegt Klaipėda weit hinter der Hauptstadt Wilna zurück. Beide Städte sind die größten Wirtschaftszentren Litauens, wobei Wilna 60 % der gesamten Auslandsinvestitionen verschlingt und Klaipėda sechsmal so wenig, nämlich 11,6 % (Tab. 39). Nach Angaben für Januar 2009 betragen die direkten Auslandsinvestitionen in der Region 897 Mio. Euro. Das waren allerdings nur 9,8 % aller Auslandsinvestitionen in Litauen. In der Region waren 6 205 Unternehmen tätig, die fast 12 % des litauischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschafteten, und auf die 14 % der Ausfuhren des ganzen Landes entfielen.<sup>91</sup>

*Tabelle 39 Direkte Auslandsinvestitionen in Litauen in den Jahren 1996-2000  
(in Mio. Litas, 1 Lt = 3,45 €)*

	1996	1997	1998	1999	2000	2000 (in %)
Litauen insgesamt:	1406	2801	4162,5	6501,2	7252,1	100
Klaipėda	203,8	421	552	690,7	961,0	11,6
Wilna	534,9	1160,0	2154,7	3857,1	4992,3	60

Quelle: V. Vareikis, *Der Weg nach Westen: Die soziale und wirtschaftliche Transformation Klaipėdas nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens*, in: *Nordost-Archiv X* (2001), S. 183.

Klaipėda legte 1999 als eine der ersten Städte in Litauen seine Entwicklungsstrategie für die Jahre 2001-2010 vor. Dabei sollten fünf zentrale Prioritäten realisiert werden:

1. Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Zufluss von Investitionen und Gewerbeförderungsmitteln;
2. Ausbau der Infrastruktur zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Handwerk sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen;
3. Festigung der Stadt-Hafen-Integration;
4. Erweiterung der Wohnkapazitäten und Verbesserung ihrer Qualität;

<sup>91</sup> *Ebenda*, S. 182.

## 5. Entwicklung von Bildung, Kultur und Wissenschaft.<sup>92</sup>

Als ein wichtiger Entwicklungsimpuls erwies sich der Beitritt Litauens zur Europäischen Union. Die Wirtschaftskrise von 2008 beeinträchtigte die Wirtschaftslage. Mitte 2009 betrug die Arbeitslosenrate nach offiziellen Angaben 9 % (im Februar waren 21 800 Menschen ohne Arbeit). 2008 betrug das monatliche Durchschnittseinkommen in der Region Klaipėda 626 und das niedrigste Monatsgehalt 232 Euro, der Mindeststundensatz lag bei 1,41 Euro.<sup>93</sup>

Eine Veränderung des Stadtbildes, insbesondere der Stadtmitte, bewirkte die 750-Jahr-Feier 2002. Zu diesem Anlass wurden zahlreiche öffentliche Bauten, Straßen usw. erneuert bzw. renoviert. Ähnlich war es bei den Vorbereitungen zum 650. Jahrestag der Gründung Allensteins (im Jahr 2003) und zum 750. Stadtjubiläum Königsbergs (2005).

Wesentlich beeinflusst wird die Entwicklung Klaipėdas durch den starken, mit Wilnas beherrschender Stellung zusammenhängenden Zentralismus. Dieser tritt auch im Verhältnis Kaliningrads zu Moskau und Olsztyns zu Warschau auf, ist jedoch im Falle Klaipėdas besonders sichtbar. Klaipėda erhält zum Beispiel weniger Mittel aus dem Zentralhaushalt, als es an Steuern und anderen Leistungen einzahlt. Gemäß dem Investitionsprogramm sollte Wilna 2002–2004 insgesamt 52 % der Investitionen erhalten, die für die Entwicklung aller litauischen Städte bereitgestellt wurden. Auf Klaipėda entfielen lediglich 2,2 %. Das Durchschnittseinkommen der leitenden Angestellten in der Wirtschaft ist in Wilna doppelt so hoch wie in Klaipėda, ein Handelsvertreter in der Hauptstadt verdient genauso viel wie der Bürgermeister von Klaipėda. Als besonders schmerzhaft für die Klaipėdaer erwies sich der Umzug der Geschäftsführung des hier hoch geschätzten Brauereiunternehmens Švyturys nach Wilna; im Stammhaus blieb nur das technische Personal.<sup>94</sup> All diese Umstände haben Auswirkungen auf den Wandel der städtischen Sozialstruktur. Es gibt in Klaipėda keine breite Mittelschicht; vorherrschend sind darunter liegende Bevölkerungsgruppen, die in Plattenbausiedlungen aus der Sowjetzeit wohnen, Gebrauchtwagen fahren und sich in der Regel keine Luxus- oder Markenartikel leisten können. Daher gibt es in der Stadt mit knapp 200 000 Einwohnern nur ein kleines Kaufhaus, das im Vergleich zu Wilna oder Olsztyn ein bescheidenes Warenangebot führt. In Klaipėda wurden auch wenige Einfamilienhäuser gebaut. Bei einem Spaziergang durch die Stadt fällt auf, dass zwar viele Gebäude renoviert worden sind, aber keine neuen Inves-

---

92 [www.klaipeda.lt](http://www.klaipeda.lt) (2.02.2008). Vgl. auch: E. Budakowska, *Spoleczno-kulturowe relacje transgraniczne Klaipedy w swietle przemian miasta portowego*, in: *Transgraniczność w perspektywie socjologicznej. Komunikaty i komentarze*, pod red. M. Zieleńskiej, Bd. 2, Zielona Góra 2003, S. 75-86.

93 [www.investinklaipeda.com](http://www.investinklaipeda.com) (15.09.2010).

94 V. Vareikis, *Der Weg nach...*, S. 184 f.

tionen getätigt wurden. Symbol der „Ohnmacht“ ist ein Hochhaus in K-Form (für „Klaipėda“), an dem seit längerer Zeit im Stadtzentrum gebaut wird. Dies erinnert an Kaliningrad, wo seit Jahrzehnten die Ruine des nicht fertig gestellten Hauses der Räte abschreckt.

Nach Ansicht eines Befragten gilt für die Zukunft wie für die Jetztzeit: „Klaipėda muss auf seine eigenen Kräfte und Mittel zählen. Wilna saugt das Beste alles auf, nicht nur aus unserer Stadt, sondern aus ganz Litauen“ (K-19).

Wichtig für das heutige Litauen sind nach Vygantas Vareikis' Ansicht drei Großstädte: „die Hauptstadt Vilnius, die die staatliche Tradition des Großfürstentums Litauen symbolisiert; die provisorische Hauptstadt der Zwischenkriegszeit Kaunas, die als Symbol die litauische Nation und die fortbestehende Staatlichkeit Litauens aus der Zeit zwischen den Kriegen verkörpert; und schließlich Klaipėda als Hafenstadt mit deutscher historischer Vergangenheit und Tradition.“<sup>95</sup>

Der bekannte litauische Dichter Tomas Venclova, geboren 1937 in Klaipėda und Freund von Czesław Miłosz, hält die Stadt für einen wichtigen Ort. Als Hitler Klaipėda 1939 Litauen geraubt hatte, wanderten die meisten Litauer, die aus Großlitauen hergekommen waren, aus – auch sein Vater Atanas, Lehrer für litauische Literatur am örtlichen Gymnasium. T. Venclova schreibt: „(...) ich wohnte in Klaipėda nur meine beiden ersten Lebensjahre, aber ich mag diese Stadt, habe ein wenig über sie geschrieben.“<sup>96</sup>

Venclova charakterisiert seinen Klaipėdaer Lokalpatriotismus so: „Ich erinnere daran, dass diese Stadt zerstört worden, dass die alte Architektur von Klaipėda verschwunden ist... Jedoch ist die Landschaft selbst geblieben, geblieben ist die Ostsee, dunkel, kalt, undurchsichtig, schrecklich. Nach dem Krieg ragten da unzählige Schiffswracks aus dem Wasser und nicht nur von Kriegsschiffen. Alles war zerstört, außerdem Grenzgebiet, in das man schwer hineinkam. Später änderte sich dann alles, aber dieser zerstörte Hafen von Klaipėda (und der andere litauische Hafen – Šventoji), die vom Wind durchwehten Ufer der Ostsee, sind die mir am meisten vertraute Landschaft geblieben.“<sup>97</sup>

Für Leonidas Donskis ist „Klaipėda (...) im Litauen der Gegenwart zum Inbegriff des westlichen offenen Raums geworden. Mehr als ein litauischer Politiker und Journalist bezeichnen Klaipėda unverhüllt als Hochburg des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus in Litauen. Nicht selten kann man in der Presse sogar auf Überlegungen über die Zweckmäßigkeit einer Verlagerung der Hauptstadt von Vilnius nach Klaipėda stoßen (...).

---

95 *Ebenda*, S. 184.

96 Zitiert nach: J. Haszczyński, *Podstęp...*

97 Zitiert nach: C. Sinnig, *Fluchtpunkt Klaipėda – Litauische Literaten im Klaipėda der 30er Jahre*, in: *Nordost-Archiv X* (2001), S. 304.

Mir, der ich in Klaipėda geboren und aufgewachsen bin, erscheinen solche Überlegungen oft etwas visionär und von der Lebenswirklichkeit der Stadt entfernt. Das Leben jeder Stadt verfügt über eine Kontinuität, die in die Steine, Mauern, Gebäude und vor allem ins Gedächtnis der Menschen eingeschrieben ist. Ich erinnere mich gut an das Klaipėda der Sowjetzeit, weil ich dort meine Kindheit und meine Studienzeit verlebt habe. Aber auch damals verstand ich, dass etwas sehr Wichtiges aus dem Lebensalltag dieser Stadt verschwunden war. Jetzt ist mir klar, dass dieses ‚Etwas‘ die alten Einwohner gewesen sind, die sich an das alte deutsche, litauische und jüdische Klaipėda der Zwischenkriegszeit hätten erinnern können. Das im Zweiten Weltkrieg zerstörte und danach durch sowjetische Neuansiedler wieder aufgebaute Klaipėda wurde zu einer Stadt, die die Auferstehung zu neuem Leben imitierte – wie wohl viele Städte mit ähnlichem Schicksal in der ehemaligen Sowjetunion und anderen ‚Volksdemokratien‘. Klaipėda verlor die Klaipėdaer, d. h. die alten Einwohner und kulturellen Gemeinschaften, in deren Gedächtnis und Alltag eine Stadt sich ständig neu erkennt und mit Sinn erfüllt wird.<sup>98</sup>

Für Venclova ist Klaipėda auch stark verbunden mit dem Mythos des verlorenen Kleinlitauens, des nun im Kaliningrader Gebiet liegenden Preußisch-Litauen: „Vom Anschluss des Kaliningrader Gebiets an Litauen träumt fast jeder Litauer. Selbst ich, ich sage es offen, träume davon ab und zu tief im Innern, aber ich bin ein politischer Realist und meine, diese Chance wurde für immer vertan. Daraus wird nichts.“ Er bemerkt aber zugleich: „Alles weist darauf hin, dass die Idee der vierten baltischen Republik jetzt nicht real ist. Vielleicht wird das in einigen Jahrzehnten kein Tabuthema mehr sein. Schließlich ist es eine Enklave. Es verhält sich etwas so wie mit England und Australien. In Australien wird Englisch gesprochen, das Land fühlt sich England verbunden, hat aber seine kulturelle Eigenart, hat Aborigines, so wie das Kaliningrader Gebiet die alten Prußen hatte und nun die Litauer hat. Das heißt, es ist immerhin ein anderes Land, von niemand daran gehindert, solche Beziehungen zu England zu unterhalten, wie es will. Vielleicht wird es im Laufe der Zeit auch mit Kaliningrad so, was ja der *klügste Ausweg* [Hervorhebung von A. S.] für Russland und Kaliningrad wäre.“<sup>99</sup>

Auf den durchschnittlichen Litauer oder Klaipėdaer machen obige, wenn auch interessante Überlegungen keinen größeren Eindruck. Nach Einschätzung der Einwohner anderer litauischer Regionen ist Klaipėda sowohl „das Fenster Litauens zur Welt“ oder die „Hauptstadt Westlitauens“ als auch „die am stärksten sowjetisierte und russische Stadt in Litauen“ sowie das „größte Junkie-Zentrum“<sup>100</sup>, eine

---

98 L. Donskis, *Klaipėda auf der Landkarte des modernen Gedächtnisses. Ein Essay über die Identitätssuche in einer Stadt des 21. Jahrhunderts*, in: *Nordost-Archiv* X (2001), S. 369.

99 Zitiert nach: J. Haszczyński, *Marzenia o Malej Litwie*, in: *Rzeczpospolita* vom 24.09.1997, S. 7.

100 In Klaipėda lebt die Hälfte aller HIV-Infizierten Litauern, [www.klaipeda.lt](http://www.klaipeda.lt) (6.11.2008).

„gesichtslose sowjetlitauische Stadt auf deutschen Trümmern“, in der es „keine einzige offene Kirche“<sup>101</sup> gab. Es ist ein „Provinzkaff, von Korruption zerfressen“ und „bis vor kurzem ein Sperrgebiet versoffener Sowjetruppen“.

Diese differenzierten Beurteilungen stehen im Widerspruch zum Bild der Einwohner, die die Stadt eindeutig positiver wahrnehmen. Hier einige typische Aussagen: „es ist ein guter Ort zum Leben“; „hier wohnen nette Menschen, die sich hier zu Hause fühlen“; „es ist vielleicht etwas langweilig hier, dafür aber vertraut“; „im Sommer ist es nicht weit zum Meer und anderen Attraktionen“; „es ist eine Stadt vieler Kulturen, ohne besondere nationallitauische Aufgeblasenheit“; „zwar gibt es hier wenige Intellektuelle, aber die Universität, das ist auch schon was“.

Das heutige Klaipėda ist eine multikulturelle Stadt<sup>102</sup>, die sich mühsam – wie andere Städte im ehemaligen Ostpreußen – eine eigene Identität aufbaut<sup>103</sup> und dabei meist ihrer beschränkten „Größe“<sup>104</sup> bewusst ist. Auf die Frage, ob Litau-

---

101 In Klaipėda gab es in der Zwischenkriegszeit neun Kirchen verschiedener Konfessionen, nach dem Krieg noch drei, die aber bald abgerissen wurden.

102 Ausdruck dessen war eine interessante Ausstellung in der Stadtgalerie Klaipėda: *Von der Grenzstadt hinaus in die Welt. Juden in Memel/Klaipėda* (25.09.-20.12.2005). Die Ausstellung zeigte neben der allgemeinen Geschichte dieser Bevölkerungsgruppe auch Einzelschicksale.

103 Ein Beispiel ist die in Klaipėda allgemein bekannte Geschichte eines sowjetischen U-Bootkommandanten, des Litauers Jonas Pleškys, der 1961 sein U-Boot samt Besatzung nach Schweden entführte und vom Kurs Klaipėda-Tallin abwich. Das sowjetische Militärgericht verurteilte den Kapitän in Abwesenheit zum Tode durch Erschießen. Mit Hilfe des CIA kam Pleškys zunächst nach Guatemala, um sich später in den USA niederzulassen. Sein Schicksal lieferte den Stoff für Tom Clancys' bekanntes Buch *Jagd auf Roter Oktober*, die Vorlage des Drehbuchs für den Welterfolg *The Hunt for Red October*. In diesem 1989 in den USA vom Regisseur John McTiernan gedrehten Actionfilm spielte unter anderen Sean Connery.

104 Wegen ihres kleinen Staatsgebietes, beschränkter finanzieller Möglichkeiten und fehlender moderner Kampfflugzeuge haben die Regierungen Litauens, Lettlands und Estlands bei der NATO, deren Mitglieder sie im Frühling 2004 geworden sind, den Schutz ihres Luftraums beantragt. Die NATO willigte ein und hat die Verantwortung übernommen. Alle paar Monate wechseln sich die einzelnen Bündnismitglieder im litauischen Luftstützpunkt Zokniai bei Šiauliai (Schaulen) ab. So waren Belgier, Dänen, Deutsche und US-Amerikaner dort bereits stationiert. Ab Januar 2006 wurden die baltischen Republiken drei Monate lang von vier Jagdflugzeugen des Typs Mig 29 vom 1. Taktischen Luftwaffengeschwader in Mińsk Mazowiecki beschützt. In Zokniai wohnten sechs polnische Piloten, vier Navigatoren, zehn Staboffiziere und vierzig Mechaniker und Spezialisten, u. a. für Logistik und Meteorologie. Vier polnische Offiziere taten Dienst im Kommando der Flugkontrolle in Karmėlava bei Kaunas, von wo der Luftraum der drei baltischen Republiken überwacht wird. Polen war das erste Bündnismitglied, das einst dem kommunistischen Block angehört hatte und nun ersucht wurde, den Luftraum dieser Staaten

en am Komplex des kleinen Volkes leide, antwortete die Schriftstellerin Renata Šerelyte: „Ja, es hat den Komplex des kleinen, abgeschotteten Volkes. Manchmal fällt uns schwer, den ‚wohlmeinenden‘ Messianismus großer Nationen zu ertragen. Die litauische Identität ist gemischt, dazu zwang die geographische Lage. Hier kreuzen sich verschiedene Wege und Charaktere. Aber etwas muss diese Mentalität ja haben, wo doch das litauische Volk verschiedene Besatzungen überdauert hat. Auch die litauische Sprache hat sich bewahrt – eine kleine Insel im Ozean der slawischen Sprachen.“<sup>105</sup>

---

zu schützen. Mitte September 2005 kam es zu einem schwerwiegenden Zwischenfall, bei dem ein russisches Jagdflugzeug auf litauisches Territorium abstürzte. Der Fall wurde in Litauen viel diskutiert, auch von meinen Befragten während der Feldforschungen in Klaipėda im Oktober 2005. Damals war die Bundeswehr für die Überwachung des litauischen Luftraums zuständig. Schon zuvor hatten russische Flugzeuge oft den Luftraum der baltischen Staaten verletzt, indem sie pausenlos über der Ostsee von Russland nach Kaliningrad entlang der Grenzen dieser drei Länder flogen. Dem Kommuniqué des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation vom 15. September 2005 zufolge war das russische Jagdflugzeug des Typs SU-27 im Bezirk Šakiai, 50 km westlich von Kaunas, abgestürzt. Der Pilot Trojanow rettete sich rechtzeitig mit dem Schleudersitz. Im Kommuniqué der russischen Militärführung ist zu lesen: „Eine Gruppe von Flugzeugen aus dem Bestand der VI. Armee der Luftstreitkräfte und der Luftabwehr Russlands flog zu einem Flugplatz im Kaliningrader Gebiet. Unterwegs signalisierte der Pilot eines SU-27-Jagdflugzeugs Orientierungsverlust. Ursache war vermutlich eine Störung der Navigationsgeräte. Als dem Flugzeug der Treibstoff ausgegangen war, katapultierte sich der Pilot heraus“, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (22.09.2005). Nach Ansicht der Litauer haben die deutschen Piloten zu langsam reagiert, als die orientierungslose Suchoi im September Litauen überflog. Ihre F-14 sind in Zokniai erst acht Minuten nach dem ohnehin verspäteten Alarm der Litauer gestartet. Ehe die Deutschen vor Ort waren, stürzte das russische Flugzeug ab. Nach diesem Zwischenfall erklärte der litauische Verteidigungsminister, das von den russischen SU-27 angeflogene Kaliningrader Gebiet sollte entmilitarisiert werden. Meine Klaipėdaer Befragten erboste vor allem, dass russische Diplomaten gleich nach der Katastrophe an die Absturzstelle kamen und die unverzügliche Auslieferung des Piloten verlangten, „als ob Litauen kein souveräner Staat wäre. Sie befahlen wie zu Sowjetzeiten“ (K-7). Weitere Einsätze am selben Ort nahmen polnische Piloten 2006 (41. Taktisches Luftwaffengeschwader aus Malbork) und 2010 (erneut das Geschwader aus Mińsk Mazowiecki) wahr, und zwar im Rahmen der NATO-Mission zur Überwachung des Luftraums der baltischen Staaten *Air Polcing*. A. Gołąbek, *Trening przed Litwą*, „Lotnictwo z Szachownica“ 2010, Nr. 2, S. 42 f.

105 Samogon z żyta. Rozmowa z litewską pisarką Renatą Šerelyte, in: *Polityka* 2006, Nr. 31, S. 67.

## 2. Die Exklave Kaliningrad

Nach dem Systemwandel 1989/1990 in Polen, Litauen und anderen ostmitteleuropäischen Staaten sowie dem späteren Zerfall der Sowjetunion stieg das allgemeine Interesse an Gegenwart und Zukunft des Kaliningrader Gebiets sowohl in Russland als auch in vielen anderen Ländern. Eine Reihe politischer, strategisch-militärischer und wirtschaftlicher Aspekte hat dabei europäische Dimension. Für diese Problematik interessieren sich Regierungskreise sowie politische Parteien oder auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisationen, insbesondere in Ländern wie Deutschland, Polen, Litauen, Schweden, Lettland, Estland oder Weißrussland.

Nach dem Wegfall ostmitteleuropäischer Satellitenstaaten der Sowjetunion ist das Kaliningrader Gebiet das westlichste Territorium Russlands. Gegen den Willen der Regierungen in Moskau und Kaliningrad sowie der Bevölkerung wurde dieses Land von einem Tag auf den anderen zu einer „Insel“, die vom „Vaterland“ abgetrennt ist. Für die Nachbarländer, das demokratische Polen und das unabhängige Litauen, ist es die einzige Grenze zu Russland. Für das im Demokratieaufbau befindliche Russland bleibt die Oblast der westlichste Militärstützpunkt, der über Kernwaffen verfügt. Die neue geopolitische Lage der Region stellte die lokalen Behörden und die Einwohner vor ein neues Dilemma: Soll sich Kaliningrad zu einem Gibraltar (britischer Militärstützpunkt an der Grenze zu Spanien), einem Guantanamo (amerikanische Militärbasis auf Kuba) oder gar einem Hongkong (seit kurzem Teil der Volksrepublik China, aber mit Sonderstatus) entwickeln?

Vom Kernterritorium Russlands wird das Kaliningrader Gebiet im Norden und Osten durch Litauen (Grenzlänge: 280,5 km) und Weißrussland abgetrennt; im Süden grenzt es an Polen (231,9 km). Die Ostsee markiert die Westgrenze (183,6 km). Durch ihre geographische Lage hat die Region, besonders nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991, eine besondere Bedeutung für Russland. Die Nähe zu anderen europäischen Staaten, eisfreie Seehäfen sowie das gut ausgebaute Verkehrsnetz verleihen ihr eine wichtige strategische und wirtschaftliche Bedeutung.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems, insbesondere der Zerfall der Sowjetunion, erzwangen eine neue Debatte über Status und Zukunft der Region fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Zwischen Kaliningrader und Moskauer Behörden zeichneten sich damals gravierende Interessengegensätze ab, was den Umfang der politischen und wirtschaftlichen Autonomie des Gebiets angeht. In Polen, Litauen und Deutschland wurden lebhaft Diskussionen über Königsberg geführt, nicht zuletzt über die Frage einer Grenzrevision. Entsprechende Forderungen wurden von verschiedenen Kreisen

in den einzelnen Ländern vorgebracht. Charakteristisch für die Politik gegenüber der Oblast war eine Zweigleisigkeit. Die offiziellen Regierungserklärungen der Länder stimmten nicht mit Programmen und Erklärungen verschiedener regierungsunabhängiger Gruppierungen überein. Nach dem Zerfall der UdSSR wurden in vielen Ländern Varianten zur Änderung des bestehenden Status quo durchgespielt.

Russische Wissenschaftler, K. K. Gimbizki und J. M. Swerjew, erwogen zu Beginn der neunziger Jahre acht manchmal völlig unrealistische Varianten zur Zukunft der Enklave:

1. Erhalt der Oblast als Teil der Russischen Föderation mit dem heute geltenden Statuts;
2. Aufwertung des Oblast-Status durch Umwandlung in eine Republik oder Einräumung zusätzlicher Vollmachten für die Regionalverwaltung;
3. Übergabe des Kaliningrader Gebiets an Polen oder Litauen;
4. Rückgabe der Enklave an Deutschland;
5. Größere Unabhängigkeit der Oblast bei einem Verbleib in der Russischen Föderation;
6. Wiederherstellung eines souveränen Ostpreußens auf dem ehemals preußischen Territorium, das derzeit zu Russland, Polen und Litauen gehört;
7. Bildung eines Kondominiums unter Federführung etwa Polens, Litauens, Russlands, Deutschlands bzw. der Europäischen Union;
8. Umwandlung der Enklave in einen weiteren baltischen Staat (neben Litauen, Lettland und Estland).<sup>106</sup>

## Russland

Vitales Interesse hatten die Regierungen in Moskau und Kaliningrad am Erhalt der bestehenden Ordnung. Spielte man noch im ausgehenden Sowjetimperium verschiedene Varianten zu diesem Gebiet durch (Gorbatschows Konzept zur Masseneinwanderung Russlanddeutscher und Anknüpfung enger Beziehungen zu Deutschland oder auch der Jelzins Vorschlag – vor seiner Machtübernahme – mit Plänen zu einer Übergabe des Gebiets an Polen), so wurden später in Kaliningrader und Moskauer Regierungskreisen nur Auseinandersetzungen um Kompetenzen und Charakter des Gebiets geführt. Generell stießen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zwei Konzepte aufeinander.

1. Beibehaltung des militärischen Charakters bei geringfügigen strukturellen Änderungen und weiterhin engen Kontakten zur Russischen Föderation –

---

<sup>106</sup> Vgl. A. Sakson, *Problem terażniejszości i przyszłości Okręgu Kaliningradzkiego (Królewca) w polityce europejskiej*, in: *Europa* 1994, Nr. 1, S. 23-31.

Hauptbefürworter dieses Konzepts waren bestimmte Kreise in Moskau (vornehmlich militärische und rüstungsindustrielle Lobby);

2. Errichtung einer neuen Wirtschaftszone als Vorposten für den Wandel in ganz Russland. Dieses Konzept sah eine weitgehende politische und wirtschaftliche Autonomie vor.

Geplant war ein „kontrollierter“ Zufluss ausländischen Kapitals. Im Extremfall würde diese Entwicklung zur Schaffung einer neuen, lose mit der Russischen Föderation assoziierten, baltischen Republik führen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde das Kaliningrader Gebiet zum wichtigen Element im politischen Spiel, das Russland auf mehreren Ebenen führt. Für die Moskauer Politiker war es ein Trumpf in den Verhandlungen mit Polen (enorme Konzentration von Streitkräften, die potentiell Polens Sicherheit gefährden können), mit Litauen (Erpressung in Gesprächen über den Rückzug russischer Truppen aus diesem Land bzw. bei der Frage der Roh- und Kraftstofflieferungen) und mit Deutschland (Eindämmung der Auswanderungswelle aus Russland nach Deutschland, atomare Abrüstung usw.). Auch gegenüber Lettland, Estland, Schweden und Weißrussland ist die Oblast ein entscheidendes Element des politischen Spiels zur Erhaltung eines möglichst großen Einflussbereichs in der Region.

Die Politiker in Moskau und Kaliningrad verwarfen verschiedene Projekte zur Umwandlung der Oblast in ein Kondominium mit Beteiligung Dänemarks, Schwedens, Polens und der USA bzw. in eine deutsch-russische „Republik Königsberg“ oder ein „Luxemburg an der Ostsee“.

Die russische Führung ist sich darüber im Klaren, dass wirtschaftliche Lage und Infrastruktur im Kaliningrader Gebiet und Lebensstandard und -qualität der Einwohner nicht bleiben können wie sie sind. In der Nachkriegszeit war die Entwicklung der Oblast in erster Linie militärstrategischen Zielen untergeordnet (das Gebiet war eine der vielen militarisierten „Sperrzonen“). Besonderes Augenmerk galt damals der Entwicklung der Infrastruktur und dem Ausbau der Militärstützpunkte besonders der Kriegsflotte. Dies führte dazu, dass viele Möglichkeiten (Industrie, Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Erholung) nicht einmal ansatzweise genutzt wurden.

Neu auf der politischen Bühne des Kaliningrader Gebiets waren politische Kräfte, die den Standpunkt vertraten, der Oblast sei der Bezirk Klaipėda anzuschließen, der „zu Unrecht“ Teil Litauens geworden sei (bis 1920 gehörte das Memelland zum damaligen Ostpreußen).<sup>107</sup>

---

107 Vgl. J. Paleckis, V. Plačkaitis, *Obwód Kaliningradzki – stan i perspektywy. Stanowisko litewskie*, in: *Przegląd Zachodni* 1993, Nr. 3, S. 31-38.

## Litauen

Das einzige Land, dessen offizieller Vertreter Territorialansprüche auf das Kaliningrader Gebiet erhob, war Litauen. Im März 1992 stellte der damalige Botschafter Litauens in den USA, Stasys Lozoraitis, in einem Gespräch mit der konservativen Zeitung „Lietuvos Aidas“ fest: „Eines Tages, freilich nicht morgen oder übermorgen, mag Kaliningrad Teil Litauens werden“. Er bezeichnete die Oblast als litauisches Karaliaučius (Königsberg) und bemerkte ferner: „Niemand wünscht sich die Deutschen. Weder Frankreich noch Polen wollen sie dort. Wir müssen in dieser Sache energischer vorgehen als bisher.“ Diese Äußerung war kein Einzelfall. Sowohl litauische Emigranten als auch ein Teil der national ausgerichteten politischen Parteien Litauens verlangten den Anschluss der gesamten Oblast an Litauen. Dabei bediente sich man historischer Argumente bezüglich Kleinlitauens bzw. Preußisch-Litauens.<sup>108</sup>

Der Kollaps der UdSSR und der Ordnung von Jalta schürten in Litauen Illusionen, es könnte zu einer gesamteuropäischen Friedenskonferenz kommen, die neue Grenzkorrekturen vornähme. Im Falle Litauens wäre es um die Rückforderung von Teilen des Kaliningrader Gebiets gegangen.

Diese Konzepte werden von ernstzunehmenden politischen Kräften des Landes, insbesondere konservativen Parteien, nach wie vor diskutiert, die bis vor kurzem Litauen als „Großmacht gegenüber dem Kaliningrader Gebiet“ ansahen.

Übergeordnetes Ziel Litauens war es, den Rückzug der russischen Truppen zu veranlassen, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die meisten abgezogenen Truppen im benachbarten Kaliningrader Gebiet stationiert werden würden. Wohnungen für diese Soldaten in der Oblast bauten litauischen Firmen aus Mitteln, die größtenteils von der Wilnaer Regierung bereitgestellt wurden.

Die Regierung Landsbergis verhielt sich in den Verhandlungen mit den Russen über die Beziehungen zum Kaliningrader Gebiet weitgehend zurückhaltend. Diese Fragen werden durch ein Abkommen zwischen Litauen und Russland vom 29. Juli 1991 geregelt, das in einer Zusatzvereinbarung auch den Beziehungen zwischen Litauen und dem Kaliningrader Gebiet besondere Bedeutung beimisst. Damals war es eher ungewöhnlich, dass der junge litauische Staat besondere Beziehungen zu einem Gebiet anknüpft, das Teil Russlands ist. Es war dies ein Kompromiss und der Preis, den Litauen für die Anerkennung seiner Unabhängigkeit durch Russland zu zahlen bereit war, und zwar drei Wochen vor dem Moskauer Putsch im August.

Der für fünf Jahre geschlossene Vertrag sah die Anerkennung der Unantastbarkeit bestehender Grenzen und die Aufnahme von Verhandlungen über den detaillierten Grenzverlauf vor.

---

108 Vgl. J. Paleckis, *Aus litauischer Sicht*, in: *Königsberg/Kaliningrad unter europäischen Perspektiven*, hrsg. von E. Müller-Hermann, Bremen 1994, S. 115-128.

Die neue litauische Führung mit dem Staatspräsidenten Brasauskas an der Spitze stellte bei einem Treffen in Wilna Ende 1992 eine andere, pragmatische Auffassung von den Beziehungen zum Kaliningrader Gebiet zur Schau. Während der Gespräche mit dessen führenden Politikern nutzten die Litauer die Transitabhängigkeit (hauptsächlich der Energieträger und Lebensmittelversorgung) des Kaliningrader Gebiets von Litauen aus, um die Russen unter Druck zu setzen. Die Frage einer Zugehörigkeit dieses Gebiets zu Litauen blieb unberührt. Man war sich der Schwäche des eigenen Staats und der nach wie vor bestehenden Abhängigkeiten von Russland bewusst.

In Litauen waren folgende Meinungen vorherrschend, was die Einschätzung der künftigen Entwicklung der Lage im Kaliningrader Gebiet angeht:

1. Der Verlauf der politischen Entwicklung in der Oblast geht dahin, dass das Kaliningrader Gebiet immer mehr an wirtschaftlicher und politischer Selbstständigkeit gewinnt, bis eine vierte „baltische Republik“ begründet wird. Deswegen unterstützten die Befürworter dieser Option alle noch so kleinen Bestrebungen der Vertreter des Kaliningrader Gebiets, sich gegenüber Moskau selbständiger zu machen. Sie wollten auf diese Weise, durch die Unabhängigkeit der Oblast, vor allem die Gruppe der baltischen und skandinavischen Staaten stärken. Sie befürchteten den Einfluss Polens und vor allem Deutschlands.
2. Die zweite, bedeutend größer Gruppe von Politikern vertrat die Meinung, der Status der Oblast könne nur im Einvernehmen mit Russland geändert werden. Da dies, ihrer Ansicht nach, nicht Russlands Zielen entspricht, seien keine wesentlichen Änderungen im Status des Kaliningrader Gebiets zu erwarten.
3. Eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Politikern strebte den Anschluss (mit friedlichen Mitteln) des Kaliningrader Gebiets an Litauen an. Sie vertraten die Ansicht, ein relativ schwaches Litauen, das im Gegensatz zu den großen Nachbarn für niemand eine Gefahr darstellen könne, könnte das Problem dieses Gebiets am effektivsten lösen, um die Stabilität in Europa zu wahren.<sup>109</sup>

## Deutschland

Die deutsche Politik gegenüber dem Kaliningrader Gebiet wie gegenüber allen ehemals kommunistischen ostmitteleuropäischen Staaten war vage und unbestimmt. So gab es keine offiziellen Regierungsunterlagen, die diese Politik, ihre Bestrebungen und Ziele präzisiert hätten.

Unter Fachleuten herrschte die Überzeugung vor, die aktuelle deutsche Ostmitteleuropapolitik werde generell auf zwei Ebenen betrieben:

<sup>109</sup> A. Sakson, *Problem terażniejszości...*, S. 27.

1. Die offizielle Regierungspolitik: Sie war und ist generell zurückhaltend und trachtet danach, die herrschenden Gegebenheiten und das jeweilige Kräfteverhältnis auf der internationalen Bühne zu berücksichtigen. So hielten etwa die damaligen Bonner Politiker dafür, dass die potentiellen deutschen Interessen im Kaliningrader Gebiet zu „opfern“ seien, um übergeordnete Ziele zu erreichen, zu denen unter anderem das Bestreben gehörte, das deutsch-russische Verhältnis nicht zu belasten, um den Rückzug der russischen Truppen aus Deutschland nicht zu stören.
2. Die Politik verschiedener regierungsunabhängiger Organisationen und Gruppierungen, die mehr oder weniger mit Zustimmung der Bonner und später Berliner Regierungsstellen versuchten, eine „ganze Palette“ von Absichten gegenüber Osteuropa, folglich auch gegenüber dem Kaliningrader Gebiet, zu analysieren und zu verwirklichen. Diese Organisationen, beispielsweise Bund der Vertriebenen (BdV), werden aus Bundesmitteln finanziert.<sup>110</sup>

Übergeordnetes Ziel der deutschen Kaliningradpolitik ist die Schaffung eines möglichst weiten Einflussbereichs in diesem Raum, der bis 1945 die deutsche Ausfallbasis Richtung Nordosten darstellte.

Deutschland, beansprucht von den Problemen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung und eingedenk der Notwendigkeit guter Beziehungen zu Russland, ließ keine größeren politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten im Kaliningrader Gebiet erkennen. In dieser Hinsicht viel aktiver waren verschiedene regierungsunabhängige Organisationen. Wilfried Böhm (damals CDU-Bundestagsabgeordneter) und Ansgar Graw, ein dem BdV und der Landsmannschaft Ostpreußen nahestehender Journalist, umrissen in ihrem 1993 herausgegebenen Buch *Königsberg morgen. Luxemburg an der Ostsee* die Ziele der deutschen Politik gegenüber der Oblast wie folgt: „Der Gedanke ist revolutionär, aber doch längst nicht mehr utopisch: Vor rund 800 Jahren wurde der Deutsche Orden vom polnischen Herzog Konrad von Masowien ins spätere Ostpreußen gerufen. Wird sich diese Ostsiedlung, den Umständen der Zeit entsprechend modifiziert, wiederholen? Damals brachten die deutschen Pioniere den Eisenpflug, heute könnten es Micro-Chips und modernes Management sein.“

Als Mittler zwischen Ost und West, als Rekonstrukteure alter europäischer Brücken, kommen vor allem, hoffentlich nicht ausschließlich, die Vertriebenen mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen in Frage“ (S. 210).

Rechte Gruppierungen sowie politische Kräfte um den Bund der Vertriebenen verfolgten ab 1990 nachdrücklich ihre eigene Kaliningradpolitik (und versuchten

---

110 D. Bingen, *Das Gebiet Kaliningrad (Königsberg): Bestandsaufnahme und Perspektiven. Deutsche Ansichten*, Köln 1993 (Berichte des Instituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, 21 u. 25); ders., *Obwód Kaliningradzki i perspektywy współpracy europejskiej*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2 (1996), S. 247-254.

Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen). Ihr Hauptanliegen war ein möglichst großes Engagement Deutschlands in dieser Region, was in Zukunft eine Unterordnung der Oblast unter die deutschen Interessen zur Folge haben sollte. Als Brückenkopf für die Verwirklichung dieser Pläne erachteten sie das Bestreben, aus dem Kaliningrader Gebiet ein wichtiges Sammelbecken der Russlanddeutschen zu machen. Denn eine große Ansammlung Deutscher könnte in Zukunft dazu dienen, eine „Internationalisierung“ oder die Schaffung eines „autonomen deutschen Bezirks“ zu fordern.

In Deutschland gab es und gibt es nach wie vor zahlreiche Institutionen und Gremien, die sich mit der Zukunft des Kaliningrader Gebiets beschäftigen (angefangen von einer CDU-Parlamentariergruppe bis hin zu verschiedenen Stiftungen, z.B. Stiftung Königsberg). Kurios mutet an, dass es in Deutschland nach wie vor den „Preußischen Nationalkongress“ gibt, der als Ersatz für die „preußische Regierung“ stehen soll.

Vorherrschend bei den in Deutschland angestellten Überlegungen zur Zukunft der Oblast war und ist die sog. „europäische Option“. Danach sollen die langfristigen Interessen Deutschlands mit Hilfe „europäischer“ Lösungen erreicht werden. Starken Widerhall finden daher beispielsweise Konzepte zur Schaffung einer „Euroregion Königsberg: internationales Kondominium“ bzw. einer Freihandelszone im Kaliningrader Gebiet (z. B. Konzepte von einem „Hongkong an der Ostsee“ oder „Luxemburg an der Ostsee“).<sup>111</sup>

## Polen

Kennzeichnend für das Interesse politischer Kreise in Polen an der Problematik des Kaliningrader Gebiets waren die am 11. Januar 1992 in Warschau veranstalteten Beratungen unter der Überschrift „Königsberg 1992. Versuch einer Diagnose“. Organisatoren dieser Diskussionsrunde waren das Zentrum für Internationale Studien beim polnischen Senat und die Stiftung Polen in Europa (Polska w Europie).

Jerzy Bahr, der damalige Botschaftsrat an der polnischen Botschaft in Moskau und spätere polnische Generalkonsul in Kaliningrad, bemerkte damals, unabhängig von dem enormen Ausmaß des Wandels in Europa, besonders in Mittel- und Osteuropa, gebe es auf unserem Kontinent kein anderes Gebiet, das „brutal gesagt, historisch und geopolitisch so sehr Niemandsland wäre und zugleich so rasche geopolitische Lösungen oder zumindest die Vergegenwärtigung verschiedener Optionen erforderte.“<sup>112</sup>

111 Vgl. A. Sakson, *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego. Aspekty polityczne i kwestie bezpieczeństwa europejskiego*, in: *Przegląd Zachodni* 3 (1993), S. 49-68.

112 Vgl. A. Sakson, *Kaliningrad und Europas Sicherheit. Ein polnischer Standpunkt*, in: *WeltTrends* 2 (1994), S. 62-70.

Nach Ansicht von Jerzy M. Nowakowski, dem damaligen Direktor des Zentrums für Internationale Studien, könnte das Schicksal des Kaliningrader Gebiets zur politischen Frage ersten Ranges werden. Er verwies auch auf einige entscheidende Merkmale der politischen Lage des kleinen Gebiets:

- nach dem Zerfall des einheitlichen Sowjetstaates ist die Rolle des Kaliningrader Gebiets hochgradig unbestimmt;
- bisher war Königsberg als Teil der Sowjetunion bekanntermaßen ein Moskauer  *pied-à-terre* in Europa;
- Königsberg mit einem bedeutenden eisfreien Abschnitt der Ostseeküste und einem großen Eisenbahnnetz europäischer Spurweite wäre ein gigantischer Stützpunkt für einen Angriff auf Europa.<sup>113</sup>

Nach Ansicht Władysław Gierłowskis, damals Beamter im polnischen Außenministerium, ist Polens Position gegenüber dem Kaliningrader Gebiet die eines „Drittpartners“, d. h. es bestehen „langfristige Interessen Russlands, voraussehbare Interessen Deutschlands sowie reale langfristige, nicht akute Interessen Polens“. Wesentlich sei, eine Entmilitarisierung der Region herbeizuführen und den Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. Artur Hajnicz, Mitarbeiter des Zentrums für Internationale Studien, stellte fest, Grundlage der polnischen Außenpolitik sei die Unveränderlichkeit der Grenzen, ihre Unantastbarkeit, denn dies entspräche der polnischen Staatsräson. Das bedeute unter anderem, „dass wir keinerlei Gebietsansprüche auf Königsberg erheben, denn eine Verlegung der Grenzlinie auch nur um einen Kilometer zöge eine ganze Reihe von Folgen und Ansprüchen seitens anderer nach sich, und das könnten wir am wenigsten gebrauchen.“<sup>114</sup>

Nach dem Zerfall der UdSSR verfolgte die polnische Regierung aufmerksam die Entwicklungen im Kaliningrader Gebiet unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Sicherheit. Dies Interesse konzentrierte sich auf drei Ebenen: die internationalen Rahmenbedingungen, militärische Aspekte und das Problem des Frischen Haffs.

#### A. Internationale Rahmenbedingungen

In der Endphase des Zerfalls der UdSSR tauchte neben der Frage der deutschen Wiedervereinigung und der Erlangung der völkerrechtlichen Souveränität durch Litauen, Lettland und Estland auch die Frage nach der staatlichen Zugehörigkeit der Kaliningrader Enklave auf. Bei einem Besuch Kanzler Kohls in Moskau 1988 unterbreitete die deutsche Seite den Vorschlag, Wolga-Deutsche aus Sibirien im

---

113 A. Sakson, *The Problem of the Kaliningrad Region*, in: *Polish Western Affairs* 1 (1994), S. 73-74; ders., *Polens Sicherheit in der Zeit nach dem Kalten Krieg*, in: *Deutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen*, 4 (1995), S. 3-5.

114 *Ebenda*.

Gebiet Kaliningrad anzusiedeln; im Gegenzug sollte dieses wirtschaftlich großzügig unterstützt werden. Deutschen Quellen zufolge soll sich Präsident Gorbatschow wohlwollend zu diesem Vorschlag geäußert haben. 1990 machte Jelzin als Vorsitzender des Obersten Sowjets der Russischen Föderation den Gegenvorschlag, dort die über die Weiten der UdSSR verstreuten Polen anzusiedeln. Perspektivisch hätte das Kaliningrader Gebiet Polen angeschlossen werden sollen. Im Frühjahr 1991 wiederholte Jelzin den Vorschlag, „dass zur Vergrößerung der Stabilität in Osteuropa alle Russen, die im Kaliningrader Gebiet leben, nach Russland zurückkehren. Zur Besiedelung dieser Gebiete müßten die in der Sowjetunion lebenden Polen animiert und dann die Oblast Polen angeschlossen werden.“<sup>115</sup>

## B. Militärischer Aspekt

Wegen seiner geographischen Lage spielte das Kaliningrader Gebiet in den strategischen Konzepten der Sowjets zur Zeit des Kalten Krieges eine sehr wichtige Rolle als operative Basis für Einsätze in den Gewässern der Ostsee. Trotz tiefgreifender militärisch-politischer Veränderungen in Europa wurde die Zahl der Streitkräfte in der Oblast nicht nur nicht reduziert, sondern stieg systematisch, was das Gefühl der Bedrohung zumal in den Nachbarstaaten festigte. Der Militarisierungsgrad der Oblast und die fehlende Bereitschaft zu seiner Reduzierung ließen sich schwer in Einklang bringen mit dem oftmals erklärten Willen der politischen Führung Russlands und Kaliningrads, die Region wirtschaftlich zu öffnen und zur Freihandelszone zu machen. Polnische und westliche Spezialisten schätzten die Zahl der im Kaliningrader Gebiet zu Beginn der 1990er Jahre stationierten russischen Soldaten in Heer und Marine auf 200 000-300 000. Das waren mehr, als die ganze damalige polnische Armee zählte (ca. 250 000 Soldaten). In keinem Teil Europas, nicht einmal im vom Krieg heimgesuchten Jugoslawien, gab es ein so intensiv militarisiertes Territorium. Systematisch verstärkt wurden die damals dort stationierten Verbände durch die aus Deutschland und Polen abziehenden GUS-Truppen.

Diese starke Truppenkonzentration an der Nordostgrenze Polens war Gegenstand von Analysen und gewissen Befürchtungen der für die Sicherheit des Staates verantwortlichen Institutionen.

Jerzy Milewski, Chef des Büros für Nationale Sicherheit im Präsidialamt, bemerkte im März 1992: „Aus militärischer Sicht kann die Konzentration der Kampfeinheiten der ehemaligen Sowjetarmee in dem an Polen grenzenden Kali-

---

115 Zit. nach: J. Puchalski, *Notatka informacyjna. Historyczne, prawnomędzynarodowe, polityczno-militarne i gospodarcze aspekty Królewca i regionu królewieckiego*. Departament Europy MSZ, Warszawa 24.09.1992, S. 6 (Typoskript).

ningrader Gebiet eine potentielle Gefahr für unser Land darstellen.“<sup>116</sup> Er erklärte ferner, Polen könne die Stationierung so zahlreicher Truppen dort ausschließlich als Übergangslösung betrachten, da jegliche Zusammenziehung ausländischer Streitkräfte unmittelbar an der polnischen Grenze nicht gerechtfertigt sei. Zur selben Zeit sprach der damalige stellvertretende Verteidigungsminister Romuald Szeremietiew von Gefahren seitens „ständig zunehmender Offensivstreitkräfte im Kaliningrader Gebiet“<sup>117</sup>.

Die Frage der Zahlenstärke der im Kaliningrader Gebiet stationierten Truppen war Gegenstand einer lebhaften Polemik zwischen der Redaktion der Moskauer „Prawda“ und dem polnischen Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz. Die russische Tageszeitung warf dem polnischen Minister einen „Mangel politischen Taktgefühls“ vor, als dieser im November 1992 im britischen „Guardian“ geäußert hatte, die Konzentration russischer Verbände in der Region Kaliningrad übersteige bei weitem die Bedürfnisse Russlands.<sup>118</sup> In einer Erklärung für die Polnische Presseagentur (PAP) stellte Onyszkiewicz fest: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass Russland seine Militärpräsenz im Kaliningrader Gebiet reduziert. Ich verstehe die Gründe, aus denen es zu dieser Konzentration gekommen ist, wir möchten aber, dass es eine Übergangssituation bleibt.“

### C. Problem des Frischen Haffs

Die auf der Potsdamer Konferenz festgelegte Staatsgrenze zwischen Polen und der UdSSR wurde am 5. März 1957 bestätigt. Allerdings durchschnitt die bereits 1945 abgesteckte hermetische Grenze historisch gewachsene Wirtschaftsbeziehungen der Region. Dadurch verkam das Eisenbahn- und Straßennetz im nunmehrigen polnisch-russischen Grenzgebiet. Ein Sonderfall der Durchtrennung von Verkehrswegen ist die Teilung des Frischen Haffs durch die Staatsgrenze. Der einzige Zugang vom Frischen Haff zur Ostsee ist das Pillauer Tief, das auf russischer Seite liegt. Es war für Polen praktisch über Jahrzehnte hinweg unzugänglich (die UdSSR führte militärische Gründe an). Diesem Zustand abzuhelpfen, ist für die nordöstlichen Gegenden Polens von höchster Priorität.<sup>119</sup> An der fehlenden Re-

---

116 *Ebenda.*

117 *Ebenda.*

118 Bericht der internationalen Konferenz „Kaliningrad. Zentrum für baltische Kooperation“, Swetlogorsk 27.-30.05.1992 (Typoskript), S. 8.

119 *Za dużo wojska w Kaliningradzie*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 27.-29.11.1992. Die Verteilung und Struktur der russischen Truppen entlang der östlichen Grenze Polens, darunter auch im Kaliningrader Gebiet, analysiert J. Wiśniewski in seiner Studie *Radziecki potencjał wojskowy wzdłuż wschodniej granicy Polski*, in: *Polityczno-wojskowe aspekty polskiej polityki wschodniej*, pod red. J. Stefanowicza, Warszawa 1991, S. 113-119.

gelung leidet insbesondere Elbląg (Elbing), da sein Hafen über keinen Seezugang verfügt. Polen verlangt, dass Schiffe unter allen Flaggen uneingeschränkt Zugang zu den Häfen im polnischen Teil des Frischen Haffs bekommen. Diese Forderung resultiert aus dem „Recht der friedlichen Durchfahrt“, das im internationalen Seerecht verankert ist, und aus Präzedenzfällen in der internationalen Schifffahrt.<sup>120</sup>

## 2.1. „Vertrautwerden“ mit der neuen Heimat

Das an der Danziger Bucht im Altpreußischen Tiefland gelegene Kaliningrader Gebiet besteht aus 15 Rajons und 7 Stadtkreisen. Die wichtigsten Städte neben Kaliningrad sind Sowjetsk an der Memel, Baltijsk, Tschernjachowsk, Gussew und Swetly. Laut Verfassung der Russländischen Föderation (die in einem Referendum am 12. Dezember 1993 angenommen wurde) ist das Kaliningrader Gebiet eines der 89 Föderationssubjekte, die gegenüber den Organen der föderalen Verwaltung gleichberechtigt sind. Die Einheit der Staatsgewalt in Russland kommt darin zum Ausdruck, dass das Recht zur Regelung des Verwaltungssystems aus einer einheitlichen Quelle fließt: der Gesetzgebung der Föderationsversammlung, in erster Linie der Staatsduma. Das Kaliningrader Gebiet wird somit durch Institutionen der Staatsmacht repräsentiert.<sup>121</sup>

Am 7. Juli 1995 verabschiedete die Gebietsduma das Statut (Verfassung) für das Kaliningrader Gebiet der Russländischen Föderation. Danach ist die Oblast ein integraler und gleichberechtigter Teil der Russischen Föderation mit Dreiteilung der Gewalten in Legislative (Repräsentativgewalt), d. h. die Gebietsduma, Exekutive d. h. die Gebietsverwaltung mit dem Gouverneur an der Spitze, und Judikative als Organ der staatlichen Gewalt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Oblast für Russland änderte sich nach der Gründung einer Freihandelszone (Dekrete des russischen Staatspräsidenten „über Freihandelszonen in der Russländischen Föderation“ vom 4. Juni 1992, „über die Schaffung von Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Kaliningrader Gebiets“ vom 23. Dezember 1992 und „über das Kaliningrader Gebiet“ vom 7. Dezember 1993)<sup>122</sup> und einer Sonderwirtschaftszone (Gesetz der

120 *Żegluga przez Zalew Wiślany i Cieśninę Piławską*, in: *Nowa Europa* vom 2.09.1992; L. Czajor, *Granica polsko-radziecka przecięła i zamknęła jedyny tor wodny z Elbląga do Morza Bałtyckiego. Zapomniany zalew*, in: *Polityka* 1990, Nr. 7; *Elbląg odblokowany?*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 22.09.1992.

121 *Współpraca międzynarodowa w rejonie Bałtyckim*, Gdańsk 1997, S. 47 f.

122 A. Maciejewski, *Spór o status Obwodu Kaliningradzkiego po rozpadzie ZSRR, prezentowany przez kaliningradzką prasę*, in: *Dawna a nowa Rosja*, pod red. Jurkowskiego, N. Kasparka, Warszawa 2002, S. 269-278.

Staatsduma der Russländischen Föderation über die Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet vom 15. November 1995<sup>123</sup> und Abkommen über die Aufteilung von Zuständigkeiten unter den Staatsorganen der Russischen Föderation und den Staatsorganen des Kaliningrader Gebiets<sup>124</sup>). Die Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet entstand im Januar 1996.<sup>125</sup>

Viel Bürokratie, komplizierte Rechtsvorschriften und ein instabiles politisches Klima haben zur Folge, dass ausländische Investoren mancherlei Wechselfälle erleben. Einen Umschwung brachte das Jahr 1998, als in Russland eine Wirtschaftskrise begann und der Binnenmarkt zusammenbrach. Die Folge waren ein Massensterben ausländischer Firmen in der Oblast und eine Reduzierung der Handelsumsätze zwischen Polen und dem Kaliningrader Gebiet um mehr als die Hälfte.<sup>126</sup>

Die Perestrojka Ende der achtziger Jahre sowie der Zerfall der UdSSR und die Entstehung der Kaliningrader Enklave Anfang der neunziger Jahre hatten entscheidenden Einfluss auf die Haltung der Einwohner der Region und ihr Verhältnis zur deutschen Vergangenheit.

Charakteristisches Merkmal der „*Kaliningradcy*“, wie die Bewohner der Region bezeichnet werden, ist, dass sie eine Postmigrationsgesellschaft bilden, die sich durch fortwährenden Bevölkerungsaustausch kennzeichnet. Da fast die gesamte erwachsene Bevölkerung aus Zuwanderern oder deren Nachkommen der ersten Generation besteht, fehlen ihr emotionale Bindungen an das bewohnte Territorium. Unter diesen Bedingungen kann sich eine stabile Regionalidentität kaum herausbilden. Vor diesem Hintergrund entstehen Ängste vor einer drohenden „*Regermanisierung*“ oder Befürchtungen vor einer „*Europäisierung*“.

Die instabile Lage der Exklave wirkt sich auf das Sicherheitsgefühl der Bewohner aus. Dazu tragen auch die immer wieder neu auftauchenden Gerüchte bei, die die sowjetische/russische Oberhoheit über dieses Territorium in Frage stellen. Während der Entstalinisierung 1956-1957, dann auch 1963, 1974 und während der Gorbatschowschen Perestrojka wurde über einen möglichen Anschluss der Region an Litauen spekuliert.<sup>127</sup> Man vermutete, es könne sich der Kasus der Krim wiederholen, die mit Chruschtschows Einwilligung 1964 an die Ukraine angeschlossen wurde, als Symbol der Einheit beider Völker.

---

123 *Kaliningrad. Rosyjska Specjalna Strefa Ekonomiczna*, Kaliningrad 1997, S. 4.

124 *Ebenda*, S. 5.

125 *Specjalna Strefa Ekonomiczna w Obwodzie Kaliningradzkim*, Analizy Nr. 10. Ośrodek Studiów Wschodnich w Warszawie, 7. Mai 1998

126 U. Kucko, *Problemy współpracy Polski z Obwodem Kaliningradzkim*, Olsztyn 2003 (Typskript), S. 10-13.

127 Vgl. V. Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000*, Berlin 2001, S. 191-197.

Für die Einwohner des 400 km von Russland entfernten Kaliningrad war eine der wichtigsten Änderungen, die nach dem Zerfall der UdSSR eintraten, das, was sich als „Öffnung“ bezeichnen lässt. Nach Jahrzehnten einer fast vollständigen Isolation, als beispielsweise keinerlei Ausländer in die Oblast gelangten, öffnete diese sich zur Welt. Eine starke Belebung erfuhren die Kontakte zu Polen, Litauen und „ewigen Feinden“ wie Deutschland oder den skandinavischen Ländern. Dadurch kam es zu einem paradoxen Zustand. Einerseits führte die neue geopolitische Lage in Europa zur Trennung der Oblast vom „Mutterland“, andererseits erlaubte sie rege Kontakte nach außen. Der Kasmus der Enklave erwies sich zugleich als Beeinträchtigung der Region und als ihre Chance.<sup>128</sup>

Die Kaliningrader standen vor neuen Fragen: Wo gehören wir hin? Wohin gehen wir? Sind wir Teil Russlands oder gehören wir zu Europa? Welche Rolle kommt der Region zwischen Russland und Westeuropa zu?

Nach Ansicht von Eckhard Matthes sind es eine Reihe von Faktoren, die sich auf die Herausbildung des regionalen Bewusstseins der Kaliningrader auswirken, vor allem:

- der von den Siedlern erzwungene Verzicht auf die Geschichte der neuen Heimat und die Zurechtbiegung der Nachkriegsgeschichte der Region;
- der Verzicht auf die bisherige Heimat und die räumliche Distanz zu Kernrussland;
- die Diskrepanz zwischen dem ideologischen Bild der Deutschen und dem Bild, das aus der Begegnung mit den Überresten deutscher Kultur in Ostpreußen hervorgeht;
- der Einfluss der Kulturlandschaft der Region und ihrer Verstärkung auf die Siedler, zumal im Vergleich zu den Herkunftsgebieten;
- der Einfluss der Natur und des Klimas auf die Menschen;
- ideologische Grundlagen der Gebietsorganisation;
- das komplikationslose Zusammenleben verschiedener Nationalitäten in der Region;
- Begegnungen und Austausch mit den Nachbarn und daraus resultierende internationale Erfahrungen;
- der Status Kaliningrads als Hafenstadt (Fenster zur Welt);
- die Erfahrung, auf sich selbst angewiesen zu sein, und die Notwendigkeit, eigene Rechte gegenüber Russland durchzusetzen (Zentrum–Peripherie);
- das Aufeinanderprallen regionaler Erfahrungen (Begegnungen mit Deutschen und ihrer Kultur) und der Nationalidentität der Siedler, das die andersartigen historisch-kulturellen Hintergründe bewusst macht, jedoch im Alltag eine Synthesebildung erzwingt;

---

128 *Przewyciężenie obcości: Kaliningrad jako rosyjska enklawa wewnątrz Unii Europejskiej. O przyszłości Europy*, Warszawa 2001, S. 1.

- die Tatsache, dass im Kaliningrader Gebiet fünfzig Jahre nach dem Krieg keine eigene Schicht der Intelligenzja entstanden ist, d. h. eine Gruppe Gebildeter, die durch folgende Faktoren integriert wäre: a) Verbindung mit der Region, b) Verbindung mit Bereichen, die die Region betreffen, c) öffentliche Streit- und Debattenkultur zu Themen von allgemeiner Bedeutung.<sup>129</sup>

Die Vielzahl der Faktoren mit negativem Einfluss auf Stabilisierung, Integration und Entstehung des regionalen Bewusstseins verursacht ein „Schwanken“ der Identität. Davon zeugen auch Umfrageergebnisse vom Beginn der neunziger Jahre. Aus ihnen geht hervor, dass nicht weniger als ein Fünftel der Regionsbewohner sich für die Abspaltung der Oblast von der Russischen Föderation aussprach. Spätere Umfragen erbrachten nur etwa 4-6 % solcher Antworten. In allen Umfragen wünschten jedoch lediglich 17 % der Bevölkerung eine unveränderte Beibehaltung des aktuellen Status der Region.<sup>130</sup> Die meisten Befragten optierten dafür, eine vierte baltische Republik zu bilden bzw. der Oblast einen Sonderstatus zu verleihen, wodurch sie weitgehende Autonomie innerhalb der Russischen Föderation erhalten würde. Vor diesem Hintergrund wurde häufig der Vorwurf des „Separatismus“ erhoben, hauptsächlich aus Moskau.

Beeinflusst wird die Haltung der jungen Generation auch dadurch, dass die überragende Mehrheit der jungen Kaliningrader nie in Russland gewesen ist. Walerij Ustinow, Präsident der Gebietsduma, stellte gar fest, man könne „sie nur bedingt als Russen bezeichnen“.<sup>131</sup>

Der durch Perestrojka und „Öffnung“ zu Beginn der neunziger Jahre ausgelöste Wandel brachte eine neue Sicht auf die regionale Geschichte und die deutsche Vergangenheit mit sich. Diskussionen darüber konzentrierten sich auf zwei Fragen: Was war, bevor wir kamen? Worauf beruht die Geschichte der Region nach 1945?

Bezeichnenden Ausdruck fand dieses neu erwachte Interesse in ersten Publikationen zur Geschichte der Oblast vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Man begann mit der Rekonstruktion und dem Wiederaufbau erhalten gebliebener Baudenkmäler. Ein spektakuläres Beispiel, wenn auch eher ein Einzelfall, war der Wiederaufbau des Königsberger Doms aus deutschen Mitteln. Einige Denkmäler wurden wiedererrichtet, z. B. für Kant. Es setzte eine bis heute andauernde Diskussion über den Namen der Stadt ein, erste Initiativen strebten die Rückkehr zum Namen Königsberg an.

---

129 E. Matthes, *Świadomość regionalna w Obwodzie Kaliningradzkim. Próba systematyzacji zjawiska*, in: *Borussia* 2001/2002, Nr. 26, S. 12-20.

130 Ch. Wellmann, *Die russische Exklave Kaliningrad auf dem Weg aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Militär und Rüstung*, Kiel 1997, S. 402 f.

131 „Königsberger Express“ 2000, Nr. 5, S. 20.

## 2.2. Umgeben von der NATO und der Europäischen Union

Die Aufnahme Polens, Litauens, Lettlands und Estlands in die Europäische Union 2004 sowie der Beitritt Polens und der baltischen Staaten zum Nordatlantischen Bündnis haben eine völlig neue geopolitische Lage um das Kaliningrader Gebiet herum geschaffen. Die Oblast wurde zur Insel, umgeben von einem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Organismus, der ganz anders als der russische ist. Die innere Lage des Gebiets wird wesentlich von der Politik der europäischen Staaten beeinflusst. Die Politik Brüssels und der NATO-Mitgliedsstaaten wird durch die Befürchtung bestimmt, aus der Besonderheit der Region könnten negative Entwicklungen und Gefahren erwachsen. Denn Moskau, um die Wahrnehmung seiner Interessen bemüht, begann von Europa Eisenbahn- bzw. Straßen-„Korridore“ zu fordern, die russischen Staatsbürgern Fahrten ohne von „Beamten fremder Staaten“ ausgestellte Visa erlauben. „Litauer oder Polen dürfen nicht darüber entscheiden, ob ein Russe von einem Teil seines Landes in einen anderen reisen darf“, empörte sich Wladimir Putin nach einem Treffen mit der EU-Führungsspitze im Mai 2002. Er fügte hinzu, dies sei ein Versuch, „Kaliningrad von Moskau zu trennen“.<sup>132</sup> Die Einführung der sog. Schengen-Visa durch die EU-Mitgliedsstaaten erwies sich als notwendig, was Russland nach zähen Verhandlungen schließlich akzeptierte. Litauern führte sie ab 1. Januar 2003 ein, Polen ab dem 1. Oktober 2003.

Die Osterweiterung der NATO und der EU bewirkte eine tiefgreifende Änderung der russischen Geopolitik. Nach Ansicht Leonid Iwanows lassen sich derzeit acht geostrategische Hauptinteressen Moskaus definieren. Es handelt sich um folgende Richtungen:

- 1) Süd (Krim, Donbass, Kaukasus, Iran);
- 2) Süd-West (Karpaten, Balkan);
- 3) Nord-West (Baltikum, Skandinavien, England, Niederlande);
- 4) Nord (Finnland, Weißes Meer);
- 5) Nord-Ost (Nordural, Nowaja Semlja);
- 6) Ost (Wolgaregion, Ural, Sibirien, Ferner Osten, Alaska);
- 7) West (Polen, Tschechien, Ungarn, Deutschland, Frankreich);
- 8) Süd-West (Mittelasien, Afghanistan, Indien).<sup>133</sup>

---

132 Vgl. B. Cichocki, K. Pełczyńska-Nałęcz, A. Wilk, *Obwód Kaliningradzki w kontekście rozszerzenia Unii Europejskiej*. Prace Ośrodka Studiów Wschodnich, Warszawa, Juli 2001; W. Radziwinowicz, M. Wojciechowski, *Kaliningrad. Wyspa na Północy*, Beilage der *Gazeta Wyborcza* vom 25.07.2002, S. 22.

133 L. Iwanow, *Rossija ili Moskowija. Geopolititscheskoje ismerenije nazionalnoj besopasnosti Rossii*, Moskwa 2002, S. 10 f.

Die NATO-Osterweiterung bewirkte laut Iwanow folgende strategische Änderungen in Russlands Lage:

- Die Militärstruktur des Bündnisses verschob sich um 650-750 km nach Osten. Verstärkt wurde das NATO-Militärpotenzial, was bestimmte Auswirkungen auf Russlands militärische Lage hat und die Gefahr für dessen europäischen Teil vergrößert.
- Die NATO grenzt nun direkt an russisches Territorium im Raum des Kaliningrader Gebiets, wodurch die dort stationierten russischen Truppen blockiert werden können.
- Geschwächt wurde die militärstrategische Sicherheit Russlands als Ganzes.
- Die Bedeutung des Nordatlantischen Bündnisses in der Schwarzmeerregion steigt.<sup>134</sup>

Der vollständige Rückzug russischer Truppen aus Litauen im August 1993 sowie der Verlust der Stützpunkte und Ostseehäfen in den übrigen baltischen Staaten hätten sich, so Artur Drzewiecki, unmittelbar auf die geostrategische Lage dieser Region ausgewirkt. In dieser Situation sei dem Kaliningrader Gebiet eine besondere Rolle zugefallen, die sich in erster Linie aus einer Reihe militärpolitischer Faktoren ergeben hätte:

- Die Oblast wurde zum unmittelbaren Schutzschild für die in der Ostsee-Region stationierten russischen Streitkräfte und diene nunmehr als wichtiger militärpolitischer Brückenkopf in Ostmitteleuropa.
- Die Enklave ermöglichte direkte Einflussnahme auf die baltischen Staaten, was im Zusammenhang mit ihren eventuellen Bemühungen um eine Aufnahme in NATO und EU von besonderer Bedeutung war.
- Die Oblast bekam Bedeutung als „Wächter“ und Garant für die Rechte der russischen Minderheit in den baltischen Staaten.
- Die Region trug wesentlich zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Abhängigkeit Litauens von der Russischen Föderation bei.<sup>135</sup>

Russlands Haltung zur NATO-Erweiterung, insbesondere zur Aufnahme Polens, war eindeutig negativ. Die polnische Kaliningradpolitik ist ständiger und unverzichtbarer Bestandteil der polnisch-russischen Beziehungen. Die Zusammenziehung großer russischer Militärverbände in der Kaliningrader Enklave ist für Polen und Litauen besonders bedeutsam. Die polnische Sicherheitspolitik gegenüber dem Kaliningrader Gebiet fußte nach dem Zerfall der UdSSR auf mehreren Ansätzen:

---

134 *Ebenda*, S. 253 f.

135 A. Drzewiecki, *Obwód Kaliningradzki w polityce bezpieczeństwa Polski i Litwy w kontekście rozszerzenia NATO i Unii Europejskiej na Wschód*, in: *Kraje Europy Środkowej i Wschodniej wobec procesu integracji europejskiej*, pod red. J. Albina, J. Kupczaka, Wrocław 2001, S. 78.

- Nach dem Zerfall der UdSSR und der Ausgestaltung der neuen internationalen Lage blieb die Rolle des Kaliningrader Gebiets teilweise unbestimmt.
- Das Kaliningrader Gebiet als Teil der Russischen Föderation dient als Gradmesser für Änderungen und Entwicklungen der russischen Politik gegenüber Polen und insbesondere den baltischen Staaten.
- Das Kaliningrader Gebiet besitzt militärstrategische Trümpfe (u. a. eisfreie Häfen, ein den europäischen Standards entsprechendes Eisenbahnnetz, eine ausgebaute Infrastruktur und starkes Militärpotenzial), die zu einem etwaigen Angriff gegen Staaten Ostmitteleuropas genutzt werden können.<sup>136</sup>

Gemäß diesen Rahmenbedingungen wurden als wichtigste Ziele der polnischen Sicherheitspolitik definiert:

- Es dürfen keinerlei Grenzänderungen in Europa zugelassen werden, die die Rechtmäßigkeit der Potsdamer Beschlüsse in Frage stellen könnten. Diese Befürchtungen betrafen vor allem die BRD, deren Politik damals nicht ganz vorhersehbar erschien, und bezogen sich vor allem auf die Möglichkeit einer Umwandlung des Kaliningrader Gebiets in eine autonome Republik der Russlanddeutschen bzw. die sog. vierte baltische Republik mit vorherrschend deutschem Einfluss.
- Es darf keine Desintegration Ostmitteleuropas und des Ostseeraums (infolge eines Staatszerfalls in den Ländern der ehemaligen UdSSR oder eines bewaffneten regionalen Konflikts) zugelassen werden.
- Es sind gute Beziehungen zu den neu entstandenen baltischen Staaten zu pflegen.
- Ein „Wiederaufbau Ostpreußens“ muss verhindert und der Zunahme deutschen Einflusses im Ostseeraum entgegengewirkt werden.<sup>137</sup>

Das derzeitige militärische Stärke der im Kaliningrader Gebiet stationierten Truppen wird auf 50 000-70 000 (laut russischen Angaben 25 000) Soldaten und Marinesoldaten beziffert (in den Jahren 1991-1995 wurde die Zahl auf 100 000-150 000 geschätzt). Ein Indiz für die Stärke der in der Enklave stationierten Streitkräfte dürfte sein, dass sie in der Lage wären, Gdańsk, Gdynia und Sopot binnen 90 Minuten einzunehmen und innerhalb von 12 Stunden die Vororte Warschau zu erreichen. Innerhalb der nächsten 12 Stunden wären sie imstande, den Angriff Richtung Breslau und Posen zu führen. Bei einem Konflikt mit den baltischen Staaten bräuchten die russischen Kräfte gut zehn Minuten, um mit dem Angriff zu beginnen.<sup>138</sup>

---

136 *Ebenda*, S. 72 f.

137 *Ebenda*, S. 70.

138 F. Wojnowski, *Unia Europejska wobec Obwodu Kaliningradzkiego*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 3 (2002), S. 441-453; A. Maciejewski, *Przygotowanie Obwodu Kaliningradzkiego do sąsiedztwa Unii Europejskiej*, in: *Polityka Wschodnia* 1 (2002), S. 157-164.

Am Beispiel Kaliningrads wird das Problem der europäischen Integration angesichts der EU-Osterweiterung deutlich sichtbar; je größer die Europäische Union, desto deutlicher der Einbruch der Integration an den Außengrenzen.

Im Juni 1999 verabschiedete der Europäische Rat eine „Gemeinsame Strategie“ der EU gegenüber Russland, in der Kaliningrad keine besondere Rolle spielt. Als Antwort auf dieses Papier legte Russland im Herbst 2000 seine eigene Strategie gegenüber der EU vor. Darin wird der Vorschlag unterbreitet, das Kaliningrader Gebiet in eine „russische Pilotregion der Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union“ umzuwandeln. Infolgedessen schenkte die EU den Problemen der russischen Grenzregionen, insbesondere Kaliningrads, nach internen Abstimmungen über die Ausgestaltung der gemeinsamen Politik im Rahmen der sog. „Nördlichen Dimension“ mehr Beachtung. Als Finnland im Herbst 1997 den Vorschlag zur Nördlichen Dimension der EU unterbreitete, war von Kaliningrad noch keine Rede; in der im Juni 2000 hingegen vom Europarat verabschiedeten „Agenda für die Nördliche Dimension in den Jahren 2000-2003 wurde die Notwendigkeit, eine Lösung der Probleme Kaliningrads zu finden, zumindest anerkannt. Dazu hat nicht nur die Initiative Russlands beigetragen, sondern auch das wachsende Problembewusstsein in Drittstaaten, z. B. in Schweden, dem Ostseerast und den norddeutschen Bundesländern.“<sup>139</sup>

Die Europäische Union hat die Bereitschaft signalisiert, die Probleme zu prüfen, die die EU-Osterweiterung für Kaliningrad mit sich brachte. Dies war die entscheidende Voraussetzung, damit das Integrationsdilemma nicht zu einem Sicherheitsdilemma mutiert. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Einwohner Kaliningrads und russische Politiker gelassen eine Entwicklung hinnehmen würden, die zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Lage in dieser Region führt. Wahrscheinlicher ist, dass bei einer Isolierung des Kaliningrader Gebiets europafeindliche oder separatistische Strömungen an Stärke gewinnen werden, was den Konflikt grenzüberschreitend zuspitzen würde. Die Politik der Europäischen Union gegenüber Kaliningrad sollte somit darauf abzielen, rechtzeitige eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden.

Anhand der bisherigen EU-Politik gegenüber der Oblast lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Die Europäische Kommission hat im Verhältnis zu Russland außergewöhnliche Flexibilität bewiesen, denn sie hat sich bereit erklärt, Vorschläge zu prüfen, die sie bis dahin konsequent abgelehnt hatte (visafreie Züge oder Aufhebung der Visumpflicht im Personenverkehr mit Russland). In ihrem Standpunkt ging sie sogar über die russischen Forderungen hinaus und schlug zum Beispiel vor, Visa an der Grenze auszustellen. Andererseits gingen die EU-Vertreter keine Verpflichtungen ein. In den Hauptfragen wurden die Entscheidungen nach

---

139 Vgl. A. Samsel, *Problem Okręgu Kaliningradzkiego wobec rozszerzenia Unii Europejskiej na Wschód*, Olsztyn 2003 (Typoskript), S. 20-25.

der EU-Erweiterung getroffen. Zudem wurden die Vorschläge zur Übergangszeit (nach der EU-Osterweiterung, aber vor der Aufnahme der neuen EU-Mitglieder in die Schengen-Gruppe) an mehrere Auflagen gekoppelt, die Russland zu erfüllen hatte, u. a. Ratifizierung des Grenzabkommens mit Litauen, Erstellung und Einreichung von Verzeichnissen der zum privilegierten Transit Berechtigten usw.).<sup>140</sup>

Besonders viele Kontroversen rief in Polen und Litauen der russische Vorschlag hervor, durch das Territorium beider Länder einen Korridor abzustecken, über den die Einwohner Kaliningrads frei nach Russland und zurück reisen könnten. Zum letzten Mal war die Idee eines Korridors, der Ostpreußen mit dem Deutschen Reich verbinden sollte, 1939 von Hitler vorgebracht worden. Die Beamten der Europäischen Kommission wollen die russischen Forderungen bezüglich Kaliningrads nicht mit den Geschehnissen vor sechzig Jahren vergleichen. Sie verweisen eher auf die Analogie zu Westberlin und die Möglichkeit der Westberliner, auf Transitautobahnen durch DDR-Gebiet zu reisen. Eine solche Lösung hat Brüssel indes verworfen. Nach Ansicht der Europäischen Kommission muss der Status Kaliningrads dem europäischen Recht untergeordnet sein.<sup>141</sup>

Die bisherige EU-Politik gegenüber der Kaliningrader Enklave lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Die EU unterstützt die regionale Entwicklung und den Integrationsprozess und ist gegen die Bildung neuer Trennlinien.
- Sie spricht sich für die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen mit dem Kaliningrader Gebiet aus. Die Visumpflicht ist notwendig, aber die Visaerteilung soll vereinfacht werden.
- Die Hauptverantwortung für die sozioökonomische Entwicklung der Oblast liegt bei Russland. Die Europäische Union ist bereit, Unterstützung durch das Programm *Tacis* und andere anzubieten.
- Die Zukunft Kaliningrads hängt von Putins Reformen ab. Die russischen Rechtsvorschriften sind mit EU-Recht in Einklang zu bringen, um leichter Investoren für die Oblast zu gewinnen.<sup>142</sup>

Die Forscher, die sich mit der Problematik Kaliningrads befassen, sind sich einig, dass der Schlüssel zur weiteren Entwicklung der Oblast in erster Linie in Moskaus Händen liegt. Die Vorgeschichte erlaubt es, zwei hypothetische Extremszenarios der weiteren Entwicklung zu skizzieren:

---

140 *Obwód Kaliningradzki. Przegląd faktów, wydarzeń, opinii* (im Folgenden: *OK*) 2 (2003), S. 2.

141 Vgl. E. Wojnowski, *Unia Europejska wobec Obwodu Kaliningradzkiego*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 3 (2002), S. 445. H. Timmermann, *Kaliningrad. Eine Pilotregion für die Gestaltung der Partnerschaft EU-Russland*, in: *Osteuropa* 9 (2001), S. 1036-1066.

142 B. Cichocki, K. Pełczyńska-Nałęcz, A. Wilk, *Obwód Kaliningradzki w kontekście...*, S. 31.

- Die Enklave erhält gegenüber Moskau eine gewissen Autonomie und nimmt eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und der Europäischen Union auf. Nach und nach werden dort rechtliche und wirtschaftliche Lösungen eingeführt, die denen der Nachbarländer ähneln. Die innere Lage der Enklave verbessert sich allmählich.
- Von Moskau wird die Region wie die übrigen Föderationssubjekte behandelt. Die Möglichkeiten ihres selbständigen Handelns sind sehr begrenzt, infolgedessen nimmt das sozioökonomische Gefälle zu den Nachbarländern zu, was zur Vertiefung der Isolation beiträgt. Die wirtschaftliche Lage der Enklave ist schlechter als in den meisten Föderationssubjekten.<sup>143</sup>

Anatolij Gorodilov, Verfasser eines Buches mit dem Titel *Russland in der Mitte Europas*, sieht dagegen für die weitere Entwicklung der Oblast eine der folgenden vier Varianten vorher:

- als „Pilotregion“ Russlands mit Beziehungen zur Europäischen Union. Hier sind zwei Modelle möglich:
  - a) ein „Pufferterritorium“, das sich auf der Grundlage völkerrechtlicher Normen und Abkommen entwickelt;
  - b) eine Republik innerhalb der Russischen Föderation als Völkerrechtssubjekt;
- als selbständiger Staat, entweder völlig neutral oder abhängig von den USA und Polen als US-Verbündetem, in dem antideutsche Stimmungen stark sind, da die Bundesrepublik Deutschland andere Staaten um sich schart, die bestrebt sind, ein starkes Europa als Gegengewicht für die USA zu bilden;
- als Region, die friedlich mit Deutschland vereint ist, das seine zunehmenden demographischen und Rohstoffprobleme mit Hilfe des Kaliningrader Gebiets lösen möchte; hier sind die Bedingungen wichtig, zu welchen diese Wiedervereinigung vonstatten gehen sollte;
- als russischer Militärvorposten im Westen, dessen Zivilbevölkerung zur Sicherstellung des Betriebs der militärischen Anlagen eingesetzt wird. Denn die Militärbehörden haben in der Oblast seit deren Entstehen starken Einfluss. In diesem Fall würde die Region von einem Subjekt Russlands zu einem Föderationssubjekt mit einem von der Zentralregierung ernannten Generalgouverneur.<sup>144</sup>

In der jetzigen Phase kann keines der vorgenannten Szenarien ausgeschlossen werden. Interessant sind vor diesem Hintergrund die Ergebnisse der 2003 unter den Oblast-Bewohnern durchgeführten Umfragen zu ihren Erwartungen an die EU-Osterweiterung. Ein Drittel der Befragten meinte, der EU-Beitritt Polens und

---

143 OK 9 (2001), S. 40.

144 OK 4 (2003), S. 8.

Litauens werde den Kaliningrädern zum Vorteil gereichen; die gleiche Zahl war entgegengesetzter Meinung, 25 % hatten keine Meinung dazu, gaben allerdings zu, dass sie dem mit Beunruhigung entgegensähen.<sup>145</sup>

Im Kaliningrader Gebiet trifft der Osten auf den Westen. Hier begegnen sich auch Katholizismus und Orthodoxie. Es ist, wie die Oblast-Bewohner sagen, „nicht mehr Russland, aber auch noch nicht Europa“. Sie haben das Gefühl, anders zu sein als der Rest der Russischen Föderation. Die lokale Verwaltung neigt – obwohl sie die ganze Zeit betont, am Dogma der Zugehörigkeit der Oblast zu Russland dürfe nicht gerüttelt werden – dazu zu beklagen, Moskau habe kein Verständnis für die Eigenart der Region.

Für zahlreiche Einwohner der Oblast, wo das Lebensniveau fünfmal so niedrig wie in Polen und niedriger als in Zentralrussland ist,<sup>146</sup> ist Alltägliches oft wichtiger als Fragen der Vergangenheit oder Zukunft der Region. Die Kaliningrader leben in Häusern, die im Winter oft ungeheizt sind, die kein Warmwasser und keine Müllabfuhr haben, wovon ich mich selbst bei mehreren Besuchen in der Stadt überzeugen konnte.

Die Kaliningrader Forscher verweisen darauf, dass sich ein „Ethoswandel“ in den Köpfen der lokalen Bevölkerung vollzogen hat. Auch die „Kultursituation“ hat sich geändert. Genadij W. Kretinin führt aus: „Man sollte nicht von einer ‚Kaliningrader Identität‘ sprechen (da derlei Formulierungen dem Separatismus huldigen), sondern eher von der Identität der Einwohner Kaliningrads, die zweifellos Russen sind.“<sup>147</sup> Neu in den einschlägigen Diskussionen ist, dass bereits die dritte hier geborene und verwurzelte Generation ihr Erwachsenenalter erreicht hat. Hier sind ihre Vorfahren begraben. Die meisten indes kennen Russland kaum, viele waren kein einziges Mal dort. Indem sie ein „Inseldasein“ im *samoj sapadnoj* (ganz im Westen) führen, bauen die Kaliningrader an ihrer eigenen Identität. Diese beinhaltet sowohl das geschichtliche Erbe als auch den postmigrantischen und postsowjetischen Charakter dieser Gesellschaft. Die ständigen Diskussionen über die geopolitische Lage, die in der Oblast und den Nachbarländern geführt werden, nähren das Gefühl der Vorläufigkeit und der Ungewissheit bezüglich der eigenen Zukunft mitten in der EU.

Eine interessante Versinnbildlichung dieser Dilemmata lieferte in der Region die heftige Diskussion über die Art und Weise, wie der 750. Jahrestag der Gründung Königsbergs/Kaliningrads im Jahr 2005 begangen werden sollte. Auf die „geopoli-

---

145 Vgl. M. Narbut, *Wiza dla admirała*, in: *Rzeczpospolita* vom 13.05.2002, S. A6.

146 G. W. Kretinin, *Baltyk – „Morze Śródziemne Europy“: doświadczenia historyczne i współczesne realia*, in: *Unifikacja i zróżnicowanie się współczesnej Europy*, pod red. B. Fijałkowskiej, A. Żukowskiego, Warszawa 2002, S. 398.

147 *Ebenda*.

tischen Diskussionen“ wirken sich auch die Putin gemachten Vorwürfe aus, er wolle durch einen Verkauf Kaliningrads an Deutschland Schulden begleichen.

In der Kaliningrader Zeitung „Jantarnyj kraj“ vom 4. Oktober 2001 erschien ein Artikel mit der vielsagenden Überschrift: *Kaliningrader Gebiet – bankrott?* Aus dem Beitrag ging hervor, dass die Oblast im Jahr 2001 dem föderalen Haushalt 650 Millionen Rubel und ihrer Kreditgeberin Dresdner Bank AG 15 Millionen US-Dollar schuldete. Sergej Stepaschin, Präsident des Rechnungshofes der Russländischen Föderation, erklärte: „Das Gesetz über die Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet ist gescheitert, die Oblast selbst bankrott.“<sup>148</sup>

Dass die Region Schulden bei einem deutschen Kreditinstitut hat, rief zahlreiche Spekulationen und Gerüchte über geheime Verhandlungen zur Zukunft des Gebiets hervor. Oleg Tschumakow schrieb in der „Literaturnaja Gaseta“: „Ich kann nicht behaupten, dass die Artikel in ‚Daily Telegraph‘ und ‚Times‘ über etwaige geheime Verhandlungen zwischen Schröder und Putin über das Kaliningrader Gebiet soviel Aufsehen in Deutschland erregt hätten wie in Russland. Nichtsdestoweniger gaben sie einem Teil der Experten und Journalisten Anlass zu einer Diskussion über dieses für Deutschland heikle Thema.“<sup>149</sup>

In der gleichen Angelegenheit meldete sich auch der frühere Gebietsgouverneur General Wladimir Jegorow zu Wort, der am 24. Dezember 2001 feststellte: „(...) niemals, unter keinen Umständen wird unser ‚Inselchen‘ in fremde Hände übergehen“<sup>150</sup>, und ebenso der damalige russische Staatspräsident Putin, der im April 2003 erklärte, Russland werde die Oblast zur Tilgung der Schulden nicht abtreten: „Wir handeln nicht mit unseren Gebieten und haben nicht vor, mit ihnen zu handeln.“<sup>151</sup>

Diese Erklärungen stießen auf ein breites Echo unter den Einwohnern der Enklave. In diesem Zusammenhang wurde an einen Vorfall zehn Jahre zuvor erinnert, als Michail Gorbatschow im Mai 1991 angeblich die Oblast für 150 Milliarden DM an die BRD verkaufen wollte. Der damalige Außenminister Genscher nannte dies reine Spekulation und erklärte, er wolle „Königsberg nicht einmal geschenkt haben“.<sup>152</sup> Diese Informationen steigern zusammen mit Meldungen über immer wieder vorgebrachte Territorialansprüche seitens verschiedener litau-

---

148 OK 5/6 (2001), S. 4.

149 OK 1 (2002), S.11. Die Schuld wurde 2008 unter nicht näher geklärten Umständen beglichen.

150 OK 2 (2002), S.13.

151 OK 6 (2003), S. 7.

152 Wilhelm von Gottberg, damals Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, kritisierte in seiner Ansprache auf dem Deutschlandtreffen am 11. Juni 2000 in Leipzig Genscher und Kohl dafür, dies Angebot ohne Prüfung verworfen und der Öffentlichkeit vorenthalten zu haben. *Das Ostpreußenblatt* 24 (2000), S. 8.

ischer<sup>153</sup> und deutscher Kreise (hauptsächlich der Landsmannschaft)<sup>154</sup> die Ungewissheit und das Gefühl der Vorläufigkeit unter den Einwohnern der Oblast. 2010 stießen Enthüllungen des „Spiegels“ auf regen Widerhall, der aus Archivquellen ein geheimes Dokument publizierte, wonach der sowjetische General Geli Batenin im Sommer 1990 sondiert haben soll, ob die deutschen Behörden das Kaliningrader Gebiet übernehmen wollten, „(...) das nördliche Ostpreußen, also jenen Teil der deutschen Provinz, den die Sowjetunion im Weltkrieg besetzt und der sich nach 1945 nie erholt hat. Wiesen sind versteppt, Dörfer heruntergekommen, der Pregel stinkt nach Kloake“. Die Oblast, so begründete Batenin sein Ansinnen, sei ein „in jeder Beziehung zurückgebliebenes Gebiet, nicht nur im Vergleich zum Vorkriegsstand, sondern auch im Vergleich zum Entwicklungsstand in Russland“, mithin – so der „Spiegel“ – „offenkundig nur Ballast“. Nach Ansicht der Forscher hätte ein solches Vorhaben Gorbatschow als „Verräter der russischen Interessen“ kompromittieren sollen.<sup>155</sup>

Ein anderer Ausdruck der „schwankenden Identität“ der Kaliningrader sind die 2002-2003 erneut geführten Debatten über den Namen der Regionalhauptstadt. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, z. B. Korolow, Korolewska Gora oder Königsberg, auf Russisch Kenig.<sup>156</sup> Die des lokalen Separatismus gezielten Aktivisten der Baltischen Republikanischen Partei zeigten sich zufrieden, dass die

- 
- 153 Der Litauische Heimatbund-Konservative Partei, der Rat für „Kleinlitauen“ und die Stiftung Preußen und Kleinlitauen sprechen Russland das Recht auf das Kaliningrader Gebiet ab und verlangen die Einrichtung des sog. Kleinlitauens auf dem Territorium der russischen Region. Vgl. *OK 7* (2001), S. 45-46. Als Erwiderung auf diese Forderungen drohen manche russische Politiker mit der Außerkraftsetzung des Hitler-Stalin-Paktes in Bezug auf Litauen. *OK 6/7* (2002), S. 58.
- 154 Leonid Gorbjenko, der damalige Gebietsgouverneur, wiederholte 2000 in Kaliningrader Zeitungen Warnungen vor einer vermeintlichen „stillen Besetzung“ der Region durch Deutschland. *OK 3/4* (2000), S. 5. In ähnlichem Geist sprach sich Nikolai Patrunow, Leiter des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), aus, der am 15. Juli 2002 in Kaliningrad festhielt: „Ungeachtet der offiziellen Anerkennung der territorialen Integrität Russlands durch Berlin vertreten manche revisionistischen Kreise in Deutschland nach Erkenntnissen des FSB einen anderen Standpunkt.“ *OK 11* (2002), S. 29 f.
- 155 Die Ungewissheit wird mitunter durch die Russen selbst verstärkt. Alexander Durgin, Autor der 1997 in Moskau publizierten Studie *Grundlagen der Geopolitik. Die geopolitische Zukunft Russlands*, der in der Militärakademie des Generalstabs der Russländischen Föderation lehrt, schrieb: „Die Achse Moskau-Berlin hilft, eine ganze Reihe wichtiger Probleme, vor denen heute Russland und Deutschland stehen, zu lösen. (...) Aus dieser Perspektive gibt es Gründe für eine Rückgabe des Kaliningrader Gebiets (Ostpreußens) an Deutschland, um das letzte territoriale Symbol des schrecklichen brudermörderischen Krieges loszuwerden.“ *Kaliningradskaja Prawda* vom 19.12.1998, S. 6.
- 156 K. Wiegrefe, *Historischer Ballast*, in: *Der Spiegel* 21 (2010), S. 42 f. Vgl. auch: *Debatte um Ostpreußen-Angebot*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 23 (2010), S. 1.

Staatsduma der Russischen Föderation den Antrag der Kaliningrader Legislative ablehnte, das Föderalgesetz um das Verbot einer Umbenennung Kaliningrads in Königsberg zu ergänzen.<sup>157</sup> Langwierig waren auch die Auseinandersetzungen um Hymne, Flagge und Wappen der Oblast<sup>158</sup> sowie über die endgültige Anerkennung der Grenze zu Litauen, die Bildung der Euroregion „Prussia“ oder die Eröffnung des deutschen Generalkonsulats.

Ähnliche Querelen verursachten auch der Bau eines Friedhofs für Wehrmachtsoldaten in Kaliningrad,<sup>159</sup> eine Straßenbenennung in einer Siedlung in Jasnaja Poljana (Trakehnen) nach der deutschen Dichterin Agnes Miegel<sup>160</sup> oder auch Projekte zum Wiederaufbau des Königsberger Schlosses.<sup>161</sup>

Bei diesem eigenartigen Wettstreit um die „historische Erinnerung“ verwundert nicht die Errichtung neuer Denkmäler für Zar Peter I. den Großen in Kaliningrad und Baltijsk sowie für seine Tochter, die russische Kaiserin Elisabeth, in Baltijsk. Das Elisabeth-Denkmal soll daran erinnern, dass unter ihrer Herrschaft russische Truppen 1756 Königsberg erobert und die Stadt dem russischen Imperium angeschlossen hatten (1762 wurde sie den Deutschen zurückgegeben).<sup>162</sup> Zur Festigung der Verbindungen mit der russischen Geschichte und Tradition soll auch das in Kaliningrad aufgestellte Denkmal für Kapitän Alexander Marinesko dienen, der am 30. Januar 1945 die „Wilhelm Gustloff“ versenkte. Diesem Zweck dienen ebenfalls die Pläne zum Bau einer Ruhmesallee oder eines Skulpturen-parks sowjetischer Funktionäre, in dem auch eine Büste Stalins ihren Platz finden soll, sowie die Wiederaufstellung von Lenin-Denkmalern usw.<sup>163</sup>

Zahlreiche Kontroversen rief auch das Projekt der Gebietsverwaltung zum 750. Jahrestag der Stadtgründung hervor. Es wurde ein erbitterter Streit darüber geführt, ob dies ein Jubiläum Königsbergs oder Kaliningrads sein soll, oder auch Königsberg-Kaliningrads, wie manche Politiker in Moskau wünschen. Es gab auch Meinungsverschiedenheiten darüber, wie dieses Jubiläum mit dem 60. Jahrestag der Oblast-Gründung und dem 61. Jahrestag der Eroberung der Festung Königsberg verbunden werden könnte.<sup>164</sup>

Zur Sakralisierung dieser Verbindungen soll der Bau neuer monumentaler russisch-orthodoxer Kirchen in Kaliningrad und anderen Städten der Region dienen.

---

157 OK 3 (2003), S. 38.

158 OK 1 (2003), S. 6, 7.

159 OK 7 (2003), S. 49-51.

160 OK 10 (2002), S. 88.

161 OK 3 (2003), S. 2.

162 OK 1 (2003), S. 10-11.

163 OK 4 (2003), S. 9; 6 (2003), S. 38; 3 (2003), S. 13.

164 Vgl. OK 3 (2002), S. 7; 5 (2003), S. 66; 6 (2003), S. 9.

Viele interessante Daten zum Selbstverständnis der heutigen Bewohner des Kaliningrader Gebiets haben soziologische Umfragen im Juli 2002 geliefert. Aus ihnen geht hervor, dass sich 78 % Einwohner für die Beibehaltung des bisherigen Stadtnamens aussprechen, während 9 % die Rückkehr zum alten Namen (Königsberg) wünschen; 3 % zogen einen ganz anderen Namen vor, und 10 % hatten keine Meinung dazu.

23 % der Befragten assoziieren den Namen der Region mit „Problemen“, 12 % mit der Geographie. Ein Fünftel der Befragten ist der Ansicht, dass es nach dem EU-Beitritt Polens und Litauens „schlimmer wird“, da diese „eine Katastrophe“ sei (23 %), und: „wir werden eingekreist“ (20 %). Ein Drittel der Befragten ist überzeugt, der bisherige Status der Oblast bleibe erhalten. Nur 4 % glauben, die Oblast werde ein von Russland unabhängiger Staat, 3 %, sie werde einem anderen Staat angeschlossen. 32 % meinten hingegen, die Region verbleibe in den Strukturen der Russischen Föderation, werde aber ihren eigenen Status erhalten.<sup>165</sup>

Ein Einwohner Kaliningrads bemerkte mir gegenüber Folgendes: „Die Leute, die heute in der Oblast leben, haben wirklich nur zu einem geringen Grad ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt. Wenige interessieren sich für Geopolitik. Wenn sie überhaupt etwas verbindet, dann der Kampf ums tägliche Brot und die Erhaltung ihrer bescheidenen Existenz“ (Ka-11).

Eine wesentliche Rolle bei der Identitätsbildung der Bewohner dieser Region spielt dabei das Zeremoniell. Das Fest des 9. April als „Tag der Eroberung Königsbergs“ wurde zum Hauptfundament für die Legitimierung der Sowjetmacht. Eigens für diese Argumentation wurde ein interessantes historiosophisches Konzept entwickelt. Es fußt auf der Überzeugung, der Sieg der Roten Armee (d. h. der KPdSU unter Führung Stalins) über das Dritte Reich habe einen pseudoreligiösen Geburtsakt des Entstehungsmythos von Kaliningrad geschaffen. Auf den Trümmern des total zerstörten Alt-Königsbergs entstand ein „neues Kaliningrad“.<sup>166</sup>

Die Mythologie des Vaterländischen Krieges und der Pionierarbeit haben Fundamente für den langen Herausbildungsprozess des regionalen Bewusstseins gelegt. Die Entwicklung der Oblast sollte ein Vorbild für das gesamte demokratische Europa sein. Eben darauf gründete der Pioniermythos gleich nach dem Krieg.<sup>167</sup>

Ab Ende der fünfziger Jahre wirkte sich eine neue Komponente auf die Bildung der regionalen Identität aus. Weit verbreitet wurde damals der Begriff „sa-

---

165 „*Kaliningradskaja problema*“ w serkale obschtschestwennogo mnenija. Analitičeskij obsor po dannym woprosow obschtschestwennogo mnienija, Kaliningrad/Moskwa 2002.

166 Vgl. B. Hoppe, *Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946-1970*, München 2000, S. 111-153. Vgl. auch: P. Brodersen, *Die Stadt im Westen – Wie Königsberg Kaliningrad wurde*, Göttingen 2009.

167 Vgl. P. Wörster, *Das nördliche Ostpreußen nach 1945 – Verwaltung, Bevölkerung, Wirtschaft*, Marburg 1978.

maja sapadnaja“ (ganz im Westen), der das Bewusstsein widerspiegelte, Teil eines Ganzen, d. h. der UdSSR, zu sein.

Wiederaufbau und Ausbau Kaliningrads als „moderne Metropole“, besonders der Massenwohnungsbau in den sechziger Jahren, erweckten den Eindruck einer gewissen Normalität im Leben von Stadt und Region.<sup>168</sup>

Anzeichen für die Begründung eines Gemeinschaftsgefühls der Kaliningrader war der Kampf um eine eigene Zeitzone. Bis 1986 lebten die Einwohner dieser „Militärkolonie“ nach Moskauer Zeit. Das war aber unnatürlich und beschwerlich. Die Moskauer Behörden willigten in die Einführung einer gesonderten Zeitzone (etwas Selbstverständliches in der UdSSR) ungern ein und sahen darin etwas „Separatistisches“ und „Russenfeindliches“. Diese Zeitzone galt damals in der UdSSR und gilt heute in der Russischen Föderation nur im Kaliningrader Gebiet.

Vorherrschend in ihren Auswirkungen auf die Haltungen der Oblastbewohner waren nach wie vor das allgemeine Gefühl der Vorläufigkeit sowie die mangelnde Gewissheit bezüglich der Zukunft des Gebietes.

## 2.3. Soziale Probleme

Das Kaliningrader Gebiet ist eine Region voller Kontraste. Sie treten besonders zwischen den wohlhabenden Stadtvierteln Kaliningrads und den Kleinstädten sowie Dörfern zutage. Ernste soziale Probleme sind die deutliche Schichtung, Arbeitslosigkeit, die schwierige Lage der Rentner und die Zunahme des Alkoholismus, der sozialen Krankheiten (wie Tuberkulose, HIV-Infektionen), Drogensucht, Kinderobdachlosigkeit und Korruption.

### 2.3.1. Arm und reich. Soziale Schichtung

An dem im März 2007 veröffentlichten Bericht über den Lebensstandard in 36 Regionen Russlands mit dem Titel *Unsere Werte und Interessen heute* ist das Beunruhigendste das Hauptfazit: „In unserer Gesellschaft findet eine Stabilisierung statt, es gibt ein Wirtschaftswachstum, doch stabilisieren sich auch die Kontraste, was gewisse Gefahren birgt, die es zu berücksichtigen und auf die es Antworten zu finden gilt.“

Der „Stabilisierungsprozess verläuft rasant, doch sind auch die sozialen Gegensätze und Kontraste stark genug. Nach gewisser (und nicht allzu ferner!) Zeit werden

---

168 Vgl. E. Zubkova, *Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1999, Nr. 47, S. 363-384.

sie sich in gänzlich unerwarteten Folgen erweisen.“ Die Oberschicht der „Reichen“ beträgt 13 % der Bevölkerung, die Unterschicht der „Armen“, die unter der Armutsgrenze leben und auf Sozialhilfe und Unterstützung angewiesen sind, 33 %. Die statistische Abnahme der Schicht der „Armen“ wird erreicht durch das niedrig angesetzte Existenzminimum, das unter dem Einkommen der meisten Einwohner des Landes liegt, was bei der Einschätzung des Lebensstandards und der sozialen Lage durch diejenigen, die sich selbst als „arm“ bezeichnen, korrigiert wird. Auf diese Weise beträgt der Anteil der „Armen“ unter der beruflich stabilen Bevölkerung 30 %, ungeachtet einer gewissen Zunahme ihrer Einkünfte. In den Jahren 2002-2006 stieg unter den Armen der Anteil der über 55-Jährigen von 33 auf 55 %. Zugleich hat sich der Anteil der Hochschulabgänger mehr als halbiert (von 29,6 auf 13,5 %). So werden die heutigen „Armen“ meistens durch sozial schwache Gruppen vertreten, was ihr Alter, ihren kleinen Vorrat sozialen Kapitals und ihre verschwindend geringen Möglichkeiten zu aktiver wirtschaftlicher Betätigung angeht.

Das Hauptproblem der sozialen Stratifizierung in Russland sind die unterentwickelte Wirtschaft, die nur eine begrenzte Zahl gut bezahlter Arbeitsstellen bereithält, sowie die mäßige berufliche Qualifizierung eines Teils der Bevölkerung, die diesem sogar vorhandene Arbeitsplätze nicht einzunehmen erlaubt. 2006 haben 31 % der Russen sich „schlecht“ an die Realität von heute angepasst.

Der Mittelstand, der von den Soziologen nicht nur nach objektiven Wohlstandskriterien, sondern auch nach der Selbsteinschätzung der Befragten bestimmt wird, macht laut diesem Bericht 22 % der erwachsenen Bevölkerung des Landes aus. „Es ist eine beachtliche, an die neuen gesellschaftlichen Bedingungen angepasste Bevölkerungsschicht, die optimistisch eingestellt ist“. Indes sollte, um die Stabilität der Gesellschaft zu gewährleisten, der Mittelstand mindestens 50 % der Bevölkerung ausmachen.

Viele Thesen des Berichts betreffen auch die Bewohner des Kaliningrader Gebiets. Beispielsweise ist der Prozentsatz der Armen in dieser Region höher, da der Anteil der Älteren hier über dem Durchschnitt Russlands liegt. Die Zahl der Mittelständler wiederum ist hier höher, weil der Anteil der Hochschulabgänger über dem Durchschnitt Russlands liegt und die Arbeitslosigkeit niedrig ist, vor allem in den größten Städten der Region, in denen der überwiegende Teil der Bevölkerung lebt.<sup>169</sup>

Im Jahr 2006 gab es in Russland fünfhundert Rubel-Milliardäre, deren Gesamtkapital 425,1 Milliarden US-Dollar betrug. In dieser Gruppe gab es sieben Kaliningrader (darunter zwei Minister der Gebietsregierung). Ihr gesamtes Vermögen wurde auf 790 Millionen US-Dollar (22,7 Mrd. Rubel) geschätzt. Im Jahr 2005 gaben mehr als 110 Kaliningrader offiziell bei den Finanzbehörden an, ein Jahreseinkommen in Höhe von über einer Million Rubel erzielt zu haben. Die

---

169 OK 3 (2007), S. 8 f.

Zahl dieser Millionäre war dreimal so hoch wie 2004. Davon gaben 91 Personen in ihren Steuererklärungen an, Einkommen zwischen 1 und 10 Millionen Rubel erzielt zu haben, 19 Personen über 10 Millionen Rubel und zwei Personen mehr als 100 Millionen Rubel. Der Gesamtbetrag der deklarierten Einkommen verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr und überstieg 9 Milliarden Rubel.

Mehr als 7 600 Bürger setzten von der Steuer Sozial- und Vermögenseinbußen im Gesamtwert von 736 Millionen Rubel ab, das sind 40 % mehr als im Vorjahr.<sup>170</sup>

Der allgemeine Lebensstandard der Bevölkerung ist niedriger als in den anderen Regionen Russlands. Ein Fünftel der Bewohner der Oblast bezieht ein Einkommen unter dem Existenzminimum. Jeder zehnte Einwohner ist als Behindert registriert. Zuwendung und Schutz brauchen auch etwa 40 000 Kinder, die aus unterschiedlichen Gründen in eine schwierige Lage geraten sind. Sie und andere Bedürftige werden von 6 000 Sozialarbeitern betreut. Im Jahr 2006 waren 11,7% des konsolidierten Gebietshaushalts für Sozialausgaben bestimmt. Doch ist auch das noch zu wenig, zumal wenn man das ehrgeizige Programm der Gebietsverwaltung berücksichtigt, wonach ein mit Litauen und Polen vergleichbarer Lebensstandard bis 2010 erreicht werden soll.

Aktuell liegt die Zahl der Minderbemittelten in der Oblast annähernd im Durchschnitt Russlands (20 %). Berücksichtigt man aber nur den Föderationskreis Nordwestrussland, schneidet die Oblast etwas besser ab und nimmt den vierten Platz unter den zehn Föderationskreisen ein. Jeder zweite Bedürftige steht im Erwerbsalter, ist aber nicht in der Lage, für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. In den Armutsfamilien tauchen verständlicherweise Probleme mit Kindern auf. Schwer haben es auch Ruheständler und Rentner. Ein Viertel bezieht Ruhegeld bzw. Behindertenrente unter dem Existenzminimum.

Die Durchschnittsrente in der Oblast betrug im Jahr 2006 2 700 Rubel (ca. 80 €) bei einem Durchschnittslohn von 7 200 Rubel (ca. 210 €). In Polen erhalten die Senioren das Dreifache, in Litauen das Doppelte.

Geographisch verteilt sich die Armut auf den Rajon Prawdinsk und die Stadtkreise (ehemalige Rajons) Slawsk, Osjorsk und Gussew. Am günstigsten ist die Lage in Kaliningrad und Gurjewsk.

Für die kommenden Jahre wird in der Oblast keine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards erwartet. In dieser Hinsicht bleibt die Region auf dem gesamtrussischen „Durchschnittsniveau“. 2006 betrug der Anteil derjenigen mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum mehr als 20 %. In den kommenden Jahren plant die Gebietsverwaltung die Einrichtung von fünf Industriegebieten (in den Vororten Kaliningrads, in Sowjetsk, Tschernjachowsk, Gussew und Gwardeisk).<sup>171</sup>

---

170 OK 2 (2006), S. 46 f.

171 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (30.08.2006).

Seit mehreren Jahren klafft die Lohnschere unter den Arbeitnehmern der Oblast immer weiter auseinander. Der Durchschnittslohn betrug Anfang 2007 7 361 Rubel: in der Erdölförderung ca. 17 000 Rubel, in der verarbeitenden Industrie ca. 3 000 Rubel (bei einem Existenzminimum von 3 300 Rubel). Sozialhilfeempfänger sind in der Region über 107 000 Personen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Kaliningrader beträgt ungefähr 62 Jahre, und zwar 55 Jahre bei Männern und 69 Jahren bei Frauen (in der Russischen Föderation sind es 65,5 Jahre, in Litauen 74,7 und in Polen 72,2).

„Im Lebensstandard stehen die Kaliningrader ihren Nachbarn, Litauern und Polen, immer mehr nach.“ Zu diesem Fazit gelangte Andrej Gorbunow nach der Durchführung von Vergleichsuntersuchungen. Er stellte Einkommen und Ausgaben zweier vierköpfiger Familien gegenüber, in denen beide Eltern arbeiten und die Kinder die Schule besuchen. In Szczytno prüfte er das Lebensniveau der Familie Kowalski, in Prawdinsk das der mit ihnen befreundeten Familie Kalinin. Die Kowalskis arbeiten in einer Möbelfabrik in Szczytno und wohnen in einem alten Einfamilienhaus. Die Kalinins arbeiten in örtlichen Betrieben in Prawdinsk und leben dort ebenfalls in einem eigenen Haus.

Die monatliche Einkommen gestaltet sich wie folgt (zur leichteren Veranschaulichung wurden polnische Zloty nach dem Verhältnis 1:8 in Rubel umgerechnet):

*Tabelle 40 Vergleich der Monatseinkommen in Masuren und im Kaliningrader Gebiet 2004 (am Beispiel von zwei Familien, in Rbl)*

	Szczytno Fa. Kowalski	Prawdinsk Fa. Kalinin	Differenz
Gesamtgehalt (2 Personen)	14 400*	7400**	-7000
Kindergeld (2 Kinder)	728***	140	-588
Gesamt	15 128	7540	-7588

\* Mindestlohn in Polen: 5 600 Rubel. Das genannte Gehalt liegt 28 % darüber.

\*\* Mindestlohn in Russland: 600 Rubel (im Jahr 2004, ab 1.01.2005 – 900 Rubel). Das genannte Gehalt liegt mehr als 500 % darüber.

\*\*\* Vor dem 1. September wird für jedes Kind im Schulalter in Polen ein Betrag von 720 Rubel für den Kauf von Schulmaterial gewährt (eine ähnliche Beihilfe gibt es auch in Litauen) [Anm. A. Gorbunow].

Quelle: *Obwód Kaliningradzki. Przegląd faktów, wydarzeń, opinii 1* (2005), S. 56.

Aus der obigen Tabelle geht hervor, dass das Monatsbudget der polnischen Familie doppelt so hoch ist wie das der Kaliningrader. Gorbunow verglich auch

Fixkosten für Wohnen und kommunale Leistungen, die für die Russen günstig ausfallen (Tab. 41).

*Tabelle 41 Familienbudget in Szczytno und Prawdino im Jahr 2004 (in Rbl)*

		Szczytno	Prawdinsk	Differenz
Fixkosten für Wohnen und kommunale Leistungen (Müllabfuhr, Abwasser)	4 Personen	584	14*	-570
Wassergebühren	4 Personen	125	132	+7
Stromgebühren	100 kWh	360	117	-243
Gasgebühren	–	480	220	-260
Radio- und TV-Gebühren	1 Monat	136	13	-123
Gesamt		1685	496	-1189

\* Keine Kanalisation

Quelle: vgl. Tab. 40.

Ungünstig für die Oblast-Bewohner fiel der von Gorbunow vorgenommene Vergleich der Einkommen und Ausgaben dreiköpfiger Familien in Kaliningrad und Wilna aus. Dies liegt seiner Ansicht nach daran, dass die Preise für unverzichtbare Produkte fast täglich steigen. Außerdem steigen unentwegt die Kommunalabgaben und Beförderungspreise, weshalb die Inflation deutlich über der offiziellen Teuerungsrate von 12 % im Jahr liegt.<sup>172</sup>

Besonders ungünstig gestaltete sich die materielle Lage der Einwohner des Kaliningrader Gebiets in den Jahren 1995-1998 (Tab. 42).

*Tabelle 42 Wachstum des Bruttoinlands-/regionalprodukts ausgewählter Ostseestaaten 1995-2003 (in %; Fixpreise)*

Land/Gebiet	Wachstum des BIP/BRP in den Jahren:									Durchschnittswachstum im Zeitraum:	
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1995-2003	1999-2003
EU-15	24	1,6	2,5	2,8	2,9	3,5	1,6	1,0	1,2	2,2	2,0
Polen	7,0	6,0	6,8	4,8	4,1	5,8	1,0	1,6	3,2	5,6	5,1
Litauen	6,2	4,7	7,0	7,3	-1,8	4,0	6,5	6,7	3,5	4,9	3,8
Schweden	4,0	1,3	2,4	3,6	4,6	4,4	1,1	1,9	1,4	2,7	2,7

<sup>172</sup> OK 1 (2005), S. 56-58.

Deutschland	1,7	0,8	1,4	2,0	2,0	2,9	0,8	0,2	0,4	1,4	1,3
Estland	4,3	3,9	9,8	4,6	-0,6	7,3	6,5	6,0	4,9	5,2	4,8
Norwegen	4,4	5,3	5,2	2,6	2,1	2,4	1,4	1,5	2,2	3,0	1,9
Russländische Föderation	-4,1	-3,4	0,9	-4,9	5,4	9,0	5,0	4,3	5,9	2,0	5,9
Kaliningrader Gebiet	-16,2	-14,2	-4,5	-9,5	6,8	15,2	3,4	10,01	9,0	0,0	8,9

Quelle: P. Borowiec, *Sytuacja ekonomiczna Obwodu Kaliningradzkiego*, in: *Rocznik Wschodni* 10 (2004), S. 308.

Schwierig ist die materielle Lage der Rentner, darunter ehemaliger Militärangehöriger, deren es in der Oblast 28 000 gibt, und der Arbeitslosen. Nach Aussagen des Unabhängigen Gewerkschaftsbundes der Russländischen Föderation verschlechtert sich die Lage der Rentner zunehmend. Nach allgemeiner Überzeugung ist die Pensionierung „ein Schritt in Richtung Armut“. Die durchschnittliche Einkommensersatzrate sinkt kontinuierlich. Betrug sie 2002 noch 32 %, so waren es 2006 lediglich 27 %. Dabei beträgt diese Rate für Abgeordnete und Staatsbeamte 75 %, und ihre Pensionen werden laufend mit dem Lohnanstieg indiziert.

Anfang April 2007 fanden unter der Ägide des genannten Gewerkschaftsbundes landesweite Proteste statt, bei denen eine „würdige Rente“ gefordert wurde. Die Aktion hatte zwei Losungen: „Mindestrente auf dem Niveau des Existenzminimums!“ und „Einkommensersatzrate mindestens 40 %!“.

In Kaliningrad protestierten etwa zweihundert Rentner vor dem Sitz der Gebietsduma.<sup>173</sup>

Nach offiziellen Angaben ist die Arbeitslosigkeit in der Oblast relativ gering; sie betrug in den Jahren 2001 8 100 Personen, 2002 9 700, 2003 8 600, 2004 9 100 und 2005 8 400. Die tatsächlichen Werte sind bedeutend höher und erreichen etwa 70 000 Personen, 70 % davon sind Frauen (bei insgesamt 511 000 Erwerbstätigen). Offiziell betrug die registrierte Arbeitslosenrate in den Jahren 2001–2006 um die 1,8 %. Die allgemeine Arbeitslosigkeit (ermittelt anhand ausgewählter Erhebungen zum Beschäftigungsniveau der Bevölkerung im Jahreszeitraum) betrug zwischen 5,9 % im Jahr 2005 und 9,6 % 2006.

Innerhalb der Oblast ist die Arbeitslosigkeit höchst ungleich verteilt. Nach allgemeiner Überzeugung ist die tatsächliche Arbeitslosenzahl niemandem bekannt. Die Gebietsverwaltung behauptet, in der Region gebe es „gar keine“ Arbeitslosigkeit.

173 www.regnum.ru (15.04.2007).

Nach Angaben des Regionalamtes des Föderalen Beschäftigungsdienstes in Kaliningrad war 2006 gar ein Viertel der Erwerbsfähigen (etwa 120 000) nicht im Wirtschaftsbereich beschäftigt, was allgemein als tatsächliche Arbeitslosenzahl interpretiert wird. Offiziell wurden 2006 7 600 Stellenlose registriert. Dabei entfielen sieben Arbeitswillige auf zehn vakante Stellen. Im Rajon Slawsk beispielsweise bewarben sich auf eine Stelle 130 Arbeitssuchende. Die beste Lage herrschte in Kaliningrad, wo auf einen Arbeitslosen nach offiziellen Angaben zehn Arbeitsangebote warteten.

Keine Klärung brachten auch die Daten des Föderalen Statistischen Dienstes der Russländischen Föderation. Denn aus ihnen geht hervor, dass es im September 2006 in der Oblast 9 200 Arbeitslose gab, von denen 7 200 Erwerbsfähige als arbeitssuchend registriert waren. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren dies 13,2 % weniger. 6 100 der Registrierten erhielten Arbeitslosengeld, mithin ebenfalls 13,2 % weniger als im Vorjahr.

Nach Ansicht von W. S. Biltschak, dem Verfasser von *Prigranitschnaja ekonomika* (Kaliningrad 2002), besteht in der Oblast eine „enorme Diskrepanz zwischen der realen Arbeitslosigkeit und der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Nach offiziellen Angaben ging die Zahl der Arbeitslosen 1995-2000 auf 18 400 zurück. Der Anteil registrierter Arbeitsloser sank von 5,8 % 1995 auf 1,4 % im Jahr 2000“ (S. 144). Dieses Problem veranschaulicht Tabelle 43.

Tabelle 43 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im Kaliningrader Gebiet 1995 und 2000 (in Tsd.)

Jahr	Erwerbstätige insgesamt	Davon		Registrierte Arbeitslose	in % der Erwerbstätigen	
		beschäftigt	arbeitslos		Arbeitslose	registrierte Arbeitslose
1995	428,8	385,8	43,0	25,0	10,0	5,8
2000	476,7	401,1	75,6	6,6	15,6	1,4

Quelle: W. S. Biltschak, *Prigranitschnaja ekonomika*, Kaliningrad 2002, S. 144.

Die obige Tabelle zeigt, dass die reale Arbeitslosigkeit 1995-2000 von 43 000 auf 75 600 gestiegen ist. So betrug 2000 die reale Arbeitslosenrate 15,6 % gegenüber 1,4 % als arbeitssuchend Gemeldeter. In diesem Jahr waren 68,6 % der Arbeitslosen Frauen (gegenüber 64 % 1995). Jeder dritte Arbeitslose ist 16 bis 29 Jahre alt.

Nach Angaben der Hauptabteilung des Föderalen Beschäftigungsdienstes vom September 2006 waren etwa 120 000 Personen in der gesamten Oblast stellenlos, was ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung ausmachte. Im Oktober des Jahres wurde der Zentrale Beschäftigungsdienst von der Moskauer Regierung angewiesen, vor Ort tatsächliche Daten über die Lage am Arbeitsmarkt zu erhe-

ben. Ein Moskauer Beamter bemerkte: „Man sollte meinen, dass es dort an Arbeitskräften mangelt, wir siedeln Menschen dorthin um. Und nun solche Zahlen. Das ist schockierend!“<sup>174</sup>

Offen bleibt die Frage der sog. Grauzone im Beschäftigungswesen. Am Arbeitsmarkt ist die Lage der Frauen am schwierigsten. In Russland erhalten sie 64 % des Lohns, den ein Mann in gleicher Position bekommen würde. Bei Schwangerschaft werden sie oft entlassen. „Unser Phänomen ist die Duldung der Frauendiskriminierung“, sagt die Soziologin Ljudmila Jachtonowa. Russland hat von der Sowjetunion eine Gesetzgebung geerbt, die die Frauenrechte auf dem Papier weit besser schützt, als dies in vielen anderen europäischen Ländern der Fall ist. Leider werden die Vorschriften in der Praxis nicht beachtet, und Frauendiskriminierung gilt in Russland – nach Ansicht der Soziologen – als normal.

Im Endergebnis leben 43 % der arbeitende Frauen unter der (russischen) Armutsgrenze (im Vergleich zu knapp 30 % der Männer), und nach Ansicht der Forscher von der *Zentraleuropäischen und eurasischen Gesetzesinitiative* der amerikanischen Anwaltsvereinigung ABA klafft die Lage russischer Frauen und Männer am Arbeitsmarkt immer weiter auseinander.

Als das russische Büro von *Amnesty International* im Herbst 2005 ein Papier veröffentlichte, wonach in Russland jedes Jahr 9 000 Frauen von ihrem Lebenspartner oder Verwandten getötet werden, wurde auch nicht einen Augenblick öffentlich darüber debattiert. Die Lage der Frauen im Kaliningrader Gebiet unterscheidet sich nicht von der gesamtrossischen Norm.<sup>175</sup>

Besonders schmerzhaft im heutigen Russland und Kaliningrader Gebiet ist das Problem obdachloser Straßenkinder (*Besprisornyje*) bzw. Kinder ohne festen Wohnsitz (*Borusch*). Als Ursache für die Zunahme der sozialen Verwaisung benennen lokale Forscher „Verfall moralischer Werte, Arbeitslosigkeit und Trunksucht“. Jedes Jahr tauchen in der Region etwa 1 000 Kinder auf, die ohne elterliche Obhut leben. Zu Jahresbeginn 2006 waren es schon mehr als 7 500. Sie sind verschiedenen Folgen des gesellschaftlichen Sittenverfalls ausgesetzt.

2005 lebten in der Oblast 7 000 Waisenkinder und mehr als 4 000 unbeaufsichtigte Kinder, die Probleme bereiteten. Im gleichen Jahr nahm die Miliz über 3 000 Jugendliche wegen verschiedener Vergehen fest: 712 Straftaten wurden vor Gericht verhandelt, 500 Minderjährige verurteilt. Ein ernsthaftes Problem sind zahlreiche Fälle der Landstreicherei und eine große Zahl minderjähriger Bettler. 2006 waren nach offiziellen Angaben 500 Kinder obdachlos und lebten auf der Straße.

174 [www.news.okradio.ru](http://www.news.okradio.ru) (5.12.2006).

175 OK 4 (2006), S. 8. Vgl. auch: L. Sokołowa, *Główne kierunki pracy socjalnej ze społecznością Obwodu Kaliningradzkiego*, in: *Działania rządowe, samorządowe oraz pozarządowe w zakresie realizacji polityki społecznej ze szczególnym uwzględnieniem pomocy społecznej państw skupionych wokół Euroregionu Bałtyk*, Elbląg 2001.

Während meiner eigenen Feldforschungen habe ich Auskünfte von Vertretern verschiedener Lokalbehörden erhalten, die betonten, die Frage der obdachlosen Kinder sei eines der größten sozialen Probleme der Oblast. Die angeführten Daten waren für mich als Ausländer immer wieder schockierend. Im Jahr 2006 lebten 2 500 Kinder in Heimen. Jedes Jahr entfliehen über 2 000 Zöglinge aus den staatlichen Erziehungsheimen. Bei der Sozialhilfe werden 481 Jugendliche ohne elterliche Aufsicht geführt, zudem leben 5 035 Kinder in Familien aus der sog. „Risikogruppe“. Die tatsächlichen Zahlen sind um ein Vielfaches höher.<sup>176</sup>

### 2.3.2. Gesellschaftliche Missstände

Das Kaliningrader Gebiet ist in ganz Russland und Europa für seine hohen Fallzahlen bei Drogensucht, HIV-Infektionen und Alkoholismus bekannt.

Die Region gehört zu den sechs russischen Gebieten, in denen die Drogensucht am weitesten verbreitet ist. Fachleute behaupten, 80 % der Drogen und Psychopharmaka würden von auswärts in die Oblast eingeführt, obgleich sie rings von streng kontrollierten Grenzen umgeben ist und schon deswegen eine drogenfreie Zone sein sollte.

Nach Angaben des regionalen Dienstes zur Kontrolle der Drogenverbreitung leben in der Oblast 34 000 Abhängige. Durch Drogenkonsum kamen im Jahr 2003 126 Personen ums Leben, 2004 waren es 300, 2005 445, im ersten Quartal 2006 91. Einrichtungen des Gesundheitswesens weisen darauf hin, dass fast jeder zweite Jugendliche im Alter von 15-16 Jahren bereits Erfahrungen mit starken Psychopharmaka hat. Das Einstiegsalter für diese Substanzen liegt bei 11-14 (41 %) bzw. 15-17 Jahren (51 %). Etwa 10 % aller HIV-Infektionen erfolgen bei der gemeinsamen Benutzung des Spritzbestecks durch die Drogenabhängigen.<sup>177</sup>

In der Oblast waren etwa 5 500 HIV-Infizierte zu verzeichnen, 393 davon im Jahr 2006. Damit liegt die Oblast in Russland auf dem 10. Platz. Zwei Drittel der Infizierten sind Männer, ein Drittel Frauen. Etwa 70 % haben sich bei der intravenösen Drogeneinnahme infiziert, die übrigen auf geschlechtlichem Weg. Seit Beginn der Epidemie sind in der Oblast 1 533 HIV-Infizierte gestorben, zumeist Drogensüchtige. An Aids starben 169 Personen. Zum Stichtag 1. November 2006 leben 3 963 HIV-Infizierte in der Region, überwiegend 20- bis 40-Jährige. 2006 war indes eine steigende Tendenz zur Ansteckung bei unter 20-Jährigen oder Jüngeren bemerkbar.

Am 17. November 2005 schritten die Behörden im Ort Doroschnyj im Rajon Gurjewsk, der die Stadt Kaliningrad umgibt, zum Abriss eines illegal errichteten

---

176 OK 4 (2006), S. 27.

177 OK 12 (2006), S. 40.

Roma-Wohnplatzes namens „Fabor“. In den 46 Häusern wurde rund um die Uhr mit Drogen gehandelt. Dem großen Abriss mit Bulldozern ging der Abbruch „herrenloser“ Scheunen voran, wo jahrelang illegal Drogen verkauft und oft gleich vor Ort konsumiert wurden.

Nach Ansicht von Spezialisten lässt sich bereits seit 2004 in Russland und dem Kaliningrader Gebiet von einer Drogenepidemie sprechen, da mehr als ein Prozent der Bevölkerung regelmäßig Drogen einnimmt. Russland hat diese erschreckende Grenze schon längst überschritten. Die Zahl der Drogenabhängigen hat 6 Millionen Menschen erreicht. Das Gros russischer Drogenabhängiger machen Jugendliche aus.

Im Kaliningrader Gebiet verläuft seit geraumer Zeit im Verborgenen ein sehr gefährlicher Prozess – die Narkotisierung der Bevölkerung. (In den Dörfern „steigt das Volk vom Selbstgebrannten auf Heroin um. Und niemand will etwas bemerken“). In der Oblast entstehen immer wieder neue Drogenplätze. An diesem Treiben sind nicht nur Verwaltungsangestellte beteiligt, sondern auch eine Vielzahl von Vertretern verschiedenster Rechtsschutzbehörden: angefangen von der Miliz über die Staatsanwaltschaft bis hin zum Zoll. Nach Angaben der Milizionäre selbst werden aus dem Kaliningrader Amt für Inneres jedes Jahr etwa 30 drogensüchtige Beamte entlassen.

Jeder dritte Einwohner des Kaliningrader Gebiets unter 30 Jahren trinkt regelmäßig Alkohol. Auch unter den Frauen nimmt der Alkoholismus zu.

Das Kaliningrader Gebietsamt des Föderalen Statistischen Dienstes hat Daten zur Menge des von den Oblast-Einwohnern in den Jahren 2000-2005 konsumierten Alkohols vorgelegt. Seit 2000 stieg der Einzelverkauf von Wodka und anderen alkoholischen Erzeugnissen (einschließlich des illegalen Umsatzes) um 31 %, von Wein auf das 2,4-Fache, von Weinbrand um 27 %, von Sekt um 18 %, von Bier auf das 2,1-Fache. Der Verkaufsmenge nach zu urteilen, entfielen auf jeden Kaliningrader 2005 statistisch 14,2 Liter reiner Alkohol. Die Oblast gehörte zu den zehn Regionen Russlands mit dem höchsten Alkoholkonsum. Am meisten getrunken wird in der Oblast Archangelsk (17,3 l), durchschnittlich sind es in Russland 9,75 l (gegenüber 5,4 l im Jahr 1990). Erklärt wird die Zunahme des Alkoholkonsums wird mit der Verlorenheit vieler Russen nach der Wende, dem Zerfall der Sowjetwelt, der Auflösung von Betrieben und dem Ausbleiben von Lohnzahlungen über längere Zeit.

In den letzten fünf Jahren wandten sich die Kaliningrader immer mehr vom Wodka ab. 2000 machte der Konsum in der Oblast 26,6 % der Gesamtmenge des getrunkenen Alkohols aus, im vergangenen Jahr „lediglich“ 17,8 %. Dafür erfreute sich Bier großer Beliebtheit. Von 2000 bis 2005 stieg der Bierabsatz auf das 2,1-Fache und betrug 86 l pro Kopf und Jahr, in Russland durchschnittlich 60 l. In

der Oblast leiden immer mehr Menschen an Biersucht. 2006 gab es hier insgesamt über 50 000 Alkoholiker. Diese Tendenz hatte auch in den Folgejahren Bestand.<sup>178</sup>

In den obigen Daten ist der schwarzgebrannte Schnaps nicht berücksichtigt, der seit 1945 ununterbrochen in Massen hergestellt wird. Der höchste Wodkakonsum wird in der Provinz verzeichnet und „kurbelt“ die Schnaps-Statistiken an. Wiktor Jerofejew meint: „In Russland sind wir alle viel mehr Geiseln des Wodkas als irgendeines politischen Systems. Kurz, Wodka ist der russische Gott. (...) Wodka hat sich als stärker erwiesen als Orthodoxie, Alleinherrschaft und Kommunismus; er ist der Mittelpunkt der russischen Geschichte.“<sup>179</sup>

Der Wodkakonsum in Russland ist der höchste weltweit (14,5 l). Im Land leben über 4 Millionen Alkoholiker. An Alkoholvergiftung sterben jährlich 40 000 Russen. Fachleute schätzen zudem, dass jedes Jahr eine halbe Million Menschen an den durch Alkoholmissbrauch verursachten Krankheiten sterben. Wodka ist die direkte bzw. indirekte Todesursache bei 30 % der russischen Männer.

Alkoholmissbrauch ist auch eine der wichtigsten Ursachen für den demographischen Kollaps in Russland. 2005 hatte das Land 143 Millionen Einwohner, das waren 2,2 Millionen weniger als 2002 und sogar 5,3 Millionen weniger als vor zehn Jahren. Obwohl sich die Demographen über den Rückgang der Bevölkerungszahl um 0,32 % allein in der ersten Jahreshälfte 2005 beunruhigt zeigten, nimmt das Tempo, mit dem die russische Bevölkerung schrumpft, erst richtig an Fahrt auf.

Russische Fachleute und UN-Experten malen das schwarze Bild eines austerbenden Russland mit lediglich 101 Millionen Einwohnern im Jahr 2050. Auch das sind noch optimistische Schätzungen, denn es fehlt nicht an Wissenschaftlern, die prophezeien, Russland werde Mitte des 21. Jahrhunderts infolge von Alkoholismus und Aids-Epidemie nur 77 Millionen Einwohner zählen.

„Im Hochtechnologie-Zeitalter rafft die Tuberkulose sogar den Mittelstand dahin“, schrieb Natalia Konewa in der Zeitung „Kaskad“, anscheinend um die Aussagekraft ihres *Krankheit der Armen* überschriebenen Artikels abzuschwächen. In der Gebietsdumasitzung am 31. März 2005 haben die Abgeordneten „lebhaft das Tuberkuloseproblem im Kaliningrader Gebiet diskutiert und die Leitung des Gebietsgesundheitsamtes scharf kritisiert, wobei sie versicherten, Schuld an der Verbreitung der Epidemie trügen gerade die Beamten“.

Im Jahr 2005 waren in der Oblast 2 171 Tbc-Kranke erfasst, darunter 1 265 mit offener Erkrankung. Und das sind nur die offiziellen Angaben. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Tbc-Infizierten praktisch auf das Dreifache, von 43 auf 127 Fälle (in Kaliningrad 106,6 Fälle je 100 000 Einwohner). Die Morbiditätsraten in der Region sind fünfmal so hoch wie im gesamt-russischen

178 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (3.01.2010).

179 W. Jerofejew, *Rosyjski bóg*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 31.12.2003-1.01.2004, S. 14 f.

Durchschnitt. Deprimierender noch ist, dass immer mehr Kinder erkranken (76,6 Fälle auf 100 000 Einwohner, in Russland durchschnittlich 16) sowie Menschen in günstigen materiellen Verhältnissen, etwa Juristen, Kaufleute usw. Fachleute geben zu, dass die für die Tbc-Bekämpfung verantwortliche Gebietsbehörde praktisch die Kontrolle verloren hat. Die meisten Erkrankungen werden nicht wie früher bei Vorsorgeuntersuchungen festgestellt. Ein Teil der Infizierten verweigert sich der stationären Behandlung.<sup>180</sup>

Die Selbstmordrate war in der Oblast immer höher als in Russland. Im Jahr 2006 nahmen sich 45 von 100 000 Einwohnern das Leben. Im übrigen Russland sind es annähernd 30 Fälle. Die hohe Rate ist in erster Linie auf den übermäßigen Alkoholgenuss zurückzuführen.

In der Oblast begehen ca. 400 Menschen jährlich Suizid. Dies entspricht in etwa der Zahl der Verkehrstoten. Für diese kleine Region ist das ein ernsthaftes Problem.<sup>181</sup>

In den letzten Jahren nimmt auch die Kriminalität zu. 2005 wurden im Kaliningrader Gebiet 2 399 Straftaten pro 100 000 Einwohner erfasst. In der Region werden sie häufiger begangen als beispielsweise in Tschetschenien (590 pro 100 000 Einwohner), Dagestan (519) oder Inguschetien (343). Die Kriminalitätsrate betrug für die Oblast Moskau 1 756.<sup>182</sup> Auch die Zahl der Tötungsdelikte nimmt zu. Seit 2005 hat das Amt für Bekämpfung der Steuerkriminalität des Gebietsamtes für Inneres keine einzige organisierte kriminelle Vereinigung aufgespürt. Im Jahr 2006 lehnten Stadt- und Bezirksstaatsanwälte es in 1 301 Fällen ab, ein Verfahren einzuleiten, oder gaben Unterlagen zwecks Ergänzung zurück. Es wurde sogar versucht, ein Attentat auf den stellvertretenden Leiter des Gebietssamtes für Bekämpfung des Organisierten Verbrechens, Oberstleutnant Dmitrij Malikow, zu verüben. Die Spuren dieses spektakulären versuchten Auftragsmords führen nach Tschetschenien, Afghanistan, zu Veteranen der dortigen Kämpfe oder zur lokalen Mafia, und es gibt sogar Anhaltspunkte für eine Rivalität zwischen der lokalen Miliz und dem Föderalen Sicherheitsdienst (FSB).<sup>183</sup>

Die oben skizzierten Probleme resultieren nach Ansicht Kaliningrader Soziologen daraus, dass es sich um eine Postmigrationsbevölkerung vieler Nationalitäten handelt, in der keine integrierten lokalen Gemeinschaften mit gefestigten Normen, Kontrollen und sozialen Bindungen entstanden sind. Eigene Feldforschungen bestätigen diese Diagnose.

---

180 OK 4 (2005), S. 29.

181 OK 2 (2006), S. 35.

182 [www.kaliningrad.kp.ru](http://www.kaliningrad.kp.ru) (10.09.2010).

183 OK 4 (2006), S. 4.

### 2.3.3. Korruption

Ein „Krebsgeschwür“, an dem Russland heute leidet, ist die allgegenwärtige Korruption. Dieses Phänomen wird, was paradox anmuten dürfte, von der Mehrheit der Bevölkerung hingenommen, ebenso wie der verbreitete Alkoholmissbrauch, die untergeordnete Rolle der Frauen in der Gesellschaft und die Marginalisierung der Provinz, insbesondere der Dorfbewohner. Diese Phänomene haben tief liegende Gründe in der russischen Vergangenheit und sind in der Mentalität der Allgemeinheit dauerhaft verwurzelt.

Wladislaw Surkow, Verfasser des 2009 veröffentlichten Bestsellers *Nahe Null*, stellvertretender Leiter der Kreml-Verwaltung und Urheber des Systems des Putinschen Russlands, ist der Ansicht, das ganze Land sei von Korruption zerfressen. Die Regierung mache nicht einmal Anstalten zum Kampf gegen „Bestechlichkeit, das Versenken staatlicher Gelder in Geschäften von Ehefrauen, Töchtern oder Nichten, die Überlassung von Machtorganen, Beamten und ganzen Wirtschaftszweigen an Schlitzohren und Kumpane, den Handel mit Posten und Orden, den Kommerz in der Gerichtsbarkeit, den einkommensträchtigen Scheinpatriotismus“. Es sei sogar gelungen, jemand hinter Gitter zu bringen, aber ganz oben habe man schnell bgeriffen, dass man, indem man gegen die bestechlichen Beamten ausholt, „Hand an die Grundlagen des Systems legt, das größte Heiligtum, ohne welches das Dritte Rom (wie Russland manchmal genannt wird) zu bestehen aufhört“.<sup>184</sup>

Die Korruption ist zum wichtigsten Regelmechanismus des gesellschaftlichen Lebens geworden, und die russische Allgemeinheit hält es für verständlich, dass sie das Funktionieren von Handel, Gesundheits- und Bildungswesen, Armee, Miliz, Regierung, ja des ganzen Staates bestimmt. Die Russen finden sich damit ab, dass sich die Korruption nicht bekämpfen lässt.

Im öffentlichen Leben ist Korruption die Handlung oder Unterlassung eines öffentlichen Amtsträgers als Gegenleistung für zumindest versprochene Vermögensvorteile, aus der sich Vermögens-, persönliche oder politische Vorteile für den Bestechenden oder von ihm Vertretene ergeben. Sie umfasst auch jede Handlung eines in einer Institution Bestaltten gegen die Interessen dieser Institution, wenn er sich durch den Wunsch leiten lässt, private Vorteile zu erhalten.

Unterteilt wird Korruption zumeist in die amtliche (administrative) und die politische. Die politische Korruption betrifft Übernahme und Erhalt politischer Macht durch Verstoß gegen die Vorschriften der Parteienfinanzierung, der Wahlen sowie der wirtschaftlichen Betätigung öffentlicher Amtsträger und ist unzertrennliches Element des Klientelismus. Eine dritte Art ist die wirtschaftliche Korrup-

---

184 Zit. nach: W. Radziwinowicz, *Z Kremla o korupcji*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 17.08.2009, S. 9. Vgl. auch: A. Z. Kamiński, B. Kamiński, *Korupcja rządów. Państwa komunistyczne w dobie globalizacji*, Warszawa 2004, S. 25.

tion als Verletzung der Regeln des fairen Wettbewerbs oder der wirtschaftlichen Betätigung öffentlicher Amtsträger; sie besteht darin, dass Unternehmer Beamten bestechen, um sich besonders vorteilhafte Handlungsbedingungen zu sichern. Auf diese Weise versuchen Unternehmer, z. B. eine Monopolstellung am Markt zu erlangen. Die Trennlinie zwischen der administrativen und der wirtschaftlichen Korruption ist fließend; bei der administrativen wird das Korruptionsverhältnis aktiv vom Amtsträger initiiert, bei der wirtschaftlichen vom Unternehmer.

Die Korruption lässt sich auch nach der Ebene einteilen, auf der sie vorkommt: bei den politischen Eliten, der Zentralverwaltung, der Selbstverwaltung, den regionalen und lokalen Eliten, als Klein- und Sittenkorruption (Polizei, Gesundheitswesen usw.). In Russland haben wir es mit der sog. „weißen“ Korruption zu tun, die sich durch einen hohen Grad gesellschaftlicher Duldung und Toleranz auszeichnet. Die Korruption tritt dort in verschiedenen Konstellationen auf, sowohl „von unten nach oben“, wenn rangniedrige Beamte Bestechungsgeld annehmen und mittelbar oder unmittelbar mit Vorgesetzten teilen, als auch „von oben nach unten“, wenn korrupte Beamte das Schweigen ihrer Untergebenen erkaufen, indem sie mit ihnen die Einkünfte teilen (z. B. durch Gehaltserhöhungen, Gewährung von Privilegien, Zulagen).

Es wird auch zwischen krimineller und legaler Korruption unterschieden. Bei ersterer handelt es sich z. B. um Protektion gegen Entgelt, bei letzterer darum, dass eine politische Gruppe zwar nicht das Gesetz bricht, aber ihre Möglichkeiten nutzt und Vorschriften beschließt, die für sie von Vorteil sind (z. B. Kommunalpolitiker bei der Festlegung ihrer Gehälter).

In Russland und im Kaliningrader Gebiet ist auch der durch Korruption bedingte Klientelismus ein Problem, der individuell oder kollektiv vorkommen kann und in der gegenseitigen Erbringung von Leistungen besteht, ohne dass Aufwendungen für die Umsetzung kollektiver Ziele getätigt werden.

Das Ausmaß der heutigen Korruption mag daraus erhellen, dass in zwei Ländern, Nigeria und Russland, allein die politischen Führer in den letzten 10 Jahren 250 Milliarden US-Dollar aus Korruptionsquellen nach westlichen Banken transferiert haben, was dem Jahresetat der Weltbank im selben Zeitraum entspricht.<sup>185</sup>

Russlands Besonderheit besteht darin, dass wir es mit einem raffinierten modernen System zu tun haben, das von der Legislative und wichtigen staatlichen Institutionen unterstützt wird und dafür gesorgt hat, dass ganze „Korruptionsindustrien“ entstanden sind und betrieben werden. Viele Soziologen sagen immer wieder, dass die russischen Bürger sich an der in ihrem Land herrschenden „Schmiergeldordnung“ nicht stören. Die Russen hätten sich daran gewöhnt und betrachteten Bestechung als praktischste und logischste Lösungsmöglichkeit für

---

185 K. Nowakowski, *Korupcja a demokracja*, in: *Przegląd Polityczny* 4 (2005), S. 7-11.

Probleme. Andere Forscher vertreten die Ansicht, die Russen seien gezwungen, Korruption zu akzeptieren, weil das künstlich und speziell von Angehörigen des Staatsapparats geschaffene System ihnen keinen Ausweg lasse.<sup>186</sup>

Zu Putins Zeiten bagatellierte der Kreml konsequent Informationen über das Ausmaß der Korruption, die das Land zerfrisst. Als das Analysezentrum der Stiftung „Indem“ einen Bericht veröffentlichte, wonach die Russen jährlich 36 Milliarden US-Dollar (Angaben für 2000) für Bestechungsgelder ausgeben, erwiderte die offizielle Propaganda, die Stiftungsmitglieder stünden demokratischen Parteien nahe, seien also Verleumder, wenn nicht offene Feinde Russlands. Ein weiterer Bericht, dieses Mal mit der Feststellung, der Schmiergeldmarkt habe inzwischen das astronomische Niveau von 319 Milliarden US-Dollar (Angaben für 2005) erreicht, blieb bei seinem Erscheinen weitgehend unbemerkt. Erst der neue stellvertretende Generalstaatsanwalt Alexander Buksman gab unverhofft den Forschern recht, als er sagte, Russland gebe jährlich 240, vielleicht gar 290 Milliarden US-Dollar für Bestechungsgelder aus, mehr als der jährliche Staatshaushalt. Ob nun von Putin gewollt oder nicht, die Korruptionsordnung erstarkte unter seiner Regierung, festigte sich und wurde zum System. Bürokraten in Zivil und Uniform teilten „Jagdreviere“ unter sich auf und lernten – wie Nikolai Gogol das in seinem *Revisor* meisterhaft bezeichnete – „ihrem Rang gemäß“ zu bekommen. Sie wissen, dass ihnen nichts droht, solange sie nicht im Fremden fischen und nicht mehr verlangen als „ranggemäß“ üblich.

Deswegen funktioniert der Markt der Korruptionsleistungen in Russland wie eine korrekt konstruierte und gut geölte Maschine und entwickelt sich so schnell. Der Präsident kann daran nichts ändern. Er darf den Menschen im Staatsapparat ihre Pfründe und ihr Sicherheitsgefühl nicht nehmen. Man kann keinen Schlag gegen sie führen, da sich ja seine ganze Macht auf sie stützt.<sup>187</sup>

Geschäftsleute zahlen in Russland den staatlichen und regionalen Beamten immer höhere Schmiergelder. Die Beamten bekommen diese *Wsjatki* bei der Erteilung von Baugenehmigungen, der Eröffnung von Geschäften oder gar bei der Bestätigung von Hygieneuntersuchungen. Widerstand gegen die Korruption bewirkt oft eine energische und kaum verhüllte Revanche.

Die Untersuchungsergebnisse des russischen Analysezentrums der Stiftung „Indem“ zeigen, dass die russische Wirtschaft – trotz Putins Antikorruptionsrhetorik – immer stärker durch Bestechung eingeschränkt wird. Allein im Jahr 2001 wurde der Markt der Wirtschaftskorruption (ohne Schmiergelder für Lehrer oder Ärzte) auf mehr als 33 Milliarden US-Dollar beziffert, 2005 waren es gar 316 Milliarden.

---

186 W. Radziwinowicz, *Ile Rosja daje w łapę*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 22.11.2006, S. 12.

187 *Ebenda*.

Die Korruption entwickelt sich schneller als die Wirtschaft: Die Schmiergelder in der Geschäftswelt entsprachen vor fünf Jahren dem Gegenwert von 70 % der Staatseinnahmen, heute sind sie 2,6-mal so hoch. Im Durchschnitt machen Bestechungsgelder etwa 30 % einer Neuinvestition in Moskau aus, im ganzen Land 10 %.

Die allgegenwärtige Korruption wird auch von den Durchschnittsbürgern praktiziert, die vor einem Jahr knapp 3 Milliarden US-Dollar an Schmiergeldern unter anderem an Richter, Ärzte, Milizionäre und Lehrer gezahlt haben. Der Sektor dieser außergeschäftlichen Korruption verharrt seit Jahren auf ähnlichem Niveau (2001 betrug er 2,82 Milliarden US-Dollar).

Zum Erstaunen vieler Ausländer frustriert dies die russischen Bürger fast gar nicht. Umfragen des „Indem“-Zentrums aus dem Jahr 2005 zufolge wird die Bestechlichkeit lediglich von 5 % der Russen „ganz und gar nicht toleriert und verstanden“. Fünf Jahre zuvor erklärten noch 20 % der Bürger solch mangelnde Anpassung an die russische Realität.

Die hohe Korruptionstoleranz der Russen ist nach Ansicht mancher Politologen eine Folge tausender komplizierter Rechtsvorschriften, die „menschlicher“ werden, wenn ein Schmiergeld Beamte oder Milizionäre ermuntert, ein Auge zuzudrücken oder zumindest das Warten auf benötigte Unterlagen zu verkürzen.

Bestechungsgelder begleiten viele Russen von der Geburt (Eltern zahlen für die schnelle standesamtliche Registrierung) über Schule und Hochschulstudium (Schmiergeldzahlungen bei Aufnahmeprüfungen sind eine echte Plage) sowie Arbeit („Empfehlungen“ für viele Posten sind ebenfalls käuflich) bis hin zum Tod (gegen Bezahlung schnell ausgestellt Totenschein, besserer Platz auf dem Friedhof).

Sich durch das Bekleiden eines hohen Amtes zu bereichern, gilt angesichts solcher Traditionen häufig eher als Ausdruck von Gewitztheit und Tüchtigkeit denn als Unverfrorenheit im Amt. Nicht selten sind Eltern daher bestrebt, ihre Kinder in die Höhen der Gesellschaft – und damit des Schmiergeldwesens – zu bringen, denn kaum jemand in Russland glaubt an eine Abschaffung des unbesiegbaren Bestechungssystems.

Im Streit mit den „Haushaltsdieben“ unterlag bereits Zarin Katharina II.; kein Zar des 19. Jahrhunderts hat den Kampf gegen Windmühlen gewagt. Staatspräsident Boris Jelzin unterzeichnete zwar ein Dekret über die „Bekämpfung der Korruption“, doch in dessen Nichtbeachtung brachen seine Familie und die engsten Vertrauten alle russischen Rekorde. Gerade unter seiner Präsidentschaft begann der Korruptionsmarkt schnell zu wachsen.

Wladimir Putins und Dmitrij Medwedews Passivität gegenüber der Korruption resultiert nach Ansicht mancher ziemlich wohlwollender Beobachter aus ihrer Furcht vor dem Heer der Beamten, das ihnen die Unterstützung versagen könnte,

falls sie seine althergebrachten Interessen antasten. Im öffentlichen Dienst arbeitet jeder hundertste Russe, was bedeutet, dass knapp jeder Hunderdste Empfänger oder nachsichtiger Zeuge der Annahme mehr oder weniger hoher Schmiergeldzahlungen ist. Ein Schlag gegen das Korruptionssystem könnte somit eine Konfrontation mit einer riesigen Gruppe von Bürgern und ihren Familien bedeuten.

Im Korruptionswahrnehmungsindex, der von Transparency International veröffentlicht wird, nimmt Russland den 127. Platz (Polen den 61.) von insgesamt 163 Staaten ein.<sup>188</sup>

Das Kaliningrader Gebiet ist ein wahres „Bollwerk der Korruption“, wie ein Befragter mir gegenüber bemerkte. Georgij Saratow, Leiter der Stiftung „Indem“ („Initiative für Demokratie“) in Moskau, meint: „Durch seinen Enklavencharakter erinnert das Kaliningrader Gebiet hinsichtlich der Korruptionsverhältnisse an die nordkaukasischen Republiken. (...) Darüber hinaus ist zu beobachten, dass sich in der Region der europäische Geist, der ja durch die äußerste Nähe zu Europa nur natürlich ist, und der nordkaukasische verbinden. Insbesondere ist hier eine geradezu unglaubliche Vetternwirtschaft bei der Postenvergabe festzustellen. Und die enorme Korruption auf städtischer Ebene lässt einen bei den Kaliningrädern an Tatarstan denken.“<sup>189</sup>

Der Kaliningrader Gebietsgouverneur Georgi Boos kündigte unmittelbar nach der Machtübernahme im Jahr 2005 einen Kampf gegen die Korruption an, die sich unter der Regierung seines Vorgängers Wladimir Jegorow „gehäuft“ habe. Allerdings hatte sich die Lage nach einigen Jahren kaum geändert. Unter den Einwohnern der Region herrscht die Überzeugung vor, dass es „die Bestechlichkeit in der Oblast gab und geben wird“.

Die lokale Presse und elektronische Medien berichten seit Jahren über verschiedene Aspekte der Korruption. Hier eine Handvoll typischer Beispiele, die 2006 ans Licht kamen:

- „Anfang September 2006 wurde Major Anatolij Smetanin, Leiter der Brandschutzaufsicht, in Kaliningrad bei der Entgegennahme von Bestechungsgeldern im Betrag von 200 000 Rubel festgenommen. Er sagte später gegenüber den Ermittlern aus, endgültiger Empfänger der Gelder für die Abstimmung von Brandschutzauflagen in einem Gewerbebetrieb sei Oberst K. Schpyryj gewesen. Bei der Durchsuchung eines Safes im Arbeitszimmer des stellvertretenden Behördenleiters wurde ein Betrag von mehr als 2,5 Millionen Rubel sichergestellt.

---

188 T. Bielecki, *W Rosji korupcja rozwija się najszybciej*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 8.02.2006, S. 10; ders., *Rosja: Łapówki za fałszywe porady*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 23.07.2008, S. 13.

189 OK 10 (2005), S. 32 f.

(...) Unter den Zollbeamten der Oblast blüht die Korruption. 2006 wurden gegen Beamte des Kaliningrader Zolls 35 Strafverfahren eingeleitet, davon 33 im Zusammenhang mit Korruption.

(...) Die meisten Korruptionsdelikte wurden bisher unter den Beschäftigten lokaler Dienststellen der föderalen Exekutivorgane aufgedeckt, auch bei Sicherheitskräften“ („Kaliningradskaja Prawda“ vom 25.11.2006).

- „Dank seiner guten Beziehungen zum damaligen Gouverneur Leonid Gorbenko konnte 1999 unser Fischereioligarch Walerij Atamanow, Aufsichtsratsvorsitzender der Reederei ‚Reftransflot‘ – Mitbegründerin der ‚Kaliningradskaja Prawda‘ als ältester Tageszeitung der russischen Exklave – den Kulturpalast der Fischer samt dem großen Grundstück pachten, alles unter Umgehung des Ausschreibeverfahrens, obwohl es sich bei diesen Grundstücken doch um die fettesten Happen im Stadtzentrum handelt. Der Kaufpreis liegt nicht unter 10 Millionen US-Dollar. Die vereinbarte Pachtgebühr ist lächerlich. Im gegenüberliegenden Laden ist der Pachtzins pro Quadratmeter 20-mal so hoch wie im Kulturpalast der Fischer“ (www.kommersant.ru, 10.10.2006).
- „Es ist absurd, doch operative Beamte des Innenministeriums kommen mit Vertretern der Firma ‚Philip Morris‘ in die Stadt Mamonowo, um dort eine illegale Zigarettenfabrik zu entdecken, die Europa mit gefälschten Zigaretten überschwemmt. Und hier weiß niemand etwas! Dabei bestand ein effizienter Vertriebskanal für die Zigaretten aus Mamonowo mit Lieferwagen ins Ausland. Natürlich sind alle Dienste beteiligt, denn ohne das Zollamt, die Grenzer und unsere tapfere Miliz würde das nicht gelingen. Korruption gibt es bei allen Diensten, am meisten bei der Miliz“ (www.regnum.ru, 29.01.2006).
- „Ein Stellvertreter des Innenamtsleiters hat sich eine Villa in Santa Barbara im Wert von mehr als 10 Millionen Rubel bauen lassen“ (www.news.okradio.ru, 28.01.2006).
- „Am 20. Januar reichte der Staatsanwalt des Kaliningrader Gebiets, Wladimir Sinyk, seinen Rücktritt ein, der vom Generalstaatsanwalt angenommen wurde. Gründe wurden nicht genannt. (...) Journalisten haben die Geschichte vom Kauf einer Luxuswohnung in Kaliningrad mit öffentlichen Geldern unter Überschreitung der Wohnfläche und der Kosten ans Tageslicht gebracht. Nach Veröffentlichung der Pressemeldungen hat der Generalstaatsanwalt Sinyk disziplinarisch zur Verantwortung gezogen und sprach ihm die volle Befähigung ab, den derzeitigen Posten zu bekleiden. Sinyk wurde gezwungen, einen Teil des widerrechtlich aus der Staatskasse entnommenen Geldes im Betrag von 700 000 Rubel zurückzuzahlen“ (www.regnum.ru, 18.02.2006).

Beamtenbestechung bei der Erledigung verschiedenster Angelegenheiten ist gängige Praxis. Es gab sogar das Ansinnen, eine Preisliste für Schmiergelder der verschiedenen Beamten zu veröffentlichen. Das Krebsgeschwür der Korruption brei-

tet sich über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Hier ein typischer Bericht, den ich 2005 in Kaliningrad bei Feldforschungen erhalten habe: „Eine Tochter meiner Nachbarin, die die Oberschule mit Goldmedaille absolviert hat (in fünf Unterrichtsjahren bekam sie nur einmal ‚gut‘), wurde nicht zum Jurastudium an der örtlichen Universität zugelassen. Ihre Familie war zu dem Schluss gekommen, sie könnte die Aufnahmeprüfungen ohne ‚Wsjatka‘ [Schmiergeld] bestehen. Nachdem die Prüfer ihr Fragen gestellt hatten, ließen sie sie gar nicht antworten. Nach den ersten 2-3 Sätzen unterbrachen sie und gaben ein Ungenügend.

Damit die junge Frau überhaupt studieren konnte, entschied sich die Familie für ein Fernstudium. Doch für die Zulassung dort mussten sie eine ‚Wsjatka‘ von 3 000 US-Dollar bezahlen, mit der Aussicht, dass sie nach einem Jahr ins Direktstudium wechselt. Die Korruption greift so um sich, dass man schon für das Bestehen einer Aufnahmeprüfung zahlt!!!“

In Moskau liegt der Satz für die Zulassung zum Hochschulstudium bei 10 000 bis 30 000 US-Dollar. Laut Umfragen sind 80 % der Russen überzeugt, dass man zahlen muss, um die Aufnahmeprüfung für ein gutes Hochschulstudium zu bestehen. Die für Studienbücher gezahlten Schmiergelder betragen zusammen etwa 1 Milliarde US-Dollar jährlich.<sup>190</sup> 2010 starteten die Behörden einen Versuch, die Korruption an den Hochschulen zu bekämpfen. Es wurde eine allgemeine staatliche Abiturprüfung (*JeGE*) eingeführt, deren Aufgaben in ganz Russland gleich sind. Die Hochschulen sind verpflichtet, die Abiturienten gemäß ihrer erreichten Punktzahl aufzunehmen. Die *JeGE* hat aber die Korruption nicht beseitigt, denn diese verschob sich einfach auf eine niedrigere Stufe des Bildungssystems. Bestechungsgeld nahmen nun die Oberschullehrer, die den Schülern zur Höchstzahl der für die Studienzulassung notwendigen Punkte verhalfen.

„Das Korruptionssystem besteht darin, dass für die Erledigung der meisten Angelegenheiten ‚Wsjatka‘ zu zahlen ist. Wenn man arbeitet, ist alles gut, ein ‚Nehmen‘ und ‚Geben‘ ist möglich. Schlechter dran sind die Tschinowniks [Arbeiter, rangniedrigste Beamte], die ziehen den kürzeren. Da sie ganz unten auf der ‚Leiter‘ stehen, haben sie keinen, der sie bezahlt. Am schlechtesten dran sind aber ältere Menschen. Sie haben nur ein paar Pfennig Rente. Um über die Runden zu kommen, ziehen sie oft von Frühjahr bis Herbst in die nahen Kleingärten, die hochtrabend Datschas heißen. Die Wohnung vermieten sie, um Einkünfte zu haben. Solange sie im Schrebergarten sind, bearbeiten sie den Boden, ziehen Gemüse oder züchten Hühner, Kaninchen usw. Im Herbst legen sie ein, salzen, dörren, wecken ein, um über den Winter zu kommen. Oft versorgen sie auch ihre Familie damit. Der Lebensunterhalt im Garten ist gering. Diese Art zu überleben ist stark verbreitet“ (Ka-1).

---

190 T. Bielecki, *Rosja chce zlikwidować większość wyższych uczelni*, „Gazeta Wyborcza“ vom 5.08.2008, S. 8.

Vom Korruptionsproblem unter den Beamten sind auch ausländische Investoren bzw. Geschäftsleute betroffen. Um irgendetwas auf dem Amt zu erledigen, muss entsprechendes Schmiergeld gezahlt werden. Nach der Firmengründung muss man mafïose Strukturen bezahlen, die dann den „Schutz“ gewähren.

Hier der Bericht eines polnischen Geschäftsmannes, der eine Firma in Kaliningrad hatte: „Als die Konjunktur gut war, d. h. als es Investitionserleichterungen und günstige Zolltarife gab, lief das Geschäft, und das Geld reichte, um die ständig geldgierigen Beamten, Zöllner, Milizionäre und örtlichen Mafiosi zu bezahlen. Als aber die Behörden die Erleichterungen stark beschnitten, da stellte sich heraus, dass der erzielte Gewinn die unabdingbaren ‚Wsjatki‘ nicht mehr abdeckt. Am Markt halten sich nur große Firmen mit hohen Umsätzen und Gewinnen. Nach fünf Jahren zog ich mich aus dem Geschäft in der Oblast zurück. Ich konnte ja nicht draufzahlen“ (Ka-7).

## 2.4. Marginalisierung des ländlichen Raums

Was auffällt, nachdem man die Grenze zum Kaliningrader Gebiet (sowohl von Polen als auch von Litauen aus) passiert hat, sind die weiten Brachflächen, wie sie in andern Gegenden Europas nicht anzutreffen sind. Obwohl Natur und Klima hier gute Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Produktion schaffen (die Vegetationsperiode dauert 150 Tage), wird von den insgesamt 2,723 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in der Oblast (Angaben für 2006) nur gut die Hälfte bebaut. Das kilometerweit sich erstreckende Brachland ist von allerlei Unkraut überwuchert. Oft erkennt man verfallene Häuser und Wirtschaftsgebäude. Zweigt man von der Hauptstraße ab, wird man vieler zerstörter Gehöfte und Anlagen gewahr. Miserable Wege und räumliche Unordnung sind dort alltäglich.

Der deutsche Journalist Volker Schmidt beschreibt seine Reiseeindrücke durch die Oblast im Jahr 2004: „Hier ist die Landschaft wild und üppig, sie wirkt auf den ersten Blick urwüchsiger als auf der litauischen Seite. Was blüht, ist Unkraut. Viel, viel Land liegt brach. Wiesen verbuschen. Wälder sind abgeholzt, die Stämme verkauft, nachgepflanzt wird nicht. An den Straßenrändern stehen handgemalte Schilder: Backsteine zu verkaufen. Die Ziegel aus rotem Ton, noch zu ostpreußischen Zeiten gebrannt, sind bei den Bauherren aus den Nachbarländern begehrt.“ Und noch die folgende Passage: „Am Nebentisch im Lokal sitzen vier junge Männer – weiße Hemden, Anzüge, Aktentaschen, angehende Banker vielleicht. Zwei Flaschen Wodka stehen zwischen ihnen, dazu Orangensaft. Einer schwitzt schon sichtlich vom Alkohol. Ein anderer packt unter dem Tisch eine Pistole aus. Möglicherweise sind es doch keine Banker (...).“ Zum Ende des Beitrags stellt der Journalist fest: „Die Exklave (...) war für die Sowjetunion jahrzehnte-

lang so etwas wie ein strategischer Vorposten. Von den bis zu 200 000 Soldaten, die noch zu Beginn der neunziger Jahre hier stationiert waren, ist weniger als ein Zehntel geblieben, was die regionale Wirtschaft regelrecht kollabieren ließ. 68 Prozent der Konsumgüter und mehr als 80 Prozent der Lebensmittel müssen zur Zeit eingeführt werden. In den Supermärkten stehen litauisches Bier und lettische Butter, liegen polnische Chips und skandinavischer Kaffee.<sup>191</sup>

Auch auf Reisende aus dem Innern Russlands macht der Anblick der heruntergekommenen Landwirtschaft starken Eindruck. Prof. Boris Tscherniakow aus Moskau stellte folgende Betrachtungen an: „Ich sage es ehrlich: nirgends sah ich eine solche Vergeudung von Agrarland wie bei Euch. Als wir die Rajons bereisten, erfreute sich der Städter in mir an der malerischen Landschaft, an Wäldern, Wiesen und farbigen Bildern, während der Landwirt in mir [der Professor arbeitete 23 Jahre lang als Tierpfleger] jammerte, denn bestellte und gepflegte Raps- und Weizensaaten ersetzten nur vereinzelt die üppig wuchernde Steppe. ‚Wie viel Land liegt hier brach?‘, fragte ich den Gebietsgrarminister Andrej Romanow. Er antwortete: ‚Etwa 500 000 Hektar, mehr als die Hälfte der vorhandenen Fläche‘.<sup>192</sup>

Die von Jahr zu Jahr zunehmende unbestellte Fläche, der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, der Wertverlust der Infrastruktur und die fatalen Lebensbedingungen der Landbewohner sind ein Ergebnis der Vernachlässigungen vor und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Die Ineffizienz der kommunistischen Wirtschaft brachte Russland in eine sehr schwierige ökonomische Lage. Von der tiefen Krise waren sowohl Industrie und Landwirtschaft als auch der Handel betroffen. Am Binnenmarkt herrschte ein riesiger Mangel an Grundnahrungsmitteln.

Bereits gegen Ende 1991 kam Jelzin zu dem Schluss, dass in Russland tiefgreifende Wirtschaftsreformen unvermeidlich seien. Am 27. Oktober 1993 erließ er ein Dekret über die Agrarreform, das die Rechtsgrundlage für die Entkollektivierung der Landwirtschaft geschaffen hat. Auf diese Weise wurden Unantastbarkeit und Schutz des privaten Bodeneigentums garantiert, die Pflicht, Agrarprodukte an den Staat abzuliefern, entfiel.

Nach Ansicht von Tadeusz Mikulski erforderte eine Reform der russischen Landwirtschaft große Geldmittel, die der Fiskus damals nicht hatte. Denn es zeigte sich, dass die vorhandene technische Infrastruktur in den meisten Kollektivbetrieben veraltet und heruntergewirtschaftet war. Zudem kennzeichneten sich die Betriebe durch eine sehr geringe oder gar defizitäre Produktion und waren stark verschuldet.

---

191 V. Schmidt: *Moskau 1250 – Sankt Petersburg 950 Kilometer*, in: *Der Freitag* vom 15.10.2004.

192 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (20.06.2006).

Trotz der in Angriff genommenen Reformen steckte die russische Landwirtschaft weiterhin in einer Krise. Für den Staat war dies eines der wirtschaftlich und sozial vordringlichsten Probleme, das nicht ganz gelöst worden ist. Die bisherige Agrarpolitik der Regierung trug zu keiner Verbesserung bei und brachte keine spürbaren Erfolge, weder hinsichtlich der Produktionssteigerung noch hinsichtlich der Versorgung des Binnenmarktes.

Einen sehr negativen Einfluss auf die Lage in der Landwirtschaft hatte die Wirtschaftskrise, die sich im August 1998 zuspitzte. Rückgang und Zerfall im Agrarsektor dauerten an. Es stellte sich damals heraus, dass ungefähr 90 % der bestehenden Agrarbetriebe unrentabel waren. Auch wurde die Entwicklung hin zu Großbetrieben aufgehalten, Versorgungs- und Absatzstrukturen zerfielen.

In den neunziger Jahren kam es im Zuge der sich verschärfenden Krise in der russischen Landwirtschaft zu einem systematischen Rückgang bei Nutzfläche, Agrar- und Tierproduktion (Getreide, Kartoffeln, Schweine).

Gleichzeitig brachte die sehr langsam und ungeschickt durchgeführte Agrarreform und Privatisierung des Agrarsektors nicht die erhofften Ergebnisse und leistete keinen positiven Beitrag zur Produktionssteigerung. Der Mangel entsprechender und funktionsfähiger marktwirtschaftlicher Strukturen spielte hier eine wesentliche Rolle. Die russische Landwirtschaft zeichnet sich seit vielen Jahren dadurch aus, dass sie stark extensiv ist.<sup>193</sup>

Ähnliche Prozesse vollzogen sich im Kaliningrader Gebiet. Bis heute ist es nicht gelungen, die Krise in der Landwirtschaft zu überwinden, und obwohl durch das Wachstum der Agrarerzeugung (Getreide, Gemüse, Raps) in den letzten Jahren die Gesamtproduktion zunimmt, gehen Viehbestand sowie Milch- und Fleischproduktion ständig zurück. Die Agrarerzeugung hat sich gegenüber 1990 um die Hälfte verringert.

Es gibt aber auch positive Veränderungen. In den neunziger Jahren wurde mit dem Massenanbau des Exportproduktes Raps begonnen. 2004 betrug seine Anbaufläche 23 000 Hektar. Auch die Gemüseproduktion ist gegenüber 1990 gestiegen, das Gemüsesortiment erweitert, und es wird mehr Lebensmittelweizen angebaut.

Derzeit gibt es in der landwirtschaftlichen Produktion drei Erzeugergruppen: Agrarunternehmen, private Agrarbetriebe (Farmen) und Hilfwirtschaften. Die Agrarunternehmen halten über zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche, den Rest teilen sich etwa zur Hälfte bäuerliche und häusliche Wirtschaften.

In der Oblast gibt es 231 Agrarbetriebe. Sie erzeugen mehr als drei Viertel des Getreides und der Eier, zwei Drittel des Fleisches und ca. 40 % der Milch. Ihr Anteil an der Kartoffel- und Gemüseerzeugung ist indes gering.

---

193 T. Mikulski, *Sytuacja żywnościowa Rosji w okresie transformacji społeczno-politycznej w latach 1991-2000*, in: *Przegląd Politologiczny* 2 (2002), S. 87-89.

Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, zu denen die ehemaligen Kolchosen und Sowchosen im Zuge der Privatisierung geworden sind, haben beachtliche organisatorische Mängel. Den meisten ist es bis jetzt nicht gelungen, Arbeitsmethoden einzuführen, mit denen sie sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen behaupten könnten. Dies ist die Ursache für den Rückgang der Pflanzenproduktion und des Viehbestandes. Diese Betriebe sind aber nach wie vor Hauptproduzenten der meisten Arten der Warenerzeugung.

Derzeit gibt es fast 6 000 private Agrarbetriebe. 2001 waren die meisten in den Rajons Gurjewsk (1230) und Gussew (1224) angesiedelt, die wenigsten in den Rajons Osjorsk (72) und Prawdinsk (86). Allerdings sind ihre Grundstücke sehr klein (durchschnittlich 19 ha, davon 11 ha Ackerfläche), was keine effektive Landwirtschaft gestattet. Außerdem sind die bäuerlichen Betriebe schlecht mit Maschinen und mechanischen Geräten ausgerüstet. Kaum ein Landwirt besitzt Schlepper oder sonstige Gerätschaften. Da landwirtschaftliche Kooperation fast gar nicht vorkommt, kennzeichnen sich die Individualbetriebe durch einen extrem niedrigen Mechanisierungsgrad. Sie haben keine Möglichkeit, Kredite für den Kauf notwendiger Geräte aufzunehmen. Die Landwirte haben häufig nicht die einschlägige Ausbildung, sind aber nicht in der Lage, die Leistungen von Fachleuten in Anspruch zu nehmen. Deswegen sind sie am Nahrungsmittelmarkt nicht konkurrenzfähig, ihr Anteil an der Agrarerzeugung ist verschwindend gering. Doch erzielen sie ansehnliche Erfolge im weniger arbeitsintensiven Getreide- und Futtermittelanbau. Sie erzeugen fünf Arten Getreide.

Die häuslichen Wirtschaften (Hilfswirtschaften) umfassen Hof- bzw. Hausgrundstücke und Kleingärten. Obwohl sie in der Regel auf Handarbeit angewiesen und keine Warenerzeuger sind, haben sie dennoch große Bedeutung für die Selbstversorgung der Oblast-Bewohner.

In den Dörfern des Gebiets sind zahlreiche Hilfswirtschaften (häusliche Wirtschaften) vorhanden, die lediglich 7,5 % der Ackerflächen bewirtschaften. Sie beschäftigen knapp 60 000 Familien, in der Gärtnerei arbeiten 24 300 Familien, in den Obstbauverbänden sind enorme Personalressourcen gebunden, nämlich mehr als 128 000 Familien. Daher rühren entsprechende Erfolge: Hilfswirtschaften, Obst- und Gemüsegärten erbringen fast die Hälfte der Gesamterzeugung des Agrar- und Industriekomplexes. Privatbetriebe, die vom Staat keine Kopeke Unterstützung bekommen, sind Haupterzeuger von Kartoffeln (80 %), Gemüse (89 %), Milch (65 %), Fleisch (29 %) und Eiern (25 %).

In Zukunft können Individual- und ein Teil der häuslichen Wirtschaften eine wichtige Rolle auf dem Lebensmittelmarkt spielen, falls sie mit entsprechenden Geräten ausgestattet und geeignete Absatzstrukturen für ihre Erzeugnisse geschaffen werden.

Von 1990 bis 2011 haben in der Landwirtschaft der Oblast die negativen Entwicklungen bei den Grunderzeugnissen (Milch, Fleisch, Getreide) angehalten. In der Produktionsentwicklung lassen sich zwei Etappen deutlich unterscheiden: die erste von 1990 bis 1997, die zweite von 1997 bis heute.

Im ersten Zeitraum kam es zu einem Produktionseinbruch. Die Fleischerzeugung verringerte sich um die Hälfte, die Milchproduktion 2,3-fach, die Getreideproduktion 2,5-fach. Im zweiten Zeitraum hält der Rückgang an, hat sich jedoch deutlich verlangsamt. Der Produktionsanstieg der einzelnen Jahre ist unbedeutend und ändert nichts an der Entwicklung, was ein Indiz dafür ist, dass die Entscheidungen der Staatsorgane aller Ebenen nicht den neuen Rahmenbedingungen Rechnung tragen und nur „kosmetisch“ sind.

Der Produktionsrückgang fällt differenziert aus und ist je nach der Betriebskategorie und der territorialen Verwaltungseinheiten der Oblast zu betrachten. Am größten war er in den Agrarunternehmen (staatliche und kollektive Betriebe). Ihre Fleischerzeugung (Lebendgewicht) sank zwischen 1990 und 2002 von 80 700 auf 28 500 t, ihre Milcherzeugung von 413 000 auf 76 300 t, ihre Getreideernte von 489 200 auf 109 600 t. In den Hilfwirtschaften (häuslichen W.) sank die Erzeugung des Fleisches von 22 200 auf 16 100 t, der Milch von 133 100 auf 116 000 t. Die Produktion der Individualbetriebe (Farmen) war 2002 ebenfalls gering: an Fleisch 1 500 t, an Milch 10 700 t, an Getreide 29 600 t. Im Jahr 2002 gab es 5 600 Farmbetriebe mit 113 300 ha Agrarfläche.

Die Auswirkungen der Agrarreform beschränkten sich also faktisch auf einen enormen Produktionsrückgang in den Agrarunternehmen und einen geringfügigen in den Hilfwirtschaften der Bevölkerung. Dadurch haben die Unternehmen ihre bisherige Rolle als landwirtschaftliche Haupterzeuger eingebüßt. Im Jahr 2002 erbrachten sie lediglich 7,4 % der Gesamtmenge bei Kartoffeln, 37,5 % bei Milch, 61,8 % bei Fleisch (Schlachtgewicht).

Die Bilanz der Ressourcen und der Erschließung bei den Hauptarten der Erzeugung unterlag im Zeitraum zwischen 1990 und 2003 einem grundlegenden Wandel. Im Jahr 2002 erreichte der Anteil der Importe bei Fleisch und Fleischerzeugnissen sowie Milch und Milcherzeugnissen jeweils 59,3 % (57 600 t) bzw. 23,1 % (64 200 t), die Eigenproduktion lag demgemäß nicht über 29,7 % (28 800 t) bzw. 73,1 % (203 700 t).

Im Jahr 2002 lebten 383 800 Menschen im ländlichen Raum, davon 208 500 in Ortschaften. Auf dem Land kam es zur Entvölkerung und zur Alterung der Bevölkerung. Die Sterblichkeit ist seit 1991 gestiegen. Die höchsten Sterblichkeitsraten sind seit 2000 zu beobachten (über 16,8 Personen je 1000 Einwohner).

Eine ländliche Kaliningrader Familie zählt grundsätzlich drei bis vier Personen. Charakteristisch sind von alleinstehenden Rentnerinnen betriebene Bauernhöfe. Der Anteil der über 56-Jährigen beträgt 25 % an der Gesamteinwohnerzahl

im ländlichen Raum. Da mechanische Ackergeräte fast gänzlich fehlen, kann ein Landwirt im Vorruhestands- und Rentenalter gegen Landwirte nicht nur im Ausland, sondern auch in vielen anderen Regionen Russlands im Wettbewerb nicht bestehen.

Die Anbaufläche für Getreide ging 1,9-fach zurück, der Viehbestand 4-fach, der Schweinebestand 5,9-fach, der Kuhbestand 2,9-fach. Der größte Rückgang des Viehbestands war in Agrarunternehmen zu verzeichnen.

Die ermolkene Milchmenge sank von 3 123 auf 2 525 kg pro Jahr. Gesunken ist auch der Düngemitelesatz. Setzten die Agrarunternehmen 1990 noch 186 kg Kunstdünger auf 1 ha Aussaat ein, betrug diese Menge im Jahr 2002 lediglich 50,5 kg. Die Menge der eingesetzten organischen Dünger ging auf ein Fünftel zurück (von 6,0 auf 1,2 Tonnen). Derzeit enthalten über die Hälfte aller Nutzflächen weniger als 3 % Humus.

Wegen der schwachen Arbeitsproduktivität und der ineffizienten Produktion ist die Agrarwirtschaft der Oblast nicht in der Lage, mit derjenigen der EU-Mitgliedstaaten zu konkurrieren. Hinsichtlich des Ertrags steht das Kaliningrader Gebiet bei Getreide und Hülsenfrüchten 3,8-fach hinter vielen EU-Staaten zurück (hinter Polen 1,5-fach im Jahr 2001), bei der Milch 2,4-fach, bei Tier- und Geflügelfleisch pro Kopf 12,9-fach, bei Milcherzeugnissen 3,7-fach.

Ungeachtet der hier skizzierten außerordentlich negativen Tendenzen, spielt die Landwirtschaft nach wie vor eine wichtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Rolle. Im Jahr 2002 waren in diesem Sektor 43 100 Personen beschäftigt, was 10,6 % der Gesamtbeschäftigtenzahl in der Wirtschaft der Region entsprach.<sup>194</sup>

Im Jahr 2006 gab es im Kaliningrader Gebiet 142 Agrarunternehmen, etwa 4 600 Individualbetriebe (Farmen) und mehr als 90 000 private Hilfwirtschaften (Hausgärten, Kleintierzucht). Die landwirtschaftliche Gesamtnutzfläche in der Region betrug 2006 laut Angaben des Kaliningrader Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei über 700 500 ha. Davon entfielen nur 552 600 ha auf kollektive, individuelle und häusliche Betriebe. Die übrigen knapp 150 000 ha gelten als herrenlos, haben mithin keinen rechtmäßigen Eigentümer. Doch auch das Land im Besitz der genannten Betriebe wird nicht im vollen Umfang genutzt. Derzeit verfügen die Kollektivbetriebe (frühere Kolchosen und Sowchosen) über 447 500 ha Land, wovon nur 54 % genutzt werden. Die übrigen 205 900 ha liegen brach. Die Individualbetriebe (Farmen) besitzen 76 800 ha Land, genutzt werden nur 33 800 ha, während 43 000 ha brach liegen. Hilfwirtschaften (häusliche W., die früheren sog. *Sotki*, d. h. behördlich zugeteilte Ar), nehmen 28 300 ha ein, die etwa zu 42 % genutzt werden.<sup>195</sup>

---

194 OK 4 (2004), S. 33-36.

195 www.kaliningrad.ru (10.08.2006).

Ein Rückgang der Anbaufläche ist keinesfalls neu. Noch 1980 betrug die Gesamtanbaufläche 806 000 ha, 1990 betrug sie 777 000 ha, 2003 waren es nur noch 657 000 ha. Das Ackerland verringerte sich in den Jahren 1990-2003 von 382 000 auf 258 000 ha, die Saatfelder für Getreide von 373 000 auf 202 000 ha.

Dass es in der Region so ungeheure ungenutzte Agrarflächen gibt, erklären Fachleute mit mehreren Faktoren. Anfang der neunziger Jahre wurden im Zuge der Restrukturierung (lies: des Zerfalls) der Kolchosen und Sowchosen die sog. Landanteile (*Pai*) überstürzt unter den Landbewohnern aufgeteilt. Die so zuge teilten Grundstücke ließen sich allerdings im Unterschied zum sonstigen Vermögen der Kolchosen und Sowchosen nur schwer in das Gründungskapital neu entstehender Kollektivbetriebe einbringen und staatlich registrieren. Da ein Teil der neuen Privateigentümer nicht eingetragen war oder überhaupt keinen Anteil am Gesamtland erhielt, waren einzelne Flurstücke keinem konkreten Besitzer zuzuordnen. Ende der neunziger Jahre begann der Kauf dieser Anteile – ausschließlich, um sie mit Gewinn weiterzuverkaufen oder Spekulationsgeschäfte zu schließen.

Die Gebietsverwaltung räumt ein, dass das landwirtschaftliche Potenzial derzeit nur in geringem Umfang genutzt wird. Land, das keinen Besitzer hat, soll in Kommunalfonds eingebracht werden, um es im Bieterverfahren zu verkaufen. Schlechter steht es um die Bewirtschaftung des Landes im Besitz des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation. Diese Grundstücke gelten als „unantastbar“ und werden praktisch auf keinerlei Weise genutzt. Nach Angaben des Rechnungshofs der Russländischen Föderation verfügten das Verteidigungsministerium und die Baltische Flotte im Kaliningrader Gebiet zum 1. Januar 2004 über eine Gesamtfläche von 82 959,3 ha. 26 000 ha entfallen auf Wälder des Verteidigungsministeriums, davon unterstehen 23 100 ha dem Militär-Forstbetrieb in Gwardensk, 2 900 ha der 243. Selbständigen Militärforstverwaltung.

Von den 456 Flurstücken im Kaliningrader Gebiet, über die das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation verfügt, wurden 226 mit einer Gesamtfläche von 34 066,2 ha (41 %) in das föderale Vermögensregister eingetragen; bei 143 Grundstücken mit einer Fläche von 30 451,4 ha (36,7 %) wurde das Eigentum der Russischen Föderation bestätigt. Da es an Geld fehlt, um formalrechtliche Urkunden für die übrigen Grundstücke zu erstellen, ist es nicht möglich, entbehrliche Flurstücke gesetzlich einer zivilen Nutzung zuzuführen. So sind 64 517,6 ha Land nach wie vor nicht erfasst und können nur rechtswidrig genutzt werden.

Was die technische Ausrüstung der Landwirtschaft in der Oblast anbelangt, ist ein quantitativer Rückgang um auf weniger als die Hälfte zu verzeichnen: wurden beispielsweise 1990 noch 9 800 Traktoren genutzt, ging deren Zahl bis 2001 auf 3 300 zurück. Das Ausmaß des Rückgangs der Agrarproduktion veranschaulicht Tabelle 44.

Tabelle 44 *Agrarerzeugung im Kaliningrader Gebiet in Betrieben aller Art in den Jahren 1990-2003 (in Tsd. t)*

Erzeugnis	1990	1995	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Milch	546,1	296,1	233,6	238,5	224,4	218,7	223,8	203,7	188,3
Fleisch (nach Schlachtung)	67,4	32,8	28,9	32,0	27,4	23,2	28,7	28,8	28,3
Eier (in Mio. Stück)	333,6	264,9	236,3	230,7	215,3	201	208,7	235,9	206,3
Getreide	489,2	228,4	232,3	173,5	152,2	194,6	165,2	139,8	220,0
Kartoffeln	204,2	124,9	160,3	167,1	144,5	224,3	117,5	166,6	153,6
Obst	57,0	60,7	74,1	60	62,6	79,1	72,2	70,3	92,1

Quelle: Nach W. S. Kornejewez, G. M. Fedorow, *Sostojanije i perspektivy raswitija selskogo chosajstwa Kaliningradskoj oblasti*, in: *Region sotrudnitschestwa*, Wypusk 10 (35), Kaliningrad 2005, S. 9.

Der größte Rückgang der Agrarerzeugung vollzog sich in den Rajons Bagrationowsk, Polesk, Gwardeisk, Gussewsk und Slawsk.

Im Jahr 2000 wurden im Kaliningrader Gebiet 43 kg Kunstdünger je Hektar eingesetzt, in Litauen waren es 62 kg und in Polen 109 kg. Betrag der Hektarertrag bei Getreide im Jahr 2001 in der Oblast noch 20,3 Dezitonnen und bei Kartoffeln 84 Dezitonnen, so beliefen sich die entsprechenden Werte in Russland auf jeweils 19,4 dt bzw. 109 dt, in Litauen 27,1 dt bzw. 127 dt und in Polen 30,7 dt bzw. 171 dt.

Eine „Sanierung“ der regionalen Landwirtschaft ist Gegenstand verschiedener Pläne, wonach unter anderem das Brachland teilweise beseitigt, der Ertrag der Tier- und Pflanzenerzeugung gesteigert, der Maschinenpark erneuert, das Land rekultiviert und entwässert, die Infrastruktur verbessert werden sollen usw. Dazu sind aber Milliardeninvestitionen notwendig; vier Fünftel der Mittel sollen außerhalb des Staatshaushalts gewonnen werden. Dadurch sind diese Pläne von vornherein zum Scheitern verurteilt.<sup>196</sup>

Nach Meinung J. Woloschenkos, Verfasser der Studie *Eigenart und Aussichten der sozialen Entwicklung ländlicher Regionen im Kaliningrader Gebiet*, haben wir hier seit längerer Zeit mit einer „kritischen Lage bei der sozialen Entwicklung ländlicher Regionen“ zu tun; dieser Entwicklung lägen „destruktive demo-

196 W. S. Kornejewez, G. M. Fedorow, *Sostojanije i perspektivy raswitija selskogo chosajstwa Kaliningradskoj oblasti*, in: *Region sotrudnitschestwa*, Wypusk 10 (35), Kaliningrad 2005, S. 5-14.

graphische Prozesse“ und der katastrophale Zustand der ländlichen Infrastruktur zugrunde.<sup>197</sup>

Von den 213 400 Landbewohnern waren im Jahr 2004 104 900 Männer und 108 500 Frauen. Landbewohner machten 22,3 % aller Oblast-Bewohner aus. Die niedrigste Bevölkerungsdichte weisen die Rajons Gussew, Tschernjachowsk, Bagrationowsk, Gwardeisk und Neman auf. In der Oblast mit ihren 13 Verwaltungsrajons gibt es 22 Städte und 5 städtische Siedlungen (*Pasolki Gorodskogo Tipa*), 102 Dorfverwaltungen (*Selskije Administracyj*) und 1 092 Dörfer (*Selskije Nasse-lonnyje Punkty*).

Das extreme Gefälle im Lebensniveau und der Infrastrukturentwicklung fällt besonders zwischen den ländlichen Gebieten und der Regionalhauptstadt auf. So waren beispielsweise im Jahr 2004 die meisten Umspannstellen im ländlichen Raum fast ganz verschlissen. Dies führt zu häufigen Stromausfällen. In katastrophalem Zustand ist die Wasserversorgung. 65 % der Wasserleitungen müssten sofort ausgetauscht werden, nur 10 % können normal betrieben werden. Im Endeffekt nutzen 75 % der Einwohner im ländlichen Raum Wasser, das „den Hygienennormen und Standards“ nicht entspricht, somit kein Trinkwasser ist.

Die meisten Dörfer sind „nachrichtentechnisch isoliert“. Nur ein Drittel verfügt über irgendeine Telefonleitung, die allerdings am Rande der technischen Leistungsfähigkeit steht (nur 28 % der Teilnehmer haben automatische Fernvermittlung). Der Mobilfunk spielt wegen hoher Preise und begrenzter Reichweite eine geringe Rolle. Das Verkehrsnetz wird seit Jahren nicht ausreichend instandgesetzt und „entspricht nicht den zunehmenden Bedürfnissen der ländlichen Produktion“. Wegen unzureichender Investitionen schreiten der Wertverlust und Verfall von Gebäuden, Ausrüstung und ländlicher Infrastruktur systematisch voran.

Der niedrige Lebensstandard auf dem Land, verursacht unter anderem durch das niedrigste Verdienstniveau in der Region, hat eine systematische Verschlechterung der demographischen Situation zur Folge. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Landbewohner ging in den letzten Jahren zurück und beträgt derzeit nur 64,2 Jahre, gegenüber 65,7 Jahren bei den Stadtbewohnern. Bedeutend gestiegen ist die Sterblichkeitsrate der ländlichen Arbeitnehmer über die gesamte Spanne des Erwerbsalters. Besonders erschreckend sind die überdurchschnittlich hohe Sterblichkeit junger Männer im Alter von 30-34 Jahren und die Zunahme der Kindersterblichkeit. Die Ursachen dafür werden im niedrigen Lebensstandard und der daraus folgenden Perspektivlosigkeit gesehen; grassierende Trunksucht, Alkoholismus und andere gesellschaftliche Missstände sind die Folgen. Fraglich erscheint angesichts dieser nachteiligen Phänomene die Möglichkeit „der Herausbildung eines zu den neuen Bedürfnissen passenden Arbeitnehmerpotenzials,

---

197 J. Woloschenko, *Spezifika i perspektivy sozialnogo raswitija selskich teritorij w Kalininskogradskoj oblasti*, in: *Region sotrudnitschestwa w Rossii*, Moskwa 2001, S. 17.

was sich gewiss in den Aussichten auf Sanierung und Wachstum der ländlichen Wirtschaft niederschlagen wird“.<sup>198</sup>

Die fortschreitende Entvölkerung des ländlichen Raums, die Alterung der Bevölkerung und die systematische Entdichtung des Siedlungsnetzes lassen allmählich Einzelgehöfte, Siedlungen und kleinere Dörfer verschwinden und die Agrarfläche schrumpfen. Diese Tendenz hält seit 1945 an.

Als typisch für die oben skizzierten Prozesse kann der Bankrott des einst mächtigen Unternehmens „Kolos“ im Rajon Krasnosnamensk im Jahr 2006 gelten. Infolge schlechter Wirtschaftsführung wurde den Arbeitnehmern vier Monate lang kein Lohn ausgezahlt. Die Behörden hätten das sicherlich nicht einmal bemerkt, wären da nicht umtriebige Journalisten gewesen, die im Lokalfernsehen eine Sendung über das Elend der Kühe ausstrahlten. „Die hungrigen und ungemolkenen Schwarzbunten in Ketten kann man nicht ungerührt anschauen“, hieß es. „Seit Winterbeginn werden sie nur durch bescheidene Heuvorräte erhalten. Seit die Gehaltszahlungen eingestellt wurden, kommt niemand mehr auf die Farm.“ Die Schulden der Aktiengesellschaft erreichten eine Höhe von 4 Millionen Rubel, bei Jahreseinkünften von 3,3 Mio. Rubel aus dem Verkauf von Agrarerzeugnissen. Durch den Ruin des Betriebs waren 570 Einwohner in drei Ortschaften ihre Stelle los. Wo derlei Betriebe, ehemalige Kolchosen, Pleite gegangen sind, beginnt die ortsansässige Bevölkerung mit dem Abtragen von Häusern und Gebäuden. Backsteine und Dachziegel werden zu Geld gemacht, damit „etwas zum Vertrinken“ da ist.

Nach dem Betriebsbankrott werden die Maschinen verramscht und das lebende Inventar häufig gestohlen. Im Fall von „Kolos“ „verschwanden 30 Kühe“, und die Dorfbewohner „pendeln in die Städte, um in den Supermärkten zu arbeiten“. „Bald schon“, schrieb eine Journalistin, „werden die ehemaligen Kälberpfleger und Agrotechniker keine Arbeit mehr auf dem Land aufnehmen, selbst wenn sich neue Investoren finden, die die ruinierten Agrarbetriebe retten möchten. Denn in der Stadt haben sie dann eine saubere und geregelte Arbeit.“<sup>199</sup>

Die Lage in den einzelnen Dörfern der Region ist unterschiedlich, doch in den meisten herrscht, ähnlich wie unter den ehemaligen Belegschaften der staatlichen Agrarbetriebe in Ermland und Masuren oder weniger ausgeprägt in den Dörfern des Memellandes, das Syndrom der erlernten Ratlosigkeit. In vielen ländlichen Gemeinschaften treten eine Abneigung gegen „normales Wirtschaften“ sowie eine „Pathologisierung“ des Lebens auf. Wie einer meiner Befragten bemerkte: „Aus einem Kolchosarbeiter wird kein Bauer. Einige Dorfbewohner erneuern ihre Häuser, pflegen Hausgärten, sorgen für Ordnung. Man hält sie für Sonderlinge, bäugt sie mit Widerwillen oder Feindseligkeit. ,Warum willst du anders (besser) sein als

---

198 *Ebenda*.

199 OK 2 (2006), S. 23-24. Vgl. auch: [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (2.08.2009).

wir?‘ Die Frage wird oft gestellt. Manchmal kommt es zur gezielten Zerstörung oder bewussten Schädigung (von Geräten und Maschinen, indem zum Beispiel in den Tank der Traktoren oder Fahrzeuge Sand hineingeschüttet wird). Es gibt auch Dörfer, die sich besser darstellen, in denen die Bevölkerung gut wirtschaften und würdig leben will. Aber die sind in Minderheit“ (Gw-2).

Das destruktive Verhältnis zu Gebäuden und Geräten resultiert oft aus „dopelter Fremdheit“: „Was kümmert mich das, es gehört ja nicht nur niemand, d. h. dem Kolchos, sprich dem Staat, sondern war früher auch noch deutsch.“ Diese Denkweise wird überlagert durch die allgemeine Vorstellung der Russen von den Dorfbewohnern (Bauern oder Kolchosarbeitern). Hier die Aussage einer Kaliningraderin: „Auf dem Land herrscht meistens Hoffnungslosigkeit und allgemeines Durcheinander. Die Lebensqualität ist dort am schlechtesten. Die Aktiveren ziehen nach Kaliningrad, wo über die Hälfte der Einwohner in der Region lebt. Kolchosarbeiter sind für die Russen Versager, Leute, die in der ‚Glubina‘ (Provinz) leben. Sodosagen ein schlechterer Menschenschlag. Diese Mentalität ist tief verwurzelt. Noch zur Zeit des Kommunismus besaßen die Dorfbewohner keine Personalausweise („Pässe“) und brauchten für Reisen aus dem Rajon die Erlaubnis der Lokalbehörden. Fast wie zu Zarenzeit waren sie an das Land ‚gebunden‘, diesmal das staatliche. Ihren Wohnort verließen sie, wenn sie auf Schulen geschickt wurden oder Militärdienst leisteten. Sonst wären die meisten in die Städte geflüchtet, die eine ‚Oase‘ des besseren Lebens waren“ (Ka-08).

In den meisten Dörfern der Oblast blieb die alte Raumordnung bestehen. Von der früheren Bebauung haben sich jedoch nur etwa 10-30 % erhalten. Scheunen und Viehställe sind verschwunden. Überdauert haben kleine Schuppen und Speicher. Neubauten sind äußerst selten und stammen zumeist aus den 1970er Jahren.

## 2.5. Neue Siedlungsaktion

Russland durchlebt heutzutage die tiefste demographische System- und Zivilisationskrise seiner Historie. Dass sie seit langem andauert, belegen ihre ersten Anzeichen, die bereits in den 1960er Jahren zu beobachten waren. Forscher prognostizieren, dass die negative Bevölkerungsentwicklung mindestens bis Mitte des 21. Jahrhunderts anhält. Bis dahin könnte die Bevölkerungszahl des Staates gar um ein Drittel zurückgehen. Unter den russischen Bedingungen verschärft sich die demographische Krise durch zivilisatorischen Rückschritt, ein unterfinanziertes Gesundheitswesen und Alkoholismus.

Der Bevölkerungsrückgang in Russland ist durch die ungenügende Geburtenrate bedingt. Die Differenz zwischen der Sterbe- und Geburtenrate, die sich derzeit auf einem Niveau von ca. 800 000-900 000 Personen jährlich eingepen-

delt hat, soll sich in Zukunft noch vergrößern. Vordringlichstes Problem ist die überdurchschnittlich hohe Sterblichkeit unter Männern im erwerbsfähigen Alter. Die langfristige Tendenz zur Senkung der durchschnittlichen Lebenserwartung wird von der Alterung der Bevölkerung begleitet. Es kam inzwischen zu einer Verzerrung der Alterspyramide, was zur Festigung der negativen Tendenzen in der Bevölkerungsentwicklung beitragen wird.<sup>200</sup>

Die russische Bevölkerung stirbt rasant aus. In den letzten 14 Jahren schrumpfte sie um 15 %. UN-Prognosen zufolge sinkt die Bevölkerungszahl Russlands bis 2050 von derzeit 142 Mio. auf 113 Mio. oder gar 96 Mio. Menschen.

Die Russen leben kurz: Männer im Durchschnitt nur 58 Jahre, neun Jahre weniger als die Polen. Zwei von drei Schwangerschaften werden abgebrochen. Nur wenige Ehepaare entscheiden sich für ein zweites Kind.<sup>201</sup>

Im Jahr 2005 schloss die Russische Akademie der Wissenschaften ihr Forschungsprogramm *Demographische Modernisierung Russlands in den Jahren 1900-2000* ab. Aus dem vorgelegten Bericht geht hervor, dass der russische Staat im 20. Jahrhundert im Ergebnis infolge falscher Politik ca. 140 Mio. Menschen verloren hat. Alle Prognosen zur demographischen Entwicklung Russlands sehen voraus, dass die Bevölkerung dieses Staates mindestens noch bis Mitte des 21. Jahrhunderts abnehmen wird. Die Prognosen unterscheiden sich lediglich in Bezug auf das Tempo und den Charakter dieses Rückgangs.

Nach Ansicht von Leszek Szerepka manifestierte sich das Problem des Bevölkerungsschwunds zum ersten Mal 1992. Seit dieser Zäsur übersteigt die Zahl der Sterbefälle ständig die der Geburtenzahl. Gewisse Schwankungen resultieren aus dem zyklischen Charakter der Phänomene, die hauptsächlich auf demographische Veränderungen durch den Zweiten Weltkrieg zurückzuführen sind. Spezifisch für die Lage in Russland ist die Übersterblichkeit der Männer im Erwerbsalter, die verschiedene Auslöser hat, wie übermäßigen Alkoholkonsum, Arbeitsunfälle, Tötungsdelikte oder Suizid. Im Endeffekt erreichten im Jahr 2000 lediglich 56 % der Männer das Rentenalter (60 Jahre). Dieser Umstand wirkt sich stark auf die Senkung der prognostizierten Lebenserwartung der Russen aus, die im Falle der Männer 60 Jahre nicht übersteigt und sogar unter den Werten der sechziger Jahre liegt. Trotzdem altert die russische Gesellschaft. Die in Russland beobachteten demographischen Trends lassen auf einen weiteren beachtlichen Bevölkerungsrückgang schließen.<sup>202</sup>

---

200 L. Szerepka, *Sytuacja demograficzna Rosji*, Prace Ośrodka Studiów Wschodnich, Nr. 24, Warszawa 2006, S. 30.

201 W. Radziwinowicz, *Rosji brakuje Rosjan*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 5.07.2006, S. 8; T. Bielecki, *Zapaść. Demograficzna katastrofa Rosji*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 30.04-1.05.2008, S. 16.

202 L. Szerepka, *Sytuacja...*, S. 6.

Sichtbarster Ausdruck der demographischen Krise in Russland ist die schrumpfende Bevölkerungszahl. Russland war nie ein Staat mit großer Bevölkerungsdichte, doch in den zentralen Gouvernements trat bereits im 19. Jahrhundert ein starker „Landhunger“ auf. Heutzutage sind selbst in dieser Gegend viele Siedlungen entvölkert, und das Land wird nicht bebaut. Die Volkszählung von 2002 zeigte, dass es knapp 13 000 verlassene Ortschaften in der Russischen Föderation gibt. Hauptursache des Bevölkerungsrückgangs in Russland ist die starke Zunahme der Sterblichkeit, mit der eine sinkende Geburtenzahl einhergeht. Die langfristige Einwirkung dieser Faktoren führt zu strukturellen Veränderungen in der Bevölkerung, unter anderem zur Änderung der Altersstruktur, wodurch negative demographische Tendenzen gefestigt und vertieft werden.

Der Bevölkerungsrückgang Russlands (einschließlich des Kaliningrader Gebiets) ist in Tabelle 45 dargestellt.

Tabelle 45 *Bevölkerungszahl Russlands und Urbanisierungsgrad*

Jahr	Gesamtbevölkerung (in Mio.)	davon (in Mio.)		Anteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	
		Stadtbevölkerung	Landbevölkerung	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung
1959	117,2	61,1	56,1	52	48
1970	129,9	80,6	49,3	62	38
1979	137,4	94,9	42,5	69	31
1989	147,0	108,0	39,0	73	27
1993	148,6	108,7	39,9	73	27
1996	148,3	108,3	40,0	73	27
2001	146,3	107,1	39,2	73	27
2002	145,6	106,7	38,9	73	27
2003	145,0	106,3	38,7	73	27
2004	144,2	105,8	38,4	73	27
2005	143,5	104,7	38,8	73	27

Quelle: L. Szerepka, *Sytuacja demograficzna Rosji* (Prace Ośrodka Studiów Wschodnich, Nr. 24), Warszawa 2006, S. 7.

Die höchste Bevölkerungszahl hatte Russland 1993 erreicht; dann begann sie zu schrumpfen. Die Angaben für das Jahr 2005 sprechen nur noch von 143,5 Millionen russischen Bürgern, was bedeutet, dass sich diese Zahl innerhalb von zwölf Jahren um 5,1 Millionen Menschen verringert hat. Hervorzuheben ist dabei, dass

sich der Verstärkerungsgrad nach dynamischen Veränderungen stabilisiert hat und die Landbevölkerung langsamer zurückgeht als die Stadtbevölkerung. Dies ist umso bemerkenswerter, als die demographische Krise einer Theorie zufolge durch die zu stark forcierte Urbanisierung des Landes hervorgerufen wurde.

Eine der Hauptursachen dafür, dass es immer weniger Neugeborene gibt, ist die sich verschärfende Krise der Institution Familie. Die Mehrzahl der geschlossenen Ehen wird geschieden. Nach dem Zensus von 2002 leben 47 % der nach dem Gesetz heiratsfähigen russischen Frauen (im Alter von über 16 Jahren) allein. Von ihnen sind 18 % verwitwet, 11 % geschieden.

Auf den plötzlichen Einbruch der Geburtenrate in Russland Anfang der neunziger Jahre wirkten sich auch der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit einhergehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise aus. Damals kam es zur Entwicklung pathologischer Erscheinungen wie Verbreitung von Geschlechtskrankheiten, Alkohol- und Drogensucht, Kriminalität. In den neunziger Jahren saßen durchschnittlich über eine Million Menschen oder knapp ein Prozent aller Erwachsenen in den russischen Gefängnissen ein, hauptsächlich Männer im fortpflanzungsfähigen Alter. Die Gefängnisse waren Herd verschiedener Krankheiten, etwa Aids.

Der langfristige Geburtenrückgang geht mit der langfristigen tendenziellen Zunahme der Sterbefälle einher. Im Jahr 1991 starben in Russland 1 691 000 Menschen, im Jahr 2004 bereits 2 298 000 (bei geringerer Bevölkerungszahl). Hauptursache der Sterbefälle in Russland sind wie in den übrigen europäischen Ländern die Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Besonderheit Russlands besteht jedoch darin, dass an zweiter Stelle der Todesursachen die sog. äußeren Ursachen stehen, d. h. Unfälle aller Art. Der Durchschnittsrusse stirbt daran 3,6-mal so häufig, die Durchschnittsrussin 1,9-mal so häufig wie die EU- und US-Bürger. Das Ausmaß dieses Problems, das hauptsächlich Männer im Erwerbsalter betrifft, lässt sich daran ablesen, dass im Durchschnitt über 20 % der Todesfälle unter Männern darunter fallen.

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in Russland zurückgegangen. 1959 hatte in Russland ein Mann Aussicht darauf, im Durchschnitt 63,2 Jahre alt zu werden, eine Frau 71,7 Jahre. 1975 waren es 62,6 bzw. 73,2 Jahre, 2000 59,0 bzw. 72,2.

Die russische Bevölkerung altert. Nach dem Zensus von 2002 war die Altersgruppe der über 60-Jährigen zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte des Staates größer als die Gruppe der unter 14-Jährigen (Verhältnis 18,5 % zu 16,4 %). In den letzten fünfzehn Jahren ging die Zahl der Personen im noch nicht fortpflanzungsfähigen Alter in Russland um etwa 30 % zurück.<sup>203</sup>

---

203 *Ebenda*, S. 7-12.

Um diesen negativen Phänomenen entgegenzuwirken, die vor dem Hintergrund des dynamischen BIP-Wachstums (bis 2009) ein großes Hindernis bei der Festigung der internationalen Position Russlands sein können, unterschrieb Putin im Juli 2006 ein Dekret „über die Politik des Staates gegenüber den Landsleuten im Ausland“. Es enthält ein System von Rückkehranreizen für die russische Diaspora.

Dies ist eine Umkehr der Politik des zaristischen Russlands und der kommunistischen Machthaber der UdSSR, die Russen durch Gehaltszulagen, Beförderungen und Wohnungszuteilungen zur Emigration in von Moskau unterworfenen oder eroberte Gebiete animierten. Dieser Prozess wurde abrupt gestoppt, als das über Jahrhunderte aufgebaute Imperium plötzlich in Russland und ein Dutzend unabhängiger postsowjetischer Staaten zerfiel. Außerhalb des russischen Mutterlandes verblieben dabei mindestens 25 Millionen ethnische Russen. Andere Angaben sprechen von 33 Millionen Russen, davon mehr als 18 Millionen in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Fast der Hälfte von ihnen ist es in den 1990er Jahren gelungen, nach Russland zu übersiedeln, selbst wenn nur eine Handvoll von den versprochenen finanziellen Heimkehrhilfen Moskaus profitierte. Später kam es viel schlimmer, denn das neue russische Staatsbürgerschaftsgesetz von 2002 stellte Bürger aus nicht-russischen Ländern der ehemaligen UdSSR den „gewöhnlichen Ausländern“ gleich. Bereits im Jahr darauf wurde ein mehrjähriges Moratorium verkündet, wodurch die Inhaber sowjetischer Ausweise die russische Staatsbürgerschaft im Eilverfahren bekommen können, doch wegen der trägen Bürokratie leben in Russland nach wie vor etwa 2 Millionen illegale Einwanderer mit russischen Wurzeln. Um die russische Staatsbürgerschaft zu beantragen, müssen sie unter anderem nachweisen, dass sie in Russland für ihren Lebensunterhalt zu sorgen in der Lage sind.<sup>204</sup>

Russland hat eine positive Wanderungsbilanz, hauptsächlich durch den Überschuss im Austausch mit den GUS-Staaten. Die Wanderungsströme nehmen aber systematisch ab und gleichen den Bevölkerungsschwund der Russischen Föderation lediglich zu 10 % aus.<sup>205</sup>

Die demographischen Probleme wirken sich entscheidend auf die Politik der Kaliningrader Behörden aus. Trotz der Bevölkerungszunahme in der Oblast wird geschätzt, dass die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2015 dort um 15 % zurückgehen wird, während sie für eine normale Entwicklung der Region um etwa 30 % steigen müsste. Im Oktober 2005 erklärte der Gouverneur Georgi Boos, im Gebiet könnten ohne weiteres ca. 5 Millionen Menschen leben, und vorrangiges Ziel seiner Politik werde die rasche Verdopplung der Einwohnerzahl sein. Erreicht werden soll dies durch Repatriierungsprogramme, in erster Linie für die Russen in den baltischen Staaten. Daher wurde mit der Ausarbeitung entspre-

---

204 T. Bielecki, *Rosyjska repatriacja*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 10.02.2006, S. 12.

205 L. Szerepka, *Sytuacja...*, S. 30.

chender Pläne begonnen. Auch Nikolai Tulajew, für die Kaliningrader Gebietsduma Abgeordneter im Föderationsrat, sprach sich für die Umsiedlung der russischsprachigen Bevölkerung aus den baltischen Staaten ins Kaliningrader Gebiet aus: „Das Kaliningrader Gebiet braucht seiner Rolle und Stellung wegen sowie im Hinblick auf das Potenzial seiner wirtschaftlichen Entwicklung unbedingt eine Zunahme der Bevölkerungszahl und der Ressourcen an Arbeitskräften, in einem viel größeren Ausmaß als dies derzeit der Fall ist.“<sup>206</sup>

Eine Volkszählung ergab, dass im Oktober 2002 im Kaliningrader Gebiet 955 200 Menschen ihren festen Wohnsitz hatten, darunter 456 300 Männer und 498 900 Frauen. Ganz überwiegend waren es Russen (ca. 78 %).

Im Vergleich zum Zensus von 1989 stieg die Bevölkerungszahl in der Oblast um 84 000 Personen, vornehmlich allerdings durch den Wanderungssaldo von 135 000 Personen (489 700 Zugezogene, 354 700 Abgewanderte).

Der natürliche Bevölkerungsschwund betrug 51 000 Personen (120 500 Neugeborene, 171 500 Gestorbene). 741 800 Personen wohnen in den Städten (77,66 %), 213 400 Personen (22,34 %) auf dem Land. In Kaliningrad wohnen 430 300 Personen (45 % der gesamten Oblast-Bevölkerung).<sup>207</sup>

Die Bevölkerungsdynamik des Kaliningrader Gebiets gestaltete sich nach den Daten aller Volkszählungen der Nachkriegszeit wie folgt (Tab. 46):

*Tabelle 46 Bevölkerungszahl des Kaliningrader Gebiets in den Jahren 1959-2002 (in Tsd.)*

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung
1959	610,2	391,6	218,6
1970	730,0	532,4	197,6
1979	808,0	614,4	193,6
1989	871,2	686,9	184,3
2002	955,2	741,8	213,4

Quelle: [www.gov.kaliningrad.ru](http://www.gov.kaliningrad.ru) (30.10.2003).

Im Zeitraum von 1990 bis 2001 betrug die Bevölkerungszahl der Oblast im Jahr 1990 878 100 Personen; 1991 waren es 886 800; 1992: 894 000; 1993: 906000; 1994: 913 000; 1995: 926 000; 1996: 932 100; 1997: 935 500; 1998: 943 300; 1999: 951 300; 2000: 948 500; 2001: 946 000.<sup>208</sup>

206 [www.regnum.ru](http://www.regnum.ru) (31.10.2005).

207 OK 11 (2003), S. 5.

208 Trotz des politischen Wandels ist es in Russland weiterhin schwierig, statistische Daten zu bekommen. Gesamtrussische oder regionale statistische Jahrbücher sind z. B. nicht im

Für die Bevölkerungszunahme wird die Einwanderung immer wichtiger. Zwischen 1994 und 1998 war der Wanderungssaldo etwa zwei- bis dreimal so hoch wie die natürliche Bevölkerungszunahme. Allerdings sank der Wanderungsgewinn seit 1999 systematisch. Der Bevölkerungsanstieg durch Geburten und Wanderungsgewinn wird in den Tabellen 47 und 48 veranschaulicht.

Tabelle 47 Bevölkerungsanstieg im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1948-2003 (in %)

Bevölkerungszunahme	Jahr											
	1948-1949	1950-1954	1955-1959	1960-1964	1965-1969	1970-1974	1975-1979	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1995-1999	2000-2003
durch Geburten in der Oblast	3,5	3,2	2,2	1,6	1,0	1,0	0,8	0,7	0,6	-0,2	-0,5	-0,8
durch Wanderung	0,0	4,0	0,7	0,5	0,1	-0,3	0,0	0,0	0,2	1,2	1,0	0,5
Insgesamt	3,5	7,5	2,9	2,1	1,1	0,7	0,8	0,7	0,8	1,0	0,5	-0,3

Quelle: G. Fedorow, *Migration und Akkulturation – die demographische und soziale Situation in der Kaliningrader Oblast*, in: *Praeities Puslapiai: archeologija, kultūra, visuomene. Skirama archeologo prof. habil. dr. Vlodo Zulkauš 60-ties metų jubiliejui ir 30-ties metų mokslimės Veiklos sukakčiai*, Klaipėda 2005, S. 288.

Tabelle 48 Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Migrationszuwachs in den Jahren 1994-2000 (in Tsd.)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Migrationszuwachs	18,1	10,5	8,1	12,1	13,4	3,4	4,9
Natürliche Bevölkerungsentwicklung	-5,2	-4,7	-4,8	-5,2	-5,4	-5,5	-7,3

Quelle: W. S. Bultschak, *Prigranitschnaja ekonomika*, Kaliningrad 2002, S. 141.

In den Jahren 1995-2004 verdoppelte sich der natürliche Bevölkerungsrückgang (von -4 722 auf -8 500 Personen). Dies wird in Tabelle 49 veranschaulicht.

---

Handel erhältlich. Statistische Informationen gelten als vertraulich oder geheim. Um an sie heranzukommen, muss man dem zuständigen Beamten eine *Wsjatka* (Schmiergeld) zahlen. Die Zuverlässigkeit vieler statistischer Daten ruft allerdings Bedenken hervor, auch unter russischen Forschern. Als aussagekräftiges Beispiel können hier die Angaben zur Arbeitslosenzahl im Kaliningrader Gebiet dienen, die zwischen 8 000 und 130 000 schwanken. W. S. Bultschak, *Prigranitschnaja...*, S. 141.

Tabelle 49 *Geburtenzahl, Sterblichkeit und natürliche Bevölkerungsentwicklung im Kaliningrader Gebiet in den Jahren 1995-2004*

Jahr	Geburten	Todesfälle	Natürlicher Bevölkerungsschwund	Auf 1 000 Personen		Fruchtbarkeitsrate
				geboren	gestorben	
1995	7946	12 668	-4722	8,5	13,5	15,6
1996	7435	12 216	-4781	7,9	13,0	16,7
1997	7135	12 229	-5164	7,5	13,0	19,0
1998	7673	12 687	-6416	8,0	13,2	17,5
1999	7075	13 491	-7037	7,4	14,1	18,7
2000	7573	14 610	-7037	7,9	15,2	19,6
2001	7630	15 437	-7807	8,0	16,1	16,4
2002	8464	16 517	- 8053	8,9	17,3	16,0
2003	8844	17 114	-8270	9,3	18,0	14,9
2004	8654	17 154	-8500	9,1	18,1	13,0

Quelle: *Obwód Kaliningradzki. Przegląd faktów, wydarzenia, opinii 11* (2006), S. 27.

Jedes Jahr sinkt die Bevölkerungszahl der Oblast um 8 500 Personen. Der Geburtenrückgang und der Anstieg der Seniorenzahl führen zur demographischen Alterung der Bevölkerung. Gemäß der UN-Klassifikation gilt die Bevölkerung als alt, wenn der Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung eines Landes (einer Region) 7 % übersteigt. Derzeit gehören 11,4 % der Einwohner des Kaliningrader Gebiets zu dieser Altersgruppe.

Nach Angaben der Föderalen Dienste für Staatliche Statistik nimmt die Bevölkerung der Oblast von Jahr zu Jahr ab und betrug zum 1. Januar 2006 939 900 Personen. Am 1. Januar 2008 wohnten hier 937 400 Menschen, davon 718 500 in den Städten und nur 218 900 auf dem Land. Die Wachstumsrate der Bevölkerung war weiterhin negativ und betrug -2,9 Personen auf 1000 Einwohner (im Jahr 2006 belief sie sich auf -7,0). Die starke Landflucht hielt an. Ungünstig waren auch andere demographische Werte. Die Lebenserwartung der Männer betrug im Durchschnitt 58 Jahre (in Polen 71 Jahre), die der Frauen etwas mehr als 70 Jahre (in Polen 79 Jahre). Die Ursache von 48,3 % aller Todesfälle waren Herz-Kreislauf-Erkrankungen und die verbreitete Trunksucht (der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch reinen Alkohols betrug 14,2 l, während bereits 8 l unumkehrbare Veränderungen im Körper hervorrufen). 40 %

der Einwohner der Oblast sind Rentner (1992 betrug dieser Anteil 16,8 %, 2005 schon 20 %).<sup>209</sup>

Für den Zeitraum 2007-2012 wird ein alljährlicher Bevölkerungsrückgang in der Oblast kennzeichnend sein, bedingt durch niedrige Geburtenzahl und hohe Sterblichkeit. Der natürliche Bevölkerungsrückgang wird in dieser Zeit 52 600 Personen betragen. Die Bevölkerungszahl wird sowohl unter den Stadt- als auch unter den Landbewohnern schrumpfen.

Nach Ansicht der Fachleute kann das demographische Problem in der Oblast durch die Senkung der Sterblichkeit, die Erhöhung der Geburtenzahl und eine geschickte Migrationspolitik gelindert werden.

Der natürliche Bevölkerungsrückgang kann in der Oblast nicht mehr durch Einwanderungen ausgeglichen werden, trotz der vollmundig angekündigten föderalen Unterstützung für freiwillige Übersiedlungen in die Region und weiterer Programme zum Gesundheitsschutz und zur Fürsorge für Mutter und Kind wie auch zur Hilfe für kinderreiche Familien. Die ungünstige demographische Situation wird durch die geringe „Eingesessenheit“ der Oblast-Bewohner zusätzlich verschärft. Nur 48 % von ihnen sind im Kaliningrader Gebiet zur Welt gekommen. Das Arbeitskräftedefizit in der Region könnte in den nächsten Jahren 40 000 Personen übersteigen. Auch der multiethnische Charakter der Oblast wirkt sich auf den demographischen Wandel aus. Gemäß den Prognosen der Regionalentwicklungsstelle beim russischen Wirtschaftsministerium könnten 2,5 Mio. Menschen unter komfortablen Bedingungen im Kaliningrader Gebiet leben. Der Gebietsgouverneur Boos spricht gar von 5 Mio.

Das Übersiedlungsprogramm sieht vor, dass im Jahr 2007 10 000 Russen in die Oblast umziehen, bis 2012 sollen es gar 300 000 werden (anfänglich war von 450 000 Personen die Rede). Davon sollen sich etwa 70 000 Personen in der Stadt Kaliningrad, ca. 40 000 in Tschernjachowsk, 30 000 in Sowjetsk und je 30 000 in Gussew und Gurjewsk niederlassen, in den übrigen Städten und Gegenden je 2 000 bis 11 000 Personen. Gemäß dem Dekret des russischen Präsidenten vom 22. Juni 2006 gehörte das Kaliningrader Gebiet zu den 12 Pilotregionen, die regionale Ansiedlungsprogramme ausgearbeitet haben. Parallel wurde die Inbetriebnahme von zwei Durchgangslagern (Niwenskoje und Osjorsk) vorbereitet, in denen die Übersiedler vorübergehend unterkommen.

In der Kaliningrader Presse wurden Stimmen laut, die Oblast sei nicht in der Lage, einer so großen Zahl von Übersiedlern die notwendigen Lebensbedingungen zu gewährleisten.

---

209 T. Baryła, W. Hojszyk, *Obwód Kaliningradzki w pierwszym roku prezydentury Dmitrija Miedwediewa*, in: *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* 1 (2008), S. 7-9.

Seit Mitte 2006 sind über 9 000 Anträge von Bürgern anderer Staaten eingegangen, die am Übersiedlungsprogramm teilnehmen möchten. Etwa 2 000 von ihnen haben bereits Fragebögen ausgefüllt und Angaben zur Person gemacht. Das Interesse an der Übersiedlung in die Oblast ist relativ groß; hinsichtlich der Antragszahl steht das Kaliningrader Gebiet an zweiter Stelle nach Moskau. Über die Hälfte der potentiellen Übersiedler möchte in Kaliningrad oder den Küstenstädten leben. Qualifizierte Mitarbeiter werden allerdings besonders in den östlichen Regionen der Oblast gebraucht, wohin zwei Drittel der künftigen Übersiedler geschickt werden sollen.<sup>210</sup>

Die ehrgeizige, indes wenig realistische Siedlungsaktion wird bereits die vierte große Welle neuer Siedler in die Oblast locken. Der erste und zugleich größte Zustrom fand in den Jahren 1945-1950 statt, als sich der völlige Bevölkerungsaustausch vollzog und sich neue Ansiedler niederließen.

Einen großen Andrang von Einwanderern erlebte die Oblast nach dem Zerfall der UdSSR, als Anfang der neunziger Jahre tausende Russen aus Litauen, Lettland und Estland sowie abgezogene Militärangehörige nebst Familien aus Deutschland und Polen hier ihren neuen Wohnsitz fanden. Unter ihnen gab es viele Personen mit Hochschulabschluss (Ärzte, Lehrer, Hochschulprofessoren usw.).

Eine weitere Welle kam in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, als über 100 000 Personen aus Kasachstan und Zentralasien in die Oblast kamen. Dies waren aktive, tatkräftige Menschen, die in der Regel eigene Firmen hatten. Sie brachten etwa eine Milliarde US-Dollar mit, was die größte Investition in der Region darstellte. Die Abneigung seitens der lokalen Bevölkerung, aber auch der Behörden, die die Geschäfte der russischsprachigen „*Kasachstaner*“ in ihrer Entwicklung behinderten, brachte den Zustrom zum Erliegen, und diese übersiedeln jetzt lieber hinter den Ural und nach Sibirien. Als ein zusätzliches Hemmnis gilt das niedrige Lohnniveau in der Region; der Durchschnittslohn erreicht knapp 9 000 Rubel. Spezialisten aus den baltischen Staaten ziehen es daher vor, nach Schweden oder England zu gehen, wo sie schon für unqualifizierte Arbeiten 1 500 Euro bekommen können. In der Oblast dürfen sie auf 200-300 US-Dollar rechnen.<sup>211</sup>

Im Jahr 2006 bestätigten 1 100 Personen ihre Bereitschaft zur Übersiedlung in die Oblast, davon wohnten 42 % in Kasachstan, 38 % in Usbekistan und 10 % in anderen Teilen Russlands. Auch zwei russischsprachige Familien aus Argentinien und dem Kongo bekräftigten ihre Absicht zur Ansiedlung in der Oblast. Bis Ende April 2007 war indes kein einziger Übersiedler eingetroffen.

Bis Ende März 2008 kamen in die Kaliningrader Exklave 1 057 Personen (471 Teilnehmer am staatlichen Migrationsprogramm mit 586 Familienangehörigen). Bis Ende April 2008 entschlossen sich weitere 1 253 Personen (575 Teil-

210 OK 11 (2006), S. 26.

211 OK 10 (2006), S. 7.

nehmer am staatlichen Migrationsprogramm mit 678 Familienangehörigen) zur Übersiedlung ins Kaliningrader Gebiet. Bei der Oblast-Verwaltung sind 4 060 Fragebögen von Übersiedlungswilligen eingegangen; mit 2 238 Personen samt ihren 3 701 Familienangehörigen (insgesamt 5 939 Personen) wurde daraufhin die Einreise abgestimmt. Bis Ende Mai 2008 erhöhte sich die Zahl der Übersiedler um 1 478 Personen. Die meisten Übersiedler vereinbarten noch vor ihrer Einreise mit dem jeweiligen Unternehmen einen gesicherten Arbeitsplatz. Nur 110 Personen ersuchten nach ihrer Ankunft in der Oblast die Beschäftigungsagentur um Hilfe bei der Stellensuche. Kinder der Arbeitssuchenden werden im Übersiedlerzentrum Sewerny (Marienhöh) bei Bagrationowsk in Obhut genommen. In Vorbereitung waren auch zwei Durchgangslager in Osjorsk und Frunsenskoje an der Grenze zwischen den Rajons Tschernjachowsk und Prawdinsk, obwohl selbst der Minister Michail Pluchin eingestand, dass der Ansiedlungsplan für 2007-2008 nicht vollständig umgesetzt wird.

Das Programm „Verbesserung der demographischen Lage im Kaliningrader Gebiet“ sah vor, dass sich im Jahr 2008 hier 20 000 Personen (ohne Familienangehörige) niederlassen würden, 2009 40 000, 2010 70 000, 2011 110 000 und 2012 50 000 Personen. Infolge der Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2009 sind diese Pläne wenig real. Schätzungsweise sind es jährlich vielleicht 1 200-1 600 „im Ausland gequälte Russen“.<sup>212</sup>

Viele, die bereits in der Oblast wohnen, machen sich zugleich Gedanken darüber, welcher Beschäftigung die Übersiedler in der Umgebung von Osjorsk, das als Übersiedlerzentrum auserkoren wurde, nachgehen sollen, wo doch selbst die örtliche Bevölkerung keine Arbeit hat. Die Lokalbehörden führen aus, die vorhandenen Kolchosen und Sowchosen seien zugrunde gerichtet, im Rajon gebe es keine Arbeit, Diebstahl dafür umso mehr, weshalb man die Reste des Vermögens ständig vor Plünderungsversuchen durch Ortsansässige schützen müsse. Allgemein werden Zweifel erhoben, ob die Oblast in den kommenden fünf Jahren eine so große Zahl an Übersiedlern verkraften wird. Dies belegen unter anderem Umfragen. Die Einwohner wurden nach positiven und negativen Folgen der neuen Einwanderungswelle gefragt. 43,7 % stellten fest, sie würden keine Verbesserung erwarten, ein Fünftel meinte, es komme zur Belebung der regionalen Wirtschaft und zum Ausbau der Infrastruktur (20,1 %). Ein ähnlicher Prozentsatz der Befragten meinte, der Oblast-Status werde sich ändern, das Ansehen der Region sich verbessern (19,1 %), die Unternehmen würden sich entwickeln und die Investitionen zunehmen (18,1 %). Auf zusätzliche föderale Zuschüsse hofften 12,1 % (andere Antworten: 1,6 %; keine Meinung dazu hatten 9,2 % der Umfrageteilnehmer).

---

212 T. Baryła, W. Hojszyk, *Obwód...*, S. 10-14.

Aus den vorgenannten Umfragen, die 2007 von der Kaliningrader Monitoring-Gruppe durchgeführt wurden, geht hervor, dass die meisten Einwohner der Oblast von negativen Auswirkungen der neuen Einwanderungswelle überzeugt sind. Knapp die Hälfte der Befragten (49,7 %) erwartet einen Anstieg der Wohnungspreise und einen Wohnungsmangel, 40,5 % befürchten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, 38,6 % eine Steigerung der Kriminalität, 26,6 % Spannungen zwischen den Nationalitäten, 24,2 % eine Lösung der Übersiedlerprobleme auf Kosten der Kaliningrader, 19,3 % einen Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung, 19,1 % einen Rückgang des Lohnniveaus in der Region. Nur 7,6 % befürchten keine negativen Auswirkungen (0,7 % gaben andere Antworten, 5,9 % antworteten gar nicht).

Von der Skepsis gegenüber den Plänen zur Ansiedlung neuer Einwohner zeugt die Tatsache, dass sich 69,9 % der Befragten dagegen aussprechen (36,3 % sind absolut dagegen) und nur 27,2 % eine positive Einstellung zu diesen Plänen haben (8,3 % sind ganz und gar dafür).<sup>213</sup>

Am 15. Januar 2007 ist das föderale Gesetz über die Erfassung ausländischer Einwanderer und Personen ohne russische Staatsbürgerschaft in Kraft getreten, das zusammen mit anderen Rechtsvorschriften dafür sorgen soll, dass man die russische Staatsbürgerschaft im vereinfachten Verfahren ohne Aufenthaltsbewilligung bekommen kann. In erster Linie gilt das für die Bürger der GUS-Staaten.

Im Jahr 2006 hielten sich in der Oblast 45 600 ausländische Staatsbürger auf. Die Gebietsverwaltung will spezielle Börsen einrichten, in denen sich bisherige und künftige Einwanderer registrieren lassen können, um eine Beschäftigung zu finden und weitere Formalitäten zu erledigen. Die Gebietsregierung rechnete damit, eine Legalisierung aller in den Jahren 1992-2006 ins Kaliningrader Gebiet eingereisten Bürger bis Ende Januar 2007 zu erreichen, zumal es sich bei 64 % der bisherigen Übersiedler aus Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und der Ukraine um Menschen im Erwerbsalter handelt. Sie werden für die wachsende Wirtschaft der Region benötigt.

Die bisherigen Erfahrungen mit Neusiedlern aus den Jahren 2006-2007 sind alles andere als ermutigend. Bisher ließ sich in der Oblast nur eine kleine Gruppe lettischer Russen nieder, weitere 109 Familien bereiten sich auf die Ausreise vor, 500 warten auf die Erlaubnis.

Die nach Kaliningrad Auswandernden verhehlen nicht, dass sie mit einer Verbesserung des Lebensstandards rechnen. „Ich fahre dorthin, wo neue Arbeitsplätze entstehen und wo ich ungestört Russisch sprechen darf“, erklärt der 50-jährige Schweißer Witali Kosilkow dem Webportal Regnum.ru seine Beweggründe. Er habe keine Angst vor Problemen mit dem Umzug. In Lettland läßt er seine Frau

---

213 OK 4 (2007), S. 13 f.

und zwei Töchter zurück, die ihm nach Kaliningrad folgen sollen, sobald er sich eingerichtet hat. Das kann aber kompliziert werden, denn die Bedingungen sind momentan schwierig. Russische Familien aus Lettland, die sich als erste zur Ansiedlung in Kaliningrad entschlossen, wohnen vorerst in „Zentrum für vorläufige Unterbringung“ genannten Militärkasernen in der Siedlung Sewerny bei Kaliningrad, in den Zimmern nur ein Bett und zwei Stühle, in der Küche Waschmaschine und Gasherd. „Das sind ganz normale Lebensbedingungen. Unsere Landsleute bleiben dort sechs Monate. Dann müssen sie sich eine Wohnung kaufen“, erläutert ein Behördenvertreter.

Die Repatriierten können einen Kredit für 30 Jahre aufnehmen. Allerdings, und das soll eine Erleichterung sein, brauchen sie ihre Häuser etwa in Lettland nicht zu verkaufen. „Sie sollten sie vermieten und das Geld zur Tilgung des Kredits verwenden“, schlagen lettische Baufirmen vor, die die Wohnsiedlungen bauen werden.<sup>214</sup>

Am 8. Juni 2007 wurde die erste Übersiedlergruppe (sechs Personen aus Lettland, eine aus Armenien) in Kaliningrad feierlich von den Behörden begrüßt. Nachdem sie die Bedingungen in der Oblast und dem Zentrum in Osjorsk (einer ehemaligen Militärkaserne, die noch aus deutscher Zeit stammt) in Augenschein genommen hatten, kehrten alle „alsbald und ohne Orchester zurück“.<sup>215</sup>

Die Gebietsbehörden vermeiden das Wort „Repatrianten“ zur Bezeichnung der Neuankömmlinge. Stattdessen wird von der „Migration arbeitsfähiger Bevölkerung“ gesprochen.

Die Pläne, zusätzliche Arbeitskräfte in die Region zu holen, sind bei der Bevölkerung umstritten. Einer vom Internetportal Rosbalt.ru durchgeführten Umfrage zur Übersiedlerproblematik zufolge sind nicht weniger als 72-73 % aller Kaliningrader der Meinung, dass die Oblast keine Einwanderer aus dem nahen Ausland und anderen Teilen Russlands brauche. Die Frage nach der Aufnahmebereitschaft beantworteten 86,94 % mit Nein. Das Verhältnis der Kaliningrader zu den Einwanderern ist komplizierter, denn wie sich gezeigt hat, betrifft es nicht nur die angekündigte und planmäßige Einwanderungswelle, sondern auch die Beurteilung der Einwanderungen aus den Vorjahren, als über 100 000 Übersiedler zumeist aus Kasachstan in die Oblast strömten. Zwischen den „angestammten“ Einwohnern und den (relativ jungen und gut ausgebildeten) Übersiedlern aus Kasachstan herrscht eine spürbare Spannung, die sich mit dem Zuzug weiterer Übersiedler noch verschärfen kann.

Die Abneigung gegen neue Übersiedler rührt auch daher, dass ihnen am neuen Wohnsitz bessere Startbedingungen und ein höherer Verdienst angeboten werden.

---

214 *Ebenda*, S. 2; OK 4 (2007), S. 12; K. Zuchowicz, T. Serwetnyk, *Kaliningrad: więcej Rosjan przy polskiej granicy*, in: *Rzeczpospolita* vom 23.-24.06.2007, S. A 6.

215 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (17.08.2007).

Auch wird darauf hingewiesen, dass in den Kleinstädten und landwirtschaftlich geprägten Regionen der Oblast dutzende oder gar hunderte Arbeitslose auf eine freie Stelle entfallen.<sup>216</sup>

Im Januar 2007 wurde eine föderale Verordnung über Umzugskostenerstattung für freiwillige Umzüge von Landsleuten in das russische Staatsgebiet bekanntgegeben. Die Regionen, die sich zur Übersiedleraufnahme bereit erklärten, wurden in drei Kategorien eingeteilt. In die erste Kategorie (Buchstabe „A“) wurden die für Russland strategisch wichtigen Grenzgebiete (darunter das Kaliningrader Gebiet) eingestuft. Russen, die hier ihren festen Wohnsitz nehmen, bekommen Umzugskosten (*Podjomnyje*) in Höhe von 60 000 Rubel (2 260 US-Dollar) erstattet und für jeden Familienangehörigen 20 000 Rubel gewährt. In die Kategorie „B“ wurden Regionen eingestuft, in denen Arbeitskräfte gebraucht und große Investitionsprojekte realisiert werden. Übersiedler in diese Regionen bekommen je 40 000 Rubel (1 507 US-Dollar) erstattet und 15 000 Rubel je Familienmitglied gewährt. Die Entscheidung über die Auszahlung des *Podjomnyje* wird auf entsprechenden Antrag von der Einwanderungsbehörde am Ort der Registrierung getroffen.

Der russische Premierminister hat auch eine Anordnung unterzeichnet, die die Auszahlung monatlicher Beihilfen an Übersiedler regelt, wenn sie keine Einkünfte aus Arbeit, Geschäftstätigkeit oder sonstiger Betätigung erzielen. Auf diese Beihilfe haben die Übersiedler so lange Anspruch, bis sie die russische Staatsbürgerschaft erhalten, höchstens aber über einen Zeitraum von sechs Monaten. Dabei beträgt die Beihilfe 50 % des Existenzminimums in der jeweiligen Region der Russischen Föderation. Über die Beihilfezahlung entscheidet ebenfalls die regionale Einwanderungsbehörde innerhalb von 15 Tagen nach Antragstellung durch den Teilnehmer des Übersiedlerprogramms.<sup>217</sup> Die Krise von 2008 führte zu einer starken Einschränkung der Übersiedlungsaktion.

Nach Angaben vom Juni 2010 ließen sich insgesamt 6 707 (nach anderen Quellen 7 000) Personen in der Oblast nieder.<sup>218</sup> Das sind 41 % aller Einwanderer nach Russland im Rahmen des 2006 verabschiedeten föderalen Programms zur freiwilligen Übersiedlung der Auslandsrussen.<sup>219</sup>

---

216 [www.rosbalt.ru](http://www.rosbalt.ru) (25.08.2006).

217 *OK* 1 (2007), S. 14 f.

218 [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (23.06.2010).

219 Die Maßnahme erfasst 12 Regionen Russlands, jede hat ihr eigenes Programm aufgelegt. Im Kaliningrader Gebiet besteht es aus einer Sammlung von ca. 40 Rechts- und Planungsvorschriften und beschreibt Sozialhilfe für die Übersiedler, kostenlose medizinische Betreuung, Vergabe von Plätzen in den Kitas und Schulen, Rentenversorgung, Erstattung der Umzugskosten (60 000 Rubel je Programmteilnehmer, 20 000 Rubel je Familienangehöriger), Erstattung von Reise- und Umzugskosten (ein 5-t-Container für

Im Jahr 2009 ließen sich nur 2 212 Personen im Kaliningrader Gebiet nieder. Diese geringe Zahl (zuvor war mit 40 000 Übersiedlern in jenem Jahr gerechnet worden) resultierte aus der Wirtschaftskrise und der Einführung neuer Rechtsregelungen, wonach potentielle Übersiedler Garantiebriefe von ihren künftigen Arbeitgebern erlangen, die ihnen einen Arbeitsplatz zusichern. Ausschlaggebend war auch die Krise am Wohnungsmarkt.<sup>220</sup>

Die meisten Russen kamen aus Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, der Ukraine, Moldawien und Weißrussland. Insgesamt wanderten Übersiedler aus 26 Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas in die Oblast ein. Aus den baltischen Staaten kamen – bedingt durch das Wohlstandsgefälle – nur sehr wenige Personen (2009: 100 aus Lettland und 48 aus Litauen). Aus denselben Gründen ist dieses Programm für die Einwohner Mittelasiens attraktiv, von denen am meisten an den Pregel kommen. In die Oblast sollen etwa 1 000 ehemalige Militärangehörige umgesiedelt werden<sup>221</sup>. Wegen der Überbelegung im Übersiedlerzentrum (Sewerny im Rajon Bagrationowsk) möchte die Gebietsverwaltung ein ähnliches Zentrum in Osjorsk einrichten, außerdem an anderen Orten; dabei soll auf verlassene Militär- und Grenzschutzgebäude zurückgegriffen werden. Das Programm sieht nicht zwangsläufig eine Wohnungszuteilung an Übersiedler vor. Diese setzen oftmals auf eigene Rechnung verlassene Häuser in Dörfern.

Anlässlich der Diskussionen über „neue Übersiedler“ wurde auch das Problem der Militärstädtchen erörtert, da einige von ihnen zu Durchgangslagern umgewandelt werden sollen, hauptsächlich in den Rajons Bagrationowsk und Osjorsk. In der Oblast gab es wegen der Truppenstärke viele selbständige Garnisonen (geschlossene Städte), die im sowjetischen Sprachgebrauch als *ZATO* (*Sakrytoje administratiwno-territorialnoje obrasowanije*, d. i. geschlossenes administrativ-territoriales Zentrum) bezeichnet wurden, und in denen häufig geheime Siedlungen für die Garnisonen, Rüstungsbetriebe usw. existierten. Nach dem Untergang

---

eine 3-köpfige Familie, ein 10-t-Container für 4- und mehrköpfige Familien). Für die Teilnahme am Programm ist die Annahme der russischen Staatsbürgerschaft nicht erforderlich. Wer russischer Staatsbürger werden möchte, durchläuft ein verkürztes Verfahren. In Kaliningrad wurde auch ein System mit zusätzlichen Vergünstigungen (z. B. Wohnungen) ausgearbeitet. Vgl. *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszczyk) 4 (2009), S. 3.

220 www.kaliningradka.ru (23.06.2010).

221 Von 6 354 Umsiedlern (Angaben für Oktober 2009) waren 2 795 Programmteilnehmer, 3 559 deren Familienangehörige. Bei der Gebietsverwaltung gingen 9 527 Fragebögen potentieller Umsiedler ein. Die Behörden erwarteten 5 275 Programmteilnehmer mit 7 489 Familienangehörigen (insgesamt 12 764 Personen). Aus formellen Gründen wurden 512 Fragebögen abgelehnt; einen Negativbescheid erhielten 3 740 Kandidaten. www.kaliningrad.ru (2.11.2009). Vgl. auch: *Einwanderung löst nicht das demographische Problem*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 31 (2010), S. 14.

der UdSSR entstand in der Oblast das Problem, fünfundzwanzig heruntergekommene Militärstädtchen zu bewirtschaften, in denen nach der Modernisierung vollwertige Wohnungsbestände gewonnen werden könnten. Ein Teil wurde von der örtlichen Bevölkerung bezogen.<sup>222</sup>

Die noch genutzten Militärstädtchen sind nicht nur für Ausländer, sondern auch für Einwohner der Oblast gesperrt. Beispielsweise darf man eine Großstadt wie Baltijsk (Pillau), wo sich ein großer Stützpunkt der Baltischen Flotte befindet, nur mit einem speziellen Passierschein oder Personalausweis betreten. Über den Zugang zu der Stadt „wacht“ der spezielle *WOChR*-Posten Nr. 1 (*Wojenisirowan-naja ochrana* – paramilitärischer Schutz).<sup>223</sup>

### 2.5.1. Einwanderung von Polen und Deutschen aus Kasachstan

Infolge des Zerfalls der UdSSR begannen sich in den 1990er Jahren Bürger der ehemaligen Sowjetunion in der Oblast niederzulassen, darunter Polen und Deutsche. Es handelte sich zumeist um Familien, die in den dreißiger und vierziger Jahren nach Kasachstan verschleppt worden waren. Im Rahmen der Binnenwanderungen waren zuvor kleinere Gruppen von Polen in die Region gekommen, hauptsächlich aus Weißrussland und der Ukraine. Der Volkszählung von 1989 zufolge lebten in der Oblast 4 300 Polen (0,5 % der Gesamtbevölkerung) und 1 300 Deutsche (0,2 %).

Nach Angaben des polnischen Generalkonsulats in Kaliningrad wird die Zahl der in der Oblast lebenden Polen auf etwa 10 000 geschätzt, in der Regionalsiedlung leben ca. 7 000 Polen und Polnischstämmige. Bei der Volkszählung vom Oktober 2002 erklärten 3 918 Personen (0,5 %) ihre polnische Volkszugehörigkeit.<sup>224</sup>

Polen wohnen unter anderem in Osjorsk (Darkehmen). Im Mai 1997 ließen sich dort die ersten beiden polnischen Familien, Konarski und Buczkowski, nieder. Ihnen folgten andere Polen aus Kasachstan, die 1936 als „unerwünschte Elemente“ im Rahmen der von Stalin veranlassten ethnischen Säuberungen im Westteil des Sowjetimperiums aus der Ukraine vertrieben worden waren. In Kasachstan lebten sie 63 Jahre lang, ihre Welt bestand aus zwei Dörfern: Jasnjaja Poljana und Seljony Gaj. Zur Ausreise hatten sie sich schon 1995 entschlossen. Auf ihren Arbeitslohn in der Kolchose mussten sie monatelang warten. Seit drei Jahren waren beide Dörfer ohne Strom. Sie lebten zwischen Sonnenauf- und -untergang als Selbsterzeuger. Nach dem Zerfall der UdSSR bekamen Kasachen die meisten Führungspositionen. Beiden Familien wurde von den lokalen Behörden

---

222 OK 2 (2006), S. 22.

223 OK 11 (2006), S. 23 f.

224 OK 12 (2004), S. 75; 2 (2006), S. 60.

nahegelegt, Kasachisch zu lernen und zum Islam überzutreten. Anfangs erwogen sie daher die Ausreise in die Ukraine. Doch berichteten andere Polen aus Kasachstan, die bereits in den achtziger Jahren die alte Heimat besuchten, dass die Häuser verschwunden oder von Ukrainern bewohnt seien. Außerdem bekämen die Alten ihre im sowjetischen Kasachstan erarbeiteten Renten in der Ukraine nicht ausgezahlt. Sibirien lag am nächsten, doch das raue Klima schreckte sie ab. Schließlich entschieden sie sich „für Europa, möglichst weit im Westen, möglichst nah an Polen“. Ihre Wahl fiel auf Osjorsk im östlichen Teil der Oblast, direkt an der polnischen Grenze. Auf die Frage, warum sie nicht nach Polen ausgereist seien, antworteten sie: „Zu teuer. Wir standen vor der Wahl: entweder warten, bis die polnischen Behörden uns Haus und Arbeit geben, oder selbst ein neues Leben irgendwo im Sowjetland beginnen.“<sup>225</sup>

Das Leben der heutigen polnischen Gemeinschaft in der Oblast spielt sich in erster Linie im Umfeld der katholischen Kirche (Gottesdienste in polnischer Sprache werden unter anderem in der Adalberggemeinde in Kaliningrad gehalten) sowie in gesellschaftlichen Organisationen ab, die sich die Pflege der polnischen Identität, unter anderem durch Polnischunterricht, Begegnungen und Kulturveranstaltungen, zum Zweck gesetzt haben.<sup>226</sup> In Kaliningrad erscheint unter anderem

---

225 Daszczynski, M. Wąs, *Uciec jak najbliżej. Już ponad stu pięćdziesięciu Polaków osiedliło się w Obwodzie Kaliningradzkim*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 19.01.2000, S. 18.

226 In der Oblast agieren unter anderem die Polnische Kulturgemeinschaft in Kaliningrad und Pillau/Baltijsk (Wspólnota Kultury Polskiej w Kaliningradzie i Pilawie/Baltijsku) sowie die Polnisch-nationale kulturelle Selbstverwaltung (Polska Narodowa Autonomia Kulturalna) „Polonia“ mit einem Chor, der polnische Volks- und patriotische Lieder singt. Im Dezember 2004 wurde auf Betreiben dieser Organisation im Historischen und Kunstmuseum in Kaliningrad eine Ausstellung über die polnische Nationalkultur aus der Reihe „Kaliningrad – mein Schicksal“ eröffnet. Vgl. *OK* 12 (2004), S. 75 f. In ihrer Arbeit *Polacy w Kaliningradzie* (in: *Borussia* 15/1997, S. 261-266) zitiert H. Murawska die Aussage eines 72-jährigen Umfrageteilnehmers, der die Lage der Polen so schilderte: „(...) erst seit vielleicht fünf Jahren weiß man genauer, wer Pole, Ukrainer oder Litauer ist. Früher interessierte das keinen. Jeder kam woanders her: aus der Gegend um Grodno oder Nowogrodek, aus Litauen oder Weißrussland. Keiner kannte sich, keiner wusste, wer einer ist, woher er kam, keiner fragte auch nur danach. Alle sprachen Russisch. Die Jugendlichen lernten sich am Arbeitsplatz, bei gemeinsamen Tanzveranstaltungen kennen, so kamen Ehen zustande und wurden Kinder geboren, die dann in der Tradition des Mannes und der Frau erzogen wurden oder meistens ganz traditionslos. Alle lernten die Geschichte Russlands und der Sowjetvölker, sie gingen weder in die katholische noch in die orthodoxe Kirche, denn es gab weder die eine noch die andere.“ Damals galt der Grundsatz: „Wir sind alle Zugezogene und haben gleiche Rechte. Niemand klagte über Diskriminierung wegen seiner nationalen Herkunft. Es zählten Qualifikationen und was für ein Mensch man ist.“ Die Polen werden von den Nachbarn als anständige und fleißige Menschen wahrgenommen, die nicht zu viel Alkohol trinken, für die Erziehung ihrer Kinder sorgen

seit 1995 die Zeitschrift „Głos znad Pregoly“ (Stimme vom Pregel), ein Blatt der Polnischen Kulturgemeinschaft in Kaliningrad. In der Oblast sind 17 katholische Gemeinden registriert, in denen Religion und Polnisch unterrichtet werden.

Zu den politisch heikelsten Problemen gehört die Frage nach der Ansiedlung von Russlanddeutschen in der Oblast. Nach der Aussiedlung aller Deutschen begannen im Rahmen der Binnenwanderungen nach der Machtübernahme durch Chruschtschow, d. h. nach 1956, erste Wolgadeutsche einzuwandern. Laut der Volkszählung aus dem Jahr 1989 lebten hier 1 300 Deutsche (0,2 %).

Nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR kamen sie aus ähnlichen Gründen wie die Polen in die Oblast, und zwar aus Kasachstan, Usbekistan, Sibirien oder von der Wolga. Die Zahl der deutschen Zuzügler im Kaliningrader Gebiet ist recht hoch. Nach verschiedenen Berechnungen leben hier über 10 000 Deutsche. Die Volkszählung 2002 ergab, dass sich 8 340 Personen (0,6 %) mit dem deutschen Volk identifizieren. Durch den großen Zustrom Russlanddeutscher hat sich ihre Stellung im Nationalitätengefüge der Oblast sehr geändert: Vom 13. Rang (1989) rückten sie zahlenmäßig auf Platz 5 vor. Die größte Einwanderungswelle fand in den Jahren 1990-1994 statt. 1990 kamen 1 500 Personen in die Region, 1991 2 720, 1992 390, 1993 4 182 und 1994 5 751. Nimmt man diese Daten genauer unter die Lupe, so zeigt sich, dass 1993 die meisten Einwanderer (41,2 %) aus Kasachstan und anderen Gegenden der Russischen Föderation kamen, aber auch aus Kirgisistan. Tatsächlich kamen jedoch Deutsche aus allen Sowjetrepubliken. Allerdings verließen im gleichen Jahr 553 Deutsche die Oblast, wobei die meisten ins Ausland (hauptsächlich nach Deutschland) auswanderten (307 Personen oder 55,5 %), in andere Regionen Russlands zogen (197 Personen) oder zurück nach Kasachstan gingen (30 Personen). Dies rührte hauptsächlich von Anpassungsschwierigkeiten her oder, im Falle der Ausreisen nach Deutschland, von dem Wunsch, die materielle Lage zu verbessern und „unter Landsleuten zu leben“. 1993 verbleiben infolge der genannten Ausreisen tatsächlich 623 Deutsche in der Oblast. Im Jahr 1997 wurde die Zahl der deutschen Bevölkerung auf etwa 5 400 geschätzt. 2008 stieg sie auf 8 450 Personen. Ein Teil von ihnen betrachtet die Oblast als eine Durchgangsstation bei der Rückführung der Deutschen aus dem Osten nach Deutschland<sup>227</sup>.

---

und zu anderen freundlich sind. Ihre alltäglichen Bedürfnisse sind nicht übertrieben, sie geben sich meistens mit dem zufrieden, was sie haben. Bis zum Untergang der UdSSR hatten sie keine Möglichkeit zu vergleichen, wie es sich in anderen Ländern lebt, nicht einmal in Polen.

227 H. A. Dubowa, N. A. Łopulienko, M. J. Martynowa, *Kaliningradskaja Oblast: Sowremennye etnokulturnyje procesy*, Moskwa 1998, S. 26-27. Trotz der „totalen Aussiedlung“ Deutscher blieben in der Oblast vereinzelt deutsche Frauen, die ihre „deutsche“ Herkunft verheimlichten. Die Schicksale zweier deutscher Frauen, die nach dem Zweiten

Anfang der neunziger Jahre wurde in russlanddeutschen Kreisen die Idee geboren, im Kaliningrader Gebiet eine autonome deutsche Republik zu errichten. Dies war auf eine Erklärung des russischen Staatspräsidenten Jelzin über eine mögliche Rückkehr der Wolgadeutschen an ihre ehemaligen Wohnsitze zurückzuführen, was bei der dortigen Bevölkerung auf heftigen Widerstand stieß. Vor diesem Hintergrund wurden Diskussionen geführt, ob nicht das Kaliningrader Gebiet zum neuen Wohnsitz der nach Sibirien oder Kasachstan verbannten Deutschen werden sollte, denn zeitgleich fand damals der Exodus der Russlanddeutschen in die Bundesrepublik Deutschland statt, und das Kaliningrader Gebiet war für viele von ihnen eine bequeme „Umsteigestation“. Dies führte in der Region zu Unruhe: würde nicht aus der Ankunft der Deutschen in die Oblast eine neue Kolonisation Ostpreußens folgen? Würden Deutsche aus der Bundesrepublik kommen und die Rückgabe ihres Besitzes und ihrer Häuser verlangen? Solche Gedanken kamen der älteren Generation in den Sinn, besonders den Kriegsteilnehmern. Die Lage wurde so unübersichtlich, dass sich die Vertreter der Gebietsbehörden gezwungen sahen, in der Presse offiziell Stellung zu beziehen, um die Ängste der Bevölkerung zu zerstreuen. Wie Alexej Gubin feststellte: „Es kam zu einer paradoxen Situation: Vertreter der älteren Generation, die bisher das Kaliningrader Gebiet nicht als ihre Heimat betrachteten, begannen nun, lautstark entgegengesetzte Meinungen zu äußern. ‚Wir geben das Land nicht zurück, für das wir Blut vergossen haben‘, sagten sie. Dieser Spruch wurde mit der Zeit zur neuen Losung der Kriegsteilnehmer.“<sup>228</sup>

Die Idee, eine autonome Struktur für Russlanddeutsche zu schaffen, ließ man deswegen rasch fallen, weil sie allgemein als gefährlich für die Zukunft der Oblast als integraler Teil Russlands galt. Man sprach gar von einer „Germanisierung“ der Region.

Die Russlanddeutschen ließen sich grundsätzlich auf dem Land nieder, nachdem sie sich eine Arbeitsstelle und die polizeiliche Anmeldung verschafft hatten, und zogen es vor, flächenmäßig nicht allzu große Siedlungen zu errichten, bis hin zum Bau ganz neuer Dörfer. Die Übersiedler gingen hauptsächlich in die Rajons Bagrationowsk, Tschernjachowsk, Krasnosnamensk, Nesterow, Slawsk und Pradwinsk.

Nach der Ankunft in der Oblast wurden sie alles andere als freudig begrüßt. So gründete in Romanowo (Rajon Selenogradsk) eine Gruppe Deutscher eine Schweinezuchtgenossenschaft. Wegen der dort geltenden rationellen Manage-

---

Weltkrieg in Kaliningrad geblieben sind, schildert J. Wańkowska-Sobiesiak in zwei Reportagen, die in der Arbeit *Za mało na Polaka, za mało na Niemca...*, Olsztyn 2006, S. 56-62, veröffentlicht wurden; T. Baryła, W. Hojszyk, *Obwód...*, S. 11 f.

228 A. Gubin, *Czy nasza ojczyzna w Kaliningradzie?*, in: *Borussia* 8 (1994), S. 145.

mentregeln war sie bei den früheren Kolchosarbeitern vor Ort, von denen die Hälfte wegen Faulenzerei entlassen worden war, verhasst.

Anfang der neunziger Jahre schnürte Deutschland ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um die Lebensbedingungen der Deutschen im Kaliningrader Gebiet zu verbessern. Ähnliches geschah in Westsibirien, wo ca. 600 000 Deutsche lebten. In der Oblast Omsk und der Region Altai wurden die deutschen Nationalkreise Asowo und Halbstadt gegründet.

Natürlich konnte ein solcher Nationalkreis im Kaliningrader Gebiet aus politischen und demographischen Gründen nicht geschaffen werden. Damals fiel die Entscheidung, in Kaliningrad ein Zentrum einzurichten, das Übersiedlern aus Russland, Kasachstan, Mittelasien und Deutschland sowie Siedlern, die in der Oblast bleiben wollten, Hilfe bieten, gleichzeitig die Kultur- und Bildungsarbeit koordinieren und die Präsenz der Deutschen in Kaliningrad unterstreichen sollte. Es bekam den Namen Deutsch-Russisches Haus.

Die Anwesenheit einer zahlreichen deutschen Gemeinschaft in der Oblast wurde zu einer Tatsache, die sich auf die Haltung der hiesigen Bewohner auswirkt. Die Kaliningrader Deutschen knüpften ausgedehnte Kontakte zu ihren Landsleuten und verschiedenen Einrichtungen in der Bundesrepublik. Diese sind häufig zu Gast in verschiedenen Ortschaften der Oblast. All das beeinflusst die Mentalität der lokalen Bevölkerung, besonders der Jugendlichen. Es handelt sich darum, dass sich verschiedene karitative und vor allem religiös-karitative Organisationen besonders für Kinder mit sozialen, gesellschaftlichen, gesundheitlichen und juristischen Problemen und für Waisen einsetzen. Fast alle Kinderheime und Internate haben Schirmherren aus Deutschland. Die Kinder gewöhnen sich von klein auf an häusliche Gebrauchsgegenstände, Kleidung, Spielzeug und Möbel, die in Deutschland hergestellt sind und der „deutschen Mentalität entsprechen“.

Nur vereinzelt kehren Ostpreußen aus Deutschland zurück. Ursula Trautmann, Landwirtin aus Wyssokoje (Popelken/Markthausen), schilderte 2004 die Rückkehr auf den Hof ihrer Ahnen wie folgt. „Das Wiedersehen mit dem Land meiner Kindheit hat mich tief erschüttert. Von den Gebäuden unseres Hofes bei Markthausen steht, wie gesagt, keines mehr. Aber unseren Friedhofshügel gibt es noch und die Felder und die Alleen (...).

Schon ein Jahr nach unserem ersten Besuch verpachtete uns Walerij Frowlow, der Landrat von Slawsk [Heinrichswalde], die Flächen des elterlichen ‚Ackerhofes‘ auf siebzig Jahre, weil die Eigentumsübertragung bis heute rechtlich noch nicht möglich ist. Es schien alles auf uns zu warten. Aber dann wurde Jens im August 1994 in Neunkirchen auf einem Strohhaufen von einem Blitz getroffen und war sofort tot. Für uns brach alles zusammen.

Was uns wieder ins Leben zurückführte, war der Wunsch, das Vermächtnis des Sohnes zu erfüllen. Im Frühjahr 1995 ließ ich mich in Kaliningrad von dem

bekannten Moskauer Augenarzt Fjodorow operieren und fuhr anschließend nach Maiken [Maiskoje], zu dem dortigen Gutsverwalter Nikolaj Bujankin. Den wollte ich fragen, ob ich nicht zusätzlich zu den Flächen des ‚Ackerhofes‘ die 300 Hektar des ‚Marienhofes‘ pachten könnte, die Onkel Fritz und Tante Emilie gehört hatten, und die Gebäude des benachbarten ‚Annenhofes‘ der befreundeten Familie Hofmann, der heute gleichfalls von Maiskoje aus verwaltet wird.

Bujankin stimmte zu, wir arbeiteten die Verträge aus und bereiteten unseren Treck zurück in die alte Heimat vor. Mit siebenundneunzig Rindern machten wir uns im September 1996 auf den Weg. Wir stellten die Kühe in einem Stall aus der Vorkriegszeit ein, wir installierten eine Milchverarbeitungsanlage, wir mieteten ein Haus auf dem Gutsgelände Maiken, und wir begannen, den ‚Annenhof‘ wieder auf Vordermann zu bringen (...).

Wir haben sehr gemischte Erfahrungen gesammelt. Wir haben zuverlässige und äußerst hilfsbereite, freundliche Menschen kennen gelernt, aber eben auch unzuverlässige und kriminelle, die sich auf unsere Kosten bereichert haben. Die Milchanlage wurde zerstört, gute Tiere wurden heimlich gegen schlechte ausgetauscht oder sogar gestohlen. Dann brach in den Stallungen des ‚Annenhofes‘ plötzlich Feuer aus. Es war wohl Brandstiftung. (...) Und dann bekam ich im Herbst 2002 meinen ersten Herzinfarkt (...).

Die Viehwirtschaft haben wir nach diesen Erlebnissen aufgegeben, auch vom ‚Annenhof‘ und aus Maiskoje zogen wir uns zurück. Für die kommenden Jahre konzentrieren wir uns auf den Ackerbau bei Markthausen. Der Raiffeisen-Verband eröffnet eine Niederlassung in Königsberg, darüber können wir Dünger und Saatgut beziehen und unsere Ernte verkaufen. Ein deutsches Konsulat ist ebenfalls eingerichtet worden, so dass viele Formalitäten jetzt einfacher zu erledigen sind. Außerdem hat sich die politische Lage in Ostpreußen insgesamt entspannt. Ausländer und Deutsche werden mit viel weniger Misstrauen gesehen als noch vor wenigen Jahren. Die Menschen haben erkannt, dass sie sich nur gemeinsam mit Europa eine gute Zukunft sichern können.

Mit einem jüngeren deutschen Landwirt, der auch aus einer ostpreußischen Familie stammt, werden wir in den nächsten Jahren die Felder des ‚Ackerhofes‘ bewirtschaften. Unsere erste Ernte werden wir dort in Kürze einfahren. Also, wenn man es pathetisch sieht, nach sechzig Jahren wieder daheim.<sup>229</sup>

Deutschland setzt sich sehr aktiv dafür ein, die Erinnerung an die deutschen Traditionen Königsbergs und anderer Städte im historischen Ostpreußen wachzuhalten. Es lässt keine Gelegenheit ungenutzt verstreichen, um nicht nur den Erhalt oder die Wiederherstellung dieses oder jenes Kulturdenkmals anzusprechen, son-

---

229 U. Trautmann, „*Es war ein ziemlich wildes Leben*“, in: U. Völklein, *Mitleid war von niemand zu erwarten. Das Schicksal der deutschen Vertriebenen*, München 2005, S. 79-95; S. 92 ff.

dern auch entsprechende Mittel zu investieren. Als Beispiel mag der Wiederaufbau des Königsbergers Doms dienen.

Eine andere Maßnahme, die das Gedächtnis an die deutsche Präsenz in dieser Region bewahren soll, sind Rekonstruktionsarbeiten an deutschen Soldatengräbern aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Dies beeinflusst das Bewusstsein der Oblast-Bewohner. Grundlage für die Arbeiten ist eine Regierungsvereinbarung zwischen der Russländischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1992.

Für die deutsche Seite ist der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zuständig, für die russische der Verband Soldatendenkmäler (mit Sitz in Moskau), der einen Vertreter im Kaliningrader Gebiet hat. Die Arbeiten werden vom Volksbund finanziert. An Ausgrabungsarbeiten, Neubestattungen und Herrichtung des Geländes beteiligen sich die örtliche Bevölkerung, Schüler und Jugendliche, sowohl russische als auch deutsche, für die Sommerlager errichtet werden. Für Instandhaltung und Gestaltung des Friedhofsgeländes beschäftigt die deutsche Seite Aufseher aus der Einwohnerschaft zu einem für den ländlichen Raum recht hohen Gehalt.<sup>230</sup>

Die Ansiedlung Deutscher in der Oblast ist für die deutsche Regierung eine heikle Angelegenheit. Der Standpunkt der Bundesregierung folgt dem Grundsatz: „Die Ansiedlung im Gebiet wird nicht gefördert, aber auch nicht behindert. Jeder soll innerhalb seines Heimatstaates den Wohnort frei wählen dürfen.“<sup>231</sup> Im Rahmen humanitärer Hilfe und spezieller Programme gewährt die deutsche Seite Zuschüsse zum Bau von Häusern oder kleinen Siedlungen für deutsche Übersiedler. Polen blicken neidisch auf diese Unterstützung, obwohl sie zugeben, dass „wir in Kasachstan mit den Deutschen wie eine Familie gelebt haben“. Ein Teil der polnischen und deutschen „Kasachen“ übersiedelte mit der Zeit nach Polen bzw.

---

230 In Russland wurden erneut Stimmen laut, Moskau könne seinen Einfluss auf die Enklave verlieren. Boris Nisniewitsch, Chefredakteur der „Kaliningradskaja Prawda“, meint: „Der Separatismus stellt meiner Ansicht nach keine reale Gefahr dar. Es ist nur ein politisches Schreckgespenst. Sobald Schwierigkeiten mit der Lösung von Problemen unserer Region auftauchen (beispielsweise erlässt das Zentralzollamt eine dumme Anordnung und an der Grenze gibt es Probleme mit der Ein- und Ausfuhr von Waren), werden unsere Politiker hellhörig und drahten nach Moskau: – Mit einer solchen Vorgehensweise rüttelt ihr separatistische Stimmung unter der Bevölkerung wach! Die Politiker machen das eine, die Menschen das ihre. – Die Kaliningrader haben eine russische Mentalität gehabt und werden diese auch weiterhin haben“. Zit. nach: P. Reszka, P. Jendroszyk, *Niemcy w Kaliningradzie*, in: *Rzeczpospolita* vom 23.01.2004, S. A6. Vgl. auch: T. Budnikowski, *Ekonomiczne aspekty dotyczące teraźniejszości i przyszłości Obwodu Kaliningradzkiego*, in: *Przegląd Zachodni* 1993, Nr. 3, S. 70.

231 D. Bingen, *Das Gebiet Kaliningrad (Königsberg): Bestandsaufnahme und Perspektiven. Deutsche Ansichten*, Köln 1993 (Berichte des Instituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, 21), S. 2.

Deutschland und betrachtete die Oblast als Zwischenstation auf dem Weg in die „wahre Heimat“.

Die Kaliningrader Deutschen besitzen ähnlich wie andere Nationalitäten eigene Organisationen auf dem Gebiet von Kultur und Bildung. Oft treffen sie mit Polen und Litauern in den katholischen Gottesdiensten zusammen. Der Geistliche ist meist ein Priester aus Polen.

In der Oblast agieren insgesamt vierzehn Verbände, Vereine und Organisationen der deutschen Bevölkerung: der Verein der Deutschen des Kaliningrader Gebiets „Einheit“ (1993 gegründet), die russlanddeutsche Kulturgesellschaft „Eintracht“ (1992, mit einer Filiale in Swetly), der Verein des Kaliningrader Gebiets „Obschtschi dom“ („Gemeinsames Haus“, 1994), der deutsche Kulturverein „Heim“ in Sowetsk (1992), der russlanddeutsche Kulturverein Trakehnen (1992), die deutsche Landsmannschaft im Kaliningrader Gebiet (1992), der Verband der russlanddeutschen Kulturschaffenden im Kaliningrader Gebiet (1995), die Jugendorganisation „Neue Kraft“ (1994), die russlanddeutsche Organisation „Samland“ (1996), das Eingliederungszentrum für Flüchtlinge und Umsiedler (Russlanddeutsche) des Kaliningrader Gebiets „Bereg“ („Ufer“, 1993), der Sozialfonds der Russisch-Deutschen Freundschaft in Bagrationowsk (1995), die Gebietsabteilung der Kulturstiftung „Bildung“ (1995), der Sozialverband zur Entwicklung der Deutschen Sprache und Kultur „Edelweiß“ (1997) und das Deutsch-Russische Haus. Diese Organisationen profitieren wie ähnliche Verbände im Memelland oder in Ermland und Masuren von bedeutenden Finanzhilfen aus verschiedenen Quellen in Deutschland. Am aktivsten waren sie in den neunziger Jahren. Innerhalb der Organisationen kam es zu zahlreichen Konflikten und Krisen, meist wegen Höhe und Verteilung der Finanzmittel aus Deutschland.

Das Thema der deutschen Bevölkerung wurde erneut öffentlich diskutiert, als Juri Schalimowow, Vizepremierminister der Gebietsregierung, am 17. August 2007 den Massenmedien mitteilte, „tausende Bürger aus Deutschland“ seien bereit, sich in der Oblast niederzulassen. Dies war eine neue Situation, da in die Oblast bisher nur russlanddeutsche Inhaber der früheren sowjetischen Staatsbürgerschaft gezogen waren. Einige Tage nach dieser Meldung wurde publik, dass die deutsche Bundesregierung diese Bemühungen weder „finanziell noch sonst“ unterstützen würde. Viele Einwohner sehen darin eine neue Gefahr der „Germanisierung der Oblast“.<sup>232</sup>

Die Litauer bilden die viertgrößte Volksgruppe in der Oblast (nach Russen, Weißrussen und Ukrainern). Laut dem Zensus von 1989 waren es 18 100 (2,1 %). Innerhalb von dreizehn Jahren ging diese Zahl auf 13 937 Personen (1,9 % nach der Volkszählung aus dem Jahr 2002) zurück.<sup>233</sup>

232 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (19.08.2007).

233 OK 2 (2006), S. 60.

Nach dem Zerfall der UdSSR zog ein Teil dieser Bevölkerungsgruppe in das nun unabhängige Litauen um. Die Dagebliebenen wohnen hauptsächlich im Grenzgebiet zu Litauen und in Kaliningrad selbst. Wie Polen und Deutsche haben sie eigene Organisationen, Minderheitenschulen und Zeitungen. Die Mehrheit kam nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in aufeinander folgenden Binnenwanderungsschüben aus dem benachbarten Sowjetlitauen und anderen Teilen der UdSSR. Unbekannt bleibt die Zahl der Preußisch-Litauer, die ehemals deutsche Staatsbürger waren und weiterhin in ihrer Heimat in der derzeitigen Oblast leben.

Im Kaliningrader Gebiet existieren 11 litauische Organisationen: der litauische Kulturverband „Grenzmarken“ der Stadt Kaliningrad (1993 gegründet), die Soziale Organisation des Kaliningrader Gebiets, die litauische Kulturgemeinschaft „Birute“ (1996), der litauische Kulturverein „Vydunas“ in Sowjetsk (1993), der litauische Kulturverein in der Region Gussew (1993), die litauischen Kulturvereine in Tschernjachowsk, Gussew, dem Rajon Krasnosnamensk, dem Rajon Nesterow und dem Rajon Slawsk (alle 1993) sowie der Litauischlehrerverband (1998). Diese Organisationen unterhalten vielfältige Kontakte zum Mutterland und kommen auch in den Genuss materieller Unterstützung aus Litauen.

## 2.6. Russisch-Preußen/Kaliningrader Preußen

Auf einer 2005 veröffentlichten Landkarte mit historischen Objekten im Kaliningrader Gebiet sind insgesamt nur 289 Baudenkmäler eingezeichnet. Die meisten stammen aus deutscher, einige aber auch aus der Sowjetzeit (in erster Linie Denkmäler für die Kämpfe der Roten Armee in Ostpreußen während des Zweiten Weltkriegs) sowie orthodoxe Kirchenbauten und Denkmäler, die nach dem Fall des Kommunismus errichtet wurden.

Die meisten historischen Objekte gibt es selbstverständlich in Kaliningrad (62, darunter 7 Kirchen in umliegenden Dörfern). In Baltijsk wurden 22 historische Baudenkmäler erfasst, in Swetlogorsk und Umgebung 12, in Swetly 2, in Selenogradsk und Umgebung 22, in Bagrationowsk und Umgebung 17, in Prawdinsk und Umgebung 33, in Gwardeisk und Umgebung 15, in Polessk und Umgebung 17, in Sowetsk 11, in Neman und Umgebung 8, in Tschernjachowsk und Umgebung 17, in Osjorsk und Umgebung 14, in Krasnosnamensk 6, in Gussew und Umgebung 13, in Nesterow und Umgebung 14. Ein Großteil dieser Objekte sind heute Ruinen, vor allem Kirchen und Burgen, zum Beispiel in Kaschtanowo (Almenhausen), Meschduretschje (Norkitten), Gremjatschje (Berschkallen), Kamenskoje (Saalau), Uschakowo (Brandenburg), Nowomoskowskoje (Pörschken), Chrabrowo (Powunden), Trostniki (Kaymen), Gromowo (Lauknen), Neman, Tschernyschewskoje (Eydtkuhnen), Kalinino (Mehlkehmen) usw. Neue ortho-

doxe Kirchen wurden unter anderem in Bagrationowsk, Uljanow, Sowjetsk und Swetly erbaut.<sup>234</sup> Nach offiziellen Angaben von 2009 gibt es in der Oblast 1 611 kulturhistorische Denkmale. Nur 16 % dieser Bauten sind in einem zufriedenstellenden Zustand, 46 % sind überholungs- und sanierungsbedürftig, bei 38 % herrscht „Notstand“.<sup>235</sup>

Nach neuestem Befund des Hauptarchivars im Staatsarchiv des Kaliningrader Gebiets, Anatoli Bachtin, waren 2006 nicht mehr als 50 von insgesamt 1 200 Landgütern mit einem Gutshaus, Herrenhaus oder Schloss intakt. Von 400 Vorwerken sind lediglich 17 erhalten.

Beispielsweise war das Schloss Sehmen des Freiherrn von Wrangel (heute Soldatowo im Rajon Prawdinsk) noch gegen Ende der achtziger Jahre intakt, 1999 büßte es einige Bauteile ein, 2004 waren nur noch Reste der Grundmauern übrig. Unweit von Balga stand noch bis vor kurzem ein großes Schloss, in dem ein Sowchosbüro untergebracht war. Heute ist es eine Ruine.

Bachtin meint: „Wir verlieren das historische Erbe der Oblast. Wir zerstören es mit unseren eigenen Händen. Alte Gutshäuser, Burgen und Kirchen werden dem Erdboden gleichgemacht. Gleichzeitig wollen wir den Fremdenverkehr entwickeln, aber was sollen wir den Besuchern zeigen? Im Rajon Selenogradsk ist nur ein einziger historischer Bau aus dem Mittelalter erhalten geblieben: die Kirche in Kumehnen [heute Kumatschewo], die aber in einem desolatem Zustand ist.“<sup>236</sup>

Wie der Gebietsgouverneur zu Beginn des Jahres 2006 beteuerte, möchten die Oblast-Behörden den alten deutschen Burgen „ihr ursprüngliches Aussehen“ wiedergeben. Die Idee, die Burgen wiederaufzubauen, sei eine „strategische Aufgabe“. Am 6. Februar 2006 schrieb die Tageszeitung „Wremja Nowostjei“: „Der Gouverneur wird große föderale und private Investoren anlocken, einige Burgen wieder aufbauen, die Deutschen werden erfreut sein und anfangen, Geld in diese Vorhaben zu stecken. Bei der Gelegenheit könnte man sie auch zu richtigen Geschäftsprojekten überreden. Den Deutschen zur Freude, der Region zum Nutzen.“<sup>237</sup>

Auch der Gebietskulturminister Michail Andrejew stellte im Juni 2006 fest, man solle dringend mit der Restaurierung historischer Denkmäler und besonders

234 *Dostoprimschatjelnosti jantarnogo kraja. 750 let Kaliningradu. 60 let Wielikoj Pobjedy. 60 let Kaliningradskoj Oblasti*, Kaliningrad 2005.

235 *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk), 4 (2009), S. 18.

236 [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (6.12.2006). Nach Ermittlungen des Verfassers gab es im Gebiet der heutigen Kaliningrader Oblast bis 1945 4 200 Ortschaften, von denen im Jahr 2009 nur noch etwa 900 übrig geblieben sind. A. Bachtin, *Powojenne losy dworów na terenie Obwodu Kaliningradzkiego*, in: *Borussia* 46 (2009), S. 127. Vgl. auch: A. Bachtin, G. Doliesen, *Vergessene Kulturkirchen in Nord-Ostpreußen*, Husum 2000.

237 [www.vremya.ru](http://www.vremya.ru) (6.02.2006).

wertvoller Bauten beginnen, Bestände in Museen, Bibliotheken und Archiven aufstocken, kulturhistorische Flächen und Schutzzonen ausweisen, Kultureinrichtungen bauen, sanieren und entwickeln.<sup>238</sup>

Unterdessen schreitet die Vernichtung der Baudenkmäler voran. Viele historische Bauten im Kaliningrader Gebiet verfallen oder werden mutwillig zerstört, wie das unlängst in Schelesnodoroschny, dem ehemaligen Gerdauen geschah, als „Liebhaber“ roter Ziegelsteine eine ganze Wand der gleichnamigen Burg abgetragen haben. Im Zentrum des Städtchens hat sich eine Handvoll alter, völlig verfallener Bauwerke erhalten. Niemand kümmert sich aber um Wiederaufbau noch Bewachung oder verfolgt die Diebe. Kaum gab ein morsches Bauwerk nach, begann ein unternehmungslustiges Völkchen mit der Ziegelgewinnung. Aus einem einzigartigen und für Touristen interessanten Ort verwandelt sich Schelesnodoroschny in ein unscheinbares Städtchen ohne Sehenswürdigkeiten. All dies erinnert an Sowjetzeiten, als die Behörden verstärkt Ziegelbauten in zerstörten Städten und Ortschaften abbrechen ließen. Auf diese Weise wurden die Zentren mehrerer Städte abgetragen und dem Erdboden gleich gemacht, etwa in Zinten (Kornewo), Allenburg (Druschba), Wehlau (Snamensk), Domnau (Domnowo), Schirwindt (Kutusowo), Eydtkuhnen (Tschernyschewskoje), Pillkallen (Dobrowolsk) und anderswo. Jahrelang wuchsen dort Gras und Sträucher, auf den Freiflächen entstanden kleine Häuser.

Galina Beloglasowa, Journalistin von der „Rossijskaja Gaseta“, meint: „Was soll man von der Provinz sagen, wenn sie in der Gebietshauptstadt nur wegen der 750-Jahrfeier Baudenkmäler erneuern, und nicht einmal alle. Glück hatte das Königstor, das nach der Restaurierung zum Symbol des Jubiläums wurde, aber die meisten der einzigartigen Forts rund um die Stadt verfallen im Laufe der Zeit und mit Hilfe von Vandalen weiter und versinken unter Müll und Steppengras.“<sup>239</sup>

Im Rahmen einer „neuen Politik“ hat die Oblast-Verwaltung beschlossen, die zerstörten Burgen nach Klärung der Eigentumsverhältnisse zum Verkauf zu bringen. Als erste wurden Burgruinen in Bagrationowsk (Preußisch Eylau) und Majewka (Georgenburg) bei Tschernjachowsk (Insterburg) angeboten. Von 58 ostpreussischen Burg- bzw. Schlossanlagen sind lediglich neun Ordensburgen und -schlösser erhalten, von denen nur einige wenige in einigermaßen gutem Zustand sind. Auch die Burgruinen in Polessk (Labiau), Gurjewsk (Neuhausen), Neman (Ragnit) und Balga sowie die Wallburg in Majakowskoje (Nemmersdorf) sollen veräußert werden.<sup>240</sup>

---

238 OK 6 (2006), S. 36

239 *Ebenda*, S. 37.

240 *Burgruinen frei zum Kauf*, [www.koenigsberger.express.com](http://www.koenigsberger.express.com) (9.04.2007). Vgl. auch die Aufnahmen wenig bekannter Objekte in (Ost-)Preußen auf [www.bartos44.fm.interia.pl/prusy](http://www.bartos44.fm.interia.pl/prusy) (13.04.2007). Über das tragische Schicksal der historischen Bauten in Sowetsk

Die Burgruinen in den Ortschaften Nekrasowo (Schaaken) im Rajon Gurjewsk und Kamenskoje (Saalau) bei Tschernjachowsk werden bereits von Privatpersonen gepachtet.<sup>241</sup>

Komplizierter werden der Rechtsstatus und die Denkmalpflege historischer Bauten in der Oblast neudeutings, wie sich gezeigt hat, durch ein Gesetz über die Rückgabe des nach der bolschewistischen Revolution geraubten Kirchenvermögens. Die neue Regelung ist Ende 2009 in Kraft getreten.

Im November 2009 übergab die Kaliningrader Eparchie der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) den Behörden ein Verzeichnis früherer Sakralbauten, die vor 1945 zumeist der protestantischen Kirche in Ostpreußen gehörten. Auf die Rückforderungsliste wurde unter anderem der Königsberger Dom gesetzt. Die orthodoxe Kirche ist bemüht, an eine Reihe von Objekten nicht nur in Kaliningrad, sondern auch in anderen Ortschaften zu gelangen. Die meisten wurden auf Staatskosten wiederaufgebaut und beherbergen Theater, Museen und andere Kultureinrichtungen.

Nach Ansicht der Lokalpresse sind das „Vorbeugemaßnahmen“ der ROK, da sie Ansprüche der Protestanten oder Katholiken befürchtet. Pikanterweise gehörten ja diese Bauwerke niemals der russisch-orthodoxen Kirche. Die Rückgabeforderungen beziehen sich auch auf Ordensburgen mit früheren christlichen Kapellen.<sup>242</sup> Im Dezember 2009 beschloss die Gebietsverwaltung, den Antrag der ROK nicht zu bearbeiten, wodurch der Konzertsaal des Kaliningrader Sinfonieorchesters in einer ehemaligen evangelischen Kirche beim bisherigen Besitzer verbleiben durfte. Den Bestrebungen der ROK stellten sich nicht nur die bisherigen Nutzer der Bauten entgegen, sondern die Mehrheit der Kulturschaffenden. Die ROK finanziert derzeit den Bau acht neuer Kirchen aus Mitteln der Gläubigen und Spenden. Außerdem lässt sie drei ehemals deutsche Kirchen wiederaufbauen, die ihr übereignet worden sind, und zwar in den Ortschaften Tuschino bei Prawdinsk, Newskoje im Rajon Nesterow und in der Stadt Gussew.

Vor diesem Hintergrund entstand ein offener Streit zwischen der ROK auf der einen und dem Gebietsmuseum in Kaliningrad sowie dem deutschen Kuratorium Arnau e.V. auf der anderen Seite. Zwischen letzteren besteht eine Vereinbarung über die Wiederherstellung der mittelalterlichen Fresken in der etwa zehn Kilometer von Kaliningrad entfernten Kirche Arnau (Marjino). Diese war seit 2008

---

(Tilsit) und Nesterow (Stallupönen) schrieb I. Trusewicz, *Rosja incognita. Puszcza Romincka, Rzeczpospolita* vom 21.01.2000; ders., *Wyspa Kaliningrad*, in: *Rzeczpospolita* vom 3.06.2004.

241 *Kaufen Moskauer Oligarchen ostpreußische Burgen auf?* www.koenigsberger-express.com (4.04.2007).

242 *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk) 4 (2009), S. 8 f.; 1 (2010), S. 4.

als Museum eingestuft und gehörte zum Kaliningrader Museum für Geschichte und Kunst. Das 1992 gegründete Kuratorium bezweckt den Wiederaufbau der Katharinenkirche. Deutscherseits wurden beträchtliche Mittel in die Erneuerung des Dachs und andere konservatorische Arbeiten investiert. Die Deutschen berufen sich auf andere Beispiele einer solchen Zusammenarbeit, z. B. auf die Wiederherstellung der Kirche aus dem Jahr 1320 in Wladimirowo (Tharau), Rajon Bagrationowsk.<sup>243</sup>

Die Gebietsverwaltung organisiert in den letzten Jahren auch Feierlichkeiten zu verschiedenen historischen Ereignissen in der Region. Am 11. Februar 2006, dem 200. Jahrestag, wurde bei Bagrationowsk die Schlacht der russisch-preußischen Heere gegen die Franzosen bei Preußisch Eylau nachgestellt. Initiatoren waren das Kulturministerium des Kaliningrader Gebiets und die Rajonverwaltung Bagrationowsk, Unterstützung bekamen sie vom Präsidenten der Nichtkommerziellen Stiftung „Preußisch Eylau“, Wiktor Baturin, privat Schwager des damaligen Moskauer Bürgermeisters Juri Luschkow und als Geschäftsmann auch im Kaliningrader Gebiet tätig.

An der Nachstellung der Schlacht nahmen Vertreter militärhistorischer Klubs aus Moskau und der Moskauer Oblast, Sankt Petersburg, Weißrussland, Litauen und Polen teil; dem Spektakel wohnten auch der französische Militärattaché in Moskau sowie französische Journalisten bei. Den Höhepunkt markierte die entscheidende Schlachtepisode: Angriff der Truppen Napoleons auf russische Artilleriestellungen unter Beteiligung der Kavallerie, alles durch Schüsse aus echten Kanonen und Musketen begleitet.

Im Historischen Museum in Bagrationowsk wurde zu diesem Anlass eine Ausstellung von Militärabzeichen aus den Jahren 1806-1807, archäologischen Fundstücken vom Schlachtfeld, Miniaturfiguren russischer und französischer Soldaten sowie persönlichen Gegenständen Napoleon Bonapartes und anderen Andenken eröffnet.

Über die Feierlichkeiten berichtete die Kaliningrader Presse und kündigte ähnliche Veranstaltungen in der Nähe von Prawdinsk (Friedland) und Sowjetsk (Tilsit) an.<sup>244</sup>

Am 31. März 2006 wurde zum 245. Geburtstag des berühmten russischen Feldherrn Barclay de Tolly, der gegen Napoleon gekämpft hatte, ein Denkmal in Tschernjachowsk eingeweiht. Barclay de Tolly war am 14. Mai 1818 bei Insterburg (heute Tschernjachowsk) gestorben. Zur feierlichen Enthüllung des Denkmals kamen Landsleute Barclay de Tollys aus Schottland. Er spielte eine entscheidende

---

243 J. Neuman, *Streit um Sankt Katharinen in Arnau. Der Griff der Russisch-Orthodoxen Kirche nach dem Gotteshaus ist erst einmal abgewehrt, aber...*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 34 (2010), S. 13; [www.kuratorium-arnau.web](http://www.kuratorium-arnau.web) (11.10.2010).

244 *OK 2* (2006), S. 6.

Rolle bei der Neuordnung der russischen Armee und nahm als Feldherr unter anderem an den Schlachten von Pultusk und bei Preußisch Eylau teil. Der vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. zur Erinnerung an den Sterbeort Barclay de Tollys aufgestellte Obelisk hat den Zweiten Weltkrieg nicht überdauert.<sup>245</sup>

Im Jahr 2003 ließ das Staatliche Kulturamt eine Denkmalanlage zur Erinnerung an die letzte Parade der russischen Garde 1914 in Insterburg einweihen; in Kaliningrad, Tschernjachowsk, Gwardeisk und Neman wurde des Aufenthalts Peters des Großen in Ostpreußen gedacht.

Viele Gebietsbewohner haben, da sie sich der Isolation vom übrigen Russland bewusst waren, spontan Folkloregruppen gegründet. So entstanden bei Krasnosnamensk beispielsweise eine Kosakengruppe und ein Kriegsveteranenchor. Der Fall des Kommunismus sorgte für eine Wiederbelebung der Kosaken-Bewegung in Russland und der Kaliningrader Oblast, die derlei Tradition nicht besessen hatte. Heutzutage gibt es hier acht Vereinigungen der Kosaken und ihrer Anhänger. Die Kosaken tragen historische Uniformen, besitzen eigene Ränge und Abzeichen und haben Vereinigungen in Kaliningrad und anderen Rajons und Städten gebildet, z. B. die Gesellschaftliche Organisation der Kosaken des Kaliningrader Gebiets (1995), die Gesellschaftliche Organisation im Rajon Gwardeisk des Kaliningrader Gebiets „Gwardeisker Staniza“ (1994) oder auch die Gesellschaftliche Organisation der Kaliningrader Region „Baltischer Autonomer Kosakenkreis“ (1996).

Von großer Bedeutung ist auch die Kampagne „Kinder Russlands fahren nach Russland“, in deren Rahmen im Jahr 2006 etwa 20 000 Kinder aus Kaliningrad andere Gegenden Russlands besuchen konnten.

Für die Festigung der russischen Kulturtradition ist es von überragender Bedeutung, dass in der Oblast immer mehr auf die Verankerung des orthodoxen Christentums geachtet wird, das die Grundlage für die Entstehung der slawisch-orthodoxen Zivilisation bildete.

Ein wesentlicher Baustein zur regionalen Identität sind die Feierlichkeiten an den Jahrestagen der Oblast-Gründung. Dazu gehören das permanente Anknüpfen an die Kämpfe in Ostpreußen 1944-1945 und die Diskussionen über Wappen und Flagge der Region. Eine dieser Feierlichkeiten war beispielsweise die Enthüllung eines Mahnmals für die sowjetischen Soldaten, die bei der Operation Ostpreußen ihr Leben ließen, im Dezember 2006 auf dem Soldatenfriedhof Gurjewsk.<sup>246</sup>

1996 und 2006 fanden zahlreiche Veranstaltungen anlässlich des 50.<sup>247</sup> bzw. 60. Jahrestags der Gründung des Kaliningrader Gebiets statt. Allerdings fielen die

---

245 OK 3 (2006), S. 17.

246 [www.kaliningrad-online.ru](http://www.kaliningrad-online.ru) (10.12.2006).

247 Unter den vielen Veranstaltungen, die von den Behörden des Kaliningrader Gebiets, der Universität Kaliningrad und dem Gebietsmuseum für Kunst und Geschichte ausgerichtet wurden, war auch eine wissenschaftliche Konferenz am 12.-15. Mai 1996. Vgl. A. Sakson,

Feierlichkeiten zum 60. Gründungstag der Oblast im Juli und September 2006 viel bescheidener aus als das im Jahr zuvor mit großem Pomp begangene 750-jährige Jubiläum der Stadtgründung Königsbergs. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gebietsgründung wurde im Juli 2006 auf dem Siegesplatz in Kaliningrad eine riesige Siegessäule aus Metall und Granit aufgestellt, an der in goldenen Lettern geschrieben steht: „Dem großen Sieg der Jahre 1941-1945 und dem 60. Gründungstag des Kaliningrader Gebiets gewidmet“. Der Höhepunkt der Gedenkfeiern fiel auf den 9.-10. September, als der russische Staatspräsident Wladimir Putin und der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche Alexej II. sowie zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland in die Oblast gekommen waren. Sie nahmen an der Einweihung der neu errichteten Christ-Erlöser-Kathedrale am Siegesplatz, dem wichtigsten Punkt der Stadt, teil. Symbolträchtig und keineswegs ein Zufall ist es, dass die neue orthodoxe Kirche einige Meter höher ist als der alte deutsche protestantische Dom. Es war der erste Besuch eines orthodoxen Patriarchen in der unlängst noch atheistischsten Region Russlands. Das orthodoxe Christentum „erschien“ in der Oblast vor etwas über zwanzig Jahren.<sup>248</sup> Außerdem wurde eine neue Eisenbahnfahrverbindung Lugamünde-Baltijsk für den Güterverkehr eingeweiht.<sup>249</sup>

In anderen Städten der Oblast fanden bescheidenere Festlichkeiten statt.<sup>250</sup> Zur Jubiläumsfeier gehörte auch eine Zeremonie, bei der am 4. Juli 2006 die

---

*Polskije issledowanija proshlogo i nastojaschtschego Kaliningradskoj Oblasti*, in: *Jubilejnaja meschdunarodnaja naukschnaja konferenzija, poswiaschtschennaja 50-letiju obrasowanija Kaliningradskoj Oblasti Rossijskoj Federazij*, Kaliningrad 1996, S. 20 f., 38.

- 248 Der Patriarch Alexej II. besuchte unter anderem das St.-Nikolai-Nonnenkloster. Dieses und die gleichnamige Kirche gehen zurück auf die Bemühungen einfacher Kaliningrader, die sie 1985 an der Stelle einer früheren katholischen Kirche errichtet hatten. Es war die erste orthodoxe Kirche in der Oblast, d. h. im „russischen Westen“.
- 249 Bei den Feierlichkeiten unterstrich der Staatschef mehrfach und unmissverständlich, die Oblast sei für Russland notwendig und wichtig. Den gleichen Ton schlug Patriarch Alexej II. am Sonntag, dem 10. September, an: „Kaliningrad – ein besonderer Ort. Vorposten im Westen. Von nun an werden ausländische Besucher sehen, wie sich hier die Orthodoxie entwickelt“, und er fügte hinzu: „Wie die Eisenbahnfähre verbindet, so wird auch das neue Gotteshaus Russland und Kaliningrad miteinander verbinden.“ Vgl. *OK 9* (2006), S. 6. Die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche wurde unter der Regierung Putin erheblich gestärkt. Obwohl die Kirchen sonntags nur von einigen Prozent der Russen besucht werden, versucht der Kreml schon seit der Jelzins Tagen, aus der Orthodoxie eine neue ideologische Grundlage für das postsowjetische Russland zu schaffen. Im August 2007 haben russische Wissenschaftler in einem offenen Brief an den russischen Staatspräsidenten gegen die fortschreitende Klerikalisierung des Landes protestiert. Vgl. T. Bielecki, *Jaka Rosja? Naukowcy kontra Cerkiew*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 7.04.2007, S. 8.
- 250 In Tschernjachowsk wurde der 60. Jahrestag der Oblastgründung unter anderem mit Folklorefestspielen und einem Blumenfest sowie weiteren Veranstaltungen begangen. Es ka-

neu eingeführte Gebietsflagge auf dem Sitz der Gebietsverwaltung gehisst wurde. Die blau-gelb-rote Flagge mit dem Monogramm der Zarin Elisabeth und einem Festungstor links oben wurde von Heraldikern entwickelt und von der Gebietsduma genehmigt. Zugleich wurde folgendes Wappen genehmigt: Der zweigeteilte Schild zeigt im oberen roten Feld eine Festung mit Zinnen, Türmen und einem geöffneten Tor, zwischen den Türmen das goldene Monogramm der Zarin Elisabeth, einer Tochter Peters des Großen und Katharinas I., die 1757-1762 über Ostpreußen regierte. Der untere blaue Teil des Schildes mit fünf goldenen Kreisen symbolisiert das Meer und den Bernstein. Das Wappen krönt eine achtzackige Bernsteinkrone, es war allerdings auch ein Entwurf mit der Krone des Russischen Reichs vorgelegt worden. Der Gouverneur befand aber, diese sei ausschließlich dem Staatswappen vorbehalten.

Die Arbeiten an der „Gebietssymbolik“ haben länger als zwei Jahre gedauert. Es wurden verschiedene, von der Bevölkerung lebhaft diskutierte Entwürfe vorgestellt.<sup>251</sup> Wappen und Flagge Kaliningrads wurden zehn Jahre zuvor zum 50. Jahrestag der Gebietsgründung auf Beschluss der Gebietsduma vom 17. Juni 1996 genehmigt. Es zeigt ein Segelschiff (eine Kogge aus der Zeit Peters I.) auf hellblauem Grund, an der Mastspitze eine Flagge mit dem St.-Andreas-Kreuz (dem Symbol der russischen Kriegsflotte). In der Mitte der Kogge erscheint das traditionelle mittelalterliche Königsberger Stadtwappen vor einem vielfarbigen Schild, der die Stadt beschützt, unter dem Schiff eine symbolische Meereswelle aus Bernsteinstücken. Die Rajonstädte der Oblast griffen Ende der neunziger Jahre auf die deutsche Symbolik aus der Zeit vor 1945 zurück. So zeigt das Stadtwappen von Bagrationowsk in der oberen Hälfte einen Löwen auf schwarzem, darunter drei schwarze Kreuze auf weißem Grund.

Als sich die Gebietsregierung mit der regionalen Symbolik befasste, wollte der Streit um die Verwendung föderaler Symbole nicht verstummen. Das Ge-

---

men Vertreter aus anderen russischen Städten, die einen Bären im Wappen führen. Das Treffen wurde als heraldisches Festival „Bären im Wappen“ bezeichnet. In Kaliningrad fanden dagegen Tage aller Selbstverwaltungen in der Oblast statt, es wurden ein Europahaus eröffnet und im wieder aufgebauten protestantischen Dom die neue Orgel übergeben. [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (7.08.2006).

251 Nach einem Entwurf sollte das Gebietswappen aus einer weißen Adlerschwinge und einer Krone bestehen und so an die Symbolik Ostpreußens anknüpfen. Vgl. A. Sadneprowskaja, *O gjerbje i flagje samolwite slowo*, in: *Kaskad podrobnosti* vom 22.11.2005, S. 7; J. Sadowskaja, *Kto otgryz wtoroje krylo*, in: *Kaliningradskaja Prawda* vom 22.11.2005, S. 2. Auf der Website [www.crwflags.com/fotw/ru-kgd](http://www.crwflags.com/fotw/ru-kgd) (6.01.2002) erschien der Entwurf einer Flagge von „Baltia“ für eine „Baltische Republik“, die an Stelle des Kaliningrader Gebiets entstehen sollte (eine russische Flagge mit goldenem Kompass), sowie eine separatistische grün-weiß-blaue Flagge und ein Entwurf der schwarz-weißen Flagge für „Preußen“.

richt des Zentralrajons der Stadt Kaliningrad ließ auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Staatswappen der Russländischen Föderation vom Gebäude der Kaliningrader Stadtverwaltung entfernen, weil staatliche Symbole an regionalen bzw. kommunalen Verwaltungsgebäuden nichts verloren hätten. Bürgermeister Juri Sawjenko stellte sich stur und bemühte sich darum, dass die Staatsduma die bestehende Ordnung abändern und eine Ausnahme nur für das Kaliningrader Gebiet wegen seiner spezifischen geographischen Lage zulassen würde. Schließlich wurde das staatliche Hoheitszeichen von den kommunalen Verwaltungsgebäuden entfernt.<sup>252</sup>

2005 kam die Idee auf, die Oblast in Russisch-Preußen oder Kaliningrader Preußen umzubenennen.<sup>253</sup> Auf starken gesellschaftlichen Widerhall stieß ein Interview, das der Kaliningrader Kommunalpolitiker Felix F. Lapin am 9. Mai 2009 dem Moskauer Rundfunksender „Echo Moskwy“ gegeben hatte. Der Politiker sprach sich für die Umbenennung der Oblast in „Preußen“ und der Hauptstadt in „Königsberg“ aus. Seine Forderung begründete er folgendermaßen: „In Rußland, denke ich, wäre man stolz darauf, daß, ja, daß [der Name] Königsberg wäre – als eine rußländische Stadt, im Bestand der Rußländischen Föderation. Eine andere Frage ist vielleicht, ob man die Oblast nicht ‚Preußen‘ nennen könnte – damit wäre ich sicher sehr einverstanden“. Als Königsberg während des Siebenjährigen Krieges zeitweise russisch besetzt war und einem russischen Gouverneur unterstand, sei man gar nicht auf die Idee gekommen, die Stadt umzubenennen. Diese Vorschläge stießen auf Protest sowohl der Verbände der Weltkriegsteilnehmer als auch des ehemaligen Gebietsgouverneurs der Jahre 1996-2000, Leonid Gorbjenkos. Letzterer verweigerte seinerzeit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, den er als „Präsidenten Ostpreußens“ bezeichnete, die Einreise in das Gebiet.<sup>254</sup> Ähnlich war die gesellschaftliche Resonanz auf ein Interview mit dem Gebietsgouverneur Georgi Boos, der sich am 2. Oktober 2009 gegenüber dem Sender „Echo Moskwy“ folgendermaßen zu den „sowjetischen“ Namen in der Region und etwaigen Änderungsmöglichkeiten äußerte: „(...) objektiv wird bei jedem

252 OK 5 (2006), S. 6.

253 www.kaliningrad.ru (13.10.2005). Im Jahr 2007 veröffentlichte die Redaktion der aufgestärktesten Tageszeitung „Kaliningradskaja Prawda“ eine von Wlad Rschewski zusammengetragene Sammlung von Erinnerungen, Dokumenten und Fotos unter dem Titel *Kaliningrader Preußen (Kaliningradskaja Prussia)*.

254 T. W. Wyrwoll schreibt: „Nicht selten hört man bei Nachkriegs-Königsbergern auch ‘Kenigsberg’ oder, in der russischen Jugendsprache, kurz ‘Kenig’. Viele der heutigen Bewohner Königsbergs bevorzugen den deutschen Stadtnamen, weil sie in ihrer neuen Heimat eine gegenüber Russland eigenständige Identität entwickelt haben oder die Person des Namensgebers, eines stalinistischen Apparatschiks, ablehnen.“ *Kehren die alten Namen zurück?*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 24 (2009), S. 13.

von uns die Frage aufkommen, was ihm lieber ist, mehr am Herzen liegt: Sowjetsk oder Tilsit, Polessk oder Labiau, Gussew oder Gumbinnen usw. Einerseits sind alle diese Namen schon historisch geworden (...), schließe ich nicht aus, dass die Einwohner der Stadt irgendwann den historischen Namen wieder haben wollen, Tilsit, mit dem sich, ganz im Ernst, eine Reihe von Ereignissen verbinden, von denen die ganze Welt weiß und an denen die internationale Geschichte Europas so reich ist, mit Beteiligung Russlands, Preußens, Österreichs, Frankreichs usw. Deswegen schließe ich nicht aus, dass die Bewohner früher oder später den Namen ändern und zu dem historischen Namen zurückkehren wollen. Ich schließe nicht aus, dass dieser Prozess in Gurjewsk beginnt und Gurjewsk dann zu seinem früheren Namen nicht zurückkehren und für immer Gurjewsk bleiben will. Nicht ausgeschlossen. Und darin sehe ich einen Kompromiss. Und zweitens, wenn ich sage, dass hier nichts mit Gewalt durchgesetzt, niemand überrumpelt werden darf, dann meine ich auch, dass so etwas nicht aufoktroziert werden darf. Das sollte aus tiefster Seele kommen, aus einem Wunsch heraus. Wenn es dazu kommt, habe ich gar keine Bedenken, dann sind Bürgerreferenden durchzuführen, und anschließend muss man entsprechend organisatorisch-formell tätig werden, sofern sich die Menschen im Referendum dafür ausgesprochen haben. Was ich tatsächlich für unnötig halte, ist, persönlich die Initiative zu ergreifen. Daher, ich wiederhole, betrachte ich dies nicht als ein Problem. Es ist meiner Ansicht nach kein Problem und nichts, wofür man sich schämen müsste. Und viele nennen Kaliningrad ja im Alltag Kenig. Wir haben sogar ein Busunternehmen mit dem Namen Kenig-Auto. Und auch das ist nichts Erschreckendes, da sehe ich kein Problem. Viel weniger gefällt mir, wenn an die Wände geschrieben wird: Ostpreußen. Dann sage ich immer deutlich, wir sind nicht Ostpreußen, wir sind Westrussland.<sup>4255</sup>

Vielleicht werden gewisse Namensänderungen im kommenden Jahrzehnt möglich. Allgemein herrscht aber die Ansicht vor, jegliche Änderungen seien sinnlos, weil dadurch das Wichtigste, die „lokale Eigenart“ abhanden kommen könnte. Viele einflussreiche russische Politiker und Unternehmer spekulieren seit längerem nicht nur auf die Umbenennung, sondern auch auf die Übergabe der Region an Deutschland: „Russland kann es sich nicht länger leisten, seine teure ‚Luxuskolonie‘ [Hervorhebung – A.S.] zu unterhalten, umso weniger bei der jetzigen wirtschaftliche und demographischen Krise: Geld und Menschen werden ganz dringend in der Russischen Föderation gebraucht.“

---

255 Zit. nach: *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk) 4 (2009), S. 2.

## 2.7. Vom Kollaps zur Stabilisation und einer neuen Wirtschaftskrise

Der Fall des Kommunismus und das Auseinanderfallen der Sowjetunion hatten Auswirkungen auf die geopolitische, soziale und wirtschaftliche Lage aller Bewohner des Kaliningrader Gebiets.

Der Zerfall der UdSSR erwies sich als unausweichlich, denn es kamen drei große Faktoren zusammen: Untergang der Planwirtschaft, Zusammenbruch des totalitären Systems und Zerfall des Imperiums. Diese Ereignisse waren voneinander unabhängig, traten aber zur gleichen Zeit ein. Der militaristische Charakter des Staates belastete die Wirtschaft zu sehr. Die Menschen hatten im kommunistischen System allmählich das Gefühl, die Zukunft biete keine Perspektiven. Gleichzeitig gewannen die Unabhängigkeitsbestrebungen in den einzelnen Unionsrepubliken immer mehr an Bedeutung: im Baltikum, in Transkaukasien, weniger in der Ukraine. Spannungen waren spürbar. In den Jahren 1989-1990 wurde befürchtet, es könnte zu einem Bürgerkrieg kommen.

Nach der Machtübernahme durch Boris Jelzin stand Russland vor einem grundlegenden Dilemma: Welches politische und wirtschaftliche System sollte auf den Trümmern des Kommunismus aufgebaut werden? Rasch wurde klar, dass der Übergang zur demokratischen Gesellschaft ein äußerst schwieriger Prozess ist. Das Regime selbst zerfiel schnell, nicht aber ein Großteil seiner Institutionen: Armee, Geheimdienste, Schul- oder Gerichtswesen.

Aus Meinungsumfragen geht hervor, dass die Menschen an einer Demokratie europäischen Typs nicht interessiert waren. Am meisten machten ihnen in der Sowjetunion die Versorgungsengpässe zu schaffen. Darum kann sich die Mehrheit bis heute mit dem Kollaps der Sowjetunion nicht abfinden, im Jahr 2000 waren es 75 % aller Einwohner, 2006 61 %. Viele meinen, der Untergang wäre vermeidbar gewesen.<sup>256</sup>

Nach dem Zerfall des Sowjetimperiums und des kommunistischen Systems sank der Lebensstandard gewaltig, fast um die Hälfte. Der Zustand war orientierungs- und hoffnungslos. Es keimte die allgemeine Neigung zu einem eigenartig verstandenen Traditionalismus auf.

Die Zeit der Regierung Jelzin wird in Russland oftmals als die „verfluchten neunziger Jahre“ („*Proklatyje Dewjanostyje*“) bezeichnet. Dies meint im derzeitigen politischen Diskurs ein eindeutig negatives „Bezugssystem“, wie es die Sowjetzeiten nie geworden sind.

Der bedeutende russische Filmregisseur Andrej Kontschalowski fasst dieses Problem so zusammen: „Unter Jelzin haben wir unsere Lektion in Demokratie

---

256 „Russland lebt von Resten des Totalitarismus“, meint der Soziologe Lew Gudkow. *Europa. Tygodnik Idei* Beilage zur Tageszeitung *Dziennik* vom 30.12.2006, S. 2.

schon gelernt. Nichts als Anarchie ist daraus geworden. Zehn Jahre lang wurde das Volk zu Trinkern gemacht, drei Millionen Kinder auf die Straße gesetzt, 40 000 Morde jährlich begangen, und wir bekamen 100 Milliarden. Das ist die Bilanz dieser gotterbärmlichen Demokratie.

(...) Die Menschen stimmten für Putin und warten, dass er etwas für sie tut. Sie selbst trinken, stehlen, haben keinerlei Verantwortungsgefühl. Wissen Sie, warum Putin mit strenger Hand regiert? Weil Jelzin Russland untergehen ließ.<sup>257</sup>

Den Einwohner Moskaus, Sankt Petersburgs oder Kaliningrads gefiel nicht, wie das Staatseigentum unter Jelzin verschenkt wurde, dass es zu einer Hyperinflation gekommen ist. Gar nicht gefallen hat ihnen der Krieg in Tschetschenien. Nach Meinung der Durchschnittsrussen „haben all das die Demokraten gemacht, die Menschen kann man kaum überzeugen, dass weder Jelzin ein Demokrat noch Tschubajs ein Liberaler war.“<sup>258</sup>

Der Menschenrechtler Sergej Kowaljow sagt über die Demokraten: „Sie kamen und sagten: – Wir sind Antikommunisten, wir bauen Demokratie auf, ihr bekommt Freiheit und Brot. Dann haben sie angefangen, für sich riesige mehrstöckige Datschen zu bauen. Dann wurden die Datschen und ihre Bewohner der Bevölkerung gezeigt. Heute sind die Menschen überzeugt, die Demokraten hätten das Nationaleigentum an ‚die Ihren‘ verteilt. Anders gesagt, ein Demokrat klaut viel mehr als ein Kommunist.

(...) Die neuen ‚Demokraten‘ aus der nächsten Umgebung Jelzins hatten eigentlich nur ein Privileg: Zugang zum Großeigentum. Für mich ist eine Million US-Dollar eine rein theoretische Summe, zumal ich als ehemaliger Abgeordneter zur Staatsduma ein Ruhegehalt von 300-400 USD monatlich beziehe. Das ist ungeheuer viel Geld im Vergleich zur durchschnittlichen Rente. Jedes Mitglied unserer Eliten hat einige Millionen US-Dollar auf dem Konto, und das Haus ist noch einmal so viel wert. Selbst die Wachleute, die deren Siedlungen bewachen, bekommen Geld, von dem ich nie zu träumen wagte. So leben heute die Menschen, die früher im Fernsehen erzählt haben, was Demokratie bedeute und dass man den Gürtel enger schnallen müsse. Auf der anderen Seite sind da die Alten, die in Mülltonnen nach Essensresten suchen. Das alles heißt für die Russen Demokratie. Die Schuld der echten Demokraten, Dissidenten, Menschenrechtler ist, dass sie nicht protestiert haben, als man dieses System Demokratie nannte.“<sup>259</sup>

Die Transformationsprozesse in Russland nahmen, im Gegensatz zu anderen ostmitteleuropäischen Staaten wie Polen und Litauen, ganz andere Wege.

---

257 *Niegodziwcy mają dobre intencje. Rozmowa z Andriejem Konczalowskim*, in: *Polityka* 2 (2006), S. 66.

258 G. Jawliński, *Pierwsze wirtualne mocarstwo*, in: *Wprost* vom 16.07.2006, S. 86.

259 *Rosja. Grzechy demokratów. Rozmowa z Sergejem Kowaliewem*, in: *Rzeczpospolita* vom 17.-18.12.2005, S. 6.

Der Versuch, Russland wie eine Art sehr großes Polen zu behandeln, das man über die überfälligen Reformen belehren und allmählich in die europäischen Institutionen einbinden kann, erwies sich als Hirngespinnst. Russland konnte die Position einer besonderen Gemeinschaft behaupten, nicht nur einer politischen, sondern im gewissen Sinne auch einer zivilisatorischen, oder zumindest den Anspruch auf einen Sonderweg. Und darauf ist es stolz. „Demokratie ja, aber nach unserem Gusto, mit einem Zaren. Keine individuelle Freiheit, sondern kollektive Großmachtsouveränität, durch die wir dem Schicksal derer entgegengehen, die von anderen, Fremden repräsentiert werden – das ist unser spezifisch russisches Ziel. Ein Ziel, das unter Putin erreicht wurde. Diese Thesen sind im heutigen Russland allgemein akzeptiert.“<sup>260</sup>

Russland ist keinem anderen Staat ähnlich. Es stellte sich heraus, dass die westlichen Rezepte hier keine Anwendung fanden. Viele Russen meinen, ihr Staat werde von keinem anderen einverleibt und niemand mehr werde Russland zwingen können, seine Entwicklung nach dem Vorbild einer „westlichen Idee“ auszurichten. Diese Idee sei eine Fiktion. Was zähle, sind Macht und Interessen, nichts weiter. Nach Ansicht von Sergej Markow, einem Berater Putins: „Zahlreiche westliche Kritiker Russlands werfen uns eine zu hohe Machtkonzentration vor. Das trifft zu: Im Laufe der letzten Jahre hat das föderale Zentrum die Mehrheit der Befugnisse übernommen. Aber das war eine Antwort auf fortschreitendes Chaos und Anarchie. Russland von heute befindet sich in einer sehr schwierigen Übergangsphase: nicht von der kommunistischen Diktatur zur Demokratie – wie in Polen –, sondern vom Chaos und der Anarchie zur Demokratie. Da ist die Machtkonzentration eine natürliche Reaktion. Selbstverständlich bringt das neue Gefahren mit sich, aber das übergeordnete Ziel ist die Konsolidierung des Staates. Mag sein, dass Putins Politik nicht zur Demokratisierung Russlands führt, sie schafft aber Bedingungen für die künftige Transformation. Sonst wäre der Staat zur Diktatur verurteilt, denn sie allein könnte ihn vor dem Chaos retten. So ist die Logik dieses politischen Prozesses.“

Putin spricht sich für Demokratie aus, ist sich aber dessen bewusst, dass Demokratie in einem Land mit hungrigen, armen und verbitterten Menschen nicht möglich ist. Vor allem gilt es, die reale Gefahr zu bannen, dass das Land in Chaos versinkt. Darin besteht Putins Strategie, die natürlich das Risiko, zur Diktatur zu werden, in sich birgt, aber notwendig und erfolgreich ist. Sie kann auch den Grund für eine künftige Demokratie bereiten. Heute können wir die Frage nicht beantworten, wohin sie uns führen wird. Eines ist sicher: Putins Herrschaft sorgt für Ordnung und schützt den Staat vor Chaos. Diese Ordnung ist schlechter als

---

260 Vgl. A. Nowak, *Od integracji do ekspansji. Rosja i Europa A. D. 2007*, in: *Europa. Tygodnik Idei* Beilage zur Tageszeitung *Dziennik* vom 17.-18.03.2007, S. 14.

die Demokratie, aber besser als die Diktatur. Das Wohl des Landes im Auge behaltend, entschied sich Putin für diesen riskanten Schritt.

Ich kann nur einem Vorwurf beipflichten, der Russland sehr oft gemacht wird. Unsere Wirtschaft entwickelt sich nicht richtig. Die Einnahmen aus dem Rohstoffexport erlauben uns einen gewissen Komfort und dass man kurzfristig um die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes nicht zu bangen braucht. Diese Denkweise ist falsch. Wir müssen uns bewusst machen, dass diese privilegierte Situation nicht ein für allemal gegeben ist. Unsere Eliten wissen das. Der Präsident arbeitet bereits an diesem Problem. Es müssen Kanäle geschaffen werden, um dieses Geld in Investitionen umzulenken: Flugzeugbau, Atomindustrie und andere Wirtschaftsbranchen. Ich bin der Ansicht, die Politik des Kremls sollte diesbezüglich entschiedener vorgehen.<sup>261</sup>

Soziologische Untersuchungen zeigen, dass das Vertrauen der Russen in Putin zwischen 60 % und 80 % schwankte. Je näher das Ende seiner Amtszeit heranrückte, umso höher fiel die Unterstützung aus. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erlangte der Kreml Selbstsicherheit, unter anderem dank der Konjunktur an den Gas- und Ölmärkten. Russland tut nur so, als wäre es eine echte Demokratie. Seit der Machtübernahme durch Putin wird das Land de facto von einer einzigen Partei regiert, der Kreml kontrolliert die Medien. Selbst wenn das Ausmaß an Repressalien im Vergleich zur Sowjetzeit stark zurückgegangen ist, ist Russland von der Organisation *Freedom House* zu den Ländern gezählt worden, in denen keine Freiheit herrscht. Laut *Transparency International* ist die Korruption in Russland auf demselben Niveau wie in Sierra Leone.<sup>262</sup> Der 2007 verstorbene Boris Jelzin behielt, dem hartnäckig von der russischen Propaganda verbreiteten Bild als Ruheständler zum Trotz, praktisch bis zu seinem Lebensende das Ruder fest in der Hand und steckte den Rahmen für politische Aktivitäten ab, insbesondere für Geschäftsentscheidungen innerhalb der russischen Nomenklatura.

Putin gehörte jahrelang zur Gruppe um Jelzin und spielte keine unbedeutende Rolle bei politischen Entscheidungen. Als Staatschef hatte er dabei eigene Zuständigkeitsbereiche, in die sich die übrigen Mitgliedern der engsten Führung nicht einmischten. Dies war unter anderem das Problem im Fall Tschetscheniens. In anderen grundlegenden Fragen konnte sich Putin allerdings nicht durchsetzen. Während seiner ersten Amtszeit (2000-2004) musste er als Premierminister den führenden Politiker und Finanzmann der „Familie“, Michail Kasjanow, ertragen. Er konnte eine (übrigens nicht sehr tiefgreifende) Regierungsumbildung erst durchführen, nachdem es innerhalb der „Familie“ zu Gegensätzen in der Angelegenheit Chodorkowski gekommen war. Boris Jelzin war ein konsequenter Zerstörer des

---

261 S. Markow, *Prezydent rzędzi twardą ręką, bo tylko w ten sposób może opanować chaos*, in: *Dziennik* vom 27.02.2007, S. 25.

262 *Gazeta Wyborcza* vom 19.12.2005, S. 9.

Kommunismus – und zugleich ganz dessen Kind. Er selbst bestimmte Wladimir Putin zu seinem Nachfolger, und dieser setzte erfolgreich jenes Transformationsmodell um, welches vom Kommunismus über Freiheit, Unordnung und Chaos zu autoritären Lösungen führt. Putin ist kein Stalin, noch ein Breschnew, es steht aber immer noch zu befürchten, dass er zum Vorbild eines Autoritarismus nach dem Kommunismus wird.

Der vermeintlich mächtige Putin konnte lange keinen einzigen Vertreter der regionalen Elite loswerden. Wie in Breschnews Tagen, als jahrelang ein und dieselben Leute die Gebietskomitees der kommunistischen Partei führten, so werden die russischen Republiken oder Oblasten weiterhin von Politikern regiert, die von Boris Jelzin oder sogar noch von Michail Gorbatschow eingesetzt worden sind und ihre Posten dank komplizierten Vereinbarungen aus der Vergangenheit zu behalten vermochten. Selbst als Putin schon das Ernennungsverfahren für die Chefs der russischen Regionen geändert hatte (wobei die Änderung darin bestand, dass an die Stelle von Wahlen die Ernennung durch den Kreml getreten ist), kam es im Grunde nicht zu personellen Veränderungen.

Ein erstes Anzeichen dafür war die Bestellung des neuen Kaliningrader Gebietsgouverneurs durch Putin. Auf diesen Posten wurde im September 2005 Georgi Boos, ein kremlnaher Geschäftsmann aus Moskau, beordert.

Entgegen der im Westen relativ verbreiteten Überzeugung gibt es in Russland keinen Autoritarismus, weil der Staatspräsident kein mächtiger Alleinherrscher und zunehmend von verschiedenen Lobbys im Machtapparat abhängig ist. Oft spielt er ihnen gegenüber ausschließlich die Rolle eines Schiedsrichters. In Russland gibt es somit eine echte Oligarchie, in der keineswegs der Sicherheitsapparat vorherrscht.

Denn die Schlüsselstellung in der bürokratisch-wirtschaftlichen Oligarchie Russlands haben Technokraten übernommen, die einen einigermaßen freien Markt akzeptieren. Leider betrachten sie die Demokratie meist als Ballast oder verstehen ihre Bedeutung nicht. Da sie relativ pragmatisch sind, ist es nicht ausgeschlossen, dass sie zur Wahrung ihrer Interessen oder als Gegenleistung für politische oder nur prestigeträchtige Vorteile in Zukunft Zugeständnisse machen und der Ausweitung des Freiheitsbereichs in Russland zustimmen könnten.

Im heutigen Russland herrscht im politischen Sinne ein bürokratisch-oligarchisch-autoritäres System, in wirtschaftlicher Hinsicht dagegen ein peripherer bürokratischer Kapitalismus. Selbstverständlich gibt es demokratische Rituale und Schemata, aber keine demokratischen Inhalte.

Etwas vereinfacht ausgedrückt: unabhängig davon, wie sich die politischen Verhältnisse in Russland entwickeln, wer im Kampf der Clans obsiegt und was danach letztlich aus Putin wird, wird sein Land zu einem Staat mit nur einem Prä-

sidentschaftskandidaten, zu einem Land ohne Rivalität werden. Darin besteht das traurige Erbe nach dem Jelzinschen Wandel und der Putinschen Stabilisierung.<sup>263</sup>

Vor diesem Hintergrund erwacht derzeit der Wunsch nach der Wiederherstellung der russischen Großmacht, der oft als ein Ausgleich eines Minderwertigkeitskomplexes gedeutet wird.

Auch eine postsowjetische Nostalgie macht sich breit, bei der Gestalten wie Stalin rehabilitiert werden. Im Jahr 2006 meinten 42 % der befragten Russen, die Bilanz der Stalinära sei positiv, im Gegensatz zur Zeit Jelzins, die mit europaorientierten und prowestlichen Reformen assoziiert wird.

Den Bewohnern Russlands, das wegen Einschränkung der Meinungsfreiheit, Wahlmanipulationen und Fehlens einer unabhängigen Gerichtsbarkeit international am Pranger steht, machen gerade diese Probleme überhaupt nichts aus. Als ernste Angelegenheit wurden sie in der vom Zentrum Lewady durchgeführten Umfrage nur von 2 % der Befragten bezeichnet. Viel mehr Sorgen bereiten den Russen Korruption (25 %), Demoralisation (24 %), Fremdenfeindlichkeit (10 %) und illegale Einwanderung (10 %).<sup>264</sup>

Aus anderen Untersuchungen, ebenfalls 2006, geht hervor, dass die Russen lieber einen starken Führer als eine demokratische Regierung wollen. Die überwiegende Mehrheit meint auch, für das Wohlergehen des Landes sei eine starke Wirtschaft viel wichtiger als die Demokratie.

Die vom US-amerikanischen *New Research Center* veröffentlichte Befragung scheint die Diagnose zu bestätigen, durch die sich die Eliten in Putins Russland leiten lassen. Denn der Kreml beschneidet die russische Demokratie immer stärker und baut gleichzeitig darauf, dass der zunehmende Wohlstand und das Stabilitätsgefühl den Russen genügt und sie die Nachteile der Autokratisierung des Landes vergessen lässt.

Soziologen haben diese Untersuchungen mit einer ähnlichen Umfrage aus dem Jahr 1991 verglichen. Im Jahr 2006 fanden nur 28 % der Russen, ihr Land sollte von einer demokratischen Regierung nach westlichem Vorbild regiert werden; nach dem Zerfall der Sowjetunion hatten sich 51 % der Befragten für Demokratie ausgesprochen. 66 % der Russen wollten ihre Zukunft einem starken Führer anvertrauen (der in den Umfragen der demokratischen Regierung gegenübergestellt wurde), während es 1991 nur 28 % waren. Fast 90 % der Befragten hatten mehr Vertrauen in eine starke Wirtschaft als in die Demokratie.

---

263 Vgl. A. Politkowska, *Rosja Putina*, Warszawa 2005; L. Szewcowa, *Rosja przed nowym cyklem politycznym: paradoksy stabilności i „petro-state“*, in: *Imperium Putina*, Warszawa 2007, S. 13-29; W. Portnikow, *Rodzina Jelcyna, rodzina Putina*, in: *Polityka 29* (2007), S. 50 f.; *Nie bojkotować Rosji. Rozmowa z Lidią Szewcową*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 13.07.2006, S. 10.

264 *Gazeta Wyborcza* vom 10.08.2006, S. 8.

Russische Soziologen weisen darauf hin, dass sich im Laufe des letzten Jahrzehnts in Russland eine gesellschaftliche Mehrheit (in den Umfragen sogar 70 %) herausgebildet hat, die zwar der Meinung ist, man müsse sich für das soziale und politische Leben engagieren, aber gleichzeitig zugibt, sie habe keinen wesentlichen Einfluss auf das Schicksal Russlands und könne einen solchen auch nicht haben. Die Russen schlüpfen also in die Rolle passiver Zuschauer bei den politischen Intrigen in den Moskauer Kreisen der Macht, während die demokratischen Prozeduren ihnen als Deckmantel für die undurchsichtigen Spielchen der Politiker, Oligarchen und Nachrichtendienste erscheinen.

Diese Haltung erklären die russischen Beobachter unter anderem mit der Enttäuschung der Russen durch Boris Jelzins Präsidentschaft in den neunziger Jahren; die russische Bevölkerung trägt ihm vor allem seine Niederlagen nach und vergisst seine Erfolge. Den Demokratiebegriff selbst verbinden viele Russen derzeit mit Chaos, einer überstürzten und unredlichen Privatisierung, der Wirtschaftskrise von 1998 und Oligarchenwillkür. Die Regierung Wladimir Putins erscheint dagegen vielen Einwohnern Russlands als Chance auf eine „Ordnung“, die ihnen Einschränkungen der Bürgerrechte wert ist.<sup>265</sup>

Aus anderen Umfrageergebnissen, die im Januar 2007 veröffentlicht wurden, geht hervor, dass über die Hälfte der Russen findet, in der Ära Putin lebe es sich in Russland seit Beginn des 20. Jahrhunderts am besten. Auf die vom Meinungsforschungszentrum *WCIOM* gestellte Frage: „In welcher Epoche möchten Sie leben?“ haben sich nicht weniger als 52 % der befragten Russen für die Gegenwart ausgesprochen, 31 % für die Zeit Leonid Breschnews und je 4 % für die Ära Stalin bzw. für den Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die Umfrage zeigte auch zum ersten Mal, dass Russen, die der Ära Putin den Vorzug vor der Sowjetzeit oder dem ausgehenden Zarenreich der Romanows geben, deutliche in der Mehrheit sind. Noch ein Jahr zuvor wollten sich nur 39 % der Befragten in keine andere Epoche versetzen lassen und wählten die Gegenwart.

Die Zeit Breschnews wird von den meisten über 60-jährigen Russen positiv beurteilt, doch schon die etwas Jüngeren sprechen sich, obwohl auch sie die „goldene Stabilisierung“ der siebziger Jahre miterlebt haben, für das Russland des 21. Jahrhunderts aus. Nach Meinung der Soziologen ist dieser Wandel in der Beurteilung der Geschichte der Sowjetunion und Russlands ein Schlüssel, um die politischen Vorlieben derjenigen Menschen zu verstehen, die Wladimir Putin so entschieden unterstützt haben. Den Ergebnissen der vom Zentrum Lewady im Jahr 2006 durchgeführten Umfragen zufolge haben 80 % der Wahlberechtigten seine Politik unterstützt.

---

265 T. Bielecki, *Demokracja nie jest popularna. Rosjanie wolą wodza niż wolność*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 11.01.2006, S. 11.

Der Kreml zieht politischen Nutzen aus der Konjunktur für Energierohstoffe und weiß die Russen davon zu überzeugen, dass Wohlstand und Ordnung ein Verdienst der politischen und wirtschaftlichen Reformen Putins seien. Nur eine kleine Gruppe Oppositioneller wendet ein, die Reformen reduzierten sich oft auf die Unterdrückung der Demokratie und einen stärkeren staatlichen Einfluss in der Wirtschaft.

Die Zeiten Boris Jelzins sind für die Russen – auch dank der putinschen Propaganda – zum Synonym für „zuviel Freiheit“ und Demokratie geworden. In der *WCIOM*-Umfrage gaben nur ein Prozent der Befragten an, sie möchten in den neunziger Jahren leben.

Paradoxerweise nimmt die positive Beurteilung der Lebensbedingungen in Russland viel schneller zu als die Einkommen. Nicht weniger als 60 % der Russen in den Städten sehen sich als Mittelstand an. Das sind zwei Mal so viele wie 1999, also kurz vor der Regierungsübernahme durch Wladimir Putin.

Das soziologische Kriterium der Zugehörigkeit zum russischen Mittelstand (Gegenwert von 1200 Zloty pro Familienmitglied) erfüllen nur 20-22 % der Befragten, aber – was der derzeitigen Regierung zum Vorteil gereicht – seit 2000 fiel der Anteil der Russen, die nach eigenen Angaben „so gerade über die Runden kommen“, auf ein Drittel (von 34 auf 11 %).

Anders als in westlichen Ländern bewirkt die Zugehörigkeit zum Mittelstand kein gesteigertes Interesse an Politik, Rechtsstaat und starken Institutionen, die die Privatwirtschaft vor staatlichen Eingriffen schützen. In Russland besteht der Mittelstand nämlich zu 54 % aus Beamten und Angestellten des staatlichen Sektors (darunter des Öriesen Gazprom), für die Staat und Regierung Brötchengeber und keine Rivalen sind. „Heute wird über Politik wieder selten oder nur im Familien- und Bekanntenkreis gesprochen, also wie zu Sowjetzeiten nur ‚in der Küche‘“, erläutert Tatiana Malajewa vom Institut für Soziologische Studien in Moskau.<sup>266</sup>

Die oben skizzierte Entwicklung des gesellschaftlich-politischen Systems und entsprechender Einstellungen gilt auch für die Bewohner des Kaliningrader Gebiets. Die Randlage dieser Enklave hat dazu geführt, dass der „tiefe Einbruch“ von Wirtschaft und Lebensstandard dramatischer ausfiel als im „eigentlichen Russland“.

In den Jahren 1990-1996 erlebte die russische Wirtschaft einen tiefen Zusammenbruch. Das BIP ging offiziell um 50 % zurück. Die Verschlechterung des Lebensstandards war wahrscheinlich sehr viel kleiner, aber soziale Ungleichheit und Elend haben zugenommen. 1997 ging ein Ruck durch die Wirtschaft, doch bereits 1998 brach der Kurs des Rubels ein und begann die nächste Krise.

---

266 T. Bielecki, *Tajemnica sukcesu Putina*, *Gazeta Wyborcza* vom 31.01.2007, S. 9.

In den Jahren 1993-1996 verringerte sich das BIP ständig (1993 um 8,7 %, 1994 um 12,7 %, 1995 um 4,1 % und 1996 um 3,4 %). Nach einem kurzen Anstieg von 0,9 % im Jahr 1997 fiel das BIP 1998 drastisch um -4,9 %.<sup>267</sup> Chaos und Wirtschaftsflaute erfassten das Kaliningrader Gebiet besonders stark.

Während des Kalten Krieges waren Wirtschaft und Industrie Kaliningrads, ihrer strategischen Bedeutung wegen, ganz und gar der Militärproduktion unterstellt. Als nach dem Wegfall der bipolaren Weltordnung die Gefahr eines bewaffneten Konflikts gebannt und die Sowjetunion auseinandergefallen war, ging die Bedeutung der Oblast als Militärstützpunkt stark zurück. Gleichzeitig tauchte das Problem auf, die zentrale, auf die Militärproduktion ausgerichtete Planwirtschaft an die Anforderungen des freien Marktes anzupassen.

Hatte zu Beginn der neunziger Jahre die Warenproduktion (Fischerei, Maschinen-, Papier- und Zelluloseindustrie) eine grundlegende Rolle gespielt und 56 % der Wertschöpfung des Bruttoregionalprodukts ausgemacht, so wurde sie in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts vom Dienstleistungssektor (Handel, Transport, Verkehr) überholt, dessen Wertschöpfung des Bruttoregionalprodukts im Jahr 1998 69 % betragen hat. Zu beachten ist, dass diese Tendenz nicht aus einer Modernisierung der Kaliningrader Wirtschaft, sondern aus dem dramatischen Rückgang der Industrie- und Agrarproduktion in der Exklave herrührt. Erstere sank in den Jahren 1990-1999 um über 75 % (in Russland generell um 50 %), letztere betrug 1999 45 % des Niveaus von 1990 (in Russland 57 %). Niedrigere Zahlen lassen sich sogar in Bezug auf die Erdölförderung ermitteln (seit 1990 ist sie um knapp 50 % zurückgegangen); neben Bernstein ist Erdöl das Hauptausfuhrgut der Oblast.<sup>268</sup>

1989 betrug der Durchschnittslohn in Kaliningrad 240 Rubel. Die lebensnotwendigen Grundnahrungsmittel kosteten 45 Rubel monatlich. Ein Monatslohn reichte also für vier Nahrungsmittelkörbe, Anfang 1995 nur noch für 1/6 eines Nahrungsmittelkorbes. Dies waren schwere Lebensbedingungen. Im Februar 1995 lebten etwa 20 % der Bevölkerung des Kaliningrader Gebiets unter der Armutsgrenze. Diese ungünstige Lage wirkte sich auf die Entwicklung gesellschaftlich negativer Phänomene aus. Abrupt stieg die Zahl der Drogensüchtigen und Prostituierten, das Gleiche gilt für Raubdiebstähle. Parallel dazu entstand ein weiteres Problem, das sich auf die gesellschaftliche Frustration auswirkte: Arbeitslosigkeit. Im Dezember 1994 waren im Kaliningrader Gebietsarbeitsamt 18 363 Arbeitslose gemeldet, zu Jahresbeginn erst 7 991 Personen.<sup>269</sup>

---

267 Vgl. *Federacja Rosyjska. Przewodnik dla przedsiębiorców*, Moskwa 2003, S. 23; *Rosja 2005. Raport z transformacji*, Warszawa 2006.

268 B. Cichocki, K. Pełczyńska-Nałęcz, A. Wilk, *Obwód Kaliningradzki w kontekście rozszerzenia Unii Europejskiej*, Prace Ośrodka Studiów Wschodnich, Nr. 2, 2001, S. 30.

269 *OK 2* (1995), S. 7.

In der ersten Jahreshälfte 1994 wurde ein Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum in allen wichtigen Industriebranchen verzeichnet. In der Maschinenbauindustrie betrug der Rückgang 80 %, in der Getreideverarbeitung, Futtermittel- und Leichtindustrie war er nicht weniger dramatisch und betrug 65 %, in Unternehmen der Forst-, Holz-, Papier- und Zelluloseindustrie 46 % und in der Baustoffindustrie 5 %. Kaum etwas änderte daran die Tatsache, dass in zehn von 63 wichtigen Produktionssektoren ein Wachstum verzeichnet werden konnte. Zudem gingen Stromerzeugung und Erdölförderung zurück. Bei Ersatzteilen für Traktoren und Landmaschinen fiel die Produktion gar auf null. Am allgemeinen Produktionsrückgang litten viele Dienstleistungen, darunter so wichtige wie Transport und Fernmeldewesen. Im Juni 1994 betrug der Durchschnittslohn lediglich 170 Rubel. Zwischen September 1993 und Oktober 1994 ist der Wechselkurs der Fremdwährungen stark gestiegen. Im September 1993 wurden für einen US-Dollar 795 Rubel gezahlt, während es Ende Oktober 1994 bereits 3 036 Rubel waren, ein Anstieg um fast das Vierfache.<sup>270</sup>

Erste deutliche Belebungs Symptome zeigte die Wirtschaft in der Oblast im Jahr 1996. Vor allem konnte die Inflationsrate gedrosselt werden. Die Verbraucherpreise stiegen nur noch um 9,6 %, gegenüber 240 % im Jahr 1995. Von größter Bedeutung war trotz gewisser Mängel das Gesetz über die Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet, weil es die Aktivierung der Geschäftstätigkeit förderte. Leider ließ sich der Rückgang der Industrieproduktion 1996 noch nicht aufhalten. 50 % der befragten Unternehmer wiesen ein Defizit aus. Der Produktionsrückgang war allerdings kleiner als 1994. Trotzdem lebte weiterhin eine sehr große Gruppe der Einwohner an der Armutsgrenze, eigentlich sogar darunter. Ende 1996 gab es 22 200 arbeitslos Gemeldete. Auch die Kriminalitätsrate blieb hoch. Die Selbstmordrate stieg.<sup>271</sup>

Das Jahr 1998 erwies sich für die Wirtschaft und die Einwohner des Kaliningrader Gebiets als kritisch und ist als „schwarzer September“ in die Geschichte eingegangen. Am 9. September 1998 ließ die Pressestelle der Gebietsverwaltung folgendes Kommuniqué in der Region verlautbaren: „Am 7. September fand um 22 Uhr im Gebäude der Gebietsverwaltung eine gemeinsame Sitzung des Kollegiums [Gouverneurs] und der Kommission für Ausnahmestände unter Leitung des Verwaltungschefs (Gouverneurs) L. P. Gorbenko statt. Nach einer Anhörung wurde in Anbetracht der aktuellen Lage folgende Entscheidung getroffen:

Um einer weiteren Verschlechterung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Region, einer Senkung des Lebensstandards von Rentnern, Behinderten und anderen ärmeren Bevölkerungsschichten vorzubeugen, um die regelmäßige Versorgung von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern mit

---

270 OK 1 (1994), S. 19-22.

271 OK 4 (1996), S. 14.

Nahrungsmitteln, Medikamenten und anderen Artikeln des täglichen Bedarfs zu gewährleisten sowie ferner um einen unkontrollierten Preisanstieg zu unterbinden, wird über das gesamte Territorium des Kaliningrader Gebiets der Ausnahmezustand verhängt. Der entsprechende Beschluss wird demnächst in der Presse veröffentlicht. Die Gebietsverwaltung mit dem Gouverneur an der Spitze übernimmt die Verantwortung für politische und wirtschaftliche Entscheidungen. Rechte und Freiheiten der Bürger werden dadurch keineswegs eingeschränkt.

Der Beschluss sieht eine Reihe von konkreten Maßnahmen vor, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und für die Bevölkerung der Oblast Sorge zu tragen. Insbesondere: erfolgreicher Abschluss der Ernte, Vorbereitungen für den Winter, Sammlung ausreichender Lebensmittel-, Brennstoff- und Arzneimittelreserven.

Die Gebietsverwaltung wird regelmäßig über ergriffene Maßnahmen informieren und bittet alle Einwohner nachdrücklich, Ruhe und Ordnung zu bewahren, keine Unruhen im Zusammenhang mit verstärkter Nachfrage nach Lebensmitteln und anderen Waren hervorzurufen. Derzeit verfügen wir in der Oblast über ausreichende Vorräte an notwendigen Artikeln, die systematisch aufgestockt werden.<sup>272</sup>

Diese Reaktion der Gebietsverwaltung auf die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte mehrere Auslöser. Die meisten hängen mit der geopolitischen Lage des Kaliningrader Gebiets zusammen. Schon Anfang der neunziger Jahre befand sich diese Enklave nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Außerdem stützt sich ein bedeutender Teil der regionalen Wirtschaft auf Unternehmen des Militär- und Industriekomplexes. Und schließlich überwiegen in der Bevölkerungsstruktur der Region, viel stärker als in ganz Russland, Rentner, vor allem pensionierte Militärangehörige. Ihre soziale Versorgung obliegt vollständig dem Föderationszentrum, doch in der Praxis sind die Lokalbehörden in der Pflicht. Zu guter Letzt ist die wirtschaftliche Infrastruktur der Region praktisch zu 90 % von Importen abhängig, weshalb die Oblast als eine der ersten die Folgen der abrupten Kursschwankungen des Rubels zu spüren bekam.<sup>273</sup>

Die Ausrufung des Ausnahmezustandes, genau genommen eines wirtschaftlichen Ausnahmezustandes, in der Oblast während der Zuspitzung der Finanz- und Wirtschaftskrise scheint aus heutiger Sicht gerechtfertigt. Obwohl über die Verhängung eines Ausnahmezustands nur der russische Staatspräsident entscheidet, gab der damalige Gouverneur des Kaliningrader Gebiets Leonid Gorbenko bekannt, dass die Gebietsverwaltung die Verantwortung für politische und wirtschaftliche Entscheidungen übernahm, die unter den Bedingungen der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen würden. Die Verhängung des Ausnahmezustandes rief große Desorientierung in Russland wie gleichermaßen in Europa hervor. Ein

---

272 OK 9 (1998), S. 14.

273 OK 10 (1998), S. 7

Unterschied zwischen dem vom Gouverneur verkündeten „Ausnahmestand“ und einem „Notstand“ wurde nicht gesehen.<sup>274</sup>

Das Gebietskomitee für Staatliche Statistik in Kaliningrad präsentierte im Januar 1999 ein Kommuniké „Über die sozioökonomische Lage des Kaliningrader Gebiets im Jahr 1998“. Daraus geht unter anderem hervor, welche große Bedeutung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in der Region 1998 die Folgen der Systemkrise hatten, die durch eine Regierungserklärung der Russischen Föderation und der Russischen Nationalbank vom 17. August desselben Jahres über ein Moratorium für Binnen- und Außenverschuldung, eine Erweiterung des Währungskorridors (Bandbreite für die Schwankungen des Währungskurses) und Maßnahmen zur Bekämpfung derselben ausgelöst worden war.

Die sich 1997 abzeichnenden positiven Tendenzen in der Industrieentwicklung der Region konnten 1998 wegen der negativen Auswirkungen der Systemkrise, die die Wirtschaft des Landes erfasst hatte, nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die Produktionsleistung ging 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 9 % zurück, d. h. um 4 Prozentpunkte mehr als in ganz Russland; in einigen Industriebranchen konnte gleichwohl eine Zunahme beobachtet werden.

In zahlreichen weiteren Industriebranchen kam es allerdings zu einem Rückgang der Produktionsleistung. In der Kraftstoffindustrie betrug sie 3,9 %, in der Baustoffindustrie 6,1 %, in der Energiewirtschaft 7,4 %, in der Fischindustrie 14,5 %, in der Maschinenindustrie und Metallverarbeitung 16,9 %. Stark zurückgegangen ist die Produktion der Milchindustrie um 22,3 %, der Fleischindustrie um 35,6 % und der Leichtindustrie um 22,8 %.

---

274 Das *Ostpreußenblatt* (vom 19.09.1998, Nr. 38) berichtete: „Am 7. September um 22 Uhr abends wurde unter dem Vorsitz von Gouverneur Leonid Gorbenko für den russisch verwalteten Teil im Bereich nördliches Ostpreußen der Notstand ausgerufen. Die Gebietsverwaltung zog damit aus der seit Jahren schwelenden und nunmehr offen ausgebrochenen Krise die Konsequenz, um mit geeigneten administrativen Maßnahmen die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs auffangen zu können. Wie es in Gorbenkos Erklärung heißt, sollen ‚unbegründete Preiserhöhungen nicht zugelassen‘ und für sozial besonders Schwache ‚eine regelmäßige Lebensmittel- sowie Medikamentenversorgung‘ möglich sein. Ob diese Hilfe im Einzelfall gewährt werden kann, muss angesichts der schon der vor dem Rubelverfall herrschenden Zustände bezweifelt werden. Wie unsere Mitarbeiterin aus Königsberg berichtete, sei der Rentenzahlungstermin schon 20 Tage überzogen, als Lebensmittel in den kleineren Läden bereits nur noch Brot, Wasser und Schnaps zu haben. Umgekehrt gehen täglich schneller die Preise in die Höhe, ein Liter Milch sei von 2,50 auf 3,90 Rubel, Butter von 11 auf 30 Rubel und der Brotpreis um 1,20 Rubel gestiegen. Angesichts der täglich sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage hat sich der Bundesvorstand der LO mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gewandt, um die caritative Hilfe für diese Region zu befördern und gleichzeitig an die Gebietsverwaltung appelliert, für die nun anlaufenden Hilfsmaßnahmen optimale Zugangsbedingungen zu schaffen.“

Im Jahr 1996 haben große und mittelständische Industriebetriebe Waren, darunter alkoholische Getränke, im Wert von 1 502 Mio. Rubel produziert; das waren 13 % weniger als 1997.

Die Fleischproduktion ging abgesehen von Geflügel um 27 % zurück, die Produktion von Wurstwaren um 36 %, von Vollfettkäse um 9 %. Die Fangbegrenzung für Fisch und sonstigen Meerestiere senkte das Angebot an Tiefkühlfisch um 31 %, an Salzheringen um 35 % und an Räucherfisch um 22 %.

Durch das starke Finanzgefälle kam es zu Verwerfungen am Verbrauchermarkt. Der Rückgang des realen Rubel-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar ließ die Kaufkraft der Bevölkerung steigen und hatte im August-September 2008 eine übermäßige Nachfrage zur Folge. Später ließ ein jäher Preisanstieg die Nachfrage nach Konsumgütern und -leistungen schrumpfen. Im Dezember 1998 stiegen die Preise im Einzelhandel im Vergleich zum Vorjahresmonat auf das Doppelte, 1997 nur um 5,5 %.

Die Lebensmittelpreise stiegen 1998 auf das 2,1-Fache (1997 um 4,5 %). Am stärksten stiegen die Preise für: Butter auf das 3,2-Fache, Sonnenblumenöl auf das 2,8-Fache, Graupen und Teigwaren auf das 2,5- bzw. 2,9-Fache, Milch und Milchprodukte, Zucker auf das 2,3-Fache, Fleisch und Fisch auf das 2- bzw. 2,2-Fache. Stark verteuerten sich Kartoffeln um 59 %, Gemüse um 98 %, Obst (auch Zitrusfrüchte) auf das Doppelte. Preise für alkoholische Getränke stiegen im Durchschnitt um 75,8 % (besonders stark für Sekt auf das 2,6-Fache, Weinbrand auf das 2,4-Fache, Bier auf das 2,3-Fache).

Unter dem Einfluss der Augustkrise, als die Ausführung von Zahlungen durch die Kreditinstitute eingestellt wurde, spitzte sich das Problem der Bezahlung von Schulden und der gegenseitigen Abrechnungen zu und verschlechterte die Rahmenbedingungen für das operative Geschäft zahlreicher Unternehmen. Zwischen Januar und November 1998 hatten große und mittelständische Unternehmen Einnahmen in Höhe von 220,2 Millionen Rubel, die Verluste beliefen sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 8,9 Millionen Rubel.

Zahlreiche Wirtschaftsbranchen meldeten im Vergleich zu 1997 fast doppelt so hohe Verluste (z. B. Wohnungs- und Kommunalwirtschaft). Defizitär blieben Handel, Gastronomie und Materialbeschaffung.

Mehr als die Hälfte der Unternehmen (50,2 %) erwirtschafteten keinen Gewinn. Zum 1. Dezember 1998 betrug die gesamte Kreditverschuldung großer und mittelständischer Unternehmen 6 310 Mio. Rubel, wovon überfällige Verbindlichkeiten 2 207 Mio. Rubel (oder 35 % der gesamten Verschuldung) ausmachten. Im Vergleich zu Januar 1997 stiegen die Gesamtverschuldung auf das 1,6-Fache und die überfälligen Verbindlichkeiten auf das 1,4-Fache.

In jedem einzelnen Monat des Jahres 1998 war ein Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung zu verzeichnen. Inflationsprozesse, die sich in der zweiten

Vorjahreshälfte intensiviert hatten, ließen das Realeinkommen der Bevölkerung stark zurückgehen. Die Zahl der Personen, deren Einkünfte unter dem Existenzminimum lagen, nahm zu. Wegen des hohen Preisanstiegs für Waren und Dienstleistungen sank das Realeinkommen der Bevölkerung innerhalb von 11 Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20,9 %. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrug im Zeitraum Januar-November 1998 589,3 Rubel und stieg damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um lediglich 0,4 %.

Eine weitere Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise war der Wertverfall der Reallöhne. Sie betragen, unter Berücksichtigung der Teuerungsrate der Einzelhandelspreise für den Zeitraum Januar-November 1998, 90 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nach dem Stand zum 1. Januar 1999 befanden sich 218 Unternehmen aus den wichtigsten Wirtschaftsbranchen mit der Zahlung von Löhnen und Gehältern in Höhe von 52,9 Millionen Rubel im Verzug. Das Gros (55 %) der Auszahlungsschuld entfiel auf Industriebetriebe. Die Hälfte der Firmen mit Zahlungsrückständen war länger als zwei Monate in Verzug.<sup>275</sup>

Dem Wirtschaftskrach im August 1998 waren beispiellose Streiks in der Oblast vorausgegangen. Am 11. März 1998 beschloss die Belegschaft der Werft „Jantar“ in Kaliningrad, des größten Arbeitgebers in der Region, auf einer Kundgebung einstimmig, sich dem unbefristeten Generalstreik anzuschließen. Der Vorsitzende des Streikkomitees teilte den Journalisten mit, der Grund für den Streik seien sechsmoatige Zahlungsrückstände von Löhnen und Gehältern gewesen. Die Verschuldung des Unternehmens gegenüber den Arbeitnehmern betrug da bereits sieben Mio. Rubel. Die Belegschaft war fest entschlossen, die Familien litten Hunger.

Am 16. März gingen über 2 000 Werftarbeiter (von insgesamt 2 500 Beschäftigten) auf die Straße und marschierten zum Kaliningrader Sitz der Gebietsverwaltung. „Solidarisch im Kampf um Arbeits-Menschenrechte“, lautete die Losung der Organisatoren vom Russlandweiten Protest der Gewerkschaften, der in Kaliningrad die Form einer Kundgebung am 9. April auf dem Siegesplatz hatte. An den vorangegangenen Sternmärschen, die von den Belegschaften der Unternehmen „Wagonostroitel“, OKB „Fakel“ und PSZ „Jantar“ initiiert worden waren und denen sich unterwegs Arbeitnehmer aus anderen Unternehmen, Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie Schüler und Studenten angeschlossen hatten, nahmen ca. 8 000 Demonstrierende teil. Zu der Kundgebung kamen etwa 400 Landarbeiter aus allen Rajons und Städten der Oblast sowie Arbeitslose aus Gussew. Am Vortag der Großkundgebung erinnerte die Zeitung „Jantarnyj kraj“ daran, dass die Lage in der PSZ „Jantar“ nach wie vor sehr schwierig sei. Bis zum 8. April 1998 sei aus Moskau keine einzige Kopeke der 67 Millionen Rubel, die

---

275 *Dmitrija Donskogo* vom 6.02.1999, Nr. 7, S. 2 f.

die Armee der Werft schulde, überwiesen worden. Nur Arbeiter von zwei Abteilungen dieser Werft hätten Lohn für September 1997 erhalten. Aus diesem Grund habe die gesamte Belegschaft beschlossen, zum Siegesplatz zu kommen, auf den Transparenten: „Nein zum antinationalen Reformkurs“, „Recht auf Arbeit gesetzlich verankern“, „Alle Löhne auszahlen“.

Aus dem Inhalt eines vom Bezirksbund der Unabhängigen Gewerkschaften in Kaliningrad erstellten Flugblattes geht hervor, dass 302 Unternehmen zum 1. März 1998 mit Lohnzahlungen von 69,8 Mio. Rubel im Verzug waren. Dies war ein Anstieg um 20 % seit Jahresbeginn. Erneut wurden Verschuldungen im Gesundheits-, Kultur- und Bildungswesen verzeichnet. Über zwei Monate lang wurden in 133 Unternehmen der Oblast keine Löhne gezahlt. Die Gewerkschafter forderten auf der Kundgebung in Kaliningrad eine Begleichung bis 1. Juli 1998. In der Überzeugung, dass ein Regierungswechsel für eine Sanierung der Wirtschaft nicht ausreiche, forderten sie Auszahlung von Löhnen und Gehältern, Arbeitsplatzgarantie und Rechtsstaatlichkeit. Zu ähnlichen Protesten kam es auch in einigen Städten der Oblast, z. B. Neman und Sowjetsk.<sup>276</sup>

Am 19. Mai 1998 traten die Lehrer im Rajon Prawdinsk in einen unbefristeten Streik. Dessen Bekanntgabe am Vortag der Abschlussprüfungen betrachteten sie als äußerstes Mittel, nachdem monatelang Gehälter und sonstige Zahlungen einbehalten wurden. Über ein Jahr versuchten 36 Lehrer ihr Geld gerichtlich einzufordern. Obwohl das Gericht die Auszahlung anordnete, bekam niemand die längst überfälligen Zahlungen.

1998 wurden in den Betrieben der Oblast insgesamt 12 Streiks durchgeführt, 4 mehr als 1997. Gestreikt haben unter anderen Arbeiter der Werft „Jantar“ und Angestellte der Bildungseinrichtungen im Stadtbezirk Swietlowsk sowie in den Rajons Selenogradski, Neman, Nesterow, Polesk, Prawdinsk, Tschernjachowsk<sup>277</sup>.

Besonders dramatisch war die Versorgungslage in der Provinz. Von der Krise blieb niemand verschont, die Reaktion auf den Wirtschaftskollaps fiel in den Städten und Rajons unterschiedlich aus. Begegnen konnte man sehr optimistischen („wir schaffen es, alles zu besorgen, was man braucht“) wie auch extrem pessimistischen Stimmungen („wenn die Oblast nicht hilft, werden die Menschen hungern“). In Gurjewsk wurden beispielsweise Brennholz und Kanonenöfen vorbereitet. Der Chef der Rajonverwaltung erließ am 11. September einen Beschluss über die Einführung des Ausnahmezustandes im Rajon. Er appellierte an die Bevölkerung, alle Möglichkeiten zur Selbstversorgung zu nutzen. Die ständige Kommission für Ausnahmezustände erfasste und überprüfte die Lebensmittelvorräte bei Institutionen und Unternehmen im Rajon, ebenso die sog. russischen Öfen in Privathäusern für den Fall, dass es notwendig werden sollte, in ihnen Brot

---

276 OK 4 (1998), S. 5 f.

277 OK 5 (1998), S. 9.

für die Einwohner zu backen. Im Rajon wurden Rohstoff- und Lebensmittelbestände unter Kontrolle gestellt, Vorräte an Kartoffeln, Gemüse und Arzneimitteln gesammelt.

Da es überall an Geld für Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, für Renten, Familienzulagen und sonstige Leistungen fehlte, verkürzten die Leiter der Rajonverwaltungen in Polesk, Osjorsk, Krasnosnamensk und Swetly den Arbeitstag ihrer Angestellten um zwei Stunden und verringerten ihre Bezüge um zwei Drittel, um auf diese Weise wenn auch bescheidene Mittel dafür zu beschaffen. Die Verwaltung von Gussew wurde um die Hälfte reduziert, in Selenogradsk erhielten die Beamten ab Juni 1998 keine Bezüge mehr; die geringen Steuereinnahmen wurden für die Gehälter von Lehrern und Ärzten bestimmt. Die Ärzte gaben einen Teil ihres Geldes für den Kauf von Arzneimitteln für das Rajonkrankenhaus. In den Städten Pionierski, Laduschkin, Mamonowo, Tschernjachowsk und Gussew wurden die überfälligen Renten und Familienzulagen in Naturalien gezahlt, in Form von Lebensmitteln. Die Landbevölkerung litt am meisten darunter, dass Geld für andere Bedürfnisse als Lebensmittel fehlte.

Außerhalb der Städte geriet der Handel aus den Fugen. In den Rajonstädten wurde fast die Hälfte aller privaten Läden insolvent, in Slawsk öffnete nur jeder dritte. In den Dörfern gab es praktisch keinen Privathandel mehr, in den Genossenschaftsläden war bis auf wenige Ausnahmen das Warensortiment erschreckend dürftig (in einem wurden nur Salz, Streichhölzer und Mineralwasser angeboten), dafür die Preise horrend.

Die Augustkrise erschwerte die Auszahlung von Renten, Kinderzulagen und vielen anderen Vergütungen. Im Rajon Prawdinsk beispielsweise wurden gar 4 250 der dort lebenden 4 900 Familien als sozial schwach eingestuft. In Städten wie Gussew oder Baltijsk machten Personen, die verschiedenen Ermäßigungen in Anspruch nehmen durften, 80 % der Bevölkerung aus<sup>278</sup>.

Die Krise im Kaliningrader Gebiet fand auch in der Weltpresse ihren Widerhall. Der deutsche „Spiegel“ (Ausgabe 44 vom 26.10.1998) berichtete in einer Reportage mit dem bezeichnenden Titel *Im Knast ist es besser als draußen*: „In Gwardaisk in der Exklave Kaliningrad droht eine Hungerkatastrophe. Lebensmittel- und Kohlenlager sind leer. Im Krankenhaus verkommen Patienten, weil kein Geld für Medikamente da ist (...).

Nun scheint es, als werde der Zusammenbruch mit 50jähriger Verspätung doch noch eintreten. ‚Gott bestraft uns für die Vertreibung der Deutschen‘, raunt Pawlowna [eine Einwohnerin der Stadt]. Sie hätte wohl auch nichts dagegen, wenn aus dem Gerücht, die Provinz werde für 150 Milliarden Mark an die Bundesrepublik verkauft, Wirklichkeit würde. Gouverneur Gorbenko schließt in der

---

278 *Kaliningradskaja Prawda* vom 3.10.1998, Nr. 2, S. 3.

Tat nicht mehr aus, daß der Kreml seine Exklave an Deutschland abtreten will, um damit seine Schulden abzudecken.

In Gwardeisk hat zuerst die Papierfabrik dichtgemacht [...]. Dann schlossen das Eisenbetonwerk und die Käsefabrik. Die Heizwerke haben keine Kohle mehr. Die Alten [...] müßten diesen Winter ihre gesamte Jahresrente verfeuern. Wovon sollen sie dann leben?

In Gwardeisk leben drei Viertel der 10 000 Einwohner unter der Armutsgrenze. Die Geldwirtschaft ist abgeschafft. Die Mieter zahlen keine Miete mehr, der Bürgermeister verweigert den Arbeitslosen die Beihilfe, selbst der Kreisverwalter hat seit Juli [1998] kein Gehalt mehr bekommen.

Wenn der Gouverneur nicht bald billige Kohle schickt, droht Truljajew [Chef der Kreisverwaltung] mit düsterer Miene, dann sitze er im November nicht mehr auf seinem Stuhl. Denn dann gingen auch die drei größten Arbeitgeber von Gwardeisk in die Knie: das Gefängnis, die Garnison und das Krankenhaus“.

Erschütternd ist die Schilderung der Bedingungen im Krankenhaus: „[...] der Lift fährt schon seit Kriegsende nicht mehr.

Die Zimmerdecken sind von Schimmel bedeckt, [...] über die Flure wabert penetranter Uringestank. ‚Wir können uns nur noch eine Reinigungskraft pro Etage leisten‘, entschuldigt sich [der Arzt] Matwejtshuk. [...] Fleisch, Obst und Salat sind vom Speiseplan gestrichen. Gennadij Moissejew, 23, hat bei einem Verkehrsunfall einen Oberschenkel gebrochen. Sein Verband ist blutig, die Bettwäsche dreckig, das Zimmer ist mit wackligen Notbetten vollgestopft. Moissejew hat wie üblich selbst das Nötigste für seine Behandlung mitgebracht: Binden und Tupfer, eine Heizsonne, Medikamente, sogar Handschuhe für die Operateure. [...] Das Chirurgenbesteck stammt noch aus Sowjetzeiten, Wegwerfhandschuhe werden zur Wiederverwendung in Kochtöpfen gewaschen.“

Über eine ähnlich drastische Situation wurde aus der Kaserne und dem Gefängnis berichtet: Unvorstellbar überfüllte Zellen, tägliche Schlägereien der Häftlinge, die nicht selten zur Lynchjustiz führen. Für die Häftlingsverpflegung seien sechs Rubel vorgesehen, was aber nur Papiergeld sei. Der Gefängnisleiter meint trotzdem, „hier drinnen im Knast ist es besser als draußen in der Freiheit“.

Vor diesem Hintergrund war die Frage aktuell: „Wie bestreiten die Russen ihr Leben?“ Eine Umfrage, die 1998 durch ein britisches Meinungsforschungsinstitut im Auftrag des Wochenblatts „The Economist“ an einer Gruppe von 3 340 Personen in ganz Russland durchgeführt wurde, ergab folgendes Bild:

„– *Bekommen Sie Ihren Lohn regelmäßig ausgezahlt? (in %)*

Ja, regelmäßig – 18 %

Nein, nicht regelmäßig – 25 %

Ich bekomme überhaupt keinen Lohn ausgezahlt – 57 %

– *Was hilft Ihnen, die Wirtschaftskrise zu überleben?*

- Produkte aus eigenem Garten – 44 %
- Lebensmittelvorräte aus dem Sommer – 12 %
- Jagen, Angeln, Beeren- und Pilzesammeln – 12 %
- Lebensmittelkauf auf Märkten – 10 %
- Selbständige Lebensmittelgewinnung – 10 %
- Unterstützung durch Verwandte vom Land – 9 %
- Bankersparnisse – 5 %

– *Auf wen zählen Sie während der Krise?*

- Auf mich selbst – 61 %
- Auf Familie, Nachbarn, Freunde – 14 %
- Auf den Staat – 12 %

– *Würden Sie auswandern, wenn sich die Lage verschlechtert?*

- Ja – 18 %
- Nein – 62 %
- Schwer zu sagen – 20 %.<sup>279</sup>

In einer besonders schwierigen Lage waren Kinder im Rajon Tschernjachowsk. Die Ärzte schlugen Alarm, dass Kälte und Hunger die Gesundheit der Kinder real bedrohen würden. Da es an Brennmaterial mangelte, froren die Kinder in unbeheizten Schulen, Kindergärten und Internaten. In den Kindergärten wurden Nachmittagsmahlzeiten gestrichen. Im Schulinternat bekamen die Kinder keine Milch- oder Fischerzeugnisse mehr, es fehlte an Grütze und Zucker. Die Kindergärten und Krippen wurden mit Milch nur noch unregelmäßig beliefert und die Kinder bekamen nur gekochte Grütze ohne Butter zu essen.<sup>280</sup>

Im dritten Quartal 1998 war der Strom humanitärer Hilfe für Kaliningrad fast doppelt so groß wie im zweiten. Der Wert wurde auf 3,3 Millionen Rubel geschätzt. Hauptgeber waren Deutsche und Kanadier. Die Hilfe floss nicht nur zentral, sondern auch zweckgebunden und direkt. Beispielsweise übermittelte das Deutsche Rote Kreuz aus Bayern dem Kinderheim „Gawrosch“ in Kaliningrad Geld für den Einbau von Heizungsanlagen.<sup>281</sup>

Der Winter 1998/1999 gehörte zu den schwierigsten Perioden im Leben der Einwohner dieser Region (abgesehen von der unmittelbaren Nachkriegszeit). Stromknappheit, unregelmäßige Wärme- und Wasserzufuhr, leere Ladenregale und Teuerung, ungenießbares Wasser, wochenlang keine Müllabfuhr, miserabler Nahverkehr, desolate Kommunalwirtschaft – nicht nur damals Alltag der Einwohner. Die Oblast-Bewohner lebten die ganzen neunziger Jahre über in einer Dauerkrise, die sich durch eine Senkung des Lebensstandards, die Ausbreitung

279 OK 10 (1998), S. 10 f.

280 Ebenda S. 24 f.

281 Ebenda S. 30.

von Armut, Not und Elend kennzeichnete. Viele Familien lebten am Rande der menschlichen Existenz.

Ein Einwohner aus der Gegend von Prawdinsk berichtete dem Verfasser bei Feldforschungen im Jahr 2005: „Monatelang bekam ich vom Betrieb kein Gehalt ausgezahlt. Schließlich ging er 1997 Pleite und wir standen alle auf der Straße. Ich hatte für drei Kinder und meine nicht arbeitende Frau aufzukommen. Nach einer Zeit hatten wir kein Geld mehr für den Lebensunterhalt. Die Sozialhilfe gab nichts, die hatten selber nichts. Um über die Runden zu kommen, kaufte ich für das letzte Geld in den umliegenden Ländern billige Bonbons. Dann habe ich daraus mit einer Brennanlage Schnaps ‚hergestellt‘, den ich an Militärs und Einwohner aus der Nachbarschaft verkaufte. Als wir kein Geld mehr fürs Essen hatten (wir sorgten in erster Linie für die Kinder), tranken meine Frau und ich statt der Mahlzeiten den kalorienreichen selbstgebrannten Schnaps. Wir waren kein Einzelfall. Unsere Nachbarn suchten nach verschiedenen Auswegen: Die einen schickten ihre Kinder zu Familien im Inneren Russlands, andere suchten Arbeit in Kaliningrad und zogen nachher hin, andere stahlen wahllos, um irgendwie zu überleben. Manche tranken sich zu Tode oder begingen aus Verzweiflung Selbstmord.

Als Wladimir Putin 2000 an die Macht kam, normalisierte sich das Leben allmählich und wurde ab 2003 deutlich besser, wofür wir ihm dankbar sind. Heute bekomme ich mein Gehalt regelmäßig, die Läden sind voll, wer will, kann auf verschiedenen Baustellen schwarz dazu verdienen. Er kann nach Polen gehen und dort Handel treiben... Jelzins Demokratie war doch fürn A.... Was wirklich zählt, ist, dass meine Kinder nicht hungern, dass sie Lebensperspektiven haben. Und dass ich mich nicht zu Tode trinke, wie viele meiner Kameraden“ (Ka-17).

Eine deutliche und spürbare Verbesserung des Lebensstandards der Menschen in Russland und dementsprechend im Kaliningrader Gebiet vollzog sich allmählich seit 1999, als das BIP um 5,4 % gestiegen war. Das Wachstum betrug im Jahr 2000 sogar 9,0 %, 2001 5,0 % und 2002 4,3 %.

Die wirtschaftliche Konjunktur in der Russischen Föderation ist im Kontext der dynamischen Veränderungen in der russischen Wirtschaft nach der Krise 1998 und der relativen Stabilisierung im Jahr 1999 zu sehen. Die Jahre 2000-2007 erwiesen sich als die beste Zeit der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung Russlands im Transformationsprozess und zeichneten sich durch ein stabiles Wirtschaftswachstum aus. Das BIP stieg durchschnittlich um mehr als 6 % jährlich, das Niveau der Industrieproduktion um durchschnittlich ca. 7 % im Jahr. Das Realeinkommen der Bevölkerung wuchs in dieser Zeit um 32,1 % (2002 um 8,8 %) und erreichte praktisch Vorkrisenniveau, die Einzelhandelsumsätze überschritten es stark (Zunahme um 31,3 %, im Jahr 2002 allein um 9,1 %). Die Arbeitslosenrate sank bedeutend (von 13 auf 8,6 % der erwerbstätigen Bevölkerung). Die Reallöhne stiegen um 70 % (2002 um 16,6 %), und zwar in deutlich

schnellerem Tempo als die Arbeitsleistung. Tendenziell sank auch die Zahl der Personen mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum (von 41,9 Mio. Menschen 1999 auf 35,8 Mio. 2002). Die finanzielle Stabilität des Staates blieb erhalten, wovon der Haushaltsüberschuss in allen aufeinander folgenden Jahren zeugt (2000: 1,4 %; 2001: 3,0 %; 2002: 1,5 %). Die Auslandsschulden wurden fristgemäß bedient, die Aufnahme neuer Darlehen stark eingeschränkt. Stabil und vorausschaubar war die Lage am Währungsmarkt. Währungs- und Goldreserven der Russischen Nationalbank vervierfachten sich innerhalb dieser drei Jahre fast und betragen Ende 2002 47,8 Mio. US-Dollar. Dies lag größtenteils am hohen Außenhandelsüberschuss (besonders im Jahr 2000, als der Wert der Ausfuhren mehr als 2,3-mal so hoch war wie der der Einfuhren). In den beiden folgenden Jahren wuchs der Import nach Russland viel schneller als der Verkauf russischer Waren ins Ausland, gleichwohl war 2002 weiterhin ein Handelsüberschuss von sogar 46,4 Mio. US-Dollar zu verzeichnen. Seit 1999 sank die jährliche Inflationsrate (von 36,5 % Ende 1999 auf 15,1 % Ende 2002), obwohl sie höher ausfiel als ursprünglich prognostiziert.<sup>282</sup>

Acht Jahre lang wurde allerdings ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 6,7 % jährlich verzeichnet, wodurch Russland zur zehntgrößten Wirtschaftsmacht weltweit aufstieg und sich sein Pro-Kopf-Einkommen auf 12 000 US-Dollar verdoppelte, was dem Chiles entspricht. Russland verbuchte Jahr für Jahr hohe Haushaltsüberschüsse, verfügte über die größten Währungsreserven außerhalb Asiens und tilgte fast vollständig seine Auslandsverschuldung. Die gute Konjunktur resultierte aus wachsenden Preisen für Rohstoffe, die die Grundlage für die postkommunistische Wirtschaft des Landes bildeten. Zugrunde lag dieser ökonomischen Monokultur sowohl die gescheiterte „Schocktherapie“, die die sowjetische Wirtschaft in den neunziger Jahren neu strukturieren sollte, als auch der Glaube, die Energiewirtschaft (Erdgas, Erdöl und Leitungsnetz) würde Russland dabei helfen, eine Weltmacht zu bleiben. In sechs Jahren haben sich die Energiepreise mehr als verdoppelt. 2006 generierte die Erdöl- und Gasförderung 40 % des russischen BIP. Die Wirtschaft ist heute stärker von natürlichen Rohstoffen abhängig als zu Sowjetzeiten, was einen Ausnahmefall der Deindustrialisierung darstellt.

Der Reformeifer der ersten Amtszeit Putins (2000-2004), als das Steuer- und Rechtssystem tiefgreifend verändert, die Agrarreform durchgeführt und zur Verbesserung des Bildungs- und Sozialsicherungssystems angesetzt wurde, war vererbt. Eigentumsrechte blieben unsicher, was besonders bei der Beschlagnahme des Jukos-Vermögens 2005 deutlich wurde. Dies schreckte Börsenspekulanten nicht ab, verleidete aber langfristige Investitionen in die Öl- und Gassuche (deren Förderung aus technischen Gründen leicht zurückgegangen war). Die hohen

---

282 *Federacja Rosyjska. Przewodnik dla przedsiębiorców*, Moskwa 2003, S. 23 f.

Öleinkünfte haben dafür gesorgt, dass der Anteil der kleinen und mittelständischen Unternehmen an der russischen Wirtschaft (die weniger als 25 % des BIP generieren) viel geringer ist als in anderen Schwellenländern, ganz zu schweigen von der EU, wo es in der Regel 60-65 % sind.

Die Kreml-Machthaber haben sehr wenig getan, um die Korruption zu bekämpfen und gesetzliche Einschränkungen abzubauen, was beides den Unternehmertegeist immer noch sehr behindert. Obwohl schließlich ausländische Firmen hereingelassen wurden, ist der Bankensektor nach wie vor staatlich dominiert und stützt sich auf Seilschaften, die alte Marktteilnehmer am Leben erhalten und neue an der Geschäftstätigkeit hindern.<sup>283</sup>

2004 verstärkten sich deutlich die seit 2001 beobachteten Wachstumstendenzen in der Wirtschaft des Kaliningrader Gebiets. Aus makroökonomischer Sicht war es ein Rekordjahr. Das Bruttoregionalprodukt stieg um 12 %, während die Zunahme im Vorjahr 9 % und im Jahr 2002 6 % betragen hatte.

Positiv gestalteten sich auch andere makroökonomische Zahlen. Die Industrieproduktion stieg um 25,8 %, die Leistung der Agrarwirtschaft um 4 %, die Investitionen legten um 14,9 % zu, der Einzelhandel um knapp 17 %. Dabei ist hervorzuheben, dass die Steigerung in den genannten Wirtschaftsbereichen viel schneller vorstatten ging als in der Russischen Föderation insgesamt. Die Inflationsrate, gerechnet bis Dezember 2003, betrug 11,7 %, was im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um fast 7 % bedeutete; die Arbeitslosigkeit stieg leicht auf ca. 9 %. Die Reallöhne legten um 15 % zu. Der Durchschnittslohn in der Oblast betrug im Jahr 2004 etwa 220 US-Dollar, das Existenzminimum knapp 80 US-Dollar.

Das Kaliningrader Gebiet festigte seine Position innerhalb der Russischen Föderation als bedeutender Hersteller von Fernsehapparaten (etwa 2,2 Mio. Stück), Staubsaugern (knapp 0,5 Mio. Stück) und Fischkonserven. Auch wurden ca. 15 000 Personenkraftwagen montiert (BMW, KIA, General Motors, Hummer).

Sehr gute Ergebnisse wurden auch im Außenhandel erzielt. Die Außenhandelsumsätze betragen im Jahr 2004 4,1 Mia. US-Dollar, was einen Anstieg um 52 % im Vergleich zu 2003 bedeutet. Die Ausfuhren beliefen sich auf 1,09 Mia. US-Dollar (Anstieg um 96 %), die Einfuhren auf 3 Mia. US-Dollar (Zunahme um 40,6 %).

Der Negativsaldo im Handel mit dem „weiteren Ausland“ betrug somit knapp 2 Mia. US-Dollar. Trotz dieses dynamischen Wachstums blieb der Export fast dreimal so niedrig wie der Import.

Die Güterstruktur der Ausfuhren veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Annähernd 60 % der Exporte entfielen auf Rohöl und Ölprodukte. Damit stieg ihr Exportanteil im Vergleich zum Vorjahr um über 10 Pro-

---

283 E. Nowak, *Od integracji...*, S. 14.

zentpunkte. Andere wichtige Exportprodukte waren Roh- und Schnittholz mit fast 7 %, Erzeugnisse der chemischen Industrie (Mineraldünger) mit ca. 5 %, Metalle mit ca. 4 %. Hoch verarbeitete Erzeugnisse, d. h. Maschinen und Anlagen, machten 12,4 % der Ausfuhren aus (Zunahmen um knapp 1,5 %), Lebensmittel 3,7 %. Es ist also festzustellen, dass sich die Rohstofforientierung der Ausfuhren im Jahr 2004 geradezu verfestigt hat.

Den größten Anteil an den Einfuhren hatten Erzeugnisse der Maschinenindustrie mit 45,5 % (Zunahme um 5,5 %), gefolgt von Lebensmitteln mit 25,9 % (Rückgang um 2 %), Produkten der Chemieindustrie mit 7,7 % sowie Schuhen, Kleidung und Möbeln.

Zu verzeichnen ist eine starke Zunahme des Anteils der Maschinen und Anlagen an den Einfuhren insgesamt, darunter aus Deutschland und Litauen, und der weitere systematische Rückgang des Anteils von Lebensmitteln, die noch 2001 etwa 35 % aller Einfuhren ausmachten.

Obwohl die Außenhandelsumsätze der Oblast im Jahr 2004 bedeutend zunahmen und besonders der Export dynamisch anstieg, ist generell zu beachten, dass sich im Hinblick auf die Werte das Missverhältnis zwischen Aus- und Einfuhren vergrößert (die negative Handelsbilanz lag bei fast 2 Mio. US-Dollar) und sich die Rohstoffausrichtung der Einfuhren verfestigt hat.

Die größten Handelspartner des Kaliningrader Gebiets waren 2004 Franzosen (Ausfuhren) und Deutsche (Einfuhren). Der Anteil der neben Deutschland bisher größten Wirtschaftspartner Polen und Litauen nimmt trotz der beachtlichen Wertsteigerung der Umsätze kontinuierlich ab. Dies liegt am zunehmenden Wettbewerb und der gefestigten Marktstellung einiger EU-Länder (Frankreich, Niederlande), Norwegens und außereuropäischer Partner (Brasilien, Korea, China, Iran).

Detaillierte Angaben dazu zeigen die Tabellen 50 und 51.

Tabelle 50 Wichtigste Handelspartner des Kaliningrader Gebiets im Export 2004

Land	Wert der Ausfuhren (in Mio. USD)	Anteil am Gesamtexport
Frankreich	231,2	21,2 %
Deutschland	213,5	19,6 %
Niederlande	102,5	9,4 %
Litauen	69,8	6,4 %
Norwegen	69,2	6,4 %
Polen	64,7	5,9 %

Quelle: *Informator dla przedsiębiorców. Warunki działania w Obwodzie Kaliningradzkim*, oprac. Wydział Ekonomiczno-Handlowy Konsulatu Generalnego RP w Kaliningradzie, Kaliningrad 2005, S. 10.

Tabelle 51 Wichtigste Handelspartner des Kaliningrader Gebiets im Import 2004

Land	Wert der Einfuhren (in Mio. USD)	Anteil am Gesamtimport
Deutschland	637,6	21,2 %
Polen	421,9	14,0 %
Litauen	243,1	8,1 %
Korea	171,0	5,7 %
Brasilien	155,6	5,2 %
China	141,6	4,7 %

Quelle: s. Tabelle 50.

Der Wert ausländischer Investitionen in der Oblast betrug im Jahr 2004 61,9 Mio. US-Dollar und ist im Vergleich zum Vorjahr um 10 % gestiegen. Investitionen wurden in den Bereichen Materialbeschaffung (42,7 %), Handel und Gastronomie (22,3 %), Industrie (18,3 %) und Telekommunikation (9,1 %) getätigt.

Im Vorjahresvergleich waren ein stark erhöhter Kapitalfluss in den Sektor Handel und Gastronomie und ein fast um die Hälfte geringerer Anteil des Industriesektors an der Aufnahme von Investitionen insgesamt festzustellen. Generell blieb aber wie in den Vorjahren der Zufluss ausländischen Kapitals gering.<sup>284</sup>

Im Kaliningrader Gebiet sind insgesamt 2 500 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung (54 Länder) registriert. Doch führen nicht alle eine aktive Geschäftstätigkeit. Im Jahr 2005 wurden laut statistischen Angaben nur etwa 450 Gemeinschaftsunternehmen und Auslandsgesellschaften gerichtlich eingetragen (darunter mit litauischem Kapital 90, mit deutschem 70, und mit polnischem 54).

Trotz der hohen Zahl der Betriebe mit ausländischer Kapitalbeteiligung bleiben direkte Auslandsinvestitionen in die Wirtschaft des Kaliningrader Gebiets (in Form von Investitionsaufwendungen für Kauf bzw. Montage von Geräten oder im Bauwesen) recht gering. Sie betragen höchstens 5 % aller Investitionen in der Region.

Direkte Investitionen bilden über die Hälfte der kumulierten (unter Berücksichtigung der alljährlichen Zu- und Abgänge) Auslandsinvestitionen (153 Mio. US-Dollar zum Jahresende 2004). Fast 10 % entfallen auf Portfolioinvestitionen (vor allem Aktien von Gesellschaften), die von Ausländern gehalten werden. Handels- und sonstige Kredite betragen weniger als 40 %.

In den letzten Jahren (bis 2008) hat der Zustrom ausländischer Investoren etwas zugenommen. Trotzdem ist ihr Pro-Kopf-Wert 3,5-mal so niedrig wie in ganz Russland.

284 *Informator handlowy dla przedsiębiorców. Warunki działania w Obwodzie Kaliningradzkim*, oprac. Wydział Ekonomiczno-Handlowy Konsulatu Generalnego RP w Kaliningradzie, Kaliningrad 2005, S. 7-10.

Ein beachtlicher Teil dieser Investitionen entfällt auf sog. pseudoausländische Investitionen. Es handelt sich dabei um Gelder von Russen, die aus Steuerparadiesen (Zypern und anderen Ländern mit niedriger Besteuerung von Bankeinlagen) transferiert werden. Zypern ist führend bei der Anlage ausländischen Kapitals in der Wirtschaft des Gebiets (23 %). Einen Teil der Investitionen aus Großbritannien bilden auch Gelder aus dem Steuerparadies auf der Insel Man. Einen Anteil von etwas über 5 % hat Panama, ebenfalls eine Steueroase. Auf die Niederlande entfallen 13 %, auf Deutschland, Litauen und Polen je etwa 10 %, wobei auch in diesen Fällen nicht ausgeschlossen ist, dass es sich um Anlagen von Russen handelt.

Die pseudoausländischen Investitionen sind auch in ganz Russland beachtlich. Die Hauptrolle in anderen Regionen spielen allerdings Investitionen großer ausländischer Konzerne, die sich momentan wenig für das Kaliningrader Gebiet interessieren. Als Hemmnis erwies sich das Ausmaß des regionalen Marktes bei einem gewissen Preisanstieg und den durch den Enklave-Charakter der Region bedingten schwierigen Verkehrsverbindungen mit Russland. Einen Einfluss hatten dabei auch der lange unbestimmte Status der Sonderwirtschaftszone sowie die unklare Stellung des russischen Gebiets innerhalb der Europäischen Union.

In der Industrie fließen ausländische Investitionen in Betriebe der Zellulose- und Papierindustrie, des Maschinenbaus, der Metallverarbeitung, der Lebensmittel-, Chemie- und Leichtindustrie sowie der Baustoffbranche. Relativ hohe Mittel werden im Dienstleistungssektor angelegt, wo überwiegend Gesellschaften mit ausländischer Kapitalbeteiligung tätig sind. Das ausländische Kapital wird hier in Transportfirmen, Einzelhandel, Hotels und Restaurants, Fremdenverkehr, Finanz- und Kreditinstitute investiert.

Das Gros ausländischer Investitionen (85 %) konzentriert sich geographisch auf Kaliningrad; 10 % entfallen auf Neman (Zellulose- und Papierkombinat), die restlichen 5 % auf Pioniersk, Sowetsk, Baltijsk, Nesterow und Bagrationowsk.<sup>285</sup>

*Tabelle 52 Höhe ausländischer Investitionen in der Wirtschaft des Kaliningrader Gebiets nach Ländern (in Tsd. USD) in den Jahren 2001-2005*

Investition	2001	2002	2003	2004	2005
Gesamt	24 563	47 748	56 239	61 867	75 281
Schweiz	2 515	6 176	3 613	6 848	10 012
Zypern	705	27 741	25 469	11 177	13 836
Litauen	104	251	238	5 696	9 128
Lettland	52	19	1 002	96	220
Deutschland	2 080	4 554	5 936	4 348	1 975

<sup>285</sup> www.kaliningrad.ru (5.05.2006).

Österreich	2 269	720	90	2	–
Polen	3 360	3	4 965	9 516	15 963
USA	3 095	195	2 619	7 984	771
Belgien	–	–	1 191	841	120
Italien	64	66	40	42	5
Schweden	140	–	–	30	2
Weißrussland	–	–	–	27	–
Großbritannien	1 125	444	1 484	4 962	5 202
Norwegen	287	–	–	–	87
Estland	170	881	212	14	426
Andere Länder	8 597	5 898	9 380	10 284	17 534

Quelle: www.kaliningrad.ru (5.05.2006).

„Um die Wirtschaftsergebnisse 2006 kann die Oblast von jedem anderen Land beneidet werden“, erklärte der Gouverneur des Kaliningrader Gebiets, Georgi Boos, auf einem Neujahrstreffen für Journalisten im Januar 2007. „Im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, nennenswerte Resultate in der Wirtschaft und bei der Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung zu erzielen, was als unrealistisch galt“, fügte er hinzu. Im Jahr 2006 habe die Oblast „bei der Wachstumsrate der Industrieproduktion den ersten Platz in Russland belegt, aber auch hinsichtlich anderer Zahlen übertraf sie das russische Durchschnittsniveau.“ Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurden in der Oblast 500 000 m<sup>2</sup> neuer Wohnflächen zur Nutzung übergeben, also doppelt so viel wie 2005. „Solch enormen Sprung hat, meine ich, sonst niemand in Russland geschafft“, sagte der Gouverneur. Das Wohnungsbauprogramm sah für 2007 vor, dass 750 000 m<sup>2</sup> Wohnflächen fertig gestellt werden würden. Zum ersten Mal wurden innerhalb eines Jahres 386 km Straßen instandgesetzt, „während es selbst zu den besten Sowjetzeiten nicht mehr als 150 km waren“.<sup>286</sup>

Ganze 70 % der Gesamtproduktion der Oblast entfallen allerdings auf die Regionalhauptstadt, in der die Hälfte aller Einwohner der Region leben (2002 zählte die Oblast 955 200 Einwohner, davon 741 800 in den Städten und 213 400 auf dem Land).

Bereits seit mehreren Jahren ist in Kaliningrad der Verbrauchermarkt der sich am dynamischsten entwickelnde Wirtschaftszweig. Zwischen Januar und September 2006 stiegen die Umsätze im Einzelhandel um 30,6 % und in den Gaststätten um 13 %. Nach Angaben des föderalen Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung

<sup>286</sup> OK 1 (2007), S. 27 f.

und Handel gehört die Oblast zu den Gebieten, wo die Märkte kaum eine Rolle für die Höhe der Einzelhandelsumsätze spielen, denn ihr Anteil an den Gesamtumsätzen beträgt nur 6,4 %. In Moskau dagegen entfallen mehr als 25 % des Warenumsatzes auf Märkte, in der Oblast Smolensk 40,5 %.

Das Realeinkommen der Bevölkerung stieg im Vergleich zu 2006 um 20,2 %. Der durchschnittliche Nominallohn in großen und mittelständischen Unternehmen Kaliningrads legte um ca. 29,3 % zu und betrug 12 225 Rubel, das sind 1 436 Rubel mehr als in ähnlichen Unternehmen in der ganzen Oblast.

Die Inflation in der Region war im ersten Halbjahr 2006 mit 4,5 % die niedrigste in allen europäischen Föderationssubjekten. Der monatliche Durchschnittslohn betrug für den Zeitraum Januar-Mai 2006 in der Oblast 8 025 Rubel, in ganz Russland 9 655,7 Rubel, im Föderationskreis Nordwestrussland 10 787,9 Rubel.<sup>287</sup>

Das bedeutet allerdings nicht, dass das Kaliningrader Gebiet eine selbständige Wirtschaft betreibt. Wie das Ministerium für Regionale Entwicklung der Russischen Föderation am 23. Januar 2007 mitteilte, machten die Zuschüsse der Zentralregierung in Moskau in den ersten neun Monaten 2006 17,71 % des konsolidierten Gebietshaushalts aus. Dies sind somit über drei Prozentpunkte mehr als in ganz Russland (14,61 %).

Die Finanzhilfen für Föderationssubjekte aus dem föderalen Haushalt erreichten im Zeitraum Januar-Oktober 2006 insgesamt fast 440 Milliarden Rubel. Nur 16 von insgesamt 87 Regionen wiesen im vergangenen Jahr in den konsolidierten Einnahmen ihrer Etats weniger als 10 % föderale Mittel aus. 37 Föderationssubjekte, einschließlich des Kaliningrader Gebiets, bekamen finanzielle Zuschüsse aus dem föderalen Haushalt in Höhe von 10 bis 30 % ihrer jeweiligen Etats.

Die wenigsten Zuschüsse erhalten die beiden westsibirischen Autonomen Kreise der Chanten und Mansen (0,08 %) sowie der Jamal-Nenzen (0,97 %), die meisten drei kaukasische Republiken: Dagestan (78,82 %), Tschetschenien (84,21 %) und Inguschetien (89,24 %).<sup>288</sup>

Im Hinblick auf die sozioökonomischen Daten wurde die Oblast zur Gruppe der Regionen mit einer überdurchschnittlichen Entwicklung gezählt. Bei einem optimistischen Szenario für die wirtschaftliche Entwicklung Russlands sollte das Kaliningrader Gebiet 2007-2009 neben der Oblast Sachalin und der Oblast Tomsk seinen Anteil an dem Bruttoregionalprodukt der genannten Gruppe um mehr als 1 % erhöhen. Hinsichtlich des Tempos der Industrieentwicklung stand das Kaliningrader Gebiet russlandweit an 4. Stelle, nach den Oblasten Sachalin und Moskau und dem Autonomen Kreis der Nenzen.

Die Gebietsregierung nahm an, dass sich das Kaliningrader Gebiet in den Jahren 2007-2011 äußerst dynamisch entwickelt, hauptsächlich durch die Umset-

---

287 Ebenda S. 4.

288 Ebd. S. 35.

zung nationaler Programme und die Erstarkung der in der Sonderwirtschaftszone ansässigen Unternehmen mit vorwiegend russischem Kapital.<sup>289</sup>

In den letzten Jahren kam in Bezug auf das Kaliningrader Gebiet der Begriff „Strategie“ auf. 2004 erstellte eine von der Gebietsverwaltung eingesetzte Arbeitsgruppe einen Bericht zur Entwicklung der Region. Die wichtigsten Punkte dieser Strategie sind:

1. Die möglichst vollständige Nutzung des natürlichen, wirtschaftlichen und personellen Potenzials;
2. Das Kaliningrader Gebiet als Region der Zusammenarbeit;
3. Kontaktgebiet (Nachbarschaft) zwischen der Russländischen Föderation und der Europäischen Union;
4. Sicherung der militärstrategischen Interessen des Staates.

Die umfassende und konsequente Umsetzung der „Strategie zur sozioökonomischen Entwicklung des Kaliningrader Gebiets als Region der Zusammenarbeit bis 2010“ sollte nach Ansicht der Autoren folgende Wachstumsraten der Regionalwirtschaft und des Lebensstandards der Oblast gewährleisten:

- Verdopplung des Bruttoregionalprodukts (bei einem jährlichen Anstieg von durchschnittlich 8 %);
- Verdopplung des Bruttoregionalprodukts pro Kopf;
- Verdreifachung der Industrieproduktion bei einem jährlichen Anstieg von durchschnittlich 14-15 %;
- Verzehnfachung der Ausgaben aus dem Gebietshaushalt für den Ausbau des wissenschaftlich-technischen Potenzials;
- 1,5-fache Steigerung der Agrarproduktion (im Jahresdurchschnitt um 5 %);
- 2,2-fache Zunahme des investierten Kernkapitals;
- 20-fache Zunahme der Auslandsinvestitionen;
- Verdreifachung des Binnenkapitalverkehrs;
- Verdopplung der Realeinkommen der Bevölkerung;
- Senkung der Zahl von Einwohnern mit Einkommen unter dem Existenzminimum um 20 %;
- Senkung der Arbeitslosenrate auf 6 %.<sup>290</sup>

In der neuesten Strategie, die 2006 im Auftrag der Regionalverwaltung für sechs Millionen Rubel von Mitarbeitern der Akademie für Nationalwirtschaft Russlands verfasst wurde, sind die Hauptziele der sozioökonomischen Entwicklung der Oblast wie folgt beschrieben: „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“ in der Makro-

---

289 OK 8 (2006), S. 35.

290 *Kaliningradskaja Oblast' – strategija sotrudnitschestwa*, Moskwa 2004, S. 306. Vgl. auch: E. Wojnowski, *Obwód Kaliningradzki Federacji Rosyjskiej – od obszaru zamkniętego ku regionowi współpracy (1946-2006)*, Olsztyn 2006, S. 93-95.

region Ostsee und „Verringerung des Gefälles bei Lebensqualität und -standard zwischen der Oblast und den Nachbarstaaten“. Konkret sollte innerhalb von zehn Jahren ein Lebensstandard erreicht werden, der mit den entsprechenden Zahlen in anderen europäischen Ländern vergleichbar wäre, die Bevölkerungszahl sollte sich binnen fünfzehn Jahren verdoppeln.<sup>291</sup>

Auch in Europa wurde man auf die intensive Wirtschaftsentwicklung des Kaliningrader Gebiets bis 2008 aufmerksam. Der „Rheinische Merkur“ vom 11. Juni 2006 berichtete unter der Überschrift *Wirtschaft des früheren Königsbergs legt los*: „Die Wirtschaft der Stadt entwickelt sich, neue Einkaufszentren und Bürohäuser sind zu sehen. Ein weiterer Messwert des wirtschaftlichen Wachstums ist der Transportverkehr. Tagsüber stauen sich die Autos, und zwar ungeachtet der Breite der während der Stalin-Zeit gebauten Straßen. Im vergangenen Jahr verzeichnete Russland ein Wirtschaftswachstum von 6,4 %. In der Exklave an der Ostsee stieg die Wirtschaft um ca. 10 %. Und dies ohne Einbezug der Schattenwirtschaft, von der viele profitieren, weil das Kaliningrader Gebiet an die EU-Mitgliedstaaten, Litauen und Polen, grenzt. (...)“

Moskau ist am Kaliningrader Gebiet interessiert. Auch Putin persönlich ist es nicht gleichgültig, schon weil seine Frau Ljudmila aus Königsberg stammt. Die Frau des Moskauer Bürgermeisters Juri Luschkow, Jelena, hat in der Oblast Agrarbetriebe gekauft und züchtet dort Pferde. In Gussew will sie in einen Produktionsbetrieb für Elektrogeräte investieren. In Bagrationowsk will Luschkows Schwiegersohn in einer Burg des Deutschen Ordens aus dem 14. Jahrhundert ein Hotel einrichten. Moskau will vom Wirtschaftsboom am Pregel profitieren: die meisten russischen Kühlschränke werden im Kaliningrader Gebiet hergestellt. (...) Inkompetente Beamte und die Bürokratie machen den Investoren das Leben schwer“, schließt der deutsche Journalist seine Ausführungen zur Oblast-Wirtschaft.<sup>292</sup>

---

291 OK 12 (2006), S. 45.

292 www.dw-world.de (20.08.2006). Ähnlich gelagerte Beiträge sind auch in anderen Ländern erschienen. Beispielsweise schrieb der britische Journalist S. Castle in seinem Beitrag *Putins baltischer Tiger* vom 3. April 2006 unter anderem: „Früher wegen seiner schwerfälligen Sowjetarchitektur und der hohen Zahl an AIDS-Kranken bekannt, wird Kaliningrad heutzutage zu einer russischen Antwort auf Hongkong. Einst war es die Hauptstadt der Philosophie und ein wichtiges Wirtschaftszentrum an der Ostsee. Heute verbindet man Kaliningrad mit Drogen, Prostitution und AIDS. Die Region, durch die Wirren der Geschichte vom Rest des Landes abgeschnitten und derzeit eine Art russische fünfte Kolonne in der sich erweiternden Europäischen Union, erlebt eine unerwartete Renaissance. Georgi Boos, der energische 42-jährige Gouverneur, verfolgt den ehrgeizigen Plan, aus der Enklave ein Hongkong an der Ostsee zu machen. Dabei soll aus dem früheren Königsberg eine der touristisch attraktivsten Städte Europas werden. Nach der Landung auf der verschneiten Piste des Kaliningrader Flughafens sind kaum Anzeichen

Am 6. Februar 2007 bestätigte der Gebietsgouverneur Georgi Boos endgültig, dass ein „Gästehaus“ für die höchsten Persönlichkeiten im Staat in der Nähe der kleinen Stadt Pionerski gebaut wird. Er präzisierte nicht, wo diese „Datscha“ gelegen sein würde, aber man durfte vermuten, dass ein früheres Militärstädtchen zu diesem Zweck ausgesucht wurde, auf dessen Gelände die sog. Bismarck-Villa steht, ein heruntergekommenes Vorkriegsherrenhaus mit Seeblick. Die Rekonstruktionsarbeiten für die neue Präsidentenresidenz sollten noch im Frühling jenes Jahres beginnen und nach anderthalb-zwei Jahren abgeschlossen werden. Der Gouverneur meinte, mit solch einem Gästehaus in der Oblast ließen sich Probleme auf der föderalen Ebene viel schneller und effektiver lösen als heute. Die Aussage des Gouverneurs führte zu allerlei Spekulationen über die künftige Staatsresidenz und einem abrupten Preisanstieg für Grundstücke und Wohnungen in der Stadt.<sup>293</sup>

Aus russischer Sicht war die Regierung Putins (2000-2008), besonders ihre drei letzten Jahre, eine Zeit relativer Stabilisierung, der Prosperität, des Sicherheitsgefühls und der wieder erwachenden Nationalstolzes, der 1991 erschüttert

---

dafür zu finden, dass diese Stadt demnächst zum Wirtschaftstiger der Ostsee werden soll. Bis auf Militärmaschinen gibt es keine anderen Flugzeuge.

(...) Durch das Wirtschaftswachstum verbessern sich die Lebensbedingungen der eine Million Gebietsbewohner. Im Januar 1996 wurde Kaliningrad zur Sonderwirtschaftszone. Doch die Probleme nehmen zu, und nach Ansicht vieler ist der Fortschritt, der Kaliningrad zuteil wird, künstlich und nicht von Dauer. (...) In den lokalen Zeitungen spukt dafür immer noch der Geist der Sowjetpresse. Die ‚Kaliningradskaja Prawda‘ veröffentlicht auf der ersten Seite einen Artikel über den allgegenwärtigen Gouverneur und seine Partei ‚Einiges Russland‘. Der Beitrag erschien unter der Überschrift: ‚Zusammen mit dem Präsidenten, zusammen mit dem Einigen Russland machen wir das Kaliningrader Gebiet zu einer der besten Regionen der Welt‘. (...) Fürs erste lernen die Oblast-Bewohner den Geschmack eines moderaten Erfolgs kennen. ‚Selbst Familien mit nur einer Einkommensquelle leben hier besser als in Zentralrussland oder sogar in anderen Weltgegenden‘, behauptet die Seemannsfrau Diana Pestowa. ‚Mein Mann hat schon viele Länder besucht. Wir sind beide glücklich, dass wir hier leben.‘“ [www.wiadomosci.onet.pl](http://www.wiadomosci.onet.pl) (10. Februar 2007). Der litauische Schriftsteller A. Juozaitis schrieb über die erstaunlichen Veränderungen, die sich in den letzten Jahren in Kaliningrad vollzogen: „(...) Die Stadt ist kaum wieder zu erkennen. Gleichzeitig mit dem Bau neuer Häuser werden alte Bauten restauriert. Besonders beeindruckend der Hauptplatz der Stadt, der nach dem totalen Umbau ein neues Antlitz bekommen hat, und die majestätische orthodoxe Christ-Erlöser-Kathedrale.“ *OK 1* (2007), S. 49. Auch in der polnischen Presse wurde der Wandel registriert. J. Woźniczko schreibt in seinem Beitrag *Hongkong an der Ostsee* unter anderem: „In Kaliningrad entstehen Einkaufszentren, Bürohäuser und Fabriken westlicher Konzerne. Die ehemalige Militärenklave wird zu einem Bollwerk der russischen Wirtschaft mitten in der Europäischen Union und zum deutschen Tor nach Russland.“ *Przekrój 13* (2007), S. 40-42.

worden war, als das die soziale Sicherheit garantierende System zerfiel, die offizielle Ideologie kompromittiert wurde und die UdSSR auseinanderbrach.

Putin ist es gelungen, in der russischen Welt „Ordnung zu schaffen“, indem der Lebensstandard der Bevölkerung angehoben, die um die Aufteilung der natürlichen Ressourcen kämpfenden Oligarchen befriedet und Russland zentralisiert wurde, das noch zehn Jahre zuvor den Eindruck machte, bald auseinanderzubrechen.

Dass die Russen damals ein Gefühl des Stolzes wiedergewannen, beruhte darauf, dass die Sowjetzeiten rehabilitiert wurden und man die Sehnsucht nach einstiger Größe pflegte, ganz gleich, ob sie aus den Tagen Nikolaus‘ II., Stalins oder Breschnews stammte. Diese Methode, den Glauben an die Größe des eigenen Volkes wiederherzustellen, trug die erwarteten Früchte, weil bislang nichts anderes gefunden wurde, was mitreißt.

Viele Bürger Russlands halten die Wiederherstellung des Nationalstolzes für Putins größtes Verdienst. Dazu hat auch der Sieg im Georgienkrieg 2008 beigetragen. Die heutige Flucht der Russen vor der Freiheit ist – auch nach der Machtübernahme durch den von Putin auserkorenen Dimitri Medwedew – nicht Folge von Repressalien, sondern ein freiwilliger Verzicht; im Gegenzug bekommen sie Hoffnung auf einen moderaten Wohlstand, graue Stabilisierung und das Gefühl einer wiedererlangten Ordnung.<sup>294</sup>

Staatspräsident Medwedew hält die Einführung eines „wirksamen Wirtschaftssystems und einer ausgereiften russischen Demokratie“ für das Russland gesteckte Ziel.<sup>295</sup>

Nach einem Jahr seiner Machtausübung zeichneten sich gewisse neue Tendenzen ab. Nach Ansicht von Olga Kryschtanowska kann man von einer „autoritären Modernisierung mit Liberalisierungskurs“ sprechen: „Das System bleibt das alte. Nach wie vor haben wir es mit einem einzigen Machtzentrum zu tun, wenn auch durch zwei Personen verkörpert. Dieses eine Machtzentrum, also nach unserer Tradition der Kreml, bündelt gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt. Nun signalisiert es aber den Wunsch nach Liberalisierung.“<sup>296</sup>

Unter der Regierung Putin haben sich die Erdölpreise vervierfacht; enorme Profite wurden aus Gasausfuhren erzielt. Dies reichte für die vorzeitige Tilgung der Auslandsverschuldung, eine Aufstockung der Gold- und Währungsreserven auf 480 Milliarden US-Dollar, die Schaffung eines Stabilisierungsfonds, der inzwischen über 110 Milliarden US-Dollar verfügt, und – das wichtigste – für die

294 Vgl. T. Bielecki, *Rosja ucieka od wolności*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 27.02.2008, S. 15; M. Zawadzki, *Rosja powinna być sobą, czyli mocarstwem*, *Gazeta Wyborcza* vom 18.06.2008, S. 13; H. Wojciechowski, *Dajmy Rosji szansę*, *Gazeta Wyborcza* vom 4.-5.04.2009, S. 14 f.

295 *Gazeta Wyborcza* vom 20.04.2009, S. 12.

296 *Kreml odkręca śrubę. Rosyjska nanoodwilż oczami demokracji. Wywiad z Olgą Krysztanowską*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.04.2009, S. 10.

Erhöhung von Löhnen und Renten auf das 2,5-Fache in den letzten acht Jahren. Es wurden auch Sozialprogramme aufgelegt (Gesundheitswesen, Entwicklung von Rückstandsregionen, Geburtenförderung). Zur Geburt des zweiten und jedes weiteren Kindes deponiert der Staat auf einem Sonderkonto ein Mutterschaftskapital in Höhe von 250 000 Rubel (ca. 10 000 US-Dollar), das für exakt festgelegte Zwecke dienen soll, wie Verbesserung der Wohnsituation oder Bildung des Kindes.

Es wurden eine Einheitssteuer von 13 % eingeführt, die Reform der Kommunalverwaltung und des Schulwesens angegangen, Grundlagen für eine Renten- und Gesundheitsreform gelegt.<sup>297</sup>

Das reale Wachstum des Lebensstandards vieler Russen, darunter auch der Einwohner des Kaliningrader Gebiets, belegen folgende Zahlen: Im Jahr 2000 betrug das russische BIP 7 700 US-Dollar pro Kopf, 2007 stieg es auf 14 600 US-Dollar; der Durchschnittslohn erhöhte sich von 79 US-Dollar 2000 auf 553 im Jahr 2007. Selbst wenn man die ziemlich hohe Inflation (durchschnittlich etwa 12 % im Jahr) und den sinkenden Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Rubel berücksichtigt, ist die Kaufkraft des Durchschnittsrussen seit 1999 auf das 2,5-Fache gestiegen. Die Zahl derer, die nach eigenen Angaben unter dem Existenzminimum leben, ist von etwa 30 auf 10 % zurückgegangen.<sup>298</sup>

Putin selbst gab bei der Machtübergabe an Medwedew zu, „die Liste von Problemen, vor denen Russland steht, sei länger als die der Erfolge. Unter jenen, die zu lösen ihm nicht gelungen sei, nennt er ohne Zögern die Korruption an erster Stelle. An zweiter die geringe Effizienz staatlicher Institutionen und... die Korruption.“<sup>299</sup>

Die Jahre 2007-2008 erwiesen sich für das Kaliningrader Gebiet als vorteilhaft, hauptsächlich im Hinblick auf die realisierten Investitionen und im Vergleich zu anderen Regionen des Föderationskreises Nordwestrussland. Großenteils resultierte dies aus der Sonderwirtschaftszone: Der russische Marktanteil der in der Region zusammengebauten Fernsehapparate betrug über 70 %, der der Staubsauger über 80 %. Die Auslandsinvestitionen in der Oblast beliefen sich im Jahr 2007 auf 298,9 Mio. US-Dollar.

Nach offiziellen Angaben stieg die Industrieproduktion 2007 um 66 %, hauptsächlich durch die Ergebnisse der Maschinenindustrie, deren Montageleistung sich binnen zwei Jahren verdoppelte. In den Jahren 2006-2007 verdoppelten sich auch die Einkünfte des Oblast-Haushalts (unter anderem durch den vergrößerten Steueranspruch). Unterdes erlebte die Landwirtschaft der Region eine seit Jahren sich verschärfende Krise. 2007 sank der Viehbestand um mehr als 20 %. Landwir-

---

297 Z. Raczyński, *Wladimir Odnowiciel*, in: *Polityka* 10 (2008), S. 48-50

298 W. Radziwinowicz, *Rosja Putina. Rządzić po swojemu*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 7.05.2008, S. 14 f.

299 Zit. nach: Z. Raczyński, *Wladimir...*

te und Politiker erklären diesen Rückgang mit der niedrigen Rentabilität der Tierproduktion. Auch die Milchleistung sank. Die Milchproduktion verringerte sich um 2 % im Vergleich zum ohnehin mäßigen Jahr 2006; die Rindfleischerzeugung sank um 10 %. Die Oblast büßte den landwirtschaftlichen Charakter einer beinahe lebensmittelautarken Region nicht etwa ein, weil die Industrie dominierte, sondern wegen der katastrophalen Ergebnisse des Agrarkomplexes und der Konkurrenz durch importierte Fertiglebensmittel. Die Ernte 2007 war die schlechteste in der Geschichte der Region.<sup>300</sup>

Das größte Problem der Oblast-Bevölkerung war der systematische Preisanstieg für Artikel des täglichen Bedarfs, vor allem für Grundnahrungsmittel. Um die Jahreswende 2007-2008 betrug die Teuerungsrate 20-25 %. Ein ernstes Problem blieb die Wärme- und Stromversorgung. Eine erhebliche Menge der erzeugten Wärme wurde ständig vergeudet. 2008 wurde lebhaft über den Bau des ersten Kernkraftwerks in der Nähe von Gussew diskutiert.<sup>301</sup> Gleichzeitig wurde (gemeinsam mit Gasprom) mit dem Bau des zweiten Kraftwerksblocks (sog. TEC-2) begonnen, der mit größeren Erdgaslieferungen durch das bestehende Leitungsnetz in die Oblast betrieben werden soll.<sup>302</sup> Damit wurden Pläne aufgegeben, das Kaliningrader Gebiet mit Gas über die Nord-Stream-Pipeline zu beliefern, die Russland mit Deutschland über die Ostsee verbindet.

Dem Empfinden der Oblast-Einwohner nach verschlechterte sich ihre materielle Lage 2007 nicht (54 %), für einen beachtlichen Teil von ihnen verbesserte sie sich sogar (22 %). Positiv waren auch die gesellschaftlichen Erwartungen für das Jahr 2008. Am 10. Januar 2008 besuchte Medwedew Kaliningrad. Während dieses Besuchs betonte er, das strategische Hauptziel sei „die Verwandlung des Kaliningrader Gebiets in eine blühende Landschaft, die fest in den allgemeinen russischen Wirtschafts- und Kulturraum integriert ist“.<sup>303</sup>

Die Umsetzung dieser optimistischen Entwicklungspläne wurde durch die Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 gestört. Der abrupte Ölpreisverfall (von 170 auf 50 US-Dollar pro Barrel) stellte die Realisierung des ehrgeizigen Modernisierungsplans nicht nur im Kaliningrader Gebiet in Frage (wo unter anderem der Bau von Schnellstraßen zwischen Kaliningrad und der Ostseeküste vorgesehen war), sondern in ganz Russland.

300 T. Baryła, W. Hojszyk, *Obwód...*, S. 25-38.

301 Vgl. Zasłoń, *Rosjanie zapraszają do atomówki, Polska milczy*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 18.04.2008, S. 36; ders.: *Bałtycki wyścig o atom*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 1.09.2008, S. 30; *Rosja chce energetycznego połączenia. Rosjanie chcą zbudować gigantyczny most energetyczny między Polską a Obwodem Kaliningradzkim*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 26.03.2008, S. 24.

302 T. Baryła, W. Hojszyk, *Obwód...*, S. 36.

303 Ebenda S. 4.

Dank der Weltmarktkonjunktur für Energierohstoffe zahlten Zentral- und Lokalregierungen seit einigen Jahren Löhne und Gehälter, Renten, Sozialbeihilfen, renovierten Straßen, Schulen, sogar Theater und Museen. Die Erwerbstätigen hatten im Vergleich zu den 1990er Jahren das Gefühl, „wie im Paradies zu leben“.

Es galt eine Art Gesellschaftsvertrag, der darauf hinauslief, dass sich die Bürger nicht mit Politik befassen und die vorherrschende Stellung des Kremls, der Partei Einiges Russland oder der lokalen Behörden nicht in Frage stellen dürfen. Im Gegenzug können sie zu Wohlstand kommen und sich sogar bestechen lassen – allerdings alles im Rahmen des „gesunden Menschenverstands“.<sup>304</sup>

Laut Juri Afanasjew hat die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise, die Russland um die Jahreswende 2008/2009 traf, die Lage radikal verändert und „offenbarte die Schwächen der ganzen Strategie Putins und der von ihm entwickelten Art des Regierens. Statt des ‚goldenen Regens‘ aus Erdöl und -gas, an den wir uns schon gewöhnt haben, nimmt die Kapitalflucht aus Russland zu. Die Produktion bricht zusammen, die Arbeitslosigkeit steigt. Es verschärfen sich alle bisher vernachlässigten Probleme im Gesundheitswesen, der Bildung und dem Wohnungsbau. Bei einem Ölpreis von weniger als 70 US-Dollar pro Barrel, der dem Etat zugrundeliegt, wird man nach den Ersparnissen der Bevölkerung greifen müssen; Kapital- und Goldreserven werden nicht lange reichen.

(...) Man muss bedenken, dass die ganze Masse der Bevölkerung – die ständig verarmt und die Reihen der Arbeitslosen füllt, die keine politischen oder zivilen Organisationsformen kennt – die ganze Zeit unter dem Druck einer quasi exponentiell zunehmenden Korruption lebt. Einer Korruption, die praktisch in allen gesellschaftlichen Schichten und auf allen Machtebenen, darunter – nach Ansicht zahlreicher Autoren – auf der höchsten, mit dem Staats- und dem Ministerpräsidenten an der Spitze, herrscht. Einer Korruption, die eine der zersetzendsten Folgen des Mangels an strukturell-funktioneller Differenzierung und Spezialisierung des modernen gesellschaftlichen Systems und des modernen öffentlichen Lebens ist.“<sup>305</sup>

Im Januar 2009 ging die Industrieproduktion in Russland um ein Sechstel zurück. Allwöchentlich wächst das Heer der Arbeitslosen um 70 000-80 000 Personen, während diejenigen, die noch Arbeit haben, niedrigere Löhne bekommen.<sup>306</sup>

Das russische BIP befindet sich im Sturzflug. Es kann sein, dass Russland für die Rettung der Wirtschaft und die Tilgung der Auslandsschulden alle Währungsreserven von 380 Milliarden US-Dollar aufbraucht. Die Ausfuhren und

---

304 M. Wojciechowski, *Na rogu Komunistycznej i Lenina*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 31.12.2008-1.01.2009, S. 18.

305 J. Afanasjew, *Kamienna Rosja. Martwy lud. Osobna droga Rosji – historyczny bieg w miejscu*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 24.-25.01.2009, S. 30.

306 *Der Crash des Wirtschaftswunders Kaliningrad*, www.diewelt.de (5.02.2009)

Auslandsinvestitionen schrumpfen. Bereits 2008 fielen sie um 14 %, im ersten Halbjahr 2009 sogar um 31 %; zum ersten Mal seit vielen Jahren flossen 10,5 Milliarden US-Dollar mehr aus Russland hinaus, als hinein. Die Politiker fordern Regelungen zur Eindämmung des Kapitalflucht.<sup>307</sup>

In einer besonders prekären Lage befanden sich Randgebiete, insbesondere der ländliche Raum.<sup>308</sup> Das Kaliningrader Gebiet geriet, wie das Memelland sowie Ermland und Masuren, durch die Krise in eine besonders schwere Situation. Am Pregel waren die Folgen der Krise am stärksten zu spüren.

Im April 2009 wurde der Öffentlichkeit bekanntgegeben, dass die Industrieproduktion um 10-20 % im Vergleich zu 2008 zurückgegangen ist. Die Investitionen in Sachanlagen schrumpften um mehr als 20 %. Es wurden ein Viertel (25 %) weniger Wohnungen fertiggestellt. Bei gleichzeitiger Steigerung des Kreditvolumens ging der Wohnungsbau um ein Drittel zurück. Krisenbedingt fiel das Steueraufkommen auf 70-90 %. 2009 wurden praktisch alle Bauinvestitionen eingestellt.<sup>309</sup>

Die Arbeitslosigkeit steigt in der Oblast schneller als im russischen Durchschnitt. Die offizielle Arbeitslosenrate im Februar 2009 betrug 2,2 % (gegenüber 1,3 % ein halbes Jahr zuvor). Viele Arbeitnehmer verloren ihre Arbeit durch Konkurs der Unternehmen, z. B. der Baltkredobank. Viele Firmen schicken ihre Arbeitnehmer in unbezahlten Urlaub. Dieses Schicksal ist zum Beispiel 350 Mitarbeitern der Kaliningrader Firma Telebalt widerfahren. Andere Firmen beschäftigen ihre Angestellten in Kurzarbeit (z. B. 16 statt 24 Stunden pro Woche).<sup>310</sup> In einer besonders schwierigen Lage befinden sich die Bewohner der Provinz (*Glubinka*).<sup>311</sup>

307 C. Pytlos, *Finanse. Dramatyczna informacja z Ukrainy, Rosji i Holandii. Kolejne państwa przegrywają z kryzysem gospodarczym*, in: *Dziennik* vom 18.02.2009, S. 03; I. Trusewicz, *Rosja traci inwestorów zagranicznych*, in: *Rzeczpospolita* vom 22.-23.08.2009, S. 37.

308 Dieses Phänomen ist beispielsweise auch aus Ostdeutschland bekannt. Vgl. K. D. Keim, *Peripherisierung ländlicher Räume*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2006, Nr. 37, S. 3-7; B. Nölting, *Transformacja peryferyjnych obszarów wiejskich w Niemczech Wschodnich. Nowa droga rozwojowa – trwały postęp czy tylko próba zwalczania symptomów?* in: *Procesy transformacji w Polsce i Niemczech Wschodnich. Próba bilansu*, pod red. A. Saksona, Poznań 2009, S. 267-291.

309 [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (8.04.2009). Radikal stieg die Verschuldung öffentlicher Unternehmen (hauptsächlich der Wärmeversorgung), besonders außerhalb Kaliningrads. [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (18.03.2009; 29.08.2009).

310 Ebenda.

311 Vgl. *W „glubinke“ tiaschele*, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (18.03.2009); H. Dzieran, *Krise erreicht die Provinz. Entlassungen und leere Kassen – Das Beispiel Tilsit*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 2009, Nr. 14, S. 13.

Ende 2008 schuldeten die Firmen ihren Mitarbeitern etwa 149 Millionen Rubel (3,7 Millionen Euro). Anfang 2009 stieg diese Summe schlagartig auf 98,3 Millionen Euro an.<sup>312</sup>

Dadurch drohte eine Rückkehr des „Alptraums der neunziger Jahre“, d. h. unpünktlicher Gehaltszahlungen. Im März 2009 betrafen Lohnrückstände vorwiegend den Produktionssektor, aber auch den öffentlichen. Meistens wurde die Hälfte der Löhne ausgezahlt. Vor die Wahl gestellt, entweder Mitarbeiter zu entlassen, ihnen einen Teil der Bezüge zu zahlen oder Steuerzahlungen einzustellen, entschieden sich die Unternehmensleitungen in der Regel für die zweite Variante. Entsprechende Entscheidungen wurden in einer Reihe von Kaliningrader Betrieben getroffen, z. B. den Straßenbahnbetrieben, den Wasser- und Kanalisationswerken, den Heizwerken). Schwierig war die Lage auch in Zeitschriftenredaktionen u. Ä.<sup>313</sup>

Eine messbare Folge der Krise ist für die meisten Oblast-Bewohner der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Lebenshaltungskosten. Im April 2009 belief sich die Zahl der Erwerbslosen in Kaliningrad (nach offiziellen, zu niedrig angesetzten Angaben) auf 18 000 Personen (weiteren 7 000 Menschen drohte der Arbeitsplatzverlust). Die Arbeitslosenzahl betrug in der gesamten Oblast 25 000. Allein in Sowetsk (Tilsit) stieg sie auf über 2 000 Personen.<sup>314</sup>

Im Januar 2009 stiegen die Preise für Heizung und Warmwasser um knapp 39 %, für Erdgas um ca. 28 % und für Strom um 25 %, wofür die Behörden den Unternehmen die Schuld geben (z. B. stiegen die Heizkosten pro 1 m<sup>2</sup> Wohnfläche von 35 auf 47 Rubel). Die Teuerung auch der Lebensmittel ist ein „Schlag für die Ärmsten“. Die Krise äußert sich auch darin, dass sich im ersten Halbjahr 2009 die Verschuldung der Einwohner aus nicht bezahlten Rechnungen für die Heizsaison 2008-2009 auf über 460 Millionen Rubel belief. Es wurden Sonderkommissionen gebildet, um dieses Problem zu lösen, das „zu einem gesellschaftlichen Verfall führen“ könne. Viele Kommunalbehörden, z. B. in Baltijsk, hatten kein Geld im Stadttat, um für den Winter ausreichend Brennstoffe zu kaufen.<sup>315</sup>

---

312 [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (23.04.2009). Im Januar 2009 gab es in Kaliningrad doppelt so viele offiziell arbeitslos Gemeldete wie im Vorjahr und viermal so wenig freie Arbeitsstellen, [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) (11.01.2009). Größter Schuldner war das Kfz-Montagewerk KD Avia. Die Verschuldung der Kommunalhaushalte stieg von 0,9 auf 1,9 Mio. Rubel. Am prekärsten war die Lage im Rajon Polesk. 2009 überschritten die Schulden der Oblast den geplanten Wert um knapp 57 % oder 8,3 Mia. Rubel, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (9.01.2009).

313 A. Schubin, *Platit saplatu ili nalogi*, in: *Kaliningradskaja Prawda* vom 13.03.2009, S. 3.

314 [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (25.04.2009).

315 Der Preisanstieg für „Wohnnebenkosten“ gestaltete sich in den kommunalen Wohnungen wie folgt: 2007 – 6,86 Rubel, 2008 – 9,6 Rubel, Januar 2009 – 11,9 Rubel (pro 1 m<sup>2</sup>), [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (29.02.2009; 1.09.2009).

Erneut sind in der Oblast Proteste ausgebrochen, zunächst wegen der Einführung von Sperrzöllen für aus dem Ausland eingeführte Autos. Dadurch brach der Markt für importierte Gebrauchtwagen zusammen.<sup>316</sup> Den Protesten schlossen sich Arbeitnehmer abgewickelter Betriebe (z. B. im Sanitätswesen) an.<sup>317</sup>

Durch die Wirtschaftskrise, die dazu führte, dass Löhne eingefroren, der Rubel entwertet, Betriebe vorübergehend geschlossen und keine Leistungsprämien mehr gezahlt wurden, kam es im ersten Quartal 2009 zu einem deutlichen Einkommensrückgang aller Russen, nicht selten gar um 40 % (im Banken-, IT-, Bau-, und Handelsektor sowie der Automobilindustrie; die übrigen Branchen verloren etwa 15-20 %). Die Unternehmen froren Löhne und Gehälter massenweise ein oder gingen, wie die Industrie, zur Vier-Tage-Woche bzw. unbezahltem Urlaub über. Im Februar 2009 betrug der Durchschnittslohn in Russland 488 US-Dollar.<sup>318</sup>

Am 27. Oktober 2009 besuchte Premierminister Putin für einen Tag Kaliningrad. Er kritisierte, dass die Mitarbeiter der Firma KD Avia seit knapp einem Jahr keine Löhne ausgezahlt bekommen hatten, und wies den Gouverneur Boos an, dieses Problem unverzüglich zu lösen und die überfälligen Bezüge aus dem Gebietsfonds zu zahlen. Der Gouverneur sagte kurz: *choroscho* und *ponial* („gut“ und „verstanden“).<sup>319</sup>

Für die Sanierung dieses Unternehmens bekam die Gebietsverwaltung im März 2009 vier Mia. Rubel aus dem Zentralhaushalt. Die Aufgabe blieb wegen „objektiver Schwierigkeiten“ letztlich unerledigt. Die Firma schuldete ihren Mitarbeitern 300 Mio. Rubel. Das KD-Avia-Führung forderte den Konkurs und strengte das Insolvenzverfahren an. Putin bemerkte: „Wenn die allgemeine Verschuldung der Firma 13 Mia. Rubel beträgt, bekommt ihr von ihr nichts“, auch kein Geld für die Zahlung überfälliger Löhne. Am selben Tag demonstrierten Firmenmitarbeiter am Denkmal Mütterchen Russland. Sie forderten die Auszahlung der Gehälter. Auf den Transparenten waren Anklagen gegen den Ministerpräsidenten, den Gouverneur und die Betriebsführung zu lesen.<sup>320</sup>

---

316 Um es noch vor dem Inkrafttreten neuer Zolltarife rechtzeitig zu schaffen, bildeten sich im Januar 2009 an den Grenzübergängen zwischen dem Kaliningrader Gebiet und Polen riesige Schlangen. Die polnische Bevölkerung aus der Umgebung sowie die lokalen Behörden starteten spontan eine Hilfsaktion und versorgten die Wartenden mit Heizmaterial, Wasser, Lebensmitteln, mobilen WCs. Darüber berichteten unter anderem polnische Fernsehanstalten ausführlich. Vgl. W. Radziwinowicz, *Rząd pomógł, Rosjanie zaplacq?*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 31.01.-1.02.2009, S. 34.

317 Vgl. A. Aldyłow, *Kak 20 let nasad*, in: *Kaliningradskaja Prawda* vom 17.03.2009, S. 2.

318 I. Trusewicz, *Dochody Rosjan zmataly nawet o 40 procent*, in: *Rzeczpospolita* vom 7.05.2009, S. B8.

319 W. Smirnow, *Dwe nowosti ot Putina*, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (29.10.2009).

320 A. Gorbunow, *Schtoby Putin uslyschal*, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (28.10.2009).

Zur größten Protestkundgebung der letzten zwanzig Jahre kam es am 30. Januar 2010 in Kaliningrad. Es beteiligten sich 10 000-12 000 Menschen. Hauptorganisator der Kundgebung war die regionale gesellschaftliche Bewegung „Gerechtigkeit“. Ihr folgten praktisch alle größeren und kleineren Oppositionsparteien und gesellschaftlichen Bewegungen. Boris Nemzow und Ilja Jaschin, Anführer der Bewegung „Solidarität“, kamen eigens aus Moskau angereist. Die Kundgebung fand auf dem Zentralplatz vor der sanierten Ruine des „Hauses der Räte“ statt. Obwohl die Kundgebung sich gegen die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer durch die lokalen Behörden richtete, forderten die Demonstranten auch höhere Bezahlung, Abbau der Arbeitslosigkeit und Wiedereinführung der direkten Gouverneurswahlen. Sie verlangten auch den Rücktritt des Gebietsgouverneurs, des Ministerpräsidenten Putin und der gesamten Gebietsregierung. In einer „Entschließung“ ist unter anderem zu lesen: „Die soziale und politische Lage im Kaliningrader Gebiet verschlechtert sich zusehends. Der Lebensstandard sinkt, die Löhne fallen, die Arbeitslosigkeit und die Steuern steigen. Boos‘ Siegesbeteuerungen gegenüber der ‚gemeinrussischen‘ Regierung sind eine Propagandalüge. Die Oblast belegt nach Rosstat-Daten landesweit den ersten Platz hinsichtlich der Lohnrückstände. In der Region sind die Kommunal- und Wohnungstarife am höchsten, die Renten gering.

Die Lage im Gesundheitswesen gestaltet sich äußerst schlecht: Sozialstandards werden gedrückt, niemand wurde für das heruntergewirtschaftete Krankenhaus Nr. 1 und die Veruntreuung von Geldern im Zusammenhang mit dem Kauf des teuren Computertomographen zur Rechenschaft gezogen.

Die Lage im Bildungswesen ist auch nicht besser: Schulen in der Region werden geschlossen, den höchsten Zuschuss erhielt die Schule, die von der Gouverneurstochter besucht wird! Es fehlen Kindergärten, wobei viele der bestehenden auf Wirtschaftlichkeit umgestellt und somit für viele Eltern nicht mehr zu bezahlen sind.

Boos‘ zahlreiche Versprechen werden nicht eingehalten. Auch nicht, dass der Lebensstandard Litauens und Polens eingeholt werden würde. Ganz im Gegenteil, im Vergleich zu den Nachbarländern wird der Abstand immer größer, und das nicht zu unseren Gunsten. Die Infrastruktursituation wird immer katastrophaler: KD Avia wurde zugrunde gerichtet, die Bahnverbindungen nach Berlin und Gdingen eingestellt.

In den Massenmedien, besonders dem Regionalfernsehen, gedeiht die politische Zensur.

Entgegen der Politik des Staatspräsidenten führt der Gebietsgouverneur keinen Dialog mit unabhängigen politischen Kräften. Diesbezüglich fordern wir, eine Richtung zu unterstützen, die auf die Brechung des Monopols der Partei Einiges Russland abzielt, wie sie vom Staatspräsidenten der Russischen Föderation vor-

gezeichnet wurde. Die Obrigkeit errichtet ‚potemkinsche Dörfer‘, die Steuerlast nimmt zu, die Gebietsduma ist ein Anhängsel der Gebietsregierung, unsere Region wird zugunsten privater Interessen von einem Gouverneur-Milliardär und Minister-Millionären regiert, die ohne Ausnahme zum Einigen Russland gehören.“<sup>321</sup>

Die Kundgebung wurde von Konstantin Doroschok organisiert, nach dessen Ansicht die Ostsee-Enklave ebenso die Krise zu spüren bekommt wie ganz Russland, der aber auch ausführte, dass „unsere Oblast zu Recht die europäischste in der ganzen Föderation ist. Weltkenntnis schöpfen wir hier nicht aus dem Staatsfernsehen wie die Bewohner der russischen Provinz, sondern aus dem, was wir bei Fahrten in die Nachbarländer sehen. Wir sehen, dass in Polen, wo Reformen durchgeführt wurden und wo Demokratie herrscht, es billiger ist, die Leute besser verdienen, die Zivilgesellschaft funktioniert.“<sup>322</sup>

In seiner Analyse der Krisensituation stellte Boos fest, in der Region herrsche eine Krise des politischen Systems: „Es gibt ein bestimmtes Nachkrisensyndrom. Geraten Menschen in Extremsituationen, schnallen sie den Gürtel bereitwillig enger, aber nach der Krise wächst ihre Gereiztheit. Dazu kommen noch objektive Faktoren. Diese verbergen sich in diesen oder jenen Fehlentscheidungen infolge der verschärften politischen Lage am Ausgang der ersten Regierungszeit und stachelten die Protestbereitschaft der Bevölkerung an. Wir haben eine Analyse durchgeführt und Schlussfolgerungen gezogen.“<sup>323</sup>

Bei einem Treffen der Opposition mit dem Gebietsgouverneur am 5. März 2010 wurden Boos die brenzlichsten Probleme der Region vorgestellt: Preiserhöhungen bei Gas, Strom, Grundsteuer und in der Kommunal- und Wohnungswirtschaft, Mängel im Gesundheitswesen.<sup>324</sup>

Zu einer weiteren Protestaktion kam es am 20. März 2010. Diesmal wollten die Behörden die Pläne der Organisatoren durchkreuzen und genehmigten die Kundgebung nicht. Gleichwohl kamen 1 500-3 000 Demonstrierende auf dem Zentralplatz zusammen. Etwa 300 veranstalteten eine „Mandarinenaktion“; sie warfen Mandarinen in die Höhe und skandierten „Nieder mit Boos!“, „Nieder mit der Kamarilla!“ und sogar „Nieder mit Putin!“. Organisiert wurde die Kundgebung in Form eines neuen Sozialphänomens, und zwar der neuerdings modernen Demonstrationen vom *Flashmob*-Typ, deren Teilnehmer sich per Kurznachrichten

---

321 *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk) 1 (2010), S. 35.

322 Zit. nach: W. Radziwinowicz, *Bunt rosyjskiego elektryka. 10.000 ludzi protestowało w sobotę w Kaliningradzie przeciw podwyżkom*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 1.02.2010, S. 2.

323 Zit. nach: *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk) 1 (2010.), S. 23. Dort auch eine ausführliche Analyse zu Ursprung, Verlauf und Folgen der Proteste vom 30. Januar 2010 (S. 3-27).

324 Ebenda S. 27.

zu einem Treffen an einem für die Behörden unerwarteten Ort verständigen. Die Mehrheit der Demonstranten waren junge Menschen. Einige trugen Mundschutz, um die Unterdrückung des freien Wortes zu symbolisieren. Eine ähnliche Kundgebung fand auch am 27. März desselben Jahres statt. In einer Resolution wurde wiederum der Rücktritt des Gouverneurs und seiner Regierung gefordert.<sup>325</sup>

Am 21. August 2010 kam es zu einer weiteren, spontan über das Internet einberufenen Protestaktion. Marcin Wojciechowski schilderte diese Demonstration mit 3 000 Teilnehmern wie folgt: „Die Hauptallee des Südparks in Kaliningrad war am Sonnabend rot, orange und grün. Rote Fahnen brachten die Kommunisten mit, die hauptsächlich soziale Forderungen stellten, orangefarbene die Sympathisanten der demokratischen Opposition, die die Wiedereinführung der direkten Gouverneurswahlen verlangten, grüne die Ökologen und lokalen Aktivisten, die von den Behörden forderten, die Parks nicht zu schließen.

Überraschend verwandelte sich die Kundgebung in eine Demonstration gegen die Regierung. ‚Nieder mit Putin!‘, ‚Wir fordern Rücktritt der Regierung!‘, riefen die Demonstranten. Zum Schluß verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution mit Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung, der Senkung von Einfuhrzöllen auf Kraftfahrzeuge, visafreien Reisen in die EU-Staaten, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und einem Ende der Erhöhungen kommunaler Gebühren.“<sup>326</sup>

Für die Organisatoren kam solch eine Beteiligung unerwartet. Die Behörden wurden vom Demonstrationsverlauf überrascht. Auf T-Shirts der Teilnehmer waren Aufschriften zu lesen wie: „21. August. Tag des Zorns: Kaliningrad“.<sup>327</sup>

Analytiker in Kaliningrad, Moskau und im Ausland erblicken Ursachen für die Demonstrationswelle der Jahre 2009-2010 sowohl in den besonderen Bedingungen der Enklave, die von der neuen Krise heimgesucht wurde, als auch in russlandweiten Prozessen. Einer der wichtigsten Gründe für die Unzufriedenheit der Menschen in der Region und ihrer Hauptstadt sind die sich hinziehende Wirtschaftskrise und das Unvermögen lokaler Behörden. Die Zahl der Arbeitslosen steigt systematisch. 2009 belief sich die Arbeitslosenrate nach offiziellen, viel zu niedrig angesetzten Angaben auf 11,8 %; das waren 1,5 % mehr als der russische Durchschnitt. Von den 502 600 Menschen im erwerbsfähigen Alter waren fast 59 500 arbeitslos, 4 000 von Arbeitslosigkeit bedroht. Die Verschuldung durch überfällige Gehaltszahlungen stieg um 8 %, damit stand die Oblast in ganz Russland

---

325 Ebenda S. 33. Vgl. auch: W. Radziwinowicz, *Premier Putin musi odejść*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 22.03.2010, S. 14; [www.newkaliningrad.ru](http://www.newkaliningrad.ru) (27.03.2010).

326 M. Wielński, *Kaliningrad przeciw Putinowi*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 23.08.2010, S. 10.

327 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (22.10.2010); I. Tschernyschew, *Demo der Opposition im Grünen*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 35 (2010), S. 13.

an zweiter Stelle. Der Lebensstandard sank, die Steuern wurden erhöht, neue ungünstige Zolltarife eingeführt.<sup>328</sup>

Die Wirtschaftskrise schlug sich auch in der Einstellung der Bewohner zu den Gebietsbehörden nieder. Aus Ende 2009 durchgeführten Umfragen ging hervor, dass nicht weniger als 82 % der Befragten nichts vom Maßnahmenpaket der Regierung zur Krisenbekämpfung gehört haben. Die Tätigkeit des Gesundheitswesens wurde von 57 % der Befragten für „schlecht“ bzw. „sehr schlecht“ befunden, für „gut“ lediglich von 3 %. Dem Gouverneur Boos vertrauten nur 11 %, und nur 1 % der Kaliningrader billigten seine Krisenbekämpfung.<sup>329</sup> Unter diesen Umständen war es nicht weiter verwunderlich, dass der Staatspräsident Medwedew im August 2010 den Gouverneur Boos abberief, um so dessen mögliche Wiederwahl für weitere 5 Jahre zu verhindern.<sup>330</sup>

Nikolai Zukanow, der sich um das Amt des Gebietsgouverneurs bewarb, zählte zu den größten Herausforderungen für die Verwaltung die Arbeitslosigkeit, die fehlende bequeme Anbindung an „Großrussland“, fehlende Kindergärten und die schlechten medizinischen Dienstleistungen sowie die Probleme der Landwirtschaft und öffentlicher Einrichtungen. Die Getreideernte 2010 fiel durch Hitzewellen und starke Regenfälle sehr niedrig aus. Eine gewisse Hoffnung weckte die wirtschaftliche Belebung in ganz Russland. In den Monaten Januar-Juni 2010 stieg das russische BIP um 4,2 % p. a.<sup>331</sup>

Die Bewohner des Kaliningrader Gebiets sehen der „konservativen Revolution“ von Präsident Medwedew mit gewissem Optimismus entgegen. Sie bezweckt „das Humankapital zu entwickeln, den Lebensstandard anzuheben, das geltende Recht zu befolgen und die Rolle des Staates zu beschränken.“<sup>332</sup> Das Programm ruft allerdings zahlreiche Kontroversen und Skepsis hervor, insbesondere was die Umsetzbarkeit in den kommenden Jahren angeht.<sup>333</sup>

---

328 *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk) 1 (2010), S. 11 f.; [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (2.11.2009, 16.01.2010). vgl. auch: I. Wiśniewska, A. Dubas, J. Rogoża, *Rosja w kryzysie: rok pierwszy*, Raport OSW vom 27.01.2010

329 „Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie“ (T. Baryła, W. Hojszyk) 2010, Nr. 1, S. 5.

330 Vgl. M. Rosenthal-Kappi, *Georgij Boos wird weggelobt. „Einiges Russland“ verwehrt dem amtierenden Gouverneur die zweite Amtszeit – Opposition triumphiert*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 33 (2010), S. 13. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr Juri Luschkow, der 18 Jahre lang Bürgermeister von Moskau war, gegen Ende September 2010.

331 [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (31.08.2010).

332 Cheda, *Kroczkami na zachód*, in: *Polityka* 16 (2010), S. 99.

333 L. Szewcowa, *Pożyteczni idioci Putina*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 9.-10.10.2010, S. 27 (Nachdruck nach *Nesawissimaja Gaseta* vom 9.06.2010).

Obwohl 85 % der Russen meinen, man dürfe niemandem vertrauen, ist das Vertrauen in die wichtigsten Persönlichkeiten im Staat, Ministerpräsident Putin und Staatspräsident Medwedew, nach wie vor sehr hoch und erreichte 2010 ein Niveau von 70-80 %. Nicht weniger als 59 % der Russen verlangen die Wiedereinführung der direkten Gouverneurswahlen, und mehr als 82 % meinen, die Machthaber stünden über dem Recht.<sup>334</sup>

Das Kaliningrader Gebiet ist eine Region voller Kontraste, wie sie in anderen europäischen Staaten nicht vorkommen. Neben Millionären leben hier Menschen in tiefstem Elend. Eine besonders schwierige Lage herrscht nach wie vor in kleinen Städten und auf dem Land. Dort sind immer noch Symptome der „permanenten Krise“ sichtbar, die sich unter anderem in Armut und materieller Not sowie im Verfall zahlreicher Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens manifestiert.

## 2.8. Kaliningrad. Regionalhauptstadt von heute

Das zeitgenössische Kaliningrad, an der Mündung des Pregels in die Ostsee in der historischen Landschaft Samland gelegen, mit einer Fläche von 215,7 km<sup>2</sup> und 434 900 Einwohnern (2005), ist eine Stadt voller Kontraste. Es ist die Hauptstadt eines der ärmsten Landstriche Europas, der sich durch eine heruntergekommene Infrastruktur, katastrophale Umweltbedingungen und große Arbeitslosigkeit kennzeichnet. Im Bewusstsein der Russen ist Kaliningrad ein Herd der Korruption, der organisierten Kriminalität und unheilbarer Krankheiten.

Kaliningrad weist die höchste Pkw-Dichte in ganz Russland auf (1,8-mal so viel wie Moskau). Hinsichtlich der Zahl der Mobiltelefone belegen die Einwohner der Pregelstadt den dritten Platz (nach Moskau und Sankt Petersburg). Hier gibt es aber auch die meisten HIV-Infizierten in Europa (jeder 30. Einwohner ist HIV-positiv).

Innerhalb von zwei Maiwochen 2004 starben 25 Personen an einer Drogenüberdosis. Das „technische Wasser“, das aus den Wasserhähnen fließt, ist selbst nach dem Abkochen nicht immer genießbar. Hinsichtlich der Nationalitäten ist die Oblast-Bevölkerung die differenzierteste in der gesamten Russischen Föderation und sogar in Europa. Die Oblast ist die einzige russische Exklave, die „ferne Peripherie“, die von Kernrussland abgetrennt ist; das einzige Territorium dieses Landes, um welches ein „symbolischer Krieg“ mit anderen Staaten geführt wird;

---

334 Der Soziologe Igor Kliamkin meint: „Es ist ein russisches Paradox: Die oberste Führung erfreute sich bei uns immer einer Autorität. Wenn aber nach deren konkreten Erfolgen gefragt wird, fallen die Antworten ziemlich kritisch aus“. I. Kliamkin, *Czy Rosjanie lubią demokrację*, *Gazeta Wyborcza* vom 5.-6.06.2010, S. 23.

das einzige Gebiet, um das sich in diesem Ausmaß Spekulationen über seine Zukunft und eine mögliche Änderung des Status quo ranken.

Der Kaliningrader Historiker N. W. Schiwenok schreibt über die Oblast als eine „politisch instabile ‚vorübergehende‘ Region“. Ihm zufolge handelte es sich um ein „Gebiet mit einem ‚erhöhten Risiko‘, hauptsächlich wegen des starken Einflusses unterschiedlicher kultureller Kräfte und der besonderen geopolitischen ‚Aufmerksamkeit‘ der Nachbarstaaten. (...) Besonders rege Akteure auf dem Gebiet des symbolischen Kampfs in der Region sind Deutschland und Litauen“. Von ihnen würden unterschiedlichste Konzepte geltend gemacht, die die russische Präsenz dieses Gebiets in Frage stellen, indem sie ihm eine „vorübergehende Zugehörigkeit zu Russland“ bescheinigten und das Bild einer „politisch instabilen Region“ malten. Dies belegten Aussagen und Publikationen, in denen das Gebiet samt Hauptstadt als „Kleinlitauen“ und „Teil Ostpreußens“ bezeichnet werde, oder als Euroregion „Ostpreußen“, die das frühere Ostpreußen wiederherstellen solle, bestehend aus Memelland, Kaliningrader Gebiet sowie Ermland und Masuren.<sup>335</sup>

Als ich Anfang der neunziger Jahre zum ersten Mal Kaliningrad besuchte, machte der Anblick der Stadt mit ihrer planlosen, billigen Bauweise und dem allgegenwärtigen Schmutz auf mich – wie bereits erwähnt – einen äußerst deprimierenden Eindruck. Besonders für Deutsche, ehemalige Königsberger, ist das heutige Kaliningrad als Stadt „nicht wiederzuerkennen“ und „völlig fremd“. Denn es ist nicht nur das historische Stadtzentrum verschwunden, sondern auch die Anordnung der Straßen völlig anders. Es ist der einzige derartige Fall in der gesamten UdSSR und Europa.

Trotz positiver Veränderungen im Stadtbild in der letzten Zeit sind die ersten Reiseeindrücke für Ausländer in Kaliningrad mehr oder weniger schockierend. Hier der Bericht einer jungen Deutschen, die zum ersten Mal das frühere Königsberg besuchte: „Die Ankunft in Kaliningrad ist wie das Eintreten in eine andere Welt. Frauen, die vielleicht aus Kasachstan kommen, tragen orientalisch gemusterte Jacken und haben ihre Haarzöpfe in Tücher gewickelt. Die Straßen sind breit, so dass der einzelne Mensch klein wirkt. An den weiten breiten Prachtstraßen stehen die Häuserblöcke in großem Abstand und mit großzügigem Vorplatz.

(...) Moskauer Zeit, die am Bahnhof [...] angezeigt wird, obwohl die Kaliningrader Zeit eine andere ist.

(...) Die Menschen sehen so ungewohnt aus. Sie kommen wohl aus allen Ecken der ehemaligen Sowjetunion.

Auf dem Siegesplatz tummeln sich Leute, an anderen Stellen, nicht weit von dort, gibt es menschlere Orte.

---

335 N.W. Schiwenok, *Geopolititscheskije obrasy konstruirowanija sozialnogo prostranstwa regiona*, in: *Problemy uprawlenija sozialno-ekonomitscheskimi prozessami regiona*, red. O. P. Popomariw, Kaliningrad 2005, S. 12, 13.

(...) Ein Stück weiter schlendern wir auf dem Markt, wo großer Trubel herrscht. (...)

Wieder fällt das unterschiedliche Aussehen der Leute auf. Da sind helle Typen, dunkle Typen, asiatische Gesichtszüge, Frauen mit Kopftuch.

Ist Kaliningrad ein Tor zum Osten? Die Antwort auf eine andere Frage lautet: Ja, es lohnt sich Kaliningrad zu besuchen. Denn der Kontrast zur europäischen Umgebung ist aufregend. (...) Das Stadtbild wirkt ab und zu traurig, aber die Bewohner Kaliningrads sind bestaunenswert.<sup>336</sup>

Je weiter vom Stadtzentrum entfernt, desto größer wird das räumliche Chaos, desto größer die Unordnung. Anlässlich des 750. Jahrestages der Stadtgründung wurden viele Häuser instandgesetzt, im Zentrum wurden neue Supermärkte eröffnet, Gebäude an den Hauptstraßen renoviert. Häuser, die weiter hinten stehen und für die Vorüberfahrenden nicht sichtbar sind, erschrecken aber mit abblätterndem Putz, Kritzeleien an den Wänden der Treppenhäuser und mit den vor Abfällen überquellenden Mülltonnen. Es wurde zum Beispiel die Fassade des Rektoratsgebäudes der Universität restauriert, die Seitenwände blieben aber unangetastet. Die Straßen sind oftmals im katastrophalen Zustand, besonders gefährlich werden sie bei heftigeren Regenfällen; leicht kann es dann zu Schäden an Rädern oder Fahrstellen der Autos kommen, wenn diese in ein vom Wasser bedecktes Schlagloch fahren. Das ineffiziente Kanalisationssystem ist nicht in der Lage, selbst so kleine Mengen an Regenwasser aufzunehmen<sup>337</sup>.

Wie Peter Lavelle in seinem Artikel „Kaliningrader Experiment“ in der „Washington Times“ vom 3. Mai 2004 schrieb: „Offiziell ist Kaliningrad wirtschaftlich ‚auf dem Weg der Besserung‘, obwohl es für niemanden ein Geheimnis ist, dass die Wirtschaft von einigen Gruppen der organisierten Kriminalität kontrolliert wird. Die Infrastruktur der Enklave ist in desolatem Zustand.“<sup>338</sup>

---

336 J. Gerstenberg, *Der erste Eindruck von Kaliningrad*, in: *Mit der Geschichte im Dialog. Zwischen Ostpreußen und Warmia i Mazury. Dokumentation*, Red. M. Diefenbach, J. Gerstenberg, S. Leszkowska, Frankfurt/Oder, 2005, S. 37.

337 Laut Gouverneur Boos: „Die Straßen in unserer Region erfüllen keine Normen: Sie entsprechen keinem Standard, sind eng, dazu noch von ‚Wehrmachtsoldaten‘ gesäumt, alten Bäumen, an denen die Autos zerschellen. Die Zahl der Unfalltoten ist bei uns dreimal so hoch wie in Russland und fünfmal so hoch wie die europäischen Zahlen.“ *OK* 11 (2005), S. 44 f. Viele Kaliningrader sind nach dem Passieren der Grenze zu Polen angenehm überrascht. Tatiana Nowoschilowa schrieb in ihrem Artikel *Burzenie wizerunku* (Zerschlagung des Bildes) in der Zeitschrift „Argumenty i Fakty“ (2004, Nr. 18): „Polen ist ein Nachbarland, das einen durch seine Sauberkeit, seine Achtung vor der Vergangenheit, eleganten Sinn für das Praktische einnimmt, und die Polen sind freundliche und offene Menschen.“

338 Zit. nach: *OK* 5 (2005), S. 36.

Auf Kaliningrad entfallen 80 % der Gesamtproduktion der Oblast, hier werden auch zwei Drittel aller Wohnungen gebaut. Eine derartige Konzentration von Produktion und Kapital, die eine Ausnahme im russischen und europäischen Maßstab darstellt, geht auf Kosten der Wirtschaft der gesamten Region und bedingt den niedrigen Lebensstandard in der Provinz, der sog. *Glubinka*.

In den Kaliningrader Unternehmen werden 36 % aller russischen Fernsehapparate, ein Drittel aller Staubsauger, etwa 30 % der Fisch- und 18 % der Fleischkonserven produziert. Kritiker bezeichnen das als „Produktion mithilfe von Schraubenziehern“, die nur in geringem Maße zur wirtschaftlichen Entwicklung der Oblast beitragen, weil sie vorwiegend Komponenten, Bauteile und Rohstoffe einsetzen, die aus dem Ausland ohne Zoll und Steuern eingeführt sind; werden Abgaben erhoben, kommen sie dem Zentralhaushalt zugute.<sup>339</sup>

Zu den größten Arbeitgebern der Stadt gehören die Häfen (See- und Fischereihäfen, Erdölterminal), die Eisenbahn (in Kaliningrad hat die Bezirksdirektion der Russischen Staatsbahnen ihren Sitz), die ein 963 km langes Schienennetz betreibt und 6 774 Mitarbeiter (2005) beschäftigt, und außerdem Unternehmen wie die Ostsee-Werft „Jantar“ (ehemals eine Filiale der Elbinger Schichau-Werft), der Waggonbaubetrieb und der Kfz-Hersteller „Awtotor“, der einige wenige Bauteile für BMW, KIA und General Motors herstellt bzw. montiert. In der Stadt hat auch das Kommando der Baltischen Flotte seinen Sitz; der Flotten-Oberbefehlshaber ist zugleich Vorgesetzter aller Militäreinheiten in der Oblast und kommandiert den Kaliningrader Verteidigungsbezirk.<sup>340</sup>

Seit 2004 verbesserten sich systematisch die Einkünfte der Kaliningrader. Die Zeitung „Komsomolskaja Prawda“ verglich statische Angaben zum Leben der Kaliningrader und der Einwohner des übrigen Russland.

Ein Einwohner Russlands verdiente im ersten Halbjahr 2005 durchschnittlich 7 934 Rubel, ein Einwohner des Kaliningrader Gebiets nur 7 009 Rubel im Monat. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2004 wurden die Russen statistisch im Durchschnitt um 7,1 % wohlhabender, die Leningrader nur um 3,3 %, aber die Kaliningrader sogar um 17,6 %! Rekordhalter beim Anstieg der Löhne war Dagestan, wo sie gar um 41,5 % zulegten. Trotzdem sind die Dagestaner nicht zu beneiden, denn dieser „hohe“ Lohn in Dagestan beträgt lediglich ... 3 569 Rubel.

Laut Statistik sollte der Durchschnitts-Kaliningrader monatlich mit 4 911 Rubel auskommen. Das sind 7 % mehr als in Russland. Sog. arbeitsfähige Bürger benötigten dafür 5 404 Rubel, Rentner mussten mit 3 523 Rubel auskommen, der Unterhalt von Kindern kostete 4 593 Rubel. Für Essen sollten dem Kaliningrader 1 458 Rubel reichen.

---

339 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (17.12.2004).

340 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (1.02.2006); [www.pl.wikipedia.org/wiki/Kaliningrad](http://www.pl.wikipedia.org/wiki/Kaliningrad) (13.04.2007).

Analysiert man die Einkommensquellen, so zeigt sich anhand penibel zusammengetragener Daten, dass die Einwohner Kaliningrads ihre wahren Einkünfte sorgsam verbergen. Wie sich herausstellte, betrug das Realeinkommen der Kaliningrader im Juli 2004 6 182 Rubel, die Ausgaben 6 312 Rubel. Experten vermuten, dass die überschüssigen 1300 Rubel aus unter dem Tisch gezahlten Löhnen stammen. Außerdem kann Geld von außen in die Oblast fließen, zum Beispiel durch Seeleute oder Fernfahrer, die im Ausland arbeiten und das Geld nach Hause bringen. Auch könnte Geld durch kriminelle Strukturen in die Oblast gepumpt werden.

Wofür geben die Kaliningrader das Geld ihres Familienbudgets aus? Die Ausgabenstruktur umfasst hauptsächlich Lebensmittel (40 %), Dienstleistungen (36 %), Nicht-Lebensmittel (17 %) und Sonstiges (7 %).

Die Kaufkraft eines durchschnittlichen Kaliningrader und eines russischen Monatsgehalts ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Warenmengen, die dafür gekauft werden können:

Waren (in kg)	In Russland durchschnittlich	In Kaliningrad durchschnittlich
Weizenbrot	400	263
Höherwertiges Weizenmehl	1083	380
Rindfleisch	72	50
Reis	538	270
Kartoffeln	754	594
Butter	125	49
Milch (in Liter)	628	330
Zucker	373	500
Einfache Filterzigaretten (Schachtelzahl)	1371	777

Von seinem Monatslohn kann sich ein Kaliningrader 50 kg Fleisch, 78 kg Tiefkühlfisch, 1 972 Eier, 594 kg Kartoffeln, 549 kg Kohl oder 38 l Wodka heimischer Produktion leisten.

Gang und gäbe ist in der Oblast die Lohnauszahlung im Briefumschlag (unter dem Tisch). Dies schmälert die Steuereinnahmen beträchtlich und mindert somit die Mittel für die sozioökonomische Entwicklung der Kommunen. Die Behörden haben derlei Praktiken den Kampf angesagt, so dass die Steuereinnahmen im Jahr 2005 um 25 % gestiegen sind.<sup>341</sup>

341 OK 10 (2005), S. 42-44.

Zur Aufstockung des Budgets war für viele Familien der Kleinhandel mit Polen und Litauen von großer Bedeutung. Nicht nur Einwohner von Grenzorten, sondern vor allem die Kaliningrader, insbesondere Frauen, betrieben bis vor kurzem den Schmuggel hauptsächlich von Zigaretten und Alkohol. In den neunziger Jahren waren in vielen Ortschaften Ermlands und Masurens die sog. „Russenmärkte“ beliebt, wo die Oblast-Einwohner verschiedene Waren (optische Geräte, Haushaltsgeräte, Werkzeuge, Zigaretten usw.) feilboten. Viele Einwohner verkaufen auch illegal gebrannten Schnaps (schätzungsweise 30-40 % des insgesamt verkauften Alkohols wird illegal hergestellt). Jährlich sterben Hunderte nach dem Konsum von „Wodka schlechter Qualität“, d. h. Selbstgebranntem.

Die Einkommen der Kaliningrader stiegen 2006 um 7,9 % (in Russland durchschnittlich um 9 %) und betragen im Schnitt 8 551,4 Rubel pro Einwohner. Zum Vergleich: in Moskau betrug dieser Wert 29 714,3 Rubel, in Sankt Petersburg 13 602,1 Rubel (als Gegenbeispiel: in der Oblast Iwanowo nur 4 369 Rubel). In dieser Hinsicht stand das Kaliningrader Gebiet in Russland an neunter Stelle, im Föderationskreis Nordwestrussland an dritter (nach dem Nowgoroder und dem Leningrader Gebiet, in denen Durchschnittseinkommen pro Kopf im Vergleich zum Vorjahr um 25,3 bzw. 27,3 % gestiegen ist).

Auch die Reallöhne sind im Jahr 2006 im Kaliningrader Gebiet gestiegen, und zwar um 19 %, im gesamten Föderationskreis Nordwestrussland jedoch nur um 12,4 %. Damit belegte die Oblast im Föderationskreis Nordwestrussland den ersten Platz, und in ganz Russland wurde sie nur vom Autonomen Kreis der Ust-Ordynsker Burjaten und der Republik Tuwa überholt, in denen die Löhne jeweils um 20,4 bzw. 19,5% stiegen.

Indes ist die Lage der Rentner nicht so gut. Die reale Rentenhöhe, die direkt von den Regionalzulagen abhängt, ist nur um 3 % gestiegen (in der Oblast Pskow um 3,5 %, in Sankt Petersburg um 5,5 %).<sup>342</sup>

Im Jahr 2006 erreichte der Mindestlohn im Kaliningrader Gebiet das allgemeinrussische Niveau (1 100 Rubel oder 37 Euro). Zum Vergleich: in Litauen betrug der Mindestlohn 174 Euro, in Polen 246 Euro. Das Existenzminimum für einen Erwachsenen lag bei 3 356 Rubel (ca. 111 Euro).

Eine Bürde für den Gebietshaushalt war die nach wie vor ungelöste Frage eines Darlehens von 10 Millionen US-Dollar, das die Gebietsverwaltung 1997 bei der Dresdner Bank aufgenommen hatte. Nach Ansicht der Kaliningrader Staatsanwaltschaft, die in diesem Fall ermittelte, war die Kreditentscheidung mit der Regierung der Russischen Föderation nicht abgestimmt und von der Gebietsduma nicht abgesegnet. Einen Teil der Gelder verwendete der Regionalentwicklungsfonds zum Kauf von modernen Geräten für die Geflügelfabrik „Pribreschnaja“, die unter ande-

---

342 OK 3 (2007), S. 35.

rem Namen bis heute besteht. Der größere Teil des Kredits floss allerdings nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft in die Taschen Unbekannter. Das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Gouverneur dauerte ungefähr drei Jahre.

Diese Kreditverbindlichkeiten der Oblast wurden 2003 von der zypriotischen Firma Duke Investment Ltd. aufgekauft. Sie hat den Fall vor das Internationale Schiedsgericht in London gebracht, das dem Kreditgeber Recht gab und das Kaliningrader Gebiet verpflichtete, das Geld nebst Zinsen zurückzuzahlen und die Verfahrenskosten zu tragen. Die Verschuldung samt Zinsen stieg 2007 auf über 24 Millionen US-Dollar.<sup>343</sup>

Ein ernstes Problem bleiben trotz des Wirtschaftsaufschwungs der Zustand der städtischen Infrastruktur, die Korruption und die Umweltsituation einschließlich der Wasserversorgung.

Bei seiner Erklärung, warum die Wahlergebnisse der Partei Einiges Russland bei den Gebietsdumawahlen am 12. März 2006 „weit vom Ideal entfernt“ gewesen seien, stellte Gouverneur Boos fest, die Machtpartei habe nicht mehr Stimmen erwarten können, denn: „Wenn in den Treppenhäusern Fäkalien schwimmen, die Menschen seit 15 Jahren kein warmes Wasser und kaltes nur zwei Stunden am Tag haben, obwohl sie wie für eine vollwertige Versorgung zahlen müssen, dann sind diese 30 % in so schwierigen Kommunen wie den Rajons Gwardeisk oder Baltijsk viel wert.“<sup>344</sup>

Nach Angaben der Europäischen Union fließen jedes Jahr 40 000 t ungeklärte Abwässer in die Ostsee, und in Kaliningrad lagern 15 Mio. t an festen Abfällen ohne jegliche Kontrolle. Das Problem der Wasserversorgung besteht darin, dass die Hauptentnahmestelle für das Trinkwasser der fast fünfhunderttausend Einwohner zählenden Regionhauptstadt unter dem Grund des Pregels liegt. Der Fluss ist ein „Trinkwasserreservoir und Kloake zugleich“. Die gesamten Abwässer zahlreicher Fabriken, die städtischen Abwässer und das Regenwasser werden in den Pregel geleitet.<sup>345</sup> Das Kaliningrader Wasserleitungsnetz besteht zu 70 % aus unzulänglich gewarteten Kanalisations- und Wasserleitungen, die meist sofort ausgetauscht werden müssten. Die Einwohner Kaliningrads nutzen bis heute den 1898 errichteten Königsberger Abwasserkanal. In dieser 30 Kilometer langen Freispiegelleitung fließen die städtischen Abwässer Richtung Primorsk (Fischhausen), wo sie sich in das Haff ergießen. 2005 zerbröckelte die Betondecke der Abwasserkläranlage „Western“, wodurch diese einsackte und den Vorfluter beschädigte. Seitdem strömen die ungeklärten städtischen Abwässer direkt auf die umliegenden „reinen Felder“, wo sie stellenweise riesige Sumpfbereiche bilden. Überflutete Bäume gehen ein, überschüssiges Abwasser fließt in den Pregel. Nach

343 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (31.07.2006).

344 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (1.07.2007).

345 *OK 3* (2006), S. 11.

Ansicht vieler Kaliningrader bleibt der Kanal noch für lange Jahre ein „Nachttopf“ der Ostsee. Arbeiten an einem neuen Kanalisationsnetz währten seit dreißig Jahren, werden aber wegen Geldmangels immer wieder unterbrochen.

Diese dramatische Situation hat mannigfaltige Folgen. Im Juli 2006 wurde beispielsweise die Sommersaison an der Kaliningrader Ostseeküste „ernsthaft gestört“. Wegen eines Bruchs in der Kanalisationsleitung nahe des beliebten Erholungsortes Swetlogorsk, wo 2005 anlässlich des 750-jährigen Jubiläums der Stadtgründung von Königsberg Putin mit Schröder und Chirac zusammentraf, gelangten nach offiziellen Angaben 12 000 m<sup>3</sup> ungeklärter Abwässer ins Meer. Auf der Ostsee bildeten sich braune Flecken, Fäkaliengeruch lag in der Luft. Sofort wurde ein Badeverbot in der Nähe der „Seebäder“ Swetlogorsk und Pionierski verhängt.<sup>346</sup>

Wegen einer Störung des seit Jahren nicht gewarteten Abwassernetzes münden die ungeklärten Abwässer aus dem Militär-Tuberkulosekrankenhaus in Primorsk direkt ins Frische Haff, genauer gesagt ans Ufer. Das Krankenhaus ist an den zentralen städtischen Vorfluter gar nicht angeschlossen; es gibt nur Faulgruben zur ersten Aufbereitung.<sup>347</sup>

Im Jahr 2003 erkrankten in der Oblast 1 250 Personen an Gelbsucht, ein Viertel davon Kinder unter 14. Jahren. 42 Kaliningrader Schulen meldeten Fälle von Hepatitis A. Dieses Virus verbreitet sich meistens über verunreinigtes Wasser, was „auch durch Laboruntersuchungen der Trinkwasserqualität in Kaliningrad bestätigt wird“.<sup>348</sup> Lokale Epidemiologen meinen: „Selbst in Kaliningrad sind die Wasseraufbereitungsanlagen nicht auf die Beseitigung viraler Verunreinigungen ausgelegt.“

Eine biologische Gefahr stellt das Wasser noch nicht dar, eignet sich aber nur für Wirtschaftszwecke. Es kann selbstverständlich getrunken und zur Zubereitung von Speisen genutzt werden, allerdings nur abgekocht. Ärzte empfehlen, nur Tafelwasser in Flaschen zu kaufen. Auf dem Land ist die Lage noch beunruhigender, wie die Zahlen bestätigen: 9,2 % aller Proben im kommunalen Wassernetz und 16,6 % in denen der Rajons genügen den Qualitätsstandards nicht.<sup>349</sup> Auswärtigen Besuchern wird empfohlen, Mineralwasser zu trinken.

Aufgrund der Stabilisierung und schnellen Entwicklung der russischen Wirtschaft beschlossen die Stadtoberen von Kaliningrad, 2008 mit einer Neugestaltung

346 Laut amtlichen Angaben aus Kaliningrad beträgt diese Zahl lediglich 60 000 m<sup>3</sup> im Jahr. OK 12 (2006), S. 28. Vgl. auch: P. Małyszew, *Quell des Lebens? Trinkwasser- oder Schmutzwasserversorgung in Kaliningrad?*, in: *Osteuropa* 2-3 (2003), S. 320-328; *Rzeczpospolita* vom 5.03.2002, S. A5.

347 Ein Stadteinwohner kommentierte die Lage: „Was solls, Tbc-Abwässer landen im Meer! Ein Schnäpschen, und die Pest ist weg“, www.kaliningrad.ru (18.12.2006).

348 www.kaliningradka.ru (21.01.2004).

349 OK 12 (2004), S. 59 f.

des Stadtzentrums zu beginnen; die Kosten werden auf 170 Millionen Euro veranschlagt. Die neue „Kaliningrad City“ sollte neben dem Haus der Räte entstehen.

Der Kaliningrader Stadtarchitekt Alexander Baschin und sein Stab haben einen Raumordnungsplan für das im Zweiten Weltkrieg zerstörte und bislang nicht wieder aufgebaute historische Zentrum entwickelt. Es sollen viele neue Bauten entstehen (Hotels, das Geschäfts- und Einkaufszentrum „Albatros“, Restaurants usw.), darunter das multifunktionelle Zentrum „Löbenicht“ (Restaurant, Handelsflächen, Geschäftsräume und Hotel), benannt nach dem mittelalterlichen Stadtteil. Im Konzept für die neue Stadtmitte ist auch eine historische „Altstadt“ am Pregelufer enthalten. Geplant ist der Wiederaufbau des früheren Fischmarktes und ein „Drei-Städte-Platz“ zur Erinnerung an die im Krieg zerstörten Stadtteile Altstadt, Löbenicht und Kneiphof. Die Höhe der neuen Häuser soll fünf Stockwerke nicht überschreiten, beim Bau sollen althergebrachte Baustoffe verwendet werden wie Naturstein, Backstein, Dachziegel. Allein der Verkauf von Stadtvillen soll 120 Mio. Euro einbringen.

Auch der Wiederaufbau der Alten Universität und des Schlosses in seiner äußeren Gestalt ist geplant. In einem Teil der Räume soll ein Hotel im alten Stil Platz finden. Daneben ist ein zweistöckiges Parkhaus mit 300 Parkplätzen vorgesehen. Auf einer Fläche von 4 000 m<sup>2</sup> wird ein unterirdischer Touristenweg mit Restaurants, Weinkellern, Souvenirläden und einem Fremdenverkehrsbüro angelegt. In Erwägung gezogen wird im Schloss auch die Eröffnung eines Ostpreußischen Museums und des bekannten deutschen Vorkriegsrestaurants „Blutgericht“ (an der Stelle, wo derzeit archäologische Ausgrabungen stattfinden).

Außerdem soll das Haus der Räte als Büro- und Dienstleistungszentrum fertig gestellt werden. Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2009 hat diese ehrgeizigen Pläne vereitelt.

In das erwähnte Projekt zur Revitalisierung des Stadtzentrums fügt sich das seit 2006 realisierte Bauvorhaben „Fischerinsel“ am Pregel-Ufer unweit des Domes ein, wo bereits ein mittelalterlich anmutendes Bürohaus steht. Bald sollen hier weitere 15 Gebäude errichtet werden. Somit wird der gesamte Kai bebaut sein; die Anordnung und Ästhetik der Häuser sollen an die traditionelle Bebauung Königsbergs erinnern (Vorbild für die Fischer-Insel ist der seit Jahren vorangetriebene Wiederaufbau der historischen Mitte Elbings). An der Ausarbeitung der Pläne zur „alten neuen Stadt“ wirkten Architekten aus Elbląg und Krakau mit.

Das im April 2007 präsentierte Projekt Baschins rief einen wahren Sturm der Entrüstung hervor. Nicht nur Architekten übten daran heftige Kritik. Man befand, die präsentierten Projekte seien nichts anderes als von verschiedenen Fachzeitschriften abgekupferte Shanghaier Wolkenkratzer, nach dem Zufallsprinzip und chaotisch aufgestellte überdimensionierte Bauten. Es wurde darauf verwiesen, dass in Kaliningrad stets von dem notwendigen Wiederaufbau des Königsberger

Schlusses als historische Dominante die Rede sei, und nun in direkter Nachbarschaft fünf Hochhäuser errichtet werden sollten, die es mit ihrer Masse schlicht erdrücken würden. Denn nicht das Schloss wird als Bezugspunkt gewählt, sondern das Haus der Räte, das ein großes städtebauliches Problem ist. Um den negativen Einfluss dieses Gebäudes auf die Umgebung weitestgehend zu minimieren, wird vorgeschlagen, die Zahl solcher Häuser der Räte zu verfünffachen. Nach Ansicht der Kritiker darf nicht ein einziger Planer seine Vision der gesamten Stadtmitte aufzwingen. Hier sei professionelle Arbeit mehrerer Fachleute gefragt, am besten unter Beteiligung internationaler Architektenbüros, zumal der Hauptarchitekt der Stadt keinen Hehl daraus mache, dass die Hauptausführung der neuen „City“ bei seinem Stadtplanungsbüro läge.

Andere Kritiker bemängelten, man argumentiere zwar für die notwendige Rekonstruktion der historischen städtebaulichen Anlagen im Bereich des Pregelflusses, um ein „verschwundenes Stadtbild“ wiederherzustellen, doch habe sich herausgestellt, dass in der Planung die alten Namen der Königsberger Stadtteile oder die Symbolik des Königsberger Schlosses nur dazu benutzt würden, in das gewachsene historische Zentrum neue Bauten einzubringen, die den Charakter der Stadt dominieren und neu bestimmen würden. Dieses Vorhaben weise keinen Bezug zur Entwicklungsstrategie der Regionalhauptstadt auf, wonach ein neues Stadtzentrum zu schaffen sei, dessen Schwerpunkt sich zu neuen, noch nicht vorhandenen Stadtteilen verlagern soll. Andererseits ist ein Teil derjenigen, die sich zu Wort melden und auf städtebauliche Prinzipien berufen, tatsächlich in einen Streit verwickelt, wer die Macht in der Oblast ausübe, und in wessen Namen. Daher lohnt es sich, die Meinung von Professor Wjatscheslaw Glasyschtschow wiederzugeben, der sich mit einer gewissen, den Vertretern der russischen Hauptstadt eigenen Gönnerhaftigkeit bemüht hat, die Kaliningrader zu belehren: Bei der Umsetzung der Entwicklungsstrategie Kaliningrads „darf man die Erinnerung an die Vergangenheit nicht aus den Augen verlieren, sondern muss sie sich mit dem Recht des Siegers aneignen“. Außen vor bleibt bei den Diskussionen, wie unerhört das Ausmaß der Investitionen in Kaliningrad ist, weshalb sich die Stadt in enormem Tempo wandelt. Auch die russisch-orthodoxe Kirche baut großzügig neue religiöse, soziale und Bildungseinrichtungen.

Bei der Kritik am „neuen Zentrum“ kamen auch soziale Aspekte zur Sprache. Die Journalistin Anastassija Drosdowa fragte in der Wochenzeitung „Iswiestija Kaliningrada“, für wen all die Hochhäuser mit ihren Mehr-Sterne-Appartements, Vergnügungszentren usw. bestimmt sein sollten. „Soll ich mich etwa dort erholen, oder meine Mutter als Rentnerin? Ich bezweifle, dass Gehälter und Renten so in die Höhe gehen sollten wie diese Hochhäuser. Wenn doch das Geld reichen würde, nicht um durch die unzähligen Einkaufs- und Verwaltungszentren zu flanieren, sondern um sich einen ‚Schuhkarton‘ in einem fünfstöckigen Chruschtschow-

Plattenbau und täglich eine Konservendose saubere Luft zu leisten... Unsinn? Überhaupt nicht.<sup>350</sup>

2008 wurden die bisherigen Pläne zur Bebauung des Stadtzentrums mit Hochhäusern geändert. Wiederbelebt wurden stattdessen Pläne zur Wiederherstellung der historischen Anordnung und des Stadtbildes von 1944, vor den Luftangriffen der Alliierten. Zunächst wollte man die historische Wiege Königsbergs, die kleine Altstadt, wiederherstellen, doch später wurden diese Pläne um die Revitalisierung des gesamten historischen Stadtzentrums erweitert. Geplant ist der Wiederaufbau sowohl der Universität auf dem Kneiphof als auch des Königsberger Schlosses und der Synagoge. Aus diesem Grund bereist Juri Nuschtajew, der mit Arthur Sarnitz, dem Leiter eines Architekturbüros und Kaliningrader der jungen Generation zusammenarbeitet, als Vertreter der Stadtverwaltung ganz Europa und sucht in Archiven und Bibliotheken nach Fotografien, Plänen und Urkunden vom alten Königsberg. All dies kann von Nutzen sein, sobald architektonische Details wiedererschaffen werden.

W. Takijewitsch Salachow, der frühere Denkmalpfleger von Kaliningrad, stellte fest: „Seit Ende der 1940er Jahre gab es in Kaliningrad vier Generalbebauungspläne, doch keiner wurde vollständig umgesetzt. Schlimmer noch: nach Kaliningrad kamen Architekten aus ganz Russland. Meist hatten sie kein Gespür für diese Stadt, ihre Atmosphäre, Geschichte, Tradition. Im Endeffekt ist Kaliningrad heute eine gebrochene, unvollendete Stadt.“<sup>351</sup>

Ein anderes neues Bauprojekt sieht in der Umgebung Kaliningrads ein großes Zentrum für Glücksspiele vor. Dies wäre eine von vier „Glücksspieloasen“ in Russland. Die Eröffnung war für 2009 geplant, doch wurde die Realisierung dieses wie auch anderer Bauvorhaben wegen der Wirtschaftskrise Ende 2008 aufgegeben.

Der Bau neuer Stadtzentren unter totalitärer Herrschaft hat eine eigene, nicht nur europäische Tradition. Adolf Hitler plante mit Albert Speer den Bau eines neuen Berlins, das dann Germania hätte heißen sollen. Eine monumentale Bebauung, die „größte der Welt“, hätte den Triumph des Tausendjährigen Deutschen Reiches verkünden sollen. Zur selben Zeit plante auch Joseph Stalin neue Bauten für Moskau, die „Hauptstadt des Weltproletariats“. Die zentrale Anlage hätte ein riesiger Palast der Sowjets sein sollen (der Bau wurde 1933 begonnen, aber 1957, kurz nach der Machtübernahme durch Nikita Chruschtschow, endgültig aufgegeben). Zu diesem Zweck wurden historische Stadtteile abgerissen. Einer solchen Politik „zum Opfer“ fielen auch die historischen Stadtzentren in Bukarest und Havan-

350 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (20.04.2007).

351 Zit. nach: S. Popowski, *Miasto niedokończzone. Kaliningrad szuka swojej tożsamości. Musi zdecydować, czy bliżej mu do Moskwy, czy do Königsberga, czyli Królewca*, in: *Polityka* 15 (2008), S. 52; Vgl. auch: J. Tschernyschew, *Gumbinnen einst und jetzt. Wird die Altstadt wieder aufgebaut?*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 14 (2009), S. 13.

na. Der rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu beschloss in den 1980er Jahren, das alte Zentrum abzureißen und eine neue Stadt nach nordkoreanischem Vorbild hochzuziehen. Ein Viertel der Innenstadt wurde dem Erdboden gleichgemacht. An ihrer Stelle entstand ein monumentaler Stadtteil für die Nomenklatura und das zweitgrößte Gebäude der Welt (nach dem Pentagon), als Sitz aller obersten Behörden. Nach dem Sieg der Revolution 1959 ließ Fidel Castro das historische Zentrum Havannas (*Habana Vieja*) als Zeuge der kapitalistischen und kolonialen Vergangenheit verfallen. Beinahe wäre dem kriegszerstörten Warschau in der Stalin-Ära das gleiche Schicksal widerfahren (eine Ahnung, wie die Umsetzung der „Vision von der sozialistischen Stadt der Zukunft“ ausgesehen hätte, vermitteln das Marszałkowska-Wohnviertel, der Kulturpalast oder das Haus der Partei).

Kaliningrad ist auch ein wichtiges Kultur- und Wissenschaftszentrum. In der Stadt gibt es viele Museen (u. a. Meeresmuseum, Bersteinmuseum), Theater, eine Philharmonie, Kunstgalerien usw. Es erscheinen zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften. In der Oblast gibt es sechs staatliche und fünf private Hochschulen sowie 13 Filialen staatlicher (vorwiegend Moskauer und Sankt Petersburger) und 12 Filialen privater Hochschulen. Viele davon sind eigentlich Fachoberschulen. In der Hauptstadt der Region werden 21 Hochschulen betrieben. Insgesamt gab es in der Oblast im Jahr 2005 35 900 Studierende (24 800 an staatlichen Hochschulen, 11 100 an privaten). Diese Zahlen weisen auf einen wahren Bildungsboom hin, der mit der Entwicklung des Hochschulwesens in Ermland und Masuren nach 1989 vergleichbar ist.

Die wichtigste Hochschule der Region ist die Russische Staatsuniversität, die seit 2005 den Namen Immanuel Kants trägt. Sie ist aus dem Kaliningrader Staatlichen Pädagogischen Institut (1948-1967) und der Kaliningrader Staatlichen Universität (1967-2005) hervorgegangen und knüpft an Traditionen der deutschen Albertus-Universität (1544-1945) an. 2008 zählte sie insgesamt 15 000 Studierende.

Andere bedeutende Hochschulen sind etwa: Baltische Staatsakademie, Staatliche Technische Universität (vormals Kaliningrader Technisches Institut für Fischindustrie und Wirtschaft), Baltisches Kriegsmarineinstitut und Kaliningrader Militärinstitut des Föderalen Grenzschutzes der Russischen Föderation.<sup>352</sup>

### 2.8.1. Kaliningrad oder Königsberg? Das Verhältnis zur Vergangenheit

Die Vorbereitungen und der Verlauf der Feierlichkeiten zum 750. Jahrestag der Gründung Königsbergs/Kaliningrads (2003-2005) wurden zum tragenden Baustein für einen Wandel in der Einstellung der Oblast-Bewohner zur Geschichte der Stadt und der Region. Erste deutliche Anzeichen für eine Revision des bisherigen

<sup>352</sup> pl.wikipedia.org/wiki/kaliningrad (13.04.2007); www.gov.kaliningrad.ru (2.01.2006).

Vergangenheitsbildes, das mit der totalen Ablehnung alles Deutschen einherging, brachten Gorbatschows *Perestrojka* und *Glasnost* Ende der 1980er Jahre mit sich. Damals meldete sich die Generation der „Autochthonen“ zu Wort, d. h. der hier Geborenen, für die die örtlichen Gegebenheiten ganz selbstverständlich waren. Hier war ihre „Heimat“, da sie in der Regel keine andere kannten.

Damals begann die Debatte über die Umbenennung Kaliningrads. Es wurden viele (auch kuriose) Varianten vorgeschlagen, wie Kantograd, Kantowsk, Prussk, Jantarburg, Kniasgorod, Korolewogorsk, Korolewicz.<sup>353</sup>

Der Zerfall der UdSSR und die Öffnung der Region nach außen gaben diesen Prozessen Aufwind.

In jenen Jahren, als die Oblast endlich ungehindert bereist werden konnte, waren Kaliningrad und Umgebung ähnlich wie Klaipėda voll von deutschen Besuchern, früheren Bewohnern Ostpreußens. Es wurde der Begriff des „Heimwehtourismus“ geprägt. Deutsche suchten nach ihren alten Häusern, besuchten Orte, an die sie sich erinnerten, und knüpften nach und nach Kontakte zu den neuen Einwohnern.

Eine Ergänzung zum Nostalgietourismus waren Gegenbesuche der Kaliningrader in Deutschland. Neben Geschäftsleuten, die ihre ersten Schritte als Unternehmer wagten, kamen auch Vertreter von Kultur, Wissenschaft und Kaliningrader Hochschulen. Mit der Zeit wurden diese Kontakte immer enger. Deutsche Stiftungen und Verbände finanzierten nach und nach einzelne Projekte in den Bereichen Kultur, Literatur und Theater.

Zu der Zeit vollzog sich im gesellschaftlichen Bewusstsein eine tiefgreifende Umwertung. Im Kaliningrader Gebiet hing das direkt mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs zusammen. Es wurde und wird vereinzelt immer noch öffentlich die Möglichkeit diskutiert, Städten mit sowjetisch oder parteipolitisch geprägten Namen ihre historischen Namen wiederzugeben. Der Höhepunkt dieser Kampagne konnte in den Jahren 1993-1994 beobachtet werden. Höchstwahrscheinlich hat es die Behörden in Kaliningrad und der Oblast große Mühe gekostet, der Versuchung einer Umbenennung zu widerstehen.

1990-1991 wurde eine Diskussion über die Umbenennung Kaliningrads losgetreten. In der Lokalpresse wurden drei Vorschläge unterbreitet: den bisherigen Namen beibehalten, den alten (Königsberg) wiedereinführen oder sich einen ganz neuen einfallen lassen. Leser, die sich für eine Umbenennung aussprachen, aber mit der Wiedereinführung des historischen Namens nicht einverstanden waren, schlugen verschiedene, manchmal gar komische Varianten vor: Baltijsk, Pribal-

---

353 A. Sologubow, „Kaliningrad – unsere Heimat“. *Ausgewählte Themen örtlicher Diskurse*, in: *Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas*, hrsg. von P. O. Loew, Ch. Pletzing, Th. Serrier, Wiesbaden 2006, S. 110.

tijsk, Sapadnomorsk, Baltimor, Pregolsk, Petrograd, Rosijsk, Suworowsk, Kantograd, Kantowsk, Prussk, Jantarburg, Kniasgorod, Korolewogorsk, Korolewiew und andere. Letzten Endes wurde keine Entscheidung über die Umbenennung der Stadt Kaliningrad getroffen. Die Auseinandersetzung um eine Rückbenennung Kaliningrads in Königsberg dauert bis heute an. Die Befürworter einer Rückkehr zum alten deutschen Namen führen folgende Argumente an:

1. Wie habe man die Stadt nach einem Mann, Kalinin, benennen können, der niemals hier gewesen ist?
2. Der Name Kaliningrad gehöre zu den letzten auf der Landkarte der Russischen Föderation, die mit dem totalitären System in Verbindung stünden.
3. Sei es nicht zynisch, dass die Stadt nach einem Mann benannt ist, der für die Repressalien in der Zeit Stalins verantwortlich sei?
4. Eine Umbenennung werde die Beziehungen zu Deutschland verbessern.
5. In Russland gebe es viele Namen nichtrussischer oder nichtslawischer Herkunft, warum dürfe dann Kaliningrad nicht Königsberg werden?

Die Gegner einer Änderung argumentieren unter anderem, dass eine Stadt ein für allemal benannt werde und an den jeweiligen Namen gebunden bleiben sollte. Der Name Kaliningrad zeuge vom russischen (sowjetischen) Charakter der Stadt und Region, es sei „unsere 60-jährige Tradition, und an ihr darf nicht gerüttelt werden. Ohne Stalin und Kalinin, die es auf der Potsdamer Konferenz erkämpften, dass der UdSSR ein Drittel Ostpreußens zufiel, wären wir niemals hier und würden eine solche Diskussion gar nicht führen.“ Auch die anderen Argumente werden in Frage gestellt: Es treffe zwar zu, dass Benennungen nach Kalinin in Russland geändert worden seien (bis eben auf Kaliningrad), aber es gebe nach wie vor beispielsweise eine Stadt Uljanowsk, und „Lenin war doch nicht besser als Stalin“, die Zarin Katharina (russ. Jekaterina) habe auch niemals Jekaterinburg besucht, und die Litauer benannten Klaipėda nicht in das deutsche Memel um usf.

Eine wichtige Rolle bei dem Wandel der Einstellung der Kaliningrader Einwohner und Behörden zur deutschen Vergangenheit spielte Königsbergs bekanntester Sohn, der Philosoph Immanuel Kant. Die Kriegswirren überstand zwar sein Mausoleum am Dom, nicht aber seine sterblichen Überreste, die nach der Einnahme Königsbergs im April 1945 geschändet wurden.

Heutzutage ist es ein beliebter Ort, an dem sich Frischvermahlte fotografieren lassen. Bis vor kurzem waren der Ort für diesen in der UdSSR und Russland populären Brauch in der Regel die Denkmäler für Gefallene des Großen Vaterländischen Krieges.

Im Jahr 1992 wurden auf Anregung Marion Gräfin Dönhoffs 250 000 DM für die Wiederherstellung des Königsberger Kantdenkmals gesammelt. In Berlin wurde damals eine Gipskopie dieses Denkmals gefunden. Die Familie Dönhoff ließ das Originaldenkmal 1944 vor der anrückenden Roten Armee im Park ihres

Schlusses Friedrichstein vergraben. In der Ära Gorbatschow, als die Suche nach der „historischen Reliquie“ begann, gaben die Dorfbewohner zu, das bronzene Denkmal einst gefunden, in drei Teile zersägt und zum Schrotthändler gebracht zu haben.

Das Kantdenkmal wurde in Kaliningrad auf seinem historischen Granitsockel aufgestellt, auf dem zu Sowjetzeiten eine Büste des deutschen Kommunisten Ernst Thälmann stand. Eine Straße in Kaliningrad wurde nach Immanuel Kant benannt. 1993 wurde auch eine dem Philosophen gewidmete Gedenktafel enthüllt.<sup>354</sup>

Ein anderes wichtiges Ereignis im Zuge des „Sichaneignens der deutschen Vergangenheit“ waren die Feierlichkeiten zum 450. Jahrestag der Albertina-Gründung. 1994 fand an der Kaliningrader Universität, die ihrem Selbstverständnis nach die Traditionen einer der ältesten Hochschulen Europas fortsetzt, eine große internationale Konferenz statt.<sup>355</sup> Damals erschienen erste wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Publikationen sowie Bildbände zu Königsberg. Die Geschichte der Stadt war nun in Mode. Mit der Zeit erschienen zahlreiche „Samisdats“, Reproduktionen alter Ansichtskarten, Videomaterial, Internetseiten und nachgedruckte Stadtpläne, z. B. aus der Nazizeit, mit alten Straßennamen nach Hitler, Göring oder der SA. Dies kreiert eine neue „Vorkriegsmystik“, die durch- aus als Einkommensquelle dienen kann.

Vor diesem Hintergrund wurden Vorwürfe erhoben, es drohe eine „Regermanisierung“. Wie Alexander Sologubow in seinem interessanten Artikel *Kaliningrad – unsere Heimat* schreibt: „Sie waren verschiedenen Inhalts: da war die Furcht der Dorfbewohner vor einer Rückkehr der ehemaligen deutschen Eigentümer und vor dem Aufkauf des Bodens, aber auch die Angst vor einer Rückgabe der Oblast an Deutschland. Aktivitäten Deutscher im Kaliningrader Gebiet, z. B.

---

354 Ch. Neef, *Kaliningrad. Graben wie ein Mauwurf*, in: *Der Spiegel* 6 (2004), S. 117. Das 1924 errichtete monumentale Grab Kants am Königsberger Dom wurde bereits 1947 unter Schutz gestellt. Auf Anweisung der kommunistischen Partei wurde dort folgende Inschrift angebracht: „Immanuel Kant 1724-1804. Bekannter bürgerlicher Philosoph des Idealismus. Hier wurde er geboren, lebte ohne Unterbrechung und starb in der Stadt Königsberg.“ 1950 wurde die Gruft auf die Denkmalliste gesetzt („Verzeichnis der Kulturdenkmäler mit Oblast-Bedeutung“). Im neuen Denkmalverzeichnis aus dem Jahr 1955 wurden archäologische und historische „Kunstdenkmale“ (meist Friedhöfe und Mahnmale für gefallene Rotarmisten) ausgewiesen. An erster Stelle wurde unter den figürlichen Denkmälern das 1953 enthüllte Stalindenkmal geführt. Es folgten Denkmäler für die im Krieg gefallenen Obersten und Helden der UdSSR. Die Schlusslichter (dieser nicht allzu langen Auflistung) waren Kants Gruft und das Schillerdenkmal. Vgl. J. Kostjaschow, *Isgnanije prusskogo ducha. Kak formilowalos istoritscheskoje sosnanije naselenija Kaliningradskoj oblasti w poslewojennyje gody*, in: *Terra Baltica* 3 (2003), S. 43-53.

355 A. Sologubow, „*Kaliningrad – unsere Heimat*“ ..., S. 92 f.

Finanzinvestitionen, wurden dahingehend kommentiert, dass auf diese Weise den Deutschen eine Rückkehrmöglichkeit geschaffen würde.

Das Thema des Verkaufs bzw. Übergabe der Oblast an Deutschland wurde immer wieder in den Zeitungen diskutiert.<sup>356</sup> Diese Diskussionen dauern mit unterschiedlicher Intensität bis heute an.

Das „Entdecken“ der in der Sowjetzeit verbotenen Vergangenheit betraf nicht nur die deutsche Geschichte.<sup>357</sup> Es wurde an die Zarenzeit angeknüpft (unter anderem wurden Denkmäler für Peter I., Elisabeth II., Puschkin und Kutusow eingeweiht), aber auch an litauische oder polnische Aspekte. Zum 1000. Todestag des Märtyrers St. Adalbert, des ersten christlichen Missionars unter den Prußen, wurde auf Betreiben der polnischen Seite 1997 am Ort seines Todes in der Siedlung Liotnoje (Tenkitten) ein großes Kreuz aufgestellt. Verwickelt waren die Geschicke des Denkmals der „Geteilten Schlange“ für Herkus Monte, den Anführer eines Prußenaufstandes, der sich in Litauen großer Wertschätzung erfreut. Dieses mit Zustimmung der Lokalverwaltung errichtete Denkmal wurde 1994 als Symbol der „Aufteilung Kleinlitauens zwischen Polen, Russland und Litauen“<sup>358</sup> entfernt.

Binnen kurzem wurde eine neue historische Tradition konstruiert. Diese umfasste eine Reihe von Ereignissen im Zusammenhang mit der russischen Präsenz in diesem Gebiet, angefangen vom Gesandten Iwans III. in Königsberg, der Gesandtschaft Peters I., dem Siebenjährigen Krieg, in dessen Folge Königsberg unter russische Herrschaft geriet, sowie Kants Gesuch an Zarin Elisabeth II., ihm einen Lehrstuhl an der Albertina zu übertragen, über den Frieden in Tilsit, den Krieg gegen Napoleon und den Ersten Weltkrieg (Kämpfe bei Gumbinnen), bis hin zum Sturm auf Königsberg im Jahr 1945. Diese Problematik wurde in zahlreichen Büchern und Studien thematisiert, gab aber auch den Anstoß zu verschiedenen Feierlichkeiten und zur Einrichtung vielfältiger Gedenkstätten. Daher kommt es, dass die Oblast und die Stadt Kaliningrad in Zentralrussland als eine Region wahrgenommen werden, wo sich Prozesse in einem „fremden Raum“ vollziehen, als ein Gebiet, das sich unter andersartigen kulturellen und zivilisatorischen Ein-

---

356 *Ebenda*, S. 94.

357 Persönlichkeiten der deutschen Kultur wurden unter anderem in Form von Übersetzungen ihrer Werke, Erforschung ihrer Leistungen und Veranstaltung von Sonderfeierlichkeiten geehrt. Dazu gehören: der Mathematiker Wilhelm Bessel (1784-1846), der Philosoph Johan Georg Hamann (1730-1788), die Schriftsteller und Dichter Theodor Hippel (1741-1796), E.T.A. Hoffmann (1776-1826), Simon Dach (1605-1659) und Agnes Miegel (1879-1964). A. Engel-Braun-Schmidt, „*Im Schatten des Schlosses*“: Königsberg/Kaliningrad, in: *Gedächtnisorte in Osteuropa. Vergangenheiten auf dem Prüfstand*, hrsg. von R. Jaworski, J. Kusber, L. Steindorff, Frankfurt a.M. 2004, S. 93 f.

358 A. Sologubow, „*Kaliningrad – unsere Heimat*“ ..., S. 101 f.

flüssen entwickelt hat, als „Beutegebiet“.<sup>359</sup> Bis zu Beginn der neunziger Jahre war besonders in den westlichen Ländern das Negativklischee von Kaliningrad als einer „Stadt ohne Geschichte“ weit verbreitet.

#### 2.8.1.1. „750 Jahre Kaliningrad“

Die Kaliningrader Verwaltung nahm das nahende 750. Jubiläum der Stadtgründung als Chance für einen Modernisierungsschub wahr. Erste Pläne und Vorbereitungen zu den Jubiläumsfeierlichkeiten begannen 2003 in einer Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs in Russland. Dennoch ließen sich zahlreiche Zerwürfnisse und Probleme nicht vermeiden. Als die Kaliningrader Behörden 2003 Moskau um Unterstützung ersuchten, wurden sie beschieden: „Für eine Feier zum Jubiläum Kaliningrads mangelt es an ausreichenden historischen Voraussetzungen.“ So ließ das Büro des Präsidenten der Russischen Föderation verlauten. Die Einwohner der Stadt spalteten sich in zwei verfeindete Lager. Die einen gaben den Kreml-Beamten recht. Der Gebietsgouverneur Admiral Wladimir Jegorow (ehemaliger Oberbefehlshaber der Ostseeflotte) schlug vor, an Stelle des Stadtjubiläums den 60. Jahrestag der Gründung des Kaliningrader Gebiets zu begehen. Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges sahen im Stadtjubiläum gar einen „Versuch, die Heldentaten der Sowjetsoldaten zu minimieren“, die ja das „Bollwerk des deutschen Militarismus“ (Ostpreußen mit der Hauptstadt Königsberg) zerstört hätten, und das Bestreben, diese russische Region zu „verdeutschen“. Die Gegner beharrten darauf, die Geschichte Kaliningrads dürfe keinesfalls auf das halbe Jahrhundert der Sowjetherrschaft reduziert werden.

Unter manchen „Fürsprechern“ des Jubiläums gewannen gar Emotionen die Oberhand über die Vernunft. Es wurde sogar die gesellschaftliche Bewegung „Für Königsberg“ gegründet, deren Anhänger die Wiedereinführung des deutschen Namens forderten. Nach einer Zeit beruhigten sich die Gemüter, und die Stadtväter mussten die scheinbar unlösbare Aufgabe meistern, der Regierung in Moskau zu beweisen, dass es genügend Gründe gibt, nicht nur ein lokales Jubiläum vorzubereiten, sondern groß angelegte Feierlichkeiten durchzuführen.

Den Streit über den Charakter des Jubiläums beendete Putins Besuch in Kaliningrad im Sommer 2003. Bei einem Treffen mit Studenten der Kaliningrader Universität erklärte der Staatschef, die Jubiläumsfeierlichkeiten erforderten eine angemessene Aufmachung. Der Präsident befand, es gebe genügend Gründe zum

---

359 *Ebenda*. Vgl. auch G.W. Kretinin, *Prusskije marschruty Petra Perwogo*, Kaliningrad 2001, W. U. Galzow, *Kenigsbergskij nestor*, Kaliningrad 2002, W. U. Kulakow, *Ot Wostotschnoj Prussii do Kaliningradskoj oblasti. Istoritscheskij putewoditel*, Kaliningrad 2002.

Feiern, und die Geschichte der Stadt dürfe nicht in eine eigene und eine fremde aufgeteilt werden. In diesem Zusammenhang unterzeichnete Putin am 13. November 2003 das Dekret Nr. 1352 „über Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Kaliningrader Gebiets und des 750. Jahrestages der Gründung der Stadt Kaliningrad“.

Schließlich gab die Regierung in Moskau für diesen Zweck 1,5 Mia. Rubel frei; fast ebenso viel wurde aus anderen Quellen beschafft. Nach zwei Jahren war Kaliningrads Stadtmitte kaum wiederzuerkennen. Die Stadt wurde in einem Maße gereinigt, renoviert und saniert, dass „die Behörden von einer neuen Geschichte der Stadt zu sprechen begannen. Nicht von einer preußischen, nicht von einer sowjetischen, sondern von der zeitgenössisch russischen.“<sup>360</sup>

An den Hauptfeierlichkeiten, die am 1.-3. Juli 2005 stattfanden, nahmen neben Putin die Präsidenten Frankreichs und Deutschlands teil. Zu einem internationalen Skandal führte der angekündigte und dann von Moskau abgesagte Besuch der Staatspräsidenten Polens und Litauens.<sup>361</sup>

360 OK 6 (2005), S. 21 f.

361 Die offizielle Begründung für die Ausladung beider Staatspräsidenten lautete: „Das 750-jährige Jubiläum Kaliningrads ist ein Fest des russischen Volkes, und eingeladen sind nur Freunde, die ‚die gleiche Sprache‘ sprechen“, erläuterte S. Prichodsko, außenpolitischer Berater des russischen Staatspräsidenten, und gab somit offen zu, dass er Polen und Litauen nicht als Freunde Russlands betrachtet. Die seriösen russischen Medien hatten keine Zweifel, dass es sich bei der Ausladung der Präsidenten, Aleksander Kwaśniewski und Valdas Adamkus, in Kaliningrad um eine Revanche für die Unterstützung der Orangen Revolution in der Ukraine durch beide Länder, für das ständige Vorhalten des Ribbentrop-Molotow-Paktes gegenüber Moskau und für die Kritik der autoritären Machtgelüste Wladimir Putins gehandelt habe. Die ausgebliebene Einladung zur 750-Jahr-Feier nach Kaliningrad wurde in Warschau und Wilna eindeutig als eine weitere unfreundliche Geste der Russen gegenüber ihren unmittelbaren Nachbarn gedeutet. Von dieser Maßnahme wurden selbst die Kaliningrader Behörden überrascht, die dem Vernehmen nach inzwischen Gastgeschenke für beide Präsidenten bestellt hatten. Vgl. T. Bielecki, *Szczyt zdziwiony*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 4.07.2005, S. 10; M. Narbutt, *Co może rosyjski człowiek. Rosja: Jubileusz 750-lecia Kaliningradu stał się okazją do propagowania jego rosyjskości*, in: *Rzeczpospolita* vom 4.07.2005, S. 6; M. Ostrowski schrieb in seinem Artikel *Trojki dwie. Mniej pretensji do Putina, więcej do Schrödera, najwięcej do siebie* (*Polityka* vom 9.07.2005, Nr. 27, S. 18): „Auf den arroganten Chirac braucht man diesbezüglich kaum zu rechnen. Wenn aber Schröder auf der Rückreise aus Kaliningrad in Warschau oder Danzig Halt gemacht hätte, um unseren Politikern mitzuteilen, worüber er mit Putin gesprochen hat, hätte er einen echten politischen Willen bewiesen: zur Partnerschaft mit Polen und Bemühungen um eine gemeinsame EU-Außenpolitik. Er tat es nicht. Der einzige mildernde Umstand ist, dass er soeben seinen Rücktritt erklärt hat.“ Vgl. auch: *Kaliningrad. Potężna gromadka*, in: *Trybuna* vom 4.07.2005, S. 8; *Kaliningrad. Obchody bez sąsiadów*, ebd. vom 2.-3.07.2005, S. 9; W. Marszewski, *Rozmawiali o nas bez nas*, in: *Nasz Dziennik* vom 4.07.2005, S. 6; M. Ryba, *Królewiec a Kaliningrad*

Ein anderer Vorfall, der den Feierlichkeiten vorangegangen war, war der „deutsche Skandal“. Im Januar 2005 meldeten russische und Kaliningrader Zeitungen, in Potsdam habe ein „geheimes“ Treffen deutscher Wirtschaftsvertreter mit dem ehemaligen brandenburgischen Landtagspräsidenten Herbert Knoblich stattgefunden, bei dem die Frage aufgeworfen worden sei, „wie lange wir in Deutschland noch ‚für Königsberg‘ zahlen werden“. Man überlegte, ob die Deutschen eigene Feierlichkeiten separat von den russischen Behörden veranstalten sollten und welche Bedeutung dieses Jubiläum für Deutschland und seine Russlandpolitik habe. Der Konflikt wurde schließlich beigelegt, aber das gesäte Misstrauen und der Argwohn ist geblieben.<sup>362</sup>

Die Kaliningrader Stadtverwaltung, die 22 Städtepartnerschaften, davon 15 in Europa, unterhält, stellte im Rahmen des Jubiläums Informationen über Plätze in Kaliningrad bereit und schlug vor, dass die Partnerstädte jeweils Patenschaften für einzelne Plätze übernehmen, also beispielsweise Herrichtung, Beleuchtung, neue Gehsteige, Sitzbänke usw. finanzieren. An diesem Angebot zeigte sich unter anderem die Woiwodschaft Ermland-Masuren interessiert. Der Woiwodschaftsmarschall wollte aus Woiwodschaftsmitteln und Mitteln von Olsztyn, Elbląg und Elk die Sanierung eines Platzes in der Bohdan-Chmelnizkyj-Straße, der früher den Namen der Sowjetisch-Polnischen Freundschaft trug (und wo bis heute ein Denkmal zu Erinnerung an diese „Freundschaft“ steht), finanzieren; im Gegenzug sollte der Platz in „Ermland-Masuren-Platz“ umbenannt werden. Als diese Information an die lokale Presse in Olsztyn gelangte, löste sie heftige Reaktionen aus.<sup>363</sup>

---

– *walka o tradycję*, ebd. vom 7. Juli 2007, S. 11; *750-lat Kaliningradu. Zemsta Putina*, in: *Głos Wielkopolski* vom 5.07.2005, S. 6; *Kaliningrad, czyli Bolszewikograd*, in: *Wprost* vom 10.07.2005, Nr. 27, S. 9.

362 Aufgrund späterer Verhandlungen zwischen der Kaliningrader Stadtverwaltung und der deutschen Seite wurde vereinbart, dass neun Stiftungen die Jubiläumsvorbereitungen unterstützen würden. Dabei handelte es sich um Privatstiftungen und Wohltätigkeitsverbände: Marion-Dönhoff-Stiftung, Stiftung Königsberg, Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Deutsch-Russisches Forum, Carl-Duisburg-Gesellschaft, Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Friedrich-Naumann-Stiftung. *OK 2* (2004), S. 44-48.

363 In der Olsztynener Ausgabe der *Gazeta Wyborcza* wurden kritische Beiträge veröffentlicht. Andrzej Maciejewski, Politologe an der Ermländisch-Masurischen Universität Olsztyn, schrieb: „(...) Die Sanierung des Platzes erinnert an die Idee aus den Siebzigern, als wir im Rahmen der polnisch-sowjetischen Freundschaft in Kaliningrad das Restaurant „Olsztyn“ gebaut haben. Heute ist es ein zweifelhaftes Etablissement, das mit Sicherheit weder Werbung für Olsztyn noch für die Woiwodschaft macht. Ein besserer Ausweg als die Benennung des Platzes wäre, einen Wettbewerb für konkrete regionale Produkte, die wir nach Kaliningrad exportieren, auszuloben. Davon profitierten sowohl die Region durch Werbung für den Namen als auch die Einwohner, denen die exportierten Waren Arbeit und Geld brächten“ (25.-26.06.2005, S. 2). Eine Leserin aus Olsztyn schrieb: „Ich wohne im Stadt-

Der Höhepunkt des Jubiläums waren die Feierlichkeiten vor dem wiederhergestellten, zum ersten Mal nach dem Krieg renovierten Königstor aus dem 19. Jahrhundert (für die Restaurierung von Architekturdenkmälern wurden zum Jubiläum 500 Mio. Rubel ausgegeben). Die Fassade trägt Statuen von drei Herrschern Ostpreußens: König Ottokars II. (Gründer Königsbergs), König Friedrichs I. und Herzog Albrechts. Das Königstor ist nicht nur zum offiziellen Symbol der Jubiläumsfeierlichkeiten, sondern gar zu neuem Sinnbild der Stadt geworden.

Im Rahmen des Jubiläums fand vor dem Königstor eine Theatervorführung statt. In künstlerischer Form wurde die jahrhundertlange Geschichte der Region dargestellt. Zu Beginn huschten die Prußen im heidnischen Tanz über die Bühne, ihnen folgten bedrohliche Kreuzritter zur Erinnerung an die Zeiten der „blutigen Unterjochung der Heiden am Pregel“. Der „feierlichen Zeit des Mittelalters“ folgte die Renaissance: Herzog Albrecht verweltlicht den Deutschen Orden und gründet eine Universität, die Albertina. Später wurde an E. T. A. Hoffmann, Kant und Königin Louise, Kaiser Napoleon und Zar Alexander I. bei ihrem Treffen zur Unterzeichnung des Vertrages von Tilsit erinnert. Der erste Tag der Feierlichkeiten stand unter dem Motto: „Eine Stadt. Eine Geschichte“.<sup>364</sup>

---

teil Zatorze. Die Idee Andrzej Ryńskis, des Woiwodschaftsmarschalls, einige Zehntausend Zloty für die Sanierung eines Platzes in Kaliningrad auszugeben, fand ich empörend. Seit vielen Jahren hat Olsztyn kein Geld, um wenigstens die Oberflächenentwässerung in der Siedlung Fałata- und Oficerska-Str. zu bauen, und jetzt erfahre ich aus der ‚Gazeta‘ von diesen absurden Vorhaben. Lassen wir nicht zu, dass unser gemeinsames Geld auf diese Weise ausgegeben wird“ (27.06.2005, S. 2). 2003 wurde ein anderer Streit ausgetragen. Sein Gegenstand war das Denkmal für die Freundschaft des Polnischen und Sowjetischen Matrosen in Świnoujście (Swinemünde), das 1999 abgetragen worden war und im Oktober 2003 erneut aufgestellt wurde. Die Demontage wurde vom damaligen Stadtpräsidenten von der konservativen Partei Akcja Wyborcza Solidarność angeordnet. Kriegsteilnehmer protestierten. Es zeigte sich aber, dass dieses Monument aufgrund eines Regierungsabkommens unter Schutz stand. Jetzt wurde das Denkmal dank den Bemühungen der Gesellschaft für die Zusammenarbeit Polen-Osten (vormals Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft) aufgestellt. Auf Bitten des Kaliningrader Gebietsgouverneurs Wladimir Jegorow, eines der letzten Oberbefehlshaber der Ostseeflotte in Świnoujście, wurde die Renovierung von der Reederei Żegluga Pomorska finanziert. Der Reederei ist an guten Beziehungen zu Russland gelegen, da sie eine Verbindung nach Baltijsk im Kaliningrader Gebiet eröffnen will. (*Gazeta Wyborcza* vom 27.10.2003, S. 8). Zu Beginn der neunziger Jahre kehrten die Stadtbehörden von Olsztyn zum alten Namen der Bahnhofstraße zurück, die in den siebziger Jahren in Aleja Kaliningradzka (Kaliningrader Allee) umbenannt worden war (diese Umbenennung bekam auch der Verfasser der vorliegenden Arbeit persönlich zu spüren, als er in den Jahren 1977-1985 in dieser Straße wohnte).

364 Vgl. offizielle Website zum „750. Jahrestag Kaliningrads“ *Prasnowanije jubileja goroda*. [www.gov.kaliningrad.ru](http://www.gov.kaliningrad.ru) (6.01.2006). Vgl. auch: *Jubileusz miasta*, in: *Głos znad Pregoly* 7 (Juli 2005), S. 2-4.

Während der Feierlichkeiten stellte Putin in Bezug auf die Zukunft der Region unter anderem fest: „Russland wird das gesamte Kaliningrader Gebiet wieder aufbauen, wie es das Königstor wieder aufgebaut hat“. Er versicherte außerdem, Russland werde „Kaliningrad niemals abtreten“.<sup>365</sup>

Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten wurden vor dem Universitätsgebäude ein von polnischen Kommunalpolitikern gestiftetes Kopernikusdenkmal enthüllt und an der Universitätsfassade eine weitere Kant-Gedenktafel zur Umbenennung der Hochschule nach dem großen Philosophen im Jubiläumsjahr angebracht.

Zuvor war den Kaliningraderern ein Denkmal des Gründers der Königsberger Universität, Herzog Albrechts, übergeben worden, eine Kopie des Vorkriegsdenkmals, finanziert von drei deutschen Stiftungen.<sup>366</sup>

Im Oktober 2005 nahm an der Eröffnung eines neu gestalteten Parks aus dem 19. Jahrhundert, der den Namen „Junost“ („Jugend“) erhielt, Russlands damalige Erste Dame, Ljudmila Putina, teil. Putina ist in Kaliningrad geboren und hat hier ihre Kindheit und Jugend verbracht. Noch bis vor kurzem wohnte ihre Mutter in einem alten heruntergekommenen Vorkriegshaus in der Ernst-Thälmann-Straße, unweit der renovierten Parkanlage; die Idee zur Renovierung stammte von ihr. Im Park wurde unter anderem ein Denkmal für die „Soldaten-Internationalisten“

---

365 Damit reagierte er unter anderem auf die von Zeit zu Zeit auftauchenden Gerüchte, „Russland könnte Kaliningrad abtreten“. Spekuliert wird darüber seit langem und immer dann wieder stärker, sobald die Europäische Union neue Transitbeschränkungen für Reisende und Güter aus und nach der Oblast einführt. Zuletzt war zu hören, Deutschland und Polen würden sich gern dies wirtschaftlich einträgliche und politisch wichtige Gebiet einverleiben. Bei den Feierlichkeiten erhob auch der deutsche Bundeskanzler Schröder das Wort und stellte fest: „Kaliningrad ist heute die westlichste Stadt der russischen Föderation (...). Diese Stadt hat eine riesige Chance, und ich möchte, dass sie sich realisiert, nämlich eine wahrhaft europäische Metropole zu werden und damit Grenzen, die gezogen sind, zu überwinden.“ Ferner sagte er: „Die Lehre aus dieser Geschichte zu ziehen, heißt, gemeinsam mit aller Kraft für eine immer engere Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland zu arbeiten und daran zu bauen, dass das Wirklichkeit wird“ [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (15.07.2005).

366 Während des Jubiläums wurde manches unternommen, das an die deutsche Vergangenheit anknüpft. Eine Straße in Kaliningrad erhielt den Namen Hansa-Winkel. Es begann der Wiederaufbau des in Deutschland bekannten Hauses der Technik, vor dem Adolf Hitler eine Rede gehalten hatte. Doch gab es auch Misstöne. Ein Boeing-Flugzeug der Linie Kaliningrad Avia, das auf der Strecke Kaliningrad-Berlin verkehrt, wurde 2005 nach dem U-Boot-Kommandanten Alexander Marinesko benannt, der im ausgehenden Zweiten Weltkrieg die „Wilhelm Gustloff“ versenkt hatte. Zuvor wurde ein Marinesko-Denkmal in Kaliningrad enthüllt, was unter anderen Günter Grass irritiert hat. Nach mehrjährigen Bemühungen wurde auch das neue deutsche Konsulat in der Ernst-Thälmann-Straße feierlich eröffnet (bis dahin hatte der Konsul seine Geschäfte in Hotelräumen abgewickelt), [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (10.02.2006).

erneuert. So werden in Russland Afghanistankämpfer oder Teilnehmer „anderer militärischer Auslandseinsätze“ bezeichnet.<sup>367</sup>

Nach einem halben Jahrhundert der Sowjetisierung haben wir im heutigen Kaliningrad, wie Rafał Żytyniec schrieb, mit einem „Cliché der Erinnerungen: der deutschen, der postsowjetischen und der russischen“ zu tun.<sup>368</sup>

Davon zeugen Auseinandersetzungen um die Denkmäler für Mütterchen Russland, Kalinin, Lenin, um die Soldatenfriedhöfe oder den Wiederaufbau des Königsberger Schlosses.

An die Stelle der deutschen Denkmäler sind sowjetische und russische getreten. Es ist eine Debatte im Gange, ob das Denkmal für Mütterchen Russland am bisherigen Platz belassen werden soll, auf dem seit Jahren leerstehenden Sockel des entfernten Stalin-Denkmal. Der Platz, auf dem dieses Denkmal steht, soll nun mit einem Geschäftszentrum bebaut werden. Anders als viele Einwohner zeigen die Behörden kein Interesse, es an einen „würdigeren Ort“ zu verbringen.<sup>369</sup>

Das 1958 enthüllte monumentale Lenindenkmal auf dem Kaliningrader Siegesplatz wurde am 1. Dezember 2004 im Zuge der Neugestaltung des Platzes zur 750-Jahre-Feier demontiert und entgegen einem Beschluss des Stadtrates nicht wieder am ursprünglichen Ort aufgestellt. Kraft eines weiteren Stadtratsbeschlusses hätte das restaurierte Lenindenkmal neben dem immer noch nicht fertig gestellten Haus der Räte auf dem Gelände des in den sechziger Jahren abgerissenen Königsberger Schlosses aufgestellt werden sollen. Die Arbeiten am Postament wurden allerdings auf Geheiß der Gebietsverwaltung eingestellt, nachdem herauskam, dass sie mit dem Kulturministerium des Kaliningrader Gebiets nicht abgestimmt waren. Eine solche Einwilligung ist aber notwendig, da das Gelände des Königsberger Schlosses als Kulturschutzgebiet ausgewiesen ist.

Der Demontage des Denkmals folgten Protestwellen unter Anhängern des Anführers der Oktoberrevolution sowie mehrere „Überraschungen“. Es zeigte sich nämlich, dass die bronzene Lenin-Statue einer dringenden Konservierung und Reparatur bedarf, und dass die Steinplatten der Sockelverkleidung von alten deutschen Friedhöfen stammen. Auf manchen waren noch Angaben über die Verstorbenen lesbar. Nachdem dieser Umstand publik wurde, intervenierte der deutsche Konsul in Kaliningrad. Die Stadtbehörden beschloss, die Grabplatten auf einen alten deutschen Friedhof zurückzubringen und ganz neues Material zum Bau des Denkmalsockels einzusetzen<sup>370</sup>.

---

367 OK 10 (2005), S. 36.

368 R. Żytyniec, *Königsberg, Królewiec, Kaliningrad, Kienigsbiereg. Potwór na krzyżach lapach*, in: *Tygodnik Powszechny* vom 9.08.2006, S. 11.

369 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (12.05.2006).

370 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (21.12.2006). Auf diesem Internetforum fand eine rege Diskussion statt über das Thema: „Der Lenin-Prospekt. Ein Weg, der zur Kirche führt“.

Nikolai Scharonin, der als Panzerfahrer fast den gesamten Zweiten Weltkrieg an der Front mitmachte, nach Kriegsende in Königsberg blieb und als Fahrer in einem Bestattungsunternehmen arbeitete, erinnert sich an die Bauarbeiten folgendermaßen: „Meine Firma erhielt den Auftrag, Material für den Bau des Stalin-denkmals auf dem zentralen Platz der Stadt zu liefern. Im zerstörten Kaliningrad war das benötigte Material nur auf Friedhöfen zu finden.“ Scharonin gab zu, Platten von verschiedenen Orten, auch Friedhöfen, abtransportiert zu haben. Die Grabmäler hätten vom Garnisonskommandanten eingeteilte Soldaten auseinandergelassen, er selbst habe die Platten am Aufstellungsort des Denkmals abgeliefert. „Dort wurden sie von zwei Brüdern, den Litauern Stasis und Alex, erwartet, die Inschriften und sonstige ‚Erkennungszeichen‘ von den Platten entfernen sollten. Hätten sie zuverlässig gearbeitet, hätte nie jemand erfahren, woraus das Postament besteht. Sie haben aber gefuscht“<sup>371</sup>.

Doch plötzlich war Anfang April 2007, nach zwei Jahren der „Abwesenheit“, erneut das in schwarze Folie gehüllte Lenindenkmal auf dem Siegesplatz zu sehen. Vorübergehend wurde es neben dem Haus der Kunst aufgestellt. Nach langen Diskussionen und Auseinandersetzungen wurde das Denkmal am 22. April 2007 (dem Geburtstag des „Revolutionsführers“) enthüllt. Viele nehmen aber an der Höhe des Denkmalssockels Anstoß, der für eine Statue dieses Ausmaßes zu niedrig sei.<sup>372</sup>

Am 31. März 2006 wurde das Kalinindenkmal auf dem Vorplatz des Südbahnhofs abgetragen. Die Demontage erfolgte unerwartet und unangekündigt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ihre Urheber den Ausbruch einer neuen heftigen Diskussion vermeiden wollten, wie sie wegen der Verlegung des Lenindenkmals oder der geplanten Verlegung des Denkmals Mütterchen Russland immer noch ausgetragen wird.

Am 12. April des gleichen Jahres wurde das Denkmal für die im Kaliningrader Gebiet geborene Kosmonauten (Alexej Leonow, Juri Romanenko, Wiktor Pazajew) mit deren Reliefs an den Sockelseiten nach Abschluss der Rekonstruktionsarbeiten erneut enthüllt. Die Kosten der Generalüberholung des Denkmals und der Einrichtung der Umgebung hat eine Privatfirma übernommen.

---

371 OK 12 (2004), S. 14.

372 Einer Umfrage der Kaliningrader Monitoring-Gruppe zufolge sind 53,8 % aller Kaliningrader mit dem neuen Standort des Denkmals einverstanden (36,2 % „ganz und gar“, 27,6 % „eher einverstanden“). Gegen diesen Standort sprachen sich 30,5 % der Befragten aus (18,3 % „nicht einverstanden“, 12,2 % „überhaupt nicht einverstanden“). Anlässlich der Neuenthüllung des Denkmals erklärte der Kaliningrader Bürgermeister Juri Sawenko: „Seinerzeit halfen die Ideologie und der Glaube an den Kommunismus den Menschen, den Krieg zu gewinnen. Unterschiede können sich darauf beziehen, was in unserer Geschichte stattgefunden hat. Aber wir sollten nicht wie die Iwans tun und vergessen, woher wir kommen. Der Standort ist des Denkmals würdig. Die städtebaulichen Pläne zeigen, dass es hier viele, viele Jahre stehen wird.“ OK 5 (2007), S. 38.

Am 1. Juli 2006 wurde im Zentralen Kultur- und Erholungspark ein Denkmal für Wladimir Wyssozki eingeweiht. Der Bau wurde von der gesellschaftlichen Organisation „Wladimir Wyssozki in Kaliningrad“ initiiert.<sup>373</sup>

Bei einem Besuch in Kaliningrad im Oktober 2009 wählte der Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, Kyrill, in Abstimmung mit der Stadtverwaltung den Standort (am Peter-der-Große-Kai) für die Aufstellung des bereits fertigen Denkmals für Nikolaus den Wundertäter (Nikolai Zudotworez). Zu diesem Zweck stellte die Stadt 4 Mio. Rubel zur Verfügung.<sup>374</sup>

Seit vielen Jahren wird über die Form gestritten, wie der im Zweiten Weltkrieg in Ostpreußen gefallenen Soldaten zu gedenken sei. Die Kaliningrader Veteranen warfen dem Gebietsgouverneur vor, er habe außer dem Beschluss Nr. 69 „Über die Errichtung des Kaliningrader Soldatengedenkfriedhofs“ in Medwedewka bei Kaliningrad im Rajon Gurjewsk nichts weiter getan, damit dieser Friedhof wirklich angelegt würde. Unterdessen wurde mitten in Kaliningrad innerhalb eines Jahres mit finanzieller Unterstützung der deutschen Bundesregierung ein großer deutscher Friedhof an der Alexander-Newski-Straße wieder hergerichtet. Der damalige Präsidiumsvorsitzende vom Gebietskomitee der Kriegs- und Militärdienstveteranen des Kaliningrader Gebiets, Isaak Schuster, stellte in einem Brief an den Gebietsgouverneur Wladimir Jegorow fest: „Es freut uns, wie die deutsche Seite zu ihren Soldaten und Bürgern steht und ihnen Friedhöfe in unserer Oblast und der Stadt Kaliningrad anlegt, wodurch sie Suworows Gebot befolgt, wonach der Krieg nicht endet, ehe der letzte gefallene Soldat begraben worden ist. Ihnen werden die notwendigen erstklassigen Grundstücke eingeräumt und unverzüglich die erforderlichen Beschlüsse und Entscheidungen auf verschiedenen Behördenebenen getroffen. Uns, die Ihnen das Leben gegeben, Sie beschützt und aus Ruinen die Oblast aufgebaut haben, die wir unsere Brüder, Töchter und Kampfgefährten verloren haben, deren Gebeine in dieser Erde ruhen, tut die Gefühllosigkeit eines Landes weh, das von herzlosen Bürokraten regiert wird, die nur in den Tag hinein leben...“<sup>375</sup>

Im Jahr 2004 lebten in der Oblast mehr als 60 000 pensionierte Soldaten und Angehörige anderer Kräfte, Veteranen des Zweiten Weltkriegs und späterer Kampfeinsätze. Jedes Jahr sterben über 2 000 Kriegsteilnehmer und ihnen gleichgestellte Rentner. Gleichzeitig bleibt in der Oblast mehr als 34 000 Sowjetsoldaten ein feierliches Ehrenbegräbnis verwehrt. Das Gebietskomitee der Kriegs- und Militärdienstveteranen hat der vollziehenden und gesetzgebenden Gewalt des Kaliningrader Gebiets mehrfach nahegelegt, einen separaten Soldatenfriedhof zu

---

373 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (5.04.2006).

374 Vgl. K. Sinkowskij, „Koktejl“ i „Symbos“, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (2.11.2009); [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (27.10.2009)

375 OK 11 (2004), S. 7.

errichten. Daher die Empörung über die Verzögerung des Friedhofsbaus im Rajon Gurjewsk. Diese war umso berechtigter, als die meisten Stadtfriedhöfe nicht mehr in Betrieb sind und die von den Behörden vorgeschlagenen Standorte sich nicht für die Bestattung von Soldaten eigneten („Lehm und Morast“).

Einen Skandal rief die Nachricht hervor, im Keller des Stabs der Baltischen Flotte in Kaliningrad seien sechs Jahre lang Säcke mit in der Oblast aufgefundenen sterblichen Überresten im Zweiten Weltkrieg in Ostpreußen gefallener Soldaten und Offiziere der Roten Armee aufbewahrt worden. Erst 2002 wurden sie auf öffentlichen Druck hin bestattet und mit einem bescheidenen Holzobelisken mit Stern geehrt. Schätzungsweise haben eine halbe Million Rotarmisten 60 Jahre nach Kriegsende immer noch keinen würdigen Bestattungsort gefunden.<sup>376</sup>

Wacław Radziwinowicz beschreibt in seinem Artikel *Russen demontieren Kriegsdenkmäler* einen anderen Skandal, zu dem es in Kaliningrad gekommen ist: „Gründe zur Verlegenheit haben sie noch viel mehr. Vor einigen Jahren wollten mir meine Bekannten in Kaliningrad stolz das angeblich schöne Denkmal für den Helden der Sowjetunion, Panzerfahrer und Oberleutnant, Alexander Kosmodemjanski vorführen, der 1945 im Kampf gegen die deutschen Tiger in den Vororten der Stadt gefallen war.

Alexander Kosmodemjanski und seine Schwester Soja sind in der sowjetischen und russischen Tradition eine wichtige Legende des Zweiten Weltkriegs.

Jedes Kind weiß, dass Soja, 1941 hinter der Frontlinie als Diversantin von den Deutschen gefangen genommen und gefoltert, niemanden verraten hatte und den Märtyrertod gestorben war. Er wiederum rächte sich für sie, kämpfte heldenhaft und ging von Moskau bis nach Königsberg.

Er hatte einen Steinobelisken verdient, vor dem in Bronzeguss die Raupenspur eines Panzers abrupt endet, als Hinweis darauf, dass genau hier eine feindliche Kugel den Kampfeinsatz des Helden beendete.

Als wir das Denkmal erreichten, stellte sich heraus, dass von der bronzenen Raupenspur nichts mehr zu sehen war, weil Schrottsammler sie gestohlen hatten. Und Arbeiter, die am Obelisken hantierten, sagten uns, sie verwendeten die Steinplatten zum Hausbau für – wie sie sagten – ‚ein reiches Aas‘“ (*Gazeta Wjborcza* vom 1.03.2007, S. 13). Ähnliche Fälle gab es in Stawropol und Kaluga. Unverständlich ist dies allein schon vor dem Hintergrund der Unruhen (mit einem Toten) im Jahr 2007 wegen der Verlegung des sowjetischen Denkmals der Befreier Tallins aus dem Zentrum der estnischen Hauptstadt auf einen Soldatenfriedhof. Die Moskauer Regierung klagt oft auch Litauer, Letten, Polen oder Tschechen an, sie erwiesen Gräbern und Mahnmalen der Rotarmisten nicht die gebührende Achtung.

---

376 Ebenda S. 6.

Im Fall Kaliningrads erstaunt diese Vorgehensweise umso mehr, als die Kämpfe in Ostpreußen, insbesondere die Erstürmung der Festung Königsberg (es gibt ja eine Medaille „Für die Einnahme Königsbergs“), den „Gründungsmythos“ für die russische Oberhoheit in der Oblast darstellen. Alljährlich finden am 9. April Feierlichkeiten zum Jahrestag der Erstürmung der Festung Königsberg statt (wie auch am 9. Mai zum Jahrestag der Beendigung des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945).<sup>377</sup>

---

377 So war es auch am 9. April 2007, als der 62. Jahrestag der Erstürmung feierlich begangen wurde. Kriegsveteranen, Vertreter der Stadtverwaltung und der Gebietsregierung legten Kränze und Blumen am Denkmal der 1 200 Gardisten und am Denkmal des Marschalls Wasilewski nieder. Für die Teilnehmer des Sturms auf Königsberg wurde im Haus der Kunst ein feierliches Konzert veranstaltet; zuvor haben sie sich mit Schülern getroffen. Veteranen, die nicht selbst kommen konnten, wurden zu Hause von Jugendlichen und Vertretern der Behörden und gesellschaftlich-politischer Organisationen besucht. In Kaliningrad leben noch 470 Teilnehmer der Schlacht. Alle erhielten mit ihrer April-Rente eine Zulage in Höhe von 1 000 Rubel aus dem Stadthaushalt, [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (12.04.2007). Am 8. Mai 2007 wurden in Kaliningrad Kränze am Denkmal der 1 200 Gardisten niedergelegt. An den Feierlichkeiten nahmen Vertreter der Gebiets- und Stadtverwaltung, Kriegsteilnehmer und Jugendliche, Militärangehörige, Kosaken und gewöhnliche Kaliningrader teil. Sie kamen, um der Gefallenen zu gedenken. Ein Veteran sagte, das Totengedenken sei für die Lebenden notwendig. Am 9. Mai wurde auf dem Siegesplatz eine Militärparade mit ca. 800 Soldaten, Matrosen der Ostseeflotte und Offiziersschülern veranstaltet. Den Feierlichkeiten zum Siegestag ging die Eröffnung einer Ausstellung *Briefe von der Front* voran. Es wurden mehr als hundert Briefe gezeigt, geschrieben von sowjetischen Soldaten und Offizieren, die an der Ostpreußischen Operation 1945 teilgenommen hatten. Es wurde auch der 20., aus dem Gebietshaushalt finanzierte Band des *Gedenkbuches „Namentlich genannt“* vorgestellt. Wie üblich wurden 500 Exemplare Bibliotheken, gesellschaftlichen Organisationen und anderen Regionen Russlands übergeben, woher zahlreiche Dankesbriefe von Familien eingegangen sind, dass die Kaliningrader ihnen geholfen hätten, etwas über ihre im Krieg gefallenen Angehörigen zu erfahren. Der Band listet Vor- und Zunamen 5 529 sowjetischer Soldaten auf, die im Kampf um Ostpreußen gefallen sind. Die sterblichen Überreste von 3 114 liegen in Polen. *OK 5* (2007), S. 5-7. Mit dem „Gründungsmythos“ von 1945 befasst sich eine interessante Studie von Alexander Sologubow: *„Im Sieg geboren“. Das Jahr 1945 in der Geschichte des Kaliningrader Gebiets*, in: *Erinnerung und Geschichte. 60 Jahre nach dem 8. Mai 1945*, hrsg. von R. von Thadden, Göttingen 2006, S. 79-98.; dort auch weiterführende Literatur in russischer Sprache. Aus 2009 durchgeführten Umfragen geht hervor, dass 54 % aller Russen Stalin für seine „Führungsqualitäten“ schätzen. Nur 8 % sind anderer Meinung. 60 % bedauern, dass es zum Zerfall der UdSSR gekommen ist. Am stärksten vermissen das frühere System Rentner (85 %), Frauen, Personen mit mittlerer Schulbildung sowie Arme. Die Russen sehnen sich nach der UdSSR. Umfrageergebnisse nach: *Rzeczpospolita* vom 21.12.2009, S. A10.

Im Schatten der Aprilfeierlichkeiten 2007 wurde darüber debattiert, ob die Bekrönung der 2006 errichteten Siegessäule (in Form einer „Eichel“) nicht geändert werden sollte. Behörden und Stadteinwohner haben noch nicht entschieden, was an der Spitze der Säule anzubringen sei, und erklärten daher den Wettbewerb für ungültig, dessen Sieger die Aufstellung eines „Siegesengels“ vorgeschlagen hatte. Die Veteranen wünschten sich auf der Säule einen „Siegesorden“ oder eine Frauengestalt als Symbol der „Mutter Heimat“. So wurde eine weitere Ausschreibung vorgesehen.

Am 8. Mai 2007 wurde am Postament der Siegessäule in Kaliningrad ein Bronzerelief enthüllt (10 m<sup>2</sup> groß und mehr als eine Tonne schwer); es zeigt den Heiligen Georg (Georgi Pobedonossez), der mit einem Speer eine Schlange durchbohrt, neben einem Abbild der Siegesmedaille und der Inschrift „Dem großen Sieg gewidmet“ sowie dem Anfangs- und Enddatum des Großen Vaterländischen Krieges. Bei der Enthüllung kündigte Kaliningrads Bürgermeister Juri Sawenko an, im darauf folgenden Jahr würden die übrigen Seiten mit Schlachtenszenen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte verziert. Zum Wortlaut der Inschriften solle die Öffentlichkeit gehört werden. Der russische Vizepremierminister Juri Schalimow sagte bei diesem Anlass: „Heutzutage entfernt man in manchen Ländern Denkmäler der Sowjetsoldaten, wir errichten ein neues. Die Menschen sollen Blumen an der Siegessäule niederlegen, sie soll zum Symbol für Ruhm und Mut unserer Menschen werden in diesem Land, das nun für immer russisch geworden ist.“<sup>378</sup>

Diese Diskussionen rund um die Kriegsgeschichte hindern viele Firmen (hauptsächlich Getränkehersteller) in der Oblast nicht daran, ihren Produkten Namen mit Bezug zur ostpreußischen Vergangenheit zu geben. Als Beispiel sind hier zu nennen: die Biere „Königsberg“ und „Ostmark“, der Wodka „Königsberg“, die Weinbrände „Staryj Kenigsberg“ und „Insterburg“ oder auch das Mineralwasser „Tilsitskaja“. In den Kaliningrader Läden erhältlich ist auch der Weinbrand „Trofejnyj“ („Erbeutet“), der an die Kämpfe von 1945 anknüpft.

---

378 OK 5 (2007), S. 6 und 4 (2007), S. 34. Ungeachtet dieser Diskussionen zerfallen weitere historische Bauten vor den Augen der Bevölkerung. Als Beispiel kann hier das Schicksal der früheren Kreuz-Apotheke in der Frunze-Straße dienen. Das 1888 erbaute schöne Bürgerhaus hat den Krieg überdauert. Infolge der ungenügenden Dachabsicherung verfiel es allmählich und wurde eine Ruine. Nach der Ausquartierung der Bewohner stürzte das Dach ein. Das Werk der Zerstörung wurde von den „Jägern und Sammlern“ vollendet. Um sich des Problems zu entledigen, beschlossen die Stadtbehörden, das ruinierte Haus zu verkaufen. Wegen des katastrophalen Zustands fand sich kein Kaufinteressent. *Geschichte und Gegenwart. Teuere Ruine wartet auf neuen Käufer*, in: *Nachrichten aus Kaliningrad* 4 (April 2007), [www.koenigsberger-express.com](http://www.koenigsberger-express.com) (9.04.2007).

Die 750-Jahrfeier Kaliningrads und Auseinandersetzungen um die historische Vergangenheit wurden durch internationale Medien, hauptsächlich in Deutschland<sup>379</sup> und Polen<sup>380</sup>, mit Interesse verfolgt.

379 Deutsche Zeitungen berichteten ausführlich und durchaus kritisch über das Treffen der *Troika* in Kaliningrad sowie über die allgemeine Lage in der Region. Es wurde unter anderem betont, dass Schröder als erster deutscher Regierungschef dieses Gebiet seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs besuchte. Chirac war nach Napoleon der zweite französische Regierungschef, der seinen Fuß in dieses Land setzte. Wolfgang Schäuble, der damalige Vorsitzende der oppositionellen CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, schrieb in seinem Artikel *Der Kanzler offenbart sich als Gefangener seiner Politik*, der in der „Welt“ vom 4.07.2005 erschien, dass Deutschland in seiner Politik gegenüber dieser Region drei Elemente berücksichtigen müsse: „das Bekenntnis zu unserem eigenen historischen Erbe Königsberg, freundschaftliche Zeichen historischer Verantwortung gegenüber Russland und ebenso eindeutig auch gegenüber Polen und den baltischen Staaten – und all dies mit Blick auf eine gute Zukunft für diese leidgeprüfte Region Europas“ (S. 4). In ähnlichem Ton war auch Robert von Lucius' Kommentar *Baltische Währung* in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 4.07.2005 gehalten, S. 1. Vgl. auch: D. Brössler, *Letzte Ausfahrt Kaliningrad*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.07.2005, S. 3. Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ (2005, Nr. 26) publizierte Wolfgang Büschers umfangreiche Analyse der Lage in der Oblast („Zeit-Dossier“) *Eine russische Revolution. Kaliningrad das alte Königsberg wird 750 Jahre alt – Reise in die Stadt Kants und der Preußenkönige, die ihre dritte Gründung erlebt*. Der Verfasser dieser interessanten Studie schreibt unter anderem: „Auf ein Moskauer Fingerschnippen hin gelingt hier etwas, was die lokale Autorität in sechzig Jahren nicht geschafft hat: (...) Der radikal entkernten Stadt, deren Mitte seit Kriegsende ein zentrales Stück Steppe ist, ein neues Zentrum zu geben (...). Es bleibt der Siegesplatz mit Rathaus (...), der neuen orthodoxen Erlöserkirche (...) mit ihren fünf goldenen Kuppeln. (...) Eine andere Reise führte in den Kaliningrader Frühwinter des Jahres 2000. Auf dem Land schlug der Verfall in offene Agonie um. Viele Felder waren nicht mehr bestellt, in vielen Dörfern herrschte unbeschreibliches Elend. Was aber zu leben, ja aufzuleben schien, war die einzige große Stadt. (...) Und wie ist es jetzt? (...) Beim Siegesplatz entsteht gerade ein neues Megakaufhaus. Dabei gibt es schon ein halbes Dutzend große Supermärkte plus vier Baumärkte plus all die kleineren Geschäfte. Sie bieten fast alles, was der Kunde in Berlin auch kaufen kann. (...) Das Stadtbild ist bunter geworden, es begegnen einem nicht mehr nur drei Typen: Funktionär/Militär, armes ‚Mütterchen Russland‘, neureicher Protz in Schwarz. (...) Es sind nur ein paar Schritte von den belebten Geschäftsstraßen hinter deren Fassaden. Dort verfallen Höfe, Häuser und Existenzen. Manche wirken so morsch, dass man glaubte, sie brächen zusammen, stieße man sie nur an. Hier haust die bitterste Armut (...). Aus der einstigen deutschen Kornkammer wurde eine Steppe. (...) Das führt zu der Absurdität, dass das alte Bauernland heute den größten Teil seiner Lebensmittel importieren muss, etwa aus Litauen. (...) Staunend (...) in ihrer uneleganten, gesichtslosen, geschichtslosen Stadt, treten die Kaliningrader hinzu. ‚750 Jahre Kaliningrad‘ steht auf dem großen Goldstern im Boden – eine neue Siegesmedaille, welche die Stadt sich nun selbst anheftet. Eine fromme Lüge, wie jeder weiß.“

380 Unter zahlreichen Artikeln ist auf die umfangreiche Reportage *Zamrożony obwód* (Eingefrorene Oblast) von Maja Narbut in der „Rzeczpospolita“ (vom 2.-3.07.2005, S. 6) zu

### 2.8.1.2. Wiederaufbau des Königsberger Schlosses?

Seit 2001 führen Archäologen von der Baltischen Archäologischen Expedition der Russischen Akademie der Wissenschaften im Zentrum Kaliningrads Ausgrabungen auf dem Gelände des in der Sowjetzeit abgerissenen Königsberger Schlosses durch. In dieser Zeit haben Historiker und Archäologen den ehemaligen Weinkeller freigelegt und zuletzt einen unterirdischen Gang entdeckt, der höchstwahrscheinlich zum Dom führte. Die Ausgrabungen werden vom deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ finanziert.<sup>381</sup>

---

verweisen. Die Autorin schreibt unter anderem: „Lange Zeit herrschte bei uns ‚Koffertstimmung‘. Dass wir vielleicht fort von hier müssen, wie einst die Deutschen. Man hat nicht vergessen, wie sie behandelt wurden: ‚Achtundvierzig Stunden Zeit, zwanzig Kilogramm Gepäck und ab zum Bahnhof‘, sagt Nikolai, Fahrer in einem Transportunternehmen. Als die militarisierte Enklave nach jahrzehntelanger Isolation ihre Grenzen öffnete und kurz darauf die Sowjetunion auseinanderfiel, gerieten viele Einwohner der Region fast in Panik. Heute ist die Stimmung anders. Man kann sogar hören, es wäre vielleicht gar nicht so schlimm, wenn die Deutschen zurückkämen. Sie würden die Straßen und die Kanalisation instand setzen, Häuser renovieren, das Leitungswasser wäre sauber. (...) Spricht man mit Kaliningrader Politikern oder Beamten, bekommt man früher oder später die Klage darüber zu hören, ‚was in den Arbeitszimmern in Moskau so alles ausgedacht‘ werde. Das Zentrum verstehe uns nicht, wolle die von Russland abgetrennte Enklave wie die russische Provinz (Glubinka) behandeln, sagt man in Kaliningrad immer wieder. (...) Der lokale Patriotismus ist das vorherrschende Unterscheidungsmerkmal der Oblast-Bewohner. ‚Es lebt hier ein ganz anderer Menschenschlag als in Kernrussland‘, sagt Paško. ‚Erst war die Oblast ein Sperrbezirk, später lernten die Einwohner Länder mit einer gefestigten Demokratie kennen, wie zum Beispiel Polen. Und sie wurden tolerant, das ist bei einem Russen alles andere als typisch. Sie sind auch kultivierter – selbst Besuchern aus Russland fällt auf, dass man bei uns für Fußgänger anhält. Die Einwohner Kaliningrads sind auf die Vergangenheit ihrer Stadt stolz. Wohlgermerkt auf die preußische Geschichte Königsbergs, die zum Symbol einer höheren Zivilisation als der russischen wurde. Es geht wie im Roman zu: dieselben Leute, die nach dem Krieg preußische Gebäude gesprengt haben, wurden zu Liebhabern der wie durch ein Wunder erhalten gebliebenen Reste der alten deutschen Architektur. (...) Oft sagen sie zu mir, dass wir die Kaliningrader Oblast in Verruf bringen. Da kann ich nur sagen: welche Diagnose wollt ihr von den Ärzten? Eine optimistische oder eine wahre? Wie sollen wir schreiben, wenn sich seit drei Jahren eine von den Behörden vertuschte Gelbsucht-Epidemie ausbreitet, wenn aus den Leitungen technisches Wasser fließt und statistisch jeder dreißigste Einwohner der Oblast HIV-infiziert ist?‘“ Vgl. auch die interessante Fotoreportage *Miasto zamknięte. Niedzys kwitnąca metropolia, dziś stolica AIDS i przestępczości. Kaliningrad świętuje 750-lecie istnienia*, in: *Newsweek* vom 10.07.2005, Nr. 27, S. 46-49.

381 Königsberg. Ehrgeizige Pläne, in: *Der Spiegel* 51 (2006), S. 96 f; M. Neumann, *Schlossvisionen. Russische Planungen für den Wiederaufbau der Königsberger Residenz*, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 18.10.2003, Nr. 42, S. 10.

Die im Sommer 2006 freigelegten Grundmauern des westlichen Schlossflügels wurden zur Besichtigung freigegeben. Die Befürworter eines Museums dort, wo sich die Reste der Kellergewölbe befinden, meinen, sobald die Ruine den Status eines föderalen Denkmals erhält und zu den denkmalgeschützten Bauten gehört, werde sich die Idee eines Freilichtmuseums verwirklichen lassen. Das Gelände soll dann überdacht werden.

Im Zuge der Vorbereitungen zum 750. Stadtjubiläum im Jahr 2005 kam in Kaliningrad der Gedanke auf, das Schloss wieder aufzubauen. Das entsprechende Projekt wurde unter anderem im März 2006 in der Sitzung des Rates für Kulturangelegenheiten beim Gebietsgouverneur erörtert. Ginge es nach den Plänen der Architekten, sollte das wieder aufgebaute Schloss erneut zur Visitenkarte der Stadt werden. Rekonstruiert würden aber nur die markantesten Teile (der Schlossturm und die Ecktürme). Erhalten blieben dann auch die Weinkeller des alten Schlosses, die Kriegs- und Nachkriegszerstörungen überdauert haben.

Bei einem Kaliningradbesuch im September 2006 wurde Präsident Wladimir Putin ein Modell des zentralen Teils der Stadt mit der Nutzung des Geländes um das ehemalige Königsberger Schloss und das Haus der Räte gezeigt. Damals fiel die Entscheidung zum Wiederaufbau des Historisch-Kulturellen Zentrums „Königsberger Schloss“. Der Staatspräsident versprach sofort einen Betrag von 50 Millionen US-Dollar für die Umsetzung dieses Projekts. Die Instandsetzung soll die Kellergewölbe betreffen, der übrige Schlossbau soll „in den Umrissen“ wiederhergestellt werden. Der Kaliningrader Hauptarchitekt Alexander Baschin stellte fest, es werde eine „Symbiose historischer und moderner Architektur sein. Es wird nicht nur ein Schloss, sondern zugleich das Repräsentationszentrum Kaliningrads sein“. Es sollte einen großen Kongresssaal sowie ein modernes Hotel und Restaurants beherbergen. Nach Plänen der Stadtbehörden hätten die Bauarbeiten zwei Jahre in Anspruch nehmen sollen und 2010 abgeschlossen werden können.<sup>382</sup>

Der Wiederaufbau des Schlosses ruft allerdings auch Proteste hervor. Bei einer Versammlung des Kaliningrader Patriotischen Forums am 3. März 2006 wurde ein Appell mit dem Protest gegen den geplanten Wiederaufbau an die Bevölkerung gerichtet; letzterer wurde als eine „offen revanchistische und antirussische Aktion“ bezeichnet, als ein „Symbol dafür, dass die Oblast nicht zu Russland gehört“.<sup>383</sup> Im Juni 2009 erwogen die Behörden ein Referendum über den Wiederaufbau des Schlosses. Es wurde für Frühjahr 2011 beschlossen.<sup>384</sup>

In den Kontext dieser Auseinandersetzungen fügen sich auch die Bemühungen Kaliningrader Gelehrter um eine Rückgabe der Königsberger Bibliothek ein,

382 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (2.10.2006).

383 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (5.03.2006).

384 *Referendum über Schloß, Preußische Allgemeine Zeitung* vom 25.06.2009, Nr. 25, S. 13; K. Sinkowskij, *Nieoschidannyj poworot*, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (21.01.2010 und 8.06.2010).

die nach dem Krieg nach Moskau verbracht worden war. Zu vielen Kontroversen führte ein am 29. August 2009 im historischen Dom in Kaliningrad veranstaltetes Orgelkonzert zum Gedenken an den 65. Jahrestag der britischen Flächenbombardements von 1944. Das Konzert fand „mit Unterstützung des Deutschen Generalkonsulats“ drei Tage vor den Feierlichkeiten auf der Westerplatte zum Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges statt. Anlässlich des Jahrestages wurde in der „Kaliningradskaja Prawda“ ein Beitrag veröffentlicht, in dem der deutsche Autor G. Horst zitiert wurde, der den Sinn der Luftangriffe in Frage stellte und meinte, deren Ziel sei „nicht die Zerstörung von Militärobjecten, sondern ausschließlich die Zivilbevölkerung“ gewesen. In diesem Artikel wurde auch erwähnt, dass 1944 Napalmbomben auf die Stadt niedergingen und dass es sich um die ersten alliierten Luftangriffe dieses Ausmaßes auf deutsche Großstädte gehandelt habe.<sup>385</sup>

### 2.8.2. „Kaliningrad meine Heimat“. Identifikationsprobleme

Die Perestrojka der ausgehenden 1980er Jahre sowie der Zerfall der UdSSR und die Entstehung der Kaliningrader Enklave Anfang der neunziger Jahre beeinflussten entscheidend die allgemeine Haltung der Einwohner dieser Region und ihre Einstellung zur deutschen Vergangenheit.

---

385 Im Sommer 2009 verlangte der Kaliningrader Kommunistenführer und Gebietsduma-Abgeordnete Igor Rewin von den Engländern eine Entschuldigung. Er stellte fest: „Wenn zum Beispiel Engländer hierher kämen, die die Stadt 1944 bombardiert haben, Reue zeigten, ihre Schuld ‚sühnen‘ und mit ihrem Geld das Schloss wieder aufbauen wollten, könnte man diese Variante (Schlosswiederaufbau) noch in Erwägung ziehen. Aber nur, wenn sie die Kosten zu 100 Prozent übernehmen würden.“ Im Internet meldeten sich viele Kritiker des geplanten Konzerts zu Wort. Typische Aussagen waren: „Marinesko hat mit einem Torpedo mehr Menschen umgebracht als alle englischen Piloten zusammen“; „Ihr wollt euch nicht mehr an die Bombardierungen Leningrads, Stalingrads, Moskaus, Minsks, Kiews, Sewastopols und anderer Städte der Sowjetunion erinnern. Habt ihr schon eure Angehörigen vergessen, die durch deutsche Bomben unschuldig umkamen?“; „Wie soll das Konzert heißen: ‚Zum Gedenken an deutsche Antifaschisten, die beim Bombardement Königsbergs 1944 ums Leben kamen‘?“ *Kaliningradzcy organnym koncertom wspominat bombardirowku Kenigsberga 1944 goda*, [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (1.09.2009). Diese Feier fügt sich in die neue „Partnerschaft“ zwischen Russland und Deutschland ein. Ministerpräsident Putin fasste dieses Problem im sog. „Brief an die Polen“, der am 31. August 2009 veröffentlicht wurde, wie folgt zusammen: „(...) Durch die Weisheit und die Großmut des russischen und deutschen Volkes sowie durch die Umsicht der Staatsdiener beider Länder konnte ein entschiedener Schritt zum Aufbau Großeuropas getan werden. Die Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland ist ein Beispiel dafür geworden, wie man einander entgegenkommt, in die Zukunft schaut und dabei sorgsam mit dem Gedenken an die Vergangenheit umgeht.“ W. Putin, *Karty historii – powód do wzajemnych pretensji czy postawa pojednania i partnerstwa?*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 31.08.2009.

Charakteristisch für die Kaliningrader (oder *Kaliningradzy*, wie sie oft genannt werden), ist, dass sie eine Postmigrationsgesellschaft bilden, der ein ständiger Bevölkerungsaustausch eigen ist. Die Tatsache, dass sich fast die gesamte erwachsene Bevölkerung der Region aus Zuwanderern bzw. deren Nachkommen der ersten Generation zusammensetzt, bedingte einen Mangel an gefühlsmäßiger Bindung zum bewohnten Gebiet. Unter solchen Bedingungen ist eine stabile regionale Identität schwerlich herauszubilden. Vor diesem Hintergrund kommen Befürchtungen vor einer vermeintlich drohenden „Regermanisierung“ oder „Europäisierung“ auf.

Die instabile Lage der Exklave wirkt sich auf das Sicherheitsgefühl der Bewohner aus. Dazu tragen auch die fortwährend auftauchenden Gerüchte bei, die die sowjetische/russische Oberhoheit über dieses Territorium in Frage stellen. So wurde während der Entstalinisierung (1956-1957), dann in den Jahren 1963, 1974 und während der Gorbatschowschen *Perestrojka* über Möglichkeiten eines Anschlusses der Region an Litauen spekuliert.<sup>386</sup> Es wurde vermutet, dass sich der Kasus der Krim wiederholen könne, die mit Zustimmung Chruschtschows 1964 der Ukraine als Symbol der Einheit beider Völker angeschlossen wurde.

Für die Einwohner des 400 km von Russland entfernten Kaliningrad war die „Öffnung“ eine der wichtigsten Änderungen nach dem Zerfall der UdSSR. Nach Jahrzehnten einer fast vollständigen Isolation, als beispielsweise die Oblast von Ausländern nicht besucht werden durfte, erfolgte eine Öffnung zur Welt. Die Kontakte zu Polen, Litauen und solch „ewigen Feinden“ wie Deutschland oder den skandinavischen Ländern belebten sich. All das führte zu einem paradoxen Zustand. Einerseits bewirkte die neue geopolitische Konstellation in Europa zur Trennung der Oblast vom „Mutterland“, andererseits erlaubte sie rege Kontakte mit der Außenwelt. Es zeigte sich, dass die Enklave-Lage zugleich Behinderung und Chance der Region ist.<sup>387</sup>

Die Bewohner der Oblast standen vor neuen Fragen: Wo gehören wir hin? Wohin gehen wir? Sind wir Teil Russlands, oder gehören wir zu Europa? Welche Rolle kommt der Region zwischen Russland und Westeuropa zu?

Nach Ansicht von Eckhard Matthes sind es eine Reihe von Faktoren, die sich auf die Herausbildung des regionalen Bewusstseins der Kaliningrader auswirken, vor allem:

- der von den Siedlern erzwungene Verzicht auf die Geschichte der neuen Heimat und die Zurechtbiegung der Nachkriegsgeschichte der Region;

---

386 Vgl. V. Frobarth, *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000*, Berlin 2001, S. 191-197.

387 *Przewyciężanie obcości: Kaliningrad jako rosyjska enklawa wewnątrz Unii Europejskiej. O przyszłości Europy*, Warszawa 2001, S. 1.

- der Verzicht auf die bisherige Heimat und die räumliche Distanz zu Kernrussland;
- die Diskrepanz zwischen dem ideologischen Bild der Deutschen und dem Bild, das aus der Begegnung mit den Überresten deutscher Kultur in Ostpreußen hervorgeht;
- der Einfluss der Kulturlandschaft der Region und ihrer Verstärkung auf die Siedler, zumal im Vergleich zu den Herkunftsgebieten;
- der Einfluss der Natur und des Klimas auf die Menschen;
- ideologische Grundlagen der Gebietsorganisation;
- das komplikationslose Zusammenleben verschiedener Nationalitäten in der Region;
- Begegnungen und Austausch mit den Nachbarn und daraus resultierende internationale Erfahrungen;
- der Status Kaliningrads als Hafenstadt (Fenster zur Welt);
- die Erfahrung, auf sich selbst angewiesen zu sein, und die Notwendigkeit, eigene Rechte gegenüber Russland durchzusetzen (Zentrum–Peripherie);
- das Aufeinanderprallen regionaler Erfahrungen (Begegnungen mit Deutschen und ihrer Kultur) und der Nationalidentität der Siedler, das die andersartigen historisch-kulturellen Hintergründe bewusst macht, jedoch im Alltag eine Synthesebildung erzwingt;
- die Tatsache, dass im Kaliningrader Gebiet fünfzig Jahre nach dem Krieg keine eigene Schicht der Intelligenzja entstanden ist, d. h. eine Gruppe Gebildeter, die durch folgende Faktoren integriert wäre: a) Verbindung mit der Region, b) Verbindung mit Bereichen, die die Region betreffen, c) öffentliche Streit- und Debattenkultur zu Themen von allgemeiner Bedeutung.<sup>388</sup>

Die Vielzahl der Faktoren mit negativem Einfluss auf Stabilisierung, Integration und Entstehung des regionalen Bewusstseins verursacht ein „Schwanken“ der Identität. Davon zeugen auch Umfrageergebnisse vom Beginn der neunziger Jahre. Aus ihnen geht hervor, dass nicht weniger als ein Fünftel der Regionsbewohner sich für die Abspaltung der Oblast von der Russischen Föderation aussprach. Spätere Umfragen erbrachten nur etwa 4-6 % solcher Antworten. In allen Umfragen wünschten jedoch lediglich 17 % der Bevölkerung eine unveränderte Beibehaltung des aktuellen Status der Region.<sup>389</sup> Die meisten Befragten optierten dafür, eine vierte baltische Republik zu bilden bzw. der Oblast einen Sonderstatus zu verleihen, wodurch sie weitgehende Autonomie innerhalb der Russischen Fö-

---

388 E. Matthes, *Świadomość regionalna w Obwodzie Kaliningradzkim. Próba systematyzacji zjawiska*, in: *Borussia* 26 (2001/2002), S. 19.

389 Ch. Wellmann, *Die russische Exklave...*, S. 402 f.

deration erhalten würde. Vor diesem Hintergrund wurde häufig der Vorwurf des „Separatismus“ erhoben, hauptsächlich aus Moskau.

Beeinflusst wird die Haltung der jungen Generation auch dadurch, dass die überragende Mehrheit der jungen Kaliningrader nie in Russland gewesen ist. Walerij Ustinow, Präsident der Gebietsduma, stellte gar fest, man könne „sie nur bedingt als Russen bezeichnen.“<sup>390</sup>

Der durch Perestrojka und „Öffnung“ zu Beginn der neunziger Jahre ausgelöste Wandel brachte eine neue Sicht auf die regionale Geschichte und die deutsche Vergangenheit mit sich. Diskussionen darüber konzentrierten sich auf zwei Fragen: Was war, bevor wir kamen? Worauf beruht die Geschichte der Region nach 1945?

Bezeichnenden Ausdruck fand dieses neu erwachte Interesse in ersten Publikationen zur Geschichte der Oblast vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Man begann mit der Rekonstruktion und dem Wiederaufbau erhalten gebliebener Baudenkmäler. Ein spektakuläres Beispiel, wenn auch eher ein Einzelfall, war der Wiederaufbau des Königsberger Doms aus deutschen Mitteln. Einige Denkmäler wurden wiedererrichtet, z. B. für Kant. Es setzte eine bis heute andauernde Diskussion über den Namen der Stadt ein, erste Initiativen strebten die Rückkehr zum Namen Königsberg an.

Aus den 2002 durchgeführten Umfragen zur Umbenennung der Stadt geht hervor, dass sich 78 % der Befragten für die Beibehaltung des bisherigen Namens ausgesprochen haben, 9 % für die Rückkehr zum alten Namen Königsberg, 3 % würden einen anderen neuen Namen akzeptieren, 10 % hatten keine Meinung dazu. Aufgrund späterer nicht repräsentativer Umfragen aus dem Jahr 2006 lässt sich feststellen, dass nicht weniger als 60,4 % der Befragten die Wiedereinführung des alten deutschen Namens Königsberg wünschten, 35,1 % sich für die Beibehaltung des bisherigen Namens Kaliningrad aussprachen, 4,5 % gleichgültig waren und sagten, „es ist mir egal“. An der Umfrage haben Internetnutzer teilgenommen, die meistens junge Menschen sind.<sup>391</sup>

Auf die Frage: „Welches Wahrzeichen Kaliningrads ist das bedeutendste, wichtigste?“ wurde 2006-2007 wie folgt geantwortet:

- Dom (der ehemals deutsche auf der „Insel“): 35,6 % (2007); 27,7 % (2006)
- Christ-Erlöser-Kathedrale (die wichtigste orthodoxe Kirche auf dem Siegesplatz): 6,6 %; 21,4 %
- Königstor: 13,5 %; 7,8 %
- Grab Immanuel Kants: 8,2 %; k. A.
- Siegesplatz (nach Umbau): 5,3%; 7,5%

<sup>390</sup> *Königsberger Express* 5 (2000), S. 20.

<sup>391</sup> „Kaliningradskaja problema“ w serkale obschtschzestwennogo mnenija, Kaliningrad/Moskwa 2002, S. 11 sowie [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (7.09.2006).

- Haus der Räte (harrt noch seiner Fertigstellung): 3,9 %; k. A.
- Bernsteinmuseum: 3,0 %; k. A.
- Zoologischer Garten: 2,9 %; k. A.
- Symbolisches „Segel“ neben dem Sportpalast „Junost“: 1,3 %; k. A.

Nur 0,9 % der Befragten hatten dazu keine Meinung. Weniger als 1 % wählten Antworten wie „Stadtwappen – Hanseschiff“, „Sitz der Gebietsregierung“, „Figurengruppe ‚Kämpfende Wisente‘“.

Im April 2006 hatten die Kaliningrader viel häufiger die neu errichtete orthodoxe Christ-Erlöser-Kathedrale und den umgebauten Siegesplatz als wichtigste Wahrzeichen der Stadt genannt.

2007 bekamen das Königstor und der Dom, beide nach den Kriegszerstörungen wieder aufgebaut, die meisten Stimmen. Und obwohl keines der Wahrzeichen entschieden den Vorrang in den Augen der Kaliningrader erhielt, so übersteigt die Zahl der Nennungen historischer Denkmäler doch die Gesamtzahl der genannten „zeitgenössischen“ russischen Symbole.<sup>392</sup>

In einer 2005 durchgeführten Online-Umfrage zur Notwendigkeit, historische Objekte in Kaliningrad wieder aufzubauen, haben die Stadteinwohner folgende genannt: Königsberger Schloss (54,4 %), Friedländer Tor (28,1%), Kronprinz-Kaserne (9,8 %), Brandenburger Tor (6,1 %). Die Frage, ob es „sich lohnt, das Königsberger Schloss wieder aufzubauen, das in den sechziger Jahren zerstört wurde“, bejahten gar 83,5 % der Befragten. Entgegengesetzter Meinung waren 13,1 %, 3,1 % hatten keine Meinung dazu. Ein ebenso positives Verhältnis zur Vergangenheit zeigte sich bei der Benennung der Universität nach Kant (71,6 % dafür, 25,5 % dagegen). Interessanterweise hat sich nur ein Fünftel der Befragten (19 %) für die Wiederaufstellung des Lenin-Denkmal an seinem alten Standort ausgesprochen. Dagegen waren nicht weniger als 79,9 % der Umfrageteilnehmer. Die meisten Befragten (82,7 %) hatten auch nichts dagegen, die alten deutschen Namen (z. B. der Straßen) in den Stadtplan Kaliningrads aufzunehmen, der zur 750-Jahrfeier gedruckt wurde (dagegen waren 14,5 %). Weniger eindeutige Antworten erbrachte die Frage „Gehören Königsberg und Kaliningrad zur Geschichte einer Stadt?“. Die Mehrheit (63,2 %) war der Meinung, dass dies der Fall ist, aber 32,9 % waren entgegengesetzter Ansicht.<sup>393</sup>

2002 wurden soziologische Untersuchungen zum Grad der „Eingesessenheit“ der Bewohner und ihrer Einstellung zur Region durchgeführt. Daraus ergibt sich, dass 40 % der Befragten in der Oblast geboren wurden, 27 % sich in den vierziger bis sechziger Jahren hier niedergelassen haben, 19 % in den siebziger bis achtziger und 11 % erst in den neunziger Jahren. 2 % kamen in den letzten zwei Jahren hierher.

---

392 OK 4 (2007), S. 13.

393 www.westrus.ru (29.06.2005).

In den letzten fünf bis sieben Jahren verließ ein Drittel der Befragten (34 %) die Oblast gar nicht. Diejenigen, die es doch taten, waren fast ebenso häufig „in Russland“ (33 %) wie in Polen und Litauen (jeweils 28 %), 22 % besuchten die Bundesrepublik und 8 % Westeuropa oder die USA. Interessant ist, dass 13 % der Einwohner nie in Russland gewesen sind, 33 % nicht ein einziges Mal nach dem Zerfall der Sowjetunion, d. h. seit 1991. In den letzten zehn Jahren waren 32 % Einwohner der Oblast 11- bis 19-mal in Russland, 18 % viele Male (15 % praktisch jedes Jahr, 3 % mehrmals im Jahr).

Im Lichte dieser Untersuchungen zeichnet sich folgendes lokale und regionale Identitätsgefühl der Kaliningrader ab:

- Hier wurde ich geboren, hier ist meine Heimat, hier fühle ich mich zu Hause: 38 %;
- Hier wurde ich nicht geboren, aber hier fühle ich mich zu Hause, es ist meine Heimat: 31 %;
- Hier wurde ich nicht geboren, aber ich habe mich eingewöhnt, hier lässt sich leben: 20 %;
- Hier wurde ich nicht geboren, hier fühle ich mich nicht zu Hause, es ist nicht meine Heimat: 7 %<sup>394</sup>.

Interessante soziologische Ergebnisse zum lokalen und regionalen Selbstverständnis der Oblast-Bewohner erzielte auch eine Gruppe von Kaliningrader Wissenschaftlern in ihrem Forschungsprogramm „Interregionale Forschung in den Gesellschaftswissenschaften“.<sup>395</sup> Aus diesen in den Jahren 2001-2005 durchgeführten Untersuchungen geht hervor, dass sich die Oblast-Bewohner 2003 mit der lokalen Gemeinschaft, Russland und der Region am stärksten identifizierten. Tabelle 53 veranschaulicht diese Frage.

*Tabelle 53 Entwicklung der sozialen und territorialen Identifizierung der Einwohner des Kaliningrader Gebiets in den Jahren 2001-2004 (in %)*

Mit welchen Gruppen fühlen Sie sich am stärksten verbunden:	2001	2003	2004
In erster Linie mit der Gemeinschaft des Ortes, der Stadt, des Dorfes, wo ich jetzt lebe; ich bin Einwohner Kaliningrads (Tschernjachowsks...)	32,2	27,5	40,0
Ich bin Einwohner des Kaliningrader Gebiets	28,0	21,2	19,9
Ich bin Russe	24,6	31,2	32,5

<sup>394</sup> „Kaliningradskaja problema“ w serkale...

<sup>395</sup> Diese Untersuchungen wurden durch das Bildungsministerium der Russländischen Föderation, das Kenan-Institut, das Wilson-Center in New York und die MacArthur-Stiftung (USA) finanziert.

Ich bin Europäer	2,6	7,6	2,4
Ich bin Weltbürger	6,6	6,7	4,1
Schwer zu sagen	5,5	6,7	1,0

Quelle: *Region sotrudnitschestwa*, Wypusk 3(46): *Problema separatizma w uslowijach anklawnych territorij*, red. A. P. Klemeschew, Kaliningrad 2005, S. 35.

Innerhalb von vier Jahren (2001-2004) wuchsen das lokale Identitätsgefühl (von 27,5 % im Jahr 2003 auf 40,0 % 2004) und das gesamtrossische Zugehörigkeitsgefühl (von 24,6 % im Jahr 2001 auf 32,5 % im Jahr 2004). Seit 2001 sinkt interessanterweise das regionale Zugehörigkeitsgefühl (von 28,0 % 2001 auf 19,9 % 2004).

Die lokale, regionale und gesamtrossische Identität kommt in Kleinstädten und Dörfern am stärksten zum Vorschein. Unter den Landbewohnern ist auch die ethnische Zugehörigkeit (*Etnitscheskaja Obschtschnost*) am stärksten ausgeprägt, die europäische am schwächsten. Die Einwohner Kaliningrads identifizieren sich in erster Linie mit Russland, der Region und dem Wohnort (Tabelle 54).

Tabelle 54 Identifikationsgefühl der Einwohner des Kaliningrader Gebiets nach Wohnort im Jahr 2004 (in %)

Soziale Identifikation	Ort			Mittelwert
	Kaliningrad	Kleinstadt	Dorf	
Lokal	48,0	60,7	60,3	54,8
Regional	64,6	80,0	68,6	70,2
Russland	78,2	82,7	66,9	76,8
Europa	23,1	21,3	14,9	20,6
Ethnisch	43,2	38,7	62,8	46,6
keine Antwort	14,0	8,0	13,2	12,0

Quelle: s. Tabelle 53, S. 37.

Die lokale Identifikation überwiegt unter den jüngsten Befragten (56,3 %), obwohl sie von der Hälfte aller Befragten deklariert wird und die Unterschiede zwischen ihnen nicht ins Gewicht fallen. Mit der Region identifizieren sich am häufigsten die 50- bis 59-Jährigen (76,8 %), mit Russland die Ältesten (76,2 %), was daran liegt, dass diese Gruppe außerhalb der Oblast geboren wurde. Je jünger, desto stärker das Gefühl, ein „Europäer zu sein“ (29,5 % unter den Jüngsten gegenüber 7 % unter den Ältesten).

Das umgekehrte Wechselverhältnis tritt bei der ethnischen (nationalen) Identität auf. Diese Problematik zeigt Tabelle 55.

*Tabelle 55 Identifikationsgefühl der Einwohner des Kaliningrader Gebiets nach Alter im Jahr 2004 (in %)*

Soziale Identifikation	Alter					Mittelwert
	18-29 Jahre	30-39 Jahre	40-59 Jahre	50-59 Jahre	60 Jahre und mehr	
Lokal	56,3	55,8	54,0	52,2	53,5	54,8
Regional	66,7	74,0	71,0	76,8	67,6	70,2
Russland	74,9	76,6	74,0	78,3	84,5	76,8
Europa	29,5	24,7	16,0	13,0	7,0	20,6
Ethnisch	41,0	33,8	49,0	46,4	71,8	46,6
keine Antwort	10,4	15,6	14,0	14,5	7,0	12,0

Quelle: s. Tabelle 53, S. 38.

Eine stärkere Lokalidentität legen die in der Oblast Geborenen bzw. in der Sowjetzeit Zugezogenen (56,8 %) sowie Russen (56,8%) an den Tag, als die nach 1990 Zugezogenen (41,5 %) und Nicht-Russen (47,7 %). Ein ähnliches Wechselverhältnis tritt auch bei der regionalen Identifikation und dem Verhältnis zu Russland auf. Die Unterschiede betragen etwa 10 %. Alle Befragten standen der allgemeinen Lage in der Region kritisch gegenüber. Die meisten (46,4%) befanden sie für „kritisch“, 9,5 % sogar für „katastrophal“, 33,8 % für „normal“ und nur 1,5 % für „gut“.

Das Migrationspotenzial der Oblast-Bewohner ist relativ hoch: Über ein Drittel (37,8 %) äußerte mehr oder weniger den Willen, den bisherigen Wohnort zu verlassen und in andere Gegenden Russlands zu ziehen. 59,8 % zeigen keine Bereitschaft dazu. Einen Auswanderungswunsch äußerten am häufigsten Vertreter der jüngsten Generationen (20,8 % der 18- bis 29-Jährigen gegenüber 1,4 % der über 60-Jährigen). Den stärksten Willen, der Region den Rücken zu kehren, zeigen Personen mit europäischer (27,5%) bzw. ethnischer Identifikation (23,2 %), den schwächsten diejenigen mit lokalem Zugehörigkeitsgefühl (4,1 %). Drei Viertel aller Einwohner zeigen sich durch den Exklavencharakter der Oblast beunruhigt (75,8 %, davon 32,0 % „sehr beunruhigt“). Nur jeder fünfte Befragte (22,6 %) äußert keine Furcht angesichts der geopolitischen Lage seiner Wohnregion. Die größten Befürchtungen hegen deswegen die Kaliningrader (79,9 %) und die ältesten Oblast-Bewohner (75,8 % gegenüber 70,5 % unter den jüngsten). Keine diesbezügliche Beunruhigung geben 21,1 % der in der Oblast Geborenen und vor

langem Zugezogenen an, im Gegensatz zu den in den letzten Jahren Zugezogenen (32,3 % bestätigen, die Lage sei ein Grund zur Beunruhigung).<sup>396</sup>

Diese und weitere Untersuchungen auch in anderen Regionen Russlands bezweckten in erster Linie, etwaige „separatistische Tendenzen“ aufzudecken, die zum Zerfall Russlands führen könnten. Die Moskauer Spezialisten sehen im starken lokalen bzw. regionalen Selbstverständnis eine Gefahr für die gesamtrossische Identität und potentiell eine Gefahr des Auflebens separatistischer Stimmungen.

Am 26. Januar 2006 fand in Moskau eine Diskussionsrunde von Politologen über „Modelle des regionalen Autonomismus. Eine Bilanz einjähriger Machtfestigung“ statt. Die Wahl des Themas war durch ein Problem begründet, „das das heutige Russland von der ‚Parade der Souveränität‘ in den neunziger Jahren geerbt hat.“

Ein Diplomat stellte damals fest, der regionale Separatismus habe sich „verwandelt in eine Technologie zur Erpressung der Zentralregierung durch lokale Eliten, die über regionale Ressourcen verfügen und Gesprächen über eine Steigerung der Nutzungseffizienz derselben ausweichen“.

Die Teilnehmer dieser Diskussionsrunde zählten zu den Regionen mit separatistischen Tendenzen im Jahr 2005: Jakutien, Altai, Republik Komi, Sankt Petersburg, Oblast Pskow, Oblast Kaliningrad, Republik Mordwinien, Republik Mari El, Oblast Orenburg und Oblast Omsk. Bei der Prognose der Entwicklung warnen sie vor einer weiteren Eskalation der Spannungen in diesen Regionen.

Igor Sadorin, Leiter der Forschungsgruppe „Zirkon“, verwies auf Folgendes: „Der Diskurs um das Problem des Separatismus bzw. Autonomismus hängt mit dem politischen oder wirtschaftlichen Separatismus/Autonomismus zusammen. Die wichtigsten Triebkräfte dieser Prozesse sind politische und wirtschaftliche Eliten. Keine regionale Elite wird aber in der Lage sein, ihre autonomen Pläne und Projekte ohne die wichtigste Legitimierung für den Autonomismus umzusetzen: die Öffentlichkeit. Nur durch eine entsprechend gebildete öffentliche Meinung werden Ausgliederungsversuche legitimiert“. Sadorin stellte fest, das mit dem Begriff des regionalen Selbstverständnisses verbundene Grundelement sei eine Identifizierung mit einer bestimmten territorialen Gemeinschaft, was offensichtlich zu sein scheine. Er berief sich auf Ergebnisse von Meinungsumfragen, bei denen die Teilnehmer gefragt wurden, als wen sie sich in erster Linie fühlen: als Bewohner ihres Territoriums, Einwohner der Region, des Landes, der Republik oder Russlands. Einwohner des Kaliningrader Gebiets wurden zusätzlich gefragt, ob sie sich für Europäer halten. „Etwa 30 bis 50 % der Bevölkerung in verschiedenen Regionen sehen sich mehr oder weniger in erster Linie als Bewohner ihres Territoriums. Dies ist ein kennzeichnendes Merkmal für Nationalrepubliken, wie

396 *Region sotrudnitschestwa*, Wypusk 3(46): *Problema separatisma w uslowijach anklawnych tierritorji*, red. A. P. Klemeschew, Kaliningrad 2005, S. 38-45.

Karelien oder Baschkortostan, und für Regionen, die vom Zentrum getrennt sind, wie das Kaliningrader Gebiet oder die Region Primorje. Die wichtigsten Faktoren für das Übergewicht der regionalen Identität zu Lasten der gesamtrossischen sind entweder die geographische Absonderung, der Sonderstatuts oder die national-kulturelle Autonomie“. Sadorin sprach sich somit indirekt für die Stärkung des föderalen Zentrums aus.

Er berief sich auch auf das „Kaliningrader Problem“ als einen Sonderfall, der mehrmals von der Forschungsgruppe „Zirkon“ untersucht worden ist. In dieser Region „gibt es die meisten Menschen, die sich in erster Linie mit der Oblast identifizieren. Man darf allerdings nicht sagen, alle diese Menschen seien ‚Separatisten‘. Der Anteil derjenigen, die in verschiedenen Umfragen in diesem oder einem anderen Grad ihren Willen, Wunsch oder die Bereitschaft bekunden, sich von Russland abzutrennen und ein selbständiger Staat zu werden oder gar der Europäischen Union beizutreten, beträgt lediglich 5-8 %.“

Die Diskussion am runden Tisch zielte darauf ab, die Wahrscheinlichkeit für einen Zerfall Russlands einzuschätzen. Es überwogen Stimmen, dass diese Gefahr trotz des Aufkommens separatistischer Stimmungen nicht bestehe; gleichwohl sollte die Föderalregierung die Entwicklung der separatistischen Stimmungen in einzelnen Föderationssubjekten beobachten und ihren Stand durch „Aufklärungsarbeit mit den Gouverneuren“ korrigieren.

Am 3. Februar 2006 erklärte der Kaliningrader Gebietsgouverneur Georgi Boos auf einer Pressekonferenz in Moskau, in seiner Region seien keine separatistischen Tendenzen vorhanden: „(...) Falls es solche Stimmungen gegeben hat, gehören sie inzwischen der Vergangenheit an. Die Stimmung unter der Bevölkerung hat sich stark gewandelt“, beteuerte der Gouverneur. Zugleich sagte er, vor kurzem hätten ihn „gewisse nachrichtendienstliche Informationen über Kinder“ erreicht. Dem Vernehmen nach gebe es unter den Organisatoren der humanitären Hilfe auch Personen, die zum Schaden der Kinder handeln. „Jemand äußerte zum Beispiel die Bitte, man möge keine russischen Zeitungen mehr lesen“, bemerkte der Gouverneur. Boos' Erklärung fügt sich somit ein in die Diskussionsrunde über den „regionalen Autonomismus“ und die Festigung der föderalen Zentralgewalt, wie auch in die russlandweite Verdächtigungskampagne gegen regierungsunabhängige und ausländische Organisationen.<sup>397</sup>

Die „separatistischen Tendenzen“ im Kaliningrader Gebiet traten nach Ansicht der Forscher zu Beginn der 1990er Jahre am stärksten zutage. Damals hätten sich 30% der Einwohner der Enklave für die Loslösung von Russland ausgesprochen, behauptet Waleri Bajkow, stellvertretender Leiter des Soziologischen Zentrums Kaliningrad. Die Entwicklung in Tschetschenien hat dieser Haltung einen

---

397 OK 2 (2006), S. 7 f.

Dämpfer verpasst. Für die Unabhängigkeit der Enklave sprachen sich 2001 3 bis 4 % der Bevölkerung aus, in erster Linie Übersiedler der letzten Jahre aus Zentralasien. Die hier Geborenen oder direkt nach dem Krieg Zugezogenen wollen, dass die Oblast eine russische Region bleibt. Doch so paradox es klingen mag, Moskau vertrauen sie nicht. Etwa 50 % der Einwohner meinen, die Enklave sollte ein Recht auf eine unabhängige Wirtschaftspolitik erhalten und ähnliche Gesetze und Standards einführen, wie sie in den Nachbarstaaten gelten. Und immer, wenn Moskau Privilegien beschneidet, legt der Anteil der Befürworter einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit schlagartig zu.<sup>398</sup>

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse anderer Umfragen. Die Frage nach der Bereitschaft, am eigenen Haus die Oblast-Flagge zu zeigen, wurde 2006 von 87 % der Befragten verneint (nur 7 % wären dazu gewillt gewesen). Die russische Flagge würden ein Drittel (33 %) der Befragten aufhängen. Mit Nein haben 62 % der Befragten geantwortet.<sup>399</sup>

Das „Eingeschlossenein-Syndrom“ aus der Sowjetzeit wird allmählich überwunden. Wie in der Region Primorje befürchten die Bewohner des Kaliningrader Gebiets, die Zentralregierung könnte erneute eine Verschärfung der Grenzzonevorschriften beschließen. Ein Indiz für diese Möglichkeit liefern die 2007 eingeführten Restriktionen für Ausländer, die sich im Grenzbereich der Oblast aufhalten.<sup>400</sup>

In Kaliningrad gibt es häufig öffentliche Diskussionen: „Wer sind die Kaliningrader? ‚Normale‘ Russen oder ein eigenes Volk? Und welche Rolle spielt die deutsche Vergangenheit bei der Beantwortung dieser Frage?“<sup>401</sup> Aus soziologischen Fokusgruppen-Interviews im September 2001 mit elf gebürtigen Kaliningratern im Alter von 35-45 Jahren geht hervor, dass ihre Regionalidentität erheblich von der schwierigen Geschichte der Oblast und ihrer geographischen Lage beeinflusst wird. Olga Sesneva hat dabei vier Grundhaltungen unterschieden: wir haben hier keine Wurzeln; das Land ist weder russisch noch deutsch, sondern etwas Eigenständiges; wir sind Kosmopoliten, d. h. wir leben außerhalb unseres Vaterlandes, außerhalb Russlands, wir sind andersartig, wir sind andere, „hybride“ Russen oder etwas Ähnliches; wir sind aus verschiedenen Orten hierher gekommen.<sup>402</sup>

---

398 W. Radziwinowicz, *Lagier z widokiem na Hongkong*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 15.02.2001, S. 10 f.

399 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (3.11.2006).

400 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (10.02.2007).

401 Ein Seminar dazu wurde von der Academia Baltica Lübeck am 23.-24. Oktober 2004 in Kaliningrad veranstaltet.

402 O. Sezneva, *Modalities of Self-understanding, Identification and Representation in the Post-1991 Kaliningrad: A Critical View*, in: *Kaliningrad in Europa. Nachbarschaftliche*

Eine interessante Illustration dieser Dilemmata ist der „Brief an die Metropole“ des Kaliningraders Wladimir Chrappa, der 1989 schrieb: „Wir haben die russische Sprache angenommen und sind stolz darauf. Wir sprechen, schreiben und denken russisch. Aber wir können keine uns aufgezwungenen Traditionen oder von irgendjemandem erdachte Geschichte annehmen. Es gibt nur eine Geschichte, wie es auch nur eine Heimat gibt. Wir haben eine Heimat. Sie ist hier bei diesem rauen Bernsteinmeer, in dieser unglücklichen, ausgeplünderten Stadt (...).“<sup>403</sup> Alexander Sologubow, Teilnehmer eines Seminars zu dieser Problematik, befand die gesellschaftliche Suche nach einer Identität für problematisch, weil diese allzu oft für politische Zwecke missbraucht werde. Außerdem hält er die Identitätsfrage für eine höchst persönliche Angelegenheit, weswegen öffentliche Diskussionen darüber unnütz seien. Er bemerkte gleichzeitig: „Wir sind ein kleines, besonderes Volk ohne Wurzeln. Wir sind Russen. Mein Heimat, das ist: das Königsberger Schloss, Kiefern und Ostseedünen, keine Matrjoschkas.“<sup>404</sup>

In einem Abschnitt seines Buches über die Bewohner des Kaliningrader Gebiets (*Die Identität der Kaliningrader: Einheimische unter Fremden oder Fremde unter Einheimischen?*) führt Sologubow aus, in den zeitgenössischen Texten zu dieser Problematik sei ein ganzes Spektrum von Meinungen zu finden: „vom Einfluss des deutschen Kulturerbes auf die Einwohner (...) – von der gänzlichen Negation irgendeines Einflusses bis hin zur Behauptung, die Einwohner des Gebiets würden sich vom Rest Russlands vollständig unterscheiden“. Zur Bestätigung dieser These führt er zahlreiche Fragmente verschiedener Artikel an. Unter ihnen ist auch ein Zitat aus der Zeitschrift „Sapad Rossii“, in der 1994 eine Diskussion zu „Der Kaliningrader: ein Identitätsproblem“ geführt wurde. Alexander Popadin, ein Kaliningrader Schriftsteller, stellt weitere Fragen: „Wer sind wir auf diesem Boden?... Deutsch geartete Russen? Russenähnliche Deutsche?... Eine neue Ethnie, eine Verschmelzung? Barbaren? Helden, Pioniere, Entdecker?“ A. Popadin gibt keine Antwort auf diese Fragen. Er bringt das Problem der Identität mit der Suche nach „spezifisch Kaliningrader Merkmalen“ in Verbindung.<sup>405</sup>

Das Bild der Oblast und Kaliningrads im Bewusstsein ihrer Einwohner rekonstruierend, benannte Sologubow als wichtigste Merkmale: zuallererst „Bernstein“

---

*Perspektiven nach dem Ende des Kalten Krieges*, hrsg. von S. Berger, Wiesbaden 2010, S. 51; auch, „*We have never been German*“: *the economy of digging in Russian Kaliningrad*, in: *Practicing Culture*, ed. by C. J. Calhoun, Sennett, London/New York 2007, S. 3-27.

403 Zit. nach: P. Brodersen, *Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad werde*, Göttingen 2008, S. 241.

404 OK 10 (2004), S. 11. Vgl. auch I. Prusow, *Kto my? Woprosy etnitschzeskoj samoidentifikazji korennych schitelej Kaliningradskoj oblasti*, www.kaliningrad.ru (6.09.2000).

405 A. Sologubow, „*Kaliningrad – unsere Heimat*“ ..., S. 96-100.

und Russlands eisfreier Ostseehafen, Meer, Häfen, Kant, Schlachtfeld des Zweiten Weltkriegs, ehemaliges preußisches Königsberg, Russlands Vorposten an der Ostsee, Haus der Räte am Pregel.

Die wichtigsten Merkmale der Regionalhauptstadt kommen in folgenden Begriffen zum Ausdruck: Baltisches Macau, europäisches Hongkong, westliches Jerusalem Russlands, neues Babylon, neues Alaska in der russischen Geschichte, Singapur in Europa, Straßburg an der Ostsee, russischer Aufmarschraum im Zentrum Europas, territoriales Symbol des Zweiten Weltkriegs, Kriegstrophäe, Vorposten der Orthodoxie, Insel der Armut und der ökologischen Katastrophe, Land der Arbeitslosen und der ehrlichen Schmuggler, schwarzes Loch, Mikrokosmos aller Probleme der russischen Gesellschaft, Wüste mit dem Namen des ollen Kalinin, Grab von Königsberg, Beispiel von Elend und Rechtlosigkeit, eine der korruptesten Regionen Russlands, Paradies der Separatisten, einzigartiges Gebiet liberaler Bevölkerungsbewegungen, Tor nach Europa, Autohauptstadt, Pilotregion ohne Pilot, ungeliebter Stiefsohn Europas, Tunnel nach Europa oder auch „Koffer ohne Griff – schwer zu tragen, aber wegwerfen will man ihn auch nicht“.

In 2002 durchgeführten Umfragen zu den Vorstellungen der Oblast-Einwohner über ihre Region wurde die Frage gestellt: „Was kommt Ihnen zuerst in den Sinn, wenn Sie den Begriff ‚Kaliningrader Gebiet‘ hören?“ Bezeichnend war, dass über die Hälfte der Befragten (52 %) gar nicht geantwortet haben. Die meisten (23 %) assoziierten die Oblast mit „Problemen“, 12 % mit der geographischen Lage bzw. mit Sonstigem (12 %) und nur 9 % mit der Geschichte.<sup>406</sup>

Einer der in Russland bekanntesten Oblast-Einwohner ist der in Gussew bei Kaliningrad geborene Sänger Oleg Gasmanow. Sein Vater war Berufssoldat. Populär wurde Gasmanow durch einen Schlager, in dem er die Sowjetunion *Sdielan w SSSR (Ich war in der UdSSR)* besang. Die Mitglieder seiner Band treten in T-Shirts mit der kyrillischen Aufschrift *CCCP (UdSSR)* auf. Der 55-Jährige stilisiert sich zum sowjetischen Rocker: Jeans, Lederjacke, Bandana mit Sichel und Hammer vor dem Hintergrund der Weltkugel, umrankt von Kornähren. Das Lied ist keine Parodie, sondern eine ernsthafte Hymne auf das untergegangene Imperium.<sup>407</sup>

406 Ebd. S. 103-113; „*Kaliningradszkaja problema*“ w *serkale*..., S. 4.

407 Songtext in polnischer Übersetzung von Marcin Wojciechowski, in: *Gazeta Wyborcza* vom 11.03.2005, S. 2:

„Ukraine und die Krim, Weißrussland und Moldawien –

Das ist mein Land.

Sachalin und Kamtschatka, Berge des Urals –

Das ist mein Land.

Region Krasnodar, Sibirien und die Wolga-Region,

Kasachstan und der Kaukasus,

Und das Baltikum...

Refrain: Ich wurde geboren in der Sowjetunion,

In den neunziger Jahren erweckte Gasmanow den nach dem Zerfall der UdSSR abgeschafften Tag der Roten Armee am 23. Februar wieder zu neuem Leben, indem er an diesem Tag populäre Konzerte „Die Herren Offiziere“ veranstaltete. Sie fanden so starken Zuspruch, dass Präsident Boris Jelzin den Feiertag am 23. Februar wiedereinführte und lediglich den Namen umänderte in Tag der Verteidiger des Vaterlandes.

Beobachter der Kaliningrader Szene behaupten, die Auswirkungen des Auseinanderfalls der UdSSR in seiner Heimat hätten Gasmanows Haltung stark geprägt.

Für zahlreiche Bewohner der Oblast, die eine einzige Riesengarnison war, war die Auflösung des Imperiums eine Tragödie. Jetzt ist das Kaliningrader Gebiet eine russische Enklave in der erweiterten Europäischen Union und die Russen können nicht verschmerzen, dass sie ein Visum brauchen, um auf dem Landweg dorthin zu gelangen.<sup>408</sup>

hergestellt in der UdSSR.

Ich wurde geboren in der Sowjetunion,

hergestellt in der UdSSR.

Rjurik, die Romanows, Lenin und Stalin

Die Oligarchen und die Armen, die Macht und Zerstörung,

KGB, NKWD und die große Wissenschaft...

Das ist mein Land!

Glinka, Tolstoi, Dostojewski, Tschajkowski,

Puschkin, Jessenin, Wyssozki, Gagarin – Wrubel, Schaljapin, Chagall, Ajwasowski,

Das ist mein Land. Öl und Diamanten, Gold, Erdgas,

Kirchenruinen und neue Kirchen – Flotte, Fallschirmjäger, Luftwaffe, Spezialeinheiten,

Roter Platz und Bau der BAM (Baikal-Amur-Magistrale)

Wodka, Kaviar, Eremitage und Raketen,

Die schönsten Frauen unseres Planeten,

Olympia-Gold, Starts, Siege – Schach, Oper, das beste Ballett.

Das ist mein Land.

Sagt, wo finde ich das:

Schukow, Suworow, Mähdrescher, Torpedos –

Auch Europa hat sich zur Union vereint,

Das ist mein Land.

Unsere Vorfahren kämpften gemeinsam in der Schlacht.

Zusammen gewannen wir den Zweiten Weltkrieg.

Gemeinsam sind wir das größte Land.

Es drücken uns jetzt Grenzen und Visa.

Wie geht es Euch ohne uns?

Sagt was, Freunde!“

408 Vgl. M. Wojciechowski, *Zrobiony w ZSSR. Hit slawiacy Związek Radziecki bije w Rosji rekordy popularności*, „Gazeta Wyborcza“ vom 11.03.2005, S. 2. In ihrem Beitrag *Podróż za zamkniętymi oknami. W pociągu Kaliningrad-Moskwa. Z Rosji do Rosji przez trzy gra-*

Wesentlichen Einfluss auf die Identität der Oblast-Bewohner hat das Gefühl der Ungewissheit bezüglich des künftigen Schicksals der Region, ein Gefühl, das aus dem Exklaven-Charakter des Gebiets resultiert. Auf große Resonanz bei den Einwohnern stießen 2005 Meldungen, Moskau erwäge eine Änderung des Statuts der Region. Eine der damals aufkommenden Ideen lautete, das Kaliningrader Gebiet als russisches Auslandsterritorium anzuerkennen. Obwohl der Begriff „Auslandsterritorium“ im russischen Recht nicht vorkommt, schlug Ilja Klebanow, Bevollmächtigter des russischen Präsidenten, genau dies vor: „Durch die

---

*nice* („Rzeczpospolita“ vom 24-26.12.2002, S. 10-11) schreibt M. Narbut unter anderem: „Die Lokomotive, getauft nach dem Helden des Vaterländischen Krieges, Iwan Tschernjachowski, setzt sich langsam in Bewegung. Sie zieht eine lange Wagenreihe, lässt den Kaliningrader Bahnhof hinter sich. Morgen um die gleiche Uhrzeit wird der Zug ‚Jantar‘ in Moskau ankommen. Auf dem Weg dorthin fährt er die ganze Strecke auf Gleisen mit breiter Spurweite, passiert drei Grenzen und durchfährt Litauen und Weißrussland.

(...) – Alle haben sich schon daran gewöhnt, dass Litauen fremdes Land ist. Zunächst regten sich die Leute auf, dass sie plötzlich im Ausland waren, nachdem sie das Kaliningrader Gebiet verlassen hatten. Um ehrlich zu sein, muss man sagen, dass Litauen auch vor seiner Unabhängigkeitserklärung irgendwie fremd war. Viele Russen spürten, dass es ein fremdes Land war – so der Zugführer, der zu Sowjetzeiten lange Zeit in Litauen gelebt hat. Die kühle Distanz zwischen Russen und Litauern kann nicht unbemerkt bleiben.

(...) – Sie bemitleiden Frauen und Kinder? Und Sie verstehen nicht, warum wir niemals auf Tschetschenien verzichten werden? Weil das unser russisches Land ist – sagt Dimitr hart. Zornig nimmt er meine Worte auf, jedes Volk habe Recht auf Freiheit. – Ach, Du, sattes Polen! Du, sattes Europa! Wie behandelt ihr Russland. Russland ist doch für euch wie ein Dichtungsring. Es trennt euch vom Terrorismus, illegalen Einwandern und Drogen. Es hängt nur von unserem Willen ab, ob der ganze Dreck über euch herfällt“. Vgl. auch Reportage von W. Radziwinowicz *Kienig. Swojska nazwa. Czy kaliningradczyzy nie czują się już Rosjanami? To nie tak. Uwważaj się za Rosjan „z dodatkiem“*, „Duży Format“ Beilage zu „Gazeta Wyborcza“ vom 25.07.2002, S. 22-25. Der Autor schreibt unter anderem „Moskau verlangt von Europa Eisenbahn- und Straßen- ‚Korridore‘, über die die Russen ohne Visa, die durch ‚Beamte fremder Staaten‘ ausgestellt werden, fahren dürften. Nur das wäre – nach Meinung der Russen – eine Bestätigung des souveränen Anspruchs Russlands auf die Region Kaliningrad. Jegliche sonstige Vorschläge würden – so kann man ständig in Moskau vernehmen – diesen Anspruch begrenzen. Die Kaliningrader werden zu Europäern, aber sie bleiben weiterhin Russen. Es genüge nur, das Fenster zu öffnen, um den Menschen eine – sei es auch teilweise – Reisefreiheit, Freiheit, Gäste zu empfangen, einzuräumen. ‚Korridore‘ mögen zwar ein Antidot gegen die Sehnsucht nach dem Imperium, mit der sich die russischen Politiker immer noch herumquälen, sein. Sie sind aber auch eine Beschränkung der Freiheit ihrer Mitbürger. Die Reise nach Moskau in einem verplombten Zug mit litauischen Grenzschützern auf dem Dach darf kein Angebot für die Einwohner Kaliningrads sein. Denn diese sind es gewohnt, unter anderen Bedingungen und in andere Richtungen zu reisen. Sie wollen jene bleiben, die sie sind: Russen in Europa“ (S. 22). Vgl. A. Mencwel, *Kaliningrad moja miłość*, Olsztyn 2002.

Gewährung dieses Status werden politische und gesellschaftliche Folgen der geographischen Trennung der Oblast von Russland beseitigt.“

Dieser Vorschlag stieß in Moskau und in Kaliningrad gleichermaßen auf Kritik. Es wurde festgehalten, dass die Kaliningrader Oblast zwar ein „grenznahes Territorium“ sei, aber kein Auslandsterritorium Russlands sein könne, weil es im russischen Hoheitsgebiet liege. Schließlich wurde dieses Konzept fallen gelassen. Für viele Oblast-Bewohner war das aber eine weitere Bestätigung ihrer „Sonderstellung“ und dessen, dass „Moskau ständig in unseren Angelegenheiten ‚herumwühlt‘ und uns ‚verhöckern‘ will.“<sup>409</sup>

Dieses Problem tauchte erneut auf im Zuge der Vorbereitungen zu einer Großdemonstration am 20. März 2010. Die Gebietsregierung plante damals eine soziologische Massenuntersuchung. Es sollten unter anderem folgende Fragen gestellt werden: „Unterstützen Sie Georgi Boos und Wladimir Putin?“, und: „Wünschen Sie sich, dass das Kaliningrader Gebiet von Russland abgetrennt wird?“<sup>410</sup>

Um ungünstigen Tendenzen entgegenzuwirken, schuf die Gebietsverwaltung im Mai 2007 das Programm „Patriotische Erziehung der Bevölkerung des Kaliningrader Gebiets in den Jahren 2007-2010“, bei dem ein besonderes Augenmerk auf die junge Generation gelegt wurde.

Michail Andrejew, Kulturminister der Gebietsregierung, der das Programm präsentierte, unterstrich, dass sich der Patriotismus der Jugendlichen in der Oblast auf feste Grundlagen stützen müsse. Die Nähe zu den Grenzen der umgebenden Staaten führe dazu, dass Kaliningrader Kinder und Jugendliche öfter nach Polen oder Deutschland als nach Regionen Russlands reisten. Die westliche Kultur verdränge aggressiv die echt nationalen Werte, daher bedürfe es im Kaliningrader Gebiet komplexer Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen.<sup>411</sup>

Dieses Programm fügt sich in die neue Bildungspolitik des Kreml ein. Das föderale Bildungsministerium hat eine Prüfung der Geschichtslehrbücher angekündigt. Im Juni 2007 fand dieserhalb eine Beratung mit Präsident Putin statt.<sup>412</sup> 2009

409 Vgl. L. Niedośniał, *Strefa czy kolonia. Szansa dla Kaliningradu*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 10.03.2005, S. 12.

410 *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk) 1 (2010), S. 24.

411 *OK* 5 (2007), S. 7.

412 Die Durchsicht der Lehrbücher geht auf eine Anweisung Wladimir Putins zurück. Auf der Moskauer Juni-Konferenz der Lehrkräfte für Gesellschaftswissenschaften wurden diese vom Staatspräsidenten aufgefordert, die russischen Schulen von fehlerbehafteten Büchern zu säubern. „Jetzt werden Geschichtslehrbücher von Autoren geschrieben, die ausländische Zuschüsse bekommen. Sie tanzen nach der Pfeife der Geldgeber“, erklärte ein aufgebrachter Putin. Er appellierte, den jungen Russen Stolz auf die Geschichte des Sowjetreiches einzuflößen und aus den Schulbüchern „beleidigende Fragmente“ zu entfernen, die die Wahrheit über den „siegreichen Zweiten

zeigten sich die Machthaber dadurch beunruhigt, dass die Schüler in Kaliningrad landesweit die russische Geschichte am schlechtesten kennen. Dies bestätigten die Ergebnisse der in ganz Russland vereinheitlichten Abschlussprüfung (Abitur) in den Oberschulen.<sup>413</sup>

Für diese Dilemmata der politischen Führung zeigen sich die Oblast-Bewohner nur wenig empfänglich. Denn ihr Tun und Lassen gilt, wie beispielsweise das der Einwohner Litauens und Polens, eigenen Alltagsproblemen: Wie bekommt man genügend Geld für den Lebensunterhalt zusammen, was soll wie für den Winter als Vorrat gesammelt werden, wird es Unterbrechungen bei der Wärme-, Wasser- und Stromzufuhr geben? Was tun, um nicht zuviel Schmiergeld (*Wsjatki*) zu zahlen, „denn wer kann, der nimmt es“ usw.

Die Russen und Vertreter hundert anderer Nationalitäten, die in der Oblast leben, sind heiter, gastfreundlich, gesprächig und neugierig auf Erzählungen auswärtiger Gäste. Sie feiern gerne im geselligen Beisammensein. Der wichtigste Feiertag ist Neujahr (1. und 2. Januar). Die Russen sind ihrer Regierung dankbar, dass sie alljährlich um die Jahreswende die weltweit längsten Ferien haben. Diese dauern fast drei Wochen (darunter 10 gesetzliche Feiertage): sie beginnen sofort nach dem katholischen Weihnachtsfest und dauern bis Mitte Januar. Denn unmittelbar auf Weihnachten folgt Neujahr, eine Woche später das orthodoxe Weihnachtsfest, und in der Nacht vom 13. auf den 14. Januar das Neujahrsfest nach dem von den Bolschewiken abgeschafften Julianischen Kalender. Die Russen gehen vierzehn Tage nicht zur Arbeit, es erscheinen keine Zeitungen (auf die Ausgabe vom 29. Dezember folgt die nächste erst am 15. Januar), und das Fernsehen bringt statt neuester Nachrichten eine Palette alter Sowjetfilme, deren beliebtester (und traditionell seit Jahren am Neujahrstag ausgestrahlter) Streifen *Ironie des Schicksals* mit der polnischen Schauspielerin Barbara Brylska in der Hauptrolle ist. Während dieses „großen Festmarathons“ sind die Städte menschenleer. Die weniger betuchten Russen fahren auf ihre Datschen, die wohlhabenden vergnü-

---

Weltkrieg“ in Frage stellen. Nach Ansicht der Ministerialbeamten ist in einer „sozialveränderten Demokratie“, wie sie im heutigen Russland herrsche, „Hauptzweck eines Geschichtslehrbuchs nicht der simple Geschichtsunterricht, sondern die Entwicklung der Einstellung der Schüler zu Vaterland, Welt und Staat“. T. Bielecki, *Historia dla Rosjan*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 24.08.2007, S. 12. Vgl. auch: F. Fukuyama, *Rosyjskie odrodzenie. Nowy początek rosyjskiej historii*. Dieser Autor charakterisiert die „Fassadendemokratie“ in Russland und schreibt: „Die Regierung kontrolliert alle Fernsehkanäle, die Aufsicht über die Provinzen wurde wieder zentralisiert. (...) Heute, da Russland sich wieder stark fühlt, ist es überzeugt, sich nur durch Konfrontation verteidigen zu können. Die nach Reichtum und Sicherheit strebenden Russen möchten die Zeit der ‚Smuta‘ (Zeit der Wirren) unter Jelzin möglichst schnell vergessen. *Europa*, Beilage zur Tageszeitung *Dziennik* vom 11.08.2007, S. 15.

413 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (28.08.2009).

gen sich in exotischen Badeorten. Überall fließt Alkohol in Strömen. Zum Neujahrfest wird ein Tannenbaum geschmückt und die Kinder bekommen Geschenke; es ist ein echtes Familienfest.

Unlängst wurde ermittelt, dass der Moskauer, aber auch der Kaliningrader für die Vorbereitungen zum Neujahrsabend das meiste Geld in ganz Europa ausgibt und dafür 1,5 Monate lang arbeiten muss. In den rund um die Uhr geöffneten Läden bilden sich sogar nachts Schlangen. An den darauf folgenden Feiertagen besuchen einander Freunde, Bekannte, Nachbarn. Bei diesen Treffen serviert man meist Kartoffel-Gemüse-Salat (Oliwje), Wodka mit Lachs und saure Gurken. Schokolade und Bonbons dürfen nicht fehlen.<sup>414</sup>

Während der großen Feierlichkeiten zum Tag des Sieges am (arbeitsfreien) 9. Mai werden „Frontrationen“ von 100 g Wodka auf den Straßen nicht nur an Kriegsveteranen ausgeschenkt. Wichtige Feste sind auch der 1. und 2. Mai (Tag der Arbeit und Frühlingsfest). Ebenso feierlich begangen werden der Frauentag (8. März) und der Tag der Verteidiger des Vaterlandes (23. Februar, allgemein als Männertag bekannt). An diesen arbeitsfreien Tagen „feiern die Männer, trinken auf die Gesundheit der Frauen und auf ihre eigene“, bemerkte eine von mir Befragte (K-12). Nicht so populär sind andere (arbeitsfreie) Staatsfeste, wie das der Unabhängigkeit (12. Juni), der Nationalen Versöhnung (7. November) und der Verfassung (12. Dezember). Fällt das jeweilige Fest auf einen Sonnabend oder Sonntag, ist in der Regel auch der darauffolgende Montag arbeitsfrei.

Die Russen feiern auch das orthodoxe Ostern (nach dem Julianischen Kalender). Obwohl knapp zwei Drittel der Bürger Mitglieder der orthodoxen Kirche sind, praktizieren nur wenige Prozent den Glauben.

Zum Kaliningrader Bild gehören inzwischen die Besuche von Ljudmila Putina (geb. Schkrebnewa). Sie entstammt einer typischen Arbeiterfamilie, die es aus Brjansk in Zentralrussland nach Kaliningrad verschlagen hat. Ihre Mutter war Omnibusschaffnerin, ihr Vater Arbeiter bei den Kaliningrader Reparaturwerken. Er soll sehr streng gewesen sein; Nachbarn berichten, Ljudmila habe sich als Halbwüchsige nicht in Begleitung ihres Freundes auf der Straße zeigen dürfen.

Bei Besuchen in ihrer Heimatstadt verstößt Putina, die als sehr sympathisch und herzlich gilt, manchmal gegen das Protokoll. So auch, als sie einem ehemaligen Klassenkameraden begegnete, der mit Bekannten Bier trank. Diese wollten, um Putina nicht zu erzürnen, Bierdosen und -flaschen verstecken, doch endete alles in einer geselligen Bierrunde, allerdings mit Ljudmila und ihren Sicherheitsleuten.<sup>415</sup>

---

414 J. Kumoch, J. Prus, *Rosja na cale trzy tygodnie przestanie istnieć*, in: *Dziennik* vom 23.-26.12.2006, S. 22.

415 S. Popowski, *W cieniu wampira*, in: *Polityka* 23 (2007), S. 60-62.

Offen bleibt die Frage, wieviel vom *Homo Sovieticus Kaliningradensis* in den heutigen Einwohnern immer noch steckt, und in welchem Grad sie schon *Kaliningradniks* geworden sind, die in einer Luxuskolonie leben, die auch als *Terra Incognita* bezeichnet wird.<sup>416</sup>

### 2.8.3. Zukunft des „Kaliningrader Problems“

Der Zerfall der UdSSR, politische Schwierigkeiten bei der Herausbildung des neuen russischen Staates und die immer tiefere Krise in Russland haben zahlreiche Projekte zum weiteren geopolitischen Umbau des Kaliningrader Gebiets hervorgebracht. In der russischen Presse erschienen immer neue Vorschläge zur Steigerung der wirtschaftlichen Autarkie, zur Einräumung der Autonomie und der Änderung des Oblast-Status, um ihre rasche Entwicklung zu gewährleisten.

Es wurde unter anderem vorgeschlagen, Russlanddeutsche in die Oblast umzusiedeln und das Kaliningrader Gebiet zur Baltischen Deutschen Republik innerhalb Russlands umzuwandeln. Die Umsetzung dieser Idee barg indes die Gefahr eines Anschlusses der Oblast an Deutschland.

Es wurden auch Konzepte erörtert, die Oblast von Russland abzutrennen:

- Abtretung der Oblast an Polen und/oder Litauen;
- Rückgabe der Region an Deutschland;
- Wiederherstellung eines (dann souveränen) Ostpreußens auf dem ehemals preußischen Territorium, das derzeit zu Russland, Polen und Litauen gehört;
- Bildung eines Kondominiums unter der gemeinsamen Regierung verschiedener Träger (unter ihnen wurden die Europäische Union, Russland, Deutschland, Polen, Litauen und Schweden genannt);
- Umwandlung der Region in einen vierten unabhängigen baltischen Staat (neben Litauen, Lettland und Estland).

Alle vorgenannten Konzepte versprachen eine rasche Entwicklung der Region und die Anhebung des Lebensstandards ihrer Einwohner. Bei einer Abtrennung der Oblast von Russland brähe hingegen ihre Wirtschaft zusammen; sie stützt sich auf Lieferungen billiger Kraftstoffe und Energie, zahlreicher Rohstoffe aus anderen Landesteilen, russische Außenhandelsbeziehungen und die Belieferung Russlands mit dem Gros der hier hergestellten Erzeugnisse. Vor allem aber ist die Oblast Teil des russischen Kultur- und Bildungsraumes, und ihr Ausscheiden daraus würde die Zerstörung des Bildungs-, Wissenschafts- und Kultursystems

---

416 *Kaliningradskaja Oblast kak terra incognita (o niekotorych aspektach oswojenija „tschzuschowo“*, in: *Ekonomiko-geografitscheskij westnik Juschnogo federalnogo uniwersiteta*, Rostow na Donu 6 (2009), S. 101-106.

der Region bedeuten. Dann verwandelte sich das vom übrigen Russland politisch isolierte Kaliningrader Gebiet unvermeidlich in eine heruntergewirtschaftete Region, der Lebensstandard der Einwohner würde zwangsläufig sinken.

Nach Ansicht russischer Forscher bestand das Ziel der vorgenannten Konzepte einzig darin, die „Isolierung und schließlich die Abtrennung des Kaliningrader Gebiets von Russland“ herbeizuführen. Zwar wurden diese Fragen auf offizieller Ebene niemals erörtert und keinerlei Verhandlungen über eine Änderung des Oblast-Status geführt. Erst gegen Ende der neunziger Jahre, als Russland die Wirtschaftskrise zu überwinden und sich politisch zu stabilisieren begann, wurden die Forderungen nach einer Isolation der Oblast weniger dringlich erhoben.<sup>417</sup>

Im Gegensatz zu den vorgenannten Konzepten haben örtliche Wissenschaftler zusammen mit Experten aus Moskau und St. Petersburg realistische Pläne ausgearbeitet, und zwar zur Entwicklung des Kaliningrader Gebiets unter Exklavebedingungen, als Region der Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und EU, sowie zur Stärkung seiner Rolle in der russischen Wirtschaft. Die Zentralregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Mehrkosten des Transits zu rekompensieren, darunter insbesondere ein Gesetz über die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet sowie das Föderale Zielprogramm „Entwicklung des Kaliningrader Gebiets bis 2010“. Unter Berücksichtigung dieser Prämissen wird eine sozioökonomische Entwicklungsstrategie der Region ausgearbeitet und umgesetzt.<sup>418</sup>

Das zunehmende Interesse an der Vergangenheit der Region ging mit Versuchen einher, ihre Wechselbeziehungen mit der Gegenwart zu verstehen und die eigene Haltung zu diesem Land zu bewerten, das nun von der russischen Bevölkerung bewohnt wird, aber Spuren der einst hier lebenden deutschen und (in viel geringerem Maße) preußischen Bevölkerung trägt. Besonders schwierig war das für die Jugendlichen, die hier geboren wurden und keinerlei Erinnerungen an „Großrussland“ hatten, aber auch keine eigenen „historischen Wurzeln“ im Kaliningrader Gebiet finden konnten. So haben einige Berufsschüler und -schulabsolventen zu Beginn der *Perestrojka* Organisationen wie „Bayern“ oder „Preußen“ gegründet, die sich für die Loslösung des Kaliningrader Gebiets von der UdSSR aussprachen und Freiheit und Demokratie forderten sowie das Aufholen des Entwicklungsrückstandes gegenüber entwickelten Staaten.<sup>419</sup>

417 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (10.05.2005).

418 Vgl. A. P. Klemeschew, S. D. Koslow, G. M. Fedorow, *Ostrow sotrudnitschestwa, Kaliningrad* 2002; W. W. Iwtchenko, *Nautschno-technitscheskij potencjal osobnoj ekonomitscheskoj sony Rossii / Kaliningrad*, Kaliningrad 1998; S. Korgopolow, A. Goradilow, A. Kulikow, A. Gomin, *XXI wjek: Osobnaja Sona i Osobnyj Status*, Kaliningrad 2001.

419 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (1.02.2005).

Die Einwohner der Oblast bekommen die Folgen der Isolation vom übrigen Teil des Landes zu spüren. Selbst die Uhrzeit ist hier anders als in anderen Teilen Russlands: Im März 1989 wurde eine neue Ortszeit eingeführt (Differenz von einer Stunde zur Moskauer Zeit). Von großer Bedeutung sind auch der Einfluss benachbarter Kulturen, der polnischen, litauischen und der hier jahrhundertlang bestehenden deutschen sowie die Herkunft der Oblast-Bewohner nicht nur aus verschiedenen Regionen Russlands, sondern auch aus anderen Republiken der früheren UdSSR.

Die Unterschiede im Vergleich zu den übrigen Landesteilen sind jedoch nicht groß genug, um von der Herausbildung einer besonderen, anderen Kultur als der russischen zu sprechen.

Russische Forscher und Politiker vertreten die Auffassung: „Man darf die Oblast-Bewohner nicht als besonderes Volk ansprechen, das vom russischen Volk verschieden wäre. Die Unterschiede haben regionalen, ethnographischen Charakter, sind also Unterschiede innerhalb der russischen Kultur. Die Einwohner Kaliningrads sprechen nicht nur die gleiche Sprache wie die Einwohner anderer Oblasten und Regionen Russlands, sondern sie eignen sich in Familie und Schule dieselben Kulturelemente, moralische Normen und Verhaltensprinzipien an wie die Einwohner von Nowgorod, Smolensk, Twer, Kursk, St. Petersburg oder Moskau. Dies erlaubt ihnen, äußeren Einflüssen anderer Kulturen zu widerstehen (was aber die Übernahme mancher ihrer Elemente nicht ausschließt). Genauso sind die fremdländischen Nachbarn in gegenseitigen Kontakten russischen Einflüssen ausgesetzt.“<sup>420</sup>

Die Einmaligkeit des Kaliningrader Gebiets gegenüber anderen Regionen Russlands beruht auf seinem Exklave-Dasein und darauf, dass es seit 1. Mai 2004 eine „Insel in der Europäischen Union“ ist. Deshalb beteuern Politiker in Moskau und Kaliningrad regelmäßig seine dauerhafte staatliche Zugehörigkeit zu Russland.<sup>421</sup>

---

420 [www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru) (20.03.2005).

421 So versicherte im Mai 2004 der Gebietsdumavorsitzende Wladimir Nikitin wieder einmal: „Außerhalb Russlands sehe ich keine Zukunft für das Kaliningrader Gebiet, und kein Regionalpolitiker zieht eine Unabhängigkeit des westlichsten Teilterritori- ums Russlands in Betracht.“ Nikitin zufolge wird hier zwangsläufig ein anderes Wirtschaftssystem als im übrigen Russland in Kraft sein müssen. „Das System ist durch die geographische Lage des Kaliningrader Gebiets vorherbestimmt, und Lebensqualität und -standard der Kaliningrader werden sich allmählich an das europäische Niveau annähern und die russischen Werte überholen.“ *OK 5* (2004), S. 3. Im April 2006 stellte Sergej Mironow, Vorsitzender des Föderationsrats in Moskau, fest: „(...) Russlands staatliche Politik gegenüber dem Kaliningrader Gebiet stützt sich traditionell auf zwei Grundprinzipien. Erstens: die territoriale Integrität, deren Subjekt die Oblast ist. Und zweitens: die Anerkennung eines Sonderstatus für diese einzigartige, westlichste Region des Landes. In der Praxis bedeutet das einerseits, die Rechte der Einwohner des

Diese Frage wird auch als das „Kaliningrader Problem“ (*Kaliningradskaja Problema*) bezeichnet.<sup>422</sup>

Nach Ansicht des Moskauer Experten Grigori Banatian ist im „Kaliningrader Präzedenzfall“ zu lange darüber diskutiert worden, „was Kaliningrad für Russland ist. Ein Militärvorposten oder, wie jetzt gesagt wurde, ein wichtiges nationales Projekt und eine Pilotregion der Zusammenarbeit mit der EU? Deswegen fehlen noch Prämissen der föderalen Zentralpolitik. (...) Auf das Kaliningrader Gebiet wird das Zentrum nie verzichten.“<sup>423</sup> Nach Meinung zahlreicher Kaliningrader Experten ist der „Pilotcharakter“ der Oblast gegenüber der Europäischen Union seit Jahren überholt. Dies sei auf den schlechten Zustand der Beziehungen zwischen Russland und der EU zurückzuführen. Wie Fjodor Lukzjanow,

---

Kaliningrader Gebiets genau so konsequent zu verteidigen wie die der anderen russischen Staatsbürger, und eine normale Reisemöglichkeit durch das Staatsgebiet der Nachbarländer Polen und Litauen zu schaffen; andererseits, eine Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet einzurichten, aufgrund des Gesetzes, das am 1. April 2006 in Kraft getreten ist. Bei der Verabschiedung dieses Gesetzes ließen sich die Mitglieder des Föderationsrats durch den Grundsatz leiten, dass der Sonderstatus, der auch mit Zoll- und Steuererleichterungen verbunden ist, die notwendigen Voraussetzungen für eine dynamische sozioökonomische Entwicklung einer der wichtigsten Regionen Russlands herstellen wird.“ *OK 4 (2006)*, S. 10. Der Generalstabschef der Streitkräfte der Russländischen Föderation, Juri Balujewski, sagte im Oktober 2005, die Präsenz russischer Streitkräfte in der Oblast sei „ein Symbol für die Hoheit Russlands über dieses Territorium, das de facto durch NATO-Staaten eingeschlossen ist“. Balujewski führte aus, es gebe gewisse Kräfte, „die sich die Rückkehr Kaliningrads ‚in einen anderen Rahmen‘ wünschen. Aber das Land ist unser, getränkt mit dem Blut unserer Väter und Großväter. Und um dieses Land werden wir wirtschaftlich, politisch, notfalls auch militärisch kämpfen“. Auch stellte er fest: „Im Kaliningrader Gebiet, diesem neuen Fenster Russlands nach Europa, konzentrieren sich nicht nur die Interessen von Staaten, und zwar nicht nur solcher Europas, sondern der ganzen Welt.“ *OK 10 (2005)*, S. 29. Georgi Boos sagte im April 2006 auf die Frage nach der Mission, die ihm Präsident Putin mit der Ernennung zum Gouverneur des Kaliningrader Gebiets übertragen habe, die Hauptaufgabe, die der Präsident ihm zugewiesen habe, sei: „am Beispiel der Kaliningrader Oblast die Integration in Europa üben“. „Eine Integration auf der EU-Linie scheint durchaus machbar. Man kann sich das Kaliningrader Gebiet leicht als einen Teil des europäischen Raums vorstellen, mit visafreier Einreise, Freizügigkeit und freiem Gütertausch. Schwieriger bestellt ist es wohl um die Integration auf der NATO-Linie. Hier gibt es noch keine Erkenntnisse, wie sich diese Beziehungen entwickeln werden“, so Boos. *OK 4 (2006)*, S. 41.

422 Vgl. „*Kaliningradskaja problema*“ w serkale...; *Stosunki między Rosją i Unią Europejską a „problem kaliningradzki“*, in: *OK 5 (2007)*, S. 68.

423 G. Banatian, *Schditie tschto skaschet Putin. Moskewskij ekspert-ekonomist stschtitajet, tschto kaliningradskaja oblast’ stoit na poroge bolschich peremjen*, in: *Kaliningradskaja Prawda* vom 22.11.2005, S. 1 f.

Chefredakteur der Zeitschrift „Rossija“, im Mai 2007 zur globalen Politik sagte: „Wir haben heute kein Modell für die Beziehungen zur EU, also gibt es nichts zu ‚pilotieren‘.“<sup>424</sup> Wichtig für die Oblast-Bewohner sei die Visaregelung nach dem Beitritt Polens und Litauens zum Schengen-Abkommen.

Die Redaktion der „Kaliningradszkaja Prawda“ stellte in ihrem Redaktionskommentar vom 18. Mai 2007 fest: „Die meisten Einwohner der Region träumen nicht einmal mehr davon, frei von Russland nach Russland zu reisen wie einst. Im Gegenteil, es gilt jetzt als ganz normal, neben dem Personalausweis auch einen Pass für Auslandsreisen zu besitzen. In den natürlich Sichtvermerke eingeklebt werden müssen. Falls sie bezahlt werden müssen, werden wir hinblättern. Es gibt kein Entkommen, rund herum wie in einem Tiergehege Stacheldraht und Grenzposten, ohne Visa kommt man nicht weg. Vielleicht ist das ja unser ‚Pilotenschicksal‘.“<sup>425</sup>

Die Oblast befindet sich nun im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sinne in einer „doppelten Peripherie“. Erstens ist es vom russischen Kernstaat durch hohe Transitabgaben und Hindernisse abgeschnitten, nachdem in den Nachbarländern die EU-Normen eingeführt worden sind, wie beispielsweise die rigorosen Veterinär- und Umweltvorschriften. Zweitens isolieren es mancherlei Barrieren vom nahen Westeuropa, z. B. die Visumpflicht.

Ab 1. Juni 2007 änderten Polen und Litauen das Visaerteilungsverfahren für Einwohner der Region: Die langfristigen Reisedokumente, die zu mehrmaligen Aus- und Einreisen in das „nächste Ausland“ berechtigen, werden nunmehr nur für einige wenige erhältlich sein. Grundsätzlich werden die Kaliningrader nur einmalige Visa für bis zu drei Monate und nur gegen Gebühr (35 Euro) bekommen können.

Dieser Umstand beeinflusst selbstverständlich die Vorstellungen der Einwohner von der Zukunft der Region, in der sie leben. Auf die 2002 gestellte Frage: „Welche Version der künftigen Entwicklung des Kaliningrader Gebiets erscheint Ihnen für Sie persönlich am besten?“ wurden folgenden Antworten erteilt:

- Die Oblast bleibt Teil Russlands aber mit einem anderen Statuts als andere russische Regionen – 38 %.
- Die Oblast bleibt Teil Russlands mit dem gleichen Statuts wie andere russischen Regionen – 21 %.

---

424 OK 5 (2007), S. 70 f.

425 Ebenda. Kritische Meinungen zur Politik der Zentralregierung gegenüber der Oblast werden seit Längerem formuliert. So schrieb Alexander Rjabuschew in der Wochenzeitung „Majak Baltiki“ im Oktober 2003 über das „koloniale Verhältnis Moskaus zu Problemen der Oblast, und sie politisch anzusprechen, kann für Russland in seinem äußersten Westen eine schlimme Wende nehmen und sich zu einem sozialen Ausbruch auswachsen, was letzten Endes den Verlust der Region zur Folge haben könnte“. OK 10 (2003), S. 4.

- Die Oblast bleibt Teil Russlands, wird sich aber faktisch nach ihren eigenen Gesetzen richten – 19 %.
- Die Oblast bleibt nicht Teil Russlands, sondern wird ein unabhängiger Staat – 5 %.
- Die Oblast bleibt nicht Teil Russlands, sondern wird Teil eines anderen Staates – 3 %.

Aus diesen Antworten geht hervor, dass sich nicht weniger als 65 % der Befragten für einen anderen als den bisherigen Oblast-Status aussprechen, während lediglich ein Fünftel der Befragten die aktuelle Lage für gut befindet (11 % hatten keine Meinung dazu).<sup>426</sup>

Vergleichsuntersuchungen zu einem ähnlichen Thema wurden 2001-2005 durchgeführt.<sup>427</sup> Aus ihnen geht hervor, dass 44,4 % der Oblast-Bewohner im Jahr 2005 ihre Region als Teil der Russischen Föderation sehen würden, allerdings mit den Rechten einer Sonderwirtschaftszone. Eine Mehrheit von 65,8 % der Befragten war mit dem Istzustand unzufrieden (derselbe Anteil wie in den obigen Umfragen von 2002). Nur jeder fünfte Oblast-Bewohner (19,2 %) meinte, eine Änderung des Oblast-Status sei nicht notwendig; jeder zehnte (10,2 %) erwartete, dass aus der Oblast ein unabhängiger Staat entstehen würde, während sich 9,8 % für eine Teilrepublik innerhalb der Russischen Föderation aussprachen. Die Veränderungen in den Vorstellungen zur künftigen Entwicklung der Region zeigt Tabelle 56.

*Tabelle 56 Vorstellungen zum künftigen Status des Kaliningrader Gebiets in den Jahren 2001-2005 (in %)*

Erwarteter Oblast-Status in Zukunft	2001	2003	2004	2005
Unabhängiger Staat	11,1	10,8	7,2	10,2
Territorium mit den gleichen Rechten wie in der Russischen Föderation und der Europäischen Union	14,5	19,8	6,2	8,0
Teilrepublik innerhalb Russlands	15,8	14,3	7,6	9,8
Oblast innerhalb der Russischen Föderation mit Rechten einer Sonderwirtschaftszone	39,3	34,4	46,6	44,4
Oblast innerhalb der Russischen Föderation	10,3	14,1	29,8	19,2
Region als Teilgebiet eines anderen Staates	8,4	6,6	2,6	3,6
Andere Vorstellungen, keine Antwort				4,8

Quelle: s. Tab. 53.

<sup>426</sup> „Kaliningradskaja problema“ w serkale...

<sup>427</sup> Region sotrudnitschestwa...

Die meisten Befürworter des Status quo gibt es auf dem Land (22,3 %), die wenigsten in Kleinstädten (14 %). Die Einstellungen zur Zukunft der Region gehen, was den Wohnsitz anbelangt, am meisten auseinander bei der Einschätzung „Teilrepublik der Russischen Föderation“, denn für diese Lösung sprechen sich 16,7 % der Einwohner von Kleinstädten aus, aber nur 5,7 % der Kaliningrader. Bei den übrigen Varianten fallen die Unterschiede nicht so krass aus.

Anders verteilen sich die Resultate hinsichtlich des Alters der Befragten: 14,2 % der 19- bis 29-Jährigen sprachen sich für einen unabhängigen Staat aus, während dies nur 4,3 % der über 50-Jährigen wünschte. Umgekehrt war das Verhältnis bei der Beibehaltung des Status quo: dafür sprachen sich 43,7 % der über 60-Jährigen aus, 7,8 % der 30- bis 39-Jährigen und 10,9 % der jüngsten Umfrageteilnehmer (19-29 Jahre). Je niedriger das Alter der Befragten, desto mehr Befürworter einer Teilrepublik innerhalb der Russischen Föderation (13,1 % der 19- bis 29-Jährigen gegenüber 4,2 % der über 69-Jährigen). Alt- und Neueinwohner nahmen die Zukunft ähnlich wahr. Deutliche Unterschiede gibt es bei der Zukunft der Region als Teil eines fremden Staates (diesen Wunsch äußerten 10,8 % der nach 1991 Zugewanderten, gegenüber 2,5% der hier Geborenen oder schon lange Lebenden).

Dass andere Staaten territoriale Forderungen erheben könnten, beunruhigte die Oblast-Bewohner sehr. Von solchen Ansprüchen seitens Deutschlands waren gar 63,8 % der Umfrageteilnehmer überzeugt (eindeutig ja – 36,0 %, eher ja als nein – 27,8 %). Nur jeder zehnte Oblast-Bewohner (9,4 %) meinte, Deutschland werde keine derartigen Forderungen stellen. 43,4 % der Befragten (eindeutig ja – 20,6 %, eher ja als nein – 22,8 %) zeigten sich überzeugt, dass Litauen solche Ansprüche vorbringen werde. Von angeblichen Forderungen seitens Polens waren 34,6 % der Befragten überzeugt (eindeutig ja – 15,6 %, eher ja als nein – 19,0 %). Je jünger die Befragten, desto geringer die Überzeugung von vermeintlichen territorialen Ansprüchen. Beispielsweise haben 43,7 % der über 60-Jährigen Angst vor Deutschland, gegenüber 31,2 % der Befragten im Alter von 30-39 Jahren.<sup>428</sup>

Bei den 1993-2002 durchgeführten Vergleichsstudien zum Thema der im Kaliningrader Gebiet stationierten Streitkräfte zeichnete sich im Verlauf des Jahrzehnts ein deutlicher Wandel der Einstellung ab. Eindeutig zugenommen haben Erwartungen, die Zahl der stationierten Streitkräfte werde gesteigert (Zunahme um 19 %) oder das vorhandene Militärpotenzial bleibe erhalten (um 24 %). Drastisch schrumpfte die Zahl (um 33%) jener, die sich für eine Reduzierung des Militärs oder für den Abzug der Streitkräfte aussprachen (1 %). Diese Problematik wird in Tabelle 57 veranschaulicht.

---

428 Ebenda S. 45-59.

*Tabelle 57 Einstellung der Bewohner des Kaliningrader Gebiets zum örtlichen Militärpotenzial in den Jahren 1993-2002 (in %)*

Antworten	1993	1994	1996	2000	2002
Truppenstärke und Bewaffnung sind zu erhöhen	–	–	13	18	19
Truppenstärke und Bewaffnung sollen bleiben wie bisher	32	55	70	62	56
Truppenstärke und Bewaffnung sind zu reduzieren	41	24	13	10	8
Truppen und Waffen sind aus der Oblast abzuziehen	20	16	1	2	1
Keine Antwort	7	5	3	9	16

Quelle: „*Kaliningradszkaja problema*“ w serkale obschtschestwennogo mnenija, Kaliningrad/Moskwa 2002, S. 8.

Im Februar 2007 wurden in der Oblast Umfragen zur Einstellung der Bewohner zur Europäischen Union durchgeführt. Die Einwohner wurden gefragt, ob das Kaliningrader Gebiet Teil der EU werden sollte. 8,5 % der Befragten bejahten dies. Fast die Hälfte der Umfrageteilnehmer (46,3%) wählte die Antwort: „Die Oblast sollte Teil der Europäischen Union werden und gleichzeitig russisches Staatsgebiet bleiben.“ Etwas weniger (41,6 %) wählten die Variante: „Die Oblast sollte nur Teil Russlands bleiben.“<sup>429</sup>

Aus den oben dargestellten Umfrageergebnissen lässt sich schlussfolgern, dass sich mehr als die Hälfte der Einwohner (ca. 60 %) für die Änderung des gegenwärtigen Oblast-Status aussprechen. Dies zeugt von einem „schwankenden“ Bewusstsein. Im Gegensatz zu den Menschen im Memelland, Ermland und Masuren ist die Frage nach einer Änderung des rechtlichen und teilweise des territorialen Status für die Bewohner des Kaliningrader Gebiets ein durchaus reales Problem, das sich auf das allgemeine Wohlbefinden und Selbstverständnis auswirkt.

Gestützt werden diese Einstellungen durch verschiedene Informationen, die die Bewohner der Region hauptsächlich aus Deutschland und Litauen erreichen. In diesen Ländern formulieren verschiedenste gesellschaftliche und politische Kräfte mit unterschiedlicher Intensität Ansprüche und Aussagen, die häufig die derzeitige staatliche Zugehörigkeit und den Statuts der Oblast in Frage stellen. Obwohl die „Rückforderungsrhetorik“ hauptsächlich aus dem Nachbarland Litauen kommt, werden die größten Befürchtungen an die Adresse Deutschlands gerichtet. Dies liegt besonders daran, dass dieses Land noch bis vor kurzem Teil

429 OK 2 (2007), S. 33 f.

Preußens und Deutschlands war. Nicht ohne Bedeutung ist auch die aktuelle politische und wirtschaftliche Stellung dieser beiden Staaten. Da Litauen, was Bevölkerung, Territorium, Wirtschaft und Militär anbelangt, nur ein beschränktes Potential hat und es der Sowjetunion den Anschluss der Region Wilna und des Memellandes „verdankt“, wird es in Kaliningrad und Moskau einerseits mit unverhohlener Irritation betrachtet und andererseits als der schwächere Partner behandelt, den man mehr oder weniger auf die leichte Schulter nehmen kann. Dies tritt insbesondere seit Putins Machtübernahme im Jahr 2000 zutage.

Die Spannungen zwischen Moskau und Litauen, Polen und dem Westen entwickeln ihre eigene Dynamik. Denn die Emanzipation des „wiedergeborenen Russlands“ ist die neue Ideologie des Kremls, die an die Stelle der Losung vom Kampf gegen den Kommunismus aus Boris Jelzins Tagen oder von der Überwindung des „Chaos nach Jelzin“ in den ersten Jahren der Präsidentschaft Putins getreten ist. Obwohl das russische BIP auf einem ähnlichen Niveau wie das Italiens liegt, ist Russland nach wie vor ein wichtiger globaler Mitspieler mit imperialen Ambitionen, den man nicht isolieren oder ignorieren darf.

Die Behörden in Moskau und Kaliningrad reagieren wie die Öffentlichkeit in der Region sehr sensibel nicht nur auf verschiedene Formen wirtschaftlicher Betätigung der Deutschen in der Oblast (z. B. Investitionen), sondern auch auf Aktivitäten, die sie als „revanchistisch“ bezeichnen.

Der Kaliningrader Publizist W. Smirnow bemerkte in einem Gespräch mit dem deutschen Generalkonsul in Kaliningrad im August 2006 unter anderem: „Es geht die Meinung, die deutsche Geschäftswelt wisse bestens über das ökonomische Potenzial Kaliningrads Bescheid, werde jedoch durch die Bundesregierung vom Investieren in die Region abgehalten, um so etwaigen Anschuldigungen zuvorzukommen, die Bundesrepublik würde die russische Oblast ‚aufkaufen‘ ...“<sup>430</sup>

Auf lautstarke Empörung unter russischen Politikern und Journalisten – in Moskau wie auch in Kaliningrad – stieß im Oktober 2004 die sog. kleine Anfrage von 71 Bundestagsabgeordneten der damaligen Opposition an die deutsche Bundesregierung, angeregt von Jürgen Klimke und Erwin Marschewski. Die Anfrage

---

430 OK 8 (2006), S. 33. Zu den russischen Pressestimmen, die Berliner Regierung würde Pläne zu neuen Umsiedlungen der Russlanddeutschen unterstützen, bemerkte der Generalkonsul der Bundesrepublik in Kaliningrad, Guido Herz, am 22. August 2006: „Die deutsche Bundesregierung hat absolut nichts zu tun mit dem Vorhaben der deutsch-russischen Gesellschaft Rusformstroj Wosroschdenie GmbH, die erklärt hat, ein Sonderprogramm zur Rückkehr von Russlanddeutschen nach Russland ins Leben zu rufen. Ich möchte hinzufügen, dass es von der Bundesregierung nie ein solches Programm zur Umsiedlung von Russlanddeutschen gegeben hat; selbstverständlich wird es auch in Zukunft kein solches Programm geben. Es ist ein vollkommen privates Unterfangen“, unterstrich der Diplomat. Ebenda S. 34.

betrifft nicht weniger als 50 Probleme zur Lage des Kaliningrader Gebiets nach der EU-Osterweiterung.

In der „Niesawisimaja Gaseta“ erschien am 15. Oktober 2004 ein Artikel unter dem vielsagenden Titel *Der Deutsche Reichstag ist wieder zur Rückgabe des „Kaliningrader Gebiets“ bereit*. Hier ein größerer Ausschnitt aus diesem Beitrag, der die russische Denk- und Argumentationsweise in dieser Frage aufzeigt: „Der deutsche Außenminister Joschka Fischer und seine Untergebenen arbeiten dieser Tage emsig an einer Antwort auf die Anfrage der Opposition zur Lage in Kaliningrad. Vom zweitmächtigsten Mann in der Bundesregierung verlangen die Bundestagsabgeordneten das Einverständnis zur Gründung einer litauisch-russisch-polnischen Region, die mit dem historischen Gebiet Ostpreußens übereinstimmen würde. Dies war nur eine der 50 Fragen, die der Regierung von 71 Abgeordneten aus der CDU/CSU-Fraktion gestellt wurden. Wie Jürgen Klimke, einer der Urheber der Aktion, gegenüber der ‚NG‘ erklärte, erwarte er eine Antwort der Bundesregierung bis Ende Oktober.

In ihrer Anfrage erwähnen die Abgeordneten zweimal das ‚Kaliningrader Gebiet‘, bezeichnen es aber dutzendfach als ‚Königsberger Gebiet‘, ganz ohne Anführungszeichen. Die Organisatoren der kleinen Anfrage behaupten, sie ließen sich durch ihre Sorge um die Zukunft des ‚Königsberger Gebiets‘, das ‚zu den Problemregionen der EU-Ostanrainer zählt‘, leiten. Beobachter meinen allerdings, diese Aktion habe noch einen anderen Hintergrund.

Der genannte Abgeordnete Klimke ist in seiner Fraktion Fachmann für Fremdenverkehrsfragen. Dieses Thema kommt auch in der Anfrage zur Sprache, allerdings in überaus eigenartiger Form: was halte die Bundesregierung von der Möglichkeit einer ‚gemeinsamen touristischen Erschließung des historischen Gebietes Ostpreußen durch Polen, Litauen und Russland‘? In einem Atemzug interessieren sich die Abgeordneten in ihrer doppelbödigen Anfrage dafür, ‚inwieweit die extensive militärische Nutzung des Oblast Königsberg ein Hemmnis‘ für die Entwicklung der Wirtschaft darstelle? Mit anderen Worten: es wäre wohl besser, das Gebiet von der russischen Militärpräsenz zu räumen?

Ein anderer Initiator der Anfrage, Erwin Marschewski, zeigt sich politisch profiliert. In der Bundestagsfraktion steht er an der Spitze der Arbeitsgruppe ‚Vertriebene und Flüchtlinge‘. Natürlich durfte unter den Unterzeichnern der Anfrage die Vorsitzende des ‚Bundes der Vertriebenen‘, Erika Steinbach, nicht fehlen, die durch ihre skandalösen Reden in Polen für besondere Empörung sorgt. Kein Wunder also, dass einige Formulierungen die ‚Idee‘ beinhalten, die regionale Landkarte neu zu zeichnen.

Die 14. Frage lautet: ‚Wie bewertet die Bundesregierung Überlegungen, eine litauisch-russisch-polnische Euroregion zu schaffen, die geografisch in etwa mit dem historischen Gebiet Ostpreußens übereinstimmt?‘ Dabei wird nicht präzi-

siert, ob es sich um ein aus den jeweiligen Ländern herausgeschnittenes Gebilde oder etwas anderes handeln sollte. Die Richtung ist damit aber vorgegeben. In der Frage Nr. 15 erkunden die Autoren der Anfrage das Verhältnis der Bundesregierung zu ‚Überlegungen, diese Euroregion «Prussia» zu nennen‘. Natürlich, die Initiatoren wissen, dass es leichtsinnig wäre, allgemeine Naivität zu erwarten. Auf einer Website (Russland-aktuell) offenbarte Erwin Marschewski, man wolle mit der ‚kleinen Anfrage‘ die Regierung nur zu einer aktiveren Mitwirkung am Leben der Region animieren. ‚Jedenfalls bin ich kein Revanchist‘, unterstrich er für alle Fälle und erwähnte die Pflicht, Nachkriegsabkommen einzuhalten. Jürgen Klimke erachtet provokante Fragen für ein völlig legitimes Mittel zum Zweck, nämlich eine ‚klare Auskunft der Bundesregierung‘ zu erhalten. Der ganze Rest sei, wie Klimke selbst zugibt, ‚selbstverständlich Quatsch‘.<sup>431</sup>

Berlin distanzierte sich in seiner Antwort von diesen Fragen und stellte damit Moskau zufrieden. Im November 2004 erließ die Hauptabteilung Information und Publikationen des Außenministeriums der Russischen Föderation einen Kommentar zu den Wortmeldungen russischer Massenmedien bezüglich der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. ‚Wirtschaftliche Zukunft des Königsberger Gebietes nach der EU-Osterweiterung‘. Darin lesen wir unter anderem: ‚Die Antwort der Bundesregierung auf diese relativ umstrittene Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten ist für uns zufriedenstellend. Sie ist taktvoll formuliert und weist im Grunde genommen Versuche der Autoren zurück, sich über historische völkerrechtliche Gegebenheiten und endgültige Nachkriegsregelungen in Europa hinwegzusetzen. Die Bundesregierung distanzierte sich insbesondere von den ihr ‚unbekannten Überlegungen‘, auf Basis des Kaliningrader Gebiets ein europäisches Gebilde ‚Prussia‘ in den geographischen Grenzen des früheren Ostpreußens zu errichten oder die Oblast aus dem russischen Rechts- und Zollraum herauszulösen. In der Antwort wird die Absicht der deutschen Regierung bestätigt, in der Kaliningrader Frage mit Russland im allgemeinen Kontext der russisch-deutschen Kooperation mitzuwirken.‘<sup>432</sup>

Mit unverhohlener Irritation wurden in Kaliningrad Einlassungen von Vertretern der Landmannschaft Ostpreußen aufgenommen, die noch bis vor kurzem zu verschiedenen Feierlichkeiten, z. B. anlässlich der Gründungsjahrestage ostpreußischer Städte, eingeladen wurden. Dabei mussten sich die Russen Kritik und Belehrung gefallen lassen, sie könnten nicht ‚richtig wirtschaften‘ und hätten ‚die Region ruiniert‘.<sup>433</sup>

---

431 OK 10 (2004), S. 58 f.

432 OK 11 (2004), S. 47.

433 www.kaliningrad.ru (10.05.2003).

Für die Problematik Ostpreußens und des Kaliningrader Gebiets interessieren sich nicht nur die deutschen Landsmannschaften, sondern auch zahlreiche wissenschaftliche Kreise und gesellschaftliche Organisationen.<sup>434</sup>

Das Kaliningrader Gebiet ist für Litauen und Polen geopolitisch wichtig. Für Litauen ist es ein bedeutender Wirtschaftspartner (z. B. liefert Litauen 80 % des Strombedarfs der Oblast, viele litauische Unternehmen sind hier tätig). In den ersten Jahren nach dem Zerfall der UdSSR und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Litauen bestimmten drei Hauptprobleme die Beziehungen zwischen den beiden Staaten:

1. Die russische Militärpräsenz im Kaliningrader Gebiet;
2. Die Festlegung von Grenzverlauf und -durchlässigkeit sowie -übertrittsregelungen für Personen- und Güterverkehr sowie Militärangehörige und -gerät;
3. Die Etablierung gleichberechtigter und für beide Seiten günstiger Wirtschaftsbeziehungen.<sup>435</sup>

Als besonders kompliziert erwiesen sich die Festlegung des Grenzverlaufs zwischen dem souveränen Litauen und Russland sowie das „Kaliningrader Visaproblem“. Letzteres ist noch heute aktuell.

Nach langjährigen Kontroversen und Verhandlungen bilateraler Ausschüsse wurde 1997 der Grenzvertrag durch beide Staatspräsidenten, Algirdas Brazauskas und Boris Jelzin, unterzeichnet.

Das litauische Parlament (Seimas) ratifizierte den Vertrag zwei Jahre darauf, doch die russische Duma zögerte mit der Ratifizierung aus politischen Gründen. Russische Politiker befürchteten, eine Billigung des Vertrages räume letzte Hindernisse auf Litauens Weg in die NATO beiseite, wodurch dieses Land endgültig aus dem russischen Einflussbereich herausfiele.

Im Juni 2002 haben Zentrums- und Linksfractionen in der Duma einen Beschluss über die Außerkraftsetzung der geheimen Zusatzprotokolle zum Ribbentrop-Molotow-Pakt ausgearbeitet. Dies würde die Rückkehr zu den Vorkriegsgrenzen bedeuten, somit die Rückgabe Wilnas an Polen und die „Rückgabe des Memellandes“. Russische Abgeordnete wollten auf diese Weise Polen und Litauen entzweien und das letztere zusätzlich unter Druck setzen, damit es in der Frage russischer Korridore nach Kaliningrad nachgibt.

---

434 Seit vielen Jahren veranstaltet die Ostsee-Akademie (später Academia Baltica) in Lübeck zahlreiche Begegnungen und Seminare zu diesen Fragen. Eines war ein Treffen von Wissenschaftlern zum Kaliningrader Gebiet am 22.-23. Juni 2006 an der Europa-Universität „Viadrina“ in Frankfurt/Oder im Rahmen des auf zwei Jahre angelegten Forschungsprojekts „Wandel der Erinnerungslandschaften im postsocialistischen Raum“. Dabei wurden unter anderem Referate über das Schicksal der Kirchen in der Oblast nach 1945 und über Archivbestände zu Königsberg und Ostpreußen gehalten.

435 E. Wojnowski, *Obwód Kaliningradzki...*, S. 113.

Die durch den Abgeordneten Wiktor Alksnis, genannt „Schwarzer Oberst“, eingefädelte Intrige beruhte auf der Annahme, eine Kündigung des Hitler-Stalin-Paktes werde automatisch die staatliche Zugehörigkeit der Region Wilna in Frage stellen, die bis 1939 Teil der Zweiten Polnischen Republik war. Der Abgeordnete Alksnis sagte in die Fernsehkameras, falls Moskau nun die Nachkriegsordnung der Grenzen anzweifle, werde Litauen in eine schwierige Lage geraten und eher zu Zugeständnissen an die russische Seite bereit sein.

Dieser Antrag fand bei Putins Anhängern kein Gehör und wurde somit gegenstandslos.<sup>436</sup> Den Nationalisten sekundierten aber russische Medien, die behaupteten, solange die Duma den Vertrag nicht ratifiziert habe, könne Russland die territoriale Integrität Litauens in Frage stellen. Die Litauer wiesen dies empört zurück, da Russland die territoriale Integrität bereits 1991 im Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaftsbeziehungen anerkannt habe.

Letztlich wurde ein Kompromiss erzielt, worauf die Duma im Mai 2003 den entsprechenden Vertrag gebilligt hat.<sup>437</sup> Im Gegenzug für die Anerkennung der Grenze wird Russen aus Kaliningrad die Reise in das übrige Russland durch das EU-Mitglied Litauen vereinfacht.<sup>438</sup> Auch Brüssel war in die Lösung des Prob-

---

436 S. Popowski, *Jak skłócić Polskę z Litwą. Deputowani proponują unieważnić pakt Ribbentrop-Mołotow*, in: *Rzeczpospolita* vom 19.06.2002, S. A 6.

437 Während der lebhaften Parlamentsdebatte wurden unterschiedlichste historische „Argumente“ bemüht. Ein kommunistischer Abgeordneter, Nikolai Bindjukow, behauptete, ein Drittel der Gebiete innerhalb der von der Staatsduma zu genehmigenden Grenzen Litauens habe Wilna „von der UdSSR bekommen“. Der Abgeordnete erklärte, es gehe dabei in erster Linie um Klaipėda und „weißrussische Territorien“, also Gebiete, die zwischen beiden Weltkriegen Teile Polens waren. Konstantin Kosatschow von der putinfreundlichen Partei Vaterland-Allrussland erinnerte daran, dass die Beziehungen Russlands zu Litauen besser seien als zu den übrigen baltischen Staaten, und fügte hinzu, zwischen Wilna und Moskau bestünden keine Gebietsstreitigkeiten. Für die Ratifizierung des Grenzvertrages stimmten letztendlich 268 Abgeordnete (erforderlich waren 226 Stimmen), es gab 138 Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

438 Nach bilateralen Verhandlungen wurde vereinbart, dass folgende Regeln des Transitverkehrs durch Litauen gelten, bis Litauen dem Schengen-Raum beitrifft: 1. Einwohner der Kaliningrader Gebiets dürfen die Grenze zu Litauen aufgrund ihrer Personalausweise passieren und sich dort visafrei bis zu dreißig Tage aufhalten. 2. Die Transitfahrt von der Oblast nach Russland wird visafrei erfolgen. 3. Spezielle Vorschriften werden die Militärtransporte regeln. E. Wojnowski, *Obwód...*, S. 113. Der erzielte Kompromiss rief in Russland Unzufriedenheit hervor. So haben sich im September 2003 etwa 20 Mitglieder der National-Bolschewistischen Partei in einem Waggon des Zuges Moskau-Kaliningrad verbarrikadiert und mit Handschellen angekettet. Sie verlangten von der litauischen Regierung die sofortige und vollständige Beseitigung der Transitvisa für russische Staatsbürger. „Wir lassen es nicht zu, dass Kaliningrad von Russland abgeschnitten wird“, sagten sie. Alles spielte sich an der litauischen Bahnstation Kiena

lems involviert und trug erheblich zur Beilegung des Konflikts bei.<sup>439</sup> Im Grunde ging es nicht um einen Grenzstreit, da Moskau keine territorialen Ansprüche gegen Litauen erhob. Die hitzigen Debatten waren ein Element des Streits um die Bedingungen des Transits nach und von Kaliningrad.

Trotz der Ratifizierung des litauisch-russischen Grenzvertrages wurden in Russland immer wieder Stimmen laut, die nach einer Änderung riefen und etwa den Bau eines Korridors durch Litauen und Polen forderten.

Im Oktober 2004 schlug Wladimir Schirinowski, Vizepräsident der Staatsduma der Russischen Föderation und Chef der Liberal-Demokratischen Partei Russlands, vor, einen unterirdischen Tunnel ins Kaliningrader Gebiet zu bauen. Er begründete dies damit, dass Einwohner der Exklave ab dem nächsten Jahr nur mit einem Reisepass in das übrige Russland reisen dürften. Ein 90 Kilometer langer Tunnel könnte unter einem neutralem Bodenstreifen zwischen der polnisch-litauischen Grenze verlaufen. Seiner Ansicht nach sollte Litauen dem zustimmen, weil „wir vorschlagen können, Memel wieder unter deutsche Hoheit zu stellen, und Litauen dann seinen letzten Hafen verlieren würde“. „Einfluss auf Litauen können wir über den Abtransport von Atommüll aus dem Kernkraftwerk Ignalina nehmen. Wir haben viele Hebel, um Druck auszuüben“, fügte er hinzu. Bekanntermaßen kostet ein Kilometer Tunnel der Moskauer U-Bahn zwischen 40 und 80 Mio. US-Dollar.<sup>440</sup>

Derselbe Politiker machte bei einem Kaliningradbesuch am 28. Februar 2006 den Vorschlag, Russland und Litauen könnten Gebiete tauschen, um einen durchgehenden russischen Raum mit dem Kaliningrader Gebiet herzustellen. Er erklärte auch: „Perspektivisch sollte die Staatsführung das Problem einer Schnittstelle zwischen dem Kaliningrader Gebiet und Russland klären“. Dies könne man am besten bewerkstelligen, indem „eine Übereinkunft für einen Gebietstausch im litauisch-polnischen Abschnitt erzielt wird. Es sind nur 90 km, man könnte da

---

ab. Litauische Spezialeinheiten wurde herbeigerufen. Nach anderthalb Stunden wurden alle Beteiligten festgenommen. Das russische Außenministerium verurteilte ihre Tat. *Rzeczpospolita* vom 15.09.2003, S. A 8.

439 Vgl. I. Pawlicki, *Na razie wizy bez wiz. Bruksela o Kaliningradzie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 19. September 2002, S. 3; K. Kurczab-Redlich, *Z Rosji do Rosji. Mieszkańcy Kaliningradu będą jeździć w zamkniętych wagonach?*, in: *Polityka* 26 (2002), S. 36-38. Von Kaliningrad führen zwei Eisenbahnstrecken nach Zentralrussland: Kaliningrad–Kybartai–Kaunas–Wilna–Pskow (mit Abzweigen nach Moskau und St. Petersburg) sowie Kaliningrad–Wilna–Minsk–Smolensk–Moskau. Die drei wichtigsten Straßenverbindungen sind: Kaliningrad–Kaunas–Pskow, Kaliningrad–Riga–Pskow und Kaliningrad–Suwalki–Minsk–Smolensk–Moskau. Es gibt auch eine Fährverbindung Kaliningrad–St. Petersburg.

440 *OK* 11 (2004), S. 60.

einen Streifen Landes mit Litauen tauschen, damit die Einwohner Kaliningrads endlich eine normale Anbindung an das übrigen Russland bekommen.<sup>441</sup>

Am 10. September verabschiedete das litauische Parlament eine Entschlieung, wonach die Bildung eines „Korridors“ für Personen- und Gutertransit zwischen dem Kaliningrader Gebiet und dem übrigen Russland den litauischen Interessen zuwiderlaufe. In dem Papier lehnte das Parlament „kategorisch alle Bemühungen“ ab, einen Transitkorridor zu errichten. Eingbracht hatte den Entwurf der Parlamentspräsident Arturas Paulauskas. Darin heißt es, das litauische Parlament „akzeptiert die Denkschrift Russlands an die Europäische Union vom Mai 2003 nicht, wonach der Transitverkehr nach Kaliningrad ‚nach innerrussischem Recht‘ erfolgen und als russischer Binnenverkehr behandelt werden soll.“<sup>442</sup>

Eine litauisch-russische Kommission für die Grenzziehung zwischen Russland und Litauen wurde 2004 gebildet. Ihre erste Sitzung mit einer Grenzbegehung fand im Frühjahr 2005 in Wilna statt, die nächste im Februar 2006 in Kaliningrad.<sup>443</sup>

Wie empfindlich das litauisch-russische Verhältnis ist, bezeugen die Reaktionen Kaliningrads auf litauische Vorschläge zur Gegenwart und Zukunft der Oblast. Am 11. Mai 2006 fand in St. Petersburg auf Initiative des litauischen Konsulats in der Newastadt ein Treffen mit Raimundas Lopata, dem Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen und Politische Wissenschaften der Universität Wilna, statt. Dieser stellte dort sein Buch *Anatomie der Geisel – das Jubiläum von Kaliningrad* vor, in dem er die geopolitischen und wirtschaftlichen Prozesse im Kaliningrader Gebiet analysiert. Die Hauptthese läuft darauf hinaus, Kaliningrad sei zu einer Geisel im großen Spiel zwischen Russland und der Europäischen Union geworden, und in Kaliningrad ziehe Moskau die Fäden. Bei der Buchvorstellung erklärte Lopata: „Kaliningrads Exklavecharakter ist historisch. Diese Region ist nicht zum ersten Mal von der Metropole abgetrennt, und schon einmal endete das mit einer Katastrophe für Polen und Litauen. Ist doch eine Metropole stets bestrebt, eine Exklave an sich anzugliedern, und das geht nur durch Anschluss der Nachbargebiete.“ Er bemerkte ferner: „Kaliningrad stellt eine ernsthafte Gefahr für Litauen und Polen dar“, und: „Die litauische und polnische Staatsführung sind sich dessen bewusst, dass sich beide Länder erst sicher fühlen können, sobald sich die historische Exklave wenn schon nicht im Staatsverband, so doch unter dem Einfluss Litauens und Polens befinden wird.“ Er erklärte auch, Kaliningrad könne von Russland nur mit dessen Zustimmung abgetrennt werden, „falls Russland darin einen Vorteil im globalen politischen Spiel erblickt.“<sup>444</sup>

---

441 OK 3 (2006), S. 51.

442 OK 9 (2004), S. 67.

443 OK 2 (2006), S. 63.

444 OK 5 (2006), S. 44-46.

Die Äußerungen des litauischen Politologen kommentierte der Gebietsgouverneur Georgi Boos so: „Kaliningrad ist Teil Russlands, das wie jeder andere Staat eine Verteidigungsdoktrin hat. Diese sieht die völlige Sicherheit und Integrität des Landes vor, aber keine Offensivmaßnahmen“. Der Gouverneur erklärte ferner, Lopatas Aussage, das Kaliningrader Gebiet stelle eine Gefahr für Litauen und Polen dar, sei provokant. Außerdem schlug er die Schaffung entmilitarisierter Zonen in Osteuropa vor; er erinnerte an die erste entmilitarisierte Zone in Europa auf den Åland-Inseln aufgrund des Pariser Friedens von 1856 und legte nahe, dieses Modell sei gegenwärtig geeignet, die russischen Interessen an der Ostsee zu wahren. Er stellte das Kaliningrader Gebiet in eine Reihe mit vier von Japan beanspruchten Kurilen-Inseln. Außerdem erklärte er, eine einzige Veränderung russischer Grenzverläufe werde viele weitere nach sich ziehen: „Jedwede territoriale Neugliederung – außer Demarkationen dort, wo es keine Grenze gibt – kann zum Dritten Weltkrieg führen.“<sup>445</sup>

Ebenso scharf reagierte man in Kaliningrad auf einen Artikel des Europa-Abgeordneten V. Landsbergis, der in der Zeitung „Mažosios Lietuvos“ am 13. August 2007 wieder einmal Gebietsansprüche gegen die Oblast erhob. Er vertrat darin den Standpunkt: „Unverzichtbar ist eine globale Übereinkunft über Königsberg zwischen Russland, Litauen, Polen und Deutschland, unter Mitwirkung Großbritanniens und der USA.“ Die Oblast rechnete er zu Kleinlitauen, da in Ostpreußen seit Jahrhunderten „litauische Auochthone“ gelebt hätten. Im Beitrag bedient er sich des litauischen Namens der Stadt, Karalaučius, und bezichtigte die Russen des „Genozids“, der Ausrottung der örtlichen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs.<sup>446</sup>

Diese Denkweise ist unter litauischen Konservativen und Nationalgesinnten nichts Neues. Im Jahr 2000 erschien beispielsweise ein *Litauischer Kalender 2000 (2000 lietuvo kalendorius)*, ein sorgfältig ediertes grünes Büchlein in festem Einband, das eine Protestwelle in Russland, Polen und Weißrussland ins Rollen brachte. Auf der zweiten Seite des Kalenders: eine Landkarte des Großfürstentums Litauen aus seiner Blütezeit, als sich das Land „von Meer zu Meer“ erstreckte, sowie ein Bildnis des Großfürsten Vitold; im Innern: eine Karte von der Ausbreitung der Balten im 13. Jahrhundert, mithin – man versteht schon – der Vorfahren der heutigen Litauer (vielleicht auch der Letten?): von der Weichsel im Westen (Prußen) bis zum Bug im Süden (Jatwinger), vom heute weißrussischen Minsk

---

445 Ebenda.

446 Auf diese Vorwürfe entgegnete ein Kommentator der „Kaliningradskaja Prawda“, die Litauer hätten 1945 das Memelland durch ebensolchen „Genozid“ übernommen wie die Russen das Kaliningrader Gebiet. Das Memelland sei mit Neusiedlern aus Litauen besiedelt worden, da es sehr wenige „Preußisch-Litauer“ gegeben habe. [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (27.08.2007).

im Osten bis zu den aktuellen Grenzen Estlands im Norden; und schließlich ganz am Ende des Kalenders eine Landkarte, die die Gemüter am meisten erregt hat: Litauen mit den Gebieten der Nachbarstaaten, südlich und östlich der litauischen Grenzen von Suwalki auf der polnischen Seite bis Lida auf der weißrussischen der Schriftzug: „Vorübergehend besetzte ethnisch litauische Gebiete“.<sup>447</sup>

Vor dem Hintergrund historischer Auseinandersetzungen gab es zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch Differenzen um die bereits erwähnten „Verkehrskorridore“<sup>448</sup> oder um Unterbrechungen der Erdöllieferungen an die vom polnischen Orlen-Konzern aufgekaufte Raffinerie in Moscheiken.<sup>449</sup> Sie gelten auch dem Bau der Nord-Stream-Pipeline durch die Ostsee, die Russland mit Deutschland verbinden soll.<sup>450</sup>

Positives Anzeichen einer Änderung im gegenseitigen Verhältnis war die Einsetzung einer Gemeinsamen Russisch-Litauischen Historikerkommission im Jahr 2006. Sie soll die schwierigsten Fragen im Zusammenhang mit der Auslegung der Geschichte des litauisch-russischen Verhältnisses klären.<sup>451</sup>

Angesichts der Beziehungen des Kaliningrader Gebiets zu Deutschland und Litauen wird die Einstellung der lokalen Bewohner zur Zukunft der Oblast vom Verhältnis zu Polen kaum merklich beeinflusst. Die traditionell gute regionale Zusammenarbeit wird vom polnisch-russischen Verhältnis überschattet, um das es nicht besonders gut bestellt ist. Nimmt man an, dass die Kontakte der Kaliningrader Verwaltung zu den ausländischen Nachbarn von Moskau abhängig sind, dann verwundert es kaum, dass sie seit Beginn des 21. Jahrhunderts stark eingeschränkt worden sind und ihre bisherige Dynamik eingebüßt haben. Besonders sichtbar war dies nach dem Engagement Polens in der ukrainischen Orangen Revolution im November 2004.<sup>452</sup> Nicht unbedeutend sind hier auch die polnische Kritik am

447 P. Kościński, *Litwa od Suwalk po Lidę*, in: *Rzeczpospolita* vom 28.01.2000, S. A8.

448 Vgl. Malik, *Jeszcze raz korytarz*, in: *Rzeczpospolita* vom 13.05.2002, S. A2; J. Pawlicki, *Korytarzograd*, in: *Gazeta Wýborcza* vom 29-30.05.2002, S. 9; S. Popowski, *But Rogozina i korytarz*, in: *Rzeczpospolita* vom 11.06.2002, S. A2; A. Z. Kamiński, *Powrót korytarzowy*, ebd. vom 28.06.2002, S. A8, *Rosjanie się obudzili. Sprawa „korytarzy“ do Kaliningradu. Wywiad z Gediminasem Kirklisem, szefem komitetu spraw zagranicznych litewskiego parlamentu*, in: *Gazeta Wýborcza* vom 1.07.2002, S. 11.

449 I. Komar, W. Radziwinowicz, *Wilno–Moskwa: Remont za remont. Rosjanie karzą Litwinów za sprzedaż rafinerii Polakom, a Wilno grozi Moskwie remontem szlaku kolejowego do Kaliningradu*, in: *Gazeta Wýborcza* vom 22.08.2006, S. 9. Vgl. auch OK 9 (2006), S. 54 f.; 5 (2007), S. 65.

450 www.westrus.ru (14.05.2007).

451 OK 2 (2006), S. 63.

452 Im Kontext des polnischen Engagements bei den Ereignissen in der Ukraine erschien am 7.12.2004 in der „Kaliningradskaja Prawda“ ein Kommentar Sergej Markows, des Direktors des Instituts für Politische Forschung in Moskau, der feststellte: „Es sind Befürchtungen zur Zukunft unserer Region aufgedaht.“ Seine Interpretation der Ereignisse ist

Bau der Nord-Stream-Pipeline oder der Streit um die polnischen Fleischlieferungen nach Russland, in den sich auch die Europäische Union eingeschaltet hat, und durch den der Dialog Russland-Europäische Union stark beeinträchtigt wurde.

Schon seit geraumer Zeit lässt sich in Russland und dem Kaliningrader Gebiet eine Stärkung der Zentralverwaltung beobachten. Ihr unterstehen derzeit die Innenpolitik und die Wirtschaft fast völlig. Liegt die Fortsetzung des russischen Modernisierungsprojekts im Interesse Europas, so kann davon bei der Rückkehr zur imperialen Außenpolitik und dem kaum verhohlenen Autoritarismus im Innern keine Rede sein. Joschka Fischer, der deutsche Außenminister 1998-2005 und Spitzenpolitiker, meint: „Die meisten Russen orientieren sich nach Westen. In den nächsten Jahren werden von Russland sowohl die Möglichkeit zur Zusammenarbeit als auch das Risiko einer Einmischung in innereuropäische Angelegenheiten ausgehen.“<sup>453</sup>

Im Verhältnis zwischen Polen und Kaliningrad spielen historische Fragen oder territoriale Ansprüche keine Rolle.<sup>454</sup> Seit langer Zeit stellen polnische Poli-

---

folgende: „Gemäß einem Plan (zu dessen Autoren Zbigniew Brzezinski, einer der Ideologen des Kalten Krieges, gehört) setzt Amerika, als ob es an der Zusammenarbeit mit dem Alten Europa nicht mehr interessiert wäre, auf neue Mitglieder der Europäischen Union, besonders auf Polen. Dies ermöglicht eine Wiedergeburt der alten Polnischen Republik durch Veränderung der Grenzen zur Ukraine (die Polen ihren westlichen Teil abtritt) und Litauens (das die Region Wilna zurückgibt). Sicher ist es kein Zufall, dass die Staatspräsidenten Polens und Litauens, A. Kwaśniewski und V. Adamkus, als Vermittler an den Gesprächen in Kiew teilnahmen“. Falls der polnische Einfluss zunimmt, läuft seiner Ansicht nach das Kaliningrader Gebiet Gefahr, in Abhängigkeit von Polen zu geraten. „Es scheint historisch nahezuliegen, in diesem Kontext eher auf Deutschland zu schauen. Doch spreche ich von Polen: Jegliche deutsche Bestrebungen werden offen revanchistische Züge tragen, was ganz klar negative Reaktionen hervorrufen wird. Polen ist da neutraler und – ich würde sagen – genehm. Da es über die Unterstützung der USA verfügt, kann es seine Stellung so weit festigen, das aus seiner Zusammenarbeit mit dem Kaliningrader Gebiet Größeres erwächst.“ Nach Ansicht Sergej Markows kann dieses „Größere“ wirklich zu einer orangenen Revolution führen. „Falls in eurer Region die ohnehin bedeutende prowestliche Stimmung zunimmt, kann die Oblast ihre Loslösung von Russland erklären und sich unter die Hoheit der Europäischen Union stellen. Die EU wird sich schon etwas mit euch einfallen lassen“, bemerkte der Politologe.

453 J. Fischer, *Rosja wraca do imperialnej polityki*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 5.09.2007, S. 13.

454 Kaum bekannt ist die Tatsache, dass Nikita Chruschtschow bei seinem Besuch im Regierungskomplex im masurischen Łańsk 1964 den Vorschlag gemacht hat, das Kaliningrader Gebiet Polen zu geben, das im Gegenzug Niederschlesien an ein vereintes und neutrales Deutschland hätte abtreten sollen. Vgl. Schreiben Gerard Labudas vom 4. Mai 2007 an den Verfasser. Vgl. auch: A. Werblan, *Ewolucja stanowiska Władysława Gomułka w sprawie polityki wschodniej Republiki Federalnej Niemiec*, in: *Recepcja Ostpolitiki w RFN i w krajach bloku komunistycznego. Polska, UdSSR, NRD, Czechosłowacja, Węgry*, pod red. J. Fiszera, J. Holzera, Warszawa 2004, S. 78 f.

tiker und einzelne gesellschaftliche Kräfte den Status quo und die territoriale Gestalt der Oblast nicht in Frage.<sup>455</sup> Das heißt allerdings nicht, dass dieses Verhältnis problemlos wäre. Nach wie vor ungelöst ist die Frage der freien Schifffahrt im Frischen Haff und durch das Pillauer Tief. Zum neuen Bestandteil dieses Konflikts wurde die von den polnischen Behörden 2006 erklärte Bereitschaft, zu einem Durchstich der Frischen Nehrung an ihrer engsten Stelle im Dorf Skowronki (Vogelsang). Durch diesen Kanal sollte der Elbinger Hafen einen Ostseezugang unter Umgehung russischer Hoheitsgewässer bekommen. Das Vorhaben hat einen politischen Unterton.<sup>456</sup> Der einzige Weg vom Frischen Haff zur Ostsee führt über das von Russland kontrollierte Pillauer Tief. Im Mai 2006 haben die Russen den Schiffsverkehr gestoppt. Sie behaupten, das Abkommen, das polnischen Schiffen die Nutzung der russischen Hoheitsgewässer im Bereich Kaliningrad erlaubt, sei nicht mehr gültig, da es noch unter Stalins Regierung 1946 mit dem sozialistischen Bruderland unterschrieben wurde. Heute sei Polen in der EU, eine Bruderschaft komme nicht mehr in Frage.

Erstmals untersagten die Russen polnischen Schiffen die Fahrt durch das Pillauer Tief im Jahr 2003. Sie beharrten darauf, dass Passagiere für einen mehrstündigen Schiffsausflug nach Kaliningrad, selbst wenn sie nicht an Land gehen, Visa benötigen. Das polnische Außenministerium vertrat den Standpunkt, dies sei absurd. Nach dreiwöchigen Verhandlungen mit den Russen wurde der Schiffs-

---

455 In letzter Zeit vertrat von den wichtigeren politischen Gruppierungen nur die Liga Polnischer Familien (LPR) 2002 andere Ansichten zum Kaliningrader Gebiet als die polnische Regierung. Sie forderte eine „Regelung des Statuts der Region Königsberg, die historisch, geographisch und geopolitisch Teil des polnischen Erbes ist. Im Rahmen dieser Neuregelung verlangen wir geradezu, das Problem der Militärstützpunkte zu regeln, deren Präsenz, darunter die Stationierung von Kernwaffen, Polens Sicherheit gefährdet.“ Erklärung des Sejm-Abgeordneten A. S. Stryjski am 10. Januar 2002 in der 10. Parlamentssitzung, nach: *Głos* 3 (2002), S. 3. Zu früheren „revisionistischen“ Stimmen in Polen vgl. A. Sakson, *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego. Aspekty polityczne i kwestie bezpieczeństwa europejskiego*, in: *Przegląd Zachodni* 3 (1993), S. 49-67.

456 Geplant ist ein 1,3 km langer, 40 m breiter und 5 m tiefer Kanal. Eine feste bzw. eine Klappbrücke soll beide Ufer verbinden. Dadurch könnten größere Kähne in den Hafen von Elbing einlaufen. Der Durchstich wird auf 60-80 Millionen Euro veranschlagt und soll zu 85 % aus EU-Geldern finanziert werden. Laut Planung sollten erste Schiffe 2010 fahren. An der Haffseite soll eine 180 m lange und 24 m breite Schleuse entstehen, um den Wasserdurchfluss zu regeln und für Stürme gewappnet zu sein. Die Kanalpassage würde durchschnittlich etwa 20 Minuten in Anspruch nehmen. D. Wilczak, *Leczenie kanałowe. Polska-Rosja*, in: *Newsweek* vom 27.08.2006, S. 32-34. Vgl. auch M. Sandecki, *Przekopiami się na Bałtyk przez Mierzeję Wiślaną?*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 8.08.2006, S. 4; ders., *Zalew Wiślany zamknięty na kłódkę*, ebenda vom 6.07.2007, S. 3 Nach Ansicht der Experten werden die Russen die Sperre aufheben, sobald die Polen mit der Durchstechung der Frischen Nehrung beginnen.

verkehr wieder zugelassen. Der Vorfall wiederholte sich im Juni 2004. Damals erklärten die Russen das Abkommen für ausgelaufen, schlugen aber vor, Zugeständnisse zu machen. Dasselbe wiederholte sich nochmals gegen Ende 2005.

Die Blockade schädigt polnische Reeder, besonders die Żegluga Gdańska, die an Ausflugsfahrten von Elbląg und Gdańsk nach Kaliningrad verdiente. Am Rande des Bankrotts steht der unlängst mit EU-Geldern errichtete Hafen in Elbląg, der vom Handel mit dem Kaliningrader Gebiet lebte. Am 1. September 2009 erklärte der russische Ministerpräsident Putin bei seinem Besuch in Gdańsk zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs die Aufhebung der Zugangssperre zur Ostsee und unterzeichnete das entsprechende Abkommen.<sup>457</sup> Im August 2010 kündigte die russische Seite die Freigabe des Pillauer Tiefs für polnische Schiffe an<sup>458</sup>.

Ein weiterer Streitpunkt in den polnisch-russischen Beziehungen, der das Kaliningrader Gebiet berührt, war das bereits erwähnte Konzept für einen Transitkorridor von Weißrussland in die Oblast über polnisches Territorium. Es wurde bereits 1993 zur Sprache gebracht, als die russische Seite einen Verkehrskorridor unter Umgehung Litauens über die Autostraße Grodno–Suwałki–Goldap–Gussew vorschlug.<sup>459</sup> Die Russen forcierten, mit Unterstützung der Weißrussen, in den Jahren 1994-1996 diese Pläne, die in Polen heftige Reaktionen der Politiker und eine rege Diskussion in den Medien auslösten. Polen lehnte besondere Transitbestimmungen oder den Bau irgendwie gearteter Korridore durch sein Staatsgebiet rigoros ab. Derlei wäre potentiell Gegenstand eines Konflikts zwischen Polen, Russland, Weißrussland und Litauen.<sup>460</sup> Die russische Seite begann mit der Modernisierung einer Straße an der Grenze zu Weißrussland, die Teil des Korridors sein sollte. Nachdem Polen den Korridorbau-Plänen eine heftige Abfuhr

457 Vgl. *Gazeta Wyborcza* vom 2.09.2005, S. 4. Zuerst war geplant, dass Putin auch in Braniewo einen Friedhof der im Zweiten Weltkrieg in Ostpreußen gefallenen Rotarmisten aufsucht. Dieser Besuch kam aber nicht zustande.

458 Vgl. M. Sandecki, *Blokada zniesiona. Elbląg znów z dostępem do morza*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 23.07.2010, S. 5; *Rosja. Po Zalewie Wiślanym bez ograniczeń?*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 24.-25.07.2010, S. 10; P. Preis, W. Radziwinowicz, *Zalew Wiślany stoi otworem. Już nie dzieli, ale łączy*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 22.07.2010, S. 3.

459 W. T. Modzelewski, *Obwód Kaliningradzki FR na tle stosunków polsko-rosyjskich. Wybrane kwestie sporne*, in: *Przegląd Politologiczny* 2005, Nr. 4, S. 84 f.

460 Die Idee, einen „Suwalki-Korridor“ zu bauen, ist für Polen nicht hinnehmbar, schon allein wegen der negativen historischen Erfahrungen mit dem „Pommerschen Korridor“, der nach Hitlers Plänen Ostpreußen mit dem Dritten Reich verbinden sollte. Dieser lieferte einen Vorwand für die Entfachung des Zweiten Weltkriegs. Vgl. E. Wojnowski, *Rola Obwodu Kaliningradzkiego w strategii geopolitycznej Federacji Rosyjskiej*, in: *Europa a Rosja – opinie, konflikty, współpraca*, pod red. Z. Anculewicz, J. Sobczaka, Olsztyn 2003, S. 143-145.

erteilt hatte, griffen die Russen die Frage 2001 erneut auf und versuchten, Litauen (hauptsächlich in den Jahren 2002-2004, vor dem EU-Beitritt) zur Einwilligung in den Bau eines solchen Korridors über sein Hoheitsgebiet zu nötigen. Auch hier erlitten sie eine Niederlage.

Im Sommer 2009 schlug Sergej Bojakan, Vizepräsident der russischen Staatsfirma Energom, Polen, Litauen und Deutschland eine Mitwirkung am Bau eines Kernkraftwerks in Neman, 15 km von der litauischen Grenze entfernt, vor. Die Baukosten sollten sich auf fünf Mia. Euro belaufen. Der erste Kraftwerksblock hätte 2005 entstehen sollen, also fünf Jahre vor dem ersten polnische AKW. Ein Drittel der Stromerzeugung sollte in Kaliningrad verbraucht, der Rest exportiert werden. Polens und Litauens Furcht vor einer Beteiligung an dem Projekt resultiert aus der Möglichkeit einer wachsenden Energieabhängigkeit beider Länder von Russland. Für sie genießt der gemeinsame Bau eines neuen Kernkraftwerks im litauischen Visaginas Priorität.<sup>461</sup>

Weitere Streitpunkte sind die durch Polens EU-Beitritt bedingte Visumpflicht für Transitreisende,<sup>462</sup> einschließlich der Frage nach der Durchlässigkeit der Grenzübergänge (Problem der sog. „Pfanne“<sup>463</sup>) sowie die Zusammenarbeit

---

461 Zasuń, *Atomowa oferta Rosji. Weźcie udział w budowie elektrowni atomowej w Obwodzie Kaliningradzkim*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 9.08.2009, S. 1; ders.: *Rosja kusi atomem w Kaliningradzie*, ebenda vom 8.08.2009, S. 29; ders.: *Atomowy interes z Rosją? Moskwa czeka na sygnał od Polski w sprawie elektrowni w obwodzie kaliningradzkim*, ebenda vom 2.03.2010, S. 23.

462 Vgl. *Polsko-rosyjska współpraca transgraniczna. Raport*, pod red. E. Romanowskiej, B. Samońłowicz, Olsztyn 2004, S. 7-16. Im Mai 2009 haben die Moskauer Behörden angekündigt, EU-Bürger, die als Passagiere auf den in Kaliningrad einlaufenden Fähren ankommen, auch ohne russisches Visum an Land zu lassen. *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 13.06.2009, Nr. 24, S. 13.

463 Bei der „Pfanne“ (auch „Absetzbecken“ genannt) handelt es sich um einen seit 1999 auf der russischen Seite an der Grenze zu Polen betriebenen Parkplatz. Um die Grenze zu passieren, muss man auf diesem Parkplatz einige oder auch viele Stunden abwarten (manchmal 2-3 Tage). Schmiergeld (*Wsjatka*) in entsprechender Höhe verkürzt die Wartezeit erheblich. Vor diesem Hintergrund kam es mehrmals zu Gesprächen zwischen den Grenz- und Zollbeamten beider Länder, die dieses Problem lösen sollten. Vgl. K. Lachowski, *Przestępstwa celne w obrocie towarowym i osobowym z Obwodem Kaliningradzkim w latach 1997-2001*, Olsztyn 2002 (Typoskript in der Sammlung des Autors). Nach russischen Schätzungen werden knapp 90 % des Grenzverkehrs durch das sog. Pendelgeschäft (russisch „Tschelnotschniki“, polnisch „Mrówki“, d. h. Ameisen) generiert. Etwa 10 % der Einwohner der Region gehen diesem Gewerbe nach. Meistens werden Zigaretten direkt am Körper der Schmuggler oder im Handgepäck über die Grenze gebracht, aber auch Alkohol und Benzin. Davon leben viele Menschen in den polnischen Grenzorten. Im Jahr 2005 haben Zollendienste an drei Straßen- und einem Bahngrenzübergang (Kaliningrad-Gdynia) ca. 180 Millionen Stück Schmuggelzigaretten (9 Millionen

im Rahmen der Euroregionen „Ostsee“, „Memel“, „Alle“ und „Scheschuppe“.<sup>464</sup> Die neusten „Brennpunkte“ sind der Bau der Nord-Stream-Pipeline mit einem Abzweig nach Kaliningrad<sup>465</sup>, sowie die drohende Stationierung von Atomwaffen in der Oblast als Antwort auf die Einrichtung amerikanischer Militärbasen<sup>466</sup> in Polen und den Aufbau des US-Raketenschildes.<sup>467</sup>

Polens Beitritt zur NATO und der EU sowie die früheren und späteren Konflikte zwischen Warschau und Moskau haben die Wahrnehmung Polens durch den Durchschnittsrussen und das Bild der Russen in Polen beeinflusst. Der Moskauer

Schachteln) sichergestellt und eingezogen. Vgl. I. Trusewicz, *Mrówka na urlopie. Polska-Rosja. Przejście w Bezedach*, in: *Rzeczpospolita* vom 1.01.2003, S. A6; *Doba na patelni. Pogłoski o zamknięciu odstojnika na granicy rosyjsko-polskiej są mocno przesadzone*, *OK* 12 (2006), S. 56 f.; S. Brzozowski, *Wyrok na przemytników rosyjskich papierosów. Po dwa miliony do oddania*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 24.-25.07.2010, S. 5.

- 464 Vgl. *Polska wobec Obwodu Kaliningradzkiego*, pod red. A. Żukowskiego, Olsztyn 2004. Diese Arbeit enthält eine umfangreiche Bibliographie polnischer Veröffentlichungen zum Kaliningrader Gebiet und zum Verhältnis zwischen Polen und Kaliningrad auf staatlicher, regionaler und lokaler Ebene (S. 139-176). Vgl. auch: A. Żukowski, *Pogranicze północno-wschodnie Polski a polska polityka zagraniczna. Refleksje nad perspektywą stosunków z Obwodem Kaliningradzkim*, in: *Polskie pogranicza a polityka zagraniczna u progu XXI wieku*, pod red. Stemplowskiego, A. Żelazo, Warszawa 2002, S. 323-348; P. Kraszewski, *Koncepcje rozwiązania tzw. problemu kaliningradzkiego po rozpadzie Związku Radzieckiego*, in: *Sprawy Wschodnie* 1 (2003), S. 49-63; P. Borowiec, *Polska granica z Obwodem Kaliningradzkim wobec rozszerzenia Unii Europejskiej*, in: *Rocznik Wschodni* 9 (2003), S. 86-102; A. Maciejewski, *Przygotowania Obwodu Kaliningradzkiego do sąsiedztwa z Unią Europejską*, in: *Polityka Wschodnia* 1 (2002), S. 157-164; E. Wojnowski, *Die Zusammenarbeit an der Grenze zwischen Polen und dem Kaliningrader Gebiet*, in: *Grenzen im Ostblock und ihre Überwindung*, Berlin 2001, S. 201-216; *Obwód Kaliningradzki Federacji Rosyjskiej. Wybór dokumentów 1994-2004*, oprac. T. Baryła, W. Hojszyk, E. Wojnowski, Olsztyn 2004; *Kalendarium współpracy województwa warmińsko-mazurskiego z Obwodem Kaliningradzkim.*, Olsztyn/Elbląg/Kaliningrad 2005.
- 465 Vgl. T. Walat, *Dzień w którym wypłynie ryba*, in: *Polityka* 11 (2006), S. 52-55.
- 466 Vgl. J. Topolski, *Militarna pozycja Federacji Rosyjskiej*, in: *Federacja Rosyjska w stosunkach międzynarodowych*, pod red. A. Czarnockiego, J. Topolskiego, Lublin 2006, S. 84-107; M. Szymański, *Potencjał militarny w Obwodzie Kaliningradzkim a bezpieczeństwo Polski*, in: *Przegląd Zachodni* 1999, Nr. 1; M. Wojciechowski, *Na wasze bazy nasze rakiety*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 12.01.2004, S. 9; F. Łukjanow, *Rosjo, gdzie twój wróg*, ebenda vom 12.01.2004, S. 16 f.
- 467 Vgl. T. Bielecki, *Rosjanie grożą Polsce raketami*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.02.2007, S. 1, 10; W. Radziwinowicz, *Raketowa odpowiedź na tarczę*, ebenda vom 5.07.2007, S. 9. Vgl. auch: M. Chelminiak, *Polska polityka zagraniczna a perspektywy rozwoju kontaktów Polski z Obwodem Kaliningradzkim Federacji Rosyjskiej*, in: *Polska a Obwód Kaliningradzki Federacji Rosyjskiej. Teraźniejszość i wyzwania przyszłości*, pod red. A. Żukowskiego, Toruń 2008, S. 247-268. Dort auch umfangreiche Charakteristik des neuesten Forschungsstands in Polen.

Schriftsteller Wiktor Jerofejew sieht das so: „Was ist Polen aus der Sicht eines Durchschnittsrussen? Eine Ehefrau, die ihren Mann, d. h. die Sowjetunion, verlassen hat. Sie ging zur NATO, zur Europäischen Union. Keiner will Ehefrauen hinterher laufen, die ostentativ ihren Gemahl verraten haben. Aus diesem Grund erinnern mich polnische Politiker, die sich gekränkt fühlen, weil der Gehörnte ihnen nicht nachläuft und nicht in die Augen sehen will, an Frauenzimmer, die ihre Jungfernschaft bewahren und zugleich Geld haben möchten. Auf Russisch klingt das brutaler: Sowohl den Fisch gegessen als auf dem Schw... gegessen! Die Wirklichkeit sieht aber so aus, dass ihr, wo ihr nun schon den amerikanischen Fisch gegessen habt, ohne den russischen, hm, Einsatz auskommen müsst.“<sup>468</sup>

Aus meinen eigenen Feldforschungen im Grenzgebiet zwischen Polen und dem Kaliningrader Gebiet geht hervor, dass beide Bevölkerungsgruppen keinesfalls feindlich zueinander eingestellt sind. Im Gegenteil, man kann generell von gegenseitiger Sympathie und Verständnis sprechen. Diese Gefühle basieren größtenteils auf der beiderseitigen Überzeugung, dass „wir alle hier seit 1945 leben und alle mehr oder weniger Opfer des Kommunismus sind“ (Ka-3). Ein anderer Befragter bemerkte, „Polen und Russen haben ihre Existenz auf den Trümmern Ostpreußens aufgebaut, und ohne den Zweiten Weltkrieg wäre keiner von uns hier“ (Ka-7).

Zum Abschluss dieser Überlegungen erscheint es zweckmäßig, den Wortlaut des „Memorandums“ über das Kaliningrader Gebiet in Erinnerung zu rufen, das von den Teilnehmern einer internationalen Konferenz am 22.-23. April 1993 im West-Institut in Posen an die Verwaltung des Kaliningrader Gebiets sowie an die Regierungen Russlands, Deutschlands, Polens, Litauens, Weißrusslands, Lettlands, Estlands und Schwedens gerichtet wurde:

„Wissenschaftler aus Russland, Kaliningrad, Litauen, Polen und Deutschland kamen am 22.-23. April 1993 zu einer Konferenz in Poznań (Polen) zusammen, um auf der Basis detaillierter Studien jeder der Parteien über die Zukunft des Kaliningrader Gebiets zu diskutieren, aus gesamteuropäischer Perspektive und unter Beachtung des gemeinsamen Interesses, nämlich dass Stabilisierung und Entwicklung der ganzen baltischen Region gewährleistet werden. Kaliningrad kann als Vorbild dienen, was multilaterales gemeinsames Handeln zur Lösung au-

---

468 *Ojcobójca. Z W. Jerofiejewem rozmawia A. Żebrowska*, in: *Duży Format*, Beilage zu *Gazeta Wyborcza* vom 17.10.2005, S. 8. Im Lichte der Untersuchungen von 2005 erwiesen sich die Russen als relativ gleichgültig gegenüber Polen: als Freunde werden die Polen von 5 % der Russen betrachtet, als Feinde von 4 %. *Kto wróg, kto przyjaciel. Poglądy Rosjan kształtuje telewizja*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 18.-19.06.2005, S. 9. 44 % der Polen meinen, Russland sei für den schlechten Stand der polnisch-russischen Beziehungen verantwortlich, genauso viele glauben, „beide Seiten gleichermaßen“ seien dafür verantwortlich, 9 % meinen, die Schuld treffe Polen allein. *Gazeta Wyborcza* vom 28.12.2005, S. 4.

ßenpolitisch wichtiger regionaler Transformationsprobleme in Europa anbelangt. Dabei geht es nicht nur um Interessenabstimmung auf offizieller Ebene, sondern vor allem um die Kooperation zwischen Menschen, um Ideenaustausch, die Überwindung von Vorurteilen und Ressentiments, die Überwindung von Barrieren in der wirtschaftlichen Entwicklung, wie auch um die Bewusstmachung dessen, was das gemeinsame historische Erbe in der baltischen Region zusammenfasst. Die Ergebnisse der gemeinsamen Beratungen wurden in folgenden Punkten zusammengefasst:

1. Der völkerrechtliche Status des Kaliningrader Gebiets steht nicht zur Debatte. Sein staatsrechtlicher Status innerhalb der Russischen Föderation ist und bleibt ausschließlich Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Gebiet und der Russischen Föderation.
2. Im Interesse einer allmählichen Annäherung der Staaten des Ostseeraumes an die europäischen Integrationsprozesse ist es unerlässlich, dass sich das Kaliningrader Gebiet und die Europäische Gemeinschaft füreinander öffnen. Diese Öffnung kann sich allerdings nur im Rahmen entsprechender Vereinbarungen zwischen der EG und Russland vollziehen.
3. Ein Abbau der Militärpräsenz im Kaliningrader Gebiet auf ein Niveau, das für Verteidigungszwecke ausreicht (entsprechend dem Abbau im übrigen Ostseeraum), ist unerlässliche Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung dieses Gebiets und anderer Regionen. Ein gemeinsames Sicherheitsgefühl lässt sich durch die Zusammenarbeit der jeweiligen Länder im Rahmen des Nordatlantischen Kooperationsrats erreichen.
4. Seitens aller Nachbarländer besteht großes Interesse am Konzept einer freien Wirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet. Dafür müssen rechtliche und administrative Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit russische und ausländische Unternehmer dort ein günstiges Klima vorfinden. Für die Ausarbeitung transparenter und einigermaßen einfacher erster Organisationsbedingungen sind Moskau und Kaliningrad verantwortlich.
5. Kontraproduktiv für die Entwicklung gegenseitiger Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten der Region sind, da alte Denkschemata und veraltete Konzepte der internationalen Ordnung überwunden werden müssen, jegliche Vorhaben zur Schaffung von Korridoren, Kondominien usw.
6. Das Konzept zur Zusammenarbeit innerhalb des russischen Kaliningrader Gebiets sollte das Miteinanderleben begünstigen und die Entwicklungsmöglichkeit verschiedener Nationalitäten, Religionen und sozialer und kultureller Gruppen sicherstellen. Dazu gehören die Förderung eines auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Erziehungs- und Bildungssystems sowie eine entsprechende Medienpolitik.

7. Für die Lösung der aufkommenden Probleme wird nach dem Vorbild bereits gängiger europäischer Modelle eine intensive grenznahe Zusammenarbeit auf der Ebene der Verwaltungseinheiten im Kaliningrader Gebiet, Litauen und Polen empfohlen. Die Bewältigung der sich zuspitzenden Umweltprobleme ist ohne grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht möglich.
8. Eine Beschleunigung der Modernisierungsprozesse in der Region setzt voraus, das Kaliningrader Gebiet effizient in das gesamteuropäische Transport- und Kommunikationssystem einzubinden und die Bedingungen der Grenzabfertigung an europäische Standards anzupassen.
9. Ein besonderes Augenmerk ist der Schaffung europäischer Institutionen zu widmen, die zwischenmenschlichen und kulturellen Begegnungen im Kaliningrader Gebiet dienen sollen. In erster Linie geht es hier um den Ausbau eines Netzes von Einrichtungen in der Art der Europa-Häuser, Jugendherbergen und anderer Begegnungsstätten;
10. Die Europäische Gemeinschaft wird das Kaliningrader Gebiet im Rahmen bereits bestehender Programme stärker bei der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit unterstützen müssen.
11. Die Unterzeichner des vorliegenden Memorandums regen an, eine internationale Konferenz mit Beteiligung von Regierungsvertretern vorzubereiten; sie erklären sich auch bereit, Studienmaterial zur Verfügung zu stellen und konzeptionelle Vorarbeit zu leisten.<sup>469</sup>

Das Kaliningrader Problem erschien in den Jahren 2008-2010 erneut auf der europäischen Bühne, als Polen mit den USA einen Vertrag über den Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Radzikowo bei Słupsk schloss. Die russische Seite drohte, im Kaliningrader Gebiet Raketen vom Typ Iskander aufzustel-

---

469 Unterzeichner dieses „Memorandums“ waren: Im Namen der russischen Forschungsgruppe: Prof. Dr. Oleg T. Bogomolow, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Politische Studien (*IMEPI*), Moskau; Prof. Dr. Wjatscheslaw Daschtschew, Leiter der Russisch-Deutschen Studien im *IMEPI*, Moskau. Im Namen der Kaliningrader Forschungsgruppe: Prof. Dr. Genadi Fjedorow, Universität Kaliningrad. Im Namen der litauischen Forschungsgruppe: Justas Paleckis, Außenpolitischer Berater des litauischen Staatspräsidenten, Wilna; Vytautas Plackaitis, Abgeordneter zum Parlament (*Seimas*) der Litauischen Republik, Wilna. Im Namen der polnischen Forschungsgruppe: Prof. Dr. habil. Anna Wolff-Powęska, Direktorin des west-Instituts (IZ), Posen; Dr. Tomasz Budnikowski, IZ, Posen; Doz. Dr. habil. Andrzej Sakson, IZ, Posen. Im Namen der deutschen Forschungsgruppe: Prof. Dr. Heinrich Vogel, Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Köln; Dr. Olga Alexandrowa, BIOst, Köln; Dr. Dieter Bingen, BIOst, Köln. Vgl. A. Sakson, *Teraźniejszość i przeszłość Obwodu Kaliningradzkiego (Królewca)*, in: *Przegląd Zachodni* 3 (1994), S. 200-202.

len.<sup>470</sup> Als weiteres Problem erwies sich die Ankunft der ersten Gruppe von 33 US-Soldaten aus dem Militärstützpunkt Kaiserslautern in Morąg im Mai 2010, die turnusmäßig die Patriot-Raketen bedienen sollen. Mit ihnen trafen zwölf Lastwagen und zusätzliches Personal ein. Die ganze Gruppe war insgesamt 100 Mann stark.

Eine Raketenbatterie setzt sich aus vier bis acht PAC-2- und PAC-3-Ab-schussrampen zusammen. In den ersten zwei Jahren sollen die Amerikaner in Polen auf Zeit, später auf Dauer stationiert sein.<sup>471</sup> Morąg liegt mit seinen 15 000 Einwohnern etwa 70 km von der Grenze zum Kaliningrader Gebiet und 90 km von Kaliningrad entfernt. Nach Ansicht des russischen Außenministeriums ist dies der Festigung von Sicherheit und dem Aufbau von Vertrauen in Europa nicht förderlich. Aus diesem Grund, um die Russen nicht zu reizen, erwägen die Amerikaner, die Patriot-Raketen nach Toruń in das Schulungszentrum für Artillerie und Rüstung zu verlegen.<sup>472</sup>

Ein anderes wichtiges Problem von europäischer Bedeutung war der visa-freie Verkehr zwischen dem Kaliningrader Gebiet und Polen bzw. Litauen. Polen bemüht sich seit längerer Zeit in der Europäischen Union um die Einbeziehung der gesamten Oblast in den Kleinen Grenzverkehr. Die aktuellen EU-Regelungen gestatten dies in einem 30 km breiten Streifen an der Grenze; örtlich kann die Zone auf 50 km erweitert werden.<sup>473</sup> Eines der Ziele der polnischen EU-Ratsprä-sidentschaft (Juli-Dezember 2011) ist die Einführung des Kleinen Grenzverkehrs zwischen dem Kaliningrader Gebiet und dem Nordosten Polens.<sup>474</sup>

---

470 Vgl. W. Radziwinowicz, *Iskandery w Kaliningradzie? Tak, ale nie teraz*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 12.02.2009, S. 8. Im April 2009 wiederholte der russische Vizeaußenminister Sergej Rybakow die russische Drohung, Russland würde Iskander-Raketen im Kalinin-grader Gebiet aufstellen, sollten Stützpunkte für das Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien errichtet werden. *Gazeta Wyborcza* vom 22.04.2009, S. 14.

471 Vorgesehen ist, dass die Batterie einmal im Vierteljahr nach Polen kommt, um nach einem Monat wieder nach Deutschland an die Heimatbasis zurückzugehen. Vgl. W. Sawicka, *Morąg czeka na Patrioty*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 21.01.2010, S. 3; *Trwa rozładunek transportu amerykańskiego*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 18.05.2010, S. 8; P. Pytlakowski, *Garnizon Morąg z Patriotami*, in: *Polityka* 23 (2010), S. 108-113; J. Tschernyschew, *Ein Stück Geopolitik. „Patriot“-Raketen in Mohrunen: Polen begrüßt die Stationierung, Russland zeigt sich konsterniert*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* 2010, Nr. 22, S. 13.

472 T. Ciechoński, *Morąg (chyba) żegna Patrioty. Nie chcą drażnić Rosji*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 12.10.2010, S. 1.

473 Vgl. M. Bełza, *Warmia i Mazury: Czekamy na was, Rosjanie. Już bez wiz*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 8.04.2010, S. 8.

474 M. Wojciechowski, *Przybliżmy Unii Rosję. Przed polską prezydenturą w EU*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 14.10.2010, S. 21.

Polens Bemühungen stießen allerdings auf eine ablehnende Haltung der litauischen Regierung. Die Behörden in Wilna befürchteten, ein unkontrollierter Reiseverkehr gefährde die Sicherheit des Landes.<sup>475</sup>

Leonid Gorbenko, Kaliningrader Gouverneur in den Jahren 1996-2000, stellte 2009 fest: „Das Kaliningrader Gebiet sollte russisches Staatsgebiet bleiben. Man muss ihm nur noch einen verfassungsrechtlichen Sonderstatus verleihen und es in Föderale Ostsee-Oblast umbenennen, unter anderem um so die ewige Namensdiskussion zu beenden“. Nach dieser Erklärung erinnerte der Journalist Wadim Smirnow daran, dass die „Idee, der Oblast einen Sonderstatus zu verleihen, zu Beginn des 21. Jahrhunderts populär war und man nun auf sie zurückkommt. Schon damals wollten Moskauer Experten die Oblast als russische zollfreie Zone sehen. Andere vermeinten, ein achter (besonderer Kaliningrader) Föderationskreis mit einem Bevollmächtigten des Staatspräsidenten würde die Lage retten. Wieder andere wiesen darauf hin, man müsse die Produktion der Oblast umstellen und die Gesetzgebung so ändern, dass sie Exporteur von Waren in die EU-Länder wird. Es gab auch lokale Experten, die forderten, die Oblast in ein ‚Auslandsgebiet Russlands‘ umzuwandeln.“<sup>476</sup>

Anfang 2009 regte Juri Semjonow, Vizepräsident der Kaliningrader Gebietsduma von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, an, den Entwurf eines föderalen Gesetzes „über den Sonderstatus des Kaliningrader Gebiets“ auszuarbeiten und ihn dem Präsidium der Staatsduma vorzulegen. Dieser Plan wurde allerdings von Einiges Russland nicht unterstützt; Semjonow zog den Antrag zurück und kündigte an, den Entwurf selbst auszuarbeiten und über Juri

---

475 Aurius Bačiulis, Kommentator der Wochenzeitung „Veidas“, schreibt: „Die Umsetzung der polnischen Vorschläge würde einen unkontrollierten russischen Transit durch Litauen bedeuten. Russland hat das schon lange von uns verlangt. Aber dieses Projekt gefährdet unsere nationale Sicherheit. Nach Abschaffung der Visumpflicht werden wir weder wissen, wer die Grenze unseres Landes passiert, noch wie viele russische Bürger sich auf unserem Staatsgebiet aufhalten. Die Abschaffung der Visumpflicht für Russen befürworten in der Regel entferntere Länder. Gegen diese Pläne sprechen sich die nächsten Nachbarn aus: die baltischen Staaten und Finnland. Bis vor kurzem war Polen auch dagegen. Jetzt tut die polnische Regierung alles, um sich Russland anzubiedern – selbst auf Kosten der Sicherheit der Nachbarn. Damit kann man nicht einverstanden sein.“ Zit. nach: Mickiewicz, P. Kościński, *Spór o wizy dla Rosjan. Litwa nie wesprze starań Polski o objęcie małym ruchem granicznym obwodu Kaliningradzkiego*, in: *Rzeczpospolita* vom 10.08.2010, S. A8.

476 L. Gorbenko o obwodzie nadbaltyckim, inni o specjalnym statusie obwodu, in: *Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie* (T. Baryła, W. Hojszyk) 4 (2009), S. 6.

Sawjenko der Duma weiterzuleiten. Das spätere Schicksal dieser Initiative ist unbekannt.<sup>477</sup>

Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise von 2009, die in einem überdurchschnittlich hohen Anstieg der Lebenshaltungskosten zum Ausdruck kam, löste erneut eine Diskussion über den „insularen“ Charakter der Region aus. Ein Publizist sah dieses Problem folgendermaßen: „Wir sind von ‚Groß‘-Russland abgetrennt, aber warum sind hier die Gebühren höher? Wenn der Transit von Gas oder Wärme durch Litauen teuer ist, warum müssen diese zusätzlichen Abgaben die Kaliningrader tragen und nicht der Staat, der zum Schutz seiner Bürger verpflichtet ist? Unsere Führung betont immer wieder: ‚Wir sind keine russische Insel, wir sind mit Russland eins!‘ Es erweist sich, dass das nur Worte sind und wir jeden Tag daran denken müssen, dass wir auf einer Insel leben. Für unsere Lage wird uns keine Vergünstigung gewährt: die Lebenshaltungskosten bei uns sind die höchsten in ganz Russland.“<sup>478</sup>

---

477 Ebenda.

478 W. Galias, *Za sčto platim?*, in: *Kaliningradskaja Prawda* vom 18.02.2009, S. 14. Vgl. auch: *Bolsche i lutschsche*, [www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru) (11.10.2010).

### 3. Woiwodschaft Ermland-Masuren

Der Untergang des real existierenden Sozialismus hat in Polen, Litauen und Russland eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung eingeleitet. Der Aufbau der neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zog vielfältige Konsequenzen nach sich. Einerseits füllten sich die Ladenregale mit vielen und bislang nicht erhältlichen Waren, andererseits tauchten bisher in solchem Ausmaß unbekannte Phänomene wie Massenarbeitslosigkeit, Korruption, Armut oder die soziale Ausgrenzung großer gesellschaftlicher Gruppen auf. Ostpreußen, diese „deutsche Kolonie“, war im Vergleich zu anderen Gegenden des Kaiserreiches, der Weimarer Republik oder des nationalsozialistischen Deutschlands ein unterentwickeltes Randgebiet. Die Zeit des Kommunismus in den Jahren 1945-1989/1991 war weitgehend ein nur mäßig gelungener Versuch, diesen Zustand zu ändern. Nach dem Fall des Systems der „Volksdemokratie“ stellte sich der periphere Zustand wieder ein. Das Memelland, das Kaliningrader Gebiet sowie Ermland und Masuren werden alle oft als schwache Randgebiete bezeichnet, obwohl die Gründe dafür unterschiedlich sind. Das unüberwundene Erbe der ostpreußischen Peripherisierung ist allerdings ein Faktum.

#### 3.1. Änderungen der Verwaltungsstruktur

Durch die Auflösung des Bezirks Masuren (Okręg Mazurski) und die Errichtung der Woiwodschaft Olsztyn (Allenstein) 1946 wurde dieses Gebiet um 8 000 km<sup>2</sup> kleiner (die neue Woiwodschaft war ca. 19 000 km<sup>2</sup> groß).

Die so eingeführte Verwaltungsgliederung blieb bis Mitte 1950 weitgehend unverändert. Artikel 7 des Gesetzes über Änderungen in der staatlichen Verwaltungsgliederung vom 28. Juni 1950 erweiterte die Woiwodschaft Olsztyn zum 6. Juli desselben Jahres um die Landkreise Nowe Miasto aus der Woiwodschaft Bydgoszcz und Działdowo aus der Woiwodschaft Warschau, letzterer historisch (vor 1920) ein Teil Masurens.

Eine erneute Verwaltungsreform im Jahr 1975 rüttelte an den Grundlagen des so müheselig entwickelten regionalen Identitätsgefühls. Viele Gebiete der Woiwodschaft Olsztyn wurden in neu errichtete Woiwodschaften eingegliedert. So wurden die Landkreise Pisz und Giżycko zusammen mit dem übrigen Ostmasuren (Landkreise Ełk, Goldap und Olecko aus der Woiwodschaft Białystok) der Woiwodschaft Suwałki zugeschlagen, das historische Soldauer Gebiet kam an die Woiwodschaft Ciechanów, die Landkreise Frombork, Krynica Morska, Pieniężno und Orneta wurden Teil der Woiwodschaft Elbląg. Kleine Teilstücke Masurens wurden auch der Woiwodschaft Łomża zugeteilt. Mit der 1975 erfolgten Zerglie-

derung der Woiwodschaft Olsztyn konnten sich viele Einwohner bis 1999 nicht abfinden, als ihre Wohnorte wieder im Gebiet der Woiwodschaft Ermland-Masuren lagen. Die Mehrheit, insbesondere die ältere und mittlere Generation, betrachtete dies als „historische Wiedergutmachung“.

Ein anderes Verhältnis zur „Reintegration“ der neuen Woiwodschaft haben die Einwohner von Elbląg und Elk, die bisher nicht zu einer Verwaltungseinheit mit Sitz Olsztyn gehörten.

Unzufriedenheit äußern auch Einwohner einiger weniger Ortschaften, die traditionell Teil Kurpiens oder Masowiens waren und seit 1999 zur Woiwodschaft Ermland-Masuren gehören, wie beispielsweise Dąbrowa (Kreis Szczytno) oder Piekietko (Kreis Działdowo).

Die Schaffung der Woiwodschaft Ermland-Masuren bietet neue Möglichkeiten, die regionale Identität zu kreieren und auszugestalten. Dazu gilt es aber zahlreiche Barrieren und Vorurteile zu überwinden, die durch eine der Tradition zuwiderlaufende soziale Raumordnung entstanden sind (ständige Veränderungen der administrativ-territorialen Zugehörigkeit), und die Rolle zu verändern, die dabei einzelne Städte spielen (Kreis-/Woiwodschaftssitz oder Kreis-/Gemeinesitz). Die Anziehungskraft bestimmter Städte und das Bekenntnis zur regionalen Herkunft sind ja nach Bekanntgabe der neuen Verwaltungsgliederung nicht verschwunden.

Als aussagekräftiges Beispiel erscheint hier die Ausgliederung Ostmasurens (Kreise Elk, Olecko, Gołdap) nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem geschlossenen historischen Gebiet Masurens, das zusammen mit dem Ermland zur Woiwodschaft Olsztyn gehörte, und seine Eingliederung in die Woiwodschaft Białystok, deren Bevölkerungszusammensetzung und Zivilisationsstand ganz anders waren. Dies verstieß gegen die historischen Traditionen der Region. In den siebziger Jahren wurden dann weitere Änderungen der Woiwodschaftsgrenzen vorgenommen und Kreise abgeschafft, wodurch Masuren erneut geteilt war: Die damaligen östlichen Kreise wurden der Woiwodschaft Suwałki angeschlossen, die sich im Hinblick auf historische Tradition, Bevölkerung und Kultur wiederum stark von ihnen unterschied.

Ein anderes Beispiel für die Integrationsschwierigkeiten der neuen Woiwodschaft Ermland-Masuren ist Elbląg, das ihr wider den Willen seiner Einwohner eingegliedert wurde. Das gesellschaftliche Bestreben, die Woiwodschaftszugehörigkeit zu ändern und diese Subregion der Woiwodschaft Pommern (Pomorskie) anzuschließen, läuft der Integrationspolitik der Woiwodschaftsverwaltung in Olsztyn zuwider.

Vertreter der Woiwodschafts- und Kommunalbehörden in Olsztyn können die Einwohner Elblągs schwerlich vom Nutzen der gegenwärtigen Woiwodschaftszugehörigkeit überzeugen, wenn die Volksbefragung vom 10. Oktober 1999 gezeigt hat, dass sich 95 % aller Einwohner Elblągs für eine Zugehörigkeit zu Gdańsk

und nur 5 % zu Olsztyn ausgesprochen haben (die Wahlbeteiligung lag bei 35 % der Stimmberechtigten). In Elbląg bildete sich eine starke gesellschaftliche Bewegung für die Änderung der bisherigen administrativen Zugehörigkeit der Stadt. Sie verfügt über eigene Ziele und eine Ideologie. Längerfristig wird sie einerseits gewiss zur Festigung des Lokalbewusstseins beitragen, sich aber andererseits dysfunktional auf Ansätze und Umsetzung des Integrationsprozesses innerhalb der Woiwodschaft Ermland-Masuren auswirken.

Ein Experte aus Olsztyn meinte: „Die Bildung der neuen Woiwodschaft Ermland-Masuren war ein verwaltungspolitischer Akt, aber die Lokalbevölkerungen in Elbląg, Elk, Gołdap, Olecko, Olsztyn oder Mrągowo führt ein Eigenleben. Ein Bürger von Elk hat gar keine Beziehung zu Elbląg. Auch die Einwohner Olsztyns fühlen keine Verbindung zu den Einwohnern Elblągs oder Elks, wo Teile der Einwohnerschaft mit der Zugehörigkeit zu der neuen Woiwodschaft unzufrieden sind. Die Politik der Woiwodschaftsverwaltung in Olsztyn ist auch oft chaotisch und unausgegoren. In Elk fehlt beispielsweise bis heute eine Außenstelle des Marschallamtes, es gibt Probleme mit der Eröffnung eines Ablegers der Universität usf. Andererseits wird Elblągs Gunst ‚erkauft‘, indem ihm auf Kosten anderer Regionen beachtliche Finanzmittel überwiesen werden. Dies ruft Unzufriedenheit und neue Animositäten hervor. Bei den regionalen Behörden und Eliten ist auch kaum ein tieferes Nachdenken über das Schicksal der regionalen Gemeinschaft festzustellen. Man ist sich nur des Fehlens einer derartigen Diskussion bewusst“ (0-13).

Vom Verfasser im Jahr 2000 durchgeführte Pilotumfragen zeigten, dass „das Problem der neuen Woiwodschaft im Alltag nicht vorhanden ist“.

Die Frage nach Vorteilen der Erweiterung der ehemaligen Woiwodschaft Olsztyn wurde von den Umfrageteilnehmern meistens wie folgt beantwortet:

- „ich habe von keinen gehört“, „keine“, „das hat nichts geändert“,
- „Meereszugang“,
- „mehr Geld für das Woiwodschaftsamt, die Woiwodschaftsform schafft große Möglichkeiten, doch die Behörden bringen die kulturell ohnehin bunte Gemeinschaft durcheinander“,
- „Erweiterung des Gebiets nach dem Prinzip der größeren Region, bessere Organisation, keine Zerstückelung“.

Die daraus erwachsenden Unannehmlichkeiten sind folgende:

- „Anstieg der Arbeitslosigkeit“, „es sind Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit dazugekommen“,
- „weite Wege zu allen Ämtern, besonders zur Woiwodschaftshauptstadt“,
- „Bürokratiezunahme“, „Organisationschaos“.

Bezeichnenderweise hat keiner der Befragten darauf hingewiesen, dass die Entstehung der neuen Woiwodschaft zur Entwicklung des regionalen Bewusstseins

beitragen kann. In diesem Fall haben wir mit einem Dilemma zu tun, das sich aus dem Verhältnis zwischen der Kulturregion (unterschieden aufgrund bestimmter Kulturmerkmale) und der Verwaltungsregion ergibt.

Im Lichte der durchgeführten Untersuchungen ergibt sich für die Attribute der Woiwodschaft Ermland-Masuren folgende Rangliste: hohe Arbeitslosigkeit, niedriger Lebensstandard, schwache Wirtschaftsentwicklung, viele Seen und Wälder, saubere Luft, schlechter Zugang zu Kulturgütern.

Gleichwohl betonen die Befragten ihre Bindung an den Wohnort. Eine relativ kleine Gruppe möchte in eine andere Region oder ins Ausland auswandern.

In Anbetracht der Tatsache, dass das heutige kollektive Bewusstsein und das allgemeine, sich in menschlichen Gefühlen und Ansichten widerspiegelnde Gefühl der regionalen Bindungen die entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung der regionalen Identität spielen, gilt es, solche politischen, gesellschaftlichen, administrativen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass es überhaupt eintreten und sich festigen kann.

Infolge der staatlichen Verwaltungsreform von 1999 deckt sich die neue Woiwodschaft Ermland-Masuren im Großen und Ganzen mit dem Gebiet des südlichen Ostpreußens der Zwischenkriegszeit. Sie hat eine Fläche von 24 191,8 km<sup>2</sup> (was 7,7 % der Fläche des polnischen Staats ausmacht, und ist somit die viertgrößte der 16 Woiwodschaften). Es leben hier 1 426 600 Einwohner (Angaben vom 30. Juni 2007). Die Bevölkerungsdichte beträgt 59 Einwohner je km<sup>2</sup> und ist die niedrigste in Polen, während der Verstärterungsgrad (Anteil der städtischen an der gesamten Bevölkerung) etwa 60,1 % beträgt. Beide Werte zählen zu den niedrigsten in Polen.<sup>479</sup>

Derzeit setzt sich die Woiwodschaft Ermland-Masuren aus vier historischen Regionen zusammen: dem Ermland, Masuren, einem Teil des Marienburger Landes und einem Teil der Weichselwerder. Sechs Woiwodschaften haben zu ihrer Bildung beigetragen: Olsztyn (Landkreise Bartoszyce, Iława, Kętrzyn, Lidzbark, Mrągowo, Nidzica, Olsztyn, Ostróda, Szczytno, Stadt Olsztyn) 51 % zur Gesamtfläche, Suwałki (Landkreise Ełk, Giżycko, Olecko, Gołdap, Pisz) 27,2 %, Elbląg (Landkreise Braniewo, Elbląg, Stadt Elbląg) 14,0 %, Toruń (Nowe Miasto) 2,8 %, Ciechanów (Landkreis Działdowo) 4,0 % und Ostrołęka 1 %. Die Woiwodschaft mit der Hauptstadt Olsztyn grenzt im Norden an das Kaliningrader Gebiet der Russischen Föderation (210 km), im Osten an die Woiwodschaft Podlachien (224 km), im Süden an die Woiwodschaft Masowien (189 km), im Südwesten an die

---

479 Vgl. Strategia rozwoju kraju 2007-2015. Dokument przyjęty przez Radę Ministrów w dniu 29 listopada 2006 r. Ministerstwo Rozwoju Regionalnego (Landesentwicklungsstrategie 2007-2015. Von der Regierung verabschiedet am 29. November 2006. Ministerium für Regionalentwicklung), Warszawa 2006.

Woiwodschaft Kujawien-Pommern (100 km) und im Westen an die Woiwodschaft Pommern (202 km).<sup>480</sup>

Im Nordwesten bildet das Frische Haff die natürliche Grenze. Verwaltungsmäßig umfasst die Woiwodschaft zwei Stadtkreise (Olsztyn und Elbląg) und 19 Landkreise. In der Woiwodschaft gibt es 16 Stadtgemeinden, 33 Stadt-Land-Gemeinden sowie 67 Landgemeinden. Insgesamt gibt es hier 2 139 Dörfer, 2 381 Schulzenämter, 116 Gemeinden, 49 Städte und 21 Kreise. Die größten Städte sind Olsztyn (174 473 Einwohner), Elbląg (127 275), Elk (56 120), Iława (33 773), Ostróda (30 603) und Giżycko (30 100); zu den kleinsten zählen Młynary (1 840 Einwohner), Sępólno (2 025), Zalewo (2 163), Kisielice (2 222), Miłomłyn (2 256) und Pasym (2 522). Die landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt 1 305 000 ha, die Straßendichte (50,6 km pro 100 km<sup>2</sup>) ist die geringste in ganz Polen (Angaben für 2001).

Die Woiwodschaft Ermland-Masuren war 2005 eine der ärmsten Regionen in der Europäischen Union, die damals 25 Mitglieder zählte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf lag hier (bei einem Mittelwert von 100 für die 25 EU-Mitgliedstaaten), ähnlich wie in der Woiwodschaft Oppeln, bei 37. Einen niedrigeren Wert wiesen lediglich die Woiwodschaft Podlachien mit 36 sowie Karpatenvorland und Lebus mit je 33 auf. Den höchsten Wert hatten die Regionen Inner London (278) und Bruxelles-Capitale (238). Das höchste BIP in Polen hatten Masowien (72,8) und Schlesien (51,2). Der Mittelwert für Polen beträgt 47,0.<sup>481</sup>

### 3.2. Transformation der Wirtschaft

Janusz Heller und Rafał Warzała beschrieben 2006 die wirtschaftliche Verfassung Ermland-Masurens vor dem Hintergrund der gesamtpolnischen Entwicklung wie folgt: „Die Woiwodschaft Ermland-Masuren gehört zu den am schwächsten entwickelten Regionen Polens. Darauf weisen hin: das Pro-Kopf-BIP unter dem Landesdurchschnitt, die schwach entwickelte Verkehrsinfrastruktur, das wenig ausgebaute Geschäftsumfeld, die ungünstige Struktur des Arbeitsmarktes und die daraus resultierende, landesweit höchste Arbeitslosenrate. Damit liegt die Region hinsichtlich der Investitionsattraktivität weit hinten (Klasse D). Auch die Industrie ist in der Woiwodschaft im Vergleich zu ganz Polen schwach entwickelt. In der Industrieproduktion dominieren technologisch rückständige Bran-

480 Vgl. M.Gwiaździńska-Goraj, *Przemiany społeczno-gospodarcze obszarów wiejskich województwa warmińsko-mazurskiego*, Olsztyn 2004, S. 33.

481 *Polskie regiony. Ministerstwo Rozwoju Regionalnego*, Warszawa 2006, S. 3; E. Zalewska, *Mazowsze może stracić dotacje. Pomoc z Brukseli*, in: *Rzeczpospolita* vom 2.-3.09.2006, S. 1.

chen wie die Herstellung von Autoreifen, Möbeln, Maschinen und Geräten sowie Lebensmitteln.<sup>482</sup>

Auch hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens (16 500 PLN) und des Brutto-Durchschnittslohns (1 967 PLN) belegte die Region im Landesvergleich Plätze weit hinten (jeweils den 13. und 15.). In den Jahren 1990-2002 ging der Anteil der Woiwodschaft am Gesamtwert des polnischen BIP zurück. Von der schwachen Wirtschaftsentwicklung zeugt auch der geringere Anteil der Woiwodschaft am BIP (2,8 %) im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (3,7 %). Bei einem Pro-Kopf-BIP in Polen gleich 100 betrug der Wert für die Region in den Jahren 1995 und 1996 noch 80 (12. Platz landesweit), um in den Jahren 1997-2001 kontinuierlich auf 79 bzw. 72 zu sinken. 2002 lag er bei 75, so dass die Region den 14. Platz unter allen 16 Woiwodschaften belegte. In diesem Jahr lag das BIP pro Kopf um ein Viertel (25 %) unter dem Landesdurchschnitt. Damit gehört die Region zur Gruppe von Woiwodschaften mit dem niedrigsten Entwicklungsstand im Land, was eine ebenso geringe Investitionsattraktivität bedeutet.<sup>483</sup>

Hinsichtlich der Investitionsaufwendungen nimmt die Woiwodschaft landesweit den vorletzten Platz ein (knapp 2 200 Zloty pro Einwohner). Hier gibt es fast nur halb so viele Handelsgesellschaften auf 1000 Einwohner wie im Landesdurchschnitt, obwohl es viel mehr Gesellschaften mit ausländischer Kapitalbeteiligung gibt als in den übrigen drei östlichen Regionen. Von 1000 Einwohnern arbeiten 270,6 (83,2 % des Durchschnitts), was der Woiwodschaft den letzten Rang in ganz Polen sichert. Etwas besser ist es mit der beruflichen Aktivität bestellt (97,8 % des Durchschnitts, 11. Platz landesweit).<sup>484</sup>

Trotz des laufenden Transformationsprozesses behielt die Region weiterhin ihren landwirtschaftlichen Charakter, wenn auch der Anteil der Landwirtschaft an der allgemeinen Produktionsbilanz zurückgegangen ist (der Anteil der Industrie fiel von 32,8 auf 21,8 %, der der Landwirtschaft von 8,1 auf 4,3 %, und der Wert des im Dienstleistungssektor erwirtschafteten BIP stieg von 59,1 auf 68,7 %, das Anderthalbfache des Landesdurchschnitts). Die Woiwodschaft kennzeichnet sich durch einen relativ niedrigen Industrialisierungsgrad (im Jahr 2003 betrug die durchschnittliche Beschäftigung im Industriesektor 54 Personen je 1000 Einwohner, bei einem Durchschnittswert von 70 in ganz Polen). Zum Jahresende 2002 entfielen 29,4 % aller Beschäftigten auf den öffentlichen, 70,6 % auf den privaten Sektor, davon arbeiteten 10,4 % in Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Der Beschäftigungsgrad im öffentlichen Sektor liegt über dem Landes-

---

482 J. Heller, Warzała, *Gospodarka regionu Warmii i Mazur na tle kraju*, in: *Warmia i Mazury w obliczu przemian cywilizacyjnych. 15 lat przekształceń gospodarczych i społecznych 1990-2005*, Olsztyn 2006, S. 36.

483 Ebenda S. 25 f.; *Strategia rozwoju kraju...*, S. 172.

484 *Strategia rozwoju kraju...*, S. 172.

durchschnitt, „möglicherweise ein Indiz für ein unter dem Landesdurchschnitt liegendes Entwicklungsniveau des privaten, besonders des Dienstleistungssektors“. 2009 war der Durchschnittspreis für Ackerland einer der niedrigsten in ganz Polen und betrug 13 201 Złoty je ha (gegenüber 26 318 Złoty in der benachbarten Woiwodschaft Kujawien-Pommern).<sup>485</sup>

Zu den größten Firmen der Region zählten im Jahr 2005 (von 100 ausgewerteten): der Autoreifenhersteller Michelin Polska (ehemals Stomil, 2005 durch den französischen Konzern übernommen) in Olsztyn (3 741 Beschäftigte, Angaben für 2004), der Geflügelverarbeiter Grupa Kapitałowa Indykpol mit Sitz in Olsztyn (1 955), der Fleischverarbeiter Morliny Grupa Animex in Ostróda (1 355), der Leuchtartikelhersteller Philips Lighting Poland S.A. Filiale Kętrzyn (912), der Milchverarbeiter Polmlek in Lidzbark Warmiński (340), der Fleischverarbeiter Zakłady Mięsne Mazury in Elk (1 102), der Möbelhersteller Grupa Mazurskie Meble in Olsztyn (4 047, größter Arbeitgeber der Region). Der Beschäftigtenzahl nach sind zu den Großunternehmen auch Firmen zu zählen wie der Möbelhersteller Mazur Comfort in Olsztyn (1 347), der BekleidungsHersteller Zakłady Przemysłu Odzieżowego Warmia in Kętrzyn (1 132) und das Woiwodschafts-Verbundkrankenhaus in Elbląg (1 115). Der Wert der verkauften Industrieproduktion betrug in der Region 15 Mia. Złoty (niedrigere Werte wiesen nur die Woiwodschaften Lebus mit 14 Mia. Złoty und Podlachien mit 11 Mia. Złoty aus).<sup>486</sup>

In der Region gab es zehn Sonderwirtschaftszonen (Olsztyn, Ostróda, Szczytno, Mrągowo, Elk, Pasłęk, Lidzbark Warmiński, Olecko, Goldap und Bartoszyce). 2006 verfügten sie zusammen über eine Fläche von 646,96 ha und beschäftigten 4 290 Personen. Die dort getätigten Investitionsaufwendungen beliefen sich auf 1 058 Mio. Złoty. Die Sonderwirtschaftszonen trugen zur Ankurbelung der Regionalentwicklung bei.<sup>487</sup> Trotzdem blieb die Woiwodschaft Ermland-Masuren für die Investoren wenig attraktiv. Im Jahr 2005 belegte sie den 13. (von 16) Rang (gefolgt nur von den Woiwodschaften Heiligkreuz, Lublin und Podlachien).<sup>488</sup>

Auf der Rangliste der polnischen Regionen nach Lebensqualität belegte die Woiwodschaft Ermland-Masuren sowohl 2003 als auch 2005 den vorletzten (15.)

---

485 Ebenda S. 33; *Gazeta Wyborcza* vom 19.03.2010, S. 28.

486 *100 największych firm Warmii i Mazur. Edycja ósma*, in: *Biznes Warmii i Mazur*, Beilage zu *Gazeta Olsztyńska* und *Dziennik Elbląski* vom 29.06.2006. In der von der Wochenschrift „Polityka“ zusammengestellten Rangliste der 500 größten Firmen Polens für 2007 gab es kein einziges Unternehmen aus Ermland und Masuren.

487 Vgl. I. Trusewicz, *W małych miastach rośnie wielki biznes*, in: *Rzeczpospolita* vom 30.11.2006, S. B4; P. Macierewicz, *SSE tam gdzie inwestor chce*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 13.11.2006, S. 25; I. Trusewicz, *Dobry klimat do inwestowania. Elbląg. Specjalna Strefa pomaga w przyciąganiu inwestorów*, in: *Rzeczpospolita* vom 26.09.2007.

488 P. Macierewicz, *Polska A coraz bardziej oddala się od Polski B. Poglębia się rozwarstwienie w tempie rozwoju regionów*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 20.12.2005, S. 20.

Platz. Nach ihr kam nur noch die Woiwodschaft Lublin.<sup>489</sup> 2005 betrug das BIP pro Kopf in der Region 18 636 Zloty und stieg damit im Vergleich zu 2002-2004 um 6,9 %. Den höchsten Durchschnittswert verzeichnete die Woiwodschaft Masowien (37 340 Zloty), den niedrigsten die Woiwodschaft Lublin (16 651 Zloty).<sup>490</sup> Ein anderes Indiz für die Randlage der Region ist, dass private Bauherren hier relativ wenige Einfamilienhäuser gebaut haben (in der ersten Jahreshälfte 2004 waren es 1 009, in der ersten Jahreshälfte 2005 919). Noch weniger Häuser wurden in den Woiwodschaften Oppeln (435), Lebus (588), Podlachien (780) und Heiligkreuz (917) gebaut. Die meisten individuellen Bauvorhaben wurden in den Woiwodschaften Masowien (4 601) und Kleinpolen (2 917) verwirklicht.<sup>491</sup> Die Ausstattung der Privathaushalte mit Fernsehern und Computern wich in der Region nicht vom Landesdurchschnitt ab (2003 besaßen 98,0 % aller Haushalte einen Fernseher, in ganz Polen 97,2 %, einen Computer besaßen 27,2 %, eine Videoanlage 29,0 %).

Weniger Privathaushalte als im Landesdurchschnitt hatten einen Pkw (42,1 % gegenüber 48,9 % in ganz Polen).<sup>492</sup> 2005 hatte die Region den höchsten Prozentsatz von Grundschulern und Gymnasiasten, die auf Schulspeisung angewiesen waren, und zwar 41,6 % (die niedrigsten Werte hatten die Woiwodschaften Schlesien (21,3 %), Oppeln (23,5 %), Podlachien und Niederschlesien (je 24,7 %)).<sup>493</sup> Die Schüler der Region schneiden auch bei den Gymnasialprüfungen im Landesvergleich unterdurchschnittlich ab.<sup>494</sup>

Der Beitritt Polens zur Europäischen Union hat sich kaum merklich auf den Abbau regionaler Unterschiede ausgewirkt. Der Wert der aus EU-Mitteln unterstützten Projekte betrug in den Jahren 2004-2006 in Polen 2 363 Zloty pro Kopf.

489 Aus der *Diagnoza Społeczna 2005* (Sozialdiagnose für 2005) geht hervor, dass Personen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 1 000 Zloty, Hoch- bzw. Oberschulabsolventen, Schüler und Studenten, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und Unternehmer den höchsten Lebensstandard hatten. Am schlechtesten ging es Verwitweteten, Personen mit Grund- und geringerer Bildung, Rentnern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von bis zu 299 Zloty und getrennt Lebenden. M. A. Zieliński, *Gdzie nam się żyje najlepiej*, in: *Rzeczpospolita* vom 24.-25.09.2005, S. 3.

490 P. Macierewicz, *70.000 Zloty na głowę Warszawiaka, 13.000 na Sądectzanina*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.-30.09.2007, S. 34; Pisera, *Ci wlatują, ci zostają*, in: *Newsweek Polska* vom 12.11.2006, S. 50-56.

491 M. Wielgo, *Będziemy budować więcej domów?*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 24.-25.09.2005, S. 33.

492 J. Heller, Warzała, *Gospodarka regionu...*, S. 35.

493 Unterernährte Kinder wachsen langsamer, die Pubertät setzt bei ihnen später ein, sie werden schneller müde, öfter krank, fühlen sich ständig matt und schläfrig, lernen schlechter, da das Assoziationsvermögen und das Gedächtnis schwächer sind. M. Nowakowski, *Nakarmić dzieci*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 6.09.2005, S. 7.

494 Z. Engel, *Na Zachodzie bez większych zmian. Powiatowa mapa edukacji*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 3.07.2003, S. 4.

Leider variiert der Pro-Kopf-Wert stark nach Region. Die meisten Mittel bekamen die ohnehin reichen Woiwodschaften, etwa Niederschlesien (über 3 000 Zloty), am wenigsten die Woiwodschaften Oppeln und Karpatenvorland (unter 1 700 Zloty). Die Woiwodschaft Ermland-Masuren nimmt hier mit Mitteln für Infrastrukturprojekte und Unternehmensunterstützung in Höhe von 2 225 Zloty pro Kopf einen mittleren Rang ein. Die Zahlen zeigen, dass eines der wichtigsten Ziele der EU-Förderung nicht erreicht werden konnte, und zwar das Gefälle zwischen den reichsten und ärmsten Regionen Polens zu verringern. Laut der Prognose für 2010-2015 soll der Einfluss der EU-Mittel auf das Pro-Kopf-BIP in der Woiwodschaft auf 12 % zulegen (gegenüber 26 % in den Jahren 2004-2009). Es soll der höchste Anstieg landesweit sein.<sup>495</sup>

Zum Vorteil gereicht der Region ihre Bevölkerungsstruktur. Das Durchschnittsalter beträgt 35,9 Jahre und ist eines der niedrigsten in Polen (nur in der Woiwodschaft Karpatenvorland ist es mit 34,6 Jahren noch niedriger), bei einem Landesdurchschnitt von 36,7 Jahren.<sup>496</sup> In der Woiwodschaft Ermland-Masuren machten 0- bis 14-Jährige 20,02 % der Gesamtbevölkerung aus, 15- bis 59-Jährige 65,22 % und über 60-Jährige 14,76 %. Dies sind die günstigsten Zahlen in den Nord- und Westgebieten und in ganz Polen. Sie sind ein Indiz dafür, dass die Region „jung“ ist. Auch die Fertilität und die Reproduktionsziffern der Bevölkerung gehören zu den höchsten landesweit (38,5 Lebendgeburten je 1000 Frauen im Alter von 15-49 Jahren, in der Stadt 32,1, auf dem Land sogar 49,0; Fertilitätsrate 1,382 – Angaben für 2002).<sup>497</sup>

Die Weltwirtschaftskrise vom Herbst 2008 hatte auf die Entwicklung Polens, darunter Ermlands und Masurens, nur einen relativ geringen Einfluss.

Als positiver Faktor für die Regionalentwicklung haben sich die EU-Hilfen erwiesen. Nach Erhebungen der Agentur für Restrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft bekamen Ermland und Masuren die meisten EU-Gelder für die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete. Im Durchschnitt entfielen in den Jahren 2004-2009 auf einen Agrarbetrieb 66 000 Zloty.<sup>498</sup>

Nach Meinung von Grzegorz Gorzelak wird das Entwicklungsgefälle in absehbarer Zukunft nicht verschwinden, „sondern es wird sogar zunehmen, so wie

---

495 Offen bleibt, wie die erst freigegebenen 67,3 Mia. Euro Hilfgelder aus den neuen Programmen für die Jahre 2007-2013 verteilt werden. A. Cieślak-Wróblewska, *Pomoc Unii nie pomogła*, in: *Rzeczpospolita* vom 29.-30.03.2008, S. B1; *Gazeta Wyborcza* vom 30.07.2010, S. 26.

496 K. Bartman, I. Blicharz, *Północ młodsze, Zachód się wyludnia*, in: *Dziennik* vom 4.09.2007, S. 11.

497 S. Wierzosławski, *Ludność Ziem Zachodnich i Północnych w świetle Narodowego Spisu Powszechnego 2002*, in: *Ziemie Odzyskane/Ziemie Zachodnie i Północne 1945-2005 – 60 lat w granicach państwa polskiego*, pod red. A. Saksona, Poznań 2006, S. 100, 129.

498 *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 2.05.2009, S. 4.

es in den letzten Jahrzehnten, selbst zur Zeit des Kommunismus, gewachsen ist. Das geschieht in den meisten Ländern, denn die Metropolen laufen den übrigen Regionen davon. Man kann sich schwer vorstellen, dass die ärmeren Regionen Ostpolens sich auf einmal schneller entwickeln sollten als Warschau, Poznań oder Wrocław. Weder EU- noch nationale Programme werden das bewerkstelligen.<sup>499</sup>

Das hat viele Gründe: Kapital wird beispielsweise dort angelegt, wo bereits Entwicklungstraditionen und modernisierungsorientierte Einstellungen vorhanden sind, wo es qualifizierte und stark motivierte Arbeitnehmer gibt, wo die Straßeninfrastruktur gut und das soziale Kulturkapital hoch ist. Diese Voraussetzungen sind in den Großstädten und den westlichen Regionen Polens gegeben. Mittel von außen werden keine starke Entwicklung armer Regionen einleiten. Wenn dem so wäre, dann wären auch Süditalien oder die frühere DDR Wohlstandsregionen. Der Straßenbau ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung (z. B. gibt es in schwach entwickelten Regionen Westeuropas viele hervorragende, aber wenig befahrene Straßen).<sup>500</sup>

Der perspektivische Entwicklungsplan der Region und die Hauptrichtungen der Regionalpolitik des Staates sehen vor, den am schwächsten entwickelten Woiwodschaften einen Entwicklungsschub zu geben und das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Eckwerte gesellschaftlicher Teilhabe (Bildung, Arbeit, Gesundheit) zu erhöhen, während die Disproportionen zwischen den Regionen verringert werden sollen. Die schwächsten Regionen kennzeichnen sich durch das niedrigste BIP pro Kopf in der gesamten EU, wenig Unternehmertum und geringe Eigeneinnahmen der Kommunalbehörden.

Problemgebiete, die besonderer staatlicher, regionaler oder lokaler Aktivierungsmaßnahmen bedürfen, sind unter anderem:

- der ländliche Raum, besonders im Bereich ehemaliger staatlicher Agrarbetriebe, stadtferne Gebiete mit Semi-Subsistenzbetrieben, Gebiete mit schwacher wirtschaftlicher Aktivität außer Landwirtschaft;
- Gebiete mit einer ungünstigen Lage, die ihre Möglichkeiten zur diversifizierten und wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Betätigung einschränkt, z. B. vom Saisontourismus abhängige, grenznahe, dünn besiedelte und stadtferne Landstriche.

In den kommenden Jahren wird der Staat gemäß der Entwicklungsstrategie Polens für die Jahre 2007-2015 die wirtschaftlich schwächeren Regionen vor allem in folgenden Bereichen unterstützen:

499 G. Gorzelak, *Nie zbudujemy w Polsce drugiej Irlandii*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 5.02.2008, S. 21.

500 *Ebenda*. Vgl. auch: M. Czech, *Niech rosna metropolie. Węgorzewo i Giżycko rosły do tej pory jak na drożdżach. Teraz będą musiały dobrze nagłowić się, by dostać fundusze z UE*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 17.-18.10.2010, S. 16 f.

- Entwicklung der Infrastruktur im weitesten Sinne (notwendige Infrastruktur für die Entwicklung und Umstrukturierung von Agrargebieten, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr bzw. regionale Kulturressourcen);
- Modernisierungsprozesse und Kleinunternehmertum auch im Dienstleistungssektor;
- Maßnahmen, die sich besondere Rahmenbedingungen der Regionalentwicklung zunutze machen (z. B. Fremdenverkehr, Landschaft, Klima, Gewässer usw.);
- Entwicklung des Siedlungs- und Stadtnetzes, Stärkung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus kleiner und kleinster Städte unter Zurückgreifen auf endogene Standortvorteile;
- Entwicklung des Wohnungsbaus; dies wird die Stadtentwicklung begünstigen und die Lage am Arbeitsmarkt verbessern, indem Arbeitslose und Geringqualifizierte im Bausektor beschäftigt werden;
- Maßnahmen der Kommunen und regierungsunabhängigen Organisationen, mit denen die örtliche Bevölkerung und Institutionen der lokalen Entwicklung angeregt werden, Initiative für die sozial-wirtschaftliche Entwicklung zu ergreifen.

Gemäß diesem Plan soll die Woiwodschaft Ermland-Masuren Unterstützung erhalten für Verbesserungsmaßnahmen der äußeren (insbesondere zum Kaliningrader Gebiet) und inneren Verkehrsanbindung (unter anderem an das Haupttransportverkehrsnetz in Polen, insbesondere die Schnellstraßen S16 und S7) sowie den Ausbau von Grenzübergängen zusammen mit der Modernisierung der Zufahrtstraßen.

Die staatliche Regionalpolitik wird den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit der Woiwodschaft im Ostseeraum fördern und dabei Kontakte in Kultur, Wissenschaft und Forschung besonders berücksichtigen.

Gefördert wird auch die Entwicklung der Metropolfunktionen Olsztyns, hauptsächlich seines Potentials in Wissenschaft und Forschung.

Abzielen wird die staatliche Regionalpolitik auf den Erhalt der hochwertigen Natur- und Landschaftsräume der Region (Grüne Lunge Polens), unter anderem durch die Pflege natürlicher Funktionsgebiete. Ein wichtiges Ziel wird es sein, das Kulturerbe der Weichselwerder zu erhalten, insbesondere ein funktionsfähiges hydrotechnisches System zur Regulierung der Wasserverhältnisse zu schaffen. Vorangetrieben wird die internationale Fremdenverkehrswerbung der Region (darunter die Bewerbung der Masurischen Seenplatte und des Oberländischen Kanals).<sup>501</sup>

---

501 Strategia rozwoju kraju..., S. 76 f., 83 f.

In der am 31. August 2005 vom ermlandisch-masurischen Woiwodschafstparlament verabschiedeten und von der Woiwodschafstverwaltung ausgearbeiteten „Strategie für die sozioökonomische Entwicklung der Woiwodschaf Ermland-Masuren bis 2020“ wird festgehalten, dass sich die Wirtschaft der Region kennzeichnet durch eine geringe Wettbewerbsfähigkeit, wenig Unternehmertum (gemessen an der Zahl der Unternehmen natürlicher Personen pro 10 000 Einwohner steht die Region in Polen an vorletzter Stelle), schwache Investitionsattraktivität (eingetragen sind 290 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung: 13. Rang landesweit), geringe Binnennachfrage (die Durchschnittslöhne erreichen 88 % des Landesdurchschnitts, das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen 90,4 %: 13. Rang in Polen), ungenügende Verkehrserschließung (schlechter Bauzustand von Straßen und Eisenbahnstrecken) und unzureichende technische Infrastruktur (12. Platz landesweit hinsichtlich der Zahl der Telefonanschlüsse in öffentlichen Telefonnetzen).

Die Entwicklung der Humanressourcen und die Bevölkerung in der Region sind gekennzeichnet durch die zunehmenden Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt und ihre Folgen (höchste Arbeitslosenquote landesweit) sowie die ungünstige Ausrichtung und Dynamik der Migrationsprozesse (u. a. negativer Wanderungssaldo).

Führend bleibt die Region aber hinsichtlich der Unversehrtheit ihrer Natur.<sup>502</sup>

Um den derzeitigen Missstand zu überwinden, beinhaltet die „Strategie“ unter anderem Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich („wettbewerbsfähige Wirtschaft“) – Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Firmen und der Zahl der Arbeitsplätze, Einführung eines wirksamen Systems zur Gewinnung externer Investoren und Zunahme des Fremdenverkehrspotenzials – und zum Aufbau einer „offenen Gesellschaft“: Ausrichtung des Bildungssystems nach den Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, Sicherung der integrationsfördernden sozialen Sicherheit, Vorbeugung gegen soziale Ausgrenzung und Verbesserung des Zugangs zu Wohnungen.

Entsprechend der „Strategie“ wurde die Woiwodschaf Ermland-Masuren in drei Subregionen unterteilt:

1. Subregion Elbląg (96 200 Einwohner zum 31. Dezember 2006) mit den Landkreisen Braniewo, Działdowo, Elbląg, Iława, Nowe Miasto und Ostróda;
2. Subregion Olsztyn (127 800 Einwohner) mit den Landkreisen Bartoszyce, Kętrzyn, Lidzbark Warmiński, Mrągowo, Nidzica, Olsztyn und Szczytno;
3. Subregion Ełk (44 000 Einwohner) mit den Landkreisen Giżycko, Gołdap, Olecko, Pisz und Węgorzewo.

---

502 Strategia Rozwoju Społeczno-Gospodarczego Województwa Warmińsko-Mazurskiego do roku 2020. Olsztyn 2005, S. 16-19.

Es wurden drei strategische Hauptziele für die Region bis 2020 festgelegt: Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit in der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Aktivität sowie der Zahl und Qualität von Netzwerken.<sup>503</sup> Die regionale Verwaltung ist von der Machbarkeit dieser Pläne überzeugt.<sup>504</sup>

### 3.2.1. Soziale Folgen der Reformprozesse

Der Untergang des realen Sozialismus und der Wandel des gesellschaftlichen und politischen Systems haben zu tiefgreifenden Veränderungen im Leben der Polen und der Bürger anderer postkommunistischer Staaten geführt. Als die Polen den Kommunismus selbständig abschüttelten, waren sie überzeugt, das Blatt werde sich zum Besseren wenden. Im Rückblick nach zwanzig Jahren, die seit der Wende vergangen sind, lassen sich generell drei Perioden unterscheiden. Die Jahre 1989-1992 waren eine Zeit der Begeisterung, geprägt durch große Hoffnungen auf ein besseres Leben nach dem Sturz der „Volksdemokratie“. Die nächste Periode, das Jahrzehnt 1993-2003, lässt sich als Zeit des „real existierenden Kapitalismus“ bezeichnen, in der sich herausgestellt hat, dass das liberale Credo „der freie Markt löst alle Probleme“ zu neuen Spaltungen quer durch die Gesellschaft geführt hat. Die Zeit nach 2003 ist durch das rasche Wirtschaftswachstum von 5-8 % im Jahr gekennzeichnet. Am 1. Mai 2004 trat Polen mit Litauen und anderen ostmitteleuropäischen Staaten der Europäischen Union bei. Diese Periode, die bis heute andauert, kann als Stabilisation des neuen Systems bezeichnet werden. Breite Kreise der Öffentlichkeit sind zur Überzeugung gelangt, dass das neue System sowohl positive als auch negative Attribute besitze. Viele Polen begannen die Meinung zu teilen, dass der individuell empfundene Auf- bzw. Abstieg im engen Bezug zum materiellen und sozialen Vorwärtskommen steht.

Interessanterweise ist der Anteil derer, die die Reformjahre mit ihrem eigenen sozialen Abstieg in Verbindung bringen, in Polen im Vergleich zu anderen postkommunistischen Staaten mit am höchsten. Aber: hoch ist auch der Prozentsatz jener, die eine Verbesserung ihrer Schichzugehörigkeit empfunden haben.<sup>505</sup>

---

503 *Ebenda*, S. 29-60. Vgl. auch: *Województwo Warmińsko-Mazurskie. Podregiony, powiaty, gminy*, Olsztyn 2007, S. 103-108.

504 Vgl. *Nie zamierzamy pozostać skansenem. Jacek Protas, marszałek województwa warmińsko-mazurskiego. Wywiad*, in: *Rzeczpospolita* vom 27.09.2007; *Najbardziej brakuje planów zagospodarowania. Henryk Kamiński, prezes Warmińsko-Mazurskiego Klubu Biznesu. Wywiad*, in: ebenda vom 27.09.2007; I. Trusewicz, *Na rubieżach Unii. Szansa regionu to turystyka, czysta żywność, przemysł spożywczy i meblarski*, in: ebenda vom 14.11.2006.

505 *Zmiany w życiu Polaków w gospodarce rynkowej*, pod red. L. Beskid, Warszawa 1999, S. 13.

Der Transformationsprozess zog vielfältige soziale Veränderungen und Folgen nach sich. Zu den wichtigsten zählen sowohl durch objektive Faktoren eingetretene wie die Ausweitung von Armut und Elend infolge der Arbeitslosigkeit und der geänderten sozialen Lage von Arbeitern und Bauern, die neuen sozialen Ungleichheiten infolge sozialer Spaltung und Schichtung, die Bedrohungen durch neue Wirtschaftsregeln, Streit im politischen Leben zwischen den Parteien usw., als auch solche, die sich aus subjektiven, im Bewusstsein liegenden Bedingungen ergeben. Sie hängen hauptsächlich zusammen mit dem abhandengekommenen Sicherheitsgefühl, der marktwirtschaftlich bedingten Ungewissheit bzw. Bedrohung für den einzelnen oder mit den politischen Abrechnungen (Vergangenheitsüberprüfung, Entkommunisierung, Korruption usw.). Quell der Unzufriedenheit sind häufig nicht fehlende Fortschritte der Transformation, sondern deren Tempo und Erfolge. Dass Personen oder gesellschaftliche Gruppen mit ihrer Lage unzufrieden sind, bedeutet in der Regel nicht, dass sie sich die Verhältnisse von vor 1989 zurück wünschen oder den Kapitalismus ablehnen. Die Polen passen sich an seine Bedingungen, vor allem individuell, immer besser an, wenn auch nicht mit Begeisterung.<sup>506</sup>

Bestätigt wird dies durch Ergebnisse verschiedener Untersuchungen und Umfragen. Das Meinungsforschungszentrum CBOS untersucht seit 1994 die Einstellung der Polen zum Systemwandel. Die Teilnehmer werden gefragt: „Können Sie mit dem zeitlichen Abstand sagen, ob es sich gelohnt hat, das politische und wirtschaftliche System in Polen zu ändern?“ Die Antwort lautet seit Jahren immer wieder „Ja“. 1994 befürworteten den Systemwandel 60 % der Befragten (und damit doppelt so viele wie ihn ablehnten), 1999 schon 67 % (22 % waren dagegen). 2004 war die Zahl ähnlich hoch und betrug 65 % (gegenüber 20 %, die den Wandel ablehnten). Dieser Wert war auch viel höher als in Tschechien oder Ungarn.

Mit dieser Frage korrespondiert interessanterweise eine andere, ebenfalls von CBOS seit Jahren gestellte: „Hat der Wandel in Polen nach 1989 den Menschen eher genutzt oder geschadet?“ Besonders stark überwogen die negativen Antworten im Jahr 1994, als der Anteil derer, die meinten, der Wandel habe „eher geschadet“, 42 % betrug, während nur 15 % eher einen Nutzen ausmachten. In den Jahren 1996 und 1998 nahmen die positiven Einstellungen deutlich zu und erreichten 32 % (von schädlichen Folgen des Systemwandels waren jeweils 24 bzw. 27 % überzeugt). 1999 stieg die Zahl der kritischen Meinungen. Der größte Teil der Polen von 37 % sah mehr Nach- als Vorteile; 24 % waren entgegengesetzter Meinung, 8 % haben sich dazu nicht geäußert.

---

506 *Jak żyją Polacy*, pod red. H. Domańskiego, A. Ostrowskiej, A. Rycharda, Warszawa 2000, S. 12.

Im Jahr 2004 waren sogar 38% der Befragten davon überzeugt, der Systemwechsel habe mehr Nach- als Vorteile gebracht; anders sahen das nur noch 22 % der Befragten.<sup>507</sup>

Aus 2009-2010 durchgeführten Umfragen geht hervor, dass nur 13 % der Befragten den Wandel nach 1989 positiv beurteilten, während mehr als 36 % eine negative Einstellung an den Tag legten. Der Rest hat, wie üblich, keine Meinung dazu. 83 % der Polen sind überzeugt (2010), dass sich der Systemwechsel gelohnt hat. 43 % sind der Meinung, dass der Wandel nach 1989 eher genutzt als geschadet hat; gegensätzlicher Meinung sind 15 %, und 30 % beurteilen die Bilanz als uneindeutig. Als Gewinner fühlen sich 24 %, als Verlierer 16 % der Befragten. Die Polen bewerten die Lage des Landes nach dem Ende der Wirtschaftskrise als nicht besonders rosig: 44 % sind der Ansicht, Polen gehe aus ihr geschwächt hervor, nur 27 % sehen es gestärkt. Düster ist der Blick in die Zukunft. Es überwiegen die Meinungen, Polen habe gar keine oder nur wenig Chancen, innerhalb von 20 Jahren zu den europäisch oder weltweit führenden Staaten aufzuschließen.<sup>508</sup>

Die meisten kritischen Stimmen zur Dritten Polnischen Republik (nach 1989) meldeten sich in den neunziger Jahren zu Wort. In den vom Meinungsforschungsinstitut OBOP 1998 und 2002 durchgeführten Umfragen zur Einschätzung der Volksrepublik Polen und der Dritten Republik zählten die Befragten zu den größten Nachteilen der Volksrepublik: Versorgungsengpässe und leere Ladenregale (28 %), fehlende Bürgerfreiheiten (28 %), Zensur (9 %), Zentralverwaltungswirtschaft (9 %) und die Monopolstellung der PVAP (8 %); zu den größten Nachteilen der Dritten Republik: Arbeitslosigkeit (44 %), Armut (34 %), Anstieg der Kriminalität (8 %), zu hohe Steuerbelastung (7 %) sowie instabile und inkompetente Führungseliten (6 %); zu den größten Vorteilen der Volksrepublik: Arbeit für jedermann (45 %), kostenlose Bildung (14 %), Sozialleistungen (12 %), ausreichend Geld für alles (12 %) und preiswertere Wohnungen (8 %); zu den größten Vorteilen der Dritten Republik: volle Läden (33 %), Bürgerfreiheiten (31 %), freier Markt (15 %), Demokratie (12 %) und der Reisepass für jedermann (8 %). Interessanterweise fanden 24 % der Polen im Jahr 1975, sie hätten großen Einfluss auf die Geschicke des Landes, 1998 dagegen nur noch 5 % (geringen Einfluss nannten jeweils 65 bzw. 93 %).<sup>509</sup>

---

507 Vgl. Ebenda S. 11, 12; H. Domański, A. Rychard, P. Śpiewak, *Polska jedna czy wiele?* Warszawa 2005, S. 7.

508 W. Gadomski, *Co ty wiesz o Polakach*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 8.03.2010, S. 21; W. Szacki, *Wierzymy w Wałęsę. Coraz bardziej doceniamy rok 1989*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 4.06.2010, S. 2; P. Skwirowski, *Co to jest ta Polska właśnie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.09.2010, S. 23.

509 *Gazeta Wyborcza* vom 3.07.1998, S. 16 f.

Bei Erhebungen 2002 haben sich auf die Frage „Wenn sie die Wahl hätten zwischen einem Leben im Sozialismus, wie er in den letzten 10-20 Jahren des kommunistischen Polens herrschte, oder einem Leben im heutigen Polen: w Würden Sie wählen?“ 42 % für das Polen von heute entschieden, aber nicht viel weniger – 39 % – für Volkspolen. Den real existierenden Sozialismus wählten hauptsächlich Personen mit Grund- (45 %) und Berufsausbildung (48 %), Landbewohner (50 %), Landwirte (68 %), Rentner (57 %) und Arbeitslose (46 %). Zu den größten Befürwortern des Lebens im Sozialismus gehörten die Einwohner von Ermland und Masuren.<sup>510</sup>

Aufgrund einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OBOP im Jahr 2003 lässt sich feststellen, dass der Anteil derer, die überzeugt waren, der Wandel nach 1989 habe sich negativ auf ihr Leben ausgewirkt, weiterhin angestiegen ist (68 %). Nur 6 % der Polen fanden die Reformen gelungen.<sup>511</sup>

Umfragen von 2004, fünfzehn Jahre nach der Wende, wiesen nach, dass die Bevölkerung weniger Geld (79 %), Sicherheitsgefühl (73 %), Freunde (71 %), Zeit für sich selbst (71 %) und Lebenssinngelühl (61 %) hatte als in Volkspolen, dafür aber mehr Freiheitssinn (71 %) und Lügen im öffentlichen Leben (71 %) empfand.<sup>512</sup>

2006 vom ungarischen Sozialforschungsinstitut TÁRKI in den ostmitteleuropäischen Ländern durchgeführte Vergleichsuntersuchungen ergaben, dass sich viele Bürger dieser Staaten nach dem Kommunismus zurücksehnen. Für besser als die Demokratie hielten das sozialistische System 38 % der Bulgaren, 36 % der Russen, 31 % der Slowaken, 24 % der Rumänen und je 23 % der Ungarn und der Ukrainer. Für den Kommunismus sprachen sich in Polen 17 % aus (weniger Anhänger des alten Systems gab es nur in Tschechien: 13 %), für die Demokratie 29 % (52 % in Tschechien). Den niedrigsten Prozentsatz der Demokratiebefürworter gab es in Russland (13 %).<sup>513</sup>

---

510 *Gazeta Wyborcza* vom 31.07.2002, S. 1 und 3.

511 *Polityka* 42 (2003), S. 17.

512 Waldemar Kuczyński deutete diesen Umstand folgendermaßen: „1. Wir spüren ständig Nostalgie nach Volkspolen und besonders nach Gierek [Parteiführer], weil der Name Gierek für drei wunderbare Jahre steht: kapitalistisch konsumieren, sozialistisch arbeiten (...). 2. Die Polen sind heute generell in schlechter Stimmung, daher die kritischen Meinungen zur Dritten Republik. In diesem Rahmen erscheint den Polen heute alles schlechter als im Kommunismus. Im allgemeinen wird die Vergangenheit besser wahrgenommen, wenn man sie der Gegenwart gegenüberstellt. Denn früher waren wir doch jünger und gesünder.“ *Gazeta Wyborcza* vom 26.05.2004, S. 4. Vgl. auch: J. Konarska, *Kultowe przedmioty PRL. Dziwaczne, śmieszne, wzruszające, czasem zaskakujące ładne*, in: *Przełąd 29* (2002), S. 12-18.

513 *Rzeczpospolita* vom 9.03.2006, S. 2. Ein Preisvergleich einzelner Artikel in Polen in den Jahren 1989 bzw. 2004 zeigt, dass nur Gas, Strom, Zeitschriften und Zugfahrkarten in

Aus den 2001 und 2008 durch IMAS International durchgeführten Umfragen geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Befragten im Jahr 2008 (56 %) die neunziger Jahre für die beste Zeit Polens im vergangenen Jahrhundert ansahen. Etwas über ein Viertel (27 %) nannten Volkspolen.

Dies ist ein großer Umschwung im Vergleich zu den Ergebnissen der gleichen Umfrage von vor sieben Jahren. Damals lag die Zeit Volkspolens entschieden vorn (42 %). Die neunziger Jahre bezeichneten damals lediglich 30 % der Befragten als die für Polen und seine Bürger beste Zeit.

Die Zeit nach 1990 wird laut den Umfrageergebnissen von der jungen Generation am besten beurteilt (70 % der unter 29-Jährigen). Das stärkste Sentiment für die Jahre des Kommunismus hatten die Ältesten (über 50-Jährige), obgleich auch in dieser Altersgruppe schon die neunziger Jahre vorn liegen (45-40 %).

Am stärksten gewandelt hat sich die Einschätzung Volkspolens bzw. des zeitgenössischen Polens bei den Bewohnern des Landes und der kleinsten Städte. Noch vor sieben Jahren zogen nur die Befragten aus Städten mit über 200 000 Einwohnern die neunziger Jahre der Volksrepublik vor. Jetzt ähneln sich die Ergebnisse unabhängig vom Wohnort der Befragten. Überall schnitten die neunziger Jahre deutlich besser ab (der Anteil derer, die die neunziger Jahre als die beste Zeit für Polen erachten, nahm auf dem Land sogar um 36 % zu).

Wie die Untersuchungen zeigen, ist die Kommunismustalgie umso stärker, je niedriger der Ausbildungsstand ist. 32 % der Personen mit Grund- oder Berufsausbildung meinen, die Jahre 1948-1990 seien die besten für Polen gewesen. Dieser Meinung sind lediglich 18 % der Personen mit Hochschulabschluss.

In seinem Kommentar zu diesen Untersuchungsergebnissen bemerkte Andrzej Rychard: „Der Systemwechsel brauchte etwas Zeit, um die Leute für sich zu gewinnen, aber letztlich ist es gelungen. Viele Polen haben die Resultate des Wandels mit Verspätung zu spüren bekommen und wissen erst jetzt den Erfolg zu würdigen, den Polen in den neunziger Jahren verbuchte. Noch vor einigen Jahren brachten ihn viele mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Arbeitsplatzverlust in Verbindung. Deswegen war ihre Einschätzung negativ. Die Volksrepublik erschien vor diesem Hintergrund als relativ ruhige Zeit.“

Die bessere Beurteilung der Nachwendezeit resultiert nicht nur aus der Verbesserung des Lebensstandards, sondern auch aus Polens Fußfassen in den Strukturen des Westens, zumal nach dem Beitritt zur Europäischen Union.

Eine immer wichtigere Rolle in der Gesellschaft spielt nun eine Generation, die kaum eine Beziehung mehr zur Zeit der Volksrepublik hat. Damit ist auch

---

Volkspolen billiger waren. Teurer waren dagegen praktisch alle sonstigen Waren (d. h. für den Durchschnittslohn konnte man weniger Güter kaufen), z. B. Benzin (172 Liter im Jahr 1989 vs. 476 Liter im Jahr 2004), Zucker (71 kg gegenüber 584 kg) usw. K. Niklewicz, P. Macierewicz, *Nasz drogi PRL*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 3. Januar 2005, S. 21.

so etwas wie eine Nostalgie nach der eigenen Jugendzeit nicht mehr vorhanden. Genau daher rührte ja vor allem die große Beliebtheit Volkspolens in der Bevölkerung.<sup>514</sup>

Aus einer 2009 vom Meinungsforschungsinstitut CBOS durchgeführten Umfrage geht hervor, dass 44 % der Polen die Zeit Volkspolens positiv beurteilen. Entgegengesetzter Meinung sind 43 % (gegenüber 47 % im Jahr 2000). Nicht weniger als 76 % der Befragten sind der Ansicht, die Abrechnung mit dieser Periode solle den Historikern überlassen werden. Wie andere, 2009 unter Bürgern postkommunistischer Staaten durchgeführte Vergleichsuntersuchungen zeigen, sagen die meisten Polen (47 %), es gehe ihnen nun besser als im früheren System, 35 % meinen, ihr Lebensstandard sei gesunken, 12 % sehen keinen Unterschied. Mehr positive denn negative Antworten wurden auch in Tschechien gegeben.<sup>515</sup>

Zwei Jahrzehnte nach der Wende veränderte sich auch die Einstellung der Polen zur neuen Wirklichkeit. Aus der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom Dezember 2005 zum Selbstbefinden geht hervor, dass die Polen viel häufiger als noch vor 16 Jahren die Auffassung vertreten, sie hätten etwas im Leben erreicht.

Aufgrund der regelmäßigen CBOS-Untersuchungen zum Selbstbefinden der Polen lassen sich bestimmte Entwicklungstendenzen erfassen, die höchst deutlich ausfallen: Nach dem großen Wandel von 1989 verbesserte sich das Selbstbefinden kurzfristig. Dann verschlechterte sich die Stimmung, so dass Tristesse und Enttäuschung unter den Polen im Jahr 1991 einen kritischen Stand erreichten: gar 69 % empfanden Gereiztheit, 62 % Entmutigung, 45 % Niedergeschlagenheit. Im selben Jahr 1991, als die Arbeitslosigkeit abrupt anstieg und die Polen die Kosten der Marktformen zu spüren bekamen, waren sich die wenigsten Polen, nur 15 %, „sicher, dass alles gut läuft“, und lediglich 21 % zeigten sich mit ihren Erfolgen zufrieden.

Später jedoch nahm die Zahl der zufriedenen und stolzen Bürger von Jahr zu Jahr zu, immer weniger fühlten sich gereizt, niedergeschlagen oder auch nur entmutigt. Dieser Fortschritt stand in keinerlei Zusammenhang mit den politischen Ereignissen: weder hielt ihn die Dekadenz der Regierung des Solidarnosc-Wahlbündnisses (AWS) Ende des Jahrhunderts auf, noch der öffentliche Sittenverfall des späteren Bündnisses der Demokratischen Linken (SLD).

Im Endeffekt brachen die Polen im Dezember 2005 alle Rekorde, was den Zufriedenheitsgrad anbelangt: bereits die Hälfte (49 %) war zufrieden, etwas im Leben erreicht zu haben, 43 % gingen noch weiter und behaupteten, in ihrem Le-

514 *Rzeczpospolita* vom 5.01.2009, S. 9.

515 J. Stróżyk, *Czy Polacy znowu polubili PRL*, in: *Rzeczpospolita* vom 19.06.2009, S. A5; D. Pszczołkowska, *Kto się cieszy, że nie ma już komuny*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 15.10.2009, S. 13.

ben laufe alles gut, 38 % empfanden sogar Stolz. Und umgekehrt: am seltensten wurde Unzufriedenheit geäußert, lediglich Stress empfanden nicht weniger als 49 %, obwohl auch dieses Resultat viel niedriger war als zuvor.

Diese optimistischen Aussagen der CBOS-Umfrage bestätigen die Gesellschaftsdiagnose 2005, ein groß angelegtes Forschungsvorhaben, das durch die Wissenschaftler vom Rat für Soziales Monitoring realisiert wird; im März wurden 4 000 Familien ausführlich befragt (knapp die Hälfte zum dritten Mal nach 2000 und 2003).

Laut den Autoren der Diagnose nahm in Polen die Zufriedenheit mit den meisten Lebensbereichen zu, am stärksten die Zufriedenheit mit den Zukunftsperspektiven. Viel niedriger ist das allgemeine Stressniveau. Es fällt auf, dass Stress am Arbeitsplatz die Polen psychisch eher stärkt denn schwächt; beim finanziellen Stress verhält es sich umgekehrt.

Aus der Diagnose geht außerdem hervor, dass die Polen heutzutage sehr mobil sind und auf der Suche nach besserer Arbeit oft umziehen, während sich das soziale Gefälle nicht mehr vertieft. Die Reichen werden zwar immer reicher, aber nicht auf Kosten der Ärmsten. Immer mehr Sozialschwache überwinden die Armut: 27 % der Haushalte, die 2000 in Armut lebten, gelten nicht mehr als unbemittelt. Gleichzeitig wurden 9 % der Familien bedürftig.

Die Diagnose zeigte auch, dass die Polen immer noch keine Bürgergesellschaft aufgebaut haben, weil sie sich nur selten für das Gemeinwohl engagieren. In diesen 16 Jahren blieb nur ein wichtiger Faktor unverändert: sowohl 1989 wie 2005 empfanden knapp 90 % aller Polen, dass sie geliebt würden und ihnen Vertrauen geschenkt werde. Zudem kam auch das soziale Leben in Schwung; die Befragten erklärten, sie hätten mehr Freunde.<sup>516</sup> Diese Trends wurden durch die Folgediagnose aus dem Jahr 2007 bestätigt.<sup>517</sup>

Von einer Verbesserung der Lebensbedingungen zeugt auch der Vergleich folgender Indikatoren der Lebensqualität: Die Säuglingssterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten betrug 1980 25,6, 1990 19,3 und ging 2005 auf 6,4 zurück; die durchschnittliche Lebenserwartung stieg für Frauen von 74,4 Jahren (1980) auf 79,4 Jahre (2005), für Männer von 66,0 auf 70,8 Jahre; 1980 entfielen 67 Pkw auf 1000 Einwohner, 1990 waren es 138, 2005 314; die Zahl der Hochschüler stieg von 127 000 (1980) auf 509 000 (2005); der Obstverzehr legte von 37,7 kg (1980) auf 54,5 kg (2005) zu; unverändert blieb generell der Fleischverzehr (in kg pro Kopf und Jahr): 74 (1980), 68,6 (1990) und 71,6 (2005); deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der bezugsfertigen Wohnungen je 1000 Einwohner: 1980

---

516 P. Pacewicz, *Mamy się lepiej!* in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.12.2005, S. 1.

517 Vgl. *Diagnoza społeczna 2007. Warunki i jakość życia Polaków. Raport*, pod red. J. Czapńskiego, T. Panek, Warszawa 2007

6,1, 1990 3,5 bzw. 2005 3,0. In Volkspolen war die Arbeitslosigkeit offiziell kein Problem; 1990 betrug die Arbeitslosenrate 19,3 %, und 2005 17,6 %.

Die darauf folgende Gesellschaftsdiagnose 2009 (erhoben im März und April) belegte, dass die Polen mit ihrem Leben noch nie so zufrieden waren (76 % hielten sich für glücklich; in der Umfrage 1999 waren es 58 %) und auch noch nie so wohlhabend: das Pro-Kopf-Einkommen privater Haushalte stieg seit 2007 um 14,6 %, seit 2000 um 40,1 %. Immer weniger Familien kommen ohne Probleme bis zum nächsten Monatsersten aus.

Der zunehmende Wohlstand (wenn auch gewiss nicht er allein) dämpft die Sehnsucht nach der Volksrepublik. Diejenigen, die sie noch Erinnerung haben, glauben immer noch, es habe sich damals leichter gelebt. In den vergangenen neun Jahren hat sich aber sehr viel verändert: Im Jahr 2000 meinten noch 61 %, das kommunistische Polen sei der Dritten Republik überlegen, heute sind es 41 %.

Die Gesellschaft modernisiert sich: das Internet nutzen über die Hälfte der Polen, doppelt so viel wie 2003.<sup>518</sup>

Nach dem Europäischen Entwicklungsindex 2008 der Wochenschrift „Polityka“ hat Polen 2007 zwar ein rekordverdächtiges Wirtschaftswachstum von 6 % erzielt, lag aber mit seinem BIP von 14 000 US-Dollar pro Kopf nur vor Ländern, die zuletzt der EU beigetreten waren (das BIP in Litauen betrug 15 000 US-Dollar). Der Index der Lebenszufriedenheit betrug damals 5,9 (in Litauen 4,7). Polen überflügelte Litauen auch bei der Lebenserwartung (75,2 gegenüber 72,5 Jahren), der Zahl der Scheidungen (1,77 je 100 000 Personen in Polen gegenüber 9,4 in Litauen) und der Selbstmordrate (15,9 pro 100 000 Personen in Polen gegenüber 40,2 in Litauen).<sup>519</sup> Der Durchschnittsverdienst betrug in Polen im Jahr 2007 2 477 Zloty brutto, in Litauen 1 750 Zloty. Der Durchschnittsdeutsche verdiente fünf Mal so viel wie ein Pole (13 377 Zloty).<sup>520</sup>

---

518 „Die Krise hat die polnischen Familien bisher nicht erreicht, vielleicht bleibt das so“, sagt Prof. Janusz Czapiński, Sozialpsychologe und Mitverfasser der Diagnose. Er fügte aber hinzu: „Die Polen sind mobil auf der Wohlstandsleiter. Nur die Hälfte bleibt auf der gleichen Stufe, der Rest klettert entweder nach oben – und diese sind in der Mehrheit – oder nach unten. Es ist nicht auszuschließen, dass die Krise das Verhältnis umkrepelt.“ Zit. nach: W. Szacki, *Diagnoza Społeczna 2009. Polacy zadowoleni jak nigdy*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.07.2009, S. 1, 3. Vgl. auch: J. Czapiński, J. Żakowski, *Diagnoza społeczna 2009, szczęśliwa dekada. Dekada, która się kończy, zmieniła w Polsce prawie wszystko*, in: *Polityka* 29 (2009), S. 28-33; *Polens Wirtschaft ist in der Krise erstaunlich robust*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.07.2009, S. 14; S. Szparkowska, *Polacy z roku na rok bogatsi*, in: *Rzeczpospolita* vom 7.04.2010, S. A6.

519 W. Smoczyński, *Od ogona do głowy. Europejski Wskaźnik Rozwoju 2008*, in: *Polityka* 3 (2008), S. 34-39.

520 L. Baj, *Kiedy Polska dogoni Europę? Przeciętny Polak zarabia pięć razy mniej niż Niemiec. Nasze płace mogą się zrównać za 30-40 lat, pod warunkiem że polska gospodarka*

Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der Lage des Landes bekundeten im Jahr 2004 36,7 % der Polen. Mit dem Zustand der Wirtschaft waren nur 1,9 % zufrieden.<sup>521</sup> Nach anderen Werten betrug die durchschnittliche Lebenszufriedenheit 2003 in Polen 6,2, in Litauen 5,5 (bei einem EU-weiten Durchschnitt von 6,8). In Polen und Litauen ist der Prozentsatz derer, die meinen, die Arbeit schaffe ihnen gute Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, annähernd gleich (jeweils 12,3 bzw. 11,6 bei einem EU-Durchschnitt von 15,5).<sup>522</sup>

Entscheidenden Einfluss auf die bessere Selbsteinschätzung der Polen und Litauer hatte der EU-Beitritt beider Länder. Polen gehört zu den größten Nutznießern der EU-Hilfsprogramme. Gemäß den Abmachungen des Gipfeltreffens in Brüssel im Dezember 2005 soll Polen in den kommenden zehn Jahren (bis 2015) die meisten Mittel (etwa 20 %) aus allen Fonds der Kohäsionspolitik (Strukturfonds und Kohäsionsfonds) bekommen.<sup>523</sup> In den Jahren 2007-2011 sollen es 16 Mia. Euro sein. Die Woiwodschaft Ermland-Masuren soll 1 037 Mio. Euro erhalten (9. Platz landesweit, die meisten Mittel gehen an die Woiwodschaft Masowien mit 1 831 Mio. Euro, die wenigsten an die Woiwodschaft Oppeln mit 427 Mio. Euro).<sup>524</sup> Die CBOS-Erhebungen von 2008 zeigen, dass 88 % der Polen die EU-Mitgliedschaft des Landes befürworten (dagegen waren nur 7 %), während 64 % der Meinung sind, der EU-Beitritt sei für Polen von Vorteil gewesen. Dies war der höchste Wert seit Beginn der regelmäßigen Erhebungen dazu im Jahr 1994.

Die meisten von Vorteilen der EU-Mitgliedschaft Überzeugten gibt es bei den unter 24-Jährigen, den Hochschulabsolventen und den Bestverdienern: 79 % in allen diesen Gruppen.

In den ersten zwei Jahren nach EU-Beitritt waren die Polen der Meinung, die alte Union habe mehr als Polen von der Integration profitiert. 2008 war das Verhältnis umgekehrt: 35 % meinten, Polen habe mehr vom EU-Beitritt profitiert, während 27 % die Ansicht vertraten, es waren die bisherigen EU-Mitgliedstaaten. Drei Viertel meinten, die Integration in die Gemeinschaft sei gut für Polens Wirtschaft. Davon waren auch zwei Drittel der Landwirte überzeugt, die ja vor dem Beitritt noch die größten EU-Skeptiker waren.

65 % der Polen führten den Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den EU-Beitritt zurück. Nach drei Jahren änderten sie ihre Meinung radikal: Im Jahr 2005 glaubte

---

*będzie się rozwijać w tempie 5-6 proc. rocznie. A to wymaga reform, in: Gazeta Wyborcza vom 28.05.2007, S. 39.*

521 Sondáže Socjologiczne. Europejski Sondaż Społeczny (2004). Polska w Europie. Warszawa 2006, S. 31-32.

522 Sondáže Socjologiczne. Jakość życia w krajach europejskich. Polska w Europie. Warszawa 2005, S. 64, 30.

523 *Dziennik* vom 29.12.2007, S. 8.

524 *Gazeta Wyborcza* vom 9.05.2008, S. 29.

die Mehrheit, die Integration habe keinen Einfluss auf die Arbeitslosenzahl gehabt, oder sie habe diese sogar ansteigen lassen. Eine ebenso große Änderung ist bei der Bewertung der materiellen Lebensbedingungen eingetreten. 56 % waren der Meinung, dass der EU-Beitritt eine Verbesserung gebracht hat (ein Jahr nach EU-Beitritt waren es nur 16 %).

Knapp die Hälfte der Befragten war auch der Ansicht, das Selbstwertgefühl der Polen sei nach dem EU-Beitritt des Landes gestiegen.<sup>525</sup>

Die 2009 durchgeführte Umfrage zum fünften Jahrestag des polnischen EU-Beitritts bestätigte, dass die Polen nach wie vor EU-Enthusiasten sind. Laut Eurobarometer befürworteten im Herbst 2008 65 % aller Polen die EU-Aktivitäten, 85% waren mit dem EU-Beitritt zufrieden (Daten vom April 2009). Seit 1. Mai 2004 stieg das polnische BIP im Durchschnitt um 5,3 %, das durchschnittliche Monatsgehalt um 650 Zloty. Durch die Öffnung der EU-Märkte haben die polnischen Unternehmen den Wert der Ausfuhren verdoppelt (2008 überstieg er 114,5 Mia. Euro). Aus den EU-Hilfsfonds bekam Polen 12 Mia. Euro.

Eine der gesellschaftlichen Gruppen, die vom polnischen EU-Beitritt am meisten profitiert haben, sind die Landwirte. Aus dem EU-Topf und dem Staatshaushalt haben sie etwa 40 Mia. Zloty (10,3 Mia. Euro) erhalten.

Im Jahr 2008 war das Durchschnittseinkommen der Landwirte 90 % höher als zu Beginn des Jahrzehnts. Die Agrarproduktion legte insgesamt um knapp 50 % auf 80 Mia. Zloty pro Jahr zu. Auch das Ackerland hat sich verteuert: 2008 war der Preis für Äcker 140 % höher als 2003. Allerdings zeigte sich eine ungleiche Einkommensverteilung der Bauern. Von den etwa 1,6-1,8 Mio. Höfen in Polen weisen nur 300 000 einen hohen ökonomischen Standard auf: Sie produzieren, und das nicht nur für Eigenbedarf, und investieren. Deswegen geht es den Eigentümern von mittelgroßen und großen Agrarbetrieben gut. Aber die Mehrheit der polnischen Bauernhöfe hat weniger als zehn Hektar Land. Die Einkünfte sind gering, manchmal gar verschwindend gering.

Viel hängt auch vom Standort des jeweiligen Dorfes ab. In einer viel besseren Lage sind Bewohner von Dörfern in der Gegend von Posen, Krakau, Schlesien, Danzig und vor allem Warschau. Denn sie produzieren Lebensmittel für die jeweilige Metropole.

Außerdem arbeiten 60 % der Landbevölkerung gar nicht in der Landwirtschaft. Diese Menschen pendeln zur Arbeit in die nahen Städte, oder sie arbeiten in der Agrarverwaltung und Agrarservicefirmen oder anderswo. Dabei haben sie es meist schwerer als Landbewohner, die von der Landwirtschaft leben. Nicht nur, dass sie jeden Tag bis zu 100 km weit in die Großstädte fahren, sondern sie ver-

---

525 *Gazeta Wyborcza* vom 2.-4.05.2008, S. 3.

richten dort meistens auch die schwerste Arbeit. Denn sie arbeiten hauptsächlich in Wasserversorgung, Kanalisation, Gasversorgung, Transport usw.

Am schlimmsten ist die Lage in denjenigen Woiwodschaften, wo früher staatliche Agrarbetriebe dominiert haben, Ermland-Masuren, Westpommern, teils Pommern und Lebus, und auch dort, wo es wenig Großstädte gibt.<sup>526</sup> Einen Modernisierungsschub dürfte der Betrag von 68 Mia. Euro aus dem neuen EU-Haushalt 2015 geben. Das sind knapp 300 Mia. Zloty, fast genauso viel wie der ganze Jahresetat des polnischen Staates.<sup>527</sup>

### 3.2.1.1. Gewinner und Verlierer oder soziale Schichtung und Arbeitslosigkeit

Durch den Systemwechsel erreichte die soziale Schichtung der polnischen Bevölkerung ein Ausmaß, das für die westeuropäischen Gesellschaften typisch ist. Die polnische Gesellschaft gehört zu denjenigen mit dem größten Schichtungsgrad, was in großen Armutsgebieten und auffälligen Reichtumsenklaven zum Vorschein kommt. Der Ungleichverteilungskoeffizient (Gini-Koeffizient: 0 = ideale Gleichheit, 1 = extreme Ungleichheit) beträgt für Polen 0,34 und gleicht den Werten für England und Portugal. Ein höherer Wert wurde für Litauen und Estland ermittelt. In den EU-Ländern kommen Werte von über 0,4 (dieses Niveau gilt als Alarmstufe) grundsätzlich nicht mehr vor. Solche Ungleichheiten sind in Russland sowie in der Ukraine oder Lateinamerika mit 0,6 anzutreffen; dies sind aber Beispiele für extreme Ungleichheiten.

Selbst wenn der Wert ähnlich hoch ist wie in Großbritannien, so gilt es im Auge zu behalten, dass sich dieses Land im Unterschied zu Polen, Litauen oder Russland wirtschaftlich im postindustriellen Zeitalter befindet, in dem der Dienstleistungssektor dominiert. Hinsichtlich der sozialen Schichtung hat Polen schnell das westeuropäische Niveau erreicht, obwohl, wie Stanisława Golinowska schreibt, „unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur dies noch nicht rechtfertigt“.<sup>528</sup> In diesem Kontext ist das Bild Polens als eines Landes krasser Gegensätze und schreiender Ungerechtigkeit stark übertrieben. Bereits zur Zeit des Kommunismus war die polnische Gesellschaft in Klassen geteilt. Auf der einen Seite waren da die armen Bauern, auf der anderen wohlhabende Handwerker und

---

526 W. Łagodziński, *W mieście jest ulica, na wsi droga. Wywiad*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 28.05.2009, S. 27.

527 K. Niklewicz, *Pięć lat w Unii. Ale nam się udało*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 30.04.-1.05.2009, S. 1; W. Gadomski, *W dobrobycie nieufny Polak goni Europę*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 2-3.01.2010, S. 2.

528 S. Galinowska, *Pomoc może człowiek. Wywiad*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 6.05.2008, S. 22.

Gärtner (abschätzig „Krauthändler“ genannt), reiche Landwirte oder Menschen, die im Ausland arbeiteten.

Aus den Untersuchungen Henryk Domański geht hervor, dass sich die polnische Gesellschaft heute aus sechs sozialen Grundklassen zusammensetzt. Es gibt in Polen keine Oberschicht als Pendant zur Vorkriegsaristokratie. Ihre Rolle übernimmt die tatsächlich existierende und an der Spitze der Hierarchie stehende Geschäftselite. Ihre Hauptunterscheidungsmerkmale sind der Reichtum und die Aufnahme in die Liste der 500 reichsten Polen (der Reichtum in Polen ist mit dem Wohlstand der „echten“ Reichen in Russland kaum zu vergleichen).

Ihr folgt in der sozialen Struktur die Intelligenz, die etwa 10 % aller Erwachsenen ausmacht. Sie umfasst sowohl die traditionell zu dieser Gruppe Gehörenden (Wissenschaftler, Juristen, Ärzte, Ingenieure usw.) als auch neue Vertreter (Fachleute für Marketing, Werbung, Bankwesen, Finanzen usw.). Dieser Gruppe folgen auf der nächsten Stufe der sozialen Leiter die Kleinstunternehmer (ca. 11 % der Gesamtbevölkerung).

Die Mitte der sozialen Hierarchie nimmt die breite und wachsende Kategorie der Angestellten ein (ca. 30 %). Dazu zählen unter anderem Techniker, Krankenschwestern, Verkäufer, Sachbearbeiter usw. Die Arbeiter, d. h. körperlich Arbeitende, werden in das zahlenmäßig stärkste Segment der sozialen Struktur eingestuft, obwohl ihre Zahl abnimmt. Sie stellen 41-43 % der gesamten Bevölkerung. Nun des Privilegs der „herrschenden Klasse“ beraubt, sind sie dem Risiko der Arbeitslosigkeit am stärksten ausgesetzt. Auf der untersten Stufe der sozialen Leiter stehen die Bauern (Hofbesitzer). In den Jahren 1982-2005 sank ihr Anteil von 23 auf 10 % der polnischen Bevölkerung. Eine andere wichtige Änderung ist die fortschreitende Stratifizierung der Bauernschaft. Die Basis bilden Kleinbauern, auf der anderen Seite steigt die Zahl reicher Farmer und Besitzer großer Agrarbetriebe (neuer Großgrundbesitzer).<sup>529</sup>

Andere Konsequenzen des polnischen Wandels sind Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung. Diese Phänomene sind besonders in Ermland und Masuren spürbar.

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und das Tempo ihrer Zunahme in den neunziger Jahren resultierten aus dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren; diese hin-

---

529 Vgl. H. Domański, *Zwycięzcy i przegrani. Klasy społeczne w IV RP. Wywiad*, in: *Europa*, Beilage zur Tageszeitung *Dziennik* vom 28.07.2007, Nr. 30, S. 6 f.; ders.: *Hierarchie i bariery społeczne in den Jahren dziewięćdziesiątych*, Warszawa 2000; *Polska klasa średnia*, Wrocław 2002; *O ruchliwości społecznej w Polsce*, Warszawa 2004; *Struktura społeczna*, Warszawa 2004; L. Beskid, *O materialnym rozwarstwieniu społeczeństwa polskiego*, in: *Jak żyją Polacy...*, S. 215-232.; W. Gadomski, *Panowie na PGR-ach. W polskim rolnictwie dokonana się cicha, niezauważalna rewolucja techniczna*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 3.-5.04.2010, S. 17 f.

gen zusammen mit der Transformation und der Art und Weise ihrer Umsetzung sowie ferner mit der sozioökonomischen Krise (Rezession) und dem ambivalenten Verhältnis der Entscheidungsträger zu diesen Phänomenen. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bewirkten folgende Faktoren:

- 1) Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung und damit einhergehend globale Senkung der Arbeitsnachfrage als Nebeneffekt der Inflationseindämmung durch die Verarmung der Bevölkerung. In der ökonomischen Theorie wird dies als Arbeitslosigkeit durch mangelnde Nachfrage bezeichnet;
- 2) Öffnung für Importe und den internationalen Wettbewerb bei unzureichender Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft;
- 3) Überbeschäftigung, besonders im öffentlichen Dienst, im Verhältnis dazu, was, wie viel und wie gearbeitet wird; sie war unhaltbar bei der Abschaffung von Zuschüssen und der notwendigen effektiven Wirtschaftsführung;
- 4) vorherrschende Organisations- und Bildungsdefizite im Hinblick auf die Anforderungen der freien Marktwirtschaft, psychologische Barrieren und Stress, die individuelle und kollektive Anpassungsprozesse erschwerten;
- 5) Schwäche der Arbeitsmarktinstitutionen, besonders in der ersten Phase der Transformation, Fehlen eines modernen Informationssystems zur Arbeit und ihren Anforderungen;
- 6) Änderungen im Rechtszustand, insbesondere Legalisierung der Arbeitslosigkeit und Schaffung eines Systems zur Abfederung der sozialen Missstände, was besonders in den Jahren 1990-1992, als ein allzu liberales Gesetz den Zugang zum Arbeitslosengeld regelte, die Arbeitslosigkeit teils als zu aufgebauscht erscheinen ließ.

Der Strukturwandel bedingte, dass zahlreiche Arbeitnehmergruppen – ein Heer überflüssig Eingestellter – von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Die Größe der Bevölkerungsgruppe relativ entbehrlicher Arbeitnehmer ist schwer abzuschätzen. Es darf aber nicht behauptet werden, dass gerade diese Arbeitnehmer entlassen wurden. Ausgeschieden sind bisher in erster Linie:

- ein Teil der wegen geänderter Managementstruktur entbehrlichen Arbeitnehmer (auf verschiedenen Ebenen der Wirtschaftsverwaltung), auch in Militärstandorten (etwa in Olsztyn, Mrągowo, Szczytno, Ostróda und Elk),
- ein Teil der Arbeitnehmer aus ganz abgewickelten oder umstrukturierten Einrichtungen, z. B. im gesamten Bereich der Erzeuger- und Handelsgenossenschaften (besonders auf dem Land) und den staatlichen Agrarbetrieben,
- Mitarbeiter zahlreicher (abgewickelter bzw. umstrukturierter) gesellschaftlicher Organisationen,
- Verwaltungsangestellte in Produktionseinheiten, die Löhne und Gehälter einsparen wollten,

- ein Heer von Produktions- und Verwaltungsmitarbeitern aus Unternehmen, die ihre Tätigkeit wegen finanzieller Engpässe (Liquidation und allmähliche Stilllegung von Betrieben) bzw. der Umstrukturierung (Privatisierung) herunterfahren oder abwickeln.<sup>530</sup> Diese Engpässe haben ihre Ursachen vielfach im Ökonomischen (fehlende Absatzmärkte im In- oder Ausland, fehlende Versorgung usw.) als auch in der Fiskalpolitik, die zwar die Effizienz anregen sollte, aber unter bestimmten Bedingungen Firmen den Boden unter den Füßen wegzog. In den Jahren 1990-1995 wurde die Arbeitslosigkeit zum Massenphänomen. Dabei zeichnete sie sich durch eine starke Wachstumsdynamik aus und hatte einen Schockcharakter. Ende 1990 gab es in Polen 1,1 Mio. Arbeitslose, Ende 1991 stieg die Zahl auf 2,2 Mio. Ende Mai 1993 waren in Polen 2,624 Mio. Menschen oder 14,2 % aller Erwerbstätigen ohne Arbeit. Im Januar 1995 waren den Arbeitsämtern 2,875 Mio. Arbeitslose gemeldet (im Dezember 1994 betrug diese Zahl 2,838 Millionen Menschen), das waren 16 % aller Erwerbstätigen. Ohne Arbeit waren mehr Frauen, sie machten 52,2 % aller Arbeitslosen aus. 41,4 % aller Arbeitslosen waren Landbewohner.

Bevor am 6. Januar 1995 die Novelle des Arbeitslosengesetzes in Kraft trat, hatten sich in manchen Regionen die Menschen in Massen arbeitslos gemeldet. Die neuen Vorschriften entpuppten sich als viel strenger als das alte, 1991 und 1992 novellierte Gesetz.<sup>531</sup>

Laut statistischen Angaben betrug die Arbeitslosenquote in Polen im Jahr 1995 14,9 %, 1996 waren es 13,6 %, 1997 10,5 %, 1998 10,2 %, 1999 13,1 %, 2000 15,0 %, 2001 17,4 %, 2002 18,1 %, im Februar 2003 18,8 %. Die Arbeitslosenrate in Polen war die höchste in Europa und eine der höchsten weltweit.<sup>532</sup>

Ermland und Masuren gehörten zu den Regionen in Polen und Europa mit der höchsten Arbeitslosenzahl. 1995 waren in der früheren Woiwodschaft Olsztyn 79 139 Menschen arbeitslos gemeldet. Die meisten Arbeitslosen gab es in Kętrzyn, Szczytno, Morąg und Biskupiec.

Unter den arbeitslos Gemeldeten in der Region Olsztyn stellen Frauen die größte Gruppe (45 500 oder 57,5 %). Mehr als die Hälfte von ihnen hatten aber

---

530 Vgl. A. Sakson, *Socjologiczne problemy bezrobocia w warunkach transformacji systemu społeczno-politycznego w Polsce*, in: *Rynek pracy a edukacja*, Olsztyn 1995, S. 97-109. Vgl. auch: M. Wojarska, *Przekształcenia własnościowe w regionie Warmii i Mazur*, in: *Warmia i Mazury w obliczu przemian cywilizacyjnych. 15 lat przekształceń gospodarczych i społecznych 1990-2005*, Olsztyn 2006, S. 151-172; M. Pawełas, *Prywatyzacja polskich przedsiębiorstw po 1989 roku na przykładzie firmy „Stomil Olsztyn” S.A.*, Warszawa 2002 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

531 A. Sakson, *Socjologiczne problemy bezrobocia...*, S. 99 f.

532 *Rzeczpospolita* vom 26.02.2003, S. 8.

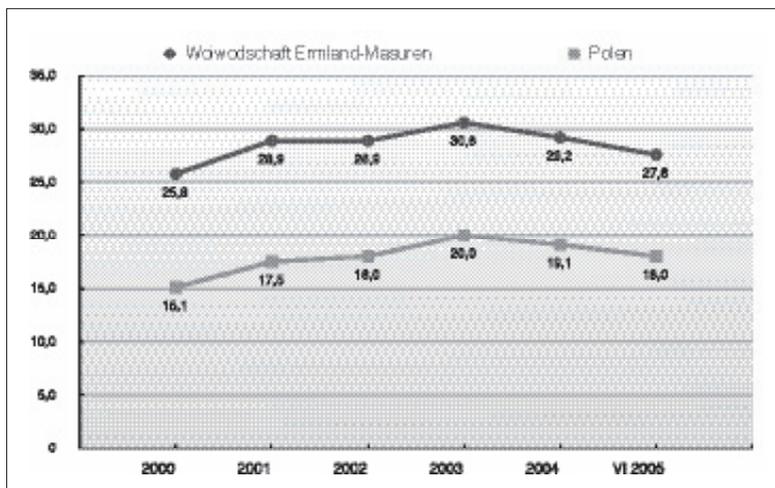
keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr. Gefolgt wurden sie von jungen Menschen im Alter von 18 bis 34 Jahren und von Landbewohnern. Mehr als 73 % aller Arbeitslosen in der Region hatten Grund- bzw. Berufsschulabschluss.<sup>533</sup>

2000 betrug die Arbeitslosenrate in der Woiwodschaft Ermland-Masuren 24,0 %, im Oktober 2005 erreichte sie 26,9 % (bei 17,3 % oder 2,712 Mio. Arbeitslosen landesweit).<sup>534</sup>

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in absoluten Zahlen gestaltete sich in den Jahren 1998-2002 wie folgt: 1998 119 500 Personen, 1999 142 442, 2000 158 150, 2002 178 353 und 2002 176 629.<sup>535</sup>

Die Arbeitslosenrate in der Region vor dem Hintergrund der landesweiten Entwicklung zeigt Diagramm 1.

Diagramm 1 Arbeitslosenquote in Polen und in der Woiwodschaft Ermland-Masuren in den Jahren 2000-2005



Quelle: Strategia Rozwoju Społeczno-Gospodarczego Województwa Warmińsko-Mazurskiego do roku 2020. Olsztyn 2005, S. 14.

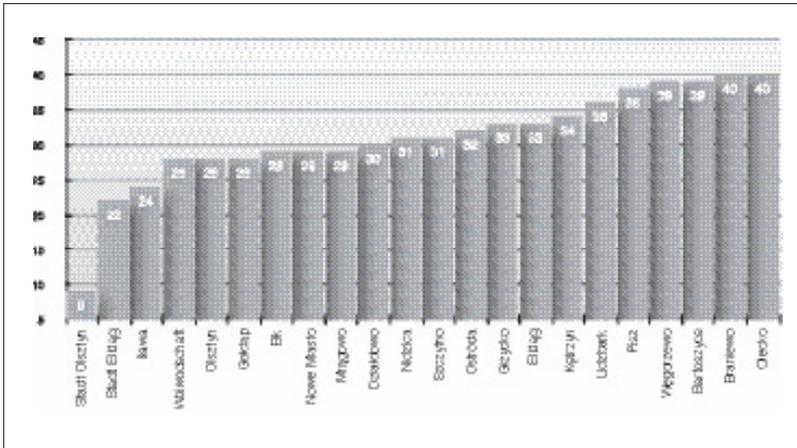
Die Arbeitslosigkeit in der Region ist strukturell. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Landkreisen ist in Diagramm 2 und auf Karte 2 dargestellt.

533 *Gazeta Olsztyńska* vom 30.12.1996, S. 6.

534 *Rzeczpospolita* vom 26.-27.11.2005, S. 3.

535 *Rocznik statystyczny województwa warmińsko-mazurskiego 2003*, Olsztyn 2004, S. 322.

Diagramm 2 Arbeitslosenquote in den Landkreisen der Woiwodschaft Ermland-Masuren zum Jahresende 2005



Quelle: *Biznes Warmii i Mazur*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 29.06.2006, S. 50.

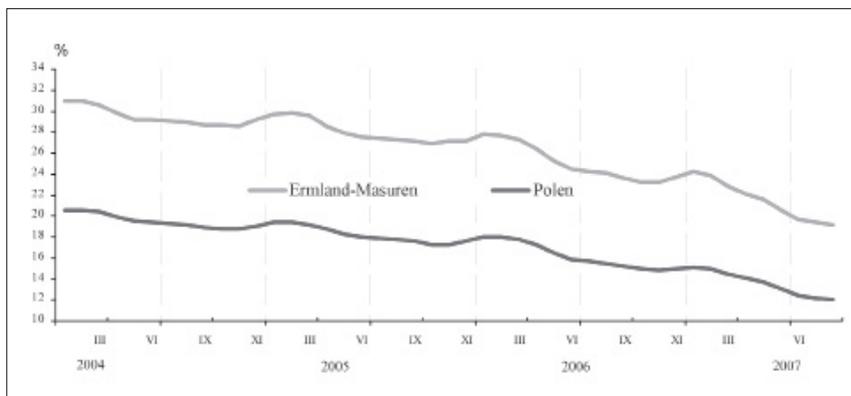
Karte 2 Arbeitslosenquote nach Landkreisen der Woiwodschaft Ermland-Masuren im Jahr 2007 (Stand zum 31.08.2007, in %)



Quelle: *Komunikat o sytuacji społeczno-gospodarczej Województwa Warmińsko-Mazurskiego*, Nr. 8, Urząd Statystyczny w Olsztynie, August 2007, S. 3.

Die registrierte Arbeitslosenquote vor dem Hintergrund der landesweiten Entwicklung wird in Diagramm 3 veranschaulicht.

Diagramm 3 *Registrierte Arbeitslosenquote in der Woiwodschaft Ermland-Masuren in den Jahren 2004-2007 (jeweils zum Monatsende)*



Quelle: wie Karte 1.

Im August 2007 waren in den Arbeitsämtern 11 400 Menschen arbeitslos gemeldet (82,7 % davon waren bereits zuvor gemeldet). Unter den neu arbeitslos Gemeldeten waren 36,1 % junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr und 12,2 % im Alter von über 50 Jahren.<sup>536</sup>

Nähere Angaben zur Arbeitslosenstruktur liefern die Daten des Statistischen Hauptamtes (GUS) für das Jahr 2002. Unter den 176 629 damals arbeitslos Gemeldeten waren nicht weniger als 61 118 Menschen oder 34,6 % länger als zwei Jahre ohne Stelle, 19,7 % hatten seit über einem Jahr keine Arbeit, 15,5 % länger als ein halbes Jahr und 30,2 % kürzer. 52,1% aller Arbeitslosen waren Frauen. Von der Arbeitslosigkeit besonders bedroht waren Landbewohner (47,7 %) und Arbeitsmarkteinsteiger (22,1 %); unter letzteren machten die Schulabgänger 4,0 % (7 132 Personen) aus. 81,3 % der Arbeitslosen (143 661 Personen) hatten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Die Altersstruktur der Arbeitslosen gestaltete sich wie folgt: unter 25 Jahren 25,9 %, 25-34 Jahre 26,9 %, 35-44 Jahre 24,2 %, 45-54 Jahre 20,8 %; Arbeitslose über 54 Jahren machten nur 2,2 % aus, was auf die Frühpensionierung der meisten Beschäftigten nach der Vollendung des 55. Lebensjahrs zurückzuführen ist. Eine Auswirkung auf das Arbeitslossein hatten weder der Ausbildungsstand, außer bei Personen mit Hochschulabschluss (2,7 % aller Arbeitslosen oder 4 856 Personen) und höherem Schulabschluss (5,7 %), noch die bisherige Beschäftigungsdauer

536 *Komunikat o sytuacji społeczno-gospodarczej województwa warmińsko-mazurskiego*, Nr. 8, Urząd Statystyczny w Olsztynie, August 2007, S. 4 f.

(22,1 % waren Arbeitsmarkteinsteiger). Bei über 176 000 Arbeitslosen (Quote: 28,9 %) im Dezember 2002 waren nur 1 922 Stellen frei.<sup>537</sup>

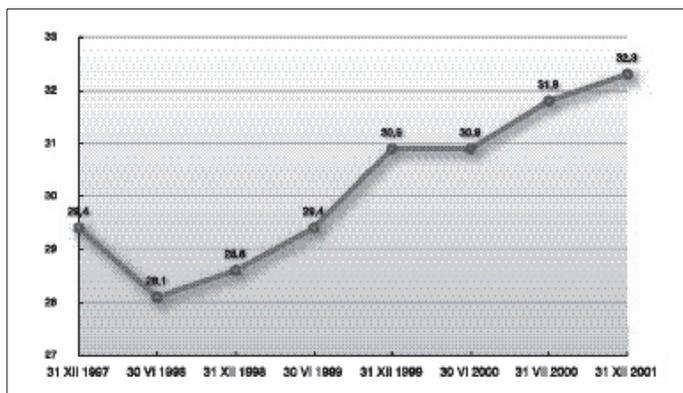
Die höchste Arbeitslosenrate in der Region wurde aus dem Landkreis Bartoszyce gemeldet, wo eine große ukrainische Bevölkerungsgruppe lebt. Dieser Kreis grenzt an das Kaliningrader Gebiet.

Im Landkreis Bartoszyce war jeder dritter Einwohner im Erwerbsalter arbeitslos. Im Jahr 1999 waren hier 7 957 Menschen ohne Stelle. Ein Jahr zuvor betrug die Arbeitslosenzahl 7 699 Personen. Die Arbeitslosenquote im Landkreis Bartoszyce gestaltete sich in den Jahren 1997-2001 wie folgt:

- 31.12.1997: 29,4 %
- 30.06.1998: 28,1 %
- 31.12.1998: 28,6 %
- 30.06.1999: 29,4 %
- 31.12.1999: 30,9 %
- 30.06.2000: 30,9 %
- 31.08.2000: 31,8 %
- 31.12.2001: 32,3 %

Die Arbeitslosenquote im Landkreis Bartoszyce stieg in den Jahren 1997-2001 kontinuierlich an. Die Entwicklungsdynamik stellt Diagramm 4 dar.

Diagramm 4 Entwicklungsdynamik der Arbeitslosigkeit im Landkreis Bartoszyce in den Jahren 1997-2001



Quelle: A. Kizkisz, *Problem bezrobocia w Bartoszycach w latach 1997-2001*, Olsztyn 2004, S. 30.

537 *Rocznik statystyczny województwa warmińsko-mazurskiego 2003*, Olsztyn 2003, S. 322-326. Vgl. auch: Informacja o sytuacji na wojewódzkim rynku pracy w okresie styczeń-maj 2004 roku. Wojewódzki Urząd Pracy w Olsztynie, Olsztyn 2004, S. 1-6.

Zwischen 1997 und 2001 stieg die Arbeitslosigkeit im Landkreis Bartoszyce um 2,9 %. Die Arbeitslosenquote blieb 2007 weiterhin auf dem sehr hohen Stand von 30,6 %.

Zu den Problemen des Arbeitsmarktes im Landkreis Bartoszyce gehört nicht nur die niedrige Qualifikation der Arbeitslosen, sondern vor allem die Ausbildung, die nicht den Erwartungen potentieller Arbeitgeber entspricht. Hohe Arbeitslosigkeit trifft im Landkreis Bartoszyce Berufe wie Näherin, Bauarbeiter, Mechaniker und Verkäufer. Dies rührt daher, dass jedes Jahr neue Abgänger zweier Berufsschulzentren für Bekleidung und Mechanik vor Ort in den Arbeitsmarkt treten und kaum eine Stelle finden. Eine große Zahl der Arbeitslosen sind junge Menschen. Von den 8 880 Arbeitslosen (2001) waren nicht weniger als 2 967 im Alter von 18-24 Jahren. Die meisten Arbeitslosen waren Berufsschulabgänger (3 809 Personen), Land- und Stadtbewohner sind gleich stark vertreten.<sup>538</sup>

Die Verbesserung der Konjunktur in Polen ab 2003 trug landesweit zu einem beachtlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei, und zwar dem schnellsten in der EU. Im März 2007 betrug die Arbeitslosenrate in Polen 7,7 % und war damit ähnlich hoch wie in Deutschland (7,3 %), Portugal (7,4 %), Ungarn (7,6 %), Frankreich (7,8 %) oder Griechenland (7,9 %) und deutlich niedriger als in Spanien (9,3 %) oder der Slowakei (9,8 %). Zur selben Zeit betrug die Arbeitslosenquote in Litauen 4,5 %. Eine Arbeitslosigkeit von 6-8 % gilt in den EU-Ländern als „natürliche Arbeitslosigkeit“. Arbeitsmarktfachleute halten 2-3 % Arbeitslosigkeit für das niedrigste, ununterschreitbare Niveau. Als für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes optimal gelten 5 %.<sup>539</sup>

Im Jahr 2007 meldeten zehn polnische Städte eine Arbeitslosenquote von weniger als 5 %. Unter ihnen war auch die Regionalhauptstadt Olsztyn mit einer Arbeitslosenrate von 4,5 %.<sup>540</sup> Dies ändert allerdings nichts daran, dass die Arbeitslosigkeit in der Woiwodschaft Ermland-Masuren weiterhin sehr hoch ist. Im Mai 2007 betrug die Zahl der Arbeitslosen 114 000 (22,8 %), fünf Jahre zuvor waren es noch mehr als 184 000 (über 30 %).<sup>541</sup> Ähnlich wie in Klaipėda und

538 A. Kiszkiś, *Problem bezrobocia w Bartoszycach w latach 1997-2001*, Olsztyn 2004 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 29-35. Zu den sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit vgl. A. Łukaszewicz, *Rynek pracy w Polsce w dobie transformacji ustrojowej*, Poznań 2001, S. 83-93 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers). Vgl. auch: Woźniak, *Spoleczność lokalna bezrobotnych*, Koszalin 1995; H. Zarychta, *Skutki i koszty bezrobocia na lokalnym rynku pracy*, in: *Praca i Zabezpieczenie Spoleczne* 6 (1994), S. 21-24.

539 J. Kowalski, *Bezrobocie w Polsce mniejsze niż we Francji i w Hiszpanii*, in: *Dziennik* vom 2.-4.05.2008, S. 1.

540 A. Cieśla-Wróblewska, *Dziesięć polskich miast uwolniło się od bezrobocia*, in: *Rzeczpospolita* vom 29.-30.12.2007, S. A1.

541 K. Kamińska, *Dziś to praca szuka ludzi?*, in: *Gazeta Warmii i Mazur*, Beilage zur *Gazeta Wýboreza* vom 2.05.2007, S. 3.

Kaliningrad gibt es in Olsztyn das Problem der Arbeitslosigkeit praktisch nicht mehr.<sup>542</sup> Die Zahl der Stellenlosen sinkt in der Region im landesweiten Vergleich am schnellsten, doch ist die Arbeitslosenquote hier nach wie vor dramatisch hoch und landesweit die höchste.<sup>543</sup>

Auf unveränderlichem Niveau verharrt laut Janusz Czapiński, Mitverfasser der Gesellschaftsdiagnose 2007, die Zahl der Scheinarbeitslosen – also derer, die sich arbeitslos melden, um Anspruch auf Grundsicherung zu bekommen, aber keine Arbeit suchen, weil sie einer anderen Beschäftigung nachgehen. Mehr als 60 % der Scheinarbeitslosen sind Hausfrauen.<sup>544</sup> Nach Ansicht der Forscher haben von den 1,8 Mio. Arbeitslosen in Polen 2007 nicht weniger als die Hälfte (knapp eine Million Menschen) Arbeitslosenunterstützung erschlichen.<sup>545</sup>

Die Wirtschaftskrise hatte einen besonders ungünstigen Einfluss auf den Arbeitsmarkt. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren stieg die Arbeitslosigkeit allein im Januar 2009 um mehr als 10 %, und auf ein Stellenangebot der Arbeitsämter entfielen nicht weniger als 177 Arbeitssuchende. Ohne Arbeit waren 96 000 Menschen oder 16,8 % (bei 3 247 Stellenangeboten). Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete der Landkreis Bartoszyce, wo fast jeder Dritte im erwerbsfähigen Alter (32 %) arbeitslos gemeldet war. Die niedrigste Arbeitslosenrate (4,9 %) wurde in Olsztyn erfasst. Das Brutto-Monatsgehalt betrug in der Region im Januar 2009 durchschnittlich 2 541 Zloty und gehörte zu den niedrigsten landesweit (Rückgang um 4,9 % im Vergleich zu Dezember 2008).<sup>546</sup>

Im April 2009 kletterte die Arbeitslosenquote auf 18,6 % (im Februar lag sie noch bei 18,1 %) und war landesweit am höchsten. Zwischen September 2008 und April 2009 kamen 19 400 neue Arbeitslose hinzu, in der Woiwodschaft waren weiterhin 100 000 Menschen arbeitslos gemeldet. Ende August 2010 waren in der Region 95 700 Arbeitslose gemeldet, die Arbeitslosenquote betrug 18 % (landesweit 11,4 %).<sup>547</sup>

---

542 I. Trusewicz, *Coraz więcej ofert, coraz mniej chętnych. Warmia i Mazury. Koncern Michelin zatrudni pół tysiąca osób*, in: *Rzeczpospolita* vom 25.10.2006, S. 8; dies., *Tu nie ma problemu bezrobocia. Lubawa: Najaktywniejsze i najlepsze w wykorzystywaniu funduszu gminy w regionie*, in: ebenda vom 27.09.2007, S. 2.

543 J. Wojciechowska, M. Kowalewski, *Zamieszki w fabryce w Pisz*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 30.05.2007, S. 28.

544 E. Bendyk, *Polak w nowych czasach*, in: *Polityka* 26 (2007), S. 10.

545 M. Janczewska, *Fikcyjne bezrobocie za nasze podatki*, in: *Dziennik* vom 19.09.2007, S. 1.

546 T. Molga, A. Sijka, *Polska na diecie. Kryzysowa mapa Polski*, in: *Wprost* vom 22.03.2009, S. 8 f.

547 S. Sałwacka, *Bezrobocie niebezpiecznie rośnie*, in: *Gazeta Wyborcza. Poznań* vom 21.-22.02.2009, S. 4; M. Brzezińska, *Bezrobotny w kryzysie podejmuje się każdej pracy*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 24.02.2009, S. 3; in: *Rzeczpospolita* vom 29.05.2009,

In Polen gibt es die größte Gruppe von Langzeitarbeitslosen in Europa. Meist sind sie zu keiner festen Arbeit in der Lage. Eine Folge der lang anhaltenden und strukturellen Arbeitslosigkeit sind Armut, Elend und soziale Ausgrenzung. Die drei wichtigsten Gruppen der Armutsgefährdeten sind Langzeitarbeitslose, Kleinbauern und kinderreiche Familien. Sie alle sind in der Regel auf verschiedene Formen der Sozialhilfe angewiesen.<sup>548</sup>

Armut und Elend als Massenphänomene sind Ergebnis des Systemwechsels nach 1989. Unter dem Begriff Armut wird meistens ein soziales Phänomen verstanden, bei dem die Betroffenen oder die betroffenen Familien nicht über ausreichende materielle Mittel verfügen, um ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Armut führt meist zu Marginalisierung und sozialer Ausgrenzung, fehlenden Möglichkeiten um die Errungenschaften der Zivilisation zu nutzen, stärkerer sozialer Schichtung (Trennung in Arm und Reich) usw. Forscher unterscheiden zwischen absoluter Armut, die anhand des Existenzminimums oder Notbedarfs gemessen wird, subjektiver, die sich auf die subjektive Einschätzung der eigenen materiellen Lage stützt, und relativer. Bei letzterer gilt ein bestimmtes Einkommensniveau im Verhältnis zum durchschnittlichen Wohlstand als Armutsgrenze. In Polen ist die relative Armutsquote nicht viel höher als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten.<sup>549</sup>

Analysiert man die Armutsdynamik in Polen nach 1989, so lassen sich mehrere Zeiträume unterscheiden. Im ersten, 1990-1994, kam es zu einem starken, besonders 1990 sichtbaren Anstieg der Armut. Damals entstand das sog. neue Elend, hervorgerufen durch die jähe Entwicklung der Arbeitslosigkeit.<sup>550</sup> Im zweiten Zeitraum 1995-2003 ging die absolute Armut allmählich zurück, und die relative Armut stabilisierte sich, bei gleichzeitiger Festigung der Armut als Folge der strukturellen Arbeitslosigkeit. Für die Zeit nach 2003 ist ein weiterer Rückgang der Armut feststellbar, zurückzuführen auf die dynamische Wirtschaftsentwicklung (niedrige Inflation, systematischer Rückgang der Arbeitslosigkeit usw.).

Lidia Beskid meint: „Die Quote der Armut unter dem Existenzminimum stieg von 4,8 % im Jahr 1989 auf 43,2 % im Jahr 1994, nach einer anderen Schät-

---

S. B4; *Przemiany demograficzne w województwie warmińsko-mazurskim w latach 2002-2009*, Olsztyn 2010; [www.stat.gov.pl/olsz/index](http://www.stat.gov.pl/olsz/index) (24.10.2010).

548 S. Golinowska, *Pomóc może człowiek...*, S. 22.

549 G. Zablocki, M. Sobczak, E. Piszczek, M. Kwiecińska, *Ubóstwo na terenach wiejskich Północnej Polski*, Toruń 1999, S. 8-13. Vgl. auch L. Beskid, *O materialnym rozwarstwieniu społeczeństwa polskiego*, in: *Jak żyją Polacy...*, S. 215-232; A. Kotlarska-Michalska, *Beneficjenci i przegrani procesu transformacji w Polsce*, in: *Transformacja w Polsce i Niemczech Wschodnich. Próba bilansu*, pod red. A. Saksona, Poznań 2009, S. 90 f.; E. Tarkowska, *Zróźnicowanie biedy*, in: *Jak żyją Polacy...*, S. 259, 280.

550 L. Beskid, *Oblicze ubóstwa w Polsce*, in: *Zmiany w życiu Polaków w gospodarce rynkowej*, pod red. L. Beskid, Warszawa 1999, S. 39.

zungsmethode (anhand des korrigierten Minimums) von 16,7 % im Jahr 1989 auf 47,9 % im Jahr 1993. (...) Der Umfang der Armut in den nach Mindestnormen und -normativen ermittelten Grenzen weist einen deutlichen Rückgang der Armutsrate und -tiefe [nach 1995 – A. S.] auf.“<sup>551</sup>

Andere Forscher kommen zu folgender Feststellung: „Zu Beginn des Systemwandels lebten in Polen etwa 20 % der Bevölkerung in Armut. Im Jahr 1990 waren von der Armut 32,6 % der Privathaushalte betroffen, zwei Jahre später stieg der Anteil auf 35,5 %.“ Schätzungsweise lebten 35 % oder 8 Mio. Polen im Jahr 1993 in Armut. Diese sei „zwar ziemlich verbreitet, doch nicht allzu tief“.<sup>552</sup>

Elzbieta Tarkowska versteht unter Armut im Jahr 2005 ein Einkommen von „knapp über 1000 Zloty im Monat für eine Familie mit zwei Kindern. 12 % aller Polen, also mehr als 4 Mio., leben unter dieser Grenze. Über die Hälfte lebt unter dem Existenzminimum; es beträgt heute etwas über 800 Zloty monatlich für einen alleinstehenden Erwachsenen. (...) Ein so niedriges Einkommen hat jeder fünfte Pole. Es gibt auch gesetzliche Richtwerte: 19 % aller Staatsbürger dürfen Sozialhilfe beantragen, leben also rechtlich gesehen in Armut.“<sup>553</sup>

Hauptursache der Armut ist derzeit der Mangel an geregelter und legaler Arbeit. Stanisława Golinowska meint: „Ihren Lebensunterhalt beziehen arme Familien in erster Linie aus Gelegenheitsarbeit, oft in der Schattenwirtschaft, aus zeitweiser Arbeitsmigration und Sammlertätigkeit (Waldfrüchte, Schrott oder Abfälle), nicht selten aber auch aus Diebstahl und anderer krimineller Betätigung.“<sup>554</sup> Die Forscherin unterscheidet mehrere Bereiche der sozialen Ausgrenzung, die in der Regel, aber nicht immer, mit Armut korreliert. Der wichtigste Ausgrenzungsbereich ist der Arbeitsmarkt. Das Fehlen einer geregelten und legalen Arbeit ist die Hauptursache der Armut. Ein weiterer Bereich ist die Bildung, d. h. fehlende Grundlagen für den Aufbau des von der Bildungsdauer und -qualität abhängenden Sozialkapitals, das entscheidend ist für eine gute Position am Arbeitsmarkt. Der dritte Bereich der sozialen Ausgrenzung umfasst Wohnort und Wohnumfeld, auch das Fehlen einer eigenen Wohnung. Ein weiterer ist die Gesundheit. Der Gesund-

551 Ebenda S. 39 und 41.

552 G. Zabłocki, M. Sobczak, E. Piszczek, M. Kwiecińska, *Ubóstwo na terenach...*, S. 14 f.

553 E. Tarkowska, *O biednych nikt nie chce słuchać. Wywiad*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 31.12.2005-1.01.2006, S. 18. Die Bestimmung von Armutumfang und -grenzen ist umstritten. Vgl. J. A. Majcherek, *Biedę trzeba zwalczać, a nie wyolbrzymiać jej rozmiary*. In einer Polemik mit E. Tarkowska stellt er unter anderem fest: „Statt auf zweifelhafte Werte zurückzugreifen, nach denen die Zahl der Armen wächst, sollten wir simple Tatsachen anführen: In Polen werden seit zehn Jahren immer mehr Luxusgüter verkauft, bei gleichbleibender Bevölkerungszahl.“ *Gazeta Wyborcza* vom 3.01.2006 Vgl. auch: W. Kuczyński, *Czy Polska zbiedniała?* in: *Tygodnik Powszechny* vom 11.09.2005, S. 6.

554 S. Golinowska, *Bieda będzie nierówna*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 22.03.2006, S. 20.

heitszustand hängt stark von Wohlstand und Bildungsstand ab.<sup>555</sup> Die genannten Umstände führen oft zur sozialen Ausgrenzung<sup>556</sup> und Stigmatisierung.

Da die ermländisch-masurische Region nach dem Transformationsprozess die höchste Arbeitslosenquote aufwies und immer noch aufweist, nehmen Armut, Elend, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung größtes Ausmaß an.

In der Region gibt es Gemeinden (z. B. Lelkowo und Wilczęta im Landkreis Braniewo, Budry und Pozezdrze im Landkreis Mrągowo oder Dubeninki im Landkreis Gołdap), wo die Arbeitslosigkeit 50 % überschreitet und zur höchsten in Europa gehört.

Nach Wojciech Muszyński werden Armut und Arbeitslosigkeit in der Region begünstigt durch „das niedrige Bildungsniveau, das mit schwach bezahlter Arbeit verbunden ist, Langzeitarbeitslosigkeit, Kinderreichtum, die Mutterschaft Alleinstehender, Unbeholfenheit im Alltag, die schwierige Wohnsituation“.<sup>557</sup>

In einer Studie des Statistischen Amtes Olsztyn über die Lebensbedingungen der Einwohner der Region im Jahr 2007 ist zu lesen: „Die Woiwodschaft Ermland-Masuren ist die Region mit dem größten Armutsrisiko des Landes. Der Anteil derer, die im Jahr 2000 in Haushalten unterhalb des Existenzminimums lebten, betrug 11,2 % und stieg im Jahr 2005 auf 18,8 %, den höchsten Wert in Polen. Das Existenzminimum bezeichnet die Grenze, unterhalb derer das Leben des Menschen und seine psychische und körperliche Entwicklung gefährdet sind, und wird anhand nicht aufschiebbarer Grundbedürfnisse bestimmt, wie: Nahrung, Wohnung, Medikamente, persönliche Hygiene, Kleidung und Grundschulbildung der Kinder; all das sind Bedürfnisse, die das ‚Überleben‘ zulassen. Wie auch die Armutsmessung mithilfe der gesetzlichen Armutsgrenze zeigt, weist Ermland-Masuren 2005 den landesweit höchsten (25,1 %) Prozentsatz derer auf, die unterhalb der gesetzlichen Armutsgrenze leben, also einer Grenze, die zur Beantragung von Sozialleistungen berechtigt.“ Nach Angaben für die erste Jahreshälfte 2010

---

555 S. Golinowska, *Pomóc może człowiek...* Vgl. auch: *Polska bieda. Kryteria. Ocena. Przewidywanie*, pod red. S. Golinowskiej, Warszawa 1996; *Ubóstwo w Polsce w pierwszej połowie lat dziewięćdziesiątych. Synteza wyników badań*, pod red. S. Golinowskiej, Warszawa 1996; *Polska bieda II. Kryteria. Ocena. Przeciwdziałania*, pod red. S. Golinowskiej, Warszawa 1997; *Polska bieda III. Kryteria. Ocena. Przewidywania*, pod red. S. Golinowskiej, Warszawa 2008.

556 Vgl. A. Kotlarska-Michalska, *Kategorie marginalizujące się i marginalizowane przez społeczeństwo*, in: *Porządek społeczny a wyzwania współczesności*, pod red. A. Saksona, Poznań 2005, S. 269-290. Zum Sozialkapital und entsprechenden Defiziten unter anderem in Ermland und Masuren vgl. J. Czapiński, *Polska bez społeczeństwa*, in: *Nauka 1* (2006), S. 7-26.

557 W. Muszyński, *Enklawy ubóstwa w małych miastach Województwa Warmińsko-Mazurskiego. Przyczyny, skala zjawiska i przeciwdziałanie*, in: *Enklawy życia społecznego*, pod red. L. Gołdyki, J. Machaj, Szczecin 2007, S. 523.

lebten in der Woiwodschaft 7,9 % aller Familien unter dem Existenzminimum (Landesdurchschnitt: 5,7 %). In der Region gibt es viele Gemeinden, wo über die Hälfte der Einwohner die niedrigen Beihilfen als einzige Quelle für den Lebensunterhalt bezieht. Die meisten armen Kinder landesweit lebten 2007 in Ermland-Masuren (39,13 %).<sup>558</sup>

Mit dem Armutsproblem verbunden ist das Phänomen ihrer Vererbung und der Sozialhilfeabhängigkeit (Unterstützungsgeld bekommen z. B. 15 % der Einwohner in Zalewo, Tolkmicko, Miłakowo und Pieniężno, was bedeutet, dass etwa 23-30 % der Familien dort institutionelle Hilfe der Sozialfürsorgezentren in Anspruch nehmen).<sup>559</sup>

Aus Erhebungen in Braniewo ergibt sich, dass im Jahr 2002 nicht weniger als 1 349 Familien (oder 3 675 Personen von 27 500 Einwohnern insgesamt) materielle Unterstützung in Anspruch genommen haben. 2003 ging diese Zahl durch Haushaltskürzungen auf 1 297 Familien (3 529 Personen) zurück. Hauptgründe für den Leistungsbezug (hauptsächlich Familienzulagen, Wohngeld und Pflegebeihilfen) waren Armut und Arbeitslosigkeit.<sup>560</sup> Das Problem der Obdachlosigkeit

---

558 *Warunki życia ludności w Województwie Warmińsko-Mazurskim 2006*, Olsztyn 2007, S. 41; J. Solska, *I lepiej i gorzej*, in: *Polityka* 42 (2010), S. 53; E. Subocz, *Szanse edukacyjne dzieci z enklaw ubóstwa (na przykładzie Warmii i Mazur)*, in: *Enklawy życia społecznego. Kontynuacje*, pod red. L. Gołdyki, I. Machaj, Szczecin 2009, S. 391.

559 W. Muszyński, *Enklawy...*, S. 527.

560 I. Siemaszko, *Systemy pomocy społecznej na przykładzie Bartoszyce*, Olsztyn 2004, S. 48-50 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers). Den Alltag der Familien in Armut schildern Reportagen der Wochenzeitschrift „Wprost“ so: „Die Einwohner im ermländischen Dorf Mazury haben meistens monatlich 300-500 Zloty für eine mehrköpfige Familie. Die ganze Woche lang essen die meisten Familien Kartoffelklöße aus Mehl und Wasser (ohne Ei). Ein Teebeutel muss für 10 Aufgüsse reichen. Einmal in der Woche gibt es Leber- oder Grützwurst, einmal im Monat Fleisch. Die Kinder trinken keine Milch. In den Haushalten wird weder Waschpulver noch Shampoo verwendet“. A. Filar, S. Janecki, Plaśniak, *Polskie fawełe*, in: *Wprost* vom 8.04.2001, S. 29. Aus einem Bericht der EU über die Ungleichverteilung der Einkommen (Gini-Koeffizient) für 2008 geht hervor, dass es genauso oder noch schlimmer als in Polen nur noch in Portugal sowie in Litauen und Lettland zugeht (Erhebungen 2005). 35 % der befragten Polen antworteten, dass sie es sich nicht leisten können, mindestens jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder Geflügel zu essen. Schlimmer ist es in dieser Hinsicht nur noch in der Slowakei und Lettland. In Westeuropa antworteten nur einige Prozent der Einwohner (die meisten in Deutschland mit 10 %), sie könnten sich eine solche Mahlzeit nicht leisten. Nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation gehört diese Mahlzeit unabdingbar zur gesunden Ernährung. Sie verweist auch darauf, dass sich in vielen Ländern, darunter in Polen, Feisch oder Fisch auch sehr viele Menschen nicht leisten können, die statistisch gesehen nicht unter der Armutsgrenze leben (diese Grenze liegt bei 60 % des Durchschnittseinkommens im jeweiligen Land). 25 % der Polen behaupten, sie könnten Gas- oder Stromrechnungen nicht mehr bezahlen;

ist besonders für Großstädte kennzeichnend. Im Jahr 2002 wurde die Zahl der Obdachlosen auf etwa 1 000 Personen geschätzt (davon die meisten in Olsztyn und Elbląg). Obdachlosenheime werden in Orneta, Giżycko, Elk, Sorkwity, Rucewo, Kętrzyn, Brąsławald, Elbląg und Olsztyn betrieben.<sup>561</sup> Ursachen für die Obdachlosigkeit sind vor allem: fehlende Familie, Alkoholkrankheit, Lebensunbeholfenheit und die eigene Entscheidung.

### 3.2.1.2. Die soziale Katastrophe in den ehemaligen staatlichen Agrarbetrieben

Diejenige Bevölkerungsgruppe, die im Kaliningrader Gebiet, dem Memelland, Ermland und Masuren<sup>562</sup> die Auswirkungen der Reformprozesse besonders bitter zu spüren bekam, sind die Landbewohner, insbesondere die Mitarbeiter der ehemaligen Sowchosen, Kolchosen und Staatsgüter (PGR).

Barbara Fedyszak-Radziejowska meint, das Dorf in Polen „ist zum Gewissensbiss geworden, einem ungelösten Problem, das den politischen und wirtschaftlichen Eliten ihre eigene Unvollkommenheit vorhält. Betrachtet man die Wirtschaftskarte Polens, so sieht man deutlich die gut entwickelten Zentren und die Randgebiete, die von den Eliten nicht wahrgenommen werden; dorthin wurde das Armutproblem ausgelagert.“<sup>563</sup>

---

dabei wurden die Umfragen 2005 durchgeführt, als Energie und Brennstoffe noch nicht so teuer waren. Ebenfalls 25 % der Polen sagten, sie könnten sich kein Auto leisten. Hier gehört Polen ebenfalls zur EU-Spitze. Die Kommission hat auch den Zugang zu immateriellen Gütern wie der Bildung verglichen und geschätzt, welche Aussichten Kinder von Eltern ohne Ausbildung auf einen Hochschulabschluss haben. In Polen sind die Chancen 9,7-mal so niedrig wie bei Kindern von Eltern mit Ausbildung. Schlimmer ist es nur noch in Tschechien. Der Mittelwert für die EU beträgt 3,6. Die geringsten Chancen in der gesamten Union haben polnische Kinder, die ohne Vater aufwachsen. D. Pszczółkowska, *Polska w czołówce nierówności w dochodach Unii Europejskiej*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 23.05.2008, S. 14.

- 561 I. Lisowska, *Zjawisko bezdomności w regionie warmińsko-mazurskim*. Warszawa 2003, S. 42 f. Vgl. auch: C. Stankiewicz, *Z bezdomności trudno się wyleczyć. Ciężkie czasy dla ludzi bez dachu nad głową*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 22.10.2000, S. 3; K. Jacek, *Z pomocą chorym i bezdomnym. Schronienie, odzież, gorący posiłek*, in: *Głos Elbląga* vom 27.01.2000, S. 3; L. Stankiewicz, *Zrozumieć bezdomność*, Olsztyn 2002.
- 562 Laut der Weltbank ging die Reformzeit in Polen 2007-2008 zu Ende. Vgl. A. Łojewska, *Koniec transformacji. Polska nie jest już gospodarką fazy przejściowej – ogłosił Bank Światowy*, in: *Rzeczpospolita* vom 15.05.2008, S. B1.
- 563 B. Fedyszak-Radziejowska, *Nie obrażać się na rolników. Wywiad*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 27.01.2003, S. 14. Vgl. auch dies., *Etos pracy rolnika. Modele społeczne a rzeczywistość*, Warszawa 1992.

Bestimmt wird die Wahrnehmung der Landwirtschaft in Polen auch dadurch, dass ihr Kommerzialisierungsgrad (d. h. der Anteil der für den Verkauf bestimmten Produktion) niedrig ist und 50 % beträgt. Die polnischen Agrarbetriebe sind klein; nicht weniger als 55,95 % gehören zur Gruppe der kleinsten (bis zu 5 ha) und bewirtschaften 17,8 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Ungünstig ist auch der Anteil der in der polnischen Agrarwirtschaft beschäftigten Bevölkerung von über 20 % (im EU-Durchschnitt sind es lediglich 6,2 %). Nur 31 % der Landbevölkerung leben von Arbeit in der Landwirtschaft; groß ist der Anteil derer, die Ruhegeld oder Behindertenrenten beziehen oder von Sozialhilfe leben. Niedrig ist auch der Ausbildungsstand der polnischen Landwirte.<sup>564</sup>

Die Mitarbeiter der ehemaligen Staatsgüter bilden gesellschaftliche Gruppen in dauerhafter Armut. Sie werden als „Opfer eines gesellschaftlichen Experiments“ bezeichnet. Dabei handelte es sich um ein „doppeltes Experiment: Einmal, als die Wirtschaftsform der Staatsgüter mit ihrer ganzen sozialen Infrastruktur eingeführt wurde, und noch einmal, als sie aufgelöst und die Menschen, die auf ein aktives selbständiges Leben überhaupt nicht vorbereitet waren, plötzlich sich selbst überlassen wurden.“<sup>565</sup>

Ewelina Szpak, Verfasserin einer Arbeit über den Alltag der Staatsgut-Bewohner, schreibt: „Den Begriff PGR (Staatsgut) bringen die Polen meistens mit Volksrepublik, Wirtschaftskrise, Armut, Vergeudung, Alkoholismus und dem Anblick verfallender Wirtschaftsgebäude am Straßenrand in Verbindung. Zu diesem Landschaftsbild gehören heruntergekommene und düstere Wohnblocks, in denen die heute räumlich und sozial ausgegrenzten Familien ehemaliger PGR-Arbeiter dicht zusammengedrängt und in extremer Armut leben. In den Augen der Öffentlichkeit ist diese Bevölkerungsgruppe das ‚lebendige Symbol einer vergangenen Epoche‘, die *die noch größere Armut und soziale Verlorenheit* [Hervorhebung – A. S.] der dortigen Einwohner hinterlassen hat.“<sup>566</sup>

---

564 Vgl. W. Poczta, *Ekonomiczne skutki warunków integracji Polski z UE dla sektora rolnego*, Warszawa 2003, S. 10-14.

565 E. Tarkowska, *Ubóstwo w byłych PGR-ach: w poszukiwaniu dawnych źródeł nowej biedy*, in: *Kultura i społeczeństwo* 1 (1998), S. 98.

566 E. Szpak, *Między osiedlem a zagrodą. Życie codzienne mieszkańców PGR-ów*, Warszawa 2005, S. 9. In den Analysen der beiden meinungsbildenden Wochenzeitschriften „Polityka“ und „Wprost“ aus den Jahren 1994-1999 wird ein entschieden negatives Stereotyp der ehemaligen Staatsgutsarbeiter sichtbar. Dieses Stereotyp vereint folgende Merkmale und Verhaltensweisen: fehlende Arbeitsdisziplin, Alkoholmissbrauch nach dem Zerfall der Staatsgüter, Passivität, fehlende Eigeninitiative, Hilflosigkeit, Arbeitsabneigung, Faulenzen, Anspruchsdenken und Abhängigkeit von der Sozialhilfe, Rechtsverstöße – Diebstahl und Wilderei, unvernünftige Geldausgaben, Kinderreichtum, Unfähigkeit zu Reflexion und Umdenken, ferner häusliche Gewalt und Tierquälerei. J. Tegnerowicz,

Eine Exemplifizierung und Verallgemeinerung dieser Vorstellungen bot im März 2000 eine Reportage von Joanna Podgórska über die Lage in der Wohnsiedlung eines ehemaligen Staatsgutes in der Nähe von Słupsk in der Woiwodschaft Westpommern. Ähnliche Reportagen erschienen auch zur Lage in Ermland und Masuren<sup>567</sup> und anderen polnischen Regionen. Die Autorin schreibt: „In der Gemeinde Głównyzyce gibt es 15 Dörfer wie Przebędowo, 2-3 km entfernt von der nächsten Straße, auf der ab und zu überhaupt etwas fährt. In dieser Gegend ist ‚Arizona‘ entstanden, ein aufsehenerregender Dokumentarfilm von Ewa Borzęcka. Als 1991 alle Staatsgüter auf einmal Pleite gingen, begann in Głównyzyce *eine Tragödie* [Hervorhebung – A. S.]. Es war nicht sofort so schlimm. Zunächst bekamen ja alle Beihilfen und Abfindungen. Sie legten sich neue Fernseher und Videogeräte oder kleine Gebrauchtwagen zu. ‚Die einen Video, die anderen Trecker‘, so die Mitarbeiterinnen des Sozialfürsorgezentrums in Głównyzyce. Doch eigentlich wissen sie nur von einem, der einen Trecker gekauft hat. ‚Die Leute waren sich gar nicht bewusst, was sie erwartet. Als ihnen die Stütze gestrichen wurde, kamen sie her und beschimpften uns, versuchten Proteste zu organisieren‘, erinnern sie sich. ‚Aber da war schon alles vorbei.‘ (...) Selbst wenn Arbeitsplätze entstanden wären, dann nicht für ehemalige PGR-Arbeiter. Was soll man mit einem Vierzigjährigen mit Zahnlücken und ohne Beruf und Ausbildung anfangen? Die Staatsgüter haben den Menschen Apathie, Trägheit und Hilflosigkeit eingepflanzt, ihnen das Warten beigebracht. Nur eine kleine Gruppe von Frauen fand Arbeit in einem Fischverarbeitungsbetrieb in Łeba.

„Sie stehen um vier Uhr morgens auf, bekommen 500 Złoty netto. Zu Hause sind sie nach 17 Uhr, wo eine Schar Kinder wartet und ein Mann, der sich aus Langweile mit Kumpels voll laufen lässt“, erzählt Krystyna Oczachowska. „Aber sie klammern sich an diese Arbeit, weil sie wissen: eine andere wird es nicht geben.“<sup>568</sup>

Die Gründungsväter der liberalen Wirtschaft nach 1989 in Polen bekennen sich zum größten „Fehler“ der Transformation. Janusz Lewandowski, Privatisierungsminister und einer der Urheber des öffentlichen Privatisierungsprogramms, bemerkt: „Es wurde zu wenig an die *soziale Katastrophe* [Hervorhebung – A. S.] gedacht oder an die menschliche Dimension dessen, was der Kollektivismus hin-

---

*Stereotyp byłych pracowników Państwowych Gospodarstw Rolnych*, in: *Współczesne społeczeństwo polskie*, pod red. Suchockiej, Poznań 2002, S. 333-352.

567 Vgl. unter anderem die Reportagen von Waldemar Mierzwa, Ewa Wilk, Lidia Ostalowska, Magdalena Grochowska, veröffentlicht in: „*A dąb rośnie*“. *Warmia i Mazury w reportażu po 1945 roku. Wybór*, oprac. T. Prusiński, wstęp A. Sakson, Warszawa/Dąbrówno 2002.

568 I. Podgórska, *Iść gdzieś dalej. PGR rozwiązano, króliki zjedzono, truskawki wygniły*, in: *Polityka* 12 (2002), S. 92 f.

terlassen hat. Diese Dimension seiner Hinterlassenschaft wurde unterschätzt. Das gestehe ich ein; ich habe keine Staatsgüter errichtet, kein Land weggenommen.

(...) Bei der Suche nach einer Lösung dieses Problems, für das es eine gute Lösung weder in Polen noch in Russland noch in anderen Ländern der kollektivierten Wirtschaft gab, berücksichtigte man zu wenig die erlernte Hilflosigkeit, jene psychologische, mentale Hinterlassenschaft der Staatsgüterwirtschaft. Das gestehe ich ein.<sup>569</sup>

Um die Tragödie der „Staatsgütermenschen“ zu verstehen, die auf dem Weg in die dauerhafte Marginalisierung sind und in die soziale Ausgrenzung, die wiederum eine Gemeinschaft der Dauerarmut entstehen lässt, gilt es zu bedenken, dass das auf die Staatsgüter folgende Elend „seine Wurzeln in Volkspolen hat und sich auf damals ausgebildete Haltungen, Gewohnheiten und Mentalität stützt.“<sup>570</sup>

Die Staatsgüter (PGR), seit 1976 als Staatliche Landwirtschaftsunternehmen (PPGR) bezeichnet, waren 1948 vorwiegend aus ideologischen Gründen entstanden. Sie sollten Zentren für Agrarkultur und Lieferanten landwirtschaftlicher Produktionsmittel für den Bedarf des ganzen Staates sein. Das Vermögen der Staatsgüter stammte hauptsächlich aus übernommenen großen Landgütern und wurde später durch die allgemeine Kollektivierung der Landwirtschaft systematisch vergrößert. Während des gesamten Bestehens der Staatsgüter wurde eine organisatorische Konzentration von Land und Produktionsmitteln angestrebt.

In den staatlichen Agrarbetrieben wurde die Effektivität am quantitativen Produktionsertrag gemessen, während ein betriebswirtschaftlicher Faktor wie die Herstellungskosten des Produkts nicht gebührend beachtet wurde. Die Staatsgüter konnten somit nur dank hohen Produktionszuschüssen aus dem Staatshaushalt und dem Versicherungsfonds funktionieren<sup>571</sup>.

Der Aufbau der Staatsgüter und Produktionsgenossenschaften nach 1948 war Bestandteil der Sowjetisierung und Stalinisierung der polnischen Agrarpolitik. Die

---

569 J. Lewandowski, *Głos w dyskusji pn.: Społeczeństwo postpegeerowskie (postkolchozowe). Ludzka katastrofa i jej wymiar ekonomiczny*, in: *Borussia* 23 (2001), S. 136 f. Der Ideenhistoriker Jerzy Jedlicki bemerkt: „Soziologische und ökonomische Untersuchungen der Armutszonen in unserem Land zeigen deutlich, dass wir zur Kastengesellschaft werden, und aus der Kaste der Unberührbaren gibt es kein Entkommen. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, braucht es einen großen Aufschrei, und zwar so lange, bis das Problem zu den Prioritäten der Sozialpolitik gehört“, *Polityka* 12 (2002), S. 94.

570 E. Tarkowska, *Ubóstwo w byłych PGR-ach...*, S. 101.

571 1988, also in der Schlussphase der Zentralwirtschaft, hatten Zuschüsse am Wert der landwirtschaftlichen Endproduktion der Staatsgüter einen Anteil von 35-40 %. 1989 erreichten die Zuzahlungen zum PGR-Sektor schon eine Milliarde US-Dollar, die Hälfte davon bildeten direkte Subventionen. Vgl. A. Dmuchowska, *Patologie społeczne w rodzinach zamieszkujących tereny byłych PGR-ów*, Olsztyn 2000 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 31 f.

meisten Staatsgüter entstanden in den Wiedergewonnenen Gebieten, vornehmlich dewegen, weil der Staat ehemals deutschen Besitz übernahm und Brachland bewirtschaftet werden musste.<sup>572</sup>

1985 hielten die Staatsgüter 19,4 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Polen. In der Region Ermland und Masuren überwog, bedingt durch historische Gegebenheiten, der öffentliche (staatliche) Landbesitz. 1988 machte er 67,1 % der gesamten Fläche aus, wovon 49,3 % auf die staatlichen Agrarbetriebe entfielen.<sup>573</sup>

In den nördlichen Landkreisen der Region lag am meisten landwirtschaftliche Nutzfläche in der Hand der Staatsgüter. Im Jahr 1969 waren es insgesamt 32,8 %. Das meiste von Staatsgütern bestellte Land befand sich damals im Landkreis Kętrzyn und betrug 57,1 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (oder 47 530 ha). Auch in anderen Landkreisen schwankte dieser Anteil um die Hälfte der Ackerflächen: Landkreis Braniewo 53,3 % (44 190 ha), Bartoszyce 46,4 % (38 965 ha). Im Rahmen der staatlichen Agrarbetriebe gab es 407 Unternehmen. Im Durchschnitt entfielen auf einen Betrieb 960 ha Land, davon 870 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt war die Fläche der PGR-Betriebe in der damaligen Woiwodschaft Olsztyn um etwa 70 % größer.<sup>574</sup> Dieser „Vergesellschaftungs“-Grad der Bauernhöfe, der zu den höchsten in Polen gehörte, war oftmals Grund für den „Stolz“ der Woiwodschaftsfunktionäre der kommunistischen Partei (PVAP).

Noch Mitte der 1960er Jahre war der Durchschnittslohn in den Staatsgütern 10 % niedriger als in der sozialisierten Wirtschaft. Der Umbruch kam in der Mitte der siebziger Jahre. Damals überstieg der Durchschnittslohn denjenigen in der sozialisierten Wirtschaft um 10 %, zehn Jahre später um 20 %.<sup>575</sup>

Trotz des relativ hohen Verdiensts wurde die Arbeit in einem Staatsgut als sozialer Abstieg wahrgenommen. Sie genoss ein niedriges gesellschaftliches An-

---

572 Vgl. W. Dzun, *Państwowe gospodarstwa rolne w rolnictwie polskim w latach 1944-1990*, Warszawa 1991.

573 Auf Staatsforsten entfielen 44,0 % der Gesamtfläche. Land des privaten Sektors machte nur 32,9 % der Gesamtfläche aus, davon waren 92,0 % landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese wurde zu 95,3 % durch private Höfe genutzt. M. Gaździńska-Goraj, *Przemiany społeczno-gospodarcze obszarów wiejskich województwa warmińsko-mazurskiego*, Olsztyn 2004, S. 60.

574 *Województwo Olsztyńskie. Monografia ekonomiczno-społeczna 1945-1969*, Wrocław/Warszawa/Kraków/Gdańsk, S. 116. Laut Angaben des Statistischen Hauptamtes belief sich der Anteil der staatlichen Agrarbetriebe an der Bodenbewirtschaftung (landwirtschaftliche Nutzfläche) in den Jahren 1966-1970 landesweit auf 15,4 %, in den Jahren 1971-1975 auf 17,1 %, und 1976-1981 auf 19,5 %. M. Mydlak, *Aktywność społeczno-kulturalna pracowników PGR*, Olsztyn 1986, S. 219.

575 1984 waren die Löhne der Staatsgüter 9 % höher als in der Industrie und etwa 15 % als im Bauwesen. M. Mydlak, *Aktywność...*, S. 9.

sehen. Die Untersuchungen von Maria Mydlak zeigen, dass sich mit der Zeit ein negatives Stereotyp vom „PGR-ler“ herausgebildet hat, das „besonders viel gescholtene Merkmale [verkörperte], wie Trunksucht, Bummelantentum, Diebstahl gesellschaftlichen Eigentums, geringe Bildung und Anstand. Die Bezeichnung ‚einer aus dem PGR‘ war in unserer Gesellschaft lange als ein Bündel diskreditierender Eigenschaften in Gebrauch und bewirkte auch negative Erscheinungen innerhalb der PGR-Gemeinschaft selbst, denn sie war Bestandteil einer sog. ‚negativen Selektion des Faktors Mensch‘ im Milieu der Staatsgüter, und kam als solcher in der Massenabwanderung junger und ehrgeiziger Menschen in andere Arbeits- und Lebensorte zum Ausdruck.

(...) Deswegen wurde die Arbeit in einem staatlichen Agrarbetrieb in Erwartung besserer Lebenschancen als etwas Vorübergehendes betrachtet. Daraus erwuchs die passive Haltung gegenüber jeglichen Problemen der eigenen Gemeinschaft.<sup>576</sup>

Die „PGR-linge“, wie die Mitarbeiter der „polnischen Kolchosen“ häufig genannt wurden, hatten in der Regel einen niedrigen Bildungsstand und ein schwach ausgeprägtes Arbeitsethos und fühlten sich ihrem Wohn- bzw. Arbeitsort wenig verbunden. Mit der Zeit bildete sich ein eigener Lebensstil der Staatsgutbewohner heraus, der sich durch mangelnde Verwurzelung und Eingesessenheit auszeichnete, beherrscht von Vorläufigkeit und dem Provisorium. Für die PGR-Mentalität waren die begrenzte Verantwortung und Abhängigkeit vom Arbeitgeber kennzeichnend.<sup>577</sup> All das schuf eine Kultur des Temporären mit Merkmalen wie Anspruchsdenken, Entmündigung, erlernte Hilflosigkeit, Lohnegalitarismus, mangelnder Selbsterhaltungstrieb.

Vor diesem Hintergrund entstanden pathologische Erscheinungen (Trunksucht, Diebstahl, Faulenzerei u. dgl.), und es kam zur Bildung einer spezifischen Subkultur, die gekennzeichnet war durch niedriges Arbeitsethos, Diebstähle,

---

576 Hier ein Bericht einer Landwirtschaftsschulabgängerin, die zur Arbeit in ein Staatsgut eingewiesen wurde: „Nachdem ich dem Staatsgut zugeteilt war, habe ich mich ehrlich gesagt geschämt, zu sagen, wo ich arbeite, und wenn ich manchmal etwas bei den Ämtern oder Behörden in der Kreisstadt zu erledigen hatte und nach der Arbeitsstätte (Betrieb) gefragt wurde, fiel es mir sehr schwer, das Wort ‚PGR‘ auszusprechen, und der zuständige Beamte lächelte manchmal verächtlich“. Ebenda S. 37 f.

577 Den Mitarbeitern der staatlichen Agrarbetriebe kam ein dichtes Netz von sozialen Absicherungen zugute: billige Betriebswohnungen, Deputate (Milch, Kohle, Kartoffeln, Futtermittel usw.), Betriebskleingärten, Kindergärten, Schulen, Kantinen und Urlaubsreisen, Geldprämien, Verpflegung usw. So waren die Wohnbedingungen der PGR-Mitarbeiter ab den siebziger Jahren besser als die der übrigen Landbewohner (fließend Wasser, Zentralheizung, Gas usw.). Selbst wenn jemand ein „kompletter Faulenzer und Trinker war, ließ ihn das Staatsgut nicht untergehen“ (eigenes Interview mit einem ehemaligen PGR-Mitarbeiter 2006 in Bartoszyce).

Konflikte, gegenseitige Verfeindung, Desintegration, Bedrohungsgefühl und Alkoholkonsum als vorherrschende Freizeitbeschäftigung und fester Bestandteil der Geselligkeit.<sup>578</sup> Nach dem Willen der Machthaber sollten die Staatsgüter eine Synthese der Arbeiter- und Bauernkultur sein. In Wirklichkeit bildeten sie, zwischen Stadt und Land in der Schwebelage, eine Zivilisationsform sowohl ohne städtische Initiative als auch ohne die ländliche Verwurzelung in der lokalen Gemeinschaft, in der Tradition. Unter anderem deswegen wurde der „Archipel PGR“ zum Vorzeigepfeiler der Reformen.

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus kündigte das Ende der „Staatsgüter-Welt“ an. Statt diesen Wirtschaftssektor Schritt für Schritt umzustrukturieren, beschloss die Politik dessen rasche Abwicklung, ohne sich um die sozioökonomischen Folgen und die künftige Lebenssituation der PGR-Mitarbeiter und ihrer Familien in den ehemaligen PGR-Wohnsiedlungen zu bekümmern.

Danuta Tomaszewska führt aus, dass die Abwicklung der staatlichen Agrarbetriebe innerhalb von knapp 4-5 Jahren (1989-1993) durchgeführt wurde.

Sie unterscheidet drei Hauptphasen dieses Prozesses:

1. Nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Prinzipien im Jahr 1989 bekamen die Staatsgüter ihre bisherigen Zuschüsse nicht mehr. Es erwies sich, dass 80 % von ihnen unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen nicht lebensfähig sind (Überbeschäftigung, enorme wohnwirtschaftliche Kosten usw.).
2. In die Jahre 1990-1992 fällt der wirtschaftliche Ruin der staatlichen und genossenschaftlichen Agrarbetriebe. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Staatsgüter verschlechterte sich massiv, die Produktion ging zurück, die Verschuldung nahm rapide zu, die meisten Mitarbeiter wurden entlassen oder frühzeitig pensioniert bzw. verrentet;
3. In den Jahren 1992-1993 erfolgte die Abwicklung der Staatsgüter. Die zum 1. Januar 1992 gebildete Anstalt für Fiskalisches Agrareigentum (AWRSP) übernahm den Besitz der einzelnen Staatsgüter und überführte ihn in den Besitz des Fiskus; die Eigentumsübergänge dauern bis heute an.<sup>579</sup>

---

578 E. Tarkowska, *Ubóstwo...*, S. 96. Vgl. auch: E. Szpak, *Między osiedlem a zagrodą...*; W. Dzun, *Warunki pracy i życia w PGR*, Warszawa 1987; M. Ignar, *Pracownicy państwowych gospodarstw rolnych*, Warszawa 1975; L. Masiukiewicz, *Problemy społeczno-zawodowe robotników PGR*, Warszawa 1981; D. Mycielska, *Problemy życia w PGR-ach*, Warszawa 1965; Z. Piotrowski, *Spoleczność Państwowych Gospodarstw Rolnych*, Koszalin 1973; K. Ratajczak, *Problemy zatrudnienia i plac w PGR*, Warszawa 1963.

579 Den Beschluss zur Auflösung der Staatsgüter fasste der Sejm am 19. April 1991. Vgl. D. Tomaszewska, *Przestrzenne aspekty sytuacji życiowej mieszkańców osiedli popegeerowskich – ujęcie typologiczne*, in: *Mieszkańcy osiedli byłych pegeerów o swojej sytuacji życiowej. Raport z badań*, pod red. Z. Kawczyńskiej-Butrym, Olsztyn 2007, S. 116.

In den etwa 100 staatlichen Agrarunternehmen und -kombinaten im Gebiet der heutigen Woiwodschaft Ermland-Masuren arbeiteten ca. 65 000 Menschen<sup>580</sup> (1989 waren in der Woiwodschaft Olsztyn in den Grenzen von 1976 24 000 Personen beschäftigt).<sup>581</sup> Diese Zahl sank in den Jahren 1990-1991 durch Entlassungen oder Frühpensionierungen bzw. -verrentungen um etwa 45 000 Personen. Weitere 10 000 Personen wurden in den Jahren 1991-1992 entlassen. Im Jahr 2000 waren bei den Pächtern, Käufern und von der AWRSP verwalteten Betrieben nur noch etwa 9 500 ehemalige PGR-Mitarbeiter angestellt. Etwa 8 000-11 000 Personen waren arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosigkeit unter den Familienangehörigen der früheren PGR-Mitarbeiter war deutlich höher und betrug in kleinen Siedlungen zwischen 60 und 90 %; den niedrigsten Wert erreichte sie in großen Siedlungen, wo sie zwischen 20 und 30 % schwankte. Die Gesamtzahl der früheren PGR-Mitarbeiter und ihrer Familienangehörigen wurde 2001 in der Woiwodschaft Ermland-Masuren auf 250 000 bis 400 000 geschätzt.<sup>582</sup>

Arbeitslose Mitarbeiter der früheren Staatsgüter machen nur einen Teil der Arbeitslosen auf dem Lande aus (im Norden Polens wurde die Arbeitslosigkeit unter ehemaligen PGR-Mitarbeitern 1996 auf 41,4 % geschätzt).

Das Woiwodschaftsarbeitsamt Olsztyn teilte 2003 mit, dass die Arbeitslosenzahl im ländlichen Raum 82 000 Personen betrug; 2004 fiel sie auf 79 600. Darunter waren ca. 30 000 ehemalige PGR-Mitarbeiter. Bei deren Arbeitslosigkeit handelt es sich meistens um „Familienarbeitslosigkeit“, weil von ihr in der Regel alle erwachsenen Haushaltsmitglieder betroffen sind.<sup>583</sup>

Das Syndrom der erlernten Hilflosigkeit, die allumfassende Abhängigkeit vom früheren Arbeitgeber, die Abgrenzung gegenüber der Außenwelt und die geographische Lage der Siedlungen (fernab von Hauptstraßen und größeren Städten, Verkehrsschwierigkeiten usw.) sind die Hauptursachen dafür, dass der Untergang der staatlichen Agrarbetriebe besonders drastische und weitreichende wirtschaftliche, soziale und psychische Auswirkungen für die ehemaligen PGR-Angehörigen hatte.<sup>584</sup>

---

580 Ebenda, Aneksy, S. 181.

581 M. Skurpska, *Bezrobocie agrarne w woj. olsztyńskim. Aktywizacja zawodowa bezrobotnych zamieszkujących na wsi*, in: *Rynek pracy a edukacja*, Olsztyn 1995, S. 111.

582 *Mieszkańcy osiedli byłych pegeerów o swojej sytuacji życiowej*, pod red. Z. Kawczyńskiej-Butrym, Olsztyn 2007, S. 181.

583 Marks-Bielska, *Przekształcenia w rolnictwie i gospodarce na obszarach wiejskich*, in: *Warmia i Mazury w obliczu przemian cywilizacyjnych. 15 lat przekształceń gospodarczych i społecznych 1990-2005*, Olsztyn 2006, S. 109 f.

584 Ebenda S. 108. Vgl. auch: K. Łapińska-Tyszka, B. Perepeczko, *Bezrobocie wiejskie i bieda rolnicza jako kluczowe przyczyny ubóstwa na wsi* und A. Karwacki, *Marginalizacja środowisk popegeerowskich w Polsce. Społeczno-kulturowe konsekwencje uwikłania w biedę jako wyzwanie dla polityki społecznej*. Beide Beiträge erschienen in der Arbeit

Die Folgen dieses Zustands werden von Tarkowska folgendermaßen charakterisiert: „Durch die Stilllegung der Staatsgüter verloren deren ehemaligen Mitarbeiter nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch viele lebenswichtige Annehmlichkeiten und Vorzüge. Weil ein Staatsgut nicht nur Arbeitgeber war, sondern zugleich ein besonderes soziales und kulturelles Milieu bildete, bekamen die dort Arbeitenden und Lebenden dessen Abwicklung besonders zu spüren. Sie standen plötzlich nicht nur ohne Arbeit und Geld da (was bei ihrer niedrigen Qualifikation besonders dramatisch war); es brach auch ihre bisherige Lebensweise zusammen, ja man kann sagen, es verschwand ihre ganze vertraute und sichere Welt. Sie standen einfachsten Alltagsdingen hilflos gegenüber, ohne Arbeit, kostenfreie Wohnung und Zuverdienstmöglichkeiten und von der Außenwelt – im Wortsinn – abgeschnitten, da es keinen PGR-eigenen Transport mehr gab. Anpassungsstrategien, Gewohnheiten und Haltungen, die sich in langjähriger Arbeit auf den Staatsgütern entwickelt hatten, erwiesen sich unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen als unnützlich und dysfunktional.“<sup>585</sup>

In eine besonders heikle Lage gerieten auch Landwirtschaftsschulabgänger und Jugendliche aus dem Ex-PGR-Milieu, denen die Möglichkeit zur Erstanstellung in den „verschwindenden“ Staatsgütern abhanden kam.

Soziologische Untersuchungen in den PGR-Milieus in Ermland und Masurien weisen eine dauerhafte sozioökonomische Marginalisierung nach, die meist aus der „Familienarbeitslosigkeit“ resultiert. Diese führt zur Herausbildung einer Kategorie überflüssiger Menschen (Unterklasse), die „an die Ex-PGR-Siedlungen quasi angeschweißt sind“. Sie leben in Dauerarmut und verurteilen somit ihre Kinder zur sog. Armutsvererbung.<sup>586</sup> Diese Menschen sind von Apathie und Verzögerung befallen. Sich aus diesem „Teufelskreis“ zu befreien, ist grundsätzlich möglich durch den Wegzug aus dem bisherigen Wohnort, wozu sich vor allem junge Menschen entschließen. Lidia Domańskas Untersuchungen zeigen, dass der Lebensbedarf der arbeitslos gewordenen PGR-Mitarbeiter in geringem Grad befriedigt wird. Auf die Frage „Wofür reicht das Geld?“ antworten 68,5 %: es

---

*Współczesne społeczeństwo polskie*, pod red. Suchockiej, Poznań 2007, S. 137-152 und 159-166.

585 E. Tarkowska, *Ubóstwo...*, S. 98 f. Im Jahr 1992 übernahm die Anstalt für Fiskalisches Agrareigentum AWRSP 42 700 Betriebswohnungen hauptsächlich in den ehemaligen PGR-Siedlungen. Die meisten wurden bis 2001 an die Mieter verkauft. Am wenigsten (ca. 70 %) wechselten im Landkreis Bartoszyce den Besitzer. *Mieszkańcy osiedli...*, S. 181. Vgl. auch: Marks-Bielska, Kisiel, J. Danilczuk, *Dzierżwa jako podstawowa forma zagospodarowania popegeerowskiego mienia*, Olsztyn 2006.

586 Dies bestätigen eigene Untersuchungen 2005 in der Ex-PGR-Gemeinschaft in der Gemeinde Purda. Auf die Frage, was sie werden möchten, antworteten Kinder: „arbeitslos oder Rentner wie unsere Eltern, die zu Hause sitzen und fernsehen“.

„reicht nicht für Lebensmittel“.<sup>587</sup> Luba Sołoma hat ermittelt, dass 60,3 % der Befragten als „Dinge die ihnen Kopfzerbrechen bereiten“ nannten: wovon Essen und Kleidung kaufen; 54,3 % beschäftigte, wovon sie Medikamente bezahlen sollen, 40,5 % wie sie Schulden oder ein Darlehen zurückzahlen sollen, und 32,2 % wovon sie Schulbücher und -hefte für ihre Kinder bezahlen sollen.<sup>588</sup> Andere Untersuchungen charakterisieren Armut als „Ergebnis äußerst beschränkter Möglichkeiten zur Stillung des Lebensbedarfs“.<sup>589</sup> Alicja Dmuchowskas Untersuchungen haben ergeben, dass nicht weniger als 78 % der befragten Ex-PGR-Familien das ganze Einkommen für Lebensmitteln verwenden. Andere Einkäufe außer Lebensmitteln können sich nur 12 % der untersuchten Familien erlauben. Das größte Problem, das das Familienleben aus den Fugen bringt, ist der Alkohol; er war ein charakteristischer Bestandteil der Subkultur der Staatsgüter und ist es nach deren Untergang bis heute geblieben.

Der meistfrequentierte Ort in den Ex-PGR-Siedlungen sind die Gemischtwarenläden, in denen Alkohol Verkaufsschlager ist. Es trinken ihn alle, egal welchen Alters oder Geschlechts. So misslich die materielle Lage der Einwohner in den untersuchten Ortschaften ist – der Alkohol verschlingt einen Großteil des Familienetats.

Diebstähle, Nachbarschafts- und Familienstreitigkeiten sowie gegenseitige Feindschaft sind Nachwirkungen der Staatsgüter und auch Effekt der durch Wirtschaftsreformen und gesellschaftlichen Wandel verursachten Hilflosigkeit dieser Menschen im Alltag. Die Zahl der erfassten Straftaten nimmt zu, obwohl die untersuchten Orte nicht stark besiedelt sind (Vergleich der Anzahl von Delikten und Ordnungswidrigkeiten in den Jahren 1997-1999). Dieses Fazit lässt sich auf das ganze Ex-PGR-Milieu verallgemeinern.<sup>590</sup>

Aus dieser Sicht besonders schwierig ist die Lage der Kinder und Jugendlichen, deren Los es ist, im „Teufelskreis“ eingeschlossen zu sein: „Das Beste war

587 L. Domańska, *Deprywacja potrzeb byłych pracowników państwowych przedsiębiorstw gospodarki rolnej*, Toruń 2003, S. 142.

588 L. Sołoma, *Aspiracje pracowników byłych PGR w zakresie edukacji dzieci*, in: *Mieszkańcy osiedli byłych pegeerów o swojej sytuacji życiowej. Raport z badań*, pod red. Z. Kawczyńskiej-Butrym, Olsztyn 2007, S. 65.

589 G. Zabłocki, H. Sobczak, E. Piszczak, M. Kwiecińska, *Ubóstwo na terenach wiejskich...*, S. 59-85. Vgl. auch: E. Tarkowska, *Koniec popegeerowskiego świata w wypowiedziach byłych pracowników PGR-u Owczary*, in: *Lata tłuste, lata chude. Spojrzenie na biedę w społecznościach lokalnych*, pod red. K. Korzeniewskiej, E. Tarkowskiej, Warszawa 2002, S. 83-104.

590 A. Dmuchowska, *Patologie społeczne w rodzinach zamieszkujących tereny byłych PGR-ów*, Olsztyn 2000 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 72. Vgl. auch: A. Kiersztyn, *Czy bieda czyni złodzieja? Związki między bezrobociem, ubóstwem a przestępczością*, Warszawa 2007.

wohl, dass jeder Arbeit hatte. Also, das war sicher das Beste. Jetzt sitzt ja jeder zu Hause, die Leute haben einfach kein Geld. Für mich war das eine sehr gute Zeit, mein Vater hat gearbeitet, meine Mutter, wir hatten immer Geld... Kann ja sein, dass es nicht immer ums Geld geht... Ich meine die Männer. Die hatten was zu tun... jetzt ist es eigentlich so, dass sie sehr viel trinken.<sup>591</sup>

Die in Jahren gewachsene „Armutskultur“, die mit der Festlegung auf den Wohnort, gar dem „Gefangensein im lokalen Raum“<sup>592</sup> einhergeht, führt nicht nur zur Ausgrenzung und Marginalisierung der Ex-PGR-Gemeinschaft, sondern macht es ihr infolge der Desintegration unmöglich, eigene Interessen zu artikulieren. Diese Gruppe nimmt nicht am gesellschaftlichen Leben teil und wird auch „im gesellschaftlichen Bewusstsein an den Rand gedrängt“. Ihr tragisches Schicksal ist nicht Gegenstand politischer Bemühungen noch des öffentlichen Interesses.<sup>593</sup> Nicht unerheblich ist auch, dass viele Gebäude in den Ex-PGR-Siedlungen zu Ruinen geworden oder völlig verwüstet sind. Ähnlich sieht es auch im Memelland und im Kaliningrader Gebiet aus.

Bei den Jugendlichen aus dem Ex-PGR-Milieu in Ermland und Masuren lassen sich mehrere Lebensstrategien ausmachen. Die erste sieht vor, an Ort und Stelle zu bleiben. Das braucht nicht den Verzicht auf Bildungsehrgeiz oder auf Arbeitssuche in Heimatort, -gemeinde oder -landkreis zu bedeuten. In Anbetracht der strukturellen Arbeitslosigkeit und des eingeschränkten Arbeitsmarktes sind viele Jugendliche zu einem „Lebensfehlstart“ verurteilt. Viele junge Menschen reproduzieren die Lebensvorbilder ihrer Eltern, auch die pathologischen. Aus dieser Gruppe stammt eine beachtliche Zahl derer, die vom kleinen Grenzhandel oder auch Schmuggel aus dem Kaliningrader Gebiet leben („Ameisen“). Diesem Gewerbe gehen nicht selten ganze Familien und viele Einwohner der Grenzorte nach. Schätzungsweise bestreiten mehrere Tausend Menschen den Lebensunter-

---

591 Zit. nach: E. Tarkowska i K. Korzeniowska, *Młodzież z byłych PGR-ów. Raport z badań*, Warszawa 2002, S. 25. Vgl. auch: *Ludzie i ziemia po upadku pegeerów. Analiza socjologiczna i ekonomiczna*, pod red. K. Korab, Warszawa 1997; M. Gładkowska, *Stosunek bezrobotnych byłych pracowników PGR do integracji z Unią Europejską*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

592 E. Tarkowska, *Ubóstwo...*, S. 101.

593 Auf Interesse stoßen dagegen Anregungen wie die zur Schaffung von PGR-Museen in der Gemeinde Świątajno in Masuren (Vgl. J. Wyganowski, *Ku pamięci potomności. Muzeum PGR-ów*, in: *Trybuna* vom 6.-7.10.2007, S. 11) oder in Bolegorzyn bei Czaplnek in der Woiwodschaft Westpommern (Vgl. M. Adamska, *PGR przyszłością wsi. Jeśli Muzeum PGR-u się rozwinie, to może i Bolegorzyn rozkwitnie na nowo*, in: *Gazeta Wyborec* vom 26.03.2008, S. 14). Vgl. auch: D. Lepianka, *Polacy a biedacy – społeczny obraz ubóstwa i stosunek społeczeństwa polskiego do osób ubogich*, in: *Przeciw biedzie. Programy, pomysły, inicjatywy*, pod red. E. Tarkowskiej, Warszawa 2002, S. 54-76; *Kobiety i ich rodziny w osiedlach byłych pegeerów. Raport*, pod red. Z. Kawczyńskiej-Butrym, Olsztyn 2004.

halt ihrer Familien aus dem Alkohol- und Zigarettenhandel. Für die Dorfbewohner in den Grenzregionen ist der illegale Warenaustausch mit dem Ausland oft die einzige Einkommensquelle.<sup>594</sup> Auch sind oft polnische Zoll- und Grenzschutzbeamte involviert.<sup>595</sup> In den Jahren 1998-2001 kam es zu einem beachtlichen Anstieg der Steuerstrafverfahren wegen Zollvergehen.<sup>596</sup> Dies Gewerbe vertieft die Marginalisierung und Pathologisierung der Dorfgemeinschaften.

Eine andere Überlebensstrategie beim Fehlen fester Arbeit vor Ort ist halb- oder ungesetzliche Beschäftigung. Auftragsleistungen oder Schwarzarbeit sind oft die Norm.<sup>597</sup> Diese Situation hält trotz des Wirtschaftswachstums an.<sup>598</sup> Für

- 
- 594 Davon zeugen unter anderem die Feldforschungen 2006-2008 des deutschen Soziologen Mathias Wagner im grenznahen Sępopol und 2002-2003 des Verfassers in Bartoszyce. M. Wagner, *Der tolerierte Schmuggler*, in: *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik* 71 (2010), S. 47-56. Vgl. auch: einschlägige Untersuchungen von Dariusz Wojakowski in Braniewo (*Strategie i obcość na pograniczu – strategie interpretacyjne granic grup społecznych*) und von Monika Trojanowska-Strzęboszewska in Braniewo und Bartoszyce (*Granica z Obwodem kaliningradzkim z perspektywy społecznej Braniewa i Bartoszyce. Trzy Horyzonty czasowe*), beide veröffentlicht in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, pod red. J. Kurczewskiej, H. Bojar, Warszawa 2005, S. 37-66 und 319. Viel Interessantes zur Stellung des Grenzübergangs im Leben der lokalen Gemeinschaft am Beispiel Goldap enthält die Arbeit *Spoleczność na granicy. Zasoby mikroregionu Goldap i mechanizmy ich wykorzystania*, pod red. W. Łukowskiego, H. Bojar, B. Jałowickiego, Warszawa 2009. Vgl. besonders: E. Matejko, *Rola przejścia granicznego Goldap-Gusiew w życiu goldapskiej społeczności lokalnej* (S. 105-136).
- 595 Vgl. *Przemycali auta do Rosji. Pogranicznicy czekają na wyrok*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 29.-30.06.2002, S. 4; *Braniewo. Straszą celników*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 29.06.2006, S. 4; *Przemyt mięsa do Kaliningradu*, in: *Rzeczpospolita* vom 21.-22.07.2007, S. B2; von den Missständen zeugt auch die starke Fluktuation beim Grenzschutz.
- 596 1998 waren es 539, im Jahr darauf 669, 2000 stieg die Zahl auf 1 650, 2001 auf 1 919. Dieser Anstieg ist auf die grenzüberschreitende Kleinkriminalität zurückzuführen. Vgl. K. Lachowski, *Przestępstwa celne w obrocie towarowym i osobowym z Obwodem Kaliningradzkim w latach 1997-2001*, Olsztyn 2002 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 49.
- 597 Nach offiziellen Schätzungen des Arbeitsministeriums ist es möglich, dass nicht weniger als 10 % aller Beschäftigten (es sind sogar 1,3 Millionen Menschen) in Polen illegal arbeiten. Dabei ziehen der Staatshaushalt und die Sozialversicherungsanstalt (ZUS) den Kürzeren. *Gazeta Wyborcza* vom 14.05.2008, S. 30. Im Jahr 2008 hat die Regierung eine Reform des Arbeitslosengeldsystems ausgearbeitet, wonach derjenige, der ein Arbeits- oder Berufsschulungsangebot ablehnt, des Arbeitslosenstatus für vier bis zehn Monate verlustig gehen soll. Im April 2008 betrug die Arbeitslosenquote in Polen 10,5 %. In den Arbeitsämtern waren 1,6 Millionen Arbeitslose registriert. K. Pawłowska-Salińska, *Pomysł na bezrobocie? Wyższe zasilki, ale stopniowo malejące i zupełnie nowy system szkoleń*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.05.2008, S. 7.
- 598 Die Inflationsrate schwankte zwischen 0,6 % im Januar 2006 und 4 % im April 2008. Ein gegensätzlicher Trend war in Litauen, Lettland und Estland zu beobachten. Im ersten

einen Teil der Menschen hauptsächlich mittleren oder höheren Alters und alleinerziehende Mütter sind Saisonarbeit (u. a. in der Landwirtschaft oder dem Fremdenverkehr, z. B. als Küchenhilfe), das Sammeln von Waldfrüchten (Pilzen, Blau- und anderen Beeren, Schnecken, Kräutern usw.) oder die Wilddieberei (Fische, Waldtiere) eine Chance, etwas dazuzuverdienen oder überhaupt zu überleben. Wer in der Nähe von Wäldern lebt, betreibt häufig illegal oder halblegal „Selbstversorgung“ mit Brennholz. In den Städten gehört dazu das Sammeln von Altmetall, Altpapier oder Flaschen.

Viele dieser „Arbeiten“ werden von Kindern und Jugendlichen verrichtet. Ein häufiger Anblick in der Hochsaison sind Kinder, die am Straßenrand stehen und Blaubeeren oder Pilze verkaufen. Die Tatkräftigeren züchten Geflügel, Kaninchen oder sonstige Tiere, bauen Gemüse an usw. In den ländlichen Gemeinschaften herrscht die Überzeugung, „auf dem Land ist noch niemand verhungert. Wer nichts hat, dem helfen andere, und sei es fürs Abarbeiten.“

In einer besonders schwierigen Lage sind kinderreiche Familien. Wird das Familienoberhaupt arbeitslos, werden sie fast zwangsläufig marginalisiert. Im Jahr 2004 machten die Arbeitslosen im ländlichen Raum 48,3 % (78 247 Personen) aller Arbeitslosen (2005: 50,8 %) aus, die meisten lebten in den Landkreisen Bartoszyce (76,8 %) und Elbląg (72,8 %). Am kleinsten (wenn auch nach wie vor sehr hoch) war der Anteil in den Landkreisen Lidzbark Warmiński (44,5 %) und Pisz (44,7 %). Die größten Gruppen arbeitsloser Jugendlicher (bis 24 Jahre) lebten (insgesamt 38 135 Personen) in den Landkreisen Nowe Miasto (28,3 %), Nidzica (27,9 %) und Szczytno (27,2 %).<sup>599</sup> 82,2 % der Arbeitslosen in der Region hatten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.<sup>600</sup>

Das ist ein großes Problem, denn in der Region lebt landesweit die größte Gruppe der Leistungsberechtigten (umgerechnet auf zehn Einwohner). Bei der Eröffnung der 10. Ermländisch-Masurischen Familientage 2008, die unter dem Motto „Familie. Integration. Menschheit“ standen, führte Woiwodschaftsmarschall Jacek Protas aus: „Die Besonderheiten unserer Woiwodschaft, Multinationalismus und Multikulturalismus, die Notwendigkeit, mehrjährige Wirtschaftsrückstände aufzuholen, das Erbe der Staatsgüter – all das führt dazu, dass es bei uns immer wieder Familien gibt, die Integration, Hilfe und Unterstützung benötigen.“

---

Jahresquartal 2007 legte das litauische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode um 8,1 % zu, während die Inflation in Litauen im ersten Jahresquartal 2008 das Rekordhoch von 11,7 % erreichte. *Gazeta Wyborcza* vom 13.05.2008, S. 28.

599 *Informacja o sytuacji na wojewódzkim rynku pracy w okresie styczeń-maj 2004 roku*, Olsztyn 2004, S. 4.

600 *Ebenda*, 15; P. Smoleński, *Polska wieś. Nie ma bocianów w Elgnowku*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 22.-23.05.2010, S. 21.

Zu den Hauptanliegen der Woiwodschaftsverwaltung gehören „multikultureller Dialog, Kooperation, Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir werden alles tun, damit unsere ausgebildete Jugend auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen unser Land nicht verlässt.“<sup>601</sup>

Bevor es so weit ist, verfolgen viele junge Menschen aus der Region eine andere Lebensstrategie: die der Migration. Diese Strategie äußert sich in der sozialen Mobilität innerhalb der Woiwodschaft und des Landes oder in der Arbeitsmigration ins Ausland. Man kann von einer gewissen „Wanderungshierarchie“ sprechen. Wer sich für den Wohnortwechsel entscheidet, weil er Aussicht auf Arbeit oder eine bessere Stelle hat, zieht in die Kreisstadt oder nach Olsztyn, der Regionalhauptstadt. Die nächste Stufe dieser „Migrationsleiter“ ist der „Umzug wegen Arbeit“ nach Warschau, das den größten Arbeitsmarkt und die besten Verdienstmöglichkeiten in Polen bietet. Andere entscheiden sich zur Auswanderung nach Großbritannien, Irland, Deutschland oder anderen westeuropäischen Staaten. In den Jahren 2007-2010 lebten etwa zwei Millionen Arbeitsmigranten außerhalb Polens. Die einen nutzen die „Zwischenstufen“, während andere direkt von ihrem Wohnsitz ins Ausland gehen.

Wanderungen ganzer Familien sind die Ausnahme, kommen aber vor. Die Einwohner des Dorfes Stare Juchy bei Ełk haben durch Zufall den Anblick von Gletschern lieben gelernt. Einer von ihnen hatte Isländern auf Polenreise das Auto reparieren helfen. Sie luden ihn zu sich ein. Erst fand sich Arbeit für ihn, dann für seine Familie, anschließend für die Nachbarn. Nach einigen Jahren waren 40 Familien auf die Insel umgezogen.<sup>602</sup>

Abwanderung aus der Region und ins Ausland um der Arbeit willen bewirkt zwar einen Rückgang der absoluten Arbeitslosenzahl, löst aber das Problem der Arbeitslosigkeit nicht (eine Ausnahme bildet diesbezüglich Olsztyn, wo die Arbeitslosenquote im Jahr 2008 4,5 % betrug).<sup>603</sup>

---

601 *Ciągle w regionie są rodziny, którym trzeba pomagać*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 16.05.2008, S. 5.

602 J. Fudala, *Świat zaginionego rekina. Emigracja. Polacy są najliczniejszą mniejszością narodową w Islandii*, in: *Newsweek* vom 27.05.2007, S. 56-59.

603 Zu den Auswirkungen der Auswanderung auf die Lage am polnischen Arbeitsmarkt vgl.: A. Sakson, *Problemy migracji zarobkowej w Polsce*, in: *Transformacja w Polsce i w Niemczech Wschodnich. Próba bilansu*, pod red. A. Saksona, Poznań 2009; ders., *Migracje – fenomen XX i XXI wieku*, in: *Przegląd Zachodni* 2 (2008), S. 11-20. Vgl. auch: J. Czapiński, *Adaptacja Polaków do zmiany społecznej: dla kogo III Rzeczpospolita okazała się matką, dla kogo zaś – macochą*, in: *Reformy społeczne. Bilans dekady*, pod red. M. Rymczy, Warszawa 2004, S. 261-286. Der Autor weist nach, dass die Lebensqualität in der Woiwodschaft Ermland-Masuren im Jahr 2003 mit die niedrigste in Polen war. Die Region belegte mit dem Wert -6 (auf einer Skala von -16 bis +16) den vorletzten Platz in der Rangliste aller Woiwodschaften. nach ihr kommt nur noch die Woiwodschaft Lebus. (S. 284)

In ihrer Studie *Warmia i Mazury. Społeczne skutki migracji* [Ermland und Masuren. Soziale Wanderungsfolgen] von 2007 schreibt Bożena Domagała: „Statistiken belegen, dass die Wanderungsbilanz seit Beginn des 21. Jahrhunderts stark negativ war, was bedeutet, dass mehr Menschen die Region verlassen haben, als zugezogen sind. Ermland und Masuren werden zum Bevölkerungsreservoir für andere Regionen. Im Jahr 2001 war der Migrationssaldo negativ und betrug 2 461 Personen, 2002 waren es 3 030, 2003 2 183, 2004 2 518. Vom gesamten negativen Wanderungssaldo im Jahr 2004, der in der Woiwodschaft –2 518 betrug, entfielen auf den ländlichen Raum –524, auf die Städte –1 994. Somit wandern die Menschen sowohl aus den Dörfern als auch aus den Städten der Woiwodschaft ab, wenn auch natürlich nicht in gleichem Maße. Die derzeitige Lage scheint darauf hinauszulaufen, dass das Wanderungsreservoir der Dörfer nicht mehr groß ist; deutlich mehr Menschen wandern aus kleinen und mittelgroßen Städten der Region ab. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, dass sich der negative Migrationssaldo der Städte erst seit 1999 abzeichnet. 1998 war er noch positiv und betrug 1 434 Personen, 1999 dann negativ (–57 Personen), und 2004 sank er bereits auf –1 994 Personen.

Der negative Wanderungssaldo in den Städten ist neu in der Geschichte der Region und scheint mehrere Ursachen zu haben. Erstens ist da die Rückwanderung junger Männer aus den Städten aufs Land. Sie betrifft Jugendliche, die nach dem Schulabschluss in den Städten keine Beschäftigung finden, ebenso wie Männer, die ihre Arbeit verloren haben. Jedoch ist das nicht die einzige Ursache der negativen Wanderungsbilanz in den Städten, da nach wie vor Land-Stadt-Migration stattfindet. Sie kann aber den Haupttrend nicht mehr abfangen, und zwar die Massenabwanderung jugendlicher Städter aus der Region. Im Endeffekt entwickeln sich die Städte nicht mehr so dynamisch wie in den siebziger oder zu Beginn der achtziger Jahre, viele erleben gar einen demographischen Stillstand. Zweitens verweisen die Stadtverwaltungen auf den ungünstigen Charakter der Migration. Denn sie erfasst jetzt in erster Linie junge Menschen, noch dazu die besser gebildeten. Dieser sog. Braindrain kann zu einem Hemmschuh für die Stadtentwicklung in der Region werden, nicht nur der Klein-, sondern auch der Mittelstädte, nämlich der Kreisstädte. Eine negative Wanderungsbilanz hatten 2001: Braniewo –114, Działdowo –40, Giżycko –25, Iława –4, Kętrzyn –42, Nidzica –77, Nowe Miasto Lubawskie –35, Gołdap –71, Olecko –42, Pisz –33, Szczytno –105.<sup>604</sup>

Wojciech Łukowski, der ebenfalls den sozialen Wandel in Ermland und Masuren erforscht, führt in seinem Artikel *Pustoszeją polskie miasteczka* [Polnische Kleinstädte leeren sich] unter anderem aus: „Der Rückgang der Bevölkerungszahl scheint unabwendbar. Man schätzt, dass in Giżycko mit seinen 31 000 Einwoh-

---

604 B. Domagała, *Warmia i Mazury. Społeczne skutki migracji*, Olsztyn 2007 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 4.

nern im Jahr 2009 ein Drittel weniger Schüler die Grundschulen besuchen wird als heute.

(...) Bereits in den neunziger Jahren wurden Abwanderungen zum festen Bestandteil der Soziallandschaft in der Region und betrafen gar bis zu 30 Prozent aller Einwohner im Erwerbsalter. Die Bewegung in den offiziellen Meldestatistiken war indes minimal. Im bereits erwähnten Giżycko hielten sich laut der letzten Volkszählung 29 000 von den nominell 31 000 Einwohnern auf. Dr. Ewa Glińska von der Technischen Universität Białystok, die eine repräsentative Einwohnerstichprobe von Zambrów untersuchte, stellte die Abwesenheit von mindestens 25 Prozent der Einwohner fest. Wie lassen sich diese Diskrepanzen erklären? Zahlreich sind Saison- oder Pendelwanderungen, so dass die Betroffenen formell noch an ihrem festen Wohnsitz anwesend sind.

Die überwiegende Mehrheit der Migranten bleibt auch in den Aufnahmeländern ‚unsichtbar‘. Um die Aufenthaltskosten zu minimieren, haben die Polen gelernt, sich in eine Grauzone zu begeben. Um Behörden wie das Finanzamt machen sie einen großen Bogen.<sup>605</sup>

Laut dem statistischen Jahrbuch *Województwo Warmińsko-Mazurskie w 1998 r.* (Die Woiwodschaft Ermland-Masuren 1998), herausgegeben vom Statistischen Amt Olsztyn, sind 1998 insgesamt 21 499 Menschen aus der Woiwodschaft abgewandert: in Städte 12 735, auf das Land 8 114; ausgewandert sind nur 650 Personen (491 aus Städten, 159 aus dem ländlichen Raum). Letztere Daten zeigen, dass Wanderungsbewegungen von den offiziellen Statistiken nicht erfasst werden. 1990 sind nach diesen Angaben 1 227 Personen aus der Woiwodschaft ausgewandert, 1995 749 (davon 342 Männer und 407 Frauen). Die Wanderungsbilanz der Region belief sich 1998 auf –1 879 Personen (19 620 Zuzüge, davon 8 991 aus Städten, 10 332 vom Land und 2 972 aus dem Ausland). Im Jahr 2008 betrug der Wanderungssaldo der Woiwodschaft Ermland-Masuren –2 360 Personen und gehörte zu den höchsten in Polen (höhere verzeichneten lediglich die Woiwodschaften Schlesien –2 917 und Lublin –4 118).<sup>606</sup> Er ist sicher höher, denn es muss die nicht erfasste Auswanderung hinzuaddiert werden.

Demographischen Prognosen zufolge wird die Einwohnerzahl in Ermland und Masuren bis 2030 um etwa 80 000 sinken (auf 94 % des Niveaus von 2002). Der Anteil der Bevölkerung im Vorerwerbs- und Erwerbsalter zurückgehen, die Zahl der Menschen im Nacherwerbsalter sich dafür fast verdoppeln. Man muss also mit der Möglichkeit einer Entvölkerung rechnen, die nicht nur dem ländlichen Raum

605 W. Łukowski, *Pustoszeją polskie miasteczka*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 2.02.2005, S. 17. Vgl. auch: W. Urbanik, *Bezrobocie i zatrudnienie w małym mieście. Socjologiczne studium zachowań bezrobotnych*, Szczecin 2003, S. 68-81.

606 *Województwo Warmińsko-Mazurskie w 1998*, Olsztyn 1999, S. 115 f; *Rzeczpospolita* vom 5.06.2009, S. B4.

droht, sondern auch den Städten, auch den Kreisstädten.<sup>607</sup> Aus heutiger Sicht lässt sich sagen, dass Grzegorz Gorzelaks Diagnose zutreffend ist; dieser schrieb im Jahr 2001: „Die nördlichen Regionen, die sich in der Anfangsphase der polnischen Reformen durch den Untergang der unrentablen Staatsgüter in einer besonders schwierigen Lage befanden, scheinen nun die Rezession zu überwinden. Es besteht kaum Aussicht, die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit zu senken, denn sie resultiert aus der fehlenden Anpassung der heutigen Arbeitslosen (hauptsächlich ehemaliger Landarbeiter) an die Anforderungen des modernen Arbeitsmarktes. Ein Teil dieser Gebiete (Küste und Seenplatte) hat Aussicht auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs, der hier zum wichtigsten Wirtschaftszweig avancieren wird, die übrigen werden eine Entvölkerung erleben, die befördert wird durch den Einsatz eines der effektivsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar die Ausbildung junger Einwohner außerhalb ihres Wohnorts.“<sup>608</sup>

### 3.2.2. Wandel lokaler Postmigrationsgemeinschaften

Die Analyse der Spezifika des soziokulturellen Wandels in den postmigrantischen Gesellschaften stellt einen Versuch dar, eine Antwort auf die Frage zu geben, inwieweit Mobilitätsprozesse innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsstruktur zur Entwicklung und Legitimierung bestehender oder gewünschter sozioökonomischer Strukturen beitragen und der Autonomie und Subjektivität Einzelner und bestimmter sozialer Gruppen aufhelfen.

Grundlegend beeinflusst werden die Ausbildung postmigrantischer Gesellschaften und die sich in ihnen vollziehenden soziokulturellen Prozesse durch Verlauf und Typus der sie formenden Migration. Zu unterscheiden sind dabei folgende Merkmale einzelner Wanderungsbewegungen: ob die Migration individuell oder massenhaft geschah, freiwillig oder zwangsweise, von oben organisiert oder spontan, zwecks dauerhafter oder zeitlich befristeter Ansiedlung; ob sie Binnencharakter hatte (innerhalb des Heimatlandes erfolgte) oder kontinentalen (in andere Staaten des gleichen Erdteils), interkontinentalen bzw. überseeischen. Relevant sind auch die Beweggründe: ob die Migration wirtschaftlich, politisch oder religiös motiviert ist oder durch Kriege und deren Folgen, die oft zur Änderung von Staatsgrenzen führen. Nicht unbedeutend ist auch, ob die Migration zum kulturell-zivilisatorischen Auf- oder Abstieg beiträgt, ob sie zum Zerfall der Herkunftsgemeinschaft führt oder sie festigt; inwieweit sie Prozesse des sozialen

---

607 Strategia Rozwoju Społeczno-Gospodarczego..., S. 17.

608 G. Gorzelak, *Przyszłość polskich regionów*, in: *Jaki region? Jaka Polska? Jaka Europa? Studia i szkice socjologiczne*, pod red. M. Szczepańskiego, Katowice 2001, S. 111.

Vakuums bzw. der sozialen Anomie auslöst und wie sie das Schicksal Einzelner oder ganzer lokaler, regionaler und nationaler Gemeinschaften beeinflusst.

Der Versuch, diese Fragen zu beantworten, kann uns das Spezifische der aus Migration hervorgegangenen Gesellschaften aufzeigen. Die Einwanderergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind durch andere historische Prozesse geformt worden als im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts und der heutigen Bundesrepublik, wo ca. sechs Millionen Ausländer leben. Die Einwohnerschaft in Warschau oder Wrocław hat sich nach dem Krieg durch unterschiedliche Migrationstypen herausgebildet. Die sozialen Prozesse in Ermland und Masuren oder in Westpommern waren nicht dieselben.

Der gesellschaftliche Wandel des letzten halben Jahrhunderts in den polnischen West- und Nordgebieten verlief spezifisch. Die heutigen Bewohner dieser Teile Polens bilden eine Postmigrationsgemeinschaft, die sich infolge der Zuwanderung verschiedener Bevölkerungsgruppen herausgebildet hat. Ihr neues Antlitz bestimmten in erster Linie Zuwanderer aus Zentralpolen, aber auch Bewohner der früheren polnischen Ostgebiete und Ukrainer, die der Krieg heimatlos machte. Den Altbewohnern dieser Gebiete, d. h. Deutschen, Masuren und Ermländern, wie auch den Neuankömmlingen war diese Region gleichermaßen fremd: für erstere, weil sie sie fast nicht mehr wiedererkannten, für letztere, weil sie hier noch nicht heimisch geworden sind.

Nach einer allgemeinen Analyse der gesellschaftlichen Prozesse der letzten sechzig Jahren in den West- und Nordgebieten Polens lässt sich feststellen, dass sie eine Besonderheit aufweisen. Charakteristisch für sie ist die im Lauf der Jahrzehnte vollzogene weitgehende Integration der Einwohner dieser Gegenden in die gesamtpolnische Gesellschaft. Dies gilt sowohl für die politische, soziale, sprachliche, konfessionelle als auch für die Bewusstseins-ebene. Diese Gebiete werden von den Bewohnern und der gesamten polnischen Bevölkerung als integraler Teil des Landes mit eigenem Kolorit und Gepräge wahrgenommen. Genauso wie sich die Regionen Podhale und Masowien, Großpolen und Podlachien voneinander unterscheiden, so haben auch das Lebusener Land, Westpommern oder Niederschlesien jeweils ihre Eigenart. Was die Bevölkerung der Nord- und Westgebiete vom Rest des Landes unterscheidet, resultiert daraus, dass es Postmigrationsgemeinschaften sind, in denen sich noch keine ausreichendes Regionalbewusstsein gebildet hat.

Die sich herausbildenden lokalen Gemeinschaften in den West- und Nordgebieten setzen nicht die von den einzelnen Zuwanderergruppen mitgebrachten regionalen Strukturen fort. In dieser Hinsicht stellen sie ein Konglomerat verschiedener regionaler Kulturen dar. Die bis heute in den Lokalgesellschaften andauernden Prozesse wirkten sich unter anderem auf das heutige Antlitz der Dorfgemeinschaften in dieser Region aus. Es scheint ein neuer Dorfgemeinschaftstypus entstanden zu sein: der der westlichen und nördlichen Woiwod-

schaften. Dieser hat eine Reihe neuer Merkmale angenommen, aber auch viele Attribute der ländlichen Kultur eingebüßt. Neben diesen typischen Merkmalen besitzt jede der Lokalgesellschaften auch eigentümliche Merkmale, die aus der unterschiedlichen Zusammensetzung der Zuwandererschaft resultieren. Charakter, Zusammensetzung und Struktur dieses Bevölkerungsgemischs bestimmen das Tempo der Integrationsprozesse in den einzelnen Ortschaften. Darauf hat schon Józef Burszta hingewiesen, als er feststellte, dass sich jede lokale Gemeinschaft in den West- und Nordgebieten auf ihre eigene Art integriert habe.

Der Integrationsverlauf hat wiederum entscheidenden Einfluss auf die Aktivität der jeweiligen lokalen Gemeinschaft in diesen Gebieten.

Aus den soziologischen Untersuchungen geht hervor, dass sich die älteste Zuwanderergeneration deutlich stabilisiert hat, indem sie hier Arbeits- und Wohnort fand, eine Familie gründete, sich an einer Reihe formeller und informeller Gruppen beteiligte. Doch trotzdem kann man die These wagen, dass es subjektiv nicht zu einer Integration gekommen ist. Das ist einer der Hauptgründe für das Fehlen eines ausreichenden Regionalbewusstseins. Insgesamt herrscht in den West- und Nordgebieten Polens die objektive Seite der sozialen Bindung und Integration vor, die sich aus der sozioökonomischen Entwicklung des Landes ableitet. In der subjektiven Dimension reduziert sich die Integration auf das familiäre Umfeld, auf die engsten Nachbarn (lokale Gemeinschaft, in der der Einzelne seine Bedürfnisse am besten verwirklicht).

In den folgenden, bereits in den West- und Nordgebieten geborenen Generationen lassen sich Versuche zur Herausbildung einer neuen regionalen Gemeinschaft beobachten.

Sie betrachten diese Gebiete in der Regel als „ihre eigenen“, als „Heimat“ im subjektiven soziologischen Sinne. Der schwierige Prozess der Regionalgemeinschaftsbildung stößt allerdings auf vielfältige Hindernisse. Dies liegt hauptsächlich an Amorphismus und „Unbestimmtheit“ dieser Postmigrationsgemeinschaften; Anzeichen dessen sind unter anderem:

1. Anfälligkeit für politische Demagogie, was für die erste Hälfte der 1980er Jahre kennzeichnend war. Andererseits lässt sich seit Mitte der neunziger Jahre feststellen, dass Merkmale wie Aktivität, Innovativität und Unternehmergeist zunehmen. Die Bevölkerung der Nord- und Westgebiete ist viel jünger als in den übrigen Regionen Polens. Beides hat zur Folge, dass sich die Postmigrationsgemeinschaften schneller an die neue Situation nach dem Systemwechsel anpassen und empfänglicher für Modernisierungsprozesse sind. Ihre Mitglieder beweisen zugleich größere Befähigung zu Selbsthilfe und Eigenverantwortung. Davon zeugen unter anderem die Ergebnisse des Referendums über Polens Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2003 sowie der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005. Die Einwohner des „wilden Wes-

tens“ bekannten sich zu den heute positiv besetzten Werten: Offenheit, mehr Individualismus, Unternehmergeist, Liberalismus. In den Postmigrationsgemeinschaften ist oft keine „Traditionsbremse“ wirksam: Tradition war lange Jahre positiv besetzt, wird jetzt aber immer häufiger mit Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung des Neuen und Anderen in Verbindung gebracht. Dazu kommt auch die Neigung zu einer gewissen „Waghalsigkeit“ und Experimenten bei politischen Entscheidungen mit im Spiel.

Für die Zuwanderer in den West- und Nordgebieten hatte der Begriff des „Fremden“ keine größere Bedeutung, da alle in irgendeinem Maße fremd waren. Diese Mentalität ist geblieben. Man denkt dort weniger in der Kategorie der Gemeinschaft und mehr in der individuellen Kategorie des Staatsbürgers, die eine freiere Wahl zulässt.

In diesen Regionen treten antideutsche oder antirussische Phobien weniger auf. Es herrscht dort eine größere Toleranz und Offenheit, aber auch weniger Religiosität und soziale Kontrolle. Die ersten Siedler bewiesen Mut und Weltneugier, als sie sich für die Niederlassung in den Wiedergewonnenen Gebieten entschlossen.

2. Die noch bis vor kurzem große soziale Mobilität, da eine starke Bindung an den Wohnsitz fehlt. Dies hängt unter anderem mit dem Bruch der kulturellen Kontinuität zusammen.
3. Ein hoher Anteil verstaatlichten Landes, und dementsprechend oft mangelnde Identifikation mit dem eigenen Hof – dieses Land ist noch kein von Generation zu Generation weitergereicherter Besitz geworden. Der Zerfall der Staatsgüter führte zur Marginalisierung großer Gesellschaftsgruppen (Syndrom der erlernten Hilflosigkeit).
4. Relative wirtschaftliche Unterentwicklung, hohe Arbeitslosenrate, die teilweise auf die hohe Abhängigkeit vom Zentrum und die Randlage zurückzuführen ist.

Trotz dieser ungünstigen, quasi „objektiven“ Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren weitere tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Eine ist der stete Anstieg des Ansässigkeitsgrads. 1988 betrug der Anteil der eingeborenen Bevölkerung in der damaligen Woiwodschaft Olsztyn 41,3 %;<sup>609</sup> laut den Angaben der allgemeinen Volkszählung 2002 stieg er um knapp 10 % auf 50,9 % (54,6 % auf dem Land, 48,5 % in den Städten). 1988 lebte in dieser Region der landesweit höchste Bevölkerungsanteil (21,3 %) derer, die sich in den Jahren

---

609 W. Rakowski, *Zasiedloność ludności Ziemi Zachodnich i Północnych*, in: *Demografia i społeczeństwo Ziemi Zachodnich i Północnych 1945-1995. Próba bilansu*, pod red. E. Frątczak, Z. Strzeleckiego, Warszawa 1996, S. 155-158.

1979-1988 hier niedergelassen hatten. Nach Angaben aus dem Jahr 2002 ging der Anteil von Zuwanderern der Jahre 1989-2002 auf 11,7 % zurück.<sup>610</sup>

Im Jahr 1988 gab es in der gesamten Region 17 Gemeinden, in denen der Anteil der über 14-jährigen eingeborenen Bevölkerung weniger als 20 % betrug.<sup>611</sup>

Die Daten der allgemeinen Volkszählung 2002 geben auch Auskunft über die Entscheidung für den endgültigen Wohnsitz. Nicht weniger als 72 % der Einwohner der Woiwodschaft Ermland-Masuren (mehr als beispielsweise in den Woiwodschaften Masowien, Lodz oder Lublin) erachteten den bisherigen Wohnsitz für endgültig (73 % in den Städten, 71 % auf dem Lande). Den höchsten Prozentsatz (76 %) hatte die Woiwodschaft Podlachien.

Diese Informationen sind ein Hinweis darauf, wie stark das Identitätsgefühl unter der Bevölkerung in den einzelnen Regionen des Landes ausgeprägt ist. Stanisław Wierzosławski meint: „Die Bevölkerung der polnischen Nord- und Westgebiete unterscheidet sich in ihren Zielpräferenzen nicht von den übrigen Landesteilen. An der Spitze stehen das Oppelner Land und Schlesien, gefolgt von Ermland-Masuren mit der Woiwodschaft Lebus, deren Bevölkerung ihre Lebenspläne in hohem Grade mit dem aktuellen Wohnsitz verbindet. Diese Einstellung variiert nur geringfügig nach Stadt- oder Landbevölkerung. Allerdings lässt sich feststellen, dass ein hoher Prozentsatz der Befragten den jetzigen Wohnsitz als Heimat, als Ansässigkeitsort, betrachtet.“<sup>612</sup>

Der zwanzigjährige Transformations- und sozioökonomische Wandlungsprozess in Polen nach 1989 und bald 65 Jahre des polnischen Staatswesens in den West- und Nordgebieten veranlassten viele Soziologen dazu, die Identität der heutigen Bewohner dieses Landesteils erneut zu erforschen. Gegenstand der Diskussion sind ferner die alten und neuen Paradigmen bei der Erforschung der Wiedergewonnenen Gebiete wie auch der dort entstandene Typus der lokalen Gemeinschaften. Die einmalige Möglichkeit, die gesellschaftlichen Prozesse in den West- und Nordgebieten quasi wie unter Laborbedingungen zu verfolgen, fesselt nach wie vor viele For-

---

610 Der Anteil betrug in den Städten 11,9 % (102 132 Personen) und auf dem Land 11,5 % (65 229). Vgl. S. Wierzosławski, *Ludność Ziemi Zachodnich i Północnych w świetle Narodowego Spisu Powszechnego 2002*, in: *Ziemie Odzyskane/Ziemia Zachodnie i Północne 1945-2005 – 60 lat w granicach państwa polskiego*, pod red. A. Saksona, Poznań 2006, S. 86.

611 Dazu zählten etwa Dywity (13,0 %), Banie Mazurskie (17,9 %), Zalewo (19,1 %) oder Ruciane Nida (19,9 %). Zu den Gemeinden mit einem relativ hohen Ansässigkeitsgrad gehörten damals Nidzica (31,8 %), Świętajno (37,0 %) oder Frombork (22 %). In Olsztyn waren es 38,6 %. Bezeichnend ist die Gegenüberstellung der „alten“ und „neuen“ Gebiete. Zum Beispiel betrug dieser Anteil in den benachbarten Gemeinden Pisz und Kolno in Masuren 20-30 %. Ähnlich gestaltete sich die Lage auch im ganzen früheren Grenzgebiet zwischen Ostpreußen und Polen. Vgl. W. Rakowski, *Zasiedlialość...*, S. 160, 162-164.

612 S. Wierzosławski, *Ludność...*, S. 140, 142.

scher. Jerzy Bartkowski bemerkt: „Die Westgebiete erscheinen vor dem geistigen Auge des Soziologen wie das Ergebnis eines riesigen Sozialexperiments und wie ein Beweis für die Komplexität gesellschaftlicher Prozesse, die keine einheitliche Richtung haben und sich nicht einheitlich klassifizieren lassen.“<sup>613</sup>

Es fragt sich, ob eine Erforschung der gesellschaftlichen Prozesse in den West- und Nordgebieten sinnvoll sei, oder ob nicht eher die gesellschaftlichen Prozesse in Polen untersucht werden sollten.<sup>614</sup> Im Vergleich zu anderen Landesteilen weisen diese Gebiete immer noch ihre eigene Spezifik und Dynamik auf.<sup>615</sup> Seit der Einverleibung der Wiedergewonnenen Gebiete sind über 60 Jahre verstrichen, aber was ist das schon angesichts der immer noch bestehenden Kulturunterschiede infolge der Teilungszeit Polens.

Kennzeichnend für die heutigen soziologischen Untersuchungen in den West- und Nordgebieten ist die Abkehr von bisherigen Paradigmen. An die Stelle alter (z. B. „Integration der West- und Nordgebiete“) sind neue getreten, die den sich vollziehenden Wandel treffender beschreiben (z. B. „Postmigrationsgesellschaft“, „neue lokale und regionale Identität“, „Integration des sozialen Raumes“, „Multikulturalität“ oder auch „soziale Heimatbildung“).<sup>616</sup>

---

613 J. Bartkowski, *Tradycja i polityka. Wpływ tradycji kulturowych polskich regionów na współczesne zachowania społeczne i polityczne*, Warszawa 2003, S. 195. Der Autor bemerkt, Polen sei dabei kein Einzelfall. Ähnliche Probleme träten beispielsweise in Tschechien in den ehemals deutschen, bis 1945 von Sudetendeutschen bewohnten Gebieten oder in Bulgarien auf, wo es Ende des 19. Jahrhunderts zu Massenwanderungen in den nordöstlichen, von der Türkei übernommenen Regionen gekommen sei. Aus meinen eigenen Untersuchungen geht hervor, dass die Situation im Memelland (heute zu Litauen) und dem Kaliningrader Gebiet (heute zu Russland) nach 1945 ganz ähnlich war. Ähnliches war auch im Elsass der Fall.

614 Über Zweckmäßigkeit und Methode der soziologischen Forschung in den West- und Nordgebieten wurde in der Fachzeitschrift „Przegląd Zachodni“ lebhaft diskutiert. Vgl. *Czy i jak badać dzisiaj Ziemię Zachodnią i Północną Polski*. Zunächst erschienen Überlegungen von Zygmunt Dulczewski, Krzysztof Kwaśniewski, Andrzej Kwilecki und Janusz Ziółkowski (*Przegląd Zachodni* 1997, Nr. 3, S. 1-13). Dann schalteten sich in die Diskussion ein: Bożena Domała, Henryk Galus, Zbigniew Kurcz, Marek Latoszek, Tomasz Marciniak, Andrzej Sakson, Maria Szmeja, Anna Szyfer (*Przegląd Zachodni* 1998, Nr. 3, S. 3-480).

615 Laut Marek Latoszek: „Die Westgebiete bilden nach wie vor einen klar abgegrenzten Teil aufgrund historisch-geographischer Gegebenheiten in zwei Problemfeldern: Verhältnis zwischen Machthabern und Bevölkerung in der Zeit der Volksrepublik Polen sowie potentiell und tatsächliches Grenzgebiet im deutsch-polnischen Kontext, nun erweitert um den europäischen Gesichtspunkt.“ M. Latoszek, *Socjologia Ziemi Zachodnich – wybory badacza*, in: *Przegląd Zachodni* 3 (2008), S. 24 f.

616 Vgl. A. Sakson, *Nowe paradygmaty w badaniach Ziemi Zachodnich i Północnych*, in: *Przegląd Zachodni* 3 (1998), S. 34-39. Wojciech Łukowski, der in seiner Arbeit *Dylematy*

Bei der Reflexion des Identitätswandels in den West- und Nordgebieten, darunter Ermland und Masuren, gibt es inzwischen verschiedene Denkansätze zu den lokalen Gemeinschaften: die Hypothesen von „Entwurzelung und Entfremdung“ und einer „neuen sozialen Qualität“ sowie das Konzept der „schwachen und starken“ lokalen Gemeinschaften.

Nach Ansicht von Bartkowski werden zum Typus der lokalen Gemeinschaften in den West- und Nordgebieten zwei gegensätzliche Urteile formuliert: „Das erste ist die Hypothese der Entwurzelung, der größeren gesellschaftlichen Atomisierung und des schwach ausgeprägten kollektiven Bewusstseins. Es seien Postmigrationsgemeinschaften, in denen sich das lokale und regionale Bewusstsein nicht ausreichend herausgebildet habe. (...) Die zweite Hypothese lautet, es sei in diesen Regionen eine neue Qualität entstanden, höher modernisiert, offener, innovations- und geschäftsfreudig. Es wird betont, die Übersiedlung an einen neuen Ort habe die traditionellen sozialen Strukturen geschwächt und eine Modernisierung der Siedler erzwungen. Durch das Fehlen der das Individuum begrenzenden sozialen Kontrolle und die Schwächung traditioneller Autoritäten hätten sich zwangsläufig moderne Gemeinschaften herausgebildet, und die Ebene der Offenheit sei dabei eine Plattform der Interpretation gewesen. Es sei nicht zur Wiederholung des traditionellen Modells der lokalen Gemeinschaft gekommen. Die ländliche Gemeinschaft sei nun eine Gruppe mit durchlässigeren Grenzen und in die Region und den Staat stärker integriert.“<sup>617</sup>

Der Autor führt verschiedene Argumente für obige Hypothesen an. Für die erste sprechen vor allem<sup>618</sup>:

- schwächeres Bindungsgefühl und Heimischwerden in der neuen Umwelt, ablesbar an der Einstellung zu materiellen Gütern. In Braniewo wurde beispielsweise das erste private Haus erst 1966 gebaut. Viele Siedler wechselten ihren Wohnort zwei, drei Mal, nach dem Motto: solls doch brennen, solls doch stürzen, wens vorbei ist, ziehn wir weiter“. Lange Zeit wurde in den übernommenen Besitz nichts investiert, nicht selten wurden Bauernhöfe zurück- oder aufgegeben (von der Regierung als geheim eingestufte Untersuchungen zeigten, dass die aufge-

---

*społeczności pochodzenia ukraińskiego na Mazurach na przełomie wieków* verschiedene Forschungsansätze der neunziger Jahre analysiert, unterscheidet zwischen einer „Integrations-“ und einer „Minderheitsinterpretation“. Er legt nahe, dass die Untersuchungen „wegen der inneren Differenziertheit der Region und der Dynamik des sozialen Wandels um einen Ansatz zu ergänzen wären, der anderen Wirklichkeitsdimensionen Rechnung trägt. (...) Derzeit wird der Schwerpunkt zwangsläufig immer mehr auf der Analyse anderer Fragen liegen, unter anderem der polnisch-ukrainischen Nachbarschaft“. *Masovia 4* (2001), S. 64 f. (dass. in: *Tematy polsko-ukraińskie. Historia. Literatura. Edukacja*, pod red. Traby, Olsztyn 2001, S. 214-246).

617 J. Bartkowski, *Tradycja i polityka...*, S. 183-193.

618 Ebenda.

- gebenen Höfe in den Jahren 1951-1957 5,2 % aller Bauernhöfe ausmachten. In den Landkreisen Elk und Gołdap waren es allerdings knapp 50 %). 11,7 bis 23,9 % der Bewohner der West- und Nordgebiete (je nach der Woiwodschaft) erklärten sich in den sechziger Jahren bereit, das Land an den Staat zurückzugeben (in den Alten Gebieten nur 0,4 bis 1,1 %);
- niedrigeres Integrationsniveau der lokalen Gemeinschaft (z. B. war in den West- und Nordgebieten die Scheidungsrate je 10 000 Einwohner auf dem Lande in den Jahren 1951-1995 am höchsten; 1995: 7,28 % in den West- und Nordgebieten, gegenüber 2,46 % in Galizien);
  - höhere Kennziffern sozialer Pathologien;
  - die Besonderheiten des Siedlerauswahlverfahrens. Unter den Siedlern waren viele Arme vom Land und aus der Stadt, Kleinbauern aus überbevölkerten Dörfern, Land- und Forstarbeiter. Vor diesem Hintergrund entstand vielfach eine Anspruchshaltung;
  - andere Beziehungen zwischen Machthabern und Gesellschaft, größere Rolle des Staates und der Partei PVAP<sup>619</sup>. Das neue System wurde in der Regel nicht als Gegner der nationalen Werte oder als Feind von Bauern und Religion wahrgenommen,<sup>620</sup> sondern im Gegenteil als Organisator des gesellschaftlichen Lebens, der auf dem Land Bauernhöfe zuteilte und in der Stadt Wohnung und Arbeit gewährte. Anders war hier die Einstellung zur stationierten polnischen Armee, denn sie war Garant nicht nur für die Ordnung, sondern auch für die dauerhafte Zugehörigkeit der West- und Nordgebiete zu Polen. Sorgen um den dauerhaften Bestand der Grenzen begleiteten lange die Bewohner nicht nur der Neuen Gebiete.<sup>621</sup>

---

619 Janusz Lewandowski, Politiker von der Bürgerplattform (PO), stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament, widerspricht der These, die Polen in den Westgebieten seien ein „rotes Bollwerk“, „Deutsche“, Entwurzelte: „Und die Polen aus Wrocław oder Gdańsk? Wie kann man sie als Menschen ohne Wurzeln bezeichnen? Nach dem Krieg siedelten dort doch Polen aus den Ostgebieten, durchaus Menschen mit Wurzeln. Diese Gebiete wurden in den 80er Jahren zum Bollwerk der Solidarność.“ J. Lewandowski, *Dla Platformy Polska B wcale nie jest be. Wywiad*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 9.11.2007, S. 2.

620 Daniel Passent kennzeichnet die regierungstreuen Bevölkerungsgruppen folgendermaßen: „(...) Der ‘real existierende Sozialismus’ stützte sich auf Menschen, die ihre Welt verloren hatten, die durch Krieg und Nachkriegsmigration entwurzelt waren. Zumeist waren es Bauern, die vom Land in die Städte gingen, einige Juden, Repatriierte, rebellische Jugendliche... Das war die dankbarste Klientel des neuen Systems: Menschen, die ihrer bisherigen Welt beraubt waren.“ D. Passent, *Palcem w niebo*, in: *Polityka* 34 (2007), S. 92.

621 Norman Davies bemerkt dazu: „Diese Unruhe war vor 1990 gerechtfertigt, die Gebiete wurden Polen ohne völkerrechtliche Grenzziehung zugeschlagen. Es ist ein großes Ver-

Quasi in Opposition zum Konzept der „Entfremdung“ steht die These von einer „größeren Innovativität und Veränderungsbereitschaft“ unter den Bewohnern der West- und Nordgebiete. Sie mag optimistisch erscheinen, doch liefert die quantitative und qualitative Forschung Beweise dafür. Heute ist es eine Region mit mehr Unternehmergeist, besser ausgebildeten und innovationsfreudigeren Bewohnern als im „alten“ Polen. Hinzuzufügen ist die Erschließung des Verkehrs und der Absatzmärkte, deren Bedeutung besonders nach der deutschen Wiedervereinigung zugenommen hat.<sup>622</sup>

Nach Bartkowskis Ansicht wird jede dieser beiden konkurrierenden Hypothesen zur Spezifik der West- und Nordgebiete durch gewichtige empirische Argumente bestätigt. Wichtig sei, dass dies zu keinem Widerspruch führe. „Diese hybride Gestalt wäre bei einer Person überraschend. Eine territoriale Verwaltungseinheit vermag aber heterogene und sogar widersprüchliche Faktoren zu beinhalten. Dieselbe Ursache, Migration und Ortswechsel, bewirkt unterschiedliche Reaktionen, die einander auf individueller Ebene ausschließen, aber auf kollektiver Ebene nebeneinander vorkommen können. Die Grundlagen der subnormalen Abweichung und der Innovation sind soziologisch gesehen gleich. Die Alternativlosigkeit tradierter Muster wird infrage gestellt, die Gruppenkontrolle geschwächt, das Individuum macht sich zum Subjekt bei der Wahl seiner Lebensmuster.“<sup>623</sup>

Hanna Bojar ist Miturheberin des Konzepts der „schwachen“ und „starken“ lokalen Gemeinschaften.<sup>624</sup> Ihrer Meinung nach sind „starke“ lokale Gemeinschaften „sowohl im Bereich der Werte als auch der Institutionen in hohem Grade von eigenen Traditionen durchdrungen, die an der Entwicklung der öffentlichen Sphäre der jeweiligen Gemeinschaft beteiligt sind (...). „Starke“ lokale Gemeinschaften haben zwei Hauptmerkmale: Einerseits ist sich in solchen Gemeinschaften, wenn schon die Mehrheit, so doch eine einflussreiche Minderheit der lokalen Ziele bewusst und vermag sie von anderen Zielen, die die lokale Gemeinschaft umsetzt, abzugrenzen, andererseits spielt in ihnen die Tradition eine elementare Rolle bei der Entwicklung des institutionellen Projekts der lokalen Gemeinschaft.“

---

dienst von Jan Nowak Jeziorański, die Amerikaner überzeugt zu haben, dass Präsident Bush Senior der Wiedervereinigung Deutschlands nicht zustimmte, ehe Deutschland seine Ostgrenze anerkannt hatte: die Grenze zu Polen. Ohne diesen Akt hätte sich die Sache *ewig hinziehen können* [Hervorhebung – A. S.]. N. Davies, *Prawo niedokończonych konsekwencji. Wywiad*, in: *Rzeczpospolita* vom 17.-18.05.2008, S. A 29.

622 J. Bartkowski, *Tradycja...*, S. 193.

623 Ebenda S. 194.

624 Vgl. J. Kurczewska, M. Kempy, H. Bojar, *Spoleczność lokalna jako wspólnota tradycji*, in: *Studia Socjologiczne* 2 (1998), S. 100.

„Schwache“ lokale Gemeinschaften kennzeichnet dagegen vor allem „die Schwäche der lokalen Traditionen als eines identitätsstiftenden Grundbestandteils der jeweiligen lokalen Gemeinschaft und zugleich ihrer Eigenart.“<sup>625</sup>

Grundlage der lokalen Integration sind nach Ansicht Bartkowskis „lokale Identität, eigene Subkultur, Bindung und Solidarität als Stärke der kulturellen und normativen Integration. Sie bedeutet eine *subkulturelle* [Hervorhebung – A. S.] Auszeichnung der Einwohner, das Gefühl ihrer Unverwechselbarkeit und Zugehörigkeit zur gemeinsamen überindividuellen Realität.“<sup>626</sup>

Angesichts dieser Überlegungen darf man nur mit äußerster Vorsicht Verallgemeinerungen zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der West- und Nordgebiete formulieren; man muss im Auge behalten, dass sich jede Region in Subregionen gliedern lässt. Im Fall von Ermland und Masuren sind es etwa die Subregionen Olsztyn, Elbląg und Elk, mit ihrer je eigenen Spezifik. Innerhalb jeder Subregion treten in den einzelnen Landkreisen, Gemeinden oder Ortschaften spezifische Rahmenbedingungen auf, die aus der Zusammensetzung der „primären“ Siedlergruppen resultieren. Nicht unerheblich ist auch, ob eine bestimmte Siedlergruppe in der jeweiligen lokalen Gemeinschaft (Dorf, Gemeinde, Kleinstadt) vorherrschend war oder eine Führungsschicht hervorzubringen vermochte, welche dann bereit war, die Mühen der Interpretierung und Dynamisierung ihrer Gemeinschaft auf sich zu nehmen.

In den West- und Nordgebieten sind sowohl durchaus positive als auch negative Beispiele anzutreffen. Tomasz Zarycki meint: „Das Erbe der West- und Nordgebiete lässt sich als Kontext sehen, der den lokalen Gemeinschaften in den neunziger Jahren einen relativ großen Spielraum gab. Vielleicht haben wir hier auch mehr mit einem ‚Glück‘ zu tun, also mit konkreten, in unterschiedlichem Maße vom Erbe des früheren Systems abhängigen Rahmenbedingungen in einzelnen Ortschaften.“<sup>627</sup>

---

625 H. Bojar, *Przestrzeń publiczna w „slabej” i „mocnej” społeczności lokalnej pogranicza – na przykładzie Braniewa i Włodawy*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, pod red. J. Kurczewskiej, H. Bojar, Warszawa 2005, S. 274.

626 J. Bartkowski, *Integracja społeczna w świadomości lokalnych zbiorowości*, in: *Lokalne wzory kultury politycznej. Szkice ogólne i opracowania monograficzne*, pod red. J. Kurczewskiego, Warszawa 2007, S. 75. Der Verfasser bemerkt, dass mehrere Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die Integration (Kohärenz) der lokalen Gemeinschaft überhaupt eintreten kann. Zu den wichtigsten Kohärenz begünstigenden Bedingungen zählen: Alteingesessenheit der Einwohner, kollektive Identität, das lokale „Wir“, Zentren des kollektiven Lebens, Gruppierungen wie unter anderem soziale Vereine oder lokale Institutionen. Ebenda S. 74. Vgl. auch: I. Machaj, *Spoleczno-kulturowe konteksty tożsamości mieszkańców wschodniego i zachodniego pogranicza Polski*, Warszawa 2005, S. 69-91.

627 T. Zarycki, *Region jako kontekst zachowań politycznych*, Warszawa 2002, S. 163.

Anhand der empirischen Untersuchungen, die Soziologen nach 1989 in Erm-land und Masuren durchgeführt haben, lassen sich lokale Gemeinschaften mit verschiedenem Integrationsgrad oder unterschiedlicher „Stärke“ bzw. „Schwäche“ unterscheiden.

Meine eigenen Forschungen haben ergeben, dass die Zentren der subregionalen Gemeinschaften, d. h. Olsztyn (174 500 Einwohner), Elbląg (127 000) und Elk (56 000), sich durch ein starkes lokales Identitätsgefühl auszeichnen. Bei kleineren Städten und Ortschaften lässt sich von unterschiedlich starken Bindungen an den jeweiligen Wohnort sprechen.

Aufgrund der Ergebnisse empirischer Untersuchungen lassen sich versuchsweise „schwache“ und „starke“ lokale Gemeinschaften unterscheiden. Als Beispiel für eine Stadt der erstgenannten Gruppe (wobei die Einteilung relativ und unscharf ist) kann Braniewo im nördlichen Grenzgebiet der Region dienen. Bei Iława, Olecko oder Goldap kann von Gegenbeispielen die Rede sein. Diese Unterscheidung greift auch, wenn man die ukrainisch-polnischen bzw. polnisch-ukrainischen Dörfer im Norden der Region den polnisch-ermländischen bzw. polnisch-masurischen Dörfern im Süden gegenüberstellt. Derlei Diskrepanzen bezeugen auch Ergebnisse der Feldforschung in Orłowo, Krukłanki, Kutry, Przybyłowo (mit hohem Anteil ukrainischer Bevölkerung), Sorkwity (in Masuren) sowie Purda und Woryty (im Ermland). Untersuchungen zur Lokalidentität in Stare Juchy, Wejsuny oder anderen Ortschaften der Region liefern ein ebenso komplexes Bild. Von Bedeutung ist bei dieser Analyse die Zusammensetzung einzelner Einwohnergruppen (ob es eine dominierende Gruppe gibt oder nicht, ob sie bei der Herausbildung der lokalen Gemeinschaft eine positive Rolle gespielt hat), und ob es im jeweiligen Dorf eine ehemalige Staatsgut-Wohnsiedlung gegeben hat. Aus der empirischen Forschung nach 1989 geht auch ein Gesamtbild hervor, das Unterschiede zwischen den West- und Nordgebieten insgesamt und dem Rest des Landes wie auch zwischen Ermland-Masuren und anderen Regionen aufzeigt.

Die im Jahr 2000 von Tomasz Zarycki durchgeführten Vergleichsuntersuchungen zum lokalen und regionalen Selbstverständnis am Beispiel von vier Städten in verschiedenen Gegenden Polens (Bochnia und Nowy Targ in Klempolen, d. h. den Altgebieten, sowie Bielawa bei Dzierżoniów und Iława in den Neuen Gebieten) zeichnen ein differenziertes Bild. Auf die Frage: „Fühlen Sie sich mit Ihrer Stadt und Region verbunden?“ gaben die Einwohner von Iława die meisten positiven Antworten (92 %, davon 63 % „entschieden ja“ und 29 % „eher ja“). Ein ähnlicher Prozentsatz von 89 % wurde in Nowy Targ erreicht (41 bzw. 48 %). In Bochnia betrug er 87 % (35 bzw. 52 %) und in Bielawa 79,9 % (25 bzw. 54 %). Es zeigte sich auch, dass der Ansässigkeitsgrad auf das lokale oder regionale Bindungsgefühl keinen Einfluss hat. In Iława wohnten beispielsweise 19 % der Eltern und 71 % der Großeltern und Eltern der Befragten, während es in Nowy Targ jeweils

27 bzw. 53 %, in Bochnia 44 bzw. 27 % und in Bielawa 52 bzw. 15 % waren. Das stärkste Interesse an der Geschichte, der Vergangenheit der Stadt und Region ist in Ilawa (25 %) und in Bochnia (19 %) zu konstatieren, während es in Bielawa 16 % und in Nowy Targ 14 % waren. Die Autoren aus dem Europäischen Institut für Regional- und Lokalentwicklung der Universität Warschau, die diese Untersuchungen durchgeführt haben, zählten Ilawa zu den Städten mit spektakulärem „lokalem Erfolg“ nach 1989.<sup>628</sup>

Die von Grzegorz Gorzelak, Bohdan Jałowicki und M. Stec geleiteten Untersuchungen zur lokalen und regionalen Identität in den Alten und Neuen Gebieten zeigen ähnliche Tendenzen auf. Sie haben bestätigt, dass die Bindungsstärke der Einwohner einzelner Regionen (Woiwodschaften) unterschiedlich und nicht immer wohnortabhängig ist. Die Einstellung der Einwohner einzelner Regionen zu ihrem jeweiligen Wohnort (Stadt, Dorf), zur Region, zu Polen und Europa im Jahr 2000 zeigt Tabelle 58.

Tabelle 58 Stärke der Bindung an einzelne Regionen (sehr starke und starke Bindung) – in %

Gebiet/Region	Stadt	Region	Polen	Europa
Gesamt	77	73	88	64
Niederschlesien	84	78	89	78
Kujawien-Pommern	73	64	91	70
Lublin	72	67	87	67
Lebus	76	64	89	63
Lodz	84	73	92	66
Kleinpolen	83	84	88	55
Masowien	83	72	91	62
Oppeln	76	71	81	47
Karpatenvorland	84	79	90	68
Podlachien	79	79	88	63
Pommern	84	76	82	62
Schlesien	72	70	85	64
Heiligkreuz	69	61	77	57
Ermland-Masuren	70	78	87	74
Großpolen	86	72	90	56
Westpommern	57	67	98	76

Quelle: *Reforma terytorialnej organizacji kraju; dwa lata doświadczeń*, pod red. G. Gorzelaka, B. Jałowickiego, M. Steca, Warszawa 2001, S. 194.

628 T. Zarycki, *Region jako...*, S. 84-92.

Aus diesen Untersuchungen geht hervor, dass sich die Polen durch eine sehr starke Bindung an ihre Nation auszeichnen, die viel intensiver ist als in anderen europäischen Ländern.<sup>629</sup> Über vier Fünftel der Befragten (88 %) gaben im Jahr 2000 (auf einer Skala von 0 bis 5) eine sehr starke bzw. starke Bindung an Polen an. Der Durchschnitt betrug 4,49 Punkte. An zweiter Stelle nannten die Befragten die Bindung an ihre Stadt bzw. ihr Dorf (4,20 Punkte und 77 % Höchstnoten). Schwächer ist die regionale Identifikation (4,03 Punkte und 73 % Höchstnoten), am schwächsten die europäische (3,72 Punkte und 64 % Höchstnoten). Interessanterweise identifiziert sich nur in den Woiwodschaften Ermland-Masuren und Kleinpolen die Mehrheit der Befragten stärker mit der Region als mit dem Wohnort (Stadt/Dorf)<sup>630</sup>. Meine eigenen Untersuchungen von 2005 bestätigen diese Tendenz.

Die territoriale Identifikation in den einzelnen Landkreisen der Alten und Neuen Gebiete weist keine gravierenden Unterschiede auf. So identifizieren sich etwa die Einwohner des Kreises Olecko in Masuren zu 73 % mit ihrem Wohnort (Stadt/Dorf), und die Einwohner des Kreises Sierpc (Masowien) zu 71 %. Mit ihrer Region identifizieren sich in Olecko 63 %, in Sierpc 59 %, mit Polen entsprechend 76 bzw. 74 %.<sup>631</sup> Diese Untersuchungsergebnisse widerlegen die langjährige Überzeugung, die Einwohner der West- und Nordgebiete hätten eine geringere Bindung an Wohnort bzw. -region als die Zentralpolen (Alte Gebiete).

Als Resümee dieser Untersuchungen folgern die Autoren in Bezug auf die untersuchten Regionen (Alte und Neue Gebiete): „Wir haben hier eher mit Regionen *in statu nascendi* zu tun, in denen die Prozesse der neuen Identitäts- und Bewusstseinsbildung bereits im Gange sind, aber noch weit von ihrer endgültigen Ausgestaltung entfernt. Nebenbei gesagt ist es gar nicht sicher, ob die Identitätsbildung überhaupt erfolgreich endet. Denn die Einwohner aller Woiwodschaften kennzeichnet eine relativ schwache und ‚verwaschene‘ regionale Identität.“<sup>632</sup>

Die Autoren bemerken zudem, der Identitätsaufbau solle „objektivierte ökonomische Prämissen“ wie Arbeitslosigkeit oder soziale Ausgrenzung berücksich-

---

629 Nur in vier der 25 europäischen Staaten, d. h. in Tschechien, Finnland, Island und Polen, war die nationale Identifikation stärker als die lokale bzw. regionale. G. Theborn, *Drogi do nowoczesnej Europy*, Warszawa 1998, S. 384.

630 Ebenda.

631 Ebenda S. 195. Auf eine hohe öffentliche Aktivität in der Gemeinde Olecko weisen auch Untersuchungen zum Bürgerengagement in einzelnen Städten Polens 1998-2002 hin. In Olecko findet u. a. die Poesieveranstaltung „Oleckoer Dichterjuni“ statt. Der 1995 gegründete Kulturverein „Przypisani Północy“ (Dem Norden verschrieben) veranstaltet Theaterbegegnungen in der Reihe „Zjawiska Kulturowe“ (Kulturphänomene) sowie die polenweit bekannten Begegnungen „Przystanek Olecko“ (Station Olecko) und „Przystanek Goldap“ (Station Goldap). Vgl. *Lokalne uczestnictwo obywatelskie. Raporty z badań 1998-2002*, pod red. Skrzypiec, Warszawa 2002, S. 58-63.

632 Reforma..., S. 214.

tigen: „Mit etwas Übertreibung kann man sagen, dass ein Großteil der Einwohner in den Woiwodschaften Karpatenvorland, Ermland-Masuren, Lebus und Masowien in einer Armut- und Marginalisierungskultur lebt. Ein hohes Regionalbewusstsein, das sich auf eine tiefgreifende Identität und Identifikation stützt, lässt sich schwerlich aufbauen, ohne Grundbedürfnisse der Menschen zu berücksichtigen. (...) Der gefährlichste Prozess ist allerdings die Armutsvererbung innerhalb von Familien, Stadtvierteln und ganzen Dörfern. Denn die Kinder wiederholen das Lebensschicksal ihrer Eltern und bilden zusammen *moderne Sozialghettos* [Hervorhebung – A. S.].“<sup>633</sup>

Diese Thesen werden durch die einschlägige Forschung bestätigt. Aus den Untersuchungen von Izabela Lewandowska in den Jahren 1999-2000 geht hervor, dass 66,3 % der befragten Jugendlichen (im Alter von 16-18 Jahren) Ermland und Masuren als „Heimat“ empfinden (entgegengesetzter Meinung waren 30,7 %). Als wichtigste Bestandteile der regionalen Bindung nannten die Befragten: „Hier bin ich geboren und aufgewachsen, hier habe ich Familie, hier lebe ich, habe Freunde“ zu 39,5 %; „Ich mag diese Gegend, es gefällt mir hier, ich habe Lieblingsplätze, ich liebe die Wälder, Seen, Landschaften“ zu 21,8 %; „Hier fühle ich mich am besten, das ist meine Heimat, hier fühle ich mich geborgen, finde Ruhe und Gleichgewicht“ zu 5,6 % (andere: 5,6 %; k. A.: 5,0 %).<sup>634</sup> Die Bedeutung des Bürgerengagements beim Aufbau der Lokalidentität belegen am Beispiel Fromborks die Untersuchungen von Anna Iwanowska.<sup>635</sup> Das lokale und regionale Identitätsgefühl unter den Einwohnern von Giżycko untersuchte Wojciech Łukowski.<sup>636</sup>

Das Beispiel von Iława, Olecko, aber auch Giżycko, Gołdap oder Ostróda zeigt, dass wir es hier mit der Herausbildung „starker“ Gemeinschaften im Sinne von Hanna Bojar zu tun haben. In der Region Ermland und Masuren gibt es aber auch städtische Lokalgemeinschaften, die diesen positiven Tendenzen widersprechen. Eine von ihnen ist Braniewo. In den Jahren 2002-2005 untersuchte hier eine Warschauer Soziologengruppe die Identität der Einwohner dieser an das Kaliningrader Gebiet grenzenden Stadt, die im Zweiten Weltkrieg stark in Mitleiden-

633 Ebenda S. 217.

634 Am häufigsten mit der Region assoziiert wurde die Schönheit der Landschaft, die gute geographische Lage und exzellenten Bedingungen für die Entwicklung des Fremdenverkehrs (47,7 %). I. Lewandowska, *Historyczna świadomość regionalna. Z badań nad młodzieżą licealną Warmii i Mazur*, Olsztyn 2003, S. 69 f.

635 A. Iwanowska, *Program rozwoju małych miast we Fromborku*, in: *Edukacja jako czynnik rozwoju społeczności lokalnych małych miast*, pod red. A. Iwanowskiej, Pułtusk 2004, S. 79-116.

636 W. Łukowski, *Spoleczne tworzenie ojczyzn. Studium tożsamości mieszkańców Mazur*, Warszawa 2002, S. 115-150. Über diese Untersuchungen schreibe ich ausführlich im folgenden Teil der Arbeit.

schaft gezogen wurde. Nach 1945 trafen hier mehrere Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Herkunft (Grenzländer, Ukrainer, Polen aus den Alten Gebieten usw.) aufeinander. Wegen der großen Konzentration der im Rahmen der Aktion Weichsel deportierten Bevölkerung hießen manche Ortschaften landläufig gar „Ukraine“ (z. B. Lelkowo). Auf bemerkenswerte Weise äußerte sich die Aktivität der örtlichen Bevölkerung, als Einwohner der Gemeinde Elk dagegen protestierten, die Grenzen der von ihr umgebenen Stadt Elk zu erweitern. Die Stadt bemühte sich um neue Grundstücke für Investitionen, doch die Gemeinde wollte keine abgeben. Der Gemeindevorsteher und die Einwohner traten in Hungerstreik. Im Juli 2009 gab die Regierung dem Anliegen der Gemeindeglieder nach und ließ die Stadtgrenzen nicht ausweiten.<sup>637</sup>

Bojarska meint: „Die Lokalgesellschaft Braniewos ist ein Beispiel für eine schwache lokale Gemeinschaft, die bisher keine gemeinsame Grundlage gefunden hat, um eine kohärente lokale Identität aufzubauen und einen Entwurf für die zukünftige Entwicklung dieser Gemeinschaft auszuarbeiten.“<sup>638</sup>

Einer der Gründe, warum die Gemeinschaft Braniewos nicht stark integriert ist und sich hier kein lokales Identitätsgefühl entwickelt hat, sind vielerlei Spaltungen. Zu den grundlegendsten gehört die Spaltung in Arm und Reich, die sich nicht mit derjenigen in Arbeitslose und Erwerbstätige deckt. Hauptarmutszonen sind die umliegenden Ex-PGR-Dörfer. Als reich gilt im gesellschaftlichen Bewusstsein, wer „von der Grenze“ lebt. Hauptsächlich sind es Schmuggler („Bosse“ ebenso wie „Ameisen“) und Zöllner. Ein weiteres Beispiel für sozialen Abstand ist die Trennung in Militärs und Zivilisten. Die Stellung der Militärs und ihrer Familien ergibt sich aus dem Gefühl ökonomischer Sicherheit aufgrund der festen Beschäftigung und aus einer gewissen Besonderheit des Lebensstils.

Ein anderes wichtiges Kriterium ist die nationale und religiöse Differenzierung.<sup>639</sup> Ein Befragter bemerkte: „Ein Sammelsurium halt“, und: „Die Leute haben sich bis heute nicht integriert“.<sup>640</sup>

637 *Elk nie urośnie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.07.2009, S. 6.

638 H. Bojar, *Przestrzeń publiczna w „słabej” i „mocnej” społeczności lokalnej pogranicza – na przykładzie Braniewa i Włodawy*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, pod red. J. Kurczewskiej, H. Bojar, Warszawa 2005, S. 292.

639 Auf die Besonderheiten Braniewos aufgrund starker nationaler und religiöser Unterschiede wiesen schon frühere Untersuchungen von P. Zabłocki aus dem Jahr 1964 hin (*Proces adaptacji i integracji społecznej mieszkańców Braniewa w latach 1945-1964*, Braniewo 1965 – Typoskript in der Sammlung des Verfassers), ebenso die Untersuchungen 1966 zu lokalen Eliten in Braniewo unter Jerzy J. Wiatr. Vgl. J. Bartkowski, *Tradycje lokalne na pograniczach*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza polski*, pod red. J. Kurczewskiej, H. Bojar, Warszawa 2005, S. 151.

640 Ebenda.

Unter den Einwohnern Braniewos sind immer noch Ängste vor einer „Rückkehr der Deutschen“ lebendig, was von einem fortbestehenden Gefühl der Vorläufigkeit und fehlender Verwurzelung zeugt.<sup>641</sup> Die nahe Grenze zum Kalinigrader Gebiet schafft keine „neuen positiven Werte“, ist oft ein dysfunktionales Element.<sup>642</sup>

Die Untersuchungen städtischer Lokalgemeinschaften in anderen Gegenden der West- und Nordgebiete erweisen eine ähnliche Differenzierung in „starke“ und „schwache“ Gemeinschaften.<sup>643</sup>

Eine Fülle an interessanten Daten zum Wandel der lokalen Gemeinschaften in Ermland und Masuren liefern empirische Forschungsergebnisse aus dörflichen Milieus. Die auf soziologische Feldforschungen gestützten Untersuchungen lassen sich generell in zwei Gruppen einteilen. Die erste bilden umfangreiche deutsch-polnische Untersuchungen in den Jahren 1995-1999 im Rahmen des Forschungsprojekts „Die soziale Konstruktion von Heimat: Symbolische Aneignung und interethnische Beziehungen im ländlichen Masuren/Polen“, finanziell unterstützt durch die Volkswagen-Stiftung im Rahmen des Programms „Das Eigene und das Fremde“. Geleitet wurde das Projekt durch Ulrich Mai von der Universität Bielefeld und Wojciech

---

641 Vgl. M. Karkowska, *Przeszłość bliższa i dalsza w świadomości elit lokalnych Włodawy i Braniewa*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, pod red. J. Kurczewskiej, H. Bojar, Warszawa 2005, S. 163-198.

642 Vgl. M. Trojanowska-Strzęboszewska, *Granice z Obwodem Kaliningradzkim...*, S. 319-350, und M. Stopa, *Granice w strategiach działania instytucji mniejszości narodowych z Braniewa, Gródka, Sejń i Zagórze*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, pod red. J. Kurczewskiej, H. Bojar, Warszawa 2005, S. 351-364.

643 Zu Lubomierz (Liebenthal) in Niederschlesien, Drehort des beliebten Films *Sami swoi* (Endlich wieder unter uns) von Sylwester Chęciński, gibt es zwei Arbeiten: Z. Mach, *Niechciane miasta. Migracja i tożsamość społeczna*, Kraków 1998, und D. Niedźwiedzki, *Odzyskiwanie miasta. Władza i tożsamość społeczna*, Kraków 2000. Letzterer schreibt, es sei eine Gemeinschaft „mit einem niedrigen Kohärenzstand, ohne Bindungen durch gemeinsame Traditionen oder ein gemeinsames Wertesystem, auf denen das Gemeinschaftsleben gründet“ (S. 278). Der Bevölkerung von Szczecinek (Neustettin) in Pommern widmet sich I. Krzemiński, P. Śpiewak, *Druga rewolucja w małym mieście. Zmiana ustrojowa w oczach mieszkańców Mławy i Szczecinka*, Warszawa 2001. Vgl. auch J. Kurczewski Forschungen in Olesno (Rosenberg) bei Oppeln (*Antagonizm „polsko-niemiecki” w małym mieście na Śląsku Opolskim*, in: *Lokalne wzory kultury politycznej. Szkice ogólne i opracowania monograficzne*, pod red. I. Kurczewski, Warszawa 2007, S. 427-472). Beachtenswert sind auch frühere Untersuchungen in ermländisch-masurischen Kleinstädten, vgl. A. Szyfer, *Spoleczność i kultura malego miasta. Studium na przykładzie Rynu*. Olsztyn 1982; B. Beba, *Tradycja drobnomieszczańska w społeczności malomiasteczkowej Lidzbarka Welskiego*, Olsztyn 1982, und H. Murawska-Koprowska, *Ruciane-Nida. Kształtowanie się społeczności uprzemysłowionego miasteczka*, Olsztyn 1984.

Łukowski von der Universität Warschau. Das Besondere dieser Untersuchungen bestand darin, dass sie im nördlichen Masuren in polnisch-ukrainischen Gemeinschaften durchgeführt wurden. In den untersuchten Ortschaften (u. a. Budry, Krukłanki, Stare Juchy, Kutry, Przytuły, Asuny, Orłowo) lebten zu einem geringen Prozentsatz ehemalige Einwohner Ostpreußens (Deutsche oder Masuren). Eine Ausnahme bildet diesbezüglich das Dorf Wojnowo im Landkreis Mrągowo, wo eine kleine Gruppe von Altgläubigen wohnt, die hier auch vor 1945 ansässig war.

Zu der zweiten Gruppe sind Feldforschungen in Gemeinschaften zu zählen, wo bis heute Ermländer und Masuren ansässig sind. Anna Szyfer betreibt seit langer Zeit Untersuchungen im ermländischen Dorf Woryty in der Gemeinde Gietrzwałd, der Verfasser der vorliegenden Arbeit führt seit 1982 Feldforschungen in der masurischen Gemeinde Sorkwity, Landkreis Mrągowo, durch.

Beachtung verdient auch das gemeinsame Projekt des Kulturvereins „Borussia“ und des West-Instituts „Geschichte und Gedächtnis des deutsch-polnischen kulturellen Grenzraumes. Das ermländische Dorf Groß Purden“ unter der Leitung von Robert Traba, Hubert Orłowski und Andrzej Sakson, das in den Jahren 2005-2006 in Purda Wielka (Groß Purden) realisiert wurde. Auch die Untersuchungen von Krzysztof Rakowski im masurischen Dorf Wejsuny (Landkreis Pisz) dürfen nicht unerwähnt bleiben.

Den Ertrag deutsch-polnischer Untersuchungen, hauptsächlich in den Landkreisen Giżycko und Węgorzewo, bilden zahlreiche interessante Publikationen sowohl in polnischer als auch in deutscher Sprache (eine Habilitationsschrift, mehrere Dissertationen, Kollektivarbeiten, Beiträge, Studien usw.).<sup>644</sup>

Das vollständigste Bild des lokalen und regionalen Identitätswandels im nördlichen Masuren zeichnet Wojciech Łukowski in der Monographie *Spoleczne tworzenie ojczyzn. Studium tożsamości mieszkańców Mazur* (Warszawa 2002). Er hat Feldforschungen in den Landgemeinden Budry, Krukłanki und Stare Juchy sowie in der Stadt Giżycko durchgeführt. Eine nationale (polnische, ukrainische oder deutsche) Identität gaben fast 100 % der Befragten an, eine lokale durchschnittlich etwa 80 %, eine regionale ca. 60 %.<sup>645</sup> Auf die Frage: „In welcher Ortschaft/Region, in der Sie gewohnt haben, ließ es sich am besten leben?“, nannte die eindeutige Mehrheit der Befragten ihren bisherigen Wohnort. Das größte Migrationspotenzial war unter den jüngsten Personen (20-29 Jahre) auszumachen und betrug nicht weniger

---

644 Ausführlich besprochen werden diese Forschungsvorhaben von U. Mai: *Symbolische Aneignung und Ethnizität in Masuren*, in: U. Mai (Hg.), *Masuren. Trauma, Sehnsucht, leichtes Leben. Zur Gefühlswelt einer Landschaft*, Münster 2005, S. 9-43. Der Sammelband, Resümee der Forschungen, enthält eine umfangreiche Bibliographie der Forschergruppe mit 44 Positionen (Monographien, Sammelbände, Beiträge), S. 331-333.

645 W. Łukowski, *Spoleczne tworzenie ojczyzn. Studium tożsamości mieszkańców Mazur*, Warszawa 2002, S. 119.

als 40,7 %.<sup>646</sup> Stark missbilligten die Befragten die Abschaffung der Woiwodschaft Olsztyn 1975 und der Anschluss ihrer Region an die „exotische“ Woiwodschaft Suwałki, den die Einwohner von Giżycko als „zivilisatorischen Abstieg“ betrachteten. Dies erklärt den eindeutigen Zuspruch für die Bildung der Woiwodschaft Ermeland-Masuren im Jahr 1999, an die diese Subregion angegliedert wurde.

Die 1989 eingeleitete Transformationsprozess nahm den Einwohnern der Region in erster Linie das bisherige Sicherheitsgefühl. Die Migration (Binnen- und Auswanderung) wurde zum wichtigsten Mittel, die Lebensbedürfnisse und -aspirationen zu befriedigen. Ein anderes Merkmal war das Fehlen verständlicher Regeln im wirtschaftlichen und sozialen Leben, was sich unter anderem im Zerfall elementarer sozialer Bindungen und dem Verschwinden lokaler Autoritäten manifestierte. Feste Einkommensquellen waren hauptsächlich Ruhegeld und Rente. Damit konnten sich zahlreiche Haushalte über Wasser halten. Das Gefühl der Entfremdung verstärkte auch der Landkauf „durch die Warschauer“, hauptsächlich für den Bau stattlicher Sommerhäuser. Auffallend ist dabei der „Kontrast zwischen Zugezogenen und Einheimischen, wodurch Frustration und Entfremdung zunehmen.“<sup>647</sup> An Vorteilen nannten die Befragten vor allem das Erscheinungsbild einzelner Ortschaften und die Verbesserung der Lebensbedingungen. Insgesamt haben wir jedoch mit einem zivilisatorischen Kollaps der Region zu tun, mit einer neuen „masurischen Tragödie“.

Der Autor unterscheidet mehrere Heimattypen der Bewohner Masurens (z. B. den borussischen Heimattypus, die Heimat der masurischen Ukrainer, die Heimat der Zugezogenen, die Heimat der Migranten oder die vorgestellte Heimat der jüngsten Generation) und bemerkt, die Vielzahl der Heimaten (Pluralismus) komme darin zum Ausdruck, dass sich die konkrete Person ihre eigene Heimat konstruieren und sich dabei mehr als nur eines Vorbildes bedienen könne. Sie brauche sie auch nicht auf nur einen konkreten Ort zu beziehen, sondern könne sie in verschiedenen geographischen Räumen verorten. Von masurischen Heimaten zu sprechen sei daher unberechtigt. Es müsse von Heimaten der Bewohner Masurens die Rede sein.<sup>648</sup>

Nach Ansicht von Łukowski hängen Heimatbildung und -gehalt von vielen Faktoren ab, wie Wohndauer und -sitz in der jeweiligen Ortschaft, Sozialisierungsverlauf, Bildung, ausgeübter Beruf und psychische Eigenschaften. Die Qualität der konkreten abgegrenzten Heimaten der Bewohner Masurens könne unterschiedlich sein. Riskant wäre allerdings der Versuch einer Wertung, welche dieser Heimaten besser oder schlechter, welche beständig oder unbeständig sei.<sup>649</sup>

---

646 Ebenda S. 125.

647 Ebenda S. 173.

648 Ebenda S. 284.

649 Ebenda S. 284 f.

Viel Interessantes zur lokalen, regionalen und ethnischen Identifikation liefern die 2006-2008 von Wojciech Łukowski, Hanna Bojar und Bohdan Jałowicki geleiteten Untersuchungen im Landkreis (Mikroregion) Goldap.

Łukowski, der seine früheren Forschungen zur Identität der Bewohner Masurens fortsetzte, stellte zu Goldap fest: „Beinahe alle Befragten gaben zur Antwort, sie seien Polen (99,6 %); 88,2 % sagten, sie fühlten sich als Einheimische. Sehr viele (72,4 %) gaben auch an, sich als Masuren zu fühlen. Die Frage war geschlossen, so dass sie eher eine gewohnheitsmäßige als eine reflektierte Auskunft zuließ, für wen man sich hält. Gleichwohl überrascht die Stärke des masurischen Selbstverständnisses in einem Gebiet, das zwar historisch und geographisch im Masurenland liegt, zugleich aber auch dort, wo autochthone, als masurisch anzusehende Bevölkerung kaum präsent ist. Aber vielleicht erklären die Befragten genau deswegen so unbefangen, Masuren zu sein. Gerade bei der verschwindend geringen Präsenz ethnischer Masuren im Untersuchungsraum scheinen solche Selbstidentifikationen seitens der gegenwärtigen Einwohner durchaus plausibel. Es gibt nämlich keine andere Bevölkerungsgruppe, der diese Selbstbestimmung natürlicherweise zukäme (wie im Fall der Schlesier oder Kaschuben). Die masurische Selbstidentifikation betrachten wir also als mögliche Erscheinungsform einer Identität mit regionalem Bezug, sei sie auch noch so oberflächlich und unfundiert.

(...) Es ist nicht auszuschließen, dass das Masurentum der Goldaper diffus und oberflächlich ist. Da wir ja in Masuren leben, sind wir auch Masuren, und in unserer unmittelbaren Umgebung ließe sich schwerlich jemand finden, der solche Identifikation mehr verdient hätte als wir. Vielleicht haben diese Denkweise und eine gewisse Habitualisierung in Zusammenhang mit dem Wohnort die hohe Zahl der Nennungen bestimmt. In einer Umfrage ist es nicht möglich, Tiefe und Qualität des Selbstverständnisses zu messen.“

Im Resümee seiner Forschungsergebnisse stellt der Verfasser fest: „Obwohl fast 60 Jahre seit Beginn der Nachkriegsbesiedlung Goldaps vergangen sind, bleibt die damalige Herkunftsstruktur der Einwohner bestehen. Selbstverständlich haben wir es bereits mit den Folgegenerationen zu tun, doch nach wie vor dominieren Personen mit Wurzeln in den benachbarten Gegenden um Suwałki und Augustów oder den übrigen Teilen der heutigen Woiwodschaft Podlachien. Es war nicht zu bemerken, dass dies heute wesentlichen Einfluss auf das Funktionieren der lokalen Gemeinschaft hätte. Die Tatsache aber, dass über 30 % der Befragten, besonders der Jüngeren, Masuren als Herkunftsort ihrer Vorfahren nennen, weist auf den Bedeutungsverlust außermasurischer Bezugsregionen hin. Auf diese Weise verwischt sich auch der postmigrantische Charakter Masurens.“<sup>650</sup>

---

650 W. Łukowski, *Spoleczność mikroregionu Goldap w świetle badania sondażowego*, in: *Spoleczność na granicy. Zasoby mikroregionu Goldap i mechanizmy ich wykorzystania*, pod red. W. Łukowskiego, H. Bojar, B. Jałowickiego, Warszawa 2009, S. 62, 84.

Mathias Wagners Untersuchungen in dem polnisch-ukrainischen Dorf Orłowo ergeben das Bild einer weitgehend desintegrierten Gemeinschaft, deren neu gebildete Identität sich auf zwei extreme Haltungen stützt: „Ich bin Masure, ich bin hier geboren“ und „Hier will ich nicht mehr wohnen“.<sup>651</sup> Zu den Untersuchungen in Orłowo erschien ein Bildband auf Polnisch und Deutsch, der sehr umstritten war und Kritik hervorrief.<sup>652</sup>

Die Untersuchungen von Bettina Hunecke in Kruklanki<sup>653</sup> und von Marzanna Kielar in Kutry und Przytuły zeigen „Prozesse des Vertrautwerdens mit individuellen Lebensräumen und Heimat“.<sup>654</sup> In den ukrainisch-polnischen Dörfern dauern die „Assimilationsprozesse“ an.<sup>654</sup> Die Untersuchungen von Tomasz Marciniak in Budry und Asuny widmen sich der ukrainischen Bevölkerung, die von Barbara Eßer den Symbolorten in Stare Juchy.<sup>655</sup> Diese Untersuchungen ergeben ein Bild „schwacher“ lokaler Gemeinschaften.<sup>656</sup>

- 
- 651 Vgl. M. Wagner, „*Wir waren alle Fremde*“. *Die Neuformierung dörflicher Gesellschaft in Masuren seit 1995*, Münster 2000, S.334-345. Vgl. von demselben Autor: *Czasami praca polega na picciu kawy. Obserwacje z rocznego pobytu studyjnego na mazurskiej wsi*, in: *Masovia. Pismo poświęcone dziejom Mazur*, 1 (1997), S. 91-101; *Mazurzy? Niemcy? Polacy? Uwagi dotyczące społecznej konstrukcji tożsamości etnicznej*, in: *Masovia* 3 (2000), S. 169-176; *Wizyta w szkole, czyli wspomnienia z przeszłości*, in: *Masovia* 4 (2001), S. 133-136.
- 652 Dieser Bildband (*Fremde Heimat: Alltag in einem masurischen Dorf*, Text und Aufnahmen von M. Wagner, Potsdam 2006) zeigt das Dorf und seine Bewohner als eine arme und primitive Gemeinschaft. In seiner Besprechung des Buches beschreibt Jerzy J. Łapo Reaktionen auf diese Publikation: „Als ich in einer Buchhandlung in Gizycko nach diesem Buch griff, hörte ich: – Wie konnte man das heutige Masuren nur *so* darstellen! So ist es doch gar nicht! Die Buchhändlerin verbarg ihre Empörung nicht.“, *Studia Angerburgica* 13 (2006), S. 120.
- 653 B. Hunecke, „*Im Augenblick zieht sich jeder in sein Nest zurück*“. *Persönliche Netzwerke und Ethnizität. Krisenbewältigungsstrategien von Frauen im ländlichen Masuren (Nordostpolen)*, Münster 1999. Vgl. die Besprechung dieser Arbeit von Bożena Domagała in: *Masovia* 4 (2001), S. 208-212.
- 654 Vgl. unter anderem: T. Marciniak, *Symbole naszego świata. Przestrzeń i czas w mazurskich społecznościach lokalnych*, in: *Masovia* 2 (1999), S. 227-248; ders.: *Mazurska propinacja. Społeczna osobliwość czasu i miejsca*. in: *Masovia* 1 (1997), S. 71-89; *Życie społeczno-kulturalne Ukraińców na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, pod red. B. Domagały, A. Saksona, Olsztyn 1998, S. 119-127.
- 655 B. Eßer, *Dwie historie z Mazur: Rozważania porównawcze na temat procesu zdomowienia*, in: *Masovia* 2 (1999), S. 123-148; dies.: *Pomnik niemieckiego żołnierza czy religijne miejsce pamięci?*, in: *Przegląd Zachodni* 1 (2000), S. 149-172; „*Historia*“ jako aspekt konstruowania *małej ojczyzny – spostrzeżenia z Mazur*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, pod red. Z. Mazura, Poznań 2000, S. 635-670.
- 656 Vgl. *Heimat und Ethnizität. Über den Umgang mit Fremdheit in Masuren und Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Nordost-Archiv* 1 (1999).

Aus den Untersuchungen im ermländischen Dorf Purda sowie der masurischen Gemeinde Sorkwity und dem Dorf Wejsuny geht hervor, dass wir von relativ „starken“ lokalen Gemeinschaften sprechen können.

Die Mehrheit der Dorfbewohner von Purda (60,6 %) erklärt, stark mit dem Wohnort verbunden zu sein (sehr stark 12,1 %, stark 48,5 %), während ihm sich 30,3 % schwach (9,1 % sehr schwach) verbunden fühlen. Die regionale Bindung tritt deutlicher zutage und wird von insgesamt 77,3 % der Befragten bejaht (15,2 % sehr stark, 62,1 % stark). Schwach empfinden diese Bindung 18,2 %, sehr schwach bzw. gar nicht 4,5 % der Befragten.<sup>657</sup> Die Untersuchungen in Sorkwity<sup>658</sup>, Wejsuny<sup>659</sup> in Masuren und Woryty im Ermland<sup>660</sup> ergeben ein ähnliches Bild relativ starker lokaler und regionaler Bindung.<sup>661</sup> Dass in diesen Gesellschaf-

---

657 M. Tujdowski, *Świadomość Warmiaków w świetle badań socjologicznych. Pilotażowe badania w Purdzie Wielkiej*, in: *Ślęzacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością*, pod red. A. Sakson, Poznań 2008, S. 324 f. L. Rogowski, *Przemiany tożsamości wsi na Warmii w latach 1920-2005. Studium historyczno-socjologiczne na przykładzie wsi Purda Wielka*, in: Ebenda S. 305-320. Vgl. auch: *Przeszłość zapamiętana. Narracje z pogranicza. Materiały pomocnicze do analizy polsko-niemieckich stosunków narodowościowych na przykładzie warmińskiej wsi Purda Wielka*, pod red. Traby, A. Saksona, Olsztyn 2007, und M. Kardach/J. Pilecki/E. Traba (red.): *Groß Purden 1900-2006. Das Portrait eines Dorfes*, Olsztyn 2008.

658 Vgl. A. Lis, *Spoleczność pogranicza wobec integracji europejskiej, czyli Unia Europejska wobec Mazurów. Badania terenowe w gminie Sorkwity*, Poznań 2006 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

659 K. Rakowski, *Mieszkańcy Mazur, czy nowi Mazurzy? Tożsamość regionalna Mazur południowych – wyniki badań przeprowadzonych we wsi Wejsuny*, in: *Znad Pisy. Pismo poświęcone Ziemi Piskiej* 11 (2002), S. 187-210. Diesen Untersuchungen zufolge sind in Wejsuny die stärksten Elemente der Bindung an den Ort die Familie und die Landschaft (je 46,8 %), gefolgt von: „Hier arbeite ich, besuche die Schule“ 36,2 %, Geburtsort 29,8 % und „Hier sind meine Eltern geboren“ 10,6 %. Der Autor charakterisiert die untersuchte Gemeinschaft folgendermaßen: „Sie fühlen sich mit der nächsten Umgebung verbunden, schätzen die Schönheit der umgebenden Natur und wissen letztere zu nutzen (besuchen die nahen Wälder, Seen). An diese Umgebung bindet sie zudem ihre Familie, manchmal Arbeit bzw. Schule. Zu anderen Einwohnern haben sie ein gutes nachbarschaftliches oder gar freundschaftliches Verhältnis. Sie kennen die Herkunft der anderen Dorfbewohner, viele haben ein verfestigtes Stereotyp von einem Kurpier oder Masuren, aber im Alltag ist das kein Thema, es gibt keine Konflikte wegen der Herkunft. Wie meine masurischstämmige Interviewpartnerin sagte: ‚keiner sieht irgendwen als Zugereisten an, wir sind doch alle unter uns‘“ (S. 210).

660 Vgl. A. Szyfer, *Jest taka wieś. Typowa czy inna? Wągrowiec 2000*, S. 97-113; dies., *Zapiskane z pamięci. Z badań etnografa*, Poznań 2006, S. 9-56.

661 Vgl. K. Jarzynka, *Spoleczność lokalna na przykładzie Działdowa*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); I. Trusewicz, *Nie bali się marzyć. Przez tysiące godzin, w wolnych chwilach mieszkańcy Biesowa upiększali wieś*, in: *Rzeczpospolita*

ten auch frühere Einwohner Ostpreußens, d. h. Ermländer und Masuren, wohnen, wirkt sich positiv auf das Gefühl der sozialen Bindung und auf die Bindungsstärke an Wohnort und -region aus.

„Innovativität“ und „Öffnung“ der Postmigrationsgemeinschaften in den West- und Nordgebieten, darunter in Ermland und Masuren, äußern sich gegenüber anderen Regionen Polens nach wie vor in der Einstellung zum EU-Beitritt Polens und der Integration des Alten Kontinents. Wie eine Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Pracownia Badań Społecznych in Sopot im Mai 2003, einen Monat vor dem Beitrittsreferendum, ergab, war die proeuropäische Haltung in den Neuen Gebieten am weitesten verbreitet: Woiwodschaften Opole 82 %, Niederschlesien und Ermland-Masuren 78 %. Am wenigsten Zuspruch für die EU war in den Woiwodschaften Kleinpolen mit 65 %, Masowien mit 64 % und Lublin mit 61 % zu verzeichnen.<sup>662</sup> Die Beteiligung am Referendum am 7. und 8. Juni 2003 betrug landesweit 58,85 %. Für den EU-Beitritt sprachen sich 77,45 % der Teilnehmer aus, dagegen 22,5 %. In der Woiwodschaft Ermland-Masuren war die Wahlbeteiligung etwas niedriger als im Landesdurchschnitt und betrug 54,74 % (am höchsten war sie in Niederschlesien mit 60,18 %, am niedrigsten in der Woiwodschaft Heiligkreuz mit 52,14 %). Für den EU-Beitritt stimmten 82 % der Einwohner von Ermland-Masuren (noch mehr, 85 %, im Oppelner Land und Oberschlesien, am wenigsten, 63 %, in der Woiwodschaft Lublin).<sup>663</sup>

Die Einwohner der Wiedergewonnenen Gebiete sprachen sich am stärksten für die Integration in die EU aus. Je weiter östlich in Polen, desto weniger stimmten mit Ja.

In den Nord- und Westgebieten lag die Wahlbeteiligung nur geringfügig höher als in den Gemeinden Ostpolens, aber EU-Befürworter gab es dort deutlich mehr als in den übrigen vier Landesteilen und annähernd genauso viele wie in den Städten anderer Gegenden Polens. Am besten zu sehen ist das am Beispiel des früheren Ostpreußens, das sich hinsichtlich der Wahlbeteiligung nicht von der benachbarten Region Białystok unterschied, dafür aber deutlich proeuropäischer

---

vom 24-25.09.2005, S. 4; J. Jackowicz, *Mrągowo. Miasto aptek i taniego Armaniego*, in: *Newsweek* vom 10.12.2006, S. 90-92; I. Trusewicz, *Duży skok małej miejscowości. Mikołajki. Najaktywniejsze i najlepsze wykorzystanie funduszy unijnych w regionie*, in: *Rzeczpospolita* vom 26.09.2007, S. 7.

662 *Rzeczpospolita* vom 21.05.2003, S. A4.

663 *Gazeta Wyborcza* vom 10.06.2003, S. 4 f. Die meisten Befürworter des EU-Beitritts in der Woiwodschaft Ermland-Masuren gab es in Elbląg (86 %), die wenigsten in der ermländischen Gemeinde Brzydowo (24 %). Die höchste Wahlbeteiligung (67 %) wurde in Olsztyn gemessen. *Rzeczpospolita* vom 11.06.2003, S. A 4.

stimmte. Anders als in Galizien und dem Osten waren die Gemeinden direkt an der Grenze weniger EU-freundlich als die grenzfernen.<sup>664</sup>

Antoni Sulek meint: „Die lokalen Gemeinschaften der Westgebiete und am Ostrand Polens unterscheiden sich durch den Grad des Zusammenhalts. Im Westen sind sie atomisierter, die Menschen sind für Argumente von außen, aus Politik und Medien empfänglicher. Die Menschen weiter im Westen haben mit ihm auch häufiger Kontakt (z. B. geschäftlich). Am Ostrand ist die EU etwas Abstrakteres, die Menschen haben Angst vor dem Unbekannten, weil es große Veränderungen bringt, die zudem kaum vorhersehbar sind.“<sup>665</sup>

Eine ähnliche Spaltung Polens „in zwei Länder“ manifestiert sich auch bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die Bewohner der Wiedergewonnenen Gebiete haben bei den Wahlen die Linke (Bündnis der Demokratischen Linken SLD) bzw. das Zentrum (Bürgerplattform PO) gewählt. Bei den Kommunalwahlen im November 2006 bekam die Bürgerplattform in der Woiwodschaft Ermland-Masuren 26,84 % der Stimmen, Recht und Gerechtigkeit (PiS) 20,14 %, und Linke und Demokraten (LiD) 15,09 %.<sup>666</sup> Diese Spaltung wurde auch bei der Europawahl am 2. Juni 2009 sichtbar. Für die Bürgerplattform stimmte die „modernisierungsfreundliche Wählerschaft“ der West- und Nordgebiete<sup>667</sup>. Im Wahlkreis Nr. 3 Olsztyn, der die Woiwodschaften Ermland-Masuren und Podlachien umfasste, stimmten 38,4 % der Wähler für die PO, 19,9 % für PiS (das SLD bekam 14,2 %, die Polnische Volkspartei PSL 9,0 %). Die meisten Stimmen erhielten die PO im Wahlkreis Gdańsk (59,2 %) und PiS im Wahlkreis Rzeszów (42,0 %). Die

664 J. Żakowski, *Nowy rozbiór Polski*, *Polityka* 24 (2003), S. 33.

665 A. Sulek, *Polska referendalna. Wywiad*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 10.06.2003, S. 5.

666 *Gazeta Wyborcza* vom 15.11.2006, S. 1. Vgl. G. Gorzelak, *Zabory wciąż nas dzielą. Wywiad*, ebenda vom 15.02.2006, S. 15. Ähnlich verteilten sich die Stimmen bei der Präsidentschaftswahl 2005 und bei den Parlamentswahlen 2007. Vgl. M. Janicki, W. Władyka, *Wybory jak rozbiory. Dwie Polski*, *Polityka* 44 (2007), S. 26-30; Vgl. auch: M. S. Szczepański, *Tożsamość europejska i lokalne rewindykacje*, in: *Spoleczności lokalne – teraźniejszość i przyszłość*, pod red. B. Jałowickiego, W. Łukowskiego, Warszawa 2006, S. 39-56; C. McManus-Czubińska, W. L. Miller, Markowski, J. Wasilewski, *Podwójna tożsamość Polaków*, in: *System partyjny i zachowania wyborcze. Dekada polskich doświadczeń*, pod red. Markowskiego, Warszawa 2002, S. 241-266.

667 Nach Ansicht des Soziologen Jacek Raciborski verlieren die früheren Trennlinien infolge der durch die Teilungen Polens verursachten Unterschiede an Bedeutung, dafür „tritt jetzt deutlich die Trennung nach Modernisierungskriterien zutage. Das Niveau der zivilisatorischen Entwicklung ist westlich der Weichsel höher. Und östlich davon niedriger, wo auch die nationalkatholischen Haltungen vorherrschen. Bedeutsam ist auch die Religiosität: je höher sie ist, desto stärker die Unterstützung für Recht und Gerechtigkeit PiS (und für die Polnische Volkspartei PSL). Es ist nicht allzu korrekt, was ich sage, aber die alte Spaltung in Polen A und B tritt wieder deutlich zutage.“ *Wisła dzieli Polaków. Wywiad*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 9.06.2009, S. 2.

Wahlbeteiligung in der Woiwodschaft Ermland-Masuren war landesweit die niedrigste und betrug 19,08 %, bei durchschnittlich 24,53 % (Woiwodschaften Lebus 19,75 %, Westpommern 21,5 %, Niederschlesien 23,74 %, Pommern 28,05 %). Bei der Präsidentschaftswahl vom Juni-Juli 2010 erhielt Bronisław Komorowski (PO) in der Woiwodschaft Ermland-Masuren 62,3 % der Stimmen, sein Gegenkandidat im zweiten Wahlgang Jarosław Kaczyński 37,7 %. Eine ähnliche Tendenz zeigte sich bei den Kommunalwahlen am 21. November 2010 (PO 36,08 %, PiS 17,03 %, SLD 16,65 %, PSL 21,84 % der Stimmen).<sup>668</sup>

### 3.3. Nationalitätenverhältnisse

Der große gesellschaftlichen Umbruch von 1989, der die politisch-gesellschaftliche Transformation in Polen einleitete, führte zu einer Abkehr von der bisherigen, auf das Konzept des mononationalen Staates gestützten Nationalitätenpolitik. Ab 1989 waren die neuen Machthaber bestrebt, gegenüber nationalen und ethnischen Minderheiten eine Politik auszuarbeiten, wie sie kennzeichnend für demokratische Staaten ist.

Die neue Nationalitätenpolitik des polnischen Staates beeinflusste die gesellschaftlichen Prozesse in Ermland und Masuren entscheidend. Die hier lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten sowie regionalen Gruppen, die Traditionen der „verlorenen Heimat“ pflegten, erhielten neue Handlungsmöglichkeiten. Zum ersten Mal seit 45 Jahren bekamen die hier lebenden Deutschen und „polnischen Vertriebenen“ aus östlichen Grenzlanden Gelegenheit, eigene Interessen zu artikulieren und unabhängige Organisationsstrukturen zu entwickeln. Es zeigte sich, dass ca. 100 000 Einwohner der Woiwodschaft Olsztyn (von insgesamt 800 000) Gemeinschaften bilden, die sich mit einer anderen als der polnischen Nationalität identifizieren. Für die seit Jahrzehnten hier wohnenden Polen war dies eine große Überraschung, da man sie jahrzehntelang überzeugt hatte, in einer homogenen Gesellschaft zu leben, in der Minderheiten eine unerhebliche Randerscheinung seien.

In Ermland und Masuren lebt die größte Gruppe ukrainischer Bevölkerung in Polen. Etwa 50 000-60 000 masurische und ermländische Ukrainer bilden im Norden der Woiwodschaft geschlossene Gemeinschaften. Die deutsche Minderheit, die etwa 15 000 Personen zählt, ist stark verstreut. Andere weniger zahlreiche Minderheiten sind die weitgehend polonisierten Weißrussen mit ca. 4 000-5 000 Personen und eine sich deutlich abhebende Gemeinschaft der Zigeuner (Roma)

---

668 Ebenda; *Rzeczpospolita* vom 9.06.2009, S. A5 f.; vom 6.07.2010, S. A3; [www.warmiamaz.pl](http://www.warmiamaz.pl) (11.2010); *Gazeta Wyborcza* vom 24.11.2010, S. 4.

mit etwa 1 000 Mitgliedern. In der Region Olsztyn leben auch eine kleine Gruppe Altgläubiger (ca. 200-300 Menschen), einzelne Litauerfamilien sowie ganz wenige Polen jüdischer Abstammung. Die Nationalitätenstruktur der Woiwodschaft Olsztyn zeigt Tabelle 59.

Tabelle 59 Nationale Minderheiten in der Woiwodschaft Olsztyn im Jahr 1997

Nationalität	Zahl der Mitglieder	
	nach Eigenangaben	nach Schätzungen des Autors
Ukrainer	70 000	50 000 – 60 000
Deutsche	20 000	15 000
Weißrussen	2 000	4000 – 5000
Zigeuner (Roma)	1 000	1000
Altgläubige	150	200 – 300

Quelle: eigene Aufstellung.

Die vorgenannten Angaben enthalten nur Ortschaften in der Woiwodschaft Olsztyn. Berücksichtigte man das ganze historische Gebiet des südlichen Ostpreußens, d. h. des Ermlands, Masurens und des Oberlandes, die zum größten Teil in den Woiwodschaften Olsztyn, Suwałki und Elbląg lagen, so würde sich eine proportional größere Zahl ergeben. Dies trifft insbesondere auf die ukrainische Bevölkerung zu, deren geschlossene Gruppen in den ehemaligen Landkreisen Pisz, Giżycko, Węgorzewo, Elk und Gołdap der damaligen Woiwodschaft Suwałki leben. Die Gesamtzahl der ukrainischen Bevölkerung im genannten Gebiet beträgt ca. 70 000 Personen und deckt sich mit den Angaben des Verbandes der Ukrainer in Polen (ZUwP). Die deutsche Minderheit wird auf etwa 20 000 Personen geschätzt. In der Region leben derzeit auch etwa 4 000 Ermländer und 6 000 Masuren unterschiedlicher nationaler Option. Eine große Zahl (hauptsächlich Vertreter der älteren und der ältesten, vor 1945 geborenen Generation) ist Mitglied verschiedener Vereine der deutschen Minderheit. Neue Angaben zur nationalen Struktur der 1999 gebildeten Woiwodschaft Ermland-Masuren erbrachte die Volkszählung von 2002. Demnach haben in Ermland und Masuren nur 18 245 Personen (von insgesamt 1 428 357) eine andere Nationalität als die polnische angegeben. Bei 22 815 Menschen ließ sich keine Nationalität eruieren.<sup>669</sup> An Methode und Durchführung der Volkszählung allgemein haben Soziologen und Demographen Kritik

669 Vgl. Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2002. Ludność. Stan oraz struktura demograficzno-ekonomiczna. Województwo warmińsko-mazurskie. Olsztyn 2003, S. 134 f.

geübt. Sie erheben den Vorwurf, die Zensusdaten spiegelten das tatsächliche Bild der nationalen Struktur Polens und seiner einzelnen Regionen keinesfalls wider.<sup>670</sup>

Die Nationalitätenstruktur der Woiwodschaft Ermland-Masuren veranschaulicht Tabelle 60.

Tabelle 60 *Nationalitätenstruktur der Woiwodschaft Ermland-Masuren im Lichte der Volkszählung von 2002*

	Nationalität	Insgesamt	Männer	Frauen
1.	Ukrainer	12 009	5 872	6 137
2.	Deutsche	4 535	2 033	2 502
3.	Roma	435	230	205
4.	Weißrussen	274	120	154
5.	Litauer	102	45	57
6.	Masuren	25	6	19

Quelle: Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2002. Ludność. Stan oraz struktura demograficzna i społeczno-ekonomiczna. Województwo warmińsko-mazurskie. Olsztyn 2003, S. 134.

In der Woiwodschaft wurden auch 16 weitere, zahlenmäßig kleine Gruppen anderer Nationalität erfasst, beispielsweise der griechischen (20 Personen), armenischen (52), russischen (219), italienischen (50) oder vietnamesischen (27). 2 226 Personen gaben an, zu Hause ausschließlich eine andere Sprache als Polnisch zu sprechen, und 19 109 Polnisch und eine andere Sprache.<sup>671</sup>

Höchst aussagekräftig ist die Tatsache, dass gar 22 800 Personen keine Nationalität angaben. Zu dieser Gruppe gehören hauptsächlich Ukrainer, Deutsche und Weißrussen, aber auch Masuren und Ermländer. Die Ergebnisse der allgemeinen Volkszählung 2002, die von bisherigen Schätzungen der Forscher krass abwei-

670 Die Kritik an der Datenerhebung zum nationalen Zugehörigkeitsgefühl verwies unter anderem darauf, dass es nicht möglich war, mehr als nur eine national-ethnische Option zu nennen, was von großer Bedeutung für die einheimische Bevölkerung, aber auch andere nationale Gruppen sei. Die Interviewer hätten diese Frage oft übergangen oder andere als die angegebenen Nationalitäten eingetragen. Hervorgehoben wurde auch, dass Erklärungen zur nationalen Zugehörigkeit aus Furcht vor unangenehmen Konsequenzen unterblieben seien. Vgl. M. Latoszek, *Polska tożsamość Pomorzan w kontekście uwag nad wynikami Narodowego Spisu Powszechnego 2002*, in: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy. Między polsnością a niemieckością*, pod red. A. Saksona, Poznań 2008, S. 163-194. Vgl. auch: *Mniejszości narodowe w świetle Narodowego Spisu Powszechnego z 2002 roku*, pod red. L. Adamczuka, S. Łodzińskiej, Warszawa 2006.

671 Ebenda S. 138.

chen, belegen eine fortschreitende Assimilation und Polonisierung. Nach Daten der Wojwodschaftsverwaltung leben in den nationalen Ortschaften der Region 1,1 % der Einwohner (laut Schätzungen sollen es knapp 8 % sein).<sup>672</sup>

Dass es weniger einheimische Einwohner Ermlands und Masurens gibt als Ukrainer, die hier seit 1947 in großer Entfernung von ihrer Heimat und der Ukraine leben, ist ein Paradox und ein Treppenwitz der Geschichte. Die Sichtweise verändert sich aber, wenn wir die Nationalitätenstruktur des nördlichen Ostpreußens, d. h. des derzeitigen Kaliningrader Gebiets und des heute litauischen Memellandes betrachten. In dem zur Russischen Föderation gehörenden Gebiet leben derzeit 906 000 Menschen, darunter 707 600 Russen, 75 800 Weißrussen, 65 600 Ukrainer sowie 3 800 Tataren, 3 800 Mordwinen, 3 300 Armenier, 2 700 Tschuwaschen und 2 000 Aserbaidzschaner; insgesamt sind es Vertreter von etwa 100 Nationalitäten. In Klaipėda, der Hauptstadt von Kleinlitauen (Memelland, Klaipėdiškis), stellten die Russen etwa 28,2 % der Einwohner (1989), außer ihnen Ukrainer (3,9 %) und Weißrussen (2,7 %). Die Alteinwohner des Landes machen einen Prozentbruchteil aus.

Unter den vielen, von verschiedenen nationalen Gruppen gebildeten Lokalgemeinschaften Ermlands und Masurens verdient die in Lidzbark Warmiński besondere Beachtung. In dieser Stadt leben seit Jahrzehnten Polen (darunter viele Grenzländer), Ukrainer und Deutsche friedlich miteinander. Die Sorge der Kommunalverwaltung um das harmonische Zusammenleben der lokalen Gemeinschaft äußerte sich in der Gründung eines Ausschusses für Nationale und Ethnische Minderheiten durch den Stadtrat. Es ist wohl die einzige Selbstverwaltung in Polen, die die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens mit den Minderheiten verstanden hat.

Ein anderes Beispiel ist die Gemeinde Górowo Iławeckie, die als „ukrainisches Piemont“ gilt, das wegen der Vielzahl seiner identitätsstiftenden und -fördernden Initiativen und Institutionen nicht nur auf alle Ukrainer in Polen, sondern auch auf die Ukraine selbst auszustrahlen hat. In der Gemeinde gehören viele Ukrainer der Selbstverwaltung an.

Die Nationalitätenverhältnisse und die Lage einzelner nationaler und ethnischer Minderheiten in Ermland und Masuren sind sehr spezifisch und stark differenziert. Aus historischen Gründen und wegen ihrer Zahl verdienen die früheren Einwohner dieser Region und die ukrainische Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit.

---

672 Vgl. B. Domagała, *Mniejszości narodowe na Warmii i Mazurach. Obecność instytucjonalna, znaczenie symboliczne*, in: *Oblicza lokalności. Różnorodność miejsc i czasu*, pod red. J. Kurczewskiej, Warszawa 2006, S. 99-101; Tätigkeitsbericht des Beauftragten der Wojwodschaft Ermland-Masuren für Nationale und Ethnische Minderheiten. Sitzungsvorlage des Gemeinsamen Ausschusses der Regierung und der Nationalen Minderheiten am 10. Dezember 2008, S. 1 (Typskript in der Sammlung des Verfassers).

### 3.3.1. Gibt es noch Masuren und Ermländer?

Der seit Jahrzehnten anhaltende Exodus der masurischen und ermländischen Bevölkerung nach Deutschland und ihr Massenbeitritt in verschiedene Vereine der deutschen Minderheit nach 1990 hatten zur Folge, dass immer öfter die Frage gestellt wurde, ob es die Masuren und Ermländer überhaupt gebe. Man begann sie mit den Deutschen gleichzusetzen und behauptete, einige, besonders die nach 1945 geborenen Generationen, seien infolge der Assimilation Polen geworden. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, die Frage der einheimischen Bevölkerung habe sich quasi von allein erledigt. Gleichzeitig wurde ein anderes Phänomen zum Gegenstand der Diskussion, und zwar die sog. neuen Masuren, d. h. jene Polen, die der zugewanderten Bevölkerung entstammten und in Masuren geboren wurden.

Wie in früheren Jahren ist die evangelisch-augsburgische Kirche die wichtigste und im Prinzip die einzige Institution, um die sich die Mehrheit der masurischen Bevölkerung schart. Trotz großen Drucks, hauptsächlich von außerhalb Masurens, auch aus Deutschland, sieht die lutherische Kirche in Masuren keine Notwendigkeit, Gottesdienste auf Deutsch abzuhalten. Diesen Standpunkt teilt auch die eindeutige Mehrheit der masurischen Mitglieder dieser Kirche (in der Urlaubssaison werden, in erster Linie für Touristen aus Deutschland, Gottesdienste in deutscher Sprache in einer Kirche in Giżycko abgehalten). Seit geraumer Zeit lässt sich beobachten, dass die Rolle der evangelisch-augsburgischen Kirche bei Erhalt und Pflege der masurischen Eigenart ständig zunimmt. Eine deutliche Bestätigung dafür war der Verlauf der Feierlichkeiten zum 400. Gründungstag der evangelischen Kirche im Mai und Juni 1995 in Sorkwity (Sorquitten); dort befindet sich heute die einzige ländliche Gemeinde dieser Kirche in Masuren mit einem ständigen Seelsorger. Auch die 1995 vom Masurischen Gemeindeverbandes „Jurand“ und dem Institut für Geschichte und Gesellschaft in Szczytno veranstalteten Feierlichkeiten zum 350. Gründungstag von Rozogi zeugten vom Bestreben, die masurischen Traditionen zu pflegen.

Einen besonderen Status hat die Masurische Gesellschaft. Für die Notwendigkeit ihrer Errichtung führte der Gründungsvater Tadeusz Willan 1992 folgende Argumente an: „Es gibt unter uns Menschen mit sehr komplexer Identität. Menschen, die zwischen zwei Nationen und im Einflussbereich zweier Kulturen stehen, einmal germanisiert und dann wieder polonisiert, also mit Macht dem Einfluss der anderen vertrauten Kultur entzogen. Viele von uns sagen: Wir sind Masuren. Weder Deutsche noch Polen, sondern Masuren, Nachkommen der Prußen, Deutschen, Österreicher, Litauer, Niederländer und Schweizer, der Sieger und der Besiegten, der Gäste und der Gastgeber dieses Grenzlandes im Laufe seiner siebenhundertjährigen Geschichte“.

Mit der Zeit entwickelte sich die Masurische Gesellschaft nach und nach zu einer typischen Organisation der deutschen Minderheit. Davon zeugen unter anderem die publizistischen Beiträge T. Willans im Presseorgan der Gesellschaft, dem von ihm redigierten Monatsblatt „Masurische Storchenpost“, und die Mitgliedschaft der Gesellschaft im Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Die Gesellschaft zählt über 100 Mitglieder aus verschiedenen Gegenden Masurens (hauptsächlich aber um Mrągowo) und versteht sich als Repräsentantin der deutschen Masuren, der masurischstämmigen Deutschen bzw. der in Masuren wohnenden Deutschen. Der Pflege der eigenen Identität, die sich vorwiegend auf die deutsche Kultur stützt, dienen unter anderem die seit 1991 veranstalteten Sommertage. Das 25. Kultur- und Begegnungsfest der Masurischen Gesellschaft fand im Mai 2010 in Krutynia statt.

Im Juni 1995 wies Wiktor M. Leyk, ein weiterer Masure aus Szczytno und damaliger Beauftragter des Woiwoden von Olsztyn für nationale Minderheiten, auf ein charakteristisches Merkmal der heutigen Masuren hin: „Am beunruhigendsten ist der Fall der Masuren, denen ihre ethnische Eigenart abhanden gekommen ist. Diejenigen, die aktiv sind, treten deutschen Vereinigungen bei. Es gab aber keinerlei Initiativen, Vereine von Masuren und Ermländern zu gründen, die sich mit den Polen identifizieren.“

Auf Betreiben von Erwin Kruk und masurischer Kreise wurde am 25. April 1999 in der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Olsztyn die Masurische Evangelische Gesellschaft (MTE) gegründet und am 19. Juli 1999 ins Vereinsregister eingetragen. Der gemeinnützigen sozial-kulturellen und nicht gewinnorientierten Gesellschaft gehören etwa 50 Personen an.

Die von Erwin Kruk verfassten Ideenerklärung der Masurischen Evangelischen Gesellschaft enthält die Beweggründe der Vertreter dieser inzwischen wenig zahlreichen Gruppe, ihre eigene sozial-kulturelle Organisation ins Leben zu rufen. Im MTE-Programm ist zu lesen:

- „Die Gesellschaft setzt sich zum Ziel,
- die evangelischen Kreise in Ermland und Masuren zu integrieren und in ihrer Identität zu stärken;
  - zur Achtung für die mannigfaltigen Werte der evangelischen Kultur beizutragen und das Wissen über ihre religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Werte zu verbreiten;
  - Bestrebungen und Erfolge der evangelischen Gemeinschaft zu artikulieren und gegenüber staatlichen und kommunalen Behörden für ihre gesellschaftlichen, kulturellen, bildungspolitischen und sozialen Bedürfnisse einzutreten;
  - sich auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung zu betätigen;

- Grundlagen für ein besseres gegenseitiges Verständnis und eine sozial-kulturelle Zusammenarbeit zwischen der evangelischen Gemeinschaft und anderen religiösen und ethnisch-nationalen Gruppen zu schaffen;
- sich auf dem Gebiet der Wohltätigkeit und Fürsorge zu betätigen;
- die Interessen der Gesellschaftsmitglieder bei deren satzungsmäßiger Tätigkeit wahrzunehmen;
- die Werte der evangelischen Kultur im In- und Ausland zu verbreiten;
- evangelische Kulturgüter zu sammeln, zu dokumentieren und zu bewahren.“

Die Gesellschaftsmitglieder machten sich rühlig daran, die in der Diaspora lebenden Protestanten zu integrieren. Eine überragende Rolle spielte dabei eine in den Massenmedien initiierte Diskussion über die neueste Geschichte und die aktuelle Lage der einheimischen Bevölkerung.

Seit ihren Anfängen gibt die Masurische Evangelische Gesellschaft die in evangelischen Kreisen vertriebene Zweimonatsschrift „Kartki Mazurskie“ (Masurische Blätter) sowie Bücher heraus. Redigiert bzw. bearbeitet von Erwin Kruk, erschienen Veröffentlichungen wie *Ewangelicy na Warmii i Mazurach – dzieje i współczesność* (Olsztyn 2001; Protestanten in Ermland und Masuren. Geschichte und Gegenwart), Alfred Jaguckis *Mazurskie dole i niedole. Wspomnienia i refleksje z lat pracy na Mazurach* (Olsztyn 2004; Freud und Leid in Masuren. Erinnerungen und Gedanken aus Jahren der Arbeit) oder der Bildband *Hieronim Skurpiski* (Olsztyn 2004). Erwin Kruk verfasste Bücher wie *Ewangelicy w Olsztynie. Z dziejów parafii w latach 1722-2002* (Olsztyn 2002; Protestanten in Allenstein. Aus der Geschichte der Pfarrgemeinde 1722-2002), *Szkice z mazurskiego brulionu* (Olsztyn 2003; Skizzen aus einer masurischen Kladde), *Znikanie* (Olsztyn 2005; Das Verschwinden).

Unter Kruks Schriftleitung entsteht auch eine Online-Version des *Mały słownik gwary mazurskiej* (Kleines Wörterbuch der masurischen Mundart) und erscheint die Reihe „Mazurskie Życiorysy“ (Masurische Lebensläufe; bisher erschienen sind etwa die von Jerzy Otella, Horst Burski, Karol Małek und Michał Kajka).<sup>673</sup>

Die Masurische Evangelische Gesellschaft spielt bei der Pflege der masurischen Kultur eine essentielle Rolle.

Äußerst komplex ist die Frage des nationalen Selbstverständnisses der in Polen verbliebenen masurischen Bevölkerung. Aus Untersuchungen des Verfassers in den 1980er und 90er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends geht hervor, dass dieses Selbstverständnis die Gestalt eines Kontinuums annimmt: Pole – pol-

---

673 Zob. [http://www.luteranie.pl/diecezja\\_mazurska\\_pl/biuletyn](http://www.luteranie.pl/diecezja_mazurska_pl/biuletyn). Vgl. auch: K. Bielawny, *Kościół ewangelicko-augsburski na Warmii i Mazurach po II wojnie światowej w spojrzeniu historyczno-ekumenicznym*, Olsztyn 2008; *Walne Zebranie MTE*, in: *Kartki Mazurskie* 3 (2009), S. 2.

nischer Masure – Masure – deutscher Masure – Deutscher. Unter der älteren und ältesten Generation überwog eindeutig die deutsche und prodeutsche Option. Je jünger die Befragten, desto geringer die Identifikation mit Deutschland zugunsten des masurischen bzw. polnischen Selbstverständnisses.

In den achtziger und neunziger Jahren schritt die Desintegration der masurischen Bevölkerung weiter voran. Dies Phänomen lässt sich aufgrund meiner eigenen Feldforschungen in den Jahren 1984-1985 und im September 1994 sowie 1995 und 2005 veranschaulichen.

Die Untersuchungen fanden in der Gemeinde Sorkwity (Landkreis Mrągowo) sowie in ausgewählten Gemeinden im Landkreis Szczytno, z. B. Pasym, statt. Bis vor kurzem waren dies die größten Ballungszentren der masurischen Bevölkerung.

Im Jahr 1984 lebten 484 Masuren in der Gemeinde Sorkwity, was 10,4 % aller 4 650 Einwohner dieser Gemeinde ausmachte. 1994 fiel die Zahl der masurischen Bevölkerung auf 343 oder 7,1 % aller 4 841 Einwohner. Innerhalb von 10 Jahren verringerte sich die masurische Bevölkerung um 141 Personen: 67 wanderten nach Deutschland aus und ließen sich dort nieder, der natürliche Bevölkerungsrückgang betrug 18 Personen (33 starben, 15 wurden geboren). Durch Binnenwanderung (innerhalb der Woiwodschaft bzw. Polens) und ungeklärten Verbleib ging die Zahl der Masuren in dieser Gemeinde um weitere 56 Personen zurück. Der reale Schwund dieser Bevölkerung (Auswanderung nach Deutschland und Bevölkerungsrückgang) betrug 85 Personen (17,6 %).

Die Alters- und Geschlechtsstruktur der Masuren veränderten sich in den letzten Jahren nur unwesentlich: 37 % sind unter 15-jährig, 22 % 16- bis 30-jährig, 10 % 31- bis 40-jährig, 24 % 41- bis 60-jährig und 7 % über 60-jährig. Der Frauenüberschuss ist beachtlich. Die obige Alters- und Geschlechtsstruktur ähnelt der allgemeinen Bevölkerungsstruktur der Gemeinde und der Woiwodschaft. Eine der Folgen der ständig sinkenden Zahl der Masuren ist ein Übergewicht gemischter Ehen. Sie kommen ungefähr doppelt so oft vor wie „voll“ masurische Ehen, in denen also beide Ehegatten masurischer Abstammung sind.

Als nach 1990 die Einwanderungspolitik der Bundesrepublik gegenüber der in Polen ansässigen Bevölkerung restriktiver geworden war, veränderte sich auch die Aussiedlungsdynamik wesentlich. In den Jahren 1977-1983 (d. h. innerhalb von sieben Jahren) siedelten 324 Personen aus der Gemeinde Sorkwity nach Deutschland aus. Im Jahrzehnt 1984-1994 hingegen entschieden sich für die Aussiedlung 67 Personen, davon – was bemerkenswert ist – 28 Personen den Jahren 1983-1988 und 39 in den Jahren 1989-1994 (13 Personen 1989, 8 1990, 17 1991, 1 1992; 1993 und 1994 siedelte offiziell niemand aus).

Zu einem interessanten Phänomen entwickelten sich seit den 1990er Jahren befristete Aufenthalte vorwiegender junger Masuren in der Bundesrepublik zu

Erwerbszwecken. Ähnliche Tendenzen treten im gesamten Masuren auf, auch im Gebiet des früheren Landkreises Szczytno. Eine der Ursachen ist die hohe Arbeitslosigkeit, die in der Gemeinde Sorkwity 28 % der Erwerbstätigen beträgt und hauptsächlich durch die Abwicklung der Staatsgüter verursacht wurde.

Soziologische Untersuchungen in Masuren (u. a. im Raum Szczytno) erweisen das Fehlen größerer Antagonismen zwischen den Masuren und dem Rest der Bevölkerung, der in der Regel die Masuren als Deutsche bezeichnet. Ähnliches ist schon früher vorgekommen. Der Beitritt zahlreicher Masuren zu Organisationen der deutschen Minderheit hat diese Überzeugung lediglich bestärkt.

In den letzten Jahren lässt sich in der Einstellung der masurischen Bevölkerung gegenüber den Organisationen der deutschen Minderheit eine wesentliche Veränderung beobachten. Die Jahre 1989-1993 waren eine Phase der Begeisterung, die sich unter anderem in hohen Erwartungen an diese Organisationen manifestierte. Vor allem wurde materielle Unterstützung erhofft. In vielen Fällen traten die Menschen mehreren Verbänden gleichzeitig bei. Anträge auf die deutsche Staatsbürgerschaft wurden gestellt usw. Nach 1993 lässt sich eine Phase der Normalisierung erkennen, verbunden mit einer gewissen Enttäuschung. Die Zahl der aktiven Mitglieder ging stark zurück. Die Anfangs mit großem Aufwand organisierten Deutschkurse wurden im Laufe der Zeit immer weniger frequentiert. Regelmäßige Berührung mit der deutschen Sprache geben nur 10 % der Bevölkerung (Vertreter der deutschen Minderheit in Masuren) an. Anfang der 90er Jahre wollten ca. 40 % der masurischen Bevölkerung nach Deutschland auswandern. Im Laufe der Jahre schrumpfte das Migrationspotenzial stetig.

Soziologische Folgeuntersuchungen erbrachten eine fehlende Selbstidentifikation und eine „Persönlichkeitsspaltung“ in der Frage der nationalen Zugehörigkeit und einer diesbezüglichen Festlegung. Hier typische Antworten, die den Sachverhalt veranschaulichen:

„Vor dem Krieg sagten die Deutschen ‚Polen‘ zu uns, nach dem Krieg nannten die Polen uns ‚Deutsche‘. Ich weiß nicht mehr, wer ich eigentlich bin.“ Die Bemerkung, sie sei vielleicht Masurin, bejahte sie (1960er Jahre).

Ein Masure aus Jabłonka fasste in den siebziger Jahren dieses Problem folgendermaßen zusammen: „Ich weiß nicht so genau, wer ich bin. Schreiben Sie: Ich bin Deutscher masurischer Herkunft, eigentlich Masure“.

Einen ersten Zwiespalt äußerten nicht nur Landbewohner. Eine Lehrerin in Elk hatte in den fünfziger Jahren ähnliche Zweifel: „Ich weiß nicht einmal, wer ich bin: Masurin, Deutsche, Polin oder überhaupt nichts davon. Ein zu langer historischer Abstand trennte uns Masuren von euch dort an Narew und Weichsel. Nach der jahrhundertelangen Trennung bestehen noch viele Unterschiede zwischen uns, trotz der gemeinsamen Sprache, desselben Landes“. Sie wanderte mit ihrer ganzen Familie 1957 in die Bundesrepublik aus.

Mit einem ähnlichen Zwiespalt konfrontiert wurde auch ich zu Beginn der achtziger Jahre bei meinen eigenen Feldforschungen, beispielsweise in Tyłkowo (Gemeinde Pasy), als eine Masurin mittleren Alters mir gegenüber erklärte: „Ich weiß selber nicht mehr, wer ich bin. Mutter ist nach Deutschland ausgewandert, die ist schon Deutsche. Ich selbst spreche aber weder richtig Polnisch noch Deutsch.“

Unter den Masuren – Vertretern nicht nur dieser Gruppe – wurde oft Kritik an der Haltung der Behörden geäußert, die keinen eindeutigen Standpunkt in der Frage der Auswanderung bezögen. Hier eine Aussage, die diese Einstellung veranschaulicht: „Es sollte ja so sein: wer will soll fahren. Wer dann noch bleibt, bekommt keine Ausreisemöglichkeit mehr. Die meisten Masuren wären der Regierung dankbar, wenn sie das ein für allemal entscheidet. Die Leute hätten endlich eine Stabilität und würden nicht mehr kalkulieren: bleiben oder fahren. Sie würden an die Arbeit gehen. Und ihre Verwandten in der Bundesrepublik würden ihnen nicht vorwerfen, dass sie nicht ausreisen.“

Solche Haltungen waren hauptsächlich unter Vertretern der mittleren und älteren Masurengeneration anzutreffen. Anhand eigener Beobachtungen kann ich feststellen, dass das nationale Bewusstsein der masurischen Bevölkerung sich in folgenden Formen konkretisiert:

1. Vollständig ausgebildetes polnisches Bewusstsein – „Ich bin Pole“;
2. Propolnisches Bewusstsein:
  - a) „Ich bin mehr Pole als Masure“;
  - b) „Ich bin mehr Masure als Pole“;
3. Masurisches Bewusstsein – „Ich bin Masure“, „Ich bin von hier“;
4. Prodeutsches Bewusstsein:
  - a) „Ich bin mehr Masure als Deutscher“;
  - b) „Ich bin mehr Deutscher als Masure“;
5. Deutsches Bewusstsein – „Ich bin Deutscher“.

Diese Formen des nationalen Bewusstseins lassen sich ebenfalls als das erwähnte Kontinuum darstellen: Pole – polnischer Masure – Masure – deutscher Masure – Deutscher.

Bei der Befragung der masurischen Bevölkerung zu ihrem Nationalgefühl habe ich mich oft direkt danach erkundigt oder war bemüht, eine Antwort auf Umwegen zu bekommen. Die meisten Masuren beantworteten diese Frage ungerne. Manchmal bedurfte es langer Gespräche. Ein Teil der Befragten sah das Problem pragmatisch: „Wenn ich in Polen lebe und die polnische Staatsbürgerschaft habe, bin ich Pole, wenn ich nach Deutschland ausreise, werde ich dort Deutscher sein“. Viele der Befragten standen schon einem möglichen Gespräch mit einem Fremden sehr misstrauisch gegenüber und lehnten es oft ganz ab, über ihre Nationalität zu sprechen. Begründet wurde dies mit negativen Erfahrungen aus der

jüngeren und älteren Vergangenheit, als in der Nationalitätenfrage ganz bestimmte Erklärungen erzwungen worden waren.<sup>674</sup> Manche argwöhnten, die erhobenen Daten könnten zu anderen als wissenschaftlichen Zwecken genutzt werden, und befürchteten, eine bestimmte Erklärung könnte sich auf ihr späteres Leben auswirken, z. B. bei etwaigen Ausreisebemühungen, oder auf den beruflichen Werdegang ihrer in Polen lebenden Kinder.

Ein Soziologe, der dieses äußerst komplexe Problem erforscht, hat sich darüber im Klaren zu sein, dass ein Teil der Untersuchten in nationalen Fragen vielleicht Erklärungen abgibt, die den Erwartungen des Forschers entsprechen sollen. Wird im Gespräch das Polen-, Masuren- oder Deutschtum der untersuchten Gruppe herausgestellt, dann ist zu erwarten, dass der Untersuchte bestimmte Beispiele aus seinem Leben anführen wird, die seine Zuneigung zu diesem oder jenem Traditionskreis belegen. Wie in einem Experiment nachgewiesen, hoben einige der Befragten gegenüber einem Interviewer aus Deutschland ihr Deutschtum hervor (Sprache, Mitgliedschaft in deutschen Organisationen, Verwandte in der Bundesrepublik usw.), während sie in Gesprächen mit einem polnischen Forscher diese Beziehungen relativierten und ihre Verbindung zum Polentum in den Vordergrund stellten. Schon dies zeigt, wie heikel und kompliziert die nationale Identifikation der Masuren ist.

In Anbetracht dieser Einschränkungen und Schwierigkeiten sowie im Bewusstsein, dass nicht alle abgegebenen Erklärungen mit der Realität übereinstimmen müssen, ging ich an die Bearbeitung dieses Problems.<sup>675</sup>

Bei der Analyse des nationalen Bewusstseins der masurischen Bevölkerung hat sich das Konzept der Generationenabfolge als zweckdienlich erwiesen; dabei geht es um Änderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein, die sich aus den Erfahrungen bestimmter Altersgruppen ergeben und in die Erfüllung aller für die Gesamtgesellschaft kennzeichnenden sozialen Rollen eingreifen.

Innerhalb der ältesten Generation der über 70-jährigen Masuren, die zu Hause Polnisch (Masurisch) gesprochen und die Schule vor 1933 verlassen haben, dominiert derzeit zu ca. 50 % ein mittleres, nicht vollständig herauskristallisiertes Bewusstsein, gestützt auf ein eigentümlich aufgefasstes Masurischsein oder „Hiesigsein“, als ein Mittelding zwischen Polen- und Deutschtum. es herrscht die private und regionale Heimat nach Stanisław Ossowski vor. Etwa 20 % dieser Ge-

---

674 Ein Befragter, Masure aus Rummy, bemerkte: „Es war nicht gut, dass die Leute beim Umtausch der Personalausweise bedrängt wurden. Bist du Pole, kannst bleiben, bist du Deutscher, dann hau ab. Meistens wurde man gezwungen, für Polen zu unterschreiben. Die Masuren wussten nicht, wozu.“ (RU-7).

675 In der Schlussphase der Untersuchungen Mitte der achtziger Jahre gab es eine gewisse Korrektur in der Analyse des nationalen Bewusstseins. Dies resultierte aus Kontakten mit jenen Masuren, die sich für Deutsche hielten.

neration lassen sich der prodeutschen Orientierung zuordnen, 10 % der deutschen, knapp 10 % erklären sich für propolnisch, 5 % haben ein polnisches Nationalbewusstsein.

Die Generation der Vierzig- bis Sechzigjährigen (1920-1943 Geborenen), die einer starken Germanisierung ausgesetzt war, zumal in der Hitlerzeit (Einfluss der Schule, Kirche, Ämter, des Militärs, der gesellschaftlichen Organisationen, Massenmedien usw.), bediente sich mehrheitlich des Deutschen. Diese Generation hat derzeit zu ca. 45 % ein propolnisches bzw. polnisches Bewusstsein, zu 40 % ein prodeutsches bzw. deutsches. Etwa 15 % identifizieren sich mit dem Masurientum.

Die mittlere Generation, geboren kurz vor Kriegsende oder später, bis Ende der fünfziger Jahre, wuchs schon in Polen auf. Hier wurde sie ausgebildet, und das Polentum ist für sie die natürliche Umgebung, selbst wenn ihr in Kindheit und Jugend das Bewusstsein einer gewissen Andersartigkeit nicht fremd war, die vor allem durch das Umfeld akzentuiert wurde (Stereotyp des „Protestanten – Deutschen“ usw.). Diese Generation ist zu 75 % als polnisch bzw. propolnisch anzusehen, und zu 25 % als national anders eingestellt (20 % deutsch bzw. prodeutsch; 5 % masurisch).

Die jüngste Generation der unter 20-Jährigen, für die die Konflikte der Nachkriegsjahre nur mehr Geschichte sind, besitzt kaum das Gefühl, anders als die übrigen Gleichaltrigen zu sein. Die deutsche Sprache steht für diese Generation wie auch für die mittlere im Allgemeinen gleichberechtigt neben anderen Fremdsprachen. Ähnlich verhält es sich auch mit der Kultur und dem Brauchtum des masurischen bzw. deutschen Milieus. Ein großer Prozentsatz der Vertreter beider Generationen entstammt gemischten Familien. Diese Generation ist zu 80 % als solche mit polnischem Bewusstsein zu betrachten; die „ideologische Heimat“ herrscht eindeutig vor. Etwa 5 % legen propolnisches Bewusstsein an den Tag, die übrigen 15 % ein anderes.

Fasst man die obigen Überlegungen zum Nationalbewusstsein der gesamten Masuren zusammen, so ist trotz aller Vorbehalte bezüglich der Messbarkeit dieses Sachverhalts festzuhalten, dass sich etwa 60 % der Masuren mit dem Polentum identifizieren (polnisches bzw. propolnisches Bewusstsein), ein Viertel sich für Deutsche hält (deutsches bzw. prodeutsches Bewusstsein) und 15 % masurische Identität angibt (sie ist eine bestimmte Zwischenform, gelegentlich Ausdruck der Verlorenheit oder einer Abneigung gegen die Identifikation mit dem Polen- oder Deutschtum). Für Masuren halten sich am meisten Vertreter der ältesten Generation (ca. 50 %). In der jüngsten Generation ist dieses Gefühl fast völlig im Schwenden begriffen. Die Identifikation mit der deutschen Nation ist unter den Vierzig- bis Sechzigjährigen am größten. Dabei sinkt der Prozentsatz dieser Identifikation, je jünger die jeweilige Generation ist. Anders verhält es sich mit dem Grad der Identifikation mit dem Polentum. Je jünger die

Befragten, desto größer das polnische Nationalbewusstsein (85 % der Jüngsten gegenüber 20 % der über 70-Jährigen).

Der hier aufgezeigte differenzierte Stand des Nationalbewusstseins äußert sich in bestimmten Haltungen und Verhaltensweisen. Eine starke Identifikation mit der deutschen Nation kommt hauptsächlich unter denen vor, die sich bereits formell um die Ausreise nach Deutschland bemüht haben, oder solchen, die dies beabsichtigen. Laut den hier bereits zitierten Statistiken des polnischen Innenministeriums wollten 4 456 Personen aus der Woiwodschaft Olsztyn im Jahr 1984 in die Bundesrepublik ausreisen, wovon 2 578 Menschen ihre Ausreiseentscheidung mit nationalen Aspekten begründeten, d. h. sich für Deutsche sie hielten, was etwa 20 % der gesamten einheimischen Bevölkerung in Ermland und Masuren ausmachte. Die Daten geben allerdings keinen Aufschluss darüber, wie viele der Ausreisewilligen Masuren waren und wie viele Ermländer.

Beachtlich ist auch die Zahl derer, die sich mit der deutschen Nation identifizierten, ohne ausreisen zu wollen. In dieser Gruppe der Masuren sind unterschiedliche Verhaltensweisen und Haltungen bei der Manifestation des nationalen Bewusstseins zu beobachten. Relativ zahlreich ist die Gruppe, die sich offen zum Deutschtum bekennt und sich nicht dafür schämt. Sie halten sich für Deutsche oder auch für Reichsdeutsche. Manchmal erfüllt ihre Verbundenheit mit dem Deutschtum sie mit einem gewissen Stolz oder gar Überheblichkeit. Zu dieser Gruppe sind alle Geistlichen der neapostolischen Kirche zu zählen, in deren Personalausweisen die deutsche Nationalität vermerkt ist. Interessanterweise ist gerade in dieser Gruppe das Gefühl der Stabilisierung stark; es äußert sich unter anderem im mangelnden Interesse an einer Ausreise nach Deutschland. Diese Menschen, die gleichermaßen in Städten und auf dem Land leben, sprechen zu Hause in der Regel Deutsch und bringen die Sprache ihren Kindern bei. Gern lesen sie deutsche Zeitungen und Bücher, hören deutsche Rundfunksender und pflegen lebhaft Kontakte zu Familien oder Glaubensbrüdern in beiden deutschen Staaten. In der Regel sprechen sie gut oder sehr gut Polnisch. Mehrheitlich sind sie Vertreter der vierzig- bis sechzigjährigen Generation. In dieser Gruppe lassen sich derzeit keine aggressiven Einstellungen zu Polen feststellen. Diejenigen, die demonstrativ ihre Verbundenheit mit dem Deutschtum zeigten, sind zuvor ausgereist.

Die eindeutige Mehrheit der Masuren mit prodeutscher Orientierung betrachtet ihre Ansichten als etwas Privates, womit man in der Umgebung nicht übermäßig prahlen dürfe. Sie halten sich in der Regel für deutsche Masuren (Deutsch-Masuren). In der Regel ist in ihren Personalausweisen die polnische Nationalität vermerkt, und mehrheitlich leben sie auf dem Land. Zumeist sind sie Vertreter der älteren und der ältesten Generation. Sie sprechen Deutsch, für die meisten war es ohnehin die Muttersprache. Unterschiedlich hoch ist die Kenntnis der polnischen Sprache; die älteste Generation kennt die masurische Mundart und spricht sie

manchmal im Alltag. Ihre Kinder sprechen meist kein Deutsch mehr, oder nur wenig. Vor der Ausreisegenehmigung verstärkt sich das deutsche Nationalgefühl, flaut aber oft ab, sobald sich herausstellt, dass die Ausreisebemühungen keinen Erfolg hatten und man sich damit abzufinden hat. Unter anderem deswegen hält ein Teil der masurischen Bevölkerung ihre Ausreisebemühungen vor dem Umfeld geheim.

Was das deutsche Zugehörigkeitsgefühl unter den Masuren außerordentlich stärkt, sind zahlreiche Kontakte zu nächsten Angehörigen, Verwandten und Bekannten in beiden deutschen Staaten. Gegenseitige Besuche und materielle Unterstützung in verschiedener Form, die die Masuren bekommen, halten die Verbindung zum Deutschtum aufrecht. Eine wichtige Rolle spielte in dieser Hinsicht die umfängliche karitative Hilfe in den Jahren 1981-1983, die aus der Bundesrepublik Deutschland nach Masuren floss. Die breit angelegte Hilfsaktion ging in der Regel von Masuren in der Bundesrepublik und der dortigen evangelischen Kirche aus. Diese Unterstützung wurde von zahlreichen Masuren als Ausdruck der Solidarität und starker Bindungen an ihre Landsleute in der BRD oder an das deutsche Volk wahrgenommen. Es kommt auch vor, dass Angehörige in der BRD von einer Ausreise abraten, finanziell großzügige Hilfe gewähren, Pakete schicken usw. Oft ist dies eine Gegenleistung für das Ausharren auf dem Hof der Vorfahren und für die Pflege ihrer Gräber.<sup>676</sup> Nicht ohne Bedeutung für das weitere Festhalten am Deutschtum ist die Einstellung der nächsten Umgebung, die die Masuren für Deutsche hält und so in dieser Überzeugung indirekt bestärkte. In der letzten Zeit hat sich dieses Phänomen bezeichnenderweise gewandelt. Waren die Bezeichnungen „Deutscher“ oder „Schwabe“ einst eindeutig negativ besetzt und Schimpfwörter, so ist das „Deutschsein“ jetzt manchmal mit einem gewissen Neid der Außenstehenden verbunden, dem hauptsächlich die Gegenüberstellung des eigenen Lebensstandards mit dem von den masurischen Verwandten in der BRD erreichten zugrunde liegt. Ein anderer spezifischer Ausdruck dieser Umwertung ist die relativ hohe Attraktivität junger lediger Masuren bei den gleichaltrigen Frauen, deren Eltern nach 1945 hierher eingewandert sind. Einerseits liegt das am hohen Lebensstandard mancher masurischer Familien (meist Besitzer großer Bauernhöfe), vor allem an der Möglichkeit zur Ausreise in jenes „Arkadien“, als das die BRD von vielen Polen wahrgenommen wird. Höchst bezeichnend ist auch, dass in den gemischten Ehen oft der „polnische“ Part (insbesondere die Ehefrauen) auf Ausreise drängt.

---

676 Vielsagend ist in dieser Hinsicht die Meinung eines Masuren aus Gieląd: „Die, die geich nach dem Krieg raus sind, sagen mir, ich soll hier bleiben. – Du hast frische Luft, schöne Landschaft. Wir hätten gern so ein ‚Paradies‘: Hügel, sauberes Wasser, Abwechslung bei der Arbeit – sagen sie zu mir. Die, die erst jetzt ausgereist sind, sagen – wozu hier bleiben, ich habe drüben schon das dritte Auto, saubere Arbeit und volle Läden.“ (GI-1).

Die ihre masurische Zugehörigkeit betonende einheimische Bevölkerung lebt ganz überwiegend auf dem Land und spricht die masurische Mundart häufig. Die masurische Identität wird hauptsächlich in der älteren Generationen gepflegt und ist im Schwinden begriffen. Dies rührt zum Teil daher, dass es an einer gesellschaftlich-kulturellen Organisation fehlte, die an der Propagierung der masurischen Kultur interessiert wäre; anders verhielt es sich beispielsweise in Kaschubien, wo der rührige Kaschubisch-Pommersche Verein (ZKP) tätig ist. Ebendiese Masuren verlangen nach der Gründung einer eigenen masurischen Organisation.

Die sich für Polnisch-Masuren haltenden Personen leben gleichfalls überwiegend auf dem Land. Beeinflusst wird ihre propolnische Einstellung unter anderem durch zahlreiche Kontakte mit der polnischen Kultur, gute Beziehungen zur eingewanderten Bevölkerung, die Kenntnis der polnischen Sprache und den Lauf der Zeit. Zu dieser Gruppe sind Masuren mittleren bzw. älteren Alters zu zählen, deren Ehemänner bzw. -frauen aus Zuwandererkreisen stammen (gemischte Ehen), sowie ein Teil der Absolventen der Masurischen Heimvolkshochschule (MUL). Für Polen halten sich vor allem Vertreter der jungen Generation, die in Polen geboren und aufgewachsen sind. Masuren aus älteren Generationen, die sich mit dem Polentum identifizieren (wobei das Gefühl der „ideologischen Heimat“ vorherrscht), entstammen unterschiedlichen Kreisen und wohnen gleichermaßen auf dem Land wie in den Städten. Es sind unter anderem Aktivisten der polnischen Bewegung und ihre Familien, Absolventen der Masurischen Heimvolkshochschule, Menschen mit Ober- und Hochschulabschluss. Sie nehmen oft soziale Rollen wahr als Lehrer, Angestellte in der Staats- bzw. Genossenschaftsverwaltung, Milizionäre und Berufssoldaten, Wissenschaftler, Aktivisten der gesellschaftlichen und politischen Organisationen usw. Ein Großteil unterhält keine oder nur sehr lose Kontakte zu Verwandten in den beiden deutschen Staaten und besuchten ihre Verwandtschaft in der BRD oder der DDR nicht. Ein Teil war nie als Tourist oder auf Verwandtenbesuch westlich der Oder und hatte dies auch gar nicht vor.

Eine wichtige Rolle in den älteren Generationen der einheimischen Bevölkerung spielen Formen des mittleren Bewusstseins, die für Vertreter der sozialen Randgebiete so charakteristisch sind. Die vorherrschende, zum Bleiben in Polen bewegende und sozial stabilisierende Haltung ist in erster Linie das Gefühl der Verbundenheit mit der Heimat, dem Landstrich, dem eigenen Hof, den Gräbern der Eltern und Verwandten, den Orten, wo man die meiste Zeit seines Lebens verbracht hat. Diese Haltung lässt sich durch folgende Aussagen veranschaulichen: „Wir sind Masuren, lieben unser Land und gehören hier hin, bekanntlich verpflanzt man alte Bäume nicht“; „Es ist mir einerlei, wer hier regiert, der Deutsche, Russe oder Pole. Ich will auf meinem Stückchen Land leben!“ Von wesentlicher Bedeutung sind auch religiöse Beweggründe, die von folgenden Aussagen illustriert werden: „So oder so ist das Leben auf Erden ein Vorzimmer zum Jenseits“, es

ist ja „besser auf seinem eigenen Hügel leben und hier begraben werden, als sein Glück in der weiten Welt zu suchen“. Fest an den Wohnort gebunden sind auch weniger tatkräftige Menschen, die zum Beispiel ihres Alters wegen ohne Veränderungen leben wollen und sich vor einem unbekanntem sozialen Milieu fürchten. Stark beeinflusst werden die Entscheidungen der einheimischen Bevölkerung auch durch gemischte Ehen. Diese Haltung wird durch die folgende Aussage gekennzeichnet: „Wir bleiben in Polen, weil mein Mann (meine Frau) Pole (Polin) ist und nicht unter Deutschen leben will.“ Eine bestimmte Bedeutung hat es, wenn die nächsten Familienangehörigen in Polen leben, was neben anderen Faktoren zu der Abneigung führt, Kinder zurückzulassen, die in der Regel einen bestimmten Beruf oder Ausbildungsstand haben und sich mit der Heimat stark verbunden fühlen. Ein wichtiger Stabilisierungsfaktor besonders unter den Masuren mit Hochschulabschluss ist der hohe Identifikationsgrad mit staatlichen Einrichtungen (Arbeitsstätte usw.) wie auch mit der Kultur sowie mit Vergangenheit und Gegenwart Polens. Unter der Landbevölkerung ist der dominierende Stabilisierungsfaktor die starke Verbundenheit mit der privaten und regionalen Heimat im Sinne des eigenen gesellschaftlichen sowie geographisch-historischen Milieus. Zu beachten sind auch die starke Verbundenheit mit dem eigenen, oft wohlhabenden Hof und das Bewusstsein, im Falle einer Ausreise nicht mehr „bei sich selbst“ zu arbeiten, nicht mehr „Herr seiner Zeit“ zu sein und das Gefühl der gewissen „Freiheit“ zu verlieren, die die Arbeit auf dem eigenen Hof gewährt. Eine eigene Gruppe bilden die nicht mehr sehr zahlreichen Aktivisten der polnischen Bewegung und ihre Familienangehörigen, für die das Leben in Polen sich selbstverständlich aus ihrer bisherigen Aktivität ergibt.

Für die jüngeren, bereits in Polen geborenen Masurengenerationen sind die starken Verbindungen mit dem Polentum im Sinne der nationalen (ideologischen) Heimat für die gesellschaftliche Stabilisierung und soziale Integration entscheidend. Im Gegensatz zu älteren Generationen ist das Polentum für sie das vorgefundene Milieu als etwas Natürliches. Trotz gewisser, zumeist konfessioneller Eigenarten empfindet und erachtet sich die junge Masurengeneration als Polen.

Weitere soziologische Untersuchungen um die Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert belegen eine anhaltend differenzierte Identität unter den Masuren.

Aus den 2000 von Alfred Czesla (mit Beratung durch den Verfasser) unter den evangelischen Einwohnern Masurens durchgeführten Untersuchungen geht hervor, dass über zwei Fünftel (42,7 %) der Befragten eine ausgebildete bzw. eindeutige Nationalidentität an den Tag legen. Dabei überwiegt die polnische Identifikation (28,1 %); in dieser Gruppe empfinden sich 18,1 % der Befragten als Polen, 10 % als deutschstämmige Polen. Mit dem Deutschtum identifiziert sich jeder siebte Befragte (14,6 %).

Knapp drei Fünftel aller Protestanten in Ermland und Masuren (57,3 %) weichen einer eindeutigen polnischen oder deutschen Nationalidentifikation aus und sagen, das ethnische Identitätsgefühl sei für sie am wichtigsten.

Jeder vierte Protestant (24,1 %) hält sich für einen Masuren. Als Masurentum ist ein starkes Gefühl der eigenen Ethnizität zu verstehen, die in früheren Untersuchungen nicht feststellbar war. Wegen der historischen Traditionen des evangelischen Bekenntnisses in Ermland und Masuren halten sich lediglich 2,1 % der Befragten für Ermländer.

Die größten Anteile bekennender Masuren haben folgende Kirchengemeinden: Mikołajki (36,9 %), Mrągowo (34 %), Sorkwity (33,3 %), Pisz (33,2 %), Giżycko (31 %).

Auf interessante Weise äußert sich die ethnische Identität darin, dass sich jeder siebte Befragte (14,2 %) für einen Einwohner von Ermland und Masuren hält. Hervorzuheben ist, dass es zum großen Teil Protestanten sind, die seit Generationen in dieser Region leben.

Ein Zehntel der aus anderen Gegenden nach Ermland und Masuren zugezogenen Befragten (9,7 %) gibt sich als „Bewohner der Herkunftsregion“ aus. Es wurde nicht detailliert nach der regionalen Herkunft gefragt.

Aus den erhobenen Daten geht hervor, dass sich die Hälfte der befragten Protestanten (50,1 %) mit dem Masurentum und der Region Ermland und Masuren identifizieren.

7,2 % der befragten Protestanten halten sich in erster Linie für Europäer und haben kein besonderes Verbundenheitsgefühl mit dem Land ihrer Herkunft bzw. des Wohnsitzes.

In der älteren Generation überwiegt die mittlere und deutsche Identität. Knapp ein Drittel der befragten über 55-Jährigen (29,6 %) hält sich für Masuren. Jeder Fünfte (20 %) in dieser Altersgruppe fühlt sich als Deutscher, jeder Achte (12,1 %) als Pole. Für einen deutschstämmigen Polen hält sich jeder zehnte Befragte (10,9 %). Ähnlich ist der Prozentsatz derer, die sich als Einwohner von Ermland und Masuren (11,7 %) oder der Herkunftsregion (8,1 %) bezeichnen. In dieser Gruppe halten sich 5,4 % der Befragten für Europäer, 2,2 % für Ermländer. Eine solche prozentuale Verteilung in dieser Alterskategorie lässt sich unter anderem mit starken Germanisierungs-, Polonisierungs- und Repolonisierungseinflüssen auf einen Großteil der Protestanten in der Jugendzeit und später begründen.

In der mittleren Generation (35-55 Jahre), die in Polen aufgewachsen ist und lebt, lässt sich der höchste Prozentsatz von Protestanten ermitteln, die sich mit dem Polentum identifizieren (28,7 %). Mehr als ein Fünftel (20,6 %) halten sich für Masuren, jeder sechste Protestant (17,6 %) für einen Einwohner von Ermland und Masuren. Als deutschstämmige Polen geben sich 8,8 % der Befragten aus,

fast ebenso viele (8,3 %) als Einwohner ihrer Herkunftsregion. Gleich viele halten sich für Deutsche (8 %) oder Europäer (8 %).

In der jüngsten Generation (18-35 Jahre), aufgewachsen und ausgebildet in der Zeit des Systemwandels und der EU-Beitrittskandidatur, verzeichnen wir den höchsten Prozentsatz derer, die sich als Europäer ausgeben (21 %). Knapp ein Viertel (24,4 %) ist sich ihres Polentums bewusst. Jeder siebte junge Protestant (17,7 %) bezeichnet sich als Masuren, als Einwohner von Ermland und Masuren fühlen sich 13,3 %. Knapp ein Zehntel (9,8 %) bezeichnet sich als Einwohner der Herkunftsregion, ganz genauso viele (9,8 %) halten sich für Deutsche. Als deutschstämmige Polen bezeichnen sich 7 % der Befragten.

Man darf also annehmen, dass meine Forschungsergebnisse nur zum Teil eine Bestätigung für jene Soziologen liefern, die behaupten, je jünger die Generation, desto niedriger sei der Prozentsatz junger Menschen, die sich für Deutsche halten, was zugleich nicht heißt, dass der Prozentsatz der polnischen Identität höher wäre.

Bemerkenswert ist, dass unter den Angehörigen der Handwerkerfamilien das polnische Selbstverständnis dominiert (33,8 %), wovon sich 9,1 % als deutschstämmige Polen empfinden.

Als Masuren bezeichnen sich in der Regel Bauern (33,3 %), die sich auch am häufigsten mit dem Deutschtum (21,7 %) identifizieren bzw. als deutschstämmige Polen ausgeben (13,3 %).

Unter den Befragten aus Intellektuellenfamilien fühlt sich jeder dritte (31,9 %) als Pole, jeder fünfte (22,4 %) als Masure und jeder zehnte (10,3 %) als Deutscher. Die meisten Personen, die sich für Europäer halten (19 %), entstammen den Intellektuellenfamilien – das ist jeder fünfte Akademiker.

In der Gruppe der Arbeiter sind am häufigsten Personen anzutreffen, die sich als Einwohner von Ermland und Masuren (19,7 %) bzw. ihrer Herkunftsregion (15,7 %) empfinden.

Hervorzuheben ist, dass die Identifizierung mit dem Polentum unter den Protestanten umso häufiger anzutreffen ist, je höher deren Bildungsstand; je niedriger der Bildungsstand ist, desto stärker die Identifizierung mit dem Deutschtum.

In der untersuchten Protestantengruppe empfanden sich Akademiker am häufigsten (26,8 %) als Polen, gefolgt durch Abiturienten (23,9 %) bzw. Fachabiturienten (20,47 %). Entschieden mit dem Deutschtum identifizierten sich Absolventen der Grundschulen (19 %) und Berufsgrundschulen (13,1 %).

Personen, die sich als Masuren empfinden, sind vor allem Absolventen der Grundschulen (30,3 %) bzw. Berufsgrundschulen (25,6 %). Jeder Zehnte, der sich für einen Masuren hält, hat einen Hochschulabschluss.

Im Zeitraum Juni-Juli 2003 veranlasste der Verfasser weitere Untersuchungen in der Gemeinde Sorkwity durch Soziologiestudenten der Adam-Mickiewicz-Universität Posen im Rahmen eines Berufspraktikums.

Die Fragen nach Ethnizität und Nationalität, die in Grenzgebieten grundlegend sind, wurden in den beschriebenen Untersuchungen zweimal ermittelt, jedes Mal mit einer anderen Methode.

Zuerst war folgende Frage zu beantworten: „Wie beurteilen Sie Ihre ethnische Zugehörigkeit?“ Auf einer standardisierten fünfstufigen Skala (bin ich nicht – bin ich eher nicht – schwer zu sagen – bin ich eher – bin ich) mussten sich die Befragten zu jeder der folgenden ethnischen/nationalen/supranationalen Kategorien äußern: Europäer, Masure, Deutscher, Pole, Ukrainer, Ermländer. Die Befragten konnten auch ihre eigene, von den vorgegebenen abweichende Identität unter „Andere (welche?)“ angeben.

Der allerhöchste Prozentsatz entfiel auf die polnische Nationalität, denn 93 % der Befragten antworteten, dass sie Pole/Polin „sind“ bzw. „eher sind“. Mehr als zwei Drittel (69 %) der Befragten hielten sich für Europäer, etwas weniger (64 %) bezeichneten sich als Masuren. Jeder fünfte Befragte antwortete, er „ist“ bzw. „ist eher“ Ermländer, über 6 % hielten sich für Deutsche, und nur 1 % der Befragten gab sich als Ukrainer aus.

Im zweiten Untersuchungsgang standen den Befragten 26 ein- oder zweiteilige Kombinationen zur Auswahl, die ethnische/nationale/supranationale Kategorien des ersten Durchgangs umfassten, z. B. Masure, Masure-Pole, Pole-Masure usw. Aus diesem Katalog durften die Befragten nur eine Kombination wählen, die ihrer Ansicht nach ihre eigene Identität am besten beschrieb. Der Hauptansatz, noch vor der Formulierung der Frage: „Welche der genannten Bezeichnungen beschreibt Ihre eigene Lage am besten?“, bestand darin, dass der erste Bestandteil der genannten Kombination – sofern der Befragte eine zweiteilige Identität wählt oder unter „Andere Antwort (welche?)“ eine drei- oder mehrteilige Identität angibt – als die Hauptidentität des Befragten galt, die sein Leben und seine Selbstbezeichnung am zutreffendsten beschreibt. So waren also die Antworten „Pole-Masure“ und „Masure-Pole“ nicht als identisch zu betrachten, selbst wenn in ihnen dieselben Bestandteile vorkommen.

Im Lichte dieser Untersuchungen halten sich 18,4 % der Befragten für Masuren (nur für Masuren 1,6 %, für Masuren und Polen 10,8 %, für Masuren und Deutsche 5,2 % und für Deutsche und Masuren 0,8 %).

Diese Ergebnisse decken sich nicht mit den Angaben, die zur ersten Frage nach der Selbstidentifizierung erhoben worden sind. Die größte Diskrepanz fällt in der Kategorie „Europäer“ auf. War es notwendig, sein Verhältnis zur angegebenen Kategorie als Bruchstück der eigenen Identität zu bestimmen (erste Identifikationsfrage), befanden gar 69 % der Befragten, sie „sind“ bzw. „sind eher“ Europäer/-in; indes nannten bei der zweiten Identifikationsfrage, als sie die Identitätsbestandteile frei wählen konnten, nur etwas mehr als 10 % das „Europäertum“ als Teil ihrer Selbstidentifikation. Wahrscheinlich liegt die Formulierung der

ersten Identifikationsfrage diesem beachtlichen Unterschied in der Häufigkeit der Nennungen zugrunde.

Denn bei der ersten Frage war die Bezugnahme auf die Kategorie „Europäer“ obligatorisch. Außerdem hatten das Thema der Untersuchung und der daraus resultierende Charakter der vorhergehenden Fragen den Befragten das „Europäertum“ bzw. Europäersein nahe gebracht und konnten so die Beantwortung direkt beeinflussen. Bei der zweiten Identifikationsfrage konnten die Befragten Identitätsbestandteile frei benennen, so dass sie nur diejenigen auswählten, die ihnen durch Selbstreflexion in den Sinn kamen.

Nach demselben Prinzip lässt sich auch die Diskrepanz bei den Nennungen der Kategorie „Pole“ zwischen der ersten und der zweiten Identifikationsfrage erklären. Bei der Beantwortung der ersten Frage bezeichneten sich 93 % der Befragten selbst als Polen, während bei der zweiten Frage „Pole“ als Identitätsbestandteil nur von etwas über 79 % der Befragten genannt wurde. Auch in dieser zweiten Situation fühlten sich die Befragten nicht verpflichtet, irgendeinen Identitätsbestandteil auszuwählen.

Die dritte Diskrepanz bezieht sich auf das „Masurentum“. Bei der Frage, die eine Stellungnahme zu angegebenen ethnischen/nationalen/supranationalen Kategorien verlangte, befanden 64 %, sie „sind“ bzw. „sind eher“ Masuren. Als dagegen selbständig Identitätsbestandteile zu bestimmen waren, nannten knapp 34 % der Befragten „Masure“ als Identifikationsmöglichkeit. Davon waren fast 15 % „Polen-Masuren“, mehr als 11 % „Masuren-Polen“ und mehr als 6 % Masuren bzw. Masuren-Deutsche. Besonders interessant ist die letztgenannte Kategorie wegen der in der Fachliteratur vereinzelt auftauchenden Renaissance des „Deutschtums im Masurentum“, d. h. der Bejahung ihrer deutschen Wurzeln durch einen Großteil der heutigen Masuren.

Wegen der starken Zerstreung der masurischen Bevölkerung, die keine geschlossenen lokalen Gemeinschaften mehr bildet, spielen auch ihre Vertreter in der kommunalen Selbstverwaltung oder lokalen Behörden keine wesentliche Rolle. Bei der Volkszählung von 2002 gaben 25 Einwohner der Woiwodschaft Ermland-Masuren die masurische Nationalität an (6 Männer und 19 Frauen von 1 428 357 Einwohnern).

In den 1990er Jahren wurde eine lebhafte Diskussion über die Masuren geführt. Dabei wurden drei Kategorien (Arten) der masurischen Bevölkerung unterschieden:

- „alte (bzw. eigentliche) Masuren“ – Polnisch (Masurisch) sprechende Protestanten, die in Masuren leben bzw. aus dieser Region stammen;
- „deutsche Masuren“ – deutschsprachige Nachkommen der „alten“ Masuren, die in Masuren leben bzw. dort geboren wurden, aber auch Zugezogene deutscher bzw. sonstiger Nationalität, unabhängig von ihrer Konfession;

- „polnische Masuren“ – polnischsprachige Bürger der Republik Polen, die in Masuren leben bzw. dort geboren wurden, sich mit Landschaft, Geschichte und Kultur der Region identifizieren und sie als ihre Heimat betrachten.

Um das moderne Verständnis des Masurentums kreiste das 1995 in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ ausgetragene Streitgespräch zwischen Erwin Kruk und den Anführern des Kulturvereins „Borussia“. Im Fokus der Diskussion stand die Frage: Wer darf sich heute als Masure fühlen? Dürfen sich so nur Masuren im traditionellen Sinne bezeichnen, oder auch „neue“ Masuren, d. h. hier geborene Nachkommen der nach 1945 hergekommenen Siedler (3. Kategorie der obigen Masuren-Typologie)?

Dieses interessante Konzept der „neuen“ Masuren bleibt allerdings weiterhin offen, ebenso die Frage, ob sich die hier geborene und aufgewachsene junge Generation mit der Region identifiziert. Dürfen sich diese Menschen als Masuren fühlen, als Erben der Landschaft, Tradition und Kultur?

Für die Masurenproblematik interessieren sich unter anderem folgende Einrichtungen: das Wissenschaftliche Forschungszentrum (OBN) Wojciech Kętrzyński in Olsztyn (Herausgeber der „Komunikaty Mazursko-Warmińskie“/Masurisch-Ermländische Mitteilungen), die Masurische Gemeinschaft und das Masurenarchiv in Giżycko („Masovia. Pismo poświęcone dziejom Mazur“/Masovia. Zeitschrift für die Geschichte Masurens), der Kulturverein „Borussia“ in Olsztyn („Borussia“). In Szczytno erscheint das Jahrbuch „Rocznik Mazurski“, in Mrągowo die Zeitschrift zur Geschichte und Literatur in der Region Masuren „Mrągowskie Studia Humanistyczne. Pismo poświęcone historii i literaturze w regionie mazurskim“, in Pisz die Regionalzeitschrift „Znad Pisy. Wydawnictwo poświęcone Ziemi Piskiej“, in Węgorzewo die „Studia Angerburgica“ und in Działdowo das Jahrbuch „Rocznik Działdowski“. Auf Betreiben von Waldemar Mierzwa in Dąbrówno erscheint die Buchreihe „Moja Biblioteka Mazurska“ (Meine masurische Bibliothek). In Szczytno ist seit Jahren das Masuren-Museum tätig, in Mikołajki das Reformationsmuseum. Die masurische Thematik findet ihren Niederschlag auch in Werken deutscher Forscher und Schriftsteller. Besonders hervorzuheben ist das Werk der in Masuren geborenen Schriftsteller Ernst Wiechert (*Die Jerominkinder*) und Siegfried Lenz (*Heimatmuseum*).

Das Problem der Desintegration und des Zerfalls der masurischen Gesellschaft bleibt weiterhin offen und ist Gegenstand von Kontroversen und Auseinandersetzungen. Die Frage wird zunehmend mythologisiert.

In den neunziger Jahren bemühte man sich um eine Wiederbelebung ermländischer Traditionen. Verbunden waren diese Vorhaben meist mit Feierlichkeiten zu historischen Jahrestagen, Versuchen, gewisse Elemente der materiellen Kultur und der Folklore zu revitalisieren oder an die polnische Bewegung im Ermland der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Es erschienen auch zahlreiche Studien und Beiträge, hauptsächlich in der Lokalpresse.

Eine gewisse Wiederlebung der ermländischen Traditionen war Anfang des 21. Jahrhunderts zu beobachten. Zahlreiche Vorhaben von lokalen Selbstverwaltungsorganen, Vereinen und Privatpersonen wurden realisiert. In mehreren Ortschaften des Ermlands fanden sog. Ermland-Treffen statt. Seit einigen Jahren werden in Brąszwald (Braunsvalde) „Ermländer-Treffen“ veranstaltet. Am 14. September 2004 enthüllte man dabei die Büsten des Pfarrers Walenty Barczewski und der ermländischen Dichterin Maria Zientara-Malewska (1894-1984), Autorin vieler Werke zum Ermland, z. B. *Pieśń Warmiarki* (Lied der Ermländerin) und *O Warmio moja miła* (Oh, mein liebes Ermland).

Im Jahr 2006 fand in Gietrzwałd (Dietrichswalde), das als „Herz Ermlands“ bezeichnet wird und wo am 27. Juni 1877 die Gottesmutter erschienen sein und auf Polnisch gesprochen haben soll, das erste „Ermländische Treffen“ statt. Es kamen damals mehr als 100 Menschen aus Polen und Deutschland zusammen, zumeist frühere und heutige Einwohner der umliegenden Ortschaften. Während der Veranstaltung wurden Professor Hubert Orłowski die Ehrenbürgerschaft der Gemeinde Gietrzwałd verliehen und eine zweisprachige Gedenktafel für die Opfer von Krieg und Gewalt an der Seitenwand des Kulturzentrums eingeweiht („Zum Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt – die Einwohner der Gemeinde Dietrichswalde“).<sup>677</sup> In der örtlichen Wallfahrtskirche finden im September spezielle Feierlichkeiten anlässlich der Marienerscheinungen statt.<sup>678</sup>

Im August findet jedes Jahr in Woryty, einem Dorf unweit von Gietrzwałd, ein „Woritten-Fest“ (Święta Woryt) statt. Im Jahr 2000 wurde in Radostowo (Freundenberg) bei Dobrze Miasto (Guttstadt) das „Erste Ermland-Festmahl“ (Pierwsza Biesiada Warmińska) veranstaltet.<sup>679</sup> Gleichnamige Veranstaltungen finden auch in Ruś (Reussen) in der Gemeinde Stawiguda (Stabigotten) statt. Dies sind nur einige Beispiele dafür, dass die Organisatoren „Kontakt zu den gebürtigen Ermländern der Umgebung aufgenommen, sie in die Schulen eingeladen und Landeskundewerkstätten ausgerichtet haben. (...) Die Schüler präsentierten Volksbrauchtum besonders zu Taufe und festlichem Essen und sangen einige Lieder, sog. Kurlandki. (...) Die Schüler lauschten aufmerksam der Musik und den Volkslieder, von der Kapelle ‚Kosejdr Stawigudzki‘ exzellent dargeboten, sowie der ermländischen Mundart.“<sup>680</sup>

677 Vgl. *Pora spotkań*, in: *Gazeta Gietrzwałdzka* vom 11.08.2006, Nr. 152 S. 3 f. D. Cieślak, *Warmia znowu matką*, in: *Olsztyn. Krajobrazy i Spojrzenia* 6 (2006), S. 8 f.; J. Wojciechowska, *Pamiętają o Warmii*, in: *Gazeta Wąborcza. Olsztyn* vom 31.07.2006, S. 1.

678 Am 8.-10. September 2006 fand ein weiteres Treffen anlässlich des 129. Jahrestages der Marienerscheinungen statt. Vgl. *Gazeta Gietrzwałdzka* vom 25.08.2006, Nr. 16, S. 6.

679 *Pierwsza Biesiada Warmińska prześpiewana i skonsumowana*, in: *Kulisy Warmii i Mazur* vom 6.05.2000, Nr. 11, S. 11.

680 J. Pantak, *Przy Kurlandkach i kosejdrze. Ruś. Szkoła integruje mieszkańców*, in: *Przegląd Warmiński* vom 17.11.2001, Nr. 7, S. 7.

Am 16. September 2006 wurde der historische Bischofsweg nach Ermland („Trakt biskupi na Warmię“) in Butryny-Bałdy (Wuttrienen-Balden) in der Gemeinde Purda eröffnet. Diese Feier knüpfte an die Vergangenheit an, als neue Fürstbischöfe in der Diözese Ermland von den Tagen Stanislaus Hosius‘ bis zu Ignacy Krasicki, dem letzten Bischof von Ermland vor der Teilung Polens, in der nur wenige hundert Meter von der ermländischen Grenze entfernt liegenden Ortschaft Bałdy (Balden) begrüßt wurden. Im Rahmen dieses Projekts, realisiert von der Gemeinde Purda und der Kreisverwaltung Olsztyn unter dem Motto „Wrota Warmii“ (Tor nach Ermland), wurden eine jahrhundertealte Lindenallee in Bałdy rekonstruiert und eine Tafel mit historischen Erläuterungen aufgestellt. Auf einem mehr als 1 km langen Abschnitt wurden an Feldsteinen 51 Tafeln zu allen ermländischen Fürstbischöfen angebracht.

Am 5. Juli 2008 fand in Bałdy ein ermländisches Volksfest (Kirmes) für Tradition, Dialog und Unterhaltung („Warmiński kiermas tradycji, dialogu i zabaw“) statt. Es knüpft an die Kirmessen („Kermes“) an, Feierlichkeiten, die den Ursprung der ermländischen Tradition bildeten und zur Pflege des Brauchtums der Vorfahren beitrugen.<sup>681</sup>

Organisiert werden zahlreiche Veranstaltungen zur Pflege der ermländischen Traditionen neben den Selbstverwaltungen auch von lokalen Vereinen (z. B. „Diament w Naterkach“, „Garian w Gronitach“, „Woryty“, „Dentyń“ – alle in der Gemeinde Gietrzwałd) oder regionalen (z. B. „Dom Warmiński“, „Baby Pruskie“).

Im Ermland gibt es keine Organisation, die den Ermländern Zusammenhalt böte (nach dem Vorbild der Masurischen Gesellschaft oder der Masurischen Evangelischen Gesellschaft). Die integrierende Rolle für die Gesamtheit der ermländischen Bevölkerung spielt die katholische Kirche, insbesondere die ländlichen Pfarrbezirke der Diözese Ermland, in denen mehr oder weniger zahlreich Ermländer leben. Viele aktive Ermländer gehören – wie die Masuren – Organisationen der deutschen Minderheit an.

---

681 Im Einladungstext schrieben die Veranstalter: „Heute bilden Ermland und Masuren eine Region. Blickt man aber auf jedes der Gebiete einzeln, so hat Ermland einen längeren ‚Lebenslauf‘ und nicht weniger Sehenswürdigkeiten als Masuren. Trotzdem ist es üblich geworden, dass ein – sagen wir Warschauer – ‚Masuren‘ sagt, wenn er ‚Ermland und Masuren‘ meint. Die heutigen Ermländer entrüsten sich zurecht über diese ‚Begriffsbequemlichkeit‘, weil das Ermland dadurch im kollektiven Bewusstsein der Polen zu Unrecht der ‚ärmere Verwandte‘ Masurens ist“ (in der Sammlung des Verfassers). Vgl. E. Cyfus, *Warmiński Wehikul Czasu, czyli turystyczna atrakcja (wywiad)*, in: *Nasza Warmia* Beilage zur *Gazeta Olsztyńska* vom 15.-20.05.2008, Nr. 19, S. 2; I. Lewandowska, *Trakt biskupi na Warmię. Dziedzictwo kulturowe gminy Purda*, in: *Siedlisko* 6 (2009), S. 22-28; A. Kopiczko, *Duchowieństwo katolickie Diecezji Warmińskiej a latach 1945-1992*, Teil 1: *Studium prognozygraficzne*, Olsztyn 2009.

Die ermländischen Traditionen werden auch von zahlreichen staatlichen Einrichtungen (z. B. Museum für Ermland und Masuren<sup>682</sup>, Museum der „Gazeta Olsztyńska“ in Olsztyn), lokalen Zeitschriften<sup>683</sup>, privaten Unternehmen (z.B. „Karczma Warmińska“ in Gietrzwałd) und Historikern (Janusz Jasiński, Stanisław Achremczyk, Jan Chłosta Szymon Drej<sup>684</sup>) gepflegt.

Wichtige Elemente der ermländischen Kultur sind Volkstrachten und -tänze, die unter anderem durch Folkloregruppen wie „Warmia“ und „Kortowo“ gepflegt werden, sowie die Mundart. Eine wichtige Unternehmung zur Pflege und Aufwertung der masurischen Mundart sind die Aktivitäten von Edward Cyfus. Die ermländische und masurische Mundart („Gadka“) sprechen noch die ältesten Einwohner des Ermlands (z. B. in Jaroty und Brąszwałd) bzw. Masurens (z. B. in Gieląd, Pustniki und Nawiady).

Jahrelang hatten Cyfus' Beiträge über die ermländische Mundart einen festen Platz in der Zeitung „Gazeta Olsztyńska“ und im lokalen Rundfunk in Olsztyn. Im Jahr 2002 veröffentlichte er das Buch *Po naszymu. Gawędy warmińskie* (Auf gut Ermländisch geplaudert), dem eine Tonbandkassette mit Mundartbeispielen beigefügt war.<sup>685</sup>

---

682 Vgl. u. a. die 2006 eröffnete, zusammen mit dem Historischen Verein für Ermland und der Ostpreußenstiftung organisierte Ausstellung „Ermländische Ansichten. Ferdinand von Quast und die Anfänge der Denkmalpflege in Preußen und Ermland“. Am 10. Juni 2008 wurde im Ermland-Museum auf der Burg in Lidzbark Warmiński (Filiale des Museums für Ermland und Masuren) eine Ausstellung zum 700. Jahrestag der Stadtrechte für Heilsberg eröffnet: „Lidzbark Warmiński w malarstwie, rysunku i grafice“ (Heilsberg in Malerei, Zeichnung und Grafik).

683 Vgl. unter anderem „Przegląd Warmiński“, „Nasza Warmia“, „Gazeta Gietrzwałdzka“. Im Jahr 2008 wurde der erste multimediale Reiseführer durch Ermland herausgegeben. Vgl. auch: Internetauftritt „Dom Warmiński“.

684 Vgl. unter anderem: J. Jasiński, *W obronie pojęcia Warmia i Mazury*, in: *Zapiski Historyczne* 4 (2001), S. 166-175; J. Manikowski, N. Kasperek, *Bibliografia publikacji Janusza Jasińskiego 1955-2005*, in: *Nad Bałtykiem, Pregolą i Lyną, XVI-XX wiek. Księga Pamiątkowa poświęcona Jubileuszowi 50-lecia pracy naukowej Profesora Janusza Jasińskiego*, pod red. Z. Randomańskiej, Olsztyn 2006, S. 12-52; S. Achremczyk, *Warmia*, Olsztyn 2000; ders., *Dzieje Gietrzwałdu do roku 1945*, Olsztyn 2002; J. Chłosta, *Słownik Warmii (historyczno-geograficzny)*, Olsztyn 2002; Sz. Drej, *Święta Warmia*, Olsztyn 2007; Vgl. auch: H. Orłowski, *Warmia z oddali. Odpominania*, Olsztyn 2000; I. Liżewska, *Tradycyjne budownictwo wiejskie na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 2008; *Warmiaci i Mazurzy. Życie codzienne ludności wiejskiej w I połowie XIX wieku*, pod red. B. Kuźniewskiego, Olsztynek 2002; *Warmińskie pokolenia*, Olsztyn 2007.

685 Cyfus beschreibt seine Bemühungen um die ermländische Mundart folgendermaßen: „Ich besuche Schulen, publiziere Beiträge in Zeitungen, und es zeigt sich, dass viele Menschen das Ermländische in sich tragen. Nur ist es tief verborgen. Es fehlt ihnen an

Ähnlich wie im Fall der Masuren lässt sich auch die Nationalidentität der Ermländer in Form eines Kontinuums darstellen: Pole – Ermländer – Deutscher. Aus soziologischen Untersuchungen in Purda Wielka in den Jahren 2005-2006 geht hervor, dass sich 66,7 % der Ermländer für Polen halten, 19,7 % für Polen und Ermländer, 9,1 % für Ermländer und Polen sowie 4,5 % für Ermländer. Kein Befragter hat sich für einen Deutschen ausgegeben, obwohl aus der Forschung bekannt ist, dass Vertreter zumindest einer Familie Mitglieder einer in Olsztyn ansässigen Organisation der deutschen Minderheit sind.<sup>686</sup>

### 3.3.2. Deutsche

Die erste Initiative zur Gründung von Organisationen der deutschen Minderheit in Ermland und Masuren wurden zeitgleich in Olsztyn, Biskupiec und Szczytno er-

---

Kontakten, nur mit Mühe finden sie die richtigen Wörter. Jahrelang haben sie sich geschämt, Ermländisch zu reden. Erst jetzt beginnen sie sich zu öffnen. Immer mehr junge Menschen interessieren sich dafür, was es in diesem Land vor Jahren gegeben hat. Und ich bemühe mich, ihnen beim Kennenlernen ihrer Wurzeln zu helfen.“ *Po naszymu w Łolsztynie. Humor i gwara zostały im po polskich przodkach (wywiad)*, in: *Rzeczpospolita* vom 29-30.07.2000, S. D5. Vgl. auch: E. Cyfus, „...a życie toczy się dalej” Bd. 1, Olsztyn 2003; Bd. 2, Olsztyn 2006; Bd. 3, Olsztyn 2010. Vgl. auch: W. Katarzyński, *Kawalek starej Warmii*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 25.-26.11.2000, S. 9.

- 686 M. Tujdowski, *Świadomość Warmiaków w świetle badań socjologicznych. Pilotażowe badania w Purdzie Wielkiej*, in: *Ślżacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością*, pod red. A. Saksona, Poznań 2008, S. 305-320. Vgl. auch: L. Rogowski, *Przemiany tożsamości wsi na Warmii w latach 1920-2005. Studium historyczno-socjologiczne na przykładzie wsi Purda Wielka*, ebenda S. 305-320; A. Sakson, Traba, *Purda Wielka/Gross Purden. Uniwersalny charakter i specyfika opowieści o pograniczu polsko-niemieckim*, in: *Przeszłość zapamiętana. Narracje z pogranicza. Materiały pomocnicze do analizy polsko-niemieckich stosunków narodowościowych na przykładzie warmińskiej wsi Purda Wielka*, pod red. Traby, A. Saksona, Olsztyn 2007, S. 16-32. Gemeinsame polnisch-deutsche Feldforschungen, die an die Ergebnisse der unter Stanisław Ossowski durchgeführten soziologischen Untersuchungen aus dem Jahr 1948 anknüpfen, finden statt im Rahmen des Forschungsprojekts der Kulturvereinigung SSK „Borussia“ und des West-Instituts „Historia lokalna pogranicza polsko-niemieckiego w perspektywie historii Europy XX wieku. Studium przypadku na przykładzie warmińskiej wsi Purda Wielka“ [*Lokale Geschichte des deutsch-polnischen Grenzlandes in der Perspektive der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Eine Fallstudie am Beispiel des ermländischen Dorfes Gross Purden*] (wissenschaftliche Leitung: H. Orłowski, A. Sakson und E. Traba) statt. Vgl. M. Kardach, E. Traba, *Projekt „Purda“: Das Erforschen und Erleben des deutsch-polnischen kulturellen Grenzraumes*, in: M. Kardach/J. Pilecki/E. Traba (Red.), *Gross Purda 1900-2006. Das Portrait eines Dorfes*, Olsztyn 2008, S. 125-138. Die Buchreihe soll sieben Bände umfassen (2007-2010).

griffen. Zuallererst wurde am 12. Oktober 1990 die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren mit Sitz in Biskupiec von Paul Gollan, Landwirt in Najdymowo (Neudims), gegründet. Doch die informelle Führungsrolle der gesamten Bewegung übernahm alsbald Walter Angrik, auf dessen Betreiben im Januar 1991 die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit gegründet wurde, welcher rasch über 1 000 Mitglieder angehörten (doppelt so viele wie der Gesellschaft von Gollan).

Laut Daten der allgemeinen Volkszählung von 2002 haben sich 4 535 Personen in der Woiwodschaft Ermland-Masuren (oder 2,97 % aller Einwohner) zur deutschen Nationalität bekannt. Mitglieder der deutschen Minderheit sind 4 311 Personen (2,93 %). Deutsch sprechen zu Hause 6 049 Personen (3,07 %), nur Deutsch 5 649 (3,11 %); Deutsch, Polnisch und eine weitere Sprache benutzen 213 Personen. Deutsch als „Hausprache“ wird insgesamt von 11 911 Personen gesprochen.<sup>687</sup>

Derzeit sind 26 Vereine der deutschen Minderheit in Ermland und Masuren tätig. Praktisch gibt es in jedem früheren Landkreis mindestens eine selbständige Organisation. Es sind:

1. Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit mit 1 902 Mitgliedern über 18 Jahren und mit zwei Außenstellen in Barczewo (250 Mitglieder) und Radostowo (68 Mitglieder),
2. Deutscher Verein „Elch“ in Olsztyn – 645 Mitglieder,
3. Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen Minderheit Kreis Bartenstein – 245 Mitglieder,
4. Sozial-Kulturelle Gesellschaft deutscher Minderheit in Ermland und Masuren mit Sitz in Biskupiec – 475 Mitglieder,
5. Vereinigung der Deutschen Minderheit im nördlichen Ermland Braunsberg – 65 Mitglieder,
6. Deutsche Gesellschaft Natangen in Landsberg – 323 Mitglieder,
7. Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Deutsch Eylau – 380 Mitglieder,
8. Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Warmia“ in Heilsberg – 306 Mitglieder,
9. Gesellschaft der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen – 142 Mitglieder,
10. Sensburger Deutsche Gesellschaft „Bärentatze“ – 1.127 Mitglieder,
11. Neidenburger Verein der Deutschen Minderheit – 341 Mitglieder,
12. Verein der Deutschen Minderheit „Tannen“ in Osterode – 1 214 Mitglieder,
13. Gesellschaft zur Pflege Deutschen Kulturguts „Emil von Behring“ in Hohenstein – 278 Mitglieder,

---

687 L. M. Nijakowski, *Domeny symboliczne. Konflikty narodowe i etniczne w wymiarze symbolicznym*, Warszawa 2006, S. 157, 161.

14. Rößler Verein der Deutschen Bevölkerung – 187 Mitglieder,
15. Deutscher Kulturverein „Heimat“ in Ortelsburg – 503 Mitglieder,
16. Deutscher Kulturverein der Stadt und Kreis Rastenburg – 100 Mitglieder,
17. Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Masuren“ in Lyck – 296 Mitglieder,
18. Sozial-Kultureller Verein der Deutschen in Lötzen – 407 Mitglieder,
19. Goldaper Verein der Deutschen Minderheit – 33 Mitglieder,
20. Treuburger Verein der Deutschen Minderheit – 98 Mitglieder,
21. Johannisburger Deutscher Freundschaftskreis für die Stadt und den Bezirk Johannsburg „Rosch“ – 450 Mitglieder,
22. Deutscher Gesellschaft Stadt und Land Angerburg „Mauersee“ – 170 Mitglieder,
23. Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Joachim Schulz“ in Preußisch Holland – 72 Mitglieder<sup>688</sup>,
24. Gesellschaft der Deutschen Minderheit Stadt und Kreis Elbing – 391 Mitglieder,
25. Deutscher Verein im ehemaligen Ostpreußen „Mummel“ in Locken – 80 Mitglieder,
26. Lautenburger Verein der Deutschen Minderheit – 120 Mitglieder.

Die Mitglieder werden in erster Linie aus der Schar der Einheimischen gewonnen. Zusammen haben die Organisationen der deutschen Minderheit in Ermland und Masuren ca. 11 000 Mitglieder<sup>689</sup>, zählt man Nicht-Mitglieder sowie Kinder und Jugendliche hinzu, mag diese Zahl 15 000-20 000 Personen betragen. In diesem Gebiet sind auch weitere Minderheitenorganisationen aktiv, wie der

---

688 B. Domagała, *Mniejszość niemiecka na Warmii i Mazurach. Rodowód kulturowy, organizacja, tożsamość*. Olsztyn 1996; dies., *Problematyka narodowa w publicystyce mniejszości niemieckiej na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 1998; A. Czesła, *Niemcy na Warmii i Mazurach w okresie transformacji ustrojowej w Polsce*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, pod red. B. Domagały, A. Saksona, Olsztyn 1998, S. 69-82; D. Maksyńko, *Działalność społeczna i kulturalna mniejszości niemieckiej na Warmii i Mazurach w latach 1990-2002*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); *Wyznania religijne i stowarzyszenia narodowościowe i etniczne w Polsce 2000-2003*. GUS, Warszawa 2003.

689 Die größten Gruppen der deutschen Minderheit leben in folgenden Landkreisen: Olsztyn (3 711 im Jahr 1993, 3 150 im Jahr 2000), Mrągowo (578 bzw. 1 378), Ostróda (1 023 bzw. 1 200), Szczytno (521 bzw. 650), Olsztyn-Stadt (4 800 bzw. 828). Insgesamt gehörten den Vereinen im Jahr 1993 15 855 Personen an, 1995 waren es 9 832, 1997 10 744, 1998 10 540, 1999 10 520 und 2000 10 822. D. Maksyńko, *Działalność...*, S. 44 f. Vgl. auch: J. Gromek, *Działalność mniejszości niemieckiej w Olsztynie*, Olsztyn 2002 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); I. Urban, *Mniejszość niemiecka w Olsztynie*, Olsztyn 2005 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); P. Stańko, *Mniejszość niemiecka w Lidzbarku Warmińskim*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

Bauernverband Ermland und Masuren mit Sitz in Olsztyn (1992 registriert), der Ermländisch-Masurische Verband Deutschstämmiger Landfrauen (im Februar 1995 registriert) und die Allensteiner Außenstelle des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit in der Republik Polen mit Sitz in Wrocław. Bereits 1992 wurden Versuche unternommen, die deutschen Vereine zusammenzuführen. Auf Betreiben Angriks wurde damals der Dachverband der Vereinigungen der Deutschen Minderheit in den Regionen Allenstein-Danzig-Thorn mit Sitz in Olsztyn gegründet. Innere personelle Konflikte haben allerdings diese Absichten zunichte gemacht. Es war kein Einzelfall (der Verband in Nidzica wurde durch eine tiefe innere Krise erschüttert).

Im März 1993 wurde eine zweite Dachorganisation gegründet, der Verband der Vereinigungen deutscher Bevölkerung im ehemaligen Ostpreußen, der die meisten Minderheitenorganisationen angehören (um die Mitgliedschaft bemühte sich erfolglos die Masurische Gesellschaft von Tadeusz S. Willan). Der Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren mit Sitz in Olsztyn ist Mitglied des Verbandes der Deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen mit Sitz in Opole, sein Presseorgan ist das seit September 1994 in Olsztyn monatlich erscheinende „Mitteilungsblatt der deutschen Minderheit“ (Auflage: 1 000 Exemplare).

Innere Struktur und Handlungsweise der deutschen Verbände in Ermland und Masuren unterscheiden sich nicht von denen anderer Minderheitenorganisationen in Polen. Ihre Hauptaufgaben sind, die eigene nationale und kulturelle Identität zu pflegen, die Muttersprache zu unterrichten, Kontakte mit dem Vaterland zu pflegen, Minderheiteninteressen gegenüber kommunalen und staatlichen Behörden wahrzunehmen sowie Ausreisen nach Deutschland zu verhindern. Diesem Zweck dient unter anderem die Verleihung bzw. Bestätigung der deutschen Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik. Laut den Minderheitsaktivisten haben etwa 2 000 Einwohner von Ermland und Masuren die doppelte Staatsbürgerschaft und besitzen den deutschen Pass oder einen anderen entsprechenden Ausweis (in ganz Polen sind mindestens 150 000 Personen im Besitz solcher Ausweise).

In den Aktivitäten aller Verbände der deutschen Minderheit in Ermland und Masuren lassen sich generell zwei Perioden unterscheiden. Die erste, die als „Pionierzeit“ bezeichnet werden kann, umfasst die Jahre 1990-1994. Sie zeichnete sich durch sehr dynamische Aktivitäten aus. Zahlreiche lokale Anführer legten bei der Mobilisierung ihrer Landsleute viel Initiative an den Tag, um die Legalisierung der entstehenden Organisationen voranzutreiben. In dieser Zeit war auch ein starker Einfluss des Bundes der Vertriebenen feststellbar. Vertriebenenvertreter leisteten Hilfe bei der Entwicklung der Organisationsstrukturen. Mit der Zeit wurden sie aber zum beschwerlichen Ballast, besonders wenn sie sich quasi in „Politkommissare“ verwandelt hatten. Auch waren die Erwartungen der neuen

Mitglieder (manche trugen sich gleich in mehreren Verbänden ein) hoch gesteckt und liefen hauptsächlich auf die Möglichkeit hinaus, materielle Unterstützung, den deutschen Pass oder Erleichterungen beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erhalten.

Die zweite Periode brachte eine gewisse Normalisierung. Im Laufe der Zeit schwächten sich die dynamischen Aktivitäten mehr und mehr ab. Die Basis war ob des Ausmaßes der materiellen Unterstützung enttäuscht. Die Teilnehmerzahl der verschiedenen Deutschkurse ging zurück. Nach ersten Antagonismen mit den Nachbarn („Du bist also Deutscher?“) hat sich die Lage stabilisiert. Heute werden keine größeren Konflikte oder Gegensätze zwischen der deutschen Minderheit und den übrigen Bevölkerungsgruppen mehr gemeldet.

Ein wichtiges Problem für alle ostpreußischen Deutschen stellt die deutliche Generationslücke dar. Mehr als 40 % sind Rentner. Die Zahl der Jugendlichen und Personen mittleren Alters ist gering. Etwa 90 % der Mitglieder sind Masuren und Ermländer, die sich für Deutsche halten. Es ist eine Rumpfgemeinschaft ohne Akademiker, die keine geschlossenen lokalen Gruppen bildet und mehrheitlich auf dem Land lebt. Etwa 40-50 % der Erwachsenen aus dieser Bevölkerungsgruppe leben in gemischten Ehen (die Ehemänner sind meist Polen).

Seit den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts begann sich eine deutliche Krise in der Tätigkeit der deutschen Minderheitenorganisationen in Ermland und Masurien abzuzeichnen. Dies äußert sich im Rückgang der Aktivitäten einzelner Organisationen und tritt deutlich zutage im Unvermögen der Verbände, die Befugnisse auf dem Gebiet der Bildung bzw. der geografischen Zweitnamen auszuschöpfen, die das Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und die Regionalsprache vom 6. Januar 2005 vorsieht.<sup>690</sup>

Ein Versuch zur Überwindung dieses Zustandes waren die Bestrebungen von Alfred Wylengowski, dem Anführer der deutschen Minderheit im Landkreis Nidzica. Im Jahr 2005 startete er das gelungene Experiment, zusätzliche Deutschstunden an vier Schulen anzubieten: in Łyna (für 15 Kinder), Szkotowo (23) und an zwei Schulen in Nidzica (insgesamt 26 Kinder). Der zusätzliche Unterricht umfasste drei Stunden. Außer Sprachunterricht wurden die Schüler auch in deutscher Geschichte und Landeskunde unterrichtet. Der Unterricht und der Bezug von Lernbüchern wurde durch das Ministerium für Volksbildung und Sport finan-

---

690 Vgl. S. Łodziński, *Równość i różnica. Mniejszości narodowe w porządku demokratycznym w Polsce po 1989 roku*, Warszawa 2005, S. 126-174; ders., *Spoleczne problemy polityki wobec mniejszości narodowych w Polsce. Wokół ustawy o mniejszościach narodowych i etnicznych oraz o języku regionalnym*, in: *Polityka państwa polskiego wobec mniejszości narodowych i etnicznych*, pod red. L. M. Nijakowskiego, Warszawa 2005, S. 112-134.

ziert.<sup>691</sup> Diese Aktivitäten wurden von den Minderheitenbeauftragten des Woiwoden (Joanna Wańkowska-Sobiesiak) und des Woiwodschaftsmarschalls (Wiktor M. Leyk) unterstützt. Im Schuljahr 2006-2007 nahmen insgesamt 50 Schüler an diesem Unterricht teil, davon 27 an Grundschulen und 13 in Gymnasien.

Obwohl die Möglichkeit, eine Fremdsprache als Nationalsprache zu unterrichten, in Polen seit 1991 gegeben ist, vermochte die deutsche Minderheit nicht, auch nur eine Schule auf der Mittel- oder Oberstufe mit Deutsch als Unterrichtssprache einzurichten (solche Schulen wurden von der ukrainischen Minderheit unter anderem in Olsztyn, Elk, Bartoszyce und Górowo Iławeckie gegründet). Diese Tatsache wird als Schwäche der deutschen Minderheit und deren Führung ausgelegt.<sup>692</sup> Von einer Krise und Differenzen zwischen den Führungsmitgliedern zeugt auch die Tatsache, dass für die Minderheit zwei Zeitschriften erscheinen: das „Mitteilungsblatt“ (herausgegeben vom Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren) und die „Allensteiner Nachrichten“ (herausgegeben durch die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit). Eine dritte Zeitschrift „Der Online Elch. Ermland und Masuren heute“ ([www.elch.blox.pl](http://www.elch.blox.pl)) erscheint im Netz. In ihr wurde im August 2006 ein kritischer Beitrag veröffentlicht, der die Dilemmata, mit denen die deutsche Minderheit in Ermland und Masuren konfrontiert ist, schildert: „Die Deutschen im polnischen Ostpreußen stehen am Scheideweg: entweder wird sie [die Minderheit] weiterhin die Rolle der ewig hilfsbedürftigen, von deutscher Seite gehätschelten Minderheit geben, die Angst vor Gegenwart und Zukunft hat. Oder sie entwickelt sich zu einer offenen, jungen, europäischen Minderheit, die die Gunst der Stunde nutzt, und übernimmt, was die Alten nicht genutzt haben.“

Es steht ein Haus in Allenstein... [die Rede ist vom zentral gelegenen Haus Kopernikus, das die Bundesregierung mit großen finanziellen Aufwand erworben und eingerichtet hat – Anm. von A. S.], in dem befindet sich alles, um richtig loszulegen: Räume, Büros, Beamer, Computer, Stereoanlagen, ein Kleinbus, Instrumente und drei Ausstellungssäle. Es gibt sogar einen Mieter im Erdgeschoss, der

---

691 A. Wylengowski schildert seine Bemühungen folgendermaßen: „Ich ging von Haus zu Haus und erklärte den Vereinsmitgliedern, dass ihre Kinder Deutsch richtig sprechen sollten, und zwar nicht allein aus dem Grund, dass die Deutschkenntnis bessere Zukunftsperspektiven eröffnet, z. B. im Westen Arbeit zu finden.“ Die Anträge wurden von insgesamt 64 Personen gestellt. Jeder hat im Antrag an den Schulleiter geschrieben, er wünsche sich muttersprachlichen Deutschunterricht. J. Wojciechowska, *Język dziadów w szkole*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 16.08.2006, S. 1.

692 Vgl. B. Domagała, *Mniejszość niemiecka i mniejszość ukraińska na Warmii i Mazurach. Dwa wzorce rozwiązywania problemów związanych z nauczaniem języka obcego*, in: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością*, pod red. A. Saksona, Poznań 2008, S. 341-358. Vgl. auch: T. Słodra-Gwidźd, *Edukacja w wielokulturowej społeczności Opolszczyzny*, ebd. S. 147-162.

die laufenden Kosten des Minderheitenhauses deckt. Das Problem: die vor allem aus deutschen Geldern finanzierten Ressourcen werden nicht genutzt. Die Türen sind meist verschlossen, wer die Räume nutzen will, muss zuvor einen Kampf gegen die Missgunst der Geschäftsführung aufnehmen, den man nur verlieren kann. Alle Akteure des deutsch-polnischen Dialogs in der Stadt haben diesen aufgegeben. Das ‚Haus Kopernikus‘ stört auch niemanden, wie es dasteht, frisch saniert, fünf Stockwerke hoch, kürzlich noch wurde das Dach ausgebaut.<sup>693</sup>

Das bedeutet aber nicht, dass in Olsztyn und anderen Orten, wo die Minderheitenorganisationen ihren Sitz haben, nichts los wäre. Seit vielen Jahren findet alljährlich das Sommerfest der Deutschen Minderheit in Olsztynek statt. In Olsztyn gibt es die Kindertanzgruppe „Rotkäppchen“, den Chor „Vaterhaus“, es finden auch Kaffeerunden für Senioren, Vorlesungen, Ausstellungen usw. statt.

Für die jungen Ermländer, die der Jugendgruppe „Ermis“ angehören, ist das aber zu wenig, „es ist ein Museum, das vom Aussterben bedroht ist“. Eine wichtige Stütze der Minderheit sind die Kontakte zur deutschen Seite, in erster Linie der Landsmannschaft Ostpreußen.<sup>694</sup> Die Schwäche der Organisation besteht in ihrer Abhängigkeit von finanziellen Mitteln, die ihr über verschiedene Kanäle aus Deutschland zufließen. Einerseits ermöglicht dies eine ausgebaute Infrastruktur der etwa dreißig verschiedenen Organisationen, andererseits setzt dies keine Energien zu effektivem Handeln frei. Würde „der Zuschusshahn abgedreht“, käme nach Ansicht eines Aktivisten die Tätigkeit der Minderheit praktisch zum Erliegen.<sup>695</sup>

### 3.3.3. Ukrainer

Die am aktivsten agierende Minderheit ist die ukrainische Bevölkerungsgruppe. Anfang der neunziger Jahre hat sich ihre Lage entscheidend gewendet. Damals entstanden zahlreiche neue Initiativen, die auf eine Aktivierung dieser Bevölkerungsgruppe abzielten. Symbolischen Ausdruck fand dies im Verlauf des außerordentlichen Kongresses der Ukrainischen Sozial-Kulturellen Gesellschaft (UTSK) am 24.-25. Februar 1990 in Warschau, der zugleich der 1. Kongress des Verbandes der Ukrainer in Polen (ZUwP) war. Eine wichtige Komponente war die Entstehung des unabhängigen ukrainischen Staates, was essentiellen Einfluss auf die Entwicklung der nationalen Identität der ukrainischen Minderheit hatte.

693 *Abschied von der AGDM*, [www.elch.blox.pl](http://www.elch.blox.pl) (vom August 2006).

694 Vgl. B. Traum, *Ostereier aus Gelnhausen für die Heimat. Hilfstransport aus Hessen zur ‚Bärenlatze‘, der Johanniter-Sozialstation und dem Behindertenheim in Sensburg*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 06.05.2006, Nr. 18, S. 14.

695 Interview mit A. K., durchgeführt in Olsztyn im Jahr 2007 (0-13).

Aus den Untersuchungen von Bożena Beba<sup>696</sup>, Monika Górna<sup>697</sup>, Tomasz Marciniak<sup>698</sup> und anderen Forschern<sup>699</sup> ergeben sich als Hauptträger des Ukrainertums Haus und Familie<sup>700</sup>, auch national homogene Ehen, Kenntnis der Kultur (Sitten und Bräuche) und der Muttersprache, die griechisch-katholische Kirche, Minderheitenschulen und -organisationen (vor allen Dingen der Verband der Ukrainer in Polen).

Die heutige kulturelle Identität der ukrainischen Minderheit in Ermland und Masuren wird etwa bestimmt durch die Kenntnis der ukrainischen Sprache, die

- 696 Vgl. B. Beba, *Kierunek przemian tożsamości kulturowej na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, pod red. B. Domagały, A. Saksona, Olsztyn 1998, S. 96-108; B. Beba, I. Hrywna, *Aspiracje społeczno-kulturalne Ukraińców na Warmii i Mazurach*, in: *Demografia i społeczeństwo Ziem Zachodnich i Północnych 1945-1995. Próba bilansu*, pod red. E. Frątczak, Z. Strzeleckiego, Warszawa 1996, S. 405-413.
- 697 M. Górna, *Tożsamość narodowa mniejszości ukraińskiej na Warmii i Mazurach na przykładzie Powiatu Iławskiego*, Poznań 2004 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).
- 698 T. Marciniak, *Ukraińcy wschodnich Mazur. Istnienie realne, obecność symboliczna*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, pod red. B. Domagały, A. Saksona, Olsztyn 1998, S. 109-118, ders., *Symboliczne zawłaszczenie przestrzeni w środowiskach wielokulturowych. Mazurskie społeczności lokalne i małżeństwa mieszane etnicznie*, Toruń 2001 (Typoskript der Dissertation in den Beständen der Universitätsbibliothek Toruń).
- 699 Vgl. W. Łukowski, *Dylematy społeczności pochodzenia ukraińskiego na Mazurach na przełomie wieków*, in: *Tematy polsko-ukraińskie. Historia. Literatura. Edukacja*, pod red. Traby, Olsztyn 2001; I. Hrywna, *Życie społeczno-kulturalne Ukraińców na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, pod red. B. Domagały, A. Saksona, Olsztyn 1998, S. 109-118; Ż. Wyner, *Spoleczność ukraińska w Bartoszycach*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); K. Jasiewicz, *Oświata i życie kulturalne mniejszości ukraińskiej na terenie Górowa Iławeckiego*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); W. Wilkaniec, *Szkolnictwo dla mniejszości ukraińskiej w powiecie bartoszyckim*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); A. Racki, *Ewolucja zmian w świadomości i języku Ukraińców Warmii i Mazur w latach 1947-1993*, in: *W kręgu kultury ukraińskiej*, pod red. W. Piłata, Olsztyn 1995.
- 700 Monika Górna schreibt: „Die grundlegende Rolle spielt in dieser Hinsicht die Familie, die den Charakter des Kindes formt. Die häusliche Erziehung, das Beibringen der Muttersprache, die Weitergabe kultureller Vorbilder, die Taufe und Erziehung des Kindes im griechisch-katholischen Glauben bilden die Grundlagen für die Ausgestaltung der ukrainischen nationalen Identität. Denn in der Regel sind das Zuhause und die Familie (besonders die älteren Familienangehörigen) die ersten Glieder auf dem Weg zur Formung des Selbstverständnisses. Dies ist für Menschen, die bereits in Ermland oder Masuren geboren wurden, von besonderer Bedeutung. Für junge Untersuchungsteilnehmer, die von Eltern und Großeltern im ukrainischen Geist erzogen worden sind, ruft die nationale Selbstbestimmung keine Zweifel hervor. Ukrainer zu sein, steht nicht zur Debatte und ist ganz selbstverständlich.“ M. Górna, *Tożsamość narodowa...*, S. 129.

Eigenart der griechisch-katholischen und der orthodoxen Kirche (letztere leistet weiterhin ohne größere Hindernisse ihren religiösen Dienst), Pflege des Volkstums im Alltag und bei den mit dem Kirchenjahr verknüpften Jahres- und Familienfesten, Folklore, nationale Traditionen, Interesse für die nationale Hochkultur – Literatur, Musik und ukrainische Kultur –, Interesse für die Geschichte des Volkes und seine gegenwärtige politische Lage.

Wesentlich für den Erhalt der nationalen und kulturellen Eigenart ist die Kenntnis der ukrainischen Sprache. Viele in Ermland und Masuren wohnende Ukrainer geben zu, sie nur passiv zu beherrschen. Meist ist der Kenntnis des Ukrainischen mundartlich. In erster Linie dient es als „Hausprache“, die in der Regel zur familiären Verständigung benutzt wird. Dieses Phänomen ist besonders unter den ukrainischen Jugendlichen anzutreffen. Immer häufiger, besonders in geschlossenen lokalen Gemeinschaften z. B. in Asuny wird Ukrainisch auch auf der Straße gesprochen, was vor über einem Jahrzehnt noch unvorstellbar gewesen wäre. Es ist keine Hochsprache, sondern eher ein Dialekt, der mit zahlreichen polnischen Wörtern durchsetzt ist. Immer noch vermeiden es aber viele Ukrainer, ihre nationale Zugehörigkeit preiszugeben oder öffentlich zu manifestieren. Aus den Untersuchungen von M. Górna geht hervor, dass die Mehrheit der Untersuchungsteilnehmer die ukrainischen Sprachkenntnisse nur zu Hause erworben hat. Nicht viele hatten Gelegenheit, das Angebot der Bildungseinrichtungen oder Sprachkurse der griechisch-katholischen Kirchengemeinden zu nutzen.<sup>701</sup>

Viele Nationalsymbole (Trysub, Bildnisse Taras Schewtschenkos, Fahnen) sind in Privatwohnungen anzutreffen. Gleichwohl ist nicht die Familie, die starken Polonisierungsprozessen ausgesetzt ist, sondern die griechisch-katholische Kirche Hauptvermittlerin der Tradition und fungiert nun als Bewahrer der meisten kulturellen – gleichermaßen materiellen wie geistigen – Muster.

Aus Bożena Bebas Untersuchungen geht hervor, dass mehr als 80 % der befragten Ukrainer in Ermland und Masuren der Meinung sind, die griechisch-katholische Kirche leiste den größten Beitrag zur Integration dieser Bevölkerungsgruppe.<sup>702</sup> Für einen Teil der ukrainischen Aktivisten bleiben die kirchlichen Neubauten mit ihren charakteristischen Zwiebeltürmen allerdings weiterhin umstritten. Es ist ein Indiz dafür, dass sich die entschiedene Mehrheit der Ukrainer endgültig damit abgefunden hat, Ermland und Masuren als „Heimat“ zu betrachten und den Gedanken an eine Rückkehr in die angestammten Gebiete im Südosten Polens verworfen hat.

---

701 M. Górna, *Tożsamość narodowa...*, S. 101-105. Vgl. auch: B. Domagała, *Ukraińcy na Warmii i Mazurach. Studium procesów asymilacji*, Olsztyn 2009.

702 B. Beba, *Kierunek przemian tożsamości kulturowej Ukraińców na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 1996 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

Im ermländisch-masurischen Dekanat der griechisch-katholischen Kirche versehen mehr als 10 Geistliche in 19 Kirchengemeinden die Seelsorge (u. a. in Olsztyn, Dobre Miasto, Lidzbark Warmiński, Górowo Iławeckie, Lelkowo, Bartoszyce, Ostre Bardo, Kętrzyn, Asuny, Reszel, Giżycko, Banie Mazurskie, Wydminy, Węgorzewo, Bajory Małe, Miłki, Chrzanowo, Kruklanki). Die Zahl der Gläubigen wird auf 20 000-30 000 geschätzt. Die Sakralbauten sind überwiegend frühere protestantische Kirchen oder verlassene bzw. von der römisch-katholischen Kirche zur Verfügung gestellte Kapellen. Seit 1991 haben die ermländischen Katholiken den griechisch-katholischen Gläubigen 13 bereits von ihnen genutzte Kirchen übereignet. Einige Kirchen werden gemeinsam mit der römisch-katholischen Kirche (u. a. in Miłki) bzw. mit der evangelisch-augsburgischen (u. a. in Giżycko und Kętrzyn) genutzt. Die Kirche in Węgorzewo wird von den Protestanten zur ausschließlichen Nutzung verliehen. Die Gläubigen der griechisch-katholischen Kirche haben zuletzt eigene Kirchen unter anderem in Giżycko, Kętrzyn und Olsztyn errichtet. In Bartoszyce wurde ein altes Feuerwehrhaus für Glaubenszwecke hergerichtet, in Lidzbark Warmiński ein alter Speicher umgebaut. Ähnliches geschah in Lelkowo.

Nur eine relativ kleine Gruppe der Ukrainer gehört der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche sowie der römisch-katholischen Kirche an.

In den neunziger Jahren stieg die Zahl der Grundschüler, die in Ermland und Masuren am Ukrainischunterricht teilnahmen, langsam an. Im Schuljahr 1992/1993 erlernten nur 178 Schüler die Muttersprache. Die meisten von ihnen stammten aus der Gegend um Węgorzewo, Bartoszyce, Braniewo und Kętrzyn. Ein bedeutsames Ereignis war die Errichtung zweier ukrainischer Schulen in Bartoszyce und Górowo Iławeckie im Jahr 1990.

Nach einer mehr als zweijährigen Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die ukrainische Grundschule wurde im November 1993 in Bartoszyce (im ehemaligen Zentrum der Gesellschaft der Kinderfreunde TPD) die Grundschule Nr. 8 mit ukrainischer Unterrichtssprache eröffnet, die im Schuljahr 1993/1994 von 111 ukrainischen und polnischen Kindern besucht wurde. An den Grundschulen der Woiwodschaft Olsztyn waren insgesamt 18 Außenstellen, in denen 412 Schüler die ukrainische Sprache erlernten.<sup>703</sup>

1990 wurde in Górowo Iławeckie die erste allgemeinbildende Oberschule in Polen mit Ukrainisch als Unterrichtssprache eröffnet (an den allgemeinbildenden Oberschulen in Legnica und Biały Bór wird Ukrainisch fakultativ angeboten).

---

703 Es sind folgende Ortschaften (Schülerzahl in Klammern): Bajory Wielkie (20), Barciany (14), Dobre Miasto (11), Górowo Iławeckie (68), Iława (10), Kamińsk (8), Kandyty (22), Kętrzyn (48), Lidzbark Warmiński (13), Moltajny (35), Morąg (35), Sagnity (9), Sępopol (10), Srokowo (10), Urowo (10), Olsztyn (55), Ostróda (18), Toprzyzny (16). Vgl. *Gazeta Warmii i Mazur* vom 18.03.1995, S. 7.

Der Bau des neuen Oberschulgebäudes (eine Zeitlang fand der Unterricht in einem auf dem Schulhof aufgeschlagenen Militärzelt und in einem dort abgestellten Anhänger statt) war Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen dem Ukrainischen Bürgerkomitee, dem die Initiatoren der Errichtung der Oberschule angehörten, und der Schulaufsichtsbehörde in Olsztyn.

Heute besuchen etwa 300 Schülerinnen und Schüler das moderne Schulzentrum in Górowo Iławeckie mit Ukrainisch als Unterrichtssprache. Dieses umfasst ein Gymnasium, eine allgemeinbildende Oberschule und eine dreijährige Profiberschule (Betriebswirtschaft und Verwaltung). In der Schule unterrichten 39 Lehrer (darunter 7 Ausländer). Mitbegründer und langjähriger Leiter der Oberschule war Miron Sycz, der spätere ermländisch-masurische Woiwodschafsmarschall. Das Schulzentrum in Górowo Iławeckie ist die größte derartige Einrichtung und die einzige, die in ihrer Satzung so eindeutig die Unterrichtssprache festgelegt hat.

Hier sind unter anderem das bekannte Folkloreensemble „Dumka“ und der Chor „Szczedrzyk“ tätig.

Im Juni 2004 fanden hier Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag des ukrainischen Oberschulwesens in Ermland und Masuren statt.<sup>704</sup>

Im August 1990 wurde die heutige Lesia-Ukrainka-Grundschule Nr. 8 mit ukrainischer Unterrichtssprache in Bartoszyce gegründet. Im September 1999 wurde ein Schulzentrum mit ukrainischer Unterrichtssprache eröffnet, dem die Grundschule Nr. 8 und das Gymnasium Nr. 3 angehören. Das Schulzentrum verfügt über gute Raumbedingungen. Im Schuljahr 2001/2002 nahmen hier 139 Kinder und Jugendliche am Unterricht teil. Es beherbergt viele Ensembles und Gruppen, die die ukrainische Kultur und Tradition pflegen.<sup>705</sup>

Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache sind nicht die einzigen Bildungseinrichtungen, die die Muttersprache unterrichten. In Ermland und Masuren pflegen 53 öffentliche Schulen im Unterricht die ukrainische Identität, zumeist Grundschulen und Gymnasien, die von 1 132 Schülerinnen und Schülern besucht werden (in ganz Polen gibt es 111 solche Einrichtungen mit 2 774 Schülerinnen und Schülern).<sup>706</sup>

704 Vgl. *Ukrajńska szkoła w Hurowi Iławeckomu – historycznyj narys*, Górowo Iławeckie 2004, S. 21-28.

705 W. Wilkaniec, *Szkołnictwo dla mniejszości ukraińskiej na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 1999 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 39-46.

706 M. Górna, *Tożsamość narodowa...*, S. 70. Diese Bildungseinrichtungen gibt es in 24 Städten und Gemeinden: Stadt und Gemeinde Górowo Iławeckie, Gemeinden: Krukłanki, Barciany, Sępopol, Reszel, Pozezdrze, Budry, Orneta, Braniewo, Srokowo, Wydminy, Kętrzyn, Pasłęk, Banie Mazurskie, Pieniężno, Lelkowo sowie Städte: Lidzbark Warmiński, Olsztyn, Giżycko, Braniewo, Kętrzyn, Pasłęk, Węgorzewo und Elbląg. Vgl. D. Czarniecki, *Wykaz szkół w których organizowane są zajęcia dla uczniów podtrzymujące tożsamość etniczną mniejszości narodowych*, Olsztyn 2004.

In der Region gibt es zwei Außenstellen des Verbandes der Ukrainer in Polen (in Elbląg und Olsztyn) und über 40 Stadt- und Dorfschulen. Der Verband zählt über 1 000 Mitglieder, was verhältnismäßig wenig ist. Seine Hauptziele sind der Erhalt der nationalen Identität und die Wahrnehmung der Gruppeninteressen.<sup>707</sup>

Auch andere Organisationen entfalten ihre Tätigkeit in der Region: der Verband der Unabhängigen Ukrainischen Jugend mit Außenstellen in Górowo Iławeckie und Olsztyn, der Verband der Ukrainerinnen, die Ukrainische Jugendorganisation „Płast“, die mit polnischen Pfandfindern zusammenarbeitet, der Ukrainische Lehrerverband, der Verband der Ukrainer und Politischen Häftlinge der Stalinzeit oder die Gesellschaft der Freunde und früheren Bewohner des Dorfes Tworylna.

In Ermland und Masuren wirken auch zahlreiche ukrainische Laienensembles, hauptsächlich Chöre und Folkloretanzensembles. Es werden auch Künstlerfestivals und Festtage der ukrainischen Kultur veranstaltet (z. B. Kinderfestival der ukrainischen Kultur in Elbląg, Tage der Ukrainischen Kultur in Giżycko und Festival der ukrainischen Rockbands in Węgorzewo).

Das wichtigste Zentrum der ukrainischen Kultur und Tradition in Ermland und Masuren ist Górowo Iławeckie. Um das Anfang der neunziger Jahre bestehende Ukrainische Bürgerkomitee (das neben dem polnischen tätig war) und die der ukrainischen Oberschule nahestehenden Kreise konzentrierten sich zahlreiche kulturelle und gesellschaftliche Initiativen. Im Hinblick auf die Entwicklung des ukrainischen Bildungs- und Schulwesens sowie auf die Förderung sonstiger Vorhaben zur Stärkung der nationalen Identität wurde 1992 die Stiftung „Zahrawa“ ins Leben gerufen, die selbst wirtschaftlich tätig ist.

In der Gemeinde Górowo Iławeckie machen die Ukrainer 40 % aller Einwohner aus, in der Stadt selbst 25 %.

Der Selbstverwaltung in Górowo Iławeckie gehören Vertreter der ukrainischen Minderheit an. Sie richtete zusammen mit dem Verband der Unabhängigen Ukrainischen Jugend im April 1997 ein Seminar über „Zusammenarbeit regierungsunabhängiger Organisationen mit Selbstverwaltungsorganen“ aus. In dieser Stadt erscheint seit 1990 die Monatsschrift „Błagowist“ der Ukrainischen Katholischen Kirche in Polen. Viele Ukrainer in dieser Gemeinde leben in ehemaligen Staatsgut-Dörfern. Die Vertreter der ukrainischen Minderheit haben in den Kommunalwahlen keine nennenswerten Erfolge erzielt.

Ein ernstzunehmendes Problem der Ukrainer in Ermland-Masuren ist die fortschreitende Assimilierung an das Polentum. Heute kann von einer Abstufung, einer „Gradierung“ des nationalen Selbstverständnisses gesprochen werden: angefangen mit dem integren, „vom Polentum unversehrten“ Ukrainertum bis hin zur doppelten ukrainisch-polnischen Identifikation. Zwischen diesen beiden Po-

---

707 M. Górna, *Tożsamość narodowa...*, S. 61.

len gibt es eine breite Palette verschiedener Zwischenformen, in denen Elemente der Identifizierung mit dem einem oder dem anderen Volk mehr oder weniger vorherrschen. Es gibt auch eine beachtliche Gruppe polonisierter Ukrainer bzw. ukrainischstämmiger Polen. Aus Górnas Untersuchungen geht hervor, dass sich 58 % der Befragten als Ukrainer empfinden. Mehr als ein Drittel platziert seine Nationalität auf der Skala zwischen Ukrainern und Polen: 9 % der Befragten bezeichnen sich als Ukrainer-Polen, 19 % als Polen und Ukrainer, 5 % als Polen-Ukrainer und nur 9 % als Polen. Am fortgeschrittensten ist der Assimilierungsprozess in der ältesten (vor 1947 außerhalb Ermlands und Masurens geborenen) Generation. 50 % halten sich für Ukrainer, 32 % für Ukrainer und Polen, 2 % für Polen-Ukrainer und 16 % für Polen. In der zweiten Generation (geboren in den Jahren 1948-1969) haben sich 61 % der Befragten eindeutig als Ukrainer bezeichnet, während es in der dritten (jüngsten) Generation 73 % der Befragten waren (geboren in den Jahren 1970-1988). Die Frage nach Tempo und Umfang der Assimilation bleibt offen und hängt von vielen Faktoren ab.<sup>708</sup>

Es scheint, als könne die heutige demokratische und liberale polnische Gesellschaft eine starke Gefahr darstellen für den Erhalt und die Entwicklung der ukrainischen Nationalidentität, die mit solcher Mühe unter widrigen historischen Bedingungen kultiviert wurde. Davon zeugen, trotz mancher Vorbehalte, die Ergebnisse der Volkszählung von 2002, bei der sich nur 12 000 Personen von insgesamt ca. 60 000 Ukrainern zu ihrer nationalen Herkunft bekannt haben.

Obwohl die aktuellen Beziehungen zwischen Ukrainern und Polen in Ermland und Masuren nicht von größeren Konflikten überschattet sind,<sup>709</sup> bleibt eine mehr oder weniger sichtbare gesellschaftliche Distanz (besonders unter den älteren Generationen) bestehen. Ein wichtiger Bestandteil der Annäherung zwischen den Polen sowie der ukrainischen und der deutschen Minderheit sind gute zwischenstaatliche Beziehungen, die sich in der „strategischen Partnerschaft“ Polens mit der unabhängigen Ukraine und in der „Interessengemeinschaft“ mit dem wiedervereinigten Deutschland manifestieren. Nach allgemeiner Ansicht können die polnisch-ukrainischen Beziehungen in Ermland und Masuren als vorbildlich bezeichnet werden. Ähnlich gestalten sich auch die Beziehungen mit anderen zah-

---

708 Ebenda S. 101-127.

709 Den gutnachbarschaftlichen Beziehungen hat auch ein Brand nicht geschadet, der in der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober 2006 im Ukrainischen Schulzentrum in Bartoszyce ausgebrochen ist. Es war der erste Fall dieser Art in Polen. Vgl. P. Smoleński, *Ukraińcy się niepokoją. Być może za podpaleniem szkoły w Bartoszycach nie stała niechęć do obcych – Ukraińców – lecz chęć, by dokuczyć tym, których dzieci uczą się za nieco większe pieniądze*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.-17.12.2006, S. 18.

lenmäßig kleinen Minderheiten (Weißrussen und Roma).<sup>710</sup> Der Integration der Minderheiten dienen verschiedene Initiativen. Im Juni 2007 fand beispielsweise der inzwischen 14. Tag der Nationalen Minderheiten in Olsztyn statt, vor allem eine Gelegenheit, das eigene Kulturgut vorzustellen.<sup>711</sup>

### 3.3.4. Gemeinschaft der Grenzländer (Kresowiaczy)

Der nach 1989 eingeleitete Wandel ermöglichte erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert den Grenzländern (Umsiedlern aus den ehemaligen polnischen Grenzlanden im Osten), eigene Organisationen zu gründen. Erste erfolglose Versuche der Selbstorganisation hatte es bereits 1956 gegeben.

Zu den ersten gehörte die 1988 in Toruń registrierte Gesellschaft der Freunde von Stadt und Land Wilna (Towarzystwo Miłośników Wilna i Ziemi Wileńskiej), die landesweit etwa 20 000 Mitglieder zählte. Die Gründungssitzung des Ablegers dieser landesweit tätigen Organisation in Olsztyn fand am 11. Februar 1989 statt. Sie gehört zu den größten derartigen Vereinigungen in Ermland und Masurien (sie unterhält Außenstellen unter anderem in Mrągowo, Lidzbark Warmiński, Ostróda und Bartoszyce).

Am 10. Mai 1989 wurde offiziell die Außenstelle des Polnischen Klubs der Freunde Litauens (Ogólnopolski Klub Miłośników Litwy) gegründet. Zu Beginn der 1990er Jahre entstanden neue Organisationen (aktuell sind in Polen ein Dutzend von Organisationen der Grenzländer mit etwa 100 000 Mitgliedern tätig. In Olsztyn gibt es Filialen folgender Organisationen: Gesellschaft der Freunde von Grodno und Wilna (Towarzystwo Przyjaciół Grodna i Wilna), Gesellschaft der Freunde des Wilnaer und Nowogrodecker Landes (Towarzystwo Przyjaciół Ziemi Wileńskiej i Nowogrodzkiej), Gesellschaft der Freunde Wilnas und der ehemaligen östlichen Grenzlande (Towarzystwo Miłośników Wilna i byłych Kresów Wschodnich), Gesellschaft der Freunde Wolhyniens und Polesiens (Towarzystwo Miłośników Wołnyia i Polesia), Gesellschaft der Freunde Lembergs und der ehemaligen südöstlichen Grenzlande (Towarzystwo Miłośników Lwowa i Kresów Południowo-Wschodnich), Verband der nach Sibirien Deportierten (Związek Sybiraków). Die meisten dieser Organisationen gehören dem Regionalrat des Bun-

---

710 Mehr zu diesem Thema schreibe ich in meiner Arbeit *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945-1997*, Poznań 1998, S. 356-359. Umstritten ist teils die Einschätzung der tragischen geschichtlichen Ereignisse: Massenmord in Wolhynien und Verlauf der Umsiedlungsaktion „Weichsel“ Vgl. *Hold ofiarom Wołnyia bez prezydenta Polski*, in: *Rzeczpospolita* vom 12.07.2008, S. A5.

711 Vgl. *Świętowały mniejszości*, in: *Trybuna* vom 12.06.2007, S. 6; W. Katarzyński, *Spotkałam nawet szczęśliwych Romów*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 23.07.2010, S. 16.

des der Grenzlandorganisationen in Olsztyn (Rada Regionu Federacji Organizacji Kresowych w Olsztynie) an.

Hauptziele der oftmals miteinander rivalisierenden Verbände und Gesellschaften der Grenzländer sind die „Festigung und Entwicklung der Vergangenheit und der Gegenwart“ der ehemaligen polnischen Ostmarken und die Wahrnehmung der vielfältigen Interessen dieser Bevölkerungsgruppe. Eines der wichtigsten Probleme sind die Entschädigungen für das im Osten zurückgelassene Vermögen.

Organisationen der Kresowiacy arbeiten mit „Wspólna Polska“ (Gemeinsames Polen) zusammen und sind bemüht, den im Osten lebenden Polen allumfassende Unterstützung zu gewähren. Allerdings fällt diese wegen Geldmangel eher bescheiden aus.

Die zahlreiche Grenzländergemeinschaft in Ermland und Masuren<sup>712</sup> ergreift viele organisatorische Maßnahmen zu ihrer Integration und um die Thematik der Grenzlande zu verbreiten. Zu diesem Zweck wird unter anderem seit mehreren Jahren das traditionsreiche Volksfest „Kaziuki Wileńskie“ (Wilnaer Kasimir-Fest) veranstaltet, hauptsächlich in Lidzbark Warmiński<sup>713</sup>, Olsztyn und Ostróda. Seit 1995 findet in Mrągowo ein groß angelegtes Festival der Kultur der Grenzlande (Festiwal Kultury Kresowej) statt.

Auf Initiative der Grenzländer-Kreise und des Historisch-Sozialen Instituts (Instytut Historyczno-Społeczny) in Szczytno wurden im Juni 1995 äußerst gelungene „Tage der Grenzlande“ (Dni Kresowe) veranstaltet. Eines der ersten populärwissenschaftlichen Vorhaben zur Thematik der Grenzländer war am 22. September 1990 in Olsztyn die Tagung „Wilno – Olsztyn. Tradycje, kultura, obyczaj“ (Wilna-Allenstein. Traditionen, Kultur, Brauchtum)<sup>714</sup>.

Auf Initiative der einschlägigen Kreise in Olsztyn wurde das Jahr 2003 zum „Gedenkjahr der Grenzländer“ erklärt. Zum 60. Jahrestag der Massenmorde an Polen in Wolhynien und südöstlichen Gebieten Vorkriegspolens fand am 20. September 2003 in Olsztyn das populärwissenschaftliche Symposium „Kresy“ (Grenzlande) statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde in der Ehrenallee des Kommunalfriedhofs in Olsztyn eine symbolische „Grabstätte zum Gedenken an die Opfer der Tragödie Wolhyniens und Ostgaliziens“ enthüllt und eingeweiht.<sup>715</sup>

Der demokratische Wandel machte es möglich, die Traditionen der „verlorenen Heimat“ frei zu pflegen. Dies wirkte sich auf die Wahrnehmung der älte-

712 Vgl. J. Sikorski, *Kresowiacy w kształtowaniu środowiska kulturalnego na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, pod red. B. Domagały, A. Saksona, Olsztyn 1998, S. 139-167.

713 Vgl. B. Farelnik, *Spoleczność kresowian w powiecie Lidzbark Warmiński*, Olsztyn 2002 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 33-42.

714 Vgl. *Wilno – Olsztyn. Kontynuacja tradycji historycznej*, Olsztyn 1992.

715 Veranstaltungsprogramm in der Sammlung des Verfassers.

ren Grenzländergeneration aus und machte ihnen paradoxerweise bewusst, dass eine Revision der Ostgrenzen Polens und die Rückkehr an die früheren Wohnsitze nicht mehr möglich sind. Dies besiegelte ihren endgültigen Verbleib in Ermland und Masuren, die nach sechzig Jahren für sie zu einer neuen „Heimat“ geworden sind.<sup>716</sup> Bestärkt wird diese Überzeugung durch die Möglichkeit einer neuen Repatriierungswelle von Polen und Polnischstämmigen aus dem Osten.

Durch den Untergang des realen Sozialismus in Polen und den Zerfall der Sowjetunion stand das Problem einer neuen Rückführung von Polen aus dem Osten wieder auf der Tagesordnung. Im August 1994 überreichte der Woiwode von Olsztyn der ersten polnischen Familie aus Kasachstan, die sich hier in Bezlawki bei Reszel niedergelassen hatte, die Nachweisurkunden der polnischen Staatsbürgerschaft. Im April 1997 lebten in der Woiwodschaft Olsztyn bereits fünf Repatriiertenfamilien, vier aus Kasachstan und eine aus der Ukraine.<sup>717</sup> Weitere Familien lebten in Kętrzyn, Mrągowo, Hawa und Zalewo. Die dritte Repatriierungswelle verläuft im Unterschied zu den beiden früheren, die Massencharakter hatten, individuell und wird ausschließlich durch die innerstaatliche Gesetzgebung Polens geregelt.<sup>718</sup>

Es wurde angenommen, die Repatriierung werde individuell (eine Familie wird von der jeweiligen Gemeinde eingeladen), stufenweise (begrenzt durch die Aufnahmekapazität der jeweiligen Gemeinden) erfolgen und von Dauer sein (als festes Element der Politik des Staates gegenüber den Auslandspolen). Bis Mitte der neunziger Jahre war die einzige Repatriierungsgrundlage die Vorschrift des Artikels 12 des Gesetzes über die polnische Staatsbürgerschaft vom 15. Februar 1962.<sup>719</sup>

Die rechtlichen Regelungen zur Repatriierung änderte sich grundlegend im Jahr 1997. Artikel 52 Absatz 1 der polnischen Verfassung garantiert Personen, deren polnische Abstammung im Sinne des Gesetzes nachgewiesen ist, die Möglichkeit, sich in der Republik Polen dauerhaft niederzulassen. Somit wurden

---

716 Vgl. die interessante und umfangreiche Monographie von H. Murawska *Przesiedleńcy z Kresów Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej w Olsztyńskim*, Olsztyn 2000, insbesondere das Kapitel VII *Tożsamość rodzin kresowych* (Identität der Grenzländer-Familien), S. 247-281. Vgl. auch: K. Kaźmierska, *Analiza procesu wykorzenienia w narracjach wojennych mieszkańców Kresów Wschodnich*, in: *Studia Socjologiczne* 1 (1997), S. 57-84.

717 Vgl. *Daleka droga do kraju. Polacy z nadania*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 18.-20.04.1997, S. 1.

718 Vgl. P. Hut, *Repatriacja Polaków ze Wschodu w latach dziewięćdziesiątych*, in: *Przegląd Wschodni* 1 (2002), S. 101-118.

719 J. Pietroniu, *Repatriacja Polaków w świetle działalności Wydziału Spraw Obywatelskich i Migracji Urzędu Wojewódzkiego w Olsztynie*, Olsztyn 2005 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers), S. 26.

Grundlagen geschaffen, einen Rechtsakt zu erlassen, der die Grundprobleme der Repatriierung definieren und den betroffenen Personenkreis abstecken würde.

Das Gesetz über die Ausländer vom 25. Juni 1997 (poln. GBl. Dz. U. Nr. 114, Pos. 739) hat den Begriff des Repatriierungsvisums eingeführt und die Vergabebestimmungen desselben festgelegt. Seitdem wurde ein genau festgelegtes Repatriierungsverfahren angewandt, das aus zwei Etappen bestand. Eingeleitet wurde das Verfahren aufgrund einer Einladung durch das zuständige Gemeindeorgan (Verwaltung). Im zweiten Verfahrensteil wurde die Erlaubnis zur dauerhaften Niederlassung in Polen als Repatriierter erteilt, und zwar in Form des vom zuständigen polnischen Konsul auszustellenden Repatriierungsvisums. Der Sichtvermerk wurde im Pass des Ausländers eingetragen und war ein Jahr ab Ausstellung gültig. Der Ausländer, der im Besitz dieses Visums war, wurde beim Grenzübertritt polnischer Staatsbürger von Gesetzes wegen. Dank diesem Gesetz und den Durchführungsvorschriften gewann die Repatriierung nun feste Rechtsgrundlagen.

Am 1. Januar 2001 ist das Repatriierungsgesetz vom 9. November 2000 (poln. GBl. Dz. U. Nr. 106, Pos. 1118) in Kraft getreten, dem eine historische und moralische Dimension zukommt. Dies findet seinen Niederschlag in der Präambel, die sich auf die im Osten lebenden Polen bezieht und somit eine grundsätzliche Richtung und das Ziel dieses Gesetzes absteckt. Da Polnischstämmige aus anderen Ländern der Welt auf die Repatriierung warten, wird diese in Etappen eingeteilt, wobei der Anfang bei den Bedürftigsten gemacht wird. Das Gesetz legt die Grundsätze für den Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft im Wege der Repatriierung, die Befugnisse der Repatriierten sowie die Grundsätze der Repatriiertenunterstützung fest. Auch wird der Begriff des Repatriierten definiert. Ein Repatriierter ist nach Artikel 1 dieses Gesetzes, wer polnischer Abstammung ist und in Polen aufgrund des Repatriierungsvisums mit der Absicht, sich hier auf Dauer niederzulassen, eingetroffen ist. Polnischstämmiger ist kraft Gesetzes, wer die polnische Nationalität deklariert und zugleich zwei Voraussetzungen erfüllt:

- dass zumindest ein Eltern- oder Großelternanteil bzw. beide Urgroßeltern polnischer Nationalität waren (diese Vorbedingung gilt als erfüllt, wenn die Vorfahren ihre Zugehörigkeit zum polnischen Volk nachgewiesen haben),
- dass er seine Verbindung zum Polentum, besonders durch die Pflege der polnischen Sprache, der polnischen Traditionen und Bräuche, nachweist.

Die polnische Abstammung kann durch Urkunden des Rückkehrwilligen oder seiner Eltern, Großeltern bzw. Urgroßeltern nachgewiesen werden, die durch polnische Staats- oder Kirchenbehörden, ggf. auch durch Behörden der früheren UdSSR, ausgestellt worden sein müssen. Insbesondere sind dies Identitätspapiere (Personalausweise, Pässe), Geburtsurkunden, Heiratsurkunden, Nachweise einer Deportation bzw. Inhaftierung, die wegen der polnischen Nationalität des Betroffenen erfolgte, Rehabilitationsnachweise oder sonstige Urkunden, die über die

polnische Nationalität Auskunft geben. Die Entscheidung über die Anerkennung als Polnischstämmiger wird vom zuständigen Konsul getroffen.

Die geographische Reichweite der Repatriierung definiert Artikel 9 des Gesetzes. Das Repatriierungsvisum kann einem Polnischstämmigen ausgestellt werden, der vor dem Inkrafttreten des Gesetzes auf dem Territorium des heutigen Armeniens, Aserbaidschans, Georgiens, Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans, Turkmenistans, Usbekistans oder im asiatischen Teil der Russischen Föderation gelebt hat. Durch die Wahl Kasachstans und anderer ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien als repatriierungsrelevanter Gebiete soll denen, die von den früheren Repatriierungswellen nicht erfasst worden waren, die Rückkehr nach Polen ermöglicht werden (bzw. deren Nachkommen). Die sehr schwierigen Lebensbedingungen dort sind ein zusätzliches höchst gewichtiges Argument, das für die vorrangige Repatriierung spricht. Allerdings ist diese Einschränkung nicht definitiv. Die Regierung ist befugt, andere Staaten oder andere Teile der Russischen Föderation, deren polnischstämmige Bürger ein Repatriierungsvisum beantragen können, im Wege einer Verordnung festzulegen, zumal dann, falls sie aus religiösen, nationalen oder politischen Gründen verfolgt werden sollten.<sup>720</sup>

In den Jahren 1996-2000 ließen sich 3 120 Personen in Polen im Rahmen der Repatriierung nieder. Die meisten kamen aus Kasachstan (1 771), der Ukraine (781), Weißrussland (200) und Russland (107). In der Woiwodschaft Ermland-Masuren siedelten sich insgesamt 121 Personen an.<sup>721</sup> In den Jahren 1997-2002 kamen insgesamt 4 692 Personen (2001-2002: 1 832) nach Polen. Die größte Gruppe repatriierungsinteressierter Polen lebt in Kasachstan. In diesem Land haben gemäß dem 2001 durchgeführten Zensus 15 000 bis 20 000 Personen ihre polnische Abstammung erklärt.<sup>722</sup>

In den Jahren 2001-2004 hat der Woiwode von Ermland-Masuren nur 33 Personen den Repatriantenstatus gewährt (2001 11, 2002 21, 2004 1)<sup>723</sup>. In den Jahren 1997-2004 kamen die meisten aus Kasachstan (96), Weißrussland (18), der Ukraine (10), Litauen (5) und Moldawien (4)<sup>724</sup>.

Aus den Untersuchungen von Paweł Hut geht hervor, dass der Anpassungsprozeß der Repatriierten in Polen auf keine größeren Hindernisse stößt. Unter den nach Ermland und Masuren Repatriierten haben die unmittelbar nach ihrer Ankunft befragten folgende Anpassungsprobleme genannt: Mangel an Freunden und Bekannten aus dem Herkunftsland (71 %), Unkenntnis des polnischen Rechts

---

720 Ebenda S. 27-29.

721 P. Hut, *Warunki życia i proces adaptacji repatriantów w Polsce w latach 1992-2000*, Warszawa 2002, S. 92 f.

722 J. Pietroniu, *Repatriacja...*, S. 30; Vgl. A. Kijas, *Polacy w Kasachstanie*, Poznań 1993.

723 Ebenda S. 63.

724 Ebenda S. 69

(50 %), fehlende Polnischkenntnisse (42 %), Schwierigkeiten der Kinder in polnischen Schulen und formelle Probleme (Papiere, Rente) je 21 %. Die meiste Unterstützung bekamen die Repatriierten von den Gemeindeangestellten (51,4 %), den neuen Nachbarn (39 %) und Verwandten aus Polen (33,8 %). Von den Befragten waren 43,1 % mit der Einwanderung in Polen zufrieden. Nur 1,4 % bedauerten ihre Entscheidung und wollten zurück.<sup>725</sup> Die Repatriierten halten sich für Polen<sup>726</sup> und passen sich relativ schnell an die neuen Bedingungen in Polen an.<sup>727</sup>

Eine neue Chance für die Polen im Osten, ihre Bindungen an das Vaterland enger zu gestalten, bietet die im September 2007 verabschiedete Polen-Karte. Dieses Dokument bestätigt die polnische Volkszugehörigkeit derer, die auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion leben. Sie kann jenen ausgestellt werden, die nicht die polnische Staatsbürgerschaft besitzen, aber ihre polnische Identität deklarieren. Notwendige Vorbedingung ist die Kenntnis der polnischen Sprache. In der Präambel zum Gesetz wurde festgehalten, die Karte sei „Erfüllung der moralischen Pflicht gegenüber den Polen im Osten, die infolge des wechselhaften Schicksals des Vaterlandes die polnische Staatsbürgerschaft verloren haben“.

Der Erhalt der Polen-Karte bedeutet keine Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft. Sie berechtigt nicht zur Einreise nach Polen. Sie gewährt aber bestimmte Befugnisse, wie:

- Möglichkeit die Kosten des Aufenthaltsvisums erlassen bzw. erstattet zu bekommen,
- Befreiung von der für Ausländer verpflichtenden Arbeitserlaubnis,
- Möglichkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit in Polen zu denselben Konditionen wie polnische Staatsbürger,
- Bildung und Studium nach denselben Grundsätzen wie polnische Staatsbürger,
- Anspruch auf kostenlose medizinische Versorgung in Notfällen,
- 37-prozentige Ermäßigung auf Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, kostenloser Eintritt in Museen.<sup>728</sup>

725 P. Hut, *Warunki życia...*, S. 226-245.

726 Vgl. B. Szulc, *Identyfikacja narodowa osób repatriowanych z Kazachstanu*, Poznań 2004 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

727 Vgl. M. Henaler, *Powrót ze sponsorem. Repatriacja: tak, ale pojedynczo*, in: *Polityka* 43 (2000), S. 26-29.

728 *Karta dla Polaków z byłego UdSSR*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 24.09.2007, S. 8; S. Popowski, *Przelicytowana Karta Polaka*, ebenda vom 30.05.2008, S. 28. Irena Lasota meint: „Es ist sehr gut, dass Polen endlich die Polen-Karte hat, aber sie kommt 19 Jahre zu spät. Für den polnischen Staat ist das Schicksal der Landsleute, die nach dem Zweiten Weltkrieg wegen territorialer Veränderungen oder Deportationen innerhalb der Grenzen der UdSSR verblieben, sehr schmerzhaft und wird nur unwillig angesprochen. Man kann ausrechnen, wie viele derer, die nach Polen hätten heimkehren wollen und können, seit 1989 gestorben sind. Die polnischen Konsulate haben aber zahlreiche Anträge auf Wie-

Die Einführung der Polen-Karte soll den Repatriierungsdruck in den kommenden Jahren abbauen.

### 3.4. Atlantis des Nordens oder der neue Regionalismus

Wichtige Bausteine einer neuen sozialen Ordnung nach 1989 sind die neu entstandenen und weiter entwickelten Organisationen und Verbände, die sich der Vergangenheitspflege und dem Aufbau einer neuen demokratischen Realität – lokal und regional – verschrieben haben. Eine besondere Beachtung verdienen diesbezüglich der Anfang der neunziger Jahre gegründete Kulturverein „Borussia“ in Olsztyn und die Masurische Gemeinschaft in Giżycko. Die Gründer und Führungsmitglieder sind meist in den fünfziger Jahren in Ermland und Masuren geboren. Diese ihrem Grundsatz nach elitären Vereine setzen sich für die Idee des offenen Regionalismus und des offenen Lokalpatriotismus nach dem Motto „Lokal handeln, global denken“ ein.

Im „Manifest“ des 1990 gegründeten Kulturvereins „Borussia“ lesen wir unter anderem: „Das Wesen unserer Aktivitäten kommt bereits in unserem Namen Kulturverein ‚Borussia‘ zum Ausdruck. Wir beziehen uns damit auf die europäische Kulturtradition, die sich auf Werte des humanistischen, laizistischen und christlichen Personalismus stützt. Die Gebiete zwischen dem unteren Lauf der

---

dereinbürgerung abgelehnt. Polen hat schwere Verpflichtungen gegenüber Landsleuten, die nicht aus eigenem Verschulden ihre polnische Staatsbürgerschaft verloren. (...) Fragt mich im Zusammenhang mit der Polen-Karte jemand, wozu wir heute hier irgendwelche Greisinnen aus dem Osten bräuchten, werde ich entgegnen: Es sind Frauen, die im Polen des Jahres 1939 Halbwüchsige waren, und es ist nicht ihre Schuld, dass sie die meiste Zeit in Kasachstan verlebt haben, aber Polens Schuld, dass sie nicht längst in ihr Vaterland heimgekehrt sind“. *Potrzeba asertywności. O priorytetach polskiej polityki*, in: *Europa*, Beilage zur Tageszeitung *Dziennik* 18 (2008), S. 15. Im September 2010 wurden in der Geschäftsstelle des polnischen Parlaments mehr als 215 000 Unterschriften für den Bürgerentwurf eines Repatriierungsgesetzes eingereicht. Dieses Gesetz soll die Rückkehr der Polen aus Kasachstan beschleunigen, die den Antrag gestellt und inzwischen das administrative Verfahren durchlaufen haben. Betroffen sind etwa 2 500 Personen. Trotz einer dreimaligen Novelle ist das bisherige Repatriierungsgesetzes weiterhin so missraten, dass nach Inkrafttreten die Repatriierungszahlen sanken. Im Jahr 2008 haben polnische Gemeinden 18 Einladungen ausgesprochen, während es im Jahr 2009 nur noch acht waren. Im Kaliningrader Gebiet gibt es bereits drei Dörfer, die von Polen aus Asien bewohnt werden. Sie warten auf eine Möglichkeit der Übersiedlung nach Polen. Vgl. *Repatriacja w Sejmie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.09.2010, S. 4; *2500 rodaków czeka... Strony ojczyste. Rozmowa z Aleksandram Ślusarek*, in: *Księga Kresów Wschodnich*, Beilage zur *Rzeczpospolita* 29 (2010), S. 3; M. Olszewski, *Czar prysł. 20 lat naszej polityki repatriacyjnej kończy się dotkliwą porażką*, in: *Tygodnik Powszechny* 19 (2010), S. 3.

Weichsel und der Memel, in denen wir wohnen, haben ein wechselvolles Schicksal gehabt, wie auch die Namen, mit denen sie bezeichnet wurden.

(...) Der Kulturverein ‚Borussia‘ will sich aktiv am Aufbau des sich einigenden Europas, eines Europas der ethnischen Vaterländer beteiligen. Wir sind ein polnischer und internationaler Verein. Wir stammen aus Ermland und Masuren, dem ehemaligen Ostpreußen, einer Region, die einst von preußischen Stämmen und später von Deutschen, Polen, Masuren, Ermländern, Litauern, Ukrainern bewohnt wurde... Durch die umfassendere Kenntnis der regionalen Vergangenheit, der politischen und nationalen Beziehungen, kulturellen und zivilisatorischen Werte wollen wir das neue Wissen, die neue Kultur und die Lebenshaltungen eben hier in Ermland und Masuren kritisch und kreativ angehen.

(...) Ermland und Masuren lassen sich vom historischen Erbe, der multinationalen und multikulturellen Tradition dieses nördlichen Landstrichs nicht trennen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es hier nicht gelungen, eine geschlossene, kohärente und unabhängige Gemeinschaft aufzubauen. Wir wurden hier nach 1945 geboren. Dieses Land ist unsere Heimat. Wir sind uns seiner multikulturellen und multinationalen Vergangenheit bewusst, wir wollen für seine Zukunft verantwortlich sein. Beim Aufbauen der polnischen Identität, im Bestreben, ein bahnbrechendes und effizientes Handeln und Denken an den Tag zu legen, entdecken wir hier gleichzeitig das preußische, deutsche und heimische Erbe, um im Gedenken an die Tragödien des 20. Jahrhunderts zu beweisen, dass wir ein freiheitliches und demokratisches Vaterland wollen und das Wohl anderer Zwillingsvölker achten. Artefakte aus der Vergangenheit einer Nation betrachten wir als Erbe der Menschheit.<sup>729</sup>

Hinter dem Begriff des offenen Regionalismus verbirgt sich unter anderem der Versuch, das zu überwinden, was der größte Nachteil vor 1989 war, d. h. Isolationismus, fehlende Kontakte zu den nächsten Nachbarn, unter anderem zum Kaliningrader Gebiet und Westlitauen. Dies stärkt auch die Vision eines dezentralisierten Staates, der selbstverwalteten lokalen Gemeinschaften, die nicht nach Autonomie oder Separatismus streben. Dieses Konzept der „Heimaten“ beruht auf starken lokalen und regionalen Bindungen.

Offener Regionalismus heißt auch, ein Netz von Kontakten und Querverbindungen zu knüpfen, deren Mitglieder eine Zivilgesellschaft einrichten und feste Grundlagen für ein modernes Europa schaffen, indem sie aus reichen persönlichen Erfahrungen, der Eigenart der Regionen und Völker schöpfen.<sup>730</sup>

729 *Borussia. Wspólnota Kulturowa*, in: *Borussia. Kultura. Literatura. Historia* 1 (1991), S. 108 f.

730 Robert Traba meint: „Mein offener Regionalismus ist keine Ideologie. Es ist eher ein Versuch, die Frage zu beantworten, was sich mit einem verzerrten nationalen und regionalen Bewusstsein, das wir nach Jahren des Kommunismus hatten, machen lässt. Meiner

Der Umsetzung dieser Ziele dienen die vielen Unternehmungen der „Borussia“. Seit 1991 erscheinen die gleichnamige Zeitschrift<sup>731</sup> und zahlreiche Publikationen in Buchform.<sup>732</sup> Von Anfang an wurden zahlreiche Seminare, Konferenzen, Ausstellungen und spezielle Bildungsprojekte veranstaltet.<sup>733</sup> Ein Teil davon rich-

---

Ansicht nach ist es interessanter, unsere nationale Identität in Wechselbeziehung zu konkreten Orten, an denen wir leben, zu zeigen. Im Fall von Masuren haben wir mit einer Realität zu tun, die nicht ganz und nicht immer die unsere ist. Für mich vollzog sich die Wiedergewinnung der sog. Wiedergewonnenen Gebiete erst jetzt, da wir losgelöst von jeglicher Ideologie von ihnen erzählen können. Und unsere eigene Identität auf dem aufbauen, was vorgefunden ist, und dem, was wir mit unseren Eltern aus dem Osten mitgebracht haben, oder wie im Falle meiner Familie aus Frankreich.“ [www.borussia.pl/strony/atlantyda\\_regionalizm/tekst](http://www.borussia.pl/strony/atlantyda_regionalizm/tekst) (27.12.2006). Vgl. auch: *Otwarty regionalizm. Rozmowa z Robertem Trabą*, in: *Kultura* Paris 9 (1996), S.107-109; *Otwarty regionalizm. Projekt współpracy międzykulturowej w regionach: Kaliningradzkim, Kłajpedzkim, Warmińsko-Mazurskim*, in: *Borussia* 13 (1996), S. 190 f.. Dieses Projekt bezweckt u. a. einen „Rückgriff auf die regionalen Besonderheiten der historischen Kulturlandschaft beim Aufbau einer neuen offenen regionalen und nationalen Identität“.

- 731 Diese auf hohem Niveau redigierte Zeitschrift fand die gebührende Anerkennung. 1997 erhielten die Redakteure von „Borussia“ den Preis der Pariser „Kultura“ verliehen. In den Jahren 1991-2009 erschienen 43 Hefte. Zu dieser Zeitschrift vgl. unter anderem: M. Tomczak, „Borussia“ – próba wykreowania nowej tradycji regionu, in: *Przegląd Zachodni* 4 (1996), S. 164-170.
- 732 Der Ertrag des Verlages Wydawnictwo Borussia umfasst mehrere dutzend Publikationen zur Geschichte und Gegenwart der Region, den polnisch-deutschen Beziehungen, den nationalen und ethnischen Minderheiten, der europäischen Problematik. Vgl. u. a. die Buchreihen: „Odkrywanie światów“ (Welten entdecken); „Tematy. Historia. Literatura. Edukacja“ (Themen, Geschichte, Literatur, Bildung) ; „Świadectwa“ (Zeugnisse); „Miniatury Borussii – krajobrazy pamięci“ (Borussia-Miniaturen. Erinnerungslandschaften); „Historia i pamięć polsko-niemieckiego pogranicza. Purda Wielka“ (Geschichte und Gedächtnis des deutsch-polnischen kulturellen Grenzraumes. Groß Purden in Ermland). Wojciech Łukowski schrieb: „Der Leser von Jahrgängen der Zeitschrift ‚Borussia‘ und anderer Publikationen, die unter diesem Logo erschienen sind, dürfte keine Zweifel hegen. Das Programm des offenen Regionalismus wird geradezu mit eiserner Konsequenz umgesetzt.“ W. Łukowski, *Spoleczne tworzenie...*, S. 248.
- 733 Im November 1991 fand das erste Seminar „Prusy Wschodnie – dziedzictwo i nowa tożsamość“ (Ostpreußen. Erbe und neue Identität) statt. In den Jahren 1991-1998 fanden 16 Seminare statt, zusammen mit u. a.: Ostseeakademie Travemünde, Ermlanderrat Münster, Thomas-Mann-Kulturzentrum im litauischen Nidden, Russischer Landeskundlicher Klub „Kaliningrad“ und Stiftung „Pogranicze“ Sejny. Ausgewählte Titel einiger weiterer Seminare: „Prusy Wschodnie w literackim zwierciadle“ (Ostpreußen im Spiegel der Literatur), „Mazury. Społeczność pogranicza i jego losy“ (Die Masuren. Eine Grenzlandgemeinschaft und ihre Schicksale), „Utracone i nowo odzyskane Prusy Wschodnie po 1948“ (Verlorenes und neu gewonnenes Ostpreußen nach 1948), „Klimaty Warmii. Życie codzienne na Warmii“ (Ermlands Eindrücke. Alltag in Ermland). Auf großen Zuspruch

tete sich an Jugendliche.<sup>734</sup> An verschiedenen Aktionen nahmen unter anderem Gäste aus Deutschland, Russland und Litauen teil. Auf besondere Resonanz stießen eine 1993 eröffnete Ausstellung alter Fotografien aus Ostpreußen sowie die Veröffentlichung „Atlantis des Nordens“.<sup>735</sup>

Kazimierz Brakoniecki, der 1952 in Braniewo geborene bedeutende Dichter und, neben dem 1958 in Węgorzewo geborenen Historiker Robert Traba, einer der wichtigsten Anführer und „Ideologen“ des Kulturvereins, schilderte dieses Unterfangen folgendermaßen: „Beim Nachdenken über diese Gemeinschaft der Erinnerung, des Geistes, der allgemeinen Werte, deren individuelle und nationale Überreste das Schicksal und die Historie in vielen Randgebieten festgehalten haben, überdachte ich mein Bedürfnis nach Identität und existentieller Gewissheit und begriff, dass nun ich – Vertreter einer Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem Lande zur Welt gekommen ist – ein weiterer *Erbe* [Hervorhebung – A.S.] von Landschaft, Kultur und Erinnerung bin und eine Gemeinschaft bilde mit lebenden und toten Prußen, Deutschen, Polen, Ermländern, Masuren, Russen, Litauern, Europäern. Dass ich Erbe des ‚Atlantis des Nordens‘, ein einfühlsamer und kritischer Schüler der Geschichte und Landschaft bin.“<sup>736</sup>

stieß die Fotoausstellung von Małgorzata Jackiewicz-Garniec und Mirosław Garniec im Jahr 1994 „Pałace i dwory dawnych Prus Wschodnich. Dobra utracone czy ocalone?“ (Schlösser und Herrenhäuser im ehemaligen Ostpreußen. Gerettetes oder verlorenes Kulturgut?). Vgl. B. Domagała, *Mniejszość niemiecka i ‚Borussia‘ wobec dziedzictwa kulturowego Warmii i Mazur*, in: *Wspólne dziedzictwo. Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, pod red. Z. Mazura, Poznań 2000, S. 602-609.

734 In den Jahren 1993-1996 fanden u. a. fünf Ferienlager für Jugendliche aus Polen und Deutschland sowie anderen Ländern statt (in Szkotowo, Lyna und Drwęcko in Masuren), deren Hauptzweck war, multinationale Soldatenfriedhöfe aus der Zeit des Ersten Weltkrieges wiederherzustellen. Gemäß dem Anliegen der Organisatoren sollte diese Arbeit Toleranz und Achtung für das Anderssein anderer Menschen lehren. Vgl. Traba, *Mogily wrogów? Wschodniopruskie cmentarze wojenne w perspektywie przemian kulturowych 1915-1995*, in: *Przegląd Zachodni* 3 (1997), S. 55-69; ders., *Angewandte Geschichte: Gedächtnis und Landschaft als Träger historischer Forschung und Bildung*, in: M. Kardach/J. Pilecki/E. Traba (Red.), *Gross Purden 1900-2006. Das Portrait eines Dorfes*, Olsztyn 2008, S. 11-14.

735 *Atlantyda Północy. Dawne Prus Wschodnie w fotografii*, Katalog- und Ausstellungsauctoren: K. Brakoniecki, K. Nawrocki, Olsztyn 1993. Vgl. auch ein anderes interessantes verlegerisches Vorhaben: *Borussia. Ziemia i ludzie. Antologia literacka*, pod red. K. Brakonieckiego, W. Lipschera, Olsztyn 1999. Deutsche Version: *Meiner Heimat Gesicht. Ostpreußen im Spiegel der Literatur*, hrsg. von W. Lipscher, K. Brakoniecki, München 1996.

736 Ebenda S. 41. In einem Interview von 1995 unter dem Titel *Świat Borussii* (Borussias Welt) stellte Brakoniecki fest: „Es gibt noch so viele Geheimnisse in diesem Landstrich,

Eines der neuesten Vorhaben der „Borussia“ ist unter anderem das von Iwona Liżewska entwickelte Projekt „Neues Leben unter alten Dächern“, das sich sowohl mit alten Residenzen als auch mit der dörflichen Bebauung auseinandersetzt<sup>737</sup>. Umgesetzt wird auch das Projekt „Memorial. Internationaler Freiwilli-

---

der zum Teil wie ein versunkenes Land ist, ein Atlantis, das Dinge birgt die es gibt, und Dinge die es nicht gibt. Dieses Land, es ist ja die Region Wilna und das alte Preußen, herzoglich, königlich und noch älter, auch das Kaliningrader Gebiet, die Gründe der Ostsee, und zuallererst dieses nächstgelegene Stückchen Land, wo die polnische, deutsche und litauische Kultur auf der untergegangenen alten Kultur der Preußen erwuchs, auf deren Trümmern sie eine kreative, vielleicht auch melancholische Mythologie des Daseins entwickelt hat“. *Slowo. Dziennik Katolicki* vom 6.01.1995, S. 7. Vgl. auch: Traba, „Kresy“ czy „Atlantya Północy“? *Współczesne polskie dyskusje o mitologii miejsca*, in: Traba, *Historia – przestrzeń dialogu*, Warszawa 2006, S. 134-146; H. Orłowski, „Atlantis des Nordens“ oder vom Gesamtkunstwerk „Borussia“. *Kulturregionale Aktivitäten im polnischen Ostpreußen*, in: *Literarisches Schreiben aus regionaler Erfahrung. Westfalen – Rheinland – Oberschlesien und darüber hinaus*, hrsg. von W. Gössmann, K.-H. Roth, Paderborn 1996, S. 348-361.

- 737 Vgl. I. Liżewska, *Tradycyjne budownictwo wiejskie na Warmii i Mazurach. Krajobrazy i formy regionalne*. Reihe: *Nowe Życie pod Starymi Dachami*, Olsztyn 2007. Vgl. auch: M. Bartoś, B. Zalewska, *Architektura w krajobrazie Warmii i Mazur*, Olsztyn 2003; *Zachowane-ocalone? O krajobrazie kulturowym i sposobie jego kształtowania*, pod red. I. Liżewskiej, W. Knercera, Olsztyn 2000. In der Region gibt es viele Beispiele für die gelungene Anpassung alter Baudenkmäler an moderne Bedürfnisse. Neue Privatinvestoren nutzen nach Beachtung von Denkmalschutzaufgaben und meistens einer Grundinstandsetzung historische Bauten für verschiedene Zwecke (z. B. als Hotels). Dies trifft beispielsweise auf Galiny (Gallingen) zu, wo ein barockes Schloss mit einem großen Vorwerk, ausgedehnten Park und Pferdeställen restauriert wurde, auf die Herrenhäuser in Wojciechy (Gartenpungel) und Bieniasze (Banners), die Schlösser Sorkwity (Sorquiten) und Nakomiady (Eichmedien), das Gutshaus in Sułowo (Schulen), die Wassermühle in Klekoty (Rudolfsmühle), die Ordensburg in Barciany (Barten). Allerdings heißt das keineswegs, dass das Problem der schleichenden Zerstörung historischer Bausubstanz gelöst wäre. So hatten im Jahr 2001 von den 124 historischen Schloss- und Parkanlagen, die von der Abteilung Olsztyn der Staatlichen Agentur für Landwirtschaftliche Immobilien seit 1992 verwaltet werden, 56 einen neuen Eigentümer. Auf Investoren warten u. a. das größte Schloss in Masuren, Drogosze (Dönhoffstädt) des Geschlechts Dönhoff, das wunderschöne Barockschloss in Sztynort (Steinort), ein Guthaus in Stopy, Schlösser in Słobity (Schlobitten) und Proсна (Prassen), Herrenhäuser in Bęsia (Bansen), Windykajmy (Windkeim) und Wopławki (Woplauken), die Ordensburg in Szymbark (Schönberg), ein Guthaus in Borki (Borken) usw. Vgl. I. Trusewicz, *Zamieszkać w pałacu. Zabytkowe rezydencje na Mazurach kupują przede wszystkim Warmiacy*, in: *Rzeczpospolita* vom 8.10.2001, S. 7; dies.: *Przedsiębiorcy z zabytkami. Na Mazurach prywatne są już nie tylko popruskie dwory, młyny, pałace, ale i zamek krzyżacki*, ebd. vom 15.10.2005, S. 8; *Nowe życie w starych murach. Zrujnowane mazurskie zamki i pałace odzyskują dawny blask*, ebd. vom 9.06.2003, S. 12; *Hotel u krzyżaka. Uratowane od zagłady. Barciany, jedyny na*

gendienst zum Schutz der Kulturlandschaft in Ermland und Masuren“, in dessen Rahmen 2006 ein alter Friedhof in Lidzbark Warmiński instand gesetzt wurde.<sup>738</sup> Als weiteres Projekt seit 2007 ist der internationale Freiwilligendienst für das Kaliningrader Gebiet unter dem Motto „Von der Vergangenheit in die Zukunft“ zu nennen.<sup>739</sup>

Im Januar 2005 wurde mit der Stiftung zum Schutz des jüdischen Erbes (Fundacja Ochrony Dziedzictwa Żydowskiego) ein langjähriger Pachtvertrag für das sog. Mendelsohn-Haus unterzeichnet. Im Rahmen dieses Projekts soll in einem ersten Schritt das nach einem Entwurf von Erich Mendelsohn errichtete leerstehende Taharahaussaniert werden.<sup>740</sup> Im zweiten Schritt soll folgende satzungsmäßige Tätigkeit umfassen: Bibliothek, Archiv des „lebenden Gedächtnisses“, Galerie, Zentrum für Offene Kultur, „Borussia“-Verlagszentrum.

Der Kulturverein „Borussia“ entwickelte sich innerhalb der letzten knapp zwanzig Jahre zu einer echten Institution, einer Visitenkarte der Region. Er wirkt generell nach den Grundsätzen ehrenamtlicher Arbeit und freiwilligen Einsatzes; die finanziellen Mittel bekommt er aus verschiedenen Stiftungen und Institutionen aus dem In- und Ausland. Seine Aktivitäten haben den Blick auf die Vergangenheit der Region und den Einsatz für letztere wesentlich geprägt. Die herausgebildete „Borussia-Ideologie“, „Borussia-Aktivitäten“ oder „Borussianismus“ sind feste Bestandteile des gesellschaftlichen Diskurses geworden.<sup>741</sup>

---

*świecie zamek krzyżacki w prywatnych rękach*, ebd. vom 15.09.2003, S. 15. Geschichte und Gegenwart zahlreicher historischer Bauten stellen die interessanten Veröffentlichungen dar: M. Jackiewicz-Garniec, M. Garniec, *Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen*, Olsztyn 2001, sowie dies., *Zamki Państwa Krzyżackiego w dawnych Prusach Wschodnich. Powiśle. Warmia i Mazury*, Olsztyn 2000.

738 Vgl. I. Trusewicz, *Nazwa z haczykiem. Male ojczyzny*, in: *Rzeczpospolita* vom 28.-29.01.2006, S. 9 f.; *Porządkowali cmentarze*, *Gazeta Olsztyńska* vom 21.05.2006, S. 4.

739 Jugendliche aus Polen, Deutschland und Russland haben an der Erfassung und Sicherung von Kirchen, Schlössern und Friedhöfen, z. B. in Krasnolessje und Osjorsk, mitgearbeitet. Vgl. *Od przeszłości ku przyszłości*, Olsztyn 2008.

740 Vgl. I. Heine-Greenberg, *Erich Mendelsohn. Olsztyn – Jerozolima – San Francisco*, Olsztyn 2006.

741 Traba, der seit mehreren Jahren in Warschau und zuletzt in Berlin lebt, resümierte 2003 die Vereinstätigkeit so: „Was Niederlagen angeht, würde ich darauf verweisen, dass es nicht gelungen ist, eine ‚imaginierte‘ Borussia zu schaffen – zwischen Klaipėda, Kaliningrad und Olsztyn, einem Punkt in Lüneburg oder Lübeck. Es ist nicht gelungen, Networking zu betreiben, ein Netz von Kontakten in der Region selbst aufzubauen. Warum? Die Ursache, scheint mir, liegt in der internen Struktur des Kulturvereins ‚Borussia‘. Zu spät ist unsere Institution so rege geworden, dass sie tatsächlich ein wichtiges Glied in der gesamten gesellschaftlich-kulturellen Struktur der Region darstellen könnte. Das erfordert große Anstrengungen und ein anderes Profil.“ *Autobus do Nidy. Dwie rozmowy Basila Kerskiego z Robertem Trabą*, in: Traba, *Kraina tysiąca granic. Szkice o historii i pamięci*,

Bożena Domagała schreibt: „(...) Die ‚Borussia‘ ist nicht an einer Belebung des ostpreußischen Ethos interessiert. Ihr Kulturangebot ist an junge Menschen gerichtet und eher das Vorhaben, in Zukunft eine multikulturelle Gesellschaft aufzubauen, als ein Versuch, die bäuerlichen oder bürgerlichen Muster fortzuführen, die das Ideal eines anständigen Ostpreußen definierten. (...) Im Endeffekt erinnert die ‚Borussia‘ an Leit motive und Werte aus der Vergangenheit, die in Verbindung mit den Erfahrungen der nach 1945 hier eingetroffenen Neusiedler ein neues unverwechselbares Ganzes bilden können.“<sup>742</sup>

An die Ideologie des offenen Regionalismus knüpft in ihren Aktivitäten die im Mai 1992 gegründete Vereinigung „Masurische Gemeinschaft“ in Giżycko an. Ähnlich wie die „Borussia“ gehören ihr hauptsächlich die örtlichen Intellektuellen (Dichter, Lehrer, Wissenschaftler, Kulturaktivisten usw.) an. In der ersten dynamischen Periode befürworteten ihre Anführer Wojciech Łukowski, Wojciech Marek Darski oder Janusz Pilecki das Konzept eines „neuen Masurentums“<sup>743</sup>, und zwar dem Grundsatz folgend, „Masuren ist offen für jedermann, der es lieben kann, mag und will“.<sup>744</sup> Die Konfrontation der kreierten Vision der „neuen“ Masuren mit der gesellschaftlichen Realität erwies sich aber als sehr schwierig. Der Vorsitzende der „Masurischen Gemeinschaft“, der Soziologe Wojciech Łukowski (heute in Warschau), bemerkte 1995, es sei ein „Traum der Intellektuellen“ gewesen.<sup>745</sup>

---

Olsztyn 2003, S. 289. Am 22. April 2006 legte Traba während der Vollversammlung der „Borussia“ alle Ämter bis auf die Schriftleitung der Zeitschrift „Borussia“ nieder. Vgl. Traba, *Czas na zmianę*, in: *Borussia* 39 (2006), S. 3-5. Zum neuen Vorsitzenden wurde Klemens Baranowski, ein Ermländer, gewählt. Gegründet wurde auch die Stiftung „Borussia“; M. Spiczak-Brzezińska, *Brawa i „Sto lat” na rocznicę powstania „Borussii”*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 13.02.2010, S. 1.

742 B. Domagała, *Mniejszość niemiecka i „Borussia”...*, S. 609. Zur Lage des Kulturvereins heute und den Aussichten des neuen Regionalismus vgl. *Filozofia długiego trwania, rozmowa Hansa-Jürgena Bömelburga, Huberta Orłowskiego, Andrzeja Saksona, Roberta Traby, Rafała Żytyńca*, in: *Borussia* 39 (2006), S. 8-20.

743 In E. A. Czackowskas Artikel *Stowarzyszenie nowych Mazurów (Rzeczpospolita vom 6.06.1995, S. 3)* ist zu lesen: „(...) Eine Gruppe junger 30- bis 40-jähriger gebildeter Einwohner von Giżycko stellte fest: wir haben das Recht, uns auf die masurische Tradition zu berufen, das Recht, uns den masurischen Raum anzueignen und ihn mit eigenen Kulturinhalten zu füllen (...)“ Diese neue Elite antwortet auf die Frage, wer sie sei: „Masuren. Es gibt die alten Masuren nicht mehr, wir sind die Masuren von heute. Es gibt eine neue masurische Identität.“ Mehr dazu schreibe ich in meiner Arbeit *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach...*“, S. 368-370.

744 Vgl. W. M. Darski, *My Krzyżaki, czyli metafizyka spotkań coraz bliższego stopnia i powrotów*, in: W. M. Darski, *Goniąc kormorany...Ballada o Giżycku*, Olsztyn 2004, S. 121-131.

745 E. K. Czackowska, *Stowarzyszenie...*

Dies ändert nichts daran, dass die Vereinigung vielfältig aktiv war. Sie knüpfte engere Kontakte zu den ehemaligen Einwohnern von Giżycko/Lötzen (Kreisgemeinschaft Lötzen) und veranstaltete internationale Seminare und wissenschaftliche Konferenzen<sup>746</sup> sowie Fotoausstellungen. Es wurde ein Masuren-Archiv in Giżycko gegründet und Bücher zur regionalen Thematik herausgegeben. 1997 erschien die erste Ausgabe der angesehenen historischen Fachzeitschrift „Masovia. Pismo poświęcone dziejom Mazur“, anknüpfend an die seit 1895 in Lötzen herausgegebene erste wissenschaftliche Zeitschrift über Masuren, die „Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft Masovia“.<sup>747</sup> In Ermland und Masuren erscheinen zahlreiche weitere wissenschaftliche bzw. populärwissenschaftliche Zeitschriften. Neben „Borussia“ und „Masovia“ sind es: „Rocznik Mazurski“ (Szczytno), „Znad Pisy“ (Pisz), „Mrągowskie Studia Humanistyczne“, „Studia Angerburgica“ (Węgorzewo), „Rocznik Działdowski“, „Folia Fromborensia“ (Frombork), „Ostródzki Przegląd Historyczny“, „Zapiski Zalewskie“, „Festung Boyen“ (Giżycko), „Studia Elckie“.

2000-2004 kam es innerhalb des Vereins zum Versuch, die Tätigkeit auf einen „offenen Lokalpatriotismus“<sup>748</sup> hin neu auszurichten.

---

746 Im Juni 1999 fand beispielsweise die internationale Konferenz „Postawy i wzajemne stosunki grup etnicznych na Mazurach (XIX-XX w.)“ (Haltung und gegenseitiges Verhältnis ethnischer Gruppen in Masuren im 19.-20. Jahrhundert) statt, im Mai 2000 eine weitere wissenschaftliche Tagung „Mazurski tygiel – o zróżnicowaniu kulturowym i religijnym Mazur“ (Masurischer Tiegel. Von kultureller und religiöser Vielfalt in Masuren) statt. Vgl. *Postawy oraz wzajemne stosunki grup etnicznych i narodowościowych na Mazurach (XIX-XX w.). Materiały z sesji naukowej (Giżycko, 11.-12. Juni 1999)*, pod red. G. Białuńskiego, G. Jasińskiego, Giżycko 1999. Diese Publikation erschien als 3. Band aus der Reihe *Biblioteka Archiwum Mazurskiego* (herausgegeben durch die Vereinigung „Masurische Gemeinschaft“).

747 Die letzte Ausgabe wurde 1928 (32/33) publiziert. In den Jahren 1997-2007 erschienen acht Ausgaben von „Masovia“.

748 Łukowski charakterisierte die neue Lage so: „An die Stelle der Erwartung, es würden neue Kräfte von außen zugeführt, trat der Versuch, die Vereinigung als eine in erster Linie lokale Organisation zu bestimmen, ausgerichtet darauf, die Bindungen innerhalb der lokalen Gemeinschaft zu erhalten und zu stärken, die durch das Interesse an der kulturellen, ökologischen und staatsbürgerlichen Aktivität entstehen. (...) Im Vergleich mit dem Wirken zu Anfang der neunziger Jahre erschien dies eher als deutlicher Rückschritt denn als Umorientierung. Zweifelsohne kann diese Art des Fortbestands der ‚Masurischen Gemeinschaft‘ eher als Überlebens- denn als Entwicklungsstrategie bezeichnet werden.“ W. Łukowski, *Lokalny i uniwersalny wymiar konstruowania ojczyzny. Przypadek stowarzyszenia „Wspólnota Mazurska”*, in: *Oblicza lokalności. Różnorodność miejsc i czasu*, pod red. J. Kurczewskiej, Warszawa 2006, S. 65 f.; ders., *Spoleczne tworzenie ojczyzny. Studium tożsamości mieszkańców Mazur*, Warszawa 2002 (insbes. der Abschnitt *Borussi i Wspólnoty Mazurskiej wizja ojczyzny: między imperatywem otwartego regionalizmu a*

Sowohl die „Borussia“ als auch die Masurische Gemeinschaft leisten nach wie vor einen dauerhaften Beitrag zur Entwicklung des modernen Regionalismus, der sich auf demokratische Prinzipien stützt und die multikulturelle Vergangenheit der Region pflegt. Sie tragen wesentlich zur Ausgestaltung der lokalen und regionalen Identität der Bewohner von Ermland und Masuren bei.

In der Region sind viele neue gesellschaftliche Initiativen entstanden, die sich die Pflege der Kulturlandschaft zum Ziel setzen. Eine ist der 2004 gegründete Verband zum Schutz der Kulturlandschaft von Masuren „Sadyba“ mit Sitz in Kadzidłowo bei Ukta. Ein wichtiges Vorhaben dieses Verbandes ist die Aktion „Allein retten“. Im Rahmen des Straßenausbaus werden die entlang von vierzehn Landstraßen wachsenden Bäume gefällt, z. B. auf den Strecken Mikołajki-Orzysz, Krzywy Róg-Piecki, Dąbrówno-Piecki.<sup>749</sup> Es wurden zahlreiche Aktivitäten gestartet, damit diese Pläne ganz fallen gelassen oder zumindest rationalisiert würden.<sup>750</sup>

Auf Betreiben des Verbandspräsidenten Krzysztof A. Worobiec wurde damit begonnen, literarische Spuren der Altgläubigen zu retten. 2004 wurden Pläne für einen „Altgläubigen-Kulturpark“ vorgestellt<sup>751</sup>. Eine andere wichtige Bestrebung sind gesellschaftliche Maßnahmen für die Gründung eines Masurischen Nationalparks.<sup>752</sup>

In das Konzept des offenen Regionalismus und Lokalpatriotismus fügen sich auch andere Verbände ein, z. B. der 1995 gegründete Kulturverein „Przypisani Północy“ in Olecko. In diesem Kontext zu nennen sind auch Städtepartnerschaft-

*brakiem tożsamościowego domknięcia*, S. 243-249); W. M. Darski, *Przypisani Północy. Rzecz o młodym ruchu społeczno-kulturalnym na Warmii, Mazurach i Suwalszczyźnie*, in: *Masovia* 2 (1999), S. 149-155.

749 Vgl. Paździoro, *Widmo wycinki. Poszukuję kompromisu w sprawie przydrożnych drzew*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 26.08.2005, S. 6.

750 Vgl. I. Trusewicz, *Mazurska masakra piłą motorową*, in: *Rzeczpospolita* vom 9.09.2004, S. 6; *Ratujmy Aleje*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 8.06.2006, S. 15, Vgl. auch: [www.sadyba.free.ngo.pl](http://www.sadyba.free.ngo.pl); A. Wajrak, *Drzewa mordercy czy mordercy drzew*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 10.08.2009, S. 10; T. Kurs, *Mazurzy: ekolodzy i drogowcy na wojennej ścieżce*, ebenda S. 21.

751 Vgl. K. A. Worobiec, *Starowiński Park Narodowy*, in: *Borussia* 41 (2007), S. 193-198. Eine wichtige Initiative zur Popularisierung der Region war die Publikation *Kanon krajoznawczy Warmii i Mazur*, pod red. S. Harajdy, I. Liżewskiej, K. Młynarczyka, Olsztyn 2010. Vgl. auch: T. Sawiński, *Tajemnice Warmii i Mazur*, Olsztyn 2008, sowie die Buchreihe „Dziedzictwo Warmii“ (Ermlands Erbe), z. B. Bd. 4: *Lidzbark Warmiński 1308-2008*, pod red. S. Achremczyka, Olsztyn 2008.

752 Vgl. M. Spiczak-Brzezińska, *Chcemy Mazurskiego Parku Narodowego*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 5.08.2009, S. 2.

ten<sup>753</sup>, Jugendaustausch oder sonstige Veranstaltungen zu historischen Jahrestagen im Zusammenhang mit der multikulturellen Vergangenheit des Landes. Auch andere „traditionelle“ Verbände pflegen das vielfältige Kulturerbe der Region, wie beispielsweise die sozial-kulturellen Vereine, die dem Ermländisch-Masurischen Rat der Kulturgesellschaften<sup>754</sup> angehören, oder auch die Verbände der nationalen und ethnischen Minderheiten. Gewürdigt werden sollten auch<sup>755</sup> künstlerische Aktivitäten, etwa des Dorftheaters in Węgajty sowie unzählige Veranstaltungen im kleineren Kreis. Wichtig ist die Bildungsarbeit, z. B. das vom Woiwodschaftszen-

---

753 Vgl. A. A. Jachimowicz, *Współpraca miast bliźniaczych na przykładzie miast Warmii*, Olsztyn 2003 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers); M. Maciejewska, *Inicjatywy lokalne w procesie integracji z Unią Europejską na przykładzie gminy Olsztyn*, Olsztyn 2004 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

754 Dem Rat gehören fünfzehn Organisationen an, u. a.: der Sozial-Kulturelle Verband „Pojezierze“ (Seenplatte) in Olsztyn, die Freundesgesellschaft von Olsztyn und Szcztyno, die Freundesgesellschaft des Lidzbarker Landes, die Freundesgesellschaft von Grodno und Wilna in Elk, die Gesellschaft zur Rettung des Kulturerbes der früheren und heutigen Grenzlande „Ojcowizna“ (Väterliches Erbe) in Węgorzewo, Museum für Volkskultur (Muzeum Kultury Ludowej) in Węgorzewo, der Volkskunstverband in Olsztyn, der Verband der Kurpien in Ermland und Masuren. Vgl. *Tożsamość kulturowa Warmii i Mazur w działalności instytucji i stowarzyszeń. V Sejmik Regionalny. Olsztyn, dnia 25 marca 2000*, Olsztyn 2000.

755 In einem Feuilleton *Plusy idą z Mazur (Gazeta Wyborcza* vom 25.07.2008, S. 14) schreibt Magdalena Środa: „Wietrzne spotkania‘ (Windige Begegnungen) in der Mühle von Grądzkie im hintersten Masuren, bei Kasia Waraksa. Wunderschöner Ort, herrliche Windmühle, singende Familie, Liedermacher, Kabarett, im Publikum Einwohner und Liebhaber der Gegend, um die Mühle herum Kerzen aufgestellt, eine wunderbare Atmosphäre und lokale Spezialitäten zum Nachtmahl (u. a. Rouladen aus masurischen Weinblättern). Wenn ich der Welt etwas als außergewöhnliches polnisches Erzeugnis verkaufen sollte, würde ich mich für Masuren entscheiden, vielleicht weil es nicht so ganz polnisch ist, sondern sehr kosmopolitisch, für verschiedene zwischenmenschliche Beziehungen offen, besonders zu denen, die die Region in ihren Bann geschlagen hat, Menschen aus dem ‚Grenzraum‘, die hier Urlaub machen und (geistig) für immer bleiben. Nehmen wir ein weiteres Beispiel: ‚Station Olecko‘ (Olecko ist überhaupt ein Ort, an dem man seinen Ruhestand verbringen sollte, eine wunderbare kleine Stadt an einem schönen See, wo Baumkuchen gebacken wird und wo man immer frische Maränen, Aal oder Hecht in Tomatensoße bekommt. ‚Station Olecko‘ ist eine Veranstaltung (zugegebenermaßen etwas zu stark in den Medien beworben), aber zugleich ein Beweis für die Tatkraft der bewegungs- und vergnügungsliebenden Stadtväter, bei der viele interessante Dinge angeboten werden, die nicht unbedingt laut und umständlich sein müssen. Das ganze Jahr lang ist Olecko mit seiner Umgebung und seiner ‚Station‘ ein kleines, aber feines Stück Polen. Ein Pluspunkt.“ Vgl. auch: I. Trusewicz, *Troje ludzików. Katarzyna i Zygmunt Warak-sowie organizują w wiatraku Wietrzne Spotkania Artystyczne*, in: *Rzeczpospolita* vom 2.08.2008, S. 14.

trum für Methodik in Olsztyn realisierte Programm „Kulturerbe der Region“. Im Rahmen dieses Vorhabens finden unter anderem literarische und historische Workshops, eine Regionalkundestudium und ein Woiwodschafswettbewerb zur Regionalkunde für Grundschüler statt. Es erscheint auch eine besondere Reihe methodischer Regionalkundehefte unter dem Titel „Treści Regionalne“ (Regionale Inhalte) und „Edukacja Regionalna“ (Regionale Bildung).

Ihren Beitrag zur Ausformung der Kulturlandschaft der Region leisten sowohl zahlreiche Kreismuseen (z. B. in Kętrzyn) als auch kleinere Häuser (z. B. ein dem polnischen Dichter Konstanty Ildefons Gałczyński gewidmetes Museum in Prana oder das Michał-Kajka-Museum in Ogródek)<sup>756</sup>, lokale bzw. regionale Zeitungen (z. B. „Gazeta Giżycka“ in Giżycko, „Kurek Mazurski“ in Szczytno, „Rozmaitości Ostródzkie“ in Ostróda), und ebenso Initiativen, die die multikulturelle Vergangenheit und Gegenwart der einzelnen Orte präsentieren, wie beispielsweise des Dorfes Sobiechy (Sobiechen) im Landkreis Węgorzewo<sup>757</sup>, kleine Organisationen, wie die Gesellschaft „Kreis der Pioniere von Elbląg“, der die ersten polnischen Siedler von 1945 angehören<sup>758</sup>, oder auch die Anstrengungen, Monographien einzelner Ortschaften (Dörfer und Kleinstädte) zu erarbeiten.<sup>759</sup>

Eine wichtige Rolle spielen dabei vielfältige Projekte und Wettbewerbe, z. B. ein Wettbewerb für die Nachkriegssiedler aus den Jahren 1945-1948<sup>760</sup> oder das Projekt „Lokalgeschichte am Beispiel ausgewählter Landkreise, Städte und Gemeinden“.<sup>761</sup>

756 Vgl. I. Trusewicz, *Weekend z Kajką i Gałczyńskim*, in: *Rzeczpospolita* vom 9.-10.08.2003, S. A15. In Olsztyn bei Szczytno hat Zygmunt Rząp sein privates Masurisches Museum gegründet. Vgl. I. Trusewicz, *Muzeum w domu soltysa. Mazury. Niecodzienny efekt wygraney w Totka*, ebenda vom 7.06.2002, S. 15.

757 Auf Initiative der Gesellschaft zur Rettung des Kulturerbes der früheren und heutigen Grenzlande „Ojcowizna“ erschien die interessante Publikation *Sobiechy. Encyklopedia szkoły i wsi*, Węgorzewo/Sobiechy 2002. Darin ist die Dokumentation mannigfaltiger gesellschaftlicher Aktivitäten des multinationalen Dorfes Sobiechy enthalten. Vgl. auch: A. Tomaszewska, A. Drżał, *Lajs – tędy biegnie granica między Warmią a Mazurami*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 3.08.2006, S. 2.

758 Vgl. J. Grabarczyk, *Pierwszych pięćdziesiąt listów. Pioniery powojennego Elbląga*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 20.-22.04.2001, S. 6.

759 Vgl. unter anderem K. Bielawy, *Mała Ojczyzna – Mojtyny (Moithienen). Historia mazurskiej wioski*, Olsztyn 2006; Z. Suchenek, *Dobre Miasto (ehem. Gutstadt) auf alten Postkarten*, Dobre Miasto 2007; J. B. Kozłowski, *Dawna Ostróda. Obrazy wschodniopruskiego miasta*, Dąbrówno/Warszawa 2006.

760 Vgl. Aufforderung zur Teilnahme am Wettbewerb für Nachkriegssiedler. *Życie Olsztyna* 7 (2005), S. 3.

761 Zweck dieses Unterfangens, das unter anderem in Ermland und Masuren durch das Deutsch-Polnische Haus in Gliwice und die lokale Organisation der deutschen Minderheit in Kooperation mit lokalen Selbstverwaltungen organisiert wurde, ist es, die „wech-

Besondere Aufmerksamkeit verdient das Projekt „Księga Ogniw“ (Buch der Kettenglieder), das vom Verband „Tratwa“ (FloB) in Olsztyn auf Initiative des Verbandspräsidenten Ryszard Michalski realisiert wird.<sup>762</sup> Seit seiner Gründung im Jahr 1997 hat der Verband „Tratwa“ unter Beteiligung freiwilliger Helfer aus der Anstalt für Sozialaktivitäten (Pracownia Działań Społecznych) einige dutzend Projekte realisiert.<sup>763</sup>

Das „Buch der Kettenglieder“ ist eine Dokumentation der Einwohnerschicksale in sieben Dörfern Ermlands und Masurens, eine virtuelle Sammlung von außergewöhnlichen und kuriosen Exponaten, wie Fotos aus verschiedenen Epochen, Berichten und rückwärts geschriebenen Gedichten zum Lesen im Spiegel. Autoren des 2007 realisierten Projekts „Kettenglieder. Ein Programm der generationenübergreifenden Bildung“ schrieben: „Das ‚Buch der Kettenglieder‘ ist ein Versuch, mit anderen ein Stück des Geschenks zu teilen, das wir auf unseren Wanderungen und bei unseren Treffen mit den ältesten Einwohnern von sieben Dörfern in Ermland und Masuren erhalten haben. Wir besuchten Orte, die nach allgemeiner Vorstellung bestenfalls mit Urlaub in Verbindung gebracht werden, oder schlimmstenfalls ehemaligen Staatsgütern. Es hat sich aber gezeigt, dass etwas Einmaliges in dieser Region steckt. Am bewegendsten sind die selbsterzählten Schicksalsberichte der Menschen: vom Krieg, den Wanderungen, der Mühe, sein eigenes Zuhause zu finden. Wir begegneten Polen, Masuren, Deutschen, Ukrainern. Dank ihnen erschloss sich uns in jedem Dorf ein riesiger und einmal-

---

selhafte Vergangenheit der ehemaligen deutschen und heute polnischen Regionen zu bewältigen. Hauptproblem und -gegenstand der Auseinandersetzung ist die Popularisierung – im weitesten Sinne – des deutschen Kulturerbes in den ehemals deutschen, heute polnischen Gebieten“. Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit trat diesem Projekt bei. Vorträge und Treffen fanden in den Jahren 2003-2004 in Olsztyn, Ostróda und Nidzica statt. [www.agdm.pl/historia](http://www.agdm.pl/historia) (21.10.2006).

762 Ryszard Michalski gehört neben Waław Sobaszek, dem Mitbegründer des Dortheaters Węajty, und Krzysztof Gedroyć, dem Direktor des Theaters Pantomima Nowa Olsztyn, der Generation des alternativen Kulturzentrums „Pracownia“ (Workshop) an, das in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine rege Tätigkeit entfaltetete.

763 Michalski meint: „Es gibt bestimmte Gebiete eines menschlichen Wirkens, das Generationen zu überdauern vermag und überzeitliche Werte berührt. Wir schaffen einen Raum, in dem sich die an den Rand der Moderne gedrängten kulturellen Minderheiten begegnen können.“ B. Was, A. Szapie, *Cięcie na Tratwie*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 28.07.2006, S. 11. Die Woiwodschaft Ermland-Masuren steht unter den insgesamt 16 Woiwodschaften immerhin an 7. Stelle hinsichtlich der Zahl der Bewerbungen für das landesweite Programm „Lokal handeln“ der Akademie für die Entwicklung der Philanthropie in Polen (ARFwP) unter Mitwirkung der Polnisch-Amerikanischen Freiheitsstiftung (PAFW). Vgl. B. Lebenstein, *Nowe paradygmaty rozwoju układów lokalnych – w stronę obywatelskich wizji społeczności lokalnych*, in: *Oblicza lokalności. Ku nowym formom życia lokalnego*, pod red. J. Kurczewskiej, Warszawa 2008, S. 238.

ger Raum an menschlichen Erlebnissen, Erfahrungen und Beziehungen – Glieder einer Erinnerungskette. In das Buch haben wir einige wenige von ihnen aufgenommen, die in Berichten, Gegenständen und auf Fotografien immer noch leben. Wir haben nicht analysiert, nicht interpretiert, nur erfasst.<sup>764</sup> Aus dem erhobenen Material wurde ein Archiv gebildet, das Berichte, Fotografien und Gegenstände als Bruchstücke der Lebensläufe enthält.<sup>765</sup>

Die in den Jahren 2002-2003 von Tomasz Zarycki betriebenen Untersuchungen der polnischen regionalen Identitäten<sup>766</sup> weisen darauf hin, dass Ermland und Masuren nach dem Fall des Kommunismus mit dem Problem des „Identitätsvakuums“ konfrontiert wurde. Der Forscher meint: „Die ethnische Säuberung der Region und die politischen Rahmenbedingungen machten eine Rückkehr zur Vorkriegsidentität, die von der deutschen Kultur beherrscht war, unmöglich. Der regionale Diskurs in der Zeit des Kommunismus, der sich in erster Linie auf Natürliches (Kormorane, Störche, Seen) und Antideutsches (Schlacht bei Tannenberg von 1410) stützte, war nach 1989 größtenteils nicht mehr tragfähig. Die hauptsächlich unter dem Einfluss externer Faktoren zunehmende Nachfrage nach einer neuen regionalen Identität ermutigte junge Intellektuelle, einen neuen regionalen Diskurs in Gang zu setzen. Dessen ‚Offenheit‘, ja geradezu postmoderne Willkür, beruht in großem Maße auf dem Vorschlag, die Bewohner der Region mögen ihre Identität individuell entwickeln, indem sie sich nach Gutdünken in den Kulturuniversen der Vergangenheit und der Gegenwart bedienen.“<sup>767</sup>

Der Autor selbst bemerkt, dieses Konzept stoße vielerorts auf Kritik.<sup>768</sup>

764 [www.ogniwa-tratwa.pl](http://www.ogniwa-tratwa.pl) (5.03.2008).

765 Michalski: „Es ist keine Völkerkunde, keine Geschichte, sondern reines Menschenschicksal. Fast jeder Einwohner von Ermland und Masuren über 60 Jahre hatte ein ungewöhnliches Leben.“ Der „Tratwa“-Verbandsleiter sprach zusammen mit Marek Ruczka, Maciej Żurek und Wioletta Pruska mit Dorfbewohnern im Norden der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Die Dokumentation sammelten sie in Stare Juchy, Szczecinowo, Legi, Prostki, Różyńsk, Skomack Wielki und Zielona Górk. Vgl. M. Brzezińska, *Wiejskie muzeum otwarte w internetowej sieci*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 21.02.2008, S. 3. Am 25. März 2010 fand in Olsztyn eine Tagung statt, bei der die Ergebnisse dieses Projekts „Historisches Gedächtnis und Kulturidentität von Ermland und Masuren“ zusammengetragen wurden. Vgl. auch die interessante Publikation *Księga ogniw. Mapy pamięci*, Olsztyn 2009.

766 Diese Forschung wurde von der Volkswagen-Stiftung im Rahmen des internationalen Forschungsvorhabens „New regional identities and strategic essentialism“ finanziert und in Polen in den drei Woiwodschaften Schlesien, Heiligkreuz und Ermland-Masuren durchgeführt.

767 T. Zarycki, *Uciemiona forpocza Zachodu. Wiktyimizacja i okcydentalizacja we współczesnym polskim dyskursie regionalnym*, in: *Kultura i Społeczeństwo* 2 (2005), S. 124-128.

768 Hier beruft er sich auf Hubert Orłowski, der argumentiert: „Eine willkürliche Bezugnahme auf beliebig ausgewählte Elemente der mit der jeweiligen Region verbundenen Kulturen kann zur Folge haben, dass wichtige Bestandteile der regionalen Tradition vernach-

### 3.5. Verwahrer oder Nachfolger der deutschen Vergangenheit?

Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Verwurzelung der lokalen und regionalen Identität der heutigen Bevölkerung von Ermland und Masuren ist das Verhältnis zur Vergangenheit der Region, insbesondere zum deutschen Kulturerbe.

Nach 1989 kam es diesbezüglich zu entscheidenden Veränderungen. Dies betrifft sowohl die Haltung der Einwohner als auch das Vorgehen lokaler Behörden und verschiedener Vereine und Organisationen. Hauptakteure sind die kommunalen Behörden sowie die verschiedenen Ebenen der staatlichen Verwaltung, Organisationen der deutschen Minderheit sowie Strukturen der Landsmannschaft Ostpreußen in Deutschland.

In den neunziger Jahren wurde in Polen eine lebhafte Diskussion über das Verhältnis zum deutschen Kulturerbe geführt.<sup>769</sup> Ausgangspunkt war Jan Józef Lipskis berühmter Essay *Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy* (Zwei Vaterländer – Zwei Patriotismen), der zum ersten Mal 1981 in der Pariser „Kultura“ (Nr. 409-410) publiziert worden war.

Lipski hielt fest: „Werden Kulturdenkmäler übernommen, kann nur von einem *Depositum* [Hervorhebung A. S.] die Rede sein. Was zur Kultur eines Volkes gehört, bleibt für immer dessen Ertrag und Stolz. Der Depositär indes übernimmt zugleich Pflichten. Daran, wie er sie erfüllt, wird seine Kultur gemessen; Europa darf ihn deswegen zur Rechenschaft ziehen, da sowohl das von den Deutschen Geschaffene als auch das von den Polen Geschaffene Teil der gemeinsamen europäischen Kultur ist.“

Zbigniew Mazur hält die These vom „Depositum“ für „ziemlich riskant“, denn: „(...) Ein Depositum ist etwas Vorübergehendes, Zurückzugebendes. Der Depositär ist ein Lagerhalter, der in diesem Fall Pflichten ohne jegliche Rechte hätte. Wer kümmert sich denn um etwas, an dem er kein Eigentumsrecht hat, und mit dem er sich nicht identifizieren kann? Lipski hatte wahrscheinlich gute Ab-

---

lässigt werden“. Und: „Die Faszination, sich einer eindeutig ‚westlich‘ geprägten Tradition, in diesem Falle also der deutschen, anschließen zu können, geht möglicherweise mit Ignoranz einher, was andere, ebenfalls ‚europäische‘ und ‚moderne‘ Aspekte des Erbes der eigenen Gemeinschaft angeht.“ Ebenda S. 125. Vgl. auch: I. Lewandowska, *Głos w dyskusji o źródłach mówionych (oral history) na kanwie pracy „Przeszłość zapamiętana. Narracje z pogranicza”*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 4 (2008), S. 509-513.

769 Der Begriff „kulturelles Erbe“ ist weitgespannt und umfasst die Gesamtheit geistiger und materieller Kulturerzeugnisse. Eine besondere Rolle spielen in dieser Hinsicht symbolträchtige Güter, wie z. B. Burgen und Schlösser, Kirchen, Stadtarchitektur, Denkmäler und sonstige Mahnmale. Vgl. I. Lewandowska, *Dziedzictwo kulturowe Warmii i Mazur jako przedmiot badań w ostatnim dziesięcioleciu*, in: *Przegląd Zachodni* 4 (2007), S. 194-214.

sichten, kleidete sie aber in merkwürdige, unüberlegte Worte. In den West- und Nordgebieten brauchen keine Denkmäler mehr zum Schutz übergeben zu werden und bedarf es keiner Zusammenarbeit in diesem Bereich mit Deutschland. (...) Sie sind dann aber nicht als Depositum zu behandeln, sondern im Gegenteil als etwas dauerhaft mit der Stadt- und Regionalgeschichte Verbundenes, als etwas Nahes und in gewissem Sinne auch Eigenes. Der Begriff des Erbes steht geradezu im Widerspruch zum Begriff des Depositums, denn ein Depositum wird nicht vererbt, während ein Erbe nicht in Verwahrung genommen werden kann.“

Dieser Autor zweifelt auch ein gemeinsames polnisch-deutsches Kulturerbe an, „zumindest solange ein Denken in nationalen Kategorien vorherrscht“, es sei denn als Teil des europäischen Erbes.<sup>770</sup>

Zur Frage des „Depositariats“ bezog auch Robert Traba Stellung. Er schrieb 2005, die in den ehemals deutschen Gebieten lebenden Polen würden zu „geistigen *Mitnachfolgern* [Hervorhebung A. S.] des preußischen Kulturerbes. Erstmals geschieht dies nicht aufgrund von Versuchen einer nationalen Vereinnahmung, sondern aus einem natürlichen Bedürfnis nach emotionaler Identifikation mit der geretteten Kulturlandschaft.“

Ein Jahr später stellte er bereits fest: „Wir sind geistige *Nachfolger* [Hervorhebung – A.S.] dieser Gebiete, die seit 1945 mit ihrer alten Geschichte nicht mehr verbunden sind. Nachfolger – das heißt, wir fühlen uns hier heimisch, denn der Begriff ‚Depositär‘ setzt eine Vorläufigkeit voraus. Unser Erbe ist es nicht. Es ist eine Hinterlassenschaft von anderen. Wir füllen diesen Ort mit neuem Leben, wir geben ihm einen neuen Sinn und eine neue Deutung, ohne die Urheber zu vergessen.“

Diese Ansichten sind unter den meisten polnischen Forschern<sup>771</sup> und der Bevölkerung verbreitet. Dies belegen Untersuchungen, die im Auftrag des Verfassers

---

770 Ebenda S. XVIII. Der Autor bemerkt, nach Ansicht der Landsmannschaftsaktivisten sei das Wichtigste nicht nur die Pflege, sondern die kreative Weiterentwicklung des „ostpreußischen“ Erbes, das zugleich ein Bindeglied zu den östlichen Nachbarn sei.

771 Das heißt aber nicht, dass verschiedene Aspekte des ermländisch-masurischen Kulturerbes im weiten Sinne unter den Forschern in Polen und Deutschland unumstritten wären, und zwar in jedem Land für sich und auch über die Grenze hinweg. Vgl. u. a. den Streit um die Bezeichnung „Ermland und Masuren“ (Warmia i Mazury) zwischen J. Jasiński, J. Hackman und R. Traba (seinen Kern präsentiert die Studie von J. Jasiński, *W obronie pojęcia „Warmia i Mazury“*, in: *Zapiski Historyczne* 4 (2001), S. 165-175), sowie der Streit um die Wahrnehmung der neuesten Geschichte von Ermland und Masuren (A. Sakson, *O polsko-niemieckiej edycji źródeł dotyczących losów Niemców w Polsce w latach 1945-1950*; W. Borodziej, C. Kraft, *Odpowiedź*, in: *Przegląd Zachodni* 3 (2001), S. 179-198) bzw. Kontroversen um die Auswahl von Beiträgen für eine literarische Anthologie (J. Jasiński, *Polska edycja antologii literackiej ziem pruskich*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 4 (1999), S. 577-585, K. Brakoniecki, *Odpowiedź na recenzję Janusza Jasińskiego* und J. Jasiński, *W związku z „odpowiedzią“ Kazimierza Brakonieckiego*, in:

im Jahr 2001 durch das Meinungsforschungsinstitut OBOP an einer repräsentativen Stichprobe im Rahmen eines im West-Institut realisierten Forschungsprojekts durchgeführt wurden. Aus ihnen ergibt sich, dass die Einstellung der Polen zum deutschen Kulturerbe in den West- und Nordgebieten positiv ist: Knapp die Hälfte der Bevölkerung (47 %) spricht sich für den Wiederaufbau bzw. die Wiederinstandsetzung von Bauten des deutschen Kulturerbes aus (Tabelle 61). Fast ebenso viele, nämlich gut zwei Fünftel (42 %), sehen für einen Wiederaufbau zerstörter Denkmäler keinen Bedarf, sind aber zugleich überzeugt, man dürfe solche, die sich in gutem Zustand erhalten haben, nicht dem Verfall preisgeben. Der Anteil derer, die eine Beseitigung jeglicher Spuren der deutschen Vergangenheit in diesen Gegenden befürworten, ist verschwindend gering (2 %). Die Einstellung zum deutschen Kulturerbe in den Nord- und Westgebieten hängt mit der Beurteilung der eigenen materiellen Lage der Befragten zusammen: je besser sie ausfällt, umso verbreiteter ist die Ansicht, die ehemaligen deutschen Objekte sollten wiederaufgebaut und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden (diese Meinung reicht von 37 % der mit ihrer materiellen Lage unzufriedenen bis 65 % der gut situierten Befragten); je schlechter die Befragten ihre materielle Lage empfinden, desto häufiger sind sie überzeugt, es genüge, gut erhaltene Bauwerke nicht verfallen zu lassen, wohingegen die nicht erhalten gebliebenen nicht wiederaufgebaut zu werden bräuchten.

*Tabelle 61 Das Schicksal des deutschen Kulturerbes in den West- und Nordgebieten (OBOP, Umfrage aus dem Jahr 2001)*

In den West- und Nordgebieten gibt es zahlreiche historische Relikte, die dem deutschen Kulturerbe zuzurechnen sind (Schlösser und andere Bauwerke, Denkmäler, Friedhöfe u. Ä.). Was sollte Ihrer Meinung nach mit diesem Erbe geschehen?	
Jegliche Spuren der deutschen Vergangenheit dieser Gebiete tilgen	2 %
Zerstörte Objekte nicht wiederaufbauen, aber gut erhaltene auch nicht verfallen lassen	42 %
Wiederaufbauen, den ursprünglichen Zustand wiederherstellen	47 %
Etwas anderes	1 %
Schwer zu sagen	8 %

Den Wiederaufbau ehemaliger deutscher Objekte von historisch-kulturellem Wert befürworten mehrheitlich die Einwohner der größten Städte (64 %), bis 19-Jährige (62 %), 20- bis 29-Jährige (55 %), Akademiker (57 %), Bewohner Niederschlesiens (60%), Mittlerechts- (59 %) und Rechtswähler, Linkswähler (53 %) sowie

---

*Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1 (2000), S. 103-111). Vgl. auch: Diskussionen deutscher Forscher, unter anderem Ph. Ther oder S. Salzborn, mit Landsmannschaftskreisen.

jene, die sich positiv über die gegenwärtigen polnisch-deutschen Beziehungen äußern (52 %).

Dass zerstörte Objekte nicht wieder aufgebaut, aber gut erhaltene auch nicht vernachlässigt werden sollten, äußern häufiger die Einwohner mittelgroßer Städte (50 %), Mittelinkswähler (49%), 40- bis 49-Jährige (48 %), 50- bis 59-Jährige (47 %), Oberschulabsolventen (47 %), Bewohnern Oberschlesiens (47 %) und Bewohner von Ermland und Masuren (39 %).

Die positive Einstellung der polnischen Bevölkerung zum deutschen Kulturerbe in den West- und Nordgebieten wird bestätigt durch Erklärungen zu dem hypothetischen Fall der Auffindung eines deutschen Denkmals aus der Zeit vor 1945. Von den Auswahlmöglichkeiten den größten Zuspruch – fast der Hälfte (46 %) – fand der Vorschlag, den ursprünglichen Aufstellungsort wiederherzurichten oder das Denkmal an einen neuen Ort für alle zugänglich aufzustellen. Auch die Sprache, in der die Inschrift am Denkmal angebracht werden sollte, rief keine größeren Kontroversen hervor: knapp zwei Fünftel (38 %) aller Polen wünschte sich eine Inschrift sowohl auf Polnisch als auch auf Deutsch; nur wenige sprachen sich für eine Inschrift nur auf Polnisch (6 %) bzw. nur auf Deutsch (2 %) aus.

Knapp jeder vierte Pole (23 %) war der Auffassung, ein solches Denkmal gehöre als Exponat in ein Regionalmuseum, und ein weiterer, ebenfalls von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung (16 %) unterstützter Vorschlag war, das Denkmal an Deutschland zurückzugeben.

*Tabelle 62 Das Verhältnis zum deutschen Kulturerbe in den West- und Nordgebieten (OBOP, Umfrage aus dem Jahr 2001)*

Falls in einer Ortschaft in den West- und Nordgebieten ein aus der Zeit vor 1945 stammendes Denkmal eines deutschen Forschers, Entdeckers, Kulturschaffenden oder einer für die Region (Stadt, Dorf, Kreis) verdienten Persönlichkeit gefunden würde, was hätte Ihrer Ansicht nach mit diesem Denkmal zu geschehen?	
Zerstören	1 %
Verschrotten (einschmelzen) oder der Rohstoffverwertung zuführen und den Erlös für einen edlen Zweck verwenden	1 %
In einem Museumsdepot unterbringen und aufbewahren, aber nicht öffentlich zeigen	3 %
Als Ausstellungsstück in einem Regionalmuseum unterbringen	23 %
Den früheren Aufstellungsort wieder herrichten oder es an einem neuen Ort allen zugänglich machen, und eine entsprechende Inschrift auf Polnisch und Deutsch anbringen	38 %
Den früheren Aufstellungsort wieder herrichten oder es an einem neuen Ort allen zugänglich machen, und eine entsprechende Inschrift nur auf Polnisch anbringen	6 %

Den früheren Aufstellungsort wieder herrichten oder es an einem neuen Ort allen zugänglich machen, und eine entsprechende Inschrift nur auf Deutsch anbringen	2 %
An Deutschland zurückgeben	16 %
Etwas anderes machen	1 %
Schwer zu sagen	9 %

Verschwindend gering war die Unterstützung für die übrigen Vorschläge: das aufgefundene Denkmal in einem Museumsdepot unterzubringen, damit es nicht gezeigt wird (4 %), das Denkmal zu zerstören oder verschrotten, der Rohstoffverwertung zuzuführen und den Erlös für einen edlen Zweck zu verwenden (je 1 % der Befragten).

Für den Vorschlag, den früheren Aufstellungsort wieder herzurichten oder das Denkmal an einem neuen Aufstellungsort allen zugänglich zu machen, und eine entsprechende Inschrift auf Polnisch und Deutsch anzubringen, sprechen sich relativ am häufigsten die Akademiker (48 %) aus, während die Unterstützung für diese Lösung abnimmt, je niedriger der Bildungsstand der Befragten ist (bis zu 31 % unter den Befragten mit Grundschulabschluss). Der Anteil derer, die sich für diese Option entschieden haben, hängt auch davon ab, inwieweit sie sich für politische Belange interessieren: Die Bandbreite reicht von 24 % der politisch Uninteressierten bis zu 60 % der politisch stark Interessierten. Diese Möglichkeiten wählten auch relativ am häufigsten Befragte mit einer guten materiellen Lage (52 %), Bewohner von Niederschlesien (48 %), von Kleinpolen (44 %), von Großpolen (43 %), von Ermland und Masuren (31 %), bis 19-Jährige (46 %), Einwohner der größten (45 %) und kleinen Städte (43 %) sowie Umfrageteilnehmer, die sich positiv über die gegenwärtigen polnisch-deutschen Beziehungen äußern (44 %). Diese Lösung wird auch von Sympathisanten aller politischen Strömungen relativ am häufigsten gewählt: Links- bzw. Mittelinkswähler (je 44 %), Rechtswähler (42 %) und Mittlerechtswähler (54 %). Diesem Vorschlag würde mehr als die Hälfte (51 %) jener zustimmen, die es für notwendig halten, die ehemaligen deutschen historisch-kulturellen Objekte in den West- und Nordgebieten wieder aufzubauen bzw. in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.

Der Vorschlag, das vermeintlich aufgefundene Denkmal in einem Regionalmuseum auszustellen, stößt unter den Einwohnern der mittelgroßen Städte (34 %), Bewohnern von Großpolen (34 %) und Oberschlesien (31 %), Mittelinkswählern (33 %), 30- bis 39-Jährigen (28 %) und Akademikern (28 %) auf besondere Zustimmung.

Für die Übergabe des Denkmals an Deutschland sprechen sich besonders bis 19-Jährige (25 %), Bewohner von Zentralpolen (24 %), von Ermland und Masurien (20 %) sowie Einwohner der städtischen Ballungszentren (22 %) aus.

Die Fragen der Erinnerung an die Vergangenheit, des kollektiven Gedächtnisses oder der Geschichtspolitik wurden um die Wende zum 21. Jahrhundert Gegenstand eines lebhaften Interesses der Historiker und Soziologen in Polen, Deutschland und anderen europäischen Ländern.<sup>772</sup> Besonders interessant erscheinen dabei die Fragen nach dem unterschiedlichen Schicksal der deutschen Gedenkorte aus der Zeit vor 1945, darunter der Denkmäler. Ostpreußen, insbesondere der südliche Teil, war überdurchschnittlich „gesättigt“ mit verschiedenen Erinnerungsorten an die Kämpfe des Deutschen Ordens, die Napoleonischen Kriege (1813-1815) und die Opfer der Kriege von 1866 und 1870/71, mit Kaiserdenkmälern und Gedenkstätten für Reichskanzler Otto von Bismarck. In besonderer Weise wurde der Opfer des Ersten Weltkrieges sowie der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 gedacht. Einen bedeutenden Platz im ostpreußischen symbolischen Raum nahmen auch der Führer des Dritten Reiches, „nationalsozialistische Kämpfer“ und die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs ein. All diese Mahnmale sollten ein Zeugnis ablegen für die deutsche symbolischen Herrschaft, die ihre Daseinsberechtigung aus dem Anspruch auf dieses Territorium und dem Bedürfnis, es vor „verräterischen Angriffen“ zu verteidigen, ableitete.

Das Denkmal als Raumzeichen übt die wichtige Funktion eines Symbolobjekts aus, das Träger des historischen und gesellschaftlichen Gedächtnisses ist. Konflikte um bedeutende Orte und Symbole, wie Denkmäler, Mausoleen, Ruhestätten und Friedhöfe, die Präsenz von Namen und Sprache der jeweiligen nationalen oder ethnischen Gruppe im öffentlichen Raum, resultieren aus den Auseinandersetzungen um die Deutung der Geschichte und die Bewertung ihrer Folgen. Dabei geht es auch um das Ermessen, welche Inhalte Grundlage der Schulbildung und der Ausbildung gesellschaftlicher Haltungen sein sollten. Vor diesem Hintergrund kommt es zur Rivalität bzw. zum Kampf um die „semantische Landschaft“ sowie um symbolische Domänen, verstanden als symbolisches Herrschaftsgebiet der jeweiligen Gruppe. Sie sind wichtig, weil die einzelnen Gedenkstätten (Denkmäler usw.) zum Bestand des symbolischen (gesellschaftlichen und kulturellen) Kapitals gehören, das die Herrschaftsausübung über das jeweilige Gebiet mit be-

---

772 Vgl. unter anderem M. Ziółkowski, *Cztery funkcje przywracanej pamięci*, in: *Studia Socjologiczne* 4 (1999), S. 56-76; *Wobec przeszłości. Pamięć przeszłości jako element kultury współczesnej*, pod red. A. Szpocińskiego, Warszawa 2005; *Erinnern, Vergessen, Verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, hrsg. von E. Kobylińska, A. Lawaty, Wiesbaden 1998; *Narodowe i europejskie aspekty polityki historycznej*, pod red. B. Korzeniewskiego, Poznań 2008 (dort auch umfangreiche Sachliteratur); L. M. Nijakowski, *Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny*, Warszawa 2008.

einflusst. Der Kampf um die symbolische Domäne bedeutet einen Kampf um den symbolischen Besitz des nationalen Territoriums.<sup>773</sup>

Nach 1945 vollzog sich im gesamten Gebiet des ehemaligen Ostpreußens die symbolische Vereinnahmung des Raumes durch die neuen Einwohner: Litauer, Russen und Polen. Die Zerstörung und Marginalisierung des deutschen Kulturerbes zur Zeit des real existierenden Sozialismus erfolgten auf vielfältige Weise. Vorherrschend waren das politische und nationale Motiv, das zur gezielten Zerstörung der mit dem Deutschtum verbundenen Symbole und Zeichen führte, um die jeweils eigene staatliche und nationale Herrschaft zu legitimieren. Eine wichtige Rolle spielten das pragmatische Motiv (Diebstähle, Plünderung, Gewinnung von Baumaterial usw.) und das kulturelle (als fremd empfundene deutsche Symbolik); auch die Unterlassung führte zum natürlichen Zerfall zahlreicher Objekte.<sup>774</sup>

Die Degermanisierung des kulturellen und symbolischen Raumes in Ermland und Masuren wurde im Allgemeinen in den größeren Städten gewissenhaft und konsequent durchgeführt. In den kleineren Ortschaften haben sich relativ viele ehemals deutsche Denkmäler erhalten (intakt oder nur teilweise beschädigt oder auch nur bruchstückhaft).<sup>775</sup> Manchmal wurden deutsche Symbole und Inschriften abgeschlagen; nicht selten versuchte man, sie in Denkmäler mit einer ganz an-

---

773 Vgl. L. M. Nijakowski, *Domeny symboliczne. Konflikty narodowe i etniczne w wymiarze symbolicznym*, Warszawa 2006, S. 351-354. Dieser Autor konstruiert auch eine Soziologie des Denkmals; diese betrachtet „Gedenkstätten nicht losgelöst. Sie ist keine simple Katalogisierung und Beschreibung von Obelisken. Sie besteht eher in der Beschreibung eines Systems dieser Gedenkstätten und dessen Bedeutung für das kulturelle, politische und wirtschaftliche Handeln von Personen und Gruppen, die sich mit solchen Gedenkstätten identifizieren und auch die Gedenkinhalte in Frage stellen. Deswegen bedient sich die Soziologie des Denkmals vieler bereits in der Soziologie eingebürgerter Kategorien, wie gesellschaftliches Gedächtnis, Kanon der Nationalkultur, Erinnerungsgemeinschaft usw.“, S. 66.

774 Ebenda S. 284.

775 Bis heute haben sich große Holztafeln zum Gedenken an die Bewohner der Pfarrgemeinde Sorquitten, die in den Kriegen von 1813-1815, 1870-1871 und 1914-1918 gefallen sind, erhalten. Sie hängen in der evangelischen Kirche des Ortes. In einem sehr guten Zustand ist auch eine auf Polnisch verfasste Erinnerungstafel an die in den Napoleonischen Kriegen gefallenen Einwohner der Kirchengemeinde Rheinswein (Rańsk). Erhalten sind auch in situ die Gedenksteine zur Erinnerung beispielsweise an Jagderfolge Kaiser Wilhelms II. in der Rominter Heide und ein Granitwegweiser in den Wäldern nicht weit von Banie Mazurskie (Benkheim) mit deutschen Ortsnamen, ebenso zahlreiche Soldatenfriedhöfe und „Kriegerdenkmäler“ für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Den „Stürmen der Geschichte“ haben auch alte jüdische Friedhöfe (z. B. in Szczytno und Mikołajki), Friedhöfe der Altgläubigen (z. B. in Wojnowo) sowie zahlreiche katholische und evangelische Friedhöfe getrotzt. In Olecko steht nach wie vor ein großes Denkmal zur Erinnerung an die Gefallenen der Stadt in den Kriegen 1866 und 1870-1871. Die Pyramide des Denkmals krönt immer noch ein unversehrter Preußenadler.

deren Aussage „umzutaufen“. Dies resultierte meist aus der Unfähigkeit und Inkonsequenz der lokalen Verwaltung. In späterer Zeit sind die polnischen Einwohner mit der angetroffenen Kulturlandschaft vertraut geworden. Nach und nach verschmolzen die ehemals deutschen Denkmäler mit dem Raum der Friedhöfe oder Kirchen, sie wurden der Bevölkerung gleichgültig und riefen keine negativen Gefühle mehr hervor, „sie wurden ideologisch neutral“. Noch später wurden sie zu einem Element der Kulturlandschaft des jeweiligen Ortes oder gar zu einer lokalen Sehenswürdigkeit. Ihre erneute „Entdeckung“ geschah erst nach 1989, hauptsächlich durch Anhänger der „Heimat“, die unter anderem „die Geschichte von Lügen befreien“ wollten.<sup>776</sup>

Nach dem Fall des real existierenden Sozialismus wurden in Ermland und Masuren unterschiedliche Maßnahmen zur Rettung und Erneuerung deutscher Mahnmale ergriffen. Vor diesem Hintergrund kam es unter anderem zu einem Konflikt um ein Bismarck-Denkmal in Nakomiady (Kr. Kętrzyn in Masuren).

### 3.5.1. Verhältnis zu historischen Gedenkstätten

Durch die Offensive der russischen Truppen im August 1914 in Ostpreußen (u. a. die russischen Siege in den Schlachten bei Stallupönen und Gumbinnen) konnten die Russen das größere Gebiet der Provinz für mehr als ein halbes Jahr besetzen.<sup>777</sup> Nach den Siegen der Deutschen bei Tannenberg<sup>778</sup>, an den masurischen Seen im September 1914 und während der sog Winterschlacht in Masuren am 2. Februar 1915 zogen sich die geschlagenen russischen Truppen im März desselben Jahres aus Ostpreußen zurück.<sup>779</sup> Während der Kriegshandlungen in den Jahren

---

776 Z. Mazur, „*Pomniki wojowników*“ na Ziemiach Zachodnich i Północnych, in: *Siedlisko* 5 (2008), S. 43-53.

777 Aus Furcht vor dem „Kosakenterror“ verließen in zwei Fluchtwellen im Sommer (ab Mitte August 1914) und im Winter (im November des gleichen Jahres) ca. 800 000 Menschen ihre Häuser für kürzer oder länger und verbargen sich in Wäldern, benachbarten Dörfern usw. Über 13 000 Menschen, vorrangig Frauen und Kinder, wurden nach Sibirien deportiert. Nur wenige kamen zurück. Es herrschte Furcht und Schrecken. Stark beschädigt wurden 39 Städte und 1 900 Dörfer, 40 000 Häuser brannten nieder, 60 000 wurden beschädigt und 80 000 Wohnungen ausgeplündert. Bewegliche Güter wurden in enormem Ausmaß requiriert. Vgl. Traba, *Wschodniopruskość. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec*, Poznań/Warszawa 2005, S. 27-33.

778 An dieser Schlacht (23.-31. August) nahmen 153 000 deutsche Soldaten der 8. Armee und 191 000 Russen der Narew- und der Njemen-Armee teil. Ebenda S. 28.

779 Zum letzten Gefecht kam es am 17. März 1915 in Memel, nachdem die Russen die Stadt eingenommen hatten, woraufhin sich (nach vier Tagen Besatzung) die russischen Truppen endgültig aus Ostpreußen zurückzogen. Vgl. W. Wrześniński, *Prusy Wschodnie wobec*

1914-1915 verloren über 61 000 Soldaten ihr Leben.<sup>780</sup> In Ostpreußen wurden ca. 2 200 Kriegerfriedhöfe angelegt.<sup>781</sup> In jeder Ortschaft bzw. jedem Kirchspiel (gleich welcher Konfession) entstanden nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Gedenktafeln mit den Namen der Einwohner, die „als Helden“ an verschiedenen Fronten gefallen waren (z. B. lautet die Inschrift an der Gedenktafel in Klein Jerutten/Jerutki: „Unsern gefallenen Helden im Weltkriege 1914-1918 zur Ehre“). Auf der Gedenktafel wurde auch an jene erinnert, die am jeweiligen Ort gefallen waren (z. B. in Klein Jerutten: „Am Orte durch den Feind ums Leben gekommen“). Tafeln mit Namen der Gefallenen wurden auch an Innen- bzw. Außenwänden der Kirchen oder neben ihnen, auf den Friedhöfen, am zentralen Punkt des Ortes usw. angebracht. Meist waren es speziell angefertigte Tafeln oder in große Findlinge eingemeißelte Inschriften, in der Regel verziert mit dem Eisernen Kreuz, einem Soldatenhelm oder Eichenlaub.<sup>782</sup>

Kriegerfriedhöfe entstanden oft als selbständige architektonische Anlagen. Geschickt in die Landschaft und die Natur eingebettet, wurden sie auf Anhöhen oder deren Hängen, an Seen oder auch in den Wäldern in einiger Entfernung von den Ortschaften angelegt.<sup>783</sup> Sie erfüllten mehrere Funktionen, unter anderem zeugten sie von der symbolischen Herrschaft.<sup>784</sup> Sie wurden hauptsächlich

---

*doświadczeń I wojny światowej*; in: *Spoleczeństwo polskie pod panowaniem pruskim w I wojnie światowej (1914-1918)*, pod red. M. Wojciechowskiego, Toruń 1996, S. 109-123.

- 780 Darunter 27 000 Deutsche, 32 000 Russen sowie Soldaten anderer Nationalitäten. Ebenda S. 30.
- 781 Davon entstanden 1 700 Friedhöfe direkt auf den Schlachtfeldern. Bei den übrigen handelte es sich um Friedhöfe an Krankenhäusern bzw. Kriegsgefangenenlagern. Insgesamt gab es in Ostpreußen 13 Friedhöfe mit über 500 beigesetzten Soldaten (u. a. in Orlau/Orłowo, Kreis Nidzica – 1 425), 126 Friedhöfe mit 100-500 beigesetzten Toten, 256 Friedhöfe mit 20-100 Gräbern und 1 700 Einzelgrabstätten mit sterblichen Überresten von 1-20 Soldaten. Ebenda S. 298 f. Vgl. auch: M. Dehnen, *Die Kriegsgräber in Ostpreußen von 1914/1915*, Würzburg 1966; M. Dehnen, W. Raschdorff, *Heldenfriedhöfe in Ostpreußen*, Königsberg 1939.
- 782 Diese Symbolik knüpfte an die altgermanische Tradition des Krieger- und Heldengedenkens an. Vgl. W. Knercer, *Cmentarze wojenne okresu I wojny światowej w województwie olsztyńskim*, Warszawa 1995.
- 783 Die entsprechenden behördlichen Richtlinien empfahlen einfache Bau- und Pflanzenformen. Die Friedhofsmauern durften nicht höher als einen Meter und nur aus Feldsteinen gebaut sein; abgeraten wurde der Einsatz von polierten Steinen, Marmor, Betonsockeln usw. Asketische Schlichtheit war das Ziel. Allerdings wurden diese Anweisungen nicht immer befolgt.
- 784 Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Park-, Friedhofs- und Sportanlage in Borki Wielkie (Kreis Szczytno). Diese besteht aus drei Teilen: einem „Heldenhain“ mit einem zentral gepflanzten Lindenbaum und 22 Eichen, die für die Zahl der gefallenen Soldaten stehen, dem eigentlichen Friedhof, der mittig von einer Allee durchschnitten wird, sowie

auf Betreiben der Einwohner sowie der Krieger- und „vaterländischen“ Vereine errichtet.<sup>785</sup>

Im Rahmen der Entdeutschung machte man sich nach 1945 im gesamten Gebiet Ostpreußens an die Beseitigung der Symbole der „preußischen Herrschaft“ und begann dafür mit dem Bau von überaus zahlreichen Friedhöfen und Denkmälern zu Ehren der gefallenen Rotarmisten.

Von den Soldatenfriedhöfen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges wurden nach 1945 Denkmäler, Kreuze und Gedenktafeln beseitigt. Dies geschah auf Anordnung der Behörden oder nach Aufforderung der neuen Einwohner und betraf meistens große städtische Friedhöfe. Die Soldatengräber selbst, nicht mehr gepflegt, verfielen mit der Zeit. Gnädiger war das Schicksal kleineren Friedhöfen, im Wald, etwas abseits gelegenen, solchen, die nicht „ins Auge sprangen“. Ein Teil hat bis heute überdauert.

An der Rettung alter Kriegerfriedhöfe in Ermland und Masuren waren unter anderem die deutsche Minderheit und der Kulturverein „Borussia“ interessiert. Auf Betreiben der Allensteiner Gesellschaft Deutschen Minderheit wurde 1992 mit freiwilligen Helfern der am Rande von Olsztyn im Wald gelegene Kriegerfriedhof in Jakubowo (Jakobsberg) erneuert. Die feierliche Neueinweihung des Friedhofs fand im November 1992 unter Teilnahme von Vertretern der Stadtbehörden und des deutschen Konsulats in Danzig statt. Auf diesem Friedhof liegen

---

einem Aufmarsch- und Sportplatz mit einer Bühne, der an den Sieg in der Volksabstimmung im Jahr 1920 erinnerte. Hinter der Bühne wurde eine „Gedenkeiche zur Volksabstimmung“ gepflanzt. Auf dem zentralen Platz, der oftmals als Heldenplatz bezeichnet wurde, fanden „vaterländische“ Feierlichkeiten statt, zu denen auch der Totensonntag, der Volkstrauertag, die Jahrestage der Schlacht bei Tannenberg und des Volksabstimmungssieges gezählt wurden. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden auf den Friedhöfen Hitlereichen gepflanzt. Oftmals wurden diese Anlagen zur Veranstaltung nationalsozialistisch-chauvinistischer Feste genutzt. Vgl. Traba, *Wschodniopruskość...*, S. 302-304.

785 Die Regierungsbehörden der Weimarer Republik haben sich diesbezüglich in Zurückhaltung geübt. Michael Jeismann und Ralf Westheider bewerten die Kriegserinnerungsanlagen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland durchaus kritisch: „Die überwiegende Mehrzahl der Denkmäler ist geprägt durch einen – oft christlich verbrämten – dumpfen Heroismus, in dem die Niederlage verdrängt oder gar in einen Sieg uminterpretiert wird. Denkmäler, die Trauer vermitteln, sind sehr selten; solche hingegen, die einen unverhohlenen Revanchismus („im Felde unbesiegt“) verkünden, wurden zahlreich errichtet. Die Trauer, oftmals mit einem pazifistischen Ausdruck, zu zeigen, verdiente in Deutschland kein Denkmal, ebenso wenig wie die politische Unterstützung für die demokratisch aufgebaute Gesellschaft.“ *Wofür stirbt der Bürger? Nationaler Totenkult und Staatsbürgertum in Deutschland und Frankreich seit der Französischen Revolution*, in: *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, hrsg. von Koselleck, M. Jeismann, München 1994, S. 29. Vgl. auch: G. L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993.

neben deutschen auch russische Soldaten begraben. Seitdem wurde er zweimal geschändet, was von lokaler Selbstverwaltung und Kirchenvertretern verurteilt wurde.<sup>786</sup> Anlässlich des Volkstrauertags am 14. November 2004 legten Vertreter der deutschen Minderheit Blumengebinde auf dem Ehrenfriedhof in Jakubowo nieder. Die Heilige Messe wurde in der katholischen Kirche Herz Jesu in Olsztyn abgehalten. Die Feierlichkeiten wurden ergänzt um ein Treffen im Haus Kopernikus, dem Sitz der deutschen Minderheit.<sup>787</sup>

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sorgte unter anderem für die Erneuerung der alten Friedhofsanlage im Dorf Bartosze (Bartoszen) bei Elk, das oft als Golgatha Ostpreußens bezeichnet wird; dabei wurden Kreuze aufgestellt sowie eine zweisprachige Gedenktafel und neue Grabtafeln mit Namen der gefallenen Soldaten angebracht.<sup>788</sup>

Die Kulturgemeinschaft „Borussia“ organisierte in den Jahren 1993-1999 unter Mitwirkung der deutschen Seite internationale Jugendlager mit dem Ziel, alte Soldatenfriedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg zu erneuern. Arbeiten fanden unter anderem in Drwęcko, Łyna und Szkotowo statt und wurden von der örtlichen Bevölkerung mit wohlwollendem Interesse aufgenommen.<sup>789</sup> Dieses Projekt wurde 2007 im Kaliningrader Gebiet in der Umgebung von Osjorsk fortgesetzt.<sup>790</sup>

Alle Friedhöfe von vor 1945 wurden bereits 1984 als Kulturgüter unter Denkmalschutz gestellt. Um die alten Friedhöfe (Krieger-, Gemeinde-, öffentliche u. Ä.) kümmern sich nicht nur die Denkmalschutzbehörden, sondern auch das 1993 gegründete Gesellschaftliche Komitee zur Rettung alter Friedhöfe in Erm-land und Masuren. Auf den meisten Friedhöfen werden die Grabsteine und Kreuze mehr oder weniger intensiv gepflegt. Auch die alten Einwohner kümmern sich um diese Erinnerungsorte.<sup>791</sup>

---

786 Vgl. B. Domagała, *Mniejszość niemiecka i „Borussia“ wobec dziedzictwa kulturowego Warmii i Mazur*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, pod red. Z. Mazura, Poznań 2000, S. 593. Dem Verfasser sind keine weiteren Beispiele für eine so groß angelegte Erneuerung von Kriegerfriedhöfen durch Organisationen der deutschen Minderheit bekannt.

787 Vgl. *Gedenkstunde für Opfer von Krieg und Gewalt*, in: *Masurische Storchenpost* 11 (2004), S. 21-23.

788 Vgl. *Masurische Storchenpost* 7 (2006), S. 44.

789 Vgl. Traba, *Historia – przestrzeń...*, S. 228-242.

790 *Od przeszłości ku przyszłości*, Olsztyn 2008, S. 17.

791 Am 12. Mai 2007 fand auf dem früheren evangelischen Friedhof in Nawiady (Kreis Mrągowo) die feierliche Einweihung eines Gedenksteins statt, der auf Initiative einer früheren Einwohnerin des Dorfes, die nun in Deutschland lebt, aufgestellt wurde. An der Feierlichkeit nahm unter anderem der evangelische Pfarrer aus Mrągowo teil. *Masurische Storchenpost* 2007, Nr. 12, S. 41 f. Vgl. T. Żurkowska, *Mazurskie cmentarze. Symbole w krajobrazie*, Olsztyn 2008.

Interessant ist das Beispiel des erneuerten Kriegerfriedhofs in Elk. Dort wurden die Originalgrabstätten deutscher und russischer Soldaten erneuert. Beibehalten wurde die alte räumliche Anlage mit einer schlanken Säule und großen in Stein gemeißelten Originalinschriften auf Deutsch. Neu ist eine zweisprachige Tafel mit folgendem Text: „Wir gedenken derer, die bis 1945 in Lyck lebten und hier starben. Pamiętamy o tych, którzy przed 1945 w Elku żyli i tu zmarli.“

Kaum gesellschaftlich umstritten ist auch die Renovierung alter Tafeln mit Namen der im Ersten Weltkrieg Gefallenen. Sie sind nur noch selten anzutreffen. Zerstört wurden sie meistens in den Städten. Einige haben sich aber auch unversehrt erhalten, vor allem in kleineren Ortschaften<sup>792</sup> und dort, wo Verwandte der Gefallen lebten oder leben.<sup>793</sup> Die Sanierung erfolgte auf Initiative alter und

---

792 Im Rahmen der Umsetzung eines Projekts „Pamięć chłopców naszych. Wiejskie i małomiasteczkowe pomniki na Mazurach – przeszłość, terażniejszość, przyszłość“ (Unserer Jungs gedenken. Denkmäler in masurischen Dörfern und Kleinstädten. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft) dokumentiert Jerzy M. Łapo auf der Website „Mazurska pamięć...“ (Masurische Erinnerung...) in sieben masurischen Landkreisen insgesamt 112 Denkmäler zu Ehren der Gefallenen des Ersten Weltkriegs, im Landkreis Elk – 31 Mahnmale, Giżycko – 21, Goldap – 6, Mrągowo – 11, Olecko – 20, Pisz – 15, Węgorzewo – 8. Einige von ihnen (z.B. in Pieczarki oder Orłowo im Landkreis Węgorzewo) haben sich bis heute erhalten. Ein Teil wurde erneuert und bekam neue Tafeln mit deutschem und polnischem Text, z.B. im Dorf Górne (Kreis Goldap) lautet die Inschrift: „Zum Gedenken den Gefallenen des Kirchspiels Gurnen im I. Weltkrieg 1914-1918 / Pamięci mieszkańców parafii Górne poległym w I wojnie światowej 1914-1918“. Die Marmortafel wurde 2005 angebracht und von der Kreisgemeinschaft Goldap Ostdeutschland e.V. gestiftet (die ursprüngliche Tafel – ebenfalls aus schwarzem Marmor – mit den aufgelisteten Namen der Gefallenen wurde zerstört). Ähnliches geschah auch in Orzechowo (Orzechowen) und Nowa Wieś Elcka (Neuendorf), Kreis Elk, wo auf Initiative der Kreisgemeinschaft Lyck zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges saniert und eine neue Tafel auf Deutsch und Polnisch angebracht wurden. In Pieczarki (Pietzarken), Kreis Węgorzewo, wurde das Denkmal für die gefallenen „Helden“ aus den Jahren 1914-1918 zweimal erneuert. Gegen Ende der 1990er Jahre stiftete ein ehemaliger, heute in Deutschland lebender Dorfeinwohner eine zweisprachige Tafel, die am hinteren Teil des Denkmals angebracht wurde: „Zum Gedenken an die Toten des 2. Weltkrieges / Pamięci zmarłych w czasie II wojny światowej“. An manchen Denkmälern wurde die Symbolik geändert, z.B. in Banie Mazurskie (Benkheim), Kreis Goldap, wurde an Stelle des Eisernen Kreuzes eine Jesus-Statue aufgestellt (Gedenktafel ist verschollen). In Prostki (Prostken), Kreis Elk, wurde 1955 der Sinn des Denkmals völlig umgekrempelt. Der Adler und eine Gedenktafel wurden durch eine neue Tafel für Adam Mickiewicz zum 100. Todestag des Dichters ersetzt. Vgl. [www.mazurskie\\_pomniki.republika.pl](http://www.mazurskie_pomniki.republika.pl) (18.05.2008). Auf der deutschen Website [www.denkmalprojekt.org](http://www.denkmalprojekt.org) sind 52 Friedhöfe und Denkmäler aus dem Ersten Weltkrieg im Gebiet des früheren Ostpreußens, darunter 46 in Ermland und Masuren und sechs im Kaliningrader Gebiet, aufgelistet.

793 Beispielsweise in Jerutki oder Nakomiady.

neuer Einwohner (z. B. in Nawiady/Aweyden), der deutschen Minderheit und der Landsmannschaften in Deutschland. Oft sind es gemeinsame Projekte, z. B. wurden 2002 auf Initiative des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) zwei Tafeln mit den Namen der Gefallenen aus dem Kirchspiel Ramsowo (Groß Ramsau, Gemeinde Barczewo/Wartenburg im Ermland) wiederhergestellt.<sup>794</sup>

Auf das Bestreben früherer Einwohner des Dorfes Bartąg (Bertung) bei Olsztyn hin wurde 2008 unter Einsatz beachtlicher Finanzmittel eine Denkmalanlage zum Gedenken an gefallene Gemeindeglieder des Ersten Weltkriegs erneuert. Es ist ein Triumphbogen von beachtlichen Ausmaßen, der zugleich den Eingang zur Kirche markiert. Im oberen Teil befinden sich zwei Reliefs behelmter Soldaten. Um ihre Gestalten rankt sich ein Kranz aus Eichenlaub. Darunter sind zwei Eiserne Kreuze zu sehen. In den Tornischen wurden zwei neue Tafeln aus schwarzem Marmor mit Namen der Gefallenen des Ersten und Zweiten Weltkriegs angebracht.<sup>795</sup> Im Oktober 2007 berichtete die Lokalpresse über den in Boreczno (Schnellwalde) bei Zalewo ausgegrabenen Obelisk für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, was viel Staub aufgewirbelt hat. Dieser zwei Meter hohe Obelisk wurde 1922 aufgestellt; erhalten sind ein Relief mit der Darstellung des Eisernen Kreuzes mit Schwert und Stahlhelm sowie das Datum 1914-1918 und die Aufschrift „Unsern Helden“. In diesem Kirchspiel sind 86 Menschen, darunter 14 Einwohner von Schnellwalde, gefallen. Ihre Namen verzeichnen zwei Tafeln im Erdgeschoß des Kirchturms.

Dank dem Einsatz der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland wurde im Sommer 2003 in Kwietniewo (Königsblumenau), Landkreis Elbląg, das renovierte Kriegerdenkmal des Ersten Weltkriegs feierlich eingeweiht. Dieses Vorhaben, über das zuvor ein Vertrag zwischen dem Landkreis Elbląg und der Kreisgemeinschaft geschlossen wurde, ist insofern interessant, als drei gusseiserne Tafeln (auf zwei waren Namen der 81 Gefallenen aufgelistet, die dritte stellte eine Apotheose der Gefallenen dar)<sup>796</sup> nach dem Krieg heimlich nach Deutschland verbracht worden waren, wo sie nach einer Restauration im Heimatmuseum des Kreises Preußisch Holland in Itzehoe gezeigt werden. Am wiedererrichteten Denkmalsockel wurden

794 Auf der zweisprachigen Tafel wurde die Inschrift angebracht: „Ku pamięci synów parafii, którzy zginęli podczas I Wojny Światowej 1914-1918“ (so im Original) (Zum Gedenken an die Söhne des Kirchspiels, die während des Ersten Weltkrieges 1914-1918 gefallen sind).

795 Der Initiator dieses Projekts, Herbert Monkowski, schilderte die Tafelrenovierung wie folgt: „Die neuen Tafeln sind aus schwarzem Stein, die Buchstaben – in den Stein eingelassen – leuchten im glänzenden Gold. Das ganze Gemäuer und das eiserne Eingangstor ebenfalls frisch gestrichen. Der traurige Anblick auf die leeren Nischen ist weg. Ich gestehe, meine innerliche Freude war riesengroß über diesen so zufriedenstellenden Anblick“. H. Monkowski, *Eine Überraschung am Eingang zum Bertungen-Kirchhof*, in: *Jomen-Post. Geschichten und Geschichtchen aus der alten und neuen Heimat* 20 (2008), S. 49.

796 Eine Tafel ist verschollen.

originalgetreue Kopien der Tafeln angebracht: „Originalgetreu heißt dabei in nur deutscher, nicht etwa in deutsch-polnischer oder gar nur polnischer Sprache. Und für dieses deutsche Denkmal hat sich gegen alle behördlichen Hürden [seitens der Woiwodschaftsbehörden – A. S.] ausgerechnet der polnische Vize-Landrat Romanowski eingesetzt“, berichtete „Das Ostpreußenblatt“ mit Genugtuung. Er und der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft seien „Freunde und sie haben nicht das erste gemeinsame Projekt abgeschlossen. Das Ehrenmal ist unter den bereits zwölf von der Kreisgemeinschaft restaurierten und gepflegten Kriegergedenksteinen im Kreis ein weiterer Meilenstein im Verständigungsprozess“.

In diesem Beitrag werden auch drei Funktionen genannt, die dieses und andere Denkmäler aus der Sicht der Landsmannschaft erfüllen: „Es ehrt die Gefallenen, es erinnert an die deutsche Geschichte des Ortes und es symbolisiert vor allem das Voranschreiten des deutsch-polnischen Ausgleichs. Das südliche Ostpreußen erhält seine Geschichte Stück für Stück zurück und gewinnt damit seine Zukunft.“<sup>797</sup> Eine klarere Auslegung der Politik der Landsmannschaften gegenüber der Ehrung der deutschen Vergangenheit in Polen ließe sich kaum finden.

Zbigniew Mazur meint: „Kriegerdenkmäler aus der Zeit des Ersten Weltkriegs haben ihre ‚nationalistische, militaristische und revanchistische‘ Ausstrahlung größtenteils eingebüßt. Sie erfüllen derzeit eine andere symbolische Funktion, doch ihre Aussage ist weiterhin zumindest doppeldeutig“. Er meint ferner: „Es gibt keine Gründe mehr, Überreste deutscher Kriegsgedenkstätten zu zerstören, obwohl man sich genauestens bewusst sein muss, welche ideologische Botschaft sie einst transportierten, von wem und zu welchem Zweck sie eingerichtet wurden. Nach meiner Überzeugung sollten sie in dem Zustand, in dem sie sich heute befinden, in Ruhe gelassen und lediglich mit einer entsprechenden Informationstafel versehen werden. ‚Kriegerdenkmäler‘ bleiben ungefährlich, solange sie ihre bisherige Gestalt behalten und ihren Aufstellungsort nicht ändern, weder eine Restaurierung oder Renovierung noch ggf. eine Verlegung erfahren, es sei denn auf einen Soldaten- oder einen kommunalen Friedhof. Entschieden Einhalt geboten werden muss der Praxis, sie neu zu definieren, sie um neue Inhalte zu ergänzen und mit einer modifizierten Botschaft zu versehen, da ihre höchst zweifelhafte Provenienz auch so durchscheint.“<sup>798</sup>

An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass Franzosen und Dänen nach der Wiedererlangung ehemals deutscher Gebiete (Elsass und Lothringen, Schleswig), zur Abtragung solcher Gedenkstätten schritten. Ähnlich verfahren Tschechen, Litauer und Russen nach 1945.

---

797 H. Zlotke, B. Knapstein, *Eine Stätte – drei Funktionen*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 22.11.2003, Nr. 47, S. 13.

798 Z. Mazur, „*Pomniki wojowników*“ ..., S. 53.

Es ist nicht das erste Mal, dass polnische Kommunal- oder Kirchenbehörden höchst unbekümmert, ja mit einer an Unbedarftheit und Dummheit grenzenden Verantwortungslosigkeit, verschiedene Vorschläge aus landsmannschaftlichen Kreisen annehmen. Manchmal verstoßen sie gar gegen Interessen Polens. Ein „klinisches Beispiel“ dafür war die im März 2007 publik gemachte Idee Bogumił Kuźniewskis, des Stadtrats und Präsidenten der Gesellschaft der Freunde von Olsztynek (TPO), „die deutsche Vergangenheit wiederzubeleben“. Er schlug nämlich vor, einen Teil des Tannenberg-Nationaldenkmals, des seit 1935 wichtigsten „Reichsehnmals“ in Deutschland, wiederaufzubauen. In einer Gruft waren die sterblichen Überreste des „Befreiers Ostpreußens“ und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg beigesetzt. Es war Ort chauvinistischer Demonstrationen und zahlreicher nationalsozialistischer Kundgebungen und Versammlungen.<sup>799</sup>

Diese Idee, die in den landesweiten Medien ausführlich kommentiert wurde, fand bei den Stadtvätern keine Anerkennung und wurde von Historikern kritisiert.<sup>800</sup>

Auf ähnliche Kritik, allerdings im lokalen Maßstab, stieß die Wiedererrichtung der Volksabstimmungsdenkmäler in Ramsowo, Olecko und Ostróda. Einer der wichtigsten Bausteine der ostpreußischen kollektiven Identität in der Zwischenkriegszeit waren die Überlieferung der Schlacht bei Tannenberg, der Kult um Hindenburg sowie der Volksabstimmungssieg am 11. Juli 1920. Alljährlich fanden zum Jahrestag der Volksabstimmung zahlreiche offen antipolnische Feierlichkeiten statt, die die Idee der ostpreußischen „Einheit mit dem Mutterland“ pfl egten.<sup>801</sup>

799 Der Ideengeber begründete seinen kuriosen Vorschlag folgendermaßen: „Dieses Ereignis [die Schlacht bei Tannenberg – A. S.] ist in Polen kaum bekannt. (...) Wir wollen kein Mausoleum zu Ehren Hindenburgs oder des deutschen Militarismus errichten, das wäre absurd. Wir wollen Soldaten, auch unsere Landsleute, ehren und den Menschen zeigen, was hier geschehen ist“. A. Grabarczyk, *Radny z Olsztyńska chce uczcić Hindenburga*, in: *Dziennik* vom 10.-11.03.2007, S. 14.

800 W. Borodziej dazu: „Diese Idee ist absurd, krank. Die Polen sollen also einen Ort deutschen Waffenruhmes wiederaufbauen, wo die Nazis feierten... Das ist doch Unfug“. W. Roszkowski stellte fest: „Im Bewusstsein der Deutschen war dieses Denkmal ein Ort des deutschen Waffenruhmes. Die Polen sollten diesen Ruhm nicht fördern. Einer Schlacht unserer Teilungsmächte zu gedenken, wäre fehl am Platze. Und Hindenburgs Gruft als wiederaufzubauenden Teil auszuwählen, ist erst recht Unsinn. Genau dieser Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler gesalbt. (...) Man muss eine Informationstafel aufstellen, an das historische Ereignis erinnern, den Verlauf der Schlacht schildern. Aber man darf doch nicht das Denkmal wiedererrichten, den Kultort des deutschen Militarismus, der so viele Menschen das Leben gekostet hat“. Ebenda.

801 Im Rahmen des Volksabstimmungszeremoniells, das der Pflege des Gedenkens diene, wurden alljährlich Volksabstimmungsfeierlichkeiten mit patriotischen Volksfesten und Sportveranstaltungen organisiert, Denkmäler errichtet und Ausstellungen veranstaltet. Die Feierlichkeiten, die die Form von „Siegesfesten“ annahmen, sollten den Patriotismus stär-

Bei den meisten Volksabstimmungsdenkmälern handelt es sich um große Findlinge<sup>802</sup>, an denen in der Regel zwei kurze Inschriften angebracht wurden: „Wir bleiben deutsch“ oder „Dieses Land bleibt deutsch“.<sup>803</sup> Sie wurden auch um eine Auskunft ergänzt, wie viele Stimmen „für Deutschland“ bzw. „für Polen“ abgegeben wurden. Den Abschluss bildete ein schwarzes Kreuz auf weißem Schild.<sup>804</sup> Der „Gedenkstein“ wurde am zentralen Punkt des Ortes aufgestellt. Abstimmungsdenkmäler wurden in allen Kreisstädten errichtet, in denen die Volksabstimmung stattgefunden hatte, sowie in vielen Kleinstädten und Dörfern.<sup>805</sup>

- 
- ken (u. a. durch den Treueid) und die Massen gegen das Feindesland Polen mobilisieren und konsolidieren. Das alljährliche Ritual der ostpreußischen Siegesfeste wurde durch das Läuten der Kirchenglocken eingeleitet. Der Umzug der Einwohner und Ansprachen am Abstimmungsdenkmal waren die Höhepunkte der Feierlichkeiten, während deren auch oft Feldmessen zelebriert wurden. Die wichtigsten Orte dieser Feierlichkeiten waren in Masuren Lyck, im Ermland Allenstein und im Marienburger Land Marienburg. Am intensivsten wurden runde Jahrestage (1925 und 1930) gefeiert. Auch zur Zeit der NSDAP-Herrschaft wurde die Abstimmungstradition fortgeführt und in die „Deutschen Tage“ eingebunden. Diese waren eine Inszenierung des „Kampfgeistes“ und des großdeutschen Nationalismus und Chauvinismus. Vgl. Traba, *Wschodniopruskość...*, S. 361-381.
- 802 Es wurden auch „klassische“ Denkmäler, wie z.B. in Allenstein oder Marienburg, errichtet. An der Spitze des Marienburger Denkmals wurde eine Figur des Deutschen Ritters mit bloßem Schwert aufgestellt. In den hohen Sockel wurde die folgende Inschrift eingemeißelt: „Dieses Land bleibt deutsch/11. Juli 1920“. Zur Erinnerung an die Volksabstimmung wurden sog. Abstimmungseichen gepflanzt. Oftmals wurde neben ihnen eine Gedenktafel aufgestellt, die wie z.B. in Lötzen/Giżycko folgende Aufschrift trug: „Deutsche Eiche auf deutschem Grund/tue heut' und für immer kund/Masuren bleibt deutsch...“. Die Abstimmungseiche wächst heute auch noch. Die Tafel wurde unmittelbar nach dem Krieg abgenommen.
- 803 Es gab auch vereinzelt längere Inschriften, z. B. am Denkmal in Wydmyny/Widminnen: „HIER / IST DEUTSCHES / LAND“, darunter: „ZUR / ERINNERUNG / AN DEN / 11. JULI 1920“, ganz unten: „DEUTSCH / GEBOREN / DEUTSCH GELEBT / UND / DEUTSCH / GESTIMMT“.
- 804 Dies war ein Verweis auf das Symbol des Ordensschildes und das Zeichen des „Heimadienstes“ (HD), auf dessen Initiative der Bau zahlreicher solcher Denkmäler zurückgeht. Daher wurden an vielen Denkmälern in den oberen Feldern des Schildes die Buchstaben „HD“ (z. B. in Oletzko, Johannsburg oder Grieslienen) bzw. „HV“ (für „Heimatverein“, z. B. in Allenstein) eingemeißelt.
- 805 Abstimmungsdenkmäler erhielten etwa Mohrunen, Oletzko, Lyck, Osterode, Johannsburg, Ortelsburg, Neidenburg, Bischofsburg, Rößel, Bischofstein, Grieslienen, Widminnen und Groß Ramsau. Die genaue Zahl der Denkmäler war nicht festzustellen. Das imposanteste Denkmal wurde in Allenstein errichtet (und am 7.-8. Juli 1928 feierlich eingeweiht). 1925 wurde das Theater in Allenstein als „Tredank“ für die „patriotische Haltung bei der Abstimmung“ feierlich eröffnet. Diese Art des Gedenkens wurde wie folgt begründet: „Der nationale Kampf zwischen Polen und Deutschen war ein ‚Kampf des Geistes‘. Über das Wesen eines Volkes entscheiden Kultur und historische Ent-

Auch in Nordschleswig wurden symbolische Volksabstimmungssteine aufgestellt. Nach 1945 haben die Dänen all diese Mahnmale als Symbole der deutschen Herrschaft und des deutschen Expansionismus beseitigt.

Die Schicksale der Abstimmungsdenkmäler in Ermland und Masuren waren unterschiedlich. Manche verschwanden unter ungeklärten Umständen, ein Teil wurde von der einheimischen Bevölkerung versteckt (vergraben). Andere wiederum wurden von den polnischen Behörden im Zuge der Tilgung deutscher Spuren abgetragen, vergraben, zertrümmert oder für andere Zwecke bestimmt.

Ab 2005 begannen Mitglieder des Bundes Junges Ostpreußen (BJO), der Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen, mit der Wiedererrichtung des bereits erwähnten Denkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in Ramsowo und der Neuaufstellung des gestürzten und vergrabenen „Abstimmungssteins“, der zuvor die Gedenktafel eingebüßt hatte. Trotz Bemühungen war der Wortlaut der verschollenen Tafel nicht zu rekonstruieren.

Schließlich wurde am erneuerten Steinsockel des in der Dorfmitte aufgestellten Abstimmungsdenkmals eine Steinplatte mit einer zweisprachigen Inschrift angebracht: „Volksabstimmung am 11. Juli 1920 / Na pamiątkę plebiscytu 11 lipca 1920“. Auf den Sockel wurde der wiedergefundene Abstimmungsstein mit dem weißen Ordensschild und dem schwarzen Kreuz (dem Symbol Ostpreußens) gesetzt. An einer Seite des Sockels wurde eine Tafel mit einem anderen ostpreußischen Wahrzeichen, der Elchschaufel, und den Buchstaben „BJO“ angebracht. Am 24. Juli 2006 übergab der BJO „beide Objekte der Öffentlichkeit“.<sup>806</sup>

---

wicklung. Aus diesem Grunde sollte das Theater eine ‚Hochburg deutschen Geistes‘ sein.“ Vgl. Traba, *Wschodniopruskość...*, S. 374. Das Theatergebäude hat die Kriegswirren fast unversehrt überstanden. Von der Fassade wurde die Aufschrift „Treu dank“ abgeschlagen. Die erste polnische Vorführung fand am 18. Juli 1945 statt. Ein halbes Jahrhundert später stritt man in den Kulturkreisen Olsztyns, ob man den Jahrestag des Theaterbaus oder der Gründung der „polnischen Bühne“ feiern sollte. Heute befindet sich im Gebäude das Stefan-Jaracz-Theater.

- 806 Die Gruppe der Initiatoren des Aufbaus kehrte damals vom alljährlichen Fest der deutschen Minderheit (Ostpreußisches Sommerfest), das in Giżycko stattfand, zurück. Klaus Staschko, einer der Initiatoren, berichtete: „Einige polnische Männer, Einwohner von Ramsowo, halfen uns logistisch und praktisch. Jeden Tag hatten wir wunderschönes Wetter. Viele junge und ältere Einwohner von Ramsowo zeigten sich mit unseren Renovierungsarbeiten zufrieden.“ *Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land e.V.*, 37 (2006), S. 191-195. Vgl. auch: J. Chłosta, *Prawda o plebiscytach na Warmii, Mazurach i Powiślu*, in: *Siedlisko* 5 (2008), S. 28-31. In beiden Artikeln wurde ein Foto des „wiedererrichteten“ Denkmals publiziert. Dem Verfasser der vorliegenden Arbeit ist es trotz mehrmaliger Anrufe beim Gemeindeamt Barczewo im Jahr 2008 nicht gelungen, einen Kommentar der lokalen Behörden dazu zu bekommen.

Die Wiedererrichtung des Abstimmungsdenkmals ohne die erforderliche Zustimmung des Denkmalpflegers und der zuständigen Behörden endete mit einem Skandal. Es war nicht die erste eigenmächtige Wiedererrichtung eines deutschen Denkmals.

Im Jahr 2002 haben Mitglieder des Kulturvereins „Sasin“ in Ostróda den nach 1945 vergrabenen Abstimmungsstein geborgen.<sup>807</sup> In Olecko stieß man im Mai 2006 bei Erdarbeiten im Stadtpark zufällig auf das 1945 auf Anordnung polnischer Behörden vergrabene Abstimmungsdenkmal.<sup>808</sup> Vertreter der Treuburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit und der Kreisgemeinschaft Treuburg (Oletzko wurde zu Ehren des Abstimmungssieges in Treuburg umbenannt) bekundeten ihren Willen, das Abstimmungsdenkmal am alten Ort wiederzuerrichten. Die Denkmalschutzbehörde und der Bürgermeister waren aber anderer Meinung.<sup>809</sup>

Ein anderes Beispiel für die eigentümlich verstandene historische Politik, wie sie von manchen Vertretern der lokalen Selbstverwaltungsbehörden betrieben wird, war die Diskussion um die Beseitigung des in den siebziger Jahren errichteten Rodło-Denkmal in Biskupiec. Anfang des Jahres 2006, kurz vor der Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages mit den Stadtbehörden von Bramsche, schlug der Bürgermeister von Biskupiec, Marek Domin, diesen zu Gefallen vor, das Denkmal für das Rodło-Zeichen aus dem Stadtzentrum zu entfernen. Das Rodło-Zeichen steht für den polnischen Charakter dieser Gebiete und erinnert an die Aktivitäten des Bundes der Polen in Deutschland in der Zwischenkriegszeit sowie an die Verbundenheit der Polen in Deutschland mit dem Vaterland.<sup>810</sup> Die-

807 Im Jahr 1963 wurde auf Anweisung der lokalen Behörden das Abstimmungsdenkmal in Pisz endgültig beseitigt. In den siebziger Jahren wurde der Abstimmungsstein vom Sokkel in eine ausgehobene Grube gestoßen und zugeschüttet. Vgl. *Pomniki plebiscytowe dawnych Prusach Wschodnich*, [www.forum.eksploracja.pl](http://www.forum.eksploracja.pl) (5.12.2007).

808 Das am 11. Juli 1925 eingeweihte Denkmal trägt die Inschrift: „Kreis Oletzko / 11. Juli 1920 / Für Deutschland 28 625 Stimmen / Für Polen 2 Stimmen“. Am 1,2 m hohen Stein ist ein Deutschordensschild mit Kreuz und den Buchstaben „HV“ eingemeißelt.

809 Das Denkmal wurde auf einen Platz beim Unternehmen für Kommunalwirtschaft in Olecko verbracht. „Am populärsten ist der Plan zur Aufstellung im Heimatmuseum (Muzeum Ziemi Oleckiej)“, lesen wir im Beitrag *Historia wyszła z ziemi. Olecko. Co zrobić z kłopotliwym pomnikiem*, in: *Schlesisches Wochenblatt* 267 (2006), S. 13.

810 Die kommunalen Behörden von Biskupiec argumentierten, das Denkmal müsse entfernt werden, weil es einfach hässlich sei, eindeutig mit den Zeiten Volkspolens assoziiert werde und die deutsche Seite reizen könne. Der Bürgermeister fragte: „Was, wenn Gäste aus der deutschen Partnerstadt einen Spaziergang durch die Stadtmitte machen möchten? Dann wird ihnen eines der Symbole der schwierigen Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen ‚in die Augen stechen‘.“ Das Denkmal der Kämpfer für ein polnisches Ermeland und Masuren soll durch ein neues ersetzt werden. Vorgesehen ist ein Granitstein mit zwei Bronzereliefs: ein Abbild von Johannes Paul II. mit der Aufschrift „Bogu dziękujcie – ducha nie gaście“ (Danket Gott. Den Geist löscht nicht aus.) und ein Adler mit der

ser Vorschlag stieß auf Kritik bei den Woiwodschaftsbehörden und in Historikerkreisen.<sup>811</sup>

Weitere Beispiele für Auseinandersetzungen um das Gedenken und die Einhaltung der „politischen Korrektheit“ gegenüber der deutschen Seite sind die Idee, in Olsztyn ein Denkmal für Oskar Belian (1877-1908), Mitglied des Ostmarkenvereins und Bürgermeister von Allenstein, zu errichten, und Vorschläge der Stadtväter von Olsztyn im Jahr 2000, die bisherige Stadthymne *O Warmio moja miła* (Mein liebes Ermland) durch ein anderes Lied zu ersetzen. Dieses Lied, das auch als „Hymne Ermlands“ bezeichnet wird, entstand 1920 am Vorabend der Volksabstimmung. Es stammt von dem 1877 im ermländischen Wartenburg geborenen hervorragenden Komponisten Feliks Nowowiejski (mehr darüber im nächsten Unterabschnitt dieser Studie).<sup>812</sup>

Wegen des verbrecherischen Charakters der Naziherrschaft in den Jahren 1933-1945 und der Schwäche der deutschen Minderheit in Ermland und Masuren sind die deutschen Denkmäler, die dieser Zeit gedenken, kein Gegenstand solcher Auseinandersetzungen und Konflikte wie im Oppelner Land.<sup>813</sup>

Umstritten war auch der Wortlaut der Inschriften auf den Gedenktafeln in Frombork und Gierłoż. Auf Initiative der deutschen Minderheit und der kommu-

Inschrift „Poległym za ojczyznę“ (Den fürs Vaterland Gefallenen). Paździoro, *Kłujący symbol. Biskupiec: Czy z centrum miasta zniknie rodło?*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 20.01.2006, S. 7.

- 811 Janusz Jasiński stellte im Gespräch mit einem Redakteur der „Gazeta Olsztyńska“ fest: „Wenn das, was Sie schreiben, stimmt, dann ist es ein Skandal! Wir dürfen uns unserer eigenen Geschichte nicht schämen, und etwas zu zerstören oder zu verlegen, nur weil es in Volkspolen entstanden ist, ist ein Missverständnis. Die Polen haben unter dem Rodło-Zeichen um den polnischen Charakter dieser Region gekämpft und ihr Leben riskiert. Und wir sollen uns ihrer schämen? Ich denke, dass eine solche Kriecherei vor dem deutschen Partner dazu führen kann, dass er die polnische Seite mit Geringschätzung behandelt. Man darf seine eigene Vergangenheit nie leugnen!“ Ebenda.
- 812 Paździoro, *Kłujący symbol. Biskupiec. Czy z centrum miasta zniknie rodło?*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 20.01.2006, S. 7.
- 813 Um die strittigen Fragen zu lösen, z. B. die Schreibweise der Ortsnamen, d. h. ob es der deutsche Name sein sollte (und wenn ja, ob aus der Zeit vor den Umbenennungen ab 1933 oder nicht), ob die Inschriften zweisprachig sein und welchen Wortlaut sie haben sollten („gefallene Helden“ oder „Opfer“), berief man ein Unterhändlersteam zur Prüfung von Denkmälern bzw. Gedenktafeln, die mit ihrem Wortlaut und ihrer Symbolik an die Zeit des Zweiten Weltkriegs anknüpfen. Vgl.: D. Berlińska, *Mniejszość niemiecka na Śląsku Opolskim w poszukiwaniu tożsamości*, Opole 1999; L. M. Nijakowski, I. Szteliga, *Informator o spornych pomnikach niemieckich na Śląsku Opolskim*, Opole, Warszawa 2005; L. M. Nijakowski, *Domeny symboliczne...*; G. Kosmala, *Konflikt o pomniki żołnierzy niemieckich poległych podczas I i II wojny światowej rozgrywający się w województwie opolskim w latach 1992-2004*, Wrocław 2007.

nalen Behörden von Frombork wurde 2001 ein Gedenkstein enthüllt, der über die Tragödie im Frischen Haff und auf der Frischen Nehrung im Jahr 1945 „Halbwahrheiten verkündet“.<sup>814</sup>

In den Jahren 2002 und 2004 wurden auf Initiative der deutschen Seite in Gierłoż bei Kętrzyn auf dem Gelände des ehemaligen Führerhauptquartiers „Wolfschanze“ zwei Gedenktafeln zur Erinnerung an das Attentat auf Hitler feierlich enthüllt.<sup>815</sup> Nach einigen Jahren wurde der Fall 2008 infolge von Artikeln der Tageszeitung „Nasz Dziennik“ Gegenstand einer Kontroverse.<sup>816</sup>

- 814 Die zweisprachige Inschrift lautet: „450 000 ostpreußische Flüchtlinge flohen über Haff und Nehrung, gejagt vom unerbittlichen Krieg. Viele ertranken, andere starben in Schnee und Eis. Ihr Opfer mahnt zu Verständigung und Frieden. Jan.-Febr. 1945). Jasiński meint: „Der Stein verkündet rätselhaft, dass es Opfer eines ‚unerbittlichen Krieges‘ waren. Warum wurde nicht hinzugefügt, dass dieser Krieg vom Dritten Reich angezettelt wurde? Außerdem fehlt auf der Tafel ein Hinweis, dass die größte Verantwortung für diese Tragödie Gauleiter Koch trägt, der bis zu letztem Augenblick mit der Evakuierung gezögert hat. Und schließlich wurde übersehen, dass mit den Ostpreußen auch ausländische Zwangsarbeiter fliehen mussten und umkamen. Die Inschrift besagt weiter, dass die Opfer ‚zu Verständigung und Frieden mahnen‘. Schön und gut, aber diese Frage ist doch eine innerdeutsche (oder deutsch-russische?), und es geht nicht um Frieden und Verständigung mit den Polen, die mit den Ursachen der Tragödie am Haff und auf der Nehrung nichts zu tun hatten. Diese Aufforderung ist schlicht fehl am Platz. Ich bin mir bewusst, dass es schwierig ist, auf einem Stein die ganze Wahrheit darzustellen. Gleichwohl hätten die wichtigsten Umstände der Flucht im Jahr 1945 knapp und bündig berücksichtigt werden können. Und so verfestigt der Text die halbe Wahrheit, außerdem ist die polnische Fassung keine genaue Übersetzung der deutschen. Und wieder einmal hat, was die Stadtbehörden anbelangt, mangelnde Geschichtskennntnis und mangelnde Konsultation mit polnischen Historikern die Oberhand gewonnen.“ J. Jasiński, *Bismarck i inne przypadki. Droga na manowce*, in: *Siedlisko* 1 (2005), S. 4. Vgl. auch: J. Bierula, *Kwestia dziedzictwa kulturowego ziem pruskich*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1 (2002), S. 134 f.
- 815 Die erste der beiden trägt die zweisprachige Inschrift: „Hier stand die Baracke, in der am 20. Juli 1944 Claus Schenk Graf von Stauffenberg ein Attentat auf Adolf Hitler unternahm. Er und viele andere, die sich gegen die nationalsozialistische Diktatur erhoben haben, bezahlten mit ihrem Leben.“ Eine weitere Tafel trägt die Aufschrift: „In Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus“.
- 816 Z. Baranowski, *Niemcy dorabiają sobie legendę. Władze gminy Kętrzyn nie mają żadnych zahamowań w firmowaniu rewizji historii II wojny światowej, kreuując zwolennika nazistowskiej ideologii na bohatera*, in: *Nasz Dziennik* vom 8.08.2008, S. 1, 5. Der Autor dieses Beitrags zitiert die Einschätzung des Historikers Mieczysław Smoleń (Jagellonen-Universität Krakau), der festhielt: „Der Text dieser Inschriften hat mit historischem Wissen nichts zu tun. Sie haben ja keinen Widerstand geleistet, es war eine Meuterei in Offizierskreisen.“ Baranowski hebt von Stauffenbergs feindliche Einstellung zum polnischen Staat und den Polen hervor und fragt: „Wurde der Wortlaut der Tafelinschriften mit den dazu befugten Organen abgestimmt? Die entscheidende Rolle spielt diesbezüglich die lokale Selbstverwaltung, in diesem Fall der Gemeinde Kętrzyn. Dort

Kontroversen hat auch ein am 21. Juni 2009 enthüllter Gedenkstein für Heinrich von Lehndorff vor dem Schloss in Sztynort (Steinort) in Masuren hervorgerufen. An den Feierlichkeiten, die von der Polnisch-Deutschen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz zum 100. Geburtstag von Heinrich von Lehndorff, einem der Verschwörer gegen Hitler von 1944<sup>817</sup> veranstaltet wurden, nahmen nicht nur Vertreter der Geschlechter Lehndorff und Dönhoff, sondern auch die ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Antje Vollmer teil. Anwesend waren auch polnische Diplomaten und Kommunalpolitiker.

Das seit Jahrzehnten verfallende Schloss kann vielleicht bald von dieser Stiftung gerettet werden, die es für einen symbolischen Zloty gekauft hat.<sup>818</sup>

---

wurden wir an die Woiwodschaftsebene und an den Nutzer des Grundstücks verwiesen und die Vermutung geäußert, die Kommune habe sich damit wohl gar nicht befasst. Im Komitee zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium (KOPWiM) beim Woiwodschaftsamt Ermland-Masuren wurde uns mitgeteilt, der Fall der Gedenktafel aus dem Jahr 2004 sei gar nicht erfasst. Der Sekretär des Rates zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium (ROPWiM), Andrzej Przewoźnik, dem wir die Angelegenheit darlegten, stellte fest, die Inschriften ‚zeigen komplette Ignoranz‘. Er kündigte an, sich nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub der Sache anzunehmen und den ermländisch-masurischen Woiwoden offiziell anzuschreiben. Der Pressesprecher des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), Andrzej Arseniuk, sagte, das IPN frage bei der gemeindeweisen Inventarisierung von Gedenkstätten nationalsozialistischer Verbrechen bei den Kommunen an, ob die Inschriften der Denkmäler den historischen Kontext widergeben.“ Nach Ansicht von Mieczysław Ryba äußert sich hierin eine Revision der Geschichte: „Die deutsche Geschichtsrevision beruht darauf, dass Einzelgeschehnisse ohne ihren Kontext dargestellt werden. Was war das Ziel Stauffenbergs und seiner Mittäter? Sie wollten das deutsche Imperium retten. Ähnlich ist es mit einer anderen Angelegenheit: den Vertreibungen. Was heißt das, Vertreibungen? Die Deutschen reden über sie losgelöst vom Kontext.“ *To jest próba rewizji historii. Z dr. Mieczysławem Rybą, historykiem z Katolickiego Uniwersytetu Lubelskiego Jana Pawła II, członkiem Kolegium Instytutu Pamięci Narodowej, rozmawia Zenon Baranowski, ebenda S. 5.*

- 817 Manche Historiker verwiesen darauf, dass von Lehndorff, obwohl er für die Beteiligung an der Verschwörung gegen den Führer mit dem Leben bezahlen musste, am Krieg gegen Polen teilgenommen habe und „Vertreter einer polenfeindlichen Gruppe preußischer Imperialisten gewesen ist. Durch die Teilnahme polnischer Behördenvertreter an diesen Feierlichkeiten legitimiert die deutsche historische Politik, die auf eine Reinwaschung negativer Taten der Deutschen abzielt.“ Z. Baranowski, *Czyny wroga Polski. Z wielką pompą odsłonięto na Mazurach pomnik grafa Heinricha von Lehndorffa, który walczył przeciw Polakom podczas II wojny światowej*, in: *Nasz Dziennik* vom 23.06.2009, S. 1, 3.
- 818 *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 22.06.2009, S. 3. Vgl. auch: S. Winter, *Das Erbe des Verschwörers*, in: *Der Spiegel* 30 (2009), S. 28-30; I. Spelsberg, *Masurens Zukunft ist die Vergangenheit. Ein deutsch-polnischer Gedenkstein und die Folgen: Das Schloss in Steinort/Sztynort soll gesichert werden*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13.07.2009, S. 27; *Steinort – verlorenes Erbe oder eine Chance zur Rettung? Die Restaurierung und*

Im Juni 2009 wurden bei der Durchführung von Erdarbeiten anlässlich der Renovierung des Solidarność-Parks in Elk Reste eines Denkmals für das Infanterie-Regiment Generalfeldmarschall von Hindenburg entdeckt. Stadtpräsident Tomasz Andrukiewicz meinte: „Das ist eine wichtige Entdeckung für die Stadt. Der Ort wird entsprechend gekennzeichnet, es wird eine Informationstafel mit einem Foto mit der Ansicht des Denkmals vor dem Krieg aufgestellt. Bald wird dieser Ort Besuchern zugänglich gemacht.“<sup>819</sup>

Auf Initiative der deutschen Minderheit wurde am 2. September 2001 in Klebark Wielki (Gr. Kleeberg) ein Denkmal feierlich enthüllt, das aus einem Findling mit einer Gedenktafel besteht und folgende Inschrift auf Polnisch und Deutsch trägt: „Den Ermordeten und Zermarterten in den Jahren 1939-1947... Den Priestern und dem Volk der Diözese Ermland“.<sup>820</sup>

Am 8. Juni 2002 wurde in Najdymowo (Neudims) bei Biskupiec eine Gedenktafel mit den Namen von fünf im Januar 1945 beim Einmarsch der Roten Armee Ermordeten enthüllt. An derselben Stelle ruhen auch drei deutsche Soldaten.<sup>821</sup>

---

*Nutzung der Schlossanlage Steinort als gemeinsame deutsch-polnische Initiative, Materialien der Konferenz in Olsztyn, 5.-6. November 2008.*

819 Zit. nach: *Tam stał pomnik Hindenburga*, in: *Trybuna* vom 15.06.2009, S. 6. Der Königin-Luise-Park (heute Solidarność-Park) galt einst als schönster Ort in Lyck. Es war eine ausgedehnte Grünanlage mit einem Springbrunnen und Eichbäumen, gepflanzt zu Ehren der Kaiser Friedrichs III. und Wilhelms I. Dort befanden sich drei Denkmäler. Zuerst wurde während des Ersten Weltkrieges eine Hindenburg-Säule aufgestellt. Später wurden beiderseits des Parks Denkmäler für die gefallenen Infanteristen und Dragoner der Lycker Garnison, darunter des Infanterie-Regiments Generalfeldmarschall Hindenburg, errichtet. Die 3,5 Millionen Zloty teure Neugestaltung des Parks umfasst: Anlegung von Alleen, Aufstellung von 25 Straßenlaternen, neue Bänke, Trinkbrunnen mit Quellwasser, Aufbau einer Freilichtbühne, Renovierung des Michał-Kajka-Denkmal und eines Springbrunnens aus dem 19. Jahrhundert sowie Beleuchtung mancher Bäume. *Gazeta Olsztyńska* vom 9.06.2009, S. 3. Viele ähnliche „Funde“ und Gedenkstätten dokumentiert Wojciech Marek Darski in seiner interessanten Arbeit *Mazury od środka. Bedeker dla przyjaciół*, Giżycko 2009. Das Buch enthält die Beschreibung von 133 sehenswerten Orten, einige hundert Besichtigungsrouten und 334 Fotografien.

820 Darüber steht nur auf Polnisch ein Zitat aus dem Buch der Weisheit (3,1-4): „Die Seelen der Gerechten sind in Gottes Hand, und keine Qual kann sie berühren. In den Augen der Menschen wurden sie gestraft; doch ihre Hoffnung ist voll Unsterblichkeit.“ Am Fuß des Denkmals wurde der geborstene obere Teil eines alten gusseisernen Grabkreuzes angebracht. An der Feierlichkeit nahmen Vertreter der Selbstverwaltung, der deutschen Minderheit und des Deutschen Generalkonsulats Danzig teil. Vgl. *Mitteilungsblatt* 9 (2001), S. 1.

821 *Mitteilungsblatt* 6 (2002), S. 9. Vgl. auch: D. Maksyńko, *Działalność społeczna i kulturalna mniejszości niemieckiej na Warmii i Mazurach...*, S. 55 f. Als Kuriosum lässt sich anführen, dass sich ein Stein erhalten hat, der an eine für Hilter gepflanzte Linde erinnert, mit der folgenden Inschrift: „Adolf Hitler-Linde 1. Mai 1933“. Ein Foto dieses Gedenksteins wurde veröffentlicht im Bildband *Mazury. Obrazy nostalgii*, Fotos K. Hejke, Text

In Olsztynek wurde 2005 eine verputzte Tafel freigelegt, mit der deutscher, bei Kriegshandlungen umgekommener Jugendlicher gedacht wird. In Paślęk wurde im gleichen Jahr ein Denkmal für im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommene Einwohner aufgestellt. 2004 wurden die Friedhöfe in Waplewo (Waplitz, Gemeinde Olsztynek) und in Olecko renoviert.<sup>822</sup>

Auf Betreiben des evangelischen Geistlichen Fryderyk Tegler wurde am 15. Juni 2007 auf dem Friedhof in Ryn eine Gedenktafel am Grab von 24 im Januar 1945 von Rotarmisten ermordeten Einwohnern aus Stadt und Umgebung feierlich eingeweiht.<sup>823</sup> Auch auf anderen Friedhöfen befinden sich Gedenkstätten für die tragischen Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges<sup>824</sup>. Sie sind positive Beispiele für die mögliche Verständigung zwischen den früheren und heutigen Einwohnern sowie zwischen lokalen Behörden und Organisationen der deutschen Minderheit. Das heißt aber nicht, dass der Streit um symbolische Domänen gänzlich abgeflaut ist.<sup>825</sup>

---

D. Jarosiński, Warszawa 2004, S. 131. Frühere Einwohner der Region haben dem Verfasser dieser Arbeit Hitler-Eichen oder -Linden gezeigt, die bis heute wachsen. Sie sind selbstverständlich nicht Gegenstand irgendeines Gedenkens. „Die Tafeln sind zerstört oder verschollen und die Bäume wachsen. Kaum einer weiß über sie Bescheid“, so einer der von mir Befragten (M-72).

- 822 Alle diese Renovierungsarbeiten an den Erinnerungsorten erfolgten unter Beachtung der geltenden Vorschriften und Verfahren. Sie zeugen von einer guten Kooperation der deutschen Minderheit mit verschiedenen Behördenebenen. Ein Teil der Vorhaben wurde gemeinsam mit Partnern aus Deutschland realisiert, z. B. die erwähnte Denkmalerneuerung und Sanierung des evangelischen Friedhofs in Olecko.
- 823 Bis vor kurzem erschien diese Grabstätte in offiziellen Registern als „Grab unbekannter Soldaten“. Frühere Bemühungen Teglers, der zur Zeit des Kommunismus Pastor der örtlichen evangelisch-ugsburgischen Gemeinde war und später in die Bundesrepublik auswanderte, fanden bei den Behörden keine Anerkennung und wurden schikaniert. Für die Aufstellung des Gedenksteins holten die Initiatoren, d. h. ehemalige und neue Einwohner von Rhein/Ryn, bei den Stadtbehörden und dem Komitee zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium in Warschau entsprechende Genehmigungen ein. Vgl. *Ehrung der Toten von Kriegswinter*, in: *Masurische Storchepost* 7 (2007), S. 12-14.
- 824 Zum Beispiel befindet sich auf dem Friedhof in Morąg die Grabstätte von 26 Diakonissen, die im Januar 1945 aus Furcht vor einmarschierenden Soldaten der Roten Armee kollektiven Freitod begingen. In Piotraszewo bei Dobre Miasto wurde im Sommer 2005 auf dem lokalen Friedhof ein Gedenkstein für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Einwohner aufgestellt. In Kortowo (heute ein Stadtteil von Olsztyn) wurde auf dem Universitätsgelände eine Gedenktafel für die von den Rotarmisten getötete Zivilbevölkerung angebracht.
- 825 Die Behörden haben diverse andere Anregungen der deutschen Minderheit nicht bewilligt, wie z. B. die Errichtung eines Obeliskens für die Verbundenheit der Region Szczytno mit früheren und heutigen Einwohnern oder eines weiteren Gedenksteins für die 1945 getöteten Einwohner von Heilsberg/Lidzbark Warmiński. Die Stadträte von Szczytno

Bei Respekt vor dem guten Willen und der Sensibilität beider Seiten und bei Beachtung geltenden Rechts und korrekter Verfahren im Zusammenhang mit dem Gedenken an die deutsche Vergangenheit ist eine harmonische Zusammenarbeit durchaus möglich. Unerlässlich ist auch eine kohärente und konsequent betriebene Politik der polnischen Behörden verschiedener Ebenen. Dass dies möglich ist, bezeugt das Beispiel von Goldap, wo in den neunziger Jahren in Zusammenarbeit mit ehemaligen Einwohnern drei Denkmäler im symbolischen Raum der Stadt aufgestellt wurden. Im Mai 1992 wurde auf Initiative der Kreisgemeinschaft Goldap ein deutsch beschriftetes Denkmal eingeweiht.<sup>826</sup> 1996 wurde auf Veran-

---

lehnten das Gesuch der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Heimat“ auf Anbringung einer zweisprachigen Gedenktafel mit dem Text „Richard Anders. 22. März 1856 - 19. Januar 1934. Stifter des Parks im Jahr 1906“ im Stadtpark ab. Negativ äußerte sich dazu 2005 auch der Rat zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium, der feststellte, der 1934 verstorbene Anders, der ein großes Holzunternehmen betrieb, habe „(...) zweifelsohne einen großen Beitrag zur Entwicklung des deutschen Gemeinwesens sowie der örtlichen Gesellschaft im damaligen Ostpreußen geleistet. Das von ihm gegründete Unternehmen arbeitete an der Entwicklung des Dritten Reiches mit und half eine Militärmacht aufzubauen, die Grundlage für Hitlers Aggressionspolitik gegenüber den Nachbarn, in erster Linie gegenüber Polen, war.“ Anders' Enkel betreibt heutzutage in Polen drei Holzunternehmen und „gibt vielen Menschen Arbeit“. L. Krzyszałowicz, *Anders placi za Hitlera. Szczytno: Rada nie chce tablicy*, in: *Mitteilungsblatt* 1 (2006), S. 13. Alfred Czesla äußerte sich in der in Olsztyn erscheinenden Zeitschrift der deutschen Minderheit zu diesem Problem folgendermaßen: „Die Gegner der deutschen Mahnmale verweisen auf deren antipolnischen Charakter. Es ist anzunehmen, dass sich die deutschfeindlichen Tendenzen in Polen verstärken werden. Das liegt an dem Tun von Erika Steinbach oder der Preußischen Treuhand, die als Bedrohung vonseiten Deutschlands wahrgenommen werden. Diese Missgunst resultiert aus antideutschen Phobien, Verständnislosigkeit, mangelnder Kenntnis der Geschichte, der Fortsetzung des Kampfes und des Mangels an Toleranz. Ich sehe hier zwei Konfliktfelder. Erstens, dass die meisten Polen deutsche Helden negativ wahrnehmen. Das andere resultiert aus dem zuerst genannten und beruht auf dem Zusammenprall der deutschen Tradition in der Region mit der genannten Haltung. Es liegt hier ein Konflikt der kulturell-historischen Werte vor. Denkmäler und Tafeln, alte und neue, sind Spuren der Geschichte der Region. Der Konflikt bezieht sich darauf, ob sie die Funktion der ‚Ehrung‘ erfüllen oder nur Erinnerungsstücke sind. Ich halte die zweite Option für die richtige.“ A. Czesla, *Co zrobić z niemieckimi śladami historii Warmii i Mazur. Nielatwe decyzje*, in: *Mitteilungsblatt* 1 (2006), S. 15.

- 826 Die Inschrift lautete: „Zum Gedenken an die 16 Generationen deutscher Bürger, die in Stadt und Kreis Goldap lebten und wirkten“. Die Aufstellung dieses Gedenksteins interpretiert W. Lukowski folgendermaßen: „Von einer ‚aufgeklärten‘ Gruppe von Bürgern Goldaps wurde dieses Mahnmale als ein Zeugnis der historischen Wahrheit und eine wichtige Geste wahrgenommen, als Auftakt zum Dialog mit der deutschen Seite, den ehemaligen Einwohnern der Region Goldap, und den Stadtbehörden von Stade, um so eine Partnerschaft mit dieser Stadt aufzubauen. Auf diese Weise wurden die heutigen Bürger von

lassung der polnischen Kommunalbehörden ein zweites Denkmal für Immanuel Kant aufgestellt<sup>827</sup>. Eine weitere Gedenkstätte war der 2001 enthüllte Findling mit der dreisprachigen Inschrift auf Polnisch, Hebräisch und Deutsch: „Zur Erinnerung an die Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft in Goldap, an die Opfer des Nationalsozialismus in den Jahren 1933-1945“.

Das Denkmal wurde im Rahmen der trilateralen Partnerschaft zwischen Goldap, Stade und der israelischen Stadt Givat Schmuël dort aufgestellt, wo die in der Kristallnacht vom 9.-10. November 1938 niedergebrannte Synagoge stand.<sup>828</sup> Die Stadtbehörden hatten das 1970 am zentralen Platz der Stadt errichteten Denkmal der Waffenbrüderschaft nicht demontieren lassen. Man befand, auch dieses Denkmal sei Bestandteil des kulturellen Erbes der Stadt. All diese Aktivitäten seien ein Beispiel für die „symbolische Aneignung des masurischen Raumes durch die heutigen Bewohner“. Im September 2010 beschloss der Bürgermeister von Goldap allerdings den Abriss des Denkmals. Dies rief Proteste und eine lebhaft diskutierte Diskussion hervor. Im Internet schrieb „j13“: „(...) was spricht dagegen, das Denkmal in seiner bisherigen Form zu sanieren, es am bisherigen Platz zu belassen und nicht die Geschichte zu korrigieren? Wenn wir andere Denkmäler z. B. aus deutscher Zeit erneuern (sanieren), warum tun wir das nicht mit den von uns aufgestellten Denkmälern? Auch die sowjetische Vergangenheit ist Teil des historischen Erbes der Region. Mit der Zerstörung des Denkmals setzen wir uns auf die lange Liste der Barbarei... saniert, könnte man es vielleicht an einen anderen, weniger exponierten Ort versetzen... Die Frage, ob Goldap ohne die Rote Armee zu Polen gehören und hier ein polnischer Bürgermeister amtieren würde, sollten nicht nur lokale Behördenvertreter beantworten, sondern jeder, der in ehemals deutschen Gebieten wohnt!“<sup>829</sup>

---

Goldap als Erben des deutschen Kulturerbes im Sinne eines unteilbaren Ganzen, eines Ertrages von sechzehn Generationen deutscher Bürger wahrgenommen“, W. Łukowski, *Spoleczne...*, S. 241 f.

- 827 Eine lange Inschrift lautete: „Immanuel Kant. 22.04.1724-12.02.1804. Professor und Rektor der Königsberger Universität Albertina. Philosoph, Logiker, Mathematiker, Physiker, Geograph, bedeutendster Philosoph des 18. Jahrhunderts, einer der größten Philosophen der Weltgeschichte, Begründer des Kritizismus, Autor der Kritik der reinen Vernunft. Im Winter 1765/1766 hielt er sich auf Einladung des Garnisonschefs General Daniel von Lossow zum ersten Mal in Goldap auf. Es war die weiteste Reise des Königsberger Einsiedlers“. Diesmal ging es den Stadtvätern in erster Linie um Werbung für ihre Stadt.
- 828 Initiiert wurde die Errichtung des Mahnmals von Karl Heine Hohmann, Einwohner der Stadt vor dem Zweiten Weltkrieg und Zeuge der Ansteckung und Zerstörung der Synagoge.
- 829 *Sowiesi zniknq z centrum Goldapi*, <http://goldap.wm.pl> (3.09.2010). Vgl. auch: W. Łukowski, *Spoleczne tworzenie...*, S. 243. Ein anderes interessantes Beispiel für das Fortbestehen eines alten, ehemals deutschen und eines nach dem Krieg errichteten Denkmals im Bewusstsein heutiger Einwohner der Region analysiert die deutsche Forscherin

Im symbolischen Raum vieler Ortschaften der Region wurden auf Initiative polnischer Behörden, gesellschaftlicher Organisationen und regionaler Aktivisten ähnlich wie vor 1989 vielfältige Maßnahmen zur Erinnerung an die deutsche Vergangenheit ergriffen. Auf Initiative der Polnischen Historischen Gesellschaft (PTH) in Olsztyn wurde 1994 in Jarnoltowo/Groß Arnsdorf, Landkreis Morąg, eine zweisprachige Gedenktafel für Kant gestiftet.<sup>830</sup> In Olsztynek wurde an den ersten Nobelpreisträger in Physiologie und Medizin, Emil von Behring, erinnert, der im örtlichen Gymnasium 1874 seine Abiturprüfung ablegte.<sup>831</sup> Im Frauenburger Dom (1997) und in Olsztyn (1998) wurden Büsten des letzten deutschen Bischofs von Ermland Maximilian Kaller eingeweiht, und in Piersławki/Kleinort wurde das Grab von Paul Wiechert, dem Bruder des Masuren besingenden Schriftstellers Ernst Wiechert, erneuert und gepflegt.<sup>832</sup>

---

Barbara Eßer am Beispiel der Bevölkerung von Stare Juchy in Masuren. Vgl. B. Eßer, *Pomnik niemieckiego żołnierza czy religijne miejsce pamięci?*, in: *Przegląd Zachodni* 1 (2000), S. 149-171; dies., „Historia“ jako aspekt społecznego funkcjonowania malej ojczyzny – spostrzeżenia z Mazur, in: *Wspólne dziedzictwo. Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, pod red. Z. Mazura, Poznań 2000, S. 635-670.

- 830 Die Inschrift lautet in deutscher Übersetzung: „In diesem Ort war um das Jahr 1750 als Privatlehrer tätig Immanuel Kant (1724-1804), der weltberühmte Philosoph aus Königsberg. Groß Arnsdorf 1994“. J. Jasiński meint: „Die Polen sollten unter den herausragenden deutschen Persönlichkeiten in Ostpreußen große Vertreter der deutschen Kultur ehren (Herder, Kant, Wiechert usw.), polenfreundlich gesinnte Persönlichkeiten (z. B. Ferdinand Gregorovius aus Neidenburg, den großen Historiker, der in den achtziger Jahren in seiner Geburtsstadt eine Gedenktafel erhielt, E. T. A. Hoffmann, Johann Jacoby usw.) sowie verdiente Persönlichkeiten, die sich gegenüber Polen neutral verhielten (z. B. den bedeutenden Architekten Erich Mendelsohn). Eine andere Haltung sollten wir, mit gesundem Menschenverstand meine ich, gegenüber anderen bekannten Persönlichkeiten einnehmen, die von den Deutschen oft geschätzt werden, aber gegenüber Polen und der polnischen Bevölkerung entschieden feindlich eingestellt waren. Errichten die Deutschen ihren Feinden Denkmäler? Zu dieser Gruppe gehören Theodor von Schön, der Germanisierer und Oberpräsident von Ost- und Westpreußen, und Max Worgitzki, ein Volksabstimmungsaktivist.“ J. Jasiński, *O pojednaniu...*
- 831 Auf Betreiben des Emil-von-Behring-Vereins zur Pflege deutscher Kulturgüter wurden in Olsztynek zwei Gedenktafeln enthüllt und eine neue Straße nach ihm benannt. Dabei wurde das nach Christoph Cölestin Mrongovius benannte Berufsschulzentrum Olsztynek nach Behring umbenannt. Seinen Namen erhielt auch eine Grundschule in seinem Geburtsort Ławice/Hansdorf bei Ilawa.
- 832 Vgl. 2007 – *Ernst-Wiechert-Jahr. Der 120. Geburtstag unseres Dichters*, in: *Masurische Storchepost* 4 (2007), S. 26 f. In der Region wirkt die Masurische Ernst-Wiechert-Gesellschaft (Mazurskie Towarzystwo Ernsta Wiecherta).

Unabhängig davon wurde jener Masuren und Ermländer gedacht, die sich für die Verbundenheit mit Polen einsetzten,<sup>833</sup> und Denkmäler für hervorragende Persönlichkeiten der polnischen Geschichte errichtet.<sup>834</sup>

### 3.5.2. Konflikt um ein Denkmal in Nakomiady. Eine Fallstudie

Statt zu einer touristischen Attraktion zu werden, spaltete der ausgegrabene und an seinem alten Ort wieder aufgestellte Bismarck-Gedenkstein nicht nur die Bürger des Dorfes Nakomiady (Eichmedien) bei Kętrzyn, sondern löste eine landesweite Diskussion aus. „In Masuren wurde ein Stein ausgegraben, unter dem Dämonen hervorgekommen sind“, schrieb ein Journalist<sup>835</sup> zu dem Streit, der alle Kennzeichen eines sozialen, historischen, symbolischen und juristischen Konflikts trug.<sup>836</sup>

An dem 2005 ausgegrabenen anderthalb Meter hohen Stein ist eine kurze Inschrift auf Deutsch angebracht: „Dem grossen Kanzler Fürsten Otto v. Bismarck gewidmet 1899“.<sup>837</sup> Dieser Gedenkstein wurde ein Jahr nach dem Tod des Kanzlers (1815-1898) in der Mitte des Dorfes aufgestellt. Knapp zwanzig Jahre später wurde an der damals evangelischen Dorfkirche ein Denkmal zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Einwohner des Kirchspiels errichtet. Dieses Monument hat sich bis heute unversehrt erhalten und ist unumstritten.

Der dem „Eisernen Kanzler“ gewidmete Stein stand bis Mitte der sechziger Jahre an seinem Platz, umgeben von drei aus den Bismarckschen Gütern gehaltenen

---

833 2004 benannte man die Grundschule in Węgielsztyn/Engelstein nach dem masurischen Aktivist Kurt Obitz, der 1907 im nicht weit entfernten Brosowen/Brzozowo geboren wurde. In Krutynia wurde an Karol Małek erinnert (u. a. in Form einer Gedenktafel an einem Stein in der Dorfmitte). Im Jahr 2007 fand die Ausstellung *Karol Małek – mazurski pisarz i aktywista* (Karol Małek. Ein masurischer Schriftsteller und Aktivist) statt. Vgl. *Masurische Storchenpost* 9 (2007), S. 22 f.

834 So gedachte man in Elk des Marschalls Józef Piłsudski (Medaillon und Gedenktafel an einem Findling) und des Papstes Johannes Paul II. Zum ersten Jahrestag des Papstbesuchs wurde am 8. Juni 2000 ein Papst-Denkmal eingeweiht. Es wurde eine hohe Statue auf dem nach Johannes Paul II. benannten Platz errichtet.

835 W. Szablowski, *Kamień ma dwa końce. Naprzeciw krzyża stoi. Przychodzisz do kościoła i się wkurzasz. Od razu musisz do konfesjonalu*, in: *Duży Format*, Beilage zur *Gazeta Wyborcza* 36 (2005), S. 12.

836 Bei einem sozialen Konflikt handelt es sich auch um einen Vorfall, der eine Gemeinschaft durch inkongruente oder einander ausschließende Interessen abrupt polarisiert. Das Besondere des nationalen (ethnischen) Konflikts besteht darin, dass seine Parteien Völker bzw. ethnische Gruppen sind und es weniger um Besitz, Herrschaft oder Information als um die kulturelle und nationale (ethnische) Identität beider Seiten geht. Mehr zum sozialen und ethnischen Konflikt schreibt L. Nijakowski in *Domeny symboliczne...*, S. 24-32.

837 Die Inschrift weist einen orthographischen Fehler im Namen auf (Bismark).

Eichen.<sup>838</sup> Nach dem Krieg lagerte die Straßenmeisterei hier Streusalz. Die Bäume gingen mit der Zeit ein. Als ein Lastwagenfahrer beim Zurücksetzen aus Versehen den Stein anstieß, fiel dieser vom mürben Postament herunter. Später haben Polen den Stein vergraben.<sup>839</sup>

Die Anregung, den Gedenkstein zu bergen, kam von Mitgliedern der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Stadt und Land Rastenburg sowie von früheren Dorfbewohnern, die jetzt in Deutschland leben und der Kreisgemeinschaft Rastenburg nahestehen.<sup>840</sup> Für die Ausgrabung des „Bismarck-Steins“ setzte sich Halina Szara aus Nakomiady ein, zweimalige Ratsfrau in Kętrzyn, Begründerin des polnischen Landfrauenverbandes (KGW), die einer deutsch-polnischen Familie entstammt.<sup>841</sup> Später bekam sie Unterstützung von der deutschen Minderheit und früheren, nun in Deutschland lebenden Einwohnern, die ihr unter anderem ein Foto des Gedenksteins aus den dreißiger Jahren schickten.<sup>842</sup> Von der Idee zur Wiedererrichtung des Steins ließ sich der Gemeindevorsteher Sławomir Jarosik überzeugen. Auf seine Anweisung hin wurde der Stein im September 2005 ge-

- 
- 838 Bismarck besaß drei Residenzen: Friedrichsruh bei Hamburg (Hauptsitz der Familie), Schönhausen in Sachsen-Anhalt (1958 auf Anweisung des DDR-Führers Walter Ulbricht gesprengt) und Varzin bei Stolp (Warcino bei Stupsk), das in einem sehr guten Zustand erhalten ist und heute eine höhere Forstwirtschaftsschule beherbergt.
- 839 Nach Jahren erinnerte sich einer der damaligen Leiter des Staatsgutes (PGR) in Nakomiady: „Schade, dass wir den Stein damals nicht viel tiefer verbuddelt haben, so dass man ihn nicht wieder hätte ausgraben können.“ *Życie Kętrzyna. Tygodnik Powiatowy* 43 (2005), S. 5.
- 840 Przemysław Prais schrieb: „Im Sommer weckte ein Stein, der aus dem Erdreich hervorlugte, die Neugier einer kleinen Gruppe deutscher Urlauber in Nakomiady. Sie baten Franciszek Hensz, einen Dorfbewohner, den Stein auszugraben. Unter der Erdschicht kam ein Gedenkstein zum Vorschein. Seine Aufstellung veranlassten der Gemeindevorsteher und das örtliche Ratsmitglied Halina Szara, Tochter einer Deutschen und eines Polen.“ *Kanclerz ma przyciągnąć turystów*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 17.10.2005, S. 11.
- 841 Sie schildert die Umstände der Bergung wie folgt: „Wir hatten den Gemeindevorsteher schon früher gebeten, den Stein bei Gelegenheit auszugraben. (...) Mein halbes Leben wohne ich hier und habe von dem Stein nie was gehört, bis die Leute zu reden angingen. Ich meldete es der Gemeinde. Ich sagte, wir graben ihn aus und schauen mal. Als der Bagger kam, wurde ich geholt. Ich lese: zu Ehren Bismarcks. Ich wusste nicht mehr, wer das war. Ein Blick ins Lexikon. (...) Die Leute kamen herbeigelaufen und sagten, dass der Stein noch in den sechziger Jahren da stand. Wenn dem so ist, langer Rede kurzer Sinn: Wir stellen ihn auf! So haben wir alle mit Hurra beschlossen.“ Ein Augenzeuge berichtete: „Der Bagger grub sich einmal, noch einmal in die Erde, bis die Schaufel gegen etwas Hartes stieß. Siehe da: ein Stein. Er hat noch etwas gebaggert, den Stein auf die Schaufel genommen, abgeladen und ist weitergefahren“. Zit. nach: W. Szablowski, *Kamień...*
- 842 Vgl. L. Krzyształowicz, *Gazeta znieważyla – nie informowała. Nakomiady. Radna ujęła się za Niemcami*, in: *Mitteilungsblatt* 4 (2006), S. 5.

borgen, seine Inschrift erneuert und am alten Ort auf einem neuen Zementsockel aufgestellt,<sup>843</sup> alles auf Gemeindegeldern.

Die Erneuerung des Gedenksteins bot einen Anlass für ein Dorffest. Nach Nakomiady kamen deutsche Reisegruppen. Man sah zusätzlichen Einnahmen aus dem Fremdenverkehr entgegen. Nicht allen aber gefiel ein Denkmal für Bismarck, der für seine antipolnische Politik berüchtigt war. Ein Einwohner des Dorfes forderte vom Gemeindevorsteher die Entfernung des Gedenksteins.<sup>844</sup> Die Angelegenheit rief den Woiwoden in Olsztyn und Andrzej Przewoźnik, den Sekretär des Rates zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium (ROPWiM), auf den Plan; letzterer stellte fest, das Geschehene sei unpassend: „Der Kanzler verfolgte die Polen und die katholische Kirche. Er tat auch Positives, stiftete beispielsweise Schülerstipendien. Aber wenn es danach ginge, könnte man Hitler für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit rühmen. Mit der Aufstellung des Denkmals hat der Gemeindevorsteher gegen geltendes Recht verstoßen. Er war verpflichtet, uns um Stellungnahme zu ersuchen. Vorher durfte er es nicht tun.“<sup>845</sup>

Der damalige Woiwode Stanisław Szatrowski (SLD) wies den Gemeindevorsteher an, die geltenden Verfahren einzuhalten. Jede Aufstellung eines Gedenksteins bedürfe der Zustimmung des Woiwoden, der zugleich Vorsitzender des Woiwodschafts-Komitees zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium sei. Der Gemeindevorsteher habe gegen das Recht verstoßen, da er eine solche Zustimmung nicht beantragt habe. Der Aufstellung müssten auch die Mitglieder des Gemeinderates zustimmen. Sie seien von niemand befragt worden.

Gemeindevorsteher Jarosik wollte diesen Auflagen nicht Folge leisten<sup>846</sup>. Er behauptete, nicht gegen geltendes Recht verstoßen zu haben, da er kein neu-

843 Er begründete sein Vorgehen wie folgt: „Die Idee war nicht, Bismarck zu glorifizieren, der ein Denkmal nicht verdient. Wir haben den Gedenkstein wiederhergestellt, da wir den Willen, die Arbeit, den ästhetischen Sinn der Menschen achten, die hier vor uns gelebt haben und deren Nachfolger wir sind. Wir haben ihn als ein Element der Landschaft, ein Teil der Geschichte dieser Region betrachtet, einer Geschichte, die wir nicht verfälschen wollen.“

844 Vgl. I. Trusewicz, *Chcą Żelaznego Kanclerza. Historia. Nakomiady nadal bronią obelisku Bismarcka*, in: *Rzeczpospolita* vom 17.03.2006, S. 5.

845 Cyt za: P. Preis, *Czy pomnik Otto Bismarcka może stać na Mazurach?*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 8.-9.10.2005, S. 6.

846 Alfred Wenzlowski, Pressesprecher des Woiwoden von Ermland-Masuren, schrieb in einem Brief vom 18. November 2005 an Robert Sakowski, den Chefredakteur der „Gazeta Olsztyńska“: „Der Gemeinderat von Kętrzyn hat keinen Beschluss zur Aufstellung des Gedenksteins gefasst, weshalb der Woiwode keine Möglichkeit hatte, aufgrund seiner Aufsicht über die Tätigkeit der Kommunalbehörden zu intervenieren. Der Gemeindevorsteher von Kętrzyn hatte vor seiner Entscheidung keine Stellungnahme des Woiwodschafts-Komitees zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium (WKOPWiM)

es Denkmal aufgestellt, sondern es lediglich ausgegraben und erneuert habe. Der Woiwode ersuchte den Gemeinderat Kętrzyn, sich des Falles anzunehmen. Schließlich entschied der Gemeindevorsteher, die Dorfeinwohner selbst sollten sich nach dem Prinzip der direkten Demokratie zur Zukunft des Denkmals äußern.<sup>847</sup> Die Versammlung fand am 12. Oktober 2005 statt, nachdem lokale, regionale und landesweite Medien auf den Fall aufmerksam machten. Der Entscheid der insgesamt 760 Einwohner von Nakomiady hätte für die Gemeinde bindend sein sollen. An der Abstimmung nahmen nur 50 Einwohner teil, von denen sich 34 dafür aussprachen, den Gedenkstein am bisherigen Ort zu belassen. Dies war der Höhepunkt des Streits, der die lokale Gemeinschaft gespalten hat.<sup>848</sup> Die Trennungslinien verliefen sowohl zwischen Polen und der deutschen Minderheit<sup>849</sup> als

---

eingeholt, so dass dieses Organ nicht handeln konnte. An dieser Stelle sei erwähnt, dass das WKOPWiM im Mai ds. Js. in einem Sonderschreiben alle Stadtpräsidenten, Bürgermeister und Gemeindevorsteher angehalten hat, in solchen Fällen einen entsprechenden Antrag zu stellen.“ Kopie des Schreibens in der Sammlung des Verfassers.

847 Vgl. Ł. Witkowski, *Wójt swoje wie. Nakomiady. O losach obelisku Bismarcka zdecydую mieszkańcy*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 12.10.2005, S. 17; *Kłopotliwy Bismarck*, in: *Trybuna* vom 6.07.2007, S. 6.

848 Im Artikel *Czy duchy historii podzieliły wioskę?* in der Zeitung „*Życie Kętrzyna*“ (2005, Nr. 43, S. 5) lesen wir: „Niemand stellt den historischen Wert des Gedenksteins für Otto von Bismarck in Abrede, der seit einigen Wochen den zentralen Platz in Nakomiady ‚ziert‘. Dieser Stein sorgte aber wegen der Person des Kanzlers für enorme Aufregung und erregt immer mehr die Gemüter. Von verschiedenen Seiten werden Fragen laut, ob solch ein ‚Erinnerungsstück‘, selbst wenn der Gedenkstein an diesem Ort noch vor 40 Jahren gestanden hat, wieder öffentlich gezeigt werden sollte. Ist es angebracht, angesichts der komplizierten und zugleich schwierigen Geschicke des polnischen Volkes den Begründer des Kulturkampfes, einer gegen die Polen gerichteten Politik, zu ehren? Warum hat der Gemeindevorster, bevor er über die Aufstellung des Gedenksteins entschied, nicht die rechtlichen Verfahrenswege eingehalten und auch die Einwohner nicht befragen lassen, und hält an seinem Standpunkt beharrlich fest? Der Gedenkstein hat unabhängig von den Meinungsunterschieden in erster Linie die Dorfeinwohner gespalten, das waren keineswegs irgendwelche Gespenster aus der Geschichte, auch der Geist des Bismarcks nicht. Das haben Menschen getan, die hier und jetzt leben. Es fehlt nicht an historischen oder juristischen Kenntnissen, sondern es fehlen der gesunde Menschenverstand und das Gefühl für die elementaren nationalen Werte, die – gelinde gesagt – aufs Spiel gesetzt wurden.“

849 Nach Ansicht der Denkmalgegner ist es „ein Keil, um Polen und Deutsche zu spalten, die bis dahin friedlich miteinander gelebt haben.“ Einer von ihnen, Tadeusz Korzeniowski, stellte fest: „Bis vor kurzem wusste keiner, dass es hier eine deutsche Minderheit gibt. Sie kamen erst hervorgekrochen, als es Geld gab. Sie haben Lehren aus der Bismarckschen Politik gezogen und sind organisiert. Angeblich bekommen sie 100 Euro monatlich oder vierteljährlich dafür, dass sie zur Minderheit gehören.“ Ein anderer bemerkte: „Langsam aber allmählich werden sie alles übernehmen. Ein Denkmal aufstellen und abwarten, wie

auch zwischen Älteren und Jüngeren (ungeachtet der nationalen Zugehörigkeit). Die meisten jungen Menschen sprachen sich für das Belassen des Denkmals an seinem bisherigen Ort aus.

Ein leidenschaftlicher Befürworter der Belassung des Bismarck-Gedenksteins an seinem bisherigen Ort ist Piotr Cisek, ein junger Unternehmer aus Warschau, der der Gemeinde 1998 das heruntergekommenes Schloss abkaufte. Dessen letzter Nutzer war das bankrotte Staatsgut. Bis heute dauert die Renovierung dieses in einem großen Park gelegenen Bauwerks an.<sup>850</sup>

Der Bismarck-Gedenkstein wurde mehrmals mit Farbe übergossen, mit Hakenkreuzen oder Aufschriften wie „Weg!“ beschmiert u. Ä.

Nach der Versammlung beantragte der Gemeindevorsteher beim Woiwodschafts-Denkmalpfleger, den Gedenkstein auf die Denkmalsliste zu setzen.<sup>851</sup> Der

die Reaktionen ausfallen. Es steht – gut. Als nächstes sind die Häuser dran.“ Zit. nach W. Szablowski, *Kamień...*

850 Bis 1945 war die Familie von Redecker vorletzter deutscher Eigentümer des ausgedehnten Gutes mit Wirtschaftsgebäuden und Schloss. Der neue Eigentümer nahm Kontakt zu dem unlängst verstorbenen Eberhard von Redecker auf, der Nakomiady oft besucht hat und als Ritter des Johanniter-Ordens in den neunziger Jahren humanitäre Hilfe organisierte. Von den früheren Eigentümern erhielt P. Cisek in symbolischer Geste einen Teil des geretteten Tafelgeschirrs sowie Fotos vom Schloss. Auf dieser Grundlage und anhand der Berichte der Familienmitglieder begann er mit der Rekonstruktion des Schlossinneren. Nicht weit entfernt, in Godzikowo/Gisbertshof befindet sich der sehr gut erhaltene Familienfriedhof der von Redecker. In dem großen Park steht auch eine historische Kapelle. Der neue Schlossbesitzer gab zahlreichen Dorfeinwohnern Arbeit bei der Ausführung von Renovierungsarbeiten. [www.palacnakomidy.pl](http://www.palacnakomidy.pl) (16.08.2008).

851 Der Entscheid fiel letztlich negativ aus, obwohl die Denkmalpflegerin für Ermland-Masuren in Olsztyn den Konfliktparteien widersprüchliche Auskünfte erteilte. K. Worobiec zitiert die folgenden beiden Stellungnahmen von Barbara Zalewska, der Woiwodschafts-Denkmalpflegerin. In einem Schreiben vom 14. November 2006 lesen wir: „Zugleich stellt die Denkmalpflegerin für Ermland-Masuren, ungeachtet der in diesem Fall entstandenen gesellschaftlichen Gegensätze, fest, dass das fragliche Objekt von historischem Wert ist. Es fügt sich in die Kulturlandschaft des Dorfes Nakomiady und seine reiche und komplizierte Geschichte ein.“ In einer Äußerung in der Zeitung „Gazeta Olsztyńska“ vom 16. Februar 2007 erklärte Zalewska, sie habe den Antrag, „einen an einer Straßenkreuzung im Dorf Nakomiady aufgestellten Stein mit einer Widmung für den Reichskanzler Otto von Bismarck in das Register der beweglichen Kulturgüter der Woiwodschaft Ermland-Masuren aufzunehmen“, abgelehnt. Zur Begründung gab sie an: „Er (der Gedenkstein) ist im Denkmalregister nicht eingetragen und fügt sich in die Kulturlandschaft nicht ein, weil er keinerlei historischen Wert darstellt.“ Diese Entscheidung ist rechtskräftig geworden. Es stellte sich heraus, dass erst die Eintragung des Gedenksteins in den örtlichen Raumordnungsplan der Gemeinde Kętrzyn und die Anlegung eines Registerblattes für das Objekt einen gesetzlichen Schutz herstellen würden, was aber nicht erfolgt ist. Vgl. K. Worobiec, *Najlepsza historia to ta zapisana w krajobrazie* und Kommentar von T. Baryla

Woiwode verkündete am 16. Oktober 2005, er habe nun ein Mittel, um den Gemeindevorstand zur Beseitigung des Denkmals zu zwingen, und bat die Bauaufsicht zu prüfen, ob die Aufstellung des Gedenksteins rechtmäßig gewesen sei.<sup>852</sup> Die Inspektoren der Bauaufsicht des Kreises in Kętrzyn und der Woiwodschaft in Olsztyn befanden, die Aufstellung des Gedenksteins sei unrechtmäßig erfolgt. Im Februar 2006 ließ Maria Przewoźnik, Kreisbauaufsichtsinspektorin in Kętrzyn, den Sockel demontieren und den Gedenkstein entfernen. Der Gemeindevorsteher rief den Woiwodschaftsbauaufsichtsinspektor an.<sup>853</sup> Dieser hielt im Mai 2006 den Bescheid der untergebenen Behörde in Kętrzyn aufrecht.<sup>854</sup>

Zahlreiche Einwohner von Nakomiady sprachen sich für die Belassung des Denkmals aus. Der Gemeindevorsteher erhielt Unterstützung auch von Seiten der Freundesgesellschaft der Region Kętrzyn (TMZK)<sup>855</sup> und des Verbandes der deutschen Gesellschaften im ehemaligen Ostpreußen. In seiner Antwort auf das Schreiben des Verbandes vom 22. März 2005<sup>856</sup> bekräftigte der neue Woiwode von

*Nie ostrzymy mieczy na Bismarcka*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 24.-25.02.2007, S. 7. Vgl. auch: E. Szyszkowska-Papis, *Nakomiady. Żelazny kanclerz leży teraz w błocie. Nakomiady: Wójt zrzucił z cokolu obelisk upamiętniający Bismarcka*, ebd. vom 16.02.2007, S. 5; K. Naszkowska, *Pan na palacu. Biznesmeni z Warszawy inwestują w polniemieckie palace na Mazurach*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 26.07.2009, S. 11.

852 Vgl. P. Prais, *Kanclerz ma przyciągnąć turystów. Mazurska wieś chce obelisku Bismarcka*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 17.10.2005, S. 11.

853 Der Einspruch fußte auf der Tatsache, dass im Bescheid der Kreisbauaufsichtsinspektorin in Kętrzyn die Nummer des Flurstücks, auf dem das Denkmal aufgestellt ist, falsch angegeben wurde. *Gazeta Olsztyńska* vom 7.04.2006, S. 12. Vgl. auch: L. Krzyształowicz, *Bismarck illegaler Sockel*, in: *Mitteilungsblatt 3* (2006), S. 6.

854 Vgl. P. Prais, *Obelisk Bismarcka zniknie z placu w Nakomiadach*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 6.02.2004, S. 3.

855 Vgl. I. Trusewicz, *Chcą Żelaznego Kanclerza...*

856 In diesem Schreiben lesen wir unter anderem: „Der Verband der deutschen Gesellschaften mit Sitz in Olsztyn äußerte sich auf seiner alljährlichen Delegiertenversammlung am 18. März 2006 zur Entscheidung des Gemeindevorstehers von Kętrzyn und der Einwohner von Nakomiady über die Erneuerung des Gedenksteins für Otto v. Bismarck und befand sie in vollem Umfang für richtig. (...) Beim Bismarck-Stein handelt es sich um nichts anderes als um eine Erinnerung an die Geschichte dieser Region. Weder Bürger Deutschlands noch die deutsche Minderheit wollen diesen Ort glorifizieren oder ehren, z. B. durch Blumenniederlegungen. Kanzler Bismarck brauchte die Einwohner dieses Landes nicht zu germanisieren, weil die Gebiete ja deutsch waren. Das wäre ja so, als würde man heute die hier lebenden Polen polonisieren. Der große polnische Staatsmann Józef Piłsudski mochte die Deutschen nicht, Bismarck nicht die Polen, Hindenburg nicht die Russen, da jeder von ihnen Vater seiner Nation war und seine eigene Politik verfolgte. In Ermland und Masuren gibt es sehr viele Erinnerungsstücke an unsere komplizierte Vergangenheit und der Bismarck-Gedenkstein ist ein Teil des Erbes des früheren Ostpreußens und ist wie andere alte und historische Objekte, die von den ehemaligen Einwohnern

Ermland-Masuren Adam Supel (PiS) in einem Schreiben vom 13. April 2006 den bisherigen Standpunkt seines Vorgängers.<sup>857</sup>

Der Gemeindevorstand Jarosik legte beim Woiwodschafts-Verwaltungsgericht Berufung gegen den Entscheid der Bauaufsichtsbehörde ein; das Gericht erkannte schließlich am 7. Dezember 2006 über die Demontage des Denkmals.<sup>858</sup> Einziges Mittel, um das Denkmal weiterhin im Zentrum von Nakomiady zu belassen, war eine Berufung an das Oberste Verwaltungsgericht bis Mitte Januar des Folgejahres. Nach dem Urteil vom Dezember schloss Jarosik diese Möglichkeit nicht aus, verzichtete dann aber darauf und stellte das Urteil des Gerichts in Olsztyn nicht mehr in Frage.<sup>859</sup>

Am 15. Februar 2007 wurde der Bismarck-Stein demontiert. Zu diesem Zweck stieß man den Gedenkstein vom Sockel herunter und überließ ihn demonstrativ seinem Schicksal.<sup>860</sup>

zurückgelassen wurden, rechtlich geschützt. Die Zeit, in der Bismarck lebte, war nicht der Nationalsozialismus. Niemand darf das dem Kanzler gewidmete Denkmal nur deswegen entehren, weil er den Polen keine Sympathie entgegenbrachte.“ Den vollen Wortlaut des Briefes brachte die „Gazeta Olsztyńska“ vom 7.04.2007, S. 12.

857 In diesem Schreiben stellte der Woiwode unter anderem fest: „(...) Durch die Aufstellung des Gedenksteins für Kanzler Bismarck in Nakomiady wurden die Vorschriften über Gedenkstätten und die Vorschriften des Baurechts verletzt. (...) Entgegen dem, was oft verbreitet wird, ist die Denkmalaufstellung nicht von der gesamten lokalen Bevölkerung akzeptiert, sie ruft zahlreiche Streitigkeiten und Kontroversen hervor und wird so zum Zankapfel in der lokalen Gemeinschaft. Das Bismarck-Denkmal verbindet nicht, sondern spaltet.“ Der volle Wortlaut des Schreibens wurde im *Mitteilungsblatt* 4 (2006), S. 3, veröffentlicht.

858 Vgl. E. Kisieleska, *Żelazny Kanclerz zrzucony z cokolu. Nakomiady: Obelisk Bismarcka będzie zdemontowany, ale zostaje we wsi*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 10.-11.02.2007, S. 11. Vgl. auch: *Pomnik Bismarcka zniknie, tak zdecydował olsztyński sąd*, in: *Dziennik* vom 8.12.2006, S. 17. Andrzej Przewoźnik äußerte sich in einem Kommentar zum Gerichtsurteil so: „Für mich gibt und gab es keine Zweifel, dass der Gedenkstein in Nakomiady ein Denkmal zu Ehren Bismarcks und keine gewöhnliche Gedenktafel ist. Es wurden die gesetzlich erforderlichen Verfahren für eine legale Aufstellung nicht eingehalten. Daher verwundert mich das Gerichtsurteil nicht. Ich denke, das Gesetz ist zu achten, besonders von der öffentlichen Verwaltung, hier repräsentiert vom Gemeindevorsteher. Gesetze mögen einem nicht gefallen, sind aber zu befolgen. Andererseits setzt dem Gedanken an Personen wie Bismarck schon der gesunde Menschenverstand Grenzen. Ich glaube, es hat hier eine tiefere Einsicht gefehlt.“ *Gazeta Wýborecza. Olsztyn* vom 8.12.2006, S. 3.

859 P. Prais, *Obelisk Bismarcka zniknie z placu w Nakomiadach*, in: *Gazeta Wýborecza. Olsztyn* vom 6.02.2007, S. 3.

860 Vgl. E. Szyszkowska-Papis, *Żelazny kanclerz leży teraz w błocie...*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 16.02.2007, S. 5. Man vermutete, dass der Stein im Regionalmuseum in Kętrzyn oder im Schlosspark in Nakomiady aufgestellt werden würde. Dies geschah aber nicht.

Schließlich wurde der Stein im August 2007 teilweise eingegraben, so dass die Inschrift im Erdreich liegt.

Der oben skizzierte Streit hatte hauptsächlich eine lokale und eine juristische Dimension. Er wirkte desintegrierend, d. h. er spaltete die lokale Bürgerschaft und riss unter anderem die alten Trennungslinien zwischen den Polen und der deutschen Minderheit wieder auf. Es war auch ein Streit zwischen den Gemeinde- und den Woiwodschaftsbehörden, bei dem es in erster Linie um die Rechtmäßigkeit der Wiederaufstellung eines Denkmals ging.<sup>861</sup>

Der Gedenkstein für den „Eisernen Kanzler“ in Nakomiady lieferte auch einen Vorwand für eine breitere Diskussion über die Geschichte und das Kulturerbe in Ermland und Masuren. Einen wichtigen Impuls gab dieser Debatte die durch Historiker in Olsztyn zustande gekommene „Erklärung über das Kulturerbe in Ermland und Masuren“ vom 2. November 2005. Darin heißt es: „In den West- und Nordgebieten sind in den letzten Jahren durchaus erfreuliche gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten, aber auch beunruhigende. Generationen von Polen, die hier geboren und aufgewachsen sind und arbeiten, haben in diesem Land, das die Mehrheit ihrer Großväter und Väter als zum Dritten Reich gehörig in Erinnerung hatte, tiefe Wurzeln geschlagen. Der Wahrheit halber ist allerdings anzuführen, dass die wissenschaftlichen und kulturellen Eliten schon recht lange der deutschen Kultur, die allgemeinmenschliche Werte repräsentiert, mit Achtung begegneten.

(...) Parallel vollzieht sich ein Prozess, der nicht gutgeheißen werden kann. Nicht jeder bedeutenden Persönlichkeit der deutschen Geschichte brauchen die Polen zu huldigen.

Unlängst wurde in Nakomiady in Masuren ein altes Bismarck-Denkmal ausgegraben und auf dem Hauptplatz des Dorfes aufgestellt. Wir sprechen Bismarcks Landsleuten nicht das Recht ab, ihn in Deutschland zu glorifizieren, doch aus welchen Gründen sollten wir es in Polen tun? Einerseits erzählen wir mit Stolz vom unaufhörlichen Streben der Polen nach Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit während der Teilungen, andererseits hätten wir Politiker zu ehren, die entschlossen und hartnäckig nicht nur gegen die Wiedergeburt unseres Staates, sondern auch gegen die polnische Sprache und Kultur vorgegangen sind? Dieser Widerspruch ergibt sich aus der Unkenntnis der Geschichte.

---

861 Dieser Streit wäre – da es ähnliche Konflikte bereits früher gab und sie meistens auf lokaler Ebene entschieden wurden – wahrscheinlich nicht eskaliert, hätte man die geltenden Gesetze befolgt, die einschlägigen BauprozEDUREN eingehalten und nicht die Politik der vollendeten Tatsachen verfolgt, nach dem Motto: „erstmal aufstellen und dann weitersehen“, mehr Sensibilität an den Tag gelegt und nach der Wiederaufstellung des Denkmals eine entsprechende Informationstafel über die Ziele des Projekts sowie über die unterschiedlichen Bewertungen (durch Polen und Deutsche) Bismarcks angebracht. Selbst die Initiatoren der Steinausgrabung hielten dies für einen Fehler.

Leider untergräbt eine unreflektierte Einstellung zur Vergangenheit, für die der Gedenkstein in Nakomiady ein Paradebeispiel liefert, indirekt auch die polnische Nationalidentität. Der Kult des antipolnischen Geschichtserbes zieht immer weitere Kreise. Es stellt sich die Frage, wie der Lehrer in Nakomiady die Geschichte Polens unterrichten soll, wenn die Kinder jeden Tag an einem Stein vorbeikommen, der die Größe und zugleich die Feindseligkeit des deutschen Kanzlers gegen Polen symbolisiert. Nakomiady ist keine autonome Enklave innerhalb des polnischen Staates. Alle Argumente für die Glorifizierung Bismarcks wegen seiner Verdienste um Deutschland verlieren ihre Kraft angesichts des Übels, das er den Polen zugefügt hat.

Mit Achtung sollten wir deutschen historischen Denkmälern begegnen, aber wohl überlegt. Wir wollen nicht der deutsch-polnischen Aussöhnung entgegenwirken, aber sie muss sich auf die historische Wahrheit stützen.<sup>862</sup>

Mit dem Abdruck dieser Erklärung stieß die Redaktion der „Gazeta Olsztyńska“ eine Diskussion unter dem Motto an: Was tun mit dem „Eisernen Kanzler“?<sup>863</sup> Einen Versuch, ein Resümee zu ziehen, stellte die öffentliche Diskussion dar, die am 1. Dezember 2005 auf Initiative des Verbandes „Heimat“ (Stowarzyszenie „Mała Ojczyzna“) im Forschungszentrum (OBN) in Olsztyn stattgefunden hat. Ihren Auftakt bildeten Wortmeldungen der Historiker aus Olsztyn und der zerstrittenen Parteien aus Nakomiady.<sup>864</sup>

Pfarrer Jan Roslan bemerkte, der derzeitige Streit um das Bismarck-Denkmal in Nakomiady „betrifft etwas Weitergehendes: die Werte, die wir anerkennen und umsetzen wollen, die historische Identität und die Grenzen der Freiheit“.<sup>865</sup> In

---

862 Diese Erklärung, auch als „Brief der elf Historiker aus Olsztyn in Sachen Nakomiady“ bezeichnet, haben Personen verschiedener gesellschaftlicher und beruflicher Stellungen unterzeichnet. Den vollen Wortlaut veröffentlichten u. a.: „Gazeta Olsztyńska“ (vom 7. November), „Życie Kętrzyna“ (10. November) und „Posłaniec Warmiński“ (2005, Nr. 21).

863 Der Redakteur Marek Barański schrieb: „Wir werden Stimmen bekannter in- und ausländischer Autoritäten publizieren. Wir laden unsere Leser zum Mitdiskutieren ein.“ *Gazeta Olsztyńska* vom 7.11.2005. Insgesamt erschienen mehr als fünfundzwanzig kürzere und längere Wortmeldungen, Meinungen, Interviews und Erklärungen. Die Hauptdebatte erstreckte sich von November bis Dezember 2005. Einzelne Wortmeldungen wurden auch in den zwei darauf folgenden Jahren publiziert. Stellungnahmen zu diesem Streitgespräch erschienen auch in anderen lokalen, regionalen und landesweiten Blättern.

864 An der Aussprache beteiligten sich als Befürworter der Aufstellung des Gedenksteins in Nakomiady: Halina Szara, Piotr Cizek und Adam Kowalczyk, sowie als Gegner: Janusz Jasiński, Norbert Kasperek und Tadeusz Baryła. Vgl. die Besprechung der Debatte in einem Artikel von S. Brzozowski, *Nasz czy obcy? Bismarck: temat do dyskusji albo przyczyna podziału*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 9.12.2005, S. 5.

865 J. Roslan, *Granice wolności i demokracji lokalnej*, in: *Posłaniec Warmiński* 20 (2005), S. 7.

dieser vielschichtigen Diskussion verdienen drei Probleme besondere Aufmerksamkeit, die sich als Fragen folgendermaßen formulieren lassen:

1. An welche Traditionen soll angeknüpft werden?
2. Was tun mit dem Gedenkstein für den „Eisernen Kanzler“?
3. Welche Rolle sollten die früheren Einwohner, besonders die verschiedenen Strukturen der Landsmannschaft Ostpreußen, bei der Bewahrung und Pflege des deutschen Kulturerbes in Ermland und Masuren spielen?

Initiatoren und Befürworter der Wiederaufstellung des Bismarck-Gedenksteins waren sich einig, dass sie einen polenfeindlich gesinnten Politiker nicht ehren wollten. Sie wollten nur die kulturelle Kontinuität des Dorfes und der Region bewahren. Repräsentativ für solche Argumente war die Ansicht Jan Sobczaks: „(...) Im heutigen sich einigenden Europa schulden wir einem Erbe der Vergangenheit Achtung, das einfach hier entstanden ist, das unsere Generation geerbt hat und an die folgenden Generationen weitergibt. Eine Pflege der Vielfalt auch des kulturellen Erbes untergräbt oder verletzt nicht die Loyalität zum eigenen Staat, schmäht nicht den Patriotismus und verursacht auch keine Konflikte. Eher sind wir daher verpflichtet, alle erhalten gebliebenen historischen und kulturellen Denkmäler dieser Region zu bewahren.“<sup>866</sup>

Wojciech Wrzesińskis Standpunkt bringt den gegensätzlichen Blickwinkel am deutlichsten zum Ausdruck: „Achtung vor fremden Traditionen ist das eine, ihre Pflege und die Schaffung neuer Tatsachen das andere.“

(...) Dieses Denkmal war schon in Vergessenheit geraten. Wenn wir es es jetzt bergen und in einer neuen Umgebung aufstellen, wird es quasi neu errichtet. Mehr noch: Wir wirken an der Pflege der Bismarck-Tradition mit. Sie wurde aber vergessen und es gibt keinen Grund, zu ihr zurückzukehren. Der Stein kann in ein Museum gebracht, aber nicht zur Stätte eines neuen Kults gemacht werden.

(...) Es ist kein unschuldiger Stein. Er muss mit einer bestimmten Tradition assoziiert werden. Hätte er wie durch ein Wunder all die Jahre unangetastet dagestanden, wäre er in Ruhe zu lassen. Genauso denke ich übrigens über die alten

---

866 J. Sobczak, *Mądreemu belfrowi*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 7.12.2005. Krzysztof Worobiec schrieb: „All das sind Beweise für die vertrackte Geschichte dieses Landes, sind Andenken an unsere Vorgänger hier und es gibt keinen Grund, historische Säuberungen durchzuführen, denn von ihnen ist es nur einen Schritt zu anderen Säuberungen...“ K. Worobiec, *Porwali Danusię. Opinie: Wokół obelisku Bismarcka w Nakomiadach*, ebd. vom 25.11.2005. Józef Kuck führte aus: „Für uns Einheimische dieses Landes ist es sehr schmerzhaft, wenn etwas von unseren Vätern und Großvätern Errichtetes zerstört wird.“ Ebd. vom 7.12.2005; Mieczysław Nowak bemerkte: „Kein Einwohner von Nakomiady hat Bismarck ein Denkmal gesetzt. Es wurde nur ein alter Gedenkstein ausgegraben, erneuert und aufgestellt. Mehr nicht.“ Ebd. vom 10.11.2005. Vgl. auch: S. Brzozowski, *Nasz czy obcy?...*

deutschen Friedhöfen, etwa aus dem Ersten Weltkrieg – sie sollten gewiss als Ruhestätten gepflegt, aber nicht als Kultstätten neu angelegt werden. Generell bin ich gegen die Zerstörung von Denkmälern, wäre aber sehr sparsam mit der Errichtung neuer.“<sup>867</sup>

Das ausgehende 19. Jahrhundert brachte in Ostpreußen wie auch im gesamten „mit Blut und Eisen geeinten“ Deutschland den Bismarck-Kult hervor. An seinem 80. Geburtstag wurden ihm 378 Ehrenbürgerschaften verliehen. Nach seinem Tod wuchs sich die ihm erwiesene Ehre gar zu einem religiösen Kult aus. Im ganzen Deutschen Reich von Memel bis Straßburg wurden ihm Denkmäler in nie dagewesener Zahl errichtet. Dem Sieger dreier Kriege (gegen Dänemark, Österreich und Frankreich) plante man 700 verschiedene Gedenkstätten zu widmen. Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden mehr als 550 davon errichtet, 240 Bismarck-Türme und -Säulen gebaut, unzählige Gedenksteine und Brunnen er-

---

867 Zit. nach: S. Brzozowski, *To nie jest niewinny kamień. Nie poprawiać historii*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 9.12.2005, S. 4. Józef Borzyszkowski und Cezary Obracht-Prondzyński vom Kaschubischen Institut in Gdańsk vertreten den Standpunkt: „Auch die Argumente von der Bewahrung der Kulturlandschaft sprechen uns nicht an. Das darf doch nicht heißen, dass man das lokale Erbe nicht auch kritisch betrachtet! Wollen wir denn wirklich alles und aller gedenken?“ Ebd. vom 2.12.2005. Roman Rudnik führt aus: „(...) Es gibt Imponderabilien, deren Bedeutung für ein Volk nicht überschätzt werden kann. Dazu gehört meiner Meinung nach das Erinnern an die Anstrengungen unserer Ahnen um den Erhalt des Polentums und das Ehrgefühl, das man nicht aufgeben darf, auch nicht für erwartete materielle Vorteile. Dabei kann von einer Entdeutschung dieser Gebiete keine Rede sein, weil wir als souveräner Staat einfach das Recht haben, unseren öffentlichen Raum von antipolnischen Akzenten zu säubern, genauso wie es andere Völker bei sich in ähnlichen Fällen tun“. Ebd. vom 28.11.2008. Andrzej Frenszkowski, der einer um das Polentum verdienten ermländischen Familie, entstammt, schrieb: „Ich behaupte und werde behaupten, dass ein Bismarck-Stein nicht mitten im Dorf Nakomiady öffentlich aufgestellt sein darf, denn er beleidigt die Würde von uns Polen.“ Ebd. vom 13.12.2005. Das Streitgespräch bespricht Janusz Jasiński, der zugleich Bismarck einen Platz in der Tradition und dem historischen und kulturellen Erbe von Ermland und Masuren abspricht, in seinem Artikel *Jeszcze w sprawie pomnika Bismarcka na Mazurach*, in: *Posłaniec Warmiński* 2 (2006), S. 6, 7, 10. Vgl. ders.: *Wstydliva sprawa. Pomnik Bismarcka w Nakomiadach*, in: *Życie Kętrzyńskie* 43 (2005), S. 4 f.; *Bismarck i inne przypadki. Droga na manowce*, in: *Siedlisko* 1 (2006), S. 3-7. Dort schreibt er: „Bekanntlich bezwecken Denkmäler, die Erinnerung an verdiente Persönlichkeiten, manchmal an große Urheber nachahmenswerter Ereignisse, zu festigen. In Polen haben wir das Recht und die Pflicht, gegen den Kult des größten und verbissensten deutschen Polenfeindes im 19. Jahrhundert zu protestieren. Alle theoretischen Argumente, die sich auf die Achtung für historische Denkmäler berufen, werden angesichts dieser nackten Wahrheit gegenstandslos. Ziemt es sich, im unabhängigen Polen eine Person zu ehren, die ihr ganzes Leben lang die Bestrebungen der Polen nach staatlicher Souveränität, nach Erhalt und Entwicklung der nationalen Identität erfolgreich lähmte?“ (S. 5 f.).

richtet. Nach ihm benannt wurden Orte (z. B. Gelsenkirchen-Bismarck, Bismarck im Memelland) und sogar ganze Archipele in den deutschen Kolonien (z. B. das Bismarck-Archipel, heute Papua-Neuguinea). Seinen Namen trugen Gebirgsketten, Tunnels, Berge, Felsen und Zechen. Der Bismarck-Kult nahm die Form einer wahren „Bismarck-Manie“ an (nach ihm wurden auch zahlreiche Handelswaren benannt: Heringe, Zigarren, Äpfel, Gurken, Kuchen und Naturerzeugnisse, wie Eichen und Sonnenblumen). Gegründet wurden mehr als 300 Vereine, die den Namen Bismarck trugen und die sich vorrangig auf die Errichtung von Bismarck-Denkmalern und -Türmen konzentrierten.<sup>868</sup>

Auf der Welle der „nationalen Begeisterung“ wurde 1889 – im Rahmen der Möglichkeiten des damaligen Eichmedien – ein Bismarck-Denkmal oder eher ein ihm gewidmeter Gedenkstein aufgestellt. Die Urheber sind unbekannt. Sie hatten aber allen Grund stolz zu sein, da in diesem masurischen Dorf die Fortschritte der vom „Eisernen Kanzler“ mitgetragenen Germanisierungspolitik sichtbar wurden. Sprach 1870 (nach preußischen Statistiken) knapp die Hälfte der Einwohner Polnisch, so waren es gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch 7 %.<sup>869</sup>

In Ostpreußen wurden auch zahlreiche monumentale Bismarck-Türme errichtet. Bis heute erhalten haben sie sich in sehr gutem, wenngleich verändertem Zustand in Ostróda und Mrągowo. Nach 1945 wurden ihre Gedenktafeln beseitigt. Heute werden sie nicht mehr mit dem „Polenfresser“ Bismarck in Verbindung gebracht.<sup>870</sup> Turmreste sind noch in Srokowo und Działdowo zu sehen.<sup>871</sup> Der hölzerne Turm in Elbląg hat sich nicht erhalten.<sup>872</sup> Zahlreiche Gedenkstätten für den

868 Vgl. das mehrsprachige Online-Portal: [www.bismarcktuerme.de](http://www.bismarcktuerme.de) mit einer Fülle an Informationen zum Bismarckschen Mythos und Kult und den dem Kanzler gewidmeten Türmen.

869 Dies resultierte auch aus allgemeinen Prozessen, u. a. dem Rückzug der polnischen Sprache infolge der wirtschaftlichen Entwicklung, aus der Kriegsbeteiligung der Masuren, der Ostflucht usw. Vgl. J. Jasiński, *Jeszcze w sprawie...*

870 Untersuchungen, die das Meinungsforschungsinstitut OBOP 2001 an einer repräsentativen Bevölkerungstichprobe im Auftrag des Verfassers durchführte, zeigen, dass ein Drittel der Befragten (33 %) negativ zu ihm eingestellt war, 44 % ihn gar nicht kannten, und nur 4 % positiv beurteilten. A. Sakson, *Przeszłość i teraźniejszość stosunków polsko-niemieckich w świadomości Polaków*, Poznań 2002, S. 8.

871 Das Schicksal des Bismarck-Turms und des Gedenksteins für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in Malinowo/Amalienhof bei Działdowo/Soldau ist ein interessantes Beispiel für den deutsch-polnischen Kampf um die symbolische Herrschaft in Masuren. Bis 1920 war der Turm ein Symbol des Deutschtums. In der Polnischen Republik wurde er zum „Freiheitsturm“. Ab September 1939 zeugte er wieder von der „polnischen Schande“. Nach 1945, nun ohne symbolische Tafeln und Insignien, verfiel er und wurde zur „deutschen Schande“.

872 Im Kaliningrader Gebiet sind Reste von vier Türmen erhalten (in Gussew/Gumbinnen, Garino/Ober-Eißeln und Tschernjachowsk/Insterburg). [www.bismarcktuerme.de](http://www.bismarcktuerme.de) (27.12.2006). Der Turm in Königsberg wurde 1945 von den Russen gesprengt. Die Türme

„Baumeister des Reiches“ erfüllten auch eine wichtige symbolische Funktion, indem sie Zeugnis von der deutschen Herrschaft über ehemals polnische, dänische bzw. französische Gebiete<sup>873</sup>, Länder mit deutscher Besiedlung (Böhmen) und Kolonien<sup>874</sup> ablegten. Man darf nicht vergessen, dass die Deutschen nach Inbesitznahme dänischer, französischer oder polnischer Gebiete vor 1918 und während der Besatzung 1939-1945 mit aller Rücksichtslosigkeit alle Denkmäler und andere symbolische Domänen zerstörten, die vom polnischen, dänischen oder französischen Charakter der übernommen Territorien zeugten (so geschah es unter anderem mit den Tannenberg-Denkmalern zum Andenken an die großpolnischen und schlesischen Ritter, den Stadtnamen, wie z.B. Łódź/Lodz – Litzmannstadt, Gdynia/Gdingen – Gotenhafen usw.). Nach der Niederlage des Dritten Reiches schlug das Pendel nach der entgegengesetzten Seite aus: mit gleicher Rück-

---

wurden auf Hügeln oder Anhöhen (den höchsten Erhebungen in der jeweiligen Gegend) als Aussichtspunkte errichtet. Meist wurden sie aus Steinen gebaut, waren zwischen 30 und 50 Meter hoch und hatten eine Feuerstelle an der Spitze.

873 In diesen Ländern war Bismarck am meisten verhasst und stand für Nationalismus und Unterjochung durch Deutschland. Davon zeugt unter anderem die Tatsache, dass nach 1918 in Elsass-Lothringen, Nordschleswig, Großpolen, Pommern und Oberschlesien mit dem Abriss von Bismarck-Denkmalern (z. B. in Poznań 1918) und -Türmen (z. B. in Aabenraa/Apenrade in Dänemark und Morhange/Mörchingen in Frankreich) begonnen wurde. Die Bezeichnungen der realisierten Turmentwürfe klangen gleichermaßen provokativ wie vielsagend: „Dem deutschesten der Deutschen“, „Dem großen Deutschen“, „Altar“, „Götterdämmerung“ oder „Eroica“. An den Türmen und anderen Gedenkstätten für den „großen Kanzler“ fanden bis 1945, d. h. bis zum Untergang des Tausendjährigen Reiches, zahlreiche „vaterländische“ und „großdeutsche“ Kundgebungen statt. Nach 1918 kam zur Verehrung Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. noch der Kult Hindenburgs und Hitlers hinzu. In der Bundesrepublik teilte Bismarcks Erbe das Schicksal des deutschen nationalen Mythos, d. h. es „hört gesellschaftlich auf zu existieren.“ Vgl. Z. Mazur, *Igraszi z poniemieckim dziedzictwem*, in: *Siedlisko* 3 (2007), S. 15-20. Im Kontext der Auseinandersetzungen um den Gedenkstein in Nakomiady wird die Frage nach der „Aufnahmefähigkeit“ des Erinnerungsvermögens der Polen in Bezug auf die alten deutschen Helden relevant. Gibt es in der Kulturtradition der Region noch Platz für einen Friedrich den Großen, einen Bismarck, Hindenburg, Hitler oder den Gauleiter Erich Koch? Sie alle haben die Geschicke Ostpreußens geprägt. Dass dies ein durchaus reales Problem ist, erfahren die Einwohner des Dorfes Szczedrzyk im Oppelner Land. Man stritt dort um den Dorfnamen aus nationalsozialistischer Zeit. Am Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges stand zu lesen: Hitlersee. Sollen die modernen Siedlungen weiterhin den früheren und beliebten Namen „Kochsiedlung“ führen, oder nur „Siedlung“? Was soll mit all den „Hitler-Eichen“ und „-Linden“ geschehen?

874 Auch in den deutschen Kolonien (Kamerun, Tansania und Papua-Neuguinea) standen Bismarck-Türme, die man als Symbole der „Kolonialherrschaft“ zerstörte. Vgl. Gerwarth, *Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler*, München 2007, S. 9-20.

sichtslosigkeit wurde alles Deutsche zerstört, und zwar unabhängig vom jeweils herrschenden politischen System (z. B. Dänemark oder Polen). Änderte sich die Haltung zum deutschen Kulturerbe nach dem Untergang des realen Sozialismus in Polen, Russland, Litauen oder Tschechien allmählich (u. a. als Gegenreaktion auf die „verlogene Geschichte und Zensur“), so übt in Frankreich oder Dänemark bis heute generell niemand Kritik an der Beseitigung deutscher symbolischer Domänen in Elsass-Lothringen oder Nordschleswig. Es wurden nicht wie in Polen um dieses Thema gestritten. Allein es anzuspochen, würde als unschicklich und unvorstellbar empfunden..

Im Streit um das frühere Schicksal des Bismarck-Steins in Nakomiady zeichneten sich generell zwei Positionen ab. Die Anhänger der einen sprachen sich für einen Verbleib im Dorf aus, während die anderen das Denkmal aus Nakomiady fortschaffen wollten. Interessanterweise forderte keiner der Diskussionsteilnehmer, die sich in der Presse und auf behördlicher Ebene zu Wort meldeten, eine Zerstörung des Gedenksteins.<sup>875</sup>

Die Befürworter der Aufstellung des Gedenksteins lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: Initiatoren der Wiederaufstellung und andere Personen, die sich zu Wort gemeldet haben. Erstere wollten den Status quo bewahren, d. h. das Denkmal so belassen, wie es war. Allgemein war man sich einig, eine zusätzliche Informationstafel auf Polnisch und Deutsch anzubringen.<sup>876</sup> Andere, auch der Verfasser dieser Arbeit, stellten fest: „Es hat ja keinen Sinn, den Stein zu zertrümmern oder nach Deutschland zu schaffen. Am besten wäre ein Kompromiss, und zwar die Verlegung des Steins aus der Dorfmitte in den Schlosspark, auf den Friedhof oder in ein lokales Heimatmuseum. Dort wäre eine entsprechende zweisprachige Inschrift anzubringen.“<sup>877</sup>

Diejenigen, die für die Wegschaffung des Gedenksteins aus Nakomiady optierten, schlugen vor, ihn in ein Museum zu bringen (ohne ein bestimmtes zu nennen)<sup>878</sup>, andere verwiesen auf das Wojciech-Kętrzyński-Museum in Kętrzyn oder das Museum für Ermland und Masuren in Olsztyn. Die einen legten nahe,

---

875 Eine Ausnahme war die Meinung des Dorfbewohners Tadeusz Korzeniewski, der sagte: „Dieser Stein soll zertrümmert und als Straßenpflaster genutzt werden. Dann wäre er wenigstens zu was gut.“ Zit. nach: W. Szablowski, *Kamień...*

876 Vgl. unter anderem E. Rombalska, *Geny potomków*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 23.11.2005; S. Brzozowski, *Nasz czy obcy?...*; A. Kowalczyk, *Tożsamość*, in: *Postanien Warmiński* 20 (2005), S. 7.

877 Zit. nach: S. Brzozowski, *Grają symbole. Rozmowa z profesorem Andrzejem Saksonem, dyrektorem Instytutu Zachodniego w Poznaniu*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 18.11.2005, S. 9. Vgl. auch: J. M. Łapo, *Kanclerz i szynkarka. Opinie wokół pomnika Bismarcka w Nakomiadach*, ebd. vom 17.11.2005.

878 So W. Wrzesiński (S. Brzozowski, *To nie jest...*); T. Mazur, *Z Bismarckiem do muzeum*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 2.12.2005.

den entsprechend beschrifteten Stein in der Dauerausstellung zu zeigen, die anderen, ihn im Museumsdepot zu belassen.<sup>879</sup> Es wurde auch der Vorschlag gemacht, den Gedenkstein in das frühere Gut Varzin des „großen Kanzlers“ zu verbringen.<sup>880</sup> Es gab auch einige „exzentrische“ Einfälle.<sup>881</sup>

Die Teilnehmer der Debatte wiesen auf die bemerkenswerte Tatsache hin, dass sich die Kreise des Kulturvereins „Borussia“ und der „Wspólnota Mazurska“<sup>882</sup> aus dem Streit heraushielten; letztere wird nach wie vor als einer der Hauptteilnehmer an Diskussionen und Auseinandersetzungen um das Kulturerbe der Region, insbesondere das deutsche, wahrgenommen. Auch die deutsche Seite übte sich in Zurückhaltung.<sup>883</sup>

Der Streit in Nakomiady hatte auch eine politische Nuance, die hauptsächlich mit der historischen Politik und der „harten Linie“ gegenüber Deutschland zusammenhing, wie sie 2005-2007 von der Regierungskoalition aus PiS, LPR und Samoobrona verfolgt wurde.<sup>884</sup> Überschattet wurden die damaligen Debatten

879 Vgl. unter anderem J. Jasiński, *Jeszcze w sprawie...*; S. Turek, *Stanowczo protestuję*, in: *Życie Kętrzyna* 45 (2005).

880 Dies schlug L. Trzeciakowski vor, vgl. S. Brzozowski, *Kompromisowe Warcino. Rozmowa z profesorem Lechem Trzeciakowskim z Uniwersytetu im. A. Mickiewicza w Poznaniu*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 18.11.2005, S. 8 f. J. Borzyszkowski und C. Obracht-Prondzyński befanden, dieser Einfall sei absurd, und fragten: „Soll der Stein zur Keimzelle eines Bismarck-Mausoleums werden?“

881 Z. B., ihn in einen privaten Garten zu bringen, oder wie ein Leser aus Wuppertal schrieb, „den Stein vor Ort zu belassen, aber in zwei Hälften zu zerschneiden. An jeder der beiden Hälften sollten dann Tafeln mit Namen der Dorfeinwohner, die sich für und gegen die Aufstellung des Gedenksteins aussprechen, angebracht werden. Unser Leser schlägt vor, dass jede Gruppe für die Pflege ihres Teils des Denkmals verantwortlich wäre.“ *Gazeta Olsztyńska* vom 2.12.2005.

882 In der Anfangsphase des Konflikts äußerte sich R. Traba nur kurz: „(...) solche Sockel [der Bismarck-Stein – A. S.] sind Teil der Kulturlandschaft dieses Landes. Auf keinen Fall dürfen sie zerstört werden. Mit ihrer Hilfe sollte Regionaleschichte gelehrt werden. Deshalb könnte man am Denkmal ein Informationsschild anbringen, wer Bismarck war und warum der Stein hier steht. Gefühle der Einheimischen sind zu respektieren. Falls der Stein sie stört, gehört er ins Museum.“ Traba, *Szanujmy odczucia miejscowych*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 17.10.2005, S. 11. Wiktor Knercer, Vorstandsmitglied der „Borussia“, äußerte sich zum Gedenkstein kurz, jedoch eher als Historiker und Angestellter des Denkmalamtes Olsztyn: „Der Bismarck-Stein ist deshalb besser in einem Museum aufgehoben als auf dem Dorfplatz von Nakomiady“. Zit. nach: J. Klaubuhn, *Streit um Bismarck*, „Der Online Elch. Ermland und Masuren heute“, [www.elch.blox.pl](http://www.elch.blox.pl) (31.12.2007).

883 Vgl. Ein Brief von Mathias Wagner zu diesem Thema erschien in der „Gazeta Olsztyńska“ vom 17.03.2006.

884 Bezeichnend in dieser Angelegenheit war ein Artikel von Piotr Semka *Bismarkizacja. Odnawianie pomników pruskiego szowinizmu to nie dowód naszej otwartości, lecz nihilizmu*. Der Autor schrieb: „Der Streit um das Bismarck-Denkmal oder die Ideen, die

durch den Streit um den Bau des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin, die Aktionen der Preußischen Treuhand sowie erste Prozesse um Rückgabe von Land und Gütern durch frühere deutsche Eigentümer vor polnischen Gerichten.

Am Rande der Debatte um den Bismarck-Stein ging es um das Fehlen eines transparenten „Systems zur Wahrnehmung und zum Erhalt des gesamten ‚Vorkriegs‘-Kulturerbes und zur Einschätzung, was für die Zukunft wertvoll

---

Erinnerung an die Schlacht zwischen den Teilungsmächten Polens wiederzuerwecken, sind beunruhigende Anzeichen dafür, wie die modische Begeisterung für die deutsche Geschichte der Nord- und Westgebiete dazu führen kann, dass man die schlichte nationale Würde vergisst. Bismarck war ein offener Feind der Polen und verfolgte eine Germanisierungspolitik. Dies sollte wichtiger sein als die Faszination für seine Rolle in der deutschen Geschichte oder der Diplomatie. (...) Die Symbolik aus der Zeit Volkspolens fällt durch ihre Altertümlichkeit unangenehm auf. Das Problem besteht darin, dass es keinen Ersatz für sie gibt. Und will man diese Lücke, um Touristen aus Deutschland anzulocken, mit Bismarck- oder Hindenburg-Denkmalern füllen, muss das nachdenklich stimmen.“ *Wprost* vom 1.04.2005, S. 43 f. Derselbe Autor schrieb in einem anderen Artikel unter dem vielsagenden Titel *Polacy germanizują Śląsk i Mazury* (Die Polen germanisieren Schlesien und Masuren): „Kaum jemand bemerkt es, dass seit geraumer Zeit in den polnischen Reiseführern neu-alte Denkmäler aufgetaucht sind, die sog. Bismarck-Türme. Sie wurden zu Ehren des Begründers des Kulturkampfs im gesamten damaligen Reich errichtet. In Polen bewirbt man sie nun immer häufiger als Sehenswürdigkeit.“ *Rzeczpospolita* vom 5. Juni 2005, S. 4. Jan Żaryn vom Institut für Nationales Gedenken (IPN) in Warschau war überzeugt: „Das Problem der erneuten Germanisierung der Wiedergewonnenen Gebiete, die heute von Polen bewohnt werden, ist eine reale Gefahr. Berücksichtigt man unsere historischen Erfahrungen, lässt sich diese Möglichkeit nicht ausschließen“. J. Żaryn, *Niemieckie ślady w Polsce*, ebd. vom 5.06.2005, S. 2. Aleksander Szczygło, Parlamentsabgeordneter (PiS) aus der Region Ermland-Masuren, äußerte sich am 17. Oktober 2005 zum Gedenkstein wie folgt: „Die Handlungen des jetzigen Gemeindevorstehers, die die Ehre Polens und der Polen verletzen, zeigen, dass Woiwoden befugt sein sollten, amtierende Bürgermeister, Gemeindevorsteher oder Stadtpräsidenten abzurufen“. *Życie Kętrzyna* 42 (2005), S. 5. Bogusław Rogalski, Abgeordneter zum Europaparlament, stellte fest: „Selbst in Deutschland wird Bismarck nicht verehrt. Aus diesem Grund fordere ich den Gemeindevorstand von Kętrzyn und alle, die für diesen Skandal verantwortlich sind, auf, die Entscheidung zu überdenken und diesen unglückseligen Stein zu entfernen und in einem Museum oder einer Heimatstube unterzubringen. Auch der Rat zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium ist für die Beseitigung des Gedenksteins. Sollte eine Reaktion ausbleiben, werden wir an Ludwik Dorn, den neuen Minister für Inneres und Verwaltung, appellieren, hier einzugreifen“. *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 15.10.2005, S. 4. Der Gemeindevorsteher von Kętrzyn, Jarosik, bemerkte: „Aus dem Stand könnte ich zig Beispiele für Eigenmächtigkeit im großen Maßstab nennen, die niemand mit einer solchen Wut verfolgt. Daher nehme ich an, dass der politische Druck stark gewesen sein muss. Ich diskutiere nicht mit Gerichtsurteilen, ich befolge sie“. Zit. nach: Socha, *Nasze, cudze...*

ist“<sup>885</sup>, d. h. um das Fehlen einer eindeutigen Strategie zur Aneignung des fremden Erbes.

Als Nebenschauplatz erwies sich die von Szara am 16. März 2005 bei der Staatsanwaltschaft erstattete Anzeige wegen öffentlicher Beleidigung der deutschen Minderheit und Anstiftung zur Schändung des Bismarck-Gedenksteins gegen die Redaktion der „Gazeta Kętrzyńska“.<sup>886</sup> Der Verband der deutschen Gesellschaften protestierte indes in seiner Erklärung gegen die „mediale Hetzjagd“ unter anderem in der „Gazeta Olsztyńska“, die zur Schändung des Gedenksteins und Beschmierung desselben mit Farbe geführt habe.<sup>887</sup>

---

885 J. M. Łapo, *Kanclerz...* Vgl. auch: E. Gładkowska, *Obelisk jako tekst kultury*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 11.11.2005; A. Czesła, *Trudna decyzja. Opinie. Bismarck: Polakożerca czy reformator*, ebd. vom 8.11.2005. Auf den Fall Nakomiady bezog sich auch Andrzej Przewoźnik, Sekretär des Rates zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium, im Streit um die Rechtmäßigkeit des 2008 in Wrocław rekonstruierten Denkmals für im Ersten Weltkrieg gefallene deutsche Soldaten (es wurde in den 1920er errichtet). Er hält das Vorgehen der kommunalen Behörden von Wrocław für eine Zurechtbiegung von Vorschriften und einen gefährlichen Präzedenzfall. Denn: „Auf diese Weise ließe sich jedes Denkmal im öffentlichen Raum unter Umgehung der rechtmäßigen Verfahren wiederherstellen. Das abgetragene Bismarck-Denkmal in Nakomiady in Masuren ist auch ‚nur umgestürzt, und die Leute haben es aufgerichtet‘“. Zit. nach: J. Kałucki, *Niemiecki pomnik do rozbiórki?* in: *Rzeczpospolita* vom 20.10.2008, S. A 6. Der Konflikt in Nakomiady gab Anlass zu allgemeinen, ironisch gehaltenen Bemerkungen von Kazimierz Brakoniecki in seinem Buch *Historie bliskożnaczne* (Warszawa 2008) im Kapitel *Gloria victis!*. Er stellte fest: „Dieser Stein des Anstoßes brachte einen großen Ertrag an Steinen – Gedenksteine zu Ehren Ostpreußens und des Germanischen Mutterlandes tauchten überall auf – in Gärten, an Wegen, vor Supermärkten, auf Innenhöfen der Behörden, auf Feldern, vor Schulen, Krankenhäusern und sogar an den vor Dieben nicht geschützten Kirchen (...). Es kam vor, dass die weniger furchtsamen und rassistischeren Steine (...) ihren ganzen traditionellen, multikulturellen Reichtum präsentierten, wie Hakenkreuze, Kreuze, Bismarcklinge, Hitlerlinge, Pangermanlinge, Antipolacklinge, Jungingenlinge, Marienburglinge, Preußlinge, Gothenlinge, Himmlerlinge, Kochlinge, Masurlinge, Volklinge, NSDAPlinge, Arierlinge, Kennkartlinge, Ostpreußlinge, Festunglinge...“ (S. 160).

886 Szara warf der Zeitung vor, „die deutsche Minderheit öffentlich und kontinuierlich zu beleidigen. Ihrer Meinung nach rufe die Zeitung zu Hass und Nationalitätenkonflikten auf. Außerdem habe die Hetzkampagne in der Zeitung ‚Denkmalschändung, Propagierung faschistischer Symbole und Angst der deutschen Minderheit um ihre eigene Sicherheit zur Folge‘ gehabt. Gegen diese Vorwürfe opponierte Jarosław Żukowski, Chefredakteur der „Gazeta Kętrzyńska“, auf das Entschiedenste. Vgl. L. Krzyszałowicz, *Gazeta znieważyla...*

887 In der genannten Erklärung sind auch andere Beschuldigungen enthalten: „Die dort enthaltenen Äußerungen der Historiker, Mitglieder des Rates zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium, sind tendenziös, geradezu feindlich und falsch. Was ist das für ein Historiker, der für ein Ereignis mehrere Versionen zum Besten gab. Zur Zeit des

Ein neutraler Partner bei der Pflege und Bewahrung des deutschen kulturellen Erbes im gesamten ehemaligen Ostpreußen sind die früheren Einwohner dieser Gebiete, die jetzt in Deutschland leben. Dies gilt sowohl für individuelle wie auch institutionalisierte Kontakte.

Bis zum Untergang des realen Sozialismus waren diese erschwert, wenn nicht gar unmöglich. Erste private Reisen in größerem Stil begannen nach Polen in den 1970er Jahren, ins Memelland ab dem Ende der 1980er Jahre. Im Fall des Kaliningrader Gebiets als Militärsonderzone waren sie ganz ausgeschlossen und begannen erst nach 1992. Die ehemaligen Bewohner suchten in der Regel ihre alten Wohnsitze auf und knüpften Kontakte zu den neuen Einwohnern. Auf die ersten Besucher reagierten Einheimische und Behörden mehr oder weniger argwöhnisch. Die Mehrheit der früheren Einwohner verstand die „Urteile der Geschichte“ und fand sich mit dem Verlust der Heimat ab. Vor diesem Hintergrund entstanden sogar freundschaftliche Kontakte, die in gegenseitigen Besuchen, finanzieller Unterstützung oder Hilfspaketen während der polnischen Wirtschaftskrise der achtziger Jahre mündeten. Es gab aber auch den umgekehrten Fall, wenn die Alteigentümer drohten: „Wir kommen noch hierher und kriegen unseren Hof zurück!“ Doch generell waren und sind diese Kontakte positiv, besonders in Ermeland und Masuren, wo sie sich sehr umfassend gestalteten und gestalten. Viele wurden zu festen Bindungen und überdauerten die Zeit. Manche werden durch die in Deutschland nachgeborenen Generationen weiter gepflegt. Unter ihnen gibt es echte Fürsprecher der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung. Sie sind (ähnlich wie die polnischen Grenzländer aus dem Osten) nicht nur daran interessiert, die Erinnerung an die verlorene Heimat wachzuhalten, sondern bringen sich nicht selten aktiv in vielfältige Vorhaben ein, etwa den Schutz der Kulturlandschaft Ostpreußens. Viele von ihnen sind Mitglieder landsmannschaftlicher Organisationen in Deutschland. Sie gehören einem der 40 Heimatkreise bzw. Landesgruppen (zusammen mit Frauen- und Jugendorganisationen) an<sup>888</sup>, die innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen tätig sind. Die Landsmannschaft Ostpreußen ist wie andere Landsmannschaften Mitglied im Bund der Vertriebenen (BdV).

Ein Beispiel für das Engagement zur Annäherung der alten und neuen Bewohner Ostpreußens sind die Haltung und das Wirken der 2002 verstorbenen Marion Gräfin Dönhoff. Ihre Tatkraft ermöglichte es, finanzielle Mittel für die Realisierung vieler Projekte und konkreter Vorhaben zu gewinnen (z. B. die Wiedererrichtung des Kant-Denkmal in Königsberg). Eine symbolische Würdigung

---

Kommunismus wurde das Katyn-Massaker den Nazis in die Schuhe geschoben. Es gab keinen 17. September 1939, keine Gulags usw., damals wurde mit Blumengebinden am Denkmal der Roten ‚Befreiungsarmee‘ gestanden, heute brauchte man dort nach niemand Ausschau zu halten.“

888 Die Landesgruppen bestehen aus Bezirksgruppen, Kreisgruppen und örtlichen Gruppen.

von Dönhoffs Rolle bei der deutsch-polnischen Versöhnung ist die Benennung einer Mittel- und Oberschule in Mikołajki (Masuren) nach ihr.

Ein anderes Beispiel für das Engagement zugunsten der alten Heimat ist das Wirken Herbert Monkowskis, der aus Jomendorf (Jaroty) stammt, heute ein Stadtbezirk von Olsztyn. Er ist Begründer und langjähriger Herausgeber des seit 1980 erscheinenden Heimatjahrbuchs „Jomen-Post. Nachrichten und Informationen für Jomendorfer und Bertunger“<sup>889</sup> und Ausrichter des alljährlichen Jomendorftreffs in Meinerzhagen. Neben den früheren Einwohnern nehmen an diesen Treffen auch Vertreter der Gemeinde- und Kreisverwaltung, Geistliche und heutige Bewohner der elf ermländischen Dörfer um Olsztyn teil. Monkowski beteiligte sich an vielen Vorhaben, z. B. der Renovierung und Wiederherstellung der Friedhöfe in Bartąg und Rusy. Seine Tun findet nicht nur bei Alt- und Neueinwohnern seiner Heimat Anerkennung, sondern auch bei polnischen Behörden.<sup>890</sup>

Es ließen sich noch viele ähnlich positive Beispiele für die Aufnahme und erfolgreiche Durchführung der Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Einwohnern, auch zwischen den Selbstverwaltungsbehörden und der deutschen Minderheit, aufzählen. Dies gilt auch für Aktivitäten mancher Untergliederungen der Landsmannschaft Ostpreußen. Von den Heimatkreisgemeinschaften (HKG) deutscher Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen wurden formell siebzehn Partnerschaften geschlossen. Dies sind ein Viertel aller HKG<sup>891</sup>. Die Landsmannschaften und Organisationen der deutschen Minderheit vermittelten auch bei der Aufnahme der Kooperation im Rahmen von Städtepartnerschaften, wie beispielsweise in Olsztyn, das eine Partnerschaft mit Gelsenkirchen einging, wo sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und nach 1945 viele Allensteiner und Ermländer niedergelassen haben. Gelsenkirchen ist Patenstadt für die Stadtgemeinschaft Allenstein.

---

889 Herausgeber ist seit 2007 (ab der 27. Ausgabe) der auf Initiative Monkowskis neu gegründete Verein der Freunde des Kirchspiels Groß Bertung. Das Blatt trägt den neuen Untertitel „Geschichten und Geschichtchen aus der alten und neuen Heimat“ und erscheint in einer Auflage von 1 300 Exemplaren.

890 Vgl. u. a. den Brief des Vizemarschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren Wojciech Samulowski an Monkowski vom 23. Oktober 2000. *Jomen-Post* 21 (2001), S. 17. Er wurde auch von der Organisation der deutschen Minderheit in Olsztyn geehrt.

891 Es sind u. a. die Kreisgemeinschaften: Allenstein-Land – Landkreis Olsztyn, Heilsberg – Stadt Lidzbark Warmiński, Röbel – Stadt Reszel, Lötzen – Stadt Giżycko, Lyck – Landkreis Elk, Mohrungen – Stadt und Gemeinde Morąg, Osterode – Stadt Ostróda; Preußisch Eylau – Stadt und Landkreis Górowo Iławeckie, Bartenstein – Landkreis Bartoszyce; Preußisch Holland – Landkreise Elbląg und Stadt Pasłęk. HKG werden in den Dokumenten der Landsmannschaft als „Gebietskörperschaften im Exil“ bezeichnet. [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) (12.01.2007).

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit werden Treffen früherer und heutiger Einwohner veranstaltet und konkrete Maßnahmen zur Erneuerung des deutschen Kulturerbes ergriffen, wie z. B. die Renovierung von Denkmälern für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, wie in Kwietniewo und anderen Ortschaften im Landkreis Elbląg, sowie Initiierung des Gedenkens an historische Persönlichkeiten und Ereignisse. Die überwiegende Mehrheit dieser Vorhaben entsteht in Kooperation mit polnischen Behörden und Einwohnern einzelner Städte.

Die Zusammenarbeit der Landsmannschaften mit lokalen Selbstverwaltungsbehörden in Polen ist ein wichtiges Argument bei der Überwindung der politischen Isolation dieser Kreise in Deutschland und ermöglicht, ihre Aktivitäten zu legitimieren und aufzuwerten. Durch das Betreiben der „kleinen Diplomatie“ erkennen polnische Kommunen indirekt die Argumentation an, wonach die Landsmannschaftsorganisationen den Charakter einer Gebietskörperschaft haben, wenn auch „im Exil“. Aus diesem Grund betrachten viele Landsmannschaftsaktivisten die polnische Selbstverwaltung als „vorläufig“. Die Aktivitäten der Landsmannschaften bei der Aufnahme der Kooperation mit polnischen Kommunen werden durch das Bundesministerium des Inneren in Berlin unterstützt.<sup>892</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenarbeit werden aber auch Meinungsverschiedenheiten und Konflikte offenbar, wie beispielsweise bei der Einweihung von Gedenksteinen in Frombork, Nakomiady oder Ramsowo. Spannungen äußerten sich auch beim kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen am 6.-7. Oktober 2004 in Olsztyn. Es war das vierte derartige Treffen (vorangegangen waren Tagungen in Frankfurt an der Oder und in Elbląg). Der Kongress bezweckte, „Erfahrungen mit den Selbstverwaltungsbehörden auszutauschen und gute Kontakte zu pflegen“. Der Tagung fern blieb der Stadtpräsident von Olsztyn, der sich auch weigerte, eine Abordnung im Rathaus zu empfangen. Dies begründete er mit seiner Ablehnung der Ansichten der Landsmannschaft Ostpreußen. An den Beratungen teil nahmen aber der Landrat von Olsztyn und Vertreter kommunaler Behörden, die mit den einzelnen Heimatkreisgemeinschaften Kooperationsverträge unterzeichnet haben.<sup>893</sup> Die Medien empörten sich ins-

---

892 Ryszarda Formuszewicz, die diese Kooperationsformen umfassend analysiert, meint: „Es kommt hierbei eher nur zu einer ‚Handlungsgemeinschaft‘, durch die jede Partei ihre eigenen individuellen Ziele zu verwirklichen gedenkt. Dabei driften diese Ziele nicht selten auseinander, schließen einander aber nicht unbedingt aus.“ R. Formuszewicz, *Specyfika współpracy zagranicznej samorządu terytorialnego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, in: *Ziemia Odzyskane/Ziemia Zachodnie i Północne 1945-2005 – 60 lat w granicach państwa polskiego*, pod red. A. Saksona, Poznań 2006, S. 291-297. Vgl. auch: B. Hinz, *Das deutsch-polnische Miteinander in der Kommunalpolitik aus der Sicht der Vertriebenen*, www.ostpreussen.de (17.03.2007).

893 Vgl. I. Trusewicz, *Prezydent przeciw, starosta*, in: *Rzeczpospolita* vom 5.10.2004, S. 6.

besondere über Plaketten und Schilder mit nur auf Deutsch angegebenen Namen von Orten in Ermland und Masuren, die die Kongressteilnehmer benutzten.<sup>894</sup>

Jeglichen Dialog mit der Landsmannschaft Ostpreußen oder anderen „Vertriebenenverbänden“ abzulehnen, war Grundlage der offiziellen Politik der Volksrepublik Polen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) wurde als revisionistische, revanchistische und polenfeindliche Organisation wahrgenommen. Mehrere Generationen von Polen wurden in Feindschaft gegen die Revisionisten erzogen. Verkörperung des Bösen waren die beiden BdV-Spitzenfunktionäre Herbert Hupka und Herbert Czaja.<sup>895</sup> Beide standen für extrem negative Stereotype von Deutsch-

---

894 Beispielsweise schrieben Tomasz Krzyzak und Pawel Rusek (*Trzeci Drang nach Osten. W Ziomkostwie Wschodniopruskim wybiera się władze na uchodźstwie byłych pruskich a obecnie polskich miast*): „Der neueste Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen in Olsztyn ist ein gefährlicher Präzedenzfall. (...) Die Organisatoren haben die polnischen kommunalen Behörden als vorläufige Verwaltung behandelt, die man nur aus Höflichkeit einlädt.“ *Wprost* vom 31.10.2004, S. 30. Der Landsmannschaftssprecher Bernd Hinz erklärte im „Ostpreußenblatt“, dem Verbandsorgan, das Ziel „der selbständigen Außenpolitik“ der Landsmannschaft Ostpreußen sei es, „Änderungen herbeizuführen und die offenen Fragen zu erledigen“, dabei den Status der Vertriebenenorganisation in ihrem jeweiligen Heimatgebiet mit allen rechtlichen Folgen (z. B. Entschädigungszahlungen für zurückgelassene Häuser und Wohnungen) zu erlangen. Kommunalpolitische Kongresse sollen als ein Druckmittel auf die lokale Verwaltung in Polen genutzt werden. Vgl. P. Cywiński, *Pruski granat*, ebd. S. 34. In seiner Ausgabe vom 15. März 2008 kündigte „Das Ostpreußenblatt“ an, dass der nächste *Kommunalpolitische Kongress* erneut in Olsztyn am 11.-12. Oktober 2008 stattfinden werde (S. 17). Beim Deutschlandtreffen anlässlich des 60. Gründungstages der Landsmannschaft Ostpreußen am 10.-11. Mai 2008 in Berlin stellte die Stellvertretende Ministerpräsidentin Bayerns, Christa Stewens (CSU), fest: „Die Vertreibung der Deutschen vor sechs Jahrzehnten war die größte *ethnische Säuberung* [Hervorhebung – A. S.], die es je gab in Europa“. W. Maszewski, *Czy będą granice niemieckiego rewizjonizmu?*, in: *Nasz Dziennik* vom 27.05.2008, S. 1, 7.

895 Die Landsmannschaften, die den Status quo im Nachkriegseuropa in Frage stellten, indem sie die polnische Westgrenze nicht anerkannten, waren ein wesentliches Element der ideologischen Konfrontation während des Kalten Krieges. In seinem Artikel *Poczet rewizjonistów* schrieb Adam Krzemiński: „Indem die BdV-Politiker materielle Interessen ihrer Klientel verteidigten, ihre Traumata hegten, haben sie jahrzehntelang die polnischen Traumata übersehen: Teilung Polens, Hitler-Stalin-Pakt und zwei völkermörderische Besatzungen. Durch das Anzweifeln der rechtlichen und moralischen Folgen des vom Dritten Reich angezettelten Krieges und der von ihm geplanten und größtenteils umgesetzten ethnischen Säuberungen weckten diese Politiker in Polen Unsicherheit und Angst vor einer Revision der Grenzen. Dies lieferte den kommunistischen Machthabern das schlagkräftige Argument, sie seien zusammen mit der UdSSR einzig und allein Garant für das Bestehen des polnischen Staatswesens.“ *Polityka* 37 (2006), S. 61. Vgl. auch: A. Sakson, *Obraz polski i Polaków w działalności Ziomkostwa Prusy Wschodnie (Landsmannschaft Ostpreußen)*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2-3 (1983), S. 267-277.

land und den Deutschen<sup>896</sup>. Die Wiedererlangung der Souveränität durch Polen im Jahre 1989 und der eingeleitete Verständigungs- und Aussöhnungsprozess Polens mit dem wiedervereinigten Deutschland, darunter die Verwerfung von „Leitsätzen der kommunistischen Propaganda“, hatten zur Folge, dass den Landsmannschaftskreisen ein Vertrauenscredit gewährt wurde. Diese Situation herrschte in den ersten Jahren nach dem großen gesellschaftlichen Wandel<sup>897</sup>. Es zeigte sich aber, dass der BdV ein doppeltes Spiel trieb. Die BdV-Aktivisten sagten in Polen etwas anderes als in Deutschland.<sup>898</sup> Die Aktivitäten der Preußischen Treuhand, der Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen und die Person der langjährigen BdV-Präsidentin Erika Steinbach hatten erheblichen Einfluss auf den Einbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen seit 1998.<sup>899</sup> In der BdV-Struktur nimmt die Landsmannschaft Ostpreußen einen besonderen Platz ein. Nach Ansicht von Politikern und Forschern aus Deutschland und Polen ist sie eine der radikalsten

---

896 Vgl. A. Sakson, *Polacy i Niemcy: Stereotypy i wzajemne postrzeganie*, Poznań 2001.

897 Vgl. A. Sakson, *Nie gardzimy godnością narodu polskiego. Ewolucja obrazu niemieckich organizacji wysiedleńczych w Polsce*, in: *Europa 1* (1994), S. 51-56.

898 Der BdV hat (trotz des deutsch-polnischen Verständigungsprozesses nach 1990) zwei Forderungen nicht aufgegeben, die gegen die polnische Staatsräson gerichtet sind: 1) Anerkennung der „Vertreibung“ durch die polnische Regierung als Straftat und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es wird eine offizielle Entschuldigung für diesen „verbrecherischen Akt“ erwartet; 2) Aufhebung der Enteignungen und die Gewährung eines Rechts auf Ausgleich, d. h. Entschädigungen für den verlorenen Besitz. In diesem Kontext ist auch das „Recht auf Heimat“ zu sehen. Dabei ist auf die Heuchelei der BdV-Politik hinzuweisen: Solche Forderungen werden nicht gegen die Russische Föderation erhoben, deren Teil das Kaliningrader Gebiet ist. Vgl. A. Sakson, *Europejska czy narodowa kultura pamięci historycznej?* in: *Porządek społeczny a wyzwania współczesności*, pod red. A. Saksona, Poznań 2005, S. 210. Wilhelm von Gottberg, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, hat sich bei seinen Besuchen in Ermland und Masuren, die er auf Einladung der deutschen Minderheit absolvierte, von diesen Forderungen nicht distanziert. Vgl. den Wortlaut seiner Ansprachen in den Jahren 2000, 2002, 2004, 2006, 2008, abgedruckt u. a. in: *Masurische Storchepost* 9 (2002), S. 3-7; 8 (2004), S. 16-21; 8 (2006), S. 8-12; 8 (2008), S. 7 f. Diese Forderungen werden mit aller Offenheit in Dokumenten und Reden des Bundesvorsitzenden und der Aktivisten der Landsmannschaft in Deutschland präsentiert. Vgl. z. B. „*Ostpreußen bleibt*“. Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, beim Deutschlandtreffen in Berlin, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 24.05.2008, S. II-V.

899 Vgl. A. Sakson, *Stosunki polsko-niemieckie po przystąpieniu Polski do Unii Europejskiej* in: *Nad Bałtykiem, Pregola i Łyną, XVI-XX wiek. Księga pamiątkowa poświęcona Jubileuszowi 50-lecia pracy naukowej Profesora Janusza Jasińskiego*, pod red. Z. Rondomańskiej, Olsztyn 2006, S. 507-519; B. Koszel, *Polska i Niemcy w Unii Europejskiej. Pola konfliktów i płaszczyzny współpracy*, Poznań 2008.

nationalistischen und polenfeindlichen Organisationen sowohl innerhalb des BdV als auch in ganz Deutschland.<sup>900</sup>

Einen besonderen Platz in der Tätigkeit der Landsmannschaft Ostpreußen nehmen Kontakte mit den „heimatverbliebenen Deutschen im südlichen Ostpreußen“ ein. Diese erfolgen über die Zusammenarbeit mit den Organisationen der deutschen Minderheit. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre engagierten sich Vertreter der Landsmannschaften aktiv bei der Selbstorganisation der Minderheit. Die Landsmannschaften fungierten zunächst als Verteiler finanzieller Mittel für die deutsche Minderheit von verschiedenen Stellen der Bundesregierung.<sup>901</sup> Bis heute kooperieren die Landsmannschaft und ihre Stellen mit der deutschen Minderheit in Polen bei der Umsetzung vielfältiger Projekte.<sup>902</sup> Vertreter der

---

900 Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, schilderte die alten und heutigen BdV-Politiker folgendermaßen: „Hier kamen die Altnazis zusammen, hier wurden rechtsextreme Ansichten verbreitet, es wurde eine Plattform für einst einflussreiche NSDAP-Funktionäre gebildet“. Die BdV-Aktivisten „blieben ihren reaktionären Ansichten selbst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Osterweiterung treu und setzten weiterhin auf Konfrontation und nicht auf Dialog“. *Gazeta Wyborcza* vom 22.10.2007, S. 25. Vgl. auch: P. Jendroszczyk, *Antypolski zjazd w Hanowerze. Politycy CDU walczą o głosy członków Powiernictwa Pruskiego*, in: *Rzeczpospolita* vom 11.07.2007. Nach Ansicht von Bodo Zeuner sind die Vertriebenenverbände ein „traditioneller Ort, wo rechtsextreme Denkweisen gepflegt werden, die sich insbesondere im deutschen Nationalismus, antislawischen Rassismus und Bagatellisierung des Nationalsozialismus manifestieren“ würden. *Der Spiegel* vom 28.08.2006, S. 12. Dieter Bingen charakterisierte das Profil des Landsmannschaftsblattes „Das Ostpreußenblatt“ als „stark nationalistisch im Stile der Zwanziger Jahre, westeuropäisch, antiangloamerikanisch, anti-Maastricht, russischfreundlich und antipolnisch orientiert“. *Das Gebiet Kaliningrad (Königsberg). Bestandsaufnahmen und Perspektive. Deutsche Ansichten*, Köln 1993, S. 13. Die Eltern Winfried Neumanns antworteten auf die Frage, warum sie, die ja aus Ostpreußen stammen, keine Mitglieder der Landsmannschaft seien und das Blatt nicht abonnieren: „Es ist ein Sammelbecken von Nazis, die nichts verstanden haben und nichts verstehen“. *Der Spiegel* vom 28.08.2006, S. 12. Vgl. auch: E. Hahnová, H. D. Hahn, *Sudetoněmecká vzpomínání a zapominání*, Praha 2002; S. Salzborn, *Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung*, Hannover 2001; Z. Mazur, *Centrum przeciwko Wypędzeniom (1999-2005)*, Poznań 2006; J. M. Piskorski, *Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą? (wokół dyskusji o wysiedleniach i tzw. Centrum przeciwko Wypędzeniom)*, Poznań 2004.

901 Vgl. A. Sakson, *Rola mniejszości niemieckiej w stosunkach polsko-niemieckich na przykładzie Warmii i Mazur*, Poznań 1998, S. 7-9.

902 Auf Initiative der Kreisgemeinschaft Lyck und der deutschen Minderheit in Elk wurde im Juni 2008 am Sitz der Minderheit die historische Ausstellung „Elk – stolica Mazur/Lyck – die Hauptstadt Masurens“ eröffnet, und zwar in Kooperation mit den Kulturzentrum Ostpreußen in Elingen (Bayern). An der Eröffnung nahmen polnische Behördenvertreter

Landsmannschaft werden auch zu verschiedenen Feierlichkeiten und Festen der deutschen Minderheit eingeladen. Ähnliche Kontroversen wie bei der Veranstaltung des Kommunalpolitischen Kongresses in Olsztyn im Jahre 2004 begleiteten das Ostpreußische Sommerfest der deutschen Minderheit in Giżycko 2006, das durch den Magistrat Giżycko finanziell unterstützt wurde.<sup>903</sup> Positiv äußert sich die Zusammenarbeit der früheren und neuen Einwohner darin, dass der Vorsitzende und die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Goldap zum Masurischen Sommerfest eingeladen werden, das von der Stadtverwaltung Goldap organisiert wird. Die Begegnungen finden in einer freundlichen Atmosphäre statt und sind ein gutes Beispiel für die Mitwirkung und Pflege alter und neuer Traditionen von Ermland und Masuren. Viele Angehörige der vielfältigen Gemeinschaft der ehemaligen Ostpreußen, die jetzt in Deutschland leben, widmen sich dem Anliegen der Ausöhnung mit den neuen Einwohnern ihrer alten Behausungen, d. h. Polen, Russen und Litauern.<sup>904</sup>

### 3.6. Polnisches oder deutsches Eigentum?

Der polnisch-deutsche Streit um die symbolischen Domänen in Ermland und Masuren interessierte vor allem Eliten und Gemeinschaften vor Ort, innerhalb deren es vor diesem Hintergrund oft zu Konflikten kam.

---

nicht teil. Vgl. *Lycks Historie. Dauerausstellung im Wasserturm*, in: *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 2.08.2008, S. 21. Die Eröffnung einer ähnlichen Ausstellung zur Geschichte Olsztyns wurde durch Proteste der polnischen Seite begleitet. Vgl. auch: *Besuch vom BJO in der Heimat*, ebd. vom 22.03.2008, S. 1; *Treffen der Jugend in Osterode*, ebd. vom 18.01.2008, S. 1.

- 903 Während des Treffens hielt unter anderem W. von Gottberg, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, eine Ansprache. Vgl. J. Urbański, *Mazury Pruskie. Urząd Miasta Giżycka dofinansował imprezę Ziomkostwa Prus Wschodnich*, in: *Wprost* vom 13.08.2006, S. 28 f. Einer der Organisatoren der *Heimattreffen*, die früher in Olsztyn und Olsztyniek stattgefunden hatten, war der Verband der deutschen Gesellschaften im ehemaligen Ostpreußen. Dieser offizielle Name des Verbandes wird in den Ansprachen des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft genauestens geändert, indem das Wort „ehemalig“ weggelassen wird.
- 904 An diesem Fest nahmen im Jahr 2008 etwa 80 ehemalige Ostpreußen aus Deutschland teil. Vgl. *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 2.08.2008, S. 19. Eine solche Kooperation ist meist dann möglich, wenn die Landsmannschaftsvertreter aus den Kreisgemeinschaften die offizielle „harte“ Linie des Landsmannschaftsvorsitzenden nicht herausstreichen oder marginalisieren. Schwer einzuschätzen ist ihre tatsächliche Einstellung zu den Grundsätzen der „Polenpolitik“ des BdV und der Landsmannschaft Ostpreußen. Offen bleibt das Verhältnis der polnischen Behörden zu den verschiedenen Aktivitäten der Landsmannschaft in Ermland und Masuren.

Eine andere Dimension hatten und haben Ängste der gesamten Einwohner der Region vor deutschen Rückforderungen auf Entschädigung oder Rückgabe des zurückgelassenen Besitzes. Sie sind hier landesweit am größten. Diese Probleme zeigten sich bereits in den neunziger Jahren und hingen mit der Befürchtung zusammen, Ausländer, insbesondere Deutsche, könnten massenhaft polnisches Land aufkaufen. Erneut geschürt wurden diese Ängste durch die Gründung der Preußischen Treuhand zu Beginn des 21. Jahrhunderts und Gerichtsprozesse, angestrengt von sog. Spätaussiedlern. Dabei handelte es sich in erster Linie um Ermländer und Masuren, die nach 1956 freiwillig in mehreren Wellen in beide deutsche Staaten ausreisten. Einen Präzedenzfall schuf Agnes Trawny, die 2005 durch ein Urteil des Obersten Gerichts ihren Besitz in Narty (Gemeinde Świątajno, Landkreis Szczytno) in Masuren zurückbekam. Die Angelegenheit erregte Aufsehen in ganz Polen.

Eine der schwierigsten Fragen, die das deutsch-polnische Verhältnis belasten, ist die nach dem privaten Eigentum an ehemals deutschen Immobilien in den polnischen West- und Nordgebieten. Trotz gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen gibt es nach Ansicht von Mariusz Muszyński „keinen Grund, das Enteignungsproblem für gelöst zu halten. Dies ergibt sich aus zahlreichen Lücken in formalen Regelungen zu den Folgen des Zweiten Weltkriegs und aus den nach 1990 ausgebliebenen Maßnahmen im bilateralen Verhältnis. Das alles animiert die ‚Vertriebenen‘ zu extremem Subjektivismus und zum Festhalten an der auf Konfrontation ausgerichteten Auslegung des Problems.“<sup>905</sup>

Zwischen polnischen und deutschen Politikern sowie zwischen den Rechtsdoktrinen beider Staaten besteht ein Widerspruch in dieser Frage. Prüfen darf man sie keinesfalls losgelöst von der Grenzverschiebung, vornehmlich der deutschen Ostgrenze, und der Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verlor. Grundsätzlich unterscheiden sich der polnische und der deutsche Standpunkt darin, wann Polen ein Recht auf die West- und Nordgebiete erhalten hat. Die polnische Seite vertritt offiziell „den Standpunkt, dass dies am 2. August 1945 geschah, also mit Inkrafttreten des Potsdamer Abkommens. Manche deutsche Völkerrechtler halten aber dafür, dass dies viel später, 1972, eintrat, die meisten beharren auf 1990.“

Die polnische Auslegung der Potsdamer Beschlüsse gibt keinerlei Möglichkeit zu Entschädigungsansprüchen – auch von Privatpersonen, wie beispielsweise der ausgesiedelten Deutschen. Polen war und ist der Auffassung, die West- und Nordgebiete seien mitsamt dem ganzen Staatseigentum durch den polnischen Staat übernommen, das Privatvermögen legal und wirksam beschlagnahmt worden.

---

905 M. Muszyński, *Roszczenia majątkowe „wypędzonych“ w prawie międzynarodowym*, in: *Sprawy Międzynarodowe* 3 (2000), S. 70.

Die deutsche Auslegung lässt Forderungen nach Rückgabe des von Aussiedlern zurückgelassenen Privatvermögens zu. Die Frage der Kriegsreparationen wurde aber in Potsdam auf die Friedenskonferenz vertagt, die nie stattgefunden hat. Auch die internationale Zwei-plus-Vier-Konferenz zur deutschen Wiedervereinigung 1990 nahm sich dieses Problems nicht an.

Landmannschaftliche Kreise, in erster Linie der BdV<sup>906</sup>, betreiben ihre eigene Entschädigungsolitik bezüglich des verlorenen Besitzes in Polen und anderen Ländern. Sie vertreten die Ansicht, die Aussiedlungen der Deutschen seien unrechtmäßig erfolgt und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen.<sup>907</sup> Sie greifen dabei auf konkrete finanzielle Berechnungen der von den Deutschen erlittenen Verluste zurück. Im Falle Polens belaufen sie sich auf 428,6 Mia. DM nach dem Wert von 1999. Die Verluste, die die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges Polen zugefügt haben, werden auf 500 Mia. DM geschätzt.<sup>908</sup>

Bis 1989 verfügte der BdV auf der internationalen Bühne nur über beschränkte Möglichkeiten, seine Forderungen gegenüber Polen durchzusetzen. Der demokratische Wandel in Polen brachte unter anderem die Mitgliedschaft Polens im Europarat, den Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. In den BdV-Kreisen kam man zu dem Schluss, dass dies neue Möglichkeiten eröffnet, Polen durch Auftritte auf internationalem Parkett unter Druck zu setzen. Der BdV verlangte von den EU-Beitrittskandidaten, insbesondere Polen und Tschechien, vermögensrechtliche Ansprüche der Aussiedler vor dem Beitritt zu erfüllen, und drohte andernfalls Klagen auf Eigentumsrückgabe vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg an. Seiner Ansicht nach sind die Enteignungen Deutscher nach dem Krieg mit den Men-

---

906 Der BdV zählt ca. 2 Mio. Mitglieder, ist eine Dachorganisation für 21 Landsmannschaften, 16 Landesverbände und sechs assoziierte Organisationen und wird von der Bundesregierung aus Mitteln des Innenministeriums finanziell unterstützt. 1982 betrug die Förderung 4 Mio. DM, 1990 20 Mio. DM und 1998 43 Mio. DM. *Rzeczpospolita* vom 27.06.1998, S. 8. Im Jahr 2008 betrug die Zuwendung der Bundesregierung für die kulturelle und wissenschaftliche Tätigkeit der Landsmannschaften 15,3 Mio. Euro, 1,2 Mio. Euro mehr als 2006.

907 F. Ermacora sieht das Problem so: „Die Vertreibung der Deutschen aus Polen ist als ein Akt des Völkermordes gekennzeichnet worden“, während „Konfiskation von Privateigentum Teil eines Völkermordes“ sei. F. Ermacora, *Das deutsche Vermögen in Polen. Ein Rechtsgutachten*, München 1996, S. 71 und 73. Vgl. auch: D. Blumenwitz, *Das Offenhalten der Vermögensfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen*, Bonn 1992; *Recht auf die Heimat und offene Vermögensfragen im deutsch-polnischen Verhältnis* (BdV-Broschüre) September 1997; S. Krülle, *Die Konfiskation deutschen Vermögens in Polen*, Bonn 1993.

908 M. Lauschner, *Die materielle Dimension der deutschen Vermögensverluste*, in: *Deutscher Ostdienst* 10 (1999), S. 4.

schenrechten und dem europäischen Recht unvereinbar. Im Rahmen dieser Aktivitäten gegenüber Polen wandte sich der BdV im April 2001 an das Europäische Parlament, damit dieses Polen auffordere, die nach dem Krieg erlassenen Gesetze über die Übernahme deutschen Besitzes nach dem Zweiten Weltkrieg aufzuheben. Auf den folgenden Landsmannschaftstreffen, z. B. der Schlesier in Hannover 2007, wurde in einer Atmosphäre von Anklagen gegen Polen verlangt, die „unerblicklichen Forderungen“ nach Rückgabe ehemals deutschen Besitzes in Polen durchzusetzen.<sup>909</sup>

Problematisch war vor diesem Hintergrund der Aufkauf polnischen Landes durch Ausländer, besonders Deutsche. Debattiert wurde dabei über die Länge der Übergangsfristen für den Landkauf durch Ausländer nach dem EU-Beitritt Polens. Die Ängste vor den Deutschen steigerten sich nach vermehrten Presseberichten über den verbreiteten illegalen Landkauf durch Deutsche in den West- und Nordgebieten, besonders in Westpommern. Die Meldungen erschienen vornehmlich in der Lokalpresse, drangen dann aber in die landesweiten Zeitungen durch.<sup>910</sup>

Ähnlich funktionierte die Verbreitung von Informationen über Briefe aus der Bundesrepublik, die seit Beginn der neunziger Jahre systematisch bei polnischen Empfängern eintrafen und deren Absender die Rückgabe oder eine Entschädigung für das konfiszierte Vermögen in den West- und Nordgebieten verlangten. Diese Briefe erreichten sowohl Privatpersonen als auch lokale Behörden, Grundbuchabteilungen der Amtsgerichte, Gerichte verschiedener Instanzen, die polnische Botschaft in Köln und das polnische Außenministerium in Warschau. Sie waren auf Polnisch oder Deutsch auf Vordrucken oder als persönliche Anschreiben verfasst. Die Empfänger wurden davon in Kenntnis gesetzt, dass einzelne Gebäude oder das Land völkerrechtswidrig übernommenes deutsches Eigentum seien. Zur Begründung wurden Ablichtungen von deutschen Grundbuchauszügen aus der Zeit vor 1945 übersandt. Man suggerierte, es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis das vom deutschen Absender beanspruchte Vermögen wieder in den Besitz des „rechtmäßigen Eigentümers“ gelange. Vordrucke erhielten die deutschen Aussiedler bei den vom BdV koordinierten Landsmannschaftstagen. Die polnischen Behörden ignorierten diese postalische Rückforderungsaktion, ließen die Briefe unbeantwortet oder vernichteten sie. Anders reagierten Privatpersonen und lokale Gemeinschaften auf solche Briefe, die ein Gefühl der Bedrohung entstehen ließen und die Bevölkerung in ihrer Abneigung gegen Deutschland und die Deutschen bestärkten.

---

909 Vgl. P. Jendroszczyk, *Antypolski zjazd w Hanowerze*, in: *Rzeczpospolita* vom 2.07.2007, S. 8.

910 Vgl. J. Macała, *Wykup ziemi przez Niemców – mit czy zagrożenie? Z głosów polskiej opinii publicznej po 1989 roku*, in: *Europa regionów. Tradycje i perspektywy*, pod red. B. Nitschke, Zielona Góra 2002, S. 29-50.

Vor diesem Hintergrund bildete sich Mitte der neunziger Jahre aus Furcht vor der „deutschen Gefahr“ eine gesellschaftliche Bewegung heraus, die sich für die Eigentumsübertragung an Gebäuden und Land in den West- und Nordgebieten auf die aktuellen Besitzer einsetzte. Laut polnischen Rechtsvorschriften erhielten Einwohner der West- und Nordgebiete am ehemals deutschen Eigentum ein dauerhaftes Nutzungsrecht für 99 Jahre. Geregelt wurde dies durch ein Dekret über die Rechtskraft der Grundbücher in den Wiedergewonnenen Gebieten und der ehemaligen Freien Stadt Danzig vom 28. Oktober 1947.<sup>911</sup>

Das dauerhafte Nutzungsrecht wurde als beschränktes dingliches Recht erst am 14. Juli 1961 mit dem Gesetz über die Bodenwirtschaft eingeführt. Das Rechtsinstitut des dauerhaften Nutzungsrechts wurde anschließend (mit weiteren Änderungen) in das Zivilgesetzbuch aus dem Jahr 1964 übernommen. Nach 1990 erzwang die im Vergleich zu den westlichen Standards ungünstige Lage der dauerhaften Nutzer von Immobilien mit Blick auf den EU-Beitritt, insbesondere im Zusammenhang mit den von den „Vertriebenen“ erhobenen Ansprüchen, Maßnahmen zur Regelung der Eigentumsfrage.<sup>912</sup>

Als sich Verbände wie die Bürgerinitiative für Eigentumsübertragung (Obywatelska Inicjatywa Uwłaszczeniowa) oder auch die Gesellschaftliche Bewegung für Eigentumsübertragung in den polnischen Nord- und Westgebieten (Społeczny Ruch Uwłaszczeniowy Ziemi Zachodnich i Północnych Polski) für die Eigentumsübertragung an die aktuellen Besitzer stark machten und Parlamentsabgeordnete aus den West- und Nordgebieten, insbesondere direkt an Deutschland grenzenden Regionen unter Druck setzten, nahm sich das polnische Parlament

---

911 Gemäß der Vorgehensweise bei der Verabschiedung von Dekreten mit Gesetzeskraft erließ die Regierung ein Dekret, das ab der Bekanntgabe, d. h. dem 28. Oktober 1947, galt und wonach (Art. 1) die nach den bisherigen Grundsätzen geführten Grundbücher für Immobilien, die außerhalb der Verwaltungsgrenzen von Städten lagen, aber im Sinne des Dekretes über die Agrar- und Siedlungsstruktur in den Wiedergewonnenen Gebieten und der ehemaligen Freien Stadt Danzig zum Bodenbestand gehörten, außer Kraft getreten sind. Sie behielten aber ihre Bedeutung als Urkunden vorbehaltlich der Vorschriften über die Rechtskraft der Urteile deutscher Gerichte (poln. GBl. Dz.U. Nr. 25/1945, Pos. 151). Für Immobilien sollten neue Grundbücher so angelegt werden wie bei verschollenen Grundbüchern vorgesehen (Dz.U., Nr. 66/1946, Pos. 368). Grundlage der Eintragung bildete bei natürlichen Personen die Abschrift des rechtskräftigen Bescheides über den Vollzug des Verleihungsakts, bei Behörden und Institutionen die Abschrift des rechtskräftigen Übertragungsbescheides, bei nichtlandwirtschaftlichem Besitz die Bescheinigung der antragstellenden Behörde, dass die jeweilige Immobilie kraft des Dekrets über verlassenes und ehemals deutsches Eigentum staatliches Eigentum geworden ist. Nach der Eintragung kam der neue Eigentümer in den Genuss aller mit der Eintragung zusammenhängenden Rechtsfolgen. M. Muszyński, *Roszczenia majątkowe „wypędzonych“*..., S. 59 f.

912 Ebenda.

im Jahr 1997 der Änderung des Gesetzes über die Umwandlung des dauerhaften Nutzungsrechts natürlicher Personen in ein Eigentumsrecht an. Ehe es so weit war, gab es in den West- und Nordgebieten viele gesellschaftliche Aktivitäten für die Gesetzesänderung.<sup>913</sup>

Ein neuer Auslöser dafür, dass die Eigentumsfragen die Ängste der Polen vor den Deutschen schürten und zur Verschlechterung der bilateralen Beziehungen beitrugen, war eine Entschließung des Bundestags vom 27. Mai 1998, in der unter anderem festgestellt wurde, Polens EU-Beitritt werde „die immer noch offenen bilateralen Fragen“ lösen helfen. Auf diese Entschließung reagierte der Sejm mit einer kritischen Erklärung vom 3. Juli 1998. Beide Dokumente gingen in die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen als „Resolutionskrieg“ oder „Papierkrieg“ ein. Aufgeheizt wurde die Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens durch den sog. Berliner Appell des BdV vom 6. September 1998, in dem eine Heilung des den Deutschen infolge des Zweiten Weltkrieges von Polen und Tschechien zugefügten „Unrechts“ gefordert wurde. Das Problem der Vermögensrückforderung war auch ständiger Bestandteil der innerdeutschen Wahlkampagnen in den Jahren 1998, 2002 und 2005. Vertreter von CDU und CSU, unter ihnen der damalige bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, forderten 2002 die Aufhebung der „Beneš- und Bierut-Dekrete“. Deutsche Politiker nahmen an Vertriebenentagen und -treffen teil. In erster Linie wollten sie so die Stimmen der Vertriebenen gewinnen.<sup>914</sup>

Was außerdem die Ängste der Polen vor Rückforderungen der Landsmannschaften und Privatpersonen bestärkte, war die Gründung der Preußischen Treuhand im Jahr 2000 als einer regierungsunabhängigen Kommanditgesellschaft auf Aktien. Ihr wichtigstes Ziel ist es, von Polen Entschädigungszahlungen an deutsche Privatbürger für deren verlorenen Besitz zu bekommen.

---

913 Bei seinem Besuch im Juni 1997 in Olsztyn kritisierte Pater Tadeusz Rydzyk, der Leiter des katholischen Rundfunks Radio Maryja, das Festhalten am Erbpachtwesen in den wiedergewonnenen Gebieten. Rydzyk war der Ansicht, die kommunalen Verwaltungen oder der Sejm sollten die Pacht in Eigentum umwandeln. *Gazeta Olsztyńska* vom 14.04.1997, S. 1. Ausführlicher dazu: A. Sakson, J. Sterzyńska, *Postawy mieszkańców Ziemi Zachodnich i Północnych a pretensje niemieckich środowisk ziomkowskich*, Poznań 2001, S. 10-47.

914 Nach Schätzungen deutscher Forscher beträgt das „Wählerpotential der Vertriebenen“ etwa 15-20 % aller Wahlberechtigten in Deutschland. Mehr zu den Eigentumsproblemen in den deutsch-polnischen Beziehungen vgl. A. Sakson, *Stosunki polsko-niemieckie po przystąpieniu Polski...*, S. 507-512. A. Sakson, J. Sterzyńska, *Postawy...*, S. 21-37 und *Problem reparacji odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, Bd. 1, pod red. W. M. Góralskiego, Bd. 2, pod red. S. Dębskiego, W. M. Góralskiego, Warszawa 2004; M. Muszyński, *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Warszawa 2003.

Die Preußische Treuhand begann ihre Tätigkeit erst zwei Jahre später mit der Suche nach Personen, deren Ansprüche als musterhaft bezeichnet werden können, und nach Rechtskanzleien, die bereit wären, Entschädigungsklagen auszuarbeiten. Der Anstoß, die Treuhand ins Leben zu rufen, kam von der Landsmannschaft Ostpreußen, an deren Geschäftssitz in Hamburg sie anfänglich Büroräume nutzte.<sup>915</sup> 2007 fanden die deutschen Landsmannschaften Verbündete bei ihrem Kampf um Entschädigungen gegen Polen.

In Triest wurde die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) gegründet. Präsident der Generalversammlung wurde Wilhelm von Gottberg, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, der von Polen, Tschechien und Russland erwartet, dass sie offiziell um Verzeihung für die „Vertreibungsverbrechen“ bitten. Der Union gehört auch die Landsmannschaft Schlesien an, deren Vorsitzender Rudi Pawelka Mitbegründer der Preußischen Treuhand ist.<sup>916</sup>

Am 15. Dezember 2006 teilte die Preußische Treuhand mit, sie habe im Namen ihrer Aktionäre 23 Beschwerden gegen Polen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingereicht. In den Beschwerden wurden Restitutions- und Entschädigungsansprüche auf ehemals deutsches Vermögen erhoben.<sup>917</sup> Eine weitere Beschwerde wurde im April 2008 an die UN-Kommission für Menschenrechte in Genf gerichtet. Im Namen der 23 nach dem Krieg ausgesiedelten Deutschen eingereicht hat sie Rechtsanwalt Thomas Gertner, der auch die Interessen der Preußischen Treuhand wahrnimmt.<sup>918</sup>

---

915 Aufsichtsratsvorsitzender der Preußischen Treuhand wurde Rudi Pawelka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, BdV-Vizepräsident, CDU-Mitglied. Vgl. A. Graś, Formuszewicz, *Roszczenia Powiernictwa Pruskiego. Zagrożenia dla Polski i możliwości przeciwdziałania*, Poznań 2007 (Typoskript in der Sammlung des Verfassers).

916 F. Gańczak, *Międzynarodówka wypędzonych*, in: *Newsweek* vom 27.12.2007, S. 14.

917 Vgl. P. Jendroszczyk, *Rusza batalia sądowa wypędzonych*, in: *Rzeczpospolita* vom 23.08.2006, S. 7; ders., *Roszczenia zagrażają Polsce*, ebd. vom 16.06.2007, S. 5; B. T. Wieliński, *Zdelegalizować Powiernictwo Pruskie*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.06.2007, S. 12; W. Maszewski, *Prusacy szykują nowe skargi na Polskę. Sześć Powiernictwa Pruskiego zapowiada złożenie ok. 20 nowych wniosków do Strasburga*, in: *Nasz Dziennik* vom 15.03.2007, S. 1.

918 Diese Beschwerde bezieht sich darauf, dass ein von der polnischen Regierung ausgearbeitetes Reprivatisierungsgesetz den deutschen Staatsbürgern die Möglichkeit entzogen hat, Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Gertner stellte fest: „Wir fordern Vermögensrestitution und Entschädigungen für alle Vertriebene, die sich keine Kriegsverbrechen haben zuschulden kommen lassen. Eigentumsentzug Unschuldiger stellt eine völkerrechtswidrige Diskriminierung dar. Den Vorwurf der Diskriminierung muss sich auch das in Polen ausgearbeitete Gesetz gefallen lassen“. Pawelka führte seinerseits aus: „Die Beschlüsse der Genfer Menschenrechtskommission haben nicht die Kraft von Gerichtsurteilen, so dass wir uns auf Gerichtsprozesse in den USA vorbereiten. Nur wenn

Am 9. Oktober 2008 wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in der ersten Verhandlung 23 Beschwerden der Preußischen Treuhand als unzulässig zurück.

Die Richter des Gerichtshofs erkannten, Polen habe 1945 noch keine Kontrolle über die von den Deutschen geräumten Gebiete ausgeübt, und die Vertriebenen seien vor der Roten Armee geflüchtet. Sie seien übrigens von den deutschen Behörden zur Evakuierung angewiesen worden. Deshalb könne Polen nicht für die Gewaltakte und Aussiedlungen verantwortlich gemacht werden – so der Gerichtshof.

Die Treuhand sei auch nicht befugt, Vertreibungsoffer zu vertreten. Diese Entscheidung des Straßburger Gerichtshofs versperrt der Preußischen Treuhand den Weg, Ansprüche vor internationalen Gerichten geltend zu machen.

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte versicherte Rudi Pawelka, die Preußische Treuhand werde weiter vor Gerichten in Deutschland und den USA nach „Gerechtigkeit suchen“. Sie wolle auch Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg erheben.

Die Entscheidung des EGMR haben Warschau und Berlin mit Genugtuung aufgenommen und bewerteten sie als Niederlage der Treuhand und Beilegung des sich zuspitzenden Streits zwischen Polen und Deutschland.<sup>919</sup>

Die Aktivitäten der Preußischen Treuhand wurden von der polnischen Regierung, allen politischen Parteien und der öffentlichen Meinung in Polen heftig kritisiert.<sup>920</sup>

Als Reaktion auf diese Aktivitäten entstanden 2004 die Polnische Treuhand (Powiernictwo Polskie) mit Sitz in Gdynia sowie andere Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, vom deutschen Staat Entschädigungen für die Verluste, die dem polnischen Staat und seinen Bürgern im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden, zu erhalten. In Polen lebte auch wieder die Debatte über die Möglichkeit

---

die Vertriebenen im künftigen Reprivatisierungsgesetz berücksichtigt werden, könnten wir davon Abstand nehmen“. Zit. nach: P. Jendroszczyk, *Niemcy chcą zadośćuczynienia*, in: *Rzeczpospolita* vom 17.04.2008, S. 11. Vgl. auch: ders., *Wypędzeni liczą na ONZ. Niemcy Sudeccy walczą o rehabilitację. Nie tracą nadziei na zwrot majątków*, www.rp.pl (4.09.2009).

919 Vgl. B. T. Wieliński, *Kłeska Powiernictwa*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 10.10.2008, S. 1, 2, 10.

920 Kennzeichnend war die Äußerung von Bogdan Musiał, der schrieb: „Die Entschädigungsforderungen der Preußischen Treuhand gegen Polen müssen als Provokation beurteilt werden. Die Bundesregierung wäscht zwar die Hände in Unschuld und behauptet, sie habe damit nichts zu tun und gewähre auch keine Unterstützung. Dennoch sympathisiert zumindest ein Teil der öffentlichen Meinung mit den Forderungen der Preußischen Treuhand.“ B. Musiał, *Haracz za „Wyzwolenie“*, in: *Rzeczpospolita* vom 21.-22.07.2007, S. 15.

auf, von Deutschland Kriegsreparationen zu erhalten.<sup>921</sup> Mit der Zeit distanzieren sich der BdV und seine Präsidentin Steinbach sowie Vertreter der deutschen Minderheit in Polen von der Preußischen Treuhand. Eine ähnliche Haltung bezogen alle großen politischen Parteien in Deutschland (außer der NPD). Auch die Bundesregierung kritisiert die Aktivitäten der Treuhand entschieden und hält sie für einen Unruhestifter, der dem deutsch-polnischen Verhältnis einen messbaren Schaden zufüge.

Auf der im Dezember 2006 von der Preußischen Treuhand zusammengetragenen Rückforderungsliste fanden sich auch die Ansprüche der Nachkommen von fünf deutschen Eigentümern in Ermland und Masuren. Sie betrafen Grundbesitz in Olecko, Elk, den Dörfern Tłokowo und Moźne sowie in Lidzbark Warmiński. In letzterer Stadt mit 17 000 Einwohnern will der 76-jährige Felix Hoppe am meisten zurückhaben: Grundstücke in sechs Straßenzügen sowie Häuser. Heute leben auf diesem Areal einige Tausend Menschen. Es stehen dort seit den achtziger Jahren Wohnblocks der Wohnungsbaugenossenschaft „Warmia“, Häuser der Gesellschaft für Sozialwohnungsbau, ein Bauunternehmen und ein Schulzentrum, u. a. an den Straßen: Warszawska, Bartoszycka und Wierzbickiego.

Die Familie Hoppe stammte aus Krekollen (Krekole), einem Dorf bei Lidzbark. Alois Hoppe wurde vor dem Krieg Ingenieur und kaufte in Heilsberg Land, Häuser und einen Agrarbetrieb.

Dietlinde Krawitz geborene Philips (70 Jahre alt, pensionierte Sekretärin) will den Besitz ihrer Eltern zurückbekommen: ein Haus in Olecko und ein Grundstück in der Stadtmitte von Elk.

Die übrigen Anträge waren nicht so präzise. Der Landwirt Horst Labesius (86 Jahre) will den Hof seines Vaters in Klein Dombrowken (Dąbrówka Mała bei Węgorzewo) zurückbekommen, macht aber nur Angaben nach dem deutschen Grundbuch. Die 76-jährige Marta-Edith Hauptmann aus den USA will ein Landgut (28 ha), das ihr Vater im Dorf Mooszne (Moźne bei Elk) besaß, zurückhaben. Andere Klagen betrafen Landbesitz in Westpommern, Bielsko-Biała, Wałbrzych, dem Oppelner Land und Oberschlesien.<sup>922</sup>

---

921 Die polnische Seite rechnete aus, dass der Wert der im Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste 1 Billion US-Dollar betrage. Einzelne Städte, unter ihnen Warschau, Lublin und Poznań, haben ebenfalls ihre Kriegsverluste beziffert. Vgl. A. Sakson, *Wprowadzenie*, in: *Raport o stratach wojennych Poznania 1939-1945*, pod red. A. Saksone, A. Skarżyńskiego, Poznań 2008, S. 9-24.

922 Artur Wajs, Bürgermeister von Lidzbark Warmiński, sagte als er von den Forderungen erfahren hatte: „Ich bin schockiert. Das ist so, als ob wir Polen heute die Hälfte von Wilna zurückfordern würden. Deutsche ziehen vor Gericht und bekommen Recht, weil die polnische Regierung den Ernst der Lage nicht erkennt. Es gilt, unsere Gesetzgebung schnell zu ändern, damit solche Ansprüche nicht mehr möglich sind.“ Auf dem Areal, das Felix Hoppe zurückfordert, stehen heute unter anderem Wohnhäuser der städtischen

Der Fall stieß auf die Empörung der breiten Öffentlichkeit. Schon dass die Klagen überhaupt angestrengt wurden, wurde als Provokation, Infragestellung der völkerrechtlichen Ordnung und Angriff auf die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und den Bürgern beider Staaten empfunden.<sup>923</sup>

Der bevorstehende EU-Beitritt und die EU-Mitgliedschaft bedingten, dass viele frühere, im Rahmen der sog. Familienzusammenführung nach Deutschland ausgereiste Einwohner von Ermland und Masuren Bemühungen unternommen haben, ihren früheren Besitz zurückzubekommen. Viele Masuren, Ermländer, Deutsche, aber auch Polen haben in Polen Grundbesitz zurückgelassen. Bedingungen für eine „Ausreisebewilligung“ waren der Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft bei Grenzübertritt und die Abtretung des zurückgelassenen Immobilienbesitzes (Land, Häuser, Wirtschaftsgebäude etc.) an den Fiskus. Auf dieser Grundlage konnte man von der Bundesrepublik Deutschland eine Teilwiedergutmachung im Rahmen des Lastenausgleichs erhalten.<sup>924</sup>

---

Gesellschaft für Sozialwohnungsbau (TBS). Der Bürgermeister versichert, die Stadt habe für diese Immobilien Grundbücher angelegt. Andrzej Orzel, Vorsitzender der Wohnungsbaugenossenschaft „Warmia“, fügt hinzu: „Die Grenzen des Staates und somit die des Eigentums wurden nach dem Krieg ein für allemal festgelegt, und niemand hat heute das Recht, sie in Frage zu stellen.“ Der Stadtpräsident von Elk Tomasz Andrukiewicz beteuert, für das Grundstück sei ein Grundbuch eingerichtet worden. „Der polnische Staat muss schleunigst die polnischen Interessen wahren. In mehreren Prozessen haben die Kommunen bereits Eigentum an Deutsche verloren.“ Waltraud Schwietz, die jetzt in Kanada lebt und einen Bauernhof in Tokowo (Gemeinde Jeziorany) zurückfordert, der vor dem Krieg ihrem Vater gehörte, begründete ihr Vorgehen so: „(...) Das ist Familienbesitz. Er gehört immer noch uns. (...) Den Krieg hat der deutsche Staat verloren, nicht meine Familie. Hunderttausende Deutsche haben ihr Hab und Gut verloren, deswegen bitte ich um Rückgabe. (...) Ich will niemanden hinauswerfen. Die Situation ist wohl tatsächlich stressig, und wir werden eine Lösung finden müssen. Ich habe darüber noch nicht nachgedacht. Für mich ist wichtig, dass das Gericht mein Eigentumsrecht an diesem Grundbesitz bestätigt. (...) Jahrelang habe ich an die deutsche Regierung geschrieben, an die polnische, wurde aber ignoriert. Erst aufgrund der neuen Lage in Europa, nach dem Fall des Kommunismus und dem Beitritt Polens zur Europäischen Union können die Ansprüche gerichtlich verfolgt werden.“ I. Trusewicz, *Oddajcie pół Lidzbarka. Roszczenia. Spadkobiercy niemieccy domagają się w sądzie zwrotu majątku*, in: *Rzeczpospolita* vom 19.03.2007, S. 4.

923 Vgl. *Szok po niemieckich roszczeniach*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 20.03.2007, S. 1-3. Ein Einwohner von Lidzbark Warmiński fragte: „Wie kann man eine Straße in einem fremden Land verlangen?“ Ein anderer bemerkte: „Das ist völlig absurd. Es wurden entsprechende Vereinbarungen zwischen Polen und Deutschland geschlossen, und niemand sollte die Rückgabe von Grundbesitz verlangen. Viele von uns haben auch ihr Vermögen im Osten verloren.“

924 Vgl. M. Muszyński, *Status prawny przesiedleńców i emigrantów z Polski jako wypędzonych: obywatelstwo, instytucja Niemca i sprawa wyrównania szkód za utracony majątek*,

Nach polnischem Recht ging das zurückgelassene Eigentum der 1945-1956 ausgesiedelten und -gewanderten Deutschen auf den Fiskus über, so dass keinerlei Rückforderungen möglich sind.<sup>925</sup> Anders sieht die Lage derer aus, die in den Jahren 1956-1989 aus Polen ausgewandert sind und in Deutschland als Spätaussiedler anerkannt wurden. Das Schicksal der von ihnen zurückgelassenen Immobilien wurde in beschränktem Umfang rechtlich geregelt. Bei einem Teil davon hat die polnische Verwaltung eine hinreichende Klärung des Rechtsstatus versäumt, d. h. die Eigentümerschaft des Fiskus wurde nicht durch entsprechende Grundbucheinträge bestätigt. Besonders bedeutsam ist diesbezüglich das Urteil des Obersten Gerichts vom 17. September 2001, das die Aberkennung der polnischen Staatsbürgerschaft bei ständigen Ausreisen aus Polen beanstandete. Jacek Górecki meint: „Akzeptiert man die in diesem Urteil enthaltene These, so hat das weitreichende rechtliche Folgen, denn die Aberkennung der Staatsbürgerschaft war Voraussetzung für den Verlust des Grundeigentums nach Artikel 38 des Gesetzes [über Immobilienwirtschaft in Städten und Siedlungen, Dz. U. Nr. 22/1969, Pos. 159 – A. S.]. Deswegen gehen weitere Überlegungen dahin, ob Personen, die in den Jahren 1956-1989 Polen verlassen haben, im Lichte der aktuellen Rechtslage und der Rechtsprechung des Obersten Gerichts zurückgelassene Immobilien zurückfordern dürfen. Dargestellt sind auch Rechtsinstrumente, deren sich der Fiskus und andere Subjekte bei der Abwehr von Rückgabeforderungen bedienen können.“

Die Ängste vor dem Aufkauf polnischen Landes durch Deutsche entpuppten sich als übertrieben,<sup>926</sup> dieses Problem ruft nach dem EU-Beitritt Polens keine Be-

---

in: *Transfer, obywatelstwo, majątek. Trudne problemy stosunków polsko-niemieckich. Studia i dokumenty*, pod red. W. M. Góralskiego, Warszawa 2005, S. 177-190.

- 925 Bestätigt wurde dies u. a. von einem durch die Regierungen Polens und Deutschlands in Auftrag gegebenen, am 2. November 2004 von Jan Barcz und Jochen A. Frowein präsentierten Gutachten zu den Ansprüchen Deutschlands gegen Polen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Den Wortlaut des Gutachtens s. ebd. S. 521-537. Manche deutsche Juristen zweifeln die Feststellungen dieses Gutachtens an. Vgl. E. Klein, *Gutachten zur Rechtslage des im heutigen Polen entzogenen Privateigentums Deutscher*, Potsdam 2005. Vgl. auch: T. H. Irmischer, *Deutsch-polnische Vermögensfragen. Eine deutsche Sicht* und J. Sandorski, *Polnisch-deutsche Vermögensfragen. Eine polnische Sicht*, in: *Ansprüche? Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen*, in: *WeltTrends-Papiere*, Bd. 3, Potsdam 2007; V. Krajewska, K. Korkosz, A. Krajewska, T. Moskal, *Niemieckie roszczenia majątkowe wobec Polski. Aspekty prawne*, Wrocław 2004; W. Ptasznik, *Utracone majątki. Zwrot i odszkodowania*, Warszawa 2005.
- 926 1999 erwarben Ausländer aufgrund von 2 304 Genehmigungen 5 142 ha Land, davon juristische Personen aus der BRD 312 ha und natürliche Personen 138 ha (vornehmlich in den Woiwodschaften Masowien, Oppeln und Schlesien). In den Jahren 1990-1995 haben deutsche Staatsbürger in der damaligen Woiwodschaft Olsztyn nur 32,5 ha Land gekauft. Vgl. J. Macała, *Wypkup ziemi przez Niemców...*, S. 32-35. In den Jahren 2000-2007 kauften die Ausländer insgesamt 203 ha Ackerland und Wälder sowie 27 600 ha sonstiges Land.

fürchtungen mehr unter der Bevölkerung hervor. Anders sieht es mit den Klagen der Preußischen Treuhand aus. Die Chancen, sie wirksam durchzusetzen, sind gering, ja gleich null<sup>927</sup>, was aber die Verunsicherung unter den Einwohnern der West- und Nordgebiete nicht abebben lässt. Die größte Gefahr geht nach gängiger Meinung von den Urteilen polnischer Gerichte aus, die Alteigentümern, welche Polen nach 1956 verlassen hatten, das Recht auf Rückgabe der früheren Immobilien zuerkannt haben.

Das Ausmaß des Problems zeigt sich an der systematisch steigenden Zahl der Rückforderungsanträge, die bei den Gerichten in Ermland und Masuren eingehen. Zu Jahresbeginn 2007 waren es 130 Klagen, im März 2007 170, im Mai 2008 gar 300.<sup>928</sup>

Von den 170 Rückforderungsfällen, die 2007 in Ermland und Masuren<sup>929</sup> registriert wurden, stellten die Deutschen 12 Klagen bei der Agentur für landwirtschaftliche Immobilien (ANR), 10 Klagen beim Bezirksgericht Olsztyn, 130 bei der Kommunalen Einspruchscommission (SKO) und 7 bei der Regionaldirektion der Staatsforsten in Olsztyn.<sup>930</sup>

Die meisten Klagen (über 100) gingen in Olsztyn und der Umgebung ein. 60 wurden in der Gemeinde Jedwabno<sup>931</sup> eingereicht, in der auch Agnes Trawny ihren Besitz zurückerhalten hat (aufgrund eines Rückforderungsantrages wollen die Alteigentümer Güter im Wert von 2,6 Mio. Zloty zurückbekommen), sowie in Warchały, Elk, Dźwierzuty, Barczewo, Sorkwity und Kanigowo.<sup>932</sup>

---

M. Wielgo, *Kupuje mieszkania w Polsce, ale czy chce tu żyć?*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 5.05.2008, S. 31.

927 Die polnische und die Bundesregierung haben eine entsprechende politische Vereinbarung getroffen, wonach Deutschland sich von den Klagen der Preußischen Treuhand vor internationalen Gerichten distanziert.

928 Diese Zahlen präsentierte das Woiwodschaftsamt Olsztyn, das die Bereinigung der Grundbücher in der Woiwodschaft koordiniert. Zahlreich waren die Fälle, in denen „nach Deutschland Ausreisende ihr Vermögen zurückließen und die Immobilien anschließend von den derzeitigen Nutzern nicht rechtmäßig übernommen worden sind“. *Dziennik* vom 9.05.2008, S. 13.

929 T. Pietryga, *Potomkowie przesiedlonych chcą wrócić na Mazury*, in: *Rzeczpospolita* vom 9.-10.06.2007, S. C3.

930 Płoski, *O zwrot nieruchomości walczą przed Trybunałem Praw Człowieka*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 20.03.2007, S. 3; B. Rogalski, *Niemieckie roszczenia na Warmii i Mazurach*, in: *Siedlisko* 4 (2007), S. 3-7.

931 Vgl. D. Arciszewska-Mielewczyk, *Milczące wsparcie*, in: *Nasz Dziennik* vom 5.07.2007, S. 16; *Niemcy składają coraz więcej pozwów o zwrot majątków. 170 spraw na Warmii i Mazurach*, in: *Dziennik* vom 20.06.2007, S. 6.

932 D. Koźlanko, *Wojna o domek w Nartach*, in: *Newsweek* vom 11.03.2007, S. 28-30; *Hipokryzja Powiernictwa Pruskiego. Twarzą w twarz z prof. Andrzejem Saksonem*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 30.03.2007, S. 2, I. Lewandowska, *Część przesiedleńców wróci na Mazury*, in: *Rzeczpospolita* vom 11.10.2010, S. CB.

Die Zahl der Anträge, die deutsche Staatsbürger auf Rückgabe ihres Besitzes in Ermland und Masuren bei der Regionaldirektion der Staatsforsten Olsztyn gestellt haben, liegt bei bis zu 40 und betrifft ein Areal von knapp 2 000 ha. Anfang 2007 waren für den Staatsforstbezirk Olsztyn sieben Rückforderungsverfahren über 73 ha Wald anhängig. Aufgrund der Urteile des Obersten Gerichts gab das Forstamt Szczytno bereits 54 ha Land an Alteigentümer (heute deutsche Staatsbürger) zurück.<sup>933</sup> Nach Angaben der Regionaldirektion der Staatsforsten Olsztyn vom Juni 2009 fordern Alteigentümer bzw. deren Erben, die jetzt deutsche Bürger sind, unter anderem 15 ha Wälder im Forstamt Kudypy bei Olsztyn, 15 ha im Forstamt Olsztyn und Nowe Ramuki, 4 ha im Forstamt Jagielek bei Olsztyn und 15 ha im Forstamt Szczytno zurück. In diesen Fällen wurden schon Bescheide über die Annullierung der Übernahmeakte dieser Wälder durch den Fiskus erlassen.<sup>934</sup>

Schätzungsweise ist der Rechtsstatus von knapp 40 000 Immobilien in Ermland und Masuren unregelt.<sup>935</sup>

Laut Angaben vom Mai 2008 beantragten deutsche Staatsbürger die Rückgabe von 1 400 ha Land.<sup>936</sup> Landesweit wurden im August 2007 von den 32 dem Justizministerium bekannten Fällen 14 rechtskräftig abgeschlossen. In zwei von ihnen wurde Berufung angekündigt. In drei weiteren wurden die Verfahren erstinstanzlich abgeschlossen und Berufung eingelegt.

In einem Fall wies das Bezirksgericht Olsztyn den Fiskus an, zwei deutschen Staatsbürgern Entschädigungen für verlorene Immobilien zu zahlen. Die Entschädigung wurde auf knapp 60 000 Zloty beziffert. Urteile zugunsten deutscher Bürger ergingen auch in den Amtsgerichten Olsztyn und Katowice, die den Erben ehemaliger Immobilieneigentümer das Eigentumsrecht zuerkannten. In den übrigen abgeschlossenen Verfahren wurde den Forderungen deutscher Bürger nicht stattgegeben. Die bei den Gerichten erhobenen Klagen und Anträge wurden abgewiesen; in einem Fall wurde das Verfahren eingestellt.<sup>937</sup>

---

933 *Więcej Niemców domaga się zwrotu majątku. Roszczenia*, in: *Polska. Głos Wielkopolski* vom 20.03.2007, S. 5.

934 A. Białous, *Niemcy chcą lasów*, in: *Nasz Dziennik* vom 25.06.2009, S. 6.

935 Diese Zahl nannte Joanna Wańkowska-Sobiesiak, die Minderheitenbeauftragte des Woiwoden von Ermland-Masuren. I. Trusewicz, *Oddajcie, co było nasze. Nieruchomości: Nie ma lawiny niemieckich wniosków o zwrot majątków na Mazurach*, in: *Rzeczpospolita* vom 9.07.2005, S. 6. Nach anderen Daten von 2007 betrug die Zahl der grundbuchamtlich unregelmäßig Fälle 20 000. W. Wybranowski, *Zablokujemy niemieckie roszczenia*, in: *Nasz Dziennik* vom 29.06.2007, S. 1, 3.

936 M. Jałoszewski, *Żeby Niemiec nie odebrał domu*, in: *Polska. Głos Wielkopolski* vom 19.05.2008, S. 10.

937 Ähnlich wie mit den Rückforderungsansprüchen sieht es auch mit der Übersiedlung Deutscher nach Polen und mit dem Kauf von Grundbesitz durch Deutsche in Polen aus. Polen ist weiterhin eines der beliebtesten Auswanderungsziele der Deutschen. Nach Angaben

Räumungsbescheide ergingen gegen fünf Familien in Guzowy Piec, Zdory, Narty und Olsztyn.<sup>938</sup>

Als eine der ersten ihr Haus bereits verloren hat Marianna Olender in Zdory bei Pisz. Vor einigen Jahren erschien ein Erbe der früheren Eigentümerin des Hauses, das die Familie Olender seit 28 Jahren bewohnt hatte. Die Olenders hatten das Haus Adela Doroch abgekauft. Der Kaufvertrag wurde im Beisein von Zeugen und dem Dorfschulzen ausgefertigt. Adela Doroch wanderte 1978 zu ihren Kindern nach Deutschland aus. Sie sagte, sie käme nicht mehr zurück, und freute sich, dass das Haus bei den Olenders verbleiben würde. Nach ihrem Tod erschien aber ihr Erbe. Der Fall kam zunächst vor das Amtsgericht Pisz, anschließend vor das Bezirksgericht Olsztyn. Das Urteil vom September 2004 bestätigte das Recht des masurischen Erben Walter Doroch.<sup>939</sup>

Von der gerichtlichen Räumung war auch eine Familie in Guzowy Piec betroffen. Sie hatte auch keinen notariellen Kaufvertrag, und das elterliche Eigentum forderte der Sohn der früheren Besitzer zurück.<sup>940</sup>

In Olsztyn gab das Gericht Norbert Reinsch das Haus Jagiellończyka-Str. 85 zurück. Im Rahmen der Familienzusammenführung wanderten die Reinschs 1981 in die BRD aus und verloren die polnische Staatsbürgerschaft.

des Statistischen Bundesamtes ließen sich 2006 allein 9 000 Deutsche in Polen nieder, einige davon mit doppelter Staatsbürgerschaft. Im Vorjahr gingen bei der Präsidialkanzlei nur 103 Einbürgerungsanträge von Übersiedlern aus Deutschland ein. Ausländer, die in Polen Immobilien erwerben wollen, müssen dies beim Ministerium für Inneres und Verwaltung melden. Laut Angaben des Innenministeriums stellen die Deutschen die größte Käufergruppe dar. Im Jahr 2006 haben 118 deutsche Staatsbürger Grundbesitz in Polen gekauft. P. Jendroszczyk, C. Gryz, *Odzyskują majątki bez sądów. Roszczenia: Późni przesiedleńcy wracają z Niemiec*, in: *Rzeczpospolita* vom 9.07.2007, S. 4.

938 J. Wyganowski, *Coraz więcej roszczeń. Ziemie Odzyskane*, in: *Trybuna* vom 23.-24.06.2007, S. 11.

939 „Wir waren mit dieser Familie befreundet, sie kamen manchmal zu uns. Wir hatten ein gutes Verhältnis“, erzählte unmittelbar nach der Verhandlung Mariannas Sohn, Sylwester Olender. „Doch alles hat sein Ende. Vor vier Jahren beschloss Mutter, das Grundbuch anzulegen, und dann ging’s los. Das Schlimmste ist, das wir keine notarielle Urkunde haben. Einige Urkunden hat das Gericht gar nicht beachtet. Ich habe gehört, es geht nicht einmal darum, dass die Deutschen diese Gebäude für sich behalten wollen; sie kommen sie holen, da ihre Regierung ihnen verspricht, das zurückgeforderte Vermögen abzukaufen. So steht es zumindest in den deutschen Zeitungen. Ein Verwandter war in Deutschland und sagte, er hätte solche Zeitungsartikel gesehen. Wir lieben dieses Haus, wir sind ja seit unserer Geburt hier aufgewachsen.“ Der Sohn reiste bald darauf in die Vereinigten Staaten aus, die Mutter nach Italien. J. Wybranowski, *Bój o mazurskie majątki. Jedni odzyskują, inni tracą*, in: *Trybuna* vom 15.-16.09.2007, S. 11.

940 Ebenda.

Im Haus der Reinschs quartierte die Stadt Stanisława und Stefan Andrzejczyk mit ihrer Tochter ein. Die Familie zahlte regelmäßig Miete an die Gemeinde. Zweimal, 1994 und 2004, versuchten sie, das Haus zu kaufen, aber die Gemeinde lehnte einen Verkauf ab. Sie waren nicht aus eigenem Wunsch hier eingezogen, sondern von den Stadtbehörden umgesiedelt worden, da in ihrem bisherigen Wohnhaus ein Kindergarten untergebracht wurde. Das polnische Gericht sprach den deutschen Erben die ganze Immobilie zu und legte ein Grundbuch an. Nach zwei Jahren Kampf gelang es der Familie Andrzejczyk 2009, von der Stadt eine neue Wohnung zugewiesen zu bekommen, in die sie nun einziehen können.<sup>941</sup>

In Ungewissheit lebten 116 Eigentümer von Grundstücken mit Einfamilienhäusern in Dajtki, einem Stadtbezirk von Olsztyn. Das Amtsgericht Olsztyn prüft den Antrag von Alfred Skibowski, dessen Vater Jan zusammen mit seiner ermländischen Familie 1977 nach Deutschland ausgewandert war. Sie ließen einen 16 ha großen Bauernhof zurück. Ein Teil davon wurde in über 100 Baugrundstücke parzelliert und anschließend an Privatpersonen verkauft, die sie in gutem Glauben erwarben und rechtmäßige Eigentümer zu sein wähnten. Die Beamten aber vergaßen das Eigentum von Jan Skibowski in den Grundbüchern zu löschen. Er erhielt auch keinen Bescheid über die Aberkennung der polnischen Staatsbürgerschaft.

Auf eben diese Grundbeinträge berief sich sein Sohn. Bis Mai 2006 gab es mehrere Grundbücher: ein altes und die vom Stadtamt angelegten neuen. Die Käufer hatten auch Probleme, weil die Banken ihnen keine Hypothekenkredite gewähren wollten.

Bei seiner Ausreise nach Deutschland verzichtete der Vater der Antragstellers wie auch alle anderen, die damals Polen verließen, auf die polnische Staatsbürgerschaft, das Land fiel an den Fiskus. Auf einem Teil steht jetzt eine Einfamilienhaussiedlung. Das Verfahren begann 1997. Bislang bekam der Erbe bereits Entschädigung für einen Teil des Grundbesitzes, es bleiben Ansprüche auf 7,8 ha ungenutztes Feld und 1,78 ha bebautes Land bestehen. 116 Eigentümer von Baugrundstücken mit darauf errichteten Häusern leben aber immer noch im Stress. Im Mai 2006 löschte das Gericht auf Antrag der Stadtbehörden den Fiskus in

---

941 Einziges Beweismittel in der Sache war das deutsche Grundbuch aus dem Jahr 1936. Nach 1945 ließen weder Reinschs noch der Fiskus ein Grundbuch anlegen. Die Kinder der in Deutschland verstorbenen Alteigentümer haben im Juli 2006 beim Amtsgericht Olsztyn den Erbschein beantragt. Im November 2006 erging der Positivbescheid. Im April 2007 wurde für das Grundstück das Grundbuch errichtet. I. Trusewicz, *Kolejny dom do zwrotu. Roszczenia*, in: *Rzeczpospolita* vom 7.09.2007, S. 6; dies., *Niemiec przejął kolejny dom. Olsztyn. Roszczenia niemieckich właścicieli nieruchomości w Polsce*, ebd. vom 19.07.2007, S. 4; G. Szydłowski, *Urzednicy muszą naprawić błędy sprzed 20 lat. Radni wymusili, by władze Olsztyna zapewniły nowy lokal rodzinie mieszkającej przy ul. Jagiellończyka*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 27.02.2009, S. 3; M. Domagański, *Nie chcą oddawać majątków na Mazurach*, in: *Rzeczpospolita* vom 13.07.2010, S. C1.

den Grundbüchern als Miteigentümer der Immobilien. Auf diese Weise wollten die Stadtväter den Menschen helfen, ihr Eigentum uneingeschränkt zu nutzen. Wie groß war aber deren Erstaunen, als sie von dem in Deutschland lebenden Alfred Skibowski ein Schreiben bekamen, in dem er ihnen nahelegte, gegen den Bescheid Berufung einzulegen. Er rate ihnen dazu von ganzem Herzen, weil er nach wie vor dabei sei, eine Entschädigung für den Bauernhof seines Vaters zu erstreiten. Würden in den Grundbüchern nur die neuen Eigentümer der Grundstücke ausgewiesen, könnten sie sicher sein, dass er seine Ansprüche gegen jeden einzelnen von ihnen geltend machen werde. Schließlich entschied das Gericht den Fall im Februar 2009 nach mehreren Jahren, in denen die Beamtenfehler mühsam behoben wurden, zugunsten der Einfamilienhauseigentümer.<sup>942</sup>

Zur effektiveren Abwehr von Rückforderungsansprüchen gründeten die Einwohner der Wohnsiedlung den Verband „Nasze Dajtki“ (Unser Deuthen).

Im Jahr 2009 begannen die Stadtbehörden von Olsztyn mit der Bereinigung des grundbuchamtlichen Statuts der von ihnen verwalteten Immobilien, um Klagen früherer Eigentümer zuvorkommen. Das Stadtamt erstellte einen Bericht zu Immobilien, die von früheren Einwohnern von Olsztyn bzw. ihren Erben zurück-

---

942 J. Wyganowski, *Bój o mazurskie majtki...* Alfred Skibowski meint: „Ich kann mich gut daran erinnern und später wurde ich darin auch von meiner Mutter bestätigt, dass wir vor knapp 30 Jahren praktisch gezwungen wurden, unser Familiengrundstück zu verlassen. Das Land gefiel den damaligen kommunistischen Behörden, sie wollten dort eine Wohnsiedlung bauen. Später wurden zwei Wohnungsbaugenossenschaften gegründet. Es stimmt, Vater wurde beinahe mit Gewalt etwas Geld für einen Teil des Hofes gezahlt, der Gegenwert von zwei Fiat 1300. Die Schätzung wurde vorgenommen, aber Vater bekam keinen Enteignungsbescheid! Mehr noch, wir haben die polnische Staatsbürgerschaft nicht verloren, obwohl wir später die deutsche bekamen.“ Das Oberste Verwaltungsgesicht hat am 28. Januar 2000 den Bescheid des Woiwoden von Olsztyn aufgehoben, Alfred Skibowski, seiner Mutter und Schwester die polnische Staatsbürgerschaft nicht zu bestätigen. Zwar stellten sie 1977 bei ihrer Ausreise nach Deutschland mit der einfachen Fahrkarte beim Staatsrat einen Antrag auf „Erlaubnis zur Änderung der Staatsangehörigkeit“, aber ihre Schreiben verblieben im Milizarchiv in Olsztyn und gelangten nicht nach Warschau. Da der Staatsrat keine Antwort gab, blieb das Gesuch – im administrativen Sinne – quasi ungeprüft. Das Urteil zu diesem früheren Einwohner von Olsztyn war ein Präzedenzfall mit landesweiter Reichweite. Indem Alfred Skibowski seinen polnischen Pass zurückbekommen hat, ebnete er jenen den Weg, sich die polnische Staatsbürgerschaft bestätigen zu lassen, die sie unter ähnlichen Umständen „aufgegeben“ haben und nach Deutschland ausgereist sind. Zit. nach: M. Książek, *Nie chcę, ale muszę. Spadkobierca Dajtek*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 9.07.2006, S. 5. Den Standpunkt von Baugrundestückseigentümern, u. a. von Andrzej Kalinowski, s. bei: A. Grabarczyk, *Będzie tama na roszczenia*, in: *Dziennik* vom 14.-15.07.2007, S. 6; G. Szydłowski, *Dajtki mogą odetchnąć. Księgi uporządkowane*, in: *Gazeta Wólcza. Olsztyn* vom 25.02.2009, S. 2.

gefordert werden können (die Grundstücke wurden nicht angegeben, um keine Klagelawine loszutreten).

In Frage kommen dutzende Immobilien. Die Regelung dieser Fälle wird etwa zwei Jahre erfordern. Will die Stadt Rückgabeanprüche vermeiden, muss sie zweierlei tun. Erstens sind Versäumnisse der Beamten zu beheben, die die in früheren Jahren von den Alteigentümern übernommenen Immobilien nicht in das Grundbuch eingetragen haben. Die derzeitigen Einträge sind Grundlage für Rückforderungen. Zweitens ist der Fiskus als Eigentümer einzutragen. Das ist aber nicht so einfach, denn es gibt Abweichungen zwischen der Nummerierung in den Grundbüchern und dem städtischen Verzeichnis, da in der Zwischenzeit die Immobilien neu aufgeteilt wurden.

Eine neue Methode, um Rückgabeforderungen zu stoppen, hat die PiS-Parlamentsabgeordnete Iwona Arent präsentiert. Sie schlägt Änderungen im von der Bürgerplattform PO ausgearbeiteten Staatsbürgerschaftsgesetz vor, denn dessen Verabschiedung bewirkt ihrer Ansicht nach eine Klagewelle. Sie schlägt vor, im Gesetz eine Vorschrift einzuführen, die den Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft abhängig macht von einer Verzichtserklärung auf künftige Rückforderungen.<sup>943</sup>

Ähnliches ist auch in einem anderen Stadtteil von Olsztyn, Redykajny, vorgefallen.<sup>944</sup> Die Kommunale Einspruchskommission in Olsztyn annullierte im Januar 2008 den Bescheid des Gemeindevorstehers von Purda aus dem Jahr 1978 über die Übernahme von über 10 ha Land von einer ermländischen Familie durch den Fiskus.

Dies kann der erste Schritt dahin sein, dass der jetzt in Deutschland lebende Gerhard R. Land zurückbekommt oder eine Entschädigung dafür erhält. Als Gerhard R. seinen Fall vor die Einspruchskommission brachte, berief er sich auf das Urteil des Obersten Gerichts in der Sache Agnes Trawny; im Dezember 2005 erkannte das Oberste Gericht, die deutsche Staatsbürgerin könne das Eigentum ihres Vaters zurückbekommen, weil sie Rechtsnachfolgerin eines Autochthonen sei. Gerhard R.s Rechtslage ist ähnlich: auch er ist Sohn eines Autochthonen und 1978 nach Deutschland ausgewandert. In Nowa Wieś ließ er 10,54 ha Land von seinem Vater zurück. Wie Gerhard R.s Bevollmächtigter im Antrag an die Einspruchskommission schrieb: „Zum Zeitpunkt der Ausreise hat er seinen Hof niemandem übergeben“. Durch Entscheid des Gemeindevorstehers 1978 gingen Land und Gebäude auf den Fiskus über.

---

943 G. Szydłowski, *Mamy dwa lata, by zdążyć przed rozszczeniami*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 29.03.2009, S. 2. Vgl. auch: M. Kowalewski, *Kamienice pod lupą CBA. Śledztwo w Olsztynie. Czy sąd słusznie oddał kamienicę w ręce niemieckich spadkobierców*, in: *Rzeczpospolita* vom 4.11.2008, S. A3; T. Pietryga, *Trzeba pilnie uporządkować księgi*, ebd. vom 19.-20.06.2010, S. A2.

944 Ebenda.

Wenn ein deutscher Staatsbürger letztendlich die Annullierung des Landübergabebescheides erwirkt, kann er die Rückforderung geltend machen oder Entschädigung für das an Privatpersonen verkaufte Land verlangen.<sup>945</sup>

Die Einspruchskommission Olsztyn behandelte auch den Fall der Ermländlerin Hildegard K., die in Brąswałd bei Olsztyn gewohnt hatte. Nach Deutschland reiste sie 1978 zusammen mit ihrer Familie aus, der es gelungen war, das Haus zu verkaufen. Das Land und knapp 10 ha Wald blieben aber herrenlos und wurden 1980 von der Gemeinde durch Entscheid des Vorstehers für den Fiskus eingezogen. Vom Staat kaufte das Ackerland (16,7 ha) ein Landwirt aus Dywity bei Olsztyn, der auch seit Jahren als Eigentümer im Grundbuch steht. Der Wald kam an das Forstamt Kudypy, und er ist seit Jahren Streitgegenstand.

Hildegard K. und später ihr zum Bevollmächtigten bestellter Sohn behaupten, ein Verwandter und später ein Nachbar hätten sich um das Land und den Wald gekümmert. Sie haben aber weder einen Pachtvertrag noch Nachweise der Steuerzahlungen; die Zeugen sind verstorben.

Der Fall wurde mehrmals vor dem Obersten Verwaltungsgericht aufgerollt und an die Ämter zurückgegeben. Diese erkannten 2003 schließlich, die Entscheidung zur Landübernahme durch den Fiskus erfolgte „unter grober Rechtsverletzung. Sie kann aber nicht für ungültig befunden werden, weil sonst unumkehrbare Rechtsfolgen eintreten würden.“

Hildegard K. und ihr Sohn kämpfen weiter um den Wald. Inzwischen haben sich die Rechtsvorschriften geändert, die Entscheidung obliegt nun der Kommunalen Einspruchskommission.

Anders liegt der Fall Friedrich Wilhelms Prinz von Preußen, der vom polnischen Staat die Rückgabe verlorener Güter in Masuren verlangt hat.

Der Prinz, der nie in Ostpreußen war, weil er 1939 bei Berlin geboren wurde, verlangt die Rückgabe der Ordensburg Lötzen (ein Flügel hat sich erhalten) in Giżycko und des Schlosses Steinort in Sztytnort.

Dieses einst prunkvolle und heute verfallene Eigentum der Familie Lehndorff ist ein Symbol der preußischen Macht in Masuren.<sup>946</sup>

Präzedenzcharakter hat der Fall von Kazimierz Smoliński aus Kanigowo bei Nidzica, der „Vorbeugemaßnahmen“ gegen die Ansprüche des Alteigentümers ergriffen hat. Im Juli 2008 beantragte er beim Amtsgericht Nidzica die Erkennung auf gutgläubiges Ersitzen der Immobilie, in der er mit Familie seit 25 Jahren lebt. Die Herausgabe dieser Immobilie verlangt die Familie Lukaschewski aus Deutschland, die von den Smolińskis die Zahlung des Betrages von 850 000 Zloty gefordert hat.

---

945 *Niemiec może odzyskać ojcowiznę*, in: *Dziennik* vom 16.01.2008, S. 8.

946 I. Trusewicz, *Oddajcie co było nasze...*

Lukaschewskis behaupten, die Familie Smoliński habe gar keinen Rechtstitel an der Immobilie, und haben gedroht, falls der geforderte Betrag nicht gezahlt würde, die gerichtliche Räumung zu erwirken. Józef Smoliński, Sohn von Kazimierz, übernahm den Hof in Kanigowo im Januar 1983 und steckte viel Geld in dessen Modernisierung. Bei Übernahme der Immobilie erfuhr er von der Gemeinde, der frühere Eigentümer Heinrich Lukaschewski habe das Eigentum aufgrund des Gesetzes über die Immobilienwirtschaft in Städten und Siedlungen aus dem Jahr 1961 verloren. Leider kümmerten sich die kommunistischen Behörden nicht um die Änderung des Grundbucheintrags. Daher steht Heinrich Lukaschewski als Eigentümer im Grundbuch. Allerdings kamen Lukaschewskis als deutsche Staatsbürger 1984 und 1985 nach Polen und versicherten Józef Smoliński, dem Vater von Kazimierz, dass der Hof nicht mehr Eigentum der Familie Lukaschewski sei und sie vom deutschen Staat eine Entschädigung in Höhe von über zehntausend D-Mark ausbezahlt bekommen hätten.

Die Familie des damaligen Masuren Henryk Łukaszewski reiste gegen Jahresende 1982 unter Verzicht auf die polnische Staatsbürgerschaft in die BRD aus. Im Februar 2009 prüfte das Amtsgericht Nidzica zwei Klagen auf Rückgabe in Polen zurückgelassener Immobilien von deutschen Staatsbürgern. Das erste Verfahren galt K. Smoliński<sup>947</sup>, den anderen Prozess führte Anna Wendrof gegen Sylwester Milewski und Dorota Kobus auf Feststellung des Eigentumsrechts an einem Grundstück im Dorf Natać Wielka. Ireneusz T. Lisiak meint: „In Olsztyn ist es ein offenes Geheimnis, dass ein Teil der lokalen Anwaltschaft geradezu nach den interessantesten

---

947 Józef Smoliński starb im August 2007. Zuvor übergab er den 26-ha-Hof mit Gebäuden an seinen Sohn Leszek, dieser ihn an seinen Bruder Kazimierz. Smolińskis wussten nicht, dass die kommunistischen Behörden den Vermerk des Eigentümerwechsels im Grundbuch versäumt hatten. Kazimierz Smoliński: „Die Probleme mit Herrn L. begannen vor bald zwei Jahren, als Smoliński EU-Agrarzuschüsse beantragte. Bis dahin waren wir sicher, dass der Hof uns gehört. Das hat Herr Henryk mehrfach bestätigt. Meinem Vater, der damals noch lebte, sagte er, er soll sich wie um seinen eigenen Hof kümmern, denn er käme nicht wieder und habe von den Deutschen eine Entschädigung erhalten. Es stellte sich aber heraus, dass wir seine Sklaven waren. Von Anfang an riss er sich die EU-Gelder unter den Nagel. Und wir haben aus eigenem Geld ins Land investiert. Jetzt sagt er, er räume uns das Vorkaufrecht ein, und behauptet, er sei im Recht, weil er den Ausgleich an die deutsche Regierung zurückgezahlt habe.“ Zit. nach B. Turkiewicz, *Parcie na kasę. Zwracają niemieckie odszkodowania, wracają po miliony*, in: *Trybuna* vom 21.07.2008, S. 1, 4. Vgl. auch: I. Trusewicz, *Polacy wyprzedzają niemieckie roszczenia*, in: *Rzeczpospolita* vom 11.07.2008, S. 6; P. Tunia, *Ochrona przez zasiedzenie*, in: *Nasz Dziennik* vom 16.07.2008, S. 4; J. Dytkowski, *Niemcy nie odpuszczają*, in: *Nasz Dziennik* vom 25.02.2009, S. 5. Am 12. Mai 2009 erstritt die Familie Smoliński im Gericht in Nidzica das Eigentumsrecht an dem ihnen 1983 nach der Auswanderung des Voreigentümers zugewiesenen Hof. Das Gericht vertrat den Standpunkt, die Familie habe das Eigentum am Hof durch gutgläubige Ersitzung erworben. Vgl. *Niemieckie roszczenia odrzucone*, in: *Trybuna* vom 13.05.2009, S. 5.

Immobilien in Polen sucht und in Deutschland die Alteigentümer ausfindig macht, um ihnen einen ‚Rundumservice‘ anzubieten, d. h. das Vermögen zurück zu erlangen und an einen Dritten zu verkaufen, falls sich der Fiskus widersetzen sollte. Der Verkauf an einen Dritten mit blitzschneller Errichtung des Grundbuchs versperrt praktisch den Weg, den ganzen Vorgang in Frage zu stellen.“

Nicht alle früheren Einwohner von Ermland und Masuren wünschen die Rückgabe ihrer Höfe. Irena H., die in Barczewko Land von ihrem Großvater geerbt hat, verlangt stattdessen eine Entschädigung vom polnischen Staat, ähnlich wie Ella und Ernst B. für die 23 ha Land, die sie in Długi Borek bei Świątajno zurückgelassen haben. Horst-Gerhard Brozy aus Burdąg bei Jedwabno will sich nur gerichtlich sein Eigentumsrecht vorbehalten.<sup>948</sup>

Seit dem 1. Mai 2009 dürfen alle EU-Bürger, auch Deutsche, ungehindert Ferienhäuser, Wohnungen und Häuser in Polen kaufen. An diesem Tag ist die fünfjährige Übergangsfrist abgelaufen.<sup>949</sup>

### 3.6.1. Streit in Narty oder ein „neues polnisches Westerplatte“

Das im malerischen Südmasuren in der Gegend von Szczytno gelegene Dorf Narty (Gemeinde Jedwabno) wurde nicht nur in Polen, sondern auch in Europa bekannt, und zwar wegen eines Streits um das Eigentumsrecht einer 1977 in die Bundesrepublik ausgewanderten masurischen Familie.

Am 13. Juni 2007 gab die recht konservative Partei Liga Polnischer Familien (LPR) eine Pressekonferenz im Obstgarten der Familie Głowacki, der die

---

948 I. Trusewicz, *Oddajcie, co było nasze...* Manche Personen, in diesem Fall Masuren, wenden sich direkt an die kommunalen Selbstverwaltungen. Das Landratsamt Pisz bekam ein vom 19. Februar 2007 datierendes Schreiben folgenden Inhalts: „Ich, Edith Walczak geborene Popielarski, (...) will zusammen mit meinem Mann an unseren Geburtsort ins Dorf Jaśkowo Haus-Nr. 20 zurückkehren und unseren Lebensabend dort verbringen. (...) Wir ersuchen Sie, Herr Landrat, uns mitzuteilen, welche Schritte wir unternehmen sollen, um dieses Erbe unserer Eltern physisch zu übernehmen und uns in Jaśkowo, unserem Geburtsort, mit dem wir uns nach wie vor eng verbunden fühlen, niederzulassen.“ Zit. nach: B. Rogalski, *Niemieckie roszczenia na Warmii i Mazurach*, in: *Siedlisko* 4 (2007), S. 5

949 Im Jahr 2008 kauften ausländische Staatsbürger insgesamt 3 500 ha Land, darunter 384 ha Agrar- und Forstland (2007 waren es entsprechend: 6 900 ha bzw. 346 ha, 2006 5 100 ha bzw. 523 ha, 2005 3 500 ha bzw. 352 ha, 2004 2 700 ha bzw. 130 ha). Im Jahr 2008 kauften sie nur 3 196 Wohnungen (2007 2 674, 2006 1 998, 2005 1 368, 2004 1 010) und 1 214 Geschäftslokale (2007 894, 2006 506, 2005 308, 2004 222). M. Wielgo, *Cudzoziemcy nie szaleją z naszą ziemią i mieszkaniami*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 15.04.2009, S. 28; J. Bielecki, *Od maja Niemiec sąsiadem zza plotą*, in: *Nasz Dziennik* vom 4.02.2009, S. 9.

Zwangsräumung durch Gerichtsbeschluss drohte. Mirosław Orzechowski, ehemaliger Bildungsminister und Parlamentsabgeordneter (LPR), stellte fest: „Die Lage, in der wir, alle Polen, die Familie Głowacki, nun stecken, ist entwürdigend. In Narty findet ein *neues polnisches Westerplatte* statt, ein Beweis, dass der polnische Staat uns wieder einmal nicht auf die *deutsche Expansion* [Hervorhebungen – A. S.] – denn so muss man das nennen – vorbereitet hat.“

In Narty war auch der polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński am 26. Juli 2007 persönlich zu Besuch; er sagte zu den Einwohnern: „Was hier Polen, den polnischen Bürgern gehört, muss in unseren Händen bleiben.“ Er warf auch den Gerichten vor, in Sachen deutscher Auswanderer, die ihre in Polen zurückgelassenen Immobilien zurückbekommen wollen, entgegen den nationalen Interessen zu urteilen.<sup>950</sup>

Die Angelegenheit Agnes Trawny geborene Rogalla brachte die Diskussion über das Schicksal der Ermländer und Masuren ins Rollen: der Fall zeigt wie unter einem Brennglas die Dilemmata der lokalen Bevölkerung auf. Ihr Vater, der Masure Emil Rogalla, besaß in Narthen über 100 Hektar Land, See und Wald sowie ein Ziegelhaus mit großen Obst- und Gemüsegarten. Er war einer der größten Landwirte der Umgebung. Nach dem Krieg wurde er mit seiner ganzen Familie der Verifizierung unterzogen. Er und seine Familie erklärten sich zum polnischen Volk gehörig und bekamen dadurch die polnische Staatsbürgerschaft. Emil starb 1954, das Vermögen erbten seine Frau Maria und die Kinder Agnes, Horst, Siegieta und Erhard. Alle arbeiteten auf dem Hof. Im Nachlassverfahren bekam die

---

950 Er bemerkte: „Die Gerichte sind verpflichtet, gemäß der polnischen Staatsräson, dem polnischen Nationalinteresse zu handeln. Das erscheint mir selbstverständlich und ich möchte an alle Richter, besonders die des Obersten Gerichts, appellieren, sich durch derlei Rücksichten leiten zu lassen.“ Zit. nach: M. Kowalewski, E. Siedlecka, *Premier uczy sądy sądzić*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 27.07.2007, S. 8. In derselben Angelegenheit meldete sich auch der damalige Vizepremierminister Roman Giertych am 2. Juli 2007 zu Wort, der im masurischen Dorf Zdory mit Marianna Olender zusammentraf. Olender hat in einem Prozess gegen die früheren Eigentümer, die in den siebziger Jahren nach Deutschland ausgereiste masurische Familie Doroch, das Haus verloren. Giertych kündigte an, er veranlasse beim Justizminister eine Kontrolle der Gerichte, vor denen Verfahren wegen deutscher Rückforderungen anhängig waren. LPR-Aktivisten hissten eine weiß-rote Flagge „an dem polnischen Haus, das ein polnisches Gericht den Deutschen zurückgegeben hat“. Dies war Teil einer breiten Kampagne, um die Bewohner der von Deutschen beanspruchten Häuser zum Aushängen polnischer Fahnen zu animieren. Die gefährdeten Polen wollten aber von diesem „Propagandaspektakel“ nichts wissen. I. Trusewicz, *LPR chce flagami bronić Polaków. Roszczenia: Propaganda przeciw Niemcom*, in: *Rzeczpospolita* vom 2.07.2007, S. 6. Vgl. auch: I. Trusewicz, *Bialo-czerwona flaga ma chronić Polaków przed Niemcami. Mazury: Wicepremier Roman Giertych chce kontroli sądów*, ebd. vom 3.07.2007, S. 4; *Rząd: Niech sądy nie oddają majątków Niemcom*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 3.07.2007, S. 5.

Tochter Agnes einen Teil des Hofes in Narty sowie Land in Witkówko mit einer Gesamtfläche von 59,12 ha (die notarielle Urkunde wurde am 7. Juli 1970 ausfertigt). Bereits 1964 hatte sie mit ihrer Familie sich um ständige Ausreise in die BRD bemüht. 1973 beantragte sie beim Staatsrat die Erlaubnis auf Änderung der Staatsbürgerschaft und erklärte, sie sei deutscher Nationalität. In der Folge bekam sie am 30. Juli 1977 die Ausreisegenehmigung für die ganze Familie. Vor der Ausreise hat sie keine Verfügungen über ihr Vermögen getroffen, d. h. sie ließ Land und Haus zurück. Mit der Entscheidung vom 16. November 1977 stellte der Gemeindevorsteher von Jedwabno fest, Trawnys Eigentum sei von Gesetzes wegen auf den Fiskus übergegangen. Die Liegenschaften wurden dem Forstamt Szczytno zugeführt, das dann beantragte, ein Grundbuch anzulegen und den Fiskus als Eigentümer einzutragen. Dies erfolgte auf Beschluss vom 25. März 1999. Einen Teil der Grundstücke bekam die Gemeinde, die sie als Wochenendgrundstücke verkaufte oder verpachtete, vorwiegend an Interessenten aus Warschau. In das Grundbuch wurden der Fiskus (seit 1999 das Forstamt) und nach der Kommunalisierung 1995 auch die Gemeinde eingetragen.

Das Ziegelhaus bezogen die Familien zweier Forstamtsangestellter, des Unterförsters Władysław Głowacki und des Holzfällers Moskalik.

Nach 2000 bemühte sich Agnes Trawny mit ihrem Bruder Horst Rogalla um die Rückgabe des Besitzes. Sie durchliefen den ganzen Rechtsweg. Zunächst versuchten sie es im Verwaltungsverfahren. Das Gerichtsverfahren leiteten sie ein nach der für sie günstigen Entscheidung des Woiwoden von Ermland und Masuren, Stanisław Szatkowski (SLD). Dieser hatte 2002 die Entscheidung des Gemeindevorstehers von Jedwabno aus dem Jahr 1977 für ungültig erklärt. Trawny hatte die Aufhebung dieser Entscheidung beantragt. Im Gericht legte sie zum Nachweis ihres Eigentums Auszüge aus deutschen Grundbüchern vor, die nicht geschlossen worden sind, obwohl inzwischen neue angelegt wurden. Das Amtsgericht Szczytno wies in seinen Urteilen vom April und Juni 2004 an, die genannten Immobilien in den polnischen Grundbüchern zu löschen und neue gesonderte für sie anzulegen. Das bedeutete, dass die strittigen Immobilien und etwa 60 ha Land weiterhin Eigentum von Trawny und Rogalla sind. Das Urteil wurde 2005 durch das Oberste Gericht bestätigt.

Im Urteil vom 13. Dezember 2005 (Az. IV CK 3 04/05)<sup>951</sup> beanstandeten die Richter des Obersten Gerichts die Rechtmäßigkeit der Immobilienübernahme durch die Gemeinde, die sich auf Vorschriften des Gesetzes über die Wirtschaft in Städten und Siedlungen aus dem Jahr 1961 gestützt hatte. Deswegen sei das weitere Verfügen über dieses Vermögen unrechtmäßig gewesen. Artikel 38 des Gesetzes ließ nur die Übernahme von Immobilien solcher Personen zu, die das

---

951 Kopie des Urteils im Archiv des Verfassers.

Eigentum im Jahr 1945 besaßen – Agnes Trawny und ihre Brüder seien Erben des einige Jahre nach dem Kriegsende gestorbenen Vaters.

Nach dem Gesetz von 1961 verloren alle, die zunächst die polnische Staatsbürgerschaft erwarben und später auf sie verzichteten und das Land verließen, das Recht an ihrem Eigentum. Auf diese Vorschrift berief sich der Gemeindevorsteher von Jedwabno, als er das von Agnes Trawny zurückgelassene Vermögen übernahm. Das Oberste Gericht befand indes, das Gesetz gelte nur für jene, die das strittige Vermögen bereits 1945 besaßen. Mit anderen Worten durfte die Vorschrift zwar auf Emil Rogalla angewandt werden (falls er Polen verlassen und auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichtet hätte), nicht jedoch auf seine Tochter. Somit befand das Oberste Gericht die Übernahme ihres Vermögens durch den Fiskus für gesetzeswidrig.

Anders ausgedrückt, Trawny und Rogalla verloren bei der Auswanderung aus Polen ihren Hof in Narty, aber nicht den Anspruch auf das Erbe. Und vom Vater, der als Pole starb und den die Enteignung nicht betraf, erbten sie denselben Hof. Der polnische Staat hätte dem zuvorkommen können, indem er eine Vorschrift eingeführt hätte, wonach Personen bei der Ausreise aufgrund der Abkommen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Familienzusammenführung ihre Ansprüche auf das hier zurückgelassene elterliche Vermögen verlieren.

Der polnischen Rechtsgrundsatz lautete, dass Einheimische durch positive Verifizierung ihr Vermögen vor Enteignung bewahrten. Entschlossen sie sich zur Ausreise nach Deutschland, durften sie ihr unbewegliches Vermögen verkaufen oder an den Fiskus abtreten. Am 17. September 2001 erklärte das Oberste Gericht die Rechtsgrundlage für die Aberkennung der polnischen Staatsangehörigkeit bei Personen, die nach Deutschland auswanderten, für unvereinbar mit der Verfassung von 1952. Dadurch ermöglicht der rechtsunwirksame Verzicht auf die Staatsbürgerschaft eine Vermögensersatzung, wenn der Betroffene sich an ein polnisches Gericht wendet.

Autochthone, die bis Ende der sechziger Jahre aus Polen ausreisten (oft nach einem Dutzend Anträgen), verzichteten obligatorisch auf ihr Vermögen (sofern es nicht zuvor verkauft worden war) und auf die polnische Staatsbürgerschaft. Das Reisedokument, in dem stand: „Der Inhaber dieses Reisedokuments ist nicht polnischer Staatsbürger“ und das den Grenzübertritt erlaubte, erhielten sie nicht, ehe sie in der zuständigen Abteilung der Woiwodschaftskommandantur der Bürgermiliz eine Bescheinigung über den Verkauf des unbeweglichen Vermögens (Haus, Land, Wald) oder eine Urkunde über den Verzicht darauf zugunsten des Fiskus vorgelegt und ihren Personalausweis bzw. den polnischen Reisepass (sofern sie einen besaßen) abgegeben hatten. Ab den siebziger Jahren änderte sich die Lage. Viele Auswanderer verließen Polen, ohne ihr Recht auf Land und Häu-

ser aufzugeben. Manche behielten gar die polnische Staatsbürgerschaft. Gerade sie bemühen sich jetzt um die Rückgabe des zurückgelassenen Vermögens. Lag ein Verzicht auf die polnische Staatsbürgerschaft vor, wie dies bei Trawny und ihrem Bruder der Fall ist, da sie ja das Reisedokument ausgestellt und nach der Ankunft in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen bekamen, war der Betroffene, sofern er um die Rückgabe des Vermögens ersuchen wollte, verpflichtet, beim Verwaltungsgericht die Bestätigung zu beantragen, dass ihnen die polnische Staatsbürgerschaft nicht aberkannt wurde. Praktisch bedeutet das, dass A. Trawny und ihr Bruder zugleich polnische und deutsche Staatsbürger sind. Um beide Staatsbürgerschaften zu erhalten, mussten sie zuvor erklären, sie seien polnischer (um die Verifizierung zu überstehen) bzw. deutscher Nationalität (bei Beantragung der Ausreise und später in Deutschland). Sie dürfen also gerichtlich die Rückgabe des zurückgelassenen Guts einfordern, es sei denn, es sind 30 Jahre seit Zurücklassung vergangen. Dann sehen die Gesetze den Erwerb des Vermögens durch sog. bösgläubige Ersitzung vor.

Trawny begründete die Entscheidung, die Rückgabe ihres Vermögens zu erstreiten, folgendermaßen: „Mein Mann ist als erster mit der Idee gekommen, nach Deutschland auszureisen. Er selbst war auch Masure und stammte von hier, aus der Familie Trawny. Ich selbst wollte Polen nicht verlassen. Doch meine Mutter, die vor ihrem Tod die Familie drüben besucht hat, hat mich überredet. Sie kam zurück und erzählte, wie gut es sie es dort hätten, wie wunderbar die Kinder es haben würden.

(...) Das Amt gab uns eine Wohnung: erst zwei Zimmer, dann sieben. Noch später ein Doppelhaus in Ratingen bei Düsseldorf. Dazu Kindergeld. Und D-Mark, um sich einzurichten: vierzehntausend Mark.

(...) Wir haben es gut gehabt, aber nur, solange wir beide gearbeitet haben. Als mein Mann an Diabetes erkrankte und ich in Rente ging, ist es viel, viel schlimmer geworden.

(...) Meine Rente war klein, sie reichte *wirklich* nicht zum Leben. Da fragte ich im Lastenausgleichsamt nach, ob ich kein zusätzliches Geld für das in Polen zurückgelassene Vermögen bekommen könnte. ‚In welchem Jahr sind Sie ausge-reist?‘, fragten sie. Ich sagte es ihnen. ‚Dann können Sie den ganzen Hof zurück-bekommen‘. Sie wussten alles da im Amt, wie und was zu tun war. Über polnische Gerichte bekam ich das Haus und die 47 Hektar Land mit See, Wald zurück... Jetzt kämpft mein Anwalt um Entschädigung für den Rest des Landes, den der Staat ohne meine Einwilligung verkauft hat, als ich im Reich war.

(...) Wir sprechen über Geld, das mir nach dem Gesetz zusteht. Ich möchte meinen Kindern in Polen etwas Dauerhaftes hinterlassen. Sicher wird sich keins von ihnen hier niederlassen, aber sie werden vielleicht im Sommer in diese wunderschönen Wälder kommen. In Deutschland gibt es solche Orte schon lange nicht mehr.“

Vom polnischen Recht aus gesehen verläuft der Gerichtsstreit von Masuren und Ermländern wie Trawny und ihrem Bruder mit den derzeitigen Besitzern ihres früheren Vermögens wie zwischen polnischen Staatsbürgern, d. h. Trawny ist polnische Staatsangehörige, selbst wenn sie in Deutschland ihren fest Wohnsitz hat, dort Steuern zahlt und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. An diesem Rechtskonstrukt wird in Polen Kritik geübt.<sup>952</sup> Dazu kommt noch, dass die Regierenden die Bereinigung der Grundbücher bis vor kurzem vernachlässigt haben.

Für die Familien Głowacki und Moskalik ist es unverständlich, dass man ein Haus seinem Schicksal überlassen, aber nach 30 Jahren zurückkommen und die Rückgabe fordern kann. Hätten sie nicht Geld und Arbeit in das Haus investiert, stünde hier jetzt schließlich eine Ruine. Sie sehen aber ein, dass das Gerichtsurteil endgültig ist und sie das Haus verlassen müssen. Rechtsschutz vor Räumung gegossen sie bis Dezember 2008.

Moskalik und Głowacki sind nicht mehr Angestellte des Forstamts Jedwabno. Auch wird das Haus nicht mehr von den Staatsforsten verwaltet, das Forstamt hat eigentlich nichts mehr damit zu tun. Trotzdem schickt es mit Rücksicht auf die langjährige Arbeit im Wald alle paar Wochen Angebote an die Familien Moskalik und Głowacki, von anderen Förstern verlassene Häuser in ganz Polen zu beziehen. Das Problem ist, dass sie alle renovierungsbedürftig sind. Dafür haben die Moskaliks und Głowackis weder Kraft noch Geld.

Agnes Trawny hat das Vermögen mit allen Rechten und Pflichten übernommen. Das bedeutet, dass sie ihren Mietern auch eine Bleibe sicherzustellen hat. Der Gemeindevorsteher von Jedwabno befürchtet, Trawny könne die Zwangsräumung der Familien Głowacki und Moskalik veranlassen. In einem solchen Fall wird die Gemeinde in die Pflicht genommen; sie hat aber keine freien Wohnungen. Selbst wenn sie welche hätte, wäre sie nur verpflichtet, Sozialräume (5 m<sup>2</sup> pro Person) zu garantieren.

Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass beide Familien (insgesamt 12 Personen) verbittert sind und sich allein gelassen fühlen.<sup>953</sup> Zumal Trawny kei-

---

952 Vgl. unter anderem J. Mąkosa, *Sądy przeciwko polskim interesom. Sędziowie orzekający w sprawach zwrotu majątków Niemcom swymi wyrokami osłabiają naszą zdolność do rozwiązywania tej kwestii w rokowaniach z Niemcami*, in: *Przegląd* vom 2.12.2007, S. 38-40.

953 Władysława Głowacka grollt besonders dem Forstamt, das die Grundbücher nicht bereinigt und somit Trawny einen Grund zu Forderungen gegeben hat. „Sie haben uns die ganze Zeit hingehalten und sagten immer wieder: tut es, macht es, renoviert, das alles wird euch gehören. Und jetzt: Pustekuchen! Und diese Deutsche wartet nur; wenn sie könnte, würde sie uns sofort rausschmeißen, mitten im Winter. Kommt da mit ihrem Sohn, der noch ein Kind war, als sie ausreisten, und macht sich wichtig. Ich kann mit ihr gar kein vernünftiges Wort wechseln, so sehr rege ich mich auf. Dass ich in meinem eigenen Vaterland so leiden muss! Ich bin gebürtige Polin, schon von den Vorvorfahren her, und es findet sich für mich kein Ort und kein Recht. Mein Mann ist 40 Jahre lang mit dem Fahr-

ne Aussicht gehabt hätte, das Vermögen zurückzubekommen, wenn das Forstamt die Immobilie an die Familien Głowacki und Moskalik verkauft hätte (was sie nach ihrer Pensionierung beantragen durften und auch getan haben).

Im Dezember 2005 entschied das Oberste Gericht endgültig, dass Trawny Wälder, einen ziemlich großen See, 49 ha Land und das Haus zurückbekommt, in dem heute 12 Menschen leben. Sie gab ihnen bis Ende 2008 Zeit auszuziehen. 2006 begann sie das zurückerhaltene Land zu parzellieren und zu verkaufen. Im August und September verkaufte sie für einen Betrag von 132 600 Zloty neun Grundstücke (44 Ar), die zumeist zwischen privaten Besitzungen und dem See lagen.

Trawny stritt noch vor einem Gericht in Olsztyn um Schadenersatz für das an Privatpersonen verkaufte Eigentum. Sie forderte vom Fiskus und der Gemeinde Jedwabno zusammen 2,5 Mio. Zloty Schadenersatz. Die Gerichtsgebühr beträgt 100 000 Zloty. Obwohl sie schon am Grundstücksverkauf verdient hatte, ersuchte sie im Januar das polnische Gericht, ihr die Gebühr zu erlassen, da sie unbemittelte Rentnerin sei. Zwei Monate später verkaufte sie weitere Grundstücke für 195 500 Zloty. Insgesamt hat sie 328 100 Zloty verdient.

Grundlage für das neue Gerichtsverfahren war, dass das Oberste Gericht ihr nur 20 % der Immobilien zuerkannt hat, weil der Rest bereits parzelliert war; die Grundstücke waren inzwischen verkauft, Grundbücher angelegt. Trawny klagte auf Schadenersatz für die restlichen 80 %, doch die Sache war verjährt. Sie forderte daher vom Fiskus 1,5 Mio. Zloty Entschädigung, von der Gemeinde 1 Mio. Zloty.

rad zur Arbeit gezuckelt und jetzt steht er mit leeren Händen da. Unter dem Dach haben wir eine kleine Wohnung für unseren Sohn eingerichtet. Er hat für zwei kleine Kinder und seine Frau aufzukommen, wo soll er nun hin? Und das soll Gerechtigkeit heißen?! Man verliert die Lust am Leben.“ Zit. nach: H. Lehman, *Gdy Mazurzy wracają*, in: *Przegląd* z 25.03.2007, S. 23. Beide Familien ersuchten verschiedene Institutionen und Organisationen um Hilfe. Władysław Głowacki schrieb u. a. an den Präsidenten Lech Kaczyński: „Wir haben gehört, dass Sie, Herr Präsident, gesagt haben, wir werden die Deutschen für die zerstörte Hauptstadt zur Kasse bitten, falls sie Ansprüche stellen. (...) Wir haben unseren Stolz und wollen nichts umsonst, und ganz sicher nicht von den Deutschen. Aber wir verstehen nicht, warum wir jetzt hinausgeworfen werden sollen, weil diejenigen Ansprüche stellen, die schon einmal auf unsere polnische Staatsangehörigkeit verzichtet haben. Wir sind zuversichtlich, dass Sie, Herr Präsident, sich der Sache annehmen werden, weil sie Polen und das menschliche Leid betrifft.“ Wojciech Marczak, Assistent der Präsidialkanzlei, antwortete, das Präsidialamt sei „nicht befugt, die Urteile des Obersten Gerichts zu bewerten oder rechtliche Schritte zu ihrer Prüfung einzuleiten“. Rechtsanwalt Roman Nowosielski, Richter am Staatsgerichtshof und Spezialist für Vermögensrückerstattung, erläuterte, nur das Verfassungsgericht könne das Urteil des Obersten Gerichts aussetzen, indem es befände, dies Urteil sei aufgrund verfassungswidriger Vorschriften ergangen. „In diesem Fall stehen die Chancen gleich null.“ Zit. nach: B. Aksamit, *Nasze nowe Westerplatte. Politycy pokrzyżowali i pojechali*, in: *Duży Format* Beilage zur *Gazeta Wyborcza* vom 16.09.2007, S. 11.

Das Bezirksgericht Olsztyn wies am 20. September 2007 die Klage und den Antrag auf teilweisen Erlass der vom Gericht auf 100 000 Zloty bezifferten Grundgebühr ab. Zu Prozessbeginn war Trawny die Grundgebühr erlassen worden, da sie vorgab, sie nicht bezahlen zu können. Als sich aber herausstellte, dass sie einen Teil der im früheren Prozess erwirkten Grundstücke verkauft hatte, wies das Gericht sie an, die Gebühr nachzuzahlen.<sup>954</sup>

Gegen das für sie ungünstige Urteil legte Trawny Berufung beim Appellationsgericht Białystok ein, das in der Sitzung vom 6. Februar 2008 den vorinstanzlichen Beschluss aus Olsztyn bekräftigte und befand, sie habe die Entschädigung für das in Polen zurückgelassene Vermögen geltend machen dürfen, aber das Geld stehe ihr nicht mehr zu, weil die Verjährungsfrist von zehn Jahren ab 1989 abgelaufen sei.

Bei der Abweisung der Berufung kam das Gericht in Białystok zu dem Schluss, die Entscheidung des Gemeindevorstehers aus dem Jahr 1977 über die Übernahme der Liegenschaft sei ohne Rechtsgrundlage erlassen worden, was schließlich 2003 vom Leiter des Amtes für Wohnungsbau und Stadtentwicklung anerkannt worden sei. Die Forderung Trawnys gegenüber der Gemeinde sei ebenfalls verjährt, weil seit der Vermögensübergabe vom Fiskus an die Gemeinde mehr als zehn Jahre vergangen seien.

Das Gericht teilte die Auffassung, Trawny habe bei ihrer Ausreise nach Deutschland im Jahr 1977 in die Übernahme ihres Besitzes durch den Fiskus eingewilligt, sich bei ihren Polen-Besuchen für die Rechtslage ihres früheren Landbesitzes interessiert und somit die Rückerstattung früher beantragen können.

Das Gericht verurteilte sie auch zur Zahlung der Gerichtsgebühren für beide Instanzen in Höhe von 100 000 Zloty. Trawny kündigte an, in Revision zu gehen. Die Sache vor den Gerichten Olsztyn und Białystok war ein Präzedenzfall. Man fürchtete, falls das Urteil zugunsten von Trawny ausfiele, könnten deutsche Staatsbürger, deren Eltern einst in Ermland, Masuren oder Pommern gelebt hatten, ungeheuren Schadenersatz für das verlorene Hab und Gut einklagen, nicht als Eigentümer, sondern als Erben. Dies wird aber nicht möglich sein.

Auf dem wiederbekommenen Land wollte Trawny anstelle des väterlichen Hauses, in dem die Głowackis und Moskaliks wohnen, ein Sommerhaus für sich

---

954 Nach der Urteilsverkündung veranstaltete die LPR vor dem Gerichtsgebäude in Olsztyn ein Happening. Einige Männer in historischen Wehrmacht-Uniformen stürzten einen polnischen Schlagbaum um, was an die Ereignisse vom 1. September 1939 erinnern sollte. Auch eine Pressekonferenz hielten Politiker von LPR und Samoobrona vor dem Gerichtsgebäude ab. Dabei stellten sie einen ersten Gesetzentwurf vor, wonach die Bewohner der „von den Deutschen verlassenen Häuser“ schneller zu deren Eigentümern werden sollten. Laut diesem Entwurf sollte die Frist für die Ersitzung „ehemals deutscher Immobilien“ von 30 auf 20 Jahre verkürzt werden.

und ihre Angehörigen bauen lassen. Nach dem Vorgefallenen ist es wenig wahrscheinlich. Die Einwohnerschaft von Narty und Umgebung ist über die Haltung von Trawny und ihrem Bruder, der 17 ha Land zurückbekommen wollte, empört.<sup>955</sup>

Am 11. Dezember 2008 nahm das Oberste Gericht Trawnys Revision zur Prüfung an; Trawny verlangte mehr als 1,5 Mio. Zloty Schadenersatz für das vom Fiskus übernommene Vermögen.<sup>956</sup>

Das Oberste Gericht urteilte, das Verfahren müsse wieder aufgerollt werden. Schließlich befand das Appellationsgericht Białystok am 5. März 2009, der Fall sei nicht verjährt.

In der Urteilsbegründung betonte die Richterin Elżbieta Kuczyńska, diese Angelegenheit sei bis dahin kein einziges Mal im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der Entschädigungszahlung geprüft worden. Alle Gerichte hätten sie aufgrund der Verjährungsvorschriften abgewiesen. Deswegen müsse das Bezirksgericht Olsztyn, an das die Akten zurückgeschickt wurden, den Fall in der Sache entscheiden.

Obwohl Trawny über die Immobilien verfügen darf, wohnen in ihrem Haus nach wie vor die Mieter, und für das Land (Wälder und See) finden sich derzeit keine Käufer.<sup>957</sup>

Beim wieder aufgerollten Prozess in Olsztyn soll der Anspruch auf die Entschädigungszahlung für das vom Fiskus übernommene Land behandelt werden.<sup>958</sup>

Angesichts dieser Umstände trat das Urteil des Obersten Gerichts vom 13. Dezember 2005 in Kraft, wonach die Immobilien in Narty an Trawny zurückzugeben seien. Nach dem Mieterschutzgesetz durften die Familien Głowacki und Moskaliak (12 Personen) bis 13. Dezember 2008 in Narty wohnen. Dann galt eine Schutzfrist, in der keine Räumungen durchgeführt werden dürfen. In dieser Zeit schickte der Trawnys Rechtsanwalt Andrzej Jemielita in ihrem Namen ein Schreiben an beide Familien, in dem er mitteilte, sie hätten bis zum 15. April 2009 auszuziehen. Sollten sie sich weigern, werde er die Räumung gerichtlich beantragen.<sup>959</sup>

Die Familien sind aus dem Haus in Narty nicht ausgezogen.<sup>960</sup> Der Gemeindevorsteher von Jedwabno, der eine Ersatzwohnung bereitstellen sollte, traf sich

955 Janusz Gąbczyński, Dorfschulze von Narty, sagte im Mai 2008: „Glauben Sie bitte nicht, dass sie sich hier erholen und an ihre Jugend erinnern will. Hier geht es bloß um Geld. Im Dorf gibt es keinen, der anders dächte.“ Zit. nach: S. Brzozowski, *Narty przed sezonem*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 16.05.2008, S. 9.

956 B. Wróblewski, *Sprawa Agnes Trawnys powraca do sądu*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 12.12.2008, S. 10.

957 W. Więcko, *Trawny może walczyć o ziemię*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 6.03.2009, S. 9.

958 *Powtórka z niemieckiego rozszczenia*, *Trybuna* vom 6.03.2009, S. 4.

959 E. Rosolak, *Wyprowadźcie się, późni przesiedleńcy wracają*, in: *Trybuna* vom 27.03.2009, S. 1; Z. Baranowski, *Trawny eksmituje*, in: *Nasz Dziennik* vom 25.03.2009, S. 3.

960 M. Kowalski, W. Grejciun, *Rodziny nie muszą się wyprowadzać z Nart*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 24.04.2009, S. 3; W. Grejciun, *Rodziny o krok od eksmisji z domu*

am 23. März 2009 mit Trawny und kündigte Ende April an, die Gemeinde werde Wohnplatz und Haus kaufen. Auf diese Weise könnten die bisherigen Mieter dort wohnen bleiben. Trawny machte den Verkauf der Immobilie vom Verkauf des nahegelegenen Waldes abhängig. Der Gemeindevorsteher versprach, mit den Staatsforsten bzw. dem Umweltschutzminister in Verhandlungen zu treten. Weil sich kein Kaufinteressent für das Haus mit 14 ha Wald fand, beantragte Trawnys Rechtsanwalt im Mai 2009 die Zwangsvollstreckung durch einen Gerichtsvollzieher. Das Gericht verpflichtete die Gemeinde im April 2010, eine Ersatzwohnung für beide Familien zu finden, denen aber nur eine Sozialwohnung zusteht. Das Appellationsgericht Białystok senkte im September 2010 die Entschädigung für zwei Grundstücke (zus. 6 ha) von 1,1 Mio. auf 191 500 Zloty.<sup>961</sup>

Der Fall Narty hat „gesamtnationale Dimensionen angenommen“ und wurde zum „Symbol deutscher Ansprüche“. Dieses kleine Dorf war ein „heißes Thema“ im Fernsehen des In- und Auslandes. Darüber wurden zahlreiche Zeitungsartikel geschrieben.<sup>962</sup>

Der Konflikt in Narty inspirierte Paweł Kukiz, den Sänger der Band „Piersi“, dazu, das Lied *Heil Steinbach* zu komponieren.<sup>963</sup>

w Nartach, *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 27.05.2009, S. 2; A. Białous, *Sprawdzę, ile zażąda Trawny*, in: *Nasz Dziennik* vom 27.05.2009, S. 2.

961 Ein Einwohner von Narty stellte fest: „Ich kann Trawny verstehen. Ihr Vater war doch Pole, die Mutter Masurin. Sie ist keine Deutsche, wie es sich die Politiker ausdenken, sie kommt oft hierher und spricht gut Polnisch. Das Gericht gab ihr das Vermögen zurück, und das muss man respektieren.“ W. Grejciun, *Agnes Trawny jeszcze nie odzyskała domu*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.04.2009, S. 5; *Eksmisja w Nartach wstrzymana*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 2.04.2010, S. 7; J. Dytkowski, *Gdzie zamieszkają polscy wypędzeni?*, in: *Nasz Dziennik* vom 21.09.2010, S. 5; M. Domagalski, *Agnes Trawny dostanie mniejszą rekompensatę*, in: *Rzeczpospolita* vom 25.09.2010, S. C1.

962 Vgl. unter anderem I. Trusewicz, *Przyszli ludzie od Niemki*, in: *Rzeczpospolita* vom 15.09.2006, S. 14; ders.: *Polacy wypędzeni we własnym kraju*, ebd. vom 9.-10.06.2007, S. 14 f.; *Sentyment liczony w Złoty*, ebd. vom 18.09.2008, S. 4; A. Grabarczyk, *Niemka przegrała. Olsztyński sąd oddalił pozew o odszkodowanie za porzucony majątek*, in: *Dziennik* vom 21.09.2007, S. 11; A. Domanowska, *Agnes Trawny bez odszkodowania*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 7.02.2008, S. 7; D. Koźłanko, *Wojna o domek w Nartach*, in: *Newsweek* vom 11.03.2007, S. 28-30.

963 Der Autor des Liedes *ZChN nadchodzi* (Die Christlich-Nationale Union naht) stellte fest: „Na und, höchstens wird einem Weibsstück ein Haus und ein paar Hektar weggenommen. Was solls? Für mich aber ist es ein kleiner Korridor nach Preußen. 1939 kam es nicht dazu, jetzt stehen die Chancen gut.“ Hier der Text des Liedes, dessen Videoclip, der Dokumentaraufnahmen von Verbrechen des Dritten Reiches enthält, in Zusammenarbeit mit der Polnischen Treuhand gedreht wurde. In diesem Lied vergleicht Kukiz die BdV-Präsidentin mit Hitler. Das Lied beginnt mit der Archivaufnahme einer Rede Hitlers, in der er das „heilige Deutschland“ beschwört und zum Eroberungskampf anfeuert:

Ermländer, Masuren, Deutsche und Polen, die ihr altes Vermögen zurückbekommen wollen, „tappen in die Falle“ ungerichteter Rechtsfragen zwischen Polen und Deutschland. In den Jahren 1950-1989 wanderten über 150 000 Menschen aus Ermland und Masuren in beide deutsche Staaten aus. Die meisten von ihnen haben ihre Höfe nicht verkauft, weil sie nach der Ankunft in Deutschland auf eine Teilentschädigung rechnen konnten, die vom dortigen, eigens dafür geschaffenen Lastenausgleichsamt ausgezahlt wurde. Daher wurden die Höfe an den Fiskus übergeben, der sie oft als „zurückgelassenes“ oder „ehemals deutsches Eigentum“ betrachtete. So auch im Falle der Familie von Trawny, die vor ihrer Ausreise keinerlei Verfügung über ihr Vermögen getroffen hatte. Nach Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft (de facto nach deren Bestätigung, da deutsche Staatsbürger und ihre Nachkommen im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand zum 31. Dezember 1937 diese nicht verloren haben, und zwar ungeachtet dessen, ob sie verifiziert und polnische Staatsbürger wurden oder sich als polnische Volkszugehörige erklärten) bekam Trawnys Familie Schadenersatz für das zurückgelassene Land und Gebäude in Höhe von 22 000 D-Mark. Als sie vor dem polnischen Gericht das Verfahren auf Rückforderung des Vermögens anstrebte, zahlte sie den genannten Betrag zurück. Hätte sie dies nicht getan, hätten ihr sehr hohe Finanzstrafen und formalrechtliche Konsequenzen gedroht. Im Lichte der umfangreichen Literatur zum Fall Trawny sind zwei Fragen nicht restlos geklärt: erstens die nach der Rolle des deutschen Ausgleichsamtes und der landsmannschaftlichen

---

**Pawel Kukiz:** Hier ist mein Haus, das andere drüben nahmen sie mir weg / Hitler und Stalin gingen Hand in Hand / Ribbentrop, Molotow vereinbarten zusammen / Wie man Menschen ermordet, um im Wohlstand zu leben / Der eine in Lemberg und der andere in Auschwitz / Von meinen Großvätern spreche ich / du badest in ihrem Blut / Du bist Erfolgspolitiker wie Adolf / Du träumst davon, dass man dir zuruft: Ein Volk. **Begleitsänger:** Ein Volk [im Original dt.] // Eine Heimat. **Begleitsänger:** Eine Heimat [im Original dt.] // Polen raus. **Begleitsänger:** Polen raus [im Original dt.] // Heil Steinbach. **Begleitsänger:** Heil Steinbach. [im Original dt.] **Pawel Kukiz:** Hier ist mein Haus / Aus dem anderen wurden die Deinen vertrieben / von deinem Großvater, Vater, Oheim, Onkel und dessen Bruder / Zusammen mit den Kameraden aus der Roten Armee / In Europa pflanzten sie einen Wald aus Kreuzen / Bete, Frau, für diese deine Brüder / die Adolf Hitler in die Wehrmacht zwang / Bete an den Gräbern derer, die gefallen sind / Ich bleibe hier, du bleibe dort...

Das Lied klingt mit nationalsozialistische Märschen aus: „Denn heute, da hört uns Deutschland, und morgen die ganze Welt“. *Mam dość Eriki Steinbach. Znany wokalista mówi o nowych piosenkach „Heil Szeinbach“ i „17 września“ oraz o wojennym losie rodziny*, in: *Rzeczpospolita* vom 29.-30.08.2009, S. A 28. Der Clip erschien zuerst im Internet. Vgl. [www.muzyczne.wielkiemiasto.pl](http://www.muzyczne.wielkiemiasto.pl) (2.09.2009).

Organisationen,<sup>964</sup> zweitens, ob, wann und wie sie die Bestätigung der polnischen Staatsbürgerschaft erlangt hat.<sup>965</sup>

Unter geht in diesen formalrechtlichen Streitigkeiten das Drama der Masuren und Ermländer, die nach 1945 unter verschiedenen Umständen ihre seit Generationen bewohnten Höfe und Häuser losgeworden sind. Nur wenige beschlossen, in ihre Heimat zurückzukehren, noch weniger bemühten sich um die Rückgabe ihres alten Vermögens. Einige kaufen ihr ehemaliges Anwesen zu Marktpreisen den polnischen Besitzern ab, andere erwerben, sofern ein Rückkauf ihres früheren Hauses nicht möglich ist, Häuser oder Land in ihren Heimatorten. Wieder andere entscheiden sich, wie Trawny, für den Rechtsweg und entzweien zumeist unbewusst die Mitglieder der lokalen Gemeinschaft, was gutnachbarliche Beziehungen oder gar ein Sichniederlassen im Heimatort von vornherein ausschließt.<sup>966</sup>

---

964 Jerzy Mąkosa äußert sich zu diesem Fall wie folgt: „Polnische Richter, die zugunsten Deutscher urteilen, sind sich der politischen Bedingungen ihrer Entscheidungen sicher nicht bewusst. Ihnen scheint, sie hätten mit Einzelanträgen von Geschädigten Volkspolens zu tun. In Wirklichkeit handelt es sich um eine fein zisierte Mystifikation und die Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen, der die ganze Aktion ankurbelt und steuert. Diejenigen, die Rückforderungen stellen, erhalten hinter den Kulissen finanzielle Unterstützung für polnische Gerichtsgebühren, Honorare für polnische Anwälte usf. Sie nutzen auch professionelle Rechtsberatung von Experten für polnisches Recht.“ J. Mąkosa, *Sądy przeciwko polskim interesom...*, S. 38.

965 Mariusz Kowalski schrieb in seinem Bericht über Trawnys Vermögensrückforderungsprozess: „Vom Deutschsein dieser Leute zu sprechen, ist reine Propaganda. Es gibt keinen Grund, Frau Trawny als Deutsche zu bezeichnen. Sie hat die polnische und die deutsche Staatsbürgerschaft. Es ist kein Verfahren einer Deutschen gegen Polen. Frau Trawny ist genauso polnische Staatsbürgerin wie viele andere.“ M. Kowalski, *Sąd: To nie jest sprawa między Niemcem a Polką*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 21.09.2007, S. 8.

966 Der Masure Wiktor Marek Leyk, Minderheitenbeauftragter des Woiwodschafts-Marschalls Ermland-Masuren, verweist verbittert auf eine gewisse Zweideutigkeit dieser Fälle: „Die 70er Jahre waren eine Zeit der ökonomischen Auswanderung. Die Menschen flüchteten nicht vor Schikanen, sondern reisten aus, weil sie besser leben wollten. Deswegen werden ihre heutigen Rückforderungen als moralisch zweideutig empfunden.“ Zit. nach: D. Koźlanko, *Wojna o domek w Nartach...*, S. 28. Die Geschädigten in Narty finden Worte voller Verbitterung. Jadwiga Moskalik sagte, Trawny „wollte damals hier, in diesem Polen, nicht wohnen, sagte: ‚Hier herrscht Armut. Nur Senf und Streichhölzer‘. Es hat sie doch niemand weggejagt, sie fuhr von sich aus. Sie erzählte im Dorf, sie fährt ins Paradies. Und denkt bloß nicht, sie kommt zurück, um hier zu leben. Die will bloß verdienen und schießt auf Narty. Sie verkauft dann Grundstücke an Sommergäste und gibt die Euros zu Hause in Deutschland aus. (...) Diese Deutsche kam manchmal in den Ferien her, wir haben sie gut empfangen. Und sie war auch nett, wir kannten uns doch aus alten Zeiten, mit manchen ging sie zur Schule. Aber als sie im Obersten Gericht gewonnen hat, kamen sie oder ihr Sohnmann Manfred natürlich alle paar Tage vorbei und redeten schon

Wenn Massenmedien oder Politiker über den Streit in Narty berichten oder sich dazu äußern, nehmen sie nicht wahr, dass es sich dabei um einen weiteren Aufzug des „Dramas der Masuren und Ermländer“ handelt. Sie erblicken in ihnen nur „Deutsche“ bzw. die „deutsche Gefahr“. <sup>967</sup> Für die Einwohner von Narty war es offensichtlich, dass die Mitglieder der Familie Emil Rogala Masuren sind. <sup>968</sup>

„Wer sind diese Leute also?“, fragt Wojciech Marek Darski und antwortet: „Deutsche, die nach dem Krieg in unserem Land ‚auf der Lauer gelegen‘ haben, dann ausgereist sind und jetzt als ‚fünfte Kolonne‘ zurückkommen, um unsere polnische Erde in Besitz zu nehmen, wie es die radikal-nationalistische Propaganda wahr machen will? Oder Menschen, die an ihrer masurischen Heimat hän-

anders. Beide taten neunmalklug, sie kam in den Hof spaziert und sagte: ‚Macht dies, macht das‘.“ Zit. nach: B. Aksamit, *Nasze nowe Westerplatte...*, S. 11.

967 Mariusz Muszyński und Krzysztof Rak schrieben: „(...) Es klingt wie Ironie, wenn man erklärt, die damaligen Auswanderer hätten masurische oder schlesische Wurzeln. Mit ihrer Ausreise haben sie ja über ihre nationale Abstammung und ihre Verbindung zu diesem Staat entschieden. Es gibt keine masurische oder schlesische Nationalität. Regionale Wurzeln anzuführen, ist heutzutage ein Kunstgriff der politischen Rhetorik zur Zerschlagung der nationalen Integrität der Polen, die in jahrhundertlang umstrittenen Gebieten leben, welche die BRD noch vor 17 Jahren, nämlich bis 1990 offiziell als Teil des deutschen Territoriums ansah.“ M. Muszyński, K. Rak, *Niemiecka pulapka*, in: *Wprost* vom 12.-19.08.2007, S. 33; dies., *Bomba z niemieckimi roszczeniami*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 13.09.2007, S. 21.

968 Eine ältere Einwohnerin von Narty meinte, „Trawna ist eine geborene Rogalla, und die Rogallas waren keine Deutschen, das waren Einheimische. Seit 1955 habe ich bei ihnen dazuerdient, mal beim Kartoffelnhacken, mal bei der Ernte, mal beim Heumachen. Ich habe nie gehört, dass sie untereinander Deutsch geredet hätten. Sie sprachen wie alle damals hier Masurisch. Und sie waren sehr höflich, gaben Arbeit, Bezahlung und was zu essen. Und wenn ihre Kühe Schaden machten, beglichen sie sofort alles, ohne drum herum zu reden. Sie sind auch nicht besonders gern ausgereist. Man bedrängte sie hier, ließ sie einfach nicht in Ruhe leben. In einem Jahr hatten sie mal Erbsen ausgesät und nichts zu ernten, alles war gestohlen, mal Kartoffeln, mal Getreide, mal Holz. Und das waren welche von denen, die heute am lautesten schreien. Oh, die Masuren, die machten Höhen und Tiefen durch. Schließlich waren die Rogallas hier fast allein. Und als sie zum Abschied eine kleine Feier gaben, auch da wollte man ihnen noch zusetzen. Ich würde Ihnen noch mehr erzählen, aber ich habe Angst. Vielleicht könnte mich hier jemand zu Tode quälen.“ Zit. nach: H. Lehman, *Gdy Mazurzy wracaja...*, S. 22. A. Trawny versicherte mehrmals, es gehe ihr um die Rückgabe des väterlichen Erbes, sie habe immer geträumt und sich nach Masuren gesehnt, möchte wie viele andere zurückkehren und habe niemandem Leid zufügen wollen. Sie verstehe diese ganze Politik nicht. Andrzej Jemielita, ihr polnischer Anwalt, ist überzeugt: „40 Jahre lang war Agnes Trawny Polin und wohnte in Narty. Sie bekam den Hof zurück, den ihr der Fiskus weggenommen hat. Sie hat sich ihr Eigentum zurückgeholt. (...) Meiner Mandantin tut es sehr leid.“ Zit. nach: B. Aksamit, *Nasze nowe Westerplatte...*, S. 11.

gen, die nach dem Krieg in gutem Glauben Polen vertraut haben, das sie jedoch keineswegs mit offenen Armen empfangen und sie am Ende hinauswarf? Und die jetzt, da Polen und Masuren nicht mehr von der sowjetischen Diktatur unterdrückt werden und die Europäische Union Möglichkeiten für multikulturelle Regionen eröffnet, ihre Chance sehen.

(...) Und so könnte man die Frage der Wiedererlangung des masurischen Heimatbesitzes unter einem ganz anderen Blickwinkel betrachten: nicht als Anlass einer hysterischen Verteidigung des ‚polnischen Postens‘, nicht einmal als späte Wiedergutmachung gegenüber den aus der Volksrepublik Hinausgetriebenen, sondern vielmehr als Wiedergewinnung der Masuren durch die Polen. Wenn sie in ihre Häuser in Masuren zurückkehrten, gelänge es ja im neuen Polen vielleicht, sie etwas weniger deutsch und etwas mehr polnisch zu machen ...<sup>969</sup>

Die Wiedererlangung der Vermögen hat auch einen anderen, „innermasurischen“ Kontext betreffend die Rückgabe des nach 1945 verlorenen Vermögens von Masuren, die die ganze Zeit in ihrer Heimat gelebt haben. Symptomatisch war in dieser Hinsicht der Fall Krzysztof Tadaaj, eines Masuren aus Małszewko, der mit dem Forstamt Jedwabno um die Rückgabe von 14 ha Land prozessierte. Er verlor. Die Presse meldete wieder einen Rückforderungsprozess eines „Deutschen“ und verglich ihn mit dem Fall Trawny.<sup>970</sup> Dies war kein Einzelfall.

Erwin Kruk, ein Masure aus Dobrzyń bei Nidzica, der seinen Familienhof verloren hat und ihn nicht zurückverlangen möchte, versuchte als Senator der 1. Regierungszeit dieses Problem zu regeln. Dies bedurfte einer Gesetzesinitiative, doch die Amtszeit des Senators war zu kurz (1989-1991). Viele in Polen lebende Masuren bemühten sich nach 1989 um Vermögensrückgaben. Die Fälle kamen vor Verwaltungsgerichte, wurden aber nicht positiv entschieden.<sup>971</sup>

969 W. M. Darski, *Masurische Schicksale*, in: *Dialog. Deutsch-polnisches Magazin* 80/81 (2000/2008), S. 69-72.

970 Vgl. *Sąd nie oddał Niemcowi lasu*, in: *Polska. Głos Wielkopolski* vom 30.08.2007, S. 5. Am Rande bemerkte ein anderer Masure, Alfred Czesła: „Ich freue mich über jede Heimkehr eines Masuren oder Ermländers. Es schmerzt mich aber, wenn Masuren benachteiligt werden, wenn sie eindeutig als Deutsche bezeichnet und in einen Topf mit Schlaubern hineingesteckt werden.“ Zit. nach: Płoski, *Nie krzywdzić Mazurów (wywiad)*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 17.08.2007, S. 9. Vgl. auch: A. Czesła, *Cieszymy się z powrotu każdego Warmiaka i Mazura*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 31.03.-1.04.2007, S. 8.

971 Im Hinblick auf das Schicksal der Masuren und Ermländer bemerkte er: „Sie sind weiterhin polnische Staatsbürger und das zurückgelassene Eigentum gehört ihnen unabhängig davon, wo sie wohnen. Das ist so, als wollten wir in zehn, zwanzig Jahren den Polen, die jetzt in Irland und Spanien arbeiten und wohnen, wegnehmen, was ihnen in Polen gehört. (...) Das masurische Land in Masuren ist polnisch, wurde aber den Masuren weggenommen.“ E. Kruk, *Ziemia zabrano Mazurom (wywiad)*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 31.07.2007, S. 14. Dieser Frage widmete er sein neuestes Buch mit dem vielsagenden Ti-

Im Januar 2007 wurde im Büro des Europaabgeordneten Bogusław Rogalski (PiS) die landesweit erste Interventionsstelle gegen Rückgabeanträge (Biuro Interwencji Antyroszczeniowych)<sup>972</sup> eröffnet. Im Dezember desselben Jahres gründete eine Gruppe von 19 Juristen aus Ermland und Masuren mit dem Rechtsberater Lech Obara an der Spitze eine Bewegung für Rechtsschutz gegen deutsche Rückgabeforderungen.<sup>973</sup>

Eine erste Reaktionen der Regierung bestand darin, Mitte 2007 der Woiwodschaft Ermland-Masuren einen Betrag von 900 000 Zloty für die Bereinigung der Grundbücher zur Verfügung zu stellen, damit diese keine doppelten Eigentumseinträge mehr enthalten. Die Durchsicht erfolgte im Rahmen des Regierungs-Pilotprogramms zur Regelung des Rechtsstatus der vom Fiskus übernommenen Immobilien sog. Spätaussiedler. Dazu wurden bei den Landräten spezielle Koordinatoren eingesetzt.<sup>974</sup>

---

tel *Spadek. Zapiski mazurskie 2007-2008* [Das Erbe. Masurische Aufzeichnungen 2007-2008], Dąbrówno 2009. Vgl. auch: P. Bratkowski, *Historia jednej wioski. Lider PiS gra niemieckim straszakiem. Ale przesiedleńcy, którzy w latach 70. wyjechali z Polski, to nie są żadni Niemcy*, in: *Newsweek* vom 3.08.2008, S. 70.

- 972 Diese Stelle soll Unterlagen sammeln, die bei Gerichtsprozessen hilfreich sind. „Wir garantieren umfassende Rechtsbetreuung und gerichtliche Vertretung durch einen Juristen. Ich werde denen, die in unser Büro kommen, raten, den Vereinen beizutreten. Wir müssen uns zusammenschließen, um die immer häufigeren Forderungen abzuweisen“, so der Europa-Abgeordnete Rogalski. Eine der ersten Maßnahmen war die Gründung des Vereins „Nasze Dajtki“ (Unser Deuthen), der sich gegen Skibowskis Ansprüche zur Wehr setzt. *Olsztyn: Antyroszczeniowe biuro u europościa*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 30.01.2007, S. 9.
- 973 Obara führte folgende Argumente für die Gründung der Bewegung an: „Unter Juristen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die staatlichen Maßnahmen, d. h. die Überprüfung und Anlegung von Grundbüchern, zu spät kommen. Selbst wenn es ein Grundbuch geben wird, werden die Anspruchsteller Entschädigung vom Staat oder der Gemeinde verlangen.“ Zit. nach: I. Trusewicz, *Dwudziestu radców nie chce powrotu Niemców. Roszczenia*, in: *Rzeczpospolita* vom 19.12.2007, S. C1. Vgl. auch: *Przeciw roszczeniom. Ruch utrudni Niemcom odzyskiwanie majątków?*, in: *Dziennik* vom 18.12.2009, S. 11; *Niemcy czekają w kolejkach (wywiad z L. Obarą)*, in: *Nasz Dziennik* vom 24.-26.12.2007, S. 7.
- 974 Laut Angaben des Woiwoden von Ermland-Masuren ist der Rechtszustand von mehr als der Hälfte (knapp 14 000) der 26 000 von den Landräten verwalteten Immobilien des Fiskus in der Woiwodschaft Ermland-Masuren unreguliert. Meistens sind diese Immobilien nicht in den Grundbüchern eingetragen, gelegentlich werden zwei Grundbücher geführt. Unter den Liegenschaften mit unreguliertem Rechtszustand sind Entwässerungsgräben und Feldraine, aber ab und an auch Ackerböden oder Wohngebiete. Die Kommunalbehörden haben ein Jahr Zeit bekommen, um ihr Eigentumsrecht an Liegenschaften in den Wiedergewonnenen Gebieten eintragen zu lassen. Bei Unterlassungen drohen ihnen Strafen. Knysa-Dąbrowska, *Wpisy sposobem na wypędzonych*, in: *Rzeczpospolita* vom 16.11.2007, S. C1; I. Trusewicz, *Olsztyński przegląd ksiąg. Prawo: Politycy przeciw roszczeniom*, ebd. vom 18.-19.08.2007, S. 4.

Seit 19. November 2007 gilt das Gesetz über die Grundbucheintragung des fiskalischen bzw. kommunalen Immobilieneigentums vom 7. September 2007 (Dz.U. Nr. 191/2007, Pos. 1365). Es bezweckt unter anderem, die Missstände zu beseitigen und den Rechtsstatus von Immobilieneigentum zu ordnen, indem Grundbücher angelegt bzw. der tatsächliche Eigentümer bekannt gemacht wird. Diese Versäumnisse betreffen in erster Linie Immobilien der sog. Spätaussiedler.<sup>975</sup>

Die Vermögensrückerstattung war Gegenstand der Beratungen beider Kammern des polnischen Parlaments. Auf die Rückforderungen aus Deutschland reagierte der polnische Sejm am 10. September 2004 mit der bezeichnenden EntschlieÙung „Über die Berechtigung Polens zum Erhalt deutscher Kriegsreparationen und über die in Deutschland widerrechtlich geltend gemachten Ansprüche gegenüber dem polnischen Staat und den polnischen Staatsbürgern“, in der unter anderem gefordert wurde, Deutschland solle Entschädigungen für die durch Polen im Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste zahlen.<sup>976</sup>

Im Juni 2007 begann im Senat die Arbeit am Entwurf eines Gesetzes, das u. a. die Pflicht einführen soll, Grundbucheinträge zu überprüfen und mit dem tatsächlichen Sachverhalt in Einklang zu bringen.

Im gleichen Monat traf in Olsztyn erstmals die parlamentarische Gruppe gegen Rückerstattungsforderungen zusammen. Ihr gehörten ermländisch-masurische Abgeordnete und der Woiwode an. Die Gruppe machte sich zur Aufgabe, an einem Gesetz mitzuarbeiten, das Vermögensrückforderungen unterbinden sollte.

Im Juli 2007 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das die Bewohner der Wiedergewonnenen Gebiete vor deutschen Forderungen schützt. Es senkt die Frist, nach deren Ablauf der Besitzer der Immobilie das Eigentum an ihr erwirbt, von 30 auf 20 Jahre und erleichtert die Umwandlung der dauerhaften Nutzung in Eigentumsrecht. Weniger Bemittelte können sogar einen Preisnachlass von 90 % bekommen und den Rest in Raten innerhalb von 10 bis 20 Jahren zurückzahlen.

Die Auswirkungen des Gesetzes reichen viel weiter, denn es schafft nicht nur Ordnung in den Grundbüchern, sondern zwingt die staatlichen Behörden quasi zu Eingriffen und zur Prüfung der Einzelfälle im Hinblick auf die Ersitzung und an-

---

975 Vgl. L. Obara, P. Tychek, *O roszczeniach tzw. późnych wysiedlonych*, in: *Rzeczpospolita* vom 19.01.2008, S. C7.

976 In dieser EntschlieÙung ist u. a. zu lesen: „Alle Fragen im Zusammenhang mit der Übernahme des Eigentums ehemaliger Umsiedler in den Wiedergewonnenen Gebieten durch den polnischen Staat gelten als endgültig abgeschlossen und können keinesfalls vom Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg oder vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in StraÙburg verhandelt werden. Dies gilt auch für etwaige Entschädigungsansprüche“. Der Sejm stellte ferner fest: „Polen wird an keinerlei Spruch der EU-Stellen in diesen Verfahren gebunden sein.“ *Monitor Polski* 2004, Nr. 13, Pos. 200.

dere mögliche Lösungen, die für den Fiskus und somit für die Bürger von Vorteil wären.<sup>977</sup>

Den Rückerstattungsforderungen widmeten sich zwei Konferenzen: „Deutsche Forderungen in den Wiedergewonnenen Gebieten“ (Olsztyn, 4. Juni 2007) und „Wie ist das Eigentum im Nord- und Westpolen vor deutschen Rückforderungen zu sichern?“ (Warschau, 17. Mai 2008).<sup>978</sup>

### 3.6.2. Das Verhältnis zu den deutschen Vermögensrückforderungen

Die Befürchtungen der polnischen Bevölkerung vor dem Landkauf durch Ausländer waren 2001 Gegenstand soziologischer Feldforschung mittels quantitativer und qualitativer Methoden.

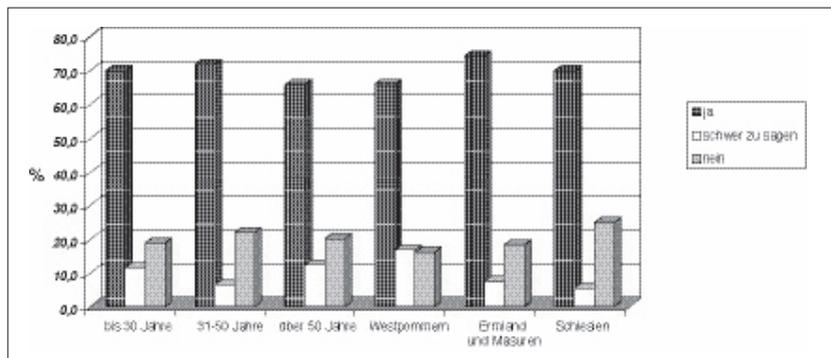
---

977 Art. 1 des Gesetzesentwurfs besagte: „Die bisherigen dinglichen Rechte an Immobilien in denjenigen Gebieten, die kraft völkerrechtlicher Bestimmungen nach dem Zweiten Weltkrieg zur Republik Polen gehören, sind mit der Inbesitznahme dieser Immobilien durch polnische Staats- bzw. Kommunalorgane aufgrund des in der Republik Polen geltenden Rechts erloschen“. Der Gesetzesentwurf wurde vom Senat gebilligt und an den Sejm weitergeleitet. Weitere Arbeiten wurden wegen der Selbstauflösung des Sejms durch die Bekanntgabe vorzeitiger Wahlen im Oktober 2007 behindert. Vgl. M. Wielgo, *Kup tanio ziemię odzyskaną*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 19. Juli 2007, S. 23; A. Grabarczyk, *Będzie tama na roszczenia. Senatorowie PiS przygotowują ustawę, która utrudni Niemcom odzyskanie porzuconych majątków*, in: *Dziennik* vom 14.-15. Juli 2007, S. 6; I. Trusewicz, *Czy Sejm zdąży uchwalić ustawy chroniące Polaków. Roszczenia: Rząd przyjął projekt ustawy, które mają bronić naszych interesów przed niemieckimi roszczeniami*, in: *Rzeczpospolita* vom 1.-2.09.2007, S. 5.

978 Letztere Konferenz fand im Sejm-Gebäude auf Initiative von PiS statt. Zu der Konferenz kamen auch Einwohner von Narty. Die Seminarteilnehmer fassten den Beschluss, dass die deutschen Forderungen gegenüber Polen unbegründet seien, und appellierten an die Bundesregierung, die deutschen Ansprüche zu übernehmen. Die PiS-Senatorin Dorota Arciszewska-Mielewicz, Präsidentin der Polnischen Treuhand, betonte, wer sein Eigentum wiederhaben wolle, sei „Erbe der fünften Kolonne, die Polen umbrachte und den Soldaten in den Rücken schoss“. Sie suggerierte, manche Polen, die Deutsche vertreten, hielten selbst Ausschau nach Mandanten, die Ansprüche erheben könnten. Aktivitäten dieser Anwälte bezeichnete sie als „Grundstücksfledderei“. Jan Barcz kommentierte: „Klagen sog. Spätaussiedler werden ganz überwiegend nicht von Deutschen erhoben, sondern von gebürtigen Polen oder Autochthonen. (...) In diesem Kontext sind die Eigentumsverfahren sehr schwierig. (...) Ein anderes Problem ist der juristische Nihilismus noch zu Zeiten Volkspolens, der sich an den ungeordneten Grundbüchern zeigt, in denen das Eigentum eingetragen ist. Das muss erledigt werden, unabhängig davon, wer die Regierung stellt.“ Die Frage der Rückforderungen war auch Bestandteil der Diskussion über die 3. und 4. Polnische Republik. P. Wroński, *Prezes PiS: III RP rozzuchwała Niemców. Polityka przepraszenia dała podstawy do niemieckich roszczeń*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 19.05.2008, S. 7.

Eines der zentralen Untersuchungsthemen war das Gefühl der Bedrohung unter den Einwohnern der West- und Nordgebiete durch einen möglichen Landkauf durch Deutsche und andere Ausländer (Diagramm 5).<sup>979</sup>

Diagramm 5 „Stellt der Aufkauf nationalen Vermögens Ihrer Meinung nach eine Gefahr für Polen dar?“ (Antworten, gegliedert nach Alter und Wohnregion der Befragten)



Quelle: OBOP, April 2001

Aus der Auswertung der Befragungen unter Einwohnern der West- und Nordgebiete geht hervor, dass nicht weniger als 69,6 % (d. h. 304 Personen) der Meinung waren, der Aufkauf nationalen Vermögens stelle eine Gefahr für Polen dar. Entgegengesetzter Meinung war jeder Fünfte (19,9 % oder 87 Personen). Jeder Zehnte (10,1 % oder 44 Personen) hatte keine Meinung dazu.

Die größten Befürchtungen bestanden in Ermland und Masurien, d. h. in der von der deutschen Grenze am weitesten entfernten Region, wo auch keine geschlossenen Gruppen der deutschen Minderheit leben. Drei Viertel der dortigen Einwohner (74,2 % oder 89 Personen) hegten solche Befürchtungen, gegenteiliger Ansicht waren 18,3 % (22 Personen), keine Meinung dazu hatten 7,5 % (9 Personen). Die geringsten Befürchtungen waren im polnisch-deutschen Grenzgebiet, d. h. in Westpommern, zu verzeichnen. Ein Gefühl der Bedrohung gaben dort 65,8 % der Einwohner (102 Personen) an. Keinen Grund zur Beunruhigung sahen 16,1 % (25 Personen), während 16,8 % (26 Personen) keine dazu Meinung hatten.

979 Das analytische Grundmaterial lieferte ein Fragebogen mit insgesamt 32 Fragen (darunter 26 geschlossene und sechs offene). Ergänzt wurden diese Untersuchungen durch die Aufnahme von vier Kernfragen aus dem Fragebogen einer Umfrage im Auftrag des West-Instituts am 7.-9. April 2001 durch das Meinungsforschungsinstitut OBOP in Warschau an einer repräsentativen landesweiten Gruppe von 1 037 Personen. Die Untersuchungen trugen die Überschrift: „Die Polen über das polnisch-deutsche Verhältnis“.

Die Befürchtungen vor einem Aufkauf nationalen Vermögens durch Ausländer ist in allen drei Altersgruppen ähnlich und variiert zwischen 71,5 % (31- bis 50-Jährige) und 67,0 % (unter der jüngsten Generation der bis 30-Jährigen). Erstaunlicherweise dazwischen liegen die Werte in der ältesten Generation (über 51-Jährige) mit 65,7 %. Ähnlich verteilen sich auch die verneinenden Antworten: Ein Fünftel aller Befragten ist der Meinung, der Aufkauf nationalen Vermögens durch Ausländer stelle keine Gefahr dar (20,5 % in der jüngsten, 21,9 % in der mittleren und 20,0 % in der ältesten Generation).

Nach Ansicht von 15,5 % der Befragten sollte Landkauf durch Ausländer in Polen generell verboten werden. Wird er aber dennoch zugelassen, sollten folgende Formen des Eigentumserwerbs vorherrschen (in der Reihenfolge der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich): Kauf von Baugrundstücken 18,6 %, von Wochenendgrundstücken und Wohnungen 17,4 %. Jeder zehnte Befragte (11,2 %) meinte, Ausländer sollten beim Landerwerb dieselben Rechte haben wie polnische Staatsbürger. Etwa ein Viertel (22,1 %) ist der Meinung, beim Landkauf durch Ausländer sollten Schutzfristen gelten.

Schlüsselfrage waren die Befürchtungen vor dem Landkauf durch Deutsche nach dem EU-Beitritt Polens. Antworten auf diese Frage erbrachten sowohl Erhebungen mit Fragebögen als auch eine Meinungsumfrage des Forschungsinstituts OBOP vom April 2001. Im Falle der Einwohner der West- und Nordgebiete waren die Ergebnisse beider Untersuchungen ähnlich: 61,9 % der Befragten (Fragebögen) bzw. 67 % (OBOP-Umfrage) äußerten solche Ängste. Gegenteiliger Meinung war ein Viertel (25 %) – diese Größe war in beiden Untersuchungen deckungsgleich!

Als äußerst interessant erwies sich ein Vergleich zwischen den Haltungen der Einwohner der West- und Nordgebiete und denen der Bewohner anderer Regionen (repräsentative Stichprobe). Er ergab, dass 81 % der Bewohner anderer Regionen, d. h. um 14 % mehr als in den bis 1945 deutschen Gebieten, Furcht vor Deutschen hegten. Dieses Problem veranschaulicht Diagramm 6.

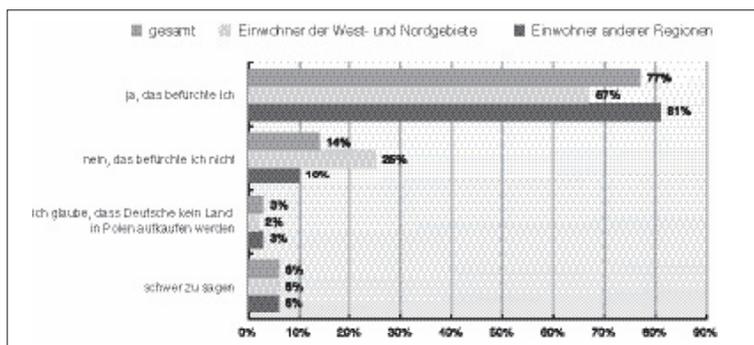
Die Untersuchungen an einer repräsentativen Stichprobe zeigten, dass die überwiegende Mehrheit der Polen, nämlich über drei Viertel (77 %), befürchtete, Deutsche würden nach Polens Beitritt zur Europäischen Union in großem Stil Land in Polen aufkaufen. Keine Befürchtungen hegten 14 % der polnischen Bevölkerung, und nur 3 % der polnischen Bürger waren der Meinung, dass es dazu gar nicht kommen würde, da die Deutschen kein Land in Polen aufkaufen wollten.

Befürchtungen hegten vor allem sozial Schwache (83 %); sie nahmen allerdings ab, je besser die eigenen Lebensbedingungen eingeschätzt wurden (64 % der mit ihrer materiellen Lage Zufriedenen). Bedroht fühlten sich zudem vor allem Befragte, die das derzeitige polnisch-deutsche Verhältnis als ausreichend gut (85%) beurteilten, solche, die diese Beziehungen im Laufe der Geschichte für

feindlich hielten (84 %), sowie Bewohner Zentralpolens (84 %), Dreißigjährige (83 %), Berufsschulabgänger (82 %) und Linkswähler (81 %).

Keine Furcht vor dem Landkauf in Polen durch Deutsche hatten vor allem die Einwohner Niederschlesiens (30 %), gut Situierte (28 %), Teenager (26 %), Einwohner der größten Städte (22 %), die am besten Gebildeten (21 %), Mitte-Links- (20 %) und Mitte-Rechts-Wähler (19 %) sowie Befragte, die das aktuelle deutsch-polnische Verhältnis als gut einschätzten (21 %).

Diagramm 6 „Befürchten Sie, dass Deutsche Land in Polen aufkaufen werden?“



Quelle: OBOP, April 2001

Die Erhebungen durch Fragebögen erbrachten, dass die größte Furcht vor den Deutschen in Westpommern (65,8 %) sowie in Ermland und Masuren (63,9 %) auftrat. Am geringsten war sie im Opper Land (56,5 %). Das Fehlen solcher Befürchtungen war am wenigsten sichtbar im Opper Land (34,2 %) und in Ermland und Masuren (23,8%). Der niedrigste Prozentsatz wurde in der Region ermittelt, die direkt an Deutschland grenzt, d. h. in Westpommern (34,2 %). Am geringsten war die Befürchtung unter den jüngsten Befragten (55,3 %); sie stieg mit zunehmendem Alter, um in der mittleren Generation 61,0 % und in der ältesten 65,7 % zu betragen.

Dass die größte Gefahr des Landkaufs durch Deutsche in den West- und Nordgebieten gegeben sei, fand knapp die Hälfte der Erhebungsteilnehmer (48,3 %). Ein Drittel (33,6 %) meint, diese Gefahr könne ganz Polen betreffen (lediglich 7,5 % sind der Meinung, dass sie nur für Zentralpolen von Bedeutung sein könne).

Um nähere Auskünfte über die von den Deutschen ausgehende Bedrohung zu erhalten, wurden die Bewohner der West- und Nordgebiete gefragt: „Glauben Sie, dass sich Deutsche nach Polens Beitritt zur Europäischen Union in ihren früheren Wohnorten in den sog. Wiedergewonnenen Gebieten niederlassen werden?“ Nach Ansicht jedes zehnten Befragten (10,0 %) sind die Deutschen daran überhaupt

nicht interessiert. Die meisten Umfrageteilnehmer (61,3 %) rechneten mit einer kleinen, 28,2 % mit einer großen Zahl deutscher Siedler.

Von den Vermögensrückgabeforderungen, die Bewohner und Ämter der West- und Nordgebiete aus Deutschland zugeschickt bekamen, hatten 43,8 % der Befragten gehört (54,1 % wussten nichts davon). Die meisten (61,7%) erfuhren davon aus den Medien (Presse, Funk und Fernsehen), ein Drittel (32,8 %) durch Bekannte und Familie, 3,4 % durch eine wohnsitznahe Behörde oder aus sonstigen Quellen (2,1 %).

Über die meisten einschlägigen Informationen verfügten Einwohner des Oepelner Landes (50,3 %), über etwas weniger die von Westpommern (40,6 %) und Ermland-Masuren (39,3 %). Am besten waren die ältesten Bewohner der West- und Nordgebiete informiert (61,0 %). Je jünger die Befragten, umso bescheidener der Kenntnisstand: 44,5 % unter der mittleren Generation, 33,8 % unter den Jüngsten.

Aus den durchgeführten Untersuchungen lässt sich auch auf hypothetische Reaktionen (sog. potentielle Situationen) bei etwaigen konkreten Forderungen der Deutschen schlussfolgern. Auf die Frage:

„A) Was würden Sie tun, wenn Sie selbst einen Brief aus Deutschland mit der Forderung nach Vermögensrückgabe an die ehemaligen Eigentümer aus der Zeit vor 1945 bekämen?“ wurde wie folgt geantwortet (Reihenfolge nach der Zahl der Nennungen):

- Ich würde den Brief an die Behörden weiterleiten und mich erkundigen, was ich zu tun habe – 30,6 %;
- Deutsche haben keinerlei Anspruch auf dieses Vermögen, so dass ich den Brief in den Papierkorb werfen würde – 22,0 %;
- Ich wäre darüber beunruhigt – 15,9 %;
- Nichts, ich würde den Brief nicht beachten – 14,2 %;
- Ich würde um meine Rechte kämpfen, z. B. durch gemeinsame Aktivitäten in einem Verband oder einer Organisation, die sich für die Übertragung des Eigentumsrechts an die Bewohner von West- und Nordgebieten einsetzt – 12,7 %;
- Ich würde den Brief beantworten und dem Inhalt zustimmen – 0,8 %;
- Ich würde andere Maßnahmen ergreifen – 0,8 %.

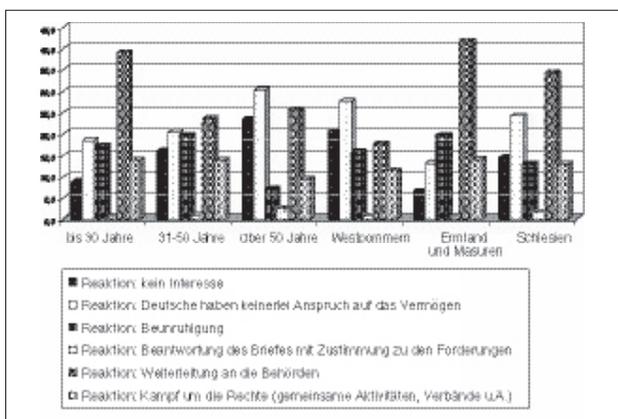
Die größte Beunruhigung und Befürchtung wurde unter den Einwohnern von Ermland und Masuren festgestellt (Diagramm 7). 41 % der Einwohner dieser Region würden den Brief an die Behörden weiterleiten (34,1 % in Schlesien, 17,4 % in Pommern), 19,7 % wären darüber beunruhigt (15,6 % in Pommern, 12,9 % in Schlesien), 13,9 % würden durch Vereinsgründungen, gemeinsame Aktivitäten usw. um ihre Rechte kämpfen (in Schlesien 12,9 %, in Westpommern 11,3 %). Interessanterweise meinten nur 13,1 % der Einwohner von Ermland und Masuren, dass die Deutschen keinerlei Vermögensanspruch in den West- und Nordgebieten haben, während dieser Standpunkt in Schlesien von 24,2 % und in Pommern von 27,7 %

der Einwohner vertreten wurde. Dieser Ansicht waren 30,2 % der über 51-Jährigen. In den beiden übrigen Altersgruppen betrug dieser Anteil ein Fünftel (20,5 % in der mittleren bzw. 18,0 % in der jüngsten Generation). Die jüngsten Befragten würden einen solchen Brief an die zuständigen Behörden weiterleiten (37,9 %). Genauso würden 25,6 % der ältesten und 23,5 % der mittleren Generation reagieren. Ähnlich verteilten sich die Haltungen über die Altersgruppen bei Angaben zur Ergreifung konkreter Maßnahmen; so wären 15,0 % der jüngsten Befragten, 13,6 % im mittleren Alter und 9,3 % der ältesten bereit, einen Verein zu gründen.

Eine Frage ähnlichen Inhalts stellte das Meinungsforschungsinstitut OBOP. Dies erbrachte an einer repräsentativen Stichprobe folgende Ergebnisse: eine Bereitschaft zum Handeln für den hypothetischen Fall, dass man als Einwohner der Nord- und Westgebiete einen Brief aus Deutschland mit der Forderung nach Herausgabe des Vermögens an die ehemaligen Eigentümer erhält, zeigte dabei die Mehrheit, über drei Fünftel (62 %) der polnischen Bevölkerung. Über ein Fünftel (22 %) der Polen bekannte, der Erhalt dieses Schreibens würde sie zu keinen Aktivitäten animieren, und kaum weniger (16 %) konnten nicht sagen, was sie täten.

Jeder dritte (33 %) Pole (einer repräsentativen Stichprobe) stellte fest, er würde sich an die lokalen Behörden wenden, falls er einen derartigen Brief bekäme. Relativ viele erklärten, sie würden sich einem Verein für die Eigentumsübertragung an die Bewohner der West- und Nordgebiete anschließen oder eine Petition dazu an die zuständigen Behörden unterstützen (16 %). Selbstverständlich würden weniger Befragte den Verein oder die Petition selbst organisieren (10 %). Ganz wenige (3 %) nannten spontan andere Aktionsmöglichkeiten.

Diagramm 7 Reaktionen auf einen Brief mit Rückgabeansprüchen aus Deutschland und Alter und Wohnsitz der Befragten



Quelle: OBOP, April 2001

Auf einen Brief nicht reagieren oder irgendwelche Maßnahmen ergreifen zu wollen, erklärten häufiger als die übrigen Befragten: Bewohner von Westpommern (33 %) und Großpolen (30 %), Fünfzigjährige (29 %), Akademiker (28 %) und Mitte-Links-Wähler (29 %).

Dass sie sich mit dem Anliegen an die lokalen Behörden wenden würden, sagten vor allem Teenager (40 %) und Einwohner von Ober- und Niederschlesien (je 39 %).

Die Bereitschaft, sich für den Aufbau eines Verbandes oder den Start einer Petitionsaktion zu engagieren, um die Rechte der Polen, die in diesen Gebieten wohnen, zu verteidigen, erklärten insbesondere Vierzigjährige (19 %), Rechtswähler (17 %) und Befragte mit höherer Schulbildung (15 %). Der Anteil derer, die sich für diese Option aussprachen, stieg zudem parallel zum vermehrten Interesse an der Politik: von 2 % unter denen, die sich dafür gar nicht interessieren, bis hin zu 25 % derer, die stark am politischen Geschehen interessiert sind.

*Tabelle 63 Aktionsbereitschaft angesichts direkter Ansprüche früherer deutscher Besitzer*

Einige der heutigen Einwohner der West- und Nordgebiete erhalten Briefe aus Deutschland mit Forderungen auf Rückgabe des Vermögens an die ehemaligen deutschen Eigentümer. Was würden Sie – als Einwohner dieser Gebiete – tun, wenn Sie einen solchen Brief bekämen?	
Nichts	22 %
Ich würde mich mit dem Anliegen an die Lokalbehörden wenden	33 %
Ich würde mich bemühen, z. B. einen Verein oder eine Petition an den Sejm, Woiwoden oder zuständige Behörden zu organisieren, damit die heutigen Einwohner der West- und Nordgebiete das Eigentumsrecht übertragen bekommen	10 %
Käme solch ein Verein oder eine Petition zustande, würde ich mich mit Sicherheit anschließen.	16 %
Ich würde andere Maßnahmen ergreifen	3 %
Schwer zu sagen	16 %

Quelle: OBOP, April 2001

Auf die weitere Frage:

„B) Falls vor Ihrem Haus Deutsche, die ehemaligen Eigentümer von vor 1945, vorfahren und Ihnen Papiere zu dieser Immobilie zeigen würden, wie würden Sie sich verhalten?“ wurde wie folgt geantwortet (Reihenfolge nach der Zahl der Nennungen):

- Ich würde sie ins Haus bitten und erklären, dass es jetzt mein Haus ist und ihre Papiere bedeutungslos sind – 63,4 %;
- Ich würde mich auf keine Diskussionen einlassen – 20,7 %;

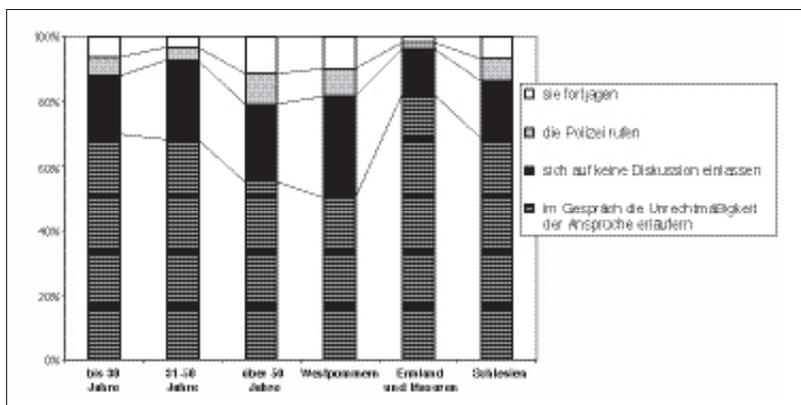
- Ich würde sie fortjagen – 6,3 %;
- Ich würde die Polizei rufen – 5,9 %;
- Ich würde andere Maßnahmen ergreifen – 1,7 %.

Besonders „konzilient“ gegenüber ehemaligen deutschen Eigentümern zeigten sich die Bewohner Ermlands und Masurens sowie Schlesiens (vgl. Diagramm 8). Drei Viertel von ihnen (75,2 %) erklärten sich gesprächsbereit und wollten die Unrechtmäßigkeit der Ansprüche erläutern (68,7 % in Schlesien). Nur die Hälfte der Einwohner Westpommerns (48,6 %) würde sich für einen solchen Dialog entscheiden. Auch die Polizei rufen würden besonders viele Einwohner Pommerns (8,2 %) und Schlesiens (6,8 %), versöhnlicher zeigten sich die Einwohner von Ermland und Masuren (1,7 %).

Das Alter der Befragten beeinflusste die Beantwortung dieser Frage nur unwesentlich; gerade einmal doppelt so viele der ältesten Befragten (11,2 %) wollten im Vergleich zu den jüngsten (5,7 %) die Polizei einschalten.

Soziologische Untersuchungen zum deutsch-polnischen Verhältnis, die das Meinungsforschungsinstitut OBOP am 15.-17. November 2003 im Auftrag der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ durchführte, knüpften an die Umfragen an, die dasselbe Institut im Auftrag des Verfassers am 7.-9. April 2001 vorgenommen hatte. Aus dieser Umfrage ging hervor, dass die deutsch-polnischen Beziehungen recht gut sind und sich Polens westlicher Nachbar neutral verhält. Trotzdem fürchteten die Polen (wenn auch weniger als vor zwei Jahren) den Aufkauf von Land durch Deutsche. Die Polen fühlten sich auch nicht verpflichtet, die Deutschen für das zu entschädigen, was sie nach dem Krieg in Polen verloren hatten.

Diagramm 8 *Potentielle Reaktion auf einen Besuch ehemaliger deutscher Eigentümer (Antworten gegliedert nach Alter und Wohnsitz der Befragten)*



Quelle: OBOP, April 2001

Im Vergleich zu den Untersuchungen gut zwei Jahre zuvor waren mehr Polen (69 % gegenüber 61 %) der Meinung, die polnische Regierung solle den Deutschen weder zurückgelassene Immobilien zurückgeben noch Entschädigungen zahlen. Von 21 % auf 15 % sank die Zahl derer, die meinten, Entschädigungen sollten gezahlt werden. Nur 4 % (genauso viel wie zwei Jahre zuvor) fanden, der Besitz sei in natura zurückzugeben.

In meinem Kommentar zu den Untersuchungen stellte ich fest: „(...) Die letzten zwei Jahre zeigen, dass die Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen stabil ist. Das bedeutet, dass sich die Aussöhnung auf soliden Grundlagen vollzieht. Dazu gehört auch, dass wir die Deutschen nicht mehr durch die Brille des Zweiten Weltkrieges wahrnehmen; die Beziehungen haben auch den Turbulenzen infolge der Auseinandersetzungen um das Zentrum gegen Vertreibungen getrotzt. Die sinkende Furcht vor dem Aufkauf von Land durch Deutsche würde ich unter anderem mit der Verabschiedung des Landbesitzgesetzes erklären, das die Möglichkeit, Ackerland in großem Stil aufzukaufen, de facto ausschließt. Die öffentlichen Diskussionen um das Zentrum gegen Vertreibungen haben dieses Problem vielen Polen nahegebracht, die sich vorher nicht dafür interessierten. Daher rührt der deutliche Widerspruch gegen Entschädigungszahlungen an Deutsche. Wir tragen zwar nicht nach, sind uns aber dennoch bewusst, dass wir die Opfer waren.“

Bestätigt werden diese Tendenzen auch durch neue Umfragen des Verfassers im Januar und Februar 2005 unter den Einwohnern der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Demnach befürchten 63 % der Teilnehmer nicht, dass Deutsche nach Polens Beitritt zur Europäischen Union polnisches Land aufkaufen könnten. Solche Befürchtungen hegte jeder Fünfte (22 %). Die übrigen hatten keine Meinung dazu.

Ganze 91 % der Befragten fanden, die polnische Regierung solle in keiner Weise etwas zurückgeben oder Entschädigungen für verlorenes Eigentum der Deutschen in Polen zahlen. Nur 8 % der Befragten meinten, die Deutschen sollten Entschädigungszahlungen für ihren früheren Besitz erhalten. Symptomatisch ist auch, dass nur 1 % der Einwohner von Ermland und Masuren der Meinung waren, der Besitz sei in natura zu erstatten, mithin Liegenschaften wie Gebäude, Bauernhöfe, Fabriken oder Land zurückzugeben.

Entscheidend beeinflusst wurde diese Einstellung durch die in Polen geführten Diskussionen über das Zentrum gegen Vertreibungen sowie durch die Rückgabeansprüche der Preußischen Treuhand.

Das zeugt vom systematischen Rückgang der Furcht vor einem Aufkauf polnischen Landes durch Deutsche, von einer gewissen „Erstarrung“ der Haltung zu einer möglichen Rückgabe oder Entschädigungszahlung für das von Deutschen in Polen zurückgelassene Vermögen sowie vom fortschreitenden „Verwurzelungsprozess“ der Einwohner in den West- und Nordgebieten und dem zunehmenden

Gefühl des „Zuhause-seins“. Bestätigt werden diese Tendenzen auch durch meine soziologischen Untersuchungen im Jahr 2005. Danach ist als vorherrschende Haltung unter den Einwohnern von Ermland und Masuren eine starke bzw. sehr starke Bindung an den Ort und die Region, in denen sie leben, auszumachen, besonders auffällig unter der jungen und der mittleren Generation.

Untersuchungen im Jahr 2006 zeigten eine weitere Abnahme des Gefühls der Bedrohung durch deutsche Vermögensrückforderungen, wenngleich es sich auf einem relativ hohen Niveau hielt.

Aus den Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts PBS DGA vom Oktober 2006 geht hervor, dass ein Drittel der Polen (34 %) weiterhin solche Befürchtungen hegt (8 % „entschieden ja“, 26 % „eher ja“). Über die Hälfte (57 %) hegte keine solchen Befürchtungen (20 % „entschieden nein“, 37 % „eher nein“). Fast jeder zehnte Pole (9 %) hat keine Meinung dazu. In den Umfragen des Instituts OBOP vom November 2006 an einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe wurde die Frage: „Wird das Eigentum in den ehemaligen deutschen Gebieten vor deutschen Rückgabebeforderungen ausreichend geschützt“, von einem Viertel (26 %) der Befragten verneint, von 43 % bejaht, 31 % antworteten: „schwer zu sagen“.

Feldforschungen in verschiedenen Orten Ermlands und Masurens zeigen, dass dies nach wie vor ein bedeutsames soziales Problem ist.

### **3.7. „Ich liebe Olsztyn“**

Der 1989 eingeleitete tiefgreifende gesellschaftliche Wandel führte dazu, dass in Olsztyn dieselben mit der wirtschaftlichen und sozialen Transformation zusammenhängenden Probleme auftraten wie in anderen polnischen Städten dieser Größenordnung. Eine schwere Krise erschütterte den Arbeitsmarkt. Im Vergleich zu anderen Städten der Region, in denen landesweit die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnet wurde, kam Olsztyn glimpflich davon. Dies resultierte in erster Linie aus der Größe der Stadt, ihrem Wirtschaftspotenzial und der Fähigkeit, sich an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Ein wichtiger Entwicklungs- und Modernisierungsschub kam – ähnlich wie in Klaipėda und Kaliningrad – von den schon Ende der neunziger Jahre aufgenommenen Vorbereitungen zur 650-Jahrfeier der Stadtgründung, die 2003 begangen wurde.

Das größte Problem für die Stadt und die Region war die Arbeitslosigkeit. Ende 1992 waren 18 093 Personen arbeitslos gemeldet, während die Stadt nur in der Lage war, 134 Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten. Trotzdem war die Arbeitslosenrate 1993 in Olsztyn mit 22,1 % die niedrigste der ganzen Woiwodschaft (27,7 %). Das brachte allerdings keine Stabilisierung am Arbeitsmarkt. 1994

stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 22 000. Deswegen und wegen der Preiserhöhungen protestierten zahlreiche Einwohner durch einen Rückstand bei den Mietzahlungen. Die Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt gehörten zu den gesellschaftlichen Hauptproblemen im ersten Jahrzehnt der Reformen.<sup>980</sup> Die Lage änderte sich ab dem Beginn des 21. Jahrhunderts entscheidend. In den Jahren 2001-2003 sank die Zahl der Arbeitslosen auf ein Niveau von etwas über 6 000 Personen. Ab 2004 ging sie stetig zurück und erreichte 2006 das Niveau von 5 630 (oder eine Arbeitslosenquote von 6,8 %). 2007 betrug dieser Wert 4,5 %.<sup>981</sup> Olsztyn galt somit als eine Stadt, die dieses Problem gemeistert hat. Von den 5 600 arbeitslos Gemeldeten im Jahr 2006 waren 3 306 Frauen, 3 070 Langzeitarbeitslose, 1 582 über 50- und 812 unter 25-Jährige sowie 733 Personen ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld. Zu der Zeit verfügte das Arbeitsamt über 7 513 Arbeitsangebote, 2 000 mehr als die Zahl der arbeitslos Gemeldeten.<sup>982</sup> Ein Teil von ihnen arbeitete „schwarz“. Wie in anderen Orten Polens wanderten viele, zumal junge Städter auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen in den Westen aus (hauptsächlich nach Deutschland, Großbritannien und Irland).

Olsztyn wurde zum attraktiven Arbeitsort für viele junge Menschen aus der Region, die hier studierten. Ein Teil der Städter suchten dagegen nach besseren beruflichen Möglichkeiten in Warschau oder im Ausland.

Trotz der ungünstigen demographischen Entwicklung in ganz Polen, die sich unter anderem im Rückgang der Einwohnerzahl vieler Großstädte manifestiert, wuchs in Olsztyn die Bevölkerung. 1991 hatten 164 785 Personen hier ihren festen Wohnsitz. 1994 stieg diese Zahl auf 166 000 (davon 87 000 Frauen und 79 000 Männer). 62 % der Einwohner waren im Erwerbsalter. Im Dezember 2001 zählte die Stadt bereits 174 080 Einwohner.<sup>983</sup> In den späteren Jahren stieg die Einwohnerzahl nur noch geringfügig, um 2009 das Niveau von 176 500 Personen zu erreichen. Auf 100 Männer entfielen 115 Frauen. Olsztyn blieb eine junge Stadt: 17,6 % waren noch nicht im erwerbsfähigen Alter, 68,2 % im Erwerbs- und 14,2 % im Rentenalter. Die Geburtenziffer pro 1 000 Einwohner gehörte zu den höchsten unter allen polnischen Großstädten und betrug 2,2 (ein höherer Wert wurde nur in Rzeszów ermittelt: 2,5; in Opole und Gdańsk betrug sie je 0,2, in

980 Vgl. *Olsztyn 1353-2003*, pod red. S. Achremczyka i W. Ogrodzińskiego, Olsztyn 2003, S. 517-525.

981 A. Cieślak-Wróblewska, *Dziesięć polskich miast uwolniło się od bezrobocia*, in: *Rzeczpospolita* vom 29.-30.12.2007, S. 1. Zum Vergleich die damalige Arbeitslosenrate in anderen polnischen Städten: Sopot 2,4 %, Poznań 3,0 %, Wrocław 4,8 %.

982 *Olsztyn i Elbląg w liczbach 2007*, Olsztyn 2007, S. 7. Ende 2009 war die Arbeitslosenrate in Olsztyn eine der niedrigsten landesweit. Im Durchschnitt betrug sie in Polen 11,4 %, in Olsztyn nur 6,7 %. [www.olsztyn.com.pl](http://www.olsztyn.com.pl) (10.10.2010).

983 *Olsztyn 1353-2003...*, S. 520-525.

Wrocław 1,5, Szczecin 1,7; am niedrigsten war sie in Łódź mit –6,5). Olsztyn hatte auch den höchsten Prozentsatz an Hochschülern: auf 100 Einwohner kamen im Jahr 2005 266 (mehr waren es nur in Rzeszów; in Zielona Góra waren es 184, in Bydgoszcz 116). Olsztyn verfügt auch über eine gute Infrastruktur (z. B. haben 95,2 % aller Wohnungen Fernheizung, 97,7 % ein Bad, 98,7 % ein WC und 100 % fließend Wasser). 2006 wurden 1 299 neue Wohnungen fertig gestellt (167 Genossenschaftswohnungen, 40 soziale Mietwohnungen, 720 zum Verkauf oder zur Vermietung, 372 privat errichtete). Landesweit belegte Olsztyn 2006 den hohen dritten Platz hinsichtlich der Zahl der fertig gestellten Wohnungen pro 1000 Einwohner. Diese Quote betrug 7,4 (Krakau 8,7, Warschau 8,0, Zielona Góra 4,1, Opole 3,1, Bydgoszcz 1,9, Katowice 1,4). Die durchschnittliche Nutzfläche pro Einwohner betrug 66,9 m<sup>2</sup>.<sup>984</sup>

Die städtischen Einnahmen pro Einwohner platzierten Olsztyn im Jahr 2006 im Mittelfeld der 19 Großstädte und betrugen 2 916 Zloty (Warschau 5 043, Wrocław 3 837, Opole 3 687, Zielona Góra 2 774, Szczecin 2 551, Białystok 2 508 Zloty). Die städtischen Ausgaben pro Einwohner fielen moderat aus und betrugen 2 912 Zloty (weniger gaben nur fünf der 19 Städte aus, z. B. Szczecin 2 428 Zloty, Białystok 2 511 Zloty). In der Woiwodschaftshauptstadt Olsztyn lebten 12,3 % der regionalen Bevölkerung, 22,5 % aller Erwerbstätigen, 4,4 % der Arbeitslosen, 74,8 % der Studenten. Auf Olsztyn entfielen 14,4 % des Wohnungsbestandes und 29,1 % der fertig gestellten Wohnungen.<sup>985</sup> Im Vergleich etwa zu Klaipėda ist es eine sich dynamisch entwickelnde Stadt.

Auf einer 2007 erstellten Rangliste von 40 polnischen Städten nach der Höhe der EU-Fördermittel belegte Olsztyn den 27. Platz (mit 16 Projekten und einem Wert von 1 354 Zloty je Einwohner).<sup>986</sup>

Olsztyn will auch den Status einer Metropole erlangen, unter anderem durch die Einbindung umliegender Gemeinden (z. B. Dywity), was für die Bildung einer Metropolregion unerlässlich ist.

Fachleute bescheinigen Olsztyn große Entwicklungschancen. Es besitzt (neben Lublin und Białystok) ein enormes Kapital in Gestalt einer großen Schar junger und tatkräftiger Menschen (der Durchschnittseinwohner von Olsztyn ist 36,3 Jahre alt). Die Einwohnerzahl Olsztyns steigt von Jahr zu Jahr. Als Magnet für die junge Generation erweist sich die Ermländisch-Masurische Universität (UWM), deren Campus als der schönste in ganz Polen gilt. Die Stadt verfügt über ideale ökologische Bedingungen, eine gute Infrastruktur und relativ preiswerte Wohnungen. Gegenüber diesen Vorteilen büßen die populären Stadtmolochs immer mehr

---

984 *Olsztyn i Elbląg...*, S. 2-23.

985 Ebenda.

986 K. Ostrowska, *Gminy skutecznie walczą o unijne pieniądze*, in: *Rzeczpospolita* vom 27.06.2007, S. B8.

ihre Attraktivität ein. Um junge Menschen in die Stadt zu locken, reichen eine Hochschule und ein Arbeitsplatz heutzutage nicht mehr. Die Angebote müssen breit gefächert, die Stadt selbst sauber, gepflegt und sicher sein. Auch das Kultur- und Sportangebot Olsztyns fällt ins Gewicht. Der Künstlersommer in Olsztyn (Olsztyńskie Lato Artystyczne) ist die längste Veranstaltungsreihe in Polen (von Juni bis Ende September). Eine Chance für die Stadt sind Investitionen in den Fremdenverkehr und den Dienstleistungssektor im weitesten Sinne.<sup>987</sup>

„Olsztyn hat als Hauptstadt und wichtigstes Verwaltungszentrum der Region beachtliche Entwicklungschancen. Es wird zwar wahrscheinlich nie eine Metropole werden, ist aber ein Zentrum von überregionaler Bedeutung; im regionalen Maßstab hat es Chancen, seinen hohen Stellenwert beizubehalten und sich weiter zu entwickeln – allerdings unter der Voraussetzung einer engen Kooperation mit den territorialen Selbstverwaltungen der umliegenden Gemeinden, zumindest der direkt an die Stadt grenzenden. Die heute in Olsztyn herrschenden Rahmenbedingungen bieten recht gute Entwicklungschancen sowohl in städtebaulicher als auch in sozialer Hinsicht. Die durchgeführten Analysen erweisen als Trumpf der Stadtentwicklung das hohe Natur- und Kulturangebot, das gut ausgebaute, allerdings derzeit unzureichende Verkehrssystem und die städtische Infrastruktur, die recht gut entwickelt ist und einen angemessenen Umweltschutz garantiert, abgesehen vielleicht von der Abfallwirtschaft, einem Problem, für das die Lösung in Kooperation mit den Selbstverwaltungen der Nachbargemeinden gefunden werden sollte. Problematisch sind auch die übermäßig belasteten und zu schmalen Verkehrswege, doch hier wird zur Entlastung vom Durchgangsverkehr der Bau einer Umgehung vorteilhaft sein, die auch den Verkehr stadteinwärts rationalisieren wird. Um den innerstädtischen Verkehr und die Verbindungen zu den Trabantsiedlungen zu optimieren, sind die Sanierung und Modernisierung (Verbreiterung) bestehender Verkehrswege und Straßen notwendig.“<sup>988</sup>

Günstig sind auch die Aussichten für die neuen Wohnungsbauvorhaben, die derzeit am südlichen Stadtrand realisiert werden (z. B. sollen um den Długie-See/Langsee und den Stadtwald sowie unweit der Altstadt zusammen 1 100 und in der

---

987 Vgl. L. Biegański, *Największą szansę na rozwój mają Olsztyn, Białystok, Lublin i Rzeszów. Analiza*, in: *Dziennik* vom 4.09.2007, S. 11.

988 Ein ernstes Problem sind heruntergekommene Gelände innerhalb der Stadt sowie Flächen, die durch mangelhafte Bauten verunstaltet sind und den öffentlichen Raum zerstören (u. a. ehemalige Militärgelände, postindustrielle Grundstücke, Wohnblocks). Viel Kopfzerbrechen bereitet auch der „fortschreitende Innenstadterfall“, wo Dienstleistungs- und Verwaltungsfunktionen im Verhältnis zur schrumpfenden Einwohnerzahl die Oberhand gewinnen; „Alterung“ und Verarmung der Zentrumsbewohner sind in der Regel die Folge, da Bürger, die es sich leisten können, in die Vororte umziehen. J. Wysocki, *Olsztyn – spojrzenie na problemy urbanistyczne*, in: *Debata* 4 (2008), S. 3, 12.

Wohnsiedlung Tęczowy Las weitere 750 Wohnungen entstehen)<sup>989</sup>. Als großer Erfolg erwies sich die Eröffnung des ersten Einkaufszentrums „Alfa“ in Verbindung mit einem Breitleinwandkino. Heutzutage ist es ein Lieblingssort der Einwohner Olsztyns für Einkäufe im Herzen der Stadt. Im Januar 2008 wurde mit dem Erweiterungsbau begonnen (den Kunden stehen insgesamt über 20 000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche offen). Viel Aufsehen erregte der Bauentwurf für ein 14-geschossiges Gebäude im Stadtzentrum, das in seinen Details an das benachbarte Planetarium und die etwas weiter entfernte Sporthalle „Urania“ erinnert.<sup>990</sup> Dynamisch entwickelt sich auch der Bau freistehender Häuser in der Stadt und den umgebenden Kommunen.

Wegen der bevorstehenden Feierlichkeiten zum 650. Gründungstag von Allenstein/Olsztyn wurde mit der Renovierung der Altstadt begonnen, die nun einen besonders effektvollen Anblick bietet und zum Aushängeschild nicht nur der Stadt, sondern der ganzen Region geworden ist. Die Renovierungs- und Bauarbeiten sind noch im Gange, was die Attraktivität dieses Stadtteils noch steigert und Olsztyn Ansehen und Anerkennung bei zahlreichen Besuchern und Touristen verschafft.

Nicht zuletzt stadtbildend und die Entwicklung ankurbelnd ist die Tatsache, dass Olsztyn zum wichtigen Hochschul- und Kulturzentrum avancierte. Am 1. September 1999 wurde die Ermländisch-Masurische Universität gegründet. Sie verknüpft die gut fünfzigjährige Tradition der Akademie für Landwirtschaft und Technik (ART), die dreißigjährige der Pädagogischen Hochschule und die 450-jährige Geschichte der theologischen Lehre im Ermland.<sup>991</sup> Bei der Gründung zählte sie 25 000 Immatrikulierte.<sup>992</sup> Im Jahr 2002/2003 studierten bereits 33 611 Personen an vierzehn Fachbereichen. Diese Zahl stieg kontinuierlich. Im Jahr 2008

989 Immer häufiger kaufen Bauherren ehemalige Fabrikgelände. Im Januar 2008 räumten die letzten Mieter die anschließend abgerissenen Lagerhäuser in der Knosały-Str. An ihre Stelle soll die sog. neue Altstadt treten, gegenüber der historischen Altstadt. In der Jagiellońska-Str. (Zatorze), wo noch bis vor kurzem eine Möbelfabrik stand, soll eine weitere Wohnsiedlung entstehen. In der Aleja-Wojska-Polskiego-Str. (ebenfalls Zatorze) werden Überreste der 1879 gegründeten Brauerei „Jurand“ abgerissen. Auch dieses Areal wird wahrscheinlich für den Wohnungsbau genutzt werden.

990 Am höchsten Punkt soll dieser Bau 55 m hoch sein. Er soll ein Vier-Sterne-Hotel mit mindestens 150 Zimmern, eine Schwimmhalle, ein Fitnesscenter, eine Kegelbahn, mehrere Restaurants und Büros beherbergen. In den Untergeschossen soll ein riesiges Parkhaus entstehen. Die Nutzfläche der Gesamtanlage wird auf 32 000 m<sup>2</sup> beziffert. Die Baukosten werden auf ca. 200 Mio. Złoty geschätzt. S. Woźniak, *Niech się mury pną do góry*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 25.03.2008, S. 2.

991 Die Idee zur Universitätsgründung entstand 1993 auf einer Sitzung des Wissenschaftsforums Olsztyn (Olsztyńskie Forum Naukowe). Ersten Rektor wurde Prof. Ryszard J. Górecki. Vgl. *U źródeł uniwersytetu 1993-1999*, wstęp, wybór i oprac. B. Łukaszewicz, Olsztyn 1999.

992 Im Jahr 1999 waren an der UWM 2 778 Personen beschäftigt, darunter 1 637 Universitätslehrer in 33 Fachrichtungen.

studierten bereits 40 000 an 15 Fachbereichen (darunter 25 000 im Direktstudium, 11 000 im Fernstudium, 350 Doktoranden und 3 600 Postgraduierte).<sup>993</sup> Die Universität hatte über 3 000 Beschäftigte, darunter 1 897 Hochschullehrer (von denen 230 den Professorentitel und 270 den akademischen Grad eines habilitierten Doktors besaßen). Jedes Jahr entlässt die Hochschule 4 700 Absolventen aus dem Direkt- und 2 400 aus dem Fernstudium.<sup>994</sup> In den letzten Jahren entstanden zahlreiche neue Bauten, etwa eine moderne Bibliothek, ein Konferenzzentrum usw. In Olsztyn gibt es auch private Hochschulen mit einigen tausend Studenten.<sup>995</sup>

Einen wichtigen Platz in der wissenschaftlichen Landschaft von Olsztyn und der Region nehmen das Wissenschaftliche Forschungszentrum Wojciech Kętrzyński (OBN) und die Wissenschaftliche Gesellschaft Wojciech Kętrzyński (TNWK) ein<sup>996</sup>. Auch das Museum für Ermland und Masuren, der Kulturverein „Borussia“, der Sozial-Kulturelle Verband SSK „Pojezierze“ sowie eine Reihe gesellschaftlicher und künstlerischer Vereine und Organisationen entfalten rege Tätigkeit. In Olsztyn haben Redaktionen mehrerer Zeitungen und Zeitschriften ihren Sitz und hier sind auch Rundfunk- und Fernsehsender beheimatet. Sehr aktiv sind ferner Theater, Philharmonie, Musik- und Tanzensembles (u. a. die angesehenen Theatertreffen mit einer langjährigen Tradition, die Landestreffen „Wir singen Poesie“ im Schlosshof, Bluesnächte, Internationales Jazzfestival u. Ä.). Die Stadt ist ein wichtiges Zentrum für alternative Kultur. Auch das literarische und künstlerische Leben floriert hier prächtig (wichtigste Vertreter sind u. a. Erwin Kruk, Kazimierz Brakoniecki, Mariusz Sieniewicz, Włodzimierz Kowalewski). Fest etabliert haben sich in Olsztyn die Kunstgalerie Biuro Wystaw Artystycznych, das Städtische Kulturhaus sowie zahlreiche Bibliotheken, Archiven und Buchverlage.<sup>997</sup> Zu Berühmtheit im In- und Ausland ist der Volleyballverein AZS Olsztyn

---

993 Die UWM bildet in folgenden Disziplinen aus: Pädagogik, Geistes- und Sozialwissenschaften, Theologie, Jura, Tiermedizin, Landwirtschaft, Technik, Biologie, Betriebswirtschaft und Mathematik, seit dem Studienjahr 2007/2009 auch in Medizin mit der Fachrichtung Arzt (insgesamt sind es 48 Fachrichtungen). Die Universität hat Außenstellen u. a. in Elk, Braniewo und Szczytno. Vgl. *Nowe kierunki na Uniwersytecie*, in: *Gazeta Włocławka. Olsztyn* vom 25.03.2008, S. 2.

994 [www.uwm.edu.pl](http://www.uwm.edu.pl) (20.09.2008).

995 U. a.: Pädagogische Hochschule und Hochschule für Informatik und Ökonomie (beide von der Ges. f. Allgemeinbildung TWP), Hochschule Olsztyn (OSW), Hochschule für Informatik und Management Olsztyn (OWSiZ).

996 Seit vielen Jahren gibt das OBN die angesehene Vierteljahresschrift „Komunikaty Mazursko-Warmińskie“ und Publikationsreihen wie „Biblioteka Olsztyńska“ oder „Monografia miast i wsi Warmii i Mazur“ heraus.

997 Eine Huldigung an die Wissenschaftler und Künstler in Olsztyn ist die 928 Seiten dicke Monographie *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka*, pod red. S. Achremczyka, W. Ogrózińskiego, Olsztyn 2006.

gelangt. Einige Jahre lang spielten die Fußballer vom Verein „Stomil“ in der ersten Liga. Olsztyn ist auch ein wichtiger Austragungsort von Motorbootrennen.

Während der regelmäßig im Juli stattfindenden „Dni Olsztyna“ (Olsztynyer Tage) tritt oft das mit der Stadt eng verbundene Ensemble „Czerwony Tulipan“ (Rote Tulpe) auf. In seinem reichen Repertoire hat es auch ein Werk, das man als inoffizielle Hymne von Olsztyn bezeichnen kann. Es trägt den Titel *Ich liebe Olsztyn*. Hier ein Ausschnitt aus diesem Lied, dessen Text und Musik von Stefan Brzozowski stammen:

„Ich liebe die Alle, ich liebe das Schloss,  
den Park und die Alte Stadt,  
das nachts beleuchtete Rathaus mit den Uhrwerken  
und die Grunwaldzka-Straße liebe ich,  
und die Johannesbrücke, die Prosta-, Kołtątaja-, Żizka-Straße,  
die Häuser liebe ich, die Bäume und den Himmel  
und die Anlegestelle am Okull-See,  
und den Regen in der Innenstadt,  
und das Rauschen der Autos auf den Straßen,  
und das Bad im Dirschau-See,  
Waldwanderungen,  
ich liebe die Sonne, die Musik liebe ich  
Auf dem Hof unter der Linde mit Kopernikus,  
die Musik.  
Olsztyn liebe ich, mein kleines Amerika  
Olsztyn liebe ich, mein Amerika  
Olsztyn liebe ich, mein kleines Amerika  
Olsztyn liebe ich.“

### 3.7.1. Die Stadt im Bewusstsein ihrer Einwohner

In Olsztyn lebt wie in anderen Städten und Dörfern Ermlands und Masurens sowie im gesamten Territorium der West- und Nordgebiete, inzwischen die dritte Generation von Einwohnern, die hier geboren wurden. Fünfundsechzig Jahre polnisches Staatswesen haben kohärente städtische Gemeinschaften entstehen lassen. Alte Trennungslinien und Stereotype zwischen einzelnen Gruppen, wie sie für die Nachkriegszeit charakteristisch waren<sup>998</sup>, sind für die in den 1970er Jahren

998 In einer interessanten Studie stellt Bożena Beba, gestützt auf Feldforschungen aus den 1980er Jahren, fest, Ende der vierziger Jahre seien von den knapp 50 000 Einwohnern der Stadt 56 % Umsiedler (in erster Linie aus Masowien, Kurpien und Warschau) und knapp 25 % Grenzländer (hauptsächlich aus der Region Wilna, weniger aus Wolhynien) gewesen. Ein Fünftel stellten die Einheimischen. B. Beba, *Obyczajowość w rodzinie wśród mieszkańców Olsztyna*, Olsztyn 1994, S. 5 f. Vgl. auch: Tomkiewicz, *Życie codzienne*

und später Geborenen Geschichte und kein Bezugspunkt im Alltag mehr. Für die große Mehrheit seiner Einwohner ist Olsztyn „ihr Mikrokosmos“, Heimat und Zufluchtsort.

Viele interessante Angaben über das Verhältnis der Einwohner zu ihrer Stadt liefern Untersuchungen an einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe in 21 Städten, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut PBS DGA im Februar 2007 im Auftrag der landesweiten Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ unter Personen im Alter von 25-40 Jahren. In den lokalen Beilagen zur „Gazeta Wyborcza“ wurden die Untersuchungsergebnisse heftig diskutiert, so auch in Olsztyn, wo die Redaktion die Spalten ihrer Zeitung sowohl den meinungsbildenden Eliten als auch den Internetnutzern öffnete.

Vom Ausmaß des Lokalpatriotismus und der Verbundenheit der Einwohner von Olsztyn mit ihrer Stadt zeugt die Tatsache, dass nicht weniger als 87 % der Befragten positiv zu ihr eingestellt sind. Ein Viertel (26 %) der Umfrageteilnehmer lieben ihre Stadt, 61 % haben Olsztyn gern, 13 % gaben eine andere Antwort. Die Einwohner von Olsztyn belegen diesbezüglich den sehr hohen sechsten Platz im Vergleich zu den Einwohnern anderer Städte. Mehr geliebt werden von ihren Einwohnern nur Krakau (45 %), Toruń (37 %), Wrocław (35 %), Gdańsk (32 %) und Poznań (30 %). Auf die größte Distanz zur eigenen Stadt gehen die Einwohner von Radom (10 %), Katowice (11 %), Bydgoszcz (11 %) und Częstochowa (12 %).

Dies ist insofern merkwürdig, als es sich um Städte in Zentralpolen handelt, deren Einwohner dort seit Generationen leben (im Unterschied zu den Postmigrationsgesellschaften in den Wiedergewonnenen Gebieten).<sup>999</sup>

Einen ebenfalls hohen (wie in der vorigen Frage den sechsten) Rang nehmen die Einwohner von Olsztyn ein, was das unverwechselbare Klima der Stadt angeht. Dass die Atmosphäre ihrer Stadt einmalig sei, sind 42,8 % der Einwohner an der Alle überzeugt (die Extreme bilden Krakau mit 76,7 % und Radom mit 15,1 %). 43,1 % der Befragten in Olsztyn meinen, in der Stadt herrsche ein besonderes Klima, lediglich 2 % verneinen dies. „Olsztyn hat eine kleine, aber feine Altstadt, das Schloss ist nicht das größte, die Alle nicht sehr breit. Aber das reicht ihnen aus für ein unnachahmliches Klima“ – so in Kürze das Fazit dieser Umfragen.

Zur Veranschaulichung zweier gegenteiliger Meinungen zur Stadt zitierte die Lokalredaktion der „Gazeta Wyborcza“ in Olsztyn die folgende positive und negative Aussage: „Ich glaube, Olsztyn hat eine einzigartige Atmosphäre, das gewisse ‚Etwas‘, obwohl das schwer zu bestimmen ist. Eigentlich hat jede Stadt, groß oder klein, ihre unnachahmliche Atmosphäre. Mir scheint, Olsztyn ist wegen

---

*mieszkańców powojennego Olsztyna 1945-1956*, Olsztyn 2008; ders., *Spoleczność Olsztyna*, in: *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka...*, S. 8-53.

999 W. Bartkowiak, *Warszawa nie da się lubić. Sondaż „Gazety“: jakie są polskie miasta*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 26.02.2007, S. 1.

seiner Seen so ‚stimmungsvoll‘. Wenn ein Warschauer etwas mit unserer Stadt verbindet, dann die Seen. Ich glaube, wir wissen unsere Seen nicht zu schätzen. Wir erinnern uns an sie, wenn wir in den Süden Polens fahren und sie unter brütender Hitze schmerzlich vermissen. Andere polnische Stadtbewohner wissen oft nicht, wo Olsztyn liegt, manche meinen irgendwo in Masuren. Dabei leben wir im Ermland, das meiner Ansicht nach eine reichere Tradition und Kultur vorzuweisen hat als Masuren. Diese Lage wirkt sich auch auf die Atmosphäre unserer Stadt aus.“<sup>1000</sup>

Ein gegensätzliches Urteil lässt sich mit der folgenden Äußerung illustrieren: „Hier sind die Menschen verschlossen. Aus allem spricht Provinzialität, keiner schaut über seinen Tellerrand hinaus. Wenn man in Wrocław in eine Kneipe kommt, spürt man gleich eine andere Atmosphäre. Die Leute grüßen sich. Es kommt dir vor, als würdest du sie seit 10 Jahren kennen. In der Altstadt von Toruń kann einem vom Anblick all der Cafés, Restaurants und Läden oder der Architektur ganz schwummerig werden. Bei uns ist alles muffig.“<sup>1001</sup>

Aus der Umfrage zu Olsztyns charakteristischen Merkmalen geht hervor, dass die Stadt folgende Wahrzeichen hat (Reihenfolge nach der Zahl der Nennungen): Seen (24 %), Campus in Kortowo (16 %), Krzysztof Hołowczyc, europäischer Rallye-Meister (14 %), Kulturverein „Borussia“ (9 %), renovierte Altstadt (8 %), Festival „Śpiewamy Poezję“ (Wir singen Poesie: 7 %), Volleyballmannschaft (7 %), Planetarium (3 %).<sup>1002</sup> Die Redaktion der „Gazeta Wyborcza“ bestätigte, dass die Seen am stärksten mit der Stadt assoziiert werden, und begründete die

1000 *Gazeta Wyborcza* vom 27.02.2007, S.1.

1001 *Olsztyn ma swój klimat*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 26.02.2007, S. 3. Andere Aussagen aus dem Diskussionsforum: „Olsztyn verdankt sein einzigartiges Klima den Menschen, die hier leben und schaffen, sich an der Schönheit der Umwelt erfreuen. Ein Künstler bemerkt das Schöne selbst in abgetragenen Schuhen, bringt es zur Geltung und hält es fest...“; „Was ist denn schön an unserer Altstadt? Überall Zigeuner, von den Fassaden blättert der Putz, im Hinterhof Dreck, der Springbrunnen sieht nach nichts aus, das Pack fährt einem über die Füße, der Park an der Alle, die Perle von Altstadt, wo man sich Beine brechen und abends eins über die Rübe kriegen kann, in den Fenstern Einwohner, die sich an allem stören, und dann die Straßenbahn, die eine Sehenswürdigkeit sein sollte, aber durch ihr Aussehen die Fußgänger abschreckt (sieht aus wie eine Litfaßsäule mit Kabel).“ [www.forum.gazeta.pl](http://www.forum.gazeta.pl) (27.02.2007).

1002 [www.miasta.gazeta.pl/Olsztyn](http://www.miasta.gazeta.pl/Olsztyn) (27.02.2007). Für die Fans der Fernsehserie *Sekunden entscheiden* (poln. *Stawka większa niż życie*) gehört Olsztyn zu den Höhepunkten des Streifens. 1967 wurden hier sechs Folgen dieser Kultserie gedreht. Tomasz Śrutkowski, Ausrichter eines Fan-Treffens im August 2009, der die Arbeiten an weiteren Folgen beobachtet und dokumentiert hatte, erinnert sich, wie einmal, als laut Drehbuch deutsche Panzer in die Stadt rollten, jemand, wahrscheinlich ein alter Ermländer, freudig ausrief: „Da sind ja unsere wieder. Jetzt machen sie hier endlich Ordnung!“. *Olsztyn jak Hollywood*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 31.08.2009, S. 3.

Umfrageergebnisse so: „Olsztyn ist einmalig. Es gibt hier zwar keine Schwimmhallen, dafür hat jedes Stadtviertel seinen eigenen See. Sobald es warm wird, füllen sich Dutzende von Badestränden an den Seen Krzywe, Żbik, Skanda, Podkówka, Bartązek... mit sonnenhungrigen Menschen. Ganz genau wissen nicht einmal die Einwohner von Olsztyn selbst, wie viele Gewässer es in ihrer Stadt gibt. Offiziell werden 11 genannt, die Einwohner wollen 13 kennen. In Wirklichkeit sind es nicht weniger als 14, vielleicht sogar 15.“<sup>1003</sup>

Wie sich zeigt, hat auch die Altstadt ihre Atmosphäre: „Den einen gefällt sie sehr, den anderen etwas weniger, aber fast jeder kommt gern her und schlendert durch die engen Gassen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebauten Häuser sind zwar kein Ersatz für die in Krakau, Wrocław oder Poznań, aber abends beginnt hier wie in jeder Altstadt das bunte Treiben, in den Restaurants pulsiert das Leben, die Bands spielen auf.“<sup>1004</sup>

Die Einwohner Olsztyns beurteilen ihre Stadt positiv und halten sie für einen guten Ort zum Leben: 76 % halten sie für „interessant“, 73 % für „lebendig“, 76 % für „sauber“, 69 % für „traditionsreich“ und 58 % für „schmutzig“. Bei all diesen Aussagen liegt Olsztyn landesweit im Spitzenfeld der positiven Meinungen.<sup>1005</sup> Den ersten Platz nimmt die Stadt beim Sicherheitsgefühl ein. Sogar 80 % der Einwohner halten Olsztyn für eine „sichere Stadt“ (Katowice 33 %, Łódź 36 %, Radom 39 %, Warschau 43 %, Gdańsk 48 %). Hier gibt es nach ihrer Ansicht am wenigsten Autodiebstähle, Wohnungseinbrüche (18 %) und Korruption (14 %).<sup>1006</sup>

Olsztyn gilt auch als ziemlich arme Stadt. Dies spiegelt sich wider in den Meinungen zu den Aussichten auf eine gute Stelle, Ausbildung und Wohnung. Die

1003 *Ikony Olsztyna*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 16.02.2007, S. 2.

1004 Ebd. Andere Stimmen aus dem Diskussionsforum: „Es fehlten mir Vorschläge wie: Czerwony Tulipan, Pro Musica Antiqua, das Schloss mit seinen Veranstaltungen (Vorlesungsreihe ‚Olsztyńscy uczeni‘/Allensteiner Gelehrte), der Künstlersommer. Bei Natur sollte man den Stadtwald und die Alle hinzufügen, unter Gesellschaft wären noch zu nennen: Multikulturalität und Vielfalt der Stadteinwohner“; „Kortowo, Altstadt, Schloss, Hohes Tor und nicht zuletzt hervorragende Persönlichkeiten...“; „Die Band VADER [Hard-Rock-Gruppe – A. S.]. Das ist ein Versehen, dass sie in der Aufstellung fehlt. Ich selbst mag die Musik nicht, aber dank Vader weiß die ganze Welt, wo Polen (und vielleicht auch Olsztyn) liegt! Grüße aus Katowice.“

1005 *Gazeta Wyborcza* vom 27.02.2007, S. 14.

1006 *Gazeta Wyborcza* vom 1.03.2007, S. 8. In einem Kommentar zur Lokalausgabe der „Gazeta Wyborcza“ ist zu lesen: „In Olsztyn haben wir entweder besonders ehrliche Beamte, oder die Einwohner sind so arm, dass sie sich keine Schmiergelder leisten können. Denn in den Statistiken schneiden wir sehr gut ab und sind unter den ersten fünf am wenigsten korrumpierten Städten. Nur 13 % der Einwohner von Olsztyn gaben zu, in den letzten drei Jahren hätten Beamte, Ärzte, Polizisten oder sonst wer Bestechungsgeld von ihnen erwartet.“ *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 25.02.2007, S. 3.

Frage: „Finden Sie, dass es in Ihrer Stadt schwer ist, Arbeit zu finden, die für ihren Lebensunterhalt und den Ihrer Angehörigen ausreicht?“ bejaht ein Drittel der Befragten (33 %). Mehr als die Hälfte der Stadtbewohner (52 %) gibt zu, dass sie ein Arbeitsangebot in einer anderen Stadt annehmen würde. Eine ähnliche Zahl (45 %) glaubt, dass ihr Kind für eine gute Ausbildung besser in einer anderen Stadt studieren sollte (Kraków 5 %, Poznań 8 %). Sogar 59 % meinen, da sie in Olsztyn wohnen und arbeiten, hätten sie keine Chance, es zu Wohneigentum zu bringen. Trotz dieser skeptischen Ansichten unterscheiden sich die Einstellungen der Einwohner Olsztyns nicht von denen anderer Städte und liegen im Mittelfeld (neben Gdańsk, Szczecin oder Rzeszów). Ähnlich ist die Tendenz bei der Beantwortung der nächsten Frage: „Glauben Sie, dass man in ihrer Stadt Beziehungen braucht, um eine gute Arbeit zu finden?“ 71 % der Einwohner von Olsztyn bejahen sie (Łódź 73 %, Gdańsk 68 %).<sup>1007</sup>

Die Selbsteinschätzung der ermländisch-masurischen Hauptstadtbewohner ist positiv, sie bezeichnen sich als gastfreundlich (92 %), humorvoll (88 %), hübsch (94 %), freundlich (85 %), sensibel (80 %), religiös (87 %), agil (70 %), pünktlich (64 %), großzügig (60 %). Eine Ausnahme bildet die Nichtbefolgung des Rechts (53 %).<sup>1008</sup>

Unter den Befragten im Alter von 25-40 Jahren wohnen 16,2 % seit ihrer Geburt in Olsztyn oder seit mehr als 20 Jahren, über die Hälfte (51,5 %) seit 10 bis 20 Jahren, ein Fünftel (21,2 %) seit 5 bis 9 Jahren, nur 6,5 % seit 1 bis 4 Jahren und 4,6 % kürzer als ein Jahr.<sup>1009</sup>

Trotz des positiven Verhältnisses zu ihrer Stadt bewahren die Einwohner von Olsztyn die nötige Distanz zu sich selbst und ihrem Wohnsitz. Ewa Zientarska charakterisiert wie folgt die „sieben Sünden meiner Stadt“:

---

1007 *Gazeta Wyborcza* vom 28.02.2008, S. 12. Die Polen trauen der Regierung generell nicht. Ihr Vertrauen in die politischen Institutionen ist europaweit am geringsten, wie aus Umfragen des Eurobarometers vom Ende 2007 hervorgeht, bei denen nach drei „politischen Institutionen“ gefragt wurde (Regierung, Parlament und Stadt- bzw. Gemeinderat). Nur 9 % würden einer davon vertrauen, 6 % zweien von ihnen und 5 % dreien. Der Rest (81 %) erklärte, er traue keiner. So beantworteten diese Frage 19 % der Befragten in Dänemark, 27 % in Finnland oder 28 % in den Niederlanden. Im Durchschnitt vertraut knapp die Hälfte der EU-Bürger diesen Institutionen. Als den polnischen Umfragewerten „näher“ erwiesen sich die Ergebnisse in den neuen EU-Mitgliedstaaten (in Litauen trauen 76 % der Befragten keiner dieser Institutionen, in Tschechien 74 %, in Bulgarien 72 % und in Lettland 67 %). In Ländern mit langer demokratischer Tradition ist das Vertrauen in die politischen Institutionen viel höher als in den neuen EU-Mitgliedsländern. Ebd. vom 27.02.2007, S. 9.

1008 *Gazeta Wyborcza* vom 26.02.2007, S. 17.

1009 Unter den Befragten hatten 43,1 % eine Oberschule, 32,4 % eine Hochschule, 18,7 % eine Berufsschule und 5,8 % die Grundschule abgeschlossen. *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 25.02.2007.

1. Sünde des Beamtenhochmuts. „Hinter der demokratischen Fassade (Wahlen, gesellschaftliche Konsultationen usw.) hält sich noch immer Volkspolen mit Einflüssen des zaristischen Russlands. Hier ist der Beamte König, der Bittsteller hat gefälligst unterwürfig zu sein.“
2. Sünde der Furcht. „Haben Sie sich schon über schlechte Beamte beklagt?“
3. Sünde der Langeweile. „Im Unterschied zu anderen Städten vergleichbarer Größe haben wir sehr viel Glück gehabt. (...) Brakonieccki (Borussia, exzellente kluge Bücher), der gute weise Kruk, der Klartext redende Ermländer Cyfus, Wakar und Gach (Schöpfer des ermländischen Comics), Darska („Portrait“), die Eheleute Garniec (ihr wunderbarer Band über unsere Schlösser und Herrenhäuser). (...) Warum glänzen sie alle nur in ihren Kreisen und bringen Olsztyn nicht so zum Leuchten, wie sie könnten?“
4. Sünde der Hässlichkeit. „Eine Verbeugung vor denen, die die Altstadt so wunderschön erneuert haben. Eine Tracht Prügel für die Verursacher der leblosen Hauptstraße (preußisches Gefängnis, rosa Rathaus, Warenhaus Dukat aus der Zeit Volkspolens und modernes Einkaufszentrum Alfa) und des Verfalls der schönen Bürgerhäuser in der Mickiewiczza-Str., Partyzantów-Str., Warmińska-Str., Mrongowiusza-Str.“
5. Sünde der Unterlassung. „Die Deutschen wussten die Vorzüge Allensteins zu nutzen. Wir, ganz nach dem Glaubensbekenntnis ‚Freu dich an dem, was die Natur dir gab, verbessere nichts‘, ziehen wilde Natur mit Abfällen vor. Wir haben 12 Seen und einen Fluss mit Schleifen, aber nur einen einzigen bewirtschafteten Badestrand und ein vernünftiges Lokal am Okull-See.“
6. Sünde des Konservatismus. „Wir beneiden die Einwohner anderer Städte um: \* Cafés, die um 8 Uhr früh geöffnet sind \* Schwimmhallen \* Fitnesszentren mit Öffnungszeiten, die sich nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschheit richten \* Läden, in denen jedes Buch oder jede CD verfügbar ist \* die gute Verkehrsverbindung nach Warschau. (...) Warum haben dann die meisten von uns diejenigen gewählt, die uns diese modernen Errungenschaften so spärlich verabreichen?“
7. Sünde des Alfa-Zentrismus. „Als ein Jahr vor den Kommunalwahlen mitten in der Stadt das Einkaufszentrum Alfa fertig war, ein ausdrucksstarkes Symbol des Wandels in unserer Stadt, rannten wir massenhaft hin. Heute wird es von einer halben Million Menschen im Monat frequentiert, auch von mir, einer Philosophie-Absolventin. Wo soll ich sonst in Olsztyn an einem Winterabend hingehen? Welcher andere Ort lockt mich mit Leben, Frische, und Bewegung?“<sup>1010</sup>

---

1010 E. Zientarska, *Siedem grzechów mojego miasta*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 16.02.2007, S. 3.

Die Veröffentlichung dieser Thesen trat eine lebhaftere Diskussion los. Die einen behaupteten: „Olsztyn ist lebenswert, es ist eine der schönsten Städte Polens“<sup>1011</sup>, die aber an „einem Komplex der unverdienten Minderwertigkeit“<sup>1012</sup> leidet. Nur eine Handvoll meinte, „Olsztyn hat bislang nichts außer den Seen“<sup>1013</sup>.

### 3.7.2. Ringen mit der deutschen und der kommunistischen Vergangenheit

Jede neue staatliche und ideologische Herrschaft verändert die symbolische Sphäre: sie zerstört Denkmäler und baut neue, ändert die Namen von Straßen, Plätzen usw. Nach 1989 machte man sich auch in Olsztyn an die „Entlüftung der Geschichte“, und zwar in Gestalt eines offeneren Anknüpfens an die deutsche Vergangenheit, der Entkommunisierung von Symbolen aus der Zeit Volkspolens und der Schaffung einer neuen Ikonosphäre.

Eine vielsagende Berufung auf die „alten“ und die „neuen“ Zeiten war die Initiative der Gesellschaft der Freunde Olsztyns (Towarzystwo Miłośników Olsztyna) zur Wiederherstellung der 1945 verschollenen Johannes-Nepomuk-Statue, die seit 1869 auf der Alle-Brücke in der Altstadt gestanden hatte. Zu diesem Vorhaben gewann man die Stadtbehörden von Gelsenkirchen, das mit Olsztyn eine Partnerschaft unterhält und die Patenschaft für die Stadtgemeinschaft Allenstein (Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen) übernommen hat. In Gelsenkirchen ist auch das von der Stadtgemeinschaft gegründete Allensteiner Heimatmuseum „Der Treudank“.

Am Wiederaufbau der Statue des Schutzheiligen der Brücken beteiligten sich auch Angehörige der deutschen Minderheit. Im Rahmen eines Festakts, an dem eine mehrköpfige Delegation aus Gelsenkirchen teilnahm, wurde am 24. Juli 1994 der Grundstein gelegt; in der Stiftungsurkunde ist zu lesen, die Heiligenfigur sei „ein Symbol der Versöhnung des deutschen und polnischen Volkes im Ermland, dem ‚Land der schwierigen Einheit‘, ein Beispiel für beiderseitige Vergebung und

---

1011 J. Guzowski, *Nie szukajmy braków na siłę*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 22.02.2007.

1012 J. Kijowski, *Olsztynianie nie wierzą w swoje miasto*, in: *Gazeta Wyborcza. Olsztyn* vom 19.02.2007.

1013 M. Strąbski, *Mówiąc o przyszłości Olsztyna, musimy mówić o potrzebach młodych ludzi*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 23.02.2007. Ähnliche Tendenzen in der Einstellung zur Heimatstadt traten in den Umfragen durch PBS DGA im Dezember 2009 zutage. Es zeigt sich, dass 42 % in Olsztyn zufrieden sind und gar 89 % die Stadt für lebenswert halten. 63,5 % stellten fest, Erscheinungsbild und Sauberkeit hätten sich verbessert, 46 % meinten, die Stadt werde immer sicherer. Viele (41 %) fanden, die Lebensqualität habe sich zuletzt weder verbessert noch verschlechtert. T. Kurs, *Sondaż o mieście: A w Olsztynie wciąż bez zmian*, [www.olsztyn.gazeta.pl](http://www.olsztyn.gazeta.pl) (25.01.2010).

der europäischen Einigung“. Die eigentliche Einweihung der Statue fand am 25. Juli 1996 statt.<sup>1014</sup>

Dem Gedächtnis an die deutsche und polnisch-deutsche Vergangenheit gewidmet sind auch zweisprachige Gedenktafeln für den deutschen Schriftsteller Eugen Buchholz (1865-1925), Zeitungsverleger und Freund Polens, und den berühmten deutsch-jüdischen Architekten Erich Mendelsohn, der 1887 in Allenstein geboren wurde. Auf die deutsche Vergangenheit der Stadt beziehen sich außerdem zahlreiche Ausstellungen und Bildbände mit alten Ansichten Allensteins.<sup>1015</sup>

Einen weltgeschichtlichen Bezug stellen etwa das neue Denkmal des sitzenden Kopernikus vor dem Haupteingang des Schlosses oder eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Napoleonischen Kriege,<sup>1016</sup> einen stadthistorischen dagegen ein Gedenkstein am Trzech-Krzyży-Platz für den früheren Pestfriedhof. Die große Pest suchte Allenstein in den Jahren 1709-1710 heim und raffte ein Drittel der Einwohnerschaft dahin. An verschiedene Aspekte der Stadtgeschichte knüpften die Feierlichkeiten zum 650. Jahrestag der Stadtgründung an.

Die neue Gedenkpolitik brachte aber auch Streit und Zank. Proteste von Historikern aus Olsztyn vereitelten beispielsweise die Einweihung eines Gedenksteins mit dem Bildnis des früheren Oberbürgermeisters Oskar Belian (1877-1908), Mitglied des Ostmarkenvereins,<sup>1017</sup> wie auch die Ersetzung der Stadthymne durch ein anderes Lied: das Glockenspiel am Rathaus spielt nach wie vor *O Warmio moja mila* (Mein liebes Ermland), das von Feliks Nowowiejski stammt, einem im ermländischen Wartenburg geborenen Komponisten.<sup>1018</sup>

Ähnliche Kontroversen löste auch das „Ringens“ mit dem symbolischen Erbe Volkspolens aus. Zuerst wurden nach 1989 Straßennamen ersetzt, z. B. mussten Marchlewski und Świerczewski den alten Namen Fischmarkt (Targ Rybny) und Richt-Str. (Prosta) weichen, aus der Aleja Kaliningradzka (Kaliningrader Allee) wurde die Dworcowa (Bahnhofs)-Str. Über Kaliningrad als Namensgeber

1014 J. Sikorski, *Ruch społeczno-kulturalny w Olsztynie*, in: *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka...*, S. 173-175.

1015 Vgl. u. a.: C. Grabowska, *Olsztyn na starych pocztówkach. Olsztyn auf alten Postkarten*, Olsztyn 2003.

1016 Die Inschrift in polnischer und französischer Sprache lautet: „Am 3. Februar 1807 hielt sich Napoleon in Allenstein auf, um eine Schlacht gegen die russischen Heere zu führen. Die Bevölkerung Olsztyns 2007“. Ähnliche Gedenktafeln wurden auch in Pasym und Wielbark enthüllt. Vgl. *Toruń prowokuje Olsztyn. Reklama z Kopernikiem*, in: *Gazeta Włocławek*. *Olsztyn* vom 3.03.2009, S. 2.

1017 Ebd. S. 177; Vgl. auch: J. Jasiński, *Czy w Olsztynie stanie pomnik hakatysty*, in: *Posłanie Warmiński* vom 12.08.2000

1018 M. Korzus, *O Warmio moja mila – zostawcie Olsztynowi tę pieśń*, in: *Super Expres* vom 19.01.2000, S. 15. Vgl. *Czy Naujacek zasługuje na kamienieć*, in: *Gazeta Włocławek*. *Olsztyn* vom 5.03.2009, S. 2.

wurde im Jahr 2000 erneut diskutiert, als die damaligen Stadtväter planten, eine Straße nach Olsztyns Partnerstadt zu benennen. Schließlich wurde dieser Plan fallen gelassen.<sup>1019</sup>

Bis heute dauern die Auseinandersetzungen um den Aufstellungsort eines von dem berühmten polnischen Bildhauer Ksawery Dunikowski geschaffenen Denkmals der Dankbarkeit an die Sowjetarmee an, das mitten in der Stadt steht. Mehrfach wurde über seine Demontage und Verlegung an einen anderen Ort, z. B. auf einen Friedhof, debattiert. Diese Pläne wurden schließlich fallen gelassen.<sup>1020</sup> Umstritten ist auch das Fest des 22. Januar, des Jahrestages der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee 1945.<sup>1021</sup>

In den letzten Jahren entstanden auch neue Denkmäler mit Bezug auf das demokratische Polen von heute. Ein Beispiel ist die am 1. September 2003 auf Initiative der Gesellschaft der Freunde Olsztyns (Towarzystwo Miłośników Olsztyna) auf dem Konsulatu-Polskiego-Platz aufgestellte Säule des Weißen Adlers.

---

1019 Vgl. J. Jasiński, *Symbolika zła? Opinie: Dlaczego Kaliningradzka*, in: *Gazeta Warmii i Mazur* vom 22.03.2000, S. 9. Die Behörden folgten der vorherrschenden Meinung, die Umbenennung werde unnötiges Chaos verursachen und könne mit dem Namen Kalinins assoziiert werden, der für den Mord an polnischen Offizieren in Katyn mit verantwortlich war. *Gazeta Warmii i Mazur* vom 23.03.2000, S. 3.

1020 Vgl. A. Mielnicki, *Czy szubienice trafią na cmentarz*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 4.05.2007, S. 3. Im September 2010 haben die Stadtbehörden beschlossen, das Denkmal am bisherigen Ort zu belassen und einer Generalüberholung zu unterziehen. Vgl. *Szubienice będą lśniły jak nowe*, [www.gazetaolsztyńska.pl](http://www.gazetaolsztyńska.pl) (21.09.2010). S. auch: *Elity nie chcą szubienic w centrum Olsztyna*, [www.olsztyn.wm.pl](http://www.olsztyn.wm.pl) (17.05.2010); G. Szydłowski, *Spolecznicy są pewni: – „Szubienice“ są dla ludzi*, [www.olsztyn.gazeta.pl](http://www.olsztyn.gazeta.pl) (30.06.2010). Diskutiert wurde auch über die Bewahrung der modernistischen Architektur aus den 1960er und 1970er Jahren. Heftige Debatten erzeugten der Abriss des 1983 gebauten Kinos „Kopernik“ oder die Sanierung des Warenhauses „Dukat“, von dem nur die Außenfassade stehen blieb. Das 1962 nach Plänen der hervorragenden Architekten Jerzy Sołtan und Zbigniew Ihnatowicz errichtete Gebäude (Innenausstattung von Wojciech Fangor) knüpfte an die Werke von Le Corbusier an. Vgl.: *Bardziej żal Kopernika*, [www.olsztyn.gazeta.pl](http://www.olsztyn.gazeta.pl) (9.02.2010); T. Kuls, *Ministerstwo się ocknęło. Były błędy przy Dukacie*, [www.olsztyn.gazeta.pl](http://www.olsztyn.gazeta.pl) (22.09.2010).

1021 M. Książek, *A życie toczy się. Czy świętować 22 stycznia?*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 22.01.2004, S. 2



**Kapitel VII**  
**Neue Identitäten**  
**im Lichte eigener Forschung**



Bei der Erforschung der lokalen und regionalen Identität der heutigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens, die in drei Ländern – Litauen (Memelland), Russland (Kaliningrader Gebiet) und Polen (Ermland und Masuren) – leben, kamen verschiedene soziologische Untersuchungsmethoden zur Anwendung.

Die qualitativen Studien basieren vor allem auf gelenkten Interviews sowie Beobachtungen. Interviewt wurden zum einen Experten, wie politische und gesellschaftliche Aktivisten, Wissenschaftler, Geistliche, Vertreter der Behörden sowie der lokalen und regionalen Eliten im weiteren Sinne, zum anderen sog. „einfache“ Einwohner von Dörfern, kleinen und großen Städten. Insgesamt wurden etwa 60 gelenkte Interviews geführt. Angewandt wurde auch die nichtteilnehmende und die teilnehmende Beobachtung, unter anderem bei Sitzungen verschiedener gesellschaftlicher Organisationen (z. B. Verein „Kleinlitauen“ in Klaipėda, Organisationen der deutschen Minderheit in Klaipėda und Olsztyn, Masurische Gesellschaft in Krutynia). Die Feldforschung fand zwischen August 2005 und Juni 2006 statt. In Ergänzung der qualitativen Untersuchungen wurden gesammelte Pressebeiträge sowie amtliche Dokumente ausgewertet und eine Dokumentation mit rund 250 Fotografien erstellt.

Die Feldforschung mittels qualitativer und quantitativer Methoden erfolgte nach vordefinierten Prämissen in den Regionalhauptstädten Klaipėda, Kaliningrad und Olsztyn sowie vier regionalen Zentren (Bezirks-, Kreis-, Gemeindegemeinden): in Šilutė (Heydekrug) und dem benachbarten Ruš (Ruß) im Memelland, in Bagrationowsk (Preußisch Eylau) und dem Dorf Gwardiskoje (Mühlhausen) im Kaliningrader Gebiet, in Sorkwity (Sorquitten) in Masuren und Purda Duża (Groß Purden) in Ermland, darüber hinaus in weiteren ermländischen und masurischen Orten. Im Falle Purdas stammt ein Teil des Materials aus gemeinsamen Feldforschungen (August 2005) des Instituts für Politische Wissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften (INP PAN) in Warschau, des West-Instituts Posen und der Kulturvereinigung „Borussia“ in Olsztyn im Rahmen des Projekts „Groß Purden. Studien zur Identität und Erinnerung im deutsch-polnischen Grenzraum“. An den Untersuchungen waren Studierende aus Deutschland und Polen sowie der Verfasser beteiligt.

Die quantitative Untersuchungsmethode war der Fragebogen (gleichlautende Versionen in litauischer, polnischer und russischer Sprache). Befragt wurden zwei Gruppen: Studenten (im Alter von 19 bis 25 Jahren) sowie Bewohner einzelner Regionen des früheren Ostpreußens (im Alter von über 25 Jahren). Als Grundlage für die Vergleichsanalysen dienten die Untersuchungen unter den Studenten, da in gleicher Zahl Daten an den drei untersuchten Hochschulstandorten und zugleich regionalen Zentren erhoben werden konnten. Der Fragebogen wurde an der staatlichen Immanuel-Kant-Universität in Kaliningrad von 72, an der Universität Klaipėda von 78 und an der Ermländisch-Masurischen Universität von 67 Stu-

dierenden ausgefüllt. Befragt wurden insgesamt 217 Studierende der Geisteswissenschaften (Politologie, Geschichte, Pädagogik, Soziologie und Theologie). Die Auswahl erfolgte gezielt. Die Untersuchungen waren stichprobenartig und nicht repräsentativ, da sie von einem ausländischen Forscher durchgeführt wurden (im Falle Russlands und Litauens). Deshalb und wegen des vergleichenden Charakters dieser Studie wurde die Anzahl der Fragen auf elf begrenzt. Bei der Durchführung waren folgende wissenschaftliche Mitarbeiter vor Ort beteiligt: Dr. Silva Pocyte von der Universität Klaipėda, Dr. Alexander Sologubow von der Kaliningrader Universität sowie Dr. Teresa Astramowicz-Leyk von der Universität Olsztyn. Die Befragungen fanden zwischen Oktober 2005 und Januar 2006 statt.

102 ältere Bewohner in den drei Ländern wurden zwischen Januar 2005 und April 2006 vom Verfasser einzeln befragt. Aufgrund der ungleichen Verteilung der Befragten in den drei Regionen (Ermland-Masuren: 76 Personen, Kaliningrader Gebiet: 23, Memelland: 3) wurde von einer detaillierten Analyse der erhobenen Daten abgesehen. Diese Ungleichheit rührte vor allem daher, dass der Autor bereits über langjährige Kontakte im Kaliningrader Gebiet sowie Ermland-Masuren verfügt, das Memelland hingegen zum ersten Mal besuchte. Daher konzentrieren sich die Untersuchungen hauptsächlich auf die Studenten, da es trotz großer Bemühungen in der recht kurzen Zeit nicht gelungen war, von den älteren Bewohnern dieser litauischen Region mehr Antworten auf die Fragebögen zu erhalten. Obwohl der Fragebogen eine begrenzte Anzahl von Fragen enthielt und auf Litauisch verfasst war, erwies sich die Sprachbarriere zwischen dem Interviewer und den Interviewten als ein wesentliches Hindernis bei der Umsetzung dieses Forschungsvorhabens.

Der Fokus der Untersuchungen liegt auf der Frage nach der lokalen und regionalen Identität, d. h. nach dem Grad der Verbundenheit und Identifikation der heutigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens mit ihrem jeweiligen Wohnort und der Region.

Die Analyse des gesammelten empirischen Materials, insbesondere der quantitativen Untersuchungen, zeigt, dass sich vor allem die Angehörigen der zweiten, bereits im Memelland, dem Kaliningrader Gebiet oder Ermland-Masuren geborenen Generation (d. h. 18- bis 25-Jährige), stark mit ihrem Wohnort und der Region identifizieren. Obwohl die sozialen Prozesse in den drei Teilen des ehemaligen Ostpreußens mit unterschiedlicher Dynamik und auf unterschiedliche Art verlaufen, weisen die Äußerungen der befragten Studenten in Klaipėda, Kaliningrad und Olsztyn eine verblüffende Übereinstimmung der Einstellungen zu ihrem jeweiligen Wohnort auf. Dies belegt ganz klar, dass die jüngste Generation die Ortschaften, in denen sie lebt, als ihre Heimat betrachtet. Diese Jahrgänge kennen zumeist keine andere Wirklichkeit und betrachten ihr Lebensumfeld als etwas Gegebenes, als Wohnorte ihrer Eltern und Großeltern.

Die Tatsache, dass diese Gebiete vor 1945 zu Deutschland gehörten, ist allgemein bekannt. Die mittlerweile 60-jährige Zugehörigkeit dieser Regionen zu anderen staatlichen und nationalen Strukturen hat jedoch dazu geführt, dass sie jeweils als integraler Bestandteil des eigenen Staates, als etwas „Vertrautes“ und „Eigenes“ angesehen werden. So bemerkte ein junger Befragter in Klaipėda: „Hier wurde ich geboren. Hier bin ich zu Hause. Hier leben meine Eltern und Geschwister. Hier liegen meine Großeltern begraben. Hier möchte ich arbeiten und leben. Vielleicht leben die Menschen woanders besser, aber sind sie glücklicher? Sobald ich nach dem Studium hier Arbeit gefunden habe, kann mich keine Macht mehr wegbeugen. An die wunderbaren Ostseestrände zieht es Bewohner aus ganz Litauen und dem Ausland. Hier gibt es wunderschöne Landschaften und offene Menschen. Schade nur, dass die Besten, Ehrgeizigsten mit der größten Durchsetzungskraft in die Hauptstadt Wilna oder ins Ausland gehen. Da bekommen sie bessere Arbeit und machen oft Karriere. Unsere Region entwickelt sich nicht so dynamisch wie die Hauptstadt, die vielen bessere und größere Möglichkeiten bietet. Diese Karrieren kosten aber auch: Rattenrennen, oft ohne Familie und Freunde. Zum Glück ist Litauen so klein. Schlimmer haben es diejenigen, die ins Ausland gegangen sind. Aber auch sie werden wahrscheinlich irgendwann in ihr Nest zurückkehren wollen, also in unserem Fall nach Klaipėda oder Šilutė...“ (K-13).

Ähnliche Ansichten vertreten auch junge Bewohner Kaliningrads und Olsztyns. Aus zahlreichen Befragungen sowie früheren Untersuchungen des Autors in Ermland-Masuren und dem Kaliningrader Gebiet geht hervor, dass die nach 1945 im Gebiet des ehemaligen Ostpreußens geborene Generation ein anderes Verhältnis zu dem Land hat als die Generation der „Siedler“, die sich hier nach dem Zweiten Weltkrieg niedergelassen haben. Für die meisten von diesen bildet den Bezugspunkt bis heute ihr Geburtsort oder die Herkunftsregion ihrer Familie. Dort verorten sie ihre „Heimat“, obwohl seit dem Verlassen des damaligen Wohnorts Jahrzehnte vergangen sind.

Diese Einstellung verdeutlicht die Aussage eines Grenzländers aus dem ehemaligen polnischen Osten, der aus der Gegend um Wilna in ein Dorf bei Olsztyn kam:

„Hier war alles fremd: die Leute, die Häuser, das Land. Wir fuhren ins Ungewisse. Das Wichtigste war, dass nebenan welche von uns wohnten. Zusammen war es leichter, diese Wirren zu überstehen. Was sollte uns ein großer Hof, wenn wir nicht Zuhause waren? Wir hatten diese Häuser ja nicht gebaut, sie sind nicht im Schweiß unseres Angesichts entstanden... Die unseren blieben im Osten zurück, und wir leben hier wie Verbannte...“

Mit unseren Kindern und Enkeln ist das anders. Sie sind schon von hier. Sie kennen kein anderes Polen. Hier ist ihre Heimat. In die Gegend von Wilna fahren sie nicht so gern... Und wir sehnen uns danach...

Ich werde verrückt, wenn ich im Fernsehen sehe oder höre, dass irgendwelche Deutschen hierher zurückkommen und uns unsere Höfe wegnehmen wollen, weil ihnen das zusteht. Was soll denn ich sagen, wer gibt mir mein Land im Osten zurück? Die Jungen nehmen sich das nicht so zu Herzen, aber wir haben eine Menge gesehen und erlebt: Stalins Deportationen nach Sibirien, Hitlers und Litauens Mörder, Landraub für die Kolchosen. Wir haben mehr als eine Besatzung erlebt und mit angesehen, wie sie die Menschen mit Gewalt aus ihren Häusern gejagt haben. Auch wir mussten unsere Heimat verlassen. Hols doch alles der Teufel, wissen Sie: den Kommunismus und den Kapitalismus...“ (W-21).

Vor allem die nach 1945 Geborenen betrachten ihren Geburts- und Wohnort auch als „Heimat“. In diesem Fall lässt sich von einer hohen Identifikation mit der lokalen Gemeinschaft sprechen. Anders sieht es im Fall der regionalen Identität aus. Dass die historischen Grenzen unscharf sind und sich die Zugehörigkeit des jeweiligen Landstrichs zu unterschiedlichen Verwaltungseinheiten innerhalb einer Woiwodschaft, einer Region oder einer Oblast häufig geändert hat, führt in Verbindung mit dem Fehlen charakteristischer Merkmale der Region dazu, dass die regionale Identifikation geringer ist als die lokale. Für die Befragten sind – unabhängig von ihrem Alter – zwei wesentliche Identitätsebenen auszumachen: die lokale und die gesamtstaatliche. „Ich wohne in Kaliningrad/Klaipėda/Olsztyn“ und „ich bin Russe/Litauer/Pole“ sind Beispiele für Charakteristika der gesamten heutigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens. Dies wird durch eigene Studien belegt.

Die stärkste „Ansässigkeit“ ist unter den Studierenden in Olsztyn zu eruieren. Drei Viertel von ihnen (74,6 %) wurden in der Region geboren, in der sie wohnen, also in Ermland und Masuren. Von den Studierenden in Klaipėda und Kaliningrad wurde nur jeder zweite in der jeweiligen Region geboren. Länger als zehn Jahre schon leben im jeweiligen Gebiet 36,8 % der Studierenden in Kaliningrad bzw. 34,3 % in Olsztyn. Auffällig ist, dass fast die Hälfte der Befragten in Klaipėda (46,9 %) nicht länger als seit fünf Jahren dort wohnt. Das würde bedeuten, dass sie aus anderen Teilen Litauens zum Studium nach Klaipėda gekommen sind. Diese Fragen veranschaulicht Tabelle 64.

*Tabelle 64    Wie lange wohnt der/die Befragte in der Region?  
(absolute Zahlenangaben)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Seit Geburt	44	39	81
Bis zu 5 Jahren	6	38	1
Zwischen 5 und 10 Jahren	10	2	12
Länger als 10 Jahre	35	2	49
Gesamt	95	81	143

*(Angaben in %)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Seit Geburt	46,3	48,1	56,6
Bis zu 5 Jahren	6,4	46,9	0,7
Zwischen 5 und 10 Jahren	10,5	2,5	8,4
Länger als 10 Jahre	36,8	2,5	34,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Etwa ein Fünftel aller Befragten erklärt, eine schwache bzw. eine sehr schwache Bindung an den jeweiligen Wohnort zu haben. Kennzeichnend ist, dass in Olsztyn nur die Studierenden (17,5 %) die Bindung an ihren Wohnort als sehr schwach bezeichnen. Eine starke oder sehr starke Identifikation mit ihrer lokalen Gemeinschaft geben Befragte in allen drei Ländern an. Dieser Wert schwankt zwischen 82,7 % in Klaipėda, 81,1 % in Kaliningrad bzw. 77,6 % in Olsztyn. Unterschiedlich verteilen sich die Zahlen zur Bindung im Sinne einer emotionalen Beziehung und Verbundenheit mit der Region.

Als schwach oder sehr schwach wird die regionale Bindung von einem Drittel (34,8 %) der Befragten in Kaliningrad, einem Viertel (28,4 %) in Klaipėda sowie einem Fünftel (17,3 %) in Olsztyn bezeichnet. In Olsztyn hat niemand die Bindung als „sehr schwach“ beschrieben. Die stärkste Verbundenheit mit der Region tritt bei den Befragten in Ermland-Masuren (82,7 %) sowie dem Memelland (71,6 %) zutage, die schwächste hingegen unter den Einwohnern des Kaliningrader Gebiets (65,1 %).

Der signifikante Unterschied im Grad der Verbundenheit mit der Wohnregion (18,0 %) zwischen den Bewohnern von Ermland-Masuren und denen des Kaliningrader Gebiets lässt sich mit mehreren Faktoren erklären. Im Lichte der eigenen Untersuchungen zählen zu den wichtigsten:

- peripherer, enklavenartiger Charakter des Kaliningrader Gebiets, das von „Kernrussland“ abgetrennt ist. Ein Befragter nimmt dieses Problem so wahr: „Wir leben hier wie auf einer Insel. Die Heimat, das väterliche Witebsk, ist weit weg. Man muss die Grenze passieren, um dort hinzufahren, und man braucht einen Pass und ein Visum. Viele junge Leute waren noch nie im ‚echten Russland‘. Sie leben hier wie in der Schwebel. Hin und wieder hört man von einem Hongkong an der Ostsee und dass die Deutschen wiederkommen. Das ist natürlich alles Blödsinn, trotzdem sorgt es für unnötige Verwirrung in den Köpfen.“ (K-3);

- Legitimationsdefizit für die historische Zugehörigkeit dieses Gebiets zu Russland;
- Multinationalität der Einwohnerschaft: „Wissen Sie, hier ist ein großes Völkergemisch, größer als in Moskau oder anderen Teilen Russlands. Die Leute kamen und gingen. Die meisten, weil sie mussten. Sie hatten keine Wahl. Und wenn sie schon kamen, wollten sie sich irgendwie bereichern und wenn das möglich war, schnell wieder zurück in die Heimat. Hier war alles voll von Militär. Es war eigentlich ein Militärsperbezirk. Das Dorf zählte nicht, hier liegt fast alles Land brach. Die Leute tranken damals wie heute...“ (K-10).
- instabile Politik der Moskauer Zentralregierung, die nach dem Eindruck der Bewohner nicht so recht etwas mit der Region anzufangen weiß: ob sie beispielsweise zu einer Sonderwirtschaftszone oder, wie die Behörden zuletzt erklärten, einer Pilotregion für die Zusammenarbeit Russlands mit der Europäischen Union werden soll.

Die Frage nach der Identifikation der Bewohner in den drei Teilgebieten des früheren Ostpreußens mit ihrem Wohnort und der Region bildet Tabelle 65 ab.

*Tabelle 65 Wie würde die/der Befragte ihre/seine Bindung (Verbundenheit, emotionale Beziehung) an ihren/seinen Wohnort und die Region beschreiben?*

*(absolute Zahlenangaben)*

		Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Ortsbindung der Befragten	sehr stark	22	22	29
	stark	51	45	82
	schwach	16	14	25
	sehr schwach	1		1
Gesamt		90	81	137
Regionale Bindung der Befragten	sehr stark	17	15	26
	stark	41	43	89
	schwach	27	20	21
	sehr schwach	4	3	3
Gesamt		89	81	139

*(Angaben in %)*

		Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Ortsbindung der Befragten	sehr stark	24,4	27,2	20,3
	stark	56,7	55,5	57,3
	schwach	17,8	17,3	17,5
	sehr schwach	1,1		4,9
Gesamt		100,0	100,0	100,0
Regionale Bindung der Befragten	sehr stark	19,1	18,5	18,7
	stark	46,1	53,1	64,0
	schwach	30,3	24,7	15,1
	sehr schwach	4,5	3,7	2,2
Gesamt		100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Mit obigen Bemerkungen zur lokalen bzw. regionalen Bindung korreliert auf interessante Weise die Antwort auf die Frage, ob die Wohnregion als Heimat bezeichnet wird. Nicht weniger als 86,3 % der Befragten in Kaliningrad bejahten dies, aber nur die Hälfte (53,1 %) in Klaipėda. Vier Fünftel der Befragten in Olsztyn (80,7 %) sahen Ermland-Masuren als ihre Heimat an. Interessant ist der hohe Anteil derer, die gegenteiliger Meinung waren, in Klaipėda (46,9 %). Erklären lässt sich dies damit, dass ein ähnlicher Prozentsatz der Befragten erst seit kurzem (weniger als 5 Jahren) in der Region lebt. Diese Frage stellt Tabelle 66 dar.

Tabelle 66 Bezeichnet die/der Befragte ihre/seine Region als Heimat?

*(absolute Zahlenangaben)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	13	38	26
Ja	82	43	109
Gesamt	95	81	135

(Angaben in %)

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	13,7	46,9	19,3
Ja	86,3	53,1	80,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Eine ähnliche Verteilung der Antworten erbrachte die Frage nach der Zufriedenheit der Befragten mit der Wohnregion. Die Antworten ähneln sich sehr. Zufrieden zu sein, erklären in allen Regionen etwa 60 % der Befragten (in Kaliningrad 65,6 %, in Olsztyn 64,3 %, in Klaipėda 60,5 %). Gänzlich unzufrieden sind keine Befragten (in Kaliningrad und Klaipėda), in Olsztyn lediglich 3 %. Dies bestätigt die Feststellung einer relativ hohen Zufriedenheit, in einer Region zu leben, die von den Befragten häufig als Peripherie und im Vergleich zu anderen Regionen des jeweiligen Landes stark unterfinanziert wahrgenommen wird (vgl. Tabelle 67).

Tabelle 67 Ist die/der Befragte zufrieden, in ihrer/seiner jeweiligen Region zu leben?  
(absolute Zahlenangaben)

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Sehr zufrieden	61	49	48
Mäßig zufrieden	30	32	3
Unzufrieden	2	0	92
Gesamt	93	81	143

(Angaben in %)

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Sehr zufrieden	65,6	60,5	64,3
Mäßig zufrieden	32,2	39,5	33,6
Unzufrieden	2,2	0,0	2,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Die ganz große Mehrheit der Befragten (98,8 % in Klaipėda, 90,5 % in Kaliningrad und 89,4 % in Olsztyn) ist der Meinung, dass ihre Region „ein guter Platz zum Leben“ sei (vgl. Tabelle 68).

*Tabelle 68 Ist die Region, in der die/der Befragte wohnt, ein guter Ort zum Leben?  
(absolute Zahlenangaben)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	9	1	15
Ja	86	79	126
Gesamt	95	80	141

*(Angaben in %)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	9,5	1,2	10,6
Ja	90,5	98,8	89,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Ein ähnlich hoher Prozentsatz der Befragten möchte auch in Zukunft in seiner jeweiligen Wohnregion leben (86,4 % in Kaliningrad, 86,2 % in Klaipėda und 86,5 % in Olsztyn). Knapp ein Siebtel der Befragten in Olsztyn (13,5 %) möchte außerhalb dieser Region wohnen. Dies wollten 13,8 % in Klaipėda und 13,6 % in Kaliningrad (vgl. Tabelle 69).

*Tabelle 69 Möchte die/der Befragte auch in Zukunft in dieser Region leben?  
(absolute Zahlenangaben)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	12	11	19
Ja	76	69	122
Gesamt	88	80	141

(Angaben in %)

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	13,6	13,8	13,5
Ja	86,4	86,2	86,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Höchst unterschiedlich ist die Einschätzung der Befragten, ob es sich in ihrer eigenen Region besser lebt als in anderen Regionen des jeweiligen Landes. Dass dem so sei, meinen drei Viertel der Befragten in Kaliningrad (74,7 %), die Hälfte in Klaipėda (51,9 %), aber nur knapp ein Fünftel in Olsztyn (19,0 %). Die Einwohner von Ermland-Masuren haben auch besonders häufig das Gefühl, es ergehe ihnen schlechter als in anderen Regionen Polens (37,1 %). In Klaipėda teilen nur 2,6 % diese Meinung, in Kaliningrad 5,7 %. Fast die Hälfte der Polen (45,2 %) bzw. Litauer (44,9 %) ist der Meinung, genauso gut zu leben wie in anderen Regionen ihres jeweiligen Landes. Dafür, dass ein hoher Prozentsatz der Befragten in Kaliningrad meint, besser zu leben als in „Kernrussland“, gibt es zweierlei Erklärung:

- ein Großteil der Befragten hat keinen Kontakt zum Mutterland und ist daher nicht ausreichend über die Lebensverhältnisse in Zentralrussland informiert.
- die Studierenden in Kaliningrad sind größtenteils Einwohner von Städten (in Kaliningrad lebt die Hälfte der Oblast-Bewohner), deren Lebensstandard vom Durchschnitt in der Oblast bzw. in Russland deutlich abweicht (ausgenommen große Metropolen wie Moskau und St. Petersburg). Diese Frage veranschaulicht Tabelle 70.

Tabelle 70 *Lebt man in der Region der Befragten besser als in anderen Regionen?*

(absolute Zahlenangaben)

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Schlechter	7	2	40
Besser	68	42	26
Gleich	16	37	71
Gesamt	91	81	137

(Angaben in %)

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Schlechter	7,7	2,5	29,2
Besser	74,7	51,9	19,0
Gleich	17,6	45,6	51,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Hätten die Befragten Gelegenheit, ihren Wohnort zu wechseln, würden sie am liebsten ins Ausland gehen. Dies täten drei Viertel (70,9 %) in Kaliningrad sowie rund die Hälfte in Klaipėda (51,9 %) und Olsztyn (44,4 %). In eine andere Region ihres jeweiligen Landes umziehen würden zwischen einem Viertel und einem Drittel der Umfrageteilnehmer (vgl. Tabelle 71).

Tabelle 71 Wenn die/der Befragte aus ihrer/seiner Wohnregion wegziehen könnte, dann würde sie/er...

(absolute Zahlenangaben)

		Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
in eine andere Region umziehen:	Ja	17	29	33
	Nein	65	48	97
ins Ausland gehen:	Ja	61	40	60
	Nein	25	37	75
Gesamt		86	77	135

(Angaben in %)

		Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
in eine andere Region umziehen:	Ja	20,7	37,7	25,4
	Nein	79,3	62,3	74,6
ins Ausland gehen:	Ja	70,9	51,9	44,4
	Nein	29,1	48,1	55,6
Gesamt		100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Ein interessanter Indikator für die gesellschaftliche Stabilität und eine starke Identifikation mit dem Wohnort ist das Verhältnis zur deutschen Vergangenheit und den erhaltenen Kulturdenkmälern aus dieser Zeit. Mehr als 90 % der Befragten in Kaliningrad (94,7 %) und Klaipėda (93,8 %) sind der Ansicht, die historischen Zeugen der deutschen Vergangenheit sollten geschützt bzw. wiederaufgebaut werden. Die Befragten in Polen zeigen sich skeptischer: Nur drei Viertel teilen diese Meinung. Rund ein Fünftel (21,9 %) der Befragten in Olsztyn meint, dass man die Gebäude gegenwärtigen Zustand belassen sollte (6,2 % in Klaipėda und 4,3 % in Kaliningrad). Kaum jemand ist der Meinung, dass Objekte dieser Art zerstört werden sollten (1,5 % in Olsztyn, 1,0 % in Kaliningrad und 0 % in Klaipėda). Daraus lässt sich schließen, dass deutsche Baudenkmäler nicht mehr als etwas Fremdes betrachtet werden, ganz im Gegenteil, sie sind wesentliche Elemente der heimischen Kulturlandschaft. Dies wäre ein grundlegender Einstellungswandel gegenüber der Regierungspolitik und der Haltung der meisten Einwohner nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese fehlende Abneigung gegen das deutsche Kulturerbe zeugt von einer neuen Qualität, von einem starken Gefühl des „Zuhause-seins“. Diese Aspekte werden in Tabelle 72 dargestellt.

*Tabelle 72 Sollten die baulichen Zeugnisse der deutschen Vergangenheit in der Region: (absolute Zahlenangaben)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
erhalten oder wieder aufgebaut werden	89	76	105
in ihrem jeweiligen Zustand belassen werden	4	5	30
zerstört werden	1	0	2
Gesamt	94	81	137

*(Angaben in %)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
erhalten oder wieder aufgebaut werden	94,7	93,8	76,6
in ihrem jeweiligen Zustand belassen werden	4,3	6,2	21,9
zerstört werden	1,0	0,0	1,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Auch die von Zeit zu Zeit aus Deutschland erhobenen Forderungen nach Vermögensrückgabe oder Entschädigungszahlungen an ehemalige deutsche Bewohner

der Region stellen für die Befragten in Klaipėda oder Kaliningrad kein wesentliches Problem dar. Nie davon gehört haben 84 % von ihnen in Klaipėda bzw. 57,9 % in Kaliningrad. Unter den jungen Polen verhält es sich anders. 74,1 % von ihnen wissen von Forderungen dieser Art. Dieser Umstand lässt sich vor allem dadurch erklären, dass jeder derartige Fall von den polnischen Medien an die große Glocke gehängt wird und deutsche Rückgabeforderungen meist an Polen und nur ganz sporadisch an Russland bzw. Litauen gerichtet werden (vgl. Tabelle 73).

*Tabelle 73 Hat die/der Befragte von deutschen Forderungen/Ansprüchen auf Entschädigung bzw. Rückgabe des Vermögens an ehemalige deutsche Bewohner dieser Region gehört?*

*(absolute Zahlenangaben)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	55	68	37
Ja	40	13	106
Gesamt	95	81	143

*(Angaben in %)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	57,9	84,0	25,9
Ja	42,1	16,0	74,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Vor diesem Hintergrund verwundert kaum, dass kein Befragter in Klaipėda mit der Rückkehr deutscher Bewohner bzw. deren Verwandten rechnet. Ebenfalls keine Befürchtungen hegen 80,0 % der Befragten in Kaliningrad und 82,5 % in Olsztyn. Jeder fünfte Befragte in diesen beiden Städten spricht derlei Vorbehalte aus. Die Unterschiede ergeben sich auch aus dem Umstand, dass das Gebiet des Memellandes im Bewusstsein der Litauer bereits seit 1923 Teil ihres Staates war (mit einer kurzen Besatzungszeit von 1939 bis 1945). Der aktuelle Zustand gilt als etwas Natürliches im Gegensatz zu Polen bzw. Russland (UdSSR), zu denen Ermland-Masuren bzw. das Kaliningrader Gebiet erst seit 1945 gehören. Eine Ausnahme stellt in dieser Hinsicht ein kleiner Teil Masurens, nämlich das Soldauer Land dar, das dem polnischen Staat schon 1920 ohne Volksabstimmung einverleibt wurde und der Fläche nach nur wenig kleiner war als das Memelgebiet. Theoretisch lässt

sich annehmen, dass Untersuchungen ausschließlich in Działdowo (Soldau) ähnliche Ergebnisse zeitigen müssten wie in Klaipėda (vgl. Tabelle 74).

*Tabelle 74 Befürchtet die/der Befragte eine Rückkehr der ehemaligen deutschen Bewohner oder ihrer Verwandten?*

*(absolute Zahlenangaben)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	76	81	118
Ja	19	0	25
Gesamt	95	81	143

*(Angaben in %)*

	Kaliningrad	Klaipėda	Olsztyn
Nein	80,0	100,0	82,5
Ja	20,0	0,0	17,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: eigene Untersuchungen

Bei der Analyse des Wandels der lokalen und regionalen Identität im Gebiet des ehemaligen Ostpreußens lässt sich Folgendes feststellen:

1. Der gesellschaftliche Wandel, der sich seit über 60 Jahren im Gebiet des ehemaligen Ostpreußens, d. h. im Memelland (Litauische Republik), im Kaliningrader Gebiet (Russische Föderation) sowie in Ermland-Masuren (Republik Polen) vollzieht, ist spezifisch. Die heutigen Bewohner der drei Regionen bilden eine Postmigrationsgesellschaft, die sich infolge der Zuwanderung verschiedener Bevölkerungsgruppen herausgebildet hat. Ihr neues Gesicht bestimmten in erster Linie Zuwanderer aus Zentrallitauen, -russland und -polen (in den Grenzen vor 1939), aber auch Einwanderer aus anderen Regionen sowie Vertreter nationaler Minderheiten (hauptsächlich Ukrainer und Weißrussen). Das Gebiet wurde den ehemaligen Bewohnern, also Deutschen, Preußisch-Litauern, Ermländern und Masuren, durch den Zuzug der Neusiedler allmählich fremd. Der autochthonen Bevölkerung fiel es schwer bzw. wurde es häufig rechtlich wie wirtschaftlich unmöglich gemacht, sich im neuen Staat und in der neuen sozialen Wirklichkeit zurechtzufinden.
2. Die gesellschaftlichen Verhältnisse nach 1945 im Gebiet des ehemaligen Ostpreußens waren vor allem geprägt durch Brüche, Verunsicherung, (Selbst-)Ausgrenzung und zahlreiche Antagonismen zwischen den einzelnen Bevölke-

ungsgruppen. Dies führte oftmals nicht nur zu einer Abschottung innerhalb dieser Gruppen, sondern auch zur Entstehung neuer Konflikte und Vorurteile. Charakteristisch für den Siedlungsprozess im Memelland war, dass unter der Landbevölkerung Zuwanderer aus Zentrallitauen vorherrschten. In zahlreichen Dörfern und Kleinstädten stellte allerdings keine nationale oder regionale Gruppe die Mehrheit. In der Regionalhauptstadt Klaipėda bildeten hingegen bis Ende der 1960er Jahre Russen und Vertreter anderer Nationen der UdSSR (hauptsächlich Ukrainer und Weißrussen) die dominierende Gruppe. Dieser Fall war und ist in ganz Litauen einzigartig.

Im Kaliningrader Gebiet stellten die Russen die größte ethnische Gruppe unter den neuen Einwohnern. Sie ließen sich dort in mehreren organisierten Siedlungswellen nieder (aber teilweise auch spontan, wie dies im Memelland oder Ermland-Masuren der Fall war). Daneben gab es lokale Gemeinschaften, in denen Siedler aus anderen Teilen der Sowjetunion dominierten, z. B. Aserbaidzhaner, Ukrainer, Polen, Tataren, Kalmücken, Armenier etc. Im Kaliningrader Gebiet sind über 100 verschiedene Nationalitäten vertreten.

Die Hälfte der Oblast-Bevölkerung lebt in der Hauptstadt Kaliningrad. Das ist nicht nur für das Gebiet des ehemaligen Ostpreußens einzigartig, sondern auch für die gesamte Russische Föderation. In der Oblast spielt die Militärpräsenz eine große Rolle, was auf die exponierte Lage dieses Gebiets an der Ostsee und den bis 1990 existierenden Militärsperbezirk zurückzuführen ist. Der Exklavecharakter des Kaliningrader Gebiets beeinflusst die Haltungen seiner Bewohner erheblich.

In Ermland-Masuren dominierten (neben der einheimischen und ukrainischen Bevölkerung) Neusiedler aus Zentralpolen und den östlichen Grenzlanden.

3. Gemeinsames Merkmal der drei Teilregionen ist die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, die bis 1945 die dominierende Gruppe bildete und das Gebiet in den Nachkriegsjahren verlassen musste. Sie wurde zwischen 1945 und 1949 aus Ermland-Masuren bzw. zwischen 1947 und 1949 aus dem Kaliningrader Gebiet fast vollständig ausgesiedelt. Nur die Deutschen im Memelland mussten nicht geschlossen ihre Heimat verlassen. Im Zuge der Familienzusammenführung und unter situationsbedingtem Zwang verließen die restlichen Deutschen in den sechziger Jahren das Memelland. In weiteren kleineren Wellen zwischen 1956 bis 1990 wanderten Deutsche aus Ermland und Masuren aus.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr im Memelland und in Ermland-Masuren der lokalen Bevölkerung, also Preußisch-Litauern sowie Ermländern und Masuren. Hierbei handelt es sich um ein interessantes gesellschaftliches Phänomen. Es erweist sich, dass unabhängig vom Identifikationsgrad der örtlichen (autochthonen) Bevölkerung mit dem Litauer- oder Polentum deren

Desintegration und Verfall ihren Lauf nahmen. Es stellte sich auch heraus, dass die zivilisatorische und wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik Deutschland stärker war als die Maßnahmen zur Relitauisierung bzw. Repolonisierung der örtlichen Bevölkerung. Ein ähnliches Phänomen ist sowohl im Memelland als auch in Ermland-Masuren zu beobachten. Bislang sind derlei Vergleichsstudien zum Schicksal der Preußisch-Litauer sowie der Ermländer und Masuren nicht durchgeführt worden.

Zerfall und Exodus dieser ethnischen Gruppen waren kennzeichnend für alle drei staatssozialistischen Gesellschaften. Dabei ist nicht zu verkennen, dass sich dieser Prozess weitgehend unabhängig vom Germanisierungsgrad der Bevölkerung vor 1945 vollzog und dass die staatliche Politik nach 1945 wenig zur gesellschaftlichen Integration der einheimischen Bevölkerung und zur Verbesserung ihrer psychologischen Situation beitrug. Der Wegzug dieser Einwohner hätte wohl nur dann aufgehalten werden können, wenn sich die Lebensverhältnisse in Litauen und Polen im Vergleich zu denen in der Bundesrepublik spürbar verbessert hätten.

Eine Analyse des Desintegrations- und Zerfallsprozesses dieser Gemeinschaften zeigt auf, dass er in gewissem Maße universell ist: Unabhängig vom Germanisierungsgrad dieser Bevölkerung, von der staatlichen Politik gegenüber den Autochthonen und dem politisch-gesellschaftlichen System, war dieser Prozess real und wurde durch die staatliche Politik oder die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Lokalgemeinschaften kaum beeinflusst. Umkehren können hätten ihn höchstens eine langfristige Besetzung Deutschlands sowie ein niedrigerer Lebensstandard dort als in Polen und Litauen.

4. Dynamik und Charakter der gesellschaftlichen Prozesse sind in den drei Teilregionen des ehemaligen Ostpreußens verschieden. Eine allgemeine Analyse der gesellschaftlichen Prozesse führt zu der Feststellung, dass die Integration dieser Gebiete in die litauische, russische (bis 1990 sowjetische) bzw. polnische Gesamtgesellschaft sich über die Jahrzehnte unterschiedlich vollzog. Das gilt sowohl für die politische, gesellschaftliche und konfessionelle als auch für die Bewusstseinssebene. In Polen und Litauen werden diese Regionen als Gebiete wahrgenommen, deren Bevölkerung sich in einem jahrzehntelangen tiefgreifenden Prozess in die Gesellschaft der gesamten Nation und des Staates integriert hat. Das Memelland und Ermland-Masuren werden von ihren Einwohnern sowie von der Mehrheit der Litauer und Polen als integraler Bestandteil des jeweiligen Landes mit eigener Prägung angesehen. Was die Einwohner dieser Gebiete von der Bevölkerung in den übrigen Regionen Polens bzw. Litauens unterscheidet, ist, dass es sich um Postmigrationsgesellschaften handelt, in denen sich eine deutliche lokale Identität herausgebildet hat, während es ihnen an regionalem Bewusstsein mangelt. Diese Gemein-

schaften zeichnen sich durch ein starkes lokales und gesamt nationales Identitätsgefühl aus.

Dieses Problem stellt sich im Kaliningrader Gebiet anders dar. Der Enklavecharakter der Region, die Dominanz des Militärs, die Bevölkerungskonzentration in der regionalen Hauptstadt, die Multinationalität sowie die Entfernung von „Kernrussland“ führen dazu, dass die lokale und regionale Identität im Vergleich zu den Gemeinschaften im Memelland oder in Ermland-Masuren weniger ausgeprägt ist. Dies gilt allerdings hauptsächlich für die Einwanderer der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte und die nicht hier Geborenen.

5. Generell lässt sich feststellen, dass das lokale und regionale Identitätsniveau desto geringer ausfällt, je älter die Bewohner der drei Teile des ehemaligen Ostpreußens sind. Aus den Untersuchungen geht hervor, dass die älteste Generation der zugewanderten Litauer, Russen und Polen (und Repräsentanten anderer nationaler Minderheiten) eine deutliche Stabilisierung ihrer Lebenssituation erfuhr. Dennoch kann die These aufgestellt werden, dass es zu keiner subjektiv empfundenen Integration gekommen ist. Dies ist einer der Hauptgründe für das Fehlen eines ausreichenden Regionalbewusstseins. Allgemein gesprochen, herrscht in diesen Gebieten die auf der sozioökonomischen Entwicklung des Landes beruhende objektive Seite der sozialen Bindung und Integration vor. Die subjektive Dimension der Integration bleibt auf das familiäre und nachbarschaftliche Umfeld beschränkt (die lokale Gemeinschaft, in der der Einzelne seine Bedürfnisse am besten verwirklicht).
6. Aus den Untersuchungen geht hervor, dass die jüngste, hier geborene Einwohnergeneration (18- bis 25-Jährige) im Memelland, dem Kaliningrader Gebiet sowie der Woiwodschaft Ermland-Masuren eine bemerkenswerte Übereinstimmung aufweist, was die lokale Identität angeht. Eine starke bzw. sehr starke Identifikation mit der lokalen Gemeinschaft wird von der Mehrheit der Bevölkerung in den drei untersuchten Regionen angegeben. Sie bewegt sich zwischen 84,6 % in Klaipėda, 84,1 % in Kaliningrad und 74 % in Olsztyn. Am stärksten ist die regionale Bindung der Befragten in Ermland-Masuren (80,3 %) sowie im Memelland (74,3 %), während sie im Kaliningrader Gebiet am schwächsten ausfällt (62,3 %). Die Differenz von über 18 Prozentpunkten zwischen den Befragten in Polen und Russland belegt, wie sehr sich das regionale Identitätsgefühl der Bewohner dieser beiden Regionen der Stärke nach unterscheidet. Die Gründe dafür sind im Fall des Kaliningrader Gebiets u. a. in seiner Randlage als Enklave, der mangelnden historischen Legitimation seiner Zugehörigkeit zu Russland, dem multinationalen Charakter der Einwohnerschaft sowie der wechselhaften Politik der Moskauer Zentralregierung zu sehen.

7. Innerhalb der nachfolgenden Generationen, die in den drei Teilregionen des ehemaligen Ostpreußens geboren wurden, sind verschiedene Ansätze zur Bildung einer regionalen Gemeinschaft zu beobachten. Diese Menschen betrachten diese Gebiete in der Regel als „ihre eigenen“, als „Heimat“ im subjektiven soziologischen Sinne. Der schwierige Entstehungsprozess einer regionalen Gemeinschaft stößt allerdings auf vielerlei Hindernisse. Dazu gehören hauptsächlich der Amorphismus und die „Unbestimmtheit“ dieser Postmigrationsgemeinschaften sowie deren Randständigkeit innerhalb der drei Staaten (wirtschaftliche Unterentwicklung, hohe Arbeitslosigkeit etc.). Die meisten Befragten glauben jedoch, dass ihre Wohnregion „ein guter Platz zum Leben“ sei. Dies gilt sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft.
8. Der hohe Grad der „Ansässigkeit“ der jungen Einwohner zeigt sich daran, dass deutsche historische Bauten nicht als etwas Fremdes angesehen werden. Ganz im Gegenteil, sie sind integraler Bestandteil der heimatlichen Kulturlandschaft. Gestört wird diese positive Entwicklung allerdings dadurch, dass etwa ein Fünftel der Befragten im Kaliningrader Gebiet und ein Viertel in Ermland-Masuren fürchten, die ehemaligen deutschen Bewohner könnten zurückkommen.

## Schlusswort, oder: Was von Ostpreußen geblieben ist

Der Untergang des tausendjährigen Dritten Reiches zog den Niedergang Ostpreußens nach sich. Ein solches Schicksal ist keiner anderen historischen Provinz Deutschlands widerfahren. Für die Deutschen, die ihre Heimat verlassen mussten, bedeutete dies das Ende ihrer siebenhundertjährigen Präsenz in diesem Teil Europas. Die ostpreußischen Juden, die in den Vernichtungslagern ermordet worden waren, erlebten das Kriegsende nicht mehr. In den Folgejahren verließen andere ehemalige Bewohner der Region, d. h. Masuren, Ermländer und Preußisch-Litauer, nach und nach ihre bisherigen Wohnsitze.

1945 riss die kulturelle Kontinuität dieses Landes ab, allerdings nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte. Für viele neue Bewohner Ostpreußens, d. h. Russen, Polen, Litauer, Ukrainer oder Weißrussen, war es eine Ankunft in einem feindlichen Land. Im Fall der deportierten Grenzländer aus dem Osten und der Ukrainer war es ein „Leidensweg ins Verderben“. Für andere, die mehr oder weniger unter Zwang hierher gekommen sind, war es ein Verbannungsort und der „Fluch der Geschichte“. Nur ganz wenige sahen hier einem besseren und glücklicheren Leben entgegen.

Preußen-Ostpreußen-Deutschland (der wilhelminischen, Weimarer oder Hitlerzeit) sind für die meisten Neusiedler Synonyme des Bösen und der Aggression. Die Moskauer „Prawda“ schilderte am 13. April 1945 die Provinzhauptstadt folgendermaßen: „Königsberg – das ist die Geschichte der Verbrechen Deutschlands. Während ihrer vielhundertjährigen Geschichte lebte die Stadt mit Kämpfen und Überfällen. Ein anderes Leben kannte sie nicht. Schweigsam und düster sind die Paläste. Im Zentrum der Stadt steht eine Zitadelle aus spitz zulaufendem Stein und von ungeheurem Ausmaß, in sie sind Gänge, Kasematten und Galerien eingelassen, gemeißelt und geschlagen. Sie reichen tief in die Erde...“<sup>1</sup>

In seiner aufsehenerregenden und erstmals 1936 erschienenen Reportage *Na tropach Smętka* (dt. 1937: *Auf den Spuren des Smentek*) schilderte Melchior Wańkiewicz Ostpreußen unter der Naziherrschaft folgendermaßen: „Aus diesem Lande, wo Kant das Prinzip des Kategorischen Imperativs entwickelte (der ohne Nachdenken aus einem Milieu hervorgeht, das von einer jahrhundertealten Militärtradition durchdrungen ist), aus diesem Lande, dessen Seele von General Clausewitz und dem königlichen Pädagogen Herbart in die eiserne Zange genommen wurde – vom ersteren durch die Theorie, der Krieg kenne keine Ethik und der Friede sei bloß eine Fortsetzung des Krieges, und vom anderen durch die Entwicklung

---

1 Zit. nach: *Przesiedleńcy opowiadają. Pierwsze lata obwodu kaliningradzkiego we wspomnieniach i dokumentach*, pod red. J. W. Kostjaszowa, wyd. polskie przygotował T. Baryla, Olsztyn 2000, S. 169.

deutscher Schulmethoden, die den Deutschen als Träumer getötet und als Soldaten geboren haben – aus diesem Lande ist das Lächeln verbannt. Die Deutschen selbst, wie beispielsweise Bogumil Goltz, schreiben, dass es nicht viele Völker in der Welt gäbe, die ‚schroffer, schärfer und rücksichtsloser‘ wären als die Ostpreußen.“<sup>2</sup>

Den Spuren der Protagonisten des Buchs von Wańkowicz, das die allgemeinen Vorstellungen der Polen von dieser Region maßgeblich geprägt hat, folgte nach Kriegsende Leon Sobociński. In seinem 1947 erschienenen Buch *Na gruzach Smętka* (Auf den Trümmern des Smentek) schrieb er: „Einige Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg erkoren sich die vier Reiter der germanischen Apokalypse: Hitler, Himmler, Göring und Goebbels Ostpreußen zur strategischen Ausfallregion, von wo aus sie Polen im Nu an die Gurgel springen und, nachdem sie es niedergetrampelt hatten, den Kriegsbrand in alle Länder und Gewässer der Erde tragen sollten.

(...) Unsere Grenze an Ostpreußen hätte zur Grenze eines riesigen Konzentrationslagers werden sollen, in dem das Polentum der Region heimlich ausgelöscht worden wäre.

Dieses Polentum wurde systematisch, penibel, Schritt für Schritt unter Einsatz eines riesigen, in der deutschen Theorie des totalen Mordes ausgebildeten Apparates liquidiert.“<sup>3</sup>

Diese Ansichten stimmten mit den Meinungen der neuen Bewohner Ostpreußens überein, die die deutsche Besatzung und Unterdrückung erlebt hatten und Zeugen brutalster Massenmorde und -vernichtung in Polen, Litauen, der Ukraine, Weißrussland oder Russland geworden waren. Aus psychologischer Sicht lässt sich schwerlich vorstellen, dass Polen, Russen oder Litauer ein positives Verhältnis zu den Deutschen, dem deutschen Staat und Kulturerbe hätten haben können.

Anfänglich knüpften die sowjetischen und polnischen Machthaber an den historischen Namen Ostpreußen an<sup>4</sup>. Beispielsweise wurde gemäß einem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. April 1946 ein „Königsberger Gebiet“ (*Kenigsbergskaja Oblast*) gebildet und in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) eingegliedert. Allerdings wurden bereits am 4. Juli gleichen Jahres zwei weitere Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR herausgegeben: „Über die Umbenennung der Stadt Königsberg in Kaliningrad“ und „Über die Umbenennung des Königsberger Gebiets in Kaliningrader Gebiet (*Kaliningradskaja Oblast*)“.<sup>5</sup>

2 M. Wańkowicz, *Na tropach Smętka*, Warszawa 1958, S. 143.

3 L. Sobociński, *Na gruzach Smętka*, Warszawa 1947, S. 9 f.

4 Die Bezeichnung Ostpreußen ist relativ neu und reicht in das 18. Jahrhundert zurück. Sie steht mit der polnischen Teilung im Zusammenhang. Aus der Zusammenlegung des königlichen Preußens mit Ermland ging Ostpreußen hervor.

5 Der Wortlaut dieser Urkunden wurde in *Przesiedleńcy opowiadają...*, S. 263, 274, veröffentlicht.

Auch die polnischen Behörden bedienten sich im Jahr 1945 der Bezeichnung „Ostpreußen“ bzw. „Preußen“. Erwogen wurden ferner andere Bezeichnungen, wie Prusy Nadwiślańskie (Weichselpreußen) bzw. Prusy Mazowieckie (Masowisches Preußen). Polnische Wissenschaftler waren, wie Erwin Kruk ausführte, überzeugt, der Name Preußen sei „zu belassen, weil der deutsche Name für den Staat vom Rhein bis zur Memel eine geschichtliche Fälschung war. Vielmehr knüpfte der Name [Preußen]“, so die Wissenschaftler, „an die alten Bewohner dieser Gebiete, die Prußen, und die Tradition der ersten Polnischen Republik an. Es wurde allerdings keine Woiwodschaft Preußen gebildet. Im allgemeinen Empfinden rief die Bezeichnung ‚Preußen‘ andere, ja die allerschlimmsten Assoziationen hervor.“<sup>6</sup>

Die kommunistischen Machthaber haben diese antideutschen Einstellungen im gesamten Gebiet des früheren Ostpreußens instrumentalisiert und sich zunutze gemacht. Die damalige Politik der „Bekämpfung aller Symptome des Deutschtums“ stieß bei der breiten Öffentlichkeit auf allgemeinen Zuspruch. Es mussten Jahrzehnte vergehen, ehe die Wunden und Traumata aus dem „schrecklichsten aller Kriege“ zu verheilen begannen. In Polen gab es erste Anzeichen für Veränderungen nach 1956, in der UdSSR erst während der *Perestrojka* der ausgehenden 1980er Jahre). Ein echter Wandel im öffentlichen Bewusstsein und der Regierungspolitik trat indes zu Beginn der 1990er Jahre ein. Dies hing zusammen mit dem Erwachsenwerden neuer, in diesem Gebiet nach 1945 geborener Generationen, die nicht mit persönlichen, oft tragischen und traumatischen Erlebnissen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs belastet waren. Der Zerfall des kommunistischen Systems ermöglichte eine öffentliche Debatte über die deutsche Vergangenheit dieser Region. Dies bedeutete allerdings nicht, dass die Bezeichnung „Ostpreußen“ oder „Ostpreußentum“ nun positiv assoziiert wurde. Die Kenntnis dieses Namens ist unter den jungen Polen, Litauern oder Russen beschränkt. Aus Untersuchungen von I. Lewandowska geht hervor, dass nur jeder zweite (47,9 %) Oberschüler in Ermland bzw. Masuren weiß, wo sich das Territorium des früheren Ostpreußens erstreckt. Für ein Drittel deckt sich das Gebiet Ostpreußens mit Ermland und Masuren. Jeder zehnte (11,9 %) hat keinerlei Kenntnis noch Vorstellung davon (6,5 % behaupten, es sei das Gebiet Pommerns und Hinterpommerns (Pomorze Gdańskie bzw. Pomorze Zachodnie)).<sup>7</sup> Meine eigenen Untersuchungen unter Studierenden in Poznań haben ergeben, dass der Begriff Ostpreußen mehr als der Hälfte der Befragten (62 %) gänzlich unbekannt ist.<sup>8</sup>

Die heutigen Bewohner des Preußenlandes bringen die historische Vergangenheit der Region vor 1945 mehr mit dem „deutschen“ als mit dem „ostpreußi-

---

6 E. Kruk, *Warmia i Mazury*, Wrocław 2003, S. 191 f.

7 I. Lewandowska, *Historyczna świadomość regionalna. Z badań nad młodzieżą licealną Warmii i Mazur*, Olsztyn 2003, S. 91.

8 Die Untersuchungen wurden im Februar 2008 unter Studierenden der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań durchgeführt.

schen“ Kulturerbe in Verbindung. Es ist ein wichtiger Bestandteil der historischen Tradition dieser Gebiete.

Für die jüngeren Generationen ist die deutsche Vergangenheit integraler Bestandteil der Verwurzelung und des Gefühls, „zu Hause zu sein“. Die Bezeichnung „Ostpreußen“ wurde aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt.<sup>9</sup> In Polen knüpfen an diese Bezeichnung Organisationen der deutschen Minderheit an (z. B. Verband der Vereinigungen deutscher Bevölkerung im ehemaligen Ostpreußen).

Für Forscher in Polen<sup>10</sup>, Kaliningrad<sup>11</sup> und Litauen<sup>12</sup> ist dieser Name eine historische Kategorie. Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang der Standpunkt

- 
- 9 Bożena Domagała bemerkt: „Wer sich heute in Polen mit Ostpreußen beschäftigt, muss sich des Drucks negativer Assoziationen bewusst sein, die, selbst wenn sie sich nicht auf Aussiedlungen der Polen aus Preußen im späten 19. Jahrhundert und die polnischen Teilungen beziehen, doch ganz sicher mit Militarismus, Armeekult, politischem Machiavelismus, dem Primat der Staatsmaschinerie gegenüber dem Einzelnen, seelenlosem Drill und blindem Machtgehorsam zu tun haben. Andererseits kann man auch preußische Traditionen und Werte in Erinnerung rufen, über die Marion Dönhoff, eine dem Ethos des alten Preußens treu gebliebene Preußin, so viel geschrieben hat: Pflichtgefühl und Disziplin sind ihrer Meinung nach sozialverträglich und Ausdruck der Verantwortung für die Gemeinschaft; Gewissenhaftigkeit in kleinen Dingen geht einher mit der Toleranz im Großen; Ehrlichkeit, Loyalität und Pflichtgefühl gelten für zwischenmenschliche Beziehungen wie für das Verhältnis vom Bürger zum Staat. Was Gräfin Dönhoff schätzte, verhalf Preußen einst zur Größe. Nach seiner Entartung machte es den Preußen zum Inbegriff des Hochmuts und blinden Gehorsams. *Die geschichtliche Bilanz ist für Preußen ungünstig* [Hervorhebung – A. S.].“ B. Domagała, *Prusy Wschodnie – Warmia i Mazury. Dziedzictwo historyczne i nowa tożsamość*, in: *Spoleczeństwo pogranicza polsko-niemieckiego. Wyzwania i dylematy*, pod red. R. B. Woźniaka, Ż. Stasienuk, Szczecin 2007, S. 79.
- 10 Vgl. z.B. A. Sakson, *Socjologiczne problemy tożsamości regionalnej współczesnych mieszkańców byłych Prus Wschodnich. Próba porównania*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie 2* (1996); *Atlantyda Północy. Dawne Prusy Wschodnie w fotografii*, pod red. K. Brakonieckiego, K. Nawrockiego, Olsztyn 1993; M. Jackiewicz-Garniec, M. Garniec, *Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen*, Olsztyn 2001; R. Traba, *Wschodniopruskość*, Poznań/Warszawa 2005; J. Salm, *Odbudowa miast wschodniopruskich po I wojnie światowej*, Olsztyn 2006; *Smak Mazur; kuchnia dawnych Prus Wschodnich*, wyboru dokonał T. Ostojki, oprac. i wstępem opatrzył R. Wolski, Warszawa/Dąbrówno 2006; I. Jasiński, *Wschodniopruskie kampanie Napoleona. Wielka Armia i Wojska Polskie w 1807 roku. Historia, tradycja, legendy*, Olsztyn 2007.
- 11 Vgl. u.a. W. Kulakow, *Ot Wostotschnoj Prussij do Kaliningradskoj Oblasti. Istorischeskij putewoditel*, Kaliningrad 2002; J. Kostjaschow, G. Kretinin, *Rossijanie w Wostotschnoj Prussije. Biografitscheskij slowar*, Kaliningrad 2001; *Wostotschnaja Prussija glasami sowjetskich peresjelenzow. Perwyje gody Kaliningradskoj oblasti w wospominanijach i dokumentach*, Kaliningrad 2003. Das Buch erschien in der Reihe „Terra Baltica. Istorija i kultura Jugo-Wostotschnoj Pribaltiki“.
- 12 Das Interesse der litauischen Forscher an Ostpreußen beschränkt sich hauptsächlich auf Preußisch-Litauen (Memelland). Vgl. z. B. „Acta Historica Universitatis Klaipedensis“ (Bde. I-XVI).

Kazimierz Brakoniecki, eines der Ideologen der Kulturgemeinschaft „Borussia“: „Dass nach meiner Rückkehr nach Olsztyn 1977 vor meinem inneren Auge das Atlantis des Nordens aufstieg, hatte also nichts mit der Vergötterung des lokalen ostpreußischen Erbes zu tun, sondern mit der Begründung der einfachen Tatsache, dass ich ein kritischer Erbe, nicht nur zufälliger und vorübergehender Depositär eines größeren historischen Gedächtnisses und einer umfangreicheren historischen Kultur bin, als die Propaganda in der Volksrepublik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland glauben machen wollte.“

(...) Ich brauche nicht zu betonen, dass wir nach einer offenen, menschen- und völkerverbindenden Tradition gesucht haben, die auf der historischen Wahrheit beruht, nicht auf einem sorglosen und naiven Hervorholen jeglichen vorgefundenen (ostpreußisch-deutschen) Erbes, um mit dem ‚Andersein‘ Eindruck zu schinden.“<sup>13</sup>

Anfang der 1990er Jahre begann in Ermland-Masuren, dem Kaliningrader Gebiet und dem Memelland das Interesse an der deutschen Vergangenheit des Preußenlandes stark zuzunehmen, besonders signifikant in Olsztyn und Kaliningrad.

Diese Steigerung des Interesses ist eine dauerhafte Tendenz und lässt sich am Beispiel der Allestadt veranschaulichen. Für die Kreise der „Borussia“ wichtig wurde – wie Bożena Domagała schrieb – die alte Tradition aus dem 16. Jahrhundert, die Tradition eines „anderen Preußens“, „in dem das Prinzip der Freiheit und der Multinationalität sowie der praktizierten Multikulturalität herrschte“.<sup>14</sup>

An die Tradition in diesem Sinne knüpfte das am 7.-9. November 1991 von der „Borussia“ veranstaltete Seminar „Ostpreußen. Erbe und neue Identität“ an. In diese Interpretationsströmung des „Ostpreußentums“ fügt sich auch die überaus erfolgreiche Ausstellung aus dem Jahr 1993 „Atlantis des Nordens. Das ehemalige Ostpreußen in der Fotografie“. „Atlantis des Nordens“ ist eine poetische gedankliche Abkürzung, mit der auf *Borussia* bzw. *Prussia* (lateinisch für Preußen) Bezug genommen wird.<sup>15</sup> Dieser Begriff wurde bald zum Grundgedanken

13 K. Brakoniecki, *Mój Olsztyn*, in: *Rzeczpospolita* vom 7.-8.07.2007, S. A13.

14 B. Domagała, *Prusy Wschodnie...*, S. 87.

15 Im zweisprachigen Ausstellungskatalog präsentierte K. Brakoniecki sein Kredo. Er schrieb darin u. a.: „Ich, Vertreter einer nach dem Zweiten Weltkrieg in dieser Region geborenen Generation, bin wiederum ein Erbe von Landschaft, Kultur, Gedächtnis und bilde eine Gemeinschaft mit den lebenden und toten Prußen, Deutschen, Polen, Ermländern, Masuren, Russen, Litauern, Europäern. (...) Ich bin Erbe des ‚Atlantis des Nordens‘, einfühlsamer und kritischer Schüler der Geschichte und Landschaft.“ K. Brakoniecki, *Atlantyda Północy*, in: *Atlantyda Północy. Dawne Prusy Wschodnie w fotografii*, pod red. K. Brakonieckiego, K. Nawrockiego, Olsztyn 1993, S. 41. Vgl. auch: *Fotograf przyjechał! Mieszkańcy dawnych Prus Wschodnich na fotografiach pochodzący ze zbiorów Urzędu Konserwatora Zabytków w Królewcu*, Warszawa 2005.

der Kulturgemeinschaft „Borussia“, der sich später auf das Konzept des offenen Regionalismus stützte.

Auf großes Interesse in Polen und Deutschland stießen außerdem Ausstellung und Buch von Małgorzata Jackiewicz-Garniec und Mirosław Garniec mit dem Titel *Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen. Gerettetes oder verlorenes Kulturgut?* (Olsztyn 2001). Ähnlich verhielt es sich mit einer literarischen Anthologie von Kazimierz Brakoniecki und Winfried Lipscher, die 1996 in Deutschland<sup>16</sup> und 1999 in Polen<sup>17</sup> unter verschiedenen Titeln erschienen ist.

Im Bewusstsein der Polen, Litauer, Deutschen und Russen wird die Vergangenheit dieser Region in erster Linie mit den Schlachten bei Tannenberg von 1410 und bei Tannenberg/Hohenstein von 1914<sup>18</sup> assoziiert. Tannenberg – Grunwald – Żalgiris ist somit ein symbolträchtiger Ort.

Auf der einen Seite ist es ein Beispiel für das mittelalterliche Ringen slawischer Völker, der Polen, Russen und Tschechen, und der Litauer und Tataren, mit dem „teutonischen Drang“. Symbol für dieses Ereignis sind zahlreiche Denkmäler und das Gedenken an die Schlacht bei Tannenberg 1410 in Polen und Litauen.

Für die Deutschen war die Schlacht bei Tannenberg im Jahr 1914, als die kaiserliche Armee die zaristischen Heere besiegt hat, ein solches symbolträchtiges Ereignis. Auch für die Russen bleiben die Schlachten, die 1410 und 1914 auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Ostróda ausgetragen worden sind, wichtige historische Zäsuren. Heute trennen zwanzig Kilometer die Ruinen des 1924 errichteten monumentalen Denkmals der „Glorie von Tannenberg“ aus dem Jahr 1914, das die „siegreiche Abwehr der slawischen Flut“ und die „Stärkung des Deutsch-

16 Der deutsche Titel nimmt Bezug auf Ostpreußen: *Meiner Heimat Gesicht – Ostpreußen im Spiegel der Literatur*, München 1996.

17 Der polnische Titel lautet: *Borussia. Ziemia i ludzie. Antologia literacka* (Borussia. Land und Leute. Eine literarische Anthologie), Olsztyn 1999. In der Einleitung schrieben die Verfasser: „Uns – einen Deutschen und einen Polen – verband der Wunsch, dieses multikulturelle Erbe des Preußenlandes so zu vergegenwärtigen, dass dessen ideelle, in dem utopischen Namen ‚Borussia‘ enthaltene Botschaft gerettet wird. (...) Fangen wir mit dem Titel an: ‚Borussia‘ steht lateinisch für Preußen, selbst Nikolaus Kopernikus wurde mitunter als ‚Borusse‘ bezeichnet. Wir beschlossen, uns diese Bezeichnung zunutze zu machen, da sie ideologiefrei und ... topographisch ist; sie erlaubt es, die schwierige Geschichte dieser Grenzgebiete in die Dimension eines universellen Mythos zu transferieren. Auf diese Weise haben wir auf Preußen, das Preußenland und schließlich Ostpreußen verzichtet und stießen zu einem Land vor, das (in Geographie und Geschichte doch real verwurzelt) offener für eine gemeinsame europäische Vergangenheit ist“ (S. 9 f.).

18 Für die Polen sind außerdem andere historische Ereignisse aus der Vergangenheit dieser Gebiete wichtig: die Preußische Huldigung im Jahr 1525 und die Volksabstimmung von 1920. Bekannter ist auch das Hauptquartier Hitlers (Wolfsschanze) in Gierłoż bei Kętrzyn.

tums“ im Osten symbolisierte, von der 1960 eingeweihten ebenfalls monumentalen Denkmalanlage, die an den „Sieg von Tannenberg“ von 1410 erinnert. Zygmunt Wojciechowski schrieb 1945 in der Zeitschrift „Przegląd Zachodni“: „Die Schlacht bei Tannenberg ist kein Grenzpfosten nur in den Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Orden; der Kampf bei Tannenberg war ein Zusammenstoß zweier Welten, der slawischen und der deutschen. Dieser Zusammenstoß war für die Zukunft dieser beiden Welten bahnbrechend.

(...) Wenn in ein- oder zweitausend Jahren ein Historiker kurz und bündig die europäische Geschichte im zweiten Jahrtausend nach Christus schreiben wird, wird er gewiss die Deutschen der Schlacht bei Tannenberg von 1410 und die der Niederlage im Jahr 1945 nebeneinander stellen.

(...) Indem sie das Gedenken des bei Tannenberg geflossenen Blutes mit der frischen Erinnerung an die Opfer in Warschau verbindet, muss die Bevölkerung in Reih und Glied antreten zum Kampf um die vollständige Wiedererlangung der Gebiete, die die Deutschen den Polen einst entrissen haben (...).<sup>19</sup>

Grunwald, Žalgiris und Tannenberg: Diese Namen eines und desselben Ortes spielen in der nationalen Mythologie der Polen, Litauer und Deutschen eine wesentliche Rolle. Die erste neuzeitliche Erinnerung an die Schlacht bei Tannenberg von 1410 fand im Jahr 1901 statt, als zum 200. Jahrestag der Gründung des Königreichs Preußen auf dem Tannenberger Schlachtfeld von 1410 ein Gedenkstein enthüllt wurde, der den „Heldentod“ des Hochmeisters Ulrich von Jungingen ehrte.<sup>20</sup>

Anlässlich des 500. Jahrestages wurde 1910 in Krakau ein großes Denkmal für König Władysław Jagiełło enthüllt. Im damaligen Galizien wurden in demselben Jahr in sechzig Ortschaften Tannenbergschlachtdenkmäler errichtet (unter anderem in Żywiec und Przeworsk).<sup>21</sup>

Zwischen den beiden Weltkriegen wurden im Soldauer Gebiet zwei Tannenberg-Denkmäler aufgestellt. Am 12. Juli 1931 wurde ein solches Denkmal in Uzdowo enthüllt; diesem folgte 1934 eines in Działdowo.<sup>22</sup> All diese Tannenberg-Denkmäler wurden von den Deutschen während der Besatzung (1939-1945)

19 Z. Wojciechowski, *Grunwald*, in: *Przegląd Zachodni* 1 (1945), S. 1, 6, 8.

20 Die Inschrift lautete: „Im Kampf für deutsches Wesen, deutsches Recht starb hier der Hochmeister Ulrich von Jungingen am 15. Juli 1410 den Heldentod.“ S. Ekdahl, *Tannenberg – Grunwald – Žalgiris: Eine mittelalterliche Schlacht im Spiegel deutscher, polnischer und litauischer Denkmäler*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 2 (2002), S. 105, dort auch weiterführende Literatur auf Deutsch, Polnisch, Litauisch und Englisch.

21 Ebd. S. 106 f.

22 An beiden Denkmälern wurde ein stilisierter Jagiellonen-Adler angebracht. Uzdowo war der polnische Ort, der der damaligen Grenze zu Ostpreußen am nächsten lag. An den Feierlichkeiten, denen unter anderem Rowmund Piłsudski, ein Neffe des polnischen Marschalls, beiwohnte, nahmen mehr als 5 000 Gäste aus ganz Polen teil. Vgl. *Działdowo. Z dziejów miasta i powiatu*, Olsztyn 1966, S. 166, 205.

zerstört. Die meisten von ihnen wurden nach dem Krieg wiederaufgebaut.<sup>23</sup> Das Denkmal für König Jagiełło, das den Sieg bei Tannenberg symbolisierte, stand vor dem polnischen Pavillon auf der Weltausstellung in New York 1939.<sup>24</sup>

Die Schlacht bei Tannenberg (Žalgiris) war ein wichtiger Baustein der litauischen Nationalidentität in der Zwischenkriegszeit. 1932 wurde in Kaunas, der damaligen Hauptstadt Litauens, feierlich die Figur des Fürsten Vitold enthüllt, der mit zum Sieg über den Deutschen Orden verholfen hatte. Am Fuß des hohen Denkmalsockels wurden (wie am Jagiello-Denkmal in Krakau) Figuren des polnischen, russischen und tatarischen Kriegers und des besiegten deutschen Ritters mit dem gebrochenen Schwert aufgestellt. Das Denkmal stand auf dem Platz vor der Militärakademie. Nach dem Einmarsch der Deutschen in Litauen wurde auch dieses Symbol der „deutschen Niederlage“ zerstört. Unmittelbar nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Litauen wurde das rekonstruierte Denkmal, das diesmal seinen Platz im Zentrum von Kaunas in der Freiheitsallee gefunden hat, am 11. März 1990 eingeweiht.

Auch die Litauer hatten während der Weltausstellung 1939 vor ihrem New Yorker Nationalpavillon ein Denkmal für den Fürsten Vitold aufgestellt.<sup>25</sup> Zur Zeit des Kommunismus wurde der Kult um die Schlacht bei Tannenberg und den Fürsten Vitold als Symbol des unabhängigen litauischen Staates marginalisiert.<sup>26</sup>

Völlig anders verhielten sich zur Tannenberg-Tradition die kommunistischen Machtaber in Polen, die katholische Kirche und die breite Öffentlichkeit.<sup>27</sup> Der im

23 Das Denkmal in Krakau wurde 1976 feierlich enthüllt, das in Uzdowo erst am 12. August 2006. Vgl. R. Paździoro, *Wróćą dni chwały. Uzdowo. Mieszkańcy odtworzyli Pomnik Grunwaldzki*, in: *Gazeta Olsztyńska* vom 4.08.2006, S. 8.

24 Es war ein monumentales bronzenes Reiterstandbild des polnischen Königs. In den emporgehobenen Händen hielt er in Siegerpose zwei Schwerter der Ordensritter. Am 15. Juli 1945, dem Jahrestag der Schlacht, wurde das von den Auslandspolen dem amerikanischen Volk überreichte Tannenberg-Denkmal feierlich enthüllt. Es wurde im New Yorker Central Park aufgestellt. Am sieben Meter hohen Granitsockel wurde die folgende Inschrift angebracht: „Founder of a free Union of the Peoples of East Central Europe, Victor over the Theutonic Aggressors at Grunwald. July 15 – 1410.“ S. Ekdahl, *Tannenberg...*, S. 111 f.

25 Vgl. *ebenda*, S. 100-110.

26 Vgl. A. Nikžentaitis, *Vytautas' und Jogailas. Bild in der öffentlichen Meinung Litauens*, in: *Nacionalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w. Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, red. B. Linek, K. Struve, Opole/Marburg 2000, S. 187-198.

27 Einen festen Platz im Bewusstsein der Polen fand die Tannenberg-Schlacht unter anderem durch das literarische Werk von Henryk Sienkiewicz und Józef I. Kraszewski oder die Malerei von Jan Matejko. Großer Beliebtheit erfreute sich Aleksander Fords Spielfilm *Die Kreuzritter*; der seine Kinopremiere 1960 im Rahmen der Feierlichkeiten zum 550. Jahrestag der Schlacht hatte. Im Laufe der Zeit mutierte „Grunwald/Tannenberg“ zu einer Metapher für den „Opferwillen für das Vaterland“, zu einem Symbol des „Patriotis-

19. und 20. Jahrhundert entwickelte Tannenberg-Kult wurde als fester Bestandteil der polnischen Nationalmythologie auch nach 1945 – unabhängig vom jeweiligen politischen System – weiter gepflegt. Erste Feierlichkeiten auf dem Schlachtfeld von Tannenberg fanden bereits am 9. Mai 1945 statt. Ihre Krönung bildete 1960 ein Festakt zum 550. Jahrestag der siegreichen Schlacht unter Anwesenheit der höchsten Staats- und Regierungsvertreter; den Feierlichkeiten wohnten 200 000 Zuschauer bei. Während der Jubiläumsveranstaltung wurde eine große Gedenkstätte für die Schlacht eröffnet.<sup>28</sup> Die Tannenberg-Tradition war ein wesentlicher Teil der Mythologie der Wiedergewonnenen Gebiete<sup>29</sup> und wurde nach 1989 zum

---

mus und des Ruhmes der polnischen Soldaten“. Im kommunistischen Polen war es auch ein Symbol für den „Kampf mit den Deutschen“, was in der Losung „Grunwald 1410 – Berlin 1945“ seinen ausdrücklichen Niederschlag gefunden hat, sowie für die Dauerhaftigkeit der polnischen Westgrenze und für die „Einheit der Kraft und der Wachsamkeit des polnischen Volkes“. Vgl. R. Traba, *Konstrukcja i proces dekonstrukcji narodowego symbolu. Rozważania na podstawie analizy semantycznej polskich obchodów rocznic grunwaldzkich w XX wieku*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 4 (1999), S. 515-531; ders., *Próby państwowej monopolizacji pamięci: Tannenberg 1927 (- 1935) – Grunwald 1960*, in: R. Traba, *Kraina tysiąca granic: szkice o historii pamięci*, Olsztyn 2003, S. 163-178. vgl. auch: W. Mierzwa, *Bibliografia grunwaldzka*, Olsztyn 1990; H. Baranowski, I. Czarciański, *Bibliografia bitwy pod Grunwaldem i jej tradycji*, Toruń 1990. In Olsztyn erscheint die Reihe „Studia Grunwaldzkie“ (Tannenberger Studien).

- 28 Die Anlage umfasst einen Denkmalkomplex, ein Museum, ein Amphitheater und weitere Objekte. Die Veranstaltung war die größte Kundgebung in der Geschichte Volkspolens. Der ideologische Unterbau der Tannenberg-Feiern stützte sich auf fünf Säulen: 1. „Die polnische Ostseeküste hat für die Unabhängigkeit und Entwicklung des polnischen Staates grundlegende Bedeutung“; 2. „Der Sieg bei Tannenberg [...] wurde durch Arbeit und Anstrengung mehrerer Generationen errungen. Die Feierlichkeiten sollten daher die Aufmerksamkeit der Bevölkerung nachdrücklich darauf lenken, wie aktuell diese Anstrengungen in der heutigen Zeit sind“; 3. „Bündnis mit den Nachbarvölkern der Slawen und Litauer“; 4. „Die politische Idee von Tannenberg war die der Freiheit und Gleichheit der Völker“; 5. „Tannenberg gehörte schon immer traditionell den breitesten Volksmassen“. W. Ogrodziński, *Wielkość Grunwaldu*, in: *Grunwald 1410-1960*, Olsztyn 1959, S. 60-61. Zit. nach: R. Traba, *Próby państwowej...*, S. 171. An die Tradition dieser Schlacht knüpfte auch der 1981 gegründete Patriotische Verein „Grunwald“ an.
- 29 Aus einer Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut CBOS im Mai 1996 geht hervor, dass mehr als drei Viertel aller Polen (77 %) überzeugt sind, der Hauptrechtfertigungsgrund für die Zuerkennung der Westgebiete an Polen sei, „dass Polen im Laufe der Jahrhunderte verlorenes uraltes Piastenland wiedererlangt habe“ (der gegensätzlichen Meinung waren nur 8 % der Umfrageteilnehmer). Mehr als die Hälfte (57 %) sah darin eine „Wiedergutmachung für Polens Landverluste im Osten“. 65 % der Befragten waren überzeugt, die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg sei notwendig gewesen, um die Staatsgrenzen zu festigen. *Kompleks wypędzenia*, pod red. W. Borodziej, A. Hajnicza, Kraków 1998, S. 443, 447. Eine Befragung im März 2008

essentiellen Bestandteil der historischen Tradition der aktuellen „strategischen Partnerschaft“ zwischen Polen und Litauen.<sup>30</sup> In den neunziger Jahren wurde sie außerdem zu einem „Barometer“ der deutsch-polnischen Beziehungen<sup>31</sup>. Seit 1998 wird auf dem Tannenberger Schlachtfeld jedes Jahr im Juli die Schlacht nachgestellt. Die Veranstaltung zieht 70 000 bis 100 000 Zuschauer und etwa 1 000 „Ritter“ aus ganz Europa (hauptsächlich aus Polen, Litauen, Russland und Weißrussland) an. Sie wohnen dann in einem Ritterdorf.<sup>32</sup> In Polen und Litauen

---

durch das Meinungsforschungsinstitut PBS DGA ergab, dass 64 % der Polen meinen, die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon würde nicht zu einer Übernahme polnischer Westgebiete durch die Deutschen führen. Eine solche Gefahr sah jeder fünfte Teilnehmer (21 %). Nach Ansicht von T. Szawiel: „Zwar bringt jeder fünfte erwachsene Pole in diesem Zusammenhang Befürchtungen zum Ausdruck, doch angesichts des historischen Gepäcks [der Vergangenheit – A. S.] ist das nicht viel. (...) Kommt die Rede auf etwaige Verluste Polens zugunsten der deutschen Eigentümer, die ihren alten Besitz wieder erlangen wollen, so laufen die Köpfe immer wieder aufs neue heiß, besonders unter Menschen im betagten Alter, die sich noch an die aufgeheizten und instrumentalisierten Ängste vor dem ‚deutschen Revanchismus‘ zur Zeit Volkspolens erinnern.“ *Gazeta Wyborcza* vom 25.03.2005, S. 1,5. Vgl. auch: H. Tumowska, *Mitologia Kresów Zachodnich w pamiętnikarstwie i beletrystyce polskiej (1945-2000)*, Toruń 2007.

- 30 So nahmen am 16. Juli 2000 die Staatspräsidenten von Litauen und Polen, Valdas Adamkus und Aleksander Kwaśniewski, an den Feierlichkeiten auf dem Schlachtfeld von Tannenberg teil. 1999 wurde in Wilna Matejkos Monumentalgemälde *Schlacht bei Tannenberg* präsentiert. Die Ausstellung wurde von nicht weniger als 200 000 Gästen besucht. S. Ekdahl, *Tannenberg...*, S. 117.
- 31 S. Ekdahl meint, die Tannenberg-Feierlichkeiten seien zu einer Art „Geisel“ und „Barometer“ der deutsch-polnischen Aussöhnung in den 1990er Jahren geworden, das heißt, je bescheidener diese Feierlichkeiten ausfielen, ein umso günstigeres Indiz hätte dies für das bilaterale Verhältnis sein sollen. Ebd. S. 115.
- 32 In diesem Ritterdorf werden auch in Volksfest- und Familienpicknick-Atmosphäre zahlreiche Turniere ausgetragen, ein Jahrmarkt mit mittelalterlichem Handwerk und mittelalterlichen Werkstätten veranstaltet. Die Schlachtnachstellung folgt der historischen Überlieferung. Bevor die polnischen Ritter in den Kampf ziehen, singen sie das religiöse Lied *Bogurodzica* (Gottesgebärerin), und die deutschen *Christ ist erstanden*. Dann kommt es auf einem mehrere Fußballfelder großen Platz zum Kampf. Die Schlacht endet mit dem Tod des Hochmeisters Ulrich von Jungingen; sein Körper wird dem polnischen König zu Füßen gelegt. Jedes Jahr wird das Museum der Schlacht bei Tannenberg von ca. 100 000 Personen besucht. Vgl. *Polacy i Litwini pobiją Krzyżaków pod Grunwaldem. Rocznica wielkiej bitwy*, in: *Dziennik* vom 14.-15.07.2007, S. 9; J. Stróżyk, *Tego lata rycerze opamiętaj kraj. Inscenizacja historycznych walk. Sobotnia bitwa pod Grunwaldem rozpoczyna tegoroczny sezon potyczek rycerskich*, in: *Rzeczpospolita* vom 12.-13.07.2008, S. A5; *Rekonstrukcja bitwy pod Grunwaldem*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 20.07.2009, S. 8. U. a. deswegen stieß der 2007 unterbreitete Vorschlag eines Stadtrates von Olsztyn, einen Teil des Tannenberg-Denkmal von 1914 wiederaufzubauen, auf heftige Kritik der breiten Öffentlichkeit. An die Tannenberg-Tradition knüpft auch der seit 1994 emittierte 100-Zloty-

werden neue Pläne zur Erinnerung an den Sieg bei Tannenberg geschmiedet.<sup>33</sup> Im Jahr 2010 fanden zahlreiche Veranstaltungen zum 600. Jahrestag der Schlacht statt. Bei der im Juli veranstalteten zentralen Staatsfeier wohnten etwa 80 000-100 000 Zuschauer einer Nachstellung der Schlacht bei. Aus diesem Anlass wurden zahlreiche Pressebeiträge und Bücher publiziert, Gedenkmedaillen geprägt usw. Auch in Kaliningrad wird an diese Tradition angeknüpft.<sup>34</sup> Die Schlachten

---

Geldschein an. Er zeigt auf der Vorderseite ist das Bildnis des Königs Władysław II. Jagiełło, auf der Rückseite zwei Tannenberg-Symbole: zwei bloße Schwerter und ein Deutschritterhelm unter dem Jagiellonen-Adler. Im Hintergrund sind die Umrisse der Marienburg zu sehen. Eine der höchsten Kriegs- und Militärauszeichnungen im kommunistischen Polen war das mit dem Beschluss des Landesnationalrates vom 20. Februar 1944 eingeführte Krzyż Grunwaldu (Tannenberg-Kreuz). Es wurde in drei Klassen für „Heldentaten im Kampf gegen Deutschland um Freiheit und Unabhängigkeit Polens“ verliehen. Auf dem Revers des „einfachen griechischen Kreuzes“ wurden mittig zwei Schwerter vor einem Schild angebracht, „die der Hochmeister des Deutschen Ordens dem Władysław II. Jagiełło vor der Schlacht bei Tannenberg übersandt hatte“. In der Mitte der Vorderseite standen am ähnlichen Schild das Monogramm KG (Krzyż Grunwaldu) und zwei Jahreszahlen: 1410 (über dem Monogramm) und 1944 (darunter). In den Jahren 1943-1989 wurden insgesamt 5 742 Tannenberg-Kreuze (davon nur 68 der 1. Klasse) verliehen. Diese Auszeichnung wurde bis 1992 vergeben. Zwischen den Säulen an der Hinterwand des Grabes des Unbekannten Soldaten in Warschau sind drei große Originalkopien der drei Kriegskreuze (Virtuti Militari, Tapferkeits- und Tannenberg-Kreuz) angebracht. Vgl. Z. Puchalski, *Dzieje polskich znaków zaszczytnych*, Warszawa 2000, S. 248-253.

- 33 Der Großfürst Vitold gilt als der größte Held des litauischen Volkes. Hauptsächlich deswegen soll ein Hain des Gedenkens an die „Helden von Žalgiris“ angelegt werden. In Polen wurde 2006 auf Bestreben der Stiftung Fundacja Historii i Sztuce (Geschichte und Kunst) und mit Unterstützung des damaligen Vizepremierministers Andrzej Lepper (Samobrona) die Machbarkeit einer neuen Gedenkstätte zum 600. Jahrestag der Schlacht (2010) geprüft. Diese „Kreuzung zwischen Disneyland und Kulturpalast“ hätte aus einem Denkmal mit riesigen Figuren der polnischen und der Deutschordeuritter sowie zwei Aussichtstürmen, jeder 147 Meter hoch und in Form von Schwertern, bestehen sollen. Darunter hätte ein historischer Themenpark mit Spychów, dem Sitz des Jurand, genau wie im Spielfilm *Die Kreuzritter*, angelegt werden sollen. Ein Stück weiter: eine Deutschritterburg, daneben ein Freilichttheater, in dem Ritterturniere hätten ausgetragen werden sollen, und ein rekonstruiertes mittelalterliches Dorf. Da die Woiwodschaftsbehörden von Ermland-Masuren mit diesem Vorhaben nichts zu tun haben wollten, plante man eine Realisierung 15 km vom Tannenberg-Schlachtfeld entfernt an der Fernstraße Warschau-Danzig. Vgl. K. Wronkowska, M. Pietkiewicz, *Disneyland pod Grunwaldem. Szef Samoobrony wymyślił jak uczcić 600. rocznicę zwycięstwa nad Krzyżakami*, in: *Dziennik* vom 18.12.2006, S. 8.
- 34 Im Kaliningrader Museum wurde ein neues, großes Ölgemälde mit einer Szene aus der Schlacht bei Tanneberg ausgestellt, auf dem neben König Jagiełło und Großfürst Vitold auch der russische Großfürst Juri als Mitsieger in der Schlacht zu sehen ist. An die Nieder-

bei Tannenberg, sowohl die von 1410 als auch die von 1914, sind für das historische Bewusstsein der heutigen Deutschen nicht mehr relevant.<sup>35</sup> Sie gehören zum allgemeinen Erbe Preußens bzw. Ostpreußens; darin ist kein Platz für Orte des Märtyrertums und der Ermordung von Polen, Juden, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges.<sup>36</sup>

Für die Gesamtheit der Deutschen war Ostpreußen noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine „deutsche Kolonie“, „wo die Wölfe auf den Straßen heulen“. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges in Ostpreußen, das „Versailler Diktat“, infolge dessen Preußen durch einen „Korridor“ vom „Mutterland“ abgetrennt wurde, die Volksabstimmung, die Weimarer Republik und das Dritte Reich (besonders die Jahre 1944-1945) haben die Wahrnehmung des „Landes der tausend Seen“ entscheidend verändert.

In den Jahren 1914-1945 in Deutschland wurde das „Ostpreußentum“<sup>37</sup> gleichgesetzt mit drei „Identitätsdiskursen“ um Begriffe wie Heimat und Volk, Bollwerk der slawischen (Anti-)Zivilisation und des Deutschtums im Osten sowie Krieg und Feind.<sup>38</sup>

---

lage der russischen Heere bei Tannenberg 1914 wurde und wird in der UdSSR/Russland aus verständlichen Gründen nicht erinnert. Vgl. O. Nagornaja, „*Syndrom Tannbergu*“. *Rosyjska instrumentalizacja wschodniopruskiego doświadczenia*, in: *Borussia* 41 (2007), S. 202-216.

35 Vgl. S. Ekdahl, *Tannenberg...*, S. 117 f.

36 Polen, Juden, Russen (Sowjetbürger), Italiener, Franzosen wurden in Ostpreußen an mehreren Orten gefoltert und getötet, wie beispielsweise in Kamionki bei Działdowo (Soldau) oder Królikowo (Königsgut) bei Olsztynek (Hohenstein) im *Stalag Hohenstein*. Das Lager befand sich neben dem Denkmal für die Schlacht bei Tannenberg von 1914. Das Kriegsgefangenenlager, das zu den größten in Osteuropa gehörte, hatte während des Krieges 650 000 Häftlinge. Etwa 55 000 Soldaten, hauptsächlich Rotarmisten, aber auch Polen, Franzosen, Belgier, Italiener und Serben, verloren hier ihr Leben. In der nahen Ortschaft Sudwa/Sauden wurde ein Friedhof angelegt, auf dem Soldaten begraben liegen, die Opfer schwerer Sklavenarbeit und grausamer Lagerbedingungen wurden. Vgl. Z. Januszkiewicz, *Stalag I B. Miejsce niewoli i niedoli*, Olsztyn 1982; R. Traba, *Historia stosowana. Trójkąt niepamięci: Tannenberg – Stalag IB Hohenstein – Sudwa*, in: *Borussia* 41 (2007), S. 199-201.

37 Nach Ansicht von R. Traba, Verfasser der Arbeit *Wschodniopruskość. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec* (Ostpreußentum. Regionale und nationale Identität in der politischen Kultur Deutschlands), Poznań/Warszawa 2005, sind der Buchtitel und der Begriff des „Ostpreußentums“ selbst „artifizuell, provokant. Ich habe mich ihrer bedient, um zum Nachdenken darüber anzuregen, was eine nationale und eine regionale Identität sei. Denn sie ist als Wert nicht ein für allemal gegeben, sondern gestaltet sich ständig unter dem Einfluss literarischer Trends oder politischer Rituale, an denen wir durch das Zelebrieren der Feierlichkeiten teilnehmen.“ R. Traba, *Niemieckie Mazury (wywiad)*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 27.-28.08.2005, S. 24.

38 R. Traba, *Wschodniopruskość...*, S. 23.

Sie bildeten den Rahmen für das ostpreußische kulturelle Gedächtnis. Dazu gehörten der Mythos der Schlacht bei Tannenberg von 1914, der Kult um Hindenburg, der Sieg in der Volksabstimmung von 1920, aber auch der „Dolchstoß“ und die „polnische Aggression“ nach 1918. Max Worgitzki, deutscher Nationalaktivist, schrieb vor der Volksabstimmung von 1920 prophetisch: „Entweder bleibt Ostpreußen das letzte deutsche Bollwerk, oder in Zukunft liegt die Grenze zwischen Deutschtum und Slawentum hinter der Oder.“<sup>39</sup>

Einer ähnlichen Rhetorik bediente man sich zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und ergänzte sie noch um „Insellage“, „polnische Bedrohung“, „Bastion der NSDAP“, „Vorposten“.<sup>40</sup>

Durch die totale Niederlage des Dritten Reiches 1945 ging Ostpreußen für Deutschland verloren. Im Februar 1947 löste der Alliierte Kontrollrat den Staat Preußen vollends auf. In der Folge verwandelte sich Ostpreußen für die Deutschen in ein mythisches „verlorenes Land“, ähnlich wie es die östlichen Grenzlande im Laufe der Zeit für die Polen wurden. Die Vorstellungen der Deutschen von Ostpreußen nach 1945 lassen sich generell in zwei Gruppen einteilen. Die erste umfasst „Verdrängung und Marginalisierung“.<sup>41</sup> Für einen anderen Teil der deutschen Bevölkerung war es ein Land der „Reaktion“, das „wir als Strafe für den Krieg und die Verbrechen des Dritten Reiches verloren haben“. Diese offizielle Auslegung war auch in der DDR obligatorisch.<sup>42</sup> Auch viele Westdeutsche zogen

39 Ein anderer Autor, Friedrich von Schwerin, schrieb: „Der deutsche Bauer und Städter, die den kriegerischen Fortschritten des Deutschen Ordens folgten, legten Grundlagen für die deutsche Bevölkerung, die für immer zum Bollwerk gegen fremdstämmige Nachbarn wurde“, ebd. S. 192 f.

40 Im beliebten Reiseführer *Mit Rucksack und Nagelschuh*, der seit 1933 erschien, schrieb H. Zippel, Ostpreußen sei „das letzte Bollwerk des Deutschtums im Osten geworden: umgeben von der Flut feindlicher slawischer Völker“. Ebd. S. 183.

41 Wie Hubert Orłowski bemerkte, fehlt im bekannten und geschätzten Nachschlagewerk *Deutsche Erinnerungsorte*, hrsg. von H. E. Francis, H. Schulze, München 2001, das Schlagwort „Ostpreußen“. Vgl. H. Orłowski, *Za górami, za lasami... O niemieckiej literaturze Prus Wschodnich 1863-1945*, Olsztyn 2003, S. 7.

42 Ben Budar, Autor von *Jenseits von Oder und Neiße. Reisebilder aus den polnischen West- und Nordgebieten*, Bautzen 1962, schrieb über Ostpreußen so: „Dieser Name vertreibt alle Vorstellungen vom Paradiesischen, Romantischen oder Idyllischen; dieser Name erweckt geschichtliche Reminiszenzen, die über Jahrhunderten hinweg mit der Losung vom ‚Drang nach Osten‘ verbunden sind. Dieses Ostpreußen, einst von den preußischen Militärs als Wetterwinkel des Kriegssturmes bezeichnet, dieses Ostpreußen hatte wahrhaft keine idyllische, romantische oder auch nur ruhige Geschichte. ‚Die Geschichte von Ostpreußen‘, sagte einst ein Statthalter der deutsch-preußischen Junker, ‚das ist der Krieg; der Krieg hat die Ostpreußen geschaffen; Krieg hat ihren Geist geformt.‘ Er meinte zweifelsohne die Beherrscher Ostpreußens, die deutschen feudalen Kolonisatoren, die Unterdrücker der polnischen Bevölkerung, die deutschen Militaristen und Faschisten, für

es vor, es nicht zu erwähnen, wie auch in der Bonner Republik von der ganzen nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gesprochen wurde (insbesondere bis Ende der 1960er Jahre).

Der zweite Diskurs über Ostpreußen wurde von seinen früheren Bewohnern und verschiedenen Landsmannschaftsorganisationen aufrechterhalten und gepflegt. Im Falle der Landsmannschaft Ostpreußen stützte er sich hauptsächlich auf die Fortsetzung (in einer etwas abgeschwächten Form) der Rhetorik aus den Jahren 1914-1945.

Zu einer „Renaissance“ und „Wiederentdeckung“ Ostpreußens kam es im gesamtdeutschen Bewusstsein zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Der Mythos der verlorenen Heimat wurde von hervorragenden, in Ostpreußen geborenen Schriftstellern wie Johannes Bobrowski<sup>43</sup>, Siegfried Lenz<sup>44</sup>, Hans Hellmut Kirst<sup>45</sup> oder Arno Surminski<sup>46</sup> thematisiert.

Marion Gräfin Dönhoff, geboren 1909 in Friedrichstein bei Königsberg, beschrieb „das Wesentliche an Ostpreußen“ folgendermaßen: „Manchmal frage ich mich, was eigentlich das Wesentliche an Ostpreußen gewesen ist? Warum war es in mancher Hinsicht so anders als die anderen Länder und Provinzen des Deutschen Reiches?

(...) Angenehm war, dass es in dieser Gesellschaft Verlaß gab, ein festgefügtes, überliefertes Wertesystem, in dem Ehre, Gemeinsinn und Loyalität die wich-

die der Krieg Lebenshandwerk war.“ B. Budar, *Za Odra i Nysą. Reportaże z polskich Ziemi Zachodnich i Północnych*, in: *Borussia* 43 (2008), S. 48 f.

43 Geboren in Tilsit (1917-1965), Autor der bekannten Romane *Lewins Mühle* (dt. 1964, poln. 1967) oder *Litauische Claviere* (dt. 1966, poln. 1969).

44 Geboren in Lyck (1926-2014), schrieb *So zärtlich war Sulyken* (dt. 1955, poln. 1988), *Heimatmuseum* (dt. 1978, poln. 1991) u. a.

45 Geboren in Osterode (1914-1989), Autor unter anderem von *Gott schläft in Masuren* (dt. 1965, poln. 1993) oder *Deutschland deine Ostpreußen* (dt. 1968, poln. 1995).

46 Geboren 1934 im Dorf Jäglack bei Rastenburg, schrieb u. a. *Joekennen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland* (dt. 1974, poln. 1994), *Aus dem Nest gefallen – Geschichten aus Kalischken* (dt. 1976, poln. 1995), *Polninken oder eine deutsche Liebe* (1984), *Grunowen oder das vergangene Leben* (1986). Viele in Ostpreußen geborene Schriftsteller ließen sich bei ihrem Schaffen nach 1945 inspirieren durch bekannte Landsleute wie Hermann Sudermann (geboren 1857 in Matzicken, Memelland), Ernst Wiechert (geb. 1887 in Kleinort bei Sensburg in Masuren) oder auch Agnes Miegel (geb. 1879 in Königsberg). Das Gros dieser Schriftsteller ist einer mehr oder weniger liberalen Strömung zuzurechnen, die nur lose oder gar nicht mit der Ideologie der ostpreußischen Landsmannschaften verbunden ist., Vgl. R. Żytniec, *Zwischen Verlust und Wiedergewinn. Ostpreußen als Erinnerungslandschaft der deutschen und polnischen Literatur nach 1945*, Olsztyn 2007; *Ostpreußen. Facetten einer literarischen Landschaft*, hrsg. von F.-H. Kroll, Berlin 2001; H. Orłowski, *Niepełny alfabet pamięci. Prusy Wschodnie w niemieckiej literaturze powojennej*, in: *Borussia. Ziemia i ludzie. Antologia literacka*, pod red. K. Brakonieckiego, W. Lipschera, Olsztyn 1999, 543-562.

tigsten, streng eingehaltenen Grundsätze waren. Typisch für dieses Milieu (...) war aber gleichzeitig eine gewisse Enge, ein Mangel an Toleranz Andersdenken gegenüber sowie die Unfähigkeit zu offener Diskussion.<sup>447</sup>

Eines der Fundamente der heutigen Mythologie Ostpreußens ist die Landschaft. Es ist ein „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ mit „weiten Wiesen und Feldern unter dem großen Himmel des Ostens“, „mit ziehenden Gänsen und Kranichen“, „vielen Elchen und Wildschweinen“. Aber auch mit der „sonnigen Ostseeküste“ und den „Bernsteinstränden“. Wolfram Pyta meinte: „Ostpreußen ist heute weitgehend aus dem kulturellen Gedächtnis der Deutschen verschwunden. Wenn überhaupt, verbindet man mit der ehemals östlichsten deutschen Provinz einen typischen Dialekt, den Elch und eventuell noch die Masurischen Seen mit den beiden Schlachten von Tannenberg (1410 und 1914).“<sup>448</sup>

Ein anders gelagerter Diskurs über Ostpreußen wird vorwiegend in den Kreisen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgetragen. Neben der Sehnsucht nach der „verlorenen Heimat“ werden hier mehr oder weniger deutlich artikulierte nationalistische, revisionistische und antipolnische Akzente laut. Nachdem touristische Reisen nach Polen 1956 möglich geworden sind, kamen sofort, beispielsweise in der 1958 publizierten Reportage Charles Wassermanns, bekannte antipolnische Ressentiments auf: „Niemand kümmert es, dass Ostpreußen (...) über Jahrhunderte durch Deutsche besiedelt wurde. Hier war einmal (vor vielen Jahrhunderten) kulturloses Randgebiet. Mit wenigen Ausnahmen waren es die Deutschen, die hier Kultur und Zivilisation einführten. Heute sinkt dieses selbe Land in seinen Urzustand zurück. Weit, wahrhaftig weit ist dieser Verfall schon fortgeschritten.“<sup>449</sup>

Auch in späteren Publikationen änderte sich diese Rhetorik nicht.<sup>50</sup>

- 
- 47 M. Gräfin Dönhoff, *Bemerkungen zur Geschichte Ostpreußens*, in: M. Jackiewicz-Garniec, M. Garniec, *Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen*, Olsztyn 2001, S. 16 f.
- 48 Vgl. W. Pyta, *Königsberg Klopse und komischer Dialekt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6.09.2010, S. 7. Vgl. auch: *Ostpreußen. Ein Lesebuch*, hrsg. von E. M. Frank, München 1990; H. Boockmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, Berlin 1992; R. Traba, *Rozważanie o magii miejsc i mitologizacji krajobrazu w Prusach Wschodnich*, in: *Borussia* 24-25 (2001); M. Gräfin Dönhoff, *Namen, die keiner mehr nennt. Ostpreußen – Menschen und Geschichte*, Düsseldorf/Köln 1962; *Eine Kindheit in Ostpreußen*, Berlin 1988. Am 17. Juni 2009 fand im Potsdamer Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte ein Treffen „Herrenhäuser ohne Herren“ statt, das ostpreußischen Schlössern und Residenzen gewidmet war.
- 49 Ch. Wassermann, *Unter polnischer Verwaltung. Tagebuch 1957*, Hamburg 1958, S. 271. Zit. nach: R. Żytniec, *Polnische Wirtschaft z modernizacją w tle. Ziemia Zachodnie i Północne w reportażach Charlesa Wassermanna i Bena Budara*, in: *Borussia* 43 (2008), S. 62.
- 50 Vgl. z.B.: G. Hermanowski, *Ostpreußen. Wegweiser durch ein unvergessenes Land*, Augsburg 1996; P. Mast, *Ostpreußen und Westpreußen und die Deutschen aus Litauen*, München 2001; B. G. Länglin, *Unvergessene Heimat Ostpreußen. Auf Spurensuche im*

Für die heutigen Aktivisten und Ideologen der Landsmannschaft Ostpreußen ist die Frage „Ostpreußens weiterhin offen“. Es geht dabei nicht nur um die Bewahrung des ostpreußischen Kulturerbes, sondern auch um „Ostpreußen“ als solches. Der Sprecher der Landsmannschaft betitelte 2008 seine Grundsatzrede mit „Ostpreußen bleibt“.<sup>51</sup> Sein jüngerer Kollege, BJO-Vorsitzender, stellte fest: „Die Zukunft Ostpreußens liegt in unseren Händen.“<sup>52</sup>

Aus einer Umfrage im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ 2007 geht hervor, dass jeder vierte Deutsche (24 %) überzeugt ist, Ostpreußen und Schlesien seien weiterhin deutsch. Nicht weniger als 40 % der Deutschen bedauern, dass Ostpreußen heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. 24 % der Deutschen halten es nicht für richtig, dass die BRD ein für allemal ihre Ansprüche auf frühere deutsche Gebiete aufgegeben hat. Die große Mehrheit (72 %) befindet dies allerdings für eine gute Lösung.<sup>53</sup>

- 
- Bernsteinland*, Augsburg 2002. Ein anderes Bild vermittelten dagegen in ihren Reportagen K. Bednarz (*Fernes nahes Land. Begegnungen in Ostpreußen*, Hamburg 1995) und R. Giordano (*Ostpreußen ade. Reise durch ein melancholisches Land*, Köln 1994).
- 51 „Ostpreußen bleibt“. Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen. Wilhelm v. Gottberg, beim Deutschlandtreffen in Berlin, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 24.05.2008, S. II-V.
- 52 S. Hein (*Wort der Jugend: „Die Zukunft Ostpreußens liegt in unseren Händen“*, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 17.05.2008, S. 20) stellte in seiner Ansprache im Mai 2008 unter anderem fest: „Die Vertreter der Politik in Deutschland müssen sich für Ostpreußen verantwortlich fühlen und sich im Einvernehmen mit Polen, Litauen und Russland gemeinsam für Ostpreußen einsetzen. (...) Ein Ostpreuße muss nicht in Ostpreußen geboren sein – ein Ostpreuße muss sich zu Preußen bekennen. (...) Es lebe Ostpreußen!“ Bei verschiedenen Treffen der Landsmannschaft werden zahlreiche Souvenirs mit ostpreußischer Symbolik angeboten (Autoaufkleber, Plakate, Landkarten, Manschettenknöpfe und Kravattennadeln, Anhänger, Abzeichen und Gedenkmarken, Bücher, CDs und DVDs usw.). 2009 hat die Landsmannschaft Ostpreußen in Düsseldorf ihr eigenes Online-Fernsehen Ostpreußen-TV ([www.ostpreussen.tv.de](http://www.ostpreussen.tv.de)) gegründet.
- 53 Spiegel-Umfrage, in: *Spiegel Special. Geschichte* 1 (2007), S. 10 f. Nach Ansicht des deutschen Historikers Hajo Funke von der Freien Universität Berlin sind die „Umfrageergebnisse keinesfalls überraschend. Wir sollen bedenken, dass sogar Helmut Kohl 1990 ein Problem mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze hatte und seine Zustimmung als einen Preis betrachtete, den man für die Wiedervereinigung Deutschlands zahlen musste.“ Seiner Meinung nach trifft die These zu, wonach „ein Viertel aller Deutschen revisionistische und revanchistische Ansichten vertritt“. Zit. nach: P. Jendroszczyk, *Niemcy żałują utraty Śląska na rzecz Polski. Historia. Wyniki badań „Der Spiegel“*, in: *Rzeczpospolita* vom 21.02.2007, S. A8. Aus einer anderen Umfrage, die im gleichen Jahr im Auftrag der Zeitschrift „Geo“ durchgeführt wurde, geht hervor, dass 71 % der deutschen Bevölkerung „die Vertreibung der Deutschen aus ihren alten Wohnsitzen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als Unrecht bewerten“ würden. Jeder zweite Teilnehmer (49,2 %) ist überzeugt, dass Polen für zurückgelassenes deutsches Vermögen Entschädigung

Das Milieu der ostpreußischen Landsmannschaften bewegt sich am Rande der gesamtdeutschen Kultur und hat einen nur begrenzten Einfluss auf die Entwicklung des Bewusstseins und die Haltung der Deutschen von heute. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erschienen in Deutschland im Zuge der Debatte über deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs verschiedene Werke, die mit einer kritischen Einstellung zur nationalsozialistischen Vergangenheit breites Interesse an der ostpreußischen Problematik geweckt haben.

2002 erschien der Roman „Im Krebsgang“ des Nobelpreisträgers Günter Grass (poln. Ausgabe 2004). Der Autor der „Blechtrommel“ beschreibt das tragische Schicksal der evakuierten Zivilbevölkerung Ostpreußens gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, darunter die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“. In den Jahren 2007-2008 wurden in den deutschen Kinos und im Fernsehen Spielfilme ausgestrahlt wie „Die Flucht“ über die Evakuierung der Deutschen aus Ostpreußen und „Die Gustloff“ über die Tragödie des Schiffes mit 9 000 Flüchtlingen an Bord, das von einem sowjetischen U-Boot auf der Ostsee versenkt wurde. Beide Filmproduktionen erfreuten sich großen Interesses.<sup>54</sup>

Von Ostpreußen im Zweiten Weltkrieg handelte auch der zweiteilige Dokumentarfilm „Damals in Ostpreußen“ (Regie Florian Huber), der 2008 in der ARD ausgestrahlt wurde. Der Flucht aus Ostpreußen widmete sich die Dokumentarreihe „Die große Flucht“ (Regie Guido Knopp) aus dem Jahr 2002. „Der Spiegel“ publizierte dazu eine Sonderbeilage (2002, Nr. 2) mit dem Titel „Die Flucht der Deutschen“.

2005 erschien im Münchener Siedler Verlag das interessante Buch „Ostpreußen. Geschichte und Mythos“ des Historikers Andreas Kossert. Sie erfreute sich verdientermaßen hoher Anerkennung bei Lesern und Rezensenten.<sup>55</sup> Der Verfasser zahlreicher Arbeiten über Masuren beschreibt objektiv das Schicksal dieses Landes und präsentiert unter anderem bekannte, aus Ostpreußen stammende Persönlichkeiten wie Immanuel Kant, E. T. A. Hoffmann oder Johann Gottfried Herder.<sup>56</sup>

---

zahlen sollte, während 84,6 % den Schadensersatz für Kriegsschäden an Polen ablehnen. Nicht weniger als 53,9 % der Deutschen sind der Ansicht, die Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen seien wichtig, „damit die Erinnerung an die Deutschen im Osten lebendig“ bleibe. *Umfrage: Flucht und Vertreibung*, in: *Geo* 34 (2004), S. 10-12.

54 Es war ein weiterer Spielfilm über diese Tragödie. 1959 lief in den westdeutschen Kinos der Streifen *Nacht fiel über Gotenhafen*.

55 Der ostpreußischen Problematik ist auch die neueste Publikation dieses Autors, *Damals in Ostpreußen. Der Untergang einer deutschen Provinz*, München 2008, gewidmet.

56 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erschien eine interessante wissenschaftliche Studie zur ostpreußischen Geschichte, die auch die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft behandelte. Vgl. u. a.: *Vorposten des Reiches? Ostpreußen 1933-1945*, hrsg. von Ch. Pletzing, München 2006; Ch. Roher, *Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen*, München 2006; R. Meindl, *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osna-brück 2007.

Ein symbolischer Abschied von Ostpreußen war die im April 2009 erfolgte Umbenennung des Verbandes der Vereinigungen deutscher Bevölkerung im ehemaligen Ostpreußen in „Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren“.<sup>57</sup>

Für die heutigen Bewohner des früheren „Preußenlandes“, die in Klaipėda, Kaliningrad oder Olsztyn leben, sind in erster Linie der Alltag und die Zukunft ihrer jeweiligen Region wichtig. Die preußische Vergangenheit ist eine „gezähmte Realität“.<sup>58</sup>

Gemeinsam ist den heutigen Bewohner Ermlands und Masurens, des Kaliningrader Gebiets und des Memellandes die historische Vergangenheit und die

---

57 Henryk Hoch, Verbandsvorsitzender, begründete diese Entscheidung so: „Der Name Ostpreußen ruft unter den Polen Betroffenheit hervor. Auf der Welle der heftigen medialen Hetze im Zusammenhang mit dem Fall Trawny in Narty versuchen die Journalisten, uns in die Versuche früherer Einwohner und der Preußischen Treuhand, den Altbesitz wiederzuerlangen, hineinzubugsieren. Das ist aber nicht unsere Sache. Die Pflege der Geschichte ist nicht dasselbe wie das Aufwärmen von historischen Vorurteilen.“ Hoch meint: „Der Verband der Vereinigungen deutscher Bevölkerung im ehemaligen Ostpreußen bezieht sich auf die Geschichte Ostpreußens als einer eigenständigen Provinz, die es nun nicht mehr gibt. Ein Teil gehört zu Polen, ein anderer zu Russland. Der Verband ist aber nur in der Woiwodschaft Ermland-Masuren tätig. Sein Tätigkeitsgebiet umfasst allerdings auch Elbląg und Iława, beides Städte, die zu Westpreußen gehörten. Er ist unter heutigen politischen Rahmenbedingungen aktiv und hat auch gar nicht vor, diese zu ändern, weil er sich programmatisch nicht mit der Politik befasst. Somit stimmt sein Name mit der geographischen Reichweite nicht mehr überein.“ Ein anderer Ausdruck des sich vollziehenden Wandels ist, dass der Verband der deutschstämmigen Landfrauen in Ermland-Masuren 2008 auf das Attribut „deutschstämmig“ verzichtet hat. Die Verbandsvorsitzende erklärte, die Änderung sei erfolgt, weil „die Herkunftsbezeichnung dem Landfrauenverband den Erhalt von Zuschüssen erschwert“ habe. Zit. nach: L. Kryształowicz, *Abschied von Ostpreußen*, in: *Schlesisches Wochenblatt* 18 (2009), S. 13. Am 16.-17. Mai 2009 wurde in Ryn in Masuren unter der Ägide der Landsmannschaft Ostpreußen ein Treffen der Aktivistinnen der deutschen Minderheit in Ermland, Masuren und dem Memelland abgehalten. Vgl. M. Rosenthal-Kappi, *Kräfte bündeln – die Jugend gewinnen. Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen und im Memelland*, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 6.06.2009, Nr. 23, S. 1.

58 Wie Michał Olszewski in seinem Beitrag *Elegia pagórkowa* (Hüegelegie) bemerkt: „Das Wort ‚preußisch‘ bedeutet im allgemeinen Verständnis weniger Arroganz und militärischen Drill als vielmehr ein geradezu phantastisches architektonisches Erbe, wilde Landschaften, ein Land, von kühlem Wind durchweht.“ *Gazeta Wyborcza* vom 20.-21.05.2006, S. 23. Vgl. auch: *Aleje przydrożne. Historia, znaczenie, zagrożenie, ochrona*, pod red. K. A. Worobca, I. Liżewskiej, Kadzido/Olsztyn 2009; A. Surmiski, *Ein Dorf in Ostpreußen. Jäglack-Jokehnen-Polninken-Jeglawki*, Hamburg 2002 (poln. Neulengbach 2008).

Erinnerung daran.<sup>59</sup> Sie unterscheidet sich vom deutschen kollektiven Gedächtnis, in dem Ostpreußen oft als „Land des Bernsteins, Kants und Tannenberg“ vorkommt. Gemeinsam ist ihnen die Umgebung, in der sie leben, ähnlich ist der Typ der früheren Bebauung, die räumliche Anordnung von Städten, Dörfern und Verkehrswegen. Gemeinsam ist ihnen auch das Klima und die vielfältige Natur. Bedeutsam bleibt auch, dass sie fast alle Zugezogene bzw. deren Nachkommen sind, die sich hier nach 1945 niedergelassen haben. Die Mehrheit der Bewohner wird in erster Linie von der Liebe zu diesem wunderschönen Land zusammengehalten, das nun ihre Heimat und ihr Zuhause ist und einst Ostpreußen war.

---

59 Wichtige Ereignisse waren im Jahr 2010 für die Bewohner Ermlands und Masurens die Feierlichkeiten zum 600. Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg, die erneute Bestattung der sterblichen Überreste von Nikolaus Kopernikus, die über Toruń und Olsztyn schließlich im Frauenburger Dom ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, die Kandidatur der Masurischen Seenplatte als ein Weltwunder von heute oder auch der 150. Jahrestag der Eröffnung des Oberländischen Kanals. Sie haben andere aufsehenerregende Vorfälle in den Schatten gestellt, z. B. eine „Sexaffäre“ mit Beteiligung des Stadtpräsidenten von Olsztyn, die Landung der Flugzeuge mit den Taliban an Bord in Szymany und deren anschließende Haft in einem Zentrum der Nachrichtendienste in Kiejkuty oder einen Fall von Lynchjustiz in Włodawa im Ermland.

Als bedeutsam erwies sich dagegen, dass nicht nur ein landeskundlicher Kanon Ermlands und Masurens geschaffen, sondern auch eine Liste mit typischen Regionalgerichten (Mayonnaise und Lebkuchen aus Kętryzn, Bier aus der Brauerei „Kormoran“) und mit Gerichten, die für die Regionalhauptstadt einmalig sind (Piroggen mit Pfifferlingen, geräucherte Maräne, masurischer Zander) aufgestellt werden sollten. Am 22. Oktober 2009 fand in Olsztyn die zweite internationale Konferenz „Historische Identität der Einwohner von Kaliningrad, Klaipėda und Olsztyn“ statt. Vgl. *Zakon krzyżacki w historii, ideologii i działaniu – symbole dziejowe*, pod red. J. Gancewskiego, Olsztyn 2010 (dort auch ein wertvolles Verzeichnis des Erhaltungszustands von 38 Burgen des Deutschen Ordens vor und nach dem Zweiten Weltkrieg in Ermland und Masuren, erstellt von I. Lewandowska, S. 228-264); T. Peter, *Kanal Ostródzko-Elbląski*, Olsztyn 2010; *Kopernik superstar*, Beilage zur Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* vom 22.05.2010; *Zapłać kopernikiem. W Olsztynie mamy nowe pieniądze*, [www.olsztyn.gazeta.pl](http://www.olsztyn.gazeta.pl) (17.05.2010); *Co smakuje Polską*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 30.08.2010, S. 23.



# Abbildungen





1. Kinder vor der polnischen Schule in Groß Purden, Kreis Allenstein, im Juni 1931.  
In der oberen Reihe links steht Pawel Jasiak, der erste Leiter der Schule.



2. Zur Wehrmacht eingezogene Groß Purdener auf Urlaub. Die Aufnahme trägt auf der Rückseite das Datum: 1.10.1939.



3. Junge Ermländer aus Groß Purden, eingezogen zum Dienst bei der Wehrmacht.



4. Ein Bräutigam aus Purda (Groß Purden) in der Uniform der Polnischen Armee, 1950er Jahre.



5. Erinnerungsfoto eines Ermländers aus Purda, der seinen Grundwehrdienst 1956 in der Garnison der Polnischen Armee in Olsztyn leistete.



6. Frischvermählte Ermländer aus Purda. Über der Eingangstür die deutschsprachige Begrüßung: „Herzlich Willkommen“, 1950er Jahre.



7. Frischvermählte Ermländer aus Purda. Über der Eingangstür die polnischsprachige Begrüßung: „Serdecznie Witamy“, 1950er Jahre.



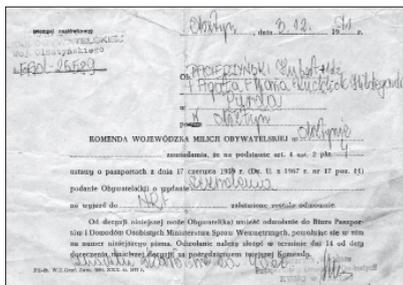
8. Der alte ermländische Weihnachtsbrauch des Schimmelreiterumzuges in Purda, 1970er Jahre.



9. Einwohner von Purda nach einem Begräbnisgottesdienst in der römisch-katholischen Pfarrkirche Purda, 1970er Jahre.



10. Frauenmannschaft der Freiwilligen Feuerwehr Purda auf dem Dach eines Feuerwehrgagens, 1970er Jahre.



11. Bescheinigung, ausgestellt am 3.12.1971 von der Wojewodschaftskommandantur der Bürgermiliz in Olsztyn, über die Ablehnung des Antrags einer Familie aus Purda auf ständige Ausreise in die Bundesrepublik im Rahmen der Familienzusammenführung.



12. Erländer aus Purda besichtigen die Ausstellung „Purda – Reaktivierung. 1900–1948–2006“ zum Abschluss eines deutsch-polnischen Forschungsvorhabens im Sommer 2005 und 2006 auf Initiative der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Olsztyn und des West-Instituts in Posen.



13. Typische Einfamilienhaussiedlung, in der Mundart als „sidlung“ bzw. „kochówka“ (nach Gauleiter E. Koch) bezeichnet, in Krutyń/Kruttinen, Kreis Mrągowo/Sensburg, in Masuren.



14. Der mittelalterliche Bau der evangelisch-augsburgischen Kirche in Sorkwity/Sorquitten, Kreis Mrągowo/Sensburg. Es ist die einzige ländliche Pfarrgemeinde dieser Kirche, in der ein Geistlicher auf Dauer wohnt. In Sorkwity werden unter anderem Sommerlager für evangelische Jugendliche aus ganz Polen veranstaltet.



15. Alte und neue Gräber auf dem evangelischen Friedhof in Sorkwity. Auf den heutigen Friedhöfen in Ermland und Masuren befinden sich Grabinschriften auf Polnisch, Deutsch oder so genannte neutrale Grabplatten lediglich mit Vor- und Nachnamen des Verstorbenen sowie Geburts- und Sterbedatum.



16. Eine polnischsprachige Grabplatte auf dem ermländischen Friedhof in Purda.



17. Eine deutschsprachige Grabplatte auf Deutsch auf dem ermländischen Friedhof in Gilawy/Gillau, Kreis Olsztyn.



18. Typisch ermländische Bebauung in Nowa Wieś/Neu Bartelsdorf, Kreis Olsztyn.



19. Feierliche Kranzniederlegung am Grab des ermländischen Bischofs Albert (Adalbert) Zink auf dem Pfarrfriedhof in Gietrzwałd/Dietrichswalde, Kreis Olsztyn. An der Zeremonie nehmen unter anderem Ermländer in traditionellen Volkstrachten teil.



20. Büste von Andrzej Samulowski in Gietrzwałd/Dietrichswalde, dem Dichter und Aktivisten der polnischen Nationalbewegung im Ermland, vor dem Haus, in dem er vor 1939 einen polnischen Buchladen betrieb.



21. Gilawy/Gillau: Typische Gedenktafel für polnische Schulen im Ermland der Zwischenkriegszeit.



22. Ortstafel am Eingang des Dorfes Pustniki/Pustnick bei Sorkwity, in dem die größte Gruppe der masurischen Bevölkerung lebt.





26. Michal-Kajka-Museum im Wohnhaus des masurischen Volksdichters in Ogródek/Kalgendorf bei Orzysz/Arys (Kreis Pisz/Johannisburg).



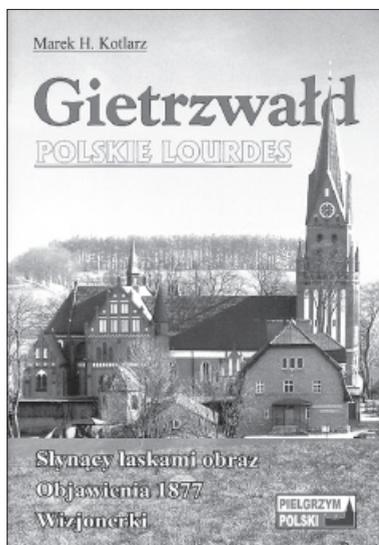
27. Ermland und Masuren sind ein „Naturwunder“, das Land der tausend Seen und wunderschönen Landschaften, und unlängst auch die „Sommerhauptstadt Volkspolens“. In einem Erholungskomplex in Łańsk/Lansk (Kreis Olsztyn) verbrachten unter anderen Gomulka und Gierek sowie ihre ausländischen Gäste, etwa Chruschtschow, Breschnew, Andropow oder Tito, die Sommerfrische. Die Aufnahme zeigt den Fluss Krutynia/Krutinna in Masuren.



28. Haus der Zeitung „Gazeta Olsztyńska“, eine Abteilung des Museums für Ermland und Masuren in Olsztyn.



29. Denkmal für Nikolaus Kopernikus in Form einer Sitzbank an der Burg in Olsztyn. Im Hintergrund die evangelisch-augsburgische Kirche.



30. Broschüre von Marek H. Kotlarz über den Marien-Wallfahrtsort Gietrzwałd, das „polnische Lourdes“.



31. Gedenktafel am Geburtshaus des weltberühmten Architekten Erich Mendelsohn in Olsztyn.



32. Spuren der deutsch-jüdischen Vergangenheit: Reste der Aufschrift „Hugo Cohn Rechtsanwalt“ am Eingang zu einem Treppenhaus in der Partyzantów-Str. in Olsztyn (Zustand 2008).



33. Das Otto-von-Bismarck-Denkmal in Nakomiady/Eichmedien (Kreis Kętrzyn), 2006.



34. Das restaurierte Volksabstimmungsdenkmal in Ramsowo/Ramsau (Kreis Olsztyn).



35. Das Denkmal für die im Ersten Weltkrieg Gefallenen der Gemeinde Klein Jerutten/Jerutki (Kreis Szczytno). Es steht unverändert an seinem Ort.



36. Die restaurierte Gedenkanlage für die im Ersten Weltkrieg Gefallenen der Gemeinde Bartq/Bertung bei Olsztyn.



37. Die Ruine des Denkmals für die Schlacht bei Tannenberg, Ende der 1940er Jahre.



38. Erhaltene Reste des Tannenberg-Denkmal.



39. Ein Beispiel für die Kommerzialisierung der Vergangenheit: Werbung für das „Hotel Tannenberg“ bei Olsztynek.



40. Überbleibsel des Tannenbergsdenkmals auf dem Marktplatz in Olsztynek.



41. Hinweisschild für den Standort des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag 1B Hohenstein (1939-1944) in Królikowo/Königsgut bei Olsztynek.



42. Eingang zum „Friedhof der Opfer des Faschismus“ in Sudwa/Sauden bei Olsztynek. Im Hintergrund zwei Schwerter zur Erinnerung an die Schlacht bei Tannenberg von 1410.



43. Gedenktafel in der römisch-katholischen Kirche in Działdowo/Soldau für P. Dr. Jan Łubieński, den Pfarrer der örtlichen Gemeinde, der 1940 im Konzentrationslager Dachau ermordet wurde.



44. Die Ordensburg Soldau nach dem Wiederaufbau.



45. Der Tannenberg-Stein – eine der zahlreichen Erinnerungsformen an die Schlacht bei Tannenberg.



46. Fest der Kresowiacy (Grenzländer) aus Wilna – „16. Kaziuki Wilniuki“ in Lidzbark Warmiński/Heilsberg.



47. Vor Ostern werden in Olsztyn die traditionellen Wilnaer Osterpalmen angeboten.



48. Die griechisch-katholische und die römisch-katholische Kirche unweit des Hauptbahnhofs Olsztyn.



49. Eine ukrainisch-polnische Hochzeit in der griechisch-katholischen Kirche Olsztyn.



50. Denkmal für die Befreiung des ermländischen und masurischen Landes in Olsztyn, Entwurf von Xawery Dunikowski.



51. Stadtmitte von Olsztyn, im Hintergrund das Gebäude der früheren Allensteiner Regierung, heute unter anderem Sitz des Marschallamtes der Woiwodschaft Ermland-Masuren.



52. Wappen der Woiwodschaft Ermland-Masuren an einem Zug am Hauptbahnhof Olsztyn.

# **Abbildungsnachweis**

## **Fotografen**

Andrzej Sakson: 13-24, 26-29, 31, 32, 47, 48, 50-52

Marcin Tujdowski: 12, 35, 36, 38-45

## **Sonstige Bildquellen:**

Archiv von Andrzej Sakson: 25, 30, 33, 34, 46, 49

Archiv des West-Instituts in Poznań: 1-11, 37



# Bibliografie

## Archivalien

- Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Ministerstwo Administracji Publicznej, sygn. 2471, Memoriał Biura Ziem Zachodnich MAP z czerwca 1945 r. w sprawie sytuacji prawnej Niemców na obszarze RP.
- Archiwum Instytutu Zachodniego w Poznaniu, Instytut Mazurski i Stacja naukowa IZ w Olsztynie 1948-1953, K. Małek, Sprawozdanie z działalności Mazurskiego Uniwersytetu Ludowego w Rudziskach koło Pasymia z 1948.
- Archiwum Instytutu Zachodniego w Poznaniu, Instytut Mazurski i Stacja Naukowa IZ w Olsztynie 1948-1953, nr 62, Uniwersytet Ludowy w Morągu. Opracowanie z 8 maja 1947 r.
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, KW PZPR w Olsztynie, sygn. 70/VI/23, Informacja o przebiegu akcji ankietyzacji w województwie olsztyńskim z uwzględnieniem sytuacji ludności autochtonicznej (1952 r.).
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, KW PZPR w Olsztynie, sygn. 70/VI/23, Sekretariat I-ego sekretarza. Zagadnienia ludności autochtonicznej (1950-1953).
- Archiwum Państwowe w Olsztynie (APO), KW PZPR w Olsztynie, sygn. 1141/583, Pismo Ministerstwa Spraw Wewnętrznych (Departament Społeczno-Administracyjny) z dnia 16 kwietnia 1955 r. (tajne).
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, Powiatowa Rada Narodowa w Działdowie, Protokoły z posiedzeń PRN w Działdowie 1945-1947, sygn. nr 1, Protokół nr 10 z posiedzenia w dniu 4 września 1945 r.
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, PWRN w Olsztynie, sygn. H/91/18/129, Informacja o stanie i położeniu ludności z akcji „W” na terenie Węgorzewo i Górowa oraz sprawozdania z powiatu Lidzbark Warmiński i Susz (1952).
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, Starostwo Powiatowe w Działdowie 1945-1950, Stwierdzenia i poświadczenia obywatelstwa 1946-1950, sygn. 8, s. 80-117 oraz sygn. 22, s. 89.
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, Starostwo Powiatowe w Szczytnie. Referat Karno-Administracyjny, sygn. 18, Skargi, protokoły i doniesienia w sprawach rabunkowych i innych 1945-1946.
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, Urząd Pełnomocnika Rządu na Okręg Mazurski, sygn. 43, Sprawozdanie sytuacyjne za sierpień starosty reszelskiego Stanisława Watrasa dla Wydziału Organizacyjnego Urzędu Pełnomocnika Rządu RP w Olsztynie (Biskupiec, 5 września 1945).
- Archiwum Państwowe w Olsztynie, Urząd Wojewódzki w Olsztynie, sygn. 268, Pismo wojewody olsztyńskiego do MZO w sprawie repatriacji Niemców.

- Archiwum Państwowe w Olsztynie, Wojewódzki Oddział PUR, sygn. 27, Szczegółowy plan repatriacji Niemców z województwa olsztyńskiego.
- Dekret z dnia 2 marca 1945 r. o majątkach opuszczonych i porzuconych, Dziennik Ustaw RP (Dz.U.) 1945, Nr 9, poz. 45.
- Dekret z dnia 6 czerwca 1945 r. o mocy obowiązującej orzeczeń sądowych, wydanych w okresie okupacji niemieckiej na terenie Rzeczypospolitej Polskiej, Dz.U. 1945, Nr 25, poz. 151.
- Dekret z dnia 13 listopada 1945 r. o zarządzie Ziem Odzyskanych, Dz.U. 1945, Nr 51, poz. 295.
- Dekret z dnia 8 marca 1946 r. o majątkach opuszczonych i porzuconych, Dz. U. 1946, Nr 13, poz. 87.
- Rozporządzenie Ministra Sprawiedliwości z dnia 29 listopada 1946 r. o urzędzeniu i prowadzeniu zbioru dokumentów oraz o postępowaniu w przedmiocie składania dokumentów, Dz.U. 1946, Nr 66, poz. 368.
- Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 12 marca 2004 r. w sprawie roszczeń odszkodowawczych, Monitor Polski RP 2004, Nr 13, poz. 200.
- Ustawa z dnia 6 maja 1945 r. o majątkach opuszczonych i porzuconych, Dz.U. 1945, Nr 17, poz. 97.
- Ustawa z dnia 28 czerwca 1950 r. o zmianach podziału administracyjnego Państwa, Dz. U. 1950, Nr 28, poz. 255.
- Ustawa z dnia 8 lutego 1951 r. o obywatelstwie polskim, Dz. U. 1951, Nr 4, poz. 25.

## Presse und Zeitschriften

### Außerhalb Polens

„Acta Historica Universitatis Klaipedensis”, „Akiračiai”, „Annaberger Annalen” („Annabergo Lapelis”), „Aus Politik und Zeitgeschichte”, „Der Spiegel”, „Die Zeit”, „Deutsche Nachrichten für Litauen”, „Dialog. Deutsch-polnisches Magazin”, „Dmitrija Donskogo”, „DOD.Deutsche Ostdienst”, „Dokumentation Ostmitteleuropa”, „Euhemer”, „Frankfurter Allgemeine Zeitung”, „Geo”, „Herder aktuell”, „Jomen-Post”, „Kaliningradskije archivy”, „Kaliningradskaja Prawda”, „Kaskad podrobnosti”, „Königsberger Express”, „Marbacher Magazin”, „Mare Balticum”, „Memeler Dampfboot”, „Mitteilungsblatt”, „Nachrichten aus Kaliningrad”, „Nordost-Archiv”, „Osteuropa”, „Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt”, „Spiegel Special. Geschichte”, „Süddeutsche Zeitung”, „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte”, „Terra Baltica. Istorija i kultura Jugo-Wostocznoj Pribałtiki”, „Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik”, „Woprosy Istorii”, „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft”, „Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung”, „Zeitschrift für Osteuropa Forschung”, „Zeitschrift für Ostforschung”

## Polnische

„Argumenty i Fakty”, „Borussia. Kultura. Literatura. Historia”, „Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce”, „Biuletyn Naukowy Akademii Rolniczo-Technicznej w Olsztynie”, „Cech”, „Debata”, „Dziennik”, „Duży Format” Beilage der „Gazeta Wyborcza”, „Europa. Tygodnik Idei” Beilage der „Dziennik”, „Gazeta Gietrzwałdzka”, „Gazeta Olsztyńska”, „Gazeta Warmii i Mazur”, „Gazeta Wyborcza”, „Gazeta Wyborcza. Olsztyn”, „Gazeta Wyborcza. Poznań”, „Głos”, „Głos Elbląga”, „Głos znad Pregoły”, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie”, „Kultura” (Paris), „Kultura i Społeczeństwo”, „Kwartalnik Historyczny”, „Lituano-Slavica Posnaniensia. Studia Historia”, „Masovia”, „Masurische Storchenpost”, „Masurischer Kalender”, „Myśl Polska”, „Nasza Warmia” Beilage der „Gazeta Olsztyńska”, „Nasz Dziennik”, „Nauka”, „Newsweek. Polska”, „Nowa Europa”, „Obwód Kaliningradzki. Przegląd faktów, wydarzeń, opinii”, „Regiony i Pogranicza. Obwód Kaliningradzki. Fakty. Wydarzenia. Opinie”, „Odrodzenie”, „Olsztyńskie Krajobrazy i Spojrzenia”, „Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze”, „Olsztyńskie Studia Socjologiczno-Etnograficzne”, „Polish Western Affairs”, „Polityka”, „Polityka Wschodnia”, „Polska. Głos Wielkopolski”, „Posłaniec Warmiński”, „Praca i Zabezpieczenie Społeczne”, „Prace Ośrodka Studiów Wschodnich”, „Pruthenia”, „Przegląd”, „Przegląd Archiwalny Instytutu Pamięci Narodowej”, „Przegląd Historyczny”, „Przegląd Politologiczny”, „Przegląd Polityczny”, „Przegląd Warmiński”, „Przegląd Wschodni”, „Przegląd Zachodni”, „Przekrój”, „Republika”, „Rocznik Działdowski”, „Rocznik Koszański”, „Rocznik Mazurski”, „Rocznik Wschodni”, „Rzeczpospolita”, „Słowo. Dziennik Katolicki”, „Schlesisches Wochenblatt”, „Siedlisko”, „Słupskie Studia Historyczne”, „Sprawy Międzynarodowe”, „Sprawy Narodowościowe”, „Sprawy Wschodnie”, „Studia Angerburgica”, „Studia Socjologiczne”, „Super Express”, „Trybuna”, „Tygodnik Powszechny”, „Wprost”, „Zapiski Historyczne”, „Zeszyty Historyczne”, „Znad Pisy”, „Życie Kętrzyna”, „Życie Olsztyna”.

**Unveröffentlichte Literatur**

- Bahr R., *Wspomnienia z lat 1933-1945* (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Beba B., *Kierunek przemian tożsamości kulturowej Ukraińców na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 1996 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Dmuchańska A., *Patologie społeczne w rodzinach zamieszkujących tereny byłych PGR-ów*. Olsztyn 2000 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).

- Domagała B., *Warmia i Mazury. Społeczne skutki migracji*, Olsztyn 2007 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Farelnik B., *Społeczność kresowian w powiecie Lidzbark Warmiński*, Olsztyn 2002 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Gładkowska M., *Stosunek bezrobotnych byłych pracowników PGR do integracji z Unią Europejską*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Górna M., *Tożsamość narodowa mniejszości ukraińskiej na Warmii i Mazurach na przykładzie Powiatu Iławskiego*, Poznań 2004 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Gras A., Formuszewicz R., *Roszczenia Powiernictwa Pruskiego. Zagrożenia dla Polski i możliwości przeciwdziałania*, Poznań 2007 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Gromek J., *Działalność mniejszości niemieckiej w Olsztynie*, Olsztyn 2002 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Hrywna I., *Życie społeczno-kulturalne Ukraińców na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 1996 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Jachimowicz A. A., *Współpraca miast bliźniaczych na przykładzie miast Warmii*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Jarzynka K., *Społeczność lokalna na przykładzie Działdowa*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Jasiewicz K., *Oświata i życie kulturalne mniejszości ukraińskiej na terenie Górowa Iławeckiego*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Kiszkis A., *Problem bezrobocia w Bartoszycach w latach 1997-2001*, Olsztyn 2004 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Knercer W., *Stosunek państwa i społeczeństwa polskiego do spuścizny kulturowej Warmii i Mazur w pierwszych latach po II wojnie światowej*, Olsztyn 1996 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Kaliningrad – ośrodek współpracy bałtyckiej*, Swiętłogorsk 27-30 V 1992 (Maschinenskript).
- Lachowski K., *Przestępstwa celne w obrocie towarowym i osobowym z Obwodem Kaliningradzkim w latach 1997-2001*, Olsztyn 2002 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Leyk F. M., *Ocena dotycząca położenia i nastroju ludności miejscowego pochodzenia na terenie mazurskim i propozycje względnie wnioski mające na celu usunięcie złego oraz pogłębienie ich świadomości narodowościowej*, Szczytno 1954 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).

- Lis A., *Spoleczność pogranicza wobec integracji europejskiej, czyli Unia Europejska wobec Mazurów. Badania terenowe w gminie Sorkwity*, Poznań 2006 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Łukaszewicz A., *Rynek pracy w Polsce w dobie transformacji ustrojowej*, Poznań 2001 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Małewska D., *Z zagadnień więzi społecznej na wsi warmińskiej*, Warszawa 1950 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Maciejewska M., *Inicjatywy lokalne w procesie integracji z Unią Europejską na przykładzie gminy Olsztyn*, Olsztyn 2004 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Maksyńko D., *Działalność społeczna i kulturalna mniejszości niemieckiej na Warmii i Mazurach w latach 1990-2002*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Marciniak T., *Symboliczne zawłaszczenie przestrzeni w środowiskach wielokulturowych. Mazurskie społeczności lokalne i małżeństwa mieszane etnicznie*, Toruń 2001 (unveröffentlichte Diss. in der Universitätsbibliothek Toruń).
- Pawelas M., *Prywatyzacja polskich przedsiębiorstw po 1989 roku na przykładzie firmy „Stomil Olsztyn” S.A.*, Warszawa 2002 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Pietroniu J., *Repatriacja Polaków w świetle działalności Wydziału Spraw Obywatelskich i Migracji Urzędu Wojewódzkiego w Olsztynie*, Olsztyn 2005 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Plotek M., *Warmia i Mazury w latach 1945-1946. Kształtowanie się nowej rzeczywistości społecznej, politycznej i gospodarczej*, Pułtusk 2007 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Samsel A., *Problem Okręgu Kaliningradzkiego wobec rozszczenia Unii Europejskiej na Wschód*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Szulc B., *Identyfikacja narodowa osób repatriowanych z Kazachstanu*, Poznań 2004 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Urban I., *Mniejszość niemiecka w Olsztynie*, Olsztyn 2005 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Wilamowski B., *Studia założeń i początków osadnictwa na terenie województwa olsztyńskiego w latach 1945-1948*, Olsztyn 1963 (Maschinenskript im Wojciech-Kętrzyński-Forschungszentrum Olsztyn).
- Wilkaniec W., *Szkolnictwo dla mniejszości ukraińskiej w powiecie bartoszyckim*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).
- Wyner Ż., *Spoleczność ukraińska w Bartoszycach*, Olsztyn 2003 (Maschinenskript in der Sammlung des Autors).

Zabłocki P., *Proces adaptacji i integracji społecznej mieszkańców Braniewa w latach 1945-1964*, Braniewo 1965 (Maschinenscript in der Sammlung des Autors).

## Veröffentlichte Literatur

- Achremczyk S., *Dzieje Gietrzwaldu do roku 1945*, Olsztyn 2002.
- , *Historia Warmii i Mazur od pradziejów do 1945 r.*, Olsztyn 1992.
- , *Olsztyn – Rok 1945*, in: *Olsztyńskie korzenie. Rok 1945. Relacje i wspomnienia*, wstęp i posłowie S. Achremczyk, Olsztyn 2006.
- , *Warmia*, Olsztyn 2000.
- „*A dąb rośnie*”. *Warmia i Mazury w reportażu po 1945 roku*, wybór T. Prusiński, wstęp A. Sakson, Warszawa, Dąbrówno 2002.
- Affeltowicz J., *Problem uprzemysłowienia Prus Wschodnich w latach 1871-1939 ze szczególnym uwzględnieniem oceny uprzemysłowienia obszaru obecnego województwa olsztyńskiego*, Olsztyn 1960.
- Albinus R., *Lexikon der Stadt Königsberg Pr. und Umgebung*, Leer 1985.
- Algusiewicz S., Jasiński J., T. Oracki T., *Wybitni Polacy w Królewcu XVI-XX wiek*, Olsztyn 2005.
- Aleje przydrożne. Historia, znaczenie, zagrożenie, ochrona*, red. K..A. Worobiec, I. Liżewska, Kadzidło, Olsztyn 2009.
- Aly G., *Państwo Hitlera*, Gdańsk 2006.
- Arani M. Y., *Deutsche Pressefotografie im Kontext der NS-Kriegspropaganda*, in: *Brechungen. Willy Prager: Rumänische Bildräume 1924-1944*, bearb. K. Hochstuhl, J. Wolf, Ostfildern 2007.
- , *Fotografische Selbst- und Fremdbilder von Deutschen und Polen im Reichsgau Wartheland 1939-1945: unter besonderer Berücksichtigung der Region Wielkopolska*, Teilband II, Hamburg 2008.
- Arbušauskaitė A., *Die alteingesessene Zivilbevölkerung des Memelgebietes während der sowjetischen Okkupation*. „Annaberger Annalen” 7/1999.
- , *Die Deportation der alteingesessenen Familien der Kurischen Nehrung 1949*. „Altpreußische Geschichte” 48/2000.
- , *Demographische Veränderungen auf der Kurischen Nehrung nach 1945*, „Annaberger Annalen” 1/1993.
- , *Deutschlands Politik gegenüber den litauischen Bürgern des Memellandes 1939 bis 1944*, in: *Vorposten des Reiches? Ostpreußen 1933-1945*, hrsg. von Ch. Pletzing, München 2006.
- , *Einige Aspekte der nationalen Selbsteinschätzung bei der altansässigen Bevölkerung der Kurischen Nehrung nach 1945*, „Annaberger Annalen” 2/1994.

- , *Kuršių Nerijų gyventojų socialiniai – demografiniai pokyčiai*, in: *Lietuvinkų Kraštas monografija*, red. N. Velius, A. Kaziukoniene, A. Matulevičius, V. Miilius, I. Seliutaite, Kaunas 1995.
- , *Lietuvos optantai: Klaipėdiškai 1939*, Klaipėda 2001.
- , *Memeländische Litauenoptanten – Geiseln zweier Totalitärer Regime*, „Annaberger Annalen” 8/2000.
- , *Tragedia Królewieckiej Ziemi*, „Obwód Kaliningradzki. Przegląd faktów, wydarzeń, opinii” 5/1995 (Nachdruck aus: „Respublika” vom 27.04.1995).
- , *Das tragische Schicksal Ostpreussens nach 1945 im Lichte neuer Dokumente*, „Annaberger Annalen” 3/1995.
- Armia Radziecka w Polsce 1945-1956. Dokumenty i materiały*, oprac. M. L. Krogulski, Warszawa 2003.
- Atlantyda Północy. Dawne Prusy Wschodnie w fotografii*, red. K. Brakoniecki, K. Nawrocki, Olsztyn 1993.
- Bachtin A. P., *Zur Situation der Baudenkmäler im Königsberger Gebiet am Beispiel der Sakralbauten*, in: „Ein schicklicher Platz?” *Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn*, hrsg. von F. Kluge, Osnabrück 1994.
- Baczewski J., *Wspomnienia Warmiaka*, Warszawa 1961.
- Bährens R., *Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion*, in: *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges*, hrsg. von E. Maschke, Bd. V/2, München 1965.
- Banasiak S., *Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego na Ziemiach Odzyskanych 1945-1947*, Poznań 1963.
- , *Główne kierunki migracji ludności niemieckiej w ostatnich miesiącach II wojny światowej oraz powstanie administracji polskiej na terenach odzyskanych*, Łódź 1974.
- , *Przesiedlenie Niemców z Polski w latach 1945-1950*, Łódź 1968.
- Baranowski H., Czarciński I., *Bibliografia bitwy pod Grunwaldem i jej tradycji*, Toruń 1990.
- Barfod J., *Zwischen Haff und Meer – die Künstlerkolonie Nidden*, in: *Kulturlandschaft Ost- und Westpreußen*, Potsdam 2005.
- Bartkowski J., *Integracja społeczna w świadomości lokalnych zbiorowości*, in: *Lokalne wzory kultury politycznej. Szkice ogólne i opracowania monograficzne*, red. J. Kurczewski, Warszawa 2007.
- , *Tradycja i polityka. Wpływ tradycji kulturowych polskich regionów na współczesne zachowania społeczne i polityczne*, Warszawa 2003.
- Bartoś M., Zalewska B., *Architektura w krajobrazie Warmii i Mazur*, Olsztyn 2003.

- Baryła T., *Pierwsze badania socjologiczne nad problemem polskiej ludności rodzimej Warmii i Mazur w świetle memoriału z lipca 1949 r.*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 4/1983.
- Bastian T., *Furchtbare Soldaten. Deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg*, München 1997.
- Bauman Z., *Nowoczesność i zagłada*, Warszawa 1991.
- Beba B., *Kierunek przemian tożsamości kulturowej Ukraińców na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998.
- , *Obyczajowość w rodzinie wśród mieszkańców Olsztyna*, Olsztyn 1994.
- , *Tradycja drobnomieszczańska w społeczności małomiasteczkowej Lidzbarka Welskiego*, Olsztyn 1982.
- Beckern E., Dubatow A., *Die Königsberg-Papiere. Schicksal einer deutschen Stadt. Eine Dokumentation aus russischen Archiven*, Bonn 1994.
- Bednarz K., *Fernes nahes Land. Begegnungen in Ostpreußen*, Hamburg 1995.
- Belzyt L., *Między Polską a Niemcami. Weryfikacja narodowościowa i jej następstwa na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1945-1960*, Toruń 1998.
- , *Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar*, Marburg 1998.
- Berlińska D., *Mniejszość niemiecka na Śląsku Opolskim w poszukiwaniu tożsamości*, Opole 1999.
- Beskid L., *Oblicze ubóstwa w Polsce*, in: *Zmiany w życiu Polaków w gospodarce rynkowej*, red. L. Beskid, Warszawa 1999.
- Bezenberger A., *Die Kurische Nehrung und ihre Bewohner*, Stuttgart 1889.
- Białostoczczyzna 1944-1945 w dokumentach podziemia i polskich władz*, oprac. J. Kułak, Warszawa 1998.
- Białuński G., *Stan badań historycznych nad dziejami Prusów po 1945 r.*, „Pruthenia” t. 1, 2006.
- , *Uwagi o zmianie nazw miejscowości w Prusach Wschodnich*, „Borussia” 16/1998.
- Bielawny K., *Kościół ewangelicko-augsburski na Warmii i Mazurach po II wojnie światowej w spojrzeniu historyczno-ekumenicznym*, Olsztyn 2008.
- , *Mała Ojczyzna – Mojtyny (Moythienen). Historia mazurskiej wioski*, Olsztyn 2006.
- Bierkowski T., *Społeczny ruch kulturalno-oświatowy na Warmii i Mazurach w latach 1945-1970*, Bydgoszcz, Olsztyn 1980.
- Bierula J., *Kwestia dziedzictwa kulturowego ziem pruskich*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 1/2002.
- Bingen D., *Obwód Kaliningradzki – stan obecny i perspektywy. Niemiecki punkt widzenia*, „Przegląd Zachodni” 3/1993.

- Bingen D., *Obwód Kaliningradzki i perspektywy współpracy europejskiej*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 2/1996.
- Biskup M., *Polska a Zakon Krzyżacki w Prusach w początku XVI wieku*, Olsztyn 1983.
- Bitowt R., *Wypędzenie*, „Borussia” 15/1997.
- Blanke R., *Polish-speaking Germans? Language and national identity among the Masurians since 1871*, Köln/Weimar/Wien 2001.
- Blond P. W., *Siepacze Hitlera. Oddziały specjalne SS do zwalczania partyzantki*, Warszawa 2008.
- Blumenwitz D., *Das Offenhalten der Vermögensfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen*, Bonn 1992.
- Błaszczyk G., *Litwa współczesna*, Warszawa, Poznań 1992.
- Böddeker G., *Nemmersdorf*, in: *Letzte Tage in Ostpreußen. Erinnerungen an Flucht und Vertreibung*, hrsg. von H. Reinob, München 1993.
- Boenigk J., *Minęły wieki a myśmy ostali. Wspomnienia*, Warszawa 1957.
- Bohmann A., *Menschen und Grenzen*, Bd. 3: *Strukturhandel der deutschen Bevölkerung im sowjetischen Staats- und Verwaltungsbereich*, Köln 1971.
- Bojar H., *Przestrzeń publiczna w „słabej” i „mocnej” społeczności lokalnej pogranicza – na przykładzie Braniewa i Włodawy*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, red. J. Kurczewska, H. Bojar, Warszawa 2005.
- Boockmann H., *Ostpreußen und Westpreußen*, Berlin 1992.
- Borejsza J. W., *Antyślawizm Adolfa Hitlera*, Warszawa 1988.
- Borowiec P., *Polska granica z Obwodem Kaliningradzkim wobec rozszerzenia Unii Europejskiej*, „Rocznik Wschodni” 9/2003.
- Borussia. Ziemia i ludzie. Antologia literacka*, red. K. Brakoniec, W. Lipscher, Olsztyn 1999 (deutsche Ausgabe: *Meiner Heimat Gesicht. Ostpreußen im Spiegel der Literatur*, hrsg. von W. Lipscher, K. Brakoniec, München 1996).
- Böhmer L., *Erinnerungen eines Ostpreußen-Flüchtlings*, in: M. Weber, *Frauen auf der Flucht*, Bielefeld 2005.
- Brackmann K. H., Birkenhauer R., *NS-Deutsch. „Selbstverständliche” Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus*, Straelen 1988.
- Brenz A., *Niemieckie wiejskie cmentarze jako element krajobrazu kulturowego środkowego Naodrza*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- Brodersen P., *Die Stadt im Westen – Wie Königsberg, Kaliningrad wurde*, Göttingen 2009.
- , *Gebrochene Identitäten. Das Gebiet Kaliningrad nach 1945*, „Osteuropa” 1/2007.
- Broszat M., *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945*, Stuttgart 1961.

- Browiński C., *Olsztyn. 1945-1970*, Olsztyn 1974.
- Budakowska E., *Spoleczno-kulturowe relacje transgraniczne Klajpedy w świetle przemian miasta portowego* in: *Transgraniczność w perspektywie socjologicznej. Komunikaty i komentarze*, red. M. Zieleńska, t. 2, Zielona Góra 2003.
- Buder B., *Jenseits von Oder und Neisse aus den polnischen West und Nordgebieten*, Bautzen 1962.
- , *Za Odrą i Nysą. Reportaże z polskich Ziemi Zachodnich i Północnych*, „Borussia” 43/2008.
- Budnikowski T., *Ekonomiczne aspekty dotyczące teraźniejszości i przyszłości Obwodu Kaliningradzkiego*, „Przegląd Zachodni” 3/1993.
- Bystrzycki P., *Działdowszczyzna w latach II Rzeczypospolitej. Życie społeczno-polityczne*, Olsztyn 1997.
- Chandavoine I., *Prancūzmetis Klaipėdoje ir kas po to (1920-1923)*, Vilnius 2003.
- Chelminiak M., *Polska polityka zagraniczna a perspektywy rozwoju kontaktów Polski z Obwodem Kaliningradzkim Federacji Rosyjskiej*, in: *Polska a Obwód Kaliningradzki Federacji Rosyjskiej. Teraźniejszość i wyzwania przyszłości*, red. A. Żukowski, Toruń 2008.
- Chłosta J., *Deportacje ludności cywilnej Prus Wschodnich do pracy w głąb ZSRR w 1945 roku (na podstawie wspomnień)*, „Rocznik Mazurski” t. VIII, 2004.
- , *Prawda o plebiscytach na Warmii, Mazurach i Powiślu*, „Siedlisko” 5/2008.
- , *Słownik Warmii (historyczno-geograficzny)*, Olsztyn 2002.
- Chodkiewicz M. J., *Po zagładzie. Stosunki polsko-żydowskie 1944-1947*, Warszawa 2008.
- Chojnacki A., *Związek Mazurów w Działdowie (1935-1939)*, „Przegląd Historyczny” T. LXVI, 1975.
- Chojnacki W., *Sprawy Mazur i Warmii w korespondencji Wojciecha Kętrzyńskiego*, Wrocław 1952.
- Chojnowska A., *Operacja „Wisła” (przesiedlenie ludności ukraińskiej, Ziemi Zachodnie i Północne w 1947 roku)*, „Zeszyty Historyczne” t. 102, Paris 1992.
- Chwieduk A., *Alzatzycy. Dylematy tożsamości*, Poznań 2006.
- Cichocki B., Pełczyńska-Nałęcz K., Wilk A., *Obwód Kaliningradzki w kontekście rozszerzenia Unii Europejskiej*, „Prace Ośrodka Studiów Wschodnich” 2/2001.
- Ciesielski S., Gryciuk G., Srebrakowski G., *Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej*, Wrocław 1993.
- Cimała B., *Kolektywizacja wsi polskiej*, Opole 1995.
- Cyfus E., „...a życie toczy się dalej”, t. 1, Olsztyn 2003; t. 2, Olsztyn 2006; t.3, Olsztyn 2010.
- Cygański M., Dubicki T., *Niemcy wschodnio-baltyccy w Estonii, na Łotwie i Litwie. Zarys dziejów do roku 1920*, Łódź 2004.

- Czapiński J., *Adaptacja Polaków do zmiany społecznej: dla kogo III Rzeczpospolita okazała się matką, dla kogo zaś – macochą*, in: *Reformy społeczne. Bilans dekady*, red. M. Rymśza, Warszawa 2004.
- Czarnecki D., *Wykaz szkół w których organizowane są zajęcia dla uczniów podtrzymujące tożsamość etniczną mniejszości narodowych*, Olsztyn 2004.
- Czerniakiewicz J., Czerniakiewicz M., *Przesiedlenia ludności w Europie 1915-1959*, Warszawa 2005.
- Czerniakiewicz J., *Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944-1948*, Warszawa 1987.
- Czesła A., *Niemcy na Warmii i Mazurach w okresie transformacji ustrojowej w Polsce*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998.
- Czołgoszewski J., *Więziennictwo okresu stalinowskiego na Warmii i Mazurach w latach 1945-1956*, Olsztyn 2002.
- Darski W. M., *Mazurskie losy*, „Dialog. Deutsch-polnisches Magazin” 80-81/2007-2008.
- , *Mazury od środka. Bedeker dla przyjaciół*, Giżycko 2009.
- , *My Krzyżaki, czyli metafizyka spotkań coraz bliższego stopnia i powrotów*, in: W. M. Darski, *Goniąc kormorany...Ballada o Giżycku*, Olsztyn 2004.
- , *Przypisani Północy. Rzecz o młodym ruchu społeczno-kulturalnym na Warmii, Mazurach i Suwalszczyźnie*, „Masovia. Pismo poświęcone dziejom Mazur” 2/1999.
- Das Gebiet Kaliningrad (Königsberg). Bestandsaufnahme und Perspektive. Deutsche Ansichten*, Köln 1993.
- Das nördliche Ostpreußen nach 1945 – Deutsch-russisches und russisch-deutsches Ortsnamenverzeichnis mit einer Dokumentation der Demarkationslinie*, bearb. P. Wörster, „Dokumentation Ostmitteleuropa. Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa. Neue Folge” Jg 6, Juni 1980, H. 2/2.
- Davies N., *Europa. Rozprawa historyka z historią*, Kraków 2002.
- Degem R., *Kancelaria wojewódzkich urzędów administracji ogólnej na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1950*, Warszawa 2005.
- Dehnen M., *Die Kriegsgräber in Ostpreußen von 1914/1915*, Würzburg 1966;
- , Raschdorff W., *Heldenfriedhöfe in Ostpreußen*, Königsberg 1939.
- Deichelmann H. (Pseud. von J. Schubert), *Ich sah Königsberg sterben. Tagebuch eines Arztes*, Aachen 1948.
- Denny I., *Upadek twierdzy Hitlera. Bitwa o Królewiec*, Warszawa 2007.
- Der Fotograf ist da! Die Bewohner des ehemaligen Ostpreußen auf alten Aufnahmen des Denkmalamtes Königsberg*, Warszawa 2005.
- Der ostpreußische Mensch*, hrsg. von Dr. Lau, Das nationalsozialistische Ostpreußen, Königsberg 1934.

- Deutsche Erinnerungsorte*, hrsg. von H.E. François, H. Schulze, München 2001.
- Deutsche Geschichte in Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie*, hrsg. von H. J. Karp, Marburg 1997.
- Die deutsche Volksgruppe in Litauen und in Memelland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-litauischen Verhältnisses*, hrsg. von V.B. Meissner, Hamburg 1998.
- Diagnoza społeczna 2007. Warunki i jakość życia Polaków. Raport*, red. J. Czapliński, T. Panek, Warszawa 2007.
- Die grosse Not des deutschen Ostens*, hrsg. von Dr. Hesse, Berlin 1931.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- Mitteleuropa*, Bd. I/1: *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse*, bearb. Th. Schiedler, o. O. u. J..
- Dittrich F., *Kulturkampf im Ermland*, Berlin 1913.
- Dobre Miasto w starych widokówkach, ehem. Guttstadt auf alten Postkarten*, Dobre Miasto 2007.
- Dobrowolski K., *Studia nad życiem społecznym i kulturą*, Wrocław 1966.
- Dobrzycki W., *Historia stosunków międzynarodowych w czasach nowożytnych 1815-1945*, Warszawa 2000.
- Domagała B., *Kształtowanie się tożsamości młodego pokolenia Mazurów w życiorysach wychowanków Mazurskiego Uniwersytetu Ludowego, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 3/1991.*
- , *Mniejszość niemiecka i „Borussia” wobec dziedzictwa kulturowego Warmii i Mazur*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- , *Mniejszość niemiecka i mniejszość ukraińska na Warmii i Mazurach. Dwa wzorce rozwiązywania problemów związanych z nauczaniem języka obcego*, in: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością*, red. A. Sakson, Poznań 2008.
- , *Mniejszość niemiecka na Warmii i Mazurach. Rodowód kulturowy, organizacja, tożsamość*, Olsztyn 1996.
- , *Miejszości narodowe na Warmii i Mazurach. Obecność instytucjonalna, znaczenie symboliczne*, in: *Oblicza lokalności. Różnorodność miejsc i czasu*, red. J. Kurczewska, Warszawa 2006.
- , *Problematyka narodowa w publicystyce mniejszości niemieckiej na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 1998.
- , *Próby przekształcenia świadomości Mazurów i Warmiaków we wspomnieniach uczestników Mazurskiego Uniwersytetu Ludowego w Rudziskach Pasymskich*, in: *Wysiedlać czy repolonizować?: dylematy polskiej polityki wobec Warmiaków i Mazurów po 1945 roku*, red. T. Filipkowski, W. Gieszczyński, Olsztyn 2001.

- , *Prusy Wschodnie – Warmia i Mazury. Dziedzictwo historyczne i nowa tożsamość*, in: *Spoleczeństwo pogranicza polsko-niemieckiego. Wyzwania i dylematy*, red. R. B. Woźniak, Ż. Stasienuk, Szczecin 2007.
- , *Ukraińcy na Warmii i Mazurach. Studium procesów asymilacji*, Olsztyn 2009.
- , *Warmia i Mazury – dezintegracja i tożsamość po 1945 roku*, „Borussia” 3-4/1992.
- Domańska L., *Deprywacja potrzeb byłych pracowników państwowych przedsiębiorstw gospodarki rolnej*, Toruń 2003.
- Domański H., *Hierarchie i bariery społeczne w latach dziewięćdziesiątych*, Warszawa 2000;
- , *O ruchliwości społecznej w Polsce*. Warszawa 2004.
- , *Struktura społeczna*, Warszawa 2004.
- , Rychard A., Śpiewak P., *Polska jedna czy wiele?* Warszawa 2005.
- Dönhoff M. Gräfin, *Eine Kindheit in Ostpreußen*, Berlin 1988.
- , *Namen, die keiner mehr nennt. Ostpreußen – Menschen und Geschichte*, Düsseldorf, Köln 1962.
- , *Bemerkungen zur Geschichte Ostpreußens*, in: M. Jackiewicz-Garniec, M. Garniec, *Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen*, Olsztyn 2001.
- Donskis L., *Klaipeda auf des modernen Gedächtnisses. Ein Essay die Identitätssuche in einer Stadt des 21. Jahrhunderts*. „Nordost- Archiv” Bd. X, 2001.
- Dostoprimieczatielnosti jantarnogo kraja. 750 Kaliningradu. 60 lat Wielikoj Pobedy. 60 lat Kaliningradskoj Oblasti*, Kaliningrad 2005.
- Drej S., *Święta Warmia*, Olsztyn 2007.
- Drozd R., *Droga na Zachód. Osadnictwo ludności ukraińskiej na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski w ramach akcji „Wisła”*, Warszawa 1997.
- , *Polityka władz wobec ludności ukraińskiej w Polsce w latach 1944-1989*, Warszawa 2001.
- , *Zasady rozmieszczenia ludności ukraińskiej na Ziemiach Odzyskanych w ramach akcji „Wisła”*, „Ślupskie Studia Historyczne” 3/1993.
- Drzewiecki A., *Obwód Kaliningradzki w polityce bezpieczeństwa Polski i Litwy w kontekście rozszerzenia NATO i Unii Europejskiej na Wschód*, in: *Kraje Europy Środkowej i Wschodniej wobec procesu integracji europejskiej*, red. J. Albin, J. Kupczak, Wrocław 2001.
- Dubowa H. A., Łopulienko N. A., Martynowa M. J., *Kaliningradskaja Oblast: Sowietniemiennye etnokulturnyje processy*, Moskwa 1998.
- Działdowo. Z dziejów miasta i powiatu*, red. W. Korycka, Olsztyn 1966.
- Dzieciństwo i młodość ze znakiem „P”. Wspomnienia*, wybór i oprac. B. Koziełło-Poklewski, B. Łukaszewicz, Olsztyn 1982.
- Dzun W., *Państwowe gospodarstwa rolne w rolnictwie polskim w latach 1944-1990*, Warszawa 1991.

- , *Warunki pracy i życia w PGR*, Warszawa 1987.
- Eberhard P., *Obwód Kaliningradzki wczoraj, dziś, jutro*. „Przegląd Wschodni” 1994, H. 4.
- Eisenach A., *Hitlerowska polityka zagłady Żydów*, Warszawa 1961.
- Ekdahl S., *Tannenberg – Grunwald – Žalgiris: Eine mittelalterliche Schlacht im Spiegel deutscher, polnischer und litauischer Denkmäler*, „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft” H. 2, 2002.
- Engel-Braun-Schmidt A., „*Im Schatten des Schlosses*”: Königsberg/Kaliningrad, in: *Gedächtnisorte in Osteuropa. Vergangenheiten auf dem Prüfstand*, hrsg. von R. Jaworski, J. Kusber, L. Steindorff, Frankfurt a. M. 2004.
- Erinnern, Vergessen, Verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, hrsg. von E. Kobylińska, A. Lawaty, Wiesbaden 1998.
- Ermacora F., *Das deutsche Vermögen in Polen. Ein Rechtsgutachten*, Herbig 1996.
- Eßer B., *Dwie historie z Mazur. Rozważania porównawcze na temat procesu adaptowania*, „Masovia” t. 2, 1999.
- , „*Historia*” jako aspekt społecznego funkcjonowania małej ojczyzny – spostrzeżenia z Mazur, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- , *Pomnik niemieckiego żołnierza czy religijne miejsce pamięci?*, „Przegląd Zachodni” 1/2000.
- Evangelicy duchowni i parafianie. Powojenne lata w Olsztynie i na Mazurach*, red. E. Kruk, Olsztyn 2007.
- Evangelicy na Warmii i Mazurach. Dzieje i współczesność*, red. E. Kruk, Olsztyn 2001.
- Falter J. W., *Hitlers Wähler*, München 1991.
- Faszystwy europejskie (1922-1945) w oczach współczesnych i historyków*, wybór J. W. Borejsza, Warszawa 1979.
- Fedyszak-Radziejowska B., *Etos pracy rolnika. Modele społeczne a rzeczywistość*, Warszawa 1992.
- Fiedor K., „*Dyktat wersalski*” w propagandzie i publicystyce Republiki Weimarskiej, in: *Niemcy w polityce międzynarodowej 1919-1939*, t. 1: *Era Stresemanna*, red. S. Sierpowski, Poznań 1990.
- Filipkowski T., *Nauczyciele polscy w Niemczech 1919-1939*, Olsztyn 1992.
- , *Oświata na Warmii i Mazurach w latach 1945-1960*, Warszawa 1978.
- , *Próby pozyskania dla polskości Warmiaków i Mazurów po 1945 roku*, in: *Wysiedlać czy repolonizować?: dylematy polskiej polityki wobec Warmiaków i Mazurów po 1945 roku*, red. T. Filipkowski, W. Gieszczyński, Olsztyn 2001.
- , *W obronie polskiego trwania*, Olsztyn 1989.

- , *Zagadnienie Prus Wschodnich w memorialach przedłożonych Polskiemu Komitetowi Wyzwolenia Narodowego*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 1/1980.
- Filozofia długiego trwania. Rozmowa Hansa-Jürgena Bömelburga, Huberta Orłowskiego, Andrzeja Saksona, Roberta Traby, Rafała Żytyńca*, „Borussia” 39/2006.
- Fisch B., *Nemmersdorf Oktober 1944. Was in Ostpreußen wirklich geschah*, Berlin 1998.
- , Klemeszewa M., *Zum Schicksal der Deutschen in Königsberg 1945-1948 (im Spiegel bisher unbekannter russischer Quellen)*, „Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung” 1995, H. 3.
- Fittkau G., *Mój trzydziesty trzeci rok życia*, Olsztyn 1994.
- Formuszewicz R., *Specyfika współpracy zagranicznej samorządu terytorialnego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, in: *Ziemie Odzyskane/Ziemie Zachodnie i Północne 1945-2005 – 60 lat w granicach państwa polskiego*, red. A. Sakson, Poznań 2006.
- Forstreuter K., *Die Anfänge der Sprachenstatistik in Preußen und ihre Ergebnisse zur Litauerfrage*, „Zeitschrift für Ostforschung” 2/1953.
- , *Memelland*, Elbing 1939.
- Francūzai Klaipėdoje 1920-1923. Les Français à Kleipėdas 1920-1923*, Klaipėda 2007.
- Frank H., *Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus*, Krakau 1943.
- Frenzkowski K., *Pamiętnik Warmiaka*, wstęp i oprac. J. Chłosta, Olsztyn 2005.
- Fröbarth V., *Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Rußlands 1991-2000*, Berlin 2001.
- Gaigalaite A., *Lietuva Paryžiuje 1919 metais*, Kaunas 1999.
- Galцова S., *Die Neusiedler auf dem Gebiet Ostpreußens (Kaliningrader Oblast)*, „Annaberger Annalen” 7/1999.
- Galcow W., *Grundlegende Besonderheiten der Geschichte des Kaliningrader Gebietes*, „Annaberger Annalen” 7/1999.
- , *Obwód Kaliningradzki w latach 1945-1991. Społeczeństwo, gospodarka, kultura*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 2/1996.
- Galcow W. U., *Königsbergskij nestor*, Kaliningrad 2002.
- Galuba R., *Wysiedlanie ludności ukraińskiej na Ziemiach Zachodnie i Północne w ramach akcji „Wisła”*, in: *Pomorze trudna ojczyzna? Kształtowanie się nowej tożsamości 1945-1995*, red. A. Sakson, Poznań 1996.
- Gause F., *Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen*, Bd. 1-3, Köln, Wien 1965-1971.
- , *Geschichte des Amtes der Stadt Soldau*, Marburg 1958.

- Gaździńska-Goraj M., *Przemiany społeczno-gospodarcze obszarów wiejskich województwa warmińsko-mazurskiego*, Olsztyn 2004.
- Gelewski T. M., *Rola Prus Litewskich w stosunkach polsko-litewskich w XX wieku (do 1939 roku)*, in: *Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Z zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku)*, red. A. Skrzypek, S. Szostakowski, Olsztyn 1992.
- Gelles R., *Rola szkoły niemieckiej w kształtowaniu obrazu Polski i Polaków w okresie międzywojennym*, Wrocław 1986.
- Generalny Plan Wschodni. Zbiór dokumentów*, red. Cz. Madajczyk, Warszawa 1990.
- Genys J., Andrijauskas E., *Städteplanung und Architektur in Klaipėda in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert*, „Nordost Archiv” Bd. X, 2001.
- Gerber K., *Vom alten Preussenland, 1200 bis 1400. Natur, Kultur, Geschichte*, Groß-Umstadt 1987.
- Gerstenberg J., *Der erste Einblick von Kaliningrad*, in: *W dialogu z historią. Mit der Geschichte im Dialog. Między Prusami Wschodnimi a Warmią i Mazurami. Zwischen Ostpreußen und Warmia i Mazury. Dokumentacja/Dokumentation*, red. M. Diefenbach, J. Gerstenberg, S. Leszkowska, Frankfurt/O. 2005.
- Gerwarth R., *Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler*, München 2007.
- Gieszczyński W., *Państwowy Urząd Repatriacyjny w osadnictwie na Warmii i Mazurach (1945-1950)*, Olsztyn 1999.
- , *Udział Państwowego Urzędu Repatriacyjnego w akcji przesiedleńczej ludności niemieckiej z Warmii i Mazur po zakończeniu II wojny światowej*, in: *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945...*
- , Gieszczyńska R., *Żydzi na Warmii i Mazurach po II wojnie światowej. Zarys problematyki*, „Pamięć i Sprawiedliwość” 2/2006.
- Giordano R., *Ostpreußen ade. Reise durch ein melancholisches Land*, Köln 1994.
- Golon M., *Majątki ziemskie na Ziemiach Odzyskanych pod radziecką administracją wojskową w latach 1945-1950*, in: *Władza komunistyczna wobec Ziemi Odzyskanych po II wojnie światowej*, red. S. Łach, Słupsk 1997.
- Gordiejew I. A., *Kaliningradskaja oblast w 1945-1946 godach*, „Woprosy Istorii” 4/1995.
- Goring G. H., *Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1991.
- , *Das nördliche Ostpreußen. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1995.
- Görlitz W., *Die Prußen. Die alten Bewohner Ostpreußens. Geschichte, Kultur und Verschmelzung mit den Deutschen*, Hamburg 1980.

- Gorzela G., *Przyszłość polskich regionów*, in: *Jaki region? Jaka Polska? Jaka Europa? Studia i szkice socjologiczne*, red. M. Szczepański, Katowice 2001.
- Gotesman K., *Piekło na ziemi*, in: *Dzieciństwo i młogość ze znakiem „P”*, wybór i oprac. B. Koziello-Poklewski, B. Łukaszewski, Olsztyn 1982.
- Górecki J., *Status prawny nieruchomości pozostawionych przez osoby wyjeżdżające z Polski do Republiki Federalnej Niemiec w latach 1956-1989*, in: *Transfer, obywatelstwo, majątek: trudne problemy stosunków polsko-niemieckich*, red. W. M. Góralski, Warszawa 2005.
- Grabowska C., *Olsztyn na starych pocztówkach. Olsztyn auf alten Postkarten*, Olsztyn 2003.
- Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, red. J. Kurczewska, H. Bajor, Warszawa 2005
- Grass G., *Im Krebsgang*, Göttingen 2002.
- Gras A., *Kwestia nieruchomości w Polsce Północnej i Zachodniej w stosunkach polsko-niemieckich*, in: *Polacy i Niemcy na drodze do partnerskiego sąsiedztwa. Próba bilansu dziesięciolecia 1989-1999*, red. D. Bingen, K. Malinowski, Poznań 2000.
- Gross J. T., *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka*, Sejny 2000.
- , *Strach. Antysemityzm w Polsce tuż po wojnie. Historia moralnej zapaści*, Kraków 2008.
- , *Upiorna dekada. Trzy eseje o stereotypach na temat Żydów, Polaków, Niemców i komunistów, 1939-1948*, Kraków 1998.
- Grot O., *W kręgu spraw ojczyźnych*, Olsztyn 1982.
- Grunberger R., *Historia społeczna Trzeciej Rzeszy*, t. 1, Warszawa 1987.
- Grünberg H. B. von, *Das neue Ostpreußen. Rechenschaft über den Aufbau der Provinz*, Königsberg 1938.
- Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945*. Reihe A: *Preußen*, hrsg. von W. Hubatsch, Bd. 1: *Ost und Westpreußen*, bearb. von D. Stüttgen, Marburg/Lahn 1975.
- Gubin A., *Czy nasza ojczyzna w Kaliningradzie? „Borussia”* 8/1994.
- Gwiaździńska-Goraj M., *Przemiany społeczno-gospodarcze obszarów wiejskich województwa warmińsko-mazurskiego*, Olsztyn 2004.
- Górczyńska-Przybyłowicz B., *Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich*, Ciechanów 1989.
- Gumkowski J., *Obóz hitlerowski w Działdowie*, „Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce” t. X, Warszawa 1958.
- Hagemann J., *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970.
- Hahnová E., Hahn H. D., *Sudetoněmecká vzpomínání a zapominání*, Praha 2002.
- Hasse A., *Die Bevölkerung von Ostpreussen*, Jena 1916.

- Haupt W., *Das Ende im Osten 1945. Chronik vom Kampf in Ost- und Mitteldeutschland*, Eggolsheim 2009.
- Heil Hitler, Herr Lehrer. *Volkschule 1933-1945*. Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum (Hrsg.), Reinbek bei Hamburg 1983.
- Heimat und Ethnizität. *Über den Umgang mit Fremdheit in Masuren und Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg*, „Nordost-Archiv“ 1999, H. 1.
- Heine-Greenberg I., *Erich Mendelsohn. Olsztyn-Jerozolima-San Francisco*, Olsztyn 2006.
- Hejger M., *Polityka narodowościowa władz polskich w województwie gdańskim w latach 1945-1947*, Słupsk 1998.
- Heller J., Warzała R., *Gospodarka regionu warmińsko-mazurskiego na tle kraju*, in: *Warmia i Mazury w obliczu przemian cywilizacyjnych. 15 lat przekształceń gospodarczych i społecznych 1990-2005*, Olsztyn 2006.
- Hermann A., *Klaipėdiškių liminas Lietuvoje po 1945 metų*, in: A. H e r m a n, *Lietuvių ir vokiečių kaimynystė. Straipsnių rinkimp*, Baltos lankas 2000.
- , *Klaipėdiecių likimas po 1945 metų*, „Akiračiai“ 5/1988.
- , *Lietuvių ir vokiečių kaimynystė. Straipsnių rinkimp*, Baltos lankos 2004.
- , *Die Memelländer in der Heimat nach 1945 und ihr Verhältnis zu den Litauern*, Litauisches Kulturinstitut, Jahrestagung 1987, Lampertheim 1998.
- , *Preußisch-Litauer und die Evangelische Kirche Ostpreußens 1871-1933*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach der Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osna-brück 2000.
- , *Das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Memelländer nach 1945*, „An-naberger Annalen“ 1/1993.
- , *Die Situation der deutschen Minderheiten in Litauen zwischen 1945-1988*. „Annaberger Annalen“ 4/1996.
- Hermanowski G., *Ostpreußen Wegweiser durch ein unvergessenes Land*, Augsburg 1996.
- Hertz-Eichenrode D., *Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums*, „Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze“ t. 1, Olsztyn 1986.
- , *Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik*, Köln, Opladen 1969.
- Hirsch H., *Zemsta ofiar. Niemcy w obozach w Polsce 1944-1950*, Warszawa 1999.
- Holzer J., *Europejska tragedia XX wieku. II wojna światowa*, Warszawa 2005.
- Hołub A., *Lewica liberalna w Prusach Wschodnich wobec Polaków. Stereotyp Polski i Polaków na łamach „Königsberger Hartungische Zeitung“ w latach 1860-1880*, Toruń 2009.

- Hoppe B., *Auf den Trümmern von Königsberg, Kaliningrad 1946-1970*, München 2000.
- Hrywna I., *Mniejszość ukraińska w województwie olsztyńskim w latach 1947-1970*, Biuletyn Naukowy Akademii Rolniczo-Technicznej, Nr. 2, Olsztyn 1990.
- , *Życie społeczno-kulturalne Ukraińców na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998.
- Hubatsch W., *Masuren und Preußisch-Litauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870-1920*, „Zeitschrift für Ostforschung” 1965, H. 4.
- Hunecke B., *„Im Augenblick zieht sich jeder in sein Nest zurück”. Persönliche Netzwerke und Ethnizität. Krisenbewältigungsstrategien von Frauen im ländlichen Masuren (Nordostpolen)*, Münster 1999.
- Hut P., *Repatriacja Polaków ze Wschodu w latach dziewięćdziesiątych*, „Przegląd Wschodni” 1/2002.
- , *Warunki życia i proces adaptacji repatriantów w Polsce w latach 1992-2000*, Warszawa 2002.
- Ignar M., *Pracownicy państwowych gospodarstw rolnych*, Warszawa 1975.
- Irmscher T. H., *Deutsch-polnische Vermögensfragen. Eine deutsche Sicht*, in: *Ansprüche? Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen*, „Welt-Trends. Zeitschrift für internationalen Politik” 3/2007.
- Iwanow L., *Rossija ili Moskowija. Geopoliticeskoje izmierenie nacyonalnoj biezopasnosti Rossii*, Moskwa 2002.
- Iwanowska A., *Program rozwoju małych miast we Fromborku*, in: *Edukacja jako czynnik rozwoju społeczności lokalnych małych miast*, red. A. Iwanowska, Pułtusk 2004.
- Iwczenko W. W., *Nauczno-techniczeskij potencjał osoboj ekonomiczeskoj zony Rossii / Kaliningrad*, Kaliningrad 1998.
- Informacja o sytuacji na wojewódzkim rynku pracy w okresie styczeń-maj 2004 roku*. Wojewódzki Urząd Pracy w Olsztynie, Olsztyn 2004.
- Informator handlowy dla przedsiębiorców. Warunki działania w Obwodzie Kaliningradzkim*, Wydział Ekonomiczno-Handlowy Konsulatu Generalnego RP w Kaliningradzie, Kaliningrad 2005.
- Jackiewicz-Garniec M., Garniec M., *Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen*, Olsztyn 2001.
- Jackiewicz M., *Wędrówki po Litwie. Praktyczny przewodnik turystyczny*, Warszawa 2004.
- Jagucki ks. dr A., *Mazurskie dole i niedole. Wspomnienia i refleksje z lat pracy na Mazurach*, oprac. E. Kruk, Olsztyn 2004.
- Janecke S., *Die „Deutsche Schule” in Klaipeda*, „Annaberger Annalen” 5/1997.

- Jankowiak S., *Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej w polityce władz polskich w latach 1945-1970*, Warszawa 2005.
- Janowicz Z., *Ustrój administracyjny ziem polskich wcielonych do Rzeszy Niemieckiej 1939-1945*, Poznań 1951.
- Janusz G., *Status ludności niemieckiej w Polsce w latach 1944-1950. Analiza i wybór aktów normatywnych*, Lublin 2005.
- Januszkiewicz Z., *Stalag I B. Miejsce niewoli i niedoli*, Olsztyn 1982.
- Jarosz D., *Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948-1956 a chłopcy*, Warszawa 1998.
- Jasiński G., *Kościół ewangelicki na Mazurach w XIX wieku (1817-1914)*, Olsztyn 2003.
- , *Mazurzy w drugiej połowie XIX wieku. Kształtowanie się świadomości narodowej*, Olsztyn 1994.
- Jasiński J., *Historia Królewca. Szkice z XIII-XX stulecia*, Olsztyn 1994.
- , *Napoleon w Olsztynie i okolicach (1807)*, Olsztyn 2003.
- , *Poczucie regalistyczne, wyznaniowe i językowo-etniczne Mazurów w XIX wieku (do 1870)*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 3-4/1985.
- , *Polska edycja antologii literackiej ziem pruskich*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 4/1999.
- , *Polska wobec dziedzictwa historycznego Prus Wschodnich po 1945 r.*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- , *Problematyka języków niemieckich w Prusach Wschodnich w I połowie XIX wieku*, in: *Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku*, red. J. Jasiński, Olsztyn 1993.
- , *Świadomość narodowa na Warmii w XIX wieku. Narodziny i rozwój*, Olsztyn 1983.
- , *W obronie pojęcia Warmia i Mazurzy*, „Zapiski Historyczne” 4/2001.
- , *Wschodniopruskie kampanie Napoleona. Wielka Armia i Wojska Polskie w 1807 roku. Historia, tradycja, legendy*, Olsztyn 2007.
- , *W związku z „odpowiedzią” Kazimierza Brakonieckiego*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 1/2000.
- , *Zarys historii Prus Wschodnich*, in: *Atlantyda Północy. Dawne Prusy Wschodnie w fotografii*, Olsztyn 1993.
- , *Żołnierze polscy na Mazurach (1807)*, Olsztyn 2004.
- , Jędrzejewski E., *Hitlerowska koncepcja administracji państwowej 1933-1945. Studium polityczno-prawne*, Wrocław 1975.
- , Tomkiewicz R., *Lec-Łuczany-Giżycko. Z dziejów nazwy mazurskiego miasta, „Masovia” t. 2*, 1999.

- Juchniewicz M., *Repatriacje ludności polskiej z ZSRR w latach 1955-1959*, Wrocław 1999.
- Jak żyją Polacy*, red. H. Domański, A. Ostrowska, A. Rychard, Warszawa 2000.
- Kabus R., *Juden in Ostpreußen*, Husum 1998.
- Kaczmarek R., *Polacy w Wehrmachcie*, Kraków 2010.
- Kairiūkštytė N., *Deutsche in Litauen 1945-1960, dargestellt anhand von Behördenakten*, in: *Die Grenze als Ort der Annäherungen*, Köln 1992.
- „Kaliningradskaja problema” w zierkale obszczestwiennogo mnienija. *Analitičeskij obzor po dannym woprosow obszczestwiennogo mnienija*, Kaliningrad/Moskwa 2002.
- Kaliningrad. Rosyjska Specjalna Strefa Ekonomiczna*, Kaliningrad 1997.
- Kaliningrad. Architektura Kienigsberga*, Moskwa 2005.
- Kaliningrad. Karty gorodow Rossii*, Moskwa 2005.
- Kaliningradskaja Oblast’ – strategija sotrudnicestwa*, Moskwa 2004.
- Kaliningradskaja Oblast’. Istorija. Ekonomika. Kultura. Priwda*, red. K. F. Szczekin, Kaliningrad 1978.
- Kaliningradskaja oblast. Putiewoditel*, Moskwa 2005.
- Kałganow E. M., *Zasielenije Kaliningradskoj Oblasti*, in: *Učennyye zapiski Kaliningradskogo Gosudarstwiennogo Pedagogičeskogo Instituta*, Wypusk VIII, Kaliningrad 1962.
- Kamiński A. Z., *Korupcja rządów. Państwa komunistyczne w dobie globalizacji*, Warszawa 2004.
- Kardach M., Traba E., *Projekt „Purda”, czyli badanie i przeżywanie pogranicza polsko-niemieckiego*, in: *Purda 1900-2006. Portret wsi. Gross Purda 1900-2006. Das Porträt eines Dorfes*, red. M. Kardach, J. Pilecki, E. Traba, Olsztyn 2008.
- Kardela P., *Olsztyński Marzec ’68 i działania Służby Bezpieczeństwa*, „Dzieje Najnowsze” 1/2008.
- Karkowska M., *Przeszłość bliższa i dalsza w świadomości elit lokalnych Włodawy i Braniewa*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, red. J. Kurczewska, H. Bajor, Warszawa 2005.
- Karwacki A., *Marginalizacja środowisk popegeerowskich w Polsce. Społeczno-kulturowe konsekwencje uwikłania w biedę jako wyzwanie dla polityki społecznej*, in: *Współczesne społeczeństwo polskie*, red. R. Suchocka, Poznań 2002.
- Kaunas D., *Mažosios Lietuvos Spaustuvės 1524-1940 metais*, Vilnius 1987.
- Kaźmierska K., *Analiza procesu wykorzenia w narracjach wojennych mieszkańców Kresów Wschodnich*, „Studia Socjologiczne” 1/1997.

- Keim K. D., *Peripherisierung ländlicher Räume*, „Aus Politik und Zeitgeschichte” 37/2006.
- Kershaw I., *Hitler, 1936-1941: nemezis* Poznań 2004.
- Kersten K., *PKWN 22 lipiec – 31 grudzień 1944*, Lublin 1965.
- Kibelka R., *Deutsche in Litauen heute. Sechs Bemerkungen zum Minderheitenspektrum im Jahr 1995*, „Annaberger Annalen” 5/1997.
- , *Memellandbuch. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2002.
- , *Ostpreußens Schicksalsjahre 1945-1948*, Berlin 2004.
- , *Wolfskinder. Grenzgänger an der Memel*, Berlin 2003.
- Kierejczyk E., *Województwo olsztyńskie w latach 1945-1949. Kształtowanie się administracji ogólnej, rad narodowych i samorządu terytorialnego*, Olsztyn 1980.
- Kierser W., *Der Aufbau im Gebiet Zichenau*, Berlin 1941.
- Kiersztyn A., *Czy bieda czyni złodzieja? Związki między bezrobociem, ubóstwem a przestępczością*, Warszawa 2007.
- Kijas A., *Polacy w Kazachstanie*, Poznań 1993.
- Klaipėdos kraštas 1920-1924 M. Archyvinuose Dokumentuose*, „Acta Historica Universitatis Klaipedensis” IX, 2004.
- Klaipėdos Universitatis. Klaipėda University, Studies at Klaipėda University*, Klaipėda 2005.
- Klein E., *Gutachten zur Rechtslage des im heutigen Polen entzogenen Privateigentums Deutscher*, Potsdam 2005.
- Klein M., *Die versäumte Chance zweier Kulturen. Zum deutsch-litauischen Gegensatz im Memelgebiet*, „Nordost-Archiv” Bd. II, 1993, H. 3.
- Klemeszew A. P., Kozłowski S. D., Fjedorow G. M., *Ostrow sotrudniczestwa*, Kaliningrad 2002.
- Klier F., *Verschleppt ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern*, Frankfurt a. M. 1996.
- Knercer W., *Cmentarze wojenne okresu I wojny światowej w województwie olsztyńskim*, Warszawa 1995.
- , *Losy założeń pałacowo-parkowych i dworsko-parkowych na terenie województwa olsztyńskiego*, in: *Wspólne dziedzictwo. Ze studiów na d stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- Knosała W., *Była nas gromadka spora*, Olsztyn 1972.
- Kobiety i ich rodziny w osiedlach byłych pegeerów. Raport*, red. Z. Kawczyńska-Butrym, Olsztyn 2004.
- Koch E., *Aufbau im Osten*, Breslau 1934.
- Koch E., *Die NSDAP. Ideen, Führer und Partei*, Leipzig 1933.
- Kolbuszewski J., *Cmentarze*, Wrocław 1996.

- Kołganowa E. M., Kołganow I., *Samaja Zapadnaja. Kratkij oczerk o Kaliningradskoj Oblasti*, Kaliningrad 1959.
- Komisja Specjalna do Walki z Nadużyciami i Szkodnictwem Gospodarczym 1945-1954. Wybór dokumentów*, wstęp i oprac. D. Jarosz, T. Wolsza, Warszawa 1995.
- Kompleks wypędzenia*, red. W. Borodziej, A. Hajnicz, Warszawa 1998,
- Kopelew L., *Aufbewahren für alle Zeit*, Hamburg 1982.
- , *W Prusach Wschodnich*, „Borussia” 15/1997.
- Kopiczko A., *Duchowieństwo katolickie Diecezji Warmińskiej w latach 1945-1992*, cz. 1: *Studium prozograficzne*, Olsztyn 2009.
- , *Kościół warmiński a polityka wyznaniowa po II wojnie światowej*, Olsztyn 1996.
- , *Panorama wyznaniowa województwa olsztyńskiego po II wojnie światowej*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazu*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998.
- Korgopołow S., Goradilow A., Kulikow A., Gomin A., *XXI wiek: Osobnaja Zona i osobnyj status*, Kaliningrad 2001.
- Korniejewec W. S., Fiedorow G. M., *Sostojanije i pierspektiwy razwitija sielskogo chozajstwa Kaliningradskoj oblasti*, in: *Region sotrudnicestwa*, Wypusk 10 (35), Kaliningrad 2005.
- Korzeniewska-Lasota A., *Ukraińcy na Warmii i Mazurach w latach 1947-1970*, Olsztyn 2007.
- Kosiński L., *Pochodzenie terytorialne ludności Ziem Zachodnich w 1950. Dokumentacja geograficzna*, H. 2, Polska Akademia Nauk. Instytut Geografii, Warszawa 1960.
- Kosmala G., *Konflikt o pomniki żołnierzy niemieckich poległych podczas I i II wojny światowej rozgrywający się w województwie opolskim w latach 1992-2004*, Wrocław 2007.
- Kossert A., *Damals in Ostpreußen. Der Untergang einer deutscher Provinz*, München 2008.
- , *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, Berlin 2005.
- , *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2001.
- , *Preussen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870-1956*, Wiesbaden 2001.
- , *Prusy Wschodnie. Historia i mit*, Warszawa 2009.
- , *Żydzi wschodniopruscy*, in: *Tematy żydowskie*, red. E. Traba, R. Traba, Olsztyn 1999.
- Kostjaszow I. W., *Izgnanije prusskogo ducha. Kak formirowalos istoriczeskoje soznanije nasielienija Kaliningradskoj oblasti w poslewojennije gody*, „Terra Baltica” 3, Kaliningrad 2003.

- , *Nur wenige wollen umsiedeln... Zur Organisation von Kolchosbauern aus dem Gebiet Voronež in das Gebiet Kaliningrad in den Nachkriegsjahren*, „Zeitschrift für Osteuropa-Forschung” 2004, H. 4.
- , *O formirovanii sielskogo naselenija Kaliningradskoj oblasti w 1946-1951 gg.*, „Kaliningradskije archiwy” 3/2001.
- , *O jestiestwennom dwiženii naselenija w Kaliningradskoj oblasti w 1945-1950 gg.*, in: *Problemy istoriczeskich i filosofskich nauk*, Kaliningrad 2000.
- , *O nacyonalnoj strukturnie, etnograficzeskomu oblikie i socyokulturnoj oblasti (1945-1950) gg.*, in: *Nacyonalnyje odnoszenija w nowoje i nowiejszeje wremia. Teoria i politiczeskaja praktika*, Kaliningrad 2000.
- , *Russen und Deutschen in Ostpreußen nach 1945 – Konfrontation oder Integration*, „Annaberger Annalen” 7/1999.
- , *Siekrietnyje dokumenty otdiela spiecposielenij MWD SSSR o zasielenii Kaliningradskoj oblasti w 1946 g.*, in: *Problemy istocznikowiedienija i istoriografii*, Kaliningrad 1999.
- , *Wysielenije Niemcow iz Kalininigradskej oblasti w poslewojennyje gody*, „Woprosy Istorii” 6/1994.
- , *Zasielenije Kalinigradskej Oblasti posle wtorej mirowej wojny*, in: *Gumanitarnaja nauka w Rossii – istorija, archieologija, kulturnaja antropologija i etnografija. Sorosowskije laurieaty*, t. 2, Moskwa 1996.
- , Kretinin G., *Rossijanie w Wostocznoj Prussie. Biograficzeskij słowar*, Kaliningrad 2001.
- Kostrzewa A., *Planowa akcja wysiedlenia Niemców z województwa olsztyńskiego (1946-1948)*, „Meritum” t. 1, Olsztyn 2009.
- Koszel B., *Polska i Niemcy w Unii Europejskiej. Pola konfliktów i płaszczyzny współpracy*, Poznań 2008.
- Kościół protestancki i władze partyjno-państwowe w Polsce (1945-1956)*, Warszawa 2002.
- Kotiużyński A., *Niemiecka pomoc gospodarcza dla Prus Wschodnich i jej cele polityczne*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i terażniejszość*, red. M. Zawidzki, Poznań 1932.
- Kotlarska-Michalska A., *Kategorie marginalizujące się i marginalizowane przez społeczeństwo*, in: *Porządek społeczny a wyzwania współczesności*, red. A. Sakson, Poznań 2005.
- Kowalski W. T., *Polityka zagraniczna RP 1944-1947*, Warszawa 1971.
- Kozeński J., *Dyskusja o powojennych wysiedleniach ludności niemieckiej z Czechosłowacji*, „Przegląd Zachodni” 3/1993.
- Kozięłło-Poklewski B., *Litwini Pruscy między Litwą a Prusami (1918-1920)*, in: *Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku*, red. J. Jasiński, Olsztyn 1993.

- , *Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921-1933*, Olsztyn 1995.
- , *Rola Prus Wschodnich w niemieckim organizmie gospodarczym w okresie międzywojennym*, in: *Województwo Olsztyńskie. Monografia ekonomiczno-społeczna 1945-1969*, Wrocław/Warszawa/Kraków/Gdańsk 1974.
- , *Rozwój społeczno-gospodarczy Mazur i Warmii na tle Prus Wschodnich od połowy XIX wieku do roku 1939*, in: *Kultura ludowa Mazurów i Warmiaków*, Wrocław 1976.
- , *Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej*, Warszawa 1977.
- , Wrześciński W., *Szkolnictwo polskie na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1919-1939*, Olsztyn 1980.
- Kozłowski J. B., *Dawna Ostróda. Obrazy wschodniopruskiego miasta*, Dąbrówno/Warszawa 2006.
- Krajewska V., Korkosz K., Krajewska A., Moskal T., *Niemieckie roszczenia majątkowe wobec Polski. Aspekty prawne*, Wrocław 2004;
- Krasuski J., *Kulturkampf. Katolicyzm i liberalizm w Niemczech XIX wieku*, Poznań 1963.
- Kraszewski P., *Koncepcje rozwiązania tzw. problemu kaliningradzkiego po rozpadzie Związku Radzieckiego*, „Sprawy Wschodnie” 1/2003.
- Kretinin G. W., *Bałtyk – „Morze Śródziemne Europy”*; *doświadczenia historyczne i współczesne realia*, in: *Unifikacja i różnicowanie się współczesnej Europy*, red. B. Fijałkowska, A. Żukowski, Warszawa 2002.
- , *Prusskije marszruty Pietra Pierwogo*, Kaliningrad 2001.
- Kreutz A., *Das große Sterben in Königsberg 1945-1947*, Kiel 2001.
- Krogulski M. L., *Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1944-1956*, Warszawa 2000.
- Kronika katolickiej szkoły polskiej w Nowej Kaletce*, do druku przygotowali B. Kozięło-Poklewski, W. Wrześciński, Olsztyn 1979.
- Kronika szkoły polskiej w Worytach na Warmii*, oprac. T. Filipkowski, Z. Lietz, Olsztyn 1979.
- Król E. C., *Polska i Polacy w propagandzie narodowego socjalizmu w Niemczech 1919-1945*, Warszawa 2006.
- Krüger H. J., *Die Judenschaft von Königsberg in Preussen*, Hamburg 1966.
- Kruk E., *Ewangelicy w Olsztynie. Z dziejów parafii w latach 1772-2002*, Olsztyn 2002.
- , *Warmia i Mazury*, Wrocław 2003.
- Krülle S., *Die Konfiskation deutschen Vermögens in Polen*, Bonn 1993.
- Krysiak, *Ewangelicy w Mikołajkach. Dzieje parafii ewangelicko-augsburskiej w latach 1945-2007*, Dąbrówno 2010.

- Krzemiński I., Śpiewak P., *Druga rewolucja w małym mieście. Zmiana ustrojowa w oczach mieszkańców Mławy i Szczecinka*, Warszawa 2001.
- Kultura ludowa Mazurów i Warmiaków*, red. J. Burszta, Wrocław 1976.
- Kułałow W., *Ot Wostocznoj Prussii do Kaliningradskoj oblasti. Istoriceskij putiewoditelj*, Kaliningrad 2002.
- Kurczewska J., Kempy M., Bojar H., *Spoleczność lokalna jako wspólnota tradycji*, „*Studia Socjologiczne*” 2/1998.
- Kurczewski J., *Antagonizm „polsko-niemiecki” w małym mieście na Śląsku Opolskim*, in: *Lokalne wzory kultury politycznej. Szkice ogólne i opracowania monograficzne*, red. I. Kurczewski, Warszawa 2007.
- Kurcz Z., *Mniejszość polska na Wileńszczyźnie. Studium socjologiczne*, Wrocław 2005.
- Kutta J., *Kaszubi i Mazurzy w świetle tajnej konferencji toruńskiej z 28 października 1936 r.*, in: *Polska między Niemcami a Rosją. Studia ofiarowane Marianowi Wojciechowskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*, red. W. Boro-dziej, P. Wieczorkiewicz, Warszawa 1997.
- Kwas F., *Wspomnienia z mojego życia*, Olsztyn 1957.
- Kwilecki A., *Migracje pionierskie na Ziemiach Odzyskanych*, „*Studia Socjologiczne*” 1/1986.
- Lachauer U., *Die Brücke von Tilsit. Begegnungen mit Preußens Osten und Rußlands Westen*, Reinbek bei Hamburg 1995.
- , *Land der vielen Himmel. Memelländischer Bilderbogen*, Berlin 2002.
- , *Paradiesstraße. Lebenserinnerungen das ostpreußischen Bäuerin Lena Grigo-leit*, Reinbek bei Hamburg 1996.
- Länglin B. G., *Unvergessene Heimat Ostpreußen. Auf Spurensuche im Bernsteinland*, Augsburg 2002.
- Lata 1956-1970 na Pomorzu Zachodnim. Oczekiwania i rzeczywistość*, red. H. Komarnicki, K. Kozłowski, Szczecin 1999.
- Latoszek M., *Polska tożsamość Pomorzan w kontekście uwag nad wynikami Narodowego Spisu Powszechnego 2002*, in: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy. Między polsnością a niemieckością*, red. A. Sakson, Poznań 2008.
- , *Socjologia Ziem Zachodnich – wybory badacza*, „*Przegląd Zachodni*” 3/2008.
- Lebenstein B., *Nowe paradygmaty rozwoju układów lokalnych – w stronę obywatelskich wizji społeczności lokalnych*, in: *Oblicza lokalności. Różnorodność miejsc i czasu*, red. J. Kurczewska, Warszawa 2006.
- Lehndorf H. Graf von, *Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947*, München 1995.
- Leiserowitz R., *Juden in Ostpreußen. Auf den Spuren der Familie Berlowitz*, in: *Kulturlandschaft Ost- und Westpreußen*, Potsdam 2005.
- Lengowski M., *Na Warmii i w Westfalii*, Warszawa 1972.

- Lepianka D., *Polacy a biedacy – społeczny obraz ubóstwa i stosunek społeczeństwa polskiego do osób ubogich*, in: *Przeciw biedzie. Programy, pomysły, inicjatywy*, red. E. Tarkowska, Warszawa 2002.
- Lesiakowski K., *Mieczysław Moczar jako wojewoda i przewodniczący Prezydium Wojewódzkiej Rady Narodowej w Olsztynie (1948-1952)*, „Zapiski Historyczne” 1/1995.
- Letzte Tage in Ostpreußen*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1985.
- Lewandowska I., *Dziedzictwo kulturowe Warmii i Mazur jako przedmiot badań w ostatnim dziesięcioleciu*, „Przegląd Zachodni” 4/2007.
- , *Historyczna świadomość regionalna. Z badań nad młodzieżą licealną Warmii i Mazur*, Olsztyn 2003.
- Lewis B. R., *Hitlerjugend w czasach wojny i pokoju 1933-1945*, Warszawa 2000.
- Leyding-Mielecki G., *Słownik nazw miejscowych Okręgu Mazurskiego*, Olsztyn 1947.
- Leyk F., *Pamięć notuje i utrwała. Wspomnienia*, Warszawa 1969.
- Lietuva. Trumpas žinynas*, Vilnius 1991.
- Lietuvininku bendrija „Mažoji Lietuva”* (folder stowarzyszenia), Klaipeda 2005.
- Lietuviškoji tarybinė enciklopedija*, t. 5, Vilnius 1979.
- Lietz Z., *Obozy jenieckie w Prusach Wschodnich 1939-1945*, Warszawa 1982.
- , *Ostdeutscher Heimatdienst. Materiały do antypolskiej działalności z lat 1927-1933*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 1-2/1959.
- Linek B., *Mit Ziem Odzyskanych w powojennej Polsce na przykładzie Górnego Śląska (wybrane aspekty)*, in: *Nacjonalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w. (Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert)*, red. B. Linek, K. Struve, Opole/Marburg 2000.
- , *Odniemczanie województwa śląskiego w latach 1945-1950 (w świetle materiałów wojewódzkich)*, Opole 1997.
- Linck H., *Königsberg 1945-1948*, Leer 1959.
- Lipski J. J., *Niemieckie dziedzictwo kulturowe w Polsce*, in: J. J. Lipski, *Powiedzieć sobie wszystko. Eseje o sąsiedztwie polsko-niemieckim*, Gliwice/Warszawa 1996.
- Lisowska I., *Zjawisko bezdomności w regionie warmińsko-mazurskim*, Warszawa 2003.
- Liżewska I., *Tradycyjne budownictwo wiejskie na Warmii i Mazurach. Krajobrazy i formy regionalne*. Seria: Nowe Życie pod Starymi Dachami, Olsztyn 2007.
- , *Tradycyjne budownictwo wiejskie na Warmii i Mazurach*, Olsztyn 2008;

- , *Zabytki w naszych rękach. O Ochronie dóbr kultury na Warmii i Mazurach w latach 1945-1989*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- Lokalne uczestnictwo obywatelskie. Raporty z badań 1998-2002*, red. R. Skrzypiec, Warszawa 2002.
- Lubecka-Hoffmann M., *Osadnictwo miejskie na Warmii i Mazurach*, in: *VI Kongres Krajoznawstwa Polskiego. Olsztyn 10-12 września 2010*, H. 1, Warszawa 2010.
- Ludzie i ziemia po upadku pegeerów. Analiza socjologiczna i ekonomiczna*, red. K. Korab, Warszawa 1997.
- Luteranie i metodyści na Mazurach 1945-1957. Wybór materiałów*, K. Urban, Kraków 2002.
- Lutyński A., *Upadek gospodarczy Prus Wschodnich*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i teraźniejszość*, red. M. Zawidzki, Poznań 1932.
- Łach S., *Spoleczno-gospodarcze aspekty stacjonowania Armii Czerwonej na Ziemiach Odzyskanych po II wojnie światowej*, in: *Władze komunistyczne wobec Ziem Odzyskanych po II wojnie światowej*, red. S. Łach, Słupsk 1997.
- , *Status prawny komendantur wojennych Armii Czerwonej na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski w 1945 r.*, in: *Ziemia Odzyskana pod wojskową administracją radziecką po II wojnie światowej. Materiały z konferencji*, red. S. Łach, Słupsk 2000.
- Łach W. B., Wyszczelski L., *Militarna rola Prus Wschodnich w latach 1918-1939*, in: *Działania militarne w Prusach Wschodnich*, red. W. Wróblewski, Warszawa 1998.
- Łapińska-Tyszka K., Perepeczko B., *Bezrobocie wiejskie i bieda rolnicza jako kluczowe przyczyny ubóstwa na wsi*, in: *Współczesne społeczeństwo polskie*, red. R. Suchocka, Poznań 2002.
- Łodziński S., *Równość i różnica. Mniejszości narodowe w porządku demokratycznym w Polsce po 1989 roku*, Warszawa 2005.
- , *Spoleczne problemy polityki wobec mniejszości narodowych w Polsce. Wokół ustawy o mniejszościach narodowych i etnicznych oraz o języku regionalnym*, in: *Polityka państwa polskiego wobec mniejszości narodowych i etnicznych*, red. L. M. Nijakowski, Warszawa 2005.
- Łossowski P., *Kłajpeda kontra Memel. Problem Kłajpedy w latach 1918-1939-1945*, Warszawa 2007.
- , *Kłajpeda w polityce Republiki Weimarskiej*, in: *Niemcy w polityce międzynarodowej 1919-1939*, t. 1: *Era Stresemanna*, red. S. Sierpowski, Poznań 1990.
- Łowmiański H., *Studia nad dziejami Słowiańszczyzny, Polski i Rusi w wiekach średnich*, Poznań 1986.

- , *Prusy pogańskie*, Toruń 1935.
- Łuczak Cz., *Polityka ludnościowa i ekonomiczna w okupowanej Polsce*, Poznań 1979.
- , *Polscy robotnicy przymusowi w Trzeciej Rzeszy podczas II wojny światowej*, Poznań 1974.
- , *Polska i Polacy w II wojnie światowej*, Poznań 1993.
- , *Praca przymusowa Polaków w Trzeciej Rzeszy*, Warszawa 1999.
- Łukaszewicz B., *Marzec '68 na Warmii i Mazurach. Wybór źródeł*, „Komunikaty Warmińsko-Mazurskie” 2/1998.
- , *Polskie Stronnictwo Ludowe na Warmii i Mazurach w latach 1945-1947*, Olsztyn 1991.
- , *Prasa informacyjno-polityczna Warmii i Mazur 1945-1975. Szkice do monografii*, Olsztyn 1982.
- , *Wojskowy Sąd Rejonowy w Olsztynie 1946-1955. Szkice do monografii*, Olsztyn 2000.
- , Wrzeziński W., *IV Dzielnica Związku Polaków w Niemczech 1922-1939*, Olsztyn 1982.
- Łukowski G., *Problem „korytarza” w stosunkach polsko-niemieckich i na arenie międzynarodowej 1919-1939. Studium polityczne*, Warszawa 2000.
- Łukowski W., *Dylematy społeczności pochodzenia ukraińskiego na Mazurach na przełomie wieków*, in: *Tematy polsko-ukraińskie. Historia. Literatura. Edukacja*, red. R. Traba, Olsztyn 2001.
- , *Lokalny i uniwersalny wymiar konstruowania ojczyzny. Przypadek stowarzyszenia „Wspólnota Mazurska”*, in: *Oblicza lokalności. Różnorodność miejsc i czasu*, red. J. Kurczewska, Warszawa 2006.
- , *Spoleczne tworzenie ojczyzn. Studium tożsamości mieszkańców Mazur*, Warszawa 2002.
- , *Spoleczność mikroregionu Goldap w świetle badania sondażowego*, in: *Spoleczność na granicy. Zasoby mikroregionu Goldap i mechanizmy ich wykorzystania*, red. W. Łukowski, H. Bojar, B. Jałowiecki, Warszawa 2009
- Łyczkowski E., *Sprawa Gdańska na konferencji pokojowej w roku 1919*, Poznań 1968.
- Macala J., *Wykup ziemi przez Niemców – mit czy zagrożenie? Z głosów polskiej opinii publicznej po 1989 roku*, in: *Europa regionów. Tradycje i perspektywy*, red. B. Nitschke, Zielona Góra 2002.
- Machaj I., *Spoleczno-kulturowe konteksty tożsamości mieszkańców wschodniego i zachodniego pogranicza Polski*, Warszawa 2005.
- Mach Z., *Niechciane miasta. Migracja i tożsamość społeczna*, Kraków 1998.
- Maciejewski A., *Przygotowania Obwodu Kaliningradzkiego do sąsiedztwa z Unią Europejską*, „Polityka Wschodnia” 1/2002.

- , *Spór o status Obwodu Kaliningradzkiego po rozpadzie ZSRR, prezentowany przez kaliningradzką prasę*, in: *Dawna a nowa Rosja*, red. R. Jurkowski, N. Kasperek, Warszawa 2002.
- Mačiulskis M., *Die Tätigkeit des MVD-MGB im Memelland in der Nachkriegsjahren (1945-1953)*, „Annaberger Annalen” 7/1999.
- Madajczyk Cz., *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, t. 1, Warszawa 1970.
- Mai U., *Symbolische Aneignung und Ethnizität in Masuren*, in: *Masuren; Trauma, Sehnsucht, leichtes Leben. Zur Gefühlswelt einer Landschaft*, hrsg. von U. Mai, Münster 2005.
- Majewski M., *Dokumenty dotyczące Ericha Kocho w zasobie archiwalnym Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie*, „Przegląd Archiwalny Instytutu Pamięci Narodowej”, t. 1, Warszawa 2008.
- Majewski P. M., *Precedens sudecki*, in: *Pamięć wypędzonych. Grass, Beneš i Środkowoeuropejskie rozrachunki. Antologia tekstów polskich, niemieckich i czeskich*, wybór i oprac. P. Buras, P. M. Majewski, Warszawa 2003.
- Maiwald S., Mischler G., *Seksualność w cieniu swastyki. Świat intymny człowieka w polityce Trzeciej Rzeszy*, Warszawa 2003.
- Małłek K., *Interludium mazurskie. Wspomnienia 1920-1939*, Warszawa 1968.
- , *Polskie są Mazury. Wspomnienia 1945-1966*, Warszawa 1972.
- , *Z Mazur do podziemia. Wspomnienia 1939-1945*, Warszawa 1970.
- Małyszew P., *Quell des Lebens? Trinkwasser- oder Schmutzwasserversorgung in Kaliningrad? „Osteuropa” 2-3/2003*.
- Manikowski J., Kasperek N., *Bibliografia publikacji Janusza Jasińskiego 1955-2005*, in: *Nad Bałtykiem, Pregolą i Łyną, XVI-XX wiek. Księga Pamiątkowa poświęcona Jubileuszowi 50-lecia pracy naukowej Profesora Janusza Jasińskiego*, red. Z. Randońska, Olsztyn 2006.
- Marciniak T., *Symbole naszego świata. Przestrzeń i czas w mazurskich społecznościach lokalnych*, „Masovia” t. 2, 1999.
- , *Mazurska propinacja. Społeczna osobliwość czasu i miejsca*. „Masovia” t. 1, 1997, S. 71-89;
- , *Ukraińcy wschodnich Mazur. Istnienie realne, obecność symboliczna*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998.
- Marks-Bielska R., *Przekształcenia w rolnictwie i gospodarce na obszarach wiejskich*, in: *Warmia i Mazury w obliczu przemian cywilizacyjnych. 15 lat przekształceń gospodarczych i społecznych 1990-2005*, Olsztyn 2006.
- , Kisiel R., Danilczuk J., *Dzierżwa jako podstawowa forma zagospodarowania popegeerowskiego mienia*, Olsztyn 2006.

- Martuszeński E., *„Die polnische Sprachfrage in Preussen” Gustawa Gizewiusza jako źródło do badań nad dziejami germanizacji szkolnictwa na Mazurach*, Olsztyn 2001.
- , *Koncepcja zgermanizowania Litwinów Pruskich opracowana i przyjęta do realizacji w latach 1802-1803*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 4/1979.
- , *Polscy i niepolscy prusacy. Szkice z historii Mazur i Warmii*, Olsztyn 1974.
- Masiukiewicz L., *Problemy społeczno-zawodowe robotników PGR*, Warszawa 1981.
- Mast P., *Ostpreußen und Westpreußen und die Deutschen aus Litauen*, München 2001.
- Matejko E., *Rola przejścia granicznego Goldap-Gusiew w życiu goldapskiej społeczności lokalnej*, in: *Spoleczność na granicy. Zasoby mikroregionu Goldap i mechanizmy ich wykorzystania*, red. W. Łukowski, H. Bajor, B. Jałowicki, Warszawa 2009.
- Matelski D., *Niemcy w Polsce w XX wieku*, Warszawa/Poznań 1999.
- Matthes E., *Świadomość regionalna w obwodzie kaliningradzkim. Próba systematyzacji zjawiska*, „Borussia” 26/2001-2002.
- Maziarski P., *W mundurze żołnierza*, in: *Olsztyńskie korzenie. Rok 1945. Relacje i wspomnienia*, wstęp i posłowie S. Achremczyk, Olsztyn 2000.
- Mazur Z., *Centrum przeciwko Wypędzeniom (1999-2005)*, Poznań 2006.
- , *Dziedzictwo wyłączone, podzielone, wspólne*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- , *Między ratuszem, kościołem i cmentarzem*, in: *Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 1997.
- , *„Pomniki wojowników” na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, „Siedlisko. Dziedzictwo kulturowe i tożsamość społeczna na Ziemiach Zachodnich i Północnych” 5/2008.
- Mazury. Słownik stroniczy, ilustrowany*, red. W. Mierzwa, Dąbrówno, Warszawa 2008.
- Mazury. Tradycja i codzienność*, oprac. A. Kossert, Olsztyn 2002.
- Mąciór-Majka B., *Generalny Plan Wschodni. Aspekty ideologiczne, polityczne i ekonomiczne*, Kraków 2007.
- Mc Manus-Czubińska C., Miller W. L., Markowski R., Wasilewski J., *Podwójna tożsamość Polaków in: System partyjny i zachowania wyborcze. Dekada polskich doświadczeń*, red. R. Markowski, Warszawa 2002.
- Mee Ch. L., *Die Teilung der Beute*, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1975.
- Meindl R., *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück 2007.

- Mencwel A., *Kaliningrad moja miłość*. Olsztyn 2002.
- Meškanskas K., *Lietuvos ūkis 1940-1990*, Vilnius 1994.
- Męclewski E., *Sprawa rzekomej mniejszości niemieckiej w PRL*. Ekspertyza na zlecenie Sejmowej Komisji Spraw Zagranicznych, Warszawa 1984.
- Michalak R., *Kościół protestancki wobec kwestii repolonizacji ludności rodzimym Warmii i Mazur w latach 1945-1956*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 3/1999.
- , *Rywalizacja kościołów ewangelicko-augsburskiego i metodystycznego na Mazurach po II wojnie światowej*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 4/2001.
- Michalska A., *Beneficjenci i przegrani procesu transformacji w Polsce*, in: *Transformacja w Polsce i Niemczech Wschodnich. Próba bilansu*, red. A. Sakson, Poznań 2009.
- Mickiewicz P., *Wolne Miasto Gdańsk w koncepcjach wojskowych i polityków II Rzeczypospolitej*, Toruń 1999.
- Mierzwa W., *Bibliografia grunwaldzka*, Olsztyn 1990.
- Mikos S., *Wolne Miasto Gdańsk a Liga Narodów 1920-1939*, Gdańsk 1979.
- Mikulicz S., *Kłajpeda w polityce europejskiej 1918-1939*, Warszawa 1976.
- Mikulski T., *Sytuacja żywnościowa Rosji w okresie transformacji społeczno-politycznej w latach 1991-2000*, „Przegląd Politologiczny” 2/2002.
- Misiło E., *Akcja „Wisła”*. Dokumenty, Warszawa 1993.
- , *Polska polityka narodowościowa wobec Ukraińców 1944-1947*, in: *Polska – Polacy – mniejszości narodowe*, red. W. Wrzesiński, Wrocław 1992.
- Misztal J., *Weryfikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych*, Warszawa 1990.
- , *Wysiedlenia i repatriacja obywateli polskich z ZSRR a wysiedlenia i przesiedlenia Niemców z Polski – próba bilansu*, in: *Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie*, red. H. Orłowski, A. Sakson, Poznań 1996.
- Mniejszości narodowe w świetle narodowego Spisu Powszechnego z 2002 roku*, red. L. Adamczuk, S. Łodzińska, Warszawa 2006.
- Modzelewski W. T., *Obwód Kaliningradzki FR na tle stosunków polsko-rosyjskich. Wybrane kwestie sporne*, „Przegląd Politologiczny” 4/2005.
- Mogilnicki Z., *Działdowo w latach 1344-1994. Zarys dziejów*, Gdańsk 1998.
- , *Kształtowanie się organów władzy i administracji w powiecie działdowskim w latach 1945-1950*, „Rocznik Działdowski” t. V, 1999.
- Morgenstern F., *Überleben war schwerer als Sterben. Ostpreußen 1944-1948*, Kiel 1985.
- Mosse G. L., *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993.

- Murawska H., *Przesiedleńcy z kresów Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej w Olsztyńskim*, Olsztyn 2000.
- Murawska-Koprowska H., *Ruciane-Nida. Kształtowanie się społeczności uprzemysłowionej miasteczka*, Olsztyn 1984.
- Musiał E., *Inscenizacja polityki w III Rzeszy*, in: *Sztuki piękne w III Rzeszy. W przeddzień 70. rocznicy palenia książek: 10 maja 1933-10 maja 2003*, red. H. Orłowski, Poznań 2004.
- Musielak K., *Polski Związek Zachodni 1944-1950*, Warszawa 1986.
- Muszyński M., *Przejęcie majątków niemieckich przez Polskę po II wojnie światowej. Studium prawnomiędzynarodowe i porównawcze*, Warszawa 2003.
- , *Roszczenia majątkowe „wypędzonych” w prawie międzynarodowym*, „Sprawy Międzynarodowe” 3/2000.
- , *Status prawny przesiedleńców i emigrantów z Polski jako wypędzonych: obywatelstwo, instytucja Niemca i sprawa wyrównania szkód za utracony majątek*, in: *Transfer, obywatelstwo, majątek. Trudne problemy stosunków polsko-niemieckich. Studia i dokumenty*, red. W. M. Góralski, Warszawa 2005.
- Muszyński W., *Enklawy ubóstwa w małych miastach Województwa Warmińsko-Mazurskiego. Przyczyny, skala zjawiska i przeciwdziałanie*, in: *Enklawy życia społecznego*, red. L. Gołdyka, J. Machaj, Szczecin 2007.
- Mycilska D., *Problemy życia w PGR-ach*, Warszawa 1965.
- Mydlak M., *Aktywność społeczno-kulturalna pracowników PGR*, Olsztyn 1986.
- Nagornaja O., „*Syndrom Tannenbergu*”. *Rosyjska instrumentalizacja wschodnio-pruskiego doświadczenia*, „Borussia” 41/2007.
- Nagórski E., *W Działdowie. Wspomnienia z 1945 r.*, „Rocznik Działdowski 1995” Działdowo 1996.
- Narodowe i europejskie aspekty polityki historycznej*, red. B. Korzeniewski, Poznań 2008.
- Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2002. Ludność. Stan oraz struktura demograficzno-ekonomiczna. Województwo warmińsko-mazurskie*, Olsztyn 2003.
- Nationalsozialistische Aufbauarbeit in Ostpreußen. Ein Arbeitsbericht*, Königsberg 1934.
- Neumann R., *Ostpreußen 1945-1955*, Frankfurt a.M., Berlin 1955.
- Neuschäffer H., *Das „Königsberger Gebiet”. Die Entwicklung des Königsberger Gebietes nach 1945 im Rahmen der baltischen Region im Vergleich mit Nord-Ostpreußen der Vorkriegszeit*, Plön 1991.
- Nie było powrotu. Wspomnienia wypędzonych*, red. H. Reinoss, Zakrzewo 2008.
- Niemcy w Polsce 1945-1950. Wybór dokumentów*, red. W. Borodziej, H. Lemberg, t. 1: *Władze i instytucje centralne. Województwo olsztyńskie*, Warszawa 2000.

- Niedźwiedzki D., *Odzyskiwanie miasta. Władza i tożsamość społeczna*, Kraków 2000.
- Nijakowski L. M., *Domeny symboliczne. Konflikty narodowe i etniczne w wymiarze symbolicznym*, Warszawa 2006.
- , *Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny*, Warszawa 2008.
- , Szteliga I., *Informator o spornych pomnikach niemieckich na Śląsku Opolskim*, Opole, Warszawa 2005.
- Nikolajew Ch. J., *Die Deutschen in einem litauischen Schulgeschichtsbuch der Sowjetzeit*, „Annaberger Annalen” 10/2002.
- Nikžentaitis A., *Das Bild Deutschlands und der Deutschen im heutigen Litauen*, „Annaberger Annalen” 3/1995.
- , *Vytautas' und Jogailas Bild in der öffentlichen Meinung Litauens*, in: *Nacjonalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w. (Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert)*, red. B. Linek, K. Struve, Opole/Marburg 2000.
- Nitschke B., *Wysiedlenie czy wypędzenie? Ludność niemiecka w Polsce w latach 1945-1949*, Toruń 2000.
- , *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949*, Zielona Góra 1999.
- Nölting B., *Transformacja peryferyjnych obszarów wiejskich w Niemczech Wschodnich. Nowa droga rozwojowa – trwały postęp czy tylko próba zwalczania symptomów?* in: *Procesy transformacji w Polsce i Niemczech Wschodnich. Próba bilansu*, red. A. Sakson, Poznań 2009.
- Nowakowska A., Wóycicka Z., *Etniczna polityka komunistów. Dwa casusy*, Warszawa 2010.
- Nowakowski K., *Korupcja a demokracja*, „Przegląd Polityczny” 4/2005.
- Nowakowski W., *Korzenie Prusów. Stan i możliwości badań nad dziejami plebion bałtyjskich w starożytności i początkach średniowiecza „Pruthenia” t. 1*, 2006.
- Nowak W., Kuźniak A., *Długa noc w Wildenhagen*, in: W. Nowak, *Obwód głowy*, Wołowiec 2007.
- Obca ziemia ojczysta. Dzień powszedni na mazurskiej wsi*, tekst i zdjęcia M. Wagner, Poczdam 2006.
- Obwód Kaliningradzkiej Federacji Rosyjskiej. Wybór dokumentów 1994-2004*, oprac. T. Baryła, W. Hojszyk, E. Wojnowski, Olsztyn 2004.
- Obitz K., *Dzieje ludu mazurskiego*, Dąbrówno 2007.
- Ochmański J., *Historia Litwy*, Warszawa 1990.
- Ogrodziński W., *Swoistość rozwoju kulturalnego Warmii i Mazur (wstęp do zagadnienia)*, in: *Rola kultury w integracji Ziem Odzyskanych*, Olsztyn 1987.
- , *Wielkość Grunwaldu*, in: *Grunwald 19410-1960*, Olsztyn 1959.

- Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina. Wybór dokumentów 1945*, przygotował do druku T. Baryła, Olsztyn 1996.
- Okulicz J., *Osadnictwo ziem pruskich od czasów najdawniejszych do XIII wieku*, in: *Dzieje Warmii i Mazur w zarysie*, t. 1, Warszawa 1981.
- Okulicz-Kozaryn L., *Dzieje Prusów*, Wrocław 1997.
- Oldenburg F. S., *Przyczynki do poznania Mazur. Sprawozdanie do centralnego Komitetu do Spraw Misji Wewnętrznej*, Warszawa 2000.
- Olejnik L., *Polityka narodowościowa Polski w latach 1944-1960*, Łódź 2003.
- Olsztyn 1353-2003*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2003.
- Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2006.
- Olsztyn i Elbląg w liczbach 2007*, Olsztyn 2007.
- Oracki T., *Słownik biograficzny Warmii, Mazur i Powiśla*, Warszawa 1983.
- Orłowski H., „Atlantis des Nordens” oder vom Gesamtkunstwerk „Borussia”. *Kulturregionale Aktivitäten im polnischen Ostpreußen*, in: *Literarisches Schreiben aus regionaler Erfahrung. Westfalen – Rheinland – Oberschlesien und darüber hinaus*, hrsg. von W. Gössmann, K.-H. Roth, Paderborn 1996.
- , *Niepełny alfabet pamięci. Prusy Wschodnie w niemieckiej literaturze powojennej*, in: *Borussia. Ziemia i ludzie. Antologia literacka*, red. K. Brakoniecki, W. Lipscher, Olsztyn 1999.
- , *Rzecz o dobrach symbolicznych. Gietrzwałd 1877*, Olsztyn 2005.
- , *Warmia z oddali. Odpominania*, Olsztyn 2000;
- , *Za górami, za lasami... O niemieckiej literaturze Prus Wschodnich 1863-1945*, Olsztyn 2003.
- Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften des Kalingrader Gebiets und des Memellandes*, bearb. von F. R. Barran, Leer 1992.
- Ostpreußen. Ein Lesebuch*, hrsg. von E. M. Frank, München 1990.
- Ostpreußen. Facetten einer literarischen Landschaft*, hrsg. von F.-H. Kroll, Berlin 2001.
- Ósrodek kultury im. Tomasza Manna. „Borussia” 32/2004*.
- Otello R., *Problemy narodowościowe w kościele ewangelickim na Mazurach w latach 1918-1945*, Olsztyn 2003.
- Otwarty regionalizm. Projekt współpracy międzykulturowej w regionach: Kaliningradzkim, Kłajpedzkim, Warmińsko-Mazurskim, „Borussia” 13/1996*.
- Paleckis J., *Aus litauischer Sicht*, in: *Königsberg/Kaliningrad unter europäischen Perspektiven*, hrsg. von E. Müller-Hermann, Bremen 1994.
- , Plačkaitis V., *Obwód Kaliningradzki – stan i perspektywy. Stanowisko litewskie*, „Przegląd Zachodni” 1993, nr 3.
- Państwo zakonu krzyżackiego w Prusach. Władza i społeczeństwo*, red. M. Biskup, R. Czaja, Warszawa 2008.

- Pawłowska J., *Wieś warmińska Brąswald w województwie olsztyńskim w latach 1945-1967*, Wrocław 1987.
- Pawłowski O., *Kraina własna, choć mała*, „Borussia” 10/1995.
- Październik na Ziemiach Zachodnich i Północnych. Materiały seminarium naukowego, Mierki k. Olsztyna, wrzesień 1996*, red. W. Wrzesiński, Wrocław 1997.
- Petzina H. D., *Der Nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936. Entstehung, Verlauf, Wirkung*, Mannheim 1965.
- Piechocki S., *Czyściec zwany Kortau*, Olsztyn 1994.
- , *Olsztyn. Styczeń 1945. Portret miasta*, Olsztyn 2000.
- Pietsch R., *Fischerleben auf der Kurischen Nehrung*, Berlin 1982.
- , Schlicht M., *100 Jahre Kirche in Nidden 1888-1988*, Mannheim 1987.
- Piotrowski B., *Mniejszość litewska w Prusach Wschodnich (do lat osiemdziesiątych XIX wieku)*, „Lituano-Slavica Posnaniensia. Studia Historia” t. IV, 1990.
- Piotrowski Z., *Spoleczność Państwowych Gospodarstw Rolnych*, Koszalin 1973.
- Piskorski J. M., *Polacy i Niemcy. Czy przeszłość musi być przeszkodą? (wokół dyskusji o wysiedleniach i tzw. Centrum przeciwko Wypędzeniom)*, Poznań 2004.
- Pletzing Ch., *Einführung: Vorposten des Reiches?* in: *Vorposten des Reiches? Ostpreußen 1933-1945*, hrsg. von Ch. Pletzing, München 2006.
- Plieg A., *Das Memelland 1920-1939*, Würzburg 1962.
- Plotek M., *Losy sierot narodowości niemieckiej z terenu Warmii i Mazur po zakończeniu II wojny światowej*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 3/2005.
- Pocyté S., *Agluonėnei Kaimas istrijos pagairėje (1939-1990)*, Klaipėda 1994.
- , *Das Forschungsprojekt „Das konfessionelle Erbe im Memelland”. Stand und Methode*, „Annaberger Annalen” 16/2008.
- , *Mažlietuviai vokiečių imperijoje 1871-1914*, Vilnius 2002.
- , *Problem identyfikacji narodowej litewskich autochtonów (Lietuvininkai) i Niemców we współczesnym Kraju Kłajpedzkim*, in: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością*, red. A. Sakson, Poznań 2008.
- , *Die Tätigkeit des Komitee Litauischer Organisationen im Memelgebiet 1934-1939*, „Annaberger Annalen” 11/2003.
- Poczta W., *Ekonomiczne skutki warunków integracji Polski z UE dla sektora rolnego*, Warszawa 2003.
- Podlasek M., *Wypędzenie Niemców z terenów na wschód od Odry i Nysy Łużyckiej. Relacje świadków*, Warszawa 1995.
- Pohorecki W., *Mazurzy w Prusach Wschodnich*, „Sprawy Narodowościowe” 2-3/1932.
- Politkowska A., *Rosja Putina*, Warszawa 2005.

- Polska bieda. Kryteria. Ocena. Przewidywanie*, red. S. Golimowska, Warszawa 1996.
- Polska bieda II. Kryteria. Ocena. Przeciwdziałania*, red. S. Golimowska, Warszawa 1997.
- Polska bieda III. Kryteria. Ocena przewidywania*, red. S. Golimowska, Warszawa 2008.
- Polska wobec Obwodu Kaliningradzkiego*, red. A. Żukowski, Olsztyn 2004.
- Polskie regiony*. Ministerstwo Rozwoju Regionalnego, Warszawa 2006.
- Polsko-rosyjska współpraca transgraniczna. Raport*, red. E. Romanowska, B. Samońłowicz, Olsztyn 2004.
- Pomorze Zachodnie w polityce gospodarczej Polski w latach 1950-1960*, Szczecin 2006.
- Popow G., *O wojnie ojczyźnianej 1941-1945*, Warszawa 2005.
- Pospieszański K. M., *Polska pod niemieckim prawem 1939-1945 (Ziemie Zachodnie)*, Poznań 1946.
- Postawy oraz wzajemne stosunki grup etnicznych i narodowościowych na Mazurach (XIX-XX w.). Materiały z sesji naukowej (Giżycko, 11-12 czerwca 1999 r.)*, red. G. Białuński, G. Jasiński, Giżycko 1999.
- Potsdamas ir Karalioučiaus Kraštas*, Vilnius 1996.
- Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim*, red. J. Pajewski, Poznań 1963.
- Problem przejmowania kościołów ewangelickich przez Kościół Rzymskokatolicki na Mazurach po II wojnie światowej*, „Borussia” 26/2001-2002.
- Problem reparacji, odszkodowań i świadczeń w stosunkach polsko-niemieckich 1944-2004*, t. 1, red. W. M. Góralski, Warszawa 2004; t. 2, red. S. Dębski, W. M. Góralski, Warszawa 2004.
- Prusaite O., *Preussisch-Litauen und seine Germanisierung*, Tilsit 1933.
- Pruskie baby kamienne. Fenomen kulturowy czy europejska codzienność?*, red. J. M. Łapo, G. Białuński, Olsztyn 2007.
- Przemiany demograficzne w województwie warmińsko-mazurskim w latach 2002-2009*, Olsztyn 2010.
- Przesiedlenie ludności polskiej z Kresów Wschodnich do Polski 1944-1947*, wybór, oprac. i redakcja dokumentów S. Ciesielski, Warszawa 1999.
- Przesiedleńcy opowiadają. Pierwsze lata Obwodu Kaliningradzkiego we wspomnieniach i dokumentach*, red. J. W. Kostjaszow, poln. Ausg. T. Baryła, Olsztyn 2000.
- Przeszłość zapamiętana – narracje z pogranicza. Materiały pomocnicze do analizy polsko-niemieckich stosunków narodowościowych na przykładzie warmińskiej wsi Purda Wielka*, red. R. Traba, A. Sakson, Olsztyn 2008.
- Przewyciężenie obcości: Kaliningrad jako rosyjska enklawa wewnątrz Unii Europejskiej. O przyszłości Europy*, Warszawa 2001.

- Ptasznik W., *Utracone majątki. Zwrot i odszkodowania*, Warszawa 2005.
- Puchalski Z., *Dzieje polskich znaków zaszczytnych*, Warszawa 2000.
- Groß Purden 1900-2006. *Das Porträt eines Dorfes*, red. M. Kardach, J. Pilecki, E. Traba, Olsztyn 2008.
- Purvienė M., *Regeneration or Architectural Forms in Lithuania Minor, in: Traditional Craft in 21st Century Architecture. Proceedings of the International Conference*, Szczecin 2005.
- , Purvinas M., *Ethnische und historische Züge der Dörfer und Gehöfte Kleinlitauens*, in: *Theoretical and Practical Issues of Monument Preservation*, Cluj 1999.
- Purvinas M., *Die Vernichtung der Friedhöfe im Memelland nach 1944. Die politischen, ideologischen, sozialen, psychologischen und andere Gründe dieses Sakrilegiums*. „Annaberger Annalen” 8/2000.
- , Purvienė M., *Denkmalpflege in Memel und Kleinlitauen*, „Mare Balticum” 1994.
- Rakowski W., *Zasiedloność ludności Ziemi Zachodnich i Północnych*, in: *Demografia i społeczeństwo Ziemi Zachodnich i Północnych 1945-1995. Próba bilansu*, red. E. Frątczak, Z Strzelecki, Warszawa 1996.
- Raport o stratach wojennych Poznania 1939-1945*, red. A. Sakson, A. Skarżyński, Poznań 2008.
- Ratajczak K., *Problemy zatrudnienia i plac w PGR*, Warszawa 1963.
- Rebentisch D., *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Die Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945*, Stuttgart 1989.
- Rega I. M., *Die sowjetische Neubesiedlung des nördlichen Ostpreußens bis 1950 am Beispiel von vier Landkreisen*, Siegen 2002.
- Reichsautobahn. Pyramiden des Dritten Reiches*, hrsg. von R. Sommer, Marburg 1982.
- Rezner W., *Powstanie w Kłajpedzie w 1923 r. w świetle materiałów Oddziału II Sztabu Generalnego Wojska Polskiego*, „Acta Historica Universitatis Klaipe-densis” t. XV, 2007.
- Rhodes R., *Mistrzowie śmierci Einsatzgruppen*, Warszawa 2008.
- Rocznik statystyczny województwa warmińsko-mazurskiego 2003*, Olsztyn 2004.
- Rogalski B., *Niemieckie roszczenia na Warmii i Mazurach*, „Siedlisko” 4/2007.
- Rogowski Ł., *Przemiany tożsamości wsi na Warmii w latach 1920-2005. Studium historyczno-socjologiczne na przykładzie wsi Purda Wielka*, in: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiaczy – między polsnością a niemieckością*, red. A. Sakson, Poznań 2008.
- Rohrer Ch., *Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen*, München 2006.
- Rok 1956 na Warmii i Mazurach. Wybór źródeł*, wydał B. Łukaszewicz, Olsztyn 1998.

- Romanow Z., *Ludność niemiecka na Ziemiach Zachodnich i Północnych w latach 1945-1947*, Słupsk 1992.
- , *Polityka władz polskich wobec ludności niemieckiej na Pomorzu Zachodnim w latach 1945-1958*, in: *Pomorze – trudna ojczyzna? Kształtowanie się nowej tożsamości 1945-1995*, red. A. Sakson, Poznań 1996.
- , *Polityka władz polskich wobec ludności rodzimej Ziem Zachodnich i Północnych w latach 1945-1960*, Słupsk 1999.
- Rosja 2005. *Raport z transformacji*, Warszawa 2006.
- Rössler M., Schleiermacher S., *Der „Generalplan Ost”. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993.
- Roth M., *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Göttingen 2009.
- Ruecker E., *Ewolucja zagadnienia Prus Wschodnich*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i teraźniejszość*, red. M. Zawidzki, Poznań 1932.
- Ruffmann K.-H., *Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit. Erinnerungen eines Memelländers. Überlegungen eines Historikers*, Lüneburg 1994.
- , *Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit. Ein Vergleich*, „Nordost-Archiv” Bd. II, 1993, H. 2.
- Rusiński W., *Położenie robotników polskich w czasie wojny 1939-1945 na terenie Rzeszy i „obszarów wcielonych”*, T. 1, Poznań 1949.
- Rütè A., *Zu Änderungen der Straßennamen in Klaipėda in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, „Annaberger Annalen” 7/1999.
- , *Grundzüge des sozialen, kulturellen und administrativen Lebens in Klaipėda 1945-1982*, „Nordost-Archiv” Bd. X, 2001.
- Rutowska M., *Kilka dokumentów z lat czterdziestych*, in: *Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 1997.
- , *Wysiedlenie ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939-1941*, Poznań 2003.
- Region sotrudniczestwa*, Wypusk 3(46): *Problema separatizma w usłowijach anklawnych tierritoii*, red. A. P. Klemieszczowa, Kaliningrad 2005.
- Safronovas V., *Identitätskonflikte Symbolwerdung der Grabstätten und der Kult um die Befreier in Klaipėda/Memel des 20. Jahrhunderts*, „Annaberger Annalen“ 16/2008.
- Sakson A., *Działalność kościołów i wyznań protestanckich na Mazurach*, „Euhermer” 1/1987.
- , *Dziennik Stanisława Ossowskiego. Z badań socjologicznych na Warmii i Mazurach w 1948 r.*, „Przegląd Zachodni” 1/1986.
- , *Europejska czy narodowa kultura pamięci historycznej?* in: *Porządek społeczny a wyzwania współczesności*, red. A. Sakson, Poznań 2005.

- , *Kaliningrad und Europas Sicherheit. Ein polnischer Standpunkt*, „WeltTrends” 2/1994.
- , *Mazurzy – społeczność pogranicza*, Poznań 1990.
- , *Migracje – fenomen XX i XXI wieku*, „Przegląd Zachodni” 2/2008.
- , *Nie gardzimy godnością narodu polskiego. Ewolucja obrazu niemieckich organizacji wysiedleńczych w Polsce*, „Europa” 1/1994.
- , *Niemcy w świadomości społecznej Polaków*, in: *Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945-1989*, red. A. Wolff-Powęska, Poznań 1993.
- , *Nowe paradygmaty w badaniach Ziem Zachodnich i Północnych*, „Przegląd Zachodni” 3/1998.
- , *Obraz polski i Polaków w działalności Ziomkostwa Prusy Wschodnie (Landsmannschaft Ostpreußen)*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 2-3/1983.
- , *Polacy i Niemcy: Stereotypy i wzajemne postrzeganie*, Poznań 2001.
- , *Polskije issledowanija proszlogo i nastojaszczego Kaliningradskoj Oblasti*, in: *Jubilejnaja międzynarodnaja naucznaja konfierencyja, poswiaszczennaja 50-letju obrazowanija Kaliningradskoj Oblasti Rossijskoj Fiedieracyi*, Kaliningrad 1996.
- , *Położenie ludności mazurskiej w powiecie Szczytno w latach 1950-1952 w świetle dokumentów Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej*, „Rocznik Mazurski” VII, 2003.
- , *Problem terażniejszości i przyszłości Okręgu Kaliningradzkiego (Królewca) w polityce europejskiej*, „Europa” 1/1994.
- , *Procesy integracji i dezintegracji społecznej na Ziemiach Zachodnich i Północnych Polski po 1945 roku*, in: *Pomorze – trudna ojczyzna? Kształtowanie się nowej tożsamości 1945-1995*, red. A. Sakson, Poznań 1996.
- , *Przeszość i terażniejszość stosunków polsko-niemieckich w świadomości Polaków*, Poznań 2002.
- , *Rola mniejszości niemieckiej w stosunkach polsko-niemieckich na przykładzie Warmii i Mazur*, Poznań 1998.
- , *Socjologiczne badania terenowe nad ludnością rodzimą na Ziemiach Zachodnich*, „Studia Socjologiczne” 2/1989.
- , *Socjologiczne problemy bezrobocia w warunkach transformacji systemu społeczno-politycznego w Polsce*, in: *Rynek pracy a edukacja*, Olsztyn 1995.
- , *Socjologiczne problemy tożsamości regionalnej współczesnych mieszkańców byłych Prus Wschodnich. Próba porównania*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 2/1996.
- , *Socjologiczne problemy wysiedleń*, in: *Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie*, red. H. Orłowski, A. Sakson, Olsztyn 1996.

- , *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945-1997*, Poznań 1998.
- , *Sytuacja ludności warmińskiej i mazurskiej w świetle memoriału delegacji Warmiaków i Mazurów z 1956 r. oraz „Apelu przedstawicieli olsztyńskich stowarzyszeń twórczych i naukowych w sprawie wyjazdów ludności rodzimej do RFN” z 1981 r.*, „Przegląd Zachodni” 3/2005.
- , *Tajny plan wysiedleń ludności rodzimej (mazurskiej) z 1952 roku w świetle dokumentów Archiwum Aut Nowych w Warszawie*, in: *Mniejszości narodowe w Polsce*, red. Z. Kurcz, Wrocław 1997
- , *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego. Aspekty polityczne i kwestie bezpieczeństwa europejskiego*, „Przegląd Zachodni” 3/1993.
- , *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego (Królewska)*, „Przegląd Zachodni” 3/1994.
- , *The Problem of the Kaliningrad Region*, „Polish Western Affairs” 1/1994.
- , *Wpływ stosunków wyznaniowych na kształtowanie się procesów społecznych na Mazurach po 1945 r.*, „Olsztyńskie Studia Socjologiczno-Etnograficzne” Olsztyn 1985.
- , *Warmia i Mazury po 1945 roku – nowa tożsamość czy dezintegracja*, „Borusia” 3-4/1992.
- , Sterzyńska J., *Postawy mieszkańców Ziemi Zachodnich i Północnych a pretensje niemieckich środowisk ziomkowskich*, Poznań 2001.
- , Traba R., *Purda Wielka/ Gross Purden. Uniwersalny charakter i specyfika opowieści o pograniczu polsko-niemieckim*, in: *Przeszłość zapamiętana. Narracje z pogranicza. Materiały pomocnicze do analizy polsko-niemieckich stosunków narodowościowych na przykładzie warmińskiej wsi Purda Wielka*, red. R. Traba, A. Sakson, Olsztyn 2007.
- Salm J., *Odbudowa miast wschodniopruskich po I wojnie światowej. Zagadnienia architektoniczno-urbanistyczne*, Olsztyn 2006.
- Salzborn S., *Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung*, Hannover 2001.
- Samaja Zapadnaja. Sbornik dokumentow i materialow o stanowlenii i razwittii kaliningradskoj oblasti*, t. 1: (1946-1952), Kaliningrad 1980.
- Sandorski J., *Polnisch-deutsche Vermögensfragen. Eine polnische Sicht*, in: *Ansprüche? Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen*, „Welt-Trends” 3/2007.
- Schaller H., *Der Nationalsozialismus und die slawische Welt*, Regensburg 2002.
- Schön H., *Tragedia Gustloffia. Relacja osoby ocalałej z największej katastrofy morskiej w drugiej wojnie światowej*, Zakrzewo 2006.
- Schröder Ch. A., *Die Entstehung des „Territoire de Memel” und die Pläne der französischen Administration (1919-1923)*. „Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte” Bd. X, 2001.

- Schüler-Springorum S., *Die jüdische Kinderheit in Königsberg/Preußen 1871-1945*, Göttingen 1996.
- Schusmus W., *Die germanischen und altdeutschen Wurzeln der masurischen Volkskultur*, „Masurischer Kalender” 1938.
- Schütz E., Gruber N., *Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers” 1933-1941*, Berlin 2000.
- Schwarz E., *Abschied von Königsberg. Erinnerungen 1945/47*, Hameln 1997.
- Schwertfeger E., *Memelland – Land in Fesseln. Schicksal an deutschen Grenzen*, Teil 1, Berlin 1935.
- Serrier T., *Wypędzić i zapomnieć: Republika Francuska i wysiedlenia Niemców z Alzacji w 1918 i 1945 roku*. „Borussia” 37/2005.
- Siedlecki J., *Losy Polaków w ZSRR w latach 1939-1986*, London 1987.
- Siemaszko I., *Systemy pomocy społecznej na przykładzie Bartoszczyk*, Olsztyn 2004.
- Siemaszko W., Siemaszko E., *Ludobójstwo dokonane przez nacjonalistów ukraińskich na ludności polskiej Wołynia: 1939-1945*, t. 1-2, Warszawa 2000.
- Sikorski J., *Kresowiaczy w kształtowaniu środowiska kulturalnego na Warmii i Mazurach*, in: *Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur*, red. B. Domagała, A. Sakson, Olsztyn 1998.
- , *Ruch Społeczno-Kulturalny w Olsztynie*, in: *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2006.
- , *Stowarzyszenie Społeczno-Kulturalne „Pojezierze”*, in: *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2006.
- Sinnig C., *Fluchtpunkt Klaipėda – Litauische Literaten in Klaipėda der 30er Jahre*, „Nordost -Archiv” Bd. X, 2001.
- Sirblys K., *Lietuvos komunistų partijos veikla udgant socialistinę darbininkų klasą*, Vilnius 1976.
- Skonieczny T., *Zrzekanie się gospodarstw rolnych na Ziemiach Zachodnich i Północnych w okresie intensywnej kolektywizacji (1948-1956)*, in: *Demografia i społeczeństwo Ziem Zachodnich i Północnych 1945-1995. Próba bilansu*, red. E. Frątczak, Z. Strzelecki, Warszawa 1996.
- Skrebbas G., *Hungerjahre – Rettung in Litauen und Lettland. Erinnerungen eines Ostpreußen*, Berlin 1999.
- Skrobacik A., *Przyczynki do nastojów ludności Prus Wschodnich w przeddzień ofensywy radzieckiej 1945 roku*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 2/1976.
- Skubiszewski K., *Wysiedlanie Niemców po II wojnie światowej*, Warszawa 1968.
- Skurpska M., *Bezrobocie agrarne w woj. olsztyńskim. Aktywizacja zawodowa bezrobotnych zamieszkujących na wsi*, in: *Rynek pracy a edukacja*, Olsztyn 1995.

- Sobczak I., *Ludność Ziem Zachodnich i Północnych Polski – dynamika i struktura*, in: *Ziemie Zachodnie i Północne Polski w półwieczu 1945-1995*, Toruń 1997.
- , *Przesiedleńcy w Niemieckiej Republice Federalnej*, Poznań 1962.
- Sobociński L., *Na gruzach Smętka*, Warszawa 1947.
- Sobiechy. Encyklopedia szkoły i wsi*, Węgorzewo, Sobiechy 2002.
- Soldra-Gwiżdż T., *Edukacja w wielokulturowej Społeczności Opolszczyzny*, in: *Ślązacy, Kaszubi Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością*, red. A. Sakson, Poznań 2008.
- Sologubow A., „*Im Sieg geboren*”. *Das Jahr 1945 in der Geschichte des kaliningrader Gebiets*, in: *Erinnerung und Geschichte. 60. Jahre nach dem 8. Mai 1945*, hrsg. von R. von Thadden, S. Kudelka, Wiesbaden 2003.
- , *Kaliningrad, Mythos der Welterschöpfung*, „Nordost-Archiv” Bd. XV, 2007.
- , „*Kaliningrad – unsere Heimat*”. *Ausgewählte Themen örtlicher Diskurse*, in: *Wiedergewinnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas*, hrsg. von P. O. Loew, Ch. Pletzing, Th. Serrier, Wiesbaden 2006.
- Soloma L., *Aspiracje pracowników byłych PGR w zakresie edukacji dzieci*, in: *Mieszkańcy osiedli byłych pegeerów o swojej sytuacji życiowej. Raport z badań*, red. Z. Kawczyńska-Butrym, Olsztyn 2007.
- Sondaże socjologiczne. Europejski Sondaż Społeczny (2004). Polska w Europie*, Warszawa 2006.
- Sondaże socjologiczne. Jakość życia w krajach europejskich. Polska w Europie*, Warszawa 2005.
- Sosna G., *Sprawy narodowościowe i wyznaniowe na Białostocczyźnie (1944-1948) w ocenie władz Rzeczypospolitej Polskiej. Wybór dokumentów*, Ryboły 1996.
- Sosnowski K., „*Ohne Mitleid*”. *Dziecko w systemie hitlerowskim*, Warszawa/Poznań 1962.
- Sowa P., *Cena polskości*, Warszawa 1976.
- , *Tropem spadkobierców hakaty. Antypolska działalność Bund Deutscher Osten na Warmii i Mazurach (1933-1939)*, Warszawa 1978.
- Społeczności lokalne i ich przemiany*, Olsztyn 1980.
- Społeczność na granicy. Zasoby mikroregionu Gołdap i mechanizmy ich wykorzystania*, red. W. Łukowski, H. Bajor, B. Jałowiecki, Warszawa 2009 .
- Sprawka ob izmienienijach administratiwno-territorialnogo dielenija Kaliningradskoj Oblasti*, in: *Fondy Gosudarstwiennowo Archiwa Kaliningradskiej Oblasti. Kratkij spravocznik*, Kaliningrad 1978.
- Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały*, t. 1, Warszawa 1965.

- Srokowski S., *Z krainy Czarnego Krzyża*, wydała i wstępem opatrzyła M. Szostakowska, Olsztyn 1980.
- Stanevičius A., *Rätselfragen um Annchen von Tharau*, Klaipėda 1992.
- Stankiewicz L., *Zrozumieć bezdomność*, Olsztyn 2002..
- Stankowski W., *Niemcy na Pomorzu gdańskim i Kujawach w latach 1944 /45-1950. Ucieczka, życie codzienne, wysiedlenia*, Bydgoszcz 2000.
- , *Obozy i inne miejsca odosobnienia dla niemieckiej ludności cywilnej w Polsce w latach 1945-1950*, Bydgoszcz 2002.
- Stańczyk H., Wróblewski W., *Prusy Wschodnie w II wojnie światowej (1940-1945)*, in: *Działania militarne w Prusach Wschodnich*, red. W. Wróblewski, Warszawa 1998.
- Starlinger W., *Grenzen der Sowjetmacht. Mit einem Bericht der Deutschen Seuchenkrankenhäuser Yorck und St. Elisabeth über Leben und Sterben in Königsberg von 1945-1947*, Würzburg 1955.
- Statistisches Handbuch für die Provinz Ostpreußen 1938*, Schloßberg 1938.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, Statistischen Reichamt. Fünfzigster Jahrgang 1931, Berlin 1931.
- Steinort – *verlorenes Erbe oder eine Chance zur Rettung? Die Restaurierung und Nutzung der Schlossanlage Steinort als gemeinsame deutsch-polnische Initiative*, Materialien einer Konferenz in Olsztyn vom 5. bis 6. November 2008.
- Stiepanowa O., *Zasiedlenie Obwodu Kaliningradzkiego w pierwszych latach po II wojnie światowej*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 2/1996.
- Stobelski R., *Ziemie Zachodnie i Północne Polski w okresie realizacji planu sześćoletniego 1950-1955*, Zielona Góra 2002.
- Stopa M., *Granice w strategiach działania instytucji mniejszości narodowych z Braniewa, Gródka, Sejń i Zagórza*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, red. J. Kurczewska, H. Bojar, Warszawa 2005.
- Strakauskaitė N., *Der Einfluss politischer Faktoren auf das kleinlitauische Schulwesen 1871-1933* in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000.
- Strategia rozwoju kraju 2007-2015*. Dokument przyjęty przez Radę Ministrów w dniu 29 listopada 2006 r. Ministerstwo Rozwoju Regionalnego, Warszawa 2006.
- Strategia rozwoju społeczno-gospodarczego Województwa Warmińsko-Mazurskiego do roku 2020*, Olsztyn 2005.
- Strauchold G., *Autochtoni polscy, niemieccy, czy... Od nacjonalizmu do komunizmu (1945-1949)*, Toruń 2001.

- , *Mysł Zachodnia i jej realizacja w Polsce Ludowej w latach 1945-1957*, Toruń 2003.
- Strzykowski K., *Położenie osób wpisanych w Wielkopolsce na niemiecką listę narodowościową w latach 1945-1950*, Poznań 2004.
- Sudziński R., *Losy ludności niemieckiej na ziemiach dawnych i nowych po zakończeniu II wojny światowej (na przykładzie Pomorza Nadwiślańskiego). Podobieństwa i różnice*, in: *Mniejszości narodowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku*, red. M. Wojciechowski, Toruń 1998.
- Sukertowa-Biedrawina E., *Dawno a niedawno. Wspomnienia*, Olsztyn 1965.
- Sula D., *Działalność przesiedleńczo-repatriacyjna Państwowego Urzędu Repatriacyjnego w latach 1944-1951*, Lublin 2002.
- Surminski A., *Ein Dorf in Ostpreußen. Jäglack, Jokehnen, Polninken, Jegławki*, Selbstverl. des Hrsg., Hamburg 2002.
- Sychowicz R., *Apogeum czy schyłek stalinizmu. Aparat represji wobec ludności autochtonicznej w powiatach Elk-Goldap-Olecko w latach 1953-1956*, in: *Pogranicza. Ludzie pogranicza*, red. W. Brenda, J. Kielbik, Olsztyn 2009.
- Szacki J., *Tradycja. Przegląd problematyki*, Warszawa 1971.
- Szczegóła H., *Przedpoczdamskie wysiedlenie Niemców z Polski (czerwiec-lipiec 1945 r.)*, in: *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945 i jej powojenne losy*, red. W. Jastrzębski, Bydgoszcz 1995.
- Szczepański M. S., *Tożsamość europejska i lokalne rewindykacje*, in: *Spoleczności lokalne – terażniejszość i przyszłość*, red. B. Jałowicki, W. Łukowski, Warszawa 2006.
- Szenderjuk M. G., *Socjalny portret piersielencow*, „Kaliningradskije archiwy. Materiały i issledowanija” Wypusk 1, Kaliningrad 1998.
- Szerepka L., *Sytuacja demograficzna Rosji*, „Prace Ośrodka Studiów Wschodnich” 24, Warszawa 2006.
- Szewcowa L., *Rosja przed nowym cyklem politycznym: paradoksy stabilności i „petro- state”*, in: *Imperium Putina*, Warszawa 2007.
- Szostakowska M., *Litwini Pruscy w latach 1918-1933 w świetle materiałów Archiwum Akt Nowych w Warszawie*, in: *Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Z zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków niemiecko-litewskich i polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku)*, red. A. Skrzypek, Z. Szostakowski, Olsztyn 1992.
- , *Z problematyki mniejszości litewskiej w Prusach Wschodnich. Nieznana relacja informatora polskiej służby konsularnej w Królewcu z 1931 roku*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 104/1990.

- Szostakowski S., *Wschodniopruskie tło czasopisma „Auszra” (1883-1886)*, in: *Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Z zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków niemiecko-litewskich i polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku)*, Olsztyn 1992.
- Szpak E., *Między osiedlem a zagrodą. Życie codzienne mieszkańców PGR-ów*, Warszawa 2005.
- Szyfer A., *Jest taka wieś. Typowa czy inna*, Wągrowiec 2000.
- , *Spoleczność i kultura małego miasta. Studium na przykładzie Rynu*, Olsztyn 1982.
- , *Tożsamość kulturowa. Warmiacy – grupa pogranicza*, „Przegląd Zachodni” 1991 nr 2.
- , *Warmiacy. Studium tożsamości*, Poznań 1996.
- , *Wierzenia ludowe Mazurów i Warmiaków*, Olsztyn 1975.
- , *Zapiskane z pamięci. Z badań etnografii*, Poznań 2006.
- Szymanski A., *Die wirtschaftliche Lage der Masuren in Ostpreussen*, Königsberg 1921.
- Szymański M., *Potencjał militarny w Obwodzie Kaliningradzkim a bezpieczeństwo Polski*, „Przegląd Zachodni” 1999, nr 1.
- Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polskością a niemieckością, red. A. Sakson, Poznań 2008.
- Tarkowska E., *Zróźnicowanie biedy*, in: *Jak żyją Polacy*, red. H. Domański, A. Ostrowska, A. Rychard, Warszawa 2000.
- , *Koniec popegeerowskiego świata w wypowiedziach byłych pracowników PGR-u Owczary*, in: *Lata tłuste, lata chude. Spojrzenie na biedę w społecznościach lokalnych*, red. K. Korzeniowska, E. Tarkowska, Warszawa 2002.
- , *Ubóstwo w byłych PGR-ach: w poszukiwaniu dawnych źródeł nowej biedy*. „Kultura i Społeczeństwo” 1/1998.
- , *Korzeniowska K., Młodzież z byłych PGR-ów. Raport z badań*, Warszawa 2002.
- Tauber J., *Der unbekannte Dritte: Die Kleinlitauer im Memelgebiet 1918-1939*, in: *„Der Fremde im Dorf”. Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag*, hrsg. von H. J. Bömlburg, B. Eschment, Lüneburg 1998.
- , *Das Memelgebiet (1919-1945) in der deutschen und litauischen Historiografie nach 1945*, „Nordost-Archiv” Bd. X, 2001: *Im Wandel der Zeiten: Die Stadt Memel im 20. Jahrhundert*.
- , *Überlegungen zur Bedeutung der kleinlitauischen Bewegungen in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach Ersten Weltkrieg*, hrsg. von R. Traba, Osnabrück 2000.

- Tegnerowicz J., *Stereotyp byłych pracowników Państwowych Gospodarstw Rolnych*, in: *Współczesne społeczeństwo polskie*, red. R. Suchocka, Poznań 2002.
- Tematy polsko-ukraińskie. Historia. Literatura. Edukacja*, red. R. Traba, Olsztyn 2001.
- Thiel J., *Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers*, Düsseldorf 1976.
- Tilitzki Ch., *Alltag in Ostpreußen. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940-1945*, Leer 1991.
- , *Die Albertus-Universität Königsberg im Umbruch von 1932 bis 1934*, in: *Vorposten des Reiches? Ostpreußen 1933-1945*, hrsg. von Ch. Pletzing, München 2000.
- Tilk G., *Masuren erwacht. Der Sieg der nationalsozialistischen Revolution*, „Masuren-Kalender“ 1934.
- Timmermann H., *Kaliningrad. Eine Pilotregion für die Gestaltung der Partnerschaft EU-Rußland*. „Osteuropa“ 9/2001.
- Toczewski A., *Migracje ludności w Polsce Zachodniej i Północnej w latach 1949-1956*, in: *Ziemie Zachodnie i Północne Polski w okresie stalinowskim*, red. Cz. Osękowski, Zielona Góra 1999.
- Toeppen M., *Historia Mazur. Przyczynek do dziejów krainy i kultury pruskiej*, Olsztyn 1995.
- Tomaszewska D., *Przestrzenne aspekty sytuacji życiowej mieszkańców osiedli popegeerowskich – ujęcie typologiczne*, in: *Mieszkańcy osiedli byłych pegeerów o swojej sytuacji życiowej. Raport z badań*, red. Z. Kawczyńska-Butrym, Olsztyn 2007.
- Tomicki R., *Kultura, dziedzictwo, tradycja*, in: *Etnografia Polski. Przemiany kultury ludowej*, red. M. Biernacka, M. Frankowska, W. Paprocka, t. 2. Wrocław 1981.
- Tomkiewicz R., *O działalności Komisji Ustalenia Nazw Miejscowych i Obiektów Fizjograficznych na terenie Warmii i Mazur*. „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 4/2004.
- , *Olsztyńska Delegatura Komisji Specjalnej do Walki z Nadużyciami i Szkodnictwem Gospodarczym 1945-1954*, Olsztyn 1995.
- , *Olsztyński rok 1956. Rola studentów w wydarzeniach*, Olsztyn 2007.
- , *Życie codzienne mieszkańców powojennego Olsztyna 1945-1956*, Olsztyn 2003.
- , *Spoleczność Olsztyna*, in: *Olsztyn 1945-2005. Kultura i nauka*, red. S. Achremczyk, W. Ogrodziński, Olsztyn 2006.
- Topolski J., *Militarna pozycja Federacji Rosyjskiej*, in: *Federacja Rosyjska w stosunkach międzynarodowych*, red. A. Czarnocki, J. Topolski, Lublin 2006.
- Torzecki R., *Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie Drugiej Rzeczypospolitej*, Warszawa 1993.

- Traba R., *Borussia, czyli cztery refleksje na temat wyższości mikroperspektywy nad makroperspektywą*, in: *Der Fotograf ist da! Die Bewohner des ehemaligen Ostpreußen auf alten Aufnahmen des Denkmalmantes Königsberg*, Warszawa 2005.
- , *Historia stosowana. Pamięć i krajobraz jako nośnik badań i edukacji historycznej*, in: *Groß Purden 1900-2006. Das Porträt eines Dorfes*, red. M. Kardach, J. Pilecki, E. Traba, Olsztyn 2008..
- , *Trójkąt niepamięci: Tannenberg – Stalag IB Hohenstein – Sudwa*, „Borussia” 41/2007.
- , „Kresy” czy „Atlantyda Północy?” *Współczesne polskie dyskusje o mitologii miejsca*, in: R. Traba, *Historia – przestrzeń dialogu*, Warszawa 2006.
- , *Konstrukcja i proces dekonstrukcji narodowego symbolu. Rozważania na podstawie analizy semantycznej polskich obchodów rocznic grunwaldzkich w XX wieku*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 4/1999.
- , *Mogily wrogów? Wschodniopruskie cmentarze wojenne w perspektywie przemian kulturowych 1915-1995*, „Przegląd Zachodni” 3/1997.
- , *Niemcy – Warmiacy – Polacy 1871-1914. Z dziejów niemieckiego ruchu katolickiego i stosunków polsko-niemieckich w Prusach*, Olsztyn 1904.
- , *Próby państwowej monopolizacji pamięci: Tannenberg 1927 (- 1935) – Grunwald 1960*, in: R. Traba, *Kraina tysiąca granic: szkice o historii pamięci*, Olsztyn 2003.
- , *Rozważanie o magii miejsca i mitologizacji krajobrazu w Prusach Wschodnich*, „Borussia” 24-25/2001.
- , *Wschodniopruskość. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec*, Poznań, Warszawa 2005.
- Tracewicz Z., *Oświata a procesy asymilacyjne wśród mniejszości ukraińskiej*, Toruń 2000.
- Trautmann U., *Es war ein ziemlich wildes Leben*, in: U. V ö l k l e i n, „Mitleid war von niemand zu erwarten”. *Das Schicksal der deutschen Vertriebenen*, München 2005.
- Trojanowska-Strzęboszewska M., *Granice z Obwodem Kaliningradzkim z perspektywy społecznej Braniewa i Bartoszyca. Trzy horyzonty czasowe*, in: *Granice na pograniczach. Z badań społeczności lokalnych wschodniego pogranicza Polski*, red. J. Kurczewska, H. Bajor, Warszawa 2005.
- Tujdowski M., *Świadomość Warmiaków w świetle badań socjologicznych. Pilotażowe badania w Purdzie Wielkiej*, in: *Ślązacy, Kaszubi, Mazurzy i Warmiacy – między polsnością a niemieckością*, red. A. Sakson, Poznań 2008.
- Tüman A., *Die Grenzverträge zwischen Rußland und den baltischen Staaten*. „Osteuropa” 9-10/2002.

- Tumowska H., *Mitologia Kresów Zachodnich w pamiętnikach i beletryście polskiej (1945-2000)*, Toruń 2007.
- Tradycja i nowoczesność*, red. J. Kurczewska, J. Szacki, Warszawa 1984.
- Turower B., *Kolektywizacja olsztyńskiej wsi w latach 1949-1956 i jej następstwa*, „Komunikaty Warmińsko-Mazurskie” 4/2009.
- Trzeciakowski L., *Kulturkampf w zaborze pruskim*, Poznań 1970.
- Ubóstwo w Polsce w pierwszej połowie lat dziewięćdziesiątych. Synteza wyników badań*, red. S. Golimowska, Warszawa 1996.
- Ukrajins'ka szkoła w Hurowi Hławec'komu – historyczny narys*, Górowo Hławeeckie 2004.
- Urbanik W., *Bezrobocie i zatrudnienie w małym mieście. Socjologiczne studium zachowań bezrobotnych*, Szczecin 2003.
- Urban K., *Z zagadnień polityki wyznaniowej władz PRL wobec „kwestii mazurskiej” w początku lat pięćdziesiątych*, „Zapiski Historyczne” 1995, H.1.
- Urban T., *Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert*, München 2004.
- , *Utracone ojczyzny. Wypędzenie Niemców i Polaków w XX wieku*, Warszawa 2007.
- Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie*, red. H. Orłowski, A. Sakson, Poznań 1996.
- Źródła uniwersytetu 1993-1999*, wstęp, wybór i oprac. B. Łukaszewicz, Olsztyn 1999.
- Vareikis V., *Historische Kontroversen über den Litauischen „Aufstand” in Memelgebiet 1923*, „Annaburger Annalen“ 17/2009.
- , *Klaipeda zwischen der Sowjetunion und der Litauischen SSR 1945-1990*, „Nordost-Archiv” Bd. X, 2001.
- , *Der Umgang mit Denkmälern in Klaipeda*, „Annaburger Annalen” 7/1999.
- , *Der Weg nach Westen: Die soziale und wirtschaftliche Transformation Klaipėdas nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit*, „Nordost-Archiv” Bd. X, 2001.
- Verschleppt. Frauen und Mädchen von Ostpreußen nach Sibirien verschleppt*, Hamburg o. J.
- Vertreibung aus dem Osten. Deutsche und Polen erinnern sich*, hrsg. von H.-J. Bömelburg, R. Stößinger, R. Traba, Olsztyn 2000.
- Vitkus G., *Die lituanische „Ostpolitik” – Grundsätze und Probleme*, „Osteuropa” 2002.
- Wagińska-Marzec M., *Jak zmieniano nazwy miejscowości na Warmii i Mazurach po 1945 r.*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nadf stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.

- , *Spoleczność lokalna w obronie „swych” nazw na Warmii i Mazurach*, in: *Wspólne dziedzictwo? Ze studiów nad stosunkiem do spuścizny kulturowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 2000.
- , *Ustalenie nazw miejscowości na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, in: *Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 1997.
- Wagner M., Czasami praca polega na picciu kawy. Obserwacje z rocznego pobytu studyjnego w mazurskiej wsi, „Masovia” t. 1, 1997.
- , *Tolerierter Schmuggel. Interaktion zwischen Zöllnern und Schmugglern*, „Welt-Trends” 71/2010.
- , *„Wir waren alle Fremden”: Die Neuformierung dörflicher Gesellschaft in Masuren seit 1945*, Münster 2001.
- Wajda A., *Migracja ludności wiejskiej z Pomorza Wschodniego w latach 1850-1914*, Wrocław 1969.
- Wakar A., *Martwa granica*, „Borussia” 2/1992.
- Wakar W., *Polski korytarz czy niemiecka enklawa*, wybrał i wstępem poprzedził B. Kozięło-Poklewski, Olsztyn 1984.
- , *Struktura demograficzna Prus Wschodnich*, in: *Prusy Wschodnie. Przeszłość i teraźniejszość*, red. M. Zawadzki, Poznań 1932.
- Wańkowska-Sobiesiak J., *Za mało na Polaka, za dużo na Niemca*, Olsztyn 2006.
- Wardzyńska M., *Sytuacja ludności polskiej w Generalnym Komisariacie Litwy czerwiec 1941 - lipiec 1944*, Warszawa 1993.
- Warmia i Mazury w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945*, przygotował do druku T. Baryła, Olsztyn 1994.
- Warmiaczy i Mazurzy. Życie codzienne ludności wiejskiej w I połowie XIX wieku*, red. B. Kuźniewski, Olsztynek 2002.
- Warmińskie pokolenia*, Olsztyn 2007.
- Warunki życia ludności w Województwie Warmińsko-Mazurskim 2006*. Olsztyn 2007.
- Wasser B., *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944*, Basel, Berlin, Boston 1993.
- Wassermann Ch., *Unter polnischer Verwaltung. Tagebuch 1957*, Hamburg 1958.
- Wellmann Ch., *Die russische Exlave Kaliningrad auf dem Weg aus der wirtschaftliche Abhängigkeit von Militär und Rüstung*, Kiel 1997.
- Werblan A., *Ewolucja stanowiska Władysława Gomułki w sprawie polityki wschodniej Republiki Federalnej Niemiec*, in: *Recepcja Ostpolitik w RFN i w krajach bloku komunistycznego. Polska, ZSRR, NRD, Czechosłowacja, Węgry*, red. J. Fiszer, J. Holzer, Warszawa 2004.
- Wielhorski W., *Losy Polaków w niewoli sowieckiej (1939-1956)*, London 1956.

- Wierzchosławski S., *Ludność Ziem Zachodnich i Północnych w świetle Narodowego Spisu Powszechnego 2002*, in: *Ziemie Odzyskane/Ziemie Zachodnie i Północne 1945-2005 – 60 lat w granicach państwa polskiego*, red. A. Sakson, Poznań 2006.
- Willoweit D., *Memel – Klaipeda im historischen Bewußtsein der Deutschen und Litauer*, „Annaberger Annalen” 6/1998.
- Wilno – Olsztyn. Kontynuacja tradycji historycznej*, Olsztyn 1992.
- Winnicki M., *Osadnictwo ludności ukraińskiej w województwie olsztyńskim*, Olsztyn 1965.
- Wiśniewski J., *Radziecki potencjał wojskowy wzdłuż wschodniej granicy Polski*, in: *Polityczno-wojskowe aspekty polskiej polityki wschodnie*, red. J. Stefanowicz, Warszawa 1991.
- Wobec przeszłości. Pamięć przeszłości jako element kultury współczesnej*, red. A. Szpociński, Warszawa 2005.
- Wofür stirbt der Bürger?* in: *Der politische Totenkult Kriegerdenkmäler in der Moderne*, hrsg. von R. Koselleck, M. Jeismann, München 1994.
- Wojarska M., *Przekształcenia własnościowe w regionie warmińsko-mazurskim*, in: *Warmia i Mazury w obliczu przemian cywilizacyjnych. 15 lat przekształceń gospodarczych i społecznych 1990-2005*, Olsztyn 2006.
- Wojciechowski Z., *Grunwald*, „Przegląd Zachodni” 1/1945.
- Województwo Olsztyńskie. Monografia ekonomiczno-społeczna 1945-1969*, Wrocław 1974.
- Województwo Warmińsko-Mazurskie w 1998 r.*, Olsztyn 1999.
- Województwo Warmińsko-Mazurskie. Podregiony, powiaty, gminy*, Olsztyn 2007.
- Wojnowski E., *Obwód Kaliningradzki Federacji Rosyjskiej: wybór dokumentów 1994-2004*, Olsztyn 2004.
- , *Obwód Kaliningradzki Federacji Rosyjskiej – od obszaru zamkniętego ku regionowi współpracy (1946-2006)*, Olsztyn 2006.
- , *Rola Obwodu Kaliningradzkiego w strategii geopolitycznej Federacji Rosyjskiej* in: *Europa a Rosja – opinie, konflikty, współpraca*, red. Z. Anculewicz, J. Sobczak, Olsztyn 2003.
- , *Unia Europejska wobec Obwodu Kaliningradzkiego*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 3/2002.
- , *Warmia i Mazury w latach 1945-1947: życie polityczne*, Olsztyn 1970.
- , *Die Zusammenarbeit an der Grenze zwischen Polen und dem Kaliningrader Gebiet*, in: *Grenzen im Ostblock und ihre Überwindung*, Berlin 2001.
- Wojtkowski J. M., *Świątynie ewangelickie przekazane katolikom na Warmii i Mazurach w latach 1972-1992*, Olsztyn 2002.
- Wokół Jedwabnego*, t. 1-2, red. P. Machcewicz, K. Persal, Warszawa 2002

- Wokół niemieckiego dziedzictwa kulturowego na Ziemiach Zachodnich i Północnych*, red. Z. Mazur, Poznań 1997.
- Wołoszenko R. J., *Spiecyfikacja i pierspektiwy socjalnego razwitija sielskich tier-ritorii w Kaliningradskoj oblasti*, in: *Region sotrudniczestwa w Rossii*, Moskwa 2001.
- Worobiec K. A., *Starowerski Park Narodowy*, „Borussia” 41/2007.
- Wörster P., *Die Besiedlung des Königsberger Gebiets nach 1945*, in: *Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen*, hrsg. von S. Spieler, B. Jähning, Bonn 1993.
- , *Das nördliche Ostpreußen nach 1945. Verwaltung, Bevölkerung, Wirtschaft*, „Dokumentation Ostmitteleuropa” Jg. 5, 1979, H. 1/2.
- Wostocznaja Prussija glazami sowietskich pierieselencow. Pierwyje gody Kaliningradskoj oblasti w wospominaniach i dokumentach*, Kaliningrad 2003.
- Woźniak R., *Spoleczność lokalna bezrobotnych*, Koszalin 1995.
- Wójcicki J., *Wolne Miasto Gdańsk 1920-1939*, Warszawa 1976.
- Wróblewski J., *Biblioteki polskie na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1881-1939*, Olsztyn 1968.
- Wrzesiński W., *Kwestia mazurska na Działdowszczyźnie w latach 1920-1939*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 3/1959.
- , *Plebiscyty na Warmii i Mazurach oraz na Powiślu w 1920 roku*, Olsztyn 1974.
- , *Prusy Wschodnie wobec doświadczeń I wojny światowej*, in: *Spoleczeństwo polskie pod panowaniem pruskim w I wojnie światowej (1914-1918)*, red. M. Wojciechowski, Toruń 1996.
- , *Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej w latach 1864-1945*, Olsztyn 1994.
- , *Ruch polski na Warmii, Mazurach i Powiślu w latach 1920-1939*, Olsztyn 1973.
- , *Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej 1864-1945*, Warszawa 1984.
- , *Związek Polaków w Niemczech wobec problemów świadomości narodowej (1922-1939)*, „Kwartalnik Historyczny” 3/1968.
- Współpraca międzynarodowa w Rejonie Bałtyckim*, Gdańsk 1997.
- Wyznania religijne i stowarzyszenia narodowościowe i etniczne w Polsce 2000-2003*, GUS, Warszawa 2003.
- Zabłocki G., Sobczak M., Piszczek E., Kwiecińska M., *Ubóstwo na terenach wiejskich Północnej Polski*, Toruń 1999.
- Zachau J., *Die deutsche Herkunft unserer Familiennamen in Masuren*, „Masurischer Kalender” 1938.
- Zachowane – ocalone? O krajobrazie kulturowym i sposobie jego kształtowania*, red. I. Liżewska, W. Knercer, Olsztyn 2000.
- Zarycki T., *Region jako kontekst zachowań politycznych*, Warszawa 2002.

- , *Uciemieżona forpoczta Zachodu. Wiktyimizacja i okcydentalizacja we współczesnym polskim dyskursie regionalnym*, „Kultura i Społeczeństwo” 2/2005.
- Zeidler M., *Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neisse 1944/45*, München 1996.
- Ze znakiem „P”. *Relacje i wspomnienia robotników przymusowych i jeńców wojennych w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej*, wybór i oprac. B. Koziello-Poklewski, B. Łukaszewicz, Olsztyn 1977.
- Zielechowska L., *Mazury Działdowsy w latach 1945-1949*, „Rocznik Działdowski” t. V, 1999.
- Zientara-Malewska M., *Śladami twardej drogi*, Warszawa 1966.
- Ziółkowska A., *Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej (1941-1943)*, Poznań 2005.
- Ziółkowski M., *Cztery funkcje przywracanej pamięci*, „Studia Socjologiczne” 4/1999.
- Złakowski Z., *„Solidarność” olsztyńska w latach 1980-1981. Próba zestawienia faktów*, Olsztyn 2001.
- Zmiany w życiu Polaków w gospodarce rynkowej*, red. L. Beskid, Warszawa 1999.
- Zubkova E., *Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46*, „Vierteljahresheft für Zeitgeschichte” 47/1999.
- Zweck A., *Litauen, eine Landes- und Volkskunde*, Stuttgart 1898.
- Zamki Państwa Krzyżackiego w dawnych Prusach Wschodnich. Powiśle. Warmia i Mazury*, Olsztyn 2000.
- Žalys V., *Das Memelproblem in der Litauischen Außenpolitik (1923-1939)*, „Nordost-Archiv” Bd. II, 1993, H. 2.
- , *Ringens um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinem Erfolg hatte*, Lüneburg 1993.
- Žostautaitė P., *Klaipėdos Kraštas 1923-1939*, Vilnius 1992.
- Žukas J., *Soziale und wirtschaftliche Entwicklung Klaipėdas / Memels von 1900 bis 1945*, „Nordost-Archiv” Bd. X, 2001.
- Żarón P., *Ludność polska w Związku Radzieckim w czasie II wojny światowej*, Warszawa 1990.
- Żukowski A., *Pogranicze północno-wschodnie Polski a polska polityka zagraniczna. Refleksje nad perspektywą stosunków z Obwodem Kaliningradzkim*, in: *Polskie pogranicza a polityka zagraniczna u progu XXI wieku*, red. R. Stemplowski, A. Żelazo, Warszawa 2002.
- Żurkowska T., *Mazurskie cmentarze. Symbole w krajobrazie*, Olsztyn 2008.
- Żurowski M., *Komendantury wojenne na Pomorzu Zachodnim w 1945 r.*, „Rocznik Koszaliński” 1995.
- Żygulski K., *Repatrianci na Ziemiach Zachodnich. Studium socjologiczne*. Poznań 1962.

- Żyromski S., *Procesy migracyjne w województwie olsztyńskim w latach 1945-1949*, Olsztyn 1971.
- , *Przesiedlenia ludności niemieckiej z województwa olsztyńskiego poza granice Polski w latach 1945-1950*, „Komunikaty Mazursko-Warmińskie” 3/1969.
- Żytyniec R., *Polnische Wirtschaft z modernizacją w tle. Ziemia Zachodnie i Północne w reportażach Charlesa Wassermanna i Bena Budera*, „Borussia” 43/2008.
- , *Zwischen Verlust und Wiedergewinn. Ostpreußen als Erinnerungslandschaft in der deutschen und polnischen Literatur nach 1945*, Olsztyn 2007.

## Internetquellen

- [www.bismarckturme.de](http://www.bismarckturme.de)  
[www.borussia.pl](http://www.borussia.pl)  
[www.crwflags.com/fotw/ru-kgd](http://www.crwflags.com/fotw/ru-kgd)  
[www.denkmalprojekt.org](http://www.denkmalprojekt.org)  
[www.dw-world.de](http://www.dw-world.de)  
[www.ekm.lt](http://www.ekm.lt)  
[www.elch.blox.pl](http://www.elch.blox.pl)  
[www.forum.eksploracje.pl](http://www.forum.eksploracje.pl)  
[www.jugendzeit-ostpreussen.de](http://www.jugendzeit-ostpreussen.de)  
[www.kaliningrad.kp.ru](http://www.kaliningrad.kp.ru)  
[www.gov.kaliningrad.ru](http://www.gov.kaliningrad.ru)  
[www.kaliningrad.ru](http://www.kaliningrad.ru)  
[www.kaliningradka.ru](http://www.kaliningradka.ru)  
[www.kaliningrad-online.ru](http://www.kaliningrad-online.ru)  
[www.klaipeda.lt](http://www.klaipeda.lt)  
[www.koenigsberger-express.com](http://www.koenigsberger-express.com)  
[www.luteranie.pl/diecezja\\_mazurska.pl/biuletyn](http://www.luteranie.pl/diecezja_mazurska.pl/biuletyn)  
[www.mann.lt](http://www.mann.lt)  
[www.mazoji-lietuva.lt](http://www.mazoji-lietuva.lt)  
[www.mazurskie\\_pomniki.republika.pl](http://www.mazurskie_pomniki.republika.pl)  
[www.memelland-adm.de](http://www.memelland-adm.de)  
[www.memelland-adm.de/satzung.html](http://www.memelland-adm.de/satzung.html)  
[www.miasta.gazeta.pl/Olsztyn](http://www.miasta.gazeta.pl/Olsztyn)  
[www.mlrt.lt](http://www.mlrt.lt)  
[www.news.okradio.ru](http://www.news.okradio.ru)  
[www.ogniwa-tratwa.pl](http://www.ogniwa-tratwa.pl)  
[www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de)

[www.ostpreussen.tv.de](http://www.ostpreussen.tv.de)  
[www.prowinz-ostpreussen.de/Koenigsberg](http://www.prowinz-ostpreussen.de/Koenigsberg)  
[www.regnum.ru](http://www.regnum.ru)  
[www.rosbalt.ru](http://www.rosbalt.ru)  
[www.sadyba.free.ngo.pl](http://www.sadyba.free.ngo.pl)  
[www.silute.de](http://www.silute.de)  
[www.vremya.ru](http://www.vremya.ru)  
[www.westrus.ru](http://www.westrus.ru)  
[www.zudermanas.ku.lt](http://www.zudermanas.ku.lt)



# Index

- Aabenraa (Apenrade) 446  
Alksnyne 18  
Alytus/Olita 17  
Asuny/Assaunen/Asūnai 345, 348, 384, 385  
Augustów/Augustthal 347  
Auschwitz (Oświęcim) 486  
Bagrationowsk/Preußisch Eylau/Yluva/Pruska Iławka 125, 142, 151, 155, 156, 184, 188, 452, 519  
Bajory Małe/Klein Bajohren, Kleinblankenfelde 385  
Bajory Wielkie/Groß Bajohren, Großblankenfelde 385  
Baldy/Balden 374  
Baltijsk/Pillau/Piliava/Piława 143, 144  
Banie Mazurskie/Benkheim 333, 385, 386, 414, 419  
Barciany/Barten 385, 386, 399  
Barczewko/Alt Wartenburg 476  
Barczewo(Wartembork)/Wartenburg 377, 420, 424, 426, 468, 514  
Bartąg/Bertung 420, 452  
Bartosze/Bartossen, Bartendorf 418  
Bartoszyce/Bartenstein 22, 280, 283, 288, 306, 307, 308, 317, 318, 321, 324, 325, 377, 381, 385, 386, 388, 389, 452  
Berlin 19, 35, 36, 54, 60, 61, 85, 96, 197, 214, 228, 232, 259, 270, 400, 449, 453, 454, 455, 464, 474, 545, 550, 551, 552  
Bęsia/Bansen 399  
Bezlawki/Bäslack 391  
Biały Bór/Baldenburg 385  
Białystok/Bialystok 277, 278, 328, 350, 483, 484, 485, 503, 504  
Bielawa 339  
Bielefeld 344  
Bielsko-Biała 465  
Bieniasze/Banners 399  
Bisztynek/Bischofstein 423  
Bitėnai/Bittehenen 50  
Bochnia 339  
Bolegorzyn/Bulgrin 323  
Bonn 14, 58, 459  
Boreczno/Schnellwalde 420  
Borki/Borken 399, 416  
Borki Wielkie/Groß Borken, Brückenort 416  
Bramsche 425  
Brandenburg 151, 551  
Braniewo/Braunsberg 268, 280, 288, 311, 312, 317, 324, 327, 335, 339, 342, 343, 377, 385, 386, 398, 506  
Brąswald/Braunswalde 313, 373, 375, 474  
Brüssel 262  
Brzozowo/Brosowen, Hartenstein 434  
Brzydowo/Seusbersdorf 350  
Budry/Buddern 311, 345, 348, 386  
Burdąg/Burdungen 476  
Bydgoszcz 277, 503, 508  
Chrabrowo/Powunden/Pavandenė/Powity 151  
Chrzanowo/Kalkofen 385  
Ciechanów/Zichenau, Ziechenau 277, 280  
Czaplinek 323  
Częstochowa 508  
Dąbrowa/Damerau 278  
Dąbrówka Mała/ Klein Dombrowken, Dammfelde 465  
Dąbrówno/ Gilgenburg 315, 372, 405, 490, 540  
Dajtki (heute Stadtteil von Olsztyn)/Deuthen 471, 472, 490  
Dentyń 374  
Długi Borek/Langenwalde 476  
Dobre Miasto/Guttstadt 373, 385, 405, 430  
Dobrowolsk/Pillkallen, Schloßberg/ Piłkały/ Piłkały 153  
Dobrzyń/ Dobrzyenen, Gutfeld 489  
Domnowo/Domnau/Dumnaiva/Domnowo 153  
Drogosze/Dönhoffstädt 399  
Druschba/Allenburg/Alna/Alembork 153  
Drwęcko/Dröbnitz 398, 418  
Düsseldorf 480, 551, 552  
Dymnik/Stein 49, 419, 420, 425, 427, 429, 434, 435, 437, 438, 440, 441, 442, 443, 447, 448, 449, 450, 537

- Dywity/Dywitten 333, 474, 503  
 Działdowo/Soldau 35, 277, 278, 280, 288,  
 327, 372, 445, 532, 543, 548  
 Dzierżonów 339  
 Dźwierzuty/Mensguth 468  
 Elbląg/Elbing 84, 106, 209, 219, 267, 268, 270,  
 277, 278, 279, 280, 281, 283, 288, 313,  
 325, 338, 339, 350, 353, 378, 386, 387,  
 405, 420, 445, 452, 453, 502, 503, 554  
 Elk/Lyck 219, 277, 278, 279, 280, 281, 283,  
 288, 301, 313, 326, 336, 338, 339, 343,  
 353, 360, 378, 381, 404, 418, 419, 423,  
 429, 434, 452, 456, 465, 466, 468, 506,  
 550  
 Forst 170  
 Friedrichsruh 435  
 Frombork/ Frauenburg 277, 333, 402, 433,  
 453, 555  
 Galiny/Gallingen 399  
 Garino/Signalberg 445  
 Gdańsk/Danzig 41, 62, 84, 90, 218, 268, 278,  
 298, 317, 336, 351, 444, 461, 502, 508,  
 510, 511  
 Gdynia/Gdingen, Gotenhafen 90, 446, 464,  
 553  
 Gelsenkirchen-Bismarck 445  
 Gieląd/Gehland 365, 375  
 Gierłoż/Görlitz Ostpr. (Wolfschanze) 426,  
 427, 542  
 Gietrzwałd/Dietrichswalde 345, 373, 374,  
 375  
 Giżycko (Lec, Łuczany)/Lötzen 277, 280,  
 281, 286, 288, 313, 327, 328, 342, 345,  
 348, 353, 356, 368, 372, 378, 385, 386,  
 387, 395, 401, 402, 405, 419, 424, 429,  
 452, 457  
 Główny/Głowicz 315  
 Godzikowo/Gisbertshof 438  
 Goldap/Goldap/Goldapė 56, 277, 278, 279,  
 280, 283, 288, 311, 324, 327, 336, 339,  
 341, 342, 347, 353, 419, 431, 432, 457  
 Górne/Gurnen 419  
 Górowo Iławeckie/Landsberg Ostp. 355, 381,  
 385, 386, 387, 452  
 Grądzkie/Grundswalde 404  
 Granit 61, 157  
 Grodno 17, 144, 389, 404  
 Gromowo/Lauknien, Hohenbruch/Lauknos  
 151  
 Grunwald/Grünfelde/Žalgiris 60, 542, 543,  
 544, 545, 547  
 Guantanamo 74  
 Gurjewsk/Neuhausen/Noihauzenas, Romuva/  
 Romnowo 101, 136, 153, 154, 156, 160,  
 175, 224, 225  
 Gussew/Gumbinnen/Gumbinė/Gąbin 160,  
 211, 216, 415  
 Guzowy Piec/Gusenofen 470  
 Gwardejskoje/Mühlhausen/Miulhauzenas/  
 Młynary 281, 519  
 Halbstadt 147  
 Hamburg 38, 46, 435, 463, 551, 552, 554  
 Hongkong 74, 80, 188, 189, 241, 243, 523  
 Iława /Deutsch Eylau 280, 281, 288, 327,  
 339, 342, 377, 385, 391, 433, 554  
 Itzehoe 420  
 Jagielek/Jagielleck, Hohenstein-Försterei 469  
 Jakubowo 417  
 Jantarnyj/Palminicken/Palmininkai/Palminiki  
 95, 174  
 Jarnotowo/Groß Arnsdorf 433  
 Jarosław 352, 450, 477  
 Jaroty/Jomendorf 375, 452  
 Jaškowo/Jaschkowen, Reiherswalde 476  
 Jasnaja Poljana/Trakehnen/Trakėnai/Trakiny  
 97, 150  
 Jedwabno/Gedwangen 468, 476, 478, 479,  
 481, 482, 484, 489  
 Jęglawki/Jäglack 550  
 Jerutki/Klein Jerutten 416, 419  
 Jeziorany/Seeburg 466  
 Juodkrantė/ Schwarzort 18, 51  
 Kadzidłowo/Kadziedlowen, Einsiedeln 403  
 Kairiai 46  
 Kalinin 102, 214, 222, 243  
 Kaliningrad/Königsberg/Karaliaučius/Króle-  
 wiec (Crolowgród, Królówgród) 9, 16,  
 30, 35, 50, 56, 63, 70, 73, 74, 77, 79, 80,  
 81, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 91, 92, 96, 97,  
 98, 101, 103, 104, 105, 107, 109, 116,

- 117, 125, 133, 134, 136, 139, 140, 142, 144, 146, 148, 149, 152, 154, 156, 157, 158, 159, 172, 174, 175, 179, 182, 183, 188, 192, 195, 196, 197, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 221, 222, 223, 224, 225, 227, 228, 229, 231, 232, 234, 235, 237, 241, 242, 243, 247, 248, 250, 252, 257, 258, 262, 263, 264, 266, 268, 269, 270, 272, 273, 274, 308, 397, 400, 433, 445, 456, 501, 514, 519, 520, 522, 523, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 535, 538, 540, 541, 547, 550, 551, 554
- Kalinino/Mehlkehmen, Kallehnen/Mielkiemis/Mielkiejmy 151
- Kamienskoje/Saalau/Želva/Zelwa 151, 154
- Kamińsk 385
- Kamionki 548
- Kandyty/Kanditten 385
- Kanigowo/Kandien 468, 474, 475
- Kasztanowo/Almenhausen 151
- Katowice 329, 469, 503, 508, 510
- Kaunas/Kowno 12, 17, 33, 34, 41, 48, 59, 62, 63, 70, 72, 544
- Kętrzyn (Rastembork)/Rastenburg 280, 283, 288, 302, 313, 317, 327, 385, 386, 391, 405, 415, 427, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 447, 449, 542, 550
- Kiejkuty 555
- Kintai 46, 50
- Kisielice/Freystadt 281
- Klaipėda/Memel/Kłajpeda 9, 10, 12, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 60, 61, 62, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 76, 84, 134, 213, 214, 261, 270, 307, 355, 400, 415, 444, 501, 503, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 535, 539, 554, 555
- Klebark Wielki/Kleeberg 429
- Klekotki/Rudolfsmühle 399
- Kneiphof/Knipawa (Stadtteil von Kalinigrad/Königsberg) 209, 211
- Korniewo/Zinten/Cintai(Sintai)/Cynty 153
- Kortowo (heute Stadtteil von Olsztyn)/Kortau 375, 430, 509, 510
- Kraków 317, 344, 511, 545
- Krasnoflotskoje/Rosenberg 344
- Krekole/Krekollen 465
- Kretinga/Kretynga 17, 21, 33, 34, 53
- Królikowo/Königsgut 548
- Krukłanki/Kruglanken 339, 345, 348, 385, 386
- Krutynia/Crutninen, Kruttinen 357, 434, 519
- Krynica Morska 277
- Krzywy Róg 403
- Kudypy/Kuhdiebs 469, 474
- Kursk 251
- Kutusowo/Schirwindt/Širvinta/Szyrwinty 153
- Kuty/Kutten 339, 345, 348
- Kwietniewo/Königsblumenau, Kybartai 420, 453
- Lampertheim-Hüttenfeld 44, 57
- Lauksargiai/Laugszargen 18
- Ławice/Hansdorf 433
- Łeba 315
- Legi/Leegen(Legienen) 407
- Legnica 385
- Lełkowo/Lichtenfeld 311, 343, 385, 386
- Lenkinai/Lenkiny 53
- Lida 17, 265
- Lidzbark Warmiński/Heilsberg 283, 288, 325, 355, 375, 377, 385, 386, 389, 390, 400, 403, 430, 452, 465, 466
- Löbenicht/Lipnik (Stadtteil von Kaliningrad/Königsberg) 209
- Łódź (Lodz, Litzmannstadt) 37, 446, 503, 510, 511
- Lubawa 308
- Lublin 270, 283, 284, 328, 333, 340, 350, 465, 503, 504
- Łukta/Locken 378
- Lüneburg 58, 400
- Luxemburg 76, 79, 80, 459, 464, 491
- Łyna/Lahna 380, 398, 418

- Macikai/Matzicken 44, 50  
 Maiskoje/Mallwischken, Maiken/Malviškiai 148  
 Majakowskoje/Nemmersdorf /Nemirkiemis/ Niemierkiejmy 153  
 Majewka/Georgenburg/Jurbarkas, Spargė/Jurbork 153  
 Malbork/Marienburg 73  
 Malinowo 445  
 Małszewko/Malschöwen 489  
 Mamonowo/Heiligenbeil/Šventapolis, Šventapilė/ Świątomiejsce (Święta Siewierka) 176  
 Marburg 54, 58, 98, 544  
 Marijampolė/Mariampol 17  
 Marjino/Arnau/Arnava 154, 155  
 Mazury/Masuren 203, 274, 282, 283, 302, 308, 312, 315, 320, 327, 400, 405, 409, 429, 449, 457, 468, 477, 539, 540, 548  
 Meinerzhagen 452  
 Mikołajki/Nikolaiken Ostpr. 350, 368, 372, 414, 452  
 Miłakowo/Liebstadt 312  
 Miłki/Milken 385  
 Miłomłyn/Liebmühl 281  
 Minsk 72  
 Młynary/Mühlhausen 281, 519  
 Mołtajny/Molthainen, Molteinen 385  
 Morąg/Mohrunen 274, 302, 377, 385, 423, 430, 433, 452  
 Morhange (Mörchingen) 446  
 Moskau 88, 98, 126, 145, 169, 180, 187, 234, 256, 269  
 Możne/Mosznen, Moschnen 465  
 Mrągowo(Żądzbork, Żądzbork)/Sensburg 279, 280, 283, 288, 301, 311, 345, 350, 357, 359, 368, 372, 378, 382, 389, 390, 391, 418, 419, 445, 550  
 Mrówki/Mrowken, Neuforst 269  
 Münster 345, 348, 397  
 Najdymowo/Neudims 377, 429  
 Nakomiady/Eichmedien 399, 415, 419, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 450, 453  
 Narty/Narthen 458, 470, 476, 477, 479, 484, 485, 487, 488, 492, 554  
 Natac Wielka/Groß Natatsch, Großseedorf 475  
 Natkiškiai/Natkischken 48  
 Nawiady/Aweyden 375, 418, 420  
 Nekrassowo/Schaaken/Žiokai 154  
 Neman/Ragnit/Ragainė/Ragneta 52  
 Neringa 18, 21, 22, 51, 53  
 Nesterow/Stallupönen, Ebenrode/Stalupėnai/ Stołupiany 154, 415  
 Nida/Nidden 18, 50, 52  
 Nidzica/Neidenburg 280, 288, 325, 327, 333, 379, 380, 406, 416, 423, 433, 474, 475, 489  
 Nowa Wieś Elcka/Neuendorf 419  
 Nowa Wieś/Neu Bartelsdorf 419, 473  
 Nowe Miasto Lubawskie/Neumark i. Wpr. 327  
 Nowe Ramuki/Neu Ramucken 469  
 Nowomoskowskoje/Pörschken/Popalyčiai/ Popolity 151  
 Nowy Targ 339  
 Ogródek/Ogrodtken, Kalkendorf 405  
 Olecko/Oletzko, Treuburg 277, 278, 279, 280, 283, 288, 327, 339, 341, 342, 403, 404, 414, 419, 422, 423, 425, 430, 465  
 Olsztyn/Allenstein 30, 42, 54, 56, 69, 85, 91, 146, 187, 219, 245, 268, 269, 270, 274, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 285, 288, 289, 301, 302, 303, 306, 307, 308, 311, 312, 313, 316, 317, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 332, 333, 335, 338, 339, 342, 344, 346, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 357, 358, 364, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 389, 390, 391, 395, 398, 399, 400, 401, 403, 404, 405, 406, 407, 417, 418, 420, 423, 426, 428, 430, 431, 433, 436, 438, 439, 440, 441, 442, 447, 448, 449, 452, 453, 454, 455, 457, 462, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 482, 483, 484, 490, 491, 492, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512,

- 513, 514, 519, 520, 521, 522, 523, 524,  
525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532,  
535, 537, 539, 540, 541, 542, 543, 545,  
546, 548, 549, 550, 551, 554, 555
- Olsztynek/Hohenstein 375, 377, 382, 422,  
430, 433, 457, 542, 548
- Opole/Oppeln 379, 426, 502, 503, 544
- Orłowo/Orlowen, Adlersdorf 339, 345, 348,  
416, 419
- Ormeta/Wormditt 277, 313, 386
- Orzechowo/Orzechowen, Nussberg 419
- Orzeł 466
- Osjorsk/Darkehmen, Angerapp/Darkiemis/  
Darkiejmy 143
- Ostre Bardo/Klingenberg, Wiesenhof 385
- Ostróda/Osterode 280, 281, 283, 288, 301,  
342, 377, 378, 385, 389, 390, 405, 406,  
422, 423, 425, 445, 452, 457, 542, 550
- Ostrołęka/Ostrolenka, Scharfenwiese 280
- Oświęcim/Auschwitz 486
- Pagėgiai, Pogiegai/Pogegen/Pogiegai/Pagaje  
18, 57
- Palanga/Polangen/Poląga 18, 20, 21, 22, 33
- Panevėžys/Poniewież 17
- Pasłęk/Preußisch Holland 283, 378, 386, 420,  
430, 452
- Pasym/Passenheim 281, 359, 361, 514
- Pervalka/Perwelk/Parwołka 18
- Piecki/Peitschendorf 403
- Pieczarki/Pietzarken/Bergensee 419
- Piekielko 278
- Pieniężno/Mehlsack 277, 312, 386
- Piersławek/Kleinort 433
- Pionierski/Neukuhren 184
- Piotraszewo/Peterswalde 430
- Pisz(Jansbork)/Johannisburg 277, 280, 288,  
325, 327, 333, 345, 353, 368, 372, 378,  
402, 419, 423, 425, 476
- Polessk/Labiau/Labgava/Labiawa 52, 125,  
151, 153, 160, 175, 176, 195
- Pozezdrze/Possessern, Großgarten 311, 386
- Poznań 12, 66, 194, 271, 285, 286, 307, 308,  
309, 311, 315, 321, 326, 333, 348, 349,  
376, 381, 383, 389, 393, 394, 398, 413,  
415, 418, 433, 445, 446, 453, 455, 456,  
462, 463, 465, 502, 508, 510, 511, 539,  
540, 548
- Prawdinsk/Friedland Ostpr./Romuva/Frydłd  
(Frydland) 101, 121, 138, 146, 151, 154,  
155, 175, 176
- Preila/Preil 18
- Priekulė/Prökuls/Prekuły 46, 50, 53
- Primorje/Groß Kuhren 240, 241
- Primorsk/Fischhausen/Žuvininkai/Rybaki  
207
- Proсна/Prassen 399
- Prostki/Prostken 407, 419
- Przebędowo/Prebendow 315
- Przeworsk 543
- Przybyłowo/Dünhöfen 339
- Przytuły/Przytullen, Siedenbergen 345, 348
- Pułtusk/Ostenburg 342
- Puńsk 14
- Purda (Wielka, Duża)/Groß Purden 321, 339,  
345, 349, 374, 376, 397, 398, 473, 519
- Pustniki/Pustnick 375
- Radom 508, 510
- Radostowo/Freudenberg 373, 377
- Radzikowo 273
- Ramsowo/Groß Ramsau/Ramsau 420, 422,  
423, 424, 453
- Rańsk/Rheinswein 414
- Reszel/Röbel 385, 386, 391, 423, 452
- Romanowo/Heldenfelde 146
- Rotterdam 67
- Rozogi 356
- Różyńsk/Groß Rosinsko 407
- Rucewo/Rotzung 313
- Ruciane Nida/Rudczanny-Nieden 333
- Rumy/Rummy, Rummau 362
- Ruś/Ruß/Ruś, Rusnė 46, 48, 50, 373, 519
- Russkoje/German/Girmava/Jerzmowo 242
- Ryn/Rhein 430, 539, 554
- Rzeszów 351, 502, 504, 511
- Sągnity/Sangnitten 385
- Santa Barbara 116
- Schönhausen 435
- Sejny 397
- Sępapol/Schippenbeil 281, 324, 385, 386
- Šiauliai/Schaulen/Szawle 17, 63, 72

- Sierpc/Schirps, Sichelberg 341  
 Šilutė (Šilokarciama)/Heydekrug/Szyłokarcz-  
 ma 17, 21, 22, 28, 29, 30, 33, 37, 39, 40,  
 41, 46, 50, 52, 53, 57, 61, 519, 521  
 Skomack Wielki/Dippelsee 407  
 Skuodas/Schoden/Szkudy 17, 21, 22, 50  
 Sławsk/Heinrichswalde/Gastos/Jędrzychowo  
 147  
 Słobity/Schlobitten 399  
 Słupsk/Stolp 36, 273, 315, 435  
 Smalininkai/Schmalleningken/Smolniki 18,  
 46  
 Smöldzino/Schmolsin 36  
 Snamensk/Wehlau/Weluva/Welawa 153  
 Sobiechy/Sobiechen 405  
 Sopot/Zoppot 90, 350, 502  
 Sorkwity/Sorquitten 313, 339, 345, 349, 356,  
 359, 360, 368, 369, 399, 414, 468, 519  
 Sowietk/Tilsit/Tilžė/Tylża 34, 50, 52, 61,  
 154, 155, 160, 195, 216, 550  
 Srokowo/Drengfurth 385, 386, 445  
 Stade 431, 432  
 Stare Juchy/Alt Jucha, Fließdorf, Alt Fließdorf  
 326, 339, 345, 348, 407, 433  
 Stawiguda/Stabigotten 373  
 Stawropol 225  
 Stębark/Tannenberg 60, 415, 422, 542, 543,  
 544, 546, 548, 549, 551, 555  
 Stopy 399  
 Sudwa 548  
 Sułowo/Schulen 34, 55, 178, 193, 208, 246,  
 318, 373, 375, 380, 385, 386, 394, 399,  
 450  
 Susz/Rosenberg 344  
 Suwałki/Suwalken, Sudauen 17, 277, 278,  
 280, 346, 347, 353  
 Swetlogorsk/Rauschen/R(i)aušiai/Ruszowice,  
 Ruskowo 507  
 Świętajno/Schwentainen, Altkirchen 323,  
 333, 458, 476  
 Świnoujście 220  
 Szczecin 49, 311, 312, 328, 503, 511, 540  
 Szczecinek 344  
 Szczecinowo/Szczecinowen, Steinberg 407  
 Szczytno/Ortelsburg 102, 103, 278, 280, 283,  
 288, 301, 302, 325, 327, 356, 357, 359,  
 360, 372, 376, 378, 390, 402, 404, 405,  
 414, 416, 430, 458, 469, 476, 478, 506  
 Szkotowo/Skottau 380, 398, 418  
 Sztynort/Steinort 399, 428, 474  
 Szymany 555  
 Szymbark/Schönberg 399  
 Tallin 67  
 Taurage/Tauroggen/Taurogi 17, 33  
 Telšiai/Telsze 17  
 Tłokowo/Lokau 465, 466  
 Tolkmicko/Tolkemit 312  
 Toprzyny/Toprienien 385  
 Toruń 270, 274, 280, 309, 322, 383, 389, 416,  
 508, 509, 514, 545, 546, 555  
 Travemünde 397  
 Trostniki/Schakenhof 151  
 Tschernjachowsk/Insterburg/Isrutis/Wystruć  
 52, 153, 155, 156, 227, 445  
 Tschernyschewskoje/Eydtkau, Eydtkuhen/  
 Ejtkuny 151, 153  
 Twer 251  
 Tworylna 387  
 Tylkowo/Scheufelsdorf 361  
 Ukta/Ukta 403  
 Uljanowsk 214  
 Urowo/Auer 385  
 Utena 17  
 Uzdowo 543, 544  
 Veiviržėnai/Wewiržany 53  
 Ventė/Windenburg 422, 429, 439, 446, 549  
 Verdainė/Werden 46, 408  
 Viešvile/Wischwill 18  
 Vilkyškiai/Willkischken/Wilkiszki 53  
 Vilnius/Wilna/Wilno 17, 54, 61, 70, 265, 390  
 Visaginas 269  
 Wałbrzych/Waldenburg 465  
 Waplewo/Waplitz 430  
 Warchały/Warchallen 468  
 Warcino/Varzin 435, 448  
 Warszawa 12, 17, 66, 82, 83, 84, 86, 88, 94,  
 111, 129, 130, 166, 169, 232, 266, 270,  
 280, 281, 289, 290, 291, 295, 297, 300,  
 302, 309, 311, 313, 314, 315, 317, 319,

- 322, 323, 324, 326, 332, 334, 338, 340,  
341, 342, 343, 344, 345, 347, 351, 355,  
377, 378, 380, 383, 393, 399, 402, 405,  
406, 413, 414, 415, 416, 426, 430, 450,  
462, 467, 508, 538, 540, 541, 547, 548
- Węgały/Wengaithen 404, 406
- Węgielsztyn/Engelstein 434
- Węgorzewo(Węgobork)/Angerburg 286,  
288, 345, 353, 372, 378, 385, 386, 387,  
398, 402, 404, 405, 419, 465
- Wejsuny/Weissuhnen 339, 345, 349
- Wessjoloje/Balga, Balige/Balga 152, 153
- Wielbark/Willenberg 514
- Witebsk 523
- Witkówko 478
- Władimirowo/Tharau/Torava 53, 60, 155
- Włodawa 555
- Wojciechy/Albrechtsdorf 399
- Wojnowo 345, 414
- Wopławki/Woplauken 399
- Woryty/Woritten 339, 345, 349, 373, 374
- Wrocław 12, 28, 89, 286, 300, 317, 330, 336,  
379, 426, 450, 467, 502, 503, 508, 509,  
510, 539
- Wuppertal 448
- Wydminy/Widminnen 385, 386, 423
- Wysokoje/Popelken, Markthausen/Papelkiai  
147, 148
- Zalewo 281, 312, 333, 391, 420
- Žalgiriai/Bismarck 61, 413, 427, 435, 436,  
437, 438, 439, 440, 442, 443, 444, 445,  
446, 448, 450
- Zambrów 328
- Zdory/Zdorren, Dorren 470, 477
- Zielona Góra 69, 460, 503
- Zielona Górką 407
- Zokniai 72
- Żywiec 543

## Polish Studies – Transdisciplinary Perspectives

Edited by Krzysztof Zajas and Jarosław Fazan

- Vol. 1 Artur Płaczekwicz: Miron Białoszewski: Radical Quest beyond Dualisms. 2012.
- Vol. 2 Kinga Kosmala: Ryszard Kapuściński: Reportage and Ethics or Fading Tyranny of the Narrative. 2012.
- Vol. 3 Michał Nowosielski: Polish Organisations in Germany. Their Present Status and Needs. 2012.
- Vol. 4 Krzysztof Zajas: Absent Culture. The Case of Polish Livonia. 2013.
- Vol. 5 Magdalena Sitarz: Literature as a Medium for Memory. The Universe of Sholem Asch's Novels. 2013.
- Vol. 6 Barbara Przybyszewska-Jarmińska / Lech Sokół (eds.): Poland and Artistic Culture of Western Europe. 14th–20th Century. 2014.
- Vol. 7 Katarzyna Fazan / Anna Róża Burzyńska / Marta Bryś (eds.): Tadeusz Kantor Today. Meta-morphoses of Death, Memory and Presence. Translated by Anda MacBride. 2014.
- Vol. 8 Andrzej Hejmej: Music in Literature. Perspectives of Interdisciplinary Comparative Literature. Translated by Lindsay Davidson. 2014.
- Vol. 9 Grzegorz Niziołek: Warlikowski: Extra Ecclesiam. Translated by Soren Gauger. 2015.
- Vol. 10 Ryszard Koziołek: Sienkiewicz's Bodies. Studies of Gender and Violence. Translated by David Malcolm. 2015.
- Vol. 11 Wojciech Tygielski: Italians in Early Modern Poland. The Lost Opportunity for Modernization? Translated by Katarzyna Popowicz. 2015.
- Vol. 12 Dariusz Jarosz / Maria Pasztor: Polish-French Relations, 1944-1989. Translated by Alex Shannon. 2015.
- Vol. 13 Urszula Augustyniak: History of the Polish –Lithuanian Commonwealth. State – Society – Culture. 2015.
- Vol. 14 Piotr Sobolczyk: Polish Queer Modernism. 2015.
- Vol. 15 Jacek Soszyński / Agnieszka Chamera-Nowak (eds.): Book versus Power. Studies in the Relations between Politics and Culture in Polish History. Editorial assistance by Dan Embree. Translated by Jacek Soszyński 2015.
- Vol. 16 Wojciech Kriegseisen: Between State and Church. Confessional Relations from Reformation to Enlightenment: Poland – Lithuania – Germany – Netherlands. Translated by Bartosz Wójcik and copy-edited by Alex Shannon. 2016.
- Vol. 17 Urszula Sowina: Water, Towns and People. Polish Lands against a European Background until the Mid-16<sup>th</sup> Century. Translated by Justyna Woldańska. 2016.
- Vol. 18 Grzegorz Krzywiac: Chauvinism, Polish Style. The Case of Roman Dmowski (Beginnings: 1886-1905). Translated by Jarosław Garliński. 2016.
- Band 19 Andrzej Sakson: Von Memel bis Allenstein. Die heutigen Bewohner des ehemaligen Ostpreußens: Memelland, Kaliningrader Gebiet, Ermland und Masuren. Übersetzt von Marek Drewnowski. 2016.